

5. Familienbericht 1999 – 2009

Die Familie an der Wende
zum 21. Jahrhundert

BAND I



5. Familienbericht 1999 – 2009

**Die Familie an der Wende
zum 21. Jahrhundert**

Band I



Zukunft ist, wo Familien sind: Das Familienministerium hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, um Familien in Österreich nachhaltig zu unterstützen. Entscheidende Erfolge konnten bei der finanziellen Gerechtigkeit für Familien, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie beim besseren Schutz vor Gewalt im sozialen Nahbereich erzielt werden. Im europäischen Vergleich liegt Österreich mit seinen hohen monetären Familienleistungen und den umfangreichen Leistungen im Sachbereich im Spitzenfeld. Sehr wesentlich ist auch, dass es dem Familienministerium in den vergangenen Jahren gelungen ist, einen breiten gesellschaftspolitischen Konsens für die Wichtigkeit familienpolitischer Maßnahmen zu schaffen.

Eine wichtige Unterstützung für die Familienpolitik war und ist die fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Familien. Der vorliegende 5. Österreichische Familienbericht umfasst die Jahre 1999 bis 2009, zieht eine Bilanz über die eindrucksvolle Entwicklung familienpolitischer Maßnahmen und bietet aufschlussreiche Einblicke in die Institution Familie. Der Bericht macht deutlich, mit welchen Herausforderungen Familienpolitik konfrontiert ist, welche Perspektiven sie für die Gestaltung von Familie eröffnen kann und welchen Stellenwert Familie in unserer Gesellschaft hat.

Die fundierte wissenschaftliche Auseinandersetzung ist ein wesentlicher Beitrag zu einer realistischen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung mit dem Thema Familie. So zeigt sich, dass familienpolitische Krisenrhetorik fehl am Platz ist. „Familie und Kinder“ bzw. „Partnerschaft“ stehen nach wie vor an erster Stelle der als besonders wichtig erachteten Lebensbereiche der Österreicherinnen und Österreicher. Die Familie ist und bleibt zentraler gesellschaftlicher Werte- und Leistungsträger. Sie behauptet sich in unserer Gesellschaft und erfreut sich ungebrochen großer persönlicher Sympathiewerte, was Forscher von einer „Renaissance der Familie“ sprechen lässt.

Umso wichtiger ist es, die Österreicherinnen und Österreicher bestmöglich dabei zu unterstützen, Familie in all ihren unterschiedlichen Formen leben zu können. Erfolgreiche Familienpolitik setzt daher mitten im Leben der Familien an – bei den konkreten Bedürfnissen und Herausforderungen, die sich für Familien und ihre Mitglieder im Alltag stellen. Familienpolitik muss auf die Fragen, welchen Stellenwert Familie in der Gesellschaft hat und welchen Stellenwert Kinder in unserer Gesellschaft haben, moderne Antworten geben.

5. FAMILIENBERICHT – VORWORT

Familienpolitik in Österreich hat, wie der vorliegende Bericht zeigt, in den vergangenen zehn Jahren die richtigen Maßnahmen und Initiativen gesetzt – und zwar in allen für Familien relevanten Bereichen. Beispiele dafür sind:

Mehr Partnerschaftlichkeit

Mit dem Eherechts-Änderungsgesetz 1999 wurde die volle partnerschaftliche Aufgabenverteilung zwischen Ehepartner/-innen bei der Bewältigung der familiären Herausforderungen und Aufgaben festgehalten. Dies ist auch ein Schlüssel zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Professionelle Beratung und Mediation

Mit der erheblichen Ausweitung der Familienberatung sowie mit der Etablierung des Konfliktregelungsinstruments Mediation werden Ehepaare und Familien bei der Bewältigung schwieriger Situationen nachhaltig unterstützt. Die Stärkung familiärer Kompetenzen gibt Stabilität in schwierigen Zeiten.

Gemeinsame Verantwortung

Mit der Reform des Kindschaftsrechts 2001 wurde unter anderem das Modell der „Obsorge beider Eltern“ nach der Scheidung oder Trennung eingeführt. Die gemeinsame Obsorge sorgt dafür, dass Vater und Mutter die unteilbare Verantwortung für ihr Kind auch rechtlich abgesichert wahrnehmen können.

Gerechtigkeit für Familienleistungen

Ein vielbeachteter familienpolitischer Meilenstein war das im Jahr 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld. Mit dieser Familienleistung wird erstmals der Betreuungsaufwand für Kleinkinder – unabhängig von zuvor von den Eltern erworbenen Versicherungszeiten – zumindest teilweise abgegolten. Das ist ein entscheidender Paradigmenwechsel in der österreichischen Familienpolitik. Mit der Novelle zum Kinderbetreuungsgeldgesetz 2009 haben wir die seit 2008 geltenden drei Pauschalmodelle des Kinderbetreuungsgeldes für Mütter und Väter um eine weitere pauschalierte Variante (12 + 2 Monate bei einem Bezug von 1.000 Euro) sowie um eine einkommensabhängige Variante des Kinderbetreuungsgeldes von 80 Prozent der Letzteinkünfte bis zu 2.000 Euro für 12 + 2 Monate erweitert. Das garantiert den Eltern umfassende Wahlfreiheit und eine individuelle Gestaltung der Kinderbetreuung.

Bessere Vereinbarkeit

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein zentrales Thema der österreichischen Familienpolitik. Hier gilt es vor allem Rahmenbedingungen wie qualitativ hochwertige und quantitativ ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen sowie eine familienfreundliche Arbeitswelt zu schaffen. Mit der Weiterentwicklung des Audits „*berufundfamilie*“, der mit 1. Jänner 2009 eingeführten steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und den Initiativen der vergangenen Jahre zum Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots sind entscheidende Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf gelungen. Die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden Kinderbetreuung

für fünfjährige Kinder verbessert nicht nur die Vereinbarkeit, sondern entlastet die Familien auch finanziell. Zudem wird dadurch der bildungspolitischen Dimension des Kindergartens Rechnung getragen. Alle Kinder sollen die gleichen Startchancen für ihre schulische Laufbahn bekommen.

Weiterentwicklung der finanziellen Leistungen

Im Zusammenhang mit den finanziellen Leistungen für Familien konnten ebenfalls wichtige Maßnahmen gesetzt und deutliche Verbesserungen erzielt werden. In der Familienbeihilfe wurde die Geschwisterstaffelung sowie die Einkommensgrenze für den Mehrkindzuschlag erhöht, weiters wurde eine 13. Familienbeihilfe eingeführt. Die Familien zählten auch zu den großen Gewinnern der Steuerreformen 2005 und 2009: Mit der Steuerreform 2005 wurde der Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieher-Absetzbetrag durch neue Kinderzuschläge erhöht. Der seit 2009 geltende neue Kinderfreibetrag und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten (2.300 Euro pro Jahr und Kind bis 10 Jahre) leisten wichtige Beiträge für höhere Familieneinkommen.

Wirksamer Schutz

Mit den international vielbeachteten Gewaltschutzgesetzen hat Österreich wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um Gewalt im sozialen Nahraum wirksam zu bekämpfen. Dass das Wohl des Kindes im Mittelpunkt der Familienpolitik stehen muss, unterstreicht auch das Ende 2009 beschlossene „Kinderbeistand-Gesetz“. Es führte einen Kinderbeistand als Vertreter und Sprachrohr von Minderjährigen ein, um deren Willen und Wünschen in Ob- oder Besuchsstreitigkeiten ausreichend Geltung zu verleihen.

Unterstützung und Beratung

Die Erziehung von Kindern ist eine der größten Herausforderungen im Leben vieler Frauen und Männer. Immer wieder gibt es Momente, in denen Mütter und Väter an ihre Grenzen stoßen oder sich fragen, wie sie ihre Kinder noch optimaler fördern können. Hinzu kommt, dass die Anforderungen an Familien in den vergangenen Jahren durch Veränderungen im Berufsleben und in der Gesellschaft stark gestiegen sind. Die vom Familienministerium geförderten Angebote im Bereich der Elternbildung und die Veröffentlichung von zielgruppenspezifischen Elternbriefen bieten die gesuchte Information und Unterstützung und geben Sicherheit in der Bewältigung der Erziehungsaufgaben des Alltags. Um allen Müttern und Vätern den Zugang zu den Elternbildungs-Angeboten zu ermöglichen, informiert das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend auf einer eigenen Website (www.eltern-bildung.at) über eine Vielzahl an Veranstaltungen. Außerdem trägt die Förderung des Ministeriums dazu bei, die Qualität der Seminare zu sichern und die Kosten für die Teilnehmer/-innen zu reduzieren. Zusätzlich stehen österreichweit auch 400 geförderte Familienberatungsstellen bei der Bewältigung von unterschiedlichsten Problemen und Herausforderungen im familiären Umfeld kostenlos zur Verfügung. Die Familienberatungsstellen bieten Schwerpunktberatungen u. a. zu den Themen Gewalt in der Familie, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Familienplanung und Schwangerenberatung, Pflege- und Adoptiveltern, Familienberatung bei Gericht sowie Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben.

5. FAMILIENBERICHT – VORWORT

Die erfolgreiche familienpolitische Bilanz der vergangenen Jahre ist ein klarer Auftrag, weiterhin für die besten materiellen und ideellen Rahmenbedingungen für Familien in Österreich zu arbeiten. Das ist nicht nur im Interesse der Familien, sondern auch im Interesse der gesamten Gesellschaft.

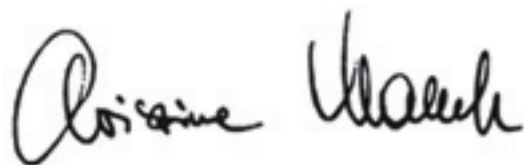
Eine besondere Herausforderung für die Zukunft stellt für Österreich, so wie auch für alle anderen europäischen Staaten, der demografische Wandel dar. Obwohl die Zahl der Familien – auch dank Migration – sogar leicht steigt, besteht eine zentrale Zukunftsaufgabe darin, noch mehr Menschen die Verwirklichung ihres Kinderwunsches zu ermöglichen. Dabei spielen Faktoren eine Rolle, die bisher vielfach unterschätzt wurden: Forschungsergebnisse zeigen, dass in erster Linie persönliche und weniger ökonomische Aspekte ausschlaggebend bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind sind. So wird von den Österreicherinnen und Österreichern für die Verwirklichung des Kinderwunsches vor allem der „passende Partner“ bzw. die „passende Partnerin“ als wesentlich angesehen. Umso wichtiger ist es, dass die österreichische Familienpolitik verstärkt Partnerschaftlichkeit und Wahlfreiheit unterstützt.

Insgesamt unterstreichen die Erkenntnisse des 5. Österreichischen Familienberichtes, dass es wichtig ist, in der Familienpolitik stets Maß an der familiären Wirklichkeit – und nicht an Mythen und Krisenszenarien – zu nehmen. Österreich ist und bleibt von seinen Werten und seinen Familienleistungen her ein verlässliches Familienland. Unser Ziel ist, dass noch mehr Menschen in Österreich ein Leben mit Kindern und Familie gut und sicher leben können und dass Paare ihren Kinderwunsch in dem von ihnen gewünschten Ausmaß verwirklichen können. Dazu gehört auch, dass unsere Gesellschaft noch kinderfreundlicher wird. Österreichs Familien haben die Zukunft, die wir ihnen gemeinsam geben.

Im folgenden, umfangreichen Werk haben sich die Autorinnen und Autoren des 5. Familienberichts der Aufgabe angenommen, ihre zur jeweiligen Thematik gewonnenen Erkenntnisse in möglichst objektiver und umfassender Weise darzustellen.



Dr. Reinhold Mitterlehner
Bundesminister für Wirtschaft,
Familie und Jugend



Christine Marek
Staatssekretärin im Bundesministerium
für Wirtschaft, Familie und Jugend

Inhalt - Band I

A – FAMILIE ALLGEMEIN

- 1. Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert1**
Rainer Münz und Albert F. Reiterer
- 2. Familie im Spiegel öffentlicher und privater Diskurse –
 Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen91**
Andreas Lange und Renate Kränzl-Nagl

B – DOING FAMILY

- 3. Sozialer Wandel: Auswirkungen und Herausforderungen für Familie127**
Renate Kränzl-Nagl und Andreas Lange
- 4. Familie unter veränderten temporalen Bedingungen:
 Herausforderungen und Chancen167**
Renate Kränzl-Nagl und Andreas Lange
- 5. Familiengründung heute225**
Martina Beham
- 6. Familienentwicklung in Österreich259**
Isabella Buber und Norbert Neuwirth (Koordination)
- 7. Vielfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen325**
Ulrike Zartler
- 8. Eltern und Kinder: Ansprüche, Anforderungen und Ambivalenzen
 in betreuungsintensiven Lebensphasen363**
Martina Beham und Ulrike Zartler
- 9. Großeltern und Enkelkinder zu Beginn des 21. Jahrhunderts403**
Liselotte Wilk
- 10. Geschwisterbeziehungen heute423**
Martina Beham
- 11. Dynamiken und Veränderungen im Familienverlauf:
 Scheidung und Trennung443**
Ulrike Zartler und Liselotte Wilk
- 12. Zur Realität außerfamiliärer Kinderbetreuung im Spannungsfeld
 gesellschaftlicher und familialer Ansprüche503**
Michael Fuchs und Renate Kränzl-Nagl
- 13. Familie und Schule als Kooperationspartner571**
Martina Beham, Johann Bacher und Christoph Weber
- 14. Sozialisationsleistungen von Familien615**
Johann J. Hagen

5. FAMILIENBERICHT – INHALT BAND I

**C – FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE: VEREINBARKEIT
VON BERUF UND FAMILIE**

- 15. Erwerbsmuster von Frauen und Männern über den Familienzyklus –
ein europäischer Vergleich689**
Nadia Steiber und Barbara Haas
- 16. Family-Work-Life-Balance: Österreich, die Niederlande und Schweden
im Vergleich715**
Barbara Haas
- 17. Vereinbarkeitsarrangements aus Sicht der Eltern mit kleinen Kindern ...745**
Barbara Haas, Margit Hartel und Markus Tumeltshammer
- 18. Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt und
ihre Folgen771**
Karin Jurczyk und Gabriele Schmied

**D – BEVÖLKERUNGSPOLITIK – FAMILIENPOLITIK –
GESELLSCHAFTSPOLITIK**

- 19. Familienpolitik in Österreich und Europa817**
Rainer Münz und Albert F. Reiterer
- 20. Familienpolitik – Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse
der Menschen in Österreich863**
Sabine Buchebner-Ferstl, Olaf Kapella und Doris Klepp

Inhalt - Band II

E – RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN

21. Familienrecht – Ausgangslage und Neuerungen

Ingeborg Mottl

22. Familienbezogene Rechtsgrundlagen der österreichischen Bundesländer

Nikolaus Dimmel

23. Gewalt in der Familie – Partnergewalt und Gewalt in sozialen Nahebeziehungen

Birgitt Haller und Heinrich Kraus

24. 20 Jahre gesetzliches Gewaltverbot in Österreich Ergebnisse aus der österreichischen Studie zur Gewalt in der Erziehung

Kai-D. Bussmann, Claudia Erthal, Andreas Schroth

25. Gewaltverbot in der Kindererziehung – Zusammenfassung der Ergebnisse der Experten/-innen-Befragung für den Familienbericht

Olaf Kapella, Andreas Baierl, Markus Kaindl und Christiane Rille-Pfeiffer

F – ÖKONOMIE DER FAMILIE

26. Familienpolitische Leistungen und ihre ökonomische Bedeutung

Martina Agwi, Eva Festl, Alois Guger, Käthe Knittler

27. Die Familie als Steuerzahlerin

Martina Agwi, Eva Festl, Alois Guger, Käthe Knittler

28. Auswirkungen von Scheidung und Trennung auf Kinder, Frauen und Männer

*Christine Atteneder, Thomas Bauer, René Böheim,
Reiner Buchegger, Anita Buchegger-Traxler und Martin Halla*

G – ZUGANG ZU MATERIELLEN RESSOURCEN UND SOZIALEN DIENSTEN

29. Wohn- und Lebenswelten von Familien

Tanja Maria Bürg, Christian-Diedo Troy, Tom Schmid, Anna Wagner

30. Soziale Dienstleistungen für Familien 1999 – 2009

Nikolaus Dimmel

H – FAMILIENPOLITISCHE AKZENTE 1999 – 2009

J – TABELLENBAND

1

Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert

Rainer Münz und Albert F. Reiterer

Inhalt

1 Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert	5
1.1 Demografische Entwicklung in Österreich und Europa	5
1.1.1 Europa – zwei demografische Übergänge	6
1.1.1.1 Erster Demografischer Übergang seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert	6
1.1.1.2 Zweiter Demografischer Übergang seit Mitte des 20. Jahrhunderts	9
1.1.1.3 Die EU in West- und Ostmitteleuropa: EU-27, EU-15 und EU-10	14
1.1.1.4 Der Süden und Westen Europas („EU-15“)	16
1.1.1.5 Die östliche Hälfte der Europäischen Union („EU-10“)	18
1.1.1.6 Resümee	20
1.1.2 Die österreichische Entwicklung	21
1.1.2.1 Einwohnerzahl	21
1.1.2.2 Eheschließungen und Scheidungen	23
1.1.2.3 Natürliche Bevölkerungsbewegung	25
1.1.2.4 Lebenserwartung und Alterung	29
1.1.2.5 Wanderungsgeschehen	30
1.1.2.6 Resümee	34
1.1.3 Haushalte in Österreich	35
1.1.3.1 Privathaushalte	35
1.1.3.2 Anstalts-Haushalte	38
1.1.4 Familien	39
1.1.4.1 Familie im Wandel der Zeiten	39
1.1.4.2 Wer heiratet wen?	42
1.1.4.3 Familiengröße und Kinderzahl	43
1.1.4.4 Transitionsformen: Uneheliche Kinder als Hinweis auf gewandelte Vorstellungen ...	45
1.1.4.5 Zeitregulierung, Symbolik und Lebensablauf	47
1.1.4.6 Verwandtschaft	49
1.1.4.7 Resümee	51
1.2 Bevölkerungsentwicklung und Familien – eine Vorschau	52
1.2.1 Die Zukunft der europäischen Bevölkerungen	56
1.2.1.1 Der Kontinent Europa	56
1.2.1.2 Die EU und ihre Ländergruppen	58
1.2.1.3 Die Annahmen: Fruchtbarkeit	59
1.2.1.4 Lebenserwartung	60
1.2.1.5 Wanderungen	64
1.2.1.6 Alter und davon abhängige Indikatoren	66
1.2.1.7 Haushalte und Familien	67
1.2.2 Österreich bis 2050 und danach	68
1.2.2.1 Die Annahmen	69
1.2.2.2 Prognose für Österreich	70
1.2.2.3 Altersaufbau	71
1.2.2.4 Erwerbsprognosen	73
1.2.2.5 Haushalts- und Familienprojektionen	78
Summary	80
Literatur	86

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Abbildungen

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung in Europa seit 1950	7
Grafik 2: Gesamfruchtbarkeit in West- und Osteuropa, 1950 bis 2005	10
Grafik 3: Entwicklung ausgewählter nationaler Bevölkerungen, 1950 = 100	11
Grafik 4: Altersentwicklung ausgewählter nationaler Bevölkerungen in Europa	13
Grafik 5: Bevölkerungsentwicklung Österreichs, 1950 bis 2050	22
Grafik 6: Bevölkerungsentwicklung in den österreichischen Bundesländern, 1857 bis 2008	23
Grafik 7: Eheschließungen 1820 bis 2008	24
Grafik 8: Der demografische Übergang	26
Grafik 9: Wanderungssaldo 1961 bis 2006	31
Grafik 10: Herkunft der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs, 2007	33
Grafik 11: Geburtensaldo, Wanderungssaldo und Bevölkerungsentwicklung, 1960 bis 2007	33
Grafik 12: Haushaltsgröße 1950 bis 2007	36
Grafik 13: Anstaltsbevölkerung nach Alter, 2001	38
Grafik 14: Familienstand 1951 bis 2007	39
Grafik 15: Familienformen, 1981 und 2007	40
Grafik 16: Unehelichenquote 1952 bis 2007	46
Grafik 17: Heiraten nach Jahresablauf, 1981, 1991, 2007	48
Grafik 18: Europa, die EU-27, EU-15 und EU-10	57
Grafik 19: Bevölkerungsentwicklung der EU-27, -15, -10 von 2008 bis 2050	57
Grafik 20: Prognostizierte Entwicklung der Gesamfruchtbarkeit (TFR) ausgewählter europäischer Länder, 2008 bis 2050 (gemessen in Kindern pro Frau)	59
Grafik 21: Prognostizierte Gesamfruchtbarkeit (TFR) aller EU-27 Länder für 2060	60
Grafik 22: Entwicklung der männlichen Lebenserwartung bei der Geburt in ausgewählten europäischen Ländern, 2008 bis 2050	61
Grafik 23: Prognostizierte Lebenserwartung von Frauen und Männern europäischer Länder im Jahr 2060	62
Grafik 24: Unterschiede der Lebenserwartung von Frauen und Männern europäischer Länder im Jahr 2005	63
Grafik 25: Prognostizierte Netto-Migrationsraten ausgewählter europäischer Länder ...	64
Grafik 26: Prognostizierter kumulierter Netto-Wanderungsgewinn europäischer Länder bis 2060 (in % der Bevölkerung des Jahre 2060)	66
Grafik 27: Varianten der österreichischen Bevölkerungsprognose vom Oktober 2008 ...	68
Grafik 28: Annahmen zur Entwicklung von Zu- und Abwanderungen sowie des Wanderungssaldos in Österreich bis 2050	69
Grafik 29: Altersverteilung der Bevölkerung Österreichs nach großen Altersklassen, 2007 bis 2075 (Hauptvariante)	71
Grafik 30: Prognostizierte Abhängigkeitsquoten in Österreich, 2007 bis 2075	72
Grafik 31: Prognose des Arbeitskräftepotenzials für Österreich, 2003 bis 2050 (Index 2008 = 100)	74
Grafik 32: Erwerbsquoten nach Alter und Geschlecht in Österreich, 1971 bis 2031	75
Grafik 33: Prognostizierte Männer- und Frauenanteile an allen Erwerbstätigen, 2001 bis 2050	76
Grafik 34: Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Bundesländern	78
Grafik 35: Wanderungssaldo und Einbürgerungen in Österreich (Schätzung)	83

1 Demografische Entwicklung im 20. Jahrhundert

1.1 Demografische Entwicklung in Österreich und Europa

Wird heute über „Europa“ gesprochen, so wird darunter spätestens seit den letzten Erweiterungen der Jahre 2004 und 2007 meist die Europäische Union verstanden. Mit der EU fest assoziiert sind in Westeuropa die Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Beitrittskandidaten sind Kroatien, Mazedonien und – politisch umstritten – die Türkei. Hinzu kommen die Staaten des Westbalkans sowie mehrere Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion – insbesondere Belarus, Moldawien, Russland und die Ukraine.

Österreich ist nicht nur Teil dieses Kontinents sowie auch der EU, sondern repräsentiert sowohl in seiner demografischen wie auch in seiner Sozialstruktur das Paradigma eines hoch entwickelten Landes. Die Darstellung kann auch als Muster und Binnenstruktur einer typischen westeuropäischen Gesellschaft dienen.

Datengrundlage und Hinweise zur Methodik

Für die demografische Analyse Europas ziehen wir im Wesentlichen Daten der UN Population Division sowie des EU-Statistikamtes EUROSTAT heran, für einzelne Länder auch Daten der jeweiligen nationalen Statistikämter der betreffenden Länder. Für Daten vor dem Zweiten Weltkrieg konnten wir auf den bisher wenig genutzten Datenbestand des Völkerbunds zurückgreifen, der aus damaligen Publikationen verfügbar ist.

Für Österreich geben vor allem die Volkszählungen über Struktur und Entwicklung der Bevölkerung Auskunft. Sie sind sowohl hinsichtlich Genauigkeit als auch ihrer regionalen Tiefengliederung anderen Datenquellen überlegen. Für die letzten Jahre stützen wir uns auf den Mikrozensus, der seit einigen Jahren hauptsächlich im Rahmen der EU-weiten Arbeitskräfteerhebung (Community Labour Force Survey) durchgeführt wird. Eine Reihe von Informationen ist nur aus der Volkszählung zu erhalten; sie geben somit den Stand von 2001 wieder. Zentrale demografische Kennzahlen der Statistik Österreich sind auf deren Website, in der Datenbank ISIS sowie für frühere Jahre in den Publikationen des Demographischen Jahrbuchs veröffentlicht. Es sind die Daten zu Stand, Struktur und Fortschreibung der Bevölkerung, zur – wie der unpassende terminus technicus heißt – „natürlichen Bevölkerungsbewegung“, und zur Wanderungsstatistik und der Bevölkerungsfortschreibung. Dabei ist zu beachten: Daten der Wanderungsstatistik gibt es erst für den Zeitraum nach 1996.

Unser Bericht ist in deskriptiver Art und Sprache abgefasst. Komplexere analytische Techniken werden nur sparsam eingesetzt. Lediglich in den Absätzen über die unterschiedlichen Formen der Homogamie ließ sich dies nicht vermeiden: Da die unterschiedlichen Gruppengröße die Wahrscheinlichkeiten der zufälligen Paarbildungen verzerrt, musste hier ein Standardisierungsverfahren eingesetzt werden. Die in diesem Abschnitt genannten Zahlen beziehen sich auf die Ergebnisse eines saturierten Loglinearen Modells, welches

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

auf Tabellen angewandt wurde, die aus der Volkszählung stammen und von einem der Autoren im Laufe seiner Arbeit für die Auswertung der Volkszählung gewonnen wurden. Hier soll das Verfahren nicht im Detail beschrieben werden. Es genügt der Hinweis, dass die genannten Daten die Wahrscheinlichkeiten oder vielmehr das Vielfache davon (die „odds“) wiedergeben, mit der homogame Paarbildungen alle anderen Möglichkeiten übertreffen. Das Verfahren standardisiert, indem es den Effekt der unterschiedlichen Besetzungen – der Randhäufigkeiten – herausrechnet. Das Verfahren ist zugegebenermaßen nicht überaus intuitiv, jedoch die einzige derzeit verfügbare Möglichkeit, diese unterschiedlichen Besetzungen in ihrem Einfluss zu korrigieren und damit untereinander vergleichbare Resultate zu gewinnen.

1.1.1 Europa – zwei demografische Übergänge

1.1.1.1 Erster Demografischer Übergang seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert

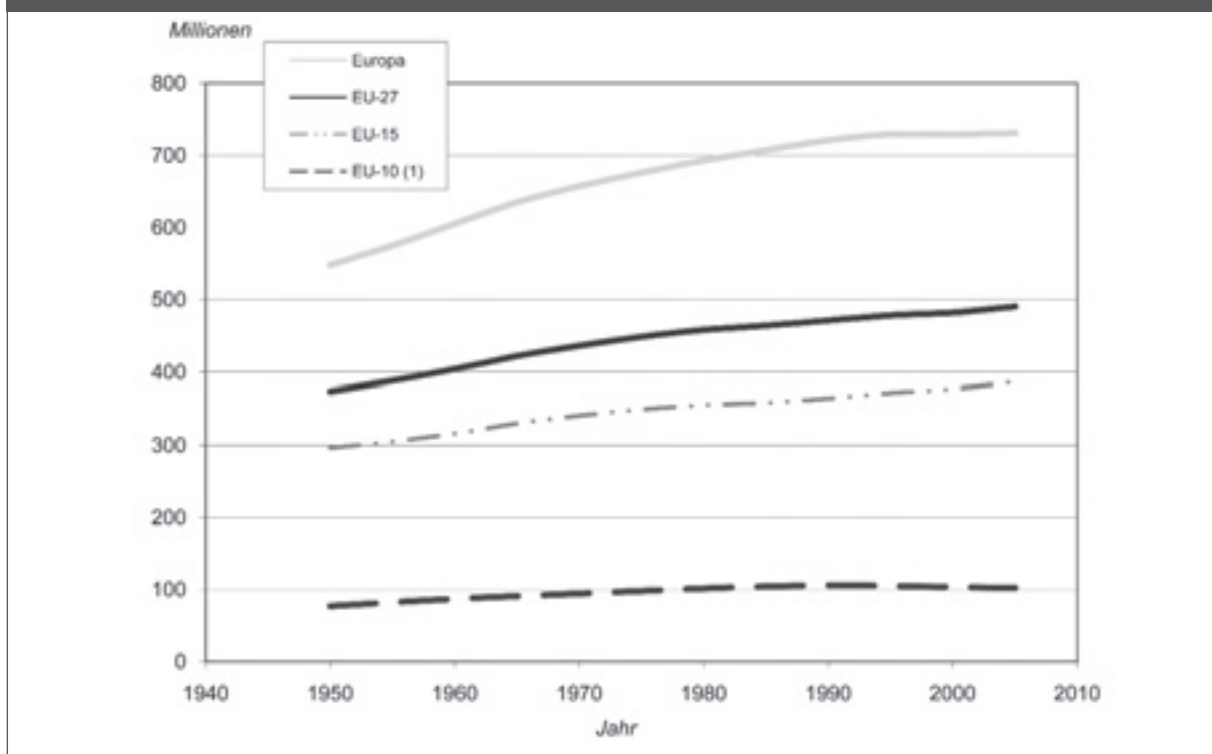
Wie geht der „demografische Übergang“ vor sich? Unter welchen Umständen und mit welchen Motiven beginnen Frauen und Männer persönlich – also nicht einfach unter strikter Kontrolle ihrer sozialen Umwelt – bewusst darauf zu achten, wann und wie viele Kinder sie in die Welt setzen? Dieser höchst folgenreiche Wandel ist uns in seinen groben Zügen vertraut. Trotzdem gibt es unter Historikern seit einiger Zeit eine lebhafte Debatte über den genauen Ablauf dieser Übergänge. Das eigentliche Thema ist dabei das Zusammenspiel von Veränderungen auf Makroebene (die Strukturen) und die Reaktion der Individuen auf Mikroebene (das Verhalten), welche in Summe auf die Makroebene zurückwirken. Die Demografie denkt vor allem in Makrostrukturen. Die sind tatsächlich gut bekannt. Menschliche Entscheidungen fallen aber in individuellen Beziehungen, in der Familie, in der lokalen Umgebung und nicht zuletzt unter den Werten der eigenen Schicht/Klasse und des eigenen Kulturkreises. Darüber wissen wir weniger gut Bescheid.

Außerdem gibt es weitere Schwachstellen auch mit Blick auf die Makrostrukturen. Demografische Daten werden nach Regionen veröffentlicht. Doch Kontinente, Nationen und Kleinregionen sind zumeist in Zentren, Subzentren und Peripherien strukturiert – die jeweilige Gesellschaft bzw. Bevölkerung ist eine integrierte, aber keine homogene Einheit. Konkret heißt dies also, dass man z. B. Daten über Gemeinden nach ihrer Größe brauchte. Doch über kleine Einheiten veröffentlichen Statistische Ämter mit gutem Grund nur wenige Daten. Das ist keine Nachlässigkeit, wie gelegentlich behauptet wird (vgl. z. B. Guinnane 2006), sondern bedingt durch den Charakter der Daten, die sehr schnell anfangen, Zufallsabweichungen zu zeigen. Doch leider sind entsprechende Daten in der Regel nicht nach Größenklassen aggregiert verfügbar, obwohl dies technisch möglich wäre. In der Folge können wir solche Strukturen nur grob erfassen; etwa wenn Großstädte auch administrative Einheiten sind (z. B. im Fall der Bundeshauptstadt Wien).

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierungen brachten in Europa zuerst eine Verstärkung und sodann einen Rückgang der Sterblichkeit, insbesondere der Säuglings- und Kindersterblichkeit. Letzteres führte zu einem deutlichen Bevölkerungsanstieg, weil nun wesentlich mehr Kinder überlebten und ins Erwachsenenalter kamen. Die Bevölkerungen der betroffenen Gesellschaften reagierten darauf mit einem Rückgang der Kinderzahlen. In den meisten Ländern Westeuropas erfolgte dieser „Erste“ Demografische Übergang im

Laufe des 19. Jahrhunderts. Frankreich bildete die wichtigste Ausnahme: Dort setzte eine Frühform des demografischen Übergangs bereits Ende des 18. Jahrhunderts ein; erkennbar an deutlichen Sterblichkeits- und Geburtenrückgängen, wobei Letztere eher vorausliefen. Diese erste Phase war, ausgehend von Paris und seiner weiteren Umgebung, mit einem frühen Säkularisierungsprozess verbunden. Der Übergang fand somit auch auf dem Land statt. Er hatte also auch in dieser Hinsicht einen etwas anderen sozialen Charakter als der „klassische“ Übergang in den übrigen Ländern und Gesellschaften Westeuropas, wo er vor allem in bürgerlichen Schichten erfolgte. Auch Schweden und die anderen skandinavischen Länder waren vergleichsweise früh dran. Dort setzte der Geburtenrückgang ab 1860 ein. Im Osten und Südosten Europas kam es hingegen erst nach dem Ersten Weltkrieg dazu (vgl. auch Caldwell/Caldwell 2002).

Grafik 1: Bevölkerungsentwicklung in Europa seit 1950



1) EU-10: EU-Mitgliedsstaaten im südlichen und östlichen Europa (ohne Zypern und Malta)

Quelle: für Europa insgesamt: UN PD; ansonsten EUROSTAT

Ein solcher historischer Prozess mit seinem mentalen Hintergrund – er setzt eine grundlegende Änderung der Werte voraus – kann an mehreren Orten gleichzeitig einsetzen. Er läuft nicht überall gleichförmig ab. Hat sich jedoch eine demografische Innovation durchgesetzt, so haben in der Folge weitere Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit, auf Erfahrungen anderer zurückzugreifen und von ihnen zu lernen. Ein wichtiges Beispiel für Techniken, die neu entwickelt wurden und weiter verbreitet werden konnten, ist die Empfängnisverhütung. Dabei spielen u. U. Kommunikationsbarrieren eine Rolle. Dies können Sprachgrenzen sein. Bisweilen sind es nationale oder kulturelle Grenzen. Dazu ein Beispiel: In der Schweiz spielten offenbar die innerschweizerischen Sprachgrenzen kaum eine Rolle, die konfessionellen dagegen sehr wohl.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Um 1800 hatte Europa etwa 200 Mio. Einwohner, ein Fünftel der Weltbevölkerung. Danach folgte hier trotz beträchtlicher Auswanderung nach Übersee eine demografische Wachstumsphase. Zwischen 1800 und 1900 erreichte das Bevölkerungswachstum im Schnitt +0,8 % pro Jahr. Im Jahr 1900 lebten in Europa bereits 408 Mio. Menschen.¹ Dies war ein Viertel der Weltbevölkerung (24,7 %). Strukturell war der Kontinent damals jedoch alles andere als eine Einheit. Dies zeigte nicht zuletzt ein Vergleich der jeweiligen nationalen Bevölkerungen.

Um 1900 war der Nordwesten Europas am weitesten entwickelt. In den Benelux-Ländern und auf den Britischen Inseln lag der Kinder-Anteil (0–15 Jahre) bereits unter einem Drittel, in Frankreich bei einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Im Gegensatz dazu war damals für den Osten sowie für etliche Gebiete im Süden Europas ein Altersaufbau charakteristisch, wie er heute für die am wenigsten entwickelten Gesellschaften (LLCDs) kennzeichnend ist. Im damaligen Bulgarien betrug der Anteil der Kinder (Altersgruppe 0–15 Jahre) zwei Fünftel der Bevölkerung (zum Vergleich: Afrika 2005: 41,4 %, also gleich viel), während der Anteil der Alten (60+) bei 8,3 % lag (Afrika 2005: 5,2 %).

Der Vergleich mit der heutigen Dritten Welt lässt sich systematisieren. Es gibt Versuche, den für die Gegenwart entwickelten Human Development Index als Indikator zurückzurechnen (Crafts 1997; Bongaarts/Watkins 1996). Die Werte für Schweden, Frankreich und Deutschland um 1860 entsprechen etwa jenen von China und Indien um 1960, der Wert von Österreich um 1860 jenem von Bangladesch im Jahr 1960. Was immer diese Werte im Detail aussagen mögen, sie verweisen auf einen ähnlichen Entwicklungsstand.

Wir bewegen uns bei diesen Analysen auf der Ebene nationaler Gesellschaften. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass alle diese Gesellschaften in sich eine ausgeprägte Differenzierung in Zentren und Peripherien aufwiesen (und zum Teil noch haben). Die Entwicklung in den größeren Städten lief zum Teil der Entwicklung auf dem Land weit voraus.

Über genaue Zahlen zur Kinderzahl pro Frau (in der Sprache der Demografie als „Gesamtfruchtbarkeit“ bezeichnet; die genauere Maßzahl wäre aber die abgeschlossene Fruchtbarkeit) verfügen wir für diese Zeit nicht. Die Geburtenraten pro 1 000 Einwohner („rohe Geburtenraten“) aber sind nicht bloß von der Geburtenzahl, sondern auch von der jeweiligen Altersstruktur abhängig. Trotzdem vermitteln sie einen Eindruck über die Entwicklung.²

Nehmen wir wieder Bulgarien. Die rohe Geburtenrate (Geburten pro 1 000 Einwohner) lag 1905 – 1910 bei 43, das würde etwa einer Zahl von sechs Kindern pro Frau entsprechen.³ Die rohe Sterberate lag bei 24 pro 1 000 Einwohner. Beide Kennzahlen liegen über den

¹ Europäische Länder einschließlich Russland, aber ohne Türkei.

² Sie sind sie in der Praxis im kürzeren Zeitvergleich aber durchaus nützlich, weil sich die Altersstruktur nicht so rapide ändert (im regionalen Querschnitt ist dies leider anders). – Die vor mehreren Jahrzehnten von einem groß angelegten Projekt zum Rückgang der Fruchtbarkeit in Princeton entwickelten „Princeton-Indices“ (vgl. Coale Watkins 1986) haben sich mit gutem Grund in Europa nicht durchgesetzt. Sie bringen wenig an neuen Erkenntnissen und verzichten dagegen auf die unmittelbare Verständlichkeit sowohl von rohen Ziffern wie vor allem auch der anderen Indikatoren. Sie beruhten auf der nahezu abstrusen Idee, den zentralen Indikator an einer kleinen Bevölkerungsgruppe (den Hutterern) mit historisch sehr hohen Kinderzahlen zu eichen, und das unter den Hutterern erreichte Niveau zur „theoretisch höchst möglichen Fruchtbarkeit“ zu erklären (vgl. auch Eriksen u. a. 1979). Darüber hinaus gibt es mittlerweile auch Kritik an den Daten (vgl. Brown/Guinane 2003).

³ Aus einer Regression der heutigen TFR-Werte auf heutige rohe Geburtenziffern der am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) gerechnet.

heutigen Werten von Afrika (Geburtenrate: 36,2, Sterberate: 13,7). Bei der Sterberate ist die Differenz sogar beträchtlich. Hier ist wahrscheinlich der Gegenwartswert hoch entwickelter Länder das aufschlussreichere Vergleichsdatum. Heute hat Europa insgesamt 10,3 Geburten und 11,8 Sterbefälle pro 1 000 Einwohner, Bulgarien hat 8,9 Geburten und 14,8 Sterbefälle pro 1 000 Einwohner.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahm die Bevölkerung Europas trotz anhaltender Auswanderung und trotz der erheblichen Opferzahlen durch zwei Weltkriege und eine Reihe von Gewaltregimen weiter zu: von 408 Mio. im Jahr 1900 auf 548 Mio. im Jahr 1950. Aber die jährliche Wachstumsrate begann bereits zu sinken. Auch in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und in der jüngsten Vergangenheit setzte sich das Wachstum fort: von 548 Mio. im Jahr 1950 auf derzeit 731 Mio. (2008).⁴

In Zukunft wird sich dieser Trend voraussichtlich nicht weiter fortsetzen. Nach der Hauptvariante der UN-Bevölkerungsprognose wird die Einwohnerzahl unseres Kontinents bis 2050 auf 664 Mio. Menschen sinken; zuerst langsam und dann mit wachsendem Tempo. Hauptgrund sind die gesunkenen Kinderzahlen pro Frau: Die Gesamtfruchtbarkeit halbierte sich im letzten halben Jahrhundert beinahe von 2,66 auf 1,45. Im Gegenzug wurde Europa von der weltweit wichtigsten Herkunftsregion von Auswanderern zu einem quantitativ bedeutenden Ziel von Zuwanderern. Erst seit Mitte der 1960er-Jahre ist der Wanderungssaldo Europas positiv. Seit 2000 betrug er jährlich im Schnitt etwa 1,5 Personen. Vor allem diese Zuwanderung ist dafür verantwortlich, dass die Einwohnerzahl unseres Kontinents immer noch wächst.

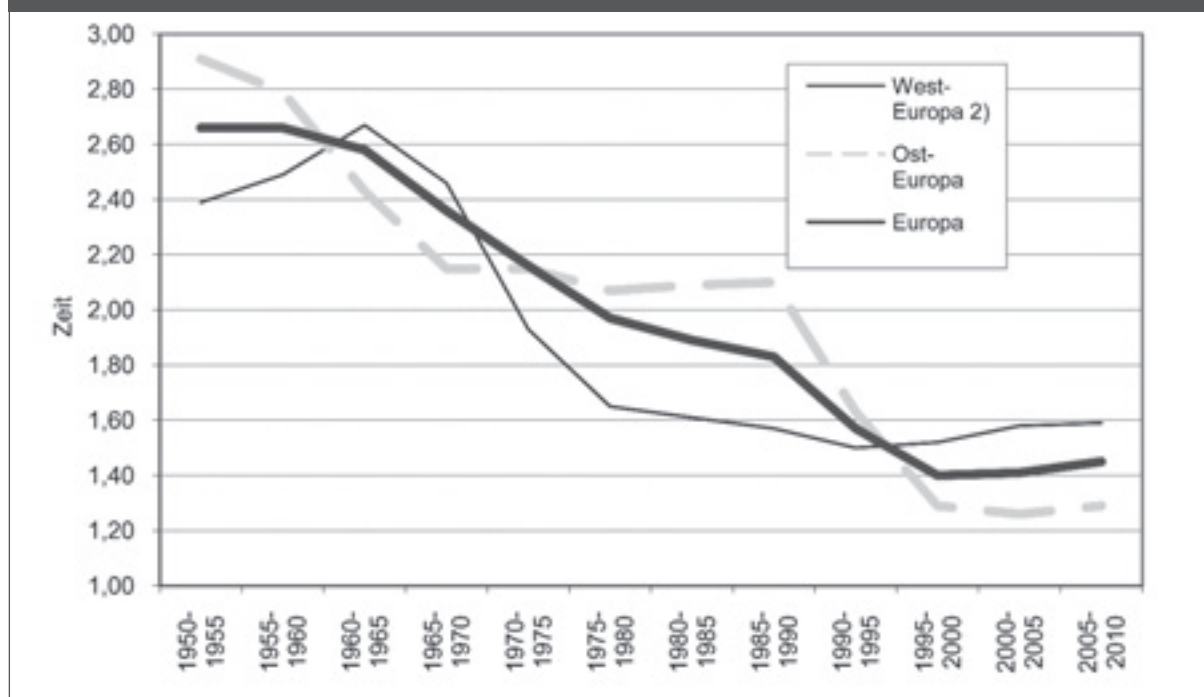
Hinter diesen Eckzahlen der Bevölkerung und ihrer Veränderung steckt ein beträchtlicher sozio-ökonomischer Wandel.

1.1.1.2 Zweiter Demografischer Übergang seit Mitte des 20. Jahrhunderts

In den meisten Ländern Europas gab es in den 1950er- und 1960er-Jahren einen „Babyboom“ – man könnte auch sagen: eine zweite Phase des Ersten Übergangs. Im Vergleich zu den USA erfolgte der Geburtenanstieg in Europa etwas später, und er fiel hier etwas schwächer aus. Verstärkt wurde er durch das sinkende Heiratsalter und das sinkende Durchschnittsalter bei der Erstgeburt. Ab Mitte der 1960er-Jahre begannen die Geburtenzahlen in Westeuropa wieder abzunehmen. Bald erreichte die Kinderzahl pro Familie einen Wert unter 2 und damit ein Niveau, ab welchem die Kindergeneration kleiner bleibt als die Elterngeneration. Ein Zweiter Demografischer Übergang setzte ein, der deutlich anders motiviert war als der seinerzeitige erste (vgl. Ariès 1980). Mitte der 1990er-Jahre erreichten die Kinderzahlen pro Frau mit 1,5 in Westeuropa ihr niedrigstes Niveau. Seither gab es wieder einen kleinen Anstieg, der sich vor allem den gestiegenen Kinderzahlen in Frankreich und einigen skandinavischen Ländern verdankt.

⁴ Europäische Länder einschließlich Russland, aber ohne Türkei.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 2: Gesamtfruchtbarkeit in West- und Osteuropa, 1950 bis 2005

„Westeuropa“ umfasst hier nur das kontinentale Aggregat aus Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz.

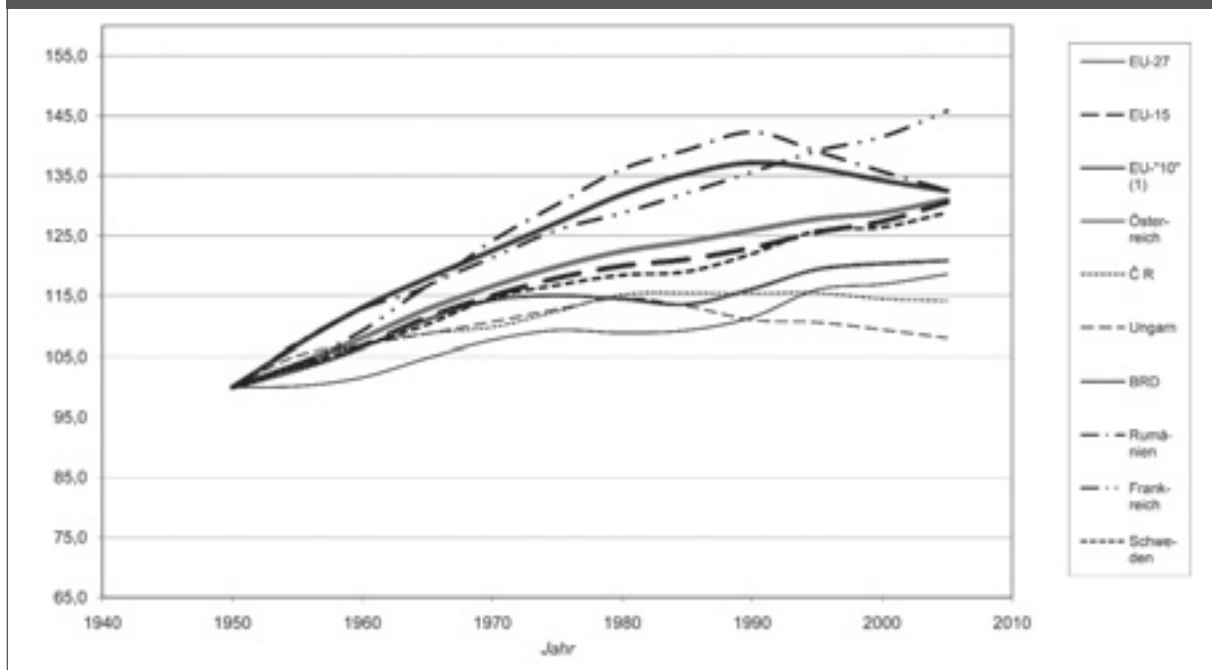
Quelle: UN PD

Im Gegensatz zu den westlichen Ländern Europas gab es in der östlichen Hälfte unseres Kontinents nach 1970 noch einmal steigende Geburtenzahlen. Nach 1990 wurde der Zweite Demografische Übergang in den Gesellschaften Ostmittel- und Osteuropas jedoch rasch nachvollzogen. Die Kinderzahlen sanken in der Zwischenzeit auf Werte um 1,3. Es war die Individualisierung der Lebenspläne, und hier vor allem jene der Frauen, welche die eigentliche Triebkraft bildete. Im Osten des Kontinents und teilweise auch im Süden dagegen herrschten bis in die 1980er-Jahre andere demografische Regime: Die Fruchtbarkeit lag über dem Reproduktionsniveau. Sie sank jedoch im Süden bald und im Osten gegen das Jahrhundertende zu.

Wie und warum die Fertilität im Ersten wie im Zweiten Demografischen Übergang absank, verstehen wir recht gut: Der erste Übergang war eine Antwort auf die gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit. Die Familien passten ihre Kinderzahlen den gestiegenen Überlebenschancen ihrer Kinder an. Für den zweiten Übergang spielt die Individualisierung in unserer Gesellschaft und die wachsende Autonomie in der Gestaltung unserer Lebenspläne eine zentrale Rolle. Kinder sind für die Absicherung der eigenen Existenz nun nicht mehr unbedingt nötig. Im Gegenteil: Kinder erzeugen direkte Kosten, die mit ihrem Lebensunterhalt verbunden sind. Sie stehen überdies zunehmend in Konkurrenz zur Erwerbsarbeit – insbesondere von Frauen – und zur Verwirklichung anderer Lebensziele. Damit erzeugen Kinder auch indirekte Kosten, weil Eltern – insbesondere Mütter – zum Teil auf Einkommen verzichten müssen, während sie sich um die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder kümmern („Opportunitäts-Kosten“).

Die Grafik 2 demonstriert im Übrigen, dass es nicht ausgesprochen sinnvoll ist, den Kontinent Europa als eine demografische Einheit zu betrachten. Das starke Absacken der Fruchtbarkeit nach 1990 ist ausschließlich auf den Bruch in Osteuropa nach der Wende zurückzuführen. In Westeuropa hat sich zu dieser Zeit nahezu ein Abflachen der Gesamtfertilitätsrate angedeutet. Danach kam es zu einer deutlichen Erholung. In Osteuropa dagegen kam der Bruch gegenüber der früher vergleichsweise hohen Fruchtbarkeit, und die Erholung ist bisher kaum zu erkennen.

Grafik 3: Entwicklung ausgewählter nationaler Bevölkerungen, 1950 = 100



Quelle: Erstellt aus Daten von EUROSTAT, ergänzt nationale amtliche Daten.

Die Sterblichkeit und die damit verbundene Lebenserwartung entwickelten sich in den Ländern Europas bis in die jüngere Vergangenheit weitgehend parallel. Die nationalen Entwicklungen zeigten einen sehr deutlichen Anstieg der Lebenserwartung und – zumindest in Westeuropa – ein hohes Ausmaß an Konvergenz. Während der letzten 20 Jahre stagnierte die Lebenserwartung dagegen in etlichen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, insbesondere in Russland und der Ukraine. Bei den Männern kam es in diesen Ländern sogar zu einem Rückgang.

Bis vor wenigen Jahrzehnten verdankte sich der Zugewinn an Lebenszeit hauptsächlich der allgemeinen Hebung des Lebensstandards; also der Versorgung mit sauberem Trinkwasser, der Abwasserentsorgung, den gesünderen Wohnverhältnissen, der besseren Ernährung, den verringerten Arbeitszeiten, dem Rückgang schwerer körperlicher Arbeit etc. Der so genannte medizinische Fortschritt im engeren Sinn dürfte kaum eine Rolle gespielt haben. Die Ausnahme bildeten die Massen-Impfungen. Diese heben auch heute in Ländern der Dritten Welt ziemlich wirksam die Lebenserwartung an. In Europa dürften mittlerweile die verbesserten Diagnose- und Behandlungsmethoden der Medizin einen deutlichen Einfluss auf die Lebenserwartung haben. Die drastisch angestiegene Chance, einen (ersten) Herzinfarkt zu überleben, ist dafür ein besonders gutes Beispiel.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Stark unterschiedlich verlief die Entwicklung in der früheren Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Die Fruchtbarkeit ging dort in den 1980er-Jahren auf Ersatzniveau zurück und fiel nach 1990 auf bislang unerreicht niedrige Werte ab. Während der Nachkriegszeit war die Lebenserwartung im europäischen Teil der ehemaligen Sowjetunion höher als im angrenzenden Ostmitteleuropa. Doch die Stagnation setzte bereits in den 1970er-Jahren ein. Nach 1990 verschärfte sich die Situation. Alle Nachfolgestaaten erlebten eine Rückkehr zu deutlich höherer Sterblichkeit. Die Lebenserwartung begann zu fallen. Im Schnitt betrug der Rückgang rund zwei Jahre. Die Baltischen Staaten erholten sich bald und verzeichnen nun in der Lebenserwartung einen etwas höheren Wert als am Ende der Sowjetunion. Russland, die Ukraine und Belarus hingegen setzten den Pfad nach unten fort. Russlands Bevölkerung hat im Durchschnittsalter mehrere Jahre verloren.

Alter

Die Altersstruktur Europas änderte sich in den letzten Jahrzehnten deutlich und wird sich weiter ändern. Der Anteil der jungen Leute (0–19 Jahre) verringerte sich von 34,6 % im Jahr 1950 auf 22,7 % im Jahr 2005. Er wird voraussichtlich weiter sinken: bis 2050 auf 19,5 %. Dagegen verdoppelte sich seit 1950 der Anteil der über 65-Jährigen auf 15,9 %. Bis 2050 wird er weiter auf 22,6 % steigen. Auch die erwerbsfähige Bevölkerung – also die Altersgruppe von 20 bis 65 Jahren – wuchs. Ihr Anteil beträgt derzeit 61,4 %. Bis 2050 dürfte der Anteil dieser Gruppe auf 52,9 % sinken. Dabei spielen die niedrigen Geburtenzahlen eine wesentliche Rolle. Dadurch rücken weniger junge Menschen ins Erwachsenenalter. Gebremst wird diese Entwicklung durch Einwanderung, die vor allem jüngere Erwachsene nach Europa bringt.

Sowohl die Kinder und Jugendlichen als auch die im fortgeschrittenen Alter nicht mehr erwerbstätigen Pensionistinnen und Pensionisten hängen ökonomisch von Transferzahlungen, Gütern und Dienstleistungen ab, welche die Erwerbsfähigen erzeugen. Von Einfluss ist daher das Zahlenverhältnis zwischen diesen drei Generationen, insbesondere die Größe der mittleren, aktiven Generation im Verhältnis zu den Jungen und den Alten. Dafür werden üblicherweise Abhängigkeitsquotienten berechnet.

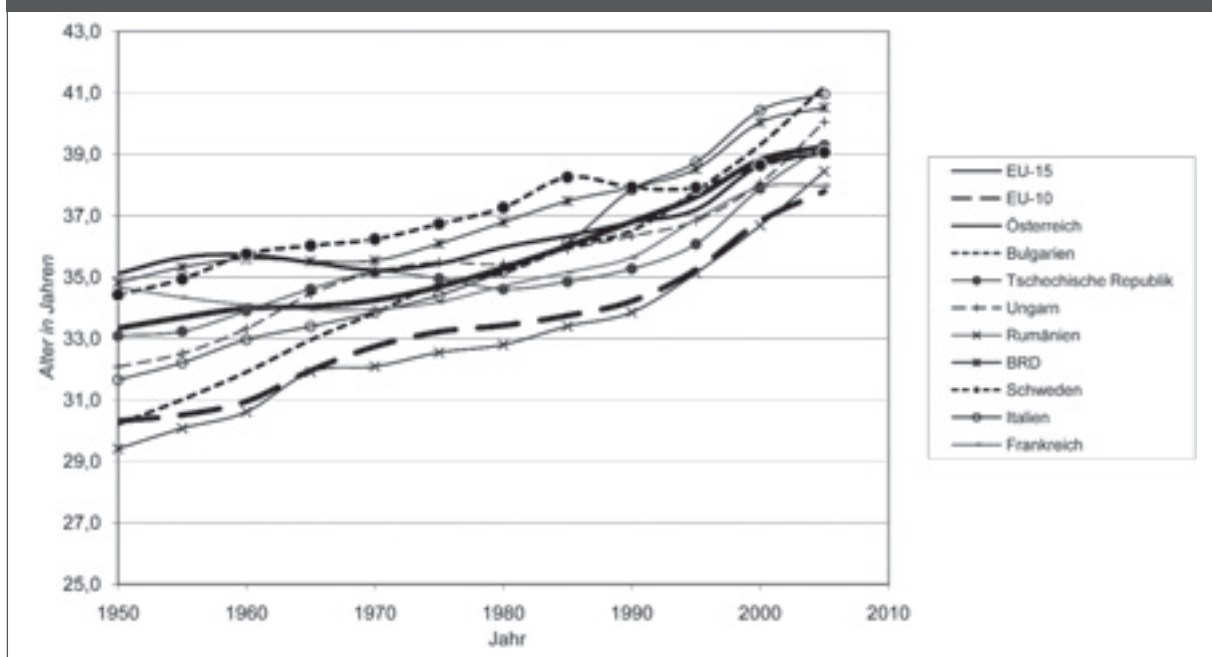
Die Gesamtabhängigkeit hat sich im letzten halben Jahrhundert deutlich vermindert: Auf 100 Menschen im Haupterwerbsalter von 20 bis 65 entfallen heute 63 Menschen im Alter unter 20 Jahren sowie ab 65 Jahren. 1950 lag diese Gesamtabhängigkeit noch bei 72. Zwischen 1950 und 2005 fiel dieser Quotient somit um 12 pro 100. Dieser Rückgang wird sich noch einige Jahre fortsetzen. Er ist ausschließlich auf das Sinken der Jugendabhängigkeit zurückzuführen. Kindheit und Jugend sowie zumindest ein Teil der Adoleszenz werden heute, den derzeitigen Lebensumständen entsprechend, mit der Altersgruppe von 0 bis 19 gleichgesetzt. Mitte des 20. Jahrhunderts war es realistischer, Kindheit und Jugend nur bis zum Alter von 14 Jahren zu rechnen.

Im Zusammenhang mit diesen Altersverhältnissen gab es in Europa eine lebhafte Diskussion vor allem über die Tragbarkeit bestehender Pensionssysteme. Hier ist nicht der Platz, auf diese Thematik einzugehen. Tatsache ist, dass das mittlere Pensionsantrittsalter in der EU ziemlich niedrig liegt. Mit dem 61. Lebensjahr findet sich bereits die Hälfte der Männer im Ruhestand (EUROSTAT 2007). Die Notwendigkeit, dieses Alter zu erhöhen – etwa die Hälfte aller hochentwickelten Länder hat im letzten Jahrzehnt Maßnahmen in diese

Richtung gesetzt – wurde u. a. auch mit dem höheren Pensionsantrittsalter in den USA illustriert, ja direkt begründet. Hier sei dies nur zurechtgerückt. Das Pensionsantrittsalter ist jenseits des Atlantiks nur geringfügig höher als in Europa, nämlich bei Männern im Mittel um ein Jahr.

Die Quote der Kinder und Jugendlichen (Jugendabhängigkeit) sank im Zeitraum von 60 auf 37 Kinder und junge Leute je 100 Personen im Haupterwerbsalter. Nicht ganz im selben Tempo stieg im Gegensatz dazu die Altersabhängigkeit: von 14 (1950) auf 26 Personen über 65 Jahren je 100 Personen im Haupterwerbsalter. In den nächsten vier Jahrzehnten wird sich diese Quote etwa verdoppeln.

Grafik 4: Altersentwicklung ausgewählter nationaler Bevölkerungen in Europa



Quelle: UN PD bis 2005

Konvergenz – Divergenz

Europa als Kontinent bildet keine demografische Einheit. Die Unterschiede haben mit historischen und politischen Rahmenbedingungen zu tun. Insbesondere die politische Teilung des Kontinents zwischen 1945 und 1990 hatte dazu geführt, dass sich auch zwei etwas unterschiedliche demografische Regime herausbildeten.

Demografische Konvergenz in modernen Gesellschaften war sowohl von einer Werte-Konvergenz getragen als auch von strukturellen Entwicklungen, die konvergent wirkten.

(1) Der Wertewandel hin zum Individualismus beeinflusste hauptsächlich die Fruchtbarkeit, also die Kinderzahl pro Familie. Dabei veränderten sich sowohl die Gesamtfruchtbarkeit (TFR) als auch die altersspezifischen Fruchtbarkeiten bzw. das mittlere Gebäralter, und schließlich natürlich die abgeschlossene Fruchtbarkeit. Darüber hinaus beeinflusste der Wertewandel die Heiratsneigung, das Heiratsalter und andere für die Familienbildung entscheidende Verhaltensweisen. Aus diesen Kombinationen ergeben sich schließlich Indikatoren wie Unehelichenquote, Scheidungsziffern etc.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Die Fertilität wird laufend als Periodenfertilität gemessen. Diese gibt an, wie viele Kinder die Frauen einer Gesellschaft im Schnitt bekämen, wenn das altersspezifische Muster eines bestimmten Jahres konstant bliebe. Die gemessene Periodenfertilität reagiert deutlich auf kurzfristige, also konjunkturelle Einflüsse. Politische Umbrüche, stark erhöhte Arbeitslosigkeit oder allgemeine gesellschaftliche Stimmungen können hier eine Rolle spielen.

Hier setzen Überlegungen aus den rational choice-Ansätzen ein. Diese bilden zentrale Werthaltungen moderner Gesellschaften ab. Denn sie setzen voraus, dass Kinder einerseits gegenüber anderen Lebenszielen abgewogen werden, und in diese Abwägung andererseits Kostenvorstellungen und klare materielle Überlegungen einfließen. Zu solchen Überlegungen gehört auch, dass potenzielle Eltern ihren gewünschten oder geplanten Kindern einen Minimal-Lebensstandard bieten wollen. Dessen Niveau richtet sich nach der jeweiligen Schichtkultur.

Die sozioökonomische Entwicklung beeinflusst hingegen vor allem die Sterblichkeiten bzw. die Lebenserwartung sowohl bei Geburt (LE0) wie auch in höherem Alter, z. B. im 60. Lebensjahr (LE60+). Kurzfristig ist auch die Ein- und Auswanderung wesentlich davon abhängig. Bei der Sterblichkeit stellt sich hingegen die Frage, ob noch ein klarer Zusammenhang auf gesamtgesellschaftlicher Ebene gegeben ist. Denn ab einem bestimmten Wohlstandsniveau sind andere Faktoren (z. B. das Ausmaß ökonomischer Ungleichheit, der Lebensstil, die Ernährungsgewohnheiten) bedeutsamer als das die Höhe des BIP/Kopf (vgl. auch Tomka 2002).

Wenn also wesentliche Kriterien des Wohlstands differieren, sollte das Ergebnis in diesen Indikatoren (Lebenserwartung, Wanderungen, Globalentwicklung) nicht Konvergenz sein, sondern eher Divergenz.

1.1.1.3 Die EU in West- und Ostmitteleuropa: EU-27, EU-15 und EU-10

Durch das Ende der politischen Spaltung Europas dehnten sich ab 1990 westliche Lebensmuster und damit ein bestimmtes Modernisierungsparadigma im übrigen Europa aus. Es gab allerdings auch schon vor 1990 eine gewisse Konvergenz zwischen der westlichen und der östlichen Hälfte Europas. Das betraf hauptsächlich das starke Sinken der Kindersterblichkeit und als Folge das Ansteigen der Lebenserwartung auch in den weniger entwickelten Ländern des europäischen Ostens. Das betraf bis zu einem gewissen Grad auch das Sinken der Fertilität, obwohl diese Tendenz in den seinerzeit Ländern des Sowjetblocks bis in die 1980er-Jahre nicht so stark ausgeprägt war. Jedenfalls gilt für die Periode zwischen 1945 und 1990: Es gab zwei unterschiedliche Pfade der Modernisierung und damit auch zwei etwas unterschiedliche demografische Regime.

Die Länder der EU-27 bilden derzeit ein Aggregat von Gesellschaften, die demografisch nicht einheitlich sind. Es ist daher sinnvoll, die Gruppe in die EU-15 (alte EU-Staaten), sowie in die EU-Staaten Ostmitteleuropas zu unterteilen. Die EU-15 lässt sich weiter in eine nord-westliche und eine südliche Gruppe teilen.

1950 hatten die 27 EU Staaten zusammen 374 Millionen Einwohner. Bis 1970 stieg die Bevölkerung auf 436 Millionen. Heute (2009) weist die EU-27 500 Millionen (+126 gegenüber 1950; +33 %) auf.

Während der 1950er- und 1960er-Jahre betrug das Bevölkerungswachstum in der heutigen EU-27 im Schnitt +0,8 % pro Jahr. Entscheidend für dieses Wachstum war damals der

positive Geburtensaldo, also der Überschuss der Geburten über die Todesfälle. Heute wächst die Bevölkerung der EU-27 um etwa +0,4 % pro Jahr. Dies erklärt sich hauptsächlich durch die internationale Zuwanderung aus Drittstaaten. Sie ist heute für 80–85 % des Bevölkerungswachstums verantwortlich. Denn in den meisten EU-Staaten gibt es heute deutlich mehr Zuwanderung als Abwanderung.

In allen westeuropäischen Ländern stieg die Lebenserwartung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark an und erreichte ihren bisherigen historischen Höchststand. Bei den Frauen liegt Frankreich mit 84,3 Jahren an der Spitze. Die EU-Mitgliedsstaaten Ostmittel- und Südosteuropas befinden sich deutlich darunter. Die kürzeste Lebenserwartung in der EU haben Frauen in Rumänien (76,6 Jahre). Die Differenz zu Frankreich beträgt 7,7 Jahre. Doch auch die anderen Länder des europäischen Ostens liegen kaum darüber.

Die Lebenserwartung ist für die Menschen die sie persönlich stärker interessierende Größe. Für die demografische Alterung ist hingegen das Durchschnittsalter ein aussagekräftiger Indikator (Grafik 4). Es verändert sich durch die Verschiebung der Gewichte zwischen den Altersgruppen. Abnehmende Geburtenzahlen führen zu einer geringeren Besetzung der jüngeren Altersgruppen, während die Zahl der Älteren durch die zunehmende Lebenserwartung wächst. In der Folge stieg das Durchschnittsalter in der (heutigen) EU-27 von 32,7 im Jahr 1950 auf 38,9 im Jahr 2005. Von Ländern weiter im Osten gilt dies erst recht (Ukraine z. B. 1950: 30,1, 2005: 38,3; + 8,2 Jahre). In Westeuropa (EU-15) begann die Entwicklung mit einer älteren Bevölkerung (Durchschnittsalter 1950: 33,3 J.; 2005: 39,3 J.) als in Ostmittel- und Südosteuropa (heutige EU-10; 1950: 30,3 J.). Bis heute haben die neuen Mitgliedsstaaten der EU-10 eine jüngere Bevölkerung (Durchschnittsalter 2005: 37,7 J.) als die alten (EU-15; 2005: 39,3 J.). In Ostmitteleuropa waren bis 1990 die Kinderzahlen höher und bis zuletzt die Lebenserwartung niedriger. Beides senkt das Durchschnittsalter.

Die Altersstruktur in Westeuropa wandelte sich seit dem Zweiten Weltkrieg sehr deutlich und wird dies auch weiter tun. Zuerst konnte man sie als „jugendlastig“ bezeichnen. Doch vor allem seit den 1970er-Jahren wird der Anteil der Jungen kleiner. Dagegen stieg der Anteil der Bevölkerung im Alter über 65 Jahren. Er verdoppelte sich und wird sich bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts noch einmal verdoppeln. 2050 wird etwa ein Drittel der Bevölkerung in diese Altersgruppe gehören.

Betrachten wir die Alterszusammensetzung, so lässt sich derselbe Trend wesentlich anschaulicher ablesen. In den heutigen 27 EU Mitgliedsstaaten zusammen hatte die Altersgruppe von 0 bis 15 im Jahr 1950 einen Anteil von 25,1 % und die Altersgruppe 65+ erst einen Anteil von 8,8 % an der Gesamtbevölkerung. Heute haben sich die Verhältnisse umgekehrt: Die Altersgruppe 0–15 Jahre repräsentiert nur noch 16,0 % der Gesamtbevölkerung; jene über 65 Jahre bereits 16,7 %. Zwischen der östlichen und der westlichen Hälfte Europas war das Ausgangsniveau unterschiedlich. Die jüngere Generation stellte in den Ländern der EU-15 bereits 1950 einen geringeren Anteil (Altersgruppe 0–15: 24,5 %), die ältere Generation einen höheren (65+: 9,5 %). 2005 war die Altersgruppe 0–15 Jahre (16,1 %) bereits etwas kleiner als die Gruppe 65+ Jahre (17,3 %). In den Ländern der heutigen EU-10 war die Gruppe der Kinder und Jugendlichen 1950 größer (0–15: 27,5 %) und die der Älteren kleiner (65+ Jahre: 6,5 %) als im Westen. 2005 gab es immer noch etwas mehr Kinder und Jugendliche (Altersgruppe 0–15: 15,7 %) als Ältere (65+ 14,3 %).

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

In allen europäischen Ländern befindet sich derzeit deutlich mehr als die Hälfte der Bevölkerung im Haupterwerbsalter (20–65 Jahre). Infolge der niedrigen Kinderzahl der Baby-Boom-Generation ist dieser Anteil in den letzten Jahrzehnten gestiegen (EU-27; Altersgruppe 20–65, 1950: 58,0 %; 2005: 61,1 %). Da die Lebenserwartung und damit der Anteil der Älteren im weiter entwickelten Westen höher sind, blieb der Anteil der Bevölkerung im Haupterwerbsalter in den EU-15 etwas geringer (2005: 60,8 %) als in den EU-10-Ländern (2005: 62,3 %). In absoluten Zahlen macht diese Gruppe in der EU-27 derzeit 298 Millionen Menschen aus. Von ihnen leben 233 Millionen in den stärker entwickelten Staaten der EU-15 und 64 Millionen in der EU-10.

1.1.1.4 Der Süden und Westen Europas („EU-15“)

Die westeuropäischen Länder – nur die heutigen EU-15-Staaten, die anderen Länder werden hier nicht berücksichtigt – hatten nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahr 1950 zusammen 296 Mio. Einwohner. Allerdings ist hier bei Deutschland die ehemalige DDR mitgerechnet. Ohne DDR hatten diese Länder 278 Mio. Einwohner. Die traumatischen Geschehnisse des Krieges und der ersten Zeit nach dem Krieg (Flucht, Vertreibung, Neuansiedlungen) blieben nicht ohne Auswirkungen auf die demografische Entwicklung. Die vier Besatzungszonen Deutschlands (ab 1949: BR Deutschland und DDR) sowie Österreich waren Aufnahmeländer für einen Großteil der vertriebenen Personen. Vertriebene gab es aber auch in Polen und Ungarn.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Fruchtbarkeit in Westeuropa deutlich über dem Ersatz-Niveau. Nach einer ersten Normalisierung in den 1950er-Jahren, stiegen durchschnittliche Kinderzahl und Geburten insgesamt weiter an. Dies war der so genannte Babyboom. Er erreichte allerdings nicht das Ausmaß der Babybooms, der nach 1945 die Geburtenentwicklung in den USA geprägt hatte. Der Anstieg der Fruchtbarkeit ging Mitte der 1960er-Jahre zu Ende.

Heute besteht auch die EU-15 aus mehreren Zonen, obwohl die Entwicklungstendenzen sehr ähnlich sind.

Im Nordwesten Europas begann die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer Fruchtbarkeit auf einem mäßig hohen Niveau. Die Gesamtfruchtbarkeit (TFR) lag bei etwa 2,4 Kindern pro Frau. Danach stieg die Fruchtbarkeit ab Mitte der 1950er-Jahren auf etwa 2,7 Kinder an. Dies und die große Zahl junger potenzieller Eltern führten zum bereits erwähnten Babyboom. Mitte der 1960er setzte dann der Rückgang ein. Die Gesamtfruchtbarkeit sank im nächsten Vierteljahrhundert auf etwa 1,5 Kinder pro Frau, also auf etwa die Hälfte des Niveaus, das während des Babybooms registriert worden war. In den meisten Ländern Nordwest-Europas begann Mitte der 1990er erneut ein leichter Anstieg. Am stärksten war er in Frankreich. Insgesamt ist dieser Teil Europas eine sehr homogene Region.⁵

⁵ Wenn wir als Maßzahl dafür den Variationskoeffizient $v = \sigma/\mu$ nehmen, so war er schon vor Jahrzehnten niedrig und wurde mittlerweile noch niedriger. Da allerdings die Entwicklung nicht überall in derselben Geschwindigkeit verlief, können wir dabei in der Maßzahl der Unterschiede eine leichte Ausbuchtung nach oben in den 1980ern und 1990ern beobachten: In dieser Zeit haben sich also kurzfristig die Unterschiede zwischen den Ländern verstärkt, zumal es vereinzelt Ausreißer gab.

Südeuropa weist ein etwas anderes Bild auf. Die Mittelmeerländer hatten nach dem Zweiten Weltkrieg eine beträchtlich höhere Fruchtbarkeit als der Nordwesten Europas. Umso deutlicher war später der Rückgang. Und er fand in einer viel kürzeren Zeit statt als im Norden und Westen. Heute haben die Länder Südeuropas eine außerordentlich niedrige Fruchtbarkeit. Auch zeichnet sich vorerst kein Wiederanstieg ab.

Vor den 1960er-Jahren gab es in fast allen westeuropäischen Ländern mehr Auswanderung als Einwanderung. Der Wanderungs-Saldo war negativ. Seit damals wurden alle diese Länder zu Einwanderungsländern, einige früher periphere Länder allerdings mit deutlicher Verzögerung (Finnland, Griechenland, Irland, Portugal, Spanien).

Wenn wir hier von Ländergruppen sprechen, so gibt es klarerweise so genannte „Ausreißer“. Irland ist dies in verschiedener Hinsicht. Mitte des 19. Jahrhunderts prägte eine große Hungersnot die Entwicklung. Die überlebende Bevölkerung reagierte mit massiver Auswanderung, hauptsächlich in die USA sowie nach Großbritannien. Die Insel insgesamt verlor zwischen 1835 und 1880 die Hälfte ihrer Bevölkerung. Doch auch nach der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1920 war von einer Bevölkerungszunahme im Freistaat keine Rede.

Auch in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gab es kein Bevölkerungswachstum. Im Gegenteil: Bis 1970 sanken diese Zahlen sogar leicht. Erst seit damals, nunmehr aber ziemlich kräftig, setzte ein Wachstum ein, welches zumindest anfangs auch von Rückwanderern aus früheren Auswanderungswellen getragen war. In den letzten beiden Jahrzehnten hatte Irland auch Einwanderer aus Drittstaaten; insbesondere aus der östlichen Hälfte Europas.

Auch die Fruchtbarkeit lag nach 1945 in Irland lange Zeit weit über dem westeuropäischen Niveau und stieg sogar noch an. Doch auch in Irland gab es nach 1965 (4,0 Kinder pro Frau) einen Knick nach unten. Im Gegensatz zu den meisten westeuropäischen Ländern hat Irland allerdings auch heute noch immer eine vergleichsweise hohe Kinderzahl pro Frau (2005: 2,0). Man hat den Eindruck, das Land mache die Entwicklung Südeuropas durch – das würde bedeuten, dass der starke Rückgang der Fruchtbarkeit noch kommen wird. In solchen Überlegungen gilt es jedoch Vorsicht walten zu lassen. Die mechanische Übertragung von Entwicklungsmustern von Land zu Land lässt potenzielle Lerneffekte außer Acht.

Aus Westeuropa gab es bis in die 1970er-Jahre eine quantitativ bedeutende Auswanderung nach Übersee. Dieser Wanderstrom ist nicht völlig abgebrochen – in einer globalisierten und hochmobilen Welt wäre dies schwer vorstellbar. Doch Westeuropa wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer der wichtigsten Einwanderungsregionen der Welt. Zugleich kam es zu beachtlichen Wanderungsströmen innerhalb Westeuropas. Bewohner der südlichen Länder – Italien, Spanien, Portugal, Griechenland – gingen in größerer Zahl nach Norden – nach Frankreich, Westdeutschland und in die Schweiz. Das hatte einerseits mit bilateralen Anwerbeabkommen und der Sorgwirkung des so genannten „Wirtschaftswunders“ im Nordwesten Europas zu tun. Andererseits spielten politische Faktoren eine Rolle: die Diktaturen in Spanien, Portugal und vorübergehend auch in Griechenland. Gegen Ende der Diktatur verzeichnete vor allem Portugal eine relativ hohe Zahl an Auswanderern, die auch mit den damaligen Kolonialkriegen des Landes in Afrika zusammenhing. Die Portugiesen (und die Griechen) gingen also in die klassischen Auswanderungsgebiete nach Übersee und ließen damit kurzfristig sogar den gesamteuropäischen Wanderungs-Saldo etwas ins Negative kippen.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Zuwanderung nach Westeuropa gab es ab den 1960er-Jahren auch aus dem damaligen Jugoslawien, aus der Türkei und aus Nordafrika. In den 1980er-Jahren schwächte sich die Zuwanderung vorerst ab. Nach der „Wende“ aber kamen bald mehr Auswanderer auch aus den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas nach dem europäischen Westen. Ebenso bedeutend war das Neueinsetzen der Zuwanderung aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Hier waren politische Ereignisse entscheidend, insbesondere ethnische Säuberungen, Bürger- und Sezessionskriege im ehemaligen Jugoslawien sowie die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Militär und kurdischer Guerilla im Südosten der Türkei. Von wachsender Bedeutung war vor allem nach 1990 die ethnisch privilegierte Zuwanderung. Die größte Gruppe bildeten deutsche Spätaussiedler – Menschen mit deutschen Wurzeln und teilweise auch deutscher Sprache – aus Polen, Kasachstan, Russland und Rumänien.

Beträchtliche Zuwanderung gab es seit den 1980er-Jahren auch aus Lateinamerika, aus dem sub-saharischen Afrika und anderen Regionen der Dritten Welt. Sie bekamen nun auch quantitativ eine bisher jedenfalls in Kontinentaleuropa noch nicht festgestellte Qualität.

1.1.1.5 Die östliche Hälfte der Europäischen Union („EU-10“)

Etwas anders verlief die demografische Entwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa. Dieser Teil der EU umfasst Staaten, die 2004 und 2007 Mitglied der Union wurden.⁶ Wir bezeichnen diese Länder als „EU-10“.

Auch hier lässt sich weiter untergliedern. Die ostmitteleuropäischen Länder im engeren Sinn, also Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Slowenien – bis zu einem gewissen Grad auch Polen – bilden eine Gruppe einander sehr ähnlicher Gesellschaften. Die anderen Staaten des Westbalkans⁷ sowie die Baltischen Staaten haben dagegen etwas abweichende Muster.

Die Bevölkerung dieser Ländergruppe wuchs bis 1980 mit größerem und danach bis 1990 mit etwas kleinerem Tempo. Seit damals gibt es in Ostmittel und Südosteuropa einen Bevölkerungsrückgang.

Die Gesamtfruchtbarkeit dieser Länder lag nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein bei etwa drei Kindern pro Frau. Die Unterschiede zwischen den Ländern waren allerdings beträchtlich. In den heutigen EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas („EU-10“) fiel die Gesamtfruchtbarkeit bis Mitte der 1970er-Jahre und stieg danach wieder etwas an. Während pronatalistische Maßnahmen im Westen gewöhnlich eher geringe Effekte hatten, war dies in den damals kommunistischen Ländern Europas anders. Die Gesellschaftssysteme dieser Gruppe boten diesbezüglich eine Ordnung an, welche eine bessere Vereinbarkeit von Kindern und Beruf auch für Frauen und Mütter ermöglichte. Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen war sowohl ideologisch als auch wegen der geringen Arbeitsproduktivität dringend erwünscht. Doch politisch gewünscht war auch eine Kinderzahl zumindest auf Ersatz-Niveau.

In manchen der Länder reagierte die politische Führung mit einer ausgesprochen konservativen Familienpolitik, die auch Maßnahmen wie zuerst das völlige Verbot und später eine

⁶ Ohne Malta und Zypern, die 2004 ebenfalls EU-Mitglieder wurden.

⁷ Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ohne Slowenien.

doch sehr restriktive Handhabung von Schwangerschaftsunterbrechungen einschloss. Als die Fruchtbarkeit schließlich auch in diesen Gesellschaften nach unten tendierte, war eine Umkehr dieses Trends den jeweiligen Regimen so wichtig, dass sie teilweise sogar auf die vorher nicht unwichtige Zielvorgabe „traditionelle Familie“ – also die formale Eheschließung – verzichteten. In der DDR wurden schließlich durchaus auch Lebensgemeinschaften gefördert, solange sie Kinder produzierten.

Dann nach der „Wende“ sank die Fruchtbarkeit in den früher kommunistischen Ländern drastisch ab; teils deutlich unter das westeuropäische Niveau. Sie erreichte einen historischen Tiefststand, teils durch allgemeinen Rückgang der Fruchtbarkeit, teils auch durch einen Tempo-Effekt (Lutz / Skirbekk 2005), also durch einen raschen Anstieg des mittleren Alters, in dem Frauen Kinder zur Welt bringen (mittleres Gebäralter). Die Geburten erfolgten bis 1989 im verhältnismäßig jungen Alter der Frauen, während es im Westen seit Beginn der 1970er-Jahre zu einem langsamen, aber stetigen Anstieg des Alters der Mutter bei der Erstgeburt kam.

Wir können daher einerseits einen wirklichen Rückgang der Kinderzahlen registrieren, der sich in kleineren Familien der betreffenden jüngeren Generationen niederschlagen wird. Andererseits war der Rückgang aber auch durch die rasche Verschiebung von Geburten auf einen späteren Zeitpunkt im Leben bedingt. Als Folge davon stieg die (Perioden-) Fruchtbarkeit in der EU-10 nach einem historischen Tief Ende der 1990er-Jahre wieder etwas an. Sie liegt allerdings noch immer unter den ebenfalls recht tiefen Werten Westeuropas. Man kann es auch anders formulieren: Der „zweite“ demografische Übergang fand in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas nach 1990 binnen einer kurzen Zeit von rund einem Jahrzehnt statt. Es war ein Paradigmenwechsel im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationsprozess, wie man ihn in diesem Tempo bisher anderswo kaum erlebt hatte.

Klarerweise hatte es schon zuvor unter den kommunistischen Regimen eine gesellschaftliche Modernisierung gegeben. Sie war von oben gefördert und konzipiert worden. Nun kam eine individuelle Modernisierung, die teils vom Wertewandel im gesellschaftlichen Umbruch, teils aber auch von der Reaktion auf die profunde Unsicherheit des Strukturwandels getrieben war.

Die Sterblichkeit ging in den Ländern Ostmittel- und Südosteuropas nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst drastisch zurück. Die Lebenserwartung stieg deutlich an. Mit der krisenhaften gesellschaftlichen Entwicklung ab Mitte der 1970er-Jahre begannen sich die Länder dieser Gruppe auseinander zu entwickeln. Anfang der 1980er-Jahre begann in Ungarn die Lebenserwartung etwas zu sinken. Die UdSSR veröffentlichte eine Zeitlang aus politischen Gründen keine Daten mehr – um die rückläufige Lebenserwartung nicht publik zu machen. Während die Kindersterblichkeit weiter zurückging und auch die Lebenserwartung der Frauen noch etwas anstieg, war es bei den Männern anders. Insbesondere die Sterblichkeit im mittleren Alter stieg an und verkürzte die Lebenserwartung der Männer insgesamt.

Mit der Wende aber kam generell ein Trendbruch. Die Lebenserwartung sank fast überall. Während sie aber in den Transformationsländern Ostmitteleuropas seit Beginn des 21. Jahrhunderts wieder ansteigt, stagniert sie nun in den Baltischen Staaten – ganz zu schweigen von den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

In den heute zur EU gehörenden Staaten Ostmittel- und Südosteuropas gab es trotz des Eisernen Vorhangs schon vor 1989 ein gewisses Maß an Ein- und Auswanderung; zumeist allerdings in bescheidenem Ausmaß. In Ländern wie der DDR sowie der ČSSR gab es „Gastarbeiter“ aus anderen kommunistischen Ländern (z. B. aus Angola, Kuba, Vietnam). Wenn Auswanderung stattfand, dann erfolgte sie entweder in Krisenjahren kommunistischer Herrschaft (Ungarn 1956, ČSSR 1968, Polen 1980/81, DDR 1989). Oder es handelte sich um eine politisch vereinbarte Migration – insbesondere im Fall der schon genannten „deutschen Spätaussiedler“ aus Polen, Rumänien und der damaligen Sowjetunion. Das ehemalige Jugoslawien war damals der einzige kommunistische Staat, der all seinen Bürgerinnen und Bürgern die freie Ausreise gestattete und damit auch die Möglichkeit zur regulären Auswanderung gab.

Die Altersstruktur in Ostmittel- und Südosteuropa glich sich weitgehend jener in Westeuropa an. Die Zahl der Menschen im Haupterwerbsalter, also die Altersgruppe zwischen 20 und 65 Jahren, stieg ganz erheblich. Auch ihr Anteil erhöhte sich. Bis 1975 betrug er 56 %. Dann fing der Anteil langsam und zuletzt rascher an zu steigen. 2005 betrug der Anteil der Altersgruppe 20–65 J. bereits 62,3 %. Das verdankte sich primär dem schnell sinkenden Anteil von Kindern und Jugendlichen: Dieser fiel von 18,2 % im Jahr 2000 auf 15,7 % im Jahr 2005 und wird wegen der niedrigen Geburtenzahlen weiter zurückgehen. In diesem Jahr belief sich der Anteil der potenziell Aktiven auf 62,3 %.

Nach der „Wende“ kam es zu erheblichen Auswanderungsströmen, vor allem durch den Fall des Eisernen Vorhangs, die neue Reisefreiheit und diverse Transformationskrisen bedingt. Mittlerweile gibt es in einigen dieser Länder jedoch positive Wanderungssalden. Dies gilt insbesondere für die Tschechische Republik, Slowenien und Ungarn. Aus anderen Ländern, vor allem aus dem Baltikum, Bulgarien, Polen, Rumänien und der Ukraine ist die Abwanderung allerdings noch immer hoch. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Osterweiterung der EU. Sie eröffnete den Bürgerinnen und Bürgern Ostmittel- und Südosteuropas Zugang zu den Arbeitsmärkten jener westlichen EU-Staaten, die keine restriktiven Übergangsbestimmungen in Kraft setzten. Sie gab all jenen, die 2004 bzw. 2007 EU-Bürger wurden, das Recht, sich im gesamten EU-Raum frei niederzulassen, und erleichterte damit natürlich auch die illegale Beschäftigung.

1.1.1.6 Resümee

Das Bild für die Länder der heutigen EU ist ziemlich gemischt. In der EU-15 gibt es immer noch einen leicht positiven Geburtensaldo, also mehr Geburten als Todesfälle sowie deutlich mehr Zuwanderung als Abwanderung. Deutschland ist die wichtigste Ausnahme. Es bildet zusammen mit Italien eine demografische Stagnationszone. Die Bevölkerung Westeuropas wächst daher und wird dies wohl noch eine Weile tun. In der EU-10 haben alle Länder mehr Todesfälle als Geburten. Die Region als Ganze hatte in den letzten Jahren deutlich mehr Abwanderung als Zuwanderung. Allerdings wächst auch hier die Zahl der Länder mit positivem Wanderungssaldo. Dies gilt heute für die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie für das Nicht-EU-Land Kroatien. Es findet anscheinend eine „Westverschiebung“ der Bevölkerung statt: Gegenüber den angrenzenden westlichen Ländern haben diese Länder noch immer deutliche Wanderungsverluste. Doch sie erhalten Zuzüge aus dem angrenzenden Osten und auch aus der Dritten Welt. Dennoch schrumpft die Einwohnerzahl Ostmittel- und Südosteuropas (EU-10).

Die Bevölkerungsgeschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg ist im Westen und im Osten also durchaus unterschiedlich. Das zeigen übrigens die Grafiken 1 und 2 deutlich genug. Die Bevölkerungszahlen allein zeigen uns allerdings nur einen Teil der Geschichte. Die wirklich interessante Entwicklung, gerade auch in diesem Kontext, spielt sich in den Grundvariablen, bei der Fruchtbarkeit und der Sterblichkeit sowie beim Wanderungsgeschehen ab. Da waren die Unterschiede, wie wir sahen, viel beträchtlicher als bei den Eckzahlen.

1.1.2 Die österreichische Entwicklung

1.1.2.1 Einwohnerzahl

Aus demografischer Sicht gehörte Österreich am Beginn des 20. Jahrhunderts zu einer Übergangszone zwischen Ost und West.⁸ Zu dieser Zeit hatten die Länder und Gebiete, welche seit 1918/21 das Gebiet der Republik Österreich bilden, eine Phase starken Bevölkerungswachstums hinter sich: In den sechs Jahrzehnten zwischen 1850 und 1910 war die Bevölkerung auf dem Boden des heutigen Österreich von 3,9 Mio. auf 6,6 Mio. gewachsen. Dabei war das Wachstum regional durchaus unterschiedlich: Das heutige Burgenland, damals noch Teil dreier westungarischer Komitate, hatte aufgrund starker Auswanderung nur wenig Zuwachs an Einwohnern. Die Einwohnerzahl der Hauptstadt Wien – damals noch Teil von Niederösterreich – hatte sich dagegen mehr als verdreifacht und erreichte mit 2,1 Mio. Einwohnern ihren bisherigen historischen Höhepunkt.

In der Ersten Republik stagnierte die Bevölkerungszahl genauso wie die wirtschaftliche Entwicklung – obwohl sich hinter den Eckzahlen der betreffenden Jahre eine erhebliche Dynamik verbarg. Vor allem zwischen 1918 und 1920 gab es einerseits eine starke Abwanderung in andere Nachfolgestaaten der Monarchie, insbesondere nach Polen und in die Tschechoslowakei, andererseits eine beträchtliche Zu- und Rückwanderung ziviler und militärischer Eliten aus ehemaligen Kronländern nach Österreich.

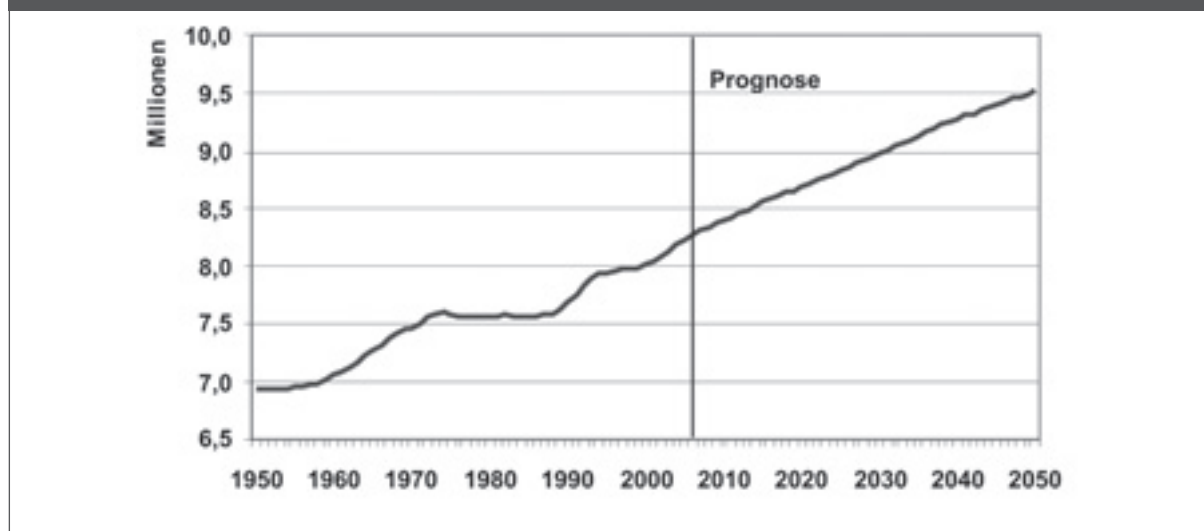
Der Anschluss an das Deutsche Reich brachte ab 1938 einerseits Flucht, Vertreibung und Deportation von Regimegegnern und von großen Teilen der jüdischen Bevölkerung, andererseits die Ansiedlung von Volksdeutschen aus verschiedenen Teilen Europas sowie den unfreiwilligen Aufenthalt einer großen Zahl von Zwangsarbeitern. 1939 betrug die Einwohnerzahl 6,6 Mio. Gegen Ende des Krieges und während der unmittelbaren Nachkriegszeit kamen Kriegsflüchtlinge und Vertriebene zu Hunderttausenden nach Österreich, weswegen die Zahlen von 1947 nicht uninteressant sind. Wien hatte gegenüber 1939 massiv verloren und auch deutlich weniger Einwohner als bei der nächsten Volkszählung im Jahr 1951. Niederösterreich hatte hingegen 1947 um fast 100 000 Einwohner mehr als bei der Volkszählung 1951. Bekanntlich hatte sich die Hauptstadt gegen Kriegsende sowie in der ersten Hungerzeit danach geleert. Manche kamen 1946/47 zurück, andere blieben im Umland oder im Westen Österreichs. Wie die Zahlen belegen, hatten die Bundesländer Oberösterreich, Salzburg und Kärnten offenbar eine große Zahl an Flüchtlingen aufgenommen. Auch sie hatten 1947 mehr Einwohner als 1951.

⁸ Bezeichnenderweise verläuft die so genannte Hajnal-Linie (welche die Grenze zwischen dem westeuropäischen und dem südosteuropäischen Heiratsmuster angibt) quer durch den Osten Österreichs.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Trotz Krieg und Shoa war die Bevölkerung Österreich 1947 mit 7,0 Mio.⁹ deutlich höher als 1939 (6,6 Mio.). Dies erklärte sich vor allem durch die hohe Zahl an Flüchtlingen und Vertriebenen. Ein kleinerer Teil der anfangs schlecht integrierten Flüchtlinge, Vertriebenen und Displaced Persons, die 1947 noch im Land waren, wanderte in den folgenden Jahren nach Deutschland und Übersee ab. Der Großteil blieb jedoch im Land. Somit gewann das Land statistisch erst mit dem Jahr 1951 so etwas wie eine neue Normalität. Die Bevölkerung war mit 6,953 Millionen 1951 deutlich höher als 1939 (6,634 Mio.), Bis Anfang der 1970er-Jahre kam es zu einem stetigen Wachstum auf 7,5 Mio. Einwohner. Wichtigste Ursache waren die Geburtenüberschüsse der damaligen Periode. Erst ab den späten 1980er-Jahren beschleunigte sich das Wachstum erneut – nun vor allem durch Zuwanderung. Mit dem derzeitigen (Ende 2008) Stand von 8,3 Millionen Menschen hat die Zahl der Menschen auf dem Gebiet der Republik Österreich ihren bisherigen Höhepunkt erreicht. Weiteres Wachstum ist zu erwarten.

Grafik 5: Bevölkerungsentwicklung Österreichs, 1950 bis 2050

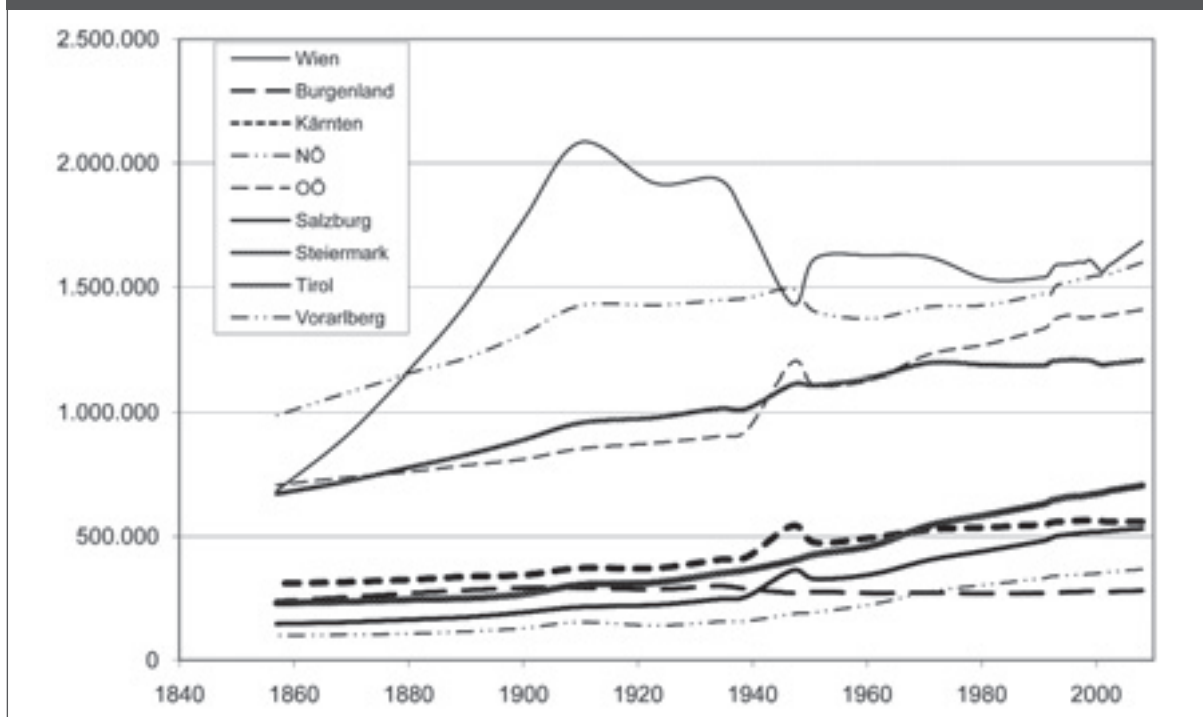


Quelle: Statistik Austria; Bevölkerungsfortschreibung, Bevölkerungsprognose 2007

Regional wuchsen seit 1960 vor allem Niederösterreich und Oberösterreich sowie Salzburg, Tirol und Vorarlberg. In Wien stieg die Einwohnerzahl – nach Jahrzehnten des Rückgangs – erst seit dem Jahr 1999 wieder deutlich an. Die Steiermark und Kärnten verzeichneten in den letzten Jahrzehnten bloß ein geringes Wachstum der Einwohnerzahlen. Einzig das Burgenland hat heute nur unwesentlich mehr Einwohner als vor 40 Jahren.

⁹ Die Zahlen für 1951 (bzw. 1947) enthalten keine in Österreich stationierten alliierten Soldaten.

Grafik 6: Bevölkerungsentwicklung in den österreichischen Bundesländern, 1857 bis 2008



Datenquelle: Statistik Austria, Volkszählungen und Bevölkerungsfortschreibung

1.1.2.2 Eheschließungen und Scheidungen

Bis an die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war in weiten Teilen Österreichs das westeuropäische Heiratsmuster bestimmend. Heiraten durfte nur, wer über eine entsprechende wirtschaftliche Grundlage verfügte. Dies führte einerseits dazu, dass vor allem Männer die Hochzeit biografisch hinausschieben mussten; andererseits bedeutete es, dass viele überhaupt nicht heiraten konnten. Im Osten der heutigen Republik wurden diese Ehebeschränkungen in den 1860er-Jahren aufgehoben, im Westen galten sie bis Anfang des 20. Jahrhunderts. Man mag die Rechtsqualität der Eheverbote in Frage stellen, nicht bezweifeln lässt sich jedoch, dass sie sozial einigermaßen wirksam waren. Mit dem Wegfall rechtlicher und sozialer Heiratsbeschränkungen begann das Heiratsalter im 20. Jahrhundert bis in die frühen 1970er-Jahre zu sinken. Zugleich verringerte sich die Zahl derer, die lebenslang unverheiratet blieben. Unter den Frauen der Jahrgänge 1930 – 1945 war dies bei weniger als 10 % der Fall. Seit Mitte der 1970er-Jahre steigt das Erstheiratsalter wieder kontinuierlich an. Noch 1981 lag der Durchschnitt für Männer bei 25,8 Jahren, für Frauen bei 23,2 Jahren. Mittlerweile beträgt es bei Männern 32,5 Jahre, bei Frauen 29,8 Jahre.

Der „Erste Demografische Übergang“ hatte im Gebiet des heutigen Österreich Mitte des 19. Jahrhunderts eingesetzt und auch einen Wechsel der Lebensformen bewirkt. Von den 1870ern weg bis zum Anfang des Ersten Weltkriegs stieg die Zahl der Eheschließungen langsam, aber deutlich an – das westeuropäische Heiratsmuster mit seinen hohen, durch soziale Kontrolle erzwungenen Ledigenquoten und seinem hohen Heiratsalter löste sich im Westen Österreichs langsam auf. Der Erste Weltkrieg brachte einen Einbruch bei den

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Eheschließungen. Nach dem Krieg gab es eine entsprechend hohe Zahl „nachgeholter“ Hochzeiten. „Die Eheschließungen waren nach den Hemmungen der Kriegszeit ungeahnt zahlreich geworden; nun steigt die Zahl allmählich wieder herab“ (Statistische Nachrichten 1, 25.9.1923, 136).

Die Erste Republik erreichte erst 1928 wieder die Wirtschaftsleistung von 1913. Im Jahr darauf begann die Weltwirtschaftskrise. Sie entmutigte viele Menschen, eine eigene Familie zu gründen. Erst der Anschluss an das Deutsche Reich im Jahr 1938 brachte eine Wende. Der Anschluss mit seinem plötzlichen, durch den deutschen Militär-Keynesianismus induzierten Absacken der Arbeitslosigkeit und der ideologisch betonten familialistischen Politik brachte unglaublich hohe Eheschließungszahlen. Gegenüber 1937 verdreifachten sie sich in den Jahren 1938 und 1939. Danach blieben sie auch in den Kriegsjahren 1940 – 1942 über dem Niveau der 1930er-Jahre. Erst danach kam es – parallel zur Wende im Zweiten Weltkrieg – zu einem enormen Rückgang.

1947 bis 1951 erfolgte ein neuerlicher Anstieg der Eheschließungen, weil etliche kriegsbedingt aufgeschobene Eheschließungen nachgeholt werden konnten. Hoch blieben die Zahlen der geschlossenen Ehen bis Ende der 1960er-Jahre.

Grafik 7: Eheschließungen 1820 bis 2008



Quelle: Statistik Austria; Demographische Jahrbücher

Seit den 1960er-Jahren kam es zu einem langsamen Rückgang der Eheschließungen, der allerdings von einigen beträchtlichen Fluktuationen (1971/72, 1982/83 und vor allem 1987/88) begleitet war. Diese hingen mit familienpolitischen Diskussionen und Maßnahmen – insbesondere mit der Einführung (1972), der im Rahmen eines Wahlkampfes diskutierten (1982) und schließlich erfolgten Abschaffung (1988) der Heiratsbeihilfe – zusammen. 1971 warteten etliche mit der Eheschließung, 1982 und 1987 wurden erst für später geplante Eheschließungen vorgezogen. Diese Fluktuationen belegen übrigens, dass es sich bei Familien keineswegs nur um „politikresistente Gebilde“ (vgl. Kaufmann) handelt, wie bisweilen behauptet wird.

Seit Beginn der 1990er-Jahre gibt es eine weitere leichte Tendenz nach unten, die auch mit dem steigenden Heiratsalter zu tun hat. Doch sinkende Eheschließungszahlen bedeuten keineswegs eine abnehmende Attraktivität von Familie und Partnerschaft. Diese als Lebensziele für die Mehrzahl weit oben stehenden Werte nehmen allerdings zunehmend andere Rechtsformen an.

Scheidungen waren infolge der engen und durch das Konkordat 1855 auch völkerrechtlich verankerten Beziehung mit der Katholischen Kirche bzw. dem Vatikan im Habsburgerstaat jedenfalls für die übergroße Mehrheit der Katholiken kaum möglich. Nach der Kündigung des Konkordats wurden sie prinzipiell möglich, aber faktisch änderte sich vorerst wenig. 1884 wurden 487 Scheidungen auf dem Gebiet des heutigen Österreich gezählt, im Jahr 1901 waren es 1 057. Bei dieser Größenordnung blieb es vorerst.

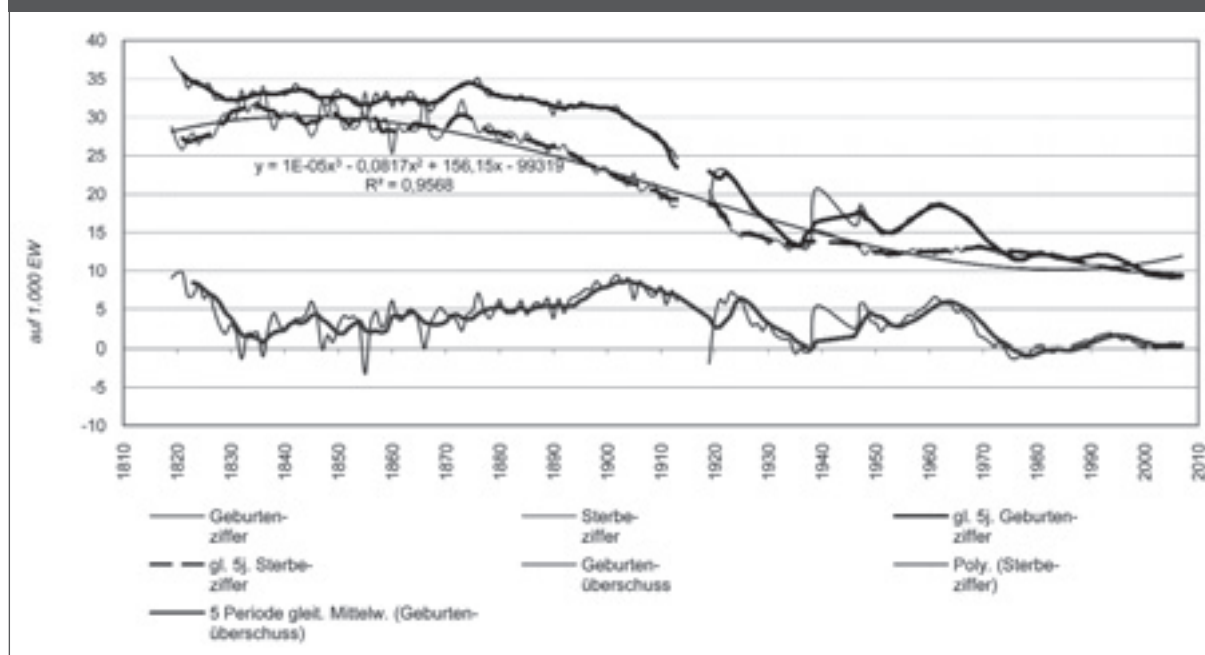
Nach dem Zusammenbruch der Monarchie und der Errichtung der Republik wurden Scheidungen grundsätzlich etwas leichter möglich. Ihre Zahl blieb aber auf niedrigem Niveau (1920: 5 358 Fälle).

Erst nach dem Anschluss an das Deutsche Reich und Weltkrieg wurden Zivilehe und die Möglichkeit zur Ehescheidung generell eingeführt. Entsprechend hoch war 1938/39 auch die Zahl der Scheidungen. Zum Teil „entledigten“ sich NS-Begeisterte ihrer jüdischen Ehepartner/-innen. Ähnlich war es unmittelbar nach dem Krieg, als manche während des Krieges rasch geschlossene Ehen wieder gelöst wurden (1946: 13 351 Fälle). Danach sank die Zahl bis ins Jahr 1963 langsam auf etwa die Hälfte. Seit Mitte der 1960er-Jahre steigt die Zahl der Scheidungen nahezu stetig an. Im Jahr 2007 erreichte sie 20 516 Fälle; das Scheidungsrisiko liegt somit bei rund 50 %.

1.1.2.3 Natürliche Bevölkerungsbewegung

Die rohen Geburtenziffern waren am Beginn des 20. Jahrhunderts noch recht hoch; im Jahr 1900 bei 31,3 Lebendgeborenen auf 1 000 Einwohner. Das entsprach etwa einer durchschnittlichen Zahl von vier Kindern pro Frau. Im Gegensatz dazu war die Sterblichkeit bereits rückläufig. Sie hatte 1870 noch bei etwa 32 Gestorbenen auf 1 000 Einwohner gelegen und war bis 1900 auf 23,2 gesunken. Insbesondere die Kindersterblichkeit lag mit 290 auf 1 000 Lebendgeburten im Jahr 1871 deutlich über jener in heutigen Entwicklungsländern. Sie sank aber recht schnell auf 172 pro 1 000 Lebendgeburten unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Krieg stetig (mit sehr wenigen Ausnahmen) weiter. Mittlerweile hat sie den kaum mehr zu verringernden Wert von 3,6 Sterbefällen auf 1 000 Lebendgeburten (2006) erreicht. Immerhin betraf dies 2006 in Summe 281 Kinder, die im ersten Lebensjahr verstarben.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 8: Der demografische Übergang

Anmerkung: 1914 – 18 und 1939 – 45 ohne Militärsterbefälle.
 Datenquelle: Statistik Austria, Demog. Jahrbücher

Ersichtlich ist, dass der Geburtenüberschuss im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts wuchs. Vor rund 140 Jahren standen den 187 000 Lebendgeborenen 138 500 Gestorbene gegenüber. Ab 1900 gingen die Geburten bis 1914 langsam und während des Ersten Weltkriegs drastisch zurück (1917: 92 289). Die Todeszahlen stiegen 1916 – 1919. Der Hunger in den Städten während und unmittelbar nach dem Krieg sowie die damals grassierende Spanische Grippe forderten ihren Preis.¹⁰ In den folgenden Jahren gab es einen Wiederanstieg der Geburtenzahlen (1921: 151 138), was auch mit der größeren Zahl aufgeschobener und nun nachgeholter Eheschließungen zusammenhing. Dann allerdings setzte sich der Trend zu sinkenden Geburtenzahlen fort. In der politischen und wirtschaftlichen Krisenzeit der 1930er-Jahre erreichte die Geburtenzahl schließlich ihren ersten historischen Tiefpunkt (1936: 88 264). Danach brachte der Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland einen raschen Wiederanstieg der Geburten. Auf den kürzeren Babyboom während der NS-Zeit folgte in den 1950er- und 1960er-Jahren ein längerer Babyboom.

Wir messen die Fruchtbarkeit gewöhnlich mittels der TFR. Doch dies ist ein Periodenmaß. Die abgeschlossene Fruchtbarkeit, die wirkliche Anzahl der Kinder pro Frau, hat allerdings den unaufhebbaren Nachteil, dass sie erst zu einer Zeit feststellbar ist, wenn sie praktisch keine Bedeutung mehr hat. Doch für die Entwicklung demografischer Theorie, und damit für die Praxis in einem zweiten Schritt, hat sie Bedeutung.

Die amtliche Statistik erhebt in den Volkszählungen die Anzahl der lebendgeborenen Kinder. Damit kann sie die abgeschlossene Fruchtbarkeit feststellen. Sie verlässt sich dabei, anders als bei der TFR, allerdings auf die Eigenangaben der Frauen. Doch hat es sich erwiesen, dass dies offenbar keine systematische Fehlerquelle bedeutenden Ausmaßes ist. Der Vergleich zwischen den Angaben der Volkszählung von 1981 und 1991 zeigt allerdings,

¹⁰ Die Sterbeziffern der Jahre 1914 – 18 enthalten keine Militärsterbefälle.

dass es bei den ältesten noch lebenden Jahrgängen ein Problem gibt, nämlich die differenzielle Sterblichkeit. Man wundert sich nur, dass diese Geburtskohorten von den sonst so vorsichtigen amtlichen Statistikern überhaupt ausgewiesen werden, weil die Zahlen so gering sind. Man kann jedenfalls die Daten sinnvollerweise erst seit dem Geburtsjahrgang 1906 gut verwenden; 1910 wäre vielleicht noch sicherer.

Im Zeitablauf fällt auf, dass sich der „Nazi-Babyboom“ von 1939/40 auf die abgeschlossene Fruchtbarkeit kaum merklich auswirkt. Offenbar haben damals tatsächlich vor allem jene Frauen bzw. Familien eine Geburt nachgeholt, die es aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage bisher nicht gewagt hatten. Dagegen zeichnet sich der Babyboom der 1960er-Jahre in der abgeschlossenen Fruchtbarkeit deutlicher ab als in der Periodenfruchtbarkeit. Hier bietet sich natürlich die umgekehrte Interpretation an: Es scheint, dass der Optimismus dieser Jahre manche Frauen bewog, das Wagnis einer Schwangerschaft bzw. eines Kindes einzugehen, vielleicht manchmal erst später als ursprünglich geplant, welche sodann in der Lebensplanung als mehr als die eigentlich erwünschte Kinderzahl angerechnet wurde. Jedenfalls gibt es einen kleinen Sprung in der Kinderzahl von den Geburtsjahrgängen 1916 bis 1926 – sie sollten zwischen 1936 und 1951 fruchtbar gewesen sein – zu den Jahrgängen 1931 bis 1935 – diese sollten von 1951 bis 1970 Kinder in die Welt gesetzt haben. Die durchschnittliche Kinderzahl stieg von 2 auf 2,43. Danach fing die Kinderzahl abzusinken an. In der Kohorte 1956 bis 1960, wo man bereits von einer praktisch abgeschlossenen Fruchtbarkeit zum Zeitpunkt der Befragung im Mai 2001 ausgehen kann, liegt die durchschnittliche Kinderzahl bei 1,77.

Manchmal gibt man auch noch – mit Blick auf die Entwicklung, als dieser Sachverhalt von wesentlicher Bedeutung war – die „eheliche Fruchtbarkeit“ an. Nehmen wir nun als Bezugsgruppe alle Frauen, die 2001 (bzw. 1991) 45 Jahre und älter waren, so finden wir hier den Wert von 2,28 (bzw. 2,36), also mit einer Tendenz nach unten. Diese ist allerdings nicht zuletzt auch durch den abnehmenden Stellenwert der Ehe begründet. Denn die abgeschlossene Fruchtbarkeit insgesamt war für Frauen dieser Altersgruppe mit 2,10 nur um zwei Hundertstelpunkte unter dem Wert von 1991 (2,12). Die außereheliche Fruchtbarkeit stieg also.

Als letztes nicht uninteressantes Datum können wir diese Zahl nur auf die Mütter beziehen, also die kinderlosen Frauen aus der Berücksichtigung ausschließen: Hier machte die abgeschlossene Fruchtbarkeit 1991 2,55 aus, zehn Jahre später 2,45, war also leicht gesunken. Etwas stärker sank in diesem Zeitraum die eheliche Fruchtbarkeit der Mütter, von 2,60 auf 2,47.

Der Anteil der kinderlosen Frauen sank von den älteren Kohorten ausgehend jedenfalls deutlich. In den ältesten Geburtsjahrgängen von 1906 bis 1910 waren es noch 27,0 % gewesen. In den Jahrgängen 1931 – 1940 waren es nur noch 19,3 %. In dieser Zeit sowie weiter bis zum Geburtsjahrgang 1955 bildete sich offenbar eine Zwei- bis Drei-Kind-Norm heraus. Sie reduzierte sich sodann in den jüngsten Jahrgängen, die keine Fruchtbarkeit mehr erwarten lassen, tendenziell auf eine Zwei-Kind-Norm. Insbesondere der Anteil der Frauen, also Familien, mit vielen, nämlich vier und mehr Kindern, änderte sich beträchtlich. Er war zuerst von 14,2 % (1906 – 1910) auf (1931 – 1935) 22,1 % gestiegen. Dann aber ging er rasch zurück und hält in den Geburtsjahren der Frauen 1956 – 1960 bei 6,9 %, drittelte sich also.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Die regionalen Unterschiede sind erheblich. Auch die Verläufe sind verschieden, jedenfalls für die Frauen, welche bis 1935 geboren sind. In Wien nahm die durchschnittliche Kinderzahl von einem sehr niedrigen Wert aus zu. Sie erreichte den Höchstwert (1,67) ein Jahr fünf später als in den anderen Bundesländern, nämlich erst in den Jahrgängen 1936 – 1940. Diese Frauen dürften die meisten Kinder zwischen 1960 bis 1970 geboren haben. Im Westen, nämlich in Vorarlberg, Tirol, aber auch in Oberösterreich, in Niederösterreich und in Kärnten stieg die durchschnittliche Kinderzahl offenbar bis zum Höchstwert im Babyboom. Ganz anders sah es im Burgenland aus: Dort sank die Fruchtbarkeit der ersten Jahrgänge, stieg dann allerdings auch etwas bis zu den Babyboom-Jahrgängen. Seit damals ging sie stark zurück. In den letzten analysierbaren Jahrgängen steht Vorarlberg an der Spitze, etwas abgesetzt von den anderen Bundesländern; an der unteren Stelle finden wir Wien. Jedoch sind die Unterschiede bei Weitem nicht mehr so groß wie am Beginn des betrachteten Zeitraums.

Der Zweite Demografische Übergang setzte in Österreich Mitte der 1960er ein. Man kann ihn als Teil einer „leisen“ Kulturrevolution bezeichnen. Zentrales Merkmal ist die Individualisierung der Entscheidung über die eigene Nachkommenschaft, die nun vor allem von den Frauen getroffen wird. Die Fruchtbarkeit – 1963 war sie mit 2,81 auf einem Höhepunkt gewesen – sank ziemlich rasch und stetig bis Anfang der 1990er-Jahre auf etwa 1,4 (1995) und verblieb seither mit geringen Abweichungen auf diesem Niveau. Die Gesamtfruchtbarkeitsraten zwischen den Bundesländern konvergieren seit 1965 deutlich – man kann auch sagen: Die regionalen Unterschiede bei der Familienbildung und Familiengröße verloren erkennbar an Bedeutung.

Das westeuropäische Heiratsmuster mit den strikten Heiratsbeschränkungen galt seinerzeit nicht allen Gebieten der heutigen Republik Österreich. Westungarn hatte ein anderes Heiratsregime. Zum Teil lässt sich dies heute noch erkennen. Im Burgenland und in einigen angrenzenden Bezirken Niederösterreichs ist das Heiratsalter heute deutlich niedriger als im Westen Österreichs, insbesondere in Salzburg und Tirol. Zugleich wird im Osten eher geheiratet als im Westen. Wien hatte lange Zeit ein besonders hohes Heiratsalter. Heute unterscheidet sich die Bundeshauptstadt kaum noch vom österreichischen Durchschnitt.

Trotz des beträchtlichen Anteils unehelicher Geburten hängt das mittlere Alter bei der Geburt immer noch deutlich mit dem Heiratsalter zusammen. Es stieg in den letzten 25 Jahren um drei Jahre. Zugleich verschwanden die regionalen Unterschiede weitgehend. 1981 brachten Frauen im Burgenland ihre Kinder im Schnitt zwei Jahre früher zur Welt als Frauen in Tirol und Vorarlberg. Mittlerweile ist die Differenz zwischen dem Burgenland und Tirol auf weniger als ein halbes Jahr geschrumpft.

Insgesamt stieg übrigens das Gebäralter beim ersten Kind stärker an als das beim zweiten. Das gilt erst recht für jedes folgende Kind. Frauen, die mehr Kinder bekommen und später damit anfangen, haben ihre Geburtenabstände im Schnitt deutlich verringert. Zu Beginn der 1980er-Jahre vergingen im Durchschnitt zehn Jahre zwischen der Geburt eines ersten und eines fünften Kindes. Heute sind es etwas weniger als acht Jahre.

Da die beiden Ereignisse in vielen Fällen zusammenhängen, stellt sich die Frage: Wie entwickelt sich der Abstand zwischen dem Zeitpunkt der Eheschließung und dem Zeitpunkt der Geburt des ersten ehelichen Kindes? In den letzten zehn Jahren hat sich der Anteil der

vorehelich konzipierten Kinder etwas verringert: von 31,3 % im Jahr 1997 auf 26,1 % im Jahr 2007. Das spricht dafür, dass sich der Charakter der Ehe als „Familienform für Kinder“ etwas verstärkt hat. Es kann auch sein, dass die Kontrazeption etwas effektiver geworden ist. Im Zeitraum zwischen ein und fünf Jahren nach der Eheschließung kommt derzeit mehr als die Hälfte aller ehelichen Kinder zur Welt (55,1 %). Früher betrug dieser Anteil 49,9 %.

Die altersspezifische Fertilität sank seit 1961 deutlich. In höheren Altersjahren, etwa ab 43, stieg sie zuletzt wieder etwas an. Mehr Frauen bekommen nun im höheren Alter noch Kinder. Historisch ist dies nichts völlig Neues. Allerdings wurden früher jenseits der 40 die letzten Kinder einer längeren Geschwisterreihe zur Welt gebracht. Heute handelt es sich auch in diesem Alter meist um erste oder zweite Geburten.

In den 1960er-Jahren waren die regionalen Unterschiede bei den Kinderzahlen beträchtlich. Am niedrigsten waren sie mit 1,83 Kindern pro Frau (1961) in Wien. In Tirol war die Fertilität mit 3,24 Kindern pro Frau beinahe doppelt so hoch wie in Wien. Das Burgenland lag damals mit 2,83 Kindern pro Frau (1961) knapp über dem österreichischen Durchschnitt (2,78); alle anderen Bundesländer hatten deutlich höhere Kinderzahlen. Seither gab es eine starke Verringerung regionaler Unterschiede. Heute liegt die Kinderzahl in Wien mit 1,36 (2007) im österreichischen Durchschnitt (1,38). In Tirol ist sie noch immer etwas höher (1,47); dasselbe gilt für Oberösterreich (1,47). Dagegen hat das Burgenland eine deutlich niedrigere Fruchtbarkeit (2007: 1,29 Kinder pro Frau).

Fragt man nach dem Geburtsort der Frauen, also nach der Herkunft, so überwiegt natürlich der Geburtsort Österreich. Die Tendenzen der Frauen sind dementsprechend im Wesentlichen dieselben. Sind die Frauen in Staaten der EU (2001: 15 Mitglieder!) geboren, so haben sie eine geringfügig niedrigere Fruchtbarkeit. Frauen, die im ehemaligen Jugoslawien geboren wurden, haben dagegen eine deutlich höhere Fruchtbarkeit und weisen keinen eindeutigen Entwicklungstrend auf. In der Türkei geborene Frauen haben eine doppelt so hohe abgeschlossene Fruchtbarkeit, die allerdings mit einer eindeutigen Tendenz sinkt.

1.1.2.4 Lebenserwartung und Alterung

Die Lebenserwartung bei Geburt war vor einem guten Jahrhundert noch niedrig. Sie betrug laut Sterbetafel 1868 – 73 für Männer knapp 33 Jahre, für Frauen 36,2 Jahre. Doch sie begann gerade zu steigen. Zwei Jahrzehnte später betrug sie für Männer knapp 36 Jahre und knapp vor dem Ersten Weltkrieg 43,5 Jahre. Trotz des Weltkriegs und der folgenden krisenhaften Entwicklung machte sie in den zwei Jahrzehnten danach einen mächtigen Sprung nach oben und betrug 1930 bei Männern 54,5 Jahre. Nun begann auch die Schere zwischen den Geschlechtern auseinanderzugehen: Für Frauen war sie bereits um vier Jahre höher. Wieder zwei Jahrzehnte und einen Weltkrieg später war sie für Männer auf 61,9 Jahre gestiegen, und der weibliche Vorsprung erreichte nunmehr 5,1 Jahre. In den folgenden Jahrzehnten stieg die Lebenserwartung stetig, wenn auch etwas langsamer weiter. In der Gegenwart halten wir nun bei 77,3 Jahren für Männer und einem sich minimal verkleinernden Vorsprung für Frauen, der 2007 aber immerhin 5,5 Jahre ausmacht.

Mittlerweile hat sich aber eine neue Entwicklung ergeben. Stieg die Lebenserwartung bei Geburt vor Jahrzehnten hauptsächlich, weil die Kindersterblichkeit sank, so ist dieser Faktor ausgeschöpft. Zwar sinkt sie immer noch etwas weiter, aber sie ist mittlerweile so

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

niedrig, dass sie zur Lebenserwartung nichts mehr beitragen kann. Nun steigt die Lebenserwartung in mittleren und späteren Jahren. Dies lässt sich am deutlichsten kürzerfristig darlegen. 1990/92 war die Lebenserwartung am 60. Geburtstag für Frauen 25,7 Jahre (Männer: 18,0), zum 80. Geburtstag immer noch 7,5 Jahre (6,3). Es zeigt sich auch, dass der weibliche Vorsprung im hohen Alter nur noch in geringem Umfang gegeben ist. Oder von einer anderen Warte aus betrachtet: Die Sterblichkeit in höherem Alter sinkt deutlich. Sie sinkt zwar auch in jüngerem Alter, aber eher geringfügig und geschlechtsspezifisch etwas verschoben. Sie macht beim männlichen Geschlecht zwischen dem 10. und dem 18. Lebensjahr eine kleine Welle nach unten, ist dann gleichmäßig etwas geringer bis zum 35. Lebensjahr, macht wieder eine kleine Welle nach unten und nimmt zwischen 53 und 67 schließlich einen deutlichen Rückgang. (Alle Vergleiche beziehen sich auf die Sterbetafeln von 1990/92 bzw. 2007.) Beim weiblichen Geschlecht ist die erste Stufe etwas konzentrierter zwischen dem 16. und dem 18. Lebensjahr erkennbar, dann gibt es einen langsamen aber stetigen Rückgang bis etwa 50. Schließlich erkennen wir auch hier eine deutliche Stufe um das 60. Lebensjahr herum.

Dies ist keine nur Österreich eigene Entwicklung. Auch in der BRD und im übrigen Westeuropa können wir eine ganz analoge Entwicklung beobachten. Faktum ist, dass in den letzten zwei Jahrzehnten ein Gewinn von einem Lebensjahr in drei oder in manchen Ländern nur von vier Jahren gegeben ist, jetzt wieder auf die Lebenserwartung bei Geburt bezogen. Und dieser Gewinn spielt sich nun vorwiegend in höherem Alter ab.

Der Rückgang der Fruchtbarkeit und nunmehr zunehmend auch der Gewinn an Lebenszeit hat zur Folge, dass es zum Prozess der demografischen Alterung kommt. Das heißt nichts anderes, als dass die mittleren und nunmehr auch die älteren Jahrgänge ein zunehmendes Gewicht in der Gesamtbevölkerung erhalten. Die über 65-Jährigen machten 1869 nur 5,2 % aus. Auch 1951 wogen sie erst 10,6 % der Bevölkerung, hatten sich im Anteil damit aber verdoppelt. 1991 betrug ihr Gewicht 15,0 %, und derzeit macht es 17,0 % aus. Dagegen sank der Anteil der Jungen von 37,5 % vor etwa anderthalb Jahrhunderten auf 29,3 % (1951) und weiter über 23,8 % (1991) bis auf 21,5 % (2007). Das aktive Potenzial, nämlich die Menschen im Alter von 20 bis 64, scheint auf den ersten Blick keine große Entwicklung genommen zu haben. Tatsächlich entwickelte sich die Kurve ihres Anteils viel bewegter als von den Eckzahlen her zuerst zu vermuten. Sie machte am Beginn des Zeitraums 60,2 % aus, sank dann ganz erheblich auf 54,7 % zwei Jahrzehnte später und stieg dann wieder an. Derzeit hält sie bei 61,5 %.

1.1.2.5 Wanderungsgeschehen

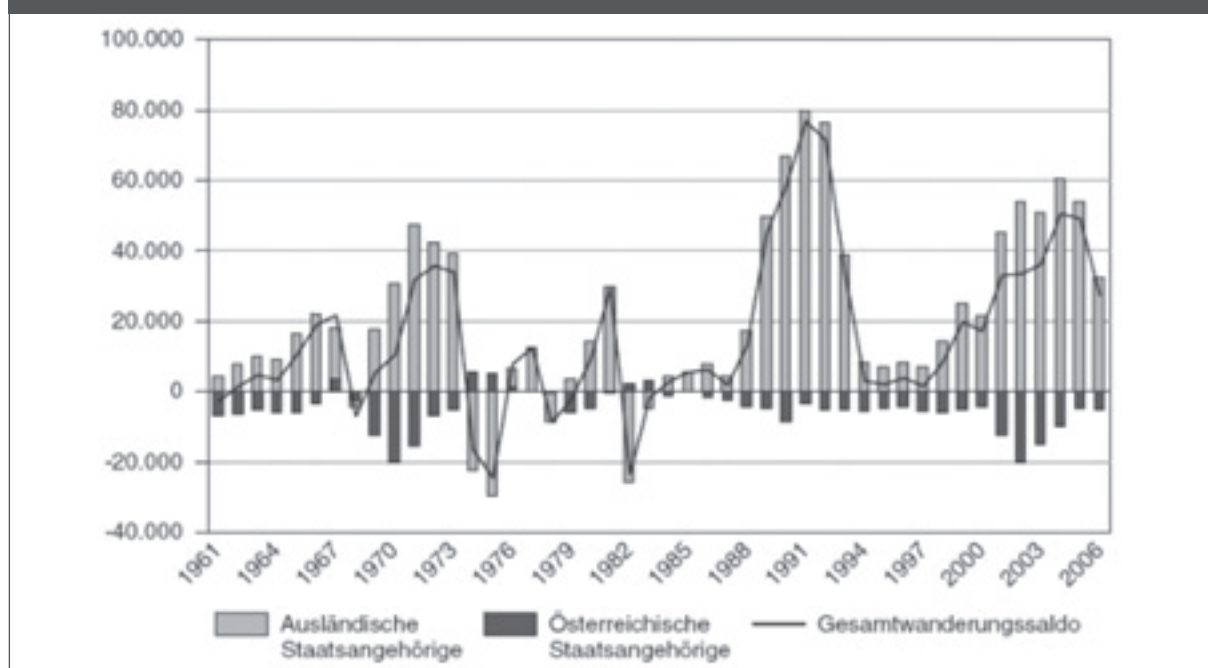
Wenn von Wanderungen die Rede ist, so werden darunter häufig internationale Wanderungen verstanden, bei denen Menschen staatliche Grenzen überschreiten. Noch häufiger ist jedoch die Binnenwanderung, also der Umzug über Gemeinde- und Bezirksgrenzen hinweg. Im folgenden Abschnitt geht es allerdings in erster Linie um internationale Wanderungen.

Die größte Zuwanderung ausländischer Staatsbürger auf das Gebiet des heutigen Österreich erfolgte während der NS-Zeit. Die Zahl der damals eingesetzten Fremd- und Zwangsarbeiter überstieg bei weitem jene der in der Nachkriegszeit beschäftigten Migrantinnen und Migranten. Hinzu kamen bis 1945 alliierte Kriegsgefangene und ausländische KZ-

Insassen. Unmittelbar danach folgte eine zweite große Wanderungswelle. Zwischen 1945 und 1948 fanden rund 420 000 Vertriebene „volksdeutscher“ Herkunft vor allem aus der Vojvodina, Westungarn und der Tschechoslowakei auf Dauer Zuflucht in Österreich. Hinzu kamen Displaced Persons und andere Flüchtlinge. Nicht in den damaligen Wanderungsstatistiken zu finden sind schließlich die großen Zahlen alliierter Truppenangehöriger, die 1945 – 55 in Österreich stationiert waren.

Nachdem die volksdeutschen Vertriebenen hierzulande – anders als in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR – nicht automatisch eingebürgert wurden, gehörte Österreich 1950/51 in Europa zu den drei Ländern mit den höchsten Anteilen ausländischer Bevölkerung (Volkszählung 1951: 4,7 %).

Grafik 9: Wanderungssaldo 1961 bis 2006



Datenquelle: Statistik Österreich

Zwischen den Volkszählungen 1951 und 1961 verlor Österreich durch Abwanderung ins Ausland netto 129 000 Personen, darunter überwiegend österreichische Staatsbürger. Erst ab den 1960er-Jahren verzeichnete Österreich eine positive Außenwanderungsbilanz. Zwischen 1961 und 2007 wanderten netto 830 000 Personen mehr aus dem Ausland zu als ins Ausland ab. Der Wanderungsüberschuss zwischen 1961 und 2007 erklärt damit fast zwei Drittel des österreichischen Bevölkerungswachstums dieser fast 50 Jahre. Hinzu kommt der indirekte Beitrag durch die in Österreich geborenen Kinder ausländischer Zuwanderinnen und eingebürgerter Migrantinnen. Seit 1960 brachten Ausländerinnen in Österreich über 300 000 Kinder zur Welt. Hinzu kommen Geburten eingebürgerter Migrantinnen.

Seit 1961 gingen in den meisten Jahren mehr Österreicher ins Ausland als von dort zurückkamen (= negativer Wanderungssaldo für österreichische Staatsbürger), während mehr ausländische Staatsbürger einwanderten als aus Österreich weggingen (= positiver Wanderungssaldo für ausländische Staatsbürger). Ausnahmen von dieser Regel gab es in wirtschaftlichen Krisenjahren (1974/75, 1982/83).

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Die Auswanderung österreichischer Staatsbürger erklärt sich vor allem durch Arbeits- und Bildungsmigration sowie durch die späte Rückkehr eingebürgerter Österreicher in ihre ehemaligen Herkunftsländer – meist nach Erreichen des Pensionsalters. Die Zuwanderung aus dem Ausland war bis 1973 durch die Anwerbung von „Gastarbeitern“ geprägt. Danach spielte der Nachzug von Familienangehörigen eine größere Rolle. Während der 1990er-Jahre kam es zu einem erheblichen Zuzug von Asylwerbern und Flüchtlingen insbesondere aus Kroatien, Bosnien und Serbien (einschließlich Kosovo), aber auch aus Russland (insbes. Tschetschenien). Seit dem Jahr 2000 steht die Zuwanderung von Arbeitskräften wieder stärker im Vordergrund. Auch ausländische Studierende spielen eine wachsende Rolle.

Regional konzentriert sich die internationale Zuwanderung stark auf Wien sowie auf die umliegende Niederösterreich und das nördliche Burgenland.

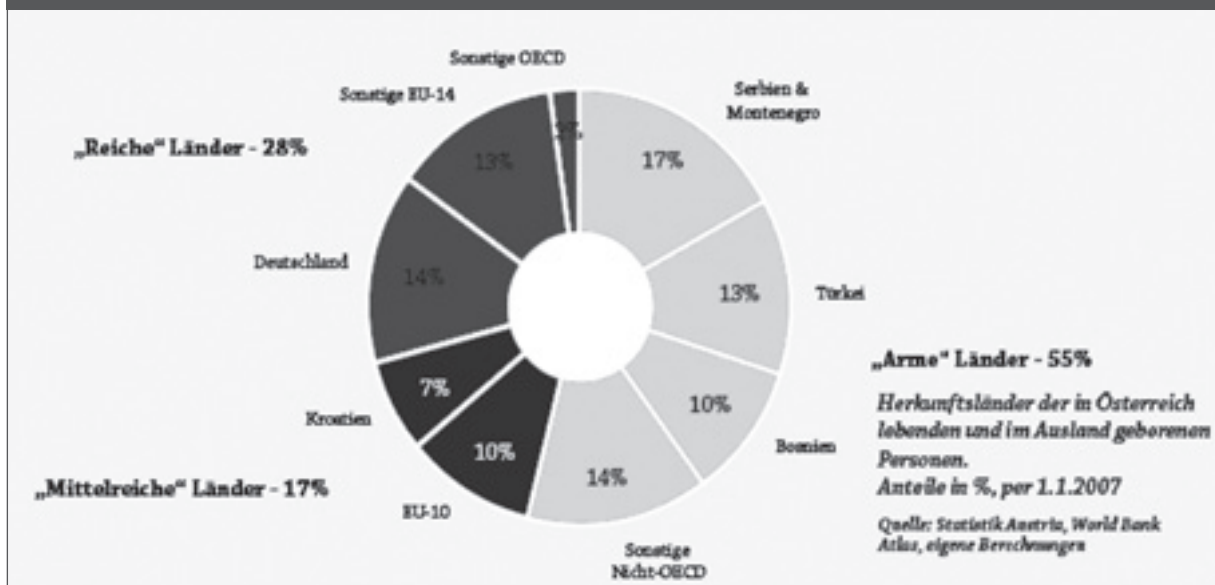
Heute leben in Österreich etwa 1,3 Mio. Menschen mit Geburtsort im Ausland. Dies sind 16 % der Gesamtbevölkerung. Viele von ihnen leben schon seit Jahrzehnten hier. Doch die Mehrzahl von ihnen kam erst zwischen 1988 und 2008 ins Land. Wichtigstes Herkunftsland ist Serbien (17 % der zugewanderten Bevölkerung).¹¹ An zweiter Stelle folgt Deutschland (14 %), an dritter Stelle die Türkei (13 %). Mehr als ein Viertel aller Zugewanderten stammt aus einem der „alten“ EU-Mitgliedsstaaten (EU-14 in Westeuropa), weitere 10 % aus einem der „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten in Ostmittel- und Südosteuropa (EU-12). Vor allem in jüngster Zeit (seit 2006) erfolgt die Zuwanderung nach Österreich überwiegend aus anderen EU-Staaten – Deutschland steht mittlerweile an erster Stelle aller Herkunftsländer, vor der Türkei und dem zusammengefassten ehemaligen Jugoslawien. Diese Zuwanderung erfolgt legal jenseits bestehender Quoten auf Basis der Niederlassungsfreiheit für EU-Bürger. Zuwanderer aus „alten“ EU-Staaten haben darüber hinaus freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt.

Der Anteil der (legalen) Afrikaner ist sehr gering, ähnlich der Anteil aus beiden Amerika. Jener aus Asien beträgt immerhin ein Siebtel des Saldos. Insgesamt macht der Anteil der Dritten Welt also vorerst noch einen ziemlich geringen Prozentsatz aus.

Ausländische Zuwanderer sind überwiegend junge Menschen. Von ihnen waren in den letzten Jahren 56 % 15 bis 29 Jahre alt. Der Anteil der älteren Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter ist mit 6,8 % sehr gering. Bei den Älteren über 60 Jahren ist der Wanderungssaldo negativ. Da gibt es mehr Auswanderer als Einwanderer.

¹¹ Diese Reihenfolge ändert sich, wenn man Zuwanderer, die aus dem Kosovo stammen, diesem seit 2008 unabhängigen Staat (und nicht mehr Serbien) zuordnet.

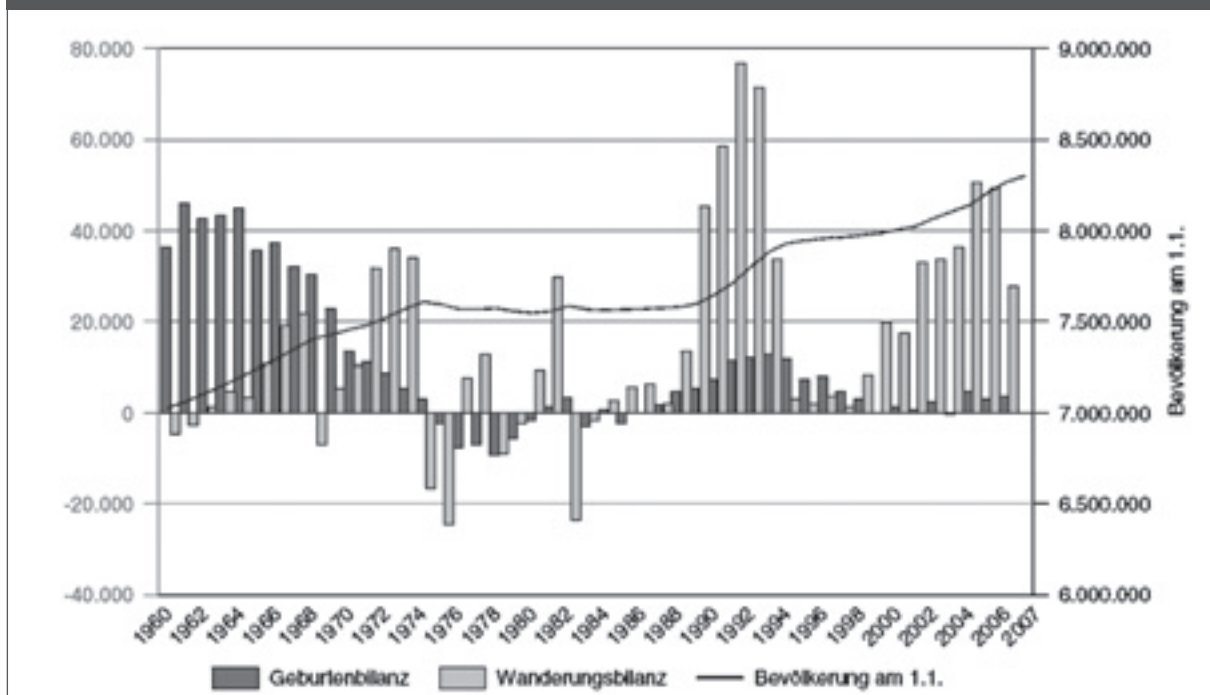
Grafik 10: Herkunft der im Ausland geborenen Bevölkerung Österreichs, 2007



Quelle: Statistik Österreich

Der Anteil der Asylwerber (gemeint sind die neuen Asylanträge), ein wesentliches Element der politischen Diskussion seit mehreren Jahrzehnten, ist in den letzten Jahren nach einem Hochstand 2002 (39 354 Anträge) zurückgegangen (2008: 12 841 Anträge). Damit ist er allerdings gegenüber dem Vorjahr wieder geringfügig gestiegen (2007: 11 921). Der größte Anteil unter ihnen kommt 2007 mit 22,4 % übrigens aus Russland, der zweitgrößte mit noch immer 14,9 % aus Serbien und Montenegro; er hatte 1998 46,1 % betragen.

Grafik 11: Geburtensaldo, Wanderungssaldo und Bevölkerungsentwicklung, 1960 bis 2007



Quelle: Statistik Österreich (Bevölkerungsfortschreibung; ab 2002: POPREG)

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Der Diskurs über Wanderung änderte sich im Laufe der letzten Jahrzehnte erheblich. In den 1960er- und 1970er-Jahren war Einwanderung hauptsächlich eine Frage des Arbeitsmarkts. In den 1990er-Jahren standen die Themen Asyl, Flucht und Vertreibung im Vordergrund. Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wurde verstärkt über kulturelle und religiöse Konflikte zwischen Einheimischen und Einwanderern gesprochen. Zugleich geriet das Thema „demografischen Alterung“ stärker ins öffentliche Bewusstsein. Internationale Zuwanderung wird nun von vielen als möglicher Beitrag zur Bevölkerungsentwicklung gesehen; oder zumindest als Ausweg angesichts voraussichtlich rückläufiger einheimischer Erwerbsbevölkerungen in Europa. Dabei geht es nicht mehr bloß um fehlende Bauarbeiter oder IT-Spezialisten, sondern ganz konkret um die Frage, wer denn für die rasch wachsende Bevölkerung im fortgeschritteneren Alter zukünftig Dienstleistungen erbringen soll.

Ein Blick auf die Binnenwanderung der letzten zehn Jahre ergibt schließlich das gewohnte Bild, mit kleinen Korrekturen gegenüber dem Gewohnten im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Kärnten ist Abwanderungsland, aber auch Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg. Wien verliert per Saldo innerösterreichisch in bescheidenem Ausmaß, wird aber durch Zuwanderung von außen weit überkompensiert. Wiener gehen im Zuge des Suburbanisierungsprozesses vor allem nach Niederösterreich, aber netto in bescheidenem Ausmaß auch ins Burgenland. Man sieht: Die Region Wien umfasst mittlerweile ein ziemlich weites Gebiet. Von allen anderen Bundesländern gewinnt Wien per Saldo Zuwanderer. Innerhalb der Bundesländer wird in etwa demselben Ausmaß gewandert, wenn man Wien ausnimmt; Hier ist die Mobilität zwischen den Stadtbezirken deutlich stärker ausgeprägt, wird aber nicht als Wanderung wahrgenommen.

1.1.2.6 Resümee

Zwischen 1850 und dem Ersten Weltkrieg gab es im Gebiet der heutigen Republik Österreich starkes Bevölkerungswachstum. Die Einwohnerzahl dieses Gebietes wuchs um mehr als 50 %. Dies war das Resultat deutlicher Geburtenüberschüsse – insbesondere zwischen 1870 und 1914 – sowie einer erheblichen Zuwanderung in die deutschsprachigen Alpenländer der Donaumonarchie. Nach 1918 setzten sich die Geburtenüberschüsse bis in die frühen 1930er-Jahre fort, aber es gab in der Zeit der Ersten Republik mehr Abwanderung als Zuwanderung. Die Einwohnerzahl stagnierte.

Seit Beginn der Zweiten Republik wuchs die Einwohnerzahl Österreichs um etwa ein Fünftel. In der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre dominierte die Zuwanderung. Darauf folgte ein Jahrzehnt mit negativem Wanderungssaldo. Seit 1961 gab es in den meisten Jahren mehr Zuwanderung als Abwanderung – vor allem zwischen 1962 und 1973, zwischen 1988 und 1994 sowie seit Beginn des 21. Jahrhunderts. Bis Mitte der 1970er-Jahre wuchs die Bevölkerung Österreichs vor allem durch Geburtenüberschüsse. Danach stagnierte die Zahl der hier lebenden Menschen. Seit Ende der 1980er-Jahre wächst die Einwohnerzahl vor allem durch den positiven Wanderungssaldo.

1.1.3 Haushalte in Österreich

Das Individuum ist die grundlegende Einheit der Gesellschaft – Gesellschaft ist letztlich nichts anderes als die Gesamtheit der im einzelmenschlichen Bewusstsein verankerten Einstellungen und Verhaltensweisen. Diese „Strukturen“ verwirklichen sich hauptsächlich in hierarchischer Weise in einer Serie einander teils einschließender, nach „oben“ hin erweiternder Einheiten. Die unterste dieser Einheiten, unmittelbar über dem Individuum, ist der Haushalt. Die Familie ist der Haushalt unter einem spezifischen Aspekt: jenem der verhältnismäßig stabilen und institutionalisierten Reproduktionseinheit.

1.1.3.1 Privathaushalte

Privathaushalte sind als sozialstatistisches Konzept Abbild einer historisch jungen Erscheinung. Bis ins 19. Jahrhundert gab es für einen erheblichen Teil der Bevölkerung keine Differenz zwischen dem Haushalt als Wohnort und dem Haushalt als wirtschaftlicher Einheit. Bis dahin lebte und arbeitete die Mehrzahl der Menschen in bäuerlichen Subsistenzbetrieben oder in gewerblichen Familienbetrieben. Verwandte und Nicht-Verwandte lebten und wirtschafteten in diesen Haushalten unter einem Dach. 1869 waren 54 %, 1900 etwa 44 % und 1951 immerhin noch ein Drittel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig. Aber auch im Kleingewerbe und bei Hausangestellten war es lange Zeit üblich, dass unselbstständig Erwerbstätige mit ihren Arbeitgebern im selben Haushalt lebten. Erst mit der weiteren Verbreitung der Lohnarbeit und mit der Entstehung größerer Produktionsbetriebe begann sich diese Einheit von Wohn- und Arbeitsort langsam aufzulösen.

Die Differenzierung in Privat-Haushalte einerseits und Arbeitsplätze außer Haus andererseits hatte insbesondere für die moderne Vorstellung von Familie und den Stellenwert von Kindern erhebliche Auswirkungen. Erst seither gibt es die Möglichkeit einer Konkurrenz bzw. einer Wahlmöglichkeit – insbesondere für Frauen – zwischen familiärer und beruflicher Tätigkeit. Zugleich bewirkte diese Differenzierung einen enormen Anstieg der Zahl der Haushalte.

In Privat-Haushalten leben auch die allermeisten Menschen des Landes. Über alle Altersgruppen gerechnet sind es 2007 98,8 % der Bevölkerung. Allerdings musste die Statistik Österreich für die Volkszählung 2001 ihr Haushaltskonzept nach den Vorgaben der EU ändern, sodass nunmehr alle Personen in einer (Privat-) Wohnung als ein Haushalt betrachtet werden (Wohnparteien-Konzept, „household-dwelling“ – vgl. Bauer/Hammer 2003). Folge ist, dass damit die Zahl der Privat Haushalte 1991 um 1,06 % sank und die durchschnittliche Haushaltsgröße dementsprechend stieg. Dies ist für den Zeitvergleich zu beobachten. Was die Anstalts-Haushalte betrifft, hatte die Definitions-Änderung wesentlich größere Auswirkungen. Legt man wiederum vergleichbare Konzepte zugrunde, so stieg ihre Anzahl im letzten Volkszählungsjahrzehnt um 7 %. Sie dürften allerdings im Zuge der demografischen Alterung nicht nur quantitativ an Bedeutung gewinnen. Es ist die Frage, ob sich mit ihnen – oder auch mit Mischformen zwischen privaten und Anstaltshaushalten, z. B. in Altenwohnheimen – nicht eine neue Lebensform ankündigt, welche insbesondere für die sehr Betagten überragende Bedeutung erhalten könnte.

1951 gab es in Österreich 2,2 Mio. Haushalte. Heute sind es bereits 3,5 Mio.; ein Plus von 60 %. Ihre Zahl wuchs somit wesentlich schneller als die Einwohnerzahl Österreichs (1950 – 2008: +20 %). Fast zwei Drittel aller Privathaushalte sind Familienhaushalte (63 %),

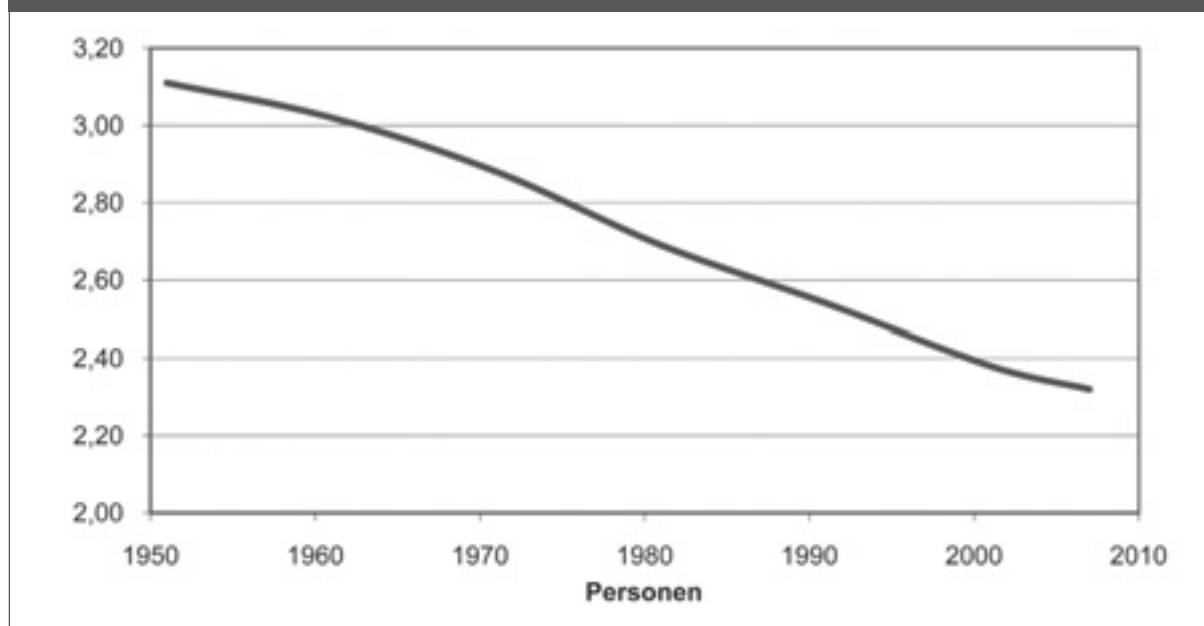
DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

bereits mehr als ein Drittel sind Single-Haushalte (35 %). Ihr Anteil an allen Haushalten hat sich somit seit 1951 (damals 17,5 %) verdoppelt, ihre absolute Zahl mehr als dreifacht. Mehrpersonen-Haushalte, deren Mitglieder nicht miteinander verwandt sind, machen dagegen weniger als 2 % aller Privathaushalte aus.

Gegenwärtig gibt es in Österreich mehr als 1,2 Mio. Single-Haushalte. Heute ist dies die häufigste Haushaltsgröße. An zweiter Stelle folgen mit 1,0 Mio. die Zwei-Personen-Haushalte. Seit Mitte des 20. Jahrhunderts sank die durchschnittliche Haushaltsgröße von 3,11 (1951) auf derzeit 2,32 (2007) Personen (siehe Grafik 12). Verantwortlich dafür war sowohl der Zuwachs bei den Einfamilien-Haushalten als auch die sinkende Bedeutung von Haushalten mit fünf und mehr Mitgliedern.

Die wachsende Zahl an Single-Haushalten hängt mit dem steigenden Heiratsalter und der wachsenden Ehelosigkeit zusammen. Bei den Jüngeren wird die Mehrzahl der Ein-Personen-Haushalte von Ledigen bewohnt. Im Alter von 25 bis 34 Jahren sind 85 % (2007) aller Singles (noch) unverheiratet. Jenseits der 50 leben in Single-Haushalten vor allem Verwitwete und Geschiedene.

Grafik 12: Haushaltsgröße 1950 bis 2007



Datenquelle: Volkszählungen und Mikrozensus

Im Gegensatz dazu nahmen die Großhaushalte mit fünf und mehr Personen deutlich ab. Ihr Anteil sank von 23,8 % (1951) auf 7,9 % (2007). Ihre Zahl reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 400 000 auf 250 000. Dieser Rückgang erklärt sich zum Teil aus dem sozio-ökonomischen Wandel. Die Schichten, in denen größere Haushalte besonders häufig waren und sind, verloren zahlenmäßig an Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die abnehmende Zahl bäuerlicher Haushalte, die im Schnitt mit 4,2 Personen (2001) noch immer fast doppelt so groß sind wie nichtbäuerliche Haushalte. Andererseits verdankt sich der Rückgang großer Haushalte einer wesentlichen Verbesserung der Wohnversorgung und geänderten Lebensverhältnissen. Im Gegensatz zu den 1950er-Jahren gibt es heute

immer weniger junge Erwachsene, die bis zur Gründung einer eigenen Familie im Haushalt ihrer Eltern leben. Sinkende Kinderzahlen, häufigere Scheidungen und größere berufliche Mobilität führen ebenfalls zu kleineren Haushalten.

Die skizzierten Trends gelten für alle Regionen Österreich. Regionale Unterschiede werden in der Struktur der Haushaltsgrößen über die Zeit kleiner. Das heißt: die Haushaltsgrößen der Bundesländer werden homogener.¹² 1951 gab es damals im Burgenland und in Kärnten, also in peripheren Gebieten mit starker agrarischer Prägung, im Schnitt mit 3,77 Personen die größten Haushalte. Heute liegt Kärnten (2007: 2,37) unter dem Schnitt der Flächenbundesländer (ohne Wien). Das Burgenland hat im Schnitt noch immer die größten Haushalte (2,53 Personen), liegt jedoch nur wenig über den Werten der westlichen Bundesländer (Tirol: 2,56, Vorarlberg: 2,47). Wien lag in dieser Kennzahl stets deutlich am unteren Ende (1951: 2,38). Der Abstand zum Bundesdurchschnitt wurde in den letzten Jahren allerdings ständig kleiner (2007, Wien: 2,00; Österreich: 2,32).

Neben der Tendenz zu regional homogeneren Haushaltsgrößen gibt es auch neue Heterogenität durch Zuwanderung. Haushalte bestimmter Gruppen von Ausländern sind erkennbar größer als jene von österreichischen Staatsbürgern. Dabei kommt es allerdings auf die Staatsbürgerschaft an. Bürger anderer EU-Staaten haben im Schnitt kleinere Haushalte (2,02 Personen). In Haushalten von Österreichern leben im Schnitt 2,30 Personen. Haushalte von Bürgerinnen und Bürgern der Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens¹³ sind mit 2,91 Personen größer. Türkische Haushalte in Österreich haben im Durchschnitt sogar 3,59 Personen. Der hohe Durchschnitt in Vorarlberg dürfte nicht zuletzt von den Familien türkischer Herkunft mitgetragen werden.

Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 lebten in Österreich 1,1 Mio. Personen als Singles. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung lebte in 2,2 Mio. Mehrpersonen-Haushalten. Unter ihnen waren 2,4 Mio. „Kinder“ der jeweiligen Haushaltsvorstände. Das waren immerhin 30 % der Bevölkerung Österreichs. Bis zum 15. Lebensjahr leben fast 100 % aller jungen Menschen als Kinder (im engeren Sinn) mit ihren Eltern oder zumindest mit einem Elternteil. In der Altersgruppe von 15 bis 29 Jahren gilt dies noch für 60 % aller Gleichaltrigen. Und zwischen 30 und 44 Jahren leben immerhin noch 8 % aller Personen dieses Alters gemeinsam mit ihren Eltern im gemeinsamen Haushalt. Das Alter, in dem Kinder aus dem Haushalt ihrer Herkunftsfamilie ausscheiden, steigt seit Jahrzehnten an. Wichtigste Ursache dafür sind in Österreich längere Bildungsgänge. Wir wissen aus anderen Ländern, dass dies u. a. durch das Ansteigen prekärer Beschäftigungsverhältnisse gefördert wurde und sich geradezu zum Problem entwickeln kann. Von Letzterem war in Österreich allerdings (noch) nicht die Rede.

Im höheren Alter kehren sich die Verhältnisse zum Teil um. Ältere leben mit höherer Wahrscheinlichkeit im Haushalt eines ihrer Kinder. In der Altersgruppe über 75 Jahren trifft dies für 11,5 % aller Gleichaltrigen zu, in der Gruppe über 95 Jahren immerhin für 19 %. In absoluten Zahlen waren dies 2001 110 000 Personen.

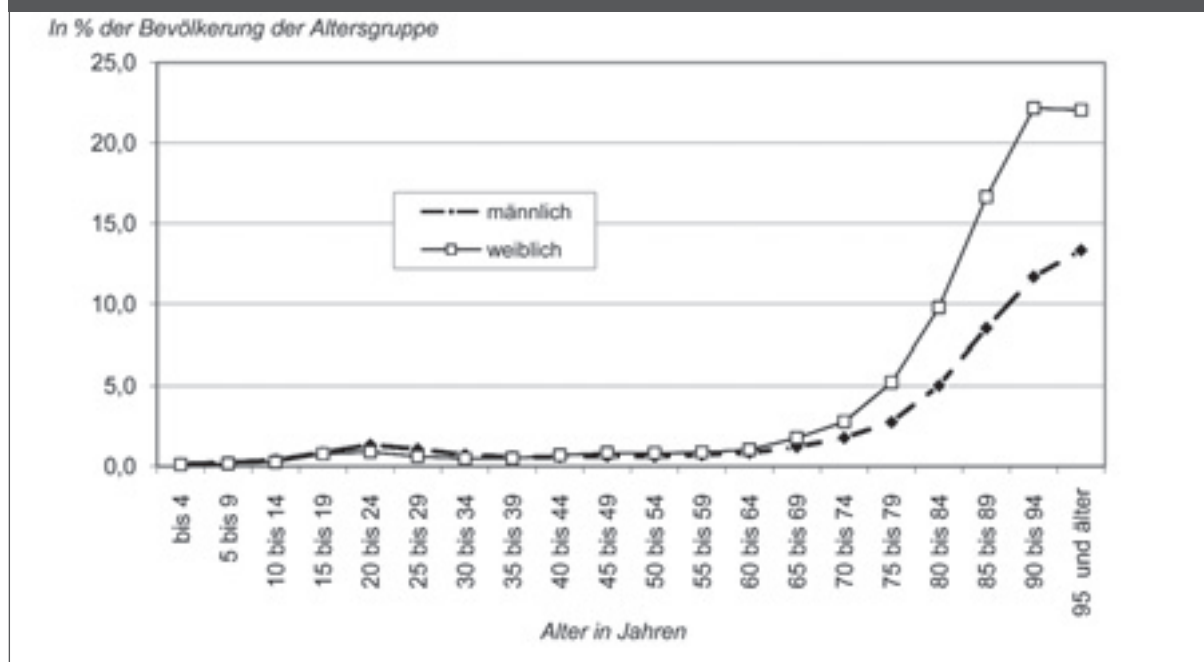
¹² Da die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt, bietet sich als Kennzahl nicht die Standardabweichung, sondern den Variations-Koeffizienten an. Dieser halbierte sich von 0,136 auf 0,062 für die Bundesländer-Durchschnitte und sinkt offenbar noch weiter ab. Nimmt man die Anteile der Einpersonen-Haushalte, so ging der Variationskoeffizient von 0,24 auf 0,15 zurück.

¹³ Ohne Slowenen, die bei den EU-Bürgern mitgezählt werden.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

1.1.3.2 Anstalts-Haushalte

Im Jahr 2001 gab es etwa 2 700 kollektive Haushalte. Darunter fallen Schüler- und Studentenheime, Alters- und Pflegeheime, Klöster, Kasernen, Gefängnisse, Obdachlosenunterkünfte sowie Einrichtungen, in denen Asylbewerber und Flüchtlinge untergebracht sind. In solchen Haushalten lebten 2001 laut Volkszählung etwa 90 000 Personen. Die tatsächlichen Zahlen dürften deutlich höher sein, da Internatsschüler/-innen, Bewohner/-innen von Studentenheimen sowie Bundesheer-Rekruten sehr häufig am Hauptwohnsitz ihrer Eltern gezählt und nicht dem jeweiligen Anstaltshaushalt zugerechnet werden.¹⁴ Auch bei Asylwerbern gibt es eine Untererfassung.

Grafik 13: Anstaltsbevölkerung nach Alter, 2001

Quelle: Statistik Austria; Volkszählung 2001

Ungeachtet dieser Einschränkungen gilt: Anstaltshaushalte sind ein Lebensort und eine Lebensform, welche im Alter zunehmend wichtiger wird (Grafik 13). Dies hat in erster Linie mit dem im Alter wachsenden Anteil pflegebedürftiger Menschen zu tun. Sie leben mit zunehmender Pflegebedürftigkeit oder nach dem Tod des Ehepartners eher in einem Alten- oder Pflegeheim. Derzeit gilt dies weniger für Männer, die auch im höheren Alter häufig noch eine Ehepartnerin haben, zumal sie meist einige Jahre älter als ihre Frauen sind. Verstärkt gilt dies jedoch für ältere Frauen, die im Alter häufig alleinstehende Witwen sind (vgl. Delbès et al. 2006). In den höheren Altersgruppen ist der Anteil der Frauen in Alten- oder Pflegeheimen rund doppelt so hoch wie jener der Männer. Von den 80-jährigen und älteren Männern lebten 2007 nur 6,6 % in einem Anstaltshaushalt, also im Wesentlichen in einem Altenheim. Bei Frauen derselben Altersgruppe waren es relativ doppelt so viele, immerhin 13,5 %. Es zeichnen sich also durchaus unterschiedliche Lebenswelten für die Geschlechter im fortgeschrittenen Alter ab.

¹⁴ Wichtigste Ursache dafür ist die Zuteilung von Finanzmitteln an Länder und Gemeinden nach ihrer Bevölkerungszahl (Finanzausgleich), was die Herkunftsgemeinden motiviert, die Schüler/-innen, Studenten/-innen und Rekruten für sich zu reklamieren.

Im Laufe des 21. Jahrhunderts werden Anstalts-Haushalte an Bedeutung gewinnen. Dies hat einerseits mit der im Zuge der demografischen Alterung wachsenden Zahl älterer Menschen zu tun. Andererseits bewirken zunehmende Ehe- und Kinderlosigkeit, dass es zukünftig mehr hilfsbedürftige Personen ohne nahe Angehörige geben wird.

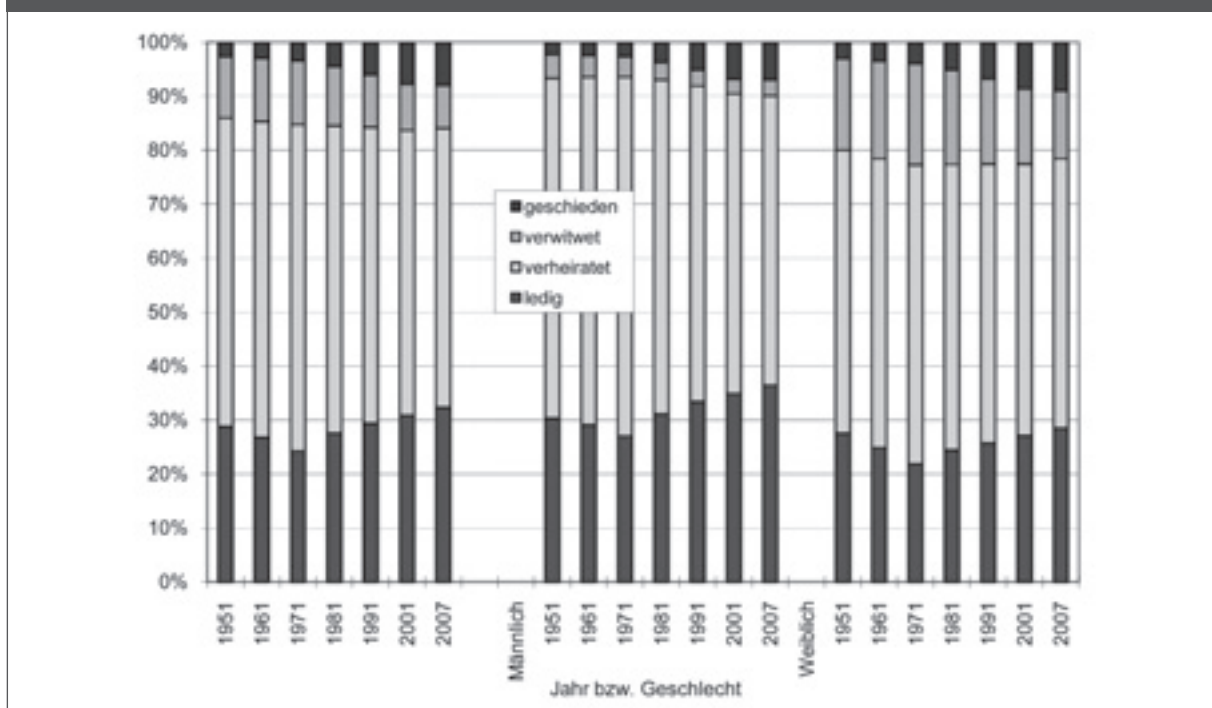
1.1.4 Familien

1.1.4.1 Familie im Wandel der Zeiten

Familien lassen sich – anhand amtlicher Daten – nur als verwandte Personen im gemeinsamen Haushalt analysieren. Über sonstige Bande und Beziehungen unter Verwandten geben die Daten keine Auskunft, auch wenn Familien in unserem Verständnis durchaus aus miteinander verbundenen Personen bestehen, die an ganz unterschiedlichen Plätzen leben können.

In westeuropäischen Gesellschaften der Moderne haben sich Rechte und Verpflichtungen aus Verwandtschaftsbeziehungen weitgehend auf die Kernfamilie mit zwei bis maximal drei Generationen reduziert (Parsons 1964). Nicht mehr Abstammung sondern die Beziehung zu den eigenen Eltern und den Kindern ist heute grundlegend (Fortes 1970). Dabei muss es sich nicht unbedingt um eigene Kinder handeln. Es können auch Kinder der Partnerin oder des Partners aus früheren Beziehungen sein (Patchwork-Familie).

Grafik 14: Familienstand 1951 bis 2007



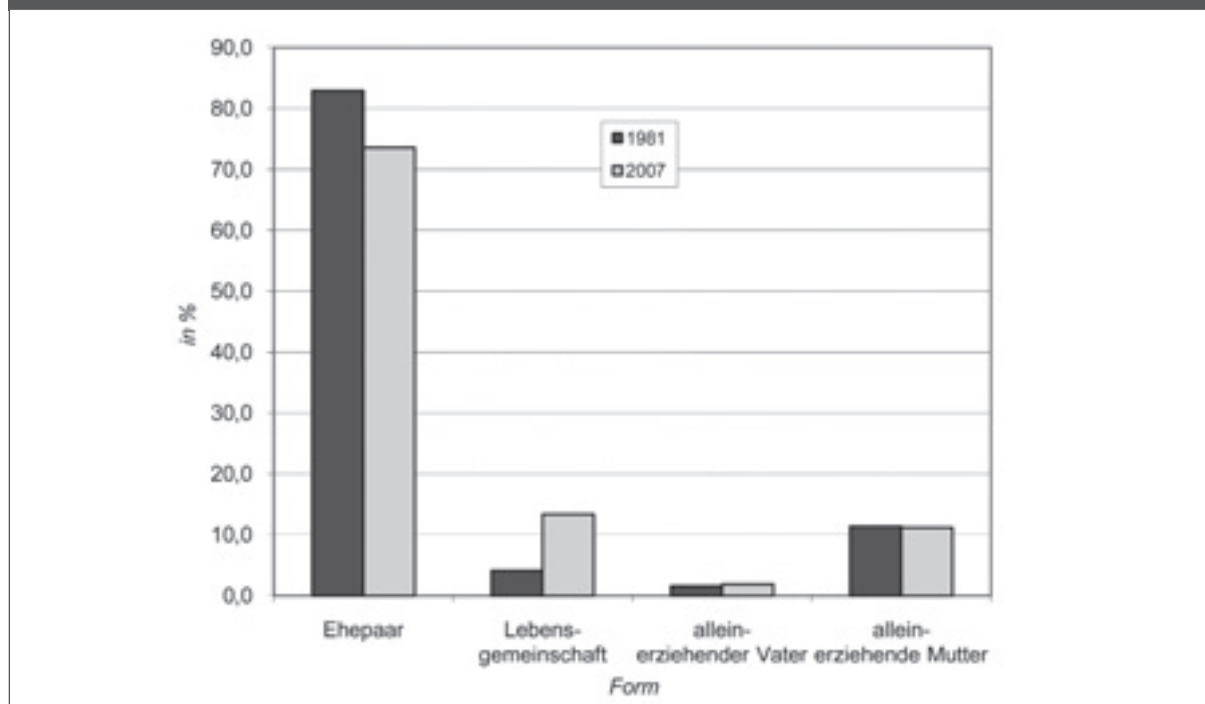
Datenquelle: 1951 bis 2001; Bevölkerung über 14; 2007: Bevölkerung über 14 Jahren in Privathaushalten.

Für die erweiterte Familie ist dies erst recht wichtig: Denn insbesondere die erweiterte Familie ist in modernen Gesellschaften nicht einfach eine zugeschriebene Struktur. Sie enthält gewichtige Elemente der Option. Ob ich mit einem Onkel Beziehungen aufrechterhalte oder auch nicht, ändert zwar nicht meine abstrakte Beziehung zu ihm als Nefee. Doch

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

faktisch ist es entscheidend. Mein Verhalten wird also in diesem Kreis im Wesentlichen durch eigene Entscheidungen strukturiert. Verhaltensrelevant ist somit diese Entscheidung und nicht die abstrakte Verwandtschaftsbeziehung. Zuzugeben ist allerdings, dass diese Überlegungen auf die Kernfamilie kaum zutreffen. Wenn zwischen Personen dieser Einheit keine Beziehungen gegeben sind, so ist dies in aller Regel eine aus einem intensiven Konflikt entstandene bewusste Entscheidung der Betroffenen.

Grafik 15: Familienformen, 1981 und 2007



Quelle: VZ und MZ

Zugleich schrumpften die Aufgaben von Familienhaushalten. Sie sind heute in der Regel nicht mehr Orte der Produktion, sondern primär der Reproduktion und Rekreation. Zugleich ist die Familie weiterhin ein wichtiger Ort der Sozialisation von Kindern, auch wenn sich Eltern diese Aufgabe klarerweise mit Kindergärten, Schulen und wohl auch mit Massenmedien teilen.

Ob damit wieder eine „Kongruität der Reproduktionsinstitutionen“ – wie es Davis 1937 ausdrückt – mit dem allgemeinen Sozialsystem und im Speziellen mit dem sozioökonomischen System hergestellt ist, ist eine ganz andere Frage. Diese stellt sich nicht zuletzt eben danach, wie diese „Kongruität“ aussehen könnte.

In den letzten Jahrzehnten änderte sich die Verteilung der Familienstände innerhalb der Bevölkerung Österreichs. Bis zu Beginn der 1970er-Jahre wuchs der Anteil der Verheirateten, während jener der Ledigen kleiner wurde. Seit den 1970er-Jahren wird der Anteil der Verheirateten wieder kleiner, während sowohl die Ledigen als auch die Geschiedenen anteilig zunehmen. Der Anteil der Verwitweten ging während des gesamten Zeitraums zurück. Betroffen davon sind in erster Linie Frauen, denn es gibt wesentlich mehr Witwen

als Witwer (Grafik 14).¹⁵ Eines ist in diesem Zusammenhang allerdings festzuhalten: Im heutigen Familienbegriff sind verschiedene Rechts-Typen und Lebensformen enthalten: Ehepaare, Lebensgemeinschaften sowie auch alleinerziehende Elternteile mit ihren im Haushalt lebenden Kindern. Der Familienstand allein (Grafik 15) entscheidet also nicht allein über das Vorhandensein oder Fehlen einer Familie.

Bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 gab es in Österreich 2,2 Mio. Familien. Laut Mikrozensus 2007 liegt die Zahl der Familienhaushalte inzwischen bei über 2,3 Mio. Davon entfallen 2,0 Mio. auf Ehepaare (2007: 1,7 Mio.) bzw. Lebensgemeinschaften (0,3 Mio.). Von den Paaren waren 889 000 kinderlos, weitere 1 124 000 lebten mit Kindern im gemeinsamen Haushalt. Zum Teil handelte es sich dabei allerdings um erwachsene Kinder. In weiteren 0,3 Mio. Familien mit Kindern gab es nur einen Elternteil. 2007 gab es in Österreich 258 000 alleinerziehende Mütter und 44 000 alleinerziehende Väter.

Die Mikrozensus-Erhebung 2008 ergab 2 326 000 Familien. In 1 425 000 Familien (61,3 %) leben Kinder. Insgesamt gibt es 985 000 Ehepaare (42,4 % der Familien) und gut 144 000 Lebensgemeinschaften mit mindestens einem Kind (6,2 % der Familien). Darüber hinaus gibt es laut Mikrozensus 2008 knapp 296 000 Einelternfamilien. Der größte Teil davon (251 000 oder 10,8 % der Familien) besteht aus alleinerziehenden Müttern mit ihrem Kind/ihren Kindern. Familien mit alleinerziehenden Vätern machen einen weitaus kleineren Teil aus (rund 45 000 oder 1,9 % aller Familien).

901 000 Familien sind Paare ohne Kinder (38,7 %). Da die Familienstatistik nur die im selben Haushalt zusammenlebenden Familienmitglieder erfasst, handelt es sich dabei mehrheitlich um Familien, deren Kinder bereits das Elternhaus verlassen haben. Unverheiratet zusammenlebende Frauen und Männer sind häufiger „kinderlos“ (54,8 %) als Ehepaare (42,4 %).¹⁶

Bei Weitem häufigste Familienform ist die Ehe mit Kindern oder ohne Kinder im Haushalt, auch wenn diese Lebensform etwas an Gewicht verlor (1981: 82,9 %; 2007: 73,6 % aller Familien). Parallel dazu erhöhte sich der Anteil der Lebensgemeinschaften von 4,1 % im Jahr 1981 auf 13,4 % im Jahr 2007. Addiert man Ehepaare und Lebensgemeinschaften, dann blieb der Anteil der im gemeinsamen Haushalt lebenden Paare im letzten Viertel-Jahrhundert weitgehend konstant (1981: 87,0 %, 2007: 87,1 %). Gleiches gilt für den Anteil der alleinerziehenden Elternteile mit Kindern, die sowohl 1981 als auch 2007 jeweils 13 % aller Familien ausmachten (Grafik 15).

Die Änderung der Familienstruktur hin zu einer stärker partnerschaftlichen Familie ist ein politisches Ziel der meisten europäischen Regierungen. Dieses Ziel kommt allerdings bei den Männern nicht besonders gut an. Ein Hinweis darauf ist etwa die Inanspruchnahme des Elternurlaubs durch Männer. Auch wenn diese über die Möglichkeit informiert sind, was keineswegs durchgehend der Fall ist, zögern sie. Das ist durch eine Reihe von Umständen begründet, sicher aber auch durch das Männer-Selbstbild.

¹⁵ Die Analyse bezieht sich nur auf die Bevölkerung ab 15 Jahren.

¹⁶ Aus Gründen der Aktualität werden hier die Daten des Mikrozensus für 2008 zur Verteilung der Familienformen präsentiert. Da diese Daten zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Kapitels noch nicht verfügbar waren, stützt sich die detaillierter Analyse im Anschluss auf die (von den Ergebnissen 2008 nur wenig verschiedenen) Daten des Mikrozensus 2007.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

1.1.4.2 Wer heiratet wen?

Ehen würden im Himmel geschlossen, meinte Nestroy einst, doch sie hätten sich auf Erden zu bewähren. Tatsächlich kann von einer zufälligen Verteilung der Partner in Ehen und Lebensgemeinschaften keine Rede sein. Die meisten finden ihre Partner innerhalb derselben Bildungs- und Sozialschicht sowie innerhalb der eigenen ethno-nationalen oder religiösen Herkunftsgruppe. Dies wird als Tendenz zur Homogamie bezeichnet.

Dem Zusammenleben von Paaren in Ehen und Lebensgemeinschaften liegen zwar individuelle Vorstellungen und Entscheidungen zugrunde. Diese sind jedoch als Entscheidungsmuster Ausdruck gesellschaftlicher Strukturen. Wer in einer Gesellschaft wen heiratet, gibt daher Aufschluss über die Durchlässigkeit bzw. Geschlossenheit sozialer Klassen und über Egalität bzw. Hierarchien in Paarbeziehungen. Wenn bei einem Großteil der Paare beide Partner einen ähnlichen Bildungshintergrund haben (= Bildungshomogamie), ist dies in einer modernen Gesellschaft ein Hinweis auf eine stärkere Geschlossenheit sozialer Schichten. Im umgekehrten Fall wäre dies ein Hinweis auf stärkere Durchlässigkeit zwischen sozialen Schichten.

Die Partnerwahl in Österreich nach dem Kriterium der abgeschlossenen Schulbildung (bzw. Hochschulbildung) zeigt vor allem eines: Bildungshomogamie ist in allen Schichten, vor allem aber ganz oben (bei Akademikern) und ganz unten (bei Pflichtschulabsolventen ohne weitere Ausbildung) besonders stark ausgeprägt. Sie weist allerdings zumindest oben eine leicht sinkende Tendenz auf; insbesondere die oberen Bildungsschichten verhalten sich tendenziell weniger homogam. Hier ist allerdings nicht völlig klar, ob es sich dabei um eine Änderung des Schichtcharakters akademischer Ausbildung im Gefolge der Bildungsexpansion handelt. Denn die unterste Bildungsschicht (ausschließlich Pflichtschule) weist sogar eine steigende Tendenz zur Homogamie auf. Diese Aussagen stützen sich auf die Daten der österreichischen Volkszählung von 2001 und – aus Gründen der Verfügbarkeit – in geringerem Ausmaß auch der Volkszählungen von 1991 und 1981.

Ähnlich ist die Endogamie (Homogamie) sowohl bei Menschen nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft als auch bei jenen mit ausländischem Geburtsort sehr stark – diese beiden Gruppen überschneiden sich weitgehend. Die Wahrscheinlichkeit der Paarbildung zwischen Türkinnen und Türken ist ca. 1000-mal höher als zwischen türkischen Staatsbürgern und Bürgern anderer Nationalität, bei Männern und Frauen aus Bosnien-Herzegowina ist die Wahrscheinlichkeit immerhin noch 326-mal größer. Allerdings sind die Überhäufigkeiten sehr viel niedriger, wenn man nicht die Staatsbürgerschaften, sondern das Herkunftsland als Kriterium nimmt. Doch gibt es auch hier hohe Überwahrscheinlichkeiten, z. B. für die Herkunft aus Mazedonien (386) und der Slowakei (144).

Besonders stark ist die Homogamie weiters, wenn wir Eheschließungen nach der religiösen Zugehörigkeit der Partner untersuchen. Besonders deutlich ist dies beim Islam sowie auch bei der christlichen Orthodoxie. Doch gilt dies auch für Personen, die sich zur jüdischen Religion¹⁷ bekennen. Sie haben eine 822-mal höhere Wahrscheinlichkeit der Paarbildung, als sie mit allen anderen religiösen Zugehörigkeiten gegeben ist.

¹⁷ In der Volkszählung von 2001 wurde diese Merkmalsausprägung mit „israelitisch“ bezeichnet. Ältere Quellen der amtlichen Statistik verwendeten auch die Bezeichnung „mosaisch“.

Methodische Bemerkung: Wie bei Appelt / Reiterer 2009 ausführlich dargestellt, muss eine Technik für die Berechnung von Homogamie gefunden werden, welche die Veränderungen der „Opportunitätsstruktur“ herausrechnet, d. h. die sich verändernden Randhäufigkeiten in Rechnung stellt. Dies ist ein saturiertes Log-lineares Modell, das unglücklicherweise nicht sehr intuitiv ist. Würde man die Opportunitätsstruktur nicht herausrechnen, wäre nicht erkennbar, dass tendenziell weniger Akademiker und Akademikerinnen Paare bilden, da es ja in früheren Zeiten einfach nicht genug Akademikerinnen gab, die für eine Paarbildung mit allen Akademikern verfügbar gewesen wären.

Dieser leichten Abnahme von Homogamie ganz „oben“ steht eine gewisse Zunahme ganz „unten“ gegenüber, die u. U. auch auf Faktoren wie Herkunft bzw. Staatsbürgerschaft zurückführbar wäre. Eine solche mehrdimensionale Analyse steht noch aus. – Die Zeiten allerdings, in denen Akademikerinnen deutlich häufiger partnerlos blieben als andere Frauen, sind mittlerweile vorüber, wenn man die Altersstruktur berücksichtigt.

1.1.4.3 Familiengröße und Kinderzahl

Aufgrund sinkender Kinderzahlen ging die Größe der Familien seit Beginn der 1980er-Jahre etwas zurück. Bezogen auf alle Familien mit Kindern sank die Kinderzahl von 1,9 (1981) auf 1,7 Kinder im Jahr 2007.¹⁸

Die Zahl der Kinder in Familienhaushalten ist klarerweise abhängig vom Alter der Eltern, da hier ja nur Kinder erfasst sind, die noch im elterlichen Haushalt leben. Wir müssen uns also auch auf bestimmte Altersgruppen beschränken, wenn wir die Familiengröße nach soziokulturellen oder -ökonomischen Merkmalen vergleichen wollen. Ziehen wir eine Altersgruppe heran, welche bereits ein hohes Maß an familiärem Zusammenleben aufweist, und betrachten wir die 30- bis 34-Jährigen. Rechnen wir die durchschnittliche Kinderzahl auf alle Familien hoch, also auch solche, in welchen kein Kind (mehr) lebt.

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Familiengröße ist jedenfalls die religiös-weltanschauliche Orientierung. Dabei sind Familien mit katholischen Eltern etwas größer als Familien mit evangelischen Eltern. Deutlich weniger Kinder gibt es in konfessionslosen Familien. Weit über dem Durchschnitt liegen auch muslimische, christlich-orthodoxe und jüdische Familien. Der Sonderfall jüdischer Zugehörigkeit soll erwähnt werden. Einerseits sind dies vor allem seit Langem Zugehörige der hiesigen Bevölkerung; doch andererseits hat die Zuwanderung hier ein zwar absolut geringes, bei der kleinen Gruppe der Bisherigen aber doch schon ins Gewicht fallendes Ausmaß erreicht. Hier sind die durchschnittlichen Kinderzahlen hoch, vor allem, wenn man nur die Familien mit Kindern rechnet (2,12).

Ob man dabei nach der Religion des Mannes oder jener der Frau analysiert, macht für die Ergebnisse praktisch keinen Unterschied. Zum größeren Teil ist dies davon abhängig, dass in solcher Art religiös zugeordneten Familien der Anteil jener ohne Kinder größer ist. Betrachtet man nur Familien, in denen Kinder leben, so wird der Unterschied deutlich geringer; doch das Muster bleibt erhalten.

¹⁸ Zu diesen Zahlen ist anzumerken, dass die Unterschiedlichkeit der Quellen ein gewisses Problem darstellt. Weder sind die Volkszählungen völlig mit dem Mikrozensus vergleichbar, noch sind die Mikrozensus-Ergebnisse völlig miteinander vergleichbar; 2004 gab es einen Bruch in der Zeitreihe.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Eine vergleichende Untersuchung zu mehreren europäischen Ländern (Philipov/Berghammer 2003) zeigt im Übrigen, dass in den meisten europäischen Ländern gilt: Religiös orientierte Eltern (in diesem Fall ist die Religion der Mutter zugrunde gelegt worden) haben mehr Kinder und betrachten auch eine größere Kinderzahl als ideal.

Die beste Möglichkeit, Familiengröße nach sozialer Schicht zu analysieren, bietet die höchste abgeschlossene Bildung, da hier auch Nichterwerbstätige direkt zugeordnet werden können. Im Alter von 30 bis 35 Jahren haben Frauen mit akademischem Abschluss im Schnitt deutlich weniger Kinder (0,99 Kinder) als der allgemeine Durchschnitt (1,55). Deutlich darüber liegen Frauen mit Hauptschulabschluss ohne weitere Ausbildung (1,80). Die Situation ändert sich, wenn man die Kinderzahl von Frauen im Alter zwischen 40 und 45 Jahren analysiert. In dieser Altersgruppe haben Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss eine höhere durchschnittliche Kinderzahl als solche mit Pflichtschulabschluss ohne weitere Ausbildung. Bei den Frauen mit tertiärer Bildung gibt es allerdings zwei unterschiedliche Gruppen. Weit über dem Durchschnitt liegen die Kinderzahlen der Absolventinnen von lehrerbildenden Akademien. Absolventinnen von Universitäten und Fachhochschulen haben dagegen etwas weniger Kinder als Frauen, die nur eine Pflichtschule absolvierten.

Die Ehe ist heute die bevorzugte Familienform vor allem jener Erwachsenen, die Kinder planen oder bereits großziehen. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass Ehepaare im Schnitt beinahe mit doppelt so vielen Kindern im Haushalt leben wie unverheiratete Paare. Allerdings sind unverheiratete Paare mit Kindern im Schnitt jünger als Ehepaare mit Kindern. Überdies nahm dieser Unterschied während der letzten Jahrzehnte etwas ab, weil bei verheirateten Paaren die durchschnittliche Kinderzahl im Haushalt zurückging, während sie bei unverheirateten Paaren gleich blieb.

Die Familie als Einheit ist die eine Betrachtungsebene. Versetzen wir uns in die Lebenswelt der Kinder (aller Altersstufen), die noch mit ihren Eltern zusammenleben, so wäre nach der Zahl der Geschwister¹⁹ zu fragen. Etwas über 700 000 Kinder leben allein mit ihren Eltern bzw. einem Elternteil, entweder weil sie Einzelkinder oder ihre Geschwister bereits aus dem elterlichen Haushalt ausgezogen sind. 1,05 Mio. Kinder leben mit noch einem weiteren Kind im gemeinsamen Haushalt. Etwa 460 000 Kinder leben mit zwei Geschwistern. Mehr als 200 000 haben drei oder mehr Geschwister im gemeinsamen Haushalt.

Die Frage nach dem Erlebensraum ist natürlich für die Familien selbst bzw. für die Personen, welche sie bilden, ebenso von Interesse. Kind ist nicht gleich Kind. Ein Kind im Alter von zwei oder drei Jahren konstituiert für die betreuende Familie einen ganz anderen Erlebensraum als ein erwachsenes „Kind“ im Alter zwischen 18 und 27 Jahren, das noch im Haushalt der Eltern lebt. In welchen Typen von Familie kommen Kinder verschiedener Altersstufen heute vor?

Kleinkinder unter drei Jahren gab es 2007 in weniger als einem Zehntel aller Familien (9,4 %). Bei Lebensgemeinschaften (15,3 %) war die Häufigkeit doppelt so hoch wie bei Ehepaaren (8,7 %) – ein Hinweis darauf, dass Lebensgemeinschaften zum Teil erst nach der Geburt von Kindern in eine Ehe münden. Zweite und weitere Kinder kommen daher häufiger

¹⁹ Dabei kann es sich auch um Halb- oder Stiefgeschwister handeln. Entscheidend ist bei dieser Betrachtungsweise nicht das Verwandtschaftsverhältnis, sondern das Leben im gemeinsamen Familien-Haushalt.

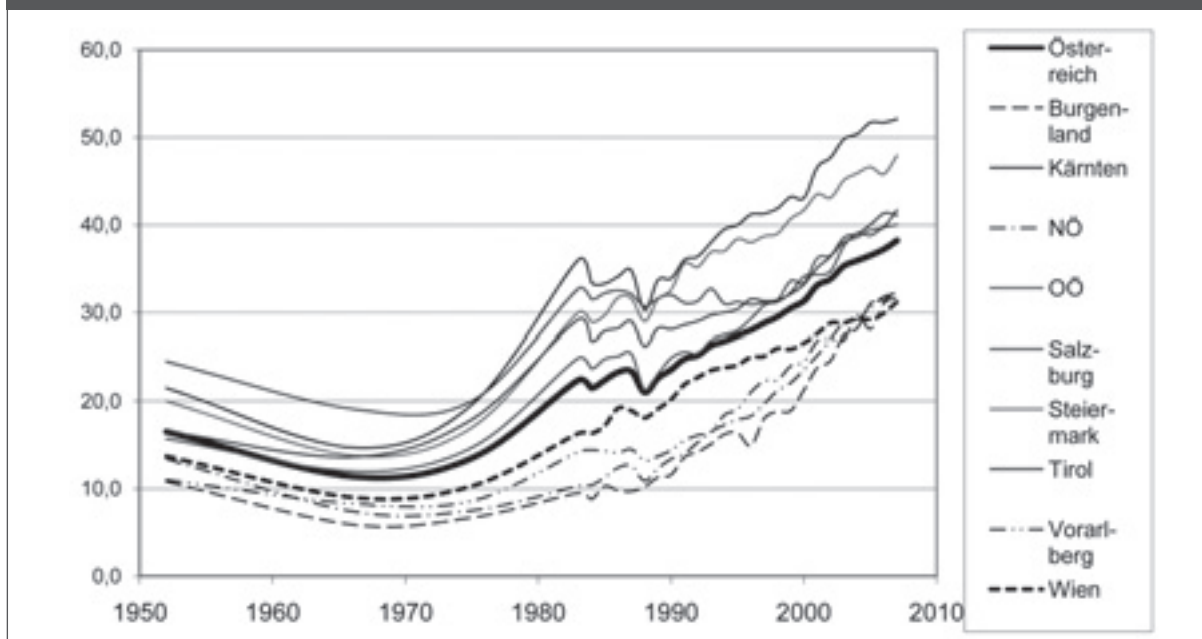
innerhalb einer Ehe zur Welt als Erstgeborene. Ein gutes Drittel aller Familien (34,7 %) lebten mit Kindern unter 15 Jahren im Haushalt, und fast die Hälfte (46,6 %) hatte zumindest ein Kind (bzw. besser gesagt eine erhaltene Person) bis zum Alter von 27 Jahren im Haushalt. Letzteres war bei Lebensgemeinschaften (40,6 %) etwas seltener der Fall als bei Ehepaaren (45,3 %).

1.1.4.4 Transitionsformen: Uneheliche Kinder als Hinweis auf gewandelte Vorstellungen

Kinder, die außerhalb einer Ehe zur Welt kamen, waren noch bis vor wenigen Jahrzehnten mit einem gewissen Stigma behaftet. Dabei gab es allerdings große regionale Unterschiede. Traditionell groß war – und ist bis heute – der Anteil unehelicher Kinder in einem geschlossenen inneralpinen Gebiet Österreichs. Dazu gehörten und gehören: Kärnten, die Ober- und Weststeiermark, Salzburg, der östliche Teil Nordtirols und das südliche Oberösterreich. Vor 150 Jahren kamen in dieser Region mehr als 50 % aller Kinder unehelich zur Welt. Eine wichtige Ursache war das bäuerliche Erbrecht. In dieser Region galt – und gilt zum Teil bis heute – Anerbenrecht. Dies bedeutet: Der älteste (überlebende) Sohn erbt Haus und Hof. In Verbindung mit den seinerzeitigen Heiratsverboten bedeutet dies, dass jene jungen Erwachsenen, die weder selbst erbten noch einen anderen Hoferben heiraten konnten oder sonstwo eine feste Stelle fanden, unverheiratet bleiben mussten. Entsprechend hoch war daher der Anteil der unehelichen Kinder. Hinzu kommt in der genannten inneralpinen Region seit der Gegenreformation eine gewisse Opposition zur katholischen Kirche. In manchen Fällen dürfte es sich im Verzicht auf eine Eheschließung auch um eine Form volkstümlichen Protests gehandelt haben. Im Gegensatz dazu waren die Anteile unehelicher Kinder in den Realteilungsgebieten im äußersten Westen und im Osten Österreichs, wo alle überlebenden Kinder etwas erbten, historisch niedriger.

Im Lauf des Ersten demografischen Übergangs sanken in ganz Europa die Unehelichenquoten (vgl. Lesthaeghe/Neels 2002). Man kann dies als Teil eines „Zivilisationsprozesses“ (i. S. von Elias) sehen. Staatliche, aber auch andere gesellschaftlich tonangebende Akteure, fast alle politischen Parteien, sahen die Kernfamilie als Modell erstrebenswerten Lebens an. Man hat dies vielfach auch als „Verbürgerlichung“ der Arbeiter und Bauern bezeichnet. Jedenfalls ging es um die Integration dieser Schichten in die entstehenden nationalen Gesellschaften. Dazu bedurfte es entsprechender Lebensmodelle, und das wichtigste, das neben den nun weniger anwendbaren alten bäuerlichen und adeligen Modellen zur Verfügung stand, war eben jenes der neuen hegemonialen bürgerlichen Schichten. Dies gilt sowohl für die Sexualmoral als auch für das familiäre Zusammenleben. Das Einzige, was spezifisch die bäuerlichen Schichten vorerst nicht übernehmen konnten, war das Rollenmodell der nicht erwerbstätigen Hausfrau und Mutter. Mittlerweile ist auch dies anders: Die „Hausfrauisierung“ hat auch die Landwirtschaft erreicht, zu einer Zeit, als sie in anderen Schichten bereits wiederum im Verschwinden war.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 16: Unehelichenquote 1952 bis 2007

Quelle: Statistik Austria, Demographische Jahrbücher

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam in Österreich etwa jedes siebente Kind unehelich zur Welt. 1952 lag die Unehelichen-Quoten bundesweit bei 16,2 %. Sie sank dann bis Mitte der 1960er-Jahre auf den historischen Tiefstand von 11,2 % (1965).²⁰ Seither steigt sie wieder an. Derzeit kommen etwa vier von zehn Kindern unehelich zur Welt. Erste Kinder werden derzeit mehrheitlich unehelich geboren.

Dieses Verhalten der Unehelichen-Quote passt ganz gut zur Idee des Elias'schen Zivilisations-Prozesses. Der Zweite Weltkrieg und der Zusammenbruch des Nazi-Reichs und danach schließlich die Besatzung durch Truppen anderer Sprachen und doch auch erkennbar anderer Kulturen war durchaus ein sozialer Schock für die entsprechenden Bevölkerungen, nicht nur in Österreich. Es folgte eine Periode, welche Anomie-Tendenzen zeigte. In den 1950er-Jahren folgte schließlich eine Periode langsamer Normalisierung. Diese neue Normalität dürfte von der Bevölkerung tatsächlich auch als neuerliche verstärkte Geltung der alten Normen begriffen worden sein. Eine gewisse Lockerung bisheriger traditionaler Moral im anomischen Ablauf hat sich überdies offenbar mit Unvermögen in Hinsicht effektiver Verhütung kombiniert. Bei der Herstellung der alten Normalität traten auch die alten Normen wieder verstärkt in Kraft.

Das Fortwirken von Regionalkulturen lässt sich bei der Analyse der Unehelichen-Quoten gut belegen. Deren regionale Muster haben sich seit über einem Jahrhundert kaum geändert, aber doch etwas verschoben. Damals wie heute sind sie im inneralpinen Raum deutlich höher als ganz im Westen und im Osten Österreichs. Salzburg (24,5 %), Kärnten (21,5 %) und die Steiermark (20 %) hatten 1952 die höchsten Unehelichen-Quoten. 2007

²⁰ Es ist daher bis zu einem gewissen Maß verständlich, wenn König 1976, 140 schreibt: „Wir sind jedoch der Meinung, dass die Unehelichkeit in den fortgeschrittenen Industriegesellschaften eine immer geringere Rolle spielt und spielen wird, während sie für lange noch in manchen der wirtschaftlich unterentwickelten Ländern ... einen nennenswerten Anteil an allen Geburten darstellen wird.“ Es zeigt allerdings auch, dass sein Blick auf die Familie und die Ehe fundamental fehlerhaft war.

standen Kärnten (52,1 %) und die Steiermark (47,9 %) an der Spitze. Rascher als im Bundesdurchschnitt stieg der Anteil unehelicher Kinder in Oberösterreich (1952: 15,7 %, 2007: 41,7 %) und in Tirol (1952: 16,5 %, 2007: 41,1 %). Das Burgenland (10,8 %), Vorarlberg (11,0 %) und Wien (13,7%) hatten 1952 die niedrigsten Anteile unehelicher Geburten. 2007 lagen diese drei Länder ebenfalls deutlich unter dem Bundesdurchschnitt; am niedrigsten in Wien (31,2 %), gefolgt von Vorarlberg (31,7 %) und dem Burgenland (32,5 %). Der Unterschied ist, jedenfalls relativ, keineswegs mehr so groß als er vor einem guten halben Jahrhundert war. Die neue „Transitions-Form“ der Familie hat sich auch in diesen Gebieten durchgesetzt, welche seinerzeit zum einen (Burgenland) einem etwas anderen demografischen Regime unterlagen bzw. zum anderen (Vorarlberg) einer strikten Regelung nach den moralischen Vorstellungen der Zeit.

Neben der Kontinuität historischer Muster des Alpenraums spielen zweifellos auch von Zuwanderern nach Österreich mitgebrachte traditionelle Familienbilder eine Rolle. Unter der zugewanderten Bevölkerung aus der Türkei und dem Westbalkan gibt es daher kaum uneheliche Geburten, was zu den niedrigen Quoten in Vorarlberg und in Wien beiträgt.

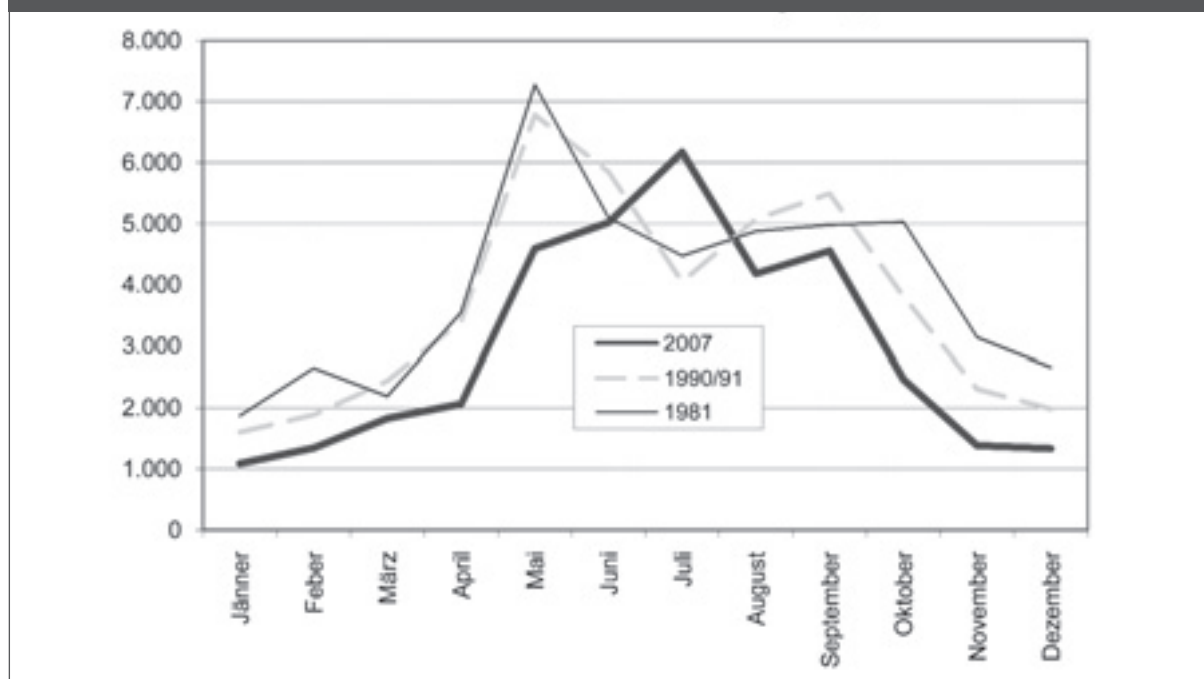
Uneheliche Geburten sind auch in den USA noch immer mit einem sozialen Stigma verbunden („out of wedlock“), und es gibt staatliche Programme zu ihrer Verhinderung vor allem bei Teenagern und jungen Frauen. Von einer solchen Haltung sind West- und Mitteleuropa allgemein und Österreich im Besonderen weit entfernt. Dies hat zweifellos auch damit zu tun, dass es bei uns nur relativ wenige Geburten sehr junger unverheirateter Mütter gibt. Soziale Probleme für alleinerziehende Mütter entstehen in Österreich eher nach Scheidungen als durch biographisch zu frühe Schwangerschaften.

Dennoch ist die Frage, vom Standpunkt des Kindeswohls aus gestellt, nicht völlig unberechtigt: Geht es unehelichen Kindern ebenso gut wie ehelichen? Vor 30 Jahren war dies noch ein Thema. Wenn wir die Kindersterblichkeit als Maßzahl betrachten, so war diese damals bei unehelich geborenen Kindern tatsächlich höher als bei ehelichen, wenngleich die Unterschiede infolge der allgemein schon sehr tiefen perinatalen Sterblichkeit gering waren. Bis heute ist diese Sterblichkeit auf ein Drittel von 1980 gefallen. Unterschiede zwischen ehelichen und unehelichen Geburten existieren praktisch nicht mehr.

1.1.4.5 Zeitregulierung, Symbolik und Lebensablauf

Monate im Jahreskreislauf haben für unser Leben hohen Symbolwert. Dies hängt nicht nur mit Feiertagen und Ferienzeiten, sondern auch mit Heirat und Geburt zusammen. Früh war das Heiraten in unserer christlich geprägten Gesellschaft während des Advents und während der Fastenzeit verpönt. Hochzeitsfeste passten nicht in die Zeiten der Besinnung und Buße; und sie passten jedenfalls nicht zum Gebot des Fastens. Für die bäuerliche Bevölkerung war das Heiraten während der Aussaat und der Entezeit unpraktisch, weil man sich da eigentlich keine Zeit für größere Feste nehmen konnte. Auch das Bürgertum entwickelte seine Vorstellungen vom richtigen Zeitpunkt. Das in der Populärliteratur hochgeschätzte Heiraten im Mai ist durchaus als ein symbolischer Akt zu verstehen, welcher einiges über die Hochzeit in säkularisiertem und vor allem individualisiertem Ambiente aussagt. Die romantische Beziehung wird durch die Zeitwahl demonstriert. Sagt dies aber auch etwas über die Ehe aus?

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 17: Heiraten nach Jahresablauf, 1981, 1991, 2007

Datenquelle: Demographische Jahrbücher

Im Jahr 1863²¹ lässt die Verteilung der Eheschließungen über die Monate jenes Jahres nur einen schwachen Gipfel im Mai erkennen. Er liegt zwischen einem steilen Gipfel im Februar, also vor der Fastenzeit und der Aussaat, und einem noch steileren Gipfel im November, der Nacherntezeit vor dem Advent. Die Zeitwahl damals war also vorrangig von agrarischen Erfordernissen sowie von religiös-kirchlichen Überlegungen bestimmt. Der schwache Mai-Gipfel war übrigens in Niederösterreich, das damals ja die Stadt Wien mit einschloss, stärker ausgeprägt als in Cisleithanien insgesamt. Das ist ein Hinweis darauf, dass die romantisch-erotische Auffassung von Hochzeit und Ehe damals von bürgerlichen Schichten in größeren Städten ihren Ausgang nahm.

Der zweite Zeitvergleich betrifft die Jahre 1981, 1991 und 2007: Vor einem Vierteljahrhundert gab es einen ausgeprägten Mai-Gipfel sowie einen September-Gipfel. Im 21. Jahrhundert wird hingegen generell im Sommer geheiratet – also zwischen Mai und September, nun aber mit Gipfel im Juli. Kaum Eheschließungen gibt es hingegen zwischen Dezember und April. Neben romantische Erwägungen tritt nun offenbar stärker die Überlegung, wie sich die Eheschließung als Familienfest mit Urlauben und der Aussicht auf gutes Wetter verbinden lässt. Dies wären nun durchaus „unromantische“ Entscheidungen, die gut zu einer Entmythologisierung der Ehe passen würden. Mittlerweile scheinen auch diese Überlegungen anderen gewichen zu sein, auf die hier nicht näher einzugehen ist (andere Notwendigkeiten der Verrechtlichung): Jedenfalls hängen sie mit der Frage nach dem pragmatischen Wert der Ehe zusammen.

²¹ Die Werte sind in der Grafik 17 nicht dargestellt, weil nur für Cisleithanien insgesamt verfügbar.

1.1.4.6 Verwandtschaft

Verwandtschaft war auf der Ebene des sozialen Handelns in segmentären Gesellschaften ein System des verallgemeinerten Austausches, welches ganz grundlegend die Struktur dieser Gesellschaften prägte und ihr Funktionieren erst möglich machte. Reziprozität ist die grundlegendste Struktur, welche Gesellschaft überhaupt kennt. Das heißt allerdings nicht, dass es dabei um ein ständiges Aufrechnen – also um ein eng verstandenes *do ut des* – geht. Die Suche nach diesem wird in der Regel in sozialen Systemen, die durch ein Überwiegen von Vergemeinschaftung gekennzeichnet sind, magere Ergebnisse bringen. Doch dies berührt ganz grundlegende Fragen moderner Sozialwissenschaft. Schon Max Weber stellte eine säkulare Tendenz zur Rationalisierung von Gesellschaften fest. Ein Eindringen des Tauschgedankens auch in kleine Sozialeinheiten wie die Familie würde in diesen Trend passen. Wie bereits gezeigt, vermögen ökonomische Ansätze in Demografie und Familiensoziologie durchaus einen Teil des Geschehens zu erklären.

In modernen Gesellschaften spielt ausgedehnte Verwandtschaft keine zentrale Rolle mehr. Um mit Lévi-Strauss (1982) zu sprechen: Unsere Verwandtschaftssysteme haben die wichtigsten Eigenschaften und Funktionen eingebüßt, die sie in vielen vormodernen und in allen archaischen Kleingesellschaften hatten. Sie sind kein Austauschsystem von Menschen, etwa von Ehepartnern, mehr. Die Größe unserer Gesellschaften garantiert, dass die meisten Erwachsenen, sofern sie dies wünschen und dazu prinzipiell in der Lage sind, einen Partner bzw. eine Partnerin finden können. Weiters macht die grundsätzliche Gleichberechtigung der Geschlechter ein solches System nicht nur überflüssig, sondern sogar hinderlich und dysfunktional. Die gegenseitige Partnerwahl auf der Basis persönlicher Präferenzen schließt eine systematische Tauschbeziehung aus. Die Frage müsste daher heute eher lauten: Welche Funktion haben die ja immer noch vorhandenen Verwandtschaftssysteme in unserer Gegenwartsgesellschaft?

Hier müssen wir zwischen zwei Netzen von Verwandtschaft unterscheiden, welche allerdings miteinander verbunden sind.

(1) Die Mehrgenerationenfamilie, die in der Regel keineswegs unter dem Dach eines gemeinsamen Haushalts lebt, hält einen intergenerationalen Austauschprozess in Gang. Hier läuft der Austausch von persönlicher „Sorge“ für und Betreuung von Ältere(n) gegen „Übertragung von Vermögenswerten“ und andere Formen der Unterstützung an die Jüngeren. Untersuchungen zeigen, dass in europäischen Gesellschaften beträchtliche Geldmittel im Wege alltäglicher Unterstützung von Eltern (bzw. Großeltern) an Kindern (und Enkel) übertragen werden und die ältere Generation ihre erwachsenen Kinder vielfach auch bei der Kinderbetreuung unterstützt. Viel seltener sind materielle Zuwendungen der erwachsenen Kinder an ihre nicht mehr erwerbstätigen Eltern, wie dies in traditionellen Gesellschaften üblich ist.

(2) Das horizontale Netz von Beziehungen zu Geschwistern und Schwägern/Schwägerinnen ist hingegen intragenerational und funktioniert hauptsächlich für die Auswahl intensiver sozialer Kontakte vor allem außerberuflicher Art. In diesem Sinn stellt es eine wesentliche Ergänzung zum durch Ausbildung, Beruf und lokale Kontakte geprägten Sozialnetz dar. Die affektive Besetzung kann zwischen „Geschwisterlichkeit“ und „Freundschaft“ schwanken. Beide Netze sind miteinander verbunden:

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Welche qualitative Bedeutung haben nun beide Netze? Daten zu diesen Fragen gibt es gelegentlich aus Mikrozensus-Untersuchungen, zuletzt aus dem September 2001.

Im September 2001 waren bei 52,8 % aller in Österreich lebenden Menschen beide Eltern noch am Leben, bei weiteren 18,2 % nur noch ein Elternteil. Das ist natürlich eine Altersfrage. Fast alle Kinder und Jugendliche unter 19 Jahren (97 %) hatten damals noch zwei lebende Elternteile. Bei Menschen über 60 Jahren gilt dies nur noch für 1,5 %, aber immerhin 7,3 % haben noch einen lebenden Elternteil, meist die Mutter.

Zusammen mit beiden Eltern leben nur 25,6 % der Bevölkerung.²² Auch dies ist klarerweise eine Altersfrage. Für Kinder unter 15 Jahren war das im Jahr 2001 bei Weitem die häufigste Lebensform (83,9 %). Bei 40- bis 45-Jährigen ist es die Ausnahme (3,4 %).

Im Alter zwischen 40 und 45 Jahren liegt im Mittel auch der Verlust des ersten Elternteiles, meist zuerst des Vaters. Die Mütter versterben im Mittel erst, wenn die Kinder über 50 Jahre alt sind.

Insgesamt hatte 2001 mehr als ein Drittel aller Menschen in Österreich (37,2 %) noch mindestens eine lebende Großmutter oder einen Großvater. Dies galt – und gilt wohl auch heute – vor allem für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Der Verlust der Großmutter mütterlicherseits erfolgte 2001 im Mittel, wenn die Enkel 23 Jahre alt waren, jener des Großvaters väterlicherseits im Schnitt bereits deutlich früher, im Alter von 11 Jahren. Somit hat der Großteil aller Kinder zum Zeitpunkt ihrer Geburt in Österreich noch lebende Großeltern. Doch nur eine kleine Minderheit lebt mit einem Großelternanteil noch zusammen im gemeinsamen Haushalt. 2001 war dies bei 5,3 %, 1991 noch 6,4 % der Fall. Dennoch übernehmen Großeltern in vielen Familien Erziehungsfunktionen; oder sie fungieren als Babysitter.

Erwachsene, deren Eltern noch leben, treffen sich recht häufig mit ihnen. Von jenen jüngeren Erwachsenen im Alter von 30 bis 34 Jahren, deren Mütter noch leben (aber nicht im selben Haushalt), trifft sich die Hälfte einmal oder mehrmals pro Woche mit der eigenen Mutter. Das tägliche Treffen mit der Mutter außer Haus reduziert sich also auf ein Sechstel. Doch ein weiteres Drittel hat zumindest einmal pro Woche mit ihr persönlichen und hält ansonsten telefonisch Kontakt. Vom Rest hält die Hälfte monatlich persönlichen Kontakt, die anderen seltener, gar nicht oder aber geben keine Auskunft.

Jene, die Geschwister haben, halten in der Regel auch zu ihren Schwestern oder Brüdern Kontakt, nachdem sie den elterlichen Haushalt verlassen haben. Allerdings wird dieser Kontakt mit zunehmendem Alter seltener. Dennoch machen diese empirischen Ergebnisse klar: Zunehmende Individualisierung und getrennte Haushaltsführung bedeuten jedenfalls keine Auflösung der familiären Bande, wie von manchen Kritikern behauptet.

²² Es kann sich auch um einen eigenen Elternteil und eine Stiefmutter oder einen Stiefvater handeln.

1.1.4.7 Resümee

Man kann nicht oft genug betonen: Familie ist nicht Ehe. Während die „Familie“ den höchsten Wert als Lebensziel erhält, wenn man nach den angestrebten Werten im Leben fragt, ist die Ehe mit abnehmendem Regelzwang nicht mehr die Rechtsform sine qua non. Man sollte allerdings auch nicht in den Irrtum verfallen, die Ehe als Form bereits völlig abzuschreiben. Die Tendenz zur Ehe bei der Planung von Kindern zeigt, dass Lebensgemeinschaft für viele Menschen noch eine Familie light ist. Wenn sie die vollen Verpflichtungen zu übernehmen beschließen, wenden sie sich mit einer gewissen Konsequenz der Ehe zu. Mit dem Wandel des Kulturgehorsams haben andere Familienformen, nicht zuletzt die (nichteheliche) Lebensgemeinschaft, auch immer mehr Rechts-Charakteristiken erhalten, die bis vor wenigen Jahrzehnten nur die Ehe hatte. Die Integration dieser Lebensform verlief also auch über ihren Wandel.

Familie ist jedoch für einen Großteil der Menschen in Österreich ein wesentlicher Bestandteil ihres Lebens. Die große Mehrheit der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 25 Jahren lebt mit beiden Eltern oder zumindest mit einem Elternteil im gemeinsamen Haushalt. Von den Erwachsenen über 25 Jahren leben deutlich mehr als die Hälfte mit (Ehe-)Partner und rund 40 % mit eigenen Kindern im gemeinsamen Haushalt. Und auch jene, die aus dem Haushalt ihrer Herkunftsfamilie bereits ausgezogen sind, halten meist regelmäßigen Kontakt mit ihren Eltern und Geschwistern

Auch wenn die Familie nicht mehr Produktionseinheit und verallgemeinerter Schutzverband ist, so bleibt sie doch mehrdimensional, stärker als andere Kleinsysteme. Als Haushalt bleibt sie Konsumeinheit und hat damit auch noch eine quasi-ökonomische Funktion. Vor allem aber ist sie Lebensform. Kinder sind Teil dieser Lebensform – oder u. U. eben auch nicht! Daneben gibt es allerdings andere Lebensformen, die bislang sehr minoritär blieben. Das Single-Dasein als Dauerform ist für die übergroße Mehrzahl nicht erstrebenswert. Doch minoritär ist mittlerweile auch die traditionale Familie mit vielen Kindern.

1.2 Bevölkerungsentwicklung und Familien – eine Vorschau

Methodische Anmerkungen und Datengrundlage

Bevölkerungsprognosen werden meist als „Blick in die Zukunft“ verstanden. Doch strenggenommen sind sie keine Vorhersagen, sondern bloß Projektionen. Sie beruhen üblicherweise auf Szenarien mit unterschiedlichen Annahmen. Klar ist in der Regel nur die Ausgangslage – also Zahl, Alter und Geschlecht einer Bevölkerung zu einem bestimmten Stichtag. Zu dieser werden Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Wanderungsannahmen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte kombiniert, je nach Komplexität des Modells für die Gesamtbevölkerung oder für einzelne Altersgruppen und regionale Untergliederungen. Erleichtert werden Bevölkerungs-Projektionen durch die „Trägheit“ demografischer Prozesse. Ein Großteil der Bevölkerung des Jahres 2025 ist heute schon auf der Welt.

Die bei Bevölkerungsprognosen standardmäßig verwendete Vorgangsweise kommt gelegentlich unter Kritik – international sowie für einzelne Länder. Der wichtigste Einwand heißt: Es wird keine Abschätzung der Wahrscheinlichkeit gewählter Fruchtbarkeits-, Sterblichkeits- und Wanderungsannahmen vorgenommen; und es werden keine Konfidenz-Intervalle angegeben (Lutz/Sanderson/Scherbov 2001, Duncan/Wilson 2004).

Diese Einwände sind prinzipiell berechtigt. Die wesentliche Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass solche Projektionen in der Regel keine rein akademische Angelegenheit sind. Bevölkerungs-Szenarien und deren Ergebnisse werden benötigt, um politische und planerische Entscheidungen zu treffen. Nun würde das erst recht erforderlich machen, Unsicherheiten klar aufzuzeigen. Allerdings ist die Gewinnung von halbwegs plausiblen Wahrscheinlichkeiten keine triviale Angelegenheit. Zugleich sind für Politik und Planung alternative Szenarien praktisch unerlässlich. Nur sie erlauben es, Trends der Gegenwart zu extrapolieren und gestaltbare Alternativen zur zu formulieren.

Beiträge wie die oben erwähnten treffen Aussagen der folgenden Art: „There is a 60 per cent probability that the world’s population will not exceed 10 billion people before 2100, and around a 15 per cent probability that the world’s population at the end of the century will be lower than it is today“ (Lutz et al. 2001: 543). Bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, die Unsicherheit von Projektionen zu betonen, muss man festhalten: Dem Eintreffen eines Einzelereignisses, das sich nicht wiederholen kann – nämlich der globalen Einwohnerzahl des Jahres 2100 – eine präzise Wahrscheinlichkeit zuzuordnen, stößt selbst an die Grenze dessen, worüber aus wahrscheinlichkeitstheoretischer Sicht Auskunft gegeben werden kann. Allerdings lässt sich durch systematische Variation der Annahmen zu Fertilität, Lebenserwartung und Migration zeigen, in welchem Bereich das Resultat eher zu erwarten ist.

Bisweilen gewinnt man den Eindruck, dass Prognosen diversen formalen Fragen mehr Aufmerksamkeit widmen, während inhaltliche Fragen, etwa die Hintergründe von Fruchtbarkeitsänderungen oder die Modellierung von Wanderungsannahmen eine weniger wichtige Rolle spielen. Die Behauptung, dass wir schlecht Bescheid wüssten, was vor sich geht (Duncan/Wilson 2004), ist in diesem Zusammenhang jedenfalls kaum nachvollziehbar.

Wir stützen uns in diesem Abschnitt ebenfalls auf Szenarien zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung. Im Vordergrund steht in aller Regel das jeweilige Hauptszenario oder die so genannte mittlere Variante. Andere Varianten dienen kontrastierend dazu, Entwicklungen besser darzustellen. Dies betrifft insbesondere die hypothetische Entwicklung der Bevölkerung in einer Variante ohne Zu- und Abwanderung. Niemand nimmt an, dass eine solche Variante in realistischer Weise die zukünftige Entwicklung abbildet. Sie vermag jedoch zu zeigen, was passieren würde, im politisch bisweilen beschworenen, aber nicht sonderlich wahrscheinlichen Fall, dass es zukünftig keine Wanderung mehr gäbe.

Auf einem anderen Blatt steht die Frage, ob bestehende und vielfach benutzte Versionen eine systematische Verzerrung aufweisen. Zu fragen ist z. B., ob die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der UN Population Division die Fruchtbarkeits-Annahmen für Europa im Besonderen und für die Welt im Allgemeinen möglicherweise zu hoch ansetzt, weil hier von einer weltweiten Konvergenz ausgegangen wird. Falls dies keine realistische Annahme ist, würde die künftige Bevölkerung Europa systematisch überschätzt und eine künftige Bevölkerungsabnahme auf Weltebene unterschätzt werden. Auf solche Fragen geht dieser Bericht im Folgenden allerdings nur am Rande ein. Faktum ist, dass die Vorausschätzungen immer besser sind, wenn es sich um Länderaggregate handelt. Je kleiner die betrachtete Einheit, umso größer ist die zu erwartende Unschärfe.

Eine systematische neue Untersuchung der Bevölkerungsprognosen für 14 Länder in Europa, darunter Österreich, vergleicht die Genauigkeit von Vorhersagen mit der späteren Realität (Keilman 2008). Dabei geht es klarerweise um die Qualität der seinerzeit getroffenen Annahmen, nicht um jene der Rechenarbeit. Die Untersuchung kommt zu folgenden Ergebnissen:

Die Vorhersagen für die Fruchtbarkeit (Variable TFR) sind in ihrer Genauigkeit stark von der Entwicklung dieser Variable in der jeweiligen Einzelperiode abhängig. Sie waren von 1960 bis 1980 besonders ungenau. Damals wurde die zukünftige Fruchtbarkeit in den Prognosen systematisch überschätzt, weil viele Demografen vor dem Hintergrund des Babybooms offenbar nicht damit rechneten, dass die Kinderzahl pro Frau auf Dauer unter dem einfachen Reproduktionsniveau liegen würde. Dann kam es zu einem Qualitätssprung. Seither gibt es aber keine praktische Verbesserung mehr.

Mit der zukünftigen Lebenserwartung (bei Geburt – LE0) war es ähnlich. Sie wurde zwischen 1960 und 1980 regelmäßig unterschätzt, weil viele Experten vermuteten, dass sich der Zuwachs mit der Zeit abschwächen würde. Seither gab es jedoch ständige Verbesserungen der Prognosequalität. Heute wird der Anstieg der Lebenserwartung für die Zukunft durchaus beachtlich eingeschätzt.

Am schwierigsten verhält es sich mit den Zu- und Abwanderungen. Sie sind zum einen am stärksten von kurzfristigen politischen und konjunkturellen Einflüssen abhängig, beeinflussen ihrerseits aber kurzfristig besonders stark die Bevölkerungsentwicklung. Hier gab es so gut wie keine Verbesserung der Genauigkeit, weil es für die meisten Länder weder einen klaren Trend noch ein stabiles Niveau der Zu- und Abwanderungen gibt.

Die Fristigkeit stellt einen wesentlichen Faktor dar. Aber das Interessante ist, dass der beste Zusammenhang mit einer Kombination von linearer Dauer und Quadratwurzel der Dauer erscheint. Der Koeffizient für die Wurzel ist sowohl für die Fruchtbarkeit als auch für

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

die Wanderung um ein Vielfaches höher. Was könnte dies heißen? Lässt man sich auf eine Schätzung für die Zukunft ein, dann geht man von vorneherein ein Fehler-Risiko einer bestimmten Höhe ein. In der Folge nimmt der Fehler vergleichsweise langsam zu, ist also nur in geringem Ausmaß von der linearen Dauer bestimmt. Oder noch einfacher ausgedrückt: Zwar ist der Fehler selbstverständlich von der Dauer abhängig und steigt mit der Voraussagedauer. Doch selbst bei ziemlich kurzer Frist der Projektion kann man ein bestimmtes Niveau der Unsicherheit nicht unterbieten. Um es vereinfacht zu illustrieren: Wenn wir dies als Gleichung abbilden und diese – entgegen den gerade dargelegten Verhältnissen – linear annehmen würden ($y = a + bx$), so wäre die Steigung (b) flach, aber der absolute Wert a hoch.

Bleibt schließlich noch der Hinweis auf die einzelnen Varianten der jeweiligen Prognosen. Bei der Abschätzung der Fruchtbarkeit (TFR) lagen die niedrigen Varianten in der Regel näher an der späteren Realität als die Hauptvarianten. Oder anders gesagt: Die Hauptvarianten tendierten stärker zu einer Überschätzung der TFR. In den letzten Jahren war dies nicht mehr der Fall. Spiegelverkehrt verhält es sich mit der LEO. Hier lagen in der Vergangenheit die hohen Varianten näher an der späteren Realität. Nur bei der Netto-Migration trafen die Hauptvarianten die tatsächliche Entwicklung im Schnitt am besten.

Klarerweise gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den 14 untersuchten Ländern. Diese Variable ist in hohem Ausmaß von der Genauigkeit der verfügbaren Daten abhängig, denn die zur Vorausschätzung verwendete Kohorten-Komponenten-Methode ist bei allen untersuchten Prognosen dieselbe. Im Ländervergleich schnitten Luxemburg²³ und Portugal am schlechtesten ab. Österreich lag bei der Abschätzung der Fruchtbarkeit und insbesondere der Wanderungen sehr gut, nicht jedoch bei der Abschätzung der Lebenserwartung. Italien hatte generell die niedrigsten Abweichungen zwischen Prognoseannahmen und Realität. Gut lagen auch die Schweiz, Schweden und Frankreich.

Am größten ist die Herausforderung bei der Abschätzung zukünftiger Wanderungen, in welcher Form die Annahmen auch getroffen werden (für Zu- und Abwanderungen separat, als Saldo oder als Rate). Selbst im geschlossenen System der Weltbevölkerung spielen Wanderungen eine Rolle; mehr noch bei Prognosen auf nationaler Basis. Dabei geht es nicht bloß um die Größe der Einwohnerzahl, die sich unmittelbar durch Zu- bzw. Abwanderung verändert. Von Einfluss sind auch mittelbare Auswirkungen. Wenn junge Erwachsene – sie stellen in der Regel die Mehrzahl aller Wandernden – aus einem Gebiet mit hoher Fruchtbarkeit in eines mit niedriger Fruchtbarkeit wandern, so ändern sich ihre Lebensbedingungen, mit der Zeit ihre Einstellungen und schließlich ihr tatsächliches Verhalten. Dies hat Auswirkungen auf die Zahl der eigenen Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt – allerdings nicht sofort, sondern erst nach einer gewissen Zeit.

Es lebt also durch Migration nicht bloß ein kleiner Teil der jeweiligen Bevölkerung anderswo, was bloß die Einwohnerzahl einer Region auf „Kosten“ einer anderen reduziert; sondern es gibt ebenso Auswirkungen auf die Geburtenzahl und nach einem längeren Zeitraum auch auf die Zahl der Sterbefälle. Als Folge müssten zumindest die Fruchtbarkeitsannahmen geändert werden.

²³ Luxemburg ist ein vergleichsweise kleines Land mit einem hohen Anteil zugewanderter und aus dem Ausland einpendelnder Arbeitskräfte. Dies macht die Prognose besonders unsicher, weil Zuwanderer zur Wohnbevölkerung zu rechnen sind, Tagespendler ihren Wohnsitz hingegen im umliegenden Ausland haben.

Bisweilen passiert dies nicht. Bei der großen Umstellung der österreichischen Projektionen zwischen der Prognose 2005 und der Prognose 2006 wurden insbesondere die Wanderungssalden stark verändert. Die Fruchtbarkeitsannahmen wurden damals jedoch praktisch nicht verändert. Hätte man die Erwartung, dass zukünftig mehr Menschen aus Ländern mit höheren Kinderzahlen nach Österreich kämen, wäre dies bei konstanter Fruchtbarkeitsannahme klarerweise mit einer Unterschätzung der künftigen Geburtenzahl verbunden. Da jedoch keine Annahmen über die Herkunft zukünftiger Zuwanderer nach Österreich getroffen wurden, unterblieb auch eine mögliche Anpassung der Fertilitätsannahmen.

Schließlich gibt es Einflüsse der Zu- und Abwanderung auf den Altersaufbau. Ohne Migration würde er sich vor allem aus der Geburtenzahl früherer Perioden und somit indirekt aus den Fruchtbarkeitsannahmen ergeben. Bei stärkerer Zu- oder Abwanderung ist hingegen die Stärke der jüngeren Altersklassen schwerer abzuschätzen als jene der älteren.

Außerdem gibt es bestimmte Vorannahmen, welche zum Teil nicht voll explizit gemacht werden. Ein Beispiel dafür ist die in etlichen Prognosen im Vergleich zur Gegenwart angenommene zukünftig höhere Fruchtbarkeit (TFR) europäischer Bevölkerungen. Dafür gibt es zwei mögliche Erklärungen. Entweder die zugrunde liegende Annahme ist, dass die durchschnittlichen Kinderzahlen weltweit konvergieren. Dann müsste es in Europa quasi „von selbst“ zu einem Wiederanstieg kommen. Oder man geht davon aus, dass die Politik eingreifen muss, sobald die Fruchtbarkeit unter ein bestimmtes Niveau sinkt. Die Folge wäre eine explizit pro-natalistische Politik, die schließlich so lange variiert wird, bis sie sich positiv auf die Kinderzahl auswirkt. Letzteres ist ja keineswegs garantiert. Schon derzeit gibt es in den meisten Staaten Europas pro-natalistische Maßnahmen – allerdings vielfach ohne den gewünschten Effekt.

Mortalität ist im Wesentlichen eine strukturelle Frage. Sie hängt hauptsächlich vom Lebensniveau einer Gesellschaft ab. Fruchtbarkeit ist eine wesentlich komplexere Variable. Sie hängt zuerst einmal von den Entscheidungen der beteiligten Individuen ab, ist also unmittelbar kulturell gesteuert. Dass deren Werte wiederum auch strukturell bedingt sind, weil das Wertesystem einer Gesellschaft auch von der Struktur abhängt, steht außer Debatte. Es ist jedoch keineswegs völlig klar, wie die Wirkzusammenhänge und vor allem die Quantitäten verlaufen.

Für die Vorausschau auf europäischer Ebene werden die Daten der UN PD Version 2006 der Projektionen verwendet. Für die EU, Norwegen und die Schweiz bilden die Daten des EU-Statistikamtes EUROSTAT die Grundlage (EUROPOP 2004 und 2008). Für Österreich werden die Daten der Statistik Österreich zu Grunde gelegt: Dabei wird für die Analyse die letztverfügbare Prognose herangezogen, und zwar primär die Hauptvariante.

Revidierte Annahmen und Ergebnisse für Österreich werden seit einigen Jahren regelmäßig Ende Oktober veröffentlicht. Während es in der letzten Zeit zweimal – nämlich 2006 und 2007 – deutliche Veränderungen in den Annahmen gab, nämlich bei den Wanderungen, was sich entsprechend auch in den Gesamtergebnissen niederschlug, brachte die letzte Revision vom Oktober 2008 gegenüber den bisherigen Prognosen keine nennenswerte Veränderung.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Ein Vergleich der Prognosen unterschiedlicher Institutionen, ihrer Datengrundlagen und Annahmen macht klar: Alle drei Datenbasen unterscheiden sich etwas voneinander. Vor allem weicht jene der nationalen österreichischen Projektion von jener ab, die EUROSTAT verwendet. Jedenfalls hat die Annahmensetzung der nationalen Projektion für Österreich einen größeren Spielraum, weil sie nicht auf die allgemeinen Vorgaben von EUROSTAT Rücksicht nehmen muss. Der quantitative Einfluss dieser Abweichungen auf die Gesamtergebnisse der EU durch einen Bevölkerungsanteil von weniger als 1,7 % der gegenwärtig in der EU lebenden Menschen ist aber zu vernachlässigen. Etwas Ähnliches gilt für die Differenzen zwischen EUROSTAT und UN PD. Aufgrund des wesentlich allgemeineren Charakters der UN-Annahmen, die auf hoch entwickelte Länder wie auch auf Entwicklungsländer mit ihren gänzlich verschiedenen demografischen Regimen und Datengrundlagen Rücksicht nehmen müssen, dürften die EUROSTAT-Projektionen in ihrer Beschränkung auf wirtschaftlich höher entwickelte Gesellschaften mit besserer Datenqualität konsistenter sein.

1.2.1 Die Zukunft der europäischen Bevölkerungen

Der demografische Wandel wird im Wesentlichen durch drei grundlegende Variablen bestimmt:

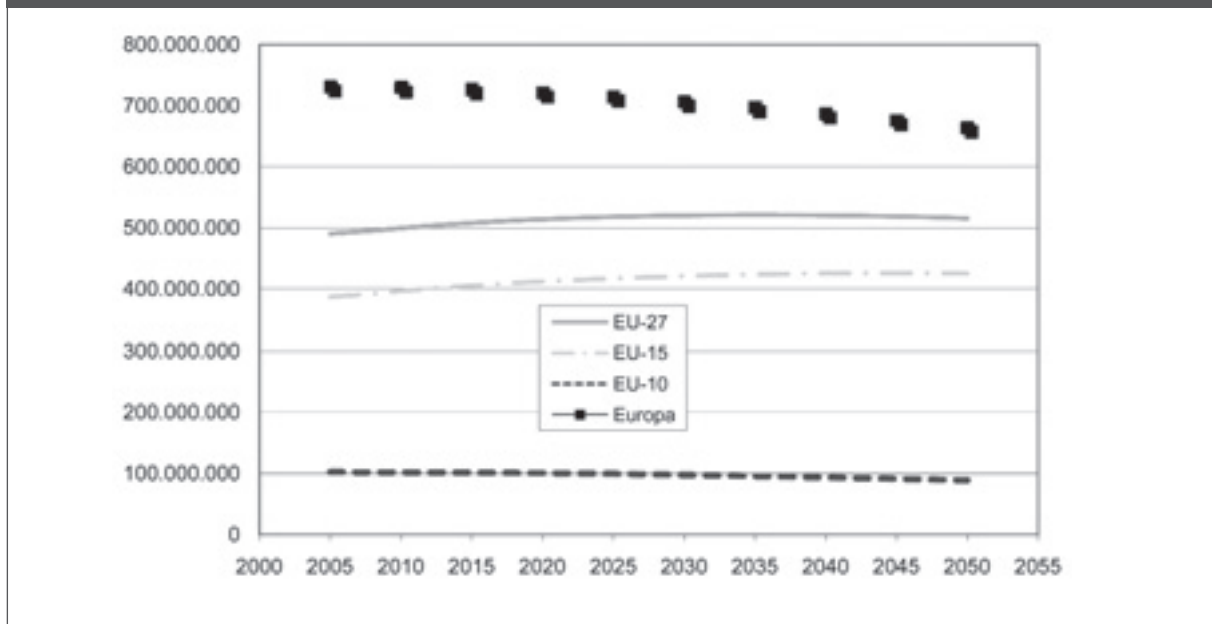
- durch die Fruchtbarkeit (durchschnittliche Zahl der Kinder pro Frau),
- die Sterblichkeit (gewöhnlich invers gemessen und zusammenfasst als Lebenserwartung bei der Geburt),
- schließlich durch die geografische Mobilität (die sowohl innerstaatliche Mobilität als auch internationale Migration umfasst).

Projektionen hängen dabei von der Einwohnerzahl, der Altersstruktur und der Geschlechterproportion im Ausgangsjahr sowie von Annahmen zu den drei genannten Variablen ab.

1.2.1.1 Der Kontinent Europa

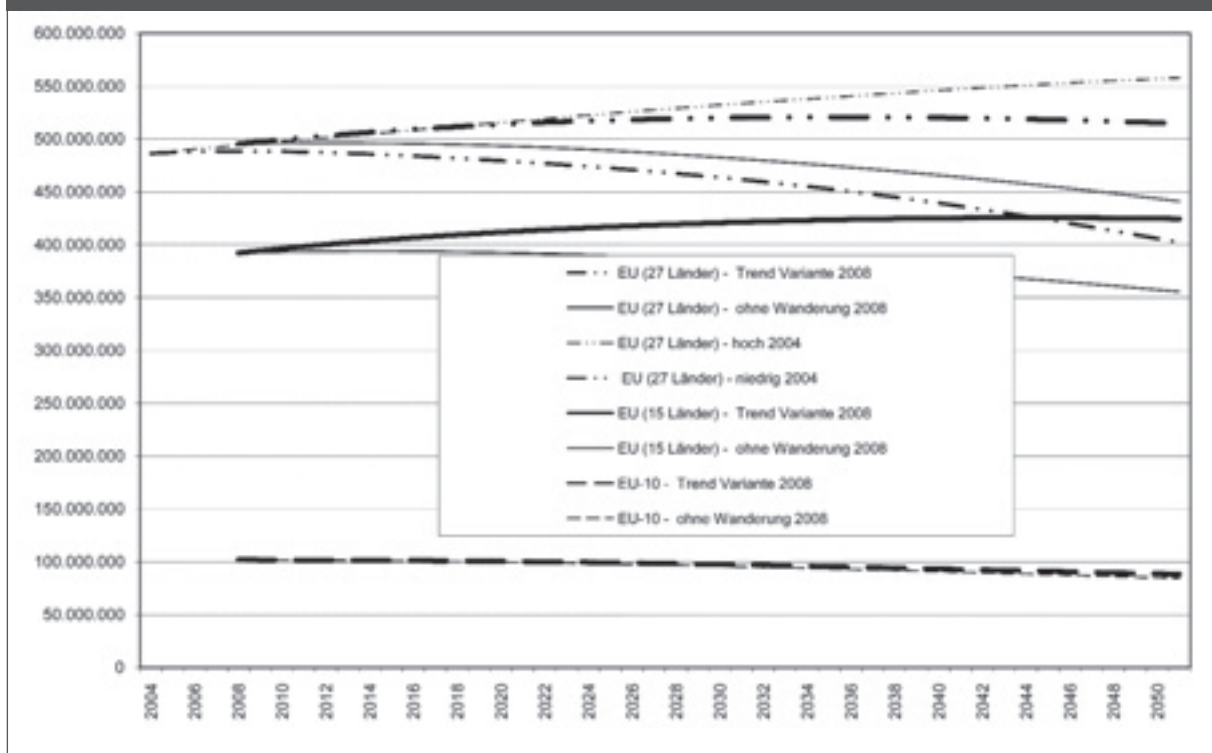
Alle Angaben über die Einwohnerzahl Europas hängen davon ab, wie man unseren Kontinent geografisch definiert. Unter Einschluss Russlands und anderer europäischer Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion hat Europa – die Türkei außer Betracht gelassen – 731 Millionen bzw. einschließlich Türkei 805 Millionen Einwohner.

Die Einwohnerzahl des Kontinents würde also laut UN-Hauptvariante (UN PD, WPP 2006) bereits im laufenden Jahrzehnt zu schrumpfen anfangen. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen. Die UN-Prognose geht davon aus, dass die Einwohnerzahl von derzeit 731 Mio. Menschen bis 2030 auf 707 Mio. und bis 2050 deutlich auf 664 Mio. fallen wird. Gemessen an der derzeitigen Einwohnerzahl Europas wäre dies ein Rückgang um fast 10 %.

Grafik 18: Europa, die EU-27, EU-15 und EU-10

Quelle: UN Population Division, WPP 2006

Innerhalb Europas prognostiziert die UN-Hauptvariante ein Wachstum für die EU und die Türkei, aber schrumpfende Einwohnerzahlen für Russland, Weißrussland, die Ukraine, Moldawien und die Mehrzahl der Staaten des Kaukasus.

Grafik 19: Bevölkerungsentwicklung der EU-27, -15, -10 von 2008 bis 2050

Quelle: EUROSTAT, EUROPOP 2004 und 2008

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

1.2.1.2 Die EU und ihre Ländergruppen

Die Entwicklung innerhalb der EU wird aller Voraussicht nach regional sehr unterschiedlich verlaufen. Wir stützen uns dabei auf eine andere Quelle: auf EUROSTAT mit seiner EUROPOP-Version von 2008. Die EU insgesamt würde ausgehend von derzeit (2009) 500 Millionen Einwohnern noch mehr als zwei Jahrzehnte lang wachsen und mit etwas über 520 Millionen im Jahr 2035 ihren höchsten Bevölkerungsstand erreichen – ein Zuwachs von 5 % binnen 25 Jahren. Nach 2035 würde ein leichter Rückgang einsetzen und die EU-Bevölkerung auf 515 Millionen im Jahr 2050 und auf 506 Millionen im Jahr 2060 sinken. Anzumerken ist dazu freilich, dass die Gesamtbevölkerung der EU-27 zwischen 2000 und 2008 um etwa 2 Mio. Personen pro Jahr anstieg. Blicke es bei diesem Zuwachs, dann würde die für 2035 prognostizierte Bevölkerungszahl von 520 Mio. schon 2020 erreicht.

Die EU bildet demografisch keine Einheit. Die „alten“ Mitgliedsstaaten im Nordwesten und im Süden Europas (EU-15) haben derzeit 397 Millionen Einwohner und dürften auf absehbare Zeit weiter wachsen: Laut EUROPOP 2008 sollten sie 2044 ein Maximum von fast 426 Millionen Einwohner erreichen (+7 % gegenüber 2009). Danach dürfte sich die Einwohnerzahl dieser 15 Länder stabilisieren. Für das Ende des Prognose-Zeitraums werden etwa 425 Millionen Einwohner erwartet.

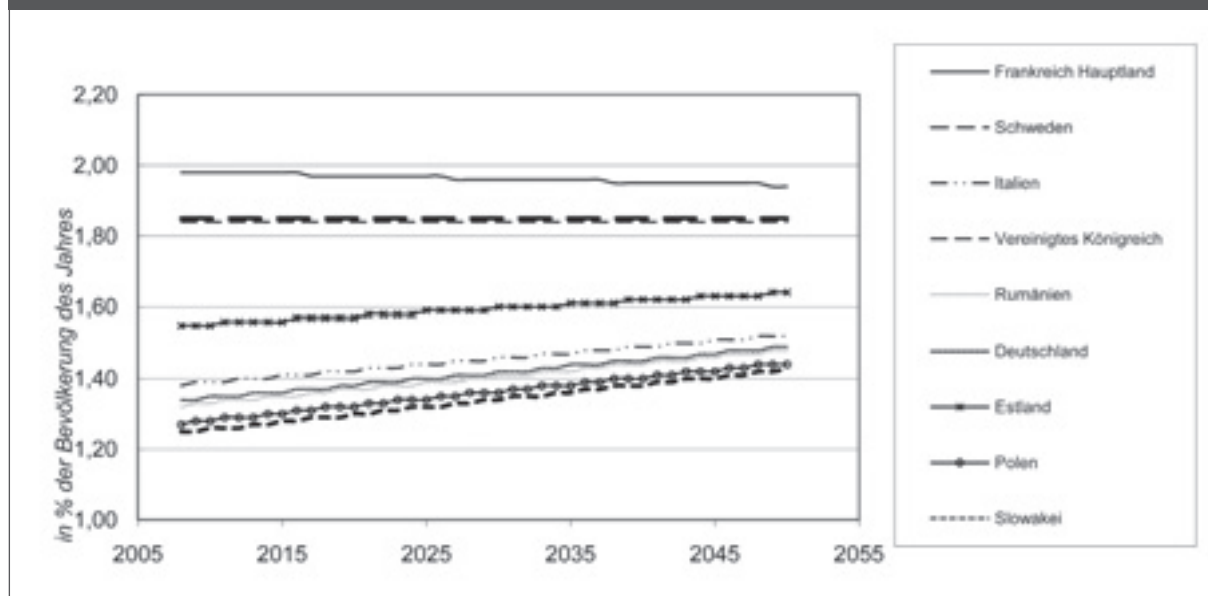
Ganz anders ist die Situation der „neuen“ EU-Staaten im Baltikum sowie in Zentral- und Südosteuropa (EU-10; ohne Malta und Zypern), die in Summe bereits seit 1990 einen merklichen Bevölkerungsverlust verzeichnen. Von derzeit knapp 102 Millionen dürfte die Einwohnerzahl bis 2030 auf 97,5 Millionen und bis 2050 auf 89 Millionen sinken; ein Rückgang von 13 %.

Malta und Zypern haben zusammen nur etwas über 1 Mio. Einwohner, sind ihrer Gesellschaftsstruktur nach eher mit den südlichen EU-Staaten vergleichbar und können laut Prognose auf absehbare Zeit mit wachsenden Bevölkerungen rechnen.

EUROSTAT veröffentlichte bereits im Jahr 2004 eine Langfrist-Projektion, welche für die neuen Mitgliedsstaaten der EU noch stärkere Rückgänge prognostizierte. Jene Projektion (EUROPOP 2004) wurde inzwischen durch EUROPOP 2008 aktualisiert, allerdings nur für die zwei interessantesten Varianten, eine so genannte Trend-Variante (Haupt-Variante) und eine Variante ohne Wanderungen. Wir müssen daher vereinzelt auf die ältere Projektion (EUROPOP 2004) verweisen, wenn wir etwas über die niedrigen oder hohen Varianten sagen wollen. Gerade für Zentral- und Südosteuropa bestehen deutliche Unterschiede zwischen EUROPOP 2008 und EUROPOP 2004. Dies liegt hauptsächlich an den nach oben revidierten Annahmen zur Netto-Wanderung. Auch die Annahmen zur Fertilität wurden etwas nach oben korrigiert, aber keineswegs im selben Ausmaß wie jene zur Migration. Die zukünftige Lebenserwartung wurde 2008 ebenfalls optimistischer beurteilt als in den vorigen Varianten. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die EUROPOP 2008-Projektion und in wesentlich stärkerem Ausmaß die EUROPOP 2004-Version für Österreich ganz beträchtliche Differenzen zur nationalen Prognose der Statistik Austria aufweist. Die beiden Rechnungen gehen von unterschiedlichen Erwartungen aus.

Betrachtet man die Differenzen zwischen den beiden Projektionen, so sind sie auf der Ebene der Globalzählung ganz erheblich. Das Trendszenario von EUROPOP 2008 erwartet für 2050 etwas über 515 Millionen und für 2060 etwa 506 Millionen Einwohner. In EUROPOP 2004 nahm das Hauptszenario für 2050 ca. 472 Millionen an. Im Vergleich zu EUROPOP 2008 war dieser Wert um 45 Millionen Einwohner kleiner.

Grafik 20: Prognostizierte Entwicklung der Gesamtfruchtbarkeit (TFR) ausgewählter europäischer Länder, 2008 bis 2050 (gemessen in Kindern pro Frau)



Quelle: EUROSTAT, EUROPOP 2008

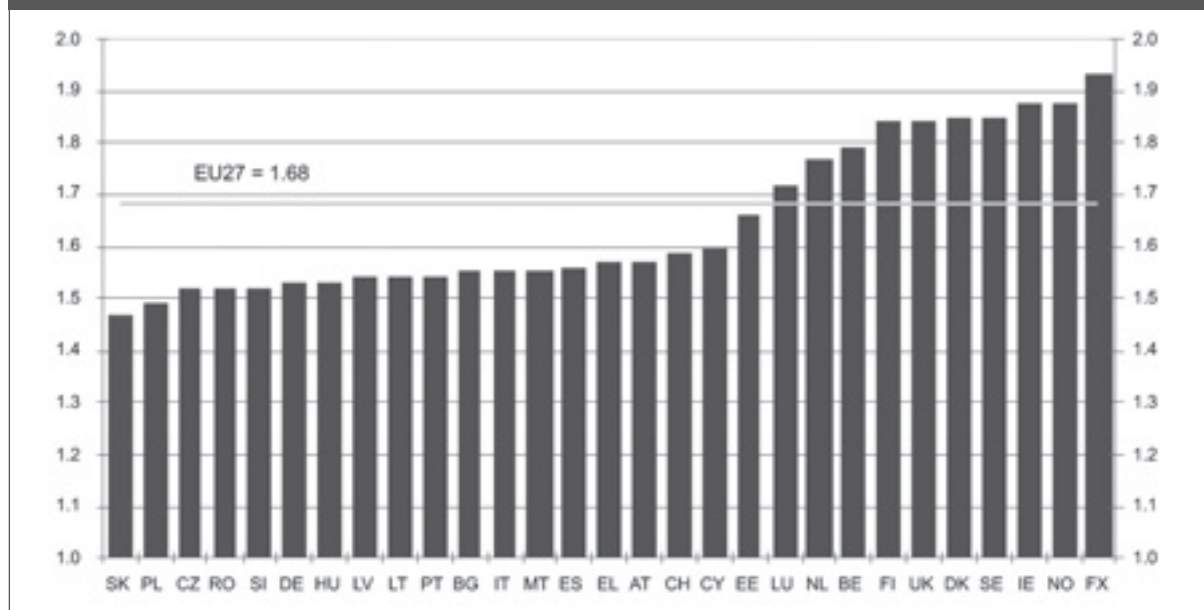
Betrachten wir andere Indikatoren, insbesondere das Gewicht verschiedener Altersgruppen, dann sind die Unterschiede zwischen 2004 und 2008 erstaunlich gering. Man geht davon aus, dass die Wanderbewegungen hauptsächlich die Altersgruppen im jüngeren arbeitsfähigen Alter betreffen. Der Prozess der demografischen Alterung wird davon nur in bescheidenem Ausmaß berührt. Zwar gibt es durch Zuwanderung anfangs mehr junge Erwachsene. Mit der Zeit rücken diese jedoch als alternde Zuwanderer in die oberen Altersgruppen nach. Damit ändern sich die demografischen Belastungsquoten mittelfristig vergleichsweise wenig.

1.2.1.3 Die Annahmen: Fruchtbarkeit

Die Fruchtbarkeit (TFR) liegt derzeit in Europa bei 1,45 Kindern pro Frau. Laut der UN Hauptvariante sollte dieser Wert bis zum Jahr 2050 für ganz Europa auf 1,76 Kinder steigen. Ob dies eine realistische Annahme ist, sei dahingestellt und wird in der UN-Prognose auch nicht diskutiert. Die Projektion geht generell von einer weltweiten Konvergenz aus, was in Regionen mit niedriger Fertilität automatisch einen Anstieg bedeutet.²⁴

²⁴ Siehe dazu unsere methodischen Überlegungen im einleitenden Abschnitt.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 21: Prognostizierte Gesamfruchtbarkeit (TFR) aller EU-27 Länder für 2060

Quelle: EUROSTAT, EUROPOP 2008

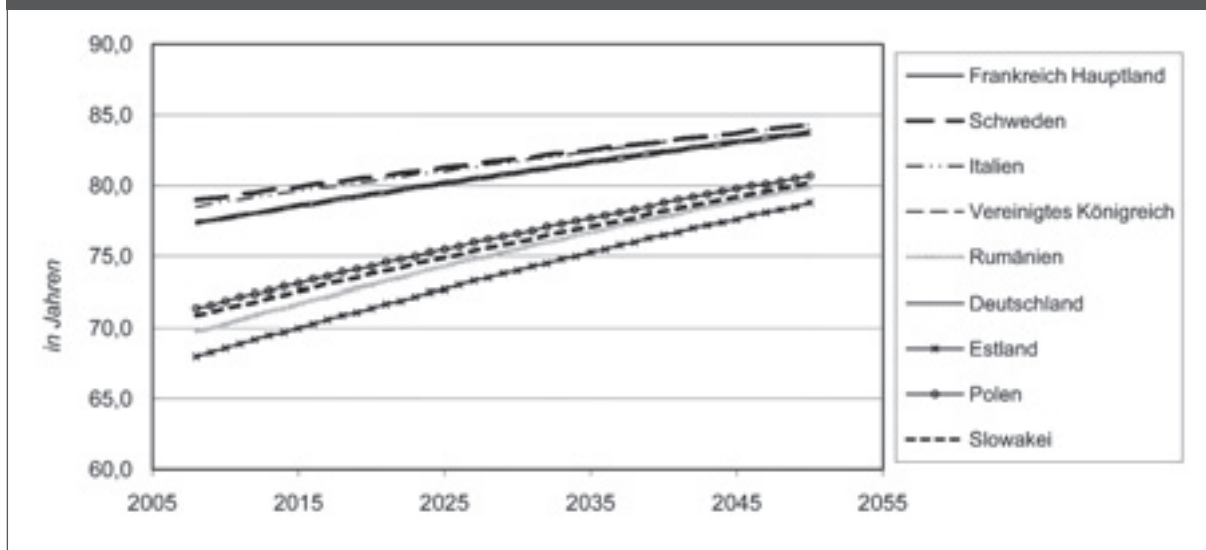
EUROSTAT weist für die Projektion der EU-27 für 2060 einen Wert von 1,68 Kindern aus (Grafik 21). Dies ist allerdings keine direkte Annahme zur Gesamfruchtbarkeit, sondern das gewichtete Mittel der Einzelannahmen für die jeweiligen Mitgliedsstaaten. Aus diesen Daten sind jedenfalls regionale Muster erkennbar: Es wird für die meisten Länder im Nordwesten Europas mit einer vergleichsweise hohen Fruchtbarkeit gerechnet, für den Süden sowie für Ostmittel- und Südosteuropa hingegen mit anhaltend niedriger Fruchtbarkeit. Eine Ausnahme im Osten bildet Estland, für welches eine höhere Fruchtbarkeit prognostiziert wird. Rechnete man Deutschland zum Nordwesten, so wäre es seiner niedrigen Fruchtbarkeit wegen die große Ausnahme dieser Region; allerdings ließe sich argumentieren, dass das heutige Deutschland durch die „neuen Länder“ auch zu Ostmitteleuropa gehört.

1.2.1.4 Lebenserwartung

Auch bei der zukünftigen Lebenserwartung nehmen die Prognosen sowohl bei Männern wie bei Frauen eine starke Konvergenz an. Im Gegensatz zur Fruchtbarkeit ist dies nicht bloß dem Modell geschuldet, sondern ein durch empirische Daten belegter Trend. In den letzten Jahren zeichnete sich in Europa tatsächlich eine konvergente Entwicklung ab. Zwar verzeichneten die meisten Länder Ostmittel- und Osteuropas ab den 1980er-Jahren einen Rückgang an Lebenserwartung – ganz im Gegensatz zur Entwicklung im Westen. Doch – im Gegensatz zu den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion – war dieser Trend in Ostmitteleuropa nicht von Dauer. Mittlerweile verzeichnen die neuen EU-Mitgliedsstaaten Zuwächse an Lebenserwartung. In manchen Ländern sind diese sogar beachtlich. 2005 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung bei der Geburt in den neuen EU-Mitgliedsstaaten (EU-12) für Frauen 78,0 und für Männer 69,9 Jahre. Männer starben im Schnitt 8,1 Jahre früher als Frauen. In den alten EU-Mitgliedsstaaten (EU-15) betrug diese Lebenserwartung 2005 für Frauen 82,1 und für Männer 76,4 Jahre. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern betrug nur 5,7 Jahre (Grafik 23).

Für einen Überblick über die prognostizierte Lebenserwartung in unterschiedlichen Teilen Europas – und zwar jene der Männer (siehe Grafik 22) – wählen wir der Übersichtlichkeit halber einzelne repräsentative Länder. Stellvertretend für Nordeuropa steht Schweden. Die Lebenserwartung ist hier gegenwärtig mit 79 Jahren (2008) eine der höchsten in Europa und der Welt. Sie soll nach der Hauptvariante auf 81,9 im Jahr 2030 und zwei Jahrzehnte später auf 84,3 Jahre steigen. Das ist jeweils etwa ein Jahr höher als in Deutschland, welches für ein fortgeschrittenes, aber demografisch bereits nicht mehr wachsendes kontinentaleuropäisches Land steht. Doch auch für Frankreich und Großbritannien werden ganz ähnliche Werte prognostiziert. Als Beispiel südeuropäischer Gesellschaften stehen Spanien und Italien, für die ebenfalls ein ähnlicher Zuwachs an Lebenserwartung angenommen wird.

Grafik 22: Entwicklung der männlichen Lebenserwartung bei der Geburt in ausgewählten europäischen Ländern, 2008 bis 2050

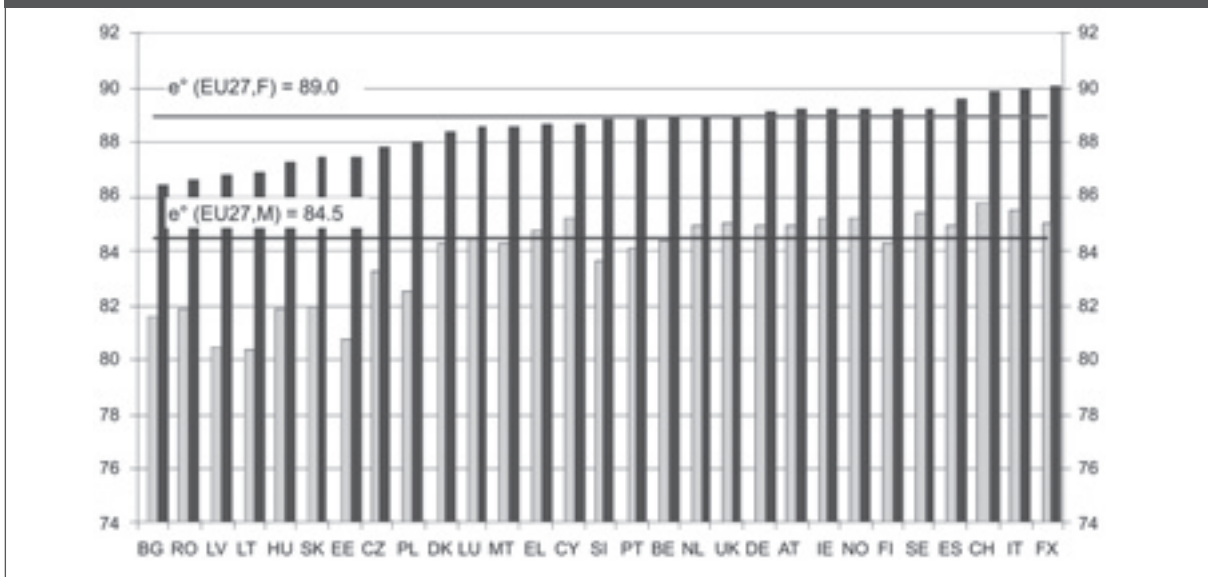


Quelle: EUROSTAT, EUROPOP 2008

Im östlichen Teil der EU ist die Lebenserwartung deutlich niedriger: 69,6 Jahre für Männer in Bulgarien und 69,8 Jahre in Rumänien. Die Projektion geht davon aus, dass sie deutlich zulegen wird, nämlich um mehr als zehn Jahre bis zum Ende des betrachteten Zeitraums. Dennoch unterstellt die Prognose, dass die männliche Lebenserwartung 2050 in Bulgarien (79,6) und Rumänien (80,2) weiter deutlich unter den jener in westeuropäischen Ländern liegen wird.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 23: Prognostizierte Lebenserwartung von Frauen und Männern europäischer Länder im Jahr 2060

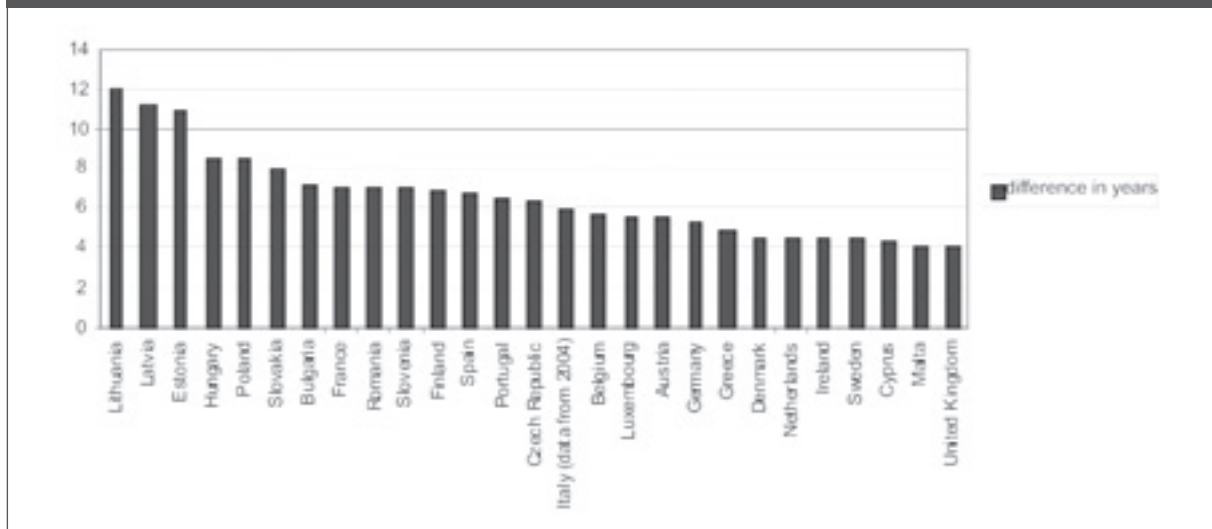


Quelle: EUROSTAT, EUROPOP 2008

Am tiefsten innerhalb der EU ist gegenwärtig das Niveau in Estland (68,0), Lettland (66,0) und Litauen (65,9 Jahre). Auch für die Baltischen Staaten wird erwartet, dass die Lebenserwartung ganz erheblich steigen, aber im Endjahr 2050 noch immer etwas unter Bulgarien und Rumänien liegen wird. Von allen „neuen“ EU-Staaten haben Tschechien (73,9) und Slowenien (74,7 Jahre) die höchste männliche Lebenserwartung. Für beide Länder wird erwartet, dass sie bis 2050 mit 81,6 (Tschechien) bzw. 82,2 (Slowenien) Jahren zum Niveau der hochentwickelten westlichen Gesellschaften aufschließen werden.

Bis 2060 soll die männliche Lebenserwartung bei der Geburt in der EU-27 auf 85,5 Jahre steigen (Grafik 23). Kennzeichnend für die Entwicklung innerhalb der EU ist, dass sich die (ungewichtete) Standardabweichung zwischen den Mitgliedsstaaten im Zeitraum bis 2050 halbieren soll. Da zugleich der Mittelwert steigt, würde dies bedeuten, dass der Variationskoeffizient noch etwas stärker zurückgeht. Auch darin drückt sich ganz klar eine Konvergenzannahme aus.

Grafik 24: Unterschiede der Lebenserwartung von Frauen und Männern europäischer Länder im Jahr 2005



Quelle: EUROSTAT, EUROPOP 2008

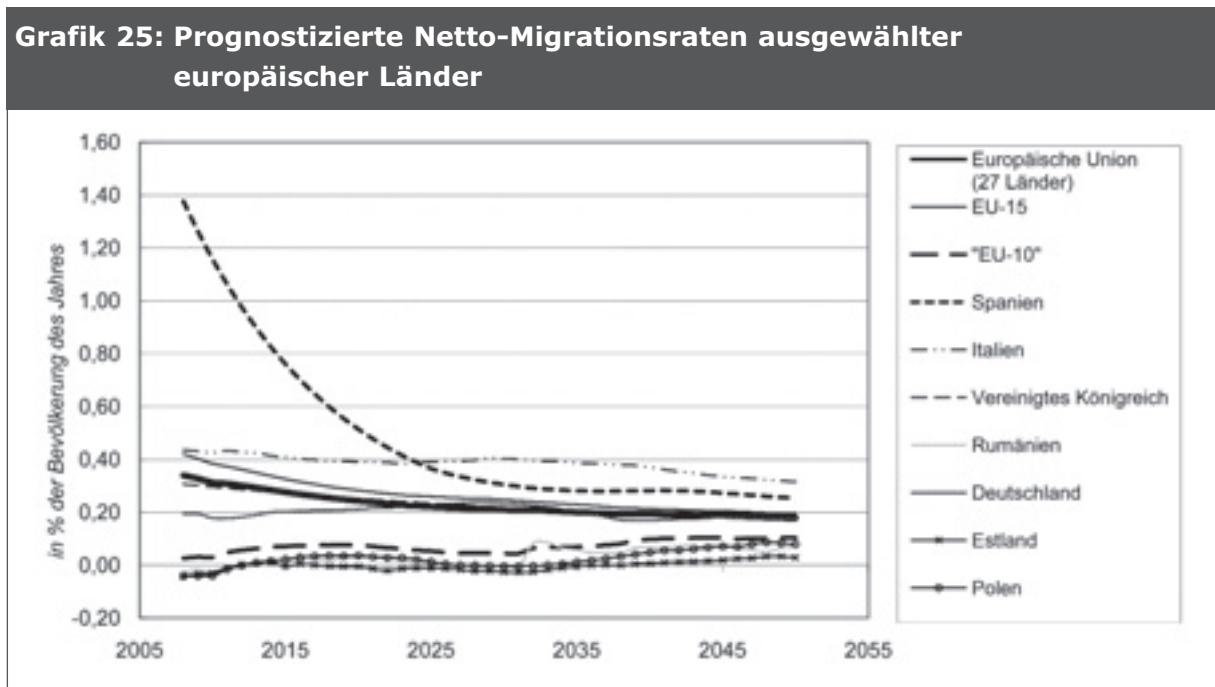
Die weibliche Lebenserwartung bei der Geburt soll in der EU-27 bis 2060 im gewichteten Mittel auf 89,0 Jahre steigen (Grafik 23). Auch bei den Frauen gibt es Ost-West-Unterschiede. Doch diese sind erkennbar kleiner als bei den Männern. Die Standardabweichung ist derzeit bereits deutlich geringer. Es wird überdies angenommen, dass sie sich noch weiter verringern dürfte. Dadurch ist aber die Differenz zwischen männlicher und weiblicher Lebenserwartung in den Staaten der EU-10 deutlich größer als in Westeuropa. In den Baltischen Staaten liegt die Lebenserwartung der Frauen um mehr als zehn Jahre über jener der Männer; auch in Bulgarien und Rumänien ist dieser Abstand deutlich größer als in den westlichen Gesellschaften (Grafik 24). Damit verbindet sich der Hinweis, dass die politische und gesellschaftliche „Wende“ in den meisten Ländern Ostmittel- und Osteuropas mit einem Anstieg der männlichen Mortalität bzw. einem Rückgang der Lebenserwartung verbunden war. Zu analysieren, womit dies im Detail zusammenhängt, überschreitet den Gegenstand dieses Beitrags. Aber es ist offensichtlich, dass ältere Männer mit den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen in Ostmittel- und Osteuropa ganz offensichtlich schlechter zurechtkamen als ältere Frauen. Die geschlechtsspezifischen Erwartungen an Männer, den Lebensstandard zu sichern, wurden von diesen offenbar sehr viel härter als von Frauen empfunden. Dazu gibt es Hinweise aus anderen Kontexten (Migranten und ihre neue Lebenssituation), die zeigen, dass Frauen pragmatischer reagieren als Männer, wenn es beispielsweise um Statusfragen in neuen sozialen Situationen geht. Doch möglicherweise hat auch das bekannt stärkere Engagement der Männer im öffentlichen Bereich und dessen Krise zu dieser Mortalitätsentwicklung beigetragen.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

1.2.1.5 Wanderungen

Die Abschätzung der Wanderungen ist zweifellos der schwierigste Punkt jeder Projektion. Sie war insbesondere in den letzten Jahren für die neuen EU-Mitgliedsländer noch weniger zutreffend als für die alten EU-Länder. Jedenfalls geht EUROSTAT davon aus, dass die alte EU-15 weiterhin einen hohen Wanderungsüberschuss haben wird, auch wenn dieser stetig abnehmen und bis 2050 auf die Hälfte des Ausgangswertes schrumpfen wird. Für die neuen EU-Mitglieder ist die erwartete Entwicklung weniger eindeutig. Der bislang geringe Wanderungsüberschuss soll sich laut EUROSTAT bis zum Jahr 2019 verdreifachen, dann bis 2030 auf fast die Hälfte abnehmen und bis 2050 wieder verdoppeln. Diese wellenförmige Entwicklung ergibt sich durch die Annahme keineswegs synchroner Trends in den einzelnen Staaten: In Polen und Rumänien etwa soll der Wanderungssaldo bis 2030 ins Positive drehen; für Tschechien wird hingegen ein stabiler, leicht positiver Saldo angenommen; in Litauen soll der Saldo zuerst positiv werden und dann wieder ins Negative drehen.

Es macht Sinn, die Nettomigration für die EU insgesamt anzusehen. Die – durchaus anzweifelbare – Annahme ist, dass der jährliche Wanderungsgewinn im nächsten halben Jahrhundert stetig abnehmen wird. Ausgehend von einem gegenwärtigen (2008) Saldo von +1,7 Millionen Personen pro Jahr soll sich der dieser jährliche Wanderungsgewinn bis 2050 etwa halbieren. Diese Entwicklung wird vor allem vom Saldo der „alten“ EU-15 bestimmt. Der Saldo dieser Ländergruppe soll von derzeit (2008) 1,65 Millionen bis 2050 auf exakt die Hälfte (825 000) und in den folgenden zehn Jahren weiter auf 750 000 sinken. Die „neuen“ EU-Staaten in Ostmittel- und Südosteuropa (EU-10, d. h. ohne Malta und Zypern) umfassen Ein- und Auswanderungsländer mit einer in Summe fast ausgeglichenen Migrationsbilanz (+26 000). Laut Hauptvariante der Europop 2008 soll dieser Saldo bis 2019 auf +77 000 steigen, dann leicht zurückgehen, sich dann bis 2050 wieder deutlich erhöhen und im folgenden Jahrzehnt wieder eine Tendenz nach unten aufweisen.



Quelle: EUROPOP 2008

Es ist zu betonen: Hier handelt es sich um aufaddierte Salden der jeweils betroffenen Länder. Wir sind von den Annahmen her nicht imstande, Wanderungsströme zwischen den einzelnen Ländern innerhalb der EU in ihrer Richtung zu erfassen. Hinter den Salden verbergen sich gerade in der EU-10 Annahmen über stark unterschiedliche und zum Teil gegenläufige Entwicklungen. Nicht aus den Annahmen von EUROSTAT, wohl aber aus den Dokumentationen der nationalen Projektionen ist weiters ein wichtiger Sachverhalt zu entnehmen: Die Länder der EU-10 gaben in der jüngeren Vergangenheit im Saldo Migranten an westliche EU-Staaten ab, hatten jedoch Zuwanderung aus ihrer östlichen Nachbarschaft. Es fand eine gewisse Westverschiebung von Bevölkerung statt. Bislang migrierten Polen vor allem nach Großbritannien und Irland, in etwas geringerem Umfang auch nach Deutschland; Rumänen gingen hingegen nach Spanien und Italien, in geringerer Zahl auch nach Ungarn. Beide Länder registrierten zugleich Zuwanderung aus der Ukraine, Moldawien, Weißrussland und aus Mittelasien.

Welche zentrale Rolle die prognostizierten Wanderungen für die zukünftige demografische Entwicklung Europas haben, zeigen zwei Modellrechnungen: einerseits die erwartete Relation des Netto-Wanderungsgewinns zur Gesamtbevölkerung, andererseits die Prognosevariante ohne Wanderungen.

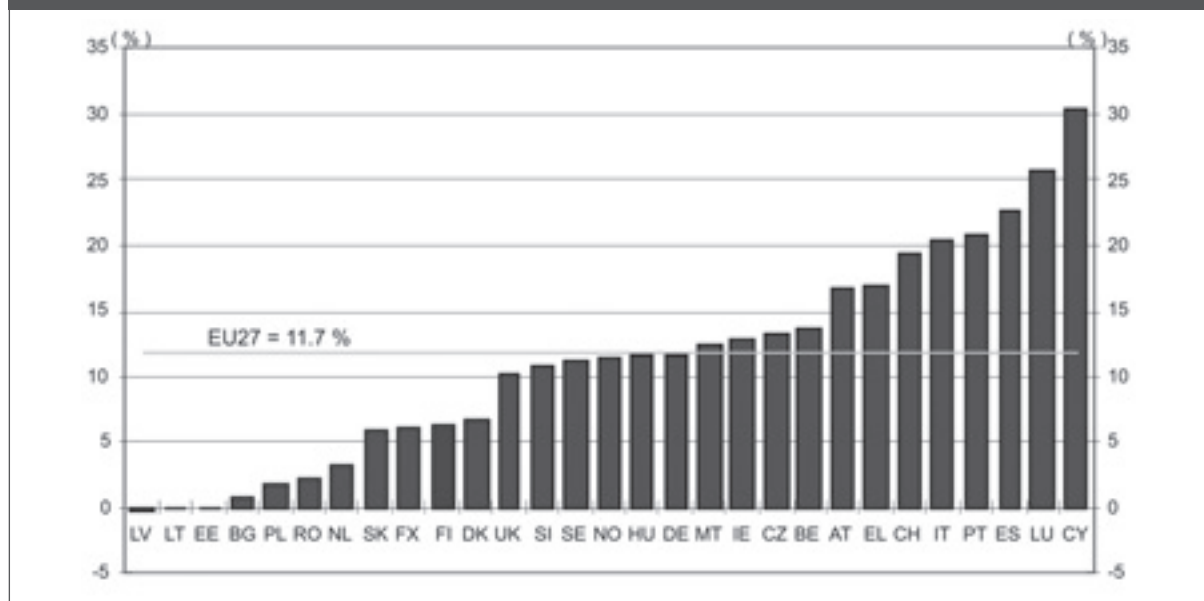
Die Hauptvariante der EUROPOP 2008 rechnet für die EU-27 damit, dass der kumulierte Wanderungsgewinn im Zeitraum 2008 bis 2060 fast 60 Millionen Personen ausmacht. In Relation zur EU-Bevölkerung des Jahres 2060 (bezogen auf die heutigen 27 EU-Staaten ohne zukünftige Erweiterungen) entspricht dies fast 12 % der Bevölkerung (Grafik 26). In Staaten mit erwarteter stärkerer Zuwanderung – insbesondere in Südeuropa – liegt dieser Prozentsatz deutlich höher, in Staaten mit erwarteter schwächerer Zuwanderung – insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa – ist er deutlich niedriger.

In der Prognosevariante ohne Wanderungen sind die Annahmen über die Entwicklung von Fruchtbarkeit und Lebenserwartung die gleichen wie bei der Hauptvariante. Es ist klar, dass dies nicht als realistische Prognose einer wahrscheinlichen Zukunft ohne jede Zuwanderung in die EU-27 bzw. ohne jede Abwanderung aus der EU-27 gedacht ist. Weder wäre – aus unserer Sicht – ein totales Verbot jeglicher Ein- und Auswanderung wünschenswert noch politisch durchsetzbar.

Die Variante ohne Migration würde bis zum Jahr 2011 eine stagnierende Bevölkerung ergeben. Danach würde die Gesamtbevölkerung der EU-27 abzunehmen beginnen. 2022 würden das Geburtendefizit und damit der Bevölkerungsrückgang bereits eine Million pro Jahr ausmachen, 2035 bereits zwei Millionen. Bis zum Jahr 2050 würde die Gesamtbevölkerung der EU-27 von derzeit 500 Millionen auf 440 Millionen sinken; ein Minus von 60 Millionen bzw. 12 % des gegenwärtigen Niveaus.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 26: Prognostizierter kumulierter Netto-Wanderungsgewinn europäischer Länder bis 2060 (in % der Bevölkerung des Jahre 2060)



Quelle: EUROSTAT

1.2.1.6 Alter und davon abhängige Indikatoren

Die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung hat klare Konsequenzen für den Altersaufbau der Bevölkerung. Die jüngeren Jahrgänge schrumpfen bereits seit einiger Zeit. Der Anteil der 0- bis 20-Jährigen hält 2008 bei 21,7 % und wird sich auch in den folgenden Jahrzehnten weiter verringern. Bis 2030 dürfte er auf 19,7 % und in den folgenden zwei Jahrzehnten bis 2050 auf 18,9 % zurückgehen.

Im Gegensatz dazu wachsen Zahl und Anteil der Älteren seit einigen Jahrzehnten. Diese Entwicklung wird sich in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen. Die Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber machen heute in der EU 17,1 % der Gesamtbevölkerung aus. Dieser Anteil wird bis 2030 um ein gutes Drittel auf 23,6 % steigen. In den darauffolgenden zwei Jahrzehnten wird er weiter stark zunehmen und 2050 laut Hauptvariante der Prognose 29,0 % erreichen. Danach dürfte dieser Anteil kaum noch ansteigen, sobald die Babyboom-Generation der 1950er und 1960er-Jahre verstorben ist.

Das erwerbsfähige Potenzial, also der Anteil der Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, wuchs bekanntlich im letzten halben Jahrhundert von etwas über der Hälfte auf derzeit (2008) 61,3 %. Dieser Anteil wird noch für mehrere Jahre gleich bleiben und dann zu sinken beginnen. Im Jahr 2030 sollte dieser Anteil nach der Hauptvariante nur mehr 56,7 % ausmachen, zwei Jahrzehnte später ist der Anteil mit nur noch 52,2 % fast nur noch die Hälfte.

Entsprechend dieser prognostizierten Verschiebung der Altersstruktur verändern sich die demografischen Abhängigkeitsquoten. Bei der Jugendabhängigkeit (< 20/20–64) verringern sich sowohl Zähler wie Nenner. In Summe dürfte sich der Wert nur geringfügig verändern: von derzeit 35,4 Jugendlichen pro 100 Erwerbsfähigen auf (2050) 36,2 Jugendliche pro 100 Erwerbsfähigen. Im Gegensatz dazu wird sich die Altersabhängigkeit ver-

doppeln: von gegenwärtig 27,9 Älteren pro 100 Erwerbsfähigen auf über 41,5 (2030) und schließlich auf 55,5 (2050) Ältere pro 100 Erwerbsfähigen. Die demografische Gesamtbelastung addiert sich aus diesen beiden Abhängigkeitsquoten. Sie wird daher stark steigen, von 63,3 Jugendlichen und Älteren pro 100 Erwerbsfähigen auf 91,7 (2050) Jugendliche und Ältere pro 100 Erwerbsfähigen.

Auch hier gibt es innerhalb Europas gewisse Ost-West-Unterschiede. Während die Trend-Variante für die alte EU-15 im Jahr 2050 einen Anteil der Jüngeren (< 20 J.) von 19,4 % prognostiziert, würde dieser Anteil in Ostmittel und Südosteuropa (EU-10) nur 16,2 % ausmachen. Dagegen würde der Altenanteil (65+ J.) in der EU-10 im Jahr 2050 mit 31,5 % etwas über jenem des Westens (EU-15: 28,4 %) liegen. Beim aktiven Potenzial der Erwerbsfähigen (20–64 Jahre) sind die prognostizierten Unterschiede hingegen äußerst gering (2050; EU-15: 52,1 %; EU-10: 52,8 %). Damit unterscheiden sich auch die Altersabhängigkeits-Quoten nicht allzu sehr (2050; EU-15: 54,6; EU-10: 58,7). Bei den Jungen allerdings ist die Quote aufgrund des geringeren Anteils in der EU-10 deutlich niedriger als in der EU-15.

1.2.1.7 Haushalte und Familien

Seit Jahrzehnten wächst in Europa (und nicht nur hier) die Zahl der Haushalte schneller als die Bevölkerung selbst, weil eine Verkleinerung der Haushalte und ein starker Zuwachs an Ein-Personen-Haushalten (Schulz 2007) stattfindet. 1960 lebten in einem Haushalt in den Ländern der heutigen EU im Schnitt 3,3 Personen. 2001 waren es nur noch 2,5 Personen. Dabei waren die Haushalte in den westlichen und südlichen EU-Staaten (EU-15) mit durchschnittlich 2,4 Personen etwas kleiner als in den EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas (EU-10) mit 2,7 Personen.

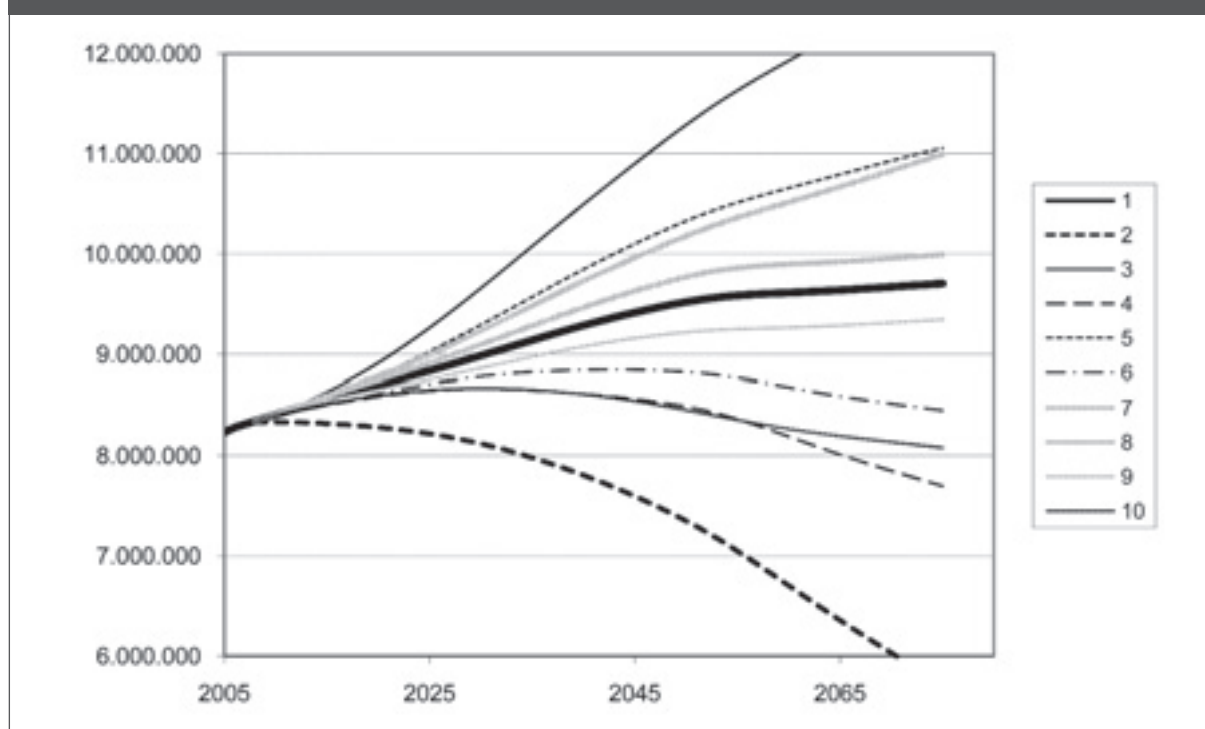
Der skizzierte Trend und der bestehende Ost-West-Unterschied werden sich aller Voraussicht nach in den kommenden Jahrzehnten fortsetzen. Von EUROSTAT gibt es dazu im Rahmen der EUROPOP keine eigenständige Projektion, wohl aber vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Schulz 2008), das sich dabei auf die Hauptvariante von EUROPOP 2008 stützt. Vorhergesagt wird, dass sich die durchschnittliche Haushaltsgröße bis 2050 auf 2,3 Personen verringern wird, während der Anteil der Ein-Personen-Haushalte von 29 % im Jahr 2001 auf 35 % im Jahr 2050 steigen könnte. Es wird erwartet, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße auch 2050 im Westen und Süden der EU kleiner sein wird als in der Mitte und im Südosten (EU-15: 2,2 Personen, EU-12: 2,4 Personen).

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

1.2.2 Österreich bis 2050 und danach

Die folgenden Überlegungen zu Österreich stützen sich vor allem auf die Hauptvariante der Projektionen der amtlichen österreichischen Statistik (Statistik Österreich). Andere Varianten werden gelegentlich zur Kontrastierung erwähnt, insbesondere jene ohne Wanderung. Die Variante ohne Wanderungen dient – wie schon im Fall der EUROPOP diskutiert – nicht als realistisches Szenario, sondern lediglich als kontrastierende Modellrechnung, die uns zeigt, was ohne Wanderung zu erwarten wäre.

Grafik 27: Varianten der österreichischen Bevölkerungsprognose vom Oktober 2008



Die Varianten sind:

1 Hauptszenario (mittlere Fertilität, Lebenserwartung, Zuwanderung); 2 Hauptvariante ohne Wanderungen; 3 Wachstumsszenario (hohe Fertilität, Lebenserwartung, Zuwanderung); 4 Alterungsszenario (niedrige Fertilität/Zuwanderung, hohe Lebenserwartung); 5 Hohe Wanderungsvariante (mittlere Fertilität und Lebenserw.); 6 Niedrige Wanderungsvariante (mittlere Fertilität und Lebenserw.); 7 Fertilitätsvariante (hohe Fertilität, mittlere Lebenserw./Zuwand.); 8 Hohe Lebenserwartungsvariante (mittl. Fert. und Zuwand.); 9 Niedrige Lebenserwartungsvariante (mittl. Fert./Zuwand.); 10 Benchmark-Variante (kontinuierliche Fertilität, Lebenserwartung und Zuwanderung)

Quelle: Statistik Austria, Oktober 2008

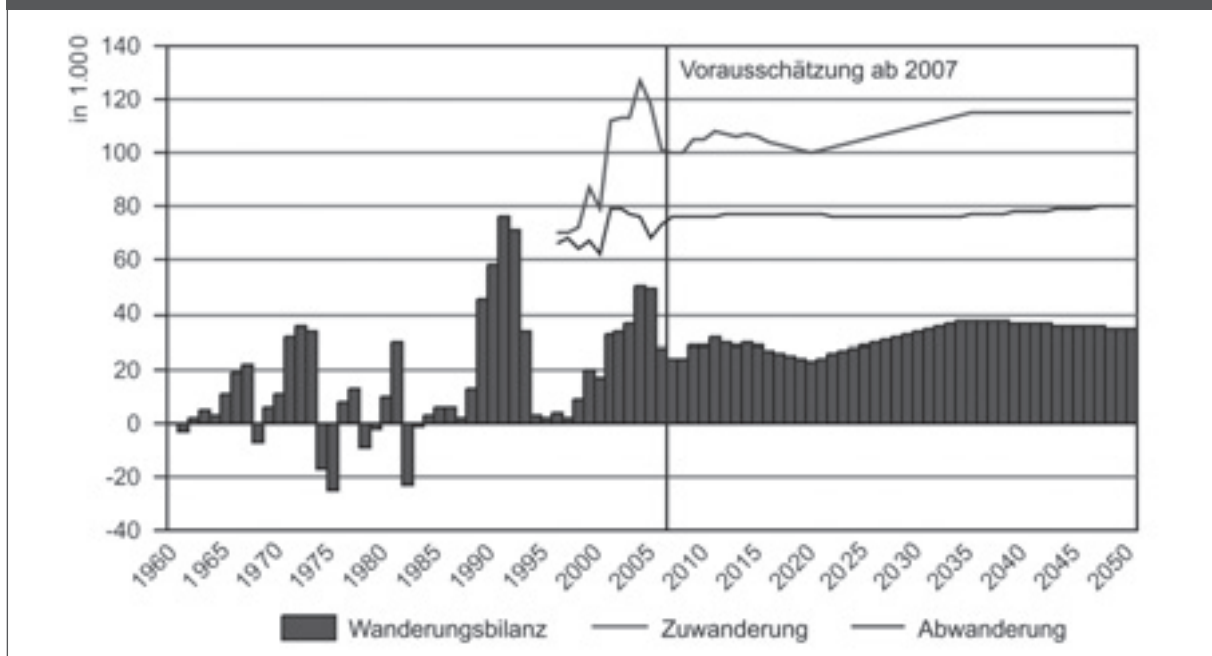
Die Statistik Österreich veröffentlicht jeweils jährlich Ende Oktober eine aktuelle Variante ihrer Projektionen. Die hier verwendete stammt somit von Ende Oktober 2008. Das Annahmengerüst ist jedoch schon ein Jahr älter, denn es wurde zwischen der Prognose 2007 und jener des Jahres 2008 nicht geändert.²⁵ Aktualisiert wurde hingegen die Datenbasis. Dementsprechend verschoben sich die Projektionsergebnisse für das Jahr 2050 zwischen den beiden Prognosen nur um wenige tausend Personen, was aus der Korrektur der Bevölkerung für das Startjahr resultiert.

²⁵ Zu den Annahmen siehe Statistische Nachrichten 11/2008 sowie Demographisches Jahrbuch 2007.

1.2.2.1 Die Annahmen

Die Hauptvariante der Statistik Austria-Projektion (siehe Grafik 27) nimmt an, dass die Fruchtbarkeit von gegenwärtig bzw. 1,38 (2007) bzw. 1,40 Kindern pro Frau (2008) bis 2029 langsam auf 1,50 Kinder steigen und dann auf diesem Wert stabil bleiben wird. Die regionalen Unterschiede würden sich über den Prognosezeitraum verringern. Aber auch in Zukunft wäre die Fruchtbarkeit im Burgenland am niedrigsten und in Vorarlberg am höchsten. Das erscheint einigermaßen realistisch. Ein leichter Anstieg der Fruchtbarkeit, z. B. infolge besserer Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung durch entsprechende institutionelle Verbesserungen bei Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen liegt durchaus im Bereich des Möglichen.

Grafik 28: Annahmen zur Entwicklung von Zu- und Abwanderungen sowie des Wanderungssaldos in Österreich bis 2050



Quelle: Statistik Austria

Die Vorausschätzung der zukünftigen Migration besteht aus getrennten Annahmen über Einwanderung und Auswanderung. Die Zuwanderung startet mit dem derzeitigen Wert von 107 000. Diese Größe steigt in zwei Wellen²⁶ bis auf 115 000 im Jahr 2035 und bleibt danach etwa auf diesem Niveau. Auch die Abwanderung wird diesen Annahmen entsprechend leicht steigen, von derzeit etwa 76 000 auf etwa 80 000 im Jahr 2050. Als Saldo ergibt sich derzeit eine Netto-Zuwanderung von knapp 25 000 Personen pro Jahr. In Zukunft rechnet die Prognose ab 2030 mit einem jährlichen Saldo von 35 000 bis 38 000 Personen.

²⁶ Die Wellen ergeben sich einerseits durch das Auslaufen der Schutz- bzw. Übergangsbestimmungen, wonach Bürger der neuen EU-Staaten ab 2011 bzw. ab 2013 (Bulgaren und Rumänen) freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt haben; andererseits durch den Eintritt der Babyboom-Generation ins Pensionsalter.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Die Steigerung der Lebenserwartung, als dritte Komponente, dürfte nach Ansicht der Statistik Austria kräftig ausfallen. Sie würde von derzeit 77,3 Jahren für Männer und 82,9 Jahren für Frauen bis zum Jahr 2050 auf 86,0 Jahre für Männer und 90,0 Jahre für Frauen ansteigen, also für Männer um 8,7 Jahre, und für Frauen um 8,1 Jahre innerhalb eines Zeitraums von insgesamt 42 Jahren. Dies entspricht einer Steigerung unserer Lebenserwartung von etwa 2,5 Monaten pro Jahr bzw. rund fünf Stunden pro Tag.

1.2.2.2 Prognose für Österreich

Derzeit hat Österreich rund 8,3 Millionen Einwohner. Die Hauptvariante der Statistik Österreich zeichnet für die zukünftige Entwicklung der kommenden 40 bis 70 Jahre insgesamt ein recht optimistisches Bild. Die Bevölkerung soll demnach bis 2050 deutlich auf 9,5 Millionen zunehmen. Die Modellrechnung reicht bis 2075 weiter und ergibt auch für jenen Zeitraum eine weitere Zunahme auf etwa 9,7 Millionen Einwohner.

Die regionale Entwicklung zeigt mehrere unterschiedliche Muster. Mit einer gewissen Phantasie könnte man eine Zweiteilung etwa entlang des Alpenhauptkamms in ein wachsendes und in ein schrumpfendes Österreich erkennen. Die Wachstumszone reicht vom Vorarlberger Alpenrheintal und dem Illtal über das Inntal, Salzburg, den oberösterreichischen Zentralraum bis zum Wachstumspol im Osten, der die Bundeshauptstadt Wien, ihr niederösterreichisches Umland und Teile des Burgenlands umfasst. Dieses Gebiet ist der eigentliche Wachstumspol in Österreich. Laut Projektion werden Wien und Niederösterreich am stärksten wachsen. Zu dieser Wachstumszone zwischen St. Pölten und Hainburg gehört auch das nördliche Burgenland. Die Region dürfte zukünftig sowohl durch überregionale Zuwanderung als auch durch Suburbanisierung wachsen. Entscheidend sind Agglomerationsvorteile einer sich weiterhin tertiärisierenden Wirtschaft, die Funktion der Bundeshauptstadt sowie möglicherweise auch in gewissem Ausmaß die Rolle der Ostregion Österreichs gegenüber Ostmitteleuropa. Ähnliche Vorteile bestimmen auch die zukünftige Entwicklung in Westösterreich, also in den zu Bandstädten zusammenwachsenden Agglomerationen Salzburgs, Tirols und Vorarlbergs.

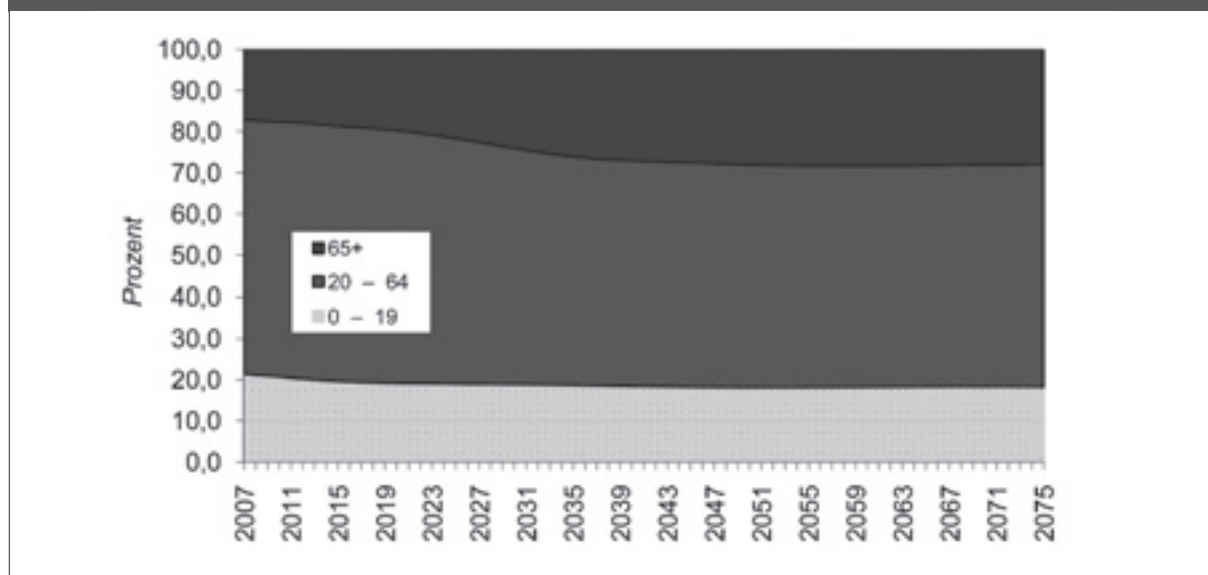
Demografische Verluste sind südlich der Alpen zu erwarten. Dazu gehören Osttirol, Kärnten, weite Teile der Steiermark (mit Ausnahme von Graz und seinem Umland) sowie das mittlere und südliche Burgenland. Der Süden, insbesondere die Bundesländer Kärnten und Steiermark, dürfte sich mittelfristig zur demografischen Peripherie entwickeln. Insbesondere Kärnten dürfte als einziges Bundesland auch absolut etwas an Bevölkerung verlieren.

Was aus den Szenarien besonders deutlich hervorgeht, ist die starke Abhängigkeit dieser Entwicklung von der Zuwanderung. Ohne Zuwanderung gäbe es in Österreich bereits ab 2015 Bevölkerungsverluste, denn die Geburtenbilanz wird bald negativ sein. 2030 wäre die Einwohnerzahl gegenüber dem derzeitigen Bevölkerungsstand um 200 000 Menschen kleiner. 2050 wäre die österreichische Bevölkerung bereits um eine Million kleiner als heute. Im Vergleich zur erwarteten Bevölkerung allerdings würden es deutlich mehr als zwei Millionen weniger sein. Auch im regionalen Vergleich im subnationalen Bereich ist es die Wanderung, welche entscheidet: Kärnten hat zwar auch eine leicht unter dem nationalen Durchschnitt liegende Fruchtbarkeit. Doch der Wanderungssaldo ist für dieses Bundesland besonders niedrig und reicht ganz offenbar nicht aus, die Verluste des Geburten-saldos zu kompensieren.

1.2.2.3 Altersaufbau

Der Rückgang des Anteils der Kinder und Jugendlichen (0–19 Jahre) prägte das 20. Jahrhundert. Er wird sich in den kommenden Jahrzehnten nur noch in kleinem Umfang fortsetzen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen wird laut Hauptvariante der Prognose von 21,5 % (2007) auf 18,2 % (2050) sinken. Die demografische Alterung wird sich in diesem Zeitraum auch in Österreich beschleunigen. Der Altenanteil von 17,0 % entspricht gegenwärtig dem Durchschnitt in Westeuropa. Er wird deutlich ansteigen; zuerst etwas schneller auf 24,0 % im Jahr 2030 und dann weiter auf 28,1 % im Jahr 2050. Danach könnte er stabil bleiben oder sogar etwas zurückgehen, sobald die Angehörigen der in Österreich ja wenig ausgeprägten Babyboom-Generation verstorben sein werden.

Grafik 29: Altersverteilung der Bevölkerung Österreichs nach großen Altersklassen, 2007 bis 2075 (Hauptvariante)



Quelle: Statistik Austria, Oktober 2008

Der Anteil des aktiven Potenzials, also der erwerbsfähigen Menschen zwischen 20 und 64 Jahren, liegt derzeit bei über drei Fünftel der Gesamtbevölkerung. Er ist mit 61,5 % auf einem Höchststand seit Ende des Zweiten Weltkriegs, wird noch einige Jahre auf diesem Niveau verbleiben und dann wieder zu sinken beginnen. Bis zum Jahr 2030 wird er laut Prognose auf 57,1 % und bis 2050 laut Projektion auf 53,8 % sinken. Dann wird nur noch etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren stehen.

Besondere Beachtung findet derzeit der Anteil hochbetagter Menschen im Alter über 85 Jahren. Gegenwärtig macht er 1,9 % der Bevölkerung aus. Er dürfte sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdreifachen: auf 6,5 %. Auch wenn der Pflegeaufwand keineswegs in direkter Abhängigkeit zu Zahl und Anteil einer bestimmten Altersklasse steigen wird, ist andererseits unbestritten, dass er mit zunehmender Alterung erheblich wachsen wird. Dies ist auch im Familienzusammenhang zu betrachten. Gegenwärtig wird der größere Teil dieser Pflege (noch) von der Familie geleistet, und zwar überwiegend von Frauen. Hier stellt sich die Frage, wie lange diese Belastung noch akzeptiert wird, und mit welchen finanziellen Mitteln und institutionellen Arrangements unsere Gesellschaft auf diese Herausforderung reagiert.

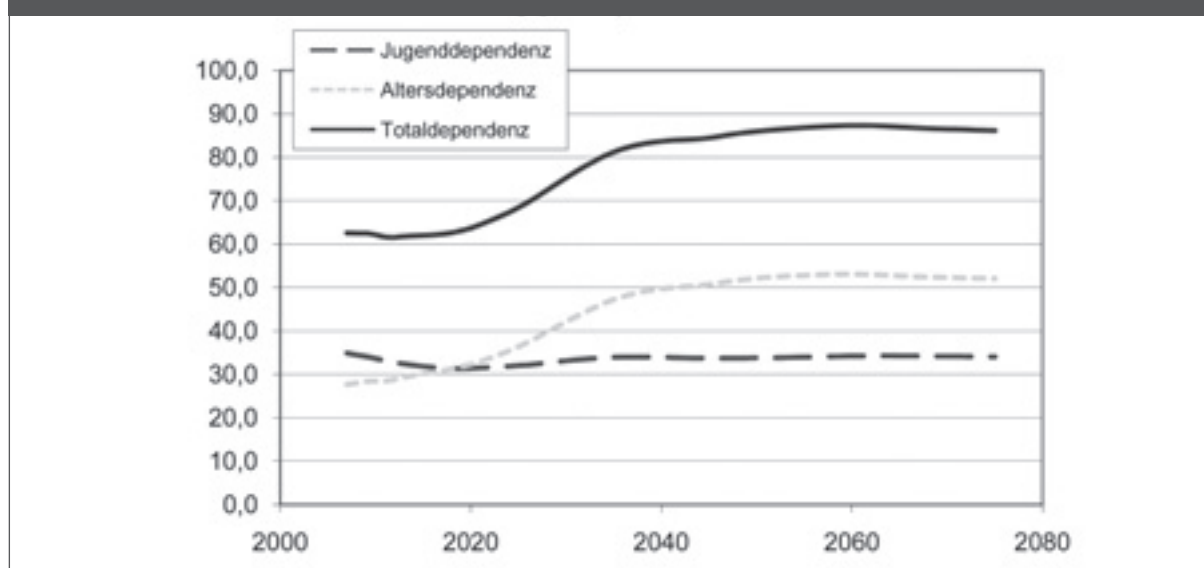
DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Abhängigkeitsquoten

In der gegenwärtigen Debatte spielen zwar die Anteile der jeweiligen Altersgruppen eine Rolle, noch mehr aber ihre Größen in Relation zueinander. Diese lassen sich in so genannten Abhängigkeits-Quoten darstellen. Es geht um die theoretische Überlegung, dass sowohl die Jungen wie auch die Alten von den Leistungen der Aktiv-Generation leben. Dies gilt gesamtgesellschaftlich und – jedenfalls bei Kindern – auch innerfamiliär.

Im Hinblick auf die intergenerationalen Ressourcenverschiebungen lassen sich verschiedene andere Arten von Dependenzquoten rechnen. Die Nichtaktiven müssen von dem leben, was die Aktiven aktuell an Gütern und (entgeltlichen wie unentgeltlichen) Dienstleistungen produzieren, denn realwirtschaftlich sind der Verschiebung von materiellen Gütern zwischen den Generationen und über die Zeit deutliche Grenzen gesetzt. Dies gilt insbesondere für die Güter des täglichen Bedarfs und für alle persönlichen Dienstleistungen.

Die Jugendabhängigkeit ist infolge des Rückgangs der Jüngeren²⁷ (Zähler) und des Zuwachses beim aktiven Potenzial (Nenner) stark gesunken. Derzeit (2007) kommen 34,9 Kinder und Jugendliche auf 100 Erwerbsfähige. Diese Relation dürfte in den kommenden Dekaden recht stabil bleiben. 2030 wird laut Hauptvariante der Prognose mit 33,1 und 2050 mit 33,8 Kindern und Jugendlichen auf 100 Erwerbsfähige gerechnet.

Grafik 30: Prognostizierte Abhängigkeitsquoten in Österreich, 2007 bis 2075

Quelle: Statistik Austria, Oktober 2008

²⁷ In der Vergangenheit wurde meist mit der Anteil der 0- bis 15-Jährigen betrachtet. Doch haben sich die Ausbildungszeiten mittlerweile so stark verlängert, dass es wesentlich realitätsnäher ist, den Anteil der 0- bis 20-Jährigen heranzuziehen.

Die Altersabhängigkeit dürfte hingegen sehr deutlich steigen, da sowohl der Zähler (Ältere: 65+ J.) steigen als auch der Nenner (Erwerbsfähige: 20–64 J.) kleiner werden wird. Gegenwärtig kommen 27,7 Ältere auf 100 Erwerbsfähige. Bis zum Jahr 2030 ist ein schneller Anstieg auf 42,1 und bis 2050 auf 52,2 Ältere pro 100 Erwerbsfähige zu erwarten. Dies bedeutet fast eine Verdoppelung des gegenwärtigen Werts. Auf diesem Niveau, so ist die fernere Modellrechnung, sollte er auch in den darauf folgenden Jahrzehnten bleiben.

In Summe prognostiziert die Hauptvariante somit einen Anstieg der Gesamtabhängigkeit von gegenwärtig (2007) 62,6 Jugendlichen und Älteren pro 100 Erwerbsfähigen auf 75,3 im Jahr 2030 und 86,0 im Jahr 2050.

1.2.2.4 Erwerbsprognosen

Das aktive Potenzial, also die Zahl der Menschen in der Altersgruppe zwischen 20 und 65 Jahren, wird sich in nächster Zukunft noch leicht ausweiten. Bis 2012 ist ein Anstieg auf 64,6 % der Gesamtbevölkerung zu erwarten. Bis 2025 wird ein erster leichter Rückgang auf 59,5 % erwartet. Gegen die Mitte des 21. Jahrhunderts wird sich der Anteil laut Hauptvariante bei 52,4 % stabilisieren. Wie bereits angedeutet, hängt dies allerdings stark vom Ausmaß zukünftiger Zuwanderung ab.

Bei weitem nicht alle Menschen im Alter zwischen 20 und 65 sind erwerbstätig. Derzeit gibt es in Österreich etwas über 4 Mio. Erwerbspersonen. Die Erwerbsquote in der Altersgruppe 20–65 beträgt im Jahr 2006 74,7 % (LF-Konzept, das heißt u. a. inklusive der geringfügig Erwerbstätigen). Sie ist bei den Männern höher (2007: 81,7 %), bei den Frauen trotz des höheren Anteils geringfügig Beschäftigter deutlich niedriger (67,8 %).

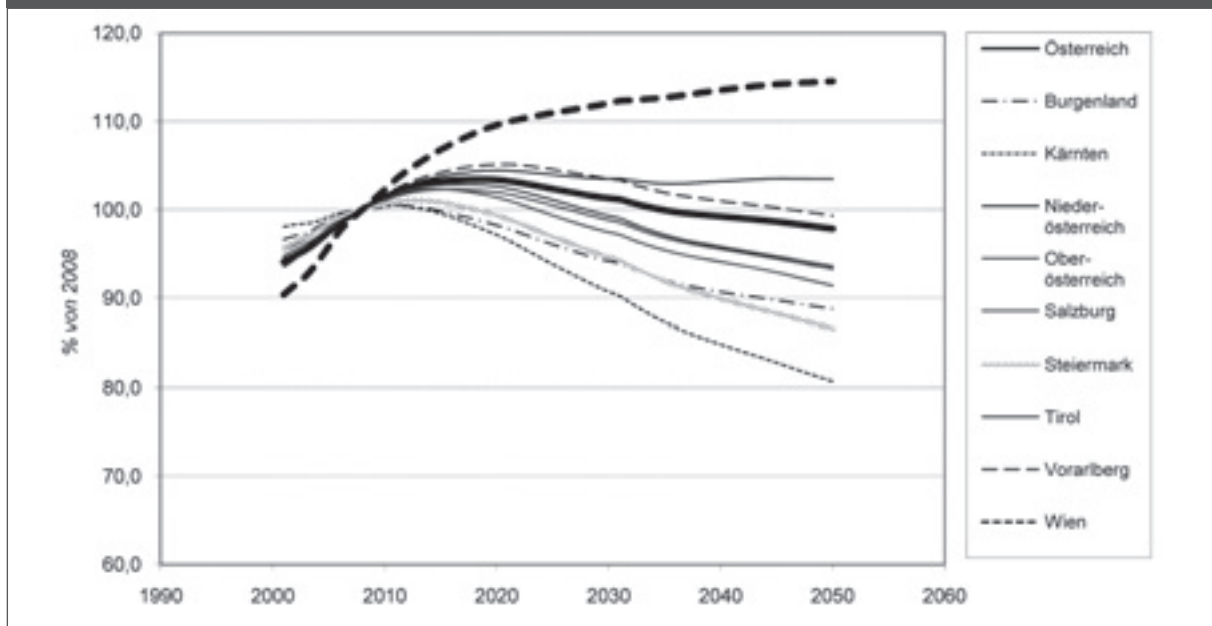
Im Gegensatz zur regelmäßig erneuerten Bevölkerungsprojektion macht die amtliche Statistik die Erwerbsprognose vom Vorliegen eines Auftrags abhängig. Die jüngste Erwerbsprognose stammt aus dem Jahr 2006, also aus einem Jahr noch vor der letzten doch recht deutlichen Revision der Bevölkerungsprognose. Sie wurde zwar geringfügig adaptiert, doch ist dieser Unterschied in der Qualität im Auge zu behalten.²⁸

Bundesweit wird das Erwerbspotenzial laut Erwerbsprognose bis 2018 auf fast 4,2 Mio. ansteigen und dann wieder etwas schrumpfen. Im Jahr 2050 läge es dann knapp unter 4 Mio. Relativiert wird diese Aussage allerdings dadurch, dass wir heute noch nicht wissen, wie hoch zukünftig die tatsächlichen Erwerbsquoten und das Pensionsalter sein werden. Stiege es zukünftig stärker an, dann müsste das Erwerbspotenzial trotz Alterung der Gesellschaft nicht sinken. Den gleichen Effekt hätte übrigens eine stärkere Zuwanderung von Arbeitskräften.

²⁸ Die regionale Verteilung sowie die Altersverteilung der Prognose von 2006 dürften vermutlich die Tendenzen einigermaßen richtig wiedergeben.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

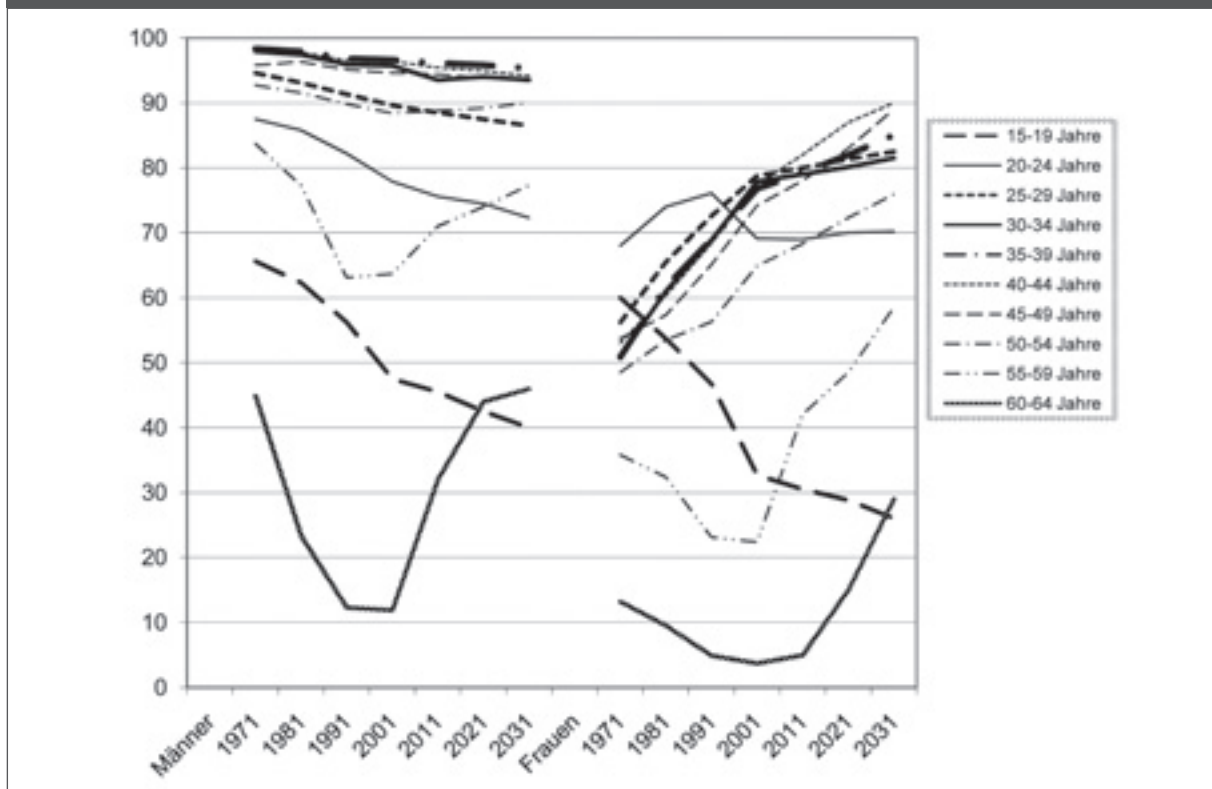
Grafik 31: Prognose des Arbeitskräftepotenzials für Österreich, 2003 bis 2050
(Index 2008 = 100)



Quelle: Statistik Austria, Erwerbsprognose

Die Prognose sagt eine Reihe regionaler Unterschiede voraus. In den kommenden Jahrzehnten wird das Arbeitskräftepotenzial jedenfalls in Wien weiter wachsen. Ähnliches wird auch für Niederösterreich angenommen. Damit zeichnet sich eine gewisse Konzentration des zukünftigen Arbeitskräftepotenzials in Ostösterreich ab. Im Westen – Tirol, Vorarlberg – wird es nach dieser Prognose über seinen gegenwärtigen Stand wachsen, auch wenn nach einem Höchststand um 2020 eine gewisse Abnahme zu erwarten ist. Die Zeit hoher Beschäftigungszuwächse im Westen wäre nach dieser Prognose dann vorbei. Deutlich zurückgehen dürfte das Arbeitskräftepotenzial im Süden Österreichs, also in Kärnten, in der Steiermark sowie im mittleren und südlichen Burgenland. Da ist schon in der kommenden Dekade mit rückläufigen Zahlen zu rechnen.

Grafik 32: Erwerbsquoten nach Alter und Geschlecht in Österreich, 1971 bis 2031

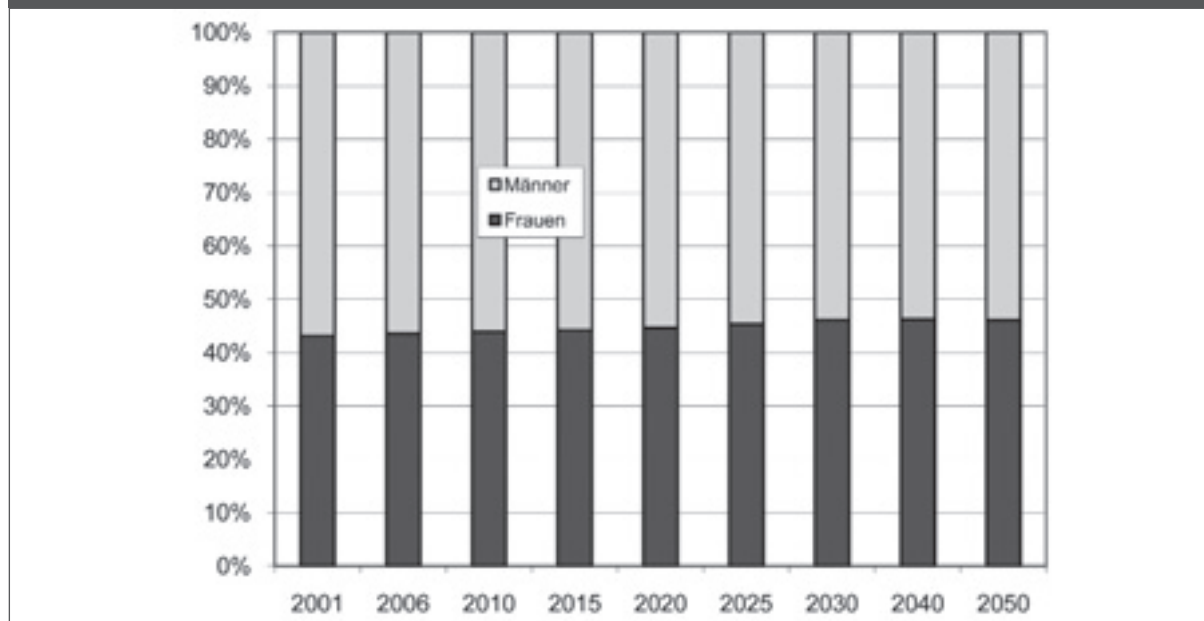


Datenquelle: Statistik Austria, Erwerbsprognose 2006

Nach Alter und Geschlecht differenziert rechnet die Prognose damit, dass die allgemeine Erwerbsquote bei Männern bis zum 50. Lebensjahr (dem Trend der letzten Jahrzehnte folgend) generell etwas sinken wird. In den Altersgruppen zwischen 55 und 65 Jahren rechnet die Prognose (entgegen dem bisherigen Trend) zuerst mit einem leichten und später mit einem stärkeren Anstieg. In Summe würde die allgemeine Erwerbsquote der Männer zwischen 15 und 64 Jahren etwas ansteigen.

Folge dieser prognostizierten Annäherung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern ist, dass der Anteil der Frauen an allen Erwerbstätigen von derzeit 43 % bis 2050 auf etwa 47 % steigen würde. Die zugrunde liegende Annahme ist dabei, dass die Attraktivität beruflicher Tätigkeit für im Schnitt besser qualifizierte Frauen weiter steigen dürfte. Das hieße zugleich, dass auch die Opportunitätskosten von Kindern ansteigen würden.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Grafik 33: Prognostizierte Männer- und Frauenanteile an allen Erwerbstätigen, 2001 bis 2050

Quelle: Statistik Austria, Erwerbsprognose 2006

Bei Frauen rechnet die Prognose damit, dass die allgemeine Erwerbsquote in allen Altersgruppen zwischen 25 und 65 steigen wird, besonders stark jedoch im Alter zwischen dem 45. und 65. Lebensjahr. Nur bei den jungen Erwachsenen erwartet die Prognose durch Verlängerung der Ausbildungszeiten ein langsames Sinken.

Der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei den Erwerbsquoten würde sich somit von gegenwärtig 19 Prozentpunkten auf 11,5 Prozentpunkte verringern. Falls diese Prognose eintritt, hätte dies zweifellos Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Haushalt und Familie. Bestimmte Verpflichtungen könnten nicht wie bisher überwiegend von Frauen übernommen werden.

Die Lebenserwartung, d. h. das durchschnittliche Sterbealter, wird auch weiter steigen, sowohl in den hoch wie in den schlecht entwickelten Ländern. Aber steigt auch die grundsätzlich mögliche Lebenszeit, steigt die maximal mögliche Lebensdauer?

Die Zahl der über 95-Jährigen ist in Österreich und in Westeuropa – dort weist man eher die Zahl der 100-Jährigen und Älteren aus – seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geradezu explodiert. Für das Jahr 1951 wurde diese Altersstufe gar nicht ausgewiesen. Man findet für dieses Jahr in den Publikationen 377 Personen über 95 (2001: 6 959; 2006: 10 039). Auch ist das maximale Alter über die Jahre hinweg angestiegen (vg. Vallin/Meslé 2001). Das führt sich zum größten Teil auf den statistischen Effekt zurück, dass bei gleichen Überlebens-Wahrscheinlichkeiten im hohen Alter die Zahl der Personen im höchsten Alter steigen muss – das Reservoir wird größer. Konkret: Wenn – wie immer festgestellt – die Wahrscheinlichkeit, ein Alter von 120 Jahren zu erreichen, für 100-Jährige 1/10 Promille beträgt, dann wird es bei nur 100 Personen in diesem Alter 100 Jahre dauern, bis eine Person so alt wird. Umfasst diese Altersklasse aber schon 10 000 Personen, sollte es jedes Jahr passieren.

Man hat in diesem Zusammenhang von einer „Rektangularisierung der Sterbewahrscheinlichkeit“ (Olschansky u. a. 2002) gesprochen: Idealtypisch betrachtet, schöpfen die Menschen ihr genetisch festgelegtes Lebenspotenzial aus und sterben dann alle auf einmal. Es scheint allerdings eine ganz leichte Tendenz jenseits dieses Effekts zu geben, dass auch dieses Potential etwas ansteigt. Praktisch folgt daraus allerdings: « Il va sans dire que, même si la santé s’améliore avec le temps, celle-ci se détériore aussi inexorablement avec l’âge, et le nombre des personnes âgées dépendantes risque de croître très vite » (Vallin/Meslé 2001, 499). – Mehr zur Skepsis hinsichtlich Glaubwürdigkeit besonders hoher Altersangaben in Georgien, in Griechenland oder wo immer, sei ergänzt: Noch im Jahr 1910 finden wir in den Erhebungsbögen der habsburgischen Volkszählung die „eindringliche Ermahnung an die Bevölkerung, bei Angabe des Geburtsjahres die mit Nullen endenden Jahreszahlen nicht aus Bequemlichkeit zu bevorzugen“ (Meyer 1910, 662).

Bruce A. Yankner 2000, 125:

„Although Alzheimer’s disease is not a consequence of normal ageing, it is likely to be related in some way to the ageing process. Most people over the age of 70 exhibit some degree of cognitive decline. ... If we live long enough, will we all become demented? ... The 20th century has witnessed a dramatic prolongation of lifespan, but little progress in preventing age-related cognitive decline.“

Produktivität?

Mit der tendenziellen Verlängerung der Lebensarbeitszeit deutet sich aber möglicherweise ein Problem an, welches bisher zumindest in einer weiteren Öffentlichkeit noch kaum diskutiert wurde (vgl. Prskawetz u. a. 2006): Was geschieht mit der Produktivität, wenn sich das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen erhöht und der Anteil der Älteren an allen Beschäftigten wächst?

Bei allen Bemühungen um eine Abklärung ist diese Frage nicht eindeutig zu beantworten. Zwar ist klar, dass eine ganze Reihe von Faktoren, insbesondere die verringerte körperliche Leistungsfähigkeit, für eine Abnahme der Produktivität sprechen. Doch die Ergebnisse einschlägiger Untersuchungen sind keineswegs so eindeutig. Zum einen stellt sich die Frage nach unserem Verständnis von „Produktivität“. Statistisch gesehen ist sie als „Output durch (Faktor-) Input“ definiert. Überall dort, wo berufliche Tätigkeit weder mit erheblichem körperlichem Einsatz noch mit starker psychischer Belastung verbunden ist, muss das Altern der Belegschaft nicht notwendigerweise zu einer Produktivitätsabnahme führen. Dies gilt jedenfalls in einer von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen bestimmten Wirtschaft. Damit ist auch bereits ein Hinweis auf eine weniger mechanisch-statistische, sondern stärker ökonomische Antwort gegeben. In den Wirtschaften der Zentren mit ihren Steuerungsfunktionen ist eine Abnahme von Produktivität kein eisernes Gesetz, solange nicht eine Ausdehnung der Lebens-Arbeitszeit in ein Alter stattfindet, wo einem Rückgang der körperlichen Leistungsfähigkeit auch notwendig eine solche der geistigen Leistungsfähigkeit folgen muss, welche nicht mehr durch Erfahrung aufgewogen wird.

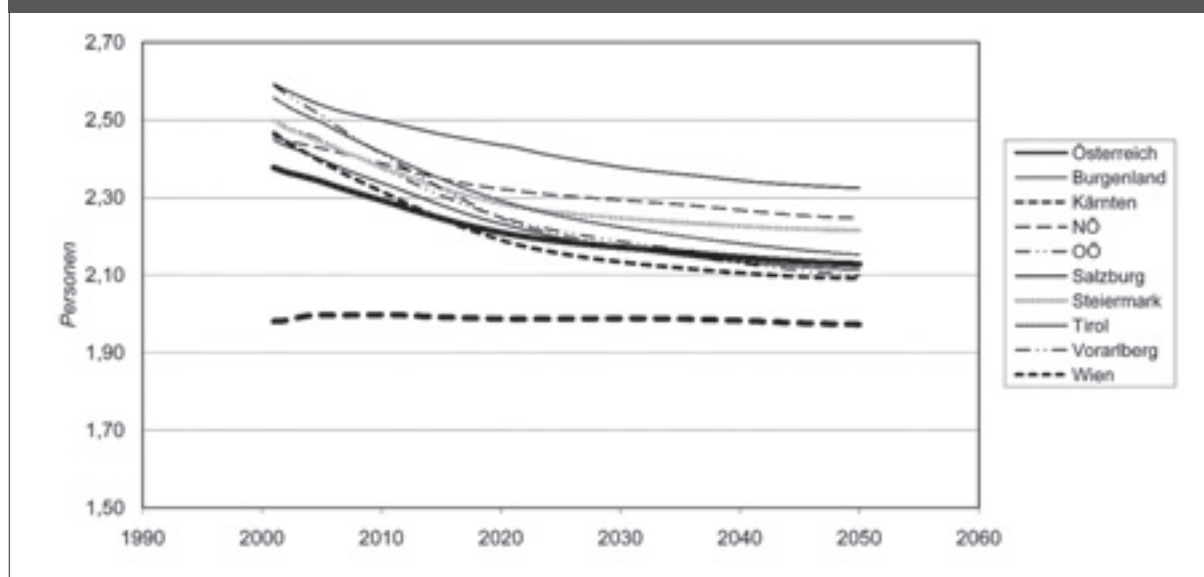
DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

1.2.2.5 Haushalts- und Familienprojektionen**Haushalte**

Derzeit gibt es in Österreich etwa 3,6 Mio. Privathaushalte, darunter 1,3 Mio. Ein-Personen- und 2,3 Mio. Mehr-Personen-Haushalte. Laut Haushaltsprognose der Statistik Austria dürfte die Zahl der Haushalte, analog zur bisherigen Entwicklung, weiter stark zunehmen. Bis 2050 wird ein Anstieg um ein Drittel auf etwa 4,7 Mio. Haushalte erwartet. Dies erklärt sich vorwiegend aus der erwarteten Zunahme von Ein-Personen-Haushalten. Deren Anteil an allen Haushalten lag 2007 bei 35,0 %. Im Jahr 2050 sollten sie laut Prognose 41,2 % aller Haushalte ausmachen. Der Anteil der Haushalte mit zwei Personen wird bei etwas mehr als 28 % stabil bleiben. Der Anteil der größeren Haushalte wird zurück gehen. Dies gilt für alle Haushalte mit drei und mehr Personen: Ihr Anteil wird gesamtösterreichisch von derzeit 36,5 % (2007) bis 2050 auf 30,5 % fallen; ein Rückgang um ein Sechstel gegenüber heute.

Mit dem Rückgang größerer Haushalte verringert sich auch die durchschnittliche Größe der Haushalte. Derzeit liegt sie in Österreich bei etwa 2,30 Personen pro Haushalt. Bis 2030 rechnet die Prognose mit einem Rückgang auf 2,17 und bis 2050 auf 2,13 Personen. Danach wäre eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau denkbar.

Die Regionalisierung der Prognose zeigt einen deutlichen Unterschied zwischen Wien und den Flächen-Bundesländern. In Wien beträgt die durchschnittliche Haushaltsgröße heute schon 2,0 Personen. Daran dürfte sich in den kommenden Jahrzehnten nur wenig ändern. In den Flächen-Bundesländern gibt es hingegen nach wie vor einen Prozess der Urbanisierung und Suburbanisierung, der zu kleineren Haushalten führt. Im Gegensatz dazu entleeren sich agrarische Peripherien mit nach wie vor großen Haushalten.

Grafik 34: Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Bundesländern

Quelle: Haushaltsprognose der Statistik Österreich

Laut Prognose müssen besonders der Westen – Tirol und Vorarlberg – sowie Kärnten mit sich stark verkleinernden Haushalten rechnen. In Vorarlberg soll demnach der Durchschnittswert von 2,59 auf 2,10 zurück gehen. Das ist auch in diesem Fall vor allem auf das Ansteigen der Einpersonen-Haushalte um 9,4 Punkte zurückzuführen. Entsprechend groß ist der Abstand zum östlichsten Bundesland Österreichs. Das Burgenland soll nach der hier analysierten Prognose auch im Jahr 2050 mit 32,6 % den geringsten Anteil an Ein-Personen-Haushalten haben. Im österreichischen Durchschnitt lag dieser Anteil schon bei der Volkszählung des Jahres 2001 mit 33,6 % um einen Prozentpunkt höher. Zugleich erwartet die Prognose im wenig urbanisierten Burgenland auch 2050 mit einem Schnitt von 2,33 Personen die größten Haushalte.

Familien

Auch die Zahl der Familien wird zunehmen. Derzeit gibt es in Österreich mehr als 2,3 Mio. Familien, also Haushalte, in denen Ehepaare bzw. Eltern mit Kindern zusammenleben. Bis 2050 soll die Zahl der Familien um rund 12 % auf 2,6 Mio. ansteigen. Dabei dürfte sich laut Prognose die Zusammensetzung der Familien ganz wesentlich ändern. Der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt soll von gegenwärtig (2007) 30,6 % auf 37,3 % im Jahr 2050 steigen. Im Gegenzug erwartet die Prognose, dass der Anteil von Ehepaaren mit Kindern im Haushalt von derzeit (2007) 40,8 % auf 29,8 % (2050) sinken wird. Dies hängt zum einen mit der Alterung unserer Gesellschaft zusammen. Ältere Paare haben in der Regel keine Kinder mehr im Haushalt. Zum anderen erklärt sich dieser Rückgang aus einer Reihe von Verhaltensänderungen. Geänderte Familienformen werden wichtiger werden. Da seltener geheiratet wird, aber man nichtsdestoweniger zusammenlebt, muss der Anteil der Lebensgemeinschaften deutlich ansteigen. Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt sollen ihren Anteil laut Prognose von 6,7 % auf 8,5 % erhöhen. Auswirkungen haben zugleich die niedrigen Kinderzahlen, weil dieser Durchschnitt schon jetzt nicht mehr so sehr durch Verkleinerung der Kinderzahl in Familien entsteht, sondern durch das Wachsen des Anteils der kinderlosen (Ehe-)Paare.

Ersichtlich ist also zweierlei: Die Ehe bleibt mit Abstand die bedeutendste Familienform. Derzeit leben nahezu drei Viertel der Paare im selben Haushalt in einer ehelichen Verbindung. Aber ihre Bedeutung nimmt doch auch quantitativ erkenntlich ab, und zwar zugunsten der Lebensgemeinschaften. Letztere machen derzeit ein Achtel der Paare aus. Im Jahr 2050 werden sie rund ein Sechstel stellen. Bis zu jenem Jahr soll der Anteil der Ehepaare laut Prognose auf fast genau zwei Drittel aller Familien zurückgegangen sein.

Doch dies ist unter weiteren Perspektiven zu sehen, wie schon im ersten Abschnitt dieses Beitrags klargemacht wurde, aber nunmehr in etwas anderer Richtung. Lebensgemeinschaften waren in der Vergangenheit vor allem Verbindungen, welche entweder „auf Probe“, auf Dauer ohne Kinder, oder aber später im Leben als naheheliche Gemeinschaft bestanden. Nunmehr werden Lebensgemeinschaften zur mainstream-Familienform neben anderen mainstream-Familienformen. Sie werden in zunehmendem Ausmaß mit der Ehe gleichrangig betrachtet. Von allen Familienhaushalten mit Kindern entfallen derzeit 71,0 % auf Ehepaare mit Kindern, 6,9 % auf Lebensgemeinschaften mit Kindern und immerhin 22,1 % auf Alleinerziehende. Für den Zeitraum zwischen 2025 und 2050 rechnet die Prognose unter allen Familienhaushalten mit Kindern nur mehr mit 64 % Ehepaaren, 9,1 % Lebensgemeinschaften und 26,8 % Alleinerziehenden.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Eine wichtige Tendenz deutet sich in dieser Prognose an: In etwa vier Jahrzehnten werden Kinder stärker in weniger formalisierten rechtlichen und vielleicht auch sozialen Umständen aufwachsen als es heute der Fall ist. Mehr als doppelt so viele wie zu Beginn des Jahrhunderts werden aus eigener Erfahrung begreifen, dass Familien sich nicht mehr notwendig mit einem erheblichen Zeremoniell umgeben müssen, um wirklich Familien zu sein. Doch schon gegenwärtig macht ein doppelt so hoher Anteil, und er wird stark weiterwachsen, eine andere Erfahrung: Eine Familie bedeutet nicht notwendig ein erwachsenes Paar an ihrer Spitze, das öffentlich-rechtlich aneinander gebunden ist. Weiters leben allein-erziehende Mütter oder Väter ohne einen Partner im Haushalt. Beide Erfahrungen laufen auf einen Bedeutungsverlust der Ehe in der Erfahrung heranwachsender Kinder hinaus, und diese Erfahrung wird immerhin von einem Drittel der Kinder gemacht werden.

Summary

Bevölkerungsentwicklung in Europa und Österreich

Laut Hauptvariante der EUROSTAT-Projektion von 2008 (EUROPOP 2004 bzw. 2008) wird die Zahl von heute 500 Millionen in der Europäischen Union lebenden Menschen bis 2035 auf 526 Millionen steigen und dann zu sinken beginnen: bis 2050 auf 515 Millionen und bis 2060 auf 506 Millionen Einwohner. Der Verlauf der Bevölkerungsentwicklung in Europa wird in den kommenden vier bis fünf Jahrzehnten vor allem vom Ausmaß der Zuwanderung abhängen.

Die alten Mitgliedsstaaten im Nordwesten und im Süden Europas (EU-15) haben derzeit 397 Millionen Einwohner und dürften auf absehbare Zeit weiter wachsen: Laut EUROPOP 2008 sollten sie 2044 ein Maximum von fast 426 Millionen Einwohner erreichen (+7 % gegenüber 2009). Danach dürfte sich die Einwohnerzahl dieser 15 Länder stabilisieren. Für das Ende des Prognose-Zeitraums werden etwa 425 Millionen Einwohner erwartet.

Die „neuen“ EU-Staaten im Baltikum sowie in Zentral- und Südosteuropa (EU-10; ohne Malta und Zypern) haben in Summe bereits seit 1990 einen merklichen Bevölkerungsverlust zu verzeichnen. Von derzeit knapp 102 Millionen dürfte die Einwohnerzahl bis 2030 auf 97,5 Millionen und bis 2050 auf 89 Millionen sinken; ein Rückgang von 13 %.

Bei der Fruchtbarkeit (TFR) erwarten die Hauptvarianten einen Anstieg, allerdings nicht auf die Höhe des langfristigen Ersatzniveaus von knapp über 2 Kindern pro Frau, sondern auf 1,75 (UN-Prognose) bzw. 1,68 (EUROSTAT). Es wird für die meisten Länder im Nordwesten Europas eine vergleichsweise hohen Fruchtbarkeit angenommen. Für den Süden sowie für Ostmittel- und Südosteuropa hingegen ist mit anhaltend niedriger Fruchtbarkeit zu rechnen. Deutschland als großes Land wird ebenfalls eine niedrige Fruchtbarkeit aufweisen.

Bei der zukünftigen Lebenserwartung nehmen die Prognosen sowohl bei Männern wie bei Frauen eine starke Konvergenz an, ein empirisch belegter Trend. In den letzten Jahren zeichnete sich in Europa tatsächlich eine konvergente Entwicklung ab. Zwar verzeichneten die meisten Länder Ostmittel- und Osteuropas ab den 1980er-Jahren einen Rückgang an Lebenserwartung, im Gegensatz zur Entwicklung im Westen. Doch im Gegensatz zu den

Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion war dieser Trend in Ostmitteleuropa nicht von Dauer. In manchen neuen Mitgliedsstaaten der EU sind die die Gewinne an Lebenszeit schon beachtlich. Das bewirkt allerdings eine stärkere Alterung europäischer Gesellschaften. 2005 betrug die Lebenserwartung bei der Geburt in den neuen EU-Mitgliedsstaaten (EU-12) für Frauen 78,0 und für Männer 69,9 Jahre. Männer starben im Schnitt 8,1 Jahre früher als Frauen. In den alten EU-Mitgliedsstaaten (EU-15) betrug diese Lebenserwartung 2005 für Frauen 82,1 und für Männer 76,4 Jahre. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern betrug nur 5,7 Jahre.

Stellvertretend für Nordeuropa kann Schweden stehen. Die Lebenserwartung ist heute (2008) mit 79 Jahren eine der höchsten in Europa und der Welt. Sie soll nach der Hauptvariante auf 81,9 im Jahr 2030 und zwei Jahrzehnte später auf 84,3 Jahre steigen. Das ist jeweils etwa ein Jahr höher als in Deutschland, ein fortgeschrittenes, aber demografisch bereits schrumpfendes kontinentaleuropäisches Land. Doch auch für Frankreich und Großbritannien werden ähnliche Werte prognostiziert. Die südeuropäischen Gesellschaften Spanien und Italien können ebenfalls einen ähnlichen Zuwachs an Lebenserwartung erwarten.

Die Nettozuwanderung wird in den meisten Ländern Westeuropas ausreichen, den Verlust durch die Geburtendefizite auszugleichen und ein bescheidenes Wachstum in Gang zu halten. Die Hauptvariante der EUROPOP 2008 rechnet für die EU-27 mit einem kumulierten Wanderungsgewinn 2008 bis 2060 von fast 60 Millionen Personen. In Relation zur EU-Bevölkerung des Jahres 2060 (bezogen auf die heutigen 27 EU-Staaten ohne zukünftige Erweiterungen) entspricht dies fast 12 % der Bevölkerung. In Staaten mit erwarteter stärkerer Zuwanderung – insbesondere in Südeuropa – liegt dieser Prozentsatz deutlich höher, in Staaten mit schwächerer Zuwanderung – insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa – ist er deutlich niedriger. Parallel dazu dürfte die Ost-West-Verschiebung der Bevölkerung innerhalb der EU noch eine Weile weitergehen.

Im Ostmittel und Südosteuropa sind z. T. erhebliche Bevölkerungsverluste zu erwarten, insbesondere in den Baltischen Staaten sowie in Bulgarien und Rumänien. Noch stärker werden diese in der östlichen Nachbarschaft der EU ausfallen – vor allem in Moldawien, in der Ukraine und in Russland. Trotz der skizzierten Diskrepanzen erwarten die Prognosen ein erhebliches Maß an demografischer Konvergenz in Europa.

Die Konsequenzen für den Altersaufbau der Bevölkerung der Gesamt-EU heißen: Die jüngeren Jahrgänge schrumpfen bereits seit einiger Zeit. Der Anteil der 0- bis 20-Jährigen hält 2008 bei 21,7 % und wird sich in den folgenden Jahrzehnten verringern. Bis 2030 dürfte er auf 19,7 % und in den folgenden zwei Jahrzehnten bis 2050 auf 18,9 % zurück gehen. Im Gegensatz dazu wachsen Zahl und Anteil der Älteren seit einigen Jahrzehnten. Die Menschen im Alter von 65 Jahren und darüber machen heute in der EU 17,1 % der Gesamtbevölkerung aus. Dieser Anteil wird bis 2030 um ein Drittel auf 23,6 % steigen. In den darauf folgenden zwei Jahrzehnten wird er weiter stark zunehmen und 2050 laut Hauptvariante der Prognose 29,0 % erreichen. Danach dürfte dieser Anteil kaum noch ansteigen, sobald die Babyboom-Generation der 1950er- und 1960er-Jahre verstorben ist.

Das erwerbsfähige Potenzial, der Anteil der Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren, wuchs im letzten halben Jahrhundert von etwas über der Hälfte auf derzeit (2008) 61,3 %. Dieser Anteil wird noch für mehrere Jahre gleich bleiben und dann zu sinken beginnen. Im

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Jahr 2030 sollte dieser Anteil nach der Hauptvariante nur mehr 56,7 % ausmachen, zwei Jahrzehnte später ist der Anteil mit nur noch 52,2 % fast nur mehr die Hälfte.

Entsprechend dieser prognostizierten Verschiebung der Altersstruktur verändern sich die demografischen Abhängigkeitsquoten. Bei der Jugendabhängigkeit ($< 20/[20-64]$) verringern sich sowohl Zähler wie Nenner. In Summe dürfte sich der Wert nur geringfügig verändern: von derzeit 35,4 Jugendlichen pro 100 Erwerbsfähigen auf (2050) 36,2 Jugendliche pro 100 Erwerbsfähigen. Im Gegensatz dazu wird sich die Altersabhängigkeit verdoppeln: von gegenwärtig 27,9 Älteren pro 100 Erwerbsfähigen auf über 41,5 (2030) und schließlich auf 55,5 (2050) Ältere pro 100 Erwerbsfähigen. Die demografische Gesamtbelastung addiert sich aus diesen beiden Abhängigkeitsquoten. Sie wird daher stark steigen, von 63,3 Jugendlichen und Älteren pro 100 Erwerbsfähigen auf 91,7 (2050) Jugendliche und Ältere pro 100 Erwerbsfähigen.

Auch hier gibt es innerhalb Europas gewisse Ost-West-Unterschiede. Während die Trend-Variante für die alte EU-15 im Jahr 2050 einen Anteil der Jüngeren (< 20 J.) von 19,4 % prognostiziert, würde dieser Anteil in Ostmittel und Südosteuropa (EU-10) nur 16,2 % ausmachen. Dagegen würde der Altenanteil (65+ J.) in der EU-10 im Jahr 2050 mit 31,5 % etwas über jenem des Westens (EU-15: 28,4 %) liegen. Beim aktiven Potenzial der Erwerbsfähigen (20–64 J.) sind die prognostizierten Unterschiede hingegen äußerst gering (2050; EU-15: 52,1 %; EU-10: 52,8 %). Damit unterscheiden sich auch die Altersabhängigkeits-Quoten zwischen Ost und West nicht allzu sehr (2050; EU-15: 54,6 %; EU-10: 58,7 %). Bei den Jungen allerdings ist die Quote auf Grund des geringeren Anteils in der EU-10 deutlich niedriger als in der EU-15.

Seit Jahrzehnten nimmt in Europa infolge der Verkleinerung der Haushalte und des Zuwachses an Ein-Personen-Haushalten die Zahl der Haushalte schneller zu als die Bevölkerung selbst. 1960 lebten in einem Haushalt in den Ländern der heutigen EU im Schnitt 3,3 Personen. 2001 waren es nur noch 2,5 Personen. Dabei waren die Haushalte in den westlichen und südlichen EU-Staaten (EU-15) mit durchschnittlich 2,4 Personen etwas kleiner als in den EU-Staaten Ostmittel- und Südosteuropas (EU-10) mit 2,7 Personen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird sich bis 2050 auf 2,3 Personen verringern, der Anteil der Ein-Personen-Haushalte von 29 % im Jahr 2001 auf 35 % im Jahr 2050 steigen. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird auch 2050 im Westen und Süden der EU kleiner sein als in der Mitte und im Südosten (EU-15: 2,2 Personen, EU-12: 2,4 Personen).

Ausblick

Österreich kann bis 2050 und darüber hinaus wahrscheinlich mit einem deutlichen Bevölkerungswachstum rechnen. Die letzte verfügbare Prognose der Statistik Österreich erwartet für 2050 etwa 9,5 Millionen Einwohner. Die Hauptvariante nimmt an, dass die Fruchtbarkeit von gegenwärtig 1,38 (2007) bzw. 1,40 Kindern pro Frau (2008) bis 2029 langsam auf 1,50 Kinder steigen und dann auf diesem Wert stabil bleiben wird. Die regionalen Unterschiede würden sich über den Prognosezeitraum verringern. Auch in Zukunft wäre die Fruchtbarkeit im Burgenland am niedrigsten und in Vorarlberg am höchsten. Ein Anstieg der Fruchtbarkeit infolge besserer Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung durch entsprechende institutionelle Verbesserungen bei Krippen, Kindergärten und Ganztagschulen liegt im Bereich des Möglichen.

Die Prognose unterstellt, dass die Zuwanderung vergleichsweise hoch bleibt. Die Zuwanderung startet mit dem derzeitigen Wert von 107 000. Diese Größe steigt in zwei Wellen bis auf 115 000 im Jahr 2035 und bleibt danach etwa auf diesem Niveau. Auch die Abwanderung wird diesen Annahmen entsprechend leicht steigen, von derzeit 76 000 auf etwa 80 000 im Jahr 2050. Als Saldo ergibt sich derzeit eine Netto-Zuwanderung von knapp 25 000 Personen pro Jahr. In Zukunft rechnet die Prognose ab 2030 mit einem jährlichen Saldo von 35 000 bis 38 000 Personen.

Grafik 35: Wanderungssaldo und Einbürgerungen in Österreich (Schätzung)



Die Steigerung der Lebenserwartung, also die dritte Komponente, dürfte kräftig ausfallen. Sie würde von derzeit 77,3 Jahren für Männer und 82,9 Jahren für Frauen bis zum Jahr 2050 auf 86,0 Jahre für Männer und 90,0 Jahre für Frauen ansteigen, also für Männer um 8,7 Jahre und für Frauen um 8,1 Jahre innerhalb eines Zeitraums von insgesamt 42 Jahren. Dies entspricht einer Steigerung unserer Lebenserwartung von etwa 2,5 Monaten pro Jahr bzw. rund fünf Stunden pro Tag.

Aus dem Zusammenspiel von niedriger Fruchtbarkeit und ansteigender Lebenserwartung ist eine zunehmende demografische Alterung zu erwarten. Zahl und Anteil der höheren Altersgruppen, insbesondere der Hochbetagten, werden stark ansteigen. Der erwartete Zustrom von Migranten wird allerdings bewirken, dass die mittleren Altersgruppen, das Potenzial der Erwerbsfähigen, weniger stark schrumpft, als dies ohne Zuwanderung der Fall wäre. Das aktive Potenzial, also die Zahl der Menschen in der Altersgruppe zwischen 20 und 65 Jahren, wird sich in nächster Zukunft noch leicht ausweiten. Trotzdem werden die Quoten der Altersabhängigkeit erheblich ansteigen. Die demografische Gesamtbelastung (also Jugend- + Altersabhängigkeit) wird gegen Ende der Projektionsperiode dazu führen, dass auf 100 Personen im Haupterwerbsalter etwa 90 junge und ältere Personen entfallen. Bei Frauen rechnet die Prognose damit, dass die allgemeine Erwerbsquote in allen Altersgruppen zwischen 25 und 65 steigen wird, besonders stark im Alter zwischen dem 45. und 65. Lebensjahr. Nur bei den jungen Erwachsenen erwartet die Prognose durch Verlängerung der Ausbildungszeiten ein langsames Sinken.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

Bis 2012 ist ein Anstieg des Erwerbspotenzials auf 64,6 % der Gesamtbevölkerung zu erwarten. Bis 2025 wird ein erster leichter Rückgang auf 59,5 % erwartet. Gegen die Mitte des 21. Jahrhunderts wird sich der Anteil laut Hauptvariante bei 52,4 % stabilisieren. Wie bereits angedeutet, hängt dies allerdings stark vom Ausmaß zukünftiger Zuwanderung ab.

Nicht alle Menschen im Alter zwischen 20 und 65 sind erwerbstätig. Derzeit gibt es in Österreich etwas über 4 Mio. Erwerbspersonen. Die Erwerbsquote in der Altersgruppe 20 bis 65 beträgt im Jahr 74,7 % (LF-Konzept, das heißt u. a. inklusive der geringfügig Erwerbstätigen). Sie ist bei den Männern höher (2007: 81,7 %), bei den Frauen trotz des höheren Anteils geringfügig Beschäftigter deutlich niedriger (67,8 %).

Bundesweit wird das Erwerbspotenzial laut Erwerbsprognose bis 2018 auf fast 4,2 Mio. ansteigen und dann wieder etwas schrumpfen. Im Jahr 2050 läge es dann knapp unter 4 Mio. Relativiert wird diese Aussage allerdings dadurch, dass wir heute noch nicht wissen, wie hoch zukünftig die tatsächlichen Erwerbsquoten und das Pensionsalter sein werden. Stiege es zukünftig stärker an, dann müsste das Erwerbspotenzial trotz Alterung der Gesellschaft nicht sinken. Den gleichen Effekt hätte übrigens eine stärkere Zuwanderung von Arbeitskräften.

Die Prognose sagt eine Reihe regionaler Unterschiede voraus. In den kommenden Jahrzehnten wird das Arbeitskräftepotenzial jedenfalls in Wien weiter wachsen. Ähnliches wird auch für Niederösterreich angenommen. Damit zeichnet sich eine gewisse Konzentration des zukünftigen Arbeitskräftepotenzials in Ostösterreich ab. Im Westen – Tirol, Vorarlberg – wird das Arbeitskräftepotenzial nach dieser Prognose über seinen gegenwärtigen Stand wachsen, auch wenn nach einem Höchststand um 2020 eine gewisse Abnahme zu erwarten ist. Die Zeit hoher Beschäftigungszuwächse im Westen wäre nach dieser Prognose dann vorbei. Deutlich zurückgehen dürfte das Arbeitskräftepotenzial im Süden Österreichs, also in Kärnten, in der Steiermark sowie im mittleren und südlichen Burgenland. Da ist schon in der kommenden Dekade mit rückläufigen Zahlen zu rechnen.

Derzeit gibt es in Österreich etwa 3,6 Mio. Privathaushalte, darunter 1,3 Mio. Ein- und 2,3 Mio. Mehrpersonen-Haushalte. Die Zahl der Haushalte dürfte analog zur bisherigen Entwicklung weiter stark zunehmen. Bis 2050 wird ein Anstieg um ein Drittel auf etwa 4,7 Mio. Haushalte erwartet. Dies erklärt sich vorwiegend aus der erwarteten Zunahme von Ein-Personen-Haushalten. Deren Anteil an allen Haushalten lag 2007 bei 35,0 %. Im Jahr 2050 sollten sie 41,2 % aller Haushalte ausmachen. Der Anteil der Haushalte mit zwei Personen wird bei etwas mehr als 28 % stabil bleiben. Der Anteil der größeren Haushalte wird zurückgehen. Dies gilt für alle Haushalte mit drei und mehr Personen: Ihr Anteil wird gesamtösterreichisch von derzeit 36,5 % (2007) bis 2050 auf 30,5 % fallen; ein Rückgang um ein Sechstel gegenüber heute.

Mit dem Rückgang größerer Haushalte verringert sich auch die durchschnittliche Größe der Haushalte. Derzeit liegt sie in Österreich bei etwa 2,30 Personen pro Haushalt. Bis 2030 rechnet die Prognose mit einem Rückgang auf 2,17 und bis 2050 auf 2,13 Personen. Danach wäre eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau denkbar.

Auch die Zahl der Familien wird zunehmen. Derzeit gibt es in Österreich mehr als 2,3 Mio. Familien, also Haushalte, in denen Ehepaare und Lebensgemeinschaften sowie Eltern mit Kindern zusammenleben. Bis 2050 soll die Zahl der Familien um 12 % auf 2,6 Mio. anstei-

gen. Dabei dürfte sich die Zusammensetzung der Familien ganz wesentlich ändern. Der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt soll von gegenwärtig (2007) 30,6 % auf 37,3 % im Jahr 2050 steigen. Im Gegenzug ist zu erwarten, dass der Anteil von Ehepaaren mit Kindern im Haushalt von derzeit (2007) 40,8 % auf 29,8 % (2050) sinken wird. Dies bringt die Alterung unserer Gesellschaft mit sich. Ältere Paare haben in der Regel keine Kinder mehr im Haushalt. Zum anderen erklärt sich dieser Rückgang aus einer Reihe von Verhaltensänderungen, die zu geänderten Familienformen führen. Da seltener geheiratet wird, dürfte der Anteil der Lebensgemeinschaften deutlich ansteigen. Der Anteil von Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt soll sich von 6,7 % auf 8,5 % erhöhen. Auswirkungen haben zugleich die niedrigeren Kinderzahlen, denn es wächst der Anteil der kinderlosen (Ehe-) Paare.

Die Ehe bleibt mit Abstand die bedeutendste Familienform. Derzeit leben nahezu drei Viertel der Paare im selben Haushalt in einer ehelichen Verbindung. Aber ihre Bedeutung nimmt quantitativ erkennbar ab, und zwar zugunsten der Lebensgemeinschaften. Letztere machen derzeit ein Achtel der Paare aus. Im Jahr 2050 werden sie rund ein Sechstel stellen. Bis zu jenem Jahr soll der Anteil der Ehepaare laut Prognose auf fast genau zwei Drittel aller Familien zurück gegangen sein.

Doch dies ist unter der Perspektive des Wertewandels zu sehen. Lebensgemeinschaften waren in der Vergangenheit vor allem Verbindungen, welche entweder „auf Probe“, auf Dauer ohne Kinder, oder aber später im Leben als naheheliche Gemeinschaft bestanden. Nunmehr werden Lebensgemeinschaften zur Familienform, welche in zunehmendem Ausmaß mit der Ehe gleichrangig behandelt wird. Von allen Familienhaushalten mit Kindern entfallen derzeit 71,0 % auf Ehepaare mit Kindern, 6,9 % auf Lebensgemeinschaften mit Kindern und immerhin 22,1 % auf Alleinerziehende. Für den Zeitraum zwischen 2025 und 2050 rechnet die Prognose unter allen Familienhaushalten mit Kindern nur noch mit 64 % Ehepaaren, 9,1 % Lebensgemeinschaften und 26,8 % Alleinerziehenden.

In etwa vier Jahrzehnten werden Kinder stärker in weniger formalen rechtlichen und vielleicht auch sozialen Umständen aufwachsen als heute. Mehr als doppelt soviel wie zu Beginn des Jahrhunderts werden die Erfahrung machen, dass Familien sich nicht mehr notwendig mit einem erheblichen Zeremoniell umgeben müssen, um wirklich Familien zu sein. Schon gegenwärtig macht ein doppelt so hoher Anteil, und er wird stark weiterwachsen, eine anders geartete Erfahrung: Eine Familie bedeutet nicht notwendig ein erwachsenes Paar an ihrer Spitze. Alleinerziehende Mütter oder Väter leben ohne einen Partner im Haushalt. Beide Erfahrungen laufen auf einen Bedeutungsverlust der Ehe in der Erfahrung heranwachsender Kinder hinaus, und diese Erfahrung wird immerhin von einem Drittel der Kinder gemacht werden.

Literatur

Quellen, insbesondere für die Projektionen:

- 1) UNO, Department of Economic and Social Affairs, Population Division, World Population Prospect Revision 2006. – <http://www.un.org/esa/population/publications/wpp2006/>
- 2) EUROSTAT, diverse Datenbanken, insbesondere EUROPOP 2004 und 2008, sowie diverse Berichte und Jahrbücher.
- 3) Statistik Österreich, Datenbank ISIS sowie diverse reguläre Publikationen (Demographische Jahrbücher, Arbeitskräfteerhebung, MZ Haushalte und Familien, Datenbände der Volkszählung).

Sonstige Publikationen:

- Alho, Juha, u. a. (2006): New Forecast: Population decline postponed in Europe. In: Stat. Yb. of the UN ECE 23, 1–10.
- Appelt, Erna / Reiterer, Albert F. (2008): Wer heiratet wen? Bildungshomogamie und soziale Mobilität in Österreich. In: ÖZS 34, 45–64.
- Ariès, Philippe (1976): Geschichte der Kindheit. München: Hanser (über die Familie: 467–558).
- Ariès, Philippe (1980): Two Successive Motivations for the Declining Birth Rate in the West. In: Population and Development Review 6, 645–650.
- Becker, Gary S. (1976): A treatise on the family. Cambridge, Mass. [u. a.]: Harvard Univ. Press.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1998): Was kommt nach der Familie? Einblicke in neue Lebensformen. München: Beck.
- Berger, P. A. / Kahlert, H. (Hg.) (2007): Der demografische Wandel – Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Bongaarts, John / Watkins Cotts, Susan (1996): Social interactions and contemporary fertility transitions. In: Population and Development Review 22 (4): 639–682.
- Bonifazi, Corrado / Okólski, Marek / Schoorl, Jeannette / Simon, Patrick (2008): International Migration in Europe. New Trends and New Methods of Analysis. Amsterdam: University Press.
- Brown, John C. / Guinnane, Timothy W. (2003): Two Statistical Problems in the Princeton Project on the European Fertility Transition. http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=445901 (download: 17. Dezember 2008).
- Bundesamt für Statistik, Mikrozensus – Familie in der Schweiz (Kurzfassung). Bern-Neuchâtel: BFS (http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber01/esf).
- Burtless, Gary T. / Bosworth, Barry (eds.) (1998): Ageing Societies: The Global Dimension. Washington: Brookings Institution Press.
- Caldwell, John C. (1997): The Global Fertility Transition: The Need for a Unifying Theory. In: Population and Development Review 23, 803–812.
- Caldwell, John C. / Caldwell, Pat (2001): Regional Paths to Fertility Transition. In: J. of Population Research 18/2, 91–117
- Chesnais, Jean-Claude (1992): The Demographic Transition. Stages, Patterns, and Economic Implications. Oxford: University Press.
- Cliquet, Robert (ed.) (1993): The future of Europe's population. A scenario approach. Strasbourg: Council of Europe Press.
- Coale, Ansley J. / Watkins, S. C. (eds.) (1986): The Decline of Fertility in Europe. Princeton: University Press.
- Commission of the European Communities (1994): The Major Issues of European Demography. By the Directorate General for Employment, Industrial Relations and Social Affairs. Brussels.
- Crafts, N. (1997): Some dimensions of the 'quality of life' during the British industrial revolution. Discussion Paper. Centre for Economic Performance, London School of Economics and Political Science, London, UK (gekürzte Fassung in The Economic History Review 50 (1997), Issue 4, 617–639).
- Davis, Kingsley (1945): The World Demographic Transition. In: Annals of the Am. Academy of Political and Social Science 237, 1–11.

- Delbès, Christiane / Gaymu, Joëlle / Springer, Sabine (2006): Les femmes vieillissent seules, les hommes vieillissent à deux. Un bilan européen. *Population & sociétés* 419 (janvier).
- Duncan, Ron / Wilson, Chris (2004): *Global Population Projections. Is the UN getting it wrong?* Kingston: Australian Government RIRDC Publication No. 04/041.
- Europäische Kommission (1996): *Die demographische Lage in der Europäischen Union*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen.
- Exner, Gudrun, unter Mitarbeit von Peter Schimany (2006): *Bevölkerungsstatistik und Bevölkerungswissenschaft in Österreich 1938 bis 1855*. Wien: Böhlau (Schriften des Instituts für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, 21).
- Faßmann, Heinz / Münz, Rainer (1992): *Einwanderungsland Österreich? Gastarbeiter – Flüchtlinge – Immigranten*. Wien: Jugend & Volk.
- Findl, Peter / Hlavac, Andrea / Münz, Rainer (1994): *Bevölkerung, Familie und Sozialpolitik in Österreich. Zur internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD) der Vereinten Nationen im September 1994 in Kairo*. Wien: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- Fjalar, Finnäs (1991): *Fertility in Larsmo: The Effect of Laestadianism*. In: *Population Studies* 45, 339–351.
- Fortes, Meyer (1970): *Time and Social Structure, and Other Essays*. London: Athlone Press (LSE Monographs on Social Anthropology 40).
- Fries, James F. (1983): *The Compression of Morbidity*. In: *The Milbank Memorial Fund Quarterly. Health and Society* 61, No. 3: Special Issue: Ageing: Demographic, Health, and Social Prospects (Summer), 397–419.
- Fries, James F. (1989): *The Compression of Morbidity: Near or Far?* In: *The Milbank Quarterly* 67, No. 2, 208–232.
- Goldberg, Christine (1998): *Familie in der Postmoderne*. In: Preglau, Max / Richter, Rudolf, (Hg.), *Postmodernes Österreich? Konturen des Wandels in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur*, Wien: Signum Verlag, 239–266.
- Goody, Jack (2000): *The European Family. A Historico-Anthropological Essay*. Oxford: Blackwell.
- Gotlieb, Beatrice (1993): *The Family in the Western World from the Black Death to the Industrial Age*. Oxford: University Press.
- Guinnane, Timothy W. (1991): *Re-thinking the Western European Marriage Pattern: The Decision to Marry in Ireland at the Turn of the 20th Century*. In: *J. of Family History* 16, 47–64.
- Guinnane, Timothy W. (2006): *Der europäische Geburtenrückgang: Überblick, Erklärungen und Stand der Forschung*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte*, 249–273.
- Hall, Ray / White, Paul (Hg.) (1995): *Europe's population. Towards the next century*. London: UCL Press.
- Hajnal, John (1965): *European Marriage Patterns in Perspective*. In: Glass, V. D. / Eversley, D. E. C. (Hg.), *Population in History*. E. Arnold, London, 101–143.
- Hondrich, Karl Otto (2007): *Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Höpflinger, François (1997): *Bevölkerungssoziologie. Eine Einführung in bevölkerungssoziologische Ansätze und demographische Prozesse*. Weinheim-München: Juventa.
- Jürges, Hendrik (1999): *Parent-Child-Transfers in Germany: A Study of Magnitude and Motivations*. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft* 119, 429–453.
- Kalter, Frank / Granato, Nadia (2002): *Demographic Change, Educational Expansion, and Structural Assimilation of Immigrants: The Case of Germany*. In: *Eur. Sociol. Rev.* 18, 199–216.
- Kaser, Karl (1995): *Familie und Verwandtschaft auf dem Balkan. Analyse einer untergehenden Kultur*. Wien: Böhlau.
- Keilman, Nico (2008): *European Demographic Forecasts Have Not Become More Accurate Over the Past 25 Years*. In: *Population and Development Review* 34, 137–153.
- Keilman, Nico / Dinh Quang Pham (2004): *Empirical errors and predicted errors in fertility, mortality and migration forecasts in the European Economic Area*. Discussion Papers No. 386, Statistics Norway, Social and Demographic Research.
- Kibele, Eva / Scholz, Rembrandt D. / Shkolnikov, Vladimir M. (2008): *Low migrant mortality in Germany for men aged 65 and older: fact or artefact?* In: *European Journal of Epidemiology* 23, 289–393.

DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNGEN

- Kulcsár, László (2007): *Something Old, Something New: Hungarian Marriage Patterns in Historical Perspective*. In: *J. of Family History* 32, 323–338.
- König, René (1976): *Soziologie der Familie*. In: *Handbuch der empirischen Sozialforschung* 7. Stuttgart: Enke/dtv, 1–217.
- Kytir, Josef / Wiedenhofer-Galik, Beatrix (2003): *Familienstrukturen und Familienbildung, Ergebnisse des Mikrozensus September 2001*. Wien: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz / Statistik Österreich.
- Lee, Ronald (2003): *The Demographic Transition: Three Centuries of Fundamental Change*. In: *J. of Ec. Perspectives* 17, 167–190.
- Lesthaege, Ron (1983): *A Century of Demographic and Cultural Change in Western Europe: An Exploration of Underlying Dimensions*. In: *Population and Development Review* 9, 411–435.
- Lesthaege, Ron / Meekers, Dominique (1986): *Value Changes and the Dimensions of Families in the European Community*. In: *Eur. J. of Population* 2, 225–268.
- Lesthaege, Ron / Neels, K. (1983): *From the First to the Second Demographic Transition: An Interpretation of the Spatial Continuity of Demographic Innovation in France, Belgium and Switzerland*. In: *Eur. J. of Population* 18, 45–86.
- Lévi-Strauss, Claude (1982): *Die elementaren Strukturen der Verwandtschaft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lloyd-Sherlock, Peter (ed.) (2004): *Living Longer: Ageing, Development and Social Protection*. United Nations Research Institute for Social Development and Zed Books.
- Lutz, Wolfgang / Sanderson, Warre / Scherbov, Sergei (2001): *The end of world population growth*. In: *Nature* 412 (2 August), 543–545.
- Meulders-Klein, Marie-Thérèse / Théry, Irène (Hg.) (1998): *Fortsetzungsfamilien. Neue familiäre Lebensformen in pluridisziplinärer Betrachtung*. Aus dem Französischen übersetzt von Daniela Böhmler. Konstanz: Universitätsverlag.
- Mitterauer, Michael / Sieder, Reinhard (1980): *Vom Patriarchat zur Partnerschaft. Zum Strukturwandel der Familie*. München: Beck.
- Muñoz-Perez, Francisco (1986): *Changement recent de la fécondité en Europe occidentale et nouveaux traits de la formation des familles*. In: *Population* 41, 447–462.
- Münz, Rainer / Reiterer, Albert F. (2007): *Wie schnell wächst die Zahl der Menschen? Weltbevölkerung und weltweite Migration*. Frankfurt a. M.: Fischer TB.
- Münz, Rainer / Seifert, Wolfgang / Ulrich, Ralf (1996): *Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven*. Frankfurt: Campus.
- Noin, David / Woods, Robert (Hg.) (1993): *The Changing Population of Europe*. Oxford: Blackwell.
- Notestein, Frank W. (1945): *Population – The Long View*. In: Schultz, Theodore W. (ed.), *Food for the World*. Chicago: University of Chicago Press, 36–57.
- ÖStZ (1978): *Kontakte im Verwandten und Bekanntenkreis. Ergebnisse des Mikrozensus vom September 1975*. Wien: ÖStZ.
- Olshansky, S. Jay / Carnes, Bruce A. / Brody, Jacob (2002): *A Biodemographic Interpretation of Life Span*. In: *Population and Development Review* 28, 501–513.
- Papastefanou, Georgios (1990): *Familiengründung im Lebensverlauf. Eine empirische Analyse sozialstruktureller Bedingungen der Familiengründung*. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (Studien und Berichte 50) [I5621].
- Priester, Tom (Bearb.) (1996): *Bevölkerung und Gesellschaft im Wandel. Bericht zur demographischen Lage der Schweiz*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- Prskawetz, Alexia / Lind, Thomas (2006), *The Impact of Population Ageing on Innovation and Productivity Growth in Europe*. Vienna Institute of Demography, Research Report 28 (168 pp).
- Reif, Heinz (Hg.) (1982): *Die Familie in der Geschichte*. Göttingen: Vandenhoeck und Rupprecht.
- Reiterer, Albert F. (2007): *Volkszählung 2001 – Textband: Die demographische, soziale und wirtschaftliche Struktur der österreichischen Bevölkerung*. Wien: Statistik Österreich.
- Reiterer, Albert F. (2003): *Gesellschaft in Österreich. Struktur und Sozialer Wandel im globalen Vergleich*. 3., völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wien: WUV.

- Reiterer, Albert F. (2009): Mitteleuropäische Bevölkerungen? Ungarn und Österreich. In: Vitári, Zsolt (Hg.), Minderheiten und Mehrheiten in ihren Wechselbeziehungen im südöstlichen Mitteleuropa. Festschrift für Gerhard Seewann zum 65. Geburtstag / Ünnepi kötet Gerhard Seewann 65. születésnapjára. Pécs: Universität / Pécsi Tudományegyetem, 409–422.
- Riehl, Wilhelm Heinrich (1873 [1854]): Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik. III: Die Familie. Stuttgart: Cotta.
- Rosenbaum, Heidi (1973): Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft. Kritik grundlegender theoretischer Ansätze der westdeutschen Familiensoziologie. Stuttgart: Enke [I2211].
- Roussel, Louis (1987): Deux décennies de mutations démographiques (1965 – 1985) dans les pays industrialisés. In: Population 42, 429–448.
- Rudolph, Richard L. (Hg.) (1995): The European Peasant Family and Society. Historical Studies. Liverpool: University Press.
- Sardon, Jean-Pierre (2001): Pour une conversion des indices de Coale. http://www-census.ined.fr/epc2001_history/Authors/JPS/jps.htm (Download: 20. März 2009)
- Schulz, Erika (2007): Household Patterns, Research Note. DIW Berlin, European Observatory on Demography and the Social Situation- Demography Network, European Commission.
- Schulz, Erika (2008): Demographic change and the demand for housing. Research Note. DIW Berlin, European Observatory on Demography and the Social Situation- Demography Network, European Commission.
- Secombe, Wally (2006): The Western European Marriage Pattern in Historical Perspective: A Response to David Levine. In: J. of Historical Sociology 3, 50–74.
- Strohmeier, Henrika / Strohmeier, Klaus Peter / Schulze, Hans-Joachim (2006): Familienpolitik und Familie in Europa. Literaturbericht. Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.
- Teitelbaum, Michael S. (1975): Relevance of Demographic Transition Theory for Developing Countries. In: Science 188, 420–425.
- Tomka, Béla (2002): Demographic Diversity and Convergence in Europe, 1918 – 1990: The Hungarian Case. In: Demographic Research 6 (Art. 2), 19–48 (www.demographic-research.org/Volumes/Vol6/2/).
- Todt, Horst (Hg.) (1987): Die Familie als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 164. Berlin: Duncker & Humblot.
- UN Population Division, Long Range Population Projections. Proceedings of the United Nations. Technical Working Group on Long-Range Population Projections United Nations Headquarters. New York: 30 June 2003.
- United Nations (2006): World Mortality Report 2005. New York: UNO.
- Vallin, Jacques / Meslé, France (2001): Vivre au-delà de 100 ans. In: médecin/science (faits et chiffres) 17, 497–500.
- van de Kaa, Dirk (1994): The second demographic transition revisited: Theories and expectations. In: Beets, G. C. N., et al. (Hg.), Population and Family in the Low Countries 1993. Late Fertility and other Current Issues. Lisse: Swets & Zeitlinger, 81–126.
- Vanderschelden, Mélanie (2006): Homogamie socioprofessionnelle et ressemblance en termes de niveau d'études: constat et évolution au fil des cohortes d'unions. In: Économie et Statistique N° 398–399, 33–56.
- Vaupel, James W., u. a. (1998):, Biodemographic Trajectories of Longevity. In: Science 280, 855–860.
- Von Laue, Theodore H. (1987): The World Revolution of Westernization. The Twentieth Century in Global Perspective. Oxford: University Press.
- Yankner, Bruce A. (2000): A century of cognitive decline. If we live long enough, will we all become demented? In: Nature 404, p. 125.

2

Familie im Spiegel öffentlicher und privater Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen

Andreas Lange und Renate Kränzl-Nagl

Inhalt

1 Familie im Spiegel öffentlicher und privater Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen	95
1.1 Über den Einfluss von Familienbildern und die Notwendigkeit familienrhetorischer Betrachtungen	95
1.2 Familienbilder und Familienthemen in unterschiedlichen Diskursen	101
1.2.1 Familie in den Medien	102
1.2.2 Familie in wissenschaftlichen Diskursen	110
1.2.3 Familie in politischen Diskursen	115
Summary	120
Literatur	121

1 Familie im Spiegel öffentlicher und privater Diskurse – Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen

„Familie“ ist kein natürlicher Gegenstand und keine biologisch determinierte Vergemeinschaftungsform, sondern ein kulturspezifisches, diskursiv geprägtes und kommunikativ von individuellen und kollektiven Akteuren (z. B. Parteien, weltanschauliche Gruppierungen, Konfessionen, aber auch Wissenschaften) immer wieder neu herzustellendes Sinnkonstrukt, mit vielen Schattierungen und Nuancierungen. Dementsprechend werden aus der Perspektive einer interpretativen Familienwissenschaft ausgewählte und beispielhafte Bausteine für familienrhetorische Betrachtungen zu Inhalten, Strukturen und zu möglichen Aneignungsweisen von Familiendiskursen vorgestellt.

Zielsetzung dieses Beitrags ist es, anhand einiger Themenbereiche unterschiedliche mediale, wissenschaftliche und politische Diskurse zu analysieren, deren Konstruktcharakter zu veranschaulichen sowie insbesondere am Beispiel der generationenrhetorischen Diskussionen Alternativdeutungen aufzuzeigen. Von Interesse ist generell, welche Themen und welche argumentativen Repertoires bzw. Strategien, daher die Redeweise „Rhetorik“, den jeweiligen Diskurs bestimmen, und wie sich der Umgang mit Themen ändert bzw. sich im letzten Jahrzehnt verändert hat. Dabei erscheint es sinnvoll, die jeweiligen Funktionen von Diskursen zu beleuchten und zumindest andeutungsweise ihre „Effekte“ auf die alltägliche Lebensführung¹ zu reflektieren. Damit wird der Expertisierung von Lebenswelten und der „Textvermitteltheit“ (Fairclough 2001) sozialer Praktiken Rechnung getragen.

Zentral ist dabei aufzuhellen, inwiefern über die unterschiedlichsten Familiendiskurse und -rhetoriken Normalitätstsvorstellungen transportiert werden, wie etwa über die „richtige“ Form des Zusammenlebens, das angemessene Modell von Familie, die „angemessene“ Lebensführung und „natürliche“ Beziehungen zwischen den Geschlechtern und den Generationen oder „naturbedingte“ Rollenvorstellungen von Mutterschaft bzw. Vaterschaft.

1.1 Über den Einfluss von Familienbildern und die Notwendigkeit familienrhetorischer Betrachtungen

Die normative Funktion von Diskursen arbeiteten u. a. Lüscher und Liegle (2003: 47 f.) heraus, die in Bezug auf die Rhetorik zu den Generationenbeziehungen festhielten: „Wenn eine Aufgabe in der Öffentlichkeit erörtert wird, deren Gestaltung für das menschliche Zusammenleben von herausragender Tragweite ist, wenn dabei kontroverse Meinungen

¹ Inwiefern die in diesem Beitrag skizzierten und analysierten normativen Vorstellungen, Modelle und Bilder von Familie bzw. familienbezogenen Themen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten (Medien, Wissenschaft, Politik) mit der Realität von Familien zu Beginn des 21. Jahrhunderts übereinstimmen, darüber geben die empirischen Befunde anderer Berichtsteile Auskunft. Dieses Kapitel versteht sich vielmehr als Hintergrundfolie, vor der andere Teile dieses Familienberichts 2009 zu lesen sind.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

und Überzeugungen aufeinander stoßen, wenn darüber gestritten wird, was als gut und richtig gelten darf und soll und wenn dementsprechend versucht wird, andere davon argumentativ zu überzeugen, dann ist ‚Rhetorik‘ im Spiel.“ In der Spezifikation als ‚Familienrhetorik‘ (Lüscher et al. 1989) hat sich diese Sichtweise als anregend für die Diskussion im Zusammenhang mit der ‚Definition‘ des Bereichs der sogenannten ‚privaten‘ Lebensformen erwiesen, die durch normative und insbesondere durch oftmals verdeckte bzw. nicht als solche kenntlich gemachte moralische Vorstellungen und Ideologien stark geprägt ist.

Verschiedene Diskurse ringen um Durchsetzung der von ihnen transportierten Bedeutung von Familie und Familienleben. Sie sind als ein Mittel der Herstellung sozialer Realität zu begreifen. Diskurs- und rhetoriktheoretisch betrachtet stellen amtliche, statistisch-demografische Daten, quantitative und qualitative Ergebnisse empirischer Studien damit auch nicht einfach ein Abbild von Wirklichkeit dar, sondern im Hinblick auf Familie ist dabei zu unterstreichen, dass sie markant als Mechanismen der Normierung und Normalisierung wirken können (Hartmann 2009).

Der Begriff „Normierung“ umschreibt dabei ein Wirkungsverständnis vorschreibender Normen und der Begriff „Normalisierung“ eine Orientierung an einem als Normalität festgestellten Durchschnitt (Link 1997: 24). Konkret beschreibt dabei beispielsweise die vielen Familiendiskursen (exemplarisch Kitzinger 2005) implizit eingeschriebene Denkfigur der Heteronormativität „... z. B. in der Selbstverständlichkeit, mit der in Debatten über Erziehung oder Familie heterosexuelle Paarbildung zugrunde gelegt ist. Auch die überwiegende Mehrzahl der vorliegenden Sozialisations- und Entwicklungsstudien gehen von einem heterosexuellen Familienmodell und einer asymmetrischen Organisation der Elternschaft aus. Auch wenn dieses Modell in der hiesigen Kultur vorherrschend ist, ist es nicht das einzige. Seine unhinterfragte Diskursivierung trägt jedoch dazu bei, es als Selbstverständlichkeit zu reproduzieren und die Existenz anderer Familienformen unsichtbar oder marginalisiert zu halten.“ (Hartmann 2009: 68) Eine andere, dem Heteronormativitätsmuster verwandte Form der Normierung und Normalisierung betrifft das Aufwachsen von Kindern. Hier wird, entgegen den differenzierten Befunden der Forschung (z. B. Schneewind/Walper 2008), immer noch die bürgerliche Familienkonstellation als die per se beste soziale Ökologie des Aufwachsens angesehen. Solche Argumente aktivieren tief sitzende Stereotype und verhindern eine sachgemäße Auseinandersetzung mit den jeweils tatsächlich vorfindbaren familialen Situationen (Ganong et al. 1990).

Dreh- und Angelpunkt der Familiendiskurse und -rhetoriken, aber auch der Familienwissenschaften in ihrer gegenseitigen Bezugnahme oder Abgrenzung, ist – als eine solche Referenzfolie der Normalität – die Frage der Definition von Familie. „Der Frage, was Familie ist, kommt gesellschaftlich eine große Bedeutung zu, weil mit der Antwort Lebensformen gesellschaftlich diskriminiert oder legitimiert werden und damit aus Sicht des Staates als schutz- und förderungswürdig angesehen werden oder nicht.“ (Schneider 2008: 13) Definitionen von Familie sowie die damit in engem Zusammenhang stehenden Konkretisierungen in Form von Familienbildern (Cyprian 2003, Lüscher 1997) sind dementsprechend konsequenzenreich. Sie bestimmen über die rechtliche, soziale und materielle Anerkennung privater Lebensformen mit, gehen aber auch in das Selbstverständnis der Akteure in Familien ein.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

In der aktuellen öffentlichen Diskussionslandschaft lassen sich drei grundlegende Positionen dessen ausmachen, was Familie ist und/oder was Familie sein soll (Schneider 2008). Ein erster, traditionellen Vorstellungen, insbesondere der katholischen Soziallehre, verhafteter Definitionsansatz ist um die Ehe zentriert. Familie ist demgemäß nur dort, wo ein Ehepaar mit oder ohne Kinder(n) in einem Haushalt zusammenlebt. Sie wird sozial anerkannt und legitimiert, alle anderen Formen privaten Zusammenlebens nicht. In einer zweiten Position wird die Eltern-Kind-Beziehung zum Konstitutivum. Die Familie wird primär als Verantwortungsgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern aufgefasst, auf die Kurzformel gebracht: Familie ist da, wo Kinder sind. Noch weiter geht eine dritte Sichtweise, die auf das Vorliegen von Solidarbeziehungen baut. Familie ist demgemäß auch dann vorhanden, wenn keine Kinder da sind, alleiniges Kriterium sind die von den involvierten Akteuren als familial interpretierten Bindungen und Beziehungen.

Den Familienwissenschaften kommt an dieser Stelle die Funktion zu, diese Auffassungen zu rekonstruieren, sie zu systematisieren und die Gebrauchsweisen in unterschiedlichen Kontexten aufzuweisen – einschließlich ihrer Konsequenzen. Ihre eigenen Arbeiten konzeptioneller wie empirischer Art muss sie zudem durch eine reflexive, transparente, begründete Definition von Familie fundieren.

Der generelle Duktus des Diskurses zur Entwicklung von Familie ist seit Jahrzehnten in den deutschsprachigen Ländern über weite Strecken normativ, zumeist negativ wertend oder aber unrealistisch überhöhend, oftmals kulturkritisch eingefärbt und positional. Ziel einer Auseinandersetzung hiermit ist die Herstellung von Transparenz, von welcher Position aus mit welchen Argumenten operiert wird. Äußerungen zur Lage der Familie(n) erfolgen in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle vor dem Hintergrund einer bestimmten weltanschaulichen oder ideologischen Position. Die Kenntnis wichtiger Quellen dieser Familienrhetorik gehört daher zu den Ausgangsbasen des Umgangs mit dem Reden und Argumentieren über Familie. So ist beispielsweise das nachhaltige Echo der katholischen Soziallehre in Sachen Ehe und Familie (Liminski 2008) ein oftmals unterschätzter Kern einer Reihe von Aussagen über Familie, obwohl auf der anderen Seite eine Reihe von Annahmen, beispielsweise hinsichtlich des engen Verweisungszusammenhanges von Ehe und Familie, hierin wurzelt (Kaufmann 2008). Das Gleiche gilt für marxistische Positionen, die in der Familie primär eine Unterdrückungsagentur der bürgerlichen Gesellschaft sehen.

Diskurs- und rhetorikanalytische Betrachtungen dienen in diesem Zusammenhang dazu, für diese „Wertimprägungen“ zu sensibilisieren sowie die Positionen transparent und damit diskussionsfähig zu machen. Neben dem Aufweis der Wertbeladenheit ist eine zweite Einsicht darin zu sehen, dass die meisten Aussagen zum Wandel von Familie zwei Lagern zugeordnet werden können: Die einen vertreten die Auffassung, dass die Familie in der Krise ist, wenn nicht gar schon untergegangen; die anderen sehen in der Familie eine prinzipiell „unverwüstliche Lebensform“. (Allert 1998) Derzeit überwiegen in den verschiedenen Arenen eher kritische Diagnosen, die den Gesamtzustand von Familie als prekär ansehen. Es geht allerdings nicht mehr generell um den Zerfall der Familie oder deren Funktionsverlust, wie dies Deutungsmuster der letzten Jahrzehnte nahelegten, sondern verstärkt um das Phänomen der Kinderlosigkeit, das in konservativen Kreisen eindeutig den „Auswüchsen“ des Feminismus zugeschrieben wird, sowie um die Pluralität von Familie als Abweichung von einer oftmals stillschweigend unterstellten (bürgerlichen) Normal-

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

familie, vor allem im Zusammenhang mit der gestiegenen Zahl von Scheidungen. Auffallend ist, dass auf einer relativ abstrakten und abgehobenen Ebene operiert wird, also primär Strukturen und Strukturbrüche sowie moralische Aspekte im Vordergrund stehen – der Familienalltag als solcher, z. B. auch die Hausarbeit, wird hingegen eher verniedlicht und trivialisiert (Schneider 2001). Das ist insofern eine rhetorische Reduktion, als für die Familien selbst weniger Fragen der richtigen „Form“ im Vordergrund stehen als vielmehr die Koordination, Synchronisation sowie generell die Bewältigung der vielfältigen alltäglichen Anforderungen in ihrem Alltag, der – wie an mehreren Stellen dieses Familienberichtes hervorgehoben wird – erhebliche Herausforderungen für Familien bedeutet, die nicht unter Rekurs auf normativ überhöhte Appelle an „den Wert“ von Familie bewältigt werden können.

Eine weitere in jüngerer Zeit hinzukommende Facette des kulturkritischen Krisendiskurses ist die Inpflichtnahme der heutigen Elterngeneration für die (vermeintlichen) Defizite der heutigen Kindergeneration. Diese „Erziehungsratgeberrhetorik“ (Göppel 2009) ist wegen der beachtlichen Auflagen solcher Druckerzeugnisse nicht zu unterschätzen. Allerdings stehen viele ihrer Unterstellungen, Argumente, Beweisführungen etc. in einem sehr losen Verhältnis zu den Ergebnissen der aktuellen Kindheits-, Jugend- und Familienforschung.² Auch in dieser Spielart dominiert ein moralischer Duktus, eine Zuschreibung von Hedonismus an die Akteure, wogegen strukturelle Aspekte des heute in der Tat komplexer werdenden Erziehungs- und Sozialisationsgeschehens in Familien wenig angerissen, wenn nicht sogar völlig ausgeblendet werden. Insgesamt gesehen ist mit Illouz (2009) auf die enorme Relevanz textueller Repräsentationen des Sozialen in der Gesellschaft zu verweisen, die nicht zuletzt durch die vielfältigen Vermischungen von Wissensbeständen akademischer und populärkultureller Provenienz zustande kommt, wie die Autorin am Beispiel der Auffassungen über eine „richtige“ Ehe detailreich nachweist.

Stilistisches Kennzeichen der Krisenrhetorik zur Familie, sei es zu ihrer Struktur, sei es zu ihrem Binnenverhältnis, ist allgemein die Dramatik, Übersteigerung und Zuspitzung – oftmals in Form eines Alarmismus (Holland-Cunz 2007), der dringenden (politischen) Handlungsbedarf signalisiert. Außer Acht gelassen werden dabei Aspekte, die sich aus einer differenzierten Herangehensweise und Analyse der jeweiligen Phänomene ergeben. Die äußerst selektive Kenntnisnahme wissenschaftlicher Erkenntnisse geht einher mit Simplifizierungen und Reduktionen, die in der Verwendung von entsprechenden skandalisierenden und alarmierenden Phrasen, Schlagwörtern und Etikettierungen zum Ausdruck kommen, die ihrerseits wiederum durchaus widersprüchlich sein können (z. B. wenn von Jugend einerseits als „Spaß- und Partygeneration“ und andererseits als „Generation Angst“ die Rede ist). Charakteristisch ist die Inszenierung von düsteren, kulturpessimistischen Bildern, welche die Gegenwart als schlecht und die Zukunft als noch schlechter erscheinen lassen, sofern „alarmierende“ Zeichen nicht ernst genommen werden sollten. Dies gilt nicht zuletzt auch für große Teile des populären Diskurses über Familie und Bevölkerung, der seit über hundert Jahren immer wieder auf dieselben moralisierenden und kulturkritischen Schemata zurückgreift: Die Diagnosen, warum Paare keine Kinder mehr bekommen, unterscheiden sich in den Details. Angeführte Gründe mögen die „Rationalisierung des Sexuallebens“, zu

² Diese Krisensemantik und ihr Einfluss auf Erziehungsverhalten werden ihrerseits in der Forschung durchaus kritisch reflektiert (siehe z. B. Oelkers 2006).

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

karrieresüchtige Frauen, zu kostspielige Kinder für Familien in den wirtschaftlich angespannten Zeiten oder zu hedonistisch orientierte und konsumfixierte junge Menschen sein. Manche dieser Begründungen haben ausgedient, viele halten sich lange Zeit. Grundsätzlich herrscht bis heute Einigkeit in diesen Argumentationsmustern, dass moderne Konsum- und Lebensweisen die demografische Entwicklung negativ beeinflussen, indem sie die Familiengröße reduzieren.

Der demografische Diskurs steht, so Etzemüller (2009), seit jeher in einer engen Allianz mit einer kulturkritischen Skepsis gegenüber der Moderne, die sich, zumeist implizit, nach einer harmonischen Balance aller Lebensbereiche sehnt. Zudem werden Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Subsystemen, in denen ebenfalls Modernisierungsschübe zu beobachten sind, weitgehend ausgeblendet und damit auch die vielfältigen und komplexen Wechselbeziehungen von Familie mit anderen Bereichen. Darüber hinaus beinhalten die angeführten Deutungsmuster zur Erklärung von Kinderlosigkeit eine argumentative Reduktion, die monokausale, in eine Richtung wirkende Zusammenhänge unterstellt, die weder der empirischen Realität noch den heutigen wissenschaftlich fundierten multifaktoriellen Erklärungsansätzen entsprechen, die u. a. auch rekursive Wechselwirkungen verschiedener gesellschaftlicher Trends mitberücksichtigen. Alternative Sichtweisen dazu, wie beispielsweise jene von Hondrich (2007), der die „Vorteile“ eines Geburtenrückganges ausbuchstabiert, finden wenig Resonanz.

Die zuvor erwähnte kulturkritische Sichtweise bezieht sich nicht nur auf Familie an sich, sondern – im Zusammenhang mit der Familiengründung – auch auf pessimistisch eingefärbte Interpretationen und Bilder der heutigen Jugend, der unterstellt wird, Bildung und Berufstätigkeit oder aber Freizeitaktivitäten einer Familie mit Kindern vorzuziehen. Wie eine Reihe von Umfragedaten für Österreich und andere europäische Länder belegt, entspricht dieses vor allem medial transportierte Bild nicht den tatsächlichen Vorstellungen und Wünschen der jungen Menschen: Die Mehrheit spricht sich sehr wohl für Familie und Kinder aus, wenngleich sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zur Realisierung dieser Wünsche verändert haben. Vielfältige gesellschaftliche Entwicklungen (vgl. Beitrag zum sozialen Wandel und seinen Auswirkungen auf Familie von R. Kränzl-Nagl und A. Lange in diesem Band) prägen die Lebenssituation von jungen Menschen heute, die sich jenseits von sozialromantischen Verklärungen des Jung-Seins gestaltet. Vielmehr sind es vielfältige Herausforderungen, die in einer „relativ kurzen“ Lebensalterphase bewältigt werden müssen, zu denen u. a. eben auch die Familiengründung zählt (vgl. Beitrag über Familiengründung von M. Beham in diesem Band).

Die dahinterstehende Logik der Deutungsmuster und Argumentationsfiguren, wie sie hier am Beispiel des Fertilitätsverhalten skizziert wurden, zielt jedoch meist weniger darauf ab, auf „identifizierte“ gesellschaftliche Problemlagen hinzuweisen und einer Lösung zuzuführen, sondern verfolgt andere Ziele: wie z. B. die Stärkung der Positionierung auf dem Markt und Umsatzsteigerung bei Medien oder den Versuch, politische Meinungen zu untermauern bzw. politisches Handeln zu legitimieren – nicht zuletzt auch mit dem Ziel der Wählerstimmenoptimierung.

Ein großer Teil der Krisen- und Zerfallsrhetoriken individualisiert und moralisiert gesellschaftliche Probleme. Diese Moralisierung suggeriert, es hänge primär vom Willen der einzelnen Individuen und Familien ab, ob bestimmte „Probleme“ gelöst werden können. Ins-

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

besondere Befürworter/-innen einer Reduktion sozialstaatlicher Leistungen argumentieren auf diese Weise – und ignorieren die aktivierende Kraft des Wohlfahrtsstaates für familiäre Lebensführungen (Vogel 2009). Sozialstrukturelle Zusammenhänge sowie die unterschiedliche Ausstattung der jeweiligen Akteure mit Ressourcen bleiben außen vor.

Zu den Mechanismen einer erfolgreichen Definition von Problemlagen liegt ein umfangreiches Korpus von Forschungen aus der Soziologie sozialer Probleme (Schetsche 2008) vor. Die These lautet, dass diese Alltags- und Medienresonanz der Definition sozialer Probleme von zwei Faktorenbündeln abhängt: Erstens von inhaltlichen Merkmalen des Problemusters – wie etwa innerer Kohärenz, Anschlussfähigkeit an bereits bekannte Wissensbestände. Aber dies reicht nach den Regeln der „Ökonomie der Aufmerksamkeit“ nicht aus. Zweitens kommt demzufolge hinzu: „Entscheidend ist vielmehr, ob es einer Problemwahrnehmung gelingt, die gesellschaftlichen Subjekte moralisch und auch emotional so zu adressieren, dass ihre Aufmerksamkeit und die Bereitschaft zum Handeln gleichsam erzwungen werden. Dies ist die Aufgabe von Diskursstrategien, spezifischen Techniken der Darstellung von Sachverhalten, welche die Problemwahrnehmung und die mit ihr verbundenen Handlungsanleitungen rhetorisch so absichern, dass es beim Subjekt erst gar nicht zu einem Abwägen kommt, ob ‚die Sache‘ näherer Aufmerksamkeit und einen eigenen Ressourceneinsatz wert ist: Bei der Rezeption muss das Individuum das Problemmuster fraglos in seinen aktiven Wissenskörper aufnehmen und bei der späteren Identifizierung des Problems im Alltag dieses Muster ebenso fraglos exekutieren.“ (Schetsche 2008: 130)

Die Notwendigkeit differenzierter und wissenschaftlich fundierter familienrhetorischer Analysen ergibt sich vor dieser Folie vor allem durch die Allgegenwärtigkeit der Medien im Alltag von Individuen und Familien, insbesondere des Leitmediums Fernsehen, aber auch durch die populären Printmedien sowie selbstverständlich die neuen Medien. Illouz (2009) hat für Psychologie und Psychotherapie gezeigt, dass diese Wissenssysteme durch die und in Form dieser Medialisierung Teil der Populärkultur in einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft geworden sind. Den sog. ‚Neuen Medien‘ (www, blogs, chat-rooms etc.) kommt insofern Bedeutung zu, als sie in den letzten zehn Jahren in viele Haushalte einzogen und ihre Nutzung stark anstieg, wodurch sie zu bedeutsamen Kanälen avancierten, über die Argumente, Rhetoriken, Bilder – auch jene von Familie – transportiert werden. Weiters zeigt sich ein Trend hin zur Mehrfachverwertung von medialen Inhalten, der auf eine zunehmende Durchlässigkeit der unterschiedlichen Medien verweist (z. B. TV-Formate gekoppelt mit dazugehörigen Internetseiten). Das besondere diskursanalytische Interesse gilt den Neuen Medien u. a. auch deshalb, weil sie den Akteuren selbst Möglichkeiten bieten, Kontrapunkte zum medialen, marktorientierten Mainstream zu setzen (z. B. durch Selbstinszenierungen), was insbesondere von der jüngeren Generation genutzt wird (Hebecker 2001). Aber auch Mütter nutzen blogs, um alternative Deutungen von Mutterschaft diskursiv und dialogisch auszuhandeln, wobei das ganze Spektrum möglicher Mutterschaftsentwürfe aufzufinden ist (Lopez 2009).

Aufgrund der zunehmenden Mediatisierung des sozialen Lebens gilt es in den folgenden Abschnitten herauszuarbeiten, welche Zielsetzungen mit Familienrhetorik verfolgt werden, um damit nicht nur die Notwendigkeit diskursanalytischer Reflexionen zu begründen, sondern generell für Familienrhetorik, also das Reden über Familie, zu sensibilisieren. Dazu zählen z. B. das Sichtbarmachen von Funktionen, Wechselwirkungen und Effekten von

Familienbildern in unterschiedlichen Diskursen, die Analyse der vermittelnden und kontextuellen Einflüsse sowie der Moderatoren/Akteure, der Kanäle und Medien, über die Bilder kommuniziert werden, oder die Identifikation von Gegendiskursen und den normativen Vorstellungen, die hinter den jeweiligen Bildern stehen. Dies erscheint u. a. auch deshalb für den vorliegenden Familienbericht 2009 bedeutsam, da selbst wissenschaftliche Erkenntnisse unterschiedlich bzw. selektiv gelesen sowie interpretiert werden können und die jeweilige Lesart oftmals von normativen Vorstellungen – seien sie bewusst oder unbewusst bzw. intendiert oder unintendiert in Argumentationen eingesetzt – geprägt ist.

1.2 Familienbilder und Familienthemen in unterschiedlichen Diskursen

Sichtet man die öffentlichen Diskurse sowie die Alltagsdiskurse über Familie und Familienbilder bzw. familienrelevante Themen, wie z. B. Elternschaft (Vaterschaft bzw. Mutterschaft), Lebensphasen (Kindheit, Jugend, junges bzw. mittleres Erwachsenenalter, Alter), Generation und Geschlecht usw., die sich identifizieren lassen,³ zeigen sich durchaus Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten im Hinblick auf die dahinterstehenden Mechanismen, systemimmanenten Logiken, beabsichtigten und unbeabsichtigten Intentionen und die jeweils daraus resultierenden Effekte.

Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden öffentliche Diskurse, und zwar mediale, wissenschaftliche und politische Diskurse, näher beleuchtet und anhand von Beispielen illustriert. Dabei wird u. a. den Fragen nachgegangen, welche Themen welche Diskurse bestimmen, welche Argumentationsfiguren verwendet werden sowie welche normativen Vorstellungen und Ideologien sich jeweils dahinter verbergen.

Dieser Abschnitt zielt somit darauf ab, das (individuelle) familiäre Wissen und Handeln einerseits und die (öffentliche) Familienrhetorik andererseits sowie ihr wechselseitiges Verhältnis zu analysieren. Dieses Vorgehen ermöglicht gleichzeitig, die Implikationen (familien-)soziologischer Perspektiven und ihr Verhältnis zu anderen Perspektiven auf Familie zu reflektieren, wie dies in Arbeiten in Bezug auf Kindheit (z. B. Andresen/Diehm 2006, Bühler-Niederberger et al. 1999, 2005, Kränzl-Nagl 1998, Kränzl-Nagl et al. 2003, Kränzl-Nagl/Mierendorff 2007, Lange 1995, 1996), Jugend (z. B. Hafenegger 1996, Hebecker 2001) oder Alter (z. B. Buchen/Maier 2008, Göckenjahn 2000) vorgenommen wurde.

Von Interesse ist außerdem, ob bzw. welche Veränderungen sich diesbezüglich in den letzten zehn Jahren abzeichnen. Dabei zeigt sich, dass neben dem allgemeinen Diskurs über Familie eine verstärkte Aufmerksamkeit für Fragen der Generationenbeziehungen als auch für die Ausgestaltung der Elternschaft, insbesondere für den „neuen Vater“, festgestellt werden kann. Dementsprechend werden diese Themen in den nachstehenden Ausführungen behandelt. Des Weiteren ist auffallend, wie sich Diskurse in den letzten Jahren verlagerten bzw. verschoben haben: Beispielsweise avancierte die Kinderbetreuungsdebatte, ein klassisches, jahrzehntelanges von der Familienpolitik besetztes Thema, unter dem

³ Einschränkung ist hier anzumerken, dass in Österreich relativ wenige Arbeiten vorliegen, die sich mit Familienrhetorik bzw. Familiendiskursen beschäftigen. Es wird daher auch auf Arbeiten aus Deutschland und anderen Ländern bzw. Regionen zurückgegriffen (wie aus dem anglo-amerikanischen Raum, z. B. Gubrium/Lynott 1985).

Postulat der Frühförderung vermehrt zur Bildungsdebatte, während die Familie seitens der Familienwissenschaften als Bildungsort (wieder-)entdeckt wurde. Zumeist greifen die jeweiligen Diskurse ineinander, überlagern sich und führen – je nach Interessenlagen der Akteure – zu unterschiedlichen Deutungsmustern und Interpretationen.

1.2.1 Familie in den Medien

Mediensoziologische Publikationen der letzten Jahre verweisen auf die nicht zu unterschätzende Wirksamkeit medialer Diskurse über Familie bzw. familienbezogener Themen (z. B. der mediale Umgang mit der Scheidungsstatistik), weshalb es sich anbietet, mediale Repräsentationen der jeweils angesprochenen Prozesse näher zu betrachten. Eine tragende Funktion kommt dabei quantifizierenden Zahlen zu, die als Anker für weitgehende Forderungen und Maßnahmen dienen. Zahlen sind Sinnbild von Objektivität und Neutralität (Heintz 2007), was auch am Beispiel der Debatten um die österreichischen PISA-Ergebnisse deutlich wurde: Ein bestimmter Punktwert, ein bestimmtes Ranking legt scheinbar öffentlichen Handlungsbedarf nahe. Zahlen sind aber auch im Hinblick auf die Normalitätserwartungen und Normierungen der Menschen im Alltag ihrer Beziehung und Familie relevant, da an ihnen das eigene Verhalten, sei es affirmativ, sei es kritisch, festgemacht werden kann. Das gilt mit Nachdruck für Fragen der Erziehung, wo das Erreichen bestimmter Zielmarken immer wichtiger zu werden scheint.

Nicht von der Hand zu weisen ist, dass gerade das Wissen um strukturelle Eigenarten heutiger Familientypen und Überzeugungen über gelingende und nicht gelingende Formen des Familienlebens auch medial präsent sind. In privaten Lebensformen können diese Darstellungen wiederum Gegenstand von Reflexionsprozessen werden, was u. a. von Keppler (1994) in ihrer Arbeit zu kommunikativen Prozessen „bei Tisch“ erarbeitet worden ist.

Familienbilder in fiktionalen und nicht-fiktionalen Fernsehformaten

Insbesondere Familienserien transportieren eine Reihe von Bildern, Vorstellungen und Stereotypen und entwickeln sich in enger Bindung an den „Zeitgeist“ (Mikos 1996, Schäffer 2007). Als wichtiges neues Markenzeichen ist hier die verstärkte multimediale Präsenz der Serien und ihrer Stars zu notieren, die von eigenen Serienzeitschriften und Büchern bis hin zu Internetseiten und Telefon-Hotlines reicht und potenziell die Wirksamkeit bestimmter Vorstellungen von Familie und privater Beziehungsgestaltung erhöhen kann. Dies gilt gerade für die neueren deutschen und österreichischen Serienproduktionen, die schon von ihrer Sendeformatierung her tief in den Alltag eindringen. Die Seifenopern „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“ (RTL) „Marienhof“ und „Verbotene Liebe“ (ARD), „Unter Uns“ (RTL) prägen seit Anfang der 1990er-Jahre täglich den Vorabend vieler deutscher und österreichischer Zuschauer/-innen. Wie z. B. in der „Lindenstraße“ werden in den einzelnen Folgen mehrere Familien bzw. Wohneinheiten thematisiert. Die Vernetzung der unterschiedlichen Handlungen und Personen erfolgt durch örtliche und lokal verwandtschaftliche Gegebenheiten. Das Spektrum der behandelten Themen reicht dabei von gesellschaftspolitischen Brennpunkten, wie Militär- und Außenpolitik, bis hin zu den Formen und Inhalten privater Lebensformen: Über mehrere Sendefolgen hinweg wird der Beziehungsstress gleichgeschlechtlicher Paare reflektiert, die Vor- und Nachteile komplexer Patchwork-Familien werden ebenso erörtert wie die Probleme, die sich aus der Aufnahme des Familienoberhauptes in die Kernfamilie eines seiner Söhne ergeben, insbesondere, weil grundlegende Werte-

differenzen zwischen der mittleren und älteren Generation bestehen – interessanterweise vertritt die ältere Generation als Repräsentanten der 68er hier die progressivere Einstellungsvariante.

Die Arbeit von Hannover und Birkenstock (2005), die in einer Kurzfassung ihr Ergebnis als „multi-tasking begabte Powerfrauen und einsame Wölfe“ umschreiben, verweist darauf, dass die medial transportierten Bilder des deutschen Fernsehens, das auch in einer Vielzahl österreichischer Haushalte empfangen wird,⁴ trotz der angedeuteten Themenvielfalt nur sehr bedingt mit der Realität realer Familien zu tun haben. Das vorherrschende TV-Lebensmodell ist das großstädtische Singledasein; klassische Familien mit Kindern kommen seltener vor. Das Familienbild wird stattdessen geprägt von weitverzweigten Großfamilien in den Serien, von alleinerziehenden und multi-tasking-begabten Power-Frauen im Fernsehfilm und von melancholischen einsamen Wölfen und Wölfinnen im Krimi. Im Gegensatz dazu machen in den informationsbezogenen Programmen familienpolitische Meldungen und Themen nicht einmal ein Prozent aller Beiträge aus.

Familiale Aushandlungsprozesse am Beispiel „Starmania“

Neben der Frage, wie bestimmte Familienformen in ihrer statistischen Repräsentanz abgebildet werden, interessiert auch die Frage nach den Mustern von Lebensführung, die aufgegriffen und bewertet werden. Dies geschieht nicht nur in fiktionalen Sendungen, sondern vermehrt in Talkshows und ähnlichen Formaten. Besonders instruktiv für die Frage der Wirkung von Bildern und Rhetoriken ist dabei, wie insbesondere Geschlechterrollen innerfamiliär ausgehandelt werden, womit sich u. a. eine aktuelle Studie zur Casting Show „Starmania“ in Österreich (Schwarz 2007) auseinandersetzt.

Auch wenn das Zielpublikum von „Starmania“ in erster Linie als jung und weiblich definiert ist, verdeutlicht neben den Einschaltquoten noch ein anderer Umstand, dass es sich dabei um ein Fernsehformat für die ganze Familie, also ebenso für Personen unterschiedlichsten Alters und Geschlechts, handelt: Die Casting-Show wurde im Programm des ORF als wöchentliche Freitagabendshow platziert, wodurch es – analog zu „Deutschland sucht den Superstar“ – zu einer Renaissance der hauptabendlichen (Musik-)Unterhaltungsshow kam, die im ORF schon vor einigen Jahrzehnten erfolgreich die ganze Familie vor dem Fernseher versammelt und bis zu diesem Zeitpunkt primär in Form von „Wetten, dass ...?“ und Volksmusikshows überlebt hatte.

Wie bei anderen Formaten des Reality-TV kommt es auch bei „Starmania“ zu crossmedia- len Verbindungen. Zusätzlich zur wöchentlichen Sendung gibt es ein Internetportal, auf dem die Fans der Sendung Informationen über das Backstage-Leben, das Styling der Kandidat/-innen, Videos ihrer Songdarbietungen, ein Diskussionsforum und einen Shop finden. Darin dokumentiert sich der gezielte Einsatz eines Kult-Marketing-Ansatzes, der sich besonders an Jugendliche als Kernzielgruppe der Sendungen richtet und versucht, die (Medien-)Produkte sowie das Merchandising eng mit ihrem Alltagsleben zu verbinden.

⁴ Die Übertragbarkeit mediensoziologischer Erkenntnisse von Deutschland auf Österreich ist nicht nur durch den erweiterten Zugang zu vielen TV-Sendern zu rechtfertigen, sondern auch durch die Durchsetzung vieler nahezu identer Sendeformate als Folge der Globalisierung (vgl. Beitrag über sozialen Wandel und seine Auswirkungen für Familie von R. Kränzl-Nagl und A. Lange).

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

Casting-Shows repräsentieren ebenso ein attraktives Fernsehangebot für erwachsene Frauen, wie quantitative Zuschauerzahlen des ORF demonstrieren und was sich auch in den qualitativen Ergebnissen zur „Starmania-Rezeption“ bestätigt. In den von Schwarz (2007) untersuchten Familien sind es durchgängig die Mütter, die neben ihren (zumeist weiblichen) Kindern ein Interesse an diesem Format haben; die Väter und teilweise auch die Söhne teilen diese Präferenz hingegen nicht. Mütter und Töchter erklären sich das Desinteresse der männlichen Familienmitglieder mit deren Unmusikalität: Für sie sind Casting-Shows eindeutig ein „Frauenformat“, da Männer nicht über die „Kompetenz“ verfügen, gesangliches Können zu bewerten. Die Frauen betrachten sich durch ihre Abgrenzung von den Männern als „Expertinnen“ in Bezug auf die Sendung: Analog zu Fußballübertragungen, bei denen sich Männer oft als „Experten“ deklarieren und Frauen ein Verständnis des Spieles absprechen, sind es nun die weiblichen Familienmitglieder, die diese Rolle einnehmen. Die Kategorie „Geschlecht“ wird dabei als Grenzlinie für die innerfamiliäre Fernsehpraxis herangezogen und fungiert als Begründung für Ausschließungsprozesse.

Die Väter selbst begründen ihr Desinteresse allerdings nicht mit dem ihnen zugeschriebenen Defizit (Unmusikalität), sondern erklären ihre rationale Betrachtungsweise zum ausschlaggebenden Kriterium. Dies verdeutlicht sich vor allem an den differierenden Einstellungen zu den in Casting-Shows dargestellten Emotionen, also wenn Teilnehmer/-innen beispielsweise weinen oder sich freuen. Die Mutter einer untersuchten Familie betrachtet die Emotionen der Kandidat/-innen als natürliche Reaktionen auf den Sendungsverlauf. Sie versetzt sich sogar in deren Lage: „Ich würde auch weinen, wenn ich ausgeschieden bin“, worin sich ihre starke emotionale Involviertheit und die kaum vorhandene Distanz zur Sendung dokumentiert. Mutter und Tochter teilen hier eine ähnliche Orientierung, wie sich an der Aussage der neunjährigen Tochter Maria („Ich würde mich auch freuen“) ablesen lässt. Der Vater grenzt sich hingegen davon ab: „Das ist genau der Grund, warum ich es mir nicht anschau. Diese ganzen Sendungen, in denen persönliche Emotionen gezeigt werden, das finde ich, ist eine Vermarktung mit diesen Emotionen. Das Ganze ist nur ein Verkauf von Menschen.“ Der Vater prangert mit seinen Ausführungen die Produzenten und die Machart der Sendungen an, in denen seiner Ansicht nach menschliche Gefühle gezeigt werden, um höhere Einschaltquoten zu erreichen. In diese Äußerung ist die Vorstellung eingelassen, dass emotionale Darstellungen ein großes Publikum ansprechen und daher verkaufsförderlich wirken. Mit diesem rationalen Blick auf das Medienprodukt „Starmania“ und die dahinterliegenden Vermarktungsstrategien präsentiert und inszeniert sich der Vater als kritischer Medienkonsument, der eben nicht, wie damit unterstellt, gleich Mutter und Tochter an der Oberfläche des Medienproduktes und dem eigenen persönlichen Vergnügen bei der Rezeption haften bleibt.

Eine unkritische Lesart der Sendung ist aber nun gerade nicht bei allen untersuchten Müttern anzutreffen – sie findet sich lediglich bei Müttern aus niedrigen Bildungsschichten. Für Familien aus diesem Milieu ist zudem ein eher individueller Rezeptionsstil kennzeichnend; d. h. Mütter und Töchter rezipieren die Casting-Show an unterschiedlichen Fernsehgeräten getrennt im selben Haushalt. Im Unterschied zu den bildungsferneren Müttern äußern Mütter aus Akademikerfamilien eine ähnlich distanzierte Lesart wie die Familienväter. Sie lehnen die Rezeption der Sendung allerdings nicht generell ab, sondern begegnen der für sie augenscheinlichen Inszenierung, indem sie sich das Populärkulturprodukt

„Starmania“ auf eine ironisch-oppositionelle Weise aneignen. Ihr Hinwendungsmotiv ist weniger die Freude am gesanglichen Können, sondern sie empfinden vielmehr Vergnügen daran, sich während der Rezeption immer wieder über die in der Casting-Show agierenden Personen lustig zu machen. Dieses Aneignungsmuster praktizieren die Mütter gemeinsam mit ihren Kindern, denn neben dem Lästern als kommunikativem Vergnügen bei der Rezeption spielt auch die gemeinschaftliche Aneignungspraxis mit den Kindern für sie eine große Rolle. Das Medienevent wird hierfür als „weibliches Familienevent“ inszeniert, wodurch die Mütter auch ihr Interesse an den entwicklungspezifischen Vorlieben ihrer Kinder ausdrücken.

Der gemeinsame Aneignungsprozess erfüllt für die Mütter darüber hinaus die Funktion, ihren Kindern Medienkompetenz zu vermitteln: Im Verlauf der gemeinsamen Rezeption führen sie ihren Kindern vor, wie eine kritische Auseinandersetzung mit Medienprodukten aussehen kann. Zum Beispiel erwähnen die Mütter während der Casting-Show häufig, dass es sich dabei um eine Inszenierung handelt und die Darstellung der Kandidat/-innen im Fernsehen nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen muss.

Damit ist auch angerissen, dass der Umgang mit medialen Bildern, Stereotypen und Rhetoriken teilweise eben nicht passiv-konsumptiv erfolgt, sondern intensiv innerfamiliär ausgehandelt wird, und auch, wie der Mediengebrauch insgesamt sehr stark mit den Ressourcen der Familien in kultureller Hinsicht zusammenhängt, wie für Österreich von Paus-Hasebrink und Bichler (2009) in sorgfältigen Fallstudien nachgewiesen werden konnte. Gleichzeitig werden geschlechtsspezifische Grenzziehungen und Muster bei der Rezeption medialer Inhalte im Familienalltag deutlich, die sich auch bei der Vermittlung von Medienkompetenz zeigen und schließlich bedeutsam für die Resonanz medial vermittelter Familienbildern und -rhetoriken sein dürften.

Die „Super-Nanny“ – ein Beispiel für mediale Erziehungsberatung

Der Erfolg der Super-Nanny im Fernsehen, gerade auch in Österreich, ist als ein wichtiges Beispiel für die Notwendigkeit einer jeweils differenzierten inhaltlichen und formalen Analyse anzuführen (Grimm 2006). Eine Inhaltsanalyse, eine quantitative und qualitative Interviewstudie sowie Tiefeninterviews und Gruppendiskussionen mit Fernseh-Nannys, Erziehungsprofis, Durchschnittszuseher/-innen und Teilnehmerfamilien ergab zum einen das oftmals in kulturpessimistischen Klagen übersehene Potenzial dieses Sendungsformats, gleichzeitig aber auch dessen kritischen Momente. Der von den Nannys propagierte Erziehungsstil ist insgesamt eher als „demokratisch“ zu bezeichnen. Sequenzen mit Beratungsleistungen der Nanny-Personen weisen im Durchschnitt aller Sendungen fast dreimal so viele Empfehlungen auf, die mit Aushandeln unter starker Berücksichtigung der Kinderrechte umschrieben werden können, als Ratschläge, die auf die einseitige Durchsetzung eines „höheren“ Elternstandpunkts zielen. Strafmaßnahmen und andere Aktionen mit „autoritärer“ Tendenz werden zwar ebenfalls in manchen Situationen vorgeschlagen, jedoch in geringerem Maße und mit grundsätzlich anderer Stoßrichtung als bei den beratungsbedürftigen Eltern. Einerseits problematisieren die Nannys Laissez-faire, Interesse und Lieblosigkeit dem Kind gegenüber; andererseits stärken sie durchsetzungsschwachen Eltern den Rücken. Dabei lehnen alle TV-Nannys grundsätzlich die Anwendung von Gewalt als Erziehungsmittel ab. Und sie vertreten demokratische Erziehungswerte weit mehr, als es der Elternpraxis entspricht. Die inhaltsanalytischen Befunde lassen daher die Schluss-

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

folgerung zu, dass die wahrscheinlichste Wirkungsrichtung der Super Nanny-Sendungen in Sachen Erziehung in einer Stärkung demokratischer Grundüberzeugungen besteht.

Andererseits spiegeln sich darin grundsätzliche Traditionsunterschiede zwischen verschiedenen Ländern wider. Die englische Erziehungskultur erscheint unter diesem Blickwinkel als die relativ „autoritärste“, die österreichische als die am meisten „demokratische“. Dazwischen liegt Deutschland, wobei Erziehung dort dem österreichischen mehr als dem britischen Pol zuneigt.

Es kann daher keine Rede davon sein, dass das Nanny-TV kindabträgliche oder gar menschenverachtende Verhaltensweisen befürwortet oder befördert, wie das teilweise in Presseberichten kolportiert wurde. Im Gegenteil, die Nanny-Sendungen liefern zuhauf insgesamt – und insbesondere die österreichischen – Argumente für liebevolle, einfühlsame und kindgerechte Umgangsformen.

Das Nanny-TV trägt zur Popularisierung von Erziehungsthemen in der Öffentlichkeit bei und macht auf diese Weise unbezahlt Werbung für die professionellen Einrichtungen der Erziehungsberatung. Außerdem senkt das Nanny-TV nachweislich die Barrieren, die zwischen Institutionen amtlicher Erziehungshilfe und potenziellen Klienten bestehen. Beratungsbedürftige bzw. beratungswillige Eltern finden daher leichter das für sie passende Angebot – zuerst im Fernsehen (oder vor dem Bildschirm), im weiteren Verlauf auch in den professionellen Praxen und im Jugendamt (Richter et al. 2009)

Generationenbeziehungen, insbesondere in Sachbüchern

Neben den elektronischen Medien spielen Printprodukte immer noch eine erhebliche Rolle für den öffentlichen Diskurs. Dies kann an einem wichtigen Teilelement der Auseinandersetzung um Familie und private Lebensformen aufgezeigt werden, und zwar dem Generationendiskurs und der damit korrespondierenden Generationenrhetorik (Bräuninger et al. 1998, Höpflinger 2008, Lange 1999a, b, 2004, Lüscher et al. 2009). Das Verhältnis von Generationendiskurs zu Familiendiskurs lässt sich dabei analytisch insofern umschreiben, als es in den generationalen Diskursen weniger um die Fragen der richtigen Form oder Spielart von Familie geht, sondern um mächtige soziale Idealkonstruktionen, die Mythen, Bilder und Entwürfe von Generationsbeziehungen (Helsper et al. 2009: 48 ff.) enthalten. Diese korrespondieren mit Bildern von Generationspositionen: jener des Kindes, des Jugendlichen und des „Alten“. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich dabei auf das Genre der populären Sachbücher zu dieser Thematik, die in den letzten Jahren zunehmend Absatz fanden.

Was die Stimmen der populären Sachbücher vereint, ist ihre pathetische Endzeit-Sichtweise. So bündelt das Schlagwort „Generationenkrieg“ im medialen Diskurs Befürchtungen bezüglich des zukünftigen Zusammenlebens der Generationen sowohl in finanzieller als auch in kultureller Hinsicht. Aktuell warnt der Politikwissenschaftler Wolfgang Gründinger (2009) in seinem Buch „Aufstand der Jungen“ vor großen „Verteilungskonflikten“ zwischen Alten und Jungen. Allerdings differenziert dieser Autor und ist sich der potenziellen Wirkungen einer einseitigen Generationsrhetorik durchaus bewusst, fällt dann aber im Verlauf der Darstellung etwa bei der Beschreibung der Arbeitsmarktsituation, zurück in simplifizierende Darstellungen, die „den Alten“ Privilegien ankreiden.

Damit wiederholt sich aktuell vieles, was seit Beginn der 1990er-Jahre in Wellenbewegungen der Aufmerksamkeit rekonstruiert werden kann. So wurden Ende der 1990er-Jahre im Konstanzer Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“ Darstellungen des Generationenverhältnisses anhand von drei ausgewählten Sachbuchtexten aus den frühen 1990er-Jahren analysiert: Gronemeyers „Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten“ (1991), Schüllers „Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag“ (1995) und Mohls „Die Altersexplosion. Droht uns ein Krieg der Generationen?“ (1993). Aufgedeckt werden konnten drei prototypische Muster der sozialen Repräsentation von Generationenbeziehungen: ein zukunftsgerichtetes Krisenszenario (Mohl), eine rückwärtsgewandte, kulturpessimistische Verfallsdiagnose (Gronemeyer) und eine sozialpolitisch ausgerichtete Gesellschaftskritik (Schüller) (vgl. Bräuninger et al. 1998: 9).

Haller (2007) hat den Faden dieser Vorarbeiten aufgenommen und drei aktuellere Sachbücher analysiert. Die untersuchten Publikationen von Gronemeyer, Schirrmacher und Opaschowski entwerfen jeweils unterschiedliche Zukunftsszenarien als Konsequenz des demografischen Wandels. Dies lässt sich bereits an den Titeln ablesen: „Kampf der Generationen“ (Gronemeyer 2004), „Das Methusalem-Komplott“ (Schirrmacher 2004) und „Der Generationenpakt“ (Opaschowski 2004). Alle drei Bücher hatten große Resonanz in den Medien und hohe Verkaufsziffern.

Auf der Basis ihrer gründlichen Analysen hebt Haller (2007) hervor, dass das einflussreichste Stilmittel der drei Sachbücher die Verengung des Generationenbegriffes auf das duale Konzept von „Alt“ und „Jung“ ist. Die undifferenzierte Gegenüberstellung von Alt und Jung provoziert automatisch ablaufende Vorurteile. Durch die Verengung des Generationenbegriffs auf das duale Konzept (siehe dazu auch kritisch Buchen/Maier 2008, Höpflinger 2008, Lüscher/Liegle 2003: 45 f.) lässt sich die Gegenüberstellung von Alt und Jung bildhaft zu einem Kriegsszenario aufladen, das als Folie für die Entwicklung von Alternativ-Szenarien dient. Deren Gemeinsamkeit besteht darin, dass sie das als überholt dargestellte Modell des Generationenvertrags in ein individualisierteres, staatlich nicht geregeltes Modell zu überführen suchen.⁵ Im Zuge einer Verschiebung der Metaphorik auf die Ebene des individuellen, konspirativen, gerade eben staatlich nicht geregelten Miteinanders der Generationen findet eine Umwertung der Bilder von Jugend und Alter statt. Dies geschieht dadurch, dass Metaphernfelder der Zukunft und Revolution und des Bruchs, die traditionell mit Jugend konnotiert waren, nun auf das Alter projiziert werden. Aus sozialwissenschaftlicher Sicht sind diese Gegenüberstellungen insgesamt kritisch zu bewerten, denn aus der sozialpsychologischen Forschung ist bekannt, dass dann, wenn „die Jungen“ und „die Alten“ auf gesellschaftlicher Ebene als Gruppen gegenübergestellt werden, die jeweilige Gruppenzugehörigkeit und Identität als Gruppenmitglied salient gemacht wird. Der hiermit verbundene Bias zugunsten der Eigengruppe bildet den Nährboden für die in diesem Kontext häufig beobachteten Diskriminierungstendenzen und -vorwürfe an die jeweils andere Gruppe (Rothermund/Mayer 2009).

⁵ Diese Aussage bezieht sich auf die Diskurse in Deutschland. In der österreichischen Debatte steht hingegen, insbesondere in politischen Diskursen über Pensionsreformen, der Erhalt des Umlageverfahrens im Vordergrund.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

Lüscher und Liegle (2003: 47) heben ergänzend folgende Aspekte dieser populären Generationendiskurse hervor: „Ein grundsätzliches Problem bei populärem (aber auch teilweise wissenschaftlichem) Argumentieren über Generationenbeziehungen ist die Vermengung verschiedener Ebenen, die in der Komplexität des Begriffes begründet ist: die Rede von Familiengeneration, gesellschaftlicher Generation oder verschiedenen Altersgruppen; die Vermengung von pädagogischen, soziologischen, psychologischen und politischen Aspekten.“

Butterwegge (2009), Klundt (2007) und Lange (2009) weisen auf die Verknüpfung von Generationenrhetoriken mit neuen Entwicklungen in der Begründung von Sozialpolitik hin und setzen sich kritisch mit der demografisch ummantelten Politik der Kürzung von Sozialleistungen im scheinbaren Interesse der jüngeren Generation auseinander. Auf diese Weise lässt sich das Ansinnen entlarven, Kinderlose im Rentenbezug ausdrücklich zu benachteiligen, neue Naturalisierungen von sozialen Beziehungen einzuführen und so von den vertikalen Ungleichheitsstrukturen in der Gesellschaft abzulenken: „Tatsächlich bietet die Demographie ein Interpretationsschema gesellschaftlicher Konflikte, das Interessenantagonismen vernebelt und Scheingegensätze an ihre Stelle treten lässt, während die bestehenden Macht-, Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse gewissermaßen naturalisiert werden. Ökonomische, soziale, politische und kulturelle Phänomene werden zu demografischen erklärt, was sie der gesellschaftlichen Auseinandersetzung darüber entzieht.“ (Barlösius 2007: 26 f.) Sieht man die aktuellen vorliegenden empirischen Ergebnisse für Österreich an, dann wiederholt sich, was auch insgesamt für Mitteleuropa gilt: Die familialen Generationenbeziehungen werden als gut beurteilt (vgl. Beitrag von L. Wilk über die Großeltern-Enkelkind-Beziehung in diesem Band).

Abschließend ist nochmals hervorzuheben, dass in all diesen Darstellungen von Generationen, Generationenbeziehungen sowie Generationenverhältnissen im Speziellen sowie Familienstrukturen im Allgemeinen Zahlen, Ziffern und Quoten eine überragende Rolle spielen. Sie kommunizieren unhinterfragbare Objektivität, und Argumentationen beziehen daraus ihre augenscheinliche Überzeugungskraft. Unreflektiert bleibt zumeist die Einbettung dieser Ziffern und Zahlen in einen Kontext sowie die Interpretation bestimmter Ziffern im Hinblick auf andere Entwicklungen.

Von den Rabenmüttern zu den Vätern als neuen Hoffnungsträgern

Das Thema der „guten“ Mutter, die als Mythos nach wie vor präsent ist (vgl. Schenk 1998, Vinken 2007), und die damit verbundenen Zuweisungen geschlechtsspezifischer Aufgaben in Familie und Öffentlichkeit gehören zum diskursiven Dauerbestand entsprechender Familienrhetorischer Muster. Das Spannungsfeld zwischen der Aufgabe als Mutter und der Erwerbstätigkeit, sei es als Zuverdienst, sei es als Bühne der Selbstverwirklichung, sorgte dabei immer wieder, wie Schütze (1986) dies historisch breitflächig rekonstruiert hat (siehe auch Badinter 1986, Thurer 1994), für erheblichen Zündstoff in Bezug auf die „Rabenmütter“, wobei sich als neuer Themenstrang mittlerweile die sozialstaatlichen Aktivierungsstrategien und ihre durchaus widersprüchlichen Konsequenzen für Mütter und Familien herauskristalisieren konnten (Thiessen/Villa 2008).

Ein weiteres, dazu in einem Austauschverhältnis stehendes Thema, das in den Medien zunehmend auftaucht, sind die Diskurse über Väter und Vaterschaft (gepaart mit dem Diskurs über „Mannsbilder“, vgl. Zulehner 2003), wie dies in den Schlagworten der „Neuen Väter“ oder von „Vätern als Hoffnungsträgern“ zum Ausdruck kommt. So untersuchte Baader (2006) Beiträge der Jahre 2001 bis 2006 aus den Zeitschriften „Psychologie heute“, „Schüler“, sowie der „Zeit“, dem „Spiegel“, „Focus“ und zwei Magazinen aus dem Genre Life Style und schließlich einer linksalternativen Tageszeitung. Ziel dieser Analyse war, den öffentlichen medialen Diskurs über Väter und Vaterschaft zu rekonstruieren, an dem sich Trends ablesen lassen, die ihrerseits wiederum Hinweise auf die Frage nach zukünftigen Entwicklungen geben können. Baader betont, dass solche Analysen auch vor dem Hintergrund einer raschen Sedimentierung wissenschaftlichen Wissens in den Alltag, in lebensweltliche Kontexte zu sehen sind, womit sie die oben angeführten Überlegungen von Illouz (2009) in einem weiteren Anwendungskontext plausibilisiert.

Typ 1: Die Bedeutung des Vaters für die kindliche Entwicklung – Make Room for Daddy
Zuerst sei ein Typus von Beiträgen zu identifizieren, die auf die Entwicklungsbedeutbarkeit von Vätern verweisen und hervorheben, dass Kinder mit ihren Vätern grundsätzlich andere Erfahrungen machen als mit den Müttern. Häufig spielen dabei psychoanalytische Theorien eine bedeutsame Rolle. Die Bedeutung einer sicheren Bindung wird als wichtige Basis für Bildungsprozesse in unterschiedlichsten Dimensionen herausgearbeitet. Nicht zuletzt wird die Herausbildung einer sicheren sexuellen Identität in den aktuellen Diskursen ebenfalls unterstrichen.

Typ 2: Engagierte Vaterschaft oder Mut zum zweiten Job?

Im zweiten Typus der Beiträge stehen die konkreten Auseinandersetzungen mit den Herausforderungen, die sich aus dem Wechselverhältnis von Erwerbstätigkeit und Familie ergeben, im Vordergrund. Angesichts der väterlichen Doppelbelastung sei im Material festzustellen, dass das Vaterbild sich – verglichen mit dem der Mutter – noch durch wenige Normierungen auszeichnet, sondern vielmehr starke Suchbewegungen vorherrschen. Gleichwohl sei eine veränderte Erwartungshaltung festzuhalten und zumindest versucht, Vaterschaft neu zu normieren: So werden in ‚Best Life‘ Zehn Gebote für neue Väter aufgestellt (Papa, sei einfach grandios, He Paps, sei manchmal klein ...). Zwei Aspekte fallen dabei auf: Zum einen werden auch hier Kategorien aus der Berufs- und Arbeitswelt herangezogen, um Vätern zu erklären, wie sie gute Väter sein können. Zweitens adressieren die Texte mehrheitlich die väterliche Beziehung zum Sohn.

Schließlich gibt es neben den Artikeln zu den doppelbelasteten Vätern einen weiteren Typus, der engagierte Vaterschaft als Alternative zur aufreibenden Karriereorientierung betrachtet.

Fazit: Popularisierung eines neuen Rollenbildes und Frage nach den Auswirkungen?

Deutlich wird in neueren Untersuchungen die große Ambivalenz zwischen einerseits dem Wunsch vieler, insbesondere jüngerer Väter (Zerle/Krok 2008), diesen neuen Bildern des aktiven Vaters genügen zu wollen, und andererseits den strukturellen Hindernissen auf dem Weg zu gleichberechtigter egalitärer Vaterschaft. Diese Widersprüchlichkeit kann im Alltag zu intensiven Konflikten und emotionalen Belastungen führen. Dennoch darf das

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

Potenzial solcher medialer Darstellungen für die Bekräftigung des Motivs einer eigenen, engagierten Väterlichkeit nicht nur als negativer Faktor gesehen werden, sondern durchaus als erwünschte mediale Unterstützung eines gesellschaftlich begrüßten Trends hin zu mehr Partizipation an der Familienarbeit seitens der Männer.

Ähnliches gilt auch für die neuen, vielfältigen Bilder der „guten“ Mutter. Auch hier tendieren die medialen Darstellungen vor allem in den Printmedien seit Beginn der 1980er-Jahre (Feldmann-Neubert 1991) hin zu einer Darstellung und Propagierung stärker egalitärer Aufteilung der Haus- und Erziehungsarbeiten und einer selbstverständlichen Integration der Erwerbsarbeit in die alltägliche Lebensführung und Identität von Müttern. Abgesehen von einigen konservativen Außenseiterpositionen ist damit diese Doppel- und Dreifachrolle medial auf der einen Seite anerkannt. Jedoch immer dann, wenn gesellschaftliche Probleme in der Kindererziehung geortet werden, wird dieses mediale Bild brüchig, und die eingespielte Zuweisung wird wieder vermehrt relativiert und hinterfragt. Eine andere Facette des Diskurses über Mütter besteht in einer Individualisierung und individuellen Schuld- bzw. Erfolgszuweisung: Kontrastiert werden die erfolgreichen, erwerbstätigen Familienmanagerinnen mit den „Unterschichtmüttern“, die aufgrund fehlender Kompetenzen und/oder aufgrund fehlenden Willens es eben nicht schaffen, beides unter einen Hut zu bringen.

Kritisch ist anzumerken, dass die gegenwärtige mediale Präsenz und diskursive Fokussierung auf die (neuen) Väter die Gefahr in sich birgt, die Diskussionen über die Lebenssituationen von Müttern in den Hintergrund treten zu lassen. Emanzipatorische Effekte des Väterdiskurses sind zwar begrüßenswert, dennoch kann es zu medial konstruierten Ungleichgewichten in der öffentlichen Wahrnehmung der Problemlagen heutiger Mütter und Väter kommen, die nur bedingt der empirischen Realität entsprechen. Dies gilt nicht nur für die Bilder von Mutterschaft und Vaterschaft, sondern auch für jene von Kindern bzw. generell dem Verhältnis der Generationen zueinander. Durch die enge Verschränkung von medialen und politischen Diskursen gilt es hier besondere Sorgfalt und Sensibilität im Hinblick auf politisches Handeln walten zu lassen.

1.2.2 Familie in wissenschaftlichen Diskursen

Die Wahrnehmung und Konstruktion von Familie seitens der Wissenschaft sowie ihre Fokussierung auf spezifische familienrelevante Themenstellungen in der Forschung hat aufgrund ihrer Definitionsmacht und des ihr zugewiesenen Expertenstatus einen nicht unerheblichen Einfluss auf andere öffentliche sowie auf private Diskurse. Insbesondere durch Familienwissenschaftler geprägte Definitionen von Familien⁶, eingebrachte Termini und Etikettierungen, anhand derer versucht wird, den Wandel von Familie begrifflich zu fassen, dringen in andere Diskurse über Familie ein und haben nicht nur dort, sondern letztlich auch auf Familien nachhaltige Wirkungen. Während diese Bilder und Konstruktionen in mediale und politischen Diskurse einsickern sowie von populärwissenschaftlichen Arbeiten aufgenommen werden, finden in den Familienwissenschaften selbst schon wieder oftmals kontrovers geführte Auseinandersetzungen und Diskussionen über die empirische Haltbarkeit und auch zunehmend über die „politische Korrektheit“ der meist aus theoretischen

⁶ Zur soziologischen Diskussion über Verständnis und Verwendung des Begriffes „Familie“, wie sie im letzten österreichischen Familienbericht vorgenommen wurde, siehe Kern et al. 1999.

schen Überlegungen abgeleiteten Begrifflichkeiten statt, die oft zeitlich – sofern überhaupt – um einiges verzögert von den Akteuren nicht-wissenschaftlicher Diskurse wahrgenommen werden.

Exemplarisch sei hier der Begriff der „Alleinerzieherfamilien“ erwähnt, zuvor benannt als unvollständige Familien, danach – aufgrund der impliziten defizitären Konnotation – ersetzt durch den Terminus „Ein-Eltern-Familien“; eine Bezeichnung, die infolge neuer Möglichkeiten der Obsorgeregelungen nach einer Scheidung heutzutage wieder obsolet erscheint. Begriffliche Unterscheidungen verschiedener Typen von Alleinerzieherfamilien wurden eingeführt, wie etwa jene nach „echten“ (interpretiert als Alternativentwurf zur traditionellen Kernfamilie) und „unechten“ Alleinerzieherfamilien (verstanden als Fortsetzungsfamilie nach Scheidung bzw. Trennung der Eltern). Diskutiert wurde in Fachkreisen zudem, inwiefern alleinerziehende Eltern zwar de jure aber nicht de facto „alleinerziehend“ sind, sondern sogar u. U. mehr als in traditionellen Familienformen lebende Eltern auf soziale Netzwerke zurückgreifen können bzw. müssen. Hier sind jedoch auch wieder Gegen Diskurse beobachtbar: So wurde u. a. die Frage aufgeworfen, ob nicht generell die Mehrheit der Mütter, und zwar unabhängig von der Familienform, aufgrund der nach wie vor eingeschränkten Übernahme von Familienarbeit durch Väter de facto alleinerziehend seien. Getoppt wurde die Diskussion letztlich noch durch die Frage der korrekten gender-Schreibweise: ist „Alleinerzieherinnen“ aufgrund der überwiegenden Mehrheit von alleinerziehenden Müttern nicht dem gender-korrekten „Alleinerzieher/-innen“ vorzuziehen? Was auf den ersten Blick als begriffliche „Spielerei“ der wissenschaftlichen Expert/-innen erscheint, hat jedoch weitreichende Konsequenzen, da mit dem jeweils verwendeten Begriff Bilder transportiert werden, die Familiendiskurse nachhaltig prägen können, und zwar sowohl die öffentlichen als auch die privaten. Auffallend ist dabei jedoch, wie wenig sich die differenzierten Auseinandersetzungen der wissenschaftlichen Diskurse über derartige Begrifflichkeiten in anderen Diskursen über Familie niederschlagen; vielmehr werden medial und politisch griffige Schlagwörter und Etikettierungen relativ rasch aufgenommen, ohne meist gleichzeitig deren empirische Nachweisbarkeit oder gar ihren theoretischen Zugang zu hinterfragen. Sehr kritisch ist diesbezüglich darüber zu reflektieren, inwieweit die Familienwissenschaftler nicht auch selbst zur Konstruktion gesellschaftlich und gesellschaftspolitisch relevanter und wirksamer Familienbilder durch die Kreation von Begriffen und Etikettierungen beitragen, die in öffentliche Familiendiskurse übernommen werden und letztlich auch Effekte für Familie selbst haben können. Als Aufgabe für die Familienwissenschaften stellt sich damit, solche Disseminationseffekte mit zu bedenken.

Nicht nur der öffentliche Diskurs inklusive der verschiedenen medialen Populärvarianten über Familie bzw. zu familienbezogenen Themen unterliegt Veränderungen, sondern auch der wissenschaftliche Blick auf Familie ist durch bestimmte Konjunkturen geprägt. Dementsprechend kommt es immer wieder zu neuen Schwerpunktsetzungen oder auch -verschiebungen im familienwissenschaftlichen Diskurs. Die Diskurse und Konjunkturen in der Familienforschung sind bestimmt durch gesellschaftliche Entwicklungen auf der einen Seite und endogene wissenschaftliche Moden und Auseinandersetzungen sowie methodische Möglichkeiten auf der anderen Seite. Dazu kommt als Einflussmoment das sich immer wieder verschiebende Verhältnis unterschiedlicher Disziplinen, die den Anspruch erheben, objektiv gültige und relevante Aussagen zu treffen (Lange 1994, Schmidt 2002).

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

Als derzeit wichtigste Disziplinen, die das wissenschaftliche Bild von Familien bestimmen, sind Demografie, Soziologie, Psychologie sowie Ökonomie zu betrachten. Einen großen Bedeutungsgewinn hat dabei die Demografie zu verzeichnen, weil ihre vorwiegend quantitative Argumentationsweise sich gut in das Gefüge politischer Argumentationen eingliedert und auch sehr gut öffentlichkeitswirksam vermittelbar ist (siehe dazu oben die kritischen Analysen von Butterwegge 2009, Barlösius 2007, Etzemüller 2008 u. a. zum Diskurs der Demografie, der Rolle plakativer Quantifizierungsrhetorik und der Verknüpfung mit naturalisierenden und dramatisierenden Metaphern gesellschaftlicher Prozesse).

Die wichtigste Zäsur im familienwissenschaftlichen Zugriff, vor der die aktuellen Diskurslinien zu begreifen sind, ist Mitte der 70er-Jahre des letzten Jahrhunderts zu identifizieren. Cheal (1991) hat dies markant als „Big Bang“ der Familienforschung umschrieben: Die Standardauffassung von der westlichen Kernfamilie und die sie einbettenden orthodoxen Grundannahmen wurden zusehends in Frage gestellt und die zwei Jahrzehnte dominierende funktionalistische Auffassung von Familie zwar nicht völlig aufgegeben; sie rückte aber ins zweite Glied der Ansätze. Pluralität bzw. Pluralisierung sind seitdem nicht nur die Stichworte für Entwicklungen in den Familienformen, sondern auch für jene in der Familienforschung. Zwar beanspruchen einige Ansätze wie die rational-ökonomische Theorie einen Monopolanspruch, dieser wird aber nicht unisono geteilt. Vielmehr werden Erklärungen und theoretische Ansätze lokalisiert und kontextualisiert. Es ist heutzutage somit von einer Paradigmenvielfalt auszugehen.

Inhaltlich gesehen fällt in diese Zeit nach 1980 auch eine folgenschwere Delegation des klassischen Sozialisationsthemas in die Erziehungswissenschaften (Strohmeier et al. 2005). Dies hat sich durch PISA und IGLU geändert – der wissenschaftliche Diskurs der Familienforschung befasst sich nun wieder mit der Bedeutung von Familie als Bildungsort (z. B. Büchner/Brake 2006, Choi 2009, Jurczyk/Lange 2008).

Eine weitere diskursprägende Rolle nehmen auch neue methodische Perspektiven ein. Wirksam für das Bild von Familie sind u. a. neue Methoden der Verlaufsdatenanalyse⁷. Da jetzt Familienentwicklungsprozesse und ihre Rahmenbedingungen im Lebensverlauf adäquat statistisch modelliert werden können, gewinnt der Diskurs über Familie insgesamt ein dynamischeres Aussehen: Nicht mehr allein „die Familie“ wird betrachtet, sondern es geht um Übergänge, Brüche, Ein- und Ausmündungen in die Partnerschaft und in die Erwerbstätigkeit (Huinink/Feldhaus 2009). Neben familien- und berufsbedingten Transitionen und Brüchen geraten auch Bildungsverläufe unter dem Schlagwort des „Life Long Learning“ bzw. ihre Bedeutung für die familiäre Lebensführung sowie ihre Einbettung in den Familienverlauf zunehmend in das Blickfeld der Familienforschung.

Prinzipiell lässt sich eine Tendenz hin zu einem erweiterten Familienbegriff erkennen, wobei sich diese Erweiterungen sowohl in zeitlicher Hinsicht (etwa in lebenslauftheoretischen bzw. familienbiografischen Arbeiten) als auch in räumlicher Hinsicht (Abkehr vom haushaltsbezogenen Familienbegriff und Hinwendung zu einem Verständnis von Familie als einem multilokalen, generationenübergreifenden Netzwerk, das auf Solidarbeziehungen

⁷ Nave-Herz (2004: 66 ff.) verweist allerdings kritisch auf eine nicht zu unterschätzende Problematik bei der Interpretation von Verlaufsdaten: So kann die Wahl des Anfangs- und Endpunkts eines Trendverlaufs bzw. die künstliche Ausgrenzung einer bestimmten Epoche die Interpretation statistischer Verlaufsdaten entscheidend beeinflussen, wenn nicht sogar ins Gegenteil umkehren, wie sie anhand von Beispielen (z. B. anhand des Trends zur Pluralisierung von Familienformen als Phänomen der Spätmoderne) eindrucksvoll demonstriert.

basiert) zeigen. Das Konzept des Familienzyklus mit seinen – mehr oder weniger – klar abgrenzbaren und über den Familienverlauf verteilten Familienphasen wird zunehmend abgelöst von einem Konzept fließender Übergänge, die sich eher als Prozesse denn als (krisenhafte) Ereignisse darstellen; aktuell etwa in der Scheidungs- und Trennungsforschung oder in Forschungsarbeiten über den Ablösungsprozess junger Menschen vom Elternhaus (vgl. Beitrag über Familie unter veränderten temporalen Bedingungen von R. Kränzl-Nagl und A. Lange in diesem Band).

Diese neue Sichtweise von Familie stellt wiederum ein sich vermehrt durchsetzendes Korrektiv gegenüber der Bezeichnung „Familienphase“ dar, die sich begrifflich vorrangig auf die Klein- bzw. Kleinstkindphase im Familienzyklus bezieht und die „nachelterliche Phase“ bzw. die Beziehung zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern vernachlässigt. Kritisch ist anzumerken, dass sich dieses mächtige Bild von Familie als privater Lebensform von (heterosexuellen) Erwachsenen mit minderjährigen Kindern gegenwärtig noch immer in diversen Lehr- und Handbüchern der Familienwissenschaften findet sowie medial omnipräsent ist (z. B. in der Werbung). Dies impliziert, dass sich „Familie“ vor allem durch die Betreuung, Versorgung und Erziehung von (kleinen) Kindern definiert, was angesichts der demografischen Entwicklung ein nicht mehr zeitgemäßes Bild von Familie transportiert, jedoch in den medialen sowie politischen Diskursen nach wie vor antizipiert wird. In den skizzierten Entwicklungen in den Familienwissenschaften deutet sich hingegen eine zunehmende „Denormalisierung“ des Bildes von Familie ab.

Ein sich abzeichnender, zunehmend überwölbender und diskursprägender Einfluss geht von der Kombination der Demografie und der Generationendiskussion aus: Auf der einen Seite erweitert sich damit der „Diskursradius“; Eltern-Kind-Beziehungen sind im Rahmen der Betrachtungen der multilokalen Mehrgenerationenfamilie auch nach dem Auszug aus dem Elternhaus wichtiger Gegenstand der aktuellen Familienwissenschaften (Lüscher/Liegle 2003), und ihre sozialstrukturelle Einbettung sowie sozialmorphologische Gestalt wird immer differenzierter erfasst (Szydlik/Künemund 2009). Auf der anderen Seite werden durch die Einblendung der demografischen Kennziffern wirkungsmächtige Bilder einer veränderten Altersstruktur in den Familienwissenschaften generiert. Trotz des beobachtbaren Einflusses des Zusammenwirkens von Demografie und Generationendiskurs auf öffentliche und private Diskurse über Familie finden sich in den Familienwissenschaften vergleichsweise wenige Arbeiten, die sich differenziert und umfassend mit Fragen einer familienrelevanten, zeitgemäßen Generationenforschung sowie Generationenpolitik auseinandersetzen, welche nicht nur auf das Verhältnis von einer Generation zu den anderen (wie dies z. B. in der Kindheitssoziologie betrieben wird, siehe z. B. Hengst/Zeiber 2005) sondern auf das gesamte generationale Gefüge der Gesellschaft mit all ihren Facetten fokussiert.

Eine weitere zu konstatierende Entwicklung ist jene, wonach Familie vermehrt aus Akteursperspektive betrachtet wird. Dies ist einerseits der Verdienst feministischer Strömungen, die spezifische Gemengelagen der Belastungen von Müttern in Familien herausarbeiten. Das Gleiche gilt für die immer stärker sich auch in Forschungen niederschlagende Berücksichtigung der Kinderperspektive auf den Familienalltag (Lange/Alt 2009a). Dies generiert im Verbund ein weniger monolithisches und harmonisches Bild von Familie, da die jeweiligen Konstellationen auch durch Interessendivergenzen gekennzeichnet sein können, eröffnet dafür aber vielfältige neue analytische Perspektiven. Fragen, die sich da-

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

bei stellen, lauten etwa: In welchen Bereichen der alltäglichen Lebensführung treffen wir auf hohe Übereinstimmungen, wann gibt es Koalitionen, und wann gibt es Divergenzen in der Definition familialer Realitäten? Und schließlich: Wie stellen sich Machtverhältnisse, das Ausmaß an Anforderungen, Erwartungen und Belastungen sowie die Verfügbarkeit von personalen, sozialen und infrastrukturellen Ressourcen zwischen den Generationen und den Geschlechtern dar? Und: Welche unterschiedlichen Familienbilder kommen bei den jeweiligen Akteuren in der Familie letztlich an?

Angeregt durch die breite Rezeption mikroökonomischer Ansätze (u. a. seit Becker 1981) setzt sich auch die Auffassung durch, prominent derzeit vertreten im Umfeld des 7. deutschen Familienberichtes (BFSFJ 2006), dass Familien Wohlfahrtsproduzent/-innen sind. Die wertschöpfende Dimension von Hausarbeit, Betreuung und Erziehung findet zusehends Eingang in familienwissenschaftliche Diskurse. Dies wiederum wird unterstützt durch die breite Verfügbarkeit von Zeitbudgetdaten (wenn auch leider nicht in Österreich, vgl. Beitrag über Familie unter veränderten temporalen Bedingungen von R. Kränzl-Nagl und A. Lange in diesem Band).

Ein weiterer Trend ist in Richtung Multi- bzw. Interdisziplinarität zu verorten, womit die Schnittstellen der Familienforschung zu anderen (verwandten) Forschungszweigen wie Kindheits-, Jugend-, Altersforschung, Generationen- und Genderforschung usw. in den Blick rücken. Wenngleich sich die Forschungslandschaft in Österreich – ähnlich wie in anderen europäischen Ländern – nach wie vor durch eine relativ starke Fragmentierung auszeichnet, finden verschiedene Perspektiven auf familiäre Phänomene vermehrt Beachtung, was sich u. a. an der steigenden Anzahl interdisziplinär ausgerichteter Studien, Fachtagungen usw. ablesen lässt.

Trotz dieser Bemühungen ist eine solche umfassende Sichtweise auf Familienbilder immer noch wenig verbreitet, wie ein cursorischer Blick in familiensoziologische Lehrbücher zu zeigen vermag. Familienwissenschaft muss demgegenüber selbst zum Analysegegenstand werden, die ihr eigenen Argumentationen und die objektivierenden Strategien zur Konstitution von Familiendiagnosen sind reflexiv zu bedenken und zu rekonstruieren (Knapp 2002). So können beispielsweise unterschiedliche Schwerpunkte hinsichtlich des Stellenwerts von quantitativen und qualitativen Daten, hinsichtlich bestimmter Datenquellen offengelegt werden (Lange et al. 2000, Nave-Herz 2004).

Insgesamt gesehen hat sich der Diskurs der Familienwissenschaften pluralisiert – abzuwarten bleibt, ob sich nicht wieder, wie zu Zeiten des Funktionalismus, ein hegemonialer Diskurs etablieren und die anderen marginalisieren kann. Aus verschiedensten Gründen, wie der Mehrperspektivität der Familie und ihrem Prozesscharakter, ist zu hoffen, dass die Pluralität erhalten bleibt und eingeht in aussagekräftige Interpretationen der österreichischen Familien.

1.2.3 Familie in politischen Diskursen

Politische Diskurse über Familie folgen großteils Mechanismen, die den medialen und wissenschaftlichen Diskursen nicht unähnlich sind; allerdings zeichnen sie sich durch spezifische Eigenheiten, systemimmanente Logiken und Interessenlagen der involvierten Akteure aus. Als Akteure politischer Diskurse gelten dabei nicht nur die politischen Parteien bzw. ihre Repräsentanten auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene, sondern auch Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wie Verbände, Interessenvertretungen, usw.

Diskursanalytische Arbeiten über Familie in politischen Diskursen setzen an unterschiedlichen Medien an, z. B. an der Analyse von Familien(leit-)bildern in den Programmen der in Österreich vertretenen Parteien oder an einer Analyse der politischen Debatten, wie sie von Rosenberger (1999: 769 ff.) im letzten Familienbericht unternommen wurde. Die folgenden Ausführungen knüpfen daran an, wobei familienpolitische Diskurse im Kontext mit medialen Diskursen anhand von Beispielen näher beleuchtet werden. Damit wird der engen Wechselbeziehung zwischen Medien und Politik Rechnung getragen, die in ihrer Diskursivität Unterschiede (z. B. im Hinblick auf dahinterstehende Motive und Interessen), aber auch Gemeinsamkeiten aufweisen. Letztere zeigen sich z. B. in der Unmittelbarkeit: auf aktuelle, familienrelevante Themenstellungen muss umgehend und sofort reagiert werden, unabhängig davon, von welchen Akteuren (Politiker/-innen, Journalist/-innen, Exper/-innen, Interessenverbänden usw.) das Thema jeweils auf die Tagesordnung gesetzt wird. Wenn sich auch prinzipiell intentionale Unterschiede zeigen, gibt es doch Parallelen: Geht es z. B. bei der medialen Berichterstattung entlang von Marketing- und Positionierungsstrategien um Absatzmärkte und Auflagensteigerungen, so folgen politische Diskurse Mechanismen wie Wählerstimmenkalkül, öffentlichen Positionierungen von politischen, rhetorisch geschulten (Spitzen-)Kandidat/-innen u. Ä.

Die diskursanalytische Reflexion von Familie bzw. familienbezogenen Themen in politischen Arenen erfolgt anhand folgender Beispiele, die im politischen Diskurs über Familie in den letzten Jahren in den Vordergrund rückten: Der Umgang mit Scheidungsstatistiken in öffentlichen Diskursen, die sog. Renaissance der Familie sowie die durch den PISA-Schock ausgelöste diskursive Verschiebung von der Kinderbetreuungs- zur Bildungsdebatte. Auf den Generationendiskurs, der sich auch in politischen Debatten immer wieder an zahlreichen Facetten dieser komplexen Thematik (z. B. der Frage von Generationenkonflikt vs. Generationensolidarität) neu entzündet, wurde bereits eingegangen.

Der öffentliche Scheidungsdiskurs

Exemplarisch ist die – jährlich meist Ende Juni/Anfang Juli – erscheinende Scheidungsstatistik durch Statistik Austria zu nennen, die sich nicht nur – im Sinne von Medientauglichkeit – in den Schlagzeilen der Medien massiv niederschlägt, sondern auch zu zahlreichen Stellungnahmen, Presseaussendungen, Interviews usw. seitens der politischen Akteure führt. Plakative Interpretationen des Bundesländer-Rankings der Scheidungsraten sind dabei – neben anderen – ein besonders beliebtes Muster in diesen Diskursen, ohne allerdings das Zustandekommen der bundesländerspezifischen Unterschiede näher zu hinterfragen. Auch Expert/-innen melden sich in diesem öffentlich geführten Diskurs zu Wort, wengleich ihre mediale Präsenz um einiges geringer als jene der politischen Akteure ist.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

Die Deutungsmuster im medialen und politischen Diskurs bei der Interpretation sind einander durchaus ähnlich: Alarmismus sowie kulturkritische und -pessimistische Sichtweisen überwiegen, was angesichts der engen (normativen) Koppelung von Ehe und Familie in vielen Parteiprogrammen wenig überrascht. Bezeichnend ist weiters, dass in beiden öffentlichen Diskursarenen eine differenzierte Auseinandersetzung mit diesen Daten nicht oder kaum stattfindet, die Übermacht der Zahlen, Quoten und Raten als Grundlage für rhetorische Argumentationsfiguren und Deutungsmuster wird auch hier deutlich.

Die Reduktion auf das „juristische“ Faktum der Scheidung, das sich in diesen Daten abbildet, transportiert das Bild eines punktuellen, dramatischen Ereignisses, während in den Familienwissenschaften seit geraumer Zeit Scheidung als längerfristiger Reorganisations- bzw. Transformationsprozess im Familienverlauf angesehen wird (vgl. Beitrag über Scheidung und Trennung von U. Zartler und L. Wilk in diesem Band). Ausgeblendet werden sowohl in den medialen als auch den politischen Diskursen zumeist andere Kennzahlen der Familienstatistik wie z. B. Wiederverheiratsquoten oder auch der sukzessive Rückgang an (Erst-) Eheschließungen, die jedoch in die Berechnungen der Scheidungsraten mit eingehen.

Eine weitere, für diesen Diskurs relevante und eingangs bereits skizzierte rhetorische Figur ist jene der Verlagerung auf die individuelle Ebene: Scheidung vorrangig als individuelles bzw. privates Scheitern und nicht als gesellschaftliches Phänomen zu begreifen und ein solches Bild flächendeckend in der Bevölkerung zu verbreiten, hat weitreichende Konsequenzen: Damit wird der Boden für Argumentationen aufbereitet, die aufgrund der unterstellten Privatheit folglich auch eine (weitgehende) private Bewältigung von Scheidung und ihrer vielschichtigen Folgen für die Betroffenen impliziert. Dieses Muster leistet wiederum einer bei Betroffenen noch häufig verbreiteten Meinung Vorschub, eine Scheidung auch ohne professionelle Hilfe und Unterstützung zu meistern, obwohl in vielen Fällen Unterstützungsbedarf angezeigt wäre.

Der öffentliche Scheidungsdiskurs zeichnet sich nicht nur durch Schuldzuweisungen auf individueller Ebene aus, hier in erster Linie adressiert an Eltern, sondern auch durch Zuweisungen von Opferrollen. Ein besonders gängiges Muster betrifft die medial weit verbreitete Darstellung von (minderjährigen) Kindern als Opfern der Scheidung/Trennung ihrer Eltern, die sich aufgrund des normativen und damit moralisierenden Bildes ihres schützenswürdigen Status (Meyer 2007) wiederum als besonders medientaugliche Objekte erweisen, die auch im politischen Diskurs auftauchen. Dieses Bild ignoriert jedoch den Akteurs- und Subjektstatus von Kindern und blendet damit ihr partizipatives Potenzial bzw. die Möglichkeit ihrer Mitsprache von vornherein aus. Die öffentliche Wahrnehmung von „armen, vernachlässigten Scheidungskindern“ eröffnet somit Projektionsflächen für die Instrumentalisierung von Kindern durch politische Akteure, die sich – je nach Ideologie bzw. Interessenlagen – in ihren Nuancierungen voneinander unterscheiden können.

Ein weiteres Opferbild, das in den letzten Jahren vermehrt im öffentlichen Scheidungsdiskurs auftauchte, ist jenes der Väter als Scheidungsopfer: Die Bandbreite reicht dabei von finanziell ruinierten Vätern bis hin zu Vätern, denen die Ausübung ihrer Vaterschaft nach einer Scheidung untersagt bliebe. Hier wird u. a. die Verschränkung des öffentlichen Diskurses über die „Neuen Väter“ mit dem Scheidungsdiskurs deutlich, die sich zu mächtigen, gegenwärtig medial sehr präsenten Bildern potenzieren. Weitgehend unberücksich-

tigt bleiben dabei Erkenntnisse der Familien- bzw. Scheidungsforschung, wonach z. B. Frauen nach wie vor von ökonomischen Folgen einer Scheidung stärker als Männer betroffen sind (vgl. Beitrag von Atteneder et al. in Band 2), aber auch die neue Möglichkeit der „Obsorge beider Eltern“, die mit der Kindschaftsrechtsreform 2001 (KindRÄG 2001) eingeführt wurde und insbesondere auf die Wahrnehmung von Vaterschaft nach einer Scheidung abzielt (vgl. Beitrag von I. Mottl in Band II sowie Beitrag von U. Zartler und L. Wilk in diesem Band). Die skizzierte Ausblendung wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie umgesetzter rechtlicher Reformen hat auch Effekte für Betroffene selbst, die sich z. B. in Unsicherheiten bezüglich der Folgen oder auch in mangelnder Informiertheit über die Rechtslage äußern (vgl. Figdor et al. 2006).

Die „Renaissance der Familie“

Der öffentliche Diskurs über Familie ist seit den Zeiten, als der Volkskundler Heinrich Riehl die Bauernfamilie als anzustrebendes Vorbild gegenüber der dekadenten Familie der Städter propagierte, über weite Strecken eine Anhäufung von Krisenszenarien (vgl. Nave-Herz 1998). Geändert hat sich aber erstens die Vielstimmigkeit des Diskurses. Es sind eben nicht mehr allein bestimmte Akteure aus dem politischen oder kirchlichen Feld, die sich zu Wort melden, sondern zusehends auch Publizist/-innen aller Couleurs und die im Laufe der Jahre sich vervielfachenden Interessenverbände und Vereinigungen. Zweitens lässt sich eine enger werdende Bezugnahme auf sozial- und humanwissenschaftliche Erkenntnisse feststellen, wobei dies zumeist auf einfache, quantifizierbare und unmittelbar in Nachrichtenwerte umsetzbare Forschungen beschränkt bleibt. Drittens hat sich, wie oben schon ausgeführt, die mediale Verbreitung intensiviert und über die klassischen Medien hinaus entgrenzt, und viertens hat sich das Gefüge der Krisentopik der Familienrhetorik (Lüscher et al. 1989) verändert. Stand lange Zeit die „Form“ der Familie im Vordergrund, geht es aktuell vor allem um die Leistungen, die Familien für die Gesellschaften erbringen sollen.

Zumindest auf dieser Ebene einer rhetorischen Wertschätzung feiert Familie eine anhaltende Renaissance⁸ (Lange/Alt 2009b). Familie wird so wieder einmal zum Zentrum einer rückwärtsgewandten Sehnsucht nach Geborgenheit, Schlichtheit und vor allem geordneten Verhältnisse zwischen den Geschlechtern sowie der stilisierten Ferne von den als kalt abqualifizierten gesellschaftlichen und politischen Strömungen. Ausgeblendet bleibt dabei die prinzipielle Ambivalenz privater und familialer Beziehungen.

Von der Kinderbetreuung zur Frühförderung und Bildung im Vorschulalter

Die außerfamiliale Kinderbetreuung mit all ihren unterschiedlichen Facetten (ab welchem Alter, in welchem Ausmaß usw.) zählte jahrzehntelang zu den Dauerbrennern familienpolitischer Diskurse, die über weite Strecken von normativen Vorstellungen und den damit verbundenen Ideologien geprägt waren. Diese normativen Vorstellungen waren einerseits eng an das traditionell-bürgerliche Modell der Kernfamilie gekoppelt und damit an die Zuweisung der Mutterrolle an (Ehe-)Frauen, die als für die Versorgung, Erziehung und Betreuung verantwortlich angesehen wurden (vorrangig begründet mit der „natürlichen“ Bestimmung der Frau als Mutter, vgl. Badinter 1986, Schütze 1989).

⁸ Als ein Beispiel für viele: SPIEGEL SPEZIAL 4/2007: „Sehnsucht nach Familie“.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

Andererseits bestimmten jedoch auch normative, erwachsenenzentrierte Vorstellungen darüber, welche Betreuungsform dem Wohl von Kindern im Vorschulalter mehr oder weniger zuträglich ist, diesen öffentlichen Diskurs (übrigens eine Rhetorik, die bei Kindern im Schulalter kaum zur Anwendung kam). Historisch gesehen sind ideologische Positionen, welche die negativen Folgen der außerfamilialen Betreuung betonten, auch vor dem Hintergrund der Entwicklung des (österreichischen) Wohlfahrtsstaates zu sehen, der Kinderbetreuungseinrichtungen in erster Linie für Kinder aus Familien unterer sozialer Schichten vorsah (vgl. Beitrag über außerfamiliale Kinderbetreuung von M. Fuchs und R. Kränzl-Nagl in diesem Band) – wenig überraschend ist es daher, dass v. a. das bürgerliche Lager in politischen Diskursen immer wieder die negativen Auswirkungen einer außerhäuslichen (Kleinst-)Kindbetreuung ins Treffen führte bzw. im Gegenzug die innerfamiliäre Betreuung propagierte. An dieser Stelle wird einmal mehr die Instrumentalisierung von Kindern zur Durchsetzung politischer, ideologischer verbrämter Interessenlagen deutlich, die eigenen „Rechenregeln“ (Bühler-Niederberger 2003, 2005) folgt.

Gegendiskurse sind seit den 1970er-Jahren hingegen im sozialistischen Lager zu beobachten; nicht unwesentlich beeinflusst von sozialen Bewegungen, z. B. dem Feminismus, sowie gesellschaftlichen Entwicklungen, die sich seit den 1960er-Jahren abzeichneten, wie z. B. die steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie generell das Aufbrechen des lange Zeit als anzustrebende Norm gültigen Familienmodells der traditionell-bürgerlichen Kernfamilie (vgl. Beitrag zum sozialen Wandel und seinen Folgen für Familie von R. Kränzl-Nagl und A. Lange in diesem Band). Das normative Verständnis von Kinderbetreuung als rein privater Angelegenheit brach damit erstmals auf, und Kinderbetreuung wurde nun auch zu einer Aufgabe des Staates; allerdings kam es – charakteristisch für Österreich oder die alten Bundesländer Deutschlands – in erster Linie zum Ausbau von Einrichtungen für Kinder im Kindergartenalter.

Dieser kurze historische Abriss dient v. a. dazu, die in den letzten Jahren stattgefundenen Entwicklungen in den familienpolitischen Diskursen zu dieser Thematik zu kontrastieren, da sich ein grundlegender Wandel in der Rhetorik samt den dazugehörigen Argumentationsfiguren abzeichnet: Der Kinderbetreuungsdiskurs avancierte zu einem Bildungsdiskurs, in dem nun nicht mehr vorrangig der Betreuungsaspekt, sondern die vorschulische Frühförderung im Mittelpunkt der Argumentation⁹ steht.

Ausgelöst wurde dieser diskursive Umbruch zum einen durch die Ergebnisse der PISA Studie 2003 (sowie ihrer Folgestudie 2006 und anderen Studien zur Feststellung der schulischen Leistungen, wie IGLU, PIRLS, vgl. Beitrag über Familie und Schule von M. Beham, J. Bacher und Ch. Weber in diesem Band), die in Österreich zu einer nach wie vor anhaltenden Bildungsdebatte führten. Diese ging in ihrer Dynamik über das Schul- bzw. Bildungssystem hinaus, womit auch vorschulische Einrichtungen in den Fokus des Interesses gerieten. Zum anderen ist diese diskursive Verlagerung von weiteren Faktoren beeinflusst, wobei insbesondere Humankapitaltheorien in politische Diskurse, wenn auch meist implizit und seltener explizit, eindringen. Vertreter/-innen dieser Positionen verweisen nahezu unermüdlich auf die Bedeutung des ökonomisch verwertbaren Humanvermögens westlich

⁹ Hier zeichnen sich gravierende Unterschiede – im Sinne eines Gegendiskurses – zu den Diskursen in (Kleinkind-)pädagogischen Fachkreisen ab, die in ihren Konzepten und Richtlinien stets die Einheit von Betreuung, Erziehung und Bildung betonten, gepaart mit Zuwendung und Empathie und generell orientiert an den entwicklungs- bzw. altersbedingten Bedürfnissen von Kindern im Vorschulalter.

geprägter Gesellschaften, das angesichts der beobachtbaren Globalisierungstendenzen in vielerlei Hinsicht an Bedeutung gewinnen wird. Kinder stellen sich aus dieser Perspektive als Zukunftsressource der Gesellschaft dar, in die es zu investieren gilt, womit die (staatliche) Investitionen in vorschulische Bildung argumentativ untermauert werden können (ein ähnliches Muster zeigt sich bezüglich der Aktivierung von älteren Menschen als Humankapitalressource). Ein weiteres, rhetorisch relevantes Element zur Erklärung dieses Wandels kann darin gesehen werden, dass die Förderung von Bildungschancen generell wenig ideologisch besetzt war bzw. ist – über die Bedeutung von Bildung herrscht breiter gesellschaftlicher wie politischer Konsens – als etwa die Frage der inner- oder außerfamilialen Kinderbetreuung, die an andere Bilder, vornehmlich an jenes von Mutterschaft, anknüpfte.

Rhetorische „Nuancierungen“ zeigen sich allerdings dann, wenn es um Familien mit Migrationshintergrund geht. Insbesondere die in politischen Diskursen vermehrt auftretende Forderung nach dem Erwerb von Deutschkenntnissen in außerfamilialen, vorschulischen Betreuungseinrichtungen verweist – diskursanalytisch gesehen – auf die Überlagerung verschiedener Themen bzw. Ziele, wie z. B. jenen nach Integration im Aufnahmeland, Abbau von Chancenungleichheiten und Diskriminierungen im Betreuungssektor (und in weiterer Folge im Bildungssektor) infolge anderer ethnischer (nicht-österreichischer) Herkunft. Letztlich werden im „Integrationsdiskurs“ auch interkulturelle Spannungen sichtbar, die sich z. B. an unterschiedlichen Auffassungen darüber entzündeten, ob Kinder im Vorschulalter vorrangig innerhalb oder außerhalb der Familie betreut werden sollen. Dabei werden oftmals kultur-spezifische Unterschiede ins Treffen geführt, ohne zu berücksichtigen, dass auch in der österreichischen Bevölkerung (gemeint ist jene ohne Migrationshintergrund) darüber unterschiedliche Meinungen vorherrschen, und außerdem sich in vielen der Herkunftsländer (z. B. in der Türkei) ein tiefgreifender Wandel insbesondere des Frauen- und Mutterrollenbildes abzeichnet, der wiederum Implikationen hinsichtlich des Bedarfs an außerfamilialen Betreuungseinrichtungen hat.

Vor dem skizzierten Hintergrund ist es insgesamt gesehen wenig verwunderlich, wie in relativ kurzer Zeit ein doch lange sehr kontrovers diskutiertes familienpolitisches Thema breite Zustimmung bei vielen politischen Akteuren fand, die konkret in der Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres vor Schuleintritt ab 2010/2011 mündete.

Summary

„Familie“ ist kein natürlicher Gegenstand und keine biologisch determinierte Vergemeinschaftungsform, sondern ein kulturspezifisches, diskursiv geprägtes und kommunikativ von individuellen und kollektiven Akteuren (z. B. Parteien, weltanschauliche Gruppierungen, Konfessionen, aber auch Wissenschaften) immer wieder neu herzustellendes Sinnkonstrukt mit vielen Schattierungen und Nuancierungen.

Deutlich zutage tritt in den Ausführungen dieses Beitrags erstens die Allgegenwart von Familiendiskursen und Familienbildern im Alltag, der heute über weite Strecken auch Medienalltag ist. Herausgearbeitet wurde zweitens, dass es nicht „den Familiendiskurs“ gibt, sondern jeweils sehr unterschiedliche Konjunkturen der Thematisierung von Familie rekonstruiert werden können. Aktuell können, nicht zuletzt forciert durch die weltwirtschaftliche Lage, kulturpessimistische Deutungen wieder vermehrt identifiziert werden; insbesondere die „Generationenrhetorik“ als Verteilungskampf blüht wieder auf. Es zeigt sich, dass in all diesen Darstellungen von Generationen, Generationenbeziehungen, Generationenverhältnissen im Speziellen sowie Familienstrukturen im Allgemeinen Zahlen, Ziffern und Quoten eine überragende Rolle spielen. Sie kommunizieren unhinterfragbare Objektivität und Argumentationen und beziehen daraus ihre augenscheinliche Überzeugungskraft. Unreflektiert bleibt allerdings zumeist die Einbettung dieser Ziffern und Zahlen in einen Kontext sowie die Interpretation bestimmter Ziffern im Hinblick auf Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Weiters ist festzuhalten, dass Familiendiskurse und korrespondierende Rhetoriken in der Gesamtschau durchaus widersprüchliche Facetten enthalten und dass einzelne Diskurse auch emanzipatorisches Potenzial im weitesten Sinne bergen. Die vermehrte Darstellung alternativer Familienformen sowie einer Reihe zeitgenössischer Familienprobleme von Zeitknappheit bis hin zu familialen finanziellen Engpässen in daily soaps und anderen Fernsehformaten reflektiert nicht nur, sondern kann in einem Spiralprozess einen entdramatisierenden, Handlungsoptionen gewährenden Normalisierungsprozess anstoßen. Gleichzeitig kann, wie am Beispiel der Väterbilder in populären Printmedien exemplarisch argumentiert, eine Idealisierung gewünschter Verhaltensweisen bei starr bleibenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen dazu führen, dass die Familienakteure diese Widersprüche individuell aushalten müssen, sich überfordert fühlen und ggfs. in Ambivalenzen geraten.

Sensibilität für diese komplexen Zusammenhänge zu wecken, sollte nicht nur für alle diejenigen zu einem obligatorischen Bildungs- und Weiterbildungsangebot gehören, die mit Familien professionell arbeiten, sondern muss auch systematisch in die Eltern- und Familienbildung integriert werden. Auf einer allgemeinen Ebene können die reflexiven Zugänge zu den einzelnen Segmenten der Diskurse über Familie auch dazu genutzt werden, vernünftig und transparent über gewünschte Entwicklungslinien familialer Entwicklungen zu debattieren. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass medial transportierte Bilder und diskursive Fokussierungen nur bedingt die empirisch vorfindbare Realität abbilden, sondern vielmehr relativ selektive Anleihen an familienwissenschaftlichen Erkenntnissen nehmen.

Die Familienwissenschaften selbst sollten daher bei der Dissemination ihrer Ergebnisse immer im Horizont mitführen, welche Potenziale der massenmedialen Rhetorisierung ihre Ergebnisse aufweisen, und dies in der Abfassung einschlägiger Dokumente mitbedenken.

Schließlich ist es aufgrund der Mediatisierung und Textvermitteltheit des Familienlebens heute wünschenswert und wichtig, verlässliche Analysen, über Fallstudien hinaus, der Struktur, Rahmung und die Rezeption von Familiendiskursen hierzulande vorzunehmen.

Literatur

- Allert, Tilmann (1998): Die Familie. Fallstudien zur Unverwüstlichkeit einer Lebensform. Berlin: de Gruyter.
- Andresen, Sabine / Diehm, Isabell (Hrsg.) (2006): Kinder, Kindheiten, Konstruktionen. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven und sozialpädagogische Verortungen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Baader, Meike Sophia (2006): Vaterschaft im Spannungsverhältnis zwischen alter Ernährerrolle, neuen Erwartungen und Männlichkeitsstereotypen. Die Thematisierung von Vaterschaft in aktuellen Print-Medien; in: Bereswill, Mechthild / Scheiwe, Kirsten / Wolde, Anja (Hrsg.), Vaterschaft im Wandel. Multidisziplinäre Analysen und Perspektiven aus geschlechtertheoretischer Sicht. Weinheim, Juventa, 117–136.
- Badinter, Elisabeth (1986): Die Mutterliebe. Geschichte eines Gefühls vom 17. Jahrhundert bis heute. München: Piper Verlag.
- Barlösius, Eva (2007): Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis. In: Barlösius, Eva / Schiek, Daniela (Hrsg.), Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag.
- Becker, Gary S. (1981): A Treatise on the Family. London: Harvard University Press.
- Bräuninger, Bettina / Lange, Andreas / Lüscher, Kurt (1998): ‚Alterslast‘ und ‚Krieg zwischen den Generationen‘? Generationenbeziehungen in aktuellen Sachbuchtexten; in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 28 (1), 3–17.
- Buchen, Sylvia / Maier, Maja S. (2008): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Eine Einleitung; in: Buchen, Sylvia / Maier, Maja S. (Hrsg.), Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 7–27.
- Büchner, Peter / Brake, Anna (2006). Familie als Bildungsort. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bühler-Niederberger, Doris (2003): Der Wert der Kinder – die Rechenregeln der Politik; in: Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (Hrsg.), Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. New York – Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 183–210.
- Bühler-Niederberger, Doris (2005): Kindheit und die Ordnung der Verhältnisse. Von der gesellschaftlichen Macht der Unschuld und dem kreativen Individuum. Weinheim: Juventa.
- Bühler-Niederberger, Doris / Hungerland, Beatrice / Bader, Arndt (1999): Minorität und moralische Instanz – der öffentliche Entwurf von Kindern; in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 19 (2), 128–150.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ) (2006): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: BFSFJ.
- Butterwegge, Christoph (2009): Sozialstaat, demografischer Wandel und Generationengerechtigkeit – Betrachtungen aus der Perspektive einer kritischen Politikwissenschaft; in: Künemund, Harald / Szydlik, Marc (Hrsg.): Generationen. Multidisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden, VS Verlag: 209–228.
- Cheal, David (1991): Family and the State of Theory. Toronto: University of Toronto Press.
- Choi, Frauke (2009): Leistungsmilieus und Bildungszugang. Zum Zusammenhang von sozialer Herkunft und Verbleib im Bildungssystem. Wiesbaden: VS Verlag.
- Cyprian, Gudrun (2003): Familienbilder als Forschungsthema; in: Cyprian, Gudrun / Heimbach-Steins, Marianne (Hrsg.), Familienbilder. Interdisziplinäre Sondierungen. Opladen: Leske + Budrich, 9–19.
- Etzemüller, Thomas (2009): „Dreißig Jahre nach Zwölf“? Der apokalyptische Bevölkerungsdiskurs im 20. Jahrhundert; in: Nagel, Alexander / Schipper, Bernd U. / Weymann, Ansgar (Hrsg.), Apokalypse. Zur Soziologie und Geschichte religiöser Krisenrhetorik. Frankfurt a. M.: Campus, 197–216.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

- Fairclough, Norman (2001): Globaler Kapitalismus und kritisches Diskursbewusstsein; in: Keller, Reiner / Hirsland, Andreas / Schneider, Werner / Viehöver, Willy (Hrsg.), Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Theorien und Methoden. Band 1: Opladen: Leske + Budrich, 335–351.
- Feldmann-Neubert, Christine (1991): Frauenleitbild im Wandel 1948 – 1988. Von der Familienorientierung zur Doppelrolle. Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Figdor, Helmuth / Barth-Richtarz, Judith / Kränzl-Nagl, Renate / Pelikan, Christa (2006): Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelungen des KindRÄG 2001, insbesondere der Obsorge beider Eltern. Schlussbericht, Wien. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz.
- Ganong, Lawrence H. / Coleman, Marylin / Mapes, Dennis (1990): A Meta-analytic Review of Family Structure Stereotypes; in: Journal of Marriage and the Family, 52, 3, 287–297.
- Göckenjahn, Gerd (2000): Das Alter würdigen. Altersbilder und Bedeutungswandel des Alters. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Göppel, Rolf (2009): Von der Tyrannei der Erziehungsratgeber. Oder: Die Abschaffung der Sachlichkeit; in: Zeitschrift für Sozialpädagogik 7 (2), 114–130.
- Grimm, Jürgen (2006): Super Nannys. Ein TV-Format und sein Publikum. Konstanz: UVK.
- Gronemeyer, Reimer (1991): Die Entfernung vom Wolfsrudel. Über den drohenden Krieg der Jungen gegen die Alten. Frankfurt a. M.: Fischer.
- Gronemeyer, Reimer (2004): Kampf der Generationen. München: Deutsche Verlagsanstalt (DVA).
- Gründinger, Wolfgang (2009): Aufstand der Jungen: Wie wir den Krieg der Generationen vermeiden können. München: Beck.
- Gubrium, Jaber F. / Lynott, Robert J. (1985): Family Rhetoric as Social Order; in: Journal of Family Issues, 6, 4, 773–786.
- Hafenegger, Benno (1996): Jugendbilder. Zwischen Hoffnung, Kontrolle, Erziehung und Dialog. Opladen: Leske & Budrich.
- Haller, Miriam (2007): Krieg, Pakt oder Komplott der Generationen? Metaphern und narrative Strukturen in populären Sachbüchern über den demographischen Wandel In: Aner, Kirsten / Karl, Fredl / Rosenmayr, Leopold (Hrsg.), Die neuen Alten – Retter des Sozialen? Wiesbaden: VS, 39–53.
- Hannover, Irmela / Birkenstock, Arne (2005): Familienbilder im Fernsehen. Familienbilder und Familienthemen in fiktionalen und nichtfiktionalen Fernsehsendungen. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BFSFJ).
- Hartmann, Jutta (2009): Familie weiter denken – Perspektiven vielfältiger Lebensweisen für eine diversity-orientierte Theorie und Praxis Sozialer Arbeit; in: Beckmann, Christof / Otto, Hans-Uwe / Richter, Martina / Schrödter, Mark (Hrsg.), Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe-Lahnstein: Verlag Neue Praxis, 65–75.
- Hebecker, Eike (2001): Die Netzgeneration. Jugend in der Informationsgesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.
- Heintz, Bettina (2007): Zahlen, Wissen, Objektivität: Wissenschaftssoziologische Perspektiven; in: Mennicken, Andrea / Vollmer, Hendrik (Hrsg.), Zahlenwerk. Kalkulation, Organisation und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag, 65–85.
- Helsper, Werner / Kramer, Rolf-Torsten / Hummrich, Merle / Busse, Susan (2009): Jugend zwischen Familie und Schule. Eine Studie zu pädagogischen Generationsbeziehungen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hengst, Heinz / Zeiher, Helga (2005): Von Kinderwissenschaften zu generationalen Analysen. Einleitung; in: Hengst, Heinz / Zeiher, Helga (Hg.), Kindheit soziologisch. Wiesbaden: VS, 9–23.
- Holland-Cunz, Barbara (2007): Alarmismus. Die Struktur der öffentlichen Debatte über den demographischen Wandel in Deutschland; in: Auth, Diana / Holland-Cunz, Barbara (Hrsg.), Grenzen der Bevölkerungspolitik. Strategien und Diskurse demographischer Steuerung. Opladen: Barbara Budrich, 63–79.
- Hondrich, Karl Otto (2007): Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt a. M.: Campus.
- Höpflinger, Francois (2008): Generationendiskurse, Generationenstereotype und intergenerationelle Kontakte, in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (Hrsg.), Generationen – Struktur und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo, 255–284.
- Huinink, Johannes / Feldhaus, Michael (2009): Family Research from the Life Course Perspective; in: International Sociology, 24, 3, 299–324.

 FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

- Illouz, Eva (2009): Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2008): Familie als Bildungsort. Neue Herausforderungen zwischen gesellschaftlichem Diskurs und alltäglichem Handeln. *Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis* 54, 4, 182–185.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2008): Ehe und Familie zwischen kultureller Normierung und gesellschaftlicher Bedingtheit; in: Rauscher, Anton (Hrsg.), *Handbuch der Katholischen Soziallehre*. Berlin: Duncker & Humblot, 257–272.
- Keppler, Angelika (1994): Tischgespräche. Über Formen kommunikativer Vergemeinschaftung am Beispiel der Konversation in Familien. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Kern, Jutta / Richter, Rudolf / Supper, Sylvia (1999): Verständnis und Verwendung des Begriffs Familie: Eine soziologische Einführung; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.), *Österreichischer Familienbericht: Familie zwischen Anspruch und Alltag*. Wien, 14–39.
- Kitzinger, Celia (2005): Heteronormativity in Action: Reproducing the Heterosexual Nuclear Family in After-hours Medical Calls; in: *Social Problems* 52 (4), 477–498.
- Klundt, Michael (2007): Von der sozialen zur Generationengerechtigkeit? Polarisierende Lebenslagen und ihre Deutung in Wissenschaft, Politik und Medien. Wiesbaden: VS Verlag.
- Knapp, Stan J. (2002): Authorizing Family Science: An Analysis of the Objectifying Practices of Family Science Discourse; in: *Journal of Marriage and Family*, 64, 6, 1038–1048.
- Kränzl-Nagl, Renate (1998): Bilder von Kindheit und Kindern. In: Kränzl-Nagl, Renate / Riepl, Barbara / Wintersberger, Helmut (Hrsg.), *Kindheit in Gesellschaft und Politik. Eine multidisziplinäre Analyse am Beispiel Österreichs*. Frankfurt–New York: Campus, 21–32.
- Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna (2007): Kindheit im Wandel – Annäherungen an ein komplexes Phänomen; in: *SWS-Rundschau, Sonderheft „Kindliche Lebenswelten“*, 47 (1), 3–25.
- Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (2003): Die Kindheitsvergessenheit der Wohlfahrtsstaatsforschung und die Wohlfahrtsstaatsvergessenheit der Kindheit. In: Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (Hg.), *Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen*. New York – Frankfurt a. M.: Campus Verlag, 9–55.
- Lange, Andreas (1994): Veränderungen der Familie – Entwicklungen der Familienforschung. Universität Konstanz, Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“. Arbeitspapier Nr. 9.
- Lange, Andreas (1995): Kindheitsrhetorik und die Befunde der empirischen Forschung. Universität Konstanz, Forschungsschwerpunkt „Gesellschaft und Familie“. Arbeitspapier Nr. 19.
- Lange, Andreas (1996): Formen der Kindheitsrhetorik. In: Zeiher, Helga / Büchner, Peter / Zinnecker, Jürgen (Hrsg.), *Kinder als Außenseiter? Umbrüche in der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Kindern und Kindheit*. Weinheim: Juventa, 75–95.
- Lange, Andreas (1999a): Generation und Generationenbeziehungen im öffentlichen Diskurs; in: Lange, Andreas / Lettke, Frank / Ziegler, Frank (Hrsg.), *Forschung über Jung und Alt für Jung und Alt*. Konstanz, Forschungsschwerpunkt Gesellschaft und Familie. Arbeitspapier 31, 17–34.
- Lange, Andreas (1999b): ‚Generationenrhetorik‘ und mehr: Versuche über ein Schlüsselkonzept; in: *Sozialwissenschaftliche Literatur Rundschau*, 22 (39), 71–89.
- Lange, Andreas (2004): Von „Demografiekeulen“ und anderen generationenrhetorischen Nebelkerzen. Wissens- und alltagssoziologische Betrachtungen zum Konzept der Generationengerechtigkeit. In: Burmeister, Kai / Böhning, Björn (Hrsg.), *Generationen & Gerechtigkeit*. Hamburg: VSA-Verlag, 198–210.
- Lange, Andreas (2009): Schein und Zeit; in: *DJI-Bulletin* 86 (2), 7–9.
- Lange, Andreas / Alt, Christian (2009a): Kindheitsforschung; in: Macha, Hildegard / Witzke, Monika (Hrsg.), *Handbuch der Erziehungswissenschaft. Band III / 1. Familie – Kindheit – Jugend – Gender*. Paderborn: Schöningh, 59–75.
- Lange, Andreas / Alt, Christian (2009b): Die (un-) heimliche Renaissance von Familie im 21. Jahrhundert. Familienrhetorik versus „doing family“, in: *Sonderheft 9 der Sozialen Praxis: Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe*, 31–38.
- Lange, Andreas / Bräuninger, Bettina / Lüscher, Kurt (2000): Der Wandel von Familie: Zur Rhetorik sozialwissenschaftlicher Texte; in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 25 (1), 3–28.
- Liminski, Jürgen (2008): Ehe und Familie in christlicher Sicht; in: Rauscher, Anton (Hrsg.), *Handbuch der Katholischen Soziallehre*. Berlin: Duncker & Humblot, 257–272.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

- Link, Jürgen (1997): Versuche über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird. Opladen: Westdeutscher Verlag. (Reihe: Historische Diskursanalyse der Literatur).
- Lopez, Lori K. (2009): The radical act of ‚mommy blogging‘. Redefining motherhood through the blogosphere; in: *New Media & Society*, 11, 5, 729–747.
- Lüscher, Kurt (1997): Familienrhetorik, Familienwirklichkeit und Familienforschung, in: Vaskovics, Laszlo (Hrsg.): Familienleitbilder und Familienrealitäten. Opladen: Leske + Budrich: 50–69.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Eine Einführung. Konstanz: UVK Medien Verlagsgesellschaft.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig / Lange, Andreas (2009): Bausteine zur Generationenanalyse; in: *DJI-Bulletin* 86, 2: 1–8.
- Lüscher, Kurt / Wehrspaun, Michael / Lange, Andreas (1989): Familienrhetorik – über die Schwierigkeit, „Familie“ zu definieren; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 2 (1): 61–76.
- Meyer, Anneken (2007): The Moral Rhetoric of Childhood; in: *Childhood* 14 (1), 85–104.
- Mikos, Lothar (1996): „Es wird dein Leben!“ Fernsehserien und ihre Bedeutung für Lebensgeschichte und Lebenswelt von Zuschauern; in: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Wahrheit als Medienqualität. Beiträge zur Medienethik. Band 3. Frankfurt a. M., Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, 173–189.
- Mohl, Hans (1993): Die Altersexplosion. Droht uns ein Krieg der Generationen? Stuttgart: Kreuz Verlag.
- Nave-Herz, Rosemarie (1998): Die These über den „Zerfall der Familie“; in: Friedrichs, Jürgen / Lepsius, Rainer M. / Mayer, Karl Ulrich (Hrsg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie, Sonderheft 38 der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 286–315.
- Nave-Herz, Rosemarie (2004): Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim: Juventa.
- Oelkers, Jürgen (2006): Man muss auch anders können: Über den Umgang mit Krisensemantik in der Erziehung In: Andresen, Sabine / Diehm, Isabell (Hrsg.): Kinder, Kindheiten, Konstruktionen. Erziehungswissenschaftliche Perspektiven und sozialpädagogische Verortungen. Wiesbaden: VS Verlag, 249–272.
- Opaschowski, Horst W. (2004). Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Paus-Hasebrink, Ingrid / Bichler, Michelle (2009): Zur Rolle von Medien in sozial benachteiligten Familien; in: *Television*, 22, 1, 56–59.
- Richter, Martina / Beckmann, Christof / Otto, Hans-Uwe / Schrödter, Mark (2009): Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe; in: Beckmann, Christof / Ottow, Hans-Uwe / Richter, Martina / Schrödter, Mark (Hrsg.): Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe. Lahnstein: Neue Praxis, 1–14.
- Rosenberger, Sieglinde (1999): Politik und Familie: Debatten und Maßnahmen, Konflikt und Konsens; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): 4. Österreichischer Familienbericht: Familie zwischen Anspruch und Alltag. Wien, 754–772.
- Rothermund, Klaus / Mayer, Anne-Kathrin (2009): Altersdiskriminierung. Erscheinungsformen, Erklärungen und Interventionsansätze. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schäffer, Burkard (2007): Medien; in: Ecarius, Jutta (Hrsg.): Handbuch Familie. Wiesbaden: VS Verlag, 456–479.
- Schenk, Herrad (1998): Wieviel Mutter braucht der Mensch? Der Mythos von der guten Mutter. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch.
- Schetsche, Michael (2008): Empirische Analyse sozialer Probleme. Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schirmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott. München: Karl Blessing Verlag.
- Schmidt, Uwe (2002): Deutsche Familiensoziologie. Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schneewind, Klaus. A / Walper, Sabine (2008): Kinder in verschiedenen Familienformen; in: Hasselhorn, Marcus / Silbereisen, Rainer K. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie des Säuglings- und Kindesalters. Göttingen: Hogrefe, 571–616.
- Schneider, Iris (2001): Das bisschen Haushalt: Wie die Medien das Thema erledigen; in: Herrmann, Friederike / Lünenborg, Margret (Hrsg.): Tabubruch als Programm. Privates und Intimes in den Medien. Opladen: Leske + Budrich: 99–117.

FAMILIE IM SPIEGEL ÖFFENTLICHER UND PRIVATER DISKURSE

- Schneider, Norbert (2008): Grundlagen der Familienforschung; in: Schneider, Norbert (Hrsg.): Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Opladen: Barbara Budrich, 9–21.
- Schüller, Heidi (1995): Die Alterslüge. Für einen neuen Generationenvertrag. Berlin: Rowohlt.
- Schütze, Yvonne (1986): Die gute Mutter. Zur Geschichte des normativen Musters „Mutterliebe“. Hannover: Kleine.
- Schwarz, Claudia (2007): „Der ist der Fescheste“ – Identitäts- und Geschlechterkonstruktion in der Aneignung der österreichischen Casting-Show Starmania; in: Döveling, Katrin / Mikos, Lothar / Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.): Im Namen des Fernsehvolkes. Neue Formate für Orientierung und Bewertung. Konstanz: UVK, 155–177.
- Strohmeier, Klaus Peter / Schultz, Annett / Strohmeier, Henrika (2005): Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderung. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Nordrhein-Westfalen. Bochum: Universität Bochum.
- Szydlik, Marc / Künemund, Harald (2009): Generationen aus Sicht der Soziologie; in: Künemund, Harald / Szydlik, Marc (Hrsg.): Generationen. Multidisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: VS Verlag: 7–21.
- Thiessen, Barbara / Villa, Paula-Irena (2008): Elternbilder im deutschen Diskurs; in: Brunner, Jose (Hrsg.): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XXXVI. Göttingen: Wallstein, 277–292.
- Thurer, Shari L. (1994): The Myths of Motherhood. How Culture Reinvents the Good Mother. Boston: Houghton Mifflin Company.
- Vinken, Barbara (2007): Die Deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos. Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch.
- Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg: Hamburger Edition.
- Zerle, Claudia / Krok, Isabelle (2008). Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Gütersloh: Bertelsmann.
- Zulehner, Paul M. (2003): MannsBilder: ein Jahrzehnt Männerentwicklung. Ostfildern: Schwabenverlag.

3

Sozialer Wandel: Auswirkungen und Herausforderungen für Familie

Renate Kränzl-Nagl und Andreas Lange

Inhalt

1 Sozialer Wandel: Auswirkungen und Herausforderungen für die Familie	131
1.1 Konzeptionelle Rahmung der Analyse von sozialem Wandel und Familie	131
1.2 Familie in Zeiten der Globalisierung	136
1.2.1 Ausgangspunkte: Wechselwirkungen von Globalisierung und Familie	136
1.2.2 Effekte von Globalisierung auf Familie als Mehrebenengeschehen	138
1.3 Sozialer Wandel auf verschiedenen Ebenen: Herausforderungen für die Familie	142
1.3.1 Demografische Entwicklung: Familie in einer alternden Gesellschaft.....	142
1.3.2 Veränderungen auf sozio-struktureller Ebene: neue und/oder alte soziale Ungleichheiten?	145
1.3.3 Pluralisierung von Lebensformen	148
1.3.4 Wandel in den Wertorientierungen?	150
1.3.5 Entwicklungen auf rechtlich-normativer Ebene	152
1.4 Familie als Herstellungsleistung in Zeiten von Entgrenzungen	153
1.4.1 „Familie als Herstellungsleistung“ unter veränderten Bedingungen	154
1.4.2 Entgrenzungen im Verhältnis von Familie zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, in Biografien sowie im Alltag des Familienlebens	156
Summary	158
Literatur	159

1 Sozialer Wandel: Auswirkungen und Herausforderungen für die Familie

Die zentrale Zielsetzung dieses Beitrags ist es, die Auswirkungen des sozialen Wandels und die damit verbundenen Herausforderungen für die Familie zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu skizzieren. Das Hauptaugenmerk liegt dabei – im Sinne einer Fortschreibung der bisherigen österreichischen Familienberichte – auf den Entwicklungen der letzten zehn Jahre. Damit folgt dieser Beitrag einem Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung als einem stetig voranschreitenden Prozess, welcher der Gegenwartsgesellschaft ihre spezifischen Konturen verleiht. Familie wird – neben anderen gesellschaftlichen Akteuren – als aktive Mitproduzentin und Interpretin des sozialen Wandels begriffen. Generell versteht sich dieses Kapitel als Überbau für viele Teile des 5. Familienberichts 1999 – 2009. Diese Zusammenschau und Reflexion von Entwicklungen soll es erleichtern, die jeweiligen themenspezifischen Befunde, die Gegenstand anderer Berichtsteile sind, in ein Gesamtbild einordnen zu können.

Um die skizzierten Trends und die damit verbundenen Herausforderungen für Familien heute konzeptionell zu rahmen, wird in einem ersten Abschnitt der soziologische Zugang zur Thematik dieses Beitrages kurz erläutert. Die nächsten Abschnitte stellen das Kernstück dar, indem die Fortschreibung von Trends auf unterschiedlichen Ebenen und deren Effekte für die Familie vorgestellt und reflektiert wird. Grundsätzlich fokussiert der Beitrag auf die Situation in Österreich, es werden jedoch auch Bezüge zu internationalen Entwicklungen hergestellt. Abgerundet wird der Beitrag mit einem abschließenden Resümee und dem daraus resultierendem Handlungsbedarf in Gesellschaft und Politik.

1.1 Konzeptionelle Rahmung der Analyse von sozialem Wandel und Familie

Sozialer Wandel¹ stellt sich als relativ komplexes Phänomen dar, mit dem sich die Soziologie schon lange beschäftigt. Wissenschaftliche Erklärungsmodelle gesellschaftlicher Entwicklung weisen Konjunkturen auf, die wiederum mit entsprechenden Akzentuierungen in Familienberichten sowie in der familienwissenschaftlichen Fachliteratur ihren Niederschlag finden. Wurde in den letzten beiden österreichischen Familienberichten (1989, 1999) vor allem das Modernisierungstheorem als Hintergrundfolie zur Erklärung familialer Phänomene herangezogen, so soll in diesem Beitrag die Perspektive um Erklärungsmodelle im Kontext von Globalisierung erweitert werden. In konzeptioneller Hinsicht werden somit verschiedene theoretische Konzepte als Ausgangspunkte der Interpretation von Effekten

¹ Der Begriff „Sozialer Wandel“ (Social Change), der von William F. Ogburn (Ogburn 1922) geprägt wurde, bezeichnet qualitative und quantitative Veränderungen, denen Gesellschaften im Ganzen, gesellschaftliche Teilbereiche, kollektive und individuelle Wertorientierungen im Rahmen historischer, ökonomischer, politischer und sozialer Entwicklungen unterworfen sind. Nach Zapf (2006: 364) ist unter sozialem Wandel „die prozessuale Veränderung in der Sozialstruktur einer Gesellschaft in ihren grundlegenden Institutionen, Kulturmustern, zugehörigen Handlungen und Bewusstseinsinhalten zu verstehen“.

SOZIALER WANDEL

des sozialen Wandels auf Familie herangezogen, wie im Folgenden näher skizziert wird. Welche Akteure und Ebenen bei der Analyse der Wechselwirkung von sozialem Wandel und Familie relevant sind, wird ebenfalls offengelegt.

Theoretische Annäherungen

Um der Vielschichtigkeit des Phänomens sozialen Wandels gerecht zu werden, werden die Wechselwirkungen zwischen Entwicklungen auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen einerseits und den familialen Ebenen andererseits berücksichtigt. Die enge Verwobenheit aller Entwicklungslinien und der erreichte hohe Komplexitätsgrad der Gegenwartsgesellschaft erfordern eine sorgfältige Analyse unter Beiziehung theoretischer Erklärungsmodelle und empirischer Arbeiten zum sozialen Wandel (z. B. Jäger/Meyer 2003, 2007, Scheuch 2003a, b, Schäfers 2004, Schmitt-Beck et al. 2004) sowie der jüngsten Erkenntnisse der Familienforschung (z. B. Bertram et al. 2006, Ecarius 2007, Huinink et al. 2001, Huinink/Konietzka 2007, Nave-Herz 2002, 2004, Peukert 2008 u. v. a.), die an unterschiedlichen Ebenen ansetzt sowie verschiedene Akzentuierungen in theoretischer Hinsicht aufweist, wenn es darum geht, die Auswirkungen sozialen Wandels auf die Familie zu reflektieren. Die theoretische Hintergrundfolie zur Erklärung des sozialen Wandels und seinen Effekten auf Familie bezieht sich in diesem Beitrag im Wesentlichen auf zwei Theoreme, die sich als fruchtbar für die Analyse seiner Wechselwirkungen mit Familie erweisen: Modernisierung und Globalisierung.

Wie eingangs erwähnt, wurde insbesondere das Modernisierungskonzept² in den 1980er-/1990er-Jahren von Familienforschung rezipiert, und Familie bzw. Generationen- und Geschlechterverhältnisse „in der Postmoderne“ avancierten zu einem Bezugspunkt vieler Arbeiten. Der Angelpunkt der Postmoderne gesellt sich zu einer Reihe anderer Post-Theorien wie Postfordismus, Postindustrialismus usw. (Scheuch 2003b: 11 ff.), anhand derer versucht wurde, die sich beschleunigende gesellschaftliche Entwicklung und damit auch ihre Folgen für Familie theoretisch zu fassen. Insbesondere die Individualisierungsthese (Beck 1986, 1994, Friedrichs 1998), die den Übergang in die Moderne als Prozess der Freisetzung des Individuums aus ständischen Bindungen, verbindlichen Normen und Standards beschreibt, wodurch vom Individuum selbst Definitions- und Konstruktionsleistungen von Familie erbracht werden müssen und sich daher die Gestaltungsfreiräume, aber auch Gestaltungszwänge erhöhten (Beck/Beck-Gernsheim 1994), wurde v. a. angesichts des stattfindenden Individualisierungsschubs seit den 1960er-Jahren zur Erklärung des Wandels von Ehe, Familie und Partnerschaft herangezogen (vgl. Überblick bei Peukert 2008: 326 ff., Huinink/Konietzka 2007: 101 ff.).

² Vereinfacht dargestellt, wird unter Modernisierung ein langfristiger, mit Beginn der Neuzeit einsetzender Entwicklungsprozess bezeichnet, der in verschiedene Stadien – von der Vormoderne bis zur Postmoderne – unterteilt werden kann. Modernisierung ist eine „durch Verknüpfung mit dem Fortschrittsbegriff umstrittene Bezeichnung für einen bestimmten Typus des sozialen Wandels, der die z. T. beschleunigte Entwicklung von der traditionellen Agrarwirtschaft zur hoch entwickelten, demokratisch-pluralistischen Industriegesellschaft fasst“ (Hillmann 2007: 585). Die Definition von van der Loo/van Reijen (1992: 12) weist wiederum auf die Verwobenheit verschiedener Entwicklungsstränge hin: „Modernisierung verweist auf einen Komplex miteinander zusammenhängender struktureller, kultureller, psychischer und physischer Veränderungen, der sich in den vergangenen Jahrhunderten herauskristallisiert hat und damit die Welt, in der wir gegenwärtig leben, geformt hat und noch immer in eine bestimmte Richtung lenkt.“ Zur Modernisierungstheorie siehe auch Giddens 1990, Degele/Dries 2005, Huyssen/Scherpe 1993, Imhof 2006, Welsch 2002 u. v. a.

Dieser Schub steht in engem Kontext mit Entwicklungen auf anderen gesellschaftlichen Ebenen wie dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates, einem sozialstaatlich organisierten Arbeitsmarkt, einer Erhöhung des allgemeinen materiellen Wohlstands (der allerdings nur bedingt die sozialen Ungleichheiten einebnete, was als Fahrstuhl-Effekt³ beschrieben wurde), dem Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft, sowie der Ausweitung beruflicher und schulischer Qualifizierungen („Bildungsexpansion“, die v. a. für Frauen neue Optionen eröffnete), um nur einige zu nennen. Die hier kurz skizzierten Entwicklungen hatten tief greifende Veränderungen für Familie zur Folge, wie in früheren Arbeiten bereits dargelegt wurde.

Der sich v. a. seit Ende der 1960er-Jahre beschleunigende soziale Wandel führt dazu, dass viele Leitbilder und Errungenschaften der Moderne einer kritischen Prüfung unterzogen werden: Es ist die Rede von der „Reflexiven Moderne“ (Beck 1986, Beck et al. 1994) bzw. „Zweiten Moderne“⁴. Es werden jedoch noch viele andere Etikettierungen für diese neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung verwendet wie z. B. Multioptionsgesellschaft, Wissensgesellschaft, Postfordismus, Spätmoderne, Postmoderne oder Risikogesellschaft, die diesen Bruch im gesellschaftlichen Entwicklungsprozess zu markieren versuchen.

Nicht nur das Wechselverhältnis von sozialem Wandel und Familie gestaltet sich somit generell vielschichtig, sondern auch seine Analyse aufgrund der gesteigerten Geschwindigkeit dieses Prozesses. Trends, die sich auf die Gestaltung der familialen Lebensführung, Alltagspraktiken und Familienbiografien auswirken (sowohl in positiver als auch negativer Weise), beschleunigten sich im letzten Jahrzehnt zusehends (z. B. die demografische Entwicklung), verfestigten sich und setzten sich weiter fort (z. B. der Individualisierungstrend). Überdies sind neue Trends zu beobachten, die sich – im Sinne einer reflexiven Moderne – gegen lange Zeit anhaltende Trends richten und so wiederum Gegentrends hervorbringen. Zu nennen sind z. B. Entgrenzungstendenzen im Verhältnis von Familie zu anderen gesellschaftlichen Subsystemen (Schier/Jurczyk 2007, Jurczyk et al. 2009) als gegenläufige Entwicklung zur funktionalen Ausdifferenzierung der Gesellschaft.

Aus heutiger Sicht stellen die Arbeiten, die vor der Folie der Postmoderne erstellt wurden, nach wie vor wertvolle Anknüpfungspunkte zur Erklärung des familialen Wandels im Kontext mit der gesellschaftlichen Entwicklung dar. Dennoch – oder gerade aufgrund des weiteren Voranschreitens dieses Prozesses – rücken heutzutage noch andere Akzentuierungen zur Erklärung gegenwärtig beobachtbarer Phänomene auf familialer Ebene in den Vordergrund.

³ Mit „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986: 122) ist gemeint, dass die Klassengesellschaft in ökonomischer Hinsicht eine Etage höher fuhr, ohne dass sich die Abstände zwischen den Klassen wesentlich verringert hätten.

⁴ Reflexive Moderne nach Ulrich Beck meint „Reflexivität“ im Sinne von ungewollter, oft auch ungesehener Selbstinfragestellung und Selbstveränderung. In dieser Phase der Modernisierung werden laut Beck die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen industriegesellschaftlicher Modernisierung untergraben und verändert, z. B. im Sinne von Enttraditionalisierung und Individualisierung. Im Gegensatz zu Beck oder auch Giddens betont eine Reihe anderer Postmodernisten (wie Foucault, Baudrillard), dass in dieser Phase keine Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung mehr erkennbar, sondern vielmehr von einem Ende der großen Erzählungen, v. a. derjenigen vom Fortschritt, auszugehen sei.

SOZIALER WANDEL

Als fruchtbar erweist sich dabei das Konzept der Globalisierung⁵, das über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus globale Entwicklungen in den Blick nimmt, wenn auch nicht vorrangig die Effekte auf die Familie im Mittelpunkt des Interesses stehen. Vielmehr geht es bei Globalisierung⁶ um globale Entwicklungen, die sich im Bereich der Wirtschaft sowie dem inzwischen weltumspannenden Netzwerk der Kommunikations- und Informationstechnologien manifestierten (Bühl 2000) und in viele Lebensbereiche der Menschen (Behrens 2007) – damit auch in die Familie – hineinwirken. Trotz der Fülle an Literatur zum Thema Globalisierung, beschäftigen sich jedoch nur wenige familienwissenschaftliche Arbeiten explizit mit den Effekten von Globalisierung auf Familie (z. B. Buchholz et al. 2007, Silbereisen/Pinquart 2008 oder die Globalife-Studie der Arbeitsgruppe um Blossfeld, vgl. Blossfeld et al. 2007, 2008). Übereinstimmung besteht weitgehend darin, dass die Erweiterung um die globale Perspektive als heuristischer Rahmen einen neuen Blick auf die gegenwärtig beobachtbaren Phänomene bei der Analyse des sozialen und familialen Wandels eröffnet. Die Verschränkung der globalen Perspektive mit dem Modernisierungstheorem, das u. a. auch die Akteursperspektive stärker in den Blick nimmt, stellt sich als vielversprechend dar.

Ferner werden in diesem Beitrag – je nach Themenstellung – noch andere theoretische Bezüge hergestellt, die für die Analyse des sozialen und familialen Wandels relevant sind, wie z. B. der vielfach konstatierte Wertewandel (Oesterdiekhoff/Jegelka 2001, Schulz et al. 2005, Friesl et al. 2009), Theorien sozialer Ungleichheiten bzw. zur Sozialstrukturanalyse (Nollmann 2007, Schäfers 2004, Haller 2008) oder die Theorie gesellschaftlicher Differenzierung privater Lebensformen (Meyer 1992, 1993). Globalisierung und Modernisierung sind somit nicht die ausschließlichen Blickwinkel, unter denen gegenwärtige Phänomene des sozialen Wandels und seinen Folgen für Familie im Folgenden betrachtet werden.

Akteure des sozialen Wandels

In konzeptioneller Hinsicht lässt sich ein Perspektivenwandel in der Familienforschung dahingehend erkennen, dass Familie nicht mehr einseitig als Opfer, sondern als aktive Interpretin und Mitproduzentin des sozialen Wandels begriffen wird. Es stellt sich diesbezüglich allerdings kritisch und den Akteursstatus relativierend die Frage nach den gegenwärtigen Handlungsspielräumen, den Optionen und Restriktionen bei der Mitgestaltung des Wandels durch Familie sowie jene nach Veränderungen in den strukturellen Rahmen-

⁵ Für Beck (1998: 7 ff.) stellen sich Modernisierung und Globalisierung nicht als einander ausschließende Alternativen der Interpretation gesellschaftlicher Entwicklung, sondern vielmehr als einander ergänzende dar.

⁶ Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Globalisierung ist breit angelegt, was sich in einer Vielzahl von Definitionen in verschiedenen Disziplinen mit ihren jeweiligen Akzentuierungen widerspiegelt. Innerhalb der Ökonomie wird unter Globalisierung die Internationalisierung der Wirtschaft und die Ausbreitung des Kapitalismus verstanden, die Politikwissenschaft fokussiert die Verdichtung zwischenstaatlicher Beziehungen und die Herausbildung einer globalen Politik bei gleichzeitiger nationalstaatlicher Schwächung (Souveränitätsverlust der Staaten bzw. De-Nationalisierung des Politischen), die Soziologie stellt die Vernetzung der Gesellschaften und das Entstehen einer Weltgesellschaft in den Mittelpunkt, und die Kulturanthropologie beschäftigt sich mit globaler Kommunikation und kultureller Vereinheitlichung. Auch innerhalb der Disziplinen, wie der Soziologie und den Politikwissenschaften, sind die Interpretationen vielfältig, welche Globalisierung entlang folgender Dimensionen beschreiben: Kompression von Raum und Zeit bei gleichzeitiger Entbindung des sozialen Handelns von Raum und Zeit, erhöhte Interdependenz, globale Integration, Neuordnung und Intensivierung interregionaler Beziehungen, ein neues Bewusstsein von Globalität (vgl. Beck 1997, Brock 2008, Giddens 1999, Höffe 1999, Albrow 1998, Osterhammel/Petersson 2004, Rehbein/Schwengel 2008). Zur kritischen Sicht auf Globalisierung siehe z.B. Altvater/Mahnkopf 2002, Goldsmith/Mander 2002, Hobuss 2001, Sachs 2002, Safranski 2003, Stiglitz 2002.

bedingungen, die diesen Gestaltungsraum determinieren. Damit rückt generell die Frage nach den weiteren beteiligten jeweiligen Akteuren, die sozialen Wandel vorantreiben, steuern, aber auch zu kompensieren versuchen, in den Blickpunkt. Die derzeit beobachtbaren weltweiten Entwicklungen erfordern es dabei, die nationale Perspektive bei der Analyse der Auswirkungen sozialen Wandels und den daraus resultierenden Herausforderungen für Familie um eine globale Dimension und damit auch um globale Akteure (sog. „global players“) zu erweitern. Dabei wird nicht vorab unterstellt, dass die jeweiligen Akteure in jedem Fall intentional den Wandel betreiben oder forcieren, sondern es handelt sich oftmals auch um nicht-intendierte Effekte. Im Hinblick auf die Frage, wie sich die beobachteten Veränderungen niederschlagen, bietet sich eine analytische Unterscheidung an, die „Effekte“ auf Familien als Strukturen, Effekte auf die Individuen in den Familien sowie Wirkungen auf die Erbringung familialer Leistungen unterscheidet (Strohmeier et al. 2005).

Dabei ist als weiterer konzeptioneller Ausgangspunkt zu berücksichtigen, dass Familie im 21. Jahrhundert eine Lebensform geworden ist, die durch eigene Anstrengungen der Familienmitglieder im Verlauf des Lebens (Huinink/Feldhaus 2009, Jurczyk 2009) immer wieder neu hergestellt werden muss. Familie als solche ist als Leistung eigener Art zu verstehen, und die Frage lautet, wie sich sozialer Wandel darauf abbildet und wie diese Erkenntnisse genutzt werden können, um Familien dabei zu unterstützen, dass auch unter veränderten ökonomischen, kulturellen und politisch-rechtlichen Bedingungen Fürsorge geleistet und Bindungen sowie Beziehungen aufrechterhalten werden können (Bertram 2009: 25).

Analyse sozialen Wandels und seiner Effekte für die Familie als Mehrebenenmodell

Hinsichtlich der Analyseebenen werden die beobachtbaren Phänomene des sozialen Wandels auf Mikro-, Meso- und Makroebene skizziert. Zudem werden quer liegende Dimensionen, wie z. B. Generation oder Geschlecht, in den Blick genommen. So geht es auf der Mikroebene um Veränderungen im Hinblick auf Lebensverläufe, Biografien, innerfamiliäre Interaktionen oder Alltagsgestaltung in den Familien. Auf der Meso-Ebene stehen Fragen nach Wechselwirkungen der Veränderungen in gesellschaftlichen Subsystemen, sozialen Institutionen einerseits und Familie andererseits im Vordergrund. Auf der Makroebene sind schließlich Veränderungen in der Bevölkerungs- oder der Sozialstruktur von Interesse, aber auch Themen die über einen national-staatlich definierten Gesellschaftsbegriff hinausgehen und damit globale Veränderungen berücksichtigen. Von besonderem Interesse ist nicht nur das Aufzeigen von von Entwicklungen auf den einzelnen Ebenen, an denen sozialer Wandel bzw. diesbezügliche Indikatoren beobachtbar sind, sondern auch die Wechselwirkungen zwischen diesen Ebenen.

Im Prinzip wird somit ein Mehrebenenmodell entfaltet, denn Globalisierung wirkt nicht direkt, sondern vermittelt über unterschiedlichste nationale, institutionelle, regionale und individuell-familiäre Filter (Blossfeld et al. 2007). Gleiches gilt für den voranschreitenden gesellschaftlichen Modernisierungsprozess, der über verschiedene Ebenen auf die Familie einwirkt und gleichzeitig von dieser bzw. Familienmitgliedern und anderen Akteuren vorangetrieben wird.

SOZIALER WANDEL

Ferner impliziert eine differenzierte Analyse, dass sich sozialer Wandel nicht gleichförmig der Familie überstülpt, sondern sich die damit verbundenen Trends durchaus in verschiedener Weise auf unterschiedliche Familientypen und -formen bzw. Familienmitglieder auswirken können, gleichzeitig aber auch die je unterschiedlichen Bewältigungs- und Verarbeitungsstrategien in den Blick genommen werden müssen. Hinsichtlich der Familienmitglieder und damit der Individuen kommt den Dimensionen Geschlecht sowie Lebensalter bzw. Lebensphase besondere Bedeutung zu; insbesondere wenn es um die Frage geht, wer in welcher Hinsicht eher zu den Gewinnern oder Verlierern von Globalisierung bzw. Modernisierung zählt. Einschränkend muss vorweg allerdings betont werden, dass diese Frage meist nicht eindeutig zu beantworten ist. Wie die nachstehenden Ausführungen verdeutlichen werden, birgt der voranschreitende soziale Wandel für Familien bzw. Familienmitglieder einerseits Risiken, andererseits eröffnen sich auch neue Chancen. Diesbezüglich ist vielmehr die Frage, für welche Gruppen von Familien bzw. Familienmitgliedern sich erhöhte Risiken oder Chancen abzeichnen, von besonderem Interesse. Historisch gesehen ist die differenzierte Zugangsweise, beide Seiten der Medaille des sozialen Wandels zu beleuchten, keineswegs neu, wie soziologische bzw. familienwissenschaftliche Arbeiten der Vergangenheit zeigen.

Relevant ist weiters, nicht nur Quantitäten in Form von massenstatistischen Phänomenen im Hinblick auf die Auswirkungen des sozialen Wandels auf die Familie, sondern auch (bislang) in geringem Maße vorkommende Phänomene zu berücksichtigen. Dieses Vorgehen impliziert den Versuch, Ansätze neuer Entwicklungsstränge aufzuspüren, unabhängig davon, ob sich daraus ein genereller Trend entwickelt, der für viele Familien in Zukunft bedeutsam sein wird.

1.2 Familie in Zeiten der Globalisierung

Wenngleich für Österreich ein deutliches Forschungsdefizit bezüglich der Auswirkungen globaler Entwicklungen auf die Familie zu konstatieren ist, gibt es dennoch implizit eine Reihe von Hinweisen dafür, dass sie in einer zunehmend „entfesselten Welt“ (Giddens 2001) davon beeinflusst wird. So gesehen dient das Theorem der Globalisierung als heuristischer Rahmen, um gegenwärtige Phänomene auf familialer Ebene im Kontext mit sozialem Wandel einordnen zu können. Wie sich die Wechselbeziehung von Globalisierung und Familie konzeptionell fassen lässt, wird im Folgenden skizziert, um in Anschluss daran Effekte von Globalisierung für die Familie gebündelt vorzustellen.

1.2.1 Ausgangspunkte: Wechselwirkungen von Globalisierung und Familie

Globalisierung wird als multidimensionaler (kultureller, sozialer, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher) Prozess verstanden und stellt somit einen gesellschaftlichen Querschnittsprozess dar, der alle gesellschaftlichen Teilsysteme ergreift, aber mit deutlich unterschiedlichen Durchdringungs- und Wirkungsgraden. Umgekehrt gehen auch von den einzelnen gesellschaftlichen Teilsystemen differenziell starke Impulse aus, und es gilt als unbestritten, dass die kapitalistisch geprägte Wirtschaft hier die Schrittmacherfunktion ausgeübt hat. Ein differenzierter Zugang zu Globalisierung und den jeweiligen Effekten für die Familie, aber darüber hinausgehend, berücksichtigt, dass sie mehr umfasst als die Verdichtung von wirtschaftlichen Transaktionen.

Globalisierung als empirischer, mehrdimensionaler und widersprüchlicher Prozess ist analytisch zu unterscheiden von Globalisierung als Argument, als Deutungsmuster. Das heißt, bestimmte gesellschaftliche Akteure versuchen im Rekurs auf die scheinbaren „Sachgesetzmäßigkeiten“, insbesondere der ökonomischen Transnationalisierung, bestimmte politische Maßnahmen, wie den Abbau von Schutzrechten der Arbeitnehmer, fraglos zu legitimieren.

Globalisierung, verstanden als empirische Entwicklung, zeigt sich auf vielen Ebenen, wobei weitgehend übereinstimmend als zentrale Motoren einerseits die Weiterentwicklung der weltumspannenden Wirtschafts- und Finanzmärkte und andererseits der rasante Fortschritt im Bereich der Transport-, Kommunikations- und Informationstechnologien genannt werden. Die Auswirkungen der Globalisierung zeigen sich an erhöhter Mobilität der Menschen, an Entgrenzungen in räumlicher, zeitlicher und sozialer Hinsicht bei gleichzeitiger gestiegener Verdichtung und Vernetzung (v. a. aufgrund der „neuen“ Informations- und Kommunikationstechnologien). Daraus resultiert eine neue Unmittelbarkeit von Information und Kommunikation, d. h. die erwarteten Antwortgeschwindigkeiten auf Anfragen und Angebote im beruflichen, gewerblichen wie privaten Bereich erhöhen sich immens (Tomlinson 2007). In diesem Sinne gehören Beschleunigung und temporale Verdichtung zu den erfahrenen Konturen von Globalisierung (Rosa 2005). Das gilt nicht nur für den augenfälligen Bereich des Wertpapierhandels, sondern im Prinzip für alle Formen gesellschaftlicher Interaktion. Man kann mit Fug und Recht davon sprechen, dass im Schlepptau dieser neuen Unmittelbarkeit und „Konnektivität“ das Individuum in verstärkter Form von der Gesellschaft in Anspruch genommen wird. Ein direkt familienrelevantes Beispiel für diese Entwicklung kann im Fall der Nutzung des Web 2.0, also des „Mitmach-Internets“, durch Jugendliche gesehen werden (Hebecker 2001). Sie gehen in einer Form mit den neuen Möglichkeiten der Produktion eigener Inhalte im Internet um, die nicht nur für sich gesehen eine Reihe von Risiken hinsichtlich des Verlusts der Privatheit birgt – vielmehr sind sich nur wenige Eltern der neuen Dimension des Medienhandelns, der Chancen wie Risiken, beispielsweise des „Cyberbullying“ (Kowalski et al. 2008), in diesen Zusammenhängen bewusst. Auf der anderen Seite haben die sog. Neuen Medien jedoch auch positive Effekte für Familien: Interaktionen zwischen Familienmitgliedern erfolgen rascher und unabhängig von Raum und Zeit, was bei räumlichen Trennungen relevant ist.

In der Entfaltung des zuvor umschriebenen Prozesses erschließen sich sozialen Interaktionen immer weitere Räume; zunehmend dichtere Interaktionsnetzwerke durchziehen diese, und es erwachsen globale Wechselwirkungen in den benannten Dimensionen, die insgesamt den strukturellen Umbau der in diese Prozesse einbezogenen Gesellschaften befördern (Fäßler 2007: 30). Diagnostiziert wird, dass Globalisierung insgesamt gesehen gesellschaftliche Spannungspotenziale generiert hat und somit eine neue Herausforderung an gesellschaftliches und staatliches Handeln stellt. Diese Anforderungen werden vor allem im beruflichen Bereich wahrgenommen (Silbereisen/Pinquart 2008a).

Ferner kommt es, trotz einiger Gegenbewegungen, zur Vorherrschaft westlich (anglo-amerikanisch) geprägter kultureller Werte, Symbole und Lebensmuster, die zunehmend in alle Kulturen eindringen. Sie bringen „neue“ Mischkulturen hervor, gleichzeitig ist eine Tendenz zur Vereinheitlichung verfügbarer Güter und Dienstleistungen rund um den Globus sichtbar. Des Weiteren sind neue und alte Migrationsströme, global gesehen von Süd nach

SOZIALER WANDEL

Nord, bezogen auf Europa v. a. von Ost nach West, zu notieren. Zudem erreichten grenzübergreifende Risiken im letzten Jahrzehnt eine neue Dimension globaler Gefährdung (z. B. Klimawandel, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, internationaler Terrorismus, usw.), die Beck (2007) den Begriff „Weltrisikogesellschaft“ prägen ließ.

Auf politischer Ebene kam es schließlich zu einem zumindest partiellen Souveränitätsverlust der Nationalstaaten, einer „Zerfaserung“ des Nationalstaates (Genschel et al. 2007), bei gleichzeitigem Erstarken supranationaler Gemeinschaften insbesondere der Europäischen Union. Tendenziell ist ein Trend zur Internationalisierung politischer Entscheidungen zu beobachten, worauf eine Zunahme an internationalen Gipfeltreffen und Konferenzen des letzten Jahrzehnts verweist. Zudem hat auch die Rolle nichtstaatlicher Organisationen sowie die Rolle der Wirtschaftsakteure eine neue globale Dimension erreicht.

1.2.2 Effekte von Globalisierung auf Familie als Mehrebenengeschehen

Globalisierung ist „ein komplexer, multidimensionaler Prozess der Entgrenzung und Entäumlichung zum einen, und der Verdichtung und Vernetzung zum anderen“ (Tetzlaff 2000). Der rasante Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnologien (v. a. Emails, Chat-rooms, Internet usw.) führt dazu, dass soziale Interaktionen – und damit auch Interaktionen zwischen Familienmitgliedern – von Raum und Zeit teilweise entbunden werden, gleichzeitig aber auch internationale Vernetzungen in einem zuvor nie gekannten Ausmaß möglich sind. Der Zugang zu diesen Informations- und Kommunikationstechnologien ist in den letzten zehn Jahren extrem gestiegen; sie avancierten zu Massenmedien. Diese neuen Medien sowie Kommunikationstechnologien stellen im Prinzip auch wichtige Werkzeuge zur Organisation und Synchronisation von Familienalltagen dar und werden so auch von Familien genutzt (Christensen 2009, Feldhaus/Logemann 2006). Sie bieten zudem eine Chance zur Überbrückung von längeren Aufenthalten bzw. Abwesenheiten eines oder mehrerer Familienmitglieder, wobei sich allerdings auch deutliche Grenzen der Ersetzbarkeit von Face-to-Face Interaktionen durch Handy, E-Mail und Skyping zeigen (Jurczyk et al. 2009). Auch wenn heute von der emanzipatorischen Wirkung „neuer“ Massenmedien gesprochen wird, ist hervorzuheben, dass Familien aus bestimmten Milieus und ältere Menschen, die wenig Zugang zu und Kompetenz im Umgang mit diesen Technologien haben, Gefahr laufen, zu Globalisierungsverlierer/-innen zu werden. Als Gegenmaßnahmen sind im letzten Jahrzehnt vermehrt Initiativen zu beobachten wie z. B. intergenerationale Schulprojekte, in denen Jugendliche ihr technologisches Know-how der älteren Generation vermitteln sollen.

Über global weitgehend standardisierte Medienformate dringen (Leit-)Bilder und Werte betreffend Familie generell sowie betreffend die alltägliche Lebensführung, die Gestaltung von Partner- und Generationenbeziehungen tief in die Familien hinein und beschleunigen damit den vielfach konstatierten Wertewandel in der österreichischen Gesellschaft. Diese zunehmende Mediatisierung des Alltags transportiert jedoch nicht nur Werte, sondern auch Symbole, Modetrends, Konsumorientierungen und -muster, die sich – aufgrund weniger weltweit agierender Konzerne (global players) – immer mehr vereinheitlichen (wie z. B. beim Markenbewusstsein bei Jugendlichen zu beobachten ist, vgl. Paus-Hasebrink 2007). Damit erhöht sich für Familien der Konsumdruck, um bei dem rasanten Wechsel von

Moden und Trends mithalten zu können. Aber es verstärkt sich auch der Trend hin zu einer neuen Reflexivität des Privaten: Selbst traditionale Entwürfe des Miteinanderlebens bewegen sich heute im Horizont des Wissens um vielfältige andere Lebensmodelle.

In ökonomischer Hinsicht ist als jüngstes Beispiel direkt familienrelevanter Trends die weltweite Finanzkrise zu nennen, an der die Schattenseiten der Globalisierung deutlich zu Tage treten. Die Auswirkungen dieser Krise – sofern sie heute schon absehbar sind – bewirken vor allem eine Verschärfung der ökonomischen Situation von Familien, insbesondere jener, die von Armut betroffen oder gefährdet waren/sind, aber es ist auch mit negativen Folgen für den Mittelstand zu rechnen, wie z. B. Vermögensverlusten. In engem Zusammenhang damit stehen moderne Zahlungsmethoden, wie Kreditkarten, Konsumentenkredite und Ratenkäufe, die durch das Internet erleichtert werden und die persönliche Kontrolle von Kaufimpulsen erschweren. Sie erfordern mehr Zurückhaltung und Umsicht als gewohnt. In einer zunehmenden Zahl von Haushalten übersteigen die Zahlungsverpflichtungen, die aus solchen Finanzprodukten entstehen, das verfügbare Einkommen, auch wenn die Lebenshaltungskosten auf ein Minimum reduziert werden. Weiters zeichnet sich für eine nicht kleine Gruppe in der Population ab, dass selbst Vollzeitwerbstätigkeit nicht mehr dazu ausreicht, die Familie zu ernähren – das so genannte „working poor“-Phänomen (Nollmann 2009) ist zusehends auch in Österreich zu beobachten.

Abgesehen von diesen Zuspitzungen ist neben einer Reihe von Chancen – neue Produktivitätsmuster, Upgrading der Berufsstruktur, Ausdifferenzierung der Produktpalette, hohes informations- und Kommunikationsniveau, Möglichkeit, selbst als Börsenakteur tätig werden zu können, im Internet shoppen können – auf die negativen Folgen ökonomischer Globalisierung zu verweisen. Auf der anderen Seite bedingt eine hohe internationale Verflechtung – und Österreich rangiert auf Platz 2 eines diesbezüglichen Globalisierungsindex (Dreher 2007) –, dass Märkte stärker und häufiger von Turbulenzen getroffen werden und es so zu schnellen Um- und Restrukturierungen kommt. Dazu nehmen durch die Verflechtungen und die Anzahl agierender Akteure die nationalstaatlichen Steuerungspotenziale ab: „Generell beinhalten die Globalisierungsprozesse demnach das Risiko, dass der Schutz der Familie durch den Wohlfahrtsstaat abnimmt.“ (Rupp/Kleine 2007: 12). Für Österreich ist allerdings zu konstatieren, dass die familienpolitischen Leistungen im letzten Jahrzehnt nicht abgenommen haben, sondern sogar ausgeweitet worden sind. Österreich stellt sich zudem als eindeutiger Globalisierungsgewinner dar, was sich an den Wachstums- und Wohlstandsgewinnen der vergangenen Jahre ablesen lässt, von denen letztlich auch Familien profitieren. Ob allerdings alle Familien in gleicher Weise von diesen erzielten Gewinnen – abgesehen von der Ausweitung familien- und sozialpolitischer Leistungen infolge der erhöhten Einnahmen des Staates durch diese Globalisierungserfolge – profitieren, bleibt kritisch zu hinterfragen.

Neben den realen Wirkungen färben ungünstige und vor allem unvorhersehbare wirtschaftliche Entwicklungen auch auf das Familienklima und die familiären Zukunftsperspektiven ab. So ist eine möglichst hohe Bildung auf der einen Seite zwar unabdingbar für den Statuserhalt, bietet aber andererseits indes keine Garantie mehr für die erfolgreiche berufliche Platzierung. Diese Entwicklungen lassen – nicht zuletzt aufgrund von Abschottungstendenzen der Mittelschichten, die versuchen, ihren Kindern die Startvorteile zu erhalten (Henry-Huthmacher 2008) – nicht nur eine stärkere Segregation und Separation

SOZIALER WANDEL

von reicheren und ärmeren Familien in Österreich befürchten. Vielmehr muss eine Zunahme an von Armut betroffenen bzw. gefährdeten Kindern befürchtet werden, deren dadurch bedingte soziale Benachteiligungen sich nicht nur auf ihre gegenwärtige Situation auswirken, sondern auch mit Blick in die Zukunft das Humanvermögen der österreichischen Bevölkerung empfindlich beeinträchtigen können, sofern nicht seitens der Politik rechtzeitig gegengesteuert wird. Hier wirken also nicht so sehr „reale Globalisierungsprozesse“, sondern Globalisierung wirkt als handlungsleitendes Deutungsmuster in den Lebenswelten: Die Notwendigkeit, sich im Wettbewerb um knappe Arbeitsplätze und gesellschaftliche Partizipationschancen immer besser zu rüsten, dürfte zu den zentralen Deutungsschemata der unter Druck befindlichen Mittelschichten in Westeuropa avanciert sein – was als Beleg der Durchschlagskraft neoliberaler Argumentationen angesehen werden darf. Es gibt jedoch Anzeichen, dass diesen Entwicklungen bereits gegengesteuert wird, wie sich z. B. im Kinderbetreuungsbereich anhand der Gratiskindergärten zeigt.

Als einer der Risikofaktoren für Armut bzw. Armutsgefährdung wird – neben den Vorhandensein von mehr als drei Kindern (Mehrkindfamilien) oder nur eines Elternteils im Haushalt (Alleinerzieherfamilien) – der Migrationshintergrund bzw. die ethnische Zugehörigkeit der Familien genannt. Immigrations- bzw. vor allem Migrationsströme, als ein weiteres Merkmal der Globalisierung, bewegen sich global gesehen von der südlichen in die nördliche Hemisphäre; bezogen auf Europa sind – nicht zuletzt durch die EU-Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten – im letzten Jahrzehnt vor allem Bewegungen von Osteuropa nach West- bzw. Mitteleuropa festzustellen. Die Implikationen für Familien in Österreich sind vielfältiger Natur, wobei sich der Bogen vom Nutzen („kostengünstiges“ Betreuungs- und Pflegepersonal bzw. Haushaltshilfen, vgl. Lutz 2007) bis hin zu Befürchtungen im Hinblick auf die negative Folgen dieser Entwicklung (z. B. Konzentration von Kindern mit Migrationshintergrund in Pflichtschulen), die in Österreich den öffentlichen „Zuwandererdiskurs“ der letzten zehn Jahre nicht unwesentlich beherrschten, spannt. Der Trend zu einer „multikulturellen“ Gesellschaft scheint – ähnlich wie in anderen Ländern – voranzuschreiten und stellt nationale (Familien-)Politiken vor spezifische Herausforderungen, wobei sich die Debatte – sehr verkürzt dargestellt – zwischen den Polen „Assimilation“ und „Segregation“ bewegt.

Analog zu anderen Ländern in Europa (bzw. der ersten Welt) werden die diesbezüglichen politischen Debatten zunehmend (bewusst) emotional geführt, wobei je nach Blickwinkel und Interessenlage Vor- und Nachteile dieser Entwicklung hervorgehoben werden. Seitens der Forschung wird auf die spezifische Situation von Familien mit Migrationshintergrund bzw. unterschiedlicher ethnischer Herkunft in Ankunftsändern wie Österreich verwiesen, wobei soziale Benachteiligungen in vielerlei Hinsicht thematisiert werden, z. B. im Hinblick auf Bildungsverläufe (Biffi/Bock-Schappelwein 2003), Integration in den Arbeitsmarkt, Armutsrisiken (Förster/Heitzmann 2003), u. v. a. m. (vgl. Migrations- und Integrationsberichte für Österreich, zuletzt Fassmann 2007, für den Vergleich Österreich – Deutschland siehe Thränhardt 2008). Als quantitativ bedeutsames neues Phänomen muss dabei die Transnationalität beachtet werden – das Pendeln von Familienmitgliedern zwischen verschiedenen geografischen Räumen als Teil der Alltagspraxis (Pries 2008), als gebunden-nomadische Lebensweise von Familien, führt nicht nur zu neuen Herausforderungen für diese Familien selbst, sondern auch für die Sozial-, Familien- und Integrationspolitik.

Die internationale Forschung weist jedoch zudem auf Phänomene hin, welche die Effekte der Auswanderung (wenn auch nur kurz- oder mittelfristig geplant) für Familien in den Herkunftsländern haben können. Dazu zählt das Aufwachsen von Kindern mit mehrjähriger Abwesenheit eines oder sogar beider Elternteile, wobei deren Funktion entweder andere Familienmitglieder (insbesondere Großeltern, Seitenverwandte wie Onkel, Tanten) oder staatliche bzw. private Einrichtungen (Heime usw.) übernehmen. In diesem Zusammenhang wird von den „children left behind“ oder „separated children“ gesprochen, deren Eltern zwar bemüht sind, die ökonomische Situation ihrer Familie zu verbessern, letztlich aber ihren Erziehungs- und Betreuungspflichten aufgrund der räumlichen Trennung nicht mehr oder nur sehr bedingt nachkommen können.

Die – u. a. durch Auslandsaufenthalte bedingten – längeren Ausbildungszeiten⁷ können sich wiederum auf den Zeitpunkt der Familiengründung bzw. -planung auswirken. Kann der Kinderwunsch auf natürlichem Weg bzw. mit den in Österreich zugelassenen Reproduktionstechnologien (In-vitro-Fertilisation, IVF) nicht erfüllt werden, zeigt sich in den letzten Jahren vermehrt – wenn auch quantitativ gesehen nur bei einer kleinen Minderheit – das Phänomen des „IVF-Tourismus“, wonach Paare in Kliniken anderer Länder ausweichen, die andere Verfahren (z. B. Eizellenspende) anbieten. Ein anderes beobachtbares Muster zur Erfüllung des Kinderwunsches ist das – medial von VIPs vorgelebte und vermarktete – Phänomen der internationalen Adoption (vgl. Beitrag zur Familiengründung von M. Beham in diesem Band).

Eine erhöhte Mobilität ist schließlich auch bei den Sozialbeziehungen zu beobachten, und zwar einerseits im Hinblick auf die erweiterten Möglichkeiten grenzübergreifender Beziehungen zu Personen aus den unmittelbaren Nachbarstaaten als Folge der zunehmenden „Durchlässigkeit“ der nationalen Grenzen und andererseits in der (wenn auch nur leichten) Zunahme von Partnerschaften mit verschiedener nationaler bzw. ethnischer Herkunft (vgl. Beitrag zu Partnerbeziehungen von U. Zartler in diesem Band).

Schließlich geht es aus einer Makroperspektive um die Frage der Reaktionen von Staat und Zivilgesellschaft auf die skizzierten Auswirkungen von Globalisierung auf die Familie, aber auch um direkte Folgen der Globalisierung für nationalstaatliches Handeln. Dabei lässt sich einerseits eine Schmälerung des Handlungsspielraums in politischer Hinsicht konstatieren, v. a. bedingt durch die im vergangenen Jahrzehnt gestiegene Bedeutung der Europäischen Union, andererseits eröffnet die Zugehörigkeit zur Europäischen Union wiederum neue Chancen bezüglich der Mitgestaltung eines europäischen Raumes, der Herausbildung einer europäischen Identität und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit; letzteres v. a. im Hinblick auf bestehende (z. B. USA, Japan) bzw. aufsteigende Wirtschaftsmächte (z. B. Indien, China). Auch wenn Familienpolitik nicht explizit ein EU-Policy Bereich ist, so berühren eine Reihe von EU Policy-Zielen, Programmen und Maßnahmen auch familienpolitische Themenstellungen (z. B. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Beschäftigungsoffensiven). Doch nicht nur die Europäische Union sondern auch andere supranationale Organisationen (UN, UN-ECE, OECD, Europarat usw.) setzen Maßstäbe (z. B. durch die Entwicklung von Indikatoren) und Ziele (z. B. UN Millenniumsziele) für politisches Handeln auf nationaler Ebene.

⁷ Inwieweit die Verkürzung der Studiendauer durch die Einführung des Bachelor- bzw. Mastersystems (vgl. Bologna-Prozess) sich auf die Familiengründung auswirkt, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch offen.

Die Fäden der hier skizzierten Effekte von Globalisierung auf Familie als ein Mehr-
ebenengeschehen werden im folgenden Abschnitt noch einmal aufgenommen und anhand
von beobachtbaren Phänomenen heutiger Familienrealitäten auf unterschiedlichen Ebenen
näher ausgeführt bzw. demonstriert.

1.3 Sozialer Wandel auf verschiedenen Ebenen: Herausforderungen für die Familie

Im Folgenden werden familienrelevante gesellschaftliche Trends und ihre Effekte auf
Familie skizziert. Dabei geht es weniger um eine additive Aufzählung und Beschreibung
identifizierbarer Trends, sondern um ihre Wechselwirkungen und unterschiedlichen Dyna-
miken, aus denen spezifische Herausforderungen für die Familie zu Beginn des 21.
Jahrhunderts resultieren. Wie bereits erläutert, stellen mehrere theoretische Zugänge die
Hintergrundfolie der beschriebenen Phänomene dar, wobei sowohl Modernisierung als auch
Globalisierung zentrale Bezugspunkte in konzeptioneller Hinsicht sind.

1.3.1 Demografische Entwicklung: Familie in einer alternden Gesellschaft

Die Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft, die sich als Trend hin zu weniger
Kindern und mehr älteren Menschen beschreiben lassen, werden heute multifaktoriell er-
klärt, wobei sich vielfältige Determinanten zur Erklärung der sinkenden Fertilität bei gleich-
zeitig gestiegener Lebenserwartung anbieten (vgl. Beitrag über demografische Entwicklung
von R. Münz und A. Reiterer in diesem Band). Dieser gesamteuropäische Trend zu „ageing
societies“ hat eine Reihe von Implikationen für Familie und Familienpolitik in Österreich.

So stellt sich z. B. die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur im Hinblick
auf Unterstützung bei der Kinderbetreuung, sondern auch bezüglich der Pflege und Be-
treuung älterer Menschen. Zwar wurde auf verschiedenen politischen Ebenen (Bund,
Länder, Kommunen) auf die rasante Zunahme älterer, pflegebedürftiger Menschen reagiert
(Ausbau der Alten- und Pflegeheime oder der mobilen Dienste); der Großteil der Pflege-
leistungen erfolgt dennoch nach wie vor in der Familie (vgl. Beitrag zur Eltern-Kind-
Beziehung von M. Beham und U. Zartler in diesem Band). Mit besonderer Prägnanz betref-
fen von der Pflegeproblematik sind insbesondere jene „multi-lokalen Mehrgenerationen-
familien“, bei denen die Distanzen zwischen den erwerbstätigen Kindern und ihren alten
Eltern alltäglich nicht zu bewältigen sind.

Wenngleich sich generell der Trend zu multi-lokalen Mehr-Generationen-Familien (Bertram
2002, Lauterbach 2004) mit getrennten Wohnsitzen weiter fortsetzt, so verweist das Auf-
kommen generationenübergreifender Wohnformen, in denen Jung und Alt zusammenle-
ben, auf einen Gegentrend, der sich als Reaktion auf eine jahrzehntelang forcierte institu-
tionelle Separation von Jung und Alt interpretieren lässt. Inwieweit sich solche Wohn-
formen als zukunftsweisend herausstellen, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht
prognostiziert werden.

Die Folgen des zweiten demografischen Übergangs bringen jedoch nicht nur Belastungen
für die Familie hervor, sondern es verbinden sich damit auch neue Chancen. Dies wird ins-
besondere an der gestiegenen Bedeutung der Großeltern-Enkel-Beziehung deutlich: Der

Anstieg der Lebenserwartung führt dazu, dass junge Menschen nicht nur ihre Großeltern immer häufiger und länger erleben, sondern auch ihre Ur-Großelterngeneration (vgl. Beitrag zu Großeltern-Enkelkind-Beziehungen von L. Wilk in diesem Band) und zu diesen Beziehungen aufbauen können. Auf die besondere Rolle von Großeltern bei der „stressfreien“ Wertevermittlung verweisen u. a. die Ergebnisse des Schweizer Kinder- und Jugendberichts (Schultheis et al. 2008). Die gestiegene Bedeutung der Großeltern-Enkel-Beziehungen steht wiederum diametral dem medial geschürten „Generationenkonflikt“ bzw. „Krieg der Generationen“ entgegen (vgl. Beitrag zu familienrhetorischen Betrachtungen von A. Lange und R. Kränzl-Nagl in diesem Band), der die Diskrepanzen zwischen gelebter Familienrealität und öffentlichen Bildern von Familie einmal mehr verdeutlicht.

Jedoch nicht nur auf interaktionaler Ebene zeigt sich die gestiegene Bedeutung von intergenerationalen Beziehungen (vgl. Lüscher/Liegle 2003, Kohli/Szydlik 2000, Szydlik 2000, Wernhart et al. 2008), sondern auch im Hinblick auf Unterstützungsleistungen der älteren gegenüber der jüngeren Generation. Hervorzuheben ist dabei v. a. die Unterstützung der erwerbstätigen Eltern durch die Großelterngeneration in der Kinderbetreuung. Neben instrumenteller Unterstützung stellen auch monetäre Transaktionen von der älteren zur jüngeren Generation eine wichtige Unterstützungsleistung dar. So ist es nicht überraschend, dass sich familiensoziologische Arbeiten im letzten Jahrzehnt vermehrt mit intergenerationalen monetären Transfers beschäftigten, wobei u. a. das „Erben“⁸ und „Schenken“ in den Blickwinkel rückte (z. B. Lettke 2003, 2004, 2007, Michel et al. 1999, Szydlik 1999, Höpflinger 2008). Unterstützungsleistungen fließen jedoch, wie zuvor erwähnt, auch von der mittleren zur älteren Generation, wobei hier vor allem der gestiegene Bedarf an Betreuungs-, Sorge- und Pflegeleistungen für ältere Menschen zu erwähnen ist (vgl. Beitrag über Eltern-Kind-Beziehungen von M. Beham und U. Zartler in diesem Band). Wie selbstverständlich diese Unterstützungsleistung in Zukunft vorausgesetzt werden kann, wird durchaus kritisch reflektiert (Müller et al. 2006).

Entsprechend der demografischen Entwicklung des letzten Jahrzehnts und der aktuellen Bevölkerungsvorausschätzungen (vgl. Beitrag über die demografische Entwicklung von R. Münz und A. Reiterer in diesem Band) kann davon ausgegangen werden, dass sich der bereits 1999 konstatierte Trend zur „Vier-Generationen“-Familie (Richter 1999) weiter fortsetzen wird. Auch die These der „Bohnenstangenfamilie“ (beanpole family, vgl. Bengston/Schütze 1992), welche die Zunahme der vertikalen bei gleichzeitiger Abnahme der horizontalen Verwandtschaftslinien umschreibt, dürfte weiterhin ihre Gültigkeit haben.

⁸ Die Befunde verweisen darauf, dass die jeweilige Praxis des Vererbens variabel ist und weniger mit soziodemografischen Merkmalen als mit der persönlichen Lebenssituation in Zusammenhang steht. Auf Österreich bezogen ist gegenwärtig noch unklar, ob sich durch den Wegfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer eine weitere Dynamik hinsichtlich der intergenerationalen finanziellen Transfers ergeben wird.

SOZIALER WANDEL

Die gestiegene Lebenserwartung der Menschen führt weiters dazu, dass der Anteil der verheirateten älteren Menschen noch nie so hoch wie heute war (Hörl/Kytir 2001: 58). Da sich die gestiegene Scheidungshäufigkeit⁹ in der Altersgruppe von 60 und mehr Jahren mittelfristig kaum auswirken wird – wenngleich sich eine leicht steigende Tendenz bei Scheidungen von Ehen mit einer Dauer von mehr als 25 Jahren erkennen lässt –, werden Zahl und Anteil alter bzw. hochbetagter Paare mit einer Ehedauer von mehr als 50 Jahren weiter steigen.

Aus einer Makroperspektive führen der rasante Anstieg an älteren Menschen in der österreichischen Bevölkerung sowie die längeren Ausbildungszeiten der jüngeren Generation dazu, dass der Generationenvertrag und damit das System sozialer Sicherung brüchig zu werden droht, wie dies u. a. die Pensionsreformdebatte der letzten Jahre nahelegt; eine Entwicklung, die durch das stetig gewachsene Arbeitskräftepotenzial (v. a. bedingt durch die gestiegene Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit) nicht hintangehalten werden konnte. Vor diesem Hintergrund ist die zunehmende Bedeutung beschäftigungspolitischer Maßnahmen auf EU-Ebene – und damit auch in Österreich – in Verbindung mit einer Reihe weiterer EU Policy-Zielen, wie Abbau von Diskriminierung, Förderung von Chancengleichheit usw., zu interpretieren, die letztlich auf eine weitere Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials abzielen (z. B. Abbau von Jugendarbeitslosigkeit, Frauenförderprogramme, berufliche Wiedereinstiegsmaßnahmen, Diskussion über Anhebung des Pensionseintrittsalters usw.). Aus dieser Perspektive rücken sowohl die Generation im erwerbsfähigen Alter in den Mittelpunkt als auch generell Maßnahmen, um spezifische Gruppen (Frauen, Jugendliche, ältere Menschen) vermehrt in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aufgabe der Familienpolitik ist es dabei, flankierende Maßnahmen zu ergreifen, die diese beschäftigungspolitischen Ziele zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union (gegenüber USA, Japan usw.) unterstützen (z. B. im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf) und gleichzeitig das erreichte hohe wohlfahrtsstaatliche Niveau in Europa – und damit den Generationenvertrag – absichern sollen. An dieser Stelle wird einmal mehr die Bedeutung von EU-Zielen für nationale Politik(en) deutlich.

Mit Blick auf (staatliche) Regulierungen des Verhältnisses der Generationen zueinander ist für Österreich auffallend, dass es kein explizites Konzept einer generationenübergreifenden Politik gibt, das die Bedürfnisse aller Generationen in den Blick nimmt und sie mit gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen in Bezug setzt. Vielmehr stellt sich die politische Landschaft als relativ fragmentiert dar (Familienpolitik, Jugendpolitik, Seniorenpolitik, Beschäftigungspolitik, Sozialpolitik, usw.). Obwohl für das letzte Jahrzehnt eine vermehrte Aufmerksamkeit gegenüber einer kind- und jugendorientierten Politik, insbesondere bezüglich Jugendpartizipation, zu verzeichnen ist, gibt es (nach wie vor) Befürchtungen, dass sich Familienpolitik aufgrund der demografischen Entwicklung in Zukunft vermehrt an den Bedürfnissen der (wahlberechtigten) älteren Bevölkerung orientieren wird. Von der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist in quantitativer Hinsicht hingegen nur ein geringer Effekt zu erwarten, wenngleich diese ein sehr deutliches Signal einer zunehmenden Sensibilisierung für die politischen Rechte der jüngeren Bevölkerung ist.

⁹ Bei der Interpretation der Scheidungsraten ist zu berücksichtigen, dass weniger Ehen geschlossen werden und es sich beim Großteil der Scheidungspaare um kinderlose Paare handelt (vgl. Beitrag von Zartler/Wilk): „Dynamiken und Veränderungen im Familienverlauf: Scheidung und Trennung“.

Im Hinblick auf die jüngste Bevölkerungsgruppe setzt sich v. a. in den letzten Jahren die zunehmende Erkenntnis der Notwendigkeit von Investitionen in dieses „Humankapital“ der Bevölkerung (vgl. Leipert 2003) durch. Kinder werden aus dieser Perspektive – historisch gesehen neuerlich – zur Zukunftsressource der Gesellschaft (Esping-Andersen 2002), wie etwa der Trend in der außerfamilialen Kinderbetreuung von der Betreuung hin zur vor-schulischen Frühförderung aus einem gesamtgesellschaftlichen Interesse heraus deutlich macht (OECD 2001, 2006, Fthenakis 2003, vgl. Beitrag über außerfamiliale Kinderbetreuung von M. Fuchs und R. Kränzl-Nagl in diesem Band). Die (Wieder-)Entdeckung der Familie als Bildungsort zur Förderung sozialen Kapitals ist vor diesem Hintergrund wenig überraschend (Büchner/Wahl 2005, Jurczyk/Lange 2008, vgl. Beitrag über Familie und Schule von M. Beham, J. Bacher und Ch. Weber in diesem Band).

Gleichzeitig – und das stellt ein Novum der späten Moderne dar – rückt die Frage der Aktivierung des Humankapitals der älteren Menschen unter dem EU-Postulat „Life Long Learning“ und somit deren Nutzbarmachung für gesellschaftliche Interessen in den Blickpunkt (z. B. Amann/Ehgartner 2007). Auch diese können dem neuen sozialstaatlichen Credo zufolge noch etwas tun, beispielsweise die gesellschaftliche Produktivität durch Engagement im Ehrenamt zu steigern (Lessenich 2008: 115). Neben ehrenamtlichen Tätigkeiten nach Erreichung des (derzeitigen) Pensionseintrittsalters gerät die Frage einer Ausdehnung der Erwerbsphase vermehrt in das Visier jener, deren Anliegen die Absicherung des Generationenvertrags ist. Kollidieren jedoch bereits bei älteren, nach wie vor aktiven Arbeitnehmer/-innen oftmals berufliche und familiäre Anforderungen aufgrund der an sie gestellten Anforderungen in beiden Bereichen, so sind hinsichtlich einer beschäftigungspolitischen Aktivierung der älteren Generation negative Effekte für Familien aufgrund der dann nicht mehr möglichen familialen Unterstützungsleistungen, etwa hinsichtlich der Kinderbetreuung, zu erwarten.

Bündelt man die skizzierten Entwicklungen, so lässt sich festhalten, dass der inzwischen von allen Seiten propagierte Erwerb von Bildung im Sinne einer „Vernutzung“ und „Dienstbarmachung“ des Humankapitals nicht nur immer Jüngere erreicht hat (Leu 2008), sondern zunehmend jene im Erwerbsalter (was sich z. B. am Anstieg an Fort- und Weiterbildungsangeboten ablesen lässt, der allerdings infolge der Wirtschaftskrise tendenziell wieder rückläufig ist) sowie neuerdings auch die Population der Älteren. Vor der Folie einer permanenten lebenslangen Aktivierung der Individuen über den gesamten Lebenslauf avancierte Bildung im letzten Jahrzehnt zu einer der zentralen (Zukunfts-) Ressource der Gesellschaft als wertschöpfender Faktor in einer zunehmend wissensbasierten Gesellschaft.

1.3.2 Veränderungen auf sozio-struktureller Ebene: neue und/oder alte soziale Ungleichheiten?

Beobachtbare Tendenzen auf sozio-struktureller Ebene und damit Fragen nach sozialen Ungleichheiten, insbesondere Armut bzw. Armutsgefährdung, stehen in enger Verschränkung mit Entwicklungen in der Arbeitswelt bzw. auf dem Wirtschaftssektor (vgl. Beitrag „Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt und ihre Folgen“ von K. Jurczyk und G. Schmied in diesem Band), die wiederum mit Globalisierung eng verflochten sind.

SOZIALER WANDEL

Bezogen auf den Arbeitsmarkt ist die Zunahme atypischer bzw. prekärer Beschäftigungsverhältnisse, von denen Frauen sowie junge Menschen häufiger betroffen sind, zu nennen (siehe dazu ausführlich den Beitrag von K. Jurczyk und G. Schmied). Zugleich hält der Trend zu steigender Mütter- bzw. Frauenerwerbstätigkeit an bzw. schreitet weiter voran. Insgesamt gesehen setzt sich der Trend der sinkenden Bedeutung des Ein-Ernährer-Modells in Österreich – ähnlich wie in Deutschland – fort (Haas 2009, Leitner et al. 2004, Hofäcker/Lück 2007), wenn auch die Entwicklung zum Zwei-Ernährer-Modell (charakteristisch für die skandinavischen Länder) noch nicht vollzogen ist (dies zeigt sich u. a. an den relativ hohen Teilzeitquoten bei erwerbstätigen Müttern mit Kindern im Vorschulalter). Es ist allerdings nicht nur die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz von mütterlicher Erwerbstätigkeit (Beham/Haller 2005) sowie die generelle voranschreitende Tendenz zur Aufweichung der Geschlechterrollen, die in den letzten zehn Jahren zu beobachten sind und diese Entwicklung vorantreiben, sondern in Zeiten der Globalisierung rückt die ökonomische Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit zur Vermeidung von Armut bzw. Armutsgefährdung zunehmend stärker in den Vordergrund.

Dies sowohl im Hinblick auf Partizipationsmöglichkeiten in einer konsumorientierten Gesellschaft wie auch aus biografischer Sicht, wenn es um den Erwerb von Pensionsansprüchen – insbesondere von Frauen – geht. Armut bzw. Armutsgefährdung nur im Kontext mit Arbeitsmarktpartizipation zu sehen, käme jedoch einer verkürzten Sichtweise gleich. Vielmehr sind auch der Erwerb von (höheren) Qualifikationen und damit die für spezifische Bevölkerungsgruppen eingeschränkten Möglichkeiten des Zugangs in den Blick zu nehmen (z. B. für Jugendliche aus Familien mit Migrationshintergrund). So verweist eine wachsende Zahl von Befunden und Studien nach wie vor auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsabschlüssen (vgl. Beitrag über Familie und Schule von M. Beham, J. Bacher und Ch. Weber in diesem Band).

In Rechnung zu stellen sind in diesem Zusammenhang auch die Umschichtungen in der Tätigkeits- und Berufsstruktur. Neuere international vergleichende Untersuchungen (z. B. Rohrmann 2008) machen deutlich, dass der Ausbau der Wissensgesellschaft (vgl. Kübler/Elling 2004, Rohrbach 2008) durchschnittlich gesehen mit einem Bedeutungsverlust von Bildung, aber mit Einkommengewinnen von Hochqualifizierten einhergeht; und es wird klar, dass mit der ökonomischen Bedeutung des Wissenssektors und dem Abbau, der De-Industrialisierung¹⁰ klassischer männlicher Arbeitsplätze die Einkommensungleichheit zunimmt. Weder ist also davon auszugehen, dass Ungleichheit mit fortschreitender ökonomischer Entwicklung zwangsläufig und kontinuierlich abnimmt, noch zeichnen sich spätmoderne Gesellschaften durch eine immer stärker werdende Bedeutung von Bildung für sozialen Erfolg aus.

Ein für die Zukunft von Familie höchst relevantes Spannungsverhältnis ergibt sich dadurch, dass mit dem Erwerb von höheren Qualifikationen längere Ausbildungszeiten verbunden sind, die den Zeitpunkt der Familiengründung im Lebenslauf nach hinten verschieben sowie sich generell auf das Fertilitätsverhalten auswirken. International vergleichende Studien zeigen, dass das junge Erwachsenenalter die größte Sensitivität gegenüber den

¹⁰ Aufgrund der derzeit 1,7 Mio. Beschäftigten im servo-industriellen Sektor ist der Trend der „De-Industrialisierung“ noch kein großes Thema in Österreich. Mit Blick auf Entwicklungen in anderen europäischen Ländern kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass es diesbezüglich zu Veränderungen kommen wird.

wirtschaftlichen Globalisierungs„schocks“ aufweist (Blossfeld et al. 2007, 2008). Die insgesamt schwieriger werdenden Übergänge in den regulären Arbeitsmarkt, forciert durch die Globalisierungseffekte, führen dann zu den aus Sicht der jungen Erwachsenen durchaus rationalen Aufschüben der oder gar zum Verzicht auf die Familiengründung. Jungen Menschen fällt es also aufgrund der gestiegenen Arbeitsmarktrisiken und der gleichzeitig vielfach an sie gestellten Anforderungen, denen sie sonst noch gerecht werden müssen, heutzutage insgesamt schwerer, langfristige Verpflichtungen einzugehen (Buchholz 2007). Besonders nachhaltig wirkt sich die Verzögerung der ökonomischen Selbstständigkeit aufgrund der immer noch bestehenden Orientierung junger Männer aus, die davon ausgehen, dass sie primär für das Auskommen ihrer Familie verantwortlich sind (Zerle/Krok 2008).

Andere im Hinblick auf soziale Ungleichheiten relevante familiäre Faktoren sind nicht-normative Herausforderungen wie Brüche im Familienverlauf, wobei insbesondere den ökonomischen Folgen einer Scheidung bzw. Trennung der Partner Bedeutung zukommt, und zwar sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig. Nimmt man globale Entwicklungen in den Blick, wobei, wie oben schon ausbuchstabiert, gegenwärtig die Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise sowie wirtschaftlich bedingte Re- und Umstrukturierungen von Arbeitsplätzen auf Familien im Brennpunkt stehen, ist zu befürchten, dass sich bereits bestehende soziale Ungleichheiten eher verschärfen werden und ein Teil der österreichischen Familien zunehmend von Armut betroffen bzw. gefährdet sein wird (erste Hinweise darauf sind z. B. die gegenwärtig steigenden Arbeitslosenquoten). Familien, deren Verlauf durch Brüche gekennzeichnet ist, können von den Folgen dieser Entwicklung besonders betroffen sein.

Doch nicht nur die ökonomische Dimension von sozialer Ungleichheit ist für Familie von Bedeutung, sondern auch Dimensionen wie Geschlecht, Migrationshintergrund bzw. ethnische Zugehörigkeit oder sozialräumliche Ungleichheiten, wie z. B. bestehende Stadt-Land-Unterschiede im Hinblick auf infrastrukturelle Gegebenheiten (z. B. Pflege- und Betreuungsangebote sowie generell das Angebot an sozialen Diensten im unmittelbaren Wohnumfeld) sind es. Hinsichtlich sozial-räumlicher Ungleichheiten sind exemplarisch jene für Kinder und Jugendliche zu nennen, was das Angebot an qualitativ guter Kinder- und Jugendarbeit, an qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung oder den Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien angeht.

Die große Herausforderung besteht im Hinblick auf politisches Handeln darin, die Wechselwirkungen zwischen „alten“ und „neuen“ Dimensionen sozialer Ungleichheit zu berücksichtigen und Überschneidungen der Dimensionen wie Geschlecht, Generation, Ethnie und Milieu – im Sinne von „Intersektionalität“ – in den Blick zu nehmen. Besondere Aufmerksamkeit ist jenen Bevölkerungsgruppen zu widmen, bei denen eine Kumulation verschiedener Konstellationen sozialer Benachteiligung gleichzeitig wirksam wird.

Es bedarf somit gezielter Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen, die es ermöglichen sollen, bestehende Familienentwürfe und auftretende Veränderungen in diesen Entwürfen für Familien lebbar zu gestalten sowie die aus diesem Spannungsverhältnis resultierenden negativen Auswirkungen auf Familien zu reduzieren. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen kann angenommen werden, dass dem Abbau von Armutsfallen – neben anderen sozialen Ungleichheitsfallen – besondere Aufmerksamkeit zuteil werden müssen wird. Auch die Tendenz der zunehmenden Abschottung nach unten ist sorgfältig im Auge zu behalten,

SOZIALER WANDEL

also Strategien von bestimmten Segmenten der Mittelschicht, die versucht, ihre Kinder im Wettbewerb um die zukünftigen Arbeitsplätze noch stärker zu fördern (Privatunterricht, Sprachreisen), als dies bisher schon der Fall war. Mögliche Konsequenzen für die Familiensolidarität wäre eine verstärkte Segregation der Familienpopulation. Inwieweit jüngste Reformen im Kinderbetreuungs- und Bildungsbereich derartige über Familien (re-) produzierte soziale Ungleichheiten abbauen bzw. nivellieren können, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

1.3.3 Pluralisierung von Lebensformen

Der Trend zur Pluralisierung von familialen Lebensformen schreitet weiter voran: Das lange Zeit vorherrschende Leitbild der traditionell-bürgerlichen Kernfamilie mit seinen geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen verliert immer mehr seine dominante Stellung; daneben gewinnen andere Formen des familialen Zusammenlebens – auch in quantitativer Hinsicht – an Bedeutung: z. B. Alleinerzieher-Familien, nichteheliche Lebensgemeinschaften, erweiterte Familien bzw. Fortsetzungsfamilien, Patchworkfamilien usw. (zur systematischen Übersicht familialer Lebensformen nach verschiedenen Kriterien vgl. Huinink/Konietzka 2007, Nave-Herz 2004). Es lässt sich außerdem eine Tendenz zu veränderten Wohnformen feststellen: von ganz traditionellem Zusammenwohnen über Wohngemeinschaften, Wochenendfamilien (Leben an zwei Wohnsitzen) bis zu durchgehend getrenntem Wohnen in Partnerschaften (Living Apart Together).

Diese hier nur ansatzweise skizzierte Entwicklung kann vor dem Hintergrund des weiter voranschreitenden Trends der Individualisierung interpretiert werden, demzufolge lange Zeit geltende Normen, Werte und Standards ihren hohen Verbindlichkeitscharakter eingebüßt haben. In Bezug auf die Familie bedeutet dies einerseits die Befreiung aus den starren konventionellen Zwängen der bürgerlichen Kleinfamilie und damit eine Erhöhung der Chancen einer individuellen Lebensgestaltung. Andererseits führen diese frei gesetzten Gestaltungsspielräume nicht selten zu Verunsicherungen, und es verstärkt sich der Zwang, sich ständig mit der eigenen Lebensgestaltung zu beschäftigen, gewissermaßen eine ambivalente Dauerreflexivität, was auch mit Belastungen einhergehen kann, da z. T. noch keine neuen Traditionen hierfür existieren. Zudem ist festzuhalten, dass sich die konstitutive Verbindung von Ehe und Familie immer weiter lockert. Die Entscheidung für ein Kind bedeutet heutzutage nicht mehr, gleichzeitig auch zu heiraten, was unter anderem darauf verweist, dass die gesellschaftliche Akzeptanz der nicht-ehelichen Lebensform (NEL) gestiegen ist. Dies bedeutet jedoch nicht, dass es nicht auch nach wie vor Situationen und Lebensverhältnisse gibt, in denen nicht-eheliche Familien stigmatisiert werden.

Des Weiteren gibt es Anzeichen für eine Lockerung der früher konstitutiven Verbindung von Ehe bzw. Familie und Heterosexualität, die eng an die Reproduktionsfunktion von Familie gekoppelt war. Aktuell zeigt sich dieser Trend etwa am Abbau von Diskriminierungen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Ein Indiz dafür, dass es sich dabei nicht nur um einen nationalen, sondern einen international beobachtbaren Trend handelt, zeigt sich u. a. in der institutionellen Anerkennung und rechtlichen Verankerung von Homo-Ehen in europäischen Ländern (derzeit in den Niederlanden, in Belgien, Norwegen und Spanien, vgl. Beitrag von U. Zartler zu Partnerbeziehungen und zum österreichischen EPG). Die Frage der Gleichstellung von gleich- und gegengeschlechtlichen Partnerschaften und die im Hinblick auf Familie (kontrovers) geführte Debatte entzündet sich vor allem an

der Adoptionsfrage, also dem Aufziehen von Kindern in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. An dieser Debatte wird einmal mehr die lange Zeit vorherrschende Verbindung von Familie und Heterosexualität deutlich.

Das Beispiel der Homo-Ehe stellt sich bei näherer Betrachtung als Paradoxon dar: Auf der einen Seite verweist dieses Phänomen auf die Problematisierung traditioneller Modelle von Ehe und Familie im Sinne einer Abschwächung der Verbindung von Familie mit Heterosexualität (Ent-Traditionalisierung), und auf der anderen Seite beinhaltet es traditionelle Elemente, wie anhand der Forderung nach Anerkennung der Partnerschaft als Ehegemeinschaft zum Ausdruck kommt (Re-Traditionalisierung). Im Kontext mit sozialen Wandel lässt sich dieses Paradoxon zum einen als Ausdruck eines Demokratisierungsnachholbedarfs (gleichgeschlechtliche Paare fordern gleiche Rechte bzw. Pflichten ein, wie sie für gegengeschlechtliche gelten) deuten, und zum anderen kann es als Bedürfnis nach Sicherheit in einer Gesellschaft interpretiert werden, in der gültige Standards und Normen zunehmend brüchig werden, aber gleichzeitig noch keine neuen entwickelt worden sind. Diese Paradoxien sind insofern interessant, da hier deutlich wird, wie sich gesellschaftliche Trends aneinander reiben bzw. überlagern und jeweils spezifische Auswirkungen für unterschiedliche Gruppen der Bevölkerung haben können.

Die skizzierte Weiterentwicklung der Pluralisierung von familialen Lebensformen stellt sich zudem nicht nur als bunte Vielfalt gegenwärtigen familialen Lebens dar, sondern verweist außerdem auf einen Wandel im Verständnis von Familie. Immer weniger wird aber Familie hinsichtlich ihrer äußeren Form durch eine bestimmte Norm oder überhaupt noch durch (objektive) Normen definiert, vielmehr zu großen Anteilen durch die Familien, nicht zuletzt auch durch Kinder als Akteure, selbst. Als wichtige Kriterien dieses (subjektiven) Selbstverständnisses von Familie stellen sich die Qualität der Beziehungen und Interaktionen, das Gemeinschafts- bzw. Zugehörigkeitsgefühl sowie die Inszenierung von Familie im Sinne eines „Doing Family“ dar.

Insbesondere nicht-traditionelle familiäre Lebensformen sind mit der Herausforderung konfrontiert, Familie erst herzustellen, beispielsweise Mutter- und Vaterrollen bzw. die Rolle von Freund und Freundin gegenüber nicht-leiblichen Kindern neu zu erfinden und zu testen bzw. sinnstiftend und gemeinschaftsbildend zu konstruieren, da gesellschaftliche Leitbilder oftmals fehlen. Zudem sind bestimmte „neue“ Familienformen in spezifischer Weise von sozialen Benachteiligungen betroffen (etwa von Armut bzw. Armutsgefährdungen bei Alleinerzieherfamilien), die es ihnen erschweren, diese ohnehin schwierige und herausforderungsreiche Herstellungsleistung zu erbringen.

Der Trend der Kumulation von Anforderungen an Familien (Lange/Alt 2009) und damit an ihr Leistungsspektrum stellt sich bei nicht-traditionellen Familienformen in verschärfter Form und kann dementsprechend zu Überlastungen dieser Familiensysteme führen. Gleiches gilt für Familien mit Migrationshintergrund, die zwar traditionellen Mustern folgen, jedoch vor eine Reihe spezifischer Anforderungen gestellt sind. Dies macht flexiblere (familien-)politische Maßnahmen, insbesondere im Hinblick einer Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen notwendig, um Familien zu stärken und zu unterstützen, damit sie diese Aufgaben bewältigen und Familie – in welcher Form auch immer – leben können. Neben materiellen Transfers und Sozialleistungen sind dabei auch die anderen „Medien“ von Familienpolitik wie Infrastrukturen, Zeit (Heitkötter et al. 2009) sowie Information und Bildung angemessen zu berücksichtigen.

1.3.4 Wandel in den Wertorientierungen?

Auf sozio-kultureller Ebene schreitet der Individualisierungstrend weiter voran, allerdings nicht in der oft implizit kulturkritischen Verwendung dieses Begriffs als zunehmender Egoismus oder Ich-Bezogenheit, sondern vielmehr als ambivalente Zunahme an Gestaltungsfreiräumen und -freiheiten des Individuums infolge brüchig gewordener Normen und lange Zeit gültiger Standards. Getragen wird diese Entwicklung von der steigenden Bedeutung von Autonomie, Würde und Entscheidungsfreiheit des Einzelnen, die in Einstellungen, Wertorientierungen und Verhaltensweisen zum Ausdruck kommen (Haller 2005) und heutzutage als wichtige Voraussetzungen für ein erfülltes und glückliches Leben angesehen werden, worauf eine Reihe von Lebenszufriedenheits-, Glücks- bzw. Happiness-Studien verweist.

Der Durchsetzung des Prinzips der (persönlichen) Autonomie und Gestaltbarkeit des Lebens durch das einzelne Individuum sind allerdings Grenzen gesetzt: Die Handlungsspielräume von Individuen sind nach wie vor von den in der Gesellschaft vorherrschenden rechtlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen bestimmt. Es haben sich zwar alte Restriktionen teilweise gelockert, andererseits sind neue hinzugekommen (Mühling et al. 2006: 30), die sich einerseits aus einem sich verändernden Spannungsverhältnis von Familie zu anderen gesellschaftlichen Bereichen (v. a. zum Bildungssektor und Arbeitsmarkt) und andererseits aus den generell gestiegenen Ansprüchen an Lebensführung, Gestaltung der Familienbiografie und des Familienalltags ergeben. Die daraus resultierenden Widersprüche müssen auf partnerschaftlicher bzw. generationaler Ebene gelöst werden, wobei Bedürfnisse und Interessenlagen verschiedener Familienmitglieder zueinander in Konflikt geraten können bzw. untereinander synchronisiert werden müssen.

Diese Aus- und Verhandlungsprozesse erfordern wiederum spezifische Kompetenzen und Fertigkeiten, wobei jene Familien, in denen diese unzureichend vorhanden sind, von der beschriebenen Entwicklung nachteilig betroffen sein können. Dieser Umstand verweist auf das Auftreten von Einseitigkeiten und Verwerfungen, die mit sozial negativen Folgen verbunden sein können, sowie implizit auf die enge Verwobenheit sozio-kultureller Trends mit sozialen Ungleichheiten (Haller 2008). Zudem zeigen sich altersbedingte Begrenzungen bzw. Ungleichheiten: Wird Kindern in der Familie erhöhte Aufmerksamkeit, Zuwendung und auch Mitsprache zugestanden, so sind deren reale Gestaltungsfreiräume aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse nach wie vor eingeschränkter als jene der Erwachsenen (Kränzl-Nagl/Mierendorff 2007). Im Hinblick auf die Geschlechterarrangements ist anzumerken, dass sich die Position von Frauen in familialen Aushandlungsprozessen infolge ihrer gestiegenen Bildungs- und Erwerbschancen zwar gestärkt hat und sich seitens der Männer eine Öffnung hin zu Haushalt und Familie beobachten lässt, allerdings nicht in einem Ausmaß, das Frauen entlasten würde (vgl. Beitrag von R. Kränzl-Nagl und A. Lange über Familie unter veränderten temporalen Bedingungen sowie den Beitrag von M. Beham und U. Zartler über die Eltern-Kind-Beziehung in diesem Band).

Eine Vielzahl von Umfragedaten unterstreicht, dass enge soziale Bindungen nach wie vor eine zentrale Bedeutung in spätmodernen Gesellschaften haben; insbesondere „Familie und Kinder“ bzw. „Partnerschaft“ stehen nach wie vor an erster Stelle der als wichtig erachteten Lebensbereiche, noch vor Arbeit und Freizeit, wie z. B. die Verlaufsdaten des

Österreichischen Sozialen Surveys (Haller 2005: 46) sowie der Europäischen Wertestudie (Friesl et al. 2009) belegen. Der vielfach konstatierte Wertewandel bzw. gar der – häufig medial transportierte oder vormals prognostizierte – Werteverfall lässt sich aufgrund der empirischen Datenlage in Bezug auf Familie nicht bestätigen. Die Persistenz des hohen Werts, der Familie zugeschrieben wird, lässt sich vielmehr als wertkonservierendes Strukturelement der Gegenwartsgesellschaft interpretieren. Dies ist kein österreichisches Spezifikum, sondern Familie stellt in allen europäischen Staaten einen von den Befragten durchweg hoch geschätzten Wert dar (von Trotha 2008).

Hinsichtlich der sozialen Beziehungen, deren Bedeutung demnach ungebrochen hoch ist, lässt sich somit generell ein Wandel von als selbstverständlich übernommenen, standardisierten Mustern hin zu frei wählbaren, selbst bestimmten und individuell gestaltbaren Beziehungen erkennen (vgl. Individualisierungstrend). Diese Freiräume sind allerdings durch neue Restriktionen begrenzt und gestalten sich daher je nach Lebenslage, Lebensalter oder sozio-strukturellen Merkmalen in ungleicher Weise; u. U. nachteilige Auswirkungen dieser Ungleichverteilung müssen von allen Betroffenen mitgetragen werden. Beispielsweise ist die elterliche Scheidung eine Entscheidung der Erwachsenen und nicht jene der Kinder, die jedoch ebenfalls von den Folgen betroffen sind (vgl. Beitrag von U. Zartler und L. Wilk in diesem Band).

Ein weiterer Trend, der sich auf sozio-kultureller Ebene zeigt, bezieht sich auf die zunehmende Durchsetzung universeller Werte wie z. B. Gleichheit, was zunächst als Widerspruch zu den zuvor skizzierten Ungleichheitsverhältnissen erscheint. Mit der Ausbreitung und Generalisierung von Werten ist gemeint, dass bestimmte Werte für eine stetig wachsende Anzahl von Menschen und damit gesamtgesellschaftlich hohe Akzeptanz, Gültigkeit und Verbindlichkeitscharakter haben. Insbesondere (Chancen-)Gleichheit, Gerechtigkeit oder auch Solidarität und Verantwortungsbewusstsein (gegenüber Mensch und Natur) können hierzu gezählt werden. Die Durchsetzung dieser universellen Werte schafft wiederum den Rahmen, in denen familiäre Aushandlungsprozesse unter Berücksichtigung individueller und familiensystemimmanenter Interessen und Bedürfnislagen stattfinden. Diese zunehmende Durchsetzung von universellen Werten erfasst jedoch nicht nur die Familie sondern durchdringt viele andere Bereiche (Wirtschaft, Politik usw.).

Trotz der hohen Bedeutung von Familie und Partnerschaft sowie der Durchsetzung von Prinzipien wie Gleichheit (z. B. bezogen auf Geschlechterverhältnisse), die in Wertorientierungen zum Ausdruck kommen, stellt sich die Realität oft anders dar. Die Beispiele für Diskrepanzen zwischen den anstrebenswerten Idealen und deren Verwirklichungen in der Realität heutigen Familienlebens sind zahlreich (Bien 2006, Schulz/Hummer 2005) und durchziehen beinahe alle familienbezogenen Themenkomplexe wie Fertilität, Elternschaft, Stabilität von Partnerschaften, Aufgabenteilung zwischen Geschlechtern, Ausübung einer Erwerbstätigkeit usw. Diese real nicht immer verwirklichtbaren Ideale und normativen Vorstellungen verweisen auf zweierlei: zum einen auf strukturelle Barrieren (z. B. wenn es darum geht, das Ideal von „neuer Vaterschaft“ real zu verwirklichen) und zum zweiten darauf, dass bei einem Teil der Familien die individuellen Aus- und Verhandlungsprozesse zu einem Ergebnis führen, das von diesem Ideal abweicht (worauf z. B. die hohen Scheidungsraten verweisen).

SOZIALER WANDEL

Eine Veränderung lässt sich somit weniger an den universellen Werten festmachen; vielmehr zeigt sie sich an Institutionen, die diese verkörpern. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Trend zur De-Institutionalisierung von Ehe zu nennen, was sich an den sinkenden Eheschließungszahlen ebenso wie an der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften ablesen lässt. Die abnehmende Normativität der Institution „Ehe“ wurde bereits im letzten österreichischen Familienbericht (Richter 1999) konstatiert. Daran hat sich bis heute nur wenig geändert, wenn auch diese Institution nach wie vor einen relativ hohen Stellenwert in der Gesellschaft innehat (vgl. Beitrag über Partnerbeziehungen von U. Zartler in diesem Band). Inwieweit dabei nicht nur gestiegene Ansprüche an eine Partnerschaft eine Rolle spielen, sondern auch ökonomische bzw. berufliche Unsicherheitslagen, kann derzeit noch nicht eindeutig beantwortet werden. Vermutungen können diesbezüglich in beide Richtungen gehen: Eine höhere Heiratsneigung könnte als Effekt einer Sehnsucht nach Stabilität und Sicherheit interpretiert werden, eine niedrigere Eheschließungsbereitschaft hingegen als Ausdruck eines nach wie vor gültigen normativen Ehemodells, dessen reale Umsetzung jedoch ökonomische bzw. berufliche Stabilität erst voraussetzt. Diese Annahmen gilt es allerdings noch einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen.

In Bezug auf soziale Institutionen, aber auch auf Werte und Normen bezüglich Familie lässt sich grundsätzlich eine Veränderung dahingehend erkennen, dass offensichtlich nur jene für Individuen heutzutage von Belang sind, welche einen eindeutigen Bezug zu den jeweils gewandelten Bedürfnissen und Interessen aufweisen können, die sich infolge der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung herausbildeten. Damit tritt die Akteursperspektive in den Vordergrund: Einerseits kommt es durch die Individuen selbst zu einer Abschwächung von bislang gültigen Normen und Standards, deren Erfüllung angesichts des voranschreitenden sozialen Wandels u. U. nicht mehr einsichtig oder nachvollziehbar ist, und andererseits werden neue Normen und Standards geschaffen, die den veränderten Bedürfnis- und Interessenslagen eher entgegenkommen als alte, tradierte.

1.3.5 Entwicklungen auf rechtlich-normativer Ebene

Bei den identifizierbaren Trends auf rechtlich-normativer Ebene (vgl. gesetzliche Reformen und Reformvorhaben der letzten Jahre bzw. die kürzliche Familienrechtsreform 2009) zeigt sich, dass seitens des Gesetzgebers zunehmend auf Veränderungen auf familialer Ebene reagiert wird, z. B. auf die Pluralisierung der Familienformen, Veränderungen in den Partnerschaftsbeziehungen und -verläufen usw. Auffallend an den Reformen des letzten Jahrzehnts bzw. Reformvorhaben ist weiters, dass nicht nur innerstaatliche Regulierungen, sondern auch zunehmend internationale Entwicklungen in den Fokus rücken (z. B. internationale Adoption usw.). Dieser Trend verweist deutlich auf die gestiegene „Durchlässigkeit“ nationalstaatlicher Grenzen im Verhalten von Familien, die zu einem erhöhten gesetzlichen Handlungsbedarf führen.

Generell zeichnen sich die Reformen der letzten Jahre in Österreich durch eine stärker kindbezogene Orientierung aus, wie dies im Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz (KindRÄG 2001) anhand der Einführung der Obsorge beider Eltern zum Ausdruck kommt, oder im jüngst durchgeführten Modellprojekt des Kinderbeistands (Krucsay/Pelikan 2008) im Fall der elterlichen Scheidung, der nun bundesweit umgesetzt werden soll (siehe dazu ausführlich die Beiträge von Zartler/Wilk zu Scheidung und Trennung sowie von Mottl zum

Familienrecht). Die stärkere Berücksichtigung von Kindern als Rechtssubjekten lässt sich v. a. mit den Entwicklungen in den Kinderrechten erklären, die im letzten Jahrzehnt vermehrte Aufmerksamkeit erfahren haben.

Parallel zur Forcierung der Rechte von Kindern intendierte die Kindschaftsrechtsreform 2001, die Rechte von Vätern (die großteils nicht allein sorgeberechtigt sind/waren) zu stärken, aber auch generell eine geteilte Verantwortung von Müttern und Vätern für ihr/e Kind/er grundsätzlich zu ermöglichen (zur Evaluation des KindRÄG 2001 siehe Figdor et al. 2006). Wurde in Österreich auffallend lange – im Vergleich zu anderen europäischen Ländern – mit einer derartigen Regelung des Verhältnisses von Eltern zu ihren Kindern nach einer Scheidung zugewartet, so zeigt sich für den österreichischen Weg eine deutliche Orientierung an der kindzentrierten Perspektive. Diese kommt u. a. in der Notwendigkeit einer Festlegung des hauptsächlichen Wohnsitzes des Kindes bei der Obsorge bei der Eltern zum Ausdruck, mit der Intention, Kinder ein gewisses Maß an Stabilität in bzw. nach der für sie ohnedies schwierigen Phase der Reorganisation ihrer Familie erfahren zu lassen.

Gleichzeitig zeigt sich, dass der Gesetzgeber, insbesondere beim Schutz vor Gewalt, nicht nur auf gesellschaftliche Entwicklungen reagiert, sondern auch bewusst Normen setzt, mit denen mittel- und langfristig Veränderungen bewirkt werden sollen. Bereits mit dem Gewaltschutzgesetz 1997 war eine Veränderung bzw. Sensibilisierung im Erziehungsverhalten hin zu einer gewaltfreien Erziehung intendiert.

1.4 Familie als Herstellungsleistung in Zeiten von Entgrenzungen

Generell zeichnet sich in der Familienforschung ein Perspektivenwechsel dahingehend ab, dass Familien nicht vorrangig als Leistungsempfänger, sondern zunehmend als Leistungserbringer begriffen werden. In den Mittelpunkt rückt dabei in neueren Arbeiten das Konzept von Familie als Herstellungsleistung (Schier/Jurzyk 2007). Das Erfordernis, Familie sowohl im Alltag als auch in biografischer Hinsicht permanent zu konstruieren und aktiv zu gestalten, steht mit einem weiteren Trend in Zusammenhang, nämlich der Tendenz zu zunehmender Entgrenzung des Verhältnisses von Familie zu anderen gesellschaftlichen Teilbereichen, insbesondere zum Bildungs- und Arbeitssektor, aber auch zu Staat und Markt. Nicht nur Räume und Zeiten für Bildung, Arbeiten und Familie entgrenzen sich zunehmend und haben damit Einfluss auf die Gestaltung des Familienalltags, sondern auch in den Familienverläufen bzw. Familienbiografien sowie generell in den Lebensläufen sind Entgrenzungstendenzen beobachtbar. Dem „Grenzmanagement“ als einer der Gestaltungsaufgaben von Familie kommt dabei gegenwärtig besondere Bedeutung zu.

1.4.1 „Familie als Herstellungsleistung“ unter veränderten Bedingungen

Hinsichtlich des Konzepts von Familie als Herstellungsleistung wird zwischen zwei bedeutenden Formen der Gestaltungsleistungen von Familien unterschieden, die familiale Akteure im Rahmen der familialen Lebensführung erbringen und die für die Herstellung von Familie heute als unverzichtbar angesehen werden (Schier/Jurczyk 2007, Jurczyk 2009, Jurczyk et al. 2009).

Dies ist zum einen das Vereinbarkeits- bzw. Balancemanagement, das die vielfältigen Praktiken und Abstimmungsleistungen der Familienmitglieder umfasst, um Familie im Alltag lebbar zu machen. Dabei geht es um das Ausbalancieren mehrerer individueller Lebensführungen mit unterschiedlichen Strukturen, Bedürfnissen und Interessenlagen, die in der Familie aufeinander treffen, und zwar in zeitlicher, räumlicher, sozialer und emotionaler Hinsicht. Dieser Balanceakt findet in permanenter Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt und führt letztlich zu einer – mehr oder weniger – gemeinsamen familialen Lebensführung. Das Vereinbarkeits- bzw. Balancemanagement zielt somit auf die Gewährleistung des praktischen Funktionierens von Familie ab.

Die zweite Gestaltungsleistung bezieht sich auf die Herstellung von Gemeinsamkeit, womit es nun weniger um das Funktionieren von Familie, sondern um die Herstellung bzw. (Re-)Konstruktion von Familie selbst geht. Dies umfasst Prozesse, in denen in alltäglichen und biografischen Interaktionen Familie als gemeinschaftliches Ganzes permanent neu hergestellt werden muss. Diese Herstellung von Familie als zusammengehöriger Gruppe, ihre Selbstdefinition und Inszenierung, wird – in Anlehnung an den sozialkonstruktivistischen Ansatz des „Doing Gender“ – als „Doing Family“ bezeichnet. Da Familie nicht vorrangig auf rationale Zweckerfüllung zielt, sondern auf emotionale und oft körpergebundene Prozesse, deren besondere Qualität und Sinnsetzung gerade darin besteht, nicht kalkuliert zu sein, vollzieht sich das Doing Family nicht unbedingt immer zielgerichtet und intentional, sondern häufig beiläufig (Jurczyk 2009).

Mit der Fokussierung von „Familie als Herstellungsleistung“, wie sie z. B. im deutschen Familienbericht (BFSFJ 2006) erstmals systematisch in die Sozialberichterstattung aufgenommen wurde, rücken u. a. die nicht entlohnten Leistungen von Familie sowie ihre Monetarisierung in Zeiten einer forcierten Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Teilbereiche (Beckert 2009, Heintz 2007, Windolf 2009) in den Blickpunkt. Dieser veränderte Blick auf Familie als Herstellungsleistung verweist darauf, dass sie sich aufgrund sozialen Wandels von einer selbstverständlichen, quasi naturgegebenen Ressource zu einer zunehmend voraussetzungsvollen Aktivität von Frauen, Männern, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen entwickelt hat, die in Familien leben bzw. leben wollen. Dieser analytische Zugang ermöglicht es, zum einen Prozesse tiefschärfer zu sehen, in denen im alltäglichen und biografischen Handeln Familie als gemeinschaftliches Ganzes permanent neu konstruiert wird (Doing Family). Zum andern können die konkreten, vielfältigen Praktiken und Gestaltungsleistungen der Familienmitglieder, um Familie im Alltag lebbar zu machen (Schier/Jurczyk 2007), in ihrer Abhängigkeit von Ressourcen materieller, symbolischer, individueller und gesellschaftlicher Art betrachtet werden.

Konzeptuell gesehen markiert die Rede von Familie als Herstellungsleistung somit einen Wechsel vom institutionellen, Normierungen implizierenden Paradigma zu einem Handlungsparadigma in den Familienwissenschaften. Familie ist auf dieser Linie gedacht als ein kommunikatives Netzwerk besonderer Art (Keppler-Seel/Knoblauch 1998), das zentriert ist um verlässliche persönliche Fürsorgebeziehungen. Die Konnotation von Familie mit Ehe, traditionellen Geschlechterrollen sowie mit Zusammenleben in einem Haushalt ist hierfür nicht (mehr) zwingend. Multilokale familiäre Fürsorgebeziehungen umfassen Eltern und ihre minderjährigen Kinder, getrennte oder pendelnde Elternteile sowie auch erwachsene Kinder, ihre alten Eltern und weitere Verwandte (Bertram 2002). Familie als Lebens- und Lernzusammenhang, verstanden als haushaltsübergreifendes Netzwerk emotionsbasierter, persönlicher Austauschbeziehungen (Rosenbaum/Timm 2008), muss damit umso aktiver gestaltet werden, je komplexer und dynamischer das Netz ist und je dynamischer und teilweise widersprüchlicher sich die familienrelevanten gesellschaftlichen Teilsysteme, Institutionen und Organisationen entwickeln.

Diese Perspektive auf Familie als Herstellungsleistung impliziert, dass die Wirkung von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, familienpolitischen Maßnahmen, sozialarbeiterischen und anderen Interventionen oftmals nicht direkt auf Individuen „trifft“, sondern auf Bedingungen eines jeweils in einem Fließgleichgewicht befindlichen Herstellungsarrangements von Familie. Demzufolge können Prozesse der Veränderung von Rahmenbedingungen – beispielsweise der Intensivierung von Erwerbsarbeit inklusive ihrer räumlichen und zeitlichen Flexibilisierung – nur im Rahmen der Wechselwirkung mit den Herstellungsarrangements verstanden und analysiert werden.

Bei der Analyse dieser Wechselwirkungen stellt sich die Frage nach veränderten Rahmenbedingungen, wobei Familie ein Minimum planbarer, stabiler und verlässlicher Infrastrukturen braucht, um Fürsorgeleistungen zu erbringen und soziales Leben in Familien überhaupt zustande kommen zu lassen. Unbestritten ist heute, dass sich die Bedingungen für Familienleben in den letzten zehn bis 15 Jahren durch vielfältige Prozesse der forcierten Ökonomisierung, des Rückbaus des Wohlfahrtsstaates¹¹ und weiteren Entgrenzungen des Sozialen wie der Mediatisierung massiv verändert haben (Lange/Szymenderski 2007). Die Herstellung von Familie ist aufwändiger und komplexer geworden, wodurch die Schaffung von Räumen und Zeiten für familiäre Herstellungsleistungen bzw. Gestaltungsaufgaben sowie die Beschaffung der hierfür notwendigen Ressourcen immer stärker abhängig wird von individuellen Qualifikationen und vorhandenen Kompetenzen unterschiedlicher Art.

Betrachtet man gegenwärtige Entwicklungen, so fällt auf, dass Familie Schritt für Schritt in Form einer regelrechten Anforderungsspirale immer stärker in die Pflicht genommen wird (vgl. Silbereisen/Pinquart 2008). Bezogen auf die Bildungsdebatte soll Familie z. B. nicht nur gute Bildung vermitteln, an die Schule und andere Bildungsinstitutionen anknüpfen, sie soll auch ihren Beitrag zur Kriminalitätsprävention leisten u. v. a. m. Parallel dazu hat sich an der von Kaufmann (1995) konstatierten strukturellen Rücksichtslosigkeit vieler gesellschaftlicher Teilbereiche, Organisationen und Institutionen gegenüber familialen Belangen nichts Substanzielles geändert.

¹¹ Dem vielerseits georteten Abbau bzw. Rückbau des Wohlfahrtsstaates steht allerdings das Faktum gegenüber, wonach die familienpolitischen Leistungen in den letzten Jahren insgesamt in Österreich nicht weniger sondern mehr geworden sind (vgl. Beiträge in Band II zum Thema Familienpolitik).

SOZIALER WANDEL

Mit diesem Anstieg an Anforderungen und den komplexer werdenden, teilweise zusätzlichen Belastungen mit sich bringenden Rahmenbedingungen rückt Familie aktuell in den Fokus eines gesamtgesellschaftlichen Interesses. Lange und Alt (2009: 31 ff.) verweisen in diesem Zusammenhang ferner auf die Bedeutung der familienrhetorischen Diskurse hin, die Familien zunehmend unter Druck geraten lässt: „Es wird [...] unmittelbar einsichtig, dass die gesellschaftlichen Entwicklungen der späten Moderne in einer Art Doppelzangenbewegung Familien auf der rhetorisch-diskursiven wie auch auf der strukturellen Ebene potenziell überlasten. Dazu kommt verstärkend, dass Teile dieser Anforderungen durch das immer breiter werdende Leistungsspektrum von den Familienmitgliedern, insbesondere den Müttern selbst, stark als Teil der eigenen Identität internalisiert sind. Ein Scheitern an diesen hohen Ansprüchen wird eigenen Defiziten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder der Erziehung der Kinder zugeschrieben – und nicht als mangelnde Anerkennung familialer Belange jenseits bloßer Appelle in der Gesellschaft selbst gesehen.“

1.4.2 Entgrenzungen im Verhältnis von Familie zu anderen gesellschaftlichen Bereichen, in Biografien sowie im Alltag des Familienlebens

Während die letzten österreichischen Familienberichte (1989, 1999) die funktionale Differenzierung als Merkmal (post-)moderner Gesellschaften betonten, also die – mehr oder weniger – deutliche Abgrenzung von Familie zu anderen gesellschaftlichen Sektoren bzw. Institutionen (wie Arbeitswelt, Schule, Betreuungseinrichtungen usw.) aufgrund ihrer jeweiligen Funktionen, zeigt sich gegenwärtig ein deutlicher Trend einer steigenden Durchlässigkeit dieser Grenzen. Die zunehmende Durchlässigkeit von Arbeit und (Familien-) Leben, von Privatem und Öffentlichem, von Arbeitszeit und Freizeit bringt wiederum spezifische Herausforderungen für Familie mit sich.

Entgrenzungstendenzen wirken zum einen in den Alltag von Familien hinein. Diese Entgrenzung von Familie und Arbeitswelt vollzieht sich in räumlicher, zeitlicher, mentaler und emotionaler Hinsicht. Die konkreten Auswirkungen auf den Familienalltag hängen zwar von der Branche, der Region und anderen Faktoren ab und sind beispielsweise besonders massiv in den „creative industries“ (Papouschek et al. 2006) nachweisbar, betroffen sind aber in je unterschiedlichem Ausmaß die Beziehungsgestaltung, das Zeitbudget für gemeinsame Unternehmungen sowie die Ansprechbarkeit der erwerbstätigen Familienakteure. Aus einer Lebenslaufperspektive ist zu beachten, dass Entgrenzungen des Arbeitens und die damit verbundenen Belastungen sich nicht nur von den Eltern auf ihre minderjährigen Kinder auswirken, sondern es auch Wechselwirkungen mit den über die Haushaltsgrenzen hinaus lebenden Familienmitgliedern gibt, wie z. B. mit Eltern der erwachsenen, erwerbstätigen Kinder (Szydlik 2008: 17).

Entgrenzungen bleiben zum andern nicht auf den Familienalltag beschränkt, sondern zeigen sich auch im Hinblick auf Lebens- und Familienplanungen, wobei sich der Trend zur „Ent- bzw. De-Standardisierung von Normalbiografien“ weiter fortsetzt. Individuen sind heute mehr denn je gefordert, ihre Biografie selbst zu gestalten: Der Trend zur Bastelbiografie bzw. Patchworkbiografie hält somit weiter an (vgl. Beitrag über Familie unter veränderten temporalen Bedingungen von R. Kränzl-Nagl und A. Lange in diesem Band).

Ausdruck dieser biografischen Entgrenzung ist nicht zuletzt, dass sich auch in Österreich zwischen Jugend und Erwachsenenalter eine neue Lebensphase schiebt, das sogenannte junge Erwachsenenalter (Sirsch et al. 2009). Aufgrund der schon angesprochenen Prozesse des Aufschiebens von bestimmten Lebensübergängen hat sich hier, wie in vielen anderen europäischen Ländern, eine Lebensphase etabliert, die ausdrücklich durch die Motive Unsicherheit, aber auch Selbstexploration geprägt ist. Bei der Frage, was einen Erwachsenen ausmacht, nennen österreichische junge und ältere Erwachsene übereinstimmend (Sirsch et al. 2009): eine Individualität und Selbstverantwortlichkeit ausgebildet haben, gefolgt von der Fähigkeit, in einer eigenen Familie zu leben – den Haushalt zu führen, Kinder erziehen und für die Subsistenz der Familie aufkommen zu können.

Biografische Entstandardisierungen, die v. a. im Kontext des Trends voranschreitender Individualisierung erklärt werden, zeigen sich auch in der Lebensphase „Alter“, wobei hier eine deutliche Ausdifferenzierung dieser Lebensphase infolge ihrer zeitlichen Verlängerung zu beobachten ist, die von „jungen“ aktiven Senior/-innen bis hin zum Phänomen des Anstiegs der Hundertjährigen reicht (vgl. ÖIF 2001, Hörl et al. 2008). Damit geht auch ein Wandel des Stellenwerts des Alters und den damit verbundenen Leitbildern in der Gesellschaft einher (Buchen/Maier 2008, Kohli/Künemund 2005, ÖIF 2001, Wernhart et al. 2008).

Schließlich entgrenzen sich Wissenschaften und populäres Wissen: In die Familien dringen immer mehr Vokabularien aus den psychologischen, therapeutischen und sozialwissenschaftlichen Disziplinen ein und bestimmen so auch die Vorstellungen über „richtiges“ und gutes Familienleben, Kindererziehung und Partnerqualität mit (Illouz 2009).

Auf der Makroebene sind ebenfalls Entgrenzungstendenzen festzustellen, indem es zu Verschiebungen und Aufweichungen des Verhältnisses von Familie, Staat und anderen Wohlfahrtsproduzent/-innen sowie insgesamt gesehen zu Entgrenzungen des Verhältnisses von Privatheit und Öffentlichkeit kommt (Evers/Heinze 2008). Dies zeigt sich u. a. darin, dass die Betreuung von Kindern im Vorschulalter zunehmend als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und weniger als eine ausschließlich private begriffen wird (vgl. Beitrag zur außerfamilialen Kinderbetreuung von M. Fuchs und R. Kränzl-Nagl in diesem Band). Eine ähnliche Entwicklung ist im Hinblick auf die Betreuung und Pflege von älteren Menschen zu konstatieren, wobei hier im letzten Jahrzehnt ein stetig steigender Ausbau an unterschiedlichen Betreuungsformen und sozialen Dienstleistungen für ältere Menschen zu beobachten ist, wenngleich auch in Familien diese Betreuungs- und Pflegeleistungen insgesamt angestiegen sind (vgl. Beitrag zur Eltern-Kind-Beziehung von M. Beham und U. Zartler in diesem Band).

Die Entwicklungen in beiden Bereichen können als Trend zur geteilten Verantwortung für Betreuung bzw. Pflege interpretiert werden, die nun nicht mehr einzig eine Familienangelegenheit, sondern eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft sind. Aus einer wohlfahrtstheoretischen bzw. sozialpolitischen Perspektive (Evers/Heinze 2008, Leitner et al. 2004, Lessenich 2008, Kränzl-Nagl et al. 2003) rücken zudem europäische bzw. globale Entwicklungen in das Blickfeld, die letztlich eine Neubewertung des Verhältnisses von Familie zu anderen Wohlfahrtsproduzenten erfordern. Auf politischer Ebene ist hier v. a. die Europäische Union zu nennen, die als weiterer Akteur in Bezug auf die Neugestaltung dieses Verhältnisses auftritt und zunehmend richtungsweisend für nationale (Familien-) Politiken einwirkt.

Summary

Familie ist eingebettet in gesellschaftliche Entwicklung, die stetig voranschreitet, wobei Familien nicht nur von Trends betroffen sind, sondern diese auch mitgestalten. Diese Gestaltungsfreiräume haben sich zwar erweitert, sie sind dennoch – wie auch in den letzten Jahrzehnten – durch strukturelle Rahmenbedingungen nach wie vor begrenzt. Mit der Erweiterung der Gestaltungsfreiräume ging auch eine Zunahme an Gestaltungszwängen einher. Familien sind heutzutage mehr denn je herausgefordert, sinnstiftend und gemeinschaftsbildend Familie überhaupt herzustellen. Diese Herstellungsleistung erfordert wiederum eine Reihe personaler und sozialer Kompetenzen, aber auch struktureller Bedingungen, die diesen Prozess unterstützen können. Die Chancen, die sich durch Freiräume eröffnen, gestalten sich ebenso wie die Risiken, die mit sozialem Wandel verbunden sind, für Familien bzw. deren Mitglieder unterschiedlich.

Familien sind heute über eine Vielzahl von Entwicklungen, moderiert durch das spezifische österreichische Institutionen- und Politiksystem, eingeflochten in die Prozesse der sich über mehrere Ebenen und Dimensionen (ökonomisch, politisch, kulturell) erstreckenden Globalisierung. Keineswegs wirken diese Prozesse wie ein großer „Bulldozer“, sondern sie brechen sich an den unterschiedlichen Voraussetzungen von Familien, in erster Linie an deren verfügbaren Ressourcen, insbesondere den Bildungsvoraussetzungen. Auf der kulturellen Ebene dringt eine Vielzahl von Bildern, Werten, Symbolen in den Binnenraum österreichischer Familien ein, woraus sich eine verstärkte Aufgabe der Familie, also der Eltern, hinsichtlich der Auseinandersetzung mit diesem globalen Bedeutungsangebot und dessen Interpretation ergibt.

Auf der ökonomischen Ebene zeigen sich für bestimmte Familien vor allem Verunsicherungen der Perspektiven und konkrete Einschränkungen der Lebensqualität infolge neuer Formen der Arbeitsorganisation; zudem mehren sich die Befürchtungen der Verschärfung von sozialen bzw. sozio-ökonomischen Ungleichheiten aufgrund der gegenwärtigen Wirtschafts- bzw. Finanzkrise. Auf der Ebene der Normen, Werte und Familienstrukturen schreitet die Individualisierung voran, auch wenn sich dieser Trend je nach Lebenslage, Lebensalter und sozio-strukturellen Dimensionen unterschiedlich auswirkt. Im Hinblick auf die Familienstrukturen kann nach wie vor von einer Pluralisierung gesprochen werden, wobei sich die Auffassung von Familie in den Vordergrund schiebt, die deren Interaktionsqualität, die gelebten Beziehungen betont und weniger die äußeren Strukturen als ausschlaggebend auffasst.

Es zeigt sich weiters, dass die Grenzen zwischen Familie und anderen gesellschaftlichen Subsystemen durchlässiger werden, was sich am Trend eines neuen Zugriffs auf Familie seitens unterschiedlicher Akteure wie Staat, Bildungsinstitutionen und Wirtschaft festmachen lässt. Eine zentrale Herausforderung ergibt sich insbesondere durch die demografische Entwicklung hin zu einer alternden Gesellschaft.

Ausblick

Ausgehend von den skizzierten Entwicklungen empfiehlt sich ein zielgerichtetes politisches Handeln in mehrfacher Hinsicht, bei dem Familien einerseits nicht vorrangig als Leistungsempfänger, sondern auch als Leistungserbringer berücksichtigt werden, und welches sich andererseits entlang folgender Themenstellungen orientiert:

- Die Thematik Familiengründung und junges Erwachsenenalter handelt von gezielter Rekonstruktion von Wahrnehmungen und Handlungsstrategien junger Männer und Frauen mit Blick auf deren gesamte Lebenslaufplanung sowie um entsprechende Ansprüche an die Politik und die Gesellschaft.
- Beim Handlungsfeld der Vereinbarkeit Familie und Beruf – Balancemanagement – werden in Zukunft nicht nur die Kinderbetreuung, sondern auch die Pflege- und Betreuungsbedürfnisse älterer Menschen in den Blickpunkt der Vereinbarkeitsfrage zu nehmen sein.
- Familienpolitische Zielsetzungen sind durch eine Stärkung der Kooperationen von Familie mit anderen gesellschaftlichen Sektoren bzw. Institutionen (Unternehmen, Schule, Betreuungseinrichtungen, soziale Dienste usw.) zu effektuieren.
- Da Familienpolitik mehr denn je eine Querschnittmaterie darstellt, wobei ein Mix unterschiedlicher Maßnahmen an Bedeutung gewinnen wird, um der Diversität von Familien und der gestiegenen Komplexität und Kumulation von Herausforderungen gerecht zu werden, gilt es auch nicht intendierte Effekte gesetzter Maßnahmen in unterschiedlichen politischen Sektoren verstärkt zu berücksichtigen bzw. zu evaluieren.

Literatur

- Albrow, Martin (1998): *Abschied vom Nationalstaat*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Altwater, Elmar / Mahnkopf, Birgit (2002): *Grenzen der Globalisierung – Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. 5. Auflage. Münster.
- Amann, Anton / Ehartner, Günther (2007): *Produktivität und Ressourcen des Alter(n)s in Österreich. Eine Pilotstudie*. Wien: Zentas (Zentrum für Alternswissenschaften).
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1997): *Was ist Globalisierung?* Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich (1998): *Wie wird Demokratie im Zeitalter der Globalisierung möglich? – Eine Einleitung*; in: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 7–65.
- Beck, Ulrich (2007): *Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): *Riskante Freiheiten*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich / Giddens, Anthony / Lash, Scott (Eds.) (1994): *Reflexive Modernization. Politics, Tradition and Aesthetics in the modern Social Order*. Cambridge: Stanford University Press.
- Beckert, Jens (2009): *Wirtschaftssoziologie als Gesellschaftstheorie*; in: *Zeitschrift für Soziologie* 38 (3), 182–197.
- Beham, Martina / Haller, Roland (2005): *Work-Life-Balance – Wie bringen Österreichs Familien Beruf und Familie in Einklang?* In: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hrsg.), *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 401–433.
- Behrens, Henning (2007): *Global Enterprise. Wie Globalisierung internationale Politik, Weltwirtschaft, Internationales Business und das globale Zusammenleben der Menschen verändert*. Berlin: Edition Lithaus.

SOZIALER WANDEL

- Bengston, Vern L. / Schütze, Yvonne (1992): Altern und Generationenbeziehungen: Aussichten für das kommende Jahrhundert. In: Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.), Altern und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, 492–517.
- Bertram, Hans (2002): Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie; in: Berliner Journal für Soziologie 12 (4), 517–529.
- Bertram, Hans (2009): Zur Zukunft der Familie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multifunktionalen Mehrgenerationenfamilie; in: Sonderheft 9 der Sozialen Praxis: Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe, 15–31.
- Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.) (2006): Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung. Opladen: Barbara Budrich.
- Bien, Walter (2006): Familie zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen Ideologie und Realität. Expertise zum „Wandel und Entwicklung familialer Lebensformen; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.): Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung. Opladen: Barbara Budrich, 259–278.
- Biffel, Gudrun / Bock-Schappelwein, Julia (2003): Soziale Mobilität durch Bildung? – Das Bildungsverhalten von MigrantInnen; in: Fassmann Heinz, Stacher Irene (Hg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt: Drava, 120–130.
- Blossfeld, Hans Peter / Hofäcker, Dirk / Hofmeister, Heather / Kurz, Karin (2008): Globalisierung, Flexibilisierung und der Wandel von Lebensläufen in modernen Gesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag.
- Blossfeld, Hans-Peter / Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Hofmeister, Heather / Kurz, Karin / Mills, Melinda (2007): Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in modernen Gesellschaften; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59 (4): 667–691.
- Brock, Dietmar (2008): Globalisierung. Wirtschaft – Politik – Kultur – Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Buchen, Sylvia / Maier, Maja S. (Hrsg.) (2008): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag.
- Buchholz, Sandra (2007): Unsicherer Job = keine Kinder; in: Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Kleine, Lydia / Limmer, Ruth / Rupp, Marina (Hg.), Globalisierung und ihre Folgen für die Familie. Ifb Materialien 3 / 2007. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.
- Buchholz, Sandra (2008): Die Flexibilisierung des Erwerbsverlaufs. Eine Analyse von Einstiegs- und Ausstiegsprozessen in Ost- und Westdeutschland. Mit einem Geleitwort von Steffen Hillmert. (Life Course Research) Wiesbaden: VS Verlag.
- Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Kleine, Lydia / Limmer, Ruth / Rupp, Marina (2007): Globalisierung und ihre Folgen für die Familie. Ifb Materialien 3 / 2007. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.
- Büchner, Peter / Wahl, Katrin (2005): Die Familie als informeller Bildungsort. Über die Bedeutung familialer Bildungsleistungen im Kontext der Entstehung und Vermeidung von Bildungsarmut; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 8 (3), 356–373.
- Bühl, Achim (2000): Die virtuelle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Sozialer Wandel im digitalen Zeitalter. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2006): Siebter Familienbericht. Familien zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: BFSFJ.
- Christensen, Toke Haunstrup (2009): 'Connected presence' in distributed family life; in: New Media and Society 11 (3): 4334–51.
- Degele, Nina / Dries, Christian (2005): Modernisierungstheorie. München: Wilhelm Fink Verlag.
- Dreher, Axel (2007): KOF-Globalisierungsindex 2007, http://globalization.kof.eth.ch/static/pdf/press_release_2007_en.pdf (abgerufen am 25.5.2009)
- Ecarius, Jutta (2007): Handbuch Familie. Wiesbaden: VS Verlag.
- Esping-Andersen, Gøsta (2002): A child-centred Social Investment Strategy. In: Esping-Andersen Gøsta / Gallie, Duncan, Hemerijck, Anton / Myles, John (eds.), Why We Need a New Welfare State. Oxford, 26–67.

- Evers, Adalbert / Heinze, Rolf G. (Hrsg.) (2008): Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung. Wiesbaden. VS Verlag.
- Fäßler, Peter E. (2007): Globalisierung. Köln, Wien: Böhlau.
- Fassmann, Heinz (Hrsg.) (2007): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001 – 2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demografische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen. Klagenfurt / Celovec: Drava Verlag.
- Feldhaus, Michael / Logemann, Niels (2006): Die Kommunikationsmedien Internet und Mobiltelefon und ihre Funktionen im familialen Alltag; in: MERZ. Zeitschrift für Medienpädagogik, 2006, 50, 1, 30–38.
- Figdor, Helmuth / Barth-Richtarz, Judith / Kränzl-Nagl, Renate / Pelikan, Christa (2006): Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelungen des KindRÄG 2001, insbesondere der Obsorge beider Eltern. Schlussbericht, Wien. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz.
- Förster, Michael / Heitzmann, Karin (2003): Einkommen und Armutsgefährdung von MigrantInnen in Österreich; in: Fassmann, Heinz / Stacher, Irene (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen – sozioökonomische Strukturen – rechtliche Rahmenbedingungen. Klagenfurt: Drava. 78–86.
- Friedrichs, Jürgen (1998): Die Individualisierungs-These. Opladen: Leske + Budrich.
- Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (2009): Die Österreicherinnen. Wertewandel 1980 – 2008. Czernin Verlag.
- Fthenakis, Wassilios E. (2003): Elementarpädagogik nach PISA. Wie aus Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen werden können. Freiburg: Herder Verlag.
- Genschel, Philipp / Leibfried, Stephan / Zangl, Bernhard (2007): Der zerfasernde Staat. Vom Wandel des Subjekts moderner Politik; in: Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.), Staat und Gesellschaft – fähig zur Reform? 23. Wissenschaftlicher Kongress der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos, 37–46.
- Giddens, Anthony (1990): The Consequences of Modernity. Cambridge: Policy Press.
- Giddens, Anthony (1999): Runaway World: How Globalization is Reshaping Our Lives. London: Profile.
- Giddens, Anthony (2001): Entfesselte Welt. Wie Globalisierung unser Leben verändert. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Goldsmith, Edward / Mander, Jerry (2002): Schwarzbuch Globalisierung. München: Riemann.
- Haas, Barbara (2009): Geschlechtergerechte Arbeitsteilung – theoretisch ja, praktisch nein! Eine Bilanz für österreichische Paarhaushalte mit Kindern; in: Appelt, Erna (Hrsg.), Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz (im Erscheinen).
- Haller, Max (2005): Auf dem Weg zur mündigen Gesellschaft? Wertewandel in Österreich 1986 bis 2003; in: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.), Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag, 33–73.
- Haller, Max (2008): Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- Hebecker, Eike (2001): Die Netzgeneration. Jugend in der Informationsgesellschaft. Frankfurt a. M.: Campus.
- Heintz, Bettina (2007): Zahlen, Wissen, Objektivität: Wissenschaftssoziologische Perspektiven; in: Vollmer, Andrea / Mennicken, Hendrik (Hrsg.), Zahlenwerk. Kalkulation, Organisation und Gesellschaft. Wiesbaden: VS, 65–85.
- Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.) (2009): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen: Barbara Budrich.
- Henry-Huthmacher, Christine (2008): Eltern unter Druck. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie; in: Henry-Huthmacher, Christine / Borchard, Michael (Hrsg.), Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Stuttgart: Lucius & Lucius, 3–24.
- Hillmann, Karl-Heinz (2007): Wörterbuch der Soziologie. 5. vollst. überarbeitete Auflage. Stuttgart: Kröner.
- Hobuss, Steffi (2001): Die andere Hälfte der Globalisierung. Menschenrechte, Ökonomie und Medialität aus feministischer Sicht. Frankfurt a. M.: Campus.

SOZIALER WANDEL

- Hofäcker, Dirk / Lück, Detlev (2004): Zustimmung zum traditionellen Alleinverdienermodell auf dem Rückzug; in: Informationsdienst Soziale Indikatoren, 32, 12–35.
- Höffe, Otfried (1999): Demokratie in Zeiten der Globalisierung. München: C. H. Beck.
- Höpflinger, Francois (2008): Erbschaften und Schenkungen – finanzielle Transfers zwischen den Generationen; in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (Hrsg.), Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz. Zürich: Seismo Verlag, 235–251.
- Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (2008): Hochaltrigkeit in Österreich. Eine Bestandsaufnahme. Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz.
- Hörl, Josef / Kytir, Josef (2001): Private Lebensformen und soziale Beziehungen älterer Menschen; in: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) (2001): Bericht zur Situation älterer Menschen. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung, 52–105.
- Huinink, Johannes / Konietzka, Dirk (2007): Familiensoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a. M.: Campus.
- Huinink, Johannes / Feldhaus, Michael (2009): Family Research from the Life Course Perspective; in: International Sociology, 24, 3, 299–324.
- Huinink, Johannes / Strohmeier, Hans Peter / Wagner, Michael (2001): Solidarität in Ehe, Partnerschaft und Familie. Zum Stand familiensoziologischer Theoriebildung. Würzburg: Ergon Verlag.
- Huysen, Andreas / Scherpe, Klaus R. (1993): Postmoderne Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg: rowohlt's enzyklopädie.
- Illouz, Eva (2009): Die Errettung der modernen Seele. Therapien, Gefühle und die Kultur der Selbsthilfe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Imhof, Kurt (2006): Diskontinuität der Moderne. Zur Theorie des sozialen Wandels. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- Jäger, Wieland / Meyer, Hans Joachim (2003): Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart. Hagener Studentexte zur Soziologie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jäger, Wieland / Meyer, Hans Joachim (2007): Moderne soziologische Theorien und sozialer Wandel. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jurczyk, Karin (2009): Familienzeit – knappe Zeit? Rhetorik und Realitäten. In: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen, Barbara Budrich: 37–66.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2008): Familie als Bildungsort. Neue Herausforderungen zwischen gesellschaftlichem Diskurs und alltäglichem Handeln. Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis 54, 4, 182–185.
- Jurczyk, Karin / Schier Michaela / Szymenderski, Peggy / Lange, Andreas / Voß, G. Günter (2009): Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin: edition sigma.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995, [2004]): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. Perspektiven und Orientierungen – Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, Band 16) München: Beck.
- Keppler-Seel, Angela / Knoblauch, Hubert (1998): Familie als kommunikatives Netzwerk; in Luckmann, Thomas (Hg.), Moral im Alltag. Sinnvermittlung und moralische Kommunikation in intermediären Institutionen. Gutersloh, Bertelsmann: 47–103.
- Kohli, Martin / Künemund, Harald (Hrsg.) (2005): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alterssurveys. 2. erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag. (1. Auflage 2000, Opladen: Leske + Budrich).
- Kohli, Martin / Szydlik, Marc (2000): Generationen in Familie und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Kowalski, Robin T. / Limber, Susan P. / Agatson, Patricia W. (2008): Cyberbullying, Oxford: Blackwell.
- Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna (2007): Kindheit im Wandel – Annäherungen an ein komplexes Phänomen; in: SWS-Rundschau, Sonderheft „Kindliche Lebenswelten“, 47 (1), 3–25.
- Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (Hrsg.) (2003): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- Krucsay, Brita / Pelikan, Christa (2008): Kurzfassung des Berichts zur Begleitforschung zum Modellprojekt „Kinderbeistand“. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.

- Kübler, Hans Dieter / Elling, Elmar (2004): Wissensgesellschaft. Neue Medien und ihre Konsequenzen. Bonn: bpb (Bundeszentrale für politische Bildung).
- Kurz, Karin / Blossfeld, Hans-Peter / Buchholz, Sandra / Schmelzer, Paul (2008): Young people's employment chances in flexible labor markets: A comparison of changes in eleven modern societies; in: Blossfeld, Hans-Peter / Buchholz, Sandra / Bukodi, Erzsébet / Kurz, Karin (eds.): Young workers, globalization and the labor market. Comparing early working life in eleven countries, Cheltenham (UK) and Northampton MA, USA: Edward Elgar, 337–353.
- Lange, Andreas / Alt, Christian (2009): Die (un-) heimliche Renaissance von Familie im 21. Jahrhundert. Familienrhetorik versus „doing family“; in: Sonderheft 9 der Sozialen Praxis: Neue Familialität als Herausforderung der Jugendhilfe, 31–38.
- Lange, Andreas / Szymenderski, Peggy (2007): Arbeiten ohne Ende? Neue Entwicklungen im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familientätigkeit; in: Lettke, Frank / Lange, Andreas (Hrsg.), Generationen und Familien. Analysen – Konzepte – gesellschaftliche Spannungsfelder. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 223–246.
- Lantermann, Ernst-Dieter / Döring-Seipel, Elke / Eierdanz, Frank / Gerhold, Lars (2009): Selbstsorge in unsicheren Zeiten. Weinheim: Beltz PVU.
- Lauterbach, Wolfgang (2004): Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Zum Wandel der Familienstruktur in der zweiten Lebenshälfte. Würzburg: Ergon.
- Leipert, Christian (Hrsg.) (2003): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- Leitner, Siegrid / Ostner, Illona / Schratzenstaller, Margit (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag.
- Lessenich, Stephan (2008). Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript.
- Lettke, Frank (Hrsg.) (2003): Erben und Vererben. Gestaltung und Regulation von Generationenbeziehungen. Konstanz: Konstanzer Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung.
- Lettke, Frank (2004): Subjektive Bedeutungen des Erbens und Vererbens. Ergebnisse des Konstanzer Erbschafts-Surveys; in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 24, 277–302.
- Lettke, Frank (2007): Vererbungsabsichten in unterschiedlichen Familienformen. Ein Beitrag zur Institutionalisierung generationaler Kontinuität. In: Lettke, Frank / Lange, Andreas (Hrsg.), Generationen und Familien. Frankfurt: Suhrkamp, 96–129.
- Leu, Hans Rudolf (2008): Früher, schneller, besser? Grenzen der Instrumentalisierung frühkindlichen Lernens; in: Zeiher, Helga / Schroeder, Susanne (Hrsg.), Schulzeiten, Lernzeiten, Lebenszeiten. Pädagogische Konsequenzen und zeitpolitische Perspektiven schulischer Zeitordnungen. Weinheim: Juventa: 45–55.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Eine Einführung. Konstanz: UVK.
- Lutz, Helma (2007): Vom Weltmarkt in den Privathaushalt. Die neuen Dienstmädchen im Zeitalter der Globalisierung. Opladen: Budrich.
- Meyer, Thomas (1992): Modernisierung der Privatheit. Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse des familialen Zusammenlebens. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Meyer, Thomas (1993): Der Monopolverlust der Familie. Vom Teilsystem Familie zum Teilsystem privater Lebensformen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 45, 213–217.
- Michel, Karl Markus / Karsunke, Ingrid / Spengler, Tilman (Hrsg.) (1999): Die Erbesgesellschaft. Kursbuch (135), Berlin: Rowohlt Berlin Verlag.
- Mühling, Tanja / Rost, Harald / Rupp, Marina / Schulz, Florian (2006): Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für die Berufsverläufe von Müttern und Vätern. Weinheim, München: Juventa.
- Müller, Tanja / Bird, Katherine / Bohns, Stefanie (2006): Pflegende Angehörige – eine Selbstverständlichkeit? Pflege im Kontext von Lebensverlauf und Familie; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.), Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung. Opladen: Barbara Budrich. 301–326.
- Nave-Herz, Rosemarie (2002): Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland – Eine zeitgeschichtliche Analyse. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Nave-Herz, Rosemarie (2004): Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde. Weinheim: Juventa Paperback.

SOZIALER WANDEL

- Nollmann, Gerd (2007): Sozialstruktur und Gesellschaftsanalyse. Sozialwissenschaftliche Forschung zwischen Daten, Methoden und Begriffen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Nollmann, Gerd (2009): Working Poor. Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 61 (1): 33–55.
- OECD (ed.) (2001): Starting Strong: Early Childhood Education and Care. Paris.
- OECD (ed.) (2006): Starting Strong II: Early Childhood Education and Care. Paris.
- Oesterdiekhoff, Georg W. / Jegelka, Norbert (2001): Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Frankfurt a. M. / New York: Campus.
- Ogburn, William F. (1922): Social Change with Respect to Culture and Original Nature. New York: Viking Press.
- Osterhammel, Jürgen / Petersson, Niels P. (2004): Geschichte der Globalisierung. Dimensionen, Prozesse, Epochen. München: Beck.
- Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) (2001): Bericht zur Situation älterer Menschen. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Papuschek, Ulrike / Schiffbänker, Helene / Reidl, Sybille (2006): Zur Gestaltung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Privatleben in den Creative Industries; in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 31, 4, 82–95.
- Paus-Hasebrink, Ingrid (2007): Kinder als Konstrukteure ihrer Alltagsbeziehungen. Zur Rolle von „Medienmarken“ in Kinder Peer-Groups; in: SWS-Rundschau, Sonderheft „Kindliche Lebenswelten“, 47. Jg., Heft 1, 2007, 26–50.
- Peukert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel. 7. vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Pries, Ludger (2008): Die Transnationalisierung der sozialen Welt. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rehbein, Boike / Schwengel, Hermann (2008): Theorien der Globalisierung. Konstanz: UVK.
- Richter, Rudolf (1999): Zur Lage und Entwicklung von Familie in Österreich. Ein (soziologisches) Resümee; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.), Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. 4. Österreichischer Familienbericht. Wien: BMUF, 783–797.
- Rohrbach, Daniela (2008): Wissensgesellschaft und soziale Ungleichheit. Ein Zeit- und Ländervergleich. Wiesbaden: VS Verlag.
- Rosa, Hartmut (2005): Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rosenbaum, Heidi / Timm, Elisabeth (2008): Private Netzwerke im Wohlfahrtsstaat. Familie, Verwandtschaft und soziale Sicherheit im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Konstanz: UVK.
- Rupp, Marina / Kleine, Lydia (2007): Globalisierung und Veränderung für die Familien in modernen Gesellschaften; in: Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Kleine, Lydia / Limmer, Ruth / Rupp, Marina (Hrsg.), Globalisierung und ihre Folgen für die Familie. Bamberg: ifb, 6–16.
- Sachs, Wolfgang (2002): Nach uns die Zukunft. Der globale Konflikt um Gerechtigkeit und Ökologie. Frankfurt a. M.: Brandes & Apels.
- Safranski, Rüdiger (2003): Wieviel Globalisierung verträgt der Mensch? München / Wien: Carl Hanser Verlag.
- Schäfers, Bernhard (2004): Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland. Mit einem Anhang: Deutschland im Vergleich europäischer Sozialstrukturen. 8., vollständig neu bearb. Auflage, Stuttgart: UTB.
- Scheuch, Erwin K. (2003a): Sozialer Wandel. Band 1: Theorien des sozialen Wandels. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Scheuch, Erwin K. (2003b): Sozialer Wandel. Band 2: Gegenwartsgesellschaften im Prozess des Wandels. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Schier, Michaela / Jurczyk, Karin (2007): Familie als Herstellungsleistung in Zeiten der Entgrenzung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 34, 10–17.
- Schmitt-Beck, Rüdiger / Wasmer, Martina / Koch, Armin (2004): Sozialer und politischer Wandel in Deutschland: Analysen mit Allbus-Daten aus zwei Jahrzehnten. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schultheis, Franz / Perrig-Chiello, Pasqualina / Egger, Stephan (2008): Kindheit und Jugend in der Schweiz. Weinheim: Beltz.

- Schulz, Wolfgang / Hummer, Christian (2005): Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens und Wandel der Einstellungen zu Ehe und Familie. In: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hrsg.), Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag, 343–366.
- Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hrsg.) (2005): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag.
- Silbereisen, Rainer K. / Pinquart, Martin (2008): Individuum und sozialer Wandel. Eine Studie zu Anforderungen, psychosozialen Ressourcen und individueller Bewältigung. Weinheim: Juventa.
- Silbereisen, Rainer K. / Pinquart, Martin (2008a): Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung; in: Silbereisen, Rainer K. / Pinquart, Martin (Hrsg.), Individuum und sozialer Wandel. Eine Studie zu Anforderungen, psychosozialen Ressourcen und individueller Bewältigung. Weinheim, Juventa: 7–36.
- Sirsch, Ulrike / Dreher, Eva / Mayr, Eva / Willinger, Ulrike (2009): What Does it Take to Be an Adult in Austria? in: *Journal of Adolescent Research* 24 (3), 275–292.
- Stiglitz, Joseph (2002): Die Schatten der Globalisierung. Berlin: Siedler Verlag.
- Strohmeier, Klaus Peter / Schultz, Annett / Strohmeier, Henrika (2005): Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als politische Herausforderung. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familien des Landes Nordrhein-Westfalen. Bochum: Universität Bochum.
- Strohmeier, Klaus Peter / Schulz, Annett / Strohmeier, Henrika (2005): Familienforschung für die Familienpolitik. Wandel der Familie und sozialer Wandel als Herausforderung der Familienpolitik. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen. Bochum: Universität Bochum.
- Szydlik, Marc (1999): Erben in der Bundesrepublik Deutschland; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 51, Heft 1, 80–104.
- Szydlik, Marc (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern. Opladen: Leske + Budrich.
- Tetzlaff, Rainer (2000): Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. Bonn: Dietz.
- Thränhardt, Dietrich (2008): Migrations- und Integrationsberichte – ein Strukturvergleich Österreich – Deutschland. KMI Working Paper Series, Working Paper Nr. 13, Kommission für Migrations- und Integrationsforschung. Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Tomlinson, John (2007): *The Culture of Speed. The Culture of Immediacy*. Thousand Oaks: Sage Publications.
- van der Loo, Hans / van Reijen, Willem (1992): *Modernisierung. Projekt und Paradox*. München: dtv.
- Welsch, Wolfgang (2002): *Unsere postmoderne Moderne*. 6. Auflage, Berlin: Akademie Verlag.
- Wernhart, Georg / Kaindl, Markus / Schipfer, Rudolf Karl / Tazi-Preve, Mariam Irene (2008): *Drei Generationen – eine Familie. Austauschbeziehungen zwischen den Generationen und das Altersbild in der Politik*. Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, Band 18, Innsbruck.
- Windolf, Paul (2009): Zehn Thesen zur Finanzmarktkrise; in: *Leviathan*, 37, 2, 187–196.
- Zapf, Wolfgang (2006): Wandel, sozialer; in: Schäfers, Bernhard / Kopp, Johannes (Hrsg.), *Grundbegriffe der Soziologie*. 9. grundlegend überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Zerle, Claudia / Krok, Isabelle (2008): *Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft*. Gütersloh: Bertelsmann.

4

Familie unter veränderten temporalen Bedingungen: Herausforderungen und Chancen

Renate Kränzl-Nagl und Andreas Lange

Inhalt

1 Familie unter veränderten temporalen Bedingungen: Herausforderungen und Chancen	171
1.1 Gesellschaftszeiten – Familienzeiten: Ausgangspunkte	171
1.1.1 Der Wandel des Zeitregimes: Zeit als knappes Gut und Gegenstand der Bewirtschaftung	172
1.1.2 Zeit als Grundlage der Herstellung von Familie: Konzeptioneller Rahmen...	176
1.2 Zeit im Familienalltag	177
1.2.1 Herstellung von Familienzeiten: Anforderungen und Chancen	178
1.2.2 Zeitliche Aspekte der Aufgabenteilung in Familien	185
1.2.3 Eltern- und Kinderzeiten: Zeitbedarfe und -bedürfnisse aus verschiedenen Perspektiven	190
1.3 Familienzeit im Lebenslauf: Familienbiografie als Gestaltungsaufgabe	198
1.3.1 Überblick über Trends bezüglich Lebenslauf und Familienbiografie	200
1.3.2 Die Sandwich-Generation: Herausforderungen im mittleren Lebensalter ...	205
1.3.3 Resümee: Veränderungen des Lebenslaufregimes und der Familienbiografien	209
Summary	211
Literatur	213
 Abbildungen	
Grafik 1: Zeitverwendung für Kinderbetreuung bei Paaren mit Kindern	187
Grafik 2: Zeitverwendung von Frauen in Paarhaushalten mit Kindern unter 6 Jahren	188
Grafik 3: Wunsch nach mehr Zeit mit den Eltern im internationalen Vergleich (in %).....	193

1 Familie unter veränderten temporalen Bedingungen: Herausforderungen und Chancen

Zeit stellt eine zentrale Ressource dar, um Familie herstellen und leben zu können. Die temporalen Bedingungen, unter denen Familie zu Beginn des 21. Jahrhunderts hergestellt und konstruiert werden muss, unterliegen selbst einem Wandel, wobei sich im letzten Jahrzehnt deutliche Veränderungen in Richtung einer Beschleunigung, Verdichtung und Fragmentierung abzeichnen, die zutiefst in Familien hineinwirken. Subjektiv gefühlte Zeitnot und Zeitknappheit, aber auch Zeitkonflikte sowie neue Formen der Zeitautonomie sind Ausdruck des Wandels der zeitlichen Bedingungen, der Familie heute vor spezifische Herausforderungen stellt. Familie ist jedoch nicht nur ein sehr zeitsensibles System, das auf veränderte zeitliche Bedingungen reagiert sowie eng mit den Zeitrastern anderer gesellschaftlicher Bereiche verflochten ist, sondern auch ein aktiv Zeit schaffendes System, das Zeiten produziert und inszeniert. Damit eröffnen sich für Familien auch Freiräume und Chancen der zeitlichen Gestaltung, die allerdings mit den unterschiedlichsten Anforderungen, die aus der Verflochtenheit von Familie mit anderen gesellschaftlichen Institutionen resultieren, innerhalb der Familie koordiniert und synchronisiert werden müssen. Die Herstellung von Familie unter veränderten temporalen Bedingungen, die eingangs skizziert werden, kann demzufolge als spezifische Leistung von Familien in der späten Moderne angesehen werden.

Ziel dieses Beitrags ist es, die Herausforderungen und Chancen, die sich für Familie heute aufgrund des veränderten Zeitregimes ergeben, zu skizzieren. Einschränkend ist mit Blick auf die Datenlage zu erwähnen, dass die letzte Zeitbudgetstudie (Mikrozensus 1992, vgl. BMUJF 1996) in Österreich bereits vor dem letzten Familienbericht 1999 durchgeführt wurde und daher keine aktuellen derartigen Befunde zur Zeitverwendung von Familien vorliegen. Es wird daher im Folgenden auf punktuelle, in Österreich durchgeführte Untersuchungen sowie auf internationale Forschungsbefunde, insbesondere aus dem deutschen Sprachraum, Bezug genommen.

1.1 Gesellschaftszeiten – Familienzeiten: Ausgangspunkte

Zeit ist in der schnelllebigen und globalisierten Welt zu einem kostbaren, da offensichtlich knappen Gut geworden. Die Klagen und Erfahrungsberichte über Zeitknappheit und Zeitstress nehmen zu, ebenso die Ratschläge, wie Zeit effizient genutzt werden kann und soll. Als Folge dieser wahrgenommenen Umbrüche in den temporalen Bedingungen, die eng mit dem Umgang mit der Ressource „Zeit“ in westlich geprägten Gesellschaften verbunden ist, sind Zeitfragen im Kern der gesellschaftlichen Debatten angelangt (Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik 2003, Heitkötter et al. 2009a). Insbesondere in den Familienwissenschaften fand die Schlüsseldimension „Zeit“ in den letzten Jahren vermehrt Beachtung.¹

¹ Dieser Trend setzte im angloamerikanischen Raum schon um einiges früher ein (z. B. Daly 1986).

1.1.1 Der Wandel des Zeitregimes: Zeit als knappes Gut und Gegenstand der Bewirtschaftung

Die temporalen Aspekte des Übergangs von einem industriellen Zeitregime hin zu einem Zeitmuster, das durch die Anforderungen einer wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft (Rohrbach 2008) geprägt ist, zeichnen sich durch Beschleunigung und Fragmentierung von Zeit aus, begleitet von einer nicht mehr voraussetzungslos vorhandenen traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, die in der Industriegesellschaft für eine Koordination zwischen privaten und öffentlichen Bereichen sorgte. War Zeitsouveränität lange ein konstitutives Merkmal der Moderne, das die Beherrschbarkeit von Zeit durch das Individuum implizierte sowie die Steigerung der Freiheitsgrade und die Selbststeuerung des Individuums betonte (Geissler 2008, Rinderspacher 2009), so rücken nun zeitliche Verknappung und Verdichtung vermehrt in den Vordergrund – Zeit droht zu entgleiten und avanciert zu einem kostbaren und prekären Gut (Jurczyk/Lange 2006, BFSFJ 2009).

Eng damit verbunden ist der Trend zur Ökonomisierung von Zeit bzw. einem Verständnis von Zeit als Gegenstand der Bewirtschaftung: Mit Zeit muss heute möglichst effizient und ökonomisch umgegangen werden, wobei es immer schwieriger zu werden scheint, Balancen zwischen den einzelnen Anforderungen der Taktgeber in der 24-Stunden/7-Tage-Gesellschaft² (Presser 2003) und damit zwischen Familienzeit, Arbeitszeit und Lebenszeit (Mischau/Oechsle 2005) herzustellen.

Hinter den gewandelten temporalen Rahmenbedingungen steht ein vielfältiges Geflecht von Umbrüchen des Wirtschaftens und Arbeitens (Castells 2001, Senghaas-Knobloch 2008), die unmittelbar bzw. moderiert über andere gesellschaftliche Institutionen und Faktoren auf die familiäre Lebensführung einwirken. Die vielfach konstatierten und beschriebenen technologisch und ökonomisch bedingten kapitalismusimmanenten Prozesse der Beschleunigung und Verdichtung von Zeit (Sennett 1998, Lange 2004) stehen in engem Wechselverhältnis zu Veränderungen auf anderen Ebenen, wie etwa zum demografischen Wandel, Entwicklungen in den familialen Lebensformen oder jenen im Betreuungs- und Bildungssektor. Durch diese in sich verflochtenen Entwicklungsstränge kommt es einerseits zu neuen Freiräumen, v. a. im Hinblick auf ein erhöhtes Maß an Selbstbestimmtheit, und andererseits zu neuen Zwängen, insbesondere zu einem vermehrten Gestaltungsbedarf von Zeit zur Herstellung von Familie, was heutzutage eine zentrale Herausforderung an Familien und die in ihr lebenden Akteure darstellt.

Rosa (2009) identifiziert als gemeinsamen Kern und Motor dieser temporalen Herausforderung an alle Akteure die Umstellung der Anerkennungsordnung westlicher Gesellschaften vom Positionskampf hin zum performativen Dauerwettbewerb der späten Moderne. Damit ist gemeint, dass in der modernen Gesellschaft zwar ein Kampf um Statuspositionen ausgefochten wurde, aber nach dem Einnehmen einer Position diese mit großer Wahrscheinlichkeit gehalten werden konnte und ein bestimmtes Maß an Anerkennung den Status sicherte. Heute werde der Verteilungswettkampf jedoch nicht mehr positional, sondern performativ entschieden: Jahres-, Halbjahres-, Monatsbilanzen – sie durchdringen mit ihrer Logik der Quantifizierung die gesamte berufliche Landschaft vom Betrieb bis zur

² Das heißt, die ökonomische Produktion dominiert 24 Stunden am Tag das soziale Leben, und das sieben Tage in der Woche.

 FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Universität und sorgen dementsprechend für das Gefühl, unter auch zeitlichem Druck zu sein. Das Motiv der Performanz gilt aber auch in vielen lebensweltlichen Bereichen immer mehr und wird ständig unter Revisionsvorbehalt gestellt.

Zwar manifestieren sich die neuen Formate der Zeitvorgaben und Zeitstrukturierung, gewissermaßen die Taktgeber der Globalisierung und Entgrenzung, im Einzelnen länderspezifisch. Es lassen sich aber durchaus wichtige übergreifende Aspekte einer neuen Zeitordnung in modernen europäischen Ländern, den USA und Australien skizzieren, die auf der Basis einer Vielzahl von Methoden, beginnend von großen international vergleichenden Zeitbudgetuntersuchungen bis hin zu tief ansetzenden qualitativen Studien, den Zeitraster von Familien in der späten Moderne in seinen Grundstrukturen mitbestimmen.

Das eigentliche Paradox unserer Tage besteht darin, dass man immer länger lebt (Vaupel/Kistowski 2007), potenziell mehr gemeinsame Lebenszeit mit den Eltern und Großeltern teilen kann (Lauterbach 2004), gleichzeitig die Zeit im Erleben und in den diesbezüglichen Diskursen aber immer knapper wird. Das Tempovirus (Borscheid 2004) ist allenthalben am Werke und beschleunigt die Gesellschaft als Ganze (Rosa 2005). Das diagnostizierte Tempovirus hinterlässt höchst widersprüchliche Wirkungen: Einerseits entstehen neue Möglichkeiten der schnelleren Erreichbarkeit und der Befriedigung von Bedürfnissen, andererseits übt es diffusen Druck aus, wie der Kulturhistoriker Borscheid (2004: 8) ausführt: „Ein Banause, wer am Alten festhält; ein Zurückgebliebener, wer die neueste Technik nicht präsent hat; ein Faulenzer, wer beim Essen keine neuen Geschäfte anbahnt; ein potenziell Arbeitsloser, wer sich zurücklehnt.“

Rosa (2005) sieht in der beschleunigten Umwandlung von Verhältnissen, Institutionen und Beziehungen generell ein zentrales Merkmal der Gegenwartsgesellschaft. Diese Entwicklung erfordere es vom einzelnen Individuum, sein Leben langfristig zu planen, um ihm eine gewisse Stabilität zu verleihen, ohne dies angesichts der wachsenden Kontingenz der sozialen Verhältnisse jedoch noch rational tun zu können. Mit der Notwendigkeit von Planung bei gleichzeitig wachsenden Unsicherheitspotenzialen sind nicht nur individuelle Akteure, sondern gerade auch Familien konfrontiert, in deren Rahmen verschiedenste individuelle Planungen auf unterschiedlichen Ebenen (Paar-Ebene, Eltern-Kind-Ebene) sowohl im Alltag als auch biografisch gesehen synchronisiert werden müssen. Rosa verweist zudem auf ein weiteres grundlegendes Paradoxon von Zeit im Alltag spätmoderner, westlicher Gesellschaften: Zeit wird auf der einen Seite nahezu in allen Alltagspraktiken durch den immer raffinierteren Einsatz von moderner Technik und organisatorischer Planung („Zeitmanagement“) eingespart, auf der anderen Seite wird Zeit zunehmend als knapp und prekär sowie das Leben als unter Zeitdruck stehend erlebt. Es drängt sich der Eindruck auf: Je mehr Zeit wir einsparen, desto weniger haben wir. Subjektiv erlebter Zeitstress ist ein komplexes Phänomen, wobei nicht ausschließlich zu wenig Zeit und zu viele Aktivitäten dafür verantwortlich sind, sondern (Jurczyk 2009: 59):

- Verdichtung, Parallelaktivitäten und der rasche Wechsel zwischen Aktivitäten,
- widersprüchliche Zeitlogiken unterschiedlicher Bereiche,
- Kollisionen unterschiedlicher Zeitstrukturen, die nicht mehr zueinander passen (temporal/cultural lag),

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- sowie, wie schon mehrfach empirisch auch belegt, die (nach wie vor bestehende, strukturell bedingte) Fremdbestimmtheit von Zeit und die Unplanbarkeit bezüglich Dauer, Lage und Tempo von Aktivitäten.

Die subjektive Wahrnehmung einer knapper werdenden Zeit ist in allen westlichen Industriestaaten seit dem Beginn entsprechender Erhebungen in den 1960er-Jahren nahezu kontinuierlich dominanter geworden (Rosa 2005). Man kann von einer neuen Kultur der Unmittelbarkeit sprechen, die eine Reihe von zeitlichen Folgen für das Individuum hat. Dieser markante Umbruch gegenüber der bislang vorherrschenden Kultur der mechanischen Geschwindigkeit zeigt sich nach Tomlinson (2007) exemplarisch an folgenden Phänomenen:

1. Die Entgrenzung von Arbeits- und Familienleben, gefördert durch die Vernetzung mit PCs.
2. Die Informationsressource Internet und der damit verbundene Wandel im Habitus der Informationssuche: Man sucht zuerst in Google, was sich ja auch im Verb „googeln“ augenscheinlich manifestiert.
3. Der Übergang in eine Konsumgesellschaft, in der Einkaufen permanent möglich gemacht wird. Dazu kommt das parallele Eindringen von Freizeit in die Erwerbsarbeit – exemplifiziert durch die Coffeebar-Kultur. „The curious co-existence of this with a culture of extended working hours in many modern societies“ (ebd.: 72).
4. Die 24-Stunden-Nachrichtenberichterstattung als permanentes Narrativ.
5. Die Verlagerung von Finanz-, Versicherungs- und anderen Dienstleistungen von lokal situierten Büros hin zu „Callcentern“.
6. Digitale Fotografie beinhaltet, dass man nicht auf die Entwicklung des Bildes warten muss und der Druck des Fotos zur Option wird.
7. Speeddating als sich immer mehr durchsetzende Form der Partnersuche.
8. Computerbezogene Pathologien und Störungen: Angst vor Datenverlust, Viren und Würmern, Spamüberflutung, Verzögerungen im Datentransfer und unerreichbare Webseiten (URL unavailable).
9. Die Generalisierung des Konzepts des Multi-Tasking von einer Beschreibung des Funktionierens von Computern hin zu einer Beschreibung menschlicher Aktivitäten.
10. Eine globale Jugendkultur, in welcher Handys zu definierenden Elementen in Bezug auf Identität und Kommunikation geworden sind.
11. Die Allgegenwart von Bildschirmen und die Notwendigkeit, sich im Alltag mit ihnen auszukennen.
12. Schließlich auf der Ebene des kulturellen Diskurses: „Consequently the continued, gestural use of progress in political or economic discourse in a sense restricted to short-term demands, agendas and goals. A public discourse which seems in fact – outside of the continuance of traditional religious beliefs – to have largely abandoned the attempt to define long-term collective purpose“ (ebd.: 73).

Die Attributierung der Kultur als „unmittelbar“ umfasst im Wesentlichen drei Kernaspekte: Erstens eine Kultur des Sofort, eine Kultur der schnellen Auslieferung und der unmittelbaren Befriedigung der Bedürfnisse. „And of course underpinning this, an economy and an associated work culture geared not just to sustaining but to constantly increasing this

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

tempo of life“ (ebd.: 74). Zweitens eine Kultur der Nähe, des Nichtgetrenntseins. Anders ausgedrückt: vermittelnde Elemente fallen zusehends weg, was ambivalent zu bewerten ist. Der Chance zur größeren Vertrautheit auf der positiven Seite steht der Zwang zur Nähe gegenüber. Schließlich drittens, im scheinbaren Gegensatz zum zweiten Punkt, basiert die neue Kultur der Unmittelbarkeit auf den Medien.

Ferner steht das neue zeitliche Regime mit einem Paradigmenwandel in der Sozial- und Gesellschaftspolitik (Evers/Heinze 2008) in engem Zusammenhang: Oberstes Ziel ist die Aktivierung von Humankapital (v. a. möglichst viele Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren) bzw. die Nutzbarmachung von vorhandenen, aber bislang noch ungenügend erschlossenen Human- bzw. Sozialkapitalressourcen (Gehmacher et al. 2005). Die Instrumentalisierung der frühen Kindheit für die Maximierung kognitiver Fähigkeiten (Leu 2008) und damit vor allem für den zukünftigen Arbeitsmarkt entpuppt sich dabei als wichtiges Element eines neuen Zeitregimes, das Zeit in erster Linie als möglichst effizient zu bewirtschaftende Ressource auffasst. Jedoch auch das Alter wird – unter dem EU Postulat „Life long learning“ – zunehmend zu einer Lebensphase, deren Nutzbarmachung, ebenso wie Kindheit, im gesamtgesellschaftlichen Interesse liegt (für Österreich vgl. Amann/Ehgartner 2007).

Die veränderten zeitlichen Bedingungen in der späten Moderne lassen sich zusammenfassend somit anhand folgender Merkmale beschreiben: Beschleunigung und Fragmentierung (Rosa 2005), das Eindringen des Tempo-Virus (Borscheid 2004) in alle Lebensbereiche, Gleichzeitigkeit (Geißler 2004) und Unmittelbarkeit, Entgrenzung von Zeit durch Medien und Technologien (Tomlinson 2007). Ferner ist die Bewirtschaftung von Zeit ein Kennzeichen des veränderten Zeitregimes (Bauer 2000). Die skizzierten Verschiebungen in der zeitlichen Architektur der Gesellschaft in der Spätmoderne haben weitreichende Konsequenzen für Formen des Zusammenlebens und für die Identität von Individuen (Heuwinkel 2006) und damit auch für Familie. Auffallend ist dabei, dass die Veränderungen in den temporalen Bezügen der Lebensführung und der Lebensplanung nicht mehr nur für „Zeitpioniere“ (Hörning et al. 1990) gelten, sondern inzwischen immer weitere Kreise der Bevölkerung erfassen. Die Auseinandersetzung mit den veränderten zeitlichen Bedingungen, die damit verbundenen Wahrnehmungen, Erfahrungen sowie Erfordernisse, Gestaltungsfreiräume und -zwänge prägen demzufolge Familie zu Beginn des 21. Jahrhunderts in spezifischer Weise.

Die neuen zeitlichen Verhältnisse, Verschiebungen und Ambivalenzen finden ihren Widerhall auch in den Medien. Oftmals werden aber dort die Individuen, die Akteure dafür verantwortlich gemacht, dass Symptome von Zeitstress entstehen. So wird häufig ein mediales Bild von gestressten und überforderten Eltern gezeichnet, verknüpft mit Darstellungen von gehetzten und/oder vernachlässigten Kindern (vgl. Beitrag über Familienrhetorische Betrachtungen von A. Lange und R. Kränzl-Nagl in diesem Band). Ein Mangel an elterlicher Zeit und Zuwendung wird öffentlich beklagt, der wiederum mit konstatierten Erziehungsdefiziten in Verbindung gebracht wird. Diesen Annahmen über den Zeitnotstand in Österreichs Familien stehen jedoch vergleichsweise spärliche empirische Befunde gegenüber (exemplarisch Kränzl-Nagl et al. 2006a). Auch die Kinder werden in diesen Zusammenhängen als termingeplagt dargestellt; dafür verantwortlich gemacht werden wiederum individuelle Verfehlungen und Fehleinschätzungen. Empirisch gesehen lässt sich

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

dies ebenfalls nicht stützen, da der Großteil der Kinder über ein ausbalanciertes Ausmaß von freien Zeitquanten und institutionellen Terminen verfügt (Hofferth 2008, Wilk/Bacher 1994, Zinnecker et al. 2002). Die eigentlichen Probleme für bestimmte Kinderpopulationen sind nach dem internationalen Forschungsstand atypische, wenig vorhersagbare Arbeitszeiten der Eltern (Han 2008, Lange 2009a) sowie die durch die neuen Bildungserwartungen entstehenden Zeitkonflikte in der Familie, die durch die Indienstrahnen der Familien für das Bildungssystem provoziert werden (Münch 2009: 65, Wolf 2009). Jedoch nicht nur die junge Generation sieht sich mit Erwartungshaltungen im Kontext mit Bildung konfrontiert, sondern auch die mittlere und ältere Generation wird vermehrt als Bildungsressource entdeckt, wodurch sich ebenfalls neue Herausforderungen im Hinblick auf zeitliche Arrangements in Familien ergeben.

1.1.2 Zeit als Grundlage der Herstellung von Familie: Konzeptioneller Rahmen

Die gemeinsame Zeit von Familienmitgliedern gilt als eine der wichtigsten Ressourcen zur Herstellung von Familie in lebenslaufbezogener wie in alltäglicher Sicht (Lüscher/Wehrspau 1986). So zeigt sich beispielsweise, dass gerade in der Phase der Paarkonstitution das gemeinsame Verbringen von Zeit essenziell notwendig ist, um eine Basis für die weitere Entscheidung zugunsten einer Fortführung und eventuellen Etablierung der Partnerschaft zu schaffen (Lenz 2009). Im Alltag wird das selbst gewählte Teilen von Zeiträumen als essenziell bedeutsam für die Herausbildung von Wohlbefinden, Kompetenzen und Sozialkapital angesehen. Ferner wird Familie als gemeinsamer Lebensraum konstitutiv mit geteilten Zeiten in Verbindung gebracht.

Daraus gehen wiederum die vielfältigen Leistungen von Familien für sich selbst und die Gesellschaft hervor, die sich analytisch – in Anlehnung an den und Fortschreibung des österreichischer Familienbericht(s) von 1999 (Beham/Gössweiner 1999) – in

- Haushaltsführung, Gesundheits- und Erholungsleistungen,
- Kohäsion und emotionaler Stabilisierung der Familienmitglieder,
- Sozialisation, Erziehung und Unterstützung der Bildungslaufbahnen der Kinder,
- Organisations- und Koordinationsleistungen sowie Erschließung der sozialen Ökologien für die Kinder, insbesondere auch der Erschließung sozialstaatlicher Angebote,

aufgliedern lassen. Zu ergänzen sind in dieser Aufzählung Pflege- und Sorgeleistungen für ältere Familienmitglieder (vgl. Beitrag über Eltern-Kind-Beziehungen von M. Beham und U. Zartler in diesem Band).

Aus diesen im privaten Raum erbrachten Leistungen gehen vielfältige positive externe Effekte für die Gesellschaft hervor. Aufgrund des sozialen Wandels kann allerdings, so die These dieses Beitrags, die hierfür notwendige Ressource Zeit nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Vor dieser Folie stellen die nachfolgenden Abschnitte dar, unter welchen „temporalen Bedingungen“ das Familienleben heute steht sowie welche Leistungen erbracht werden müssen, um Familie unter diesen veränderten Bedingungen herstellen und für alle Mitglieder befriedigend gestalten zu können.

Konzeptionell gesehen wird in diesem Beitrag ein Modell des Zusammenhangs von Familie und Zeit entlang von zwei Ebenen entfaltet, das verdeutlicht, dass Familie auf der einen

Seite „zeitsensibel“, also reagierend, und auf der anderen Seite ein aktiv Zeit schaffendes System ist. Dies impliziert, dass Familie einerseits in ein dichtes Geflecht von sozialen Zeitgebern und Zeitinstitutionen eingebunden ist, andererseits aber selbst familienbezogene Zeitareale herstellen will bzw. muss. Diese „semi-autonome“ Gestaltung von Eigenzeiten ist fundamental für die Qualität und Authentizität des Familienlebens sowie für die Herausbildung von Privatheit, autonomer Lebensführung und Lebensplanung.

Ferner wird im Hinblick auf Familienzeiten zwischen folgenden zwei Analyseebenen unterschieden: dem Umgang mit Zeit im Familienalltag zum einen und dem Faktor Zeit in biografischer, lebenslaufbezogener Perspektive zum anderen. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass Familien nicht nur auf ein bestimmtes Maß an Zeit als zentrale Ressource angewiesen sind, um Familie im Alltag herstellen zu können, sondern dass Familie ein lebenslanges Projekt ist, in dessen Verlauf geschlechter- und generationenübergreifende Aushandlungsprozesse stattfinden, dynamische Übergänge zu bewältigen sind sowie auf Bedarfslagen von Kindern, Müttern, Vätern und Großeltern in teils neu komponierten Familienkonstellationen reagiert werden muss. Es ist dabei nicht von der Hand zu weisen, dass Familienalltag und Familienbiografie in der Realität untrennbar miteinander verwoben sind.

Zugleich ist Zeit ein Medium, in dem sich Machtungleichgewichte und Unterschiede zwischen Akteuren in der Familie niederschlagen können. Zum einen reproduzieren sich Geschlechterungleichheiten: Beispielsweise manifestiert sich die Retraditionalisierung von Familienrollen besonders eindrücklich an den „turning points“ der Familienbiografien, also anlässlich der Geburt des ersten Kindes und weiterer Kinder und markant dann ein zweites Mal, wenn die Eltern pflegebedürftig werden (Jabsen/Blossfeld 2008). Trotz einer Tendenz hin zum Aushandlungshaushalt sind auch die Verhältnisse zwischen der Eltern- und Kindergenerationen durch ein Gefälle hinsichtlich der Bestimmung über die Zeitverwendung bestimmt. Eine differenzierte Analyse der veränderten zeitlichen Bedingungen und ihrer Effekte auf Familie erfordert es daher, sowohl die Dimension „Geschlecht“ als auch die Dimension „Generation“ in den Blick zu nehmen.

1.2 Zeit im Familienalltag

Die Herstellung gemeinsamer Familienzeiten im Alltag unterliegt zunehmender Veränderung, die mit Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere jenen der Arbeitswelt (vgl. Beitrag von K. Jurczyk und G. Schmied in diesem Band) eng korrespondieren. Die zunehmende Durchlässigkeit der Grenzen des Privaten und Öffentlichen, von Arbeitszeit und Freizeit und damit generell von Familie und anderen gesellschaftlichen Subsystemen (Jurczyk et al. 2009) wird in Familien bzw. von den jeweiligen Familienmitgliedern unterschiedlich erlebt, und es wird mit den daraus resultierenden Herausforderungen in verschiedener Weise umgegangen. Ebenso werden Zeitkonflikte und Zeitstress unterschiedlich wahrgenommen bzw. bewältigt. Familiäre Zeitkonflikte weisen unterschiedliche Grade von Verdichtung, Fremdbestimmtheit und Prekarität auf, weshalb analytisch unterschieden werden muss zwischen zeitlich belasteten Familienphasen, zeitlich unterschiedlich belasteten Familienkonstellationen sowie geschlechtsspezifischen Belastungen im Alltag von Familien.

1.2.1 Herstellung von Familienzeiten: Anforderungen und Chancen

Im Familienalltag spielt Zeit eine zentrale Rolle: Das Bedürfnis von Kindern nach gemeinsamer Zeit mit den Eltern nimmt mit zunehmendem Alter zwar ab, der Wunsch nach Zuwendung bzw. Verfügbarkeit der Eltern bleibt aber auch im Schulalter bestehen (Kränzl-Nagl et al. 2006a, b). Auch Jugendliche fragen Elternzeit in existenziell wichtigen Fragen nach (Walper 2008) und schätzen durchaus emotionale Wärme und Vertrautheit daheim (Turtiainen et al. 2007). Insbesondere bei den Mahlzeiten genießen sie Befunden einer aktuellen deutschen Studie zufolge das emotional warme Miteinander und die Kommunikationsmöglichkeiten (Bartsch 2008; zur Bedeutung von Mahlzeiten siehe auch Setzwein 2004, Küster 2009), auch wenn sie ab und an andere Themen setzen möchten als ihre Eltern. Vor diesem Hintergrund wiederum sind elterliche Arbeitszeiten, die genau dieses geschätzte Familienritual, das insbesondere in den Abendzeiten vollzogen wird, erschweren, als familienfeindlich einzuschätzen (Jacob et al. 2008). Die Entgrenzung von Arbeitswelt und Familie (Hochschild 2002) zeigt sich somit – zumindest für einen Teil der Familien – darin, dass Zeitareale am Abend und am Wochenende, die früher unangetastete Ruhezeiten bzw. Familienzeiten waren, durch Arbeitszeiten immer öfter in Beschlag genommen werden (Lange/Szymenderski 2007). Jurczyk und Voß (2000) sprechen in dem Zusammenhang von der „Verbetrieblichung der Lebensführung“. Jurczyk (2009: 50) weist allerdings darauf hin, dass es weniger die Bewegungen der Erwerbsarbeits(zeit-)strukturen sind, die Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Beruf in zeitlicher Hinsicht schaffen, sondern vielmehr die Gleichzeitigkeit von Veränderungen auf unterschiedlichen Ebenen.

Aus der Perspektive der in Familie lebenden Akteure macht sich die Qualität der Familienzeit zu wesentlichen Anteilen erstens an unspektakulären gemeinsamen Handlungen, Aktivitäten und Gelegenheiten fest. Kinder und Jugendliche genießen es, mit ihren Eltern zu kommunizieren, gemeinsam Medien zu rezipieren und sich der Eltern „stand-by“ gewiss zu sein, ohne unter dauernder Kontrolle zu stehen (Lange 2006, Kremer-Sadlik/Paugh 2007). Anhand von videogestützten Beobachtungen und Interviews arbeiten Kremer-Sadlik und Paugh (2007) heraus, dass sich für die beteiligten Eltern und auch die Kinder spontane, unstrukturierte alltägliche Episoden als wichtige Familienzeiten herauskristallisieren, die sich durch eine besondere Qualität auszeichnen, ohne dass diese als inszeniert zu bezeichnen wären. Ganz beiläufige Interaktionen bei den Mahlzeiten, beim Aufräumen etc. erweisen sich hier als Katalysatoren für als wertvoll erlebte Zeiträume.

Diese Beiläufigkeit als Ressource für Familieninteraktionen erscheint besonders hervorhebenswert, wenn es um eine Bewertung der Familienzeit aus Sicht des Nachwuchses geht. Kinder wünschen sich sozusagen so etwas wie „stand-by Eltern“ – diese Beiläufigkeit der Zeitverwendung wiederum ist eine wichtige Ressource für familale Bildungsprozesse (Jurczyk/Lange 2008, Liegle 2006). So betont u. a. Lange (2004) die zentrale Rolle der Elternzeit für die Vermittlung und Aneignung von Bildung und Kompetenzen. Im Rahmen der alltäglichen Familientätigkeiten werden bildungsbezogene Gelegenheiten geboten, welche die Bildungsprozesse der Familienmitglieder fördern. Eltern wie auch Großeltern übernehmen dabei Bildungsleistungen, die über die reine Sicherung der schulischen Leistungsfähigkeit der Kinder deutlich hinausgehen. Komplementiert wird dies um das Erleben

besonderer Ereignisse wie den Schulanfang, das Weihnachtsfest etc. Für beides, alltägliche Beiläufigkeit und herausgehobene Familienereignisse, muss ausreichend Spielraum gegeben sein (Klenner et al. 2003), um Familien temporale Autonomie einzuräumen.

Herstellung von Familienzeiten: Zwischen Zeitsouveränität und Zeitnot

Diese Selbstbestimmung über Familienzeit ist neben der Quantität von Zeit, die potenziell für Familienbelange zur Verfügung steht, ein wesentliches Element der Lebensqualität von Familie. Löst sich die Kontrolle über eigenständige Verfügung von Zeit für Beziehungen, Partnerschaft, Eltern-Kind-Beziehung aufgrund einer intensiven und zeitextensiven Einbindung in andere gesellschaftliche Systeme und deren Zugriff auf Familie selbst mehr und mehr auf, so verliert sich die Fähigkeit, die Zukunft zu planen (Brannen 2005). Die Herstellung gemeinsamer Familienzeiten bleibt selbst auch nicht von Widersprüchen verschont, wie Daly (2001) empirisch nachgewiesen hat. Die normativ aufgeladene Anforderung, die Zeiten in der Familie besonders befriedigend, angenehm und auf die Eigenarten der jeweiligen Persönlichkeiten in der Familie abgestimmt zu gestalten, provoziert nicht selten systematische Erwartungsenttäuschungen.

Mit der Vergrößerung der individuellen Zeitgestaltungspotenziale erhöhen sich zugleich die Anforderungen an die Zeitdisziplin, und der Zeitdruck in Familien steigt. In allen westlichen Industriegesellschaften, zu denen entsprechende Daten vorliegen, artikulieren Eltern in einem beträchtlichen Ausmaß auf der Ebene subjektiver Einschätzungen Zeitnöte, allen voran die Mütter (Jurczyk 2009, Roxburgh 2006). Damit verbunden ist das Gefühl, die Elternrolle nicht angemessen ausfüllen zu können (Henry-Huthmacher 2008). Eine besondere Zuspitzung der Zeitnot ist in Familien Alleinerziehender zu beobachten (Meier-Gräwe/Kahle 2009).

Neben dem Vorhandensein eines oder beider Elternteile im Haushalt ist auch die Anzahl der Kinder ein Faktor für die Ausübung einer Erwerbstätigkeit (vgl. Beitrag von K. Jurczyk und G. Schmied in diesem Band) und damit für die zeitlichen Ressourcen zur Erbringung familialer Leistungen. Eine Differenzierung der Familien nach der Gesamtzahl der Kinder unter 15 Jahren für Frauen, die in einer Partnerschaft leben, ergibt anhand der Daten der Österreichischen Zeitbudgeterhebung 1992 folgendes Bild (BMUJF 1996): Im Hinblick auf das Ausmaß der Erwerbs- und Bildungsbeteiligung ist ein Sprung zwischen Frauen mit einem Kind und solchen mit mindestens zwei Kindern festzustellen. Der Zeitaufwand für Hausarbeit steigt, er ist in Familien mit zwei Kindern um 22 Minuten höher als in solchen mit einem Kind, in Familien mit mindestens drei Kindern um weitere 19 Minuten höher als in solchen mit zwei Kindern. Ebenso ist ein gleichmäßiger Anstieg in der Kinderbetreuung festzustellen: in Familien mit zwei Kindern um 30 Minuten mehr als in solchen mit einem Kind, bei mindestens drei Kindern um weitere 31 Minuten mehr als bei zwei Kindern. Ohne Partner lebende Frauen sind in stärkerem Ausmaß erwerbstätig – dementsprechend steht ihnen weniger Zeit für die Betreuung der Kinder zur Verfügung, auch der Hausarbeit wird weniger Zeit gewidmet. Während allein lebende Frauen unabhängig vom Alter des jüngsten Kindes weniger Zeit für Hausarbeit verbringen (müssen), ist die relative Reduktion der Kinderbetreuungszeit erstens ausschließlich auf Kinder ab dem Kindergartenalter festzustellen, zweitens dadurch bedingt, dass in der Mikrozensuserhebung nur 28 % der Alleinerzieherinnen mehr als zwei Kinder unter 15 Jahren haben (Guger et al. 2003).

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Fasst man die wichtigsten Erklärungsansätze für gefühlte Zeitnot, die u. a. auch durch erhöhte Koordinationsherausforderungen bedingt ist, zusammen, zeigt sich: Auf der einen Seite führt die, wenn auch dominant in Teilzeitbeschäftigung sich vollziehende, intensivere Inklusion der Mütter in den Erwerbsbereich zu einer, verglichen mit den Verhältnissen der 1960er-Jahre, Veränderung im quantitativen Ausmaß an potenziell verfügbarer Familienzeit. Dies bedingt insbesondere bei einer Desynchronisierung der Paararbeitszeiten eine Reduktion von gemeinsamen Familienzeiten, was als unintendierter Effekt der Dominanz des Erwerbssystems angesehen werden muss, welches die Zeittakte und Arbeitszeitformen weitgehend vorgibt. Wegen dieser Desynchronisierung interagieren die Eltern eher individuell, in Dyaden mit den Kindern. Insbesondere ein „off-scheduling“ in den Abendzeiten hat den Effekt, dass gemeinsame Familienzeiten aller Familienmitglieder weniger erfahren und genutzt werden können. Ferner zeigt sich, dass dies insbesondere für erwerbstätige Personen aus unteren sozialen Schichten zuzutreffen scheint (Lesnard 2008). Die „working poor“-Debatte ist also auch unter zeitlichen Vorzeichen zu führen.

Veränderungen in den Arbeitszeiten und ihre Folgen für die Familie

Der auffälligste Wandel der Arbeitszeit in den letzten 20 Jahren besteht in der Erosion des Normalarbeitsverhältnisses. Der Anteil der Erwerbstätigen mit einer Standardarbeitszeit zwischen 35 und 40 Stunden nimmt ab (Garhammer 2003, 2005). Es kommt zu Aufweichungen an beiden Rändern: Einer Gruppe unter den voll Erwerbstätigen, die länger als 48 Stunden in der Woche beschäftigt ist, steht heute ein wachsender Anteil von Beschäftigten mit einer Arbeitszeit gegenüber, deren Bezahlung nicht mehr für den Lebensunterhalt und für eine langfristige Absicherung reicht (working poor, vgl. Nollmann 2009 sowie Beitrag über Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt von K. Jurczyk und G. Schmied in diesem Band). Für beide Gruppen ergeben sich spezifische Herausforderungen für den Familienalltag: Während sich bei zeitlich stark beanspruchten Berufstätigen das quantitative Ausmaß für Familienzeiten einschränkt, sind Familien, auf die das working poor-Phänomen zutrifft, mit finanziellen Einschränkungen, z. B. im Hinblick auf zukaufbare Unterstützungsleistungen, konfrontiert. Darüber hinaus kann sich bei diesen Familien ein erhöhter zeitlicher Synchronisationsaufwand infolge der Ausübung mehrerer, geringfügig entlohnter Jobs („McJobs“) ergeben, die nicht nur untereinander, sondern auch mit Familienzeiten in Einklang gebracht werden müssen.

Ferner sind Entwicklungen in den Beschäftigungsverhältnissen, wie die Flexibilisierung von Arbeitszeiten³ (Garhammer 2004, Seifert 2005, Szydlik 2007) und Arbeitsorten (Winkler 2001), die Zunahme von Arbeitsformen, die mit einer wachsenden Verlagerung von Verantwortung auf Mitarbeiter einhergehen, und Zeiten, die früher für Ruhezeiten bzw. Familienzeiten reserviert waren, in Beschlag nehmen, bedeutsame Faktoren. Die neuen Mittel ökonomischer Rationalisierung und Marktanpassung wie just-in-time-Produktion, Flexibilisierungen des Arbeitskräfteeinsatzes, Verlagerung von Verantwortung auf Mitarbeiter/-innen (Voß/Pongratz 1998) gehen mit flexiblen, unregelmäßigen, zum Teil auch völlig selbstbestimmten und nicht mehr dokumentierten Arbeitszeiten einher (Garhammer 2005, Oechsle 2008). In vielen Sparten obliegt es zunehmend mehr den Beschäftigten, ihre Arbeitszeiten in Abstimmung mit betrieblichen Belangen und Projektnotwendigkeiten eigenständig zu

³ Promberger (2005) geht kritisch der Frage nach, inwiefern es sich bei flexiblen Arbeitszeiten um ein zeitgeschichtlich neuartiges Phänomen handelt.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

gestalten. Daraus ergeben sich Chancen für die autonome Gestaltung des Familienalltags, aber es drohen auch neue Risiken, die in der einschlägigen arbeits- und industriesoziologischen Literatur der jüngsten Zeit beschrieben wurden (z. B. Eberling et al. 2004).

Wie Fallstudien aus Deutschland zeigen, bringen flexible, unregelmäßig verteilte Arbeitszeiten nicht nur Nachteile mit sich, sondern auch neue Gestaltungsspielräume für Familien und damit mehr Möglichkeiten, auf den Zeitbedarf bzw. Zeitbedürfnisse von Kindern zu reagieren. Wenngleich flexible Arbeitszeiten, wie immer verfeinert, zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen können, so ist dieser Effekt nicht zwingend (Promberger 2004). Das heißt, sie sind nicht „per se“ familienfreundlich, gerade unter schwierigen wirtschaftlichen, arbeitsorganisatorischen, betriebspolitischen oder „shop floor“-spezifischen Rahmenbedingungen, und können genau das Gegenteil bewirken. Das familienfreundliche Potenzial flexibler Arbeitszeiten lässt sich – sind die übrigen Voraussetzungen gegeben – am besten dort realisieren, wo das Management den familial geprägten Nutzungsabsichten offen gegenübersteht.

Jürgens (2005a) weist wiederum auf die verschiedenen Formen flexibler Arbeitszeit hin sowie auf die Folgen, die sich für familiäre Lebenszusammenhänge ergeben. So werden neben traditionellen Formen flexibler Arbeitszeiten (Teil-, Gleit-, Schicht-, Wochenendarbeit) auch neue Modelle wie Arbeitszeitkonten in manchen Ländern weite Verbreitung finden. Solche Konten – in Deutschland von 29 % der Betriebe und Dienststellen genutzt – bieten den Arbeitnehmer/innen die Möglichkeit, ihre Arbeitszeiten besser an private und betriebliche Bedürfnisse anzupassen. Die Nutzung von Konten hängt aber wesentlich vom Grad der betrieblichen Mitbestimmung der Beschäftigten über die Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeit ab. Diese „familienfreundliche“ Arbeitszeitgestaltung mit sensiblem Blick auf elterliche Flexibilitätsanforderungen ist jedoch bislang nur auf wenige Branchen und privilegierte Arbeitnehmergruppen beschränkt, obwohl sie eine Chance bietet, Erwerbstätigkeit mit anderen Tätigkeiten zu vereinbaren (Jürgens 2005b).

Dazu kommt, dass die gestiegene inhaltliche Bedeutung der Erwerbsarbeit über die Subsistenzsicherungsfunktion hinaus eine weitere Quelle von Gefühlen des Nicht-Genügens von Anforderungen hervorruft. Tiefe Ambivalenzen, die auch in den Familienalltag hineinstrahlen, sind die Folge (Blair-Loy 2003, Lange et al. 2005). In ihrer österreichischen Fallstudie kommt Kroismayr (2003) dies bestätigend zu dem Schluss, dass es genau diese inhaltlichen Aspekte, neben dem Motiv des eigenständigen Erwerbs, sind, die Mütter dazu veranlassen, relativ schnell in Berufsarbeit zurückzukehren.

In vielen Berufsfeldern wiederum tritt an die Stelle hierarchischer Arbeitsorganisation in der klassischen Produktion entweder Einzelarbeit oder Arbeit in Profitcenters sowie Arbeit in Projektzusammenhängen. Der Wert der Tätigkeiten im Wissens- und Dienstleistungssektor wird nicht mehr einzig am (zeitlichen) Ressourceneinsatz, sondern an der Qualität der Ergebnisse gemessen. Gemeint ist die Arbeit in der Grundlagenforschung, angewandten Forschung und Entwicklung, der Beratung von Organisationen (Finanzdienstleistungen, EDV-Entwicklung), der Beratung von Einzelpersonen, Mode, Design, planenden und überwachenden Tätigkeiten. Mit der großen Ausweitung der Wissensarbeit in technologische und/oder kommunikativ anspruchsvolle Arbeitsumwelten (Papouschek 2006) haben sich die zeitlichen Rahmenbedingungen dieser Tätigkeiten grundlegend geändert. Waren wissenschaftliche und professionsgebundene Tätigkeiten bisher nur indirekt dem Intensi-

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

vierungsdruck der gewinnorientierten Wirtschaft unterworfen, so sei das bei den neuen Wissensarbeitern anders. Der Druck der Zeitbewirtschaftung manifestiert sich in Zielvereinbarungen, Fristen für Zwischen- und Endprodukte und häufig auch in der Notwendigkeit, mehrere Aufträge parallel bearbeiten zu müssen. Sozial schlägt sich dieser Arbeitsmodus eben in einer allgemeinen Beschleunigung des Lebens- und Arbeitstempos nieder.

Die zunehmende Destandardisierung und Atypik von Arbeitszeiten hat weit reichende Konsequenzen für das Familienleben. Sie erstrecken sich von kurzfristigen Verschiebungen und flexiblen Veränderungen familiärer Zeitpläne bis hin zur Notwendigkeit komplexer Betreuungsarrangements (Presser 2003). Frauen sind aufgrund eigener Anforderungen im Erwerbsleben nur um den Preis zunehmenden Zeitdrucks in der Lage, die klassische Rolle des „Zeitpuffers“, der zeitliche Anforderungen abfedert und koordiniert, zu übernehmen – wengleich sie, wie Studien des letzten Jahrzehnts übereinstimmend zeigen, weiterhin die Hauptlast der Haus- und Familienarbeit tragen (vgl. Dörfler 2003, 2004, Schweitzer 2000, Beham/Haller 2005).

Erfordernis der Synchronisation und Koordination mit anderen Bereichen

Gemeinsame Zeiten in Familien können in der 24/7-Gesellschaft (Presser 2003) angesichts vielfältiger Entwicklungen und Umbrüche somit nicht mehr fraglos vorausgesetzt werden. Sie müssen vielmehr aktiv hergestellt und organisiert werden, wie auch generell das familiäre Alltagsgeschehen mit anderen gesellschaftlichen Institutionen synchronisiert werden muss (Heitkötter et al. 2009a, Jurczyk 2009, Wilk 1997). Das Erfordernis von Synchronisation stellt sich nicht als einseitig, sondern vielmehr wechselseitig dar: Dringend notwendige Überstunden bringen z. B. den vielfach strikt durchgeplanten Alltag von Müttern ebenso ins Schwanken wie eine unvorhergesehene Krankheit des Kindes, auf die kurzfristig reagiert werden muss.

Die Ursachen für zeitliche Koordinationsanforderungen im Alltag von Familien sind vielfältig. Auf der einen Seite sind es die zuvor skizzierten Veränderungen in der Arbeitswelt, die vor allem durch die Fortschritte der Kommunikationstechnologie oftmals bis in die Familienwohnung hinein entgrenzt wurde (Kahlert/Katajin 2004). Auf der anderen Seite erfordern diese Entwicklungen aufgrund ihrer Verschränkung von Familie mit weiteren Institutionen, wie Kindergarten, Schule usw., einen nicht zu unterschätzenden Koordinationsaufwand.

Eltern, vor allem Mütter, geraten auch deshalb in Zeitnot, da Familienzeiten nicht nur mit Arbeitszeiten in Einklang gebracht werden müssen, sondern auch mit dem Zeitraster von Kinderinstitutionen (wie Schule, Kindergarten, Vereinen, Kursen usw.) abgestimmt werden müssen, die sich großteils an fordistischen Arbeitsverhältnissen des Industriezeitalters orientieren (kritisch dazu Zeiher 2005a, b), während gegenwärtig postfordistische Arbeitszeitmuster an Bedeutung gewinnen. Aus einer international vergleichenden Perspektive ist in diesem Zusammenhang auffallend, dass vor allem die zeitliche Organisation der Schule in Ländern wie Österreich oder Deutschland bislang wenig ausdrücklich zeitpolitisch reflektiert worden ist und sich nach wie vor an einem lone-breadwinner-Familienmodell orientiert (vgl. Beitrag zu Familie und Arbeitswelt von K. Jurczyk und G. Schmied), das die zeitliche Verfügbarkeit zumindest eines Elternteils am Nachmittag voraussetzt.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Das „Taxi Mama“ (Arendell 2001) wurde aufgrund wenig ausgebauter Infrastrukturen wesentlich für die Bewältigung familialer Zeit- und Bewegungsanforderungen, Frauen sind auch die Bewegungsmanagerinnen innerhalb des Familienalltags (Kramer 2009). Insbesondere Familien mit mehreren Kindern stehen dabei vor spezifischen Organisationsaufgaben: Nicht nur der Zeitbedarf steigt mit der Kinderanzahl, sondern es ergeben sich spezifische Problemlagen aufgrund der Altersunterschiede zwischen den Kindern. Je nach Alter der Kinder werden unterschiedliche Betreuungs-, Bildungs- und Freizeitarrangements benötigt, die von verschiedenen Institutionen mit ihren jeweils mehr oder weniger flexiblen bzw. starren Zeitrastern abhängen. Erfolgt beispielsweise die Betreuung für das jüngste Kind durch eine Tagesmutter, ist das mittlere Kind in einer institutionellen Betreuungseinrichtung, z. B. einem Kindergarten, untergebracht, während das älteste Kind bereits die Schule besucht. Weder Orte noch Zeiten sind aufeinander abgestimmt, und es bedarf eines hohen Maßes an Organisationstalent, um diese Unstimmigkeiten zur Zufriedenheit aller in Einklang zu bringen.

Weiters sind es die säkular gestiegenen Ansprüche an die Lebensführung in allen Bereichen, von der Freizeit bis zur Hausarbeit im Verbund mit der gestiegenen Komplexität vieler Handlungsfelder an der Schnittstelle zur Familie, die zu einer temporalen Dichte, Fragmentierung und damit zu neuen Synchronisationsanforderungen führen. Dies zeigt sich markant nochmals wie unter einem Brennglas an der Zubereitung familialer Mahlzeiten: Berufstätige Mütter müssen, gerade auch weil sie sich selbst an dieser Aufgabe der Beköstigung messen und ihr große Bedeutung zuschreiben, einen hohen intellektuellen und zeitlichen Aufwand leisten, um erstens die tägliche Versorgung jedes einzelnen Familienmitgliedes sicherzustellen und zweitens die gemeinsamen Mahlzeiten von Eltern und Kindern als Orte des familialen Zusammenhalts regelrecht zu inszenieren (Meier-Gräwe 2009).

Die gestiegenen Ansprüche von Eltern zeigen sich somit besonders deutlich hinsichtlich ihrer Rolle als Mutter bzw. als Vater (Beck-Gernsheim 1990, Meyer 2002, Schneider/Matthias-Bleck 2002). Eltern möchten Zeit aktiv einsetzen für Gespräche, Spiele und Unternehmungen mit dem Kind, für ein Alltagsmanagement, das dem Kind zusätzliche Bildung und soziale Kontakte unter Gleichaltrigen ermöglicht (Fthenakis et al. 2002, Zeiher 2005a: 207). Zahlreiche Einstellungsbefragungen zeigen, dass junge Väter heute zunehmend mehr Verständnis zeigen bezüglich des von ihren Partnerinnen erwarteten Engagements bei der Kinderbetreuung (z. B. Böhnisch 1999, Deutsch-Stix/Janik 1993). Die veränderten Ansprüche von Eltern an ihre Rolle als Mutter bzw. Vater in Richtung Schulvorbereitung und Schulförderung können ebenfalls dazu beitragen, dass Familien zunehmend unter Zeitdruck geraten (vgl. Kränzl-Nagl et al. 2006a, b). Hier zeigt sich eine je nach Milieu unterschiedlich ausgeprägte Durchsetzung der Norm der verantworteten Elternschaft, zu deren wesentlichster Komponente die möglichst früh ansetzende Förderung der Kinder gehört, um ihnen einerseits ein gutes Leben zu ermöglichen und sie andererseits auf die Anforderungen eines als immer anforderungsreicher werdenden, globalen Arbeitsmarktes vorzubereiten (Henry-Huthmacher 2008, Vincent/Ball 2007). Schon im Vorschulalter, erst recht aber im Schulalter partizipieren Kinder an einem reichen Spektrum von Angeboten. Nicht selten sind es zumindest latent pädagogische Motive der Eltern, die, wiederum schichtspezifisch variierend, hinter der Aktivitätspalette stehen (Fölling-Albers 1995, Vincent/Ball 2007, Zerle 2007).

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Auch hier wieder lassen sich Ambivalenzen konstatieren, wird die Schule doch auf der anderen Seite wieder stärker spielerisch. Fölling-Albers (2000) spricht daher sehr treffend von der Scholarisierung der Freizeit und der Descholarisierung von Schule. Die Verschulung der Freizeit bedeutet, dass Eltern sich von der Partizipation ihrer Kinder am Ballett oder in der Musikschule oder dem Sportverein zusätzliche Skills erwarten, die später einmal das Zünglein an der Waage im Konkurrenzkampf spielen könnten und ihrem Ideal einer möglichst vielseitig gebildeten sozialen Person entsprechen (Vincent/Ball 2007). All dies geht mit zeitlichen Implikationen einher, wobei institutionelle Zeiten (einschließlich der Wegzeiten) der Kinder mit Schulzeiten, elterlichen Erwerbszeiten und Familienzeiten synchronisiert werden müssen. Zusätzlich gesteigert wird der Koordinationsaufwand durch infrastrukturelle Gegebenheiten, z. B. durch kommunale Zeittakte des Verkehrswesens, der Behörden, der Dienstleistungsanbieter usw., die wiederum ihrer eigenen zeitökonomischen Logik folgen (Jurczyk 2009: 53). Vor allem Mütter werden dabei nicht nur zu Bewegungs- sondern auch zu Zeit-Managerinnen des Familienalltags (Ludwig et al. 2002).

Die eigenen Ansprüche einerseits und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (wie Halbtageschule, Defizite in der außerschulischen Nachmittagsbetreuung, starre Zeitstrukturen von Kinderinstitutionen usw.) andererseits bringen Eltern vielfach in eine Dilemmasituation, insbesondere dann, wenn sie nicht auf private soziale Unterstützungsressourcen wie Großeltern in lokaler Nähe zurückgreifen können. Eltern befinden sich heute somit vielfach im Konflikt zwischen dem Wunsch und der Notwendigkeit, erwerbstätig zu sein, und den hohen Ansprüchen an die Zeit, die sie für und mit ihren Kindern verbringen möchten.

Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für die Herstellung von gemeinsamen Familienzeiten bedeutsam sind, stellen sich für Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise (Beham/Haller 2005, Fischer/Kotai-Szarka 2006, Liebold 2005, Lothaller et al. 2006, Klenner/Pfahl 2009, Meuser 2007, Walter 2002, Werneck et al. 2006): Während sie sich bei Müttern vor allem in einem Zeit- und Koordinationsdilemma äußern, liegt das Dilemma für Väter darin, dass sie zunehmend stärker ein ausgedehntes Berufsengagement gegenüber den Ansprüchen und Erwartungen ihrer Partnerinnen und Kinder verteidigen müssen sowie gleichzeitig ihren eigenen Ansprüchen an ihre Rolle als Vater gerecht werden möchten (Fthenakis/Minsel 2002, Lothaller et al. 2006, Mühling 2007, Sieder 2009).

„Entwertete“ Zeit: Auswirkungen von Erwerbslosigkeit

Im Gegensatz zu Familien, in denen beide Elternteile voll in den Arbeitsmarkt integriert sind und sich in diesem auch erfolgreich positioniert haben, gibt es eine Minderheit⁴ an Familien, in denen der Zugang zum Arbeitsmarkt über einen längeren Zeitraum nicht mehr besteht oder überhaupt fehlt. Diese Familien erleben „entwertete“ Zeiträume (Rogge 2009): Unstrukturierte Tagesabläufe, ein allmähliches „Entgleiten von Zeitstrukturen“ und Langeweile, häufig überbrückt durch höheren Medienkonsum, gehen einher mit nicht zu unterschätzenden negativen Implikationen für die Entwicklungs- und Bildungschancen der Kinder aus diesen Herkunftsmilieus. Die Ausgangsbedingungen dieser Kinderpopulation,

⁴ Angesichts der voranschreitenden Globalisierung und der damit verbundenen ökonomischen Krisenlage (vgl. Beitrag zum sozialen Wandel von R. Kränzl-Nagl und A. Lange) ist allerdings zu befürchten, dass diese Gruppe von Familien in quantitativer Hinsicht zunehmen wird, worauf u. a. die seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise steigenden Arbeitslosenraten hinweisen (vgl. BMWFJ/BMF 2009).

die in engem Zusammenhang mit bestehenden neuen und alten Dimensionen sozialer Ungleichheit stehen, beeinträchtigen nicht nur ihre gegenwärtige Lebenssituation, sondern auch massiv ihre Zukunftschancen. Diese Entwicklung ist im Hinblick auf soziale Benachteiligungen und deren Folgen auf individueller Ebene bedenklich, darüber hinaus verweist sie aber auch auf negative Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft infolge dieses nicht bzw. nur unzureichend genützten Humankapitals. Wenn in solchen familialen Settings grundlegende soziale und personale Kompetenzen im Umgang mit Zeit – alltags- oder lebenslaufbezogen – nicht mehr ausreichend erworben oder nur unzureichend an die nächste Generation vermittelt werden können, erlangen familienkompensatorische Angebote, die insbesondere im nahen Wohnumfeld ansetzen, besondere Bedeutung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass eine Engführung des Diskurses auf Familie und Erwerbsbereich daher ungenügend ist – was auch von Belang für eine zeitpolitische Regulierung der zeitlichen Dysbalancen und Probleme heutiger Familien ist. Diese muss sich neben übergreifenden bundespolitischen Regelungen auf das komplexe Bündel der im nähräumlichen Lebensumfeld angesiedelten Dienstleistungen und Infrastrukturen beziehen, will sie den zeitlichen Wohlstand und die Zeitautonomie von Familien und den Familienakteuren steigern (Heitkötter 2009: 406, Mückenberger 2006, 2009). Wenn sich auch die temporalen Bedingungen insgesamt gesehen verändert haben, so ist ferner relevant, dass Familien mit relativ unterschiedlichen materiellen und zeitlichen Arbeits- und Lebensbedingungen konfrontiert sind. So sehen sich z. B. bildungsarme Familien, von Arbeitslosigkeit und sozialer Exklusion betroffen, ganz anderen Zeitproblemen gegenüber als ein beruflich voll engagiertes Elternpaar (dual career model, vgl. Bratberg et al. 1999, Moen 2003) mit zwei Kindern aus einem akademischen Milieu, das nicht nur andere soziale Kompetenzen aufweist, sondern auch die materiellen Ressourcen zur Bewältigung von Zeitkonflikten zur Verfügung hat.

1.2.2 Zeitliche Aspekte der Aufgabenteilung in Familien

Die traditionelle Aufteilung von familialen und außerfamilialen Aufgaben zwischen den Geschlechtern hat sich während der letzten Jahrzehnte zwar insgesamt gesehen aufgeweicht, wenn auch nur langsam. Insbesondere das „traditionelle“ Modell der Versorgungerehe (male-breadwinner-model) mit seinen klar zugewiesenen geschlechtsspezifischen Rollen (Väter sichern die finanzielle Versorgung und Mütter übernehmen die gesamte Familien- und Hausarbeit sowie Fürsorgeleistungen) ist über die Jahrzehnte hinweg rückläufig (Leitner et al. 2004, Hofäcker/Lück 2007) und wird zunehmend ersetzt durch ein teilmodernisiertes Modell, bei dem auch Mütter einer (Teilzeit-)Beschäftigung nachgehen (Haas 2009, Statistik Austria 2008). Der Anstieg der Frauen- und v. a. der Müttererwerbstätigkeit ist ein deutliches Indiz dafür (vgl. Beitrag von K. Jurczyk und G. Schmied). Diese Entwicklung geht einher mit Veränderungen in den Einstellungen zur mütterlichen Erwerbstätigkeit, deren gesellschaftliche Akzeptanz gestiegen ist (Beham/ Haller 2005, Schulz/Hummer 2005, Wernhart/Neuwirth 2007, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007); insbesondere in den jüngeren Alterskohorten zeigt sich ein Umdenkprozess.

Interessant ist diesbezüglich, dass trotz der zunehmenden Beteiligung der Frauen am Erwerbsleben und der Zunahme emanzipatorischer Einstellungen sich die Retraditionalisierungen immer wieder im Verlauf der Paar- und Familiengeschichte reproduzieren, wie insbesondere in den längsschnittlichen Arbeiten der Arbeitsgruppe um Blossfeld festge-

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

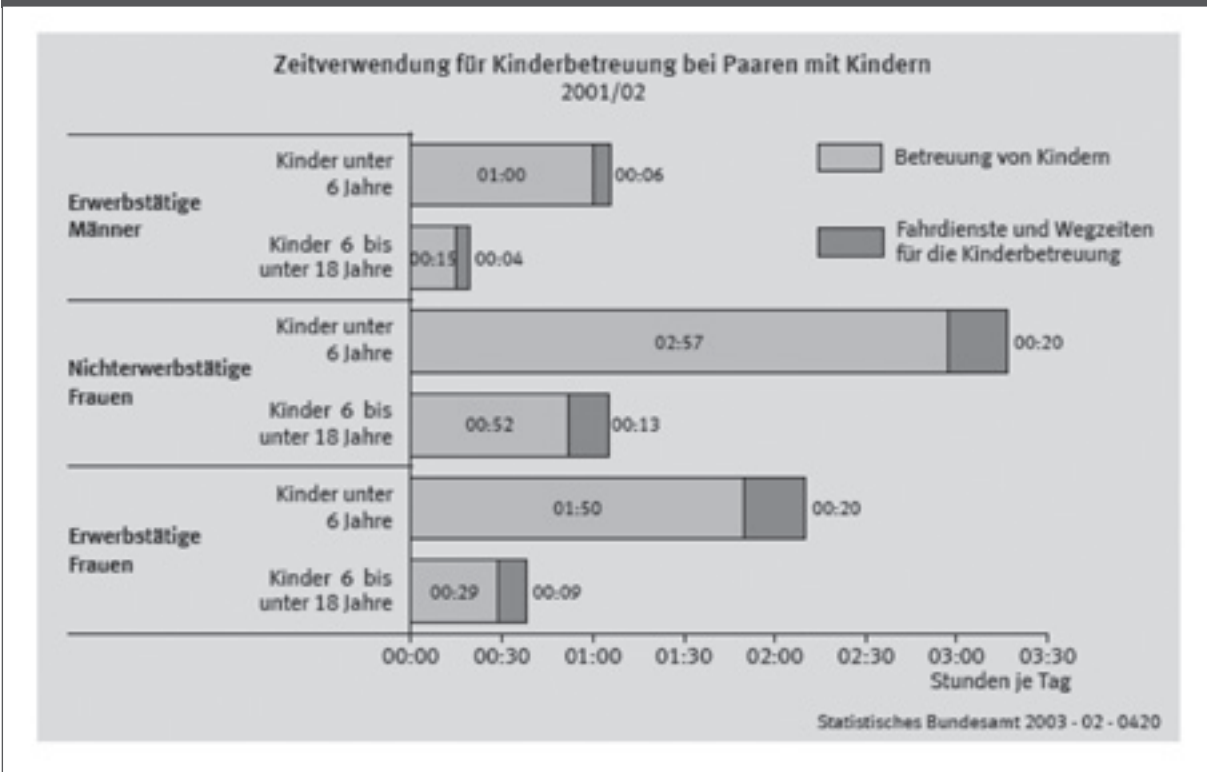
stellt werden konnte. Als Retraditionalisierungsgeneratoren festgemacht werden konnten dabei insbesondere die Verlaufszeit der Paargemeinschaft (Schulz/Blossfeld 2007) und die Geburt des ersten Kindes. Im Einzelnen zeigt sich, dass die Wahrscheinlichkeit einer größeren Beteiligung des Mannes an den Routinetätigkeiten im Haushalt im Verlauf der Ehe systematisch abnimmt. Dieser Prozess vollzieht sich dabei unabhängig von den ökonomischen Ressourcen der Ehepartner sowie von Ressourcenkonstellationen auf der Paarebene und wird durch den Übergang zur Elternschaft außerordentlich beschleunigt.

Obwohl die weibliche Dominanz in der unbezahlten Familienarbeit noch immer eine Konstante ist, richtet sich der wissenschaftliche Blick immer mehr auf die Rolle der Väter in der Kinderbetreuung, auf „eine noch unerschlossene Ressource und Zielgruppe“ (Matzner 2005). Die auch in Österreich in den letzten Jahren intensiv betriebene Väterforschung verweist auf die große Bedeutung der engagierten Vaterschaft für die positive Entwicklung von Kindern, vor allem für Söhne, sowie auf die Funktion von Vätern als männliches Rollenmodell und Identifikationsobjekt (siehe dazu ausführlich den Beitrag von M. Beham und U. Zartler).

Bezüglich der Beteiligung der Väter an der Familienarbeit bzw. Kinderbetreuung werden allerdings länderspezifisch-kulturelle Unterschiede deutlich (vgl. Eurostat 2004, Garhammer 1999). Nach Garhammer (2004) beteiligen sich dänische Männer am stärksten an der Familienarbeit, japanische Männer hingegen überlassen diese am ehesten ihren Frauen, auch wenn diese voll berufstätig sind. Während in den skandinavischen Ländern und den USA Männer rund zwei Drittel der Arbeit von berufstätigen Frauen in Haus- und Familienarbeit einbringen, liegt der entsprechende Wert für Deutschland, Frankreich und Großbritannien bei 50 %, in Südeuropa bei 25 % und in Japan bei 12 %.

Die internationale Forschungslage verweist – abgesehen von kulturell-normativen Werthaltungen – im Hinblick auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf den Einfluss von strukturell gegebenen Rahmenbedingungen. So zeigt sich in Skandinavien die Wirkung des egalitären Geschlechterregimes: Beruf und Familie sind für beide Geschlechter wählbar (Garhammer 2004). Voraussetzung dafür ist eine relativ egalitäre Einkommensverteilung zwischen Frauen und Männern sowie eine flächendeckende öffentliche Betreuungsinfrastruktur für (Klein-)Kinder: Je mehr öffentliche Betreuungsangebote zur Verfügung stehen und je geringer die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede sind, desto höher ist die (Vollzeit-)Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Beteiligung der Männer an der Familienarbeit. Zu bemerken bleibt aber, dass selbst unter diesen günstigen Rahmenbedingungen die Beiträge von Männern und Frauen nicht gleich verteilt sind.

In welcher Weise sich Männer und Frauen die Kinderbetreuung teilen, hängt nicht nur von infrastrukturellen Rahmenbedingungen sowie von Traditionen und persönlichen Neigungen ab, sondern stark von der Erwerbstätigkeit des Partners/der Partnerin, wie die folgende Abbildung der deutschen Zeitbudgeterhebung zeigt.

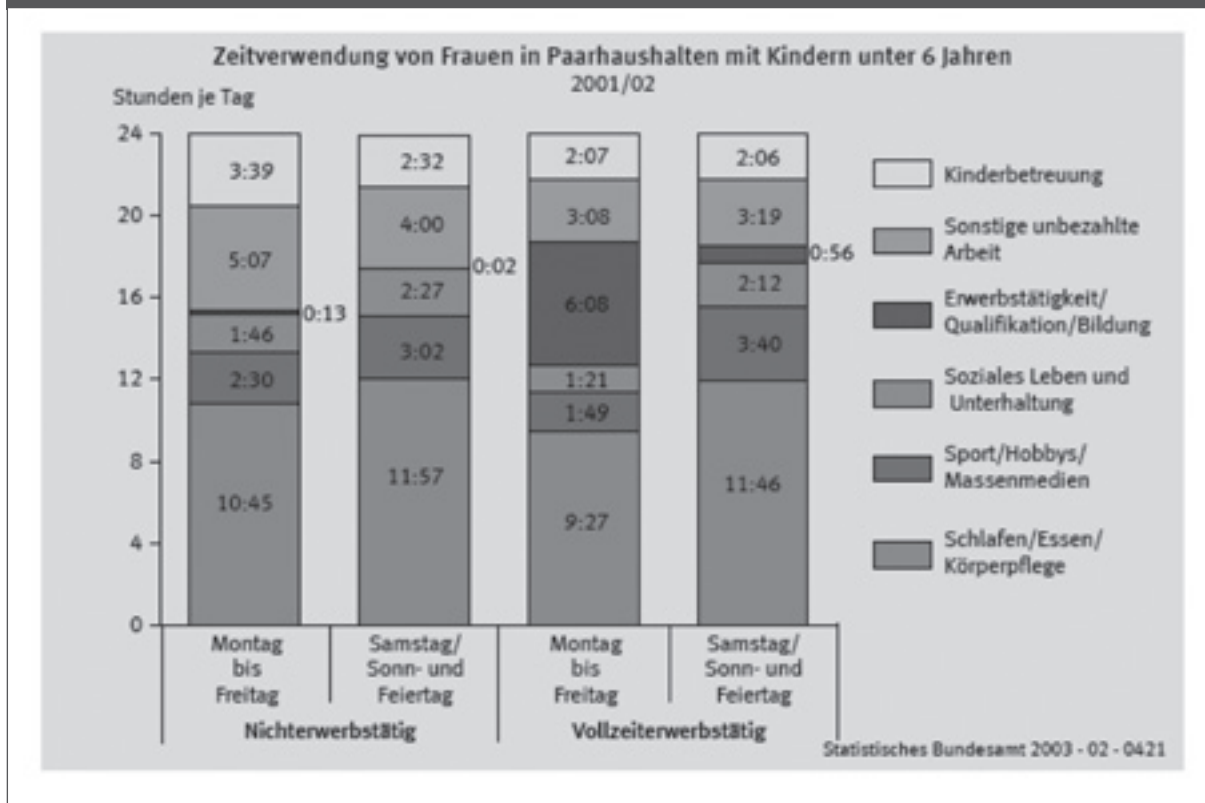
Grafik 1: Zeitverwendung für Kinderbetreuung bei Paaren mit Kindern

Deutsche erwerbstätige Frauen mit Kindern unter sechs Jahren wenden für die Betreuung ihres Nachwuchses mit zweieinviertel Stunden doppelt so viel Zeit auf wie erwerbstätige Männer, nicht erwerbstätige Frauen mit dreieinviertel Stunden sogar etwa das Dreifache. Mit steigendem Alter der Kinder reduziert sich die Betreuungszeit spürbar. Bei Paaren, deren jüngstes Kind zwischen sechs und 18 Jahren alt ist, macht sie weniger als ein Drittel der Zeit aus, die Eltern mit Kindern unter sechs Jahren aufwenden. Dabei verändert sich die Verteilung der zeitlichen Belastung auf Mütter und Väter kaum. Das Hinbringen und Abholen vom Kindergarten, der Schule oder den Freunden nimmt bei Müttern – abhängig vom Alter der Kinder – einen beachtlichen Teil der Betreuungszeit ein. Ist das jüngste Kind unter sechs Jahren, liegt der Anteil bei erwerbstätigen Frauen bei 15 %. Bei älteren Kindern wächst er auf fast ein Viertel der Kinderbetreuungszeiten. Der tägliche Zeitaufwand in Minuten reduziert sich jedoch. Eine deutliche Zunahme der Fahrdienst- und Wegezeiten lässt sich in den vergangenen zehn Jahren vor allem bei den nicht erwerbstätigen Müttern feststellen. In Familien mit Kindern unter sechs Jahren haben diese Zeiten um die Hälfte zugenommen, bei älteren Kindern haben sie sich etwa verdoppelt.

Auch wenn die Zeiten für familiäre Arbeiten am Wochenende geringfügig zunehmen, sind für vollzeiterwerbstätige Mütter Samstag und Sonntag auch die Zeit der Erholung und der Freizeit (siehe Hobbys, Sport, Massenmedien). Nicht erwerbstätige Mütter reduzieren zwar am Wochenende ihre Arbeit für Haushalt und Familie deutlich: Sie leisten aber immer noch ein Arbeitspensum von siebeneinhalb Stunden am Samstag und sechs Stunden am Sonntag.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Grafik 2: Zeitverwendung von Frauen in Paarhaushalten mit Kindern unter 6 Jahren



Ein Vergleich der Zeitverwendungsmuster von alleinerziehenden Frauen und jenen in Paarhaushalten ergibt deutliche Unterschiede. Frauen, die nicht nur hauptverantwortlich für die finanzielle Absicherung der Familie sind, sondern darüber hinaus für die Betreuung und Organisation der Kinderbetreuung, für gemeinsame Freizeitaktivitäten mit den Kindern, für kurzfristige Umplanungen des Alltags, wenn die Kinder krank sind u. v. m., ohne dabei im Alltag zumindest sporadisch auf einen Partner zurückgreifen zu können, bleibt wenig Zeit für persönliche Bedürfnisse abseits von Beruf, Kindern und Hauspflichten. Die alleinerziehenden Frauen sind knapp eindreiviertel Stunden täglich länger erwerbstätig als Frauen in Paarhaushalten. Diese Mehrbelastung durch höhere Erwerbstätigkeit wirkt sich auf die weitere Zeiteinteilung aus. Alleinerziehende Frauen arbeiten eine knappe Dreiviertelstunde weniger im Haushalt und gönnen sich rund eine halbe Stunde weniger Schlafen, Essen und Körperpflege.

Für Österreich lässt sich ebenfalls festhalten, dass sich Väter nur partiell in der Kinderbetreuung engagieren, wie die familienbezogene Auswertung der letzten Zeitbudgeterhebung verdeutlichte (Beham et al. 1998). Alltägliche Versorgungsarbeiten obliegen vorrangig den Müttern, ebenso das Lernen und die Betreuung der Schulaufgaben: Nur ca. 4 % der Väter lernen regelmäßig mit ihren Kindern. Väter betreuen nicht nur seltener die Kinder, sie tun es auch nur relativ kurz, meist während sie andere Tätigkeiten erledigen (Beham et al. 1998). Differenziert nach Tätigkeiten zeichnen neuere Befunde ein ähnliches Bild, wonach Mütter für die Erledigung vieler familialer Aufgaben zuständig sind. Besonders deutlich ist dies bei Tätigkeiten wie der Versorgung mit Nahrung (Einkaufen, Kochen), dem Kauf von Kleidung für Kinder, bei Arztbesuchen mit dem Kind sowie bei der Betreuung

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

des erkrankten Kindes. Zu jenen Tätigkeiten, die – aus Sicht der Mütter – am öftesten von ihrem Partner übernommen werden, zählen die Regelung finanzieller Angelegenheiten und die Urlaubsplanung, wie eine österreichweite Befragung von Eltern mit schulpflichtigen Kindern belegt (Kränzl-Nagl et al. 2006a: 77). Auch andere, aktuelle Befunde für Österreich (Beham/Haller 2005, Künzler 1994, Künzler/Walter 2001, Statistik Austria 2002) belegen, dass ein großer Teil der Familientätigkeiten immer noch geschlechtsspezifisch traditionell aufgeteilt ist. Dies gilt für die Aufteilung der Zeitvolumina von Müttern und Vätern zwischen den Sphären Erwerbsarbeit, Familienarbeit und drittem Sektor, das gilt auch für die jeweiligen Zeitverwendungsmuster in den Familien, und hier wiederum auch für die unterschiedlichen Tätigkeitsmuster von Mädchen und Jungen.

Angesichts der bestehenden geschlechtsspezifisch traditionellen Aufgabenteilung zwischen den Elternteilen ist es wenig überraschend, dass sich Mütter im Gegensatz zu Vätern häufiger durch Familienarbeit belastet und gestresst fühlen: Laut der erwähnten Elternbefragung trifft dies immerhin 86 % der befragten Mütter zu (Kränzl-Nagl et al. 2006: 76 f.). Verglichen mit anderen Tätigkeitsbereichen empfinden die befragten Mütter durch Kinderbetreuung und -versorgung bzw. Kindererziehung am seltensten Stress: 42,5 % der Mütter sagen, dass sie sich durch die alltägliche Betreuung und Versorgung der Kinder nie gestresst fühlen; Kindererziehung bzw. Tätigkeiten für die Schule verursachen etwas mehr als einem Drittel der Mütter nie Stress. Demzufolge sind es vor allem alltägliche, emotional wenig bereichernde Routinetätigkeiten, die bei den befragten Müttern Stress erzeugen, worauf bereits das transaktionale Stresskonzept von Lazarus und Mitarbeitern hingewiesen hat (Lazarus/Folkman 1984, Folkman et al. 1986). Nicht so sehr die objektive Situation, sondern die subjektive Bewertung und kognitive Repräsentation beeinflussen demnach das Stresserleben. Die Mehrheit der befragten Väter (je nach Tätigkeit zwischen 55 % und 60 %) hingegen fühlt sich durch die Hausarbeit, die Betreuung und Versorgung bzw. Erziehung der Kinder (einschließlich der Tätigkeiten für die Schule) nie gestresst (Kränzl-Nagl 2006a). Dieses Ergebnis deckt sich mit anderen Befunden (Auer 2004, Gille/Marbach 2004, Lothaller et al. 2006, Werneck et al. 2006), die zeigen, dass sich Väter nicht so sehr durch diverse Tätigkeiten der Familienarbeit belastet fühlen, sondern eher Schwierigkeiten haben, aufgrund beruflicher Verpflichtungen für die Familie da zu sein und Zeit (für gemeinsame Freizeitaktivitäten) aufzubringen.

Subjektives Empfinden von Stress und Zeitnot kann jedoch auch in Überforderungsgefühle münden: Österreichische Befunde (Klepp/Cizek 2006, Klepp et al. 2008) sprechen – je nach Erhebungsmethode, Frageformulierung und Selektion der erfassten Stichprobe – von 10 % bis 20 % der Eltern, die sich in der Erziehung häufig überfordert fühlen (vgl. Beitrag von M. Beham und U. Zartler). Die eigenen Ansprüche sowie die medial transportierten Erwartungshaltungen an heutiges Elternsein spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Wotschak und Wittek (2008) belegen ergänzend mit niederländischen Daten, dass in Haushalten heute ein hoher Regulierungsbedarf hinsichtlich der Zeitaufteilung und Aufgabenteilung herrscht. Zugespielt formuliert wird hier die zunehmende Reflexivität von Zeitverwendung abgebildet. Ein Drittel der Paare gibt an, wegen der Aufgabenteilung im Haushalt mindestens einmal im Monat Diskussionen oder Konflikte zu haben. Allerdings, wiederum auf der Linie mit Jabsen und Blossfeld (2008), zeigt sich, dass der Umgang mit Zeitkonflikten im Haushalt einem geschlechtsspezifischen Muster folgt: Wenn der Partner

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

unerwartet Überstunden machen möchte, obwohl er mit der Partnerin verabredet war, suchen Frauen nach Kompromissen und Problemlösungen. Männer scheuen dagegen häufiger die Auseinandersetzung mit der Partnerin und versuchen, einer offenen Konfrontation aus dem Weg zu gehen. Zugleich geben Männer häufiger an, im Konfliktfall nachzugeben. Insgesamt ist das Bedürfnis, sich dem Arbeitszeitwunsch des Partners oder der Partnerin zu widersetzen, eher gering; berufliche Anforderungen werden überwiegend akzeptiert.

In Aushandlungsprozessen betreffend die familiäre Aufgabenteilung spielt die Frage der „gerechten“ bzw. der als gerecht oder ungerecht empfundenen Verteilung eine wesentliche Rolle (für Österreich: Kirchler/Venus 2000). Die Frage einer gerechten Verteilung von Familienarbeit wird auch von der jüngeren Generation reflektiert: Eine im Alltag gelebte egalitäre Rollenteilung zwischen Mutter und Vater wird von Kindern sehr wohl wahrgenommen bzw. auch geschätzt sowie als erfolgreiches Modell familiärer Organisation betrachtet (Bürgisser 2006, Bürgisser/Baumgarten 2006).

Gegenwärtig stößt das egalitäre Modell, sich bewusst Erwerbs- und Familienarbeit zu teilen, noch auf Barrieren. So konnten z. B. Grottian et al. (2003) in ihrer qualitativen Untersuchung von Paaren mit Kindern die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von egalitären Lebensentwürfen im Alltag aufzeigen, zu denen vor allem fehlende Unterstützungsleistungen für die komplexen Bedarfsstrukturen im Sinne von „Backup“-Systemen (Jurczyk 2004) zählen.

1.2.3 Eltern- und Kinderzeiten: Zeitbedarfe und -bedürfnisse aus verschiedenen Perspektiven

Die zeitliche Gestaltung des Familienlebens ist nicht nur von Rahmenbedingungen, wie sie das Erwerbsleben vorzeichnet, sondern auch maßgeblich von den Wünschen und Bedarfslagen der einzelnen Familienmitglieder sowie von Werthaltungen, etwa hinsichtlich der den Kindern gewidmeten Zeit seitens der Eltern, bestimmt. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden den Fragen nachgegangen, wie sich die zeitlichen Ressourcen von Eltern für ihre Kinder (im Vorschul- und Schulalter) gestalten und wie diese von Eltern und Kindern selbst bewertet werden. Einleitend werden zunächst aus international vergleichender Sicht Befunde zum vielfach konstatierten Mangel an elterlicher Zeit und Zuwendung vorgestellt, bevor auf die subjektiven Sichtweisen von Kindern bzw. Eltern näher eingegangen wird.

Weniger Zeit für Eltern-Kind-Interaktionen?

Trotz der von Eltern subjektiv empfundenen und artikulierten Zeitknappheit bzw. Zeitnot sowie des medial beklagten elterlichen Zeitmangels hat sich das quantitative Ausmaß der Zeit für Eltern-Kind-Interaktionen seit den 1970er-Jahren nicht vermindert, wie internationale Befunde belegen (Sandberg/Hofferth 2001, Sayer et al. 2004). Gauthier et al. (2004), die mittels Zeittagebüchern die Entwicklung elterlicher Zeitverwendung in 16 Industrieländern von 1961 bis 2000 untersuchten, kamen zu dem Ergebnis, dass Kindern heute von beiden Elternteilen nicht weniger, sondern mehr Zeit als vor 40 Jahren gewidmet wird, obwohl die Frauenerwerbsquote beständig gestiegen ist und mehr Kinder Vorschuleinrichtungen besuchen. Die Ergebnisse zeigen auch eine Verminderung des Unterschieds zwischen der Zeit, die Frauen und Männer für Kinderbetreuung aufbringen (Gauthier et al. 2004: 2).

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Die quantitativ gestiegene Zeit für Kinder kann durch folgende Faktoren erklärt werden: Erstens verweist eine Reihe von Befunden darauf, dass Eltern für gemeinsame Aktivitäten mit ihren Kindern eine Umschichtung ihres persönlichen Zeitbudgets vorgenommen haben und zum Teil dafür ihre persönliche Care- und Freizeit einschränken. Zweitens hat sich die Wochenarbeitszeit über die Jahrzehnte sukzessiv verringert, wodurch z. B. der Samstag in vielen Branchen (wenn auch nicht allen) zum arbeitsfreien Tag wurde. Damit kristallisierten sich die Wochenenden in den letzten Jahrzehnten als Zeiten der Familieninteraktionen heraus; gerade Väter beschäftigen sich dann intensiver mit ihren Kindern (Grunow 2007). Wie zuvor dargelegt, zeigt sich nun wieder eine gegenläufige Tendenz, wonach Arbeitszeiten diese für Familie reservierten Zeiten wieder in Beschlag nehmen. Aus generationaler Perspektive ist hier anzumerken, dass sich – ebenfalls mit Blick auf die letzten Jahrzehnte – auch die durchschnittliche Lebensarbeitszeit insgesamt reduziert hat (Garhammer 2005), u. a. bedingt durch die sukzessive Herabsetzung des Pensionseintrittsalters, und sich die Ruhestandsphase räumlich ausgedehnt hat. Doch diesbezüglich sind zeitliche Verschiebungen zu beobachten: Während sich auf der einen Seite ein späterer Eintritt in das Erwerbsleben zeigt, so nimmt auf der anderen Seite die Diskussion über die Anhebung des (faktischen an das gesetzliche) Pensionseintrittsalters in den Reformdebatten breiten Raum ein.

Eine wichtiger Faktor, der in engem Zusammenhang mit der „Investition von Zeit“ in den Nachwuchs steht, ist der Bildungsgrad der Eltern (Bianchi et al. 2006). Eltern mit höherer Schulbildung verwenden mehr Zeit auf Aktivitäten der Förderung von Kindern und bieten ihren Kindern eine größere Vielfalt an Tätigkeiten (Gauthier et al. 2004, 2005, Zuzanek 2000, Statistics Canada 2003). Es wird angenommen, dass sich diese Eltern der Auswirkungen einer positiven Eltern-Kindbeziehung auf die Entwicklung des Kindes mehr bewusst sind, andererseits unterscheiden sich die Schätzwerte länderspezifisch (z. B. jene britischer Väter von denen, die in den USA festgestellt wurden), aber auch nach Berufsbranchen. Väter mit gehobenen Berufen widmeten 1999 der Kinderbetreuung am wenigsten Zeit (etwa 30 Minuten täglich), während Väter mit handwerklichen Berufen über weit mehr Zeit (etwa 50 Minuten täglich) für ihre Kinder verfügten (Fisher et al. 1999). In der Studie von Anxo und Carlin (2004) über den Zeitaufwand von Eltern in Frankreich, Deutschland und den USA zeigt sich, dass Familien mit höherem Bildungsniveau eher zu egalitärem Umgang neigen, was möglicherweise auf einen höheren Anteil der Männer an der Familienarbeit hinweist. Eine Analyse der Zeittagebücher von Müttern und Vätern in Kanada, Deutschland, Italien und Norwegen (Sayer et al. 2004) verweist darauf, dass in allen diesen Ländern höher gebildete Mütter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als Mütter mit geringerer Bildung. Was die Väter betrifft, hat das elterliche Bildungsniveau nur in Deutschland und kaum in Norwegen eine Auswirkung auf deren Kinderbetreuungszeiten. Auch die bereits erwähnte Untersuchung von Gauthier et al. (2004) weist nach, dass Oberschicht-Mütter ihren Vorschulkindern signifikant mehr Zeit als Mütter aus der Unterschicht widmen.

Quantity versus Quality Time: Familienzeit aus Eltern- und Kindersicht

Die Folgen elterlicher Zeitkonflikte für Kinder werden ebenso wie die Fragen, wie viel an gemeinsamer Zeit Kinder mit den Eltern brauchen, um sich und insbesondere ihre Kompetenzen zu entwickeln, oder welche Bedeutung der Quantität an Zeit im Vergleich zur

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

inhaltlichen Ausgestaltung der gemeinsam verbrachten Zeit zukommt, heterogen diskutiert (Lange 2004, Seehausen 1995, Zeiher 2005a, Zeiher/Schroeder 2008). Die jeweilige Antwort darauf ist vom historisch aktuellen gesellschaftlichen Diskurs und den damit verbundenen Bildern von Kindheit und Kindsein stark geprägt (Schweizer 2007, Zeiher 2003). So wurde lange Zeit weitgehend unhinterfragt davon ausgegangen, dass zeitliche Koordinationsprobleme der Eltern auch von den Kindern bewusst negativ wahrgenommen werden (siehe dazu kritisch Zeiher 2005a).

Wie viel Zeit Kinder tatsächlich mit ihren Eltern verbringen, wie zufrieden sie mit dem quantitativen Ausmaß an gemeinsamer Zeit mit den Eltern sind sowie welche Wünsche sie in Bezug auf die Ausgestaltung der gemeinsamen Zeiten äußern, diese Fragen blieben dabei ausgeblendet. Mit ein Grund dafür war, dass Zeitbudgetstudien erwachsenenorientiert sind und nicht erheben, ob Tätigkeiten, die zeitgleich stattfinden, auch aufeinander bezogen sind oder nicht (siehe kritisch Ben-Arieh/Ofir 2002). Erst seit den 1990er-Jahren finden sich vermehrt empirische Untersuchungen, die sich mit den Zeitbedürfnissen von Kindern beschäftigen und deren Perspektive aus der weit verbreiteten Unterordnung unter die Interessen der Eltern bzw. der Familie als Ganzes herauslösen (Bryant/Zick 1996, Galinsky 1999, Gerson 2006, Polatnick 2002, Roppelt 2003, Kränzl-Nagl et al. 2006a, Stahmer/Leipert 2003, Wilk/Bacher 1994, Zeiher/Zeiher 1994; zum Überblick siehe die Arbeiten von Lange 2005, 2006, 2009a und Klenner/Pfahl 2009: 275 f.).

Mit Bezug auf sozial-ökologische und sozialpsychologische Ansätze wird in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung geteilter Aktivitäten und Kommunikation für die Entwicklung enger Beziehungen hingewiesen. Auf der anderen Seite wurde mit Bezug auf gemeinsame Zeiten von Vätern und Kindern und mit steigender Erwerbstätigkeit beider Eltern (auch in Bezug auf Mütter) argumentiert, dass *quality time*, also der bewusste Umgang mit der verbleibenden gemeinsamen Zeit, fehlende Quantität kompensieren kann. Ein Strang der internationalen Forschung verweist ebenfalls darauf, dass es neben der Quantität auch weitere Parameter der Elternzeit gibt, die jenseits der bewussten Ebene der Kinder und ihrer Eltern massive Wirkungen entfalten können (z. B. Asmussen/Larson 1991).

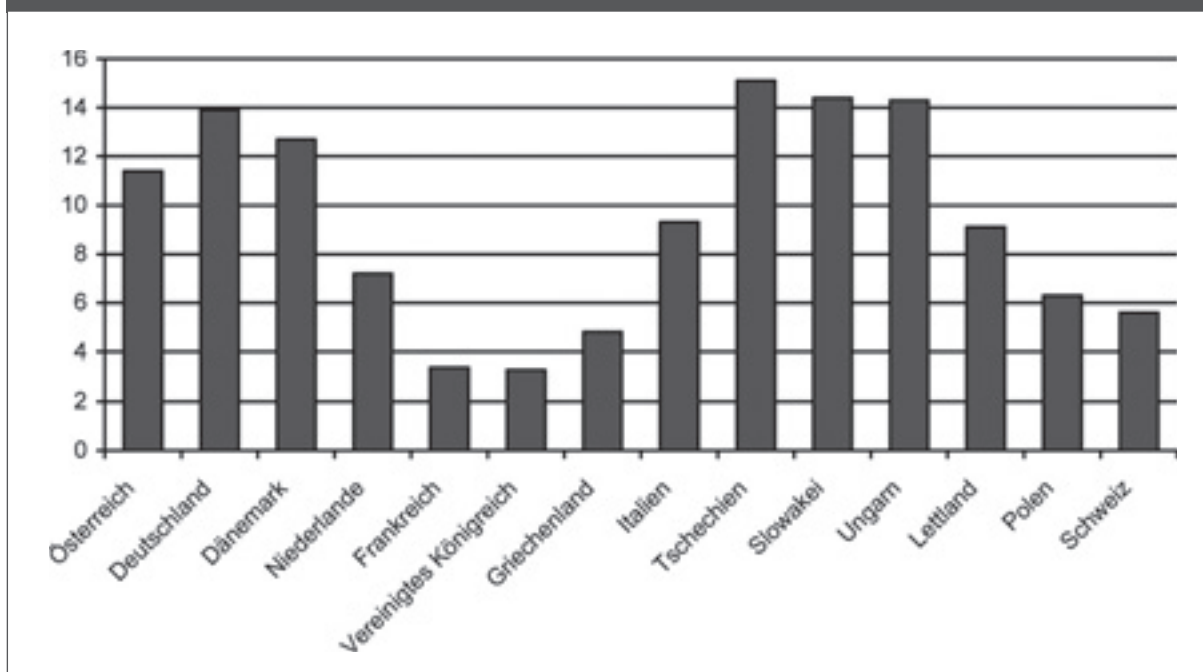
Zeit für Kinder aus Eltern- und Kindersicht

Zu den extensivsten Studien über die Zeitbedürfnisse von Kindern gehört jene von Galinsky (1999), die zu dem Ergebnis kommt, dass Kinder weniger Zeit von ihren Müttern wünschen, als diese sich ihrerseits – als Ausdruck eines schlechten Gewissens – Zeit mit ihrem Kind wünschen. Die qualitative Studie von Polatnick (2002) hingegen, die Kinder voll-erwerbstätiger Eltern im Alter von zehn bis zwölf Jahren qualitativ befragt hat, relativiert die Ergebnisse von Galinsky (1999). Für Polatnick (2002) deuten die ambivalenten Antworten der Kinder darauf hin, dass sie sich einerseits mehr Zeit für autonomes Handeln, gleichzeitig aber auch mehr „Qualitätszeit“ mit ihren Eltern – insbesondere in der Phase des Übergangs von der mittleren Kindheit zum Teenager – wünschen. Auch die qualitative Studie von Christensen (2002) bestätigt, dass sich Kinder und Jugendliche zwar gemeinsame Zeit mit ihren Eltern wünschen, v. a. deren Verfügbarkeit in spezifischen Situationen (bei Krankheit, emotional belastenden Problemen usw.), aber auch kontrollfreie Zeit und autonome Räume der freien Zeitgestaltung.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Hinweise auf die Bewertung der elterlichen Zeitressourcen aus einer international vergleichenden Perspektive geben die Daten der Studie „Young Voices“ (UNICEF 2002), in der Kinder und Jugendliche nach ihren familienbezogenen zeitlichen Veränderungswünschen befragt wurden.⁵ Insgesamt 11,4 % der befragten österreichischen Population möchten, dass die Eltern öfter zuhause sind, Kinder im Pflichtschulalter (9 bis 13 Jahre) etwas häufiger als Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren (10,1 % vs. 8,5 %) und Mädchen etwas häufiger als Jungen (10,5 % vs. 8,3 %). Die Sonderauswertung dieser Daten verweist zudem implizit auf deutliche länderspezifische Unterschiede, die vor dem Hintergrund der jeweiligen Bildungssysteme und (außer-)schulischen Betreuungsangebote bzw. kultureller Wertunterschiede zu sehen sind (vgl. Grafik 3):

Grafik 3: Wunsch nach mehr Zeit mit den Eltern im internationalen Vergleich (in %)



Quelle: Young Voices-Daten (UNICEF 2002), Sonderauswertung des Europäischen Zentrums für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung (Kränzl-Nagl et al. 2006b)

Die österreichweite Kinder- und Jugendumfrage, die im Rahmen der Vorbereitung des Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Kinderrechts-Konvention in Österreich durchgeführt wurde (Österreichische Kinderfreunde/Katholische Jungschar 2003), verweist allerdings auf die Bedeutung, die dem Faktor „Zeit“ aus Kindersicht beigemessen wird: Bei den kindlichen Wünschen, welche die Familie betreffen, wurde „Mehr Zeit der Eltern“ am häufigsten genannt.

Wie Lange (2006) anhand verschiedener Befunde für Deutschland zeigt, ist ein Großteil der befragten Kinder mit den Betreuungslösungen der Eltern jedoch zufrieden. Auch die Anfang der 1990er-Jahre durchgeführte österreichische Surveyerhebung von Wilk und Bacher (1994), in der Zehnjährige sowie ihre Eltern befragt wurden, brachte ähnliche

⁵ Die Frage lautete im Original „If you could change something in your family what would you like to change?“ Mehrere Antwortmöglichkeiten wurden vorgegeben, u. a. jene: „that my parents were more at home“.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Ergebnisse, wonach die Mehrheit der Befragten mit der elterlichen Zeit zufrieden ist. Eine österreichweite Befragung von Eltern und ihren schulpflichtigen Kindern, die 14 Jahre später (2005) im Rahmen der Studie „PISA & Patchwork-Kindheit“ durchgeführt wurde (Kränzl-Nagl 2006a), bestätigt erneut: „Nur“ rund 10 % der befragten 10- bis 14-Jährigen würden sich mehr Zeit mit ihren Eltern wünschen.

Im Hinblick auf ihre Zufriedenheit mit den zeitlichen Ressourcen der Mütter und Väter zeigt sich allerdings in dieser Studie ein differenziertes Bild: Während 28 % der Mütter und 51 % der Väter (d. h. jeder zweite Vater) angeben, dass sie mit der Zeit für ihr Kind wochentags selbst wenig bzw. nicht zufrieden sind, sind es bei den Kindern 7 %, die mit der Zeit der Mutter, und 27 %, die mit jener des Vaters unter der Woche unzufrieden sind. Auch andere Befunde für Österreich verweisen darauf, dass sich Kindern vor allem mehr Zeit mit ihren Vätern wünschen (z. B. Ballnik et al. 2005). Ein ähnliches Bild zeigt sich für Deutschland: Nach einer Umfrage gaben 75 % der befragten Kinder an, dass ihre Mütter ihnen genügend Zeit widmen, für die Väter liegt der entsprechende Wert bei 37 % (IfD Allensbach 2004); in der deutschen „World Vision Studie“, in der 1 500 Kinder im Alter von acht bis elf Jahren befragt wurden, geben 67 % der befragten Kinder an, dass ihre Mutter genügend Zeit für sie habe, bei den Vätern lag der Anteil bei nur 34 % (Schneekloth/Leven 2007: 93). Befunde für Deutschland zeigen jedoch auch, dass das Wohlbefinden von Kindern in ihrer Familie auch dann als sehr hoch eingeschätzt wird, wenn sie meinen, ihre Väter hätten zu wenig Zeit für sie (Alt/Lange 2004).

Der Wunsch nach mehr zeitlicher Zuwendung von Vätern bleibt allerdings bestehen, was auch in kritischen Reflexionen des gegenwärtigen Väterbildes durch Jugendliche zum Ausdruck kommt. Nach der österreichischen Jugend-Wertestudie halten es sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche für wünschenswert, dass Väter ihre Arbeitszeit zugunsten ihrer Kinder reduzieren bzw. an deren Bedürfnisse anpassen (Kromer/Hatwagner 2008: 98). Die österreichischen Daten von Schläffer et al. (2004) verweisen ferner auf eine von Jugendlichen erhoffte Aufwertung der Vaterrolle in ihren eigenen zukünftigen Familien: Über ein Drittel der befragten 18- bis 25-Jährigen möchte in der eigenen Familie einmal präsenter sein als der eigene Vater und sich – im Gegensatz zu diesem – nicht so sehr dem Beruf widmen.

Elterliche Erwerbsarbeitszeiten bzw. Nichterwerbszeiten aus Kindersicht

Die Befunde der 2005 durchgeführten Studie „PISA & Patchwork-Kindheit“ (Kränzl-Nagl et al. 2006a) weisen ebenfalls auf das Ausmaß der elterlichen Zeitbelastung durch Erwerbstätigkeit als Faktor für die kindliche Bewertung der elterlichen Zeit hin, allerdings ist dieser Zusammenhang nicht linear: Am unzufriedensten sind damit Kinder, deren Eltern beruflich stark belastet sind; gleichzeitig jedoch auch Kinder, deren Eltern nicht oder nur in geringem Ausmaß erwerbstätig sind und deren Mütter von finanziellen Engpässen berichten.

Dieser Befund verweist auf zwei familiäre Problemlagen, die zeitpolitisch bzw. familienpolitisch relevant sind, will man den Zeitwohlstand in Familien, insbesondere jenen von Kindern, erhöhen: Einerseits geht es um Familien mit beruflich stark belasteten Eltern und andererseits um Familien, in denen die zeitliche Gestaltung des Alltags wesentlich durch eine vorübergehende oder auch andauernde Erwerbslosigkeit der Eltern geprägt ist. Wie

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

bereits erwähnt, erscheint letztere Familienkonstellation vor dem Hintergrund der steigenden Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschafts- bzw. Finanzkrise familienpolitisch brisant.

Dem Bedürfnis der Kinder nach Zeit mit den Eltern kommt grundsätzlich am ehesten ein „gemäßigtes“ Ausmaß an elterlicher Erwerbstätigkeit entgegen, das einerseits zur ökonomischen Absicherung beiträgt und andererseits ein ausgewogenes Verhältnis von Kontrolle und Freiraum gewährleistet. Die quantitativen Ergebnisse für Österreich (Kränzl-Nagl et al. 2006a) bestätigen wiederum die qualitativen Befunde von Roppelt (2003), wonach es Kindern im Grundschulalter wichtig ist, dass die elterlichen Arbeitszeiten auf die Schulzeiten und -ferien der Kinder abgestimmt sind. In diesem Zusammenhang spricht sich ein Teil der von Roppelt befragten Kinder vehement gegen – unangekündigte – Überstunden aus. Zudem wünschen sich Kinder Arbeitszeiten, mit denen Eltern (gegebenenfalls auch spontan) auf besondere Ereignisse im Leben der Kinder Rücksicht nehmen können; und ihnen ist wichtig, dass sie ihre Eltern bei Bedarf auch tagsüber anrufen können.

Die erwähnten Bedürfnisse der Kinder bzw. Jugendlichen bezüglich elterlicher Zeit gelten grundsätzlich auch für Familien, in denen Eltern von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wenn sich auch die Problemlagen etwas anders darstellen. Während in den einen Haushalten elterliche Arbeitszeiten den Familienalltag weitgehend strukturieren, sind Kinder in Haushalten mit erwerbslosen Eltern mit kaum oder nur wenig strukturierten Tages- und Wochenabläufen konfrontiert sowie mit einer Überfülle an elterlicher Zeit. Das quantitativ höhere verfügbare Ausmaß steht allerdings dem Streben der Kinder und Jugendlichen nach Autonomie und damit dem Erwerb von Selbststeuerungskompetenzen im Umgang mit Zeit hinsichtlich ihrer eigenständigen Mitgestaltung des Familienalltags entgegen. Empirische Befunde zur Bewertung und des Erlebens von Zeit in diesen Familien aus Kindersicht sind allerdings bislang noch ausständig. Nachdem elterliche Erwerbslosigkeit mit ökonomischen Restriktionen einhergeht, die auch Kinder bzw. Jugendlichen betreffen und von ihnen wahrgenommen werden, finden sich einige Hinweise in der Kinderarmutsforschung (z. B. Beisenherz 2002, Butterwegge 2008, Palentien 2004, Zander 2005). Fasst man die vorliegenden Befunde zusammen, so strukturieren andere Faktoren die Zeitraster des Alltags dieser Kinder und Jugendlichen im Vergleich zu jenen, die nicht von Armut betroffen oder gefährdet sind: Nicht Vereinstermine, sondern das Annehmen von Jobs neben der Schule, der Ausschluss von schulischen Aktivitäten aus Kostengründen, die Notwendigkeit der Übernahme von Unterstützungstätigkeiten (z. B. Behördenwegen) sowie vermehrte Mithilfe im Haushalt und Betreuung von Geschwistern, wenn Eltern dazu nicht oder nur bedingt in der Lage sind, sind nur einige Beispiele dafür.

Kinder von erwerbstätigen Eltern sind hingegen mit anderen Problemkonstellationen konfrontiert: nicht nur das Ausmaß an Zeit, das Eltern ihnen widmen (können), sondern auch die Lage der Familienzeiten bzw. Arbeitszeiten hat Einfluss auf die Bewertung der Elternzeit aus Kindersicht. Angesichts der Entwicklungen in der Arbeitswelt (vgl. Beitrag von K. Jurczyk und G. Schmied) kommt der Flexibilisierung und Deregulierung von Erwerbsarbeitszeiten Bedeutung zu.

In Deutschland sind Klenner et al. (2002, 2003) in ihrer explorativen Untersuchung zum Themenbereich flexibler Arbeitszeiten aus Sicht der Eltern und Kinder der Frage nachgegangen, wie sich flexible, ungleichmäßig verteilte Arbeitszeiten auf das Alltagsleben von Familien mit Zweiverdiener-Elternpaaren auswirken. Mittels Fallstudien wurden dabei Pro-

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

zesse familialer Zeitabstimmung sowie zeitliche Ansprüche an Eltern und Kinder analysiert. Dabei zeigt sich: Arbeitszeitflexibilisierungen bergen bezüglich der Vereinbarkeit von Beruf und Familie keineswegs nur Nachteile. Eltern verfügen aufgrund von Arbeitszeitkonten sowohl über mehr Gestaltungsspielraum hinsichtlich des Arbeitsbeginns und -endes als auch über vermehrte Möglichkeiten, auf wechselnde und besondere Zeitbedarfe der Kinder reagieren zu können. Ob Arbeitszeitflexibilisierung mit Vor- oder Nachteilen für die Gestaltung des familialen Alltags verbunden ist, hängt allerdings wesentlich davon ab, wie frei diese gewählt werden kann. Die vorliegenden empirischen Befunde zeigen sehr deutlich, dass flexible Arbeitszeiten vor allem dann für Eltern zum Problem werden, wenn sie sich kurzfristig und gegen den Willen der Eltern ändern und bislang für die Familie reservierte Zeiträume besetzen. Zeitstress wird besonders dann ausgelöst, wenn Arbeitszeiten in den späten Nachmittag, den Abend oder das Wochenende eindringen, weil es neuer Abstimmung innerhalb der Familie, aber auch mit externen Betreuer/-innen wie z. B. Großeltern, Verwandten usw. bedarf (die nicht immer und auf Abruf verfügbar sind).

Zeiher (2005a) verweist wiederum darauf, dass nicht die deregulierten Arbeitszeiten der Mütter und Väter an sich das Alltagsleben der Kinder beeinflussen, sondern der Umgang der Eltern damit. Die Umgangsweisen werden wiederum von anderen Faktoren beeinflusst, vor allem von der Koordinierung der Arbeitszeiten beider Eltern mit den Betreuungs- und Schulzeiten des Kindes, von den Ressourcen außerfamilialer Betreuung sowie von den Vorstellungen, welche die Eltern von Familie, Geschlechterverhältnis und Kindheit haben.

Auswirkungen atypischer Arbeitszeiten auf das Wohlbefinden von Kindern

Da davon auszugehen ist, dass sich bestimmte Wirkungen von Arbeitszeitarrangements dem direkten Wissen und Bewusstsein der Kinder entziehen, wird an dieser Stelle auf Befunde aus der angloamerikanischen Literatur verwiesen: Anknüpfend an frühere Forschungsarbeiten, in denen der Zusammenhang zwischen atypischen Arbeitszeiten der Eltern und negativem Wohlbefinden bzw. Verhaltensauffälligkeiten auf Seiten der Kinder nachgewiesen werden konnte, gehen Strazdin et al. (2006) der ebenso wichtigen Kernfrage nach, wie diese Effekte zustande kommen. Die These lautet, dass das Arbeiten zu „unsozialen Arbeitszeiten“ Schlüsselemente kindlicher Umwelten in der Familie beeinflusst. Kandidaten hierfür sind Depressionen der Eltern, familiäre Leistungen und hier vor allem die Ausübung der Elternrolle, die dann wiederum ihren Niederschlag im Verhalten des Kindes finden. Die Untersuchung belegt eindeutig: Verglichen mit Familien, in denen Väter im Normalrahmen arbeiten, zeigen Familien mit Vätern mit atypischen Arbeitszeitkonstellationen signifikant schlechtere Familienfunktionen, mehr feindseliges und ineffektives Elternverhalten. Dies gilt auch für die Familien mit Müttern, die Nichtstandardarbeitszeiten aufweisen. Nicht verwunderlich ist, dass sich die negativen Effekte bei zwei Elternteilen mit atypischen Arbeitszeiten verstärken. Ferner bestätigt sich die Hypothese, dass diese verschlechterten Familienfunktionen sich dann in kindlichen Verhaltensschwierigkeiten niederschlagen. Joshi/Bogen (2007) weisen dies bestärkend nach: Gerade Familienverhältnisse im Niedriglohnbereich, wo Eltern gezwungen sind, aufgrund der restriktiven amerikanischen Politik jeder Arbeit auch zu ungünstigen Familienzeiten nachzugehen, wirken sich besonders nachteilig auf die Entwicklung der Kinder aus.

In eine ähnliche Richtung weisen Befunde von Han (2008) zur Schichtarbeit. Zahlreiche Studien aus der Arbeitsforschung haben die negativen Effekte der Schichtarbeit auf das

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

körperliche und seelische Wohlbefinden der Beschäftigten belegt. Daraus lässt sich ableiten, dass diese Beeinträchtigungen auch auf die Kinder abstrahlen (La Valle et al. 2002). Han (2008) führt Moderatorvariablen zwischen der bloßen Tatsache von Schichtarbeit und kindlichem Wohlbefinden ein und gelangt zu folgenden Ergebnissen: Insgesamt gesehen weisen alle Kinder, deren Mütter „non-day shifts“ arbeiten, mehr Verhaltensprobleme auf als jene Kinder, deren Eltern nicht in dieser Arbeitsform erwerbstätig sind. Die negativen Effekte der „non-day“ shifts sind dann stärker, wenn

- a) die Kinder länger in einer Einelternfamilie lebten,
- b) wenn das Familieneinkommen im unteren Drittel der untersuchten Gruppe liegt,
- c) wenn die Mütter in einer niedrigen Dienstleistungstätigkeit arbeiteten,
- d) wenn die Mütter über längere Zeit mehr als 35 Stunden arbeiteten,
- e) wenn auch der Vater „non-day shifts“ arbeitet
- f) wenn eine Kombination der „non-day shifts“ von Müttern und Vätern vorliegt.

Insgesamt gesehen deuten diese Befunde darauf hin, dass „sozial toxische“ Arbeitszeiten der Eltern nicht nur sie selbst treffen, sondern das gesamte Familiengefüge destabilisieren, was sich in Einbußen des Wohlbefindens und auch der Entwicklung der Kinder niederschlägt.

Trotz vorhandener Unterschiede in den vorliegenden Befunden, die zum einen auf ein methodisch unterschiedliches Vorgehen (vgl. Fedick et al. 2005) und zum anderen auf entwicklungsbedingte Altersunterschiede der einbezogenen Kinder zurückzuführen sind, zeigt sich: Für Kinder im Grundschulalter sind gemeinsame Zeiten mit den Eltern grundsätzlich wichtig und eine Voraussetzung für qualitätsvolle Beziehungen zu den Eltern (LBS-Initiative Junge Familie 2002, Roppelt 2003). Kinder dieses Alters wünschen sich Planbarkeit und Berechenbarkeit bezüglich der Zeit der Eltern, sie wollen sich darauf verlassen können, dass Eltern sie zu den verabredeten Zeiten abholen oder zu den gewohnten (bzw. vereinbarten) Zeiten nach Hause kommen (Roppelt 2003), weshalb unsichere, nicht planbare Arbeitszeiten der Eltern aus Sicht von Kindern ein Problem darstellen. So schließt Roppelt (2003), dass man nicht von einer linearen Verknüpfung zwischen beruflicher Einbindung und erhöhter Belastung der betroffenen Kinder ausgehen kann. Zufrieden sind vor allem jene Kinder, deren Eltern eine mittlere Arbeitsbelastung aufweisen. Wichtig ist Kindern der mittleren Kindheit nicht eine ständige Anwesenheit der Eltern, sondern dass diese dann verfügbar sind, wenn die Kinder sie brauchen.

Es lässt sich somit weder ein zeitlicher Mindestwert noch ein Maximalwert angeben, der nötig ist, damit Kinder zufrieden sind. Ein Mangel an gemeinsam erlebten Zeiten lässt sich aus Kindersicht allerdings nur bedingt durch besonders intensiv und hochwertig genutzte Zeiten kompensieren. Die von Roppelt (2003) befragten Grundschul Kinder wünschen sich zum überwiegenden Teil einen Mix an verschiedenen Zeitqualitäten im Alltag: Zeiten mit den Eltern, die sie aktiv miteinander nutzen in Form von gemeinsamen Spielen oder aktiver Freizeitgestaltung; Zeiten, in denen die Eltern Anteil an ihren Alltagserlebnissen nehmen und ihnen zuhören; Zeiten, in denen die Eltern im Bedarfsfall für das Kind erreichbar sind; Zeiten, in denen sie von den Eltern versorgt und begleitet werden (Essenszubereitung, Taxidienste), aber auch (mit steigendem Alter zunehmend mehr) elternfreie Zeiten.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Entgegen der medialen Darstellung belegen die Ergebnisse der vorliegenden Studien, dass Eltern – trotz subjektiv gefühlter Zeitknappheit und zeitlichem Stress – bemüht sind, bei veränderten Rahmenbedingungen bewusst Zeit mit dem Kind zu verbringen; worauf u. a. auch die Diskrepanz zwischen den zeitlichen Wünschen der Eltern und ihrer Kinder hindeutet. Obwohl Mütter und Väter vor allem unter der Woche gerne mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen würden, als ihnen aufgrund anderer Verpflichtungen möglich ist, wird der seitens der Eltern empfundene Zeitmangel nur von einem Teil der Kinder als Mangel erlebt; dies vermutlich auch deshalb, weil Kinder der mittleren Kindheit nicht mehr eine ständige Anwesenheit der Eltern brauchen.

Betrachtet man die Wünsche der Kinder, wird sehr klar deutlich: Kindern ist einerseits wichtig, dass Eltern sich bei ausgewählten Ereignissen Zeit nehmen, etwa bei Schulveranstaltungen sowie in besonderen Situationen, z. B. wenn sie krank sind. Andererseits zeigen Kinder sehr wohl Verständnis dafür, dass ihre Eltern durch Arbeitszeiten gebunden sind. Wichtig ist (vor allem jüngeren) Kindern aber die Berechenbarkeit elterlicher Zeit. Sie wollen sich darauf verlassen können, dass Eltern sie zu den verabredeten Zeiten abholen oder zu den gewohnten Zeiten nach Hause kommen (Roppelt 2003). Als problematisch erleben Kinder zudem lange Warte- und Überbrückungszeiten, etwa bis die Eltern am Abend nach der Arbeit daheim eintreffen. Die Interviewaussagen in der Studie von Roppelt (2003) zeigen aber zugleich: Nicht die Erwerbstätigkeit an sich, sehr wohl aber das Ausmaß elterlicher Berufstätigkeit ist mit ausschlaggebend für das Wohlbefinden in der Familie. Sowohl Kinder, deren Eltern viel arbeiten, als auch Kinder, deren Eltern beruflich wenig eingebunden sind, bewerten ihre familiäre Situation überwiegend als belastend.

Fasst man die Ergebnisse der mittlerweile vorliegenden empirischen Untersuchungen zusammen, welche die Perspektive der Kinder selbst erheben, zeigt sich zweierlei: Viele Kinder sind mit der Zeit, die ihnen die Eltern widmen, nicht so unzufrieden, wie ihre Eltern annehmen. Zweitens: Die reine Quantität an gemeinsamer Familienzeit sagt aus Sicht der Kinder noch wenig über die Zufriedenheit mit der gemeinsam verbrachten Zeit aus.

1.3 Familienzeit im Lebenslauf: Familienbiografie als Gestaltungsaufgabe

Die veränderten zeitlichen Bedingungen haben nicht nur Einfluss auf den Familienalltag, sondern auch auf die Familienbiografie, die ebenfalls von Familie bzw. ihren Mitgliedern aktiv gestaltet werden muss. „Doing Family“ gilt somit auch für die Gestaltung der Familienbiografie, wobei diese eng mit individuellen Lebensentwürfen verschränkt ist, in die Familienphasen zunehmend eingepasst werden müssen.

In den Familienwissenschaften wurde diesbezüglich lange Zeit vom Konzept des Familienzyklus ausgegangen, das eine relativ klare zeitliche Abfolge von einzelnen Familienphasen mit ihren jeweils spezifischen Aufgaben entlang des Lebenslaufs unterstellte. Dieser Zyklus erstreckte sich von der Phase der Familiengründung, in welche Partnersuche, Etablierung der Partnerschaft sowie die Geburt des ersten Kindes fallen, über die Phase der aktiven Elternschaft bis hin zur nachelterlichen Phase, die durch den Auszug der Kinder aus dem Elternhaus und den Austritt aus dem Erwerbsleben gekennzeichnet war. Dieses relativ starre Konzept lässt allerdings einige heute bedeutsame Faktoren, die in engem

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Kontext mit sozialem Wandel (vgl. Beitrag von R. Kränzl-Nagl und A. Lange in diesem Band) stehen, außer Acht: Dies ist zu einem der Wandel in den Familienstrukturen infolge eines Anstiegs an „nicht-normativen“ Lebensereignissen (wie Scheidung/Trennung der Partner, Wiederverheiratungen usw.), und zum anderen sind es Entwicklungen in anderen Bereichen, insbesondere auf dem Bildungs- und Arbeitssektor (Garhammer 2005: 76 ff.) sowie die Anforderungen infolge der demografischen Entwicklung.

Gegenwärtig lassen sich Entgrenzungstendenzen, die aus einer lebenslauftheoretischen Perspektive unter den Begriffen „De-Institutionalisierung“ bzw. „De-Standardisierung“ des Lebenslaufs gefasst werden, auch für Familienbiografien feststellen. Für die konzeptionelle Herangehensweise an den Lebens- und Familienverlauf bedeutet dies, dass das Familienzykluskonzept mit seiner linearen Abfolge von Familienphasen (z. B. das Drei-Phasen-Modell nach Myrdal/Kleine 1971) und seiner suggerierten Einheitlichkeit von Familie⁶ angesichts der heutigen Vielfalt an Familienformen nicht mehr zeitgemäß ist und damit an Gültigkeit eingebüßt hat. Dies erscheint insofern erwähnenswert, da derartige Modellierungen des Lebens- und Familienverlaufs für Familienpolitik lange Zeit relevant waren (bzw. zum Teil noch sind).

Vielversprechender erscheint hingegen der offenere Ansatz der Familienbiografie (Lange 2009b). Fthenakis (2004) legte diesbezüglich eine Konzipierung von Familienverläufen vor, das die Transitionsaufgaben bzw. die Bewältigung durch einzelne Familienmitglieder bzw. durch Familie als System betont. „Diesem Konzept zufolge stellen Transitionen sowohl auf der individuellen als auch auf der familialen Ebene Veränderungsphasen nach spezifischen Ereignissen wie der Geburt eines Kindes oder Trennung und Wiederheirat dar, die durch verdichtete und akzelerierte Lernprozesse charakterisiert sind, bei denen psychologische Veränderungen sowie Veränderungen auf der interaktionalen Ebene des familialen Systems stattfinden, deren Richtung vorerst offen bleibt“ (Fthenakis 2004: 154). Dieses Transitionskonzept ermöglicht es, auch die Vielfalt heutiger Lebens- und Familienformen analytisch zu berücksichtigen. Eine konzeptionelle Erweiterung um Transitionen, die sich in den Bereichen Bildung und Erwerb ergeben, erscheint als besonders fruchtbare Annäherung an diese komplexe Thematik.

Die besondere Herausforderung für eine Analyse von Veränderungen in den Familienbiografien ergibt sich nämlich aus der komplexen Verschränkung ontogenetischer Entwicklungsprozesse, familialer Interaktionen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Wicki 1997). Es gilt nach wie vor, dass Lebenslauf und Lebensalter als „eine eigenständige, gesellschaftliche Strukturdimension“ (Kohli 1995: 1) aufzufassen sind, und Lebensalter und Familie in einem vielfältigen und sich wechselseitig beeinflussenden Verhältnis zueinander stehen, wobei sich je nach Lebensphase spezifische Herausforderungen stellen. Die Fragestellungen, die sich aus dieser Wechselbeziehung ergeben, beziehen sich darauf, welche Bedeutung Familie für ein Individuum in einer bestimmten Lebensaltersphase hat, sowie umgekehrt, welche Bedeutung verschiedene Lebensaltersphasen mit ihren je spezifischen Anforderungen für Familie haben.

⁶ Bereits Mitte der 1980er-Jahre wurde das Familienzyklus-Konzept heftig kritisiert. Höhn (1988: 64) fasst die Kritik an der suggerierten Einheitlichkeit von Familie wie folgt zusammen: „Das klassische Konzept des Familienzyklus deckt [...] nicht alle Familientypen ab. Es konzentriert sich auf stabile Ersten und vernachlässigt die Scheidungen, die unvollständigen Familien und die Wiederverheiratungen sowie Formen des nichtehelichen Lebens und die Ledigen. Das Familienzyklus-Konzept ist folglich partiell.“

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Diese Wechselbeziehung von Lebensalter und Familie ist nicht ahistorisch, sondern unterliegt gesellschaftlichen Wandlungsprozessen (vgl. Beitrag über den sozialen Wandel und seinen Auswirkungen auf Familie von R. Kränzl-Nagl und A. Lange). Demografischer Wandel, Pluralisierungs- und Individualisierungsprozesse, sozio-strukturelle Umbrüche, der rasante Fortschritt der Kommunikations- und Informationstechnologien sowie Entwicklungen in verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen und Teilsystemen, wie jene im Betreuungs-, Bildungs- und Erwerbsektor, wirken zutiefst auf dieses Verhältnis von Lebensalter und Familie ein. Nicht nur strukturelle Veränderungen, sondern auch kulturspezifische Normen, die ebenfalls einem Wandel unterliegen, haben darauf Einfluss. Dies zeigt sich z. B. deutlich hinsichtlich der Ablösung von jungen Erwachsenen aus dem Elternhaus, die von jeweils vorherrschenden kulturellen Skripten zum angemessenen Verhältnis von Individuation und Autonomie geprägt sind und die Beziehungsgestaltung innerhalb der Familie beeinflussen (Lange 2009b).

Aufgrund der engen Verzahnung von Lebensalter bzw. Lebenslauf und Familienbiografie erfolgt zunächst eine Skizzierung verschiedener Trends, die sich diesbezüglich zeigen. Vor allem der Trend zur De-Standardisierung bzw. De-Institutionalisierung des Lebenslaufs ist im Hinblick auf geschlechtsspezifische Unterschiede dabei von Interesse. Die anschließenden Ausführungen beleuchten – in Ergänzung zu anderen Beiträgen des Familienberichts 2009 – eine Lebensalterphase näher, nämlich das mittlere Lebensalter, in dem es zu einer Kumulation von Herausforderungen im generationellen Kontext kommt. Im abschließenden Resümee werden die Fäden der skizzierten Entwicklungen noch einmal aufgenommen sowie erste Schlussfolgerungen gezogen.

1.3.1 Überblick über Trends bezüglich Lebenslauf und Familienbiografie

De-Standardisierung bzw. De-Institutionalisierung des Lebenslaufs

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts bildete sich infolge des voranschreitenden Modernisierungsprozesses die „Institutionalisierung des Lebenslaufs“ und damit die Etablierung einer „Normalbiografie“ (Levy 1977) heraus, die durch eine klar vorgegebene, lineare Abfolge von familiären und anderen biografisch relevanten Lebensereignissen charakterisiert ist. Dieses am männlichen Lebenslauf (und damit an der Beteiligung am Erwerbsleben) entwickelte Modell (kritisch dazu Ecarius 1995: 184) implizierte eine „temporale Ordnung für die Abfolge und Dauer von Lebensereignissen bzw. -phasen“, die „im Wesentlichen auf empirischen Verhaltensregelmäßigkeiten, institutionellen Regulierungen und normativen Orientierungen“ (Brose 2003: 583) basiert. Das skizzierte biografische Muster verbreitete sich in weiten Teilen der Bevölkerung westlich geprägter Gesellschaften. Dies allerdings mit jeweils geschlechtsspezifischen Konnotationen: Wurde die Normal(erwerbs-)biografie von Männern an dauerhafter Vollbeschäftigung festgemacht, so wurde der weibliche Lebensverlauf entlang familiärer Ereignisse konstruiert, vor allem an den Geburten von Kindern und damit (u. U. mehrfach) erforderlichen Erwerbsunterbrechungen, also dem Aus- bzw. Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt sowie mit der Ausübung von Teilzeitarbeitsverhältnissen in Verbindung gebracht.

Seit etwa den 1960er-/1970er-Jahren bricht das Muster der Normalbiografie mit seinen klar vorgegebenen Abläufen und Ereignissen auf (Kohli 1988). Die „De-Institutionali-

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

sierung“ bzw. „De-Standardisierung“ vormals verbindlicher Vorgaben, Standards und Regulationen des Lebenslaufs setzt ein, die bis heute nachwirkt und sich weiter ausformt. Die sog. Normalbiografie wird zunehmend durch die sog. Bastel- bzw. Patchworkbiografie abgelöst (Beck/Beck-Gernsheim 1994), was nicht zuletzt auch auf eine Flexibilisierung des Erwerbsverlaufs zurückgeht (Buchholz 2008). Diese Entwicklung erforderte es vom einzelnen Individuum zusehends, Lebensentwürfe und deren Realisierung eigenständig zu gestalten. Erklärt wird diese Entwicklung mit dem vorschreitenden Individualisierungsprozess, wobei bereits Beck (1986) auf die Ambivalenz der befreienden Wirkung durch die Herauslösung aus nicht mehr zeitgemäßen starren Normen und Standards und die sich dadurch eröffnenden Freiräume einerseits und auf die neuen Gestaltungszwänge und die damit verbundenen Risiken (Handlungsunsicherheiten) sowie die Einbindung des Individuums in neue Regelsysteme andererseits hinwies: „An die Stelle traditionaler Bindungen und Sozialformen (soziale Klasse, Kleinfamilie) treten sekundäre Instanzen und Institutionen, die den Lebenslauf des Einzelnen prägen und ihn gegenläufig zu der individuellen Verfügung, die sich als Bewusstseinsform durchsetzt, zum Spielball von Moden, Verhältnissen, Konjunkturen und Märkten machen“ (Beck 1986: 211). Demzufolge werden Entscheidungen nicht von allen Restriktionen befreit, vielmehr werden alte Restriktionen durch neue ersetzt (Mühling et al. 2006: 30). Insgesamt gesehen ist sowohl die Gestaltung der eigenen Biografie als auch jene der Familie nach wie vor von den rechtlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen geprägt, die in einer Gesellschaft jeweils vorherrschen und die Handlungsspielräume der familialen Akteure wesentlich mitbestimmen.

Die Ausgestaltung von biografischen Handlungsspielräumen vollzieht sich zudem nicht individuell autonom, sondern ist in Aushandlungsprozesse auf familialer Ebene (z. B. mit dem Partner) eingebettet. Die spezifische Herausforderung an Familie besteht somit darin, einerseits die eigenen Wünsche und Ansprüche mit den Bedürfnissen und Bedürfnislagen verschiedener Familienmitglieder in Einklang zu bringen, und andererseits Erfordernisse, die sich aus der engen Wechselbeziehung von Familie und den Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen – im Sinne neuer struktureller Restriktionen – ergeben, dabei mit zu berücksichtigen.

Die skizzierte Entwicklung hatte maßgeblichen Einfluss auf die Geschlechterverhältnisse und -arrangements, wobei vor allem der weibliche Lebenslauf eine tiefgreifende Veränderung erfuhr. Die gestiegenen Bildungs-, Erwerbs- und Karrierechancen von Frauen sowie die Zunahme an Wahlmöglichkeiten haben ihre Verhandlungsposition in familialen Bezügen gestärkt.⁷ Weibliche Biografien sind nicht mehr länger einzig auf Familie konzentriert, sondern auch um ihre Teilhabe an Bildung und Erwerb herum konzipiert (z. B. Peuckert 2008). Gleichzeitig beginnt das biografische Muster männlicher, vorrangig erwerbsorientierter Lebensführung immer mehr aufzubrechen, und Erwerbstätigkeit ist nicht mehr alleiniger Bezugspunkt in der Biografie von Männern. Es hat eine Öffnung hin zu Haushalt und Familie stattgefunden, allerdings nicht in einem Ausmaß, das Frauen entlasten würde (Cyprian 1996, Künzler 1994, Künzler/Walter 2001, Pfau-Effinger 2000). Sicht-

⁷ Zur Schwierigkeit der Modellierung der Verhandlungsposition von Frauen aus ökonomischer Sicht siehe Bignebat 2004.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

bar wird dennoch, dass Ansätze neuer Lebenslaufregimes für beide Geschlechter auf dem Weg sind, die auch Konsequenzen für die zeitlichen Dimensionen der alltäglichen Lebensführung haben werden.

Männer wie Frauen sind somit heute mehr denn je gefordert, ihre individuellen Lebensentwürfe zu planen, zu realisieren und gegebenenfalls zu revidieren, und zwar sowohl bezogen auf Zeiten für Familie als auch auf Zeiten für Aus- bzw. Weiterbildung und Erwerb. Der Trend zur De-Institutionalisierung der Lebensläufe ebnete Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern⁸ – vor allem hinsichtlich Bildungs- und Erwerbschancen von Frauen – zwar teilweise ein, dennoch gestalten sich die Herausforderungen für Frauen und Männer nicht nur im Alltag, sondern auch hinsichtlich ihrer biografischen Planungen und realen Verläufe in unterschiedlicher Weise. Bedingt sind diese Unterschiede v. a. durch die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Prozessen, die sich auf struktureller und kultureller Ebene vollziehen. Gerade die Überwindung von kulturellen Mustern gestaltet sich nicht als kurzfristiger, punktueller Übergang von einem altem zu einem neuen Zustand, vielmehr in Form eines langfristig ablaufenden Prozesses, der zunächst bei Veränderungen auf Einstellungsebene ansetzt und erst sehr viel später in Alltagspraktiken zum Ausdruck kommt. Im Gegensatz dazu vollziehen sich strukturelle Umbrüche schneller und haben damit unmittelbarer Einfluss auf die Gestaltung des Lebenslaufs und der Familienbiografie sowie des Familienalltags. Im Hinblick auf die Geschlechterarrangements spiegeln sich die ungleichzeitige Wirksamkeit von Trends und damit von sich eröffnenden Optionen und Freiräumen auf struktureller Ebene und kultureller Ebenen besonders deutlich in der Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit wider. Diese Entwicklung führt zum vielfach konstatierten Phänomen der Doppel- bzw. Dreifachbelastung von Frauen; diese schlägt sich nicht nur im Alltag nieder, sie, kann auch zu einer Kumulation von Belastungen in bestimmten Lebensaltersphasen von Frauen führen.

Verflüssigung der Grenzen von Lebensalters- und Familienphasen

Nicht nur die Gestaltung der individuellen Biografie orientiert sich immer weniger an lange Zeit gültigen Mustern; auch die „eindeutige“ Abgrenzung verschiedener Lebensaltersphasen voneinander wird infolge des voranschreitenden Individualisierungstrends immer schwieriger – das traditionelle Bild vom Erwachsenen als dem „fertigen Menschen“ hat seine Selbstverständlichkeit eingebüßt (Böhnisch 2009). Lebensaltersphasen lassen sich insgesamt gesehen heutzutage nicht mehr so eindeutig definieren, wie dies u. a. entwicklungspsychologisch orientierte Arbeiten der Lebenslaufforschung lange Zeit nahelegten. Vielmehr gewinnt man den Eindruck einer „Verflüssigung“ und einer gestiegenen Durchlässigkeit von vormals eindeutig definierten Grenzen sowohl zwischen Lebensaltersphasen als auch Familienphasen.

Aus lebenslaufsoziologischer Perspektive lässt sich eine Aufweichung des biografischen Vier-Takters „Kindheit – Jugend – Erwerbsfähiges Alter – Rentenalter“ beobachten; die Fortsetzung des Trends zur De-Standardisierung der Normalbiografie zeigt sich somit auch aus generationaler Perspektive, was letztlich Implikationen für Familie hat. Die Übergänge von einer Lebensaltersphase in die nächste gestalten sich heute weniger als punktuelle

⁸ Eine Reihe von Autoren (z. B. Georg 2007, Szydlik 2004) verweist allerdings auf die Reproduktion von sozialen Ungleichheiten im Lebenslauf aus generationaler Perspektive.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Lebensereignisse als vielmehr längerfristige Prozesse eines Hin- und Hergleitens, was auf die zunehmende Durchlässigkeit von lebensaltersspezifischen Grenzen verweist. Dies trifft prinzipiell auf alle Phasen im Lebensverlauf zu, allerdings mit graduellen Unterschieden, wobei sich mit zunehmendem Alter die Freiheitsgrade erhöhen.

So stellen im Kindesalter der Eintritt in den Kindergarten (oder andere Betreuungsinstitutionen) und v. a. der Eintritt in die Schule nach wie vor biografische Transitionen dar, die sich im letzten Jahrzehnt aufgrund der rechtlich normierten Schulpflicht kaum verändert haben. Diese Übergänge sind nach wie vor voraussehbar und erfordern auf familialer Ebene eine neue Orientierung in den Alltagspraktiken, den Betreuungs- und Erwerbsarrangements. Weiters zeigt sich, dass die Grenzen zwischen Kindheit und Jugend, aber auch zwischen Jugend und Erwachsenenalter immer fließender werden, wie zahlreiche Befunde der Kindheits- und Jugendforschung nahelegen (siehe Überblick bei Lange/Lauterbach 2000, Kränzli-Nagl/Mierendorff 2007, Krüger/Grunert 2002). Die Phase der Kindheit und Jugend wird in sich differenzierter, wobei dies insbesondere auf die Jugendphase zutrifft.

In der Jugendphase erhöhen sich die Optionen zur eigenständigen Gestaltung des weiteren Lebenslaufs, wobei sich zwischen Jugend und Erwachsenenalter eine neue Lebensaltersphase schiebt: die des jungen Erwachsenenalters (Sirsch et al. 2009), das die Zeitspanne von etwa 18 bis 25 Jahren umfasst und in der Entwicklungspsychologie als *Emerging Adulthood* (Arnett 2000) titulierte wurde. Kennzeichnend für diese Lebensaltersphase ist das Explorieren und Testen verschiedener Lebensoptionen, welche es ermöglichen sollen, einerseits längerfristige Beziehungen einzugehen und sich auf den Eintritt in das Erwerbsleben vorzubereiten und andererseits sich von der eigenen Familie langsam abzulösen. Es kommt allerdings in dieser Lebensphase zur Manifestierung eines neuen, biografischen Musters: der Erwerb von Bildung und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit finden nicht mehr traditionellerweise nacheinander, sondern nebeneinander statt. Arbeiten und die Absolvierung von Fort- und Zusatzausbildungen bzw. Jobben und Studieren schließen einander nicht aus, sondern sind für viele junge Menschen Realität, gepaart mit dem Erfordernis erhöhter räumlicher Mobilität.

Dies hat letztlich Folgen für den Zeitpunkt der eigenen Familiengründung, die zu einem immer späteren Zeitpunkt stattfindet bzw. aufgeschoben wird (vgl. Beitrag über Familiengründung von M. Beham in diesem Band). Diesbezüglich rückt die relativ kurze Phase zwischen 27 und 35 Jahren in den Blickpunkt des familienwissenschaftlichen Interesses, die sich zunehmend als „Rush Hour of Life“ darstellt (zusammenfassend BFSFJ 2009), in der sich junge Erwachsene beruflich etablieren und gleichzeitig eine Familie gründen wollen. Bedingt ist diese Entwicklung durch gesellschaftlichen Wertewandel, durch längere Ausbildungszeiten, längere ökonomische Abhängigkeit vom Elternhaus sowie einen heute viel späteren Eintritt in das Berufsleben. Der spätere Eintritt in den Arbeitsmarkt ist allerdings heute mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, was mit sich bringt, dass Lebensentwürfe junger Erwachsener und deren Realisierung in Abhängigkeit von Chancen bzw. Möglichkeiten des Bildungs- und Arbeitsmarktsektors immer wieder revidiert bzw. in einem permanenten Prozess neu konstruiert werden müssen. Auch Partnerschaft und Kinderwunsch müssen in dieser Phase des Lebensverlaufs mit konkurrierenden bildungsbezogenen und beruflichen Zielen in Einklang gebracht werden. Die Entscheidung für oder

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

gegen Kinder setzt wiederum auf der interaktionalen Ebene Aushandlungsprozesse zwischen den Partnern voraus, indem individuelle Interessenslagen mit familiären Zielvorstellungen abgestimmt werden müssen (vgl. die Beiträge über Partnerschaftsbeziehungen und -verläufe von U. Zartler sowie über Familiengründung von M. Beham).

Das zuvor beschriebene Muster der Parallelität von Bildung und Beruf setzt sich auch im mittleren Lebensalter fort, in dem sich Phasen der Erwerbstätigkeit, von Aus- und Weiterbildung sowie von Familienzeiten (infolge der Geburt von Kindern) immer wieder abwechseln oder auch zeitlich parallel stattfinden. Die eingangs beschriebene Kultur der Gleichzeitigkeit zeigt sich somit auch in biografischer Hinsicht. Offenkundig wird dabei, dass biografische Taktgeber des Bildungs- und Arbeitssektors (wie der Abschluss einer Ausbildung sowie der Eintritt in den Arbeitsmarkt usw.), entlang denen früher Familienphasen konstruiert wurden, ihre Gültigkeit einbüßen. Ein weiterer zeitlich bedeutsamer Faktor wird hinsichtlich der kurz-, mittel- und langfristigen Effekte von biografischen Entscheidungen bei der Ausgestaltung der Familienbiografie deutlich: Während Entscheidungen, die sich auf die Beteiligung am Bildungssektor und Arbeitsmarkt beziehen, immer wieder revidiert werden und so kurz- und mittelfristige Effekte auf die Biografie haben (können), ist z. B. die Realisierung des Kinderwunsches eine Entscheidung mit biografisch gesehen relativ langfristigen Konsequenzen. Für die mittlere Generation, die auch als Sandwich-Generation bezeichnet wird, ergeben sich jedoch nicht nur Sorge- und Betreuungsleistungen für die eigenen Kinder, sondern auch zunehmend für die eigenen Eltern (vgl. Beitrag von M. Beham und U. Zartler sowie Ausführungen weiter unten).

Gegen Ende des mittleren Lebensalters markiert der Austritt aus dem Erwerbsleben einen weiteren biografischen Wendepunkt. Ähnlich wie beim Eintritt in den Arbeitsmarkt zeigt sich allerdings, dass es sich dabei für eine wachsende Anzahl von Menschen immer weniger um ein punktuellere Lebensereignis handelt als vielmehr um einen gleitenden Übergang. Der bislang gültige biografische Marker „Pensionseintritt“ als Übergang zur Phase des Alters, rechtlich normiert durch das gesetzliche Pensionseintrittsalter (dieses kann vom faktischen Pensionseintrittsalter abweichen), verliert zumindest bei einem Teil der älteren Menschen an Gültigkeit. Welche Implikationen dies für Familie – sei es in alltagsbezogener oder in biografischer Hinsicht – hat, wurde bislang allerdings noch kaum untersucht. Ebenso stellt die Frage der Vereinbarkeit von anhaltender, wenn auch oftmals reduzierter Erwerbstätigkeit einerseits und der von dieser Generation erwarteten familialen, immateriellen Unterstützungsleistungen (z. B. bei der Kinderbetreuung) andererseits aus Sicht der Familienmitglieder selbst eine noch weitgehend unerforschte Terrain der Familienforschung dar.

Charakteristisch für die Phase des Alters ist ferner, dass es zu einer zeitlichen Verlängerung dieser Lebensphase gekommen ist, wenn auch aus anderen Gründen als bei der Jugendphase, nämlich infolge der insgesamt gestiegenen Lebenserwartung. Damit geht eine Reihe von neuen Chancen, aber auch Herausforderungen einher⁹ (vgl. ÖIF 2001). Aufgrund der höheren Lebenserwartung kommt es zudem zu einer Ausdifferenzierung des Alters, wobei inzwischen verschiedene Phasen unterschieden werden (vgl. ÖIF 2001): Das

⁹ Die Situation der älteren Menschen in Österreich ist im letzten Senior/-innenbericht ausführlich dargestellt (vgl. ÖIF 2001 bzw. die Synthese von Amann 2001), weshalb an dieser Stelle nicht näher darauf eingegangen wird.

Spektrum reicht von jungen, aktiven Senior/-innen bis hin zu den Hochaltrigen (Hörl et al. 2008). Als wesentliches Kriterium zur Unterscheidung verschiedener Phasen wird dabei immer weniger das Lebensalter an sich herangezogen als vielmehr der Grad an Selbstständigkeit und Autonomie bzw. das Ausmaß an Unterstützungs- und/oder Pflegebedürftigkeit. Die demografische Entwicklung, die sich in Richtung einer „alternden Gesellschaft“ bewegt (vgl. Beitrag zur demografischen Entwicklung von R. Münz und A. Reiterer), bringt somit nicht nur eine quantitative Steigerung des Bevölkerungsanteils älterer Menschen, sondern auch einen Bedeutungswandel der Lebensphase „Alter“ mit sich (Buchen/Maier 2008, Kohli 2005, Schewpe 2007 u. v. a.).

1.3.2 Die Sandwich-Generation: Herausforderungen im mittleren Lebensalter

Eine zunehmende Zahl von Frauen und Männern im mittleren Lebensalter¹⁰ ist infolge von generationellen Beziehungen und Hilfeleistungen in beide Richtungen, nämlich einerseits hin zu den eigenen Kindern bzw. Enkelkindern und andererseits hin zu den eigenen, älter werdenden Eltern, vor spezifische Anforderungen gestellt. So merken Perrig-Chiello und Höpflinger (2008: 165) sehr treffend an: „In keiner anderen Lebensphase ist die Dynamik des ‚intergenerationellen Schicksals‘ so ersichtlich und kommt so zum Tragen wie im mittleren Lebensalter.“ Aufgrund des erhöhten Bedarfs an familialen Leistungen wird diese mittlere Generation auch als „Sandwich-Generation“¹¹ oder als „Scharniergeneration“ (Lüscher/Liegle 2003) bezeichnet.

Die empirischen Befunde zum mittleren Lebensalter und zu den damit einher gehenden Belastungen und Anforderungen sind durchaus heterogen. So verweist die empirische Studie von Borchers (1997) auf ein von dieser Generation empfundenes Ungleichgewicht zwischen erbrachten und erhaltenen Leistungen: „Die Leistungsbilanz ist in dieser Lebensphase stark unausgeglichen, es wird ein Vielfaches an von dem an Unterstützung für andere geleistet, was unmittelbar zurückerhalten wird“ (Borchers 1997: 79). Andere Befunde, wie z. B. der deutsche Alterssurvey (Kohli/Künemund 2000/2005), relativieren die Vorstellung von einseitig verlaufenden Transferleistungen und zeigen auf, dass Transferleistungen (materieller und immaterieller Art) sowohl von Jung zu Alt als auch von Alt zu Jung verlaufen. Übereinstimmung herrscht in der Fachliteratur dahingehend, dass die Angehörigen der mittleren Generation in besonderem Maße in soziale Netzwerke eingebunden sind und zu überdurchschnittlichen Anteilen Leistungen im privaten Rahmen erbringen, aber auch erhalten (Borchers/Miera 1993 zit. in Perrig-Chiello/Höpflinger 2008: 166). Kritisch hinterfragt wird zudem das empirische Auftreten von Sandwich-Kontellationen in quantitativer Hinsicht, wobei einige Autor/-innen gegen Ende der 1990er-Jahre betonten, dass dies nur auf eine Minderheit der Personen im mittleren Lebensalter zutrefte (Höpflinger/Baumgartner 1999, Hörl/Kytir 1998). Aufgrund der demografischen Entwicklung (vgl. Beitrag von R. Münz und A. Reiterer), die sich an Indikatoren wie dem

¹⁰ Sieht man von der zuvor beschriebenen Problematik der eindeutigen Grenzziehung zwischen Lebensalterphasen ab, so bezieht sich die Bezeichnung „mittleres Lebensalter“ in der Fachliteratur zumeist auf die Phase zwischen dem 40. und 60./64. Lebensjahr.

¹¹ Insbesondere die Metapher der „Sandwich-Generation“, erstmals von Schwartz (1977) verwendet, wurde zu einem gängigen Konzept zur Beschreibung dieser Generation (z. B. Borchers 1997, Hamill/Goldberg 1997). Zur kritischen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Definitionen (sozialpolitisch und familiendemografisch) des Begriffs „Sandwich-Generation“ siehe Überblick bei Perrig-Chiello/Höpflinger (2008: 167 ff.).

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

Anstieg des Alters bei Geburt des ersten Kindes oder der Lebenserwartung zeigt, ist anzunehmen, dass die davon betroffene Gruppe dieses Alterssegments jedoch zugenommen hat.

Faktum ist, dass ein Teil dieser Generation Unterstützungs-, Hilfe- und Sorgeleistungen in beide Richtungen erbringt, wobei sich jeweils unterschiedliche An- bzw. Herausforderungen stellen. Erstens ist diese Generation mit den vielfältigen Anforderungen und eigenen Ansprüchen bezüglich der Gestaltung der Beziehung zu ihren jungen Kindern (deren Vorhandensein angesichts des gestiegenen Alters der Eltern bei der Geburt nicht selten ist; siehe dazu den Beitrag von M. Beham und U. Zartler) konfrontiert. Zweitens fallen in diese Lebensphase zu bewältigende Ablösungsprozesse, und zwar einerseits der Auszug der eigenen (älteren) Kinder aus dem elterlichen Haushalt und andererseits die Pflegebedürftigkeit sowie der Tod der eigenen Eltern. Für all diese Prozesse gilt, dass Rollen neu definiert und innerhalb der Familie (auch der Herkunftsfamilie, z. B. im Fall der elterlichen Pflegebedürftigkeit mit Geschwistern) neu ausverhandelt werden müssen. Für das mittlere Lebensalter kann diese Neudefinition von Rollen – eben aufgrund der generationalen Sandwich-Position – in mehrfacher Hinsicht vonnöten sein: Neudefinition der eigenen Eltern- und gegebenenfalls schon Großelternrolle sowie eine Neudefinition der Rolle im Verhältnis zu den älter werdenden Eltern, insbesondere der pflegebedürftigen. Nochmals gebrochen bzw. vergrößert werden diese Anforderungen in Fortsetzungsfamilien infolge von Scheidung bzw. Trennung der Partner, wie Ein-Eltern-, Stief- oder Patchworkfamilien (vgl. Beitrag von U. Zartler und L. Wilk).

Insgesamt gesehen ist es somit insbesondere die Kumulation familienbedingter Ereignisse, die diese Lebensphase auszeichnet. Gleichzeitig ist der jüngere, noch erwerbstätige Anteil der mittleren Generation mit einer Reihe von Anforderungen in beruflicher Hinsicht konfrontiert: Diese reichen von neuerlicher beruflicher Etablierung beim Wiedereinstieg nach der Geburt von einem Kind bzw. von Kindern bis hin zu stärkerer zeitlicher Beanspruchung durch beruflichen Aufstieg bzw. verfolgte Karrierepläne, insbesondere in höher qualifizierten Berufen. Mit beruflich bedingten Anforderungen in dieser Lebensphase geht oftmals auch das Erfordernis von Fort- und Weiterbildung einher, die entweder parallel zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit oder mit Berufsunterbrechungen (z. B. in Form von Sabbaticals) stattfindet. Die älteren Segmente der mittleren Generation stehen hingegen entweder vor dem Übertritt in die Pension oder haben diesen Schritt bereits vollzogen. Die zeitliche Verfügbarkeit für familiäre Unterstützungs- und Sorgeleistungen (z. B. Betreuung von Enkelkindern oder Pflege von älteren Angehörigen) ist demnach bei dieser Gruppe eher als bei den Jüngeren gegeben, und von einem Großteil werden diese Leistungen auch erbracht, sie stehen allerdings Selbstverwirklichungswünschen (Reisen usw.) in der nun erwerbsfreien Lebenszeit entgegen (vgl. ÖIF 2001).

Nachdem in anderen Beiträgen des vorliegenden 5. Familienberichts bereits ausführlich auf die Eltern-Kind-Beziehung (vgl. Beham/Zartler) sowie auf die Großeltern-Enkelkind-Beziehung (vgl. Wilk) Bezug genommen wurde, soll im Folgenden auf zwei Aspekte des mittleren Lebensalters näher eingegangen werden, und zwar auf das Erwachsenwerden und die Ablösung der eigenen Kinder aus dem Elternhaus sowie – ergänzend zum Beitrag von M. Beham und U. Zartler – auf die Pflegebedürftigkeit und den Tod der eigenen Eltern.

Erwachsenwerden und Auszug der eigenen Kinder

Bezüglich des Ablösungsprozesses der jungen Erwachsenen lassen sich verschiedene Trends beobachten. Der erste bezieht sich auf das Alter, in dem die erwachsenen Kinder das Elternhaus (endgültig) verlassen: in vielen europäischen Ländern sowie in den USA ist ein Anstieg dieses Alters festzustellen. Die längere Verweildauer im elterlichen Haushalt, im „Hotel Mama“, ist bedingt durch längere Ausbildungszeiten und damit späteren Eintritt in das Erwerbsleben, aber auch durch zunehmende berufliche Unsicherheiten (Buchholz 2007, BFSFJ 2009). Es zeigt sich jedoch auch, dass es immer schwieriger wird, einen exakten Zeitpunkt des Auszugs von Kindern zu definieren. Vielmehr gestaltet sich diese Ablösung als langfristiger Prozess und zunehmend weniger als eine einschneidende Transition im Lebenszyklus: Es ist ein Kommen und Gehen zu beobachten, das auch bei Gründung eines eigenen Haushalts der Kinder beibehalten wird. Diese verliert als Marker des lebenszyklisch bedeutsamen Prozesses somit an Gültigkeit. Das Pendeln zwischen Elternhaus und dem eigenem Haushalt (Perrig-Chiello 2007) manifestiert sich vielmehr als gängiges Muster in der Lebensphase des jungen Erwachsenenalters, die auf die zunehmende Durchlässigkeit von haushaltsbezogenen Grenzen von Familie als Netzwerk intergenerationaler Beziehungen verweist. Der Begriff der heutigen „Multilokalität“ von Familie erscheint vor diesem Hintergrund nicht nur für das Verhältnis zur älteren Generation, sondern auch für das Verhältnis von jungen Erwachsenen und der mittleren Generation als bedeutsam.

Wie dieser Ablösungsprozess von der mittleren Generation selbst wahrgenommen wird, damit beschäftigte man sich in den Familienwissenschaften schon längere Zeit. Das mit dem weiblichen Lebensverlauf verknüpfte Erklärungsmuster der „empty nest“- Phase bzw. des Syndroms des leeren Nests, die insbesondere für Mütter aufgrund ihrer nun nicht mehr benötigten Pflege-, Versorgungs- und Erziehungsleistungen als belastend und krisenhaft dargestellt wurde, erfuhr in jüngeren Arbeiten eine deutliche Revision. Da sich das Loslassen heute einerseits prozesshaft gestaltet und nicht mehr als biografischer Einschnitt empfunden wird, und sich andererseits das weibliche Dasein heutzutage nicht einzig durch die Mutterrolle, sondern auch durch die Beteiligung am Erwerbsleben definiert, wird die Ablösung vom Elternhaus nicht mehr in diesem Maße als belastend und krisenhaft erlebt. Vielmehr zeigen sich bei heutigen Müttern eher eine positive Einstellung und Erwartungshaltung hinsichtlich dieser nachelterlichen Phase, und sie artikulieren diesbezüglich auch weniger Probleme (Perrig-Chiello/Perren 2005). Im Zuge der erstarkten Väterforschung rückte in letzter Zeit das Erleben der nachelterlichen Phase durch die Väter ebenfalls in den Blickpunkt des Interesses.

Neuere Arbeiten aus der Schweiz verweisen diesbezüglich auf ein interessantes Phänomen (Perrig-Chiello/Höpflinger 2001, Perrig-Chiello/Hutchinson/Höpflinger 2008 zit. in Perrig-Chiello/Höpflinger 2008: 172): Solange die Kinder noch im eigenen Haus sind, antizipieren Väter wie Mütter deren Auszug mehrheitlich positiv. Befragungen nach dem tatsächlich erfolgtem Auszug verweisen allerdings auf geschlechtsspezifische Unterschiede: Väter empfinden dies wesentlich ambivalenter, wenn nicht sogar negativer als Mütter. Dieser Befund wird einerseits durch die gestiegenen Ansprüche der aktiven Wahrnehmung von Vaterschaft erklärt und andererseits dadurch, dass Frauen, wie bereits erwähnt, dieses Ereignis heute nicht mehr als gravierenden Einschnitt empfinden – aufgrund eines gewandelten Verständnisses der Mutterrolle als nicht einziger identitätsstiftender Rolle. Darüber

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

hinaus unterhalten Mütter im Gegensatz zu Vätern häufigeren Kontakt zu ihren ausgezogenen Kindern (durch Telefonate usw.), was ebenfalls dazu beitragen kann, diese Phase als weniger krisenhaft zu erleben. Aus Müttersicht wird der Auszug auch insofern positiver interpretiert, als nun ein „gesunder“ Abstand entstanden ist, der mit einer Verbesserung der Beziehungsqualität einhergeht. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein negatives Erleben des Auszugs der eigenen Kinder aus dem Haushalt für Mütter weitgehend der Vergangenheit angehört, wogegen diese Transition für Väter immer mehr zu einem Thema zu werden scheint.

Pflegebedürftigkeit und Verlust der eigenen Eltern

Nicht nur das Loslassen der eigenen Kinder, auch das Erleben von Pflegebedürftigkeit sowie die Bewältigung des Todes der eigenen Eltern prägen für viele Menschen die mittlere Lebensphase. Das Verwaisen – einst ein weit verbreitetes Schicksal im Kindesalter – wird aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung der Menschen zu einem zunehmend konstitutivem Merkmal des mittleren Lebensalters. Wenngleich diese Ereignisse, die zumeist ebenfalls prozesshaften Charakter haben, von Frauen wie Männern gleichermaßen belastend empfunden werden, sind die Erwartungen und Anforderungen an Frauen diesbezüglich nach wie vor ungleich größer als an Männer. Dass diese Erwartungen auch erfüllt werden, zeigt sich daran, dass Frauen noch immer den Großteil der Pflege- und Sorgeleistungen im privaten Rahmen für die ältere Generation erbringen, dies wiederum notwendigerweise in Abstimmung mit einer Erwerbstätigkeit (vgl. M. Beham und U. Zartler in diesem Band).

Das Erleben des Älterwerdens der eigenen Eltern gestaltet sich, wie zuvor erwähnt, prozesshaft, wobei dem Tod der Eltern eine Phase der Fragilisierung und funktionalen Abhängigkeit vorausgeht, welche formelle sowie informelle Hilfe und Unterstützung erfordert. Bevor es allerdings zur Unterstützungs- bzw. Pflegebedürftigkeit von Eltern kommt, stellen diese ihrerseits eine wichtige Unterstützungsressource für ihre Kinder und Enkelkinder dar, und zwar sowohl in materieller als auch immaterieller Hinsicht. Da Senior/-innen heutzutage immer länger – verglichen mit früheren Zeiten (vgl. ÖIF 2001) – aktiv und gesund bleiben, kommt es zu einer Umkehr zumeist vor allem im hohen Alter (zumeist definiert als Alter von 80 bis 85 Jahren, vgl. Hörl et al. 2008). Angehörige der mittleren Generation werden einerseits mit dem nahenden Tod ihrer Eltern sowie andererseits mit ihrer Hilfs- und Pflegebedürftigkeit (wenn diese auch graduell unterschiedlich sein kann) konfrontiert. Dies führt zu einer grundlegenden Veränderung dieser Eltern-Kind-Beziehung, die oftmals von beiden Seiten mit ambivalenten Gefühlen und Erwartungen begleitet wird. Wie Befragungen von erwachsenen Kindern und ihren alten, hilfsbedürftigen Eltern zeigen (z. B. Perrig-Chiello/Höpflinger 2001), sind vor allem Autonomie und Abhängigkeit Themen, die beide Seiten beschäftigen bzw. geltend gemacht werden.

Im Idealfall gelingt es sowohl Kindern als auch Eltern (sofern es diesen gesundheitlich noch möglich ist), nach Verlust und Verarbeitung des lange Zeit gültigen Verständnisses ihrer Eltern- bzw. Kinderrolle zu einem neuen Rollenverständnis zu gelangen. Gelingt es den erwachsenen Kindern, ihre Eltern so zu akzeptieren, wie sie sind, ihnen zu helfen und sich zugleich abzugrenzen, ohne dabei Schuldgefühle zu entwickeln, gelangt das Eltern-Kind-Verhältnis in ein letztes Stadium, das als „filiale Reife“ (filial maturity) bezeichnet wird (Marcoen 1995, Perrig-Chiello/Höpflinger 2008).

Prozesse des Älterwerdens und des Sterbens der Eltern beinhalten für viele Frauen und Männer im mittleren Lebensalter zudem eine Antizipation des eigenen Alterns mit multiplen psychischen Konsequenzen. Wie das Älterwerden und Sterben der eigenen Eltern erlebt werden, gibt Anlass zu Hoffnungen, aber auch zu Ängsten und Sorgen betreffend Verlauf und Qualität des eigenen Alterns. Demzufolge ist nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Altern und dem Verlust der eigenen Eltern eine Entwicklungsaufgabe dieses Lebensalters, sondern auch jene mit dem eigenen Altern und Endlichkeit des eigenen Lebens.

1.3.3 Resümee: Veränderungen des Lebenslaufregimes und der Familienbiografien

In biografischer Hinsicht zeigen sich die zeitlichen Veränderungen zum einen in der immer knapper werdenden Zeit für jene Lebensphase, in welche die Familiengründung fällt (vgl. Beitrag über Familiengründung von M. Beham), wie auch generell in einer immer kürzer werdenden Zeitspanne, die im Laufe des Lebens Zeit in Partnerschaft, Kinder und Familie investiert wird. Aufgrund der demografischen Entwicklung verlängert sich jedoch der Zeitraum, in dem Beziehungen zwischen drei und mehr Generationen heute überhaupt erst möglich sind; gleichzeitig bringt dies aber auch spezifische Anforderungen an Familien im Hinblick auf Pflege und Betreuung der immer älter werdenden Generation mit sich. Auffallend ist, dass die „Rush Hour of Life“ und damit die quantitative Verkürzung der Familienphase – verstanden als Phase, in welche die Versorgung, Betreuung, Erziehung von (minderjährigen) Kindern fällt – in den Familienwissenschaften sowie in der Familienpolitik angesichts der sinkenden Geburtenraten der letzten Jahre vermehrt Beachtung gefunden hat, andere Phasen des individuellen Lebenslaufs bzw. der Familienbiografie hingegen erst wieder langsam in den Vordergrund rücken.

Dieser Umstand verweist – familienrhetorisch bzw. diskursanalytisch gesehen – auf die enge Verknüpfung von gesellschaftlich vorherrschenden Sichtweisen und Definitionen von Familie, wonach unter „Familie“ bzw. „Familienphase“ im Lebenslauf vorrangig der Zeitraum von der Geburt des ersten Kindes bis zum Auszug des letzten Kindes aus dem elterlichen Haushalt verstanden wird. Die rhetorische Verengung des Begriffes „Familienphase“ auf diesen Zeitabschnitt wird weder dem skizzierten Prozess der Ablösung der Jungen vom Elternhaus noch dem Erfordernis von Betreuungs- bzw. Pflegeleistungen für die ältere Generation, die sich beide vor allem der mittleren Generation in spezifischer Weise stellen, gerecht. Die konzeptionelle Ausklammerung dieser Phase verstellt vielmehr den Blick auf die Gesamtheit der gegenwärtig gelebten Generationenbeziehungen. Folgt man einem weiteren Verständnis von Familie bzw. von familienbiografischen Lebensaltersphasen, das auch die Beziehungen zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern einschließt, ist aufgrund des anhaltenden Trends einer steigenden Lebenserwartung vielmehr damit zu rechnen, dass sich diese Familienphase eher verlängern denn verkürzen wird.

Bezüglich der Familienzeiten im Lebenszyklus stehen somit zwei Phänomene einander gegenüber: einerseits die zeitliche Verknappung der Familiengründungsphase und jener der Beziehung von Eltern und ihren minderjährigen Kindern sowie andererseits eine Verlängerung der Familienphase für Beziehungen zu älteren Familienmitgliedern. Beide Familienphasen eröffnen eine Reihe von Chancen, wenngleich die Beziehungen zwischen den Generationen unter den gegebenen Bedingungen von allen Beteiligten aktiv ausgestaltet werden müssen. Dies betrifft die Gestaltung der Eltern-Kind-Beziehung in mehr

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

facher Hinsicht, wobei sich spezifische Herausforderungen v. a. für die mittlere Generation, die sog. „Sandwich-Generation“ stellen: Diese ist damit konfrontiert, Ansprüche und Erwartungen bezüglich Beziehung, Erziehung, Fürsorge und Betreuung ihrer Kinder mit gegebenen Rahmenbedingungen – auch in zeitlicher Hinsicht – in Einklang zu bringen, gleichzeitig aber auch herausgefordert, auf etwaige Pflege- und Betreuungsbedarfe ihrer Eltern zu reagieren und diese letztlich auch in biografische Entwürfe zu integrieren. Insbesondere für Frauen, aber auch tendenziell für Männer (v. a. der jüngeren Generation), stellt sich somit gegenwärtig und zukünftig somit eine Reihe von Herausforderungen, diese Aufgaben zu bewältigen.

Wie die Ausführungen über die mittlere Generation verdeutlichen, ist diese ebenfalls mit einer Vielfalt an Herausforderungen konfrontiert, die es zu bewältigen gilt. Diese resultieren aus Veränderungen in den familialen bzw. intergenerationalen Beziehungen und Strukturen, jedoch auch aus Entwicklungen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen. Es konnte verdeutlicht werden, dass sich insbesondere diese Phase im Lebenslauf, die je nach Definition 20 bzw. 25 Jahre dauert, durch eine massive Kumulation an Anforderungen und Belastungen auszeichnet, die wiederum spezifischer Unterstützung durch eine innovative, zeitgemäße Familienpolitik bedarf.

Diese Entwicklung zeichnete sich zwar schon im letzten Jahrzehnt ab, es ist allerdings zu erwarten, dass sie sich in verschärfter Form fortsetzt. Diesbezüglich ist davon auszugehen, dass sich der Druck auf die Generation im mittleren Alter noch verschärfen wird. Dies nicht zuletzt deshalb, da es auf nationaler bzw. EU-Ebene unter dem Postulat einer zu steigenden Wettbewerbsfähigkeit vielfältige Bemühungen zur Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gibt, die großteils auf Frauen – neben Jugendlichen, älteren Menschen usw. – abzielen. Diese Entwicklung steht den Erfordernissen gesteigerter Betreuungs- und Pflegebedarfe, die nach wie vor großteils seitens der Familie (hier wiederum meist von Frauen) erbracht werden, diametral entgegen. Aber auch die Frage, inwieweit die ältere Generation, die oftmals als Reservearmee zur Unterstützung der mittleren Generation im Hinblick auf Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fungiert, dieser in Zukunft im bisherigen Ausmaß zur Verfügung steht, ist derzeit noch offen. Eine Balance zwischen den Anforderungen an Familie im Kontext mit realen nationalen Gegebenheiten sowie den erwähnten EU-Policy-Zielen zu finden, wird eine zentrale Herausforderung des nächsten Jahrzehnts sein.

Ferner lässt sich eine zunehmende Ausdifferenzierung innerhalb der Lebensaltersphasen beobachten, was sich besonders deutlich an den beiden biografischen Rändern des Lebenslaufs „Kindheit und Jugend“ sowie „Alter“ zeigt.

Die De-Standardisierung von Lebenslaufentwürfen und realen Biografien und damit verbunden eine Verflüssigung der Grenzen zwischen einzelnen Lebensaltersphasen und einer Ausdifferenzierung von Lebensaltersphasen an den Rändern des Lebenszyklus sowie – familienbiografisch gesehen – eine zeitlichen Verknappung der Familiengründungsphase bei gleichzeitiger Ausdehnung der Familienphase, in der Betreuungs- und Pflegeleistungen für ältere Menschen in der Familie erbracht werden (bzw. in außerfamilialen Anboten verlagert, was ebenfalls durch Familie organisiert werden muss), wirken tief in die Gestaltung der Generationenbeziehungen ein, die ein konstitutives Merkmal von Familien an sich darstellt (Nave-Herz 2004).

Auffallend ist weiters, dass sich biografische Übergänge nicht mehr als punktuelle Lebensereignisse darstellen, die den Lebens- und Familienverlauf vorbahnend strukturieren, sondern heutzutage vielmehr prozesshaften Charakter haben und zum Teil auch revidiert werden wie im Beispiel der jungen Erwachsenen deutlich wurde, die nach der Ausbildung wieder nach Hause ziehen und lange von ihrer Familie unterstützt werden müssen (Stauber 2007). Vor diesem Hintergrund sind es die Transitionen bzw. Transitionsprozesse, deren Bewältigung gegenwärtig eine zentrale Aufgabe von Familien darstellt (Fthenakis 2004). Dabei kann es sich um bildungs- und erwerbsbezogene Transitionen ebenso handeln wie um familienbedingte. Eine erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben ist wiederum davon abhängig, welche personalen, sozialen und materiellen Ressourcen einzelne Familienmitglieder bzw. Familie als System mobilisieren können bzw. welche zur Verfügung stehen. Aus zeitpolitischer Perspektive ist außerdem das Zusammentreffen von Transitionen in verschiedenen Bereichen sowie deren Kumulation in bestimmten Lebensalters- bzw. Familienphasen in besonderer Weise in den Blick zu nehmen.

Die skizzierten Aspekte des Wandels auf verschiedenen Ebenen, die sich aus lebenslauftheoretischer bzw. familienbiografischer Perspektive ergeben, erfordern daher eine zeitgemäße Familienpolitik, die spezifische Bedürfnis- und Bedarfslagen an Unterstützung und Hilfestellung mit Blick auf die heutige Vielfalt an Familienformen vermehrt als bisher berücksichtigt.

Summary

Geteilte Familienzeiten sind eine wichtige Ressource der Herstellung von Familie und der Leistungen von Familien für sich und die Gesellschaft. Gemeinsame Familienzeiten sind aber nicht selbstverständlich, sondern müssen heutzutage aktiv hergestellt werden. Die Herstellungsleistung von Familie („Doing Family“) ist eingebettet in veränderte zeitliche Bedingungen, die sich durch Beschleunigung, Verdichtung, Fragmentierung, eine Kultur der Unmittelbarkeit sowie Vervielfachung relevanter Zeitgeber charakterisieren lassen. Familienrelevant sind v. a. Entgrenzungen von Arbeits-, Familien- und Lebenszeiten, die vielfältige Implikationen sowohl für den Familienalltag als auch für die Gestaltung des Lebenslaufs bzw. der Familienbiografie haben.

Die Akteure in Familien sind dabei Betroffene und Gestalter des neuen Zeitregimes, das Chancen und Risiken mit sich bringt. Die Handlungsspielräume der familialen Akteure erweiterten sich jedoch nur bedingt; sie sind vielmehr durch neue und alte Restriktionen geprägt, die sich an den Geschlechter- und Generationenverhältnissen brechen. Das Spektrum an Herausforderungen in zeitlicher Hinsicht und die damit verbundenen familialen Zeitkonflikte stellen sich aufgrund der heutigen Vielfalt an Familienstrukturen und -beziehungen sowie aufgrund der heute im Familienverlauf beobachtbaren Transitionen entsprechend unterschiedlich dar.

Ein zentrales Phänomen modernen Familienlebens ist eine insbesondere von den Eltern gefühlte Zeitnot, die von Kindern allerdings nicht in diesem Ausmaß wahrgenommen wird. Sie ist dennoch Ausdruck der wachsenden Anforderungen, die aus anderen gesellschaftlichen Teilsystemen – hier vor allem aus dem Bildungs- und Arbeitssektor – tief in die Familie hineinreichen, aber auch Ausdruck neuer Qualitätsstandards und Ansprüche, z. B.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

hinsichtlich der Lebensführung, der Erziehung und Sozialisation der Kinder. Zudem ergeben sich aufgrund der demografischen Entwicklung spezifische Herausforderungen für die Gestaltung des Familienalltags und der Familienbiografie, wobei es in bestimmten Lebensphasen zu einer Kumulation an Herausforderungen aufgrund der Position im Generationengefüge bzw. der Familienbiografie kommen kann (z. B. im mittleren Lebensalter).

Die spezifischen Herausforderungen an Familie zu Beginn des 21. Jahrhunderts ergeben sich somit aus dem Zusammenwirken von Trends auf familialer Ebene einerseits und jenen in anderen Lebensbereichen wie dem Bildungs- und Arbeitssektor andererseits, die von Veränderungen der zeitlichen Architektur der spätfordistischen Gesellschaft sowie der demografischen Entwicklung überlagert werden. Dies erfordert eine explizite Familienzeitpolitik, welche die Bedürfnisse und Bedarfe in verschiedenen Lebensaltersphasen sowie in unterschiedlichen Familienkonstellationen in den Blick nimmt, soll der Zeitwohlstand von Familien erhöht und damit die Herstellungsleistung von Familie in Zukunft gesichert werden.

Ausblick

Mit dem Ziel, den Zeitwohlstand (Rinderspacher 2003) von Familien zu mehren und implizit das Wohlbefinden in und von Familien zu sichern beziehungsweise zu steigern, empfiehlt sich eine explizite Zeitpolitik für Familien:

- Angesichts der Tendenzen der Fragmentierung und Verdichtung von Familienzeit sind die Zeitkompetenzen der einzelnen Familienakteure (Heitkötter 2009: 413) zum Zweck der besseren Koordination und Synchronisation in mehrfacher Hinsicht zu fördern: Empowerment zur zeitlichen Selbststeuerung im Alltag und in der Biografie, zur Reflexion und Abgrenzung gegenüber zeitlichen Zumutungen sowie zur Artikulation gesellschaftlicher Forderungen mit dem Ziel der Ausweitung persönlicher Handlungs- und Gestaltungskompetenzen.
- Zum Spektrum der Maßnahmen zur Mehrung des Zeitwohlstands in Familien auf allen Ebenen (Bund – Länder – Gemeinden – lokal vor Ort) zählen: familienfreundliche Arbeitszeiten, die nicht schon alleine durch das Attribut der „Flexibilisierung“ per se gegeben sind; Abstimmung von Zeitstrukturen (öffentliche Zeittakte), Infrastrukturangebote und -bedingungen vor Ort (Betreuungsangebote und weitere soziale Dienstleistungen) abgestimmt auf die familialen Bedarfe; Andenken institutionalisierter Instrumente wie „Zeitbeauftragte“ (Mückenberger 2009); Bereitstellung verlässlicher Betreuungs- und Bildungsangebote durch den raschen Ausbau an qualitativ hochwertiger, außerfamilialer Kinderbetreuung zur Verbesserung der Vereinbarkeit sowie der temporalen Gestaltungsoptionen für Familien (insbesondere für Rand- und Ferienzeiten und bei atypischen Bedarfen); Ausweitung des Betreuungsnetzes für Familien unter Berücksichtigung der wachsenden Aufgabe der Betreuung und Pflege älterer Angehöriger.
- Unterstützung der Familien bei der Bewältigung der besonderen Herausforderungen aufgrund spezifischer zeitlicher Bedarfe bzw. deren Kumulation in bestimmten Phasen des Lebensverlaufs (z. B. im jungen Erwachsenenalter oder im mittleren Lebensalter) durch eine lebensbegleitende bzw. lebensphasenbezogene Familien- und Sozialpolitik (z. B. durch den Ausbau sozialer Dienste und entsprechender sozialer Absicherungen).

Literatur

- Alt, Christian / Lange, Andreas (2004): Deine Familie, meine Familie? Die Perspektiven von Müttern und ihren Kindern; in: Zeitschrift für Familienforschung 16 (2), 111–129.
- Amann, Anton (2001): Bericht zur Lebenssituation älterer Menschen – eine Synthese; in: Bericht zur Situation älterer Menschen. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung, 586–609.
- Amann, Anton / Ehgartner, Günther (2007): Produktivität und Ressourcen des Alter(n)s in Österreich. Eine Pilotstudie. Wien: Zentas (Zentrum für Alternswissenschaften).
- Anxo, Dominique / Carlin, Paul (2004): Intra-family time allocation to housework – French evidence; in: International Journal of Time Use Research, Vol. 1, No. 1, 2004, 15–36.
- Arendell, Teresa (2001): The New Care Work of Middle Class Mothers: Managing Childrearing, Employment and Time; in: Daly Kerry J. (Ed.): Minding the Time in Family Experience and Issues. Amsterdam: Elsevier, 163–204.
- Arnett, Jeffrey Jensen (2000): Emerging Adulthood. A theory of development from the late teens through the twenties; in: American Psychologist, 55, 5, 469–480.
- Asmussen, Linda / Larson, Reed (1991): The Quality of Family Time among Young Adolescents in Single-Parent and Married-Parent Families; in: Journal of Marriage and the Family, 53, 1021–1030.
- Auer, Manfred (2004): Verantwortung in Männerhand. Rollen von Vätern in der Vereinbarkeit; in: Österreichische Gesellschaft für Interdisziplinäre Familienforschung. Tagungsdokumentation. Wien. 41–51.
- Bauer, Frank (2000): Zeitbewirtschaftung in Familien. Konstitution und Konsolidierung familialer Lebenspraxis im Spannungsfeld von beruflichen und außerberuflichen Anforderungen; in: Soziale Chancen, Schriftenreihe des ISO-Instituts, Band 1, Köln.
- Ballnik, Peter / Martinetz, Elisabeth / Ballnik, Garbani, Ornella (2005): Lebenswelten Vater – Kind, positive Väterlichkeit und männliche Identität, Wien: BMSG.
- Bartsch, Silke (2008): Jugendesskultur: Bedeutungen des Essens für Jugendliche im Kontext Familie und Peergroup. Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Beck, Ulrich (1986) Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Riskante Freiheiten. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1990): Alles aus Liebe zum Kind; in: Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hrsg.): Das ganz normale Chaos der Liebe. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 133–183.
- Beham, Martina / Gössweiner, Veronika (1999): Zur gesellschaftlichen Bedeutung der Leistungen von Familie; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Wien: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, 40– 61.
- Beham, Martina / Haller, Roland (2005): Work-Life-Balance – Wie bringen Österreichs Familien Beruf und Familie in Einklang? In: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hrsg.), Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 401–433.
- Beham, Martina / Huter, Daniela / Nowak, Vera (1998): Was machen Kinder, Frauen und Männer, Mütter und Väter mit ihrer Zeit? Familienbezogene Auswertung der Zeitbudgeterhebung 1992. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung (Materialiensammlung, Heft 6).
- Beisenherz, Gerhard F. (2002): Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft Das Kainsmal der Globalisierung. Opladen: Leske + Budrich.
- Ben-Arieh, Asher / Ofir, Anat (2002): Time for (more) time-use studies: studying the daily activities of children; in: Childhood 9 (2), 225–248.
- Bianchi, Suzanne M. / Robinson, John P. / Milkie, Melissa A. (2006): Changing Rhythms of American Family Life. New York: Russell Sage Foundation.
- Bignebat, Céline (2004): Vom individuellen zum haushaltsbezogenen Arbeitsangebot: Verhandlungsmacht von Frauen in Paarbeziehungen als Herausforderung für die ökonomische Theorie; in: Leitner, Siegrid / Ostner, Ilona / Schratzenstaller, Margit (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag, 156–176.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Blair-Loy, Mary (2003): *Competing devotions. Career and family among women executives*. Cambridge: Harvard University Press.
- Böhnisch, Lothar (1999): Über die alten neuen Väter; in: Böhnisch, Lothar / Lenz, Karl (Hrsg.), *Familien. Eine interdisziplinäre Einführung*. Weinheim, München: Juventa, 155–162.
- Böhnisch, Lothar (2009): Lebensbewältigung im Erwachsenenalter; in: Schröer, Wolfgang / Stiehler, Steve (Hrsg.), *Erwachsenenalter (Band 5 der Reihe Lebensalter und soziale Arbeit)*. Baltmannsweiler: Schneider, 10–20.
- Borchers, Andreas (1997): *Die Sandwich-Generation. Ihre zeitlichen und finanziellen Belastungen*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Borscheid, Peter (2004): *Das Tempovirus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Fedick, Cara / Pacholok, Shelley / Gauthier, Anne H. (2005): Methodological issues in the estimates of parental time – Analysis of measures in a Canadian time use survey; in: *International Journal of Time Use Research*, Vol. 2, No. 1, October 2005, 67–87.
- Brannen, Julia (2005): Time and the Negotiation of Work-Family Boundaries; in: *Time and Society* 14 (1), 113–131.
- Bratberg, Espen / Dahl, Sverre / Risa, Alf Erling (1999): *The Double Burden. Are Modern Females Overworked by Career and Family?* Working Paper Series in Social Insurance, University Bergen.
- Brose, Hans-Georg (2003): Die Subversion der Institution – Über Riesters Rente, lebenslanges Lernen und andere Kleinigkeiten; in: Allmendinger, Jutta (Hrsg.), *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Teil 1*, Opladen: Leske + Budrich, 583–603.
- Bryant, Keith W. / Zick, Cathleen D. (1996): An examination of parent-child shared time; in: *Journal of Marriage and the Family*, 58, 227–237.
- Buchen, Sylvia / Maier, Maja S. (Hrsg.) (2008): *Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Buchholz, Sandra (2007): Unsicherer Job = keine Kinder; in: Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Kleine, Lydia / Limmer, Ruth / Rupp, Marina (Hrsg.), *Globalisierung und ihre Folgen für die Familie*. Ifb Materialien 3/2007. Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.
- Buchholz, Sandra (2008): *Die Flexibilisierung des Erwerbsverlaufs. Eine Analyse von Einstiegs- und Ausstiegsprozessen in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2006): *Siebter Familienbericht. Familien zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Berlin: BFSFJ.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2009): *Memorandum Familie leben. Impulse für eine familienbewusste Zeitpolitik*. Berlin: BFSFJ.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF) (Hrsg.) (1996): *Wo kommt unsere Zeit hin? Beruf – Familie – Freizeit. Das Zeit-Budget der österreichischen Familien*. Wien: BMUJF.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend (BMWFJ) und Bundesministerium für Finanzen (BMF): *Wirtschaftsbericht Österreich 2009*. Wien: BMWFJ und BMF.
- Bürgisser, Margret (2006): *Egalitäre Rollenteilung. Erfahrungen und Entwicklungen im Zeitverlauf*, Zürich: Rüegger Verlag.
- Bürgisser, Margret / Baumgarten, Diana (2006): *Kinder in unterschiedlichen Familienformen. Wie lebt es sich im egalitären, wie im traditionellen Modell?* Zürich: Rüegger Verlag.
- Butterwegge, Christoph / Klundt, Michael / Belke-Zeng, Matthias (2008): *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland. 2., aktualisierte und erweiterte Aufl.*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Castells, Manuel (2001): *Das Informationszeitalter: Wirtschaft. Gesellschaft. Kultur. Band 1: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Christensen, Pia Haudrup (2002): Why more Quality Time is not on the Top of Children's Lists: the 'Qualities of Time' for Children; in: *Time and Society*, 16, 1, 77–88.
- Cyprian, Gudrun (1996): Veränderung der Rollenbilder von Mann und Frau im Kontext von Partnerschaft, Ehe und Familie; in: Vaskovic, Laszlo A. / Lipinski, Heike (Hrsg.), *Familiale Lebenswelten und Bildungsarbeit. Interdisziplinäre Bestandsaufnahme 1*. Opladen: Leske + Budrich, 69–110.

 FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Daly, Kerry T. (2001): Deconstructing Family Time: From Ideology to Lived Experience; in: *Journal of Marriage and the Family*, 63. Jg., H. 2, 283–294.
- Daly, Kerry J. (1996): *Families & Times*. Thousand Oaks: Sage.
- Deutsch-Stix, Gertrud / Janik, Helga Maria (1993): *Hauptberuflich Vater. Paare brechen mit Traditionen*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Deutsche Gesellschaft für Zeitpolitik (2003): *Zeit für Zeitpolitik*. Bremen.
- Dörfler, Sonja (2003): *Nutzung und Auswirkungen von Arbeitsarrangements zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb*. Working paper Nr. 31. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Dörfler, Sonja (2004): *Die Wirksamkeit von Abhängigkeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit*. Working paper. Nr. 36. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Eberling, Matthias / Hielscher, Volker / Hildebrandt, Eckart / Jürgens, Kerstin (2004): *Prekäre Balancen. Flexible Arbeitszeiten zwischen betrieblicher Regulierung und individuellen Ansprüchen*. Berlin: edition sigma.
- Ecarius, Jutta (1995): *Generationenbeziehungen in ostdeutschen Familien. Moderne Familienbeziehungen in drei Generationen*; in: Löw, Martin / Meister, Dorothee / Sander, Uwe (Hrsg.), *Pädagogik im Umbruch. Kontinuität und Wandel in den neuen Bundesländern*. Opladen: Leske + Budrich, 171–185.
- EUROSTAT (2004): *How Europeans spend their Time. Everyday Life of Women and Men. Data 1998 – 2002*. Bruxelles: European Commission.
- Evers, Adalbert / Heinze, Rolf G. (Hrsg.) (2008): *Sozialpolitik: Ökonomisierung und Entgrenzung*. Wiesbaden. VS Verlag.
- Fischer, Sabine / Kotai-Szarka, Klara (2006): *Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus Männersicht*. Wien: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.
- Fisher, K. / McCulloch, A. / Gershuny, J. (1999): *British fathers and children. A report for Channel 4 "Dispatches"*. <http://www.iser.essex.ac.uk/press/doc/2000-12-15.pdf>.
- Folkman, Susan / Lazarus, Richard S. / Gruen, Rand J. / DeLongis, Anita (1986): *Appraisal, coping, health status and psychological symptoms*. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 50, 571–579.
- Fölling-Albers, Maria (1995): *Kindheitsforschung und Schule. Überlegungen zu einem Annäherungsprozess*; in: Behnken, Imbke / Jaumann, Olga (Hrsg.), *Kindheit und Schule. Kinderleben im Blick von Grundschulpädagogik und Kindheitsforschung*. Weinheim-Basel: Juventa, 11–20.
- Fölling-Albers, Maria (2000): *Entscholarisierung von Schule und Scholarisierung von Freizeit?* In: *Zeitschrift für Erziehung und Sozialisation*, 20. Jg., Heft 2, 118–132.
- Fthenakis, Wassilios E. (2004): *Familie im Wandel. Interventionen im Familienentwicklungsprozess. Anregungen an die Familienpolitik*; in: Schavan, Annette (Hrsg.), *Bildung und Erziehung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 137–185.
- Fthenakis, Wassilios E. / Minsel, Beate (2002): *Die Rolle des Vaters in der Familie*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Fthenakis, Wassilios E. / Kalicki, Bernhard / Peitz, Gabriele (2002): *Paare werden Eltern. Ergebnisse der LBS-Familienstudie*. Opladen: Leske + Budrich.
- Galinsky, Ellen A. (1999): *Ask the Children. What America's Children Really Think about Working Parents*. New York: William Morrow.
- Garhammer, Manfred (1999). *Wie Europäer ihre Zeit nutzen: Zeitstrukturen und Zeitkulturen im Zeichen der Globalisierung*. Berlin: edition sigma.
- Garhammer, Manfred (2004): *Arbeitszeit, Zeitnutzung von Familien und Zeitpolitiken in Europa; Unveröffentlichte Expertise der deutschen Kommission für den 7. Familienbericht*.
- Garhammer, Manfred unter Mitarbeit von Nicole Smit und Jan Schmidt (2005): *Neue Konzepte der lebensphasenspezifischen Arbeitszeiten: Flexibilität eröffnen und Kontinuität sichern*; in: Seifert, Hartmut (Hrsg.), *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt a. M.: Campus, 67–101.
- Gauthier, Anne H. / Smeeding, Timothy / Furstenberg Jr., Frank F. (2004): *Do we invest less time in children? Trends in parental time in selected industrialized countries since the 1960s*; in: *International Journal of Time Use Research*, Vol.2, No.1, October 2005, 67–87.
- Gehmacher, Ernst / Bittner, Marc / Grabenweger, Atticus / Kroismayr, Sigrid (2005): *Familie und Sozialkapital. Projektbericht*. Wien.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Geissler, Birgit (2008): Zeitsouveränität: die paradoxe Suche nach Selbstbestimmung; in: Wagner, Gabriele / Hessinger, Philipp (Hrsg.), *Ein neuer Geist des Kapitalismus? Paradoxien und Ambivalenzen der Netzwerkökonomie*. Wiesbaden: VS Verlag, 257–277.
- Geißler, Karlheinz A. (2004): Alles. Gleichzeitig. Und zwar sofort. Unsere Suche nach dem pausenlosen Glück. Freiburg: Herder.
- Georg, Werner (2005): Die Reproduktion sozialer Ungleichheit im Lebenslauf. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 25 (2), 178–197.
- Gerson, Kathleen (2006): Verlaufsformen von Familienbeziehungen. Familienleben im modernen Amerika aus Sicht der Kinder; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung*. Opladen: Barbara Budrich, 145–168.
- Gille, Martina / Marbach, Jan (2004): Arbeitsteilung von Paaren und ihre Belastung mit Zeitstress; in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung*, Band 43 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Wiesbaden, 86–113.
- Grottian, Peter / Döge, Peter / Rühling, Anneli / Kassner, Karsten (2003): *Geschlechterdemokratie in der Erwerbs- und Familienarbeit*. Berlin: Abschlussbericht im Auftrag des Hessischen Sozialministeriums.
- Grunow, Daniela (2007): Wandel der Geschlechterrollen und Väterhandeln im Alltag; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hrsg.), *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*. Opladen: Barbara Budrich, 49–76.
- Guger, Alois / Lutz, Hedwig / Buchegger, Reiner / Mayrhuber, Christine / Wüger, Michael (2003): Schätzung der direkten und indirekten Kinderkosten. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. Wien.
- Haas, Barbara (2009): Geschlechtergerechte Arbeitsteilung – theoretisch ja, praktisch nein! Eine Bilanz für österreichische Paarhaushalte mit Kindern; in: Appelt, Erna (Hrsg.), *Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz*, Innsbruck: Studienverlag.
- Hamill, S.H. / Goldberg, W. A. (1997): Between adolescents and aging grandparents: Midlife concerns of adults in the 'Sandwich Generation'; in: *Journal of Adult Development*, 4, 135–147.
- Han, Wen-Jui (2008): Shift Work and Child Behavioral Outcomes. In: *Work, Employment and Society* 22 (1): 67–87.
- Heitkötter, Martina (2009): Der ‚temporal turn‘ in der Familienpolitik – zeitpolitische Gestaltungsansätze vor Ort für mehr Zeitwohlstand in Familien; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 401–428.
- Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (2009a): Zeiten der Gesellschaft, Zeiten der Familie: ein neuer gesellschaftlicher Fokus; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 9–34.
- Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.) (2009): *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich.
- Henry-Huthmacher, Christine (2008): Eltern unter Druck. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie; in: Henry-Huthmacher, Christine / Borchard, Michael (Hrsg.), *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*. Stuttgart: Lucius & Lucius, 3–24.
- Heuwinkel, Ludwig (2006): *Umgang mit Zeit in der Beschleunigungsgesellschaft*. Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Hochschild, Arlie Russell (2002): *Keine Zeit: Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hofäcker, Dirk / Lück, Detlev (2004): Zustimmung zum traditionellen Alleinverdienermodell auf dem Rückzug; in: *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 32, 12–35.
- Hofferth, Sandra / Kinney, David A. / Dunn, Janet (2008): The „Hurried“ Child: Myth vs. Reality. University of Maryland, Department of Family Science. Working Paper.
- Höhn, Charlotte (1988): Familienpolitische Implikationen des Familienzykluskonzepts; in: Lüscher, Kurt / Schultheis, Franz / Wehrspau, Michael (Hrsg.): *Die „postmoderne“ Familie. Familiäre Strategien und Familienpolitik im Übergang*. Konstanz: UVK, 55–72.
- Höpflinger, François / Baumgartner, Doris (1999): „Sandwich-Generation“: Metapher oder soziale Realität? In: *Zeitschrift für Familienforschung*, 11, 3, 102–111.

 FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (2008): Hochaltrigkeit in Österreich. Eine Bestandsaufnahme. Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz.
- Hörl, Josef / Kytir, Josef (1998): Die ‚Sandwich-Generation‘: Soziale Realität oder gerontologischer Mythos? Basisdaten zur Generationenstruktur der Frauen mittleren Alters in Österreich; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50, 4, 730–741.
- Hörning, Karl H. / Gerhard, Annette / Michailow, Matthias (1990): Zeitpioniere. Flexible Arbeitszeiten – neuer Lebensstil. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- IfD Allensbach (2004): Ein Herz für Kinder im Auftrag von Bild, zitiert nach der Zusammenfassung in der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 1/2004, 104.
- Jabsen, Annika / Blossfeld, Hans-Peter (2008): Die Auswirkungen häuslicher Pflege auf die Arbeitsteilung in der Familie; in: Zeitschrift für Familienforschung 20 (3), 293–321.
- Jacob, Jenet I. / Allen, Sarah / Hill, Jeffrey E. / Mead, Nicole L. / Ferris, Maria (2008): Work Interference with Dinnertime as a Mediator and Moderator Between Work Hours and Family Outcomes; in: Family and Consumer Sciences Research Journal 36 (4): 310–327.
- Joshi, Pamela / Bogen, Karen (2007). Nonstandard schedules and young children’s behavioral outcomes among working low-income families; in: Journal of Marriage and Family 69 (1): 139–156.
- Jurczyk, Karin (2004): Familien brauchen Backup-Systeme. Referat im Rahmen des parlamentarischen Abends des Deutschen Jugendinstituts: „Aufwachsen zwischen Bildung und Betreuung“, Berlin, 4.5.2004.
- Jurczyk, Karin (2009): Familienzeit – knappe Zeit? Rhetorik und Realitäten; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen, Barbara Budrich: 37–61.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2006): Familienzeit – ein wertvolles und prekäres Gut; in: DJI-Bulletin 74, Heft 1, 18–21.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2008): Familie als Bildungsort. Neue Herausforderungen zwischen gesellschaftlichem Diskurs und alltäglichem Handeln. Erwachsenenbildung. Vierteljahresschrift für Theorie und Praxis 54, 4, 182–185.
- Jurczyk, Karin / Schier, Michaela / Szymenderski, Peggy / Lange, Andreas / Voß, G. Günter (2009): Entgrenzte Arbeit – Entgrenzte Familie. Grenzmanagement im Alltag als neue Herausforderung. Berlin: edition sigma.
- Jurczyk, Karin / Voß, Günther (2000): Entgrenzte Arbeitszeit – Reflexive Alltagszeit. Die Zeiten des Arbeitskraftunternehmers; in: Hildebrandt, Eckart (Hrsg.), Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökologischen Folgen flexibler Arbeit. Berlin: edition sigma, 151–205.
- Jürgens, Kerstin (2005a): Kein Ende von Arbeitszeit und Familie; in: Mischau, Anina / Oechsle, Mechthild (Hrsg.), Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, Sonderheft 5, 34–53.
- Jürgens, Kerstin (2005b): Die neue Unvereinbarkeit. Familienleben und flexibilisierte Arbeitszeit. In: Seifert, Hartmut (Hrsg.), Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt a. M. – New York: Campus, 169–190.
- Kahlert, Heike / Katajin, Claudia (2004): Entgrenzung, Beschleunigung, Vernetzung – auf dem Weg ins Informationszeitalter; in: Kahlert, Heike / Katajin, Claudia (Hrsg.), Arbeit und Vernetzung im Informationszeitalter. Wie neue Technologien die Geschlechterverhältnisse verändern. Frankfurt a. M.: Campus: 9–32.
- Kapella, Olaf / Rille-Pfeiffer, Christiane (2007): Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Deskriptive Ergebnisse einer Einstellungs- und Wertestudie zu Mutter- und Vaterrolle, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Frau, Wien: ÖIF.
- Kirchler, Erich / Venus, Marion (2000): Zwischen Beruf und Familie: Gerechtigkeit und Zufriedenheit mit der Aufteilung der Arbeit zu Hause. In: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 31 (2), 113–123.
- Klammer, Ute (2006): Zeit, Geld und soziale Sicherung im Lebenslauf – Empirische Befunde als Herausforderung für die Gestaltung einer lebensbegleitenden Familien- und Sozialpolitik; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.), Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung. Opladen: Barbara Budrich, 423–456.
- Klenner, Christa / Pfahl, Svenja / Reuyß, Stefan (2002): Arbeitszeiten – Kinderzeiten – Familienzeiten. Projektbericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. [www.arbeitszeiten.nrw.de / pdf / SABBAT12.PDF](http://www.arbeitszeiten.nrw.de/pdf/SABBAT12.PDF)).

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Klenner, Christina / Pfahl, Svenja / Reuyß, Stefan (2003): Flexible Arbeitszeiten aus der Sicht von Eltern und Kindern; in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, Heft 3, 268–285.
- Klenner, Christina / Pfahl, Svenja (2009): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeiddilemma; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen, Barbara Budrich: 259–290.
- Klepp, Doris / Buchebner-Ferstl, Sabine / Kaindl, Markus / Kinn, Michael (2008): Eltern zwischen Anspruch und Überforderung. Eine psychosoziale Studie zu Erziehungswerten und -verhalten von Eltern unter dem Aspekt ihrer Lebensbedingungen und des subjektiven Befindens. Unveröffentlichter Projektbericht, Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Klepp, Doris / Cizek, Brigitte (2006): Endbericht Evaluierung Elternbildung. Retrospektivbefragung der EIBI-Trägerinnen. <http://www.eltern-bildung.at/eb/service/links/Studie.pdf> (dl. 11.05.2008).
- Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37 (1985), 1–29.
- Kohli, Martin (1988): Normalbiografie und Individualität: Zur institutionellen Dynamik des gegenwärtigen Lebenslaufregimes; in: Brose, Hans-Georg / Hildenbrand, Bruno (Hrsg.), Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende. Opladen: Leske + Budrich, 33–53.
- Kohli, Martin (2005): Der Alterssurvey als Instrument wissenschaftlicher Beobachtung; in: Kohli, Martin / Künemund, Harald (Hrsg.), Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alterssurveys. 2. erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag, 11–33.
- Kohli, Martin / Künemund Harald (Hrsg.) (2005): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alterssurveys. 2. erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag. (1. Auflage 2000, Opladen: Leske + Budrich).
- Kramer, Caroline (2009): ‚Taxi Mama‘ und noch mehr: Wegezeiten für Haushalt und Kinderbetreuung; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien. Opladen: Barbara Budrich, 319–347.
- Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Zartler, Ulrike / Fuchs, Michael / Riepl, Barbara (2006a): PISA & Patchwork-Kindheit. Zeit für Kinder und Schulerfolg. Ergebnisse einer Elternbefragung. Endbericht erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.
- Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Bergmair, Frank / Bohonnek, Andreas / Melvyn, Peter (2006b): Zählen Kinder? Zeitverwendung von Eltern mit Schulkindern. Nationale und internationale Befunde. Endbericht erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.
- Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna (2007): Kindheit im Wandel – Annäherungen an ein komplexes Phänomen. In: SWS-Rundschau, Sonderheft „Kindliche Lebenswelten“, 47. Jg., Heft 1, 2007, 3–25.
- Kratzer, Nick / Lange, Andreas (2006): Entgrenzung von Arbeit und Leben: Verschiebung, Pluralisierung, Verschränkung. Perspektiven auf ein neues Reproduktionsmodell; in: Dunkel, Wolfgang (Hrsg.), Von der Allgegenwart der verschwindenden Arbeit. Neue Herausforderungen für die Arbeitsforschung. Berlin: edition sigma, 171–200.
- Kremer-Sadlik, Tamar / Paugh, Amy (2007): Everyday Moments. Finding quality time in American working families; in: Time and Society, 16(2/3), 287–308.
- Kroismayr, Sigrid (2003): Zwischen Beruf und Familie. Berufstätige Mütter von Kleinstkindern und der Stellenwert der Erwerbsarbeit; in: SWS-Rundschau, 43 (2), 277–294.
- Kromer, Ingrid / Hatwagner, Katharina (2008): Lebensbilder: Zusammenleben in der Gesellschaft; in: Friesl, Christian, Kromer, Ingrid, Polak, Regina (Hg.), Lieben. Leisten. Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien: Czernin, 77–125.
- Krüger, Heinz-Hermann / Grunert, Kathleen (2002): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung. Opladen: Leske + Budrich.
- Künzler, Jan (1994): Familiäre Aufgabenteilung: Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Bielefeld: Kleine.
- Künzler, Jan / Walter, Wolfgang (2001): Arbeitsteilung in Partnerschaften. Theoretische Ansätze und empirische Befunde; in: Huinink, Johannes / Strohmeier, Klaus / Wagner, Michael (Hrsg.): Solidarität in Partnerschaft und Familie. Zum Stand familiensoziologischer Theoriebildung. Würzburg: Ergon, 185–218.

 FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Küster, Christine (2009): Mahl-Zeit?! Ernährungsmuster von Haushaltstypen. Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 159–186.
- La Valle, Ivana / Arthur, Sue / Millward, Sue / Scott, James / Clayden, Marion (2002). *Happy Families? Atypical work and its Influence on Family Life*. Bristol: The Policy Press.
- Lange, Andreas (2004): Leichter Kapitalismus – Schweres Familienleben? Zum Wechselverhältnis von Arbeit und Familie. In: *Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg (Hrsg.), Von wegen Privatsache ... Erziehungspartnerschaft zwischen Familie und Gesellschaft*. Stuttgart. 33–48.
- Lange, Andreas (2006): Arbeits- und Familienzeiten aus Kindersicht; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung*. Opladen: Barbara Budrich, 125–143.
- Lange, Andreas (2009a): „Wer hat an der Uhr gedreht?“ Einblicke in die Zeitverwendung von Kindern und ihren Eltern; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 137–157.
- Lange, Andreas (2009b). *Gestaltungsaufgaben in der Familienbiographie*; in: Macha, Hildegard / Witzke, Monika (Hrsg.), *Handbuch der Erziehungswissenschaft. Band III/1. Familie – Kindheit – Jugend – Gender*. Hildegard, Macha and Witzke, Monika. Paderborn: Schöningh, 437–455.
- Lange, Andreas / Lauterbach, Wolfgang (Hrsg.) (2000): *Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Lange, Andreas / Szymenderski, Peggy (2007): *Arbeiten ohne Ende? Neue Entwicklungen im Spannungsfeld von Erwerbs- und Familientätigkeit*; in: Lettke, Frank / Lange, Andreas (Hrsg.), *Generationen und Familien. Analysen – Konzepte – gesellschaftliche Spannungsfelder*. Frankfurt a. M., Suhrkamp, 223–246.
- Lange, Andreas / Szymenderski, Peggy / Klinkhammer, Nicole (2005). *Forcierte Ambivalenzen? Herausforderungen an erwerbstätige Frauen in Zeiten der Entgrenzung und Subjektivierung*; in: Lohr, Karin / Nickel, Hildegard Maria (Hrsg.). *Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 114–148.
- Lauterbach, Wolfgang (2004): *Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Zum Wandel der Familienstruktur in der zweiten Lebenshälfte*. Würzburg: Ergon.
- Lazarus, Richard S. / Folkman, Susan (1984): *Stress, appraisal, and coping*. New York: Hardcover.
- LBS – Initiative Junge Familie (2002): *Kindheit 2001 – das LBS Kinderbarometer: was Kinder wünschen, hoffen und befürchten*. Opladen: Leske + Budrich.
- Leitner, Siegrid / Ostner, Ilona / Schratzenstaller, Margit (2004): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag..
- Lenz, Karl (2009): *Zeit in und Zeit für Zweierbeziehungen*; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 113–136.
- Lesnard, Laurent (2008): *Off-Scheduling within Dual-Earner Couples: An Unequal and Negative Externality for Family Time*; in: *American Journal of Sociology*, 114 (2), 447–490.
- Leu, Hans Rudolf (2008): *Früher, schneller, besser? Grenzen der Instrumentalisierung frühkindlichen Lernens*; in: Helga Zeiher / Susanne Schroeder (Hrsg.), *Schulzeiten, Lernzeiten, Lebenszeiten. Pädagogische Konsequenzen und zeitpolitische Perspektiven schulischer Zeitordnungen*. Weinheim, Juventa: 45–55.
- Levy, René (1977): *Der Lebenslauf als Statusbiografie*. Stuttgart: Enke.
- Liebold, Renate (2006): *Es gibt keine halbe Karriere. Das Dilemma der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus männlicher Perspektive*; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hrsg.), *Working father. Männer zwischen Familie und Beruf*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 55–67.
- Liegle, Ludwig (2006): *Bildung und Erziehung in früher Kindheit*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lothaller, Harald / Jagoditsch, Sonja / Mikula, Gerold (2006): *Familienarbeit und Berufstätigkeit aus Sicht von Männern und Frauen*; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hrsg.), *Working father. Männer zwischen Familie und Beruf*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 68–80.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): *Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Eine Einführung*. Konstanz: UVK Medien Verlagsgesellschaft.
- Ludwig, Isolde / Schlevogt, Vanessa / Klammer, Ute (2002): *Managerinnen des Alltags. Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland*. Berlin: edition sigma.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Marcoen, Alfons (1995): Filial maturity of middle-aged adult children in the context of parent care: Model and measures; in: *Journal of Adult Development* 2 (2), 125–136.
- Matzner, Michael (2005): Väter – eine noch unerschlossene Zielgruppe in der Sozialen Arbeit mit Kindern und ihren Familien; in: *Neue Praxis* (Neuwied), 35. Jg., Heft 6, 587–610.
- Meier-Gräwe, Uta (2009): Zeitliche Choreographien des Essalltags von Familien in der flexibilisierten Gesellschaft; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 187–213.
- Meier-Gräwe, Uta / Kahle, Irene (2009): Balance zwischen Beruf und Familie – die Zeitsituation von Alleinerziehenden; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 91–110.
- Meuser, Michael (2007): Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Problem für Männer; in: Barlösius, Eva / Schiek, Daniele (Hrsg.), *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS Verlag, 135–150.
- Mischau, Anina / Oechsle, Mechthild (Hrsg.) (2005): *Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance?* Wiesbaden: VS Verlag. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 5.
- Moen, Phyllis (2003): *It's about Time. Couples and Careers*. Ithaca.
- Mückenberger, Ulrich (2006): Familie, Zeitpolitik und Stadtentwicklung – am Beispiel Bremen. Familiäre Integration in der Stadt der Zukunft; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.), *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung*. Opladen: Barbara Budrich, 97–124.
- Mückenberger, Ulrich (2009): ‚Vereinbarkeit‘ in der städtischen Erwerbsgesellschaft. Was wird da eigentlich womit vereinbar gemacht? In: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen, Barbara Budrich: 351–371.
- Mühling, Tanja (2007): Wie verbringen Väter ihre Zeit? – Männer zwischen „Zeitnot“ und „Qualitätszeit“; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hrsg.), *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Leverkusen: Barbara Budrich, 115–160.
- Mühling, Tanja / Rost, Harald / Rupp, Marina / Schulz, Florian (2006): *Kontinuität trotz Wandel. Die Bedeutung traditioneller Familienleitbilder für die Berufsverläufe von Müttern und Vätern*. Weinheim–München: Juventa.
- Münch, Richard (2009): *Globale Eliten, lokale Autoritäten. Bildung und Wissenschaft unter dem Regime von PISA*, McKinsey & Co. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Myrdal, Alva / Kleine, Viola (1971): *Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf*. Köln u. a.
- Nave-Herz, Rosemarie (2004): *Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde*. Weinheim: Juventa Paperback.
- Nollmann, Gerd (2009): *Working Poor. Eine vergleichende Längsschnittstudie für Deutschland und die USA*; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 61 (1), 33–55.
- Österreichische Kinderfreunde / Katholische Jungschar (2003): *Kinder- und Jugendbefragung im Rahmen des Young Rights Action Plan. Endergebnis des gemeinsamen Kinder- und Jugendpartizipationsprojektes der Katholischen Jungschar und der Österreichischen Kinderfreunde im Auftrag des BMSG*. Wien
- Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) (2001): *Bericht zur Situation älterer Menschen*. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Palentien, Christian (2004): *Kinder- und Jugendarmut in Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Papuschek, Ulrike / Schiffbänker, Helene / Reidl, Sybille (2006): Zur Gestaltung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Privatleben in den Creative Industries; in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 31, 4, 82–95.
- Perrig-Chiello, Pasqualina (2007): *In der Lebensmitte. Die Entdeckung des mittleren Lebensalters*. Zürich: NZZ-Verlag libro.
- Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois (2001): *Zwischen den Generationen. Frauen und Männer im mittleren Lebensalters*. Zürich: Seismo.
- Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois (2008): *Mittleres Lebensalter: Älterwerden der Kinder und der eigenen Eltern*; in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (Hrsg.), *Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz*. Zürich: Seismo Verlag, 165–187.

 FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Perrig-Chiello, Pasqualina / Perren, Sonja (2005): Biographical transitions from a midlife perspective; in: *Journal of Adult Development*, 12, 4: 169–181.
- Peukert, Rüdiger (2008): Der soziale Wandel der Rolle der Frau in Familie und Beruf; in: Peuckert, Rüdiger (Hrsg.), *Familienformen im sozialen Wandel. Lehrbuch. 7. vollständig überarbeitete Auflage*, Wiesbaden: VS Verlag, 229–283.
- Pfau-Effinger, Birgit (2000): *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Polatnick, Rivka (2002): *Quantity Time: Do Children Want More Time with Their Full-Time Employed Parents?* Working paper. No. 37 URL: wfnetwork.bc.edu/berkeley/papers/37.pdf (07.04.07).
- Presser, Harriet (2003): *Working in a 24/7 Economy. Challenges for American Families*. New York: Russell Sage Foundation.
- Promberger, Markus (2004): *Wie familienfreundlich sind flexible Arbeitszeiten? Unveröffentlichte Expertise der deutschen Kommission für den 7. Familienbericht*.
- Promberger, Markus (2005): *Wie neuartig sind flexible Arbeitszeiten? Historische Grundlinien der Arbeitszeitpolitik*; in: Seifert, Hartmut (Hrsg.), *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt a. M.: Campus, 9–39.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2003): *Arbeits- und Lebenszeiten im Wandel. Ansätze zu einer Politik der zeitstrukturellen Balance*; in: *Zeitschrift der Erziehung und Sozialisation* 23 (3), 236–250.
- Rinderspacher, Jürgen P. (2009): *Zeitsouveränität und Zeitwohlstand. Gegensätzliche Konzepte oder zwei Seiten der Medaille?* In: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 373–399.
- Rogge, Benedikt (2009): *Entwertete Zeit. Erwerbslosigkeit in Paarbeziehungen und Familie*; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.), *Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien*. Opladen: Barbara Budrich, 67–89.
- Rohrbach, Daniela (2008): *Wissensgesellschaft und soziale Ungleichheit. Ein Zeit- und Ländervergleich*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Roppelt, Ulrike (2003): *Kinder – Experten ihres Alltags?* Frankfurt a. M.: Peter Lang.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstruktur in der Moderne*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Rosa, Hartmut (2009): *Von der stabilen Position zur dynamischen Performanz*; in: Forst, Rainer / Hartmann, Martin / Jaeggi, Rahel / Saar, Martin (Hrsg.), *Sozialphilosophie und Kritik*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 655–671.
- Roxburgh, Susan (2006): *'I Wish We Had More Time to Spend Together ...' The Distribution and Predictors of Perceived Family Time Pressures among Married Men and Women in the Paid Labour Force*; in: *Journal of Family Issues* 27 (4), 529–553.
- Sandberg, John F. / Hofferth, Sandra L. (2001): *Changes in children's time with parents, U.S. 1981 – 1997*. Population Studies Center University of Michigan, Population Studies Center University of Michigan. <http://ceel.psc.isr.umich.edu/pubs/papers/ceel014-00.pdf>
- Sayer, Liana / Bianchi, Suzanne / Robinson, John P. (2004): *Are Parents Investing Less in Children? Trends in Mothers' and Fathers' Time with Children*; in: *American Journal of Sociology* 110 (1): 1–43.
- Schlaffer, Edit (2004): *Jugendliche Familienfähigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Väterthematik*. Wien: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.
- Schneekloth, Ulrich / Leven, Ingo (2007): *Familie als Zentrum: nicht für alle gleich verlässlich*; in: Hurrelmann, Klaus / Andresen, Sabine (Hrsg.), *Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie*, Frankfurt a. M.: Fischer, 65–109.
- Schneider, Norbert F. / Matthias-Bleck, Heike (2002): *Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schulz, Florian / Blossfeld, Hans-Peter (2007): *Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Längsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland*; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (1): 23–49.
- Schulz, Wolfgang / Hummer, Christian (2005): *Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens und Wandel der Einstellungen zu Ehe und Familie*; in: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hrsg.), *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004*. Wiesbaden: VS Verlag, 343–366.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Schwartz, Arthur N. (1977): *Survival Handbook for Children and Aging Parents*. New York: Follet.
- Schweitzer, Martina (2000): *Frauen in Karenz. Ein Balanceakt zwischen Familie und Beruf*. Wirtschaftsuniversität Wien: Dissertation.
- Schweizer, Herbert (2007): *Soziologie der Kindheit. Verletzlicher Eigen-Sinn*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Schweppe, Cornelia (2007): *Alter und Familie*; in: Ecarius, Jutta (Hrsg.), *Handbuch Familie*. Wiesbaden: VS Verlag, 270–282.
- Seehausen, Harald (1995): *Berufstätige Eltern und ihre Kinder im Konflikt dreieck*. Opladen: Leske + Budrich.
- Seifert, Hartmut (Hrsg.) (2005): *Flexible Zeiten in der Arbeitswelt*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Senghaas-Knobloch, Eva (2008): *Eine veränderte Welt der Erwerbsarbeit – Entwicklungen, Zumutungen, Aufgaben*; in: Senghaas-Knobloch, Eva (Hrsg.), *Wohin driftet die Arbeitswelt?* Wiesbaden: VS Verlag, 15–66.
- Sennett, Richard (1998): *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*. Berlin: Berlin Verlag.
- Setzwein, Monika (2004): *Ernährung – Körper – Geschlecht. Zur sozialen Konstruktion von Geschlecht im kulinarischen Kontext*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Sieder, Reinhard (2009): *Männer in Patchworkfamilien*; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hrsg.), *Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Muster – neue Chancen!* Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 289–307.
- Sirsch, Ulrike / Dreher, Eva / Mayr, Eva / Willinger, Ulrike (2009): *What does it take to be an adult in Austria?* In: *Journal of Adolescent Research*, 24, 275–292.
- Stahmer, Carsten / Leipert, Christian (2003): *Zeit für Kinder*; in: Leipert, Christian (Hrsg.), *Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, 119–142.
- Statistics Canada (2003): *Parental work, child-care use and young children's cognitive outcomes*. <http://www.statcan.ca:8096/bsolc/english/bsolc?catno=89-594-X>
- Statistik Austria (2002): *Geschlechtsspezifische Disparitäten 2002*. Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008): *Familien- und Haushaltsstatistik 2007. Ergebnisse des Mikrozensus*. Wien: Statistik Austria.
- Statistisches Bundesamt (2003): *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. URL: www.pbs-akademie.de/Hausarbeit-und-Beruf-201.html
- Stauber, Barbara (2007): *Zwischen Abhängigkeit und Autonomie: Junge Erwachsene und ihre Familien*; in: Stauber, Barbara / Pohl, Axel / Walther, Andreas (Hrsg.), *Subjektorientierte Übergangsforschung. Rekonstruktion und Unterstützung biografischer Übergänge junger Erwachsener*. Weinheim: Juventa, 129–154.
- Strazdin, Lyndall / Clements, Mark S. / Korda, Rosemary / Broom, Dorothy A. / D'Souza, Rennie (2006): *Unsociable Work? Nonstandard Work Schedules, Family Relationships, and Children's Well-Being*; in: *Journal Marriage and Family* 68, 1, 394–410.
- Szydlik, Marc (2004): *Generation und Ungleichheit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Szydlik, Marc (2007): *Flexibilisierung: Folgen für Familie und Arbeit*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Thiele-Wittig, Maria (2003): *Kompetent im Alltag: Bildung für Haushalt und Familie*; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 9, 3–6.
- Tomlinson, John (2007): *The Culture of Speed. The Coming of Immediacy*. Los Angeles: Sage Publications.
- Turtiainen, Pirjo / Karvonen, Sakari / Rahkonen, Ossi (2007): *All in the Family? The Structure and Meaning of Family Life among Young People*; in: *Journal of Youth Studies* 10 (4): 477–493.
- UNICEF (2002): *Young Voices. Opinion Survey of Children and Young People in Europe and Central Asia*. Geneva: UNICEF.
- Vaupel, James W. / von Kistowski Kristin G. (2007): *Die Plastizität menschlicher Lebenserwartung und ihre Konsequenzen*; in: Gruss, Peter (Hrsg.), *Die Zukunft des Alterns. Die Antwort der Wissenschaft. Ein Report der Max-Planck-Gesellschaft*. München: Beck, 51–78.
- Vincent, Carol / Ball, Stephen J. (2007): *'Making up' the Middle Class Child: Families, activities and class dispositions*; in: *Sociology*, Vol. 41, No. 6, 1061–1077.

FAMILIE UNTER VERÄNDERTEN TEMPORALEN BEDINGUNGEN

- Voß, Günter G. / Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1, 131–158.
- Walper, Sabine (2008): Eltern-Kind-Beziehungen im Jugendalter; in: Silbereisen, Rainer / Hasselhorn, Marcus (Hrsg.), Enzyklopädie der Psychologie: Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Göttingen: Hogrefe, 135–188.
- Walter, Heinz (Hrsg.) (2002): Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hrsg.) (2006): Working father. Männer zwischen Familie und Beruf. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Wernhart, Georg / Neuwirth, Norbert (2007): Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988 – 2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002. working paper, Nr. 54. Wien: ÖIF.
- Wicki, Werner (1997): Übergänge im Leben der Familie. Veränderungen bewältigen. Bern: Huber.
- Wilk, Liselotte (1997): Koordination von Zeit, Organisation von Alltag und Verknüpfung individueller Biografien als familiäre Gestaltungsaufgabe; in: Vaskovics, Laszlo A. (Hrsg.), Familienleitbilder und Familienrealitäten. Opladen: Leske + Budrich, 229–247.
- Wilk, Liselotte / Bacher Johann (Hrsg.) (1994): Kindliche Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Annäherung. Opladen: Leske + Budrich.
- Winkler, Gabriele (2001): Telearbeit und Lebensqualität – Zur Vereinbarung von Beruf und Familie. Frankfurt a. M., New York: Opladen.
- Wolf, Maria A. (2009): Ratlose Eltern? Erziehungspraxis im Spannungsfeld von sozialem Erbe, dem Verlust der Zuweisungsfunktion von Bildung und der Rückkehr sozialer Unsicherheit; in: Wolf, Maria A. / Rathmayr, Bernhard / Peskoller, Helga (Hrsg.), Konglomerationen - Produktion von Sicherheiten im Alltag. Theorien und Forschungsskizzen. Bielefeld: Transcript, 123–137.
- Wotschack, Philip / Wittek, Rafael (2008): Der Alltag als Balanceakt. Zeitkonflikte und Zeitregulierung in niederländischen Haushalten; in: WZB-Mitteilungen, Heft 119, März 2008, 19–21.
- Zander, Margherita (2005): Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis. Wiesbaden: VS Verlag.
- Zeiber, Hartmut / Zeiber, Helga (1994): Orte und Zeiten der Kinder. Soziales Leben im Alltag von Großstadtkindern. Weinheim–München: Juventa.
- Zeiber, Helga (2003). Einführung in den Themenschwerpunkt Arbeitszeit, Elternzeit – Kinderzeit? In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 23 (3), 227–235.
- Zeiber, Helga (2005a): Der Machtgewinn der Arbeitswelt über die Zeit der Kinder; in: Hengst, Heinz / Zeiber, Helga (Hrsg.), Kindheit soziologisch. Wiesbaden: VS Verlag, 201–226.
- Zeiber, Helga (2005b): Neue Zeiten – neue Kindheiten? Wandel gesellschaftlicher Zeitbedingungen und die Folgen für Kinder; in: Mischau, Anina / Oechsle, Mechtild (Hrsg.), Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, Sonderheft 5, 74–91.
- Zeiber, Helga / Schroeder, Susanne (Hrsg.) (2008): Schulzeiten, Lernzeiten, Lebenszeiten. Weinheim–München: Juventa.
- Zerle, Claudia (2007): Wie verbringen Kinder ihre Freizeit? In: Alt, Christian (Hrsg.), Kinderleben – Start in die Grundschule. Ergebnisse aus der zweiten Welle. Band 4. Wiesbaden: VS Verlag, 243–270.
- Zinnecker, Jürgen / Behnken, Imbke / Maschke, Sabine / Stecher, Ludwig (2002): Null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrtausends. Opladen: Leske + Budrich.
- Zuzanek, Jiri (2000): The effects of time use and time pressure on child-parent relationships: Research report for Health Canada. University of Waterloo, http://www.phac-aspc.gc.ca/dca-dea/publications/pdf/timepcr-tempsrpe_e.pdf

5

Familiengründung heute

Martina Beham

Inhalt

1	Familiengründung heute	229
1.1	Einleitung	229
1.2	Kinderwünsche von Frauen und Männern	230
1.2.1	Der Wunsch nach einem Kind: zwischen Ideal und Realität	231
1.2.2	Hinderungsgründe für Kinder	234
1.3	Subjektive Zeitfenster der Familiengründung	236
1.3.1	Späte Elternschaft	238
1.3.2	Frühe Elternschaft	241
1.4	Kinderlosigkeit	243
1.5	Alternative Wege der Familiengründung	245
1.5.1	Reproduktionsfamilien	245
1.5.2	Adoptionsfamilien	246
	Summary	247
	Literatur	249
	Anhang	256

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Glückliches Leben ohne Kinder (in %)	231
Tabelle 2: Durchschnittliche als persönlich ideal angesehene Kinderzahl	232
Tabelle 3: Gewünschte Kinderzahl von Männern (20–44 Jahre) und Geschlechtsrollenorientierung	233
Tabelle 4: Entwicklung der Gesamtf Fruchtbarkeitsrate (TFR) und des Gesamtkinderwunsches (TCI) in ausgewählten Ländern	234
Tabelle 5: Durchschnittliches Gebäralter der Mutter nach Lebendgeburtenfolge	237
Tabelle 6: Lebendgeborene seit 1999 nach der Lebendgeburtenfolge	239
Tabelle 7: Lebendgeborene 1971 – 2008 nach Altersgruppen der Mütter	242
Tabelle A-1: Lebendgeborene (1999 – 2008) nach Altersgruppen der Mutter (Österreich)	256
Tabelle A-2: IVF-Fonds 2001 bis 2007 – Anzahl der IVF-Versuche und Schwangerschaftsrate	256
Abbildung 1: Präferierte Kinderlosigkeit (in Prozent)	234
Abbildung 2: Durchschnittliches Alter der Mutter bei Geburt des Kindes	236
Abbildung 3: Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes 2008 nach Staatsangehörigkeit (in Jahren)	237
Abbildung 4: Lebendgeborene nach Altersgruppen der Mutter 1999 – 2008 (Absolutzahlen)	239
Abbildung A-1: IVF-Fonds 2007 – IVF-Fonds-Patientenpaare – Gesamtösterreich	257
Abbildung A-2: Adoptionen als sozialer Prozess – die Adoptionspyramide	257

1 Familiengründung heute

1.1 Einleitung

Die Frage, ob bzw. wann eine Familiengründung biografisch am besten platziert ist, bedarf heute zunehmend genauerer Abwägung (Bien/Marbach 2003, Burkart 2002, Keddi 2003, Kurz 2005, Schneider/Matthias-Bleck 2002, Smolka 2005, Tölke/Diewald 2002, 2003).

Die Auffassungen darüber, wie sich dieser Entscheidungsprozess gestaltet, werden auch seitens der Forschung heterogen diskutiert. Seit den 1990er-Jahren wird der Übergang in die Elternschaft vielfach unter Bezug auf Rational-Choice-Ansätze skizziert (Blossfeld 1995, Blossfeld et al. 1991, Brüderl/Klein 1993, Schaeper/Kühn 2000). Aus familienökonomischer Perspektive werden Kinder dabei als Güter gesehen, die Kosten verursachen und Nutzen stiften. Unter Bezug auf die Arbeiten von Gary Becker (1993) und Annahmen des „Value of Children“-Ansatzes (Hoffman/Hoffman 1973) wird auf die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Kosten- und Nutzensausgangssituation von Frauen und Männern verwiesen. Mittlerweile besteht weitgehend Einigkeit, dass die Vorstellung einer rationalen Kosten-Nutzen-Abwägung zu kurz greift, weil konfligierende Werte, Ambivalenzen, die (lebens-)lange Zeitperspektive u. a. m. es unmöglich machen, die Folgen einer Elternschaft auch nur annähernd abschätzen und bewerten zu können (Klindworth 2000, Schroeder 2007). Lebensverlaufstheoretische Entscheidungsannahmen scheinen den Prozess angemessener abzubilden. Kernidee dabei ist: Akteure entscheiden sich nicht immer für die unter den äußeren Rahmenbedingungen der Situation optimale Handlungsalternative, sondern unter bestimmten Bedingungen wird zur Wahl von „suboptimalen“ Handlungsalternativen gegriffen. Ob und wann eine Elternschaft realisiert wird, hängt auch davon ab, wie hartnäckig oder flexibel Elternschaft im Vergleich zu anderen Zielen verfolgt wird, ob Ziele trotz ungünstiger Rahmenbedingungen realisiert oder adaptiert werden (Huinink/Schroeder 2003, Rupp 2005, Schroeder 2007). Bei Fertilitätsentscheidungen wird nicht nur auf sich verändernde äußere Rahmenbedingungen im Sinne einer flexiblen Anpassung reagiert, sondern die Wahrnehmung der Bedingungen bzw. des Nutzens der sich bietenden Handlungsalternativen ändert sich im Laufe der Zeit (Kühn 2003, Schroeder 2007, Tölke 2005).

Der Beitrag beschreibt anhand vorliegender Forschungsbefunde den Kinderwunsch von Frauen und Männern sowie Faktoren, die einen Einfluss auf das Timing der Realisierung haben. Skizziert werden aber auch Herausforderungen, die sich im Falle unerfüllter Kinderwünsche stellen. In Teilbereichen wird dabei auf Studien aus dem deutsch- und teilweise englischsprachigen Raum Bezug genommen, wenn für Österreich nicht ausreichend differenzierte Befunde vorliegen und davon auszugehen ist, dass aufgezeigte Trends auf Österreich übertragbar sind.

1.2 Kinderwünsche von Frauen und Männern

Untersuchungen zum Fertilitätsverhalten bezogen sich lange Zeit ausschließlich auf Frauen (Blossfeld 1995, Buber 2001, Duschek/Wirth 2005, Engelhardt/Prskawetz 2004, Huinink 1989, Klein 2003, Max-Planck-Institut 2008). Die Frage nach den Kinderwunschmotiven von Männern und deren Rolle im Entscheidungsprozess blieb ebenso wie das konkrete Fertilitätsverhalten ausgeblendet (kritisch Coleman 2000, Kühler 1989, Rost 2007). Seit einigen Jahren ist hingegen ein wachsendes Forschungsinteresse am generativen Verhalten von Männern zu beobachten (Barber 2001, Greene/Biddlecom 2000, Hynes et al. 2008, Jurczyk/Lange 2009, Kneale/Joshi 2008, Kurz 2005, Puur et al. 2008, Rendall et al. 1999, Rost 2005, 2007, Tölke/Hank 2005). So wurden z. B. in Deutschland mehrere Studien und Sonderauswertungen zu Fertilitätsentscheidungen und zum Fertilitätsverhalten von Männern durchgeführt, die zum Teil auch auf repräsentativen Umfragen mit größeren Fallzahlen basieren. Von besonderem Interesse sind dabei u. a. der Einfluss berufsbiografischer Unsicherheiten auf den Übergang zur Vaterschaft (Kurz 2005, Tölke/Diewald 2002, Tölke 2005, Zerle/Krok 2008), normative Aspekte hinsichtlich der Geburtenentscheidungen (Tölke 2005) oder der Intendiertheit von einem sowie Einflussfaktoren auf einen frühen Übergang zur Vaterschaft (Klindworth et al. 2005). Vermehrt rückt dabei auch in den Blick, dass die realisierte Kinderzahl das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses ist (Andersson et al. 2005, Kneale/Joshi 2008, Kurz 2005); wenngleich in der empirischen Forschung den interaktiven Aushandlungsprozessen erst ansatzweise Rechnung getragen wird.

Anhand der vorliegenden Befunde lässt sich festhalten: Die Norm „Zuerst die Ausbildung und erst dann die Familiengründung“ hat für beide Geschlechter nach wie vor Gültigkeit. In Schule oder Ausbildung zu sein, wirkt sich für Frauen und Männer hemmend auf die Familiengründung aus (Klein 2003, Kurz et al. 2001, Tölke 2005). Der beruflichen Etablierung bzw. beruflichen Unsicherheit kommt bei Frauen und Männern allerdings unterschiedliche Bedeutung zu. Für den Großteil der Männer ist die Schaffung beruflicher (Teil-)Erfolge eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die Familiengründung (Buchholz et al. 2007, Kühn 2005, Kurz 2005, Tölke 2005, Zerle/Krok 2008). Sechs von zehn kinderlosen deutschen Männern im Alter von 15 bis 33 Jahren sehen den richtigen Zeitpunkt für ein Kind erst dann gegeben, wenn sie eine Familie ernähren können (Zerle/Krok, 2008, 2009). Aber auch die Ergebnisse der österreichischen (Jugend-) Wertestudien deuten auf ähnliche Einstellungen (Friesl et al. 2008, 2009, Grossegger 2001, Schlaffer 2004). Arbeitslosigkeit sowie Teilzeitarbeit ist für Männer ein Grund, (noch) keinen Nachwuchs zu wollen. Bei Frauen wird der Kinderwunsch durch Arbeitslosigkeit vor allem bei jenen ohne berufliche Ausbildung bzw. Studienabschluss hingegen tendenziell verstärkt (Kühn 2004, Kurz 2005, Schmitt 2008). Stärker als von Frauen wird der Wunsch nach einem Kind bei Männern zudem davon abhängig gemacht, ob eine stabile Partnerschaft vorhanden ist (BZgA 2004, Eckhard/Klein 2006, 2007, Institut für Demoskopie Allensbach 2006). Zum Teil scheitert eine Familiengründung auch, weil nicht der/die „richtige“ Partner/-in zum „richtigen“ Zeitpunkt vorhanden ist (Institut für Demoskopie Allensbach 2006).

Ein Leben mit Kindern gehört für den Großteil der Österreicher/-innen aber nach wie vor zu ihren Lebensplänen. 63% der Befragten (68% der Frauen und 56% der Männer), die

im Rahmen des Sozialen Surveys Österreichs 2003 befragt wurden, können sich nur schwer vorstellen, allein genauso glücklich leben zu können wie mit einer Familie. Die Ergebnisse im Zeitvergleich (1986 – 2003) zeigen, dass über die Jahre hinweg von einem Drittel der Männer ein Leben ohne Kind als glückliche Lebensform akzeptiert wird, während bei den Frauen ein Trend zu einer stärkeren Familienorientierung festzustellen ist (Riederer 2005).

Tabelle 1: Glückliches Leben ohne Kinder¹
(in %)

	Männer	Frauen
1986	32	25
1993	30	29
2003	31	22

Quelle: Sozialer Survey 1986 – 2003 (Riederer 2005: 377)

Wichtige Anreize für eine Familiengründung sind für Frauen und Männer vor allem immaterielle Beweggründe wie ‚Freude an Kindern‘, ‚Sinnstiftung‘, ‚Intensivierung des Lebens durch Kinder‘ u. a. m. (Eckhard/Klein 2006, 2007, Marbach/Tölke 2007). Demgegenüber weniger verhaltensrelevant sind instrumentelle Beweggründe wie der Nutzen von Kindern als Hilfe im Alter oder in Notfällen.

Unterschiede zeigen sich nach dem formalen Bildungsniveau in der Art, dass Frauen mit niedrigerer formaler Bildung in der Elternschaft zu einem höheren Anteil Sinn und Erfüllung sehen als Frauen mit höheren Abschlüssen. Die Unterschiede lassen sich nicht primär auf größere Unvereinbarkeitsprobleme reduzieren, da formal höher gebildete Frauen keineswegs häufigere, sondern lediglich andere Vereinbarkeitsprobleme thematisieren (Kühn 2003, 2005, Klein/Eckhard 2005); sie scheinen vielmehr in differierenden Wertvorstellungen und unterschiedlichen Nutzenerwartungen begründet zu sein. Dies bedeutet: Während die Wahrnehmung oder Erwartung verschiedener Belastungen durch Elternschaft nicht systematisch mit der Höhe des formalen Bildungsniveaus zunimmt, zeigen sich hinsichtlich der positiven Anreize zur Elternschaft deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen. Eine Fokussierung auf (spezifische) Hinderungsgründe greift daher für die Erklärung veränderten generativen Verhaltens zu kurz (Klein/Eckhard 2005).

1.2.1 Der Wunsch nach einem Kind: zwischen Ideal und Realität

Die Norm der Zwei-Kind-Familie ist nach wie vor ausgeprägt (Gisser 2003, Riederer 2005, Testa 2006) und hat sich in den vergangenen Jahren kaum verändert. Laut den Ergebnissen des Sozialen Surveys Österreichs halten im Jahre 2003 64 % der Österreicher/-innen zwei Kinder für ideal, 17 % sprechen sich für drei Kinder und jeweils 8 % für ein bzw. vier und mehr Kinder aus. Kinderlos zu sein wird nur von einer Minderheit von 2 % als ideal betrachtet. Diese Idealvorstellungen differieren kaum nach dem Geschlecht der Befragten (Riederer 2005). Der Kinderwunsch ist aber vielfach ambivalent; dies zeigt sich u. a. darin,

¹ Dabei handelt es sich um eine repräsentative Stichprobe von ca. 2 000 Befragten der österreichischen Bevölkerung ab 18 Jahren. Die Frage lautete „Können Sie sich vorstellen auch ohne Kinder ein glückliches Leben zu führen?“ In der Tabelle sind die zustimmenden Angaben „auch ohne Kinder glücklich“ eingetragen.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

dass etwa die Hälfte der Befragten Zwischenkategorien ankreuzt bzw. sich bezüglich der Idealvorstellungen unentschlossen zeigt, wenn in Befragungen eine Spannweite (z. B. ein bis zwei Kinder, drei bis vier Kinder) oder keine konkreten Idealvorstellungen bezüglich der Anzahl als Antwortmöglichkeiten angeboten werden (Rost 2007, Testa 2006).

Von den allgemeinen gesellschaftlichen Idealvorstellungen gilt es allerdings die persönlich für ideal gehaltene Kinderzahl zu unterscheiden. Im europäischen Vergleich gehört Österreich zu jenen Ländern mit den vergleichsweise niedrigsten persönlichen Kinderwünschen: Die durchschnittliche persönlich als ideal angesehene Kinderzahl liegt in Österreich bei Männern insgesamt bei 1,66 Kindern und bei Frauen bei 1,82. Innerhalb der EU-25 liegen die entsprechenden Werte bei 2,25 (Männer) und 2,26 (Frauen) (Testa 2006: 31).

Tabelle 2: Durchschnittliche als persönlich ideal angesehene Kinderzahl²

Land	Männer					Frauen				
	15-24	25-39	40-54	55+	Insgesamt	15-24	25-39	40-54	55+	Insgesamt
Österreich	1,68	1,22	1,88	1,91	1,66	1,59	1,69	1,86	2,00	1,82
Finnland	2,48	2,34	2,37	2,48	2,41	2,51	2,61	2,82	2,69	2,68
Portugal	2,00	2,00	2,21	2,47	2,19	1,71	2,23	2,22	2,40	2,20
Italien	2,04	1,92	2,06	2,14	2,05	2,12	2,02	2,01	2,28	2,13
Rumänien	1,76	1,88	1,90	2,13	1,93	1,92	1,81	1,95	2,24	2,00
EU-15	2,26	2,13	2,22	2,38	2,25	2,24	2,24	2,37	2,52	2,38
EU-25	2,25	2,13	2,21	2,39	2,25	2,21	2,23	2,36	2,51	2,36

Quelle: Eurobarometer 2006 (Testa 2006: 31), eigene Darstellung

Puur et al. (2008) zeigen mittels der Daten der Population Policy Acceptance Study³ anhand deskriptiver und multivariater Analysen, dass sich Männer mit egalitären Rollenvorstellungen für mehr Kinder aussprechen als jene mit traditioneller Rollenorientierung. Die Unterschiede sind mit Ausnahme Estlands und Litauens bei den kinderlosen Männern ausgeprägter als bei jenen, die bereits ein Kind haben (Tabelle 3).

² Die Studie untersucht Einstellungen, Erwartungen, Pläne und Werte junger Erwachsener zwischen 18 und 25 Jahren in Bezug auf Partnerschaft, Familie und Lebensplanung. In einer Kombination aus qualitativen und quantitativen Verfahren wurde eine repräsentative Stichprobe von 500 Personen befragt und Tiefeninterviews mit 30 Jugendlichen durchgeführt.

³ Die Population Policy Acceptance Study ist eine international vergleichende Studie über Einstellungen zum demografischen Wandel und zu bevölkerungsrelevante Politiken, Kinderwunsch und Gründe von Kinderlosen gegen Kinder. Sie beruht auf einem größeren Stichprobenumfang (n = 2000) als die Eurobarometerstudie (n = 500), weshalb hier auf Erstere Bezug genommen wird.

Tabelle 3: Gewünschte Kinderzahl von Männern (20–44 Jahre) und Geschlechtsrollenorientierung

	Rollenorientierung			
	Kinderlose		Väter	
	traditionell	egalitär	traditionell	egalitär
Österreich	0,57	0,81	2,12	2,35
Estland	1,88	2,42	2,00	2,65
Italien	1,62	1,95	2,00	2,12
Deutschland-Ost	0,62	1,32	1,96	2,08
Deutschland-West	0,79	1,28	1,93	2,16
Litauen	1,88	2,15	2,03	2,81
Niederlande	0,71	1,43	2,27	2,45
Polen	1,30	1,76	2,60	2,72

Quelle: IPPAS (Puur et al. 2008: 1894)

Mit Blick auf die Altersgruppe der 35- bis 44-Jährigen, die zu einem hohen Anteil vorhandene Kinderwünsche bereits umgesetzt haben, zeigt sich zudem, dass Männer mit egalitären Rollenvorstellungen nicht nur mehr Kinder planen, sondern auch realisieren. Direkte Zusammenhänge auf einer gesamtgesellschaftlichen Ebene in der Form, dass in Ländern mit ausgeprägteren egalitären Rollenvorstellungen die Kinderzahlen höher sind, zeigen sich nicht. Neben individuellen Präferenzen werden Fertilitätsentscheidungen auch von wohlfahrtsstaatlichen und familienpolitischen Rahmenbedingungen beeinflusst (Castles 2003, Esping-Andersen 1999, Hank et al. 2004).

Vergleicht man den vorhandenen Gesamtkinderwunsch (TCI – Total Child Intention) mit der realisierten Fertilität (TFR – Total Fertility Rate), so zeigt sich für Österreich eine deutliche Diskrepanz. Einem durchschnittlichen Kinderwunsch von 2,0 steht eine realisierte Kinderzahl von 1,4 entgegen. In Frankreich hingegen wird der bestehende Kinderwunsch vergleichsweise deutlich weniger durch konkurrierende Lebensereignisse (Entwicklung der Partnerschaft, Ausbildung, beruflicher Werdegang) gedämpft, wie u. a. jüngst präsentierte Auswertungen des Österreichischen Instituts für Familienforschung (Neuwirth 2009) des Generations and Gender Surveys⁴ zeigen.

⁴ Der Generations and Gender Survey (GGS) ist eine international vergleichende Paneluntersuchung. Ziel ist es, im Abstand von jeweils drei Jahren mindestens drei Wellen durchzuführen. In Österreich wurde im Jahr 2008 eine erste repräsentative Stichprobe von 5 000 in Österreich lebenden Männern und Frauen im Alter von 18 bis 44 Jahren erhoben. Bei Berichtlegung (August 2009) liegen erste Auswertungen vor. Eines der wesentlichen Ziele des GGS ist die Analyse der Entwicklung von Familienbeziehungen im Zeitverlauf. Für das Jahr 2011 ist die erste Wiederholungsbefragung der im Jahr 2008 befragten Personen geplant (UNECE 2008).

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

Tabelle 4: Entwicklung der Gesamtfruchtbarkeitsrate (TFR) und des Gesamtkinderwunsches (TCI) in ausgewählten Ländern

Land	Kinderwunsch (TCI)		Realität TFR 2007	Diskrepanz TCI (Frauen) - TFR
	Männer	Frauen		
Deutschland	1,8	1,9	1,4	- 0,5
Frankreich	2,2	2,4	1,9	- 0,5
Russland	1,8	1,9	1,3	- 0,4
Bulgarien	2,0	2,0	1,3	- 0,7
Österreich	2,0	2,0	1,4	- 0,6
Georgien	2,4	2,3	1,4	- 0,9

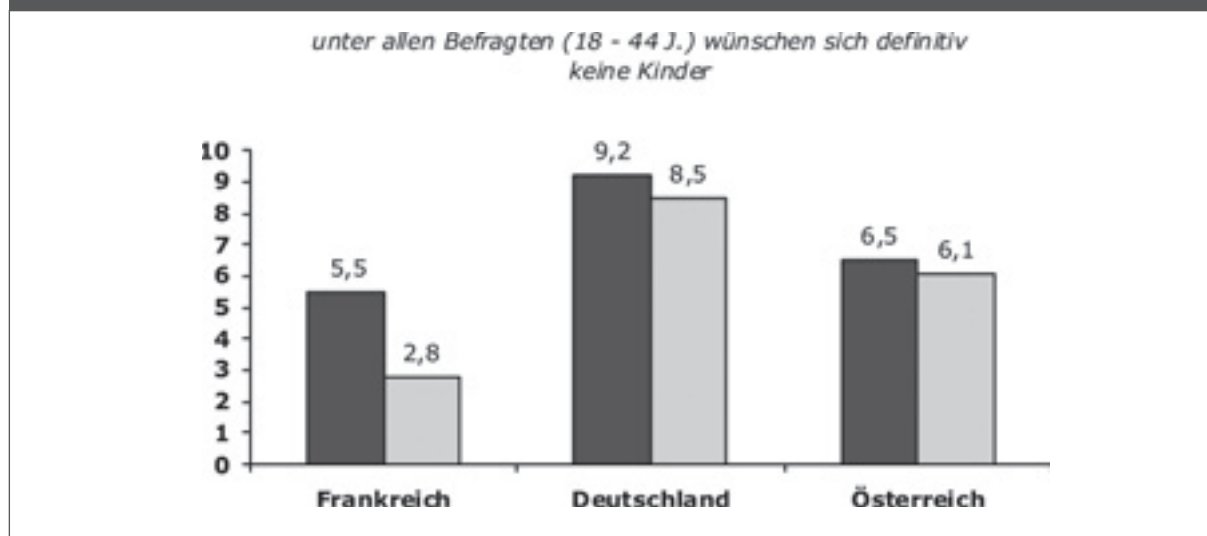
Quelle: Neuwirth (2009); Data Sources: Eurostat; GGS

1.2.2 Hinderungsgründe für Kinder

Neben der Tatsache, dass sich Österreichs Frauen und Männer wenige Kinder wünschen, sorgt vor allem der vergleichsweise hohe Anteil derer, die ausdrücklich keine Kinder möchten, für Diskussion (Dobritz/Ruckdeschel 2007, Frejka et al. 2008, Rost 2007).

Laut den Ergebnissen des Generations and Gender Surveys (GGS) möchten von den 18- bis 44-jährigen Männern in Österreich 6,5 % definitiv keine Kinder, bei den Frauen liegt der Anteil mit 6,1 % geringfügig darunter. In Deutschland sind es rund 9 % (9,2 % der Männer und 8,5 % der Frauen), die keine eigenen Kinder haben möchten. Im Gegensatz zu Österreich und Deutschland, wo die geschlechtsspezifischen Unterschiede gering sind, sind es in Frankreich (auf einem niedrigen Niveau) beinahe doppelt so viele Männer wie Frauen, die keine Kinder haben möchten.

Abbildung 1: Präferierte Kinderlosigkeit (in Prozent)



Quelle: GGS, Neuwirth (2009)

Die Gründe, die in Umfragen gegen Kinder genannt werden, umfassen ein weites Spektrum. Sie reichen von Befürchtungen hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Lebensstandards über Zukunftsängste bis hin zu den mit Kindern verbundenen finanziellen Kosten, fehlendem Partner oder gesundheitlichen Problemen (Dobritz/Ruckdeschel 2007, Dobritz 2008, Eckhard/Klein 2006, Testa 2006).

Unabhängig davon, ob eine Partnerschaft besteht oder bereits eigene Kinder geboren worden sind, spielen berufliche Opportunitätskosten bei Frauen eine deutlich größere Rolle als bei Männern. Wie die Ergebnisse der Population Policy Acceptance Study zeigen, wird von den Befragten im Alter von 20 bis 49 Jahren, die keine Kinder haben (möchten)⁵ in Österreich neben dem am häufigsten genannten Grund, keinen festen Partner zu haben, von 57 % die Sorge um die Aufrechterhaltung des Lebensstandards und von 51 % die Befürchtung, das eigene Leben mit Kindern weniger genießen zu können, angeführt (Dobritz/Ruckdeschel 2007). Welche Bedeutung sonstigen Hinderungsgründen bei Männern und Frauen zukommt, ist wesentlich davon abhängig, ob Erfahrungen mit eigenen Kindern vorliegen oder nicht. Kindbedingte Veränderungen von Freizeitinteressen sowie die Angst, das Leben weniger genießen zu können, spielen bei Eltern, die ihr Leben bereits auf den Alltag mit Kind/ern eingestellt haben, eine deutlich geringere Rolle (Dobritz 2008, Eckhard/Klein 2007).

Sowohl für die Entscheidung zur Familiengründung als auch zur Familienerweiterung unterscheiden sich die verhaltensrelevanten Hinderungsgründe zum Teil geschlechtsspezifisch. Sorgen, dass Kinder zu wenig Zeit für eigene Interessen lassen und auf Reisen, bei Nachbarn und in der Öffentlichkeit Probleme mit sich bringen, werden eher von Frauen als Hinderungsgründe genannt. Ein Hinderungsgrund, der insgesamt vergleichsweise selten, dann aber deutlich öfter bei Männern als bei Frauen gegen eine Familiengründung spricht, ist die Befürchtung, dass Kinder die Partnerschaft belasten. Die Erwartung finanzieller Belastungen wirkt bei beiden Geschlechtern negativ auf die Familiengründungsneigung. Die Auffassung, dass Mutterschaft mit berufsbezogenen Einschränkungen verbunden sei, ist bei Frauen, die sich gegen die Geburt eines Kindes entscheiden, aber nicht wesentlich höher als bei jenen, die eine Familie gründen (Eckhard/Klein 2006, 2007), und wird gleichsam a priori einkalkuliert.

Als mögliche Erklärung für die zu beobachtende Abnahme der persönlichen Kinderwünsche bzw. die Zunahme jener, die von sich sagen, dass sie keine Kinder möchten, wird u. a. die „Low Fertility Trap Hypothese“ diskutiert. Diese geht von einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale der Kinderzahlen aus und bezieht sich auf demografische, ökonomische und soziologische Entwicklungen. Zum einen wird dabei davon ausgegangen, dass selbst bei identem Fertilitätsverhalten die Geburtenzahlen (weiter) sinken werden, wenn aufgrund der Altersverteilung sich weniger Frauen in der reproduktiven Phase befinden. Zum Zweiten werden die sinkenden Geburtenzahlen als Folge einer wachsenden Diskrepanz zwischen hohen materiellen Konsumaspirationen einerseits und vergleichsweise geringer ökonomischer Absicherung andererseits gesehen. Zum Dritten wird auf veränderte Sozialisationserfahrungen verwiesen. Je weniger Kinder junge Menschen in ihrer Umgebung erleben, umso weniger spielen, so die Annahme, Kinder für eigene Lebensziele eine Rolle. Für das dritte Argument sprechen nicht nur jene Befunde, die zeigen, dass junge Menschen

⁵ Eine differenzierte Betrachtung nach dem Geschlecht ist aufgrund der zu geringen Fallzahl nicht möglich.

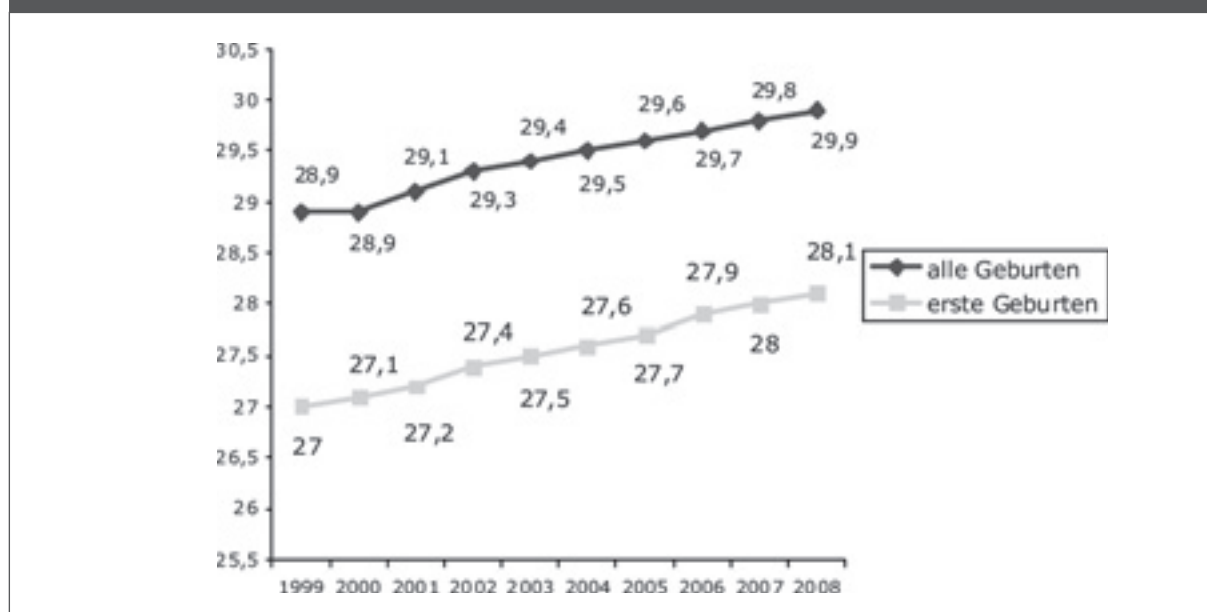
FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

eine größere Familie anstreben, wenn sie in ihrer Kindheit mit Geschwistern aufgewachsen sind (Tölke 2004, 2005, Scherrer 2009, Zerle/Krok 2008, 2009); auch komparative Analysen verdeutlichen, dass in Ländern mit kontinuierlich hoher Geburtenrate diese mit einer höheren persönlichen idealen Kinderzahl korreliert, während sie in Ländern mit steilem Geburtenrückgang zu sinken beginnt (Lutz et al. 2007, Testa 2006). Die Low Fertility Trap Hypothese hat die Diskussionen zum Fertilitätsverhalten neu angeregt und wurde in Deutschland mit Schlagwörtern von der Kultur der Kinderlosigkeit popularisiert (Schirrmacher 2006). Bisher konnten die Annahmen empirisch allerdings noch nicht ausreichend abgesichert werden, und es bedarf weitergehender Studien für differenzierte Analysen auf breiter Datenbasis zur Prüfung.

1.3 Subjektive Zeitfenster der Familiengründung

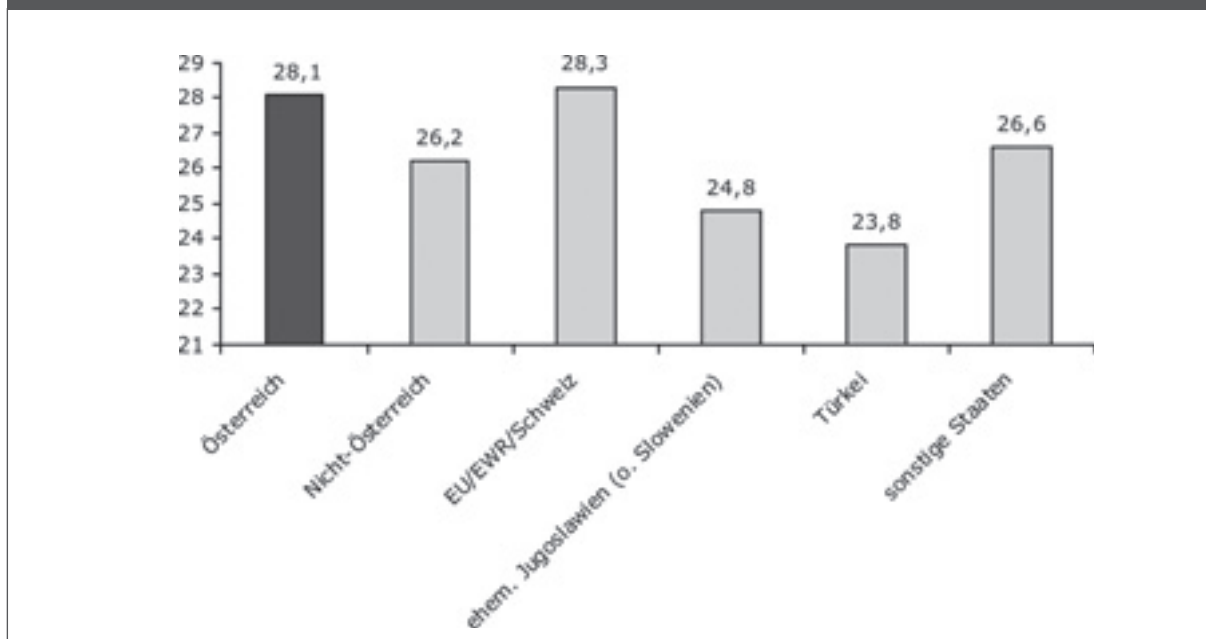
Das durchschnittliche Alter von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes lag in Österreich 2008 bei 28,1 Jahren und ist gegenüber 1999 um durchschnittlich 1,1 Jahre gestiegen (1999: 27,0 Jahre) (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Durchschnittliches Alter der Mutter bei Geburt des Kindes



Quelle: Statistik Austria 2009d

Bei Österreicherinnen betrug das durchschnittliche Erstgeburtsalter 2008 28,1 Jahre und bei Frauen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft 26,2 Jahre. Am jüngsten waren mit durchschnittlich 23,8 Jahren bei der Geburt des ersten Kindes Türkinen, gefolgt von Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien mit knapp 25 Jahren. EU- oder EWR-Bürgerinnen bekamen hingegen ihr erstes Kind im Durchschnitt etwas später als Österreicherinnen (Statistik Austria 2009b).

Abbildung 3: Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes 2008 nach Staatsangehörigkeit (in Jahren)

Quelle: Statistik Austria 2009b

Zwischen 1999 und 2008 ist das Durchschnittsalter bei der Geburt des 1. Kindes von 27,0 Jahren (1999) auf 28,1 Jahre gestiegen, d. h. um 1,1 Jahre (siehe nachfolgende Tabelle 5).

Tabelle 5: Durchschnittliches Gebäralter der Mutter nach Lebendgeburtenfolge

Jahr	Total	Durchschnittsalter der Mütter (in Jahren) bei		
		ersten Geburten	zweiten Geburten	dritten Geburten
1999	28,9	27,0	29,4	31,5
2000	28,9	27,1	29,5	31,7
2001	29,1	27,2	29,8	31,9
2002	29,3	27,4	29,9	32,0
2003	29,4	27,5	30,1	32,3
2004	29,5	27,6	30,1	32,2
2005	29,6	27,7	30,3	32,2
2006	29,7	27,9	30,4	32,3
2007	29,8	28,0	30,4	32,5
2008	29,9	28,1	30,5	32,6
Veränderung 1999 – 2008 absolut	1,0	1,1	1,1	1,1

Quelle: Statistik Austria 2009d

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

Als ideales Alter für die Geburt des ersten Kindes nennen 25- bis 39-jährige Frauen in Österreich im Durchschnitt 24,1 Jahre, das ideale Alter für die Erstvaterschaft wird von gleichaltrigen Männern im Durchschnitt bei 26,8 Jahren angesetzt. Als Höchstalter, bis zu dem der Übergang in die Mutterschaft abgeschlossen sein soll, nennen Frauen (im Alter von 25 bis 39 Jahren) durchschnittlich 42,3 Jahre, und gleichaltrige Männer sehen das Alterslimit, bis zu dem eine Vaterschaft realisiert werden sollte, bei 49,0 Jahren (Testa 2006).

Umfrageergebnisse des deutschen Instituts für Demoskopie Allensbach zeigen: Es weichen nicht nur die eigenen Vorstellungen bezüglich des idealen Alters zur Familiengründung vom tatsächlich realisierten ab, sondern es unterscheiden sich auch die eigenen Wunschvorstellungen von den allgemeinen Idealvorstellungen. Während mehrheitlich das optimale Alter, um Mutter zu werden, zwischen dem 24. und 31. Lebensjahr eingegrenzt wird, fühlen sich von den 18- bis 23-jährigen deutschen Frauen 86 % noch zu jung für Kinder. Erst ab dem 27. Lebensjahr hat die Mehrheit nicht mehr den Eindruck, dass es für Kinder zu früh ist (Institut für Demoskopie Allensbach 2005). Die veränderten subjektiven Zeitfenster zur Familiengründung sind vor dem Hintergrund erhöhter Mobilitätsanforderungen, gesteigerter Anforderungen an die Leistungsbereitschaft, zeitintensivem Engagement in aufstiegsorientierten Berufssparten und unsicheren Arbeitsplätzen auf der einen Seite bzw. häufiger werdenden Brüchen in den Partnerschaftsbiografien auf der anderen Seite zu sehen.

Folge dieser Entwicklungen ist: Das Zeitfenster, in dem subjektiv ein Kind bzw. Kinder geplant werden, ist im Vergleich zu dem biologisch möglichen Zeitfenster vergleichsweise eng. Dies gilt im Besonderen für Frauen, aber tendenziell auch für Männer. Denn auch für Männer gibt es ein „soziales Zeitfenster“ für Vaterschaft, wie u. a. die deutsche Untersuchung „männer.leben“ (BZgA 2004) bzw. Auswertungen des deutschen Familiensurveys zeigen (Tölke 2005): Nur 10 % der befragten Männer im Alter von 25 bis 54 Jahren halten eine Vaterschaft für zeitlich unbegrenzt möglich (BZgA 2004). Ab dem Alter von 35 Jahren nimmt die Wahrscheinlichkeit, zum ersten Mal Vater zu werden, signifikant ab, selbst wenn Männer in einer stabilen Partnerschaft leben (Tölke 2005).

1.3.1 Späte Elternschaft

Die Familiengründung wird zunehmend länger aufgeschoben. Das durchschnittliche Gebäralter⁶ insgesamt betrug im Jahr 2008 29,9 Jahre, 1999 28,9 Jahre und im Jahr 1991 27,2 Jahre. Bei den Erstgebärenden stieg wie oben dargestellt das durchschnittliche Gebäralter von 25,1 Jahren im Jahr 1991 auf 27,0 Jahre im Jahr 1999 bzw. 28,1 Jahre im Jahr 2008.

Im Jahr 2008 waren 36 392 (das entspricht 46,8 %) der insgesamt 77 752 Geburten Erstgeburten, bei weiteren 27 182 Kindern (34,9 %) handelt es sich um das zweite Kind und bei den anderen 18,1 % um dritte und weitere Kinder. Die Relationen in den Lebendgeburtenfolgen haben sich im vergangenen Jahrzehnt nur wenig verändert (1999 handelt es sich bei 45,4 % aller Lebendgeborenen um Erstgeburten und bei 18,5 % um das dritte oder weitere Kind) (siehe auch Tabelle 6).

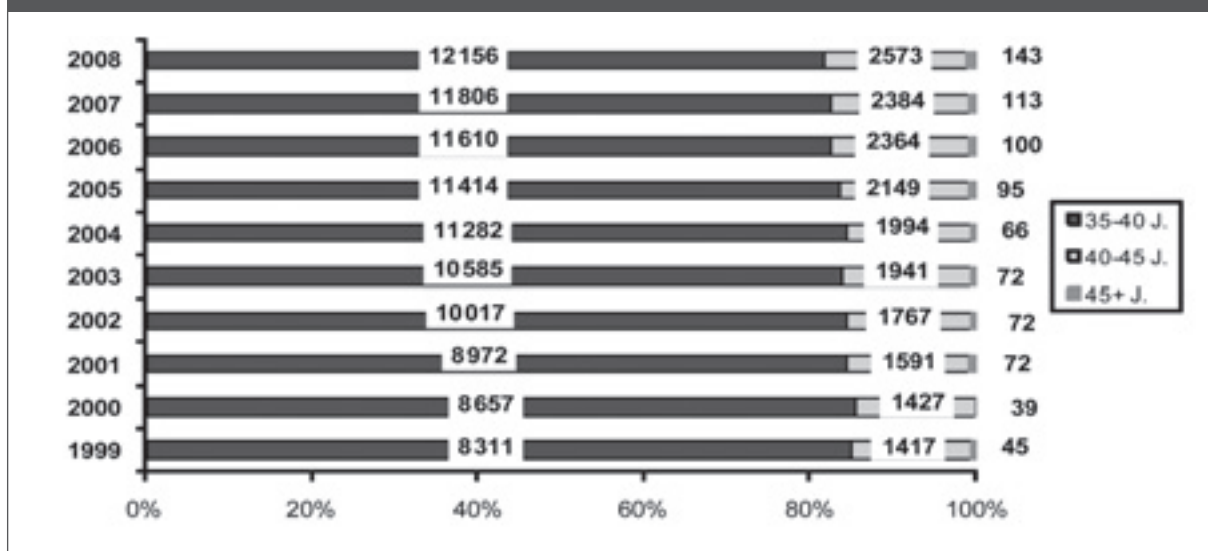
⁶ Arithmetisches Mittel des Alters der Frauen im Zeitpunkt der Geburt eines Kindes.

Tabelle 6: Lebendgeborene seit 1999 nach der Lebendgeburtenfolge

Österreich	insgesamt	1. Kind	2. Kind	3. und weiteres Kind
1999	78 138	35 449	27 909	14 780
2000	78 268	35 575	28 177	14 516
2001	75 458	34 733	26 733	13 992
2002	78 399	35 793	27 646	14 960
2003	76 944	35 241	26 986	14 717
2004	78 968	36 411	27 651	14 906
2005	78 190	36 221	27 205	14 764
2006	77 914	36 288	27 088	14 538
2007	76 250	35 261	26 768	14 221
2008	77 752	36 392	27 182	14 178

Quelle: Demografisches Jahrbuch 2008 (Statistik Austria 2009: 187)

Während von den 1991 geborenen Kindern 7 % eine Mutter hatten, die bei der Geburt älter als 35 Jahre war, war dies bei den 2001 geborenen Kindern bei 14 % und bei den 2008 geborenen bei 19 % der Fall. Der Anteil der Mütter, die im 5. Lebensjahrzehnt (erneut) Mutter werden, ist aber nach wie vor vergleichsweise gering. Bei etwas über 3 % (absolut: 2 716 von insgesamt 77 752 Lebendgeborenen) der im Jahr 2008 in Österreich geborenen Kinder war die Mutter bei der Geburt 40 Jahre und älter (Statistik Austria 2009a, b, siehe auch Tabelle A-1 im Anhang).

Abbildung 4: Lebendgeborene nach Altersgruppen der Mutter 1999 – 2008
(Absolutzahlen)

Quelle: Demografische Indikatoren (Statistik Austria 2008: 78; Statistik Austria 2009b)

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

Dem Aufschub der Familiengründung in die zweite Hälfte des 3. bzw. 4. Lebensjahrzehnts wurde in den vergangenen Jahren im medialen Diskurs eine breite Aufmerksamkeit geschenkt. Späte Mutterschaft wird dabei vielfach als Ausdruck gesteigerter Optionsspielräume beschrieben. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wurde die Optionsthese in dieser Eindeutigkeit hingegen kritisch hinterfragt (Beham 1998, Herlyn/Krüger 2003, Obernosterer 2004) und vorwiegend anhand qualitativ orientierter Studien der Frage nachgegangen, inwiefern Mutterschaft von einer kollektiven Norm zu einer individuell motivierten Entscheidung mutierte (Optionsthese) oder aber Elternschaft grundsätzlich nicht in Frage gestellt, sondern nur später realisiert wird (Aufschubthese). Die vorliegenden Forschungsbefunde im deutschsprachigen Raum (u. a. Beham 1998, Engstler/Lüscher 1991, Fosen-Schlichtinger 2007, Herlyn/Krüger 2003, Obernosterer 2004) sprechen gegen ein neues biografisches Muster; dazu sind die Lebensverläufe und die Gründe für eine späte Mutterschaft zu unterschiedlich. Nur bei einem Teil der späten Mütter ist deren Mutterschaft Folge gewählter Optionen, bei anderen ein mehr oder weniger deutlich erzwungener Aufschub. Herlyn/Krüger (2003) unterscheiden vier Muster⁷: Da zwei Drittel der befragten späten Mütter den Familienzentrierten und Doppelorientierten und ein Drittel den Berufs- und Persönlichkeitsorientierten zuzurechnen sind, ziehen die Autorinnen den Schluss, dass Mutterschaft – auch unter späten Müttern – nach wie vor eine selbstverständlich anerkannte Norm ist und nur bei einer kleinen Gruppe Ausdruck bewusster Wahl, die auch zur Entscheidung für Kinderlosigkeit führen können hätte.

Späte Mütter sind sich sowohl der Vor- als auch Nachteile bewusst. Zum einen nehmen sie sich aufgrund des Vorsprungs an Lebenserfahrung als „gefestigter“ und „reflektierter“ wahr. Zugleich werden Nachteile wie die geringere psychische Belastbarkeit angesprochen (Herlyn/Krüger 2003).

Forschungsbefunde zu später Vaterschaft sind kaum vorhanden. Erste Hinweise bieten die Analysen der deutschen Daten des Generations und Gender Survey⁸ (Tölke 2008, 2009). Die aufgrund der kleinen Fallzahl als explorativ anzusehenden Ergebnisse zu älteren Vätern (Männer zwischen 50 und 64 Jahren mit einem Kind unter sieben Jahren) zeigen, dass sich ältere Väter aufgrund ihrer Selbstangaben als aktivere Väter darstellen als solche im mittleren Alter zwischen 35 und 49 Jahren, die in der Rush Hour of Life vielfältige Anforderungen des Familien- und Berufslebens vereinbaren müssen. Hinsichtlich des Zusammenhangs von Lebensalter und Engagement als Vater zeigt sich ein U-förmiges Muster. Sowohl junge Väter (25 bis 34 Jahre) als auch ältere Väter (50 bis 64 Jahre) sehen sich als die aktiveren Väter. Das heißt: Sie geben für ausgewählte Alltagsverrichtungen an,

⁷ Herlyn/Krüger (2003) unterscheiden vier Muster später Mutterschaft: das Muster der Berufsorientierung, der Persönlichkeitsentwicklung, der Doppelorientierung und der Familienzentrierung. Charakteristisch für die berufsorientierten Frauen ist, dass sich erst spät eine Bereitschaft zur Mutterschaft herausbildet. Im Vordergrund steht zunächst eindeutig die schulische und berufliche Entwicklung. Die Lebensplanung ist bei diesen Frauen lange Zeit ausgerichtet auf Kinderlosigkeit. Die Frauen des Musters 2, die Persönlichkeitsorientierten, stellen ihre individuelle Selbstfindung, verbunden mit dem Anspruch auf eine unabhängige Lebensgestaltung, als Lebensmotto in den Vordergrund. Beim Muster der Doppelorientierung lassen sich zwei Ausprägungen unterscheiden: Frauen, die mit der Familiengründung bis nach der beruflichen Qualifikation warten, und Frauen, die wiederholt den Zeitpunkt der Realisierung verschieben. Für die familienzentrierten Frauen hingegen stellt der Kinderwunsch nicht nur eine biografische Selbstverständlichkeit dar, sondern ein dominantes Lebensziel. Aufgrund von Problemen in der Partnerschaft oder partiellen Fertilitätsstörungen kann der Kinderwunsch aber erst später als geplant realisiert werden.

⁸ Der Generations and Gender Survey (GGG) wurde in Deutschland erstmals im Jahr 2005 im Auftrag des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung an Frauen und Männern im Alter von 18 bis 79 Jahren durchgeführt.

dass sie aktiv etwas mit dem Kind unternehmen, Zeit investieren und verantwortlich Aufgaben übernehmen. Väter im mittleren Alter haben größere Schwierigkeiten, die vielfältigen Anforderungen des Familien- und Berufslebens zu vereinbaren. Väter im 6. Lebensjahrzehnt hingegen haben den Höhepunkt ihres Berufslebens vielfach bereits überschritten und können möglicherweise ihre Prioritäten verlagern, ohne negative berufliche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Insgesamt zeigen die vorliegenden Befunde: Zum Teil wurde Elternschaft mehr oder weniger bewusst auf einen biografisch späten Zeitpunkt aufgeschoben. Bei einem anderen Teil später Eltern war der späte Zeitpunkt nicht beabsichtigt, bei einer dritten Gruppe sogar ungewollt. Späte Mutter- bzw. Vaterschaft ist aufgrund der bereits erfolgten beruflichen Etablierung und finanziellen Absicherung häufig verbunden mit einem Zuwachs an Handlungsalternativen. Der berufliche Wiedereinstieg bzw. die Vereinbarung von Beruf und Familie gestaltet sich für späte Mütter aber nicht per se einfacher als für jüngere, wie die Ergebnisse von Herlyn/Krüger (2003) zeigen. Vielfach fehlen familiäre Unterstützungsnetzwerke insbesondere hinsichtlich der Unterstützung bei der Kinderbetreuung, u. a. weil auf Großeltern aufgrund ihres Alters seltener zurückgegriffen werden kann.

1.3.2 Frühe Elternschaft

Der zunehmende Aufschub der Familiengründung lenkte das Hauptaugenmerk auf späte Elternschaft. Während späte Elternschaft überdurchschnittlich häufig einhergeht mit abgeschlossener Berufsausbildung und gesicherter finanzieller Situation (Herlyn/Krüger 2003), gilt frühe Elternschaft als sozialer Risikofaktor für die berufliche Entwicklung und ökonomische Absicherung (Hofferth/Hayes 1987, Hotz et al. 2005, Jaffee et al. 2001, Unicef 2001). Mädchen und Burschen, die sehr früh Eltern werden, müssen plötzlich erwachsen sein, in einer Phase, in der sie ihre Jugend noch nicht hinter sich gelassen haben und sich in einer Phase der allmählichen Ablösung von den Eltern und der Ausprägung der eigenen persönlichen, sexuellen und beruflichen Identität befinden. Die Fülle an Entwicklungsaufgaben, die junge Mütter gleichzeitig zu erfüllen haben, lässt sie zum Teil an die Grenzen ihrer Belastbarkeit kommen (Franz/Busch 2004, Friedrich/Remberg 2005, Häussler-Sczepan et al. 2005, Weitmann 2006).

Deutschen Umfragen zufolge sehen sowohl Frauen als auch Männer, weitgehend unabhängig davon, ob sie selbst Kinder haben oder nicht bzw. ob sie selbst früher oder später Eltern wurden, primär Risiken und Probleme, die mit einer Teenager- bzw. frühen Elternschaft einhergehen, wie Konflikte mit Ausbildungs- und Berufsplänen, materielle Schwierigkeiten, die Einengung der persönlichen Freiräume, Schwierigkeiten für junge Eltern, eine Wohnung zu finden, die ausreichend Platz bietet und dem Budget junger Familien angemessen ist u. a. m. (Institut für Demoskopie Allensbach 2005).

Befunde aus dem angloamerikanischen Raum (Glick et al. 2006, Hynes et al. 2008, Pears et al. 2005) sowie Beobachtungen aus der Beratungspraxis (Franz/Busch 2004, Häussler-Sczepan et al. 2005, 2008, Thiessen-Anslinger 2004) rücken ebenfalls die Risiken, die mit einer Teenagerschwangerschaft verbunden sind, in den Vordergrund und sprechen dafür, dass Teenagerelternschaften in so genannten Schwellensituationen, die durch besondere Umbrüche, Konflikte und Veränderungen gekennzeichnet sind, häufiger auftreten. So berichten die im Rahmen der Studie „männer.leben“ befragten jungen Erstväter deutlich

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

häufiger, dass sie sich zu dem Zeitpunkt, als die Partnerin schwanger wurde, in einer beruflichen Umbruchsituation bzw. unsicheren Arbeitssituation befanden (BzGA 2004).

Selbst wenn eine frühe Elternschaft nicht immer als eine zu frühe Elternschaft erlebt wird, zeigen sich häufig Passungsprobleme (Franz/Busch 2004, Friedrich/Remberg 2005, Häussler-Sczapan et al. 2005, 2008, Klindworth et al. 2005, Martin 2004, Thiessen/Anslinger 2004, Weitmann 2006). Die Entscheidung, ob (sehr) junge Mütter eine Schwangerschaft austragen, hängt maßgeblich mit der sozialen Situation der Mädchen und ihrer Familien, ihren Lebensperspektiven und ihrem Bildungsstatus zusammen (Baldaszi/Urbas 2006, Weitmann 2006). Junge Frauen, die sich für das Austragen einer Schwangerschaft entscheiden, verfügen tendenziell häufiger über schlechte Ausbildungs- und Berufschancen, weniger klare Zukunftsperspektiven und scheinen durch eine Schwangerschaft zum Teil anderen schwierigen Entwicklungs Herausforderungen auszuweichen.

Laut dem von der UNICEF (2001) erstellten Innocenti Report liegt die Geburtenrate unter Teenagern in Österreich bei 1,4 %, in den USA bei 5,2 % und im UK bei 3,1 %. Seit Anfang der 1990er-Jahre ist in Österreich aufgrund von Maßnahmen der Sexualaufklärung und des Zugangs zu Kontrazeptiva die Geburtenrate bei Frauen unter 20 Jahren wie in vielen anderen europäischen Ländern zurückgegangen. Von den 2008 geborenen Kindern waren bei 3,5 % die Mütter Teenager, d. h. unter 20 Jahren bei der Geburt. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich die Zahl der Teenagergeburten auf unter 3 000 pro Jahr (das entspricht unter 4 % aller Geburten) eingependelt. 2008 waren sieben Mütter bei der Geburt ihres Kindes unter 15 Jahren und 2 754 zwischen 15 und 20 Jahren (Statistik Austria 2009a, b, c; siehe auch Tabelle A-1 im Anhang).

Tabelle 7: Lebendgeborene 1971 – 2008 nach Altersgruppen der Mütter

	1971	1981	1991	2001	2006	2007	2008
Lebendgeborene insgesamt	108 510	93 942	94 629	75 458	77 914	76 250	77 752
Alter der Mutter unter 20 Jahren in %	14 212 13,1	11 129 11,8 %	5 596 5,9 %	3 254 4,3 %	2 892 3,7 %	2 723 3,6 %	2 754 3,5 %
Quelle: Statistik Austria 2009a: 78, 2009b, c							

Über Veränderungen in der Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen können für Österreich keine zuverlässigen Aussagen getroffen werden, da es keine Registrierungspflicht von Schwangerschaftsabbrüchen gibt; offizielle Zahlen liegen nur aus der Spitalsentlassungsstatistik vor, in der aber die Zahl der Abbrüche in privaten Ambulatorien und Arztpraxen nicht enthalten ist. Schätzungen gehen von einer bis zu zehn Mal höheren Zahl an Abbrüchen aus, als in der Spitalsentlassungsstatistik dokumentiert sind. Laut dieser Statistik wurden 1997 österreichweit insgesamt 2 337 Abbrüche⁹ durchgeführt, im Jahr 2006 1 797 (Statistik Austria 2008). Vom Ambulatorium für Sexualmedizin und Schwangerenilfe „pro:woman“ wird bei den 15- bis 19-Jährigen von 17,5 Abtreibungen pro 1 000 Frauen gesprochen (pro:woman 2008).

⁹ Wieviele davon sich auf Teenager beziehen, ist in der Statistik nicht dokumentiert.

Mit der in Österreich im Jahr 2001 geschaffenen Möglichkeit der anonymen Geburt, bei der Frauen ihr Kind unter geschützten Bedingungen gebären können, ohne ihre Identität bekannt zu geben, sowie mit der Einrichtung so genannter Babynester (Wärmebetten), in die Neugeborene unbeobachtet gelegt werden können, wird versucht, Verzweiflungstaten vorzubeugen (Baldaszi/Urbas 2006).

1.4 Kinderlosigkeit

Die öffentliche Diskussion zum Thema Kinderlosigkeit¹⁰ nimmt mitunter bizarre Formen an, wie Kreyenfeld/Konietzka (2007) aufzeigen. Auf der einen Seite wird ein steigender Anteil kinderloser Paare gleichgesetzt mit dem Niedergang der Familie, und auf der anderen Seite werden die vielfach ideologisch geführten Diskussionen zu Kinderlosigkeit als Angriff auf das individuelle Recht auf ein Leben ohne Kind wahrgenommen.

Nicht nur der mediale, sondern auch der wissenschaftliche Diskurs fokussiert dabei auf Frauen, im Besonderen auf hochqualifizierte Frauen. Seit den 1990er-Jahren wird eine lebhaftere Diskussion darüber geführt, inwieweit ein höheres Qualifikationsniveau generell zu einer verringerten Neigung zur Familiengründung beiträgt (Bildungsniveaueffekt), oder ob es aufgrund längerer Verweildauer in den Bildungsinstitutionen lediglich zu einem Timing-Effekt durch eine Verschiebung der Familiengründung ins höhere Lebensalter kommt (Institutioneneffekt) (Blossfeld 1995, Boehnke 2007, Huinink 2000, Klein/Lauterbach 1994, Neyer 2003). Analysen der Auswertungen der österreichischen Volkszählung 2001 zeigen nicht nur einen Institutioneneffekt, sondern auch einen Effekt des Bildungsniveaus. Der Anteil an dauerhaft kinderlosen Frauen nimmt mit dem Bildungsniveau zu (Buber 2001, Neyer et al. 2007). Frauen mit Gymnasial-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss weisen als Gruppe eine um fast zehn Prozentpunkte höhere Kinderlosigkeit auf als Frauen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsabschluss. Zur deutlich höheren Kinderlosigkeit von Frauen mit hohem Ausbildungsgrad tragen aber nicht nur Akademikerinnen bei, sondern auch die Gruppe von Frauen, die als höchste von ihnen abgeschlossene Ausbildungsstufe die Hochschulreife angeben. So bleiben etwa 30 % aller als Gymnasiallehrerinnen und 25 % aller als Ärztinnen ausgebildeten Frauen in Österreich kinderlos – das ist eine um rund 15 Prozentpunkte höhere Kinderlosigkeit als bei Frauen mit einer Ausbildung als Volksschullehrerin oder Krankenschwester (Neyer et al. 2007). Darüber hinaus bestehen aber auch deutliche Unterschiede im Ausmaß der Kinderlosigkeit nach der Ausbildungsrichtung. Frauen mit einer akademischen Ausbildung für einen technisch oder naturwissenschaftlich ausgerichteten Beruf sind im Vergleich zu anderen Bildungsrichtungen eher seltener kinderlos. Frauen mit einem Abschluss in einem sozialwissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen oder künstlerischen Bereich weisen hingegen eine vergleichsweise hohe Kinderlosigkeit auf (Neyer et al. 2007, Neyer/Hoem 2008).

Während Kinderlosigkeit von Männern in der sozialwissenschaftlichen Forschung lange Zeit ausgeblendet blieb, widmeten sich in jüngster Zeit mehrere Arbeiten der Frage, inwieweit sich die Faktoren, die zu dauerhafter Kinderlosigkeit von Frauen und Männern beitragen, geschlechtsspezifisch unterscheiden (Kneale/Joshi 2008, Konietzka/Kreyenfeld 2007,

¹⁰ In den USA wird häufig der Begriff „childfree“ anstelle des Begriffs „childless“ verwendet, um die Konnotation des „Mangels“ zu vermeiden. Eine entsprechende Differenzierung findet sich im deutschen Sprachraum nicht.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

Onnen- Isemann 2003, 2005, Schmitt 2005, Wirth 2007). Für Österreich fehlen differenzierte Informationen zur Kinderlosigkeit von Männern jenseits von Einstellungsdaten nach wie vor. Deutsche Studien (BZgA 2004, Schmitt/Winkelmann 2005) zeigen, dass Akademiker ebenso wie Akademikerinnen ihr erstes Kind deutlich später bekommen als Männer mit einer geringen Schul- bzw. beruflichen Bildung. Von den 25- bis 34-jährigen Männern sind z. B. 39 % der gering qualifizierten und 79 % der am höchsten qualifizierten (noch) kinderlos (BZgA 2004, 20). Gleichzeitig erschweren aber auch prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie finanzielle und berufliche Unsicherheiten von Männern eine Familiengründung. Nach den Analysen des SOEP 2003 ist unter Personen mit formal niedrigem Bildungsniveau der Anteil an dauerhaft kinderlosen Männern deutlich höher als an kinderlosen Frauen (Schmitt/ Winkelmann 2005).

Die bislang vorliegenden empirischen Befunde zeigen: Kinderlosigkeit ist vielfach das Resultat von Handlungen und Entscheidungen, die Paare im Laufe des Lebens unter Berücksichtigung zahlreicher Faktoren treffen (Rupp 2005). Im Entscheidungsprozess, der sich über Jahre erstreckt, spielen dabei vergangene Sozialisationserfahrungen, antizipierte Lebensereignisse, die Partnerschaftssituation, die Anforderungen miteinander konfligierender Lebensbereiche und Lebensziele sowie der gesamtgesellschaftliche institutionelle und kulturelle Kontext eine Rolle. Strukturelle Einflussfaktoren sind dabei vielschichtiger, als lange Zeit unterstellt wurde. Neben einer länger dauernden Bildungsbeteiligung und risikoreicheren Erwerbsverläufen sind dabei auch die Ausbildungsart und das Berufsfeld von Bedeutung (Kreyenfeld/Konietzka 2007, Neyer/Hoem 2008).

Von dauerhafter Kinderlosigkeit bei Frauen wird in der demografischen Forschung ab 45 Jahren gesprochen. Für Österreich wird in der Kohorte 1955 – 1961 von einem Anteil dauerhaft kinderloser Frauen von 18 % ausgegangen (Kreyenfeld/Konietzka 2007). Eine Differenzierung in gewollte und ungewollte Kinderlosigkeit, wie sie in der (älteren) Literatur vorzufinden ist (Nave-Herz 1988, Schneider 1996, Rost/Schneider 1998, Onnen-Isemann 2003) ist aber insofern problematisch, weil Paare häufig erst dann von einer Fertilitätsstörung erfahren, wenn sie einen konkreten Kinderwunsch realisieren möchten bzw. weil im Lebenslauf gewollte temporäre Kinderlosigkeit in dauerhaft ungewollte umschlagen kann, wenn aufgeschobene Kinderwünsche erst in einer Lebensphase, in der die Fertilität abnimmt, umgesetzt werden (Kühn 2005, Rindfuss et al. 1988, Kreyenfeld/Konietzka 2007, Süttinger/Höbmann 2006). Zudem wird retrospektiv die eigene Kinderlosigkeit unterschiedlich erlebt, bewertet und interpretiert, wie u. a. die Analysen von Rupp (2005) zeigen. Ein Fünftel aller kinderlosen deutschen Frauen und knapp ein Drittel der befragten kinderlosen deutschen Männer im Alter zwischen 25 und 59 Jahren geben laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach (2006) an, dass sie nie Kinder wollten; dieser Anteil liegt deutlich über jenem der Männer und Frauen, die a priori ein kinderloses Leben präferieren.

Während in der Retrospektive manche Paare ihre Kinderlosigkeit als Ergebnis ihrer biografischen Entscheidungen sehen, die sie akzeptieren, erleben sie andere als „verpasste Chancen“ und wählen alternative Wege zur Familiengründung.

1.5 Alternative Wege der Familiengründung

1.5.1 Reproduktionsfamilien

Die wenigsten Paare, die sich ein Kind wünschen, setzen sich präventiv ernsthaft mit der Möglichkeit auseinander, dass dieser Wunsch nicht in Erfüllung gehen könnte. Zu erfahren, dass die Familiengründung nicht wie geplant realisierbar ist, löst vielfältige emotionale Reaktionen aus, die von Verzweiflung, Verneinung, Wut und Ärger bis hin zu Scham- und Schuld- sowie Trauergefühlen reichen (Onnen-Isemann 2000, 2003). Erst dann, wenn die Diagnose psychisch weitgehend verarbeitet ist, können sich Paare nächsten Entscheidungsschritten stellen wie etwa dem Beginn einer medizinischen Reproduktionsbehandlung.

Paare, die sich (ein) Kind/er wünschen, aber Probleme haben, diesen Kinderwunsch zu realisieren, sind über die neuen Möglichkeiten assistierter Reproduktion sehr gut informiert, wie die vertiefende Befragung einer repräsentativ ausgewählten Gruppe von deutschen Frauen zwischen 25 und 59 Jahren mit unerfülltem Kinderwunsch zeigt¹¹ (Sütterlin/Hößmann 2007). Die Hälfte der in der Studie befragten Frauen sieht die Möglichkeiten künstlicher Befruchtung als eine wichtige medizinische Errungenschaft, jede fünfte Befragte im ausgewählten Sample hält eine künstliche Befruchtung „heutzutage für etwas ganz Normales“.

Der Weg zum Kind mit Hilfe der Reproduktionsmedizin ist neben vielfältigen psychosozialen Herausforderungen auch mit finanziellen Aufwendungen verbunden (Knauss 2000, Onnen-Isemann 2000, 2003). Zur finanziellen Entlastung wurde mit 1.1.2000 in Österreich per Bundesgesetz ein Fonds zur finanziellen Unterstützung von Paaren, die sich einer In-vitro-Fertilisation unterziehen wollen, eingerichtet (IVF-Fonds-Gesetz, BGBl. I 1999/180), zuletzt geändert durch die IVF-Fonds-Gesetz-Novelle 2004, BGBl. I 2004/42. Der Fonds übernimmt bei Vorliegen bestimmter Alters- und Versicherungsvoraussetzungen¹² 70 % der Kosten. Über 4 300 Paare haben im Jahr 2007 in Österreich mit finanzieller Hilfe des IVF-Fonds versucht, ihren Kinderwunsch zu realisieren. Im Jahr 2001 waren es 3 283 Kinderwunsch-Paare (ÖBIG 2008). Von den im Jahr 2007 durchgeführten Behandlungen wurden diese bei 12 % abgebrochen, bei den restlichen 88 Prozent kam es je nach Behandlungsmethode bei rund einem Drittel zu einer Schwangerschaft (siehe Tabelle A-2 sowie Abbildung A-1 im Anhang).

Das österreichische Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) BGBl. 1992/275 idF BGBl. I 2001/98 und die Novelle 2004 beziehen ihre Legitimation aus der Zielsetzung, heterosexuellen Paaren zur Erfüllung ihres Kinderwunsches zu verhelfen. Es erlaubt ausschließlich Personen in aufrechten Ehen oder eheähnlichen Lebensgemeinschaften die Anwendung assistierter Reproduktionstechnologien. Alleinstehende und gleichgeschlechtliche Paare sind davon ausgeschlossen. Das heißt: Die Anwendung assistierter Reproduktionstechnologien ist dort erlaubt, wo diese im Einklang mit traditionellen Leitbildern und Idealen stehen (Hadolt 2005).

¹¹ In die vertiefende Analyse wurden 300 Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch, je zur Hälfte Kinderlose bzw. Mütter im Alter von 25–59 Jahren einbezogen.

¹² Der IVF-Fonds übernimmt seit 2000 für Frauen unter 40 und deren Partner unter dem 50. Lebensjahr bei entsprechender medizinischer Indikation der Unfruchtbarkeit 70 Prozent der Kosten für maximal vier Zyklen einer IVF- oder ICSI-Behandlung (Intrazytoplasmatische Spermieninjektion) und die notwendigen Medikamente. Die restlichen 30 Prozent sind von den Patientinnen und Patienten zu tragen.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

Spezifische Herausforderungen für Reproduktionsfamilien entstehen im Falle einer künstlichen Befruchtung mit fremdem Spendersamen, wie sie auch in Österreich im Gegensatz zu einer Leihmutterchaft, Eizellen- oder Embryonenspende erlaubt ist¹³, durch die Verarbeitung der ‚doppelten Vaterschaft‘ (Bernat 2002, Peukert 2008). Die vorliegenden, als exemplarisch anzusehenden Befunde weisen darauf hin, dass rund zwei Drittel der Paare die Herkunft der Abstammung ihres Kindes für sich behalten (zusammenschauend Bernat 2002, Peukert 2007), um sich vor gesellschaftlicher Stigmatisierung und persönlicher Verunsicherung zu schützen. In vielen Fällen ist es ein kleiner Kreis von Verwandten und Freund/-innen, der über die therapeutische Donorinsemination informiert wird. Nur eine Minderheit der Paare bekennt sich zu einer (späteren) Aufklärung des Kindes, dass der soziale Vater nicht der leibliche Vater ist. Die spärlichen Informationen von erwachsenen Kindern erlauben bisher keine Rückschlüsse darauf, wie Kinder damit umgehen, wenn sie zufällig oder von Außenstehenden über ihre Herkunft aufgeklärt wurden (Peukert 2008).

1.5.2 Adoptionsfamilien

Ein Teil der Paare wählt anstelle bzw. nach gescheiterten Versuchen mit Hilfe der Reproduktionsmedizin eine Adoption als Weg, um am geplanten Lebensentwurf mit Kindern festzuhalten. Der Jugendwohlfahrtsbericht 2008 weist für Österreich 120 über die Jugendwohlfahrt vermittelte Inlandsadoptionen an Nicht-Verwandte auf. Bei der Hälfte handelt es sich um Inkognitoadoptionen; d. h. die abgebenden Eltern kennen die aufnehmende Familie nicht (Bundesministerium für Wirtschaft, Jugend und Familie 2009). Die Zahl der Adoptivwerber/-innen wird rund zehn Mal so hoch angegeben wie jene der erfolgten Vermittlungen (Füreder 2009).

Aufgrund der Diskrepanz zwischen der Zahl adoptionswilliger Paare und der vergleichsweise geringen Zahl zur Adoption freigegebener Kinder entschließen sich manche Paare für eine Auslandsadoption. Die Adoption eines ausländischen Kindes erfordert ein noch größeres Maß an zusätzlichen Überlegungen von Seiten der Adoptionsbewerber/-innen und erhöhte Ansprüche an die Vermittlungsstellen (Adelsberger 2008, Oelsner/Lehmkuhl 2008, PFAD 2003, Wild/Berglez 2002). Wie viele Paare in Österreich ein ausländisches Kind adoptieren (können), kann nur vage auf Basis der erfolgten Vermittlungen der staatlich anerkannten freien Träger¹⁴ geschätzt werden. Nach den vorliegenden Zahlen (Pirker 2007) lässt sich annehmen, dass in den vergangenen Jahren die Zahl der über anerkannte Träger der Jugendwohlfahrt vermittelten Auslandsadoptionen mindestens ähnlich hoch war wie jene der Inlandsadoptionen.

Bei der Überprüfung von Adoptionswerber/-innen wird zwischen In- und Auslandsadoption kein Unterschied gemacht. Ehepaare können nur gemeinsam ein Kind adoptieren; es sei denn, es handelt sich um ein Kind aus einer früheren Beziehung (Stiefkindadoption). Bei unverheirateten – hetero- und homosexuellen – Paaren ist es genau umgekehrt. Nur ein Partner kann formell adoptieren.

¹³ Seit dem Inkrafttreten des FMedG, das die Aufhebung der Anonymität des Samenspenders (§ 20 Abs. 2 FMedG) sowie das Verbot der Bezahlung des Spenders (§ 16 FMedG) vorsieht, ist es in Österreich zu einem Rückgang von Spenderinseminationen gekommen.

¹⁴ In Österreich existieren drei staatlich anerkannte Vermittlungsvereine, die auf internationale Adoption spezialisiert sind.

Im Zentrum jeder Adoptionsvermittlung steht das Wohl des Kindes und nicht vordergründig der (unerfüllte) Kinderwunsch eines Paares nach einem Kind. Hat sich ein Paar – oftmals nach langen vergeblichen Versuchen, auf natürlichem Wege bzw. durch Methoden der Fortpflanzungsmedizin ein Kind zu bekommen –, dazu entschlossen, ein Adoptivkind aufzunehmen, begibt es sich in einen von der Sozialbürokratie gesteuerten und strukturierten Prozess (Kasten et al. 2001, Paulitz 2006, Weiglhofer 2004, Wild/Berglez 2002). Die Überprüfung wird von Adoptionsbewerber/-innen oftmals als belastend erlebt. Die per Gesetz verordnete Eignungsüberprüfung durch anerkannte Adoptionsvermittlungsstellen, worunter in Österreich neben von den Landesregierungen anerkannten freien Trägern der Jugendwohlfahrt die Jugendämter der Bezirkshauptmannschaften und Magistrate fallen, steht der mit dem starken Kinderwunsch verknüpften Überzeugung eigener Befähigung zur Elternschaft entgegen (Weiglhofer 2004).

Im Adoptionsprozess treffen vielfältige heterogene Interessen, Bedürfnisse und Wünsche aufeinander, die es abzustimmen gilt. Ruppert (2005) veranschaulicht die Beziehungen der verschiedenen beteiligten Personen bzw. Institutionen zueinander mit Hilfe einer Pyramide (siehe Abbildung A-2 im Anhang): Biologische, soziale Eltern und adoptiertes Kind stehen zueinander in jeweils spezifischen sozialen Bezügen und haben zur Vermittlungsstelle jeweils ein eigenes Verhältnis. Dieses Beziehungsgebilde ist eingebettet in einen gesellschaftlich-kulturellen Hintergrund, der neben rechtlichen Regelungen auch nicht juristisch kodifizierte, dennoch verhaltenswirksame Regeln enthält (Normen, Moralvorstellungen, Tabus). Adoptionen und im Besonderen Auslandsadoptionen bringen für alle Beteiligten vielfältige Herausforderungen mit sich. Biologische wie soziale Eltern sowie die Adoptierten in ihren verschiedenen Entwicklungsphasen bedürfen in vielen Fällen einer professionellen Beratung und weiterer Unterstützung (Oelsner/Lehmkuhl 2008, Steck 2007).

Summary

Ein Leben mit Kindern gehört für den Großteil der Österreicher/-innen nach wie vor zu ihren Lebensplänen. Sechs von zehn Befragten können sich nur schwer vorstellen, allein genauso glücklich leben zu können wie mit einer Familie.

Längere Ausbildungszeiten, verzögerter Berufseintritt, gesteigerte Anforderungen an berufliche Mobilität verbunden mit Leitbildern, die in der Partnerschaft auf Egalität abzielen, und hohe Ansprüche an aktive Elternschaft sowie nach wie vor bestehende Hürden, berufliche und familiäre Verpflichtungen zeitgleich zu erfüllen, tragen (mit) dazu bei, dass die Familiengründung hinausgeschoben und zum Teil nicht mehr realisiert wird. Die Hintergründe und Entwicklungspfade für den zunehmenden Aufschub der Familiengründung bzw. für Kinderlosigkeit sind vielfältig. Für den Großteil der Männer ist die Schaffung beruflicher (Teil-)Erfolge eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung für die Familiengründung. Stärker als von Frauen wird der Wunsch nach einem Kind bei Männern zudem davon abhängig gemacht, ob eine stabile Partnerschaft vorhanden ist.

Das durchschnittliche Alter von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes ist zwischen 1999 und 2008 in Österreich von 27,0 auf 28,1 Jahre gestiegen. Bei Frauen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft betrug es 2008 im Durchschnitt 26,2 Jahre.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

Das Zeitfenster, in dem subjektiv ein Kind bzw. Kinder geplant werden, ist im Vergleich zu dem biologisch möglichen Zeitfenster vergleichsweise eng. Als ideales Alter für die Geburt des ersten Kindes nennen 25- bis 39-jährige Frauen in Österreich im Durchschnitt 24,1 Jahre, und das Höchstalter, bis zu dem der Übergang in die Mutterschaft abgeschlossen sein sollte, wird mit durchschnittlich 42,3 Jahren angegeben.

Ein Teil jener Paare, die ungewollt kinderlos bleiben, wählt alternative Wege zur Familiengründung. Der Weg zum Kind mit Hilfe der Reproduktionsmedizin ist neben vielfältigen psychosozialen Herausforderungen mit finanziellen Aufwendungen verbunden. Zur finanziellen Entlastung wurde mit 1.1.2000 in Österreich ein In-vitro-Fertilisations-Fonds geschaffen, der bei Vorliegen bestimmter Alters- und Versicherungsvoraussetzungen 70% der Kosten übernimmt.

Eine Minderheit von Paaren entscheidet sich anstelle bzw. nach gescheiterten Versuchen mit Hilfe der Reproduktionsmedizin für eine Adoption. Im Zentrum jeder Adoptionsvermittlung steht das Wohl des Kindes und nicht der (unerfüllte) Kinderwunsch eines Paares nach einem Kind. Die gesetzlich vorgeschriebene Eignungsüberprüfung steht der mit starkem Kinderwunsch verknüpften Überzeugung eigener Befähigung zur Elternschaft oft entgegen. Im Adoptionsprozess treffen vielfältige, heterogene Interessen, Bedürfnisse und Wünsche aufeinander, die es abzustimmen gilt.

Ausblick

Die Hinderungsgründe und Entwicklungspfade für den zunehmenden Aufschub der Familiengründung bzw. Kinderlosigkeit sind vielfältig. Soll der Trend des zunehmenden Aufschubs der Familiengründung abgefedert werden und Vorurteilen gegenüber Kinderlosen entgegengewirkt werden, kommen Initiativen auf unterschiedlichen Ebenen in Frage:

- Elternschaft und Ausbildung simultan lebbar machen – durch Erleichterungen in der Vereinbarkeit von Elternschaft und Ausbildung (Ausbau der Teilzeitberufsausbildung und Flexibilisierung von Ausbildungsprogrammen), Forcierung von familienfreundlichen Infrastrukturen an Ausbildungsstätten, durch finanzielle Absicherung in Zeiten der schulischen und beruflichen Ausbildung und verstärkte familienunterstützende Leistungen während der Ausbildungszeiten).
- Forcierung von Alltagserfahrungen mit Kindern – durch Sichtbarmachung von Kindern im Lebensalltag junger Erwachsener sowie durch gesellschaftliche Anerkennung der aktiven Beschäftigung junger Menschen mit Kindern (z. B. in Vereinen, Berufsinformation über Erziehungsberufe etc.), da die eigenen Sozialisationserfahrungen die Kinderwünsche mitprägen.
- Schaffung eines kinderfreundlichen Klimas – durch Thematisierung der vielfältigen familiengründungshemmenden Einflussfaktoren (prekäre Beschäftigungsverhältnisse, risikoreichere Erwerbsverläufe, fehlende berufliche Planungssicherheiten, Instabilität von Partnerschaften oder „strukturelle Rücksichtslosigkeiten“ gegenüber Kindern und ihren Bedürfnissen) in der familienpolitischen Debatte und deren Berücksichtigung in politischen Planungsprozessen hinsichtlich der Lebensrahmenbedingungen von künftigen Familien und ihrer einzelnen Mitglieder (Leistungsfähigkeit von Familienleben, berufliche Planungssicherheit, Vereinbarkeitspolitiken, kinderfreundliches gesellschaftliches Umfeld etc.).

- Entlastung der Rush Hour of Life – durch weitere Forcierung der Vereinbarkeitspolitiken zur Verringerung des objektiven Planungsproblems und subjektiven Entscheidungsstress zwischen Beruf und Familie auch für die Gruppe der Hochqualifizierten (Ausbau geregelter und anerkannter Unterbrechungsmöglichkeiten der Erwerbsarbeit; neue Arbeitszeitmodelle wie Sabbaticals, Lebensarbeitszeitmodelle, familienfreundliche Unternehmenskulturen, Erhöhung der Einstiegsgehälter u. a. m.).
- Bewusstseinsbildung hinsichtlich (der Grenzen) biografischer Wahlfreiheit – durch Sensibilisierung junger Menschen für die Grenzen individueller Gestaltbarkeit. Trotz Fortschritten im Bereich der Medizin und der Aufweichung sozialer Altersnormen ist der Zeitpunkt der Schwangerschaft nicht völlig frei wählbar. Aufgeschobene Kinderwünsche können zu aufgehobenen Kinderwünschen werden.
- Bewusstseinsbildung hinsichtlich (der Grenzen) biografischer Wahlfreiheit – durch Sensibilisierung junger Menschen für ein Leben mit Kind/ern als eines unter anderen Lebensmodellen, welches als besonders sinnerfüllend erlebt werden kann, sowie durch öffentliche Diskussionen zum Abbau von Vorurteilen und vereinfachten Polarisierungen gegenüber Kinderlosen.
- Maßnahmen zur Begleitung und Entlastung von Teenagermüttern – ergänzend zu den Präventionsprogrammen vor ungewollter Schwangerschaft durch den Ausbau vorhandener Initiativen zur medizinischen, psychologischen und sozialen Beratung und Betreuung von jugendlichen Schwangeren.

Politik kann Rahmenbedingungen für und die Ausgestaltung von Elternschaft verbessern; letztendlich bleibt die Entscheidung für Kinder bzw. der Verzicht auf Kinder aber eine individuelle Entscheidung der Paare bzw. von Frauen und Männern, die von vielfältigen Einflussfaktoren beeinflusst wird.

Literatur

- Adelsberger, Deborah (2008): Psychische Störungen bei Adoptivkindern, Dissertation, Universität Marburg.
- Andersson, Gunnar / Duvander, Ann-Zofie / Hank, Karsten (2005): Erwerbstatus und Familienentwicklung in Schweden aus paarbezogener Perspektive; in: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.): Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 220–234.
- Baldaszi, Erika / Urbas, Elfriede (2006): Wiener Frauengesundheitsbericht 2006, Wien: Stadt Wien.
- Barber, Jennifer S. (2001): The Intergenerational Transmission of Age at First Birth among Married and Unmarried Men and Women; in: Social Science Research 30 (2), 219–247.
- Becker, Gary S. (1993): A Treatise on the Family. Enlarged Edition. Cambridge: Harvard University Press.
- Beham, Martina (1998): Lebenslanger Verzicht auf Kinder oder späte Mutterschaft? Über die Wahlfreiheit und den biographischen „Nicht“-Entscheidungsprozess von kinderlosen Frauen und späten Müttern ab 35 Jahren. Dissertation, Linz.
- Bernat, Erwin (2002): Der anonyme Vater im System der Fortpflanzungsmedizin. Vorfindliches, Rechtsethik und Gesetzgebung; in: Walter, Heinz (Hg.): Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie, Gießen: Psychosozial-Verlag, 257–286.
- Bien, Walter / Marbach, Jan (Hg.) (2003): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familiensurvey, Opladen: Leske + Budrich.
- Blossfeld, Hans-Peter (1995): Changes in the process of family formation and women's growing economic independence: A comparison of nine countries; in: Blossfeld, Hans-Peter (Ed.): The new role of woman: Family foundation in modern societies, Boulder: Westview, 3–32.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

- Blossfeld, Hans-Peter / Huinink, Johannes / Rohwer, Götz (1991): Wirkt sich das steigende Bildungsniveau der Frauen tatsächlich negativ auf den Prozess der Familienbildung aus? Eine Antwort auf die Kritik von Josef Brüderl und Thomas Klein; in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17 (3), 337–351.
- Boehnke, Mandy (2007): Hochschulbildung und Kinderlosigkeit; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 295–316.
- Brüderl, Josef / Klein, Thomas (1993): Bildung und Familiengründungsprozess deutscher Frauen: Humankapital- und Institutioneneffekt; in: Diekmann, Andreas / Weick, Stefan (Hg.): Der Familienzyklus als sozialer Prozess, Berlin: Duncker und Humblot, 194–215.
- Buber, Isabella (2001): Einflussfaktoren für die Geburt eines ersten Kindes in Österreich. Bildungsspezifische Muster und „Aufholeffekte“. Erfahrungen mit Elternschaft und Kinderwunsch; in: Demographische Informationen 2001, 15–29.
- Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Kleine, Lydia / Limmer, Ruth / Rupp, Marina (2007): Globalisierung und die Folgen für die Familie. Ifb-Materialien 3 / 2007, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung.
- Bundesministerium für Wirtschaft, Jugend und Familie (2009): Jugendwohlfahrtsbericht 2008, http://bmwa.cms.apa.at/cms/content/attachments/7/3/6/CH0947/CMS1234877055102/aa_statistik_2008.pdf, (abgerufen am 20.05.2009).
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (2004): Männer leben. Eine Studie zu Lebensläufen und Familienplanung, Köln: BzGA.
- Burkart, Günther (2002): Entscheidung zur Elternschaft revisted. Was leistet der Entscheidungsbegriff für die Erklärung biografischer Übergänge? In: Schneider, Norbert F. / Matthias-Bleck, Heike (Hg.) (2002): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Sonderheft 2 der Zeitschrift für Familienforschung, Opladen: Leske + Budrich, 23–48.
- Castles, Francis G. (2003): The world turned upside down: Below replacement fertility, changing preferences and family-friendly public policy in 21 OECD Countries; in: Journal of European Social Policy 13 (3), 209–227.
- Chandra, Anjani / Stephen, Elizabeth Hervy (1998): Impaired fecundity in the United States 1982 – 1995; in: Family Planning Perspective 30 (1), 34–42.
- Coleman, David (2000): Male fertility trends in industrial countries: Theories in search of some evidence; in: Bledsoe, Caroline / Lerner Susana / Guyer, Jane I. (Eds.): Fertility and the male life-cycle in the era of fertility decline, Oxford: University Press, 29–60.
- Dobritz, Jürgen (2008): Germany: Family diversity with low actual and desired fertility; in: Demographic Research 19 (17), 557–598.
- Dobritz, Jürgen / Ruckdeschel, Kerstin (2007): Kinderlosigkeit in Deutschland – ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 45–82.
- Duschek, Klaus-Jürgen / Wirth, Heike (2005): Kinderlosigkeit von Frauen im Spiegel des Mikrozensus. Eine Kohortenanalyse des Mikrozensus 1987 bis 2003; in: Wirtschaft und Statistik, 8/2005, 800–820.
- Eckhard, Jan / Klein, Thomas (2006): Männer, Kinderwunsch und generatives Verhalten. Eine Auswertung des Familiensurvey zu Geschlechterunterschieden in der Motivation zur Elternschaft, Wiesbaden: VS Verlag.
- Eckhard, Jan / Klein, Thomas (2007): Die Motivation zur Elternschaft. Unterschiede zwischen Männern und Frauen; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 275–295.
- Engelhardt, Henriette / Prskawetz, Alexia (2004): On the changing correlation between fertility and female employment over space and time; in: European Journal of Population 20 (1), 35–62.
- Engstler, Heribert / Lüscher, Kurt (1991): Späte erste Mutterschaft. Ein neues biographisches Muster der Familiengründung? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 17 (4), 433–460.
- Esping-Andersen, Gösta (1999). Social foundations of postindustrial economies, Oxford: Oxford University Press.
- FMedG (Fortpflanzungsmedizingesetz) (1992): BGBl 1992/275 idF BGBl I 2001/98.
- FMedG-Nov (2004): Fortpflanzungsmedizingesetz-Novelle 2004.
- Fosen-Schlichtinger, Petra (2007): Vom Glück, spät Mutter zu werden, Düsseldorf: Patmos.

- Franz, Jutta / Busch, Ulrike (2004): Schwangerschaften Minderjähriger – Hintergründe und beratende Anforderungen; in: Forum Sexualaufklärung und Familienplanung 4/2004, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Frejka, Tomas / Sobotka, Tomas / Hoem Jan / Toulemon Laurent (2008): Summary and general conclusions: Childbearing trends and policies in Europe, Rostock: Max Planck Institut.
- Friedrich, Monika / Remberg, Annette (2005): Wenn Teenager Eltern werden ... Lebenssituation jugendlicher Schwangerer und Mütter sowie jugendlicher Paare mit Kind, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Friesl, Christian / Kromer, Ingrid / Polak, Regina (Hg.) (2008): Lieben Leisten Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien: Czernin.
- Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (Hg.) (2009): Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1998-2008, Wien: Czernin.
- Füreder, Edith (2009): Adoptionen in OÖ (mündliche Auskunft, 13.02.2009).
- Gisser, Richard (Hg.) (2003): Population Policy Acceptance Survey 2001 (PPA II). Forschungsbericht Nr. 25, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Glick, Jennifer E. / Ruf, Stacey D. / White, Michael / Goldscheider Frances K. (2006): Educational Engagement and Early Family Formation: Differences by Ethnicity and Generation; in: Social Forces 84 (3), 1391–1415.
- Greene, Margaret E. / Biddlecom, Ann E. (2000): Absent and problematic men: Demographic accounts of male reproductive roles; in: Population and Development Review 26 (1), 81–115.
- Grossegger, Beate (2001): Gender. Das Jugendverständnis der Jugend zur Jahrtausendwende; in: Friesl, Christian (Hg.): Experiment Jung-Sein, Wien: Czernin, 73–98.
- Hadolt Bernhard (2005): Reproduktionstechnologiepolitik in Österreich: Die Genese des Fortpflanzungsmedizingesetzes 1992 und die Rolle von ExpertInnen. Reihe Soziologie. Nr. 74, Wien: Institut für Höhere Studien.
- Hank, Karsten / Andersson, Gunnar / Duvander, Ann-Zofie / Kreyenfeld, Michaela / Spieß, Katharina (2004): Öffentliche Kinderbetreuung und individuelle Fertilitätsentscheidung in Deutschland und Schweden; in: Stöbel-Richter, Yve / Brähler, Elmar (Hg.): Demographischer und sozialer Wandel, Gießen: Psychosozialverlag, 47–57.
- Häussler-Sczepan, Monika / Wienholz, Sabine / Michel, Marion (2005): Teenagerschwangerschaften in Sachsen – Angebote und Hilfebedarf aus professioneller Sicht. Fachheftreihe „Forschung und Praxis der Sexualaufklärung und Familienplanung“ 26/2005, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Häussler-Sczepan, Monika / Wienholz, Sabine / Michel, Marion (2008): Teenagerschwangerschaften in Berlin und Brandenburg. Fachheftreihe „Forschung und Praxis der Sexualaufklärung und Familienplanung“ 26/2005, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Herlyn, Ingrid / Krüger, Dorothea (Hg.) (2003): Späte Mütter. Eine empirisch-biographische Untersuchung in West- und Ostdeutschland, Opladen.
- Hofferth, Sandra / Hayes, Cheryl D. (1987): Risking the Future: Adolescent Sexuality, Pregnancy and Childbearing. Vol. 2, Washington, DC: National Academy Press.
- Hoffmann, Lois W. / Hoffmann, Martin L. (1973): The Value of Children to Parents; In: Fawcett James T. (Ed.): Psychological Perspectives on Population, New York: Basic Books, 19–76.
- Hotz, Joseph / McElroy, Susan W. / Sanders, Seth G. (2005): Teenage, Childbearing and Its Life Cycle Consequences: Exploiting a Natural Experiment; in: Journal of Human Resources 40 (3), 683–715.
- Huinink, Johannes (1989). Das zweite Kind. Sind wir auf dem Weg zur Ein-Kind-Familie? In: Zeitschrift für Soziologie 18 (3), 192–207.
- Huinink, Johannes (2000): Bildung und Familienentwicklung im Lebensverlauf; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft Heft 2/2000, 209–227.
- Huinink, Johannes/Schroeder, Thorsten (2003): Das Timing der Familiengründung. Antrag im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Beziehungs- und Familienentwicklung“. Bremen.
- Hynes, Kathryn / Joyner, Kara / Peters, H. Elizabeth / DeLeone, Felicia Yang (2008): The transition to early fatherhood: National estimates based on multiple surveys; in: Demographic Research 18 (12), 337–376.
- Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (2009): Geburtenbarometer. Endgültiges Ergebnis für 2008 (Berechnung Vienna Institute of Demography auf Basis der vollständigen Geburtenstatistikdaten der Statistik Austria), Pressemitteilung vom 15.04.2009.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

- Institut für Demoskopie Allensbach (2005): Das subjektive Zeitfenster für die Elternschaft. Eine Repräsentativbefragung der Bevölkerung zwischen 16 und 44 Jahren, Allensbach: Institut für Demoskopie.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2006): Ungewollt kinderlos. Was kann die moderne Medizin gegen den Kindermangel in Deutschland tun? Allensbach: Institut für Demoskopie.
- IVF-Fonds-Gesetz Novelle 2004, BGBl. I 42/2004.
- IVF-Fonds-Gesetz, BGBl. I 180/1999.
- Jaffee, Sara / Caspi, Avshalom / Moffitt, Terrie E. / Belsky, Jay / Silva, Phil (2001): Why Are Children Born to Teen Mothers at Risk for Adverse Outcomes in Young Adulthood? Results from a 20-year Longitudinal Study; in: *Development and Psychopathology* 13 (2), 377–397.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.) (2009): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege und neue Chancen, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Kasten, Hartmut / Kunze, Hans R. / Mühlfeld, Claus (2001): Pflege- und Adoptivkinder in Heimen. ifb-Materialien Nr. 4, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung.
- Keddi, Barbara (2003): Projekt Liebe. Lebensthemen und biografisches Handeln junger Frauen in Paarbeziehungen. Opladen: Leske + Budrich.
- Klein, Thomas (2003): Die Geburt von Kindern in paarbezogener Perspektive; in: *Zeitschrift für Soziologie* 32 (6), 506–527.
- Klein, Thomas / Eckhard, Jan (2005): Bildungsbezogene Unterschiede des Kinderwunsches und des generativen Verhaltens. Eine kritische Analyse der Opportunitätskostenhypothese; in: Steinbach, Anja (Hg.): *Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Klein, Thomas / Lauterbach, Wolfgang (1994): Bildungseinflüsse auf Heirat, die Geburt des ersten Kindes und die Erwerbsunterbrechung von Frauen. Eine empirische Analyse familienökonomischer Erklärungsmuster; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (2), 278–298.
- Klindworth, Heike (2000): Reproduktive Ereignisse und Entscheidungen: Strukturelle Aspekte im Lebenslauf. Familienplanung im Rahmen reproduktiver Biographien; in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hg.): *Dokumentation des Symposiums Familienplanung und Lebensläufe von Frauen – Kontinuitäten und Wandel*, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), 36–42.
- Klindworth, Heike / Walter, Wolfgang / Helferich, Cornelia (2005): Frühe erste Vaterschaft – ein intendierter passender Übergang?; In: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.) (2005): *Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 152–177.
- Knauss, Gabriele (2000): Ethische Aspekte der Reproduktionsmedizin aus dem Blickwinkel von Pflegepersonen. Abschlussarbeit, Universität Salzburg.
- Kneale, Dylan / Joshi, Heather (2008): Postponement and childlessness: Evidence from two British cohorts; in: *Demographic Research* 19 (58), 1935 – 1968.
- Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (2007) (Hg.): *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kreyenfeld, Michaela / Konietzka, Dirk (2007): Die Analyse von Kinderlosigkeit in Deutschland: Dimensionen – Daten – Probleme; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag, 11–41.
- Kühler, Thomas (1989): *Zur Psychologie des männlichen Kinderwunsches. Ein kritischer Literaturbericht*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Kühn, Thomas (2003): Familiengründung als Planungsproblem für junge Erwachsene; in: Habisch, Andre / Schmidt, Hans-Ludwig / Bayer, Michael (Hg.): *Familienforschung interdisziplinär. Eichstätter Symposium zu Familienwissenschaften*, Graftschaft: Vektor, 149–168.
- Kühn, Thomas (2004): *Berufsbiografie und Familiengründung. Biografiegestaltung junger Erwachsener nach Ausbildungsende*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kühn, Thomas (2005): Die Bedeutung von Familiengründung für die Biografiegestaltung junger Männer; in: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.): *Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 127–151.
- Kurz, Karin (2005): Die Familiengründung von Männern im Partnerschaftskontext. Eine Längsschnittanalyse zur Wirkung von Arbeitsmarktunsicherheiten; in: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.): *Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 178–197.

- Kurz, Karin / Steinhage, Nikolei / Golsch, Katrin (2001): Global competition, uncertainty and the transition to adulthood. Globallife Working Paper 17, Bielefeld: Universität Bielefeld.
- Lutz, Wolfgang / Skirbekk, Vegard / Testa, Maria Rita (2007): The Low Trap Hypothesis: Forces that may lead to further postponement and fewer births in Europe; in: Vienna Yearbook of Population Research 2006, 167–192.
- Marbach, Jan / Tölke, Angelika (2007): Frauen, Männer und Familie: Lebensorientierung, Kinderwunsch und Vaterrolle; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 245–275.
- Martin, Beate (2004): Minderjährige Schwangere – junge Männer und Väter; in: So jung, und ... schon ein Kind? Minderjährige Schwangere und junge Eltern zwischen Sehnsucht und Überforderung, Hannover: Deutsche Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung.
- Max Planck Institut (2008): Childbearing Trends and Policies in Austria, Rostock: Max Planck Institut.
- Nave-Herz, Rosemarie (1988): Kinderlose Ehen. Eine empirische Studie über kinderlose Ehepaare und die Gründe für ihre Kinderlosigkeit, Weinheim: Juventa.
- Neuwirth, Norbert (2009): Vergleichende Analysen des Generations and Gender Surveys. Erstauswertungen erstellt für die Familienministerkonferenz „Die Politik zur Unterstützung des Kinderwunsches: gesellschaftliche, ökonomische und persönliche Aspekte“. Präsentationsunterlage, Wien: ÖIF.
- Neyer, Gerda (2003): Family policies and low fertility in Western Europe; in: Journal of Population and Social Security (Population) 1, Supplement, 46–93. (verfügbar als MPIDR Working Paper WP-2003-021: <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2003-021.pdf>, (abgerufen am 30.11.2008).
- Neyer, Gerda / Hoem, Jan M. (2008): Education and permanent childlessness: Austria vs. Sweden: a research note. Working paper 2008-007, Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung.
- Neyer, Gerda / Hoem, Jan M. / Andersson, Gunnar (2007): Kinderlosigkeit, Bildungsrichtung und Bildungsniveau. Ergebnisse einer Untersuchung schwedischer Frauen der Geburtsjahrgänge 1955–59; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 105–134.
- Obernosterer, Evelyn (2004): „Späte Mütter“ – Eine qualitative Untersuchung über die Auswirkungen später Mutterschaft auf die Rolle der Frau. Diplomarbeit, Universität Wien.
- Oelsner, Wolfgang / Lehmkühl, Gerd (2008). Adoption. Sehnsüchte – Konflikte – Lösungen, Düsseldorf: Patmos.
- Onnen-Isemann, Corinna (2000): Wenn der Familienbildungsprozess stockt ...: Eine empirische Studie über Stress und Coping-Strategien reproduktionsmedizinisch behandelter Partner. Berlin: Springer.
- Onnen-Isemann, Corinna (2003): Kinderlose Partnerschaften; in: Bien, Walter / Marbach, Jan (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familiensurvey, Opladen: Leske + Budrich, 97–137.
- Onnen-Isemann, Corinna (2005): Kinderlosigkeit als europäische Perspektive; in: Steinbach Anja (Hg.): Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen, Wiesbaden: VS Verlag, 131–150.
- Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) (2008): IVF-Register. Führung des Registers gemäß IVF-Fonds-Gesetz. Wien: ÖBIG.
- Paulitz, Harald (2006): Adoption, München: Beck Verlag.
- Pears, Katherine C. / Pierce, Susan L. / Kim, Hyoun K. / Capaldi, Deborah M. / Owen, Lee D. (2005): The Timing of Entry into Fatherhood in Young, At-Risk Men; in: Journal of Marriage and the Family 67 (2), 429–447.
- Peukert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden: VS Verlag.
- PFAD (Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien e. V.) (Hg.) (2003): Handbuch für Pflege- und Adoptiveltern – Pädagogische, psychologische und rechtliche Fragen des Adoptions- und Pflegekinderwesens, Idstein: Schulz-Kirchner Verlag.
- Pirker, Verena (2007): Auslandsadoption – Die Herausforderung einer multikulturellen Familie. Diplomarbeit, Linz.
- Pro:woman (Ambulatorium für Sexualmedizin und Schwangerenilfe) (2008): Schwangerschaftsabbruch – die moderne Verhütungsmethode? Preetext. 11.6.2008.

FAMILIENGRÜNDUNG HEUTE

- Puur, Allan / Olah, Livia / Tazi-Preve, Mariam Irene / Dobritz, Jürgen (2008): Men's childbearing desires and views of the male role in Europe at the dawn of the 21st century; in: *Demographic Research* 19 (56), 1883-1912.
- Rendall, Michael S. / Clarke, Lynda / Peters, H. Elizabeth / Ranjit, Nalini / Verropoulou, Georgia (1999): Incomplete Reporting of Men's Fertility in the United States and Britain: A Research Note; in: *Demography* 36 (1), 135-144.
- Riederer, Bernhard (2005): Tradition, Investitionsgut oder Herzenssache? Der Wunsch nach Kindern zwischen Ideal und Realität; in: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 - 2004*, Wiesbaden: VS Verlag, 367-400.
- Rindfuss, Ronald R. / Morgan, S. Philip / Swicegood, Gray (1988): *Firth Birth in America: Changes in the Timing of Parenthood*, Berkeley, CA: University of California Press.
- Rost, Harald (2005): Kinder - Wunsch und Wirklichkeit; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (1), 8-20.
- Rost, Harald (2007): Der Kinderwunsch von Männern und ihr Alter beim Übergang zur Vaterschaft; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 77-96.
- Rost, Harald / Schneider, Norbert F. (1998): Gewollt kinderlose Ehen; in: Buba, Hans-Peter / Schneider, Norbert F. (Hg.): *Familie - Zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 245-259.
- Rupp, Marina (2005): Kinderlosigkeit in stabilen Ehen; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (1), 22-40.
- Ruppert, Franz (2005): Adoption - was trägt zum Gelingen und was zum Misslingen bei?, http://www.franz-ruppert.de/Skriptum_Adoption.pdf, (abgerufen am 30.04.2009).
- Schaeper, Hildegard / Kühn, Thomas (2000): Zur Rationalität familiärer Entscheidungsprozesse am Beispiel des Zusammenhangs zwischen Berufsbiografie und Familiengründung; in: Heinz, Walter R. (Hg.): *Übergänge - Individualisierung, Flexibilisierung und Institutionalisierung des Lebensverlaufs*. 3. Sonderheft der Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie, 124-125.
- Scherrer, Pamela (2009): *Junge Männer gestalten Vaterschaft*. Diplomarbeit, Universität Linz.
- Schirmmayer, Frank (2006): *Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft*, München: Karl Blessing Verlag.
- Schlaffer, Edith (2004): *Jugendliche Familienfähigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Väterthematik*, Wien: BM für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.
- Schmitt, Christian (2005): Kinderlose Männer in Deutschland - Geschlechtsspezifische Determinanten ausbleibender Elternschaft; in: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.): *Männer - Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung*. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 18-43.
- Schmitt, Christian (2008): *Gender-Specific Effects of Unemployment on Family Formation: A Cross-National Perspective*. Discussion Papers No. 841, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Schmitt, Christian / Winkelmann, Ulrike (2005) Wer bleibt kinderlos? Sozialstrukturelle Daten zur Kinderlosigkeit von Frauen und Männern. Discussion Papers 473, Berlin: DIW.
- Schneider, Norbert (1996): Bewusst kinderlose Paare; in: *Zeitschrift für Frauenforschung* 14(1/2), 128-137.
- Schneider, Norbert F. / Matthias-Bleck, Heike (Hg.) (2002): *Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben*. Sonderheft 2 der Zeitschrift für Familienforschung, Opladen: Leske + Budrich.
- Schroeder, Thorsten (2007): Geplante Kinderlosigkeit? Ein verlaufstheoretisches Entscheidungsmodell; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): *Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag, 365-400.
- Smolka, Adelheid (2005): Vom Paar zum Kind - oder doch nicht? Anmerkungen zur Frage des Kinderwunsches und seiner Realisierung; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (1), 41-45.
- Statistik Austria (2009a): *Statistisches Jahrbuch 2009*, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009b): *Geburtenstatistikdaten. Ausgewählte Ergebnisse* (übermittelt per E-Mail am 30.5.2009).
- Statistik Austria (2009c): *Demographische Indikatoren 1961 - 2008 für Österreich*, Wien: Statistik Austria.

- Statistik Austria (2009d): Durchschnittliches Gebäralter der Mutter nach Lebendgeburtenfolge http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/geburten/022903.html (abgerufen am 25.07.2009)
- Steck, Barbara (2007): Adoption – ein lebenslanger Prozess, Basel: Karger.
- Sütterlin, Sabine / Hößmann, Iris (2007): Ungewollt kinderlos. Was kann die moderne Medizin gegen den Kindermangel in Deutschland tun. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Testa, Maria Rita (2006): Childbearing preferences and family issues in Europe, Vienna: Institute of Demography, Austrian Academy of Sciences.
- Thiessen, Barbara / Anslinger, Eva (2004): Also für mich hat sich einiges verändert ... eigentlich mein ganzes Leben, Köln: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.
- Tölke, Angelika (2004): Die Bedeutung der Herkunftsfamilie, Berufsbiographie und Partnerschaft für den Übergang zu Ehe und Vaterschaft. MPIDR Working Paper WP 2004-07, Rostock: Max Planck-Institut für demographische Forschung.
- Tölke, Angelika (2005): Die Bedeutung von Herkunftsfamilie, Berufsbiographie und Partnerschaften für den Übergang zur Ehe und Vaterschaft; in: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.) (2005): Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 98–126.
- Tölke, Angelika (2008): Verhalten sich ältere Väter anders als jüngere?; in: DJI-Bulletin 83/84, 24–27.
- Tölke, Angelika (2009): Aufgeschobene und späte Vaterschaft: Lebensmodelle zur Lösung struktureller Engpässe im Leben? In: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.) (2009): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege und neue Chancen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 219–232.
- Tölke, Angelika / Diewald, Martin (2002): Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern. working paper 2002-011, Rostock: Max-Planck-Institut für demographische Forschung.
- Tölke, Angelika / Diewald, Martin (2003): Berufsbiographische Unsicherheiten und der Übergang zur Elternschaft bei Männern; in: Bien, Walter / Marbach, Jan (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung. Analysen der dritten Welle des Familien-Survey 2000, Opladen: Leske + Budrich, 349–384.
- Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.) (2005): Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag.
- Unicef (2001): A league table of teenage birth in rich nations. Innocenti Report Card Nr. 3, Florence 2001.
- United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) (2008): What UNECE does for you. http://www.unece.org/pau/_docs/ggp/GGP_2008_Brochure_e.pdf (abgerufen am 08.08.2009).
- Weiglhofer, Theresa (2004): Adoptionsvermittlung in Österreich. Diplomarbeit, Graz.
- Weitmann Angelika (2006): Teenagermutterchaft aus Sicht der betroffenen Mütter. Diplomarbeit, Linz.
- Wilcox, Lynne S. / Mosher, William D. (1994): Characteristics associated with impaired fecundity in the United States; in: Family Planning Perspective 26 (5), 218–221.
- Wild, Elke / Berglez, Alexandra (2002): Adoptiv- und Pflegefamilien; in: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung, Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe, 362–388.
- Wirth, Heike (2007): Kinderlosigkeit von hochqualifizierten Frauen und Männern im Paarkontext – eine Folge von Bildungshomogamie; in: Konietzka, Dirk / Kreyenfeld, Michaela (Hg.): Ein Leben ohne Kinder. Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag, 167–200.
- Zerle, Claudia / Krok, Isabella (2008): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Kurzfassung, München: DJI.
- Zerle, Claudia / Krok, Isabella (2009): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Kurzfassung, DJI: München; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen! München: Bertelsmann Stiftung, 123–142.

Anhang

Tabelle A-1: Lebendgeborene (1999 – 2008) nach Altersgruppen der Mutter (Österreich)

	Alter der Mutter (in Jahresgruppen)								
	Ingesamt	unter 15	15 bis unter 20	20 bis unter 25	25 bis unter 30	30 bis unter 35	35 bis unter 40	40 bis unter 45	45 und mehr
1999	78 138	11	3 094	15 744	27 519	21 997	8 311	1 417	45
2000	78 268	6	3 261	15 184	27 103	22 591	8 657	1 427	39
2001	75 458	9	3 245	14 181	25 009	22 379	8 972	1 591	72
2002	78 399	12	3 244	14 631	25 148	23 508	10 017	1 767	72
2003	76 944	16	3 090	14 178	24 091	22 971	10 585	1 941	72
2004	78 968	17	3 234	14 851	24 183	23 341	11 282	1 994	66
2005	78 190	3	3 059	14 395	23 804	23 271	11 414	2 149	95
2006	77 914	18	2 874	13 956	23 635	23 357	11 610	2 364	100
2007	76 250	6	2 717	13 209	23 409	22 606	11 806	2 384	113
2008	77 752	7	2 747	13 145	24 274	22 707	12 156	2 573	143

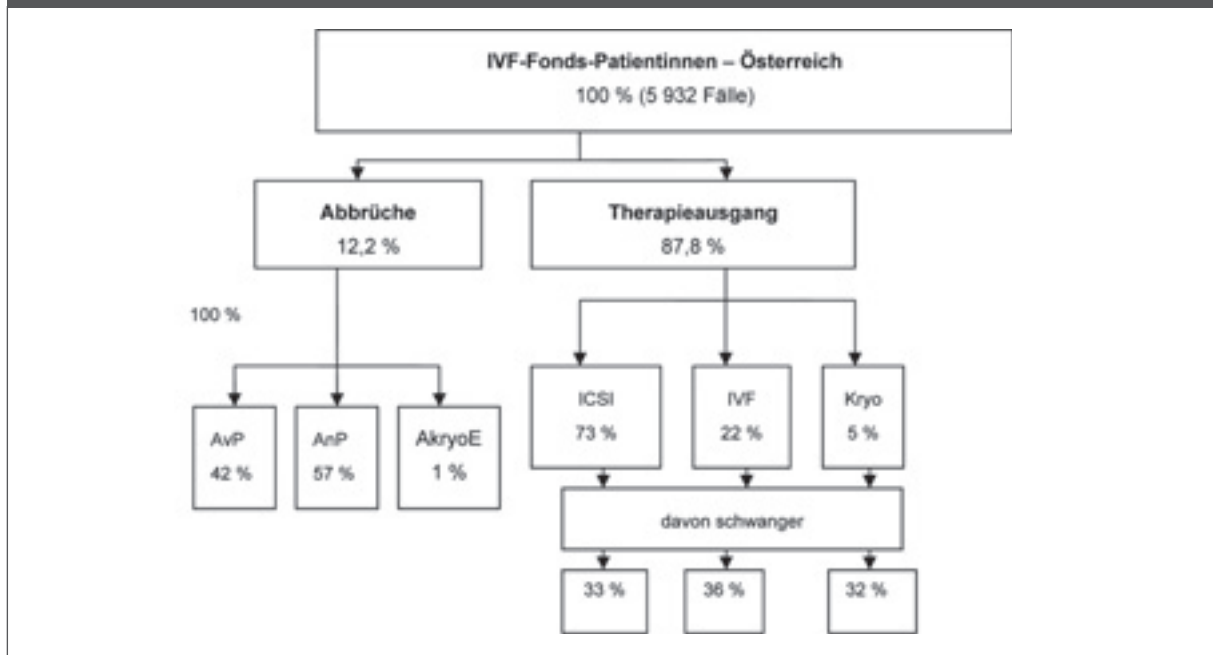
Quelle: Statistik Austria 2009b, c

Tabelle A-2: IVF-Fonds 2001 bis 2007 – Anzahl der IVF-Versuche und Schwangerschaftsrate

	Anzahl Versuche	Anzahl Paare	Anzahl Follikel Punktionen	Anzahl Schwangerschaften	Schwangerschaftsrate/ Follikelpunktion
2001	4 726	3 283	4 333	986	22,8 %
2002	4 680	3 384	4 375	1 193	27,3 %
2003	4 836	3 539	4 540	1 340	29,5 %
2004	4 878	3 614	4 575	1 320	28,9 %
2005	5 506	3 998	5 028	1 564	31,1 %
2006	5 575	4 070	5 035	1 568	31,1 %
2007	5 932	4 322	5 324	1 738	32,6 %

Quelle: ÖBIG/IVF-Register, ÖIBG (2008: 6)

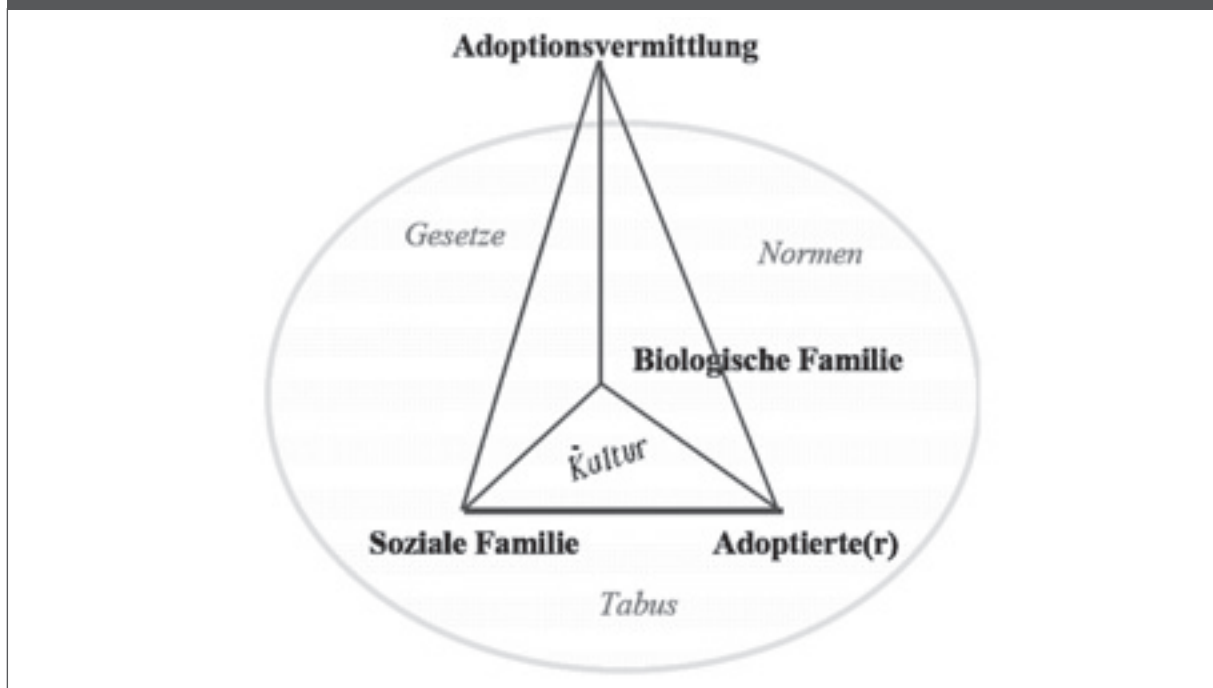
Abbildung A-1: IVF-Fonds 2007 – IVF-Fonds-Patientenpaare – Gesamtösterreich



AvP=Abbruch vor Punktion; AnP=Abbruch nach Punktion; AkryoE=Abbruch eines Versuchs mit kryo-konservierten Embryonen; ICSI=introzytoplasmatische Spermieninjektion, IVF=In-vitro-Fertilisation, Kryo=Transfer mit kryokonservierten Embryonen

Quelle: ÖBIG (2008), IVF-Register

Abbildung A-2: Adoptionen als sozialer Prozess – die Adoptionspyramide



Quelle: Ruppert 2005: 5

6

Familienentwicklung in Österreich

Isabella Buber und Norbert Neuwirth
(Koordination)

Weitere Autoren:

Andreas Baierl / Bilal Barakat / Caroline Berghammer /
Priska Flandorfer / Katrin Fliegenschnee / Christine Geserick /
Richard Gisser / Wolfgang Lutz / Dimiter Philipov /
Julia Schuster / Tomáš Sobotka / Maria Rita Testa /
Georg Wernhart

Inhalt

1 Familienentwicklung in Österreich	265
1.1 Einleitung	265
1.2 Kinderwunsch – gewünschte Kinderzahl	267
1.3 Kinderwunsch – verschiedene Dimensionen und Unsicherheiten	271
1.4 Kinderlosigkeit	273
1.5 Kinderwunsch in Österreich, Frankreich und Deutschland	276
1.6 Uneheliche Geburten – eine vergleichende Analyse von neun europäischen Ländern	279
1.7 Ideale Kinderzahl	281
1.8 Einstellung zur Ehe und Familie	282
1.9 Bleiben oder Gehen? – Junge Erwachsene im Elternhaushalt	285
1.10 Kinderbetreuungsaufgaben innerhalb der Familie	287
1.11 Zufriedenheit in der Partnerschaft und Partnerschaftsstabilität	290
1.12 Erste Partnerschaften	292
1.13 Unterschiedliche Partnereinstellungen zum Kinderwunsch	294
1.14 LAT-Partnerschaften	296
1.15 Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Kinderwunsch	298
1.16 Das Auskommen mit dem Einkommen – Auswirkungen auf den Kinderwunsch?	301
1.17 Die Entscheidung für oder gegen ein Kind – ökonomische und individuelle Aspekte	303
1.18 Religion, ideale Kinderzahl und Geburtenverhalten	305
1.19 Unterschiede im Geburtenverhalten nach Ausbildungsniveau	307
1.20 Verhütung und Familienplanung	309
Summary und Ausblick	311
Literatur	312

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Anteil der Frauen und Männer, die zwei bzw. drei oder mehr Kinder möchten (in %)	270
Tabelle 2: Kinderwunsch in Österreich, Deutschland und Frankreich	276
Tabelle 3: Zustimmung zur Aussage „Die Ehe ist eine überholte Einrichtung“	283
Tabelle 4: Zustimmung zur Aussage „Eine Frau braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“	284
Tabelle 5: Zustimmung zur Aussage „Ein Mann braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“	284
Tabelle 6: Wichtigste Eigenschaft, die Kinder erwerben können	284
Tabelle 7: Partnerschaftsformen in Österreich nach Alter	296
Tabelle 8: Zusätzlicher Kinderwunsch	302
Tabelle 9: Empfängnisverhütung und Familienplanung in ausgewählten Ländern, Angaben in Prozent	310
Abbildung 1: Verschiedene Varianten des Kinderwunsches bei Frauen (durchschnittliche gewünschte Kinderzahl nach Geburtsjahrgang)	268
Abbildung 2: Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl bei Frauen und Männern, nach Alter (gewählte Mittelvariante)	269
Abbildung 3: Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl von Frauen im Alter von 20–25 und 31–35 Jahren: ein Vergleich von Mikrozensus (1986 – 2001) und GGS 2008/09	270
Abbildung 4: Anteil der Frauen und Männer, die ein (weiteres) Kind möchten, nach Alter	271
Abbildung 5: Anteil der Frauen und Männer, die ein (weiteres) Kind möchten, nach derzeitiger Kinderzahl	272
Abbildung 6: Kinderlosigkeit bei Frauen, Geburtsjahrgänge 1900 – 68 (in %)	274
Abbildung 7: Anteil der Kinderlosen sowie der Personen, die kinderlos bleiben möchten, nach Alter	274
Abbildung 8: Anteil der kinderlosen Frauen und Männer, die kein Kind haben möchten, nach Alter (in %)	275
Abbildung 9: Zusätzlicher Kinderwunsch und Realisierungserwartung nach derzeitiger Anzahl der Kinder	277
Abbildung 10: Anteil erster Geburten in unehelicher Lebensgemeinschaft, 1970 – 2004	279
Abbildung 11: Partnerschaftsstatus zum Zeitpunkt der Zeugung, der Geburt und ein Jahr nach der Geburt im Zeitraum von 1995 bis etwa 2004	280
Abbildung 12: Ideale Zahl von Kindern für eine Familie in Österreich	282
Abbildung 13: Zustimmung zur Aussage „Eine Frau bzw. ein Mann braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“	283
Abbildung 14: Zustimmung zur Aussage „Schwule/lesbische Paare sollten die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Paare.“	285
Abbildung 15: Anteil der 25- bis 29-Jährigen, die im Elternhaus leben, Ländervergleich	286
Abbildung 16: Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten (Mütter)	288
Abbildung 17: Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten (Väter)	288
Abbildung 18: Anteil der Personen, die innerhalb der letzten zwölf Monate über eine Beendigung ihrer Partnerschaft nachgedacht haben	290
Abbildung 19: Gegenwärtige Zufriedenheit und prospektive Partnerschaftsstabilität ...	291

Abbildung 20: Anteil derer, die bis zum Alter von ... noch keine Partnerschaft in einem gemeinsamen Haushalt hatten	292
Abbildung 21: Dauer der ersten Partnerschaft in Jahren	293
Abbildung 22: Nichtübereinstimmung zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Absicht, ein (weiteres) Kind zu bekommen, nach Alter und Kinderzahl der Befragten (in Prozent)	294
Abbildung 23: Wichtigster äußerer Umstand für eine LAT-Partnerschaft	297
Abbildung 24: Kinderwunsch nach Beschäftigungsstatus (in Prozent)	299
Abbildung 25: Anteil der Befragten, die innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind haben wollen, unterschieden nach Alter und Beschäftigungsstatus	300
Abbildung 26: Subjektives Empfinden mit dem Auskommen gegenüber Haushaltseinkommen	301
Abbildung 27: Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen	303
Abbildung 28: Bedeutung individueller Faktoren für die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen	304
Abbildung 29: Durchschnittliche ideale Kinderzahl nach Religionsbekenntnis und Kirchengangshäufigkeit	305
Abbildung 30: Durchschnittliche Kinderzahl (rechte Achse), Anteil nach Geburtenfolge (linke Achse), nach Religionsbekenntnis und Kirchengangshäufigkeit	306
Abbildung 31: Geburtenverhalten nach Bildungsniveau, Frauen	308
Abbildung 32: Geburtenverhalten nach Bildungsniveau, Männer	309

1 Familienentwicklung in Österreich

1.1 Einleitung

Die demografischen Strukturen im europäischen Raum sind derzeit starken Veränderungen unterworfen. In den letzten Jahrzehnten war ein deutlicher Rückgang der Fertilitätsraten zu registrieren, was mit gleichzeitigem weiterem Ansteigen der Lebenserwartung zu einer Beschleunigung des Alterungsprozesses der Bevölkerungen führt. Während innerhalb der Familien immer häufiger bis zu vier Generationen gleichzeitig leben, verschieben sich die ökonomischen und sozialen Beziehungen zwischen den Generationen auf Gesellschaftsebene. Derzeit schrumpfen im Osten Europas zahlreiche nationale Bevölkerungen, gleichzeitig steigen im Westen die Bevölkerungszahlen aufgrund von Migrationsgewinnen, was gleichzeitig auch große Herausforderungen bei der Integration von Migrantenfamilien mit sich bringt. Begleitet werden diese Entwicklungen von grundlegenden Veränderungen in den Formen des partnerschaftlichen Zusammenlebens: Singlehaushalte, nichteheliche Lebensgemeinschaften und Scheidungen haben zugenommen, die Anteile der kinderlosen Frauen und Männer steigen. Diese Entwicklungen sind aller Voraussicht nach noch nicht an ihrem Ende angekommen. Für deren erfolgreiche Bewältigung wird es zunehmend wichtiger, Ursprung und Einflüsse dieser Veränderungen auf international vergleichbare Weise zu erheben und zu analysieren. Das „Generations and Gender Programme“ (GGP) der UNECE fokussiert auf die empirische Erfassung dieser Veränderungen in Europa.

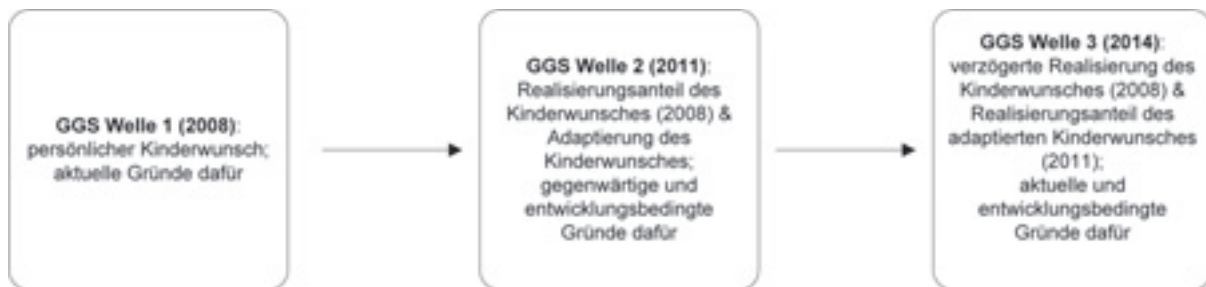
Das GGP besteht aus einem Umfrageteil mit mindestens drei Erhebungswellen (GGS – „Generations and Gender Surveys“) und einer international harmonisierten Datenbank mit demografisch, soziologisch wie ökonomisch relevanten Makroindikatoren (CDB – Contextual Database). Vorrangiges Ziel des GGP ist es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse bezüglich der Hintergründe der erkannten demografischen Veränderungen zu ermöglichen. Speziell wird dabei auf die Eltern-Kind-Beziehung (Generationenaspekt) sowie auf die Geschlechterbeziehung (Genderaspekt) Bezug genommen. Somit wird die international vergleichende demografische Forschung in die Lage versetzt, Änderungen des demografischen Verhaltens sowohl als Konsequenz des Wandels individueller Lebensumstände als auch als Folge politischer, makroökonomischer sowie gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen zu erfassen.

Innerhalb Europas partizipieren derzeit Belgien, Bulgarien, Deutschland, Estland, Frankreich, Georgien, Italien, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Rumänien, Russland, die Tschechische Republik und Ungarn am GGP. Darüber hinaus bereiten Polen, Schweden, Slowenien und Spanien gerade die erste Befragungswelle vor. Das Generations and Gender Programme wurde zusätzlich auch in Japan und Australien implementiert, Kanada dürfte sich ebenfalls anschließen.

Der GGS, also die Felderhebung des GGP, ist als Längsschnittstudie mit drei aufeinander aufbauenden Erhebungswellen angelegt. Dieses Paneldesign sowie die Anordnung retro- und prospektiver Fragen sind notwendige Voraussetzungen, individuelles Verhalten möglichst ganzheitlich zu fassen und so gesellschaftliche Entwicklungen zu erklären. Grund-

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

sätzlich benötigt man zur Untersuchung von kausalen Zusammenhängen Informationen über Erklärungsfaktoren vor dem zu untersuchenden „Ereignis“, beispielsweise dem Beginn einer Schwangerschaft. So wird die Entscheidung für ein Kind üblicherweise vor einer Schwangerschaft getroffen. Veränderungen der Lebensumstände können zur Revision der ursprünglichen Pläne führen. Welcher Art diese Veränderungen sind und in welchem Ausmaß sie eine Revision der ursprünglichen Pläne bewirkt haben, ist Gegenstand der Erhebungen. Das Paneldesign ermöglicht es, kausale Zusammenhänge zu finden, indem Informationen aus der aktuellen und den vorhergehenden Wellen analysiert werden. Der logische Aufbau des Panelprogramms lässt sich – stark vereinfacht und ausschließlich auf die Fertilitätsanalyse reduziert – folgendermaßen darstellen:



Österreich hat mit der Erhebung der ersten Befragungswelle den notwendigen ersten Schritt für dieses Untersuchungsdesign geleistet.¹ Die Auswahl der zu befragenden Frauen und Männer erfolgte zufällig und basierte auf dem Österreichischen Zentralen Melde-register. Von den über 9 000 kontaktierten Personen konnten zwischen September 2008 und Februar 2009 insgesamt 5 000 Personen der Altersgruppe 18 bis 45 Jahre befragt werden. Dies entspricht einer Ausschöpfungsrate von 60,7 %. Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 63 Minuten. Der Fragebogen wurde als persönlich-mündliche Befragung durchgeführt, computergestützt mittels CAPI-Fragebogen (Computer-Assisted-Interview).

Mit der zweiten Erhebungswelle ist auch die zentrale Frage der Realisierung des in der ersten Welle angegebenen Kinderwunsches analysierbar. Neben den Panelementen beinhaltet jede GGS-Welle auch Frageblöcke, die das persönliche Entwicklungsprofil der Befragten detaillierter nachzeichnen lassen. So wurden in der ersten Erhebungswelle Charakteristika des Elternhauses sowie Geburts- und Partnerschaftsbiografien erhoben, die in der zweiten Welle aktualisiert werden. In der zweiten Welle werden auch die Ausbildungs- und Erwerbsbiografien detailliert retrospektiv erhoben. „Somit können die Gründe der Realisierung sowie jene für eine Änderung des Kinderwunsches anhand gegenwärtiger wie zurückliegender Informationen untersucht werden.“ Zusätzlich werden in jeder Erhebungswelle die gegenwärtige Haushaltsorganisation, Partnerschaftsqualität, Kinderbetreuung, Gesundheit, psychisches Wohlbefinden, Besitz, Einkommen, Beschäftigung sowie Werte und Orientierungen der Befragten erhoben.

¹ Die österreichische GGS-Erhebung (2008) wurde vom Vienna Institute of Demography (VID) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Österreichischen Institut für Familienforschung (ÖIF) der Universität Wien gemeinsam geplant und vorbereitet. Die Befragung selbst wurde von der Statistik Austria durchgeführt.

Die folgenden Abschnitte konzentrieren sich auf eine vorrangige Zielgröße des GGS, den Kinderwunsch (Abschnitte 1.2–1.7). Nach einer kurzen Veranschaulichung zu Werthaltungen zu Ehe und Familie (Abschnitt 1.8) und dem Auszug aus dem Elternhaus (Abschnitt 1.9) fokussieren die folgenden Abschnitte (1.10–1.14) auf die Partnerschaftscharakteristika der österreichischen Bevölkerung. Abschließend folgen Auswertungen, welche die Abhängigkeit des Kinderwunsches von seinen wichtigsten Determinanten darlegen (Abschnitte 1.15–1.20).

Jeder dieser Abschnitte ist ersten Studien entnommen, deren empirische Evidenz zumindest vorrangig auf dem GGS beruht. Die thematische Breite des GGS ist damit jedoch noch lange nicht erschöpft. Die durch den GGS ermöglichte analytische Tiefe, v. a. was das regenerative Verhalten in den untersuchten Ländern betrifft, wird in den vorliegenden Beiträgen lediglich durch bivariate Vergleiche skizziert, aber derzeit anhand weitergehender statistischer Verfahren ausgebaut. Studien und Forschungsergebnisse, die auf dem Datenmaterial der GGS-Erhebungswellen und/oder der CDB (GGP-Kontextualdatenbank) basieren, werden ab 2010 laufend publiziert und auch auf der Projekthomepage www.ggp-austria.at zugänglich gemacht.

1.2 Kinderwunsch – gewünschte Kinderzahl

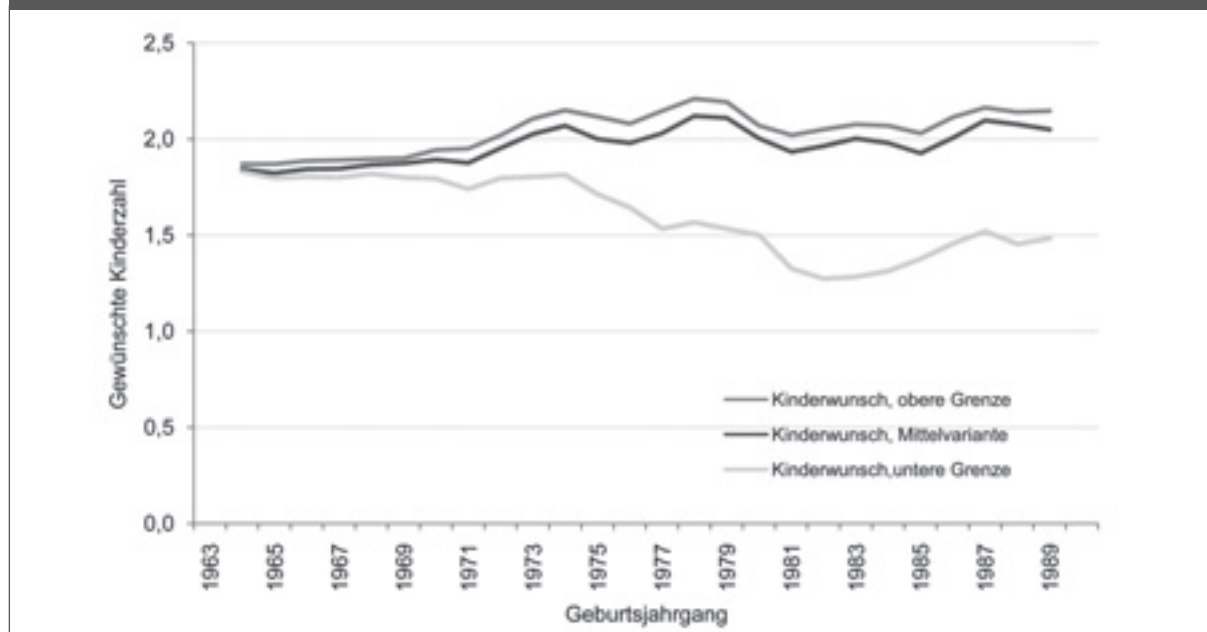
Wie viele Kinder wünschen sich die Österreicherinnen und Österreicher? Geht man nach der angegebenen Zahl, so ist der Kinderwunsch der Befragten überraschend hoch und liegt bei Frauen in den Kohorten 1963 bis 1971 (also bei den 37- bis 41-Jährigen) bei knapp zwei Kindern, bei jüngeren Jahrgängen sogar bei zwei bis 2,1 Kindern. Diese Zahl errechnet sich aus den bereits geborenen und den noch gewünschten Kindern. Unter den befragten Männern der Geburtsjahrgänge 1961 bis 1971 liegt die durchschnittlich gewünschte Kinderzahl noch über jener der Frauen, jüngere Männer hingegen möchten tendenziell weniger Kinder als gleichaltrige Frauen.

Wie im Abschnitt 1.3 genauer ausgeführt, beinhaltet der „Generations and Gender Survey“ neben der quantitativen Zahl auch qualitative Informationen in Bezug auf die Unsicherheit. Darauf aufbauend können verschiedene Varianten des Kinderwunsches berechnet werden (Abbildung 1). Diese wären:

- Variante A (die hier gewählte Mittelvariante): Ein positiver Kinderwunsch wird nur für Frauen und Männer gezählt, die mit „ganz sicher ja“ und „wahrscheinlich ja“ antworten. Alle anderen Befragten werden so eingestuft, als ob sie keinen weiteren Kinderwunsch angegeben hätten.
- Variante B (untere Grenze): Ein positiver Kinderwunsch wird nur für Frauen und Männer gezählt, die mit „ganz sicher ja“ antworten, alle übrigen Befragten werden wieder so eingestuft, als ob sie keinen weiteren Kinderwunsch angegeben hätten. Das ist natürlich eine unrealistische Annahme und stellt eine mögliche Untergrenze der durchschnittlich gewünschten Kinderzahl dar.
- Variante C (obere Grenze): Hier wird für die zukünftige Kinderzahl jede Angabe gezählt, welche die Befragten nennen, und zwar unabhängig von der Gewissheit ihrer Absichten (also auch einschließlich der Angaben von Befragten, die mit „wahrscheinlich nein“ antworten).

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Abbildung 1: Verschiedene Varianten des Kinderwunsches bei Frauen
(durchschnittliche gewünschte Kinderzahl nach Geburtsjahrgang)*

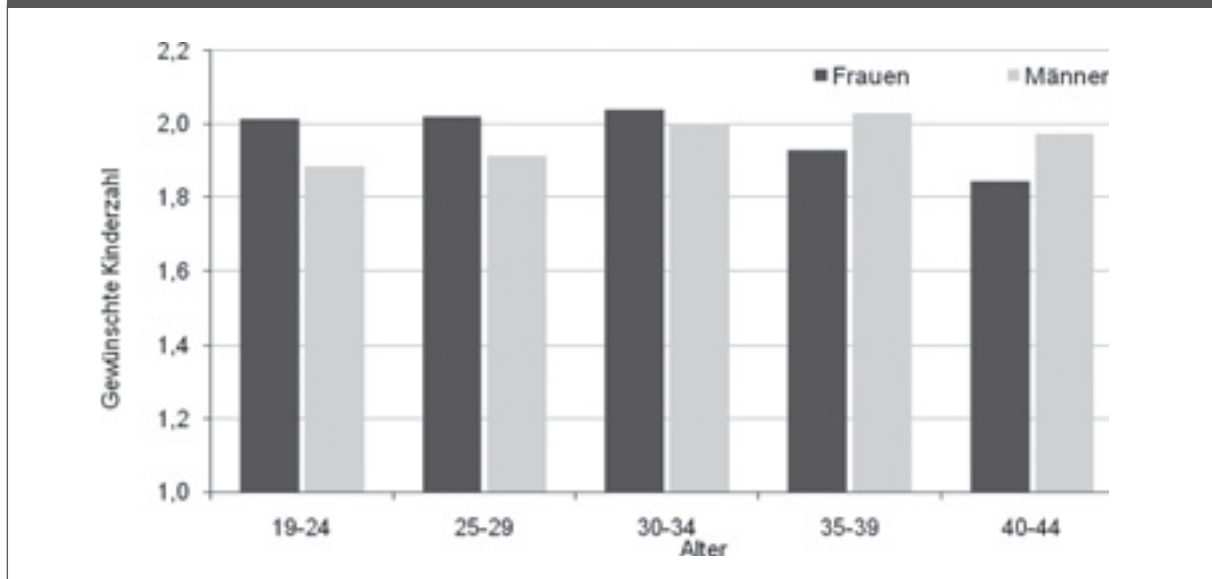


* Anm.: Um zufällige Fluktuationen zu glätten, wurden zur Berechnung der durchschnittlichen gewünschten Kinderzahl gleitende Durchschnitte für jeweils drei benachbarte Kohorten verwendet.

Während die Varianten A und C ähnliche Ergebnisse aufweisen, zeigt die „extreme“ Variante B eine sehr niedrige gewünschte Kinderzahl für jüngere Frauen, die für Kohorten nach 1980 (also die unter 30-Jährigen) auf unter 1,5 fällt. Eine noch größere Schwankungsbreite in der mittleren geplanten Familiengröße ist typisch für jüngere Männer, die noch häufiger als Frauen bezüglich ihres Kinderwunsches unsicher sind (hier nicht dargestellt). Obwohl diese Varianten als spekulativ angesehen werden müssen, geben sie doch einen Einblick in eine mögliche Schwankungsbreite des Kinderwunsches. Gerade Personen, die sich unsicher in ihrer Absicht auf Kinder und in der Familienplanung sind – dies ist immerhin ein Drittel der Befragten –, bilden eine Gruppe, auf welche die Familienpolitik vermehrtes Augenmerk legen sollte. Diese Männer und Frauen haben vielleicht ein bestimmtes Bild von einer eigenen Familie, die Realisierung der Familiengröße ist jedoch unklar oder unsicher.

Wir konzentrieren uns in der Folge auf die „Mittelvariante“ (Variante A) und vergleichen die gewünschten Familiengrößen von Frauen und Männern. In jüngeren Jahren verzeichnen Frauen etwas höhere gewünschte Kinderzahlen als Männer, mit einem Mittel von 2,02 im Alter von 18 bis 34 Jahren (Abbildung 2). Für Männer unter 30 liegt die mittlere gewünschte Kinderzahl bei 1,9, was zum Teil ihre stärkere Unsicherheit wie auch vermutlich die Tatsache abbildet, dass viele jüngere Männer weder eine feste Partnerin noch feste Familienpläne haben. Im Alter von 35 Jahren und darüber liegt die gewünschte Familiengröße für Männer nahe bei 2 und übertrifft damit die Absichten der Frauen, die mit zunehmendem Alter sinken. Ob sich darin der Kohorteneffekt abzeichnet (ältere männliche Kohorten haben den Wunsch nach größeren Familien) oder einfach realistischere (und somit niedrigere) Pläne zur Familiengröße bei Frauen, die sich dem Ende ihrer Fruchtbarkeit nähern, bleibt eine offene Frage für künftige Forschungsinitiativen.

Abbildung 2: Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl bei Frauen und Männern, nach Alter (gewählte Mittelvariante)

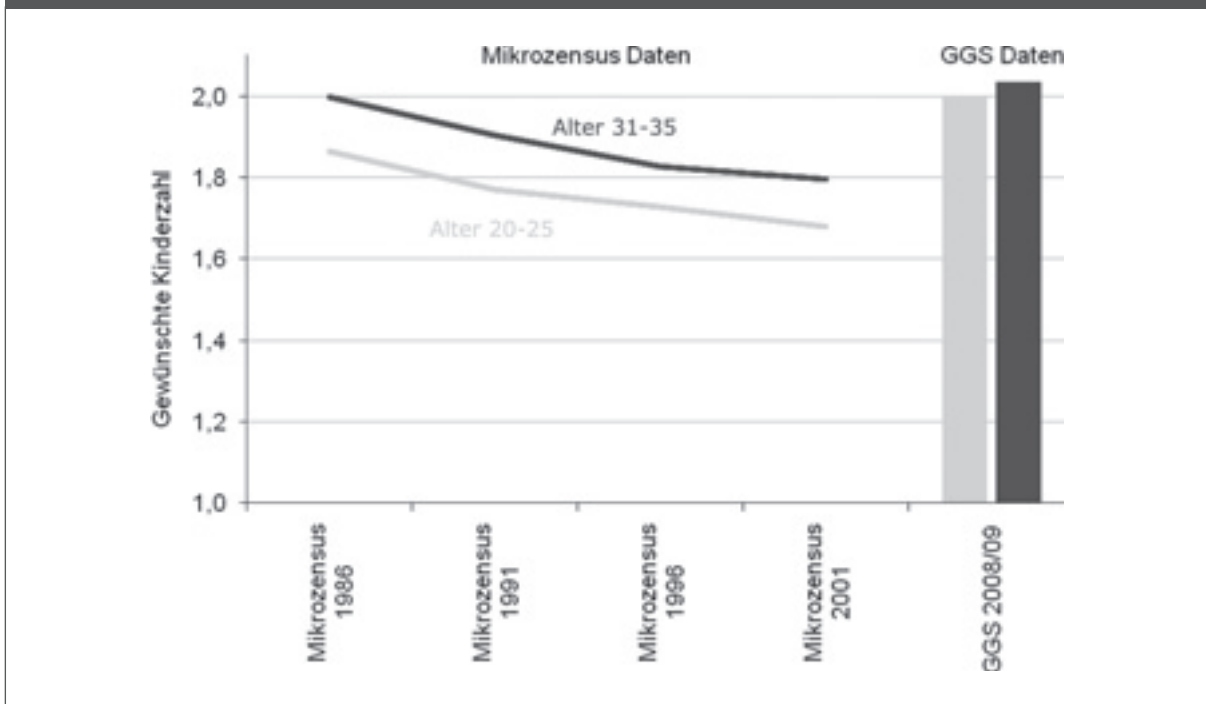


Die durchschnittlich gewünschte Familiengröße liegt laut Schätzungen aus dem GGS erheblich höher als in den meisten Erhebungen, die während der letzten 20 Jahre durchgeführt wurden. Für Frauen lässt sich ein Vergleich zu den regelmäßigen Runden der Mikrozensus-Befragungen von 1986 bis 2001 herstellen (Abbildung 3). Nach diesen Umfragen sind die beabsichtigten Familiengrößen im Lauf der Zeit bei Frauen aller gebärfähigen Altersstufen gesunken und hatten 2001 Tiefstwerte von 1,7 im Alter von 20 bis 25 und 1,8 im Alter von 31 bis 35 Jahren erreicht. Im Gegensatz dazu legt der GGS von 2008 eine durchschnittlich beabsichtigte Familiengröße von 2,0 für beide Altersgruppen nahe. Ob dieser Unterschied tatsächlich für einen Aufschwung bei der gewünschten Familiengröße steht oder nur das Resultat von subtilen Abweichungen in der Frageformulierung oder im Umfragedesign darstellt, bleibt einstweilen unklar.

Sowohl Frauen wie Männer zeigen eine sehr starke Ausrichtung auf das Modell der Zwei-Kind-Familie, vor allem in jüngeren Jahren, in denen 60 % der GGS-Befragten den Wunsch nach zwei Kindern angeben (Tabelle 1); dieser Anteil sinkt auf 42 % bis 44 % im Alter von 40 bis 45 Jahren. Vergleichsweise wenige Befragte planen dagegen größere Familien: Zwar will fast ein Viertel der Frauen drei oder mehr Kinder – wobei dieser Anteil sich nicht mit dem Alter verändert –, doch unter den Männern besteht die Absicht auf größere Familien am allerwenigsten bei den jüngeren Jahrgängen, wo sich nur weniger als 20 % drei oder mehr Kinder wünschen.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Abbildung 3: Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl von Frauen im Alter von 20–25 und 31–35 Jahren: ein Vergleich von Mikrozensus (1986 – 2001) und GGS 2008/09



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die während der letzten 30 Jahre in Österreich beobachteten niedrigen Fertilitätsraten anscheinend keine Auswirkungen auf die vorherrschende Norm der Zwei-Kind-Familie haben, die hierzulande bei Männern und Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter weiterhin fest verankert ist.

Tabelle 1: Anteil der Frauen und Männer, die zwei bzw. drei oder mehr Kinder möchten (in %)

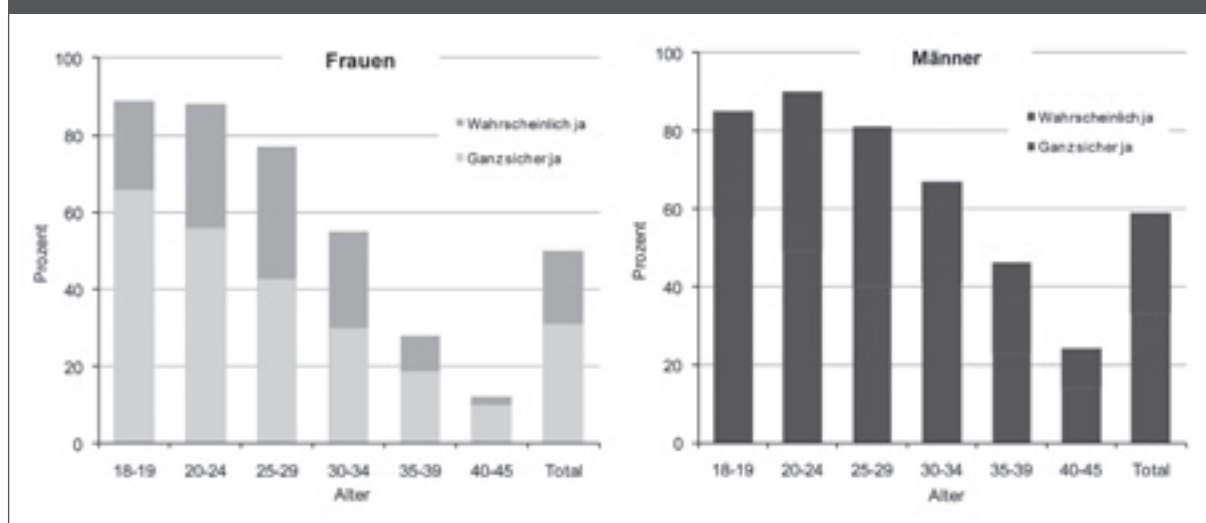
Alter	Gewünschte Kinderzahl (in Prozent)			
	Frauen		Männer	
	zwei	drei oder mehr	zwei	drei oder mehr
18–24	60	23	61	17
25–29	53	25	60	18
30–34	51	25	55	22
35–39	47	23	46	26
40–45	42	23	44	27

1.3 Kinderwunsch – verschiedene Dimensionen und Unsicherheiten

Der Kinderwunsch und die Anzahl der gewünschten Kinder sind ein zentraler Punkt im Zuge des „Generations and Gender Survey“. In Österreich wurden drei Zeitdimensionen erfasst: Der aktuelle Wunsch nach einem (weiteren) Kind sowie der Wunsch nach einem Kind innerhalb der nächsten drei Jahre waren die ersten beiden Dimensionen. Jene Personen, die angaben, weder jetzt noch innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind zu planen, wurden gefragt, ob sie sich generell noch ein oder mehrere (weitere) Kinder wünschen. Diese unterschiedlichen zeitlichen Aspekte (jetzt – in drei Jahren – später) sind insofern von Interesse, als besonders junge Menschen in naher Zukunft oft kein Kind planen, wohl aber später eine Familie gründen möchten. Weiters ist der unmittelbare Kinderwunsch (jetzt – in drei Jahren) ein wichtiges Indiz dafür, wie konkret dieser anzusehen ist. Da eine Wiederbefragung in drei Jahren geplant ist (und in einigen Ländern wie Ungarn oder Deutschland bereits durchgeführt wurde), kann dann die Umsetzung des unmittelbaren Kinderwunsches analysiert werden. So wird die zweite Erhebungswelle Aufschlüsse über die Realisierung des Kinderwunsches oder aber über Gründe für ein Nichtrealisieren bei den Österreicherinnen und Österreichern geben.

Die Frage „Wünschen Sie sich selbst jetzt ein Kind?“ beantworteten 13 % der Frauen und 15 % der Männer zwischen 18 und 45 Jahren mit „ja“. Innerhalb der nächsten drei Jahre haben ein Viertel der befragten Frauen und drei von zehn Männern vor, eine Familie zu gründen bzw. ihre Familie zu erweitern. Sie beantworteten die Frage „Haben Sie vor, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen?“ mit „ganz sicher ja“ oder „wahrscheinlich ja“. Betrachtet man nun den generellen Kinderwunsch, so zeigt sich, dass sich 50 % der Frauen und 59 % der Männer ein zusätzliches Kind wünschen.

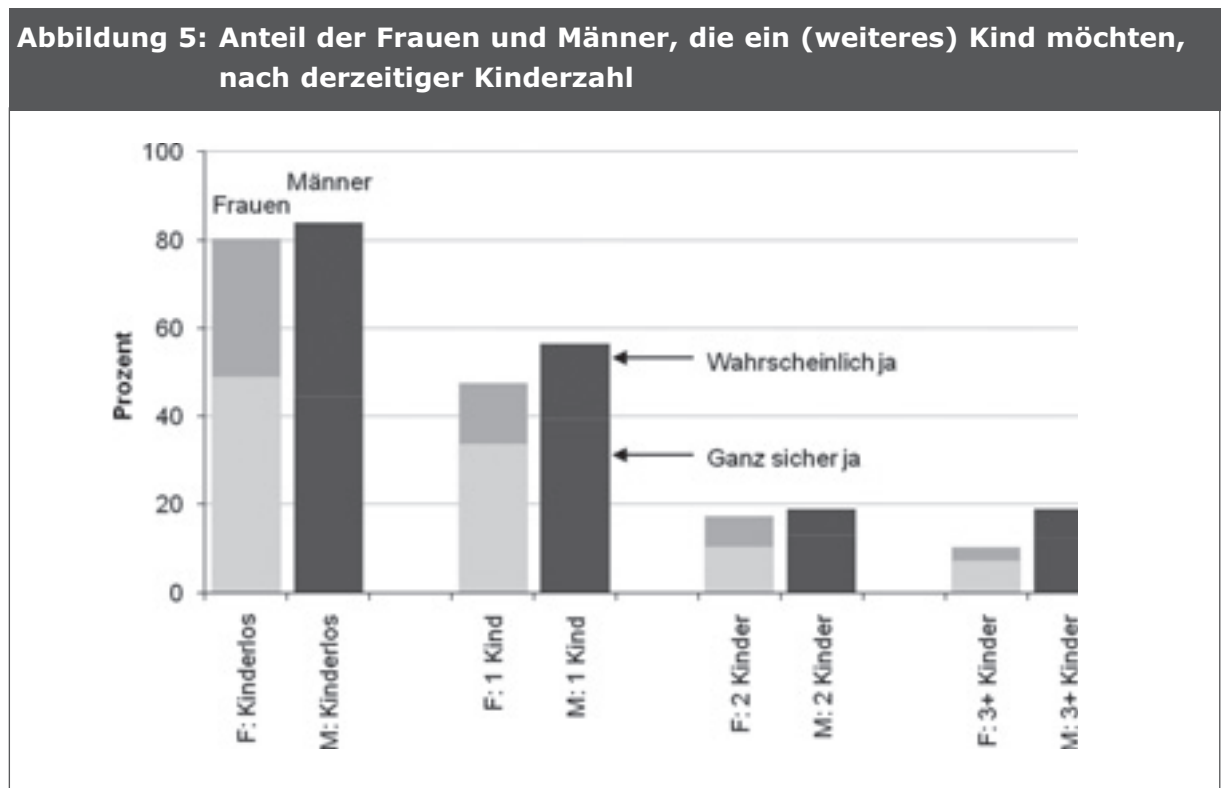
Abbildung 4: Anteil der Frauen und Männer, die ein (weiteres) Kind möchten, nach Alter



FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Die Frage nach dem Kinderwunsch und nach der insgesamt gewünschten Kinderzahl ist bedeutend und immer wieder Thema von Analysen und Vergleichen, die Erfassung und Messung jedoch nicht einfach. Um möglicherweise bestehenden Unsicherheiten Platz zu geben, wurden verschiedene Abstufungen in der Intention des Kinderwunsches berücksichtigt. So waren mögliche Antwortkategorien „ganz sicher ja“, „wahrscheinlich ja“, „wahrscheinlich nein“ und „ganz sicher nein“. Deutlich zeigt sich im österreichischen „Generations and Gender Survey“, dass die Frage nach dem Kinderwunsch stark von Unsicherheiten geprägt ist (Abbildung 4). So wünschen sich 31 % der Frauen „ganz sicher“ ein (weiteres) Kind, 19 % wünschen sich „wahrscheinlich“ ein (weiteres) Kind. Auch unter den Männern besteht Ungewissheit, der Grad dieser Ungewissheit ist bei ihnen aber stärker ausgeprägt: So wünschen sich 33 % mit Sicherheit und weitere 26 % wahrscheinlich ein (weiteres) Kind.

Die Antworten zum Kinderwunsch unterscheiden sich stark nach dem Alter der Befragten. Unter den 20- bis 24-Jährigen möchten 90 % ein (weiteres) Kind haben (mit eingeschlossen sind hier auch jene, die mit „wahrscheinlich ja“ antworteten). Ab 25 Jahren nimmt der Kinderwunsch ab, bei Frauen stärker als bei Männern. Mit zunehmendem Alter wollen auch immer weniger „ganz sicher“ ein (weiteres) Kind. Für diese Abnahme des (weiteren) Kinderwunsches mit dem Alter gibt es zwei Hauptgründe: Erstens haben viele Paare schon ihre gewünschte Familiengröße erreicht. Zweitens dürften Frauen und Männer ihren weiteren Kinderwunsch „aufgeben“, sofern sie mit zunehmendem Alter mit Unfruchtbarkeit, einer Trennung oder dem Fehlen eines passenden Partners konfrontiert sind.



Das Risiko der Unfruchtbarkeit nimmt bei den Frauen mit dem Alter rasch zu, ihre „biologische Uhr“ tickt nach 35 Jahren besonders schnell. So ist es erstaunlich, wie viele Frauen und Männer über 35 angeben, ein bzw. noch ein weiteres Kind zu wollen. Werden die Antworten „ganz sicher ja“ und „wahrscheinlich ja“ zusammengefasst, so möchten 46 % der Männer und 28 % der Frauen im Alter von 35 bis 39 (noch) ein Kind haben. In der obersten befragten Altersgruppe (40 bis 45 Jahre) wollen immerhin 24 % der Männer und 12 % der Frauen zukünftig noch ein Kind (Abbildung 4). Angesichts der hohen Unfruchtbarkeitsraten und des vermehrten Auftretens von Schwangerschaftskomplikationen in dieser Altersgruppe werden viele von ihnen allerdings ihren Kinderwunsch wohl nicht realisieren können.

Der Kinderwunsch hängt stark von der Zahl der bereits geborenen Kinder ab (Abbildung 5). Über 80 % der Kinderlosen möchten einmal eine Familie gründen, wohingegen nur wenige Eltern von zwei Kindern sich weiteren Nachwuchs wünschen (unter 20 %). Mütter und Väter von drei und mehr Kindern unterscheiden sich insofern, als nur 10 % der Frauen, aber 19 % der Männer noch ein weiteres Kind möchten. Die vorliegenden Ergebnisse sind Indikatoren für eine starke Orientierung an der Zwei-Kind-Norm in Österreich (siehe auch Abschnitt 1.2).

1.4 Kinderlosigkeit

Historisch gehört Österreich, gemeinsam mit Deutschland und der Schweiz, zu den Ländern mit hoher Kinderlosigkeit. Nach einem relativ niedrigen Anteil von 12 % unter den Frauen, die um 1940 geboren wurden, stieg die Kinderlosigkeit danach stetig an und wird für die um 1970 geborene Frauengeneration einen Wert von 20 % erreichen (Abbildung 6).

Ist die relativ hohe Kinderlosigkeit in Österreich weitgehend gewollt? Die Daten aus dem „Generations and Gender Survey“ legen den Schluss nahe, dass der Großteil der Österreicherinnen und Österreicher sehr wohl Kinder plant. Nur 8 % der Frauen und 9 % der Männer im fortpflanzungsfähigen Alter gaben an, überhaupt keine Kinder zu wollen. Dieser Anteil gliederte sich gleichmäßig auf zwischen jenen, die „sicherlich keine“ und solchen, die „wahrscheinlich keine“ Kinder planen. Es gab bei der beabsichtigten Kinderlosigkeit erstaunlich wenig Unterschiede nach dem Alter. In jüngeren Jahren, unter 25, in denen fast alle Männer und Frauen noch keine Kinder hatten, bekundeten 8 % der Frauen und 11 % der Männer die Absicht, kein Kind zu wollen. In der Altersgruppe 40–45, in der nur etwa ein Fünftel der Befragten noch kinderlos war, kehrten sich die Anteile jener um, die erwarteten, es auch zu bleiben: Hier waren es 11 % der Frauen und 8 % der Männer (Abbildung 7).

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

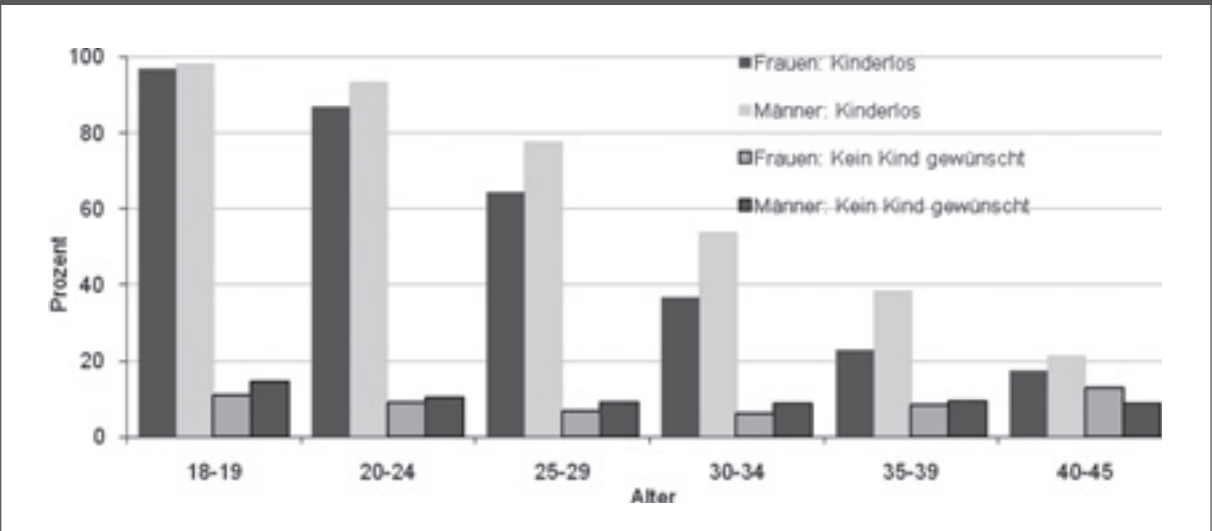
Abbildung 6: Kinderlosigkeit bei Frauen, Geburtsjahrgänge 1900 – 68 (in %)



Quelle: Berechnungen aufgrund des Volkszählung 1991 und Daten der Statistik Austria

Diese Zahlen unterscheiden sich nicht sehr von früheren Umfragen. So zeigen etwa die Daten des Mikrozensus von 2001, dass 10 % der Befragten zwischen 20 und 25 Jahren vorhatten, kinderlos zu bleiben. Ein etwas anderes Bild ergibt sich, wenn nur jene Männer und Frauen betrachtet werden, die zum Zeitpunkt der Umfrage noch keine Kinder hatten.

Abbildung 7: Anteil der Kinderlosen sowie der Personen, die kinderlos bleiben möchten, nach Alter

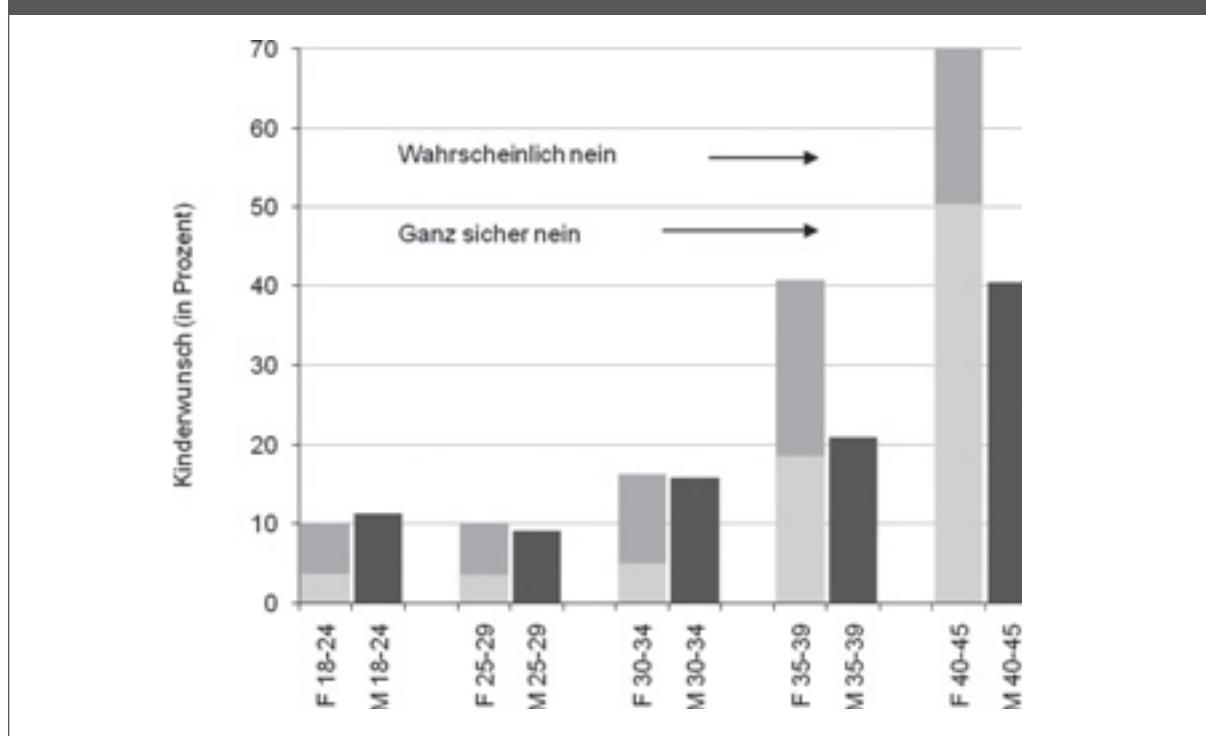


In jüngeren Altersstufen erwarten relativ wenige von ihnen, kinderlos zu bleiben, und wenn es dennoch dazu kommt, dann eher aus Unschlüssigkeit als infolge eines festen Entschlusses, keine Kinder haben zu wollen. Von den über 35-Jährigen geben jedoch viele Kinderlose an, sie würden nicht erwarten, noch ein Kind zu bekommen, und ihre Absicht festigt sich (Abbildung 8). Allerdings gibt es im Zuge dieser Analyse zwei interessante Beobachtungen: Erstens erwarten in den späteren fortpflanzungsfähigen Jahren wesent-

lich weniger Männer als Frauen, kinderlos zu bleiben. Zweitens stehen viele Befragte im „Wettlauf gegen die Zeit“: In der Altersgruppe der 40- bis 45-Jährigen, in der etwa die Hälfte aller Frauen kein Kind mehr bekommen kann, bekunden fast 30 % der kinderlosen Frauen und sogar 60 % der kinderlosen Männer die Absicht, in Zukunft ein Kind haben zu wollen. Zumindest bei den Frauen bestehen demnach nur noch geringe Chancen, dass sich ihre Absichten auch verwirklichen lassen.

Insgesamt gibt es bei der Kinderlosigkeit unter vielen älteren Befragten wohl tatsächlich eine Komponente der Unfreiwilligkeit. Die meisten der jüngeren Befragten, die keine eigenen Kinder möchten, können dagegen als „kinderlos aus freiem Willen“ bezeichnet werden. Dieser Rückschluss wird klar durch die Ergebnisse aus dem 2001 erhobenen „Population Policy Acceptance Survey“ gestützt, wo kinderlose Österreicherinnen und Österreicher die folgenden drei Hauptgründe für ihre beabsichtigte Kinderlosigkeit anführten: 1. „Ich möchte meinen derzeitigen Lebensstandard aufrechterhalten“, 2. „Ich müsste dafür Freizeitinteressen aufgeben“, und 3. „Ich könnte das Leben nicht mehr so genießen wie bisher“. Erst an vierter Stelle kam ein Grund, den man zumindest teilweise der Unfreiwilligkeit zuordnen könnte, nämlich allein zu leben und keinen festen Partner zu haben.

Abbildung 8: Anteil der kinderlosen Frauen und Männer, die kein Kind haben möchten, nach Alter (in %)



Anscheinend hat Kinderlosigkeit für die meisten Österreicherinnen und Österreicher nichts Stigmatisierendes an sich. Rund ein Zehntel der Frauen bleibt mehr oder minder aus eigener Entscheidung kinderlos, und ein weiteres Zehntel wächst in die Kinderlosigkeit hinein, ohne es so gewollt zu haben – infolge von konkurrierenden Verpflichtungen und Interessen, ungünstigen Lebensumständen, dem Fehlen eines geeigneten Partners und häufig auch infolge von Unfruchtbarkeit, die sich aus dem zu langen Aufschieben des Kinderwunsches ergeben hat.

1.5 Kinderwunsch in Österreich, Frankreich und Deutschland

Die nationalen Fertilitätsraten der analysierten Länder Frankreich, Österreich und Deutschland haben sich in den letzten fünfzig Jahren recht unterschiedlich entwickelt. Nach dem in allen drei Ländern ähnlich verlaufenden Zweiten Demografischen Übergang, der in den 1970er-Jahren die Gesamtfruchtbarkeitsrate in allen Ländern deutlich unter das Reproduktionsniveau verschob, folgte bis Mitte der 1990er-Jahre eine Phase des anhaltend schwachen Rückgangs. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre hob sich die Entwicklung in Frankreich, dessen Fertilitätsniveau bis dahin konstant und deutlich über dem Deutschlands und Österreichs lag, weiter ab. Im Jahr 2006 überschritt Frankreich wieder knapp die Gesamtfruchtbarkeitsmarke von 2,0 und dürfte bei Fortsetzung dieser Entwicklung auch wieder das Reproduktionsniveau übertreffen, während Deutschland wie Österreich nach wie vor um den Wert von 1,4 oszillieren.

Es stellt sich die Frage, inwieweit diese wesentlichen Differenzen der aktuellen Gesamtfruchtbarkeitsraten auch im Kinderwunsch der derzeit fertilen Alterskohorten nachvollziehbar sind und wenn ja, worin diese Differenzen bestehen. Für eine international vergleichende Studie gilt es somit vorerst, den Kinderwunsch einheitlich zu definieren. Im Rahmen des GGP wurde der persönliche Kinderwunsch anhand zweier Dimensionen erhoben: Einerseits wurden Frauen und Männer nach der Anzahl der – mehr oder weniger konkret – geplanten Kinder befragt, andererseits nach ihrer Einschätzung der Realisierungswahrscheinlichkeit ihres Kinderwunsches.

Tabelle 2: Kinderwunsch in Österreich, Deutschland und Frankreich

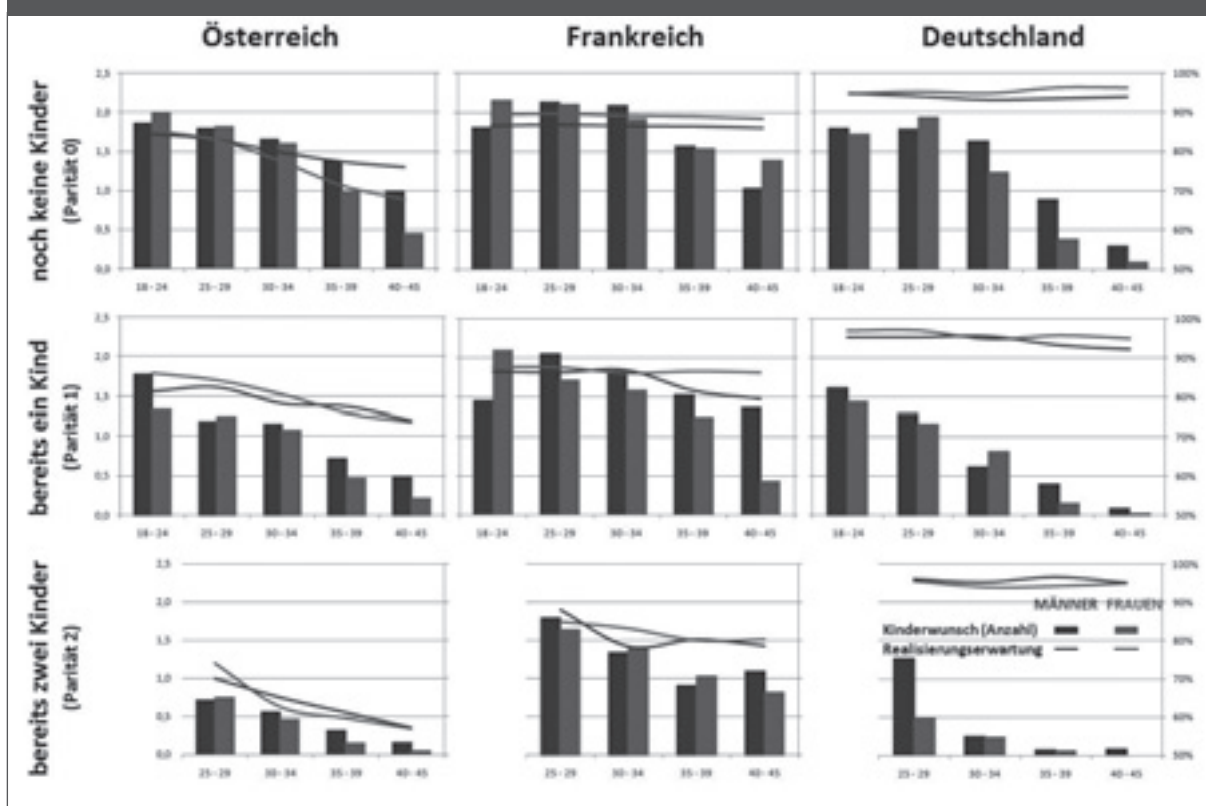
Zusätzlicher Kinderwunsch nach Anzahl der bereits geborenen leiblichen Kinder ...	Österreich		Frankreich		Deutschland	
	MÄNNER	FRAUEN	MÄNNER	FRAUEN	MÄNNER	FRAUEN
... noch kein Kind KW	1,7	1,6	1,9	2,1	1,4	1,4
... ein Kind KW	0,9	0,7	1,8	1,6	0,5	0,5
... zwei Kinder KW	0,3	0,2	1,2	1,4	0,1	0,1
durchschn. Gesamtkinderwunsch KW	2,0	2,0	2,2	2,4	1,8	1,9
Gesamtfruchtbarkeitsrate (2007)	1,38		1,98		1,37	

Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 45 Jahren, nach Paritäten

Der durchschnittliche Gesamtkinderwunsch zeigt bereits deutliche nationale Differenzen. Während sich Französisinnen durchschnittlich 2,4 Kinder wünschen und die Männer gleichfalls mit dem Wert von 2,2 folgen, liegt Österreich mit jeweils 2,0 bereits deutlich abgeschlagen. Noch weiter dahinter rangiert der durchschnittliche Gesamtkinderwunsch in Deutschland (Tabelle 2).

Eine Unterscheidung nach Anzahl der bereits geborenen Kinder lässt deutliche strukturelle Unterschiede zwischen den drei Ländern erkennen (Abbildung 9): Während sich in Frankreich auch Mütter und Väter von einem oder zwei Kindern häufig ein weiteres Kind wünschen, ist dies in Deutschland und Österreich viel seltener der Fall. Somit scheint in Österreich und noch deutlicher in Deutschland der Kinderwunsch nach dem zweiten Kind – sofern diese Paritätsstufe überhaupt erlangt wird – weitestgehend erfüllt, während in Frankreich viele Mütter und Väter von zwei Kindern sich noch weitere wünschen. Erst unter diesen Gegebenheiten ist es erst möglich, insgesamt – also auch unter Einbeziehung allerer, die im Laufe ihres Lebens kein oder nur ein Kind bekommen – auf eine Gesamtfertilität an oder über 2,0 zu gelangen.

Abbildung 9: Zusätzlicher Kinderwunsch und Realisierung nach derzeitiger Anzahl der Kinder



Der Vergleich der Werte zum durchschnittlichen Gesamtkinderwunsch erweckt die Annahme, dass, wenn schon nicht bereits jetzt, dann in wenigen Jahren die Gesamtfruchtbarkeitsrate Österreichs merklich über jener Deutschlands liegen müsste. Bei genauerer Betrachtung ist jedoch erkennbar, dass sogar der gegenteilige Fall eintreten könnte: Unterscheidet man den wie oben nach Paritätsstufen differenzierten anfänglichen bzw. zusätzlichen Kinderwunsch weiter nach Alterskohorten, ergibt sich ein detailliertes Abbild der Entwicklung des Kinderwunsches: In allen Ländern nimmt der Kinderwunsch mit fortlaufendem Alter innerhalb jeder Paritätsgruppe ab, d. h. diverse Ereignisse im Leben veranlassen anscheinend die Bewohner der untersuchten Länder, ihren zuvor mehr oder weniger konkret gefassten Kinderwunsch über die Jahre als solchen zu reduzieren.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Diese den Kinderwunsch beeinflussenden Lebensereignisse können in der beruflichen Entwicklung, der Entwicklung der Partnerschaft oder sonstigen Änderungen im sozialen und ökonomischen Umfeld der betreffenden Person liegen. Die wichtigste den verbleibenden Kinderwunsch betreffende Änderung ist aber natürlich die Realisierung einer Geburt selbst. Damit gelangt die beobachtete Person üblicherweise in die nächst höhere Paritätsklasse und weist dann einen genau um ein Kind reduzierten zusätzlichen Kinderwunsch aus. Da derzeit nur die Querschnittsdaten einer Erhebungswelle verfügbar sind, können diese beiden Entwicklungsmöglichkeiten noch nicht ad personam unterschieden werden. Fest steht jedoch, dass Französinnen selbst am Ende der fertilen Phase den vergleichsweise höchsten verbleibenden Kinderwunsch ausweisen, während Österreicherinnen und Deutsche mit zunehmendem Alter weit deutlichere Reduktionen aufweisen.

Das Bild vervollständigt sich aber durch die Hinzunahme der Realisierungserwartung des Kinderwunsches (rechte Achse in Abbildung 9). Die Realisierungserwartung ist die Respondenteneinschätzung der Eintrittswahrscheinlichkeit der ersten Geburt, die zur Erfüllung des noch ausstehenden Kinderwunsches erforderlich ist. Sie wurde anhand einer vierstufigen Ordinalskala (vergleiche Abschnitt 1.3) gemessen und für den vorliegenden internationalen Vergleich einheitlich quantifiziert

Vorerst ist erkennbar, dass die Realisierungserwartung der erforderlichen Erst- bzw. Folgegeburt in Frankreich relativ stabil zwischen 80 % und 90 % liegt. Während die Realisierungserwartung für Erstgeburten über das Alter der Männer wie Frauen weitgehend konstant bleibt, ist für französische Männer bereits bei Paritätsstufe 1 ab Altersstufe 35+ ein Rückgang erkennbar. Bei Paritätsstufe 2 ist für beide Geschlechter dieser altersbedingte Rückgang der Realisierungserwartung auszumachen. In Deutschland verbleibt im Gegensatz dazu die Realisierungserwartung in jeder Paritätsstufe konstant deutlich über 90 %, d. h. so gering der durchschnittliche zusätzliche Kinderwunsch in Deutschland auch sein mag, er wird erwartungsgemäß so gut wie sicher umgesetzt. Das nahezu konträre Bild liefert Österreich: Obwohl das Volumen des Kinderwunsches hier weit höher liegt als in Deutschland, liegt die Realisierungserwartung in jeder Paritätsstufe deutlich niedriger. Zusätzlich wird erkennbar, dass die subjektive Realisierungserwartung der gewünschten Erst- bzw. Folgegeburt mit dem Alter deutlich schwindet.

Der Vergleich von geäußertem Kinderwunsch und der subjektiven Einschätzung der Realisierungswahrscheinlichkeit der nächsten gewünschten Geburt lässt zwei Schlüsse zu: Einerseits kann Frankreich mit seiner bereits jahrzehntelangen stark pro-natalistischen Politik auch weiterhin mit einer deutlich höheren Fertilitätsrate als die anderen beiden Länder rechnen. Andererseits scheint es, dass in Österreich grundsätzlich ein höheres Kinderwunschpotenzial vorherrscht, dies jedoch mit weit schlechteren Realisierungschancen verknüpft ist als vergleichsweise in Deutschland.

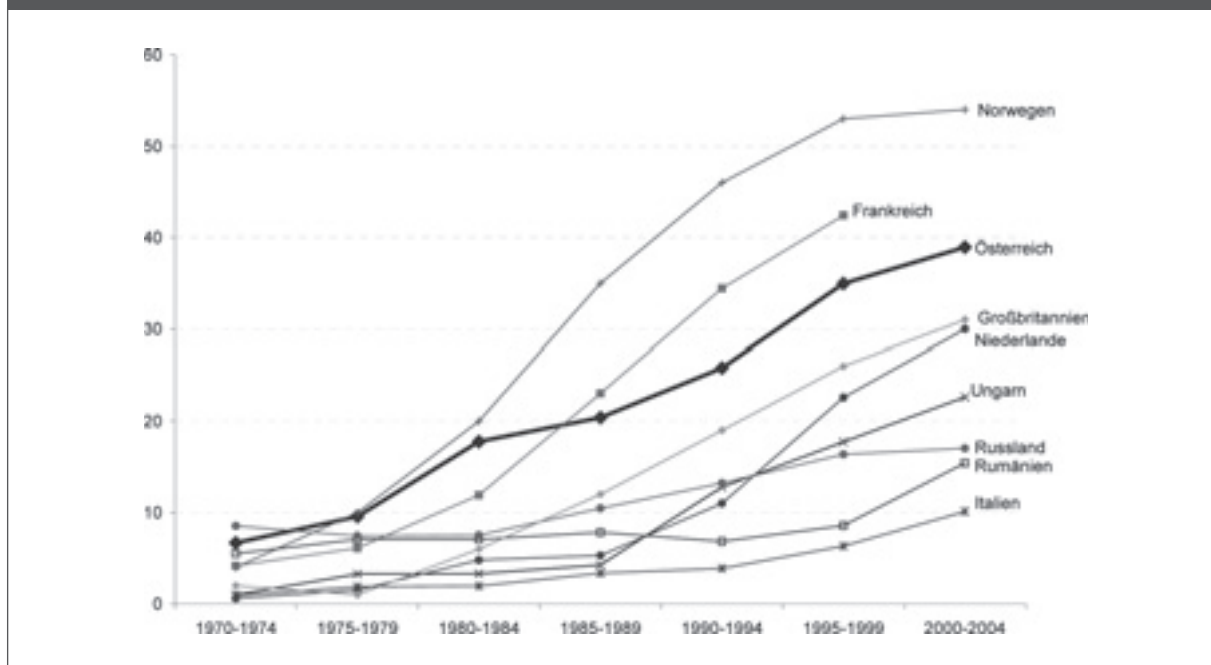
Sofern sich die Politik zur Aufgabe setzt, die Fertilität und somit die Geburtenzahlen stützen bzw. steigern zu wollen, ist der Schluss zu ziehen, dass in Österreich weitere und/oder wirksamere realisierungsstützende Maßnahmen direkt greifen könnten, während in Deutschland vorrangig bewusstseinsbildende, kinderwunschsteigernde Maßnahmen anstünden.

1.6 Uneheliche Geburten – eine vergleichende Analyse von neun europäischen Ländern

Der Anteil unehelicher Geburten in Österreich lag lange Zeit im europäischen Spitzenfeld. Nach einem Rückgang der Unehelichenquote, der sich über ein Jahrhundert erstreckte, wurde der tiefste Stand 1965 mit 11 % registriert. Seitdem ist ein Anstieg zu verzeichnen. Im Jahre 2006 wurden 37 % aller Kinder und die Hälfte aller Erstgeborenen außerhalb von Ehen zur Welt gebracht. Europaweit weisen heutzutage mehr als ein Dutzend Länder ähnlich hohe oder höhere Werte auf. Die Anteile der unehelichen Geburten in Österreich unterscheiden sich regional stark, ihr Verhältnis blieb über die Zeit hinweg weitgehend konstant. Diese Variationen liegen vor allem in den historischen Unterschieden im Erbrecht begründet.

Der prozentuelle Anstieg von unehelich geborenen Kindern im Laufe der vergangenen Jahrzehnte ist ein genereller europäischer Trend. Während in den frühen 1960er-Jahren in den meisten Ländern weniger als 10 % der Geburten unehelich waren, sind heutzutage im Großteil von West-, Zentral- und Osteuropa 20–40 % und in Nordeuropa, Großbritannien und Frankreich mehr als 40 % der Geburten unehelich. Die entsprechenden Anteile in Südeuropa sind noch geringer, jedoch im Steigen begriffen. Der weitaus überwiegende Teil unehelicher Kinder wird von unehelich zusammenlebenden, nicht von alleinlebenden Frauen geboren.

Abbildung 10: Anteil erster Geburten in unehelicher Lebensgemeinschaft, 1970 – 2004

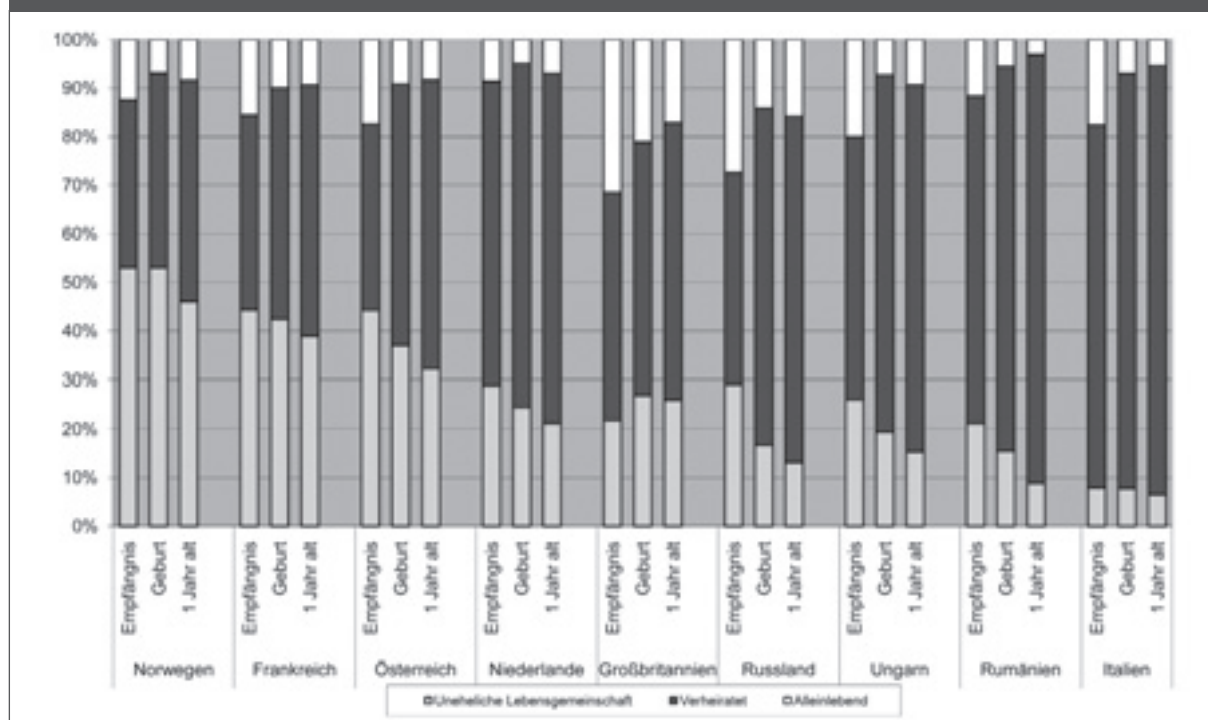


FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

In einer Studie über Geburten in unehelichen Lebensgemeinschaften wurden neun Länder in der Zeit zwischen 1970 und etwa 2004 verglichen, zumeist unter Verwendung des „Generations and Gender Survey“. In sämtlichen untersuchten Ländern ist ein starker Anstieg des Anteils von Erstgeburten in unehelichen Lebensgemeinschaften zu beobachten (Abbildung 10). Beginn und Grad des Anstiegs differieren jedoch. Österreich zeigt dabei eine konstante Zunahme. Es befindet sich außerdem unter jenen Ländern, in denen die Unehelichenquote bei der ersten Geburt wesentlich höher ist als die bei Geburten höherer Rangfolge, was impliziert, dass uneheliches Zusammenleben nicht als dauerhafter Status und Substitut für die Ehe gesehen wird.

Neben dem Partnerschaftsstatus zum Zeitpunkt der Geburt berücksichtigt die vorliegende Studie des Weiteren den Status bei der Zeugung sowie nach dem ersten Lebensjahr des Kindes (Abbildung 11). Österreich weist dabei, gemeinsam mit Norwegen und Frankreich, den höchsten Anteil von in unehelicher Lebensgemeinschaft gezeugten Kindern auf. Für Österreich zeigen weitere Analysen, dass etwa jede vierte Frau, die zu Beginn der Schwangerschaft in unehelicher Lebensgemeinschaft lebte, zum Zeitpunkt der Geburt verheiratet war.

Abbildung 11: Partnerschaftsstatus zum Zeitpunkt der Zeugung, der Geburt und ein Jahr nach der Geburt im Zeitraum von 1995 bis etwa 2004



Diese Ergebnisse ermöglichen eine Unterscheidung von fünf verschiedenen Kategorien und eine Einteilung der untersuchten Länder in dieselben:

- (1) Durchgehendes uneheliches Zusammenleben während Schwangerschaft, Geburt und im ersten Lebensjahr des Kindes: Kein Land findet sich in dieser Kategorie, Norwegen kommt diesem Typus am nächsten.

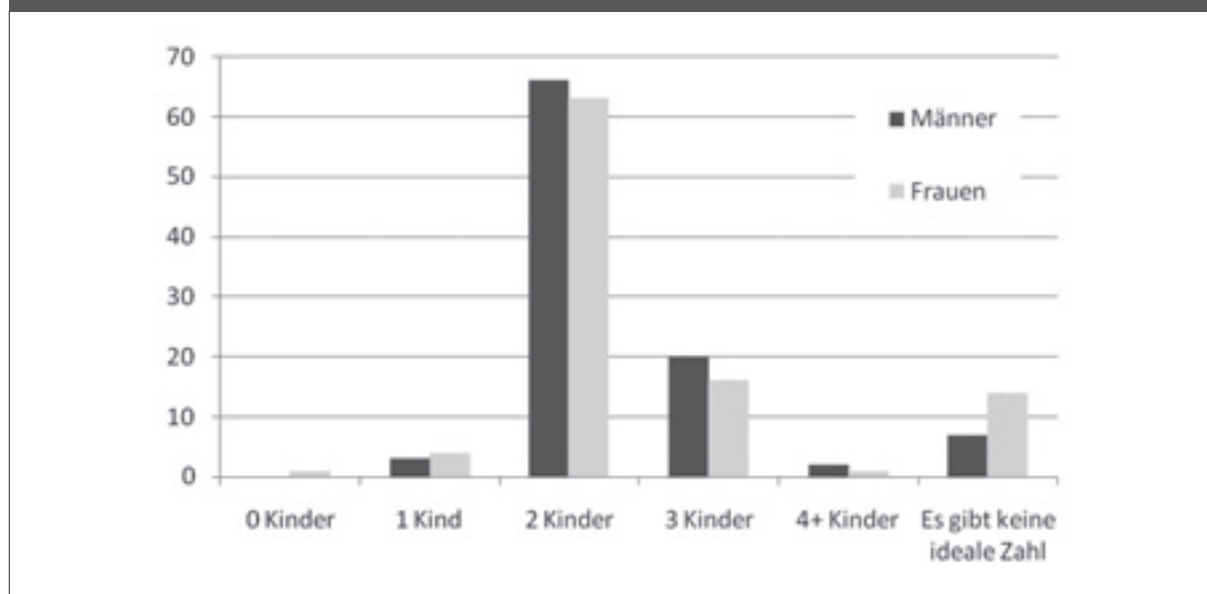
- (2) Ehe ist häufig irrelevant für die Geburt des ersten Kindes, doch Geburten höherer Parität finden meistens im ehelichen Kontext statt: Österreich, Frankreich und Norwegen.
- (3) Uneheliches Zusammenleben vor dem Beginn der Schwangerschaft, Zeugung bereits in der Ehe: Niederlande.
- (4) Relativ viele Schwangerschaften und Geburten durch alleinlebende Frauen: Großbritannien, Russland und – in geringerem Maß – Ungarn.
- (5) Niedriger, jedoch kontinuierlich ansteigender Anteil an Geburten in unehelichen Lebensgemeinschaften: Italien und Rumänien.

1.7 Ideale Kinderzahl

Für zwei Drittel und somit die Mehrzahl der Männer und Frauen sind zwei Kinder die ideale Zahl für eine Familie in Österreich. Für 20 % besteht die ideale Familie aus drei oder mehr Kindern. Nur wenige (4 %) sehen in der Ein-Kind-Familie das Ideal einer österreichischen Familie. Schließlich wollten sich 11 % der Befragten nicht auf eine Zahl festlegen und meinten, dass es keine ideale Kinderzahl gibt. Diese Angaben zur idealen Kinderzahl sind allerdings nur mit Vorsicht zu interpretieren, da sie vermutlich auch die in den Medien kolportierten Sorgen um ein zu schnelles Altern und mögliches Schrumpfen der Bevölkerungen reflektieren und nicht als persönlicher Kinderwunsch angesehen werden können.

In der Vorstellung von der gesellschaftlich idealen Kinderzahl unterscheiden sich Männer und Frauen kaum, Männer sehen eher als Frauen in größeren Familien ein Ideal, während Frauen sich weniger oft auf eine Zahl festlegen wollen und eher meinen, dass es keine ideale Zahl von Kindern für eine Familie in Österreich gibt (Abbildung 12). Die Angaben zum gesellschaftlichen Ideal sind relativ konstant über die Altersgruppen von 20 bis 45 Jahren verteilt. Jüngere Befragte (d. h. unter 25 Jahren) geben öfters die Drei-Kind-Familie als Ideal an. Frauen ab 30 Jahren erklären vermehrt, dass es keine ideale Kinderzahl für eine Familie in Österreich gibt. Zu vielschichtig dürfte für sie das Bild einer Familie sein, als dass sie sich auf ein konkretes gesellschaftliches Ideal festlegen möchten. Erste Analysen zeigen auch klare bildungsspezifische Unterschiede. Männer und Frauen mit niedriger Bildung sehen vermehrt in Familien mit drei oder mehr Kindern das gesellschaftliche Ideal, während höher Gebildete öfter angeben, dass es keine ideale Kinderzahl gibt.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Abbildung 12: Ideale Zahl von Kindern für eine Familie in Österreich

Die ideale Zahl von Kindern für eine Familie in Österreich ist somit sehr stark von der Zwei-Kind-Norm geprägt. Es gibt aber auch viele Männer und Frauen in Österreich, die drei oder sogar mehr Kinder als Ideal ansehen. Zu ihnen zählen eher die Jüngeren und die unteren Bildungsgruppen. Obwohl in Österreich der Anteil der Kinderlosen steigt, mehr und mehr Frauen nur ein Kind bekommen und immer weniger noch ein drittes Kind, sehen die Idealvorstellungen für eine Familie in Österreich, basierend auf dem aktuellen GGS, anders aus: Derzeit dominiert eine ausgeprägte Zwei-Kind-Norm mit Tendenz zu eher größeren als zu kleineren Familien. Diese Diskrepanz zwischen geäußelter Idealvorstellung und Realität deutet darauf hin, dass viele Menschen in Österreich die Geburtenraten als zu niedrig ansehen.

1.8 Einstellung zur Ehe und Familie

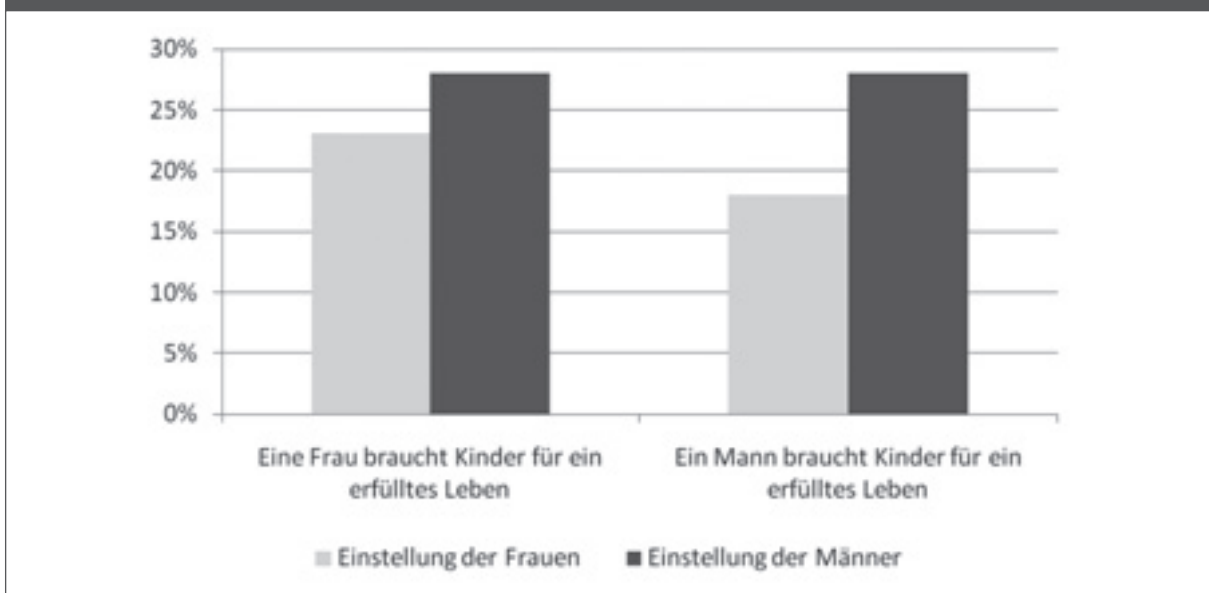
Die Mehrheit der Österreicherinnen und Österreicher (56 %) hält die Ehe für zeitgemäß, für 17 % ist sie eine überholte Einrichtung. Frauen und Männer unterscheiden sich nur wenig in ihrer Einstellung zur Ehe, erwartungsgemäß haben jüngere Befragte eine kritischere Einstellung zur Institution der Ehe als ältere (Tabelle 3).

Die Antwortkategorien „Stimme (sehr) zu“ und „Stimme (überhaupt) nicht zu“ verhalten sich wie 23:77. So ist ein bedingter Vergleich mit dem „Population Policy Acceptance Survey“ 2001 möglich (identische Fragestellung, jedoch nur Antworten „Stimme zu“: 27 % und „Stimme nicht zu“: 73 %), aus dem hervorgeht, dass die Einstellung zur Ehe in Österreich seither praktisch unverändert geblieben ist.

Tabelle 3: Zustimmung zur Aussage „Die Ehe ist eine überholte Einrichtung“

	18-24	25-34	35-45	Alle
Stimme (sehr) zu	19 %	19 %	16 %	17 %
Stimme weder zu noch nicht zu	28 %	23 %	20 %	23 %
Stimme (überhaupt) nicht zu	51 %	54 %	60 %	56 %
Weiß nicht/keine Antwort	3 %	5 %	4 %	4 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %

Braucht ein Mann Kinder für ein erfülltes Leben? Braucht eine Frau Kinder für ein erfülltes Leben? Bei der Beantwortung dieser beiden Fragen (Abbildung 13) zeigen sich wesentliche Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Befragten. Ein Viertel der Frauen meint, dass eine Frau Kinder braucht, um ein erfülltes Leben führen zu können. Knapp zwei von zehn sind der Ansicht, dass ein Mann Kinder für ein erfülltes Leben braucht. Männer meinen wesentlich öfter als Frauen, dass ein Kind notwendig ist, um ein erfülltes Leben zu führen. Jeweils 28 % der Männer stimmen der Aussage zu, dass eine Frau bzw. ein Mann Kinder für ein erfülltes Leben braucht.

Abbildung 13: Zustimmung zur Aussage „Eine Frau bzw. ein Mann braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“

Neben den markanten Unterschieden zwischen Männern und Frauen in der Bedeutung von Kindern zeigen sich auch Unterschiede nach Altersgruppen. Jüngere schätzen Kinder weniger oft als wesentlichen Bestandteil für ein erfülltes Leben ein als Ältere (Tabelle 4 und Tabelle 5).

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabelle 4: Zustimmung zur Aussage „Eine Frau braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“

	Männer				Frauen			
	18-24	25-34	35-45	Alle	18-24	25-34	35-45	Alle
Stimme (sehr) zu	21 %	27 %	33 %	28 %	20 %	22 %	25 %	23 %
Stimme weder zu noch nicht zu	34 %	29 %	25 %	28 %	18 %	18 %	17 %	18 %
Stimme (überhaupt) nicht zu	44 %	40 %	39 %	40 %	60 %	57 %	54 %	56 %
Weiß nicht/keine Antwort	1 %	4 %	3 %	3 %	2 %	3 %	3 %	3 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Tabelle 5: Zustimmung zur Aussage „Ein Mann braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“

	Männer				Frauen			
	18-24	25-34	35-45	Alle	18-24	25-34	35-45	Alle
Stimme (sehr) zu	20 %	28 %	32 %	28 %	15 %	17 %	20 %	18 %
Stimme weder zu noch nicht zu	36 %	28 %	24 %	28 %	21 %	20 %	20 %	20 %
Stimme (überhaupt) nicht zu	44 %	41 %	41 %	42 %	62 %	60 %	56 %	59 %
Weiß nicht/keine Antwort	1 %	3 %	2 %	2 %	2 %	3 %	4 %	3 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

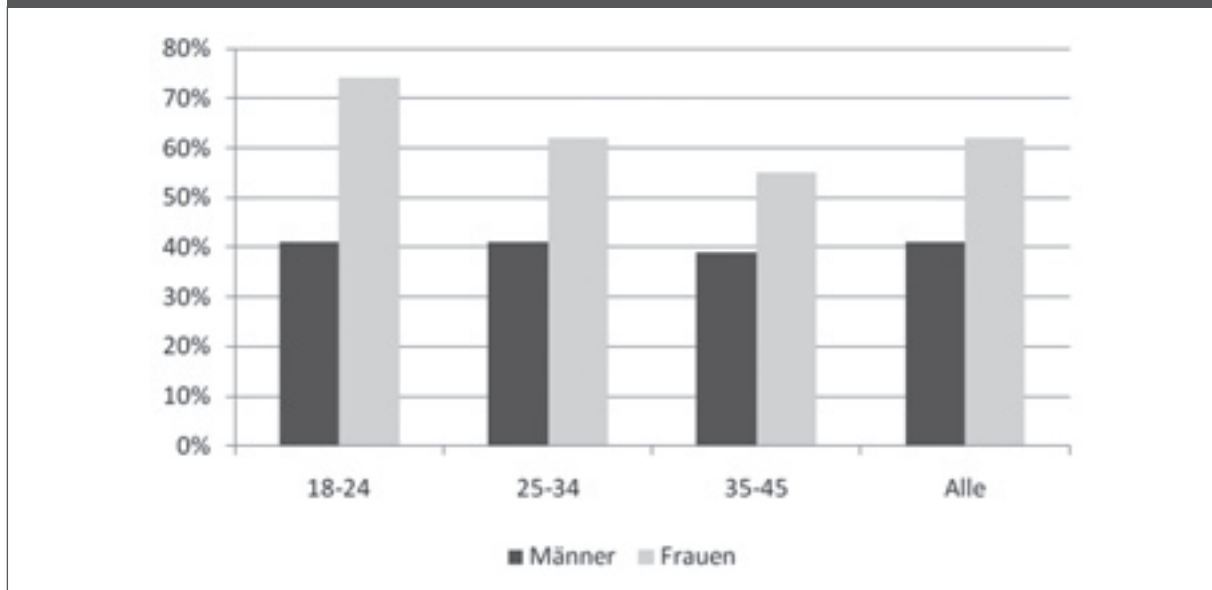
Was sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder erwerben können? Für Männer und Frauen in Österreich sind gute Umgangsformen, Toleranz und Respekt für andere Menschen sowie Verantwortungsgefühl jene Eigenschaften, die Kinder dringend erwerben sollten (Tabelle 6). So sieht es ein Großteil der Befragten, denn diese drei Werte werden sowohl von Männern als auch von Frauen über alle Altersgruppen hinweg am häufigsten als wichtigste Eigenschaften genannt. Auch auf dem zweiten und dritten Platz sind meist die gleichen Tugenden zu finden. Eine Ausnahme bilden Männer zwischen 35 und 45 Jahren, die auch häufig Fleiß an zweiter Stelle nannten.

Tabelle 6: Wichtigste Eigenschaft, die Kinder erwerben können

Gute Umgangsformen	29 %
Toleranz und Respekt für andere Menschen	29 %
Verantwortungsgefühl	20 %
Unabhängigkeit	6 %
Fleiß	5 %
Fantasie	3 %
Sparsamkeit	2 %
Entschlossenheit und Beharrlichkeit	2 %
Gehorsam	2 %
Religiöser Glaube	1 %
Selbstlosigkeit, Uneigennützigkeit	1 %
Total	100 %

Im GGS wurden auch Einstellungen zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften erfragt. Demnach stimmten 40 % der Männer und 60 % der Frauen zwischen 18 und 45 Jahren zu, dass schwule und lesbische Paare die gleichen Rechte wie heterosexuelle Paare haben sollten. Die befragten Frauen waren somit wesentlich toleranter gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eingestellt als Männer. Besonders hoch ist die Zustimmung für gleiche Rechte für schwule und lesbische Paare unter jungen Frauen (18-24 Jahre: 74 % Zustimmung), relativ niedrig unter Männern der ältesten erhobenen Alterskohorte (35-45 Jahre: 39 % Zustimmung) (Abbildung 14).

Abbildung 14: Zustimmung zur Aussage „Schwule/lesbische Paare sollten die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Paare.“

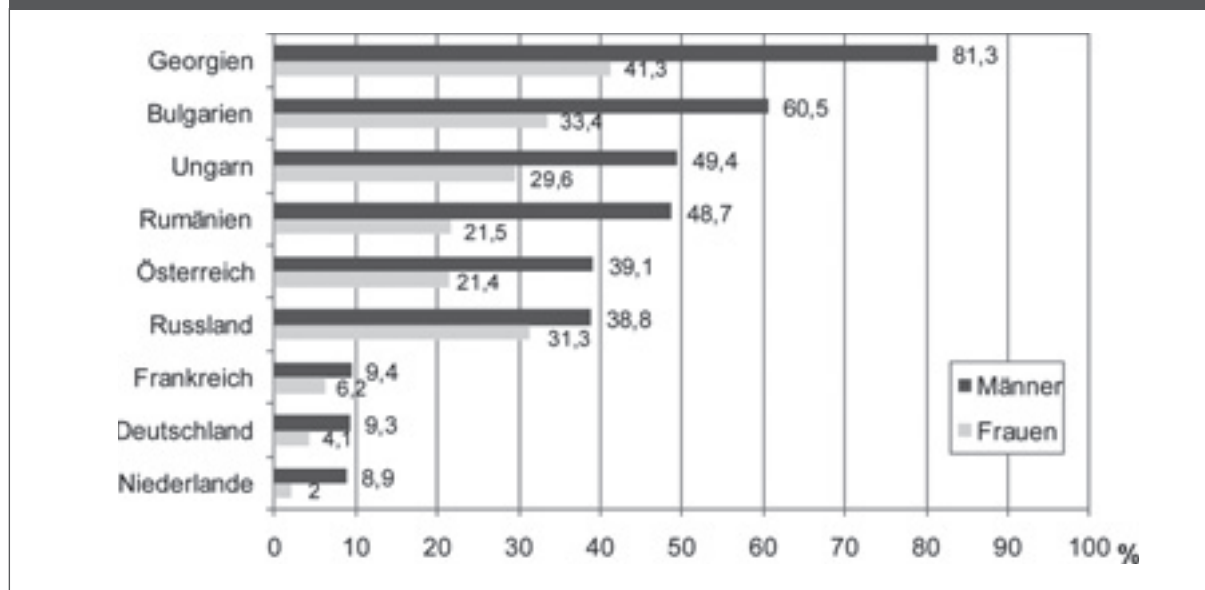


1.9 Bleiben oder Gehen? – Junge Erwachsene im Elternhaushalt

Seit etwa den späten 1960er-Jahren ist in Europa ein Trend unter jungen Erwachsenen zu beobachten: Sie verweilen länger im Elternhaus. Die Verzögerung der räumlichen Ablösung geht damit einher, dass auch andere Statuspassagen, wie Ausbildungsende oder Familiengründung, in spätere Lebensjahre verschoben werden. Heute ist es gar nicht mehr selten, dass Söhne und Töchter im Alter von Ende 20 oder Mitte 30 noch mit Mutter und Vater zusammenleben. Die Daten der letzten österreichischen Volkszählungen zeigen etwa, dass sich innerhalb von 30 Jahren (1971 – 2001) der Anteil der 30- bis 34-jährigen Männer verdoppelt hat, die – noch oder wieder – unter dem elterlichen Dach wohnen, und zwar von 9 % auf 18 % (Frauen von 5 % auf 7 %).

Das GGP stellt nun neue Daten zur Verfügung und zeigt, dass der Anteil derer, die mit über 20 Jahren bei den Eltern leben, weiterhin zugenommen hat. Im Jahr 2008 leben in Österreich unter den 25- bis 29-Jährigen 39 % der Männer und 21 % der Frauen im Elternhaus, unter den 30- bis 34-Jährigen sind es mittlerweile 20 % der Männer und 8 % der Frauen.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Abbildung 15: Anteil der 25- bis 29-Jährigen, die im Elternhaus leben, Ländervergleich

Im Vergleich mit anderen Ländern liegt Österreich damit genau in der Mitte zwischen seinen östlichen und westlichen Nachbarn (Abbildung 15). In der Referenzgruppe der 25- bis 29-jährigen Männer sind die Georgier die Spitzenreiter: 81 % der Söhne leben hier noch bei den Eltern. In Österreich sind es 39 % und bei den westlichsten Nachbarn, den Niederländern, sind es nur 9 %. Überraschend ausgeprägt ist der Unterschied zwischen den beiden Nachbarn Österreich und Deutschland.

Ebenfalls auffallend – jedoch seit Langem bekannt – ist ein großer Geschlechterunterschied. Männer verweilen häufiger im Elternhaus als Frauen. In allen neun Vergleichsländern tritt diese Divergenz deutlich zu Tage. Mitunter sind die Anteile der Männer mehr als doppelt so hoch wie jene der Frauen, z. B. in Rumänien. Dort wohnt fast jeder zweite Mann (49 %), aber nicht einmal ein Viertel der Frauen (22 %) in einem gemeinsamen Haushalt mit den Eltern.

Neben dem Geschlechteraspekt ist in Österreich außerdem der Ausbildungsstatus entscheidend: Personen, die sich noch in Ausbildung befinden (Schüler/-innen, Studierende oder Auszubildende), wohnen über alle Altersgruppen hinweg deutlich häufiger noch bei den Eltern.

Wann wird man aber zum so genannten „Nesthocker“? In anderen Worten: Ab welchem Lebensalter wird eine räumliche Trennung von den Eltern unwahrscheinlicher? Der Fragebogen des GGS hat dazu erhoben, wie die bei den Eltern lebenden 18- bis 45-Jährigen über das Thema Auszug denken. Sie wurden gefragt, ob eine räumliche Trennung geplant ist: „Haben Sie vor, innerhalb der nächsten drei Jahre getrennt von Ihren Eltern zu leben?“ Die Befragten konnten sich entlang einer vierpoligen Skala („ganz sicher ja“ bis „ganz sicher nicht“) entscheiden. Dabei konnte festgestellt werden, dass der Plan eines Auszugs im Alter von 18 bis 29 Jahren zunimmt und danach wieder abfällt. Wer also einmal über 29 Jahre alt ist, denkt – grob gesagt – weniger an Auszug als Jüngere. Bei einem spezifischen Blick darauf, wer „ganz sicher nicht“ auszieht, liegen die 30- bis 34-jährigen

Männer vorn (mit 39 %). Diese Gruppe hat sich anscheinend am ehesten damit arrangiert, auch in Zukunft im Elternhaus zu verbleiben. Andersherum ist ein Auszug am konkretesten für 25- bis 29-jährige Frauen. Von ihnen plant jede Zweite (50 %), „ganz sicher“ aus-zuziehen. Auch hier ist wiederum ein Geschlechteraspekt erkennbar, der sich über alle Altersgruppen hinweg zieht: Töchter sind generell „auszugswilliger“ als Söhne.

Und was würde man sich von einem Auszug erwarten? Die Befragten sollten einschätzen, wie sich der Wegzug aus dem Elternhaus auf andere Lebensbereiche (z. B. finanzielle Situation, Sexualleben etc.) auswirken könnte. Dabei zeigt sich, dass die Mehrheit recht neutral antwortet und kaum Veränderungen antizipiert – mit einer Ausnahme: im finanziellen Bereich. Hier nämlich haben die Befragten eine eindeutige – in diesem Fall negative – Meinung: Sie vermuten, dass sich ihre finanzielle Situation „schlechter“ (54 %) oder sogar „viel schlechter“ (5 %) gestalten wird. Leichte positive Zugewinne erwarten sie in ihrer Autonomie, ihrem Sexualleben und ihrer Lebensfreude. Jedoch können diese eher emotionalen Vorteile die finanzielle Verschlechterung wohl nicht aufwiegen.

1.10 Kinderbetreuungsaufgaben innerhalb der Familie

Die Aufteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen ist ein zentrales Thema der Gender-Theorie. Trotz des Anstiegs der Frauenerwerbsquote in den vergangenen Jahrzehnten blieb die Aufteilung der unbezahlten Arbeiten im Haushalt und bei der Kinderbetreuung relativ unverändert und einseitig zu Lasten der Frauen und Mütter. Ungleichheiten bei der bezahlten und der unbezahlten Arbeit sind Thema zahlreicher soziologischer und ökonomischer Studien. Immer wieder wird auf die nur langsame Veränderung in der Aufteilung der häuslichen Arbeiten in einem sich schnell verändernden sozialen Kontext hingewiesen.

Im „Generations and Gender Survey“ wurde der Frage nachgegangen, wer bestimmte Aufgaben erledigt, die anfallen, wenn man mit Kindern zusammenlebt. Insgesamt sechs Bereiche wurden angesprochen:

- Kinder ankleiden und darauf achten, dass sie richtig angezogen sind.
- Die Kinder zu Bett bringen bzw. dafür zu sorgen, dass sie ins Bett gehen.
- Zu Hause bei den Kindern bleiben, wenn sie krank sind.
- Mit den Kindern spielen, die Freizeit mit ihnen verbringen.
- Den Kindern bei den Hausaufgaben helfen.
- Die Kinder zum Babysitter, zum Kindergarten, zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten bringen bzw. von dort abholen.

Wie werden bestimmte Kinderbetreuungsaufgaben aufgeteilt, wie zufrieden sind Mütter und Väter mit der Aufteilung dieser Aufgaben im eigenen Haushalt? In einem ersten Schritt werden alle Männer und Frauen betrachtet, die in einer Partnerschaft leben und ein Kind unter 14 Jahren haben, das im gemeinsamen Haushalt wohnt. Damit werden nicht nur leibliche Kinder, sondern auch Stief- und Adoptivkinder berücksichtigt. In einem zweiten Schritt werden Mütter mit einem Kind analysiert. Dabei werden auch Zusammenhänge zwischen der Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten und der Zufriedenheit mit dieser einerseits sowie dem Wunsch nach einem zweiten Kind andererseits aufgezeigt.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Der „Generations and Gender Survey“ enthält Daten zu insgesamt 608 Vätern und 1057 Müttern, die mit einem Partner/einer Partnerin und zumindest einem Kind unter 14 Jahren im gemeinsamen Haushalt leben. Manche Aufgaben werden zumeist von den Müttern übernommen, wie die Betreuung im Krankheitsfall oder das Ankleiden der Kinder. Spiel- und Freizeitaktivitäten übernehmen die Partner überwiegend zu gleichen Teilen. Bei anderen Aufgaben sind zwar zumeist die Mütter zuständig, aber in relativ vielen Haushalten teilen sich beide Partner diese Aufgabe; dazu zählen das Zubettbringen der Kinder, die Hilfe bei Hausaufgaben oder der Transport der Kinder zu Kindergarten, Schule und Freizeitaktivitäten (Abbildung 16 und Abbildung 17).

Abbildung 16: Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten (Mütter)

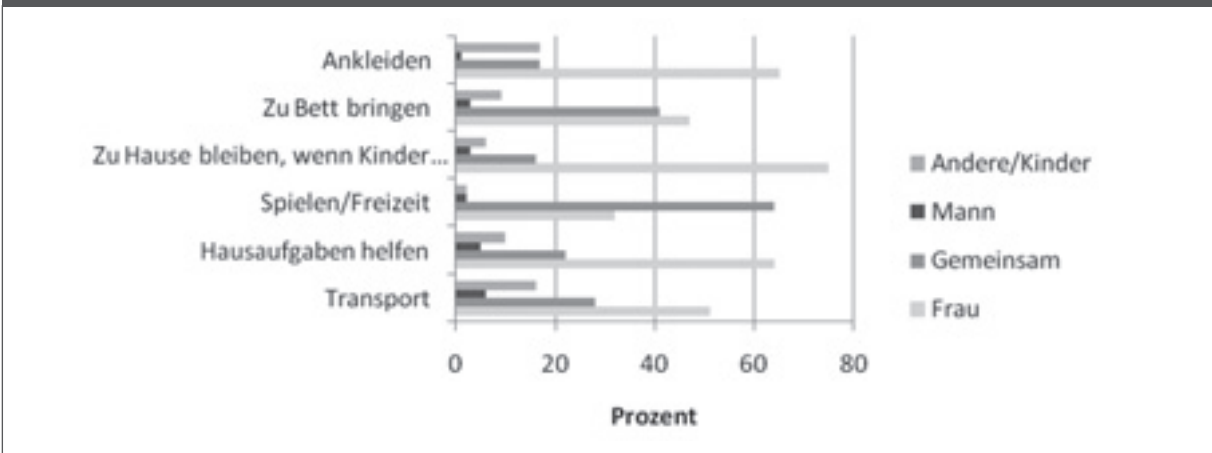
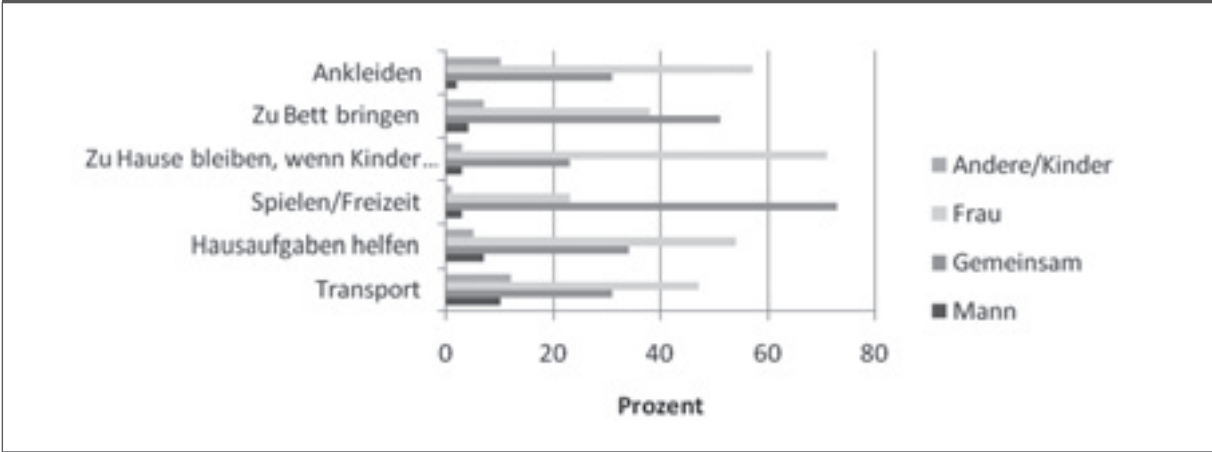


Abbildung 17: Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten (Väter)



Mütter und Väter sehen die Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten prinzipiell ähnlich. Frauen geben aber öfter an, für Aufgaben allein zuständig zu sein, während Männer eher meinen, dass beide Partner gleich oft bestimmte Kinderbetreuungsarbeiten übernehmen. Besonders auffallend sind die Unterschiede beim Ankleiden der Kinder, beim Helfen bei Hausaufgaben und beim Zubettbringen der Kinder, wo Männer deutlich öfter eine gemeinsame Arbeitsteilung sehen als Frauen. Es ist jedoch zu beachten, dass es sich bei den befragten Männern und Frauen immer um andere Haushalte handelt, sodass der direkte Vergleich nur bedingt möglich ist.

Trotz dieser ungleichen Aufteilung der Kinderbetreuungsaufgaben zwischen den Partnern sind 49 % der Mütter mit der Aufteilung höchst zufrieden, sie bewerteten sie mit zehn von insgesamt zehn Punkten, weitere 16 % beurteilen die Zufriedenheit mit neun Punkten. In Summe sind somit 65 % der Mütter mit der Aufteilung der Arbeiten, die beim Zusammenleben mit Kindern anfallen, sehr zufrieden. Bei den Vätern ist die Zufriedenheit noch größer: 59 % beurteilen diese mit zehn von zehn Punkten, 17 mit neun von zehn Punkten, sodass drei Viertel der Väter mit der Aufteilung dieser Arbeiten sehr zufrieden sind.

Nach der Analyse aller Mütter und Väter, die mit Partner bzw. Partnerin und einem Kind unter 14 Jahren zusammenleben, fokussieren wir auf Mütter mit nur einem jüngeren Kind im Haushalt.² Neben der Aufteilung oben genannter Kinderbetreuungsaufgaben und der Zufriedenheit damit werden Zusammenhänge mit dem Wunsch nach einem zweiten Kind untersucht. Die Aufteilung der Arbeit mit den Kindern wird von Müttern mit einem Kind ähnlich gesehen wie von allen Müttern mit einem oder mehreren Kindern. Obwohl neben der alleinigen Zuständigkeit der Mütter viele Aufgaben wieder ungefähr gleich oft von beiden Partnern übernommen werden, fällt auf, dass in nur wenigen Haushalten der Partner allein eine oder mehrere Aufgaben übernimmt (11 %).

Auch Mütter mit einem Kind sind trotz der ungleichen Aufteilung der Kinderbetreuungsaufgaben zwischen den Partnern mit dem Status quo zufrieden. In Summe sind sieben von zehn Müttern damit sehr zufrieden. Hausfrauen sowie Frauen in Mutterschutz oder Karenz sind tendenziell zufriedener mit der Aufteilung der angegebenen Kinderbetreuungspflichten als erwerbstätige Mütter. Zwischen teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Müttern ergeben sich aber keine Unterschiede in der Zufriedenheit. Schließlich zeigen sich Bildungsunterschiede: Frauen mit Pflichtschulabschluss oder nicht abgeschlossener Pflichtschule sind mit der Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten weniger zufrieden als höher gebildete Frauen.

Besteht ein Zusammenhang zwischen der Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten und dem weiteren Kinderwunsch? Besteht ein Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit mit dieser Arbeitsaufteilung und dem Kinderwunsch der Mütter? Erste Ergebnisse zeigen, dass beide Fragen mit „ja“ zu beantworten sind. In der kleinen Gruppe der Haushalte, wo Männer eine Kinderbetreuungsaufgabe überwiegend allein erledigen (11 %), wünschen sich die Frauen öfter ein zweites Kind als in Haushalten, in denen der Partner für keine der Aufgaben allein zuständig ist. Wird zumindest eine der genannten Aufgaben von beiden ungefähr gleich oft erledigt, so besteht eher der Wunsch nach einem zweiten Kind als in Haushalten, wo keine der Arbeiten gemeinsam ausgeführt wird (zu dieser Gruppe gehören 33 % der Frauen). Schließlich möchten Frauen, die mit der Aufteilung der Kinderbetreuungsaufgaben sehr zufrieden sind, öfter ein zweites Kind als weniger zufriedene Frauen.

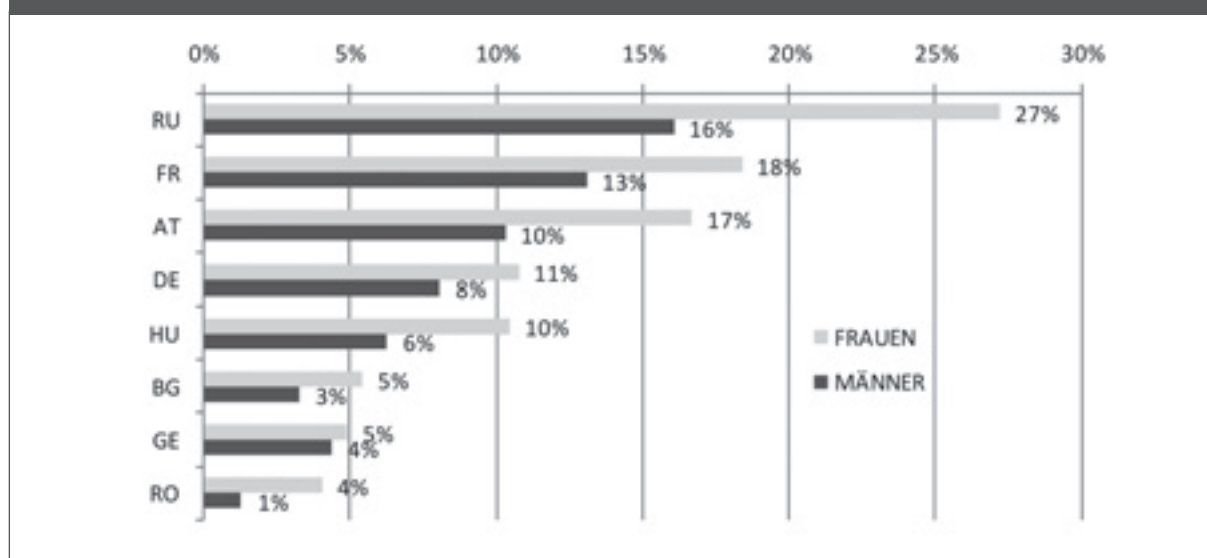
Ähnliche Resultate und Zusammenhänge ergaben sich mit dem österreichischen Familiensurvey, der in den Jahren 1995/96 durchgeführt wurde (Buber 2003). Sie zeigen die Bedeutung der Mithilfe des Partners bei der Kinderbetreuung und einer egalitären Arbeitsaufteilung für die zukünftige Familienplanung der Frauen.

² Insgesamt 310 Frauen.

1.11 Zufriedenheit in der Partnerschaft und Partnerschaftsstabilität

Partnerschaften sind immer wieder dem Risiko einer Trennung ausgesetzt. Hierfür sind mannigfaltige Gründe ausschlaggebend, erstaunlich ist jedoch, dass stets mehrheitlich Frauen die bestehende Partnerschaft infrage stellen: Auswertungen der aktuellen GGS-Umfragen aus acht höchst unterschiedlichen Ländern lassen erkennen, dass bei der Frage zur prospektiven Partnerschaftsstabilität in allen Ländern ein erkennbar höherer Anteil an Frauen in den letzten zwölf Monaten darüber nachgedacht hat, die gegenwärtige Beziehung zu beenden (Abbildung 18).

Abbildung 18: Anteil der Personen, die innerhalb der letzten zwölf Monate über eine Beendigung ihrer Partnerschaft nachgedacht haben



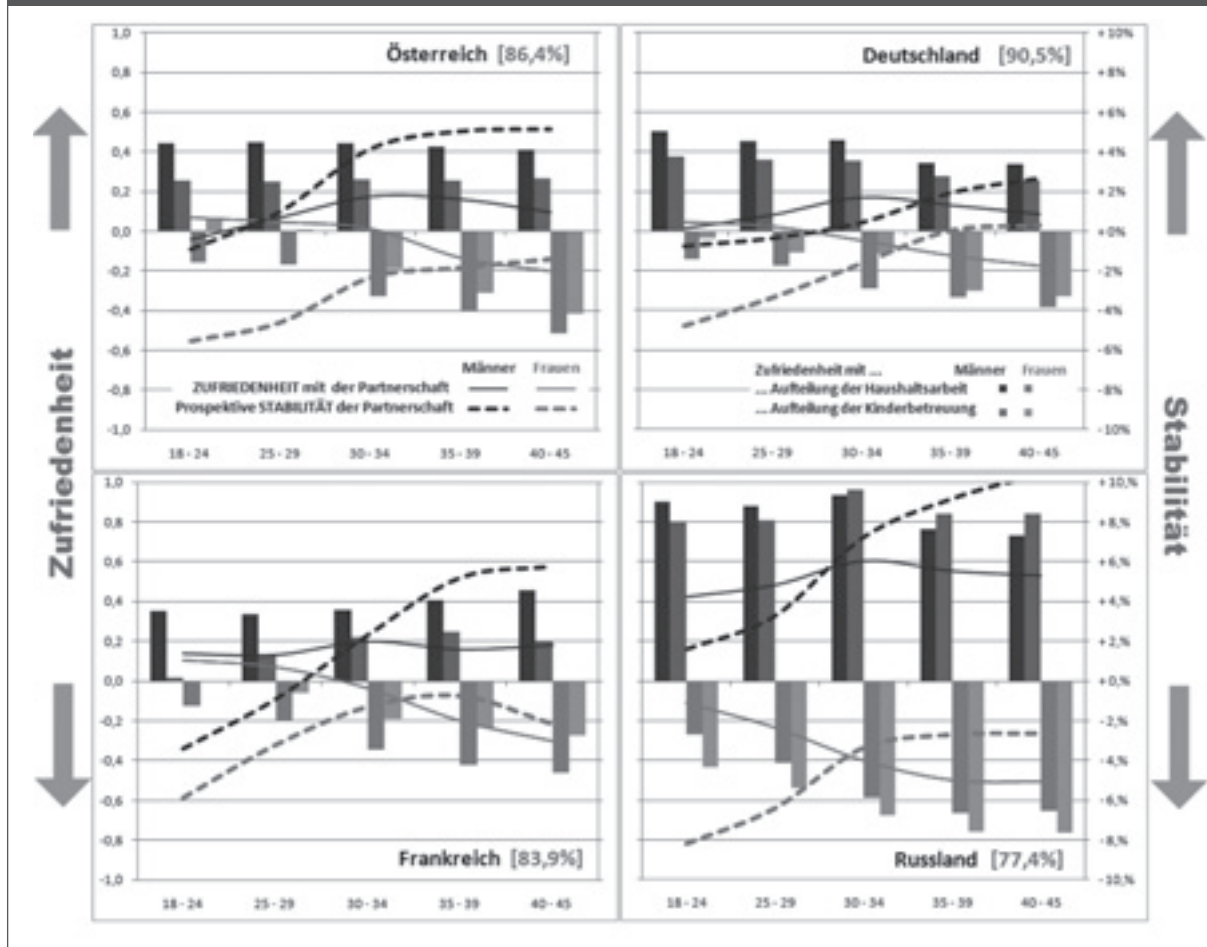
Zur eingehenderen Betrachtung werden die vier Länder mit der geringsten prospektiven Partnerschaftsstabilität (Russland, Frankreich, Österreich, Deutschland) weiter analysiert. In Österreich dachten 13,6 % der in Partnerschaft Lebenden innerhalb der letzten zwölf Monate über eine Beendigung der Partnerschaften nach, in Deutschland 9,5 %, in Frankreich 16,1 % und in Russland sogar 23,6 % (Abbildung 19). Zur Veranschaulichung werden für alle verwendeten Indikatoren die Abweichungen vom jeweiligen nationalen Mittelwert angezeigt. So können die alterskohorten- wie geschlechtsspezifischen Differenzen am klarsten erkannt werden.

Beobachtet man den geglätteten Verlauf der prospektiven Partnerschaftsstabilität über die Altersgruppen (Abbildung 19, strichlierte blaue und rote Linien), so ist erkennbar, dass die prospektive Partnerschaftsstabilität in allen vier Ländern für beide Geschlechter stetig zunimmt – lediglich in Frankreich stellen Frauen über 40 ihre Partnerschaft wieder etwas häufiger in Frage. Dies deutet darauf hin, dass das steigende Alter an sich bereits als „Partnerschaftsstabilisator“ fungiert. Während in jungen Jahren die Unsicherheit über den

Fortbestand der rezenten Partnerschaft noch weit ausgeprägter ist, werden die Partnerschaften mit dem Alter der Personen bzw. der durchschnittlichen Länge der bestehenden Partnerschaft stabiler.

Abgesehen vom Alter wird die prospektive Partnerschafts stabilität auch von der gegenwärtigen Zufriedenheit mit der Partnerschaft bestimmt (siehe blaue und rote durchgängige Linien). Diese nimmt bei Frauen mit zunehmendem Alter graduell ab. Die Zufriedenheit mit der Partnerschaft ist höchst komponentenreich und heterogen zusammengesetzt. Zwei dieser Komponenten, die Zufriedenheit mit der Aufteilung der Hausarbeit sowie die Zufriedenheit mit der Aufteilung der Kinderbetreuung (sofern Kinder unter 14 Jahren im Haushalt leben), können direkt verglichen werden. Bereits im grafischen Vergleich wird der ausgeprägte Einfluss dieser beiden Komponenten auf die generelle Zufriedenheit in der Partnerschaft deutlich: Während Männer über alle Altersgruppen hinweg relativ konstante Zufriedenheitswerte hinsichtlich der Aufteilung der Haushaltsagenden und der Kinderbetreuung (dunkel- bzw. hellblaue Balken) und auch nur geringe Schwankungen bei der generellen Zufriedenheit mit der Partnerschaft aufweisen, ist bei Frauen naheliegend, dass ihr negativer genereller Partnerschaftszufriedenheitsverlauf über die Alterskohorten weitgehend von der zunehmend unterdurchschnittlichen Zufriedenheit mit der Aufteilung der Haushalts- und Kinderbetreuungstätigkeiten geprägt ist (rote bzw. orange Balken).

Abbildung 19: Gegenwärtige Zufriedenheit und prospektive Partnerschafts stabilität



FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

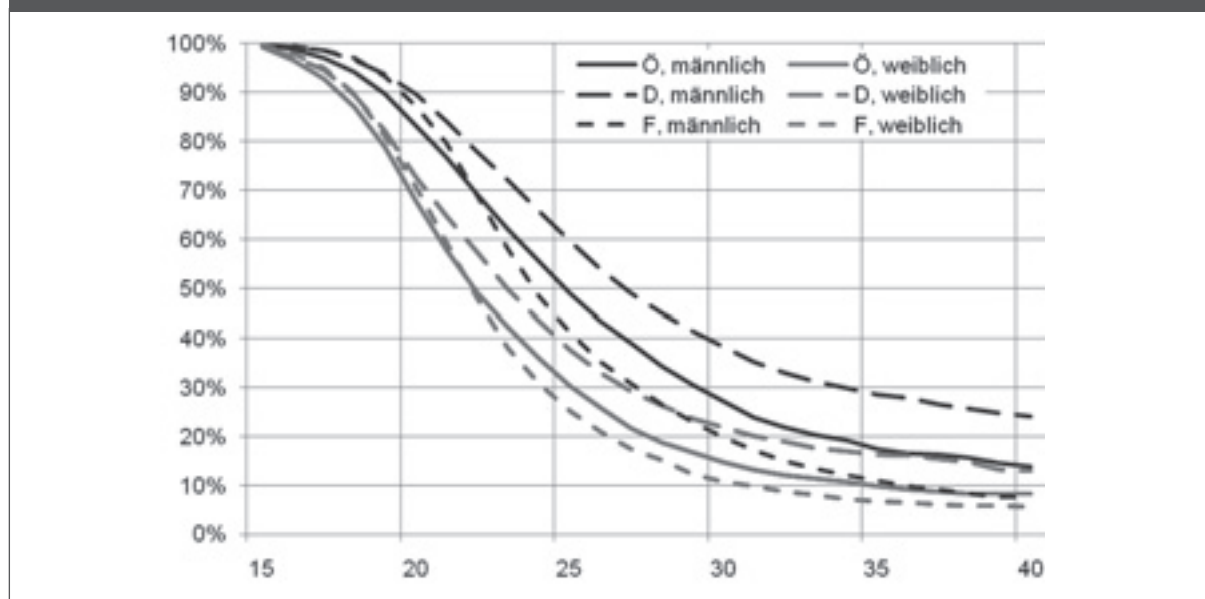
Es ist erkennbar, dass die Geschlechterunterschiede der prospektiven Partnerschafts-stabilität über die Alterskohorten hinweg bestehen, wobei sowohl in Frankreich als auch in Russland eine deutliche Ausweitung erkennbar ist. Diese Geschlechterunterschiede sind nicht durchgehend anhand der Zufriedenheit mit der Partnerschaft zu erklären, da insbesondere junge Frauen bei vergleichbarer Partnerschaftszufriedenheit skeptischer hinsichtlich der Fortführung der Partnerschaft sind als ihre männlichen Alterskollegen.

1.12 Erste Partnerschaften

Im Rahmen des „Generations and Gender Survey“ wurde die Partnerschaftsbiografie, d. h. Beginn, Dauer und Partnerinformationen, der ehemaligen und der aktuellen Partnerschaft(en) erhoben. Im Folgenden werden die Dauer und das Alter zu Beginn der ersten Partnerschaft, in der die Partner in einem gemeinsamen Haushalt zusammenlebten, analysiert.

Das Alter, in dem in Österreich die erste Partnerschaft eingegangen wird, ist in Abbildung 20 getrennt nach Geschlecht und im Vergleich mit Deutschland und Frankreich dargestellt. Die Grafik zeigt sogenannte Überlebenskurven – diese beschreiben die Wahrscheinlichkeit einer Gruppe (z. B. Frauen in Österreich), bis zu einem gewissen Alter (siehe horizontale Achse) keine Partnerschaft eingegangen zu sein.

Abbildung 20: Anteil derer, die bis zum Alter von ... noch keine Partnerschaft in einem gemeinsamen Haushalt hatten



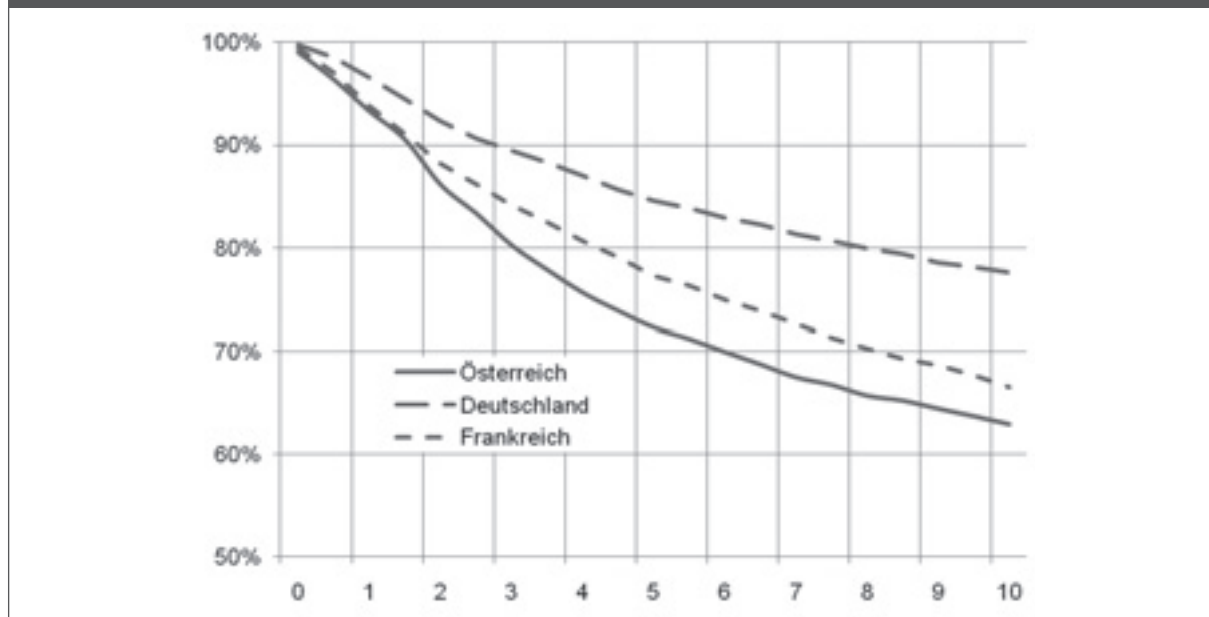
Die Kurven in Abbildung 20 zeigen einerseits eine deutliche Geschlechterdifferenz: In allen Altersgruppen liegt der Anteil der Männer, die bereits eine Partnerschaft mit gemeinsamem Haushalt eingegangen sind, unter jenem der Frauen. Dies ist aus der Tatsache ersichtlich, dass die Linien der Männer über jenen der Frauen liegen. Frauen leben also bedeutend früher mit einem Partner zusammen. Im Alter von 20 Jahren wohnen in Österreich beispielsweise bereits 30 % der Frauen, aber nur 15 % der Männer mit ihrem jeweiligen Partner in einem gemeinsamen Haushalt. Mit 25 sind es bereits 70 % der Frauen, aber nur 50 % der Männer.

Andererseits ist der Geschlechterunterschied aber nicht für alle Länder und Altersgruppen stabil. Für Frankreich nähern sich die Kurven für Frauen und Männer ab einem Alter von 35 Jahren an. Während in Österreich und Deutschland die Wahrscheinlichkeit, bis zu einem Alter von 40 Jahren noch nie mit einem Partner zusammengelebt zu haben, bei Männern um 70 % höher ist als bei Frauen (13,8 % vs. 7,6 % für Österreich und 24,1 % vs. 13,9 % für Deutschland), beträgt der Unterschied in Frankreich nur gut 30 % (7,6 % vs. 5,7 %).

Generell zeigt sich, dass in Deutschland die erste Partnerschaft mit gemeinsamem Haushalt für alle Altersgruppen später stattfindet und selbst im Alter von 40 Jahren noch 19 % der Befragten niemals mit einem Partner zusammengelebt haben. Dieser Wert ist fast doppelt so hoch wie in Österreich (11 %) und dreimal so hoch wie in Frankreich (7 %). In Österreich und Frankreich haben vor dem 23. Lebensjahr jeweils 37 % der Personen in einer Partnerschaft zusammengewohnt. In Frankreich ist bei den 25- bis 35-Jährigen der Anteil jener, die noch nie in Partnerschaft zusammenlebten, um 5 Prozentpunkte geringer als in Österreich.

In Abbildung 21 wird die Dauer der ersten Partnerschaft mit gemeinsamem Haushalt jeweils für die Länder Österreich, Deutschland und Frankreich analysiert. Die dargestellten Linien beschreiben die Wahrscheinlichkeit, dass die Befragten in einem bestimmten Land über eine gewisse Dauer (siehe horizontale Achse) in der ersten Partnerschaft zusammenleben.

Abbildung 21: Dauer der ersten Partnerschaft in Jahren



FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Bezüglich der Dauer der ersten Partnerschaft zeigt sich ein sehr deutlicher Unterschied zwischen Deutschland einerseits sowie Österreich und Frankreich andererseits. Während in Deutschland nach zehn Jahren noch 78 % der ersten Partnerschaften aufrecht sind, wurden in Frankreich bereits 33 % und in Österreich 37 % der Partnerschaften aufgelöst. Österreicher und Franzosen verhalten sich bis zu einer Dauer von zwei Jahren sehr ähnlich, ab einer Dauer von drei Jahren ist die Wahrscheinlichkeit für eine Trennung in Österreich aber deutlich höher.

Zusammenfassend zeigen die Analysen des Alters beim Eingehen der ersten Partnerschaft und der Dauer der Beziehung länder- und geschlechtsspezifische Unterschiede. Deutschland unterscheidet sich sowohl durch eine altersmäßige Verzögerung des Zeitpunktes als auch eine höhere Stabilität der ersten Partnerschaft deutlich von den anderen genannten Ländern.

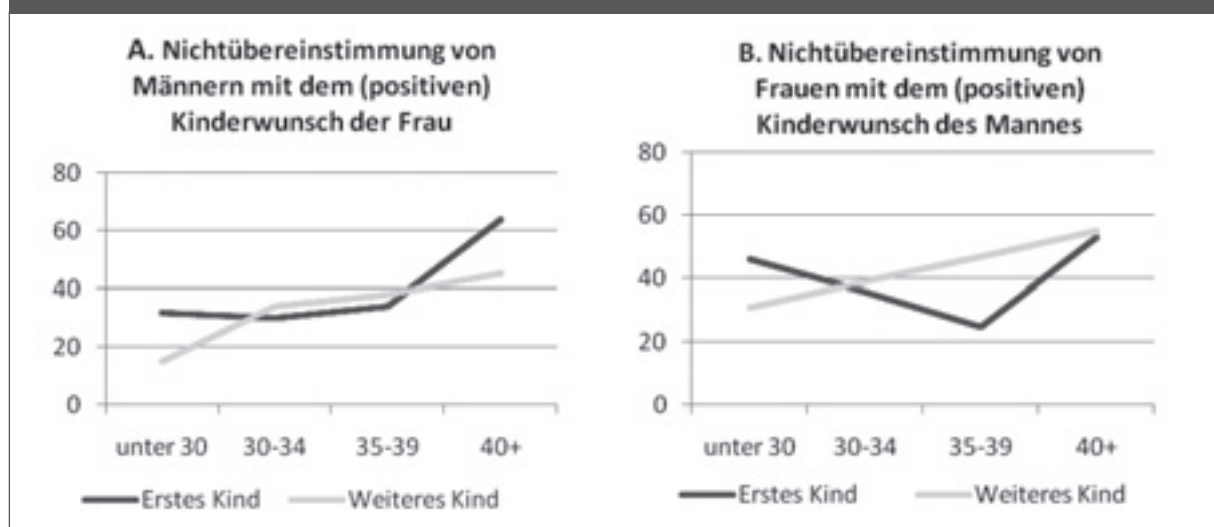
1.13 Unterschiedliche Partnereinstellungen zum Kinderwunsch

In diesem Beitrag werden die unterschiedlichen Einstellungen von Paaren in Bezug auf die Planung ihres ersten Kindes bzw. weiterer Kinder untersucht. Sowohl die Bildung als auch die Vorhersagekraft eines Kinderwunsches sind in hohem Maße von den beiden Partnern abhängig (Thomson et al. 1990, Rosina und Testa 2009).

Etwa 74 % der Befragten im österreichischen GGS-Sample leben in einer Partnerschaft, entweder ehelich (53 %), nichtehelich (21 %) oder auch in getrennten Wohnungen (26 %).

Die Interviewten wurden gebeten, nicht nur ihre eigenen Absichten in Bezug auf Kinder anzugeben („Möchten Sie selbst jetzt ein (weiteres) Kind?“), sondern auch die der Partnerin/ des Partners („Möchte Ihre Partnerin/Ihr Partner jetzt ein Kind?“), falls sie in einer Partnerschaft lebten.

Abbildung 22: Nichtübereinstimmung zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Absicht, ein (weiteres) Kind zu bekommen, nach Alter und Kinderzahl der Befragten (in Prozent)



Untersucht wird das Maß der männlichen und weiblichen Unstimmigkeit hinsichtlich eines positiven Kinderwunsches, und zwar separat nach Befragten mit Kindern und solchen ohne Kinder. Wenn Männer mit dem Kinderwunsch ihrer Partnerin nicht übereinstimmen, so steigt diese Divergenz (Abbildung 22) mit dem Alter der Partnerin und erreicht einen Gipfelpunkt, wenn sie mit 40+ Jahren das höchste fertile Alter erreicht hat. In ähnlicher Weise steigt auch bei Frauen die Nichtübereinstimmung mit dem Wunsch ihres Partners nach einem weiteren Kind parallel zu dessen Alter. Allerdings nimmt eine solche Divergenz mit dem Alter sogar ab, wenn es um den Wunsch nach einem ersten Kind geht. Dieses Ergebnis dürfte auf der Tatsache beruhen, dass die weibliche Fruchtbarkeit weitgehend durch die „biologische Uhr“ begrenzt ist und kinderlose Frauen, die gern eine Familie mit Kindern hätten, im Lauf der Zeit den Druck verspüren, schwanger werden zu müssen, ehe es eventuell zu spät ist. Infolgedessen tendieren sie mit zunehmendem Alter dazu, ihrem Partner beizupflichten, sobald dieser Absichten zur Familiengründung zeigt. Der starke Anstieg der Nichtübereinstimmung von Frauen mit Männern der höchsten Altersgruppe 40+ könnte einerseits durch Selektionseffekte und andererseits durch das relativ kleine Sample von kinderlosen Befragten und ihren Partnern in diesem Alter begründet sein. Es könnte jedoch auch sein, dass Frauen in diesem fortgeschrittenen Alter nicht mehr bereit sind, Mutter zu werden, selbst wenn ihr Partner sich das wünscht.

Die Literatur hat gezeigt, dass das Verhalten von Paaren mit unterschiedlichem Kinderwunsch mehr jenem von Paaren mit gleichem Wunsch nach keinem (weiteren) Kind ähnelt als jenem von Paaren mit übereinstimmendem Wunsch nach (mehr) Kindern (Miller und Pasta 1996). Dies wird auch von den vorliegenden Daten unterstützt, welche einen unterschiedlich hohen Anteil bei der Verwendung von Verhütungsmethoden bei Paaren mit übereinstimmendem bzw. solchen mit gegensätzlichem Kinderwunsch zeigen. Der Anteil jener, die Verhütungsmittel benutzen, beträgt 30 % bei Paaren mit positivem Kinderwunsch beider Partner und 65 % in jenen Partnerschaften, in denen einer der beiden Partner keinen Kinderwunsch hegt. Als eine Konsequenz können wir erwarten, dass vor allem im Alter von 40 Jahren und darüber der Kinderwunsch aufgrund von zunehmender Nichtübereinstimmung in diesem späten Reproduktionsalter nur selten umgesetzt wird.

Ob tatsächlich eine positive Korrelation zwischen Nichtübereinstimmung von Paaren beim Kinderwunsch und dem Alter besteht oder ob sie durch andere relevante Variablen wie den Partnerschaftsstatus vermittelt wird, könnte in einer künftigen tiefergehenden, multivariaten Analyse untersucht werden.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

1.14 LAT-Partnerschaften

Im Rahmen der regelmäßig durchgeführten, österreichweiten Bevölkerungserhebungen werden Haushalte befragt und das Verhältnis der Haushaltsmitglieder untereinander wird erhoben. Im Gegensatz dazu steht beim „Generations and Gender Survey“ der einzelne Respondent bzw. die Respondentin im Mittelpunkt. Erhoben wurden detaillierte Informationen zu Partner bzw. Partnerin, zu Kindern und Eltern innerhalb und außerhalb des Haushalts. Dieses Befragungsdesign eröffnet die Möglichkeit, die Anzahl der Personen in sogenannten LAT-Partnerschaften³ und die Gründe für ein getrenntes Leben in Partnerschaft zu untersuchen.

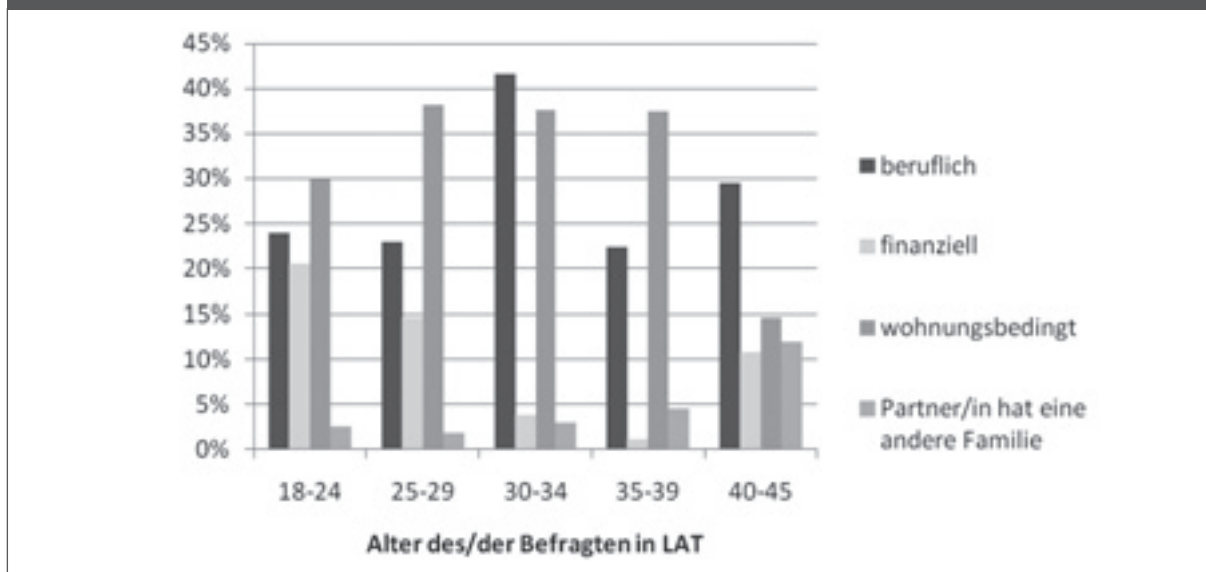
Status	18-24	25-29	30-34	35-39	40-45	Gesamt
noch nie in Partnerschaft	42,2%	19,2%	10,7%	6,9%	5,1%	16,8%
momentan keine Partnerschaft	5,1%	8,1%	11,5%	12,3%	10,6%	9,4%
Partnerschaft (zusammenlebend)	15,6%	46,8%	65,4%	70,2%	72,9%	54,4%
Partnerschaft (LAT)	37,2%	25,9%	12,4%	10,6%	11,4%	19,4%

Von den insgesamt 5 000 in Österreich befragten Männern und Frauen lebten 19 % der 18- bis 45-Jährigen in LAT-Partnerschaften. Der Anteil ist bei den 18- bis 24-Jährigen mit 37 % am höchsten und stabilisiert sich bei 11–12 % bei den 30- bis 45-Jährigen (Tabelle 7). In einem gemeinsamen Haushalt mit ihrem Partner/ihrer Partnerin (verheiratet oder unverheiratet) lebten 54 % der befragten Männer und Frauen, 9 % waren partnerlos, und 17 % hatten noch nie eine Partnerschaft.

Von den 37 % der Befragten in LAT-Partnerschaften gaben 60 % an, aufgrund äußerer Umstände getrennt zu leben, bei den verbleibenden 40 % entspricht es dem eigenen Wunsch bzw. dem Wunsch des Partners oder der Partnerin. Die Gründe dieser Gruppe, in einer LAT-Partnerschaft leben zu wollen, verändern sich mit dem Alter. Das Argument, die eigene Unabhängigkeit zu bewahren, wird kontinuierlich wichtiger (21 % der 18- bis 24-Jährigen vs. 64 % der 40- bis 45-Jährigen), während der Anteil der Personen, die noch nicht bereit sind, mit dem Partner zusammenzuziehen, sinkt (61 % bei den 18- bis 24-Jährigen und 14 % bei den 40- bis 45-Jährigen). Finanzielle Gründe spielen in allen Alterskategorien eine untergeordnete Rolle.

Die insgesamt 60 % der Personen, die aufgrund äußerer Umstände in dieser Form der Partnerschaft leben, wurden nach dem Hauptgrund gefragt; von besonderem Interesse waren Beruf, Finanzielles, Wohnsituation und die Familiensituation des Partners bzw. der Partnerin (Abbildung 23). Für etwa ein Viertel der Befragten sind die Arbeitsumstände entscheidend, wobei bei den 30- bis 34-Jährigen der Anteil auf 40 % steigt. Die Wohnsituation ist generell der häufigste Grund für ein getrenntes Zusammenleben, außer bei den über 40-Jährigen. In dieser Gruppe gewinnt die Familiensituation des Partners an Bedeutung. Finanzielle Gründe spielen für die unter 30-Jährigen und die über 40-Jährigen eine Rolle.

³ Living Apart Together

Abbildung 23: Wichtigster äußerer Umstand für eine LAT-Partnerschaft

Neben dem Hauptgrund für das Leben in getrennten Haushalten wurden die Entfernung der Wohnorte, die Häufigkeit des Zusammentreffens und die Pläne für ein zukünftiges Zusammenleben untersucht.

Die zeitliche Distanz der Wohnorte der Partner beträgt bei 69 % der LAT-Partnerschaften maximal 30 Minuten, bei 32 % sogar weniger als zehn Minuten. Nur 16 % der Befragten benötigen mehr als eine Stunde, um zum Partner zu gelangen. Es zeigt sich somit, dass der Großteil der LAT-Paare in unmittelbarer Nähe zueinander wohnt oder nur relativ kurze Fahrzeiten zu bewältigen hat; nur 16 % müssen eine längere Anfahrt zum Wohnort des Partners in Kauf nehmen.

Mehr als 42 % der LAT-Partner treffen sich fast täglich, der Prozentsatz schwankt zwischen knapp 50 % bei den unter 30-Jährigen und 30 % bei den über 30-Jährigen. 21 % der Befragten sehen sich wöchentlich und 8 % zweimal im Monat oder seltener.

Ein Großteil der Personen in LAT-Partnerschaften möchte in den nächsten drei Jahren zusammenziehen, jüngere eher als ältere. Der Anteil liegt bei den unter 40-Jährigen zwischen 70 und 85 %, bei den 40- bis 45-Jährigen beträgt er knapp 50 %. Größere Altersunterschiede werden sichtbar, wenn man die Angaben zum Vorhaben, zusammenzuziehen, in „sicher“ und „wahrscheinlich“ differenziert. Im Alter von 25 bis 34 Jahren haben 44 bis 51 % der Befragten „sicher“ vor, zusammenzuziehen, bei den unter 25-Jährigen und den ab 35-Jährigen sind es deutlich unter 30 %.

Geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich vor allem bei den unter 25- und ab 40-Jährigen. Bei den Jungen ist der Anteil der Frauen, die „sicher“ zusammenziehen wollen, höher als bei den Männern (35 % vs. 23 %), bei den Älteren deutlich geringer (7 % vs. 29 %).

Zusammenfassend kann auf Basis des „Generations and Gender Survey“ gezeigt werden, dass in Österreich jede/r Fünfte zwischen 18 und 45 Jahren in einer LAT-Partnerschaft lebt, drei von vier Befragten planen in den nächsten drei Jahren, zusammenzuziehen.

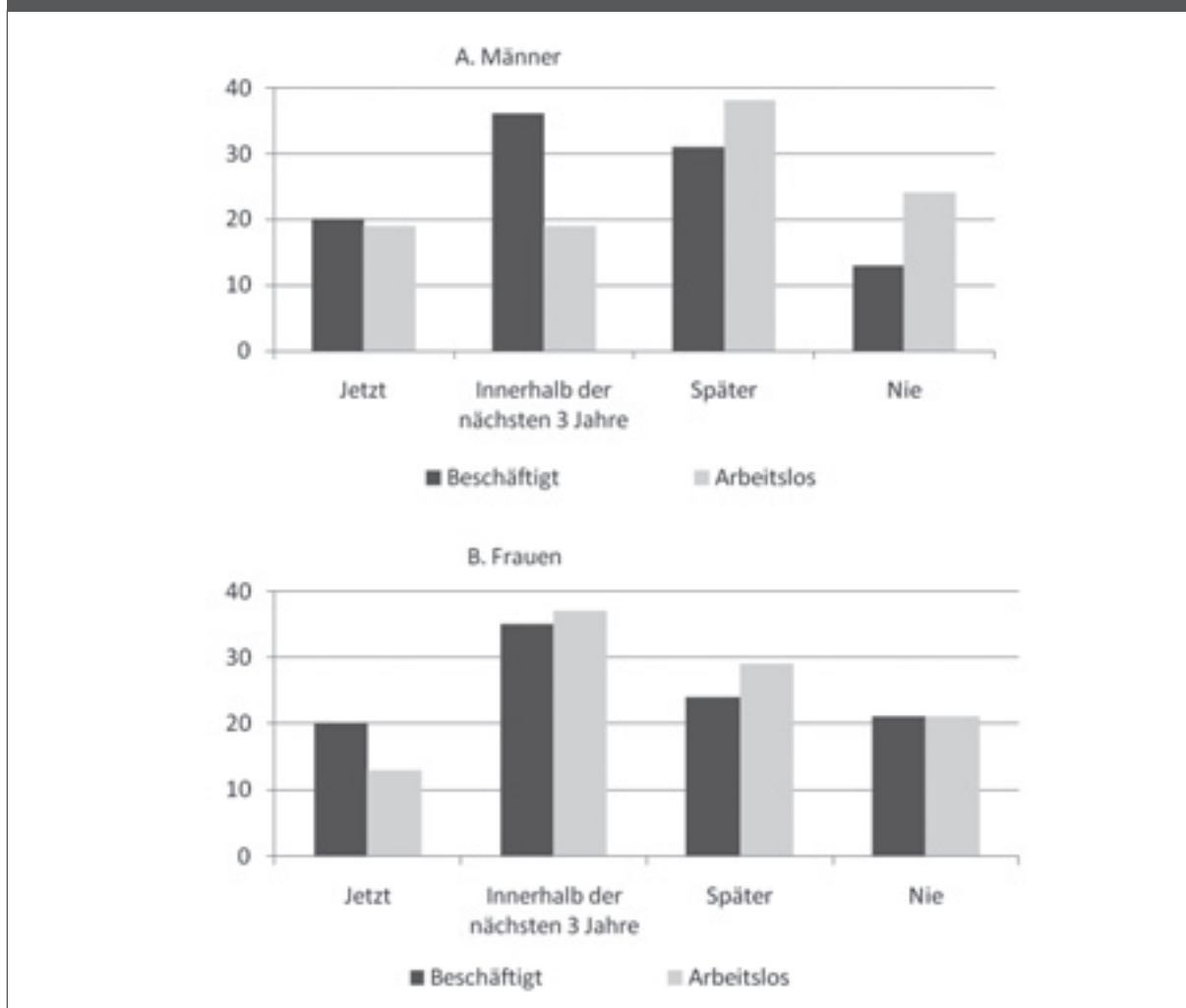
1.15 Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Kinderwunsch

Im Zentrum des vorliegenden Abschnitts steht der Zusammenhang zwischen dem Beschäftigungsstatus von Eltern und ihrem Kinderwunsch. Vorrangig geht es dabei um die Frage, ob bzw. inwieweit eine allfällige Arbeitslosigkeit der Eltern den Zeitpunkt ihres Kinderwunsches beeinflussen kann.

Um genauere Berechnungen zu ermöglichen, wurde eine Variable mit vier Kategorien gebildet. Diese gibt Auskunft darüber, ob und wann Kinder gewünscht sind – die Ausprägungen lauten: „jetzt“, „innerhalb von drei Jahren“, „später“ oder „nie“.

In früheren Studien hat sich gezeigt, dass die Familiengründung oft aufgrund von unsicheren Arbeitsverhältnissen verschoben wird (Ahn und Mira 2001). Studien in anderen Ländern Europas, die ebenfalls auf dem GGS-Datensatz basieren, haben beispielsweise ergeben, dass Arbeitslosigkeit negative Auswirkungen auf die Familienplanung kinderloser Frauen in Frankreich und Deutschland hat, nicht aber in Russland (Pailhé 2009).

Generell kann Arbeitslosigkeit sowohl negative als auch positive Effekte auf die Familienplanung ausüben. Der positive Aspekt wäre, dass Personen bei Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt dazu tendieren könnten, sich auf die Familiengründung zu konzentrieren. Darüber hinaus sind die Opportunitätskosten für Kinder (d. h. entgangene Einnahmen, z. B. Löhne und Gehälter) für Arbeitslose geringer. Ein negativer Effekt wäre, dass Arbeitslosigkeit sozioökonomische Unsicherheit bewirkt. Das heißt, dass diese Personen die zu erwartenden Kosten für die Kinder höher einschätzen, als sie tatsächlich sind.

Abbildung 24: Kinderwunsch nach Beschäftigungsstatus (in Prozent)

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass sich die große Mehrheit der Befragten in einem Angestelltenverhältnis befindet (89 % der Männer und 74 % der Frauen). Der Anteil arbeitsloser Männer und Frauen beträgt 3 %, wobei das Ausmaß der Arbeitslosigkeit bei den Frauen womöglich unterschätzt wird, da viele, die in der Vergangenheit beschäftigt waren, sich möglicherweise nicht als arbeitslos, sondern als Hausfrauen bezeichnen. Die übrigen Befragten (8 % der Männer und 23 % der Frauen) sind entweder in Ausbildung oder am Arbeitsmarkt nicht aktiv.

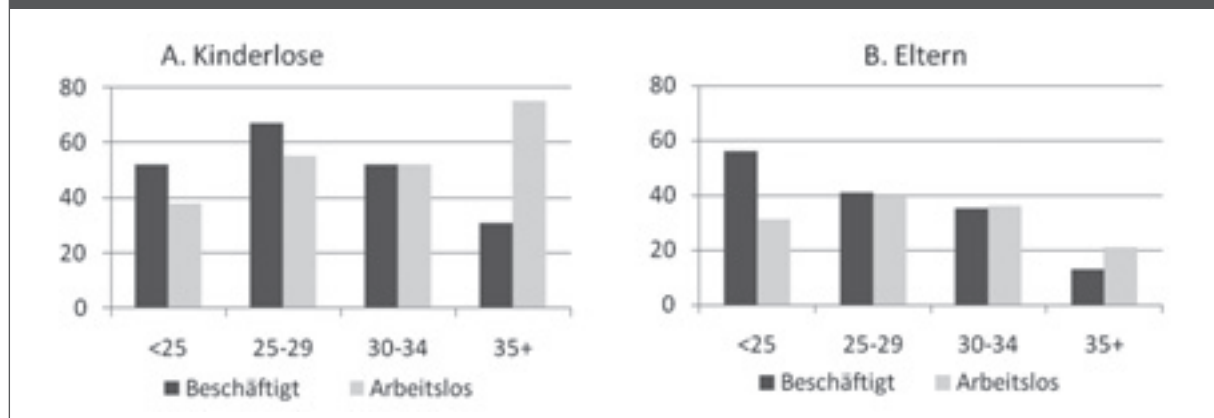
Abbildung 24 zeigt die Verteilung der kinderlosen Befragten nach ihrem Beschäftigungsstatus. Es wurden sämtliche Personen der Altersgruppe 18–44 betrachtet, die in einer Partnerschaft leben, ob ehelich, nichtehelich oder auch in getrennten Wohnungen. Diese Auswahl wurde getroffen, um möglichst realistische Antworten zu erhalten.

Unter arbeitslosen Männern im Vergleich zu den Beschäftigten nimmt der Wunsch ab, innerhalb der Zeitspanne „jetzt“ oder „in den nächsten drei Jahren“ ein (erstes) Kind zu bekommen, während die Absicht zunimmt, „später“ oder „nie“ Vater zu werden (Abbildung 24, Teil A). Ähnlich ist es bei arbeitslosen Frauen (Teil B): Bei ihnen sinkt der Kinderwunsch in der Kategorie „jetzt“ und wird eher in die fernere Zukunft verlegt. Keine Unterschiede gibt es hier in der Kategorie „nie“. Man erkennt einen Anstieg bei dem Wunsch nach einem

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

(ersten) Kind innerhalb der nächsten drei Jahre, doch dieser ist nur sehr gering. Der deutlichere Unterschied beim Kinderwunsch der Männer kann möglicherweise dahingehend interpretiert werden, dass das Modell des Mannes als Versorger der Familie in Österreich immer noch Bestand hat.

Abbildung 25: Anteil der Befragten, die innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind haben wollen, unterschieden nach Alter und Beschäftigungsstatus



Um zu ermitteln, wie sich das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und dem Wunsch nach einem ersten Kind mit dem Alter verändert, wurde eine dichotome Variable berechnet, die entweder gleich 1 ist, wenn die Befragten erklärten, ein Kind entweder „jetzt“ oder „in den nächsten drei Jahren“ zu planen, oder gleich 0 für einen Kinderwunsch entweder „später“ oder „nie“.

Schließlich wird der Anteil jener Kinderlosen nach Altersgruppen und Beschäftigungsstatus dargestellt, die sich innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind wünschen (Abbildung 25; Teil A). Ein negativer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und dem Wunsch, ein Kind innerhalb der nächsten drei Jahre zu bekommen, ist nur bei jüngeren kinderlosen Befragten (18–29 Jahre) zu beobachten. Dieser Effekt verschwindet bei den Altersgruppen ab 30 Jahren, wo Arbeitslosigkeit die Familiengründung zu begünstigen scheint. Allerdings müssen die geringen Fallzahlen von kinderlosen Arbeitslosen in diesem Alter bei der Interpretation berücksichtigt werden.

Unter den Befragten, die bereits Kinder haben, erkennt man keinen negativen Effekt von Arbeitslosigkeit auf den Wunsch, innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind zu bekommen (Abbildung 25, Teil B). Dennoch erkennt man an der Verteilung der Befragten aus der untersten Altersgruppe (18–24 Jahre), die bereits Kinder haben, sehr wohl einen derartigen Effekt.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass Arbeitslosigkeit die spätere Familiengründung durchaus verzögern kann. Diese ersten deskriptiven Ergebnisse erfordern jedoch eine genauere multivariate Analyse, um präzisere Aussagen zum Zusammenhang von Familienplanung und Beschäftigungsstatus geben zu können. Dabei könnte der Beschäftigungsstatus der Befragten im Zusammenhang mit dem ihrer Partner genauer analysiert werden, wobei auch klassische demografische und sozioökonomische Hintergrundfaktoren einbezogen werden sollten.

1.16 Das Auskommen mit dem Einkommen – Auswirkungen auf den Kinderwunsch?

Die ökonomische Situation von Familien in Österreich wird in regelmäßigen Abständen thematisiert. Meist wird dafür das sogenannte äquivalisierte Haushaltseinkommen herangezogen. Darunter versteht man die Division des verfügbaren Haushaltseinkommens durch die Summe des Fixbedarfs des Haushalts und die gewichtete Anzahl der Haushaltsmitglieder (Fixbedarf = 0,5; jeder Erwachsene = 0,5; jedes Kind unter 14 Jahren = 0,3). Nur selten wird der Frage nachgegangen, wie Familien ihre Einkommenssituation tatsächlich subjektiv empfinden. Ein geringeres verfügbares Haushaltseinkommen muss per se nicht zu einem schlechteren subjektiven Empfinden der eigenen finanziellen Situation führen, wenn die Erwartungen des eigenen Lebensstandards dementsprechend reduziert sind. Der GGS erlaubt nicht nur dieser Frage nachzugehen, sondern ermöglicht darüber hinaus, die daraus resultierende Auswirkung auf den Kinderwunsch zu untersuchen.

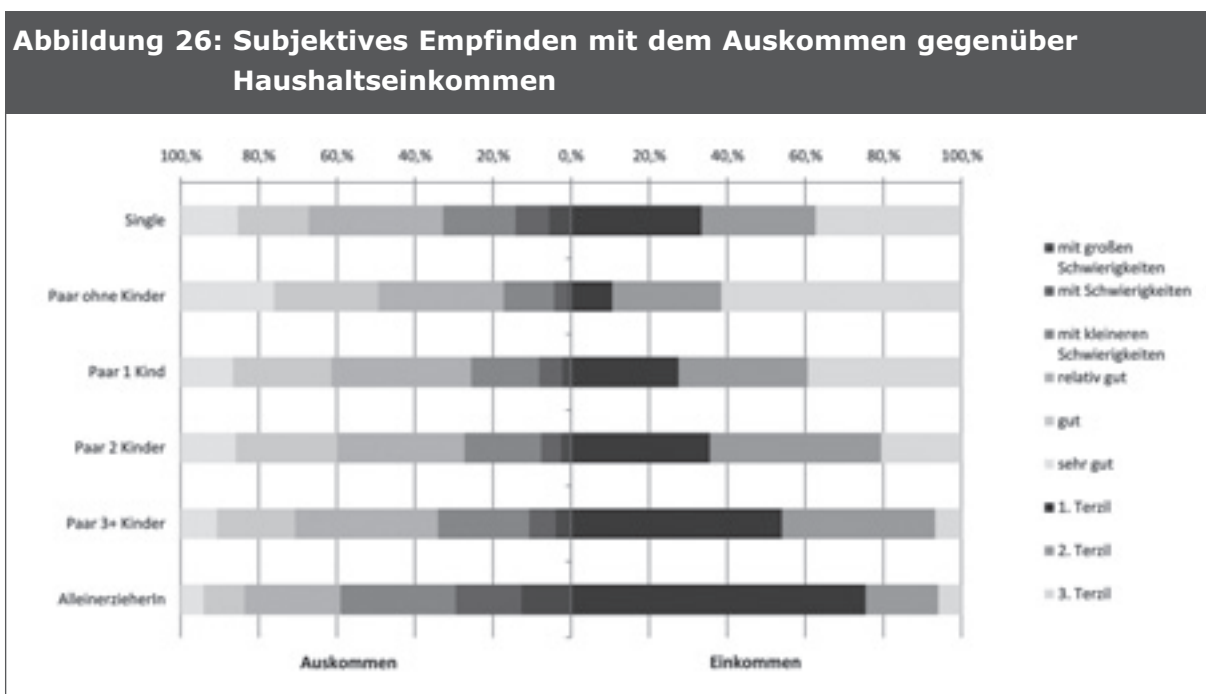


Abbildung 26 stellt dem äquivalisierten Haushaltseinkommen (blau) das subjektive Empfinden der Österreicherinnen und Österreicher über das Auskommen mit ihrem verfügbaren Einkommen (orange) gegenüber. Auf den ersten Blick ist erkennbar, dass sich der subjektive Eindruck über die Einkommenssituation mit der tatsächlichen über weite Strecken deckt. Besonders Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher befinden sich überdurchschnittlich häufig im unteren Einkommensdrittel (54 % bzw. 75 %) und kommen dementsprechend häufig nur mit Schwierigkeiten mit ihrem Einkommen aus (34 % bzw. 59 %). Demgegenüber weisen Paare ohne Kinder, bei denen auch häufiger zwei Erwerbseinkommen in das Haushaltseinkommen einfließen, den höchsten Anteil am dritten Einkommenssterzil (61 %) auf, was zur Folge hat, dass 83 % der kinderlosen Paare gut mit ihrem Haushaltseinkommen auskommen.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Bei Singles entspricht die Einkommensverteilung in etwa jener der Paare mit einem Kind, sie empfinden jedoch ein Ausmaß an Schwierigkeiten mit dem Auskommen, das jenem der Paare mit drei oder mehr Kindern entspricht.

Tabelle 8: Zusätzlicher Kinderwunsch

	Auskommen	Paar ohne Kinder	Paar 1 Kind	Paar 2 Kinder	Paar 3+ Kinder	Single	AlleinerzieherIn
Frankreich	schwierig	2,13	1,74	1,43	1,66	1,93	1,49
	leicht	2,05	1,60	1,35	1,00	1,89	1,13
Deutschland	schwierig	1,13	0,59	0,11	0,06	1,11	0,27
	leicht	1,13	0,50	0,10	0,06	1,35	0,41
Österreich	schwierig	1,42	0,90	0,27	0,28	1,19	0,47
	leicht	1,49	0,69	0,22	0,16	1,25	0,44
Ungarn	schwierig	1,81	1,21	1,06	1,40	1,81	1,12
	leicht	2,07	1,20	1,13	1,52	1,98	1,43
Russland	schwierig	1,33	0,71	0,21	0,15	1,24	0,42
	leicht	1,59	0,93	0,38	0,57	1,58	0,66
Bulgarien	schwierig	1,48	0,65	0,07	0,07	1,36	0,29
	leicht	1,80	0,90	0,15	0,00	1,74	0,50
Georgien	schwierig	2,34	0,97	0,27	0,10	1,47	0,30
	leicht	2,38	1,10	0,38	0,14	1,50	0,43

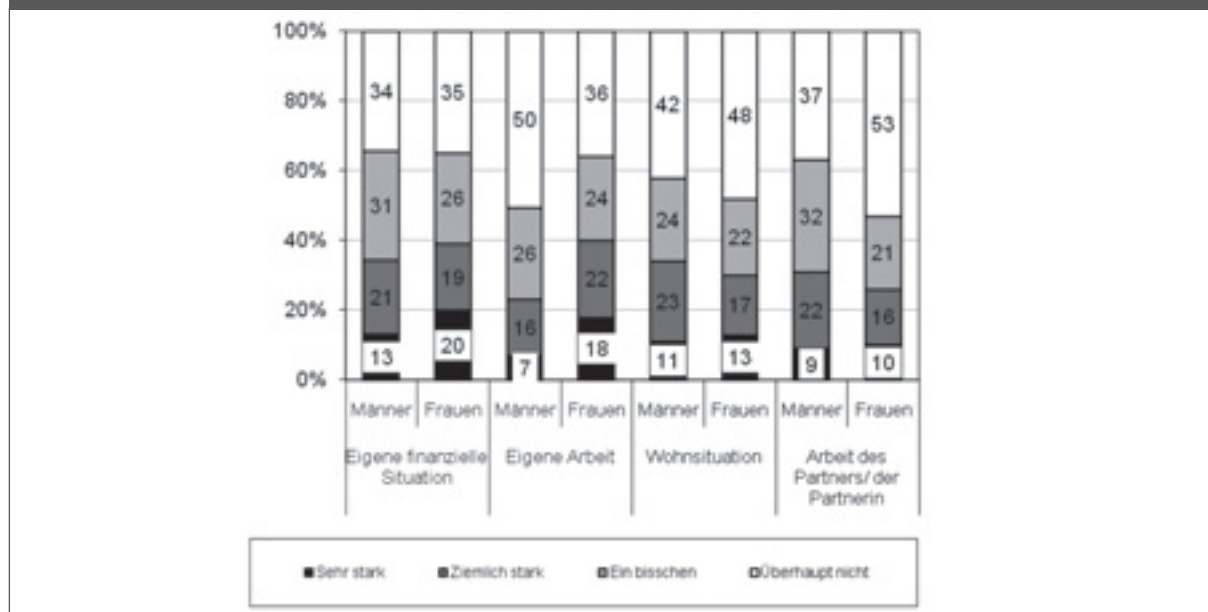
Haben Familien, die leicht mit ihrem Haushaltseinkommen auskommen, gegenüber jenen, die dies nur mit Schwierigkeiten schaffen, auch einen höheren Kinderwunsch? Tabelle 8 stellt die durchschnittliche (zusätzlich) gewünschte Kinderzahl für die unterschiedlichen Familienformen in Abhängigkeit von der Einschätzung der eigenen Einkommenssituation (Auskommen schwierig/leicht) für Österreich und weitere am GGS teilnehmende Länder dar. Dabei können prinzipiell zwei Gruppen unterschieden werden: Einerseits kann der Kinderwunsch beim Vorliegen von finanziellen Schwierigkeiten höher sein als bei einem eher unproblematischen Auskommen mit dem Familieneinkommen. (Diese Gruppe ist in der Tabelle blau markiert, dunkelblau deutet auf stärkere Unterschiede hin.) Andererseits kann der Kinderwunsch bei Frauen und Männern mit einer schwierigen Einkommenssituation niedriger sein als in der Vergleichsgruppe derer mit leichtem finanziellem Auskommen (grüne Markierung, dunkelgrün kennzeichnet größere Unterschiede, hellgrün kleinere Unterschiede).

Es ist ersichtlich, dass in den östlichen europäischen Staaten ein durchwegs deutlicher Zusammenhang zwischen leichtem Auskommen mit dem Einkommen und dem Kinderwunsch besteht. In Mittel- und Westeuropa ist dieser Zusammenhang – wenn überhaupt – nur vor dem Übergang zum ersten Kind feststellbar. In diesen Ländern führen entweder überwiegend monetäre Transferleistungen (Österreich, Deutschland) oder steuerliche Berücksichtigung der Kinderzahl (Frankreich) zu einer Nivellierung oder sogar zu einer Umkehr dieses Zusammenhangs.

1.17 Die Entscheidung für oder gegen ein Kind – ökonomische und individuelle Aspekte

Der Entscheidung für oder gegen ein Kind können unterschiedliche Beweggründe zugrunde liegen. Im Rahmen des „Generations and Gender Survey“ wurden Männer und Frauen gefragt, wie stark die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen, von (1) ökonomischen Aspekten, (2) persönlichen Bereichen sowie von (3) strukturellen Faktoren abhängt.

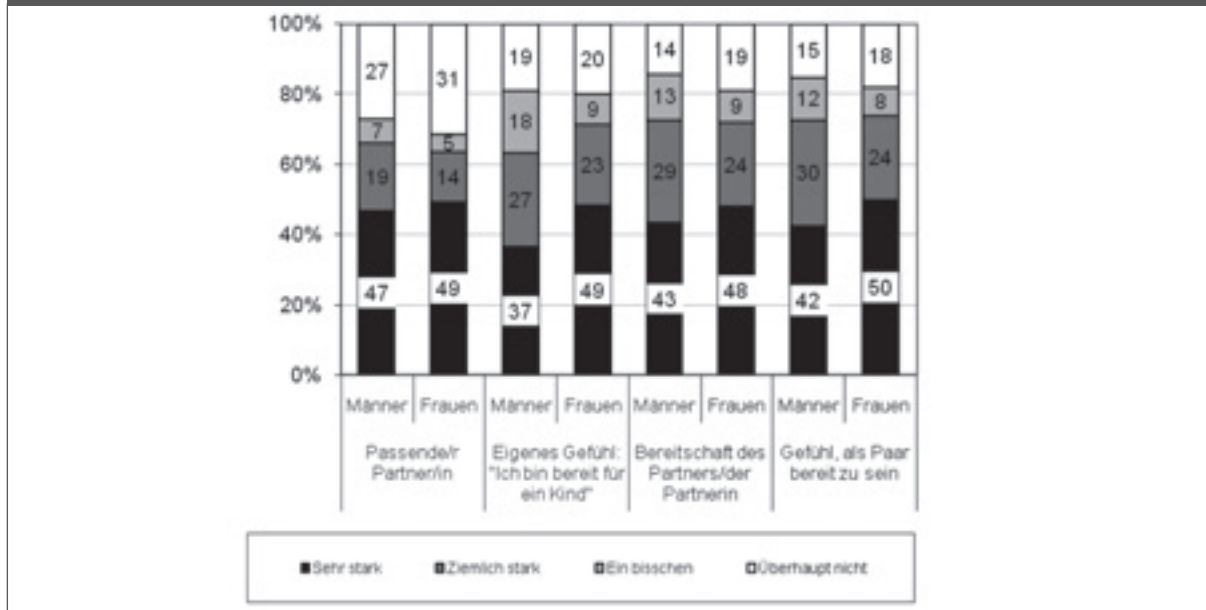
Abbildung 27: Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen



Konkret wurde im Bereich der ökonomischen Faktoren nach der Bedeutung der eigenen finanziellen Situation, der eigenen Arbeit, der Arbeit des Partners bzw. der Partnerin und der Wohnsituation gefragt. Zum persönlichen Bereich zählen ein passender Partner bzw. eine passende Partnerin, das Gefühl, bereit für ein Kind zu sein, der Bereitschaft des Partners bzw. der Partnerin für ein Kind und dem Gefühl, als Paar bereit zu sein. Bei den strukturellen Faktoren wurde nach den Kinderbetreuungsmöglichkeiten und der Möglichkeit, Karenz zu nehmen, gefragt.

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Abbildung 28: Bedeutung individueller Faktoren für die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen



Im Entscheidungsprozess für oder gegen ein Kind werden ökonomische Faktoren von etwa einem Drittel der Österreicherinnen und Österreicher als bedeutend angesehen. Ein Vergleich zwischen Männern und Frauen zeigt, dass Frauen die finanzielle Situation öfter als Entscheidungsfaktor sehen als Männer (Abbildung 27). Unterschiede werden auch in der Bedeutung des eigenen Berufs deutlich. Erwartungsgemäß messen Frauen der eigenen Arbeit mehr Bedeutung zu als Männer. So hängt für fast jede zweite Frau die Entscheidung für ein (weiteres) Kind stark von der eigenen Arbeit ab, jedoch nur für 13 % der Männer. Dies ist insofern verständlich, als in Österreich im Regelfall Mütter und nicht Väter die Erwerbsarbeit für Kinderbetreuung unterbrechen. Aus der Perspektive der potenziellen Väter zeigt sich, dass der Beruf der Partnerin wichtig für die Familienplanung ist. So ist für 31 % der Männer die Arbeit der Partnerin wesentlich für die Entscheidung für oder gegen ein Kind in naher Zukunft. Die Wohnsituation wird von Männern und Frauen ähnlich wichtig gesehen (34 % bzw. 30 %).

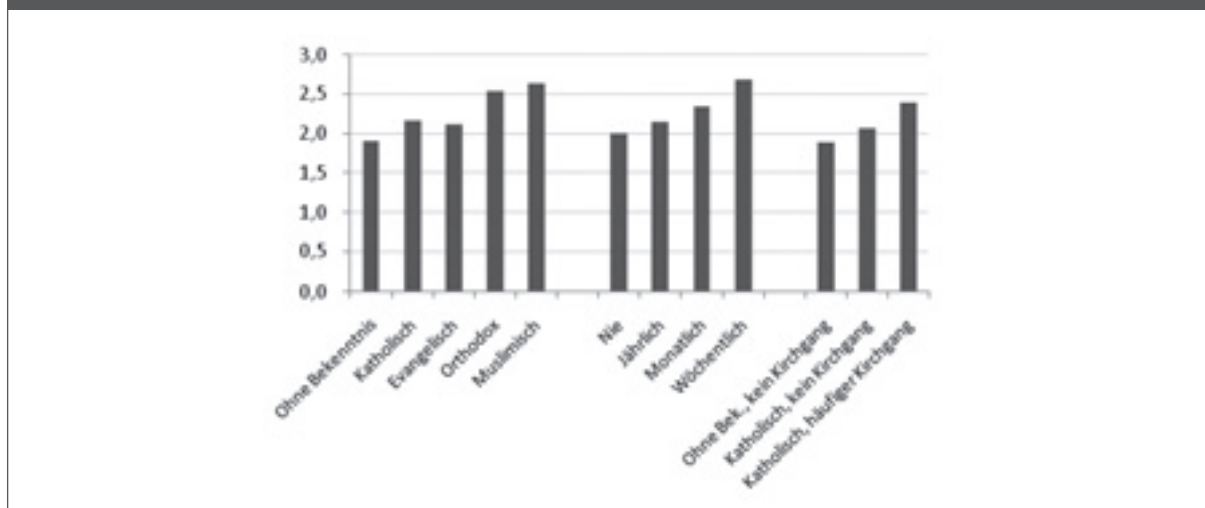
Während ökonomische Faktoren für etwa ein Drittel bedeutend für eine zukünftige Familienerweiterung sind, werden persönliche Faktoren zu einem weitaus höheren Maß als wichtig angesehen (Abbildung 28). Ein passender Partner bzw. eine passende Partnerin ist für zwei von drei Befragten wichtig, ebenso seine bzw. ihre Bereitschaft für ein (weiteres) Kind. Die Fragen nach dem Gefühl, bereit für ein Kind zu sein, wurden erstmals im österreichischen GGS aufgenommen, da in qualitativen Interviews zum Kinderwunsch diese individuelle Dimension immer wieder angesprochen wurde. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen: Das eigene Gefühl „Ich bin bereit für ein Kind“, die Bereitschaft des Partners bzw. der Partnerin, aber auch das Gefühl, als Paar bereit zu sein, sind von hoher Bedeutung für zukünftige Kinderpläne – sowohl für Männer als auch für Frauen. Während es bei den ökonomischen Aspekten Unterschiede im Antwortverhalten der Männer und Frauen gab, sind sich beide Geschlechter in der Bedeutung der individuellen und partnerschaftlichen Umstände eher einig.

Überraschenderweise fällt die Zustimmung hier auch höher als bei den wirtschaftlichen und beruflichen Aspekten aus. Das Gefühl, für ein Kind bereit zu sein, ist ein wesentlicher Punkt für (zukünftige) Mütter und Väter in Österreich. Es ist dies eine sehr persönliche Dimension, auf welche die Familienpolitik, zumindest monetär, keinen Einfluss nehmen kann. Vielmehr könnte eine Diskussion zu den Vorstellungen junger Menschen vom Elternsein und zu den gesellschaftlichen Erwartungen an junge Eltern in der heutigen Gesellschaft dazu beitragen, diesen individuellen Aspekten der Elternschaft auch in der Öffentlichkeit mehr Bedeutung zukommen zu lassen.

1.18 Religion, ideale Kinderzahl und Geburtenverhalten

Trotz eines deutlichen Rückgangs des Katholikenanteils im Laufe der letzten Jahrzehnte ist Österreich ein religiös relativ homogenes Land, in dem sich rund 70 % der 18- bis 45-Jährigen zum Katholizismus bekennen. Doch nur ein geringer Teil davon, nämlich rund 6 %, nimmt wöchentlich am Gottesdienst teil.

Abbildung 29: Durchschnittliche ideale Kinderzahl nach Religionsbekenntnis und Kirchgangshäufigkeit



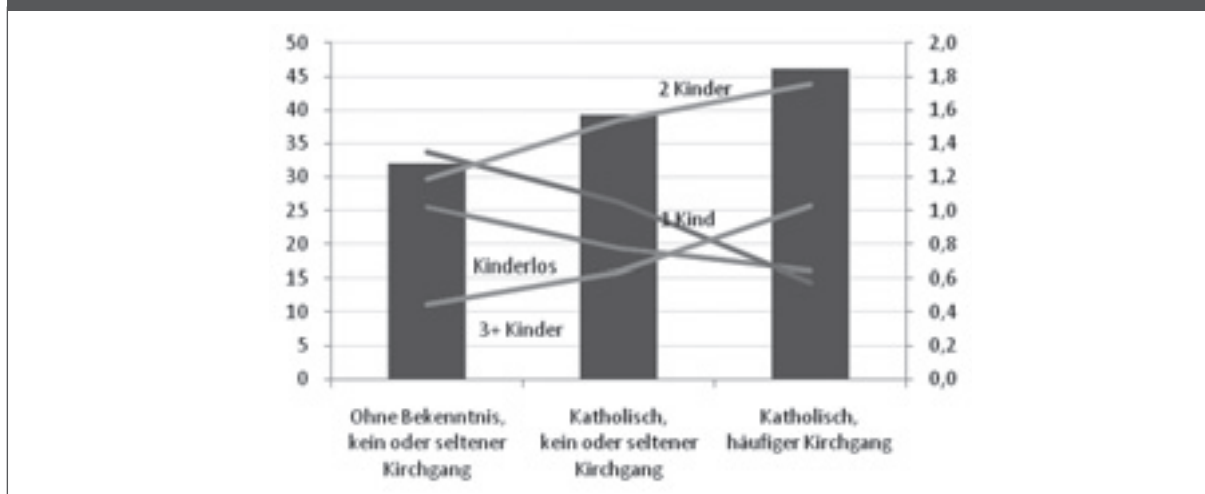
Eine Reihe von Studien in anderen Ländern konnte zeigen, dass religiöse und nichtreligiöse Personen Unterschiede im Geburtenverhalten aufweisen. Hier soll der Zusammenhang zwischen Religionsbekenntnis und Kirchgang bzw. persönlicher idealer Kinderzahl und tatsächlichem Geburtenverhalten veranschaulicht werden.

Die durchschnittliche ideale Kinderzahl unterscheidet sich deutlich nach Religionsbekenntnis und Kirchgangshäufigkeit (Abbildung 29). Während Personen ohne Bekenntnis 1,9 Kinder als ideal erachten, liegt der Wert bei Katholiken und Evangelischen 0,25 Kinder darüber. Mit rund 2,6 sehen Orthodoxe und Muslime eine vergleichsweise hohe Kinderzahl als ideal an, dies dürfte jedoch auch wesentlich durch soziale, ökonomische und ethnische Faktoren bedingt sein. Je häufiger der Messbesuch (bzw. der Besuch einer Synagoge oder Moschee), desto höher liegt die mittlere ideale Kinderzahl. Sie variiert zwischen zwei Kindern für jene, die nie in die Kirche gehen, und 2,7 Kindern für wöchentliche Kirchgänger. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen anderer Studien wird hier offensichtlich, dass

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Kirchgang einen stärkeren Effekt auf Geburten hat als religiöse Zugehörigkeit. Häufiger Kirchgang erfordert Aktivität seitens der Gläubigen und kann damit als Zeichen stärkerer Verbundenheit als das Religionsbekenntnis verstanden werden, welches rein nominell sein kann. Eine Kombination aus diesen beiden Merkmalen für die zahlenmäßig größten Gruppen zeigt jedoch, dass auch das Religionsbekenntnis eine Rolle spielt. Katholiken, die maximal einige Male pro Jahr in die Kirche gehen, geben eine höhere ideale Kinderzahl an als Personen ohne Bekenntnis, die ebenso selten am Gottesdienst teilnehmen.

Abbildung 30: Durchschnittliche Kinderzahl (rechte Achse), Anteil nach Geburtenfolge (linke Achse), nach Religionsbekenntnis und Kirchgangshäufigkeit



Doch setzen religiöse Frauen und Männer diese höheren Ideale auch um? Bekommen sie tatsächlich mehr Kinder als nichtreligiöse Personen? Hier beschränken wir die Analyse auf Befragte im Alter von 40 bis 45 Jahren, da diese ihre Geburtenbiografie bereits fast abgeschlossen haben. Aufgrund der dadurch geringen Fallzahlen in den anderen Religionsgemeinschaften werden nur Bekenntnislose und Katholiken untersucht. Wie aus Abbildung 30 ersichtlich ist, differiert die durchschnittliche Kinderzahl nach religiöser Kategorie. Personen ohne Bekenntnis, die höchstens ein paar Mal jährlich an Gottesdiensten teilnehmen, bekommen im Mittel 1,3 Kinder, während katholische Kirchgänger 1,8 Kinder haben. Die Linien illustrieren, dass diesen Mittelwerten unterschiedliche Anteile nach Parität zugrunde liegen. Religiöse Personen bekommen häufiger als nichtreligiöse zwei oder drei und mehr Kinder und bleiben seltener kinderlos oder haben nur ein Kind.

Doch wie kann Religiosität Einfluss auf Idealvorstellungen und Geburtenverhalten nehmen? Erstens sind Familie und Kinder im Christentum von zentraler Bedeutung. Auch die Betonung der Mutterrolle, die Hochschätzung der Ehe und das katholische Verbot von künstlicher Verhütung und Abtreibung sind Auffassungen, die eher geburtenfördernd wirken. Gläubige mögen zwar nicht jeden Aspekt bejahen, jedoch werden sie grundsätzlich mit den kirchlichen Lehren übereinstimmen.

Zweitens haben Kirchengemeinschaften die Funktion sozialer Netzwerke. Die Plausibilität kirchlicher Anschauungen wird in der Kommunikation mit anderen Mitgliedern sowie pastoralen Unterweisungen bestätigt. Der Kontakt mit kinderreichen Familien beeinflusst die

Vorstellungen über die ideale Kinderzahl und befördert einen Nachahmungseffekt. Zudem können Kirchgänger bei Fragen rund um das Thema Kinder auf die Unterstützung anderer Mitglieder zählen.

Drittens kann Religiosität helfen, neue und schwierige Lebenssituationen zu bewältigen. Auch die Geburt eines Kindes ist ein tiefer Lebenschnitt, der potenziell mit Unsicherheit verbunden ist. Sich dieser Aufgabe zu stellen, könnte religiösen Personen leichter fallen, wenn sie durch ihren Glauben und kirchliche Riten wie die Taufe Beistand und Beruhigung erfahren.

1.19 Unterschiede im Geburtenverhalten nach Ausbildungsniveau

Aus Untersuchungen in der Vergangenheit und in anderen Ländern ist bekannt, dass Individuen mit unterschiedlichem Bildungsniveau große Unterschiede im Geburtenverhalten an den Tag legen, wobei im Allgemeinen höhere Bildung mit weniger Geburten einhergeht. Dabei ist es nicht zwingend so, dass mehr Bildung der ursächliche Grund für weniger Geburten ist. Im Einzelfall kann es z. B. auch sein, dass die Familienplanung von einem weiteren Schul- oder Hochschulbesuch abhält. Die offene Frage der Wirkungsrichtung ändert jedoch letztlich nichts an den tatsächlich zu beobachtenden Unterschieden, die hier für Frauen und Männer im Alter von 40 bis 45 Jahren beleuchtet werden sollen. Diese Altersgrenze wurde gewählt, da davon ausgegangen werden kann, dass die Geburtenbiografien in diesem Alter annähernd abgeschlossen sind.

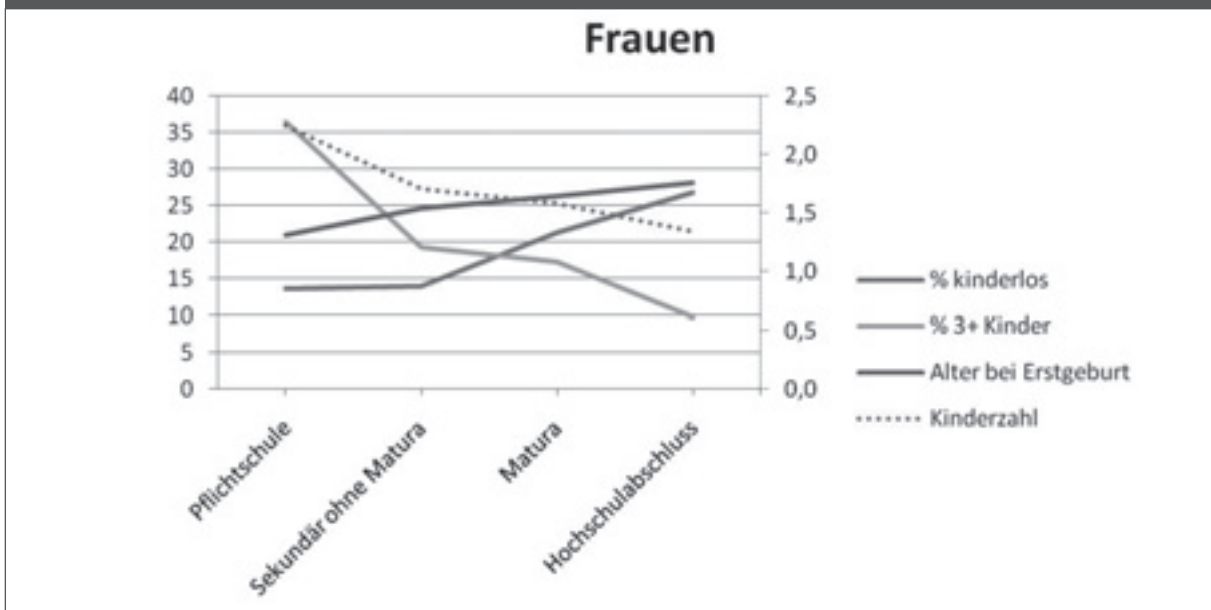
Die Analyse der österreichischen Frauen, basierend auf dem GGS (Abbildung 31), bestätigt im Wesentlichen die Erwartungen, die vergleichbare Studien in anderen europäischen Ländern erzeugen.

Hier werden vier Bildungsniveaus unterschieden, die sich nach dem höchsten erreichten Abschluss richten: Pflichtschule, Sekundarschule ohne Matura, Matura, Hochschulabschluss. Die durchschnittliche Kinderzahl nimmt mit höherem Bildungsstand der Frau ständig ab. Insbesondere der Übergang von der Pflichtschule zu irgendeinem höheren Schulabschluss geht mit einer deutlich niedrigeren Kinderzahl einher. Frauen zwischen 40 und 45 mit Hochschulabschluss haben durchschnittlich fast ein Kind weniger als solche, die nur die Pflichtschule besucht haben. Ebenfalls stark ausgeprägt ist das Bildungsgefälle, wenn man den Anteil der Frauen mit drei oder mehr Kindern betrachtet. So trifft dies auf mehr als jede dritte Frau mit Pflichtschulbesuch zu, jedoch nur auf jede zehnte Frau mit Hochschulabschluss. Frauen mit mittlerem Bildungsniveau liegen mit 17 % (mit Matura) bis 19 % (mit beruflicher Schulbildung) dazwischen. Der Unterschied zwischen Maturantinnen und Frauen mit anderen mittleren Schulabschlüssen ist, was die Kinderlosigkeit betrifft, deutlich ausgeprägter. Diese ist bei Frauen mit mittlerer Schulbildung ohne Matura kaum höher als bei denjenigen mit Pflichtschulbesuch und betrifft in beiden Gruppen etwa jede siebente Frau. Der Anteil der Kinderlosen steigt in den höheren Bildungsgruppen rapide an: Mehr als jede fünfte Frau mit Matura und mehr als jede vierte Frau mit Hochschulabschluss hat in dieser Altersgruppe keine Kinder. Teilweise bedingt sind die Unterschiede in der Geburtenzahl durch die spätere Mutterschaft der höher Gebildeten. Während Mütter mit niedriger Schulbildung durchschnittlich im Alter von 21 Jahren das erste Kind bereits

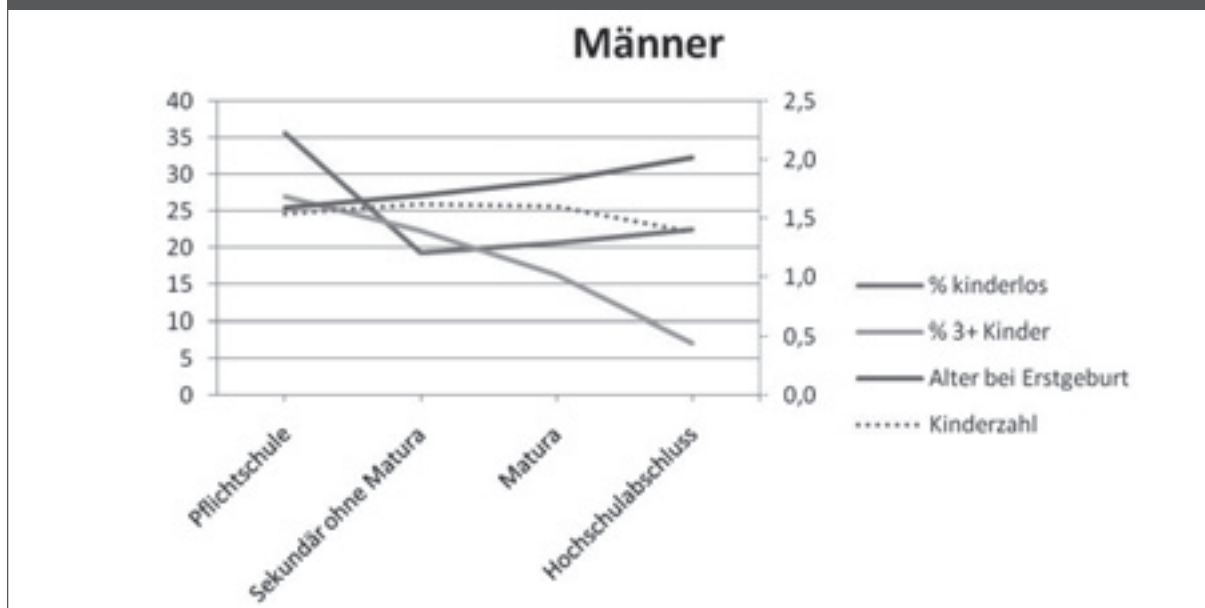
FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

geboren hatten, waren Frauen mit mittlerer Schulbildung im Schnitt fast vier Jahre älter. Mütter mit Matura hatten ihr erstes Kind durchschnittlich mit 26 Jahren und Mütter mit Hochschulabschluss erst mit 28 Jahren bekommen. Ein späterer Geburtenbeginn kann zur Folge haben, dass durch die ab dem Alter von etwa 30 Jahren und besonders ab 35 abfallende natürliche Fruchtbarkeit dem Erreichen einer höheren Geburtenzahl im Wege stand. Darüber hinaus ändern sich Präferenzen und Einstellungen sowie auch die Arbeitsmarktstellung hochqualifizierter Frauen im Vergleich zu jüngeren Altersgruppen. Ein Vergleich der gewünschten Kinderzahl wurde bereits an anderer Stelle vorgenommen.

Abbildung 31: Geburtenverhalten nach Bildungsniveau, Frauen



Bei den Männern (Abbildung 32) stellt sich das Bild etwas anders dar. Während bei den Frauen jeder Schritt zu einem höheren Bildungsniveau durchweg mit höherer Kinderlosigkeit und weniger Geburten verbunden ist, trifft dies bei den Männern nur auf die oberen drei Bildungskategorien zu. Männer mit niedriger Schulbildung in dieser Altersgruppe sind dagegen wesentlich häufiger kinderlos geblieben als alle anderen. Nur zwei Drittel von ihnen haben Kinder – gegenüber fast vier von fünf in den anderen Gruppen. Entsprechend ist auch die durchschnittliche Kinderzahl in der am wenigsten gebildeten Gruppe am niedrigsten. Sie ist niedriger als die der Maturanten und wird nur von jener der Hochschulabsolventen unterboten. Gleichzeitig ist jedoch auch der Anteil der Männer mit drei oder mehr Kindern unter den wenig Gebildeten am höchsten. Die Gruppe weist also eine extreme Zweiteilung auf: Viele Männer mit nur Pflichtschulabschluss sind kinderlos, jene von ihnen dagegen, die Väter sind, haben relativ viele Kinder. Erwartungsgemäß sind die Väter bei der Geburt ihres ersten Kindes älter als die Mütter der entsprechenden Bildungsgruppe – im Schnitt um drei bis vier Jahre.

Abbildung 32: Geburtenverhalten nach Bildungsniveau, Männer

Sofern zumindest ein Teil der Unterschiede im Geburtenverhalten tatsächlich durch die Bildungsunterschiede erzeugt wird, verdeutlichen diese Ergebnisse, dass in der nachfolgenden Generation schon deshalb mit einer geringeren Kinderzahl zu rechnen ist, weil diese im Durchschnitt besser ausgebildet ist und sich ein größerer Anteil sowohl der Frauen als auch der Männer in den höheren Bildungskategorien findet.

1.20 Verhütung und Familienplanung

Fragen zur Empfängnisverhütung wurden im „Generations and Gender Survey“ nur an Personen gestellt, die in einer Partnerschaft lebten – unabhängig ob in einem gemeinsamen oder in getrennten Haushalten. Der vorliegende Abschnitt beschränkt sich auf Frauen zwischen 18 und 45 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung – ihrem Wissen nach – mit ihrem Partner Kinder bekommen können.

Für den Österreichischen „Generations and Gender Survey“ traf dies auf insgesamt 1 924 Frauen zu. Zwei von zehn Frauen gaben an, derzeit nicht zu verhüten, 78 % verwenden moderne Verhütungsmethoden, und nur 2 % gaben an, nur traditionell – mit Coitus interruptus oder Kalendermethode – zu verhüten (Tabelle 9).

Bedarf an Familienplanung besteht dort, wo Paare, die aktuell kein Kind möchten, keine Methoden der Empfängnisverhütung anwenden. Sie sind entweder nicht informiert über die verschiedenen Verhütungsmethoden oder überlegen nicht ernsthaft die Folgen eines ungeschützten Geschlechtsverkehrs. So werden Frauen, die keine Empfängnisverhütung anwenden, in jene unterteilt, die aktuell ein Kind möchten, und jene, die derzeit keines möchten. Die Aufteilung in diese beiden Gruppen beträgt 41 % bzw. 58 %, einige wenige Frauen waren sich unklar bezüglich ihres aktuellen Kinderwunsches. Die zweite Gruppe der insgesamt 217 Frauen, die aktuell nicht verhüten und derzeit kein Kind möchten, ist als

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Risikogruppe für ungeplante Schwangerschaften zu sehen. Im Bereich der Familienplanung werden sie als Personen bezeichnet, die Bedarf an Familienplanung haben. Bezogen auf alle Frauen zwischen 18 und 45 Jahren, die in einer Partnerschaft leben, beträgt ihr Anteil in Österreich 11 %.

Tabelle 9: Empfängnisverhütung und Familienplanung in ausgewählten Ländern, Angaben in Prozent

	Bulgarien	Rumänien	Russland	Frankreich	Österreich
Keine Verhütung	26	22	13	14	20
Nur traditionelle Methoden	30	22	15	1	2
Moderne Methoden	44	56	72	85	78
Insgesamt	100	100	100	100	100
Keine Verhütung, möchten derzeit kein Kind	66	66	55	26	58
Keine Verhütung, möchten derzeit ein Kind	34	34	45	74	41
Insgesamt	100	100	100	100	99

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Empfängnisverhütung in Österreich und Frankreich fast ausschließlich auf modernen Methoden basiert, während in den drei zentral- und osteuropäischen Ländern Bulgarien, Rumänien und Russland derartige Methoden deutlich weniger oft angewandt werden. Der Bedarf an Familienplanung – gemessen am Anteil der Frauen, die sich aktuell kein Kind wünschen und nicht verhüten – ist in Österreich ähnlich hoch wie in den zentral- und osteuropäischen Ländern, während in Frankreich ein derartiger Bedarf zu einem viel geringeren Anteil besteht (Tabelle 9).

Summary

Der „Generations and Gender Survey“ 2008/09 (GGS) ist eine bedeutende Datenquelle für Studien zur Familiengründung, zum Leben junger Erwachsener und zum Leben mit Kindern. Die erhobenen Lebens-, Familien- und Berufserfahrungen stellen eine wichtige empirische Grundlage für zukünftige Verbesserungen in der Familien-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dar.

Die niedrigen Fertilitätsraten der letzten dreißig Jahre haben anscheinend noch kaum Auswirkungen auf die vorherrschende Norm der Zwei-Kind-Familie, die bei Männern und Frauen im fortpflanzungsfähigen Alter weiterhin fest verankert ist. Dies spiegelt sich sowohl in der Anzahl der gewünschten Kinder als auch im Bild von der idealen Kinderzahl für eine Familie in unserem Land wider. Kinderlosigkeit hat für die meisten Österreicherinnen und Österreicher nichts Stigmatisierendes an sich. Gerade unter den Frauen zwischen 40 und 45 Jahren, die somit am Ende ihrer fertilen Phase stehen, zeigt sich, dass ein Zehntel mehr oder minder aus eigener Entscheidung kinderlos bleibt und ein weiteres Zehntel unfreiwilligerweise keine Kinder hat. Ein internationaler Vergleich lässt erkennen, dass der Kinderwunsch in Österreich zwar höher ist, sein Realisierungspotenzial von den Befragten jedoch deutlich geringer als in Deutschland oder Frankreich eingeschätzt wird. Der traditionell hohe Anteil unehelicher Geburten in Österreich ist weiterhin im Steigen, uneheliches Zusammenleben wird aber nicht als dauerhafter Status und als Substitut für die Ehe gesehen. So ist die Ehe zunehmend irrelevant für die Geburt des ersten Kindes, Geburten höherer Parität finden jedoch nach wie vor vorrangig im ehelichen Kontext statt.

Zahlreiche Faktoren tragen zur Divergenz von Kinderwunsch und dessen Realisierung bei. Zentrales Anliegen des „Generations and Gender Surveys“ ist es, Einflussfaktoren für die Entscheidung für bzw. gegen ein Kind zu eruieren und Gründe für eine mögliche Diskrepanz zwischen der gewünschten Familiengröße und deren Umsetzung aufzuzeigen. Nach Einschätzung der österreichischen Befragten sind eher persönliche denn ökonomische Aspekte ausschlaggebend bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind. So wird der „passende Partner“ bzw. die „passende Partnerin“ als ganz wesentlich angesehen. Auch die praktische Mithilfe des Partners bei der Kinderbetreuung und die Zufriedenheit mit der Aufteilung der Aufgaben, die im Zusammenleben mit Kindern anfallen, sind in Österreich für die Entscheidung von Frauen, Kinder zu haben, von Bedeutung.

Zahlreiche weitere persönliche Faktoren sind für die unterschiedlichen Ausmaße des Kinderwunsches und wohl später auch für dessen Realisierung verantwortlich. Religiosität weist beispielsweise einen deutlich positiven, hoher Ausbildungsstand hingegen den bekannt negativen Einfluss auf die gewünschte Kinderzahl auf. Die ökonomische Situation der Befragten zeigt jedoch unterschiedliche Resultate: Ein internationaler Vergleich lässt erkennen, dass in Staaten mit weitläufigen Familientransfers Menschen in prekären Situationen tatsächlich einen relativ hohen Kinderwunsch ausweisen, während in den anderen Staaten empfundene Armut zur Reduktion des Kinderwunsches führt.

Neben der Familiengründung und dem Leben mit Kindern sind Partnerschaften, ihre Dauer und Qualität ein wichtiger Aspekt im GGS. International vergleichende Untersuchungen zeigen, dass die erste Partnerschaft in Deutschland deutlich später als in Österreich oder Frankreich eingegangen wird. Invers dazu verhält es sich aber bei der Partnerschafts-

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

stabilität: In Österreich und Frankreich erwägen höhere Bevölkerungsanteile die Auflösung ihrer gegenwärtigen Beziehung als in Deutschland – und dies nicht nur in jungen Jahren. Auch das Leben in sogenannten LAT-Partnerschaften (Living Apart Together) kann mit den vorliegenden Daten untersucht werden. Diese Form der Partnerschaft ist relativ häufig vorzufinden, sie wird aber zumeist als Vorstufe zum Leben in einem gemeinsamen Haushalt gesehen und weniger als dauerhaft angestrebte Partnerschaftsform.

Literatur

- Ahn, N. / Mira, P. (2002): A note on the changing relationship between fertility and female employment rates in developed countries. *Journal of Population Economics* 15.
- Buber, I. (2003): The Influence of the Distribution of Household and Childbearing Tasks Between Men and Women on Childbearing Intentions; in: *Vienna Yearbook of Population Research* 2003, 165–180.
- Miller, W. B. / Pasta, J. D. (1996): Couple disagreement: Effects on the formation and implementation of fertility decisions; in: *Personal Relationships* 3 (3): 307–336.
- Pailhé, A. (2009): Work-family balance and childbearing intentions in France, Germany and Russia. Paper presented at the XXVI IUSSP International Population Conference, Marrakech, 27 September – 2 October 2009.
- Perelli-Harris, B. / Sigle-Rushton, W. / Lappegård, T. / Di Giulio, P. / Jasilioniene, A. / Keizer, R. / Köppen, K. / Berghammer, C. / Kreyenfeld, M. (2009): Examining nonmarital childbearing in Europe: how does union context differ across countries? MPIDR Working Paper 21.
- Rosina, A. / Testa, M. R. (2009): Couples' first child intentions and disagreement: An analysis of the Italian case. *European Journal of Population*. Online version. Im Erscheinen.
- Sobotka, T. (2009): Sub-Replacement Fertility in Austria; *European Journal of Population*, 25, 387–412.
- Thomson, E. / McDonald, E. / Bumpass, L. L. (1990): Fertility desires and fertility: Hers, his, and theirs. *Demography* 27 (4), 579–588.

Tabellen

Tabelle zur Abbildung 1: Verschiedene Varianten des Kinderwunsches bei Frauen (durchschnittliche gewünschte Kinderzahl nach Geburtsjahrgang)

	Kinderwunsch, obere Grenze	Kinderwunsch, untere Grenze	Kinderwunsch, Mittelvariante
1964	1,87	1,83	1,84
1965	1,87	1,80	1,82
1966	1,89	1,80	1,84
1967	1,89	1,80	1,85
1968	1,90	1,82	1,87
1969	1,90	1,80	1,87
1970	1,94	1,79	1,89
1971	1,95	1,74	1,88
1972	2,02	1,80	1,95
1973	2,11	1,80	2,03
1974	2,15	1,81	2,07
1975	2,12	1,71	2,00
1976	2,08	1,64	1,98
1977	2,15	1,53	2,03
1978	2,21	1,57	2,12
1979	2,19	1,53	2,11
1980	2,07	1,50	2,00
1981	2,02	1,33	1,93
1982	2,05	1,27	1,96
1983	2,08	1,28	2,00
1984	2,07	1,31	1,98
1985	2,03	1,38	1,93
1986	2,11	1,46	2,01
1987	2,16	1,52	2,10
1988	2,14	1,45	2,08
1989	2,15	1,48	2,05

Tabelle zur Abbildung 2: Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl bei Frauen und Männern, nach Alter (Mittelvariante)

	Frauen	Männer
19-24	2,01	1,88
25-29	2,02	1,91
30-34	2,04	2,00
35-39	1,93	2,03
40-44	1,85	1,97

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabelle zur Abbildung 3: Durchschnittliche gewünschte Kinderzahl von Frauen im Alter von 20 bis 25 und 31 bis 35 Jahren: ein Vergleich von Mikrozensus (1986 – 2001) und GGS 2008/09

	Alter 20–25	Alter 31–35	Alter 20–25	Alter 31–35
Mikrozensus 1986	1,86	2,00		
Mikrozensus 1991	1,77	1,90		
Mikrozensus 1996	1,73	1,83		
Mikrozensus 2001	1,68	1,80		
GGS 2008/09			2,00	2,03

Tabelle zur Abbildung 4: Anteil der Frauen und Männer, die ein (weiteres) Kind möchten, nach Alter (in Prozent)

	18–19	20–24	25–29	30–34	35–39	40–45	Total
Frauen							
Ganz sicher ja	66	56	43	30	19	10	31
Wahrscheinlich ja	23	32	34	25	9	2	19
Männer							
Ganz sicher ja	58	49	40	41	23	14	33
Wahrscheinlich ja	27	41	41	26	23	10	26

Tabelle zur Abbildung 5: Anteil der Frauen und Männer, die ein (weiteres) Kind möchten, nach derzeitiger Kinderzahl (in Prozent)

	F: Kinder- los	M: Kinder- los	F: 1 Kind	M: 1 Kind	F: 2 Kinder	M: 2 Kinder	F: 3+ Kinder	M: 3+ Kinder
Ganz sicher ja	49,2	44,4	34,0	39,5	10,5	12,9	7,3	12,4
Wahrscheinlich ja	31,1	39,6	13,6	17,0	7,0	5,9	2,9	6,5

Tabelle zur Abbildung 6: Kinderlosigkeit bei Frauen, Geburtsjahrgänge 1900 – 68 (in Prozent)

Jahrgang	Anteil	Jahrgang	Anteil	Jahrgang	Anteil	Jahrgang	Anteil
1900	29,1	1920	17,4	1940	11,9	1960	16,3
1901	27,4	1921	17,9	1941	12,0	1961	16,2
1902	27,4	1922	18,9	1942	12,0	1962	16,5
1903	27,8	1923	18,8	1943	12,5	1963	16,9
1904	27,0	1924	18,6	1944	12,3	1964	17,3
1905	26,2	1925	18,4	1945	12,4	1965	17,1
1906	25,1	1926	17,9	1946	11,8	1966	17,9
1907	24,6	1927	17,2	1947	12,2	1967	18,0
1908	23,7	1928	16,4	1948	12,3	1968	18,5
1909	23,5	1929	16,0	1949	12,4		
1910	22,4	1930	14,4	1950	12,6		
1911	21,7	1931	13,6	1951	13,1		
1912	20,9	1932	12,8	1952	13,5		
1913	20,4	1933	12,2	1953	13,9		
1914	20,2	1934	12,2	1954	14,5		
1915	20,2	1935	12,1	1955	15,0		
1916	19,6	1936	11,8	1956	15,3		
1917	18,8	1937	11,6	1957	15,6		
1918	18,9	1938	11,5	1958	16,0		
1919	17,9	1939	11,7	1959	16,1		

Tabelle zur Abbildung 7: Anteil der Kinderlosen sowie der Personen, die kinderlos bleiben möchten, nach Alter

	Frauen: Kinderlos	Männer: Kinderlos	Frauen: Kein Kind gewünscht	Männer: Kein Kind gewünscht
18–19	97	98	11	14
20–24	87	94	9	10
25–29	64	77	7	9
30–34	37	54	6	9
35–39	23	38	8	9
40–45	18	21	13	9

Tabelle zur Abbildung 8: Anteil der kinderlosen Frauen und Männer, die kein Kind haben möchten, nach Alter (in Prozent)

	F 18–24	M 18–24	F 25–29	M 25–29	F 30–34	M 30–34	F 35–39	M 35–39	F 40–45	M 45–50
Ganz sicher nein	3,7	5,7	3,5	4,0	5,0	5,3	18,6	8,4	50,4	25,7
Wahrscheinlich nein	6,4	5,7	6,7	5,2	11,3	10,6	22,0	12,6	19,8	14,7

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabelle zur Abbildung 9: Zusätzlicher Kinderwunsch nach derzeitiger Anzahl der Kinder

zusätzlicher Kinderwunsch (ANZAHL)		Österreich		Frankreich		Deutschland	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
noch keine Kinder (Parität 0)	18-24	1,9	2,0	1,8	2,2	1,8	1,7
	25-29	1,8	1,8	2,1	2,1	1,8	1,9
	30-34	1,6	1,6	2,1	1,9	1,6	1,2
	35-40	1,4	1,0	1,6	1,5	0,9	0,4
	40-45	1,0	0,5	1,0	1,4	0,3	0,1
	gesamt	1,7	1,6	1,9	2,1	1,4	1,4
bereits ein Kind (Parität 1)	18-24	1,8	1,3	1,4	2,1	1,6	1,4
	25-29	1,2	1,2	2,1	1,7	1,3	1,2
	30-34	1,1	1,1	1,8	1,6	0,6	0,8
	35-40	0,7	0,5	1,5	1,2	0,4	0,2
	40-45	0,5	0,2	1,4	0,4	0,1	0,0
	gesamt	0,9	0,7	1,8	1,6	0,5	0,5
bereits zwei Kinder (Parität 2)	25-29	0,7	0,7	1,8	1,6	1,3	0,5
	30-34	0,6	0,5	1,3	1,4	0,2	0,2
	35-40	0,3	0,1	0,9	1,0	0,1	0,1
	40-45	0,2	0,0	1,1	0,8	0,1	0,0
	gesamt	0,3	0,2	1,2	1,4	0,1	0,1

Realisierungserwartung (Wahrscheinlichkeit)		Österreich		Frankreich		Deutschland	
		Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
noch keine Kinder (Parität 0)	18-24	85 %	85 %	87 %	90 %	95 %	95 %
	25-29	83 %	83 %	87 %	90 %	94 %	95 %
	30-34	80 %	78 %	87 %	89 %	93 %	95 %
	35-40	77 %	71 %	87 %	89 %	93 %	96 %
	40-45	76 %	68 %	86 %	88 %	94 %	96 %
	gesamt	82 %	82 %	87 %	90 %	94 %	95 %
bereits ein Kind (Parität 1)	18-24	81 %	86 %	86 %	88 %	95 %	97 %
	25-29	82 %	84 %	86 %	88 %	95 %	97 %
	30-34	78 %	80 %	87 %	86 %	96 %	95 %
	35-40	77 %	76 %	82 %	86 %	93 %	96 %
	40-45	74 %	74 %	80 %	86 %	92 %	95 %
	gesamt	78 %	80 %	86 %	87 %	95 %	97 %
bereits zwei Kinder (Parität 2)	25-29	70 %	74 %	88 %	85 %	96 %	96 %
	30-34	65 %	63 %	78 %	83 %	95 %	94 %
	35-40	61 %	60 %	80 %	80 %	97 %	94 %
	40-45	57 %	57 %	79 %	80 %	95 %	95 %
	gesamt	62 %	63 %	79 %	82 %	96 %	94 %

Tabelle zur Abbildung 10: Anteil erster Geburten in unehelicher Lebensgemeinschaft, 1970 – 2004

	1970 - 1974	1975 - 1979	1980 - 1984	1985 - 1989	1990 - 1994	1995 - 1999	2000 - 2004
Österreich	6,7	9,6	17,8	20,4	25,8	35	39
Frankreich	4,2	6,1	11,9	23,1	34,4	42,4	
Ungarn	1,0	3,3	3,3	4,3	12,8	17,8	22,7
Italien	0,9	1,9	2,0	3,4	3,9	6,3	10,1
Niederlande	0,6	1,5	4,8	5,3	11,0	22,6	30,0
Norwegen	4,0	10,0	20,0	35,0	46,0	53,0	54,0
Rumänien	5,5	7,1	7,1	7,8	6,8	8,6	15,4
Großbritannien	8,5	7,4	7,5	10,5	13,2	16,4	17,0
Ukraine	2,0	1,0	6,0	12,0	19,0	26,0	31,0

Tabelle zur Abbildung 11: Partnerschaftsstatus zum Zeitpunkt der Zeugung, der Geburt und ein Jahr nach der Geburt im Zeitraum von 1995 bis etwa 2004

		Uneheliche Lebensgemeinschaft	Verheiratet	Alleinlebend
Norwegen	Empfängnis	53	35	12
	Geburt	53	40	7
	1 Jahr alt	46	46	8
Frankreich	Empfängnis	44	40	16
	Geburt	42	48	10
	1 Jahr alt	39	52	9
Österreich	Empfängnis	44	38	17
	Geburt	37	54	9
	1 Jahr alt	32	60	8
Niederlande	Empfängnis	29	62	9
	Geburt	24	71	5
	1 Jahr alt	21	72	7
Großbritannien	Empfängnis	22	47	31
	Geburt	27	52	21
	1 Jahr alt	26	57	17
Russland	Empfängnis	29	43	27
	Geburt	17	69	14
	1 Jahr alt	13	71	16
Ungarn	Empfängnis	26	54	20
	Geburt	19	73	7
	1 Jahr alt	15	75	9
Rumänien	Empfängnis	21	67	12
	Geburt	15	79	6
	1 Jahr alt	9	88	3
Italien	Empfängnis	8	75	18
	Geburt	8	85	7
	1 Jahr alt	7	88	5

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabelle zur Abbildung 12: Ideale Zahl von Kindern für eine Familie in Österreich

	Männer	Frauen
0 Kinder	0	1
1 Kind	3	4
2 Kinder	66	63
3 Kinder	20	16
4+ Kinder	2	1
Es gibt keine ideale Zahl	7	14
Weiß nicht	0	0
Verweigert	0	0
Total	100	100

Tabelle zur Abbildung 13: Zustimmung zur Aussage „Eine Frau bzw. ein Mann braucht Kinder, um ein erfülltes Leben zu führen.“

	Eine Frau braucht Kinder für ein erfülltes Leben	Ein Mann braucht Kinder für ein erfülltes Leben
Einstellung der Frauen	23 %	18 %
Einstellung der Männer	28 %	28 %

Tabelle zur Abbildung 14: Zustimmung zur Aussage „Schwule/lesbische Paare sollten die gleichen Rechte haben wie heterosexuelle Paare.“

	Männer				Frauen			
	18-24	25-34	35-45	Alle	18-24	25-34	35-45	Alle
Stimme (sehr) zu	41 %	41 %	39 %	41 %	74 %	62 %	55 %	62 %
Stimme weder zu noch nicht zu	29 %	26 %	21 %	24 %	14 %	20 %	19 %	18 %
Stimme (überhaupt) nicht zu	29 %	30 %	38 %	33 %	12 %	17 %	24 %	19 %
Weiß nicht/keine Antwort	1 %	3 %	3 %	2 %	0 %	2 %	2 %	1 %
Summe	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Tabelle zur Abbildung 15: Anteil der 25- bis 29-Jährigen, die im Elternhaus leben, Ländervergleich

	NL	DE	FR	RUS	AT	RUM	HU	BU	GEO
Frauen	2	4,1	6,2	31,3	21,4	21,5	29,6	33,4	41,3
Männer	8,9	9,3	9,4	38,8	39,1	48,7	49,4	60,5	81,3

Tabelle zur Abbildung 16: Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten (Mütter)

	Frau	Gemeinsam	Mann	Andere/Kinder	Total
Transport	51	28	6	16	100
Hausaufgaben helfen	64	22	5	10	100
Spielen/Freizeit	32	64	2	2	100
Zu Hause bleiben, wenn Kinder krank	75	16	3	6	100
Zu Bett bringen	47	41	3	9	100
Ankleiden	65	17	1	17	100

Tabelle zur Abbildung 17: Aufteilung der Kinderbetreuungsarbeiten (Väter)

	Mann	Gemeinsam	Frau	Andere/Kinder	Total
Transport	10	31	47	12	100
Hausaufgaben helfen	7	34	54	5	100
Spielen/Freizeit	3	73	23	1	100
Zu Hause bleiben, wenn Kinder krank	3	23	71	3	100
Zu Bett bringen	4	51	38	7	100
Ankleiden	2	31	57	10	100

Tabelle zur Abbildung 19: Gegenwärtige Zufriedenheit und prospektive Partnerschaftsstabilität

	ÖSTERREICH	
	Männer	Frauen
18-24	85,5 %	80,9 %
25-29	87,4 %	81,8 %
30-34	90,6 %	84,1 %
35-39	91,4 %	84,5 %
40-45	91,5 %	85,0 %
gesamt	89,7 %	83,3 %
	86,4 %	

	Deutschland	
	Männer	Frauen
18-24	89,8 %	85,7 %
25-29	90,2 %	87,2 %
30-34	90,9 %	88,9 %
35-39	92,4 %	90,5 %
40-45	93,2 %	90,8 %
gesamt	91,9 %	89,2 %
	90,5 %	

	Frankreich	
	Männer	Frauen
18-24	80,5 %	78,0 %
25-29	83,0 %	80,7 %
30-34	86,2 %	82,6 %
35-39	89,1 %	83,2 %
40-45	89,7 %	81,8 %
gesamt	86,9 %	81,6 %
	83,9 %	

	Russland	
	Männer	Frauen
18-24	79,0 %	69,2 %
25-29	80,7 %	71,0 %
30-34	84,6 %	74,1 %
35-39	86,6 %	74,7 %
40-45	87,8 %	74,8 %
gesamt	83,9 %	72,8 %
	77,4 %	

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabelle zur Abbildung 20: Anteil der Personen, die zumindest bis zum angegebenen Alter noch keine Partnerschaft in einem gemeinsamen Haushalt hatten (in Prozent)

Alter	männlich			weiblich		
	Ö	D	F	Ö	D	F
20	86,1 %	91,3 %	90,3 %	72,3 %	76,9 %	75,0 %
25	51,4 %	62,3 %	44,2 %	32,2 %	39,6 %	27,1 %
30	28,6 %	39,4 %	20,7 %	15,4 %	22,6 %	10,9 %
35	17,7 %	28,8 %	11,3 %	10,3 %	16,3 %	6,9 %
40	13,8 %	24,4 %	7,6 %	8,2 %	13,9 %	5,7 %

Tabelle zur Abbildung 21: Dauer der ersten Partnerschaft Bezugsgröße?

Dauer	Österreich	Deutschland	Frankreich
1	94,1 %	97,4 %	94,8 %
2	87,2 %	93,1 %	88,7 %
3	80,9 %	89,7 %	84,7 %
4	76,1 %	87,5 %	81,2 %
5	72,7 %	84,8 %	77,6 %
6	70,3 %	83,2 %	75,1 %
7	67,7 %	81,6 %	72,9 %
8	65,9 %	80,1 %	70,5 %
9	64,8 %	78,7 %	68,8 %
10	63,3 %	77,8 %	66,8 %

Tabelle zur Abbildung 22: Nichtübereinstimmung zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der Absicht, ein (weiteres) Kind zu bekommen, nach Alter und Kinderzahl der Befragten (in Prozent).

	Frauen		Männer	
	Erstes Kind	Weiteres Kind	Erstes Kind	Weiteres Kind
unter 30	32	15	46	31
30-34	30	34	36	39
35-39	34	38	25	47
40+	64	45	53	55

Tabelle zur Abbildung 23: Wichtigster äußerer Umstand für eine LAT-Partnerschaft

„Warum in LAT-Partnerschaft?“	18-24	25-29	30-34	35-39	40-45
beruflich	24 %	23 %	42 %	22 %	29 %
finanziell	20 %	15 %	4 %	1 %	11 %
wohnungsbedingt	30 %	38 %	38 %	37 %	15 %
Partner/-in hat eine andere Familie	3 %	2 %	3 %	5 %	12 %

Tabelle zur Abbildung 24: Kinderwunsch nach Beschäftigungsstatus (in Prozent)

	Männer		Frauen	
	Beschäftigt	Arbeitslos	Beschäftigt	Arbeitslos
Jetzt	20	19	20	13
Innerhalb der nächsten drei Jahre	36	19	35	37
Später	31	38	24	29
Nie	13	24	21	21

Tabelle zur Abbildung 25: Anteil der Befragten, die innerhalb der nächsten drei Jahre ein Kind haben wollen, unterschieden nach Alter und Beschäftigungsstatus (in Prozent)

	Kinderlose		Eltern	
	Beschäftigt	Arbeitslos	Beschäftigt	Arbeitslos
< 25	52	38	56	31
25-29	67	55	41	39
30-34	52	52	35	36
35+	31	75	13	21

Tabelle zur Abbildung 26: Subjektives Empfinden mit dem Auskommen gegenüber Haushaltseinkommen (in Prozent)

	mit großen Schwier.	mit Schwier.	mit kleineren Schwier.	relativ gut	gut	sehr gut	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil
Single	6%	9%	19%	34%	18%	15%	33%	29%	37%
Paar ohne Kinder	1%	4%	13%	32%	27%	24%	11%	28%	61%
Paar 1 Kind	2%	6%	17%	36%	25%	13%	28%	33%	39%
Paar 2 Kinder	2%	5%	20%	33%	26%	14%	36%	44%	21%
Paar 3+ Kinder	4%	7%	23%	37%	20%	9%	54%	39%	7%
Alleinerzieher/-in	13%	17%	30%	25%	10%	6%	75%	19%	6%

Tabelle zur Abbildung 27: Bedeutung ökonomischer Faktoren für die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen

		Sehr stark	Ziemlich stark	Ein bisschen	Überhaupt nicht	Total
Eigene finanzielle Situation	Männer	13	21	31	34	100
	Frauen	20	19	26	35	100
Eigene Arbeit	Männer	7	16	26	50	100
	Frauen	18	22	24	36	100
Wohnsituation	Männer	11	23	24	42	100
	Frauen	13	17	22	48	100
Arbeit des Partners/ der Partnerin	Männer	9	22	32	37	100
	Frauen	10	16	21	53	100

FAMILIENENTWICKLUNG IN ÖSTERREICH

Tabelle zur Abbildung 28: Bedeutung individueller Faktoren für die Entscheidung, in den nächsten drei Jahren ein Kind zu bekommen.

		Sehr stark	Ziemlich stark	Ein bisschen	Überhaupt nicht	Total
Passende/r Partner/in	Männer	47	19	7	27	100
	Frauen	49	14	5	31	100
Eigenes Gefühl: „Ich bin bereit für ein Kind“	Männer	37	27	18	19	100
	Frauen	49	23	9	20	100
Bereitschaft des Partners/der Partnerin	Männer	43	29	13	14	100
	Frauen	48	24	9	19	100
Gefühl, als Paar bereit zu sein	Männer	42	30	12	15	100
	Frauen	50	24	8	18	100

Tabelle zur Abbildung 29: Durchschnittliche ideale Kinderzahl nach Religionsbekenntnis

	Ideale Kinderzahl
Ohne Bekenntnis	1,9
Katholisch	2,2
Evangelisch	2,1
Orthodox	2,5
Muslimisch	2,6
Nie	2,0
Jährlich	2,2
Monatlich	2,3
Wöchentlich	2,7
Ohne Bek., kein Kirchgang	1,9
Katholisch, kein Kirchgang	2,1
Katholisch, häufiger Kirchgang	2,4

Tabelle zur Abbildung 30: Durchschnittliche Kinderzahl (rechte Achse), Anteil nach Geburtenfolge (linke Achse), nach Religionsbekenntnis und Kirchengangshäufigkeit

	Ohne Bekenntnis, kein oder seltener Kirchgang	Katholisch, kein oder seltener Kirchgang	Katholisch, häufiger Kirchgang
0 Kinder	26	19	16
1 Kind	34	26	14
2 Kinder	30	39	44
3+ Kinder	11	16	26
Durchschnittliche Kinderzahl	1,3	1,6	1,8

Tabelle zur Abbildung 31: Geburtenverhalten nach Bildungsniveau, Frauen

	Kinderzahl	% kinderlos	% 3+ Kinder	Alter bei Erstgeburt
Pflichtschule	2,2	13,6	36,4	20,9
Sekundär ohne Matura	1,7	13,9	19,3	24,6
Matura	1,6	21,3	17,2	26,2
Hochschulabschluss	1,3	26,7	9,7	28,1

Tabelle zur Abbildung 32: Geburtenverhalten nach Bildungsniveau, Männer

	Kinderzahl	% kinderlos	% 3+ Kinder	Alter bei Erstgeburt
Pflichtschule	1,5	35,6	27,0	25,4
Sekundär ohne Matura	1,6	19,3	22,3	27,1
Matura	1,6	20,6	16,2	29,1
Hochschulabschluss	1,4	22,5	7,1	32,2

7

Vielfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen

Ulrike Zartler

Inhalt

1 Vielfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen	329
1.1 Entstehung von Partnerbeziehungen	329
1.2 Dynamiken im Lebensverlauf	331
1.2.1 Partnerbeziehungen im Jugendalter und jungen Erwachsenenalter	331
1.2.2 Partnerbeziehungen im mittleren Erwachsenenalter	333
1.2.3 Partnerbeziehungen älterer Menschen	333
1.3 Institutionalisierung von Partnerbeziehungen	334
1.3.1 Verbreitung und Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften (NEL) ..	334
1.3.2 Heiratsverhalten und Bedeutung der Eheschließung	337
1.3.3 Institutionalisierung homosexueller Partnerbeziehungen	343
1.4 Partnerbeziehung und Mobilität	345
1.4.1 Partnerschaften mit getrennten Haushalten	346
1.4.2 Binationale, interethnische und transnationale Partnerbeziehungen	348
Summary	350
Literatur	353

Abbildungen

Abbildung 1: Nichteheliche Lebensgemeinschaften 1999 – 2008 (in Hundert)	335
Abbildung 2: Eheschließungen 1951 – 2008	338
Abbildung 3: Eheschließungen mit und ohne gemeinsame Kinder(n)	339
Abbildung 4: „Ist das Genannte für eine gute Ehe wichtig?“ Zustimmung „sehr wichtig“ (in %)	342
Abbildung 5: Eheschließungen nach Staatsangehörigkeit (in %)	348

1 Vielfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen

Der Wunsch nach einer stabilen, dauerhaften Partnerbeziehung ist in den Lebensvorstellungen der meisten Menschen über den gesamten Lebensverlauf hinweg präsent. Auch wenn sich dieser Wunsch nicht immer erfüllen lässt, ist das Leben in einer Partnerbeziehung doch für einen Großteil der Bevölkerung ein zentraler Bestandteil der Biografie. So leben nach den Daten der aktuellen österreichischen Wertestudie zwei Drittel (66 %) der Österreicher/-innen in einer Partnerschaft. Ihr Anteil ist im Vergleich zu 1999 (75 %) kleiner geworden; der Anteil von Personen, die nicht in einer Partnerbeziehung leben¹, ist im selben Zeitraum gestiegen: er betrug 1999 25 % und im Jahr 2008 34 % (Hamachers-Zuba et al. 2009: 91 f.). Die Hälfte der Befragten (48 %) findet, eine dauerhafte Beziehung sei wichtig, um glücklich zu sein (Hamachers-Zuba et al. 2009: 99).

Ziel dieses Beitrages ist es, darzustellen und zu analysieren, wie Partnerbeziehungen heute entstehen, wie ihre Entwicklung sich gestaltet und welche Bereiche besonderen Veränderungen unterliegen. Dabei wird der Schwerpunkt auf die österreichischen Studien der letzten zehn Jahre² gelegt; aufgrund der lückenhaften Forschungslage wird aber vielfach auch auf ausländische Arbeiten Bezug genommen. In diesem Beitrag wird zunächst skizziert, wie Partnerbeziehungen heute entstehen und wie Partnerwahlprozesse sich gestalten. Weiters wird im Überblick dargestellt, mit welchen Herausforderungen die Gestaltung von Partnerbeziehungen in unterschiedlichen Lebensphasen konfrontiert ist. Ein Themenschwerpunkt ist die Institutionalisierung: Angesichts der steigenden Anzahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften wird hinterfragt, aus welchen Gründen und in welchen biografischen Phasen diese Lebensform gelebt wird, ebenso werden das Heiratsverhalten sowie die Bedeutung der Eheschließung analysiert und die Diskussionen rund um die Institutionalisierung homosexueller Partnerbeziehungen dargestellt. Der letzte Abschnitt beschäftigt sich mit der Frage, wie verstärkte Mobilitätsanforderungen sich auf die Gestaltung von Partnerbeziehungen auswirken. Dabei werden Folgen berufs- oder ausbildungsbedingter Mobilität, aber auch die Situation binationaler, interethnischer und transnationaler Partnerbeziehungen analysiert.

1.1 Entstehung von Partnerbeziehungen

Die Entstehung von Partnerbeziehungen ist keine rein private, individuelle Angelegenheit, sondern folgt sozialen Regelmäßigkeiten, Normen und Sachzwängen (Hill/Kopp 2006: 148 ff., Klein 2001, Lenz 2006: 61 ff.). Die Aufbauphase von Partnerbeziehungen wird derzeit auf Basis von Kompatibilitätsmodellen, im Rahmen der Anziehungsforschung sowie mittels ressourcenorientierter Ansätze untersucht.

¹ Zu berücksichtigen ist, dass Singles nicht zwangsläufig „allein“ sind: Fast die Hälfte (45 %) der befragten Singles hat Kinder, die zum größten Teil aber nicht im gemeinsamen Haushalt leben. 17 % der Singles leben mit zumindest einem Elternteil im Haushalt, 7 % mit anderen Verwandten. 54 % der Singles sind ledig, 26 % verwitwet und 18 % geschieden (Hamachers-Zuba et al. 2009: 92).

² Seit dem Erscheinen der entsprechenden Ausführungen im 4. Österreichischen Familienbericht (Zartler 1999).

VIelfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen

Kompatibilitätsmodelle werden durch die beiden Grundvarianten Homogamie und Komplementarität bestimmt. Die Homogamiehypothese geht vom Leitsatz „Gleich und gleich gesellt sich gern“ aus und besagt, dass Ähnlichkeit in Bezug auf bestimmte soziale Merkmale (z. B. Alter, Bildung, soziale oder ethnische Herkunft) und Persönlichkeitsvariablen (z. B. Einstellungen) eine Paarbildung begünstigt. Die Komplementaritätsthese basiert hingegen auf den Gegensätzen, die sich anziehen. Empirisch zeigt sich eine hohe Tendenz zur homogamen Partnerwahl (Burkart 2008, Rupp/Blossfeld 2008). So ist in Österreich eine relativ hohe Bildungshomogamie feststellbar – insbesondere bei niedrig gebildeten Personen, was sich als Hinweis auf soziale Exklusion interpretieren lässt (Appelt/Reiterer 2009, Ressler 2005). Homogamie lässt jedoch nicht zwingend auf die Wirksamkeit diesbezüglicher Normen schließen, sondern hat auch sozialstrukturelle Ursachen: Die Menge der potenziellen Partner setzt sich in erster Linie aus Personen zusammen, die ähnliche soziodemografische Merkmale aufweisen (Klein 2000). Häufig werden daher Stufenmodelle angewandt, wonach aus dem homogamen Kreis der potenziell in Frage kommenden Personen („Field of Eligibles“) die endgültige Partnerwahl nach dem Komplementaritätsprinzip erfolgt (Lenz 2006: 57, Nave-Herz 2006: 131 ff.).

Die sozialpsychologisch orientierte Anziehungsforschung untersucht die für die Partnerwahl relevanten Merkmale einer Person. Dabei werden zunehmend auch soziobiologische Perspektiven berücksichtigt (Fisher 2004, Stengel 2008, Müller-Schneider 2008). Im Sinne dynamischer Sequenzmodelle (z. B. Stimulus-Value-Role-Modell) wird angenommen, dass körperliche Attraktivität am Beginn der Beziehungsaufnahme eine zentrale Rolle spielt, darauf eine Phase des Wertevergleichs folgt und Paare erst danach ins Rollenstadium eintreten, wo überprüft wird, ob Erwartungen und Verhaltensweisen übereinstimmen (Lenz 2006: 60 f.).

Austauschtheoretische Konzepte gehen von einem „Heiratsmarkt“ aus, auf dem die Ressourcenausstattung einer Person die Chance beeinflusst, Partner mit bestimmten Merkmalen zu finden. Als Ressourcen gelten dabei körperliche Attraktivität, ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital sowie Humankapital. Sozialstrukturelle Faktoren, welche die Gelegenheitsstrukturen für das Kennenlernen bestimmen, werden ergänzend berücksichtigt (Becker 1981, im Überblick Burkart 2008: 177 ff., Hill/Kopp 2006: 159 ff., Klein 2001).

Neue Möglichkeiten der Entstehung von Partnerbeziehungen haben sich durch die Verbreitung des Internets ergeben. Laut einer Umfrage der Online-Partnervermittlung „Parship“³ haben 40 % der europäischen Singles in den vergangenen zwölf Monaten im Internet nach einer Partnerin/einem Partner gesucht (Parship 2008: 21). Die gezielte Partnersuche via Online-Dating fördert die Auswahl potenzieller Partner aufgrund bewusst gewählter Kriterien. Daneben gibt es auch neue Möglichkeiten des „beiläufigen“ virtuellen Kennenlernens in Chatrooms, Newsgroups oder Mailinglisten (Bühler-Ilieva 2006, Döring 2003). Die hohe Anonymität erleichtert die Kontaktaufnahme und die Preisgabe persönlicher Informationen. Dabei ist allerdings das (Ent-)Täuschungsrisiko groß, da häufig „attraktivitätssteigernde Korrekturen“ (Döring 2003: 546), etwa hinsichtlich Aussehen, Alter, Familienstand, Kinderzahl, Einkommen oder Beruf, vorgenommen werden. Gleichzeitig verändern sich Selektionskriterien: Der Internet-Zugang wird zur Notwendigkeit und schriftsprachliche

³ Befragt wurden rund 13 000 Personen im Alter zwischen 18 und 59 Jahren (Singles und Nicht-Singles) aus 13 westeuropäischen Ländern (Parship 2008).

Kompetenzen werden zu einer wesentlichen Attraktivitätsressource. Bislang vorliegende Untersuchungen zeigen, dass Personen, die Online-Dating nutzen, verglichen mit der (deutschen) Gesamtbevölkerung eher männlich, jünger, höher gebildet und in städtischen Gebieten wohnhaft sind (Schulz et al. 2008). Die Internet-Nutzung dürfte generell nicht unabhängig von sozio-ökonomischen Faktoren sein (Arnhold 2003, Zillien/Hargittai 2009).

Das Partnerwahlverhalten der Internet-Nutzer/-innen scheint sich an relativ „klassischen“ Kategorien zu orientieren, die keine grundsätzlich anderen Paarbildungen erwarten lassen als im nicht-virtuellen Raum (Bierhoff/Grau 1999). So kann davon ausgegangen werden, dass weder die bestehende Homogamie noch die räumlich-sozialstrukturellen Komponenten der Partnerwahl durch das Internet völlig verändert oder gar verdrängt werden (Rupp/Blossfeld 2008). Das typische Ablaufmuster von Internet-Beziehungen wird als eine charakteristische Abfolge von Medienwechseln beschrieben: Auf den Erstkontakt im Internet folgen private Netzkontakte, Telefonate, der Austausch von Fotos und schließlich persönliche Treffen. Die Zeitspannen, die zwischen den Medienwechseln liegen, weisen allerdings eine breite Streuung auf (Döring 2003: 548).

1.2 Dynamiken im Lebensverlauf

Beziehungsbiografien sind durch einen dynamischen Verlauf und durch unterschiedliche Herausforderungen in verschiedenen Lebensphasen gekennzeichnet (Coontz 2005, Lenz 2006). Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten hat sich die normativ verbindliche zeitliche Abfolge zentraler Ereignisse im partnerschaftsbiografischen Ablauf verändert (Lenz 2006, Nave-Herz 2006): Während die Aufnahme sexueller Beziehungen nach vorne verlagert wurde, haben sich die Heirat, die Gründung eines Haushalts und einer Wirtschaftsgemeinschaft sowie der Übergang zur Elternschaft nach hinten verschoben. Zugleich sind die einzelnen Ereignisse relativ variabel verknüpfbar.

Partnerschaftsbiografien mit hoher Kontinuität werden heute seltener; serielle (d. h. kürzere und häufigere) Beziehungen nehmen zu (Dekker/Matthiesen 2004, Hamachers-Zuba et al. 2009, Matthiesen 2007, Schmidt et al. 2003, 2006, Schmidt/Stritzky 2004). Obwohl die Beziehungserfahrungen vor der Ehe häufiger geworden sind, heiraten allerdings (in Deutschland, Daten für Österreich liegen nicht vor) rund zwei von drei ledigen Eheschließenden ihren ersten oder zweiten Partner, und die Hälfte hatte vor der Eheschließung nur maximal zwei kurze Beziehungen (Schneider/Rüger 2008, ähnliche Ergebnisse präsentiert Lauterbach 2007). Im Folgenden werden überblicksmäßig einige Merkmale von Partnerbeziehungen in unterschiedlichen biografischen Phasen dargestellt.

1.2.1 Partnerbeziehungen im Jugendalter und jungen Erwachsenenalter

Die oftmals postulierte Bindungs- oder Partnerlosigkeit der Jugend ist empirisch kaum nachweisbar; ein Leben ohne Partner/-in ist für viele Jugendliche kein erstrebenswertes Ziel und schon gar keine bewusste Entscheidung (Lauterbach 2007). Die österreichischen Jugend-Wertestudien (Friesl 2001, Friesl et al. 2008) bestätigen den hohen Wert von Partnerbeziehungen auch im Jugendalter. Die hohe Beziehungsorientierung ist bei jungen Mädchen noch stärker ausgeprägt als bei den Burschen, erst in der Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen kommt es diesbezüglich zu einer Annäherung der Geschlechter (BMSGK

VIelfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen

2003). Doch auch wenn der Großteil der Jugendlichen sich (für später) eine feste Partnerbeziehung wünscht: Das Bewusstsein für die Notwendigkeit, zur Erhaltung der Liebe aktiv etwas beizutragen und Kompetenzen zu mobilisieren, ist rudimentär (Bodenmann 2003).

Aus Sicht der Jugendlichen ist die Basis für eine gute Beziehung Spaß, gemeinsam verbrachte Zeit, Vertrauen, Treue und körperliche Nähe. Während für männliche Jugendliche die Sexualität eine wichtige Rolle einnimmt, schreiben Mädchen und junge Frauen der Treue eine zentrale Bedeutung zu. Das Postulat der Treue hat allerdings eine qualitativ andere Bedeutung als im kirchlichen Eheversprechen („bis dass der Tod euch scheidet“) und gilt eher, „solange die Beziehung stimmt“ (Kromer/Hatwagner 2008a: 28, siehe auch Reinprecht/Weiss 1998). Speziell im Jugend- und jungen Erwachsenenalter zeigt sich ein Trend zu seriellen Beziehungsmustern, und feste Beziehungen werden meist als Erprobungs- und Lernprozess für eine (spätere) dauerhafte Beziehung betrachtet (Schmidt/Stritzky 2004: 87, siehe auch Meier/Allen 2009). Relativ hoch ist der Wunsch österreichischer Jugendlicher (14–24 Jahre) nach einer (späteren) Eheschließung: Mehr als drei Viertel möchten später standesamtlich und rund zwei Drittel auch kirchlich heiraten (Kromer/Hatwagner 2008a: 23).

Die traditionellen Geschlechterrollen scheinen auch im Jugendalter relativ unangetastet zu bleiben (Hopf/Hartwig 2001). Keddi (2003) konnte in einer deutschen Untersuchung von 18- bis 35-jährigen Frauen zeigen, dass der biografische Stellenwert der Partnerschaft entsprechend dem eigenen Lebensentwurf („Lebensthema“) und jenem des Partners variiert. Sie findet kaum Anhaltspunkte für einen grundlegenden Wandel in den Einstellungen zu Geschlechterrollen: Paarbeziehungen sind auch bei jungen Paaren „Ausdruck von traditionellen, asymmetrischen Geschlechterstrukturen und geschlechtsgebundener Definitionsmacht“ (Keddi 2003: 114). Die österreichische Jugendwertestudie bestätigt diese Befunde für Österreich, wobei insbesondere Burschen an traditionellen Rollenkonzepten festhalten (Kromer/Hatwagner 2008b: 95, siehe auch Schmied/Reidl 2008).

Aufnahme und Aufbau intimer Beziehungen stellen eine der zentralen Entwicklungsaufgaben des Jugendalters dar (Flammer/Alsaker 2002, Oerter/Dreher 2008); dementsprechend hat Sexualität in den Paarbeziehungen Jugendlicher einen hohen Stellenwert (Reinprecht/Weiss 1998). Die Ehe hat ihre Legitimation als einziger Ort gemeinsamer Sexualität verloren, und der sexuelle Austausch tritt zunehmend an den Anfang einer (möglichen) Beziehungsgeschichte (Kaufmann 2004, Lenz 2003, Sammet 2003). Der Einstieg in die Sexualität hat sich biografisch nach vorne verlagert (Lenz 2006: 82). Den ersten Geschlechtsverkehr erlebt derzeit rund die Hälfte der Mädchen mit 15 Jahren, Burschen etwas später (Baldaszi/Urbas 2006: 233), ebenso Mädchen mit Migrationshintergrund (ÖGF 2008). Bei Burschen ist tendenziell ein technischer, leistungsorientierter Zugang zur Sexualität zu beobachten (Schmied/Reidl 2008, Weidinger et al. 2001). Verhütungswissen und -verhalten österreichischer Jugendlicher sind als verbesserungswürdig einzustufen (ÖGF 2008). Dennoch sind Teenager-Geburten in Österreich relativ selten. Noch im Jahr 1991 entfielen 22,9 Lebendgeburten auf 1 000 15- bis 19-jährige Frauen, bis zum Jahr 2007 ist diese Zahl auf 11,2 gesunken (Statistik Austria 2009a: 78). Als Ursachen für diese Entwicklung kann einerseits die Wirksamkeit von Aufklärungskampagnen vermutet werden; andererseits scheinen sich Teenager auch eher für einen Schwangerschaftsabbruch zu entschließen.⁴

1.2.2 Partnerbeziehungen im mittleren Erwachsenenalter

Das mittlere Erwachsenenalter wird zunehmend als eigenständige Lebensphase betrachtet, und seit einigen Jahren ist auch eine diesbezügliche Forschungstätigkeit zu verzeichnen (Hammerschmidt 2000, Perrig-Chiello/Höpflinger 2004, Schmitt 2001, Schmitt/Weber 2004, Wunderer 2003). Jetzt steht die Partnerbeziehung vor vielfältigen Herausforderungen: gegebenenfalls Familiengründung und Erziehung der Kinder bzw. im weiteren Verlauf Auszug der Kinder („empty nest“), Bilanzierung und Entwicklung von neuen Perspektiven für die Paarbeziehung, Umgang mit körperlichen Veränderungen, Neudefinition der Beziehung zu den (Schwieger-)Eltern (Konfrontation mit deren Abhängigkeit, Hilfs- und Pflegebedürftigkeit), gegen Ende dieser Lebensphase der Übergang in die nachberufliche Phase. Auch wenn im mittleren Erwachsenenalter ein deutlicher Anstieg von Trennungen und Scheidungen zu verzeichnen ist, werden dauerhafte Beziehungen als Lebensziel betrachtet; ein Wunsch nach seriellen Beziehungen als Lebensstil ist die Ausnahme (Schmidt/Stritzky 2004).

Üblicherweise wird von einem U-förmigen Verlauf der Beziehungszufriedenheit in langjährigen Beziehungen ausgegangen, mit einem Höhepunkt zu Beginn der Beziehung, einem Tiefpunkt in der Phase mit heranwachsenden Kindern und einem deutlichen Wiederanstieg in der „empty-nest-Phase“, wenn die Kinder aus dem Elternhaus ausgezogen sind (Bradbury et al. 2000, Re 2001, Schneewind et al. 2004). Dies würde also zunächst eine deutliche Verringerung der Beziehungsqualität im mittleren Erwachsenenalter implizieren. Neuere Ergebnisse widersprechen jedoch dieser Annahme und verweisen ganz im Gegenteil auf eine hohe Beziehungszufriedenheit (Schmitt/Weber 2004, Stegmann/Schmitt 2006). Allerdings fühlen sich Frauen stärker belastet, u. a. durch die gleichzeitige Erfüllung mehrerer Rollen (Erwerbstätigkeit, Hausfrauenrolle, Betreuungsleistungen für Kinder, Enkelkinder und/oder Eltern bzw. Schwiegereltern). Die Beziehungszufriedenheit ist insbesondere durch beziehungspezifische Komponenten (z. B. gemeinsame Aktivitäten) bedingt; äußere Merkmale wie Anzahl und Alter der Kinder, Einkommen oder Bildung erscheinen demgegenüber sekundär (Bodenmann 2000, Schmitt/Weber 2004).

1.2.3 Partnerbeziehungen älterer Menschen

Partnerbeziehungen von Menschen im höheren oder hohen Erwachsenenalter werden erst in jüngster Zeit verstärkt zum Forschungsgegenstand (Baas/Schmitt 2004, Berberich/Brähler 2001, Merbach et al. 2004, Schmitt/Re 2004). Aus soziodemografischer Hinsicht sind diese Beziehungen durch das steigende Lebensalter sowie die unterschiedliche Lebenserwartung von Frauen und Männern gekennzeichnet. Die demografischen Gegebenheiten führen zur zentralen Bedeutung älterer Frauen in der Betreuung und Pflege ihrer (Ehe-)Partner, zu einer häufigeren Verwitwung von Frauen, aber auch zu einer Bedeutungszunahme der Nachfamilienphase, die im Lebensverlauf immer mehr Raum einnimmt: Die Zeitdauer des alleinigen Zusammenlebens eines (Ehe-)Paares übersteigt heute bereits die Dauer der Familienphase (Nave-Herz 2006).

⁴ Da in Österreich keine Registrierpflicht von Schwangerschaftsabbrüchen besteht, können über Veränderungen in der Häufigkeit von Schwangerschaftsabbrüchen keine zuverlässigen Aussagen getroffen werden. Das Ambulatorium für Sexualmedizin und Schwangerenilfe „pro:woman“ geht bei den 15 bis 19-Jährigen von 17,5 Abtreibungen pro 1 000 Frauen aus (pro:woman 2008). Andere Schätzungen gehen von einem Anteil von ca. zehn Prozent minderjähriger Mädchen aus, die sich für einen Schwangerschaftsabbruch entscheiden (Salzburger Nachrichten, 26.1.2010).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Paare im höheren Lebensalter sind häufig mit einer notwendigen Neuorganisation ihres Rollengefüges konfrontiert, insbesondere weil die Rolle als Erwerbstätige/r für einen oder beide Partner wegfällt (Bucheberner-Ferstl 2005, Re 2001, Schmitt/Re 2004). Die Beziehungszufriedenheit langjährig verheirateter Ehepaare dürfte relativ hoch sein; so beziffert Fooken (1995) den Anteil der sich selbst als „glücklich verheiratet“ einstufenden älteren Paare in verschiedenen Studien mit 80 bis 90 Prozent, wobei sich Männer zufriedener äußern als Frauen. Insbesondere aus männlicher Sicht besteht ein Zusammenhang zwischen Beziehungszufriedenheit und Ehetyp: Männer aus männlichen Versorgungsebenen sind mit ihrer Partnerschaft zufriedener als solche aus Doppelverdienerebenen. Die Ehezufriedenheit der Frauen hängt hingegen weniger mit innerehelichen Machtverhältnissen und dyadischen Einkommensverteilungen zusammen, sondern vielmehr mit einem befriedigenden Ausmaß dyadischen Anpassungsverhaltens bei Stress und einer gelingenden individuellen Alltagsbewältigung (Baas/Schmitt 2004). Insbesondere ältere Frauen bedauern häufig die Bestimmtheit ihres Lebens durch traditionelle Geschlechtsrollenvorgaben; bei älteren Männern sind kritische Reflexionen über Geschlechterrollen nur selten zu finden (Schmidt/Stritzky 2004: 95). Schneewind et al. (2004) verweisen in ihrer Untersuchung stabiler Langzeitehen auf zwei zentrale Zielvariablen der Ehebeziehung, nämlich „Positivität“ und „Konfliktkompetenz“. Auf die Frage nach ihrem „Ehe-Rezept“ nannten die Befragten am häufigsten die „Zutaten“ Toleranz, Vertrauen und Liebe; häufig genannt wurden auch Konfliktlösung und Kommunikation, gemeinsame Lebensbereiche sowie Solidarität und Unterstützung.

Ein nach wie vor tabuisierter Bereich ist die Sexualität älterer Menschen, insbesondere älterer Frauen (Schultz-Zehden 2003, Sydow 2001) – auch wenn es mittlerweile mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit für dieses Thema gibt (Amann 2004, Bucher et al. 2001, Jürgensen 2001, Merbach et al. 2003). Obwohl für ältere Männer und Frauen häufig ein geringes sexuelles Interesse vermutet wird, bestehen auch in dieser Lebensphase sexuelle Wünsche, Ansprüche und Aktivitäten (Berberich 2004, Bucher et al. 2003, Klai-berg et al. 2001, Sydow 2003).

1.3 Institutionalisation von Partnerbeziehungen

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte ist in vielen europäischen Ländern⁵ eine Zunahme nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften (NEL) zu verzeichnen, während die Institutionalisierung von Partnerbeziehungen durch eine Eheschließung an quantitativer Bedeutung und normativer Verbindlichkeit verloren hat. Gleichzeitig gibt es eine Diskussion um die Institutionalisierung homosexueller Partnerbeziehungen. Die genannten Entwicklungen werden im Folgenden dargestellt und analysiert.

1.3.1 Verbreitung und Bedeutung nichtehelicher Lebensgemeinschaften (NEL)

Die Anzahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften (NEL) ist im Verlauf der letzten Jahrzehnte markant gestiegen. Im Jahr 1999 gab es in Österreich 202 200 NEL (41 % davon mit Kindern). Im Jahr 2008 waren dies bereits 318 200 Paare, davon 45,2 % mit

⁵ Nach wie vor sind nichteheliche Lebensgemeinschaften in Nord- und Mitteleuropa stärker verbreitet als in Südeuropa (Rupp/Blossfeld 2008).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Kindern (Statistik Austria 2009d: 19). 6,2 % aller österreichischen Familien sind nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, 7,5 % sind NELs ohne Kinder (Statistik Austria 2009d: 19). Am häufigsten sind NELs in der Altersgruppe zwischen 25 und 29: 19,0 % der Männer bzw. 24,8 % der Frauen dieser Altersgruppe leben in einer NEL (im Jahr 1981 lagen diese Zahlen bei 5,1 % für Männer und 4,3 % für Frauen). Jeder fünfte Mann und jede vierte Frau dieser Altersgruppe leben also in einer NEL (Statistik Austria 2009d: 20). Nichteheliche Lebensgemeinschaften sind in Partnerbeziehungen zwischen Migrantinnen und Migranten deutlich seltener als bei österreichischen oder binationalen Paaren: Nach den Daten des Mikrozensus 2008 sind 5,0 % der Partnerbeziehungen zwischen Migrantinnen und Migranten nichteheliche Lebensgemeinschaften, während sie bei österreichischen Paaren 15,7 % und in binationalen (d. h. österreichisch-ausländischen) Partnerbeziehungen 19,5 % ausmachen (Statistik Austria 2009d: 21). Abbildung 1 zeigt den kontinuierlichen Anstieg nichtehelicher Lebensgemeinschaften im vergangenen Jahrzehnt:

**Abbildung 1: Nichteheliche Lebensgemeinschaften 1999 – 2008
(in Hundert)⁶**

	<i>gesamt</i>	<i>mit Kind(ern)</i>	<i>in %</i>	<i>ohne Kind(er)</i>	<i>in %</i>
1999	202,2	82,9	41,0	119,3	59,0
2000	213,2	88,8	41,7	124,4	58,3
2001	212,2	89,7	42,3	122,5	57,7
2002	221,2	93,1	42,1	128,1	57,9
2003	222,4	93,3	42,0	129,0	58,0
2004	293,5	133,5	45,5	160,0	54,5
2005	293,2	134,5	45,9	158,6	54,1
2006	299,6	137,8	46,0	161,8	54,0
2007	309,1	141,4	45,7	167,7	54,3
2008	318,2	143,9	45,2	174,4	54,8

Quellen: Statistik Austria (Statistische Jahrbücher 2000 – 2009, Demographische Jahrbücher 2000 – 2009, Pressemitteilungen 2000 – 2009, www.statistik.at), eigene Berechnungen

Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Lebensform ist relativ hoch: 80 % der Österreicher/-innen halten ein Zusammenleben vor der Heirat für sinnvoll, und fast ebenso viele (76 %) befürworten ein Zusammenleben ohne Heiratsabsicht (Wernhart/Neuwirth 2007: 36 f., siehe auch Hamachers-Zuba et al. 2009: 94). Je jünger die Befragten, desto selbstverständlicher wird ein nichteheliches Zusammenleben betrachtet (Hamachers-Zuba et al. 2009: 95). Europaweit ist – mit Ausnahme der süd-europäischen Länder – kaum noch eine soziale Diskriminierung dieser Lebensform zu beobachten. In einigen Ländern wie z. B. Schweden gibt es eine weitgehende normative Gleichstellung mit der Ehe (Rupp/Blossfeld

⁶ Differenzen auf 100 % ergeben sich aufgrund von Rundungsungenauigkeiten. Der Bruch in der Zeitreihe ab dem Jahr 2004 resultiert aus Änderungen im Mikrozensus bzgl. Stichprobenziehung, Erhebungsmethode und Erhebungszeitraum (siehe Familien- und Haushaltsstatistik der Statistik Austria). Ergebnisse der neuen Erhebung (ab 2004) mit den Daten des früheren Mikrozensus (bis einschließlich 2003) sind somit nur bedingt vergleichbar.

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

2008); in Österreich ist weiterhin eine Ungleichstellung zwischen verheirateten und nicht verheirateten Paaren zu beobachten (siehe die Ausführungen von I. Mottl in diesem Bericht). Die österreichische Rechtsprechung orientiert sich hinsichtlich nichtehelicher Lebensgemeinschaften an drei Kriterien der Eheähnlichkeit, nämlich Wohn-, Wirtschafts- und Geschlechtsgemeinschaft, und stellt weiters auf ein Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen den Partnern sowie auf Dauerhaftigkeit ab (Deixler-Hübner 2008a, b). Im Rahmen des Familienrechtsänderungsgesetzes gibt es einige Bestimmungen zur Gleichstellung von Lebensgemeinschaften z. B. betreffend Veräußerungs- und Belastungsverbot, Abtretung von Hauptmietrechten, Brief- und Bildnisschutz oder Aussageverweigerungsrecht (Pesendorfer 2008: 234).

Aus biografischer Perspektive erscheint es sinnvoll, nach unterschiedlichen lebensphasenspezifischen Varianten des nichtehelichen Zusammenlebens zu differenzieren (Burkart 2008: 183): Leben jüngere Paare vor der Ehe zusammen, so ist die Kohabitation eine Übergangsphase zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der eigenen Familiengründung; im mittleren Erwachsenenalter ist sie meist eine Übergangsphase nach der Ehe, teilweise wird sie hier auch als eigener Beziehungsstil gelebt (Dekker/Matthiesen 2004: 52); und im Alter stellt sie häufig eine Lebensphase nach der Verwitwung dar.

Auch wenn zum Teil eine Konkurrenz der NEL zur Ehe (im Sinne einer erhöhten Attraktivität von Lebensformen mit geringerem Verpflichtungscharakter) vermutet wird (Vaskovics et al. 1997, Popenoe 2008), gilt die Kohabitation heute als Standardpassage in der Beziehungsbiografie, als „ein temporärer Status, den immer mehr Paare irgendwann einmal durchlaufen“ (Burkart 2008: 181, siehe auch Lenz 2006: 16, Nazio/Blossfeld 2003, Schneider/Rüger 2008). Die NEL wird zumeist „nicht mit der Absicht eingegangen, eine Dauerbeziehung zu begründen, wenn diese auch hieraus entstehen kann“ (Nave-Herz 2004: 108). Die Herausbildung und steigende Etablierung von NELs kann allerdings nicht als Symptom für eine allgemeine Bindungsmüdigkeit oder eine Abkehr von der Ehe als Institution betrachtet werden. Vielmehr sind Veränderungen in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie z. B. verlängerte Ausbildungszeiten (vor allem für Frauen) oder sinkende normative Zwänge zur Eheschließung entscheidend für die steigende quantitative Bedeutung der Kohabitation (Hill/Kopp 2006: 181 ff., Nave-Herz 2006: 104 f., Peuckert 2008: 75 ff.).

Auf der Ebene des Individuums bzw. des Paares kann aus austauschtheoretischer Perspektive das Eingehen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft mit den niedrigeren Transaktionskosten gegenüber einer engen Beziehung ohne gemeinsamen Wohnsitz begründet werden (Hill/Kopp 2006: 179 ff.). In der Mehrzahl der Fälle dürfte eine NEL gegründet werden, „ohne dass die Frage einer möglichen Eheschließung auf der Tagesordnung steht“ (Lenz 2006: 16, siehe auch Peuckert 2008: 68). Aus nutzentheoretischer Sicht sprechen aktuelle deutsche Befunde dafür, dass die NEL häufig eine Vorstufe zur Ehe darstellt und nur selten als Alternative zur Ehe konzipiert ist: Kohabitierende Personen nehmen die Kostenseiten einer Eheschließung als weniger gravierend wahr, Heiratsanreize entstehen für sie primär über geringe Kosten einer Eheschließung und weniger über zusätzlichen

Nutzen.⁷ Die Betonung von Nutzenzugewinnen durch eine Eheschließung greift also häufig zu kurz; die Kosten einer Eheschließung sind bei zusammenlebenden Partnern durch das Gründen eines gemeinsamen Haushalts teilweise bereits abgedeckt, nichteheliches Zusammenleben senkt demnach die Heiratskosten (Lois et al. 2009).

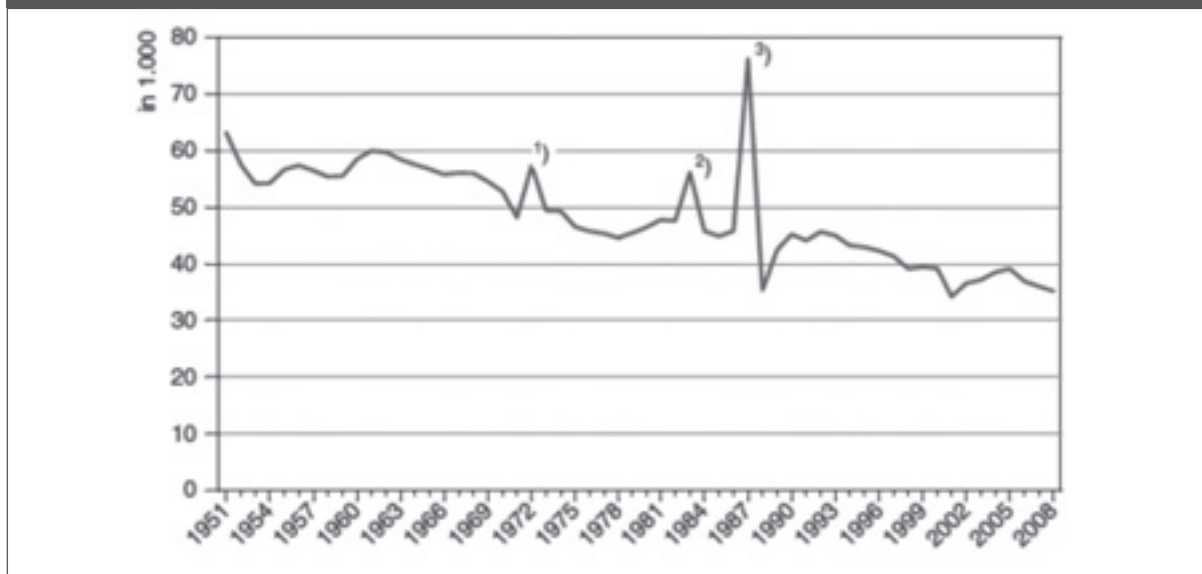
Nichteheliche Lebensgemeinschaften haben eine höhere Trennungsrate als Ehen, was mit den niedrigeren Trennungskosten aufgrund der geringeren spezifischen Investitionen erklärt werden kann (Hill/Kopp 2006: 180 ff.). Interessanterweise werden NELs durch eine egalitäre Arbeitsteilung, Ehen hingegen durch eine traditionelle Arbeitsteilung stabilisiert (Kalmijn et al. 2007, Lois 2008). Erklärt wird dies durch die Annahme, dass eine Traditio-nalisierung der Arbeitsteilung für die Frau risikoreich ist, weil ihr erwerbsspezifisches Humankapital einer Entwertungsgefahr unterliegt (Ott 1992, Ziefle 2004). Dieses Risiko kann aufgrund der stärkeren rechtlichen Regulierung in einer Ehe besser kompensiert werden als in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft.

1.3.2 Heiratsverhalten und Bedeutung der Eheschließung

Die Bedeutung der Ehe als Hauptinstitution für das Leben in Partnerbeziehungen hat sich im Lauf der letzten Jahrzehnte verändert. Liebe und Ehe wurden entkoppelt (Coontz 2005, Kaufmann 1995, Tyrell 1988), das Eheschließungsverhalten veränderte sich: Die Heiratsneigung sinkt, und es gibt eine steigende Anzahl an Personen, die nie eine Ehe eingehen (Sobotka/Toulemon 2008). In Österreich gab es im Jahr 1951 63 167 Eheschließungen; im Jahr 1999 wurden noch 39 485 Ehen geschlossen, und im Jahr 2008 gab es nur noch 35 223 Eheschließungen (Statistik Austria 2009b). Abbildung 2 (Statistik Austria 2008b: 27) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Heiratszahlen seit 1951 und illustriert die sinkende Heiratsneigung, unterbrochen durch Spitzen aufgrund der Veränderung monetärer Anreize (Heiratsbeihilfe).

⁷ Als Nutzenaspekte einer Eheschließung (Zugewinn durch eine Heirat) gelten dabei ökonomische und formal-rechtliche Vorteile, sozio-emotionale Zuwendung des Partners sowie sozio-emotionaler Nutzen aus dem weiteren Umfeld. Kostenfaktoren, welche durch eine Eheschließung entstehen, sind Netzwerkoppositionen (weil durch eine Verstärkung der Partnerbeziehung jene Ressourcen, welche für die Netzwerkpersonen bisher zur Verfügung standen, verringert werden), der Verlust persönlicher Autonomie, der Verzicht auf eine Fortsetzung der Partnersuche, sowie der Verzicht auf sexuelle Freiheiten (Lois et al. 2009).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Abbildung 2: Eheschließungen 1951 – 2008

1) Einführung der Heiratsbeihilfe für Erstvermählte mit 1.1.1972

2) Wegfall der steuerlichen Absetzmöglichkeit der Mitgift und Gerüchte über die Abschaffung der Heiratsbeihilfe mit 1.1.1984 (tatsächlich wurde die Heiratsbeihilfe unverändert beibehalten)

3) Endgültige Abschaffung der Heiratsbeihilfe mit 1.1.1988

Quelle: Statistik Austria, Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung

www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/eheschliessungen/022158.html (27.8.2009)

Parallel zum Sinken der Heiratsneigung erhöhte sich das mittlere Erstheiratsalter seit den frühen 1970er-Jahren, als der Trend zu biografisch immer früheren Eheschließungen seinen Höhepunkt erreicht hatte, um mehr als sieben Jahre: Während das mittlere Erstheiratsalter im Jahr 1974 für Frauen bei 21,4 Jahren, für Männer bei 24,4 Jahren lag und bis zum Jahr 1999 auf 27,1 (Frauen) bzw. 29,8 (Männer) anstieg, beträgt es derzeit (2008) 28,9 Jahre für Frauen und 31,7 Jahre für Männer (Statistik Austria 2009b, 2008b: 29, siehe auch BMSGK 2005). Als wesentliche Ursache für die Erhöhung des Erstheiratsalters gilt die längere Bildungsbeteiligung der jungen Generation (Rupp/Blossfeld 2008: 146).

Das Heiratsverhalten der zugewanderten Bevölkerung unterscheidet sich deutlich von jenem der Österreicher/-innen (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 32 f.). Nicht-österreichische Staatsbürger/-innen sind häufiger verheiratet als Österreicher/-innen: Während weniger als 45 % der österreichischen Staatsbürger/-innen verheiratet sind, liegt dieser Anteil für die ausländische Wohnbevölkerung bei fast 50 % (Fassmann/Reeger 2007: 188). Neben der höheren Heiratswahrscheinlichkeit ist auch ein früheres Heiratsalter feststellbar, insbesondere bei Türkinnen und Türken: sie heiraten rund sieben Jahre früher als Österreicher/-innen (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 34). Generell bleiben Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei signifikant seltener ledig als Österreicher/-innen (Sari 2007). Besonders deutlich sind diese Unterschiede in der Altersgruppe der 20- bis 25-Jährigen: Im Jahr 2005 waren in dieser Altersgruppe 6,6 % der Österreicher/-innen verheiratet, aber bereits 31,8 % der Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien, 51,4 % der türkischen Bevölkerung (Männer und Frauen) und sogar mehr als 65 % der türkischen Frauen. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so große, Unter-

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

schiede zeigen sich in der Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen: Hier waren 72 % der österreichischen Staatsangehörigen verheiratet, gegenüber 90 % der in Österreich lebenden türkischen Staatsangehörigen und 82 % der Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (Sari 2007: 201).

Die Bedeutung der Ehe wird durch ihren Rechtsstatus unterstrichen: Mit der Eheschließung werden umfassende neue Rechte und Pflichten erworben bzw. alte verändert oder ergänzt (siehe ausführlich den Beitrag von I. Mottl in diesem Bericht). Im Sinne einer Verdeutlichung des partnerschaftlichen Prinzips wurde als zentrale Neuerung des Eherechts-Änderungsgesetzes 1999 die „volle Ausgewogenheit der Beiträge der Ehegatten hinsichtlich der Haushaltsführung, der Erwerbstätigkeit, der Beistandsleistung und der Obsorge“ gesetzlich festgelegt (Deixler-Hübner 1999: 27). Andere Regelungen schützen v. a. den einkommenslosen, haushaltsführenden Ehegatten (zumeist die Frau). So kann ein Ehegatte nunmehr auch einseitig von der Gestaltungseinigung bzgl. Rollenteilung abgehen, wenn er/sie sich auf gewichtige persönliche Gründe stützt wie z. B. den Wunsch nach Aufnahme einer eigenen Erwerbstätigkeit. Weitere Neuerungen sind die Sicherung des dringenden Wohnbedürfnisses und der grundsätzliche Geldunterhaltsanspruch auch während aufrechter Ehe, aber auch Veränderungen im Scheidungsfolgenrecht, wonach bestimmten Gruppen von Personen – meist Frauen – nachehelicher Unterhalt unabhängig vom Scheidungsver schulden zusteht (Deixler-Hübner 2008a, b).

Die Ehe als Institution hat sich verändert, und zwar insbesondere hinsichtlich ihrer Funktion, das Paar in der Gesellschaft zu positionieren sowie Elternschaft zu legitimieren (Amato 2007, Cherlin 2004, Fincham et al. 2007, Nave-Herz 2006, Wydick 2007). So meinen heute 45 % der Österreicher/-innen, dass Menschen, die Kinder wollen, heiraten sollten – im Jahr 1988 waren dies noch rund 70 % (Wernhart/Neuwirth 2007: 18). Die zunehmend liberale Haltung spiegelt sich in den Heiratszahlen des vergangenen Jahrzehnts wider. Ehen werden immer häufiger erst nach der Geburt eines gemeinsamen Kindes geschlossen: In knapp 27 % aller neu geschlossenen Ehen des Jahres 2008 gab es bereits ein gemeinsames Kind (bzw. mehrere Kinder); im Jahr 1999 war dies bei 24 % der Eheschließungen der Fall (siehe Abbildung 3).

Abbildung 3: Eheschließungen mit und ohne gemeinsame Kinder(n)

	<i>gesamt</i>	<i>mit gem. Kind</i>	<i>in %</i>	<i>ohne gem. Kind</i>	<i>in %</i>
1999	39 485	9 419	23,85	30 066	76,15
2000	39 228	9 126	23,26	30 102	76,74
2001	34 213	7 536	22,03	26 677	77,97
2002	36 570	7 723	21,12	28 847	78,88
2003	37 195	7 921	21,30	29 274	78,70
2004	38 528	8 504	22,07	30 024	77,93
2005	39 153	9 043	23,10	30 110	76,90
2006	36 923	9 465	25,63	27 458	74,37
2007	35 996	9 679	26,89	26 317	73,11
2008	35 223	9 492	26,95	25 731	73,05

Quellen: Statistik Austria (Statistische Jahrbücher 2000 – 2009, Demographische Jahrbücher 2000 – 2009, Pressemitteilungen 2000 – 2009, www.statistik.at), eigene Berechnungen

VIelfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen

Die symbolische Bedeutung der Ehe ist trotz der sinkenden Heiratsziffern ungebrochen hoch, verheiratete Personen werden nach wie vor positiver beurteilt als Singles (Schütz et al. 2007), und in zahlreichen Milieus gilt die Ehe auch weiterhin als biografische Selbstverständlichkeit (Burkart 1997: 2008). Trotz des hohen Stellenwerts der Ehe hat aber auch die Meinung, die gesellschaftliche Entwicklung gehe in Richtung einer Auflösung der Ehe, nach den Ergebnissen des Sozialen Survey zugenommen: gut die Hälfte der Österreicher/-innen (53 %) ist dieser Meinung; 1986 war es ein Drittel (33 %) (Schulz/Hummer 2005: 350). Die österreichische Wertestudie zeigt ebenfalls Veränderungen in der Einstellung zur Institution Ehe: 28 % fassen demnach im Jahr 2008 die Ehe als eine überholte Einrichtung auf, 1999 waren dies 20 %, 1990 nur 11 %. Besonders häufig findet sich diese Meinung bei jüngeren, höher gebildeten, wenig religiös eingestellten Menschen sowie bei der städtischen Bevölkerung (Hamachers-Zuba et al. 2009: 99). Diese Befunde können so interpretiert werden, dass die Ehe als Institution in der Bevölkerung nicht mehr die frühere Bedeutung hat – dabei werden allerdings keine Aussagen über die Qualität von Partnerbeziehungen getroffen, sondern vielmehr diese von der Institution Ehe entkoppelt betrachtet.

Die Eheschließung erfordert – im Gegensatz zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die häufig in einem „schleichenden Prozess“ entstehen und deren Beginn aufgrund fehlender Rituale und Zeremonien schwer festzulegen ist (Nave-Herz 2006: 109) – eine aktive, zielgerichtete Entscheidung auf individueller und partnerschaftlicher Ebene. Um zu skizzieren, warum Paare heute heiraten, sind unterschiedliche Faktoren zu berücksichtigen: (1) Zunächst ist das Muster der „Liebesheirat“ zu nennen: Es gehört zu den weithin unhinterfragten Thesen, dass Menschen heute aus Liebe heiraten und emotional-affektive Komponenten die Basis einer Ehe bilden (Roussel 1980). Dennoch ist die Liebe als Voraussetzung für eine Eheschließung selten allein ausschlaggebend, sondern meist mit nutzen- und wertorientierten Motiven kombiniert, welche das Motiv „Liebesheirat“ flankieren: „Geheiratet wird, wenn die Beteiligten den Eindruck haben, dadurch sehr konkrete Vorteile zu erlangen.“ (Schneider/Rüger 2007: 149). (2) Auch das Muster der kindorientierten Eheschließung dürfte geringer verbreitet als oft angenommen sein und nur ein Muster neben anderen abbilden (Lenz 2006, Schneewind et al. 1996, Schneider/Rüger 2007: 135 ff.). Deutlich wird dies angesichts einer zweifachen Entkoppelung von Ehe und Elternschaft: Ehen werden auch bei fehlendem Kinderwunsch geschlossen, gleichzeitig gibt es einen steigenden Anteil nichtehelicher Geburten⁸ sowie nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kindern. (3) Auch wenn häufig postuliert wird, dass die Eheschließung als signifikanter Statusübergang („rite de passage“) gesellschaftlich an Relevanz verloren habe, wird im Sinne der „Bekräftigungsthese“ eine Stärkung der Heirat als Statuspassage vermutet. Argumentiert wird dies mit der immer aufwändiger und symbolträchtiger gestalteten Inszenierung moderner Eheschließungen (Kalmijn 2004) – wenngleich auch die Sichtweise plausibel erscheint, dass diese Inszenierungen eine bestehende Sinnentleerung lediglich überdecken (Schneider/Rüger 2007). Nave-Herz (2006: 110) argumentiert, dass die Eheschließung von einem „rite de passage“ zu einem „rite de confirmation“, einer Bestätigung der Partnerbeziehung, geworden sei.

⁸ In Österreich sind 38 von 100 Lebendgeborenen unehelich (im Jahr 2007); in Kärnten – einem Gebiet mit traditionell hoher Illegitimitätsquote – wird jedes zweite Kind (52 %) unehelich geboren (Statistik Austria 2009a: 79). Allerdings ist auch die Legitimierungsrates unehelicher Kinder hoch: 37 % aller (im Jahr 2007) unehelich geborenen Kinder werden voraussichtlich bis zu ihrem 6. Geburtstag durch eine nachfolgende Eheschließung der Eltern legitimiert (Statistik Austria 2008b: 156).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Als besonders wichtig für das Gelingen einer „guten Ehe“ gelten, wie die Befunde der österreichischen Wertestudie zeigen, Treue (81 %), gegenseitiger Respekt und Anerkennung (81 %), gegenseitiges Verstehen und Toleranz (77 %), die Bereitschaft zu Diskussion über Probleme in der Partnerschaft (63 %), eine glückliche sexuelle Beziehung (56 %) sowie Kinder (54 %) und gemeinsame Lebensziele (51 %) (Hamachers-Zuba 2009: 102 f.). Diese Variablen werden seit 1990 als besonders wichtige genannt; allerdings sind die Zustimmungswerte im Zeitvergleich gesunken, teilweise kontinuierlich und deutlich, z. B. bezüglich der Bedeutung von Kindern für die Partnerschaft (1990: 63 %, 1999: 59 %, 2008: 54 %). Stark an Bedeutung gewonnen haben im vergangenen Jahrzehnt materielle und soziokulturelle Rahmenbedingungen, und zwar insbesondere ein angemessenes Einkommen (hier zeigt sich seit 1999 ein Plus von 17 %) und gute Wohnverhältnisse (+10 %), aber auch Übereinstimmung in sozialer Herkunft (+9 %) und Übereinstimmung in politischen Fragen (+6 %) erscheinen heute wichtiger als vor zehn oder zwanzig Jahren (Hamachers-Zuba et al. 2009: 102). Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Befunde.

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Abbildung 4: „Ist das Genannte für eine gute Ehe wichtig?“

Zustimmung „sehr wichtig“ (in %)



Quelle: Österreichische Wertestudie (Hamachers-Zuba et al. 2009: 102)

1.3.3 Institutionalisation homosexueller Partnerbeziehungen

Im traditionellen Verständnis sind Partnerbeziehung, Familie, Ehe und Heterosexualität eng miteinander verbunden. Zielgruppe der Familienpolitik sind weiterhin Ehen und Lebensgemeinschaften sowie allein erziehende Mütter und Väter mit ihren Kindern. Nicht in diesen Familienbegriff inkludiert sind (derzeit) homosexuelle Paare. Beziehungen zwischen Menschen gleichen Geschlechts wurden über lange Zeit vorwiegend im Geheimen gelebt und waren in Österreich bis zum Jahr 1971 verboten⁹ (Graupner 2001a, b). Heute haben sich die Haltungen homosexuellen Menschen gegenüber verändert, wenn auch nach wie vor eine deutliche Skepsis zu beobachten ist: Wie Daten der österreichischen Wertestudie zeigen, ist die Gruppe der Menschen, die Homosexualität ablehnen, kontinuierlich kleiner geworden, allerdings liegt der entsprechende Wert nach wie vor bei 35 % (1990 lehnten 50 % der Befragten Homosexualität ab). Gleichzeitig finden heute mehr Menschen Homosexualität „in Ordnung“ (25 % gegenüber 12 % im Jahr 1990) (Hamachers-Zuba et al. 2009: 98).

Die rechtliche Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerbeziehungen verläuft in Europa diskontinuierlich, wobei ein West-Ost- und ein Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich des Status dieser Beziehungen sowie der Rechtsfolgen bei Auflösung des jeweiligen Modells feststellbar sind¹⁰ (Basedow 2000, Verschraegen 2009). Innerhalb Europas haben mittlerweile fünf Staaten (Niederlande, Belgien, Spanien, Norwegen, Schweden) die Zivilehe für gleichgeschlechtliche Partner geöffnet, in einem guten Dutzend europäischer Länder¹¹ gibt es die Möglichkeit der eingetragenen Partnerschaft, und zwei Staaten, nämlich Frankreich (seit 1999) und Luxemburg (seit 2004) bieten eine Absicherung durch einen Solidaritätspakt (Deixler-Hübner 2008a, b). Die einzelnen Modelle eingetragener Partnerschaften reichen von rein vertragsrechtlichen Modellen über vermögens- bzw. gesellschaftsrechtliche Konstruktionen bis zu Rechtsinstituten, welche den Zivilstand der Betroffenen ändern. Unterschiede in den einzelnen Regelungen bestehen v. a. hinsichtlich der Rechtsfolgen einer Auflösung der Partnerbeziehung sowie des Zugangs zu Adoptionsrecht oder medizinisch unterstützter Fortpflanzung (Verschraegen 2009).

Das vom österreichischen Nationalrat am 10.12.2009 beschlossene Gesetz über die eingetragene Partnerschaft (EPG)¹² verschafft gleichgeschlechtlichen Paaren mehr Rechtsicherheit und beinhaltet die Möglichkeit, ihre Paarbeziehung eintragen und somit legitimieren zu lassen. Die Eintragung der Partnerschaft soll bei den Personenstandsbehörden stattfinden. Eingetragene Partnerschaften beziehen sich ausschließlich auf durch Dauerhaftigkeit bestimmte homosexuelle Partnerbeziehungen zwischen volljährigen Personen. Die Partner sollen während ihrer Gemeinschaft insbesondere Fürsorge-, Unterstützungs-

⁹ Im Rahmen der kleinen Strafrechtsreform 1971 wurde das Totalverbot der Homosexualität durch vier Bestimmungen ersetzt, von denen § 209 StGB („Gleichgeschlechtliche Unzucht mit Personen unter 18 Jahren“) am längsten in Kraft war.

¹⁰ „Geografisch betrachtet, ist die Regelungsdichte im Süden Europas dünner als im Norden, im Westen Europas dichter als in Mittel- und Ost-Europa.“ (Verschraegen 2009: 434)

¹¹ Dänemark war das erste Land, das 1989 ein diesbezügliches Gesetz verabschiedete. Es folgten Norwegen (1993), Schweden (1994), Grönland und Island (1996), die Niederlande (1997), Belgien (1998), einige autonome Regionen Spaniens (1998 – 2000), Deutschland (2001), Luxemburg (2004), die Schweiz (2004) und Großbritannien (2004), Slowenien und Tschechien (2006) sowie Ungarn (2009) (siehe Deixler-Hübner 2008b, Verschraegen 2009). In den Niederlanden und Belgien gibt es neben der Ehe auch die Möglichkeit einer eingetragenen Partnerschaft, die sowohl gleich- als auch verschiedengeschlechtlichen Personen offensteht (Deixler-Hübner 2008b: 201), vergleichbar dem französischen PACS (Martin/Théry 2001).

¹² Der zuvor im Gesetzesentwurf verwendete Begriff „Lebenspartnerschaft“ wurde nunmehr durch den Begriff „Eingetragene Partnerschaft“ ersetzt.

VIelfalt und Dynamik von Partnerbeziehungen

und Unterhaltsverpflichtungen haben. Die Möglichkeit einer Adoption (sowohl Stiefkind- als auch Fremdkindadoption¹³) sowie die Inanspruchnahme der Fortpflanzungsmedizin sind nicht vorgesehen. Nach Beendigung der Lebensgemeinschaft ist ein verschuldensabhängiger Unterhalt vorgesehen (Deixler-Hübner 2008a, b, Gröger 2008).

Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass nur eine kleine Minderheit homosexueller Männer und Frauen ihre Partnerschaft registrieren lässt (Lüscher/Grabmann 2002). Schneider et al. (1998: 100) gehen bei homosexuellen Männern von 3 % aus. So lag in Norwegen, wo seit 1993 registrierte Partnerschaften möglich sind, im Jahr 1999 der Anteil gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften an allen gesetzlich legitimierte Paaren bei 0,61 % (Eggen 2002: 229).

Debatten um die öffentliche Anerkennung und die Schaffung von Rechtsinstituten für homosexuelle Partnerbeziehungen werden zumeist kontroversiell geführt (Nave-Herz 2006: 111 ff., Verschraegen 1994). Von konservativer Seite wird eine Ausweitung der Rechte gleichgeschlechtlicher Partnerbeziehungen vehement abgelehnt (Amendt 2002, Kloiber 2008), während Interessenvertretungen weiterreichende Änderungen als im eingetragene Partnerschafts-Gesetz (EPG) vorgesehen unterstützen würden. Dabei bestehen durchaus auch innerhalb der homosexuellen Community Meinungsunterschiede, und die Sinnhaftigkeit und Angemessenheit einer eingetragenen Lebenspartnerschaft wird hinterfragt (Verschraegen 2009: 434). Wissenschaftliche Befunde zu Fragen der rechtlichen Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerbeziehungen und insbesondere der Auswirkungen eines solchen Schritts für die Individuen, ihre Familien und die Gesellschaft sind noch rar¹⁴ (Oswald/Kuvalanka 2008, Rupp 2009).

Die Diskussion um die Institutionalisierung homosexueller Partnerbeziehungen umfasst auch den Aspekt homosexueller Elternschaft. Während die Adoption und reproduktionstechnologische Methoden (In-vitro-Fertilisation, Insemination, Leihmutterchaft) in Österreich, wie in den meisten europäischen Ländern, ausgeschlossen sind¹⁵, ist die Übernahme eines Pflegekindes auch in Österreich rechtlich möglich. In Wien werden im Rahmen von Pflegeeltern-Kampagnen gezielt auch Menschen in nichtkonventionellen Lebensformen angesprochen (Walter 2006). Auch wenn Homosexualität weitgehend mit Kinderlosigkeit und/oder nicht vorhandenem Kinderwunsch gleichgesetzt wird (Nave-Herz 2006: 115), ist mittlerweile belegt, dass homosexuelle Paare – trotz fehlender rechtlicher Möglichkeiten – einen Kinderwunsch haben (können) (Fthenakis/Ladwig 2002, Kapella/Rille-Pfeiffer 2004, Starke 1994, Weston 1997). Sogenannte „Regenbogenfamilien“ (Schmauch 2008) entstehen häufig, indem Kinder aus einer früheren, vor dem „Coming Out“ liegenden, heterosexuellen Beziehung in eine homosexuelle Partnerbeziehung eingebracht werden (Herr-

¹³ Die Adoption eines (fremden) Kindes durch die Lebenspartner wird als Fremdkindadoption bezeichnet, die Adoption eines leiblichen Kindes einer Partnerin oder eines Partners durch den anderen Teil als Stiefkindadoption.

¹⁴ In einer aktuellen amerikanischen Studie von Langbein/Yost (2009) werden keine statistisch signifikanten negativen Effekte der Legalisierung homosexueller Partnerbeziehungen auf traditionelle Familienwerte gefunden. Langbein/Yost (2009) beschäftigen sich auf Basis amerikanischer statistischer Daten mit der Vermutung des Family Research Council, homosexuelle Eheschließungen würden negative Folgen in fünf Bereichen nach sich ziehen, nämlich ein Ansteigen von Scheidungsraten, Abtreibungsraten, Unehelichenquoten sowie der Anzahl von Einelternfamilien; gleichzeitig ein Sinken der Eheschließungsraten. Sie können keine empirischen Belege für diese Vermutungen finden.

¹⁵ Die Paaradoption ist für gleichgeschlechtliche Paare in einigen europäischen Ländern möglich (z. B. Andorra, Belgien, England und Wales, Finnland, Island, Norwegen, Niederlande, Schweden, Schottland, Spanien), die Möglichkeit zur Stiefkindadoption gibt es in Dänemark, Deutschland, Frankreich und Norwegen (Verschraegen 2009: 430).

mann- Green/Herrmann-Green 2008, Lüscher/Grabmann 2002, Mense 2004, Rauchfleisch 2008). Rupp (2009) berechnet in ihrer umfassenden aktuellen Studie zur Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften für Deutschland, dass in mindestens 7 % und höchstens 15 % der 13 000 Eingetragenen Lebenspartnerschaften auch Kinder leben; die Zahl der Kinder in Deutschland, die in einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft aufwachsen, schätzt sie auf ca. 2 200. Eggen (2002: 228) kommt zu ähnlichen Befunden¹⁶ und rechnet mit keiner erheblichen Zunahme dieser Lebensform. Denn selbst wenn sich aufgrund der Lockerung öffentlicher und rechtlicher Normen mehr gleichgeschlechtliche Paare ihren Kinderwunsch erfüllen, so werden doch aufgrund derselben Entwicklungen deutlich weniger gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften bestehen, in denen es Kinder aus aufgelösten heterosexuellen Beziehungen gibt. Stacey/Biblarz (2001) vermuten sogar, dass sich aufgrund dieser beiden gegensätzlichen Entwicklungen der Anteil gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften mit Kindern an allen homosexuellen Lebensgemeinschaften verringern wird. Doch auch wenn Lebensgemeinschaften mit homosexuellen Elternteilen keine allzu häufige Lebensform darstellen, sind sie aufgrund ihrer großen symbolischen Tragweite von gesellschaftlicher Bedeutung, weil sie der vorherrschenden Auffassung von Familie widersprechen (Amendt 2002, Lüscher/Grabmann 2002: 54). Noch stärker als in Bezug auf die rechtliche Anerkennung werden im Falle homosexueller Elternschaft normative Grenzen aufgeweicht, weil diese eine Lockerung des Zusammenhangs zwischen Familie und Heterosexualität darstellt (Maihofer 2004, Miko 2008, Stacey 1998, 2004).

1.4 Partnerbeziehung und Mobilität

Lebensformen, welche Mobilität einschließen, sind aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen im Steigen begriffen: berufliche Mobilitätsanforderungen haben sich signifikant erhöht, sowohl private als auch berufliche Reisetätigkeiten werden häufiger, und die Verbreitung neuer Kommunikationstechnologien vergrößert die räumlichen Kontexte, in denen Partnerbeziehungen entstehen und sich entwickeln. Die Frage, wie (berufliche) Mobilitätsanforderungen das Privatleben beeinflussen, wurde zu einem wichtigen Forschungsthema (Kaufmann/Widmer 2006, Levin 2004, Noyon/Kock 2006, Schneider et al. 2001, 2002, Schneider/Meil 2008, Schneider/Collet 2009, Widmer/Schneider 2006) und betrifft auch den rechtlichen Bereich, wie beispielsweise bei der Suche nach dem maßgeblichen Recht in grenzüberschreitenden Fällen.¹⁷ Zwei Grundformen der Mobilität werden unterschieden, nämlich (1) zirkuläre, d. h. regelmäßig wiederkehrende Mobilität, z. B. tägliches oder wöchentliches Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort, und (2) residenzielle Mobilität in Form von Umzug oder Migration (Schneider 2005, 2009).¹⁸ Im Folgenden werden zunächst räumlich getrennte Partnerbeziehungen und danach Partnerbeziehungen auf der Grundlage residenzieller Mobilität dargestellt. Dabei wird jeweils nach den Auswirkungen auf Alltagsgestaltung und Beziehungsqualität gefragt.

¹⁶ Eggen (2002:228) berechnet, dass in ca. 8 % aller gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften auch Kinder leben.

¹⁷ Zu nennen wären etwa die Phänomene der „hinkenden Ehen“ oder „hinkenden Scheidungen“, die aufgrund unterschiedlicher Rechtslagen in einem Staat gültig, im anderen ungültig sind (Neumayr 2008).

¹⁸ Generell wird beobachtet, dass berufliche Mobilität zumeist zirkulär verläuft (Pendeln, Dienstreisen, Transmigration). Das Ausmaß residenzieller Mobilität (Umzug, Migration) ist in Europa gering (Schneider 2009). Das häufigste Motiv für einen Umzug in ein anderes Land innerhalb Europas ist die Liebe (Recchi 2008: 217).

1.4.1 Partnerschaften mit getrennten Haushalten

Bislang beschäftigte sich die Forschung unter dem Aspekt der räumlichen Mobilität in Partnerbeziehungen vorwiegend mit dem als nichtkonventionelle Lebensform konzipierten „getrennten Zusammenleben“ von Partnern (Living Apart Together, kurz LAT) (Schneider et al. 1998). Gemeint sind damit Paare, die aufgrund beruflicher Notwendigkeiten oder persönlicher Präferenzen in getrennten Wohnungen leben. Heute wird zunehmend an übergreifenden Konzepten gearbeitet, die eine differenziertere Typologie mobiler Lebensarrangements erlauben (Schneider/Meil 2008, Schneider/Collet 2009, Widmer/Schneider 2006). Dabei werden für Paar- bzw. Familienbeziehungen folgende Grundtypen des Umgangs mit Mobilität unterschieden (Schneider et al. 2001, 2002): (1) Paare, welche trotz erhöhter Mobilitätsanforderungen am gemeinsamen Wohnsitz festhalten und dafür lange Fahrzeiten oder Umzüge in Kauf nehmen. (2) Paare mit verschiedenen Wohnorten – entweder mit einem gemeinsamen „Haupthaushalt“ (bei Wochenendpendlern) oder ohne einen solchen, wie in LAT-Beziehungen. (3) Partnerbeziehungen, wo der Beruf mindestens eines Partners Mobilität inkludiert (z. B. Pilot/-in, Vertreter/-in). (4) Schließlich gibt es auch jene Paare, die Mobilität verweigern und berufliche Mobilitätserfordernisse, z. T. unter bewusstem Verzicht auf berufliche Karriere, zugunsten der Partnerbeziehung oder Familie abgelehnt haben. In Deutschland leben 16 % der erwerbsfähigen Bevölkerung aus beruflichen Gründen in einer der unter (1) bis (3) genannten mobilen Lebensformen (Limmer 2005). Für Österreich zeigen Daten der Wertestudie (Hamachers-Zuba 2009: 91), dass etwa 7 % der Österreicher/-innen eine Beziehung haben, aber nicht mit ihrem Partner/ihrer Partnerin zusammenleben.

Partnerbeziehungen mit hohem Mobilitätscharakter werden vorwiegend von jüngeren Menschen eingegangen: So ist von den Österreicher/-innen mit LAT-Beziehungen die Hälfte unter 30 Jahren alt (Hamachers-Zuba 2009: 91). Das „getrennte Zusammenleben“ hängt weniger mit persönlichen Präferenzen, sondern vielmehr mit finanziellen und räumlichen Ressourcen zusammen (Blossfeld et al. 2005). Auch die Daten des 4. Österreichischen Jugendberichts verweisen darauf, dass im Jugend- und jungen Erwachsenenalter die Wohnform eher eine Frage von Ressourcen als der Beziehung ist. Von den 20- bis 24-jährigen jungen Männern lebt zwar jeder Zweite in einer festen Paarbeziehung, doch nur 11 % wohnen mit ihrer Partnerin zusammen. Der Großteil wohnt noch bei den Eltern bzw. einem Elternteil (59 %), 19 % leben in einer eigenen Wohnung, der Rest in WGs oder Student/-innen-Heimen (7 %) oder bei Verwandten (3 %). Auch bei den jungen Frauen ist Living Apart Together eine verbreitete Lebensform: Sieben von zehn jungen Frauen im Alter von 20 bis 24 Jahren haben eine feste Beziehung, jedoch leben nur drei von zehn jungen Frauen in dieser Altersgruppe mit ihrem Partner zusammen. Gleichzeitig ist unter jungen Frauen aber der Anteil jener, die bei den Eltern leben, mit 41 % deutlich niedriger als bei den gleichaltrigen Männern¹⁹ (BMSGK 2003: 30 f.).

Werden mobile Partnerschaftsarrangements im jungen Erwachsenenalter oft aus Gründen der Ausbildung gelebt, so sind im mittleren Lebensalter überwiegend berufliche Mobilitätsanforderungen ausschlaggebend. Wie aus der dritten Welle des deutschen Familiensurvey

¹⁹ Diese Daten stimmen mit den Mikrozensus-Daten nicht überein: Laut Mikrozensus leben im Alter von 20 bis 24 Jahren 77 % der Männer und 61 % der Frauen noch bei ihren Eltern. Bei den 25- bis 29-Jährigen betragen diese Anteile 45 % für Männer und 21 % für Frauen (BMSGK 2005).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

ersichtlich, ist das Leben in getrennten Domizilen häufiger durch berufliche Umstände bedingt als durch Partnerschaftsideale: Weit mehr als die Hälfte (58 %) aller Partnerbeziehungen in zwei Haushalten entsteht (und besteht) ausschließlich aus beruflichen Gründen; ein Zusammenziehen wird angestrebt und gewünscht, sobald die Umstände es erlauben. 29 % der Partnerbeziehungen mit zwei Haushalten entstehen unabhängig von beruflichen Anforderungen aufgrund eines Partnerschaftsideals, das auf Autonomie und Unabhängigkeit begründet ist, und 13 % entstehen zwar aufgrund beruflicher Erfordernisse, werden dann aber aufgrund individueller Vorlieben weitergeführt (Schneider/Ruckdeschel 2003). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Partnerbeziehungen mit hohem Mobilitätscharakter zumeist als Kompromiss- oder Notlösung konzipiert und nur selten als dauerhafte Alternative geplant werden (Levin 2004, Schmidt et al. 2006, Schneider/Ruckdeschel 2003). Interpretationen, wonach insbesondere LAT-Beziehungen eine neue, eigenständige Lebens- und Beziehungsform individualisierter Partnerschaften darstellen (Burkart/Kohli 1992, Hoffmann-Nowotny 1995), treffen nur auf eine Minderheit zu (siehe auch Traub 2005). Vielmehr ist diese Lebensform „weniger als Folge der Zunahme von Handlungsoptionen, denn als Ergebnis eines fortschreitenden Eindringens systemischer Zwänge in die Gestaltung der eigenen Partnerschaft zu interpretieren“ (Schneider/Ruckdeschel 2003: 247 f.).

Wenn Paare nicht (permanent) zusammenwohnen, können sich Vorteile auf unterschiedlichen Ebenen ergeben: häufig genannt wird die größere individuelle Autonomie, aber auch die Minimierung von Alltagsproblemen, die eine gemeinsame Haushaltsführung mit sich bringt. Vielfach wird auch die gemeinsam verbrachte Zeit als Paar intensiver erlebt, und das Zusammensein ist durch Vorfreude und Spannung gekennzeichnet. Daraus können positive Folgen für die Beziehungsqualität und die Persönlichkeitsentwicklung resultieren (Haustein/Bierhoff 1999, Noyon/Kock 2006, Schneider et al. 2002). Diesen Vorteilen steht allerdings auch eine Reihe von Nachteilen gegenüber. So entstehen Belastungen durch das Pendeln (z. B. erhöhter zeitlicher und organisatorischer Aufwand, finanzielle Belastungen) sowie durch die Umstellung vom Alleinwohnen auf die als Paar gemeinsam verbrachte Zeit. Diese Zeit ist mit einem gewissen Erfolgsdruck behaftet, während in den Distanzphasen das Fehlen von körperlicher und emotionaler Nähe belastend sein kann. Der Themenkreis Treue und Eifersucht kann, u. a. aufgrund der geringeren Binnenorientierung in LAT-Beziehungen, problematisch sein, ebenso die fehlende Unterstützung durch den Partner im Alltag (Haustein/Bierhoff 1999, Limmer 2005, Noyon/Kock 2006, Peuckert 2008: 82, Schmidt et al. 2003, Schmitz-Köster 1990, Schneider et al. 2002). Das Schaffen eines gemeinsamen Lebensmittelpunkts ohne örtliche Konstanz erfordert aufwändige Arrangements; moderne Kommunikationstechnologien (Chat, E-Mail, Telefon) spielen dabei eine wichtige Rolle (Schneider 2009). Die Beziehungszufriedenheit ist nach den Ergebnissen von Schmidt et al. (2003) in LAT-Beziehungen gleich groß wie bei zusammenlebenden Paaren, Noyon/Kock (2006) verweisen allerdings auf eine geringere Beziehungszufriedenheit von Frauen. Es dürfte ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen Mobilität und psychophysischer Belastung bestehen: 67 % der mobilen, aber nur 20 % der nichtmobilen Personen berichten von Belastungen in direktem Zusammenhang mit ihrer Lebensform (Schneider et al. 2001, 2002). Aus dem hohen Belastungsniveau resultieren ein erhöhtes Konfliktniveau (Limmer 2005), ein höheres Trennungsrisiko (Haustein/Bierhoff 1999) sowie Auswirkungen auf die Familienentwicklung bzw. -gründung: Beruflich mobile Perso-

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

nen bleiben signifikant häufiger kinderlos als nicht mobile; falls sie Eltern werden, erfolgt der Übergang zur Elternschaft deutlich später (Schneider et al. 2002). Zusammenfassend kann gesagt werden, dass Mobilität einige Risiken auf Paar- bzw. Familienebene birgt, und zwar insbesondere für Frauen: Sie erschwert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verstärkt die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, fördert traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern²⁰ und hat insgesamt einen negativen Effekt auf die Geburtenhäufigkeit (Schneider 2009: 49).

1.4.2 Binationale, interethnische und transnationale Partnerbeziehungen

Steigende Mobilität erhöht die Wahrscheinlichkeit von Partnerbeziehungen zwischen Menschen aus unterschiedlichen (Herkunfts-)Ländern. Diese Beziehungen haben in jüngster Zeit Aufmerksamkeit als Forschungsthema erlangt (Beck-Gernsheim 2001, Hollomey 2009, Huinink 2006, Nauck 2002, 2007, Straßburger 2000, 2003, Strasser et al. 2009, Vetter 2001, Waldis 2006). Dabei können die Paare unterschiedliche Staatsbürgerschaften haben (binationale Partnerbeziehungen) und/oder aus unterschiedlichen kulturellen Herkunftsgruppen oder Ethnien kommen (interethnische Partnerbeziehungen) bzw. transnationale Partnerbeziehungen entstehen, wo die Partner (vorübergehend) in zwei verschiedenen Ländern leben.

In Österreich sind an rund einem Viertel aller neu geschlossenen Ehen ausländische Staatsbürger/-innen beteiligt: Im Jahr 2008 war bei 18 % aller neu geschlossenen Ehen einer der beiden Partner kein österreichische/r Staatsbürger/in, in 5,1 % der Fälle galt dies für beide Partner. Gut drei Viertel (76,9 %) der Ehen wurden zwischen Inländer/-innen geschlossen (Statistik Austria 2009c). Diese Zahlen haben sich seit den 1970er-Jahren stark verändert: im Jahr 1970 fanden 94 % aller Eheschließungen zwischen Österreicher/-innen statt, lediglich 5,4 % waren binational, und in nur 0,6 % der Fälle hatte keiner Partner die österreichische Staatsbürgerschaft (Statistik Austria 2008b: 143). Am häufigsten sind bei binationalen Eheschließungen Personen aus einem anderen EU- oder EWR-Staat beteiligt (44 %); weitere 21 % der österreichisch-ausländischen Ehen wurden mit Staatsangehörigen des ehemaligen Jugoslawien geschlossen, rund 10 % mit türkischen Staatsbürgern/-innen (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 34). Abbildung 5 gibt einen Überblick.

Abbildung 5: Eheschließungen nach Staatsangehörigkeit (in %)

	1970	1999	2004	2008
beide Österreich	94	80,6	67,8	76,9
binational (ein Partner nicht Österreich)	5,4	15,1	27,8	18,0
beide Partner nicht Österreich	0,6	4,4	4,4	5,1

Quelle: Statistik Austria, Demographisches Jahrbuch 2007: 143 sowie Statistik Austria 2009c

²⁰ Dies resultiert daraus, dass beruflich mobile Männer einen geringeren Beitrag zur Hausarbeit leisten als ihre Partnerinnen, während mobile Frauen ihren Anteil an der Hausarbeit nicht reduzieren (Schneider 2009).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Der bisherige Höchststand binationaler Eheschließungen (2004) betrug 27,8 %; danach sank ihr Anteil an allen Eheschließungen infolge des 2006 in Kraft getretenen Fremdenrechtspakets (Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, Asylgesetz, Fremdenpolizeigesetz). Informationen über die aktuelle Staatsbürgerschaft der Partner/-innen erlauben allerdings keine valide Quantifizierung interethnischer Ehen: Ein Teil der statistisch als binational ausgewiesenen Ehen ist nicht interethnisch, sondern bezieht sich auf Eheschließungen mit einem eingebürgerten Partner (z. B. beide türkischer Herkunft). Umgekehrt finden sich unter den „österreichischen“ Ehen Paare mit unterschiedlicher Herkunft, aber mittlerweile gleicher Staatsbürgerschaft (Haug 2004, Sari 2007: 203). Wird als Kriterium das Geburtsland betrachtet, verändert sich dementsprechend auch das Bild: In drei Viertel aller im Jahr 2008 bestehenden Partnerbeziehungen (Ehen und Lebensgemeinschaften) (76,4 %) wurden beide Partner in Österreich geboren; an rund einem Viertel (23,6 %) war zumindest eine im Ausland geborene Person beteiligt. Von diesen Paaren wurden in 12,5 % beide Partner im Ausland geboren (zumeist im selben Staat); gut ein Zehntel (11,1 %) war binational mit einem österreichischen Partner (Statistik Austria 2009d: 21). Ein Blick auf die Geschlechterverteilung zeigt, dass in binationalen Beziehungen häufiger die Frau im Ausland geboren wurde: von allen bestehenden binationalen Partnerbeziehungen (Ehen und NEL) des Jahres 2008 entsprachen 60,64 % diesem Muster; in 39,36 % der Fälle hatte eine österreichische Frau einen Partner, der im Ausland geboren wurde (Statistik Austria 2009d: 67).

Binationale und interethnische Paare leben ihren Alltag in einem Spannungsbogen zwischen zwei Ländern bzw. Kulturen. Die Konstruktion einer gemeinsamen Wirklichkeit – eine Aufgabe, die sich allen Paaren stellt – wird hier um den kulturellen Faktor erweitert, und spezifische Entscheidungen bzgl. Ritualen, Alltagsroutinen, Kommunikationsformen, Religionsausübung, Sprache, Traditionen und Werthaltungen müssen getroffen werden. Einstellungen zu Ehe, Partnerbeziehung, Erziehungsnormen und Rollenteilung können kulturell stark variieren. Entsprechend zählen Kommunikationsprobleme und Fragen der Machtverteilung zu häufigen Konfliktursachen (Beck-Gernsheim 2001, Hardach-Pinke 1988, Kraller et al. 2009, Larcher 2000, Reif 1996). Statistische Daten belegen ein erhöhtes Scheidungsrisiko für binationale Paare: seit dem Jahr 2000 stieg sowohl ihre Anzahl als auch ihr Anteil an allen Scheidungen um mehr als das Doppelte an (Statistik Austria 2008b: 29 f.).

Der Alltag binationaler Paare und Familien ist intensiv von der Auseinandersetzung mit rechtlichen Regelungen, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen beeinflusst. Häufig sind sie mit einem Ausmaß an staatlicher Einflussnahme auf ihr Privatleben konfrontiert, das andere Paare in dieser Intensität nicht erleben (FIBEL 2001, Kraller et al. 2009, Larcher 2000, Sari 2007: 205, Strasser et al. 2009). Immer wieder sind binationale oder interethnische Paare mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Authentizität ihrer partnerschaftlichen und familialen Beziehungen (in der Öffentlichkeit, aber auch vor Behörden) zu rechtfertigen, zu legitimieren oder möglichst überzeugend darzustellen, oftmals unter Preisgabe von Details aus ihrem Privatleben (FIBEL 2001, Hollomey 2009, Strasser et al. 2009). Stärker als in anderen Partnerbeziehungen haben rechtliche Regelungen Vorrang vor eigenen Wünschen, Lebensentwürfen und Prioritäten. Entscheidungen wie das Gründen eines gemeinsamen Haushalts, eine Eheschließung oder auch eine Trennung bzw. Scheidung sind eher von rechtlichen Notwendigkeiten als von persönlichen Präferenzen geprägt (Strasser et al. 2009).

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Migrationsprozesse bedingen häufig, dass zumindest vorübergehend transnationale Haushalte geführt werden (Appelt 2003: 151, Korman et al. 2009). Daraus ergeben sich Implikationen für die Machtverteilung innerhalb einer Beziehung: Jener Partner, der zuerst im Aufnahmeland lebt und arbeitet, verfügt (bestenfalls) über Sozialkontakte, Sprachkenntnisse und berufliche Integration – jener Partner, der im Rahmen des Familiennachzugs nach Österreich kommt, verfügt kaum oder nur zum Teil über diese Ressourcen und befindet sich häufig in einer Abhängigkeitsposition (Strasser et al. 2009). Dies betrifft zum überwiegenden Teil Frauen, doch im Rahmen steigender Arbeitsmigration sind es zunehmend auch Männer, welche zunächst (eventuell mit den gemeinsamen Kindern) im Herkunftsland verbleiben (Pflegerl/Fernandez de la Hoz 2003: 197). Solche transnationalen Paarbeziehungen müssen sich nicht nur mit den Folgen der meist langen Trennungsphasen auseinandersetzen, sondern auch mit der Umkehrung traditioneller Geschlechterrollen (Hollomey 2009, Sari 2007).

Summary

Das Leben in einer Partnerbeziehung bildet für einen Großteil der Bevölkerung einen zentralen Bestandteil der Biografie. Entstehung, Verlauf und Entwicklung von Partnerbeziehungen unterliegen einerseits individuellen und paarspezifischen Faktoren, andererseits sind sie auch von gesellschaftlichen Entwicklungen und sozialen Normen abhängig. Auch wenn sich durch veränderte technische Möglichkeiten und die Verbreitung des Internets Prozesse des Kennenlernens verändert haben, verlaufen Paarbildungen weiterhin ähnlich wie im nicht-virtuellen Raum.

Beziehungsbiografien sind durch einen dynamischen Verlauf sowie unterschiedliche Herausforderungen in verschiedenen Lebensphasen gekennzeichnet. Im Jugendalter haben Partnerbeziehungen einen hohen Stellenwert und werden als Erprobungs- und Lernprozess für eine (später geplante) dauerhafte Beziehung betrachtet. Das mittlere Erwachsenenalter ist geprägt von vielfältigen Herausforderungen, beispielsweise Familiengründung oder Entwicklung neuer Perspektiven für das Paar. Partnerbeziehungen im höheren Erwachsenenalter sind häufig von einer notwendigen Neuorganisation des Rollengefüges, aber auch einer Verschlechterung der gesundheitlichen Verfassung eines oder beider Partner und zunehmender Pflegebedürftigkeit geprägt.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte ist in Österreich eine Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften (NELs) zu verzeichnen, welche zur Standardpassage in der Beziehungsbiografie wurden, während die Institutionalisierung von Partnerbeziehungen durch eine Eheschließung an quantitativer Bedeutung und normativer Verbindlichkeit verloren hat. Am häufigsten sind NELs in der Altersgruppe zwischen 25 und 29; Migrant/-innen leben deutlich seltener in NELs als österreichische oder binationale Paare. Die steigende Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften kann nicht als Symptom für eine allgemeine Bindungsmüdigkeit oder eine Abkehr von der Ehe als Institution betrachtet werden. Als entscheidend für ihre steigende quantitative Bedeutung gelten vielmehr Veränderungen in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen wie z. B. verlängerte Ausbildungszeiten oder sinkende normative Zwänge zur Eheschließung.

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

Das Eheschließungsverhalten hat sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte verändert: Ehen werden seltener und später geschlossen, wobei nicht-österreichische Staatsbürger/-innen häufiger und früher als Österreicher/-innen heiraten. Als wesentliche Ursache für die Erhöhung des Erstheiratsalters gilt die längere Bildungsbeteiligung der jüngeren Generation. Die symbolische Bedeutung der Ehe ist jedoch hoch, und in zahlreichen Milieus gilt sie auch weiterhin als biografische Selbstverständlichkeit.

Die Institutionalisierung homosexueller Partnerbeziehungen verläuft in Europa diskontinuierlich, wobei ein West-Ost- und ein Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich des Status dieser Beziehungen sowie der Rechtsfolgen bei Auflösung feststellbar sind. Die Erfüllung eines eventuellen Kinderwunsches mit Hilfe reproduktionsmedizinischer Maßnahmen bzw. über (Selbstkind- oder Fremdkind-)Adoption ist für homosexuelle Paare in den meisten europäischen Ländern nicht möglich. Mit Beschluss des Gesetzes über die eingetragene Partnerschaft (EPG) durch den Nationalrat am 10.12.2009 wurde in Österreich der Weg zur gesetzlichen Legitimierung homosexueller Partnerbeziehungen eröffnet.

Partnerbeziehungen finden heute aufgrund veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in größeren räumlichen Kontexten statt. So beeinflussen berufliche oder ausbildungsbedingte Mobilitätsanforderungen auch das Privatleben. Partnerbeziehungen mit hohem Mobilitätscharakter werden zumeist als Kompromiss- oder Notlösung konzipiert und nur selten als dauerhafte Alternative aufgrund persönlicher Präferenzen geplant. Es zeigt sich ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen mobilen Lebensformen und psychophysischer Belastung (erhöhtes Konfliktniveau, höheres Trennungsrisiko). Feststellbar sind weiters eine verzögerte Familiengründung sowie häufigere Kinderlosigkeit.

Steigende Mobilität erhöht die Wahrscheinlichkeit von interethnischen, binationalen und/oder transnationalen Partnerbeziehungen. In Österreich sind in rund einem Viertel aller neu geschlossenen Ehen ausländische Staatsbürger/-innen an einer Eheschließung beteiligt. Die Alltagsgestaltung dieser Paare ist von der herausfordernden Konstruktion einer gemeinsamen Wirklichkeit, aber auch intensiv von der Auseinandersetzung mit rechtlichen Regelungen, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen geprägt.

Aufgrund der dargestellten Befunde erscheint Handlungsbedarf in folgenden Bereichen angezeigt:

Partnerbeziehungen, Familien und Mobilität

Angesichts der zunehmenden beruflichen Mobilitätsanforderungen und deren negativer Auswirkungen auf Partnerbeziehungen, Familienleben, Familienentwicklung und -gründung ist einerseits eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in mobilen Lebensarrangements anzustreben, um eine befriedigende berufliche und familiäre Entwicklung zu ermöglichen. Andererseits erscheinen auch bewusstseinsbildende Maßnahmen angezeigt, um in der Öffentlichkeit und in den Betrieben auf die gesellschaftlichen und individuellen Folgen beruflicher Druck- und Anforderungssettings hinzuweisen.

Binationale und transnationale Partnerbeziehungen

Personen in binationalen und transnationalen Partnerbeziehungen sind mit sehr spezifischen Herausforderungen konfrontiert, die stark durch die rechtliche Situation geprägt sind. Die Schaffung von Rechtssicherheit und der Möglichkeit für diese Paare (und ihre Kinder), mit-

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

tels Erwerbstätigkeit eine materielle und existenzielle Grundlage zu schaffen und das familiäre Zusammenleben zu ermöglichen, ist eine Herausforderung. Eine Erhöhung der Sensibilität für die Problembereiche in binationalen und transnationalen Beziehungen und Familien könnte dazu beitragen, Diskriminierungen und Vorurteile abzubauen, Offenheit und Toleranz zu fördern.

Bewusstseinsbildende Maßnahmen

Partnerbeziehungen entsprechen immer weniger den traditionellen Standardbiografien und sind nicht zwingend „klassischen“ Kategorien zuzuordnen. Dies betrifft sowohl die institutionelle Absicherung (Ehen, nichteheliche Lebensgemeinschaften, künftig eingetragene Partnerschaften), die sexuelle Orientierung der Partner, aber auch die räumlichen Kontexte, in denen Partnerbeziehungen sich entwickeln. Ein sensibler Umgang der Medien mit unterschiedlichen Formen von Partnerbeziehungen sowie eine differenzierte Betrachtung der jeweiligen Beziehungsformen könnte durch bewusstseinsbildende Maßnahmen erreicht werden.

Forschungsbedarf

In nahezu allen in diesem Beitrag dargestellten Bereichen besteht in Österreich eklatanter Forschungsbedarf, und zwar insbesondere hinsichtlich der gesellschaftlichen und alltagspraktischen Auswirkungen der dargestellten Entwicklungen. Dies betrifft z. B. den Bereich der Institutionalisierung von Partnerbeziehungen, wo Unterschiede zwischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen hinsichtlich der Entstehung, des Verlaufs, der subjektiven Konzeptionen sowie der Auswirkungen in unterschiedlichen Lebensbereichen nur vermutet werden können. Hinsichtlich der Entstehung von Partnerbeziehungen wäre zu hinterfragen, welchen Einfluss neue Möglichkeiten der Partnerwahl bzw. deren Anbahnung via Internet auf die Paarbeziehung und das soziale Umfeld haben. Ein weiterer wichtiger Forschungsbereich sind interkulturelle Partnerbeziehungen sowie generell Partnerbeziehungen, welche in irgendeiner Form Mobilität einschließen. Darüber, wie diese Beziehungen sich gestalten, welche Auswirkungen die unterschiedlichen Lebensarrangements auf die Beteiligten, ihr Umfeld und auf die Gesellschaft haben, gibt es in Österreich keine Ergebnisse. Schließlich wären wissenschaftliche Befunde zu Fragen der rechtlichen Regelung gleichgeschlechtlicher Partnerbeziehungen und den Auswirkungen eines solchen Schrittes vonnöten. Längsschnittdesigns wären dabei vorteilhaft.

Literatur

- Amann, Anton (2004): Die großen Alterslügen. Wien-Köln-Weimar: Böhlau.
- Amato, Paul R. (2007): Transformative Processes in Marriage: Some Thoughts From a Sociologist; in: *Journal of Marriage and Family* 69, 305–309.
- Amendt, G. (2002): Kultur, Kindeswohl und homosexuelle Fortpflanzung; in: *Leviathan*, 30, 161–174.
- Appelt, Erna (2003): Frauen in der Migration – Lebensform und soziale Situation; in: Fassmann, Heinz / Stacher, Irene (Hg.): *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt: Drava, 144170.
- Appelt, Erna / Reiterer, Albert F. (2009): Wer heiratet wen? Bildungshomogamie und soziale Mobilität in Österreich; in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 34 (1), 45–64.
- Arnhold, Katja (2003): *Digital Divide. Zugangs- oder Wissenskluft?* München: Verlag Reinhard Fischer.
- Baas, Stefan / Schmitt, Marina / Wahl, Hans-Werner (2008): *Singles im mittleren und höheren Erwachsenenalter. Sozialwissenschaftliche und psychologische Befunde*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Baas, Stephan / Schmitt, Marina (2004): Die Bedeutung der Einkommensverteilung für die Ehezufriedenheit langjährig verheirateter Ehepaare; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (3), 268–288.
- Baldaszi, Erika / Urbas, Elfriede (2006): *Wiener Frauengesundheitsbericht*. Herausgegeben von der Stadt Wien.
- Basedow, Jürgen (Hg.) (2000): *Die Rechtsstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften*, Tübingen: Mohr.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1994): Individualisierungstheorie: Veränderungen des Lebenslaufs in der Moderne; in: Keupp, Heiner (Hg.): *Zugänge zum Subjekt. Perspektiven einer reflexiven Sozialpsychologie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 125–146.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (2001): Deutschland ist bunter geworden – binationale Paare und ihre Familien; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 13 (2), 74–79.
- Becker, Gary S. (1981): *A Treatise on the Family*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Berberich, Hermann J. (2004): Sexualität im Alter; in: *Urologie* 43 (9), 1076–1081.
- Berberich, Hermann J. / Brähler, Elmar (Hg.) (2001): *Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Bierhoff, Hans-Werner / Grau, Ina (1999): *Romantische Beziehungen: Bindung, Liebe, Partnerschaft*, Bern: Huber.
- Bodenmann, Guy (2000): Soziale Unterstützung im Rahmen der Partnerschaft; in: Witte, E. H. / Bleich, C. (Hg.): *Sozialpsychologie des Stresses und der sozialen Unterstützung*, Lengerich: Papst Science Publishers, 56–88.
- Bodenmann, Guy (2003): Welche Bedeutung haben Partnerschaft und Liebe für Jugendliche heute? Eine deskriptive Untersuchung; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (2), 91–104.
- Bradbury, Thomas N. / Fincham, Frank D. / Beach, Steven R. H. (2000): Research on the nature and determinants of marital satisfaction: A decade in review; in: *Journal of Marriage and Family*, 62, 964–980.
- Brüderl, Josef (2004): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 19, 3–10.
- Brüderl, Josef / Klein, Thomas (2003): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland, 1960–2000; in: Bien, Walter (Hg.): *Partnerschaft und Familiengründung*, Opladen: Leske + Budrich, 189–217.
- Buchebner-Ferstl, Sabine (2005): *Das Paar beim Übergang in den Ruhestand. Eine qualitative Studie auf der Grundlage der Grounded Theory*. Schriftenreihe Band 14, Wien: ÖIF.
- Bucher, Thomas / Hornung, Rainer / Buddeberg, Claus (2003): Sexualität in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; in: *Zeitschrift für Sexualforschung* 16 (3), 249–270.
- Bucher, Thomas / Hornung, Rainer / Gutzwiller, Felix / Buddeberg, Claus (2001): Sexualität in der zweiten Lebenshälfte. Erste Ergebnisse einer Studie in der deutschsprachigen Schweiz; in: Berberich, Hermann J. / Brähler, Elmar (Hg.): *Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 31–59.

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Bühler-Ilieva, Evelina (2006): Einen Mausklick von mir entfernt. Auf der Suche nach Liebesbeziehungen im Internet, Marburg: Tectum.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendradar 2003, Wien; BMSGK.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) (2005): Geschlechtsspezifische Disparitäten im Jugendalter, Wien: BMSGK.
- Burkart, Günter (1997): Lebensphasen. Liebesphasen. Vom Paar zur Ehe zum Single und zurück? Opladen: Leske + Budrich.
- Burkart, Günter (2008): Familiensoziologie, Konstanz: UVK, UTB.
- Burkart, Günter / Kohli, Martin (1992): Liebe, Ehe, Elternschaft. München: Piper.
- Cherlin, Andrew (2004): The Deinstitutionalization of American Marriage; in: Journal of Marriage and Family 66, 848–861.
- Coontz, Stephanie (2005): Marriage, a History: From Obedience to Intimacy or How Love Conquered Marriage, New York: Viking.
- Coontz, Stephanie (2007): The Origins of Modern Divorce; in: Family Process, Sonderheft „Divorce and its Aftermath“, 46 (1), March 2007, 7–16.
- Deixler-Hübner, Astrid (1999): Das neue Eherecht. Einführung. Texte. Materialien. Wien: WUV Verlag.
- Deixler-Hübner, Astrid (2008a): Scheidung, Ehe und Lebensgemeinschaft, Wien: LexisNexis. 9., neu bearbeitete Auflage.
- Deixler-Hübner, Astrid (2008b): Die Regelung gleich- und verschiedengeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Unterschiede im europäischen Rechtsvergleich; in: Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht 3 (4), 199–205.
- Dekker, Arne / Matthiesen, Silja (2004): Beziehungsformen im Lebensverlauf dreier Generationen. Sequenzmusteranalyse von Beziehungsbiographien 30-, 45- und 60-jähriger Männer und Frauen in Hamburg und Leipzig; in: Zeitschrift für Familienforschung 16 (1), 38–55.
- Döring, Nicola (2003): Neuere Entwicklungen in der Partnerschaftsforschung. Wechselwirkungen zwischen Telekommunikation und Paarbeziehung; in: Grau, Ina / Bierhoff, Hans-Werner (Hg.): Sozialpsychologie der Partnerschaft, Berlin: Springer, 533–565.
- Eggen, Bernd (2002): Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Erste Ergebnisse einer Untersuchung im Rahmen des Mikrozensus; in: Schneider, Norbert F. / Matthias-Bleck, Heike (Hg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 2, Opladen: Leske + Budrich, 215–234.
- Fassmann, Heinz / Reeger, Ursula (2007): Lebensformen und soziale Situation von Zuwanderinnen; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt: Drava, 183–200.
- Fassmann, Heinz / Reeger, Ursula / Sari, Sonja (2007): Migrantinnenbericht 2007, Wien: Bundeskanzleramt – Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlicher Dienst.
- FIBEL (2001): Familienleben im Ausnahmezustand, Wien: Fraueninitiative Bikulturelle Ehen und Lebensgemeinschaften.
- Fincham, Frank D. / Stanley, Scott M. / Beach, Steven R. H. (2007): Transformative Processes in Marriage: An Analysis of Emerging Trends; in: Journal of Marriage and Family 69 (2), 275–292.
- Fisher, Helen (2004): Why we love. The Nature and Chemistry of Romantic Love, New York: Henry Holt.
- Flammer, August / Alsaker, Françoise (2002): Entwicklungspsychologie der Adoleszenz. Die Erschließung innerer und äußerer Welten im Jugendalter, Bern: Hans Huber.
- Fooker, Insa (1995): Geschlechterdifferenz oder Altersandrogynität? Zur Beziehungsentwicklung in langjährigen Ehebeziehungen; in: Kruse, Andreas / Schmitz-Scherzer, Reinhard (Hg.): Psychologie der Lebensalter, Darmstadt: Steinkopff, 231–239.
- Friesl, Christian (Hg.) (2001): Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher, Wien: Czernin.
- Friesl, Christian / Kromer, Ingrid / Polak, Regina (Hg.) (2008): Lieben. Leisten. Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich, Wien: Czernin.
- Fthenakis, Wassilios E. / Ladwig, Arndt (2002): Homosexuelle Väter; in: Fthenakis, Wassilios E., Textor, Martin R. (Hg.): Mutterschaft, Vaterschaft, Weinheim, Basel: Beltz, 129–154.
- Gomez Tutor, Claudia (1995): Bikulturelle Ehen in Deutschland: Pädagogische Perspektiven und Maßnahmen, Frankfurt a. M.: Verlag für interkulturelle Kommunikation.

 VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Gottman, John M. (1993): The roles of conflict engagement, escalation and avoidance in marital interaction: A longitudinal view of five types of couples; in: *Journal of Consulting and Clinical Psychology* 61 (1), 6–15.
- Graupner, Helmut (2001a): *Homosexualität und Strafrecht in Österreich: eine Übersicht*, Wien: Rechtskomitee Lambda. 8. Aufl.
- Graupner, Helmut (2001b): *Keine Liebe zweiter Klasse: Diskriminierungsschutz & Partnerschaft für gleichgeschlechtlich L(i)ebende*, Wien: Rechtskomitee Lambda. 3. Aufl.
- Gröger, Katharina (2008): Das Lebenspartnerschaftsgesetz. Schaffung eines Rechtsinstituts für homosexuelle Partnerschaften; in: *Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht*, 3 (4), 195–199.
- Hall, Anja (1999): „Drum prüfe, wer sich ewig bindet.“ Eine empirische Untersuchung zum Einfluss vorehelichen Zusammenlebens auf das Scheidungsrisiko; in: Klein, Thomas / Kopp, Johannes (Hg.): *Scheidungsursachen in soziologischer Sicht*, Würzburg: Ergon, 91–118.
- Hamachers-Zuba, Ursula / Lehner, Erich / Tschipan, Claudia (2009): Partnerschaft, Familie und Geschlechterverhältnisse in Österreich. In: Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (Hg.): *Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990 – 2008*, Wien: Czernin Verlag, 87–142.
- Hammerschmidt, H. (2000): *Kontinuität und Veränderungen in langjährigen Ehen*. München: Utz Verlag.
- Hardach-Pinke, Irene (1988): *Interkulturelle Lebenswelten. Deutsch-japanische Ehen in Japan*, Frankfurt: Campus.
- Haug, Sonja (2004): Binationale Ehen und interethnische Partnerschaften in Deutschland – Datenlage und Erklärungsfaktoren; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (3), 305–329.
- Haustein, Sonja / Bierhoff, Hans W. (1999): Zusammen und getrennt wohnende Paare: Unterschiede in grundlegenden Beziehungsdimensionen; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 11 (1), 59–76.
- Herrmann-Green, L. / Herrmann-Green, M. (2008): Familien mit lesbischen Eltern in Deutschland; in: *Zeitschrift für Sexualforschung* 21 (4), 319–340.
- Hill, Paul B. / Kopp, Johannes (2006): *Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag. 4., überarbeitete Auflage.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (1989): Die Zukunft der Familie – Die Familie der Zukunft; in: Gerhardt, Uta / Hradil, Stefan / Lucke, Doris / Nauck, Bernhard (Hg.): *Familie der Zukunft. Lebensbedingungen und Lebensformen*, Opladen: Leske + Budrich, 325–348.
- Hofmeister, Heather (2005): Geographic mobility of couples in the United States: Relocation and commuting trends; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (2), 115–128.
- Hollomey, Christina (2009): *Civic Stratification, Gender and Family Migration Policies in Europe. Comparative Interview Analysis* (im Erscheinen), siehe <http://research.icmpd.org/1291.html#c2575>.
- Hopf, Christel / Hartwig, Myriam (Hg.) (2001): *Liebe und Abhängigkeit. Partnerschaftsbeziehungen junger Frauen*, Weinheim: Juventa.
- Hradil, Stefan (2003): Vom Leitbild zum „Leidbild“: Singles, ihre veränderte Wahrnehmung und der „Wandel des Wertewandels“; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 15 (1), 38–54.
- Huinink, Johannes (2006): Zur Positionsbestimmung der empirischen Familiensoziologie; in: *Zeitschrift für Familienforschung*, 18 (2), 212–252.
- Jürgensen, Ortrun (2001): Sexualität älterer Frauen; in: Berberich, Hermann J. / Brähler, Elmar (Hg.): *Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 71–86.
- Kalmijn, Matthijs / Loeve, Anneke / Mating, Dorien (2007): Income Dynamics in Couples and the Dissolution of Marriages and Cohabitation; in: *Demography* 44 (1), 159–179.
- Kalmijn, Matthis (2004): Marriage Rituals as Reinforcers of Role Transitions: An Analysis of Weddings in the Netherlands; in: *Journal of Marriage and Family* 66 (3), 582–594.
- Kapella, Olaf / Rille-Pfeiffer, Christiane (2004): *Über den Wunsch, ein Kind zu bekommen. Kinderwunsch hetero- und homosexueller Paare*. Working Paper Nr. 35, Wien: ÖIF.
- Karney, Benjamin R. (2008): Not Shifting but Broadening Marital Research: Comments on Fincham, Stanley, and Beach; in: *Journal of Marriage and Family* 69 (3), 310–314.
- Kaufmann, Franz Xaver (1995): *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen*, München: Beck.
- Kaufmann, Jean-Claude (2004): *Der Morgen danach. Wie eine Liebesgeschichte beginnt*, Konstanz: UVK.

 VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Kaufmann, Vincent / Widmer, Eric D. (2006): Motility and family dynamics: Current issues and research agendas; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18 (1), 111–129.
- Keddi, Barbara (2003): *Projekt Liebe. Lebensthemen und biographisches Handeln junger Frauen in Paarbeziehungen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Klaiberg, Antje / Brähler, Elmar / Schumacher, Jörg (2001): Determinanten der Zufriedenheit mit Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte; in: Berberich, Hermann J. / Brähler, Elmar (Hg.): *Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 105–128.
- Klein, Thomas (1999): Pluralisierung versus Umstrukturierung am Beispiel partnerschaftlicher Lebensformen; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 51 (3), 469–490.
- Klein, Thomas (2000): Partnerwahl zwischen sozialstrukturellen Vorgaben und individueller Entscheidungsautonomie; in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 20, 229–243.
- Klein, Thomas (Hg.) (2001): *Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe*, Opladen: Leske + Budrich.
- Kloiber, Thomas (2008): Keine Ehe für gleichgeschlechtliche Partner! Zur Bindung des Gesetzgebers an fundamentale Strukturprinzipien; in: *iFamZ* 3 (4), 209–210.
- Korman, Eleonore / Kraler, Albert / Schmoll, Camille (2009): Issues and Debates on Family Related Migration and the Migration Family – A European Perspective; in: Kraler, Albert / Kofman, Eleonore / Kohli, Martin / Schmoll, Camille (Hg.): *Gender, Generations and the Family in International Migration*, Amsterdam: University Press, 5–29.
- Kraler, Albert / Kofman, Eleonore / Kohli, Martin / Schmoll, Camille (Hg.) (2009): *Gender, Generations and the Family in International Migration*, Amsterdam: University Press.
- Kromer, Ingrid / Hatwagner, Katharina (2008a): Lebensräume: Wo sich Jugendliche aufhalten; in: Friesl, Christian / Kromer, Ingrid / Polak, Regina (Hg.) (2008): *Lieben. Leisten. Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich*, Wien: Czernin, 17–76.
- Kromer, Ingrid / Hatwagner, Katharina (2008b): Lebensbilder: Zusammenleben in der Gesellschaft; in: Friesl, Christian / Kromer, Ingrid / Polak, Regina (Hg.) (2008): *Lieben. Leisten. Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich*, Wien: Czernin, 77–125.
- Langbein, Laura / Yost, Mark A. (2009): Same-Sex Marriage and Negative Externalities; in: *Social Science Quarterly*, 90 (2), 292–308.
- Larcher, Dietmar (2000): *Die Liebe in den Zeiten der Globalisierung. Konstruktion und Dekonstruktion von Fremdheit in interkulturellen Paarbeziehungen*, Klagenfurt: Drava.
- Lauterbach, Wolfgang (2007): Partner ja, Single nein, oder umgekehrt? Wege der sozialen Verselbstständigung und die Dauer von Partnerschaften bis ins frühe Erwachsenenalter; in: Lettke, Frank / Lange, Andreas (Hg.): *Generationen und Familien*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 161–188.
- Lenz, Karl (2003): Wie sich Frauen und Männer kennen lernen. Paarungsmuster im Wandel; in: Lenz, Karl (Hg.): *Frauen und Männer. Zur Geschlechtstypik persönlicher Beziehungen*, Weinheim-München: Juventa, 55–92.
- Lenz, Karl (2006): *Soziologie der Zweierbeziehung. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag. 3., überarbeitete Auflage.
- Levin, Irene (2004): Living Apart Together: A New Family Form; in: *Current Sociology* 52 (2), 223–240.
- Lewin, Ellen (1998): *Recognizing ourselves: Ceremonies of lesbian and gay commitment*, New York: Columbia University Press.
- Limmer, Ruth (2005): Berufsmobilität und Familie in Deutschland; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 17 (2), 8–26.
- Lois, Daniel (2008): Einflüsse von Lebensstilmerkmalen auf den Übergang in die erste Ehe; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 20 (1), 11–33.
- Lois, Daniel / Arránz Becker, Oliver / Kunz, Christina (2009): Fördernde und hemmende Einflüsse der Kohabitation auf die Heiratsabsicht – Eine nutzen- und kostentheoretische Analyse; in: *Zeitschrift für Familienforschung*, 21 (1), 30–53.
- Lüscher, Kurt / Grabmann, Barbara (2002): Lebenspartnerschaften mit und ohne Kinder: Ambivalenzen der Institutionalisierung privater Lebensformen; in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 22 (1), 47–63.

 VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Maihofer, Andrea (2004): Was wandelt sich im aktuellen Wandel der Familie? In: Beerhorst, Joachim / Demirovic, Joachim / Guggemos, Michael (Hg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 384–408.
- Martin, Claude / Théry, Irène (2001): The Pacts and Marriage Cohabitation in France; in: *Policy and the Family* 15, 135–158.
- Matthiesen, Silja (2007): Partnerschaftsbiografien im sozialen Wandel. Eine empirische Untersuchung über die Veränderungen von Beziehungen und Sexualität in den letzten vier Jahrzehnten, Gießen: Psychosozial Verlag.
- Meier, Ann / Allen, Gina (2009): Romantic Relationships from Adolescence to Young Adulthood: Evidence from the National Longitudinal Study of Adolescent Health; in: *The Sociological Quarterly* 50 (2), 308–335.
- Mense, Lisa (2004): Neue Formen von Mutterschaft. Verwandtschaft im Kontext der neuen Reproduktionstechnologien; in: Lenz, Ilse / Mense, Lisa (Hg.): Reflexive Körper? Zur Modernisierung von Sexualität und Reproduktion, Opladen: Leske + Budrich, 149–177.
- Merbach, Martin / Beutel, Manfred / Brähler, Elmar (2003): Sexualität des alternden Mannes. BzGA Forum (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) 1 / 2, 7–11.
- Merbach, Martin / Brähler, Elmar / Klaiberg, Antje (2004): Partnerschaft und Sexualität in der zweiten Lebenshälfte; <http://www.familienhandbuch.de> (abgerufen am 19.11.2008).
- Miko, Katharina (2008): Sexing the Family. Aushandlungsprozesse über geschlechtliche und sexuelle Identitäten in der Familie und ihre (rechtlichen) Konsequenzen; in: *SWS-Rundschau* 48 (3), 285–306.
- Müller-Schneider, Thomas (2008): Moderne Liebe und menschliche Natur. Zur innenorientierten Entfaltung moderner Liebesbeziehungen; in: Hitzler, Ronald / Honer, Anne / Pfadenhauer, Michaela (Hg.): Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und empirische Erkundungen, Wiesbaden: VS Verlag, 337–353.
- Nauck, Bernhard (2002): Dreißig Jahre Migrantenfamilien in der Bundesrepublik. Familiärer Wandel zwischen Situationsanpassung, Akkulturation, Segregation und Remigration; in: Nave-Herz, Rosemarie (Hg.): Kontinuität und Wandel der Familie in der BRD, Stuttgart: Lucius & Lucius, 315–339.
- Nauck, Bernhard (2007): Immigrant families in Germany. Family change between situational adaptation, acculturation, segregation and remigration; in: *Zeitschrift für Familienforschung*, 19 (1), 34–54.
- Nave-Herz, Rosemarie (2006): Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, München: Juventa.
- Nazio, Tiziana / Blossfeld, Hans-Peter (2003): The diffusion of cohabitation among young women in West Germany, East Germany and Italy; in: *European Journal of Population* 19 (1), 47–82.
- Neumayr, Matthias (2008): Scheidung im internationalen Kontext. Zuständigkeit, Rechtshängigkeit und Anerkennung; in: *Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht* 3 (6), 362–366.
- Noyon, Alexander / Kock, Tanja (2006): Living apart together: Ein Vergleich getrennt wohnender vs. zusammen lebender Paare; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18 (2), 27–46.
- Oerter, Rolf / Dreher, Eva (2008): Jugendalter; in: Oerter, Rolf / Montada, Leo (Hg.): Entwicklungspsychologie. Weinheim, Basel: Beltz PVU. 6. Aufl., 271–332.
- ÖGF (Österreichische Gesellschaft für Familienplanung) (2008): Sich(er) lieben. Verhütungsbewusstsein und Verhütungsverhalten junger KlientInnen der Firstlove Beratungsstelle, <http://www.oegf.at> (abgerufen am 4.11.2008).
- Österreichischer Integrationsfonds (Hg.) (2009): Migration und Integration. Zahlen. Daten. Fakten. 2009. Wien, unter Beteiligung des Bundesministeriums für Inneres sowie der Statistik Austria.
- Oswald, Ramona Faith / Kuvalanka, Katherine A. (2008): Same-Sex Couples. Legal Complexities; in: *Journal of Family Issues*, 29 (8), 1051–1066.
- Ott, Notburga (1992): Verlaufsanalysen zum Ehescheidungsrisiko; in: Hujer, Reinhard / Schneider, Hilmar / Zapf, Wolfgang (Hg.): Herausforderungen an den Wohlfahrtsstaat im strukturellen Wandel, Frankfurt a. M., New York: Campus, 227–253.
- Parship (2008): Zweite Europäische Parship Single- und Partnerstudie 2008. http://www.parship.de/pics/downloads/de_DE/Media_Summary_2008.pdf (23.8.2009)
- Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois (2004): Jenseits des Zenits – Frauen und Männer in der zweiten Lebenshälfte, Bern: Haupt.

 VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Pesendorfer, Ulrich (2008): Das Familienrechts-Änderungsgesetz 2008; in: Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht 3 (4), 232–239.
- Peuckert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden: VS Verlag. 7. Aufl.
- Pflegerl, Johannes / Fernandez de la Hoz, Paloma (2003): Familienleben als Schnittstelle zwischen Öffentlichem und Privatem; in: Fassmann, Heinz / Stacher, Irene (Hg.): Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt: Drava, 195–211.
- Pinquart, Martin / Fabel, Karoline (2008): Familienbezogene Anforderungen, Ressourcen, Bewältigung und Entwicklung im Bereich der Partnerschaft; in: Silbereisen, Rainer K. / Pinquart, Martin (Hg.): Individuum und sozialer Wandel. Eine Studie zu Anforderungen, psychosozialen Ressourcen und individueller Bewältigung, Weinheim: Juventa, 177–196.
- Popenoe, David (2008): Cohabitation, Marriage and Child Wellbeing. A Cross-National Perspective. New Jersey: National Marriage Project, <http://www.marriage.rutgers.edu> (abgerufen am 5.11.2008).
- Pro:woman (Ambulatorium für Sexualmedizin und Schwangerenilfe) (2008): Schwangerschaftsabbruch – die moderne Verhütungsmethode? Preetext. 11.6.2008.
- Rauchfleisch, Udo (2008): Kinder in „Regenbogenfamilien“. Aufwachsen in „anderen“ Lebensbedingungen; in: Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht, 3 (4), 210–213.
- Re, Susanna (2001): Entwicklungsformen der Partnerschaft im Alter; in: Berberich, Hermann J. / Brähler, Elmar (Hg.): Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte, Gießen: Psycho-sozial-Verlag, 11–30.
- Recchi, Ettore (2008): Cross-state mobility in the EU. Trends, puzzles, consequences; in: European Societies 10 (2), 197–224.
- Reif, Elisabeth (1996): Verstehen und Missverstehen in interkulturellen Partnerschaften; in: Pusitz, Heinz / Reif, Elisabeth (Hg.): Interkulturelle Partnerschaften. Begegnungen der Lebensformen und Geschlechter, Frankfurt: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation, 31–46.
- Reinprecht, Christoph / Weiss, Hilde (1998): Liebe und Treue. Empirische Studien zur Verbindlichkeit des Liebesideals; in: Hahn, Kornelia / Burkart, Günter (Hg.): Liebe am Ende des 20. Jahrhunderts. Studien zur Soziologie intimer Beziehungen, Opladen: Leske + Budrich, 87–110.
- Ressler, Regina (2005): Wo die „Ehe“ hinfällt. Muster schichtspezifischer Homogamie bzw. Heterogamie und ihre Folgen; in: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004, Wiesbaden: VS Verlag, 151–178.
- Roussel, Louis (1980): Ehen und Ehescheidungen: Beitrag zu einer systemischen Analyse von Ehemodellen; in: Familiendynamik 5, 186–203.
- Rupp, Marina (Hg.) (2009): Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, Berlin: Bundesanzeiger Verlag.
- Rupp, Marina / Blossfeld, Hans-Peter (2008): Familiäre Übergänge: Eintritt in nichteheliche Lebensgemeinschaften, Heirat, Trennung, Scheidung, Elternschaft; in: Schneider, Norbert F. (Hg.): Lehrbuch Moderne Familiensoziologie, Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 139–166.
- Sammet, Kornelia (2003): Sexualität im Beziehungsaufbau; in: Lenz, Karl (Hg.): Frauen und Männer. Zur Geschlechtstypik persönlicher Beziehungen, Weinheim–München: Juventa, 93–116.
- Sari, Sonja (2007): Heiratsalter, Scheidungsraten und interethnische Eheschließungen; in: Fassmann, Heinz (Hg.): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Klagenfurt: Drava, 201–205.
- Schmauch, Ulrike (2008): Lesbische Familien; in: Familiendynamik 33 (3), 289–307.
- Schmidt, Gunter / Starke, Kurt / Matthiesen, Silja / Dekker, Arne / Starke, U. (2003): Beziehungsformen und Beziehungsverläufe im sozialen Wandel. Eine empirische Studie an drei Generationen; in: Zeitschrift für Sexualforschung 16, 195–231.
- Schmidt, Gunter / Stritzky, Johannes von (2004): Beziehungsbiographien im sozialen Wandel. Ein Vergleich dreier Generationen; in: Familiendynamik 29 (2), 78–100.
- Schmidt, Gunter / Matthiesen, Silja / Dekker, Arne / Starke, Kurt (2006): Spätmoderne Beziehungswelten. Report über Partnerschaft und Sexualität in drei Generationen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmied, Gabriele / Reidl, Christine (2008): Männliche Jugendliche: Sexualität und Aufklärung, Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.

 VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Schmitt, Marina (2001): Zur Bedeutung interpersonaler und beziehungspezifischer Merkmale für die erlebte Ehequalität im mittleren Erwachsenenalter, Frankfurt: Peter Lang.
- Schmitt, Marina / Re, Susanna (2004): Partnerschaften im höheren Erwachsenenalter; in: Kruse, A. / Martin, M. (Hg.): Lehrbuch der Gerontologie: Altersprozesse in multidisziplinärer Sicht, Bern: Huber, 373–386.
- Schmitt, Marina / Weber, Martina (2004): Ehezufriedenheit und ihre Prädiktoren im mittleren Erwachsenenalter: Ein Ost-West-Vergleich; in: Zeitschrift für Familienforschung 15 (3), 244–267.
- Schmitz-Köster, Dorothee (1990): Liebe auf Distanz. Getrennt zusammen leben. Reinbek: Rowohlt.
- Schneewind, Klaus A. / Vaskovics, Laszlo A. / Gotzler, Petra / Hofmann, Barbara / Rost, Harald / Sierwald, Wolfgang / Weiß, Joachim (1996): Optionen der Lebensgestaltung junger Ehen und Kinderwunsch, Stuttgart: Kohlhammer (Schriftenreihe des BMFSFJ).
- Schneewind, Klaus A. / Wunderer, Eva / Erkelenz, Mirjam (2004): Beziehungskompetenzen und Beziehungsmuster in stabilen (Langzeit-) Ehen: Ausgewählte Ergebnisse des Münchner DFG-Projekts „Was hält Ehen zusammen?“ In: Zeitschrift für Familienforschung 15 (3), 225–243.
- Schneider, Norbert F. (2005): Einführung: Mobilität und Familie; in: Zeitschrift für Familienforschung 17 (2), 90–95.
- Schneider, Norbert F. (2009): Zur Vielfalt der Familie in Europa. Betrachtungen zum Einfluss von Leitbildern und Entwicklungen des Arbeitsmarktes auf die Gestaltung von Familie; in: Kapella, Olaf / Rille-Pfeifer, Christiane / Rupp, Marina / Schneider, Norbert F. (Hg.) (2009): Die Vielfalt der Familie: Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung, Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 39–51.
- Schneider, Norbert F. / Collet, Beate (Hg.) (2009): Mobile Living Across Europe, Vol. II. Causes and Consequences of Job-Related Spatial Mobility in Cross-National Perspective. Opladen: Barbara Budrich.
- Schneider, Norbert F. / Limmer, Ruth / Ruckdeschel, Kerstin (2002): Mobil, flexibel, gebunden. Familie und Beruf in der mobilen Gesellschaft, Frankfurt a. M.: Campus.
- Schneider, Norbert F. / Meil, Gerardo (Hg.) (2008): Mobile Living Across Europe, Vol I. Relevance and Diversity of Job-Related Spatial Mobility in Six European Countries, Opladen: Barbara Budrich.
- Schneider, Norbert F. / Rosenkranz, Doris / Limmer, Ruth (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung. Entwicklung. Konsequenzen, Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, Norbert F. / Rosenkranz, Doris / Limmer, Ruth (2000): Nichtkonventionelle Lebensformen; in: Müller, Ulrich / Nauck, Bernhard / Diekmann, Andreas (Hg.): Handbuch der Demographie, Band 2, Berlin u. a.: Springer, 980–1024.
- Schneider, Norbert F. / Ruckdeschel, Kerstin (2003): Partnerschaften mit zwei Haushalten: eine moderne Lebensform zwischen Partnerschaftsideal und beruflichen Erfordernissen; in: Bien, Walter / Marbach, Jan H. (Hg.): Partnerschaft und Familiengründung, Opladen: Leske + Budrich, 245–258.
- Schneider, Norbert F. / Rüger, Heiko (2007): Der subjektive Sinn der Ehe und die Entscheidung zur Heirat; in: Zeitschrift für Soziologie, 36 (2), 131–152.
- Schneider, Norbert F. / Rüger, Heiko (2008): Beziehungserfahrungen und Partnerschaftsverlauf vor der Heirat. Eine empirische Analyse von Angehörigen der Eheschließungskohorte 1999 – 2005; in: Zeitschrift für Familienforschung 20 (2), 131–156.
- Schneider, Norbert F. / Hartmann, Kerstin / Limmer, Ruth (2001): Berufsmobilität und Lebensform. Sind berufliche Mobilitätserfordernisse in Zeiten von Globalisierung noch mit Familie vereinbar? Schriftenreihe des Bundesfamilienministeriums, Band 208, Stuttgart: Kohlhammer.
- Schulz, Florian / Skopek, Jan / Klein, Doreen / Schmitz, Andreas (2008): Wer nutzt Internetkontaktbörsen in Deutschland? In: Zeitschrift für Familienforschung 20 (3), 271–292.
- Schulz, Wolfgang / Hummer, Christian (2005): Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens und Wandel der Einstellungen zu Ehe und Familie; in: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004, Wiesbaden: VS Verlag 343–366.
- Schultz-Zehden, Beate (2003): Das Sexualleben der älteren Frau – ein tabuisiertes Thema; in: BzGA Forum (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung) 1/2, 31–33.
- Schütz, Astrid / Hertel, Janine / DePaulo, Bella / Morris, Wendy L. / Stucke, Tanja S. (2007): She's single, so what? How are singles perceived compared with people who are married? In: Zeitschrift für Familienforschung 19 (2), 139–158.

 VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Smart, Carol (2007): Same sex couples and marriage: negotiating relational landscapes with families and friends; in: *The Sociological Review*, 55 (4), 671–686.
- Sobotka, Tomáš / Toulemon, Laurent (2008): Changing family and partnership behaviour: Common trends and persistent diversity across Europe; in: *Demographic Research*, 19 (6), 85–138.
- Stacey, Judith (1998): Gay and Lesbian Families – Queer like us; in: Mason, Mary Ann / Skolnick, Arlene / Sugarman, Stephen D. (Eds.): *All our Families. New policies for a new century*, New York, Oxford: Oxford University Press, 117–143.
- Stacey, Judith (2004): Cruising to Familyland: Gay Hypergamy and Rainbow Kinship; in: *Current Sociology* 52 (2), 181–197.
- Stacey, Judith / Biblarz, Tim J. (2001): (How) does sexual orientation of parents matter; in: *American Sociological Review* 66 (2), 159–183.
- Starke, Kurt (1994): *Schwuler Osten. Homosexuelle Männer in der DDR*, Berlin: Ch. Links.
- Statistik Austria (2008a): *Familien- und Haushaltsstatistik 2007*, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008b): *Demographisches Jahrbuch 2007*, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009a): *Statistisches Jahrbuch Österreichs*, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009b): *Eheschließungen seit 1998 nach ausgewählten Merkmalen*, Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/eheschliessungen/index.html (28.8.2009).
- Statistik Austria (2009c): *Eheschließungen seit 1970 nach Staatsangehörigkeit*, Quelle: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/eheschliessungen/index.html (28.8.2009).
- Statistik Austria (2009d): *Familien- und Haushaltsstatistik 2008*, Wien: Statistik Austria.
- Stegmann, Anne-Katrin / Schmitt, Marina (2006): Veränderungen in langjährigen Partnerschaften des mittleren Erwachsenenalters; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18 (2), 46–65.
- Stengel, Stephan (2008): *Liebe und Partnerwahl in der Moderne. Zwischen Natur und Sozialität*; in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hg.): *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Frankfurt a. M.: Campus, 1706–1716.
- Straßburger, Gaby (2000): *Transnationalität und Einbürgerung: Defizite in der statistischen Erfassung der Eheschließung von Migranten*; in: Dorbritz, Jürgen / Otto, Johannes (Hg.): *Einwanderungsregion Europa? Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 99*, 81–95.
- Straßburger, Gaby (2003): *Heiratsverhalten und Partnerwahl im Einwanderungskontext. Eheschließungen der zweiten Migrantengeneration türkischer Herkunft*, Würzburg: Ergon.
- Strasser, Elisabeth / Kraler, Albert / Bonjour, Saskia / Bilger, Veronika (2009): *Doing Family. Responses to the construction of „the migrant family“ across Europe*; in: *History of the Family*, DOI 10.1016/j.hisfam.2009.02.005 (im Erscheinen).
- Sydow, Kirsten von (2001): *Sexuelle Probleme im höheren Lebensalter. Die weibliche Perspektive*; in: Berberich, Hermann J. / Brähler, Elmar (Hg.): *Sexualität und Partnerschaft in der zweiten Lebenshälfte*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 87–104.
- Sydow, Kirsten von (2003): *Sexuelle Realitäten älterer Frauen*; in: *BzgA Forum (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)* 1/2, 12–14.
- Tiefer, Leonore (2004): *Offensive gegen die Medikalisierung weiblicher Sexualprobleme*; in: *Familiendynamik* 29 (2), 121–138.
- Traub, Angelika (2005): *Neue Liebe in getrennten Haushalten. Zur Bedeutung von Living-apart-together-Partnerschaften für das Wohlbefinden und Stresserleben allein erziehender Mütter*, Berlin: Logos Verlag.
- Tyrell, Harmann (1988): *Ehe und Familie – Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung*; in: Lüscher, Kurt / Schultheis, Franz / Wehrspaun, Michael (Hg.): *Die „postmoderne“ Familie*, Konstanz: UVK, 145–156.
- Vaskovics, Laszlo A. / Rupp, Marina / Hofmann, Barbara (1997): *Lebensverläufe in der Moderne 1: Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Eine soziologische Längsschnittstudie*, Opladen: Leske + Budrich.
- Verschraegen, Bea (1994): *Gleichgeschlechtliche „Ehen“*, Wien: Verlag Medien und Recht.

VIELFALT UND DYNAMIK VON PARTNERBEZIEHUNGEN

- Verschraegen, Bea (2009): Rechtliche Absicherung der Lebens- und Familienformen – Ein europäischer Überblick; in: Kapella, Olaf / Rille-Pfeifer, Christiane / Rupp, Marina / Schneider, Norbert F. (Hg.) (2009): Die Vielfalt der Familie: Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung, Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 427–439.
- Vetter, Stephanie (2001): Partnerwahl und Nationalität. Heiratsbeziehungen zwischen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland; in: Klein, Thomas (Hg.): Partnerwahl und Heiratsmuster. Sozialstrukturelle Voraussetzungen der Liebe, Opladen: Leske + Budrich, 207–231.
- Waldis, Barbara (2006): Migration and marriage: heterogamy and homogamy in a changing world, Wien: LIT.
- Walter, Anita (2006): Befragung zur Pflegeelternwerbung. Endergebnisse, Wien: MagELF.
- Weidinger, Bettina, Kostenwein Wolfgang, Drunecky, Gabriele (2001): Das erste Mal. Sexualität und Kontrazeption aus der Sicht der Jugendlichen, Wien: Österreichische Gesellschaft für Familienplanung.
- Weißbrodt, Thomas (2005): Gemeinsame Zeit in Partnerschaften; in: Zeitschrift für Familienforschung 17 (3), 279–307.
- Wernhart, Georg / Neuwirth, Norbert (2007): Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988 – 2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002. Working Paper Nr. 54, Wien: ÖIF.
- Weston, Kath (1997): Families We Choose, New York: Columbia University Press.
- Widmer, Eric / Schneider, Norbert F. (2006): State-of-the-Art of Mobility Research. A Literature Analysis for Eight Countries. Job Mobility Working Paper No. 2006-01, <http://www.jobmob-and-famlives.eu> (abgerufen am 15.1.2009).
- Wunderer, Eva (2003): Partnerschaften zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Weinheim: Peltz PVU.
- Zartler, Ulrike (1999): Partnerbeziehungen; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.) (1999): Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. Familie – zwischen Anspruch und Alltag, 4. Österreichischer Familienbericht 1999, Wien: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, 207–224.
- Ziefle, Andrea (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs. Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 56 (2), 213–232.
- Zillien, Nicole / Hargittai, Eszter (2009): Digital Distinction: Status-Specific Types of Internet Usage; in: Social Science Quarterly 90 (2), 274–291.

8

Eltern und Kinder: Ansprüche, Anforderungen und Ambivalenzen in betreuungsintensiven Lebensphasen

Martina Beham und Ulrike Zartler

Inhalt

1 Eltern und Kinder: Ansprüche, Anforderungen und Ambivalenzen in betreuungsintensiven Lebensphasen	367
1.1 Einleitung	367
1.2 Eltern-Kind-Beziehungen mit Kindern im Kleinkindalter	368
1.2.1 Ansprüche an Eltern mit Kleinkindern	368
1.2.2 Ambivalente Rollenansprüche an Mütter	369
1.2.3 Zum Vereinbarkeitsdilemma von Müttern	373
1.2.4 Rollenansprüche an Väter und von Vätern	375
1.2.5 Elterliche Rollenteilung aus Kindersicht	379
1.3 Eltern-Kind-Beziehung mit alternden und hochaltrigen, unterstützungsbedürftigen Eltern	380
1.3.1 Demografischer Wandel und die Herausforderungen für erwachsene Kinder und Gesellschaft	380
1.3.2 Herausforderungen an die Eltern-Kind-Beziehung als Pflegebeziehung	384
Summary	388
Literatur	391

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Einstellungen von Vätern und Müttern zum Erwerbsausmaß von Frauen in ausgewählten Lebensphasen (2003) (Angaben in Prozent)	371
Tabelle 2: Stress durch Familienarbeit aus Sicht von Müttern und Vätern (Zeilenprozente, Mehrfachnennungen)	374
Tabelle 3: Gepflegte Person nach Verwandtschaftsgrad	385
Tabelle 4: Pflegekonstellationen nach Geschlecht und betreuter Person (in abs. Zahlen)	386
Abbildung 1: Eine gute Mutter soll ... (Angaben in Prozent)	369
Abbildung 2: Ein Vorschulkind wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist (Angaben in Prozent)	371
Abbildung 3: Ein guter Vater soll ... (Angaben in Prozent)	377
Abbildung 4: Erachtete Zuständigkeit für Pflegeleistungen (Angaben in Prozent)	382
Abbildung 5: Gewünschte Wohnform bei Hilfsbedürftigkeit im Alter (Angaben in Prozent)	383

1 Eltern und Kinder: Ansprüche, Anforderungen und Ambivalenzen in betreuungsintensiven Lebensphasen

1.1 Einleitung

Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern verändern sich im Laufe des Lebens und damit die Aufgaben und Rollen von Eltern und Kindern (Beham/Wilk 1999, Gloger-Tippelt 2007, Hofer et al. 2002, Noack 2002, Noack/Buhl 2004). Neben den sich im Lebensverlauf verändernden biologischen und psychosozialen Bedürfnissen, wie sie in den Konzepten der Entwicklungsaufgaben beschrieben werden (Fend 2000, Havighurst 1972, Oerter/Dreher 2002, Oerter/Montada 2008), sind es die geänderten Kontextbedingungen, z. B. die demografischen Entwicklungen, veränderte Rollen, Veränderungen in den Beschäftigungs- und Familienstrukturen, aber auch in der Arbeitsmarktsituation, welche die Anforderungen, die an die Eltern-Kind-Beziehung gerichtet sind bzw. deren Ausgestaltung mitprägen. Diese Anforderungen sind vielfältig, umfassend und häufig ambivalent.

Eltern benötigen mannigfaltige Kompetenzen, um ihr Kind liebevoll zu begleiten und zu fördern. In den ersten Lebensjahren stellt sich dabei als zentrale Aufgabe, eine emotional stabile Beziehung zum Kind aufzubauen sowie die Grundlagen für eine sichere Bindung und eine psychisch und physisch gesunde Entfaltung des Kindes zu ermöglichen (Asendorpf/Banse 2000, Papastefanou/Hofer 2002). In Familien mit Jugendlichen ist eine wesentliche Entwicklungsaufgabe die Neuorganisation der Beziehungen innerhalb der Familien, indem Jugendlichen mehr Autonomie zugestanden und gleichzeitig die Verbundenheit zwischen Eltern und Kindern aufrechterhalten wird¹ (Fend 2000, Hofer/Pikowsky 2002, Oerter/Dreher 2002, Steinberg 2001). Im weiteren Lebensverlauf wiederum ist die Beziehung zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern neu zu definieren; erwachsene Kinder sind vermehrt mit einem Betreuungsbedarf ihrer alternden und hochaltrigen Eltern konfrontiert, unterstützen diese teilweise bei mühsam werdenden Alltagstätigkeiten bzw. koordinieren Pflegearrangements oder engagieren sich selbst in unterschiedlichem Ausmaß in der Pflege.

In diesem Beitrag wird unter Bezugnahme auf vorliegende empirische Studien unter besonderer Berücksichtigung jener aus Österreich auf diese betreuungsintensiven Phasen der Eltern-Kind-Beziehung eingegangen, in denen es aufgrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen zu ganz besonders zu ambivalenten Anforderungen kommt. Zum einen betrifft dies die Eltern-Kind-Beziehung mit Kindern im Kleinkindalter und zum anderen die Beziehungen von Frauen und Männern mittleren Alters mit alternden und hochaltrigen Eltern.

¹ Bezüglich eines Überblicks über die entwicklungsbedingten Veränderungen der Eltern-Kind-Beziehung in den einzelnen Familienphasen und deren Bewältigung wird auf vorhandene Überblicksartikel verwiesen (Beham/Wilk 1999, Hofer/Pikowsky 2004, Gloger-Tippelt 2007, Noack 2002).

1.2 Eltern-Kind-Beziehungen mit Kindern im Kleinkindalter

1.2.1 Ansprüche an Eltern mit Kleinkindern

Die Ansprüche, welche Eltern mit Kleinkindern heute an sich selbst stellen und welche auch an sie gestellt werden, haben sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte verändert. Selbstverständlich gewordene Forderungen nach einer optimalen (Früh-)Förderung und der Orientierung an pädagogisch-psychologischem Expert/-innen-Wissen sowie die Norm verantworteter Elternschaft lassen das Elternsein heute zu einer komplexen und anspruchsvollen Aufgabe werden. Viele Eltern mit Kleinkindern stellen an sich als Mütter und Väter hohe Anforderungen und haben das Bedürfnis und Pflichtgefühl, keine Chancen verpassen zu dürfen, möglichst alle Anlagen des Kindes zu fördern und Bereiche geringerer Begabung auszugleichen. Es sind keineswegs nur Eltern in bildungsnahen Kreisen, die sich diesbezüglich unter Druck setzen. Der Anteil reflektierender, bewusst erziehender und in der Erziehung selbstkritischer Eltern, die sich bemühen, ihr Kind gezielt zu fördern, ist größer denn je. Gleichzeitig haben viele Mütter und Väter in ihrer subjektiven Wahrnehmung nur selten das Gefühl, eine gute Mutter oder ein guter Vater zu sein (Henry-Huthmacher/Borchard 2008, Institut für Demoskopie Allensbach 2009). Die Fülle an Erziehungsratgebern und -kursen, medial vermittelten Erziehungshilfen sowie unterschiedlichen Erziehungsphilosophien macht Auswahlentscheidungen für Eltern oft schwer und trägt zum Teil auch zur Verunsicherung der Eltern bei (Heinrichs/Hahlweg 2008, Henry-Huthmacher/Borchard 2008, Schmidt-Wenzel 2008, Schneider/Matthias-Bleck 2002, Wahl/Hees 2006). Acht von zehn befragten Eltern haben laut einer aktuellen Umfrage des Instituts Allensbach (2009)² den Eindruck, dass es für die richtige Erziehung kein Patentrezept gibt und jeder seinen eigenen Weg finden muss.

Zunehmend mehr Eltern fühlen sich in Fragen der Erziehung ihrer Kinder unsicher, wie aktuelle Elternbefragungen zeigen (Klepp et al. 2008, Mühling/Smolka 2007, Wolf 2009). Beinahe jede/r Zweite hat den Eindruck, dass es in den letzten Jahren schwieriger geworden ist, im heutigen gesellschaftlichen Umfeld Kinder zu erziehen (Institut für Demoskopie Allensbach 2009). Kritisiert wird u. a., dass gesellschaftlich unzureichend anerkannt wird, was Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder leisten (Henry-Huthmacher/Borchard 2008, Institut für Demoskopie Allensbach 2009). Erziehung wird heute von Eltern als bereichernd, aber auch als anstrengend empfunden. Laut der deutschen Sinus Sociovision-Studie 2007³ (Henry-Huthmacher/Borchard 2008) fühlt sich ein Drittel der Eltern oft bis täglich bei der Erziehung der Kinder gestresst. Österreichische Befunde (Klepp/Cizek 2006, Klepp et al. 2008) sprechen je nach Erhebungsmethode, Frageformulierung und Selektion der erfassten Stichprobe von 10 % bis 20 %, die sich in der Erziehung häufig überfordert fühlen. Mit Blick auf unterschiedliche Altersphasen der Kinder zeigt sich: Gerade bei Eltern mit ein- bis dreijährigen Kleinkindern, die ein besonders hohes Ausmaß an Betreuung brauchen,

² Im Rahmen der deutschen Generationen-Barometerstudie 2009 wurden 2 200 Befragte mittels face-to-face-Interviews befragt (Institut für Demoskopie Allensbach 2009).

³ Die Sinus-Sociovision-Studie ist eine qualitativ-ethnomethodologische Untersuchung (100 Interviews, jeweils 50 mit Müttern und 50 mit Vätern von Kindern unter 16 Jahren, unter Berücksichtigung regionaler Splits). Begleitend dazu fand eine quantitativ repräsentative Erhebung bei 500 Eltern von Kindern im Alter bis 17 Jahre im Haushalt statt.

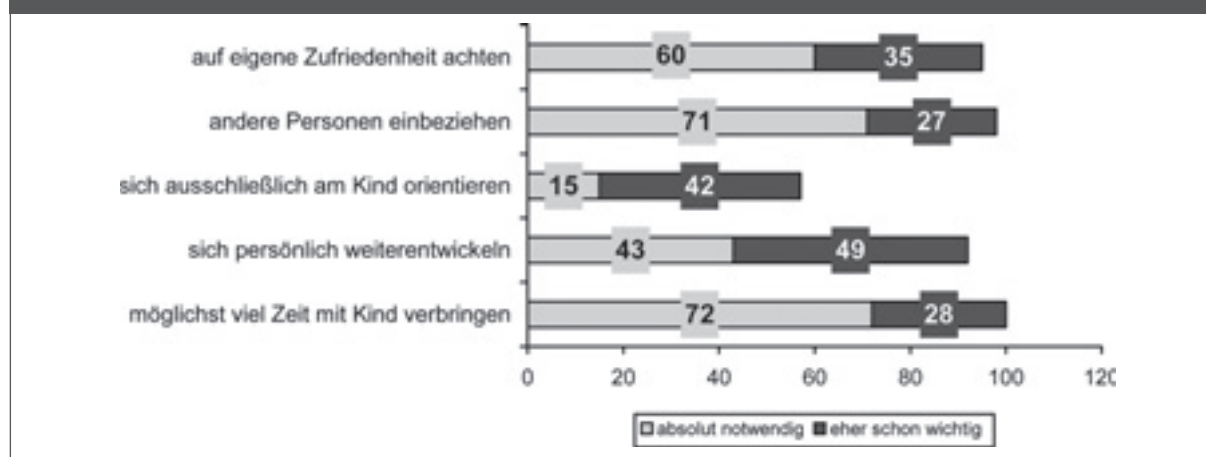
kommt es vergleichsweise häufig zu subjektiven Überforderungsgefühlen, weil vielfältige Anforderungen zeitgleich erfüllt werden sollen und zu wenig Zeit für die eigene Regeneration bleibt (Henry-Huthmacher/Borchard 2008, Klepp et al. 2008). Zum Zeitdruck trägt zudem bei, dass der Wandel der Rollenbilder von Müttern und Vätern mit gestiegenen Ansprüchen im Berufsleben kollidiert. Verstärkt werden Überforderungsgefühle, wenn Eltern sich zusätzlich Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen müssen, mit hohem Druck seitens des Arbeitgebers konfrontiert werden, in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind oder ihren Familienalltag unter schwierigen finanziellen Bedingungen gestalten müssen. Eltern, die mit finanziellen Sorgen belastet sind, haben es zusätzlich schwer, Kindern die nötige Zuwendung, Aufmerksamkeit und Unterstützung zu geben (Butterwegge 2000, Walper 2002, Weiß 2000).

Gemeinsam ist allen Eltern, dass sie u. a. auch deshalb unter Druck geraten, weil familiäre Werte dem Leitbild einer wettbewerbs- und profitorientierten Wirtschaft entgegenstehen und die Rolle von Müttern und Vätern mit wachsenden Ansprüchen sowie vielfältigen, heterogenen und ambivalenten Erwartungen überfrachtet wird.

1.2.2 Ambivalente Rollenansprüche an Mütter

Veränderte Ansprüche an Elternschaft und an Geschlechterrollen spiegeln sich in einem ambivalenten Rollenverständnis junger Mütter und Väter wider, wie zahlreiche Einstellungsbefragungen belegen (siehe u. a. Beham/Haller, 2005, Gerhards/Hölscher 2003, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007, Ostner 2009). So erachtet es zum Beispiel die Mehrheit der Österreicher/-innen (72 %) für unerlässlich, dass eine gute Mutter mit ihren Kindern unter drei Jahren möglichst viel Zeit verbringt. Gleichzeitig halten es 60 % für absolut notwendig, dass Mütter eines Kleinkindes auf ihre eigene Zufriedenheit achten. Ein knappes Fünftel (18 %) hält es für eher schlecht, wenn sich eine Mutter ausschließlich an kindlichen Bedürfnissen orientiert (Kapella/Rille-Pfeiffer 2007).⁴

Abbildung 1: Eine gute Mutter soll⁵ ... (Angaben in Prozent)



Quelle: Datenbasis Einstellungs- und Wertestudie 2004, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007: 10

⁴ Repräsentative österreichische Befragung von 1 000 Personen zwischen 18 und 70 Jahren (computerunterstützte Telefoninterviews).

⁵ Die genaue Frage lautete: „Es gibt verschiedene Vorstellungen darüber, was für eine gute Mutter eines unter 3-jährigen Kindes wichtig ist. Halten Sie da die folgenden Punkte für absolut notwendig, für eher schon wichtig, für unwichtig oder für eher schlecht?“

ELTERN UND KINDER

Ambivalente Einstellungen, die nur schwer in alltagspraktisches Handeln umsetzbar sein dürften, zeigen sich auch bezüglich der gemeinsam mit dem Kind verbrachten Zeit (siehe auch die Ausführungen von Kränzl-Nagl/Lange im Kapitel „Familie unter veränderten temporalen Bedingungen“): 60 % der Befragten sind der Meinung, dass die Mutter eines halb- bis anderthalbjährigen Kindes den ganzen Tag mit ihrem Kind verbringen soll. Bei einem anderthalb- bis dreijährigen Kind vertreten 35 % diese Ansicht. Gleichzeitig sollte aber aus Sicht der Befragten die Mutter eines unter dreijährigen Kindes mehrere Stunden Freizeit am Tag haben: für Mütter mit Kindern unter anderthalb Jahren stimmt knapp die Hälfte der Befragten (47%) dieser Aussage zu, bei Kindern zwischen anderthalb und drei Jahren steigt der Anteil jener, die Müttern mehrere Stunden Freizeit pro Tag zugestehen, auf 60 % (Kapella/Rille-Pfeiffer 2007: 11 f.).

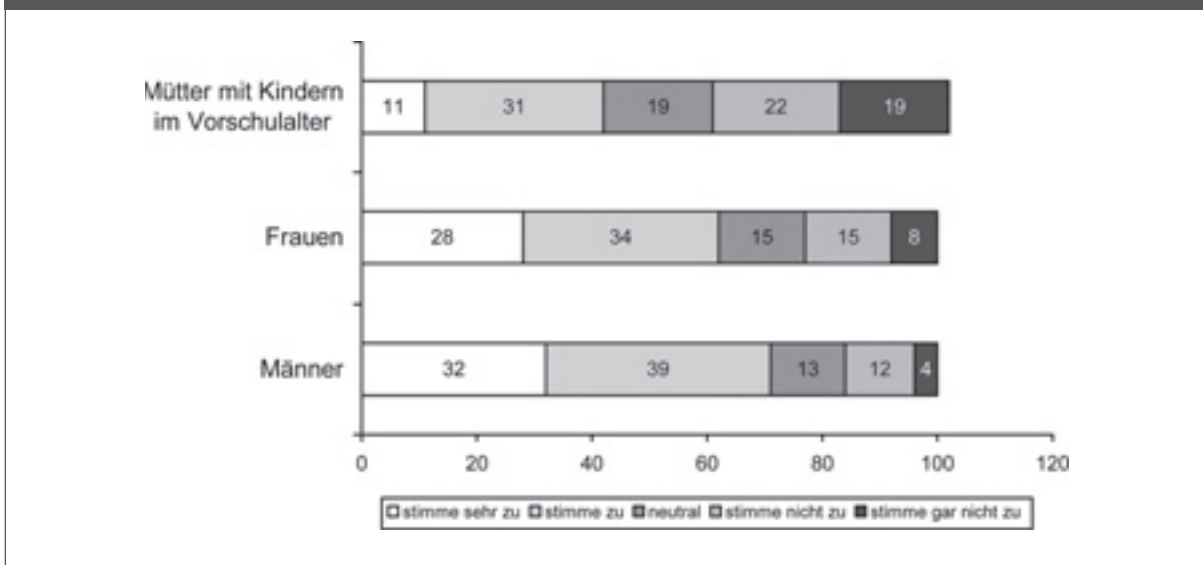
Die Akzeptanz einer strikt traditionellen Rollenteilung zwischen Mann und Frau hat in Österreich stark abgenommen; das zeigen sowohl Studien auf Basis des österreichischen sozialen Surveys (Schulz et al. 2005)⁶, auf Basis der europäischen Wertestudie (Denz et al. 2001)⁷ als auch Daten des ISSP (International Social Survey Program)⁸ (Wernhart/Neuwirth 2007: 9). Der Aussage „Wenn es aus finanziellen Gründen nicht unbedingt notwendig ist, sollte eine Frau zu Hause bleiben“ stimmten im Jahr 1986 noch drei Viertel der Bevölkerung (75 %) zu; im Jahr 2003 war es gut die Hälfte (53 %), welche dieses Statement befürwortete (Schulz/Hummer 2005: 352). Wernhart/Neuwirth (2007) zeigen auf Basis des ISSP eine erhöhte Wertschätzung weiblicher Berufsorientierung innerhalb der österreichischen Gesellschaft: Frauenerwerbstätigkeit wird als wesentlich für die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Frauen erachtet, und es wird generell angenommen, dass eine berufstätige Mutter ein ebenso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihrem Kind finden kann wie eine nicht berufstätige. Die Zustimmung zu dieser Aussage ist bei Männern (73 %) fast ebenso hoch wie bei Frauen (78 %); Mütter stimmen sogar zu 87 % zu. Allerdings sind diese positiven Haltungen zur Erwerbsintegration von Müttern ganz klar von Ausmaß und Zeitpunkt der mütterlichen Erwerbstätigkeit sowie der Lebensphase abhängig: 71% der Männer bzw. 62 % der Frauen (Skalenwert 1 + 2 von 5) stimmen der Aussage zu, dass ein Vorschulkind vermutlich unter der Berufstätigkeit der Mutter leidet. Von den Müttern, die Kinder im Vorschulalter haben, teilen 42 % diese Auffassung, wie die Ergebnisse des ISSP 2002 (Wernhart/Neuwirth 2007: 14) zeigen.

⁶ Der österreichische Soziale Survey ist eine Repräsentativerhebung, die in den Jahren 1986, 1993, 2003 mit jeweils ca. 2 000 Befragten der österreichischen, in Privathaushalten lebenden, Bevölkerung ab 18 Jahren durchgeführt wurde (Schulz et al. 2005).

⁷ Die europäische Wertestudie wird als Replikationsstudie im Abstand von etwa zehn Jahren durchgeführt und umfasst für Österreich eine repräsentative Stichprobe von 1 400 Frauen und Männern ab 18 Jahren (Denz et al. 2001).

⁸ Die Berechnungen von Wernhart und Neuwirth (2007) beruhen auf Daten des ISSP-Moduls „Family and Changing Gender Roles“ (1988 und 2002), welches in 39 europäischen Ländern durchgeführt wurde. In Österreich wurden im Jahr 1988 972 Personen über 18 Jahre, im Jahr 2002 2 047 Personen über 18 Jahre befragt. Als Kinder gelten Personen bis 15 Jahre (www.issp.org).

Abbildung 2: Ein Vorschulkind wird wahrscheinlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist (Angaben in Prozent)



Quelle: Datenbasis ISSP 2002, Wernhart/Neuwirth 2007: 14

60 % der Österreicher/-innen vermuten generell durch eine Vollzeitberufstätigkeit der Frau negative Auswirkungen auf die Familie (Wernhart/Neuwirth 2007).

Diese Haltungen spiegeln sich auch im gesellschaftlich erwünschten Arbeitszeitausmaß von Müttern mit Kleinkindern wider: Müttern mit Kindern im Vorschulalter wird mehrheitlich nur eine Teilzeiterwerbstätigkeit zugestanden, während eine Vollerwerbstätigkeit nicht als wünschenswert betrachtet wird (Beham/Haller 2005, Wernhart/Neuwirth 2007). Aus der Geschlechterperspektive zeigt sich, dass Väter einer mütterlichen Erwerbstätigkeit skeptischer gegenüberstehen als die Mütter selbst (Beham/Haller 2005, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007). Im Sozialen Survey sprechen sich 53 % der Väter im Vergleich zu 43 % der Mütter für eine Erwerbsunterbrechung von Frauen aus, wenn sie ein Kind im Vorschulalter haben. Ein Fünftel der Väter (21 %) und 13 % der Mütter befürworten dies auch, wenn schulpflichtige Kinder in der Familie leben (Beham/Haller 2005: 405).

Tabelle 1: Einstellungen von Vätern und Müttern zum Erwerbsausmaß von Frauen in ausgewählten Lebensphasen (2003) (Angaben in Prozent)

	ganztags erwerbstätig		halbtags erwerbstätig		nicht erwerbstätig	
	Väter	Mütter	Väter	Mütter	Väter	Mütter
nach Heirat, vor Geburt d. Kinder	93	95	4	5	4	0
mind. 1 Kind nicht in Schule	1	6	46	52	53	43
nachdem jüngstes Kind in Schule	5	8	75	79	21	13
nachdem Kinder Elternhaus verlassen haben	76	82	21	17	3	1

Quelle: Datenbasis Sozialer Survey 2003, Beham/Haller 2005: 405

ELTERN UND KINDER

Ähnliche Tendenzen zeigen die Daten von Kapella/Rille-Pfeiffer (2007): Jede/r Zweite findet, eine „gute Mutter“ eines unter dreijährigen Kindes solle nicht erwerbstätig sein, und nur 5 % gestehen Müttern mit Kindern dieser Altersgruppe eine Vollzeitbeschäftigung zu. Hat das jüngste Kind das Pflichtschulalter erreicht, so ändern sich die Einstellungen nur graduell – darauf verweisen die ISSP-Daten: In dieser Lebensphase finden 24 % der Männer und 17 % der Frauen, dass die Mutter nicht erwerbstätig sein sollte, und nur 10 % der Befragten halten eine weibliche Vollzeiterwerbstätigkeit für erstrebenswert. Mütter mit Kindern im Pflichtschulalter sprechen sich zu 78 % für eine Teilzeiterwerbstätigkeit aus. Eine Vollerwerbstätigkeit der Frau wird somit lediglich in zwei Lebensphasen mehrheitlich für wünschenswert gehalten: erstens wenn Frauen (noch) keine Kinder haben (91 % der Männer und 94 % der Frauen) und zweitens erst wieder, wenn das jüngste Kind das Elternhaus verlassen hat (79 % der Männer und 82 % der Frauen stimmen in dieser Lebensphase einer weiblichen Vollerwerbstätigkeit zu) (Wernhart/Neuwirth 2007). Allerdings werden die traditionellen Rollenvorstellungen langsam aufgeweicht, und in den jüngeren Alterskohorten zeigt sich ein Umdenkprozess (Beham/Haller 2005, Wernhart/Neuwirth 2007). So werden trotz skeptischer Einstellungen bezüglich der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Vorschulkindern die Befürchtungen hinsichtlich der negativen Konsequenzen geringer (Beham/Haller 2005: 406).

Österreich gehört damit auch innerhalb Europas zu jenen Ländern, in denen das bürgerliche Familien- bzw. Mutterideal vergleichsweise weit verbreitet ist (Gerhards/Hölscher 2003: 214). Für Frauen ergeben sich massive Ambivalenzen insbesondere durch die nach wie vor bestehende Meinung, Mütter mit Kindern im Vorschulalter sollten keiner Erwerbstätigkeit nachgehen bzw. bestenfalls Teilzeit erwerbstätig sein: Ist eine Frau in dieser Lebensphase (voll) erwerbstätig, so wird sie mit negativen Zuschreibungen rechnen müssen bzw. solche auch selbst befürchten. Ist sie jedoch nicht erwerbstätig, so ergeben sich erhebliche Risiken bezüglich ihrer weiteren Erwerbschancen sowie ihrer Alterssicherung. Diese Zusammenhänge, welche aus der Zuschreibung der Zuständigkeit von Müttern für Betreuungs- und Pflegetätigkeiten resultieren, werden aufgrund des hohen Risikos für weibliche Erwerbsverläufe auch als „Traditionalisierungsfallen“ (Rüling 2007) bezeichnet.

Die präsentierten Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Müttern finden ihre Entsprechung auf der Handlungsebene: Das Erwerbsverhalten von Paaren ist nach wie vor in hohem Maße einem aufgeweicht traditionellen Rollenmuster verhaftet (Beham/Haller 2005, Biffli 2008). Während Männer im europäischen Vergleich mit einer überdurchschnittlich hohen Wochenarbeitszeit beruflich stark eingespannt sind und im Zuge einer Familiengründung nur selten ihre Arbeitszeit reduzieren, versuchen Mütter in Österreich vielfach, durch Teilzeitarbeit Beruf und Familie zu verbinden (Biffli 2008, Biffli et al. 2009; siehe auch die Ausführungen von Jurczyk/Schmied im Kapitel „Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt und ihre Folgen“). Die Erwerbstätigenquote österreichischer Frauen hängt in erster Linie von Alter und Anzahl der zu betreuenden Kinder ab. Mit der Zahl der Kinder unter 15 Jahren sinkt die Erwerbstätigenquote der Frauen. Bei den Männern bleibt sie hingegen weitgehend unverändert (Statistik Austria 2008). Je jünger die Kinder, desto seltener sind Frauen erwerbstätig; so übten im Jahr 2007 lediglich 16 % der Mütter mit Kindern unter einem Jahr und 22 % jener mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren aktiv eine

Erwerbstätigkeit aus⁹ (Statistik Austria 2008, 22). Rund zwei Drittel der österreichischen Frauen, deren jüngstes Kind unter drei Jahren alt ist, bleiben dem Arbeitsmarkt fern. Danach arbeiten sie überwiegend Teilzeit. Erst wenn das jüngste Kind nicht mehr im betreuungspflichtigen Alter ist (15 bis 17 Jahre), steigt die Bedeutung des egalitären Vollzeitmodells (34 %), d. h. beide Partner arbeiten Vollzeit. Allerdings ist dieses auch dann noch seltener verbreitet als das modifizierte Ernährermodell (40 %), bei dem der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeiten (Haas 2009, Statistik Austria 2008). Nach der Geburt eines Kindes wird also häufig eine vormals egalitäre Rollenteilung zugunsten traditioneller innerfamiliärer Arbeitsteilungsmuster aufgegeben („Retraditionalisierung“). Es übernimmt vorwiegend die Frau die Kinderbetreuung, während der Mann primär für die ökonomische Absicherung der Familie zuständig ist und seine Arbeitszeit häufig noch ausweitet (Beham/Zartler 2006, Fthenakis et al. 2002, Grunow et al. 2007, Kalicki et al. 2006, Peitz et al. 2003, Schulz/Blossfeld 2006, Vaskovics et al. 2000). Durch die Retraditionalisierung (Beham/Haller 2005, Franco/Winqvist 2002) stellen sich Vereinbarkeitsprobleme für Frauen und Männer nach wie vor in unterschiedlicher Form dar. Während es für Mütter insbesondere in den betreuungsintensiven Phasen häufig zu einem Zeit- und Koordinationsdilemma kommt, liegt das Dilemma für Männer eher darin, dass sie ihr Berufsengagement gegenüber Ansprüchen und Erwartungen ihrer Partnerinnen und Kinder zunehmend mehr verteidigen müssen.

1.2.3 Zum Vereinbarkeitsdilemma von Müttern

Für die Mehrheit junger Frauen ist das Leitbild der empathischen Mutter, die sich als aktive, engagierte Beziehungspartnerin ihres Kindes sieht, heute ebenso fest verankert wie jenes der selbstständigen, erwerbstätigen Frau (BMFSFJ 2005, Brake 2003, Breitenfelder 2007, Emnid 2002, Picker et al. 2005). Insbesondere wird die zentrale Bedeutung einer Berufstätigkeit als Mittel für Unabhängigkeit und soziale Absicherung betont, und für die eigene Biografie wird neben der Mutterrolle auch jene als berufstätige Frau eingeplant. Die Ausübung einer eigenen Berufstätigkeit beider Geschlechter wird, wie zahlreiche Einstellungsbefragungen zeigen (Beham/Haller 2005, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007, Wernhart/Neuwirth 2007), immer stärker als gesellschaftliche Norm verankert. Darauf verweisen auch die Ergebnisse zweier Studien des Instituts SORA (Picker/Zeglovits 2004, Picker et al. 2005¹⁰): 84 %¹¹ der 40- bis 60-jährigen Frauen und 86 % der unter 40-jährigen österreichischen Frauen stimmen der Aussage zu: „Kind und Beruf darf man nicht trennen, die Gesellschaft müsste es für Frauen möglich machen, beides zu vereinbaren.“ Die Umsetzung der „doppelten Vergesellschaftung von Frauen“ (Becker-Schmidt 2004: 64) im Lebensalltag ist allerdings unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen für Frauen häufig nur mit Abstrichen möglich, z. B. durch Verzicht auf Karrierechancen, Reduktion der Arbeitszeit oder temporäre Erwerbsunterbrechung.

⁹ Hierbei ist zu berücksichtigen, dass üblicherweise in der Erwerbsstatistik auch jene zu den Erwerbstätigen gezählt werden, die zwar in einem aufrechten Dienstverhältnis stehen, sich zum Stichtag aber in Elternkarenz befinden. Würden diese Personen hinzugezählt, so erhöhten sich die Frauenerwerbsquoten auf 61 % (mit Kindern unter einem Jahr) bzw. 55 % (mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren) (Statistik Austria 2008: 22).

¹⁰ Es wurden dabei 2004 österreichweit 1 000 Frauen zwischen 18 und 39 Jahren und 2005 ebenfalls 1 000 Frauen zwischen 40 und 60 Jahren befragt.

¹¹ Skalenwert 1 + 2 einer 5-stufigen Skala.

ELTERN UND KINDER

Folge der weiblichen Doppelorientierung ist aber, dass die Anzahl der Doppelverdienerpaare insgesamt in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugenommen hat (Bielenski et al. 2002, Franco/Winqvist 2002, Pirklbauer 2007) und ein berufstätiges (Eltern-)Paar heute deutlich mehr gemeinsame Stunden in der Erwerbsarbeit im Vergleich zur „Versorger-Ehe“ leistet (Heitkötter 2006). Dadurch schrumpfen die für Familie zur Verfügung stehenden Zeitkontingente, und der Koordinations- und Abstimmungsbedarf steigt. Dringend notwendige Überstunden bringen den vielfach strikt durchgeplanten Alltag von Müttern als Hauptverantwortlichen für die Familienarbeit dabei ebenso ins Schwanken wie eine unvorhergesehene Krankheit des Kindes, auf die kurzfristig reagiert werden muss. Erwerbstätige Mütter mit Klein- und Schulkindern sind vielfach nur um den Preis zunehmenden Zeitdrucks in der Lage, die klassische Rolle des „Zeitpuffers“, der zeitliche Anforderungen abfedert und koordiniert, zu übernehmen (Beham/Haller 2005, Dörfler 2003, 2004, Kränzl-Nagl et al. 2006, Schweitzer 2000).

Aufgrund ungleicher Verantwortungsteilung der Haus- und Familienarbeit in vielen Familien (siehe dazu auch die Ausführungen von Kränzl-Nagl/Lange im Kapitel „Familie unter veränderten temporalen Bedingungen“) verwundert es nicht, dass sich Mütter deutlich häufiger durch Hausarbeit und Kinderbetreuung subjektiv belastet fühlen als ihre Partner, wie die Ergebnisse der Studie „PISA & Patchwork-Kindheit“¹² (Kränzl-Nagl et al. 2006: 78) zeigen. Während sich 42 % der Mütter mit schulpflichtigen Kindern nie durch die Betreuung und Versorgung der Kinder gestresst erleben, sagen dies 61 % ihrer Partner. Ähnliche Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Erziehung der Kinder: 37 % der Mütter im Vergleich zu 56 % der Väter empfinden keinen Stress in der Kindererziehung (siehe Tabelle 2).

Gestresst durch ...	M-V	oft	manchmal	nie
Hausarbeit	M	22,0	63,9	14,0
Hausarbeit	V	4,4	34,9	60,8
Kinderbetreuung und -versorgung	M	4,5	53,3	42,2
Kinderbetreuung und -versorgung	V	1,6	37,6	60,8
Kindererziehung	M	6,1	56,4	37,4
Kindererziehung	V	2,9	41,6	55,5
Tätigkeiten für die Schule	M	11,7	52,9	35,3
Tätigkeiten für die Schule	V	2,9	38,1	59,0

Quelle: Datenbasis „PISA & Patchwork-Kindheit“, Kränzl-Nagl et al. 2006: 78
Anmerkung: Die Ergebnisse beziehen sich auf jene Familien, von denen die Angaben beider Elternteile vorhanden sind. (Väter: n = 976-985; Mütter: n = 1 034-1 089)

¹² Im Zeitraum von Mai bis Juli 2005 fand eine österreichweite Fragebogenerhebung bei Müttern und Vätern, deren Kind im Zuge der Schüler/-innen-Befindensstudie (Eder 2007) befragt wurde, statt. Insgesamt liegen Daten aus 1 500 Familien vor. Diese Schüler/-innen besuchten zum Befragungszeitpunkt die 4. bis 8. Schulstufe. Die angeführten Ergebnisse beziehen sich auf jene Familien, in denen die Angaben von Mutter und Vater vorliegen.

Dass sich der Alltag von Müttern mit Klein- und Schulkindern im Spannungsfeld widersprüchlicher Anforderungen vollzieht und Frauen heute in spezifischen Lebensphasen doppelt und mehrfach belastet sind, wurde in zahlreichen empirischen Befunden immer wieder aufs Neue bestätigt (exemplarisch Bacher/Wilk 1996, Beham/Haller 2005, Haas 2009, Klaus/Steinbach 2002, Röhler et al. 2000). Den Ergebnissen der SORA-Frauen-Studie zufolge sehen 79 % der 40- bis 60-jährigen Frauen die Mehrfachbelastung als schwerwiegendes Problem¹³ von Frauen (Picker et al. 2005).

Vereinbarkeitsprobleme werden heute aber nicht mehr ausschließlich als Probleme von Frauen gesehen, es interessieren nicht nur die vielfältigen Anpassungs- und Balanceleistungen, die diese erbringen, um die widersprüchlichen Anforderungen aus Beruf und Familie in Einklang zu bringen (siehe u. a. Brüderl 1992, Dörfler 2003, Lutz 2000, Rupp 1996, Schweitzer 2000). Gerade im vergangenen Jahrzehnt ist eine verstärkte Sensibilität dafür zu beobachten, dass auch Väter zwischen den Anforderungen von Beruf und Familie hin- und hergerissen sind und nach einer Balance zwischen einem erfüllten Privat- und Familienleben und einem erfolgreichen Berufsleben suchen.

1.2.4 Rollenansprüche an Väter und von Vätern

Nicht nur die Erwartungen und Ansprüche an Mütter verändern sich. Auch die Rolle von Vätern bleibt vom sozialen Wandel nicht unbeeinflusst. Das über lange Zeit normativ verbindliche Leitbild des traditionellen Vaters, gekennzeichnet durch Autorität, Strenge und Distanz, verlor im Lauf des 20. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung (Mühling/Rost 2007, Schneider 1989). Begriffe wie „neue Männer“ und „neue Väter“ wurden geprägt, und seit den 1970er-Jahren ist eine steigende Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen über Väter und Vaterschaft zu verzeichnen. Dies gilt sowohl für den deutschsprachigen Raum¹⁴ wie auch international¹⁵. Väter – bislang das „vernachlässigte Geschlecht“ der Familienforschung (Tölke/Hank 2005) – stehen heute „im Blickpunkt“ der Forschung (Mühling/Rost 2007). Im Zentrum vieler Publikationen befinden sich dabei väterliche Rollenkonzepte und Typologien väterlichen Verhaltens, aber auch Fragen nach den Auswirkungen väterlichen Engagements auf die Familie und die kindliche Entwicklung, wie sie in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern vor rund zwei Jahrzehnten diskutiert wurden (zum Überblick Beham et al. 1989, ÖAKT 1988, Reinhard 1981, Scarr 1987).

Dabei zeigt sich: Auch wenn es höchst unterschiedliche Vaterschaftskonzepte gibt und aktuell vielfältige Typen und Praxen von Vätern existieren (Gumbinger/Bambey 2008, Matzner 2004), kennzeichnet eine große Zahl an Vätern der Wunsch nach Beteiligung und Engagement im Leben ihrer Kinder (Jurczyk/Lange 2009: 22): Diese Väter möchten sich engagiert am Alltagsleben beteiligen und verlässliche Ansprechpartner für ihre Kinder sein. Sie sehen sich als Erzieher und soziale Interaktionspartner ihrer Kinder und möchten nicht

¹³ Die Frage lautete: „Sagen Sie mir bitte zu jedem der folgenden Bereiche, ob Sie ihn als besonders schwerwiegendes Problem für Frauen, als geringeres Problem oder als gar kein Problem für Frauen sehen?“

¹⁴ Aus der Fülle an Publikationen im deutschsprachigen Raum seien folgende genannt: Ballnik et al. 2005, Baur/Luedtke 2008, Bereswill et al. 2006, Burkart 2007, Cyprian 2007, Döge 2007, Drinck 2005, Fthenakis 1985, 1999, Fthenakis et al. 2002, Fthenakis/Minsel 2002, Heinz 2002, Jurczyk/Lange 2009, Matzner 1998, 2004, Mühling/Rost 2007, Oberndorfer/Rost 2005, Rerrich 1989, Rohr/Fthenakis 2008, Rost 2006, Schneider 1989, Stein-Hilbers 1991, Tölke/Hank 2005, Vaskovics et al. 2000, Walter 2002, 2008, Werneck 1998, Wolde 2007, Zulehner 2003.

¹⁵ Siehe z. B. Day et al. 2005, Lamb 2002, Seward/Richter 2008, Williams 2008.

ELTERN UND KINDER

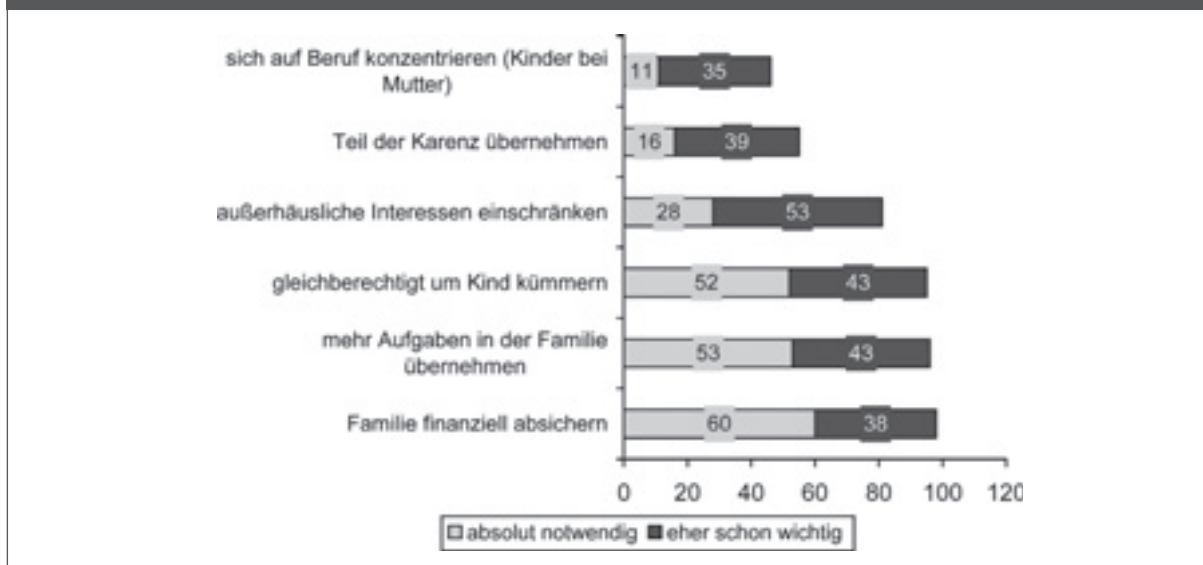
auf materielle Versorgungsfunktionen reduziert werden, sondern – ebenso wie ihre Partnerinnen – auch emotionalen Anteil am Heranwachsen ihrer Kinder haben (Cyprian 2007, Hofäcker 2007, Kassner, 2008, Mühling 2007, Procter & Gamble 2001, Zerle/Krok 2008). In neueren Vaterschaftskonzepten wird die Verantwortung zum entscheidenden Qualitätskriterium: „Gute Väter“ sind verantwortungsbewusste Väter, und zwar alle Lebensbereiche des Kindes betreffend (Ballnik et al. 2005¹⁶, Cyprian 2007, Herlth 2002).

Zahlreiche Untersuchungen bestätigen, dass sich väterliches Engagement ebenso wie jenes von Müttern positiv auf die kindliche Entwicklung auswirkt, während gering ausgeprägtes Engagement von Vätern mit einer Reihe negativer Verhaltensweisen bzw. Entwicklungsrisiken einher geht (Amato 1994, Bronte-Tinkew et al. 2008, Flouri 2005, Fthenakis 2006, Kindler 2002, Lamb 2002, Pleck/Masciadrelli 2004). Moderierenden Einfluss hat die Freiwilligkeit des Engagements: Ist das väterliche Engagement durch äußere Umstände wie Arbeitslosigkeit erzwungen oder gibt es zwischen den Eltern Unstimmigkeiten über Art und Umfang der väterlichen Beteiligung, so erweist sich dies nicht als förderlich für die kindliche Entwicklung (Jurczyk/Lange 2009: 29).

Umfragedaten bestätigen die positive Beurteilung aktiven väterlichen Engagements; so hält es fast jeder zweite (46 %) der im Rahmen der österreichischen Kinderfreunde-Studie (Stampller/Stiller 2004)¹⁷ befragten werdenden Väter für erstrebenswert, ein aktiver Vater zu sein. Gleichzeitig befinden sich aber Väter auch in einem Spannungsfeld: Einerseits wird erwartet, dass sie sich aktiv in die Erziehung ihrer Kinder und in das Familienleben einbringen, andererseits ist die materielle Versorgungsfunktion auch weiterhin ein wesentlicher Bestandteil der Vaterrolle (Beham/Haller 2005, Behnke/Liebold 2001, Cyprian 2007, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007, Lange/Zerle 2008, Meuser 2007 und 2009, Schlaffer 2004). So erwartet jede/r zweite der von Kapella/Rille-Pfeiffer (2007) Befragten von einem guten Vater, dass er Aufgaben in der Familie übernimmt und sich in der Kinderbetreuung engagiert. Gleichzeitig wird aber die finanzielle Absicherung der Familie als Hauptaufgabe eines guten Vaters betrachtet: 60 % der Befragten halten das für absolut notwendig, 38 % für eher wichtig.

¹⁶ Ballnik et al. (2005) führten eine österreichische qualitative Erhebung in 25 Familien durch (projektive Verfahren, qualitative Leitfadeninterviews, Interaktionsstudien). Weiters wurde eine Repräsentativbefragung von 400 Vätern durchgeführt (mindestens ein leibliches Kind zwischen 0 und 18 Jahren, welches nicht zwingend im gemeinsamen Haushalt des Vaters lebt).

¹⁷ In der österreichischen Kinderfreunde-Studie (Stampller/Stiller 2004) wurden 233 werdende Väter befragt.

Abbildung 3: Ein guter Vater¹⁸ soll ... (Angaben in Prozent)

Quelle: Datenbasis Einstellungs- und Wertestudie 2004, Kapella/Rille-Pfeiffer 2007: 15

Vaterschaft ist nach wie vor eng mit den Aufgaben eines Versorgers verbunden, auch wenn junge Väter sich als „moderne Ernährer“ sehen. Stabile finanzielle Verhältnisse und gesichertes Einkommen werden – neben einer stabilen Partnerbeziehung – von jungen Männern als Voraussetzung für die Übernahme der Vaterrolle genannt (Gesterkamp 2007, Zerle/Krok 2008¹⁹). Die väterliche Idealfigur kann als „provider“ und „carer“ (Smith 2007), der sowohl ökonomische Versorgung als auch soziale Fürsorge für die Kinder bereithält, beschrieben werden (siehe auch Williams 2008).

Bezüglich der Frage, wie viel Zeit ein Vater mit seinem (unter dreijährigen) Kind verbringen soll, hält die Mehrheit der Österreicher/-innen ein Stundenausmaß von ein bis drei Stunden täglich für ausreichend (Kapella/Rille-Pfeiffer 2007: 16) – dies bedeutet einen deutlichen Kontrast zum Zeitausmaß, welches Mütter nach Ansicht der Befragten mit ihren Kleinkindern verbringen sollen (siehe 1.2.2). Als wichtigste Aktivitäten mit ihren Kindern betrachten Väter selbst das Gespräch, gemeinsames Spiel und sportliche Aktivitäten, gemeinsame Rituale (z. B. zu Bett bringen), Wissensvermittlung und körperliche Begegnungen (Toben, Tollen, Kuscheln) (Ballnik et al. 2005). Die Procter & Gamble-Väterstudie (2001)²⁰ zeigt, dass Väter sich häufig in einer „Assistentenrolle“ mit Zuständigkeit für Spiel und Spaß sehen. Als hauptzuständig für die Versorgung der Kinder wird von 72 % der befragten Väter die Partnerin betrachtet (Procter & Gamble 2001). Mit Blick auf die Verhaltensebene zeigt sich: Österreichische Väter übernehmen nach wie vor die Rolle des „Familienerhalters“, und nach der Geburt von Kindern wird ihre Arbeitszeit eher erhöht als gesenkt (Hofinger/Enzenhofer 2006).

¹⁸ Die genaue Frage lautete: „Es gibt verschiedene Vorstellungen darüber, was ein guter Vater für die Familie tun sollte. Ist das Folgende für einen guten Vater absolut notwendig, eher schon wichtig, unwichtig oder eher schlecht? Denken Sie dabei wieder an ein unter 3-jähriges Kind.“

¹⁹ Im Rahmen der Studie „Wege in die Vaterschaft: Vaterschaftskonzepte junger Männer“ wurden 1 803 Männer zwischen 15 und 42 Jahren, davon 1 333 Nicht-Väter und 670 Väter befragt (Zerle/Krok 2008).

²⁰ Die Procter & Gamble-Väterstudie (2001) basiert auf einer österreichischen Repräsentativbefragung von 404 Vätern, die Kinder bis zweieinhalb Jahre haben und mit der Mutter im gemeinsamen Haushalt leben. Zusätzlich wurden Tiefeninterviews mit 16 Paaren geführt.

ELTERN UND KINDER

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass auf der Einstellungsebene ein „aktives“ Vaterbild zunehmend nachweisbar ist (Baur 2007, Beham/Haller 2005, Vaskovics/Rost 2002, Wernhart/Neuwirth 2007, Zulehner/Volz 1999). Allerdings klafft die Schere zwischen Einstellungen und Verhalten weit auseinander (Grunow 2007, Hofäcker 2007, Lange/Zerle 2008, Matzner 2004, Oberndorfer/Rost 2005). Burkart (2007) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass zumindest drei Ebenen in der Diskussion rund um die „Neuen Väter“ unterschieden werden müssen: Erstens die Ebene der öffentlichen Diskurse und Leitbilder, zweitens die Ebene kollektiver Deutungsmuster und Normen und drittens die Ebene individueller Praxen. Eine Veränderung auf der ersten oder zweiten Ebene muss keineswegs zwingend eine Veränderung auf der dritten Ebene bedingen. Entsprechend sind auch auf der Verhaltensebene nur wenige Veränderungen feststellbar: Alltägliche Routinetätigkeiten und Versorgungsarbeiten werden nach wie vor zum überwiegenden Teil von Müttern übernommen (Beham/Haller 2005, Franco/Winqvist 2002, Hofäcker 2007, Kassner/Rüling 2005, Tazi-Preve 2006). Väter übernehmen eher Aufgaben, die im Spiel- und Freizeitbereich angesiedelt sind (BMFSFJ 2005). Die veränderten Rollenerwartungen werden im Alltag überwiegend „nach Feierabend“ und am Wochenende sichtbar (Ballnik et al. 2005, Grunow 2007, Rosenkranz et al. 1998). Unter der Woche hat sich in den letzten 20 Jahren kaum etwas an der väterlichen Zeitverwendung geändert, wie Grunow (2007) auf der Basis von Längsschnittdaten (für Deutschland) nachweist. Besonders deutliche Diskrepanzen zwischen Einstellungs- und Handlungsebene zeigen sich in Österreich hinsichtlich der Inanspruchnahme von Karenzzeiten: 63 % der von Kapella/Rille-Pfeiffer (2007) befragten Männer geben an, dass sie ihre Erwerbstätigkeit bei der Geburt eines Kindes unterbrechen würden – gleichzeitig waren nahezu alle Männer (95 %) bei der Geburt des jüngsten Kindes vollzeitbeschäftigt und haben ihre Erwerbstätigkeit nicht unterbrochen.

Die dargestellten Entwicklungen und Ambivalenzen erhöhen die Sensibilität dafür, dass das Vereinbarkeitsproblem nicht auf Mütter begrenzt ist, sondern dass auch für Väter die Balance zwischen Familie, Beruf und Privatinteressen eine zentrale Rolle spielt (Beham/Haller 2005, Liebold 2005, Meuser 2007, Walter 2002, Werneck et al. 2006). Väter, die egalitäre Rollenteilungsmodelle in den Alltag umgesetzt haben, schätzen als Gewinn ihres väterlichen Engagements meist die eigenständige, emotional gefestigte Beziehung zu ihren Kindern und die besondere Qualität der Paarbeziehung. Im Erwerbsleben und zum Teil auch im privaten sozialen Umfeld stoßen sie allerdings auch auf negative Rückmeldungen. Sie erleben, dass die Familienarbeit nach wie vor einen wesentlich niedrigeren Status als die Erwerbsarbeit hat und egalitäre Rollenmodelle im beruflichen Alltag häufig nur unter Schwierigkeiten umsetzbar sind (Burkart 2007, Oberndorfer/Rost 2005, Rost 2006, Kassner/Rüling 2005, Zerle/Krok 2008). Somit ist die Differenz zwischen Einstellungen und väterlichem Verhalten letztlich auch als Resultat struktureller Zwänge der Arbeitswelt und der Arbeitskultur zu sehen (Schier et al. 2008, Schier/Szymenderski 2009).

1.2.5 Elterliche Rollenteilung aus Kindersicht

Die elterliche Rollenteilung prägt die Eltern-Kind-Beziehung und ist ein wichtiger Bezugspunkt kindlichen Aufwachsens. Kinder nehmen die Unterschiede in der Verfügbarkeit ihrer Eltern wahr und wünschen sich häufig mehr Zeit mit ihren Eltern, insbesondere mit ihren Vätern (Ballnik et al. 2005, Klenner/Pfahl 2008). In der deutschen „World Vision Studie“²¹ geben 67 % der befragten Kinder an, dass ihre Mutter genügend Zeit für sie hat, hingegen gilt dies nur für 34 % der Väter (Schneekloth/Leven 2007: 93).

Aus Kindersicht zeigt sich, dass eine egalitäre Rollenteilung zwischen Mutter und Vater von Kindern sehr geschätzt und als erfolgreiches Modell familiärer Organisation betrachtet wird (Bürgisser 2006, Bürgisser/Baumgarten 2006). Auch die österreichische Jugend-Wertestudie verweist auf den veränderten Stellenwert egalitärer Rollen: Sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche halten es für wünschenswert, dass Väter ihre Arbeitszeit zugunsten ihrer Kinder reduzieren bzw. an deren Bedürfnisse anpassen (Kromer/Hatwagner 2008: 98). Die österreichischen Daten von Schläffer et al. (2004)²² zeigen ebenfalls, dass sich Jugendliche eine Aufwertung der Vaterrolle in ihren eigenen zukünftigen Familien erhoffen: Über ein Drittel der befragten 18- bis 25-Jährigen möchte in der eigenen Familie einmal präsenter sein als der eigene Vater und sich – im Gegensatz zu diesem – nicht so intensiv dem Beruf widmen.

Die Vater-Kind-Beziehung ist nach den Ergebnissen einer Schweizer Studie (Bürgisser/Baumgarten 2006, Bürgisser 2008) in Familien mit egalitären Rollenteilungsmustern intensiver als in jenen mit traditionellen. Umgekehrt ist in den traditionellen Familien die Beziehung zur Mutter deutlich enger als jene zum Vater. Die Kinder schätzen am egalitären Modell besonders, eine gleichwertige Beziehung zu beiden Elternteilen zu haben, beide Elternteile tagsüber zu sehen, beide Elternteile in unterschiedlichen Rollen im Alltag zu erleben. Sie betrachten es als selbstverständlich, dass beide Elternteile sich in Beruf und Familie engagieren. Das traditionelle Modell wird aus Sicht der im egalitären Modell lebenden Kinder deutlich negativer beurteilt. Die überwiegende Anwesenheit der Mutter wird als zu wenig abwechslungsreich betrachtet, die seltene Anwesenheit des Vaters als besonders nachteilig. Die Kinder vermuten negative Auswirkungen für die in diesem Modell lebenden Mütter, aber auch eine verminderte Ausprägung kindlicher Selbstständigkeit. Vor allem die Mädchen möchten das traditionelle Modell später nicht praktizieren. Umgekehrt beurteilen die im traditionellen Modell lebenden Kinder – ebenso wie jene in egalitären Familien – ihr eigenes Modell als positiv, jedoch deutlich weniger ausgeprägt als Kinder aus egalitären Haushalten. Die Kinder bedauern, ihren Vater immer erst am Abend zu sehen und kaum Freizeit mit ihm zu teilen, sie haben eine bessere und intensivere Beziehung zur Mutter; und insbesondere Jugendliche wünschen sich eine berufstätige Mutter – auch, um dadurch eigene Freiräume zu erlangen. Die Kinder in traditionellen Familien beurteilen das egalitäre Modell sehr positiv, wenn auch in einzelnen Bereichen ambivalent – so z. B. hinsichtlich des Wechsels der Betreuungspersonen.

²¹ Die deutsche „World Vision Studie“ ist eine Repräsentativbefragung von 1 500 Kindern im Alter von acht bis elf Jahren.

²² In der österreichischen Studie von Schläffer et al. (2004) wurden 500 junge Erwachsene (Männer und Frauen zwischen 18 und 25 Jahren; vorwiegend im studentischen Milieu) befragt und 30 Tiefeninterviews geführt.

Egalitäre Rollenmuster werden also von Kindern durchaus positiv erlebt. Ihre Realisierung stößt aber an Grenzen. Für eine breite Umsetzung bedarf es einer expliziten Anerkennung auf symbolischer, materieller und politischer Ebene sowie der Schaffung entsprechender kultureller und struktureller Rahmenbedingungen (Hofäcker 2007, Hofinger/Enzenhofer 2006, Jurczyk/Lange 2009, Jurczyk/Rauschenbach 2008, Zerle/Krok 2008).

1.3 Eltern-Kind-Beziehung mit alternden und hochaltrigen, unterstützungsbedürftigen Eltern

Ambivalent sind die Rollenansprüche nicht nur für junge Eltern, sondern aufgrund vielfältiger gesellschaftlicher Veränderungen vor allem auch in der Phase des mittleren und späten Erwachsenenalters, und zwar dann, wenn Eltern zunehmend der Hilfe und Unterstützung bedürfen (Kohli et al. 2005, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008, Zank 2002).

1.3.1 Demografischer Wandel und die Herausforderungen für erwachsene Kinder und Gesellschaft

Die steigende Lebenserwartung führt zu einem deutlichen Anstieg alter und hochaltriger Menschen, und zwar sowohl absolut als auch infolge niedriger Geburtenzahlen anteilig an der Gesamtbevölkerung. Es kommt zu einem „doppelten Altern“ (Hörl et al. 2008). Der Anteil der über 80-Jährigen wird in den nächsten Jahren deutlich steigen. Angenommen wird ein Anstieg von knapp 400 000 im Jahre 2010 auf rund 600 000 im Jahr 2030 bzw. eine Million im Jahr 2050²³ (Hörl et al. 2008).

Der Austausch an Unterstützung zwischen Eltern und Kindern in der mittleren Lebensphase der Kinder erfolgt über weite Strecken sowohl von Alt zu Jung als auch von Jung zu Alt (Hoff 2006, Kohli et al. 2005, Perrig-Chiello et al. 2008, Szydlik 2000), indem Eltern ihre Kinder bei der Enkelbetreuung und/oder finanziell unterstützen²⁴ bzw. erwachsene Kinder ihren Eltern instrumentell bei mühsam werdenden Haushaltstätigkeiten helfen. Erst im hohen Alter erfolgt die Unterstützung zunehmend in eine Richtung (Backes et al. 2008, Kohli/Szydlik 2000, Kohli et al. 2005, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008, Majce 2004, 2008, Schneider 2004). Wenngleich nicht alle alten Menschen pflegebedürftig werden (Backes et al. 2008, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008, Pochobradsky et al. 2005), steigt das Pflegerisiko vor allem bei den über 80-Jährigen (Rappold et al. 2008). Auch gibt es derzeit keine überzeugenden Hinweise darauf, dass sich die altersspezifischen Pflegerisiken für die künftigen Generationen älterer Menschen vermindern werden (Doblhammer/Kytir 2001, Ziegler/Doblhammer 2005). Angesichts der gesellschaftlichen Alterung ist daher von einem wachsenden Bedarf an Betreuungs- und Pflegeleistungen auszugehen, der nicht nur soziale Sicherungssysteme vor neue Herausforderungen stellt, sondern auch erwachsene Kinder in der mittleren Lebensphase (Lüscher/Liegle 2003). Dies u. a. auch deshalb, weil der demografische Wandel und der damit verbundene steigende Anteil hochaltriger, pflegebedürftiger Menschen einhergeht mit instabileren Paarbeziehungen, steigenden Erwerbsbeteiligungen von Frauen sowie zunehmenden beruflichen Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen (Blinkert/Klie 2004, BMFSFJ 2006, Motel-Klingbiel/Tesch-Römer 2006).

²³ Basis: Volkszählungen. Der Annahme liegt die Bevölkerungsfortschreibung bzw. das Bevölkerungsregister sowie die Bevölkerungsprognose 2006 (Hauptvariante) zugrunde (Kytir 2008).

²⁴ Siehe die entsprechenden Ausführungen von Liselotte Wilk im Kapitel „Großeltern und Enkelkinder zu Beginn des 21. Jahrhunderts“.

In allen europäischen Staaten stellt sich angesichts dieser gesellschaftlichen Veränderungen die Frage, welche Rolle den Familien in der häuslichen Pflege zugemutet werden bzw. wie dem steigenden Pflegebedarf im Gesundheits-, Sozial- und Pensionssystem Rechnung getragen werden kann. Diese gesellschaftspolitische Herausforderung war im vergangenen Jahrzehnt auch Anlass für mehrere EU-finanzierte Forschungsnetzwerke²⁵, welche die Auswirkungen demografischer Veränderungen auf den Zusammenhang von familiärer Unterstützung und wohlfahrtsstaatlicher Langzeitpflege-Politik untersucht haben. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob und inwiefern ein Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Angebote zu einer Minderung der seitens der Kinder geleisteten Unterstützung führt. Ambivalent diskutiert wurde, ob es durch den Ausbau professioneller institutioneller und ambulanter Pflegeangebote gleichsam zu einer „Verdrängung“ der Familie kommt, wie dies die „crowding out“-These nahelegt, oder ob Familienbeziehungen vielmehr gerade erst dadurch entlastet werden und so ein höheres Maß an familiärer Verbundenheit und Solidarität möglich wird; es zu einem „crowding in“, zu einer Ergänzung familiärer und öffentlicher Unterstützung kommt (siehe u. a. Daatland/Herlofson 2003a, b, Glaser et al. 2006, Haberkern/Szydlík 2008, Künemund/Vogel 2006, Motel-Klingebiel/Tesch-Römer 2006, Tesch-Römer 2001, Tesch-Römer et al. 2002).

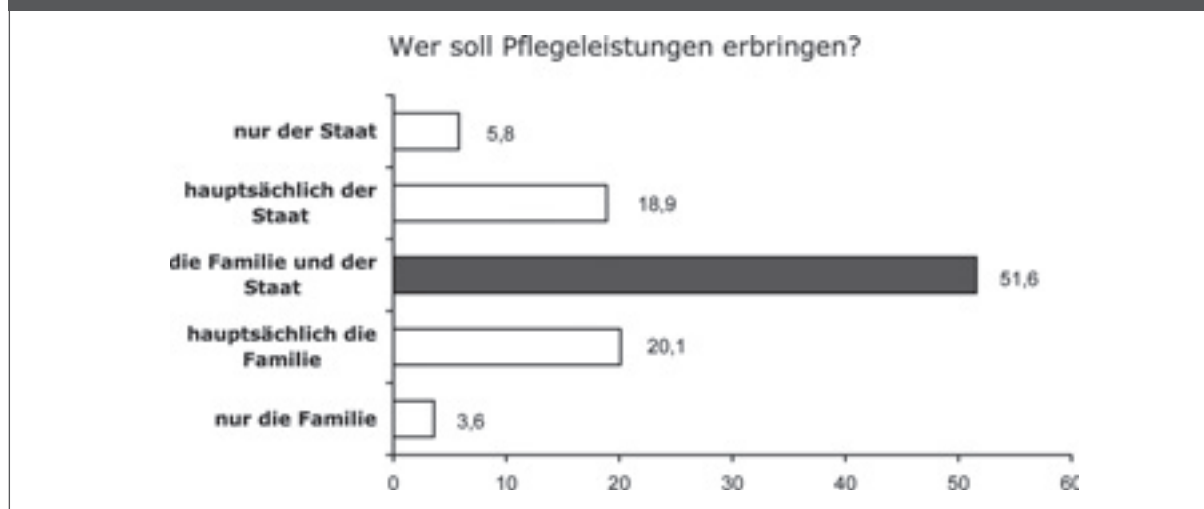
Die bislang vorliegenden empirischen Befunde auf Basis unterschiedlicher Projekte sprechen eher für die Ergänzungs- als die Verdrängungsthese (Haberkern/Szydlík 2008, Künemund/Vogel 2006, Motel-Klingebiel/Tesch-Römer 2006). Sowohl die Analysen der Daten aus dem Projekt OASIS (u. a. Daatland/Herlofson 2001, Lowenstein/Ogg 2003, Motel-Klingebiel et al. 2005) als auch der SHARE-Studie (Haberkern/Szydlík 2008, Hank 2007, Künemund/Vogel 2006) weisen zwar auf begrenzte Substitutionseffekte hin. Sie zeigen aber zugleich, dass der Effekt des crowding in stärker ausfällt und die Familienbeziehungen durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Unterstützungsangebote in vielfältiger Weise entlastet und gestärkt werden. Bei geeigneten professionellen Pflegealternativen ziehen sich Kinder zwar häufiger aus der körperlichen Pflege zurück. Sie übernehmen aber verstärkt die Organisation und Koordination der Pflege und fühlen sich nach wie vor emotional für das Wohlergehen ihrer Eltern mit verantwortlich (Daatland/Herlofson 2001, 2003a, b, Da Roit 2007, Künemund/Vogel 2006, Motel-Klingebiel/Tesch-Römer 2006, Tesch-Römer 2001, Tesch-Römer et al. 2002).

²⁵ So untersuchte u. a. das von der European Science Foundation finanzierte Netzwerk „Family Support for Older People: Determinants and Consequences“ (FAMSUP) die Auswirkungen demografischer Veränderungen und weiblicher Erwerbstätigkeit auf die Wahrscheinlichkeit des Zusammenwohnens und der Betreuung älterer Familienmitglieder sowie den Zusammenhang von häuslicher Pflege und Langzeitpflege-Politik (Glaser et al. 2006). Die Projekte „OASIS: Old Age and Autonomy – the Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity“ (Herlofson/Daatland 2001) und „SOCCARE: New Kinds of Families, New Kinds of Social Care: Shaping Multi-dimensional European Policies for Formal and Informal Care“ (European Commission 2004) sowie das Projekt „SHARE Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe“ (Börsch-Supan/Jürges 2005), die im Rahmen des 5. Forschungsrahmenprogramms der EU gefördert wurden, greifen u. a. ebenfalls die Frage auf, ob ein Ausbau staatlicher Unterstützungen zu einer Minderung der seitens der Familie geleisteten Unterstützungen führt. Der Datensatz der SHARE-Studie „Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE)“ umfasst Daten zu 22 000 Personen ab 50 Jahren aus 15 000 Haushalten in zehn Ländern. Im Gegensatz zu den erwähnten Projekten FAMSUP, OASIS und SOCCARE hat an der SHARE Studie auch Österreich teilgenommen. Die Teilnahmeländer der SHARE-Studie sind: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Niederlande, Österreich, Schweiz, Schweden, Spanien. In Österreich nahmen n = 1893 über 50-Jährige an der Befragung teil.

ELTERN UND KINDER

Eine gemeinsame Verantwortung von Familie und Staat entspricht auch den Wünschen der Bevölkerung. So halten 95 % der Österreicher/-innen es für eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft, Einrichtungen und Dienste für Ältere bereitzustellen.²⁶ Auf der anderen Seite sehen es 75 %²⁷ als Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern, wie die Ergebnisse des Population Policy Acceptance Survey zeigen (Gisser 2003: 46). In der SHARE-Studie sprechen sich über 50-jährige Österreicher/-innen im Falle der Pflegebedürftigkeit ebenfalls mehrheitlich (52 %) für eine Mischung familiärer und professioneller Hilfeleistungen aus. Jeweils 24 % sehen die Verantwortung primär beim Staat oder bei der Familie (Wernhart et al. 2008; siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: Erachtete Zuständigkeit für Pflegeleistungen (Angaben in Prozent)



Quelle: Datenbasis SHARE 2004, Wernhart et al. 2008: 117

Bewohner/-innen in dörflich-ländlichen Strukturen schreiben die Hauptverantwortung häufiger ausschließlich der Familie zu (Europäische Kommission 2003, Majce 2001).

Für eine gemeinsame Verantwortung sprechen auch die Ergebnisse von Glaser et al. (1998), die zeigen, dass viele ältere Menschen zwar in ihrer privaten Wohnung bleiben möchten, aber vorziehen, dass persönliche Pflegeleistungen, z. B. im Bereich der Körperpflege, nicht durch Verwandte, sondern durch ambulante Dienstleister erbracht werden. Und auch die Ergebnisse des Population Policy Acceptance Survey²⁸ (Gisser 2003) deuten darauf hin: sieben von zehn Befragten stimmen der Aussage „Alte Menschen sollten nur dann im Altersheim leben, wenn sich niemand von der Familie um sie kümmern kann“ voll bzw. eher zu. Drei Viertel der Befragten möchten im Alter bei Betreuungsbedürftigkeit weiterhin zu Hause leben. Ältere Befragte äußern diesen Wunsch etwas häufiger als jüngere.

²⁶ Die Formulierung lautete: „Es ist eine wichtige Aufgabe der Gesellschaft, Einrichtungen und Dienste für Ältere bereitzustellen.“ 64 % der Befragten des Population Policy Acceptance Survey stimmen völlig, weitere 34 % stimmten eher zu (Gisser 2003: 46).

²⁷ Zustimmung („stimme völlig“ und „stimme eher zu“) zur Aussage „Es ist Aufgabe der Kinder, sich um ihre alten Eltern zu kümmern“.

²⁸ Der Population Policy Acceptance Survey ist ein internationales Projekt, an dem neben Österreich zwölf weitere Länder beteiligt sind. Er umfasst Module zu dem Themen Altern, Migration, Familienpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Geschlechterverhältnis. Die zitierten Österreicherergebnisse basieren auf Angaben einer repräsentativen Stichprobe von 2 000 Befragten mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Alter zwischen 20 und 65 Jahren.

Zum ganz überwiegenden Teil wollen die Befragten aber allein mit Unterstützung Dritter im gewohnten Umfeld leben. Danach befragt, wer sie im Bedarfsfall im gewohnten Umfeld zuhause betreuen und unterstützen soll, wird am häufigsten (von 40 %) genannt, dass sie sich eine gemeinsame Unterstützung von Kindern bzw. der Familie und professionellen Hilfsdiensten wünschen. Die Bereitschaft der Kinder, alte, pflegebedürftige Eltern bei sich aufzunehmen und mit ihnen zusammenzuleben, scheint deutlich größer zu sein als jene der Eltern, im Betreuungsfall zu ihren Kindern zu ziehen. Während rund 70 % der Befragten, und zwar weitgehend unabhängig von ihrem Alter, der Aussage voll bzw. eher zustimmen „Wenn ein Elternteil Hilfe bräuchte, würde ich meine Eltern fragen, ob sie bei mir leben möchten“ und 41 % völlig bzw. eher der Meinung sind „Ich hätte es gerne, wenn meine alten Eltern mit mir zusammenleben würden“, geben umgekehrt nur 3 % der über 60-jährigen Frauen und Männer an, bei ihren Kindern leben zu wollen, wenn sie nicht mehr in der Lage wären, sich zu Hause allein zu versorgen (Gisser 2003: 48, siehe auch Abbildung 5).

Abbildung 5: Gewünschte Wohnform bei Hilfsbedürftigkeit im Alter

(Angaben in Prozent)



Quelle: Datenbasis Population Policy Acceptance Survey, Gisser 2003: 48

Die Herausforderungen der Zukunft liegen darin, wie Professionelle und erwachsene Kinder zum Wohl des pflegebedürftigen Elternteils zusammenarbeiten können (Dienel 2004, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008). Wie reibungsfrei die Zusammenarbeit professioneller und familiärer Unterstützung und Pflege funktioniert, hängt dabei sowohl davon ab, wie die Hauptverantwortlichkeiten geteilt sind und ob es sich bei den Angeboten professioneller Dienste primär um Sach- oder Beziehungsangebote handelt, aber auch von den bestehenden intergenerationellen Beziehungsmustern und familialen Pflegearrangements (Blüher 2004).

1.3.2 Herausforderungen an die Eltern-Kind-Beziehung als Pflegebeziehung

Pflegeereignisse können als allmählicher Prozess in Folge einer langsamen Verschlechterung des Gesundheitszustandes alternder Eltern vor dem Hintergrund eines fortschreitenden Autonomieverlustes entstehen oder plötzlich eintreten, z. B. aufgrund einer akuten Erkrankung oder eines Unfalls. Je nach den Umständen, die zum Pflegebedarf führen, und der persönlichen, sozialen sowie finanziellen Ausgangslage stellen sich für die Angehörigen verschieden gelagerte Anforderungen.

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2002 erbringen insgesamt 280 000 Frauen über 17 Jahren (das entspricht 8,5 % aller Frauen) und rund 140 000 Männer über 17 Jahren (knapp 5 % der Männer) Hilfeleistungen für Angehörige oder Bekannte mit länger andauernden gesundheitlichen Problemen. Während nur rund 1 % der 18- bis 24-Jährigen nahe Angehörige betreuen, sind es in der Gruppe der 50- bis 64-Jährigen rund 10 %.²⁹ Die im Mikrozensus 2002 angegebene Zahl an betreuten Personen ist mit 465 000 Personen deutlich höher als die Zahl der amtlich registrierten Pflegegeldbezieher/-innen.³⁰ Rund 10 % der Hauptpflegepersonen betreuen zwei und mehr betreuungsbedürftige Personen. Ähnlich hoch ist mit 12 % der Anteil an Mehrfachbetreuungen in der Pflegegeldstudie von Pochobradsky et al. (2005). In den meisten Fällen dürfte es sich dabei um die Betreuung zweier Elternteile handeln. Die Diskrepanz zu den Ergebnissen der Eurobarometer-Umfrage (2002), die für Österreich mit knapp 21 % einen deutlich höheren Anteil an Personen ausweist, die Betreuungs- und Hilfeleistungen für ältere Menschen ab 60 Jahren übernehmen, ist nach Hörll (2008) wesentlich in der breiteren Fragestellung des Eurobarometers begründet, die nicht nur nach gesundheitlichen Dienstleistungen fragt.

Nach den Ergebnissen der ÖBIG-Studie zur Situation pflegender Angehöriger³¹ (Pochobradsky et al. 2005) ist es in 28 % ein Elternteil und in 3 % ein Schwiegerelternanteil, der gepflegt wird. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2002 erfolgten die erfragten Pflegeleistungen in 30 % für die eigene Mutter und in 11 % für die Schwiegermutter bzw. zu 9 % für den Vater und 3 % für den Schwiegervater (Kytir/Schrittwieser 2003; siehe Tabelle 3).

²⁹ Dies erklärt sich dadurch, dass in der Regel Angehörige Hilfs- und Pflegeleistungen dann erbringen, wenn die eigenen Eltern bzw. – in noch späteren – Lebensphasen, der Partner/die Partnerin Hilfe und Unterstützung brauchen.

³⁰ Im Jahr 2002 gab es insgesamt 185 000 Bundespflegegeldbezieher/-innen. Bis zum Jahr 2008 ist die Gruppe angestiegen auf 315 000 Personen (Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger 2009). Hinzu kommen noch jene Personen, die von den Ländern Pflegegeld beziehen.

³¹ Basis der Studie sind eine schriftlich durchgeführte repräsentative Erhebung unter allen Bundespflegegeldbezieher/-innen (n = 3500) sowie parallel dazu geführte Interviews mit Selbsthilfegruppen und Vereinen (n = 16), die Angebote zur Unterstützung privater Pflege zur Verfügung stellen.

Tabelle 3: Gepflegte Person nach Verwandtschaftsgrad

	Absolut	in % der betreuten Personen
Ehegatte/-in/Lebensgefährte/-in	85 000	18,3
Mutter	138 100	29,7
Schwiegermutter	50 400	10,8
Vater	40 200	8,6
Schwiegervater	14 600	3,2
Kind	33 700	7,3
anderer Verwandte(r)	70 800	15,3
Bekannte(r)	31 900	6,8
Ingesamt	464 800	100,0

Quelle: Datenbasis Mikrozensus 2002, Kytir/Schrittwieser 2003: 108 f.

Ob Kinder ihre alternden (Schwieger-)Eltern nicht nur punktuell unterstützen, sondern im Bedarfsfall auch zeitintensive Pflegeleistungen übernehmen, hängt nicht nur von den Möglichkeiten des Kindes und der körperlichen Verfassung der Eltern, sondern auch vom Geschlecht der Eltern und Kinder ab (BMFSFJ 2002, Grünendahl 2001, Haberkern/Szydlík 2008, Höpflinger/Hugentobler 2005, Kytir/Schrittwieser 2003, Majce 2001). Die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern von ihren Töchtern gepflegt werden, ist wesentlich höher, als dass Söhne diese Aufgabe übernehmen (Geister 2005, Haller et al. 2004, Jentzsch 2004, Kytir/Schrittwieser 2003, Pochobradsky et al. 2005). Vor allem Schwiegereltern werden fast ausnahmslos von Frauen gepflegt (BMFSFJ 2002, Kytir/Schrittwieser 2003). Söhne engagieren sich eher bei der Vermittlung von Hilfe als bei konkreten Pflegeleistungen (Perrig-Chiello et al. 2008). Von Bedeutung ist aber auch, ob es sich um die Pflege der Mutter oder des Vaters handelt. Mütter werden von Töchtern eher gepflegt als Väter (Majce 2001, Pochobradsky et al. 2005) (siehe Tabelle 4); gerade auch nach einer elterlichen Scheidung ist die Bereitschaft höher, Unterstützungsleistungen für die Mutter zu übernehmen, als dies für die Väter zu tun (Daatland 2007, Ferguson 2004, Lin 2008). Zudem ist eine geringe Wohnentfernung zu den Eltern (Schwiegereltern) eine Voraussetzung für die Übernahme regelmäßiger Betreuung und Pflege (Haberkern/Szydlík 2008, Hank 2007). Fast jede zweite Betreuungsperson wohnt überhaupt, wie die Ergebnisse des Mikrozensus 2002 (Kytir/Schrittwieser 2003) zeigen, mit dem/der Betreuungsbedürftigen in einer Wohnung bzw. im selben Haus zusammen.

Acht von zehn pflegenden Angehörigen sind Frauen (Pochobradsky et al. 2005). Der Grund dafür ist keineswegs nur in der längeren Lebenserwartung von Frauen zu suchen, sondern auch in einer grundlegenden, geschlechtsspezifischen Prägung gegenüber pflegenden Tätigkeiten sowie geschlechtsspezifischen Erwerbsmustern (Backes et al. 2008, Dienel 2004, 2007, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008). Es sind nicht nur die Partnerinnen, die pflegen, sondern auch die Töchter (siehe Tabelle 4).

ELTERN UND KINDER

Tabelle 4: Pflegekonstellationen nach Geschlecht und betreuter Person (in abs. Zahlen)

Konstellation	Anzahl
Tochter betreut Mutter	88 500
Sohn betreut Mutter	49 600
Schwiegertochter betreut Schwiegermutter	39 300
Tochter betreut Vater	22 800
Sohn betreut Vater	17 400
Schwiegertochter betreut Schwiegervater	11 600
Schwiegersohn betreut Schwiegermutter	11 100

Quelle: Datenbasis Mikrozensus 2002, Kytir/Schrittwieser 2003: 108 f.

Die Gründe und Motive, warum Kinder die Betreuung und Pflege von Eltern übernehmen, können vielseitig sein: emotionale Nähe und Zuneigung, Pflichtgefühl, finanzielle Erwägungen u. a. m. (Grässel 2000, Haller et al. 2004, Künemund 2002, Künemund/Motel 2000, Kohli et al. 2005, Majce 2001). Meist ist es ein Mix aus mehreren, ineinander verwobenen Faktoren, welche die persönliche Motivation zur Pflegeübernahme prägen (Blinkert/Klie 2000, Engleitner/Hackl 1997, Grässel 2000, Müller et al. 2004, Kuhlmeij/Tesch-Römer 2002). Gefühle innerer Verbundenheit, welche die Pflege von Angehörigen bis zu einem gewissen Grad auch als erfüllende Lebensaufgabe empfinden lassen, mischen sich mit Gefühlen der Dankbarkeit, kulturell überlieferten Verantwortlichkeitsnormen und Normen sozialer Kontrolle, aber teilweise auch Anreizen materieller Art (Erwartungen von Erbe, finanzielle Aufbesserung durch Pflegegeld). In empirischen Studien sind es vor allem soziale Vorstellungen und Normen, die als bedeutsam angeführt werden (Hugentobler 2003, Majce 2001, Müller et al. 2004, Runde et al. 2003). So etwa wird als zentraler Grund für die Pflegeübernahme von pflegenden Töchtern genannt, dass es für sie eine Selbstverständlichkeit sei und sie es als ihre Pflicht sehen, Angehörigen zu helfen (Kohli et al. 2005, Geister 2005, Gisser 2003).

Die Mehrzahl der Pflegepersonen kann zu Beginn eines Pflegeprozesses kaum überschauen, welche Folgen die Pflegeübernahme für sie und ihre Familien haben wird (BMFSFJ 2002, Geister 2004). Oftmals entpuppt sich die Übernahme von Pflegeaufgaben als Prozess schleichender Intensivierung, oder aus einer vorläufigen Übergangsregelung entwickeln sich pflegeintensive Jahre (BMFSFJ 2002). Grässel (2000) spricht von einem „Hineingeraten“, Gröning (2004) verweist auf die Häufigkeit des Typus der pflegenden Frau, die „irgendwie in die Pflege reinschlittert“. Die sich im Laufe einer Pflegebeziehung verändernde emotionale und soziale Beziehung zwischen einem pflegenden Kind und einem (demenz-)kranken Elternteil macht eine filiale und parentale Neupositionierung notwendig (Dieris/Breuer 2008, Francz 2004, Geister 2004, Klessmann 2004). Pauschal und theoretisch von einem Rollenwechsel oder einer Umkehr im Beziehungsgefüge zu sprechen, trifft nicht den Kern realer Übergangsverläufe. Mangels sozialer Vorgaben für die Ausgestaltung von Pflegendenrollen werden die „neuen“ Rollen – sowohl die der pflegenden Kinder als auch jene der pflegebedürftigen Eltern – vielfach vor dem Hintergrund der „alten“ im Rahmen des familiären Umfeldes und einer gemeinsamen Vorgeschichte inter-

aktiv und individuell jeweils neu geschaffen. Es ist aber kaum von einer vollständigen Umkehr der Rollen auszugehen, wenngleich die Übernahme der Betreuung und Pflege als (weitreichende) Verantwortungsübernahme des pflegenden Kindes für den hilfe- oder pflegebedürftigen Elternteil zu sehen ist. Die Neugestaltung der Rollen verändert sich mit der Pflegeintensität. Meist sinkt die Mobilität der hilfebedürftigen Personen erst in späteren Phasen. Erst dann geht die Pflege eines angehörigen Elternteils für die Betreuungspersonen einher mit hohen Präsenzzeiten, vielen Koordinationsaufgaben und hoher Verantwortung. Neben körperlichen Veränderungen und einem sich verändernden Kommunikationsverhalten sind es apathisches, depressives oder ruheloses Verhalten (Kesselring et al. 2001, Kesselring 2004, Haller et al. 2004), die zu Belastungen für die Pflegenden werden, etwa im Fall einer Demenzerkrankung. Die veränderten Persönlichkeitszüge des erkrankten Elternteils werden ebenso wie sekundäre Symptome – z. B. Angst, Unruhe, Halluzinationen – für pflegende Kinder zu belastenden Herausforderungen (Dieris 2006, Francz 2004, Geister 2004, Haller et al. 2004, Höpflinger/Perrig-Chiello 2008, Klessmann 2004). 17 % der betreuten Pflegegeldbezieher/-innen sind weitgehend bettlägrig (Pochbradsky et al. 2005).

Pflegende Angehörige kommen zum Teil an die eigenen Belastungsgrenzen. Mehr als zwei Drittel fühlen sich bei ihrer Betreuungsarbeit zumindest ab und zu überbelastet. Mit steigendem Pflegebedarf erhöht sich sowohl das Risiko körperlicher als auch psychischer Belastungen für die pflegenden Angehörigen. Trotz der Herausforderungen, die zum Teil auch mit körperlicher Erschöpfung, einer Verminderung des eigenen Lebensstandards sowie Gefühlen von Trauer einhergehen, besteht aber bei drei von vier Betreuungspersonen subjektiv der Eindruck, die Pflege immer bis überwiegend im Griff zu haben (Pochbradsky et al. 2005).

Eine spezifische Herausforderung in der intergenerationalen Familienpflege ergibt sich, wenn die Pflege von Eltern mit der eigenen Erwerbstätigkeit in Einklang gebracht werden muss. In der Studie von Haller et al. (2004)³², in der die Situation erwerbstätiger pflegender Angehöriger untersucht wurde, fühlten sich 52 % der Befragten durch die Erwerbsarbeit eher stark oder stark belastet, und etwas mehr als ein Viertel (27 %) hat seine Arbeitszeit aufgrund des nicht mehr zu bewältigenden Aufwands im Laufe der Pflege Tätigkeit reduziert. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2002 sind 43 % aller Betreuungspersonen erwerbstätig, 55 % nicht bzw. nicht mehr und 2 % sind arbeitslos (Kytir/Schrittwieser 2003: 105). Laut der Studie von Pochbradsky et al. (2005) sind in Österreich insgesamt³³ 30 % aller Hauptpflegepersonen erwerbstätig, was einer Zunahme von sieben Prozent seit dem Jahr 1997 entspricht (Badelt et al. 1997). Schneekloth/Wahl (2005) zeigen für Deutschland, dass von den erwerbstätigen Hauptpflegepersonen rund die Hälfte im Laufe der Pflege von Angehörigen die eigene Erwerbsarbeitszeit eingeschränkt oder aufgegeben hat (Schneekloth/Wahl 2005). Die Ergebnisse zur Situation erwerbstätiger pflegender Kinder sind aufgrund heterogener Forschungsdesigns und Stich-

³² Ziel der Studie war es, die spezifischen Belastungen der Situation von pflegenden erwerbstätigen Angehörigen zu erheben. Nach einer explorativen qualitativen Vorerhebung wurde eine schriftliche Befragung durchgeführt. Der Zugang zu den Befragten erfolgte über Anbieter sozialer Dienste. Nach dreimonatiger Recherche konnte auf das Material von 333 Adressen zurückgegriffen werden. Rückgesandt wurden 182 Fragebögen; dies entspricht einem Rücklauf von 55 %.

³³ Die Höhe des Anteils bei pflegenden Kindern ist nicht extra ausgewiesen.

ELTERN UND KINDER

probenzusammensetzungen aber auch unterschiedlicher Operationalisierung von Variablen zum Teil uneinheitlich. Übereinstimmend zeigen sie jedoch, dass für einen Teil der pflegenden Angehörigen ein hoher Pflegebedarf nicht mit ihrem (bisherigen) beruflichen Engagement vereinbar ist. Spieß und Schneider (2003) gehen für Nordeuropa davon aus, dass Beginn und Ausweitung von Pflege Tätigkeiten bei Frauen mittleren Alters mit einer Reduktion der Arbeitszeit einhergehen, die Beendigung oder Reduktion der Pflege Tätigkeit hingegen keine diesbezüglichen Effekte zeigt. Auch die Analysen von Schneider et al. (2001) anhand der deutschen Daten des Sozioökonomischen Panels sowie von Pochohradsky et al. (2005) weisen auf eine erhöhte Wahrscheinlichkeit hin, dass Frauen mittleren Alters ihre Erwerbstätigkeit aufgeben oder reduzieren, wenn in ihrem Haushalt ein hoher Pflegebedarf gegeben ist. Für Großbritannien zeigt die Längsschnittuntersuchung von Henz (2004), dass vor allem Teilzeitbeschäftigte ihre Erwerbstätigkeit (nochmals) einschränken, um Pflege und Beruf zu vereinbaren, und dass sie eine geringe Rückkehr rate nach Beendigung der Pflegephase, vor allem bei Langzeitpflege, haben.

Im Fokus der Studien, die sich den Vereinbarkeitsproblemen von Pflege und Beruf widmen, steht vielfach die Frage, ob informelle Betreuungspflichten ein Hemmnis für eine gewünschte Erwerbstätigkeit darstellen (Dallinger 1996, Jabsen/Blossfeld 2008, Haller et al. 2004, Naegele/Reichert 1998, Schmid/Prochazkova 2003, Schneider et al. 2001, Schneekloth/Leven 2003, Spieß/Schneider 2003). Ein anderer Teil der Studien richtet den Blick hingegen auf die Qualität der informellen Pflege und erörtert die Frage, ob die Erwerbstätigkeit zu Lasten des Engagements in der informeller Pflege geht (u. a. Klie/Blaumeister 2002, Henz 2004, Rosenthal et al. 1999); wobei Einigkeit darin besteht, dass aufgrund steigender Erwerbstätigkeit von Frauen, höherer formaler Bildung von Töchtern sowie veränderter beruflicher Anforderungen Töchter als „Reservearmee“ in Zukunft zunehmend weniger für die häusliche Angehörigenpflege zur Verfügung stehen (Dallinger 1997, 1998, Au/Sowarka 2007) und familienergänzende soziale Hilfsdienste immer wichtiger werden.

Summary

Die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern verändern sich im Laufe des Lebens und damit auch die Aufgaben und Rollen von Eltern und Kindern. Der vorliegende Beitrag geht auf zwei Phasen der Eltern-Kind-Beziehung ein, in denen es aufgrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen zu (besonders) ambivalenten Anforderungen kommt: zum einen die Eltern-Kind-Beziehung mit Kindern im Kleinkindalter und zum anderen die Beziehung von Frauen und Männern mittleren Alters mit alternden und hochaltrigen Eltern.

Eltern mit (Klein-)Kindern geraten vermehrt unter Druck durch gesteigerte Erwartungen an verantwortete Elternschaft, aber auch deshalb, weil familiäre Werte dem Leitbild einer wettbewerbsorientierten Wirtschafts- und Arbeitswelt vielfach entgegenstehen. Auch wenn in Österreich das bürgerliche Familien- bzw. Mutterideal nach wie vor weit verbreitet ist, wird die Erwerbsintegration von Müttern zunehmend positiv bzw. als notwendig betrachtet, sowohl von den Müttern selbst als auch in der Öffentlichkeit. Allerdings wird eine Vollzeit erwerbstätigkeit von Frauen mit (Vor-)Schulkindern nach wie vor skeptisch gesehen, was sich auch im Erwerbsverhalten von Müttern deutlich niederschlägt und in häufiger Teilzeiterwerbstätigkeit ersichtlich wird. Die Erwartungen an Mütter und Väter mit

Kind/ern im Kleinkind- und Schulalter unterliegen heute ambivalenten Anforderungen: Nicht nur Mütter, sondern auch ein großer Teil der Väter möchte als aktiver sozialer und emotionaler Interaktionspartner im Leben der Kinder präsent sein. Doch auf Seiten der Väter klaffen Einstellungen und Verhalten nach wie vor weit auseinander: Die materielle Versorgungsfunktion ist weiterhin ein wesentlicher Bestandteil des Vaterbildes und der Übergang zur Elternschaft vielfach verbunden mit einer Retraditionalisierung. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stellt sich für Frauen und Männer deshalb nach wie vor unterschiedlich dar: für Frauen vor allem in Zeit- und Koordinationsproblemen; für Männer liegt die Herausforderung darin, dass sie zunehmend häufiger ein ausgedehntes Berufengagement gegenüber den Ansprüchen und Erwartungen ihrer Partnerinnen und Kinder verteidigen und für sich selbst ein stimmiges Vaterbild entwickeln müssen. Aus Kindersicht ist die elterliche Rollenteilung ein wichtiger Bezugspunkt kindlichen Aufwachens. Kinder nehmen die Unterschiede in der Verfügbarkeit ihrer Eltern wahr und wünschen sich insbesondere mehr Zeit mit ihren Vätern.

Ein zweiter Lebensabschnitt, der für die Gestaltung der Eltern-Kind-Beziehung ambivalente Herausforderungen mit sich bringt, ist die Phase des mittleren und späten Erwachsenenalters, wenn Eltern vermehrten Betreuungs- und Unterstützungsbedarf haben. Zentrale Beweggründe, warum sich Kinder, vor allem Töchter, um ihre hilfs- und pflegebedürftigen Eltern kümmern, sind dabei Gefühle innerer Verbundenheit, die sich mit kulturell überlieferten Verantwortlichkeitsnormen mischen. Sozialpolitisch ambivalent diskutiert wird angesichts des rapiden Anstiegs Hochaltriger sowie steigender Erwerbsbeteiligung von Frauen und beruflicher Mobilitätsanforderungen, ob bzw. inwiefern ein Ausbau staatlicher Unterstützungen zu einer Minderung der seitens der von erwachsenen Kinder geleisteten Unterstützungen führt. Die vorliegenden Befunde sprechen gegen eine generelle Verdrängung der Familienpflege durch einen gut ausgebauten Wohlfahrtsstaat; denn der Großteil hilfs- und pflegebedürftiger Eltern kann nur deshalb zuhause betreut werden, weil erwachsene Kinder sich – trotz Ausbaus professioneller Unterstützungsangebote – in einem hohen Maße in der familiären Pflege engagieren. Die Herausforderungen der Zukunft scheinen darin zu liegen, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit professioneller sozialer Dienste und Unterstützungsleistungen von Angehörigen auszubauen.

Ausblick

Von nachstehend angeregten Initiativen kann ein wertvoller Beitrag zur Bewältigung der betreuungsintensiven Lebensphasen ausgehen:

Forcierung von zielgruppenorientierten Initiativen zur Entlastung von Eltern mit Kleinkindern

Eltern mit Kleinkindern benötigen eine adäquate gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung. Qualitativ hochwertige, beitragsfreie Angebote der Kinderbetreuung, kostengünstige Freizeitangebote sowie auch weitergehende Initiativen zur Elternbildung tragen maßgeblich zur Entlastung von Eltern mit Kleinkindern bei, sofern sie die vielfältigen Lebenssituationen von Müttern und Vätern berücksichtigen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse anerkennen.

Flankierende Maßnahmen zur Umsetzung der Ansprüche neuer Vaterschaft

Um die Umsetzung der Ansprüche „neuer“ Vaterschaft im Alltag in Form eines verstärkten Familienengagements von Vätern mit dem Erhalt intakter beruflicher Chancen zu vereinbaren, gilt es – über die Reduktion der Berufsarbeit, Einkommens- und Bildungsgleichheit beider Partner, Ausbau familiengerechter Infrastrukturen sowie einer Anpassung von Unternehmenskulturen hinaus – traditionelle Rollenbilder (bereits in den Sozialisationsinstanzen Kindergarten und Schule durch Forcierung geschlechtssensibler Pädagogik und männlicher Identifikationsfiguren) zu verändern sowie ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Männlichkeit auch Emotionalität und Fürsorge beinhaltet.

Arbeitsmarkt- und Unternehmenskulturen

Der Anspruch auf Vereinbarkeit eines verstärkten Familienengagements von Vätern und von Müttern mit dem Erhalt intakter beruflicher Chancen erfordert sowohl veränderte Arbeitsmarktstrukturen wie auch Arbeitsmarkt- und Unternehmenskulturen. Zu diesem Zweck sind etwa die permanente Verfügbarkeit von Mitarbeiter/-innen als Voraussetzung für berufliche Aufstiegschancen und die langen Arbeitszeiten in Unternehmen zu hinterfragen, die bisweilige Wahrnehmung von Eltern als „defizitäre“ Mitarbeiter/-innen kritisch zu reflektieren – vor allem aber eine engagierte Elternschaft (Vaterschaft wie Mutterschaft) in Unternehmenskulturen aufzuwerten.

Mit Blick auf die zweite im Beitrag angesprochene Lebensphase, das mittlere Erwachsenenalter, erscheint hinsichtlich der Herausforderungen, die sich Kindern im Falle der Unterstützung und Pflege von Eltern stellen, die Forcierung folgender Initiativen wichtig:

Maßnahmen zur Förderung des vollen Wiedereinstiegs in den Betrieb nach Betreuungs- und Pflegeintervallen

Pflegende Angehörige im mittleren Erwachsenenalter brauchen eine gesicherte Perspektive, bei pflegebedingter Reduzierung der Arbeitszeit oder Unterbrechung der Erwerbstätigkeit zu weitgehend gleichen Bedingungen auf einen vergleichbaren Arbeitsplatz in den Betrieb zurückkehren zu können. Bezüglich der konkreten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Regelungen könnten Anleihen bei der Kleinkindbetreuung genommen werden (flexible Zuverdienstgrenzen, Recht auf Teilzeitarbeit für einen bestimmten Zeitraum, ...). Gleichzeitig gilt es aber die Unterschiede zu beachten. Anders als bei der Betreuung von Kleinkindern ist im Falle der Pflege von einem Eltern-/Schwiegerelternanteil die Zeitspanne kaum abzuschätzen. Dies erfordert flexible Maßnahmen des Wiedereinstiegs.

Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger

Die Betreuung und Pflege nahestehender Menschen bringt vielfach physische, psychische, soziale und auch materielle Herausforderungen mit sich. Neben der direkten Unterstützung pflegender Angehöriger bedarf es im Hinblick auf sich aktuell und in Zukunft vollziehende Veränderungen familiärer Strukturen und beruflicher Anforderungen des Ausbaus formeller Unterstützungsangebote. Neben dem Ausbau wohnortnaher Tagespflegeeinrichtungen, Angeboten der mobilen Pflege und Betreuung auch am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden bedarf es u. a. des Ausbaus von Kurzzeitpflegeeinrichtungen oder Urlaubsangeboten für pflege- und betreuungsbedürftige Menschen und deren Angehörige. Zentral ist zudem der wohnortnahe flächendeckende Ausbau von Beratungsangeboten für pflegende Angehörige.

Maßnahmen der Kooperation von Hilfsnetzen

Neben dem Ausbau eines differenzierten Netzes existierender professioneller sozialer Dienste bedarf es verbesserter Formen der Kooperation. Mangelnde Koordination von ambulanten Pflegediensten, Angehörigen und Allgemeinmediziner/-medizinerinnen mit den medizinischen und pflegerischen Diensten im Krankenhaus hat Informationsdefizite, organisatorische Schwierigkeiten und Ressourcenverschwendung durch Zweigleisigkeiten zur Folge. Es gilt Modelle für eine optimierte Gestaltung systemübergreifender Kooperationen (etwa an der Schnittstelle Krankenhaus – ambulante Dienste – familiäre Pflege) zu entwerfen und Schritte in Richtung einer Umsetzung auszubauen (Mayr/Lehner 2008).

Maßnahmen zur Entlastung erwerbstätiger pflegender Angehöriger

Die flexible Gestaltung der Arbeitszeit stellt *eine* Säule der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege dar. Zeitdruck bzw. die mangelnde Zeit für vielfältige Verpflichtungen in Bezug auf Beruf und Familie können dadurch ein Stück abgemildert werden.

Zur Abfederung verringerten Einkommens durch Arbeitszeitreduktion bei Übernahme häuslicher Pflege sind aber gleichzeitig flankierende Maßnahmen zum Abbau versicherungsrechtlicher Nachteile zu überlegen.

Literatur

- Alt, Christian / Lange, Andreas (2004): Deine Familie, meine Familie? Die Perspektiven von Müttern und ihren Kindern; in: Zeitschrift für Familienforschung 15 (2), 111–129.
- Amato, Paul R. (1994): Father-Child-Relations, Mother-Child-Relations, and Offspring Psychological Well-Being in Early Adulthood; in: Journal of Marriage and Family 56 (4), 1031–1042.
- Asendorpf, Jens / Banse, Rainer (2000): Die Psychologie der Beziehung, Göttingen: Hogrefe.
- Au, Cornelia / Sowarka, Doris (2007): Die Vereinbarkeit von Pflege und Erwerbstätigkeit; in: Informationsdienst Altersfragen 34 (3), 2–8.
- Bacher, Johann / Wilk, Liselotte (1996): Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Ausmaß und Bedingungen männlicher Mitarbeit im Haushalt; in: Haller, Max / Holm, Kurt / Müller, Karl / Schulz, Wolfgang / Cyba, Eva (Hg.): Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 bis 1993, München: Oldenbourg, 165–187.
- Backes, Gertrud / Amrhein, Ludwig / Wolfinger, Martina (2008): Gender in der Pflege. Herausforderungen für die Politik, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Badelt, Christoph / Holzmann-Jenkins, Andrea / Matul, Christian / Österle, August (1997): Analyse der Auswirkungen des Pflegevorsorgesystems, Forschungsbericht. Wien.
- Ballnik, Peter / Martinetz, Elisabeth / Ballnik Garbani, Ornella (2005): Lebenswelten Vater-Kind, positive Väterlichkeit und männliche Identität, Wien: BMSG.
- Baur, Nina (2007): Der perfekte Vater. Männer im Konflikt zwischen eigenen Vorstellungen und institutionellem Rahmen; in: Penkwitt, Meike (Hg.): Männer und Geschlecht, Freiburg: Jos Fritz Verlag, 79–113.
- Baur, Nina / Luedtke, Jens (Hg.) (2008): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeit, Leverkusen: Barbara Budrich.
- Becker-Schmidt, Regina (2004): Die doppelte Vergesellschaftung von Frauen. Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben; in: Becker, Ruth / Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden: VS Verlag, 62–71.
- Beham, Martina / Goldberg, Christine / Wilk, Liselotte (1989): Familie und Arbeitswelt; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Lebenswelt Familie. Familienbericht 1989, Wien: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, 229–264.

ELTERN UND KINDER

- Beham, Martina / Haller, Roland (2005): Work-Life-Balance – Wie bringen Österreichs Familien Beruf und Familie in Einklang? In: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 401–433.
- Beham, Martina / Wilk, Liselotte (1999): Eltern-Kind-Beziehungen; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. 4. Österreichischer Familienbericht, Wien, 233–253.
- Beham, Martina / Zartler, Ulrike (2006): Retraditionalisierung und ihre Folgen – Väter und Scheidungsrisiko; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf, Gießen: Psychosozial-Verlag, 37–51.
- Behnke, Cornelia / Liebold, Renate (2001). Beruflich erfolgreiche Männer: Belastet von der Arbeit – belästigt von der Familie; in: Döge, Peter / Meuser, Michael (Hg.): Männlichkeit und soziale Ordnung: Neue Beiträge zur Geschlechterforschung, Opladen: Leske + Budrich, 141–157.
- Bereswill, Mechtild / Scheiwe, Kirsten / Wolde, Anja (Hg.) (2006): Vaterschaft im Wandel: multidisziplinäre Analysen und Perspektiven aus geschlechtstheoretischer Sicht, Weinheim: Juventa.
- Bielenski, Harald / Bosch, Gerhard / Wagner, Alexandra (2002): Wie die Europäer arbeiten wollen. Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern, Frankfurt: Campus.
- Biffi, Gudrun (2008): Verteilung der Haushaltseinkommen aus einer Gender Perspektive, WIFO Monatsberichte, Nr. 81 (10), Wien: WIFO.
- Biffi, Gudrun / Hamachers-Zuba, Ursula / Okolowicz, Justyna / Renner, Katharina / Steinmayr, Andreas (2009): Die ÖsterreicherInnen und der Wandel in der Arbeitswelt; in: Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (Hg.): Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990 – 2008, Wien: Czernin, 37–86.
- Blinkert, Baldo / Klie, Thomas (2000): Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus: Ergebnisse einer Untersuchung über die sozialstrukturelle Verankerung von Solidarität; in: Sozialer Fortschritt 49 (10), 237–245.
- Blinkert, Baldo / Klie, Thomas (2004): Gesellschaftlicher Wandel und demographische Veränderungen als Herausforderung für die Sicherstellung der Versorgung pflegebedürftiger Menschen; in: Sozialer Fortschritt 53 (11–12), 319–325.
- Blüher, Stefan (2004): Liebesdienst und Pflegedienst – theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Vergesellschaftung in häuslichen Pflegearrangements, in: Blüher, Stefan / Stosberg, Manfred (Hg.): Neue Vergesellschaftungsformen des Alter(n)s, Wiesbaden: VS Verlag, 11–51.
- Börsch-Supan, Axel / Jürges, Hendrik (Eds.) (2005): The Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe – Methodology. Mannheim: Mannheim Research Institute for the Economics of Ageing (MEA).
- Brake, Anna (2003): Familie – Arbeit – Freizeit. Was zählt? Optionen der Lebensqualität in den Vorstellungen junger Erwachsener, Wiesbaden: VS Verlag.
- Breitenfelder, Ursula (2007): Frauen in der Klemme. Aktuelle Studienergebnisse zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und wie Frauen ihre Zukunft bewerten; in: Die Grünen Linz (Hg.): Frauen Macht Zukunft, Wien, Milena, 77–104.
- Bronte-Tinkew, Jacinta / Carrano, Jennifer / Horowitz, Allison / Kinukawa Akemi (2008): Involvement among Resident Fathers and Links to Cognitive Outcomes; in: Journal of Family Issues (29) 9, 1211–1244.
- Brüderl, Leokadia (1992): Beruf und Familie. Frauen im Spagat zwischen zwei Lebensbereichen; in: Brüderl, Leokadia / Paetzold, Bettina (Hg.): Vom Regen in die Traufe, Frankfurt: Campus.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2005): Väter und Vaterbilder in Deutschland. Monitor Familiendemographie, Ausgabe Nr. 3, September 2005.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Mütter und Beruf: Realitäten und Perspektiven. Monitor Familienforschung, Nr. 4.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (2002): Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland: Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger – unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen und Stellungnahme der Bundesregierung, Berlin: Bundestag – Drucksache.

- Bürgisser, Margret (2006): *Egalitäre Rollenteilung. Erfahrungen und Entwicklungen im Zeitverlauf*, Zürich: Rüegger Verlag.
- Bürgisser, Margret / Baumgarten, Diana (2006): *Kinder in unterschiedlichen Familienformen. Wie lebt es sich im egalitären, wie im traditionellen Modell?* Zürich: Rüegger Verlag.
- Bürgisser, Margret (2008): *Der präsenste Vater. Väter in egalitärer Partnerschaft – Voraussetzungen, Chancen, Schwierigkeiten und Wirkungen*; in: Walter Heinz (Hg.): *Vater wer bist du? Auf der Suche nach dem „hinreichend guten“ Vater*, Stuttgart: Klett-Cotta, 98–123.
- Burkart, Günter (2007): *Das modernisierte Patriarchat. Neue Väter und alte Probleme*; in: *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 1/2007, 82–91.
- Butterwegge, Chrsitoph (2000): *Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen*. Weinheim: Juventa.
- Cyprian, Gudrun (2007): *Väterforschung im deutschsprachigen Raum – ein Überblick über Methoden, Ergebnisse und offene Fragen*; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 23–48.
- Da Roit, Barbara (2007): *Changing International Solidarities within Families in a Mediterranean Welfare State: Elderly Care in Italy*; in: *Current Sociology* 55 (2), 251–269.
- Daatland, Svein (2007): *Marital History and Intergenerational Solidarity: The Impact of Divorce and Unmarried Cohabitation*; in: *Journal of Social Issues* 63 (4), 809–825.
- Daatland, Svein / Helofson, Katharina (2003a): *Families and Welfare States: Substitution or Complementarity*; in: Lowerstein, Ariela / Ogg, Jim (Hg.): *OASIS: Old Age and Autonomy – The Role of Service Systems and Intergenerational Family Solidarity. The Final Report*. Haifa: University of Haifa, 125–163.
- Daatland, Svein / Herlofson, Katharina (2003b): *Families and welfare states in elder care: Are services substituting or complementing the family?* In: Lowenstein, Ariela / Ogg, Jim (Eds.): *OASIS Final report*, Haifa: University of Haifa, 285–308.
- Daatland, Svein / Herlofson, Katharina (Eds.) (2001). *Ageing, Intergenerational Relations, Care Systems and Quality of Life – An Introduction to the OASIS Project*. NOVA Rapport 14/01. Oslo: NOVA-Norwegian Social Research.
- Dallinger, Ursula (1996): *Pflege und Beruf – ein neuer Vereinbarkeitskonflikt in der späten Familienphase. Ein Literatur- und Forschungsüberblick*; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 8 (2), 6–42.
- Dallinger, Ursula (1997): *Modernisierte Fürsorge: Erwerbstätigkeit und Pflege*; in: Naegele, Gerhard / Reichert, Monika (Hg.): *Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege für ältere Angehörige: der deutsche, europäische und nordamerikanische Kontext*, Hannover: Vincentz, 83–105.
- Dallinger, Ursula (1998): *Der Konflikt zwischen familiärer Pflege und Beruf als handlungstheoretisches Problem*; in: *Zeitschrift für Soziologie* 27 (2), 94–112.
- Day, Randal D. / Lewis, Charlie / O'Brien, Margaret / Lamb, Michael E. (2005): *Fatherhood and Father Involvement. Emerging Constructs and Theoretical Orientations*; in: Bengtson, Vern L. / Acocck, Alan C. (Eds.): *Sourcebook of Family Theorie & Research*, Thousand Oaks: Sage, 341–365.
- Denz, Hermann / Friesl, Christian / Polak, Regina / Zuba, Reinhard / Zulehner, Paul M. (2001): *Die Konfliktgesellschaft. Wertewandel in Österreich 1990 – 2000*, Wien: Czernin.
- Dienel, Christiane (2004): *Familien als Dienstleister des Sozialstaats: Die Pflege älterer Familienmitglieder im europäischen Vergleich. Expertise für den 7. Deutschen Familienbericht (working paper)*.
- Dienel, Christiane (2007): *Die Betreuung älterer Familienmitglieder im europäischen Vergleich – Perspektiven einer euopäischen Politik für familiäre Pflege*; in: *Berliner Journal für Soziologie* 17 (3), 281–300.
- Dieris, Barbara (2006): *Och Mutter, was ist aus dir geworden?! Eine Grounded Theory-Studie über die Neupositionierung in der Beziehung zwischen alternden Eltern und ihren erwachsenen, sich kümmernden Kindern*; in: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum Qualitative Research*, 7 (3), Art. 25, (verfügbar unter: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs0603253> [abgerufen am 06.03.2009])
- Dieris, Barbara / Breuer, Franz (2008): *Aushandlung familiärer Besitz- und Kümmerverhältnisse*; in: Buchen Sylvia / Maier, Maja S. (Hg.): *Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel*, Wiesbaden: VS, 248–264.

ELTERN UND KINDER

- Doblhammer, Gabriela / Kytir, Josef (2001): Compression or expansion of morbidity? Trends in healthy-life expectancy in the elderly Austrian population between 1978 and 1988; in: *Social Science and Medicine* 52 (3), 385–391.
- Döge, Peter (2007): Männer – auf dem Weg zu aktiver Vaterschaft? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7 (2007), 27-32.
- Dörfler, Sonja (2003): Nutzung und Auswirkungen von Arbeitsarrangements zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Working paper Nr. 31, Wien: ÖIF.
- Dörfler, Sonja (2004): Die Wirksamkeit von Abhängigkeit zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit. Working paper Nr. 36, Wien: ÖIF.
- Drinck, Barbara (2005). *Vatertheorien. Geschichte und Perspektiven*, Opladen: Barbara Budrich.
- Ehrhard, Rotraut / Janig, Herbert (2003): *Folgen von Vaterentbehmung. Eine Literaturstudie*, Wien: BMSGK.
- Emnid (2002): *Frauen 2002: Wünsche, Werte, Wirklichkeit*, Frankfurt: Emnid.
- Engleitner, Erika / Hackl, Renate (1997): *Betreuende Angehörige – Betreuungsalltag mit dem Dienst „Mobile Hilfe und Betreuung“*. Schriftenreihe Gesundheitswissenschaften, Nr. 4, Linz: Universität Linz. Sozialwissenschaftliche Vereinigung.
- Europäische Kommission (2003): *Statistiken zur Gesundheit. Eckzahlen für den Bereich Gesundheit 2002*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- European Commission (2004): *New kinds of families, new kinds of social care. Soccare Project. Families, Work and Social in Europe. A qualitative study of care arrangements in Finland, France, Italy, Portugal and the UK*, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- Fend, Helmut (2000): *Entwicklungspsychologie des Jugendalters*, Opladen: Leske + Budrich.
- Ferguson, Neil (2004): *Grandparenting in Divorced Families*, Bristol: Policy Press.
- Flouri, Eirini (2005): *Fathering and Child Outcomes*, Chichester: John Wiley & Sons Ltd.
- Franco, Ana / Winqvist, Karin (2002): *Frauen und Männer, die Arbeit und Beruf vereinbaren; in: Statistik kurzgefasst. Bevölkerung und soziale Bedingungen, 9/2002*, EUROSTAT.
- Franz, Vera (2004): *Es ist auch mein Leben. Der Alltag pflegender Angehöriger*, Linz: Edition Kirchenzeitung.
- Fthenakis, Wassilios E. (1985): *Väter. Zur Psychologie der Vater-Kind-Beziehung, Band 1*, München, Wien, Baltimore: Urban & Schwarzenberg.
- Fthenakis, Wassilios E. (1999): *Engagierte Vaterschaft. Die sanfte Revolution in der Familie*, Opladen: Leske + Budrich.
- Fthenakis, Wassilios E. (2006): *Facetten der Vaterschaft. Perspektiven einer innovativen Väterpolitik*, Berlin: BMFSFJ.
- Fthenakis, Wassilios E. / Kalicki, Bernhard / Peitz, Gabriele (2002): *Paare werden Eltern. Die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie*, Opladen: Leske + Budrich.
- Fthenakis, Wassilios E. / Minsel, Beate (2002): *Die Rolle des Vaters in der Familie*, Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Geister, Christina (2004): *Weil ich für meine Mutter verantwortlich bin. Der Übergang von der Tochter zur pflegenden Tochter*. Bern: Huber.
- Geister, Christine (2005): *Sich-verantwortlich-Fühlen als zentrale Pflegemotivation; in: Pflege* 18 (1), 5–14.
- Gerhards, Jürgen / Hölscher, Michael (2003): *Kulturelle Unterschiede zwischen den Mitglieds- und Beitrittsländern der EU; in: Zeitschrift für Soziologie* 32 (3), 206–225.
- Gesterkamp, Thomas (2004): *Die Krise der Kerle. Männlicher Lebensstil und der Wandel der Arbeitsgesellschaft*, Münster: Lit.
- Gesterkamp, Thomas (2007): *Väter zwischen Laptop und Wickeltisch; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 97–114.
- Gisser, Richard (Hg.) (2003): *Population Policy Acceptance Survey 2001 (PPA II). Familie, Geschlechterverhältnis, Alter und Migration: Wissen, Einstellungen und Wünsche der Österreicherinnen und Österreicher*. Wien: Akademie der Wissenschaften.

- Glaser, Karen / Hancock, Ruth / Stuchbury, Rachel (1998): *Attitudes in an Ageing Society*. Research Sponsored by Age Concern England for the Millennium Debate of the Age, London: Age Concern England.
- Glaser, Karen / Wolf, Douglas A. / Tomassini, Cecilia (2006): Guest Editorial: The FAMSUP network and its comparative studies of family support for frail older people; in: *Ageing and Society* 26 (5), 689–692.
- Gloger-Tippelt, Gabriele (2007): Eltern-Kind- und Geschwisterbeziehung; in: Ecarius, Jutta (Hg.): *Handbuch Familie*, Wiesbaden: VS Verlag, 157–178.
- Grässel, Elmar (2000): Warum pflegen Angehörige? Ein Pflegemodell für die häusliche Pflege im höheren Lebensalter; in: *Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie* 13 (2), 85–94.
- Gröning, Katharina (2004): Häusliche Pflege und therapeutischer Blick; in: *neue praxis: Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik* 34 (3), 292–902.
- Grünendahl, Martin (2001): *Generationenbeziehung im Wandel? Untersuchungen zum Einfluss von Alter, Region und Kohorte auf familiäre Generationenbeziehungen im mittleren und höheren Erwachsenenalter*, Frankfurt: Peter Lang.
- Grunow, Daniela (2007): Wandel der Geschlechterrollen und Väterhandeln im Alltag; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 49–76.
- Grunow, Daniela / Schulz, Florian / Blossfeld, Hans-Peter (2007): Was erklärt die Traditionalisierungsprozesse häuslicher Arbeitsteilung im Eheverlauf: soziale Normen oder ökonomische Ressourcen? In: *Zeitschrift für Soziologie* 36 (3), 162–181.
- Gumbinger, Hans-Walter / Bambey, Andrea (2009): Zwischen „traditionellen“ und „neuen“ Vätern. Zur Vielgestaltigkeit eines Wandlungsprozesses; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.): *Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen!* Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 197–218.
- Haas, Barbara (2009): Geschlechtergerechte Arbeitsteilung – theoretisch ja, praktisch nein! Arbeitsteilung in österreichischen Paarhaushalten mit Kindern; in: Appelt, Erna (Hg.): *Gleichstellungspolitik in Österreich. Eine kritische Bilanz*. Innsbruck: Studien Verlag, 135–148.
- Haberkern, Klaus / Szydlík, Marc (2008): Pflege der Eltern – ein europäischer Vergleich; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 60 (1), 78–101.
- Haller, Roland / Hemedinger Fritz / Stelzer-Orthofer, Christine / Jenner, Elisabeth (2004): *Vereinbarkeit von Beruf und Pflege Angehöriger. Projektbericht*. Linz.
- Hank, Karsten (2007). Proximity and Contacts between Older Parents and Their Children: A European Comparison; in: *Journal of Marriage and Family* 69 (1), 157–173.
- Hauptverband der österr. Sozialversicherungsträger (2009): *Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2009*. Wien.
- Havighurst, Robert (1972): *Developmental tasks and education*, New York: McKay.
- Heinrichs, Nina / Hahlweg, Kurt (2008): Vorbereitung auf die Elternschaft; in: Petermann, Franz / Schneider, Wolfgang / Bierbaumer, Niels / Frey, Dieter / Kuhl, Julius / Schwarzer, Ralf (Hg.): *Angewandte Entwicklungspsychologie*, Göttingen: Hogrefe, 777–826.
- Heinz, Walter (Hg.) (2002): *Männer als Väter*, Gießen: Psychosozial.
- Heitkötter Martina (2006): Sind Zeitkonflikte des Alltags gestaltbar? Prozesse und Gegenstände lokaler Zeitpolitik am Beispiel des Zeitbüro-Ansatzes. Frankfurt: Peter Lang.
- Henry-Huthmacher, Christine (2008b): Eltern unter Druck. Ergebnisse einer empirischen Studie; in: *Die Politische Meinung*. Nr. 460 (März), 41–46.
- Henry-Huthmacher, Christine / Borchard, Michael (Hg.) (2008a): *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*. Erstellt von Tanja Merkle und Carsten Wippermann, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Henz, Ursula (2004): The effects of informal care on paid-work participation in Great Britain: A life-course perspective; in: *Ageing & Society* 24 (6), 851–880.
- Herlofson, Katharina / Daatland, Syein O. (Eds.) (2001): *Ageing, intergenerational relations, care systems and quality of life – an introduction to the OASIS proekt*. NOVA Rapport 14/2001. Oslo: Nordic Centre of Excellence.
- Herlth, Alois (2002): Ressourcen der Vaterrolle. Familiäre Bedingungen der Vater-Kind-Beziehung; in: Heinz, Walter (Hg.): *Männer als Väter*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 587–608.

ELTERN UND KINDER

- Hofäcker, Dirk (2007): Väter im internationalen Vergleich; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 161–204.
- Hofer, Manfred / Pikowsky, Birgit (2002): Familien mit Jugendlichen; in: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung. 2. Auflage, Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe, 241–264.
- Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.) (2002): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung, Göttingen: Hogrefe.
- Hofinger, Christoph / Enzenhofer, Edith (2006): Mehr Beruf, weniger Familie? Zur Lage der berufstätigen Väter in Österreich; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf, Gießen: Psychosozial-Verlag, 68–79.
- Höpflinger, Francois / Hugentobler Valerie (2005): Familiäre, ambulante und stationäre Pflege im Alter – Perspektiven für die Schweiz, Bern: Huber.
- Höpflinger, Francois / Perrig-Chiello, Pasqualina (2008): Hochaltrigkeit, Pflegebedürftigkeit und Generationenbeziehungen; in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (Hg.): Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz, Zürich: Seismo, 214–234.
- Hörl, Josef (2008): Pflege und Betreuung; in: Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (2008): Hochaltrige in Österreich: Eine Bestandsaufnahme, Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 355–372.
- Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (2008): Hochaltrige in Österreich: Eine Bestandsaufnahme, Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz.
- Hugentobler, Valerie (2003): Intergenerationelle Familienbeziehungen und Pflegebedürftigkeit im Alter; in: Caritas Schweiz (Hg.): Sozialalmanach 2004. Die demografische Herausforderung, Luzern: Caritas-Verlag, 151–165.
- Hurrelmann, Klaus (2002): Einführung in die Sozialisationstheorie, Weinheim–Basel: Beltz.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2009): Generationenbarometer 2009. Allensbach: Institut für Demoskopie.
- Jabsen, Annika / Blossfeld, Hans-Peter (2008): Häusliche Pflege und die Auswirkungen auf die Zeitverwendung der Angehörigen; in: Zeitschrift für Familienforschung 20 (3), 293–321.
- Jentsch, Nikola (2004): Die Betreuung und Pflege alter Menschen durch Angehörige. Befunde zur Bedeutung der Familie für die Gesellschaft aus „ökonomischer“ Perspektive. Dissertation, Universität Eichstätt-Ingolstadt.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2009): Vom „ewigen Praktikanten“ zum „reflexiven Vater“? Eine Einführung in aktuelle Debatten um Väter; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen! Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 15–48.
- Jurczyk, Karin / Rauschenbach, Thomas (2009): Elternzeit als Impuls für väterliches Engagement. Ein Vorreiter der Väterpolitik? In: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen! Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 347–368.
- Kalicki, Bernhard / Peitz, Gabriele / Fthenakis, Wassilios E. (2006): Die Bewältigung des Übergangs zur Vaterschaft; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf, Gießen: Psychosozial-Verlag, 80–93.
- Kapella, Olaf / Rille-Pfeiffer, Christiane (2007): Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Deskriptive Ergebnisse einer Einstellungs- und Wertestudie zu Mutter- und Vaterrolle, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Frau, Wien: ÖIF.
- Kassner, Karsten (2008): Männlichkeitskonstruktionen von „neuen Vätern“; in: Baur, Nina / Luedtke, Jens (Hg.): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit. Hegemoniale und marginalisierte Männlichkeiten in Deutschland. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 141–164.
- Kassner, Karsten / Rüling, Anneli (2005): „Nicht nur am Samstag gehört Papa mir!“ – Väter in egalitären Arrangements von Arbeit und Leben; in: Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.): Männer – das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 235–264.
- Kesselring, Annemarie (2004): Angehörige zu Hause pflegen. Anatomie einer Arbeit; in: Schweizerische Ärztezeitung 85 (10), 504–506.

- Kesselring, Annemarie / Krulik, Tamar / Bichsel, Manuel / Minder, Christoph / Beck, John C. / Stuck, Andreas (2001): Emotional and physical demands on caregivers in home care to the elderly in Switzerland and their relationships to nursing home admission; in: *European Journal of Public Health* 11 (3), 267–273.
- Kindler, Heinz (2002). *Väter und Kinder. Langzeitstudien über väterliche Fürsorge und die sozioemotionale Entwicklung von Kindern*, Weinheim: Juventa.
- Klaus, Daniela / Steinbach, Anja (2002): Determinanten innerfamiliärer Arbeitsteilung. Eine Betrachtung im Längsschnitt; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 14 (1), 21–43.
- Klenner, Christina / Pfahl, Svenja (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeitdilemma; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hg.): *Zeit für Beziehungen? Zeit in und Zeitpolitik für Familien*, Leverkusen: Barbara Budrich, 429–434.
- Klepp, Doris / Buchebner-Ferstl, Sabine / Kaendl, Markus / Kinn, Michael (2008): *Eltern zwischen Anspruch und Überforderung. Eine psychosoziale Studie zu Erziehungswerten und -verhalten von Eltern unter dem Aspekt ihrer Lebensbedingungen und des subjektiven Befindens. Unveröffentlichter Projektbericht*, Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Klepp, Doris / Cizek, Brigitte (2006): *Endbericht Evaluierung Elternbildung. Retrospektivbefragung der EIBI-Trägerinnen*. <http://www.eltern-bildung.at/eb/service/links/Studie.pdf> (abgerufen am 11.05.2008).
- Klessmann, Edda (2004): *Wenn Eltern Kinder werden und doch die Eltern bleiben. Die Doppelbotschaft der Altersdemenz*, Bern: Huber.
- Klie, Thomas / Blaumeister, Heinz (2002). *Perspektive Pflegemix. Pflegekulturelle Orientierungen im Wandel und die Zukunft der Pflege*; in: Klie, Thomas / Buhl, Anke / Entzian, Hildegard / Schmidt, Roland (Hg.): *Das Pflegewesen und die Pflegebedürftigen. Analysen zu Wirkungen der Pflegeversicherung und ihren Reformbedarf*, Frankfurt: Mabuse-Verlag, 131–152.
- Kohli, Martin / Künemund, Harald / Motel-Klingebiel / Andreas / Szydlik, Marc (2005): *Generationenbeziehungen*; in: Kohli, Martin / Künemund, Harald (Hg.): *Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey*, Wiesbaden: VS Verlag, 176–211.
- Kohli, Martin / Szydlik, Marc (2000): *Generationen in Familie und Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich.
- Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Zartler, Ulrike / Fuchs, Michael / Riepl, Barbara (2006): *PISA & Patchwork-Kindheit. Zeit für Kinder und Schulerfolg. Abschlussbericht*, Wien: Europäisches Zentrum.
- Kromer, Ingrid / Hatwagner, Katharina (2008): *Lebensbilder: Zusammenleben in der Gesellschaft*; in: Friesl, Christian / Kromer, Ingrid / Polak, Regina (Hg.): *Lieben. Leisten. Hoffen. Die Wertewelt junger Menschen in Österreich*, Wien: Czernin, 77–125.
- Kuhlmey, Adelheid / Tesch-Römer, Clemens (2002): *Familiale Ressourcen zur häuslichen Pflege Hochbetragter*; in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): *Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation*, Bonn: BMFSFJ, 193–207.
- Künemund, Harald (2002): *Sozialstaatliche Leistungen und Familienbeziehungen im Alter – Verdrängung oder Ergänzung?* In: Backes, Gertrud M. / Clemens, Wolfgang (Hg.): *Zukunft der Soziologie des Alter(n)s*, Opladen: Leske + Budrich, 167–181.
- Künemund, Harald / Motel, Andreas (2000): *Verbreitung, Motivation und Entwicklungsperspektiven privater intergenerationeller Hilfeleistungen und Transfers*; in: Kohli, Martin / Szydlik Marc (Hg.): *Generationen in Familie und Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, 122–137.
- Künemund, Harald / Vogel, Claudia (2006): *Öffentliche und private Transfers und Unterstützung im Alter – „crowding out“ oder „crowding in“?*; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18 (3), 269–289.
- Kytir, Josef (2008): *Demographische Entwicklung*; in: Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (2008): *Hochaltrige in Österreich: Eine Bestandsaufnahme*. Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 45–74.
- Kytir, Josef / Schrittwieser, Karin (2003): *Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002*, Wien: Statistik Austria.
- Lamb, Michael E. (2002): *The role of the father in child development* (4th ed.), New York: Wiley.
- Lange, Andreas / Zerle, Claudia (2008): *Väter im Familienalltag. Die Kluft zwischen Einstellungen und Verhalten*; In: *Forum Sexualaufklärung und Familienplanung* (Ausgabe 2/2008), 17–20.

ELTERN UND KINDER

- Liebold, Renate (2005): Es gibt keine halbe Karriere – Das Dilemma der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus männlicher Perspektive; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): *Working fathers. Männer zwischen Familie und Beruf*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 55–67.
- Lin, I-Fen (2008): Consequences of Parental Divorce for Adult Children's Support of Their Frail Parents; in: *Journal of Marriage and Family* 70 (1), 113–128.
- Lowenstein, Ariela / Ogg, Jim (Eds.) (2003): *OASIS Final report*, Haifa: University of Haifa, 285–308.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): *Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Eine Einführung*, Konstanz: UVK.
- Lutz, Hedwig (2000): *Frauen im Spannungsfeld zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit*. WIFO Monatsberichte, Nr. 5, Wien: WIFO.
- Majce, Gerhard (2001): *Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse*; in: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hg.): *Seniorenbericht 2000. Bericht zur Situation der älteren Menschen*, Wien: BMSK, 106–163.
- Majce, Gerhard (2004): *Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse*; in: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.): *Ältere Menschen – Neue Perspektiven Seniorenbericht 2000: Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich*, Wien, 106–163.
- Majce, Gerhard (2008): *Generationensolidarität und Generationenkonflikt im höheren Alter*; in: Hörl, Josef / Kolland, Franz / Majce, Gerhard (Hg.): *Hochaltrige in Österreich: Eine Bestandsaufnahme*, Wien: Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, 219–239.
- Matzner, Michael (1998): *Vaterschaft heute. Klischees und soziale Wirklichkeit*, Frankfurt–New York: Campus Verlag.
- Matzner, Michael (2004): *Vaterschaft aus der Sicht von Vätern*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Mayr, Margit / Lehner, Markus (2008): *Zwischen mobiler Pflege und Krankenhaus, Eine prekäre Schnittstelle der Versorgung im Alter*. Reihe Gesundheitswissenschaften Band 33, Linz: Universität Linz. Sozialwissenschaftliche Vereinigung.
- Meuser, Michael (2007): „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – ein Problem für Männer“; in: Barlösius, Eva / Schiek, Daniele (Hg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS Verlag, 135–150.
- Meuser, Michael (2009): *Vaterschaft und Männlichkeit. (Neue) Väterlichkeit in geschlechtersoziologischer Perspektive*; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.): *Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen!* Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 81–98.
- Motel-Klingebiel, Andreas / Tesch-Römer, Clemens (2006): *Familie im Wohlfahrtsstaat zwischen Verdrängung und gemischter Verantwortung*; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 18 (3), 290–314.
- Motel-Klingebiel, Andreas / Tesch-Römer, Clemens / Kondratowitz, Hans-Joachim, von (2005): *Welfare States Do Not Crowd Out the Family: Evidence for Mixed Responsibility from Comparative Analyses*; in: *Ageing & Societies* 25 (6), 863–882.
- Mühling, Tanja (2007): *Wie verbringen Väter ihre Zeit? – Männer zwischen „Zeitnot“ und „Qualitätszeit“*; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich, 115–160.
- Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.) (2007): *Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung*, Leverkusen: Verlag Barbara Budrich.
- Mühling, Tanja / Smolka, Adelheid (2007): *Wie informieren sich bayrische Eltern über erziehungs- und familienbezogene Themen? Ergebnisse der ifb-Elternbefragung zur Familienbildung 2006*, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung Bamberg.
- Müller, Tanja / Bird, Katherine / Bohns, Stefanie (2004): *Pflege im Kontext von Lebenslauf und Familie. Familiales Zusammenleben und pflegende Angehörige. Expertise für den 7. Deutschen Familienbericht der Bundesregierung (working paper)*.
- Naegele, Gerhard / Reichert, Monika (Hg.) (1998): *Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflege. Nationale und internationale Perspektiven I. Dortmunder Beiträge zur Gerontologie*. Hannover.
- Noack, Peter (2002): *Familienbeziehungen im gesellschaftlichen Umfeld*; in: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (2002): *Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung*, Göttingen: Hogrefe, 70–93.
- Noack, Peter / Buhl, Heike M. (2004): *Child-parent relationship*; in: Lang, Frieder R. / Fingerman, Karen L. (Eds.): *Growing together: Personal relationships across the lifespan*, New York: Cambridge University Press, 45–75.

- Oberndorfer, Rotraut / Rost, Harald, (2005): Neue Väter – Anspruch und Realität; in: Zeitschrift für Familienforschung 1 (17), 50–65.
- Oerter, Rolf / Dreher, Eva (2002): Jugendalter; in: Oerter, Rolf / Montada, Leo (Hg.): Entwicklungspsychologie, Weinheim: Beltz, 258–317.
- Oerter, Rolf / Montada, Leo (Hg.) (2008): Entwicklungspsychologie, Weinheim–Basel: Beltz PVU. 6. Aufl.
- Österreichischer Arbeiterkammertag (Hg.) (1988): Elternberufstätigkeit und Kindesentwicklung. Entwicklungspsychologische Determinanten und Konsequenzen der Frauenerwerbstätigkeit im Arbeitnehmerinnenbereich, Wien: Österreichischer Arbeiterkammertag.
- Ostner, Ilona (2009): Sozialpolitik, Familie, Geschlecht in Europa; in: Kapella, Olaf / Rille-Pfeiffer, Christiane / Rupp, Marina / Schneider, Norbert (Hg.): Die Vielfalt der Familie. Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 15–30.
- Papastefanou, Christiane / Hofer, Manfred (2002): Familienbildung und elterliche Kompetenzen; in: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung. 2. Auflage, Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe, 168–191.
- Peitz, Gabriele / Kalicki, Bernhard / Fthenakis, Wassilios E. (2003): Moderne Zeiten – Traditionelle Rollenmuster. Die Ergebnisse der LBS-Familien-Studie; in: Habisch, André / Schmidt, Hans-Ludwig / Bayer, Michael (Hg.): Familienforschung interdisziplinär. Eichstätter Symposium zu Familienwissenschaften, Bonn: Vektor, 169–183.
- Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (2008): Generationen – Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz, Zürich: Seismo.
- Picker, Ruth / Nitsch, Sigrid / Zeglovits, Eva (2005): Frauenstudie 2005: Österreicherinnen von 40–60 Jahren. Wien: Institut SORA.
- Picker, Ruth / Zeglovits, Eva (2004): Frauenstudie 2004: Junge Frauen in Österreich, Wien: Institut SORA.
- Pirklbauer, Sybille (2007): Frauen – Beschäftigung – Familie. Die ewige Frage der Vereinbarkeit; in: Die Grünen Linz (Hg.): Frauen Macht Zukunft, Wien: Milena, 105–124.
- Pleck, Joseph H. / Masciadrelli, Brian (2004): Paternal involvement: Levels, origin, and consequences. The role of the father in child development; in: Lamb, Michael E. (Hg.): The role of the father in child development, New York: John Wiley & Sons, 222–271.
- Pochobradsky, Elisabeth / Bergmann, Franz / Brix-Samoylenko, Harald / Erfkamp, Henning / Laub, Renate (2005): Situation pflegender Angehöriger. Endbericht. Wien: Österreichisches Institut für Gesundheitswesen.
- Procter & Gamble (2001): Väter, Windeln und wie weiter? www.familieninitiative.at
- Reinhard, Hans (1981): Emanzipation auf Kosten der Kinder, Berlin: Spiess.
- Rerrich, Maria S. (1989): Was ist neu an den „neuen Vätern“? In: Keupp, Heiner / Bilden, Helga (Hg.): Verunsicherungen. Das Subjekt im gesellschaftlichen Wandel, Göttingen: Hogrefe, 93–102.
- Röhler, Heiko / Steinbach, Anja / Huinink, Johannes (2000): Hausarbeit in Partnerschaften. Zur Erklärung geschlechtstypischer Arbeitsteilung in nichtehelichen und ehelichen Lebensgemeinschaften; in: Zeitschrift für Familienforschung 12 (2), 21–53.
- Rohr, Richard / Fthenakis Wassilios E. (Hg.) (2008): Vater, Sohn und Männlichkeit, Innsbruck: Topos Verlag.
- Rosenkranz, Doris / Rost, Harald / Vaskovics, Laszlo A. (1998): Was machen junge Väter mit ihrer Zeit? Die Zeitallokation junger Ehemänner im Übergang zur Elternschaft, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg.
- Rosenthal, Carolyn / Martin-Matthews, Anne / Hayward, Lynda / Denton, Margaret (1999): Women's Multiple Roles: How Constraining is Employment on the Provision of Parent Care? Working Paper, Ontario: McMaster University, McMaster Centre for Gerontological Studies.
- Rost, Harald (2006): Väter in Familien mit partnerschaftlicher Verteilung von Erwerbs- und Familienarbeit; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf, Gießen: Psychosozial-Verlag, 155–166.
- Rüling, Anneli (2007): Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen. Frankfurt a. M.: Campus.

ELTERN UND KINDER

- Runde, Peter / Giese, Reinhard / Stierle, Claudia (2003): Einstellungen und Verhalten zur häuslichen Pflege und zur Pflegeversicherung unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Wandels. Analysen und Empfehlungen auf Basis von repräsentativen Befragungen bei AOK-Leistungsempfängern der Pflegeversicherung. Hamburg: Arbeitsstelle Rehabilitation- und Präventionsforschung.
- Rupp, Marina (1996): Zwischen Konkurrenz, Ambivalenz und Präferenz. Familie und Beruf im weiblichen Lebensentwurf; in: Buba, Hans-Peter / Schneider, Norbert (Hg.): Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design, Opladen: Westdeutscher Verlag, 273–286.
- Scarr, Sandra (1987): Wenn Mütter arbeiten. Wie sich Beruf und Familie verbinden lassen, München: Beck.
- Schier, Michaela / Jurczyk, Karin / Szymenderski, Peggy / Lange, Andreas / Voß, Günter G. (2008): Entgrenzung von Arbeit. Entgrenzung von Familie. Abschlussbericht zu Händen der Hans-Böckler-Stiftung, München: DJI.
- Schier, Michaela / Szymenderski, Peggy (2009): Von der Vorgabe zur Aufgabe. Die Folgen der Entgrenzung von Erwerbsarbeit für Männlichkeit, Vaterschaft und Arbeitsteilung; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Wege – neue Chancen! Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 252–271.
- Schlaffer, Edith / Benard, Cheryl / Brlica, Nina / Handler, Martina / Kasbauer, Elisabeth / Smioski, Andrea (2004): Jugendliche Familienfähigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Väterthematik, Wien: BMSG.
- Schmid, Tom / Prochazkova, Lucie (2003): Pflege im Spannungsfeld zwischen Angehörigen und Beschäftigung. Endbericht, Wien.
- Schmidt-Wenzel, Alexandra (2008): Wie Eltern lernen. Eine empirische qualitative Studie zur innerfamiliären Lernkultur, Opladen: Barbara Budrich.
- Schneekloth, Ulrich / Leven, Ingo (2003): Hilfe- und Pflegebedürftige in Privathaushalten in 2002, München: Infratest Sozialforschung.
- Schneekloth, Ulrich / Leven, Ingo (2007): Familie als Zentrum: nicht für alle gleich verlässlich; in: Hurrelmann, Klaus / Andresen, Sabine (Hg.): Kinder in Deutschland 2007. 1. World Vision Kinderstudie, Frankfurt a. M.: Fischer. 65–109.
- Schneekloth, Ulrich / Wahl, Hans Werner (2005): Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung in privaten Haushalten. Repräsentativerhebung und Vertiefungsstudien zu häuslichen Pflegearrangements, Demenz und professionellen Versorgungsangeboten. Abschlussbericht, Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Schneider, Norbert / Matthias-Bleck, Heike (2002) (Hg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben, Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, Thorsten / Drobnic, Sonja / Blossfeld Hans-Peter (2001): Pflegebedürftige Personen im Haushalt und das Erwerbsleben verheirateter Frauen; in: Zeitschrift für Soziologie 30 (5), 362–383.
- Schneider, Ulrike (2004): Informelle Pflege aus ökonomischer Sicht. Expertise für den 7. Deutschen Familienbericht der Bundesregierung (working paper).
- Schneider, Werner (1989): Die neuen Väter – Chancen und Risiken. Zum Wandel der Vaterrolle in Familie und Gesellschaft, Augsburg: AV-Verlag.
- Schulz, Florian / Blossfeld, Hans-Peter (2006) Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Längsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (1), 23–49.
- Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.) (2005): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schulz, Wolfgang / Hummer, Christian (2005): Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens und Wandel der Einstellungen zu Ehe und Familie; in: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004, Wiesbaden: VS Verlag, 343–366.
- Schweizer, Martina (2000): Frauen in Karenz. Ein Balanceakt zwischen Familie und Beruf. Dissertation, Wien.
- Seward, Rudy Ray / Richter, Rudolf (2008): International research on fathering: An expanding horizon; in: Fathering 6 (2), 87–91.
- Smith, Alison K. (2007): Working fathers in Europe: earning and caring. CRFR Research Briefing 30. Edinburgh: University of Edinburgh.

- Spieß, C. Katharina / Schneider, Ulrike (2003): Interactions between care-giving and paid work hours among European midlife women; in: *Ageing & Society* 23 (1), 41–68.
- Stampler, Gabriele / Stiller, Bernadette (2004): Vorstellungen und Wünsche werdender Väter. Eine Befragung der Österreichischen Kinderfreunde, Wien: Institut für Kinderrechte und Elternbildung.
- Statistik Austria (2008): Familien- und Haushaltsstatistik 2007. Ergebnisse des Mikrozensus. Wien: Statistik Austria.
- Stein-Hilbers, Marlene (1991): Die sogenannten „Neuen Väter“. Veränderungen und Überhöhungen eines Eltern-Kind-Verhältnisses; in: *Widersprüche* 11 (40), 43–52.
- Steinberg, Laurence (2001): We know some things: Parent-adolescent relationships in retrospect and prospect; in: *Journal of Research on Adolescence* 11 (1), 1–19.
- Szydlik, Marc (2000): Lebenslange Solidarität? Generationenbeziehungen zwischen erwachsenen Kindern und Eltern, Opladen: Leske + Budrich.
- Tazi-Preve, Mariam Irene (2006). Vaterschaft heute. Zentrale Ergebnisse auf Basis des Population Policy Acceptance Survey; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): *Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 230–244.
- Tesch-Römer, Clemens (2001): Intergenerational solidarity and care-giving; in: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 34 (1), 28–33.
- Tesch-Römer, Clemens / Motel-Klingebiel, Andreas / Kondratowitz, Hans-Joachim (2002): Die Bedeutung der Familie für die Lebensqualität alter Menschen im Gesellschafts- und Kulturvergleich; in: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 35 (6), 335–342.
- Tölke, Angelika / Hank, Karsten (Hg.) (2005): *Männer – Das „vernachlässigte“ Geschlecht in der Familienforschung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Vascovics, Laszlo A. / Rost, Harald / Rosenkranz, Doris (2000): Was machen junge Väter mit ihrer Zeit? Die Zeitallokation junger Ehemänner im Übergang zur Elternschaft. Ifb-Forschungsbericht Nr. 2, Bamberg: Staatsinstitut für Familienforschung.
- Vaskovics, Lazlo A. / Rost, Harald (2002): *Väter und Erziehungsurlaub*. Band 179. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Stuttgart: Kohlhammer.
- Wahl, Klaus / Hees, Katja (Hg.) (2006): *Helfen „Super Nanny“ und Co.? Ratlose Eltern – Herausforderung für die Elternbildung*, Weinheim-Basel: Beltz.
- Walper, Sabine (2002): Armut und die Auswirkung auf die Entwicklung von Kindern; in: Schlippe, Arist v. / Lösche, Gisela / Hawellek, Christian (Hg.), *Kontexte früher Kindheit. Lebenswelten kleiner Kinder in Beratung und Therapie*, Münster: Votum Verlag, 151–177.
- Walter, Heinz (2008): Das Echo der Vatersuche; in: Walter, Heinz (Hg.): *Vater wer bist Du? Auf der Suche nach dem hinreichend guten Vater*, Stuttgart: Klett-Cotta. 9–44.
- Walter, Heinz (Hg.) (2002): *Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Walter, Wolfgang (2002): Das „Verschwinden“ und „Wiederauftauchen“ des Vaters. Gesellschaftliche Bedingungen und soziale Konstruktionen; in: Walter, Heinz (Hg.): *Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 79–115.
- Weiß, Hans (2000): Kindliche Entwicklungsgefährdungen im Kontext von Armut und Benachteiligung. Erkenntnisse aus psychologischer und pädagogischer Sicht; in: Weiß, Hans (Hg.): *Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen*, München, Basel: Reinhardt, 50–70.
- Werneck, Harald (1998): *Übergang zur Vaterschaft. Auf der Suche nach den „Neuen Vätern“*, Wien-New York: Springer.
- Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz Doris (Hg.) (2006): *Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Wernhart, Georg / Kaendl, Markus / Schipfer, Rudolf Karl / Tazi-Preve, Mariam Irene (2008): *Drei Generationen – eine Familie Austauschbeziehungen zwischen den Generationen aus Sicht der Großeltern und das Altersbild in der Politik*, Wien: Studienverlag.
- Wernhart, Georg / Neuwirth, Norbert (2007): *Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988 – 2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002. Working Paper Nr. 54*, Wien: ÖIF.
- Williams, Stephen (2008): What is Fatherhood? Searching for the Reflexive Father; in: *Sociology* 42 (3), 487–502.
- Wolde, Anja (2007). *Väter im Aufbruch? Deutungsmuster von Väterlichkeit und Männlichkeit im Kontext von Väterinitiativen*, Wiesbaden: VS Verlag.

ELTERN UND KINDER

- Wolf, Maria A. (2009). Ratlose Eltern? Erziehungspraxis im Spannungsfeld von sozialem Erbe, dem Verlust der Zuweisungsfunktion von Bildung und der Rückkehr sozialer Unsicherheit; in: Wolf, Maria A. / Rathmayr, Bernhard / Peskoller, Helga (Hg.): Konglomerationen – Produktion von Sicherheiten im Alltag. Theorien und Forschungsskizzen, Bielefeld: Transcript, 123–137.
- Zank, Susanne (2002): Familien mit Kindern im mittleren Erwachsenenalter; In: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung, Göttingen: Hogrefe, 290–311.
- Zeiber, Helga (2004): Zeitbalancen; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe B 31–32/2004, 3–6.
- Zerle, Claudia / Krok, Isabelle (2008): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Gütersloh: Bertelsmann.
- Ziegler, Ute / Doblhammer, Gabriele (2005): Transition into care need in Germany 1991 – 2003: A study based on the German Socioeconomic Panel, Rostock: Max Planck Institute for Demographic Research.
- Zulehner, Paul Michael (1994): Österreichs Männer unterwegs zum neuen Mann? Wie Österreichs Männer sich selbst sehen und wie die Frauen sie einschätzen, Wien: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie.
- Zulehner, Paul Michael (2003) (Hg.): Mannsbilder. Ein Jahrzehnt Männerentwicklung, Ostfildern: Schwabenverlag.
- Zulehner, Paul Michael (2004): Neue Männlichkeit – Neue Wege der Selbstverwirklichung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46, 5–12.
- Zulehner, Paul Michael / Volz, Rainer (1999): Männer im Aufbruch. Wie Deutschlands Männer sich selbst und wie Frauen sie sehen. 3. Auflage, Ostfildern: Schwabenverlag.

9

Großeltern und Enkelkinder zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Liselotte Wilk

Inhalt

1 Großeltern und Enkelkinder zu Beginn des 21. Jahrhunderts	407
1.1 Großelternschaft als allgemein verbreitetes Phänomen	407
1.2 Kontakte und gegenseitige Unterstützung	409
1.3 Merkmale und Determinanten der Beziehung	412
1.4 Bedeutung der Beziehung	414
1.4.1 Subjektive Bedeutung der Großeltern für ihre Enkelkinder	414
1.4.2 Subjektive Bedeutung der Enkelkinder für ihre Großeltern	414
1.4.3 Gesellschaftliche Bedeutung der Beziehung	415
1.5 Die Gestaltung der Beziehung unter spezifischen Rahmenbedingungen und in spezifischen Situationen	415
1.5.1 Großeltern-Enkel-Beziehung bei und nach Trennung/Scheidung der Eltern	416
1.5.2 Großeltern-Enkel-Beziehungen bei Migrantenkindern	417
Summary	417
Literatur	418

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Vorhandensein und Anzahl lebender Großelternanteile in %	408
Tabelle 2: Vorhandensein und Anzahl von Enkelkindern (EK) in %	408
Tabelle 3: Persönliches Treffen (häufigster Kontakt) mit mindestens einem außer Haus lebenden Großelternanteil in %	409
Tabelle 4: Persönliche Treffen mit mindestens einem außer Haus lebenden Enkelkind in % (Personen mit nur außer Haus lebenden Enkelkindern)	410
Abbildung 1: Anteil der Großmütter und Großväter, die in den vergangenen zwölf Monaten Enkelkinder betreut haben	411

1 Großeltern und Enkelkinder zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Großelternschaft als familiäres Generationenverhältnis und soziale Konstruktion ist das Ergebnis des Zusammenwirkens einer Vielzahl von Faktoren. Damit variiert Großelternschaft, deren Verständnis, deren Ideal, aber auch deren Gestaltung im alltäglichen Leben je nach historischer und persönlicher Zeit, aber auch nach kulturellen und regionalen Kontexten (Chvojka 2003, Ikels 1998, Uhlenberg/Kirby 1998).

Wie die Großeltern-Enkel-Beziehung am Beginn des 21. Jahrhunderts in Österreich gestaltet wird, war bisher kaum das Thema wissenschaftlicher Studien. Nur wenige Arbeiten beschäftigen sich mit ausgewählten Aspekten der Großelternschaft (Buber/Hank 2007, Chvojka 2003, Wernhart et al. 2008). Dabei wird zum einen häufig auf demografische Parameter fokussiert (Kytir/Schritt-wieser 2003), zum anderen Großelternschaft im Rahmen der Analyse der Situation älterer Menschen mitberücksichtigt (Rosenmayr et al. 2002). Damit steht die österreichische Forschung nicht nur der amerikanischen nach, die Großelternschaft seit mehreren Jahrzehnten immer wieder zum Thema empirischer und theoretischer Analysen macht (zusammenfassend Szinovacz 1998), sondern auch jener einer Reihe europäischer Länder. Diese, wie Frankreich (Attias-Donfut 2000), Norwegen (Hagestad 2006), Deutschland (Sommer-Himmel 2001, Wieners 2005) oder die Schweiz (Höpflinger et al. 2006), haben im letzten Jahrzehnt in mehreren Studien unterschiedlichste Aspekte der Großeltern-Enkel-Beziehung mit Hilfe elaborierter Forschungsdesigns analysiert.

Ist man also bei der Beschreibung der Enkel-Großeltern-Beziehung teilweise auf ausländische Forschungsergebnisse angewiesen, und ist es nicht zulässig, diese vollständig auf Österreich zu übertragen, so lassen sie doch auf einige zentrale Merkmale schließen, die der Großeltern-Enkel-Beziehung heute in Europa weitgehend gemeinsam sind. Eine umfassende Beschreibung und Analyse spezifisch „österreichischer“ Charakteristika dieser Beziehung ist allerdings aufgrund der derzeit mangelhaften Forschungslage nicht möglich.

1.1 Großelternschaft als allgemein verbreitetes Phänomen

Immer häufiger und immer länger haben junge Menschen lebende Großeltern, ältere Menschen verbringen mit ihren Enkelkindern einen längeren Lebensabschnitt. Damit sind familiäre Beziehungen zwischen Großeltern- und Enkelgeneration heute für einen Großteil der Bevölkerung zur Normalität geworden. 2004 lebten, hochgerechnet auf der Basis des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) 920 130 Großmütter und 658 901 Großväter in Österreich (Wernhart et al. 2008: 15).¹

2001 hatten laut Mikrozensus 96 % aller unter 15-Jährigen mindestens einen lebenden Großelternanteil, bei 42 % lebten noch vier Großelternanteile. Von den 15- bis 19-Jährigen hatten noch 90 % zumindest einen lebenden Großelternanteil, bei den 20- bis 24-Jährigen noch 80 %, bei den 30- bis 34-Jährigen waren es nur noch 40 %, bei den 40- bis 44-Jährigen 10 % (Kytir/Schritt-wieser 2003: 20).

¹ In dieser Zahl sind sowohl leibliche als auch Stiefgroßeltern, nicht jedoch Großeltern unter 50 Jahren sowie solche, die in Pflegeheimen leben, erfasst.

GROSSELTERN UND ENKELKINDER

Tabelle 1: Vorhandensein und Anzahl lebender Großelternanteile in %

Alter in Jahren	kein Großelternanteil	mindestens einer	einer	zwei	drei	vier
bis 14 J.	3,0	97,0	7,9	18,4	29,1	41,6
15-29 J.	23,3	76,7	24,8	23,1	16,5	12,2
30-44 J.	75,4	24,6	16,8	5,1	1,5	2,1
45-59 J.	97,6	2,4	1,8	0,4	0,1	0,2

Quelle: Mikrozensus 2001 „Familienstrukturen und Familienbildung“ (Kytir/Schrittwieser 2003: 69)

Ein Vergleich mit den Ergebnissen des Mikrozensus 1991 lässt erkennen, dass der Anteil derer, die noch lebende Großeltern haben, insbesondere bei den über 15-Jährigen zugenommen hat (Findl 1993: 330 ff). Aus der Warte der Großelterngeneration stellt sich die Situation folgend dar: 19 % der 35- bis 59-Jährigen hatten mindestens ein Enkelkind, bei den 60-Jährigen und Älteren waren dies 68 %, wobei 11 % eines, 16 % zwei, 11 % drei, 9 % vier und 22 % fünf oder mehr Enkelkinder hatten.

Tabelle 2: Vorhandensein und Anzahl von Enkelkindern (EK) in %

Alter in Jahren	keine lebenden EK bzw. unbekannt	mindestens eines	eines	zwei	drei	vier	fünf oder mehr
35-44 J.	97,2	2,8	1,7	0,6	0,2	0,1	0,2
45-59 J.	66,3	33,7	11,5	10,1	5,0	3,1	4,1
60-74 J.	33,0	67,0	10,9	16,1	10,9	8,8	20,2
75+ J.	31,0	69,0	10,6	16,5	9,7	8,0	24,3

Quelle: Mikrozensus 2001 „Familienstrukturen und Familienbildung“ (Kytir/Schrittwieser 2003: 220)

Dabei zeigten sich bedeutsame regionale Unterschiede. So hatten Personen in Gemeinden unter 50 000 Einwohnern am häufigsten Enkelkinder (ca. 40 %), jene, die in Wien wohnen, am seltensten (28 %) (Kytir/Schrittwieser 2003: 220 ff). Die Lebensdauer von sieben bis acht Jahrzehnten erlaubt es zudem relativ vielen Menschen, die Geburt und zumindest die ersten Lebensjahre ihrer Urenkel mitzuerleben. 29 % der über 75-Jährigen hatten 2001 mindestens ein Urenkelkind, 30 % der unter 15-Jährigen hatten zumindest noch einen Urgroßelternanteil (Kytir/Schrittwieser 2003: 20 und 233).

Das Zusammenwirken einer Mehrzahl von Faktoren (wie die stark steigende Lebenserwartung in den letzten Jahrzehnten, die hohen Geburtenraten der 60er- und 70er-Jahre, das niedrige Heiratsalter in dieser Epoche) hat dazu beigetragen, dass heute viele Großeltern-Enkel-Beziehungen über einen so langen Zeitraum wie nie zuvor möglich sind. Diese Situation scheint spezifisch für das Ende des 20. und den Beginn des 21. Jahrhunderts zu sein. Die abnehmenden Geburtenraten werden dazu führen, dass ältere Menschen zunehmend weniger Enkelkinder haben und sich somit viele Großeltern wenige Enkelkinder teilen müssen. Die steigende Lebenserwartung wird dahin wirksam werden, dass Enkelkinder jedoch häufiger und über einen längeren Zeitraum noch lebende Großeltern- und Urgroßelternanteile haben werden, wobei diesem Trend allerdings ein höheres Gebälter entgegenwirkt.

Die Frage, welche Auswirkungen dies auf die generationalen Beziehungen haben wird, kann derzeit noch kaum beantwortet werden. So ist ein Szenarium denkbar, das dadurch gekennzeichnet ist, dass Enkelkinder mit einem Übermaß an Beziehungsangeboten, Erwartungen und Verpflichtungen konfrontiert sind, dem sie weder entsprechen können noch wollen, und das sie durch Auswählen bevorzugter Großelternanteile zu lösen versuchen. Zugleich kann die Konzentration der Großeltern auf wenige Enkelkinder zu einem Konkurrenzverhältnis zwischen den Großeltern und einer übermäßigen (materiellen) Verwöhnung der Enkelkinder führen.

1.2 Kontakte und gegenseitige Unterstützung

Die Angemessenheit der Betrachtung und Analyse der Familie als Drei- oder Mehrgenerationengefüge wird besonders deutlich, wenn man die Kontaktdichte zwischen Enkelkindern und Großeltern sowie die Leistungen, die Großeltern für ihre Enkelkinder erbringen, betrachtet. Über die Kontakthäufigkeit von Enkeln und Großeltern in Österreich gibt der Mikrozensus 2001 Auskunft. Demnach lebten von den Kindern und Jugendlichen unter 19 Jahren 19 % mit einem Großelternanteil im selben Haus. Darüber hinaus treffen von den Enkelkindern dieser Altersgruppe (die nur außerhalb des Hauses lebende Großeltern haben) 27 % zumindest einen Großelternanteil täglich, 38 % mindestens einmal pro Woche und 16 % mindestens einmal im Monat, 12 % mindestens jährlich und nur 6 % seltener oder nie.

Tabelle 3: Persönliches Treffen (häufigster Kontakt) mit mindestens einem außer Haus lebenden Großelternanteil in %

Alter in Jahren	(nahezu) täglich	mind. wöchentlich	mind. monatlich	seltener oder nie
Bis 14 J.	29,3	39,0	14,1	16,8
15-29 J.	14,8	30,8	25,4	27,9
30-44 J.	8,2	25,0	29,7	35,6
45-59 J.	19,1	33,1	14,5	32,4

Quelle: Mikrozensus 2001 „Familienstrukturen und Familienbildung“ (Kytir/Schrittwieser 2003: 120)

Der Kontakt zu den Großmüttern ist ausgeprägter als der zu den Großvätern und jener zu mütterlichen Großeltern häufiger als jener zu den väterlichen. Die Kontaktdichte zu den Großeltern ist im hohen Maß regional mitbestimmt, aber auch die räumliche Entfernung wird bedeutsam (Kytir/Schrittwieser 2003: 120, 144). Aus Sicht der Großeltern stellt sich die Kontakthäufigkeit mit ihren Enkelkindern folgend dar: 40 % der Großeltern sehen zumindest ein Enkelkind täglich oder wohnen mit ihm im selben Haus. Mindestens wöchentlich haben ca. 31 % Kontakt mit einem Enkelkind, weitere 14% mindestens einmal im Monat (Kytir/Schrittwieser 2003: 27 f). Die Häufigkeit des Kontakts zu Enkelkindern ist für Großväter und Großmütter ähnlich (vgl. auch Rosenmayr et al. 2002).

GROSSELTERN UND ENKELKINDER

Tabelle 4: Persönliche Treffen mit mindestens einem außer Haus lebenden Enkelkind in % (Personen mit nur außer Haus lebenden Enkelkindern)

Alter in Jahren	(nahezu) täglich		mind. wöchentlich		mind. monatlich		seltener oder nie	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
35-44	15,4	26,4	49,6	50,0	17,0	10,4	17,9	13,3
45-59	30,2	33,0	42,7	43,4	13,6	14,1	13,5	9,5
60-74	27,7	28,0	44,2	44,4	19,5	20,5	8,6	7,1
75 +	19,5	20,4	37,5	37,3	27,2	27,7	15,8	14,6

Quelle: Mikrozensus-Sonderprogramm 2001 (Kytir/Schrittweisner 2003: 228, 229)

Von Bedeutung für die Kontakthäufigkeit ist vorwiegend das Alter der nicht im Haus lebenden Großeltern sowie jenes der Enkelkinder.²

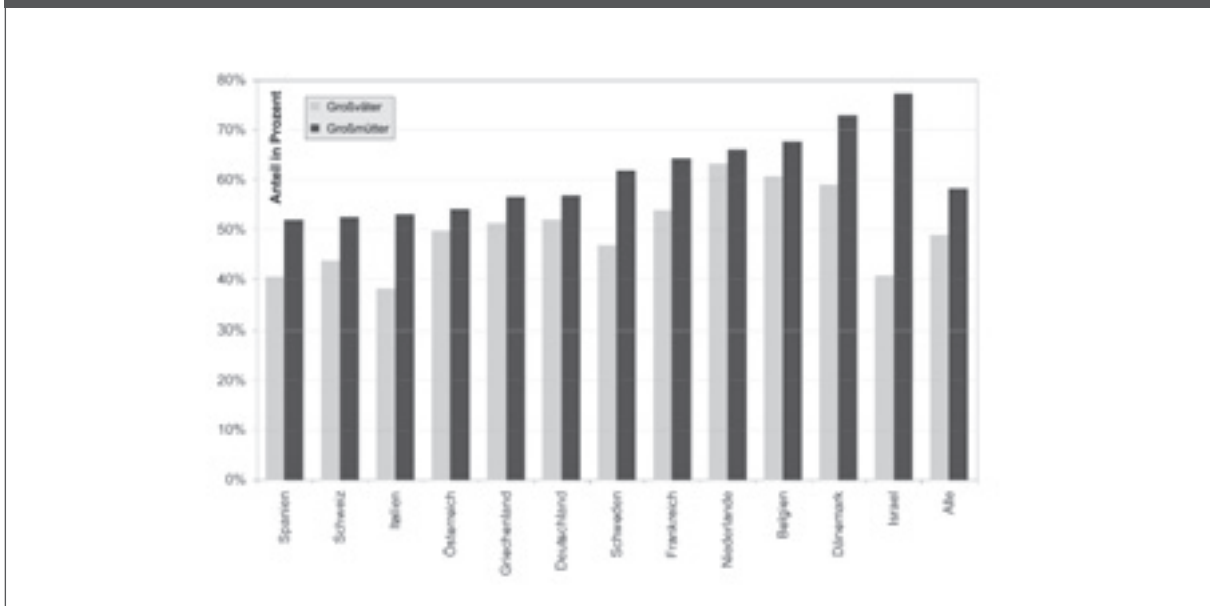
Großeltern und Enkelkinder treffen einander nicht nur häufig, sie engagieren sich auch füreinander und unterstützen sich. Dabei bestehen die großelterlichen Leistungen, die dem Wohl des Enkelkinds dienen sollen, vielfach darin, dass die Großeltern ihre Kinder bei deren Erfüllung der elterlichen Aufgaben unterstützen, entlasten, mitunter auch teilweise ersetzen. Besonders gilt dies dann, wenn schwierige Umstände oder krisenhafte Situationen eintreten, welche die Wahrnehmung der elterlichen Aufgaben durch ihre Kinder erschweren. Im Vordergrund der großelterlichen Leistungen steht die Betreuung der (jüngeren) Enkelkinder, gefolgt von Mithilfe in deren elterlichem Haushalt und finanziellen Transfers. Wie die SHARE-Studie zeigt, betreuen 40 % der österreichischen Großeltern ihre Enkelkinder, und 12 % unterstützen ihre Kinder im Haushalt, was indirekt den Enkelkindern zugute kommt³ (Wernhart et al. 2008: 93). Über das Ausmaß der direkten finanziellen Unterstützung der Enkelkinder durch die Großeltern fehlen repräsentative Daten. Rosenmayr et al. (1999, cit. nach Majce 2004: 128) fand in seiner qualitativen Studie, dass 85 % der Älteren ihre Kinder und Enkelkinder finanziell unterstützten und vier Fünftel der befragten Großeltern ihren Enkelkindern Geld gaben. Auch wenn diese Zahlen aufgrund spezifischer Merkmale der Befragten keine Allgemeingültigkeit beanspruchen können, verweisen auch ausländische Studien (Attias-Donfut 2000, BMFSF 2001: 224) auf finanzielle Unterstützungen der Enkelkinder durch ihre Großeltern.

Das Ausmaß, in welchem Großeltern ihre Kinder betreuen, variiert stark. 10% der Großmütter betreuen ihre Enkelkinder (fast) täglich, 60% nie. Damit liegt Österreich beim Vergleich aller in der SHARE-Studie erfassten Länder im Mittelfeld (Buber/Hank 2007: 2).

² Die im Mikrozensus erhobenen Daten geben jeweils Auskunft über den häufigsten Kontakt mit mindestens einem Enkelkind. Sie geben aber keine Auskunft darüber, wie sich die Kontakte zu den einzelnen Enkelkindern unterscheiden. Die Gesamtheit der Großeltern-Enkelkontakte kann so also nicht abgebildet werden.

³ Im Rahmen der SHARE-Studie wurden Großeltern befragt, ob sie innerhalb der letzten zwölf Monate regelmäßig oder gelegentlich auf ihre Enkelkinder aufgepasst haben, ohne dass die Eltern dabei waren. Bei der Angabe, auf ein Enkelkind aufgepasst zu haben, wurde danach gefragt, wessen Kind das Enkelkind war und wie oft es betreut worden war. Befragt wurden Personen mit mindestens einem Enkelkind unter 15 Jahren (Buber/Hank 2007: 2). Bei der Interpretation der Ergebnisse ist diese ganz spezifische Frageformulierung zu berücksichtigen.

Abbildung 1: Anteil der Großmütter und Großväter, die in den vergangenen zwölf Monaten Enkelkinder betreut haben



Quelle: SHARE (entnommen Buber/Hank 2007: 1)

Einfluss auf das Betreuungsausmaß nimmt der Gesundheitszustand der Großeltern, deren Alter (vor allem bei Großmüttern, während bei Großvätern von Bedeutung ist, ob eine Partnerin im Haushalt wohnt), das Alter des jüngsten Enkelkinds, die Entfernung zum nächsten Kind (während die Region nur bei Großvätern insofern bedeutsam wird, als solche in Großstädten ihre Enkelkinder signifikant mehr betreuen), die Erwerbstätigkeit einer Tochter, aber auch die Einstellung, dass Großeltern bei der Enkelbetreuung mithelfen sollen. Zudem zeigt sich, dass bei Kontrolle aller anderen Faktoren ein reiner Effekt des Geschlechts feststellbar und die Wahrscheinlichkeit großmütterlicher Enkelbetreuung größer als jene großväterlicher ist (ÖIF 2008: 101).

Regelmäßige Betreuung der Enkelkinder kann als Gelegenheit wahrgenommen werden, miteinander ohne Eltern Zeit zu verbringen und gemeinsam Dinge zu tun, die beiden Freude machen. Damit kann auch der Grundstein gelegt werden zu einer vertrauensvollen und engen emotionalen Beziehung über die Jahre der Kindheit hinaus (Guzman 2004). Regelmäßige Betreuung kann aber auch, besonders wenn sie häufig erfolgt, für einen Teil der Großeltern bedeuten, dass sie sich in den eigenen Interessen und Aktivitäten eingeschränkt fühlen (ÖIF 2008), und mitunter auch, dass ihr Gesundheitszustand und ihre Leistungsfähigkeit darunter leiden (ÖIF 2008). Insbesondere eine regelmäßige Ganztagsbetreuung scheint eine besondere Belastung darzustellen (Goodfellow/Laverty 2003). Insgesamt scheinen Großeltern die Beziehung zu und Verantwortung für ihre(n) Enkelkinder(n) zugleich als anstrengend, aber auch als Herausforderung zu erleben (Poelt 1999).

1.3 Merkmale und Determinanten der Beziehung

Die Großeltern-Enkel-Beziehung zählt heute in unserer Gesellschaft neben der Eltern-Kind-Beziehung und der Geschwisterbeziehung zu den wichtigsten familialen Beziehungen. Sie ist gekennzeichnet durch eine hohe Intensität, basierend auf emotionaler Nähe der Beziehungspartner (Attias-Donfut 2000). Als ihre hervorstechendsten Beziehungsmerkmale können gegenseitige Zuneigung, Liebe, Freundschaft und partnerschaftliche Kameradschaft gelten (Wilk 1993, 1999). Die meisten Enkelkinder und Großeltern fühlen eine starke Verbundenheit miteinander und Nähe zueinander und sehen im jeweils anderen eine wichtige Bezugs- und Vertrauensperson (Apostel 1989, Bertram/Kreher 1996, Cherlin/Furstenberg 1986).

Je nach Alter der Kinder findet diese Beziehung auf unterschiedliche Weise ihren Ausdruck und ihre Konkretisierung, wobei kaum Langzeitstudien vorhanden sind, welche die Dynamik der Beziehung wiedergeben. Bisherige Untersuchungen verweisen darauf, dass das gemeinsame Gespräch über alle Phasen hinweg ein wichtiges Merkmal der Beziehungsgestaltung ist (Höpflinger et al. 2006, Sticker 1987, Wilk et al. 1993). Solange sich die Enkelkinder im Klein- oder Schulkindalter befinden, äußert sich Gemeinsamkeit zudem in emotional befriedigenden Freizeitaktivitäten (Wilk et al. 1993), die zu einem zentralen Merkmal heutiger Enkel-Großeltern-Beziehungen werden (Cherlin/Furstenberg 1986). Mit zunehmendem Alter verändern sich diese nicht nur, sondern nehmen an Häufigkeit ab (Zinnecker et al. 2003, Wilk et al. 1993), und gemeinsame Diskussionen (bei denen allerdings bestimmte intime Bereiche ausgeklammert werden) treten bei jugendlichen Enkelkindern ganz ins Zentrum (Höpflinger et al. 2006). Die Beziehung zwischen erwachsenen Enkelkindern und ihren Großeltern scheint (überträgt man die Ergebnisse einiger amerikanischer Studien auf unsere Gesellschaft) durch ein hohes Maß an Zärtlichkeit, wechselseitiger Hilfe und Unterstützung gekennzeichnet zu sein (Elder/Conger 2000, Mueller/Elder 2000).

Das Zusammenwirken einer Vielzahl unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungstrends (wie die staatliche ökonomische und gesundheitliche Vorsorge für alte Menschen, der wissenschaftliche und technische Fortschritt, ein verändertes familiales Rollenverständnis, die zunehmende Lebenserwartung) hat die Folie für die Gestaltung der Großeltern-Enkel-Beziehung heute geschaffen. Diese Folie aber bietet einen großen Freiraum, wie das einzelne Großeltern-Enkel-Paar seine Beziehung lebt (Höpflinger et al. 2006). Dies gilt umso mehr, als die Großelternrolle im Gegensatz zur Elternrolle rechtlich kaum normiert und nur mit wenigen Rechten und Pflichten gesetzlich festgelegt ist.

Bereits seit den 60er Jahren wurde immer wieder (vorwiegend in amerikanischen Arbeiten) versucht, unterschiedliche Typen dieser Beziehungsgestaltung (meist der Gestaltung durch die Großmutter) herauszuarbeiten (Cherlin/Furstenberg 1986, Herlyn et al. 1998, Höpflinger et al. 2006, Mueller/Elder 2003, Neugarten/Weinstein 1964, Robertson 1977, Wurm 1998). Diese unterscheiden sich im Ausmaß des Engagements für das Enkelkind, der miteinander verbrachten Zeit, dem Ausmaß der Mitbetreuung, dem Stellenwert, der von den Großeltern den eigenen Interessen im Vergleich zu den Bedürfnissen und Wünschen der Enkelkinder gegeben wird, sowie der Verantwortung, die Großeltern für ihre Enkelkinder zu übernehmen bereit sind.

Bisherige empirische Arbeiten analysierten meist die Beziehung von Großmüttern und nur selten jene von Großvätern, so dass man über die subjektiven Bedingungen der Gestaltung der Großvater-Enkel-Beziehung heute nur sehr wenig weiß (Uhlendorff 2003). Die Großmutter-Enkel-Studien konnten bedeutsame Zusammenhänge zwischen einer Vielzahl von Faktoren und der Gestaltung der Beziehung finden (Hagestad 2006, Herlyn/Lehmann 1998, Mueller/Elder 2000, Suter/Höpflinger 2008). So stellten die meisten Untersuchungen einen signifikanten Zusammenhang von Form, Intensität und Qualität der Beziehung mit folgenden Faktoren fest: dem Alter beider Beziehungspartner (Cherlin/Furstenberg 1986, King et al. 1998), der räumlichen Nähe (Cherlin/Furstenberg 1986, Elder/Conger 2000), der Kontakthäufigkeit bzw. der miteinander verbrachten Zeit (Whitbeck et al. 1993), der Anzahl der Enkelkinder sowie der Enkelkindersets (Suter/Höpflinger 2008) und dem Gesundheitszustand der Großeltern (Mueller/Elder 2000). Neben den bereits erwähnten Dimensionen werden von einigen Autoren auch dem großelterlichen Bildungsniveau, dem Einkommen, Familienstand, der Abstammungslinie oder dem Lebensstil (Herlyn et al. 1998) Bedeutung zugeschrieben.

Differenziertere Analysen lassen allerdings erkennen, dass ein Teil der oben genannten Faktoren nur indirekt wirksam oder zunehmend bedeutungsloser wird. So zeigt eine der neuesten Studien, nämlich jene von Höpflinger und seinen Mitarbeiter/-innen in der Schweiz, in welcher sowohl Großeltern als auch deren 12- bis 16-jährige Enkelkinder befragt wurden, dass Gesundheitszustand der Großeltern und Verwandtschaftslinie keinen direkten Einfluss auf die Beziehung ausüben, sondern über die Kontakthäufigkeit und gemeinsame Aktivitäten wirksam werden. Zugleich wird in dieser Studie auch die Bedeutung der Kontakthäufigkeit relativiert, da der subjektive Wert, den Großeltern als Bezugspersonen für ihre Enkel haben, vorwiegend von deren qualitativer Beurteilung des Großelternanteiles als Person und weniger von der Häufigkeit der Kontakte bestimmt wird (Suter/Höpflinger 2008). Darüber hinaus zeigte sich, dass die Beziehung von beiden Partnern als geschlechtsneutral erlebt wird und weder das Geschlecht des Großelternanteiles noch das des Enkelkinds entscheidend für das Erleben der Beziehung sind.

Auf das komplexe Zusammenwirken einer Vielzahl von Faktoren weisen auch die Analysen von Mueller und Elder (2003) hin. Die Ergebnisse lassen sie eine holistische Sicht unter Einbeziehung des größeren familialen Kontextes, der subjektiven Wahrnehmung des jeweils anderen Beziehungspartners und dessen Eigenschaften sowie der Beziehungsgeschichte der Familienmitglieder einfordern. Faktoren wie räumliche Nähe, Alter oder Zahl der Enkelkinder stellen lediglich eine Gelegenheitsstruktur dar, die genützt werden kann (Mueller/Elder 2003). Von Bedeutung werden beispielsweise solche Faktoren wie die Beziehung zwischen Eltern und Großeltern, da Eltern lange Zeit hindurch als Vermittler zwischen ihren Kindern und den Großeltern fungieren, was sich im Zusammenhang der Verbundenheit der Eltern mit den Großeltern und jener zwischen Enkelkindern und Großeltern zeigt (Mueller/Elder 2000).

1.4 Bedeutung der Beziehung

Mehrere empirische Studien verweisen darauf, dass die Enkel-Großeltern-Beziehung im Verlauf der letzten Jahrzehnte an Bedeutung gewonnen hat (Höpflinger et al. 2006, Smith/Drew 2002). Dazu mag die Zunahme der gleichzeitig lebenden Generationen bei einer Abnahme der absoluten Anzahl der Verwandten beigetragen haben, aber ebenso die Tatsache, dass (elterliche) Paarbeziehungen instabiler werden (Attias-Donfut 2002).

1.4.1 Subjektive Bedeutung der Großeltern für ihre Enkelkinder

Übereinstimmend zeigen die Befragungen von Kindern und Jugendlichen, dass ihre Großeltern für sie wichtige Bezugspersonen sind und sie es genießen, Großeltern zu haben (Höpflinger et al. 2006, Ross/Hill et al. 2005, Wilk et al. 1993, Zinnecker et al. 2003). Großeltern werden vielfach als Familienmitglieder gesehen (Krause/Klopp 2008, Wilk et al. 1993) und sind für Kinder aller Altersgruppen in erster Linie wichtige Gesprächspartner, die jenseits von Familien- und Berufsstress stehen und für sie Zeit haben (Höpflinger/Perrig-Chiello 2008, Sticker 1987, Wilk/Bacher 1994). Sie geben Liebe und Zuneigung, lassen Spaß und Unterhaltung erfahren und eine große Familie erleben (Wieners 2005). Während Volksschulkinder alltägliche gemeinsame Tätigkeiten schätzen und es im Besonderen genießen, von ihren Großeltern verwöhnt zu werden (Wieners 2005), ist es für Jugendliche vor allem bedeutsam, dass sie in ihren Großeltern Bezugspersonen haben, auf die sie sich verlassen können, die einfach als Vertrauenspersonen und Ansprechpartner da sind, wenn sie diese brauchen (Mueller/Elder 2000). Heranwachsende schätzen Großeltern insbesondere als Diskussionspartner. Dabei scheint es wichtiger zu sein, dass sie zuhören und sich Zeit nehmen, als dass sie aktiv werden und reden (Höpflinger et al. 2006). Ein Großteil der Enkelkinder sieht seine Großeltern vorwiegend mit positiven Eigenschaften ausgestattet, so wurden sie in der Studie von Höpflinger et al. (2006) als großzügig, liebevoll und gesellig beschrieben.

1.4.2 Subjektive Bedeutung der Enkelkinder für ihre Großeltern

Die meisten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Enkelkinder für Großmütter Quelle der Freude und des Stolzes sowie Bereicherung sind (Herlyn/Lehmann 1998), über die subjektive Bedeutung von Großvaterschaft ist bisher nur wenig bekannt (Uhlendorff 2003). Enkelkinder können dem Leben Sinn geben, können symbolisch als die Fortsetzung des eigenen Selbst und der Familie, als Träger familiärer Werte und Traditionen gesehen werden, lassen erleben, dass man gebraucht wird (Mueller/Elder 2000), und können neue Erlebnismöglichkeiten schaffen. Großelternschaft bedeutet aber auch Verantwortung (Mueller/Elder: 2000). So sehen es 61 % der in der SHARE-Studie befragten österreichischen Großeltern als ihre Pflicht an, die Enkel zeitweise zu betreuen (Wernhart et al. 2008: 97). Nimmt allerdings der Verpflichtungscharakter der Beziehung überhand, wird das positive Erleben der Beziehung beeinträchtigt (Hagestad 2006, Höpflinger et al. 2006).

1.4.3 Gesellschaftliche Bedeutung der Beziehung

Auch wenn in der Literatur nicht völlige Übereinstimmung besteht, so deuten viele Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass der von Hagestad eingeführte Begriff der „Reservearmee“ (Hagestad 2006: 325) eine der zentralen Funktionen von Großeltern heute kennzeichnet. Großeltern zu haben bedeutet, ein zusätzliches Sicherheitsnetz zu besitzen, das dann wirksam wird, wenn die Eltern und die öffentlichen Institutionen dem Kind nicht das zur Verfügung stellen können, was es braucht (Hagestad 2006).

In welchem Ausmaß und auf welche Weise Großeltern (aber auch Enkelkinder) als Sozialisationsinstanz wirksam werden, ist aufgrund mangelnder Studien heute noch nicht eindeutig zu beantworten (Büchner 2000, Crosnoe/Elder 2002). Die längere gemeinsame Lebensspanne und die wichtige Rolle, die Großeltern im subjektiven Erleben der Enkelkinder für diese spielen, lässt aber eine Zunahme des Einflusses der Großeltern erwarten (Uhlendorff 2003). Häufig werden Großeltern als bedeutsames soziales Kapital für die kognitive und soziale Entwicklung gesehen oder als eine „Brücke“ in noch unbekannte Welten (Krappmann 1997: 192), die dabei auch Werte vermitteln (Bertram 1994). Es wird unterschieden zwischen direktem und indirektem (vermittelt über die Eltern) Einfluss der Großeltern auf ihre Enkelkinder (Uhlendorff 2003). Die Ergebnisse der wenigen, vorwiegend amerikanischen Studien geben erste Hinweise darauf, dass sich die direkte Interaktion auf die Kinder positiv auswirkt (Mueller/Elder 2000, Uhlendorff 2003), wobei der Einfluss der Großeltern von der Qualität der Beziehung zu ihren Enkelkindern abzuhängen scheint (Cherlin/Furstenberg 1986, Mueller/Elder 2003). Wie weit indirekte Einflüsse bestehen, ist heute noch nicht hinreichend untersucht, die wenigen Ergebnisse sind widersprüchlich (Uhlendorff 2003).

Über den Einfluss, den Enkelkinder auf Großeltern haben, gibt es kaum gesichertes Wissen. Mitunter wird es als eine Funktion von Enkelkindern angesehen, ein Verbindungsglied zwischen den erwachsenen Familiengenerationen zu sein (Templeton/Bauereiss 1994). Darüber hinaus ist zumindest zu fragen, ob es nicht heute eine wesentliche Funktion von Enkelkindern ist, Mittler zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen bzw. Veränderungen und der älteren Generation zu sein.

Eine besondere gesellschaftliche Bedeutung kommt der Beziehung insofern zu, als sie im Rahmen intergenerationeller Kontakte einen zentralen Platz einnimmt (Poelt 1999). In ihr wird das Miteinander weitgehend positiv erlebt, was einer gesellschaftlichen Segregation der Generationen entgegenwirkt (Uhlenberg 2000).

1.5 Die Gestaltung der Beziehung unter spezifischen Rahmenbedingungen und in spezifischen Situationen

Spezifische Lebensereignisse und -situationen einer Familie bestimmen die Gestaltung der Großeltern-Enkel-Beziehung oft entscheidend mit. Im Folgenden soll dabei auf zwei, die heute besondere Relevanz besitzen, näher eingegangen werden, nämlich Trennung bzw. Scheidung der Eltern und ausgeprägte räumliche Trennung von Enkelkindern und Großeltern durch Migration.

1.5.1 Großeltern-Enkel-Beziehung bei und nach Trennung/Scheidung der Eltern

Bisherige Arbeiten lassen erkennen, dass situativer Stress in der Elterngeneration die Großeltern-Enkel-Beziehung im Allgemeinen intensiviert (Aldous 1985). Eine Mehrzahl von Studien untersuchte die Auswirkungen der elterlichen Scheidung auf die Großeltern-Enkel-Beziehung (Fabian 1994, Fthenakis 1998, Gladstone 1988, Johnson 1988, Matthews/Sprey 1985). Demnach können Großeltern eine zentrale Unterstützungsressource bei und nach elterlicher Scheidung/Trennung bilden (Pryor/Rodgers 2001), die vor allem unmittelbare kurzfristige Anpassungsprobleme erleichtert (Bridges et al. 2007). Wie Fthenakis (1998) feststellte, gaben Großeltern in Einelternfamilien nach Scheidung mehr finanzielle Unterstützung und übernahmen vermehrt Kinderbetreuungsaufgaben. Sie vermehrten demnach den Kontakt zu ihren Enkelkindern und übernahmen zum Teil Elternfunktionen. Die Hälfte der befragten Großeltern (die alle Enkelkinder mit geschiedenen Eltern hatten) verstand sich als Gesprächspartner für ihre Enkelkinder und wollte diesen mit Rat, Schutz und Unterstützung zur Seite stehen. Dies galt häufiger für die mütterlichen Großeltern als für die väterlichen. Von Letzteren hatte vier Jahre nach der Scheidung die Hälfte ihre Kontakte zu den Enkelkindern reduziert (Fthenakis 1998). Dies entspricht amerikanischen Studien, wonach ein Teil der väterlichen Großeltern (bei sorgeberechtigter Mutter) den Kontakt zu seinen Enkelkindern nach der Scheidung verringerte (Mueller/Elder 2000) und nach einiger Zeit nur noch rituelle Kontakte hatte. Das heißt, nicht nur die Quantität der Kontakte, sondern auch die Qualität der Beziehung hatte sich verändert (Bray/Berger 1990, Cherlin/Furstenberg 1986). Scheidung scheint also ein Ereignis zu sein, das sowohl dazu führen kann, dass die Bindung zwischen Großeltern und Enkelkindern intensiviert, als auch dazu, dass sie stark reduziert wird. Wie sich die neue Obsorgeregelung, die in Österreich jetzt gegeben ist, insbesondere auf die Beziehung zwischen väterlichen Großeltern und Enkelkindern auswirkt, kann derzeit noch nicht endgültig beurteilt werden.

Für Kinder, die eine Scheidung erleben, scheinen der Kontakt und die emotionale Nähe zu ihren Großeltern wichtig zu sein, auch wenn aufgrund mangelnder Studien noch keine eindeutigen und umfassenden Aussagen darüber möglich sind, welchen Gewinn Kinder daraus ziehen (Hetherington 2003, Pryor/Rodgers 2001). So verdeutlichte die österreichische Scheidungsstudie von Zartler et al. (2004), dass Großeltern für die befragten Kinder wichtige Bezugspersonen darstellten, die für sie da sind, wenn diese sie brauchen. Der Großteil der befragten Kinder besaß noch mehrere Großelternpersonen und stand auch nach der Trennung der Eltern mit diesen noch in Kontakt. Die Hälfte der Kinder sah in den Großeltern wichtige Gesprächspartner, mit denen sie über ihre Probleme reden konnten.

Mit steigender Scheidungs- und Wiederverheiratungszahl nimmt auch die Zahl der Stiefgroßeltern zu. Geht man davon aus, dass heute die Rolle der Großeltern eine kulturell nur sehr unzulänglich definierte ist, so gilt dies in noch weit höherem Maß für jene der Stiefgroßeltern. Die wenigen zu diesem Thema durchgeführten amerikanischen Studien (Cherlin/Furstenberg 1986, Sanders/Trygstadt 1989) kennzeichnen diese Beziehung als weniger wichtig und intensiv, verbunden mit weniger Kontakt und weniger Erwartungen an die Beziehung. Je älter die Kinder zum Zeitpunkt der Wiederheirat eines Elternteils waren, umso mehr unterschied sich deren Stiefgroßelternbeziehung von ihrer Beziehung zu biologischen Großeltern.

1.5.2 Großeltern-Enkel-Beziehungen bei Migrantenkindern

Trotz der Aktualität dieses Themas gibt es bis heute keine österreichischen Studien, die sich ihm widmen. Einige wenige Hinweise auf die Gestaltung der Beziehung unter diesen spezifischen Bedingungen können der Schweizer Studie von Höpflinger et al. (2004) entnommen werden (wobei die unterschiedliche Zusammensetzung der Migrantenpopulation in der Schweiz und Österreich zu beachten ist). Erwartungsgemäß hatten Migrantenkinder, deren Großeltern im ursprünglichen Heimatland lebten, seltener persönliche Kontakte, während dies kaum für telefonische Kontakte galt. Beinahe zwei Drittel wünschten sich häufigere (vor allem persönliche) Kontakte. Diese kamen vorwiegend durch von der Familie gemeinsam organisierte Ferien- und Wochenendaufenthalte zustande (Höpflinger et al. 2004). Ausländische Großeltern wurden von ihren Enkelkindern generell nicht negativer beurteilt als inländische, auch ausgeprägte interkulturelle Konflikte schienen nur selten zu sein.

Summary

Das Zusammenwirken mehrerer Faktoren hat dazu geführt, dass junge Menschen immer häufiger und immer länger Großeltern und Urgroßeltern haben, ältere Menschen mit ihren Enkelkindern einen längeren Lebensabschnitt verbringen und vielfach ihre Urenkelkinder noch erleben. Damit sind familiäre Beziehungen zwischen Großeltern- und Enkelgeneration am Beginn des 21. Jahrhunderts für einen Großteil der Bevölkerung zur Normalität geworden.

Großeltern und Enkelkinder (im Kinder- und Jugendalter) treffen einander nicht nur häufig, sie engagieren sich auch füreinander und unterstützen sich. Im Vordergrund der großelterlichen Leistungen steht die Betreuung der (jüngeren) Enkelkinder, gefolgt von Mithilfe in deren elterlichem Haushalt und finanziellen Transfers.

Die hervorstechendsten Merkmale der Großeltern-Enkel-Beziehung heute sind gegenseitige Zuneigung, Liebe, Freundschaft und partnerschaftliche Kameradschaft. Die meisten Enkelkinder und Großeltern sehen im jeweils anderen eine wertvolle Bezugs- und Vertrauensperson. Das gemeinsame Gespräch ist über alle Phasen hindurch ein wichtiges Merkmal der Beziehungsgestaltung, bei jüngeren Kindern werden zudem emotional befriedigende Freizeitaktivitäten zu einem zentralen Charakteristikum. Zugleich besteht ein großer Freiraum der Beziehungsgestaltung, und ihre Konkretisierung zeigt sehr unterschiedliche Ausprägungen bezüglich Form, Intensität und Qualität.

Die Beziehung zwischen Großeltern und Enkelkindern hat im Verlauf der letzten Jahrzehnte an Bedeutung gewonnen. Dazu hat unter anderem die Zunahme der gleichzeitig lebenden Generationen bei einer Abnahme der absoluten Anzahl der Verwandten sowie die wachsende Instabilität der elterlichen Paarbeziehungen beigetragen. Der Beziehung kommt sowohl auf individueller als auch auf familialer und gesellschaftlicher Ebene Bedeutung zu. Für Kinder und Jugendliche sind Großeltern meist wichtige Bezugspersonen, die für sie Zeit haben, ihnen Liebe und Zuneigung geben und sie Spaß und Unterhaltung erfahren lassen. Für Großmütter sind Enkelkinder meist eine Quelle der Freude und des Stolzes sowie eine Bereicherung. Als „Reservearmee“ erfüllen Großeltern die Funktion eines zusätzlichen

GROSSELTERN UND ENKELKINDER

Sicherheitsnetzes, das dann wirksam wird, wenn die Eltern und öffentliche Institutionen dem Kind nicht das zur Verfügung stellen können, was es braucht. Sie können bedeutsames soziales Kapital für die kognitive und soziale Entwicklung darstellen und eine zentrale Unterstützungsressource in Krisensituationen, wie einer elterlichen Scheidung/Trennung, bilden. Als solche können sie wichtige Gesprächspartner und verlässliche Bezugspersonen für ihre Enkelkinder sein und durch finanzielle Unterstützung und die vermehrte Übernahme von Betreuungsaufgaben die mit der Scheidung verknüpften Anpassungsprobleme erleichtern. Enkelkinder können ein Verbindungsglied zwischen den erwachsenen Familiengenerationen sein und Mittler zwischen gesellschaftlichen Veränderungen und der älteren Generation. In der Großeltern-Enkel-Beziehung werden intergenerationelle Kontakte weitgehend positiv erlebt, was einer gesellschaftlichen Segregation der Generationen entgegenwirkt.

Literatur

- Aldous, Joan (1985): Parent-adult child relations as affected by the grandparent status; in: Bengtson, Vern N., Robertson, Joan F. (Eds.): Grandparenthood, Beverly Hills: Sage.
- Apostel, Barbara U. (1989): Großeltern als Sozialisationsfaktoren – Die Bedeutung der Großeltern aus biografischer Sicht, Dissertation Universität Bonn.
- Attias-Donfut, Claudine (2000): Familialer Austausch und soziale Sicherung; in: Kohli, Martin / Szydlik, Marc (Hg.): Generationen in Familie und Gesellschaft, Opladen: Leske + Budrich, 222–237.
- Attias-Donfut, Claudine / Sengalen, Martine (2002): The Construction of Grandparenthood; in: Current Sociology 50 (2), 281–294.
- Bertram, Hans (1994): Wertwandel und Werttradierung; in: Bien, Walter (Hg.): Eigeninteresse oder Solidarität? Beziehungen in modernen Mehrgenerationenfamilien, Opladen: Leske + Budrich, 113–135.
- Bertram, Hans / Kreher, Simone (1996): Lebensformen und Lebensläufe in diesem Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42, 18–30.
- Bray, James H. / Berger, Sandra H. (1990): Noncustodial father and paternal grandparent relationships in stepfamilies; in: Family Relations 39 (4), 414–419.
- Bridges, Laura J. / Roe, Amy E. C. / Dunn, Judy / O'Connor, Thomas D. (2007): Children's Perspectives On Their Relationships With Grandparents Following Parental Separation: A Longitudinal Study, in: Social Development 16 (3), 539–554.
- Buber, Isabella / Hank, Karsten (2007): Was leisten Großeltern heute? Betreuung von Enkelkindern in Europa unterschiedlich, in: Demografische Forschung Aus Erster Hand 4, 1–2.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2001): Alter und gesellschaft. Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: BMFSFJ.
- Büchner, Peter (2000): Kinder als Enkel. Ein vernachlässigter Aspekt der Kindheitsforschung; in: Thomas, Helga Z. / Weber, Norbert H. (Hg.): Kinder und Schule auf dem Weg. Bildungsreformpolitik für das 21. Jahrhundert, Weinheim und Basel: Beltz Verlag, 7–22.
- Cherlin, Andrew, J. / Furstenberg, Frank F. Jr. (1986): The New American Grandparent, A Place in the Family, A Life Apart, New York: Basic Books.
- Chvojka, Erhard (2003): Geschichte der Großelternrolle vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Wien: Böhlau.
- Crosnoe, Robert / Elder, Glen H. Jr. (2002): Life Course Transitions, the Generational Stake, and Grandparent-Grandchildren Relationships; in: Journal of Marriage and Family 64 (4), 1089–1096.
- Elder, Glen H. / Conger, Rand D. (2000): Children of the land: Adversity and success in rural America, Chicago: University of Chicago Press.
- Fabian, Thomas (1994): Großeltern als „Helfer“ in familiären Krisen; in: Neue Praxis Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 24 (5), 384–395.

- Findl, Peter (1993): Verwandtschaftsstruktur und Lebensform. Eltern und Großeltern. Ergebnisse des Mikrozensus Juni 1991; in: Statistische Nachrichten (Neue Folge) 48 (5), 330–336.
- Fthenakis, Wassilios E. (1998): Intergenerative Beziehungen nach Scheidung und Wiederheirat aus Sicht der Großeltern; in: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie 18 (2), 153–167.
- Gladstone, James W. (1988): Perceived changes in grandmother-grandchildren relations following a child's separation or divorce; in: Gerontologist 28 (1), 66–72.
- Goodfellow, Joy / Laverty, Judy (2003): Grandparent supporting working families. Satisfaction and choice in the provision of childcare; in: Family Matters 66 (spring / summer 2003), 14–19.
- Guzman, Lina (2004): Grandma And Grandpa Taking Care of the Kids: Patterns of Involvement. Child Trends Research Brief 2004–017, available at <http://www.childtrends.org> (20.03.2009).
- Hagestad, Gunhild O. (2006): Transfers between grandparents and grandchildren: The importance of taking a three-generation perspective; in: Zeitschrift für Familienforschung 18 (3), 315–332.
- Hank, Karsten / Buber, Isabella (2007): Grandparents Caring for their Grandchildren: Findings from the 2004 Survey of Health, Aging and Retirement in Europe, MEA Mannheim Research Institute for the Economic of Ageing, 127–2007.
- Herlyn, Ingrid / Lehmann Bianca (1998): Grossmutterchaft im Mehrgenerationenzusammenhang. Eine empirische Untersuchung aus der Perspektive von Grossmüttern; in: Zeitschrift für Familienforschung 10 (1), 27–45.
- Herlyn, Ingrid / Kistner, Angelika / Langer-Schulz, Heike / Lehmann, Bianca / Wächter, Juliane (1998): Großmutterchaft im weiblichen Lebenszusammenhang. Eine Untersuchung zu familialen Generationenbeziehungen aus der Perspektive von Großmüttern, Pfaffenweiler: Centaurus Verlagsgesellschaft.
- Hetherington, E. Mavis (2003): Social Support and the Adjustment of Children in Divorced and Remarried Families; in: Childhood 10 (2), 217–236.
- Höpflinger, Francois / Hummel, Cornelia / Hugentobler, Valerie (2006): Enkelkinder und ihre Großeltern Intergenerationelle Beziehungen im Wandel, Zürich: Seismo Verlag.
- Höpflinger, Francois / Perrig-Chiello, Pasqualina (2008): Die nachberufliche Lebensphase-Generationenbeziehungen in späteren Lebensjahren; in: Perrig-Chiello / Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (2008): Generationen – Strukturen und Beziehungen Generationenbericht Schweiz, Zürich: Seismo Verlag.
- Ikels, Charlotte (1998): Grandparenthood in Cross-Cultural Perspective; in: Szinovacz, Maximiliane E. (Ed): Handbook of Grandparenthood, Westport: Greenwood, 40–52.
- Krappmann, Lothar (1997): Brauchen junge Menschen alte Menschen? In: Krappmann, Lothar / Lepenies, Annette (Hg.): Alt und Jung. Spannung und Solidarität zwischen den Generationen, Frankfurt: Campus, 185–206.
- Krause, Christina, Klopp, Verena (2008): „Ich und meine Familie“ – Reflexionen von Scheidungskindern über ihre Familie; in: Zeitschrift für Familienforschung Journal of Family Research 20 (3), 247–270.
- Kytir, Josef / Schrittwieser, Karin (2003): Familienstrukturen und Familienbildung. Ergebnisse des Mikrozensus September 2001, Hrsg. Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien.
- Majce, Gerhard (2004): Generationenbeziehungen und Generationenverhältnisse; in: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.): Ältere Menschen – Neue Perspektiven Seniorenbericht 2000: Zur Lebenssituation älterer Menschen in Österreich, Wien, 106–163.
- Matthews, Sarah H. / Sprey, Jetse (1985): Adolescents' relationships with grandparents. An empirical contribution to conceptual clarification; in: Journal of Gerontology 40 (5), 621–626.
- Mueller, Margaret M. / Elder, Glen H. Jr. (2000): Großeltern im Leben von amerikanischen Kindern; in: Lange Andreas, Lauterbach Wolfgang (Hg.): Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Stuttgart: Lucius & Lucius, 241–261.
- Mueller, Margaret M. / Elder, Glen H. Jr. (2003): Family Contingencies Across The Generations: Grandparent-Grandchildren Relationships in Holistic Perspective; in: Journal of Marriage and Family 65 (2), 404–417.
- Neugarten, Bernice L. / Weinstein, Karol K. (1964): The changing American grandparent; in: Journal of Marriage and the Family 26 (2), 199–204.

GROSSELTERN UND ENKELKINDER

- Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF) (2008): Ältere Menschen Geben und Nehmen innerfamiliärer Hilfestellungen aus Sicht der 3. Generation und deren Altersbild in der Politik, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Wien.
- Poelt, Julia (1999): „... dass du spürst: das Kind mag mich“ Chancen und Probleme im Verhältnis von Großeltern und Enkelkindern; in: Hörander, Editha (Hg.): Nur eine Frage der Zeit. 16 Fallstudien zum Älter- und Altwerden. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Sonderband 1999, Graz, 309–342.
- Pryor, Jan, / Rodgers, Bryan (2001): *Children in Changing Families Life after Parental Separation*, Oxford: Blackwell Publishers.
- Robertson, Joan (1977): Grandmotherhood. A study of role conception; in: *Journal of Marriage and the Family*, 39 (1), 165–174.
- Rosenmayr, Leopold / Kolland, Franz / Elvin, Gundula (2002): *Älter werden in Wien*, Wien, Forschungsbericht.
- Ross, Nicola / Hill, Malcom / Sweeting, Helen / Cunningham-Burley, Sarah (2005): *Relationship between grandparents and teenage grandchildren*, Centre for research on families and relationship (CRFR), research briefing 23, Edinburgh: University of Edinburgh.
- Sanders, Gregory F. / Trygstad, Debra W. (1989): Stepgrandparents and grandparents. The view from young adults; in: *Family Relations* 38 (1), 71–75.
- Smith, Peter K. / Drew, Linda M. (2002): Grandparenthood; in: Bornstein, Marc (Ed.): *Handbook of Parenting*. Vol. 3: Being and Becoming a Parent, London: Lawrence Erlbaum, 141–172 (2nd ed.).
- Sommer-Himmel, Roswitha (2001): *Großeltern heute: betreuen, erziehen, verwöhnen. Eine qualitative Studie zum Betreuungsalltag mit Enkelkindern*, Bielefeld: Kleine Verlag.
- Sticker Elisabeth (1987): Beziehungen zwischen Großeltern und Enkeln; in: *Zeitschrift für Gerontologie* 20 (5), 269–274.
- Suter, Christian / Höpflinger, Francois (2008): *Kindheit und Jugend im Generationenverbund: Familie, Schule, Freizeit*; in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (2008): *Generationen-Strukturen und Beziehungen Generationenbericht Schweiz*, Zürich: Seismo Verlag, 94–134.
- Szinovacz, Maximiliane E. (Ed.) (1998): *Handbook of Grandparenthood*, Westport: Greenwood.
- Templeton, Robert / Bauerreiss, Renate (1994): *Kinderbetreuung zwischen den Generationen*; in: Bien, Walter (Hg.): *Eigeninteresse oder Solidarität? Beziehungen in modernen Mehrgenerationenfamilien*, Opladen: Leske + Budrich, 249–266.
- Uhlenberg, Peter (2000): *Why Study Age Integration?* in: *The Gerontologist*, 40 (3), 276–281.
- Uhlenberg, Peter / Kirby, James B. (1998): *Grandparenthood Over Time: Historical and Demographic Trends*; in: Szinovacz, Maximiliane E. (Ed.), *Handbook of Grandparenthood*, Westport: Greenwood, 23–39.
- Uhlendorff, Harald (2003): *Großeltern und Enkelkinder: Sozialwissenschaftliche Perspektiven und Forschungsergebnisse hinsichtlich einer selten untersuchten Beziehung*; in: *Psychologie in Erziehung und Unterricht*, 50 (2), 111–128.
- Wernhart, Georg / Kaindl, Markus / Schipfer, Rudolf Karl / Tazi-Preve, Mariam Irene (2008): *Drei Generationen – eine Familie Austauschbeziehungen zwischen den Generationen aus Sicht der Großeltern und das Altersbild in der Politik*, Wien: Studienverlag.
- Whitbeck, Les B. / Hoyt, Danny R. / Huck, Shirley M. (1993): *Family Relationship History, Contemporary Parent-Grandparent Relationship Quality, and the Grandparent-Grandchild-Relationship*; in: *Journal of Marriage and the Family* 55 (4), 1025–1036.
- Wieners, Tanja (2005): *Miteinander von Kindern und alten Menschen. Perspektiven für Familien und öffentliche Einrichtungen*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Wilk, Liselotte (1993): *Großeltern und Enkelkinder*; in: Lüscher, Kurt / Schultheis, Franz (Hg.): *Generationenbeziehungen in Postmodernen Gesellschaften*, Konstanz: Universitätsverlag, 203–214.
- Wilk, Liselotte (1999): *Großeltern-Enkel-Beziehungen*; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): *Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. 4. Österreichischer Familienbericht: Familie – Zwischen Anspruch und Alltag*, Wien, 253–262.
- Wilk, Liselotte / Beham, Martina / Gitter, Ingrid unter Mitarbeit von Traxler, Anita und Muhr-Arnold, Satu (1993): *Familie als kindliche Lebenswelt*; in: Wilk, Liselotte / Bacher, Johann (Hg.): *Kindsein in Österreich, Ergebnisbericht*, 7–159, Linz.

- Wilk, Liselotte / Bacher, Johann (1994): Kindliche Lebenswelten Eine sozialwissenschaftliche Annäherung, Opladen: Leske + Budrich.
- Wurm, Elke (1998): Realbild und Idealbild des Großvaters. Eine empirische explorative Studie über das Bild 15-jähriger Enkelkinder und ihrer Großväter, Diplomarbeit Universität Wien.
- Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben, Frankfurt-New York: Campus.
- Zinnecker, Jürgen / Behnken, Imbke / Maschke, Sabine / Stecher, Ludwig (2003): null zoff & voll busy. Die erste Jugendgeneration des neuen Jahrhunderts. Ein Selbstbild, Opladen: Leske + Budrich.

10

Geschwisterbeziehungen heute

Martina Beham

Inhalt

1 Geschwisterbeziehungen heute	427
1.1 Einleitung	427
1.2 Bedeutung von Geschwistern im Lebensverlauf	428
1.3 Mythos Einzelkind	430
1.4 Bedeutung von Geschwistern im Falle von Trennung und Scheidung	433
1.5 Beziehungen zu einem behinderten Geschwister	435
1.6 Geschwisterbeziehungen in Migrantenfamilien	436
Summary	437
Literatur	438

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Persönliche Treffen mit außer Haus lebenden Geschwistern (Voll- und Halbgeschwister) nach Geschlecht in %	428
Tabelle 2: Telefonische Kontakthäufigkeit (einschließlich E-Mail) mit außer Haus lebenden Geschwistern (Voll- und Halbgeschwister) nach Geschlecht in % (ausgehend von den telefonischen Kontakten)	429
Tabelle 3: Kinder in Familien nach Gemeindetyp und Anzahl der Geschwister im Haushalt (in %)	431
Abbildung 1: Familien mit Kindern unter 15 Jahren	430
Abbildung 2: Kinder unter 15 Jahren nach Anzahl der Geschwister im Haushalt	431

1 Geschwisterbeziehungen heute

1.1 Einleitung

Die Beziehungen zwischen Geschwistern gehören zu den intensivsten und zeitlich ausgedehntesten sozialen Beziehungen im Leben. Geschwisterbeziehungen sind auf vielfältige Weise gesellschaftlich definiert. Wenngleich es in unserem Kulturkreis keine kodifizierten Regeln gibt, die auf die Gestaltung der Beziehung Einfluss nehmen, existieren ungeschriebene normative Verpflichtungserwartungen zwischen Geschwistern (Nave-Herz/Feldhaus 2005, Onnen-Isemann 2005, Wilk 1999). Aber auch gesellschaftliche Entwicklungen wie rückläufige Geburtenzahlen, längere Lebenserwartung, Scheidungen, verstärkte berufliche Mobilität sowie Migrationsbewegungen bringen neue Herausforderungen für die Gestaltung der Geschwisterbeziehungen.

Seit jeher beschäftigte sich die Geschwisterforschung mit dem Einfluss des Geburtenrangplatzes auf die Persönlichkeitsentwicklung (Adler 1928, Toman 1971, zusammenschauend Nave-Herz/Feldhaus 2005, Onnen-Isemann 2005, Papastefanou 2002, Teubner 2005). Bereits seit Beginn der 1980er-Jahre geriet die Birth-Order-Forschung aber zunehmend in Kritik, und der Ruf nach komplexeren Studiendesigns, welche die Beziehungsdynamik des gesamten Familiensystems berücksichtigen, wurde laut. Neben Effekten des Rangplatzes, Geschlechts, Altersabstands sind in den 1990er-Jahren zunehmend auch Interaktionsprozesse wie unterschiedliches elterliches Verhalten zum Gegenstand der Forschung gemacht worden. Mit Blick darauf, dass Eltern mit ihren Kindern verschieden kommunizieren und dass es zwischen Kindern einer Familie Unterschiede in der aktiven Aneignung scheinbar gleicher Umweltgegebenheiten gibt, wurde und wird auf die Bedeutung der nicht geteilten Umwelt verwiesen (Gloger-Tippelt 2007, Kreppner 2005, Petzold 1988). Wie familiäre und soziale Systemkontexte die Beziehungen zwischen Geschwistern beeinflussen, ist hingegen bis heute kaum differenziert erforscht worden. Auch fehlen weitgehend Studien, die sich in längsschnittlichen Designs den Beziehungen zwischen Geschwistern widmen (kritisch Kaiser 2005, Kasten 2006, Onnen-Isemann 2005).

Im medialen Interesse galt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen das Interesse in jüngster Zeit verstärkt Einzelkindern. Die medial in den Vordergrund gerückten Mythen, welche die Ausbildung von typischen Einzelkindeigenschaften wie unsozial, elternfixiert, introvertiert unterstellen, spiegeln sich in aktuellen Forschungs- und sozialwissenschaftlichen Überblicksarbeiten nicht in der Eindeutigkeit wider (Kasten 2006, Teubner 2005). Wie Einzelkinder verschiedener Altersstufen ihre Geschwisterlosigkeit erleben, darüber gibt es zudem bis heute kaum zuverlässige und verallgemeinerbare Daten.

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, auf Basis demografisch-statistischer Befunde sowie empirischer Studien einen Einblick in die Geschwisterbeziehung zu geben und Diskrepanzen zwischen dem öffentlichen Diskurs und wissenschaftlichen Befunden aufzuzeigen. Aufgrund vorhandener Forschungsdefizite in Österreich werden auch Studien aus dem deutsch- und teilweise englischsprachigen Raum einbezogen, wobei diese nicht vollständig auf Österreich übertragen werden können.

1.2 Bedeutung von Geschwistern im Lebensverlauf

Geschwisterbeziehungen verändern und entwickeln sich während des gesamten Lebens. Fragen von Nähe und Distanz, Koalition und Kooperation sind immer wieder neu auszuhandeln und spielen bis ins hohe Alter eine mehr oder weniger große Rolle. Dies ist selbst dann der Fall, wenn Geschwister keinen Kontakt miteinander haben und im Erwachsenenalter mehr Möglichkeiten bestehen, einander bei Spannungen aus dem Weg zu gehen (Bugelnig 2008, Kasten 2004). Durch eine Pflegesituation der Eltern und damit verbundene Verantwortungszuschreibungen können zum Beispiel unter Geschwistern im späteren Erwachsenenalter erneut Konflikte ausgelöst werden.

Hinsichtlich der Kontaktintensität zeigt sich über die Lebensspanne betrachtet vielfach ein U-förmiger Verlauf (Aviolo 1989, Gloger-Tippelt 2007, Goetting 1986, Kasten 1993a, b, 1998, 2004, Klosinski 2000, Papastefanou 2002, Radlmüller 2007, Wilk 1999¹). In der Zeit, in der Geschwister miteinander aufwachsen, zeichnet sich die Beziehung oft durch ein Höchstmaß an Intimität aus (Brody 2004, Kasten 1994, 2004, Liegle 2000, Teubner 2005). In der frühen und mittleren Kindheit zählen Geschwister vielfach zu den wichtigsten Interaktionspartner/-innen im Alltag (Aken et al. 1996, Teubner 2005), die einander helfen, aber auch Konflikte miteinander austragen, sich gegenseitig ärgern, aber auch Geheimnisse teilen und um die Gunst der Eltern konkurrieren. Geschwister wirken – bewusst oder unbewusst – aufeinander ein und beeinflussen sich damit gegenseitig (Liegle 2000). In der Phase der eigenen Familiengründung und/oder beruflich bedingten räumlichen Trennung sinkt die Bedeutung von Geschwistern im Vergleich zu Partner/-innen und Freunden/Freundinnen, und der Kontakt dünnt sich häufig aus (Bedford 1993, Gloger-Tippelt 2007, Kaiser 2000, 2005, Schmidt 2003, Teubner 2005, Voorpostel/Blieszner 2008, White 2001, Wilk 1999).

Wie die Ergebnisse des Mikrozensus-Sonderprogramms 2001 zeigen (Kytir/Wiedenhofer-Galik 2003), haben von den Personen mit ausschließlich außerhalb lebenden Geschwistern 13 % der 30- bis 44-jährigen Frauen und etwas mehr als 11 % der gleichaltrigen Männer (nahezu) täglich persönliche Kontakte.

Tabelle 1: Persönliche Treffen mit außer Haus lebenden Geschwistern (Voll- und Halbgeschwister) nach Geschlecht in %

Alter	(nahezu) täglich		mind. wöchentlich		mind. monatlich		jährlich od. seltener	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
30-44	11,6	13,2	36,9	39,0	29,7	27,7	21,8	20,1
45-59	8,4	9,3	29,0	32,6	29,3	27,9	33,3	30,2
60-74	7,3	10,0	27,5	29,5	30,2	28,3	35,0	32,2
75 +	8,2	12,6	25,2	25,5	26,3	23,8	40,3	38,1

Quelle: Mikrozensus-Sonderprogramm 2001 (Kytir-Wiedenhofer/Galik 2003: 175 f.)

¹ Für einen Überblick der sich verändernden Entwicklungsaufgaben für Geschwister im Lebensverlauf siehe u. a. die Überblicksarbeiten von Goetting 1986, Gloger-Tippelt 2007, Wilk 1999.

Wie bereits im Familienbericht 1999 dargestellt wurde, nimmt im mittleren Erwachsenenalter, in dem andere familiäre Beziehungen und berufliche Herausforderungen in den Mittelpunkt rücken, die Kontakthäufigkeit zwischen den Geschwistern ab. Während 48,5 % der 30- bis 44-jährigen Männer und 52 % der Frauen in diesem Alter mindestens wöchentlich persönlichen Kontakt mit einem Geschwister haben, sind es bei den 45- bis 59-Jährigen rund 37 % (Männer) bzw. 42 % (Frauen) (Kytir-Wiedenhofer/Galik 2003). Diese Kontakthäufigkeiten haben sich im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt nicht wesentlich verändert (siehe dazu auch die Ergebnisse des Mikrozensus 1991 in Wilk 1999: 224 ff.).

Dank der Zugänglichkeit und Verbreitung von Kommunikationsmedien verändert sich die Häufigkeit telefonischer Kontakte aber deutlich weniger (siehe Tabelle 2), und Kontakte können auch bei räumlicher Distanz gepflegt werden. Durchschnittlich telefonieren von den über 45-Jährigen 43 % der Männer und etwa jede zweite Frau mindestens einmal pro Woche mit einem außer Haus lebenden Geschwister.

Tabelle 2: Telefonische Kontakthäufigkeit (einschließlich E-Mail) mit außer Haus lebenden Geschwistern (Voll- und Halbgeschwister) nach Geschlecht in % (ausgehend von den telefonischen Kontakten)

Alter	(nahezu) täglich		mind. wöchentlich		mind. monatlich		jährlich od. seltener	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
30-44	11,6	13,2	36,9	39,0	29,7	27,7	21,8	20,1
45-59	8,4	9,3	29,0	32,6	29,3	27,9	33,3	30,2
60-74	7,3	10,0	27,5	29,5	30,2	28,3	35,0	32,2
75 +	8,2	12,6	25,2	25,5	26,3	23,8	40,3	38,1

Quelle: Mikrozensus-Sonderprogramm 2001 (Kytir-Wiedenhofer/Galik 2003: 175 f.)

Insgesamt kann aus der geringeren persönlichen Kontakthäufigkeit ab dem mittleren Erwachsenenalter nicht unmittelbar auf eine veränderte Bedeutung geschlossen werden. Obwohl repräsentative Forschungen, die sich mit Geschwisterbeziehungen im Erwachsenenalter und im Alter beschäftigen, für Österreich fehlen, sprechen internationale Befunde aus dem angloamerikanischen Raum (McGlone et al. 1999, White 2001), den Niederlanden (Poortmann/Voorpostel 2009, Voorpostel/Lippe 2007, Voorpostel et al. 2007) oder Deutschland (Kaiser 2005, Onnen-Isemann 2005) gerade im Falle der Beziehung zwischen Schwestern vielfach für innere Verbundenheit trotz (vergleichsweise) geringen Kontakts. Auch im späteren Leben bleiben Schwestern einander oft (stärker) verbunden, besonders wenn sie sich räumlich und sozial nahe sind (Kaiser 2005, Millmann 2004, Neale 2004, Onnen-Isemann/Rösch 2005, 2006, Weaver et al. 2003). Gerade für kinderlose und unverheiratete Personen haben Geschwister im Alter häufig eine besondere Bedeutung (Bugelnig 2008, Onnen-Isemann 2005, Riggio 2006, Voorpostel/Blieszner 2008) und werden vielfach als potenzielle Unterstützungsgeber/-innen im sozialen Netzwerk erlebt. Je mehr Kontakt zwischen Geschwistern auch im Erwachsenenalter besteht, umso mehr sind diese füreinander vor allem eine emotionale Unterstützungsressource. Im Besonderen gilt dies für die Beziehung zwischen Schwestern.

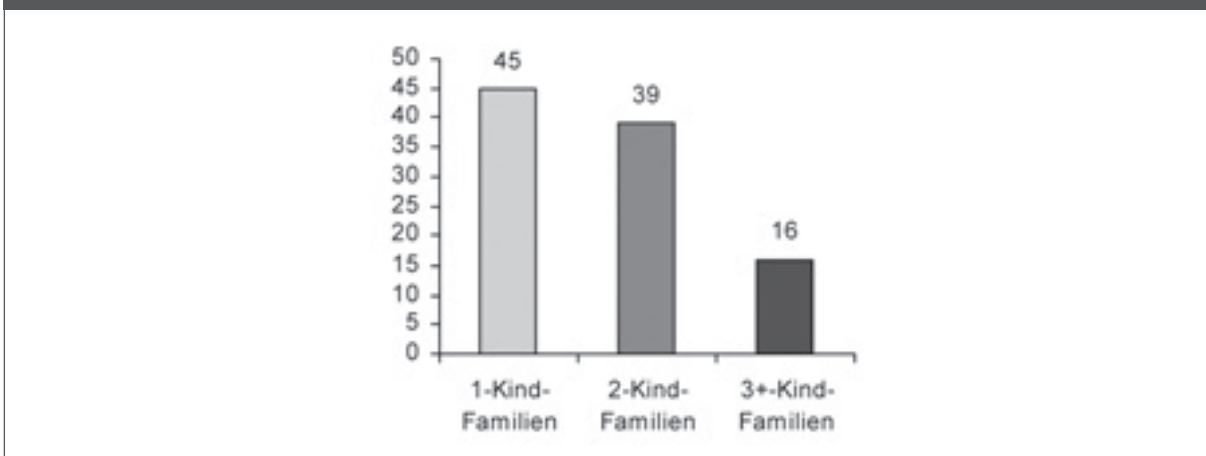
GESCHWISTERBEZIEHUNGEN HEUTE

Die Analysen von Voorpostel/Blieszner (2008) anhand der Netherland Kinship Panel Study zeigen zudem, dass die Beziehungen zwischen Geschwistern im Erwachsenenalter vor allem dann besonders intensiv sind und sich Geschwister emotional und instrumentell unterstützen, wenn die Beziehung zu den Eltern eher lose ist. Eltern üben indirekt nicht nur in der Kindheit Einfluss auf die Geschwisterbeziehung aus, indem sie etwa unbewusst die Rollen der Kinder definieren und indirekt die Muster für die Beziehung zwischen den Geschwistern mit beeinflussen (Bank/Kahn 1994, McHale et al. 2000), sondern auch in den späteren Lebensphasen durch die Ausgestaltung der Beziehung zu den (einzelnen) Kindern.

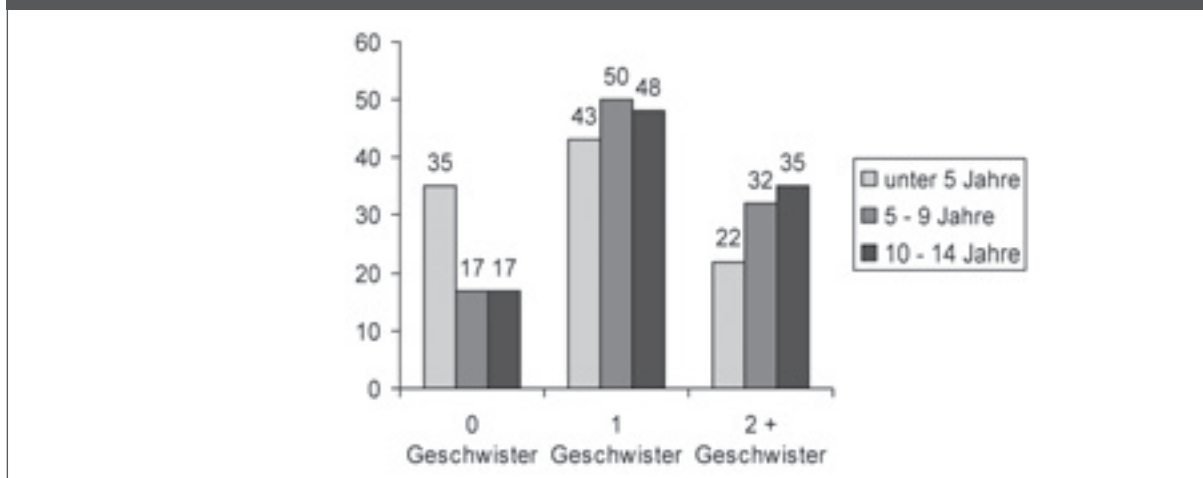
1.3 Mythos Einzelkind

Im öffentlichen, aber auch im (populär-)wissenschaftlichen Diskurs konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf Geschwisterbeziehungen in der Kindheit. Im vergangenen Jahrzehnt standen angesichts niedriger Geburtenzahlen vermehrt Einzelkinder im Zentrum. Der Anteil an Einzelkindern wird dabei häufig überschätzt. Dies u. a. deshalb, weil der Anteil an Ein-Kind-Familien gleichgesetzt wird mit jenem an Einzelkindern (kritisch Burkart 2008, Lutz 1997). Obwohl heute 45 % aller Familien mit Kindern unter 15 Jahren Ein-Kind-Familien sind, wachsen nur 35 % der unter Fünfjährigen und 17 % der Kinder im Grundschulalter ohne Geschwister auf (siehe Abbildung 1 und 2, Statistik Austria 2008b, 2009).

Abbildung 1: Familien mit Kindern unter 15 Jahren



Quelle: Haushalts- und Familienstatistik 2008, Statistik Austria 2009: 62.

Abbildung 2: Kinder unter 15 Jahren nach Anzahl der Geschwister im Haushalt

Quelle: Haushalts- und Familienstatistik 2008, Statistik Austria 2009: 73.

In Landgemeinden ist der Anteil der Einzelkinder etwas niedriger als in Wien (Kytir/Wiedenhofer-Galik 2003, Statistik Austria 2009): Bezogen auf Kinder aller Altersstufen wachsen in Landgemeinden und kleinen Gemeinden bis 20 000 Einwohner/-innen 29 % ohne Geschwister auf, in Wien liegt ihr Anteil bei 32 % (siehe Tabelle 3):

Tabelle 3: Kinder in Familien nach Gemeindetyp und Anzahl der Geschwister im Haushalt (in %)

Gemeindegröße	0 Geschwister	1 Geschwister	2 Geschwister	3+ Geschwister
bis 20 000 EW	28,9	44,1	19,8	7,2
20 001 - 500 000 EW	32,4	42,1	17,9	7,6
Wien	32,2	41,9	16,6	9,3

Quelle: Haushalts- und Familienstatistik 2008, Statistik Austria 2009: 73

Im Mikrozensus-Sonderprogramm 2001 (Kytir/Wiedenhofer 2003) wird unterschieden zwischen Voll- und Halbgeschwistern und zwischen dem Vorhandensein von Geschwistern bzw. dem Zusammenleben mit ihnen. Dabei zeigt sich: Die durchschnittliche Anzahl der Geschwister beträgt bei unter 15-jährigen Kindern und Jugendlichen in Österreich 1,4. 16 % der Kinder im Alter bis 14 Jahre haben keine Geschwister, 45 % haben einen Bruder oder eine Schwester, 23 % zwei Geschwister, 15 % haben drei und mehr (Kytir/Wiedenhofer-Galik 2003: 159). Betrachtet man ausschließlich Geschwister mit zwei identen leiblichen Elternteilen („Vollgeschwister“), so beträgt die durchschnittliche Geschwisterzahl bei den unter 14-Jährigen 1,3, und 20 % der Kinder haben keine Geschwister.

Zu beachten ist bei den Zahlen nach Kytir/Wiedenhofer-Galik (2003) allerdings, dass durch Trennungen und Scheidungen nicht alle Kinder und Jugendlichen im Alltag mit ihren Geschwistern in der Kindheit dauerhaft zusammenleben.

Nicht nur was die quantitative Verbreitung betrifft, sondern auch hinsichtlich globaler Aussagen zur Persönlichkeitsentwicklung wurden im vergangenen Jahrzehnt viele der medial thematisierten Unterschiede zwischen Einzel- und Geschwisterkindern seitens der sozial-

GESCHWISTERBEZIEHUNGEN HEUTE

wissenschaftlichen Forschung relativiert (Kasten 1995, 2006, Teubner 2005, Taveres et al. 2004). Die Ergebnisse der ersten Welle des Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts (DJI), die sich auf die Angaben acht- bis neunjähriger Kinder beziehen (Teubner 2005), zeigen z. B. keine Unterschiede in der Qualität der Beziehung zu den Eltern oder im Familienklima. Die überwiegende Mehrheit der Kinder fühlt sich in der eigenen Familie wohl. Ob Kinder mit Geschwistern aufwachsen oder nicht, hat dabei keinen Einfluss. Obwohl sich in der Gesamtbewertung des Familienklimas keine Unterschiede zeigen, nehmen Einzelkinder allerdings seltener innerfamiliäre Konflikte wahr; ein Grund dafür dürfte sein, dass sich Einzelkinder nicht mit Geschwistern auseinandersetzen müssen bzw. können oder um die Aufmerksamkeit der Eltern rivalisieren müssen.

Im Gegensatz zu den Befunden der Early Childhood Longitudinal Study (Downey/Condrón 2004) oder Kitzmann et al. (2002) weisen die deutschen Befunde des DJI-Kinderpanels auch nicht darauf hin, dass Geschwisterkinder generell sozial kompetenter wären oder beliebter bei Mitschüler/-innen. Einzel- und Geschwisterkinder nennen etwa gleich viele Freunde/Freundinnen, mit denen sie sich treffen. Unterschiede zeigten sich allerdings bei geringem Altersabstand zwischen den Geschwistern. Jene Kinder, die nur geringfügig jünger oder älter als ein Bruder oder eine Schwester sind, erleben sich als sehr beliebt. Eine mögliche Erklärung hierfür dürfte sein, dass vor allem Kinder mit altersnahen Geschwistern Verhaltensweisen erlernen, die altersadäquat sind. Die medial transportierten Bilder, dass Einzelkinder generell kontaktärmer wären, zeigen sich in den Selbsteinschätzungen der Kinder aber nicht.

Wie Kinder ihre Situation als Einzel- bzw. Geschwisterkind erleben, wurde im DJI-Kindersurvey nicht abgefragt. (Populär-)Wissenschaftliche Arbeiten, die sich dieser Frage widmeten, kommen – je nach konkreter Frageformulierung – zu unterschiedlichen Ergebnissen. Wird allgemein nach Vor- und Nachteilen eines Lebens mit bzw. ohne Geschwister(n) gefragt, werden häufig Vorurteile reproduziert. Differenzierter fallen die Antworten aus, wenn nach den Erfahrungen in der eigenen Familie gefragt wird. Die Ergebnisse der qualitativen Studie von Roberts/Blanton-White (2001)² mit jungen Erwachsenen, die als Einzelkinder aufwuchsen, zeigen, dass erwachsene Einzelkinder ihre Situation durchaus differenziert darstellen und alle Befragten von sich aus sowohl auf Vorteile wie das Privileg ungeteilter elterlicher Zuwendung als auch auf Nachteile wie das Fehlen von Geschwistern als vertrauten Alltagsgefährten/-gefährtinnen, eine geringere Souveränität im Umgang mit Gleichaltrigen oder Zukunftssorgen bezüglich der Pflege der Eltern im Alter zu sprechen kommen.

Hartmut Kasten (1995: 81 ff., 1998: 44 sowie 2006) zieht auf Basis von Metaanalysen insgesamt den Schluss, dass die empirische Geschwisterforschung bislang keine gravierenden Unterschiede im sozial-kognitiven Bereich aufzeigen konnte, die sich langfristig und überdauernd auf die Persönlichkeitsstruktur auswirken. Dies bedeutet allerdings nicht, dass das Aufwachsen ohne Geschwister nicht prägend sein kann. Neuere Befunde bzw. vorliegende Metaanalysen sprechen aber dafür, dass Einzelkinder in der Regel besondere Eigenarten nur dann ausbilden, wenn sie unter bestimmten Lebensumständen aufwachsen, hinsichtlich derer sie sich von Geschwisterkindern unterscheiden. Manche der festge-

² Die beiden Autorinnen führten mit 20 Probanden/Probandinnen im Alter von 20 bis 29 Jahren thematisch nicht weiter eingegrenzte Intensivinterviews über Besonderheiten ihres Lebens ohne Geschwister.

stellten Unterschiede zwischen Einzel- und Geschwisterkindern sind eher in den unterschiedlichen Lebensumständen begründet als in der Tatsache, keine Geschwister zu haben. Verglichen mit Geschwisterkindern wachsen Einzelkinder nämlich häufiger bei alleinerziehenden Eltern auf bzw. bei Eltern, die unverheiratet zusammenleben (Kasten 1995, 2004, 2006, Teubner 2005). Auch sind Mütter von Einzelkindern zu einem höheren Anteil (voll) erwerbstätig. Familien mit einem Kind sind zudem mobiler, d. h. vergleichsweise schneller bereit, beruflich bedingten Umzug in Kauf zu nehmen, weshalb sich Einzelkinder im Vergleich zu Geschwisterkindern häufiger auf unterschiedliche Bezugspersonen und neue sozial-zwischenmenschliche Situationen einstellen. Gleichzeitig sind Einzelkinder vergleichsweise seltener armutsgefährdet als Kinder aus Mehrkeindfamilien. Während 8 % der Einzelkinder in Österreich als armutsgefährdet gelten, trifft dies auf 17 % der Kinder mit drei und mehr Geschwistern zu (Statistik Austria 2008a: 46).

Sowohl in der Gruppe der Einzelkinder als auch in jener der Geschwisterkinder lassen sich Teil- und Untergruppen nachweisen, die sich zum Teil deutlicher unterscheiden als Einzelkinder von Geschwisterkindern (Kasten 2006, Marleau et al. 2004). Den Lebensumständen wie dem materiell-ökologischen Umfeld einer Familie, der sozialen Herkunft, der Qualität der Beziehung kommt dabei vielfach eine bedeutendere Rolle für die Persönlichkeitsentwicklung zu als dem Aufwachsen ohne Geschwister.

1.4 Bedeutung von Geschwistern im Falle von Trennung und Scheidung

Im Widerspruch zur Bedeutung, die Geschwister füreinander als wichtige Bezugspersonen darstellen, und zwar nicht nur im Alltag, sondern insbesondere auch in schwierigen Lebenssituationen und Krisenzeiten (Campbell et al. 1999, Eriksen/Gerstel 2002, Frank 2007, Geser 2001), wurde der Geschwisterbeziehung in der Scheidungsforschung im deutschsprachigen Raum vergleichsweise wenig Augenmerk geschenkt. Diese Vernachlässigung verwundert angesichts der Bedeutung, die der Geschwisterbeziehung bei der Bewältigung der Scheidung zukommen oder die dieser für die weitere Gestaltung der Geschwisterbeziehung innewohnen kann (Karle et al. 2000, Poortman/Voorpostel 2009, Voorpostel et al. 2007).

Forschungen, die sich des Themas annehmen, stützen sich auf konkurrierende Annahmen. Mit Bezug auf die Kompensationshypothese wird angenommen, dass die elterliche Scheidung zu einer Intensivierung der Geschwisterbeziehung führt (Bush/Ehrenberg 2003, Kier/Lewis 1998, Masche 1999, Schmidt-Denter/Beelmann 1995, Wallerstein et al. 2000). Die Kongruenzhypothese hingegen postuliert, dass die Qualität der Geschwisterbeziehung bei einer Scheidung der Qualität der Eltern-Kind-Beziehung und der Beziehung zwischen den Eltern ähnlich ist und Geschwisterbeziehungen in Scheidungsfamilien problematischer sind als in Kernfamilien (Hetherington 1999, 2003, Milevsky 2004, Panish/Stricker 2001, Riggio 2001, Sheehan et al. 2004). Beide Hypothesen konnten in empirischen Studien untermauert werden. Für Österreich sprechen sowohl die Ergebnisse von Geser (2001)³

³ In die Untersuchung wurden Personen aufgenommen, die mindestens ein und maximal drei leibliche Geschwister haben, die nicht jünger als 17 Jahre und nicht älter als 40 Jahre waren. Voraussetzung für die Teilnahme war zudem, dass die Probanden/Probandinnen nicht mit Stiefgeschwistern zusammenleben. Teilgenommen haben 104 Personen mit geschiedenen Eltern und 121 Personen aus Familien mit nichtgeschiedenen Eltern.

GESCHWISTERBEZIEHUNGEN HEUTE

als auch jene von Zartler et al. (2004)⁴ eher für die Kompensationshypothese. In der qualitativen Studie von Zartler et al. (2004) kommt aus Sicht der befragten neun- bis 14-jährigen Kinder den Geschwistern bei der Bewältigung der elterlichen Scheidung, aber auch der Gestaltung des Lebens in der Nachscheidungsfamilie große Bedeutung als wichtige soziale Ressource zu. Einige Kinder schildern aber auch eine ambivalente Geschwisterbeziehung. Sie sehen ihre Geschwister einerseits als Ressource, andererseits aber auch als Belastung und berichten von häufigen Konflikten und Streitigkeiten. Ganz wenige Kinder, die alle gegengeschlechtliche Geschwister haben, sehen laut den Ergebnissen dieser Studie in ihrem Geschwister vorwiegend einen Störfaktor oder eine/n Konkurrenten/Konkurrentin, insbesondere um die Zuwendung der Mutter (Zartler/Wilk 2004). Die Befunde von Geser (2001) zeigen, dass in Scheidungsfamilien die Geschwisterbeziehungen in stärkerem Ausmaß mit der Beziehung zu den Eltern zusammenhängen als in vergleichbaren Familien, bei denen es keine Scheidung gab. Die Bindung zwischen den Geschwistern und die Beziehungsqualität sind demnach umso besser, je besser die Kommunikation zwischen der Mutter und dem jungen Erwachsenen ist. Ein Vergleich der Geschwisterdyaden unterschiedlicher Geschlechtszusammensetzung legt zudem eine differenzierte Betrachtung nahe, denn die Bruder-Bruder-Dyade und die Bruder-Schwester-Dyade unterscheiden sich, wie die Analysen von Geser (2001) zeigen, durch eine signifikant höhere Beziehungsqualität und mehr emotionale und instrumentelle Unterstützung von vergleichbaren Geschwisterpaaren aus nicht geschiedenen Familien.

Vorliegende Befunde vorwiegend aus dem amerikanischen Raum zur Beziehung zwischen Halb- und Stiefgeschwistern lassen erkennen, dass deren Gestaltung neben dem Altersabstand der Geschwister von der Dauer der Nachscheidungsfamilie und dem Alter des ältesten Kindes bei der Geburt des Halbgeschwisters abhängt (Ganong/Coleman 1987, 1994, Hetherington 2003, Hetherington/Kelly 2002, Karle et al. 2000, Pryor/Rodgers 2001). Probleme entstehen vor allem dann, wenn zum Zeitpunkt der Geburt des Halbgeschwisters die Nachscheidungsfamilie noch nicht gefestigt ist und sich die älteren Geschwister zurückgesetzt und benachteiligt fühlen. Größere Altersabstände bringen ebenso wie bei leiblichen Geschwistern weniger Konflikte mit sich, andererseits wird die emotionale Bindung weniger nah und intensiv erlebt. Uneinheitlich sind die Befunde, inwieweit die Beziehungen zwischen Stiefgeschwistern weniger eng und konfliktreicher sind als jene zwischen leiblichen Geschwistern. In der qualitativen Studie von Zartler et al. (2004) beschreiben fast alle der befragten Kinder, die Halbgeschwister haben, die Beziehung vorwiegend positiv, wenngleich sie auch die Erfahrung gemacht haben, dass für sie selbst Einschränkungen der elterlichen Zeit damit verbunden waren. Ebenso war es jenen Kindern, die mit Stiefgeschwistern aufwuchsen, nach anfänglichen Schwierigkeiten und teilweiser Ablehnung gelungen, einander zu akzeptieren und auch Sympathie entgegenzubringen (Zartler/Wilk 2004).

⁴ Im Rahmen der Studie wurden qualitative Interviews in zwölf Familien (insgesamt 40 Interviews: zwölf mit Frauen, zwölf mit Männern und 16 mit Kindern) durchgeführt, die eine Trennung oder Scheidung erlebt hatten. Zum Zeitpunkt des Interviews waren die Kinder zwischen neun und 14 Jahren alt.

1.5 Beziehungen zu einem behinderten Geschwister

Eine besondere Situation und spezifische Herausforderung entsteht nicht nur für die Eltern, sondern auch für die Geschwister, wenn ein Kind behindert oder chronisch krank ist. In zahlreichen Arbeiten wurden und werden Entwicklungsrisiken der nicht behinderten Geschwister thematisiert (Achilles 2005, 2007, Gath 1992, Naylor/Prescott 2004). In Erweiterung zur Risikoforschung werden seit den 1990er-Jahren, interaktionistischen Ansätzen folgend, zunehmend aber auch Einstellungs- und Verhaltensaspekte der Geschwister untersucht, die Aufschlüsse darüber geben, in welcher Weise die Behinderung eines Kindes die Beziehungs- und Interaktionsmuster zwischen den Geschwistern prägt (Grünzinger 2005, Habenthür 2005, Lobato et al. 1989, Stoneman/Brody 1993). Im Mittelpunkt steht dabei nicht mehr (nur) die Frage nach einer möglichen Entwicklungsgefährdung von Geschwistern behinderter Kinder. Das Interesse gilt vielmehr Aspekten wie der Rollen- und Aufgabenteilung oder dem Spielverhalten, die Aufschlüsse über die Besonderheiten der Beziehung zwischen behinderten und nicht behinderten Geschwistern geben. Dabei zeigt sich: Benachteiligungen für nicht behinderte Geschwister sind überschätzt worden (Grünzinger 2005, Habenthür 2005, siehe auch die Metaanalysen von Tröster 2000). Dies u. a. deshalb, weil nicht hinreichend zwischen behinderungsspezifischen und unspezifischen Anforderungen und Belastungen differenziert, das Ausmaß der Funktionsbeeinträchtigung kaum berücksichtigt wurde und es sich fast ausschließlich um Querschnittstudien handelt.

Zusammenschauenden Literaturüberblicken zufolge (Tröster 2000, Rossiter/Sharpe 2001, Papastefanou 2002) verbringen behinderte und nicht behinderte Geschwister ähnlich viel Zeit miteinander. Zu Einschränkungen kommt es nur dann, wenn das behinderte Kind in seinen sozial-kognitiven Kompetenzen sehr stark beeinträchtigt ist. Die affektive Beziehungsqualität scheint ebenfalls nicht unter den besonderen Anforderungen zu leiden. Nicht behinderte Kinder verhalten sich ihren behinderten Geschwistern gegenüber vielfach fürsorglich und zeigen Verständnis und Toleranz etwa in Bezug auf die elterliche zeitliche Zuwendung. Den meisten Eltern gelingt es, den Bedürfnissen ihres behinderten Kindes gerecht zu werden, ohne die Bedürfnisse ihrer nicht behinderten Kinder aus den Augen zu verlieren. Die größere Zuwendung der Eltern zu dem behinderten Kind wird von den Geschwistern im Allgemeinen akzeptiert und führt offenbar nicht – wie vielfach befürchtet – zu einer verstärkten Rivalität und zu vermehrten Konflikten zwischen den Geschwistern. Mit Blick auf die den Kindern zugeschriebenen Betreuungsaufgaben und Pflichten im Haushalt zeigt sich, dass vor allem Mädchen und ältere nicht behinderte Geschwister stärker in die Betreuung des behinderten Geschwisters eingebunden sind. Andererseits werden ihnen weniger Pflichten im Haushalt als Geschwistern der Kontrollgruppen zugeschrieben (McHale/Harris 1992, Papastefanou 2002, Stoneman et al. 1991, zusammenschauend Tröster 2000). Je mehr Geschwister in die Betreuung und Versorgung ihres behinderten Geschwisters miteinbezogen werden, desto häufiger nehmen sie beim gemeinsamen Spiel die Rolle eines Helfers/einer Helferin und desto seltener die Rolle eines/einer gleichberechtigten Spielgefährten/-gefährtin ein. Offenbar beeinflusst eine von den Eltern ausgehende Aufgabenverteilung die Rollenbeziehung zwischen den Geschwistern. Welche Bedeutung Moderatoren wie dem Schweregrad der Funktionsbeeinträchtigungen oder dem

sozial-ökologischen Kontext der Familie, etwa dem Grad der schulischen oder beruflichen Integration des behinderten Geschwisterkindes oder dem Ausmaß der sozialen Integration der Familie zukommt, wurde bislang kaum erforscht.

1.6 Geschwisterbeziehungen in Migrantenfamilien

Kulturimmanente Normen und Regeln, gesellschaftlich definierte Rollen und Verhaltensvorschriften sind (mit-)verantwortlich dafür, wie Geschwister ihre Beziehung zueinander gestalten und miteinander umgehen. Bislang wurde seitens der Forschung nicht nur in Österreich Geschwisterbeziehungen in Migrantenfamilien wenig Aufmerksamkeit geschenkt (zu erwähnen sind u. a. die Arbeiten von Johnson 1982, Pyke 2005, Schans/Voorpostel 2008, Suggs 1989, Zukow 1989). In Einklang mit älteren interkulturellen Studien (Cicirelli 1994) zeigen die vorliegenden, als explorativ anzusehenden, Befunde u. a. von Schans/Voorpostel (2008), die auf der Netherland Kinship Panel Study⁵ beruhen, dass die spezifische Bedeutung der Beziehungen zwischen Schwestern keineswegs in allen Kulturen vorzufinden ist. Ein weiteres Ergebnis dieser Studie, in die primär Migrant/-innen der ersten Generation einbezogen waren, ist ein höheres Konfliktpotenzial zwischen Geschwistern in Migrantenfamilien als in vergleichbaren Geschwisterbeziehungen der niederländischen Bevölkerung. In zukünftigen Forschungen gilt es die Frage zu klären, wie sich die neuen Kommunikationsmedien, welche die Aufrechterhaltung der Kontakte trotz großer räumlicher Distanz erleichtern, auf die Geschwisterbeziehung in Migrationsfamilien auswirken.

⁵ Beim Hauptsample der Studie handelt es sich um ein repräsentatives Sample der niederländischen Bevölkerung von 8 000 Personen. Das Sample der Migranten/Migrantinnen umfasst 1 400 Personen. Die Interviews wurden in Form von face-to-face-Interviews und soweit möglich von Interviewern/Interviewerinnen der eigenen Ethnie durchgeführt.

Summary

Geschwisterbeziehungen sind auf vielfältige Weise gesellschaftlich definiert. Obwohl es in vielen Kulturkreisen keine gesellschaftlich kodifizierten Regeln gibt, die auf die Gestaltung dieser Beziehung Einfluss nehmen, existieren mehr oder weniger eindeutige ungeschriebene normative Verpflichtungserwartungen zwischen Geschwistern. Gesellschaftliche Entwicklungen wie rückläufige Geburtenzahlen, längere Lebenserwartung, Scheidungen, verstärkte berufliche Mobilität usw. bringen zudem neue Herausforderungen für die Gestaltung der Geschwisterbeziehungen.

Kontakt- und Beziehungsintensität zwischen Geschwistern verändern sich im Laufe des Lebens mehrfach. Während in der mittleren Kindheit Geschwister vielfach zu den wichtigsten Interaktionspartner/-innen im Alltag zählen, die einander helfen, aber auch Konflikte miteinander austragen, dünnt sich in der Phase der eigenen Familiengründung der Kontakt häufig aus. Insbesondere zwischen Schwestern besteht aber auch in späteren Lebensphasen vielfach eine innere Verbundenheit trotz geringen Kontakts; wengleich diese spezifische Bedeutung der Beziehungen zwischen Schwestern nicht in allen Kulturen vorzufinden ist.

Im medialen Diskurs richtet sich der Blick häufig auf die Geschwisterbeziehung in der Kindheit. Aufgrund des Geburtenrückgangs wurde im vergangenen Jahrzehnt zudem verstärkt Einzelkindern Aufmerksamkeit zuteil. Ihr Anteil wird allerdings häufig überschätzt, weil der Anteil der Ein-Kind-Familien gleichgesetzt wird mit jenem an Einzelkindern. Während 45 % aller Familien mit Kindern unter 15 Jahren Ein-Kind-Familien sind, wachsen aber nur 35 % der unter Fünfjährigen und 17 % der Kinder im Grundschulalter ohne Geschwister auf. Nicht nur Aussagen zur quantitativen Verbreitung, sondern auch medial diskutierte Mythen zu Unterschieden zwischen Geschwister- und Einzelkindern in der Persönlichkeitsentwicklung werden seitens der Forschung nicht in der suggerierten Eindeutigkeit bestätigt.

Im Fall einer Trennung oder Scheidung der Eltern kommt Geschwistern bei der Bewältigung der elterlichen Scheidung, aber auch der Gestaltung des Lebens in der Nachscheidungsfamilie vielfach große Bedeutung als soziale Ressource zu. Probleme in den Beziehungen zwischen Halb- und Stiefgeschwistern entstehen temporär vor allem dann, wenn zum Zeitpunkt der Geburt des Halbgeschwisters die Nachscheidungsfamilie noch nicht gefestigt ist und sich deshalb die älteren Geschwister benachteiligt fühlen.

Spezifische Herausforderungen nicht nur für die Eltern, sondern auch die Geschwister entstehen zudem, wenn eines der Kinder behindert oder chronisch krank ist. Die größere Zuwendung der Eltern zu dem behinderten Kind wird von den Geschwistern aber vielfach akzeptiert und führt nicht generell – wie seitens der Risikoforschung lange Zeit angenommen – zu einer verstärkten Rivalität und zu vermehrten Konflikten zwischen den Geschwistern.

Geschwisterbeziehungen entwickeln sich in vielfältiger Interaktion mit dem sozialen Umfeld und den familialen Beziehungen. In zukünftigen Forschungen zu Geschwisterbeziehungen gilt es verstärkt die Spezifika des gesamten Familiensystems ebenso wie kulturelle und gesellschaftliche Normen zu berücksichtigen.

Literatur

- Achilles, Ilse (2005): ... und um mich kümmert sich keiner: Die Situation der Geschwister behinderter und chronisch kranker Kinder, München: Reinhardt.
- Achilles, Ilse (2007): Geschwister behinderter Kinder, Bamberg: Staatinstitut für Familienforschung.
- Adler, Alfred (1928): Characteristics of the first, second and third child; in: *Children: Magazine for Parents* 3, 14–52.
- Aken, Marcel A. van/Asendorpf, Jens B./Wilpers, Susanne (1996): Das soziale Unterstützungsnetzwerk von Kindern: Strukturelle Merkmale, Grad der Unterstützung. Konflikt und Beziehungen; in: *Psychologie in Erziehung und Unterricht* 43 (2), 114–126.
- Avioli, Paula Smith (1989): The Social Support Functions of Siblings in Later Life; in: *American Behavioral Scientist* 33 (1), 45–57.
- Bank, Stephen / Kahn, Michael (1994): Geschwister-Bindung, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Bedford, Victoria (1993): Geschwisterbeziehungen im Erwachsenenalter; in: Auhagen, Ann Elisabeth / von Salisch, Maria (Hg.): *Zwischenmenschliche Beziehungen*, Göttingen: Hogrefe, 119–142.
- Brody, Gene H. (2004): Siblings' direct and indirect contribution to child development; in: *Current Directions in Psychological Science* 13 (3), 124–126.
- Bugelnig, Bernadette (2008): Geschwisterbeziehungen in verschiedenen Lebensabschnitten aus systemisch-therapeutischer Sicht; in: *Systemische Notizen*, 12–22.
- Burkart, Günther (2008): *Familiensoziologie*, Konstanz: UVK.
- Bush, Jacqueline E. / Ehrenberg, Marion F. (2003): Young persons' perspectives on the influence of family transitions on sibling relationships: A qualitative exploration; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 39 (1), 1–35.
- Campbell, Lori D. / Connidis, Ingrid Arnet / Davies, Lorraine (1999): Sibling ties in later life: A social network analysis; in: *Journal of Family Issues* 20 (1), 114–118.
- Cicirelli, Victor G. (1994): Sibling relationships in cross-cultural perspective; in: *Journal of Marriage and the Family* 56 (1), 7–20.
- Downey, Douglas B. / Condron, Dennis (2004): Playing Well with Others in Kindergarten: The Benefit of Siblings at Home; in: *Journal of Marriage and Family* 66 (2), 333–350.
- Eriksen, Shelley / Gerstel, Naomi (2002): A labor of love or labor itself: Care work among adult brothers and sisters; in: *Journal of Family Issues* 23 (7), 836–856.
- Frank, Hallie (2007): Young Adults' Relationship with Parents and Siblings: The Role of Marital Status, Conflict and Post-Divorce Predictors; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 46 (3–4), 105–124.
- Ganong, Lawrence H. / Coleman, Marilyn (1987): Effects of Parental Remarriage on Children: An Updated Comparison of Theories, Methods and Findings from Clinical and Empirical Research; in: Pasley, Kay / Ihinger-Tallman, Marilyn (Eds.): *Remarriage and Stepparenting. Current Research and Theory*, New York: Guilford, 94–140.
- Ganong, Lawrence H. / Coleman, Marilyn (1994): *Remarried Family Relationships*, Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage.
- Gath, Ann (1974). Sibling reactions to mental handicap: A comparison of the brothers and sisters of Mongol children; in: *Journal of Child Psychology and Psychiatry* 15 (3), 187–198.
- Geser, Willi (2001): Geschwisterbeziehungen junger Erwachsener aus Scheidungsfamilien; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 13 (1), 23–45.
- Gloger-Tippelt, Gabriele (2007): Eltern-Kind- und Geschwisterbeziehung; in: Earius, Jutta (Hg.): *Handbuch Familie*, Wiesbaden: VS Verlag, 157–178.
- Goetting, Ann (1986): The Developmental Tasks of Siblingship over the Life Cycle; in: *Journal of Marriage and the Family* 48 (4), 703–714.
- Grünzinger, Eberhard (2005): *Geschwister behinderter Kinder: Besonderheiten, Risiken und Chancen. Ein Familienratgeber*, Neuried: Care-Line.
- Habenthür, Nora (2005): *Kinder im Schatten. Geschwister behinderter Kinder*, Oberhofen am Thunersee: Zytglogge Verlag.
- Hackenberg, Waltraud (1995): Entwicklungsrisiken bei Geschwistern behinderter Kinder. Aufgaben für Beratung und Therapie; in: *Zeitschrift für Individualpsychologie* 20 (3), 208–218.

- Hackenberg, Waltraud (2008): *Geschwister von Menschen mit Behinderungen*, München: Ernst Reinhardt Verlag.
- Hetherington, E. Mavis (1999): *Should We Stay together for the Sake of the Children?* In: Hetherington, E. Mavis (Ed.): *Coping with Divorce, Single Parenting, and Remarriage: A Risk and Resilience Perspective*, Mahwah: Erlbaum, 93–116.
- Hetherington, E. Mavis (2003): *Social Support and the Adjustment of Children in Divorced and Remarried Families*; in: *Childhood* 10 (2), 217–236.
- Hetherington, E. Mavis / Kelly, John B. (2002): *For Better or For Worse: Divorce Reconsidered*, New York: Norton.
- Johnson, Colleen L. (1982): *Sibling solidarity: Its origin and functioning in Italian-American families*; in: *Journal of Marriage and the Family* 44 (1), 155–167.
- Kaiser, Peter (2000): *Partnerschaft und Herkunftsfamilie*; in: Kaiser, Peter (Hg.): *Partnerschaft und Paartherapie*, Göttingen: Hogrefe, 113–146.
- Kaiser, Peter (2005): *Schwestern im familialen Systemkontext*; in: Onnen-Isemann, Corinna / Rösch, Gertrud (Hg.): *Schwestern – Zur Dynamik einer lebenslangen Beziehung*, Frankfurt a. M.: Campus, 65–88.
- Karle, Michael / Klosinski, Gunther (2001): *Die Bedeutung von Geschwisterbeziehungen bei einer Trennung der Eltern*; in: *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie* 50 (6), 401–420.
- Karle, Michael / Müller, Thorsten / Kleefeld, Hartmut / Klosinski, Gunther (2000): *Geschwisterbeziehungen: Allgemeine Aspekte und die besondere Situation in Trennungs- und Scheidungsfamilien*; in: Klosinski, Gunther (Hg.): *Verschwistert mit Leib und Seele. Geschwisterbeziehungen gestern – heute – morgen*, Tübingen: Attempto, 155–175.
- Kasten, Hartmut (1993a): *Die Geschwisterbeziehung. Band 1*, Göttingen: Hogrefe.
- Kasten, Hartmut (1993b): *Die Geschwisterbeziehung. Band 2: Spezielle Geschwisterbeziehungen*, Göttingen: Hogrefe.
- Kasten, Hartmut (1994): *Geschwister – Vorbilder, Rivalen, Vertraute*. Heidelberg, Berlin, New York: Springer.
- Kasten, Hartmut (1995): *Einzelkinder – Aufwachsen ohne Geschwister*. Heidelberg–Berlin–New York: Springer.
- Kasten, Hartmut (1998): *Geschwisterbeziehungen im Lebenslauf*; in: Wagner, Michael / Schütze, Yvonne (Hg.): *Verwandtschaft. Sozialwissenschaftliche Beiträge zu einem vernachlässigten Thema*, Stuttgart: Springer, 147–163.
- Kasten, Hartmut (2004): *Der aktuelle Stand der Geschwisterforschung*, <http://www.familienhandbuch.de/cms/Familienforschung-Geschwister.pdf> (abgerufen am 30.01.2009).
- Kasten, Hartmut (2006): *Einzelkinder und ihre Familien*, Göttingen: Hogrefe-Verlag.
- Kier, Cheryl A. / Lewis, Charlie (1998): *Preschool sibling interaction in separated and married families: Are same-sex pairs or older sisters more sociable?* In: *Journal of Child Psychology and Psychiatry* 39 (2), 191–201.
- Kitzmann, Katherine M. / Cohen, Robert / Lockwood, Rebecca L. (2002): *Are only children missing out? Comparison of the peer-related social competence of only children and siblings*; in: *Journal of Social and Personal Relationships* 19 (3), 299–316.
- Klosinski, Gunther (Hg.) (2000): *Verschwistert mit Leib und Seele. Geschwisterbeziehungen gestern – heute – morgen*, Tübingen: Attempto.
- Kreppner, Kurt (2005): *Sozialisation in der Familie*. <http://web.uni-marburg.de/schulpaedagogik/Sozialisation-Familie.pdf> (abgerufen am 12.09.2005).
- Kytir, Josef / Münz, Rainer (1999): *Lebens- und Beziehungsformen heute – demografische und soziologische Aspekte. Langfristige demografische Entwicklungen und aktuelle Trends*; in: Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen (Hg.): *Familie – zwischen Anspruch und Alltag. Teil 1*, Wien: BMSG, 118–168.
- Kytir, Josef / Wiedenhofer-Galik, Beatrix (2003): *Familienstrukturen und Familienbildung. Ergebnisse des Mikrozensus 2001*, Wien: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.
- Liegle, Ludwig (2000): *Geschwisterbeziehungen und ihre erzieherische Bedeutung*; in: Lange, Andreas, Lauterbach, Wolfgang (Hg.): *Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Stuttgart: Lucius & Lucius, 105–130.

GESCHWISTERBEZIEHUNGEN HEUTE

- Lobato, Debra / Faust, David / Spirito, Anthony (1989): Examining the effects of chronic disease and disability on children's sibling relationships; in: *Annual Progress in Child Psychiatry and Child Development* 13 (3), 219-238.
- Lutz, Wolfgang (1997): Kinder sehen die Familie anders. Volkszählung 91 aus Kinderperspektive; in: *Beziehungsweise*, Nr. 20 (07.10.1997), 1.
- Marleau, Jacques / Breton, Jean-Jacques / Chiniara, Gisele / Saucier, Jean-Francois (2004): Differences between only children and children with 1 sibling referred to a psychiatric clinic: A test of Richards and Goodman's findings; in: *Canadian Journal of Psychiatry*, 49 (April 2004), 272-277.
- Masche, Gowert J. (1999): Eltern und Geschwister als Bezugspersonen in geschiedenen und nicht-geschiedenen Familien; in: Silbereisen, Rainer / Zinnecker, Jürgen (Hg.): *Entwicklung im sozialen Wandel*, Weinheim: Psychologie Verlags-Union, 377-392.
- McGlone, Francis / Park, Alison M. / Roberts, Ceridwen (1999): Kinship and friendship: Attitudes and behaviour in Britain 1986 - 1995; in: McRae, Susan (Ed.): *Changing Britain: Families and households in the 1990s*. Oxford: Oxford University Press, 141-155.
- McHale, Susan M. / Updegraaf, Kimberly A. / Tucker, Corinna J. / Crouter, Ann C. (2000): Step In or Stay Out? Parents' Roles in Adolescent Siblings' Relationships; in: *Journal of Marriage and Family* 62 (3), 746-760.
- McHale, Susan M. / Harris, Vicki S. (1992): Children's experiences with disabled and nondisabled siblings: Links with personal adjustment and relationship evaluations; in: Boer, Frits / Dunn, Judy (Eds.): *Children's sibling relationships. Developmental and clinical issues*, Hillsdale: Erlbaum, 83-100.
- Milevsky, Avidan (2004): Perceived parental marital satisfaction and divorce: Effects on sibling relations in emerging adults; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 41 (1-2), 115-128.
- Millmann, Marcia (2004): *The perfect sister: What draws us together, what drives us apart*, Orlando: Hartcourt.
- Nave-Herz, Rosemarie / Feldhaus, Michael (2005): Geschwisterbeziehungen. Psychologische und soziologische Fragestellungen; in: Busch, Friedrich / Nave-Herz, Rosemarie (Hg.): *Familie und Gesellschaft. Beiträge zur Familienforschung*, Oldenburg: Bibliothek- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 111-124.
- Naylor, Angie / Prescott, Phil (2004): Invisible children? The need for support groups for siblings of disabled children, in: *British Journal of Special Education* 31 (4), 199-206.
- Neale, Jenny (2004): *No friend like a sister: Exploring the relationship between sisters*, Wellington, New Zealand: Victoria University Press.
- Onnen-Isemann, Corinna (2005): Geschwister aus soziologischer Perspektive; in: Onnen-Isemann, Corinna / Rösch, Gertrud (Hg.) (2005): *Schwestern - Zur Dynamik einer lebenslangen Beziehung*, Frankfurt a. M.: Campus, 23-36.
- Onnen-Isemann, Corinna / Rösch, Gertrud (2006): *Schwesterherz, Schwesterschmerz*, München: MVG Verlag.
- Onnen-Isemann, Corinna / Rösch, Gertrud (Hg.) (2005): *Schwestern - Zur Dynamik einer lebenslangen Beziehung*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Panish, Jacqueline B. / Stricker, George (2001): Parental marital conflict in childhood and influence on adult sibling relationships; in: *Journal of Psychotherapy in Independent Practice* 2 (1), 3-16.
- Papastefanou, Christine (2002): Die Entwicklung der Familienbeziehungen und die Geschwisterbeziehung; in: Hofer, Manfred / Noack, Peter / Wild, Elke (Hg.): *Lehrbuch Familienbeziehungen - Eltern und Kinder in der Entwicklung*, Göttingen: Hogrefe, 192-215.
- Petzold, Matthias (1988): *Paare werden Eltern. Eine familienentwicklungspsychologische Längsschnittstudie*. St. Augustin: Gardez.
- Poortmann, Anne-Rigt / Voorpostel, Marieke (2009): Parental Divorce and Sibling Relationships; in: *Journal of Family Issues* 30 (1), 74-91.
- Pryor, Jan / Rodgers, Bryan (2001): *Children in Changing Families: Life after Parental Separation*, Oxford: Blackwell Publishers.
- Pyke, Karen (2005): „Generational Deserters“ and „Black Sheep“. Accumulative differences among siblings in Asian immigrants families; in: *Journal of Family Issues* 26 (4), 491-517.
- Radmüller, Silke (2007): *Geschwisterbeziehung und ihre Bedeutung im Lebensverlauf*, Linz: Diplomarbeit.

- Riggio, Heidi R. (2001): Parental marital conflict and divorce, parent-child relationships, social support, and relationship anxiety in young adulthood; in: *Personal Relationships* 11 (1), 99–114.
- Riggio, Heidi R. (2006): Sibling Dyads and Attitudes towards Sibling Relationships in Young Adulthood; in: *Journal of Family Issues* 27 (9), 1233–1254.
- Roberts, Lisen C. / Blanton-White, Priscilla W. (2001): I always knew mom and dad loved me best: Experiences of only children; in: *Journal of Individual Psychology* 57 (2), 125–140.
- Rossiter, Lucille / Sharpe, Donald (2001): The Siblings of Individuals with Mental Retardation: A Quantitative Integration of the Literature; in: *Journal of Child and Family Studies* 10 (1), 65–84.
- Schans, Djamila / Voorpostel, Marieke (2008): Sibling relationships in Dutch and immigrant families. Working paper, <http://soc.kuleuven.be/ceso/dagvandesociologie/papers/siblings.pdf> (abgerufen am 15.03.2009).
- Schmidt, Marianne (2003): *Systemische Familienkonstruktion*, Göttingen: Hogrefe.
- Schmidt-Denter, Ulrich / Beelmann, Wolfgang (1995): *Familiäre Beziehungen nach Trennung und Scheidung: Veränderungsprozesse bei Müttern, Vätern und Kindern*, Köln: Universität. Forschungsbericht.
- Sheehan, Grania / Darlington, Yvonne / Noller, Patricia / Feeney, Judith (2004): Children's perceptions of their sibling relationships during parental separation and divorce; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 41 (1–2), 69–94.
- Statistik Austria (2008a): *Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus dem EU-SILC 2006*, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008b): *Haushalts- und Familienstatistik 2007*, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009): *Haushalts- und Familienstatistik 2008*, Wien: Statistik Austria.
- Stoneman, Zolinda / Brody, Gene H. (1993): Sibling relations in the family context; in: Stoneman, Zolinda / Berman, Phillis W. (Eds.): *The effects of mental retardation, disability and illness on sibling relationships*, Baltimore: Paul H. Brookes, 3–30.
- Stoneman, Zolinda / Brody, Gene H. / Davis, C. H. / Crapps, Jerome M. / Malone, Dean M. (1991): Ascribed role relations between children with mental retardation and their younger siblings; in: *American Journal on Mental Retardation* 95 (5), 537–550.
- Suggs, Patricia (1989): Predictors of association among older siblings: A black/white comparison; in: *American Behavioral Scientist* 33 (1), 70–80.
- Taveres, Marcelo B. / Fuchs, Felipe C. / Diligenti, Felipe / de Abreu, Jose R. P. / Rohde, Luis A. / Fuchs, Sandra C. (2004): Behavioral characteristics of the only child vs. first-born and children with siblings, in: *Revista Brasileira de Psiquiatria* 26 (1), 17–23.
- Teubner, Markus (2005): *Brüderchen komm tanz mit mir ... Geschwister als Entwicklungsressource für Kinder?* In: Alt, Christian (Hg.): *Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band 1*, Wiesbaden: VS Verlag, 63–98.
- Toman, Walter (1971): *Familienkonstellationen – ihr Einfluss auf den Menschen und seine Handlungen*, München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung.
- Tröster, Heinrich (2000): Die Belastung der Geschwister behinderter Kinder durch Betreuungsaufgaben und Hausarbeit; in: *Heilpädagogische Forschung* 26 (2), 80–92.
- Voorpostel, Marieke / Blieszner, Rosemary (2008): Intergenerational Solidarity and Support Between Adult Siblings; in: *Journal of Marriage and Family* 70 (1), 157–167.
- Voorpostel, Marieke / Van der Lippe, Tanja (2007): Support Between Siblings and Between Friends: Two Worlds Apart?; In: *Journal of Marriage and Family* 69 (5), 1271–1282.
- Voorpostel, Marieke / Van der Lippe, Tanja / Dykstra, Pearl / Flap, Henk (2007): Similar or different? The importance of similarities and differences for support between siblings; in: *Journal of Family Issues* 28 (8), 1026–1053.
- Wallerstein, Judith / Lewis, Julia M. / Blakeslee, Sandra (2000): *The Unexpected Legacy of Divorce*. New York: Hyperion.
- Weaver, Shannon E. / Coleman, Marilyn / Ganong, Lawrence H. (2003): The Sibling Relationship in Young Adulthood; in: *Journal of Family Issues* 24 (2), 245–263.
- White, Lynn (2001): Sibling relationships over the life course: A panel analysis; in: *Journal of Marriage and the Family* 63 (2), 555–568.
- Wilk, Liselotte (1999): *Geschwisterbeziehungen*; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): *Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. 4. Österreichischer Familienbericht*, Wien: BMUJF, 224–247.

GESCHWISTERBEZIEHUNGEN HEUTE

- Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte (2004): Neue Familienstrukturen und Beziehungen nach einer Scheidung; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben, Frankfurt a. M.: Campus, 181-212.
- Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben, Frankfurt a. M.: Campus.
- Zukow, Patricia G. (Ed.) (1989): Sibling interaction across cultures, New York: Springer.

11

Dynamiken und Veränderungen im Familienverlauf: Scheidung und Trennung

Ulrike Zartler und Liselotte Wilk

Inhalt

1 Dynamiken und Veränderungen im Familienverlauf: Scheidung und Trennung	447
1.1 Entwicklungen und Trends	448
1.1.1 Daten und rechtlicher Rahmen	448
1.1.2 Überblick über die Scheidungsforschung	451
1.2 Ursachen für Scheidung und Trennung	453
1.2.1 Gesellschaftliche Entwicklungen und soziodemografische Zusammenhänge	453
1.2.2 Subjektive Trennungsursachen und -verläufe	455
1.3 Der familiale Umbruch: Herausforderung und Bewältigung	458
1.3.1 Erleben und Bewältigen der Scheidung durch Frauen und Männer	458
1.3.2 Erleben und Bewältigen der Scheidung durch Kinder	460
1.3.3 Reorganisation der Elternschaft als zentrale Herausforderung	462
1.4 Rechtliche und familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern und Kindern im Scheidungsprozess	469
1.4.1 Beratung	470
1.4.2 Mediation	470
1.4.3 Außergerichtliches Vermittlungsgespräch bei einvernehmlicher Scheidung	471
1.4.4 Maßnahmen zur Stärkung der Stellung des Kindes und der Wahrnehmung seiner Interessen im Verfahren	471
1.4.5 Besuchsbegleitung	473
1.5 Folgefamilien	474
1.5.1 Ein-Eltern-Familien	474
1.5.2 Stieffamilien	478
Summary	484
Literatur	488
 Abbildungen	
Abbildung 1: Gesamtscheidungsrate 1989 – 2008 (in %)	448
Abbildung 2: Entwicklung von Scheidungs- und Heiratsziffern, 1981 – 2008	449
Abbildung 3: Anzahl und Alter der von elterlicher Scheidung betroffenen Kinder, 1999 – 2008	450
Abbildung 4: Stieffamilientypen in Österreich nach Häufigkeit	481

1 Dynamiken und Veränderungen im Familienverlauf: Scheidung und Trennung

Die Trennung oder Scheidung¹ einer (langjährigen) Partnerbeziehung stellt beinahe immer eine große Herausforderung für beide Partner und gegebenenfalls ihre Kinder dar und bedeutet häufig ein krisenhaftes Ereignis. Sie erfordert die Verarbeitung des Verlustes des Partners/der Partnerin und eine Neuorientierung. Sind aus der Partnerschaft Kinder hervorgegangen, wird die Aufrechterhaltung der Elternschaft bei getrennter Partnerschaft zu einer zentralen Herausforderung: Die mit der Elternschaft verbundenen Verantwortlichkeiten und Aufgaben müssen neu verteilt werden, um ihre Erfüllung sicherzustellen. Es sollten Wege gefunden werden, um die Eltern-Kind-Beziehung unter den neu gegebenen Rahmenbedingungen für alle Beteiligten befriedigend zu gestalten. Die Unterstützung der Eltern bei der Bewältigung dieser Aufgabe ist angesichts der steigenden Scheidungszahlen und der gesellschaftlichen Verantwortung für das Kindeswohl zu einem wichtigen gesellschaftlichen Anliegen geworden. Eine Entsprechung hat dies in verschiedenen gesetzlichen Regelungen (Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001, Eherechts-Änderungsgesetz 1999, Familienrechts-Änderungsgesetz 2009) gefunden.

Ziel dieses Beitrages ist es, das Phänomen Scheidung und die Situation der davon Betroffenen so, wie sie sich heute (insbesondere in Österreich) zeigen, zu beschreiben und zu analysieren. Dabei wird den österreichischen Studien der letzten zehn Jahre² besonderes Gewicht gegeben, aber aufgrund der mangelnden Datenlage vielfach auch auf ausländische Arbeiten Bezug genommen. Im ersten Teil beschäftigen wir uns mit der Entwicklung der Scheidungszahlen sowie den rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen Scheidungen stattfinden; außerdem werden Trends in der (internationalen) Scheidungsforschung dargestellt. Daran anknüpfend werden die Ursachen familialer Transitionsprozesse beleuchtet. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Bewältigung von Scheidungsfolgen durch Kinder, Frauen und Männer und der Reorganisation von Elternschaft. Abschließend gehen wir auf familiäre Lebensformen nach einer Scheidung/Trennung (Ein-Eltern-Familien, Stieffamilien) und deren spezifische Herausforderungen ein.

¹ In unseren Ausführungen werden sowohl Ehescheidungen als auch Trennungen nichtehelicher Lebensgemeinschaften berücksichtigt. Hinsichtlich vieler Merkmale gibt es Ähnlichkeiten, in einigen Bereichen, wie z. B. hinsichtlich der Trennungswahrscheinlichkeit, bestehen Unterschiede.

² Seit dem Erscheinen der entsprechenden Ausführungen im 4. Österreichischen Familienbericht (Wilk 1999).

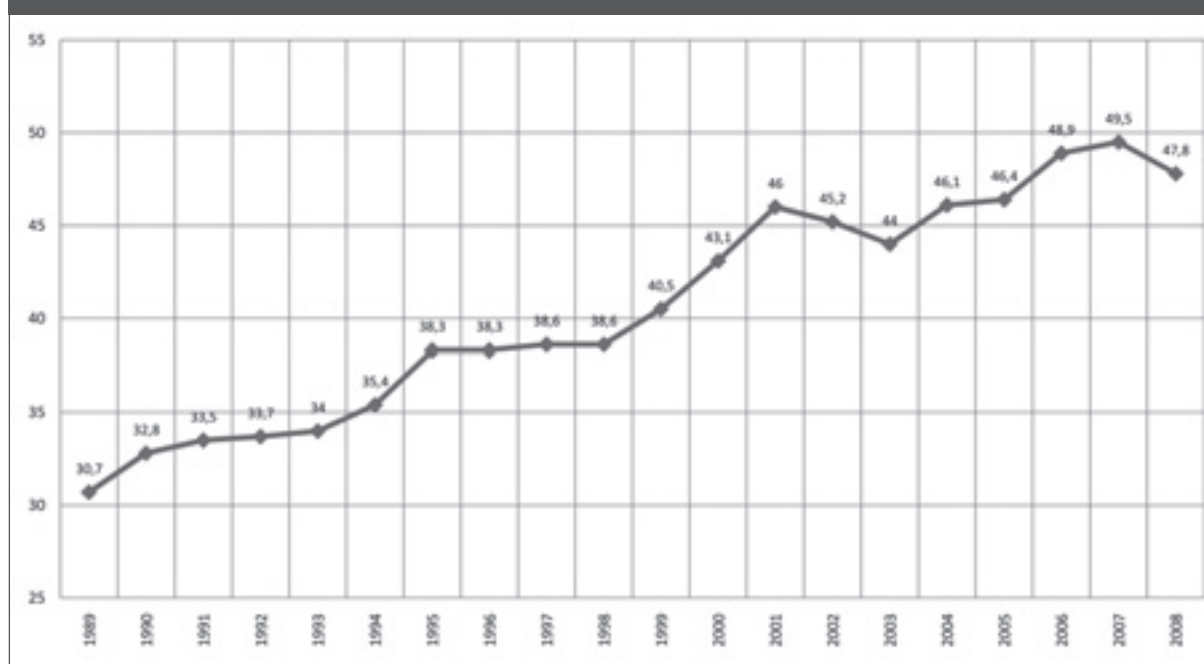
DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

1.1 Entwicklungen und Trends

1.1.1 Daten und rechtlicher Rahmen

Eine beglückende Partnerschaft zu führen, stellt ein wichtiges Lebensziel der meisten Österreicher/-innen dar – die Gestaltung einer befriedigenden, entwicklungsfähigen und stabilen Partnerbeziehung ist aber eine schwierige Aufgabe, die häufig nicht gelingt. Darauf verweist der ausgeprägte Anstieg der Scheidungszahlen in Österreich. Die Gesamtscheidungsrate betrug im Jahr 1961 noch 13,8 %, lag 1980 bei 26,3 %, im Jahr 1999 bereits bei 40,5 % und stieg bis 2008 auf 47,8 % an³ (Statistik Austria 2009b). Dies bedeutet, dass 47,8 % der aktuell geschlossenen Ehen früher oder später geschieden werden, sofern die ehedauerspezifischen Scheidungswahrscheinlichkeiten unverändert bleiben. Nicht damit gemeint ist, wie oft fälschlich angenommen wird, dass knapp die Hälfte aller bestehenden Ehen geschieden wird.⁴ Einen Überblick über die Entwicklung der Gesamtscheidungsrate seit 1989 gibt Abbildung 1.

Abbildung 1: Gesamtscheidungsrate 1989 – 2008 (in %)



Quelle: Statistik Austria 2009b

Die steigenden Scheidungsraten finden ihre Entsprechung auch in der Meinung der Österreicher/-innen: Wie die österreichische Wertestudie zeigt, werden Scheidungen heute sozial deutlich weniger sanktioniert als noch vor knapp 20 Jahren: gut ein Fünftel (22 %) im Vergleich zu einem Drittel (32 %) im Jahr 1990 findet Scheidungen auf keinen Fall in Ordnung (Hamachers-Zuba et al. 2009: 97). Im ISSP-Datensatz stimmen 83 % der Aussage zu, dass eine Scheidung im Allgemeinen die beste Möglichkeit zum Umgang mit unlösba- ren Eheproblemen darstellt (Wernhart/Neuwirth 2007: 40).

³ Das bedeutet, dass 47,8 % der aktuell geschlossenen Ehen früher oder später geschieden werden, sofern die ehedauerspezifischen Scheidungswahrscheinlichkeiten unverändert bleiben.

⁴ Bezogen auf die österreichische Bevölkerung ab 15 Jahren sind 7,8 % der Österreicher/-innen geschieden (Statistik Austria 2009c: 46, eigene Berechnungen).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Werden die Scheidungszahlen genauer betrachtet, so sind zunächst die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern auffallend: die höchste Scheidungsrate wird beständig in Wien verzeichnet (im Jahr 2008: 59,5 %), während Tirol im Jahr 2008 mit 37,4 % die niedrigste Rate aufwies. Auch in allen anderen Bundesländern liegt die Rate unter dem Wert für Gesamtösterreich (Statistik Austria 2009b). Die mittlere Ehedauer (Median) aller im Jahr 2008 geschiedenen Ehen betrug 9,6 Jahre. Insgesamt erfolgte gut die Hälfte aller Scheidungen in den ersten zehn Ehejahren (51,3 %) (ebd.). In den letzten 15 Jahren nahmen Scheidungen von Paaren, die schon sehr lange verheiratet waren, deutlich zu: War vor 15 Jahren nur jedes zwölfte geschiedene Paar bereits mindestens 25 Jahre verheiratet, so traf dies 2007 bereits bei jedem zehnten Paar zu (Statistik Austria 2008c: 30). Mit dem Anstieg des Eheschließungsalters (vgl. auch Beitrag von R. Münz und A. Reiterer „Demografische Entwicklung“ in diesem Band) erhöhte sich auch das Scheidungsalter (s. Abb. 2).

Abbildung 2: Entwicklung von Scheidungs- und Heiratsziffern, 1981 – 2008

Merkmal	1981	1991	2001	2005	2006	2007	2008
Mittleres Erstheiratsalter (Median) des Bräutigams	24,7	26,8	30,0	30,9	31,4	31,6	31,7
Mittleres Erstheiratsalter (Median) der Braut	22,1	24,6	27,3	28,2	28,6	28,8	28,9
Gesamtscheidungsrate	26,5	33,5	46,0	46,4	48,9	49,5	47,8
Mittlere Ehedauer in Jahren (Median)	7,7	7,2	9,5	9,2	9,0	9,2	9,6
Mittleres Scheidungsalter (Median) des Mannes	34,7	35,3	39,0	40,8	41,2	41,6	42,3
Mittleres Scheidungsalter (Median) der Frau	32,0	32,7	36,7	38,5	38,8	39,3	39,8
Quellen: Statistik Austria 2009b, Statistisches Jahrbuch 2009: 86, sowie für die Daten zum mittleren Heiratsalter: Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (www.statistik.at)							

Das mittlere Scheidungsalter (Median) lag im Jahr 2008 für Männer bei 42,3 Jahren, während es 1981 noch 34,7 Jahre betrug, das mittlere Scheidungsalter der Frauen lag 2008 bei 39,8 Jahren (1981: 32 Jahre) (Statistik Austria 2009a: 86). Auf die gesamte Bevölkerung ab 15 Jahren bezogen sind die Geschiedenen-Anteile in den letzten drei Jahrzehnten stark gestiegen (BMSGK 2005).

Der Großteil aller Scheidungen erfolgt in beiderseitigem Einvernehmen (§ 55a Ehegesetz); im Jahr 2008 waren es 87,4 % (Statistik Austria 2008a). Dieser Anteil hat sich im vergangenen Jahrzehnt kaum verändert.

Staatsangehörige des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei weisen geringere Scheidungsraten auf als Österreicher/-innen (Fassmann/Reeger 2007: 188, Sari 2007: 201). Das gilt nicht für binationale Ehen, deren Anzahl (und Anteil) an allen Scheidungen seit dem Jahr 2000 um mehr als das Doppelte angestiegen ist⁵ (Statistik Austria 2008c: 29 f.).

Auch wenn 40,2 % der 19 701 im Jahr 2008 geschiedenen Paare kinderlos waren, erlebten 14 812 minderjährige Kinder in diesem Jahr die Scheidung ihrer Eltern (Statistik Austria 2009b). Diese Anzahl hat sich trotz gesteigener Scheidungsraten im vergangenen Jahrzehnt nur geringfügig erhöht; vermutlich ein Effekt der sinkenden Geburtenraten. Das

⁵ Dabei ist die bis zum Jahr 2004 beobachtbare Zunahme der Ehen zwischen Personen mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft (binationale Ehen) zu berücksichtigen (Statistik Austria 2008c: 29).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

„Scheidungsrisiko“ aus Sicht der Kinder, d. h. die Wahrscheinlichkeit, vor dem 18. Geburtstag eine Scheidung der Eltern zu erleben, betrug im Jahr 2008 20,5 % (Statistik Austria 2009b). Die Daten des 4. Österreichischen Jugendberichts (BMSGK 2003: 23) illustrieren die mit dem Alter der Kinder steigende Trennungsbereitschaft der Eltern: Neun von zehn der befragten 14- bis 30-Jährigen sind eigenen Angaben zufolge im Kleinkindalter bei beiden leiblichen Eltern aufgewachsen, acht von zehn haben auch im Volksschulalter mit beiden leiblichen Eltern zusammengelebt, aber nur für sieben von zehn Befragten gilt dies auch für das Jugendalter (14–19 Jahre). Abbildung 3 gibt einen Überblick über die von Scheidung betroffenen Kinder, nach Altersgruppen gegliedert, in den Jahren 1999 bis 2008.⁶ Dabei zeigt sich, dass die Anteile jüngerer Kinder (unter zehn Jahren) kontinuierlich abnehmen, während jene der Zehn- bis 18-Jährigen relativ konstant bleiben.

Abbildung 3: Anzahl und Alter der von elterlicher Scheidung betroffenen Kinder, 1999 – 2008

	<i>insg.</i>	<i>unter 6</i>	<i>in %</i>	<i>6 bis 10</i>	<i>in %</i>	<i>10 bis 14</i>	<i>in %</i>	<i>14 bis 18</i>	<i>in %</i>
1999	20 910	5 021	24,01	4 456	21,31	3 579	17,12	3 161	15,12
2000	22 271	5 339	23,97	4 706	21,13	3 896	17,49	3 377	15,16
2001	23 715	5 361	22,61	4 878	20,57	4 349	18,34	3 670	15,48
2002	22 992	4 820	20,96	4 636	20,16	4 306	18,73	3 599	15,65
2003	21 441	4 335	20,22	4 259	19,86	4 002	18,67	3 442	16,05
2004	21 048	4 115	19,55	4 050	19,24	4 020	19,10	3 422	16,26
2005	20 188	3 809	18,87	3 776	18,70	3 705	18,35	3 450	17,09
2006	20 787	3 856	18,55	3 764	18,11	3 855	18,55	3 549	17,07
2007	20 516	3 757	18,31	3 689	17,98	3 892	18,97	3 693	18,00
2008	21 020	3 892	18,52	3 566	16,96	3 684	17,53	3 670	17,46

Quellen: Statistik Austria (Statistische Jahrbücher 1999 – 2009, Demographische Jahrbücher 1999 – 2009, Pressemitteilungen 1999 – 2009), eigene Berechnungen

Während Scheidungszahlen gut dokumentiert sind, ist nach wie vor unbekannt, wie viele nicht verheiratete Paare ihre Partnerschaft jährlich beenden und wie viele Kinder von einer solchen Trennung betroffen sind. Studien aus dem deutschsprachigen Raum zeigen, dass nichteheliche Partnerschaften ein höheres Trennungsrisiko aufweisen als Ehen (Rupp 1996).

Der rechtliche Rahmen bezüglich Scheidung und Scheidungsfolgen wird vom Eherechts-Änderungsgesetz 1999 sowie vom Familienrechts-Änderungsgesetz 2009 mitbestimmt (Deixler-Hübner 1999, 2008a, siehe ausführlich den Beitrag von I. Mottl in Band II). Als größte Veränderung ist hier das Zurückdrängen des Verschuldens- unter stärkerer Betonung des Zerrüttungsprinzips zu nennen, insofern als von den sog. absoluten Scheidungsgründen abgegangen wurde. Sämtliche schwere Eheverfehlungen wurden in einen einzigen Verschuldenstatbestand des § 49 EheG zusammengeführt, exemplarisch werden weiterhin zwei Eheverfehlungen explizit benannt, nämlich der Ehebruch und die Zufügung körper-

⁶ Die Tabelle weist teilweise beträchtliche Abweichungen der Summen auf 100 % (d. h. auf die Gesamtzahl der von Scheidung betroffenen Kinder) auf. So waren z. B. im Jahr 2008 insgesamt 21 020 Kinder von einer Scheidung betroffen, davon waren allerdings nur 14 812 (70,5 %) minderjährig (unter 18 Jahren) (Statistik Austria 2009b). Dies resultiert daraus, dass die Daten aus den vom Gericht übermittelten Scheidungsurteilen und -beschlüssen sowie Aufhebungen und Nichtigkeitsurteilen der Ehe gewonnen werden und es in diesen statistischen Erhebungsblättern keine Altersbegrenzung der von einer elterlichen Scheidung betroffenen Kinder gibt.

licher Gewalt oder schweren seelischen Leids. Bestimmten Gruppen von Personen – meist Frauen – steht nunmehr nachehelicher Unterhalt unabhängig vom Scheidungsverschulden zu. So steht all jenen Frauen, die sich dem Wunsch des Ehemannes zufolge ganz der Haushaltsführung und Kinderbetreuung gewidmet haben, als Ausgleich ein zumindest zeitlich begrenzter Unterhaltsanspruch zu, wenn sie sich nicht aus eigener Kraft versorgen können, weil sie weiterhin (eheliche) Kinder betreuen müssen oder ihnen die (Wieder-) Aufnahme einer Erwerbstätigkeit aufgrund der mangelnden beruflichen Aus- oder Fortbildung, der Dauer der ehelichen Lebensgemeinschaft, des Alters oder der Gesundheit nicht zumutbar ist (§ 68a EheG) (Deixler-Hübner 1999: 31 f). Ausgeschlossen ist der Unterhaltsanspruch bei Unbilligkeit des Begehrens (§ 68a Abs. 3 EheG). Außerdem wurde die Möglichkeit der Mediation im Scheidungsverfahren auch gesetzlich verankert, und zwar sowohl im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Ehe als auch insbesondere im Zusammenhang mit einer fairen Auseinandersetzung im Rahmen der Scheidungsfolgen. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist rechtlich weniger abgesichert als eine Ehe. Sie kann ohne Angabe von Gründen jederzeit aufgelöst werden, und es ergeben sich daraus keine rechtlichen Wirkungen (Deixler-Hübner 2008b: 200).

1.1.2 Überblick über die Scheidungsforschung

In den vergangenen Jahren wurden in Österreich einige Studien in den Themenbereichen Scheidungsursachen und Scheidungsfolgen durchgeführt, wobei ein Schwerpunkt auf rechtlichen Fragestellungen, insbesondere den Auswirkungen verschiedener rechtlicher Veränderungen, lag. Hier ist die Arbeit von Atteneder et al. (2005) zu erwähnen, welche die Auswirkungen des Eherechts-Änderungsgesetzes (EheRÄG 1999) und des Kindschaftsrechts-Änderungsgesetzes (KindRÄG 2001) anhand von Scheidungsakten analysiert.⁷ Eine weitere Studie⁸ hinterfragt, welche Erfahrungen Eltern und Kinder (Figdor et al. 2006) bzw. unterschiedliche Berufsgruppen (Kränzl-Nagl/Pelikan 2007) mit dem KindRÄG 2001, insbesondere mit den geänderten Obsorgeregelungen, machten. Ebenfalls untersucht wurden die Auswirkungen der Familienmediation (Pelikan et al. 1996) sowie die Übervorteilung in Scheidungsverfahren (Kreissl/Pelikan 2004).⁹ Die von Zartler et al. (2004) vorgelegte, interdisziplinäre Studie befasst sich eingehend mit dem Thema Scheidungsursachen und (mittelfristige) Scheidungsfolgen für Kinder, Frauen und Männer¹⁰, wohingegen sich eine weitere Studie (Denk et al. 2003)¹¹ mit den juristischen, psychischen und wirtschaftlichen Scheidungsfolgen für Männer beschäftigt. Tazi-Preve et al. (2007) widmen sich

⁷ Atteneder et al. (2005) machten eine Analyse von 7 062 Gerichtsakten von Scheidungen (davon 3 370 mit Kindern) zwischen 1997 und 2003 an fünf Bezirksgerichten in Oberösterreich, Tirol und Wien.

⁸ Es handelt sich dabei um eine Fragebogenerhebung bei allen Ehen mit minderjährigen Kindern, die von September bis November 2004 geschieden wurden (1 198 ausgewertete Fragebögen, Tiefeninterviews mit 30 Familien, Fragebogenerhebung bei sieben Berufsgruppen, die mit Scheidung befasst sind, Stellungnahmen der Kinder- und Jugendanwaltschaften und Frauenhäuser, qualitative Interviews mit Familienrichter/-innen).

⁹ Kreissl/Pelikan (2004) inkludierten in ihre Studie Analysen von 588 Scheidungsakten des Jahres 2002 von sechs Bezirksgerichten, Interviews mit Familienrichter/-innen, 50 Intensiv- oder Tiefeninterviews mit Geschiedenen sowie eine Kurzbefragung von 352 Personen, die in den letzten zehn Jahren geschieden wurden.

¹⁰ Das Forschungsdesign von Zartler et al. (2004) umfasste neben der Analyse statistischer Datensätze (Mikrozensus, Family and Fertility Survey, European Community Household Panel) und einer Analyse der rechtlichen Situation eine qualitative Erhebung aus unterschiedlichen Perspektiven (Frauen, Kinder, Männer, Expert/-innen). Es wurden 40 qualitative Einzelinterviews in Wien und im Südburgenland geführt; befragt wurden jeweils mindestens drei Familienmitglieder, nämlich beide vormaligen Partner sowie deren gemeinsame Kinder (im Alter zwischen neun und 14 Jahren); die Scheidung lag zwischen drei und fünf Jahren zurück.

¹¹ Die Studie von Denk et al. (2003) umfasst eine Darstellung der Literatur, einen Rechtsvergleich, Sekundärauswertungen statistischer Datensätze sowie Interviews mit Expert/-innen und zehn Interviews mit geschiedenen Männern.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

dem Thema des Kontaktabbruchs zwischen geschiedenen Vätern und ihren Kindern.¹² Erhard/Janig (2003) bieten einen Literaturüberblick über die Folgen von Vaterentbehrung.

In der internationalen Scheidungsforschung haben sich die Publikationen im Verlauf der letzten Jahre vervielfacht. Auffallend ist aus methodischer Sicht die Verfügbarkeit längsschnittlich angelegter Studien, die insbesondere im englischen Sprachraum zu finden sind und teilweise bereits einen Zeitraum von 25 Jahren abdecken wie das Marin County Project (Wallerstein/Kelly 1980, Wallerstein et al. 2002); weiters zu nennen sind das Virginia Project (Hetherington 2003, Hetherington/Kelly 2002) sowie die Binucelar Family Study (Ahrns 2004, 2007, Ahrns/Rodgers 1989). Im deutschsprachigen Raum ist auf die Kölner Langzeitstudie (Schmidt-Denter 2000, Schmidt-Denter/Schmitz 1999, Schmitz/Schmidt-Denter 1999), die Rostocker Längsschnittstudie (Reis/Meyer-Probst 1999), die Berliner Längsschnittstudie (Schwarz/Silbereisen 1999, Walper 1995), die Untersuchung von Napp-Peters (1995) sowie die Arbeiten von Bodenmann et al. (2000, 2002, 2007) zu verweisen. Auch der DJI-Familiensurvey (Bien/Marbach 2008) und das DJI-Kinderpanel (Walper/Wendt 2005, Wendt/Walper 2007) sind längsschnittlich angelegt und decken einige scheidungsrelevante Daten ab. In Österreich gibt es bislang keine Längsschnittstudien.

Inhaltlich ist in der internationalen Scheidungsforschung, resultierend aus dem Längsschnitt-Design, ein Fokus auf die Entwicklung und Sichtweisen erwachsener Scheidungskinder festzustellen (Ahrns 2007, Sarrazin/Cyr 2007, Wolfinger 2005), wobei der Begriff „Scheidungskind“ durchaus reflektiert und differenziert betrachtet wird; insbesondere Anzahl und Merkmale der bereits erlebten Phasen familialer Instabilität werden in der Analyse berücksichtigt (Sun/Li 2008).

Ein weiterer beobachtbarer Trend ist die differenzierte Analyse von Geschlechteraspekten in Zusammenhang mit Trennung und Scheidung – sowohl was Einstellungen zur Scheidung (Kapinus/Flowers 2008), die Initiierung der Scheidung (Andreß/Bröckel 2007, Willén/Montgomery 2006), als auch die unterschiedlichen Situationen von Männern und Frauen nach einer Scheidung betrifft (siehe auch Zartler et al. 2004). Die Berücksichtigung der Genderperspektive erscheint u. a. aufgrund der Veränderungen im Verständnis von Geschlechts- und Elternrollen notwendig. Erwähnt seien z. B. die konzeptuellen Veränderungen der Vaterrolle, aber auch Veränderungen in der Einstellung zu innerfamiliärer Arbeitsteilung (Beham/Zartler 2006, Mühling/Rost 2007, Schneider/Matthias-Bleck 2002).

Scheidung wird in der (internationalen) Forschung zunehmend aus einer Mehrgenerationen-Perspektive betrachtet. Dabei werden einerseits Beziehungen zwischen den Generationen analysiert, so z. B. die Auswirkungen einer Scheidung auf die Beziehungen zwischen Großeltern und Enkeln (siehe auch den Beitrag von L. Wilk in diesem Band); andererseits auch Auswirkungen einer Scheidung auf die intergenerationale Solidarität (siehe auch den Beitrag von M. Beham und U. Zartler in diesem Band). Vorhandene Daten weisen darauf hin, dass erwachsene Kinder geschiedener Eltern eher bereit sind, für ihre Mütter Unterstützungsleistungen im Alter zu übernehmen als für ihre Väter (Daatland 2007, Ferguson 2004, Lin 2008).

¹¹ Die Studie von Denk et al. (2003) umfasst eine Darstellung der Literatur, einen Rechtsvergleich, Sekundärauswertungen statistischer Datensätze sowie Interviews mit Expert/-innen und zehn Interviews mit geschiedenen Männern.

¹² Die Arbeit von Tazi-Preve et al. (2007) basiert auf der Auswertung statistischer Daten (Mikrozensus 2001) sowie qualitativer Expert/-innen-Interviews.

Aus theoretischer Perspektive wird seit einiger Zeit ein Reorganisationsmodell favorisiert, welches – im Gegensatz zum Desorganisations- oder Defizitmodell – davon ausgeht, dass Scheidung nicht eine Auflösung der Familie bedeutet, sondern eine Umgestaltung und Neuorganisation des familialen Bezugssystems. Scheidung wird nicht als singulares, die Familie auflösendes Ereignis betrachtet, sondern als komplexes, prozessuales Geschehen, dessen Analyse eine differenzierte Betrachtung erfordert und idealerweise auch eine längerfristige Perspektive von Familiendynamik und familialer Instabilität beinhalten sollte (Amato 2000, Lambert 2007, Smart 2004, 2007, Sun/Li 2008, Teachman 2004, Widmer 2006, Wilk/Zartler 2004). Besonders wichtig erscheint – in Abhängigkeit von Anzahl und Ausgestaltung der erlebten familienstrukturellen Veränderungen – die Unterscheidung von instabilen und stabilisierten Nachscheidungsfamilien (Sun/Li 2008).

1.2 Ursachen für Scheidung und Trennung

Dieser Abschnitt gibt einen Überblick über die Scheidungsursachenforschung¹³ und analysiert wesentliche Gründe für die steigenden Scheidungszahlen. Dabei werden sowohl gesellschaftliche Veränderungen, soziodemografische und soziostrukturelle Zusammenhänge als auch subjektive Trennungsursachen berücksichtigt.

1.2.1 Gesellschaftliche Entwicklungen und soziodemografische Zusammenhänge

Eine Scheidung oder Trennung ist primär ein Prozess auf individueller bzw. auf Paarebene; dennoch gibt es Zusammenhänge mit gesellschaftlichen Entwicklungen (siehe im Überblick Dronkers et al. 2006, Herzer 1998, Hill/Kopp 1990, Rosenkranz/Rost 1998, Wagner/Weiß 2003, 2006, Zartler/Werneck 2004), so z. B. mit dem Funktions- und Bedeutungswandel von Ehe und Partnerbeziehungen. Die Ehe hat sich von der Wirtschafts- und Arbeitsgemeinschaft vorindustrieller Zeiten (Mitterauer/Sieder 1991, Rosenbaum 1982) immer stärker zu einer „Gefühlsgemeinschaft“ entwickelt (Beck-Gernsheim 1986). Ein Teil ihrer umfassenden Funktionen wurde an andere gesellschaftliche Systeme delegiert; die Ehe erlebte eine Spezialisierung auf den emotionalen Bereich. Gerade die Zunahme emotional-affektiver Komponenten der Interaktion kann aber auch eine Instabilität bedingen (Esser 2002, Rousset 1980).

Im Verlauf von Modernisierungs- und Individualisierungsprozessen wurde die individuelle Lebensplanung und -gestaltung verstärkt zur Disposition des einzelnen Individuums gestellt (Beck 1986, Beck/Beck-Gernsheim 1994). Dies bedingt einerseits gestiegene individuelle Gestaltungsmöglichkeiten auch in der Partnerbeziehung; andererseits kann bzw. muss die Entscheidung für oder gegen diese Partnerbeziehung immer wieder getroffen werden. Im Zusammenhang mit dem veränderten Anspruchsniveau und sinkender sozialer Stigmatisierung erscheint Scheidung zunehmend – für beide Geschlechter – als wählbare Alternative (Esser 1999).

¹³ Da entsprechende Daten fehlen, kann nicht zwischen Trennung nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Ehescheidungen differenziert werden – soweit möglich, wird explizit auf diese Unterscheidung verwiesen.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Die abnehmende Verbindlichkeit traditioneller Vorgaben und der gesellschaftliche Werte- und Normenwandel bedingen eine steigende gesellschaftliche Akzeptanz alternativer Lebensformen zur Ehe. Der Wandel von Pflicht- und Akzeptanzwerten hin zu Werten der Selbstentfaltung wird als Basis dafür betrachtet, dass die Auflösung einer unbefriedigenden Partnerschaft akzeptiert wird (Klages 1984, Nave-Herz et al. 1990, Weiss 1995) und die Bereitschaft, eine solche aufrechtzuerhalten, abnimmt (Schneider 1990, 1994).

Einige soziodemografische Merkmale stehen in Zusammenhang mit dem Scheidungsrisiko, ohne jedoch als „Scheidungsursachen“ im engeren Sinn betrachtet werden zu können (vgl. im Überblick Babka von Gostomski et al. 1999, Herzer 1998, Hill/Kopp 2006, Klein/Kopp 1999). So spielen beispielsweise Heiratsalter und -kohorte eine Rolle: Früh geschlossene Ehen weisen eine höhere Instabilität auf als später geschlossene, was v. a. auf ein schlechtes „Matching“ der Partner zurückgeführt wird. Jedoch sind auch Ehen, die im Vergleich zur Alterskohorte besonders früh oder besonders spät geschlossen werden, scheidungsanfälliger. Auch die Ehedauer und die Rangzahl der Ehe weisen Zusammenhänge mit dem Scheidungsrisiko auf: Die Scheidungswahrscheinlichkeit ist in den ersten Ehejahren am höchsten und zeigt einen U-förmigen Verlauf¹⁴; Ehen mit einer höheren Rangzahl (Zweit- und Drittehen) weisen ein höheres Scheidungsrisiko auf als Erstehen, was in geringeren ehespezifischen Investitionen, in negativen Belastungen durch die erste Ehe, in Bedingungen auf dem Heiratsmarkt, aber auch in Persönlichkeitseigenschaften begründet sein könnte (Babka von Gostomski et al. 1999: 49). Weiters erscheinen Institutionalisierungsgrad und Familienform bedeutsam: Nichteheleiche Lebensgemeinschaften weisen ein höheres Trennungsrisiko auf als Ehen, Stieffamilien ein höheres als Kernfamilien (Bouchard 2006, Popenoe 2008). Generell erhöht das Vorhandensein ehespezifischer Investitionen wie z. B. gemeinsamer Besitz (insbesondere Immobilien und langfristige Anlagen), aber auch gemeinsame Kinder¹⁵ die Ehestabilität. Weiters bestehen regionale Zusammenhänge: die Scheidungshäufigkeit ist im ländlichen Bereich niedriger als in städtischen Regionen, was mit Unterschieden in den Handlungsoptionen, etwa bzgl. Partnerwahl, Erwerbstätigkeit, Wohnmöglichkeiten nach einer Scheidung oder normativer Kontrolle durch Nachbarschaft und Verwandtschaft, erklärt werden kann (Babka von Gostomski et al. 1999). Schließlich ist die Stabilität der elterlichen Ehe zu nennen: Mehrere Studien belegen ein erhöhtes Scheidungsrisiko, wenn bereits eine Scheidung in der Elterngeneration vorkam (Cunningham/Thornton 2007, Diefenbach 2000, Diekmann/Engelhardt 1995, Weigel 2007, Wolfinger 2005). Erklärungsmodelle zur intergenerationalen Scheidungstransmission postulieren einen Zusammenhang mit stresshaften Faktoren, ökonomischen Nachteilen oder sozialisatorischen Einflüssen¹⁶ (Berger 2009, Diefenbach 2000, Diekmann/Engelhardt 1995, D' Onofrio et al. 2007). Aktuelle deutsche Längsschnittdaten¹⁷ zeigen, dass auch die Qualität der elterlichen Partnerbeziehung jene in der Kindergeneration beeinflusst, und dass diese

¹⁴ Für Ausführungen zu „späten Trennungen“ siehe Fooker (2004).

¹⁵ Kinder, welche nicht aus der gemeinsamen Ehe stammen, dürften sich hingegen negativ auf die eheliche Stabi-

¹⁶ Schulz (2009) zeigt für Deutschland, dass auch die Art der Folgefamilie nach einer elterlichen Scheidung berücksichtigt werden muss, und weist nach, dass „Personen aus Scheidungsstieffamilien in besonderem Maße einem erhöhten Scheidungsrisiko unterliegen und dass Geschlechtsunterschiede im Transmissionseffekt bestehen“ (Schulz 2009: 5). Auch amerikanische Daten zeigen, dass die Beziehungsqualität in der elterlichen Wiederheirat die Partnerschaftsbeziehungen junger Erwachsener beeinflusst (Yu/Adler-Baeder 2007).

¹⁷ Die Life-Studie („Lebensverläufe ins frühe Erwachsenenalter“) ist eine westdeutsche Längsschnittstudie, welche 1 527 Lebensverläufe von Männern und Frauen vom 12. bis zum 35. Lebensjahr umfasst. lität auswirken (Babka von Gostomski et al. 1999: 48, Teachman 2008).

Transmission insbesondere für die negativen Aspekte der Elternbeziehung gilt (Erzinger 2009, zu ähnlichen Ergebnissen kommen Amato/Booth 2001 und Schneewind 2001).

1.2.2 Subjektive Trennungsursachen und -verläufe

Eine Reihe von Arbeiten hat die subjektiv perzipierten Scheidungsgründe aus Sicht geschiedener Personen zum Thema (Amato/Hohmann-Marriott 2007, Bodenmann et al. 2002, 2007, de Graaf/Kalmijn 2006, Nave-Herz et al. 1990, Rottleuthner-Lutter 1992, Schneider 1990, Walper et al. 1994). Dabei finden sich geschlechtsspezifische und regionale Unterschiede, und es wird ersichtlich, dass insbesondere emotionalen und expressiven Aspekten der Partnerbeziehung wie z. B. Distanzierung, Entfremdung, unbefriedigender Kommunikation, mangelndem Verständnis und Einfühlungsvermögen, unerfüllten Ansprüchen, fehlender Zuneigung oder Verantwortlichkeit besondere Bedeutung für deren Beendigung zukommt (Bodenmann et al. 2007, de Graaf/Kalmijn 2006, Klein/Kopp 1999, Nave-Herz et al. 1990, Schneider 1990, Zartler/Werneck 2004).

Fehlende oder mangelhafte Kompetenzen für die Führung einer zufriedenstellenden Partnerschaft werden in unterschiedlichen Studien als einer der wichtigsten Scheidungsgründe genannt (Bodenmann et al. 2002, 2007, Nave-Herz et al. 1990, Zartler et al. 2004). Besonderes Augenmerk liegt dabei auf interpersonellen Kompetenzen wie Kommunikation, Konfliktlösung und (dyadischem) Coping. Gottman (1994) hat darauf hingewiesen, dass die Kommunikation unzufriedener oder scheidungsgefährdeter Paare durch vier negative Interaktionsmerkmale gekennzeichnet ist, nämlich destruktive Kritik („criticism“), verächtliche Kommunikation („contempt“), Defensivität („defensiveness“) und Rückzug („withdrawal, stonewalling“). Neben der Kommunikationskompetenz wird den Konfliktlösungsfähigkeiten beider Partner Bedeutung für die Stabilität von Partnerschaften zugeschrieben.

Die Faktoren Stress und Stressbewältigung spielen im Rahmen der Beziehungsdynamik eine wichtige Rolle. Längsschnittdaten (Bodenmann 2000, Bodenmann et al. 2002, 2007) zeigen, dass unzufriedene Paare insgesamt mehr Stress erleben. Dies bezieht sich auf Anforderungen von Beruf und/oder Elternschaft, Stress in der Kindererziehung, finanziellen Stress, sozialen Stress, Freizeitstress und tägliche Widrigkeiten („daily hassles“). Stress führt zu häufigeren negativen dyadischen Interaktionen und wirkt sich sowohl direkt als auch indirekt negativ auf die Beziehungsqualität und -stabilität aus. Insbesondere die Akkumulation „täglicher Widrigkeiten“ trägt maßgeblich zur Entwicklung und Festigung von Trennungsabsichten bei. Letztendlich zur Trennung führen stressrelevante Faktoren dann, wenn zusätzlich mangelnde (individuelle und dyadische) Copingkompetenzen vorliegen (siehe auch Zartler/Werneck 2004).

Traditionelle Arbeitsteilung bzw. insbesondere die Retraditionalisierung der Arbeitsteilung nach der Geburt von Kindern und die Unzufriedenheit mit diesen Arrangements nehmen einen zentralen Stellenwert als subjektive Scheidungsursache ein (Beham/Zartler 2006, Zartler/Werneck 2004). Die traditionelle Arbeitsteilung (Male Breadwinner Model) geht einher mit einem hohen beruflichen Engagement des Mannes, der nur noch wenig Zeit für die Partnerin und die Kinder erübrigen kann, sowie weitgehend einseitiger Verantwortungsübernahme der Frau für die Kinderbetreuung. Enttäuschte Erwartungen und Kommunikationsprobleme bezüglich der jeweiligen Rollenvorstellungen haben eine zentrale Bedeutung. Andere Scheidungsursachen wie Alkohol und Gewalttätigkeit, aber auch cha-

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

rakterliche Merkmale oder eine Heterogenität der Partner, unterschiedliche sexuelle Erwartungen, Untreue sowie auch Belastungen durch die Herkunfts- bzw. Schwiegerfamilie¹⁸ werden ebenfalls als subjektiv perzipierte Scheidungsursachen genannt. Dabei sind durchaus geschlechtsspezifische Unterschiede in der Gewichtung und Interpretation der einzelnen Faktoren zu beobachten: Unterschiedliche Erwartungen im sexuellen Bereich stellen für Männer einen wichtigen Ursachenkomplex dar, während Alkohol, Gewalt und die Beziehung zur Schwiegerfamilie eher von Frauen in Zusammenhang mit der Scheidung gebracht werden (Zartler/Werneck 2004).

Als zentrale scheidungshemmende Faktoren gelten aus der subjektiven Sicht geschiedener Personen die Verantwortung gegenüber (gemeinsamen) Kindern, das Vorhandensein gemeinsamer Besitztümer, insbesondere Immobilienbesitz, sowie zu erwartende ökonomische Restriktionen (Bodenmann et al. 2002, 2006, Zartler/Werneck 2004).

Der Trennungsprozess setzt sehr viel früher ein als das Ereignis der Trennung oder Scheidung, und es liegen unterschiedliche Prozessmodelle einer Beziehungsauflösung vor (Ahrns/Rodgers 1989, Duck 1982). Dabei ist eine Rollendifferenzierung zwischen „Sich-Trennenden und Verlassenen“ notwendig (Lenz 2006: 127), da beide den Übergangsprozess zu unterschiedlichen Zeitpunkten beginnen und somit auch der Reorganisationsprozess zeitlich versetzt ist. Das mehrfach berichtete geschlechtstypische Muster (Eckardt 1993, Nave-Herz et al. 1990, Vaughan 1988) wird in der österreichischen Studie von Zartler et al. (2004) bestätigt. Demnach neigen eher Frauen dazu, nach langen Überlegungsphasen und (aus ihrer Sicht fehlgeschlagenen) Kommunikations- und Konfliktlösungsangeboten an den Partner die Trennung zu initiieren, während Männer von der Trennungsabsicht ihrer Partnerin überrascht sind und dann Versuche unternehmen, die Beziehung aufrechtzuerhalten – aus Sicht ihrer Partnerin allerdings viel zu spät. Der „Verlassene“ beginnt dann zeitlich versetzt mit der emotionalen und alltagspraktischen Reorganisation, mit welcher die Initiatorin sich bereits auseinandergesetzt hat, und kämpft zusätzlich mit einer Entwertung seiner Person durch das Verlassenwerden. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass auch andere Verlaufsmuster bestehen und die einzelnen Phasen einer gewissen Dynamik unterliegen (Baxter 1984). Weiters muss aus methodischer Sicht beachtet werden, dass retrospektive Aussagen von getrennten bzw. geschiedenen Personen immer „unheilbar‘ perspektivisch“ (Lenz 2006: 132) sind und (in Querschnittstudien) lediglich eine Wirklichkeitskonstruktion ex post erfasst werden kann.

Verstärkt wird in der Scheidungsursachenforschung auf die Relevanz differenzierter Betrachtungsweisen hingewiesen. So wird z. B. zunehmend nach dem Kriterium der Scheidungsinitiierung differenziert, welches hochrelevant auch für Bewältigungsprozesse sein dürfte (Hewitt et al. 2006, Willén/Montgomery 2006, zusammenfassend Lenz 2006: 127 ff.). Es wird darauf hingewiesen, dass Frauen, obwohl sie durch eine Scheidung starke ökonomische Verluste hinnehmen müssen, dennoch häufiger die Scheidung initiieren und einreichen (Andreß/Bröckel 2007, Willén/Montgomery 2006). Dies wird aus austauschtheoretischer Sicht damit erklärt, dass anderweitige Gewinne (psychisch, emotional, sozial) die (von den Frauen auch antizipierten) finanziellen Verluste kompensieren.

¹⁸ Die Relevanz der Herkunftsfamilie zeigt sich besonders deutlich bei ländlichen Familien (Zartler/Werneck 2004: 83 f.).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Interessant ist auch die Frage, welche Ursachen für das Ansteigen der Scheidungszahlen in der Bevölkerung vermutet werden. Eine deutsche Studie zeigt, dass eine Scheidung dann am ehesten akzeptiert wird, wenn in der betreffenden Ehe keine Kinder vorhanden sind, die Beziehungsqualität gering ist und/oder Partnerbeziehungen neben der Ehe bestehen. Eine Scheidung der eigenen Eltern führt allerdings nicht zu einer erhöhten Bereitschaft, permissive Scheidungsnormen zu akzeptieren (Diefenbach/Opp 2007). Österreiche Befragte betrachten am häufigsten Kommunikationslosigkeit und Mangel an Gesprächskultur als verantwortlich für eine Scheidung (84 % aller Befragten bzw. 94 % der Geschiedenen), fast ebenso häufig die Berufstätigkeit beider Eheleute (82 % aller Befragten bzw. 96 % der Geschiedenen). Weitere vermutete Ursachen sind Egoismus (82 %), fehlende Konfliktlösungskompetenzen (74 %), das Fehlen eines gemeinsamen Ehe- bzw. Lebensziels (70 %) und ein Wertemangel in Hinblick auf Ehrlichkeit und Treue (62 %). Auch eine (zu) geringe religiöse Bindung wird als Ursache für das Ansteigen der Scheidungsraten vermutet (66 %). Als erleichternder Faktor für eine Trennung wurde insbesondere die ökonomische Unabhängigkeit beider Partner genannt (82 %). Insgesamt zeigen sich kaum geschlechts- oder altersspezifische Unterschiede – mit Ausnahme der Tatsache, dass die unter 30-Jährigen überdurchschnittlich oft der Meinung sind, die Sinnhaftigkeit der lebenslangen Bindung sei verloren gegangen. Unterschiede zeigen sich im Antwortverhalten von Geschiedenen und Verheirateten: Verheiratete geben eher Äußerlichkeiten wie „Freizeitangeboten“, „Eheverträgen“ und „vermehrten Möglichkeiten zum Seitensprung“ die Schuld an der Instabilität von Ehen, während Geschiedene eher den Mangel an Kommunikation und gemeinsamen Lebenszielen als scheidungsverursachend betrachten (Market 2008).

1.3 Der familiäre Umbruch: Herausforderung und Bewältigung

Im Folgenden wird kurz auf das Erleben und die Bewältigung der Scheidung durch Frauen und Männer eingegangen und aufgezeigt, wie Kinder eine elterliche Trennung erleben und verarbeiten. Anschließend wird die Beziehung des Kindes zu Vater und Mutter nach deren Trennung und Elternschaft bei getrennter Partnerschaft thematisiert, wobei insbesondere auf die Beziehung des Kindes zu seinem getrennt lebenden Vater und auf die Verwirklichung gemeinsamer Elternschaft nach einer Trennung (und damit gemeinsame Obsorge) das Hauptaugenmerk gelegt wird. Die gewählte Fokussierung erscheint berechtigt, weil diese beiden Dimensionen besondere Herausforderungen beinhalten, sich durch die gesetzlichen Veränderungen der letzten Jahre in Österreich die Rahmenbedingungen hierfür gravierend gewandelt haben und mehrere österreichische Studien zu dieser Problematik erstellt wurden. Die ökonomische Situation wird dabei nicht berücksichtigt, da diese von R. Buchegger (s. Atteneder et al., Auswirkungen der Folgen von Scheidung und Trennung) in diesem Bericht thematisiert wird.

1.3.1 Erleben und Bewältigen der Scheidung durch Frauen und Männer

Scheidung/Trennung bedeutet beinahe immer für beide Partner eine einschneidende Veränderung ihrer Lebenssituation und erfordert hohe individuelle Anpassungsleistungen (Werneck 2004a). Meist wird Scheidung als belastend erlebt (Figdor et al. 2006); sie setzt die Partner einem Risiko aus, das ihr psychisches, körperliches, soziales und ökonomisches Befinden beeinträchtigen kann (Denk et al. 2003, Hetherington 2003). Ob und wie es gelingt, die Situation zu bewältigen, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, zu denen das soziale Netzwerk, die Partnerschaftsbeziehung vor und nach der Trennung sowie deren Dauer, Persönlichkeitsmerkmale und verfügbare Copingstrategien, die Dauer der Planung und Vorbereitung auf die Trennung sowie die Einstellung zu dieser, die Einstellung zu Beruf, Familie und Kindererziehung, aber auch das Alter, der Bildungsstand und der berufliche Status, die materielle Sicherheit und die regionale Herkunft zählen (Amendt 2006, Denk et al. 2003, Krumrei et al. 2007, Sander 2002, Schneider et al. 2001, Textor 2002, Werneck 2004a).

Besonders in der ersten Zeit nach der Trennung kommt es bei den Partnern häufig zu Gefühlen der Trauer, aber auch der Befreiung, des Versagens, des Kontrollverlustes, der Reue und Schuld sowie des Zweifels und Hasses (Sander 2002). Das intensive Erleben dieser Gefühle kann Leistungsbeeinträchtigungen, Konzentrationsstörungen, Erschöpfung sowie psychosomatische Beschwerden bedingen (Textor 2002).

Ob es Frauen oder Männern im Durchschnitt schwerer fällt, sich nach einer Trennung/Scheidung zurechtzufinden, wird in der Literatur unterschiedlich beurteilt. Frauen und Männer unterscheiden sich allerdings in ihren Reaktionen und Bewältigungsmustern (Wilk 1999). Männer scheinen größere Schwierigkeiten der emotionalen Verarbeitung der Trennung zu haben. Aufgrund der nach wie vor existierenden geschlechtsspezifischen Sozialisation, insbesondere den Umgang mit Gefühlen betreffend, sind Männer oft weniger in der Lage, Gefühle zu äußern und emotionale Herausforderungen zu bearbeiten. Sie setzen

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

häufiger Verdrängungs- und Abwehrmechanismen ein und holen sich seltener Rat und Unterstützung sowohl in ihrem sozialen Netzwerk als auch bei Beratungsstellen (Beham/Wilk 2004, Denk et al. 2003).

Denk et al. (2003) fanden insbesondere drei Faktoren, welche die Situation des Mannes nach der Scheidung vorwiegend mitbestimmen: das Einkommen, das Einverständnis mit der Expartnerin und die Einstellung des Mannes zu Beruf, Familie und Kindererziehung. Anhand dieser Faktoren wurden acht unterschiedliche Typen von Männern konstruiert, die von ihrer Scheidung in unterschiedlichem Maß emotional-psychisch und finanziell-existenziell beeinträchtigt waren. Zu einer emotional stark belasteten Gruppe zählten dabei Männer, die sich während der Ehe sehr für die Kinderbetreuung engagiert und dafür auf berufliche Karriere verzichtet hatten. Bei schlechtem Einvernehmen mit der Mutter bei mütterlicher Obsorge erlebten sie sich als Verlierer, und zwar sowohl auf materiell-finanzieller als auch auf emotional-psychischer Ebene. Kumulieren die Belastungsfaktoren, so kann die Wechselwirkung von finanziellen Einschränkungen, psychischen Belastungen und Selbstaufgabe eine soziale Abwärtsspirale in Gang setzen. Amendt (2006) verwies aufgrund der Ergebnisse seiner Studie auf die Verknüpfung einer Mehrzahl von Faktoren (wie Bildung, Einkommen, häufige Konflikte mit der Expartnerin, Verlustgefühle), die für das Befinden, insbesondere auch das gesundheitliche, nach der Scheidung bedeutsam werden. Ähnliches fand sich auch in der Studie von Zartler et al. (Werneck 2004a), wonach für die Scheidungsbewältigung und das Befinden der interviewten Männer die finanziell-materielle Situation, Verlustgefühle, die Bewertung der Scheidung sowie Persönlichkeitsmerkmale und Bewältigungsstrategien mitentscheidend waren.

Bezüglich der psychischen Befindlichkeit der Frauen einige Jahre nach der Scheidung kommen die empirischen Studien zu uneinheitlichen Ergebnissen (Schneider et al. 2001, Sander 2002). Einige Studien lassen drei unterschiedliche Formen der mittelfristigen Anpassung (vorwiegend bezogen auf alleinerziehende Mütter) erkennen. Demnach gelingt es einem Teil der Frauen, ihre Scheidung so zu bewältigen, dass sie zu einem sehr guten Befinden gelangen, einer zweiten Gruppe gelingt die Bewältigung zumindest in einigen Bereichen und ihr Befinden kann als durchschnittlich beurteilt werden, einer dritten Gruppe hingegen scheint die Bewältigung der Trennung und die erforderliche Anpassung an die neue Situation nicht zu gelingen, was zu einer schlechten Befindlichkeit führt (Baum et al. 2005, Sander 1999, 2002).

Diese drei Gruppen ließen sich auch in der österreichischen Studie von Zartler et al. finden (Werneck 2004a). Die notwendigen Anpassungsleistungen hingen dabei weitgehend sowohl von der Persönlichkeitsstruktur und den personalen Bewältigungsmechanismen als auch den sozio-strukturellen Rahmenbedingungen ab. In der Literatur wird aufgezeigt, dass ein hoher Bildungsstand, verbunden mit höheren Kompetenzen und besseren Strategien, schwierige Situationen zu meistern, aber auch ein höherer beruflicher Status und materielle Sicherheit es erleichtern, die Veränderung zu bewältigen. Wurde die Scheidung nicht vorwiegend als persönliches Versagen, sondern als Herausforderung betrachtet, konnte eher auf aktive Bewältigungsstrategien zurückgegriffen werden. Für das Wohlbefinden kam darüber hinaus vor allem angemessenen Copingstrategien Bedeutung zu

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

(Sander 2002, Stewart 2005, Werneck 2004a). Als besondere Belastung kann die ökonomische Situation geschiedener Frauen betrachtet werden: Sie sind diesbezüglich gegenüber verheirateten Frauen, aber auch im Vergleich mit geschiedenen Männern deutlich benachteiligt (siehe ausführlich Buchegger 2004 sowie R. Buchegger in diesem Bericht).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es vielen getrennten Partnern gelingt, sich innerhalb von zwei bis fünf Jahren an die neue Lebenssituation anzupassen, die Vergangenheit zu akzeptieren und das Leben gegenwarts- und zukunftsorientiert zu betrachten (Guttman 1993, Kaslow 2001). In diesem Zeitraum ist häufig auch die nötige Anpassung der äußeren Lebensbedingungen wie z. B. ein Wohnungs- oder Arbeitsplatzwechsel gelungen und eine neue Routine der Alltagsgestaltung einschließlich der Kinderbetreuung und der Besuchszeiten der Kinder beim außerhalb lebenden Elternteil gefunden worden. Zugleich aber ließ die Meta-Analyse von Amato (2000), in welcher die amerikanischen Scheidungsstudien der 1990er-Jahre erfasst wurden, erkennen, dass Geschiedene verglichen mit Verheirateten weniger glücklich sind, mehr psychische Belastungen wahrnehmen, ein schlechteres Selbstkonzept besitzen und größere gesundheitliche Probleme haben. Wie weit diese Merkmale der Geschiedenen eine Folge der Trennung oder mit Ursache für die Scheidung waren, bleibt allerdings unklar.

1.3.2 Erleben und Bewältigen der Scheidung durch Kinder

In den letzten Jahren hat sich die Sicht auf Kinder sowohl im Bereich der Sozialwissenschaften als auch jenem des Rechts unübersehbar verändert. Dies kommt ebenso in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes und dem Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 wie in der sozialwissenschaftlichen Kindheitsforschung zum Ausdruck. Auch im Zusammenhang mit der Analyse von Trennung/Scheidung und deren Bedeutung für und Bewältigung durch Kinder findet dies seinen Ausdruck. Der Wahrnehmung von Kindern als eigenständigen kompetenten Subjekten, die ihr Leben aktiv mitgestalten und bestimmen, wird die lange in der Scheidungsforschung vorherrschende Betrachtung der Kinder als passiver Opfer nicht mehr gerecht. Dies führt nicht nur zur Forderung, die Wahrnehmung und das Erleben der Kinder aus deren eigener Sicht zu erfassen und als das Relevante zu definieren, sondern auch zu jener, Kinder an der Gestaltung ihrer Lebenssituation nach der elterlichen Trennung aktiv beitragen und mitbestimmen zu lassen. Sollen Kinder die mit der Scheidung an sie gestellten Herausforderungen bewältigen können, ist es nötig, dass ihre Sicht beachtet, ihre Wünsche und Interessen nicht nur gehört, sondern auch respektiert werden (Kaltenborn 2001a, b, Flowerdew/Neale 2003, Smith et al. 2003), und es ihnen ermöglicht wird, als kompetente Akteur/-innen jene Strategien zu entwickeln, die es ihnen erleichtern, mit der elterlichen Scheidung konstruktiv umzugehen (Smart 2003, Smith et al. 2003, Wade/Smart 2003).

Um die Auswirkungen einer elterlichen Trennung auf die davon betroffenen Kinder adäquat zu erfassen, ist es erforderlich, zwischen kurzfristigen Reaktionen einerseits und mittel- bzw. langfristigen Folgen andererseits zu unterscheiden. Die Zeit rund um die Scheidung und die frühe Nachscheidungsphase sind für beinahe alle Kinder ein sehr schwieriger Lebensabschnitt. Trennung stellt ein mit tiefer Trauer verbundenes, gravierendes Verlust-erlebnis dar, und die ihr folgenden Monate sowie ein bis zwei Jahre bedeuten eine Krisenperiode für Kinder, in welcher sie am intensivsten berührt sind (Amato 1993, Rodgers/Pryor 1998, Wallerstein/Blakeslee 1989). Erste Reaktionen sind häufig Traurigkeit und

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Schock, Angst, Schuld- und Schamgefühle sowie ein Nicht-Wahrhaben-Wollen (Burns/Dunlop 1999, Dreman 2000). Wie Kinder unmittelbar auf dieses Ereignis reagieren, wie sie es zu bewältigen versuchen, wird unter anderem von ihrem Alter und ihrem Geschlecht mitbestimmt (Fthenakis 1993).

Der Desorganisationsphase unmittelbar nach der Scheidung folgt eine Reorganisationsphase (Walper 2002). Wie diese sich gestaltet, ob, auf welche Art und Weise, und wie ausgeprägt Kinder durch eine elterliche Trennung/Scheidung auch mittel- und längerfristig beeinträchtigt sind, wird in der Literatur unterschiedlich beschrieben. Die meisten englischsprachigen Studien kamen zu dem Schluss, dass langfristige negative Auswirkungen eher gering und keineswegs eine zwangsläufige Folge elterlicher Scheidung sind und die meisten von elterlicher Scheidung betroffenen Kinder zu gesunden Erwachsenen heranwachsen (Ahrns 2007, Amato 2001, Amato/Keith 1991, Rodger/Pryor 1998). Zugleich wird aber betont, dass Scheidung immer ein stresshafter und komplexer Übergang ist, der die Wahrscheinlichkeit von Anpassungsproblemen und Benachteiligungen erhöht (Kelly/Emery 2003) und Kinder auch noch über das Kinder- und Jugendalter hinaus beeinflusst (Ahrns 2007, Wallerstein et al. 2002). Dies zeigt sich in Bereichen wie Schulleistung und Bildungsabschluss, Verhalten, psychischer und emotionaler Anpassung sowie Befindlichkeit, Selbstkonzept und sozialen Beziehungen (Amato 2000, 2003, Emery 1999, Hetherington/Kelly 2002). Erwachsene Scheidungskinder hatten in US-amerikanischen Studien, verglichen mit solchen aus Zweielternfamilien, ein geringeres Bildungsniveau und Einkommen, ein höheres Risiko der Arbeitslosigkeit, weniger Chancen zu beruflichem Aufstieg, und sie wiesen ein geringeres Wohlbefinden auf (Amato 2003). Frauen gingen früher sexuelle Bindungen ein und wurden früher Mütter.

Wie weit diese vorwiegend in den USA gewonnenen Ergebnisse auf Europa und insbesondere den deutschsprachigen Kulturraum übertragbar sind, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Perrez (1996) nimmt ein höheres Maß der Beeinträchtigung in Europa an und begründet dies mit den höheren Scheidungszahlen und der damit einhergehenden größeren sozialen Akzeptanz der Scheidung in den USA. Die wenigen in Deutschland durchgeführten größeren Untersuchungen lassen zwar Trends erkennen, aber kaum eindeutige Aussagen zu (Schmidt-Denter 2005). Die meisten Arbeiten deuten so wie die bereits angeführten englischsprachigen darauf hin, dass eine elterliche Scheidung zwar mittelfristig bei einem Teil der Kinder zu Anpassungsproblemen führt, es aber den meisten gelingt, diese allmählich zu bewältigen (Böhm/Grossmann 2000, Reis/Meyer-Probst 1999, Schmidt-Denter 2001, 2005, Schwarz/Silbereisen 1999, Walper 2002). Im Vergleich unterschiedlicher Familienformen dürften Kernfamilien ein etwas günstigeres Entwicklungsmilieu für Kinder bieten als Stieffamilien und Familien alleinerziehender Mütter; allerdings sind die Effekte des Familientyps insgesamt eher schwach, und es werden auch keine differenziellen Entwicklungsverläufe von Jungen und Mädchen in unterschiedlichen Familientypen beobachtet (Schlemmer 2004, Wendt/Walper 2007).

Auf mittelfristige Beeinträchtigungen weisen auch die wenigen österreichischen Arbeiten der letzten Zeit (Figdor 1991, 1998, Zartler et al. 2004) hin, die veranschaulichen, dass nur einem Teil der betroffenen Kinder mittelfristig eine positive Bewältigung der Scheidung gelungen ist.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Zugleich wurde in mehreren Studien deutlich, dass es das komplexe Zusammenwirken einer Vielzahl von Faktoren ist, welches es den Kindern erleichtert oder erschwert, die Trennung der Eltern so zu bewältigen, dass ihre psychosoziale Entwicklung und ihre Befindlichkeit nicht beeinträchtigt werden (Krause/Klopp 2008, Werneck 2004a).

Zu den Faktoren, welche die kindliche Scheidungsbewältigung erschweren, zählen: ein verringerter Kontakt bzw. eine negativ veränderte Beziehung zum außerhalb lebenden Elternteil, ein hohes Konfliktpotenzial zwischen den Elternteilen nach der Trennung, weitere belastende Lebensereignisse (wie Umzug und Schulwechsel), Verlust wichtiger Beziehungen wie jener zur Herkunftsfamilie des getrennt lebenden Elternteiles, ökonomische Probleme, abnehmende Zuwendung und Kontrolle durch die Eltern sowie neue Partnerschaften und Wiederheirat der Eltern (Kelly/Emery 2003). Wie das Kind mit diesen Stressoren zurechtkommt, hängt nicht zuletzt von seinen psychosozialen Kompetenzen, insbesondere seinen Kommunikations- und Konfliktlösungsfähigkeiten und Copingstrategien ab (Werneck 2004a). Als protektive Faktoren wirken dabei zum einen Persönlichkeitsmerkmale wie Selbstwert, Kontrollüberzeugung, Selbstkontrolle, personale Autonomie und Verantwortlichkeit (Drapeau et al. 1999, Dreman 2000, Kot/Shoemaker 1999, Portes et al. 1999, Wallerstein/Blakeslee 1989), aber auch ein kompetenter obsorgeberechtigter Elternteil (Amato 2000) und ein zeitlich umfassendes und angemessenes Elternverhalten des außerhalb lebenden Elternteiles (Hetherington/Kelly 2002) sowie abnehmender Konflikt der Eltern nach der Scheidung (Kelly/Emery 2003). Zusammenfassend kann man feststellen: In der Literatur besteht darüber weitgehend Konsens, dass trotz des erhöhten Risikos die Mehrheit der Kinder geschiedener Eltern sich nicht von Kindern mit Eltern in stabilen Partnerschaften unterscheidet (Kelly/Emery 2003).

1.3.3 Reorganisation der Elternschaft¹⁹ als zentrale Herausforderung

Die Mutter-Kind-Beziehung

Die Gestaltung der Mutter-Kind-Beziehung in Nachscheidungsfamilien beinhaltet teilweise andere und zugleich mehr Anforderungen (neues Aushandeln von Nähe und Distanz, von Zuneigung und Disziplin, von Verantwortlichkeiten und Aufgabenverteilung sowie der Autoritätsstruktur) als jene in Kernfamilien (Emery 1994, Emery/Tuer 1993). Wie weit es gelingt, diese zu erfüllen, wird heute differenzierter betrachtet, als es lange Zeit, ausgehend von einem Defizitansatz, der Fall war (Beham 2004). Insbesondere die spezifischen Chancen und Herausforderungen, die sich für Mütter und Kinder ergeben, und die Dynamik der Beziehung im Zeitverlauf finden Beachtung, indem zwischen eher kurzfristigen, durch den Übergang bedingten Schwierigkeiten in der Gestaltung der Mutter-Kind-Beziehung und einer allgemein problematischen Beziehung zwischen geschiedenen Müttern und ihren Kindern unterschieden wird.

¹⁹ Da 85 bis 90 Prozent der Kinder nach einer Scheidung vorwiegend im Haushalt der Mutter leben (auch bei Obsorge beider Elternteile), fokussieren die folgenden Ausführungen auf die Beziehung zwischen der im selben Haushalt lebenden Mutter und dem Kind sowie dem außerhalb lebenden Vater und dem Kind.

Vor allem in der ersten Zeit nach der Scheidung scheint die Gefahr einer Beeinträchtigung der Beziehung zwischen Mutter und Kind durch eine Einbuße an elterlicher Kompetenz und eine verminderte Wahrnehmung der Elternrolle gegeben zu sein (Amato 2000). Dies ist zurückzuführen auf die zahlreichen praktischen und emotionalen Probleme, mit denen die Mutter in dieser Zeit konfrontiert ist. Zeigen sich Erstere vorwiegend im finanziellen, beruflichen und alltagsorganisatorischen Bereich sowie in jenem der Kinderbetreuung, so zeigen sich die Zweiten in Gefühlen wie Wut, Hass, Trauer, Zukunftsängsten und Versagensgefühlen (Figdor et al. 2006). Letztlich ist die Mutter sowohl dem Stress ausgesetzt, der sich aus dem Zerbrechen der Partnerschaft ergibt, als auch jenem, nun vorwiegend allein für die Kinder verantwortlich zu sein. Dies kann bei der Mutter zu Verhaltens- und Einstellungsänderungen wie einem geringeren Maß an Empathie, geringerer Toleranz und Unterstützung, erhöhten Ansprüchen an das Kind oder einer inkonsistenten Erziehung und Hilflosigkeit führen und scheint es ihr zu erschweren, einen autoritativen Erziehungsstil, der sowohl Wärme und Zuneigung als auch starke, aber faire Disziplin im ausgeglichenen Maß umfasst, zu praktizieren (Hetherington 1993, Schmidt-Denter 2000, 2005, Wallerstein/Blakeslee 1989).

Die Vater-Kind Beziehung: die Beziehung zum außerhalb lebenden Elternteil

Der Wandel der Rolle des Vaters in den letzten Jahrzehnten (Mühling/Rost 2007, Volz/Zulehner 2009, vgl. Beham/Zartler in diesem Bericht) verleiht der Vater-Kind-Beziehung zunehmend größeres Gewicht. Damit nimmt auch die Bedeutung der Aufrechterhaltung dieser Beziehung nach einer elterlichen Scheidung zu. Die Neustrukturierung der Beziehung zwischen dem Kind und seinem Vater (der meist jener Elternteil ist, mit dem das Kind nicht ständig oder vorwiegend zusammenlebt), ist aber eine der schwierigsten Aufgaben, die sich nach einer elterlichen Trennung stellen (Werneck 2004b). Sie verlangt, die Beziehung unter grundlegend veränderten Rahmenbedingungen zu leben und sie dabei so zu gestalten, dass die Bedürfnisse beider Beziehungspartner Berücksichtigung finden und das Wohl des Kindes als oberste Prämisse handlungsleitend fungiert. Daraus ergibt sich die Forderung, die Wünsche des Kindes zu berücksichtigen und das Kind die Beziehung aktiv mitgestalten zu lassen. Wie weit dies in der Realität der Fall ist, hängt nicht nur von den gesetzlich gegebenen Möglichkeiten, sondern ebenso von der Praxis der Familiengerichtsbarkeit, von der Verfügbarkeit sozialer Unterstützung für das Kind, dem Bemühen der Eltern und deren Bereitschaft, das Kind zu informieren und mitbestimmen zu lassen, sowie dem spezifischen Handlungsvermögen des Kindes ab (Kaltenborn 2001a, Kelly/Emery 2003, Sieder 2001, Zartler et al. 2004).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Ein beträchtlicher Teil der Kinder ist mit Ausmaß und Gestaltung des Kontaktes zu seinem Vater nicht zufrieden, und die Qualität der Beziehung variiert im hohen Maß. So erlebt, wie österreichische Studien veranschaulichen, nur ein Teil der Kinder den Vater als zuverlässige Vertrauensperson, der sie wichtig sind und die Beziehung zu ihm als stabil und unverändert, andere nehmen von ihrem Vater Gleichgültigkeit und Desinteresse an ihnen und ihrem Leben wahr (BMUJF 1997, Werneck 2004b). Die österreichische Datenlage zu Ausmaß und Qualität der gemeinsamen Zeit von geschiedenen Vätern und Kindern ist mangelhaft und erlaubt keine exakten Aussagen. Den vorhandenen Studien können nur einigle Hinweise entnommen werden²⁰ (BMUJF 1997, Figdor et al. 2006, Findl 1993, Haller 1996, Kytir/Schrittwieser 2003, Tazi-Preve et al. 2008, Wilk 1998a, b, 1999, Wilk/Bacher 1994). Demnach sieht ungefähr die Hälfte der Kinder ihren Vater mindestens einmal wöchentlich, während der Anteil jener, die ihren Vater selten oder nie sehen, zwischen 10 und 50 % schwankt. Unterstützt durch die Ergebnisse deutscher Studien (Amendt 2006, Schmidt-Denter 2000, Schneider et al. 2001, Schwarz/Noack 2002) und der amerikanischen Übersichtsarbeit von Amato et al. (2009) lassen sich die Ergebnisse vorsichtig in Richtung zweier Trends interpretieren, und zwar einer allgemeinen Zunahme der Kontakte zwischen getrennt lebenden Vätern und ihren Kindern seit Beginn der 1990er-Jahre, aber zugleich einer Abnahme mit dem zeitlichen Abstand zur elterlichen Trennung.

Elterliche Trennung bewirkt meist nicht nur eine Verminderung der Zeit, die der Vater mit seinem Kind verbringt, sondern führt häufig auch dazu, dass der Vater weniger die Kinder betreffende Aufgaben übernimmt und gemeinsamer Alltag verloren geht: Alltägliche Aufgaben wie Hausaufgaben machen und lernen, Betreuung der Kinder bei Krankheit oder Arztbesuche werden vorwiegend von der Mutter wahrgenommen (Figdor et al. 2006: 215 ff.). Väterliches Beisammensein mit den Kindern wird großteils als Freizeit gestaltet. Väter betreiben am ehesten Sport mit ihren Kindern, unternehmen mit ihnen kulturelle Aktivitäten und begleiten sie zu Freizeitunternehmungen. In eine ähnliche Richtung weisen auch die Ergebnisse der Studie von Amendt (2005) in Deutschland. Demnach sah mehr als die Hälfte der befragten Männer auch nach der Trennung ihre Vaterrolle als unverändert an, über 40 % sahen sich eher als Wochenendvater und fast 10 % ihrer Vaterrolle beraubt (Amendt 2005: 16).

In der Literatur besteht weitgehend Übereinstimmung, dass – mit wenigen Ausnahmen wie Gewalt, extrem konflikthafter Beziehung der Eltern, schwerer psychischer Erkrankung oder Abhängigkeit (Amato/Rezac 1994, Hetherington 1999) – die Aufrechterhaltung der Beziehung zum Vater nach der Trennung/Scheidung für Kinder nicht nur subjektiv wichtig,

²⁰ Laut Mikrozensus 2001 (Kytir/Schrittwieser 2003: 23) sahen von den österreichischen Kindern unter 15 Jahren, die nicht mit ihrem Vater im gemeinsamen Haushalt lebten (hierbei werden nicht nur Kinder nach Scheidung erfasst) 16 % diesen täglich, 28 % wöchentlich, 24 % monatlich und 8 % jährlich. Mehr als jedes fünfte Kind, das getrennt von seinem Vater lebte, sah diesen seltener als einmal im Jahr oder nie. (Laut Mikrozensus 1991 (Findl 1993) sahen 14 % ihren Vater täglich, 17 % wöchentlich, 21 % monatlich, 12 % jährlich, und ca. ein Drittel seltener oder nie.) In der Studie von Figdor et al. (2006: 197), die nur minderjährige Kinder im ersten Jahr nach der Scheidung erfasste, hatten 31 % täglich bis mehrmals pro Woche Kontakt zum außerhalb lebenden Elternteil, 21 % mehrmals pro Woche und zwei Wochenenden im Monat, 26 % alle 14 Tage, 13 % einmal im Monat bis mehrmals im Vierteljahr, 4 % nur selten, und 5 % hatten keinen Kontakt mehr. In der Arbeit von Tazi-Preve et al. (2008), in welcher 40 % der befragten Männer keine Angaben zur Kontakthäufigkeit zu ihren getrennt lebenden Kindern machten, gab von den restlichen die Hälfte an, ihre Kinder mindestens einmal wöchentlich zu treffen, ein Viertel mindestens einmal im Monat und jeweils circa ein Zehntel zumindest einmal im Jahr bzw. nie. Die Autor/-innen schätzen unter Einbezug der nicht Antwortenden, dass bis rund die Hälfte der betroffenen Väter den Kontakt abgebrochen hat, betonen aber, dass in ihrer Studie die zahlenmäßige Erfassung der Kontaktabbrüche nur beschränkt möglich war (Tazi-Preve et al. 2008: 29).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

sondern auch der Entwicklung des Kindes förderlich ist (Amato/Gilbreth 1999, Hetherington 2003, Juby et al. 2007, Peters/Ehrenberg 2008, Schwarz/Noack 2002). Welche Folgen eine eingeschränkte Beziehung zwischen Vater und Kind beziehungsweise die Vaterentbehrung nach einer Trennung/Scheidung der Eltern für Kinder, Jugendliche und Erwachsene hat, darüber gibt die Arbeit von Erhard und Janig (2003) anhand der Analyse österreichischer und internationaler Literatur einen guten Überblick. Die meisten Studien zeigen einen Zusammenhang zwischen Kontakthäufigkeit und psychischem Wohlbefinden der Kinder (Figdor 1991, Fthenakis 1996, King/Sobolewski 2006, Schmidt-Denter 2000) bzw. deren Scheidungsbewältigung (Fabricius 2003). Zugleich wird aber darauf hingewiesen, dass nicht nur das rein quantitative Ausmaß der Zeit, die Väter mit ihren Kindern verbringen, entscheidend ist, sondern dass die qualitativen Merkmale der Beziehung, die Art der Wahrnehmung von Vaterschaft und die konkrete Gestaltung der Zeit, die miteinander verbracht wird, ausschlaggebend sind (Amato et al. 2009, Amato/Gilbreth 1999, DeGarmo et al. 2008, Kelly 2007, King/Sobolewski 2006, Limmer 2007, Sieder 2001, Smith et al. 2003). Bedeutung kommt nicht nur den vereinbarten Besuchszeiten, sondern dem gesamten Besuchsarrangement zu (Kelly 2007). Ermöglicht es dieses, dass ein unterstützender und verantwortungsvoller Vater aktiv in das Leben seiner Kinder eingebunden ist auf einer regelmäßigen wöchentlichen Basis unter Einschluss einer Kombination von Übernachtungen, Freizeit und schulischer Zeit, so kommt dies der Beziehung und den Kindern zugute. So fanden sich, wenn Vater und Kind einander nahestanden, ein autoritativer väterlicher Erziehungsstil vorhanden und der Vater in das Leben seiner Kinder eingebunden war, seltener externale und internale Probleme bei den Kindern (Amato/Gilbreth 1999), und auch ihr Schulerfolg war besser (Amato/Fowler 2002, Menning 2002). Eine wenig intensive Beziehung zum getrennt lebenden Vater beeinträchtigt häufig nicht nur die Befindlichkeit jüngerer Kinder, sondern auch noch die junger Erwachsener mit geschiedenen Eltern (Amato/Sobolewski 2001, 2004).

Kontakthäufigkeit, Engagement des Vaters sowie die Qualität der Beziehung zwischen Vater und Kind stehen mit einer Vielzahl zum Teil eng miteinander verknüpfter Faktoren in Zusammenhang bzw. werden von ihnen mitbestimmt (Ahrns/Tanner 2003, Bokker 2006a, b, Kelly 2007, Lamb 2002, Manning et al. 2003, Tazi-Preve et al. 2008). Dazu zählen äußere Lebensbedingungen, institutionalisierte Regelungen, aber auch Merkmale der Personen und Beziehungscharakteristika. Größere räumliche Distanz, längere Zeit seit der Scheidung, nichteheliches Zusammenleben der Eltern vor der Trennung und niedrigerer sozialer Status sind mit niedrigerer Kontaktfrequenz verknüpft (Amato et al. 2009, Amendt 2006, Douglas 2005, Kelly 2007, Tazi-Preve et al. 2008). Das Alter des Kindes zum Zeitpunkt der Scheidung wird insofern wirksam, als der Kontakt zu älteren Kindern seltener abgebrochen wird (Tazi-Preve et al. 2008) und für diese auch mehr Besuchstage vereinbart werden (Atteneder et al. 2005). Die Beziehung zwischen Vätern und ihren getrennt lebenden Kindern wird aber auch im hohen Maß durch die Qualität der Paarbeziehung zwischen den getrennten Elternteilen, insbesondere deren Konflikthaftigkeit, mediiert (Ahrns/Tanner 2003, Bokker 2006a, DeGarmo et al. 2008, Douglas 2005, Werneck 2004b). Mütter sind ein wichtiges Bindeglied zwischen Kindern und Vater (Madden-Derdich/Leonard 2000) und fungieren häufig als „gatekeeper“. Als solche bestimmen sie die Häufigkeit und die Umstände der Vater-Kind Kontakte entscheidend mit.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Besonderes Gewicht wird der Obsorgeregelung zugeschrieben (s. u.). Die Obsorge beider Elternteile²¹ scheint die Aufrechterhaltung des Kontaktes zwischen außerhalb lebendem Vater und Kindern sowie eine positive Gestaltung der Beziehung zu begünstigen (Bausermann 2002, Proksch 2002). Ganz klar zeigt sich dies in der Arbeit von Figdor et al. (2006). Während 64 % der Kinder mit gemeinsamer Obsorge ihren getrennt lebenden Elternteil mindestens einmal pro Woche und zwei Wochenenden im Monat oder täglich bis mehrmals pro Woche sehen, sind dies bei alleiniger Obsorge nur 35 %. 14 % der ersten Gruppe haben wenig oder seltenen Kontakt (höchstens einmal pro Monat) mit dem getrennt lebenden Elternteil, bei der zweiten Gruppe sind dies 33 % (ebd.: 197). Keinen Kontakt wenige Monate nach der Scheidung haben von Ersteren 1 %, von Letzteren 10 % (ebd.: 303). Auch Atteneder et al. (2005) konnten mit ihrer Arbeit diesen Trend bestätigen. Demnach erhöhte die gemeinsame Obsorge die Besuchstage des außerhalb lebenden Elternteiles um einen Monat im Jahr (Atteneder et al. 2005: 173). Befunde aus Deutschland und den USA deuten darauf hin, dass bei gemeinsamer elterlicher Obsorge Väter vermehrt gemeinsame Verantwortung für die Erziehung und erhöhtes gemeinsames Engagement zeigen (Luepnitz 1986, Proksch 2002, Sander 2002). Gemeinsame Obsorge kann sichtlich das Gefühl des nicht hauptbetreuenden Elternteils fördern, Einfluss auf das Leben seiner Kinder nehmen zu können, und das Empfinden mindern, elterliche Rechte zu verlieren.

Gemeinsame Elternschaft bei getrennter Partnerschaft

Die Trennung von Eltern verlangt die Auflösung der Partnerschaft und zugleich die Aufrechterhaltung der Elternschaft. Dies stellt für die meisten Männer und Frauen eine sehr anspruchsvolle Herausforderung dar, bestimmt aber entscheidend mit, wie die Trennung von allen Familienmitgliedern bewältigt wird (Forehand et al. 1994, Madden-Derdich/Arditti 1999, Madden-Derdich et al. 1999, Schmidt-Denter et al. 1997). Zahlreiche Arbeiten lassen erkennen, dass die positive Beziehung der Eltern zueinander und die elterliche Zusammenarbeit die Verarbeitung der Scheidung durch die Kinder erleichtert, das Risiko von Beeinträchtigungen reduziert und das Wohlbefinden der Kinder erhöht (Ahrons 2007, Emery 1999, Flowerdew/Neale 2003, Hetherington/Kelly 2002, Moxnes 2003, Sarrazin/Cyr 2007).

Unmittelbar nach der Trennung bestimmen häufig Abwertungen, Wut, Hassgefühle und Enttäuschung die Beziehung der ehemaligen Partner. Den meisten Eltern gelingt es aber, in den ersten drei Jahren nach der Scheidung neue Lebensperspektiven zu entwickeln und fortwährende schwere Konflikte zu vermeiden (DeGarmo et al. 2008). Dabei lassen sich unterschiedliche Konstellationen der nahehelichen Beziehung der Expartner finden (Schmidt-Denter et al. 1997), die von einem vollkommenen Kontaktabbruch und einer aversiven Grundhaltung bis zu weitgehender Konfliktfreiheit und gegenseitiger Anerkennung reichen, wie auch die Studie von Zartler et al. (2002) zeigte.

Zu den zentralen Wünschen von Kindern, deren Eltern sich trennen, zählt aber nicht nur, dass ihre beiden Elternteile zu einer nicht feindseligen, möglichst positiven Beziehung finden, sondern auch, dass Vater und Mutter weiterhin Elternschaft gemeinsam leben

²¹ Der im allgemeinen Sprachgebrauch gängigere Begriff „gemeinsame Obsorge“ wird im Folgenden synonym mit der Bezeichnung „Obsorge beider Elternteile“ verwendet.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

(Ahrons 2007). Das kommt ganz deutlich in den österreichischen Scheidungsstudien der letzten Jahre zum Ausdruck (Figdor et al. 2006, Zartler et al. 2004). Nur einem Teil der Eltern scheint es aber zu gelingen, auch nach der Scheidung umfassend gemeinsam Elternschaft zu gestalten und einen kooperativen Stil der Elternschaft (mit reger Kommunikation, gemeinsamer Planung für die Kinder und Abstimmung der Zeitpläne und Aktivitäten) zu verwirklichen. Die meisten Eltern praktizieren einen Stil paralleler Elternschaft (mit wenig elterlichen Konflikten, aber auch wenig Kommunikation), ein Teil der Eltern jedoch ist nicht bereit oder fähig, miteinander zu kommunizieren und zu kooperieren (Kelly 2003). Die Studie von Zartler et al. (2002) lässt erkennen, dass die Wahrnehmungen der Eltern und der Kinder divergieren, wie weit es Eltern gelingt, gemeinsam Elternschaft zu leben. Die Mehrzahl der Frauen gab an, dass sie und ihr Expartner gut in der Lage wären, als Eltern zu kooperieren (z.B. hinsichtlich der Besuchszeiten oder der Erziehung) und dass der Vater in die kindlichen Belange einbezogen wäre. Bei einigen beschränkte sich die Zusammenarbeit allerdings nur auf Alimentationszahlungen und die Besuchsregelung. Auch der Großteil der Männer war der Ansicht, dass trotz Divergenzen in Erziehungsfragen nach anfänglichen Schwierigkeiten, vorwiegend in Bezug auf Besuchskontakte, die elterliche Kooperation als Ergebnis eines Aushandlungsprozesses funktioniere. Aus Sicht der Kinder aber bedeutete gemeinsame Elternschaft mehr, als dass die Eltern miteinander kommunizieren und funktionierende Vereinbarungen treffen können. Sie drückt sich aus in Gemeinsamkeiten des Familienlebens (wie gemeinsamem Feiern), in der gemeinsamen Teilhabe beider Elternteile an wichtigen kindlichen Ereignissen sowie der Repräsentation nach außen als Familie, die beide Elternteile einschließt. Das aber erlebten die befragten Kinder vielfach nicht (Zartler et al. 2002).

Elternschaft ist zum einen ein institutionalisiertes, normativ geregeltes Muster, wie es in der Rechtsordnung und dem sozialen Leitbild zum Ausdruck kommt, zum anderen findet sie ihren konkreten Ausdruck und ihre Umsetzung in der Beziehung zwischen Eltern und Kindern, in der Alltagsgestaltung, im Rahmen derer Vater und Mutter ihre Aufgabe wahrnehmen. In den letzten Jahrzehnten haben sich nicht nur das Leitbild von Elternschaft und die Ansprüche an diese auf vielfältige Weise verändert (Schneider 2002), auch deren Umsetzung unter den gegebenen gesellschaftlichen Voraussetzungen hoher Trennungs- und Scheidungsraten stellt eine neue Herausforderung dar. Die rechtliche Verankerung der Elternschaft unterlag in den letzten Jahren einem Konzeptionswandel, wie er im Kindschaftsrechts-Änderungsgesetz 2001 zum Ausdruck kommt. Es stellt die Verantwortung der Eltern gegenüber ihren Kindern in den Vordergrund und stärkt die Rechtsstellung des Kindes. Dies erfolgt dadurch, dass die Obsorge der Eltern als Verantwortung für das Kind gesehen, das „Besuchsrecht“ (Recht auf persönlichen Verkehr) primär als Recht des Kindes definiert und das Weiterbestehen der gemeinsamen Verantwortung nach der Scheidung als Regelfall vorgesehen werden. Damit folgt Österreich dem Beispiel anderer europäischer Staaten wie Deutschland, England oder der Schweiz, auch wenn die rechtliche Situation jeweils eine spezifische ist (Gründler 2002). So müssen sich in Österreich die Eltern darüber einigen, im Haushalt welchen Elternteiles sich das Kind hauptsächlich aufhalten soll. Die österreichische Rechtsordnung geht also vom Residenzmodell aus; das Modell der „Doppelresidenz“²², wo Kinder nach einer elterlichen Scheidung oder Trennung sowohl beim Vater als auch bei der Mutter leben, ist rechtlich nicht vorgesehen, wenn es auch de facto von manchen Familien gelebt wird (Barth 2009, Barth-Richtarz 2009a, b, Verschrae-

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

gen 2009) und in der internationalen Diskussion immer wieder, durchaus auch kontroversiell, analysiert wird (Jensen 2009).

Die unterschiedlichen Erwartungen, die an die rechtliche Ermöglichung der Obsorge beider Elternteile gestellt wurden, veranschaulicht die Studie von Karazman-Morawetz und Pelikan (2002). Die „Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelungen des KindRÄG 2001, insbesondere der Obsorge beider Eltern“ (Figdor et al. 2006) sowie das Forschungsprojekt „Auswirkungen von Scheidung auf Kinder, Frauen und Männer“ (Atteneder et al. 2005) und die Studie „Schutz vor Übervorteilung im Scheidungsverfahren“ (Kreissl/Pelikan 2004) zeigen, dass die gesetzliche Möglichkeit der Beibehaltung der gemeinsamen Obsorge nach einer Scheidung von einem relativ hohen Anteil angenommen wird. So lässt Erstere erkennen, dass drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes 54 % der geschiedenen Paare diese vereinbarten (38 % die alleinige Obsorge der Mutter, 4 % des Vaters – Figdor et al. 2006: 56), die Zweite (Atteneder et al. 2005: 172) veranschaulicht, dass dies bei rund 40 % der seit dem 1. Juli 2001 geschiedenen Paare der Fall war; nach den Ergebnissen von Kreissl/Pelikan (2004: 20) waren es 47 % der Elternpaare. Sowohl bei gemeinsamer als auch bei alleiniger Obsorge bleiben die Kinder zu 85 bis 90 % (Atteneder et al. 2005, Figdor et al. 2006: 57) bei der Mutter hauptsächlich wohnhaft.

Vor allem die breit angelegte Studie von Figdor et al. (2006) liefert wichtige Hinweise für die Akzeptanz der gemeinsamen Obsorge in Österreich und deren Auswirkungen. Die Mehrheit der Eltern kann sich mit diesem Modell identifizieren, und selbst massive Konflikte stellen kein prinzipielles Hindernis für die Entscheidung zur gemeinsamen Obsorge dar. Allerdings ist ein Teil der Eltern nur mangelhaft über diese Möglichkeit informiert. Für die Wahl der gemeinsamen Obsorge scheinen vor allem pädagogische Erwägungen ausschlaggebend zu sein sowie der Wunsch, dass sowohl Vater als auch Mutter für ihre Kinder Verantwortung tragen sollen und diesen der Kontakt zu beiden Elternteilen ermöglicht wird (Figdor et al. 2006: 300). Die Entscheidung wird vielfach als konsensual erlebt; wie weit sie von dritten Personen beeinflusst wird, ist nicht eindeutig feststellbar (ebd.: 297 ff.).

Die Auswirkungen der gemeinsamen Obsorge sehen Figdor et al. (2006) in einer Entspannung der elterlichen Beziehung mit mehr Kommunikation und einem geringeren Konfliktniveau, in einer höheren Zufriedenheit der Väter und in der Sicherung und Besserung der Beziehung zwischen Kind und getrennt lebendem Elternteil. Sie belegen dies sehr eindrucksvoll mit Daten. So sind bei gemeinsamer Obsorge 75 % der Hauptbetreuenden und 70 % der getrennt lebenden Elternteile mit der Obsorgeregelung zufrieden, bei alleiniger Obsorge gilt dies zwar für 90 % der allein Sorgeberechtigten, aber nur für 30 % der nicht Sorgeberechtigten (Figdor et al. 2006: 302). Zudem beschreiben die getrennt lebenden Elternteile bei gemeinsamer Obsorge insgesamt die Beziehung zu ihren Kindern als positiver und befriedigender und erleben häufiger, dass sie über ihre Kinder Bescheid wissen und deren Entwicklung mitgestalten können als nicht sorgeberechtigte, getrennt lebende Elternteile (Figdor et al. 2006: 305). Erstere erleben häufiger, dass sie ausreichend Zeit mit ihrem Kind verbringen (56 % vs. 30 %), schätzen ihre Beziehung zu diesem seltener als schlechter ein als vor der Scheidung und haben seltener das Gefühl, ihrem Kind nicht genug bieten zu können (24 % vs. 40 %) (ebd.: 217 ff.). Der hauptbetreuende Elternteil erlebt die Zusammenarbeit häufiger als gut und fühlt sich vom anderen unterstützt und ent-

²² Siehe dazu das Schwerpunktthema der Interdisziplinären Zeitschrift für Familienrecht iFamZ vom Mai 2009.

lastet. Für 60 % der befragten Expert/-innen wurde damit das Ziel erreicht, die Rechte des nicht hauptsächlich betreuenden Elternteiles zu stärken, für beinahe eben so viele jenes, die Beziehung des Kindes zu beiden Elternteilen zu fördern (Figdor 2006: 305). Diese Befunde bestärken die Ergebnisse von Proksch (2002), der die Auswirkungen der Reform des Kind-schaftsrechtes in Deutschland, nach welcher die elterliche Sorge für gemeinschaftliche Kinder nach der Scheidung oder Trennung unverändert bleibt, untersuchte. Er fand Hinweise darauf, dass die gemeinsame Sorge besser geeignet ist als die alleinige, Kommunikation, Information und Kooperation zwischen den Eltern positiv zu gestalten, den Kontakt der Kinder zu beiden Eltern aufrechtzuerhalten, das Konfliktniveau zwischen den Eltern zu reduzieren und damit Beeinträchtigungen der Kinder durch die Scheidung zu mindern. Zudem scheint gemeinsame Obsorge einen positiven Effekt auf die Unterhaltszahlung auszuüben (Figdor et al. 2006, Amato et al. 2009).

Auch eine Mehrzahl vorwiegend amerikanischer Untersuchungen ließ deutlich die Vorteile erkennen, die gemeinsame Obsorge im Vergleich mit alleiniger für die Kinder beinhaltet. So zeigte die Metaanalyse von Bauserman (2002), dass Kinder bei gemeinsamer Obsorge im Vergleich zu jenen bei alleiniger mütterlicher sowohl allgemein als auch emotional und verhaltensmäßig besser angepasst waren, aber auch bezüglich ihrer Selbstachtung und der Familienbeziehungen besser abschnitten. Kinder, die in gemeinsamer Obsorge lebten, fühlten sich im Allgemeinen zufrieden, geliebt, berichteten weniger von Verlusterlebnissen und sahen ihr Leben nicht durch die Linse der elterlichen Scheidung im Vergleich derer mit alleiniger Obsorge (Kelly 2007). In der Studie von Fabricius (2003) waren mehr als 90 % der befragten jungen Erwachsenen, die in gemeinsamer Obsorge der Eltern gelebt hatten, mit dieser Regelung zufrieden und hielten sie für die beste Lösung.

1.4 Rechtliche und familienpolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Eltern und Kindern im Scheidungsprozess

Scheidung fand im Bereich des Rechts und der Familienpolitik im letzten Jahrzehnt zunehmend Beachtung. Dies fand seinen Niederschlag nicht nur in der Einsetzung von Expertengruppen (BMJ 2004), Fachtagungen (BMSG 2001), Modellprojekten und Begleit- sowie Evaluationsstudien (Bastine/Wetzel 2000, Figdor 2006, Kränzl-Nagl/Pelikan 2006, Krucsay/Pelikan 2008, Pelikan 1996, Pelikan/Pilgram 1998), sondern insbesondere in einer Mehrzahl rechtlicher Neuerungen und Maßnahmen, welche die Bewältigung der Scheidung unterstützen und der positiven elterlichen Konfliktbewältigung sowie der Wahrung des Kindeswohles bei und nach einer elterlichen Scheidung dienen sollen (siehe umfassend den Beitrag von I. Mottl in Band II). Im Folgenden soll auf einige dieser Modellprojekte, die neuen gesetzlichen Regelungen und Maßnahmen und, sofern es die derzeitige österreichische Forschungslage ermöglicht, auch auf die bisherigen Erfahrungen damit eingegangen werden.

1.4.1 Beratung

Beratung vor, aber auch nach einer Scheidung stellt eines der wichtigsten Instrumente der positiven Scheidungsbewältigung dar. Durch sie wird unter anderem Information vermittelt und Aufklärung geleistet. Diese Funktion findet auch im Familienrechts-Änderungsgesetz 2009 Berücksichtigung, indem die außergerichtliche Beratung unvertretener Parteien vor oder im Zuge einer Scheidung verstärkt gefördert werden soll. Dies drückt sich darin aus, dass der/die Richter/-in im Scheidungsverfahren vor Folgen mangelnder Rechtsberatung warnt und nachfragt, ob Beratung in Anspruch genommen wurde. War dies nicht der Fall, wird den Partnern Zeit hierfür gegeben, indem die Verhandlung vertagt wird (vgl. Beitrag von I. Mottl in Band II). Einen Hinweis auf die Häufigkeit der Inanspruchnahme und Bewertung von Beratung liefert die Evaluationsstudie von Figdor et al. (2006: 110). Demnach hatten 46 % der Eltern mit gemeinsamer Obsorge eine Rechtsberatung besucht und 51 % derer mit alleiniger Obsorge (ebd.: 110). 70 bis 85 % der Eltern, die Beratung in Anspruch genommen hatten, erlebten diese als hilfreich. Dies galt für 84 % derer, die Rechtsberatung, 80 % derer, die Erziehungsberatung und 55 % derer, die Ehe- oder Partnerberatung beansprucht hatten (ebd.: 253). Die Vertreter/-innen der Berufsgruppen bewerteten am häufigsten die Beratung bei den Familienberatungsstellen bei Gericht, gefolgt von Beratung bei Jugendwohlfahrtsträgern als sehr hilfreich für die Eltern in Scheidungs- und Obsorgeangelegenheiten (ebd.: 251).

Die Einbeziehung von Kindern in Beratungen erfolgt relativ selten. Am ehesten werden Mitarbeiter/-innen der Jugendwohlfahrtsträger in dieser Hinsicht aktiv: 58 % der Befragten gaben an, Kinder so weit wie möglich in die Beratungsgespräche einzubeziehen; 54% der Mitarbeiter/-innen der Familienberatung taten dies hingegen nur sehr selten oder nie (Kränzl-Nagl/Pelikan 2006: 49). Kinder und Jugendliche wenden sich kaum von sich aus an diese Stellen. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass trotz zahlreicher elaborierter und zum Teil auch evaluierter Beratungsangebote, wie sie die Einführung der Familienberatungsstellen bei Gericht darstellt (BMUJF 1997), und deren Förderung noch weiterer spezifischer, beispielsweise regionaler, Bedarf besteht. (Kränzl-Nagl/Pelikan 2006: 50). Im Besonderen aber bedarf es vermehrter und spezifischer Beratungsangebote für Kinder und Jugendliche.

1.4.2 Mediation

Die Förderung der Inanspruchnahme von Mediation war eines der expliziten Ziele des KindRÄG 2001, obwohl diese Möglichkeit bereits im Eherechts-Änderungsgesetz 1999 festgelegt worden war. Mediation als außergerichtliches Instrument der Konfliktregulation bietet die Möglichkeit, Scheidungskonflikte und Obsorgestreitigkeiten zu bereinigen, wobei eine neutrale dritte Person (Mediator/-in) die Partner dabei unterstützt, die zwischen ihnen bestehenden Konflikte eigenverantwortlich und einvernehmlich zu lösen. Die Interessen und Bedürfnisse beider Partner sollen im Mediationsprozess Berücksichtigung finden und zu einem Ausgleich gebracht werden. So werden die zukünftige Gestaltung der Kinderobsorge und des Besuchsrechtes, finanzielle Fragen und alle übrigen mit Scheidung in Verbindung stehenden Problembereiche erörtert. Das mit 1.5.2004 in Kraft getretene Zivilrechts-Mediationsgesetz bildet den rechtlichen Rahmen der Mediation, wodurch für Rechtssicherheit sowohl der Mediator/-innen als auch der Klient/-innen gesorgt und die

Qualität der Mediation – komplementiert durch die Richtlinie zur „geförderten Mediation“ gemäß § 39c FLAG²³ – gesichert werden soll (vgl. die Ausführungen von I. Mottl in diesem Bericht).

Wie die Evaluationsstudie von Figdor et al. (2006: 10, Kränzl-Nagl/Pelikan 2006: 114) zeigte, hatten 19 % der Eltern mit gemeinsamer Obsorge und 13 % derer mit alleiniger Obsorge Mediation in Anspruch genommen. 68 % dieser Klient/-innen beurteilten diese als positiv (Figdor et al. 2006: 53). Von den befragten Berufsgruppen (Expert/-innen) hingegen wurde die Inanspruchnahme der Mediation in Scheidungsfällen im Durchschnitt nur auf 5 % geschätzt. Zugleich beurteilten auch die Expert/-innen diesen Modus der Konfliktlösung äußerst positiv. So hielten 38 % Mediation für sehr und weitere 32 % für ziemlich hilfreich (ebd.: 280). Die Information über die Möglichkeiten der Förderung wird aber als noch unzureichend betrachtet und ein genereller Anstieg der Inanspruchnahme nur in geringem Maß festgestellt. (ebd.: 284). Hier scheint offensichtlicher Handlungsbedarf zu bestehen, insbesondere in Anbetracht dessen, dass Mediation als Hilfestellung im Scheidungsprozess heute bereits ein elaboriertes und erprobtes Instrument darstellt (Bastine 2005, Bastine et al. 2006). Einen noch viel zu wenig beachteten Bereich stellt die Einbeziehung von Kindern in den Mediationsprozess dar. Eine (zumindest teilweise) Teilnahme von Kindern an der Mediation erfolgt nur sehr selten und wird von den einzelnen Berufsgruppen divergierend beurteilt (Kränzl-Nagl/Pelikan 2006: 120).

1.4.3 Außergerichtliches Vermittlungsgespräch bei einvernehmlicher Scheidung

In diesem Zusammenhang sind zwei Modellversuche (in Wien und Innsbruck) zu erwähnen, die ein außergerichtliches Vermittlungsgespräch (beim Jugendamt bzw. mit einem/einer Sozialarbeiter/-in) bei einvernehmlichen Scheidungen zu dem Zeitpunkt, in dem die Eltern mit dem Gericht in Kontakt treten, beinhalten. Dabei sollen eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den Familienmitgliedern erreicht und die Eltern für die Mitbetroffenheit der Kinder sensibilisiert werden. Die Expertengruppe „Obsorgeverfahren“ beurteilte diese Maßnahme überwiegend positiv und hielt die Durchführung solcher Gespräche für äußerst sinnvoll (BMJ 2004: 11).

1.4.4 Maßnahmen zur Stärkung der Stellung des Kindes und der Wahrnehmung seiner Interessen im Verfahren

Die 2004 vom Bundesministerium für Justiz eingesetzte Expert/-innen-Gruppe „Obsorgeverfahren“, deren Aufgabe es war, Strategien zur effizienten Wahrung des Kindeswohls und zur besseren Bewältigung von Elternkonflikten in familiengerichtlichen Verfahren zu entwickeln, war grundsätzlich der Ansicht, „dass in familienrechtlichen Gerichtsverfahren (insbesondere in mit streitigen Scheidungsprozessen, aber auch mit einvernehmlichen Scheidungen von Eltern in Zusammenhang stehenden Obsorgeverfahren und in Verfahren zur Regelung des Besuchsrechts) das ‚Kindeswohl‘ – entgegen entsprechender gesetzlicher Anordnung – vielfach unzureichend wahrgenommen wird“ (BMJ 2004: 7). Daher ist

²³ Die Förderung von Mediation in kindschafts- und familienrechtlichen Angelegenheiten durch das BMWFJ erfolgt auf gesetzlicher Basis (§ 39c FLAG) und einer entsprechenden Ausführungsrichtlinie – siehe <http://www.bmwfj.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Familie/default.htm>.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

es nach Ansicht der Expert/-innen-Gruppe erforderlich, nicht nur darüber nachzudenken, durch welche Maßnahmen Eltern fähig werden, ihren Paarkonflikt zu isolieren, das Kind als Mitbetroffenes zu erleben, damit eine Einigung zu fördern sowie eine Konflikteskalation zu vermindern, sondern auch darüber, wie bei unvermeidlichen Obsorgestreitigkeiten die Stellung des Kindes im Verfahren gestärkt und die Wahrnehmung seiner Interessen gesichert werden kann (ebd.: 7). Die bereits angeführte Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelungen des KindRÄG 2001 (Figdor et al. 2006, Kränzl-Nagl/Pelikan 2006) machte es sich auch zur Aufgabe zu analysieren, wie weit die Kinderrechte durch dieses Gesetz gestärkt worden waren, und fokussierte dabei auf die Anhörung von Kindern und Jugendlichen im Zuge eines Pflegschaftsverfahrens sowie die Verfahrensfähigkeit der über 14-Jährigen und deren Recht auf Besuchsverweigerung.

§ 105 des neuen Außerstreitgesetzes legt fest, dass das Gericht Minderjährige in Verfahren über Pflege und Erziehung oder das Recht auf persönlichen Verkehr persönlich zu hören hat. Kinder unter zehn Jahren können dabei, wenn es ihre Entwicklung oder ihr Gesundheitszustand erfordert oder wenn sonst eine Äußerung ihrer unbeeinflussten Meinung nicht zu erwarten ist, durch den Jugendwohlfahrtsträger, durch Einrichtungen der Jugendgerichtshilfe oder in anderer geeigneter Weise gehört werden. Nur 13,2 % der in der Evaluationsstudie befragten Eltern berichteten von einer Anhörung ihres Kindes bei Gericht (Figdor et al. 2006: 276). Die Anhörung der unter Zehnjährigen erfolgt vor allem durch Mitarbeiter/-innen der Jugendwohlfahrt, jene älterer Kinder auch durch Rechtspfleger/-innen und Richter/-innen. Eine besondere Rolle kommt den Sachverständigen zu, allerdings nicht bei den „Routinefällen“ (Figdor et al. 2006: 276). Diese Regelung wurde von der Expertengruppe „Obsorgeverfahren“ prinzipiell begrüßt (BMJ 2004: 8), aber sie betonten, dass die Anhörung in erster Linie ein Recht des Kindes sein müsse und nicht als Pflicht im Rahmen von Zeugenaussagen interpretiert werden dürfe. Die Sinnhaftigkeit der Anhörung vor allem jüngerer Kinder ist bei den in der Evaluationsstudie befragten Berufsgruppen allerdings umstritten, und insbesondere von Seiten der Richter/-innen werden zahlreiche Verbesserungen vorgeschlagen (Figdor et al. 2006: 276).

Nach § 104 des neuen Außerstreitgesetzes können Minderjährige ab Vollendung des 14. Lebensjahres in Verfahren über Pflege und Erziehung sowie über das Recht auf persönlichen Verkehr selbstständig vor Gericht handeln. Dies wurde von der Expert/-innen-Gruppe „Obsorgeverfahren“ (BMJ 2004: 8) positiv bewertet. Auch in der Evaluationsstudie findet sich bei den Expert/-innen tendenziell eine positive Sicht des neuen Antragsrechts der über 14-Jährigen, wobei aber festgestellt wurde, dass die Zahl der Jugendlichen, die davon Gebrauch machen, nicht hoch ist. Das Recht auf Ablehnung des Besuchskontaktes durch das Kind allerdings wird von den Expert/-innen in dieser Studie sehr unterschiedlich bewertet, wobei auf die Gefahr der Manipulation des Jugendlichen durch einen Elternteil hingewiesen wird (Figdor et al. 2006: 277).

Insgesamt kommen die Autor/-innen der Evaluationsstudie zu dem Schluss, dass die neuen gesetzlichen Möglichkeiten mehr durch den Diskurs, den sie auslösen, als durch den Gebrauch, der tatsächlich von ihnen gemacht wird, zur Stärkung der Rechte der Kinder führen.

Eine besondere Maßnahme stellt der Kinderbeistand dar. Der Kinderbeistand soll bei eskalierten Obsorge- und Besuchsrechtverfahren eingesetzt werden und die Belastungen und die Zerrissenheit der Kinder dabei minimieren. Er orientiert sich an den subjektiven Inter-

essen des Kindes und fungiert als dessen Sprachrohr. Damit soll dem Kind in solchen Verfahren eine Stimme gegeben und es in die Lage versetzt werden, seine Wünsche innerhalb und außerhalb des Gerichtsverfahrens zur Sprache zu bringen. Er ist zudem der persönliche Ansprechpartner im Verfahren und begleitet das Kind, wenn es dies will, zu Gerichts- und Sachverständigenterminen. Durch die Begleitung im Scheidungsprozess soll das Kind bzw. der Jugendliche entlastet werden. Als Kinderbeistand soll eine Fachkraft mit abgeschlossener Ausbildung und Berufserfahrung in einem psychosozialen Beruf und den erforderlichen Spezialkenntnissen eingesetzt werden. Das Gericht soll den Kinderbeistand immer dann von sich aus und nach Maßgabe der Ressourcen bestellen, wenn es aufgrund des Paarkonfliktes im Interesse des Kindes gelegen ist. (BMJ 2008: 4).

Ein vom Bundesministerium für Justiz organisiertes und vom Familienministerium cofinanziertes Modellprojekt, das vom Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie wissenschaftlich begleitet (Krucsay/Pelikan 2008) und zwischen Jänner 2006 und Juli 2008 in mehreren Bezirksgerichten in Wien, Salzburg, dem Burgenland und Vorarlberg durchgeführt wurde, veranschaulicht eindrucksvoll, dass der Kinderbeistand eine sinnvolle und nützliche Maßnahme darstellt. Die Kinderbeistände im Modellprojekt gaben dem Kind Entlastung und Unterstützung, und in mehr als der Hälfte der Fälle fanden die Wünsche der Kinder in der richterlichen Entscheidung ihren Niederschlag. Zudem stellte sich bei den Eltern ein „Aufrüttelungseffekt“ ein (Krucsay/Pelikan 2008: 87).

Mit dem Ende 2009 vom Parlament verabschiedeten Kinderbeistand-Gesetz, BGBl. I Nr. 137/2009, ist Minderjährigen unter 14 Jahren, bei besonderem Bedarf mit deren Zustimmung auch Minderjährigen unter 16 Jahren, in Verfahren über die Obsorge oder über das Recht auf persönlichen Verkehr ein Kinderbeistand zu bestellen, wenn es im Hinblick auf die Intensität der Auseinandersetzung zwischen den übrigen Parteien zur Unterstützung des Minderjährigen geboten ist und dem Gericht geeignete Personen zur Verfügung stehen. Als problematisch wird mitunter angesehen, dass die Kosten von den Eltern getragen werden müssen, sofern nicht Verfahrenshilfe zuerkannt wird (§ 104a Außerstreitgesetz).

1.4.5 Besuchsbegleitung

Seit dem KindRÄG 2001 wird das Recht auf persönlichen Verkehr zwischen Elternteil und Kind nicht nur als Elternrecht, sondern explizit als Recht des Kindes gesehen. Das Besuchsrecht soll es ermöglichen, die persönliche Beziehung zwischen Kind und nicht sorgeberechtigtem Elternteil aufrechtzuerhalten. Wenn es das Wohl des Kindes verlangt, kann das Gericht eine geeignete und dazu bereite Person (Besuchsbegleiter/-in) zur Unterstützung bei der Ausübung des Besuchsrechtes zwischen dem Kind und seinem nicht mit ihm im selben Haushalt lebenden Elternteil heranziehen (§ 111 Außerstreitgesetz). Das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz fördert diese Besuchsbegleitung, sofern sie durch vom BMASK anerkannte Besuchsbegleiter/-innen (Organisationen) durchgeführt wird. Die Besuchsbegleitung kann entweder vom zuständigen Gericht angeordnet, auf Wunsch eines Elternteils und mit Zustimmung des anderen oder auf Empfehlung des Jugendamtes gewährt werden. Die Treffen finden in kinder- und jugendgerecht ausgestatteten Besuchscafés statt, und der/die Besuchsbegleiter/-in ist während des gesamten Treffens anwesend. Er/sie steht für die Anliegen des Kindes zur Verfügung, unterstützt den besuchsberechtigten Elternteil im Besuchskontakt und informiert den sorgeberechtigten Elternteil, wie es dem Kind ergangen ist.

1.5 Folgefamilien

Dieser Abschnitt setzt sich mit Familienstrukturen und familialer Alltagsgestaltung nach einer Scheidung bzw. Trennung auseinander. Dabei werden zwei Lebensformen im Rahmen familialer Transitionsprozesse beschrieben, nämlich Ein-Eltern-Familien und Stieffamilien. In beiden Bereichen wird auf die Verbreitung dieser Familienform, auf die Situation der Erwachsenen (Männer, Frauen) und auf jene der Kinder Bezug genommen.

1.5.1 Ein-Eltern-Familien

Unter dem Begriff Ein-Eltern-Familien werden Familien verstanden, in denen ein Elternteil mit Kind(ern) eine Haushaltsgemeinschaft bildet. Dieser Begriff hat ältere, stark wertende Bezeichnungen wie „unvollständige Familie“ oder im Englischen „broken home“ abgelöst. Dennoch ist auch dieser Begriff zum Teil irreführend, da Kinder in Ein-Eltern-Familien weiterhin (außer im Fall des Todes eines Elternteils) zwei Elternteile haben und es auch zum nicht im Haushalt lebenden Elternteil intensive Kontakte geben kann. Jede/r zweite Österreicher/-in (50 %) ist der Meinung, dass ein alleinstehender Elternteil sein Kind genauso gut großziehen kann wie beide Eltern zusammen (Wernhart/Neuwirth 2007).

Im Jahr 2008 waren 12,7 % aller österreichischen Familien Ein-Eltern-Familien²⁴ (d. h. Familien mit alleinerziehenden Elternteilen) (Statistik Austria 2009c: 19), nämlich 10,8 % alleinerziehende Mütter und 1,9 % alleinerziehende Väter²⁵. In knapp 40 % der Ein-Eltern-Familien²⁶ lebte zumindest ein Kind unter 15 Jahren (Statistik Austria 2009a: 67). Der Anteil der Einelternfamilien variiert nach Bundesländern und war im Jahr 2008 in Wien und Kärnten am höchsten (14,3 % bzw. 14,2 %; darunter 12 % alleinerziehende Mütter). In Niederösterreich (10,9 %; Mütter: 8,8 %) gab es die wenigsten Ein-Eltern-Familien (Statistik Austria 2009c: 20 f.). Nach ihrem Familienstand waren im Jahr 2008 23,7 % aller Alleinerziehenden ledig, 10,8 % getrennt von ihrem Ehepartner lebend, 27,2 % verwitwet und 38,3 % geschieden (Statistik Austria 2009c: 69). Auch dabei gibt es auffallende Unterschiede in den einzelnen Bundesländern. Während im Bundesdurchschnitt 23,7 % aller Alleinerziehenden ledig waren, betrug ihr Anteil in Kärnten und der Steiermark 30,9 % bzw. 29,6 %; im Burgenland und in Niederösterreich aber lediglich 17,1 % bzw. 17,2 % (Statistik Austria 2009c: 21).

Die häufigste Familienform, in der Kinder nach einer elterlichen Trennung oder Scheidung leben, ist die (mütterliche) Ein-Eltern-Familie. Die Verteilung aller unter 15-Jährigen, welche im Jahr 2008 in einer solchen Familie lebten, kann nach dem Familienstand der alleinerziehenden Elternteile folgendermaßen charakterisiert werden: in 41,3 % der Fälle war der alleinerziehende Elternteil geschieden, ebenfalls in 41,3 % ledig, in 12,0 % der Fälle verheiratet, aber getrennt lebend, und in 5,2 % verwitwet (Statistik Austria 2009c: 69). In den Familien Alleinerziehender leben im Durchschnitt weniger Kinder als in Paarfamilien. Die durchschnittliche Kinderzahl in den Familien alleinerziehender Mütter betrug im

²⁴ Hier ist allerdings das zugrunde liegende Kernfamilien-Konzept der Statistik Austria (gemäß der UN/ECE Census Recommendations) zu berücksichtigen, wonach alle Elternteile mit ihren (unverheiratet und ohne eigene Kinder) im selben Haushalt lebenden Kindern – unabhängig von ihrem Alter – als Ein-Eltern-Familien zu betrachten sind.

²⁵ In absoluten Zahlen sind dies 251 000 alleinerziehende Mütter und 45 000 alleinerziehende Väter (Statistik Austria 2009c: 21).

²⁶ Bezogen auf alle alleinerziehenden Elternteile mit Kindern aller Altersstufen.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Jahr 2008 1,39, in jenen alleinerziehender Vätern 1,32, während Paare (Ehepaare oder Lebensgemeinschaften) im Schnitt mit 1,75 Kindern zusammenlebten (Statistik Austria 2009c: 21). Alleinerziehende Elternteile haben im Schnitt ältere Kinder als Paare: Bei 17,0 % der Paare mit Kindern ist das jüngste Kind unter drei Jahren alt; bei alleinerziehenden Elternteilen sind dies 7,2 % (ebd.).

Die österreichische Forschungslage ist relativ überschaubar, eine umfassende Studie zur Lebenssituation von Alleinerziehenden und ihren Kindern gibt es nicht. Ausnahmen bilden zwei Arbeiten, welche Teilbereiche der Thematik abdecken, nämlich jene von Amesberger et al. (2001) über Alleinerzieherinnen in Wien sowie eine qualitative Studie über alleinerziehende Väter von Leibovici-Mühlberger et al. (2006). Vom Verein Dokumentation Lebensgeschichtlicher Aufzeichnungen wurden autobiografische Erzählungen herausgegeben, welche von 1890 bis 1965 (Pilz 2008: „Ledige Mütter erzählen“) bzw. von 1865 bis 1945 (Eigner et al. 2008: „Als lediges Kind geboren“) reichen und die schwierige, gesellschaftlich über lange Zeit diskriminierte Situation des Lebens in dieser Familienform illustrieren.

Die Lebenssituation Alleinerziehender und ihrer Kinder ist keineswegs einheitlich und muss differenziert betrachtet werden. Generell ist sie häufig von einer Vielzahl stressauslösender und belastender Faktoren gekennzeichnet (Amesberger et al. 2001, Gehmacher et al. 2005, Schneider et al. 2001, Traub 2005); dennoch kann nicht pauschal von einer problematischen Situation ausgegangen werden. So eruiert Hammer (2003) in ihrer Repräsentativstudie²⁷ aus Thüringen, dass es einem Drittel der Alleinerziehenden (35 %) ausgesprochen gut geht. Die restlichen zwei Drittel stellen allerdings spezifische Problem- und Risikogruppen dar, und zwar aufgrund ihrer Unzufriedenheit durch die berufliche Situation (22 %), belasteter Familiensituationen (21 %), Schwierigkeiten in der Kleinkindbetreuung (13 %) sowie aufgrund von Defiziten im sozialen Netzwerk (8 %). Schneider et al. (2001: 161 ff.) erheben in ihrer Studie²⁸ ebenfalls unterschiedliche belastende Faktoren, welche die Lebenszufriedenheit beeinflussen, nämlich insbesondere fehlende Sozialkontakte und Überlastungsgefühle durch die Doppel- und Dreifachbelastung (ebd.). Etwa 40 % der erwerbstätigen alleinerziehenden Mütter sehen demnach die Vereinbarung von Familie und Beruf als belastend und nennen als besondere Schwierigkeiten die Arbeitsüberlastung, die Koordination von Kinderbetreuung und Beruf, die Qualität der Kinderbetreuung sowie die sozio-ökonomische Situation. Von den nicht erwerbstätigen Alleinerzieherinnen wiederum fühlen sich 57 % dadurch belastet, dass sie ausschließlich Familienarbeit leisten. Meier-Gräwe/Kahle (2009) zeigen auf Basis der deutschen Zeitbudgeterhebung 2001/02, dass Alltagsgestaltung und Zeitsituation von Alleinerziehenden aufgrund der Verantwortung für Haushalt, Kinder und Familieneinkommen wesentlich dichter gedrängt sind als in Paarhaushalten mit Kindern. Dennoch äußern Alleinerziehende überwiegend den Wunsch nach einer Vollzeit- oder vollzeitnahen Erwerbsarbeit, um finanziell abgesichert zu sein – auch wenn gleichzeitig Befürchtungen bestehen, dann vielleicht nicht mehr ausreichend Zeit für die Kinder zu haben (ebd.).

²⁷ Befragt wurden 649 Alleinerziehende.

²⁸ Es wurden 500 zufällig ausgewählte alleinerziehende Mütter in Ost- und Westdeutschland befragt.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Alleinerziehende sind, wie die EU-SILC Erhebung 2004 für Österreich zeigt, mit ihrer Wohnsituation und Wohnqualität unzufriedener als Personen in allen anderen Haushaltstypen (Czasny/Stocker 2007: 6 ff.). Die Daten der EU-SILC Erhebung 2007 verweisen darauf, dass in Österreich Ein-Eltern-Haushalte zu den am stärksten durch Wohnkosten belasteten Gruppen gehören (Statistik Austria 2009b): Ihr Wohnkostenanteil ist mit durchschnittlich 31 % ca. doppelt so hoch wie jener von Haushalten mit mehreren Erwachsenen und Kindern (16 %). In größeren Städten liegt der Wohnkostenanteil von Ein-Eltern-Haushalten mit 34 % um fünf Prozentpunkte höher als in kleineren Städten und Gemeinden (Statistik Austria 2009b).

Die von Schneider et al. (2001) befragten alleinerziehenden Mütter nennen als Vorteile ihrer Situation die Entscheidungsfreiheit, den Wegfall von Partnerschaftskonflikten sowie Aspekte der Persönlichkeitsentwicklung (Selbstständigkeit, Selbstbewusstsein). Als gravierendste Nachteile werden die Alleinverantwortung, finanzielle Nachteile, die alleinige Aufgabenlast, die Notwendigkeit der Vereinbarung von Familie und Beruf und die reduzierte Freizeit genannt. Moderiert wird die Wahrnehmung von Vor- und Nachteilen von der Einbindung in ein soziales Netzwerk, von der Dauer des Alleinerziehens sowie von strukturellen Rahmenbedingungen, insbesondere der finanziellen und beruflichen Situation. In dieser Untersuchung wird auch nach erlebten Diskriminierungen gefragt („Haben Sie eigentlich auch besondere Benachteiligungen erlebt, nur weil Sie alleinerziehend sind?“), wobei die befragten Alleinerziehenden Diskriminierung in folgenden Bereichen nennen: finanzielle Nachteile 20 %, Tragen der Alleinverantwortung 19 %, Diskriminierung in Behörden und Ämtern 15 %, Wohnungssuche 14 %, Vereinbarkeit von Beruf und Familie 11 %, Probleme bei der Stellensuche 6 % (Schneider et al. 2001: 150 f.).

Auch wenn die Lebensform „alleinerziehend“ nicht per se als problematisch betrachtet werden kann (Hammer 2003), so gibt es doch eine Vielzahl zu bewältigender Herausforderungen (vgl. Fegert/Ziegenhain 2003). Auffallend ist die schwierige ökonomische Situation von Ein-Eltern-Familien im Vergleich zu anderen Familienformen (Amesberger et al. 2001, ÖGPP 2008, Martin/Le Bourdais 2008, Schneider et al. 2001). Wie der Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004 (BMSGK 2004: 222) zeigt, gehören Alleinerziehende trotz ihrer sehr hohen Erwerbsbeteiligung zu den am stärksten von Armut gefährdeten Gruppen: So sind 31 % aller Alleinerzieher/-innen-Haushalte armutsgefährdet, 28 % der erwerbstätigen Alleinerzieher/-innen sowie 51 % der nicht erwerbstätigen Alleinerzieher/-innen. In Österreich sind, so die Daten des Zweiten Armuts- und Reichtumsberichts (ÖGPP 2008: 125), rund 90 000 Menschen, die in Alleinerzieherhaushalten leben, von Armut betroffen, etwa 54 000 von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Das durchschnittliche Einkommen dieser Haushalte liegt um 24 % oder 4.300 Euro p. a. unter dem österreichischen Durchschnittseinkommen; Sozialleistungen machen 37 % des Einkommens von Alleinerziehenden aus (ÖGPP 2008: 125). Alleinerziehende Frauen sind von besonderen sozialen und finanziellen Risiken betroffen; die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für sie zumeist eine existenzielle Frage (ÖGPP 2008: 126). Der Umfang ihrer Erwerbsbeteiligung wird dabei ganz entscheidend vom Alter der Kinder sowie vom Vorhandensein verlässlicher, flexibler und leistbarer Kinderbetreuungsmöglichkeiten bestimmt (Amesberger et al. 2001, Hammer 2002a, b, Meier-Gräwe/Kahle 2009).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

In den letzten Jahren ist ein verstärktes Forschungsinteresse für alleinerziehende Väter zu verzeichnen (Matzner 2002, 2007, Leibovici-Mühlberger et al. 2006, Stiehler 2000). Alleinerziehende Väter sind durchschnittlich älter als alleinerziehende Mütter, und in ihren Familien wachsen weniger Kinder und ältere Kinder auf (Matzner 2007), weshalb sie in einem geringeren Umfang Kinderbetreuungsaufgaben zu übernehmen haben als alleinerziehende Mütter. Sie sind überwiegend vollzeiterwerbstätig, haben günstigere materielle Bedingungen als Mutterfamilien (Meier-Gräwe/Kahle 2009) und beziehen deutlich seltener Sozialhilfeleistungen (Schneider et al. 2001, Matzner 2007). Als zentrale Problembereiche alleinerziehender Väter werden Schwierigkeiten, die Obsorge zu erhalten, aber auch Belastungen durch die alleinverantwortliche Übernahme von Haushalts- und Erziehungstätigkeiten²⁹ genannt.

Die Situation von Kindern in Ein-Eltern-Familien ist weniger erforscht als die Lage alleinerziehender Elternteile. Welche Besonderheiten und welche Risiken für Kinder das Aufwachsen in einer solchen Familie mit sich bringt, wird auf internationaler Ebene zwar zunehmend erforscht (Braches-Chyrek 2002, Schmidt-Denter 2000, Schwarz/Noack 2002, Walper/Wendt 2005, Wendt/Walper 2007); großteils muss es aber aus der Scheidungsfolgenforschung abgelesen werden (Amato 2000, Coleman et al. 2000, Pryor/Rodgers 2001, siehe auch weiter oben). Die Befunde zeigen, dass das Aufwachsen in einer Trennungsfamilie mit einigen Risikofaktoren für die kindliche Entwicklung verbunden sein kann (Amato 2001, Wendt/Walper 2007: 213), wie zum Beispiel geringe finanzielle Ressourcen, eine problematische Beziehung der leiblichen Elternteile zueinander, mangelndes Engagement des außerhalb lebenden Elternteils oder auch Belastungen durch Zuschreibungen und soziale Normen, welche von außen an Kinder in Ein-Eltern-Familien herangetragen werden. Zugleich aber wird deutlich, dass sich die Mutter-Kind-Beziehung geschiedener Mütter bezüglich einer Vielzahl von Merkmalen (wie Interaktionsverhalten, miteinander verbrachter Zeit, gemeinsamen Aktivitäten, körperlicher Zuneigung und emotionaler Unterstützung, ausgeübter Kontrolle, Meinungsverschiedenheiten, Spannungen, Aggression und Gewalt ebenso wie Regelsetzung, elterlichen Werten und Erwartungen) nicht signifikant von jener in anderen Familienformen unterscheidet (Acock/Demo 1994, Brenner/Hyde 2006, Emery 1999, Hetherington/Kelly 2002, Kreppner/Ullrich 1999, Wendt/Walper 2007, Walper 1998, Walper/Gerhard 1999).

Zur Verbesserung der Situation von Alleinerziehenden sieht das Familienrechts-Änderungsgesetz (FamRÄG 2009) einige Änderungen im Unterhaltsvorschussrecht vor. Diese betreffen beispielsweise das Absehen vom Erfordernis einer erfolglosen Exekution, die Vorschussgewährung aufgrund einstweiliger Verfügungen, die Neuregelung der Richtsatzhöhe für Vorschüsse oder das Anstreben einer erhöhten Kontinuität der Vorschussleistung (Neuhauser 2009, Pesendorfer 2008).

²⁹ Hierzu muss erwähnt werden, dass alleinerziehende Väter häufig auch schon während noch bestehender Partnerschaft viele Tätigkeiten in Haushalt und Kinderbetreuung bzw. -erziehung übernommen hatten (Leibovici-Mühlberger et al. 2006).

1.5.2 Stieffamilien

In einer Stieffamilie sind biologische und soziale Elternschaft zumindest für einen Teil der Familienmitglieder nicht deckungsgleich. Aus statistischer Perspektive werden Stieffamilien definiert als das (verheiratete oder unverheiratete) Zusammenleben von Paaren mit Kindern, wobei zumindest ein Kind aus einer früheren Partnerschaft bzw. Ehe stammt (Klapfer 2008). Eine solche haushaltsbezogene Definition ist allerdings nicht unproblematisch; eine haushaltsübergreifende Betrachtung könnte der Komplexität solcher Familien eher gerecht werden (Cherlin/Furstenberg 1994, Martin/Le Bourdais 2008). Neben Definitionsfragen gibt es auch terminologische Unklarheiten. Der in der Forschung gebräuchliche Terminus Stieffamilie ist ein negativ besetzter Begriff³⁰ und bei Weitem nicht der einzige, der für das Zusammenleben unterschiedlicher biologisch und/oder sozial verbundener Familienmitglieder verwendet wird. Von der Vielzahl an Bezeichnungen³¹ hat sich im Deutschen v. a. in der Alltagssprache der Begriff „Patchwork-Familie“ etabliert – ein Terminus, der im englischen Sprachraum keine Verwendung findet (Martin/Le Bourdais 2008: 250). In der wissenschaftlichen Forschung ist im deutschen Sprachraum der Begriff „Stieffamilie“ nach wie vor sehr gebräuchlich³², in englischsprachigen Studien werden Begrifflichkeiten wie „reconstituted family“, „blended family“ oder „stepfamily“ verwendet.

Stieffamilien sind, aus einer historischen Perspektive betrachtet, keine neue Familienform – ganz im Gegenteil: vor einigen Jahrhunderten dürfte ihre Verbreitung sogar größer gewesen sein als heute. Allerdings haben sich die Entstehungsbedingungen, die Zusammensetzung und die Herausforderungen für Stieffamilien gravierend verändert. Während diese in früheren Jahrhunderten in erster Linie nach dem Tod eines Elternteils entstanden sind und der fehlende biologische Elternteil durch einen sozialen Elternteil „ersetzt“ wurde, ist heute die vorwiegende Entstehungsbedingung eine Scheidung oder Trennung. Dies bedeutet, dass es sich in vielen Fällen eher um eine Ergänzung als um ein Ersetzen des biologischen Elternteils handelt und auch nach erfolgter Stieffamiliengründung ein Kooperationsverhältnis mit dem getrennt lebenden Elternteil aufrechterhalten werden kann bzw. soll.

Die Anzahl von Stieffamilien ist im Verlauf der letzten Jahre gestiegen und dürfte angesichts der steigenden Scheidungs- und Wiederverheiratungsraten auch weiter anwachsen. Die Wiederverheiratungsrate³³ betrug im Jahr 1970 21 % und stieg bis zum Jahr 2007 auf 35,9 % (Statistik Austria 2009a). Heute erfolgt bereits mehr als jede dritte Eheschließung mit einem zuvor verheirateten Partner. In 15,1 % aller Eheschließungen waren sogar beide Partner bereits zumindest einmal verheiratet (1970 lediglich 7,8 %). Die österreichische Wertestudie zeigt, dass ein Fünftel (19 %) der Geschiedenen in einer neuen nichtehelichen Lebensgemeinschaft lebt; weitere 16 % haben eine Partnerin oder einen Partner, leben

³⁰ Das Präfix „stief“ bedeutet: der Eltern, eines Elternteils beraubt sein.

³¹ In der deutschsprachigen Forschung werden folgende Begriffe (mit durchaus auch unterschiedlicher Bedeutung) verwendet: Stieffamilie, Fortsetzungsfamilie, Patchwork-Familie, Besuchsfamilie, Zweitfamilie, Folgefamilie, rekonstruierte Familie, zusammengesetzte Familie. Im englischen Sprachraum sind folgende Bezeichnungen gebräuchlich: reconstituted family, blended family, combined family, remarried family.

³² Sieder (2009) bezeichnet jene Familien, die nach dem Tod eines Elternteils entstanden sind, als Stieffamilien, und andere Konstellationen, „in denen Paare mit Kindern aus ihren beiden Familien oder aus einer vorherigen Familie eines Partners zusammenleben“ (Sieder 2009: 291), als Patchwork-Familien, und zwar unabhängig davon, ob es gemeinsame Kinder des neuen Paares gibt oder nicht.

³³ Eine Wiederverheiratung besteht, wenn bei einer Eheschließung zumindest einer der beiden Partner bereits verheiratet war (somit geschieden oder verwitwet ist).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

aber nicht gemeinsam (Hamachers-Zuba et al. 2009: 94). Deutsche Daten verweisen darauf, dass die Wiederheiratsneigung (in Familien mit Vorschulkindern) im Zeitraum von zwei bis fünf Jahren nach der Trennung vom ersten Ehepartner am stärksten ist (Lankuttis/Blossfeld 2003).

In Österreich gibt es nur wenige wissenschaftliche Studien, die sich mit dem Thema Stieffamilien beschäftigen. Zu erwähnen sind die Linzer Stieffamilienstudie (Wilk 1998a, 2002) sowie die Arbeiten von Sieder (2008, 2009) und eine Studie über sog. „Regenbogenfamilien“, d. h. Stieffamilien homosexueller Paare (Miko 2008a, b). Auch zur Verbreitung von Stieffamilien lagen für Österreich bis vor Kurzem lediglich Schätzungen, beruhend auf deutschen Daten (Teubner 2002a), vor. Seit 2007 werden entsprechende Daten nunmehr im Rahmen der laufenden Mikrozensus-Erhebungen erhoben (Statistik Austria 2008b, 2009c). Nach diesen Ergebnissen gab es in Österreich im Jahr 2008 85 300 Stieffamilien, das sind 9,6 % aller Familien mit Kindern³⁴ (Statistik Austria 2009c: 22). Die Stieffamilie ist also eine relativ seltene Familienform – jedenfalls seltener, als die mediale Berichterstattung dies vermuten ließe.³⁵ Insgesamt leben in Österreich derzeit rund 365 000 Personen in Stieffamilien, darunter rund 102 000 Stiefkinder, von denen 88 % bei der Mutter und 12 % beim Vater leben (Statistik Austria 2009c: 22). Zählt man die nicht im Haushalt lebenden leiblichen Elternteile der Kinder sowie eventuell nicht im Haushalt lebende leibliche Kinder des Stiefelternteils dazu, so kann der von Stiefeltern- bzw. Stiefkind-Konstellationen betroffene Personenkreis auf deutlich über 400 000 Personen geschätzt werden (Klapfer 2008).

Stieffamilien sind ein eher städtisches Phänomen. Die höchsten Anteile an Stieffamilien gab es im Jahr 2008 in Wien (11,8 %) sowie in der Steiermark mit 10,1 %. Am geringsten war der Anteil mit jeweils knapp unter 8 % im Burgenland und in Vorarlberg (Statistik Austria 2008b: 21). Je kleiner der Wohnort/Gemeindetyp, desto seltener sind Stieffamilien (Klapfer 2008).

Von allen österreichischen Kindern unter 18 Jahren leben 9,5 % in Stieffamilien;³⁶ in der Altersgruppe unter 15 Jahren sind es 9,0 % (Klapfer 2008). In Österreich gibt es 81 300 Stiefkinder³⁷ unter 18 Jahren, bei den unter 15-Jährigen sind es 56 300 (Klapfer 2008). Dabei gibt es große Unterschiede nach dem Familienstand der Eltern: Kinder, die in Stieffamilien aufwachsen, haben besonders häufig unverheiratete Eltern. Von allen Kindern (unter 18 Jahren), die mit verheirateten Eltern aufwachsen, leben 6,7 % in einer Stieffamilie, während nahezu jedes dritte Kind, das bei unverheirateten Eltern aufwächst, in

³⁴ Die publizierten Zahlen beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf alle Familien mit erhaltenen Kindern unter 27 Jahren. Schränkt man das Alter der Kinder auf unter 18 Jahre bzw. auf unter 15 Jahre ein, so verändern sich die Anteile nur minimal; der Anteil an Stieffamilien beträgt dann 9,9 % bzw. 9,3 % (Statistik Austria 2009c: 22).

³⁵ In Anbetracht der hohen Scheidungszahlen – und in Kontrast zur öffentlich-medialen Diskussion – erscheint diese Zahl möglicherweise niedrig, „doch ist zu bedenken, dass a.) über 40 % der geschiedenen Ehen kinderlos sind, b.) nicht alle Geschiedenen wieder eine neue Partnerschaft eingehen und c.) auch hier der Kindbegriff des Kernfamilienkonzeptes zur Anwendung kommt“ (Statistik Austria 2009c: 22) – d. h. nur Personen, die ohne Partner und ohne eigenes Kind im selben Haushalt leben, gelten als Kind.

³⁶ Alle folgenden Zahlen beziehen sich auf Daten aus 2007 (Klapfer 2008).

³⁷ Kinder, die in Stieffamilien leben, sind nicht zwangsläufig identisch mit „Stiefkindern“; es kann sich z. B. auch um ein gemeinsames Kind des „neuen“ Paares handeln. Ein Stiefkind ist ein Kind, das „mit einem leiblichen Elternteil und einem weiteren Erwachsenen, der mit dem leiblichen Elternteil durch Ehe oder Partnerschaft verbunden ist, lebt“. (Klapfer 2008: 919). Mit dem Stiefelternteil ist das Kind weder biologisch verwandt noch wurde es von diesem adoptiert.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

einer Stieffamilie lebt (29,5 %) (Klapfer 2008). Berücksichtigt man die höhere Trennungswahrscheinlichkeit nichtehelicher Lebensgemeinschaften, so ist davon auszugehen, dass diese Kinder eher mit einer (neuerlichen) Trennung konfrontiert sein werden als Kinder mit verheirateten (Stief-)Eltern.

Kinder in Stieffamilien leben heute zumeist in binuklearen Familienkonstellationen, d. h. sie gehören zwei Familien an. Geht einer der leiblichen Elternteile eine neue Partnerbeziehung ein, so müssen sich die Kinder mit Stiefvater oder Stiefmutter arrangieren.³⁸ Dabei wird unterschieden zwischen der primären Stieffamilie, in der das Kind überwiegend lebt (meist mit hauptsorgeberechtigter leiblicher Mutter und Stiefvater),³⁹ und der sekundären Stieffamilie, in der sich das Kind nur zeitweise aufhält (meist die Familie des Vaters und seiner neuen Partnerin). Eine diesbezügliche Differenzierung ist mit den Daten des Mikrozensus jedoch nicht möglich; somit kann keine Aussage über die Verbreitung primärer und sekundärer Stieffamilien in Österreich getroffen werden.⁴⁰ Kinder in Stieffamilien sind tendenziell älter als jene in anderen Familienformen (Klapfer 2008, Martin/Le Bourdais 2008); auch die Elternpersonen sind in Stieffamilien älter als in anderen Familientypen (Henz 2002).

Stieffamilien sind keine homogene Familienform, sondern weisen eine enorme Variabilität auf (Teubner 2002b). Eine Unterscheidung kann anhand folgender Kriterien getroffen werden:

(1) Nach der Zusammensetzung der im Haushalt lebenden Kinder lassen sich drei Typen voneinander abgrenzen: einfache, zusammengesetzte und komplexe Stieffamilien. In einer einfachen Stieffamilie bringt ein Partner (Mann oder Frau) Kinder in die Beziehung ein, es gibt keine gemeinsamen Kinder des Paares. Diesem Typus entspricht mehr als die Hälfte aller österreichischen Stieffamilien (53,8 %). Eine zusammengesetzte Stieffamilie ist dadurch gekennzeichnet, dass beide Partner (Mann und Frau) zumindest ein Kind in die Beziehung einbringen, auch hier gibt es keine gemeinsamen Kinder. Das heißt beide Partner sind zugleich Vater oder Mutter eines leiblichen Kindes und Stiefvater oder -mutter eines nicht leiblichen Kindes. Dies trifft auf lediglich 1,4 % aller österreichischen Stieffamilien zu. Der Typus der komplexen Stieffamilie entsteht, wenn neben den eigenen Kindern und/oder Stiefkindern auch gemeinsame leibliche Kinder des Paares im Haushalt leben. 44,8 % aller österreichischen Stieffamilien entsprechen diesem Typ.

(2) Eine weitere Unterscheidung orientiert sich am Geschlecht des Stiefelternteils. Man unterscheidet zwischen Stiefmutter- und Stiefvaterfamilien, je nachdem, ob die Kinder mit einer Stiefmutter oder einem Stiefvater zusammenleben. Die Stiefmutterfamilie, historisch über lange Zeit die dominante Stieffamilienkonstellation, ist heute relativ selten: in

³⁸ Die Berücksichtigung sekundärer Stieffamilien erscheint aus Kindersicht wesentlich; häufig wird sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch in wissenschaftlichen Studien lediglich auf primäre Stieffamilien Bezug genommen.

³⁹ Traub (2005) plädiert auf Basis einer Untersuchung alleinerziehender Frauen in Living Apart Together-Beziehungen dafür, diese Differenzierung auch aus Erwachsenensicht vorzunehmen.

⁴⁰ Die statistische Erhebung basiert auf den Angaben der befragten Personen bezüglich aller Kinder, die als „im gemeinsamen Haushalt lebend“ genannt werden, und fragt für jedes dieser Kinder (unter 27), ob dies ein leibliches Kind ist (Adoptivkinder gelten dabei als leibliche Kinder). Die Auskunft bezieht sich also auf eine Einschätzung des befragten Haushaltsmitglieds. Sofern die Auskunftsperson ein Kind, das temporär bei ihm/ihr lebt, als „im Haushalt lebend“ betrachtet, wird auch dieses auch einbezogen. Aussagen über die Verteilung von primären und sekundären Stieffamilien (s. u.) können auf dieser Basis nicht getroffen werden. Eine tendenzielle Unterschätzung der Anzahl von Stieffamilien erscheint möglich.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Österreich sind lediglich 6,5 % aller Stieffamilien (einfache) Stiefmutterfamilien; 12 % aller Stiefkinder leben mit einer Stiefmutter. Die häufigste Stieffamilienkonstellation ist mit 47,3 % die (einfache) Stiefvaterfamilie; mehr als drei Viertel aller Stiefkinder (88 %) leben mit ihrer leiblichen Mutter und einem Stiefvater zusammen (Klapfer 2008).

(3) Differenziert man Stieffamilien nach der Partnerschaftsform, so können eheliche und nichteheliche Stieffamilien unterschieden werden; ebenso danach, ob die Partner in einem gemeinsamen Haushalt wohnen oder nicht. Eheliche Stieffamilien mit einem gemeinsamen Haushalt sind die am häufigsten anzutreffende Form der Stieffamilie; dennoch leben die Partner in Stieffamilien überproportional häufig in nichtehelichen Lebensgemeinschaften⁴¹ (Teubner 2002b). Ein Blick auf die Institutionalisierung der Partnerbeziehung in österreichischen Stieffamilien zeigt, dass 57,9 % aller Stieffamilien aus Ehepaaren bestehen; 42,1 % sind Lebensgemeinschaften. Eine Betrachtung der einzelnen Stieffamiliientypen macht deutlich: Am seltensten verheiratet sind Paare in zusammengesetzten Stieffamilien (20,6 %). Die Geburt gemeinsamer Kinder führt allerdings häufig zu Eheschließungen: 70 % der Paare in komplexen Stieffamilien sind Ehepaare.

(4) Stieffamilien können nach dem Tod eines Elternteils, nach einer Trennung oder Scheidung bzw. nach einer Mutterschaft ohne feste Partnerschaft entstehen. Der häufigste Entstehungszusammenhang ist heute eine Scheidung oder Trennung; über die genaue Verteilung können allerdings keine Aussagen getroffen werden.

Abbildung 4 gibt zusammenfassend einen Überblick über die Verbreitung einzelner Stieffamiliientypen in Österreich:

Abbildung 4: Stieffamiliientypen in Österreich nach Häufigkeit		
(Einfache) Stiefvaterfamilie	Leibliche Mutter, kein gemeinsames Kind	47,3 %
Komplexe Stieffamilie	Zusätzlich zu „mitgebrachten“ Kindern gibt es ein gemeinsames Kind	44,8 %
(Einfache) Stiefmutterfamilie	Leiblicher Vater, kein gemeinsames Kind	6,5 %
Zusammengesetzte Stieffamilie	Beide Partner bringen Kinder ein, jedoch kein gemeinsames Kind	1,4 %
Quelle: Klapfer 2008		

Stieffamilien wurden über eine längere Zeit als dysfunktionale Familienform betrachtet. Auch heute ist eine Dominanz des Kernfamilienmodells zu bemerken, Stieffamilien werden als abweichend davon konzipiert (Bien et al. 2002) – ein Etikett, mit dem sie sich auseinandersetzen müssen. Die Mitglieder von Stieffamilien stehen einer Reihe von Herausforderungen gegenüber, so z. B. müssen sie ein adäquates, ihrer Rolle angemessenes Verhalten entwickeln; diese Rollen in Stieffamilien sind aber nach wie vor gekennzeichnet durch fehlende Definition und Institutionalisierung, wie bereits von Cherlin (1978) beschrieben. Sowohl Stiefvater als auch Stiefmutter sind mit einer Reihe von Aufgaben konfrontiert: sie müssen elterliche Rollen und Kompetenzen übernehmen, die ihnen bisher vielleicht fremd waren, und sich nicht nur mit den Erwartungen (bzw. Befürchtungen oder

⁴¹ Dabei kann es bei den Mikrozensus-Daten zu geringen Unschärfen kommen: Es wird lediglich nach dem Familienstand gefragt und nicht danach, ob man mit dem im Haushalt lebenden Partner verheiratet ist. Daher kann es vorkommen, dass Lebensgemeinschaften fälschlicherweise als Ehen klassifiziert werden.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Widerständen) der Kinder auseinandersetzen, sondern auch mit jenen der anderen biologischen Elternteile. Forschungsergebnisse verweisen neben diffusen Rollenerwartungen auf eine Reihe weiterer Faktoren, welche die Gestaltung einer Stieffamilie erschweren, so z. B. die nach wie vor geringere gesellschaftliche Akzeptanz, negative Klischeebilder, rechtliche Unsicherheiten, fehlende Vorbilder und Modelle, die Komplexität des Familiensystems und die Schwierigkeiten der Gestaltung multipler Elternschaft (Bien et al. 2002, Neudecker 2008, Sieder 2008, Wilk 2002). Der „Erfolg“ einer Stieffamilie, d. h. das erfolgreiche Schaffen eines Umfelds, in welchem alle Beteiligten sich wohlfühlen können, ist von einer Reihe vielfältiger Faktoren abhängig wie z. B. Kommunikationsqualität, Konfliktniveau zwischen den ehemaligen Partnern, Dauer des Zusammenlebens als Stieffamilie, Qualität der innerfamilialen Beziehungen oder Akzeptanz der neuen Partnerbeziehung im sozialen Umfeld (Gosselin/David 2007, Michaels 2006, Röhr-Sendlmeier/Greubel 2004).

Stieffamilien weisen eine größere Instabilität im Vergleich zu Kernfamilien auf (Martin/Le Bourdais 2008: 265); die Partnerschaftszufriedenheit ist aber relativ hoch und unterscheidet sich kaum von jener in Kernfamilien: In der deutschen Stieffamilien-Studie geben 70 % der Befragten an, keine Probleme im Bereich Partnerschaft zu haben. Frauen denken allerdings eher an Trennung als Männer (Teubner 2002c). Die hohe Instabilität in Zusammenhang mit hoher Partnerschaftszufriedenheit wird mit unterschiedlichen Herausforderungen und Belastungsniveaus begründet. Verheiratete Personen messen ihrer Partnerschaft eine höhere Stabilität zu als Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften, wobei keine Unterschiede zwischen Kern- und Stieffamilien zu beobachten sind (Teubner 2002c).

Kinder, welche in Stieffamilienkonstellationen aufwachsen, verbringen ihr Alltagsleben zunehmend zwischen zwei Haushalten, und die Anzahl ihrer familialen Bezugspersonen und Beziehungspartner ist erhöht. Sie stehen vor der Aufgabe, eine andere Erwachsenenperson als Partner eines Elternteils zu akzeptieren, die Beziehung zum biologischen Elternteil unter veränderten Rahmenbedingungen zu leben, möglicherweise zwischen unterschiedlichen Wohnorten zu pendeln und sich mit Stiefgeschwistern auseinanderzusetzen (Walper/Schwarz 1999, Walper/Wild 2002). Um die Auswirkungen des Aufwachsens in einer Stieffamilie zu beurteilen, erscheint eine Differenzierung der dort lebenden Kinder wesentlich. Sowohl Stiefkinder⁴² als auch gemeinsame Kinder sind zwar mit der komplexeren Familiendynamik konfrontiert, doch aufgrund der mehrfach erlebten Transitionen erscheinen die Stiefkinder deutlich stärker belastet und zeigen eher Verhaltensauffälligkeiten als Kinder in Kernfamilien, was sich v. a. aufgrund der mehrfach erlebten Transitionen im Familiensystem erklären lässt (Wendt/Walper 2007).

Ein besonderer Problembereich in Stieffamilien ist die rechtliche Gestaltung multipler Elternschaft (siehe Barth-Richtarz 2007, Haidvogel 2007, Pesendorfer 2008, Rosenmayr 2007, Stefula 2009 sowie Beitrag von I. Mottl in Band II). In Stieffamilien übernehmen häufig auch Stiefeltern Betreuungs- und Erziehungsaufgaben, auch wenn mit der Stellung als Stiefelternteil nur wenige diesbezügliche Pflichten (und diese: gegenüber dem Ehepartner) verbunden sind, wie im FamRÄG 2009 ausformuliert. Es besteht auch kein Verwandt-

⁴² Zu beachten ist, dass ein Stiefkind nur mit einem leiblichen Elternteil und einem neuen (sozialen) Elternteil zusammenlebt, während ein „gemeinsames Kind“ in einer Stieffamilie mit beiden leiblichen Elternteilen aufwächst.

schaftsverhältnis zwischen Stiefelternteil und Stiefkind. Rechtliche Möglichkeiten, den stiefelterlichen Status zu verändern, sind eine Adoption, welche eine Zustimmung des leiblichen Elternteils erfordert, bzw. eine Pflegeelternschaft. Einer generellen Institutionalisierung der Stiefelternschaft im Sinne vergrößerter Obsorgerechte für Stiefeltern stehen Expert/-innen allerdings skeptisch gegenüber. Es wird vermutet, dass die rechtliche Aufwertung der Stiefelternteile erhöhtes Konfliktpotenzial sowie erhöhten Abstimmungsbedarf mit sich bringen könnte. (Neue) elterliche Rechte seien auch mit elterlichen Pflichten zu verknüpfen, und insbesondere sei die stringente Orientierung am Wohl des Kindes erforderlich. Schließlich müsse der gesamtfamiliale Zusammenhang berücksichtigt werden, um auch die Situation des außerhalb der Stieffamilie lebenden leiblichen Elternteils zu berücksichtigen und dessen Status und Rechte nicht in Frage zu stellen. Auch aufgrund der höheren Instabilität von Stieffamilien erscheint eine Ausweitung stiefelterlicher Rechte schwierig umsetzbar (Barth-Richtarz 2007). Zu bedenken ist weiters, dass das Kriterium der Eheschließung zwischen leiblichem und Stiefelternteil einen großen Teil der Stieffamilien nicht erfasst, aber auch, dass es Stieffamilien gibt, in welchen eine Mitwirkung des Stiefelternteils an der Erziehung aus unterschiedlichen Gründen nicht gewollt ist; eine Generallösung für alle Stieffamilien erscheint vor diesem Hintergrund problematisch (Rosenmayr 2007).

Das Bestreben, der realen Alltagssituation in Stieffamilien unter Berücksichtigung der Spezifität, Vielfältigkeit und Dynamik dieser Familienform sowie der angeführten Problematiken zu entsprechen, drückt sich auch im Familienrechts-Änderungsgesetz 2009 aus. Das FamRÄG 2009 bringt für Stieffamilien zwei neue gesetzliche Regelungen. Diese betreffen die Beistands- und Vertretungspflicht des Stiefelternteiles, der mit dem leiblichen Elternteil verheiratet ist, sowie die Schutzpflicht von volljährigen Personen, die mit dem Elternteil und dessen minderjährigem Kind nicht nur vorübergehend im gemeinsamen Haushalt leben und in einem familiären Verhältnis zum Elternteil stehen, gegenüber dem/der minderjährigen Mitbewohner/-in. Letztere Bestimmung wird im Konkreten vorwiegend dann relevant, wenn der Elternteil und der Stiefelternteil in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft zusammenleben. Die neuen Regelungen unterscheiden demnach zwischen ehelichen und nichtehelichen Stieffamilien und verknüpfen die Beistands- und Vertretungspflicht des Stiefelternteils mit dessen ehelicher Verbundenheit mit dem sorgeberechtigten Elternteil.

§ 90 Abs. 3 ABGB legt fest, dass jeder Ehegatte dem anderen in der Ausübung der Obsorge für dessen Kinder in angemessener Weise beizustehen hat. Diese Beistandspflicht besteht allerdings nur dann, wenn dem Ehepartner des Stiefelternteiles die Obsorge (sei es alleinige Obsorge oder Obsorge beider Elternteile) zukommt, und bildet kein Recht des Stiefelternteiles (Stefula 2009: 266 f.). Zudem bezieht sie sich nur auf die Obsorge- und nicht auf die Unterhaltspflicht. Was als Beistandsleistung zu erbringen ist, hängt von der konkreten Situation ab. Allerdings muss die zu erbringende Beistandsleistung erforderlich und angemessen sein. Als Beistandsleistungen gelten beispielsweise die Unterstützung bei der täglichen Erziehung und Pflege wie das Beaufsichtigen des Kindes, dessen Begleitung zum Arzt oder seine Pflege bei Krankheit (ebd.: 268).

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

Die Vertretungspflicht, die ebenfalls in § 90 Abs. 3 geregelt wird, gilt für Obsorgeangelegenheiten des täglichen Lebens, gegenüber Dritten (wie das Unterschreiben einer Entschuldigung für die Schule, der Besuch des Elternsprechtages, der Kauf von Kleidung oder Spielzeug für das Kind), aber auch gegenüber dem Kind (beispielsweise das Bestimmen der Schlafenszeiten oder Routineerlaubnisse zur Freizeitgestaltung) (Stefula 2009: 268). Dabei ist zu beachten, dass der Stiefelternteil seinen Ehegatten in dessen Obsorgeangelegenheiten des alltäglichen Lebens nur vertritt und die Richtschnur seines Handelns der Wille des Ehepartners sein muss, außer das Kindeswohl würde damit verletzt. Welche Abstimmungsprozesse dadurch für die konkrete Alltagsgestaltung in Stieffamilien nötig sind, kann derzeit nur vermutet werden.

Die in § 137 Abs. 4 festgelegte Schutzpflicht zugunsten minderjähriger Mitbewohner verlangt, alles Zumutbare zu tun, um das Kindeswohl zu schützen (Stefula 2009: 270). Dabei liegt eine Handlungspflicht nur dann vor, wenn eine Gefährdung des Kindeswohls besteht (ebd.). Es geht also lediglich um die Pflicht, eine Schädigung des Kindeswohls zu verhindern, nicht aber um eine Verpflichtung, das Kindeswohl zu fördern. Die rechtlichen Pflichten des nichtehelichen Lebenspartners eines leiblichen Elternteiles sind zusammenfassend bedeutend eingeschränkter als die eines Ehepartners. Dies erscheint insofern bedeutsam, als nichteheliche Lebensgemeinschaften einen relativ hohen Anteil aller Stieffamilien darstellen (42,1 %).

Summary

In Österreich ist im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts ein ausgeprägter Anstieg der Scheidungszahlen zu verzeichnen, die Scheidungsrate stieg von 40,5 % (1999) auf aktuell 47,8 % (2008). Rund 15 000 minderjährige Kinder erlebten 2008 eine elterliche Scheidung. Dies waren ähnlich viele wie zehn Jahre zuvor; vermutlich ein Effekt der sinkenden Geburtenraten. Die Ursachen für die steigenden Scheidungsraten sind sowohl in gesellschaftlichen Entwicklungen als auch auf individueller Ebene zu sehen, wobei emotionaler Unzufriedenheit, Stressbelastungen sowie mangelhaften Kommunikations-, Konfliktlösungs- und Coping-Kompetenzen besondere Bedeutung zukommt.

Scheidung bzw. Trennung bedeuten beinahe immer für beide Partner eine einschneidende Veränderung ihrer Lebenssituation und erfordern hohe individuelle Anpassungsleistungen. Für Kinder stellt die elterliche Scheidung ein gravierendes, zumeist leidvolles Erlebnis dar, welches zunächst Anpassungsprobleme und Benachteiligungen nach sich ziehen kann, auch wenn die meisten Kinder geschiedener Eltern mittel- und langfristig als gesunde Erwachsene agieren. Ob und wie es allen Betroffenen gelingt, den Übergang zu bewältigen, hängt von einer Vielzahl personaler, beziehungsmaßiger, sozialer und sozio-ökonomischer Faktoren ab.

Eine zentrale Herausforderung nach einer Scheidung stellt die Reorganisation der Elternschaft dar. Auch wenn in der ersten Zeit nach einer Scheidung die Mutter-Kind-Beziehung beeinträchtigt sein kann, wird mittelfristig zumeist ein angemessenes Erziehungsverhalten und eine hohe Beziehungsqualität erreicht. Die Qualität der Vater-Kind-Beziehung nach einer Scheidung beeinflusst ebenfalls das Wohlbefinden und die Entwicklung der betroffenen Kinder.

Nur einem Teil der Väter gelingt es, regelmäßigen und häufigen Kontakt mit ihren Kindern über einen langen Zeitraum aufrechtzuerhalten und aktiv in deren Alltagsleben eingebunden zu sein. Der Bedeutung der Aufrechterhaltung gemeinsamer Elternschaft wurde durch die gesetzliche Möglichkeit der Obsorge beider Elternteile Rechnung getragen. Mehr als die Hälfte der Eltern nahm diese drei Jahre nach ihrer Einführung an. Trotz zahlreicher rechtlicher Neuerungen und Maßnahmen im Bereich Scheidung und Scheidungsfolgen gibt es aber in der Umsetzung und Förderung der konkreten Inanspruchnahme weiterhin Verbesserungsbedarf, sowohl bezüglich einer Stärkung der Rechte von Kindern als auch hinsichtlich einer konsensualen Bewältigung von Scheidung (Mediation).

Die häufigste Familienform, in der Kinder nach einer elterlichen Trennung oder Scheidung leben, ist die (mütterliche) Ein-Eltern-Familie. 13 % aller österreichischen Familien haben alleinerziehende Elternteile. Die Lebenssituation Alleinerziehender und ihrer Kinder ist häufig von einer Vielzahl belastender Faktoren gekennzeichnet, insbesondere hinsichtlich der materiellen Lage. 9 % aller Familien mit Kindern sind Stieffamilien, wobei der Großteil dem Typus der einfachen Stiefvaterfamilie entspricht. Die Mitglieder von Stieffamilien stehen in der Gestaltung ihres Familienlebens einer Reihe von Herausforderungen und Aufgaben gegenüber, welche aufgrund geringerer gesellschaftlicher Akzeptanz, rechtlicher Besonderheiten, fehlender Vorbilder, der Komplexität des Familiensystems und der Schwierigkeiten in der Gestaltung multipler Elternschaft nicht immer einfach zu erfüllen sind.

Ausblick

Die im Beitrag dargestellten Befunde legen Handlungsbedarf in folgenden Bereichen nahe:

Stärkere Gewichtung der kindlichen Perspektive

Um die Bewältigung des familiären Umbruchs für Kinder zu erleichtern, erscheint es unumgänglich, deren Wahrnehmung, Befinden, Bedürfnisse und Erleben sowie ihre Wünsche und Interessen umfassender zu berücksichtigen und damit die Stellung des Kindes im Scheidungs- und Nachscheidungsprozess zu stärken, wie im KindRÄG 2001 und in der Kinderrechtskonvention intendiert.

Sicherung verstärkter Mitgestaltungsmöglichkeiten von Kindern bezüglich der Aushandlung von Lebensarrangements

Im Zuge der Reorganisation von Lebensarrangements in Nachscheidungsfamilien ist Kindern die Mitsprache bei der Aushandlung dieser Lebensarrangements – allenfalls im Rahmen eines Mediationsverfahrens – in adäquater, altersentsprechender und kindgerechter Weise zu ermöglichen und insbesondere in Fragen der Kontakt- und Besuchsgestaltung zum außerhalb lebenden Elternteil zur Geltung zu bringen.

Verstärkte Maßnahmen zur Unterstützung der kindlichen Scheidungsbewältigung

Die Verantwortung der Gesellschaft für die in ihr aufwachsenden Kinder bedingt eine umfassende und längerfristig in Anspruch zu nehmende Kinderbegleitung nach einer elterlichen Scheidung. Diese Begleitung müsste für Kinder leicht zugänglich sein und könnte z. B. für Kinder im Pflichtschulalter im schulischen Kontext angeboten werden. Flankierend sind auch Elternbildungsmaßnahmen insbesondere hinsichtlich der kindlichen Information über die (geplante) elterliche Scheidung vonnöten.

Förderung der Inanspruchnahme von Mediation und adäquate Einbeziehung der Kinder in den Mediationsprozess

Es sind Maßnahmen zu überlegen, welche die Vorzüge von Mediation zur Entwicklung selbstverantworteter Konfliktlösungsstrategien im Scheidungsfall bekannt machen und ihre Inanspruchnahme⁴³ (insbesondere gemäß § 39 c Familienlastenausgleichsgesetz) fördern. Ein umfassenderes Verständnis von Mediation im Sinn einer längerfristigen Begleitung der gesamten Familie könnte dazu beitragen, die Lebensarrangements der Nachscheidungsfamilie im Interesse aller ihrer Mitglieder flexibel zu gestalten. Dabei wäre insbesondere ein Einbezug der Kinder unabdingbar.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung gemeinsamer Elternschaft von Vater und Mutter

Um die Erhaltung der gemeinsamen Verantwortung für Kinder durch beide Elternteile, auch nach einer Scheidung, zu fördern, sollen Eltern vermehrt über die Ausgestaltungsmöglichkeiten der Obsorge sowie die elterlichen Rechte und Pflichten nach einer Scheidung informiert werden. Auch alternative Modelle wie die „Doppelresidenz“ sollten hierbei thematisiert und ihre Auswirkungen überprüft werden.

Maßnahmen zur Aufrechterhaltung bzw. Etablierung der Vaterschaft

Eine erhöhte Bereitschaft beider Elternteile, die Wichtigkeit der Vaterrolle wahrzunehmen, anzuerkennen und zu akzeptieren, kann durch bewusstseinsbildende Maßnahmen erreicht werden. Entsprechende Maßnahmen sollten sich auch an Mütter wenden. Professionelle Beratung und Unterstützung würde Väter in ihrer Fähigkeit stärken, ihre Vorstellungen und Bedürfnisse als Väter zu reflektieren und zu kommunizieren. Eine zufriedenstellende Beziehung zwischen Vater und Kind sowie eine Reduktion von Kontaktabbrüchen wäre die mögliche Folge.

Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Ein-Eltern-Familien

Zur Abfederung der spezifischen Problemsituationen von Alleinerzieher/-innen sollte das bestehende Unterstützungsspektrum in materieller, rechtlicher und infrastruktureller Hinsicht unter Berücksichtigung der speziellen Problemlagen weiter entwickelt werden. Verbesserungen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse dieser Familienform stellen für Alleinerziehende eine existenzielle Notwendigkeit dar. Wichtige Maßnahmen wären z. B. Ausbau von qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen, Berücksichtigung der speziellen Situation Alleinerziehender generell im beruflichen Alltag (Pflegefreistellung, sozialrechtliche Absicherung atypischer Arbeitsverhältnisse, Förderung familienfreundlicher Arbeitszeiten), aber auch Unterstützung beim Umgang mit emotionalen Belastungen.

⁴³ 19% der Eltern mit gemeinsamer Obsorge nahmen laut eigenen Angaben Mediation in Anspruch, 13% derer mit alleiniger Obsorge; von den Expert/-innen hingegen wurde die Inanspruchnahme von Mediation in Scheidungsfällen im Durchschnitt nur auf 5% geschätzt (Figdor et al. 2006: 110, Kränzl-Nagl/Pelikan 2006: 114).

Unterstützende Maßnahmen zur Gestaltung von Stieffamilien

Durch bewusstseinsbildende Maßnahmen sollen die spezifischen Chancen und Herausforderungen, welche diese Familienform kennzeichnen, sowohl an Kinder als auch an Erwachsene vermittelt werden. Dies könnte über Medien, im institutionellen Kontext (Kindergarten, Schule) oder im Rahmen der Familienberatung stattfinden. Beratende und begleitende Angebote erscheinen insbesondere in der Aufbauphase von Stieffamilien notwendig, um die spezifische Dynamik dieser Familienform entsprechend zu berücksichtigen. Eine Vermittlung der dafür erforderlichen Kompetenzen an Familienberater/-innen erscheint angezeigt.

Information und Beratung

Beratungsstellen als Ansprechstellen für von Scheidung betroffene Frauen, Kinder und Väter sind weiter auszubauen. Durch leicht zugängliche und kompetente Beratung vor bzw. während der Trennung oder Scheidung soll Betroffenen effektive Information, Rat und allenfalls Unterstützung in der Bewältigung von Beziehungsproblemen, Trennungs- und Scheidungsstress und deren Folgen, z.B. soziale, rechtliche und ökonomische Probleme, vor allem unter Berücksichtigung der besonderen Herausforderungen, mit welchen vor allem Frauen mit betreuungspflichtigen Kindern konfrontiert sind, zur Verfügung gestellt werden. Allenfalls ist eine Beratungspflicht im Zuge von Scheidungsverfahren vorzusehen.

Bewusstseinsbildende Maßnahmen

Eine realistische und nicht wertende Darstellung unterschiedlicher Familienformen in Medien, Broschüren, Schul- und Kinderbüchern ist notwendig, um den Alltagserfahrungen von Kindern und Erwachsenen gerecht zu werden und eine Stigmatisierung jener Familienformen, die von der Kernfamilie abweichen, zu verhindern.

Forschungsbedarf

In Österreich besteht, insbesondere im internationalen Vergleich, ein Forschungsbedarf in mehreren Bereichen. So liegen z. B. keine Längsschnittstudien vor. Diese wären notwendig, um Aussagen über die Entwicklung und Veränderung familialer Konstellationen und Lebensbedingungen, aber auch über die kindliche Entwicklung und die Auswirkungen unterschiedlicher Obsorgeregelungen treffen zu können. Eine Evaluierung der Auswirkungen verschiedener Obsorgeregelungen auf Mütter, Väter, Kinder sowie die erweiterten (Stief-) Familien erscheint angebracht. Forschungslücken bestehen bezüglich Ein-Eltern-Familien und Stieffamilien. Des Weiteren wären Untersuchungen mit einer stärkeren Berücksichtigung der Geschlechterperspektive notwendig (z.B. unterschiedliche Bewältigung von Scheidungsfolgen, auch angesichts der Veränderungen der Vaterrolle). Eine weitere Forschungslücke sind Studien zur kindlichen Wahrnehmung einer elterlichen Scheidung sowie deren Auswirkungen im biografischen Verlauf. Ein Mehrgenerationen-Ansatz sollte Berücksichtigung finden, um die Auswirkungen einer Scheidung auf die Beziehungen zwischen den Generationen auch in längerfristiger Sicht näher beleuchten zu können.

Literatur

- Acock, Allen C. / Demo, David H. (1994): *Family Diversity and Well-Being*, Thousand Oaks: Sage.
- Ahrons, Constance (2004): *We're still family. What grown children have to say about their parents' divorce*, New York: Harper Collins.
- Ahrons, Constance R. (2007): *Family Ties After Divorce: Long-Term Implications for Children*; in: *Family Process, Sonderheft „Divorce and its Aftermath“*, 46 (1), 53–65.
- Ahrons, Constance R. / Rodgers, Roy H. (1989): *Divorced Families. A Multi-disciplinary Developmental View*, New York: Norton.
- Ahrons, Constance R. / Tanner, Jennifer L. (2003): *Adult Children and Their Fathers: Relationship Changes 20 Years After Parental Divorce*; in: *Family Relations* 52 (4), 340–351.
- Amato, Paul R. (1993): *Children's Adjustment to Divorce: Theories, Hypotheses and Empirical Support*; in: *Journal of Marriage and the Family* 55 (1), 23–38.
- Amato, Paul R. (2000): *The Consequences of Divorce for Adults and Children*; in: *Journal of Marriage and the Family* 62 (4), 1269–1287.
- Amato, Paul R. (2001): *Children of divorce in the 1990s: An update of the Amato and Keith (1991) Meta-Analysis*; in: *Journal of Family Psychology* 15 (3), 355–370.
- Amato, Paul R. (2003): *Reconciling Different Perspectives: Judith Wallerstein, Quantitative Family Research, and Children of Divorce*; in: *Family Relations* 52 (4), 332–339.
- Amato, Paul R. / Booth, Alan (2001): *The legacy of parents' marital discord: Consequences for children's marital quality*; in: *Journal of Personality and Social Psychology* 81 (4), 627–638.
- Amato, Paul R. / Booth, Alan (1991): *Consequences of parental divorce and marital unhappiness for adult Well-Being*; in: *Social Forces* 69 (3), 895–914.
- Amato, Paul R. / Booth, Alan (1996): *A prospective study of parental divorce and parental-child relationships*; in: *Journal of Marriage and the Family* 58 (2), 356–365.
- Amato, Paul R. / Gilbreth, Joan G. (1999): *Nonresident Fathers and Children's Well-Being: A meta-analysis*. *Journal of Marriage and Family*, 61 (3), 557–573.
- Amato, Paul R. / Hohmann-Marriott, Bryndl (2007): *A Comparison of High- and Low-Distress Marriages that End in Divorce*; in: *Journal of Marriage and Family* 69 (3), 621–638.
- Amato, Paul R. / Keith, Bruce (1991a): *Parental divorce and the Well-Being of children: A Meta-Analysis*; in: *Psychological Bulletin* 110 (11), 26–46.
- Amato, Paul R. / Keith, Bruce (1991b): *Parental divorce and adult Well-Being: A Meta-Analysis*; in: *Journal of Marriage and the Family* 53 (1), 43–58.
- Amato, Paul R. / Meyers, Catherine E., Emery, Robert E. (2009): *Changes in Nonresident Father-Child Contact From 1976 to 2002*; in: *Family Relations* 58 (1), 41–53.
- Amato, Paul R. / Rezac, Sandra J. (1994) *Contact with nonresident parents, interparental conflict, and children's behavior*; in: *Journal of Family Issues* 15 (2), 191–207.
- Amato, Paul / Fowler, Frieda, (2002): *Parenting practices, child adjustment, and family diversity*; in: *Journal of Marriage and Family* 64 (3), 703–716.
- Amato, Paul / Sobolewski, Julie (2004): *The effects of divorce on fathers and children*; in: Lamp, Michael E. (Ed.): *The role of father in child development*, Hoboken: Wiley, 341–367.
- Amato, Paul / Sobolewski, Julie (2001): *The effects of divorce and marital conflict on adult children's psychological well-being*; in: *American Sociological Review* 68 (3), 900–921.
- Amendt, Gerhard (2005): *Vätererfahrungen nach der Trennung vom Ehe- oder Lebenspartner. Forschungsprojekt* (<http://www.igg.uni-bremen.de/Abschlussbericht.pdf> vom 19.2.2007) (letzter Zugriff 7.9.2009).
- Amendt, Gerhard (2006): *Wie Männer die Trennung von ihren Kindern erleben*, New York–Frankfurt a. M.: Campus.
- Amesberger, Helga / Dimitz, Erich / Finder, Ruth / Schiffbänker, Helene / Wetzela Petra (2001): *Alleinerzieherinnen in Wien*, Wien: Studie der Arbeiterkammer Wien.
- Andreß, Hans-Jürgen / Bröckel, Miriam (2007): *Income and Life Satisfaction After Marital Disruption in Germany*; in: *Journal of Marriage and Family* 69 (May 2007), 500–512.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Atteneder, Christine / Bauer, Thomas / Böheim, René / Buchegger, Reiner / Buchegger-Traxler, Anita / Halla, Martin (2005): Auswirkung von Scheidung auf Kinder, Frauen und Männer (vor dem Hintergrund des Eherechts-Änderungsgesetzes 1999 und des Kindschaftsrechts-Änderungsgesetzes 2001) Endbericht, Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Linz.
- Babka von Gostomski, Christian / Hartmann, Josef / Kopp, Johannes (1999): Soziostrukturelle Bestimmungsgründe der Ehescheidung. Eine empirische Überprüfung einiger Hypothesen der Familienforschung; in: Klein, Thomas / Kopp, Johannes (Hg.): Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht, Würzburg: Ergon, 43–62.
- Baker, Amy J. L. / Darnall Douglas (2006): Behaviours and Strategies Employed in Parental Alienation: A Survey of Parental Experiences; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 45 (1/2), 97–124.
- Barth, Peter (2009): Zur „Doppelresidenz“ des Kindes nach österreichischem Recht, in: *iFamZ Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht* 4 (3), 181–182.
- Barth-Richtarz, Judith (2007): Obsorge der Stiefeltern für ihre Stiefkinder. Meinungen von Experten/Expertinnen; in: *iFamZ Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienforschung* 2 (3), 115–118.
- Barth-Richtarz, Judith (2009a): Zwei „Zuhause“ für unsere Kinder. Erfahrungen von Müttern und Vätern mit der Doppelresidenz nach Trennung/Scheidung, in: *iFamZ Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht* 4 (3), 174–177.
- Barth-Richtarz, Judith (2009b): Die Doppelresidenz nach Trennung und Scheidung. Ein ideales Modell? – Meinungen von Experten, in: *iFamZ Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht* 4 (3), 178–181.
- Bastine, Rainer (2005): Familienmediation heute – Leistungsfähigkeit und Barrieren in der Praxis, in: *Zeitschrift für Konfliktmanagement*, 8, 11–14.
- Bastine, Rainer / Römer-Wolf, Birgit / Decker, Frauke / Hand-Loh, Achim / Mayer, Stefan / Normann-Kossak, Katrin (2006): Familienmediation in der institutionellen Beratung, Aachen: Shaker.
- Bastine, Rainer / Wetzels, Antje (2000): Familienmediation: Empirische Untersuchungen und Modellprojekte in Deutschland und Österreich, in: Petermann, Franz / Pietsch, Katharina (Hg.): *Mediation als Kooperation*, Salzburg: Otto Müller Verlag, 52–103.
- Baum, Nehami / Rahav, Giora / Sharon, Dan (2005): Changes in the Self-Concept of Divorced Women; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 43 (1/2), 47–68
- Bauserman, Robert (2002): Child Adjustment in Joint-custody versus Sole-custody Arrangements: A Meta-analytic Review; in: *Journal of Family Psychology* 16 (1), 91–102.
- Baxter, Leslie A. (1984): Trajectories of relationship disengagement; in: *Journal of Social and Personal Relationships* 1 (1), 29–48.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth (1986): Von der Liebe zur Beziehung? Veränderungen im Verhältnis von Mann und Frau in der individualisierten Gesellschaft; in: Johannes Berger (Hg.): *Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren, Sonderband 4 Soziale Welt*, Göttingen: Schwartz, 209–233.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich / Beck-Gernsheim, Elisabeth (Hg.) (1994): *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Gesellschaften*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Becker, Gary S. (1991): *A Treatise on the Family*, Cambridge: Harvard University Press. 2. Aufl.
- Beham, Martina (2004): Mutter-Kind-Beziehungen in Nachscheidungsfamilien; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York–Frankfurt a. M.: Campus, 133–154.
- Beham, Martina / Wilk, Liselotte (2004): Soziale Netzwerke und professionelle Unterstützung als Ressourcen im Scheidungsprozess; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York–Frankfurt a. M.: Campus, 213–246.
- Beham, Martina / Zartler, Ulrike (2006): Retraditionalisierung und ihre Folgen – Väter und Scheidungsrisiko; in: Werneck, Harald / Beham, Martina / Palz, Doris (Hg.): *Aktive Vaterschaft. Väter zwischen Familie und Beruf*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Berger, Fred (2009): Intergenerationale Transmission von Scheidung – Vermittlungsprozesse und Scheidungsbarrieren; in: Fend, Helmut / Berger, Fred / Grob, Urs: *Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der Life-Studie*, Wiesbaden: VS Verlag, 267–304.
- Bien, Walter / Hartl, Angela / Teubner, Markus (Hg.) (2002): *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*, Opladen: Leske + Budrich.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Bien, Walter / Marbach, Jan H. (Hg.) (2008): *Familiale Beziehungen, Familienalltag und soziale Netzwerke. Ergebnisse der drei Wellen des Familiensurvey*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Bodenmann, Guy (2000): *Stress und Coping bei Paaren*, Göttingen: Hogrefe.
- Bodenmann, Guy / Bradbury, Thomas / Maderas, Sabine (2002): *Scheidungsursachen und -verlauf aus der Sicht der Geschiedenen*; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 14 (1), 5–20.
- Bodenmann, Guy / Charvoz, Linda / Bradbury, Thomas N. / Bertoni, Anna / Iafrate, Raffaella / Giuliani, Christina / Banse, Rainer / Behling, Jenny (2006): *Attractors and Barriers to Divorce: A Retrospective Study in Three European Countries*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 45 (3/4), 1–24.
- Bodenmann, Guy / Charvoz, Linda / Bradbury, Thomas N. / Bertoni, Anna / Iafrate, Raffaella / Giuliani, Christina / Banse, Rainer / Behling, Jenny (2007): *The role of stress in divorce: A three-nation retrospective study*; in: *Journal of Social and Personal Relationships* 24 (5), 707–728.
- Bodenmann, Guy / Cina, Annette (2000): *Stress und Coping als Prädiktoren für Scheidung: eine prospektive Fünf-Jahre-Längsschnittstudie*; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 12 (2), 5–20.
- Böhm, Birgit / Grossmann, Klaus (2000): *Unterschiede in der sprachlichen Repräsentation von 10- bis 14-jährigen Jungen geschiedener und nicht geschiedener Eltern*; in: *Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie* 49 (6), 399–418.
- Bokker Paul (2006a): *Factors that Influence the Relationships Between Divorced Fathers and Their Children*; in: *Journal of Divorce & Remarriage*, 45 (3/4), 157–172.
- Bokker, Paul (2006b): *The Relationship Between Father/Child Contact and Emotional Well-Being Among Recently Divorced Fathers*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 45 (1/2), 63–78.
- Böttcher, Karin (2006): *Scheidung in Ost- und Westdeutschland. Der Einfluss der Frauenerwerbstätigkeit auf die Ehestabilität*; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58 (4), 592–616.
- Bouchard, Geneviève (2006): *Cohabitation versus Marriage: The Role of Dyadic Adjustment in Relationship Dissolution*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 46 (1/2), 107–118.
- Braches-Chyrek, Rita (2002): *Zur Lebenslage von Kindern in Ein-Eltern-Familien*, Opladen: Leske + Budrich.
- Brenner, Jamie R. / Hyde, Janet S. (2006): *Parental Divorce and Mother-Child Interaction*. *Journal of Divorce & Remarriage*, 45 (3/4), 93–108.
- Buchegger, Reiner (2004): *Scheidung aus ökonomischer Sicht*; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzli-Nagl, Renate (Hg.): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York–Frankfurt a. M.: Campus.
- Bundesministerium für Justiz (2004): *Abschlussbericht der Expertengruppe „Obsorgeverfahren“*.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen (2001): *Potential und Grenzen der neuen Konfliktregelungsinstrumente Familienmediation und Kinderbegleitung Auf dem Weg zu einer neuen Konfliktkultur*, Salzburg Congress 2.–3. November 2001.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) (2003): *4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil A: Jugendradar 2003*, Wien: BMSGK.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) (2004): *Bericht über die soziale Lage 2003 – 2004*, Wien: BMSGK.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK) (2005): *Geschlechtsspezifische Disparitäten im Jugendalter*, Wien: BMSGK.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (BMUJF) (Hg.) (1997): *Familienberatung bei Gericht. Mediation. Kinderbegleitung bei Trennung oder Scheidung der Eltern*, Wien: BMUJF.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.) (1997): *Familienberatung bei Gericht – Mediation – Kinderbegleitung bei Trennung oder Scheidung der Eltern. Bericht über ein gemeinsames Modellprojekt*, Wien.
- Burns, Alisa / Dunlop, Rosemary (1999): *„How did you feel about it?“ Children’s feelings about their parents’ divorce at the time and three and ten years later*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 31 (3–4), 19–35.
- Capinus, Carolyn A. / Flowers, Daniel R. (2007): *An Examination of Gender Differences in Attitudes Towards Divorce*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 48 (3–4), 239–257.
- Cherlin, Andrew (1978): *Remarriage as an Incomplete Institution*; in: *American Journal of Sociology* 84 (3), 634–650.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Cherlin, Andrew / Furstenberg, Frank (1994): Stepfamilies in the United States: Reconsideration; in: *Annual Review of Sociology* 20, 359–381.
- Claxton-Oldfield, Stephen / Garber, Tracey / Gillcrist, Kimberly (2006): Young Adults' Perceptions of Their Relationships with Their Stepfathers and Biological Fathers; in: *Journal of Divorce & Remarriage*, 45 (1–2), 51–62.
- Coleman, Marily / Ganong, Lawrence / Fine, Mark (2000): Reinvestigating remarriage: Another decade of progress; in: *Journal of Marriage and the Family* 62 (4), 1288–1307.
- Crohn, Helen M. (2006): Five Styles of Positive Stepmothering from the Perspective of Young Adult Stepdaughters; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 46 (1–2), 119–134.
- Cunningham, Mick / Thornton, Arland (2007): Direct and Indirect Influences of Parents' Marital Instability on Children's Attitudes Toward Cohabitation in Young Adulthood; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 46 (3–4), 125–144.
- Czasny, Karl / Stocker, Eva (2007): Wohnzufriedenheit im heimischen Wohnungswesen; in: *Jahrbuch des Vereins für Wohnbauförderung 2007*. http://www.vwbf.at/content/publik/publikpdf/jb07_czasny_stocker.pdf (letzter Zugriff: 1.9.2009)
- D'Onofrio, Brian M. / Turkheimer, Eric / Emery, Robert E. / Harden, Paige K. / Slutske, Wendy / Heath, Andrew C. / Madden, Pamela A.F. / Martin, Nicholas G. (2007): A Genetically Informed Study of the Intergenerational Transmission of Marital Instability; in: *Journal of Marriage and Family* 69 (3), 793–809.
- Daatland, Svein Olav (2007): Marital History and Intergenerational Solidarity: The Impact of Divorce and Unmarried Cohabitation; in: *Journal of Social Issues* 63 (4), 809–825.
- DeGarmo, David S. / Patras, Joshua / Eap, Sopagna (2008): Journal of Marriage and the Family, Social Support for Divorced Fathers' Parenting: Testing a Stress-Buffering Model; in: *Family Relations* 57 (1), 35–48.
- Deixler-Hübner, Astrid (1999): *Das neue Eherecht. Einführung. Texte. Materialien*, Wien: WUV Verlag.
- Deixler-Hübner, Astrid (2008): Die Regelung gleich- und verschiedengeschlechtlicher Lebenspartnerschaften. Unterschiede im europäischen Rechtsvergleich; in: *iFamZ*, 3 (4), 199–205.
- Deixler-Hübner, Astrid (2008a): *Scheidung, Ehe und Lebensgemeinschaft*, Wien: LexisNexis. 9., neu bearbeitete Auflage.
- Denk, Günter / Egger, Andrea / Mosberger, Brigitte / Steiner, Karin / Logar, Sylvia (2002): Neue Risikogruppe männliche Scheidungsoffer? Finanzielle und wirtschaftliche Implikationen. Endbericht 08/2002. www.abif.at (letzter Zugriff 27.8.2009)
- Denk, Günter / Egger, Andrea / Mosberger, Brigitte / Steiner, Karin / Logar, Sylvia (2003): *Scheidungsfolgen für Männer. Juristische, psychische und wirtschaftliche Implikationen*, Wien: abif, im Auftrag der Männerpolitischen Grundsatzabteilung des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.
- Diefenbach, Heike (2000). Intergenerationale Scheidungstransmission in Deutschland. Die Suche nach dem „missing link“ zwischen Ehescheidung in der Elterngeneration und Ehescheidung in der Kindergeneration, Würzburg: Ergon.
- Diefenbach, Heike / Opp, Karl-Dieter (2007): When and Why Do People Think There Should Be a Divorce? In: *Rationality and Society* 19 (4), 485–517.
- Diekmann, Andreas / Engelhardt, Henriette (1995): Die soziale Vererbung des Scheidungsrisikos. Eine empirische Untersuchung der Transmissionshypothese mit dem deutschen Familiensurvey; in: *Zeitschrift für Soziologie* 24 (3), 215–228.
- Diekmann, Andreas / Schmidheiny, Kurt (2004): Do Parents of Girls Have a Higher Risk of Divorce? An Eighteen-Country Study; in: *Journal of Marriage and Family* 66 (3), 651–660.
- Doodson, Lisa / Morley, David (2006): Understanding the Roles of Non-Residential Stepmothers; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 45 (3–4), 109–130.
- Douglas, Emily M. (2005): Fathering in Northern New England: Levels of Father Involvement in Maine and New Hampshire; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 43 (1–2), 29–46.
- Drapeau, Silvie / Samson, Christine / Saint-Jaques, Marie-Christine (1999): The Coping Process Among Children of Separated Parents; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 31 (1–2), 15–36.
- Dreman, Solly (2000): The Influence of Divorce on Children; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 32 (3–4), 41–71.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Dronkers, Jaap / Kalmijn, Mathijs / Wagner, Michael (2006): Causes and Consequences of Divorce: Cross-national and Cohort Differences, an Introduction to this Special Issue, in: *European Sociological Review*, 22 (5), 479–481.
- Duck, Steve (1982): A topography of relationship disengagement and dissolution; in: Duck, Steve (Ed.): *Personal Relationships IV*, 1–29.
- Eckardt, Jörg (1993): *Gebrauchte Junggesellen. Scheidungserleben und biographische Verläufe*, Opladen: Leske + Budrich.
- Eigner, Peter / Müller, Günter / Schnöller, Andrea (Hg.) (2008): *Als lediges Kind geboren. Autobiographische Erzählungen 1865– 1945*, Wien: Böhlau.
- Emery, Robert E. (1994): *Renegotiating Family Relationships: Divorce, Child custody, and Mediation*, New York: Guilford Press.
- Emery, Robert E. (1999): *Marriage, Divorce, and Children's Adjustment*, Thousand Oaks: Sage Publications.
- Emery, Robert E. / Tuer, Michele (1993): Parenting and the marital relationship; in: Luster, Thomas / Okagaki, Lynn (Eds.): *Parenting: An ecological perspective*, Hillsdale N.J.: Erlbaum, 121–148.
- Erhard, Rotraut / Janig, Herbert (2003): *Folgen von Vaterentbehmung Eine Literaturstudie*, Wien und Klagenfurt: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.).
- Erzinger, Andrea B. (2009): Langzeitfolgen familiärer Beziehungserfahrungen im Jugendalter für partnerschaftliche Beziehungen im Erwachsenenalter – Wird die Qualität der Partnerbeziehung über die Generationen „vererbt“? In: Fend, Helmut / Berger, Fred / Grob, Urs (Hg.): *Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der LIfE-Studie*, Wiesbaden: VS Verlag, 245–265.
- Esser, Hartmut (1999): Heiratskohorten und die Instabilität von Ehen; in: Klein, Thomas / Kopp, Johannes (Hg.): *Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht*, Würzburg: Ergon Verlag, 63–90.
- Esser, Hartmut (2002): In guten wie in schlechten Tagen? Das Framing der Ehe und das Risiko zur Scheidung; in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54 (6), 27–63.
- Fabricius, William V. (2003): Listening to children of divorce: New findings that diverge from Wallerstein, Lewis and Blakeslee; in: *Family Relations* 52 (4), 385–396.
- Fahs, Breanne (2007): Second Shifts and Political Awakenings: Divorce and the Political Socialization of Middle-Aged Women; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 47 (3–4), 43–66.
- Fassmann, Heinz / Reeger, Ursula (2007): *Lebensformen und soziale Situation von Zuwanderinnen*; in: Fassmann, Heinz (Hg.): *2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt: Drava. 183–200.
- Fend, Helmut / Berger, Fred / Grob, Urs (Hg.) (2009): *Lebensverläufe, Lebensbewältigung, Lebensglück. Ergebnisse der LIfE-Studie*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ferguson, Neil (2004): *Grandparenting in Divorced Families*, Bristol: Policy Press.
- Figdor, Helmut (1991): *Kinder aus geschiedenen Ehen: Zwischen Trauma und Hoffnung*, Mainz: Grünewald.
- Figdor, Helmut (1998): *Scheidungskinder – Wege der Hilfe*, Gießen: Psychosozial-Verlag, 2. Aufl.
- Figdor, Helmut / Barth-Richtarz, Judith / Kränzl-Nagl, Renate / Pelikan, Christa (2006): *Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelungen des KindRÄG 2001, insbesondere der Ob- sorge beider Eltern. Schlussbericht*, Wien. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz.
- Findl, Peter (1993): Verwandtschaftsstruktur und Lebensform. Eltern und Großeltern. Ergebnisse des Mikrozensus Juni 1991; in: *Statistische Nachrichten (Neue Folge)* 48 (5), 330–336.
- Flouri, Eirini (2008): Fathering and adolescents' psychological adjustment: the role of fathers' involvement, residence and biology status; in: *Child Care, Health and Development* 34 (2), 152–161.
- Flowerdew, Jennifer / Neale, Bren (2003): Trying to Stay Apace: Children with Multiple Challenges in their Post-divorce Family Lives; in: *Childhood* 10 (2), 147–162.
- Forehand, Rex / Neighbors, Bryan / Devine, Danielle / Armistead, Lisa (1994): Interparental conflict and parental divorce; in: *Family Relations* 43, 387–393
- Frank, Hallie (2007): Young Adults' Relationship with Parents and Siblings: The Role of Marital Status, Conflict and Post-Divorce Predictors; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 46 (3–4), 105–124.
- Frank, Hallie (2008): The Influence of Divorce on the Relationship Between Adult Parent-Child and Adult Sibling Relationships; in: *Journal of Divorce & Remarriage*, 48 (3–4), 21–32.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Fthenakis, Wassilios E. (1993): Kindliche Reaktionen auf Trennung und Scheidung; in: Markefka, Manfred / Nauck, Bernhard (Hg.): Handbuch der Kindheitsforschung, Berlin: Luchterhand, 601–615.
- Fthenakis, Wassilios E. (1996): Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Kindern und deren Eltern während und nach einer Scheidung; in: Fthenakis, Wassilios E. (Hg.): Trennung, Scheidung, Wiederheirat: Wer hilft dem Kind? Weinheim: Beltz, 83–108.
- Gallardo, Heather L. / Mellon-Gallardo, Darbe L.A. (2007): Stepmothering and Identity: A Co-Constructed Narrative; in: Journal of Divorce & Remarriage 48 (1/2), 125–140.
- Gehmacher, Ernst / Bittner, Marc / Grabenweger, Atticus / Kroismayr, Sigrid (2005): Familie und Sozialkapital. Theoretische und empirische Befunde, Wien: unveröffentlichter Projektbericht.
- Gerber, Moné Jennifer / Biringen, Zeynep (2006): Perceived Parent-Child Alienation: Empirical Assessments of Parent-Child Relationships Within Divorced and Intact Families; in: Journal of Divorce & Remarriage 45 (3/4), 131–156.
- Gosselin, Julie / David, Hélène (2007): Risk and Resilience Factors Linked with the Psychosocial Adjustment of Adolescents, Stepparents and Biological Parents; in: Journal of Divorce & Remarriage 48 (1/2), 29–54.
- Gottman, John M. (1994): What predicts Divorce? Hillsdale: Erlbaum
- Graaf, Paul M. de / Kalmijn, Matthijs (2006): Divorce Motives in a Period of Rising Divorce. Evidence From a Dutch Life-History Survey, in: Journal of Family Issues 27 (4), 483–505.
- Gründler, Bettina (2002): Die Obsorge nach Scheidung und Trennung der Eltern im europäischen Rechtsvergleich, Frankfurt: Peter Lang.
- Guttman, Joseph (1993): Divorce in psychosocial perspective: theory and research, Hillsdale N.J.: Erlbaum.
- Haidvogel, Andrea (2007): Die „Patchworkfamilie“ nach österreichischem Recht. Ausgewählte zivilrechtliche Aspekte zur Situation von Stiefeltern; in: FamZ 2 (3), 109–112.
- Haller, Max (1996): Kinder und getrennte Eltern. Voraussetzungen und Strategien zur Bewältigung der Ehescheidung im Lichte neuer sozialwissenschaftlicher Studien, Wien: ÖIF.
- Hamachers-Zuba, Ursula / Lehner, Erich / Tschipan, Claudia (2009): Partnerschaft, Familie und Geschlechterverhältnisse in Österreich. In: Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (Hg.): Die ÖsterreicherInnen. Wertewandel 1990 – 2008, Wien: Czernin Verlag, 87–142.
- Hammer, Veronika (2002a): Alleinerziehende im Gender-Diskurs – Unterschiede oder Gemeinsamkeiten bei Müttern und Vätern? In: Zeitschrift für Familienforschung 14 (2), 194–207.
- Hammer, Veronika (2003): Einelternfamilien mit besonderen Belastungen. Praxis- und Forschungserfahrungen; in: Fegert, Jörg M. / Ziegenhain, Ute (Hg.): Hilfen für Alleinerziehende. Die Lebenssituation von Einelternfamilien in Deutschland, Beltz: Votum, 47–58.
- Hammer, Veronika (Hg) (2002b): Alleinerziehende - Stärken und Probleme. Impulse für eine handlungsorientierte Forschung, Münster–Hamburg–London: Lit.
- Hawthorne, Bruce / Lennings, Christopher J. (2008): The Marginalization of Nonresident Fathers: Their Postdivorce Roles; in: Journal of Divorce & Remarriage 49 (3/4), 191–209.
- Henz, Ursula (2002): Childbirth in East and West German Stepfamilies: Estimated Probabilities from Hazard Rate Models; in: Demographic Research 7 (6), 307–342.
- Herzer, Manfred (1998): Ehescheidung als sozialer Prozess, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Hetherington, E. Mavis (1993): An overview of the Virginia longitudinal study of divorce and remarriage with a focus on early adolescence; in: Journal of Family Psychology 7 (1), 39–56.
- Hetherington, E. Mavis (1999): Should we stay together for the sake of the children? In: Hetherington, E. Mavis (Hg.): Coping with divorce, single parenting, and remarriage: A risk and resiliency perspective, Mahwah: Erlbaum, 93–116.
- Hetherington, E. Mavis / Kelly, John B. (2002): For Better or For Worse: Divorce Reconsidered. New York: Norton.
- Hetherington, E. Mavis (2003): Intimate Pathways. Changing Patterns in Close Personal Relationships across Time; in: Family Relations 52, 318–331.
- Hetherington, E. Mavis / Stanley-Hagan, Margaret M. (2002): Parenting in divorced and remarried families; in: Bornstein, Marc H. (ed.): Handbook of parenting. Vol. 3: Being and becoming a parent. Mahwah, NJ: Erlbaum, 287–315.
- Hewitt, Belinda / Western, Mark / Baxter, Janeen (2006): Who Decides? The Social Characteristics of Who Initiates Marital Separation; in: Journal of Marriage and Family 68 (4), 1165–1177.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Hill, Paul B. / Kopp, Johannes (1990): Theorien der ehelichen Instabilität; in: Zeitschrift für Familienforschung 2 (3), 211–243.
- Hill, Paul B. / Kopp, Johannes (20064): Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven, Wiesbaden: VS.
- Hilton, Jeanne M. / Kopera-Frye, Karen (2007): Differences in Resources Provided by Grandparents in Single and Married Parent Families; in: Journal of Divorce & Remarriage 47 (1/2), 33–54.
- Insa, Fookan (2004): „Späte Einsichten“ bei „späten Trennungen“. Plötzlicher Konsensbruch, trügerische Konsens-Illusion oder langjähriger Dissens? Subjektive Repräsentationen biografischer Verlaufsmuster und seelische Gesundheit im zeitgeschichtlichen Kontext; in: Zeitschrift für Familienforschung 15 (3), 289–304.
- Jensen, An-Magritt (2009): Mobile Children: Small Captives of Large Structures, in: Children & Society, 23 (2), 123–135.
- Juby, Heather / Billett, Jean-Michel / Laplante, Benoit / Le Bourdais, Céline (2007): Nonresident Fathers and Children. Parents' New Unions and Frequency of Contact; in: Journal of Family Issues 28 (9), 1220–1245.
- Jurkovic, Gregory J. / Morrell, Richard / Thirkield, Alison (1999): Assessing childhood parentification. guidelines for researchers and clinicians; in: Chase, Nancy D. (Ed.): Burdened children. Theory, research and treatment of parentification. Thousand Oakes: Sage, 92–113
- Kalmijn, Matthijs / Anneke, Loeve / Manting, Dorien (2007): Income Dynamics in Couples and the Dissolution of Marriage and Cohabitation; in: Demography 44 (1), 159–179.
- Kaltenborn, Karl Franz (2001a): Individualization, family transitions and children's agency, in: Childhood 8 (4), 463–498
- Kaltenborn, Karl-Franz (2001b): Children's and Young People's Experiences in Various Residential Arrangements: A Longitudinal Study to Evaluate Criteria for Custody and Residence Decision Making; in: British Journal of Social Work 31 (1), 81'117
- Karazman-Morawetz, Inge / Pelikan, Christa (2002): Erwartungen zur Implementierung der gemeinsamen Obsorge in Österreich, Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, im Auftrag der Magistratsabteilung 57 – Frauenförderung und Koordinierung von Frauenfragen.
- Kaslow, Florence W. (2001): Spaltung: Familie in der Scheidung; in: Walper, Sabine / Perkun, Reinhard (Hg.): Familie und Entwicklung. Aktuelle Perspektiven der Familienpsychologie, Göttingen: Hogrefe, 444–473.
- Kelly, Joan B. (2003): Changing Perspectives on Children's Adjustment Following Divorce. A View from the United States; in: Childhood 10 (2), 237–254.
- Kelly, Joan B. (2007): Children's Living Arrangements Following Separation and Divorce: Insights From Empirical and Clinical Research; in: Family Process, Sonderheft „Divorce and its Aftermath“ 46 (1), 35–52.
- Kelly, Joan B. / Emery, Robert E. (2003): Children's Adjustment Following Divorce: Risk and Resilience Perspectives; in: Family Relations 52 (4), 352–362.
- King, Valerie / Sobolewski, Juliana (2006): Nonresident Fathers' Contributions to Adolescent Well-Being; in: Journal of Marriage and Family 68 (3), 537–557.
- Klages, Helmut (1984): Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognose, Frankfurt a. M.: Campus.
- Klapfer, Karin (2008): Patchworkfamilien. Ergebnisse für das Jahr 2007; in: Statistische Nachrichten 10/2008, 919–926.
- Klein, Thomas / Kopp, Johannes (Hg.) (1999): Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht, Würzburg: Ergon.
- Kot, Lee Ann / Shoemaker, Holly M. (1999): Children of Divorce: An Investigation of the Developmental Effects from Infancy Through Adulthood; in: Journal of Divorce & Remarriage 31 (1/2), 161–178.
- Kränzl-Nagl, Renate / Pelikan, Christa, 2006: Evaluationsstudie über die Auswirkungen der Neuregelung des KindRÄG 2001, insbesondere der Obsorge beider Elternteile. Ergebnisse der Berufsgruppenerhebung, Endbericht. Wien.
- Kränzl-Nagl, Renate / Pelikan, Christa, 2007: Die Kindschaftsrechtsreform in Österreich. Erfahrungen unterschiedlicher Berufsgruppen, insbesondere mit der Obsorge beider Eltern; in: FamPra.Ch. Die Praxis des Familienrechts, Heft 2/2007, 318–335.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Krause, Christina / Klopp, Verena (2008): „Ich und meine Familie“ – Reflexionen von Scheidungskindern über ihre Familie; in: Zeitschrift für Familienforschung 20 (3), 247–270.
- Kreissl, Reinhard / Pelikan, Christa (2004): Schutz vor Übervorteilung in Scheidungsverfahren. Unter Mitarbeit von Pilgram, Arno / Hager, Isabella / Gombots, Roland / Eckhard, Benedikt. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Justiz.
- Kreppner, Kurt / Ulrich, Manuela (1999): Ablösungsprozesse in Trennungs- und Nicht-Trennungsfamilien: Eine Betrachtung von Kommunikationsverhalten in Familien mit Kindern im frühen bis mittleren Jugendalter; in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hg.): Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Stieffamilien, Weinheim–München: Juventa, 91–120.
- Krucsay, Brita / Pelikan, Christa (2008): Bericht der Begleitforschung zum Modellprojekt „Kinderbeistand“, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien.
- Krumrei, Elizabeth / Coit, Carissa / Martin, Sarah / Fogo, Wendy / Mahoney, Annette (2007): Post-Divorce Adjustment and Social Relationships: A Meta-Analytic Review; in: Journal of Divorce & Remarriage 46 (3/4), 145–166.
- Kytir, Josef / Schrittwieser, Karin (2003): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus Sonderprogramms 2002, Wien: Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz.
- Lamb, Michael E. (2002): Nonresidential Fathers and their Children. Tamis-LeMonda, C.S.; Cabrera, N. (Eds.), Handbook of Father Involvement, Mahwah, NJ: Erlbaum, 169–184.
- Lambert, Andrea N. (2007): Perceptions of Divorce Advantages and Disadvantages: A Comparison of Adult Children Experiencing One Parental Divorce versus Multiple Parent Divorces; in: Journal of Divorce & Remarriage 48 (1/2), 55–77.
- Lankuttis, Teresa / Blossfeld, Hans-Peter (2003): Determinanten der Wiederheirat nach der ersten Scheidung in der Bundesrepublik Deutschland; in: Zeitschrift für Familienforschung 15 (1), 5–24.
- Leibovici-Mühlberger, Martina / Klepp, Doris / Krenn, Benedikt (2006): Allein erziehende Väter in Österreich. Eine qualitative sozialwissenschaftliche Studie zur Konzeptionierung und Realisierung allein erziehender Vaterschaft, Wien: BMSG.
- Lenz, Karl (2006): Soziologie der Zweierbeziehung. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.
- Limmer, Ruth (2007): Mein Papa lebt woanders. Die Bedeutung des getrenntlebenden Vaters für die psycho-soziale Entwicklung seiner Kinder; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung, Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 243–267.
- Lin, I-Fen (2008): Consequences of Parental Divorce for Adult Children's Support of Their Frail Parents; in: Journal of Marriage and Family 70 (1), 113–128.
- Luedemann, Marei B. / Ehrenberg, Marion F. / Hunter, Michael A. (2006): Mothers' Discussions with Daughters Following Divorce: Young Adults Reflect on Their Adolescent Experiences and Current Mother-Daughter Relations; in: Journal of Divorce & Remarriage 46 (1/2), 29–56.
- Luepnitz, Deborah Anna (1986): A comparison of maternal, parental, and joint custody: Understanding the varieties of post-divorce family life; in: Journal of Divorce 9 (3), 1–12.
- Madden-Derdich, Debra A. / Leonard, Stacie A. / Scott, Christopher F. (1999): Boundary Ambiguity and Coparental Conflict After Divorce: An Empirical Test of a Family System's Model of the Divorce Process; in: Journal of Marriage and the Family 61 (3), 588–598.
- Mandel, Sharona / Sharlin, Shlomo A. (2006): The Non-Custodial Father: His Involvement in his Children's Lives and the Connection Between his Role and the Ex-Wife's, Child's and Father's Perception of that Role; in: Journal of Divorce & Remarriage 45 (1/2), 79–96.
- Manning, Wendy D. / Stewart, Susan D. / Smock, Pamela J. (2003): The Complexity of Fathers' Parenting Responsibilities and Involvement with Nonresident Children; in: Journal of Family Issues 24 (5), 645–667.
- Market (2008): Stille Zweisamkeit. www.market.at. (letzter Zugriff 7.9.2009)
- Martin, Valerie / Le Bourdais, Celine (2008): Stepfamilies in Canada and Germany, a Comparison; in: Bien, Walter / Marbach, Jan H. (Hg.): Familiäre Beziehungen, Familienalltag und soziale Netzwerke. Ergebnisse der drei Wellen des Familiensurvey, Wiesbaden: VS Verlag, 241–279.
- Masche, Gowert J. (1999): Eltern und Geschwister als Bezugspersonen in geschiedenen und nicht-geschiedenen Familien; in: Silbereisen, Rainer K. / Zinnecker, Jürgen (1999): Entwicklung im sozialen Wandel, Weinheim: Psychologie Verlags Union, 377–392.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Matzner, Michael (2002): Alleinerziehende Väter; in: Walter, Heinz (Hg.): Männer als Väter. Sozialwissenschaftliche Theorie und Empirie, Gießen: Psychosozial Verlag, 187–218.
- Matzner, Michael (2007): Alleinerziehende Väter – eine schnell wachsende Familienform; in: Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung, Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich, 225–242.
- Meier-Gräwe, Uta / Kahle, Irene (2009): Balance zwischen Beruf und Familie – Zeitsituation von Alleinerziehenden, in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen: Barbara Budrich, 91–110.
- Menning, Chadwick L. (2002): Absent parents are more than money: The joint effects of activities and financial support on youth's educational attainment, in: Journal of Family Issues 23 (5), 648–671.
- Michaels, Marcia L. (2006): Factors that Contribute to Stepfamily Success: A Qualitative Analysis; in: Journal of Divorce & Remarriage 44 (3/4), 53–66.
- Miko, Katharina (2008b): Sexing the Family. Aushandlungsprozesse über geschlechtliche und sexuelle Identitäten in der Familie und ihre (rechtlichen) Konsequenzen; in: SWS-Rundschau 48 (3), 285–306.
- Miko, Katharina (2008a): Mit Kind und Kegel – Konstruktion von Familie am Beispiel der Stieffamilie – unter besonderer Berücksichtigung der homosexuellen Familie. Dissertation an der Universität Wien.
- Mitchell, Brian R. (1998): International Historical Statistics: Europe 1750 – 1993, London: Macmillan Reference Ltd.
- Mitterauer, Michael / Sieder, Reinhard (1991): Vom Patriarchat zur Partnerschaft: zum Strukturwandel der Familie, München: Beck. Erste Auflage: 1977
- Morgan, S. Phillip / Lye, Diane N. / Condran, Gretchen A. (1988): Sons, daughters, and the risk of marital disruptions; in: American Journal of Sociology 94, 110–129.
- Morrison, Donna Ruane / Coiro, Mary Jo (1999): Parental conflict and marital disruption: Do children benefit when high-conflict marriages are dissolved? In: Journal of Marriage and the Family 61 (3), 626–637.
- Moxnes, Kari (2003): Risk Factors in Divorce: Perceptions by the Children Involved; in: Childhood 10 (2), 131–146.
- Mühling, Tanja / Rost, Harald (Hg.) (2007): Väter im Blickpunkt. Perspektiven der Familienforschung. Opladen, Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Napp-Peters, Anneke (1995): Familien nach der Scheidung. München: Kunstmann.
- Nave-Herz, Rosemarie / Daum-Jaballah, Marita / Hauser, Sylvia / Matthias, Heike / Scheller, Gitta (1990): Scheidungsursachen im Wandel, Bielefeld: Kleine Verlag
- Neudecker, Barbara (2008): Die „Patchworkfamilie“. Merkmale, Chancen und Gefahren aus pädagogischer Sicht; in: iFamZ 1/2008, 59–61.
- Neuhauser, Franz (2009): Änderungen beim Unterhaltsvorschuss – Familienrechts-Änderungsgesetz 2009 bringt Positives aus Kindersicht, in: iFamZ Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht 4 (5), 275–278.
- Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung (ÖGPP) (2008): Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich. Wien 2008. www.politikberatung.or.at (letzter Zugriff 27.8.2009)
- Pelikan, Christa (1996): Familienmediation. Bericht über ein gemeinsames Modellprojekt des Bundesministeriums für Justiz und des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, Wien, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.
- Pelikan, Christa / Pilgram, Arno (1998): Die außergerichtliche Mediation in Scheidungs- und Pflegschaftssachen und ihre Auswirkungen auf die Familienbeziehungen, Wien.
- Perrez, Meinrad (1996): Scheidungsfolgen bei den Kindern; in: Bodenmann, Hans / Perrez, Meinrad (Hg.): Scheidung und ihre Folgen. Freiburg, Schweiz: Universitätsverlag, Bern: Huber. 117–134.
- Pesendorfer, Ulrich (2008): Das Familienrechts-Änderungsgesetz 2008; in: iFamZ 3 (4), 232–239.
- Peters, Brad / Ehrenberg, Marion F. (2008): The Influence of Parental Separation and Divorce on Father-Child Relationships; in: Journal of Divorce & Remarriage 48 (1/2), 78–109.
- Pilz, Barbara (Hg.) (2008): Ledige Mütter erzählen. Von Liebe, Krieg, Armut und anderen Umständen, Wien: Böhlau.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Popenoe, David (2008): *Cohabitation, Marriage and Child Well-Being. A Cross-National Perspective.* New Jersey: National Marriage Project. www.marriage.rutgers.edu (letzter Zugriff 5.11.2008).
- Portes, Pedro R. / Lehmann, Amy J. / Brown, Joseph H. (1999): The Child Adjustment Inventory: Assessing transition in child divorce adjustment; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 30 (1-2), 37-45.
- Proksch, Roland (2002): *Rechtstatsächliche Untersuchung zur Reform des Kindschaftsrechts, Begleitforschung zur Umsetzung des Kindschaftsrechtsreformgesetzes*, Köln: Bundesanzeiger Verlag (Reihe Rechtstatsachenforschung, Hg. Bundesministerium der Justiz).
- Pryor, Jan / Rodgers, Bryan (2001): *Children in changing families. Life after parental separation.* Oxford.
- Rauschenbach, Thomas / Pothmann, Jens / Wilk, Agathe (2009): Armut, Migration, Alleinerziehend - HzE in prekären Lebenslagen; in: *Kom Dat Jugendhilfe*, März 2009, 9-11.
- Reiss, Olaf / Meyer-Probst, Bernhard (1999): Scheidung der Eltern und Entwicklung der Kinder: Befunde der Rostocker Längsschnittstudie; in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hg.): *Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Stieffamilien*, Weinheim, München: Juventa, 49-72.
- Rodgers, Brian / Pryor, Jan (1998): *Divorce and separation: The outcomes for children*, York: Joseph Rowntree Foundation.
- Rogers, Stacy (2004): Dollars, Dependency, and Divorce: Four Perspectives on the Role of Wives' Income; in: *Journal of Marriage and Family* 66 (11), 59-74.
- Röhr-Sendlmeier, Una M. / Greubel, Stefanie (2004): Die Alltagssituation von Kindern in Stieffamilien und Kernfamilien im Vergleich; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 16 (1), 56-71.
- Rosenbaum, Heidi (1982): *Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Rosenkranz, Doris / Rost, Harald (1998): Welche Partnerschaften scheitern? Prädiktoren der Instabilität von Ehen; in: *Zeitschrift für Familienforschung* 10 (1), 47-69.
- Rosenmayr, Martina (2007): Die Implementierung der Patchworkfamilie in der Österreichischen Rechtsordnung unter besonderer Berücksichtigung der obsorgerechtlichen Stellung des Stiefelternteils; in: *ÖA. Der österreichische Amtsvormund* 2007, 131140.
- Roussel, Louis (1980): Ehen und Ehescheidungen: Beitrag zu einer systemischen Analyse von Ehe-modellen; in: *Familiendynamik* 5, 186-203.
- Rupp, Marina (1996): Nichteheleiche und eheähnliche Gemeinschaften? In: *Zeitschrift für Frauenforschung* 14 (4), 36-55.
- Sander, Elisabeth (2002): Scheidungsforschung im Rahmen einer klinischen Entwicklungspsychologie der Familie; in: Rollett, Brigitte / Werneck, Harald (Hg.): *Klinische Entwicklungspsychologie der Familie*, Göttingen: Hogrefe, 275-305.
- Sander, Elisabeth (Hg.) (1999): *Trennung und Scheidung: Die Perspektive betroffener Eltern*, Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Sander, Elisabeth / Endepohls-Ulpe, Martina / Gollia, Annelies (2005): Scheidungskinder im Urteil von Lehrerinnen und Lehrern; in: *Psychologie in Erziehung und Unterricht* 52 (4), 272-280.
- Sari, Sonja (2007): Heiratsalter, Scheidungsraten und interethnische Eheschließungen; in: Fassmann, Heinz (Hg.): *2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht*, Klagenfurt: Drava, 201-205.
- Sarrazin, Janie / Cyr, Francine (2007): Parental Conflicts and Their Damaging Effects on Children; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 47 (1/2), 77-94.
- Schier, Michaela / Jurczyk, Karin (2007): Familie als Herstellungsleistung in Zeiten der Entgrenzung; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 34, 10-17.
- Schlemmer, Elisabeth (2004): *Familienbiographien und Schulkarrieren von Kindern. Theorie und Empirie*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schmidt-Denter, Ulrich (2000): Entwicklung von Trennungs- und Scheidungsfamilien: Die Kölner Längsschnittstudie; in: Schneewind, Klaus A. (Hg.): *Familienpsychologie im Aufwind. Brückenschläge zwischen Forschung und Praxis*, Göttingen: Hogrefe, 203-221.
- Schmidt-Denter, Ulrich (2001): Differentielle Entwicklungsverläufe von Scheidungskindern; in: Walper, Sabine / Pekrun, Reinhard (Hg.): *Familie und Entwicklung. Aktuelle Perspektiven der Familienpsychologie*, Göttingen: Hogrefe, 203-221.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Schmidt-Denter, Ulrich (2005): Belastungen bei Scheidung / Trennung; in: Schlottke, Peter F. / Schneider, Silvia / Silbereisen, Rainer K. / Lauth, Gerhard W. / Bierbaumer, Niels / Frey, Dieter / Kuhl, Julius / Schneider, Wolfgang / Schwarzer, Ralf (Hg.): Enzyklopädie der Psychologie: Klinische Psychologie. Band 6: Störungen im Kindes- und Jugendalter / Verhaltensauffälligkeiten, Göttingen u. a.: Hogrefe, 443–470.
- Schmidt-Denter, Ulrich / Beelmann, Wolfgang / Hauschild, Stefan (1997): Formen der Ehepartnerbeziehung und familiäre Anpassungsleistungen nach der Trennung; in: Psychologie in Erziehung und Unterricht 44 (4), 289 – 306.
- Schmidt-Denter, Ulrich / Schmitz, Heike (1999): Familiäre Beziehungen und Strukturen sechs Jahre nach der elterlichen Trennung; in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hg.): Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Stieffamilien, Weinheim, München: Juventa, 73–90.
- Schmitz, Heike / Schmidt-Denter, Ulrich (1999): Die Nachscheidungsfamilie sechs Jahre nach der elterlichen Trennung; in: Zeitschrift für Familienforschung 11 (3), 28–55.
- Schneewind, Klaus A. (2001): Persönlichkeits- und Familienentwicklung im Generationenvergleich. Zusammenfassung einer Längsschnittstudie über 16 Jahre; in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 21 (1), 23–44.
- Schneider, Norbert F. (2002): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben – Einführende Betrachtungen; in: Schneider, Norbert F. / Matthias-Bleck, Heike (Hg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben, Opladen: Leske + Budrich, 9–22.
- Schneider, Norbert F. / Matthias-Bleck, Heike (Hg) (2002): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben, Opladen: Leske + Budrich.
- Schneider, Norbert / Krüger, Dorothea / Lasch, Vera / Limmer, Ruth / Matthias-Bleck, Heike (2001): Alleinerziehen. Vielfalt und Dynamik einer Lebensform, Weinheim–München: Juventa.
- Schwarz, Beate / Noack, Peter (2002): Scheidung und Ein-Elternteil-Familien; in: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung, Göttingen: Hogrefe, 312–335.
- Schwarz, Beate / Silbereisen, Rainer K. (1999): Akzentuiert die Scheidung der Eltern vorher bestehende Unterschiede zwischen Jugendlichen? Aspekte des Selbst und Problemverhaltens vor und nach der Trennung; in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hg.): Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien, Weinheim–München: Juventa, 23–48.
- Sieder, Reinhard (2001): Getrennt und doch gebunden. Vater-Kind-Beziehungen nach Trennung und Scheidung; in: Klammer, Gerda / Mikosz, Belinda (Hg.): Psychologie in der Jugendwohlfahrt. Konzepte, Methoden, Positionen, Wien: WUV Universitätsverlag. 50–64.
- Sieder, Reinhard (2008): Patchworks – das Familienleben getrennter Eltern und ihrer Kinder, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Silverberg Koerner, Susan / Kenyon, DenYelle Baete / Rankin, Lela A. (2006): Growing up Faster? Post-Divorce Catalysts in the Mother-Adolescent Relationship; in: Journal of Divorce & Remarriage, 45 (3/4), 25–42.
- Smart, Carol (2003): Introduction: New Perspectives on Childhood and Divorce; in: Childhood 10 (2), 123–130.
- Smart, Carol (2004): Changing Landscapes of Family Life: Rethinking Divorce; in: Social Policy & Society 2–4, 401–408.
- Smart, Carol (2007): Textures of Family Life: Further Thoughts on Change and Commitment; in: Journal of Social Policy 34 (4), 541–556.
- Smith, Anne B. / Taylor, Nicola J. / Tapp, Pauline (2003). Rethinking Children's Involvement in Decision-Making After Parental Separation; in: Childhood 10 (2), 201–216.
- Statistik Austria (2008a): Scheidungszahlen. Pressemitteilung vom 17.6.2008. www.statistik.at (letzter Zugriff 27.9.2008)
- Statistik Austria (2008b): Familien- und Haushaltsstatistik 2007. Ergebnisse des Mikrozensus, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008c): Demographisches Jahrbuch 2007, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009a): Statistisches Jahrbuch 2009, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009b): Scheidungszahlen. Pressemitteilung vom 25.6.2009. www.statistik.at (7.9.2009)

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Statistik Austria (2009c): Familien- und Haushaltsstatistik 2008. Wien: Statistik Austria.
- Stefula, Martin (2009): Die Neuerungen zur Patchworkfamilie Anwendungsbereich und Reichweite von § 90 Abs 3 und § 137 Abs 4 ABGB, in: *Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht (iFamZ)*, 4 (3), 266–270.
- Stewart, Janice A. (2005): Women's Satisfaction with Life Following Marital Separation: Coping Resources and Adjustment of Lone-Parent Women; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 43 (1/2), 89–108.
- Stiehler, Sabine (2000): *Alleinerziehende Väter. Sozialisation und Lebensführung*, Weinheim-München: Juventa.
- Stone, Glenn (2006): An Exploration of Factors Influencing the Quality of Children's Relationships with Their Father Following Divorce; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 46 (1/2), 13–28.
- Sun, Yongmin / Li, Yuanzhang (2008): Stable Postdivorce Family Structures During Late Adolescence and Socioeconomic Consequences in Adulthood; in: *Journal of Marriage and Family* 70 (1), 129–143.
- Tazi-Preve, Mariam Irene / Kaindl, Markus / Krenn, Benedikt (2008): Väter ohne Kinder Charakteristik von Scheidungsvätern ohne Kontakt zu ihren Kindern; in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 33 (1), 5–36.
- Tazi-Preve, Mariam Irene / Kapella, Olaf / Kaindl, Markus / Klepp, Doris / Krenn, Benedikt / Seyyed-Hashemi, Setara / Titton, Monica (2007): *Väter im Abseits. Zum Kontaktabbruch der Vater-Kind-Beziehung nach Scheidung und Trennung*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Teachman, Jay D. (2004): The Childhood Living Arrangements of Children and the Characteristics of Their Marriages; in: *Journal of Family Issues* 25 (1), 86–111.
- Teachman, Jay D. (2008): Complex Life Course Patterns and the Risk of Divorce in Second Marriages; in: *Journal of Marriage and Family* 70 (2), 294–305.
- Teubner, Markus (2002a): Wie viele Stieffamilien gibt es in Deutschland? In: Bien, Walter / Hartl, Angela, Teubner, Markus (Hg.): *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*, Opladen: Leske + Budrich, 23–50.
- Teubner, Markus (2002b): Stieffamiliientypen und haushaltsübergreifende Stiefkonstellationen; in: Bien, Walter / Hartl, Angela / Teubner, Markus (Hg.): *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*, Opladen: Leske+ Budrich, 51–82.
- Teubner, Markus (2002c): Die Partnerschaftszufriedenheit in Stieffamilien; in: Bien, Walter / Hartl, Angela / Teubner, Markus (Hg.): *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*, Opladen: Leske + Budrich, 131–146.
- Textor, Martin R. (2002): *Das Online-Familienhandbuch. Trennung / Scheidung* <http://www.familienhandbuch.de> (30.04.2009)
- Traub, Angelika (2005): *Neue Liebe in getrennten Haushalten. Zur Bedeutung von Living-apart-together-Partnerschaften für das Wohlbefinden und Stresserleben allein erziehender Mütter*, Berlin: Logos Verlag.
- Unicef (2007): *Child poverty in perspective: An overview of child well-being in rich countries. A comprehensive assessment of the lives and well-being of children and adolescents in the economically advanced nations*. Florence: Innocenti Research Centre, Report Card 7.
- Vaughan, Diane (1988): *Wenn Liebe keine Zukunft mehr hat*, Reinbek: Rowohlt.
- Verschraegen, Bea (2009): Zur Doppelresidenz – eine rechtsvergleichende Skizze. Regelungen im belgischen, französischen und englischen Recht, in: *iFamZ Interdisziplinäre Zeitschrift für Familienrecht* 4 (3), 183–186.
- Volz, Rainer / Zulehner, Paul M. (2009): *Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland*, Bonn: Nomos Verlag
- Wade, Amanda / Smart, Carol (2003): As fair as it can be? Childhood after Divorce; in: Jensen, An-Magritt / McKee, Lorna (Hg.): *Children and the Changing Family. Between transformation and negotiation*, London, New York: Routledge Falmer, 105–119.
- Wallerstein, Judith S. / Lewis, Julia M. / Blakeslee, Sandra (2002): *The unexpected legacy of divorce. A 25 year landmark study*. New York: Hyperion.
- Wallerstein, Judith S. / Kelly, John B. (1980): *Surviving the Breakup*. New York: Basic Books.
- Wallerstein, Judith / Blakeslee, Sandra (1989): *Gewinner und Verlierer. Frauen, Männer, Kinder nach der Scheidung*, München: Knauer.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Wagner, Michael / Weiß, Bernd (2003): Bilanz der deutschen Scheidungsforschung. Versuch einer Meta-Analyse, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 32 (1), 29–49.
- Wagner, Michael / Weiß, Bernd (2006): On the variation of divorce risks in Europe. Findings from a meta-analysis of European longitudinal studies, in: *European Sociological Review*, 22 (5), 483–500.
- Walper, Sabine (1998): Die Individuation in Beziehung zu beiden Eltern bei Kindern und Jugendlichen aus konfliktbelasteten Kernfamilien und Trennungsfamilien; in: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 18 (2), 134–151.
- Walper, Sabine (2002): Einflüsse von Trennung und neuer Partnerschaft der Eltern; in: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 22 (1), 25–46.
- Walper, Sabine / Gerhard, Anna-Katharina (1999): Konflikte der Eltern, Trennung und neue Partnerschaft: Einflüsse auf die Individuation von Kindern und Jugendlichen in Ostdeutschland; in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hg.): *Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Stieffamilien*, Weinheim–München: Juventa, 143–170.
- Walper, Sabine / Schneewind, Klaus A. / Gotzler, Petra (1994): Prädiktoren der Ehequalität und Trennungsgründe bei jungen Paaren; in: *Zeitschrift für Familienforschung, Sonderheft 1/1994*, 205–212.
- Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hg) (1999): *Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Stieffamilien*, Weinheim–München: Juventa.
- Walper, Sabine / Wendt, Eva-Verena (2005): Nicht mit beiden Eltern aufwachsen – ein Risiko? Kinder von Alleinerziehenden und Stieffamilien; in: Alt, Christian (Hg): *Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band 1: Aufwachsen in Familien*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Walper, Sabine / Wild, Elke (2002): Wiederheirat und Stiefelternschaft. In Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): *Lehrbuch Familienbeziehungen*, Göttingen: Hogrefe, 336–361
- Weigel, Daniel J. (2007): Parental Divorce and the Types of Commitment-Related Messages People Gain from Their Families of Origin; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 47 (1/2), 15–32.
- Weiss, Hilde (1995): Liebesauffassungen der Geschlechter. Veränderungen in Partnerschaft und Liebe; in: *Soziale Welt* 46 (2), 119–137.
- Wendt, Eva-Verena / Walper, Sabine (2007): Entwicklungsverläufe von Kindern in Ein-Eltern- und Stieffamilien; in: Alt, Christian (Hg): *Kinderleben – Start in die Grundschule. Band 3: Ergebnisse aus der zweiten Welle*, Wiesbaden: VS Verlag, 211–242.
- Werneck, Harald (2004a): Auswirkungen einer Scheidung auf Befindlichkeit und Persönlichkeitsentwicklung; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York–Frankfurt a. M.: Campus, 147–180.
- Werneck, Harald (2004b): Vater-Kind-Beziehungen in Nachscheidungsfamilien; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York/Frankfurt a. M.: Campus, 155–180.
- Wernhart, Georg / Neuwirth, Norbert (2007): *Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988 – 2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002. Working Paper Nr. 54*, Wien: ÖIF.
- Whiting, Jason B. / Smith, Donna R. / Barnett, Tammy / Gfarsky, Erika L. (2007): Overcoming the Cinderella Myth: A Mixed Methods Study of Successful Stepmothers; in: *Journal of Divorce & Remarriage*, 47 (1/2), 95–110.
- Widmer, Eric (2006): Who are my family members? Bridging and binding social capital in family configurations; in: *Journal of Social and Personal Relationships* 23 (6), 979–998.
- Wilk, Liselotte (1998a): *Chancen und Probleme von Stieffamilien*. Linz: Forschungsbericht.
- Wilk, Liselotte (1998b): Scheidung und Trennung der Eltern im Kinderleben; in: Kränzl-Nagl, Renate / Riepl, Barbara / Wintersberger, Helmut (Hg.): *Kindheit in Gesellschaft und Politik. Eine multidisziplinäre Analyse am Beispiel Österreichs*, Frankfurt a. M./New York: Campus, 307–332.
- Wilk, Liselotte (1999): Scheidung und Trennung von Partnerschaften; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): *Familie – Zwischen Anspruch und Alltag. Zur Situation von Familie und Familienpolitik in Österreich. 4. Österreichischer Familienbericht*, Wien: BMUJF, 275–292.
- Wilk, Liselotte (2002): *Stieffamilien in Österreich*; in: Bien, Walter / Hartl, Angela / Teubner, Markus (Hg): *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*, Opladen: Leske + Budrich, 245–284.

DYNAMIKEN UND VERÄNDERUNGEN IM FAMILIENVERLAUF

- Wilk, Liselotte / Bacher, Johann (Hg.) (1994): *Kindliche Lebenswelten. Eine sozialwissenschaftliche Annäherung*, Opladen: Leske + Budrich.
- Wilk, Liselotte / Zartler, Ulrike (2004): *Konzeptionelle und empirische Annäherungen an den Scheidungsprozess*; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York/Frankfurt a. M.: Campus, 19–56.
- Willén, Helena / Montgomery, Henry (2006): *From Marital Distress to Divorce: The Creation of New Identities for Spouses*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 45 (1/2), 125–148.
- Wolfinger, Nicholas H. (2005): *Understanding the Divorce Cycle: The Children of Divorce in Their Own Marriages*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Wolfinger, Nicholas H. (2007): *Does the Rebound Effect Exist? Time to Remarriage and Subsequent Union Stability*; in: *Journal of Divorce – Remarriage* 46 (3/4), 9–20.
- Yu, Tianyi / Adler-Baeder, Francesca (2007): *The Intergenerational Transmission of Relationship Quality: The Effects of Parental Remarriage Quality on Young Adults' Relationships*; in: *Journal of Divorce & Remarriage* 47 (3/4), 87–102.
- Zartler, Ulrike / Richter, Rudolf (2008): *Familie*; in: Forster, Rudolf (Hg.): *Forschungs- und Anwendungsbereiche der Soziologie*, Wien: Facultas, 39–55.
- Zartler, Ulrike / Werneck, Harald (2004): *Die Auflösung der Paarbeziehung: Wege in die Scheidung*; in: Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York/Frankfurt a. M.: Campus, 57–106.
- Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (2002): *Endbericht der Studie Ursachen und Folgen von Scheidung und Trennung für Kinder, Frauen und Männer im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen erstellt am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung*, Wien.
- Zartler, Ulrike / Wilk, Liselotte / Kränzl-Nagl, Renate (Hg.) (2004): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, New York/Frankfurt a. M.: Campus.

12

Zur Realität außerfamiliärer Kinderbetreuung im Spannungsfeld gesellschaftlicher und familialer Ansprüche

Michael Fuchs und Renate Kränzl-Nagl

Inhalt

1 Zur Realität außerfamiliärer Kinderbetreuung im Spannungsfeld gesellschaftlicher und familialer Ansprüche	507
1.1 Kinderbetreuung in Österreich: Geteilte Verantwortung im Spiegel gesellschaftlichen Wandels	507
1.2 Entwicklungen in der außerfamiliären Kinderbetreuung in Österreich seit 1999	514
1.2.1 Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden	514
1.2.2 Diversifikation bei den Angeboten	519
1.2.3 Wahlfreiheit und Leistbarkeit – die Nachfrageseite	525
1.3 Die österreichische Situation im Spiegel der Barcelona-Ziele: Ausbauintiativen, Betreuungsquoten und Bedarfsprognosen	535
1.3.1 Betreuungsquoten	535
1.3.2 Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen	542
1.4 Qualitative Aspekte der außerfamiliären Kinderbetreuung	544
1.4.1 Zeitliche Aspekte bei der außerfamiliären Kinderbetreuung	545
1.4.2 Wie kindgerecht ist außerfamiliale Kinderbetreuung?	549
Summary	556
Literatur	563

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Öffentliche Ausgaben für institutionelle Einrichtungen 2000 und 2007	518
Tabelle 2: Kindertagesheime nach Einrichtungsart 1998 und 2008	521
Tabelle 3: Kindertagesheime nach dem Erhalter 1997 und 2008	523
Tabelle 4: Ausgaben privater Kindergärten und altersgemischter Einrichtungen 2005 in Mio. €	524
Tabelle 5: Ausgaben privater Haushalte für Kinderbetreuungseinrichtungen 2005	529
Tabelle 6: Außerfamiliär betreute Kinder unter 15 Jahren nach Altersgruppen und Bundesländern, 2007/2008	537
Tabelle 7: Außerfamiliär betreute Kinder unter zehn Jahren in institutionellen Einrichtungen nach Altersgruppen und Bundesländern, 1997 und 2008	538
Tabelle 8: Betreute Kinder bei Tageseltern nach Altersgruppen und Bundesländern, 2003 und 2008	539
Tabelle 9: Anteil der in Kindertagesheimen betreuten Kinder, die Einrichtung besuchen, welche den VIF-Kriterien entspricht, 2007	548
Abbildung 1: Öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung (0–6 Jahre) in % BIP, OECD-Europa 2005	519
Abbildung 2: Öffentliche und private Ausgaben für vorschulische Bildung (Kinder ab 3 Jahren) in % BIP, OECD-Europa 2005	525
Abbildung 3: Elternbeiträge (zweijähriges Kind in lizenziierter Ganztagsbetreuung) in % des Durchschnittseinkommens, OECD-Europa 2004	530
Abbildung 4: Betreuungsquoten im internationalen Vergleich, Altersgruppen 0–2 und 3–5, 2006	541
Abbildung 5: Betreuungsquoten im internationalen Vergleich, Altersgruppen 6–8 und 9–11, 2005 (abweichende Erhebungsjahre in Klammern)	542

1 Zur Realität außerfamiliärer Kinderbetreuung im Spannungsfeld gesellschaftlicher und familialer Ansprüche

Zentrale Zielsetzung dieses Beitrags ist es, einen Überblick über Entwicklungen in der außerfamiliären Betreuung von Kindern bzw. Jugendlichen unter 15 Jahren in Österreich seit Ende der 1990er-Jahre bereitzustellen.¹

Im ersten Abschnitt wird zunächst der Frage nach dem Verhältnis von gesellschaftlicher und familiärer Verantwortung für Kinderbetreuung nachgegangen, wobei Bezüge zu gesellschaftlichen Trends, die untrennbar mit dieser Thematik verbunden sind, hergestellt werden. Im Hauptteil werden die Tendenzen bezüglich des Angebots an und der Inanspruchnahme von außerfamiliärer Kinderbetreuung in Österreich nach zahlreichen Kriterien dargestellt wie z. B. nach regionalen Gesichtspunkten, Altersgruppen, unterschiedlichen Betreuungsformen, sozio-demografischen Merkmalen, etc. Thematisiert werden zudem qualitative Aspekte, indem auf spezifische Bedürfnisse von (erwerbstätigen) Eltern, beispielsweise die Frage der Flexibilisierung von Öffnungszeiten, und von Kindern im Hinblick auf „Kindgerechtigkeit“ des Angebots Bezug genommen wird. Abgerundet wird der Beitrag mit Schlussfolgerungen, die sich aus den dargelegten Befunden ableiten lassen, sowie einem Ausblick auf resultierende aktuelle und zukünftige Herausforderungen.

1.1 Kinderbetreuung in Österreich: Geteilte Verantwortung im Spiegel gesellschaftlichen Wandels

Das Verhältnis von gesellschaftlicher und familiärer Verantwortung für Kinderbetreuung (vgl. Joos 2003, Rauschenbach 2006) unterliegt einem Wandel, der sich – aus wohlfahrtstheoretischer Perspektive – als generelle Tendenz zu geteilter Verantwortung beschreiben lässt, d. h. Familie ist nicht mehr der einzige Ort, an dem die Betreuung von (Klein-)Kindern stattfindet. Die zunehmende Bedeutung von außerfamiliärer Kinderbetreuung ist für Österreich an und für sich nicht neu, es zeigen sich allerdings Beschleunigungen von Trends auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen, welche die Frage nach der Verteilung familiärer und außerfamiliärer Kinderbetreuung in einem anderen Licht erscheinen lassen als zehn Jahre zuvor. Die Fortführung von Trends wirkt auf das Verhältnis von privater und öffentlicher Verantwortung für Kinderbetreuung nachhaltig ein, wobei sich beide Bereiche mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert sehen. Die zentralen Faktoren, die diesen wechselseitigen Prozess beeinflussen, werden im Folgenden skizziert.

¹ Dieser Beitrag, der auch Benchmarking unter Berücksichtigung europäischer und internationaler Bezugspunkte inkludiert, basiert auf der Sichtung einschlägiger Literatur (nationale Studien Forschungsberichte und Expertisen, statistische Publikationen, vergleichende internationale Studien, etc.) und jüngster verfügbarer statistischer Daten (zu den zentralen Quellen zählen Statistik Austria, OECD und Eurostat).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Hier ist zunächst einmal die Bevölkerungsentwicklung zu nennen, die eine – wenn auch aufgrund von Migration nur leicht – sinkende Zahl von Kindern unter 15 Jahren mit sich bringt. Derzeit (2007) leben in Österreich 1,286 Mio. Kinder unter 15 Jahren, das sind 15,5 % der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 1997 waren es noch 1,400 Mio. (17,6 %). Bis 2014 wird die Zahl weiter auf 1,224 Mio. abnehmen (14,3 %), danach in absoluten Zahlen aber wieder steigen (2050: 1,278 Mio. bzw. Anteil von 13,4 %) (Statistik Austria 2008b).

Mit dieser Entwicklung geht auch eine Veränderung der Geschwisterzahlen (siehe Bericht von Beham, Geschwisterbeziehungen heute, in diesem Band) einher, wodurch Kinderbetreuungseinrichtungen eine erhöhte Bedeutung als Orten sozialer Begegnung für Kinder zukommt. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat die Zahl der Ein- und Zweikindfamilien zugenommen, aus der Perspektive der Kinder unter 15 Jahren sind heute 22,3 % Einzelkinder (2001: 22,5 %). Außerfamiliäre Betreuung bietet somit eine wertvolle Möglichkeit für soziale Erfahrungen und Kontakte mit anderen Kindern in einer zunehmend „sozial ausgedünnten“ Kinderwelt.

Ein weiterer Faktor sind die Entwicklungstendenzen bei den Familienformen. Seit den 1970er-Jahren sind in Österreich ein kontinuierlicher Rückgang an Ehepaaren mit Kindern sowie eine Zunahme von Lebensgemeinschaften mit Kindern und von Alleinerzieher/-innen zu beobachten. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren mit alleinerziehenden Eltern teilen beträgt im Jahr 2006 12,7 % (1996: 12,3 %) (Schipfer 2001, 2008; Statistik Austria 2005, 2008d).

Die Frage „Wer betreut Österreichs Kinder?“², der in diesem Beitrag anhand zahlreicher empirischer Befunde nachgegangen wird, kann schließlich nicht losgelöst von den normativen Vorstellungen einer „idealen“ Kinderbetreuung diskutiert werden. Diese prägen nicht nur den familienpolitischen Diskurs zu diesem Thema und damit politische Zielvorstellungen, sondern stehen auch im engen Zusammenhang mit der realen Nachfrage von Familien bzw. Eltern nach außerfamiliärer Kinderbetreuung.

Zurückgehend auf unterschiedliche Kulturen und Traditionen sowie die jeweiligen Entwicklungen wohlfahrtsstaatlicher Systeme differieren die europäischen Länder im Hinblick auf das Ausmaß und den Zeitpunkt, zu dem außerfamiliäre Kinderbetreuung als eher vorteilhaft für die Entwicklung des Kindes betrachtet wird. Kernpunkte, welche die Bewertung beeinflussen, inkludieren soziale Wahrnehmungen der Familie (die Rolle von Müttern und Vätern bei der Kinderbetreuung), der gesellschaftlichen Rolle von Müttern (die Ansicht, dass Frauen mit kleinen Kindern nicht erwerbstätig sein sollten, besteht nach wie vor in einigen Ländern) und von Kindern (Ansichten über die Rolle von Kindern in der Gesellschaft) (European Foundation 2006b).

Charakteristisch für Österreich (wie auch für einige andere EU-Mitgliedsstaaten) ist eine weitgehende gesellschaftliche Übereinstimmung hinsichtlich des Nutzens vorschulischer Betreuung von Kindern, insbesondere jenes im letzten Kindergartenjahr, wogegen die Frage der außerfamiliären Betreuung von unter dreijährigen Kindern nach wie vor – wenn auch in abnehmenden Maße – von traditionellen Wertvorstellungen überlagert ist.

² In Anlehnung an die DJI-Kinderbetreuungsstudie „Wer betreut Deutschlands Kinder?“ (Bien et al. 2006).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Dieser Umstand verweist auf die historisch wandelbaren Motive für außerfamiliale Kinderbetreuung, deren Wurzeln – paradoxerweise – auf die Durchsetzung einer traditionell bürgerlichen Familienkonzeption mit ihrer klar geschlechtsspezifischen Rollenzuweisung (Mütter sind nicht erwerbstätig, sondern vorrangig für die Versorgung, Betreuung und Erziehung der Kinder verantwortlich) zurückgehen (Paterak 1999, Tietze 2002, 2003). Da weiten Teilen der Bevölkerung zu Beginn der 20. Jahrhunderts die entsprechenden Ressourcen fehlten, dieses Familienideal zu leben, kam es zur Entwicklung der ersten institutionellen Betreuungseinrichtungen für (Klein-)Kinder (Bewahranstalten u. Ä.), mit denen im Wesentlichen zwei Motive verfolgt wurden: zum einen die Ermöglichung der mütterlichen Erwerbstätigkeit und zum anderen die Erziehung der Kinder nach bürgerlichen Wertorientierungen. In der Hochblüte des traditionell-bürgerlichen Familienideals in den 1950er/1960er-Jahren, das sich schichtübergreifend durchsetzte, wandelten sich die Motive für Kinderbetreuung wiederum: Nun stand nicht der Versorgungscharakter bzw. die Bewahrfunktion von Kindern niedriger sozialer Schichten im Vordergrund, sondern die am Kind orientierte pädagogische Konzeption außerfamilialer Betreuung für alle Kinder (insbesondere im letzten Jahr vor der Schule), wobei sich insbesondere der Kindergarten als pädagogische Einrichtung mit relativ hoher gesellschaftlicher Akzeptanz etablierte (Berger 2004, 2005).

Vor der Folie der hier nur kurz skizzierten historischen Entwicklung der außerfamilialen Kinderbetreuung kann auch die in der österreichischen Bevölkerung nach wie vor überwiegende Tendenz zu einer eher späten außerfamiliären Betreuung interpretiert werden: So sind in einer repräsentativen Befragung von 1 000 Personen im Alter von 18 bis 70 Jahren (2004) mehr als drei Viertel der Ansicht, dass ein Kind frühestens ab drei Jahren in einer externen Einrichtung betreut werden sollte (Kapella/Rille-Pfeiffer 2007). Auch die Antragsdaten für das Kinderbetreuungsgeld ergeben, dass fast neun Zehntel der Bezieher/-innen keine Kinderbetreuung durch Dritte planen (Kapella/Rille-Pfeiffer 2006). Dementsprechend nahmen im Jahr 2005 von den Frauen in Elternkarenz mit einem Kind bis zu zwei Jahren 91 % die Vollzeitkarenz in Anspruch (Statistik Austria 2006a). Die Ergebnisse könnten aber zumindest zum Teil auch dadurch bedingt sein, dass eine Erwerbstätigkeit mit Kindern unter drei Jahren real oft schwer zu verwirklichen ist.

Doch auch Familienleitbilder und Geschlechterrollen befinden sich im Umbruch, wobei sich seit Jahren ein deutlicher Trend zur Abnahme des männlichen Ein-Ernährer-Modells (male breadwinner model) zugunsten des Zwei-Ernährer-Modells (dual earner model) abzeichnet (exemplarisch Leitner et al. 2004), wie auch generell eine Brüchigkeit des Leitbilds der traditionell-bürgerlichen Kernfamilie mit ihrer geschlechtsspezifischen Rollenaufteilung zu beobachten ist. Damit eng verbunden ist die Tatsache, dass Frauen durch ihre im Vergleich zu früher höheren Qualifikationen (infolge der in den 1960er-Jahren einsetzenden Bildungsexpansion) heute im Allgemeinen häufiger – auch nach kindbedingten Unterbrechungen – einen Beruf ausüben bzw. dies auch zunehmend gesellschaftliche Akzeptanz findet (Beham/Haller 2005). Die Erwerbstätigkeit der Frauen und im Speziellen der Mütter hat generell in den vergangenen Jahren zugenommen; 2007 ist bei 66,8 % (exklusive Karenz 59,9 %) der Kinder unter 15 Jahren mit der Mutter im gemeinsamen Haushalt diese erwerbstätig (Statistik Austria 2008d). Es ist davon auszugehen, dass sich die Steigerung der Müttererwerbsquoten in Zukunft fortsetzen wird, was den gegenläufigen Trend an leicht sinkenden Kinderzahlen (ohnehin nur bis 2014 prognostiziert) im Hinblick auf den Bedarf an

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

außerfamiliärer Kinderbetreuung überlagern wird. Mit Blick auf viele Alleinerzieher/-innen sowie auf Familien, die von Armut oder Armutsgefährdung betroffen sind, stellt die elterliche Erwerbstätigkeit schließlich eine ökonomische Notwendigkeit zur Sicherung des Familieneinkommens dar.

Aufgrund zukünftiger demografischer Prognosen ist die Steigerung der Erwerbsbeteiligung – insbesondere von Frauen bzw. Müttern – zudem sowohl aus ökonomischer als auch aus gesellschafts- und sozialpolitischer Perspektive eines der wichtigsten Elemente einer nachhaltigen Sicherung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie eines ausreichenden Arbeitskräfteangebots und eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums. Der Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. Müttern kommt außerdem im Hinblick auf eigenständige Pensionsansprüche und zur Reduzierung von Einkommensarmut im Alter eine wichtige Bedeutung zu.

Eltern sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben, Erwerbstätigkeit und Familie nach ihren Vorstellungen und den Bedürfnissen ihrer Kinder zu vereinbaren. Ein quantitativ ausreichendes und qualitativ hochwertiges Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung stellt dabei eine wesentliche Voraussetzung bzw. Rahmenbedingung für eine gelingende Vereinbarkeit dieser beiden Lebensbereiche dar (Beham/Haller 2005, Büchel/Spieß 2002). Fehlen solche Angebote, stehen Eltern bzw. Mütter häufig vor der Entscheidung „Kind oder Karriere“, Frauen kehren nicht mehr in ihre Karrierepfade zurück bzw. scheiden vorzeitig aus ihrem Beruf aus, und berufsorientierte Frauen müssen einen etwaigen Kinderwunsch oftmals zurückstellen (exemplarisch DJI 2003, Hank et al. 2004). In diesem Sinne trägt außerfamiliäre Kinderbetreuung zu einer Reihe von übergelagerten Policy-Zielen³ wie der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsqualität sowie Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit bei (Fuchs et al. 2006).

Die Feststellung, dass außerfamiliäre Kinderbetreuung eine wesentliche Voraussetzung für eine gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf darstellt, ist an und für sich nicht neu. Was sich allerdings in den letzten zehn Jahren verändert haben dürfte, sind die voranschreitenden Entwicklungen in der Arbeitswelt, die wiederum in den spezifischen Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern bzw. Elternteile und den daraus resultierenden Ansprüchen an Kinderbetreuung zum Ausdruck kommen. Die beobachtbaren Flexibilisierungstendenzen, seien sie räumlich oder zeitlich, das gestiegene Erfordernis beruflicher Mobilität, die Brüchigkeit des Normalarbeitsverhältnisses, die Verbetrieblichung der Lebensführung im Allgemeinen oder die zunehmende Durchlässigkeit von Berufs- und Privatleben sind nur einige Beispiele (siehe dazu ausführlich den Beitrag zu „Familie und Erwerbstätigkeit“ von K. Jurczyk und G. Schmied in diesem Band), an denen deutlich wird, dass Familien (insbesondere Mütter) im Hinblick auf die Organisation des Betreuungsalltags ihrer Kinder vor neue Herausforderungen gestellt sind. Der Verfügbarkeit außerfamiliärer Kinderbetreuung sowie ihrer familienfreundlichen Gestaltung (Textor 2006) kommt vor diesem Hintergrund zentrale Bedeutung zu.

Mitbedingt durch die Entwicklungen in den Kinderrechten, insbesondere durch die UN-Kinderrechtskonvention⁴, gerät neben der Elternperspektive zunehmend die kindzentrierte Perspektive in den Blickwinkel der Diskussion über außerfamiliäre Kinderbetreuung. Damit stellt sich nicht nur die bereits im Familienbericht 1999 angeschnittene Frage des

³ Dies lässt sich nicht nur für die Europäische Union konstatieren, sondern weltweit (vgl. UNESCO 2008: 34 f.).

⁴ 1989 von den Vereinten Nationen verabschiedet und 1993 von Österreich ratifiziert.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Rechts eines Kindes erwerbstätiger Eltern auf einen Betreuungsplatz (vgl. Kränzl-Nagl 1999), sondern auch jene nach der Qualität von Kinderbetreuung, die sich an den Bedürfnissen und am Wohlbefinden des einzelnen Kindes orientiert. Diese individuell am Kind ausgerichtete Perspektive ist aus sozialpädagogischer bzw. entwicklungspsychologischer Sicht keineswegs neu, wie ein Blick in die diesbezügliche Fachliteratur zeigt. Abgesehen von fachspezifischen Nuancierungen besteht unter Expert/-innen weitgehend darüber Übereinkunft, dass Kinder zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und zur Erlangung von Wohlbefinden auf kontinuierliche Bezugspersonen und auf die Betreuung im Rahmen anregender und fördernder Bedingungen, die ihnen die Bewältigung von Entwicklungsaufgaben ermöglichen, angewiesen sind.

Diese Ansprüche an Kinderbetreuung können grundsätzlich in einer Einrichtung ebenso erfüllt werden wie innerhalb der Familie. In institutionellen Betreuungssettings bedarf es allerdings anderer Rahmenbedingungen, Strukturen, organisations- und personalentwicklungstheoretischer sowie pädagogischer Konzepte, um derartige Zielvorgaben unter der Prämisse der Kindgerechtigkeit erfüllen zu können (Hartel 2008, Leu 2005). Ausgangspunkt ist die Erkenntnis einer Reihe von Untersuchungen, wonach bei Sicherstellung kindgerechter Rahmenbedingungen und der Berücksichtigung unterschiedlicher Dimensionen pädagogischer Qualität (wie Betreuungsschlüssel, altersadäquate Ausstattung, Ausbildung der Betreuungspersonen usw.) außerhäusliche Kinderbetreuung weder die kindliche Entwicklung noch das Eltern-Kind-Verhältnis negativ beeinflusst, sondern zur Förderung von Kindern in vielfacher Hinsicht beiträgt (Büchner/Spieß 2007, Esch et al. 2006, Roßbach 2005, Spielauer et al. 2002, Spieß et al. 2003, zum Überblick über Ergebnisse international vergleichender Studien vgl. Textor 2008b). Aus dieser Perspektive avancieren Kinderbetreuungsangebote zu Dienstleistungen für Kinder und nicht in erster Linie für Eltern (Esch et al. 2005).

Die Diskussion über die Qualität von Kinderbetreuung beinhaltet zudem den Aspekt der Kontinuität von Bezugspersonen. Davon ausgehend, dass Eltern ohnedies zentrale Bezugspersonen für Kinder darstellen, stellt sich aus kindzentrierter Sicht die Frage nach der Häufigkeit wechselnder Bezugspersonen in ihren jeweiligen Betreuungssettings. Grundsätzlich werden Interaktionen mit verschiedenen Bezugspersonen zwar als positiv für die Entwicklung eines Kindes angesehen, dennoch wird ein allzu häufiger Wechsel – insbesondere bei sehr jungen Kindern – als eher negativ interpretiert. Ein häufiger Wechsel von familialen und außerfamilialen Betreuungspersonen kann sich z. B. durch Öffnungs- bzw. Schließzeiten von Einrichtungen ergeben, wodurch (erwerbstätige) Eltern gezwungen sind, zusätzliche Lösungen für diese Betreuungslücken zu finden.

Erwähnenswert ist zudem, dass in der Diskussion über die Qualität von Kinderbetreuung in den letzten Jahren nicht nur die außerfamiliale, sondern auch die innerfamiliale Betreuung verstärkt in den Blick genommen wird (vergleichend siehe Colberg-Schrader 2003, Tietze et al. 2005). Bezüglich der familialen Seite der Kinderbetreuung bewegt sich die Qualitätsdiskussion entlang folgenden Dimensionen: Vorbereitung junger Paare auf Elternschaft, unterstützende Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern generell sowie von spezifischen Gruppen von Eltern, die – aus welchen Gründen auch immer – über solche Kompetenzen nur in unzureichendem Maß verfügen. Dementsprechend erhielten Angebote von Elternbildung insgesamt gesehen einen Auftrieb, wobei

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

es nach wie vor Barrieren gibt, diese auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen (siehe exemplarisch Baum 2006, Klepp et al. 2008). In diesem Zusammenhang ist auf die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Familie und außerfamiliärer Kinderbetreuung hinzuweisen. Insbesondere der Qualität der Beziehungen in der Familie kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ein Kind, das in der Familie Geborgenheit und Zuwendung erfährt, das unterstützt wird, wenn es Hilfe braucht, dessen Neugierde und Experimentierfreude gefördert werden, lernt Vertrauen und wagt neue Erfahrungen auch außerhalb des familiären Umfeldes. Kinder, denen mit Achtung und Verständnis begegnet wird, können ein positives Selbstwertgefühl entwickeln. Diese Kinder haben auch bessere Startbedingungen für spätere Lernprozesse sowohl in vorschulischen Betreuungsangeboten als auch in der Schule (Ahnert 2004, Liegle 2006, Beham 2009).

Diametral zu den zuvor skizzierten Entwicklungen in den Kinderrechten zeigt sich ein Trend, der als Entdeckung von Kindern als Ressource des Humankapitals bzw. des Humankapitals bezeichnet werden kann (Becker 2003, Engelbert/Kaufmann 2003, Kaufmann 1995, Kreyenfeld et al. 2001, 2002). Aus dieser gesamtgesellschaftlichen Perspektive werden Kinder als Zukunftsressource der Gesellschaft wahrgenommen, in die es zu investieren gilt („social investment strategy“ vgl. Esping-Andersen 2002; kritisch dazu Nauck 2004), um u. a. die Wettbewerbsfähigkeit Europas (bzw. der Europäischen Union) zu erhalten bzw. zu erhöhen. Dementsprechend rückt die Bildungskomponente bzw. die vorschulische Förderung in Betreuungseinrichtungen in den Vordergrund (vgl. Fthenakis 2003, 2004, Joos 2003, Laewen/Andres 2002, OECD 2006a), wobei außerfamiliäre Betreuungsangebote (im Vergleich zur Familie⁵) optimale Voraussetzungen mit sich bringen, die spezifischen Zielsetzungen vorschulischer Bildung und Betreuung staatlich zu regulieren und auch zu kontrollieren. Ähnlich wie in Deutschland war in Österreich der sog. PISA-Schock – als Folge des relativ schlechten Abschneidens der Schüler/-innen im internationalen Vergleich – einer der Auslöser dafür, verstärkt über das Potenzial außerfamiliärer Kinderbetreuung im Hinblick auf vorschulische Förderung der Kinder (insbesondere als Vorbereitung auf die Schule) nachzudenken. Es lässt sich somit deutlich eine Verschiebung im öffentlichen Diskurs über Kinderbetreuung beobachten:⁶ Es wird nicht mehr über Gefährdungen, Nachteile oder negative Einflüsse der außerfamiliären Kinderbetreuung debattiert, vielmehr rücken die Vorteile und das Potenzial in den Vordergrund, wenngleich die Meinungen über die Nutzbarmachung dieses Potenzials und die damit verbundenen Kosten bzw. die Finanzierung (vgl. Diller et al. 2004, Stempinski 2004) zum Teil noch durchaus auseinandergehen. Fritschi und Oesch (2008) konnten allerdings eindrucksvoll für Deutschland nachweisen, dass sich Investitionen in frühkindliche Betreuung und Bildung – in dieser Studie bezogen auf den Krippenbesuch – langfristig volkswirtschaftlich rechnen und dieser Nutzen somit der gesamten Gesellschaft zugute kommt.

Gleichzeitig werden unter dem Schlagwort „Bildung von Anfang an“ (Beham 2009, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003, 2008, Hocke 2003, Schaefer 2003) noch andere Ziele in den Blick genommen, wenn es um die Forcierung außerfamiliärer Kinderbetreuungsangebote geht: Der Bogen reicht vom Abbau sozialer Ungleich-

⁵ Ausgenommen ist hier Familientagesbetreuung wie jene durch Tagesmütter, die ebenfalls zunehmender staatlicher Regulierung unterliegt (vgl. Jurczyk et al. 2004).

⁶ Rauschenbach (2006: 10 ff.) konstatiert eine ähnliche Entwicklung für Deutschland.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

heiten infolge sozialer Herkunft (analog zur Bildungsdebatte, vgl. Beitrag über Familie und Schule von M. Beham, J. Bacher und Ch. Weber in diesem Band, exemplarisch vgl. Becker/Lauterbach 2004) bis hin zu verbesserten Möglichkeiten der Integration von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund (für Österreich vgl. zuletzt Fassmann 2007, für Deutschland vgl. Lanfranchi 2002, Militzer et al. 2001, Neumann 2005, Ulich et al. 2005). Das Ziel der Startchancengleichheit durch Kinderbetreuung vor dem Schuleintritt (Kreyenfeld et al. 2001) wird insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund thematisiert, wobei eine Reihe von Studien auf die positiven Effekte außerfamiliärer, vorschulischer Kinderbetreuung für die Schullaufbahn oder andere Indikatoren des Bildungserfolgs hinweist (z. B. Becker/Tremel 2006, Kratzmann/Schneider 2008). Neuere österreichische Arbeiten (Altrichter et al. 2008, Bacher/Leitgöb 2008, Bauer/Kainz 2007) verweisen allerdings darauf, dass z. B. der Besuch eines Kindergartens per se noch keine Problemlösung zum Abbau sozialer Ungleichheiten ist, sondern es auf die Dauer der Nutzung sowie auf die Betreuungsqualität ankommt.

Als Indikatoren für die gegenwärtig beobachtbaren Bestrebungen in Österreich, außerfamiliäre Kinderbetreuung zu forcieren, zählen die Einführung eines verpflichtenden letzten Kindergartenjahres, also vor Übertritt in die Schule, sowie von Gratiskindergärten. Außerfamiliäre Kinderbetreuung wird somit in zunehmendem Maß als eine Möglichkeit betrachtet, für sozial benachteiligte Kinder bessere Entwicklungsbedingungen und mehr Bildungsmöglichkeiten bzw. Zukunftschancen zur Verfügung zu stellen und damit sozialen Zusammenhalt und Eingliederung zu forcieren. Zudem trägt sie durch die Ermöglichung von Erwerbstätigkeit langfristig gesehen zur Vermeidung späterer Kosten für das Sozialsystem bei, wie sie z. B. durch Arbeitslosigkeit entstehen. Diese Zielsetzungen gehen konform mit einer Reihe von Policy-Zielen der Europäischen Union, die auch auf nationaler Ebene eine steigende Beachtung finden (müssen).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass aus Expert/-innen-Sicht Übereinstimmung dahingehend besteht, dass außerfamiliäre Betreuung (komplementär zur familialen Betreuung) eine wichtige Ergänzung zur Gewährleistung der kontinuierlichen Beaufsichtigung, Pflege, Erziehung und Frühförderung von Kindern darstellt. Im Mittelpunkt des Interesses kontroverser Diskussionen sowohl in wissenschaftlichen Kreisen als auch in Politik und Öffentlichkeit stehen dabei auf der einen Seite sozialpädagogische bzw. entwicklungspsychologische Aspekte der Förderung der Entwicklung, Sozialisierung und Bildung von Kindern und auf der anderen Seite die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern(-teile). Bei genauerem Blick handelt es sich dabei jedoch nur bedingt um unterschiedliche Stoßrichtungen, da der Zugang zu außerfamiliärer Betreuung sowohl für das Wohlergehen von Kindern und Familien als auch für die Gesellschaft als Ganzes von zentraler Bedeutung ist. Kritisch ist allerdings anzumerken, dass ungeachtet internationaler Entwicklungen in den Kinderrechten, aber auch wohlfahrtsstaatlicher Entwicklungen in Europa (vgl. Becker 2003, Esping-Andersen 2002, für den deutschen Sprachraum siehe Kaufmann 1995, Kränzl-Nagl et al. 2003) sich die Diskurse und Forschungsarbeiten in Österreich in den letzten Jahren vorrangig elternzentriert und weniger kindzentriert dem Thema „Kinderbetreuung“ annäherten, wengleich der Frage der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention vermehrt Beachtung geschenkt wird (wie z. B. im Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, vgl. Kränzl-Nagl et al. 2004).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Ergänzend wird auch seitens der OECD im Länderbericht für Österreich – trotz positiver Aspekte bei der Bewertung des österreichischen Systems – auf neue Herausforderungen im Bereich außerfamiliärer Kinderbetreuung im Kontext gesellschaftlicher Trends deutlich hingewiesen: „Dennoch gibt es weder für Österreich noch für andere Länder Grund zur Selbstzufriedenheit. Die zunehmende Instabilität im Familienbereich, die sich ändernde Rolle der Frauen und der Eltern, die Herausforderungen, Kinder in einer von Konsumverhalten dominierten Welt mit wenig stabilen Werten ‚richtig‘ zu erziehen, und die Bildungsschwierigkeiten, mit denen Kinder von niedrigem Einkommens- und Immigrantenhintergrund konfrontiert sind, erfordern in allen Ländern dringende Diskussionen darüber, wie frühkindliche Bildung und Betreuung in den kommenden Jahren gedacht werden soll.“ (OECD 2006b: 53).

1.2 Entwicklungen in der außerfamiliären Kinderbetreuung in Österreich seit 1999

1.2.1 Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden

Ganz allgemein ergibt sich die Betrachtung von außerfamiliärer Kinderbetreuung als öffentlichem Gut und damit die Ableitung von staatlicher Verantwortung für diesen Policy-Bereich aus dem Faktum, dass (qualitätsvolle) Kinderbetreuung zu einer Reihe von gesellschaftlichen Zielen und Benefits wie etwa gesunder Entwicklung von Kindern, Verbesserung von Bildungschancen, Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, sozialer Eingliederung etc. beiträgt, welche die dadurch anfallenden Kosten bei weitem übersteigen.

Internationaler Blickwinkel

Aus historischen Gründen haben sich die Bereiche „Betreuung“ bzw. „frühe Bildung“ von Klein- bzw. Vorschulkindern relativ getrennt voneinander entwickelt. Die Unterschiede in der Konzeptualisierung finden sich i. d. R. auch in einer zweistufigen Organisation der betreffenden Dienstleistungen in Europa wieder: „Kinderbetreuung“ für die jüngeren Kinder und „vorschulische Bildung“ für Drei- bis Sechsjährige. Für Kinder im schulpflichtigen Alter wiederum befinden sich die Strategien für (Nachmittags-)Betreuung in den meisten europäischen Staaten, mit der Ausnahme von einigen wenigen Ländern wie Dänemark, Schweden, Frankreich und dem Vereinigten Königreich, überhaupt erst in einem Entwicklungsstadium. In der Mehrzahl der Staaten wird die Betreuung von Schulkindern als Teil des Wohlfahrtssystems bereitgestellt, obgleich in manchen Ländern (Belgien, Dänemark und Frankreich) das Bildungssystem direkt in das Management von (Nachmittags-)Betreuung involviert ist. Einige der Programme sind auch vollständig in das primäre Bildungssystem integriert.

Demzufolge ist auch die Verantwortung für außerfamiliäre Kinderbetreuung innerhalb eines Landes häufig auf mehrere Ministerien aufgeteilt. Die skandinavischen Länder, Island, Slowenien, Spanien und das Vereinigte Königreich haben hingegen die Zuständigkeiten in ein Ministerium integriert. Im Allgemeinen haben diese Länder das Management und die Organisation der Dienstleistungen an lokale Behörden (auf Gemeinde-, Verwaltungsbezirks- oder Schulkreisebene) übertragen. Lokale Behörden sind auch dazu autorisiert, außerfamiliäre Kinderbetreuung zu regulieren, finanziell zu unterstützen und zu evaluieren; dies ist etwa in föderativen Bundesstaaten, aber auch in Belgien, Dänemark,

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Finnland, Frankreich, Italien, Norwegen und Schweden der Fall. Diese Vorgangsweise ist nicht zuletzt dadurch motiviert, die Dienstleistungen an lokale Bedarfe und Umstände anzupassen und die Entscheidungsbefugnis und Bereitstellung näher an die betroffenen Familien bzw. Kinder heranzubringen.

Eine positive Konsequenz der Dezentralisierung ist die Integration von frühkindlichen Bildungs- und Betreuungsdienstleistungen auf lokaler Ebene. Weniger eingeschränkt durch traditionelle Kompetenzlinien als zentrale Regierungsstellen, haben zahlreiche Länder- bzw. lokale Behörden (in Österreich, Dänemark, Finnland, Frankreich, Ungarn, Deutschland, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Schweden, dem Vereinigten Königreich) die Bildungs- und Betreuungsressorts zusammengeführt, um effektiver planen zu können und Kohärenz bei den Dienstleistungen für Kinder herzustellen.

Im Allgemeinen kommen öffentliche bzw. von der öffentlichen Hand abhängige Anbieter von außerfamiliärer Kinderbetreuung in den europäischen Ländern unter staatliche Regulierung und erhalten auch adäquate staatliche Förderungen. Nationale Regierungsstellen oder Regierungsstellen auf Länderebene sind für Gesetzgebung, Regulierungsrahmen und die Genehmigung von Programmen zuständig und legen grundsätzliche Qualitätsstandards wie Gruppengröße und Personalqualifikation fest.

Dennoch stellt sich für Kinder unter drei Jahren der Zugang zu einem kohärenten Betreuungssektor (mit Ausnahme der öffentlichen und integrierten Systeme in den nordischen Ländern) häufig problematisch dar: Divergenzen in punkto Anspruchsberechtigung, Regulierung, Personal, Policy-Zielen und Programmen existieren selbst innerhalb eines Staates. In manchen Ländern (z. B. Portugal, Irland) bleiben private Betreuungsangebote vielfach unregistriert und müssen nur minimale Gesundheits- und Sicherheitsstandards einhalten. In einigen Ländern (Dänemark, Frankreich, Deutschland etc.) haben sich Anbieter von Tageseltern- und familiennaher Betreuung hingegen zu Netzwerken zusammengeschlossen, die lokal von einer professionalisierten und spezialisierten Vertretung betreut und unterstützt werden, was auch die Regulierung und Qualität der Betreuung deutlich erhöht hat.

Die öffentlichen Investitionen in Kinderbetreuung für unter Dreijährige sind in den wirtschaftsliberalen Ländern Europas (Irland, Vereinigtes Königreich, Niederlande) nach wie vor stark limitiert. So müssen der Mittelschicht zuzurechnende Familien in Irland und im Vereinigten Königreich den Großteil der anfallenden Kinderbetreuungskosten selbst tragen, während in den kontinentalen Ländern öffentliche Subventionen schon mehr als die Hälfte und in den nordischen Ländern (mit der Ausnahme Dänemarks) rund 85 % der Gesamtkosten decken. Im Allgemeinen verwenden die wirtschaftsliberalen Länder einkommensgeprüfte nachfrageseitige Subventionen an Eltern (Geldtransferleistungen, Gutscheine, Steuerabzüge etc.) als öffentliche Hauptfinanzierungsquelle der Kinderbetreuung. Im Gegensatz dazu weisen die kontinentalen Länder in erster Linie angebotsseitige Subventionen, die direkt an die Betreiber gezahlt werden, auf – auch wenn manche Länder wie etwa Belgien und Frankreich zusätzlich Steuergutschriften für Eltern vorsehen. In den sozialdemokratischen Ländern kommt vorwiegend angebotsseitige Finanzierung, ergänzt durch Steuerabsetzbeträge, zur Anwendung. Insgesamt stellt eine angebotsseitige Finanzierung die dominante Finanzierungsart in jenen Ländern dar, die über die am meisten fortgeschrittenen Betreuungssysteme für Kinder unter drei Jahren verfügen (Schweden, Dänemark, Frankreich etc.).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Für Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren ist die Koordination von Betreuungs- und Bildungsdienstleistungen i. d. R. weit fortgeschritten; in den meisten europäischen Ländern findet sich mit „vorschulischer Bildung“ ein ausgebautes Subsystem mit vergleichbaren Systemmerkmalen. Grundsätzlich übernimmt die öffentliche Hand die Hauptkosten für die öffentliche Frühförderung bzw. vorschulische Bildung. Wenn diese Dienstleistungen unter der Schirmherrschaft des Bildungsministeriums stehen, kann die Finanzierung auch fast ausschließlich durch die zentrale Regierung erfolgen (z. B. in Belgien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich). Der Finanzierungsmodus von öffentlichen oder öffentlich unterstützten Angeboten ist in allen Ländern relativ einheitlich: angebotsseitige Finanzierung durch zentrale Ministerien, die Länder oder lokale Behörden direkt an die Betreiber stellt die Hauptvariante dar.

Auch für die Betreuung von Schüler/-innen außerhalb der Schulzeiten existieren in einigen europäischen Ländern gut etablierte Regulierungssysteme. Häufig ist die Betreuung entlang von Aktivitäten, die in Schulen oder in komplementären Einrichtungen wie Horten bereitgestellt werden, strukturiert. Allerdings umfasst das Angebot insgesamt vielfältige Betreuungsformen für Zeiten vor der Schule, nach der Schule und während der Schulferien. Die Bereitstellung von effektiver (Nachmittags-)Betreuung verlangt i. d. R. finanzielle Unterstützung durch öffentliche Institutionen (zumeist auf nationaler oder Länderebene). Die Finanzierung kann durch direkte Subventionen an die Betreiber oder durch Globalbudgets innerhalb der finanzierenden Institutionen erfolgen (European Foundation 2006b, 2009, OECD 2006a).

Zuständigkeit und Aufgabenbereiche

In Österreich ist das Kinderbetreuungswesen in Gesetzgebung und Vollziehung Landesache. Jedes Bundesland hat ein eigenes Kindergartengesetz, das sowohl Kindergärten als auch zum Teil Krippen umfasst. In diesen Ländergesetzen wird eine Reihe von Standards gesetzt, insbesondere hinsichtlich der strukturellen Rahmenbedingungen, innerhalb derer pädagogische bzw. interaktionale Prozesse stattfinden. Die Betreuung von Kleinkindern sowie das Tageselternwesen werden überdies teilweise in speziellen Kinderbetreuungs- und TagesbetreuungsGesetzen geregelt. Die Gemeinden tragen die Hauptverantwortung für die Bereitstellung der Einrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte, altersgemischte Einrichtungen), die unabhängig vom jeweiligen Erhalter in der Aufsicht den einzelnen Bundesländern unterliegen. Der Betrieb einer Betreuungseinrichtung oder die Tätigkeit als Tagesmutter/-vater bedarf einer behördlichen Bewilligung. Die Bewilligungsvoraussetzungen, z. B. Größe und Ausstattung der Räumlichkeiten, Gruppengröße, Qualifikation der Betreuer/-innen sind in den einzelnen Landesgesetzen und den diesbezüglichen Verordnungen geregelt. Tageseltern sind in den meisten Bundesländern verpflichtet, eine pädagogische Ausbildung nachzuweisen. Die Verantwortung für (Nachmittags)Betreuungsplätze an Bundesschulen liegt grundsätzlich beim Bund, an Pflichtschulen bei den Ländern bzw. Gemeinden.

Ein Aufgabenbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend ist die Unterstützung von Familien bei der Erziehung und Betreuung der Kinder, es hat jedoch keine Kompetenzen für Betreuungseinrichtungen. Das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur ist zuständig für die (fünfjährige) Ausbildung von Kindergarten- und Hortpädagog/-innen. In Kontrast zu anderen Ländern (z. B. Belgien, Dänemark, Finnland,

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Frankreich, Italien, den Niederlanden, Portugal, Schweden, Vereinigtes Königreich, vgl. OECD 2006a: 159 f.) liegt die formal erworbene Ausbildung (Sekundarstufe) jedoch auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau in Europa, weshalb Expert/-innen für eine Anhebung der Ausbildung auf EU-Standard plädieren (z. B. Hartmann/Stoll 2004, Hartmann/Tietze 2007). Mit der Ausnahme von Tageseltern oder Eltern-Kind-Gruppen verfügt das Fachpersonal in den meisten Einrichtungen über eine ähnliche Ausbildung, die in verwandten Institutionen erworben wurde. Darüber hinaus gelten jedoch aufgrund der föderalistischen Regelungsstruktur keine österreichweiten Qualitätsstandards bei der außerfamiliären Kinderbetreuung (BMUKK 2009, BMWFJ 2009, OECD 2006b: 15 f.).

Finanzierungsströme und öffentliche Ausgaben

In die Finanzierungsströme bei der außerfamiliären Kinderbetreuung in Österreich sind im Wesentlichen die Länder und Gemeinden sowie die Eltern (über die Elternbeiträge, siehe weiter unten) eingebunden. Aber auch der Bund und das Arbeitsmarktservice spielen eine gewisse Rolle (OECD 2003: 162, OECD 2006b: 24).

Die Länder beteiligen sich sowohl durch direkte (i. d. R. Personalkosten) als auch indirekte Finanzierung (Transfers an Gemeinden). Darüber hinaus stellen manche Bundesländer auch eine Subjektförderung zur Verfügung (vgl. weiter unten).

Die Gemeinden leisten für öffentliche und private Erhalter direkte Finanzierung in Form von Subventionen für Betriebs- und auch Errichtungskosten. Subventionen für Elternbeiträge werden ebenfalls direkt an die Erhalter entrichtet. In den einzelnen Bundesländern gibt es dabei beträchtliche Unterschiede, insbesondere für private Einrichtungen. In der Regel erhalten kommerzielle Anbieter keine finanzielle Unterstützung. Gemeinnützige Einrichtungen bekommen unter bestimmten Bedingungen kommunale Förderungen, die entweder nach gewissen Richtlinien oder nach Ermessen bestimmt werden.

Der Bund stellt subsidiär direkte Finanzierung für außerfamiliäre Kinderbetreuung bereit. In der Vergangenheit hat er sich zeitweise durch die Gewährung von zweckgebundenen Geldern an die Länder, z. B. über die „Kinderbetreuungs milliarde“ (in ATS) 1997/98 und 1999/2000, an der Unterstützung von bestimmten Projekten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (aktuell z. B. über Familie & Beruf Management GmbH) oder an der Ausweitung der Tagesbetreuung im Schulsektor beteiligt. Aktuell (2008 bis 2010) investiert der Bund für die teilweise Abdeckung des Mehraufwandes von Ländern und Gemeinden in den weiteren Ausbau des Kinderbetreuungsangebots insgesamt 45 Mio. € (Vereinbarung gem. Art. 15a-BVG). Für das österreichweite verpflichtende und kostenlose letzte Kindergartenjahr (halbtags) werden den Ländern 2009 bis 2013 jeweils 70 Mio. € bereitgestellt (die entsprechende Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG wurde im Frühjahr 2009 finalisiert). Da Steuern nur vom Bund eingehoben werden, erhalten die Länder und Gemeinden darüber hinaus jedoch die erforderlichen Mittel durch finanzielle Transfers im Wege des Finanzausgleichs. Subjektförderung erfolgt über die im Zuge der Steuerreform 2009 eingeführte allgemeine steuerliche Absetzbarkeit von privaten Kinderbetreuungskosten (vgl. weiter unten).

Das Arbeitsmarktservice beteiligt sich über Gelder aus speziellen Arbeitsmarktprogrammen für bis zu drei Jahre an der Finanzierung von Lohnkosten für Betreuungspersonal. Gelegentlich werden auch Subventionen für Betreiber mit langen Öffnungszeiten bereitgestellt. Eine Subjektförderung stellt die einkommensgeprüfte Kinderbetreuungsbeihilfe für arbeitssuchende Eltern mit Betreuungspflichten für Kinder unter 15 Jahren dar.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Im Jahr 2007 betragen die öffentlichen Ausgaben für institutionelle Einrichtungen (Krippen, Kindergärten, Horte und altersgemischte Einrichtungen) 1.290,8 Mio. € bzw. 0,48 % des BIP. Relativ zur Wirtschaftsleistung sind die Ausgaben gegenüber 2000 (973,5 Mio. € bzw. 0,47 % des BIP) nahezu unverändert.⁷ Mit 736,2 Mio. € entfielen im Jahr 2007 57,0 % auf das Personal. Den zweitgrößten Ausgabenposten stellten mit 250,1 Mio. € (19,4 %) die Transfers an private gemeinnützige Einrichtungen dar.

Die Gemeinden ohne Wien wiesen 2007 Ausgaben in Höhe von 712,2 Mio. € (Anteil von 55,2 % an den Gesamtausgaben) auf, die Bundesländer inkl. Wien in Höhe von 578,6 Mio. € (Anteil von 44,8 %).⁸ Die Anteile haben sich damit seit 2000 leicht (um 2,4 Prozentpunkte) zu den Bundesländern inkl. Wien verschoben. Nach Bundesländern ergaben sich 2007 mit 317,2 Mio. € die höchsten Ausgaben für Wien (beinahe ein Viertel), gefolgt von Niederösterreich mit 275,8 und Oberösterreich mit 205,6 Mio. €. Relativ gesehen haben die Ausgaben seit 2000 in der Steiermark und im Burgenland zugenommen, in Oberösterreich, Vorarlberg und Wien sind sie gleich geblieben, in den anderen Bundesländern haben sie abgenommen (Bayerl 2008: 377 f., Statistik Austria 2009: 87 ff.).

Tabelle 1: Öffentliche Ausgaben für institutionelle Einrichtungen 2000 und 2007*

	2000		2007	
	absolut in Mio. €	in %	absolut in Mio. €	in %
Österreich gesamt	973,5	100,0	1.290,8	100,0
Bundesländer mit Wien	412,3	42,4	578,6	44,8
Gemeinden ohne Wien	561,2	57,6	712,2	55,2
Burgenland	27,1	2,8	42,5	3,3
Kärnten	66,0	6,8	83,6	6,5
Niederösterreich	211,6	21,7	275,8	21,4
Oberösterreich	154,1	15,8	205,6	15,9
Salzburg	63,3	6,5	77,2	6,0
Steiermark	116,2	11,9	170,6	13,2
Tirol	63,1	6,5	74,4	5,8
Vorarlberg	32,4	3,3	42,2	3,3
Wien	239,6	24,6	317,2	24,6

* Die Summe der Bundesländer ergibt für das Jahr 2007 nicht ganz den Wert für Österreich gesamt
Quelle: Bayerl 2008: 378, Statistik Austria 2009: 87 ff.

Die Transfers der Bundesländer an die Gemeinden (v. a. Personalkostenersätze) betragen 2006 insgesamt 161,1 Mio. €, was einem Anteil an den Gesamtausgaben der Gemeinden von fast 25 % entspricht (Bayerl 2008: 379).

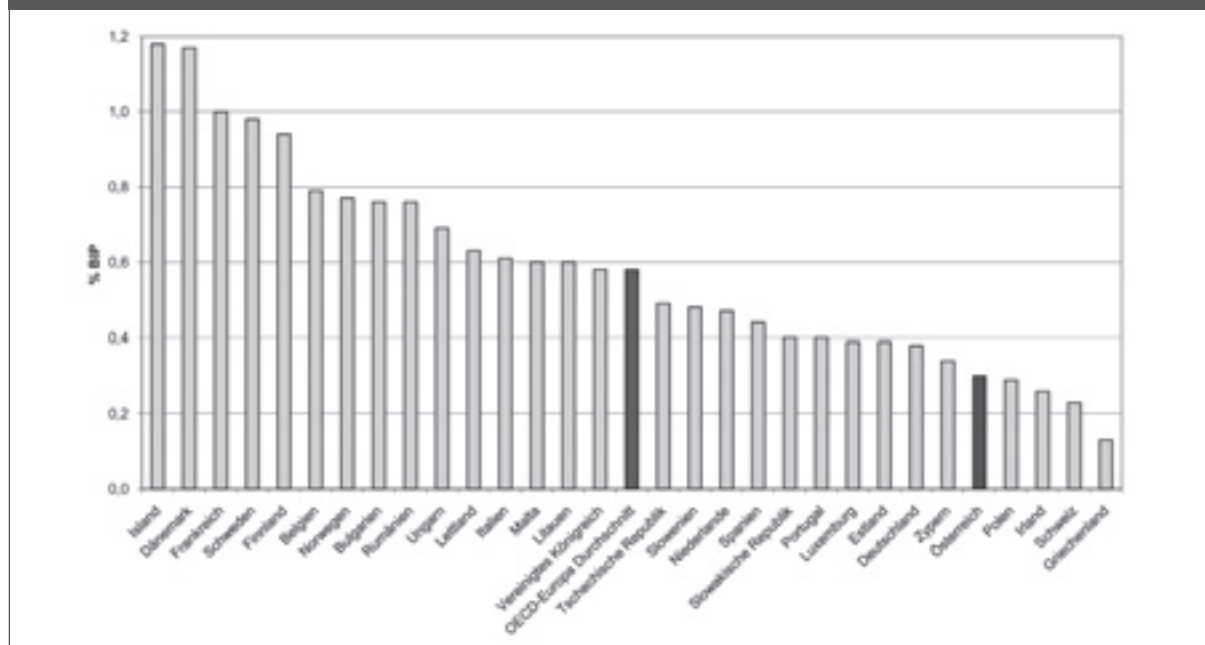
⁷ Die Ausgaben wurden bis 2000 von Statistik Austria zurückgerechnet. Zahlungen von privaten Haushalten sind enthalten. Die Gesamtaufwendungen von öffentlicher und privater Trägerschaft können nicht addiert werden, da jeder Träger getrennt nach der Letztverausgabung abgebildet wird (vgl. weiter unten).

⁸ Transfers der Bundesländer an die Gemeinden (vgl. weiter unten) scheinen lediglich bei den verausgabenden Gemeinden auf.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Im europäischen OECD-Vergleich lagen die öffentlichen Ausgaben für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren in Österreich im Jahr 2005 mit 0,30 % des BIP deutlich unter dem Durchschnitt von 0,58 %. Dies ist vor allem bedingt durch die insgesamt geringen Ausgaben für unter Dreijährige und den relativ hohen Anteil von Ausgaben privater Träger bei den Drei- bis Sechsjährigen (vgl. weiter unten). Die höchsten Ausgaben wiesen die nordischen Länder (Island, Dänemark, Schweden, Finnland) und Frankreich mit rund 1 % des BIP und darüber aus.⁹ Geringere Ausgabenanteile als Österreich verzeichneten lediglich Griechenland, die Schweiz, Irland und Polen (OECD 2008b).

Abbildung 1: Öffentliche Ausgaben für Kinderbetreuung und vorschulische Bildung (0–6 Jahre) in % BIP, OECD-Europa 2005



Quelle: OECD 2008b

1.2.2 Diversifikation bei den Angeboten

Internationaler Blickwinkel

Die internationale Entwicklung ist in den letzten Jahren von einer Diversifikation bei den außerfamiliären Kinderbetreuungsangeboten geprägt. Die Hauptlinien betreffen dabei strukturelle Reformen in den Organisationsformen, der Regulierung und Finanzierung sowie die Einführung von neuen Service- und Programmformen. Auch die verstärkte Delegation von Aufgaben zu privaten Betreibern (gemeinnützige Organisationen, kommerzielle Anbieter, Betriebseinrichtungen, Elternkooperativen etc.) ist zu beobachten. Sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen, haben private Erhalter i. d. R. ebenfalls Zugang zu Subventionen für die laufenden Kosten. Häufig gibt es auch Subventionen für die Errichtung, z. T. auf der Basis von Angeboten potenzieller Betreiber im Zuge einer öffentlichen Ausschreibung durch Länder oder Gemeinden.

⁹ Die öffentlichen Ausgaben für Dänemark, Finnland und Schweden sind unterschätzt, da sie sich bei den Drei- bis Sechsjährigen nur auf Vorschulklassen oder gebührenbefreite Vormittagseinheiten beziehen, die „Bildungsprogramme“ beinhalten (OECD 2006b: 110).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Ausgangspunkt dieser Entwicklung ist das Bemühen, die Lücken bei der außerfamiliären Kinderbetreuung relativ rasch zu schließen – öffentliche Anbieter reagieren häufig nur verzögert auf den gestiegenen Bedarf – bzw. die Zugangschancen und die Wahlfreiheit auf Nutzerseite zu erhöhen. Zum Teil wird auch angestrebt, öffentliche Ausgaben zu limitieren (private Betreiber sind i. d. R. gefordert, öffentliche Finanzierung zu ergänzen). Vorteile werden aufgrund der größeren Flexibilität, der Innovation und der Konkurrenzsituation zwischen privaten Anbietern erwartet. Manche privaten Betreiber, etwa jene mit speziellen pädagogischen Konzepten, tragen auch zu einer Verbesserung der Betreuungsqualität bzw. zur Vielfalt des Angebots bei.

Die Folgen einer starken Vermarktlichung sind jedoch im Hinblick auf Qualität, Leistbarkeit und Wahlfreiheit als ambivalent, wenn nicht sogar negativ zu bewerten. Eltern sind meist auf die Übernahme einer Kontrollfunktion für Qualität nicht vorbereitet und können aus einer Reihe von praktischen Gründen gegebenenfalls nur schwer Veränderungen durchsetzen. Da private Einrichtungen häufig staatliche Gelder zumindest komplettieren müssen, sind die Elternbeiträge zumeist ebenfalls höher und stellen damit eine Zugangshürde für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen dar. Ebenso können regionale Ungleichheiten im Zugang zu Einrichtungen durch Marktmechanismen noch ausgeweitet werden.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist der Kinderbetreuungssektor in Europa insgesamt nach wie vor durch bedeutsame Regulierung, Finanzierung und direkte Bereitstellung von öffentlicher Seite gekennzeichnet, wobei sich jedoch relativ deutliche Unterschiede je nach betroffener Altersgruppe zeigen:

Für Kinder unter drei Jahren ist das Angebot häufig durch einen Mix aus formellen und informellen, öffentlichen und privaten Angeboten gekennzeichnet. In manchen Fällen entwickelte sich das Kinderbetreuungswesen zu einem Flickwerk aus Kleinanbietern und individueller familiennaher Betreuung. Im Gegensatz dazu ist in den sozialdemokratischen Ländern (mit der Ausnahme Norwegens) die direkte Bereitstellung von Betreuungsangeboten durch die Gemeinden (inkl. Tageseltern) die Regel.

Der vorschulische Bildungssektor für die Drei- bis Sechsjährigen wird durch institutionelle, öffentlich finanzierte Anbieter dominiert. Die Mehrheit der Einrichtungen wird direkt durch die zentrale Regierung, die Länder (im Falle von föderativen Bundesstaaten), lokale Behörden oder durch abhängige gemeinnützige oder vertraglich verpflichtete private Organisationen betrieben. Wesentliche derartige Betreiber sind Glaubensgemeinschaften, z. B. in den Benelux-Ländern, Deutschland, Irland und Italien, wo Kirchenorganisationen ein Drittel und mehr aller vorschulischen Bildungseinrichtungen führen.

(Nachmittags-)Betreuungseinrichtungen für Schüler/-innen werden üblicherweise von öffentlichen Betreibern oder gemeinnützigen Organisationen geführt. In manchen Ländern wird die Betreuung auch von elterngeführten Gremien, die Personal anstellen, organisiert. Private profitorientierte Betreiber bieten eher in wohlhabenderen Gegenden an, wo die Eltern höhere Beiträge bzw. auch die vollen Kosten übernehmen können (European Foundation 2006a, Huber et al. 2007, OECD 2006a: 247).

Angebotsformen

In Österreich steht ein vielfältiges Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung zur Verfügung. Zu den wichtigsten Formen zählen zunächst die sogenannten „institutionellen“ Einrichtungen, bei denen es sich je nach Alter der Kinder um Kinderkrippen (v. a. 0–3), Kindergärten (v. a. 3–5) und Horte (v. a. 6–10) sowie um altersgemischte Einrichtungen handelt.

Im Jahr 2008 gibt es in Österreich (ohne Saisontagesheime) 7 950 institutionelle Einrichtungen; davon sind 61,2 % Kindergärten, 14,9 % Horte, 12,9 % Krippen und 11,0 % altersgemischte Betreuungseinrichtungen. Im Zehnjahresvergleich hat die Anzahl der Krippen um 110 % und die der Horte um 60 % zugenommen. Das mehr oder weniger stagnierende Angebot bei den Kindergärten ist dadurch bedingt, dass immer mehr Einrichtungen altersgemischt geführt werden. Deren Anzahl hat sich in den letzten zehn Jahren verzehnfacht (Statistik Austria 2009; vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Kindertagesheime nach Einrichtungsart 1998 und 2008				
	1998		2008	
	absolut	in %	Absolut	in %
Kindertagesheime gesamt	5 825	100,0	7 950	100,0
Krippen	482	8,3	1 026	12,9
Kindergärten	4 516	77,5	4 863	61,2
Horte	739	12,7	1 183	14,9
Altersgemischte Einrichtungen	88	1,5	878	11,0
Quelle: Statistik Austria 2009				

Neben den „institutionellen“ Einrichtungen gibt es Eltern-Kind-Gruppen (v. a. 0–4 Jahre). Träger sind meist elternverwaltete Gruppen, der Betrieb bedarf i. d. R. einer Bewilligung. Subventionen sind abhängig vom jeweiligen Bundesland bzw. der Gemeinde. Je nach Bundesland gibt es unterschiedliche Anstellungsvoraussetzungen für das Personal, Eltern übernehmen zumeist auch die pädagogische Verantwortung. Eltern-Kind-Gruppen finden sich hauptsächlich in Tirol, Vorarlberg und Kärnten (Gesamtzahl ca. 200) (Dörfler 2007: 20 f., OECD 2006b: 19).

Für Kinder bzw. Jugendliche im Schulalter existieren zwei Formen der Tagesbetreuung an öffentlichen Schulen. Bei der verschränkten Form des Unterrichts- und des Betreuungsteiles („Ganztagsschule“) wechseln Unterricht, Lern- und Freizeit im Laufe eines Schultages ab. Die Teilnahme ist für alle Schüler/-innen verpflichtend. Bei der „Tagesheimschule“ bzw. „offenen Schule“ werden Unterrichts- und Betreuungsteil zeitlich voneinander getrennt. Die Betreuung erfolgt freiwillig und kann auch an einzelnen Tagen in Anspruch genommen werden. Bei beiden Typen kann die Betreuung während Lern- und Freizeit neben Lehrer /-innen auch durch Erzieher/-innen erfolgen (BMUKK 2009). Im Schuljahr 2007/08 bieten 885 von insgesamt 5 413 Schulen (16,3 %), davon 470 Volksschulen, 139 Hauptschulen, 82 Sonderschulen, 14 Polytechnische Schulen und 180 AHS, eine der beiden Formen der Tagesbetreuung an. Im Schuljahr 2002/03 waren es lediglich 469 von insgesamt 5 144 Schulen (9,1 %); sowohl die absolute Zahl als auch der Anteil an allen Schulen haben sich damit in den fünf Jahren nahezu verdoppelt (Schatzl 2009).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Altersübergreifende Betreuung wird von Tageseltern – zumeist in deren privaten Wohnräumen, aber auch im Haushalt der zu betreuenden Kinder (z. B. „Mobile Mamis“ in Niederösterreich) – angeboten. Die Voraussetzungen für eine Bewilligung sind durch die Landesgesetzgebung festzulegen. Zum Teil gibt es Subventionen durch die Länder, die Gemeinden bzw. auch das Arbeitsmarktservice. Tageseltern sind entweder bei privaten Trägern angestellt oder freiberuflich tätig. Rund ein Viertel der aktiven Tageseltern hat den Ausbildungslehrgang der Österreichischen Berufsvereinigung absolviert, und ein weiteres Fünftel verfügt über die Ausbildung zum/r diplomierten Kleinkindpädagogen/-in (Dörfler 2007: 20, OECD 2006b: 19). Im Jahr 2008 gibt es in Österreich 3 367 aktive Tageseltern, davon sind 2 021 (60,0 %) angestellt. Zusätzlich wurden im Jahreszeitraum bis Oktober 2008 795 Tageselternzulassungen von den Behörden neu vergeben (Statistik Austria 2009: 21).

Österreich ist somit insgesamt nach wie vor durch eine Vormachtstellung des Kindergartens als pädagogischer Einrichtung zur sozialen und vorschulischen Förderung charakterisiert (Dörfler 2007: 44), wenngleich der Anteil der Kindergärten an allen institutionellen Einrichtungen gegenüber 1998 deutlich (um 16 Prozentpunkte) abgenommen hat. Bei praktisch allen übrigen Betreuungsformen (Krippen, Horte, altersgemischte Einrichtungen, Tagesbetreuung an Schulen) ist im letzten Jahrzehnt eine sprunghafte Entwicklung mit Zuwachsraten um die 100 % und mehr bei den zur Verfügung stehenden Einrichtungen zu verzeichnen.

Öffentliche und private Erhalter

Im Jahr 2008 sind 61,4 % (4 883) der insgesamt 7 950 „institutionellen“ Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich öffentlich, die Träger fast ausschließlich Gemeinden; 38,6 % (3 067) haben private Träger. Sechs von zehn privaten Betreuungseinrichtungen werden von Vereinen geführt, knapp drei von zehn von kirchlichen Organisationen. Der übrige Teil der privaten Einrichtungen (10,9 %) verteilt sich auf solche Einrichtungen, die von Betrieben, Privatpersonen oder sonstigen Erhaltern organisiert werden.

Die Anzahl der privaten Einrichtungen hat seit 1997 (1 664) um 84 % zugenommen, jener der öffentlichen (1997: 4 072) lediglich um 20 %. Entsprechend stieg der Anteil der privaten Einrichtungen an allen Einrichtungen im Elfjahresvergleich um fast zehn Prozentpunkte. Während der gemeinsame Anteil von Vereinen und kirchlichen Organisationen an allen privaten Trägern nur mäßig zugenommen hat (von 84,2 auf 89,1 %), hat sich das interne Gewicht stark zu den Vereinen verschoben: 1997 waren nur 38,3 % der privaten Träger Vereine, aber 45,9 % kirchliche Organisationen (vgl. Tabelle 3).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Tabelle 3: Kindertagesheime nach dem Erhalter 1997 und 2008

	Gesamt	Privat		Vereine		Kirchliche Organisationen	
	absolut	absolut	in % gesamt	absolut	in % privat	absolut	in % privat
1997	5 736	1 664	29,0	637	38,3	764	45,9
2008	7 950	3 067	38,6	1 862	60,7	872	28,4

Quelle: Östat 1998: 82, Statistik Austria 2009: 47.

Bei den einzelnen Einrichtungen ist der Anteil der privaten Träger bei den altersgemischten Einrichtungen mit 67,4 % (absolut 592) im Jahr 2008 am höchsten, gefolgt von Krippen mit 60,6 % (622) und Horten mit 46,1 % (546). Die geringsten privaten Anteile weisen Kindergärten mit 26,9 % (1 307) auf. Bei Krippen (78,6 %), altersgemischten Einrichtungen (71,6 %) und Horten (65,2 %) dominieren unter den privaten Trägern die Vereine, bei den Kindergärten stellen die kirchlichen Organisationen mit 46,4 % hingegen (noch) fast die Hälfte der privaten Einrichtungen. Nach Bundesländern weisen Wien (57,3 %), Kärnten (52,1 %) und Oberösterreich (49,3 %) die höchsten Anteile an privaten Betreibern auf, das Burgenland (9,4 %) und Niederösterreich (15,3 %) die geringsten (Östat 1998, Statistik Austria 2009).

Betriebliche Eigeneinrichtungen spielen aufgrund der Klein- und Mittelbetriebsstruktur Österreichs eine marginale Rolle. 2008 werden 1,0 % (83) aller Kindertagesheime von einem Betrieb erhalten, anteilmäßig aber immerhin mehr als doppelt so viele als noch 1997 (0,4 % bzw. 25). Mehr als die Hälfte dieser Einrichtungen (48) befindet sich in Niederösterreich (Östat 1998, Statistik Austria 2009). Etwas häufiger werden andere Träger von Unternehmen engagiert, um Betreuungsplätze bereitzustellen. Beispielsweise in Betriebsparks finden sich auch unternehmensübergreifende Einrichtungen. Zum Teil gibt es eine Kooperation mit bestehenden Einrichtungen, in denen Plätze „reserviert“ werden. In einer schriftlichen Befragung von Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten im Jahr 2004 (insgesamt ca. 5 500) berichteten 4,3 % der Betriebe von Einrichtungen entweder im Eigen- oder im Fremdbetrieb bzw. weitere 2,5 % von reservierten Plätzen in ortsansässigen Betreuungseinrichtungen. Der Anteil stieg mit der Betriebsgröße (ab 500 Beschäftigten rund 25 % bzw. 10 %) (BMGF 2006: 61).

Privatpersonen und sonstige Erhalter weisen mit einem Anteil von 3,1 % an allen Einrichtungen im Jahr 2008 ebenfalls nur einen untergeordneten Part auf, ihr Anteil ist im Elfjahresvergleich (1997: 4,1 %) sogar zurückgegangen. 47,2 % dieser insgesamt 250 Einrichtungen (1997: 238) befinden sich in Wien und in Niederösterreich.

Der Anteil der privaten Betreiber an allen institutionellen Einrichtungen hat sich somit im letzten Jahrzehnt deutlich (um fast zehn Prozentpunkte auf mehr als 38 %) erhöht. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind die Vereine, deren absolute Zahl an Einrichtungen sich seit 1997 fast verdreifacht hat und die bereits deutlich mehr als die Hälfte aller privaten Einrichtungen stellen. Das Angebot von kirchlichen Organisationen hat im Gegensatz dazu in absoluten Zahlen nur noch leicht zugenommen, der relative Anteil an allen privaten Einrichtungen ging deutlich zurück. Betriebe, Privatpersonen und sonstige Erhalter spielen im Angebotspektrum nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Der weit überwiegende Teil des privaten Angebots erfolgt traditionell über lang etablierte Non-Profit-Organisationen.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Öffentliche und private Ausgaben

Private Erhalter von Kindergärten und altersgemischten Betreuungseinrichtungen wiesen 2005 Ausgaben in Höhe von 235,9 Mio. € bzw. 0,10 % des BIP auf.¹⁰ Parallel zur Angebotsstruktur überwiegen die Ausgaben von Vereinen und der katholischen Kirche mit jeweils etwas mehr als 100 Mio. €. Die Ausgaben betragen in Wien 99,8 Mio. € (Anteil von 42,3 %; vgl. Tabelle 4), vor Oberösterreich mit 57,6 Mio. € und der Steiermark mit 26,8 Mio. €. Nach Ausgabenkategorien dominieren analog zu den öffentlichen Erhaltern mit 77,5 % die Personalaufwendungen (Bayerl 2008: 380).

Tabelle 4: Ausgaben privater Kindergärten und altersgemischter Einrichtungen 2005 in Mio. €

	absolut in Mio. €	in %
Österreich gesamt	235,9	100,0
Burgenland	2,8	1,2
Kärnten	14,4	6,1
Niederösterreich	8,5	3,6
Oberösterreich	57,6	24,4
Salzburg	13,4	5,7
Steiermark	26,8	11,4
Tirol	7,1	3,0
Vorarlberg	5,5	2,3
Wien	99,8	42,3
Quelle: Bayerl 2008: 380		

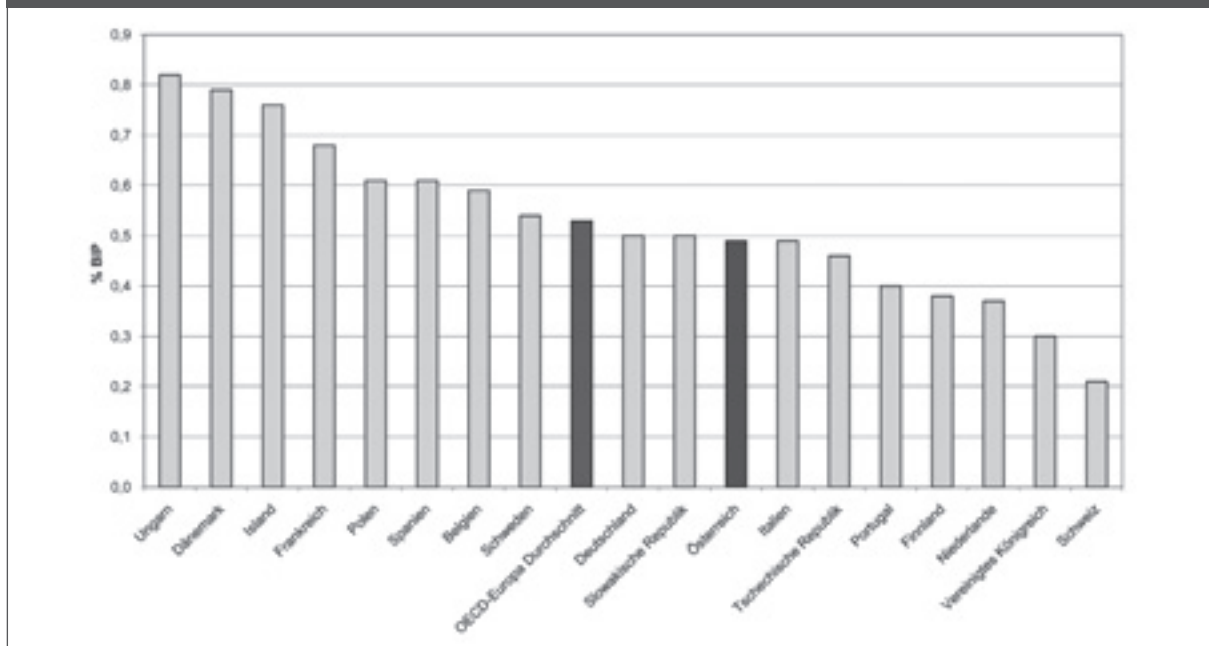
Im internationalen Vergleich lagen die privaten Ausgaben für vorschulische Bildung (Kinder ab drei Jahren) in Österreich im Jahr 2003 mit 0,13 % des BIP im europäischen Spitzenfeld. Ausschlaggebend dafür ist die ausgeprägte Kooperation mit Non-Profit-Organisationen. Nur Norwegen (0,18 %), Dänemark (0,15 %) und Deutschland (0,14 %) wiesen höhere Ausgaben relativ zum BIP auf (OECD 2006a: 247).

Die entsprechenden öffentlichen und privaten Ausgaben zusammen bewegten sich im Jahr 2005 in Österreich mit 0,49 % des BIP hingegen in etwa im OECD-Europa-Durchschnitt (0,53 %). Deutlich höhere Anteile ergaben sich mit rund 0,8 % für Ungarn, Dänemark und Island (OECD 2008a: 238; vgl. Abbildung 2).¹¹

¹⁰ Die Erhebung für die internationale Berichterstattung umfasst nur diese Einrichtungsformen. 2005 wurde das Erhebungsverfahren geändert und ist mit den Vorjahren nicht vergleichbar.

¹¹ Die öffentlichen Ausgaben für Dänemark, Finnland und Schweden sind unterschätzt, da sie sich bei den Drei- bis Sechsjährigen nur auf Vorschulklassen oder gebührenbefreite Vormittageinheiten beziehen, die „Bildungsprogramme“ beinhalten (OECD 2006b: 110).

Abbildung 2: Öffentliche und private Ausgaben für vorschulische Bildung (Kinder ab 3 Jahren) in % BIP, OECD-Europa 2005



Quelle: OECD 2008a

1.2.3 Wahlfreiheit und Leistbarkeit – die Nachfrageseite

Eltern sollten die Möglichkeit haben, ihre persönliche Präferenz hinsichtlich des Mix von familiärer und außerfamiliärer Kinderbetreuung frei wählen zu können. Für jene, die an außerfamiliärer Betreuung für ihre Kinder interessiert sind, sollte dabei ein vielfältiges und leistbares Angebot zur Verfügung stehen. Dies gilt sowohl für Kinder von Eltern, bei denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Priorität hat, als auch für Kinder von Eltern, bei denen der Sozialisations- und Bildungsfaktor im Vordergrund steht, bzw. für die gleichzeitige Verfolgung beider Stoßrichtungen.

In Österreich können Eltern die gewünschte Form der außerfamiliären Betreuung für ihre Kinder im Prinzip frei wählen. Allerdings besteht bisher für keine Altersgruppe ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz, was sich mit der Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres (halbtags) im Jahr 2009 geändert hat.¹² In anderen europäischen Ländern ist ein Rechtsanspruch für Kinder im Kindergartenalter (z. T. auch schon davor) bereits geübte Praxis, so etwa in Belgien, Dänemark (de facto), Finnland, Frankreich, Deutschland, Irland und Italien (OECD 2006a: 80). In öffentlichen Einrichtungen Österreichs werden im Allgemeinen Kinder im letzten Jahr vor dem Schuleintritt, Kinder, deren Geschwister bereits in derselben Institution betreut werden, und Einzelkinder bevorzugt. Doppelverdiener und Alleinerzieher/-innen haben häufig Priorität bei der Ganztagsbetreuung. Zusätzlich werden in manchen Regionen „soziale“ Gründe (z. B. nachteilige

¹² Die entsprechende Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern wurde im Frühjahr 2009 abgeschlossen. Aufgrund der kurzen Vorlaufzeit war es nicht möglich, jedem Fünfjährigen schon im Herbst 2009 einen Kindergartenplatz zuzusichern. Die tatsächliche Verpflichtung (bzw. umgekehrt der Rechtsanspruch) wird in einigen Bundesländern daher erst 2010 schlagend.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

soziale Verhältnisse innerhalb der Familie etc.) herangezogen. Private Betreiber müssen sich grundsätzlich nicht an diese Prioritätsregeln halten (OECD 2003: 145/149, OECD 2007a: 138).

Ungleichheiten bei der Wahlfreiheit bzw. im Zugang zu außerfamiliärer Kinderbetreuung sind in der Praxis zunächst regional bedingt: ein qualifiziertes Ausmaß an Betreuung für Kinder unter drei Jahren und im Schulalter ist i. d. R. nur in bestimmten, eher städtischen, Regionen verfügbar (vgl. weiter unten). Im Hinblick auf mögliche weitere Barrieren ist die Analyse des Zusammenhangs von außerfamiliärer Betreuung mit sozio-demografischen Familienmerkmalen von Interesse.

Außerfamiliäre Betreuung nach sozio-demografischen Merkmalen

Alleinerzieher/-innen

Die Ergebnisse der Kindertagesheimstatistik zeigen, dass 14,2 % der 2007 institutionell betreuten Kinder eine alleinerziehende Mutter haben. Gegenüber allen Kindern unter 15 Jahren (2006: 11,8 %) fällt der Prozentsatz überdurchschnittlich aus. Die höchsten Anteile weisen Wien (18,2 %) und Kärnten (16,5 %) auf, die geringsten das Burgenland (8,6 %), Tirol (10,6 %), Niederösterreich (10,9 %) und Vorarlberg (11,2 %). Nach Betreuungsformen haben in Horten fast drei von zehn Kindern (28,1 %) eine alleinerziehende Mutter. Dies liegt mit Abstand vor den entsprechenden Anteilen in Krippen (14,4 %), altersgemischten Einrichtungen (13,9 %) und Kindergärten (10,8 %). 10,9 % der 2007 in Kindertagesheimen betreuten Kinder (ohne Steiermark) haben eine alleinerziehende und berufstätige Mutter, der Prozentsatz ist im Zehnjahresvergleich (1997: 11,3 %) marginal rückläufig. Konstant weniger als ein Prozent der Kinder in Kindertagesheimen haben einen alleinerziehenden Vater (Östat 1998: 115, Schipfer 2008: 15, Statistik Austria 2008a: 14/66 f.).

Entsprechend liegt den SILC-Daten zufolge bei alleinerziehenden Elternteilen im Jahr 2006 mit 33 % eine überdurchschnittlich hohe Betreuungsquote von Kindern unter 16 Jahren vor (alle Kinder: 27 %) (Statistik Austria 2008c: 148). Als hauptsächliche Betreuung für Kinder unter 15 Jahren während der eigenen Erwerbsarbeitszeit werden Betreuungseinrichtungen laut Mikrozensus im Jahr 2005 mit 36 % auch wesentlich häufiger von alleinerziehenden Müttern in Anspruch genommen (alle Frauen: 21 %) (Statistik Austria 2006a: 82).

Erwerbstätigkeit von Müttern

In den Kindertagesheimen werden im Jahr 2007 zu fast zwei Drittel (63,0 %) Kinder von berufstätigen Müttern betreut. Der Anteil ist gegenüber 1997 (54,4 %) deutlich gestiegen und liegt auch über jenem in der Gesamtbevölkerung: insgesamt ist bei 59,9 % aller Kinder unter 15 Jahren mit der Mutter im gemeinsamen Haushalt diese erwerbstätig (exklusive Karenz). Am höchsten sind die Anteile in institutionellen Einrichtungen in Salzburg (69,7 %), Kärnten (67,3 %), im Burgenland (66,3 %) und in Wien (64,8 %), wobei in der Bundeshauptstadt der Anteil mit vollzeitbeschäftigter Mutter mit Abstand am höchsten ausfällt. Die geringsten Anteile weisen mit unter 60 % Vorarlberg (55,4 %), Tirol (57,2 %) und die Steiermark (57,9 %) auf.

Nach Betreuungsformen liegt der Anteil mit erwerbstätiger Mutter bei Hortkindern in den letzten zehn Jahren relativ konstant bei rund 80 % (1997: 81,6 %, 2007: 79,3 %). Bei Kindern in Krippen ist zwar im selben Zeitraum eine Reduktion des Anteils auf 73,6 % aus-

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

zumachen (1997: 79,0 %), absolut gesehen hat sich die Zahl der Kinder mit berufstätiger Mutter in den zehn Jahren jedoch fast verdoppelt. Auch in altersgemischten Einrichtungen hat sich bedingt durch die enorme Zunahme der insgesamt betreuten Kinder der Prozentsatz verringert (von 75,7 % auf 66,6 %). In Kindergärten ist der Anteil mit berufstätiger Mutter aufgrund der allgemein hohen Betreuungsquoten traditionell niedriger; hier wiesen 2007 57,6 % der Kinder eine berufstätige Mutter auf. Gegenüber 1997 (49,3 %) ist der Anteil jedoch beträchtlich gestiegen (Statistik Austria 2008a: 27 ff., Statistik Austria 2008d: 69).

Während somit erwartungsgemäß ein positiver Zusammenhang zwischen der Erwerbstätigkeit von Müttern und der Inanspruchnahme von außerfamiliärer Kinderbetreuung gegeben ist, besteht jedoch gleichzeitig das Faktum, dass die Erwerbswünsche von Eltern teils aufgrund von Mängeln bei der Kinderbetreuung noch immer stark beeinträchtigt werden: Insgesamt gaben bei der Mikrozensusbefragung im Jahr 2005 rund 45 000 Personen mit Kindern unter 15 Jahren an, wegen fehlender (25 000) oder qualitativ nicht entsprechender¹³ Kinderbetreuungseinrichtungen (20 000) nicht mehr Stunden zu arbeiten bzw. überhaupt nicht zu arbeiten, obwohl dies ihr Wunsch ist (Statistik Austria 2006a: 24). Auch bei der überwiegenden Mehrheit jener Frauen, die während des Kinderbetreuungsgeldbezuges keiner bezahlten Arbeit nachgingen, führte mehr als ein Fünftel als Grund an, keine Betreuung für das Kind gehabt zu haben; 7 % war die Kinderbetreuung zu teuer (Kapella/Rille-Pfeiffer 2006: 35).

Umgekehrt ist anhand der Daten der Kindertagesheimstatistik auch festzustellen, dass die Zahl der Kinder von erwerbstätigen Müttern ohne Inanspruchnahme außerfamiliärer Betreuung nicht zu vernachlässigen ist: Im Jahr 2007 sind lediglich 19,3 % aller 0- bis 2-Jährigen mit berufstätiger Mutter (12 529 von 65 078) in institutionellen Betreuungseinrichtungen untergebracht (Statistik Austria 2008a: 14). Selbst unter Berücksichtigung der bei Tageseltern und in Kindergruppen betreuten Kinder ist daher davon auszugehen, dass mehr als 45 000 Kinder unter drei Jahren trotz berufstätiger Mutter nicht außerfamiliär betreut werden.

Dies erklärt sich zum einen dadurch, dass viele Frauen nur Teilzeit erwerbstätig sind und damit die Betreuung während der Arbeitszeit durch andere Familienmitglieder abgedeckt werden kann (Statistik Austria 2006a: 27). Zum anderen legt dies aber auch eine deutlich eingeschränkte Wahlfreiheit aufgrund von fehlenden oder unzureichenden Kinderbetreuungsangeboten nahe.

Bildung, Einkommen

Die Inanspruchnahme von institutioneller Kinderbetreuung als hauptsächlicher Betreuung von Kindern unter 15 Jahren während der eigenen Erwerbsarbeitszeit ist laut Mikrozensus im Jahr 2005 bei Hochschulabsolventinnen bzw. bei Müttern, die eine höhere Schule abgeschlossen haben, mit 26 % bzw. 28 % fast doppelt so hoch wie bei Frauen mit Pflichtschulabschluss (15 %) (Statistik Austria 2006a: 78). Auch nach Einkommensgruppen zeigt sich den SILC-Daten für 2006 zufolge, dass unter 16-Jährige aus Familien mit hohem Einkommen wesentlich häufiger außerfamiliär betreut werden als Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen (Betreuungsquote 37 % vs. 23 %) (Statistik Austria 2008c: 148).

¹³ Betreuungskosten, pädagogische Fähigkeiten des Personals, Betreuungsschlüssel, Hygiene und Sicherheit etc.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Staatsbürgerschaft/Muttersprache

11,7 % der 2007 in Kindertagesheimen betreuten Kinder haben nicht die österreichische Staatsbürgerschaft, wobei der Großteil dem ehemaligen Jugoslawien (36 %) und der Türkei (20 %) zuzurechnen ist. Der Anteil hat sich seit 1997 (11,0 %) geringfügig erhöht und liegt leicht über jenem in der Wohnbevölkerung unter 15 Jahren (10,6 %). Er ist in Wien (17,3 %) und Salzburg (13,3 %) am höchsten, im Burgenland (6,4 %), in Niederösterreich (7,6 %) und Kärnten (7,8 %) am geringsten. Bereits fast jedes vierte (23,5 %) der in Kindertagesheimen betreuten Kinder hat Deutsch nicht als Muttersprache. Anteilsmäßig finden sich die meisten Kinder in Wien (42,3 %), während Kärnten (9,3 %), Burgenland (12,7 %) und Niederösterreich (13,3 %) deutlich unter dem Österreich-Durchschnitt liegen (Östat 1998: 138; Statistik Austria 2008a: 13).

Überblick

Die Analysen nach sozio-demografischen Familienmerkmalen legen erwartungsgemäß nahe, dass Kinder von Alleinerzieher/-innen und von erwerbstätigen Müttern überdurchschnittlich häufig außerfamiliär betreut werden, insbesondere trifft dies nach Einrichtungen auf Horte und auch auf Krippen zu. Sowohl in direkten Befragungen betroffener Elternteile als auch in speziellen Auswertungen der Kindertagesheimstatistik zeigt sich jedoch auch, dass nicht vorhandene Kinderbetreuungsplätze bzw. qualitative Mängel bei bestehenden Plätzen ein Hindernis bei der Aufnahme bzw. der Ausweitung einer Erwerbstätigkeit darstellen und damit die Wahlfreiheit einschränken. Zusätzlich ergeben sich gewisse Hinweise, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen einen erschwerten Zugang zu außerfamiliärer Kinderbetreuung aufweisen: Tendenziell werden eher Kinder von Eltern mit höherer Bildung und höherem Einkommen betreut. Allerdings fällt bei den außerfamiliär betreuten Kindern der Anteil jener mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft geringfügig überproportional aus.

Leistbarkeit von außerfamiliärer Betreuung

Von essenzieller Bedeutung für eine Inanspruchnahme ist die finanzielle Leistbarkeit der Betreuung. Für Alleinerzieher/-innen, die besonders auf Betreuungsplätze für ihre Kinder angewiesen sind, aber auch für einkommenschwache Familien stellt dies ein überaus wichtiges Kriterium für den Zugang zu außerfamiliärer Kinderbetreuung dar.

Die Mehrzahl der Einrichtungen Österreichs ist (derzeit noch) gebührenpflichtig. Die Elternbeiträge für öffentliche Krippen, Kindergärten, Horte und altersgemischte Einrichtungen werden auf Länderebene festgelegt. Für die (Nachmittags-)Betreuung an Bundesschulen wird ein einheitlicher Betreuungsbeitrag eingehoben, die Höhe des Betreuungsbeitrages an den Pflichtschulen wird durch entsprechende Landesgesetze oder direkt von der schulerhaltenden Gemeinde ermittelt. Elternbeiträge für angestellte Tageseltern werden von den jeweiligen Trägerorganisationen festgelegt.

Von öffentlicher Seite werden die Elternbeiträge grundsätzlich über soziale, nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und Familiengröße gestaffelte, Elternbeiträge subventioniert. Bedürftige Familien sind häufig gänzlich von den Gebühren befreit (ausgenommen zumeist Verpflegung). Die Preise sind i. d. R. nach halb- und ganztägiger Betreuung gestaffelt, reflektieren aber nicht die höheren Gesamtkosten für Kinder unter drei Jahren (aufgrund des niedrigeren Betreuungsschlüssels) (BMUKK 2009, OECD 2003: 146 f.).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Insgesamt tragen private Haushalte durch Elternbeiträge, aber auch weitere Beiträge (Verpflegung, Transport, Bastelbeiträge etc.), nicht unwesentlich zur Finanzierung der Kinderbetreuungskosten bei. Im Jahr 2005 ergab sich eine finanzielle Beteiligung von 113,4 Mio. € für öffentliche Kindertagesheime, was einem Anteil von 10,0 % an den gesamten Ausgaben entsprach. Regionale Unterschiede sind bedingt durch ein differenziertes Angebot an Betreuungsformen, die unterschiedlich gestaffelte Tarife vorsehen. Vor allem Niederösterreich, Vorarlberg und die Steiermark wiesen einen geringen Anteil an den Gesamtausgaben des jeweiligen Landes auf (unter 8 %), relativ hohe Anteile fanden sich in Kärnten, Salzburg und Wien (rund 13 % und darüber).

Bei den privaten Kindergärten und altersgemischten Kinderbetreuungseinrichtungen ergaben sich 2005 Ausgaben privater Haushalte (vgl. Tabelle 5) in der Höhe von 73,7 Mio. € (Anteil von 31,3 % an den Gesamtausgaben). In Wien fand sich mit beinahe 40 % ein relativ hoher Anteil an den Gesamtausgaben des Landes, deutlich unterdurchschnittliche Anteile wiesen das Burgenland, die Steiermark, Oberösterreich und Tirol mit weniger als 25 % auf (Bayerl 2008: 381).

Tabelle 5: Ausgaben privater Haushalte für Kinderbetreuungseinrichtungen 2005

	Öffentliche Kindertagesheime		Private Kindergärten und altersgemischte Einrichtungen	
	in Mio. €	in % Gesamtausgaben	in Mio. €	in % Gesamtausgaben
Österreich gesamt	113,4	10,0	73,7	31,3
Burgenland	3,4	9,9	0,6	21,5
Kärnten	8,9	13,6	3,9	27,1
Niederösterreich	14,4	6,1	2,7	31,7
Oberösterreich	20,1	10,4	13,8	24,0
Salzburg	9,3	13,2	3,4	25,8
Steiermark	10,9	7,8	6,4	23,9
Tirol	5,6	8,9	1,7	24,3
Vorarlberg	2,4	6,7	1,7	31,2
Wien	38,3	12,9	39,4	39,5

Quelle: Bayerl 2008: 381, Statistik Austria 2008a: 88.

Die Differenz der Anteile zwischen öffentlichem und privatem Betreuungswesen ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass der Staat hohe Beträge für Transferleistungen tätigt, die für die private Trägerschaft nicht anfallen (Bayerl 2008: 381). Bei der modellhaften Kalkulation von Ausgaben privater Haushalte pro Kind und Jahr (auf Basis von 187 111 betreuten Kindern in öffentlichen Tagesheimen bzw. 59 679 Kindern in privaten Kindergärten und altersgemischten Einrichtungen im Jahr 2005; Statistik Austria 2006b) zeigt sich jedoch, dass diese in den privaten Einrichtungen mit € 1.235 mehr als doppelt so hoch ausfallen als in den öffentlichen (€ 606).

Nach den SILC-Daten gaben die Eltern im Jahr 2006 bei einem Kind im Durchschnitt 146 € pro Monat für die außerfamiliäre Betreuung aus. Abhängig vom Angebot an Betreuungsformen, der Betreuungsdauer und den öffentlichen Unterstützungen – die meisten Kosten

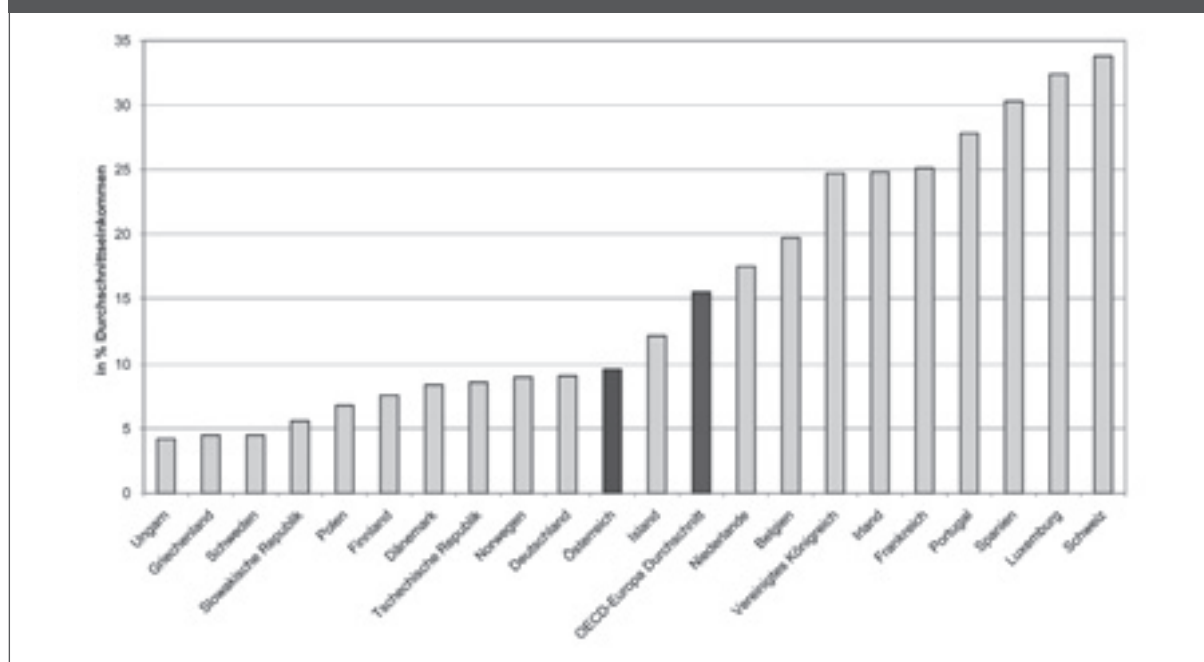
ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

fallen im Durchschnitt für die unter Dreijährigen an, die geringsten für die Drei- bis Fünfjährigen (Statistik Austria 2003) – ist die Betreuung in Wien und in Städten über 100 000 Einwohnern am teuersten (rund 185 €), in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern am günstigsten (122 €).

Die Kosten steigen auch mit zunehmender Erwerbsintensität des Haushalts an (teilweise erwerbstätig: 120 €, voll erwerbstätig: 169 € bei einem Kind) (Statistik Austria 2008c: 150). Als Gründe dafür sind anzunehmen, dass mit der Erwerbstätigkeit des zweiten Elternteils erstens eher auch teurere Einrichtungen in Anspruch genommen werden, zweitens eher eine ganztägige Betreuung benötigt wird, drittens das Haushaltseinkommen steigt und daher soziale Vergünstigungen bei den Beiträgen eher wegfallen.

Im internationalen Vergleich (vgl. Abbildung 3) sind die monatlichen Elternbeiträge im Jahr 2004 für ein zweijähriges Kind in ganztägiger lizenzierter Kinderbetreuung mit 9,6 % des Durchschnittsverdiensts relativ gering (OECD-Europa Mittel: 15,5 %). Noch günstiger als in Österreich ist dieses Verhältnis vor allem in den neuen EU-Mitgliedsstaaten (Ungarn, Slowakische Republik, Polen, Tschechische Republik) und in den nordischen Ländern (Schweden, Finnland, Dänemark, Norwegen) sowie in Griechenland (OECD 2007a: 151).

Abbildung 3: Elternbeiträge (zweijähriges Kind in lizenzierter Ganztagsbetreuung) in % des Durchschnittseinkommens, OECD-Europa 2004



Quelle: OECD 2007: 151

Im Großen und Ganzen ist nach den vorliegenden Befunden außerfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich für alle Bevölkerungsgruppen – nicht zuletzt aufgrund der sozialen Ermäßigungen – als leistbar zu bezeichnen. Allerdings zeigen Berechnungen der OECD (2003: 148), dass im Falle von Alleinerzieher/-innen mit zwei Kindern (ein und vier Jahre) die ganztägigen Betreuungskosten bei einem durchschnittlichen Verdienst bereits ein Viertel des Nettoeinkommens ausmachen. Allgemein ist vor allem im Hinblick auf die wesentlich höheren Elternbeiträge in privaten Einrichtungen die freie Wahl durch das Ein-

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

kommen begrenzt. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass Gebühren für Kinderbetreuung nicht isoliert zu betrachten sind. Auch ein Missverhältnis zwischen zusätzlichem Bruttoerwerbseinkommen auf der einen Seite und zusätzlichen Abgaben, Verlust von Transferleistungen und (auch limitierten) Elternbeiträgen auf der anderen Seite könnte ein Hindernis beim Zugang zu Kinderbetreuung bzw. für eine Arbeitsaufnahme darstellen (vgl. dazu OECD 2007b).

Strategien zur Erhöhung von Wahlfreiheit und Leistbarkeit

Neben dem quantitativen und qualitativen Ausbau des Angebots an Betreuungseinrichtungen (vgl. weiter unten), besteht eine effektive Strategie der Erhöhung der Wahlfreiheit darin, die Koordination und die Kooperation zwischen einzelnen Formen der Kinderbetreuung zu erhöhen. Allgemein kann es für ländliche Gemeinden schwierig sein, institutionelle Einrichtungen für unterschiedliche Altersgruppen zu wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen zu führen. Auch eine Ausweitung der Öffnungszeiten von Einrichtungen, z. B. bis 20 Uhr, ist häufig nicht realisierbar, wenn diese nur vereinzelt genutzt bzw. nachgefragt werden.

Konkrete Lösungen bestehen darin, verschiedene Angebote raummäßig (Betreuung von Kindern mehrerer Altersgruppen) bzw. zeitmäßig (z. B. wohnortnahe Standardbetreuung zu regulären Zeiten, Gruppen auf Stadtteil- bzw. gemeindeübergreifender Ebene für den späten Nachmittag und ein Tageselternservice für individuelle Bedarfe) zu verknüpfen. Für eine bedarfsgerechte Vernetzung der Anbieter ist eine Moderationsfunktion von Vorteil, die im Rahmen kommunaler Strategien bzw. Bündnisse für Familie erfolgen könnte (Esch/Stöbe-Blossey 2005; Kaendl/Dörfler 2007: 40).

In Österreich spielte im letzten Jahrzehnt vor allem die Einbettung von altersgemischten Einrichtungen in das bestehende Angebot eine zentrale Rolle. Die sinkende Geburtenrate hatte eine Aufweichung der Altersgrenzen und die Integration von frühkindlicher Betreuung und teilweise von Nachmittagsbetreuung von Schüler/-innen in Kindergärten zur Folge, die verstärkt dezidiert als altersgemischte Einrichtungen geführt werden. Komplementäre Gründe sind der Mangel an anderen Betreuungsmöglichkeiten, die wachsende Akzeptanz von professioneller Betreuung von Kleinkindern sowie pädagogische Erwägungen. Maximal ein Drittel der Kinder pro Gruppe darf unter drei Jahre alt sein.

Während die Zahl der in Kindergärten betreuten unter Dreijährigen (1997: 6 002; 2007: 6 784) bzw. über Sechsjährigen (1997: 162; 2007: 230) im letzten Jahrzehnt nur unwesentlich zugenommen hat, stieg die Zahl in altersgemischter Betreuung aufgrund der rapiden Zunahme der Einrichtungen sowohl bei den unter Dreijährigen (1997: 312; 2007: 5 809) als auch bei den über Sechsjährigen (1997: 135; 2007: 2 939) sprunghaft an und beträgt zusammen im Jahr 2007 fast ein Drittel aller in altersgemischten Einrichtungen insgesamt betreuten Kinder. Vorreiter dieser Entwicklung sind insbesondere Wien, Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg, wo sich 88 % aller altersgemischten Einrichtungen Österreichs (684 von 778) bzw. 92 % aller in diesen Einrichtungen betreuten Kinder (24 293 von 26 384) befinden (Östat 1998, Statistik Austria 2008a).

Der Schwerpunkt beim Tageselternangebot liegt in ländlichen Regionen und bei Kindern unter sechs Jahren. Zum Teil werden Tageseltern von den Ländern gezielt als Alternative zu Krippenplätzen unterstützt. Das Angebot ist vor allem in Niederösterreich und in der

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Steiermark ausgebaut. Diese beiden Bundesländer beherbergen im Jahr 2008 56,4 % aller aktiven Tageseltern (1 899 von 3 367) bzw. 59,4 % aller bei Tageseltern betreuten Kinder (7 842 von 13 200) (Kaindl/Dörfler 2007: 42; Statistik Austria 2009).

In den einzelnen Bundesländern gibt es auch unterschiedlich gut anlaufende Projekte von gemeindeübergreifenden Kinderbetreuungseinrichtungen. Während sich etwa in der Steiermark zum Teil ein Widerstand der Gemeinden zeigt, funktionieren entsprechende Modelle in Oberösterreich, wo auch ein Transportservice zu derartigen Kindergärten und Krippen angeboten wird (Kaindl/Dörfler 2007: 40). Mit „Family Business“ (www.kinderbetreuung.at) existiert auch eine Initiative zur Vernetzung, Vermittlung und Analyse von unterschiedlichsten Kinderbetreuungsangeboten in Österreich.

Das Ziel der Erhöhung der Wahlfreiheit und Leistbarkeit steht auch im Zentrum von generellen Gebührenbefreiungen, Steuerabsetzbeträgen und direkten finanziellen Unterstützungen für Eltern, die für verschiedene Formen von außerfamiliärer Kinderbetreuung gewährt werden.

In Österreich konnten Kinderbetreuungskosten bisher steuerlich nur dann geltend gemacht werden, wenn sie für die Berufstätigkeit von Alleinerzieher/-innen erforderlich sind bzw. wenn in einer Partnerschaft die Erwerbstätigkeit beider Partner existenziell notwendig ist oder der nicht berufstätige Teil gesundheitlich nicht in der Lage ist, die Kinder selbst zu betreuen. Direkte finanzielle Unterstützungen für Eltern erfolgen im Wege der einkommensgeprüften Kinderbetreuungsbeihilfe des Arbeitsmarktservice (für arbeitssuchende Eltern mit Betreuungspflichten für Kinder unter 15 Jahren) und über die Subjektförderung in einzelnen Bundesländern: So können etwa in Niederösterreich, in der Steiermark und in Tirol Eltern, deren Kinder entweder durch Tageseltern oder in Einrichtungen betreut werden, unter bestimmten Voraussetzungen eine einkommensabhängige Kinderbetreuungsbeihilfe bzw. einen Zuschuss zu den Betreuungskosten beantragen.

Seit 2008/09 setzte in Österreich jedoch eine überaus sprunghafte Entwicklung in punkto elternzentrierter Förderung ein. Eine Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über ein verpflichtendes, kostenloses letztes Kindergartenjahr (halbtags, ab September 2009 kostenlos und spätestens mit September 2010 auch verpflichtend), wurde im Frühjahr 2009 abgeschlossen. Darüber hinaus zeigt sich in der Mehrheit der Bundesländer ein dynamischer Trend hinsichtlich für die Eltern kostenloser Kinderbetreuung:

- Burgenland: die Beiträge für öffentliche und private Kindergärten für Kinder ab zweieinhalb Jahren werden seit Herbst 2009 bis zu einem Maximalbetrag refundiert.
- Kärnten: das letzte Kindergartenjahr ist kostenlos; seit März 2008 werden auch die Elternbeiträge für Drei- und Vierjährige in Kindergärten gefördert, womit de facto eine Halbtagsbetreuung gratis ist.
- Niederösterreich: der Besuch eines öffentlichen Kindergartens ab zweieinhalb Jahren ist seit längerem halbtags kostenlos.
- Oberösterreich: der Kindergarten ist seit Herbst 2009 ab zweieinhalb Jahren ganztags gebührenbefreit.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Salzburg: die stufenweise Einführung eines Gratiskindergartens ist bis 2014 geplant. Seit Herbst 2009 gibt es eine nach halbtags/ganztags abgestufte finanzielle Hilfe für die Betreuung in Krippen, Kindergärten und bei Tageseltern.
- Steiermark: der Kindergarten ist ab drei Jahren seit Herbst 2008 ganztags gebührenbefreit.
- Wien: ein kostenloser Krippen- und Kindergartenbesuch ganztags für alle Altersgruppen bis zum schulpflichtigen Alter ist seit Herbst 2009 in Geltung.¹⁴

Österreich vollzieht damit eine Entwicklung nach, die in zahlreichen europäischen Ländern bereits auf der Tagesordnung steht. Kostenlos für die Eltern ist die Betreuung für Drei- bis Sechsjährige (teilweise auch schon davor) etwa in Belgien, der Tschechischen Republik, Frankreich, Ungarn, Irland, Italien, den Niederlanden, Portugal, Schweden und im Vereinigten Königreich (OECD 2006a: 80 f.).

Im Zuge der Steuerreform 2009 erfolgte in Österreich erstmals eine allgemeine steuerliche Berücksichtigung von Kosten der außerfamiliären Betreuung (für Kinder bis zu zehn Jahren in einer öffentlichen oder privaten Einrichtung oder durch eine pädagogisch qualifizierte Person). Es ist ein Freibetrag bis zu € 2.300 jährlich pro Kind vorgesehen, der einer durchschnittlichen steuerlichen Entlastung von über € 450 jährlich für mittlere Einkommen und über € 750 für höhere Einkommen entspricht. Neu ist auch die Steuerfreiheit von Zuschüssen des Dienstgebers für Kosten der Kinderbetreuung bis zu € 500 jährlich pro Kind (Kresbach 2009).

Das Verfahren eines Steuerfreibetrags ist administrativ relativ unaufwändig und ermöglicht es, den Mittelstand (bzw. Personen, die zumindest so viel verdienen, dass sie steuerpflichtig sind), gezielt zu entlasten. Daneben stellt es einen Anreiz zur (Wieder-)Aufnahme einer Berufstätigkeit dar. Mögliche Nachteile gegenüber einem Gutscheinsystem (vgl. weiter unten) sind darin zu sehen, dass eine Qualitätskontrolle der Betreuung u. U. schwerer möglich ist. Weiters müssen die Eltern die Betreuungskosten vorfinanzieren; die Unterstützung der öffentlichen Hand ist weniger sichtbar, was die Anreizwirkung beeinflussen kann. Eltern mit niedrigerem Bildungsstatus könnten zudem mit der steuerlichen Vorgangsweise weniger vertraut sein und den Freibetrag seltener beantragen (Balthasar et al. 2005: 21, OECD 2006a: 117).

Der Trend zu einer gebührenbefreiten Betreuung (vor allem im Kindergartenalter) sowie die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten stellen insgesamt eine deutliche Entlastung von Familien mit Kindern dar und verschieben die Ausgabenstruktur im Familienbereich hin zu Sachleistungen bzw. zweckgebundenen Leistungen. Beide Maßnahmen sind sowohl für die Entwicklung und Sozialisierung von Kindern als auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als äußerst positiv zu bewerten. Es ist anzunehmen, dass damit eine weitere Steigerung der Betreuungsquoten (vgl. weiter unten) erreicht werden kann und ein starker Erwerbsanreiz für Mütter gesetzt wird.

¹⁴ Private Einrichtungen, Tageseltern: bei Ganztagsbetreuung (ab 40 Stunden pro Woche) maximale Förderung in Höhe der Kosten für Ganztagsbetreuung in städtischen Einrichtungen von € 226, die direkt an die Betreiber ausbezahlt wird. Die Förderung wird nach ganztags, „Teilzeit“ (26–39 Stunden pro Woche) und halbtags (16–25 Stunden pro Woche) abgestuft. Voraussetzung für die Förderung ist der Familienwohnsitz in Wien. In öffentlichen Einrichtungen wird ein beitragsfreier Krippenplatz ganztags nur im Falle der Erwerbstätigkeit von beiden Elternteilen bzw. von Alleinerzieher/-innen gewährt, ansonsten halbtags.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Die OECD schlägt u. a. für Österreich vor, ein System mit Kinderbetreuungsgutscheinen zu prüfen (für Deutschland siehe z. B. Joos 2003). Vor der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes stand auch dessen Einführung als „Kinderbetreuungsscheck“ (Geldleistung bis zum 4. Geburtstag des Kindes, danach bis zum vollendeten 7. Lebensjahr Teilung in eine Geld- und eine Sachleistung, wobei Letztere in Form eines Gutscheines für formelle Kinderbetreuung zur Verfügung steht) zur Diskussion, der aber nicht verwirklicht wurde (OECD 2003: 25/150).

Potenziell könnte ein Gutscheinsystem in Österreich sowohl ergänzend zu dem Trend der gebührenbefreiten Betreuung von Kindern im Kindergartenalter (z. B. Gutscheine für die teilweise Abdeckung von Betreuungskosten für unter Dreijährige in Krippen etc.) als auch zur technischen Abwicklung einer parallelen Förderung von Elternbeiträgen in qualifizierten privaten (gemeinnützigen und nicht-gemeinnützigen) Einrichtungen für Drei- bis Sechsjährige,¹⁵ die aus Verteilungsgesichtspunkten und Gründen der Balance zwischen öffentlichen und privaten Einrichtungen wünschenswert wäre, verwendet werden. Die folgenden Erörterungen beziehen sich vor allem auf die erste Möglichkeit.

Bei einem Gutschein handelt es sich um eine zweckgebundene Subjektsubventionierung. Als Pro-Argumente werden angeführt, dass ein Gutscheinsystem mehr privates Engagement, größere Flexibilisierung (auch im Hinblick auf die Bedürfnisse der Eltern) und Innovation in die Bereitstellung der Dienstleistungen bringt. Indem die Nachfrage gestärkt wird, sollen das Angebot und die Wahlfreiheit erweitert werden. Wenn die Gewährung des Gutscheins eine Betreuung in qualitativ lizenzierten Einrichtungen voraussetzt, fördere dies auch die Qualität der Betreuung.

Entscheidend für die Auswirkungen eines Gutscheinsystems ist u. a., welches Ziel (Vereinbarkeit, Sozialisation, Senkung der öffentlichen Kosten etc.) mit der Einführung erreicht werden soll, welche Qualitätsanforderungen an berechnete Einrichtungen bzw. Betreuungspersonen gestellt werden und welche Betreiberkosten damit inwieweit gedeckt werden sollen. Allgemein ist anzunehmen, dass ein Gutscheinsystem zwar das Angebot an Betreuungsplätzen und die Diversifikation erhöht, es beeinträchtigt aber häufig die staatlichen Steuerkapazitäten und die Systemkoordination. Nachfrageseitige Subventionen führen i. d. R. zu einer signifikanten Zunahme der Betreuung durch Tageseltern – wenn diese in das System einbezogen werden. Das System trägt durch die stärkere Marktorientierung auch das Risiko in sich, Familien mit niedrigeren Einkommen und Familien in ländlichen Gegenden zu benachteiligen (Balthasar et al. 2005, OECD 2003: 151, OECD 2006a: 115 ff.).

In Großbritannien, das 1996/97 ein Gutscheinsystem für alle vierjährigen Kinder zur Halbtagsbetreuung in Kinderbetreuungseinrichtungen erprobte, wurde selbst die angestrebte Angebotsvielfalt nicht erreicht. Bedingt war dies in erster Linie durch die im Rahmen des Gutscheinsystems ausgelösten finanziellen Schwankungen, welche vor allem kleinen Anbietern Schwierigkeiten bereiteten (Dörfler et al. 2001). In Hamburg, das 2003 mit der Einführung der sogenannten „Kita-Card“ begann, sind die Bedarfskriterien angesichts knapper Finanzen eng an die Erwerbstätigkeit der Eltern gekoppelt. Daher verloren sozial benachteiligte Kinder oft ihre Ganztagsplätze und erhielten kürzere Betreuungszeiten zuge-

¹⁵ Als Alternative zu einer entsprechenden Anpassung der Objektförderung in privaten Einrichtungen.

wiesen. Insgesamt zeigt sich, dass ein Gutscheinsystem, das grundsätzlich zu einer verbesserten Bedarfsorientierung in der außerfamiliären Kinderbetreuung beitragen könnte, in der Praxis durch mehrere Faktoren beeinträchtigt werden kann (Esch/Stöbe-Blossey 2005: 15).

1.3 Die österreichische Situation im Spiegel der Barcelona-Ziele: Ausbauintiativen, Betreuungsquoten und Bedarfsprognosen

Durch Ausbauintiativen von Ländern und Gemeinden sowie finanzielle Unterstützung durch den Bund wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von zusätzlichen Betreuungsplätzen geschaffen. In den Jahren 1997 bis 2000 wurden im Rahmen der „Kindergartenmilliarde“ (in ATS, 1999/2000) 87,2 Mio. € an Bundesmitteln, die von den Bundesländern verdoppelt wurden, bereitgestellt. Seit Anfang 2005 stehen finanzielle Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds für die Einmalförderung innovativer Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung. Um das Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung weiter zu erhöhen, investiert der Bund in den Jahren 2008 bis 2010 insgesamt 45 Mio. €, die Bundesländer stellen weitere 60 Mio. € zur Verfügung (Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG). Unterstützt wird dabei der Ausbau des institutionellen Angebots für Kinder bis zum Schuleintritt sowie die Ausbildung von Tageseltern (bis zu 50 % der Bundeszuschüsse), wobei auch im Hinblick auf die 2008 erfolgte Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes der Schwerpunkt bei Betreuungsplätzen für unter Dreijährige liegt (BMWFJ 2009).

Einen Fokus auf den Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Schulen gibt es mitbedingt auch durch die zweite Tranche der „Kindergartenmilliarde“ (1999/2000) seit Mitte der 1990er-Jahre. Für das Schuljahr 2005/06 stellte der Bund zur Finanzierung zusätzlicher Betreuung an Pflichtschulen 8 Mio. € für Personalkosten zur Verfügung. Mit dem Schuljahr 2006/07 trat das Gesetz für die Tagesbetreuung in Kraft, nach dem jede Pflichtschule die Eltern über die Möglichkeiten an Tagesbetreuung informieren und den Bedarf erheben soll. Sobald 15 Schüler/-innen (auch verschiedener Schulstufen oder mehrerer Schulen) angemeldet sind, wäre die Schule verpflichtet, eine Tagesbetreuung einzurichten. Im Schuljahr 2008/09 wurde an AHS-Unterstufen mit schulischer Tagesbetreuung ein einjähriges Pilotprojekt der Mittagsbetreuung für zusätzliche Schüler/-innen gestartet. Es ist Teil eines Gesamtkonzeptes zur Neuregelung der schulischen Tagesbetreuung (BMUKK 2009).

1.3.1 Betreuungsquoten

Betreuungsquoten in Österreich 2007/2008¹⁶

Mit Stichtag 15. Oktober 2008 (2007) waren bundesweit 298 830 (287 627) Kinder unter 15 Jahren in institutionellen Kindertagesheimen eingeschrieben. Mit 208 449 (195 801) Kindern war der Großteil davon (69,8 % [68,1 %]) in Kindergärten untergebracht, 18 389 (17 017) besuchten Krippen, 49 995 (48 433) Horte und 21 997 (26 376) altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtungen. Darüber hinaus wurden 2008 (2007) nach gemeldeten Daten der Länder 13 200 (13 320) Kinder von Tageseltern betreut (Statistik Austria 2009,

¹⁶ 2008 nur institutionell betreute Kinder in Kindertagesheimen; es stehen keine Gesamtzahlen bzw. Betreuungsquoten inkl. schulischer (Nachmittags-)Betreuung zur Verfügung.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Statistik Austria 2008a). Daten des BMUKK zufolge (Schatzl 2009) besuchten im Schuljahr 2007/08 70 538 Schüler/-innen (exkl. Polytechnische Schulen) eine der beiden Formen der Tagesbetreuung an Schulen.

Demnach werden in Österreich im Jahr 2007 (vgl. Tabelle 6) insgesamt 371 485 Kinder unter 15 Jahren (Betreuungsquote 28,9 %) betreut. Getrennt nach Altersgruppen betrifft dies

- 32 996 unter Dreijährige (13,9 %); 2008: 32 797 (14 %)
- 209 716 Drei- bis Fünfjährige (86,6 %); 2008: 210 043 (86,5 %)
- 78 594 Sechs- bis Neunjährige (23,7 %); 2008: 47 506 (14,5 %)
- 50 179 Zehn- bis Vierzehnjährige (10,6 %).

Betrachtet nach Bundesländern liegt Wien bei den unter Dreijährigen mit einer Betreuungsquote von 25,5 % an der Spitze, mit Abstand folgen das Burgenland mit 16,6 % und Tirol mit 14,2 %, die sich ebenfalls noch über dem Österreich-Durchschnitt befinden. Die geringsten Quoten weisen die Steiermark (6,5 %) und Oberösterreich (6,7 %) auf.

Bei den Drei- bis Fünfjährigen sind die höchsten Quoten im Burgenland (97,3 %) und in Niederösterreich (91,4 %) zu verzeichnen. Die geringsten Werte finden sich in Kärnten (81,0 %) und in der Steiermark (81,6 %).

Während die Bundeshauptstadt bei den Sechs- bis Neunjährigen bei den institutionellen Betreuungsformen auf eine Betreuungsquote von 29,9 % kommt, erreichen die nächstfolgenden Bundesländer nur Werte von 18,9 % (Kärnten), 14,1 % (Oberösterreich) und 13,4 % (Niederösterreich). Auffallend sind die geringen Werte in Tirol (4,4 %), in der Steiermark (5,6 %), im Burgenland (7,5 %) und in Vorarlberg (7,7 %).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Tabelle 6: Außerfamiliär betreute Kinder unter 15 Jahren (institutionelle Einrichtungen*, schulische Tagesbetreuung, Tageseltern***) nach Altersgruppen und Bundesländern**

	0-2		3-5		6-9		10-14	Gesamt
absolut	2007	2008	2007	2008	2007	2008		
Österreich	32 996	32 797	209 716	210 043	78 594	47 506	50 179	371 485
Burgenland	1 085	1 130	7 133	7 167	Aufgliederung nach Bundesländern nicht möglich, da Daten für schulische Tagesbetreuung nur für Österreich gesamt vorliegen			
Kärnten	2 205	1 790	12 004	12 263				
Niederösterreich	5 284	5 998	44 553	43 155				
Oberösterreich	3 045	2 756	36 406	36 401				
Salzburg	1 941	1 725	13 826	13 613				
Steiermark	2 676	2 029	26 832	26 432				
Tirol	2 763	2 935	18 498	18 677				
Vorarlberg	1 446	1 629	10 090	10 551				
Wien	12 551	12 805	40 374	41 784				
Betreuungsquote in %								
Österreich	13,9	14,0	86,6	86,5	23,7	14,5	10,6	28,9
Burgenland	16,1	16,6	97,1	97,3	Aufgliederung nach Bundesländern nicht möglich, da Daten für schulische Tagesbetreuung nur für Österreich gesamt vorliegen			
Kärnten	15,0	12,3	79,5	81,0				
Niederösterreich	12,0	13,8	94,9	91,4				
Oberösterreich	7,4	6,7	85,8	85,7				
Salzburg	12,6	11,3	85,8	85,4				
Steiermark	8,5	6,5	83,2	81,6				
Tirol	13,3	14,2	87,2	88,0				
Vorarlberg	12,0	13,8	82,6	86,4				
Wien	25,0	25,5	83,3	85,3				
2008 nur institutionell betreute Kinder in Kindertagesheimen; es steht keine Gesamtanzahl inkl. schulischer (Nachmittags)Betreuung zur Verfügung								
* Ohne Kinder in Saisontagesheimen; Kinder in Einrichtungen, die die definierten Öffnungszeiten für institutionelle Einrichtungen von mindestens vier Tagen pro Woche und mindestens 15 Stunden pro Woche nicht erfüllen; und Kinder in Kindergruppen, welche die vorgegebene Öffnungszeit von 15 Wochenstunden nicht erfüllen.								
** Betreute Schüler/-innen in Volksschulen wurden der Altersgruppe 6-9 Jahre, betreute Schüler/-innen in Hauptschulen, Sonderschulen und der AHS-Unterstufe der Altersgruppe 10-14 Jahre zugerechnet. Betreute Schüler/-innen an Polytechnischen Schulen (805) wurden nicht berücksichtigt.								
*** Gewisse Doppelzählungen bzw. Überschneidungen mit anderen Betreuungsformen sind möglich. Vereinzelt sind über 14-Jährige enthalten.								
Quelle: Statistik Austria 2008a, 2009, Schatzl 2009.								

Österreich: zeitliche Entwicklung der institutionellen Kinderbetreuung

Die Kindertagesheimstatistik belegt, dass bei den Kindern, die eine institutionelle Betreuungseinrichtung besuchen, von 1997 bis 2008 beträchtliche Anstiege zu verzeichnen sind (vgl. Tabelle 7).

So erhöhte sich die institutionelle Betreuungsquote der unter Dreijährigen von 5,4 auf 14,0 %. Damit stieg trotz gesunkener Kinderzahlen die Inanspruchnahme von Einrichtungen in dieser Altersgruppe auch in absoluten Zahlen deutlich an. Wien befand sich mit 19,7 % bereits 1997 mit Abstand vor den anderen Bundesländern und erreichte im Jahr 2008 eine Betreuungsquote von 25,5 %. Bedeutende Entwicklungen sind in Kärnten, Tirol und Vorarlberg auszumachen, wo von einem praktisch nicht-existenten Betreuungsangebot im Jahr 1997 (unter 2 % Betreuungsquote) eine Steigerung auf 12 bis 14 % im Jahr 2008 erfolgte.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Bei den Drei- bis Fünfjährigen wurde in den elf Jahren eine Steigerung bei der institutionellen Betreuung um mehr als 13 Prozentpunkte von 73,2 auf 86,5 % registriert, in absoluten Zahlen nahm die Inanspruchnahme aufgrund der sinkenden Kinderzahlen nur marginal zu. Zu einer Steigerung der Betreuungsquoten kam es in allen Bundesländern. Eine deutlich überdurchschnittliche Erhöhung seit 1997 erfolgte in Tirol, das nunmehr sogar über dem österreichischen Durchschnitt liegt. Auch die Quoten in Vorarlberg und Kärnten haben sich – von einem allerdings bescheidenen Ausgangsniveau – kräftig erhöht.

Bei den Sechs- bis Neunjährigen nahm die institutionelle Betreuungsquote von 1997 bis 2008 von 7,7 % auf 14,5 % zu. In dieser Altersgruppe ist ebenfalls eine beachtliche Steigerung der Betreuung in absoluten Zahlen auszumachen. Die größten Zunahmen waren in Kärnten und Niederösterreich zu verzeichnen. Deutlich voran bleibt jedoch nach wie vor Wien mit 29,9 %, Kärnten mit der zweithöchsten Betreuungsquote erreicht als einziges Bundesland zumindest die Hälfte der Betreuungsquote in der Bundeshauptstadt (Statistik Austria 2009: 69).

Tabelle 7: Außerfamiliär betreute Kinder unter zehn Jahren in institutionellen Einrichtungen nach Altersgruppen und Bundesländern, 1997 und 2008

	0–2		3–5		6–9	
	1997	2008	1997	2008	1997	2008
Absolut						
Österreich	14 121	32 797	209 613	210 043	29 111	47 506
Betreuungsquote in %						
Österreich	5,4	14,0	73,2	86,5	7,7	14,5
Burgenland	6,4	16,6	91,0	97,3	1,8	7,5
Kärnten	1,1	12,3	56,5	81,0	6,8	18,9
Niederösterreich	3,2	13,8	83,1	91,4	3,5	13,4
Oberösterreich	2,5	6,7	74,2	85,7	6,8	14,1
Salzburg	3,6	11,3	70,4	85,4	5,5	10,2
Steiermark	1,6	6,5	65,4	81,6	3,0	5,6
Tirol	1,6	14,2	67,3	88,0	2,2	4,4
Vorarlberg	0,3	13,8	64,7	86,4	0,8	7,7
Wien	19,7	25,5	78,0	85,3	25,5	29,9

Quelle: Östat 1998, Statistik Austria 2009

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Auch bei der schulischen Tagesbetreuung sind enorme Steigerungen im Zeitverlauf zu registrieren: im Schuljahr 1994/95 wurden rund 23 000 Schüler/-innen gezählt (European Foundation 2006c: 24). 2002/03 waren es (inkl. der Polytechnischen Schulen) bereits 43 904 von insgesamt 840 000 Schüler/-innen (5,2 %), 2007/08 71 343 von insgesamt 772 700 (9,2 %) (Schatzl 2009).

Gegenüber dem Jahr 2003 (11 605) werden 2008 (13 200) österreichweit um 13,7 % mehr Kinder von Tageseltern betreut (vgl. Tabelle 8), die Zuwächse betrafen insbesondere die Altersgruppen 3–5 (plus 1 220 bzw. 38,4 %) und 10+ (plus 436 bzw. 65,0 %). Nach Bundesländern wiesen die Steiermark (plus 1 226 bzw. 65,6 %) und Salzburg (plus 365 bzw. 48,7 %) die stärksten Zuwächse auf. In Niederösterreich, Wien, Vorarlberg und Tirol kam es hingegen sogar zu einem Rückgang an betreuten Kindern (Statistik Austria 2004b, Statistik Austria 2009).

Tabelle 8: Betreute Kinder bei Tageseltern nach Altersgruppen und Bundesländern, 2003 und 2008

	0–2		3–5		6–9		10+		Gesamt	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008	2003	2008	2003	2008
Österreich	4 640	5 044	3 179	4 399	3 115	2 650	671	1 107	11 605	13 200
Burgenland	43	42	0	25	0	30	0	15	43	112
Kärnten	193	267	120	185	57	33	11	10	381	495
Niederösterreich	1 519	1 308	1 276	1 600	1 774	1 283	404	557	4 973	4 748
Oberösterreich	412	561	454	463	322	325	0	100	1 188	1 449
Salzburg	272	518	234	291	190	223	53	82	749	1 114
Steiermark	783	1 010	549	1 380	409	448	127	256	1 868	3 094
Tirol	236	312	366	276	241	216	37	51	880	855
Vorarlberg	49	68	104	69	84	67	26	31	263	235
Wien*	1 133	958	76	110	38	25	13	5	1 260	1 098

* Daten für 2007
Quelle: Statistik Austria 2004b, 2009

Sowohl bei der institutionellen Betreuung als auch bei der schulischen Tagesbetreuung lassen sich somit im Vergleich mit rund zehn Jahren zuvor enorme Zuwächse feststellen: Bei den Schüler/-innen in schulischer Tagesbetreuung haben sich die Betreuungszahlen in etwa verdreifacht, bei der institutionellen Betreuung von Null- bis Zweijährigen in etwa verdoppelt und von Sechs- bis Neunjährigen um etwa 50 % erhöht. Die institutionelle Betreuung von Drei- bis Fünfjährigen blieb in absoluten Zahlen zwar konstant, die Betreuungsquote hat sich jedoch (aufgrund der gesunkenen Gesamtkinderzahl) um mehr als zehn Prozentpunkte erhöht. Die Anzahl der bei Tageseltern betreuten Kinder nahm von 2003 bis 2008 um rund 15 % zu.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Internationaler Vergleich

Die sozialen Zielsetzungen der Europäischen Kommission, die im Hinblick auf außerfamiliäre Kinderbetreuung besonders, wenn auch nur indirekt, relevant sind, bestehen in der Bekämpfung von Kinderarmut und der Herstellung von Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Hand in Hand mit dieser sozialen Agenda geht die ökonomisch orientierte Politik der Steigerung der Erwerbsbeteiligung (Europäische Beschäftigungsstrategie) und des wirtschaftlichen Outputs. Entsprechend konzentrieren sich die bisherigen Hauptlinien der Europäischen Union bei der außerfamiliären Kinderbetreuung auf die Förderung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wege einer verstärkten Bereitstellung von Betreuungsmöglichkeiten für Kleinkinder und Kinder im Vorschulalter.

Die erste politische Verpflichtung der EU bei der außerfamiliären Kinderbetreuung wurde in der ersten europaweiten Review von Kinderbetreuungsdienstleistungen im Jahr 1988 umrissen. Basierend auf den Zielgrößen für Erwerbsquoten von Frauen im Rahmen der Lissabon-Strategie aus 2000 fixierte der Europäische Rat in Barcelona im März 2002 Zielgrößen für die Mitgliedstaaten in punkto Betreuungsquoten von Kindern unter drei Jahren bzw. von Kindern im Kindergartenalter bis zum Jahr 2010.¹⁷ Die Soziale Agenda für 2005 – 2010 legt die Verpflichtung der EU dar, den europäischen Arbeitsmarkt zu erweitern, die Flexibilität für erwerbstätige Eltern zu verbessern und Barrieren für die Erwerbstätigkeit von Frauen zu beseitigen. Ein zusätzlicher relevanter Faktor auf europäischer Ebene ist eine politische Deklaration – ebenfalls aus dem Jahr 2005 –, beim Trend der sinkenden Fertilitätsraten eine Umkehr zu erwirken. Obwohl bestimmte Stoßrichtungen noch zu harmonisieren sind, ist davon auszugehen, dass die politischen Ziele der EU die Expansion und Entwicklung im Kinderbetreuungssektor in Europa weiter vorantreiben werden.

In der angeführten Zeitperiode hat die EU auch finanzielle Hilfen zur Erhöhung des Investments in Kinderbetreuungsinitiativen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt. Mittel des Europäischen Sozialfonds wurden in einer Reihe von Ländern genutzt, um bestehende Kinderbetreuungseinrichtungen zu unterstützen, die Zahl der Betreuungsplätze zu erhöhen und die Qualität im Kinderbetreuungssektor zu verbessern. Weitere wichtige Anstöße auf internationaler Ebene kamen von dem (von der EU initiierten) „Europäischen Kinderbetreuungsnetzwerk“ (1986 – 1996), von der OECD und von UNESCO. Darüber hinaus ist der Politikbereich außerfamiliäre Kinderbetreuung aber weitgehend den einzelnen Nationalstaaten überlassen (European Foundation 2006a, 2006b, 2009).

Die nach wie vor bestehende Rückständigkeit von Betreuungsangeboten für Kinder unter drei Jahren in Europa – mit Ausnahme insbesondere der nordischen Länder und der Benelux-Staaten – ist mit traditionellen Sichtweisen verbunden: Ein großer Teil der Betreuungsverantwortung für Kleinkinder wird nach wie vor an die Familien delegiert. Krippen sind hauptsächlich in städtischen Regionen zu finden und stellen einen (letzten) Ausweg für erwerbstätige Eltern dar. Im Gegensatz dazu wurden Kindergärten bzw. Vorschulen für die Altersgruppe von drei bis fünf Jahren mit einem eindeutig bildungsbezogenen Ansatz entwickelt, wodurch auch ein annähernd universeller Zugang (Betreuungsquoten von 80 % und darüber in zahlreichen europäischen Ländern) erreicht wurde. Nachmittagsbetreuung

¹⁷ Für Kinder im Pflichtschulalter gibt es bisher keine spezifischen europäischen (Nachmittags-)Betreuungsinitiativen.

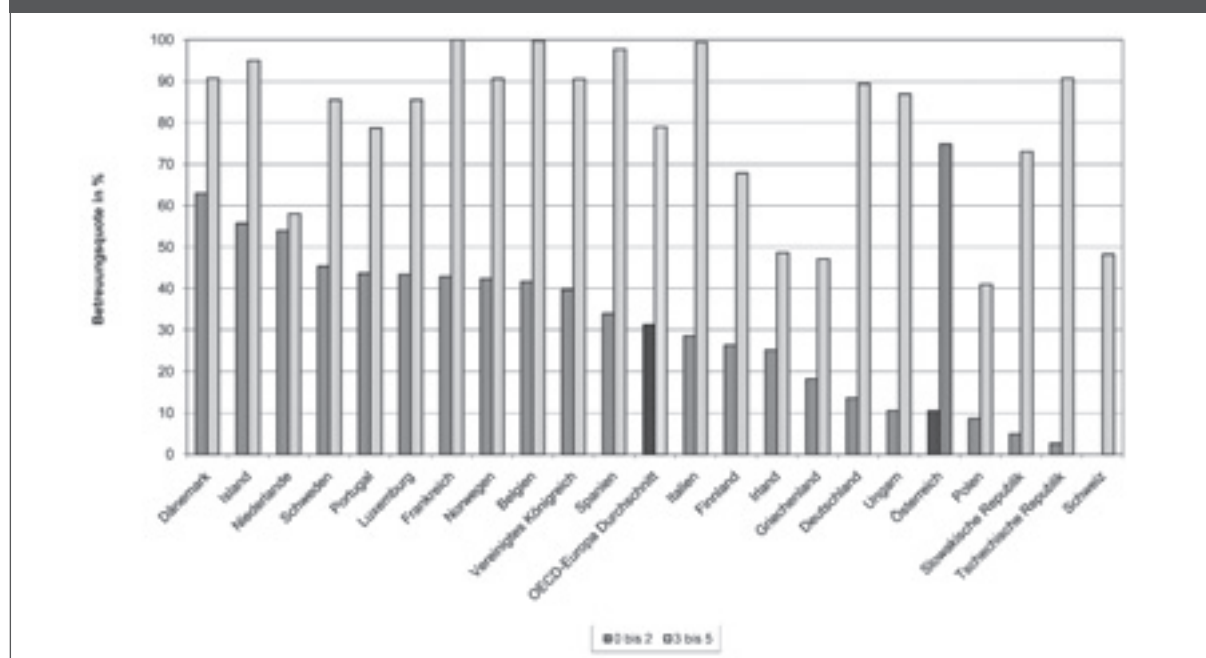
ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

für Kinder im Schulalter befindet sich in den meisten Ländern wiederum noch in einem Entwicklungsstadium. Die Bedeutung von außerfamiliärer Betreuung nimmt jedoch in Europa aufgrund der sich wandelnden sozialen, demografischen, ökonomischen und politischen Bedingungen und der daraus resultierenden erhöhten Nachfrage generell rapide zu (Huber et al. 2007).

Österreich liegt bei der formellen Kinderbetreuung (vgl. Abbildung 4) der unter Dreijährigen im europäischen OECD-Vergleich für das Jahr 2006 mit 10,5 % im unteren Drittel (OECD-Europa Schnitt: 31,2 %). In Dänemark, Island, den Niederlanden, Schweden, Portugal, Luxemburg, Frankreich, Norwegen und Belgien lagen die Betreuungsquoten bei 40 % und darüber. Ähnlich niedrige oder noch geringere Betreuungsquoten als Österreich wiesen Ungarn, Polen die Slowakische Republik und die Tschechische Republik auf.

Bei den Drei- bis Fünfjährigen liegen die österreichischen Quoten im OECD-Europa Vergleich (Durchschnitt: 79,0 %) mit 74,8 % im Jahr 2006 eher im mittleren Bereich, sie sind aber ebenfalls unterdurchschnittlich (OECD 2009a). Auch nach einer Erhebung von EUROSTAT über das Berichtsjahr 2006 (Statistik Austria 2009: 70) liegt Österreich bei den Betreuungsquoten für die Drei- bis Fünfjährigen in Kinderbetreuungseinrichtungen gegenüber dem Durchschnitt in der EU-27 zurück, was in erster Linie auf die Situation bei den Dreijährigen zurückzuführen ist (Dreijährige: 50,3 vs. 75,4 %; Vierjährige: 83,9 vs. 88,6 %; Fünfjährige: 93,6 vs. 93,1 %). Die höchsten Quoten werden mit annähernd 100 % von Belgien, Frankreich, Italien, Schweden und Spanien erzielt.

Abbildung 4: Betreuungsquoten im internationalen Vergleich, Altersgruppen 0–2 und 3–5, 2006*



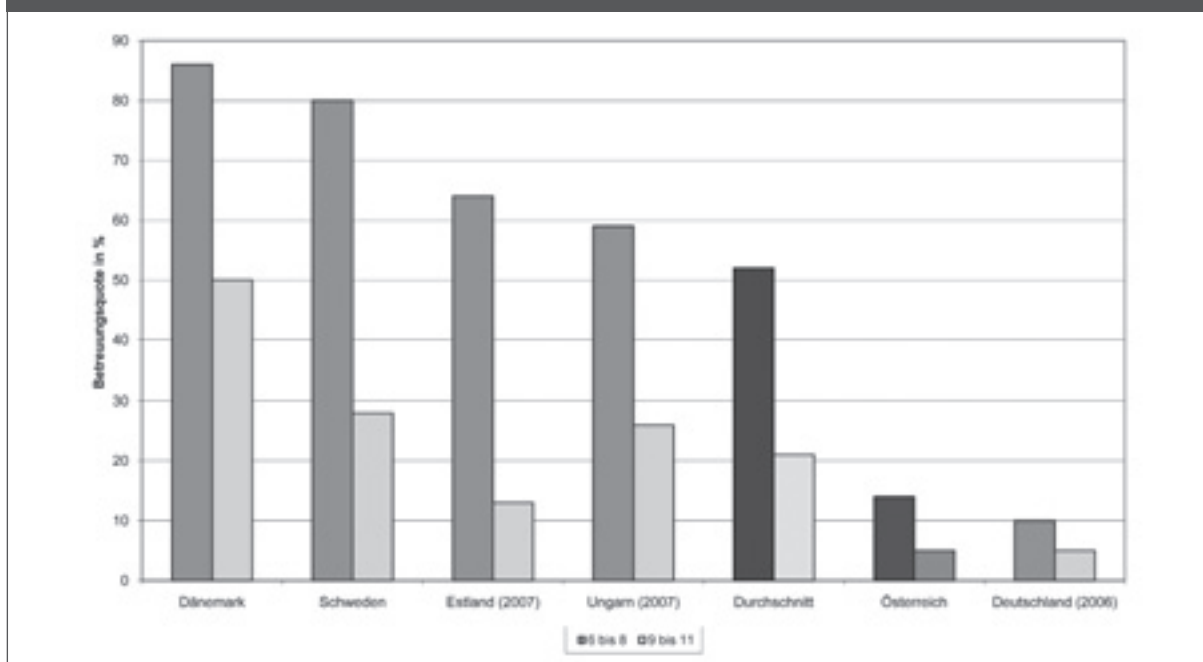
* 0–2: formelle Kinderbetreuung inkl. registrierter Tageseltern und Heimbetreuung durch Personen, die nicht zur Familie gehören; 3–5: formelle Einrichtungen und (Vor-)Schulen

Quelle: OECD 2009a

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Bei der Nachmittagsbetreuung von Schulkindern (vgl. Abbildung 5) zeigen sich wiederum gegenüber anderen europäischen Ländern, für die vergleichbare OECD-Daten für das Jahr 2005 zur Verfügung stehen, in Österreich (Sechs- bis Achtjährige: 14 %; Neun- bis Elfjährige: 5 %) gemeinsam mit Deutschland deutlich unterdurchschnittliche Werte. Die höchsten Betreuungsquoten weisen erneut die nordischen Länder auf (OECD 2009b).

Abbildung 5: Betreuungsquoten im internationalen Vergleich, Altersgruppen 6–8 und 9–11, 2005 (abweichende Erhebungsjahre in Klammern)*



* Betreuung außerhalb der Schulzeiten in Schul- oder anderen Einrichtungen.

Quelle: OECD 2009b

Trotz des Ausbaus an Kinderbetreuungsplätzen und dem deutlichen Anstieg an betreuten Kindern in den letzten zehn Jahren zeigt sich somit im internationalen Vergleich, dass Österreich bei den Betreuungsquoten, insbesondere bei den unter Dreijährigen und bei Kindern im schulpflichtigen Alter, noch deutliche Rückstände aufweist.

1.3.2 Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen

Insgesamt ist davon auszugehen, dass in Österreich nach wie vor ein Mangel an außerfamiliären Betreuungsmöglichkeiten besteht. Es gibt mehrere, allerdings nicht mehr sehr aktuelle Untersuchungen, die sich spezifisch einer Bedarfserhebung widmen, dabei aber äußerst unterschiedliche Zugänge aufweisen. So ermittelt etwa die Studie „Zukünftige Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen“ den Bedarf u. a. anhand der Differenz zu einer durchschnittlichen Betreuungsquote je Bezirkstyp (Statistik Austria 2004a) und der Mikrozensus durch eine Befragung von Haushalten mit Kindern im entsprechenden Alter (Statistik Austria 2003). Andere Studien gehen wiederum auf das Potenzial an nicht genutzten Plätzen und die Zahl der abgewiesenen Kinder aufgrund von Platzmangel ein (z. B. Raos/Filipp 2003).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Betrachtet man die Bedarfserhebungen in einer Gesamtschau,¹⁸ kann davon ausgegangen werden, dass quantitative Betreuungslücken insbesondere bei den unter Dreijährigen und bei den Kindern im Schulalter gegeben sind. Bei der jüngeren Altersgruppe ist auch nicht zuletzt aufgrund der Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes (2008) bzw. einer weiteren einkommensabhängigen Variante (2010) anzunehmen, dass der Bedarf weiter steigen wird; bereits im Jahr 2008 werden über 42 000 Kinder unter drei Jahren trotz berufstätiger Mütter nicht außerfamiliär betreut. Aber selbst bei den Drei- bis Fünfjährigen ist trotz relativ hoher Betreuungsquoten im Hinblick auf das verpflichtende letzte Kindergartenjahr (2008 wurden 3 018 von 81 160 Fünfjährigen nicht in Kindertagesheimen betreut und waren auch nicht vorzeitig eingeschult; Statistik Austria 2009) und zusätzlich aufgrund regionaler Defizite noch Bedarf vorhanden.

Auch der internationale Vergleich der Betreuungsquoten spricht dafür, dass insbesondere für unter Dreijährige sowie für Kinder im Schulalter ein Bedarf besteht. Die österreichischen Werte fallen aber auch bei den Drei- bis Fünfjährigen unterdurchschnittlich aus. Bezieht man die Betreuung durch Tageseltern ein, so liegt Österreich mit einer Betreuungsquote von rd. 16 % bei den unter Dreijährigen im Jahr 2008 deutlich unter dem Barcelona-Ziel der EU, das bis 2010 eine Betreuungsquote von 33 % vorsieht. Bei den Drei- bis Fünfjährigen (Barcelona-Ziel 90 %) fehlen Österreich mit etwas mehr als 88 % weniger als 2 Prozentpunkte. In absoluten Zahlen bedeutet dies ein Manko von rd. 40 000 Plätzen für unter Dreijährige und rd. 4 000 Plätzen für Drei- bis Fünfjährige, wenn man berücksichtigt, dass etwas mehr als 2 000 Fünfjährige bereits vorzeitig eingeschult sind.

Eine Initiative von Bund und Ländern (Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG) hinsichtlich zusätzlicher Betreuungsplätze für unter Sechsjährige, mit einem Schwerpunkt auf unter Dreijährigen, läuft von 2008 bis 2010. Auch bei der Tagesbetreuung von Schüler/-innen ist ein weiterer Ausbau angekündigt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich das zusätzliche Angebot und die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Zukunft decken, was mit aktuellen Bedarfserhebungen zu evaluieren wäre.

Bei der Beurteilung des Ausbaus von Kinderbetreuungseinrichtungen sollte jedenfalls der Nutzen sowohl der sozialen Eingliederung als der Bildungsexpansion bei den betreuten Kindern, der sich mittel- und langfristig auch volkswirtschaftlich auswirkt, ebenso berücksichtigt werden wie die Frage nach den Kosten. Im Allgemeinen fallen die zu erwartenden „Renditeraten“ beim Investment in Humankapital bei vorschulischen Programmen höher aus als in jedem anderen Abschnitt innerhalb des Bildungszyklus (European Foundation 2009: 14, OECD 2006a: 38).

Ergänzend gehen zahlreiche Studien (z. B. Altenecker et al. 2003) davon aus, dass sich durch eine flächendeckende außerfamiliäre Kinderbetreuung die Beteiligung von Müttern auf dem Arbeitsmarkt wesentlich erhöhen würde. Berechnungen und Simulationen auf der Basis von Erwerbswünschen von Müttern (vgl. z. B. für Österreich Dreier/Schneider 2006, für Deutschland Spieß et al. 2002) kommen darüber hinaus zu dem Schluss, dass die potenziellen Einnahmen- und Einspareffekte, die dadurch entstünden, dass erwerbswillige Mütter aufgrund einer verbesserten Betreuungsinfrastruktur einer (ausgedehnten)

¹⁸ Zu einem Überblick und Kritik vgl. Fuchs et al. 2006. Für eine detaillierte Einschätzung wären nicht zuletzt aufgrund der laufenden Ausbauinitiativen und der sich verändernden Nachfragebedingungen aktuelle Daten über die Bedarfsentwicklung erforderlich.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Erwerbstätigkeit nachgehen könnten bzw. Einrichtungen mehr Personal beschäftigten, erheblich seien. Die Ausbaukosten werden aus volkswirtschaftlicher Sicht nach relativ kurzer Zeit (weniger als fünf Jahre) durch Rückflüsse an Steuern, Sozialversicherungsabgaben sowie Einsparungen bei Transferausgaben kompensiert.

1.4 Qualitative Aspekte der außerfamiliären Kinderbetreuung

Während in den 1990er-Jahren der Ausbau von außerfamilialen Kinderbetreuungsangeboten im Mittelpunkt der Betreuungsdebatte stand, rückte in den letzten Jahren zunehmend die Frage nach der Qualität des Angebots in den Vordergrund (Fthenakis/Textor 1998). Ähnlich wie in Deutschland stand zunächst der Kindergarten, der unter dieser Perspektive als reformbedürftig eingestuft wurde (z. B. Tietze 1998, Fthenakis 2004, Wehrmann 2004; für Österreich: Hartmann et al. 2000), im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, die sich zunehmend – zumindest in Fachkreisen, weniger im öffentlichen Diskurs – auf andere Kinderbetreuungseinrichtungen wie z. B. Krippen oder Horte ausdehnte.

Ausgehend von Arbeiten im anglo-amerikanischen Raum (Übersichten siehe z. B. Barnett/Boocock 1998, Vandell/Wolfe 2000) avancierte die Feststellung, Entwicklung und Sicherung pädagogischer Qualität zu einem internationalen Forschungsschwerpunkt, der auch im deutschen Sprachraum Fuß fasste (vgl. Überblick bei Esch et al. 2006, Fthenakis 2003b, Fthenakis/Oberhuemer 2004); eine Entwicklung, die auch im öffentlichen Diskurs über Kinderbetreuung entsprechend rezipiert wurde. Aufschwung erhielt die Debatte über die Qualität außerfamilialer Kinderbetreuung außerdem durch die Forderung nach vorschulischer Bildung in Betreuungseinrichtungen, ausgelöst u. a. durch das relativ schlechte Abschneiden österreichischer und deutscher Schüler/-innen bei internationalen Schulleistungsvergleichen (vgl. Beitrag über Familie und Schule von M. Beham, J. Bacher und Ch. Weber in diesem Band).

Der in den 1990er-Jahren stattgefundenen Ausbau wird im Hinblick auf die Qualität der Kinderbetreuung durchaus kritisch reflektiert. So konstatiert Tietze (2002: 507) für Deutschland, dass die Qualitätsfrage nicht zuletzt deshalb vermehrte Aufmerksamkeit erlangte, da die Expansion des westdeutschen Kindertagesstättensystems zu einem nicht unerheblichen Maß durch die Absenkung bzw. Deregulierung von Qualitätsstandards erst möglich wurde. Diesen Tendenzen versucht man nun seit Ende der 1990er durch die Weiterentwicklung bzw. den Einsatz von Instrumenten zur Messung von Qualität in der außerfamilialen Kinderbetreuung entgegenzuwirken (für Deutschland z. B. Berry/Pesch 2000, Fthenakis 1998, Fthenakis 2003b, Honig et al. 2004, Tietze et al. 2005a, Tietze et al. 2007, für Österreich z. B. Hartmann et al. 2000, Hartmann/Stoll 2004, Hartmann/Tietze 2007).

Die Frage der Qualität avancierte zudem vor dem Hintergrund der Entgrenzung von Ökonomie (Blau 2001, Joos 2003) zu einer Schlüsselfrage, womit der Aspekt des „Wettbewerbsvorteils“ in das Blickfeld rückt. Qualität wird so zu einem Merkmal kompetitiver Märkte – ein Trend, der auch vor dem Kinderbetreuungsmarkt nicht Halt machte. Aus einer wohlfahrtstheoretischen Perspektive stellt sich dabei die grundlegende Frage, „ob die Qualität der Kinderbetreuung dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen werden kann

oder ob ‚Marktversagen‘ in der Qualitätssicherung vorliegt“ (Joos 2003: 135). Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass Konzepte der Qualitätssicherung und des Qualitätsmanagements in den letzten Jahren im Kinderbetreuungsbereich immer aktueller wurden (z. B. Erath/Amberger 2000, Erath/Sandner 2007, Fthenakis et al. 2003, Gröning-Schäffer/Hansen 2003, Hermens et al. 2002, Knauf 2009, Tietze 2007, Tietze/Viernickel 2007), wie sie inzwischen viele Bereiche sozialer Dienstleistungen durchdringen (z. B. Dienste zur Betreuung und Pflege älterer Menschen), und sich der Markt durch einen Mix unterschiedlicher Anbieter auszeichnet. Kritisch ist allerdings anzumerken, dass Eltern über die Qualität von Betreuungsangeboten ausreichend informiert sein müssten, um als „souveräne Konsumenten“ (Nüssle 2000) entsprechende Entscheidungen bei der Auswahl eines Angebots zu treffen. Die Frage, inwieweit sich die pädagogische Qualität von Betreuungsangeboten über das Nachfrageverhalten von Eltern steuern lässt, kann derzeit für Österreich nicht beantwortet werden; dies ist nicht nur in fehlenden Untersuchungen über das Nachfrageverhalten begründet, sondern auch in der mangelnden Transparenz bezüglich der tatsächlichen pädagogischen Qualität von Kinderbetreuungsangeboten.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich dieser Abschnitt mit qualitativen Aspekten in der außerfamiliären Kinderbetreuung. Über die rein quantitative Bereitstellung von Betreuungsplätzen hinaus geht es dabei um die Anpassung der Betreuung an die Bedürfnisse der Eltern sowie an jene der Kinder. Wesentliche Kriterien dafür sind auf der einen Seite zeitliche Aspekte, insbesondere (flexible) Öffnungszeiten, für eine Vereinbarkeit mit elterlicher Erwerbstätigkeit und auf der anderen Seite die optimale Förderung der Kompetenzen und Fertigkeiten von Kindern, womit die pädagogische Qualität von Einrichtungen in das Blickfeld rückt.

1.4.1 Zeitliche Aspekte bei der außerfamiliären Kinderbetreuung

Mit der steigenden Berufstätigkeit von Müttern und der Zunahme flexibler Arbeitszeiten geht die Forderung nach der Verlängerung und Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen einher. Pausen über Mittag, ein früher Betriebsschluss am Nachmittag oder ausgedehnte Ferienschließzeiten erschweren selbst eine Teilzeitbeschäftigung, die häufig auf Basis über die Wochentage ungleich verteilter Arbeitszeit erfolgt. Die Folgen sind unter Umständen die Notwendigkeit der Organisation zusätzlicher Betreuungslösungen und im schlimmsten Fall die Einschränkung bzw. Aufgabe der Erwerbstätigkeit. Im Folgenden werden zentrale Parameter und deren zeitlicher Verlauf seit 1999 nachgezeichnet.

Tägliche Öffnungszeiten

92,9 % der Krippen (1997: 98,4 %), 88,2 % der Kindergärten (1997: 62,3 %) und 82,1 % der altersgemischten Betreuungseinrichtungen (1997: 83,3 %) werden 2007 „ganztags“ (Öffnungsdauer von mehr als sechs Stunden) und ohne Unterbrechung zu Mittag geführt.¹⁹ In einer detaillierteren Betrachtung bieten 65,4 % der österreichischen Krippen, 47,4 % der altersgemischten Betreuungseinrichtungen, aber nur 28,1 % der Kindergärten für zehn und mehr Stunden pro Tag Kinderbetreuung an (Statistik Austria 2008a, 48/52; Östat 1998: 83 ff.).²⁰

¹⁹ Der geringere Anteil an ganztags ohne Unterbrechung geführten Krippen im Jahr 2007 ist fast ausschließlich auf das Land Tirol zurückzuführen. Dies ist dadurch bedingt, dass seit 2005 rund 100 Kindergruppen, die die Kriterien erfüllen, von der Statistik zu den Krippen gezählt werden. Ohne Tirol beträgt der Anteil 97,0 %.

²⁰ Horte werden in dieser Betrachtung ausgeklammert, da die Betreuung i. d. R. erst nach der Schule erfolgt.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

43,2 % der Kindertagesheime in Österreich halten bis mindestens 17 Uhr offen. Während dies jedoch auf 80,1 % aller Horte und 63,8 % aller Krippen zutrifft, sind es bei den altersgemischten Betreuungseinrichtungen 53,7 % und bei den Kindergärten nur noch knapp über ein Viertel (27,5 %). Von den Kindergärten schließen hingegen fast ein Drittel (32,4 %) bereits vor 14 Uhr, während dies bei Krippen (12,7 %) und altersgemischten Einrichtungen (10,0 %) nur rund ein Zehntel betrifft und bei Horten (0,1 %) nur einen verschwindend geringen Anteil ausmacht (Statistik Austria 2008a: 51).

Im Bundesländervergleich zeigt sich, dass Wien bei allen Betreuungsformen mit Abstand die längsten Öffnungszeiten anbietet. Einen geringen Anteil an ganztags geführten Einrichtungen ohne Unterbrechung zu Mittag weisen insbesondere Krippen in Tirol (69,7 %), Kindergärten in Vorarlberg (42,2 %) und in Tirol (77,4 %) sowie altersgemischte Einrichtungen im Burgenland (10,6 %) und in Vorarlberg (42,9 %) auf.

Betreuungsstunden

Von den 2007 in Tagesheimstätten betreuten Kindern werden in Krippen 61,1 % ganztägig betreut (1997: 84,2 %), in altersgemischten Einrichtungen 46,0 % (1997: 45,2 %) und in Kindergärten 42,7 % (1997: 56,8 %) – mit Ausnahme der altersgemischten Einrichtungen sind die Anteile an ganztägig betreuten Kindern somit rückläufig.²¹ In allen drei erwähnten Betreuungsformen gibt es die anteilmäßig meisten ganztägig betreuten Kinder in Wien (Krippen 80,9 %, Kindergärten 74,4 %, altersgemischte Einrichtungen 67,4 %). Ausgesprochen niedrig ist der Anteil bei Krippen in Tirol (18,2 %), Kindergärten in der Steiermark (18,3 %) sowie altersgemischten Einrichtungen im Burgenland (2,5 %) und in Vorarlberg (8,4 %) (Statistik Austria 2008a: 59, Östat 1998: 111 ff.).

Im internationalen Vergleich fallen EU-SILC zufolge die durchschnittlichen wöchentlichen Betreuungsstunden von Kindern in formaler Kinderbetreuung (mit Betreuung von zumindest einer Stunde pro Woche) im Jahr 2006 unterdurchschnittlich aus. Bei den Dreijährigen bis zum schulpflichtigen Alter sind es in Österreich 23,1 Stunden (EU-25: 27,3), bei den schulpflichtigen Kindern bis zwölf Jahre 27,5 Stunden (EU-25: 29,5) (New Cronos).²²

Mittagessen

Insgesamt 50,7 % der betreuten Kinder in Kindertagesheimen nehmen ein gemeinsames Mittagessen ein (1997: 40,9 %). Bis auf Kinder in Kindergärten (37,0 %) liegt der Anteil in allen Einrichtungen bei über 60 % (Krippe: 76,2 %; Hort: 90,6 %; altersgemischte Einrichtungen: 61,9 %). Betrachtet nach Bundesländern liegen nur Wien (86,5 %) und das Burgenland (53,3 %) über dem Österreich-Durchschnitt. Besonders selten ist ein Mittagessen in Vorarlberg (19,8 %) und in Tirol (20,8 %) (Statistik Austria 2008a: 59, 1998: 115).

²¹ Für die Definition einer ganztägigen Anwesenheit gibt es keine bundeseinheitliche Definition. Es ist auch nicht auszuschließen, dass die entsprechende Definition innerhalb eines Bundeslandes zu den zwei Erhebungszeitpunkten uneinheitlich ist. Rein statistisch ist der geringere Anteil an ganztags betreuten Kindern in Krippen im Jahr 2007 in erster Linie auf die Bundesländer Tirol, Kärnten und Wien zurückzuführen, in denen sich 80 % der gegenüber 1997 zusätzlich halbtags betreuten Kinder befinden. Für Tirol siehe Fußnote 19. Bei den Kindergärten liegt dies in erster Linie an den Bundesländern Niederösterreich und Oberösterreich, in denen (bei einem Rückgang an insgesamt betreuten Kindern) gegenüber 1997 die Zahl der halbtags betreuten Kinder stark zunahm.

²² Keine reliablen Daten für Österreich für unter Dreijährige.

Die diesbezüglich verfügbaren Daten geben zwar Auskunft über die Häufigkeit des Mittagessens in den österreichischen Kindertagesheimstätten, aber nicht über die Qualität dieses Angebots. Die Ausblendung dieses sowohl aus Eltern- als auch aus Kindersicht wichtigen (gesundheitlichen) Aspekts spiegelt sich unter anderem im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs wider, der somit nur auf eine Seite der Medaille fokussiert.

Öffnungszeiten nach Anzahl der Tage pro Woche

Österreichweit haben 99,1 % der Kindertagesheime an fünf Tagen pro Woche geöffnet (1997: 99,2 %). Nur vereinzelt gibt es Einrichtungen mit Öffnung auch an Samstagen bzw. Sonntagen (Statistik Austria 2008a: 48, Östat 1998: 85).

(Ferien-)Schließzeiten bzw. Inanspruchnahme von Ersatzeinrichtungen

Im Österreich-Durchschnitt kommt ein Kindertagesheim auf 34 Schließtage pro Jahr; die meisten fallen in die Sommerferien (21,6 Tage). Nach Betreuungsformen verzeichnen Krippen die wenigsten Schließtage (16,4). Kindergärten kommen auf 41,3, Horte auf 28,4 und altersgemischte Betreuungseinrichtungen auf 22,4 Tage. Im Bundesländervergleich ergeben sich in Wien mit 10,9 Tagen mit Abstand die wenigsten Schließtage, in der Steiermark (57,8 Tage)²³ bzw. im Westen Österreichs (Tirol 48,9 Tage, Vorarlberg 51,6 Tage) hingegen die meisten (Statistik Austria 2008a: 11 f.). Aus den Ergebnissen des Mikrozensus 2002 lässt sich allerdings ableiten, dass relativ viele Betreuungseinrichtungen während ihrer Ferienzeiten eine Ersatzeinrichtung anbieten. Ebendort finden 70 % der betreuten Kinder einen Platz, 6 % besuchen eine sonstige Einrichtung (Statistik Austria 2003).

Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf (VIF)

Der VIF beruht auf einer Sonderauswertung der Daten der Kindertagesheimstatistik 2007/2008 durch die Statistik Austria im Auftrag der Arbeiterkammer Wien (Pirklbauer 2009). Dabei wurden fünf Kriterien für eine „erwerbsfreundliche“ Betreuungseinrichtung simultan untersucht:

- pro Jahr höchstens 25 Betriebstage geschlossen,
- pro offener Woche mindestens 45 Stunden geöffnet (exkl. Horte),
- werktags von Montag bis Freitag geöffnet,
- an vier Tagen pro Woche mindestens neuneinhalb Stunden geöffnet (exkl. Horte),
- Mittagessen wird angeboten.

Unabhängig davon, ob sie das entsprechende Angebot tatsächlich in Anspruch nehmen, besuchen nur 28 % aller in institutionellen Settings betreuten Kinder im Alter von null bis neun Jahren Einrichtungen, in denen diese Kriterien erfüllt sind. Nach Einrichtungen differenziert, orientieren sich Krippen mit einem Anteil von 55 % am ehesten an den Bedürfnissen berufstätiger Eltern. Hingegen nehmen Horte mit einem Anteil von 44 % und Kindergärten mit einem Anteil von 21 % auf die Bedürfnisse berufstätiger Eltern in dieser Betrachtung nur relativ eingeschränkt Rücksicht.²⁴ Letzteres zeigt somit deutlich, dass die einzige Betreuungsform, bei der das quantitative Angebot auch außerhalb von Wien als mehr oder weniger flächendeckend bezeichnet werden kann, sich bei Anwendung dieser von qualitativen Kriterien als eher mangelhaft erweist.

²³ In der Steiermark werden in den Sommermonaten als Ersatz für geschlossene Einrichtungen eigene Saisonkindertagesheime (2007: 251) geführt.

²⁴ Die Einrichtungen wurden den einzelnen Altersgruppen, für welche die Auswertungen erfolgten (0–2: Krippe, 3–5: Kindergarten, 6–9: Hort), pauschal zugeordnet.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Nach Bundesländern gegliedert, besuchen in Wien 80,2 % aller institutionell betreuten Kinder im Alter von null bis neun Jahren Einrichtungen, die dem Vereinbarkeitsindikator entsprechen. Alle anderen Bundesländer liegen unter dem Österreich-Durchschnitt von 28,1 %. Die Steiermark (4,4 %), das Burgenland (6,3 %), Oberösterreich (6,9 %) und Vorarlberg (9,1 %) weisen nach dieser Auswertung mit Abstand die größten Defizite auf (vgl. Tabelle 9):

Tabelle 9: Anteil der in Kindertagesheimen betreuten Kinder, die Einrichtung besuchen, welche den VIF-Kriterien entspricht, 2007

Gesamt (0-9)	28,1
Einrichtungen	
Krippe (= 0-2)	54,6
Kindergarten (= 3-5)	20,9
Hort (= 6-9)	44,5
Bundesländer (0-9)	
Burgenland	6,3
Kärnten	21,6
Niederösterreich	11,0
Oberösterreich	6,9
Salzburg	21,4
Steiermark	4,4
Tirol	12,3
Vorarlberg	9,1
Wien	80,2
Quelle: Arbeiterkammer Wien (Pirklbauer 2009)	

Befragung von Eltern

Die skizzierte Datenlage wirft die Fragen auf, welche Strategien erwerbstätige Eltern entwickeln, wenn Kinderbetreuungseinrichtungen nicht verfügbar sind, sowie zu welchen Zeiten Kinderbetreuungsangebote aus der Sicht von erwerbstätigen Eltern bzw. Eltern fehlen, die aufgrund nicht verfügbarer bzw. zeitlich nicht kompatibler Kinderbetreuungsangebote nicht bzw. nicht im gewünschten Ausmaß erwerbstätig sind. Einer Befragung im Rahmen des Mikrozensus 2005 zufolge haben 31,5 % (188 100) aller erwerbstätigen Männer und 34,2 % (173 200) aller erwerbstätigen Frauen mit Betreuungsverpflichtungen für eigene Kinder unter 15 Jahren im Jahr 2005 Tage frei genommen, Arbeitszeit verkürzt oder spezielle Arbeitszeitvereinbarungen gesetzt, während die üblicherweise genutzten Kinderbetreuungseinrichtungen nicht verfügbar waren. Für 59 500 Männer (10 % von allen) und 66 000 Frauen (13 % von allen) waren fehlende alternative Kinderbetreuungsmöglichkeiten der ausschlaggebende Grund. 71 % dieser insgesamt 125 500 Personen erklärten, dass andere Kinderbetreuungsangebote vor allem unter der Woche zwischen 7 und 19 Uhr gefehlt haben (Alternativen: am Wochenende oder in den Ferien/Sonstiges). Auch von den 4 400 Männern und 20 800 Frauen, die aufgrund fehlender Kinderbetreuungsangebote

nicht bzw. nicht im gewünschten Ausmaß erwerbstätig sind, erklärte die Mehrheit (55 %), dass die Angebote hauptsächlich unter der Woche zwischen 7 und 19 Uhr fehlten²⁵ (Statistik Austria 2006a: 25/29/93 f.).

Fasst man die Ergebnisse dieses Abschnitts zusammen, lässt sich insgesamt ein Trend zur Ausweitung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen und zur zunehmenden Möglichkeit eines Mittagessens in Österreich beobachten. Dennoch ist festzustellen, dass ein nach wie vor erheblicher Anteil der Einrichtungen (insbesondere Kindergärten) relativ frühe Schließzeiten aufweist und daher nur beschränkt zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt. Auch bei den Jahresöffnungszeiten mangelt es an Flexibilität: aufgrund ausgedehnter Ferienzeiten ist fast ein Viertel aller institutionellen Einrichtungen (1 695 von 7 457) zwölf und mehr Wochen im Jahr nicht in Betrieb. Von den Eltern werden in Befragungen in erster Linie die täglichen Öffnungszeiten als Manko zur Sprache gebracht. In Bezug auf das Angebot eines Mittagessens liegen zwar Daten über die Inanspruchnahme vor; diese sagen jedoch nichts über die Qualität dieses Angebots oder die Rahmenbedingungen aus, in die es eingebettet ist.

1.4.2 Wie kindgerecht ist außerfamiliale Kinderbetreuung?

Die Frage nach einer „kindgerechten“ außerfamilialen Kinderbetreuung und damit nach deren Qualität (vgl. Deutsches Jugendinstitut 2003, Esch et al. 2005, 2006, Fthenakis/Textor 1996, Hartel 2008, Hartmann/Tietze 2007, Honig et al. 2004, Tietze 2002) erlangte, wie eingangs skizziert, im letzten Jahrzehnt vermehrte Aufmerksamkeit. Verglichen mit Deutschland zeigt sich für Österreich jedoch, dass sich der öffentliche Qualitätsdiskurs in erster Linie auf den Kindergarten konzentriert und weniger auf andere Formen außerfamilialer Betreuung wie Krippen oder Horte. Dieser Umstand ist letztlich auf den relativ hohen Stellenwert des Kindergartens in Österreich zurückzuführen.

Die Diskussion über die Qualität außerfamilialer Kinderbetreuungsangebote stellt sich als facettenreich dar – je nachdem, wer diese Frage aufwirft, aus welcher Perspektive heraus argumentiert wird, wessen Bedürfnisse im Vordergrund stehen und welche Zielsetzungen mit der Umsetzung von Qualitätsstandards verfolgt werden sowie letztlich, welche Kosten damit verbunden sind. Dementsprechend fokussieren die Diskurse der verschiedenen Interessengruppen, von wissenschaftlichen Expert/-innen, Pädagog/-innen bzw. von Fachpersonal, Eltern, Erhaltern bzw. Trägern von Einrichtungen bis hin zu politischen Akteuren, auf unterschiedliche Aspekte (vgl. Überblick bei Fthenakis 2003: 212 f. und Honig et al. 2004).

Aus wissenschaftlicher Perspektive erweist sich das Konstrukt der Tagesbetreuungsqualität von Kindern als relativ komplex und mehrdimensional. In der einschlägigen Fachliteratur (z. B. Esch et al. 2006, Fthenakis/Textor 1996, Hartmann/Tietze 2007, Tietze 2002, Tietze et al. 2005) wird im Wesentlichen zwischen drei Dimensionen von pädagogischer Qualität unterschieden, und zwar zwischen jener pädagogischer Prozesse (Prozessqualität, vgl. Bostelmann/Fink 2003), der Qualität pädagogischer Strukturen (Strukturqualität) sowie der pädagogischen Orientierungen (Orientierungsqualität).

²⁵ Erwähnenswert ist dabei, dass es Eltern nicht darum geht, ihre Kinder zwischen 7 und 19 Uhr in Betreuungseinrichtungen abzugeben, sondern sich vielmehr in diesem Zeitfenster ein flexibles Betreuungsangebot wünschen, was nicht mit einer angestrebten Aufenthaltsdauer der Kinder in Einrichtungen gleichzusetzen ist.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Prozessqualität nimmt Bezug auf die „aktuellen Interaktionen und Erfahrungen, die das Kind in der Kindergartengruppe mit seiner sozialen und räumlich-materialen Umwelt macht“ (Tietze 2002: 507 f.), wogegen sich Strukturqualität auf situationsunabhängige zeitlich (weitgehend) stabile Rahmenbedingungen bezieht wie räumliche Gegebenheiten (Raumbedingungen drinnen und draußen), Gruppengröße, Personal-Kind-Schlüssel, fachliche Qualifikation des Personals usw., innerhalb derer der Betreuungsalltag stattfindet. Im Vergleich zu Merkmalen der Prozessqualität handelt es sich bei den Merkmalen der Strukturqualität somit um jene, die politisch direkt steuerbar bzw. regulierbar sind. Dies kommt u. a. darin zum Ausdruck, dass es hierzu eine Reihe an Regelungen in den jeweiligen Landesgesetzgebungen gibt, wobei diese bundesländerspezifische Unterschiede aufweisen. Mit Orientierungsqualität sind wiederum Vorstellungen, Werte und Normen gemeint, an denen sich pädagogisches Handeln orientiert. Als zentrale Dimensionen sind hier die Fortbildung des Personals und die pädagogische Konzeption der Einrichtung zu nennen. Als eine vierte Dimension wird zudem der Familienbezug angeführt (Hartmann/Tietze 2007, Hernberger et al. 2003, Textor 2000, 2005), der die Beziehungen des Fachpersonals zu den Eltern umfasst.

Hinsichtlich der erwähnten Dimensionen der pädagogischen Qualität von außerfamiliärer Kinderbetreuung wurde von Expert/-innen ein umfassendes, elaboriertes und wissenschaftlich begründetes Instrumentarium zur Qualitätsfeststellung entwickelt (vgl. Überblick bei Esch et al. 2006, Hartmann/Tietze 2007). In Deutschland führte die Diskussion über Qualitätssicherung außerfamiliärer Kinderbetreuung außerdem zu Überlegungen der Zertifizierung entsprechender Qualität von Kindertagesstätten (z. B. Spieß/Tietze 2002), die u. a. zur Entwicklung von Gütesiegeln führte (z. B. das von PädQUIS entwickelte Gütesiegel auf Basis eines umfassenden Feststellungsverfahrens). Im Gegensatz dazu existieren in Österreich keine derartigen Zertifizierungen; deren Einführung steht gegenwärtig in Fachkreisen auch nicht zur Diskussion²⁶, wengleich es bereits eine Erprobung bzw. Validierung des PädQUIS-Gütesiegels gab (Hartmann/Tietze 2007: 7).

Im Folgenden werden verfügbare Indikatoren der Qualität außerfamiliärer Kinderbetreuung vorgestellt und z. T. international vergleichend reflektiert, wobei es sich vorrangig um Indikatoren der Strukturqualität handelt, wie sie in der österreichischen Kindertagesheimstatistik erfasst werden.²⁷ Denn einschränkend ist zu erwähnen, dass für Österreich ein Mangel an Erhebungen zu konstatieren ist, die einen umfassenden Überblick einerseits über die anderen Dimensionen von Qualität und andererseits über die durchschnittliche Qualität von Betreuungseinrichtungen geben. Vielmehr existieren nur punktuelle bzw. regional oder auf Träger beschränkte Untersuchungen über die pädagogische Qualität von Kinderbetreuungseinrichtungen (z. B. Hartmann/Stoll 2005, PädQUIS/Charlotte Bühler Institut 2001). Auffallend ist für Österreich nicht nur das Fehlen eines Monitoringsystems, welches Aufschluss über die Einhaltung der von Expert/-innen empfohlenen (Mindest-) Standards gibt, sondern dass auch keine effektiven Sicherungs- und Steuerungssysteme zum Erhalt bzw. der Entwicklung von pädagogischer Qualität existieren. Dieser Mangel

²⁶ Laut tel. Auskunft der Geschäftsführerin des Charlotte Bühler Instituts, Mag. Gabriele Bäck, am 18.3.2009. Wir danken an dieser Stelle auch Dr. Waltraut Hartmann (wissenschaftliche Leitung des Charlotte Bühler Instituts) für ihre tel. Auskünfte über den gegenwärtigen Stand der Qualitätsdiskussion von Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich.

²⁷ Befunde zur Personalsituation im Kontext mit Qualität werden hier dargelegt; Fragen der Zuständigkeiten für die Ausbildung des Fachpersonals wurden bereits an anderer Stelle behandelt.

führt dazu, dass weder Trägern (Erhaltern) von Einrichtungen noch politischen Entscheidungsträgern geschweige denn Eltern Informationen über die tatsächliche Qualität – in mehrfacher Hinsicht – eines Betreuungsangebots zur Verfügung stehen. Schließlich fehlen in Österreich auch (bundesweite) Studien über das kindliche Wohlbefinden in Betreuungseinrichtungen aus Kindersicht.

Personalsituation

Hand in Hand mit dem allgemeinen Ausbau der außerfamiliären Kinderbetreuung ist in Österreich, wie auch in anderen europäischen Ländern, ein Trend zu einem Anstieg der Arbeitsplätze im Kinderbetreuungssektor zu beobachten. 1997 gab es insgesamt 29 123 Beschäftigte in institutionellen Einrichtungen, davon 18 388 in Vollzeit (63,1 %). 14 315 Personen wiesen ein Befähigungszeugnis bzw. eine Reifeprüfung auf (davon waren 11 305 [79,0 %] vollzeitbeschäftigt), 14 808 Personen entfielen auf das sonstige Personal (7 083 [47,8 %] davon in Vollzeit). Insgesamt waren 23 565 Personen (80,9 %) in Kindergärten beschäftigt (Östat 1998: 140 ff.).

Das Beschäftigungswachstum in den letzten zehn Jahren konzentrierte sich auf teilzeitbeschäftigtes Fachpersonal außerhalb von Kindergärten (plus 58 %); 2007 betrug die Zahl der insgesamt Beschäftigten in institutionellen Einrichtungen 40 428 Personen (plus 38,8 %), davon waren 19 317 Personen (47,8 %) im Ausmaß von 36 bis 40 Stunden (Vollzeit) beschäftigt (plus 5,1 %). 26 773 Personen (66,2 %) waren in Kindergärten beschäftigt (plus 13,6 %). 22 617 (55,9 %) Beschäftigte waren dem qualifizierten Fachpersonal zuzurechnen (Verwendung als „Leiterin“, „gruppenführendes Fachpersonal“ oder „unterstützendes Fachpersonal“; plus 58,0 % [soweit vergleichbar mit Befähigungszeugnis 1997]), 17 811 (44,1 %) sonstiges Personal. Die durchschnittlichen Wochenstunden des Fachpersonal betragen 33,4 Stunden, jene des sonstigen Personals 27,1 Stunden (Statistik Austria 2008a: 71 ff.).

Das Personal in Kindertageseinrichtungen ist überwiegend weiblich. 2007 beträgt der Anteil von Männern beim gesamten Personal in institutionellen Einrichtungen 1,8 % (714 von 40 428). Am geringsten ist der Anteil in Kindergärten (0,9 %), gefolgt von Krippen (1,3 %) und altersgemischten Einrichtungen (2,8 %). Etwas höher ist der Anteil mit 5,4 % lediglich in Horten (Statistik Austria 2008a). 1997 war der Anteil an männlichen Beschäftigten in Kindertagesheimen mit 1,4 % (418 von 29 123) noch etwas geringer (Östat 1998). Laut OECD (2007a: 166) beträgt der Anteil an Männern unter Kindergartenpädagogen/-innen in Österreich 0,8 %. In fast allen europäischen Ländern ist der Anteil der Männer am Fachpersonal in frühkindlichen Bildungseinrichtungen sehr gering, dennoch zeigen sich länderspezifische Unterschiede: Höhere Anteile mit über 10 % finden sich vor allem in den nordischen Ländern (Dänemark, Schweden, Norwegen). Auffallend ist jedoch, dass das Thema „Männer als Kindergartenpädagogen“ hinsichtlich der Forderung nach geschlechtersensibler Pädagogik zunehmend zum Forschungsgegenstand wird (exemplarisch für Österreich: Aigner et al. 2007).

Das Angebot an speziellem Betreuungspersonal ist im letzten Jahrzehnt im Allgemeinen gestiegen. Im Jahr 2007 standen an 19,3 % (1 441) der insgesamt 7 457 Kindertagesheime Psycholog/-innen, an 9,1 % (678) Sozialarbeiter/-innen und an 39,4 % (2 935) Sonderkindergärtner/-innen zur Verfügung. 1997/98 waren dies an insgesamt 5 736 Kindertagesheimen 11,9 % Psycholog/-innen (680), 11,9 % Sozialarbeiter/-innen (663) und an 34,4 % (1 974) ambulante Sonderkindergärtner/-innen (Östat 1998: 88, 2008a: 54).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Die Qualität der Ausbildung bzw. das Qualifikationsniveau des Fachpersonals stellt ein bedeutsames Kriterium für die pädagogische Qualität vorschulischer Betreuung und Frühförderung dar (BMFSFJ 2003, Fthenakis/Oberhuemer 2002, Honig et al. 2004). Die im Rahmen der Ausbildung erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten sollen es dem Personal ermöglichen, folgende Aufgaben zu erfüllen: Gestaltung der Beziehung zu den einzelnen Kindern sowie Schaffung einer Lebens- und Lernumwelt, in der sich das einzelne Kind angenommen und wertgeschätzt fühlt sowie seine Entwicklungschancen entfalten kann. Diese Aufgaben erfordern eine Reihe von Schlüsselqualifikationen des Erzieher/-innen-Berufs, zu denen vor allem Flexibilität, Kooperationsfähigkeit, kulturelle Aufgeschlossenheit, Planungskompetenz sowie Konfliktfähigkeit und Empathie zählen. Fthenakis (2003a: 34) sieht in der Verbesserung des Qualifikationsniveaus des Fachpersonals – neben der Weiterentwicklung von Erziehungs- und Bildungskonzepten – eines der Schlüsselthemen der Zukunft, da sich die Lebensbedingungen in spätmodernen Gesellschaften immer rasanter ändern und damit tief in die pädagogische Arbeit mit Kindern in den jeweiligen Betreuungs-Settings hineinwirken. Fthenakis (2000) betont dabei die Notwendigkeit der Anpassung der Ausbildung an die veränderten Bedingungen in der Postmoderne, und zwar im Hinblick auf eine Auseinandersetzung mit Pluralität und Komplexität aber auch mit Unsicherheit und Diversität.

Die im deutschen Sprachraum schon seit längerem stattfindende Diskussion über die Qualifizierung des Betreuungspersonals bewegt sich entlang dem Reformbedarf von Curricula sowie der Möglichkeiten der Fort- bzw. Weiterbildung (exemplarisch Fthenakis/Oberhuemer 2002, Diller/Rauschenbach 2006). Der in Österreich verfolgte Ansatz einer relativ praxisorientierten Ausbildung, die in den Curricula zum Ausdruck kommt, dürfte grundsätzlich in die richtige Richtung weisen, wenngleich der international gesehen relativ niedrige Status der formal erworbenen Ausbildung (Sekundarstufe) Anlass für Kritik seitens der Expert/-innen gibt (z. B. Hartmann/Stoll 2004, Hartmann/Tietze 2007). Abgesehen davon, dass der formale Bildungsabschluss von Pädagog/-innen im vorschulischen Bereich ein wichtiges Qualitätskriterium darstellt, sagt er auch etwas über die gesellschaftliche Wertschätzung dieser Berufsgruppe aus. Inwieweit mit dem gegenwärtigen Ausbildungssystem Anreize geschaffen werden, diesen verantwortungsvollen Beruf zu ergreifen bzw. eine fünfjährige Ausbildung zu absolvieren, deren Abschluss formal gesehen z. B. unter jenem der Pflichtschullehrer/-innen liegt, erscheint fraglich.

Betreuungsschlüssel und Gruppengröße

Einen wichtigen Indikator für die Qualität der Einrichtungen stellt die Relation der Anzahl der betreuten Kinder zu den Betreuungspersonen, insbesondere zum qualifizierten Personal, dar (Betreuer-Kind-Schlüssel). In der internationalen Forschung liegt diesbezüglich eine Reihe von Erkenntnissen vor, welcher Schlüssel für welche Altersgruppe (bzw. zu welcher Tageszeit bei Ganztageseinrichtungen) als förderlich angesehen wird (vgl. Überblick bei Fthenakis 2003b, Hartmann/Tietze 2007). Die National Association for the Education of Young Children (NAEYC 2000 zit. nach Hartmann/Tietze 2007: 14) gibt folgende Empfehlungen für den Personal-Kind-Schlüssel sowie die maximale Gruppengröße ab: zwischen null und zwei Jahren Schlüssel von 1 : 3 bis 1 : 4 (Gruppengröße: sechs bis max. acht Kinder), zwischen zwei und vier Jahren von 1 : 5 bis 1 : 7 (Gruppengröße: zehn bis max. 14 Kinder), zwischen vier und sechs Jahren von 1 : 8 bis 1 : 10 (Gruppengröße: 16 bis max. 20 Kinder), sechs bis acht Jahre von 1 : 10 bis 1 : 12 (Gruppengröße: 20 bis max. 24 Kinder) und neun bis zwölf Jahre 1 : 12 bis 1 : 14 (Gruppengröße: 24 bis 28 Kinder).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Für Gruppen mit Alterserweiterung (null bis zwölf Jahre), sog. altersgemischte Gruppen, befürworten Klein und Vogt (1995 zit. nach Hartmann/Tietze 2007: 14) eine Gruppengröße von maximal 15 Kindern, aber auch nicht weniger, um die Kontaktmöglichkeiten der Kinder sowie die Bildung von Untergruppen nicht von vornherein einzuschränken. Hartmann und Stoll (2004: 201) geben für Österreich folgende Empfehlungen für Kindergartengruppen mit Drei- bis Sechsjährigen ab: als Mindeststandard eine Gruppengröße von höchstens 20 Kindern (14 bis 20 Kinder bei den Dreijährigen, 16 bis 20 Kinder bei Vier- und Fünfjährigen); zur Qualitätsoptimierung der Ganztagsbetreuung befürworten sie eine schrittweise Reduzierung auf 15 Kinder pro Gruppe. Dass diese Empfehlungen nur zum Teil umgesetzt wurden, belegen die folgenden Daten für 2007.

In den Kindertagesheimen Österreichs kommen 2007 im Durchschnitt 12,7 Kinder auf eine qualifizierte Betreuungsperson (Beschäftigte mit einer Verwendung als „Leiterin“, „gruppenführendes Fachpersonal“ oder „unterstützendes Fachpersonal“). Erwartungsgemäß finden sich in Krippen die wenigsten Kinder (6,9) pro qualifizierter Betreuungsperson, gefolgt von altersgemischten Betreuungseinrichtungen (12,4), Horten (13,4) sowie Kindergärten (13,6). Soweit vergleichbar, dürfte sich der Betreuungsschlüssel seit 1997 verbessert haben: auf das Personal mit Befähigungszeugnis bzw. Reifeprüfung kamen in Krippen 9,4 Kinder, in Kindergärten 18,4 Kinder und in Horten 21,2 Kinder.

Während 2007 bei den Krippen Salzburg (4,9) und die Steiermark (6,0) den günstigsten Betreuungsschlüssel aufweisen, trifft dies bei den Kindergärten auf Wien (11,1) und Vorarlberg (11,5) sowie bei den Horten auf Vorarlberg (7,8) zu. Durchwegs ungünstige Betreuungsschlüssel sind in Niederösterreich (Krippen: 9,9; Kindergärten: 16,2; Horte: 18,8; altersgemischte Einrichtungen: 30,6) vorzufinden, bei Krippen und Kindergärten auch in Tirol (10,1 bzw. 16,1) sowie bei Horten auch in der Steiermark (15,7) (Statistik Austria 2008a).

Der Betreuungsschlüssel bei Null- bis Dreijährigen liegt im OECD-Durchschnitt bei sechs bis sieben Kindern pro qualifiziertem/r Betreuer/-in. Als Vergleichswert für Österreich finden sich neun Kinder. Die niedrigsten Schlüssel erzielen Irland, das Vereinigte Königreich und die Niederlande mit fünf und weniger Kindern. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sind es im Durchschnitt 14 Kinder (Vergleichswert für Österreich: 17 Kinder). Hier sind die Vorreiter Dänemark und Island, die einen Anspruch auf eine ganzheitliche Förderung von Kindern stellen, mit weniger als zehn Kindern pro Fachkraft (OECD 2007a: 144).

Pro aktiver Tagesmutter/aktivem Tagesvater wurden 2007 im Österreich-Durchschnitt 3,7 Kinder betreut (maximal: fünf). Die geringsten Zahlen ergaben sich mit rund zwei für Vorarlberg und das Burgenland, die höchsten mit rund vier für Kärnten, Oberösterreich und die Steiermark (Statistik Austria 2008a: 21).

Die Maximalgruppengröße für Kindergärten liegt in allen Bundesländern bei etwa 25 bis 28 Kindern. Mit spezieller Erlaubnis und in besonderen Fällen jedoch kann diese Maximalzahl in den meisten Bundesländern um drei bis fünf Kinder überschritten werden (OECD 2006b: 29). Die durchschnittliche Gruppengröße in Kindertagesheimen betrug 2007 19,5 Kinder. Die mit Abstand kleinste Gruppengröße fand sich mit 13,3 Kindern in Krippen. Um die 20 Kinder wiesen die Gruppen in Kindergärten (19,8), Horten (20,0) und altersgemischten Einrichtungen (22,0) auf. Gegenüber 1997 sind in den einzelnen Einrichtungsformen durchwegs Verbesserungen zu erkennen, insbesondere in Kindergärten: Hier lag die durchschnittliche Gruppengröße bei 22,2 Kindern (Krippen: 13,9; Horte: 20,4).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Deutliche Unterschiede nach Bundesländern gab es 2007 bei den Krippen: In Salzburg wurden 7,9 Kinder, in Oberösterreich 10,5 Kinder pro Gruppe betreut, in Tirol hingegen 17,3 und in Kärnten 16,6. Bei den Kindergärten wurden in Kärnten, Salzburg und Wien rund 22 Kinder pro Gruppe betreut, in Niederösterreich, Oberösterreich und Vorarlberg weniger als 19. Bei den Horten fand sich mit Vorarlberg (26) ein deutlicher Ausreißer. Um die 18 Kinder wurden in Oberösterreich, der Steiermark und in Kärnten betreut. Die Spannweite bei den altersgemischten Einrichtungen reichte von sieben Kindern im Burgenland bis zu 38 in Niederösterreich (Statistik Austria 2008a).

Interkulturelle Pädagogik in Kindertagesheimstätten (Sprachförderung)

Die wachsende ethnische Vielfalt und die Schwierigkeiten, die besonders zweisprachige Kinder von sozial niedrigen Einkommensschichten beim Aufbau einer guten Kompetenz der deutschen Sprache haben, haben die österreichische Regierung in den letzten Jahren veranlasst, verstärkt Projekte zur Sprachförderung vor dem Schuleintritt umzusetzen (zum Zusammenhang zwischen Schulerfolg von Kindern mit Migrationshintergrund und vorschulischer, familienergänzender Kinderbetreuung vgl. Bacher 2005, Bacher/Leitgöb 2008, Bauer/Kainz 2007, Becker/Tremel 2006, Büchel et al. 1997, Lanfranchi 2002). Dabei spielen Kindergärten und andere Betreuungseinrichtungen zusätzlich zu ihrer wichtigen Integrationsfunktion eine Schlüsselrolle beim Aufbau einer guten Sprachkompetenz in Deutsch (OECD 2006b: 23). Kinder, die über mangelnde Deutsch-Kenntnisse verfügen, sollen in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen so gefördert werden, dass sie mit Eintritt in die Volksschule Deutsch im Sinne von Sprachkompetenzmodellen beherrschen (BMWfJ 2009).

2001/02 finanzierte das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ein Projekt „Vorschulische Integration durch Sprache(n)wissen“. Weitere Schritte waren der Aufbau einer Materialsammlung und gezielte Fortbildungsmaßnahmen für Kindergartenpädagog/-innen. Der Standard der interkulturellen Ausbildung variiert je nach Bundesland. Insgesamt gibt es rund 250 zweisprachige Fachkräfte sowie zehn Assistent/-innen, die als Native Speakers für einige Stunden pro Tag im Einsatz sind und Institutionen mit einem besonders hohen Anteil an Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache v. a. in der Anfangsphase unterstützen (OECD 2006b: 23).

Auf die ethnische Vielfalt und die Bedeutung vorschulischer Integration wurde auch von politischer Seite reagiert: Der Bund stellt in den Jahren 2008 bis 2010 jeweils 5 Mio. € für die Sprachförderung zur Verfügung. Diese soll durch Kindergartenpädagog/-innen auf spielerische und integrative Weise erfolgen (BMWfJ 2009).

Trotz dieser Initiativen ist für Österreich auffallend, dass sich – im Gegensatz zu Deutschland (z. B. Dieckhoff 2002, Militzer et al. 2001, Ulich et al. 2005) – vergleichsweise wenige Forschungsarbeiten mit interkultureller Pädagogik bzw. Sprachförderung in Kinderbetreuungseinrichtungen beschäftigen (z. B. Hartmann/Tietze 2007, Stieber 2008). Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Qualitätsfrage von außerfamiliärer Kinderbetreuung für Kinder mit besonderen Bedürfnissen (exemplarisch Wetzel 2008).

Kooperation mit Eltern

Die Kooperation des Fachpersonals mit Eltern, den primären Bezugspersonen der Kinder, und ihre Einbindung in das Geschehen in Betreuungseinrichtungen zählen seit Langem als Qualitätsmerkmale. Plädierte Textor (1997: 2) gegen Ende der 1990er-Jahre noch für eine

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

„Erziehungspartnerschaft“, so rückt in den letzten Jahren der Begriff der „Bildungspartnerschaft“ (Beham 2009, Textor/Blank 2004) in den Vordergrund. Dennoch wird nach wie vor mit „Erziehungspartnerschaft“ argumentiert, allerdings nicht aus eltern-, sondern aus kindzentrierter Perspektive, die das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt stellt (Textor 2008a).

Die Kooperation mit Eltern – aus institutioneller Sicht auch als „Elternarbeit“ oder „Familienbezug“ bezeichnet – kann grundsätzlich unterschiedliche Dimensionen umfassen (vgl. Klein 1998): Dialog zwischen Eltern und Fachpersonal betreffend die Entwicklung des jeweiligen Kindes (vgl. Erziehungspartnerschaft), Angebote der Kindertagesstätte zur Entlastung für Eltern (etwa im Hinblick auf Beratung bzw. Elternbildung), Förderung der aktiven Mitwirkung von Eltern in der Betreuungseinrichtung, Raum für Austausch der Eltern untereinander bieten (Betreuungseinrichtung wird Stätte der selbst organisierten Eltern- und Familienbegegnung), und schließlich kann sich die Kindertagesstätte nach außen hin öffnen und Gemeinwesen- bzw. Stadtteilarbeit leisten. Insbesondere der Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen hin zum Gemeinwesen als wohnbereichsnahen Zentren, in denen Familien zusammengeführt, für sie relevante und vielfältige Angebote in Anspruch nehmen können, wird vermehrt ein zukunftsweisendes Potenzial zugesprochen (Textor 2006, 2008a, Braun 2006, Hensen/Rietmann 2008, OECD 2006b).

In Zusammenhang mit interkultureller Vielfalt in heutigen Betreuungseinrichtungen (Neumann 2005) erlangt die interkulturelle Zusammenarbeit mit Eltern zunehmend an Aktualität, wobei es oftmals – auf beiden Seiten – bestehende Barrieren zu überwinden gilt. Diesbezügliche im Nachbarland Deutschland erfolgreiche Modelle und Ansätze finden in die Fachliteratur vermehrt Eingang (z. B. Knisel-Scheuring 2002, Schlösser 2004), wobei noch zu prüfen wäre, inwieweit sich diese Erfahrungen für Österreich adaptieren lassen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Frage der Qualität von außerfamiliärer Kinderbetreuung eine der Schlüsselfragen in Zukunft sein wird, und zwar einerseits zum Wohl des Kindes und der Gewährleistung seiner Entfaltungsmöglichkeiten; andererseits ist anzunehmen, dass Eltern qualitativ hochwertige Angebote verstärkt nachfragen werden. Demzufolge werden Fragen der Qualitätssicherung, z. B. durch verbindliche (Mindest-) Standards, Zertifizierungen usw., und des Qualitätsmanagements sowie die Notwendigkeit der (Weiter-)Entwicklung eines kindadäquaten Monitoringsystems in der Kinderbetreuungsdebatte verstärkt in den Vordergrund rücken, worauf Entwicklungen der letzten Jahre in Österreich und in anderen europäischen Ländern bereits hinweisen. Dies kommt auch in der Einschätzung der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2006a: 11) deutlich zum Ausdruck: „Quality is the key issue facing EU childcare policy in the immediate future, certainly in those countries with mature childcare markets. Whereas increasing the coverage and accessibility of childcare services was at the top of the political agenda in many Member States during the 1990s, the focus of childcare policy in the present and immediate future is shifting towards improving the quality of services and introducing effective techniques to measure and monitor quality. Research shows that there is a significant relationship between quality of childcare and positive outcomes for children.“

Summary

Die wichtigsten Funktionen von außerfamiliärer Kinderbetreuung sind die Förderung der Entwicklung, Erziehung und Bildung von Kindern sowie die Unterstützung der Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Infolge der zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Frauen, flexiblen Arbeitsmarktanforderungen und sich verändernden Familienstrukturen, aber auch einer verstärkten Orientierung in Richtung der frühen Sozialisierung von Kindern hat der Kinderbetreuungssektor in den letzten zehn Jahren eine massive Bedeutungsänderung erlebt. Kinderbetreuung wird nicht mehr ausschließlich als Privatsache begriffen; vielmehr zeichnet sich eine zunehmend geteilte Verantwortung zwischen Familie und Staat bzw. Gesellschaft ab, da viele damit verbundene Policy-Ziele in einem gesamtgesellschaftlichen Interesse liegen.

Das Kinderbetreuungswesen in Österreich ist in Gesetzgebung und Vollziehung Landesache. Die Gemeinden tragen die Hauptverantwortung für die Bereitstellung der Einrichtungen. Die Verantwortung für (Nachmittags-)Betreuungsplätze an Bundesschulen liegt grundsätzlich beim Bund, an Pflichtschulen bei den Ländern und Gemeinden. Abgesehen von der vergleichbaren Ausbildung des Fachpersonals gelten aufgrund der föderalistischen Regelungsstruktur keine österreichweiten Qualitätsstandards. In die Finanzierungsströme sind im Wesentlichen die Länder und die Gemeinden sowie die Eltern (über die Elternbeiträge) eingebunden. Der Bund stellt nur ausnahmsweise direkte Finanzierung für außerfamiliäre Kinderbetreuung zur Verfügung.

Österreich ist (noch) durch eine Vormachtstellung des Kindergartens als pädagogischer Einrichtung zur sozialen und vorschulischen Förderung charakterisiert. Allerdings ist bei praktisch allen übrigen Betreuungsformen (Krippen, Horte, altersgemischte Einrichtungen, Tagesbetreuung an Schulen) im letzten Jahrzehnt eine sprunghafte Entwicklung mit Zuwachsraten um die 100 % und mehr bei den zur Verfügung stehenden Einrichtungen zu verzeichnen. Auch der Anteil der privaten Betreiber an allen institutionellen Einrichtungen hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich (auf nunmehr 39 %) erhöht. Der überwiegende Teil des privaten Angebots erfolgt jedoch traditionell über lang etablierte Non-Profit-Organisationen.

Ungleichheiten bei der Wahlfreiheit bzw. im Zugang zu außerfamiliärer Kinderbetreuung sind in der Praxis zunächst regional bedingt: ein qualifiziertes Ausmaß an Betreuung für Kinder unter drei Jahren und im Schulalter ist i. d. R. nur in bestimmten, eher städtischen, Regionen verfügbar. Zusätzlich ergeben sich gewisse Hinweise, dass sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen einen erschwerten Zugang zu außerfamiliärer Kinderbetreuung aufweisen. Von essenzieller Bedeutung für eine Inanspruchnahme ist auch die finanzielle Leistbarkeit. Im Großen und Ganzen ist nach den vorliegenden Befunden außerfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich für alle Bevölkerungsgruppen – nicht zuletzt aufgrund der sozial gestaffelten Elternbeiträge – als leistbar zu bezeichnen.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Das Ziel der Erhöhung der Wahlfreiheit und Leistbarkeit steht auch im Zentrum von generellen Gebührenbefreiungen, Steuerabsetzbeträgen und direkten finanziellen Unterstützungen für Eltern. Seit 2008/09 setzte in Österreich eine überaus sprunghafte Entwicklung in punkto elternzentrierter Förderung ein. Eine Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über ein verpflichtendes, kostenloses letztes Kindergartenjahr (halbtags, ab September 2009 kostenlos und spätestens mit September 2010 auch verpflichtend), wurde im Frühjahr 2009 beschlossen. Darüber hinaus zeigt sich in der Mehrheit der Bundesländer seit 2008/09 ein dynamischer Trend in Richtung für die Eltern kostenloser Betreuung in Kindergärten. Im Zuge der Steuerreform 2009 erfolgt in Österreich auch erstmals eine allgemeine steuerliche Berücksichtigung von Kosten der außerfamiliären Betreuung.

Durch Ausbauintiativen von Ländern und Gemeinden sowie finanzielle Unterstützung durch den Bund wurde in den letzten Jahren eine Vielzahl von zusätzlichen Betreuungsplätzen geschaffen. Um das Angebot an außerfamiliärer Kinderbetreuung weiter zu erhöhen, investiert der Bund aktuell (2008 bis 2010) insgesamt 45 Mio. €, die Bundesländer stellen weitere 60 Mio. € zur Verfügung (Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG). Einen Fokus auf den Ausbau der Nachmittagsbetreuung an Schulen gibt es seit Mitte der 1990er-Jahre.

Im Jahr 2007 wurden in Österreich insgesamt 371 485 Kinder unter 15 Jahren (Betreuungsquote 28,9 %) außerfamiliär betreut. Getrennt nach Altersgruppen betraf dies 32 996 (2008: 32 797) unter Dreijährige (2007: 13,9 %; 2008: 14 %), 209 716 (2008: 210 043) Drei- bis Fünfjährige (2007: 86,6 %; 2008: 86,5 %), 78 594 (2008: 47 506) Sechs- bis Neunjährige (2007: 23,7 %; 2008: 14,5 %) und 50 179 Zehn- bis Vierzehnjährige (10,6 %). Sowohl bei der schulischen Tagesbetreuung als auch bei der Betreuung in institutionellen Einrichtungen lassen sich im Zehnjahresvergleich enorme Zuwächse feststellen. Dennoch ist auch aufgrund des internationalen Vergleichs der Betreuungsquoten davon auszugehen, dass insbesondere für unter Dreijährige (auf das EU-Barcelona Ziel von 33 % Betreuungsquote für 2010 fehlen noch 19 Prozentpunkte) sowie für Kinder im Schulalter nach wie vor Bedarf besteht.

Neben dem quantitativen Ausbau gewinnt die Frage der Qualität der außerfamilialen Kinderbetreuung vermehrt an Beachtung. Eine Reihe von Indikatoren zur Strukturqualität ist durch die Ländergesetze geregelt (wie Gruppengröße, Betreuer-Kind-Schlüssel usw.) und wird durch die Kindertagesheimstatistik erfasst, wohingegen Informationen über Indikatoren anderer Qualitätsdimensionen relativ spärlich vorhanden sind.

Obwohl Österreich insgesamt über ein gut funktionierendes und erprobtes Kinderbetreuungssystem verfügt und im letzten Jahrzehnt (insbesondere ab 2008/09) in vielerlei Hinsicht ein dynamischer Erweiterungs- und Modernisierungsprozess eingesetzt hat (Ausbau der Betreuungsplätze, Trend zu Gratiskindergärten, steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr etc.), lassen sich für Gegenwart und Zukunft zahlreiche Herausforderungen ausmachen: Das zentrale Problem ist nach wie vor der Mangel an ausreichenden Betreuungskapazitäten. Ein Handlungsbedarf besteht auch bei den Öffnungszeiten der Einrichtungen, vor allem bei den Schließzeiten am Nachmittag, aber auch während der Ferienzeiten. Der soziokulturelle Kontext der Bildungs- und Erziehungsarbeit und die zunehmend schwierigeren Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, verlangen zumindest zum Teil nach einem noch fundierteren

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

und facettenreicheren Berufs- und Ausbildungsprofil. Mit dem im Jahr 2009 eingeführten bundesländerübergreifenden BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich²⁸ – dem Ergebnis intensiver Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern – wurde die jahrzehntelange Forderung nach einem gemeinsamen Bildungsplan für Kinder im Alter von null bis sechs Jahren verwirklicht. Letztlich könnte sich das Modell von Familienzentren als zukunftsweisend für Kindertagesstätten erweisen.

Ausblick

Der Ausbau der außerfamiliären Betreuungs- und Bildungseinrichtungen bietet enormes Potenzial für die Verhinderung von frühzeitiger sozialer Benachteiligung, für die Förderung von Sozialisierung und Bildung, für die Herstellung von mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, für die gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf etc. Entscheidend dafür ist die Verfügbarkeit, Leistbarkeit und Qualität von außerfamiliärer Betreuung für Kinder aus allen Bevölkerungsgruppen. Es gilt somit eine optimale Strategie im Hinblick auf individuelle Kindesentwicklung, Wahlfreiheit und Flexibilität für die Eltern sowie in Relation zu grundlegenden gesellschaftspolitischen (soziale Eingliederung, Erweiterung von Bildungschancen und -partizipation, Reduktion von späteren Sozialkosten etc.) und volkswirtschaftlichen bzw. sozialpolitischen Zielen (Sicherstellung von ausreichendem Arbeitskräfteangebot und Wirtschaftswachstum etc.) zu entwickeln. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass der Bereich der außerfamiliären Kinderbetreuung nicht losgelöst von anderen Systemen, die mit der Betreuung von Kindern und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf interagieren, betrachtet und entwickelt werden kann, sondern vielmehr in ein breites Policy-Spektrum an Maßnahmen (Transferleistungen, Karenzregelungen, Vereinbarkeitsmaßnahmen in Unternehmen etc.) mit den jeweils unterschiedlichen Akteuren einzubetten ist (European Foundation 2006a, 2009, OECD 2006b, Unicef 2008).

Obwohl Österreich insgesamt über ein gut funktionierendes und erprobtes Kinderbetreuungssystem verfügt und im letzten Jahrzehnt (insbesondere ab 2008/09) in vielerlei Hinsicht ein dynamischer Erweiterungs- und Modernisierungsprozess eingesetzt hat (Ausbau der Betreuungsplätze, Trend zu Gratiskindergärten, steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, verpflichtendes letztes Kindergartenjahr etc.), lassen sich für Gegenwart und Zukunft noch zahlreiche Herausforderungen ausmachen.

Ausbau Betreuungsplätze, Öffnungszeiten, Finanzierung

Das zentrale Problem des österreichischen Kinderbetreuungssystems ist nach wie vor der Mangel an ausreichenden Kapazitäten. Trotz deutlicher Steigerungen im letzten Jahrzehnt ist Österreich im internationalen Kontext ein Nachzügler in Sachen Betreuungsquoten, insbesondere bei den unter Dreijährigen – als zusätzlicher Bedarfsfaktor ist die Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes zu nennen – und bei Kindern im schulpflichtigen Alter. Aber auch bei Kindern im Kindergartenalter gilt es, neben der Beseitigung von noch bestehenden regionalen Defiziten, ausreichende Versorgung im Hinblick auf das verpflichtende bundesweite Gratiskindergartenjahr bzw. auf die dynamische Entwicklung bei der generellen Abschaffung von Elternbeiträgen für Kinder im Kindergartenalter in der Mehrzahl der Bundesländer sicherzustellen.

²⁸ Nähere Informationen unter <http://www.bmukk.gv.at/medienpool/18698/bildungsrahmenplan.pdf>

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Ein Handlungsbedarf besteht zudem bei den Öffnungszeiten der Einrichtungen, vor allem bei den Schließzeiten mittags und am Nachmittag, aber auch während der Ferienzeiten. Gerade bei Kindergärten, die als einzige Einrichtungsform eine annähernd flächendeckende quantitative Versorgung anbieten, erscheint das diesbezügliche Angebot als überdurchschnittlich mangelhaft. Einzufordern ist auch die verstärkte Möglichkeit der flexiblen und bedarfsgerechten Nutzung innerhalb der Öffnungszeiten, etwa die Kinder je nach Erwerbsarbeitszeit abwechselnd vormittags und nachmittags betreuen zu lassen.

Derzeit (2008 bis 2010) wird vom Bund und von den Ländern (Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG) für Kinder unter sechs Jahren, mit einem Fokus auf unter Dreijährige, eine Finanzierung für den weiteren Ausbau des institutionellen Angebots sowie die Ausbildung von Tageseltern bereitgestellt. Auch die Erweiterung der Tagesbetreuung an Schulen soll weiter vorangetrieben werden. Parallel dazu könnte auch die bereits geübte Praxis, die Kindergarteninfrastruktur verstärkt für alterserweiterte Gruppen zu nutzen, weiter intensiviert werden.

Generell sollte die Verknüpfung von unterschiedlichen Angeboten innerhalb des Kinderbetreuungssystems verbessert werden. Mehr gemeindeübergreifende Kooperationen – im Sinne Interkommunaler Zusammenarbeit – würden Angebote für unter Dreijährige bzw. eine (längere) Betreuung am Nachmittag u. U. auch in ländlichen Regionen wirtschaftlich vertretbar machen. Für (darüber hinausgehende) individuelle Bedarfe ist die weitere Integration von Tageseltern in das Kinderbetreuungssystem zu forcieren. Gleichzeitig wären umfangreiche Strategien auf kommunaler/lokaler Ebene bzw. im Rahmen von Bündnissen für Familie einzufordern, um die Koordination und Kooperation zwischen einzelnen Kinderbetreuungsformen weiter voranzutreiben und je nach Bedarf der Familien verschiedene Anbieter bedarfsgerecht zu vernetzen. Unter Umständen könnte dies zu einem umfassenden Serviceansatz führen, der sensitiv sowohl auf die Entwicklungsbedarfe von Kindern als auch auf die Betreuungsbedarfe der Eltern eingeht (Esch/Stöbe-Blossey 2005, Kaindl/Dörfler 2007: 43, OECD 2006b: 54).

Substanzielle finanzielle Unterstützung ist erforderlich, um die nachhaltige Weiterentwicklung des Kinderbetreuungssektors sicherzustellen. Angesichts knapper öffentlicher Ressourcen wäre zu diskutieren, in Zukunft die Struktur der familienbezogenen Ausgaben verstärkt hin zu Sachleistungen zu verändern. So kann die Effektivität von Familienpolitik danach beurteilt werden, ob sich die Menschen in der Lage sehen, ihre Kinderwünsche zu realisieren. Die Geburtenraten in Europa korrelieren nicht mit der Großzügigkeit von Geldleistungen, aber mit der Verfügbarkeit von außerfamiliärer Betreuung für Kleinkinder. Weiters gibt es einen starken Zusammenhang zwischen den Betreuungsquoten von unter Dreijährigen und den entsprechenden Erwerbsraten von Müttern (European Commission 2008, OECD 2006a: 86). Diese empirischen Beispiele zeigen, wie wichtig reale Familienleistungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind.

Österreich gab im Jahr 2006 insgesamt 2,9 % des BIP für Leistungen für Familien und Kinder aus (OECD-Europa Schnitt 2005: 2,2 %). Der Anteil der Aufwendungen für nicht-monetäre Leistungen an den gesamten Familienleistungen ist mit 19 % im Vergleich zu anderen Staaten (OECD-Europa Schnitt 2005: 32 %) jedoch noch immer sehr gering (BMSK 2009: 164, OECD 2008c).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Als sinnvoll erscheint auch eine verstärkte Koordination der Regulierung und Finanzierung der außerfamiliären Kinderbetreuung zwischen dem Bund und den Ländern. Ansonsten könnte der weitere Ausbau durch das föderalistische System behindert werden, da auf Seiten der Länder u. U. Widerstände gegen zusätzliche finanzielle Lasten auftreten, die ausschließlich aus dem Blickwinkel von öffentlichen Ausgaben betrachtet werden. Gerade der Kinderbetreuungssektor unterliegt lokalen Einflüssen, Dispersionen und idiosynkratischen Bewertungen. Es wäre von Vorteil, wenn außerfamiliäre Kinderbetreuung Teil einer umfassenden nationalen Politikstrategie sein könnte, mit dezentralisierten Befugnissen für Länder bzw. Gemeinden auf der einen Seite und einem gesamtstaatlichen Ansatz hinsichtlich Zielsetzungen, Regulierung (inkl. der Festlegung bundesweiter Qualitätsstandards) und Finanzierung auf der anderen. Mittelfristig sollte dies zu einem stärker egalitären Zugang zu außerfamiliärer Kinderbetreuung in den einzelnen Bundesländern führen und gleichzeitig zu größerer Konsistenz des Sektors im Hinblick auf Betreuungsangebote, Öffnungszeiten etc. beitragen (Esch/Stöbe-Blossey 2005: 15, OECD 2006a).

Einzufordern ist gegebenenfalls auch mehr Unterstützung bei der Finanzierung durch Wirtschaftsorganisationen und die Industrie. Die Wirtschaft könnte dazu beitragen, die für sie wichtige Arbeitsmarktreserve in Zukunft zu mobilisieren; die Verfügbarkeit von guten Kinderbetreuungseinrichtungen wirkt sich bei der Akquisition und Bindung von qualifizierten Arbeitnehmer/-innen entscheidend aus; dies wäre in positivem Sinn auch bei Produktivität und Konkurrenzfähigkeit der Betriebe möglich. In diesem Kontext wären entsprechende Sensibilisierungsmaßnahmen, die sich gezielt an Betriebe richten, zu empfehlen.

Soziale Eingliederung

Dass alle Kinder zumindest ein verpflichtendes (und kostenloses) Kindergartenjahr absolvieren, ist für die Förderung der sprachlichen, motorischen und sozialen Kompetenzen von enormer Bedeutung und trägt wesentlich zu verbesserten Startbedingungen von Kindern im Rahmen des schulischen Bildungssystems und zur späteren Wahrnehmung von Bildungs- und Berufschancen bei. Deutlich höhere Betreuungsquoten bei Kindern aus Familien mit höherer Bildung und höherem Einkommen sowie die Angabe, eine Kinderbetreuungseinrichtung aufgrund zu hoher Kosten nicht in Anspruch zu nehmen, können – trotz im Großen und Ganzen für alle Bevölkerungsgruppen aufgrund von sozialen Staffelungen als leistbar zu bezeichnender außerfamiliärer Kinderbetreuung – als Hinweise auf bisherige mögliche Zugangsprobleme von sozial benachteiligten Familien gewertet werden.

Einrichtungen, etwa in Regionen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und/oder in armutsgefährdeten Familien, könnten begleitend zu dem verpflichtenden Kindergartenjahr u. U. noch effektivere Ergebnisse erzielen, wenn sie als zentrale und niedrigschwellige Anlaufstellen vielfältige Serviceleistungen für Familien im Hinblick auf das Wohlergehen und die Entwicklung von Kindern anbieten. Sozial benachteiligte Familien mit Kindern sind häufig mit einer Vielfalt von Problemen konfrontiert, die am wirkungsvollsten mit einem ganzheitlichen und vernetzten Ansatz zur sozialen Eingliederung, insbesondere im Wege von außerfamiliärer Kinderbetreuung im Zusammenspiel mit Bildungsförderung der Eltern, Gesundheits- und anderen Sozialdiensten (Familienunterstützung, Beratungsdienste etc.), angesprochen werden können (European Foundation 2009: 5, OECD 2006b: 55/75).

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Personal

Das Fachpersonal in Kinderbetreuungseinrichtungen verfügt über eine fundierte Ausbildung; Über 55 % des gesamten Personals in Kindertagesheimen sind ausgebildete Pädagog/-innen (OECD 2006b: 68, Statistik Austria 2008a: 76). Die Anforderungen an den Beruf werden aufgrund des gesellschaftlichen Kontexts der Bildungs- und Erziehungsarbeit in einer spät-modernen Gesellschaft und der damit verbundenen zunehmend schwierigeren Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, anspruchsvoller, was nicht zwangsweise ein formal höheres Abschlussniveau erfordert, aber zumindest zum Teil nach ein noch fundierteres und facettenreicheres Berufsprofil verlangt. Diesbezüglich ist eine kontinuierliche Fort- bzw. Weiterbildung des Fachpersonals besonders bedeutsam.

Bedingt durch das derzeitige Qualifikationsniveau liegt das Einkommen der Pädagog/-innen²⁹ trotz hochprofessioneller Tätigkeit etwa 20 % unter dem der Volksschullehrer/-innen. Wenn niedrige Gehälter gezahlt werden und sich zusätzlich wenig Aufstiegs- oder Wechselmöglichkeiten bieten, könnte der zukünftige Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt mit vielen Berufsalternativen für Frauen mittel- und langfristig eine schwer zu lösende Herausforderung darstellen. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, generell deutliche Signale einer gesellschaftlichen Aufwertung des verantwortungs- und anspruchsvollen Erzieher/-innen-Berufs zu setzen, sowohl im Hinblick auf Ausbildung als auch Weiter- bzw. Fortbildung.

Aufgrund von gegenwärtigen gesellschaftlichen Haltungen, der geringen Entlohnung und des Mangels an beruflichen Perspektiven tendieren junge Männer dazu, Berufe in der Kleinkindpädagogik zu meiden. Kinder sollten jedoch bei der außerfamiliären Betreuung das Recht auf eine Interaktion mit Frauen und Männern im Sinne von geschlechtssensibler Pädagogik haben, was umso mehr an Bedeutung gewinnt, als der Anteil der Kinder mit alleinerziehenden Elternteilen (zumeist Müttern) tendenziell zunimmt und häufig die Interaktion mit beiden Elternteilen als Bezugspersonen eingeschränkt ist. Eines der Ziele des Expertennetzwerks zur Kinderbetreuung der Europäischen Union aus dem Jahr 1996 sah entsprechend vor, dass Männer 20 % des Personals in Betreuungseinrichtungen stellen sollten – eine Zielsetzung, von der Österreich nach wie vor weit entfernt ist. Eine mögliche Strategie zur Erhöhung der Attraktivität dieses Berufes für Männer könnte darin bestehen, Rollenmodelle zu identifizieren, die als Anreiz für die Berufswahl im Kinderbetreuungssektor dienen (European Foundation 2009: 5, OECD 2006b: 45 ff.).

Qualität

In der überwiegenden Mehrzahl der österreichischen Kinderbetreuungseinrichtungen wird Pädagogik im Sinne einer Einheit von Betreuung, Erziehung und Bildung aufgefasst. Aufgrund der föderalistischen Struktur existieren jedoch keine bundesweit verbindlichen qualitativen Standards für Bildungsziele und pädagogische Arbeit. Im Allgemeinen sind die Anforderungen an Kindergärten und Krippen, die durch die Kindergartengesetze in den Bundesländern geregelt sind, umfassender als für andere Formen von Kinderbetreuung.

²⁹ Laut OECD (2006b) beträgt das Einstiegsgehalt der Kindergartenpädagog/-innen etwa 1.300 € monatlich und erreicht nach 20 Jahren eine Obergrenze von rund 2.000 €.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

Mit dem im Jahr 2009 eingeführten bundesländerübergreifenden BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich – Ergebnis intensiver Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern – wurde der jahrzehntelangen Forderung nach einem gemeinsamen Bildungsplan für Kinder im Alter von null bis sechs Jahren Rechnung getragen. Auch für Tageseltern wären einheitliche Regelungen für Betreuungsqualität und Ausbildungskriterien – derzeit gibt es zum Teil noch große diesbezügliche Unterschiede – zu schaffen. Generell wäre das vorhandene und wissenschaftlich fundierte Instrumentarium zur Messung bzw. Feststellung von (pädagogischer) Qualität in der Kinderbetreuung (Esch et al. 2006, Hartmann/Stoll 2004, Hartmann/Tietze 2007, Tietze 2002, 2003) vermehrt zu nutzen. Auch die Einführung eines bundesweiten Monitoringsystems, das Aufschluss über die Einhaltung der von Expert/-innen empfohlenen (Mindest-)Standards gibt, sowie von Systemen der Sicherung und Steuerung von Qualität in der außerfamilialen Kinderbetreuung sind zu empfehlen. Die derzeitige Datenlage gibt vorrangig über strukturelle Indikatoren Auskunft: zu diskutieren sind dabei u. a. der derzeitige Fachpersonalschlüssel bzw. Gruppengrößen in Krippen (1 : 10 bzw. 1 : 17) und in Kindergärten (1 : 16 bzw. 1 : 22) in manchen Bundesländern (im Durchschnitt!), die es Pädagog/-innen gegenwärtig erschweren, adäquate Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsleistungen anzubieten bzw. entsprechende Zielvorstellungen real umzusetzen.

Pädagogische Konzepte und damit verbundene Rahmenbedingungen (verstärkte Einbeziehung von Fachpersonal für Kinder mit Migrationshintergrund bzw. erhöhtem Förderbedarf wie Sprachförderung) und Betreuungsstandards (Gruppengröße, Personalschlüssel etc.) wären insbesondere auch an den Bedarf der Zielgruppe sozial benachteiligter Kinder anzupassen (OECD 2006b).

Schließlich wäre eine verstärkte Kooperation zwischen Betreuungseinrichtungen und Eltern zu forcieren (Textor 2000, 2005), um – ähnlich wie im Bildungsbereich – das Potenzial dieser Partnerschaften optimal zu nutzen. Hier gilt es insbesondere adäquate Formen der interkulturellen Zusammenarbeit mit Eltern zu finden, wobei auf bestehende Erfahrungen zurückgegriffen werden könnte (vgl. Knisel-Scheuring 2002, Schlösser 2004). Bereits erwähnte Modelle kombinierter Dienstleistungen für Familien auf lokaler, wohnbereichsnaher Ebene wie Familienzentren (Braun 2006, Hensen/Rietmann 2008, OECD 2006b, Textor 2006), könnten hier wegweisend sein.

Literatur

- Ahnert, Lieselotte (2004): Entwicklung in kombinierter familiärer und außerfamiliärer Kleinkind- und Vorschulbetreuung; in: Hasselhorn, Marcus / Silbereisen, Rainer K. (Hg.): Enzyklopädie Psychologie. Band 4: Psychologie des Säuglings- und Kindesalters. Göttingen: Hogrefe, 373–408.
- Alteneder, Wolfgang / Kalmár, Monika / Prammer-Waldhör, Michaela (2003): Beschäftigungseffekte einer umfassenden Kinderbetreuung. Projektbericht. Wien: Synthesis Forschung.
- Altrichter, Herbert / Bacher, Johann / Beham, Martina / Nagy, Gertrud / Wetzelhütter, Daniela (2008): Linzer Elternbefragung. Studie im Auftrag des Magistrats Linz. Endbericht. Linz: Johannes Kepler Universität Linz
- Bacher, Johann (2005): Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund; in: kontraste Dezember 2005, 25–28.
- Bacher, Johann / Leitgöb, Heinz (2008): Testleistungen und Chancengleichheit im internationalen Vergleich; in: Schreiner, Claudia / Schwantner, Ursula (Hg.): PISA 2006. Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschafts-Schwerpunkt. Graz: Leykam.
- Balthasar, Andreas / Binder, Hans-Martin / Götsch Neukom, Regula (2005): Kinderbetreuungsgutscheine. Diskussionspapier zuhanden der Zentralstelle für Familienfragen, Luzern.
- Barnett, Steven W. / Boocock, Sarane S. (1998): Early Care and Education for Children in Poverty. Promises, Programs and Long-term Results. Albany, New York: SUNY Press.
- Bauer, Fritz / Kainz, Gudrun (2007): Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund beim Bildungszugang; in: WISO, 30 (4), 17–64.
- Baum, Doris (2006): Elternschaft als Bildungsthema. Eine interdisziplinäre Untersuchung zu Grundlagen, Problemen und Perspektiven der Elternbildung im deutschsprachigen Raum einschließlich einer repräsentativen Elternbefragung in Oberösterreich. Linz: Sozialwissenschaftliche Materialien Band 41.
- Bayerl, Nikolaus (2008): Aufwendungen im Kinderbetreuungswesen 2000 bis 2006; in: Statistische Nachrichten 5, Wien, 372–382.
- Becker, Gary S. (2003): Die Bedeutung der Humanvermögensbildung in der Familie für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft; in: Leipert, Christian (Hg.): Demografie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich, 89–102.
- Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hg.) (2004): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Becker, Rolf / Tremel, Patricia (2006): Auswirkungen vorschulischer Kinderbetreuung auf die Bildungschancen von Migrantenkindern; in: Soziale Welt 57, Heft 4, 397–418.
- Beham, Martina (2009): Bildung von Anfang an. Der Beitrag der Familie als Bildungs- und Erziehungspartnerin; in: Bucher, Anton / Kalcher, Annamaria / Laueremann, Karin (Hg.): Gemeinsam erziehen. Das umkämpfte Kind zwischen Familie, Bildungsinstitutionen und Gesellschaft. Wien: G & G Verlag, 30–60.
- Beham, Martina / Haller, Roland (2005): Work-Life-Balance. Wie bringen Österreichs Familien Beruf und Familie in Einklang? In: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004. Wiesbaden: VS Verlag, 401–430.
- Berger, Manfred (2004): Von der Kleinkinder-Bewahranstalt zum Kindergarten als Bildungsinstitution. Ausgewählte Aspekte zur Entwicklung des Kindergartens in Österreich; in: Unsere Kinder. Sonderausgabe 2004, 1 ff.
- Berger, Manfred (2005): Recherchen zum Kindergarten in Österreich: Gestern – Heute – Morgen; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (Hg. von Martin R. Textor): <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1240.html> (abgerufen am 7.2.2009).
- Berry, Gabriele/Pesch, Ludger (2000): Welche Horte brauchen Kinder? Ein Handbuch. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Neuwied-Kriftel-Berlin: Luchterhand.
- Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim-Basel: Beltz.
- Blau, David M. (2001): The Childcare problem. An Economic Analysis. New York: Russell Sage Foundation.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2003): Auf den Anfang kommt es an! Perspektiven zur Weiterentwicklung des Systems der Tageseinrichtungen für Kinder in Deutschland. Weinheim–Basel: Beltz.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2008): Gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an. Flyer. Berlin: BMFSFJ (URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=107262.html>, abgerufen am 28.2.2009)
- BMGF (Bundesministerium für Gesundheit und Frauen) (2006): Auf Erfolgskurs – Die Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen in österreichischen Unternehmen sowie in der Selbstverwaltung, Wien.
- BMSK (Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz) (2009): Sozialbericht 2007 – 2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen, Wien.
- BMUKK (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur) (2009): Schulische Tagesbetreuung. URL: <http://www.bmukk.gv.at/schulen/unterricht/tb/index.xml> (abgerufen am 2.2.2009)
- BMWFJ (Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend) (2009): Kinderbetreuung in Österreich, <http://www.bmwfj.gv.at/BMWA/Schwerpunkte/Familie/Kinderbetreuung/default.htm> (abgerufen am 2.2.2009).
- Bostelmann, Antje / Fink, Michael (2003): Pädagogische Prozesse im Kindergarten – Planung, Umsetzung, Evaluation. Weinheim–Basel, Berlin: Cornelsen Scriptor.
- Braun, Ulrich (2006): Die Zukunft der Kitas sind Familienzentren! In: Kita aktuell NRW, 02/2006, 31–34.
- Büchel, Felix / Spieß, C. Katharina (2002): Formen der Kinderbetreuung und Arbeitsmarktverhalten von Müttern in Ost- und Westdeutschland. Hg. vom Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend. Stuttgart.
- Büchel, Felix / Spieß, C. Katharina / Wagner, Gert G. (1997): Bildungseffekte vorschulischer Kinderbetreuung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Band 49, Heft 3, 528–539.
- Büchner, Charlotte / Spieß, C. Katharina (2007): Die Dauer von vorschulischer Betreuungs- und Bildungserfahrungen – Ergebnisse auf der Basis von Paneldaten. DIW Discussion paper 687. Berlin: DIW.
- Colberg-Schrader, Hedi (2003): Institutionelle und informelle Bildungsorte: Zum Verhältnis von Familie und Kindertageseinrichtung; in: Fthenakis, Wassilios E. (Hg.): Elementarpädagogik nach PISA. Freiburg: Herder, 243–284.
- Deutsches Jugendinstitut (Hg.) (2003): Familie, Kinder, Beruf. Familienunterstützende Kinderbetreuungsangebote in der Praxis. München: DJI
- Dieckhoff, Petra (2002): Wir verstehen uns prima. Interkulturelle Erziehung im Kindergarten. Stuttgart: Kohlhammer.
- Diller, Angelika / Leu, Hans Rudolf / Rauschenbach, Thomas (Hg.) (2004): Kitas und Kosten. Die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen auf dem Prüfstand. München: DJI Verlag.
- Diller, Angelika / Rauschenbach, Thomas (Hg.) (2006): Reform oder Ende der Erzieherinnenausbildung. Beiträge zu einer kontroversen Fachdebatte. München: DJI Verlag.
- Dörfler, Sonja (2004): Außerfamiliale Kinderbetreuung in Österreich – Status Quo und Bedarf, ÖIF Working Paper Nr. 43. Wien: ÖIF.
- Dörfler, Sonja (2007): Kinderbetreuungskulturen in Europa. Ein Vergleich vorschulischer Kinderbetreuung in Österreich, Deutschland, Frankreich und Schweden, ÖIF Working Paper Nr. 57. Wien: ÖIF.
- Dörfler, Sonja / Neuwirth, Norbert / Dohmen, Dieter (2001): Kinderbetreuungsgutschein – Quo vadis? In: beziehungsweise 13/2001, 63 f.
- Dreer, Elisabeth / Schneider, Friedrich (2006): Kosten und Nutzen von Schulen mit ganztägiger Betreuung, Volkswirtschaftliche Berechnungen am Beispiel von Oberösterreich; in: Wohlgemuth, Norbert (Hg.): Arbeit, Humankapital und Wirtschaftspolitik, Vol. 547, Berlin: Duncker & Humblot, 121–151.
- Engelbert, Angelika / Kaufmann, Franz-Xaver (2003): Der Wohlfahrtsstaat und seine Kinder. Bedingungen der Produktion von Humanvermögen; in: Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (Hg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. New York–Frankfurt a. M.: Campus, 59–94.
- Erath, Peter / Amberger, Claudia (2000): Das KitaManagementKonzept: Kindertagesstätten auf dem Weg zur optimalen Qualität. Freiburg i Br.: Herder. 2. Auflage.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Erath Peter / Sandner Eva (2007): Unternehmen KiTa. Wie Teams unter veränderten Rahmenbedingungen erfolgreich handeln. München: Don Bosco.
- Esch, Karin / Klaudy, Elke Katharina / Micheel, Brigitte / Stöbe-Blossey, Sybille (2006): Qualitätskonzepte in der Kindertagesbetreuung: Ein Überblick. Wiesbaden: VS Verlag.
- Esch, Karin / Mezger, Erika / Stöbe-Blossey, Sybille (Hg.) (2005): Kinderbetreuung – Dienstleistung für Kinder. Handlungsfelder und Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag.
- Esch, Karin / Stöbe-Blossey, Sybille (2005): Arbeitsmarkt und Kinderbetreuung – Anforderungen an die Neustrukturierung eines Dienstleistungsangebots. Studie des IAT im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Gelsenkirchen.
- Esping-Andersen, Gøsta (2002): A child-centred Social Investment Strategy; in: Esping-Andersen, Gøsta / Gallie, Duncan / Hemerijck, Anton / Myles, John (eds.): Why We Need a New Welfare State. Oxford, 26–67.
- European Commission (2008): Demography Report 2008: Meeting Social Needs in an Ageing Society. Executive Summary. Brüssel.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2006a): Childcare services in the EU – what future? Dublin.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2006b): Employment developments in childcare services for school-age children, Dublin.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2006c): Employment developments in childcare services for school-age children. Austria. Dublin.
- European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions (2009): Childcare services in Europe. Dublin.
- Fassmann, Heinz (Hg.) (2007): 2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001 – 2006. Rechtliche Rahmenbedingungen, demografische Entwicklungen und sozio-ökonomische Strukturen. Klagenfurt/Celovec: Drava Verlag.
- Fritschi, Tobias / Oesch, Tom (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. URL: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23966_23968_2.pdf (abgerufen am 15.09.2008).
- Fthenakis, Wassilios E. (1998): Erziehungsqualität: Operationalisierung, empirische Überprüfung und Messung eines Konstrukts; in: Fthenakis, Wassilios E. / Textor, Martin R. (Hg.): Qualität von Kinderbetreuung. Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich. Weinheim–Basel: Beltz, 52–74.
- Fthenakis, Wassilios E. (2000): Die Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen: Strategiekonzepte zur Weiterentwicklung von Ausbildungsqualität; Vortrag anlässlich einer Fachtagung am 17.10.2000, abrufbar unter: http://www.fthenakis.de/cms/Vortrag_Fachtagung_2000-10-17.pdf
- Fthenakis, Wassilios E. (2003): Elementarpädagogik nach PISA. Wie aus Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen werden können. Freiburg: Herder.
- Fthenakis, Wassilios E. (2003a): Zur Neukonzeptualisierung von Bildung in der frühen Kindheit; in: Fthenakis, Wassilios E. (Hg.): Elementarpädagogik nach PISA. Freiburg: Herder, 18–37.
- Fthenakis, Wassilios E. (2003b): Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder; in: Fthenakis, Wassilios E. (Hg.): Elementarpädagogik nach PISA. Freiburg: Herder, 208–242.
- Fthenakis, Wassilios E. (2004): Kindergärten und ihre Zukunft. Das Systembedarf der Reform; in: Wehrmann, Ilse (Hg.): Kindergärten und ihre Zukunft. Weinheim–Basel: Beltz, 559–572.
- Fthenakis, Wassilios E. / Hanssen, Kirsten / Oberhuemer, Pamela / Schreyer, Inge (2003): Träger zeigen Profil. Qualitätshandbuch für Träger von Kindertageseinrichtungen. Weinheim–Basel: Beltz.
- Fthenakis, Wassilios E. / Oberhuemer, Pamela (2004): Frühpädagogik international. Bildungsqualität im Blickpunkt. Wiesbaden: VS Verlag.
- Fthenakis, Wassilios E. / Oberhuemer, Pamela (Hg.) (2002): Ausbildungsqualität. Strategiekonzepte zur Weiterentwicklung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erzieher. Neuwied–Kriftel–Berlin: Luchterhand.
- Fthenakis, Wassilios E. / Textor, Martin R. (1998): Qualität von Kinderbetreuung. Konzepte, Forschungsergebnisse, internationaler Vergleich. Weinheim–Basel: Beltz.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Fuchs, Michael in Kooperation mit Marin, Bernd, / Prinz, Christopher (Exkurs) / Beham, Martina / Kränzl-Nagl, Renate (2006): Kinderbetreuungsplätze in Österreich. „Fehlen keine oder bis zu 650.000?“ Bedarfsanalysen 2005 – 2015 im Auftrag der Industriellenvereinigung. Wien, Europäisches Zentrum.
- Gröning-Schäffer, Britta / Hansen, Birte (2003): Qualität der Qualitätsentwicklung in Kindertagesstätten. Grundlagen, Konzepte und deren Einschätzung durch pädagogische Fachkräfte. Frankfurt a. M.: ifoebb Materialien, Band 14.
- Hank, Karsten / Kreyenfeld, Michaela / Spieß, C. Katharina (2004): Kinderbetreuung und Fertilität in Deutschland; in: Zeitschrift für Soziologie, 36, Heft 3, 228–244.
- Hartel, Birgit (2008): Qualität im Kindergarten – Auf welche Standards haben Kinder im Kindergarten ein Anrecht? URL: <http://www.kinderrechte.gv.at/home/im-fokus/kr-auf-versorgung/kinderbetreuung/experten--innenstimme/content.html> (abgerufen am 28.2.2009)
- Hartmann, Waltraut / Stoll, Martina (2004): Mehr Qualität für Kinder. Qualitätsstandards und Zukunftsperspektiven für den Kindergarten. 2. Auflage (1. Auflage 1996), Wien: öbv & hpt.
- Hartmann, Waltraut / Stoll, Martina (2005). Pädagogische Qualität feststellen, entwickeln und sichern; in: Unsere Kinder 4/2005, 2–8.
- Hartmann, Waltraut / Stoll, Martina / Chiste, Natalie / Hajszan, Michaela (2000): Bildungsqualität im Kindergarten. Transaktionale Prozesse, Methoden und Modelle. Wien: Charlotte Bühler Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung.
- Hartmann, Waltraut / Tietze, Wolfgang (2007): Dimensionen pädagogischer Qualität im Kindergarten. Internationale Forschungsergebnisse – Empfehlungen – Qualitätsfeststellung. Wien, Berlin: Charlotte Bühler Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung/PädQuis.
- Hensen, Gregor / Rietmann, Stephan (Hg.) (2008): Tagesbetreuung im Wandel: das Familienzentrumsmodell als Zukunftsmodell. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hermens, Claudia / Nordt, Gabriele / Kleinen, Karin / Fuchs, Ragnhild / Strätz, Rainer (2002): Qualität für Schulkinder in Tageseinrichtungen (QUAST). Weinheim–Basel: Beltz.
- Hernberger, Grit / Karkow, Christine / Ziesche, Ulrike (Hg.) (2003): Qualitätswerkstatt Kita. Zusammenarbeit von Kita und Familie. Weinheim–Basel: Beltz.
- Hocke, Norbert (2003): Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung. Bildung von Anfang an; in: Leipert, Christian (Hg.): Demografie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich. 257–263.
- Honig, Michael-Sebastian / Joos, Magdalena / Schreiber, Norbert (2004): Was ist ein guter Kindergarten? Theoretische und empirische Analysen zum Qualitätsbegriff in der Pädagogik. München: Juventa.
- Huber, Manfred / Maucher, Mathias / Sak, Barbara (2007): Study on Social and Health Services of General Interest in the European Union. Final Synthesis Report. Prepared for DG Employment, Social Affairs and Equal Opportunities, Brüssel.
- Joos, Magdalena (2003): Der Umbau des Sozialstaates und Konsequenzen für die Konstituierung von Kindheit – diskutiert am Beispiel des Gutscheinmodells für Kindertageseinrichtungen; in: Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (Hg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. New York–Frankfurt a. M.: Campus, 121–150.
- Jurczyk, Karin / Rauschenbach, Thomas / Tietze, Wolfgang / Keimeleder, Lis / Schneider, Kornelia / Schumann, Marianne / Stempinski, Susanne / Weiß, Karin / Zehnauer, Anne (2004): Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung im Privathaushalten. Weinheim–Basel: Beltz.
- Kaindl, Markus / Dörfler, Sonja (2007): Einstellungen zum Erwerbsverhalten von Müttern. Die Sichtweisen von Müttern, Frauenreferentinnen und Frauenorganisationen, ÖIF Working Paper Nr. 64. Wien: ÖIF.
- Kapella, Olaf / Rille-Pfeiffer, Christiane (2006): Evaluation Kinderbetreuungsgeld. Teil B – Statusbericht (Jänner 2005 – März 2006), Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Kapella, Olaf / Rille-Pfeiffer, Christiane (2007): Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb, ÖIF Working Paper No. 66. Wien: ÖIF.
- Kaufmann, Franz-Xaver (1995): Zukunft der Familie im vereinten Deutschland. Gesellschaftliche und politische Bedingungen. Perspektiven und Orientierungen – Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, Band 16. München: C. H. Beck.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Klein, Lothar (1998): Neue Wege in der Elternarbeit (Teil 1): Lernen, die Familie als Ganzes zu sehen; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (Hg. von Martin R. Textor): URL: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/522.html> (abgerufen am 10.3.2009)
- Klepp, Doris / Buchebner-Ferstl, Sabine / Cizek, Brigitte / Kaindl, Markus (2008): Elternbildung in Österreich. Evaluierung der Elternbildungsveranstaltungen 2006. Working paper Nr. 70. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Knauf, Helen (2009): Educational Change 0 bis 6: Wie Veränderungen im Elementarbereich durch Personal- und Organisationsentwicklung nachhaltig verändert werden können; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (Hg. von Martin R. Textor): <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1993.html> (abgerufen am 15.4.2009).
- Knisel-Scheuring, Gerlinde (2002): Interkulturelle Elterngespräche. Gesprächshilfen für Erzieherinnen in Kindergarten und Hort. Lehr: Kaufmann.
- Koch, Bernhard / Aigner, Josef / Poscheschnik, Gerald / Perzy, Anton (2007): Projektbeschreibung „public fathers – Männer als Kindergartenpädagogen“ 2008 – 2010, Wien.
- Kränzl-Nagl, Renate (1999): Außerfamiliäre Angebote der Kinderbetreuung; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Familien- & Arbeitswelt. Partnerschaften zur Vereinbarkeit und Neuverteilung von Betreuungs- und Erwerbstätigkeit. 4. Österreichischer Familienbericht: Familie zwischen Anspruch und Alltag. Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, Wien, 85–101.
- Kränzl-Nagl, Renate / Sax, Helmut / Wilk, Liselotte / Wintersberger, Helmut (2004): YAP – Young Rights Action Plan. Bericht zum YAP-Prozess 2003. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien.
- Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (2003): Die Kindheitsvergessenheit der Wohlfahrtsstaatsforschung und die Wohlfahrtsstaatsvergessenheit der Kindheit; in: Kränzl-Nagl, Renate / Mierendorff, Johanna / Olk, Thomas (Hg.): Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen. New York–Frankfurt a. M.: Campus, 9–55.
- Kratzmann, Jens / Schneider, Thorsten (2008): Soziale Ungleichheiten beim Schulstart. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung der sozialen Herkunft und des Kindergartenbesuchs auf den Zeitpunkt der Einschulung. SOEPpapers 100. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Berlin.
- Kresbach, Andreas (2009): Steuerentlastung für Familien, in: beziehungsweise, Jänner–Februar 2009, 4 f.
- Kreyenfeld, Michaela / Spieß, C. Katharina / Wagner, Gert G. (2001): Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform. Neuwied–Kriftel–Berlin: Luchterhand.
- Kreyenfeld, Michaela / Spieß, C. Katharina / Wagner, Gert G. (2002): Kinderbetreuungspolitik in Deutschland. Möglichkeiten nachfrageorientierter Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 5, 2, 201–221.
- Laewen, Hans J. / Andres, Beate (Hg.) (2002): Bildung und Erziehung in der frühen Kindheit – Bausteine zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen. Weinheim–Basel: Beltz.
- Lanfranchi, Andrea (2002): Schulerfolg von Migrationskindern. Die Bedeutung familienergänzender Betreuung im Vorschulalter. Wiesbaden: VS Verlag.
- Leitner, Sigrid / Ostner, Ilona / Schratzenstaller, Margit (2004): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Wiesbaden: VS Verlag (Jahrbuch für Europa und Nordamerika Studien).
- Leu, Hans-Rudolf (2005): Bildung in der frühen Kindheit – Anforderungen an die Institutionen; in: Esch, Karin / Mezger, Erika / Stöbe-Blossey, Sybille (Hg.): Kinderbetreuung – Dienstleistung für Kinder. Handlungsfelder und Perspektive. Wiesbaden: VS Verlag, 73–93.
- Liegle, Ludwig (2006): Bildung und Erziehung in früher Kindheit. Stuttgart: Kohlhammer.
- Militzer, Renate / Fuchs, Ragnhild / Demand, Helga / Houf, Helga (2001): Der Vielfalt Raum geben. Interkulturelle Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder. Stuttgart.
- Nauck, Bernhard (2004): Kinder als Objekte individuellen und kollektiven Nutzens. Anmerkungen zur familien- und sozialpolitischen Diskussion; in: Zeitschrift für Sozialreform, 50, Heft 1–2, 60–80.
- Neumann, Ursula (2005): Kindertagesangebote für unter sechsjährige Kinder mit Migrationshintergrund; in: Sachverständigenkommission Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Materialien zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht, Band 1: Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren. München: DJI, 175–226.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Nüssle, Werner (2000): Qualität für wen? Zur Angemessenheit des Kundenbegriffs in der Sozialen Arbeit; in: Zeitschrift für Pädagogik, 46, 6, 831–850.
- OECD (2003): Babies and Bosses: Reconciling Work and Family Life. Volume 2: Austria, Ireland and Japan. Paris.
- OECD (2006a): Starting Strong II, Early Childhood Education and Care, Paris.
- OECD (2006b): Starting Strong. Early Childhood Education and Care Policy. Länderbericht für Österreich. Paris.
- OECD (2007a): Babies and Bosses: Reconciling Work and Family Life. A Synthesis of Findings for OECD Countries. Paris.
- OECD (2007b): Can Parents Afford to Work? Childcare Costs, Tax-Benefit Policies and Work Incentives, in Benefits and Wages: OECD Indicators, Paris, 119–166.
- OECD (2008a): Education at a Glance 2008. OECD Indicators. Paris.
- OECD (2008b): OECD Family Database. PF10: Public spending on childcare and early education, <http://www.oecd.org/els/social/family/database>.
- OECD (2008c): OECD Family Database: PF1: Public spending on family benefits, <http://www.oecd.org/els/social/family/database>.
- OECD (2009a): OECD Family Database. PF11: Enrolment in day-care and pre-schools, <http://www.oecd.org/els/social/family/database>.
- OECD (2009b): OECD Family Database. PF15: Out-of-school-hours care services, <http://www.oecd.org/els/social/family/database>.
- Östat (Österreichisches Statistisches Zentralamt) (1998): Krippen, Kindergärten und Horte (Kindertagesheime). Berichtsjahr 1997/98, Wien.
- PädQUIS / Charlotte Bühler Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung (2001): Pädagogische Qualität in Kindergärten der Wiener Kinderfreunde. Ergebnisbericht. Wien: Wiener Kinderfreunde.
- Paterak, Heike (1999): Institutionelle Früherziehung im Spannungsfeld normativer Familienmodelle und gesellschaftlicher Realität. Münster: Waxmann.
- Pirklbauer, Sybille (2009): Dokument: „Kinderbetreuung. VIF 2007“, E-Mail vom 19.1.2009.
- Raos, Josef / Filipp, Gernot (2003): Kinderbetreuungseinrichtungen im Land Salzburg 2002 / 03. Angebot und zukünftiger Bedarf, Salzburg 2003.
- Rauschenbach, Thomas (2006): Wer betreut Deutschlands Kinder? Eine einleitende Skizze; in: Bien, Walter / Rauschenbach, Thomas / Riedel, Birgit (Hg): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie. Weinheim–Basel: Beltz, 10–24.
- Roßbach, Hans Günther (2005): Effekte qualitativ guter Betreuung, Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter auf Kinder und ihre Familien; in: Sachverständigenkommission Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Materialien zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht, Band 1: Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren. München: DJI, 55–174.
- Schäfer, Gerd E. (2003): Bildung beginnt mit der Geburt. Förderung von Bildungsprozessen in den ersten sechs Jahren. Weinheim–Basel–Berlin: Cornelsen Scriptor.
- Schatzl, Andreas (2009): Dokument: „Schulische Tagesbetreuung im Schuljahr 2007/08“, E-Mail vom 13.2.2009.
- Schipfer, Rudolf Karl (2001): Familien in Zahlen 2000. Informationen zu Familien in Österreich und der EU auf einen Blick, Wien: ÖIF.
- Schipfer, Rudolf Karl (2008): Familien in Zahlen 2007. Statistische Informationen zu Familien in Österreich und der EU, Wien: ÖIF.
- Schlösser, Elke (2004): Zusammenarbeit mit Eltern – interkulturell. Informationen und Methoden zur Kooperation mit deutschen und zugewanderten Eltern in Kindergarten, Grundschule und Familienbildung. Münster: Ökotopia.
- Spielauer, Martin / Schwarz, Franz / Schmid, Kurt (2002): Education and the Importance of the first Educational Choice in the Context of the FAMSIM + Family Microsimulation Model for Austria. Working Paper 19. Wien: ÖIF.
- Spieß, C. Katharina / Büchel, F. / Wagner, G. (2003): Children's school placement in Germany: does Kindergarten attendance matter? In: Early Childhood Research Quarterly 18, 11, 255–270.
- Spieß, C. Katharina / Schupp, Jürgen / Grabka, Markus / Haisken-De New, John P. / Jakobeit, Heike / Wagner, Gert G. (2002): Abschätzung der (Brutto-)Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Spieß, C. Katharina / Tietze, Wolfgang (2002): Qualitätssicherung in Kindertagesstätten. Gründe, Anforderungen und Umsetzungsüberlegungen für ein Gütesiegel; in: ZS für Erziehungswissenschaft, 5 (1),139-162.
- Statistik Austria (2003): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien.
- Statistik Austria (2004a): Zukünftige Inanspruchnahme von Kinderbetreuungseinrichtungen. Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien.
- Statistik Austria (2004b): Kindertagesheimstatistik 2003/04, Wien.
- Statistik Austria (2005): Volkszählung 2001. Haushalte und Familien. Wien.
- Statistik Austria (2006a): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2005, Wien.
- Statistik Austria (2006b): Kindertagesheimstatistik 2005/06, Wien.
- Statistik Austria (2008a): Kindertagesheimstatistik 2007/08, Wien.
- Statistik Austria (2008b), Demographisches Jahrbuch 2007, Wien.
- Statistik Austria (2008c): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006, Wien.
- Statistik Austria (2008d): Familien- und Haushaltsstatistik 2007. Ergebnisse des Mikrozensus, Wien.
- Statistik Austria (2009): Kindertagesheimstatistik 2008/09, Wien.
- Stempinski, Susanne (2004): Kosten und Finanzierung; in: Jurczyk, Karin / Rauschenbach, Thomas / Tietze, Wolfgang / Keimeleder, Lis / Schneider, Kornelia / Schumann, Marianne / Stempinski, Susanne / Weiß, Karin / Zehnauer, Anne (Hg.): Von der Tagespflege zur Familientagesbetreuung. Zur Zukunft öffentlich regulierter Kinderbetreuung im Privathaushalten. Weinheim-Basel: Beltz, 315-342.
- Stieber, Regina (2008): „Lebenschancen für alle Kinder“ durch Interkulturelle Öffnung zu Familie und Stadtteil. Qualitätsentwicklung in interkulturellen Kindergärten der Stadt Linz. Diplomarbeit an der Fachhochschule Campus Linz, Studiengang „Sozial- und Verwaltungsmanagement“, Linz.
- Textor, Martin R. (2000): Kooperation mit den Eltern. Erziehungspartnerschaft von Familie und Kindertagesstätte. München: Don Bosco.
- Textor, Martin R. (1997): Vorschulische Erziehung aus der Sicht von Eltern. Vortrag anlässlich der Konstituierenden Sitzung der Ständigen Familienkonferenz am 15.5.1997 in Bonn; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (hg. von Martin R. Textor): URL: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/13.html> (abgerufen am 2.2.2009).
- Textor, Martin R. (2005) Elternarbeit im Kindergarten. Ziele, Formen, Methoden. Norderstedt: BoD.
- Textor, Martin R. (2006): Familienfreundliche Kindertagesstätten; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (hg. von Martin R. Textor): URL: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1068.html> (abgerufen am 15.3.2009).
- Textor, Martin R. (2008a): Erziehungspartnerschaft – notwendig zum Wohl des Kindes; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (hg. von Martin R. Textor): URL: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/988.html> (abgerufen am 1.07.2008).
- Textor, Martin R. (2008b): Forschungsergebnisse zur Effektivität frühkindlicher Bildung: EPPE, REPEY und SPEEL; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (hg. von Martin R. Textor): URL: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1615.html> (abgerufen am 12.3.2009).
- Textor, Martin R. / Blank, Brigitta (2004): Einbindung von Eltern in die pädagogische Arbeit der Kindertageseinrichtung; in: Kindergartenpädagogik-Onlinehandbuch (hg. von Martin R. Textor): URL: <http://www.kindergartenpaedagogik.de/1145.html> (abgerufen am 16.2.2009).
- Tietze, Wolfgang (2002): Institutionelle Betreuung von Kindern; in: Krüger, Heinz-Hermann / Grunert, Cathleen (Hg.): Handbuch der Kindheits- und Jugendforschung. Opladen: Leske + Budrich, 497-517.
- Tietze, Wolfgang (2003): Zur Bedeutung pädagogischer Qualität in der familialen und außerfamilialen Betreuung für die Entwicklung von Kindern im Vorschulalter; in: Leipert, Christian (Hg.): Demografie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft. Opladen: Leske + Budrich. 247-256.
- Tietze, Wolfgang (Hg.) (1998): Wie gut sind unsere Kindergärten? Eine Untersuchung zur pädagogischen Qualität in deutschen Kindergärten. Kriftel-Neuwied-Berlin: Luchterhand.

ZUR REALITÄT AUSSERFAMILIÄRER KINDERBETREUUNG

- Tietze, Wolfgang (Hg.) (2007): Pädagogische Qualität entwickeln. Praktische Anleitung und Methodenbausteine für Bildung, Betreuung und Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder. 2. Auflage (1. Aufl. 2004), Berlin: Cornelsen Verlag Scriptor.
- Tietze, Wolfgang / Bolz, Melanie / Schlecht, Daena / Wellner, Beate (2005): Krippenskala (KRIPSR). Weinheim-Basel: Beltz.
- Tietze, Wolfgang / Knobloch, Janina / Gerszonowicz, Eveline (2007): Tagespflege-Skala (TAS). Feststellung und Unterstützung pädagogischer Qualität in der Kindertagespflege. Weinheim-Basel: Beltz.
- Tietze, Wolfgang / Roßbach, Hans-Günther / Grenner, Katja (2005): Kinder von 4 bis 8 Jahren. Zur Qualität von Erziehung und Bildung in Kindergärten, Grundschule und Familie. Weinheim-Basel: Beltz.
- Tietze, Wolfgang / Viernickel, Susanne (Hg.) (2007): Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder. Ein nationaler Kriterienkatalog. Berlin: Cornelsen Verlag Scriptor.
- Ulich, Michaela / Oberhuemer, Pamela / Soltendieck, Monika (2005): Die Welt trifft sich im Kindergarten. Interkulturelle Arbeit und Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen. Berlin: Cornelsen Scriptor, 2. Auflage.
- UNESCO (United Nations Educational Scientific and Cultural Organisation) (2008): Education for All by 2015? Will We Make It? EFA Global Monitoring Report. Oxford: UNESCO Publishing, Oxford University Press.
- Unicef Innocenti Research Centre (2008): The child care transition. A league table of early childhood education and care in economically advanced countries, Florence.
- Vandell, Deborah L. / Wolfe, Barbara (2000): Child Care Quality: Does it Matter and Does It Need to Be Improved? Institute for Research in Poverty. Special Report Nr. 78. University of Wisconsin-Madison, abrufbar unter: <http://childcare.wceruw.org/pdf/publication/vandellandwolfe.pdf>
- Wehrmann, Ilse (Hg.) (2004): Kindergärten und ihre Zukunft. Weinheim-Basel: Beltz.
- Wetzel, Gottfried (2008): Qualitätsmerkmale von Kindergärten und soziale Integration von Kindern mit besonderen Bedürfnissen. Verfügbar unter: <http://bidok.uibk.ac.at/library/wetzel-qualita-et.html> (abgerufen am 30.09.2008).

13

Familie und Schule als Kooperationspartner

Martina Beham, Johann Bacher
und Christoph Weber

Inhalt

1 Familie und Schule als Kooperationspartner	575
1.1 Einleitung	575
1.2 Kinder in Familie und Schule: Zahlen und Fakten	576
1.3 Zum ambivalenten Verhältnis von Familie und Schule	578
1.4 Schulische Angebote: elterliche Erwartungen und Bewertungen	580
1.5 Kooperation zwischen Elternhaus und Schule	582
1.6 Schulbezogene Unterstützung in und seitens der Familie	586
1.6.1 Familieninterne schulbezogene Unterstützung	586
1.6.2 Nachhilfe	589
1.6.3 Private Bildungsausgaben	590
1.7 Zur Bedeutung von Familie für die Bildungschancen	590
1.8 Beitrag von Familie und Schule zur Persönlichkeitsentwicklung	595
Summary	599
Literatur	603
Anhang	610

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Schüler/-innen nach Schultyp im Schuljahr 2008/2009	576
Tabelle 2: Bildungsaspiration der Eltern in Abhängigkeit vom Geschlecht	594
Tabelle A-1: Soziale Kompetenz von Kindern (Skalengesamtwert in %)	613
Tabelle A-2: Kognitive Kompetenz von Kindern (Skalengesamtwert in %)	613
Abbildung 1: Schüler/-innen mit nichtdeutscher Muttersprache im Schuljahr 2008/09 in %	577
Abbildung 2: Bewältigung spezifischer an Schulen gestellte Herausforderungen (Gesamtbevölkerung, in %)	581
Abbildung 3: Angebote der Schule für Eltern von Schulkindern der 4. Klasse VS in %	583
Abbildung 4: Bewertung der Schule durch die Eltern in %	585
Abbildung 5: Berichtete Leseaktivitäten zu Hause	587
Abbildung 6: Einflussfaktoren auf die Schullaufbahn	593
Abbildung 7: Einflüsse auf Persönlichkeitskompetenzen	599
Abbildung A-1: Ausgewählte ungleichheitsreduzierende Schulsystemfaktoren	610
Abbildung A-2: Abhängigkeit der Testleistungen in PISA 2003 vom höchsten Beruf der Eltern in %	611
Abbildung A-3: Bildungsaspiration „Universitäts- und Hochschulabschluss“ bei 15- bis 16-Jährigen (PISA 2003)	612
Abbildung A-6: Erläuterungen zu Abbildung 7: Einflüsse auf Persönlichkeitskompetenzen	613

1 Familie und Schule als Kooperationspartner

1.1 Einleitung

„Familie und Schule“ bzw. „Familie und Bildung“ sind spätestens seit den Veröffentlichungen internationaler vergleichender Leistungsstudien (PISA, TIMMS, PIRLS) zu viel diskutierten Themen sowohl im öffentlichen Diskurs als auch in wissenschaftlichen Debatten geworden (Becker/Schubert 2006, Brake 2003, Kränzl-Nagl et al. 2006a, b, Lange/Xyländer 2009, Xyländer 2006).

Das vergleichsweise schlechte Abschneiden bei internationalen Leistungstests hat dazu beigetragen, dass in zahlreichen Studien und Arbeiten erneut den bereits in der Ungleichheitsforschung der 1960er- und 1970er-Jahre intensiv diskutierten Zusammenhängen zwischen familialen Faktoren und dem schulischen Erfolg bzw. den Bildungschancen der Kinder nachgegangen wird (Becker/Lauterbach 2007, Becker/Tremel 2006, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, Ditton 2004, Lange et al. 2007, Schneider 2004, Xyländer 2006, für Österreich siehe u. a. Bacher 2003, 2005, Bacher et al. 2008, Bacher/Leitgöb 2009, Fassmann 2002, Kast 2006, Khan-Svik 2008, Kremzar/Lachmayr 2008, Radinger 2005, Schmid 2003, Schwarz et al. 2002, Spielauer et al. 2002, Suchan et al. 2007). Neu belebt wurden die Diskussionen aber auch durch die Armutsforschung (Beisenherz 2007, Förster/Heitzmann 2002, Palientien 2005) sowie die Auseinandersetzung mit den Bildungsprozessen von Kindern in Familien mit Migrationshintergrund (Alt 2006, Bauer/Kainz 2007, Hawighorst 2007, Wallace et al. 2007, Weiss 2006).

Seitens der Bildungs- und Ungleichheitsforschung ist der Blick auf Familie als Ort der Reproduktion von (Bildungs-)Ungleichheiten gerichtet, seitens der Familienforschung wird hingegen vor allem die Relevanz familiärer Sozialisationserfahrungen für die Entwicklung grundlegender Fähigkeiten und Bereitschaften für Bildungsprozesse diskutiert. Familie wird dabei als informeller Lernort gesehen (Brake/Büchner 2003, Büchner/Brake 2006, Büchner/Wahl 2005, Ecarius/Wahl 2009, Lange/Xyländer 2009, Liegle/Lüscher 2007), an dem Kinder vielfältige Kompetenzen erwerben.

Aber nicht nur im wissenschaftlichen, sondern auch im medialen und politischen Diskurs wird unter Rückgriff auf Schlagwörter wie „Bildung ist mehr als Schule“ oder „Schule ist mehr als Lernen“ (BMFSFJ 2005) neu über die Gestaltung des Verhältnisses von Familie und Bildungseinrichtungen nachgedacht (Ahnert 2004, 2005, BMFSFJ 2002, 2005, Ecarius et al. 2009, Fölling-Albers 2000, Fölling-Albers/Heinzel 2007, Krappmann 2002, Neuenchwander et al. 2005, Textor 2008, Wild/Hofer 2002). Mit Blick auf die ersten Lebensjahre wird vor allem mit bislang ungenutzten Lern- und Bildungspotenzialen argumentiert (Büchel et al. 1997, Colberg-Schrader 2003, Fritschi/Oesch 2008, Kratzmann/Schneider 2008, Pauen 2004, Spieß et al. 2003). Für das Schulalter sind mit schulstrukturellen Maßnahmen zahlreiche sozialpolitische und sozial-pädagogische Ziele verbunden, die von mehr Chancengleichheit, vor allem für Kinder aus bildungsferneren Elternhäusern sowie für Kinder mit Migrationshintergrund, über eine stärkere Verknüpfung von Lernen und Leben bis hin zu mehr Möglichkeiten zu selbstbestimmtem Lernen reichen (Fölling-Albers 2008, Joos 2002).

FAMILIE UND SCHULE

Ausgehend von den aktuellen Diskursen wird im vorliegenden Beitrag den Fragen nachgegangen: Welche Erwartungen haben Eltern an die Institution Schule? Wie schaut die Zusammenarbeit zwischen Elternhäusern und Schulen aus? In welchem Ausmaß erbringen Familien schulbezogene Unterstützungsleistungen? Welche Rolle kommt dem Elternhaus für die Bildungschancen ihrer Kinder zu? Welche familiären und schulischen Faktoren beeinflussen die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder?

Es wird dabei zum einen auf vorliegende Publikationen unter besonderer Berücksichtigung österreichischer Studien Bezug genommen. Zum anderen wurden Eigenberechnungen anhand der Daten aus PIRLS 2006 (Suchan et al. 2007) vorgenommen. Bei Berechnungen zu den Einflussfaktoren auf die Persönlichkeitsentwicklung werden die Daten des deutschen DJI-Kinderpanels (Alt 2001, Alt 2005¹) herangezogen, weil für Österreich keine vergleichbaren repräsentativen Daten vorhanden sind.

Zuvor wird ein kurzer Überblick zur familiären Lebenssituation von Österreichs Schulkindern gegeben.

1.2 Kinder in Familie und Schule: Zahlen und Fakten

Im Schuljahr 2008/09 besuchten in Österreich 604 017 Kinder eine allgemeinbildende Pflichtschule, 204 787 eine allgemeinbildende höhere Schule (AHS-Unterstufe bzw. AHS-Oberstufe), 3 441 eine Neue Mittelschule (NMS), 140 373 eine Berufsschule, weitere 50 767 eine berufsbildende mittlere Schule und 135 750 eine berufsbildende höhere Schule.

Tabelle 1: Schüler/-innen nach Schultyp im Schuljahr 2008/2009

	Gesamt	In %	
		männlich	weiblich
Allgemeinbildende Pflichtschulen gesamt (VS, ASO, HS, Poly)	604 017	52,59	47,41
Allgemeinbildende höhere Schulen gesamt (AHS-Unterstufe)	116 384	48,25	51,75
Allgemeinbildende höhere Schulen gesamt (AHS-Oberstufe)	88 403	43,05	56,95
Neue Mittelschule (NMS)	3 441	51,65	48,35
Berufsschule (BS)	140 373	65,45	34,55
Berufsbildende mittlere Schulen (BMS)	50 767	50,42	49,58
Berufsbildende höhere Schulen (BHS)	135 750	49,15	50,85

Quelle: Statistik Austria 2009a – Schulstatistik
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/schulen_schulbesuch (02.02.2010)

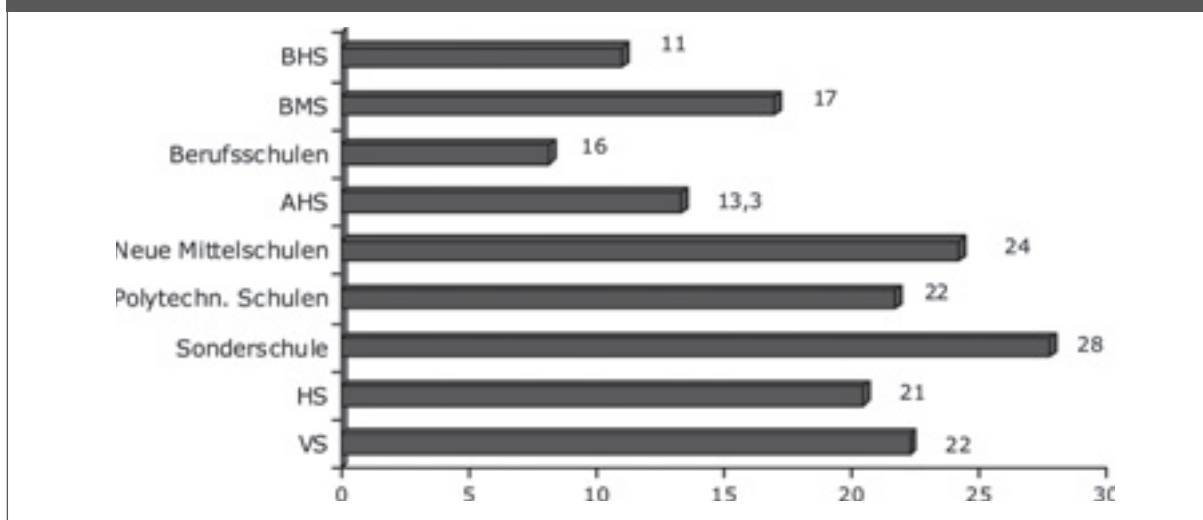
¹ Der Methodenbericht des DJI-Kinderpanels und das Verfahren zur Gewichtung der Paneldaten sind zum Nachlesen auf der Homepage des DJI (www.dji.de) verfügbar.

Der Mädchenanteil lag in den AHS-Unterstufe bei 52 % und in der AHS-Oberstufe bei 57 %, in den Berufsschulen bei rund 35 % (siehe Tabelle 1). Geschlechtsspezifische Unterschiede in den berufsbildenden Schulen insgesamt sind vor allem im geringen Mädchenanteil in den Berufsschulen begründet. Insgesamt über alle berufsbildenden Schulen hinweg betrachtet ist das Geschlechterverhältnis in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen mit rund 50 % Schülerinnen ausgewogen.

Ungleichverteilungen im Bildungssystem zeigen sich zudem nach der Staatszugehörigkeit: 11 % der Schüler/-innen in den Volksschulen, 13 % in den Hauptschulen im Vergleich zu 16 % in den Neuen Mittelschulen und knapp 19 % in den Sonderschulen und Sonderschulklassen sind Schüler/-innen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. In den AHS und BHS liegt ihr Anteil bei 6 % bzw. 5 % (Statistik Austria 2009a).

Die Wahl des Schultyps geht in vielen Fällen mit den Deutschkenntnissen der Schüler/-innen aus Migrantenfamilien einher. Mit Blick auf die Muttersprache zeigt sich: 28 % der Schüler/-innen in den Sonderschulen im Vergleich zu 13 % in den AHS sind Schüler/-innen mit nicht-deutscher Muttersprache. In den Neuen Mittelschulen lag ihr Anteil bei 24 % (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Schüler/-innen mit nichtdeutscher Muttersprache im Schuljahr 2008/09 in %



Quelle: Statistik Austria 2009a, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/schulen_schulbesuch (02.02.2010)

Im Vergleich zu den 1980er- und 1990er-Jahren besuchen heute mehr Jugendliche aus Migrantenfamilien nach der Pflichtschule eine weiterführende Schule. Nach wie vor sind sie aber deutlich unterrepräsentiert (Biffl 2004, Österreichischer Integrationsfonds 2009, Wallace et al. 2007). Intergenerationelle Aufstiegschancen für Angehörige der 2. Generation beschränken sich vor allem auf formal sehr niedrige elterliche Bildungsabschlüsse (Felderer et al. 2004, Herzog-Punzenberger 2003, Weiss 2006). So besitzen 67 % der jugendlichen Migranten/-innen der 2. Generation, deren Väter einen Pflichtschulabschluss haben, einen höheren Bildungsabschluss (Weiss 2006). Bei mittleren und höheren Bildungsabschlüssen unterscheiden sich die schulischen Bildungsabschlüsse nicht grundsätzlich von jenen der ersten Generation (Felderer et al. 2004, Wallace et al. 2007).

Mit Blick auf die Familiensituation zeigt sich:

76 % der in PISA 2003² getesteten Schüler/-innen leben in einer Kernfamilie, 16 % in einer Ein-Eltern-Familie und 6 % in einer Stieffamilie. Die verbleibenden 2 % leben in einer anderen Familienform.

26 % der Mütter von Volksschulkindern der 4. Klasse sind Vollzeit, weitere 49 % halbtags, insgesamt also 75 % erwerbstätig, 5 % sind auf Stellensuche. Bei den Vätern sind 89 % Vollzeit, 2 % Teilzeit beschäftigt und 2 % stellensuchend, wie Berechnungen der Daten von PIRLS 2006³ ergeben. Ähnliche Ergebnisse zeigen sich für ältere Schüler/-innen anhand der PISA 2003-Daten⁴: Insgesamt haben laut der PISA 2003 Befragung 70 % der getesteten 15-/16-Jährigen eine erwerbstätige Mutter (38 % Vollzeit, 32 % Teilzeit) und 3 % eine Mutter, die auf Stellensuche ist. Von den Vätern sind 86 % Vollzeit und 6 % Teilzeit erwerbstätig sowie 2 % stellensuchend.

Von den Kindern, die im Berichtsjahr 2008/2009 einen Hort besuchten, hatten 78 % eine erwerbstätige Mutter (49 % Vollzeit, 29 % Teilzeit) (Statistik Austria 2009b). Dies bedeutet: Die Erwerbstätigkeit von Eltern ist heute weitgehende empirische Realität; dies hat Konsequenzen bezüglich ihrer zeitlichen Verfügbarkeit.

Bildungs- und familienpolitisch von Interesse ist, ob es bezüglich der Wahl von Schullaufbahnen bzw. Schultypen zu Selektionsprozessen kommt, die mit strukturellen Merkmalen der Familie zusammenhängen. Unterschiede, wie sie in der Schüler/-innen-Befindensuntersuchung⁵ (Eder 2007) beschrieben werden, nämlich dass Kinder aus Mehrkind-Kernfamilien stärker in Hauptschulen bzw. in weiterer Folge in berufsbildenden höheren Schulen vertreten sind, dürften vor allem auf regionale Unterschiede zurückzuführen sein. Darauf weisen u. a. auch die Ergebnisse von Thonhauser/Pointinger (2008) hin. Familien mit mehreren Kindern leben häufiger in Kleingemeinden und wählen in der Sekundarstufe I eher eine Hauptschule als eine weiter entfernte AHS.

1.3 Zum ambivalenten Verhältnis von Familie und Schule

Familie und Schule sind über weite Strecken der Kindheit zentrale Lebenswelten und Orte des Aufwachsens, der Orientierung und Identitätsfindung (Busse/Helsper 2004, Ecarius et al. 2009, Fölling-Albers/Heinzel 2007, Lange 2007, Neuenschwander et al. 2005, Tyrell 1985). Die Institutionen Schule und Familie teilen sich über viele Jahre in Teilbereichen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Bildung und Entwicklung von Kindern (Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen 2005).

² In PIRLS sind dazu keine Daten verfügbar.

³ PIRLS 2006 (Mullis et al. 2007, Suchan et al. 2007) ist wie PISA eine internationale Vergleichsstudie, an der Österreich im Jahr 2006 zum ersten Mal teilnahm. Schüler/-innen der 4. Schulstufe sind die Zielgruppe. Im Jahr 2006 wurden in Österreich n = 5 067 Schüler/-innen dieser Zielgruppe getestet. Zusätzlich wurden die Direktor/-innen, Klassenlehrer/-innen und Eltern befragt.

⁴ PISA 2003 (Haider/Reiter 2004). In PISA 2006 sind dazu keine Daten verfügbar.

⁵ Analog zur Befindensuntersuchung 1994 wurde eine repräsentative Stichprobe von n = 7 625 Schülerinnen und Schülern der 4. bis 12. Schulstufe untersucht.

Veränderungen in der Familie und in der Erwerbsarbeitswelt, wie die gestiegene Erwerbstätigkeit von Müttern, sozial- und beschäftigungspolitische Deregulierungen, gekoppelt mit gesteigerten Ansprüchen seitens der Arbeitswelt an Flexibilität, Einsatzbereitschaft sowie selbstverständlich gewordene Ansprüche an berufsbegleitendes Lernen (Jurczyk/Lange 2002, Paugh 2005, Pfahl 2007, Schier et al. 2008) führen zu neuen Abgrenzungsfragen. Hinzu kommen veränderte Rollenansprüche an Mütter und Väter, die Pluralität der Familienformen, soziale und ethnische Diversität, so dass insgesamt schwierige Passungsverhältnisse zwischen den Lebens- und Lernwelten Schule und Familien bestehen (Alt 2006, Cortina/Köller 2008, Kramer/ Helsper 2000, Xyländer 2006).

Die Diskussionen bezüglich einer „Famialisierung von Schule“ bzw. einer „Scholarisierung von Freizeit“ (Fölling-Albers/Heinzel 2007) verweisen auf die Aufweichung klarer Grenzen und Verantwortlichkeiten. Beklagt wird auf der einen Seite, dass Schule angesichts familiärer Veränderungen zunehmend weniger auf die ko-produktive Zuarbeit der Familien zählen könne und mehr Betreuungs- und Erziehungsaufgaben übernehmen müsse (Humerich/Helsper 2004). Entwicklungen wie Morgenbetreuungen oder Mittagstische in Schulen werden als Ausdruck einer „Famialisierung von Schule“ interpretiert. Andererseits wird mit Blick auf die kognitiven Entwicklungsprozesse betont, dass in der heutigen wissensbasierten Gesellschaft der Qualifikationserwerb an vielfältigen Orten stattfindet und nicht an die Grenzen institutioneller Zuständigkeit gebunden ist (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] 2005). Hervorgehoben wird dabei, dass sich Kinder und Jugendliche zunehmend mehr vielfältige Kenntnisse und Qualifikationen außerhalb der Schule aneignen, in ihren Familien, durch die Nutzung vielfältiger Medien, beim Besuch kommerzieller Freizeitangebote, in Nachhilfeinstituten, bei Auslandsreisen u. a. m. Andererseits werden der Ausbau und die vermehrte Nutzung kommerzieller und institutioneller Freizeit- und Bildungsangebote (z. B. Sprachferien), die in der Art dieser Angebote, ihren pädagogischen Zielsetzungen, ihrem methodischen Aufbau in vielen Bereichen schulischen Unterrichtsstunden entsprechen, als Hinweis auf eine zunehmende „Scholarisierung der Freizeit“ gesehen (Fölling-Albers/Heinzel 2007), die soziale Ungleichheiten verschärft, da nicht alle Kinder diese Angebote nutzen können.

Anders als in den theoretischen Diskussionen der 1970er-Jahre (Fend 1974, Parsons 1971), in denen eine „Harmonie durch Differenz“ (Busse/Helsper 2004: 208) unterstellt wurde, richtet sich heute der Blick vermehrt auf das antagonistische Verhältnis von Familie und Schule, auf die gegenseitigen Anspruchshaltungen und Anforderungen sowie Grenzziehungen und Vereinnahmungsversuche (Felhofer 1989, Kramer/Helsper 2000, Neuenchwander et al. 2005, Scholl 2009, Tyrell 1987). Betont wird dabei, dass trotz einer prinzipiellen und weitgehend akzeptierten Funktionsteilung auf einer allgemein normativen Ebene sich aus der partiellen, faktisch unaufhebbaren, Parallelität der Funktionen ein Spannungsverhältnis ergibt. Auf einer allgemein normativen Ebene werden die Integrations- und Legitimationsfunktionen der Schule ebenso wie ihre Selektionsfunktion nicht hinterfragt. Schule soll gesellschaftlich als notwendig erachtetes Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, die innerhalb und außerhalb von Schule bedeutsam sind. Die in und durch Schule vermittelten Werte und Überzeugungsmuster sollen zudem dazu beitragen, Schüler/-innen in die sie umgebende gesellschaftlich-kulturell-politische Welt einzugliedern. Durch die Vergabe von Noten und Zertifikationen auf Basis vergleichender Leistungsbeurteilungen, die über Zugang zu Ausbildungswegen entscheiden, kommt der

Schule aber auch als Weichenstellung für den weiteren Lebensweg eine zentrale Rolle zu (Fend 1981, 2006). Abgrenzungsfragen stellen sich jedoch dann, wenn das Werte- und Normensystem in der Schule, das in diskursiver Auseinandersetzung mit politischen und ethischen Themen vermittelt wird, vom Wertesystem und Weltbild des Elternhauses abweicht. Spannungen bezüglich der Selektionsfunktion treten konkret bei Schulübertritten zutage, wenn Schulwahlempfehlungen von Lehrkräften nicht konform sind mit den Schulwahlwünschen der Eltern (Harazd/Ophuysen 2008, Schlemmer 2004). Gerade die gemeinsame Verantwortung zur Wertevermittlung und sozialen Entwicklung führt zu Abgrenzungsfragen etwa dann, wenn das soziale Verhalten eines Kindes nicht den altersbestimmten Normen entspricht. Die öffentlich geführten Debatten, in denen einerseits der Familie Erziehungsmängel vorgeworfen und Forderungen laut werden, Familien mögen verstärkt ihren Erziehungsaufgaben nachkommen, und andererseits der Ruf nach mehr Sozialerziehung in den Schulen erhoben wird, sind ein deutliches Beispiel unklarer Verantwortungszuschreibungen.

1.4 Schulische Angebote: elterliche Erwartungen und Bewertungen

Eltern erwarten von einer „guten“ Schule, dass diese auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten des Kindes eingeht, ihm bei der Entwicklung Zeit lässt; das Kind soll sich in der Schule wohlfühlen. Erst an zweiter Stelle folgen Leistungsanforderungen, wobei erwartet wird, dass eine gute Schule hohe Anforderungen stellt. Zudem wird eine gute Ausbildung als Voraussetzung für einen guten Job gesehen (Bacher et al. 2008).

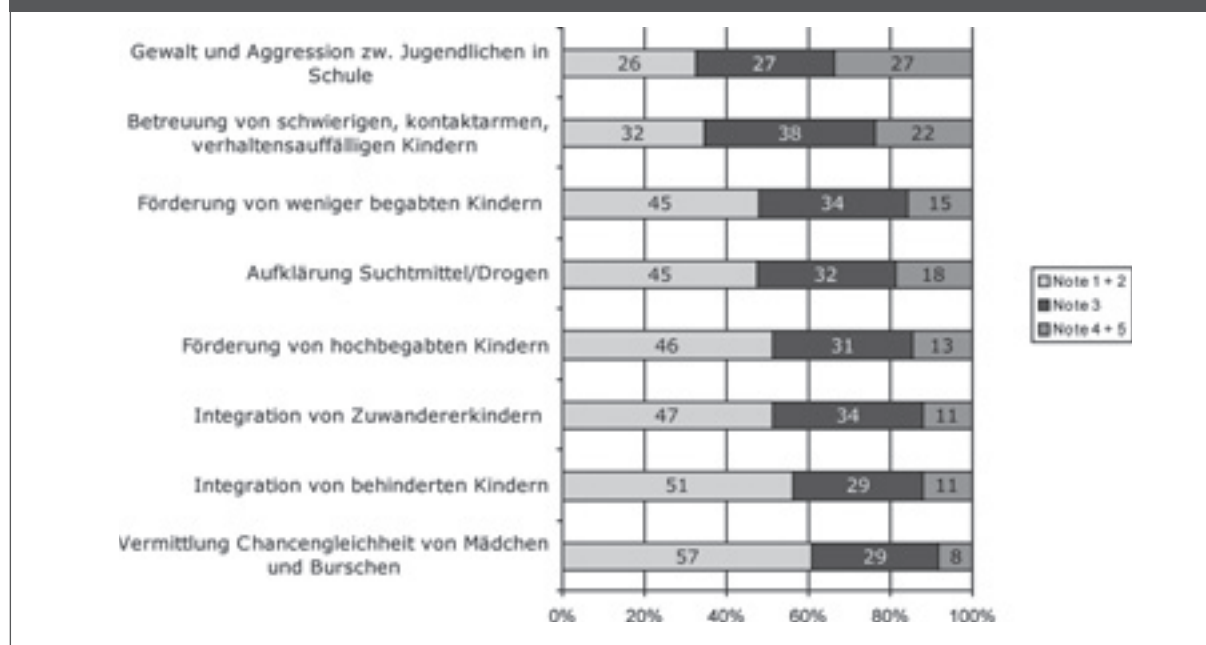
Anders als die Studie von Bacher et al. (2008) erhebt das Schulmonitoring⁶ (IFES 2007) das Image von Schulformen sowie Herausforderungen an Schulen. Für den Zeitraum 1997 – 2007 zeigen sich über die Jahre hinweg weitgehend gleichbleibende Unterschiede hinsichtlich des Images einzelner Schultypen. Am besten bewertet wird die Qualität von Volksschulen einerseits und berufsbildenden höheren Schulen andererseits. Die größten Imageprobleme haben Hauptschulen und Polytechnische Schulen. Nur die Hälfte der österreichischen Bevölkerung schreibt Hauptschulen eine hohe Qualität zu (Skalenwerte 1 + 2 auf einer fünfstufigen Skala). Bezüglich der Polytechnischen Schulen ist dies sogar nur bei 37 % der Fall. Im Vergleich dazu wird die Qualität der AHS hingegen von 60 % und jene der BHS von 67 % mit sehr gut oder gut bewertet⁷. Die Einschätzungen der Qualität der Hauptschulen differieren allerdings deutlich bei einzelnen Bevölkerungsgruppen und je nach Region. Die größten Vorbehalte gegen Hauptschulen haben Personen unter 30 Jahren, jene, die Matura oder eine höhere Ausbildung haben, sowie die urbane Wohnbevölkerung; besonders gilt dies für die Bevölkerung in Wien. Deutlich weniger streuen die Bewertungen der Qualität der AHS.

⁶ Es handelt sich dabei um eine Einstellungsbefragung mittels mündlicher, persönlicher Interviews der Bevölkerung ab 15 Jahren des Instituts IFES im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Der Stichprobenumfang beträgt n = 2000.

⁷ Die Bewertung von Eltern mit Schulkindern unterscheidet sich nicht wesentlich von den Durchschnittswerten der Gesamtbevölkerung.

Danach befragt, wie gut Schulen mit den an sie gestellten Herausforderungen wie Integration von behinderten Kindern, Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern, Förderung hochbegabter bzw. weniger begabter Kinder, Vermittlung von Chancengleichheit für Mädchen und Burschen u. a. m. zurecht kommen, zeigt sich: Von allen abgefragten Bereichen gelingt es Schulen aus Sicht der Österreicherinnen und Österreicher am vergleichsweise besten, Chancengleichheit von Mädchen und Burschen zu vermitteln. Nur 8 % denken, dass dieser Aspekt im Schulalltag viel zu kurz kommt. Rund ein Fünftel der Befragten hat aber den Eindruck, dass Schulen im Allgemeinen mit der Betreuung von schwierigen und verhaltensauffälligen Kindern sowie mit der Aufklärung über Suchtmittel und Drogen schlecht zurecht kommen. Als besonderer Problembereich, dem nach Ansicht der Bevölkerung innerhalb der Schule nur bedingt begegnet werden kann, wird zudem Gewalt und Aggression zwischen Jugendlichen in Schulen erachtet (IFES 2007).

Abbildung 2: Bewältigung spezifischer an Schulen gestellte Herausforderungen⁸ (Gesamtbevölkerung, in %)



Quelle: Schul-Monitoring 2007 (IFES 2007: 22)

Besonders gefordert sehen die Österreicherinnen und Österreicher die Schulen daher bezüglich Maßnahmen gegen Gewalt zwischen Schulkindern und hinsichtlich der Aufklärung über Suchtmittel und Drogen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung sieht diesbezüglich weiteren Handlungsbedarf. Rund drei von zehn Österreicher/-innen orten zudem weiteren Bedarf bezüglich einer intensiveren Förderung der leistungsschwächeren und weniger begabten Schulkinder sowie eine individuellere Betreuung von kontaktarmen, schwierigen Kindern. Ein Fünftel nennt den Ausbau der Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache.

⁸ Die Frage lautete „Die Schule ist mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Sagen Sie mir bitte zu den folgenden Punkten, wie gut oder schlecht die Schule im Allgemeinen damit fertig wird“ (Noten 1 + 2 = sehr gut bzw. gut, Note 5 = sehr schlecht). Die Ergebnisse beziehen sich auf die Erhebung im Jahr 2007.

FAMILIE UND SCHULE

Eltern von Schulkindern wünschen sich in einem überdurchschnittlichen Maße (41 % vs. 32 % in der Gesamtbevölkerung) eine Förderung von weniger begabten Kindern. Die in der Stichprobe vertretenen Lehrkräfte meinen zu überdurchschnittlichen Anteilen, dass die Schule einerseits vermehrte Anstrengungen bei der Betreuung von verhaltensauffälligen Kindern leisten müsste und andererseits eine bessere Betreuung von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache anbieten sollte.

Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf wünschen sich Eltern mehrheitlich eine flächen-deckende Nachmittagsbetreuung für Schulkinder (Kaupa et al. 2008, IFES 2007). Zwei Drittel der Eltern mit Schulkindern sprechen sich dafür aus und halten einen sowohl die Qualität als auch die Angebotsanzahl betreffenden Ausbau der schulischen Tagesbetreuung für sehr bzw. eher sinnvoll (IFES 2007).

Zusammenschauend lässt sich sagen: Eltern erwarten von der Schule, dass diese auf ihr Kind als Individuum eingeht und ihr Kind – unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten und Begabungen – möglichst viel lernt. Besonders gefordert sehen die Österreicherinnen und Österreicher die Schulen heute hinsichtlich Gewalt- und Suchtprävention. Rund drei von zehn sehen zudem weiteren Handlungsbedarf bezüglich einer intensiveren Förderung leistungsschwacher und weniger begabter Kinder sowie einer individuelleren Betreuung von kontaktarmen, schwierigen Kindern. Ein Fünftel nennt den Ausbau der Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit nicht-deutscher Muttersprache als zu fordernde Maßnahme.

1.5 Kooperation zwischen Elternhaus und Schule

Eltern, denen es gelingt, ihre Kinder beim schulischen Erfolg wirksam zu unterstützen, sind vielfach auch jene, die sich gegenüber Schule und Lehrkräften vorteilhaft zu positionieren vermögen und sich partnerschaftlich behandelt fühlen. Umgekehrt ergeben sich Konfliktstoff und Spannungen vor allem bei schlechten Schulleistungen (Neuenschwander et al. 2005, Wild/Hofer 2002).

Traditionell geschieht die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrkräften in Form punktueller Mitwirkung bei Schulveranstaltungen (Schulfesten, Mitwirkung bei Lehrausgängen, Unterstützung von Projekten), formalrechtlich geregelter Mitwirkung gewählter Elternvertreter/-innen in verschiedenen Gremien der Schulpartnerschaft sowie in Form von Einzelkontakten zwischen Eltern und Lehrkräften (Krumm 2001).

Der Gesetzgeber spricht sich sehr deutlich für die Zusammenarbeit zwischen Eltern/Erziehungsberechtigten und Lehrer/-innen aus. In § 62 Abs. 1 SchUG heißt es diesbezüglich: „Lehrer und Erziehungsberechtigte haben eine möglichst enge Zusammenarbeit in allen Fragen der Erziehung und des Unterrichts zu pflegen.“ Zur Förderung dieser Zusammenarbeit sieht der Gesetzgeber Einzelaussprachen und gemeinsame Beratungen zwischen Lehrern, Lehrerinnen und Erziehungsberechtigten über Fragen der Erziehung, den Leistungsstand, den geeignetsten Bildungsweg u. a. m. vor (§ 62 SchUG). Lehrkräfte sind verpflichtet, für Einzelaussprachen mit den Erziehungsberechtigten zur Verfügung zu stehen. Anlass für Elterngespräche soll nicht nur der Leistungsstand sein, sondern auch zentrale Änderungen in der Familiensituation, die sich auf die Schulleistungen auswirken können, psychische Belastungen des Schülers/der Schülerin, Probleme innerhalb der Klasse,

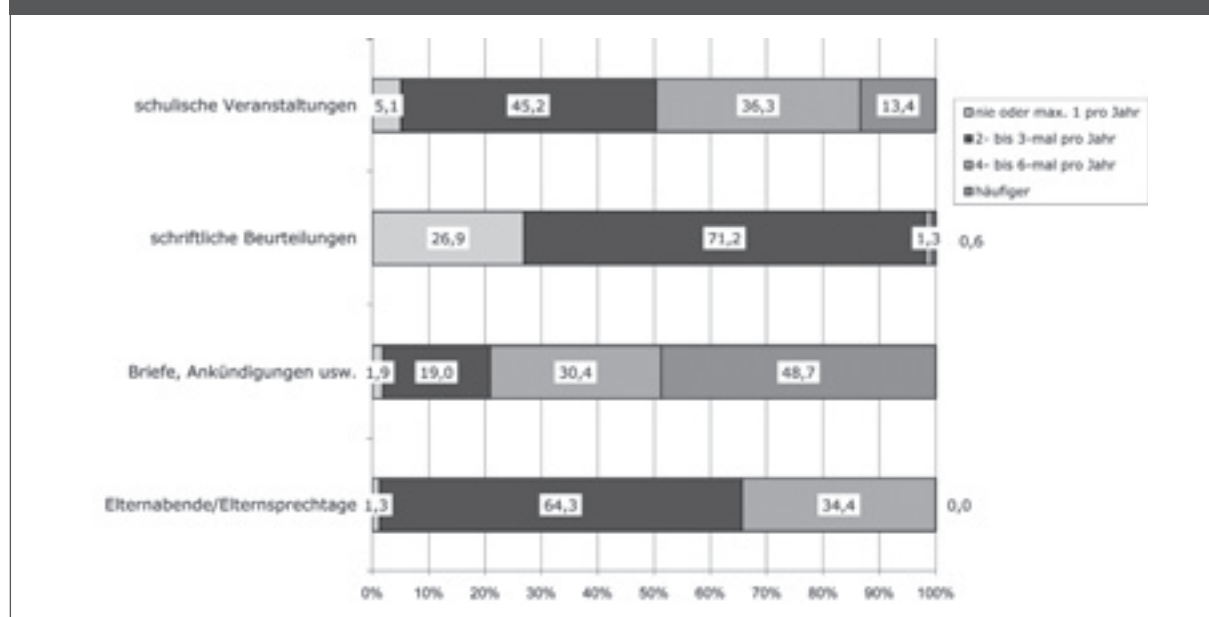
mit einer Lehrerin oder einem Lehrer, z. B. Außenseiterstatus, Unbeliebtheit, Angst vor der Lehrperson oder entwicklungsbedingte Schwierigkeiten im Verhalten (Aufsässigkeit, Reizbarkeit, Verschlossenheit, pubertäre Probleme usw.) (Textor 2009).

Als Akteuren und Akteurinnen der Schulpartnerschaft wird Eltern zum einen eine Reihe von Mitwirkungsrechten in der Schule eingeräumt. So etwa können im Rahmen der Schulpartnerschaft von Lehrer/-innen, Schüler/-innen und Eltern gemeinsam Verhaltensvereinbarungen (§ 44 SchUG) mit Sanktionsmaßnahmen bei Fehlverhalten als Teil der Hausordnung entwickelt werden. In vielen Fällen konzentriert sich die Stellung der Eltern im Rahmen der Schulpartnerschaft aber auf Beratungs- und Vorschlagsrechte. Ihre rechtliche Position ist vergleichsweise bescheiden (Busse/Helsper 2004, 2007).

Wie die Ergebnisse des Schulmonitoring zeigen, dachten 2007 22 % der Österreicher/-innen, dass sich die Qualität der Schulpartnerschaft in den vergangenen Jahren verbessert habe, 20 % hatten den Eindruck, sie habe sich verschlechtert. Eltern von Schulkindern nehmen die Entwicklung positiver wahr (IFES 2007).

Untersucht man anhand der PIRLS 2006 Daten die schulischen Kooperationsangebote, so ergibt sich folgendes Bild (siehe Abbildung 3): Knapp zwei Drittel der befragten VS-Direktor/-innen (n = 157) berichten, dass Elternabende und Elternsprechtage zwei- bis dreimal pro Jahr stattfinden. Bei mehr als einem Drittel finden diese vier- bis sechsmal statt. Schriftliche Mitteilungen werden häufiger ausgesandt. Beinahe die Hälfte der Schulleiter/-innen verschickt schriftliche Ankündigungen und Mitteilungen siebenmal oder häufiger pro Schuljahr. Zu direkten Kontakten zwischen Eltern und Lehrer/-innen kommt es auch durch schulische Veranstaltungen. 13 % der Schulleiter/-innen nennen sieben und mehr Veranstaltungen pro Schuljahr, weitere 36 % vier bis sechs, 45 % zwei bis drei. Insgesamt geben 71 % der Schulleiter/-innen an, dass sie zwei- bis dreimal pro Jahr den Eltern schriftliche Beurteilungen zusenden.

Abbildung 3: Angebote der Schule für Eltern von Schulkindern der 4. Klasse VS in %



Quelle: PIRLS 2006, eigene Berechnungen; n = 156–158 von 158 befragten Schulen.

FAMILIE UND SCHULE

Bezüglich der vier erfassten Kooperationsformen zeigen sich – mit Ausnahme schulischer Veranstaltungen – keine Zusammenhänge mit der Sozialstruktur der Schule. Weder die Zahl der Schüler/-innen noch ihr sozialer und ethnischer Hintergrund oder die Geschlechterzusammensetzung haben einen Einfluss darauf, ob bestimmte Kooperationsformen häufiger angeboten werden. Befindet sich die Schule in einer größeren Gemeinde oder Stadt, werden mehr schulische Veranstaltungen berichtet. Dies hat mehrere Gründe: In ländlichen Gebieten gibt es vermutlich nach wie vor mehr informelle Kontakte zwischen Schule und Elternhaus der Kinder, so dass organisierte Formen des Zusammentreffens weniger erforderlich sind. Des Weiteren ist in Städten der Wettbewerb zwischen den Schulen um Schüler/-innen größer, so dass Schulen auch mehr Kooperationsangebote machen.

Erfragt wurde in PIRLS auch, ob es spezifische Angebote für benachteiligte Familien gibt. 4 % der Volksschulen berichten, dass in ihrer Schule ein Alphabetisierungs-Kurs für Erwachsene, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, abgehalten wird. Einen Alphabetisierungs-Kurs für Erwachsene mit deutscher Muttersprache gibt keine Schule an. Häufiger genannt werden folgende Angebote: 24 % der Schulen führen allgemeine Kurse für Eltern an wie solche Kurse über kindliche Entwicklung. 50 % berichten über Angebote zur Gesundheitsversorgung und zu sozialen Diensten. Bezüglich der Sprachkurse in den Schulen besteht noch Potenzial, zumal alle Erfahrungsberichte darauf hinweisen, dass Sprachangebote für Erwachsene, insbesondere für Eltern, gut angenommen werden, wenn sie in einer wohnortnahen Schule abgehalten werden.

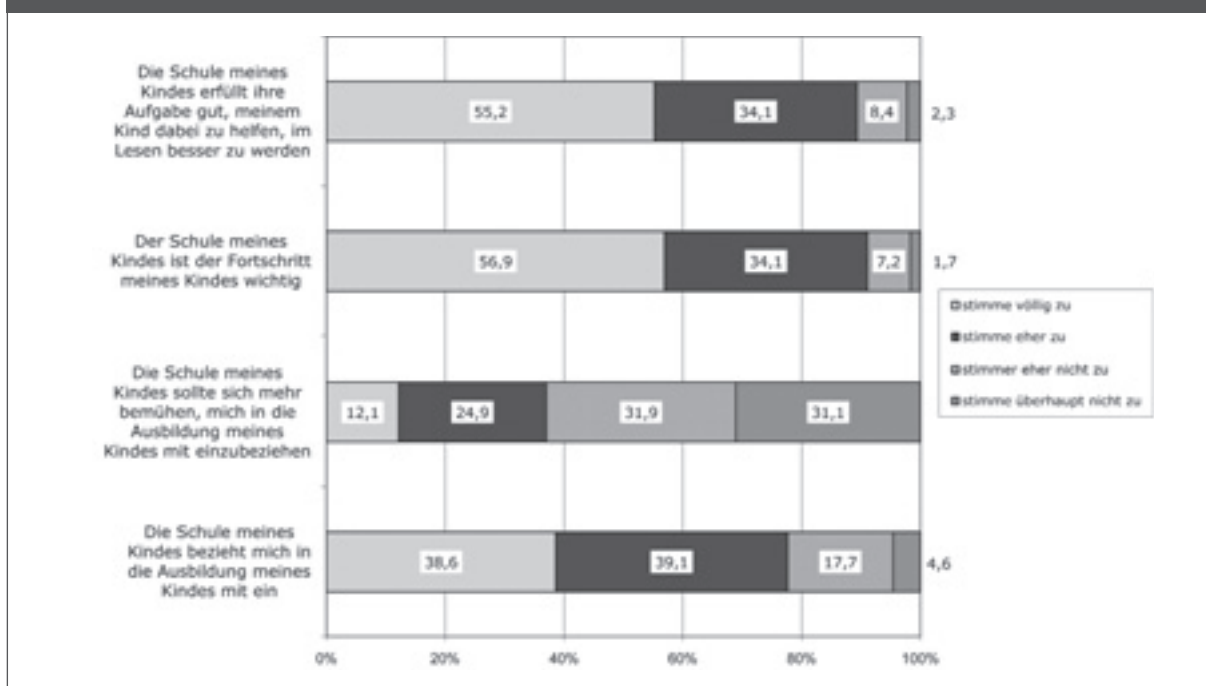
Nach den Ergebnissen der Befindensstudie ist davon auszugehen, dass Gesprächsangebote von Schulen in Form von Sprechtagen von ca. 50 % bis 80 % der Eltern genutzt werden (Eder 2007). Das diesbezügliche Ausmaß elterlichen Schulengagements variiert in Abhängigkeit vom Alter der Kinder, dem Fach und von der Schichtzugehörigkeit der Eltern. Es ist in der Grundschule ausgeprägter als in weiterführenden Schulen und bei Eltern höherer Sozialschichten stärker als bei Eltern mit niedrigerem sozialem Status (Eder 2007, Wild/Hofer 2002). Auch nutzen Eltern von Mädchen Elterngespräche seltener als jene von Burschen: 20 % der Eltern von Burschen und 13 % jener von Mädchen besuchen Sprechstunden und Sprechtage mehr als zweimal im Jahr (Eder 2007: 132). Diese Unterschiede sind in den unterschiedlichen Schulleistungen begründet. Intensivere Kontakte, die über die angebotenen Sprechtage hinausgehen, kommen vielfach nur dann zustande, wenn sich Konflikte anbahnen oder Schulprobleme bestehen.

Die Befunde von PIRLS 2006 deuten auf eine hohe Zufriedenheit der Eltern mit den Leistungen der Schule für ihr Kind (siehe Abbildung 4). 57 % stimmen der Aussage völlig und weitere 34 % eher zu, dass für die Eltern der Fortschritt des eigenen Kindes wichtig sei. Negative Nennungen gibt es kaum. Ähnliche Prozentwerte werden für die Aussage „Die Schule meines Kindes erfüllt ihre Aufgabe gut, meinem Kind dabei zu helfen, im Lesen besser zu werden“ ausgewiesen.

Die konkrete Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern wird von den befragten Eltern skeptischer beurteilt. Zwar stimmen 39 % der Aussage „Die Schule meines Kindes bezieht mich in die Ausbildung meines Kindes mit ein“ völlig zu und weitere 40 % stimmen eher zu. Es verbleibt aber ein Rest von 21 %, der sich negativ äußert. Von daher ist es verständlich, dass 12 % völlig und weitere 25 % eher zustimmen, die Schule sollte sich mehr

um Zusammenarbeit bemühen. Erwähnenswert ist, dass zwischen den schulischen Kooperationsangeboten und der Beurteilung durch die Eltern kein statistischer Zusammenhang besteht. Unzufriedener – sowohl hinsichtlich der Förderung des Kindes als auch mit den Betreuungsangeboten – äußern sich Eltern mit Migrationshintergrund. Sie sind zwar insgesamt auch zufrieden mit den schulischen Leistungen und urteilen großteils positiv, aber um eine Spur negativer als Eltern ohne Migrationshintergrund. Das rein quantitative Angebot ist für die Differenzen nicht verantwortlich (siehe oben), so dass sich die Frage stellt, ob die Angebote zu wenig zielgruppenspezifisch sind oder sie von den Eltern mit Migrationshintergrund nicht ausreichend wahrgenommen werden.

Abbildung 4: Bewertung der Schule durch die Eltern in %



Quelle: PIRLS 2006, eigene Berechnungen, n = 4567-4692

Welche Effekte von einer intensiven Eltern-Lehrer/-innen-Zusammenarbeit ausgehen, darüber gehen die Ansichten auseinander. Wie die Schweizer Untersuchung von Neuenchwander et al. (2005) zeigt, sind positive Effekte weniger im kognitiven Bereich, etwa in den Schulleistungen der Kinder nachweisbar, sondern eine gelingende Zusammenarbeit geht vor allem einher mit einer positiveren Einstellung der Eltern gegenüber Schule, geringeren Belastungen von Lehrpersonen in der Schule und einer höheren Zufriedenheit der Kinder im Unterricht.

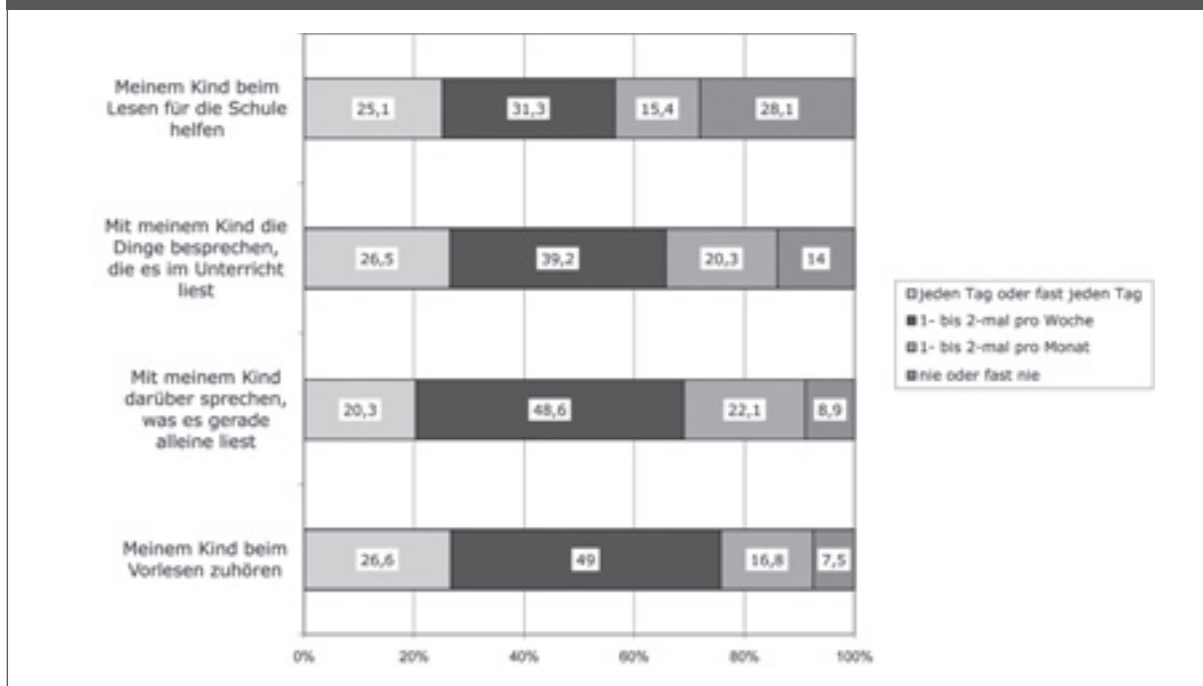
1.6 Schulbezogene Unterstützung in und seitens der Familie

1.6.1 Familieninterne schulbezogene Unterstützung

Systematische Erhebungen, die eine umfassende Betrachtung aller Leistungsformen ermöglichen würden, welche schulbezogenen Unterstützungsleistungen Österreichs Familien erbringen, liegen nicht vor. Auch altersabhängige Analysen sind nur bedingt möglich. Nachfolgende Befunde stellen somit eine beispielhafte Aufzählung dar. Bezüglich des Alters lässt sich allgemein vermuten, dass die Eigenleistungen der Familienmitglieder abnehmen und von der Familie finanzierte Fremdleistungen steigen. Wie aber Untersuchungen zur Nachhilfe zeigen, werden externe Unterstützungsleistungen (bezahlte Nachhilfe) auch bereits von einem Teil der Volksschulkinder, insbesondere vor dem Übertritt in die Sekundarstufe I, in Anspruch genommen.

Schulerfahrungen, schulische Anforderungen und Leistungen der Kinder sind als Thema in Österreichs Familien präsent. Schule ist bei annähernd 50 % der Mädchen und 40 % der Burschen praktisch tägliches Gesprächsthema in der Familie, wie die Befindensuntersuchung 2005 zeigt (Eder 2007). Familien erbringen – trotz veränderter beruflicher und familiärer Rahmenbedingungen – zudem eine Reihe direkter schulbezogener Unterstützungsleistungen (Arbeiterkammer 2005, Kränzl-Nagl/Beham 2006, Spiel et al. 2002, Stecher 2005, 2006, Wagner et al. 2005). So geben z. B. 17 % der Kinder und Jugendlichen in der Befindensstudie 2005 an, dass die Eltern „(fast) jeden Tag“ mit ihnen lernen; dass sie dies „manchmal“ tun, sagen 45 % (Eder 2007: 146). Auf Bitte der Kinder unterstützen weitere 25 % der Eltern ihre Kinder beim Lernen (ebd.).

Ähnlich berichten in PIRLS 2006 (siehe Abbildung 5) 27 % der Eltern, dass sie oder ein anderes Familienmitglied jeden Tag oder fast jeden Tag mit ihrem Kind lesen (Zustimmung zur Aussage „Meinem Kind beim Vorlesen zuhören“). Weitere 49 % geben an, dass sie dies ein- bis zweimal wöchentlich tun. Dass dies „nie oder fast nie“ der Fall ist, nennen nur 8 %. Die restlichen 16 % wählen die Kategorie „1- bis 2-mal“ pro Monat. 25 % der befragten Eltern geben an, dass sie ihrem Kind jeden Tag oder fast jeden Tag beim Lesen für die Schule helfen. Weitere 31 % helfen ihrem Kind beim Lesen für die Schule zumindest ein- bis zweimal pro Woche.

Abbildung 5: Berichtete Leseaktivitäten zu Hause

Quelle: PIRLS 2006, Eigenberechnungen, n = 4774–4804⁹

Kinder- und Elternangaben weichen bei den berichteten Leseaktivitäten zum Teil beträchtlich voneinander ab. So geben nur 14 % der Kinder an, dass sie zuhause täglich oder fast täglich jemandem vorlesen. Im Unterschied dazu berichten 27 % – also beinahe doppelt so viele – der Eltern, dass sie oder ein anderes Familienmitglied ihrem Kind zuhause täglich oder fast täglich beim Vorlesen zuhören. Auch beim anderen Pol der Skala treten deutliche Differenzen auf: Nur 8 % der Eltern sagen, dass sie „nie oder fast nie“ ihrem Kind beim Vorlesen zuhören, bei den Kindern sind dies 35 %. Die Abweichungen dürften zum Großteil durch soziale Wünschbarkeit auf beiden Seiten bedingt sind. Für Kinder ist es vermutlich „uncool“, dass sie zuhause in der 4. Klasse Volksschule noch laut vorlesen, für Eltern ist dies dagegen im hohen Ausmaß sozial erwünscht.

Wie die Ergebnisse von Kaupa et al. (2008)¹⁰ zeigen, werden zunehmend mehr Kinder von den Eltern bei den Hausübungen unterstützt. Mit steigendem Alter und steigender Selbstständigkeit der Kinder bzw. höheren schulischen Anforderungen wird die elterliche Unterstützung weniger. Während von den Volksschüler/-innen sechs von zehn täglich bei der Hausübung unterstützt werden, liegt dieser Anteil bei Kindern, die eine AHS-Unterstufe besuchen, bei knapp einem Drittel und sinkt bei Oberstufenschüler/-innen auf 15 %. Ähnliche Ergebnisse¹¹ zeigt die Elternbefragung der Studie „PISA & Patchwork-Kindheit“ (Kränzl-Nagl/Beham 2006).

⁹ Die Differenz zu den n = 5 067 befragten Kindern ergibt sich dadurch, dass Eltern nicht an der Befragung teilnahmen oder einzelne Fragen verweigerten. Schlecht qualifizierte Eltern, deren Kinder schlechte Leseleistungen erzielten, verweigerten häufiger und sind daher unterrepräsentiert.

¹⁰ Diese basieren auf Umfragen des Instituts SORA. Es handelt sich dabei um Telefonumfragen von 1 800 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 19 und 60 Jahren.

¹¹ Unterschiede im Ausmaß familiärer Lernunterstützung sind zum Teil dadurch bedingt, dass in manchen Studien explizit nach Hilfe bei Hausübungen und in anderen generell nach Hilfe beim Lernen gefragt wird.

FAMILIE UND SCHULE

Multivariate Analysen der PIRLS-Daten¹² verdeutlichen, dass sich Eltern weitgehend unabhängig von der sozialen Schicht, der ethnischen Zugehörigkeit und dem Schulstandort verpflichtet fühlen, ihre Kinder beim Lernen zu unterstützen und sie zu fördern. Viele Eltern bemühen sich, diesen normativen Ansprüchen gerecht zu werden. Manche Eltern kommen aber dabei an die eigenen Grenzen. So empfinden 27 % der Mütter und 21 % der Väter von Kindern der 4. bis 8. Schulstufe den Lernstoff zum Teil selbst als sehr schwierig (Kränzl-Nagl/Beham 2006: 77). 12 % der Mütter sowie 3 % der Väter fühlen sich „oft“, 53 % (Mütter) bzw. 38 % (Väter) „manchmal“ durch Tätigkeiten in Zusammenhang mit Schule belastet (ebd.).

Erfragt wurde in PIRLS 2006 auch der zeitliche Umfang der Hausübungen. 45 % der befragten Eltern berichten, dass ihr Kind (4. Klasse Volksschule) eine halbe bis eine Stunde pro Tag für die Hausübungen arbeite. 13 % geben an, dass die Hausübungen täglich mehr als eine Stunde beanspruchen, 37 % der Kinder benötigen zwischen 15 und 30 Minuten, 5 % weniger.

Es sind vor allem die Mütter, die mit dem Kind lernen, selbst wenn beide Elternteile im identen Ausmaß (voll) erwerbstätig sind. Das stärkere Engagement der Mütter führt dazu, dass sich Mütter deutlich häufiger als ihre Partner durch schulbezogene Tätigkeiten gestresst fühlen. Nach den Ergebnissen der „PISA & Patchwork-Kindheit-Studie“ zeigt sich für jene Familien, von denen die Angaben beider Elternteile vorhanden sind, Folgendes: In Familien mit einem/einer 10- bis 18-jährigen Schüler/-in fühlen sich 12 % der Mütter im Vergleich zu 3 % der Väter „oft“ und 53 % der Mütter bzw. 38 % der Väter „manchmal“ durch Tätigkeiten in Zusammenhang mit Schule belastet. Lernunterstützung und -begleitung bedeutet für Eltern aber keineswegs nur Belastung. Rund die Hälfte der Eltern (57 % der Mütter und 50 % der Väter) freuen sich, wenn sie ihr Kind beim Lernen unterstützen können und haben zudem den Eindruck, dass auch ihr Kind über die Unterstützung froh ist (Kränzl-Nagl et al. 2006a: 148).

Wie bedeutsam familiäre Hilfestellungen für schulische Erfolge sind, wird – auch in Fachkreisen – heterogen diskutiert (Cooper et al. 2000, Trautwein/Köller 2003). Die Befunde der PISA- & Patchwork-Kindheit-Studie lassen die Frage nach der Effizienz dieser Leistungen berechtigt erscheinen: 27 % der Mütter und 21 % der Väter von Kindern der 4. bis 8. Schulstufe in Österreich empfinden den Lernstoff zum Teil selbst als sehr schwierig. Analog dazu bewerten rund 20 % der befragten Kinder das Lernen mit ihren Eltern (oder anderen erwachsenen Familienmitgliedern) als wenig oder nicht hilfreich (Eder 2007, Kränzl-Nagl/Beham 2006). Auch die oben angeführten PIRLS 2006 Analysen weisen auf dieses Problem hin (siehe oben). Mehrere Studien (Neuenschwander et al. 2005, Wagner et al. 2005, Wild/Hofer 2002) sprechen diesbezüglich übereinstimmend dafür, dass nicht das Ausmaß, sondern die Form der elterlichen Unterstützung entscheidend ist. Starke Instruktions-, Überprüfungs- und Kontrollhaltungen der Eltern haben eher negative Auswirkungen auf Schulleistungen und Wissensentwicklung und sind mit Belastungen für Eltern und Kinder verbunden. Eine prozessorientierte Haltung sowie Anregungen und Hilfestellungen zum selbstregulierten Lernen hingegen wirken sich positiv auf die Schulleistungen aus (Busse/Helsper 2004, Cooper et al. 2000, Neuenschwander et al. 2005, Niggli et al. 2007, Wild/Hofer 2002).

¹² Für das Item „Meinem Kind beim Lesen für die Schule helfen“.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Ein Großteil der Eltern ist bemüht, die Kinder bei der Bewältigung schulischer Anforderungen zu unterstützen. Insbesondere Volksschulkinder werden zu einem hohen Anteil bei der Erledigung der Hausaufgaben von den Eltern (meist der Mutter) begleitet und beaufsichtigt. Mit zunehmendem Alter und Selbstständigkeitsgrad der Kinder sowie höheren schulischen Anforderungen nimmt die elterliche Unterstützung der konkreten Lernbetreuung ab. Zum Teil kommen Eltern an eigene Grenzen, weil sie nicht immer über die erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen zur Lernunterstützung bzw. nicht über die erforderliche Zeit verfügen.

1.6.2 Nachhilfe

Die Gründe für Nachhilfe können vielfältig sein. Während Schüler/-innen primär Mängel des Unterrichts, aber auch mangelnde elterliche Hilfsmöglichkeiten als Gründe für Nachhilfeunterricht angeben, spielen aus Sicht der Eltern mangelnder Fleiß und mangelndes Interesse ihrer Kinder eine wesentlichere Rolle. Gemeinsam ist beiden der Wunsch nach einer Notenverbesserung (Haag 2001, Schneider 2005) aufgrund der schulischen Leistungen und/oder aufgrund ihrer Bildungsaspirationen.

Untersuchungen zum Nachhilfeunterricht sind aufgrund ihrer Heterogenität im methodischen Vorgehen schwer vergleichbar. Die Studien unterscheiden sich sowohl in der Wahl der Erhebungsinstrumente und Auswertungsverfahren als auch in der Zusammensetzung der Stichproben. Eingedenk dieser Einschränkungen lässt sich anhand der von Eder (2000) erstellten Zusammenschau vorliegender Untersuchungen der 1990er-Jahre, in die sowohl österreichweite Studien wie die Befindensuntersuchung 1995 als auch regional begrenzte Studien eingegangen sind, davon ausgehen, dass bezahlter Nachhilfeunterricht bereits in der Volksschule zur Vorbereitung des Übergangs in eine AHS beginnt und sich in unterschiedlicher Häufigkeit durch die verschiedenen Schultypen zieht. Demnach erhalten 10 % der Hauptschüler/-innen, 15 bis 20 % der Kinder in der AHS-Unterstufe und 20 bis 25 % der AHS-Oberstufe Nachhilfe. Die Werte für die Sekundarstufe I und II decken sich weitgehend mit jenen der Schüler/-innen-Befindensuntersuchung aus dem Jahr 2005 (Eder 2007): Ab der 3. Klasse Gymnasium (7. Schulstufe) erhalten laut der Befindensstudie im Schnitt mehr als 20 % der Schüler/-innen dieses Schultyps Nachhilfe; wobei insbesondere in der 8. Schulstufe, in der die Selektion für die Sekundarstufe II bevorsteht, ein Anstieg zu verzeichnen ist. Auch bei den Hauptschüler/-innen steigt, wenngleich auf einem etwas niedrigeren Ausgangsniveau, gegen Ende der Hauptschulzeit der Anteil jener, die Nachhilfe erhalten: In der 8. Schulstufe sind es 15 % der Hauptschüler/-innen (Eder 2007: 73). Laut einer SORA-Umfrage aus dem Jahr 2008 im Auftrag der Arbeiterkammer (Kaupa et al. 2008) bekommen 6 % der Volksschüler/-innen, 15 % der Hauptschüler/-innen und 28 % der AHS-Unterstufenschüler/-innen bezahlte Nachhilfe; in der Oberstufe sind es 26 % der Schüler/-innen in der AHS und rund 15 % in der BMS und BHS.

Das Ausmaß an finanziellen Aufwendungen für Nachhilfe unterscheidet sich ebenfalls nach Schultyp. Knapp 10 % der Eltern von AHS-Unterstufenschülern/-innen geben dafür mehr als 100 Euro im Monat aus. Die durchschnittlichen Ausgaben pro Schulstufe betragen 558 Euro (Kaupa et al. 2008). Die Gesamtkosten, die für private Nachhilfe ausgegeben werden, werden seitens der Arbeiterkammer auf rund 140 Millionen Euro jährlich geschätzt (Arbeiterkammer 2005, Arbeiterkammer 2009.¹³)

¹³ Für die elektronische Übermittlung der Unterlagen zu den Kosten für Nachhilfe möchten wir uns bedanken bei Herrn Kurt Krezmar von der Arbeiterkammer Wien (Abteilung Bildungspolitik).

1.6.3 Private Bildungsausgaben

Neben den Kosten für Nachhilfe wurden 2007 seitens des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung im Auftrag der Arbeiterkammer Wien die privaten Bildungsausgaben von Eltern in öffentlichen Schulen der Sekundarstufen I und II erhoben¹⁴ (Lachmayr 2008). Im Schnitt geben Eltern pro Schuljahr rund 390 Euro (= Median, MW¹⁵: 482 Euro) für allgemeine und berufsspezifische Schulmaterialien, Selbstbehalte, sonstige Kosten und persönliche Schulausstattung (Schultaschen, Sportsachen, Berufskleidung) aus. Deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen. In den humanberuflichen berufsbildenden höheren Schulen liegen die Kosten aufgrund der benötigten berufsspezifischen Materialien bei durchschnittlich 615 Euro (Median, MW: 722 Euro). Dazu kommen Ausgaben für Schulveranstaltungen (Median 335 Euro) und bei immerhin einem Drittel der Befragten Kosten für einmalige Anschaffungen wie PCs, Notebooks u. a. in der Gesamthöhe von durchschnittlich 1.000 Euro (Median) (Lachmayr 2008).

Den Angaben der befragten Eltern folgend kostet der Schulbesuch einer achtjährigen AHS durchschnittlich rund 3.000 Euro pro Haushalt exklusive einmaliger Anschaffungen (z. B. PC), unregelmäßiger Ausgaben (z. B. Schikurse) oder konstanter Kosten (z. B. Verpflegung außer Haus). Für eine dreijährige berufsbildende mittlere Schule ergibt sich ein Wert von 1.000 bis 1.500 Euro.

Legt man die Angaben der befragten Eltern auf die Gesamtzahl der Schüler/-innen pro Schultyp um, so ist österreichweit ohne Berücksichtigung der Kosten für Nachhilfe oder Sprachferien von einem Gesamtvolumen von 223 bis 276 Millionen Euro auszugehen (Lachmayr 2008).

1.7 Zur Bedeutung von Familie für die Bildungschancen

Im Zentrum von Forschung und öffentlichen Diskussionen zum Verhältnis Familie und Schule stand in den vergangenen Jahren vor allem der Zusammenhang von Familie, Schule und Bildungserfolg. In einer Vielzahl empirischer Studien (für Österreich u. a. Bacher 2003, 2005, Bacher et al., 2008, Bacher/Leitgöb 2009, Fassmann 2002, Kast 2006, Khan-Svik 2008, Kremzar/Lachmayr 2008, Radinger 2005, Schmid 2003, Schwarz et al. 2002, Spielauer et al. 2002, Suchan et al. 2007) – die sich auf unterschiedliche Datenquellen stützen (Mikrozensus 1996, Volkszählung 2001, ECHP, PISA, PIRLS, Schüler/-innen-Befindensuntersuchung 2005) – wurde (erneut) aufgezeigt, dass auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts der Zugang zu weiterführenden Schulen nach wie vor sozial selektiv erfolgt und der familiäre Hintergrund von Kindern deren Bildungskarrieren beeinflusst, wie

¹⁴ Im Herbst 2007 wurden rund 800 Eltern (per Zufall gezogene Klumpenstichprobe an 23 Schulen, die Hälfte in Wien) von Schülerinnen und Schülern aus AHS-Unter- und Oberstufe, Hauptschule, berufsbildenden mittleren und höheren Schulen über ihre finanziellen Aufwände für den Schulbesuch ihrer Kinder befragt. Auch im Rahmen einer für die Schnittstellen im österreichischen Schulsystem repräsentativen Erhebung von Lachmayr/Rothmüller (2009) zur sozialen Situation von Bildungswegentscheidungen werden ausgewählte familiäre Unterstützungsleistungen (z. B. Teilnahme an unterschiedlichen Nachhilfeformen, Unterstützung von Vater und Mutter in schulischen Angelegenheiten, monetäre Ausgaben etc.) behandelt. Die Studie wurde im Herbst 2009 von der AK Wien veröffentlicht.

¹⁵ MW: Mittelwert

sich am Besuch maturaführender Schulen zeigt: 75 % der in PISA 2006 getesteten 15- bis 16-Jährigen, bei denen mindestens ein Elternteil Matura oder einen höheren Bildungsabschluss hat, besuchen eine AHS-Oberstufe bzw. BHS. Verfügen beide Elternteile über einen Pflichtschulabschluss, beläuft sich dieser Anteil bei 23 % (Bacher 2008). Den Ergebnissen der Befindensuntersuchung 2005 zufolge liegt der Anteil der Schüler/-innen in der AHS nur bei 12 %, wenn beide Eltern einen Pflichtschulabschluss besitzen, im Vergleich zu 80 %, wenn beide ein Studium absolviert haben (Eder 2008: 547).

Die Bildungsbeteiligung variiert, wie weiter oben dargestellt wurde, zudem stark nach der ethnischen Herkunft. Während Kinder, deren beide Eltern nicht in Österreich geboren sind, überproportional häufig eine Hauptschule oder Polytechnische Schule besuchen, ist bei Kindern mit einem in Österreich geborenen Elternteil eine hohe Aufstiegsaspiration erkennbar. Sie besuchen überproportional häufig eine AHS (Eder 2007).

Die Befunde aus PIRLS 2006 zeigen zudem deutliche regionale Unterschiede: Von den Eltern in Landgemeinden (unter 3 000 Einwohner/-innen) geben 27 % an, dass ihr Kind an einer AHS angemeldet ist, in Städten mit mehr als 500 000 Einwohner/-innen planen 69 % einen AHS-Besuch. In Wien sind nur 4 % der Schüler/-innen, die in Deutsch mit einem Sehr Gut beurteilt wurden, nicht für eine AHS angemeldet. In Kleingemeinden liegt dieser Anteil bei 19 % (Thonhauer/Pointinger 2008).

In der Debatte um die familialen Grundlagen der differenziellen Bildungserfolge von Kindern wird in zahlreichen Studien auf die von Pierre Bourdieu entwickelten Konzepte des kulturellen und sozialen Kapitals zurückgegriffen (Bourdieu/Passeron 1971, Bourdieu 1983). Betont wird dabei die tiefe habituelle Verwurzelung sozialer Ungleichheiten und der Einfluss der Familie, der auf vielfältige Weise zustande kommt. In Erweiterung humankapitaltheoretischer Annahmen wurde in mehreren Analysen der herausragende Stellenwert des kulturellen Kapitals der Herkunftsfamilie für unterschiedliche Maße des Bildungserfolgs herausgearbeitet (Bergmair 2006, Hinz/Groß 2006, Leven/Schneekloth 2007, Watermann/Baumert 2006) sowie die Bedeutung milieuspezifischer Erfahrungen und Handlungsbefähigungen als zentraler Elemente der Bildung von Kindern und Jugendlichen beschrieben (Betz 2006, Grundmann et al. 2006).

Empirisch gut bewährt haben sich auch RC-Modelle¹⁶ der Bildungswahl (Becker 2000, Boudon 1974, Esser 1999). Dabei wird angenommen, dass soziale Ungleichheiten durch zwei Mechanismen entstehen: erstens durch Leistungsunterschiede und zweitens durch die Wahlsituation. Der erste Wirkungszusammenhang wird als primärer Ungleichheits- oder Herkunftseffekt bezeichnet. Er entsteht durch ungleiche Startbedingungen, die durch die Schule nicht ausreichend ausgeglichen werden. Der zweite Mechanismus wird als sekundärer Ungleichheitseffekt bezeichnet und ist das Resultat von Bildungsentscheidungen. Dabei zeigt sich, dass trotz gleicher schulischer Leistungen in sozial benachteiligten Familien Bildungsentscheidungen zuungunsten von formal höheren Bildungsgängen getroffen werden, da die Kosten der höheren Bildung höher eingestuft, der aus dem Bildungsabschluss erzielbare Nutzen niedriger bewertet und die Erfolgsaussichten geringer eingeschätzt werden.

¹⁶ RC = Rational Choice

FAMILIE UND SCHULE

In Abhängigkeit von der Schullaufbahn gilt dabei, dass die Bedeutung des sekundären Ungleichheitseffekts abnimmt. Während er beim Übergang in die Sekundarstufe I (HS oder AHS-Unterstufe) 54 % der feststellbaren sozialen Ungleichheiten erklärt, reduziert er sich beim Übergang in die Sekundarstufe II (AHS-Oberstufe, BHS) auf 24 % (Bacher 2008: 536).

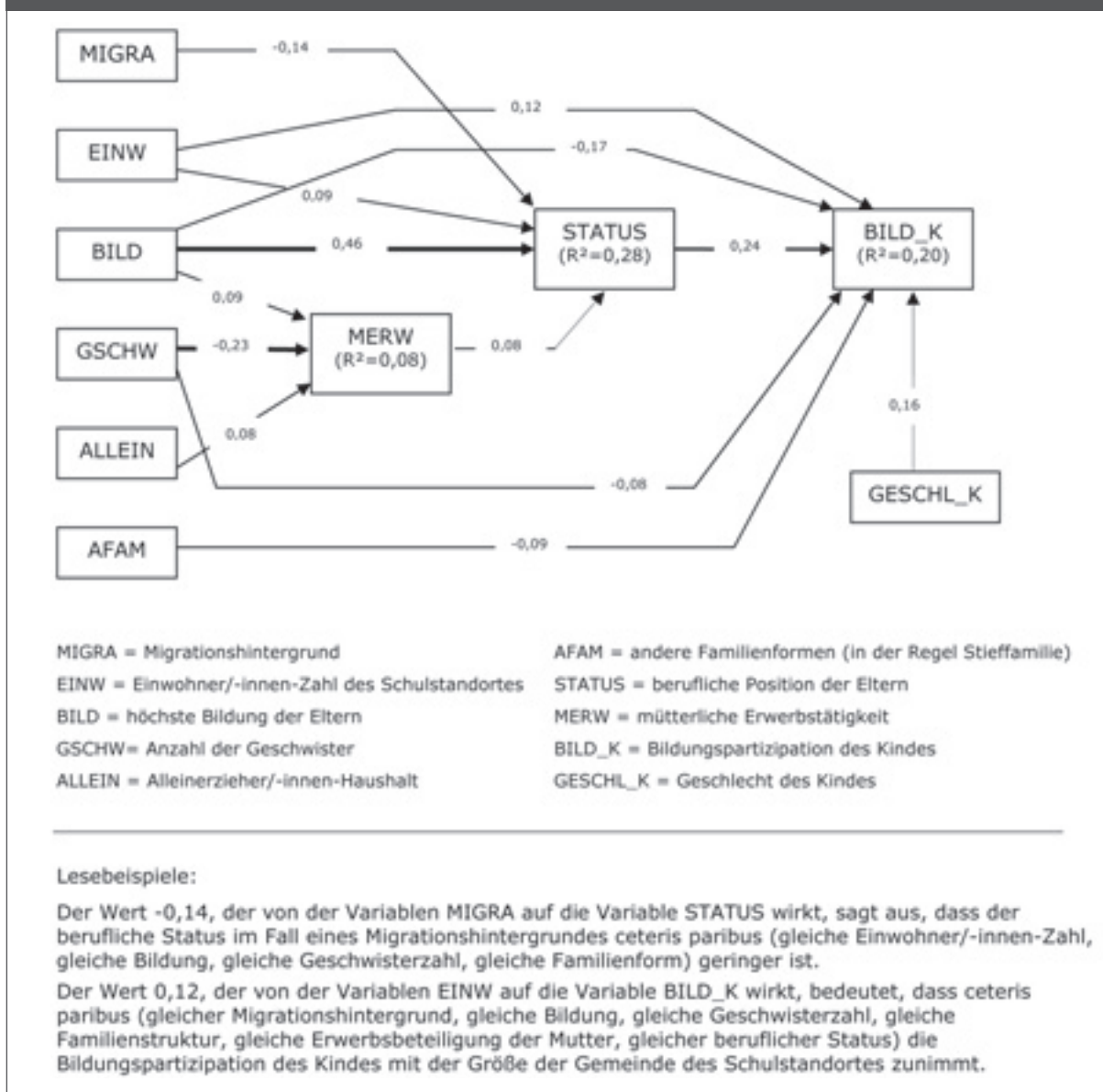
Die Wirkungsstärke des primären und sekundären Ungleichheitseffekts hängt von den Kontextbedingungen ab. Hierbei sind die Schulsystem-, die Schul- und Klassenebene zu unterscheiden:

- **Schulsystemebene:** Ungleichheitsverstärkende Faktoren sind ein spätes Einschulungsalter, ein frühes Erstselektionsalter, Sackgassen im Bildungssystem usw. Abbildung A-1 im Anhang gibt einen Überblick über ungleichheitsreduzierende Schulsystemfaktoren.
- **Schulebene:** Relevant sind hier die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Schule, die Qualifikation und Motivation der Lehrkräfte, die Ausstattung der Schule, das Schulklima usw.
- **Klassenebene:** Relevant sind die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Klasse, die Qualifikation und Motivation der Klassenlehrer/-innen, die Ausstattung der Klasse, das Klassenklima usw.

Auf Systemebene empirisch gut abgesichert ist, dass Gesamtschulsysteme bzw. späte Bildungsentscheidungen schichtspezifische Bildungsungleichheiten reduzieren (Bacher 2007, OECD 2004: 263, OECD 2007: 272–275, Schütz/Wößmann 2005a, b). Abbildung A-2 im Anhang führt exemplarisch ein Ergebnis aus Bacher (2008) an. Untersucht wurde die Abhängigkeit der Testleistungen in PISA von der beruflichen Position der Eltern. Das Ergebnis ist eindeutig. Mit Ausnahme von Großbritannien ist die Abhängigkeit in allen Ländern mit einem Erstselektionsalter von 16 Jahren deutlich geringer als in den Ländern mit einem Erstselektionsalter von zehn, elf oder zwölf Jahren (siehe Anhang A-2).

Als wichtige familienstrukturelle Variablen, die einen direkten oder indirekten Einfluss auf Schullaufbahn sowie Test- und Schulleistungen haben, erweisen sich die Bildung, der Beruf und das Einkommen der Eltern sowie deren Migrationshintergrund. Durchgehend die stärkste Wirkung kommt den sozio-ökonomischen Variablen zu, wobei die Bildung der Eltern mit Fortschreiten der Bildungslaufbahn des Kindes an Bedeutung verliert, während Beruf und Einkommen wichtiger werden. Familienstrukturelle Variablen i. e. S. wie die Familienform, die mütterliche Erwerbstätigkeit und die Geschwisterzahl haben keinen bzw. nur einen schwachen Einfluss. Abbildung 6 gibt exemplarisch die Befunde aus Bacher (2005) wieder. Untersucht wurde auf Basis der PISA 2000-Daten, ob nach der Pflichtschule eine weiterführende Schule mit Matura besucht wird.

Abbildung 6: Einflussfaktoren auf die Schullaufbahn



Deutlich erkennbar ist die starke Wirkung der sozialen Herkunft. Der Beruf der Eltern wirkt direkt mit einem Pfadkoeffizienten von 0,24 auf den Besuch einer maturaführenden Schule ein. Hinzu kommt ein direkter Einfluss der Bildung der Eltern von 0,17. Die Familienform, die Geschwisterzahl und die mütterliche Erwerbstätigkeit üben einen vergleichsweise geringen Einfluss aus. Eine direkte Wirkung auf die Bildungsbeteiligung kommt nur den anderen Familienformen und der Geschwisterzahl zu. Jugendliche aus anderen Familienformen – dabei handelt es sich primär um Stieffamilien – und aus kinderreichen Familien besuchen nach der Pflichtschule weniger häufig eine maturaführende Schule. Ähnliche Ergebnisse zeigt auch die Befindensstudie 2005 (Eder 2007: 129).

Die Geschwisterzahl wirkt des Weiteren indirekt über die mütterliche Erwerbstätigkeit. Mit der Kinderzahl sinkt die mütterliche Erwerbstätigkeit, dies wirkt sich in einem geringeren beruflichen Status aus, der seinerseits die Teilhabe an einer maturaführenden Schule

FAMILIE UND SCHULE

reduziert. Ein-Eltern-Familien unterscheiden sich von Kernfamilien nur durch die höhere mütterliche Erwerbsbeteiligung. Dies wirkt sich positiv auf den beruflichen Status und in der Folge auf die Testleistungen aus.

In einer Sekundäranalyse zu Geschlechterunterschieden der Bildungswahl (Bacher et al. 2008) wurde auch der Frage nachgegangen, wie sich die Familienform auf die Schullaufbahn auswirkt.¹⁷ Die erzielten Ergebnisse stimmen mit den bisher zitierten Studien überein. Beim Übergang in die Sekundarstufe I kommt der Familienform kein Einfluss zu. Vor dem Übergang in die Sekundarstufe II zeigte sich hingegen, dass Kinder in Ein-Eltern-Familien schlechtere Schulleistungen erzielen und Burschen aus solchen Familien häufiger die AHS-Unterstufe verlassen. Umgekehrt besuchen Burschen häufiger eine AHS, wenn (auch) Väter sich für Schulangelegenheiten interessieren und ihre Söhne bei schulischen Fragen unterstützen. Diese Befunde deuten darauf hin, dass vor allem während der Pubertät die Mitwirkung der Väter für schulische Erfolge von Söhnen bedeutsam ist.

Als wichtige Variablen zur Erklärung des Einflusses von Ungleichheitsfaktoren haben sich in Reanalysen von internationalen Bildungsstudien Bildungsaspirationen sowie das kulturelle Kapital herausgestellt.¹⁸

Bezüglich der Bildungsaspirationen zeigt sich (Bacher et al. 2008), dass knapp 60 % der Eltern beim Übergang in die Sekundarstufe I und ebenso viele Prozent vor dem Übergang in die Sekundarstufe II zumindest einen Maturaabschluss anstreben. Am häufigsten wird in der achten Schulstufe eine BHS-Matura angestrebt (31,3 %). Deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede zeigen sich bezüglich einer Meisterprüfung, die Eltern für Söhne wesentlich häufiger ins Auge fassen als für Töchter. Im Detail ergibt sich vor dem Übergang in die Sekundarstufe II das in Tabelle 2 dargestellte Bild.

Tabelle 2: Bildungsaspiration der Eltern in Abhängigkeit vom Geschlecht

	Bildungsaspiration							n
	Pflicht-Schule	Lehre	BMS	Meisterprüfung	AHS-Matura	BHS-Matura	FH/Uni	
Buben	6,4	17,8	7,0	17,2	7,9	28,6	15,1	517
Mädchen	7,2	13,5	11,5	1,6	14,1	34,0	18,1	497
Gesamt	6,8	15,7	9,2	9,6	10,9	31,3	16,6	1 014

Quelle: Bacher et al. 2008: 110

Auf der Grundlage von PISA äußern 52 % der 15-/16-Jährigen, eine Matura oder einen höheren Abschluss anzustreben. Weitere 17 % nennen eine Berufsakademie, Meisterprüfung, medizinisch-technische Ausbildungen usw., also Bildungsabschlüsse, die teilweise eine

¹⁷ Es handelt sich dabei um die Daten der öibf-Studie „Soziale Situation beim Bildungszugang“ (Schlögl/Lachmayr 2004). Eine Reanalyse der Daten hinsichtlich Geschlechterunterschieden in der Bildungswahl wurde vom Jubiläumsfonds der österreichischen Nationalbank finanziert (Projektnummer 11958). Datenbasis war eine Befragung von n = 3 477 Eltern und von n = 2 134 Jugendlichen an der ersten und zweiten Schnittstelle des österreichischen Bildungssystems.

¹⁸ Anzumerken ist, dass das soziale und das ökonomische Kapital in internationalen Studien nicht oder nur unzureichend erfasst und daher auch nicht in statistische Analysen einbezogen werden.

Matura voraussetzen. Im internationalen Vergleich fällt auf, dass die Bildungserwartungen der 15-/16-Jährigen in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern relativ gering sind (Bergmair 2006 sowie Abbildung A-3 im Anhang). Während etwa ein Drittel der 15-/16-Jährigen in Großbritannien einen Universitätsabschluss anstrebt und 40 % in Schweden, sind es in Österreich nur 24 %. Wenig überraschend ist, dass die Bildungsaspirationen in Ländern mit früher Erstselektion und einem dualen System (Österreich, Deutschland, Schweiz) gering sind, da die Bildungserwartungen an die getroffenen Bildungsentscheidungen angepasst werden.

Zusammenschauend lässt sich festhalten: Österreich gehört zu jenen Ländern, in denen der Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Herkunftsfamilie auf der einen Seite und den von Kindern angestrebten und erreichten Bildungsabschlüssen auf der anderen Seite stark ist, wie die Ergebnisse der Analysen verschiedener internationaler Leistungstests für Schüler/-innen zeigen (Bacher 2007, Breit/Schreiner 2007, Schütz et al. 2007, Schütz/Wößmann 2005a, b, Wößmann 2008). Dabei tragen die zwischen den Sozialschichten differierenden elterlichen Bildungsaspirationen am Ende der Grundschule neben primären Herkunftseffekten, die sich in sozial ungleichen Lernvoraussetzungen manifestieren und durch die Verfügbarkeit von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital des Elternhauses verstärkt werden, zu sozial selektiven Übergängen bei. Der Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Herkunft und der schulischen Leistung der Kinder scheint besonders deutlich ausgeprägt zu sein bei stark gegliederten bzw. selektiven Schulsystemen wie in Österreich. Je früher die Kinder im Schulsystem auf unterschiedliche Schultypen aufgeteilt werden, desto stärker hängt der spätere Bildungserfolg vom jeweiligen familiären Hintergrund ab (Bacher 2007, Baumert/Schumer 2001, 2002, Wößmann 2008). Nach familienstrukturellen Variablen i. e. S., wie Familienform, Geschwisterzahl und Erwerbsbeteiligung, treten nur geringe Ungleichheitsunterschiede auf. Auch nennenswerte Leistungsunterschiede lassen sich nach diesen Variablen nicht feststellen. Erklärbar ist dies dadurch, dass nicht die Struktur, sondern die Qualität der familialen Beziehungen und Unterstützungen relevant ist. Gleichwohl gibt es Hinweise auf komplexe Zusammenhangsmuster in der Sekundarstufe I nach Geschlecht und Familienform.

1.8 Beitrag von Familie und Schule zur Persönlichkeitsentwicklung

Familie und Schule sind zentrale Lebens- und Lernwelten von Kindern. Nicht nur der Erziehungsstil der Eltern, ihre Einstellung zum Kind, sondern wesentlich auch Eltern und Lehrkräfte als Vorbilder, die Eltern-Kind- bzw. Lehrer/-in-Kind-Beziehung, vor allem aber auch die Erfahrungen, die das Kind mit und in seinen Umwelten macht, prägen neben Peers, Medien und anderen Sozialisationsinstanzen seine Persönlichkeitsentwicklung (Barquero et al. 2008, Liegle 2006).

Neben der Familie¹⁹ wird auch der Schule eine zentrale Bedeutung zur Unterstützung der Persönlichkeitsentwicklung zugeschrieben. Zum Bildungsauftrag von Schule gehört neben der Vermittlung fachlicher Kompetenzen, Schüler/-innen in ihrer Persönlichkeitsentwick-

¹⁹ In der Präambel der UN-Kinderrechtskonvention heißt es diesbezüglich, „...“, dass das Kind zur vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Familie und umgeben von Glück, Liebe und Verständnis aufwachsen sollte“.

FAMILIE UND SCHULE

lung bestmöglich zu unterstützen (§ 2 SchOG). Es stellt sich daher die Frage, welche familiären und schulischen Faktoren die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern beeinflussen. Dieser wird im Folgenden anhand der Daten des DJI-Kinderpanels nachgegangen. Im Zentrum der Analyse steht die Frage, ob schulische oder familiäre Bedingungen einen stärkeren Einfluss auf die kindlichen Kompetenzen entfalten oder ob beide Sozialisationsinstanzen gleichermaßen die Kompetenzentwicklung fördern.

Auf Basis der Selbsturteile der Kinder im Alter von elf bis zwölf Jahren und der Angaben ihrer Mütter werden Einflussfaktoren auf motivationale, kognitive und sozial-emotionale Merkmale und Fähigkeiten, die zu einer positiven Bewältigung von altersrelevanten Entwicklungsaufgaben beitragen, analysiert²⁰. Untersucht wird der anhand der vorliegenden empirischen Daten abbildbare Einfluss von Familie und Schule auf Kompetenzen der Kinder (= kognitive Kompetenzen, soziale Kompetenzen und Selbstwirksamkeit).²¹

Soziale Kompetenzen umfassen Verhaltensweisen, welche die Initiation und Aufrechterhaltung von positiven Interaktionen erleichtern. Des Weiteren ist auch die Fähigkeit zur Affektregulation im Rahmen von Interaktionen ein Merkmal sozialer Kompetenzen. Kognitive Kompetenzen manifestieren sich in zielorientierten Verhaltensweisen, denen ein Planungsprozess zugrunde liegt (Leve et al. 2002). Die Items, die zur Operationalisierung dieser beiden Dimensionen herangezogen wurden, umfassen u. a. Aussagen wie: ‚habe viele Ideen‘, ‚begreife schnell‘ sowie ‚bin gerne mit anderen zusammen‘, ‚lerne gerne neue Kinder kennen‘, ‚merke, wenn es Freund/-innen schlecht geht‘.²²

Das Konzept der Allgemeinen Selbstwirksamkeitserwartung fragt nach der persönlichen Einschätzung der eigenen Kompetenzen, allgemein mit Schwierigkeiten und Barrieren im täglichen Leben zurechtzukommen sowie angestrebte Ziele zu erreichen. Selbstwirksamkeitserwartungen (oder Kompetenzerwartungen) stellen eine wichtige personale Ressource dar und beeinflussen die Auswahl von Handlungen (Schwierigkeitsgrad), die investierte Anstrengung im Zielerreichungsprozess, die Ausdauer angesichts von Schwierigkeiten und Barrieren und damit indirekt den Grad des Handlungserfolges (Jerusalem/Schwarzer 1992).

Die Mehrheit der Kinder und der Mütter beschreibt sich bzw. ihr Kind als sozial kompetent. Anhand der Angaben der Kinder sind 70 % im Vergleich zu 56 % aufgrund der Mütterangaben als sozial sehr kompetent zu bezeichnen (siehe Tabelle A-1 im Anhang). Geringer sind die Unterschiede zwischen Mütter und Kinderangaben hinsichtlich der kognitiven Kompetenz der Kinder, die sich auf die Kreativität und Auffassungsgabe bezieht (siehe Tabelle A-2 im Anhang). Jeweils rund 95 % beschreiben sich bzw. ihre Kinder als kognitiv eher bzw. sehr kompetent. Die Problemlösungsfähigkeit (Selbstwirksamkeitsüberzeugung)

²⁰ Die Analysen basieren auf den Daten der 3. Welle des Kinderpanels (ältere Kohorte). Die Kinder sind zu diesem Zeitpunkt zwischen elf und zwölf Jahren alt (Mittleres Alter = 11,5). Es wurden jene 595 Kinder in die Analysen einbezogen, die an allen drei Wellen teilgenommen haben. 51 Prozent der befragten Kinder sind männlich. Die Daten wurden gewichtet (Als Referenz wurden die Daten des Mikrozensus verwendet. Gewichtungsvariable = pr_mzjd3).

²¹ Die Konzeptualisierung von kognitiven und sozialen Kompetenzen als eigenständigen Dimensionen unterscheidet sich etwas von der – im Zusammenhang mit Publikationen zum Kinderpanel gängigen – Dimension der sozialen und kognitiven Aufgeschlossenheit.

²² Die Dimension „soziale Kompetenz“ wurde mittels vier Items gemessen: bin gerne mit anderen zusammen; merke, wenn es Freunden schlecht geht; lerne gerne neue Kinder kennen; kann mir vorstellen, wie sich andere fühlen. Die Dimension „kognitive Kompetenz“ wurde anhand dreier Aussagen gemessen: habe viele Ideen; probiere gerne Neues; begreife schnell.

wurde ausschließlich anhand der Angaben der Mütter erfasst: 10 % schreiben ihren Kindern eine sehr hohe, weitere 70 % eine hohe Problemlösungsfähigkeit zu. Die restlichen 20 % schätzen die Problemlösungsfähigkeit ihrer Kinder als eher gering bzw. gering ein.

Welche der in die Analyse einbezogenen Faktoren in Familie und Schule sich direkt bzw. indirekt auf die Entwicklung dieser Persönlichkeitskompetenzen²³ auswirken, wurde anhand eines Strukturgleichungsmodells überprüft. Die Entwicklung sozialer, kognitiver und Problemlösungskompetenzen wird als individuelle Ressource des Kindes gesehen (Alt/Gloger-Tippelt 2008).

Das den Analysen zugrunde liegende theoretische Modell geht davon aus, dass Mitbestimmungsmöglichkeiten in den zentralen Lebensbereichen von Kindern wie Familie und Schule direkt einen Einfluss auf das Wohlfühlen in den jeweiligen Kontexten haben. Angenommen wird: Partizipation in der Schule führt zu einem erhöhten Wohlbefinden in der Schule und Partizipation im familiären Kontext steigert das Wohlbefinden in der Familie. Das Wohlbefinden in der Schule und auch in der Familie wirkt, so die Annahme, in einem weiteren Schritt direkt auf die Kompetenzen der Kinder. Positiv besetzte Lebensbereiche fördern die kindliche Entwicklung. Strukturellen Rahmenbedingungen wird eine untergeordnete Rolle beigemessen. Vielmehr wird angenommen, dass diese Faktoren indirekt über die Partizipationsmöglichkeiten und das Wohlbefinden in den beiden Lebensbereichen auf die Kompetenzen der Kinder einwirken.²⁴

Die Ergebnisse zeigen erwartungsgemäß, dass die Kompetenzen direkt vom Wohlfühlen in der Familie und vom Befinden im schulischen Kontext beeinflusst werden. Je wohler sich Kinder in Familie und Schule fühlen, umso sozial und kognitiv aufgeschlossener zeigen sie sich, und umso höher ist ihre Selbstwirksamkeitsüberzeugung. Darüber hinaus weisen die Ergebnisse auf einen direkten Effekt der schulischen Mitsprachemöglichkeiten auf die Kompetenzen der Kinder hin. Strukturelle Merkmale wie etwa die Familienform, Kinderzahl oder der Migrationshintergrund sowie die Klassengröße haben keinen direkten Einfluss auf die Persönlichkeitskompetenzen der Kinder.

Mitbestimmungsmöglichkeiten in Familie und Schule tragen insgesamt zu einer positiven Lebenseinstellung bei und steigern das Wohlbefinden. Kinder fühlen sich in „demokratischen“ Umgebungen wohler. Schulische und familiäre Partizipation steigert nicht nur das Wohlbefinden im jeweiligen Bereich (siehe auch Bacher et al. 2007, Biedermann/Oser 2006, Weber et al. 2008), sondern verstärkte Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten in der Schule wirken sich auch positiv auf das kindliche Befinden in der Familie aus. Dieser Effekt kann u. a. darauf zurückgeführt werden, dass demokratische schulische Strukturen die Schulleistungen der Kinder fördern (Bacher et al. 2007, Weber et al. 2008) und gute Schulleistungen ein positives familiäres Klima begünstigen.

²³ Das Merkmal „Kompetenzen“ stellt eine latente Variable dar, die durch die oben beschriebenen Subdimensionen „soziale Kompetenzen“ (Mutter- und Kinderangaben), „kognitive Kompetenzen“ (Mutter- und Kinderangaben) und „Problemlösung“ (Mutterangaben) operationalisiert wurde. Es wurden die ungerundeten Gesamtpunktwerte als Indikatoren verwendet.

²⁴ Es ist hier grundsätzlich von bidirektionalen Kausalitäten auszugehen. So werden vermutlich kompetenten Kindern mehr Mitsprachemöglichkeiten eingeräumt. Auch wirken sich Kompetenzen positiv auf das Zusammenleben aus, was sich schließlich in einem erhöhten Wohlbefinden manifestiert.

FAMILIE UND SCHULE

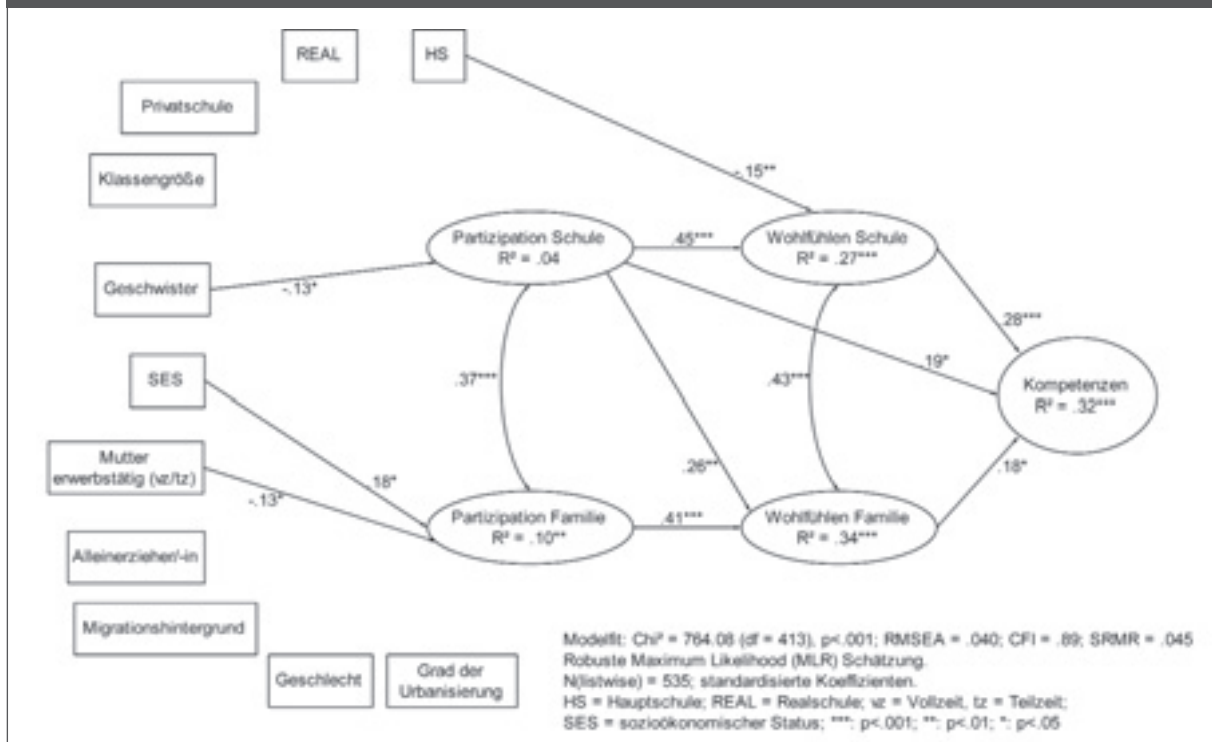
Im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden der Kinder im Schulkontext zeigt sich, dass der besuchte Schultyp eine entscheidende Rolle spielt. Kinder, die eine Hauptschule besuchen, fühlen sich in der Schule weniger wohl als Gymnasiasten/-innen.

Die Ergebnisse deuten weiters darauf hin, dass sich die Erwerbstätigkeit der Mutter (Teil- bzw. Vollzeit) eher negativ auf die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Kindes in der Familie auswirkt. Das ist primär darauf zurückzuführen, dass das Berufsleben und die damit verbundenen zeitlichen Anforderungen der Mutter als weitere Aspekte in familiären Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden müssen und somit die individuellen Mitsprachemöglichkeiten der einzelnen Familienmitglieder begrenzt werden. In Einklang mit anderen Befunden (Alt et al. 2005, du Bois-Reymond et al. 1993) zeigt sich zudem, dass Kinder aus höheren sozialen Schichten stärker in familiäre Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Als nicht erwartetes Ergebnis lässt sich ein Einfluss der Geschwister auf die schulische Partizipation feststellen. Die geringere schulische Partizipation von Kindern mit Geschwistern ist vermutlich darin begründet: Eltern mit nur einem Kind bei der Schulwahl verstärkt darauf achten, dass auch in der Schule Kindern weitgehende Mitsprachemöglichkeiten zugestanden werden.

Die vorgelegten Ergebnisse verdeutlichen die Bedeutung vermehrter Mitsprachemöglichkeiten von Kindern für ihr Wohlbefinden und ihre Persönlichkeitsentwicklung. Die Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass der Schule in der untersuchten Entwicklungsphase (Übergang von der späten Kindheit ins Jugendalter) vermutlich eine noch zentralere Bedeutung²⁵ für das psychosoziale Wohlbefinden und die Kompetenzentwicklung zukommt als dem familiären Kontext.

²⁵ Zwar unterscheiden sich die Effekte der Variablen „Wohlbefinden Schule“ und „Wohlbefinden Familie“ auf die Kompetenzen nicht signifikant voneinander (Die Gleichsetzung der Effekte führt zu keiner signifikanten Änderung des Modell-Fit: $\Delta\text{Chi}^2=0.15$; $\Delta\text{df}=1$; $p>.05$ (Die Berechnung des Chi²-Differenztests erfolgte gemäß Satorra/Bentler 2001), jedoch erweist sich die schulische Partizipation als multipler Einflussfaktor auf die Kompetenzentwicklung. Die schulische Partizipation wirkt direkt und indirekt über das Wohlbefinden in der Schule und in der Familie auf die Kompetenzen der Kinder.

Abbildung 7: Einflüsse auf Persönlichkeitskompetenzen

Quelle: DJI-Kinderpanel, 3. Welle, Elf- bis Zwölfjährige, Eigenberechnungen²⁶

Abkürzungen: SES = sozioökonomischer Status der Familie, HS=Hauptschule, REAL=Realschule, vz=Vollzeit, tz=Teilzeit.

Summary

Die Institutionen Schule und Familie teilen sich über viele Jahre Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Entwicklung von Kindern. Veränderungen in den Familien und in der Erwerbsarbeitswelt führen zu neuen Abgrenzungsfragen, weshalb über die Gestaltung des Verhältnisses von Familie und Bildungseinrichtungen neu nachgedacht wird, wie die Diskussionen bezüglich einer „Familialisierung von Schule“ bzw. einer „Scholarisierung von Freizeit“ zeigen.

Familien erbringen – trotz veränderter beruflicher und familiärer Rahmenbedingungen – eine Reihe direkter schulbezogener Unterstützungsleistungen. Knapp 70 % der Volksschüler/-innen und rund ein Drittel der Kinder, die eine AHS-Unterstufe besuchen, werden täglich von einem Elternteil bei der Erledigung ihrer Hausaufgaben unterstützt. Zum Teil kommen Eltern dabei an eigene Grenzen, weil sie nicht immer über die hierfür erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen zur Lernunterstützung bzw. über entsprechende Zeit verfügen. Viele bezahlen daher für außerschulischen Nachhilfeunterricht. Ab der 3. Klasse Gymnasium (7. Schulstufe) erhalten im Schnitt mehr als 20 % der Schüler/-innen dieses Schultyps Nachhilfe. Die Gesamtkosten, die österreichweit für private Nachhilfe ausgegeben werden, werden seitens der Arbeiterkammer auf rund 140 Millionen Euro jährlich geschätzt.

²⁶ Eine Beschreibung der Variablen des Modells und der analytischen Vorgehensweise findet sich im Anhang A-6.

FAMILIE UND SCHULE

Von einer „guten“ Schule erwarten Eltern, dass diese auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten des Kindes eingeht, ihm bei der Entwicklung Zeit lässt und dass sich das Kind in der Schule wohl fühlt. Bezüglich der konkreten Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern wünscht sich immerhin ein Drittel der Eltern von Volksschulkindern in der 4. Klasse Bemühungen der Schulen um eine vermehrte Zusammenarbeit mit den Eltern.

Familie und Schule sind zentrale Lebens- und Lernorte für Kinder, welche die Persönlichkeitsentwicklung (mit-)prägen. Bedeutsam sind dabei weniger strukturelle Merkmale in Familie und Schule, sondern vielmehr die Erfahrungen, welche Kinder in den familiären und schulischen Umwelten machen können. Je mehr Kinder in Familie und Schule mitbestimmen können, umso wohler fühlen sie sich und umso (sozial) kompetenter sind sie.

Österreich gehört zu jenen Ländern, in denen der Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Herkunft und der schulischen Leistung der Kinder besonders deutlich ausgeprägt ist. Die zwischen den Sozialschichten differierenden elterlichen Bildungsaspirationen am Ende der Grundschule tragen neben primären Herkunftseffekten zu sozial selektiven Übergängen bei. Der Förderung von Chancengleichheit und dem damit verbundenen Abbau von Bildungsbenachteiligungen kommt deshalb als politischer Zielsetzung eine wesentliche Rolle zu. Chancengleichheit kann aber nur dann realisiert werden, wenn bildungspolitische Reformen, die sich auf den Schulbereich konzentrieren, ergänzt werden durch (familien-)politische Maßnahmen, die Familien bei der Erbringung der von ihnen erwarteten Leistungen unterstützen.

Ausblick

In Familien werden nicht nur die Voraussetzungen und grundlegenden Fähigkeiten für schulisches Lernen geschaffen, sondern Eltern kommt auch bei der Unterstützung kindlicher Bildungsanstrengungen eine wichtige Rolle zu, wie zahlreiche empirische Befunde zeigen. Die Art und Weise, wie Eltern ihre Kinder betreuen und beaufsichtigen, belohnen und bestrafen, emotional mit ihnen verbunden sind, am (schulischen) Alltag der Kinder teilnehmen, sie unterstützen sowie deren kognitive Fähigkeiten fördern (Böhnisch 2002, Suter/Höpflinger 2008), schafft die Grundlagen für den Individuationsprozess und die Basis für weitergehende Bildungsprozesse in Kindergärten und Schulen (Busse/Helsper 2004).

Mitbestimmungsmöglichkeiten in Familie und Schule tragen zu einer positiven Lebenseinstellung bei und steigern das Wohlbefinden (siehe auch Bacher et al. 2007, Biedermann/Oser 2006, Weber et al. 2008). Je wohler sich Kinder in Familie und Schule fühlen, umso aufgeschlossener zeigen sie sich, und umso höher ist ihre Problemlösungskompetenz.

Unterschiedliche materielle, zeitliche und kulturelle Ressourcen in Familien ermöglichen bzw. erschweren es, diese Leistungen zu erbringen (Bacher 2008, Hinz/Groß 2006, Khan-Svik 2008, Wallace et al. 2007). Der Förderung von Chancengleichheit und dem damit verbundenen Abbau von Bildungsbenachteiligungen kommt deshalb als politischer Zielsetzung eine wesentliche Rolle zu. Chancengleichheit kann aber nur dann realisiert werden, wenn bildungspolitische Reformen, die sich auf den Schulbereich konzentrieren, ergänzt werden durch (familien-)politische Maßnahmen, welche Familien darin unterstützen, die von ihnen erwarteten Leistungen zu erbringen.

Bedeutsam scheinen in dem Zusammenhang Bemühungen in folgenden Bereichen:

Anpassung schulischer Strukturen an geänderte Arbeitsbedingungen und Familienformen

Geänderte Arbeitsbedingungen einschließlich einer höheren Erwerbsbeteiligung von Eltern und eine Pluralität der Familienformen sind empirische Realität. Entsprechende ganztägige und flexible Betreuungsangebote – entweder schulisch oder außerschulisch – für alle Altersgruppen würden diesen veränderten Bedingungen Rechnung tragen. Gefragt sind zudem Angebote für die Ferienbetreuung. Einhergehen sollten diese strukturellen Maßnahmen aber auch mit einer verstärkten Öffnung von Schule für Kooperationen mit lokalen außerschulischen Partnern. Neben quantitativen Angebotsaspekten sind dabei qualitative Aspekte zu berücksichtigen, indem z. B. nicht nur Zeit für Unterricht und Lernen, sondern auch Zeit und Raum für Aktivitäten gegeben wird, in denen soziale und kommunikative Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen sich entfalten können.

Ermittlung und Austausch gegenseitiger Erwartungen

Neben strukturellen Maßnahmen in Form des Ausbaus ganztägiger und ganzjähriger Betreuungsangebote für Kinder ist von Bedeutung, dass zwischen Schule und Elternhaus die gegenseitigen Erwartungen ausgetauscht und (neu) ausverhandelt werden. Denkbar wäre, dass Schulen ihr Konzept der Eltern-Lehrer/-in-Zusammenarbeit schriftlich festhalten und den Eltern vorstellen. Je klarer wechselseitig erwartete Aufgabenbereiche geregelt sind, umso besser kann Konflikten vorgebeugt werden.

Zielgruppenspezifische Kooperationsangebote

Schulische Kooperationsangebote erreichen derzeit nicht alle Eltern. Insbesondere Eltern mit migrantischem Hintergrund und geringerem sozio-ökonomischen Status nehmen Kooperationsangebote weniger in Anspruch. Es sollte daher überlegt werden, wie diese Gruppen besser als bisher für die Mitarbeit gewonnen werden können. Die Forcierung von Fortbildungen zur Steigerung interkultureller Kompetenzen in Schulen sowie von mehrsprachigen Infoveranstaltungen und Kursangeboten, aber auch ein Mentor/-innen-System könnten zum Abbau von Hemmschwellen beitragen.

Zeitliche und finanzielle Entlastung der Eltern

Gemeinsame Zeiten von Familienmitgliedern sind eine wichtige Ressource. Das Bedürfnis von Kindern nach gemeinsamer Zeit mit den Eltern nimmt mit zunehmendem Alter zwar ab, der Wunsch nach Zuwendung bzw. Verfügbarkeit der Eltern bleibt aber auch im Schulalter bestehen. Schulische Agenden beanspruchen heute in erheblichem Ausmaß Familienzeit und finanzielle Ressourcen, z. B. in Form von Kosten für Nachhilfe oder von Nachmittags- und Ferienbetreuung. Wesentlich scheint, Eltern zeitlich und finanziell zu entlasten, damit sie mehr freie Zeit für ihre Kinder haben. Geeignet hierfür ist der bereits geforderte Ausbau ganztägiger und ganzjähriger Betreuungsangebote. Diese können auch zur finanziellen Entlastung beitragen, sofern die Angebote unentgeltlich oder sozial gestaffelt sind. Überlegt werden könnte auch die Einführung von Bildungsgutscheinen.

Förderung der elterlichen Kompetenzen

Eltern wollen ihre Kinder fördern und auch unterstützen. Auch bei einem Ausbau außerfamiliärer Betreuungsangebote sind entsprechende elterliche Kompetenzen erforderlich und erwünscht. Es sind daher Maßnahmen zu überlegen, wie diese Kompetenzen durch niederschwellige Angebote gestärkt werden können. Dass hier noch Handlungsbedarf besteht, zeigt u. a. der geringe Anteil an Schulen, die z. B. Sprachkurse für Eltern mit nicht deutscher Muttersprache anbieten.

Förderung von Partizipationsmöglichkeiten

Mitbestimmung und gelebte Demokratie in Schule und Familie wirken sich positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung aus, wie empirische Befunde zeigen. Kinder, die vermehrt mitbestimmen können und in die Entscheidungsfindung einbezogen werden, zeigen sich sozial und kognitiv aufgeschlossener. Initiativen und Programme zur Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten der Kinder in Schule und anderen Lebensbereichen sind daher wichtig und weiter voranzutreiben. Zugleich gilt es bei Eltern und Lehrkräften ein Bewusstsein zu schaffen bezüglich der Bedeutung von Partizipation für die Persönlichkeitsentwicklung.

Förderung der Chancengleichheit

Chancengleichheit ist im österreichischen Bildungssystem nicht gegeben. Kinder finden abhängig von ihrem Familienhintergrund und ihrem Wohnort unterschiedliche Chancen vor. Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit können bei primären und sekundären Herkunftseffekten ansetzen. Alle bisher genannten Maßnahmen wie ganztägige und ganzjährige Betreuungsformen, Austausch gegenseitiger Erwartungen, zeitliche und finanzielle Entlastung der Eltern sowie Förderung der elterlichen Kompetenzen sind Möglichkeiten zur Reduktion des primären Schichteffekts. Eine entscheidende Rolle kommt dabei ganzjährigen und ganztägigen Angeboten zu. Auch die Wichtigkeit einer frühen Förderung muss hier erwähnt werden. Ein späteres Erstselektionsalter würde den sekundären Schichteffekt abschwächen. Mit einer allgemeinen Anhebung des Erstselektionsalters ist aber vermutlich in den nächsten Jahren nicht zu rechnen. Der sekundäre Schichteffekt entsteht dadurch, dass Bildungskosten und Bildungserfolg trotz gleicher Leistungen unterschiedlich eingestuft werden. Es sind daher Maßnahmen zu überlegen, die zu einer realistischeren Einschätzung der Bildungserfolge und -kosten führen. Wo tatsächlich höhere Kosten anfallen, sind sie entsprechend zu senken. Hilfreich könnten hier Programme sein, in denen Mentor/-innen, die idealerweise denselben ethnischen Hintergrund aufweisen, aber einen sozialen Aufstieg erlebt haben, persönlich die Familien und Kinder beraten. Entsprechende Programme sollten auf- bzw. ausgebaut werden.

Erhöhung der Bildungsaspirationen

Österreichische Kinder haben im internationalen Bildungsvergleich geringe Bildungsaspirationen. Eine Ursache hierfür ist, dass es de facto im Schulsystem kaum bzw. nur wenig Aufwärtsmobilität gibt, z. B. von der Hauptschule in die AHS-Unterstufe, sodass die Bildungserwartungen an den besuchten Schultyp angepasst werden. Ein Schüler/eine Schülerin, die z. B. eine BMS besucht oder eine Lehre absolviert, strebt meist keinen

Universitätsabschluss an. Es sollten daher Maßnahmen getroffen werden, damit die formell bestehenden Übergänge auch intensiver genutzt werden. Zudem sollten weitere Übergänge geschaffen werden, wie z. B. durch den Modellversuch Matura mit Lehre.

Allen angeführten Maßnahmen liegt die Vorstellung zugrunde, dass Eltern mehr freie Zeit für sich und ihre Kinder benötigen, damit Familie in der heutigen Gesellschaft gelingen kann. Dies setzt kompetente Eltern und entsprechende finanzielle Absicherungen ebenso voraus wie entsprechende schulische und außerschulische Angebote, die Familien entlasten, jedes Kind optimal fördern, Wohlbefinden und Chancengleichheit gewährleisten.

Literatur

- Ahnert, Liselotte (2004) (Hg.): Frühe Bindung. Entstehung und Entwicklung, München: Reinhardt.
- Ahnert, Liselotte (2005): Entwicklungspsychologische Erfordernisse bei der Gestaltung von Betreuungs- und Bildungsangeboten im Kleinkind- und Vorschulalter; in: Sachverständigenkommission Zwölfter Kinder- und Jugendbericht (Hg.): Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter 6 Jahren, München: DJI-Verlag, 9–54.
- Alt, Christian (Hg.) (2001): Kindheit in Ost und West. Wandel der familialen Lebensformen aus Kindersicht, Wiesbaden: VS Verlag.
- Alt, Christian (Hg.) (2005): Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten. Band 5: Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Alt, Christian (Hg.) (2006): Kinderleben – Integration durch Sprache? Bedingungen des Aufwachsens von türkischen, russlanddeutschen und deutschen Kindern, Wiesbaden: VS Verlag.
- Alt, Christian / Gloger-Tippelt, Gabriele (2008): Persönlichkeitsentwicklung und Sozialstruktur; in: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten, Wiesbaden: VS Verlag, 7–26.
- Alt, Christian / Teubner, Markus / Winklhofer, Ursula (2005): Partizipation in Familie und Schule – Übungsfelder der Demokratie; in: Aus: Politik und Zeitgeschichte 41, 24–31.
- Arbeiterkammer (2005): PISA Ergebnisse: Die Österreicher machen die Bildungspolitik der Bundesregierung dafür verantwortlich und fordern grundlegende Reformen ein, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte.
- Arbeiterkammer (2009): Ausgaben für Nachhilfe 2005 und 2008. Tabellarische Zusammenschau. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte.
- Bacher, Johann (2003): Soziale Ungleichheit und Bildungspartizipation im weiterführenden Schulsystem in Österreich; in: Zeitschrift für Soziologie 28 (3), 3–33.
- Bacher, Johann (2005): Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund; in: kontraste, Dezember 2005, 25–28.
- Bacher, Johann (2007): Effekte von Gesamtschulsystemen auf Testleistungen und Chancengleichheit; in: WISO 30 (2), 15–34.
- Bacher, Johann (2008): Bildungsungleichheiten in Österreich – Basisdaten und Erklärungsansätze; in: Erziehung & Unterricht 7–8 (158), 529–542.
- Bacher, Johann / Beham, Martina / Lachmayr, Norbert (2008): Geschlechterunterschiede in der Bildungswahl, Wiesbaden: VS Verlag.
- Bacher, Johann / Leitgöb, Heinz (2009): Testleistungen und Chancengleichheit im internationalen Vergleich; in: Schreiner, Claudia / Schwantner, Ursula (Hg.): PISA 2006. Österreichischer Expertenbericht zum Naturwissenschafts-Schwerpunkt, Graz: Leykam, <http://www.bifie.at/pisa2006eb-6-4> (abgerufen am 15.04.2009).
- Bacher, Johann / Winklhofer, Ursula / Teubner, Markus (2007): Partizipation von Kindern in der Grundschule; in: Alt, Christian (Hg.): Kinderpanel – Start in die Grundschule. Band 3. Ergebnisse der 2. Welle, Wiesbaden: VS Verlag, 271–298.
- Barquero, Beatriz / Alt, Christian / Lange, Andreas (2008): Persönlichkeitsentwicklung in der späten Kindheit; in: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten, Wiesbaden: VS Verlag, 27–46.

FAMILIE UND SCHULE

- Bauer, Fritz / Kainz, Gudrun (2007): Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund beim Bildungszugang; in: WISO 30 (4), 17–64.
- Baumert, Jürgen / Schümer, Gundel (2001): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb; in: Baumert, Jürgen / Klieme, Eckhard / Neubrand, Michael / Prenzel, Manfred / Schiefele, Ulrich / Schneider, Wolfgang / Stanat, Petra / Tillmann, Klaus-Jürgen / Weiß, Manfred (Hg.): PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, Opladen. Leske + Budrich, 323–410.
- Baumert, Jürgen / Schümer, Gundel (2002): Familiäre Lebensverhältnisse, Bildungsbeteiligung und Kompetenzerwerb im nationalen Vergleich; in: Deutsches PISA-Konsortium (Hg.): PISA 2000 – Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, 159–203.
- Becker, Rolf (2000): Klassenlage und Bildungsentscheidungen. Eine empirische Anwendung der Wert-Erwartungstheorie; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 52 (3), 450–474.
- Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hg.) (2007): Bildung als Privileg? Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden: VS Verlag.
- Becker, Rolf / Schubert, Frank (2006): Soziale Ungleichheit von Lesekompetenzen. Eine Matching-Analyse im Längsschnitt mit Querschnittsdaten von PIRLS 2001 und PISA 2000; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 58 (2), 253–284.
- Becker, Rolf / Tremel, Patricia (2006): Auswirkungen vorschulischer Kinderbetreuung auf die Bildungschancen von Migrantenkindern; in: Soziale Welt 57 (4), 397–418.
- Beisenherz, Gerhard (2007): Wohlbefinden und Schulleistungen von Kindern armer Familien; in: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Start in die Grundschule. Band 3, Wiesbaden: VS Verlag, 189–210.
- Bergmair, Frank (2006): Familiäre Faktoren und schulisches Leistungsverhalten – Erkenntnisse aus PISA 2003; in: Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Bergmair, Frank / Bohonnek, Andreas / Melvyn, Peter (Hg.): Zeitverwendung von Eltern mit Schulkindern. Nationale und internationale Befunde. Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien: Europäisches Zentrum, 71–99.
- Betz, Tanja (2006): Formale Bildung als „Weiter-Bildung“ oder „Dekulturation“ familialer Bildung“; in: Betz, Tanja (Hg.): Zur Bildungsbedeutsamkeit von Familie: Informelle Bildung und Schulerfolg, Zentrum für sozialpädagogische Forschung: Fachbereich I: Pädagogik, 48–72.
- Biedermann, Horst / Oser, Fritz (2006): Partizipation und Identität. Junge Mädchen zwischen Gefügigkeit und Mitverantwortung; in: Quesel, Carsten / Oser, Fritz (Hg.): Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Zürich: Ruediger, 95–136.
- Biffel, Gudrun (2004): Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich; in: WISO 27 (2), 37–55.
- Böhnisch, Lothar (2002): Familie und Bildung; in: Tippelt, Rudolf (Hg.): Handbuch der Bildungsforschung, Opladen: Leske + Budrich, 283–314.
- Bois-Reymond, Manuela du / Büchner, Peter / Krüger, Hermann (1993): Die moderne Familie als Verhandlungshaushalt; in: Neue Praxis 1 + 2/93, 33–42.
- Boudon, Raymond (1974): Education, Opportunity and Social Inequality. Changing Prospects in Western Society, New York: Wiley/Sons.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital; in: Kreckel, Reinhard (Hg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt (Sonderband 2), Göttingen: Schwartz, 183–198.
- Bourdieu, Pierre / Passeron, Jean Claude (1971): Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreich, Stuttgart: Klett.
- Brake, Anna (2003): Wovon reden wir, wenn wir von PISA reden? In: Zeitschrift für Sozialisation und Erziehung 32 (1), 24–39.
- Brake, Anna / Büchner, Peter (2003): Bildungsort Familie: Die Transmission von kulturellem und sozialem Kapital im Mehrgenerationenzusammenhang; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 6 (4), 618–638.
- Breit, Simone / Schreiner, Claudia (2007): Familiäre Herkunft und Leistung; in: Schreiner, Claudia (Hg.): PISA 2006. Internationaler Vergleich von Schülerleistungen, Graz: Leykam, 56–57.
- Büchel, Felix / Spieß, C. Katharina / Wagner, Gert (1997): Bildungseffekte vorschulischer Kinderbetreuung; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 49 (3), 528–539.
- Büchner, Peter / Brake, Anne (Hg.) (2006): Bildungsort Familie. Transmission von Bildung und Kultur im Alltag von Mehrgenerationenfamilien, Wiesbaden: VS Verlag.

- Büchner, Peter / Wahl, Katrin (2005): Die Familie als informeller Lernort. Über die Bedeutung familialer Bildungsleistungen und die Entstehung und Vermeidung von Bildungsarmut; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 8 (3), 356–373.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2002): Die bildungspolitische Bedeutung der Familie – Folgerungen aus der PISA-Studie. Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen, Band 224, Berlin: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule, Berlin: BMSFSJ.
- Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur (2009): Zahlenspiegel 2008. Statistiken im Bereich Schule und Erwachsenenbildung in Österreich, Wien: Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur.
- Busse, Susann / Helsper, Werner (2004): Schule und Familie; in: Helsper Werner / Böhme, Jeanette (Hg.): Handbuch der Schulforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 439–464.
- Busse, Susann / Helsper, Werner (2007): Schule und Familie; in: Ecarius, Jutta (Hg.): Handbuch Familie, Wiesbaden: VS Verlag, 321–341.
- Colberg-Schrader, Hedi (2003). Elementarpädagogik nach PISA. Wie aus Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen werden können; in: Fthenakis, Wassilios E. (Hg.): Informelle und institutionelle Bildungsorte. Zum Verhältnis von Familie und Kindertageseinrichtung, Freiburg: Herder, 267–284.
- Cooper, Harris / Lindsay, James J. / Nye, Barbara (2000): Homework in the home: How student, family, and parenting-style differences relate to the homework process; in: Contemporary Educational Psychology 25 (4), 464–487.
- Cortina, Kai S. / Köller, Olaf (2008): Kontext: Schule; in: Silbereisen, Rainer, M. / Hasselhorn, Marcus (Hg.): Entwicklungspsychologie des Jugendalters (Enzyklopädie der Psychologie), Göttingen: Hogrefe, 229–254.
- Ditton, Hartmut (2004): Der Beitrag von Schule und Lehrern zur Reproduktion von ungleichen Bildungschancen; in: Becker, Rolf / Lauterbach, Wolfgang (Hg.): Bildung als Privileg. Ursachen von Bildungsungleichheit aus soziologischer Sicht, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ecarius, Jutta / Groppe, Carola / Malmede, Hans (Hg.) (2009): Familie und öffentliche Erziehung. Theoretische Konzeptionen, historische und aktuelle Analysen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Ecarius, Jutta / Wahl, Katrin (2009): Bildungsbedeutsamkeit von Familie und Schule. Familienhabitus, Bildungsstandards und soziale Reproduktion – Überlegungen im Anschluss an Pierre Bourdieu; in: Ecarius, Jutta / Groppe, Carola / Malmede, Hans (Hg.): Familie und öffentliche Erziehung. Theoretische Konzeptionen, historische und aktuelle Analysen, Wiesbaden: VS Verlag, 13–34.
- Eder, Ferdinand (2000): Familie und Schule; in: Amt der Oö. Landesregierung (Hg.): Familienbericht 2000. Projektbericht, Linz, 92–103.
- Eder, Ferdinand (2007): Das Befinden von Kindern und Jugendlichen in der österreichischen Schule: Befragung 2005, Innsbruck–Wien: Studienverlag.
- Eder, Ferdinand (2008): Schule als Motor für soziale Selektion; in: Erziehung & Unterricht 7–8 (158), 543–552.
- Eder, Ferdinand (Hg.) (1995): Das Befinden von Kindern und Jugendlichen in der Schule, Innsbruck: Studienverlag.
- Esser, Hartmut (1999): Soziologie. Spezielle Grundlagen, Frankfurt–New York: Campus.
- Fassmann, Heinz (2002): Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem. Schriftenreihe Nr. 162, Wien: Österreichische Raumordnungskonferenz.
- Felderer, Bernhard / Hofer, Helmut / Schuh, Ulrich / Strohner, Ludwig (2004): Befunde zur Integration von AusländerInnen in Österreich. Forschungsbericht, Wien: IHS.
- Felhofer, Gisela (1989): Familie und Schule; in: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hg.): Lebenswelt Familie. Familienbericht 1989, Wien, 411–428.
- Fend, Helmut (1974): Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisation, Weinheim: Juventa.
- Fend, Helmut (1981, 2006): Neue Theorie der Schule. Einführung in das Verstehen von Bildungssystemen, Wiesbaden: VS Verlag.
- Fölling-Albers, Maria (2000): Entscholarisierung von Schule und Scholarisierung von Freizeit; in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 20 (2), 118–131.

FAMILIE UND SCHULE

- Fölling-Albers, Maria (2008): Kinder und Kindheit im Blick der Erziehungswissenschaft; in: Thole, Werner / Rossbach, Hans-Günther / Fölling-Albers, Maria / Tippelt, Rudolf (Hg.): Bildung und Kindheit. Pädagogik der frühen Kindheit in Wissenschaft und Lehre, Opladen: Barbara Budrich, 33–47.
- Fölling-Albers, Maria / Heinzel, Friederike (2007): Familie und Grundschule; in: Ecarius, Jutta (Hg.): Handbuch Familie, Wiesbaden: VS Verlag, 300–320.
- Förster, Michael / Heitzmann Karin (2002): Einkommensarmut und akute Armut in Österreich; in: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hg.): Bericht über die soziale Lage. Analysen und Ressortaktivitäten, Wien: BMSG, 187–208.
- Fritschi, Tobias / Oesch, Tom (2008): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23966_23968_2.pdf (abgerufen am 20.11.2008)
- Grundmann, Matthias / Dravenau, Daniel / Billingmayer, Uwe H. / Edelstein, Wolfgang (Hg.) (2006): Handlungsbefähigung und Milieu, Münster: Lit.
- Haag, Ludwig (2001): Hält bezahlter Nachhilfeunterricht, was er verspricht? Eine Evaluationsstudie; in: Zeitschrift für pädagogische Psychologie 15 (1), 38–44.
- Haider, Günther / Reiter, Claudia (Hg.) (2004): PISA 2003 – Internationaler Vergleich von Schülerleistungen. Nationaler Bericht, Graz: Leykam.
- Harazd, Bea / Ophuysen, Stefanie van (2008): Was bedingt die Wahl eines nicht empfohlenen höheren Bildungsgangs?; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 11 (4), 626–647.
- Hawighorst, Britta (2007): Mathematische Bildung im Kontext der Familie. Über einen interkulturellen Vergleich elterlicher Bildungsorientierungen; in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 10 (1), 31–48.
- Helsper, Werner / Böhme, Jeanette (Hg.) (2008): Handbuch der Schulforschung. (2. Auflage), Wiesbaden: VS Verlag, 903–920.
- Herzog-Punzenberger, Barbara (2003): Die „2. Generation“ an zweiter Stelle? Soziale Mobilität und ethnische Segmentation in Österreich – eine Bestandsaufnahme, Forschungsbericht, Wien.
- Hinz, Thomas / Groß, Jochen (2006): Schulempfehlung und Leseleistung in Abhängigkeit von Bildungsherkunft und kulturellem Kapital; in: Werner, Georg (Hg.): Soziale Ungleichheiten im Bildungssystem. Eine empirisch-theoretische Bestandsaufnahme, Konstanz: UVK, 199–225.
- Hummerich, Merle / Helsper, Werner (2004): Familie geht zur Schule; in: Ulrich, Heiner / Idel, Till-Sebastian / Kunze, Katharina (Hg.): Das Andere Erforschen, Opladen: Leske + Budrich, 235–248.
- IFES (2007): Schul-Monitoring. Bevölkerungsbefragung zum Schul- und Bildungswesen, Wien: IFES.
- Jerusalem, Matthias / Schwarzer, Ralf (1992). Self-efficacy as a resource factor in stress appraisal processes; in: Schwarzer, R. (Ed.): Self-efficacy: Thought control of action, Washington, DC: Hemisphere, 195–213.
- Joos, Magdalena (2002): Tageseinrichtungen für Kinder zwischen Dienstleistung und Bildungsanforderung; in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 22 (3), 229–246.
- Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2002): Familie und die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. Neue Entwicklungen, alte Konzepte; in: DISKURS. Thema Moderne Zeiten. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Kast, Fritz (2006): „Denn wer hat, dem wird (dazu) gegeben, und er wird im Überfluss leben ...“ – Bildungsschicht- und regionsspezifische Besuchsquoten des Gymnasiums; in: Erziehung und Unterricht 156 (3–4), 236–263.
- Kaupa, Isabella / Wittingwer, Daniela / Riegler, Roman (2008): Berufliche Weiterbildung und Schulpolitik in Österreich, Wien: Institute for Social Research and Analysis.
- Khan-Svik, Gabriele (2008): Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – soziale und schulische Benachteiligung? In: Erziehung & Unterricht 7–8 (158), 560–575.
- Kramer, Rolf-Thorsten / Helsper, Werner (2000): Schülerinnen zwischen Familie und Schule – systematische Bestimmungen, methodische Überlegungen und biographische Rekonstruktionen; in: Krüger, Heinz-Hermann (Hg.): Schule zwischen Effektivität und sozialer Verantwortung, Opladen: Leske + Budrich, 201–234.

- Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina (2006): Schulischer Erfolg: Befunde und Analysen des Einflusses familiärer Faktoren; in: Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Zartler, Ulrike / Fuchs, Michael / Riepl, Barbara (2006a): PISA & Patchwork-Kindheit. Zeit für Kinder und Schulerfolg. Ergebnisse einer Elternbefragung. Endbericht erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, 179–198.
- Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Bergmair, Frank / Bohonnek, Andreas / Melvyn, Peter (2006b): Zählen Kinder? Zeitverwendung von Eltern mit Schulkindern. Nationale und internationale Befunde. Endbericht erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.
- Kränzl-Nagl, Renate / Beham, Martina / Zartler, Ulrike / Fuchs, Michael / Riepl, Barbara (2006a): PISA & Patchwork-Kindheit. Zeit für Kinder und Schulerfolg. Ergebnisse einer Elternbefragung. Endbericht erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien: Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.
- Krappmann, Lothar (2002): Bildung als Ressource der Lebensbewältigung. Der Beitrag von Familie, Schule und der Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Bildungsprozess in Zeiten der Pluralisierung und Flexibilisierung der Lebensverhältnisse; in: Münchmeier, Richard (Hg.): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben, Opladen: Leske + Budrich, 33–47.
- Kratzmann, Jens / Schneider, Thorsten (2008): Soziale Ungleichheiten beim Schulstart. Empirische Untersuchungen zur Bedeutung der sozialen Herkunft und des Kindergartenbesuchs auf den Zeitpunkt der Einschulung. SOEPpapers 100, Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung.
- Kremzar, Kurt / Lachmayr, Norbert (2008): Bildungswahl auf Grund sozialer Herkunft: ein Zwischenfazit; in: Erziehung & Unterricht 7–8 (158), 553–559.
- Krumm, Volker (2001): Das Verhältnis von Elternhaus und Schule; in: Roth, Leo (Hg.): Pädagogik. Handbuch für Studium und Praxis, München: Oldenbourg, 1016–1029.
- Lachmayr, Norbert (2008): Private Bildungsausgaben der Eltern in öffentlichen Schulen in Österreich. Materialien, Ausstattung, Schulveranstaltungen, Nachhilfe. Unveröffentlichter Bericht im Auftrag der AK Wien, Wien: öibf.
- Lachmayr, Norbert / Rothmüller, Barbara (2009): Bundesweite Erhebung zur sozialen Situation von Bildungswegentscheidungen. Follow-Up-Erhebung 2008, im Auftrag der AK Wien, Wien: öibf.
- Lange, Andreas (2007): Kindheit und Familie; in: Ecarius, Jutta (Hg.): Handbuch Familie, Wiesbaden: VS Verlag, 239–259.
- Lange, Andreas / v. d. Hagen-Demszky, Alma / Xyländer Margret (2007): State of the Art-Report: Neue Perspektiven auf den Bildungsort Familie oder ein Plädoyer für die Öffnung der „black box“, DJI München.
- Lange, Andreas / Xyländer, Margret (2010): Familie als Bildungswelt: Disziplinäre Perspektiven, theoretische Rahmungen und Desiderate der empirischen Forschung; in: Lange, Andreas / Xyländer, Margret (Hg.): Familie als Bildungswelt. Theorien und empirische Befunde, München: Deutsches Jugendinstitut (in Vorbereitung).
- Leve, Leslie D. / Pears, Katherine C. / Fisher, Philip A. (2002): Competence in Early Development; in: Reid, John B. / Patterson, Gerald R. / Snyder, James (Eds.): Antisocial Behaviour in Children and Adolescents. A Developmental Analysis and the Oregon Model for Intervention, Washington, DC: American Psychological Association, 45–64.
- Leven, Ingo / Schneekloth, Ulrich (2007): Die Schule – frühe Vergabe von Lebenschancen; in: Hurrelmann, Klaus / Andresen, Sabine (Hg.): Kinder in Deutschland, Fischer: Frankfurt, 111–139.
- Liegle, Ludwig (2006): Bildung und Erziehung in früher Kindheit, Stuttgart: Kohlhammer.
- Liegle, Ludwig / Lüscher, Kurt (2007): Generative Sozialisation: Lernen und Bildung im Generationenverbund; in: Hurrelmann, Klaus / Grundmann, Matthias / Walper, Sabine (Hg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim: Beltz, 141–156.
- Mullis, Ina / Martin, Michael / Kennedy, Ann / Foay, Pierre (2007): International Report, Boston: TIMSS & PISA International Study Center.
- Muthén, Linda K. / Muthén, Bengt O. (1998 – 2007): Mplus User's Guide. Fifth Edition, Los Angeles, CA: Muthén & Muthén.

FAMILIE UND SCHULE

- Neuenschwander, Markus / Balmer, Thomas / Gasser-Dutoit, Anette / Goltz, Stefanie / Hirt, Ueli / Ryser, Hans / Wartenweiler, Hermann (2005): Schule und Familie. Was sie zum Schulerfolg beitragen, Bern – Stuttgart – Wien: Haupt Verlag.
- Niggli, Alois / Trautwein, Ulrich / Schnyder, Inge (2007): Elterliche Unterstützung kann hilfreich sein, aber Einmischung schadet: Familiärer Hintergrund, elterliches Hausaufgabenengagement und Leistungsentwicklung; in: *Psychologie in Erziehung und Unterricht* 54 (1), 1–14.
- OECD (2007): *Science Competencies for Tomorrow's World. Volume 1: Analyses*, Paris: Eigenverlag.
- OECD (Organisation for Economic Co-Operation and Development) (2004): *Learning for Tomorrow's World. First Results from PISA 2003*, Paris.
- Österreichischer Integrationsfonds (2009): *Migration und Integration. Zahlen – Daten – Fakten 2009*, Wien: Bundesministerium für Inneres.
- Palientien, Christian (2005): Aufwachsen in Armut – Aufwachsen in Bildungsarmut. Über den Zusammenhang von Armut und Schulerfolg; in: *Zeitschrift für Pädagogik* 51 (2), 154–169.
- Parsons, Talcott (1971): *Sozialstruktur und Persönlichkeit*, Frankfurt: Klotz.
- Pauen, Sabina (2004): Zeitfenster der Gehirn- und Verhaltensentwicklung: Modethema oder Klassiker? In: *Zeitschrift für Pädagogik* 50 (4), 521–530.
- Paugh, Amy L. (2005): Learning about work at dinnertime: language socialization in dual-earner American families; in: *Discourse and Society* 16 (1), 55–78.
- Radinger, Regina (2005): Soziales Kapital und PISA-Leistungen; in: *Statistische Nachrichten* 60 (4), 316–327.
- Satorra, Albert / Bentler, Peter M. (2001): A Scaled Difference Chi-square Test Statistic for Moment Structure Analysis; in: *Psychometrika* 66 (4), 507–514.
- Schier, Michaela / Szymenderski, Peggy / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (2008): *Entgrenzte Arbeit – entgrenzte Familie: Neue Formen der praktischen Auseinandersetzung mit dem Spannungsfeld Arbeit und Familie. gefördert durch die Hans-Böckler-Stiftung. (Endbericht, Projekt-Nr.: 2005-784-3)*. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Schlemmer, Elisabeth (2004): *Familienbiografien und Schulkarrieren von Kindern. Theorie und Empirie*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schlögl, Peter / Lachmayr, Norbert (2004): *Motive und Hintergründe von Bildungswegentscheidungen in Österreich. Eine repräsentative Querschnitterhebung im Herbst 2003*, Wien: öibf.
- Schmid, Kurt (2003): *Regionale Bildungsströme in Österreich. Entwicklungen seit dem Schuljahr 1985/86 und Prognosen für die Sekundarstufe I und II bis zum Jahr 2020*, ibw-research brief 03, September 03.
- Schneider, Thomas (2005): Nachhilfe als Strategie zur Verwirklichung von Bildungszielen. Eine empirische Untersuchung mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP); in: *Zeitschrift für Pädagogik* 51 (3), 363–379.
- Schneider, Thorsten (2004): Der Einfluss des Einkommens der Eltern auf die Schulwahl; in: *Zeitschrift für Soziologie* 33 (6), 471–492.
- SchOG (Schulorganisationsgesetz): Bundesgesetz vom 25.7.1962 über die Schulorganisation, BGBl. Nr. 242/1962, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 44/2009.
- Scholl, Daniel (2009): Ansprüche an öffentliche Erziehung: Sind die Zuständigkeiten und Leistungen der Institutionen Familie und Schule austauschbar? In: Ecarius, Jutta / Groppe Carola / Malmede, Hans (Hg.): *Familie und öffentliche Erziehung*, Wiesbaden: VS Verlag, 73–92.
- Schulunterrichtsgesetz (SchUG) (1986): Bundesgesetz über die Ordnung von Unterricht und Erziehung in den im Schulorganisationsgesetz geregelten Schulen.
- Schütz, Gabriela / Wößmann, Ludger (2005a): Wie lässt sich die Ungleichheit der Bildungschancen verringern; in: *Ifo-Schnelldienst* 58 (21), 15–25.
- Schütz, Gabriele / Ursprung Heinrich W. / Wößmann, Ludger (2007): *Education Policy and Equality of Opportunity*; in: *Kyklos* 61 (2), 279–308.
- Schütz, Gabriele / Wößmann, Ludger (2005b): *Chancengleichheit im Schulsystem: Internationale deskriptive Evidenz und mögliche Bestimmungsfaktoren*, Ifo Working Paper 17 (Oktober 2005).
- Schwarz, Franz / Spielauer, Martin / Städtner, Karin (2002): *Gender, Regional and Social Differences at the Transition from Lower to Upper Secondary Education. Working Paper 23*, Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.

- Spiel, Christiane / Wagner, Petra / Fellner, Gabriele (2002): Wie lange arbeiten Kinder zu Hause für die Schule? Eine Analyse in Gymnasium und Grundschule; in: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 34 (3), 125–135.
- Spielauer, Martin / Schwarz, Franz / Schmid, Kurt (2002): Education and the Importance of the first Educational Choice in the Context of the FAMSIM + Family Microsimulation Model for Austria. Working Paper 15, Wien: ÖIF.
- Spieß, C. Katharina / Büchel, Felix / Wagner, Gert (2003): Children's school placement in Germany: does Kindergarten attendance matter? In: Early Childhood Research Quarterly 18 (2), 255–270.
- Stecher, Ludwig (2005): Schule als Familienproblem? In: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Band 2: Aufwachsen zwischen Freunden und Institutionen, Wiesbaden: VS Verlag, 183–197.
- Stecher, Ludwig (2006): Schulleistungen als Familienthema. Grundschülerinnen und Grundschüler in deutschen Familien und in Migrantenfamilien im Vergleich; in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 1 (2), 217–228.
- Suchan, Birgit / Wallner-Paschon, Christina / Stöttinger, Elisabeth / Bergmüller, Silvia (2007): PIRLS 2006. Internationaler Vergleich von Schülerleistungen. Erste Ergebnisse, Graz: Leykam.
- Suter, Christian / Höpflinger, Francois (2008): Kindheit und Jugend im Generationenverbund: Familie, Schule, Freizeit; in: Perrig-Chiello, Pasqualina / Höpflinger, Francois / Suter, Christian (Hg.): Generationen-Strukturen und Beziehungen. Generationenbericht Schweiz, Zürich: Seismo, 94–134.
- Statistik Austria (2009a): Kindertagesheimstatistik 2008/2009. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung (abgerufen am 31.01.2010).
- Statistik Austria (2009b): Schulstatistik 2008/2009. Wien: Statistik Austria. (http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/schulen_schulbesuch) (abgerufen am 02.02.2010)
- Textor, Martin (2008): Erziehungspartnerschaft – notwendig zum Wohl des Kindes. (<http://www.kindergartenpaedagogik.de/>) (abgerufen am 01.07.2008).
- Textor, Martin (2009): Eltern und Schule als Partner. (http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Schule/s_1359.html) (abgerufen am 25.02.2009).
- Thonhauser, Josef / Pointinger, Martin (Hg.) ((2008): Der Übergang in die Sekundarstufe I unter dem Aspekt der Chancengleichheit im Bildungswesen; in: Erziehung & Unterricht 158 (7–8), 518–528.
- Trautwein, Ulrich / Köller, Oliver (2003): Was lange währt, wird nicht immer gut. Zur Rolle selbstregulativer Strategien bei der Hausaufgabenerledigung; in: Zeitschrift für Pädagogische Psychologie 17 (3/4), 199–209.
- Tyrell, Hartmann (1985): Gesichtspunkte zur institutionellen Trennung von Familie und Schule; in: Melzer, Wolfgang (Hg.): Eltern, Schüler, Lehrer, Weinheim: Juventa, 81–99.
- Tyrell, Hartmann (1987): Die „Anpassung“ der Familie an die Schule; in: Oelkers, Jürgen / Tenorth, Heinz Elmar (Hg.): Pädagogik, Erziehungswissenschaft und Systemtheorie, Weinheim–Basel: Beltz, 102–125.
- Wagner, Petra / Schober, Barbara / Spiel, Christiane (2005): Wer hilft beim Lernen für die Schule? In: Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 37 (2), 101–109.
- Wallace, Claire / Wächter, Natalie / Blim, Johanna / Scheibelhofer, Petra (2007): Jugendliche MigrantInnen in Bildung und Arbeit. Endbericht OeNB Jubiläumsfonds Projektnr. 11762, Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung.
- Watermann, Rainer / Baumert, Jürgen (2006): Entwicklung eines Strukturmodells zum Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und fachlichen und überfachlichen Kompetenzen; in: Baumert, Jürgen / Stanat, Petra / Watermann, Rainer (Hg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden: VS Verlag, 61–94.
- Weber, Christoph / Winklhofer, Ursula / Bacher, Johann (2008): Partizipation von Kindern in der Grund- und Sekundarschule, in: Alt, Christian (Hg.): Kinderleben – Individuelle Entwicklungen in sozialen Kontexten. Band 5. Persönlichkeitsstrukturen und ihre Folgen, Wiesbaden: VS Verlag, 317–344.
- Weiss, Hilde (2006): Bildungswege der zweiten Generation in Österreich; in: Herzog-Punzenberger, Barbara (Hg.): Bildungbe/nach/teiligung in Österreich und im internationalen Vergleich. KMI Working Paper Series, Nr. 10, Wien.

FAMILIE UND SCHULE

Wild, Elke / Hofer, Manfred (2002): Familien mit Schulkindern; in: Hofer, Manfred / Wild, Elke / Noack, Peter (Hg.): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung, Göttingen: Hogrefe, 216–240.

Wissenschaftlicher Beirat für Familienfragen (2005): Familiäre Erziehungskompetenzen. Beziehungsklima und Erziehungsleistungen in der Familie als Problem und Aufgabe, Weinheim: Juventa.

Wößmann, Ludger (2008): Mehrgliedrigkeit des Schulsystems und Chancengleichheit im internationalen Vergleich; in: Erziehung & Unterricht 7–8 (158), 509–517.

Xyländer, Margret (2006): Ko-Produktion oder Irritation? Familie und Schule in Zeiten des „PISA-Schocks“. Materialien zum Thema Familie und Bildung II, München: DJI.

Anhang

Abbildung A-1: Ausgewählte ungleichheitsreduzierende Schulsystemfaktoren

Reduktion des primären Schichteffekts

- Frühförderung (schwächt Einfluss des soziokulturellen Hintergrundes ab)
- Ganztagesstruktur (ebenso)

Reduktion des sekundären Schichteffekts

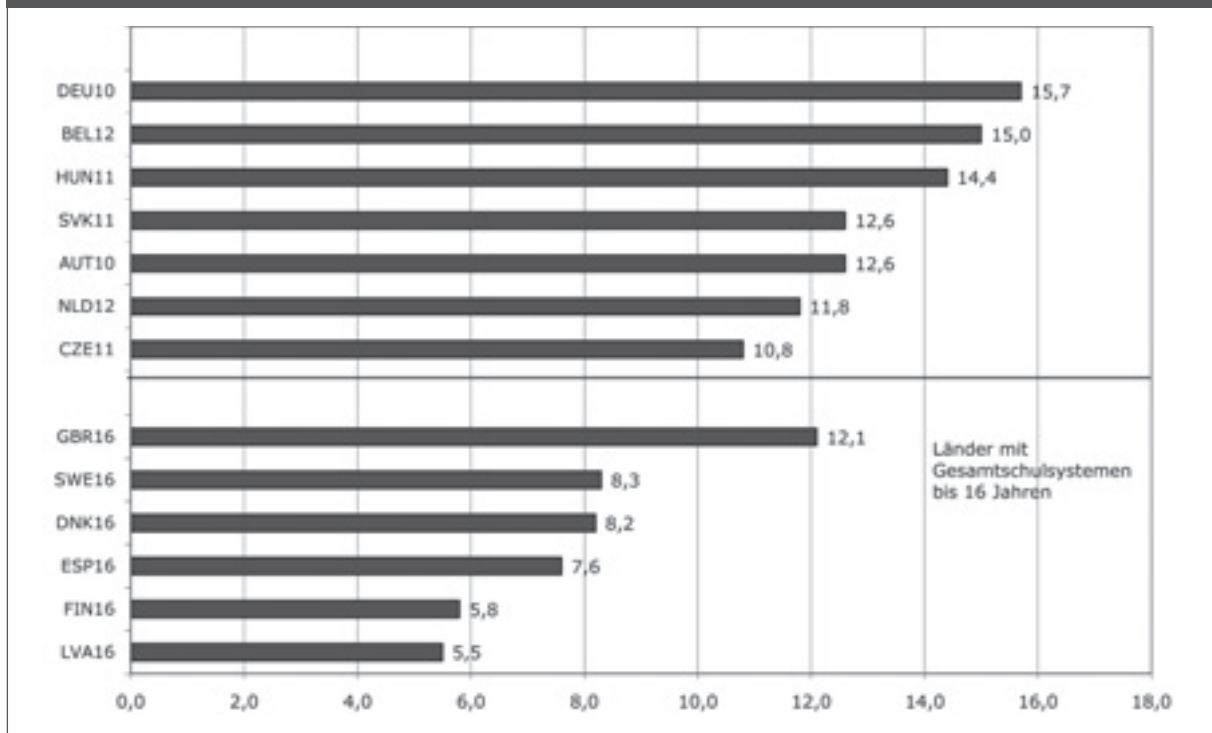
- spätes Erstselektionsalter („objektivere“ Entscheidung auf der Basis von Leistung möglich)
- meritokratische Zugangsregeln (Zugang durch Leistungsprinzip)
- Öffentliche Trägerschaft und geringer Anteil von Eliteschulen („geringe“ Bildungskosten der Eltern)
- Breite des Angebots auf einer formalen Bildungsstufe (z. B. BHS zusätzlich zur AHS, spezifische Angebote für untere Schichten möglich)
- Bildungsstandards („objektivere“ Leistungsfeststellung und Reduktion der Unterschiede zwischen den Schulen)

Reduktion des primären und sekundären Schichteffekts

- Akademisierung/Verwissenschaftlichung der Lehrer/-innen-Ausbildung („objektivere Leistungsfeststellung“ und darauf aufbauende Förderung)
- Individualisierung („objektivere“ Leistungsfeststellung und Abschwächung des Einflusses des sozialen Hintergrundes)

Quelle: Bacher 2008: 537

Abbildung A-2: Abhängigkeit der Testleistungen in PISA 2003 vom höchsten Beruf der Eltern in %



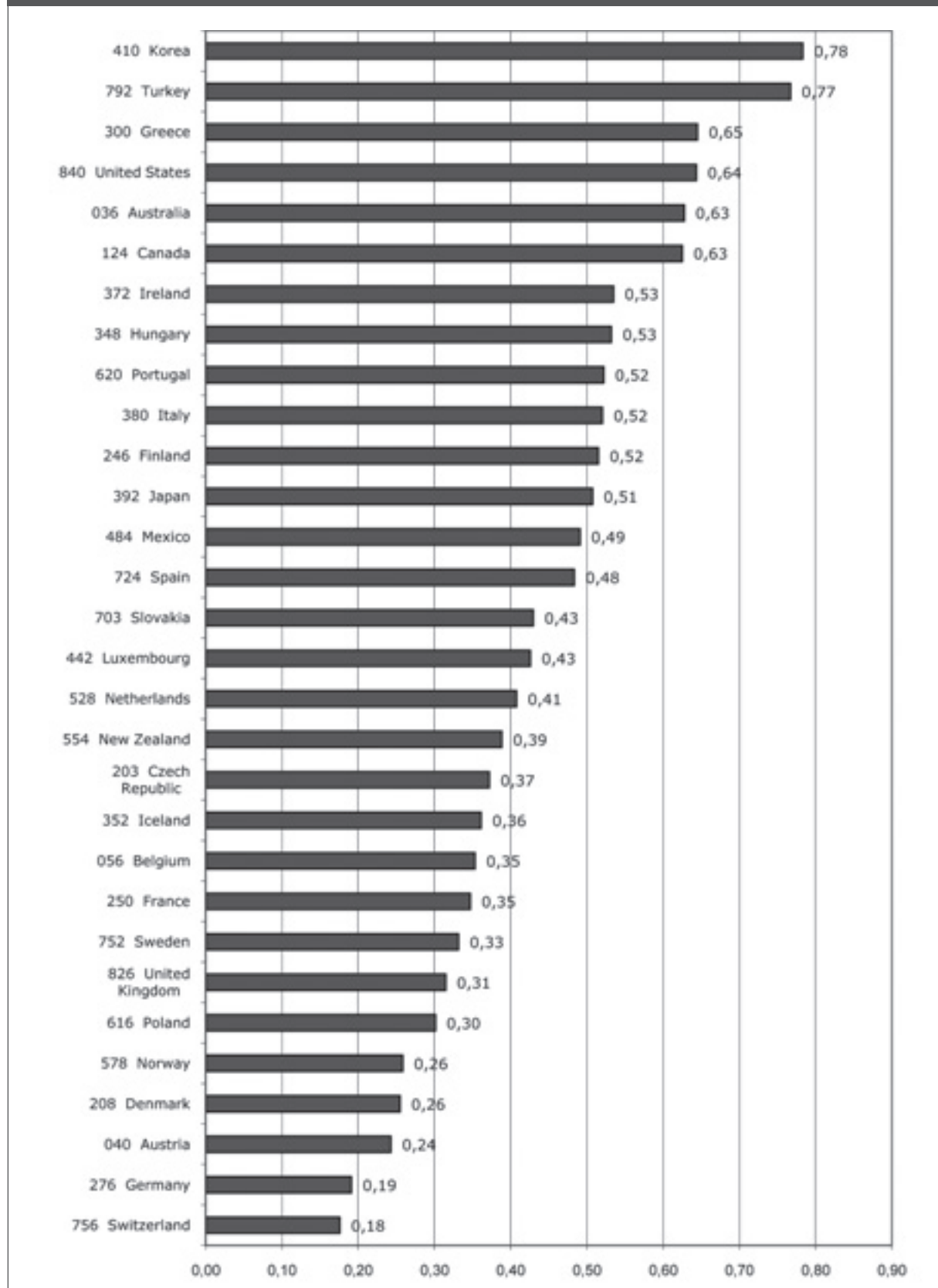
Datenbasis: PISA 2003

Lesehilfe:

Die Ziffern hinter der Länderkurzbezeichnung bilden das Erstselektionsalter ab. AUT10 steht also für Österreich, 10 für das Erstselektionsalter von zehn Jahren.

In Österreich können 12,6 % der Unterschiede in den Testleistungen der Schüler/-innen durch den höchsten Beruf der Eltern erklärt werden, in Finnland sind es dagegen nur 5,8 %

Abbildung A-3: Bildungsaspiration „Universitäts- und Hochschulabschluss“ bei 15- bis 16-Jährigen (PISA 2003)



**Tabelle A-1: Soziale Kompetenz von Kindern
(Skalengesamtwert in %)**

	Kinderangaben	Mütterangaben
gering	0,2	0
eher gering	1,0	2,1
eher hoch	29,3	41,8
hoch	69,6	56,1
Gesamt	587	592

Quelle: DJI-Kinderpanel, 3. Welle, 11-/12-Jährige, Eigenberechnungen, Skalenwert = gerundeter, mittlerer Gesamtpunktwert.

**Tabelle A-2: Kognitive Kompetenz von Kindern
(Skalengesamtwert in %)**

	Kinderangaben	Mütterangaben
gering	0,3	0,2
eher gering	3,9	4,3
eher hoch	46,9	52,7
hoch	48,9	42,7
Gesamt	587	593

Quelle: DJI-Kinderpanel, 3. Welle, 11-/12-Jährige, Eigenberechnungen, Skalenwert = gerundeter, mittlerer Gesamtpunktwert.

**Abbildung A-6: Erläuterungen zu Abbildung 7: Einflüsse auf
Persönlichkeitskompetenzen**

Variablen im Modell:

„Kompetenz“ ist eine latente Variable, die durch fünf Indikatoren gemessen wird. Verwendet wurden die mittleren Gesamtpunktwerte der sozialen Kompetenz aus Kinder- und Muttersicht, der kognitiven Kompetenz aus Kinder- und Muttersicht und der Selbstwirksamkeitserwartung (Problemlösung) aus Muttersicht.

Wohlbefinden in der Familie und in der Schule sind latente Variablen, die jeweils durch fünf Indikatoren gemessen wurden (Bsp. Schule: gerne in der Schule, Schule macht Spaß. Bsp. Familie: gerne mit Familie zusammen, haben in Familie Spaß miteinander).

Die latenten Variablen „schulische Partizipation“ und „familiäre Partizipation“ werden jeweils durch vier Items gemessen (Bsp. Schule: Mit Lehrer/-in lässt sich diskutieren, Lehrer/-in fragt nach Meinung der Schüler/-innen, bevor etwas geplant werden soll. Bsp. Familie: Mutter/Vater fragt Kind nach Meinung, bevor über eine Familienangelegenheit entschieden wird).

Folgende Strukturmerkmale des Schulbereichs wurden ins Modell integriert: (s1) Der Schultyp wurde durch 2 Dummy-Variablen berücksichtigt. Hauptschule (HS, 0 = nein, 1 = ja), Realschule (REAL, 0 = nein, 1 = ja), Die Referenzkategorie ist „Gymnasium“.

(s2) Privatschule (0 = Nein, 1 = Ja). (s3) Die Klassengröße wurde als trichotome Variable ins Modell aufgenommen (-1 = unterdurchschnittlich, 0 = durchschnittlich, 1 = überdurchschnittlich). Folgende Strukturmerkmale der Familie wurden ins Modell integriert: (f1) Die Erwerbstätigkeit der Mutter (0 = geringfügig erwerbstätig bzw. nicht erwerbstätig, 1 = Voll- oder Teilzeit erwerbstätig). (f2) Der sozioökonomische Status der Familie (fünfteilige Skala von 1 = Unterschicht bis 5 = Oberschicht). (f3) Die Familienform (0 = Mutter/Vater lebt gemeinsam mit Kind und Partner/-in im gemeinsamen Haushalt, 1 = Mutter/Vater lebt ohne Partner/-in mit Kind im gemeinsamen Haushalt). (f4) Geschwister (0 = Einzelkind, 1 = Kind hat Geschwister). (f5) Migrationshintergrund (0 = kein Migrationshintergrund, 1 = Kind hat Migrationshintergrund). Als allgemeine Kontrollvariablen wurden das Geschlecht der Kinder und der Grad der Urbanisierung (Einwohner/-innen pro Quadratkilometer) des Wohnorts in das Modell aufgenommen.

Zur Analyse: Die Berechnungen wurden mit dem Programm Mplus Version 5.2 (Muthen/Muthen 1998 – 2007) durchgeführt. Da der Großteil der Variablen als nicht normalverteilt betrachtet werden muss, wurde ein robustes Maximum-Likelihood-Verfahren (MLR) verwendet.

Die analytische Vorgehensweise: In einem ersten Schritt wurde ein Modell ohne Berücksichtigung der strukturellen Variablen berechnet. Es wurde angenommen, dass jede Variable einen Einfluss auf die nachstehenden Variablen hat. Es zeigte sich, dass die familiäre Partizipation weder direkt auf die Kompetenz der Kinder noch auf das schulische Wohlbefinden wirkt. Diese angenommenen Effekte wurden in den weiteren Analysen nicht mehr berücksichtigt. In einem weiteren Schritt wurden alle Strukturvariablen in das Modell aufgenommen. Im Sinne von Kontrollvariablen wurde davon ausgegangen, dass jedes strukturelle Merkmal die nachfolgenden Variablen beeinflusst. Das dargestellte Modell berichtet nur signifikante Struktureffekte. Nicht signifikante Effekte sind nicht dargestellt.

14

Sozialisationsleistungen von Familien

Johann J. Hagen

Inhalt

1	Sozialisationsleistungen von Familien	619
1.1	Sozialisationstheorie	619
1.1.1	Einleitung	619
1.1.2	Stand der wissenschaftlichen Diskussion	621
1.1.3	Darstellung der Hauptrichtungen	622
1.1.3.1	Soziologie	622
1.1.3.2	Psychologie	623
1.1.3.3	Pädagogik	623
1.1.3.4	Sozialisationstheorie versus Kindheitsforschung	623
1.1.3.5	Konstruktivismus	624
1.1.4	Begriffliche Festlegungen	624
1.1.5	Charakterisierung der primären Sozialisation	625
1.2	Sozialisationsfelder	626
1.2.1	Basiskompetenzen	626
1.2.2	Sprachverhalten	629
1.2.3	Geschlechterrollen	630
1.2.4	Konsumverhalten	633
1.3	Sozialstrukturelle Determinanten	634
1.3.1	Diffusion der Sozialisationsforschung	634
1.3.2	Reproduktion sozialer Strukturen	635
1.3.2.1	Schichtspezifische Sozialisationsforschung	638
1.3.2.2	Mehrebenenanalysen	639
1.3.2.3	Milieubasierte Sozialisationsforschung	640
1.3.2.4	Armutshaushalte	642
1.4	Familie und andere Sozialisationsinstanzen – Konkurrenz oder Kompensation?	645
1.4.1	Sekundäre Sozialisation	646
1.4.2	Peergroups	648
1.4.3	Berufliche Sozialisation	649
1.4.4	Medien	652
1.4.5	Politische Sozialisation	656
1.4.6	Religiöse Sozialisation	659
1.5	Sonderfälle der Sozialisation	662
1.5.1	Migrationsfamilien	663
1.5.2	Ein-Eltern-Familien	666
1.5.3	Fortsetzungs- bzw. Patchwork-Familien	669
1.5.4	Mehrgenerationenfamilien	670
	Summary	672
	Literatur	674

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1:	Verteilung der Familien nach der Kinderzahl	628
Tabelle 2:	Beteiligung von Kindern an Konsumententscheidungen	633
Tabelle 3:	Lebenslagen	639
Tabelle 4:	Armutsriskiken	642
Tabelle 5:	Berufswahl 1	651
Tabelle 6:	Berufswahl 2	652
Tabelle 7:	Zeitrahmen für TV	653
Tabelle 8:	Internetnutzer	654
Tabelle 9:	Parteipräferenzen 1	658
Tabelle 10:	Parteipräferenzen 2	658
Tabelle 11:	Parteipräferenzen 3	658
Tabelle 12:	Werteorientierung von Jugendlichen	662
Tabelle 13:	TV-Programminteressen von Migranten	665
Tabelle 14:	Radiohören durch Migranten	665
Abbildung 1:	Frauen- und Männerbilder im TV	632
Abbildung 2:	Verteilung von Haushaltsaufgaben	634
Abbildung 3:	Zirkelmodell	636
Abbildung 4:	Hochschulzugang	637
Abbildung 5:	Repräsentanz von Bildungsschichten	637
Abbildung 6:	Lebenslagen	639
Abbildung 7:	Mehrebenenverfahren	640
Abbildung 8:	Sinus-Milieus	641
Abbildung 9:	Armutgefährdung Alleinerziehende	643
Abbildung 10:	Perseveranz von Armutslagen	644
Abbildung 11:	PISA – ESC-Index	647
Abbildung 12:	Vererbung xenophober Haltungen	657
Abbildung 13:	Fremdsozialisation – Selbstsozialisation	659
Abbildung 14:	Religiosität von Eltern und Jugendlichen 1	660
Abbildung 15:	Religiosität von Eltern und Jugendlichen 2	661
Abbildung 16:	Familienformen	663
Abbildung 17:	Anteile alleinerziehender Mütter und Väter Anstieg des Anteils alleinerziehender Mütter und Väter mit Kindern unter 15 Jahren in Österreich 1971 – 2001	667
Abbildung 18:	Familientypen und Armutgefährdung	667
Abbildung 19:	Unterstützungsleistungen von Großeltern	671

1 Sozialisationsleistungen von Familien

1.1 Sozialisationstheorie

1.1.1 Einleitung

Die Beschäftigung mit Sozialisationsthemen gehört noch nicht allzu lange zu den etablierten Gegenständen der Sozialforschung. Im Grunde genommen geht diese Tradition auf Durkheim zurück (Baumgart 2008: 31 ff.) und ist im deutschen Sprachraum erst relativ spät, nämlich Ende der 1960er-Jahre übernommen worden. (Kaufmann 1976: 305). Dabei verhält es sich hier wie auch mit anderen soziologischen Fragestellungen so, dass derartige Themen immer dann auftauchen und sich in der Forschungspraxis dauerhaft etablieren können, wenn sie gesellschaftliche Bereiche betreffen, die, aus welchem Grund auch immer, problematisch geworden oder in die Krise geraten sind. Dies erklärt im Großen und Ganzen wohl auch die Konjunktur, welche die Sozialisationsforschung zusammen mit anderen familienrelevanten Themen in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Man muss allerdings eingestehen, dass in Österreich von dieser Konjunktur nicht allzu viel zu spüren war oder ist. Vielmehr hat man sich hierzulande weitgehend mit der Übernahme angloamerikanischer und deutscher Forschungsergebnisse beholfen. Eine solche Vorgangsweise, wie sie vielfach auch in diesem Berichtsteil zur Anwendung gelangt, kann sich zur Rechtfertigung auf die Annahme stützen, dass die in diesem Rahmen diskutierten Probleme in allen Ländern mit ähnlicher Entwicklungshöhe und Sozialstruktur zumindest vergleichbar sind.

Mit der Sozialisation als erwarteter und vermuteter Leistung von Familien verbinden sich allgemeine gesellschaftspolitische Fragestellungen (Geulen 2002: 83). Es geht nicht nur um die Herstellung gesellschaftlicher Konformität im Allgemeinen, sondern, wie bereits der 4. Familienbericht festgestellt hat, auch um die Legitimierung von Institutionen. Daraus ergibt sich ein eminentes politisches Verwertungsinteresse (s. Steinkamp 1991), das zumindest hintergründig den Verlauf der Diskussion und die Auswahl der Themenschwerpunkte steuert. Überlegungen zur Stellung der Sozialisationsproblematik betreffen elementare Komponenten einer Gesellschaft. In einer familienzentrierten Gesellschaftsauffassung wird angenommen, dass die Familie die Stabilität und Kontinuität einer Gesellschaft garantiert. Darauf beruht im Kern der funktionalistische Kulturbegriff und die ihm entsprechende Sichtweise von Sozialisation, die bei Parsons und in der Denktradition des Strukturfunktionalismus anzutreffen ist und lange Zeit den Mainstream der Soziologie beherrscht hat. Zuletzt ist aber als allgemeines Ergebnis der intensiven theoretischen Reflexion deutlich geworden, dass Sozialisationsvorgänge in hohem Maße kontingent und unberechenbar sind (s. Geulen 2002: 84, Lüscher 2007, Sieder 2008: 72). Statt verlässlich funktionierender Institutionen, wie sie im strukturfunktionalistischen Denkgebäude abgebildet werden (Baumgart 2008: 81 ff.), haben wir es also heute mit vielfachen Bedrohungsszenarien zu tun, die Auslöser für kulturkritische bis kulturpessimistische Auffassungen sind, in deren Zentrum die Annahme einer allgemeinen Krise der Familie steht.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Diese Krisenhaftigkeit, die in Wirklichkeit aus Modernisierungsprozessen hervorgeht, betrifft auch Leistungen der Familien wie die Herstellung eines Generationentransfers von Werten, Einstellungen und Verhaltensmustern. Vor diesem Hintergrund erklären sich das gestiegene Interesse an Sozialisation, aber auch die besonderen Schwierigkeiten von Theorie und Forschung auf diesem Gebiet. Die Sozialisationsforschung sieht sich mit einem Wort hohen Anforderungen gegenüber, die kaum einzulösen sind: Von ihr wird im Grunde erwartet, dass sie imstande ist, die grundlegenden Konstruktionsprinzipien einer Gesellschaft zu erklären. Dabei wird wie selbstverständlich davon ausgegangen, dass die Familien nach wie vor den Platz einer zentralen Sozialisationsagentur innehaben. Tatsächlich hat die Familie, wie ausführlicher zu zeigen sein wird, vielfältige Möglichkeiten, Persönlichkeiten zu prägen und individuelle Entwicklungsverläufe zu steuern, aber sie steht dabei in Wechselbeziehung mit unterschiedlichen Einflussfaktoren, deren Gewichte untereinander und im Verhältnis zur Familie sich verschoben haben. Abgesehen von dieser Funktionsreduzierung bzw. Funktionsverlagerung (Böhnisch 2003: 291) hat jedoch der Begriff Familie insgesamt seine klaren Konturen verloren. Und so lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, wo die so genannte primäre Sozialisation eigentlich stattfindet. Die zentrale Frage nach der Stellung der Familie in der Postmoderne (Rödter 2005) trifft naturgemäß auch ihre Sozialisationsleistungen. Wenn man eine Krise der Familie verneint oder als empirisch widerlegt ansieht,¹ bleibt die Frage, welche Rolle die Familie im Geflecht der sozialen Beziehungen spielt. Also wie sieht die Familie der Postmoderne aus? Welche Sozialisationsleistungen erbringt sie? Hat sie nur noch positionierende und koordinierende Funktionen in zweiter oder dritter Linie oder ist und bleibt sie die zentrale und primäre Sozialisationsinstanz?

Daraus ergeben sich komplexe Fragen, die disziplinübergreifenden Charakter haben. Es erscheint sinnvoll, sich zunächst Klarheit zu verschaffen, auf welchen Feldern Sozialisation stattfindet. Dabei sollen neben allgemeinen sozialen Kompetenzen vor allem Sprache, Geschlechterrollen und Konsumverhalten näher untersucht werden (Kapitel 1.2). Als Nächstes wird auf die sozialstrukturellen Zusammenhänge der Sozialisation einzugehen sein (Kapitel 1.3), wobei es speziell um die Reproduktion sozialer Ungleichheitsstrukturen geht. Wie bereits angedeutet, können die sozialisierenden Wirkungen der Familie nur aus einem Wechselverhältnis mit denen anderer Sozialisationsinstanzen zureichend erfasst werden. Es ist anzunehmen, dass die Familie mit diesen in einem Kompensations- und Konkurrenzverhältnis steht (Kapitel 1.4). Solche Kompensations- und Konkurrenzverhältnisse sind sowohl mit der Schule als der wichtigsten Repräsentantin sekundärer Sozialisation anzunehmen, aber auch mit dem weiten Feld der Gleichaltrigen. Die Befassung mit beruflicher Sozialisation dient in diesem Zusammenhang der Darstellung eines Teilaspekts der Wechselwirkungen zwischen Familien- und Arbeitswelt, nämlich jenes Aspekts, der die Persönlichkeitsentwicklung und damit die Lebenschancen junger Menschen betrifft. Wie wenig zielführend eine isolierte Behandlung familiärer Sozialisationsleistungen wäre, ergibt sich vor allem aus dem allgegenwärtigen Einfluss der Massenmedien, der sich auch innerhalb der Familien entfaltet. Die Behandlung des Konkurrenzaspekts der Sozialisationsvorgänge macht es ebenfalls erforderlich, die Entstehung politischer Haltungen im

¹ Gegen das Bestehen eines Krisenbewusstseins spricht die anhaltend hohe Familienorientierung, die auch bei Jugendlichen anzutreffen ist. Laut Shell-Studie (17) sind 72 Prozent der Jugendlichen der Meinung, dass man eine Familie braucht, um wirklich glücklich leben zu können.

familiären Kontext zumindest kurz zu behandeln. Im Gegensatz zu früheren Annahmen, denen die Vorstellung einer Autonomie der Familie und einer daraus hergeleiteten hohen Beharrungskraft als einer Konstanten gegenüber dem sozialen Wandel eigentümlich war (Hagen 1977: 13), ist die Familie heute voll von der Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen erfasst, an der sie zugleich aktiv teilnimmt. Dies trifft offensichtlich auch für die religiöse Sozialisation zu. Selbst wenn die Annahme einer allgemeinen Krise der Familie als nicht zielführend für die familiensoziologische Diskussion abgelehnt wird, scheint es sinnvoll, jene Sonderfälle herauszugreifen, in denen Probleme in gehäufte Form auftreten (Kapitel 1.5). Dazu gehören nach wie vor Migrantenfamilien, gleichzeitig aber auch Ein-Eltern-Familien und Patchwork-Familien (oder wie immer sie genannt werden sollen). Es wird vorgeschlagen, dazu auch die Mehrgenerationenfamilie zu zählen, also Familien, die aus mehr als zwei Generationen bestehen, da in diesen spezifische, sonst nicht behandelte Fragen auftauchen. Zum Abschluss soll überlegt werden, inwiefern aus den theoretischen Reflexionen und empirischen Feststellungen gesellschaftspolitische Vorschläge abgeleitet werden können.

1.1.2 Stand der wissenschaftlichen Diskussion

Den sozialisationstheoretischen Überlegungen liegt die generelle Annahme zugrunde, dass die menschliche Persönlichkeit das Ergebnis von biografischen Erfahrungen und Lernvorgängen ist. Demgegenüber wird aus einer naturwissenschaftlichen Sicht auf die Bedeutung biologischer und genetischer Determinanten in der Persönlichkeitsentwicklung verwiesen. Aus diesem paradigmatischen Gegensatz nährt sich die alte Nature-Nurture-Kontroverse (Plomin 1999; Collins/Maccoby/Steinberg/Hetherington/Bornstein 2000). Im Ergebnis haben sich die Standpunkte jedoch mittlerweile stark angenähert. Tatsächlich treten menschliche Individuen nicht als Tabula Rasa bzw. als „empty bucket“ (Waksler 1991) in die Welt, sondern sind durch ihre genetische Ausstattung in vielfacher Hinsicht (z. B. im Hinblick auf Temperament oder Intelligenz) festgelegt. Allerdings enthalten diese biologisch-genetischen Rahmenbedingungen große Freiheitsgrade, die im Wege der Aktivierung oder Nichtaktivierung ausgenutzt werden können (Schenk-Danzinger 1993, Geulen 2002: 85 f., Asendorf 2008: 70 ff.). Trotz neuerer Erkenntnisfortschritte in der Genforschung müssen wir aber nach wie vor davon ausgehen, dass Menschen nur in relativ geringem Maße vorprogrammiert sind.² Anthropologisch gesprochen ist es gerade diese „mangelnde“ Vorprogrammierung, die das typisch Menschliche ausmacht, wobei die lange Phase des Heranwachsens, also des Kindseins, jener Lebensabschnitt ist, in welchem die „normalisierte Frühgeburt“ Mensch (Portmann 1951) sich zum erwachsenen Menschen entwickeln kann (Claessens 1972). Vereinfacht gesprochen: „... die lange Zeit der Kindheit und auch Jugend charakterisiert den Menschen als Lernwesen mit den größten Chancen, sich über vorprogrammierte Verhaltensmuster hinaus zu entwickeln“ (Stangl, Familienhandbuch).

² Obwohl die Frage einer genetischen Determination außerhalb der Sozialisationsthematik liegt, darf allerdings ergänzend darauf hingewiesen werden, dass die wissenschaftliche Diskussion auf diesem Feld dazu neigt, so etwas wie eine „Nature of Nurture“ anzunehmen (Rowe 1981). Das bedeutet in diesem Zusammenhang, dass offenbar Sozialisationsbeziehungen selbst einen genetischen Hintergrund haben, der nicht nur die phänotypischen Eigenschaften der Individuen, sondern bis zu einem bestimmten Grad auch die Auswahl der jeweiligen Interaktions- und Kommunikationspraktiken bestimmt (Iervolino/Pike/Manke/Reiss/Hetherington/Plomin 2002).

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Sozialisation ist zu verstehen als „Prozess der Entstehung und Entwicklung der Persönlichkeit in wechselseitiger Abhängigkeit von der gesellschaftlich vermittelten sozialen und materiellen Umwelt“ (Geulen/Hurrelmann 1980). Diese Verknüpfung von gesellschaftlichen Bedingungen und biografischer Entwicklung (vgl. Veith, Online-Familienhandbuch) bildet den Schlüssel zum Verständnis von Gesellschaft als zeitübergreifendem und strukturstabilem Komplex von Beziehungen und Prozessen. Sozialisation betrifft so gesehen stets die Verstetigung und Verbreitung von Haltungen und Handlungsorientierungen und wirkt dabei nicht nur in eine Richtung, also etwa von Eltern zu Kindern oder von Lehrern zu Schülern. Eine so verstandene Sozialisation bildet den Schnittpunkt unterschiedlicher wissenschaftlicher Zugänge. Obwohl gelegentlich von einer allgemeinen Sozialisationstheorie (z. B. Grundmann 2006) oder von Sozialisationstheorien (Veith 1996, Baumgart 2007) gesprochen wird, gibt es keine einheitliche und etablierte Forschungspraxis bzw. eine „verallgemeinerbare Theorie der Sozialisation“ (Veith 1996, Geulen in KrügerGrunert.doc). Das hängt mit der bereits erwähnten Komplexität des Gegenstands zusammen, der im Zentrum unterschiedlicher Betrachtungsweisen und wissenschaftlicher Zugänge liegt (Intzessiloglou, 27 ff.). Benötigt wird deshalb ein multidisziplinärer Ansatz zur Erfassung und Deutung von Sozialisationspraktiken, also Beiträge aus Soziologie, Psychologie, insbesondere Sozialpsychologie, Pädagogik, Anthropologie, Kommunikationswissenschaft u. a. (z. B. Ökonomie, Recht, Geschichte), die als Basistheorien zu verknüpfen sind. Dazu kommen Spezialdisziplinen wie die Geschlechterforschung, Bildungsforschung, Familienforschung, Migrationsforschung usw., auf die sich die Sozialisationsforschung stützen kann (Hurrelmann/Grundmann/Walper 2008: 14).

Die Sozialisationsforschung ist in der relativ kurzen Dauer ihrer bisherigen Entwicklung durch gravierende Änderungen ihrer vorherrschenden Orientierung gekennzeichnet. Der heutige Sozialisationsbegriff, wie er oben dargelegt wurde und der wesentlich auf Wechselwirkungen und Interaktionshandlungen aufbaut, hat sich erst spät durchgesetzt. Zunächst hat eine einseitig ausgerichtete Sozialisationsauffassung dominiert, in der normierende und instruierende Vorstellungen tonangebend waren. Auch die Integration wurde als einseitig zugeschriebener und passiv erlebter Vorgang im Sozialisationsablauf dargestellt. So gesehen kann man tatsächlich die Entwicklung der Sozialisationstheorie in den Stichworten Disziplin, Kontrolle, Integration, Autonomie und Reflexion festmachen (vgl. Veith 2004: 356, ebenso Geulen 1991: 36).

1.1.3 Darstellung der Hauptrichtungen

1.1.3.1 Soziologie

Im Vordergrund der soziologischen Erforschung von Sozialisationsvorgängen stehen soziale Mechanismen wie Interaktion und Kommunikation, Status und Rolle sowie sozialstrukturelle Determinanten (Schicht- und Milieuabhängigkeit). Die soziologische Sozialisationsforschung schöpft vor allem aus Systemtheorien (Parsons, Luhmann), aus Handlungstheorien (symbolischer Interaktionismus), aus dem Konzept der kommunikativen Kompetenz (Habermas), aus Lebensstil- (Beck, Hradil) und Habitualisierungstheorien (Bourdieu). Zentral für die neuere Entwicklung der soziologischen Sozialisationsforschung ist die weitgehende Übernahme einer interaktionistischen Sichtweise. Zentral ist dabei die Annahme, dass Individuen sich stets darum bemühen, ihre Handlungsweise auf Erwartungen abzustimmen.

men. Dieser Zusammenhang charakterisiert auch die Sozialisation, im Zuge deren Normen und Werte nicht mechanisch vermittelt werden, sondern einem fortlaufenden Kommunikationsprozess unterliegen. Dieses durch Kommunikation und Interaktion gekennzeichnete Geschehen ist ein typischerweise offener und dynamischer Prozess, in dem Identitäten entstehen (dazu Krappmann 1988, Blank-Mathieu 2001: 17 f.).

1.1.3.2 Psychologie

Hauptthemen der psychologischen Sozialisationsforschung sind Wahrnehmung, Lernen, Persönlichkeit, Entwicklung, Identifikation, Internalisierung etc. Wichtige Beiträge verdankt die Sozialisationsforschung der psychoanalytischen Richtung innerhalb der Psychologie, insbesondere ihrer Weiterentwicklung durch Erikson (1973) und Lorenzer (1972), der strukturellen Persönlichkeitstheorie (Schneewind 1982), der Lerntheorie, insbesondere dem strukturgenetischen Ansatz Piagets, der Bindungstheorie (Bowlby 2005, Hopf 2005) und der Entwicklungspsychologie. Besondere Bedeutung kommt den Beiträgen von Bandura (soziales Lernen, Selbstwirksamkeitskonzept), Kohlberg und Bronfenbrenner zu, und zwar deswegen, weil es sich dabei im Sinne der postulierten Kooperation um eminent anschlussfähige Modellierungen handelt, die am ehesten eine Vereinigung von Psychologie und Soziologie zu einer eigenen Sozialisationstheorie gestatten.

1.1.3.3 Pädagogik

Im Gegensatz zu Soziologie und Psychologie sind pädagogische Forschungen stärker normativ und handlungsorientiert; vereinfacht gesagt geht es dabei um die Perspektive einer Herstellung optimaler Bedingungen für die Entstehung sozialkompetenter Persönlichkeiten. Zentraler Stellenwert kommt organisierter Erziehungsarbeit und intentionaler Sozialisation zu. Überdies überwiegt in dieser Richtung eine subjekt- und handlungsorientierte Sichtweise (s. Ecarius 2007). Dennoch existieren vielfache Überschneidungen, propagiert wird z. B. eine „pädagogische Soziologie“ (Böhnisch 2003).

1.1.3.4 Sozialisationstheorie versus Kindheitsforschung

Grundsätzliche Kritik hat die Sozialisationsforschung aus der so genannten Kindheitsforschung oder Kindheitssoziologie erfahren, da sie, so der Vorwurf, den familialen Kontext von Kindheit nur einseitig wiedergibt (vgl. z. B. Mouritsen/Qvortrup 2002, Alanen/Mayall 2001). Der Vorwurf lautet darüber hinaus, dass in dieser Sichtweise – einer Sichtweise von Sozialisationsinstanzen – Kindheit nur verkürzt zur Darstellung gelangen kann, nämlich als eine defizitäre Mangelsituation. Kindheit erscheint in dieser einseitigen und selektiven Darstellung nur als Durchgangsstadium und Vorbereitungsphase im Hinblick auf die Erlernung von Erwachsenenrollen auf, nicht aber in ihrer Eigenbedeutung (s. Kränzl-Nagl/Mierendorff 2007: 7 ff.). Verbunden mit diesen grundsätzlichen Einwänden wird auch methodische Kritik geübt, so insbesondere, dass bei der Sammlung empirischer Daten Eigenvorstellungen von Kindern zu kurz kommen. Diese Sicht der Kindheitssoziologie ist auch in den 4. Familienbericht eingegangen (s. insbes. 31 ff.). Obwohl diese Kritik heute im Großen und Ganzen als berechtigt angesehen wird, macht sie Sozialisationsforschung nicht obsolet. Im Übrigen wurde dieser Kritik durch die weitestgehende Übernahme des interaktorischen Paradigmas in der Sozialisationssoziologie ohnedies zu einem erheblichen

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Teil entsprochen (s. Krüger/Grunert 2002, Herzberg 2003). Eine weitestgehende Vereinigung der beiden Ansätze erlaubt das Doing-Family-Konzept, wo Familie als alltägliche Herstellungsleistung verstanden wird (Lange 2007: 41 f.).

1.1.3.5 Konstruktivismus

Auf der Grundlage bestimmter erkenntnistheoretischer Annahmen, die hier nicht weiter zu diskutieren sind (s. vor allem Berger/Luckmann 1989), wird in konstruktivistischen Ansätzen (Grundmann 1999) besonders die Eigenleistung von Kindern und Jugendlichen im Entwicklungsprozess ihrer Persönlichkeit betont. Dieser auf den familiären Alltag fokussierten Betrachtung erscheint Familie als „soziales Konstrukt“, das nicht nur passiv erlebt werden kann, sondern durch die Intervention der Akteure ständig gestaltet und verändert wird. Personen erlangen in diesem Vorgang ihre Identität durch wechselseitige Wahrnehmung und Interaktion. Auch die Sozialisation ist in diesem Sinn ein Prozess ständiger wechselseitiger Spiegelungen (Kanacher 2001: 86 f.). Familiäre Umwelten gehören somit zu den Wirklichkeitskonstruktionen, die subjektiv interpretierbar sind (Hurrelmann/Grundmann/Walper 2008: 16). Spezifische Bedeutung kommt dabei den Rollenkonstrukten zu, da die Akteure stets Rollenerwartungen verwirklichen, indem sie diese interpretieren und selbstständig gestalten. Die dabei verwendeten Modelle der sozialen Informationsverarbeitung mit wechselseitigen Handlungserwartungen und Handlungsinterpretationen berechtigen, von einer Ko-Konstruktion derartiger Beziehungen zu sprechen (Hofer/Wild/Noack 2002, vgl. weiter von der Hagen-Demszky 2006; s. auch 12. Kinder- und Jugendbericht). Durch die Übernahme dieser Perspektive gewinnt die Sozialisationsforschung an Alltags- und damit Realitätsnähe, indem die Familien als Aktionsfelder dargestellt werden, in denen maßgebliche Lebensbedingungen wie z. B. Zeitorganisation ausgehandelt werden können und die deshalb die Fähigkeit zur „Selbstorganisation“ erlangen (Veith, Familienhandbuch, 14). Im 6. (deutschen) Familienbericht ist von „informellen Lernfeldern für Kompetenzentwicklung und die Weiterentwicklung von Kompetenzen“ die Rede (DBT 16/1360: 136).

Durch die Übernahme dieser konstruktivistischen Perspektive gelingt es auch besser, dem Phänomen Rechnung zu tragen, dass sich Heranwachsende immer früher dem erzieherischen Zugriff der traditionellen Instanzen (Familie, Schule, Staat) entziehen und in Peer-groups mit jeweils eigenen Beziehungsstrukturen verwirklichen: „Sie lernen frühzeitig in der Familie, in Vorschuleinrichtungen, später in der Schule, aber vor allem außerhalb eines pädagogischen Denkmodells in ihren Gleichaltrigengruppen und den dort bestehenden Beziehungskulturen, eigene Wünsche zu artikulieren, ihre Aktivitäten räumlich, sozial und zeitlich zu koordinieren und eigenständig Konsuminteressen und Medienangebote in ihren Alltag einzubinden. Familiäre und schulische Erziehungsabsichten haben in diesem Zusammenhang nur noch wenig Einfluss“ (Zimmermann 2006: 77).

1.1.4 Begriffliche Festlegungen

Unter Berücksichtigung der skizzierten theoretischen Diskussionen sollen mit Sozialisation jene Prozesse bezeichnet werden, „durch welche das Individuum vermittelt der Beziehungen zu seiner physischen und sozialen Um- und Mitwelt sowie des Verständnisses seiner selbst, die Fähigkeit erwirbt, sich selbst, anderen und physischen Objekten Bedeutungen zuzuschreiben, die für seine Teilhabe am sozialen Leben von der Geburt bis zum Tod relevant sind“, dann weiter: „... das beabsichtigte und auch das unbeabsichtigte, dif-

ferenzierte, unter Umständen widersprüchliche, unterschiedlich legitimierte Zusammenwirken jener gesellschaftlichen Gruppen, Personen (insbesondere der Familie im Kontext privater Lebensformen) und Einrichtungen, die mit der Pflege, Erziehung und Sorge um nachfolgende Generationen befasst sind oder den Zweck haben, die Mitgliedschaft in einem sozialen System ... zu ermöglichen" (Lüscher 2007: 32 f.).

Wichtig ist dabei die Unterscheidung zwischen Erziehung und Sozialisation: Sozialisation als Oberbegriff umfasst sowohl intentionale und veranstaltete als auch nicht-intentionale Interaktionsformen (Böhnisch 2003: 290 f., 4. Familienbericht, Bd. 1, 46 ff.). Dabei ist zu beachten, dass die beiden Sozialisationen auch gleichzeitig auftreten können, nämlich dann, wenn der veranstaltete Diskurs (z. B. Schulunterricht) auch eine Hidden Structure bzw. ein Hidden Curriculum besitzt (Giroux/Purpel 1983).

Sozialisation in der dargelegten Bedeutung besitzt damit eine typische Doppelnatur (vgl. Hurrelmann/Grundmann/Walper 2008: 17): sie beinhaltet einerseits die Übernahme sozialer Rollen- und Verhaltenserwartungen, einen Teilaspekt, der üblicherweise als Integration oder als Enkulturation bezeichnet wird, und zum zweiten den Aspekt der Ausbildung der persönlichen Individualität, den man Individuation oder Personalisation nennt (s. Wurzbacher 1961).

1.1.5 Charakterisierung der primären Sozialisation

Als primäre Sozialisation (engl. „Parental Socialization“) wird gemeinhin der auf die Familie entfallende Anteil an der Persönlichkeitsentwicklung verstanden. Familie ist dabei eine Strukturvariable, die unterschiedliche Lebensformen zusammenfasst, in denen Eltern und Kinder dauerhaft verbunden sind. In dem Maße, in dem Kinder zum Hauptmotiv für Eheschließungen werden („kindzentrierte Eheschließung“ s. 4. Familienbericht, 210), wird Ehe als „bewusste Sozialisationsinstanz“ inszeniert.

Für die Bezeichnung primäre Sozialisation sprechen einige einleuchtende Gründe. Zum einen handelt es sich dabei um jene ersten Erfahrungen im lebensbiografischen Gesamtzusammenhang, die allen übrigen zeitlich vorgehen, zum zweiten sind diese Sozialisationsteile grundlegend für andere, indem hier bleibende Prägungen stattfinden bzw. Weichenstellungen vorgenommen werden, die sich als Habitus verfestigen und spätere Sozialisationsvorgänge im Rahmen von Bildungseinrichtungen oder Berufstätigkeiten konditionieren. Man hat in diesem Zusammenhang auch schon zutreffend von einem „Multiplikatoreffekt“ gesprochen (Geulen 2002: 85). Multiplikator ist die primäre Sozialisation in dem Sinn, dass sich derartige Grunderfahrungen in unterschiedlichen Kontexten auswirken und damit über die Art der Bewältigung neuartiger Lebenslagen mitentscheiden. Auf diese Weise lassen sich z. B. zumindest teilweise Transmissionseffekte erklären, auf denen die sogenannte „Scheidungsspirale“ beruht (Diekmann/Engelhardt 2008, Luef 2008).³

Die auf diese Weise zustande gekommenen Muster für Fühlen, Denken und Handeln besitzen eine vergleichsweise hohe Stabilität. Anders ausgedrückt: Kinder eignen sich im Zuge dieser so genannten primären Sozialisation ein vorläufiges Arbeitsmodell an, das auf Generalisierungen beruht und mit dessen Hilfe spätere Aufgaben bewältigt werden. Die

³ Offenbar sind derartige Erfahrungen auch für die jeweilige Ausprägung des Kinderwunsches in der nächsten Generation wirksam.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Beständigkeit derartiger Sozialisationseffekte, die regelmäßig im familiären Intimraum zustande kommen, hängt naturgemäß vom Charakter der familialen Beziehungs- und Kommunikationsstrukturen ab. Entscheidende Bedeutung kommt dabei der Qualität der frühkindlichen Bindungen zu. Wie die auf Bowlby zurückgehende Bindungsforschung lehrt (Hill/Kopp 2008: 75f.), schaffen frühkindliche Bindungen ein Fundament psychischer Sicherheit und damit entscheidende Entwicklungsvoraussetzungen für kindliches Erkundungs- und Spielverhalten (Grossmann 1976: 291, Grossmann/Grossmann 2004).

Die primäre Sozialisation stellt somit das erste Glied einer Kette von Transmissionsleistungen dar, die den intergenerationellen Transfer von kulturellem Kapital ermöglichen. Die Beurteilung der Sozialisationsleistung hängt letztlich davon ab, inwieweit es den primären Bezugspersonen gelingt, eine „information literacy“ als Basiskompetenz zu schaffen (Lüscher 1976: 285 ff., von der Hagen-Demszky 2006).

1.2 Sozialisationsfelder

Sozialisation ist als umfassender Vorgang zu begreifen, der sich auf alle Seiten der Persönlichkeitsentwicklung bezieht. In diesem Sinn wird von kognitiver, normativer, emotionaler oder auch motivationaler Sozialisation gesprochen (Kohlberg 1969, Veith 1996, Ulich et al. 1999). Dennoch ist es aus einer Reihe von Gründen sinnvoll, diese verschiedenen Seiten auszudifferenzieren und sie gesondert zu untersuchen. Dies erscheint zum einen aus analytischen Gründen ratsam, um die Komplexität des Untersuchten zu reduzieren und zugleich Besonderheiten auf einzelnen Feldern sichtbar machen zu können. Zum andern liegen die untersuchten Vorgänge auf verschiedenen Ebenen: Sie betreffen einerseits allgemeine soziale Eigenschaften, die einen unspezifischen Charakter haben und damit in allen gesellschaftlichen Rollen zum Tragen kommen (Basiskompetenzen), aber auch solche, die mit einzelnen Rollen enger verbunden sind und darum spezifische Probleme und Aufgaben betreffen. Trotz dieser Ausdifferenzierung ist aber stets davon auszugehen, dass alle Sozialisationsvorgänge zusammenhängen. Das trifft in erster Linie für die von der Familie organisierten Sozialisationen zu, aber, wie später zu zeigen sein wird, auch auf die außerfamilialen Sozialisationen.

1.2.1 Basiskompetenzen

Die mit Basis- oder Kernkompetenzen in der Sozialisationsforschung umschriebenen Persönlichkeitsbestandteile beziehen sich auf elementare Sozialformen, die in frühkindlichen Phasen der Biografie angeeignet werden und sich durch eine besondere Beständigkeit auszeichnen. Sie bestätigen damit die „Nachhaltigkeit“ der Familieneinflüsse (Lange 2007: 46 f.). Verankert sind sie in stabilen Bindungen mit den primären Bezugspersonen und bilden damit als das – zumindest früher so genannte – „Urvertrauen“ die Grundlage sozialer Beziehungsfähigkeit.

Abgesehen von der psychologischen Herleitung interessiert der Inhalt dieser sozialen Basiskompetenzen. Ganz offensichtlich vollzieht sich die Sozialisation im Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaft und Individuum. Das heißt, es geht darum, Anforderungen der Gesellschaft mit Bedürfnissen des Einzelnen in eine dauerhafte und belastbare Übereinstimmung zu bringen. ‚Gesellschaft‘ meint damit ein historisch-konkretes Sozialgebilde mit bestimmten strukturellen Eigenschaften, also eine Art struktureller Matrix. In unserem

Fall könnte man diese Matrix mit Privateigentum, Markt und Leistungsprinzip kennzeichnen. Aus dieser Abgleichung gesellschaftlicher und persönlicher Interessen ergeben sich letztlich auch die Ziele oder die Leitideen familiärer Sozialisation. Sie sind Ausdruck einer in der jeweiligen Gesellschaft geltenden Normativität und definieren den seit Fromm so genannten Sozialcharakter (dazu Meisenhelder 2006). Die im Zweiten (deutschen) Familienbericht formulierten „Leitideen familiärer Sozialisation“ können auch in Österreich als gültig angesehen werden. Dabei handelt es sich um die folgenden: 1) Wissensbildung, die moralische Selbstkontrolle ermöglicht, aber nicht zur Sturheit führt; 2) Intelligenzförderung, die eine sachgerechte und selbstständige Lösung von Aufgaben gewährleistet; 3) Leistungsmotivation, die inhaltlich bedeutsame und sozial legitimierte Gütemaßstäbe als Handlungsanreize anerkennt, ohne auf „Leistung an und für sich“ fixiert zu sein; 4) Empathie und Solidarität, d. h. Bereitschaft und Fähigkeit, Bedürfnisse und Interessen anderer wahrzunehmen und sie umso mehr zu berücksichtigen, je schwächer der andere ist; 5) Konfliktbewältigung, die den Charakter einer Lösung der Probleme hat und nicht nur verdrängt oder gewaltsam Hindernisse beseitigen will (285).

Ähnlich wurden die Leitvorstellungen im österreichischen 4. Familienbericht (Bd. 1, 47) angegeben, und zwar als: Selbstbestimmung, Individualität, Kreativität. In zusammenfassender Weise könnte man diese Ziele mit „Emanzipation“ bezeichnen (so Lüscher 1976). Begreift man Sozialisation soziologisch als Abfolge von Interaktionen in einem Beziehungsgefüge, so geht es darum, in diesem Entwicklungsablauf zunehmende Autonomie im sozialen Handeln herzustellen. Dies gelingt in einer gemeinsamen Umgestaltung der zunächst asymmetrischen Eltern-Kind-Beziehung in Richtung einer stärker symmetrischen und auf Gegenseitigkeit beruhenden Beziehung.

Ein zentraler Punkt der im Familienrahmen herzustellenden Sozialcharaktere betrifft die Konfliktfähigkeit (s. Leitideen oben) bzw. die Erlernung von Konfliktlösungsmustern (Belch/Belch/Scilimpaglia 1980, Spiro 1983, Lamnek/Ottermann 2006). Die fundamentale Bedeutung der sozialen Konfliktlösungskompetenz ergibt sich daraus, dass sie die Alternative zur gewaltförmigen Lösung von Konflikten darstellt. Damit fällt den Familien eine Schlüsselfunktion zu: Von ihren Erziehungs- und Interaktionsstilen hängt es zu einem beträchtlichen Teil ab, welches Maß an Gewaltbereitschaft in einer Gesellschaft besteht. Zu diesen Einsichten kommen kontrastierende Befunde über den Zusammenhang von Gewalt und Sozialisation: „Gewalterfahrung erhöht die Wahrscheinlichkeit von Delinquenz, und Delinquenz erhöht die Wahrscheinlichkeit von Gewalt in Beziehungen, in denen typischerweise Sozialisation erfolgt“ (Albrecht 2002). Die Erlernung von Konfliktfähigkeit als Basiskompetenz im Sozialisationsprozess stellt somit auch die Alternative zur Sozialisierung von Gewalthandeln dar (einschließlich der damit zur Rechtfertigung eingesetzten Neutralisierungstechniken; vgl. dazu Sykes/Matza 1957), also zum „intergenerationalen Kreislauf der Gewalt“ (Lamnek/Ottermann 2004, Wahle/Hees 2008). Konfliktlösungen folgen dabei ebenfalls dem „Lernen am Modell“ als der Nachahmung, Übernahme und Einübung von Vorbildern.

Die Entwicklung von Konfliktfähigkeit wird durch die Existenz von Geschwistern im Familienverband erleichtert. Tatsächlich stellen Geschwister eine Art „Entwicklungsressource“ dar (Alt 2005: 63). Beziehungen zwischen Kindern unterscheiden sich von Anfang an von den Beziehungen zu ihren Eltern. Im Gegensatz zu den asymmetrischen Eltern-Kind-

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Beziehungen haben wir es hier mit symmetrischen Beziehungen zu tun, die in einem stärkeren Maße einer Ko-Konstruktion unterliegen (Youniss 1994). In diesem Sinne muss man Geschwister als eine selbstständige Art von Sozialisationsagenten anerkennen. Wie sich aus dem deutschen Kinderpanel ergibt (Alt 2005), verbringen Kinder, abgesehen von der Mutter, die meiste Zeit mit ihren Geschwistern (vgl. Luef 2007). Rollen und Beziehungsstrukturen hängen dabei u. a. von der Anzahl der Geschwister, von ihrem Alter, den Zeitabständen und von der zeitlichen Geburtenfolge ab. In Österreich sieht die Verteilung der Familien nach der Kinderzahl wie folgt aus (Statistik Austria; s. Tabelle 1):

Tabelle 1: Verteilung der Familien nach der Kinderzahl				
	1971		2008	
	i. T.	%	i. T.	%
Familien insgesamt	1 929		2 326	
ohne Kinder	617	32 %	901	38,7 %
mit 1 Kind	156	8 %	509	21,9 %
mit 2 Kindern	397	21%	446	19,2 %
mit 3 Kindern	182	9 %	175	7,5 %
Quelle: Statistik Austria				

Eine besondere Bedeutung kommt der Position in der Geburtenfolge zu (s. Liegle 2000;). So erleben Erstgeborene häufig bei der Geburt weiterer Kinder ein so genanntes Entthronungstrauma, d. h. die Exklusivbeziehung zu den Bezugspersonen wird damit beendet, während sie umgekehrt gegenüber diesen Nachgeborenen eine Art Pionierfunktion ausüben, indem sie etwa Freiräume austesten, die auch den Jüngeren dann offenstehen. Nachgeborene Kinder beziehen von älteren Geschwistern Rollen- und Verhaltensmodelle. Wieder anders ist die Lage von so genannten Sandwich-Kindern. Geschwisterbeziehungen sind alles andere als konfliktfrei. Es gibt das allgemeine Problem der Geschwisterrivalität, das in triangulären Formen abgearbeitet werden muss. Aber offensichtlich stellt die Familie ein Forum dar, wo Konfliktlösungsverhalten aktiv erlernt wird und entsprechende Verhaltensmuster internalisiert werden können. Bekanntlich sind Geschwister nicht gleich, obwohl sie von denselben Eltern erzogen worden sind. Das hängt natürlich mit der Existenz unterschiedlicher Erbkonstellationen (Stangl, Familienhandbuch), zum Teil aber auch mit den unterschiedlichen Positionen zusammen, von denen eben die Rede war. Es stellt dies jedoch auch eine Bestätigung für die Richtigkeit der soziologischen Konzeption dar, die den Sozialisanden eine aktive Rolle zuweist. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass sich jedes Kind als aktiver Partner der Sozialisation im Sinne des non-shared-environment (Turkheimer/Waldron 2000) den milieugegebenen Bedingungen gegenüber selektiv verhält und konstruktiv seinen Weg wählt.

In einer besonderen Situation befinden sich Einzelkinder, und zwar auch, was ihre Sozialisation angeht. Die Anzahl der Einzelkinder ist in den letzten Jahren in Österreich, den allgemeinen demografischen Trends folgend, angestiegen; umgekehrt ist die durchschnittliche Anzahl der Geschwister gesunken. Laut einer IMAS-Umfrage beträgt diese Zahl nur noch 1,4 (Die Presse, 6.2.2008;). Die Chancen von Einzelkindern, sozialkompetent zu werden, sind vordergründig als schlechter einzustufen, weshalb sie häufig als egoistisch, unangepasst und verwöhnt bezeichnet werden. Durch das Fehlen von Geschwister-

beziehungen müssen sie auf manche Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten verzichten. Auch die Beziehungen zu den primären Bezugspersonen gestalten sich anders, sie haben keine Pufferzone und unterliegen in stärkerem Maße der Gefahr der Overprotection. Aber insgesamt lässt die Datenlage eindeutige Schlüsse dieser Art nicht zu (vgl. die zusammenfassenden Befunde bei Bertram 1991). Danach gibt es, allerdings bei großer Streuung, keine signifikanten Auffälligkeiten. Offenbar existieren Einflussfaktoren anderer Art (sozialökonomische Lage der Familie, Beziehungen mit Gleichaltrigen, Ausmaß der Pädagogisierung, Erziehungsstile etc.), die diese Nachteile kompensieren können.

1.2.2 Sprachverhalten

„Die Familie ist die erste Instanz, in der das Kind in das komplette Regelwerk der Sprache eingeführt wird“ (von der Hagen-Demszky 2006: 54). In der Sprachsozialisation geht es um die Erlernung von Syntax, Semantik und Pragmatik von Sprache, also die Ausbildung von primärer Sprachkompetenz (Chomsky 1986). Entsprechend der sozialen Konstitutionshypothese wird Sprachsozialisation als kontinuierliche Sequenz kommunikativer Prozesse aufgefasst, in denen die Alltagssituation als Mikrodimension mit den gegebenen Standards als Makrodimension verbunden wird (Ochs/Schieffelin 1984). In diesem Sinn ist der Spracherwerb ein zentrales Element der allgemeinen Sozialisation, an der Familien einen maßgeblichen Anteil haben. Nach Ochs und Schieffelin heißt dies, dass der Prozess des Spracherwerbs in diesen Lebensjahren weitgehend mit der Persönlichkeitsentwicklung identisch ist.

Das spezifisch soziologische Interesse an der Sprachsozialisation bezieht sich dabei auf die nachgewiesenen Diversifizierungen in Abhängigkeit von Lebenslagen und Bildungsstufen, wie sie in der Soziolinguistik und dabei insbesondere von Bernstein (1981) und Hoberg (2004) erforscht worden sind. Die Unterschiedlichkeit der sprachlichen Sozialisationsstile und das dadurch vermittelte Sprachpotenzial wird gemeinhin mit den Termini *restricted code* (restringierter Code) und *elaborated code* (elaborierter Code) beschrieben. *Restricted code* (bei Bernstein auch *public language* genannt) stellt ein vereinfachtes Sprachverhalten dar, das mit einfachen, teilweise unvollständigen Sätzen und einem geringen Wortschatz operiert. Dieser Sprachstil ist darüber hinaus konkret und anschauungsgebunden und damit für Abstraktionen nicht geeignet. Der *elaborated code* (auch *formal language* genannt) zeichnet sich durch höhere Komplexität aus und befähigt zu logisch-abstrakten Denkopoperationen. Die eindeutige Zuordnung dieser Sprachstile zu Klassen oder Schichten scheint heute problematisch. Stattdessen wird vorgeschlagen, ein Kontinuum anzunehmen, das sich zwischen diesen beiden Polaritäten aufspannt und auf welchem die differenziellen familiären Sprachsozialisierungen eingeordnet werden können.

Die Erlernung spezifischer Codes gehört zu den elementaren Aufgaben einer Sprachsozialisation. Mit Hilfe dieser Codes werden die sozialen Dimensionen erschlossen, deren Kenntnis für die Orientierung im sozialen Leben erforderlich ist, also Status, Rolle, Gleichheit und Ungleichheit etc. Sprache ist damit Sinnstruktur und Handlungsmuster zugleich; sie spiegelt die Identität und die Handlungen von Individuen wider und strukturiert sie zugleich (von der Hagen-Demszky 2006: 55).

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Die Wahl des jeweiligen Sprachstils bzw. -codes und damit die Sprachsozialisation hat tatsächlich einen lebensschicksalhaften Charakter, weil sie auch in einer Gesellschaft mit weitgehend eingeebneten Klassengegensätzen als bedeutender Statusallokator fungiert. Das hängt damit zusammen, dass das herrschende Bildungssystem weitgehend sprachzentriert ist und damit an sozialisierende Vorleistungen der Familien anschließt. Die Einübung eines restringierten Sprachcodes stellt eine echte Bildungsbarriere dar und bietet damit zugleich eine Erklärung für die zirkuläre Reproduktion von gesellschaftlichen Ungleichheitsstrukturen. Auf die vielfach erörterte Möglichkeit, derartige Differenzen in der Sprachsozialisation durch ein entsprechendes Schulangebot in der sekundären Sozialisation zu korrigieren, darf an dieser Stelle nur verwiesen werden (vgl. z. B. Cazden 1994, Lareau 2003, vgl. dazu Beham in diesem Band).

Die Sprachsozialisation ist natürlich keine autonome Leistung der Familie, sondern diese ist dabei vielfältigen Einflüssen unterworfen, welche sie koordiniert, filtrierte und konzentriert. Für den Aufbau kommunikativer Kompetenzen kommt es entscheidend auf die Ausbildung einer familialen Binnenkultur („intimate culture“) an, die mit signifikanten Kodierungen, Routinen und Ritualen die Alltagsabläufe prägt (Serpell/Sonnenschein/Baker/Ganapathy 2002). Nach systematischen Beobachtungen spielen gemeinsame Familienaktivitäten eine bedeutsame Rolle, darunter besonders auch die (leider immer seltener werdenden) gemeinsamen Mahlzeiten, die verdichtete Kommunikationen darstellen, mittels derer Kinder Informationen über die Welt der Erwachsenen erfahren und sich darüber ein Bild machen können (vgl. Snow/Dickinson/Tabors 1991, Paugh 2005; Larson/Branscomb/Wiley 2006, Lange 2007; 45 f.).

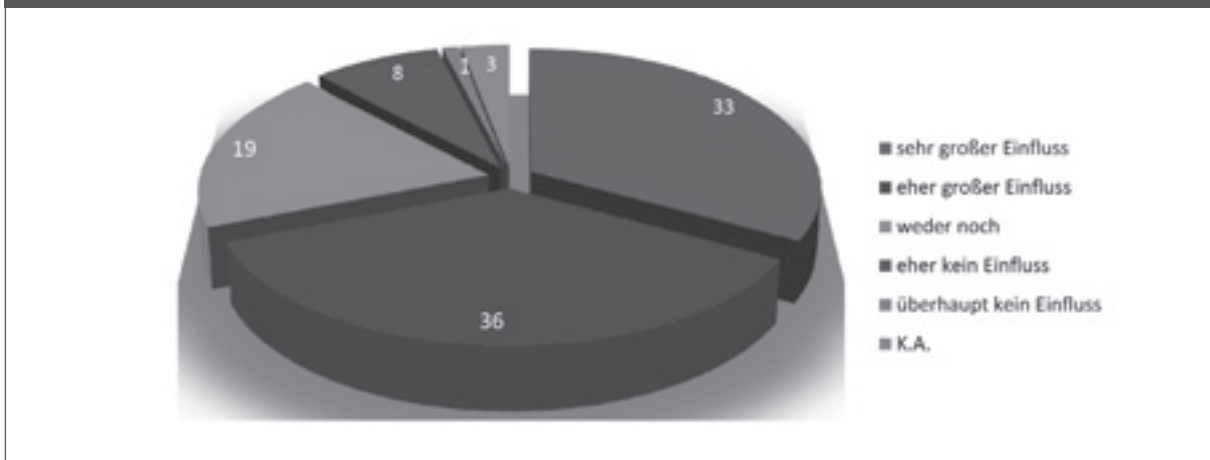
1.2.3 Geschlechterrollen

Die Schaffung von Identität, mit der es Sozialisation zentral zu tun hat, umfasst auch die Ausbildung von Geschlechterrollen, deren Grundlegung ebenfalls in der primären Sozialisation, also in der wie auch immer strukturierten Familie erfolgt. Allerdings ist diese vorweg getroffene Feststellung zu hinterfragen. Zu klären ist insbesondere, inwieweit die familiären Sozialisationsinstanzen Einfluss auf die Bildung von Geschlechteridentität haben oder Einfluss nehmen. Die Frage ist aus mehreren Gründen berechtigt: Zum Ersten, weil die Geschlechterbestimmung mit einer hidden structure ausgestattet ist, also sich weitestgehend symbolischer Zuordnungen bedient, die den Akteuren in der Regel unbewusst sind (Cook-Gumperz/Scales 1996, von der Hagen-Demszky 2006: 65) So wird die nach wie vor charakteristische männliche Hegemonie auch von Müttern und Frauen weitergegeben, die sie aus tradierten Einstellungsmustern internalisiert haben. Zum Zweiten muss man konstatieren, dass der Informations- und Kommunikationsfluss, der in die Konstitution von Geschlechterrollen eingeht, sich in einem beträchtlichen Ausmaß der Kontrolle familialer Instanzen entzieht (Hengst 1991: 18 ff.). Zu denken ist dabei vor allem an die von neuen Medien, insbesondere dem Internet ausgehenden Einflüsse, denen auch Kinder offenbar in beträchtlichem Maße ausgesetzt sind. In dem laufenden EU-Projekt „EU-Kids Online“, das in Österreich durch Ingrid Paus-Hasebrink vertreten wird, wird festgestellt, dass in Österreich immerhin 41 Prozent der Eltern berichten, ihre Kinder seien mit beeinträchtigenden Inhalten konfrontiert worden (vgl. Hasebrink/Livingstone/Haddon 2007). Die Überflutung mit expliziten Darstellungen des Geschlechtlichen, deren Ausmaß von den erzielten Umsätzen (ca. 56 Mrd. Dollar jährlich, PornZNet) erschlossen werden kann, stellt

mittlerweile einen ernstzunehmenden Sozialisationsfaktor dar, der auch soziale Verhaltensstandards betrifft. So stellen Sarracino und Scott (2008) für die USA fest: „Porn has seeped into and been absorbed by every defining aspect of our culture: language, entertainment, fashion, advertising, sexual behavior, even politics.“ Die Relevanz pornografischer und gewaltorientierter Medienangebote erklärt sich daraus, dass darin Verhaltensstandardisierungen und Rollenbeschreibungen stattfinden. Sexuelle Praktiken sind auch in ihrer explizitesten Form stets soziales Verhalten, und ihre mediale Darstellung definiert auf ihre Art auch das Geschlechterverhältnis. Die Effektivität derartiger Sozialisationsmuster hängt sicherlich davon ab, inwieweit sie in den familiären Diskurs eingehen und darin verarbeitet bzw. korrigiert werden.

Geschlechterrollen sind als Stereotype zu verstehen, also als soziale Konstrukte, die jenseits aller biologisch-genetischen Differenzierung durch Rollenskripte festgelegt werden (vgl. dazu Gagnon/Simon 1973, Schneider/Gould 1987). Die Rollennormierung von Geschlechtern (gender socialization) wird von den Sozialisationsagenten mit Hilfe einer Vielzahl in sich konsistenter Handlungsformen aufgebaut, z. B. durch die Zuteilung geschlechtsspezifischer Spielsachen oder die Verteilung von typisch weiblichen bzw. typisch männlichen Aufgaben bis hin zu allgemein differenten Erwartungsstrukturen. Eine weiterhin vorhandene Grundorientierung der verwendeten Rollenskripte besteht in der einseitigen Orientierung von Mädchen auf die reproduktive Sphäre innerhalb der Familie (einschließlich der funktionellen Äquivalente wie Helfen, Pflegen, Erziehen, Betreuen, Trösten etc.) und von Burschen auf die produktive Sphäre des außerfamilialen Erwerbslebens (Fell 1999). Geschlechterstereotype als Rollenzuweisungen dieser Art setzen sich später in Schulen und in der Arbeitswelt fort und werden zudem durch stereotype Darstellungen im Fernsehen und in anderen Medien verstärkt (vgl. dazu Tanzberger/ K. Schneider 2007). Auch dabei sind abermals weniger explizite Rollenzuweisungen am Werk als wenig hinterfragte Typenbeschreibungen und Klischees, die zusammen wiederum eine hidden structure ergeben. Auf diese Weise wirkt etwa die ständig wiederholte Darstellung sozialer Arrangements in Unterhaltungsserien des Fernsehens. Eine ORF-Untersuchung dazu zeigt allerdings, dass diese Einflüsse zu einem beträchtlichen Teil bewusst erlebt werden. Die Antworten auf die Frage: „Wie groß, glauben Sie, ist der Einfluss der Frauen- und Männerbilder, die in ORF-Unterhaltungsserien dargestellt werden, auf junge Zuschauer, also auf Kinder und Jugendliche?“ verteilten sich wie folgt (Abbildung 1):

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Abbildung 1: Frauen- und Männerbilder im TV

Quelle: INTEGRAL, telefonische Interviews ab 14 Jahren, 9. bis 22.11.04, n = 1001

Letzten Endes speist sich die Anordnung von Status und Rolle der Geschlechter aus einem verzweigten Kontext von sich gegenseitig stützenden und verstärkenden Einflüssen unterschiedlicher Ebenen, die zusammen ein gemeinschaftliches Sozialisationswerk „doing gender“ (West/Zimmerman 1987) ergeben.

Die Kritik an den Genderstereotypen, die ja auch eine Kritik an ungerechtfertigten Differenzierungen im Hinblick auf Bildungschancen darstellt, bedeutet indes nicht, dass die Beziehung von Jungen und Mädchen zu Mutter und Vater identisch sein muss. So hat Chodorow (1985) überzeugend nachgewiesen, dass die Entwicklungspfade von Jungen und Mädchen im frühen Lebenslauf und damit ihre Sozialisationsbedingungen und ihre Identität tatsächlich verschieden sind (Härtwig 2004: 64 ff., Böhnisch 2004: 94 ff.).

Die logische Fortführung der Überlegung, dass Gender (im Gegensatz zu Geschlecht) als soziales Konstrukt aufgefasst werden muss, ist die Annahme einer entsprechenden Variabilität innerhalb der Geschlechterrollen. Auf diese Variabilität bezieht sich auch das von Lipsitz-Bem (1993) entwickelte Androgynie-Konzept (Damm 2004) der Geschlechter, in welchem Maskulinität und Femininität als Endpunkte eines Kontinuums aufgefasst werden, dessen Spannweite dem Individuum bei der Definition seiner Geschlechtsidentität zur Verfügung steht. Inzwischen liegen einige Studien vor, die auf positive Effekte einer am Androgynieprinzip orientierten, also egalitären Erziehungspraxis hindeuten (z. B. höheres Selbstwertgefühl; vgl. Heilbrun 1981, Shaw 1983, Lundy/Rosenberg 1987, und verbesserte Beziehungsfähigkeit; DeLucia 1987). Es ist des Weiteren wahrscheinlich, dass durch die Anwendung dieses Erziehungsstils eine Proliferation kooperativer und eine Reduktion kompetitiver Handlungsformen erzielt werden kann.

Der Geltungsverlust der fixen Normative im Bereich des Geschlechtlichen und die Ersetzung der traditionellen durch „Verhandlungsmoral“ (Schmidt 2004: 15 ff.) setzen die überkommene „Automatik sexueller Interaktion“ außer Kraft und machen in zunehmendem Maße auch die Einrichtung dichotomisch entgegengesetzter Geschlechterrollen obsolet. Damit verändert sich auch die Aufgabenstellung der primären Sozialisation, wo die maßgeblichen Weichenstellungen in Richtung Herstellung von Beziehungsfähigkeit und Reflexionsfähigkeit – oder dem jeweiligen Gegenteil – vorgenommen werden (Schmidt, a. a. O.).

1.2.4 Konsumverhalten

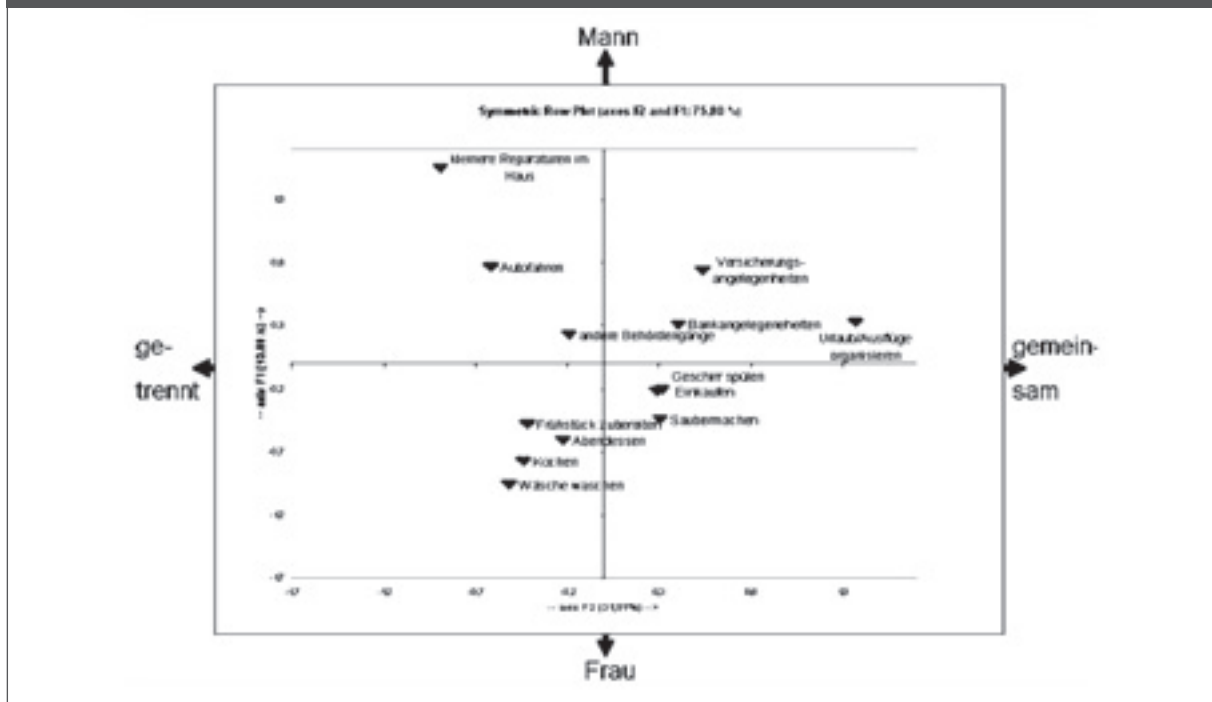
Die Gesellschaften des Typs, zu denen auch Österreich zählt, werden gerne als Konsumgesellschaften bezeichnet, und dies nicht nur wegen des Überangebots an Konsumwaren, sondern weil der Konsum in gewisser Weise zur Identitätsbildung beiträgt. Auch im Familienalltag spielen Konsumententscheidungen eine zentrale Rolle. Die auf Konsumverhalten bezogenen Normen und Einstellungen bilden so gesehen ebenfalls einen Teil der Basiskompetenz. Auch hier ist davon auszugehen, dass der Anteil intentionaler Sozialisation, also von Konsumerziehung im strikten Sinn, als relativ gering einzuschätzen ist. Stattdessen lernen Kinder und Heranwachsende Konsumverhalten wiederum durch Lernen am Modell. Tatsächlich sind Kinder und Erwachsene altersabhängig in vielfacher Weise in die Konsumententscheidungen der Familie einbezogen, insbesondere bei der Planung und Entscheidung über die Anschaffung höherwertiger Gebrauchsgüter (z. B. Autos) oder bei der Urlaubsplanung (dazu Dimmel/Hagen 2005: 143, Kroeber-Riel/Weinberg 2003: 468, KidsVerbraucherAnalyse 2003 Marktforschung Axel Springer AG; s. Tabelle 2).

Tabelle 2: Beteiligung von Kindern an Konsumententscheidungen	
Beteiligung von Kindern an Konsumententscheidungen (in Prozent)	
Autos	34
TV	52
Stereoanlage	60
PC	54
Wahl des Urlaubsortes	50

Kinder und Jugendliche profitieren dabei von einem generell beobachtbaren Trend in Richtung Egalisierung und Partnerschaftlichkeit, der wiederum im Sinne des Multiplikatoreffekts Auswirkungen in anderen Sozialisationsfeldern hat. Konsumakte sind im familialen Rahmen in hohem Maße kollektive Entscheidungen, die in Aushandlungs- und Verhandlungsprozessen zustande kommen und an denen alle Familienmitglieder partizipieren. Traditionelle Rollenverteilungen nach einem patriarchalischen Muster dagegen finden sich nur noch in Randzonen. Die Partizipation an solchen Entscheidungen entspricht der allgemeinen Verteilung wirtschaftlicher Haushaltsentscheidungen, die (aus Ermangelung neuerer einschlägiger Daten⁴) mit einem Datensatz aus dem Jahre 1988 wie folgt dargestellt werden kann (Abbildung 2):

⁴ Eine gute Übersicht zum Gesamtkomplex familialer Entscheidungsfindung (family decision making) findet sich bei Solomon/Bamosy/Askegaard/Hogg, 410–419; dabei fällt allerdings auf, dass die herangezogene Literatur im Wesentlichen aus den 1980er- und frühen 90er-Jahren stammt.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Abbildung 2: Verteilung von Haushaltsaufgaben

Quelle: Dimmel/Hagen 2005: 142

1.3 Sozialstrukturelle Determinanten

1.3.1 Diffusion der Sozialisationsforschung

Sozialstrukturforschung versteht sich wesentlich als Ungleichheitsforschung. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass Sozialisation Ungleichheiten reproduzieren kann. Spätestens seit der „kompetenztheoretischen Wende“ (Grundmann, Vorwort 1999) ist für die neuere Sozialisationsforschung eine gewisse Psychologisierung der Betrachtung kennzeichnend, d. h. eine stärkere Betonung der Interaktivität bzw. der Individuationsaspekte. Damit wird ein „stärkerer Fokus auf die innerpsychische Verarbeitung sozialer Erfahrungen und die handlungsleitende Funktion mentaler Modelle und Skripte“ gelegt; das Ergebnis ist (laut Veith, Online-Familienhandbuch) eine Diffusion der wissenschaftlichen Diskussion, d. h. die stärkere Betonung von Vorgängen im Mikrobereich; gleichzeitig kam es zu einer Verlagerung zu konkreten und individuell ausgeprägten Phänomenen. Diese Korrekturen waren sicherlich aus verschiedenen Gründen nötig, insbesondere weil damit die stark mechanistische Sichtweise von Sozialisation als Integration überwunden werden konnte, wie sie lange Zeit dominiert hat. Auf der anderen Seite sind dadurch strukturelle Zusammenhänge weitgehend aus dem Blickfeld geraten. Das Ergebnis sind häufig unverbindliche Aussagen. (s. beispielsweise Geulen 2002: 85). Vielfach hat man den Eindruck, den Autoren komme es mehr auf die Ausnahmen als auf die Regeln an.

Tatsächlich umfasst die Sozialisation als Vermittlungsprozess von Vergesellschaftung und Individuierung nach dem jetzigen Stand der Forschung zwei Dimensionen, die stets zusammen gedacht werden müssen: „Zum einen geht es um die Frage, wie das nachwachsende Gattungssubjekt den Erfordernissen seiner sozialen Umwelt gerecht wird; zum

anderen – und zwar gleichzeitig – stellt sich das Problem der Reproduktion der soziokulturellen Lebensweise über die individuelle Entwicklung ihrer Mitglieder. Die nachwachsenden Mitglieder einer Sozietät werden nicht nur während ihrer Ontogenese vergesellschaftet, ebenso (re)konstruieren sie ein soziales Dasein unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu und erzeugen so erst eine Soziogenese“ (Nikolaisen 1999).

1.3.2 Reproduktion sozialer Strukturen

Der internationale Standortwettbewerb, wirtschaftlich fordernde Zeiten und der Druck zur Sanierung nationalstaatlicher Budgets haben auch traditionelle wohlfahrtsstaatliche Systeme nicht unberührt gelassen. Dies hat Konsequenzen für die Frage der sozialen Gleichheit bzw. Ungleichheit. Es ist naheliegend anzunehmen, dass damit die alten Mechanismen der Reproduktion von Sozialstrukturen wieder in Gang gesetzt worden sind. Mit anderen Worten, es ist in den letzten Jahren zu einer „Restrukturierung von Ungleichheit über Sozialisationsprozesse“ gekommen (Bauer/Grundmann 2007). Diese Entwicklung lässt sich durch entsprechende sozialstatistische Daten aus den betroffenen Ländern belegen. Dem entspricht etwa der abschließende Befund des 3. Deutschen Armutsberichts und Reichtumsberichts (2008), wo auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels SOEP festgestellt wurde, dass das Armutsrisiko innerhalb der letzten Jahre von 12 auf 18 Prozent gestiegen ist. Der österreichische Sozialbericht stellt zur gestiegenen Ungleichheit resümierend fest: „Die letzten drei Jahrzehnte waren in den europäischen Industriestaaten durch schwaches Produktions- und Einkommenswachstum sowie hohe Arbeitslosigkeit und zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung gekennzeichnet. Die Verteilung des Volkseinkommens verschob sich von den Lohneinkommen zu den Gewinn- und Vermögenserträgen, gleichzeitig nahmen die Einkommensdisparitäten zu. Während die Gewinn- und Besitzeinkommen seit Mitte der Neunzigerjahre jährlich um 5,8 % wuchsen, nahmen die Arbeitnehmerentgelte in diesem Zeitraum nur mit 2,8 % pro Jahr und das Volkseinkommen insgesamt mit +3,6 % zu“ (Sozialbericht 2007 – 2008).

Aus diesen Befunden wird klar, dass die (eigentlich) soziologische Perspektive des Beitrags der familialen Sozialisation zur Reproduktion sozialer Strukturen relevant bleibt: Es besteht eine offenkundige Abhängigkeit der Aufstiegsmöglichkeit von der sozialen Herkunft (s. PISA-Studien; dazu Ehmke/Baumert 2007), die zumindest partiell durch schichtspezifische Sozialisationen erklärt werden kann. Die Verwendung von sozialpsychologischen Konzepten wie jenem eines „internal working model“ (Bowlby 2005) bzw. des Kulturkapitals (Bourdieu 1987) sind dabei hilfreich und erlauben eine Verfeinerung und Vertiefung der Argumentation. Die nachzuweisende Abhängigkeit der Sozialisationspraktiken von Lebenslagen bietet auch eine Erklärung für die relative Stabilität sozialer Strukturen. Bei der Herausarbeitung der sozialstrukturellen Determinanten geht es im Ergebnis um die Verteilung von Sozialisationsdefiziten und Sozialisierungsvorteilen. Dabei ist die zentrale Annahme, „dass die durch die ungleiche berufliche Alltagserfahrung und Bildung beeinflusste Persönlichkeitsstruktur der Eltern in der familialen Interaktion durch bestimmte Erziehungspraktiken an die Kinder weitergegeben und auf diese Weise der soziale Status durch die Sozialisation ‚vererbt‘ wird.“ (Hurrelmann 2006: 172). Es handelt sich dabei um einen Teilaspekt des komplexen Gesamtzusammenhangs der Ungleichheitsstrukturen und ihrer Perseveranz über die Generationen, nämlich um die „Reproduktion der Klassen-

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

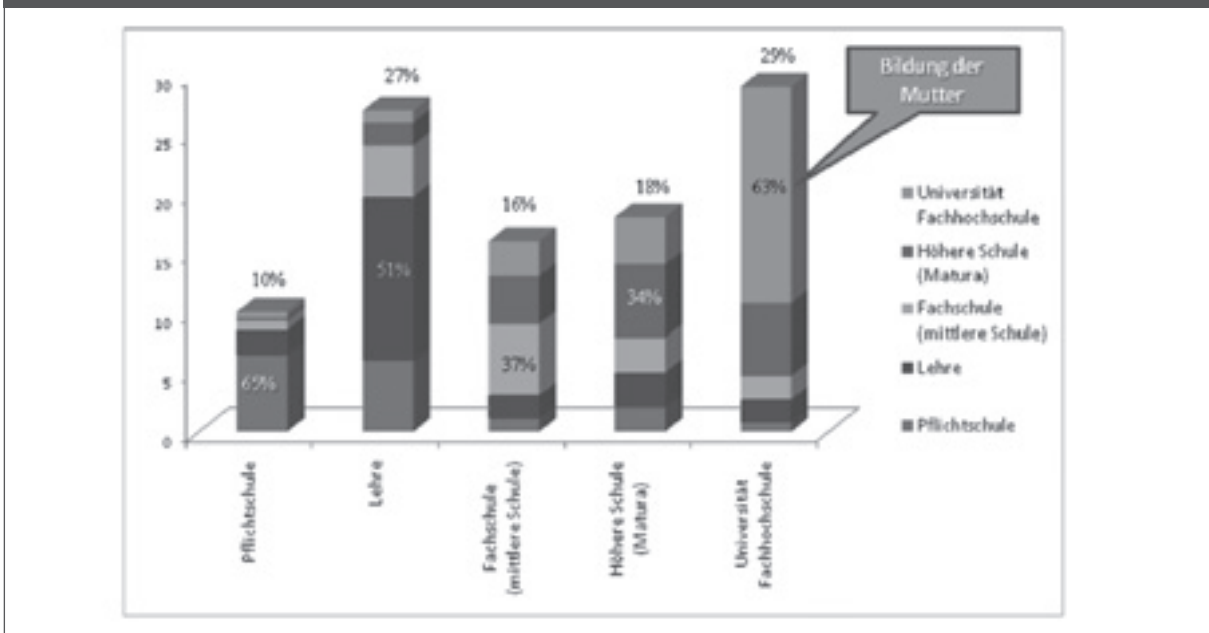
gesellschaft über die familiäre Sozialisation und das Bildungssystem“ (Geulen 2002: 95 f.). Dieser Zirkelprozess (Rolf 1967; vgl. Abbildung 3) wird durch bestimmte Eigenschaften des Schulsystems, insbesondere durch eine Vielzahl eingebauter Selektionsstufen noch verstärkt (vgl. dazu „Bildungsgerechtigkeit im Lebenslauf. Damit Bildungsarmut nicht weiter vererbt wird“, Schulkommission der Heinrich Böll Stiftung, 2008).

Abbildung 3: Zirkelmodell

Quelle: Nach Hurrelmann, a. a. O.

Der Gesamtbefund, dass Interaktions- und Kommunikationsstrukturen „entscheidende vermittelnde Funktion zwischen Arbeits- und Lebenserfahrungen der Eltern einerseits und der Persönlichkeitsentwicklung des Kindes andererseits“ (s. Kreppner 1999) ausüben, kann mittlerweile durch eine Reihe von Untersuchungen als ausreichend bewiesen gelten (vgl. Diefenbach 2000, Böhnisch 2003: 29, Bacher 2005, Kränzl-Nagl/Mierendorff 2007, Becker/Lauterbach 2007).⁵ Besonders ausgeprägt sind diese zirkulären Zusammenhänge zwischen Bildungsstufen der Herkunftsfamilien und Bildungschancen, die über die primäre Sozialisation vermittelt werden, anhand der selektiven Zugänglichkeit der tertiären Bildungsangebote erkennbar. Betrachtet man die Stellung der Eltern im Beruf, so sind bei einem Viertel der inländischen Studienanfängerinnen und -anfänger an öffentlichen Universitäten sowohl Mutter als auch Vater Angestellte bzw. Angestellter. Etwa 5 % der Studierenden kommen aus einem Selbstständigenhaushalt (einschließlich freiberuflich Tätige). 8 % der Eltern sind Beamtinnen und Beamte oder Vertragsbedienstete, und nur etwas mehr als 1 % kommen aus Arbeiterfamilien (nach Statistik Austria: Bildung in Zahlen 2006/2007: 32; Abbildung 4).

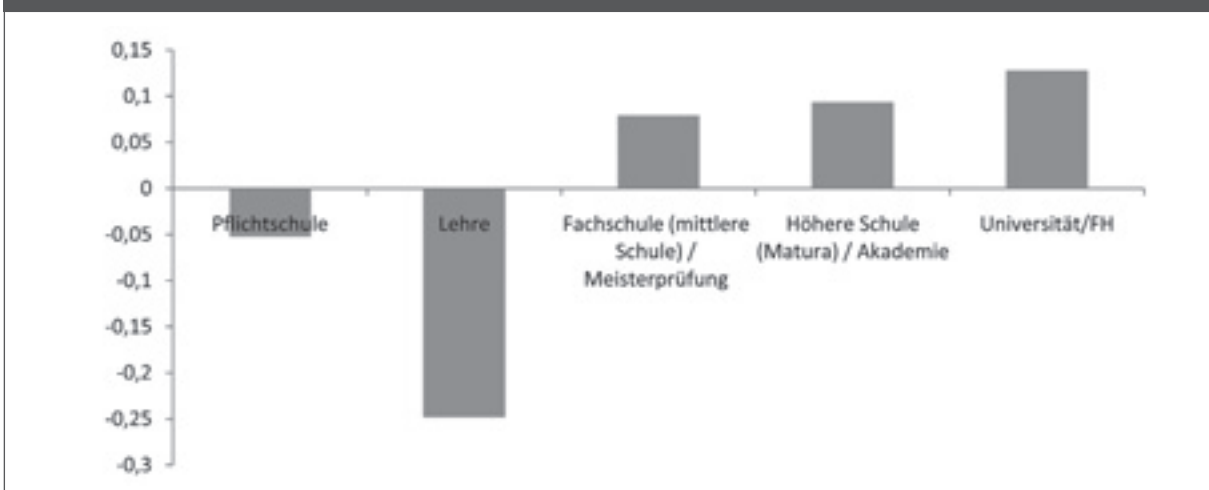
⁵ Diese Zusammenhänge sind offensichtlich auch im allgemeinen Bewusstsein verankert: Nach einer neueren repräsentativen Erhebung glauben zwei Drittel der befragten Österreicher/-innen an ungleiche Lebenschancen; nur 13 Prozent der Befragten glauben, dass Kinder aus einfachen Verhältnissen die gleichen Bildungschancen haben wie Akademikerkinder (vgl. R. Popp: Herkunft und Bildung als Erfolgsgaranten, SN 18.04.2009).

Abbildung 4: Hochschulzugang

Quelle: Statistik Austria, Hochschulstatistik 2006/07

Die angegebenen Zahlen bedeuten, dass z. B. 29 Prozent der österreichischen Erstimmatrikulierten einen Akademiker zum Vater haben; davon ist bei 63 Prozent auch die Mutter Akademikerin.

Die Zugangschancen der Kinder differieren somit deutlich entsprechend den jeweiligen Bildungsschichten, woraus sich entsprechende Disproportionen im Ausmaß der Privilegierung bzw. Unterprivilegierung ergeben (Abbildung 5) (errechnet unter Verwendung von Daten in Unger 2006):

Abbildung 5: Repräsentanz von Bildungsschichten

Allerdings muss auch hier wiederum betont werden, dass keine eindeutigen Kausalitäten existieren, sondern es jeweils mehrere Möglichkeiten der Weiterentwicklung aufgrund selbstreflexiver autonomer biografischer Entscheidungen gibt.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

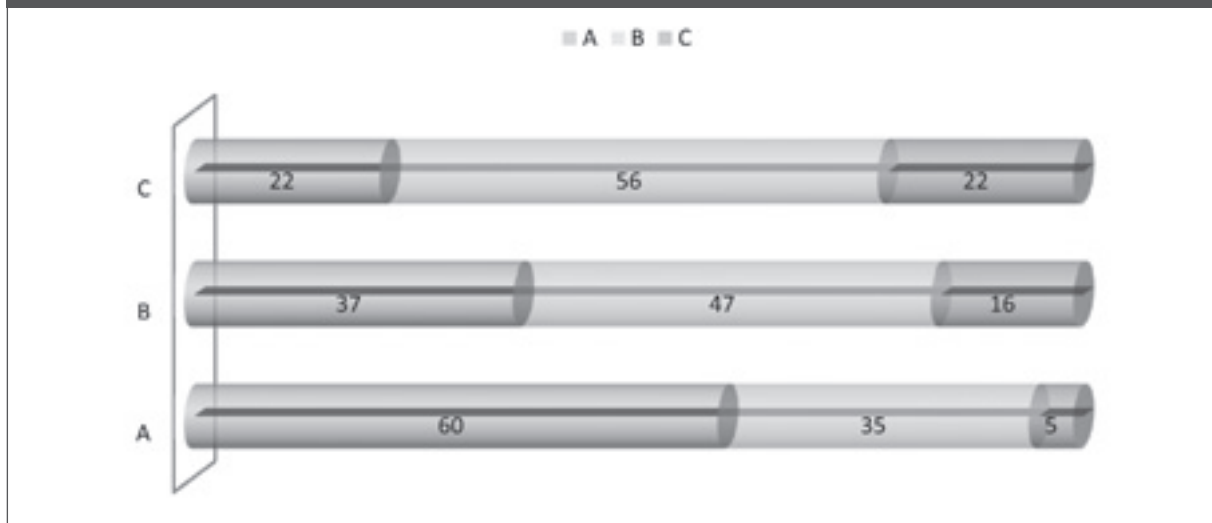
1.3.2.1 Schichtspezifische Sozialisationsforschung

Die schichtspezifische Sozialisationsforschung erlebte ihre Höhepunkte in den 60er- und 70er-Jahren. Wie vermutet wird, entsprach die Sozialforschung damit einem damals vorhandenen „politischen Verwertungsinteresse“ (Steinkamp 1991), das später aber offenbar wieder weitgehend abhandengekommen ist. Erst die unübersehbare Dynamik der Restrukturierung sozialer Ungleichheit vor allem im Schul- und Bildungsbereich, verbunden mit einer gleichzeitigen Verringerung der Mobilität, haben dieser Forschungsrichtung erneut Auftrieb verschafft. Offenbar existiert so etwas wie eine „normative Verwobenheit“ der Sozialisationsforschung (Beer/Bittlingsmayer 2008). Es bestehen also zureichende Gründe, die schichtabhängige Sozialisationsforschung, an der berechnete Kritik geübt worden ist, in revidierter Form weiterzuentwickeln. Diese Kritik enthält mehrere Punkte. Ein zentraler Kritikpunkt, der naturgemäß über die Sozialisationssoziologie hinausgeht, bezieht sich darauf, ob überhaupt mit in der Regel eindimensionalen Schichtmodellen soziale Ungleichheiten im Sinne von Lebenslagen korrekt abgebildet werden können. Verwiesen wird dabei auf die vor allem in mittleren Lebenslagen gehäuft auftretenden Fälle von Statusinkonsistenz, die vertikale Schichtmodelle immer weniger zutreffend macht (Bolte/Hradil 1984: 347, Steinkamp 1991: 257).

Damit im Zusammenhang steht die Frage, welche Indikatoren zur Bestimmung der Schichtzugehörigkeit verwendet werden und sodann, welche abhängigen Variablen ausgewählt werden sollen, deren Varianz durch die Schichtzugehörigkeit erklärt werden können. Es hat sich gezeigt, dass die Verfeinerung der Schichtmodellierung durch Aufnahme weiterer Merkmale (z. B. Religion oder Geschmackspräferenzen) nicht uneingeschränkt sinnvoll ist, weil sie auf diese Weise ein immer weiteres Spektrum von Differenzierungen, aber nicht soziale Ungleichheit wiedergibt. Als abhängige Variablen werden in der übersichtsmäßigen Darstellung Steinkamps (1991: 254) die folgenden angeführt:

- Elterliche Kontrollstrategien (Zwang, Liebesentzug, Induktion)
- Affektive Beziehungen (als komplementäre Dimension zu den Kontrollstrategien)
- Unabhängigkeit und Leistung
- Art der Eltern-Kind-Kommunikation (restricted code vs. elaborated code; personorientierte oder statusorientierte Beziehungsstrukturen)

Die Schichtabhängigkeit wird bei den ersten beiden Variablen als eher schwach eingestuft, bei den weiteren dagegen stark; allerdings besteht eine große Streuung (Gecas 377). Zusammenfassend ist zu sagen, dass die empirische Überprüfung der Zirkularitätsthese auf Grund methodischer und konzeptioneller Probleme der schichtspezifischen Sozialisationsforschung nur unvollständig gelungen ist. Im Grunde genommen wäre dies nur in aufwändigen Längsschnittstudien möglich, die aber bisher fehlen. Einen Ansatz in diese Richtung unternimmt AWO-ISS in der Darstellung der Dynamik von Lebenslagetypen (Holz/Richter/Wüstendörfer/Giering 2005), die eine deutliche Perseveranz von Armutslagen erkennen lässt (Abbildung 6; Tabelle 3):

Abbildung 6: Lebenslagen**Tabelle 3: Lebenslagen**

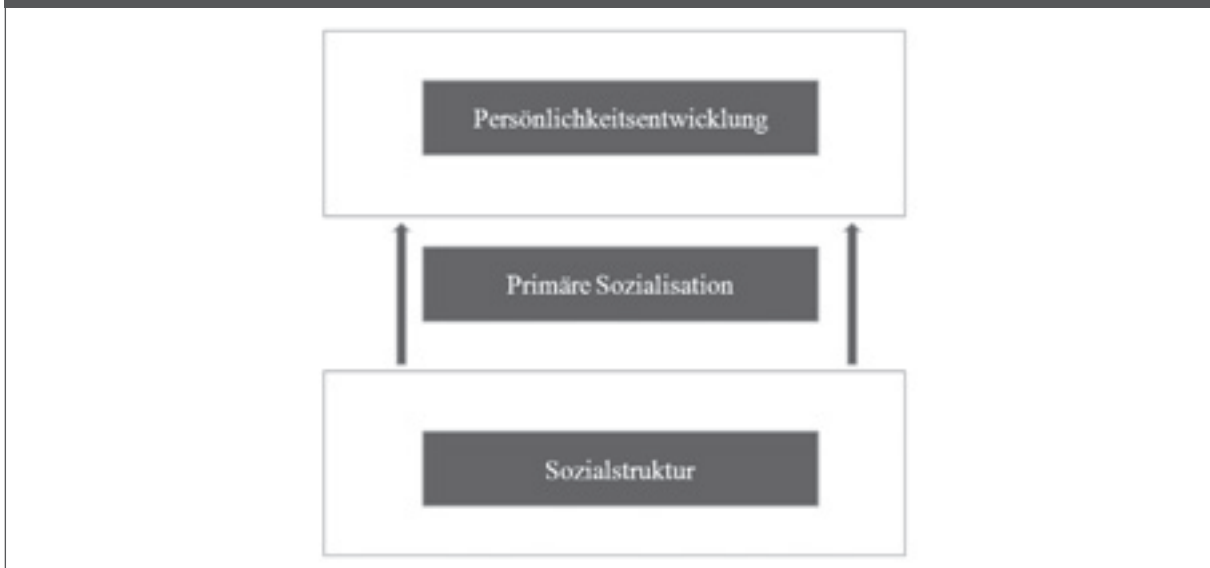
Ausgangslage		Lebenslage 2003/2004		
Lebenslage 1999		Lebenslage A	Lebenslage B	Lebenslage C
Lebenslage A	43	26	15	2
Lebenslage B	62	23	29	10
Lebenslage C	54	12	30	12

Lebenslage A = multiple Deprivation; Lebenslage B = Benachteiligung; Lebenslage C = Wohlergehen; $\chi^2 = 16,33569519$; $p(\alpha = 0.01) = 0,002600257$

1.3.2.2 Mehrebenenanalysen

Der Haupteinwand gegen die traditionelle schichtspezifische Sozialisationsforschung lautet allerdings, dass sie genau genommen nur die Zusammenhänge von jeweils zwei Ebenen (soziale Schicht – familiäre Sozialisation; familiäre Sozialisation – kindliche Entwicklung; Schichtzugehörigkeit und familiäre Sozialisation) prüft, die nachträglich verknüpft werden (Rollins/Thomas 1979, Steinkamp 1991: 255). Angebracht wäre deshalb ein Mehrebenenverfahren, in dem Mikro- und Makrostruktur verknüpft werden, wobei den familialen Sozialisationsprozessen die Rolle von vermittelnden Variablen zukommt (Abbildung 7):

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Abbildung 7: Mehrebenenverfahren

Beispiele derartiger Mehrebenenanalysen liefern Steinkamp und Stief (1978). Bei einer Kombination aller erfassten sozialstrukturellen Variablen ergibt sich dabei eine Varianzaufklärung für die elterlichen Erziehungsstile von 37 Prozent; die Sozialisationsmerkmale auf der Familienebene wieder erklären 26 Prozent der Varianz auf der Ebene der Persönlichkeitsentwicklung (s. Steinkamp 1991: 262).

1.3.2.3 Milieubasierte Sozialisationsforschung

Die milieubasierte Sozialisationsforschung stellt sich als Weiterführung der schichtspezifischen Sozialisationsforschung dar. Im Gegensatz zu den Schichtungsmodellen finden hier nicht nur eine, nämlich vertikale Dimension sozialer Differenzierung Anwendung, sondern zugleich horizontale Gliederungskriterien nach der Art von Lebensstilen, also etwa nach Mentalitäten, Traditionen und Wertorientierungen (Hradil 1999: 421).

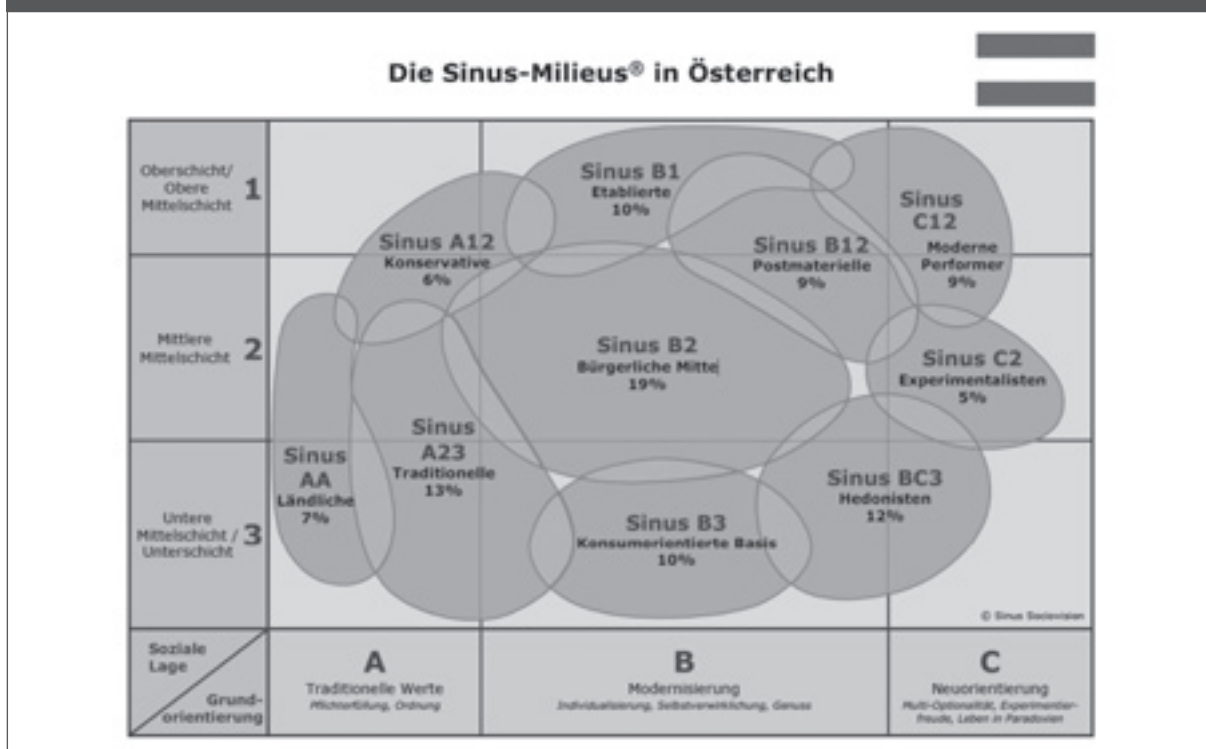
Im Anschluss an Hradil (1999: 421, Hurrelmann 2006: 180) werden die folgenden Milieus unterschieden, die sich ohne Schwierigkeiten auch als Sozialisationskontext interpretieren lassen:

- konservativ-technokratisches Milieu, bei dem sich die Lebensziele auf berufliche und materielle Erfolge durch Leistung, Zielstrebigkeit, Führungs- und Gestaltungsbereitschaft beziehen;
- kleinbürgerliches Milieu, bei dem das Festhalten an traditionellen Werten, Pflichterfüllung, Verlässlichkeit, Ordnung und Disziplin im Vordergrund steht;
- traditionelles Arbeitermilieu mit einer Orientierung an gutem Auskommen, sicherem Arbeitsplatz und gesichertem Alter;
- traditionsloses Arbeitermilieu, dessen Angehörige vor allem den Anschluss an den Konsumstandard der breiten Mittelschicht halten und anerkannt sein wollen;
- aufstiegsorientiertes Milieu mit Mitgliedern, die sich hocharbeiten, ihre Erfolge vorzeigen und ihr Ansehen genießen wollen;

- modernes bürgerliches Milieu, das durch harmonisches angenehmes Leben in Familie mit Kindern charakterisiert ist und nach umfassender Sicherheit strebt;
- liberal-intellektuelles Milieu mit Werthaltungen, die auf Selbstverwirklichung, Persönlichkeitswachstum und Individualität ausgerichtet sind und das soziale Gerechtigkeit sowie die Versöhnung von Mensch und Natur betont;
- modernes Arbeitnehmersmilieu: Hier setzen sich Menschen das Ziel, das Leben so angenehm zu machen, wie es die eigenen Mittel erlauben, dabei aber autonom, kreativ und selbstständig zu bleiben;
- hedonistisches Milieu: Diese Menschen wollen das Leben genießen, intensiv leben, Spaß, Kommunikation und Erlebnis haben, richten sich also auf Freiheit und Spontaneität aus;
- postmodernes Milieu, in dem ungehinderte Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und Ausleben der eigenen Gefühle ebenso hoch bewertet wird wie Begabungen und Sehnsüchte.

Diese Differenzierungen sind weitgehend in die Sinus-Studien eingegangen, wie sie auch für Österreich existieren (Abbildung 8):

Abbildung 8: Sinus-Milieus



SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

1.3.2.4 Armutshaushalte

Die Behandlung der Armutshaushalte ist ein Teil der sozialstrukturellen Sozialisationsforschung. Unter Zugrundelegung der dargestellten Reproduktionsmechanismen ist von einer hohen Perseveranz von Armutslagen auszugehen. Das heißt, der Zusammenhang von Lebenslage, Sozialisationspraktiken und Lebenschancen hat mit relativ großer Wahrscheinlichkeit zur Folge, dass Armut im Sinne einer „Armutsspirale“ vererbt wird.

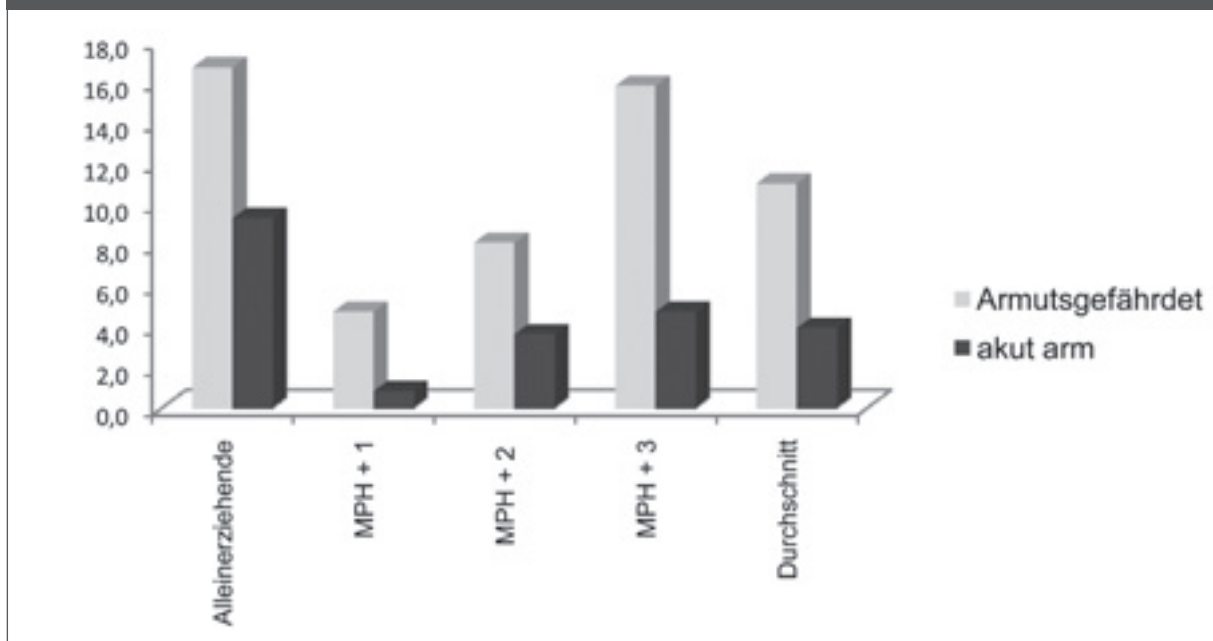
Armut ist hier definiert als eine Lebenslage, die sich durch multiple Deprivationen auszeichnet. Dies entspricht auch der amtlichen Definition von Armut in der EU: Danach ist der Begriff anzuwenden auf Gruppen oder Personen, „die über nur so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar sind“ (Becker/Hauser 2003: 27, Walper 2008: 204 ff., Stumptner 2008). Damit sind auch die verschiedenen Dimensionen angesprochen, in denen sich Armut als Lebenslage ausdrückt:

- a) materielle Dimension (Grundversorgung)
- b) kulturelle Dimension (z. B. sprachliche Kompetenzen)
- c) gesundheitliche Dimension (körperliche Entwicklung)
- d) soziale Dimension (Sozialverhalten der Kinder)

Grundsätzlich können alle Personengruppen von Armut betroffen sein, aber die vorliegenden Untersuchungen bestätigen, dass dies auf Kinder in überdurchschnittlichem Maß zutrifft (vgl. Sozialbericht 2007 – 2008: 237 ff.), ja es wird sogar von einer „Infantilisierung“ der Armut gesprochen (Holz/Hock 2006). In Österreich sind 14 Prozent der männlichen und 16 Prozent der weiblichen Kinder bzw. Jugendlichen unter 20 armutsgefährdet, verglichen mit 12 Prozent der Gesamtbevölkerung. In absoluten Zahlen sind dies 126 000 männliche und 142 000 weibliche Kinder und Jugendliche. Das heißt 28 % der armutsgefährdeten Personen sind Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. (Bugger/Schenk/Bierling-Wagner; vgl. dazu auch Dimmel 2005).

Aus einer sozialisationstheoretischen Sicht verdient die Relevanz der Strukturvariablen Familie für das Auftreten und die Perseveranz von Armut besonderes Interesse (Tabelle 4, Abbildung 9).

Tabelle 4: Armutsrisiken					
	Armutsrisiken nach Haushaltsform (in Prozent)				
	Alleinerziehende	MPH + 1	MPH + 2	MPH + 3	Durchschnitt
Armutsgefährdet	16,7	4,7	8,1	15,8	11,0
akut arm	9,3	0,8	3,6	4,7	3,9
Bugger/Schenk/Bierling-Wagner					

Abbildung 9: Armutsgefährdung Alleinerziehende

Es ist davon auszugehen, dass sich Armut als Sozialisationskontext für Kinder und Jugendliche deutlich auswirkt (vgl. dazu die klassischen Studien von Glen H. Elder: *Children of the Great Depression*, 1974; vgl. weiters McAdoo 1999). Familienarmut zeigt sich in den Rahmenbedingungen und in den Abläufen des Alltagslebens in einer Vielzahl von Details (z. B. in der Wohnsituation – kein eigenes Zimmer; in der Einschränkung der Sozialkontakte – keine Besuche, keine Spielmöglichkeiten; bei Einschränkungen anderer Art: keine Hilfe bei Schulaufgaben; keine gemeinsamen Freizeitaktivitäten etc. (Holz/Skoluda 2004).

Auch hier sollte man sich vor voreiligen Schlüssen hüten, da wir es wiederum nicht mit eindeutigen Kausalitäten zu tun haben. Die letztlich interessierende Persönlichkeitsentwicklung der Kinder hängt von einer Vielzahl intervenierender Variablen ab, darunter nicht zuletzt von ihrer eigenen Wahrnehmung und Reaktionsweise (Eamon 2002). Aber alles in allem sprechen viele Beobachtungen für eine ungünstige Familiendynamik, die sich als Resultat einer Häufung negativer Erfahrungen einstellt (Walper 2008: 211 ff.).

Aber sozialisationstheoretisch interessiert nicht nur die Wechselwirkung zwischen Armut und Sozialisationspraktiken, sondern darüber hinaus der Nexus zwischen Armut und Entwicklung. Es geht dabei um Erklärungen für eine intergenerationelle Übertragbarkeit von Armut, also warum aus Armutslagen mit großer Wahrscheinlichkeit immer wiederum Armut entsteht. Eine gute Erklärung dafür bietet das auf Phillips und Pittman (2003) zurückgehende triarchische Modell (vgl. dazu auch Phillips 2007). Die zur Erklärung verwendete „Triarchie“ besteht aus

- Stigmatisierung/Marginalisierung,
- Beschränkung der Opportunitäten,
- chronischem Stress.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

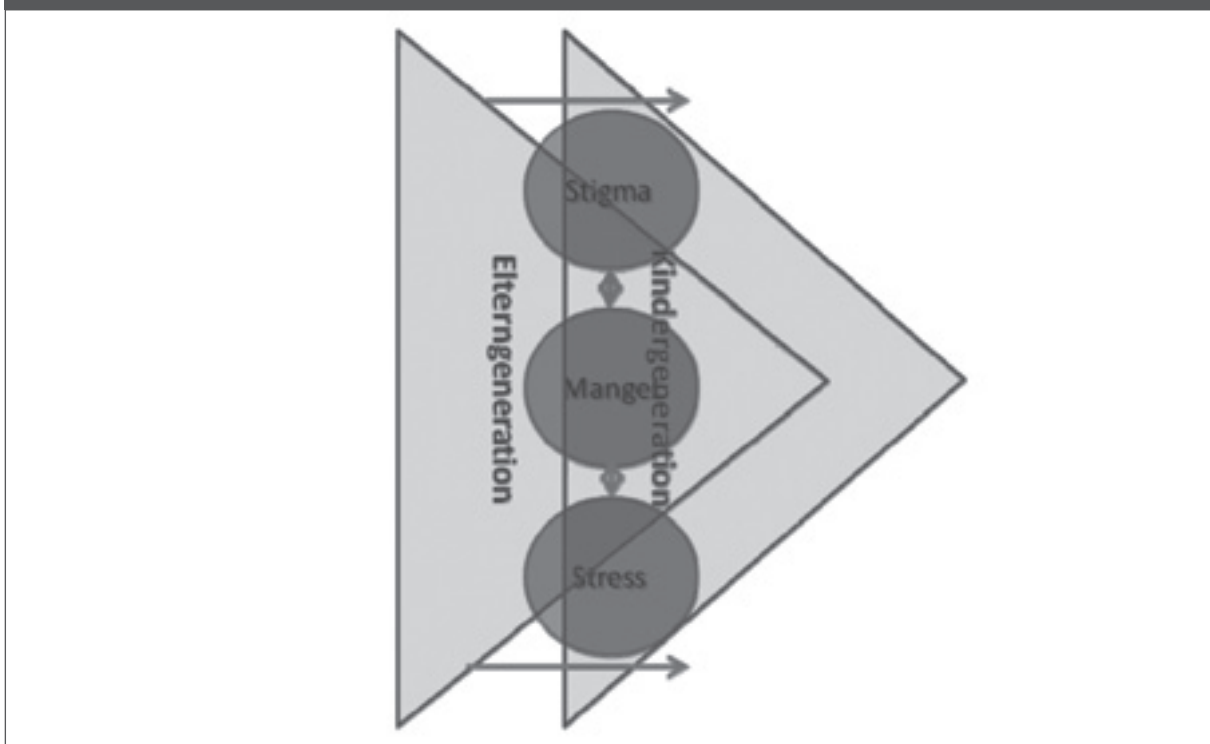
In einer von Leistungsdenken beherrschten Gesellschaft stellt Armut ein Stigma dar, das von den Betroffenen als Schuld und Versagen wahrgenommen und in dieser Form zwischen den Generationen vermittelt wird (Cozzarelli, Wilkinson & Tagler, 2001). Im Lichte des geltenden Wertesystems fällt es Kindern in Armutsfamilien schwer, sich und ihre Eltern in einem positiven Licht zu sehen; sie schreiben sich deshalb häufig den Status von Out-groups oder von Randseitern zu. Dadurch wird der Aufbau stabiler Identitäten in der Persönlichkeitsentwicklung behindert.

Auf Kinder, die in Armut leben müssen, trifft das Konzept des ascribed status (Parsons/ Shils 1967) in besonderer Weise zu: Auch wenn man von aktiv handelnden Individuen ausgeht, bilden sozioökonomische Faktoren einen objektiven Rahmen mit exklusiven und inklusiven Effekten, von denen letztlich die Opportunitätsstrukturen abhängen (Massey/ Gross/Eggers 1991: 397).

Armut bedeutet, einer Vielzahl von Stressoren ausgesetzt zu sein. Insbesondere für Kinder bedeutet das Leben in Armutsfamilien ein beträchtliches Mehr an Konflikten, Aggression, Bedrohungen und Unberechenbarkeiten, die den Alltag beherrschen (Evans/Gonnella/ Marcynszyn/Gentile/Slapekar: 2005).

Die Perseveranz von Armutslagen über die Generationen, die sich aus diesen in drei Clustern zusammengefassten negativen Belastungen ergeben, kann modellhaft wie folgt dargestellt werden (in Anlehnung an Phillips 2007; Abbildung 10):

Abbildung 10: Perseveranz von Armutslagen



1.4 Familie und andere Sozialisationsinstanzen – Konkurrenz oder Kompensation?

Die eingangs gestellte Frage nach der Relevanz von Familie in der Postmoderne betrifft auch ihr Verhältnis zu anderen Sozialisationsagenturen. Wenn diese Beziehung als ein Verhältnis der Konkurrenz oder der Kompensation verstanden wird (ebenso Hopf/Hopf 1997, Rippl 2008: 451), so bedeutet dies, dass Familie und außerfamiliale Sozialisation entweder unterschiedliche, möglicherweise sogar gegensätzliche Ziele verfolgen, die sich zu einem beträchtlichen Teil ausschließen, oder dass beide im Prinzip gleiche Ziele verfolgen und einander dabei mit unterschiedlicher Qualifikation und unterschiedlichem Potenzial ergänzen. Dabei sind die beiden Möglichkeiten nicht als einander ausschließende Varianten zu betrachten, sondern eher als Endpunkte eines Feldes von Möglichkeiten der Kombination von Konkurrenz und Kompensation. Man betrachte etwa die häufig spannungsgeladene Beziehung Familie und Peergroup, die offensichtlich beide Elemente, also Konkurrenz und Kompensation enthält. (vgl. dazu unten 1.4.2; weiters Oswald 1992, Brown/Huang 1995). Das Verhältnis besteht in der Regel in wechselseitigen unmittelbaren oder mittelbaren Interaktionen und ist auf jeden Fall vielgestaltig und alters- bzw. entwicklungsabhängig.

Die strukturfunktionalistische Betrachtungsweise, wie sie lange Zeit herrschend war, geht im Prinzip von einer Ausdifferenzierung der sozialen Realität in getrennte Subsysteme mit jeweils eigenen Sozialisationsverfahren aus. Eine solche Betrachtungsweise ist indes realitätsfremd: In Wirklichkeit verlaufen diese Prozesse nicht nur weitgehend parallel, sondern beeinflussen sich auch gegenseitig. Für die verschiedenen Sozialisationsinstanzen gilt, „dass sie nicht in bestimmter Reihenfolge in Erscheinung treten, vielfach parallel, neben-, durch- oder miteinander existent sind und sich zum Teil phasenweise wechselseitig substituieren“ (Claußen 1996). Sozialisation ist als einheitlicher, aber kumulativer Prozess zu verstehen. Typisch für die gegenwärtige Lage ist, dass die familialen Bezugspersonen relativ früh ihre Monopolstellung verlieren und sich in jeweils unterschiedlichen Konkurrenz- oder Kombinationsverhältnissen befinden. Es mehren sich Anzeichen dafür, dass die Sozialisationsinstanz Familie an normativer Wirksamkeit verliert, während sich Formen von „Fremdsozialisation“ verstärken; dabei ist nicht nur an institutionalisierte Einflüsse in Bildung, Ausbildung, Organisationen etc. zu denken, sondern ebenso an die wachsende Bedeutung von nicht-verwandten Bezugspersonen und -gruppen, wie Freunde und Freundinnen, Freizeitcliquen, Milieus etc. (Hurrelmann 1998, Alt 2005).

In diesem Zusammenhang geht es darum, die jeweils spezifischen Beiträge darzustellen, die von Familien in Konkurrenz mit oder ergänzend zu anderen Sozialisationsagenturen geleistet werden. Dazu wird es nötig sein, auch Überlegungen zur Phasenabhängigkeit der Sozialisation anzustellen. Wenn familiensoziologische Modelle des Familien- bzw. Lebenszyklus zugrunde gelegt werden (vgl. Schneewind 1987, Stary 1989: 432 f., Dimmel/Hagen 2005: 99 ff.), so lässt sich zeigen, dass die jeweilige Phase nicht nur über die Verteilung von Rollen, sondern auch über Art und Intensität der Beziehungen zwischen Familie und außerfamilialer Sozialisation entscheidet. Familie ist kein statisches, aus feststehenden Positionen zusammengefügtes System, sondern ein durchaus dynamisches mit krisenhaften Übergängen, so etwa dem Übergang zur Elternschaft, (s. Brüderl 1989), dem Übergang zum Jugendalter (Sullivan/Sullivan 1980) oder zum „empty nest“.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Systemtheoretisch ist Familie als offenes System aufzufassen, das über vielerlei Verbindungen zur Schule, zur Arbeitswelt, zur Politik, zur „Gesellschaft“ insgesamt verfügt. Es handelt sich dabei um Aspekte einer „soziologischen Ambivalenz der Familie zwischen Privatheit und Öffentlichkeit“ (Böhnisch 2003: 289 f.).

1.4.1 Sekundäre Sozialisation

Vorschulische und schulische Einrichtungen bilden das System der sekundären Sozialisation, mit welchem die Familie durch wechselseitige Einfluss- und Austauschbeziehungen sowie durch gegenseitige Anforderungen und Erwartungen verbunden ist. Der Eintritt von Kindern in diese Erziehungsinstitutionen bedeutet gleichzeitig einen Übergang mit neuartigen Perspektiven und Aufgabenstellungen, die von der Familie bewältigt werden müssen, während sie gleichzeitig neue Formen der Entlastung und Unterstützung erfährt.

Es ist inzwischen wohl herrschende Auffassung, dass die vorschulischen Einrichtungen, insbesondere Kindergärten, nicht nur als Bewahranstalten begriffen werden können, die „als schlechtere, aber notwendige Alternative zur Familienerziehung“ (Löw 2006: 79) Defizite der Familien ausgleichen sollen. Vielmehr ist anerkannt und entspricht wohl auch ihrem Selbstverständnis, dass sie eigenständige und wichtige Beiträge zum Bildungsprozess liefern und damit als weitere Sozialisationsinstanz anzuerkennen sind. Ihr allgemeiner Aufgabenbereich lässt sich dahingehend umschreiben, dass sie Kindern kognitive Anregungen liefern sollen, welche die familiäre Sozialisation ergänzen. Der Kindergarten soll Kinder „in ihren eigenen Sichtweisen und Interessen unterstützen, eigene Erfahrungen fördern, ihnen helfen, verschiedene Möglichkeiten der Einflussnahme auszutesten und das eigene Handeln zu reflektieren“ (L. Krappmann: Bildung als Ressource der Lebensbewältigung, Manuskript 2001: 5; zit. nach Löw 2006: 80). Sozialisations- und Entlastungsfunktion von Vorschuleinrichtungen sind dabei nicht notwendig als gegensätzliche Zielsetzungen zu verstehen: „Darüber dass die Eltern ... institutionell abgesichert für einige Zeit des Tages freigestellt werden, ihre gesellschaftlich notwendigen Aufgaben zu übernehmen und für die Reproduktion der Familie Sorge zu tragen, können Kinder Eltern als Vorbilder für eine eigenständige und verantwortungsvolle gesellschaftliche Existenz erfahren“ (Löw, a. a. O.).

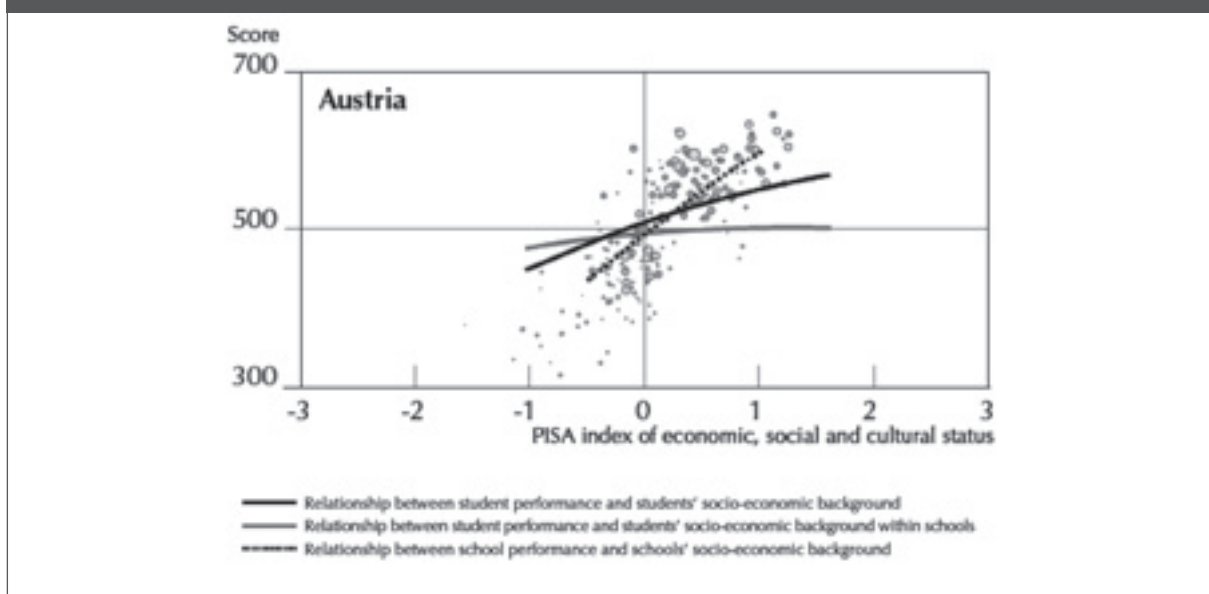
Der Eintritt der Kinder in die Schule als der schon wegen der zeitlichen Dauer bedeutendsten Repräsentantin der sekundären Sozialisation bedeutet für die beteiligte Familie einen als Diskontinuität erlebten Phasenübergang (Griebel/Niesel 2003), der nicht nur eine Neuverteilung von Erziehungs- und damit Sozialisationskompetenzen bedeutet, sondern auch grundlegende Umstellungen in der alltäglichen Abläufen des Familienlebens. In fortgeschrittenen Industriegesellschaften sind Schulen als Arbeitsstätten eingerichtet, welche sich durch eine rigorose und wenig flexible Zeitorganisation auszeichnen (Zeiber 1984), die von nun an den Familienalltag beherrscht. Zu den Schulzeiten kommt der Zeitaufwand für Hausarbeiten sowie für den Schulweg, die zusammengenommen den Raum für familiäre Aktivitäten zunehmend einschränken (Jensen/Saporiti 1992: 62 f.).

Die Einschätzung der Schule als Sozialisationsinstanz ist alles andere als selbstverständlich und entspricht wohl auch nicht dem Selbstverständnis des pädagogischen Personals. Stattdessen werden ihre Aufgaben in erster Linie als Qualifikationsfunktion (Fend 1974: 68 ff.) beschrieben; gemeint ist die Vermittlung der „für die Reproduktion und Wettbe-

werbsfähigkeit einer Gesellschaft notwendigen Fähigkeiten und Fertigkeiten“ (Löw 2006: 83). Erst in zweiter Linie werden Integrations- und Legitimationsfunktionen genannt, die sich auf gesellschaftliche Werthaltungen beziehen. Im Gegensatz dazu wird von der kritischen Bildungssoziologie auf die gegenüber „offiziellen“ Aufgaben der Schule dominierenden Sozialisationsfunktionen im Sinne der sozialen und kulturellen Reproduktion verwiesen (Büchner 1985). Zugespielt könnte man kritisch formulieren, dass die Schule diese ihre eigentliche Funktion auch dann erfüllt, wenn sie die offiziellen Ziele verfehlt. Soziologisch kommt es auf die tatsächlichen und alltäglichen Kommunikationen im Schulleben an, in deren Einflussbereich sich Persönlichkeiten entwickeln. Offenbar existiert in schulisch organisierten Erziehungssystemen ein hidden curriculum (Horn 2003), das hinter der Fassade offizieller Zielbeschreibungen wirkt und z. B. auch zur Verstetigung der Geschlechtsstereotype beiträgt (Löw 2006: 69 f.).

Die Verbindung zwischen familiärer und schulischer Sozialisation vollzieht sich im Wesentlichen in zweifacher Hinsicht: Einmal in den kognitiven Basiskompetenzen von literacy und numeracy, die von der Schule vorausgesetzt werden bzw. auf welche die schulische Wissensvermittlung aufbaut, und zum anderen in den Erwartungen, die von Eltern an die Leistungen der Kinder gestellt werden. Beides korreliert in hohem Maße mit der sozialen Lage der Familie und mit den dadurch induzierten Erziehungsstilen und sorgt damit für die Wirksamkeit der bereits beschriebenen Ungleichheitsmechanismen. Diese Zusammenhänge sind zuletzt durch die PISA-Studien bestätigt worden (vgl. Kränzl-Nagl/Beham). Entsprechend der letzten PISA-Studie erklärt der dort verwendete sozialökonomische Index in Österreich 15,4 Prozent der nach den PISA-Kriterien ermittelten schulischen Leistungen gegenüber 14,4 Prozent im Gesamtdurchschnitt der untersuchten OECD-Staaten. Damit gehört Österreich zusammen mit Deutschland, Frankreich, den USA, dem UK u. a. zu den Ländern mit dem stärksten Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildung (PISA 2006, Analysis; Abbildung 11).

Abbildung 11: PISA – ESC-Index



PISA 2006: Science Competencies for Tomorrow's World, Vol. 1 © OECD 2007

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Schulische Leistungsanforderungen einerseits und Leistungsorientierungen der Eltern andererseits wiederum sind Ursachen häufiger familiärer Konflikte. Dies deutet darauf hin, dass die „Passung“ zwischen schulischem und familialem System mangelhaft ist (Ecarius 2007).

1.4.2 Peergroups

In Peergroups oder Gleichaltrigengruppen vollzieht sich eine weitere Form außerfamiliärer Sozialisation, die parallel und teilweise überschneidend mit dem Eintritt in die vorschulische und schulische Erziehung stattfindet. Als Peergroups werden dabei die „losen Gruppen von etwa Gleichaltrigen bezeichnet, die als typische Gesellungsform die Sozialwelt der Kinder und Jugendlichen kennzeichnen“ (Rendtorff 2003: 142, Härtwig 2004: 65). Die wichtigste Funktion der Peergroups besteht darin, dass sie ein Gegenmodell zur Eltern-Kind-Beziehung bieten, welches einen anderen Typus als familiäre Beziehungen darstellt. Peergroups gelten somit auch als eigene Sozialisationsinstanz, die Normen und Werte der Gesellschaft den heranwachsenden Kindern vermittelt. Hier muss das Kind Zugehörigkeit und Status „verdienen“ und „rechtfertigen“, muss sich selbst Anerkennung verschaffen. Zudem müssen die Heranwachsenden die Beziehungen innerhalb ihrer Gruppe oder Clique selbständig regeln. Neben Zugehörigkeit und Status und der Erfahrung, dass es nicht immer gelingt, „in eine (attraktive) Clique hinein zu kommen“, lernen die Kinder hier in der Auseinandersetzung mit ihren Freunden ein gruppenspezifisches Normen- und Regelsystem zu schaffen. Hierbei machen die Kinder die Erfahrung, „dass außerhalb von Familie und Schule andere Regeln und Anforderungen wirksam sind. Dies wendet den Blick von partikularistischen hin zu universalistischeren, mehr generalisierenden Handlungsorientierungen, die für ein Überleben in der Gesellschaft unbedingt erforderlich sind. Insofern repräsentiert die Gleichaltrigengruppe aufgrund der in ihr möglichen und nötigen sozialen Erfahrungen die wichtigste Sozialisationsinstanz neben Familie und Schule“ (Dröbler 2002: 66). Bei der notwendigen Ablösung der Kinder von den Eltern sind die Gleichaltrigen, speziell die Freunde, von großer Bedeutung, weil die besondere Struktur dieser Beziehung auch besondere Herausforderungen an das Kind stellt. Während die Beziehung des Kindes zu seinen Eltern im Wesentlichen durch hierarchische Strukturen charakterisiert ist, sind Freundschaftsbeziehungen – in denen sich in der Regel Gleichaltrige desselben Geschlechts zusammenfinden – eher durch Gleichheit, Gleichrangigkeit und Gegenseitigkeit gekennzeichnet. Die Aufgaben bzw. Leistungen von Peers kann man wie folgt zusammenfassen:

- Peers geben Anstöße zur kognitiven Entwicklung, indem sie mithelfen, den Egozentrismus des Kindes zu überwinden,
- Peers sind ein Ort der Herausforderung und ein Übungsfeld für sich entwickelnde soziale Verhaltensweisen,
- Peers liefern aufgrund der Ähnlichkeit und Gleichrangigkeit der Kinder Verhaltens- und Bewertungsstandards und bieten damit eine Orientierungssicherheit,
- Peers sind eine Quelle der Anerkennung, aber auch der Kritik und Zurückweisung und ermöglichen dem Kind, ein realistisches Selbstbild zu entwickeln,
- Peers tragen dazu bei, sich Maßstäbe zu erarbeiten und Normen vereinbaren zu können, und helfen dem Kind, moralische Standards zu entwickeln, die an den Prinzipien der Gleichheit, Wechselseitigkeit und Fairness orientiert sind (Valtin/Fatke IFP).

Peergroups stellen damit eine wesentliche Sozialisationsinstanz dar, die für die kognitive, soziale und moralische Entwicklung des Kindes eine wichtige Rolle spielen (Youniss 1982, Krappmann 1991).

Vielfach bilden sich Peergroups entlang von Nachbarschaftsbeziehungen und bilden zusammen mit diesen als *shared environment* einen sozialen Kontext, der die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen nachhaltig prägt, und zwar auf verschiedene Weise: Nachbarschaftsumgebungen schaffen bzw. beschränken Gelegenheiten für Kontakte und bestimmen damit das Ausmaß von Lernmöglichkeiten. Kinder betreten darin ein neues Feld sozialer Beziehungsformen, in denen sie sich interaktiv Bedeutungen, Regeln und Werte aneignen und damit zu gesellschaftlichen Subjekten werden (De Visscher/Bouverne-De Bie 2008).

Die Beziehung zwischen Peers und Familien sind nicht spannungsfrei und stellen die Familie vor schwierige Transformations- und Vermittlungsaufgaben (Nolteernsting 1998, Ecarius/Fuchs/Wahl 2008). Andererseits spielt sich die Vergesellschaftung in Peergroups in der Regel im gleichen Milieu ab, dem auch die Familien angehören, so dass die Einübung eines milieuspezifischen Lebensstils ein gemeinsames Sozialisationsziel darstellt. In diesem Zusammenwirken entsteht jene Matrix an Verhaltensstandards, Einstellungen, Geschmackspräferenzen, die Bourdieu „Habitus“ nennt (Wacquant 1996: 37).

So gesehen ist es nicht sinnvoll, Peers und Familien als Antagonisten im Sozialisationsprozess zu sehen.⁶ In Wirklichkeit ergänzen sie sich altersabhängig. Dabei verweisen die maßgeblichen Faktoren (Sozialstatus und Lebensstil der Familie, Wohnort bzw. Wohngegend, Nachbarschaft, Auswahl von Freunden, Art der gemeinsamen Aktivitäten) wechselseitig und zirkelartig aufeinander.

1.4.3 Berufliche Sozialisation

Die berufliche Sozialisation bezeichnet ein weiteres Feld außerfamilialer Sozialisation, zu der die Familie in konkurrierenden und kompensierenden Beziehungen steht. Diese Beziehungen bilden einen Teil des komplexen und spannungsgeladenen Verhältnisses von Arbeits- und Familienwelt, deren Abgrenzung im Übrigen immer weniger eindeutig ist. Dabei geht es keineswegs um ein Verhältnis zwischen gleichrangigen Akteuren, sondern diese komplizierten Wechselbeziehungen stehen überall und so auch hier im Banne eines „durchschlagenden Primats der Wirtschaft und des Marktprinzips über alle anderen gesellschaftlichen Systeme“. Vermittels dieses ungleichgewichtigen Verhältnisses strahlt die Berufs- und Arbeitssphäre auf die Familie aus und transportiert dadurch Veränderungen des Arbeitslebens (z. B. Erosion der Normalarbeitsverhältnisse, Prekarisierung der Arbeit, Veränderungen in der Arbeitszeitgestaltung etc.; vgl. Jurczyk/Lange 2006) in die Familiensphäre. Es ist also von einer übergeordneten Bedeutung ökonomischer Determinanten auszugehen, denen Familien unterliegen.

⁶ So etwa Judith Harris in ihrem Buch „The Nurture Assumption“ (New York 1998), dessen provokante Thesen eine nachhaltige Diskussion ausgelöst haben. Im Kern behauptet die Autorin, dass die persönliche Entwicklung von Kindern stärker durch Peers (als *non-shared environment*) als durch Eltern (als *shared environment*) beeinflusst wird. Zur Diskussion s. Collins/Maccoby/Steinberg/Hetherington/Bornstein 2000, Iervolino/Pike/Manke/Reiss/Hetherington/Plomin 2002).

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

In diesem Zusammenhang geht es dabei um zwei Problemkreise bzw. Perspektiven, die verkürzend auch als „Sozialisation im Beruf“ oder „berufliche Sozialisation“ i. e. S. und „Sozialisation in den Beruf“ bezeichnet werden.

Bei der „Sozialisation im Beruf“ geht es um die Prägung der Persönlichkeit durch Arbeit, die in Wechselwirkung mit familiärer Sozialisation stattfindet (Pätzold 1988: 274 ff.). Zur soziologischen Analyse dieser Sozialisationsaspekte stehen im Wesentlichen zwei konkurrierende Ansätze zur Verfügung (Heinz 1995: 47 ff.). Dabei erklärt das rollentheoretische Konzept eigentlich mehr die organisationale Sozialisation, also die Entstehung von „organizational men“ (Whyte jr 1957); diese so verstandene organisationale Sozialisation stellt sich im Ergebnis als ein Modus-vivendi-Konstrukt dar. Dagegen berücksichtigt der interaktionstheoretische Ansatz auch die Beziehungen und Spannungen zwischen den unterschiedlichen Lebenswelten, also insbesondere zwischen Ausbildungs- und Arbeitsstrukturen und Elternhaus und Schule, die in die Persönlichkeitsentwicklung eingehen. (Hoff 1985, Friebel 1990, Hurrelmann 1998: 398 ff.)

Bei der „Sozialisation in den Beruf“ geht es um die so genannten Berufsfindungsprozesse, die vor der eigentlichen Berufstätigkeit und in wesentlichen Teilen im Familienrahmen stattfinden und die darum als „antizipatorische Sozialisation“ bezeichnet werden. Die Berufsfindung gehört zu den von Havighurst (Havighurst 1981) genannten Entwicklungsaufgaben von Jugendlichen (Abels 1993: 263) und findet zwischen dem 12. und 17. Lebensalter statt. Beobachtungen zeigen, dass diese Berufswahl sich typischerweise zunächst im Bereich der Phantasie und der Wunschvorstellungen bewegt und dann allmählich an die Realität und die Chancenstrukturen der Arbeitsmärkte annähert (Ginzberg et al. 1951, Ernst 1996: 16 ff., Mürner 2007: 89). „Die von den Jugendlichen beim Übergang in den Arbeitsmarkt erfahrene Konfrontation mit den Selektionskriterien und Anforderungen der Ausbildungsbetriebe leitet offensichtlich einen Prozess der beruflichen Sozialisation ein, durch den die Realisierung des Lebensentwurfes eng mit konventionellen, d. h. aber illusionslosen Zukunftserwartungen verknüpft wird“ (Friebel 1985: 150).⁷ Die antizipatorische Sozialisation ist dabei als Teil der geschlechts- und schichtspezifischen Sozialisation in Familie und Schule anzusehen, aus der letztlich auch Berufsziele hervorgehen.

Auch die Berufswahl ist im Sozialisationskontext zu erklären. Sie weist in gleicher Weise das typische Zusammenwirken persönlicher und gesellschaftlicher Momente auf, die gelegentlich als endogene und exogene Faktoren bezeichnet werden (Pollmann 1993: 21 ff.). Zu einem großen Teil spielt sich auch die Berufswahl im Einflussbereich der primären Sozialisation ab, ebenfalls wieder in Konkurrenz mit außerfamilialen Sozialisationsinstanzen (Schule, Freunde, Medien etc.). Es handelt sich dabei um einen komplexen, in den biographischen Entwicklungszusammenhang eingebetteten Vorgang. Die Berufswahl ist keine punktuelle Entscheidung, sondern stellt eine Sequenz von Entscheidungen dar, die nur beschränkt korrigierbar sind und den Möglichkeitshorizont zunehmend einschränken (Kahl 1981: 89). Nachdem der Beruf nach wie vor einen der maßgeblichen Statusallokatoren bildet, ist die Berufswahl nicht nur als individueller Entscheidungsprozess mit mehr oder weniger weitgehenden Wahlmöglichkeiten aufzufassen, sondern zugleich auch als Allokationsprozess (Stangl 1997). Die intergenerationelle Transmission von Status (von der

⁷ Immerhin behaupten in der ÖGJ-Studie aus dem Jahr 2005 nahezu 90 Prozent der befragten Jugendlichen, dass ihre Arbeitstätigkeit dem ursprünglichen Berufswunsch entspricht.

Hagen-Demsky 2006: 119) bestimmt sich nicht nur durch Wahlhandlungen der Individuen, sondern zugleich und vor allem aus objektiven Arrangements von Möglichkeiten und Gelegenheiten.

Wie eine Vielzahl von Untersuchungen belegt, spielt in dieser „Verortung und Vererbung der sozialen Position“ der elterliche Einfluss eine bedeutsame Rolle. Eltern als Sozialisationsagenten sind es, die konkrete Berufsvorstellungen in ihre Kinder implementieren und damit ihre spätere Laufbahn festlegen (von der Hagen-Demsky 2006: 66, Mau/Bikos 2000, Beelmann 2006). Trotz dieser hohen Evidenz ist im Detail vieles zweifelhaft. Obwohl es sich dabei offensichtlich um einen Schlüsselprozess in der Übertragung sozialer Strukturen handelt, gibt es dazu in Österreich – im Gegensatz zu Ländern wie den USA (vgl. die Übersicht bei Whiston/Keller 2004) – keine umfassenden oder systematischen Untersuchungen. Die Berufswahlsituationen in den verschiedenen Ländern differieren zwar stark, jedoch spricht nichts gegen die Verwendung von Theorien und Modellen, die dort entwickelt worden sind.

Die Untersuchung der Berufs- bzw. Karriereentscheidung im Sozialisationszusammenhang wirft wegen der Komplexität der Fragestellung und der Vielzahl der zu beachtenden Faktoren besondere theoretische und methodische Schwierigkeiten auf, zu deren Bewältigung teilweise aufwendige Modellierungen (z. B. Mehrebenenanalysen, Kausalanalysen, Strukturgleichungen (vgl. dazu Swaim/Bates/Chavez 1998) entwickelt worden sind. Ein spezifisches Problem besteht darin, dass der elterliche Einfluss sich nur zum geringeren Teil in einer direkten und beobachtbaren Form abspielt; also etwa in expliziten Anordnungen, Vorschlägen, Empfehlungen oder auch in direkten Interventionen (z. B. bei der Vermittlung von Lehrstellen (Meister/Meier 2004: 148, ÖIJ 2007: 28 f.). Daraus wird auch eine Befragung von Berufsschülern verständlich, wo das Frage-Item „Eltern wollten diese Berufswahl“ sich offensichtlich auf eine solche direkte Einflusskategorie bezieht (s. Tabellen 5):

Tabelle 5: Berufswahl 1

Fragen zu Berufswahl und Berufsorientierung (Angaben „JA“ in Prozent)				
Schultyp	Beruf war immer schon Wunsch	Eltern wollten diese Berufswahl	Wahl wegen guter Berufsaussichten	Jemand aus der Familie übt diesen Beruf aus
	1	2	3	4
PTS einschl	52,80	12,30	56,60	37,70
PTS n. einschl.	39,00	11,00	54,00	35,00
HS	60,70	16,10	55,40	41,10
HASCH	55,70	14,30	48,60	45,70
HAK	48,60	8,90	52,10	36,30
AHS	42,90	9,20	58,30	41,70
HTL	22,20	8,30	52,80	47,20
HBLA/HLW	41,50	11,30	56,60	37,70
wirtsch. FS	52,40	11,90	50,00	57,10
Gesamt	46,60	10,50	54,40	40,20

(aus: ibw 2003: 41)

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Der maßgeblichere Teil des elterlichen Einflusses verbirgt sich vermutlich in der Herausbildung des unter Spalte 1 abgefragten Berufswunsches. Auf jeden Fall ist die starke Korrelation zwischen Spalte 1 und 2 auffallend (Tabelle 6):

	1	2	3	4
Beruf war immer schon Wunsch	1			
Eltern wollten diese Berufswahl	0,78	1		
Wahl wegen guter Berufsaussichten	-0,14	-0,15	1	
Jemand aus der Familie übt diesen Beruf aus	0,03	0,10	-0,56	1

Damit übereinstimmend zu deuten ist der zunächst paradoxe Befund, dass Eltern, wenn dazu befragt, ihren Einfluss als eher bescheiden einstufen. In einer amerikanischen Studie beurteilten 38,5 Prozent der befragten Eltern ihren Einfluss auf die Berufs- bzw. Studienwahl ihrer Kinder als gering bis sehr gering, dagegen nahmen lediglich 15,8 Prozent einen sehr großen Einfluss an (vgl. Taylor/Harris/Taylor 2004). Die Erklärung dieses Phänomens wird je nach sozialer Lage unterschiedlich ausfallen müssen: Sie kann einerseits als Ausdruck einer fatalistischen Haltung in unteren Sozialschichten angesichts geringer Aufstiegsmöglichkeiten gedeutet werden (Wentling/Wright 1999), andererseits gerade als Beweis für eine starke Aufstiegsorientierung in mittleren und oberen Schichten, die mit einer entsprechenden Bewertung von Autonomie und Selbstentscheidungsfähigkeit in der Erziehungs- und Sozialisationspraxis einhergeht.

Die theoretische Diskussion kann man in diesem Punkt dahingehend zusammenfassen, dass der stärker entscheidende Anteil am elterlichen Einfluss impliziter und nicht-intentionaler Natur ist. Auch wenn explizite Anstrengungen, Interessen zu wecken, Motivationen zu schaffen, Kontakte zu vermitteln und Unterstützung zu bieten, nicht unterbewertet werden sollen, sind doch nachhaltigere und insgesamt stärkere Einflüsse aus der Übernahme von Rollenvorbildern und von Haltungen aus dem Alltagsdiskurs der Herkunftsfamilie anzunehmen (vgl. Frigo/Bryce/Anderson/McKenzie 2007: 5 f.). Es ist damit durchaus gerechtfertigt, die Berufswahl als ein „Familienprojekt“ aufzufassen, als ein Co-Konstrukt zwischen Eltern und Kindern (vgl. Young 2005), das in Wechselbeziehungen zu außerfamiliären Einflussfaktoren (z. B. Peers) zustande kommt.

1.4.4 Medien

Die Familie ist bei der Erbringung ihrer Sozialisationsleistungen keineswegs autonom, ja ihre Beiträge sind vielfach nicht einmal originär. Familien sind Teil einer Kommunikationskette mit einem Überangebot an Informationen und Eindrücken (Gitlin 2002), die über sie hinweg oder durch sie hindurch gehen und in denen sie nur eine Filterrolle oder die eines Gatekeepers spielen können. Wie uns die moderne Kommunikationstheorie allerdings belehrt, werden Informationsinhalte von den Rezipienten nicht einfach passiv übernommen, sondern sind Gegenstand vielfältiger Diskurse (z. B. innerhalb von Familien oder zwischen Freunden und Gleichaltrigen), von denen letztlich ihre Wirkungsweise abhängt.

Dass Medien, insbesondere das Fernsehen, eine wichtige Rolle im familialen Alltag spielen, ist offensichtlich. Mit Hilfe der Medien gestalten die Familien ihre alltägliche Lebensführung: „Medien sind Bestandteil dieses organisierten Alltags. Sie bieten Anlässe der Strukturierung und der Entspannung und können so die Akteure entlasten. Ebenso liefern sie Stoff für Diskussionen, Streit und Polarisierungen. Medienthemen und der Medienumgang sind Material für die sozialen Beziehungen und die Kommunikation der Familienmitglieder untereinander – entweder für die Herstellung von gemeinsam geteilten Erfahrungen oder für die Austragung von Spannungen und Streitpunkten“ (Lange 2007: 41 f.). Das Ausmaß des Mediengebrauchs bestätigt diese Feststellung. Dabei sind die österreichischen Kids, was die Frequenz der Nutzung anbelangt, noch weit von ihren Altersgenossen in den USA entfernt (vgl. dazu Roberts/Foehr/Rideout 2005).

Zahlen für Österreich ergeben sich aus der nachfolgenden Zusammenstellung (Tabelle 7):

Tabelle 7: Zeitrahmen für TV		
Aufgewendeter Zeitrahmen für Fernsehen oder Videos während der Woche und am Samstag (Allgemeiner Kinderfragebogen n = 2 745)		
Wie lange siehst Du normalerweise fern oder Video?	an einem Wochentag (in Prozent)	an einem Samstag (in Prozent)
gar nicht	6,0	7,5
eine halbe Stunde	15,3	8,5
eine ganze Stunde	27,2	15,6
zwei Stunden	25,4	23,2
drei Stunden	10,6	17,2
mehr als drei Stunden	15,5	28,0
	100,0	100,0
(aus Gunz/Ortmaier 1994)		

Die Dauer des TV-Konsums beträgt wochentags bei über der Hälfte der Kinder mehr als zwei Stunden täglich, an Wochenenden beträchtlich mehr. Zu Computer- oder Videospiele greifen 22 Prozent der befragten Kinder fast täglich (a. a. O.). Auf der Grundlage des Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts wurde ermittelt, dass Fernsehen inzwischen die häufigste Freizeitaktivität darstellt.

PC und Internet-Nutzung sind in den letzten Jahren auch in Österreich stark angestiegen. Dabei steht die Frequenz der Internetnutzung im umgekehrten Verhältnis zum Alter; allerdings holen die älteren Jahrgänge zunehmend auf (s. Tabelle 8):

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Tabelle 8: Internetnutzer

Internetnutzer in Prozent aller Personen					
Personen nach Altersklassen	2002	2003	2004	2005	Steigerung (in Prozent)
16–24 Jahre	62	67	78	84	35,5
25–34 Jahre	47	57	73	76	61,7
35–44 Jahre	44	51	59	65	47,7
45–54 Jahre	32	36	47	52	62,5
55–64 Jahre	15	21	27	27	80,0
65–74 Jahre	3	4	9	9	200,0
Durchschnitt	34	39	49	52	52,9

(aus: Geserick 2005)

Die Medienkonsummuster verändern sich unter dem Einfluss der intensiven Konkurrenz der Anbieter fortlaufend. Soweit ein Trend erkennbar ist,⁸ verläuft er zu Ungunsten der TV-Anteile und zu Gunsten des Internets, wobei dieser Trend offensichtlich durch die Interaktivität des Letzteren begünstigt wird (vgl. Petzold 2006).

Für die Beurteilung der sozialisierenden Wirkungen ist auch die Kenntnis der kindlichen Präferenzen erforderlich. Aus der Untersuchung von Gunz und Ortmaier ergibt sich folgende Rangfolge des Fernsehkonsums: 1. Zeichentrickfilme, 2. Vorabendserien, 3. Kindersendungen, 4. Werbung.

Falls den Eltern tatsächlich eine Gatekeeperfunktion zukommt, müssten sie sowohl auf die Zeiten wie auch auf die Inhalte Einfluss nehmen. In beiderlei Hinsicht sind Zweifel angebracht. Gunz und Ortmaier (1994: 272 ff.) berichten dazu von beträchtlichen „Wahrnehmungsdifferenzen“.

Legt man den in der kommunikationstheoretischen Wirkungsforschung entwickelten DTA-Ansatz (vgl. Paus-Hasebrink o. J.) zugrunde, so hängen die sozialisierenden Effekte von interpersonellen Kopplungen ab. In diesem Fall wäre also zu klären, inwieweit virtuelle Erfahrungen tatsächlich in den familiären Diskurs zwischen Eltern und Kindern eingehen. Offenbar ist das nur zum geringeren Teil der Fall, denn auf die Frage, mit wem Kinder über das Gesehene oder Gehörte reden, wird die Familie erst an zweiter Stelle (nach den Freunden) genannt. Tatsächlich hat sich – wiederum in Abhängigkeit von sozialen Statusvariablen – in vielen Haushalten eine Zone kindlicher Selbstbestimmung etabliert, die gegenüber elterlichen Einflüssen weitgehend abgeschirmt ist. Mediennutzung spielt sich dann nicht mehr in Form gemeinsamer Familienerlebnisse ab, sondern im Kinderzimmer, dem „mit TV, Computer, Internet, HiFi-Anlage usw. medial am besten ausgestatteten Zimmer“ (S. Schneider 2000: 19). Aber selbst wenn Familien dem Rat von Pädagogen folgen, Medienkonsum in verstärktem Maße als gemeinschaftliches Erlebnis zu gestalten bzw. Inhalte vermehrt zum Gegenstand innerfamiliärer Diskussionen zu machen, so könn-

⁸ Man vergleiche dazu die regelmäßig durchgeführten ARD-ZDF-Online-Studien (<http://www.ard-zdf-onlinestudie.de>).

te eingewendet werden, dass die Mainstreaming-These, wonach der Konsum der gleichen Medien zur Nivellierung von Einstellungsunterschieden und zu einer Konvergenz der Standpunkte führt, auch im Verhältnis Eltern – Kinder Gültigkeit haben könnte.

Man wird danach zur Kenntnis nehmen müssen, dass Medien zu selbstständigen, mit den Familieninstanzen konkurrierenden und sie zumindest partiell verdrängenden Sozialisationsformen geworden sind, die ernst zu nehmende wert- und verhaltensnormierende Effekte haben. Das trifft insbesondere auf das (zunehmend kommerzialisierte) Fernsehen zu („Fernsehsozialisation“ – vgl. Boeckmann/Hipfl 1989). Damit schalten sich Medien und in besonderem Maße „Neue“ Medien aktiv in die Prozesse der Rollenübernahme und Identitätsbildung von Kindern und Jugendlichen ein (Aufenanger 1990, Barthelmes/Sander 1990). Inwieweit Fernsehen sozialisatorisch wirkt, hängt natürlich von den Inhalten und ihrer Vermittlung ab. Was Kinder- und Jugendsendungen anbelangt, liegt mittlerweile eine Reihe von Forschungsergebnissen vor (vgl. Neumann-Braun 1991, Paus-Hasebrink 1991, Schorb 1991). Besonderes Interesse verdienen die nachmittägigen Talk-Shows, die von Privatsendern ausgestrahlt und auch in Österreich empfangen werden. In diesen Sendungen geht es vorwiegend um Problem- und Konfliktfälle, auch solche familiärer, partnerschaftlicher oder sexueller Art, die in Form eines öffentlichen Talks abgehandelt werden und in denen auch Verhaltensanweisungen und Lösungsmuster angeboten werden (vgl. Schneider 2000). Ihre Attraktivität für ein vorwiegend jugendliches Publikum lässt sich wohl z. T. aus der verblassenden Autorität herkömmlicher Sozialisationsinstanzen erklären.

Bei der Nutzung von neuen Medien ergibt sich häufig eine spezifische Form von „retroaktiver Sozialisation“, bei welcher Kinder umgekehrt Auffassungen, Einstellungen und Verhalten der Erwachsenen verändern und bei der Gestaltung des Alltags die Initiative ergreifen. Mit einer solchen Umkehrung von Lernen und Verhaltensbeeinflussung ist im Modell interaktorischer Sozialisation stets zu rechnen: *“Children – perhaps because of natural abilities, motivation, curiosity, or social skills – elicit certain responses, behaviors, interactions, and encouragement from parents. In essence, children shape the parents’ behavior and thereby facilitate their own development”* (Okagaki/Sternberg 1991: 118; vgl. weiters Pettit/Lollis 1997). Im Fall der neuen Medien hängt dies sicherlich damit zusammen, dass der beschleunigte technische Wandel Kinder begünstigt, die daraus neue Kulturtechniken für Kommunikation und Freizeit entwickeln und damit im Verhältnis zur älteren Generation Kompetenzvorsprünge erlangen (Gerber/Wild 2006: 31 f.). Neuere Studien in den USA haben gezeigt, dass diese Internet-Kids durch ihre Media Literacy häufig den Rang von Technologieexperten erlangen, welche die neuen Kommunikationsformen in die Familien vermitteln (Ito et al. 2008: 24).

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass aufgrund der vorliegenden Forschungen die sozialisierenden bzw. desozialisierenden Wirkungen der Neuen Medien (unter Einschluss der gesamten Games-Kultur) und ihr Einfluss auf das Familienleben nicht eindeutig beurteilt werden können. Einerseits gibt es die Beobachtung, dass die intensive Nutzung derartiger Medien auf Dauer eine Einschränkung der Kontakte mit Familienmitgliedern und Freunden mit sich bringt und damit tendenziell zu sozialer Isolation führt (National Institute on Media and the Family). Dabei handelt es sich offensichtlich um eine modifizierte Fortführung älterer Theorien vom „neuen Sozialisationstyp“ (Häsing/Stubenrauch/

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Ziehe 1981). Andererseits wird auf das erzieherische und kreative Potenzial sowie auf die partizipative Struktur der neuen Medienkultur verwiesen (Gee 2003, Shaffer et al. 2005), die auch gesellschaftliche Verantwortung und Engagement fördern können (Kahne/Middaugh/Evans 2008). Die Vermutung liegt nahe, dass die Streuung der Effekte von sozialstrukturellen Variablen (Einkommen, Status, Bildung der Familie etc.) abhängt, oder anders ausgedrückt, dass wir es hier abermals mit einer gesellschaftlichen Spaltung zu tun haben, in diesem Fall mit einer „digital divide“ (Mossberger/Tolbert/McNeal 2008).

1.4.5 Politische Sozialisation

Versteht man politische Sozialisation nicht in einem – etwa parteipolitisch – eingeschränkten, sondern im umfassenden Sinn, so umfasst sie „alles politische Lernen, formell und informell, gezielt und ungeplant, in jeder Lebensphase; sie schließt nicht nur das explizite politische Lernen ein, sondern auch das nicht so bezeichnete nicht-politische Lernen, welches das politische Verhalten beeinflusst, z. B. das Erlernen politisch bedeutsamer sozialer Einstellungen und den Erwerb politisch relevanter Persönlichkeitsmerkmale“ (Greenstein 1968, Rippl 2008: 443). Das spezifische Feld, auf das sich diese Sozialisationsprozesse beziehen, und damit das eigentlich Politische ist zutreffend charakterisiert worden als „Auseinandersetzung mit Macht, Herrschaft und Interessendurchsetzung in öffentlichen Zusammenhängen“ (Rippl 2008: 443). Politische Sozialisation lässt sich kaum wertfrei konzipieren; sie steht über mehrfache Kopplungen mit der Vermittlung von Werthaltungen, also der moralischen Sozialisation in Verbindung und orientiert sich, wie politische Bildung im engeren Sinn, an Leitwerten wie etwa Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten (Filzmaier 2002). Politische Sozialisation in dem angegebenen weiten Sinn vollzieht sich zu einem beträchtlichen Teil als „latente“ Sozialisation, d. h. im Wege der im Kindes- oder Jugendalter stattfindenden Ausprägung einer spezifischen Persönlichkeitsstruktur, die bestimmte politische Haltungen begünstigt. So wird etwa von Hopf (1993) der Nachweis geführt, dass defizitäre Bindungsformen zwischen Kindern und deren primären Bezugspersonen zu einem problematischen Umgang mit Aggressionen führen, die sich in gewaltbejahenden und ethnozentrischen Orientierungen äußern können (s. Rippl 2008: 445 f.).

Wir haben es hier abermals mit einer typischen Konkurrenz- und Kompensationssituation von Familie, Schule, Gleichaltrigen und Medien zu tun (vgl. Geißler 1996). Die Verteilung der Gewichte innerhalb der verschiedenen Instanzen ist in hohem Maße phasenabhängig. Der besondere Part, den die Familie in diesem Kontext spielt, erhellt sich aus der Tatsache, dass in der Adoleszenzphase nachhaltige Weichenstellungen für die weitere Entwicklung stattfinden (vgl. Reinders 2003).

Die Korrelationen zwischen politisch-sozialen Einstellungen von Eltern und Kindern bzw. Jugendlichen weisen einen Determinationskoeffizienten von rund 0.30 auf. Daraus kann auf eine gewisse Modellwirkung der Elterngeneration geschlossen werden, wenngleich hier die Einflüsse zusätzlicher Kovariaten und insgesamt einer Wechselwirkung zwischen den beteiligten Akteuren angenommen werden muss. Zuverlässigere Aussagen erlauben Längsschnittstudien, wie sie etwa in Bezug auf die Entstehung und Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen durchgeführt worden sind (Hofer/Noack/Oepke/Buhl/Wild 1998). Dadurch konnten systematische Effekte in der Transmission von Toleranz bzw. Intoleranz zwischen den Generationen nachgewiesen werden (Noack 2006: 76 ff.). In diesem Zusam-

menhang ist eine mitteldeutsche Untersuchung erwähnenswert, die zwar nur regional beschränkte Aussagefähigkeit besitzt, aber dennoch vermutlich typische Verläufe intergenerationeller und intragenerationeller Sozialisationen erkennen lässt (Urban 2000). Darin wurden Mutter-Kind-Dyaden anhand entsprechender Indikatoren auf das Vorliegen xenophober Haltungen getestet, und zwar an zeitlich verschiedenen Messpunkten. Das Ergebnis sieht " in angepasster und etwas vereinfachter Form " wie folgt aus (Abbildung 12):

Abbildung 12: Vererbung xenophober Haltungen



Man erkennt darin den starken Einfluss primärer Sozialisationseffekte, die sich allerdings mit zunehmendem Alter im Sinne eines Sleeper-Effekts allmählich abschwächen. Dies kann so interpretiert werden, dass die zunächst in der Eltern-Kind-Interaktion generierten politischen Einstellungen sich verstetigen und gleichzeitig verselbstständigen. Insgesamt entsteht dadurch der Eindruck einer relativ hohen Stabilität derartiger Haltungen, was allerdings Abschwächungen bzw. Verstärkungen unter dem Einfluss von Umgebungsvariablen (Arbeitsmarkt, wirtschaftliche Lage, politisches System etc.) nicht ausschließt.

Falls ein entsprechender Einfluss der Herkunftsfamilien für die Ausbildung politischer Einstellungen angenommen werden kann, müsste er sich im Generationentransfer politischer Zugehörigkeiten, oder anders ausgedrückt, in der Bildung politischer Lager auswirken. Tatsächlich wurde die politische Landschaft Österreichs bis in die 70er-Jahre hinein durch ausgeprägte Lagermentalitäten beschrieben, also einer Quasi-Vererbbarkeit von Politik über die Generationen (dazu Hagen 1977: 125. Siehe Tabelle 9).

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Tabelle 9: Parteipräferenzen 1

Parteipräferenzen im Generationenwechsel:			
Kinder	Parteipräferenzen des Vaters (in Prozent)		
	1	2	3
SPÖ	79	17	25
ÖVP	12	69	33
FPÖ	2	2	21

1 = Sozialdemokraten
2 = Christlich-Soziale
3 = Deutsch-Nationale

Die politische Entwicklung seit den 70er-Jahren ist durch eine weitgehende Erosion dieser politischen Lager gekennzeichnet (Naßmacher 2000: 22). Neuere Untersuchungen zeigen jedoch, dass es einen derartigen Generationentransfer im Sinne einer „political transmission“, wengleich in abgeschwächter Form, nach wie vor gibt (Tabelle 10).

Tabelle 10: Parteipräferenzen 2

	Links-Rechts Positionierung (Angaben in Prozent)			
	des Interviewten	des Vaters	der Mutter	des besten Freundes
sehr links	3	3	2	3
links	19	18	19	15
weder links noch rechts	46	28	34	35
rechts	12	14	12	10
sehr rechts	2	2	1	2
trifft nicht zu	2	6	2	2
weiß nicht	14	26	26	31
Antwort verweigert	3	3	3	2

Aus einer Regressionsanalyse ergeben sich folgende Zusammenhänge (Tabelle 11):

Tabelle 11: Parteipräferenzen 3

	adjustiertes Bestimmtheitsmaß
Vater	0,62
Mutter	0,77
bester Freund	0,65
multiple	0,88

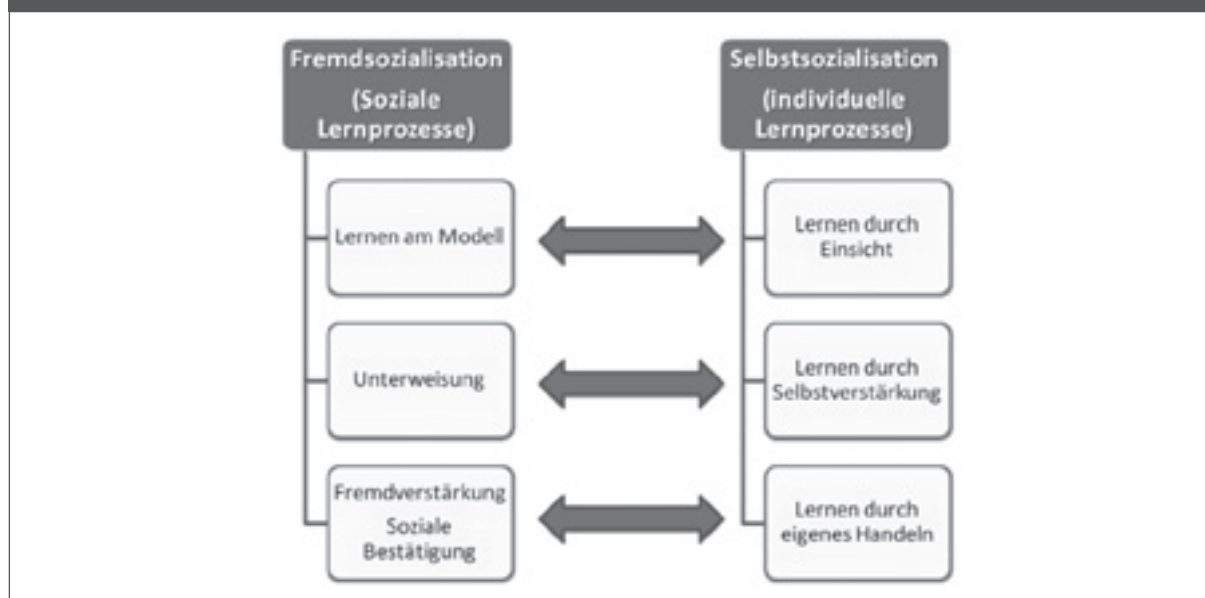
Stark vereinfacht gesagt: Kennt man die politischen Einstellungen von Eltern und Freunden, die zusammen nahezu 88 Prozent der statistischen Varianz erklären, kann man mit relativ großer Gewissheit die politischen Haltungen von Kindern voraussagen.

1.4.6 Religiöse Sozialisation

Nachdem Sozialisation u. a. mit der Ausbildung von Werthaltungen und weltanschaulichen Orientierungen zu tun hat, scheint es notwendig, auch die Vermittlung von religiösen Inhalten in die Betrachtung einzubeziehen. Religion⁹ hat grundsätzlich einen lebensweltlichen Charakter, d. h. sie bezieht sich auf alle Erfahrungsbereiche und ist insofern ein Teil der Persönlichkeitsentwicklung. Umgekehrt verstehen sich Religionen als Sinndeutungssysteme, die Lösungsvorschläge und Antworten für lebenspraktische Probleme bieten (Tan 1999, Utsch 2006). Gleichzeitig ist Religiosität auch in ihrem intergenerationellen Verhältnis von dem allgemeinen sozialen Wandel unserer Zeit betroffen, der in der Regel mit den Stichworten Individualisierung und Pluralisierung umschrieben wird.

Trotz verschiedener theoretischer Kontroversen betonen nahezu alle Aussagen zu diesem Fragenkomplex die enge Abhängigkeit religiöser Einstellungen von der primären Sozialisation in der Herkunftsfamilie (Clark/Worthington 1987, Spilka/Hood/Hunsberger/Gorsuch 2003, Grom 2007: 263 f.). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Sozialisation auch auf diesem Feld sich nicht einseitig abspielt, sondern als Teil eines alltagspraktischen Interaktionsvorgangs zwischen Fremd- und Selbstsozialisation zu verstehen ist, in welchem sich Einstellungen bilden und festigen. Außerdem können Sozialisationseffekte nicht nur aus intentionalen Sozialisationsformen wie religiöser Erziehung, Instruktion oder Indoktrination hergeleitet werden, sondern vermutlich sogar zum überwiegenden Teil aus Modellwirkungen und sozialem Lernen. In der Religionspsychologie findet sich dazu folgende modellhafte Darstellung (nach Grom 2007: 266; Abbildung 13):

Abbildung 13: Fremdsozialisation – Selbstsozialisation

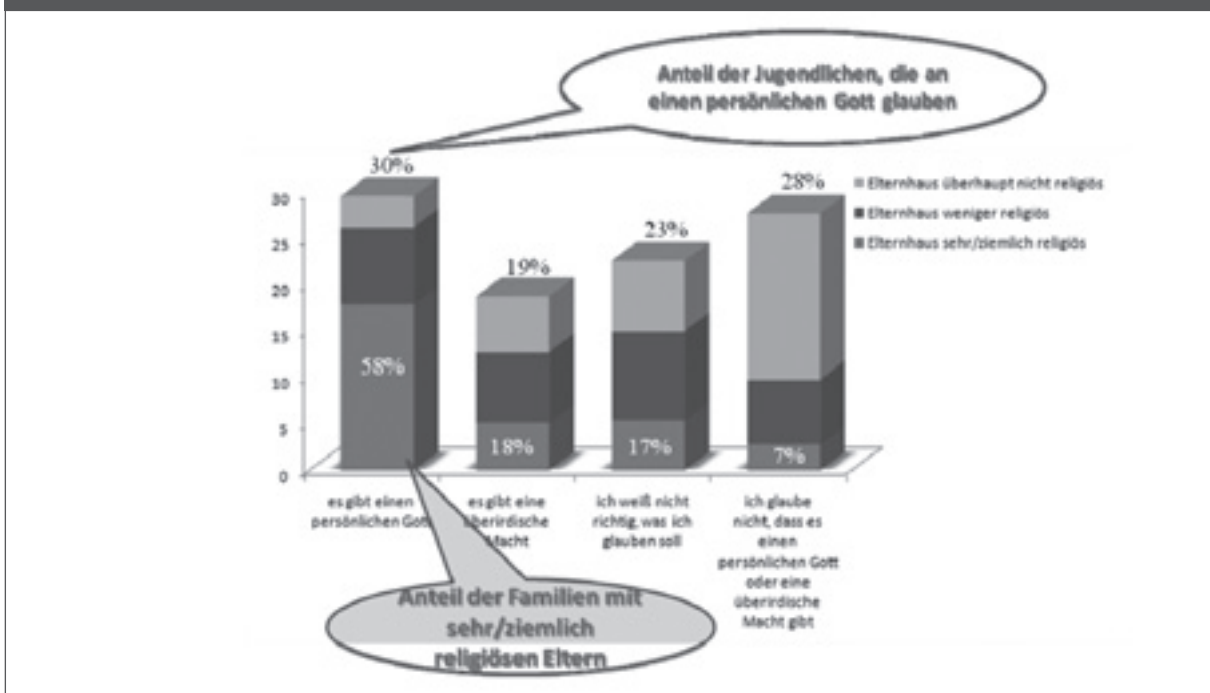


⁹ Auf eine Differenzierung zwischen Kirchen, Sekten und Kulturen, wie sie in der Religionssoziologie anzutreffen ist (vgl. z. B. Stark/Bainbridge 1987: 124 f.) kann in diesem Zusammenhang verzichtet werden.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

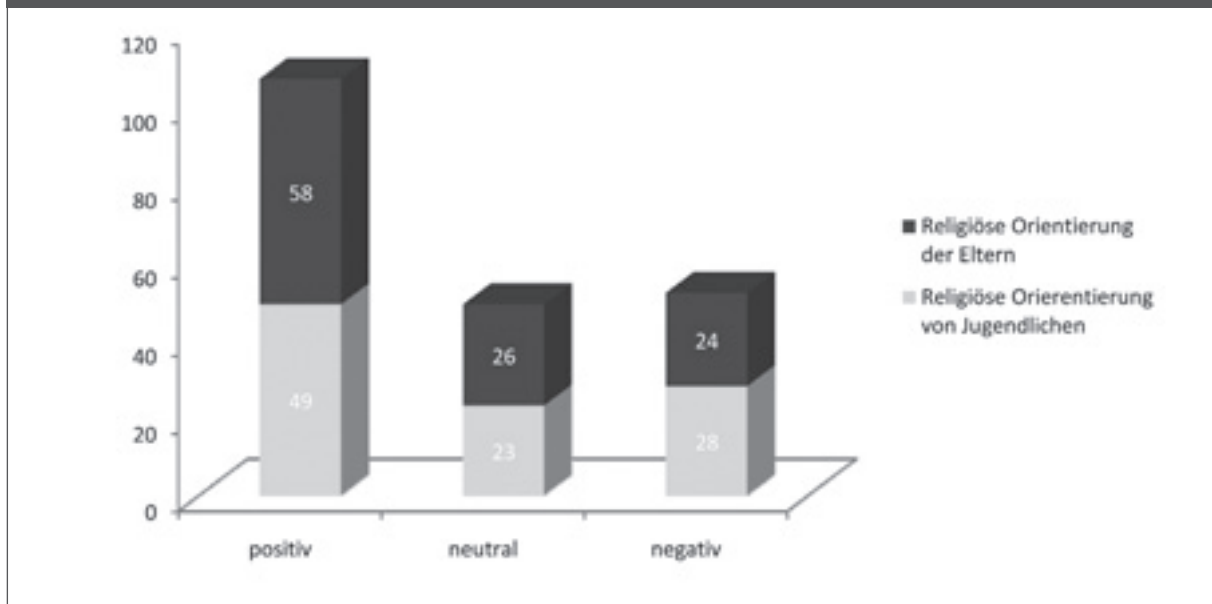
Die Wirkung religiöser Sozialisation in der Familie zeichnet sich durch eine besondere Perseveranz aus und geht über die charakteristische Nachhaltigkeit primärer Sozialisation sogar hinaus. Das bedeutet, dass spätere außerfamiliäre Einflüsse (z.B. Freunde, Schule) im Wesentlichen in erster Linie als bestätigende und verstärkende Faktoren wirksam werden. Die (deutsche) Shell-Studie 2006 hat zu diesem Zusammenhang aufschlussreiche Daten gesammelt. Zwar ist das Niveau der Religiosität bei Jugendlichen in Österreich signifikant höher (vgl. dazu Zulehner 2009), aber die hier primär interessierende Korrelation zwischen der religiösen Orientierung von Jugendlichen einerseits und der von Eltern andererseits ist höchstwahrscheinlich auch auf Österreich übertragbar (Abbildung 14):

Abbildung 14: Religiosität von Eltern und Jugendlichen 1



Daraus ist zu ersehen, dass Jugendliche, die angeben, an einen persönlichen Gott zu glauben, zu 30 Prozent aus einer religiösen Familie stammen;¹⁰ dagegen ist dies bei Jugendlichen, die weder an einen persönlichen Gott noch an eine überirdische Macht glauben, nur zu sieben Prozent der Fall. Noch stärker wird der Zusammenhang, wenn man die Darstellung auf die jeweils entsprechenden Dyaden bezieht (Abbildung 15):

¹⁰ Für Österreich gibt dazu („Glaube an personalen Gott“) P. M. Zulehner (2002: 40) einen Anteil von 39 Prozent an.

Abbildung 15: Religiosität von Eltern und Jugendlichen 2

Dabei ergibt sich ein sehr starker Zusammenhang ($R^2 = 0.95$). Der dadurch entstehende Eindruck einer direkten und zugleich anhaltenden Prägung religiöser Einstellungen durch das Elternhaus könnte in die Irre führen, wenn nicht zugleich bedacht wird, dass dabei komplexere Zusammenhänge im Spiel sind, die allerdings größtenteils verstärkend wirken. So ist Religion für die Familien auch Teil ihres Selbstverständnisses, d. h. ihrer Gruppenzugehörigkeit, ihrer ethnischen und sozialen Identität sowie ihrer praktizierten kulturellen Tradition (Spilka/Hood/Hunsberger/Gorsuch 2003: 115 f.) Der Einfluss des Elternhauses im Hinblick auf die Verankerung – oder Nicht-Verankerung – religiöser Haltungen der Kinder vollzieht sich mit anderen Worten vielfach auf indirekte Weise, nämlich durch die Auswahl der Milieus (Wohnort, Nachbarschaft), durch die Wahl von Kindergärten und Schulen, durch die Einflussnahme auf Peer-Beziehungen etc. US-amerikanische Religionssoziologen haben zur Erklärung dieser indirekten Sozialisationswirkungen die sogenannte Channeling-Theorie entwickelt. Beispielhaft dafür H. Himmelfarb (1986: 48): „Eltern sozialisieren ihre Kinder, indem sie diese in Gruppen oder Erfahrungen kanalisieren ..., die als additive Einflussfaktoren die primäre Sozialisation verstärken und ihrerseits in adulte Aktivitäten überleiten“ (vgl. Martin/White/Perlman 2003: 171).

Nachdem folglich der Bestand religiöser Haltungen weitgehend auf Transmissionsvorgänge zwischen den Generationen angewiesen ist, betrifft die anhaltende Debatte über Säkularisation bzw. Wiederkehr der Religiosität (Rieger 2009) auch die religiöse Sozialisation. Als Zwischenstand der Kontroverse ist festzuhalten, dass dieser makrosoziale Trend der Säkularisierung keine unilineare und zwangsweise fortschreitende Entwicklungsautomatik darstellt, sondern bestenfalls einen komplexen Wirkungszusammenhang beschreibt, der Verhaltensmodifikationen unterschiedlicher Art betrifft (von Braun 2006: 39 ff.). In diesem Sinn können Säkularisierungsannahmen etwa den vielfach beobachteten Trend zur individualistischen „Komposition“ von Religion (Zulehner 2002) bzw. zur Entkoppelung von Religion und Spiritualität (Bucher 2007) erklären. Dadurch vermindert sich keineswegs die Bedeutung familiärer Sozialisation, ganz im Gegenteil: Das Außerkrafttreten rigider und

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

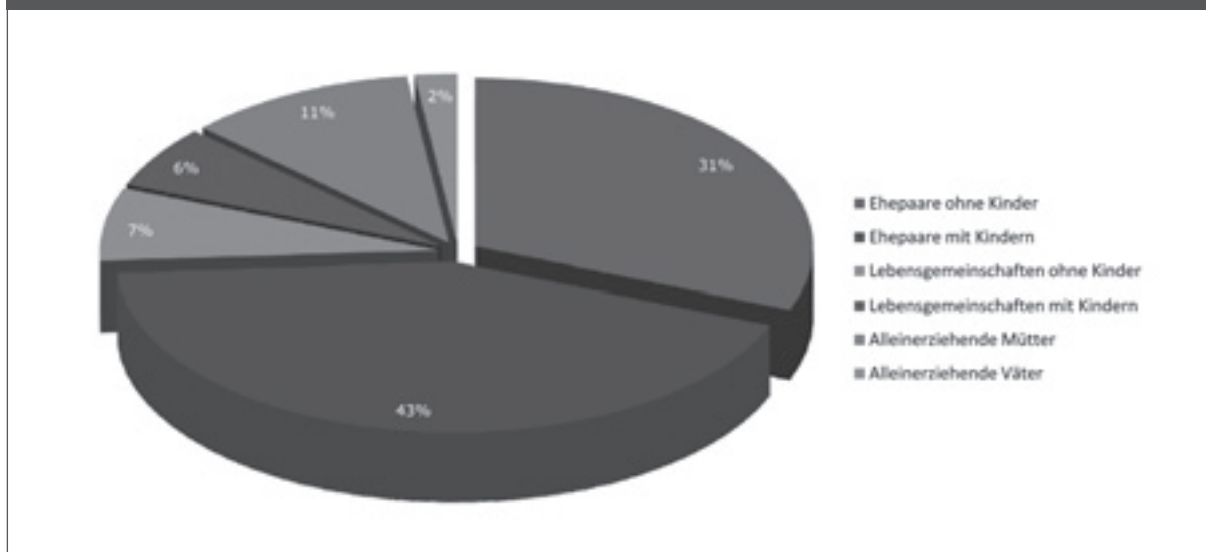
fraglos akzeptierter Normen macht diese Aufgabe der Familien schwieriger und aufwendiger. Insgesamt scheint es den Familien relativ gut zu gelingen, dieses neue Paradigma, das auf Autonomie und sozialer Verantwortung beruht – „Erziehung zum sozialen Individualisten“ nennen Goldberg, Kratzer und Wilk (2002: 140) diesen mittlerweile auch in Österreich dominierenden Erziehungsstil – umzusetzen. So gesehen, bedeutet Säkularisierung auch nicht einfach „Entwertung“, wie von Kulturpessimisten oft angenommen, also dass pro-soziale Werte, die in Form religiöser Glaubenssätze eingeführt oder durch solche legitimiert wurden (dazu Grom 2007: 127 ff.), schlechterdings verschwinden. Die säkularisierende Wirkung des sozialen Wandels besteht darin, dass solche Werte von ihrem religiösen Ursprung abgelöst und in ihrer Geltung verselbstständigt werden. Tatsächlich zeigt die Shell-Studie, deren Annahmen zumindest tendenziell für Österreich übernommen werden können, dass keine signifikanten Unterschiede im Werteprofil zwischen religiösen und nicht-religiösen Gruppen von Jugendlichen bestehen (Tabelle 12):

Tabelle 12: Werteorientierung von Jugendlichen			
Wertorientierungen von westdeutschen Jugendlichen			
Mittelwerte 1 = unwichtig bis 7 = außerordentlich wichtig			
Items	Prozentsätze		
	kirchennah	glaubensfern	+/-
private Harmonie	6,22	6,06	0,16
Unabhängigkeit	5,57	5,53	0,03
Übergreifendes Lebensbewusstsein*	5,25	4,85	0,40
Konventionen und Sekundärtugenden	5,53	5,20	0,33
Öffentliches Engagement	3,90	3,85	0,05
Materialismus und Hedonismus	4,63	4,73	-0,10
Tradition und Nationalismus	3,23	2,87	0,37
Gesamt	4,90	4,73	0,18
* das Item „an Gott glauben“ wurde nicht berücksichtigt			

Damit ist die allgemeine Schlussfolgerung wohl gerechtfertigt, dass die „Wertereproduktion“ grundsätzlich auch in religionsfernen Familien funktioniert (Gensicke 2006: 239).

1.5 Sonderfälle der Sozialisation

In diesem Kapitel sind Sonderfälle von familialer Sozialisation zusammengefasst, die sich in der einen oder anderen Weise von den „normalen“ Familienverhältnissen unterscheiden. Viele Darstellungen, auch solche in der wissenschaftlichen Literatur, gehen nach wie vor davon aus, dass die (einheimische) Kernfamilie eine Norm präsentiert, an der gemessen alle anderen Formen als Abweichungen zu betrachten sind. Tatsächlich stellen in Österreich Kernfamilien nach wie vor die relativ häufigste Familienform dar, sind aber dennoch eine Minderheit (Abbildung 16):

Abbildung 16: Familienformen

Der hier zu untersuchende Forschungsgegenstand, nämlich die Sozialisationsvariation in den unterschiedlichen Familien, lässt es geraten erscheinen, auf die anderen Familienformen mit Kindern, also Alleinerziehende Eltern und Patchwork- oder Stieffamilien, zumindest einen kurzen Blick zu werfen, um herauszufinden, ob und inwiefern sie sich von den „Normalfamilienverhältnissen“ unterscheiden. Darüber hinaus soll auch die Situation von Migrantenfamilien in diese Sonderfälle einbezogen werden, die sich mit speziellen Problemen konfrontiert sehen, welche auch die Eltern-Kind-Beziehungen betreffen. Schlussendlich soll auch die Mehrgenerationenfamilie und darin speziell die Rolle von Großeltern unter dem Sozialisationsaspekt behandelt werden. Andere Sonderfälle wie etwa die so genannte „Regenbogenfamilie“ (vgl. dazu Gerlach 2008) spielen zumindest statistisch in Österreich keine Rolle, weshalb hier auf eine Darstellung verzichtet wird. Andere Fallkonstellationen wiederum, z. B. Familien mit behinderten Kindern (Bruner 2000), haben einen zu speziellen Charakter, als dass sie in diesem Rahmen angemessen behandelt werden könnten.

1.5.1 Migrationsfamilien

Die Situation von Migrantenfamilien in Deutschland war zentrales Thema des 6. (deutschen) Familienberichts. An seinen Feststellungen, die im Großen und Ganzen auch für Österreich zutreffen dürften, hat sich seither nichts Wesentliches geändert. Nach wie vor sind diese Familien und im Besonderen Kinder, die unter den angegebenen Umständen heranwachsen, erheblichen Belastungen ausgesetzt. Dabei handelt es sich um eine mittlerweile beträchtlich angewachsene Personengruppe: laut Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, 1. Quartal 2008) leben in Österreich 1,4 Mio. Personen mit Migrationshintergrund, das sind 17 Prozent der Bevölkerung.¹¹

¹¹ Abgesehen von den Schwierigkeiten, diesen Personenkreis begrifflich eindeutig zu bestimmen, muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass es sich dabei um keine homogene Gruppe handelt. Die in Deutschland im Wege einer Sinus-Studie aufgezeigten Differenzierungen (vgl. Heinrich Böll Stiftung [Hrsg.]: Religiöse Vielfalt und Integration. Dossier, 2008, http://www.migration-boell.de/web/integration/47_1644.asp) dürften im Großen und Ganzen auch für Österreich zutreffen. Vgl. dazu auch ÖIJ (Hrsg.): Jugendliche MigrantInnen in Bildung und Arbeit 2007.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Zu den allgemeinen Problemen, die Familien mit Kindern generell angesichts eines rapiden gesellschaftlichen Wandels haben, kommen bei diesen Familien noch die Schwierigkeiten mit widersprüchlichen kulturellen Anforderungen und mit einer insgesamt xenophoben Umwelt, mit sozialen Isolationstendenzen und vor allem mit nachteiligen sozialen und ökonomischen Bedingungen (Pflegerl/Trnka 2005). Die Probleme treten kumulativ auf und belasten Kinder und Jugendliche in mehrfacher Weise. Details zur sozialen Lage finden sich im 2. Österreichischen Migrations- und Integrationsbericht 2001 – 2006 (Fassmann 2007; vgl. dazu auch Textor Online Handbuch).

Diese typischen Benachteiligungen können wie folgt zusammengefasst werden:

1. Restriktiver Zugang zum Arbeitsmarkt über eine Arbeitserlaubnis.
2. Erhöhtes Arbeitslosenrisiko durch Schutz inländischer Arbeitnehmer. So lag z. B. seit 1975 die Arbeitslosenquote der ausländischen Arbeitnehmer kontinuierlich über jener der inländischen Arbeitskräfte (Biffl 1986; Bundesministerium für Arbeit und Soziales [Hrsg.]): Bericht über die soziale Lage, Wien 1990: 190 ff., Nowotny 1991: 43).
3. Damit verbunden erhöhte Armutsgefährdung, da Ausländer z. B. vom zweiten sozialen Netz weitgehend ausgeschlossen sind (Bauböck 1988).
4. Nichtteilhabe am sozialen Wohnbau, da Ausländer i. d. R. von Wohnbauförderungen und der Mitgliedschaft in Wohngenossenschaften weitgehend ausgeschlossen sind.
5. Beschränkte politische Partizipationsmöglichkeiten.

Migrantenfamilien teilen damit in hohem Maße die Restriktionen, die bereits für Armenhaushalte festgestellt worden sind (Kapitel 1.3.2.4) und die Sozialisationsleistungen davon betroffener Familien negativ beeinflussen. Dazu kommen in aller Regel Probleme, die mit den widersprüchlichen kulturellen Bezugssystemen zu tun haben, welche für Migranten maßgeblich sind und dann häufig zu einer Doppelsozialisation (Schönpflug 2008: 217) führen. Es ist der Widerspruch zwischen der westlichen, libertären und konsumistischen Lebenswelt des Aufenthaltslandes und der traditionellen, familiastischen und patriarchalen Kulturtradition (Kranacher 2001, insbes. 16 ff.), wie sie insbesondere für Migranten aus der Türkei, aber vielfach auch für solche aus Balkanländern Geltung beansprucht. Im Gegensatz zu den in Österreich vorherrschenden individualistischen Einstellungen dominiert in diesem Lebensstil eine starke Familienorientierung, die den Einzelnen familialen Netzwerken unterwirft, übrigens auch in Bezug auf Partnerwahl, Eheschließung und Ehescheidung („duofokales Modell“ – Sari 2007: 201 f.). Diesem vermehrten Gewicht der Familie im Verhältnis zu den Individuen entspricht auch die größere Bedeutung der familialen Sozialisation (Köster 1986: 186 f., Kanacher 2001: 57 ff.).

Die Doppelsozialisation, also eine Erziehung und Wertvermittlung anhand von widersprüchlichen Kulturmustern, entspricht dem Zusammenfallen von Enkulturation (Erlernen der eigenen Kultur) und der Akkulturation (Erlernen einer fremden Kultur). Je nachdem, welche Migrationsstrategie von den Familien verfolgt wird, dominiert das eine oder das andere. Im Anschluss an Berry (2002) kann man folgende Strategien unterscheiden:

- Separation: Enkulturation (nach der Herkunftskultur)
- Integration: Verbindung von Enkulturation und Akkulturation (an die Kulturmuster des Aufenthaltslandes)
- Assimilation: Akkulturation

Die charakteristische Doppelsozialisation zwischen dem Herkunftsland, mit dem Verbindungen nach Möglichkeit aufrechterhalten werden, und den Anforderungen des Aufenthaltslandes, die den Alltag beherrschen, zeigt sich auch im Medienkonsum von Migrantenfamilien, wobei allerdings zwischen den verschiedenen Gruppen (aus der Türkei, aus Ex-Jugoslawien, aus Osteuropa) differenziert werden muss (vgl. Migrantenstudie – Migranten und Fernsehen in Österreich¹²; Tabelle 13):

Tabelle 13: TV-Programminteressen von Migranten

TV-Programminteresse – Reihung nach höchstem Interesse		
	Sendungen aus dem Heimatland (in Prozent)	religiöse Sendungen (in Prozent)
Migranten		
aus der Türkei	88	74
aus Ex-Jugoslawien	71	30
aus Osteuropa	62	30

Umgekehrt ist die Frequenz einheimischer Radios eher bescheiden; sie differiert allerdings ebenfalls wiederum sehr stark zwischen den verschiedenen Migrantengruppen (Tabelle 14):

Tabelle 14: Radiohören durch Migranten

Nutzungsfrequenz österreichischer Radioprogramme		
An wie vielen Tagen in der Woche hören Sie im Allgemeinen österreichische Radiosender?		
Migranten	jeden Tag	nie
aus Osteuropa	53	18
aus Ex-Jugoslawien	44	25
aus der Türkei	29	45

Aus Beobachtungen kann geschlossen werden, dass sich das Verhältnis von Enkulturation und Akkulturation lebens- und familienphasenabhängig verändert: Während die frühe Kindheit zumeist durch eine monokulturelle Sozialisation im Sinne der Herkunftskultur („monokulturelle Sozialisationsphase“)¹³ gekennzeichnet ist, leitet die Schulzeit in der Regel einen Akkulturationsprozess ein. In dieser Phase treten dann die Widersprüche der kulturellen Referenzsysteme mit aller Deutlichkeit auf, indem sie für eine wachsende Entfremdung zwischen den Generationen sorgen. Die Inkongruenz zwischen familialer und gesellschaftlicher Kultur (De La Hoz 2005) sorgt für ständige Intrarollenkonflikte und zeigt sich vor allem in sprachlicher Hinsicht, d. h. in unterschiedlichem Sprachpotenzial bzw. literacy. Hier öffnet sich wiederum ein typischer Zirkelprozess, der die Zukunftschancen von

¹² Es handelt sich dabei um eine Multi-Client-Studie der GfK Austria aus dem Jahre 2007.

¹³ Die zitierte GfK-Studie ergab, dass für 89 Prozent der in Österreich lebenden Migranten die primäre Sozialisation im Herkunftsland stattgefunden hat.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Migrantenkindern negativ beeinflusst: Die fehlenden Basiskompetenzen, insbesondere Sprachprobleme beeinträchtigen den Schulerfolg der Kinder, die im Übrigen auch auf wenig Unterstützung durch das Elternhaus bauen können (Eckhardt 2008). Charakteristisch dafür sind die hohen Wiederholungsraten, die bei diesen Kindern etwa doppelt so hoch sind wie bei anderen Kindern (Statistik Austria 9.320-38/09). Daraus wiederum ergeben sich Diskriminierungen auf dem Arbeitsmarkt, und damit schließt sich der Kreislauf (s. Andriessen/Phalet 2002: 21–36, Schönplugg 2008: 218 ff.). Wie schon öfters festgestellt wurde (Feldhoff/Scheffer 1993: 596, Krummacher/Waltz 1996: 127, Dietrich 2002, insbes. 89 f.), ist offenbar unser Bildungssystem nach wie vor monokulturell konzipiert und widerspricht damit den Anforderungen einer in Wahrheit längst multikulturellen gesellschaftlichen Realität. Eine weitere Ursache für die beobachtete Statusperseveranz ist die Tatsache, dass die Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten durch familiäre Netzwerke vermittelt werden (Meister/Meier 2004: 148). Dies hat zur Folge, dass die nachfolgende Generation ähnliche Arbeitsplätze besetzt wie die Elterngeneration (Biffl 2004: 51 ff.).

Für eine erfolgreiche Sozialisation im Sinne der auf dem Leistungsprinzip aufgebauten Normen des Aufenthaltslandes fehlt es den Eltern häufig nicht nur an Sprachkompetenz, sondern in der Regel auch an adäquaten Erziehungsstilen. Statt an individualistischen und kritisch-rationalen Kompetenzen orientiert sich der dominante Erziehungsstil von Migranten an traditionellen und kollektivistischen Mustern (King/Koller 2006).

Die traditionellen Kulturmuster, die in der primären Sozialisation internalisiert werden, behindern eine erfolgreiche Akkulturation vor allem auch wegen der dadurch geprägten Geschlechtsstereotypen, die einerseits für gewaltlegitimierende Männlichkeitsbilder (Pfeiffer et al. 2006) verantwortlich sind und andererseits für ein widersprüchliches Rollenkonzept von Frauen zwischen Emanzipation und Isolation sorgen (Bracalenti/Benini 2005). Dazu kommt die besondere Bedeutung der Religion, die Migrantenfamilien als identitätsstiftend dient und unter Diaspora-Verhältnissen häufig eine Aufwertung erfährt (Heitmeyer/Müller/Schröder 1997: 144, Kanacher 2001: 79, Wippermann 2008).

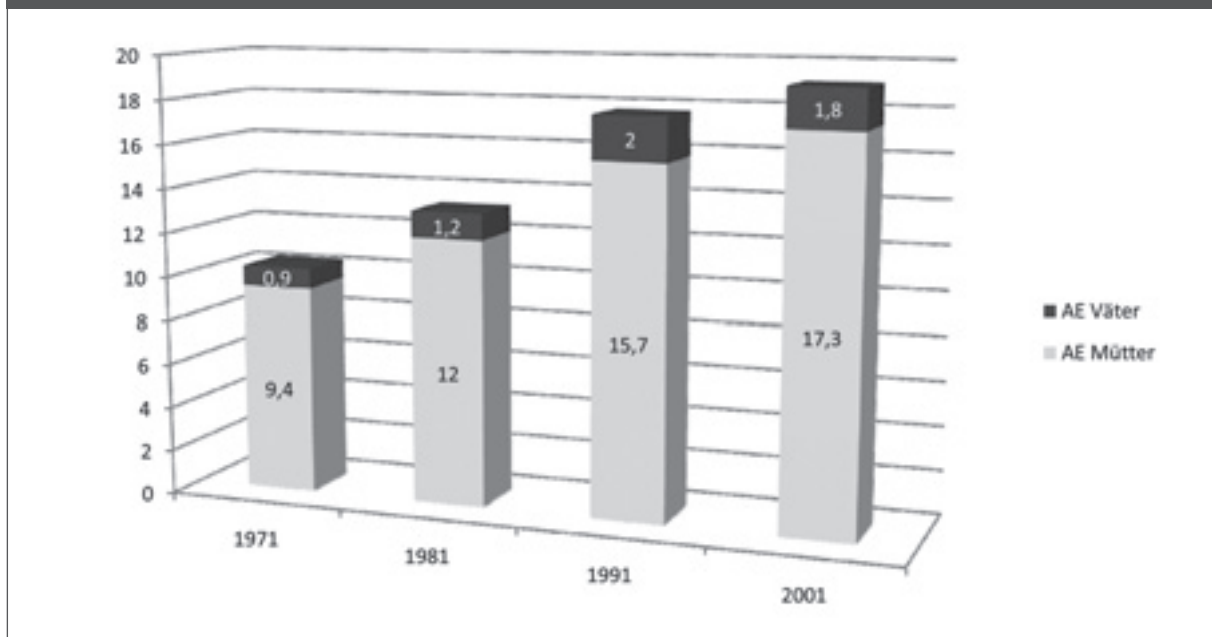
Akkulturation ist nicht mit Integration gleichzusetzen. Integration ist ein generationenumfassendes Projekt, das in der Regel erst in der zweiten oder auch dritten Generation zum Abschluss kommt (Weiss/Strodl 2007). Erfolgreiche Integrationen hängen naturgemäß nicht nur von entsprechenden Sozialisationspraktiken der Migrantenfamilien, sondern auch von der Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft und von politischen Rahmenbedingungen ab (vgl. Butterwegge 2000).

1.5.2 Ein-Eltern-Familien

Unter Ein-Eltern-Familie wird eine Familienform verstanden, „in der ein Elternteil für ein oder mehrere Kinder, mit dem (denen) es eine Haushaltsgemeinschaft bildet, die alltägliche Erziehungsverantwortung besitzt“ (Peuckert 2005: 161 f.). Diese alleinerziehenden oder genauer gesagt, diese Familien mit nur einem Elternteil, machen einen wachsenden Anteil an den Familienverhältnissen aus (Abbildung 17).

Abbildung 17: Anteile alleinerziehender Mütter und Väter

Anstieg des Anteils alleinerziehender Mütter und Väter mit Kindern unter 15 Jahren in Österreich 1971 – 2001



Quelle: Statistik Austria: Familienstrukturen und Familienbildung 2003/2006

Nach Cizek und Richter (2004) sind es in Österreich ca. 400 000. Daraus ergibt sich, dass ca. 15 Prozent der Kinder unter 15 Jahren in diesem Familientyp leben, davon 93 Prozent mit alleinerziehenden Müttern.

Die Familien von alleinerziehenden Eltern unterliegen, wie bereits erwähnt, in praktisch allen vergleichbaren Ländern einem überdurchschnittlichen Armutsrisiko (Abbildung 18):

Abbildung 18: Familientypen und Armutsgefährdung

Poverty rates by household type: individuals under state retirement age (cell per cent)						
Household type	AT	D	GR	N	PT	UK
Population poverty rate	15	18	20	12,5	24	20
Lone Mother Family						
- with at least one dependent child	36	43	39	18	40	51
- with non-dependent children only		24	21		32	22
Couple Family						
- with at least one dependent child	16	19	13	8	19	18
- with non-dependent children only	11	14	17	5	17	6
Single, living alone	23	21	35	25	52	27
Couple, no children	12	12	34	9	35	15
Other	13	21	21	8	20	23

(Nach Millar 2002: 79 ff., Dimmel/Hagen 2005: 119)

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Daraus allein ergibt sich eine Vielzahl von Schwierigkeiten in der Gestaltung des familialen Alltags, auch unter der hier interessierenden Erziehungs- und Sozialisationsperspektive. Darüber hinaus wird dieser Familientyp einer „unvollständigen Familie“ häufig als defizitär beurteilt. Insbesondere wird behauptet, dass Kinder aus diesen Familien im Vergleich zu den als Norm verwendeten Kernfamilien schlechtere Sozialisationsbedingungen vorfinden. Zu diesem Schluss kommt auch die vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) unter der Leitung von Christian Alt durchgeführte Studie, deren erster Teil aus dem Jahr 2002 stammt: „Das Aufwachsen in einer Kernfamilie mit verheirateten Eltern scheint für Kinder am günstigsten zu sein, da sie dort in ein großes Familiennetzwerk eingebunden sind und über die meisten positiven Beziehungen zu anderen Familienmitgliedern verfügen“ (Luef 2007). Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch US-amerikanische Studien, z. B. die von Amato aus dem Jahr 2000 (vgl. auch Hetherington/Kelly 2002). Danach bietet das Zwei-Eltern-Rollenmodell mit arbeitsteilig kooperierenden Elternpaaren die besten Voraussetzungen für eine positive Persönlichkeitsentwicklung (Walper/Wendt 2005). Dazu ist allerdings zu bemerken, dass diese Untersuchungen sich in erster Linie auf Scheidungskinder bzw. auf Fälle von Scheidungsstressbewältigung beziehen, die nur einen Teil der Alleinerziehenden ausmachen (Walper/Wendt, a. a. O.: 190 f.). Die hier ins Gewicht fallenden Stressfaktoren sind dementsprechend verschieden. Zu Recht wird häufig auf die Überlastungssituation der in der Regel alleinerziehenden Mutter hingewiesen (vgl. etwa Neubauer 1988). Diese Situation wird allerdings häufig durch verfügbare soziale Netzwerke abgemildert, z. B. mit Hilfe der erweiterten Familie. Das Fehlen einer männlich besetzten Erziehungs- und Sozialisationsinstanz in diesen Familien wird hingegen unterschiedlich beurteilt, zumindest was die bleibenden Effekte anbelangt. (Walper/Wendt, a. a. O.: 212 f., Schneider/Krüger/Lasch/Limmer/Matthias-Beck 2001). Grundsätzlich wird man sagen können, dass Kinder aus der Erfahrung differenter Bezugspersonen mit unterschiedlichen Verhaltensstilen unter normalen Umständen Vorteile für ihre Persönlichkeitsentwicklung ziehen können. Andererseits verlaufen Kindheiten in solchen Familien offenbar konfliktfreier. Im Übrigen passt der Befund recht gut zu der Annahme einer bloß relativen Bedeutung der primären Sozialisationsbeiträge, die im Kontext aller Einflussfaktoren zu bewerten ist. Daraus erklärt sich insgesamt, dass diese Strukturvariable – zumindest in Österreich – auch mit den Bildungschancen der Kinder nicht überzufällig korreliert.¹⁴

Der Anteil der Väter an den Alleinerziehenden ist zwar gering, weist aber ebenfalls eine steigende Tendenz auf. Dabei stellen sich grundsätzliche Fragen, nämlich einmal nach der Existenz genuin männlicher Sozialisationsbeiträge und dann nach der Vereinbarkeit der Aufgaben alleinerziehender Väter mit einer spezifisch männlichen Geschlechtsidentität. Aus entsprechenden Untersuchungen geht hervor, dass Männer sich in der Vaterrolle primär als Ratgeber oder Diskutanten sehen, ihre emotionalen Kompetenzen dagegen eher unterentwickelt sind (vgl. Paulus 2004). Die Vereinbarkeit von Genderrolle und Vaterrolle hängt natürlich davon ab, wie im einzelnen Fall dieses Sozialkonstrukt Genderplus Vaterrolle aussieht. Nach Barth (2000) stehen dafür grundsätzlich drei Möglichkeiten zur Verfügung:

¹⁴ In diesem Zusammenhang muss auf den überraschende Befund in den PISA-Studien hingewiesen werden, wo festgestellt wurde, dass in Österreich im Gegensatz zu praktisch allen anderen OECD-Staaten kein Unterschied in den Schulleistungen zwischen Kindern aus Ein-Eltern-Familien und anderen Familien festgestellt werden konnte (Problem Solving for Tomorrow's World. First Measures of Cross-Curricular Competencies PISA 2003, 115 f.).

1. Der traditionelle Vater, eine Rolle gebildet aus symbolischen Autoritäts- und Kompetenzattributen.
2. Der partnerschaftliche Vater, die Rolle des Vaters wird verstanden als Vorbild, Förderer und Interaktionspartner.
3. Der „neue“ Vater, ein Rollenverständnis im Sinne der Androgynie.

Realistischerweise wird man davon ausgehen müssen, dass die meisten Väter sich dem unter 2. genannten Typus zuordnen, auch wenn sie Alleinerzieher sind. Daraus erklären sich gewisse Bindungsdefizite, die bei empirischen Untersuchungen sichtbar geworden sind, während ansonsten keine signifikanten Unterschiede zu anderen Familienstrukturen nachweisbar sind (Paulus, a. a. O.).

1.5.3 Fortsetzungs- bzw. Patchwork-Familien

Für die hier unter Sozialisationsaspekten zu behandelnden Fortsetzungsfamilien existiert noch eine Reihe weiterer Bezeichnungen wie etwa Patchwork-Familie, bi- oder multilokale Familie, Nachscheidungsfamilie, Zweitfamilie, zusammengesetzte Familie, Neufamilie, elternreiche Familie oder Stieffamilie (vgl. Blüml/Gudat/Schattner 1993: 9). Die Bezeichnung Fortsetzungsfamilie (FF) scheint insofern angebracht, als diese Familienkonstellation sich heute regelmäßig im Sinne der family succession ergibt, d. h. als Folge von Scheidungen und Wiederverheiratungen (bzw. deren jeweiligem Äquivalent in nicht-ehe-lichen Lebensgemeinschaften). Stieffamilie dagegen ist ein in vielfacher Hinsicht belasteter Begriff und erinnert an die Zeiten, als Stieffamilien sich in erster Linie nach dem vorzeitigen Tod eines Elternteils gebildet haben (s. dazu Sieder 2008: 54 ff.). Aber auch so lässt sich der Begriff in verschiedenartiger Weise aufgliedern, z. B. in primäre (residential) oder sekundäre (non-residential) FF oder in einfache (nur ein Partner bringt Kinder in die Beziehung ein, d. h. es gibt jeweils einen leiblichen Elternteil und einen Stiefelternteil), zusammengesetzte (beide Partner bringen Kinder ein und sind infolgedessen zugleich leibliche Elternteile als auch Stiefelternteile) und komplexe (außer den Stiefkindern gibt es auch leibliche Kinder; dieser Typ einer FF kann mit beiden vorherigen Formen kombiniert sein) (Bien et al. 2002: 11). Der häufigste Typ ist jener Typ einer einfachen FF mit einer leiblichen Mutter und einem Stiefvater. Das erklärt sich daraus, dass Kinder nach Scheidungen meistens in die Obsorge der Mutter übergeben werden.

Laut Statistik Austria waren 2008 in Österreich neun Prozent der Familien mit Kindern Patchworkfamilien, wobei der Prozentsatz in Wien mit 11,8 Prozent am höchsten und in Nieder- und Oberösterreich mit 8,2 Prozent am niedrigsten war. Das deutet darauf hin, dass wir es hier mit spezifischen Modernisierungseffekten zu tun haben, die im städtischen bzw. großstädtischen Milieu besonders häufig auftreten. Diese Annahme lässt sich durch einen Hinweis auf die Entwicklung in den USA belegen, wo inzwischen mehr Menschen in FF bzw. Stieffamilien leben als in Kernfamilien. In einer Dekade (von 1980 bis 1990) hat sich die Anzahl der Stieffamilien um mehr als ein Drittel erhöht. (vgl. <http://www.thestepfamilylife.com> –10.05.2009)

Bei der Beurteilung der Erziehungs- und Sozialisationsfähigkeit von FF ist zu bedenken, dass es sich dabei jeweils um zeit- und phasenabhängige Momentaufnahmen aus einem längeren Prozess handelt, nämlich dem Reorganisations- und Transformationsprozess, der sich an Scheidungen bzw. Trennungen anschließt (s. Zartler et al. 2004: 28 f.). Der Verlauf

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

dieses Prozesses entscheidet letztlich auch über das Funktionieren der FF. Es geht dabei auch bei den betroffenen Kindern nicht nur um die Bewältigung teilweise traumatischer Erfahrungen, damit eine neue Beziehungsstruktur als beständige Lebensform eingerichtet werden kann, sondern auch um die Erbringung einer Reihe von Anpassungsleistungen an einschneidende Veränderungen ihrer Lebenswelt (s. Wolchik/Sandler/Braver/Fogas 1985).

Aus diesem Zusammenhang erklärt sich die besondere Komplexität dieser Familienform, die auch ihre Rollenorganisation und das Beziehungsgefüge betrifft. Berücksichtigt man die nach wie vor existente Beziehung zum ausgeschiedenen (non-residential) Elternteil, so hat man es in der Tat mit mehreren familialen Systemen zu tun, die auf prekäre und in der Regel wenig belastbare Art miteinander verbunden sind (Walper/Schwarz 2002). Dazu kommt, dass es für die Ermittlung von Positionen und Rollen der Akteure in diesem System wenig institutionelle Vorgaben gibt. Besonders unklar ist die Rolle der Stiefväter, die in ihrer Verhaltensunsicherheit zwischen übertriebenem Engagement und vollständigem Rückzug schwanken (vgl. Cherlin 1978). Das insgesamt düstere Bild wird durch Konfliktbelastungen infolge von Loyalitäts- und Identitätsverlusten abgerundet (Bien/Hartl/Teubner 2002).

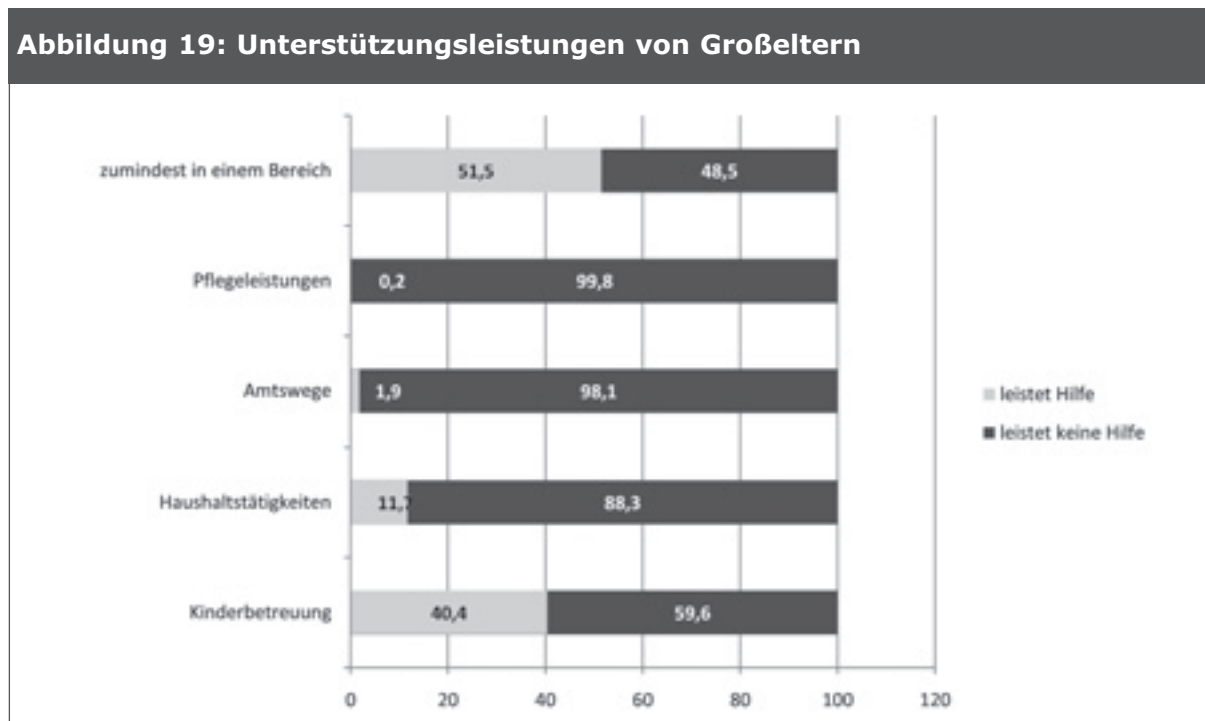
Das FF-Arrangement kann indes auch positiv gesehen werden, und zwar nicht nur als Möglichkeit, die materielle Lage der Familie zu verbessern, sondern darüber hinaus als Chance, neue Interaktionspartner und damit neue Erfahrungsmöglichkeiten zu gewinnen (Walper/Wendt 2005: 211 ff.)

1.5.4 Mehrgenerationenfamilien

Der familiensoziologische Familienbegriff stellt nicht ausschließlich auf die Haushaltsgemeinschaft ab, sondern auf die Art und Intensität der Beziehungen. In diesem Sinne sind auch Mehrgenerationenfamilien oder „multilokale Mehrgenerationenfamilien“ (Burkart 2008: 212 ff., vgl. weiters Beham: Familiengründung heute in diesem Band) zu verstehen, nämlich als „moderne Formen von Familienkonstellationen, in denen verwandte Personen aus verschiedenen Generationen auf vielfältige Weise miteinander in Beziehung stehen, unabhängig davon, ob sie in einem Haushalt zusammenleben oder nicht“, also als „Netzwerk von gelebten, aber nicht notwendig haushaltszentrierten Beziehungen“ (Bien 1997: 99). Die soziodemografischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte haben es mit sich gebracht, dass fast alle Kinder und Jugendlichen zumindest eine (lebende) Großmutter oder einen (lebenden) Großvater haben (Höpflinger 2006).

Es kann angenommen werden, dass in diesem drei Generationen umfassenden Netzwerk auch sozialisatorische Effekte generiert werden. Dazu ein paar Kennzahlen (aus Richter 1997: 83 f.): Rund 15 Prozent der Österreicher leben in solchen Dreigenerationenfamilien, in denen es häufige Kontakte zwischen Enkel- und Großelterngeneration gibt. 68 Prozent der Personen über 60 Jahre haben mindestens ein Enkelkind. In 60 Prozent der Familien leisten die Großeltern Hilfe bei der Beaufsichtigung von Kindern, 10 Prozent sogar täglich, 19 Prozent wöchentlich. Der Kinder-Survey (Wilk/Bacher 1994) hat ergeben, dass im Durchschnitt 15 Prozent der Kinder am Nachmittag von Großeltern betreut werden; falls die Großeltern und Eltern im gleichen Haushalt leben, sind es sogar 42 Prozent (weitere Daten finden sich bei L. Wilk: Großeltern und Enkelkinder in diesem Band). Die von Großeltern darüber hinaus erbrachten Unterstützungsleistungen sind aus der nachfolgenden

Darstellung ersichtlich. Dabei handelt es sich um Daten aus der SHARE-Studie (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. 50+ in Europe), die in den Jahren 2004 und 2005 in elf europäischen Ländern, darunter auch Österreich, durchgeführt worden ist (Abbildung 19).



(aus Kaindl 2008)

Betrachtet man die Art und die Richtung der Unterstützungsleistungen im Generationenverhältnis, so ergibt sich eine eindeutige Top-down-Struktur (s. Majce 1998: 11). Darin ist zwar eine Reziprozität zu erkennen, aber gleichzeitig auch eine ausgeprägte Asymmetrie; d. h. mit zunehmendem Alter wird der Abstand zwischen empfangenen und gespendeten Leistungen immer größer (Pflegerl/Geserick 2007: 94).

Die Familienforschung ergibt einige Hinweise auf die mögliche Relevanz, die großelterlichen Einflüssen in einem generationenübergreifenden Sozialisationsprozess zukommen. Dabei ist zu bedenken, dass es sich hier nicht um normativ festgelegte oder eindeutig definierte Rollen handelt, sondern dass sie den Individuen einen großen Spielraum beim Role-Taking lassen. Dementsprechend sind auch Großeltern entgegen verbreiteten Klischees in den Haltungen und Handlungsweisen ihren Enkeln gegenüber keineswegs einheitlich oder gar stereotyp. Verschiedentlich ist versucht worden, diese Vielfalt im Wege einer Typenbildung darzustellen (s. Robertson 1977; vgl. auch Wilk).

Die Stellung von Großeltern im familialen Sozialisationsprozess erschließt sich dabei aus dem Verhältnis, aber auch aus der Differenz zur elterlichen Rolle, die sie auf spezifische Weise ergänzen können. Für Kinder sind Großeltern in frühen Entwicklungsphasen „significant others“, die das Differenzlernen und damit die Orientierung in einer zunehmend komplexeren Umwelt ermöglichen. Sie sind so etwas wie das „Tor zur Welt“ (Wilk, 4. Familienbericht: 261). In späteren Entwicklungsphasen nehmen sie häufig freundschaftliche, gleichberechtigte Beziehungen auf, aufgrund derer sie privilegierte Vertrauensstellungen genießen können (Smith/Drew 2002).

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

Die Einflüsse, die von großelterlichen Sozialisationsinstanzen ausgehen, sind eher mittelbar und wirken quasi aus dem Hintergrund (Cherlin/Furstenberg 1986). Sie ermöglichen auf diese Weise die Kontinuität von Einstellungen durch Weitergabe familialer Lebensmuster über die Generationen und tragen damit zur Vererbung von Distinktionsmerkmalen bei (Richter 1989: 53–63).

Sie treten allerdings bei Konflikten oder in kritischen Phasen (z. B. in Nachscheidungsphasen) aus dieser Subsidiarität hervor und sind dann in der Lage, u. U. auch Eltern zu ersetzen. Großeltern können dadurch während kritischer Zeiten in derartigen familialen Netzwerken Gefühle von Sicherheit und Kontinuität verbreiten. Sie können gerade aus der Position relativer Distanz beim Aushandeln von Kompromissen behilflich sein und wirken dadurch allgemein als Puffer zwischen Eltern und Kindern (Kennedy 1992).

Summary

Die Klärung der Sozialisationsleistungen von Familien bezieht sich auf komplexe Fragen, die einen disziplinübergreifenden Charakter haben und darum die Verbindung verschiedener Forschungsrichtungen erfordern. Sozialisation wird dabei prinzipiell als interaktiver und auf Wechselseitigkeit beruhender Prozess betrachtet. Es erscheint sinnvoll, sich zunächst Klarheit zu verschaffen, auf welchen Feldern Sozialisation stattfindet. Dabei sollen neben allgemeinen sozialen Kompetenzen (Basiskompetenzen) vor allem Sprache, Geschlechterrollen und Konsumverhalten näher untersucht werden.

Als Nächstes wird auf die sozialstrukturellen Zusammenhänge der Sozialisation eingegangen, wobei es speziell um die Transmission und Reproduktion sozialer Ungleichheitsstrukturen geht. Sozialisierende Wirkungen der Familie können nur aus einem Wechselverhältnis mit denen anderer Sozialisationsinstanzen zureichend erfasst werden. Es ist anzunehmen, dass die Familie mit diesen in einem Kompensations- und Konkurrenzverhältnis steht. Solche Kompensations- und Konkurrenzverhältnisse sind zunächst mit der Schule anzutreffen, aber auch mit dem weiten Feld der Gleichaltrigengruppen. Die Befassung mit beruflicher Sozialisation dient in diesem Zusammenhang der Darstellung eines Teilaspekts der Wechselwirkungen zwischen Familien- und Arbeitswelt, nämlich jenes Aspekts, der die Persönlichkeitsentwicklung und damit die Lebenschancen junger Menschen betrifft. Wie wenig zielführend eine isolierte Behandlung familiärer Sozialisationsleistungen wäre, ergibt sich vor allem aus dem allgegenwärtigen Einfluss der Massenmedien, der sich auch innerhalb der Familien entfaltet.

Die Behandlung des Konkurrenzaspekts der Sozialisationsvorgänge macht es auch erforderlich, die Entstehung politischer Haltungen im familiären Kontext zumindest kurz zu behandeln. Im Gegensatz zu früheren Annahmen, denen die Vorstellung einer Autonomie der Familie und einer daraus hergeleiteten hohen Beharrungskraft als einer Konstanten gegenüber dem sozialen Wandel eigentümlich war, ist die Familie heute voll von der Dynamik gesellschaftlicher Veränderungen erfasst. Dies zeigt sich auch auf dem Feld der religiösen Sozialisation. Selbst wenn die Annahme einer allgemeinen Krise der Familie als nicht zielführend für die familiensoziologische Diskussion abgelehnt wird, scheint es sinnvoll, jene Sonderfälle herauszugreifen, in denen Probleme in gehäufte Form auftreten. Dazu gehören nach wie vor Migrantenfamilien, gleichzeitig aber auch Ein-Eltern-Familien

und Patchwork-Familien. Zu den Sonderfällen werden auch Mehrgenerationenfamilien gezählt, also Familien, die aus mehr als zwei Generationen bestehen, da in diesen spezifische, sonst nicht behandelte Fragen auftauchen. Zum Abschluss soll überlegt werden, inwiefern aus den theoretischen Reflexionen und empirischen Feststellungen gesellschaftspolitische Vorschläge abgeleitet werden können.

Die Darstellung der familialen Sozialisationsleistung und vor allem ihres Verhältnisses zu konkurrierenden Sozialisationsagenturen zeigt deutlich, dass die Vergesellschaftung vorschreitet (im Ergebnis ähnlich Textor 2009). Das bedeutet, verkürzt gesagt, dass einerseits die außerfamiliale Sozialisation an Bedeutung gewinnt, und zum anderen, dass die Familie ihre relative Autonomie als zentrale Institution der Privatheit zunehmend einbüßt. Es ist indes nicht zielführend, aus diesem Grund erneut die „Krise der Familie“ (Alt 2005: 9 f.) zu beschwören. Vielmehr handelt es sich dabei um Momente einer widersprüchlichen Modernisierung, die dazu zwingt, die Beziehungen zwischen familialen und außerfamilialen Instanzen (Nachbarschaftsmilieus, Gleichaltrigengruppen, vorschulischen und schulischen Institutionen, Berufs- und Arbeitswelt, Medien, insbesondere Neuen Medien, Konsum und Werbung) weiterzuentwickeln.

Dabei ergeben sich aber auch neue Chancen und Entwicklungsperspektiven. Gesellschaftspolitisch kann daraus der Auftrag abgeleitet werden, die sozialen Netzwerke zu stärken und neue Kooperationsformen zu entwickeln. Grundziel aller dieser Bemühungen sollte die Schaffung von belastungsfähigen Konfliktkulturen sein, und zwar aus der Erkenntnis, dass Menschen, auch wenn sie aus unterschiedlichen Milieus und Klassenlagen stammen, zusammenarbeiten müssen, um zu überleben. Das heißt sie müssen ihre Erfahrungen koordinieren, damit Sozialität entsteht: „Institutionen und Kultur müssen sich mit veränderten Lebenspraktiken der Akteure und damit entstehenden Widerständen und der schwindenden Effizienz überkommener gesellschaftlich-kultureller Vorgaben auseinandersetzen“ (Hurrelmann/Grundmann/Walper 2008: 20).

Fernziel in dieser Neustrukturierung der Beziehungen sollte sein, die Familie schrittweise aus der chronischen Überforderungssituation herauszuführen, in der sie permanent genötigt ist, gesellschaftlich generierte Probleme privat zu lösen (Rerrich 1988).

Es wurde schon bei einer ähnlichen Gelegenheit darauf hingewiesen (Lüscher 1976: 286), dass es problematisch ist, so etwas wie „Leitlinien“ einer Sozialisation zu formulieren, wenn gleichzeitig anerkannt wird, dass Sozialisation sowohl aus intentionalen als auch aus nicht-intentionalen Komponenten zusammengesetzt ist, also nur bedingt und partiell steuerbar ist. Solche Leitlinien können darum nur auf der Ebene des staatlich-politischen Systems angesiedelt und auf die Herstellung bzw. Verbesserung von Rahmenbedingungen gerichtet sein. Als möglicher Inhalt solcher Leitlinien können zwei Punkte vorgeschlagen werden: Zum einen geht es um eine erweiterte Partizipation von Familien insgesamt und von Kindern im Besonderen an öffentlichen Einrichtungen, um auf diese Weise Ersatz für erodierte familiäre Netzwerke zu schaffen. Der zweite Punkt betrifft die Herstellung größerer sozialer Gerechtigkeit durch Schaffung von Chancengleichheit und insbesondere die Unterbrechung der vielfach erwähnten Zirkelprozesse, die für eine Reproduktion sozialer Ungleichheit sorgen.

Literatur

- Abels, H. (1993): Jugend vor der Moderne: Soziologische und psychologische Theorien des 20. Jahrhunderts, Opladen.
- Alanen, L. / Mayall, B. (eds.) (2001): *Conceptualizing Child-Adult Relations*, London.
- Albrecht, G. (2002): Soziologische Erklärungsansätze individueller Gewalt und ihre empirische Bewährung, in: Heitmeyer, W. / Hagan, J. (Hrsg.): *Internationales Handbuch der Gewaltforschung*, Wiesbaden, 763–816.
- Alt, Chr. (Hrsg.) (2005): *Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen*. Band 1: Aufwachsen in Familien, Band 2: Aufwachsen zwischen Freunden, Wiesbaden.
- Altstötter-Gleich, C. (2006): *Pornographie und neue Medien*. Mainz.
- Amato, P. (2000): The consequences of divorce for adults and children, *Journal of Marriage and the Family*, 62, 1269–1287.
- Amesberger / Dimitz / Finder / Schiffbänker / Wetzel (2001): *Alleinerzieherinnen in Wien*. Studie der Arbeiterkammer Wien.
- Andriessen, I. / Phalet, K. (2002): Acculturation and school success: A study among minority youth in the Netherlands. *International Journal of Intercultural Education*, 13, 21–36.
- Aquilino, W. S. (1996): The life course of children born to unmarried mothers: Childhood living arrangements and young adult outcomes. *Journal of Marriage and the Family*, 58 (2), 293–310.
- Artner-Rauch, U. (1993): *Behindert die formale Gestaltung von Informationssendungen das Verstehen des Sendeinhaltes?* Wien.
- Asendorf, J. B. (2008): Genetische Grundlagen der Sozialisation, in: Hurrelmann / Grundmann / Walper 2008, 70–81.
- Aufenanger, S. (1990): Medienerfahrungen von Kindern unter geschlechtsspezifischen Aspekten. In: DJI (Hrsg.): *Medienerziehung bei Vorschulkindern*, München, 173–195.
- Aufenanger, St. (1998): Was versteht man unter Kompetenz (soziologisch-medienpädagogischer Aspekt)? 1998 – <http://www.mediaculture-online.de> (10.05.2009).
- Bacher, J. (2005): Bildungsungleichheit und Bildungsbenachteiligung im weiterführenden Schulsystem Österreichs. Eine Sekundäranalyse der PISA 2000-Erhebung, *SWS-Rundschau*, 1, 37–62.
- Badelt, Ch. (Hrsg.) (1997): *Beziehungen zwischen Generationen*. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung der ÖGIF im November Linz 1995, Wien.
- Bammé, A. / Eggert, H. / Lempert, W. (1983): *Berufliche Sozialisation: Ein einführender Studientext*, München.
- Bandura, A. (1973): *Aggression. A social learning analysis*, New Jersey.
- Baros, W. (2001): *Familien in der Migration*, Frankfurt.
- Barth, S. (2000): *Vaterschaft im Wandel*, <http://www.stud.uni-hamburg.de/users/brainy/truman/referate/vater.htm> (10.05.2009)
- Barthelmes, J. / Sander, E. (1990): *Familie und Medien*, München 1990.
- Bauböck, R. (1988): Kein zweites Netz für ausländische Arbeiterfamilien, in K. Althaler / S. Stadler (Hrsg.): *Risse im Netz. Verwaltete Armut in Österreich* Wien, 135–151.
- Bauer, U. / Grundmann, M. (2007): Sozialisation und Selektion – die Wiederentdeckung sozialer Ungleichheit in der Sozialisationsforschung. Zur Einführung in den Themenschwerpunkt, *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 27, 115–127.
- Baumgart, F. (2008): *Theorien der Sozialisation*, 4. Aufl., Bad Heilbrunn.
- Baumrind, D. (1991): Parent and Family Types: The Influence of Parenting Style on Adolescent Competence and Substance Use, *Journal of Early Adolescence* 11, 56–95.
- Becker, I. / Hauser, R. (2003): Zur Entwicklung von Armut und Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland – eine Bestandsaufnahme, in: C. Butterwegge / M. Klundt (Hrsg.): *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*, Opladen.
- Becker, R. / Lauterbach, W. (Hrsg.) (2007): *Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit*, 2. Aufl. Wiesbaden.
- Beelmann, W. (2006): Normative Übergänge im Kindesalter. Anpassungsprozesse beim Eintritt in den Kindergarten, in *die Schule und in die weiterführende Schule*. Hamburg.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Beer, R. / Bittlingsmayer, U. H. (2008): Die normative Verwobenheit der Sozialisationsforschung, in: Hurrelmann et al. 2008, 56 ff.
- Beham, M. / Wilk, L. (1990): Alleinerzieherinnen. Ein Beitrag zu ihrer sozialen Lage und Erwerbssituation, Wien.
- Belch, M. A. / Belch, G. E. / Scilimpaglia, D. (1980): Conflict in family decision making. An exploratory investigation, in: *Advances in Consumer Research* 7, 475–479.
- Berger, P. L. / Luckmann, Th. (1989): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie, Frankfurt a. M.
- Bernstein, B. (1981): Studien zur sprachlichen Sozialisation, Frankfurt a. M.
- Berry, J. W. (2002): Conceptual approaches to acculturation, in: K. H. Chun / P. B. Organista / G. Marin (eds.): *Advances in theory, measurement and applied research: Acculturation*, Washington, D.C., 17–37.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009): *Woran glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008*, Gütersloh.
- Bertram, H. (Hrsg.) (1991): *Die Familie in Westdeutschland – Stabilität und Wandel familialer Lebensformen*, Opladen.
- Bien, W. (1997): Beziehungen zwischen den Generationen – Ergebnis des Deutschen Familiensurveys, in: Ch. Badelt (Hg.): *Beziehungen zwischen Generationen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung der ÖGIF im November 1995 in Linz*, Wien.
- Bien, W. / Hartl, A. / Teubner, M. (Hrsg.) (2002): *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt. Familiensurvey, Bd. 10*, Opladen.
- Biffi, G. (1986): Der Strukturwandel der Ausländerbeschäftigung in Österreich; in: H. Wimmer (Hrsg.): *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, Frankfurt a. M.
- Biffi, G. (2004): Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich. In: *WISO, Wirtschafts- und sozialpolitische Zeitschrift* 2, 37–55.
- Blank-Mathieu, M. (2001): *Sozialisation, Selbstkonzept und Entwicklung von Geschlechtsidentität bei Jungen im Vorschulalter*, Diss. Tübingen.
- Blaschke, S. / Cyba, E. (2005): Einstellungen zu Arbeit und Beruf. In: W. Schulz / M. Haller / A. Grausgruber (Hrsg.): *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004*, Wiesbaden, 235–270, 305–339.
- Blümel, H. / Gudat, U. / Schattner, H. (1993): Ergebnisse des Projektes „Erweiterte Familiensysteme und Soziale Arbeit“, in: *Beratung von Stieffamilien. Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Von der Selbsthilfe bis zur sozialen Arbeit*. München, 3–39.
- Boeckmann, K. / Hipfl, B. (1989): *Fernsehen. Sucht oder Bereicherung? Untersuchungen zum kindlichen Fernsehverhalten im Kabelzeitalter*, Wien.
- Bolte, K. J. / Hradil, S. (1984): *Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen.
- Bourdieu, P. (1987): *Sozialer Sinn*, Frankfurt a. M.
- Bowlby, J. (2005): *Frühe Bindung und kindliche Entwicklung*, 5. Aufl. München.
- Böhnisch, L. (2003): *Pädagogische Soziologie. Eine Einführung*, 2. Aufl. München.
- Böhnisch, L. (2004): *Männliche Sozialisation. Eine Einführung*, Weinheim–München.
- Böhnisch, L. / Winter, R. (1993): *Männliche Sozialisation. Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität im Lebenslauf*, München.
- Bracht, E. (1994): *Multikulturell leben lernen*, Heidelberg.
- Bracalenti, R. / Benini, M. (2005): The role of families in the migrant integration process, 59–80, in: J. Pfliegerl / S. Trnka (eds.): *Migration and the Family in the European Union*, ÖIF Schriften Heft 13, Wien.
- von Braun, Ch. (2006): Anmerkungen zum Begriff „Säkularisierung“, in: *Religion und Säkularisierung. Rückkehr des Religiösen in die Politik? Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich Böll Stiftung – Band 6:*, Berlin, 39–47.
- Bronfenbrenner, U. (1995): The ecology of cognitive development, in L. J. Crockett / A. C. Crouter (eds.): *Pathways through adolescence: Individual development in relation to social contexts*, New Jersey, 151–174.
- Bronfenbrenner, U. / Morris, O. (2000): Die Ökologie des Entwicklungsprozesses, in: A. Lange / W. Lauterbach (Hrsg.): *Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Stuttgart.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Brüderl, L. (1989): Entwicklungspsychologische Analyse des Übergangs zur Erst- und Zweitelternschaft, Regensburg.
- Bruner, C. F. (2000): Die Herstellung von Behinderung und Geschlecht – Sozialisations- und Lebensbedingungen von Mädchen und Frauen mit (Körper-) Behinderungen, in: *Gemeinsam leben – Zeitschrift für integrative Erziehung* Nr. 2.
- Bucher, A. A. (2007): *Psychologie der Spiritualität: Handbuch*, Weinheim.
- Buchkremer, H. u. a. (Hrsg.) (2000): *Die Familie im Spannungsfeld globaler Mobilität. Zur Konstruktion ethnischer Minderheiten im Kontext der Familie*. Opladen.
- Büchner, P. (1985): *Einführung in die Soziologie des Erziehungs- und Bildungswesens*, Darmstadt.
- Buggler, R. / Schenk, M. / Bierling-Wagner, E.: *Kinderarmut in Österreich*, http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Kindheitsforschung/s_15_81.html (10.05.2009)
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (1990): *Bericht über die soziale Lage*, Wien.
- Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit (Hrsg.) (1975): *Familie und Sozialisation – Leistungen und Leistungsgrenzen der Familie hinsichtlich des Erziehungs- und Bildungsprozesses der jungen Generation (Zweiter Familienbericht)*, Bonn – Bad Godesberg.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000): *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen, Belastungen, Herausforderungen. Sechster Familienbericht*. Berlin.
- Bundespressdienst (Hrsg.) (2000): *Das politische System in Österreich*, Wien, 22.
- Bürgisser, M. / Baumgarten, D. (2006): *Kinder in unterschiedlichen Familienformen. Wie lebt es sich im egalitären, wie im traditionellen Modell?* Zürich.
- Burkart, G. (2008): *Familiensoziologie*, Konstanz.
- Butler, R. / Shalit-Naggar, R. (2008): *Gender and Patterns of Concerned Responsiveness in Representations of the Mother – Daughter and Mother – Son Relationship*, *Child Development* 79, 836–851.
- Butterwegge, C. (2000): *Migrant(inn)en und Massenmedien*, <http://www.fes.de/fulltext/asfo/00683004.htm> (10.05.2009)
- Butterwegge, C. / Klundt, M. (Hrsg.) (2003): *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*, Opladen.
- Butterwegge, C. / Holm, K. / Imholz, B. / Klundt, M. / Michels, C. / Schulz, U. / Zander, M. (2003): *Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich*, Opladen.
- Cazden, C. (1994): *Situational Variation in Children's Language Revisited*, in: Biber, D. / Finegan, E. (eds): *Sociolinguistic Perspectives on Register*. New York.
- Cherlin, A. (1978): *Remarriage as an Incomplete Institution*, *American Journal of Sociology* 84, 634–650.
- Cherlin, A. J. / Furstenberg, F. F. Jr. (1986): *The new american grandparent. A place in the family. A life apart*. New York.
- Chodorow, N. (1985): *Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter*. 3. Aufl., München.
- Chomsky, N. (1986): *Knowledge of language. Its nature, origin, and use*, New York.
- Cizek, B. / Richter, R. (eds.) (2004): *Families in EU-15. Policies, challenges and opportunities*, ÖIF-Materialien, Heft 23.
- Claessens, D. (1972): *Familie und Wertsystem. Eine Studie zur „zweiten, soziokulturellen Geburt“ des Menschen und der Belastbarkeit der „Kernfamilie“*, 4. Aufl. Berlin.
- Clark, R. A.: *The transition from action to gesture (1978)*, in: A. Lock (ed.): *Action, gesture, and symbol*, New York.
- Clark, C. / Worthington, E. L. (1987): *Family variables affecting the transmission of religious values from parents to adolescents: A review*, *Family Perspective* 21, 1–21.
- Claußen, B. (1996): *Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung*, in: B. Claußen / R. Geißler (Hrsg.): *Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch*, Opladen, 15–48.
- Collins, W. A. / Maccoby, E. E. / Steinberg, L. / Hetherington, E. M. / Bornstein, M. H. (2000): *Contemporary research on parenting: The case for nature and nurture*, *American Psychologist* 55, 218–232.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Cook-Gumperz, J. / Scales, B. (1996): *Girls, Boys, and Just People: The Interactional Accomplishment of Gender in the Discourse of the Nursery School*, in: Slobin, D. I. (ed.): *Social Interaction, Social Context, and Language. Essays in Honor of Susan Ervin-Tripp*. New Jersey.
- Cozzarelli, C. / Wilkinson, A. V. / Tagler, M. J. (2001): *Attitudes toward the poor and attributions for poverty*. *Journal of Social Issues* 57, 207–227.
- Damm, M. (2004): *Psychosoziales Geschlecht und Ehekonflikte. Eine empirische Untersuchung an Ehe- und Familienberatungsstellen*, Frankfurt a. M. u. a.
- Degenhardt, A. (1979): *Geschlechtstypisches Verhalten: Mann und Frau in psychologischer Sicht*. München.
- De la Hoz, P. F. (2005): *Familienleben und Migration*, http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Elternschaft/s_1026.html (10.05.2009)
- DeLucia, J. L. (1987): *Gender role identity and dating behavior: What is the relationship?* *Sex Roles* 17, 153–161.
- DeVisscher, S. / Bouverne-De Bie, M. (2008): *Children's Presence in the Neighbourhood: A Social-Pedagogical Perspective*, *Children/Society* 22, 470–481.
- Diefenbach, H. (2000): *Stichwort: Familienstruktur und Bildung*, in: *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft* 2, 169–187.
- Diekmann, A. / Engelhardt, H. (2008): *Alter der Kinder bei Ehescheidung der Eltern und soziale Vererbung des Scheidungsrisikos*, in: W. Bien / J. H. Marbach (Hrsg.): *Familiale Beziehungen, Familienalltag und soziale Netzwerke. Ergebnisse der drei Wellen des Familiensurvey*. DJI – Familien-Survey Bd. 14. Wiesbaden, 223–240.
- Dietrich, M. (2002): *Zuwanderung und kommunale Integrationspolitik*, Diplomarbeit Berlin.
- Dietz, B. / Holzapfel, R. (1999): *Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund*. München: DJI – Deutsches Jugendinstitut.
- Dimmel, N. (2005): *Evaluation of the second NAP-Inclusion: AUSTRIA, First Report*, 9 ff.
- Dimmel, N. / Hagen, J. J. (2005): *Strukturen der Gesellschaft. Familie, soziale Kontrolle, Organisation und Politik*, Wien.
- Dröbler, T. (2002): *Kids*, in: Schröer, W. / Struck, N. / Wolff, M.: *Handbuch der Kinder- und Jugendhilfe*, Weinheim–München, 53–80.
- Dusolt, H. (2004): *Oma und Opa können helfen*, Weinheim.
- Eamon, M. K. (2002): *Influences and Mediators of the Effect of Poverty on Young Adolescent Depressive Symptoms*, *Journal of Youth and Adolescence* 31, 231–242.
- Ecarius, J. (Hrsg.) (2007): *Familie. Ein erziehungswissenschaftliches Handbuch*, Wiesbaden.
- Ecarius, J. / Fuchs, T. / Wahl, K. (2008): *Der historische Wandel von Sozialisationskontexten*, in: K. Hurrelmann / M. Grundmann / S. Walper (Hrsg.): *Handbuch der Sozialisationsforschung*, 7. Aufl. Weinheim–Basel, 104–116.
- Eckhardt, A. G. (2008): *Sprache als Barriere für den schulischen Erfolg. Potentielle Schwierigkeiten beim Erwerb schulbezogener Sprache für Kinder mit Migrationshintergrund*, Münster.
- Eggen, B. / Rupp, M. (Hrsg.) (2006): *Kinderreiche Familien*, Wiesbaden.
- Ehmke, T. / Baumert, J. (2007): *Soziale Herkunft – Familiäre Lebensverhältnisse und Kompetenzerwerb*, in: Prenzel, M. et al. (Hrsg.): *PISA 2006: Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie*, Münster, 309–335.
- Erikson, E. H. (1973): *Identität und Lebenszyklus*, Frankfurt a. M.
- Ernst, Chr. (1996): *Berufswahl und Ausbildungsbeginn in Ost- und Westdeutschland*, Diss. Bonn.
- Evans, G. W. / Gonnella, C. / Marcynszyn, L. A. / Gentile, L. / Salpekar, N. (2005): *The role of chaos in poverty and children's socioemotional adjustment*. *Psychological Science* 16, 560–565.
- Falbo, T. (1982): *Only children: A review*. In: Falbo, T. (Hrsg.). *The single-child family*. New York–London.
- Fassmann, H. (2007): *2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001 – 2006*, Wien.
- Feldhoff, J. / Scheffer, T. (1993): *AussiedlerInnen, Asylsuchende und ausländische Wohnbevölkerung*. In: Roth, R. / Wollmann, H. (Hrsg.): *Kommunalpolitik*, Bonn.
- Fell, F. (1999): *Männliche Sozialisation, Identität und Sozialarbeit*, <http://www.lrz-muenchen.de/~fell/msids.htm> (10.05.2009). Bonn.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Felser, G. (1997). Werbe- und Konsumentenpsychologie: Eine Einführung (1–29). Heidelberg: Spektrum.
- Fend, H. (1974): Gesellschaftliche Bedingungen schulischer Sozialisation. Soziologie der Schule, Weinheim–Basel.
- Fend, H. (1981): Theorie der Schule, München.
- Figdor, H. (2003): Scheidungskinder. Wege der Hilfe, 4. Aufl., Gießen.,
- Filzmaier, P. (2002): Länderbericht: Politische Bildung in Österreich, http://www.sowi-onlinejournal.de/2002-1/laenderbericht_oesterreich_filzmaier.htm (10.05.2009)
- Friebel, H. (Hrsg) (1985): Berufliche Qualifikation und Persönlichkeitsentwicklung: Alltagserfahrungen Jugendlicher und sozialwissenschaftliche Deutung, Braunschweig.
- Friebel, H. (1990): Berufsstart und Familiengründung – Ende der Jugend, Opladen.
- Frigo, T. / Bryce, J. / Anderson, M. / McKenzie, P. (2007): Australian Young People, their families and postschool plans: a research review, ACER 2007.
- Gagnon, J. H. / Simon, W. (1973): Sexual conduct: The social sources of human sexuality. Chicago.
- Gecas V. (1979): The influence of social class on socialization, in: W. Burr / R. Hill / F. I. Nye / J. Reiss (eds.): Contemporary theories about the family, New York, 365–404.
- Gee, J. P. (2003): What Videogames Can Teach Us about Learning and Literacy, New York.
- Geißler, R. (1996): Politische Sozialisation in der Familie, in: B. Claußen / R. Geißler (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch, Opladen, 51–70.
- Gensicke, Th. (2006): Jugend und Religiosität, in: 15. Shell Jugendstudie. Eine pragmatische Generation unter Druck, Frankfurt a. M., 203–240.
- Gerber, J. / Wild, E. (2006): Intra- und interpersonelle Bedingungen retroaktiver Sozialisation in der Postmoderne, in: Ittel / Merckens (2006), 29–48.
- Gerbner, G. / Gross, L. (1976): Living with Television: The violence profile, in: Journal of Communication 26 (2), 173–199.
- Gerlach, St. (2008): Sexuelle Orientierung – bedeutsam für kleine Kinder? In: P. Wagner (Hrsg.): Handbuch Kinderwelten. Vielfalt als Chance – Grundlagen einer vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung. Freiburg–Basel–Wien, 171–183.
- Gershoff, E. T. / Aber, L. J. / Raver, C. C. / Lemmon, M. C. (2007): Income is not enough: Incorporating Material Hardship into models of income associations with parenting and child development, Child Development 78, 70–95.
- Geserick, Chr. (2005): Neue Medien im familialen Kontext. Eine Recherche zu Studienergebnissen im Zusammenhang mit Nutzung, Chancen und Herausforderungen im Familienalltag, ÖIF Papers 47.
- Geulen, D. (1991): Die historische Entwicklung sozialisationstheoretischer Ansätze, in: K. Hurrelmann / D. Ulich: Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, 4. Aufl. Weinheim–Basel, 21–54.
- Geulen, D. (2002): Sozialisationstheoretische Ansätze, in: H.-H. Krüger / C. Grunert (Hrsg.): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung, Opladen. 83–98.
- Geulen, D. / Hurrelmann, K. (2006): Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie, in: M. Grundmann: Sozialisation. Skizze einer allgemeinen Theorie, Konstanz.
- Ginzberg, E. / Ginsburg, S. W. / Axelrad, S. / Herma, J. L. (1951): Occupational Choice. New York.
- Giroux, H. / Purpel, D. (eds.) (1983): The Hidden Curriculum and Moral Education. Berkeley, CA.
- Gitlin, T. (2002): Media Unlimited: How the Torrent of Images and Sounds Overwhelms our Lives, New York.
- Glass, J. / Vern, L. / Bengston, Ch. / Chorn, D. (1986): Attitude Similarity in three-generation Families: Socialization, status inheritance, or reciprocal influence? American Sociological Review 51, 685–698.
- Goia, S. (2005): Gebildete Eltern – aufgeschlossene Kinder? Soziale Integration von Kindern in ihrem Freundeskreis, in: Alt (2005), Wiesbaden, 99–122.
- Goldberg, Ch. / Kratzer, U. / Wilk, L. (2002): Familie als Beziehung zwischen den Geschlechtern und Generationen, in: Denz (2002), 119–147.
- Greenfield, P. M. (1987): Kinder und neue Medien. Die Wirkung von Fernsehen, Videospiele und Computern. Weinheim–München, Psychologie 1987.
- Greenstein, F. I. (1968): Political Socialization. International Encyclopedia of the Social Sciences, New York.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Griebel, W. / Niesel, R. (2003): Successful transitions: Social competencies pave the way into kindergarten and school. *European Early Childhood Education and Research Journal*, Themed Monograph No.1, "Transitions", 25–33.
- Grom, B. (2007): *Religionspsychologie*, 3. Aufl., München.
- Grossmann, K. (1976): Die Rolle der Bindung – Soziobiologische Überlegungen, *Zeitschrift für Soziologie* 5, 289–292.
- Grossmann, K. / Grossmann, K. E. (2004): *Bindungen – das Gefüge psychischer Sicherheit*, Stuttgart.
- Grundmann, M. (Hrsg.) (1999): *Konstruktivistische Sozialisationsforschung. Lebensweltliche Erfahrungskontexte, individuelle Handlungskompetenzen und die Konstruktion sozialer Strukturen*, Frankfurt a. M.
- Grundmann, M. (2006): *Sozialisation. Skizze einer allgemeinen Theorie*, Konstanz.
- Gunz, J. / Ortmaier, M. (1994): Umgang mit Medien unter besonderer Berücksichtigung von Fernsehen und Video, in: Wilk, L. / Bacher, J.: *Kindliche Lebenswelten*, Opladen, 253–293.
- Habermas, J. (1973): Stichworte zu einer Theorie der Sozialisation, in: Ders. (Hrsg.): *Kultur und Kritik*, Frankfurt a. M.
- Hagemann-White, C. (1984): *Sozialisation: männlich – weiblich*. Leverkusen.
- Hagen, J. J. (1977): *Soziologie für Juristen. Eine Einführung in die spezielle Soziologie*, Stuttgart.
- von der Hagen-Demsky, A. (2006): *Familiale Bildungswelten. Theoretische Perspektiven und empirische Explorationen*, DJI.
- Harris, J. (1998): *The Nurture Assumption*, New York.
- Hasebrink, U. / Livingstone, S. / Haddon, L. / Kirwil, L. / Ponte, C. (2007): *Comparing Children's Online Activities and Risks across Europe. A Preliminary Report Comparing Findings for Poland, Portugal and UK. Report for the EU Commission*, London.
- Häsing, H. / Stubenrauch, H. / Ziehe, T. (Hrsg.) (1981): *Narziß – Eine neuer Sozialisationstypus?* Bensheim.
- Haustein, S. / Bierhoff, H. (1999): Zusammen und getrennt wohnende Paare – Unterschiede in grundlegenden Beziehungsdimensionen, in: *Zeitschrift für Familienforschung* 11, 59–76.
- Härtwig, J. (2004): *Freundschaft im Wandel der Geschlechterrollen*, Diplomarbeit Berlin, <http://www.freundschaft-diplomarbeiten.de/> (10.05.2009)
- Havighurst, R. J. (1981): *Developmental tasks and education*, New York.
- Heilbrun, A. B. (1981): Gender differences in the functional linkage between androgyny, social cognition, and competence. *Journal of Personality and Social Psychology* 41, 1106–1114.
- Heinz, W. R. (1995): *Arbeit, Beruf und Lebenslauf: Eine Einführung in die berufliche Sozialisation*. 1. Aufl., Weinheim–München.
- Herzberg, I. (2003): Kindheit, Kinder und Kinderkultur. Zum Verhältnis „alter“ und „neuer“ Perspektiven, in: Stückelmann / Frühauf (Hrsg.): *Kindheit und sozialpädagogisches Handeln. Auswirkungen der Kindheitsforschung*, Weinheim–München.
- Heinzlmaier, B. (2007): *Das Leben der Jugend in der Leistungsgesellschaft und die Krise der Partizipation im Zeitalter des Posttraditionellen Materialismus*, (Institut für Jugendkulturforschung) Wien.
- Heitmeyer, W. / Müller, J. / Schröder, H. (1997): *Verlockender Fundamentalismus. Türkische Jugendliche in Deutschland*, Frankfurt a. M.
- Hengst, H. (1988): Computer und Computerspiele im Alltag von Kindern und Jugendlichen. In: Radde, M. / Sander, U. / Vollbrecht, R. (Hrsg.): *Jugendzeit – Medienzeit*, Weinheim–München, 136–153.
- Henry-Huthmacher, C. (2008): Zur Situation in Deutschland. In: Kleijwegt, M.: *„Schaut endlich hin!“ Wie Gewalt entsteht – Bericht aus der Welt junger Immigranten*. Freiburg–Basel–Wien, 179–189.
- Hetherington, M. E. / Kelly, J. (2002): *For better or for worse. Divorce reconsidered*, New York.
- Hill, P. B. / Kopp, J. (2008): Theorien der Familiensoziologie, in: Schneider, N. F. (Hrsg.): *Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Theorien, Methoden, empirische Befunde*, Opladen–Farmington Hills, 65–78.
- Himmelfarb, H. S. (1986): The study of American Jewish identification: How it is defined, measured, obtained, sustained and lost, *Journal for the Scientific Study of Religion* 19, 48–60.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Hoberg, R. (2004): Sexualität und Sprache, in: Hornung, R. / Buddeberg, C. / Bucher, T. (Hrsg.): Sexualität im Wandel, Zürich, 59–78.
- Hofer, M. / Pikowsky, B. (2002): Familien mit Jugendlichen. In: Hofer, M. / Wild, E. / Noack, P., Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung. Göttingen, 241–264.
- Hofer, M. / Wild, E. / Noack, P. (Hrsg.) (2002): Lehrbuch Familienbeziehungen. Eltern und Kinder in der Entwicklung, 2. Aufl., Göttingen.
- Hoff, E.-H. (1985): Berufliche Sozialisation. Zur Verbindung soziologischer und psychologischer Forschung, in: Hoff, E. H. / Lappe, L. / Lempert, W. (Hrsg.): Arbeitsbiographie und Persönlichkeitsentwicklung, Bern, 15–40.
- Holz, G. / Hock, B. (2006): Infantilisierung von Armut begreifbar machen – Die AWO-ISS-Studien zu familiärer Armut, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 75, 77–88.
- Holz, G. / Richter, A. / Wüstendörfer, W. / Giering, D. (2005): Zukunftschancen für Kinder!? – Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit AWO Berlin.
- Holz, G. / Skoluda, S. (2004): Armut im frühen Grundschulalter. Eine vertiefende Untersuchung zu Lebenssituation, Ressourcen und Bewältigungshandeln von Kindern, Familienhandbuch des Staatsinstituts für Frühpädagogik (IFP), www.familienhandbuch.de (10.05.2009)
- Hopf, C. (1993): Rechtsextremismus und Beziehungserfahrungen, Zeitschrift für Soziologie 22, 449–463.
- Hopf, C. / Hopf, W. (1997): Familie, Persönlichkeit, Politik. Eine Einführung in die politische Sozialisation, Weinheim–München.
- Hopf, C. (2005): Frühe Bindungen und Sozialisation, München.
- Höpflinger, F. / Hugentobler, V. (2006): Grosseltern als Bezugspersonen und Diskussionspartner heranwachsender Enkelkinder, in: Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (Hg.): Welcher Kitt hält die Generationen zusammen? Erste Ergebnisse zur familialen und gesellschaftlichen Bedeutung von Generationenbeziehungen aus dem nationalen Forschungsprogramm 52. Bern, 8–11.
- Höpflinger, F. / Hummel, C. / Hugentobler, V. (2006): Enkelkinder und ihre Grosseltern. Intergenerationelle Beziehungen im Wandel, Zürich.
- Horn, R. A. Jr. (2003): Developing a Critical Awareness of the Hidden Curriculum through Media Literacy. The Clearing House 6/76, 298–300.
- Hradil, S. (1999): Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen.
- Hurrelmann, K. (1998): Lebensphase Jugend, Weinheim–München.
- Hurrelmann, K. (2006): Einführung in die Sozialisationstheorie, 9. Aufl. Weinheim.
- Hurrelmann, K. / Grundmann, M. / Walper, S. (Hrsg.) (2008): Handbuch Sozialisationsforschung, 7. Aufl. Weinheim–Basel.
- Hurrelmann, K. / Ulich, D. (Hrsg.) (1980): Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim–Basel.
- Hüther, J. (1975): Sozialisation durch Massenmedien. Ziele, Methoden, Ergebnisse einer medienbezogenen Jugendkultur, Opladen.
- Ibw (2003): Vorbildungseffekte der Polytechnischen Schule im Hinblick auf die Überleitung ihrer AbsolventInnen in die Lehrlingsausbildung. Ergebnisse der Befragung von BerufsschülerInnen: Schultypspezifische Analysen und Vergleiche, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMBWK) Wien.
- Iervolino, A. C. / Pike, A. / Manke, B. / Reiss, D. / Hetherington, E. M. / Plomin, R. (2002): Genetic and Environmental Influences in Adolescent Peer Socialization: Evidence from Two Genetically Sensitive Designs, Child Development 73, 162–174.
- Intzessiloglou, N. (o. J.): Die Sozialisierung des Individuums (griech.), Thessaloniki–Athen.
- Ito, M. / Horst, H. / Bittanti, M. / Boyd, D. / Herr-Stephenson, B. / Lange, P. G. / Pascoe, C. J. / Robinson, L. (2008): Living and Learning with New Media: Summary of Findings from the Digital Youth Project. The John D. and Catherine T. MacArthur Foundation Reports on Digital Media and Learning, November 2008 <http://www.macfound.org> (10.05.2009)
- Ito, M. et al. (2009): Hanging Out, Messing Around, and Geeking Out: Living and Learning with New Media, Cambridge MA.
- Ittel, A. / Merckens, H. (Hrsg.) (2006): Interdisziplinäre Jugendforschung. Jugendliche zwischen Familie, Freunden und Feinden, Wiesbaden.
- Jensen, A. M. / Saporiti, A. (1992): Do Children count? Childhood as a Social Phenomenon. A Statistical Compendium, in: Eurosocial Report 36.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Jurczyk, K. / Lange, A. (2006): Familienzeit – ein wertvolles und prekäres Gut. DJI-Bulletin 1/74, 18–21.
- Kahne, J. / Middaugh, E. / Evans, C. (2008): The Civic Potential of Video Games, The John D. and Cathrine T. MacArthur Foundation Digital Media and Learning Program 2008, www.civicsurvey.org (10.05.2009)
- Kahl, O. (1981): Berufliche Entscheidung und berufliche Laufbahn, Darmstadt 1981.
- Kaindl, M. (2008): Die Rolle der Großeltern. Innerfamiliäre Generationensolidarität aus Sicht der Großeltern, in: beziehungsweise Juli/08.
- Kasten, H. (1984): Einzelkinder – Aufwachsen ohne Geschwister. Berlin.
- Katz, P. A. / Boswell, B. L. (1984): Sex-role development and the one-child family. In: Falbo, T. (ed.) The single-child family. New York–London.
- Kaufmann, F.-X. (1976) : Zum Verhältnis von Soziologie und Politik – Das Beispiel Zweiter Familienbericht, Zeitschrift für Soziologie 5, 301–306
- Kaufmann, F. X. / Herlth, A. / Strohmeier, K. P. (1980): Sozialpolitik und familiäre Sozialisation – zur Wirkungsweise öffentlicher Sozialleistungen, Stuttgart.
- Kelle, H. (2001): Ethnographische Methodologie und Probleme der Triangulation. Am Beispiel der peer culture Forschung bei Kindern. Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 21 (2), 192–208.
- Keller, M. / Malti, T. (2008): Sozialisation sozio-moralischer Kompetenzen, in: K. Hurrelmann / M. Grundmann / S. Walper (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 7. Aufl. Weinheim–Basel, 410–423.
- Kennedy, G. E. (1992): Shared activities of grandparents and grandchildren. Psychological Reports, 70, 211–227.
- King, V. / Koller, H.-C. (Hrsg.) (2006): Adoleszenz, Migration, Bildung. Bildungsprozesse Jugendlicher und junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, Wiesbaden.
- Kivnick, H. (1982): The Meaning of Grandparenthood, Ann Harbor.
- Klaus, E. / Röser, J. / Wischerman, U. (Hrsg.) (2001): Kommunikationswissenschaft und Gender-Studies, Wiesbaden.
- Köster, F. (1986): Religiöse Erziehung in den Weltreligionen. Hinduismus, Buddhismus, Islam; Darmstadt.
- Kohlberg, L. (1974): Zur kognitiven Entwicklung des Kindes, Frankfurt a. M.
- Kranacher, B. (2001): Religiöse Sozialisation und Individualisierung – Zum religiösen Kultur- und Identitätskonflikt muslimischer Migranten, Diss. Bonn.
- Kränzl-Nagl, R. / Mierendorff, J. (2007): Kindheit im Wandel. Annäherungen an ein komplexes Phänomen, SWS-Rundschau 47, 3–25.
- Kränzl-Nagl, R. / Beham, M. (o. J.) : Die Unterstützungsleistungen von Familien zur Förderung des schulischen Erfolgs. Ein Beitrag zur aktuellen Bildungsdebatte, http://www.kinderschutz.at/zeitung/76_nagl_beham.htm (10.05.2009)
- Kränzl-Nagl, R. / Beham, M. / Bergmair, F. / Bohonnek, A. / Melvyn, P. (2006): Zählen Kinder? Zeitverwendung von Eltern mit Schulkindern. Nationale und internationale Befunde. Wien.
- Kränzl-Nagl, R. / Beham, M. / Zartler, U. / Fuchs, M. / Riepl, B. (2006): PISA & Patchwork-Kindheit. Zeit für Kinder und Schulerfolg. Ergebnisse einer Elternbefragung, Wien.
- Krappmann, L. (1988): Soziologische Dimensionen der Identität, 7. Aufl., Stuttgart.
- Krappmann, L. (1991): Sozialisation in der Gruppe der Gleichaltrigen, in: Hurrelmann, K. / Ulich, D. (Hrsg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, 4. Aufl. Weinheim–Basel, 355–375.
- Krappmann, L. / Oswald, H. (1995): Alltag der Schulkinder, Weinheim.
- Krennbauer, E. (1990): Rezeption von Fernsehnachrichten im Zusammenhang mit dem persönlichen Stil der Angstverarbeitung und der Kontrollerwartung. Wien.
- Kreppner, K. (1991): Sozialisation in der Familie, in: K. Hurrelmann, K. / Ulich, D. (Hrsg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim–Basel, 312–334.
- Kroeber-Riel, W. / Weinberg, P. (2003): Konsumentenverhalten, 8. Aufl. München.
- Kreppner, K. (1999): Beziehung und Entwicklung in der Familie: Kontinuität und Diskontinuität bei der Konstruktion von Erfahrungswelten. In: H. Grundmann (Hrsg.): Konstruktivistische Sozialisationsforschung, Frankfurt a. M.

SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Krüger, H.-H. / Grunert, C. (2002): Geschichte und Perspektiven der Kindheits- und Jugendforschung, in: Krüger, H.-H. / Grunert, C. (Hrsg.): Handbuch Kindheits- und Jugendforschung, Opladen.
- Krummacker, M. / Waltz, V. (1996): Einwanderer in der Kommune. Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. Essen.
- Kügler, K. (2006): Großeltern als Betreuungspersonen. Eine wichtige Säule für die Eltern in der Kinderbetreuung, in: W. Bien / T. Rauschenbach / B. Riedel (Hrsg.): Wer betreut Deutschlands Kinder? DJI-Kinderbetreuungsstudie, Weinheim, 173–186.
- Kymlicka, W. (1999): Multikulturalismus und Demokratie. Über Minderheiten in Staaten und Nationen, Hamburg.
- Kyriakidis, N. (2005): Fun, Anyone!? Jugendliche Sozialisation und Faszinationskraft von Video- und Computerspielen, MA-Arbeit Bochum.
- Lajos, K. (Hrsg.) (1998): Die ausländische Familie. Ihre Situation und Zukunft in Deutschland. Opladen.
- Lamnek S. / Ottermann, R. (2006): Tatort Familie – häusliche Gewalt im gesellschaftlichen Kontext, 2. Aufl., Opladen.
- Lange, A. (2007): Das Kind in der Familie. Medienhandeln aus Sicht der Familienforschung. Sichtweisen auf Familie und Elternschaft heute: Von der Pluralitätsdiskussion zum „doing family“, in: H. Theunert (Hrsg.): Medienkinder von Geburt an. Medienaneignung in den ersten sechs Lebensjahren. Beiträge aus Medienpädagogik, Frühpädagogik, Familiensoziologie, Jugendmedienschutz, München, 41–57.
- Lareau, A. (2003): Unequal Childhoods. Class, Race, and Family Life. Berkeley.
- Larson, R. W. / Branscomb, K. R. / Wiley, A. R. (2006): Forms and Functions of Family Mealtimes: Multidisciplinary Perspectives, in: R. W. Larson / A. Wiley / K. R. Branscomb (eds.): Family Mealtime as a Context of Development und Socialization, San Francisco, 1–15.
- Lavers, C. A. / Sonuga-Barke, E. J. S. (1997): Annotation: On the grandmothers' role in the adjustment and maladjustment of grandchildren. *Journal of Child Psychology and Psychiatry* 38, 747–753.
- Liegle, L. (2000): Geschwisterbeziehungen und ihre erzieherische Bedeutung, in: A. Lange / W. Lauterbach (Hrsg.): Kinder in Familie und Gesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts, Stuttgart, 105–130.
- Lipsitz-Bem, S. (1993): The Lenses of Gender. Transforming the Debate on sexual Inequality. New Haven–London.
- Lorenzer, A. (1972): Zur Begründung einer materialistischen Sozialisationstheorie, Frankfurt a. M.
- Löw, M. (2006): Einführung in die Soziologie der Bildung und Erziehung, 2. Aufl., Opladen.
- Luef, Chr. (2007): Mit den Augen der Kinder – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen, in: beziehungsweise, Ausgabe 17 + 18; http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Kindheitsforschung/s_1970.html (10.05.2009).
- Luef, Chr. (2008): Die Scheidungsspirale, in: beziehungsweise 08.
- Lundy, A. / Rosenberg, J. A. (1987): Androgyny, masculinity, and self-esteem. *Social Behavior and Personality* 15, 91–95.
- Lüscher, K. (1976): Sozialisationsforschung für die politische Praxis, *Zeitschrift für Soziologie* 5, 285–288.
- Lüscher, K. (2007): Facetten von Sozialisation: Generationenlernen und Ambivalenz, in: M. Gebhardt / C. Wischermann (Hrsg.): Familiensozialisation seit 1933 – Verhandlungen über Kontinuität, Stuttgart, 27–48.
- Majce, G. (1998): Generationenbeziehungen in Österreich. Erste Studienergebnisse, BM für Umwelt, Jugend und Familie, Wien.
- Malamuth, N. M. (1984): Aggression against women, in: Malamuth, N. M. / Donnerstein, E. (eds.): Pornography and Sexual Aggression. New York, 173–185.
- Mann, R. W. (1999): Der gemachte Mann, Opladen.
- Martin, T. F. / White, J. M. / Perlman, D. (2003): Religious Socialization: A Test of the Channeling Hypothesis of Parental Influence on Adolescent Faith Maturity, *Journal of Adolescent Research*, 18, 169–187.
- Massey, D. S. / Gross, A. B. / Eggers, M. L. (1991): Segregation, the concentration of poverty, and the life chances of individuals. *Social Science Research* 20, 397–420.

- Mau, W. C. / Bikos, L. M. (2000): Educational and vocational aspirations of minority and female students: A longitudinal study. *Journal of Counseling & Development* 78, 186–194.
- Mayer, H. / Illmann, T. (2000): *Markt- und Werbepsychologie*, 3. Aufl. Stuttgart 2000.
- McAdoo, H. P. (1999): *Family Ethnicity: Strength in Diversity*. Thousand Oaks CA.
- Meisenhelder, Th. (2006): From Character to Habitus in Sociology, in: *The Social Science Journal* 43, 55–66.
- Meister, V. / Meier, C. (2004): *Jugendliche MigrantInnen und ihre Lehrstellenwahl*. Diplomarbeit, Wien.
- Merkle, T. / Wippermann, C. (2008): *Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten*. Stuttgart.
- Migrantenstudie. *Migranten und Fernsehen in Österreich* http://mediaresearch.orf.at/index2.htm?studien/studien_migranten.htm (10.05.2009).
- Millar, J. (2002): Lone Parenthood, in: M. Barnes et al. (eds.): *Poverty and Exclusion in Europe*, Cheltenham.
- Miller, M. / Weissenborn, J. (1991): Sprachliche Sozialisation, in: K. Hurrelmann / D. Ulich: *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim–Basel, 531–549.
- Mossberger, K. / Tolbert, C. J. / McNeal, R. S. (2008): *Digital Citizenship: The Internet, Society, and Participation*, Cambridge, MA.
- Muxel, A. (1996): *Individu et mémoire familiale*, Paris.
- Mühlen-Achs, G. (1998): *Geschlecht bewusst gemacht. Körpersprachliche Inszenierungen*, München.
- Mühlen-Achs, G. (2003): *Wer führt? Körpersprache und die Ordnung der Geschlechter*, Verlag Frauenoffensive.
- Mürner, B. (2007): *Berufswunsch oder Wunschberuf. Ausbildungsweg und Berufswahl von Primarlehrpersonen. Empirische Theorieentwicklung aufgrund narrativer Interviews*, Zürich.
- Naßmacher, K.-H. (1975): Das Ende der Lagermentalität, *Journal für angewandte Sozialforschung* 3, 3 ff.
- National Institute on Media and the Family (2008): *Fact Sheet: Effects of Video Game Playing on Children*, Minneapolis, http://www.mediafamily.org/facts/facts_effect.shtml (10.05.2009)
- Nauck, B. / Gogolin, I. (Hrsg.) (1999): *Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Resultate des Forschungsschwerpunktprogramms FABER (Folgen der Arbeitsmigration für Bildung und Erziehung)*, Opladen.
- Nauck, B. (2000): Familien ausländischer Herkunft. Politische Konsequenzen der Vielfalt von Akkulturationsprozessen. In: *Diskurs* 3, DJI, München, 13–19.
- Nave-Herz, R. / Krüger, D. (1992): *Ein-Eltern-Familien*, Bielefeld.
- Nestvogel, R. (1991): Sozialisation und Sozialisationsforschung in interkultureller Perspektive, in: R. Nestvogel (Hrsg.): *Interkulturelles Lernen oder verdeckte Dominanz?* Frankfurt a. M., 85–112.
- Neubauer, E. (1988): *Alleinerziehende Mütter und Väter: Eine Analyse der Gesamtsituation*, Stuttgart.
- Neumann-Braun, K. (1991): Kinder im Mediennet!? – Aspekte der Medienrezeption im Kindesalter, in: Aufenanger, S. (Hrsg.): *Neue Medien – Neue Pädagogik*, Bonn, 64–81.
- Nikolaisen, B. (1999): Zwischen Konstruktion und Interaktion. Zur Rekonstruktion der Genese sozialer Handlungsfähigkeit, in: Grundmann, M. (Hrsg.): *Konstruktivistische Sozialisationsforschung*, Frankfurt a. M. 1999, 101–117.
- Noack, P. (2006): Politisch-soziale Einstellungen Jugendlicher in Abhängigkeit von familialen und schulischen Bedingungen – Ausgewählte Ergebnisse zur Ausländerfeindlichkeit, in: Ittel / Merckens (2006), 73–88.
- Nolteernsting, E. (1998): *Jugend, Freizeit, Geschlecht*, Opladen.
- Nowotny, H. (1991): *Ausländerbeschäftigung in Österreich. Die Gesamtproblematik und aktuelle Situation*, WISO 14, 37–63.
- Ochs, E. / Schieffelin, B. B. (1984): Language acquisition and socialization: Three developmental stories and their implications. In R. A. Shweder / R. A. LeVine (Eds.), *Culture theory: Essays on mind, self and emotion*, New York: Cambridge UP, 276–320.
- Oevermann, U. (1972): *Sprache und soziale Herkunft*, Frankfurt a. M. 1972.
- ÖGJ – Jugendstudie (2005): *Lebenssituation(en) und Orientierungen von jungen Menschen in Österreich*, Wien.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Ogris, G. / Westphal, S. (2006): Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47, 7–17.
- ÖIJ (Hrsg.) (2007): *Jugendliche MigrantInnen in Bildung und Arbeit. Auswirkungen von Sozialkapital und kulturellem Kapital auf Bildungsentscheidungen und Arbeitsmarktbeteiligung* Wien, www.oeij.at (10.05.2009)
- Okagaki, L. / Sternberg, R. J. (1991): Cultural and parental influences on cognitive development. In: Okagaki L. / Sternberg, R. J. (eds.): *Directors of development. Influences on the development of children's thinking*, Hillsdale NJ., 101–120.
- Oswald, H. (1992): Beziehungen zu Gleichaltrigen, in: *Jugendwerk der deutschen Shell* (Hrsg.): *Jugend '90. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinigten Deutschland*. Im Spiegel der Wissenschaften (Red. J. Zinnecker), Opladen.
- Pätzold, G. (1988): Jugend, Ausbildung und Beruf, in: Krüger H. (Hrsg.): *Handbuch der Jugendforschung*, Neuss, 274 ff.
- Papastefanou, Chr. (2002): Die Eltern-Kind-Beziehung im Erwachsenenalter. Ein Vergleich von Eltern-Familien und Mutter-Familien, in: Walper, S. / Schwarz, B. (Hrsg.): *Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien*, 2. Aufl. Weinheim-München, 191–220.
- Parsons, T. / Shils, E. A. (1951): Values, motives, and systems of action, in: Parsons, T. / Shils, E. A. (eds.): *Toward a general theory of action*, New York, 47–275.
- Paugh, A. L. (2005): Learning about work at dinnertime: language socialization in dual-earner American families, *Discourse and Society* 15, 55–78.
- Paulus, Ch. (2004): Entwickeln sich alleinerziehende Väter anders? *Familienhandbuch (IFP)*, http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Fachbeitrag/a_Kindheitsforschung/s_580.html (10.05.2009)
- Paus-Hasebrink, I. (1991): Was Kinder durch das Fernsehen lernen können, in: Aufenanger, S. (Hrsg.): *Neue Medien – neue Pädagogik*, Bonn, 106–121.
- Paus-Hasebrink, I. (o. J.): Was machen die Medien mit den Menschen? <http://www.internet-abc.at/eltern/121770.php> (10.05.2009)
- Paus-Hasebrink, I. / Bichler, M. (2005): Kindheit im Wandel – Bleiben sozial schwache Kinder auf der Strecke? *Television* 2/18, 103–107.
- Paus-Hasebrink, I. / Bichler, M. (2008) (unter Mitarbeit von Christine Wijnen): *Mediensozialisationsforschung – theoretische Fundierung und Fallbeispiel sozial benachteiligte Kinder*. Wien.
- Pettit, G. S. / Lollis, S. (1997): Introduction to special issue: Reciprocity and bidirectionality in parent-child relationships: New approaches to the study of enduring issues. *Journal of Social and Personal Relationships* 14, 435–440.
- Petzold, M. (2006): Verändern die Neuen Medien unsere Kinder und Jugendlichen? <http://www.familienhandbuch.de>
- Peuckert, R. (2005): *Familienformen im sozialen Wandel*, 6. Aufl. Wiesbaden.
- Pfeiffer, Ch. / Wetzels, P. / Enzmann, D. (1999): *Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und ihre Auswirkungen*. Forschungsberichte Nr.80. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- Pfeiffer, Chr. / Baier, D. / Kleinmann, M. / Windzuio, M. (2006): *Gewalterfahrung und Medienkonsum im Leben von Kindern und Jugendlichen in Dortmund*, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN).
- Pflegerl, J. / Geserick, Ch. (2007): *Kinship and Social Security in Austria. A social history for the 20th century*, Innsbruck.
- Pflegerl, J. / Trnka, S. (eds.) (2005): *Migration and the Family in the European Union*, ÖIF Schriften Heft 13, Wien.
- Pichler, A. (1990): *Die Wirkung der formalen Gestaltungselemente des Fernsehens auf die Wahrnehmung des Rezipienten*, Wien.
- Phillips, T. M. / Pittman, J. F. (2003): Identity processes in poor adolescents: Exploring the linkages between economic disadvantage and the primary task of adolescence. *Identity* 3, 115–129.
- Phillips, T. M. (2007): A Triarchic Model of Poverty, *Theory and Science* 9, <http://theoryand-science.icaap.org/content/vol9.3/philips.html> (10.05.2009)
- Plomin, R. (1999): Parents and personality. Two views about the nurture assumption, *Contemporary Psychology* 44, 269–271.

- Pollmann, T. (1993): Beruf oder Berufung? Zum Berufswahlverhalten von Pflichtschulabgängern, Frankfurt am Main.
- Portmann, A. (1951): Biologische Fragmente zu einer Lehre vom Menschen, Hannover.
- Prout, A. (2003): Kinder-Körper: Konstruktion, Agency und Hybridität, in: H. Hengst / H. Kelle (Hrsg.): Kinder – Körper – Identitäten. Theoretische und empirische Annäherungen an kulturelle Praxis und sozialen Wandel, Weinheim–München, 33–50.
- Reigher, D. (1994): Das Androgynie-Konzept, in: Planung und Analyse 21, 10–17.
- Reinders, H. (2003): Politische Sozialisation in der Adoleszenz. Eine Re-Interpretation quantitativer Längsschnittstudien in Deutschland, Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie 35, 98–110.
- Rendtorff, B. (2003): Kindheit, Jugend und Geschlecht. Einführung in die Psychologie der Geschlechter. Weinheim–Basel–Berlin.
- Rerrich, M. S. (1988): Balanceakt Familie, Freiburg.
- Richter, R. (1989): Subtile Distinktion: Zur Reproduktion sozialer Ungleichheiten im mikrosozialen Bereich, in Österreichische Zeitschrift für Soziologie 3, 53–63.
- Richter, R. (1997): Kulturelle Transfers zwischen den Generationen, in: Ch. Badelt (Hg.): Beziehungen zwischen Generationen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung der ÖGIF im November 1995 in Linz, Wien, 83–98.
- Rideout, V. / Hamel, E. (2006): The Media Family: Electronic Media in the Lives of Infants, Toddlers, Preschoolers and their Parents, Kaiser Family Foundation Menlo Park.
- Rieger, M. (2009): Säkularisierung, Privatisierung oder Resakralisierung?, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Woran glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008, Gütersloh, 11–16.
- Rippl, S. (2008): Politische Sozialisation, in: Hurrelmann, K. / Grundmann, M. / Walper, S. (Hrsg.): Handbuch der Sozialisationsforschung, 7. Aufl., Weinheim–Basel, 443–457.
- Roberts, D. F. / Foehr, U. G. / Rideout, V. (2005): Generation M: media in the lives of 8–18 year-olds. Kaiser Family Foundation.
- Robertson, J. (1977): Grandmotherhood: A study of role conceptions, Journal of Marriage and the Family 39, 165–174.
- Rödder, A. (2005): Werte und Wertewandel in Moderne und Postmoderne, Antrittsvorlesung an der Universität Mainz v. 1.12.2005, <http://www.uni-mainz.de/FB/Geschichte/hist4/244.php> (10.05.2009)
- Rolff, H.-G. (1967): Sozialisation und Auslese durch die Schule, Heidelberg 1967.
- Rollins, B. C. / Thomas, D. L. (1979): Parental Support, power, and control techniques in the socialization of children, in: W. R. Burr et al. (eds.): Contemporary theories about the family. Research-based theories, Vol. I, New York, 317–364.
- Romano, D. (1997): Intercultural Marriage. Promises and Pitfalls, Yarmouth ME.
- Rowi, D. (1981): Environmental and genetic influences on dimensions of perceived parenting: A twin study, Developmental Psychology 17, 203–208.
- Salomon, M. / Bamossy, G. / Askegaard, S. / Hogg, M. K. (2006): Consumer Behaviour. A European Perspective, 3rd Edition, London et al. 2006.
- Sari, S. (2007): Heiratsalter, Scheidungsraten und interethnische Eheschließungen, in: Fassmann (2007), 201–205.
- Sarracino, C. / Scott, K. (2008): The Porning of America: Rise of Porn Culture. What It Means, and Where We Go From Here, Boston MA.
- Schenk-Danzinger, L. (1988): Entwicklung, Sozialisation, Erziehung (Schule und Jugendalter), Stuttgart–Wien.
- Schenk-Danzinger, L. (1993): Entwicklungspsychologie, Wien.
- Schlemmer, E. (2004): Familienbiografien und Schulkarrieren von Kindern. Theorie und Empirie, Wiesbaden.
- Schmidt, G. (2004): Sexualität und Kultur: Soziokultureller Wandel der Sexualität, in: Hornung, R. / Buddeberg, Cl. / Bucher, Th. (Hrsg.): Sexualität im Wandel, Zürich, 11–28.
- Schneekloth, U. (2006): Politik und Gesellschaft: Einstellungen, Engagement, Bewältigungsprobleme, in: 15. Shell Jugendstudie (2006), 103–144.
- Schneewind, K. A. (1987): Familienentwicklung, in Oerter, R. / Montada, L. (Hrsg.): Entwicklungspsychologie, München.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Schneewind, K. A. (1991): Familienpsychologie. Stuttgart: Kohlhammer.
- Schneider, S. (2000): Die Bedeutung des Medienkonsums für die Sozialisation am Beispiel bundesdeutscher Talkshows, *Unsere Jugend. Die Zeitschrift für Studium und Praxis der Sozialpädagogik* 1, 14–20.
- Schneider, N. F. / Krüger, D. / Lasch, V. / Limmer, R. / Matthias-Beck, H. (2001): Alleinerziehen. Vielfalt und Dynamik einer Lebensform, Weinheim.
- Schönpflug, U. (2008): Sozialisation in der Migrationssituation, in: Hurrelmann / Grundmann / Walper 2008, 217–228.
- Schorb, B. (1991): Knight Rider – ein Freund unserer Kinder? In: Aufenanger, S. (Hrsg.): *Neue Medien – neue Pädagogik*, Bonn, 136–149.
- Sedney, M. A. (1987): Development of androgyny: Parental influences. *Psychology of Women Quarterly*, 11, 311–326.
- Serpell, R. / Sonnenschein, S. / Baker, L. / Ganapathy, H. (2002): Intimate Culture of Families in the Early Socialization of Literacy, *Journal of Family Psychology*, 16, 391–405.
- Shaffer, D., et al. (2005): Video Games and the Future of Learning, *Phi Delta Kappan* 87, 104–111. SHARE-Studie <http://www.share-project.org/> (10.05.2009)
- Shaw, J. S. (1984): Psychological androgyny and stressful life events. *Journal of Personality and Social Psychology*, 43, 145–153
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): *Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck*, Frankfurt a. M. (15. Shell Jugendstudie).
- Sieder, R. (2008): *Patchworks – das Familienleben getrennter Eltern und ihrer Kinder*. Stuttgart.
- Smith, P. K. / Drew, L. (2002): Grandparenthood, in Bornstein, M. (Ed.): *Handbook of Parenting, Volume 3: Being and Becoming a Parent*. 2. Aufl., Mahwah, New Jersey, 141–172.
- Snow, C. / Dickinson, D. K. / Tabors, P. D. (1991): Early literacy: Linkages between home, school, and literacy achievement at age five, *Journal of Research in Childhood Education*, 6, 1–46.
- Sozialbericht 2007 – 2008, hg. BMSK Soziales und Konsumentenschutz, www.bmsk.gv.at (10.05.2009)
- Spilka, B. / Hood, R. W. / Hunsberger, B. / Gorsuch, R. (2003): *The psychology of religion. An empirical approach*, 3. Aufl. New York–London.
- Spiro, R. I. (1983): Persuasion in Family Decision Making, in: *Journal of Consumer Research*, 9, 393–402
- Stangl, W. (1997): Seminar aus Erziehungswissenschaft: Entwicklung im Jugendalter, Linz 1997, <http://paedpsych.jk.uni-linz.ac.at:4711/JUGENDPSYCH/JUGENDPSYCHREFERATE96/Thema6.html> (10.05.2009).
- Stangl, W. (2009): Angeboren oder gelernt? – Reifung und Förderung in der kindlichen Entwicklung. Versuch über die Veränderung der psychologischen Perspektive, http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Kindliche_Entwicklung/s_578 (10.05.2009)
- Stark, R. / Bainbridge, W. S. (1987): *A theory of religion*, New York.
- Stary, J. (1989): Jugendliche im Familiensystem, in: *Lebenswelt Familie. Familienbericht*, 429–433.
- Steinkamp, G. / Stief, W. H. (1979): Lebensbedingungen und Sozialisation. Die Abhängigkeit von Sozialisationsprozessen in der Familie von ihrer Stellung im Verteilungssystem ökonomischer, sozialer und kultureller Ressourcen und Partizipationschancen, Opladen.
- Steinkamp, G. (1991): Sozialstruktur und Sozialisation, in: Hurrelmann, K. / Ulich, D. (Hrsg.): *Neues Handbuch der Sozialisationsforschung*, Weinheim–Basel, 251–277.
- Stumptner, V. (2008): Armutgefährdung von Familien mit Kindern in ländlichen Regionen – eine Sekundäranalyse der Mikrozensus-Daten 2006. Diplomarbeit, Johannes Kepler Universität Linz. http://www.statistik.at/web_de/suchergebnisse/index.html
- Sullivan, K. / Sullivan, A. (1980): Adolescent-parent separation. *Developmental Psychology*, 16, 93–99.
- Swaim, R. C. / Bates, S. C. / Chavez, E. L. (1998): Structural Equation Socialization Model of Substance Use Among Mexican-American and White Non-Hispanic School Dropouts, *Journal of Adolescent Health*, 23, 128–138.
- Sykes, G. M. / Matza, D. (1957): Techniques of Neutralization: A Theory of Delinquency, in: *American Sociological Review*, 22, 664–670.

- Tan, D. (1999): Zur Rolle der Religion in der Erziehung. In: Analysen. Arbeitskreis Neue Erziehung (Hrsg.): Erziehung – Sprache – Migration. Gutachten zur Situation türkischer Familien, Berlin, 37–92.
- Tanzberger, R. / Schneider, K. (2007): Auf dem Weg zur Chancengleichheit. Didaktische Anregungen zum Unterrichtsprinzip „Erziehung zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ und zum Gleichbehandlungsgesetz, hg. von AK Wien.
- Tazi-Preve, M. I. (2004): Vaterschaft im Wandel? Eine Bestandsaufnahme von Verhalten und in der Einstellung von Vätern, in: B. Cizek (Hrsg.): Familienforschung in Österreich. Markierungen – Ergebnisse – Perspektiven, ÖIF Schrift 12.
- Taylor, J. / Harris, M. B. / Susan, S. (2004): Parents Have Their Say About Their College-Age Children's Career Decisions, UNC – Chapel Hill 2004, www.jobweb.com (10.05.2009).
- Teubner, M. J. (2005): Brüderchen komm tanz mit mir ... Geschwister als Entwicklungsressource für Kinder, in: Chr. Alt (Hrsg.): Kinderleben – Aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen, Bd. 1: Aufwachsen in Familien, Wiesbaden, 63–98.
- Textor, M. R.: Was wird aus unseren Migrantenkindern? Familiensituation und Lebensweg, Kindergartenpädagogik – Online Handbuch.
- Textor, M. R. (2009): Die Familie der Gegenwart und Zukunft. Positionen, Provokationen, Prognosen, Norderstedt 2009.
- Tillmann, K.-J. / Holler-Nowotzki, B. / Holtappels, H. G. / Meier, U. / Popp, U. (1999): Schülergewalt als Schulproblem. Verursachende Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven. München.
- Turkheimer, E. / Waldron, M. (2000): Nonshared environment: A theoretical, methodological, and quantitative review, Psychological Bulletin, 126, 78–108.
- Ulich, D. et al. (1999): Sozialisation und Emotionen: Erklärungskonzepte, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 19, 7–19.
- Ulich, K. (2001): Sozialpsychologie der Schule, Weinheim.
- Unger, M. (2007): Studierenden-Sozialerhebung 2006, ÖH-BAKS, 20.10.2007
- Urban, D. (2000): Längsschnittdatenanalysen mit latenten Wachstumskurvenmodellen in der politischen Sozialisationsforschung, Schriftenreihe des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart 2.
- Utsch, M. (2006): Religion und Psychologie, in: Weyel, B. / Gräb, W. (Hrsg.); Religion in der modernen Lebenswelt. Erscheinungsformen und Reflexionsperspektiven. Göttingen, 296–314.
- Valtin, R. / Fatke, R.: Warum brauchen Kinder Freunde? Familienhandbuch (IFP) www.familienhandbuch.de (10.05.2009)
- Veith, H.: Sozialisationsforschung, Familienhandbuch (IFP) www.familienhandbuch.de (10.05.2009)
- Veith, H. (1996): Theorien der Sozialisation. Zur Rekonstruktion des modernen sozialisationstheoretischen Denkens, Frankfurt/Main–New York 1996.
- Veith, H. (2004): Zum Wandel des theoretischen Selbstverständnisses vergesellschafteter Individuen, in: Geulen, D. / Veith, H. (Hrsg.): Sozialisationstheorie interdisziplinär. Aktuelle Perspektiven, Stuttgart, 349–370.
- Vitouch, P. (2000): Fernsehen und Angstbewältigung – Zur Typologie des Zuschauerhaltens, 2. Auflage, Opladen.
- Volf, P. / Bauböck, R. (2001): Wege zur Integration. Was man gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit tun kann, Wien.
- Wacquant, L. J. D. (1996): Auf dem Wege zu einer Sozialpraxeologie, in: P. Bourdieu / L. J. D. Wacquant (Hrsg.): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a. M.
- Wagner, P. (Hrsg.) (2008): Handbuch Kinderwelten. Vielfalt als Chance – Grundlagen einer vorurteilsbewussten Bildung und Erziehung. Freiburg–Basel–Wien.
- Wahl, K. (2005): Aggression bei Kindern. Emotionale und soziale Hintergründe, in: Alt (2005), 12–156.
- Wahl, K. / Hees, K. (2008): Täter oder Opfer? Jugendgewalt – Ursachen und Prävention, München.
- Waksler, F. C. (ed.) (1991): Studying the Social Worlds of Children: Sociological Readings, New York.
- Walper, S. (1988): Familiäre Konsequenzen ökonomischer Deprivation, München 1988.
- Walper, S. / Wendt, E.-V. (2005): Nicht mit beiden Eltern aufwachsen – ein Risiko? Kinder von Alleinerziehenden und Stieffamilien, in: Alt (2005), 187–216.

 SOZIALISATIONSLEISTUNGEN VON FAMILIEN

- Walper, S. (2008): Sozialisation in Armut, in: K. Hurrelmann / M. Grundmann / S. Walper: Handbuch der Sozialisationsforschung, 7. Aufl. Weinheim-Basel, 203-216.
- Walper, S. / Schwarz, B. (2002): Risiken und Chancen für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien. Eine Einführung, in: Walper, S. / Schwarz, B. (Hrsg.): Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien, 2. Aufl. Weinheim-München, 7-22.
- Weiss, H. / Strodl, R. (2007): Soziale Kontakte und Milieus – ethnische Abschottung oder Öffnung? Zur Sozialintegration der zweiten Generation. In: Weiss, H. (Hrsg.): Leben in zwei Welten. Zur sozialen Integration ausländischer Jugendlicher der zweiten Generation. Wiesbaden, 97-129.
- Wentling, R. M. / Wright, D. (1999): Barriers that hinder the successful transition of minority youth into the workplace. *Journal of Vocational Education Research*, 24, 165-183.
- West, C. / Zimmerman, D. H. (1987): Doing Gender. *Gender and Society*, 1, 125-151.
- Whiston, S. C. / Keller, B. K. (2004): The influences of the family of origin on career development: A review of analysis, *The Counseling Psychologist*, 32, 493-568.
- Whyte, W. H. jr. (1957): *Organizational Man*, New York.
- Wilk, L. (1995): Unterschiedliche Familienformen – Spezifische kindliche Lebenswelten, in: Richter, R. / Dyczewski, L. (Hg.): *Familien in der Alltagskultur*, Schriftenreihe des Instituts für Soziologie 32, Wien.
- Wilk, L. / Bacher, J. (1994): *Kindliche Lebenswelten*, Opladen.
- Winstead, B. / Derlega, V. / Rose, S. (1997): *Gender and close Relationships*. London.
- Wippermann, C. (2008): Gegen Stigmatisierung und Diskriminierung: Die Lebenswelten der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind vielfältig, in: *Religiöse Vielfalt und Integration*. Dossier, hg. v. d. Heinrich Böll Stiftung, www.migration-boell.de (10.05.2009)
- Witt, S. D. (2000): The influence of television on children's gender role socialization in: *Childhood Education*. 76, 322-324
- Wolchik, S. A. / Sandler, I. N. / Braver, S. L. / Fogas, B. S. (1985): Events of parental divorce. Stressfulness ratings by children, parents, and clinicians, *American Journal of Community Psychology*, 14, 59-74.
- Wurzbacher, G. (1961): *Der Mensch als personales und soziales Wesen*, Stuttgart.
- Young, R. A. (2005): A Framework for Understanding Parent-Adolescent Joint Career Development Projects. Paper presented in R. A. Young (ed.): *The construction of career in families*. Invited symposium conducted at the meeting of the International Association for Educational and Vocational Guidance, Lisbon, Portugal, September 2005.
- Youniss, J. (1982): Die Entwicklung und Funktion von Freundschaftsbeziehungen, in: Edelstein, W. / Keller, M. (Hrsg.): *Perspektivität und Interpretation*. Frankfurt a. M.
- Youniss, J. (1994): *Soziale Konstruktion und psychische Entwicklung*. Frankfurt a. M.
- Zajonc, R. B. / Markus, G. B. (1975): Birth order and intellectual development. *Psychological Review*, 82, 74-88.
- Zartler, U. / Wilk, L. / Kränzl-Nagl, R. (Hrsg.) (2004): *Wenn Eltern sich trennen. Wie Kinder, Frauen und Männer Scheidung erleben*, Frankfurt a. M.
- Zeiber, H. (1984): Kindheit und Zeit. Über das Eindringen moderner Zeitorganisation in die Lebensbedingungen von Kindern, in *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie*, 1, 29-43
- Zillmann, D. / Bryant, J. (1994): Entertainment as media effect, in Bryant, J. / Zillmann, D. (Eds.): *Media Effects. Advances in theory and research* Hillsdale, 437-462.
- Zimmermann, P. (2006): *Grundwissen Sozialisation. Einführung zur Sozialisation im Kindes- und Jugendalter*, 3. Aufl., Wiesbaden.
- Zulehner, P. M. (2002): Wiederkehr der Religion?, in: Denz, H. (Hrsg.): *Die europäische Seele. Leben und Glauben in Europa*, Wien, 23-42.
- Zulehner, P. M. (2009): Spirituelle Dynamik? Ein Vergleich zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz, in: Bertelsmann Stiftung 2009, 351-386.

15

Erwerbsmuster von Frauen und Männern über den Familienzyklus – ein europäischer Vergleich

Nadia Steiber und Barbara Haas

Inhalt

1 Erwerbsmuster von Frauen und Männern über den Familienzyklus – ein europäischer Vergleich	693
1.1 Einleitung	693
1.2 Rahmenbedingungen und Hypothesen	694
1.2.1 Familienpolitiken im Vergleich	695
1.2.2 Erwerbschancen von Frauen	698
1.2.3 Ökonomische Bedingungen	699
1.2.4 Hypothesen	699
1.3 Daten und Analyseverfahren	700
1.3.1 Multivariate Analyse	701
1.4 Ergebnisse	705
1.4.1 Deskription	705
1.4.2 Ergebnisse der multivariaten Analyse	706
1.5 Diskussion	710
Summary	712
Literatur	713

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Betreuungsquoten nach Alter der Kinder und Elternschaftsurlaub	696
Tabelle 2: Arbeitsmarktcharakteristika im Ländervergleich	698
Tabelle 3: Multinomiale Logit-Regression, Erwerbsmodelle in Paarhaushalten	703
Grafik 1: Erwerbsmodelle in Paarhaushalten nach Präsenz/Alter von Kindern	709

1 Erwerbsmuster von Frauen und Männern über den Familienzyklus – ein europäischer Vergleich

1.1 Einleitung

Die seit Ende der 1960er-Jahre steigende Frauenerwerbstätigkeit hat dazu geführt, dass das lange dominierende Modell des männlichen Alleinverdieners und der nicht erwerbstätigen Ehe- und Hausfrau, welche von ihrem Mann ‚mitversorgt‘ wird, in seiner empirischen Bedeutung zurückgegangen ist (Daly 2005; Franco und Winqvist 2002). Während diese Entwicklung in den meisten europäischen Ländern zu beobachten ist, bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf das Ausmaß und die Form weiblicher Erwerbsintegration über den Lebensverlauf. Ziel der vorliegenden Analyse ist es, diese Länderunterschiede zu beleuchten und deren Hintergründe zu diskutieren. Auf Basis der Survey-Daten (zwei Erhebungswellen des European Social Survey für die Jahre 2004/ 05 und 2006/07) werden vorherrschende Erwerbsmuster in Paarhaushalten analysiert. In einem Vergleich zehn europäischer Länder zeigen wir, dass das Zusammenspiel diverser familien- und sozialpolitischer Maßnahmen (Betreuungsinfrastruktur, Zeitpolitik, Geldtransfers) zu sehr unterschiedlichen Entwicklungen geführt hat. Bei den untersuchten Ländern handelt es sich um Dänemark (DK), Deutschland (DE), Finnland (FI), Frankreich (FR), Großbritannien (GB), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Schweden (SE) und Spanien (ES).

Zunächst zeigen wir die im Ländervergleich sehr unterschiedliche empirische Bedeutung diverser Erwerbsmodelle in Paarhaushalten (für den Zeitraum 2004 – 2007). Im Kontrast zu vorhergehenden Untersuchungen geschlechtsspezifischer Erwerbsmuster, welche den Fokus der Analyse meist auf Frauen und deren Erwerbsverhalten legen, analysiert der vorliegende Beitrag das Erwerbsverhalten auf einer Haushaltsebene. Dies nimmt Bedacht auf die Interdependenz der Erwerbsentscheidungen von Partner/-innen. Im Anschluss an eine eingehende deskriptive Analyse der länderspezifisch sehr unterschiedlichen Verbreitung diverser Haushaltserwerbsmodelle werden in einer multivariaten Analyse die länderspezifischen Determinanten der „Wahl“¹ unterschiedlicher Modelle in den Mittelpunkt gerückt. Insbesondere wird untersucht, welche Auswirkungen die Präsenz von Klein-, Vorschul- und Schulkindern auf das Erwerbsverhalten ihrer Eltern hat. In der vorliegenden Studie werden die unterschiedlichen Erwerbsmodelle in Paarhaushalten wie folgt definiert (vgl. Pfau-Effinger 2000; Haas et al. 2006): Erstens – im bürgerlich traditionellen männlichen Ernährermodell ist der Mann Vollzeit erwerbstätig, während die Frau die alleinige oder nahezu alleinige Verantwortung für die unbezahlte Familienarbeit trägt. Dieses Modell wird dementsprechend auch häufig als Hausfrauenmodell der männlichen Versorger-Ehe

¹ Dies ist nicht im Sinne von ‚freier‘ Wahl zu verstehen, sondern im Sinne von Auswahl aus einem Set theoretisch möglicher Modelle – jedoch unter gegebenen Bedingungen (zum Beispiel Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen, von Arbeit im gewünschten Erwerbsausmaß, von Kinderbetreuungsplätzen etc.).

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

bezeichnet. Zweitens – im teilmodernisierten Ernährermodell ist der Mann Vollzeit erwerbstätig, während die Frau Teilzeit arbeitet und weiterhin auch die Hauptverantwortung für die Familienarbeit trägt (auch modifiziertes Ernährermodell oder Haupternährer-/Zuverdienermodell genannt). Drittens – im Doppelernährermodell (auch Doppelversorgermodell) arbeiten beide Partner/-innen Vollzeit. Bei Präsenz von Kleinkindern werden vorwiegend externe Kinderbetreuungsleistungen in Anspruch genommen. Viertens – das Teilzeitmodell bezeichnet eine egalitäre Rollenverteilung, bei der beide Partner/-innen zu annähernd gleichen Teilen Teilzeit erwerbstätig sind und sich auch die Verantwortung für die Familienarbeit partnerschaftlich teilen (bei Präsenz von Kindern auch Doppelversorger-/Doppelbetreuermodell genannt). Fünftens – das weibliche Ernährermodell ist das genaue Spiegelbild des männlichen Ernährermodells (in seiner traditionellen oder teilmodernisierten Form): Das heißt, in dieser Konstellation arbeitet die Frau Vollzeit, während ihr Partner entweder erwerbslos ist oder Teilzeit arbeitet. Sechstens – die Residualkategorie (geringe Beteiligung) bilden beschäftigungslose Paarhaushalte, in denen keine/r der Partner/-innen einer formalen Erwerbstätigkeit nachgeht, sowie Haushalte, in denen ein/e Partner/-in Teilzeit arbeitet, während die/der andere nicht erwerbstätig ist.

Die nachfolgende Analyse basiert auf harmonisierten Survey-Daten aus den Jahren 2004 bis 2007. Es können somit keine Schlussfolgerungen gezogen werden, wie sich etwaige Änderungen in den Erklärungsfaktoren (z. B. Reform der Familienpolitik wie Neuregelungen des Kinderbetreuungsgeldgesetzes, veränderte Arbeitsmarktsituation usw.) nach diesem Zeitraum auf die Erwerbsbeteiligung von Eltern auswirken haben.

1.2 Rahmenbedingungen und Hypothesen

Wohlfahrtsstaatssysteme – das Zusammenspiel unterschiedlicher politischer Maßnahmen und Regelungen – enthalten Anreize für bestimmte familiäre Erwerbsmuster. Man kann diese Anreize danach unterscheiden, ob eher das traditionelle männliche Ernährermodell oder die Erwerbstätigkeit von Frauen gefördert werden. Lewis und Ostner (Lewis 1992; Ostner 1995; Ostner und Lewis 1995) entwickelten Typologien von Wohlfahrtsstaaten, welche die Stellung der Frauen zwischen Familie und Erwerbssystem als Ausgangspunkt nehmen und Länder je nach Stärke ihrer Ausrichtung am männlichen Ernährermodell der Familie klassifizieren (schwache, moderate oder starke Ernährermodelle). Kriterien für die Zuordnung zu einem dieser Modelle sind sowohl das Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit und ihre Kontinuität über den Lebensverlauf als auch die Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Politik.

Als Idealtypus des starken Ernährermodells wird meist Deutschland genannt. Häufig werden auch Großbritannien und die Niederlande als Vertreter dieses konservativen Modells gesehen. Die österreichische Familienpolitik wird in solchen Typologien ebenfalls als stark am männlichen Ernährermodell ausgerichtet charakterisiert (vgl. Leitner et al. 2003; Pfau-Effinger 2005). In Ländern, die als starke Ernährermodelle klassifiziert werden, besteht die theoretische Erwartung, dass Frauen ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt eines Kindes zunächst unterbrechen, um dieses selbst zu Hause zu betreuen, dann jedoch bei Schuleintritt des jüngsten Kindes ihre Erwerbstätigkeit wieder aufnehmen – und dies meist in Form von Teilzeitarbeit, um weiterhin eine häusliche Teilzeitbetreuung der Kinder zu gewährleisten.

Im Gegensatz dazu werden Länder wie Schweden oder Dänemark als Idealtypen eines schwachen Ernährermodells bezeichnet, das Doppelernährermodelle fördert, indem die Verantwortung für die Betreuungsarbeit überwiegend vom Staat übernommen wird (v. a. umfassende Bereitstellung öffentlich subventionierter Betreuungseinrichtungen). Für Länder, die dem schwachen Ernährermodell zugeordnet werden, besteht die theoretische Erwartung, dass Frauen kontinuierlich erwerbstätig sind und sich auch während der intensiven Betreuungsphase von Kleinkindern ihre Existenz eigenständig sichern.

Beim moderaten Ernährermodell (Frankreich) stellt der Staat ebenfalls öffentliche Betreuungseinrichtungen zur Verfügung, welche Frauen die Möglichkeit eröffnen, auch bei Präsenz von Kleinkindern erwerbstätig zu sein. Gleichzeitig bestehen jedoch finanzielle Anreize für Mütter, sich der privaten Kinderbetreuung zu widmen (Lohnersatz bei Betreuungsarbeit). Es besteht mithin ein in sich widersprüchliches Anreizsystem, das ein gewisses Maß an Wahlfreiheit zwischen Erwerbs- und Betreuungsarbeit zulässt. In diesen Modellen, bei denen Müttern wählen können zwischen Erwerbstätigkeit und geförderter privater Kleinkindbetreuung, sind die Auswirkungen auf das Erwerbsverhalten aufgrund der Wahlfreiheit zwischen zwei konträren Modellen weniger klar.

Anstatt Finnland, Polen und Spanien als Hybridtypen zu definieren, da sie keinem der idealtypischen Ernährermodelle von Lewis und Ostner klar zuordenbar sind, verfolgen wir in der vorliegenden Analyse einen anderen Ansatz. Um der Komplexität nationaler Spezifika besser gerecht werden zu können, als dies mit Hilfe von Wohlfahrtsstaatstypologien möglich ist, diskutieren wir im Folgenden die Familienpolitiken der zehn untersuchten Länder im Detail und gehen auch auf andere Erklärungsfaktoren von Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit ein (z. B. Verbreitung von Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeitsrisiken und ökonomische Rahmenbedingungen der Wahl von Erwerbsmustern).

1.2.1 Familienpolitiken im Vergleich

Für das Erwerbsverhalten von Müttern von Kindern im Vorschulalter sind insbesondere das Kinderbetreuungssystem und die Regelungen zur Elternzeit (Karenz) entscheidend. Die Ausgestaltung der öffentlichen Leistungen für die Kinderbetreuung gibt wichtige Rahmenbedingungen für die Erwerbsbeteiligung von Frauen vor. In Österreich ist das Angebot und die Inanspruchnahme von öffentlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren im internationalen Vergleich sehr niedrig (siehe Tabelle 1). Während in Österreich nur 4 % der Kinder unter drei Jahren formal betreut werden, beträgt dieser Anteil in Dänemark und Schweden mehr als 50 %. Spanien und die Niederlande weisen Betreuungsquoten von rund 40 % auf, gefolgt von Frankreich, Großbritannien und Finnland, wo rund 30 % der Kleinkinder institutionell betreut werden. Auch bei den älteren Kindern (drei Jahre bis Schuleintritt) fällt die Betreuungsquote in Österreich (69 %) im internationalen Vergleich sehr niedrig aus und wird von den hier untersuchten Ländern nur von Polen unterboten.

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

Tabelle 1: Betreuungsquoten nach Alter der Kinder und Elternschaftsurlaub

	% der formal betreuten Kinder, nach Altersgruppe*		Regelungen zur Elternzeit**	
	0–2 Jahre	3–Schuleintritt	max. Dauer	Leistungsniveau
DK	73	94	11	hoch
SE	53	87	14	hoch
NL	40	89	3	unbezahlt
ES	39	94	36	unbezahlt
FR	32	95	36	niedrig
GB	30	100	3	unbezahlt
FI	27	76	36	niedrig
DE	16	87	36	niedrig
AT	4	69	30	niedrig
PL	2	30	48	niedrig

*harmonisierte Daten von EU-SILC (2005) aus Plantenga & Remery (2007). Aufgrund länderspezifisch unterschiedlicher Erhebungsmethoden wird hier auf harmonisierte EU-SILC Daten verwiesen. Es sei jedoch angemerkt, dass laut aktuellen Zahlen der Statistik Austria (2008) die Betreuungsquoten in Österreich höher sind: für die 0- bis 3-Jährigen liegen diese bei 14% (in Einrichtungen ohne Tagesmütter/-väter). Die Quoten variieren zudem nach Lebensalter: rd.1% im 1. Lebensjahr; rd. 9% im 2. Lebensjahr, rd. 32% im 3. Lebensjahr und rd. 89% der 3- bis 6-Jährigen (unter Mitberücksichtigung vorzeitig eingeschulter Kinder).
 **Quellen: Plantenga & Remery (2005); Anxo et al. (2007); Lutz (2004); OECD (2005): Babies and Bosses: Austria, Ireland, and Japan.

In Anbetracht der vergleichsweise niedrigen Betreuungsquoten bei Kleinkindern erfolgt in Österreich die Betreuung von Kindern über einen relativ langen Zeitraum im privaten Raum. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes für Geburten ab 2002 hatte ein Elternteil Anspruch auf maximal 30 Monate Kinderbetreuungsgeld (bzw. 36 Monate bei Inanspruchnahme von sechs Monaten durch den anderen Elternteil). Die niedrige Pauschalvergütung der privaten Betreuungsleistung in Form des Kinderbetreuungsgeldes ermöglichte keine eigenständige Existenzsicherung der Betreuungsperson. Allerdings soll betont werden, dass dieses Modell jüngst durch Neuregelungen des Kinderbetreuungsgeldgesetzes ergänzt und erweitert wurde. So wurden 2008 zwei kürzere Varianten mit höheren Bezugsmöglichkeiten eingeführt.²

² Inanspruchnahme für 20 Monate (bzw. 24 Monate bei Inanspruchnahme von vier Monaten durch den anderen Elternteil) bei Auszahlung eines Kinderbetreuungsgeldes (KBG) von 624 Euro pro Monat; oder die Inanspruchnahme für 15 Monate (bzw. 18 Monate bei Inanspruchnahme von drei Monaten durch den anderen Elternteil) bei Auszahlung eines KBG von 800 Euro pro Monat. Seit 2010 gibt es die Möglichkeit zur Inanspruchnahme von zwölf Monaten (bzw. 14 Monaten bei Inanspruchnahme von zwei Monaten durch den anderen Elternteil) bei Auszahlung eines KBG von 1000 Euro pro Monat sowie – erstmals – eine einkommensabhängige Variante mit einem Bezug von 80 Prozent des letzten Nettoeinkommens (mindestens 1.000 Euro und maximal 2.000 Euro) pro Monat.

Generell zeigt eine Reihe von Studien, dass die mögliche Länge des Bezugs von Geldleistungen während der Elternzeit einen bedeutenden Einfluss auf die Dauer der durchschnittlichen Erwerbsunterbrechung von Müttern hat und sich negativ auf deren Beschäftigung auswirkt (Pylkkänen und Smith 2004; Rønsen und Sundström 2002; Weber 2004). Für Österreich belegen dies die Studien von Lutz (2004) sowie Lalive und Zweimüller (2005). Ein ähnliches Modell, welches eine mangelnde Betreuungsinfrastruktur mit dem Anspruch auf lange, jedoch vergleichsweise gering bezahlte Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes kombiniert, finden wir in Polen und Deutschland.

Im Gegensatz zu diesen Ländern, in denen der temporäre Ausstieg von Müttern finanziell gefördert wird, während die mangelnde Betreuungsinfrastruktur die Rückkehr in den Arbeitsmarkt oft sehr schwierig gestaltet, fördern Länder wie Dänemark und Schweden ein Modell, in dem Mütter, mit der Ausnahme von relativ kurzen, gut bezahlten familienbedingten Erwerbsunterbrechungen (siehe Tabelle 1), kontinuierliche Erwerbsverläufe aufweisen (Schiffbänker 2001; Haataja und Nyberg 2006). Auch Finnland wird oft fälschlicherweise diesem von Lewis sogenannten schwachen Ernährermodell zugeordnet. Die finnische Familienpolitik unterscheidet sich jedoch in Bezug auf die Betreuung von Kleinkindern deutlich (Haataja und Nyberg 2006; Datta Gupta et al. 2006): So liefert das finnische System Anreize für einen längeren Ausstieg von Müttern als Schweden und Dänemark. Die Inanspruchnahme längerer Phasen privater Kinderbetreuung bedingt in Folge auch einen geringeren Bedarf an außerhäuslicher Kleinkindbetreuung, welche sich in deutlich niedrigeren Betreuungsquoten von Kleinkindern niederschlägt (siehe Tabelle 1). Jedoch bestehen sowohl in Dänemark und Schweden als auch in Finnland sehr starke Anreize für Frauen mit Kindern ab zwei bis drei Jahren, Vollzeit erwerbstätig zu sein (System öffentlicher Kinderbetreuung, welche meist Ganztagsbetreuung ermöglicht).

In Frankreich und Spanien finden wir ebenfalls eine Kombination aus langen, niedrig vergüteten bzw. im Fall von Spanien gar unbezahlten Elternzeiten mit mittleren Betreuungsquoten von kleinen Kindern. Die Inanspruchnahme rechtlich gewährter familienbedingter Erwerbsunterbrechungen ist jedoch vergleichsweise gering. Dies resultiert daraus, dass v. a. schlechter qualifizierte Frauen nach der Geburt eines Kindes oft permanent aus dem Erwerbsleben ausscheiden – und damit weder rechtlich gesicherte Elternzeiten noch formale Betreuungsangebote in Anspruch nehmen (vgl. Anxo et al. 2006).

Eine letzte Gruppe von Ländern umfasst Großbritannien und die Niederlande, wo Ansprüche auf nur sehr kurze, unbezahlte Elternzeiten mit mittleren Betreuungsquoten von Kleinkindern einhergehen. Dieses Modell enthält wenig Anreiz für Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes, ermöglicht jedoch in Anbetracht fehlender Betreuungsangebote oft nur eine Teilzeitintegration von Müttern in den Arbeitsmarkt.

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

1.2.2 Erwerbschancen von Frauen

In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit und/oder schwach entwickelten Teilzeitarbeitsmärkten sind Paare in ihrer Wahl familiärer Erwerbsmuster naturgemäß stark eingeschränkt. Hohe Arbeitslosigkeit wirkt sich v. a. auf die Rückkehrwahrscheinlichkeit nach einer Erwerbsunterbrechung aus, während die Verfügbarkeit von Teilzeitarbeitsplätzen die Rückkehr von Müttern in den Arbeitsmarkt erleichtert (Del Boca 2002). Wie in Tabelle 2 zusammenfassend dargestellt wird, finden nach diesen Gesichtspunkten Frauen die vergleichsweise besten Erwerbschancen in Großbritannien und den Niederlanden vor – aufgrund von niedriger Arbeitslosigkeit und der sehr hohen Teilzeirate. Im Gegensatz dazu erweisen sich die Erwerbschancen von Frauen durch die hohe Arbeitslosigkeit sowie die geringe Verbreitung von Teilzeitarbeit in Polen und Spanien als stark eingeschränkt. In Polen sind in Anbetracht hoher Arbeitslosigkeit auch die Erwerbschancen von Männern beschränkt. Vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit finden wir weiters in Deutschland – und hier v. a. in den neuen Bundesländern – sowie in Frankreich, Finnland und Schweden.

In Österreich und Westdeutschland hat das Modell des männlichen Haupternährers und der Teilzeit arbeitenden Zuverdienerin eine lange, in den 1950er-Jahren beginnende Tradition. Heute arbeitet in diesen Ländern rund jede dritte erwerbstätige Frau im Alter zwischen 20 und 60 Jahren weniger als 30 Stunden pro Woche (siehe Tabelle 2). In den nordischen Ländern wurde die Ausweitung von Teilzeitjobs im öffentlichen Sektor lange Zeit aktiv gefördert; in den letzten Jahren versuchen die nordischen Staaten allerdings die weitere Ausbreitung von (kurzer) Teilzeitarbeit eher zu unterbinden. Dies drückt sich auch in relativ niedrigen Teilzeitraten in Dänemark, Schweden (16 % bzw. 17 % der erwerbstätigen Frauen) sowie v. a. in Finnland (11 %) aus. Eine ähnlich geringe Bedeutung von Teilzeiterwerbstätigkeit finden wir in Spanien und Polen.

Tabelle 2: Arbeitsmarktcharakteristika im Ländervergleich

	Arbeitslosenquote 2005 ¹ *		Teilzeit (<30 Stunden pro Woche)**	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
DK	4,6	5,4	6,1	15,7
SE	8,1	8,1	4,9	16,7
NL	4,5	5,1	7,9	56,7
ES	7,2	12,4	4,9	16,5
FR	8,1	9,9	3,8	19,9
GB	5,4	4,5	8,6	35,4
FI	8,4	8,8	4,3	10,9
DE	11,4	10,8	6,1	36,2
AT	5,0	5,5	8,8	33,7
PL	17,1	19,6	4,0	14,5

¹ Erwerbslosenquote

*Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitt 2005 für die Altersgruppe 15–59 (Quelle: EUROSTAT).

**Teilzeitbeschäftigung in % der gesamten Beschäftigung, Definition von Teilzeit: Arbeitsausmaß von weniger als 30 Wochenstunden, Analyse der Autor/-innen auf Basis des European Social Survey, Runden 1 & 2 (gepoolt). Die Zahlen beziehen sich auf Frauen und Männer im Alter zwischen 20 und 60.

1.2.3 Ökonomische Bedingungen

Paare, die ein Alleinverdienermodell leben, haben naturgemäß ein geringeres Nettohaushaltseinkommen als Doppelverdiener/-innen. Der Lebensstandard dieser Paare ist jedoch vor dem Hintergrund unterschiedlicher Einkommensniveaus von Land zu Land sehr verschieden. In Anbetracht der ohnehin geringen Haushaltseinkommen stellt sich die finanzielle Situation von Alleinverdiener/-innen v. a. in Polen und Spanien als dramatisch dar. Es besteht in diesen Ländern mithin für die meisten Paare schlichtweg die finanzielle Notwendigkeit der Generierung eines zweiten vollen Haushaltseinkommens (vgl. Plomien 2006; Uunk et al. 2005).

1.2.4 Hypothesen

Aufgrund der Tatsache, dass Kinderbetreuung in allen Ländern primär im Verantwortungsbereich von Frauen liegt – selbst wenn der Staat sie in unterschiedlichem Ausmaß mit Geld- und Dienstleistungen unterstützt – würde man erwarten, dass die Präsenz von Kleinkindern sich auch in allen Ländern negativ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkt – zumindest in den ersten ein bis zwei Jahren nach der Geburt. Allerdings ist zu erwarten, dass es markante Unterschiede zwischen den Ländern im Muster dieser Kindereffekte gibt: Während man in starken Ernährermustern – wie wir sie in Deutschland, Österreich, Großbritannien und den Niederlanden finden – starke, nach dem Alter des jüngsten Kindes gestaffelte Auswirkungen von Kinderbetreuungspflichten erwartet, sind in schwachen Ernährermustern wie Dänemark und Schweden signifikant schwächere Kindereffekte, welche sich auf die Kleinkindphase beschränken, zu erwarten. In anderen Worten – während man in starken Ernährermustern diskontinuierliche weibliche Erwerbsmuster erwartet mit vergleichsweise langen Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Kinderbetreuungspflichten, werden in schwachen Ernährermustern, die viel stärker auf die Unterstützung von mütterlicher Erwerbstätigkeit ausgerichtet sind, weitgehend kontinuierliche weibliche Erwerbsverläufe über den Familienzyklus erwartet. Nimmt man dieselben theoretischen Annahmen auch für Spanien und Polen als Basis für die Hypothesenbildung, würde man sich aufgrund der traditionellen Ausrichtung der Familienpolitik auch hier starke negative Effekte der Präsenz betreuungspflichtiger Kinder auf die Erwerbsintegration von Frauen erwarten. Allerdings scheint es zweifelhaft, ob dieser theoretische Ansatz, der für Nord- und Westeuropa entwickelt wurde, auch auf die weniger wohlhabenden EU-Länder angewendet werden kann, wo Familien auf das Vorhandensein von zwei Einkommen angewiesen sind und damit ökonomische Realitäten die Wahlmöglichkeit zwischen Allein- und Doppelverdienermodellen einschränken. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für Polen und Spanien geringe Effekte der Präsenz kleiner Kinder auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und eine generelle Dominanz von Doppelernährermustern, obwohl die Vollzeitverwerbsintegration von Müttern staatlich kaum unterstützt wird. Des Weiteren ist zu bedenken, dass konventionelle Theorien zur Erklärung der Erwerbsbeteiligung von Frauen – sowohl jene, die sich auf die potenzielle Steuerungswirkung staatlicher Familienpolitik beziehen, als auch jene, die auf finanzielle Anreizsysteme fokussieren – in einem Kontext mangelnder Nachfrage nach Erwerbstätigen aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit nur sehr eingeschränkt anwendbar sind. Die betrifft v. a. Spanien und Polen, wo Frauen nicht nur aufgrund schwach entwickelter Teilzeitarbeitsmärkte eingeschränkte Erwerbschancen vorfinden, sondern wo auch ein sehr hohes Arbeitslosigkeitsrisiko besteht.

1.3 Daten und Analyseverfahren

Als Datenbasis für die folgenden Analysen dienen zwei Erhebungswellen des European Social Survey (für die Jahre 2004/05 und 2006/07).³ Diese Daten werden verwendet, um die empirische Bedeutung diverser Erwerbsmodelle österreichischer Paarhaushalte im Vergleich mit neun anderen europäischen Ländern zu untersuchen. Weiters fungiert die (unten vorgestellte) Typologie relevanter Erwerbsmodelle auch als zentrale abhängige Variable in multivariaten Analysen. Für die Konstruktion der Erwerbsmuster werden Informationen benötigt zum Erwerbsstatus der Befragungsperson als auch ihres Partners bzw. ihrer Partnerin. Dieser Status erfasst, ob die betroffene Person zum Zeitpunkt des Interviews einer bezahlten Beschäftigung nachgegangen ist. Als nicht aktiv erwerbstätig kodiert werden Arbeitslose und haushaltsführende Personen ohne aktives Erwerbseinkommen. Personen, die als Hauptaktivität ‚Bildung‘ oder ‚Rente/Pension‘ angeben, gehen in die deskriptiven Analysen ein, werden jedoch von der multivariaten Analyse ausgeschlossen. Mütter von Kindern im Alter von unter zwei Jahren werden als nicht aktiv erwerbstätig kodiert, wenn sie sich zwar selbst als erwerbstätig einstufen, jedoch keine positive wöchentliche Arbeitszeit angeben. Dadurch kann verhindert werden, dass Mütter, die nach der Geburt eines Kindes von ihrem Job karenziert sind, als aktiv erwerbstätig klassifiziert werden.⁴ Da für die Analyse der Erwerbsbeteiligung von Frauen auch der Umfang der Erwerbstätigkeit von Relevanz ist, unterscheiden wir zwischen Personen, die Vollzeit (30 und mehr Stunden) oder Teilzeit (1 bis unter 30 Stunden) beschäftigt sind. Für die detaillierte Analyse wird weiterhin zwischen geringfügiger Beschäftigung (1 bis unter 15 Stunden) und substanzieller Teilzeit (15 bis unter 30 Stunden) unterschieden.

Die Analyse fokussiert auf Paarhaushalte, in denen beide Partner/-innen in der Altersgruppe 20–60 sind. Sowohl eheliche als auch nicht eheliche Lebensgemeinschaften – sofern im selben Haushalt wohnend – gehen in die Analyse ein. In Anlehnung an Haas, Steiber, Hartel und Wallace (2006) unterscheiden wir in der Analyse zwischen sechs Erwerbsmodellen in Paarhaushalten, welche wie folgt definiert werden: Erstens – das männliche Ernährermodell kennzeichnet einen Paarhaushalt, in dem der Mann Vollzeit arbeitet, während die Frau nicht erwerbstätig ist. Zweitens – arbeitet der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit, sprechen wir vom teilmodernisierten Ernährermodell. Bei der detaillierten deskriptiven Analyse unterscheiden wir weiters zwischen zwei Versionen dieses Modells, je nachdem, ob die Frau einer geringfügigen Beschäftigung oder einer substanzielleren Teilzeitbeschäftigung nachgeht. Drittens – wenn beide Partner/-innen Vollzeit erwerbstätig sind, sprechen wir vom Doppelernährermodell. Bei diesem Modell unterscheiden wir je nach Erwerbsausmaß zwischen zwei unterschiedlichen Versionen: Arbeiten beide Partner/-innen im Ausmaß von 30 bis unter 48 Stunden, sprechen wir vom moderaten Doppelernährermodell; arbeitet zumindest eine/r der Partner/-innen mehr als 48 Stunden pro Woche, bezeichnen wir diese Konstellation als intensives Doppelernährermodell. In der Interpretation werden nur Paare, in denen sowohl der Mann als auch die Frau Vollzeit arbeiten, als

³ Allgemeine Informationen online in Internet unter URL: <http://www.europeansocialsurvey.org>. [Stand: 14.10.2009].

⁴ Dadurch kann auch vermieden werden, dass in Ländern wie Österreich, wo auch Personen, die bei aufrechtem Dienstverhältnis in Karenz sind, in die Berechnung der offiziellen Beschäftigungsquote eingehen, eine nach oben verzerrte Schätzung des Anteils aktiv erwerbstätiger Mütter erfolgt.

Doppelernährer/-innen bezeichnet, während Konstellationen, in denen die Frau Teilzeit arbeitet und damit als Zuverdienerin fungiert, zwar als Doppelverdiener/-innen, nicht jedoch als Doppelernährer/-innen klassifiziert werden. Viertens – arbeiten beide Partner/-innen Teilzeit, sprechen wir allgemein vom Teilzeitmodell. Fünftens – arbeitet die Frau Vollzeit, während ihr Partner entweder erwerbslos ist oder Teilzeit arbeitet, sprechen wir vom weiblichen Ernährermodell. Sechstens – die Residualkategorie bilden Haushalte mit geringer Beteiligung, wobei sich diese zusammensetzen aus beschäftigungslosen Haushalten, in denen keine/r der beiden Partner/-innen einer formalen Erwerbstätigkeit nachgeht, sowie Haushalten, in denen ein/e Partner/-in Teilzeit arbeitet, während die/der andere nicht erwerbstätig ist.

1.3.1 Multivariate Analyse

Für die Analyse der Determinanten der Wahl unterschiedlicher Erwerbsmuster in Paarhaushalten schätzen wir multinomial logistische Regressionsmodelle. Die kategorische abhängige Variable ist die Typologie der Erwerbsmuster in Paarhaushalten. Die Referenzgruppe bilden Doppelernährerhaushalte. Die zentrale Determinante ist der Familienzyklus, der sich definiert durch die Präsenz und das Alter von Kindern im Haushalt. Bei der Klassifikation nach dem Alter des jüngsten Kindes unterscheiden wir Frauen, deren jüngstes Kind unter drei Jahren alt ist (Kleinkind), deren Kind das vierte Lebensjahr erreicht hat, aber noch nicht zur Schule geht (Vorschulkind), deren Kind bereits zur Schule geht und bis zwölf Jahre alt ist und deren Kind zwischen 13 und 18 Jahren alt ist. Eine weitere Vergleichsgruppe bilden Frauen im Alter von über 40 Jahren, deren Kinder volljährig sind und/oder bereits den gemeinsamen Haushalt verlassen haben („leeres Nest“).⁵ Die Referenzgruppe bilden Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren, welche bis zum Zeitpunkt der Befragung kinderlos geblieben sind („jung kinderlos“).⁶ Das Bildungsniveau wird kontinuierlich gemessen als Antwort auf die Frage: „Wie viele Jahre haben Sie insgesamt eine Schule besucht?“ – die Befragten werden gebeten, eine Angabe in Jahren inklusive ihrer Pflichtschuljahre zu machen. Das Bildungsniveau des Partners wird insofern berücksichtigt, als wir Befragte danach unterscheiden, ob sie einen ähnlichen, einen höheren oder einen niedrigeren Bildungsabschluss als ihr Partner haben.⁷ Das Alter der Frau wurde kategorisiert in 20 bis unter 30 Jahre, 30 bis unter 35 Jahre, 35 bis unter 40 Jahre, 40 bis unter 45 Jahre (Referenzgruppe), 45 bis unter 50 Jahre und 50 Jahre bis unter 60 Jahre. Zusätzlich zum Alter der Frau beziehen wir auch die Alterskomposition des Paares in die Analyse ein. Wir unterscheiden Frauen danach, ob ihr Partner um mehr als drei Jahre jünger, in einem ähnlichen Alter (plus/minus drei Jahre), etwas älter (um vier bis acht Jahre) oder markant älter ist (um neun Jahre oder mehr). Darüber hinaus berücksichtigen wir die Größe des Wohnortes, d. h. wir unterscheiden Personen nach ihrer Angabe, ob sie in einer Großstadt oder dem Vorort einer großen Stadt leben (urban), ob sie in einer Stadt oder

⁵ Diese Gruppe beinhaltet auch Frauen, die bis zum Alter von 41 Jahren kinderlos geblieben sind.

⁶ Die Residualkategorie bilden kinderlose Frauen im Alter von 36 bis 40. Da nicht klar ist, in welcher Phase des Familienzyklus sich diese Frauen befinden, gehen sie als eigene Kategorie in die Analyse ein, werden jedoch nicht inhaltlich interpretiert. (Diese Frauen sind noch im reproduktiven Alter, es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass ihre Kinder bereits den gemeinsamen Haushalt verlassen haben.)

⁷ Zu diesem Zweck unterscheiden wir zwischen dem Fehlen eines Abschlusses, dem Abschluss der Pflichtschule, einer weiterbildenden Schule, einer höheren Schule mit Matura, dem Abschluss einer tertiären Ausbildung (Kolleg, Bakkalaureat, pädagogische Akademie) und einem Hochschulabschluss.

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

Kleinstadt wohnen (semi-urban) oder ob sie in einem Dorf bzw. in einem Haus auf dem Land wohnen. Da wir in den Analysen Daten von zwei Erhebungswellen kombinieren, kontrollieren wir auch für das Befragungsjahr.

Während die Schätzung multivariater Modelle große Vorteile gegenüber einfacheren Analysemethoden mit sich bringt, stellt sich im Kontext von logistischen Verfahren das Problem der Präsentation der Ergebnisse. Dem begegnen wir hier, indem wir die geschätzten Parameter lediglich im Anhang bereithalten (siehe Ergebnisse der multinomialen Regressionsanalysen in Tabelle 4), während wir hier vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten präsentieren (Grafik 1). Diese unterscheiden sich in ihrer Interpretation nur wenig von Prozentanteilen in Kreuztabellen. Wenn etwa in Grafik 1 hinsichtlich des Doppelernährermodells bei Präsenz von Kleinkindern für Österreich ein Wert von 10 % steht, dann bedeutet dies, dass Eltern von Kindern im Alter von unter drei Jahren bei Konstanzhaltung der anderen untersuchten Merkmale (Alters- und Bildungskomposition des Paares, Größe des Wohnortes) mit einer Wahrscheinlichkeit von 10 % ein Modell leben, in dem beide Partner/-innen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen. Die Unterschiede zwischen den Phasen im Familienzyklus (d. h. nach Präsenz und Alter von Kindern) sind also nicht etwa darauf zurückzuführen, dass Paare in unterschiedlichen Phasen der Familiengründung sich hinsichtlich der Altersverteilung, ihres Bildungsniveaus oder Wohnortes unterscheiden (könnten). Vielmehr basiert die Variabilität in den vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten, zumindest bezogen auf die untersuchten Merkmale, auf den einzigartigen Effekten der Präsenz von Kindern.

Tabelle 3: Multinomiale Logit-Regression, Erwerbsmodelle in Paarhaushalten

	AT	DE	WG	DK	ES	FI	FR	GB	NL	PL	SE
Männliches Erwerbmodell	Erhebung 2006/07										
	Alter der Frau (ref. 40<45)	-0,03	0,15	0,05	0,01	-0,27*	0,06	-0,46*	-0,24	-0,22	-0,17
	20<30	-0,35	-0,06	-0,20	0,57	0,02	0,48	-0,50	-0,29	0,94**	1,58**
	30<35	-0,04	0,03	0,19	0,26	-0,17	0,46	-0,31	-0,27	0,25	0,45
	35<40	-0,20	-0,44*	-0,57*	-0,21	-0,32	0,14	-0,24	0,35	-0,38	0,25
	45<50	0,11	0,54*	0,54*	-0,59	-0,31	0,10	0,18	0,27	-0,48	0,49
	50<60	0,90**	0,56*	0,43	-0,36	0,20	-0,10	0,58	0,83*	-0,05	0,31
	Alterskombination (ref. etwa gleich alt)	-0,09	-0,01	-0,32	0,07	-0,14	-0,12	0,10	0,31	-0,48	0,72
	Mann 4-8 Jahre älter	0,15	0,03	-0,20	0,19	-0,24	-0,19	-0,08	0,15	0,14	0,04
	Mann 9+ Jahre älter	-0,23	0,10	0,00	-0,26	-0,25	0,22	0,41	-0,08	-0,16	-0,12
	Bildung (in Jahren Vollzeit)	-0,10***	-0,14***	-0,14***	-0,07***	-0,11***	-0,06*	-0,06**	-0,09***	-0,14***	-0,15***
	Bildungskombination (ref. gleich)	0,61***	0,55***	0,51***	0,84***	0,56***	1,11***	0,59**	0,21	0,52***	0,08
Mann höher gebildet	-0,31	-0,66***	-0,77***	-0,11	-0,34*	-0,27*	-0,13	-1,00***	-0,59*	-0,59***	
Frau höher gebildet	4,03***	3,17***	3,23***	1,49**	1,73***	3,63***	0,64*	3,66***	4,17***	3,02***	
Familienzklus (ref. kinderlos)	2,38***	1,90***	2,50***	0,05	1,51***	1,15*	0,48	2,69***	3,72***	1,57***	
Vorschulkind 3+	1,64***	1,45***	1,64***	-0,44	1,58***	1,15*	-0,08	2,15***	2,90***	1,57***	
Schulkind (<=12)	0,73	0,43	0,44	0,65	1,34**	0,67	-0,59	1,23*	1,98**	0,82	
Schulkind (13-16)	0,23	-0,13	0,09	0,69	1,35***	1,34*	-0,66	0,94	2,15***	1,33*	
Größe des Wohnortes (ref. Dorf/Land)	-0,07	0,00	0,02	-0,01	-0,71***	-0,05	0,28	-0,16	-0,66**	0,21	
Großstadt	-0,51**	0,18	0,41*	-0,04	-0,22	0,20	0,13	-0,30	-0,14	0,32	
Kleinort	-1,92***	-1,36**	-1,08**	-2,77***	-1,17**	-3,69***	-1,32**	-2,31***	-1,80***	-2,57***	
Erhebung 2006/07 Konstante	0,24	0,06	-0,08	0,33	0,44*	0,17	-0,09	-0,22	-0,21	-0,26	
Teil-modernisiertes Erwerbmodell											
Alter der Frau (ref. 40<45)	-0,19	-0,77**	-0,91	-0,06	-0,20	0,76	-0,82*	-0,05	-0,53	0,17	
20<30	-0,13	-0,45	-0,25	-0,21	0,19	0,07	-0,33	0,06	0,19	-0,21	
30<35	-0,01	-0,32	-0,45	0,11	0,16	0,68	-0,24	0,16	-0,21	0,03	
35<40	-0,20	0,32	0,30	-0,07	-0,41	-0,70	0,14	0,22	0,18	0,07	
45<50	0,66**	0,22	-0,02	0,28	-0,09	0,61	0,15	0,56	0,47	-0,06	
50<60	0,15	-0,20	-0,46	-0,47	-1,06	0,47	0,20	0,33	-0,35	0,53	
Alterskombination (ref. etwa gleich alt)	0,12	0,16	0,01	-0,05	-1,06	0,30	-0,49	0,06	-0,04	0,04	
Mann 4-8 Jahre älter	0,00	0,33	0,18	0,01	-0,51	0,30	-0,05	-0,61*	-0,60	-0,48	
Mann 9+ Jahre älter	-0,05*	-0,03	-0,04	-0,05	-0,05*	0,06	-0,04	-0,04*	-0,04*	-0,48	
Bildung (in Jahren Vollzeit)	0,41**	0,44**	0,29	0,18	-0,10	-0,15	0,65**	0,35*	0,42*	0,46	
Bildungskombination (ref. gleich)	-0,26	-0,48*	-0,56**	-0,18	-0,20	-0,46	0,05	-0,57**	-0,15	0,58*	
Mann höher gebildet	2,03***	1,71**	1,76**	0,39	0,96*	1,07	0,73	2,60***	2,61***	0,96	
Frau höher gebildet	2,28***	2,25***	2,80***	0,61	1,35**	0,93	0,69	2,30***	2,83***	0,72	
Familienzklus (ref. kinderlos)	1,98***	2,18***	2,51***	0,43	1,23*	0,92	0,63	2,29***	2,43***	0,68	
Vorschulkind 3+	1,32**	0,96*	1,20*	0,57	0,94	0,94	0,01	1,40**	1,65***	0,61	
Schulkind (<=12)	0,66	0,36	0,36	0,34	1,03	0,85	0,61	0,81	1,65***	0,45	
Schulkind (13-16)	-0,27	0,29	0,20	-0,19	-0,33	-0,56	-0,02	-0,38	-0,73***	0,00	
Größe des Wohnortes (ref. Dorf/Land)	-0,32*	0,09	0,27	-0,13	0,26	-0,38	0,11	-0,18	-0,14	-0,19	
Großstadt	-1,93***	-1,77***	-1,39*	-2,46**	-2,59***	-3,65***	-1,92***	-1,79***	-0,70	-2,80***	
Kleinort											

Auf nächster Seite fortgesetzt

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

Fortsetzung von Tabelle 3		AT	DE	WG	DK	ES	FI	FR	GB	NL	PL	SE
Weibliches Ernährmodell	Erhebung 2006/07 Alter der Frau (ref. 40-45)		-0,06	-	-	-	-	0,06	-	-	-0,20	-
			-0,22	-	-	-	-	-0,75	-	-	0,85	-
			-1,04	-	-	-	-	-0,90	-	-	0,04	-
			-0,83	-	-	-	-	-0,11	-	-	-0,55	-
			0,42	-	-	-	-	0,27	-	-	0,20	-
			0,64	-	-	-	-	1,16*	-	-	-0,16	-
			-0,44	-	-	-	-	0,05	-	-	-0,19	-
			-0,36	-	-	-	-	0,16	-	-	-0,43	-
			0,66	-	-	-	-	-0,14	-	-	0,03	-
			-0,13**	-	-	-	-	-0,02	-	-	-0,10	-
			0,01	-	-	-	-	0,24	-	-	0,33	-
			0,27	-	-	-	-	0,29	-	-	0,20	-
		Geringe Beteiligung	Erhebung 2006/07 Alter der Frau (ref. 40-45)		0,26	-	-	-	-	-0,06	-	-
	-0,15			-	-	-	-	-0,43	-	-	0,16	-
	-0,30			-	-	-	-	-0,81	-	-	0,55	-
	-0,89			-	-	-	-	-1,22	-	-	0,84	-
	-1,09			-	-	-	-	-0,91	-	-	1,06	-
	-0,13			-	-	-	-	0,40	-	-	0,03	-
	-0,06			-	-	-	-	0,48	-	-	0,44	-
	-1,21			-	-	-	-	-2,11**	-	-	-3,05***	-
	-0,39			-	-	-	-	-	-0,45*	-	0,06	-
	1,12*			-	-	-	-	-	0,43	-	-0,57	-
	0,51			-	-	-	-	-	0,05	-	0,71	-
	0,30			-	-	-	-	-	0,04	-	-0,25	-
	0,47			-	-	-	-	-	0,60	-	0,15	-
	1,34**	-	-	-	-	-	0,51	-	1,06*	-		
	0,87*	-	-	-	-	-	0,26	-	0,15	-		
	0,08	-	-	-	-	-	0,28	-	0,32	-		
	0,51	-	-	-	-	-	0,13	-	0,86*	-		
	-0,20***	-	-	-	-	-	-0,17***	-	-0,21***	-		
	0,30	-	-	-	-	-	-0,22	-	0,41	-		
	-0,31	-	-	-	-	-	-0,66*	-	0,20	-		
	3,00***	-	-	-	-	-	2,67***	-	2,04***	-		
	2,20***	-	-	-	-	-	1,86**	-	1,01	-		
	1,70**	-	-	-	-	-	1,32*	-	1,11	-		
	1,17	-	-	-	-	-	0,07	-	1,00	-		
	0,54	-	-	-	-	-	1,05	-	1,12	-		
	0,66*	-	-	-	-	-	0,48	-	-0,10	-		
	0,44	-	-	-	-	-	0,00	-	0,39	-		
	-3,91***	-	-	-	-	-	-2,95***	-	-3,21***	-		
Cragg & Uhler's R2 (Nagelkerke)		0,26	0,26	0,30	0,13	0,24	0,31	0,12	0,28	0,33	0,24	0,15
N (ungewichtet)		1518	1972	1339	1121	1317	1413	1461	1383	1440	1127	1536

Quelle: European Social Survey. Gepoolte Daten von Runde 2 (2004/05) und 3 (2006/07). Sample: Frauen und Männer in Partnerschaften (Ehe oder uneheliche Kohabitation), beide im Alter von 20 bis 60. Methode: Multinomiale Regression mit Erwerbsmodellen als kategorialer abhängiger Variable. Referenzmodell: Doppelnährmodell der Familie, in dem beide Partner Vollzeit arbeiten, für Definition der anderen Haushaltstypen, siehe Text. Das Teilzeitmodell wird auf Grund seiner geringen empirischen Relevanz vom Sample ausgeschlossen.

(-) Die Koeffizienten für die Erwerbsmodelle mit einer Fallzahl von weniger als n=100 wurden nicht reproduziert. Signifikanzniveau: *p<.10 **p<.05 ***p<.01

1.4 Ergebnisse

1.4.1 Deskription

Laut deskriptiver Analyse des European Social Survey (gepoolte Daten 2004/05 und 2006/07) zeigt sich, dass in Österreich rund 63 % der Paare im Alter von 20 bis 60 ein Erwerbsmodell praktizieren, in welchem beide Partner/-innen erwerbstätig sind (siehe Tabelle 4). Bei einem Großteil dieser Paare arbeiten beide Partner/-innen Vollzeit (40 % Doppelernährer/-innen), während 23 % der Paare ein teilmodernisiertes Ernährermodell leben, in dem der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet. Das traditionelle männliche Ernährermodell, in dem der Mann Vollzeit arbeitet, während die Frau nicht erwerbstätig ist, wird von etwa einem Fünftel der Paare gelebt. Wie in weiterführenden Analysen gezeigt wird (siehe Grafik 1), steigt der Anteil des männlichen Ernährermodells mit der Präsenz von betreuungspflichtigen Kindern jedoch markant an. Der Rest der Paare verteilt sich auf Haushalte, welche entweder ein weibliches Ernährermodell (6 %) oder ein Teilzeitmodell (1 %) leben bzw. auf Paare mit geringer Erwerbsbeteiligung (9 %).

Während die Verbreitung von Doppelernährerhaushalten in den nordischen Ländern (jeweils 66 % in Schweden und Dänemark, 60 % in Finnland) sowie in Frankreich (50 %) um einiges höher ist als in Österreich (40 %), ist dieser Anteil in Deutschland (31 %) und in den Niederlanden (25 %) deutlich geringer. In Großbritannien (39 %), Polen (42 %) und Spanien (45 %) zeigen sich Doppelernährer ähnlich stark verbreitet wie in Österreich.

Tabelle 4 zeigt auch die für Deutschland, Großbritannien, Österreich und v. a. für die Niederlande charakteristisch hohe Teilzeiterwerbsbeteiligung von Frauen. Dementsprechend sind die Anteile teilmodernisierter Ernährermodelle in diesen Ländern markant höher (knapp unter 25 % in Deutschland, Großbritannien und Österreich, 41 % in den Niederlanden) als in Frankreich (13 %), den nordischen Ländern, Spanien und Polen (10 % oder weniger). Die detaillierte Analyse des Erwerbsausmaßes zeigt weiters, dass geringfügige Beschäftigung v. a. in Deutschland eine bedeutende Rolle spielt, wo rund ein Drittel der Teilzeit arbeitenden Frauen in Doppelverdienerhaushalten weniger als 15 Stunden pro Woche arbeitet (das sind 7 % aller Paarhaushalte), gefolgt von den Niederlanden, wo dies auf rund ein Viertel der Teilzeit arbeitenden Frauen zutrifft (10 % aller Paarhaushalte). In Österreich hat geringfügige Beschäftigung im Vergleich dazu eine relativ geringe Bedeutung und betrifft rund 17 % der Teilzeit erwerbstätigen Frauen in Doppelverdienerhaushalten (oder 4 % aller Paarhaushalte).

Umgekehrt zeigt die Analyse, dass das traditionelle männliche Ernährermodell, in dem der Mann Vollzeit arbeitet, während die Frau nicht erwerbstätig ist, nach wie vor von zentraler Bedeutung ist, sich das Ausmaß seiner Verbreitung jedoch von Land zu Land stark unterscheidet. Die höchsten Anteile des sogenannten ‚Hausfrauenmodells‘ finden wir in Spanien (35 %), Deutschland (29 %) und Polen (27 %). Ähnliche Anteile wie in Österreich (21 %) finden wir in Großbritannien und den Niederlanden (knapp über 20 %), gefolgt von Finnland und Frankreich (knapp unter 20 %), während die niedrigsten Anteile in Schweden und Dänemark zu finden sind (jeweils 13 %).

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

Das Teilzeitmodell, in dem beide Partner/-innen Teilzeit arbeiten, zeigt sich in allen untersuchten Ländern von marginaler Bedeutung – so auch in den Niederlanden, wo der Staat Teilzeitarbeit als Modell zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Familie seit den 1980er-Jahren aktiv fördert. Grund dafür ist die auch in den Niederlanden sehr bescheidene männliche Teilzeitquote.

Das weibliche Ernährermodell findet seine vergleichsweise größte Bedeutung in Polen, wo in jedem zehnten Paarhaushalt die Frau Vollzeit arbeitet, während ihr Partner erwerbslos ist (oder in seltenen Fällen teilzeitbeschäftigt). Dies betrifft auch rund 9 % der französischen und rund 8 % der finnischen Paare, während die relativ kleinsten Anteile des weiblichen Ernährermodells in Spanien und den Niederlanden zu finden sind (4 %).

Neben den Erwerbsmodellen, in welchen zumindest eine/r der Partner/-innen Vollzeit erwerbstätig ist oder beide Partner/-innen Teilzeit arbeiten, finden wir auch eine maßgebliche Zahl ‚beschäftigungsloser‘ Paarhaushalte (von 3 % der Paarhaushalte in Dänemark und Schweden bis zu 12 % in Polen) sowie solche von Paaren, in denen nur ein/e Partner/-in Teilzeit arbeitet, während die/der andere nicht erwerbstätig ist.⁸

1.4.2 Ergebnisse der multivariaten Analyse

Die Analysen zeigen, dass in Österreich Paare mit kleinen Kindern mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit ein männliches Ernährermodell leben als junge kinderlose Paare oder Paare, deren Kinder volljährig sind und/oder bereits den gemeinsamen Haushalt verlassen haben. Weiters sieht man, dass die Erwerbsbeteiligung österreichischer Mütter stark mit dem Alter des jüngsten Kindes variiert. Sie ist besonders niedrig in den ersten Jahren nach der Geburt eines Kindes, steigt jedoch mit dem Alter des jüngsten Kindes markant und stetig an (siehe Grafik 1). So schätzt die Regressionsanalyse, dass in Österreich etwa drei Viertel der jungen, kinderlosen Paare ein Doppelernährermodell praktizieren, während dies nur auf 10 % der Eltern von Kleinkindern zutrifft. Dieser Anteil steigt bei Eltern von Kindern im Alter zwischen drei und unter sechs Jahren (Schuleintrittsalter) auf etwa ein Viertel und erreicht bei Eltern von älteren Schulkindern einen Wert von annähernd 50 %. Die Mehrheit der österreichischen Eltern von Kleinkindern lebt ein männliches Ernährermodell – in geschätzten 63 % der Paarhaushalte mit Kindern unter drei Jahren arbeitet der Mann Vollzeit, während die Frau nicht erwerbstätig ist. Mit dem 3. Geburtstag des jüngsten Kindes steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Paare ein Doppelverdienermodell leben: Der geschätzte Anteil teilmodernisierter Ernährermodelle steigt von 10 % auf 32 % und jener der Doppelernährer/-innen von 10 % auf 24 %; umkehrt sinkt der Anteil männlicher Ernährer von 63 % auf 30 %.

⁸ Diese Anteile sind vergleichbar mit den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union. Der Anteil der Bevölkerung im Alter von 18 bis 59 in Haushalten (inkl. Singlehaushalte), in denen niemand erwerbstätig ist, wird für das Jahr 2004 auf 10,3 % in der EU-25 geschätzt (7 % in Spanien, 8 % in den Niederlanden, 9 % in Österreich und Dänemark, 11 % in Deutschland, Frankreich, Finnland und dem Vereinigten Königreich, 16 % in Polen), siehe Europäische Kommission (2007).

Die Analyse zeigt, dass die sogenannten ‚Kindereffekte‘ auf die Erwerbstätigkeit von Frauen länderspezifisch unterschiedlich stark ausgeprägt sind:

Ein ähnliches Muster von Frauenerwerbstätigkeit über den Familienzyklus wie in Österreich finden wir in Deutschland – so zeigen sich auch hier starke negative Auswirkungen der Präsenz betreuungspflichtiger Kinder auf die Wahrscheinlichkeit, ein Doppelernährermodell zu praktizieren. Jedoch steigt diese Wahrscheinlichkeit in Deutschland weniger stark mit dem Schuleintritt des jüngsten Kindes an, als dies in Österreich der Fall ist. Bei Eltern von Kindern im Vorschulalter finden wir noch ein sehr ähnliches Erwerbsmuster: So leben rund 10 % bzw. 13 % der österreichischen bzw. der deutschen Eltern von Kleinkindern ein Doppelernährermodell – sowie 24 % bzw. 22 % der österreichischen bzw. der deutschen Eltern, deren jüngstes Kind im Vorschulalter ist. Bei Eltern von Kindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren allerdings finden wir in Österreich einen signifikant höheren Anteil von Doppelernährer/-innen (34 %) als in Deutschland (24 %). Es sei jedoch auf den Umstand verwiesen, dass wir in Deutschland bereits bei jungen kinderlosen Paaren eine geringere Verbreitung von Doppelernährer/-innen sowie eine größere Bedeutung von Haushalten mit nur einem Haupternährer beobachten. Dies spiegelt nicht zuletzt die vergleichsweise hohen Arbeitslosigkeitsrisiken in den neuen Bundesländern wider.

Ein weiteres Land mit einem ähnlichen Haushaltserwerbsmuster über den Familienzyklus wie in Österreich und Deutschland ist Großbritannien. Auch hier sinkt der Anteil an Doppelernährer/-innen mit der Präsenz von Kleinkindern, während das teilmodernisierte Ernährermodell, in welchem die Frau Teilzeit arbeitet, von relativ großer Bedeutung ist. Allerdings unterscheidet sich das britische Muster insofern, als Mütter von Kleinkindern weit häufiger aktiv erwerbstätig sind, als dies in Österreich oder in Deutschland der Fall ist. So erreichen die im Regressionsmodell geschätzten Beschäftigungsquoten von Müttern von Kleinkindern 44 % in Großbritannien im Vergleich zu unter 25 % in Österreich oder Deutschland. Diese in Anbetracht „liberaler“ Familienpolitik überraschend hohe Erwerbsbeteiligung britischer Mütter ist jedoch weniger auf besonders gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen zur Betreuung von Kleinkindern zurückzuführen als auf ökonomische Bedingungen (finanzielle und sozialrechtliche Notwendigkeit zur Erwerbsbeteiligung).

Ein weiteres Land, in dem wir sehr starke negative Auswirkungen der Präsenz betreuungspflichtiger Kinder auf die Erwerbstätigkeit von Frauen verzeichnen, sind die Niederlande. Der Anteil an Doppelernährer/-innen ist bei Eltern generell sehr gering und erreicht auch bei Schulkindern im Alter von 13 bis 18 Jahren nur einen Wert von 22 %. Die sehr geringe Bedeutung von Doppelernährer/-innen – mit Ausnahme der jungen, kinderlosen Paare – zeigt sich v. a. durch die hohen weiblichen Teilzeitquoten bedingt. So gehen geschätzte 41 % der niederländischen Mütter von Kleinkindern einer Teilzeiterwerbstätigkeit nach. In Summe entspricht dies einer Beschäftigungsquote von über 50 % (Summe aus 12 % Doppelernährer/-innen und 41 % teilmodernisierten Ernährerhaushalten). Der Anteil von teilmodernisierten Ernährermodellen steigt mit dem Alter der Kinder weiter an und erreicht schon bei Vorschulkindern einen Wert über 50 %.

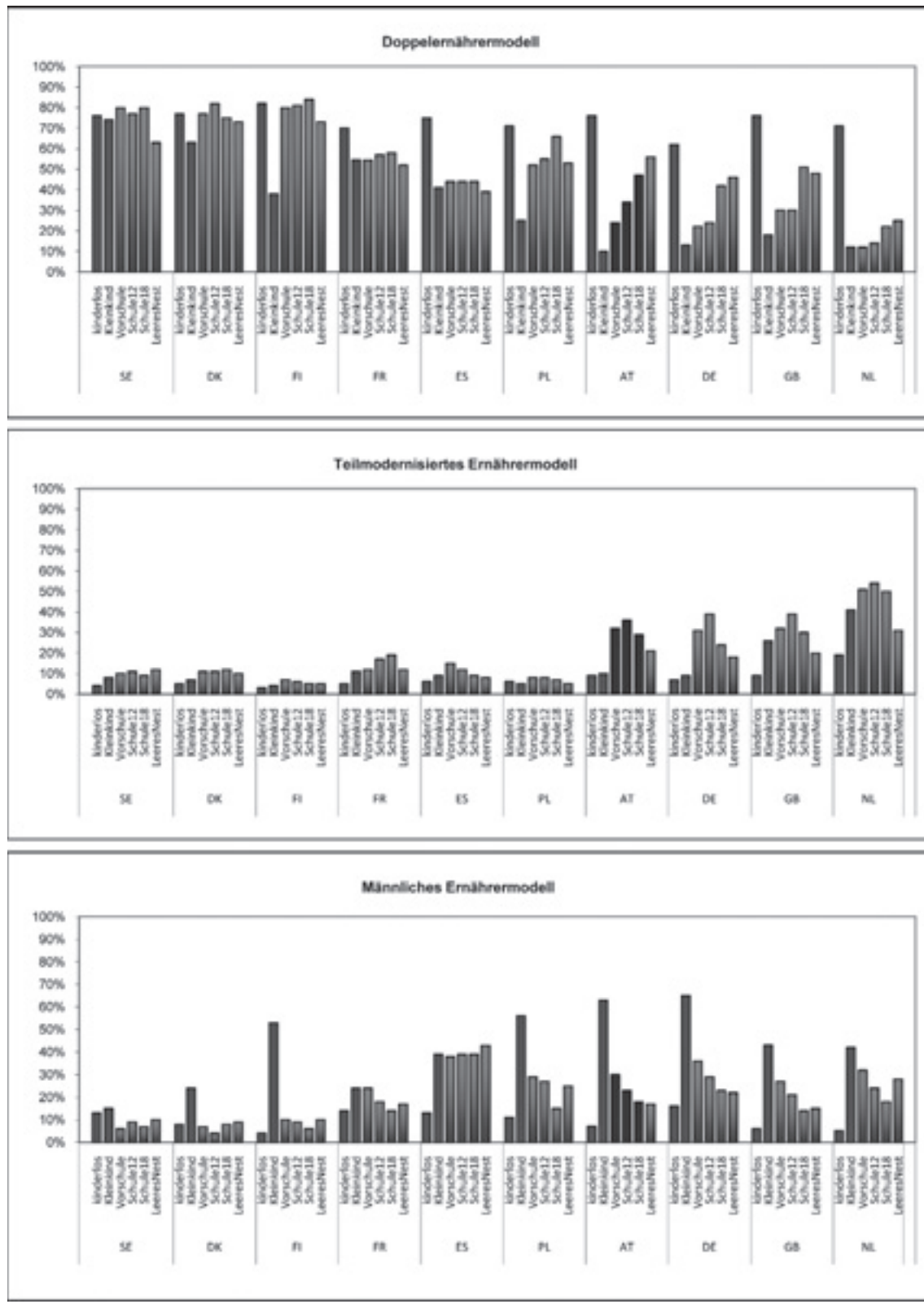
Im Gegensatz zu Österreich, Deutschland und den Niederlanden, wo wir sehr starke Auswirkungen von Betreuungspflichten auf elterliche Erwerbsmuster feststellen, zeigen sich Kindereffekte dieser Art in Schweden und Dänemark viel schwächer ausgeprägt. So gehen sowohl kinderlose Paare als auch Eltern von kleinen Kindern meist einer Vollzeitbeschäftigung nach.

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

tigung nach (74 % bzw. 63 % Doppelernährer/-innen bei Präsenz von Kleinkindern sowie 80 % bzw. 77 % bei Präsenz von Kindern im Vorschulalter), während Teilzeitarbeit im Ausmaß von weniger als 30 Stunden – wie in dieser Studie definiert – in beiden Ländern eine geringe Rolle spielt.

Finnland zeigt in vielen Belangen ein ähnliches Muster, wie wir es auch von den anderen nordischen Ländern kennen. Allerdings findet sich bei Eltern von Kleinkindern eine wesentlich größere Bedeutung von männlichen Ernährern (53 %). Dies betrifft jedoch nur das erste oder die ersten beiden Lebensjahre der Kinder, während wir bei Eltern von Kindern im Vorschulalter (ab drei Jahren) bereits den für Skandinavien typischen, hohen Anteil von Doppelernährer/-innen finden (80 %).

Auch Frankreich, wo die Bereitstellung öffentlicher Kinderbetreuung als wichtige staatliche Aufgabe gilt, ist durch eine im Ländervergleich sehr hohe Erwerbstätigkeit von Müttern gekennzeichnet (55 % Doppelernährer/-innen bei Präsenz von Klein- oder Vorschulkindern). Allerdings kennzeichnet Frankreich eine Spaltung von Frauen in zwei Gruppen: Während die Mehrheit der Frauen kontinuierliche Erwerbsverläufe über den Familienzyklus aufweist und mehrheitlich Vollzeit arbeitet, finden wir auch eine Gruppe von (meist schlechter qualifizierten) Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit mit der Ankunft des ersten Kindes aufgeben und nicht mehr in den Arbeitsmarkt zurückkehren (vgl. Anxo et al. 2006). Dies erklärt sowohl die konstant hohen Anteile von Doppelernährer/-innen, welche sich nur schwach nach dem Alter der Kinder gestaffelt zeigen, wie auch die maßgeblichen und für Frankreich überraschend hohen Anteile männlicher Ernährermodelle bei Paaren ohne betreuungspflichtige Kinder.

Grafik 1: Erwerbsmodelle in Paarhaushalten nach Präsenz/Alter von Kindern

Die dargestellten Werte repräsentieren vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten auf Basis einer multinomialen logistischen Regression (für Details siehe Fußzeile zu Tabelle 5). Die Summe der Prozentwerte über die Modelle ergibt mit Hinzurechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für das weibliche Ernährmodell und Haushalte mit geringer Beteiligung 100 %.

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

Ähnlich wie in Frankreich, jedoch ausgehend von einem niedrigeren Frauenerwerbsebene, finden wir auch in Spanien eine Zweiteilung von Frauenanteilen mit kontinuierlichen Erwerbsverläufen und solchen, welche mit der Ankunft des ersten Kindes permanent aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden (vgl. Anxo et al. 2006). Dies erklärt die vergleichsweise hohe Vollzeiterwerbsquote von Müttern (rund 41 % Doppelernährer/-innen bei Präsenz von Kleinkindern im Vergleich zu 10 % in Österreich), welche jedoch über den Familienzyklus relativ konstant bleibt und mit dem Alter der Kinder kaum ansteigt.

Auch in Polen finden wir negative Auswirkungen der Präsenz von Kleinkindern auf die Wahrscheinlichkeit, dass beide Eltern Vollzeit arbeiten – diese zeigen sich jedoch weniger stark ausgeprägt als in Österreich, Deutschland oder den Niederlanden und beschränken sich größtenteils auf die Kleinkindphase. Eltern von Vorschulkindern sind mehrheitlich Doppelernährer/-innen (52 % im Vergleich zu 24 % in Österreich). Allerdings gibt es eine relativ hohe Zahl von Alleinverdienerhaushalten, was jedoch u. a. auf die sehr hohen Arbeitslosigkeitsrisiken zurückgeführt werden kann (und in Anbetracht ökonomischer Zwänge weniger auf die Erwerbsneigung von Müttern).

1.5 Diskussion

Die Analyse dominanter Erwerbsmodelle in Paarhaushalten in Österreich hat gezeigt, dass die abnehmende Bedeutung der „Hausfrauen-Ehe“ allein noch kein Hinweis auf die zunehmende Verbreitung der Doppelernährerfamilie ist. Stattdessen übernehmen Frauen oft die Rolle der Hinzuverdienerin. Weniger als ein Viertel der österreichischen Frauen mit Kindern im Vorschulalter arbeitet Vollzeit. Ein ähnliches Muster zeigt sich auch in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden. Aufgrund der Tatsache, dass die Expansion der Frauenerwerbstätigkeit in diesen Ländern in Form von Teilzeitarbeit erfolgte, lässt sich weniger eine ‚Erosion des männlichen Ernährermodells‘, sondern vielmehr eine Transformation hin zur einer teilmodernisierten Form dieses Modells beobachten, in dem Frauen als bloße Hinzuverdienerinnen neben den männlichen Haupternährer treten (Pfau-Effinger 1998).

Der Vergleich weiblicher Erwerbsmuster über den Lebensverlauf in einer Reihe von EU-Ländern bestätigt vorhergehende Analysen, die zeigen, dass die negativen Auswirkungen von betreuungspflichtigen Kindern auf die mütterliche Erwerbsintegration in jenen Ländern am vergleichsweise stärksten sind, in denen mütterliche Erwerbstätigkeit noch nicht ausreichend durch staatliche Infrastrukturleistungen unterstützt wird (neben Österreich auch Deutschland, Großbritannien und die Niederlande). Dagegen wirkt sich Elternschaft im Kontext von Familienpolitiken, die stark auf die Unterstützung mütterlicher Erwerbstätigkeit ausgerichtet sind (wie in Dänemark und Schweden), kaum auf die Erwerbsintegration von Frauen aus. Daraus kann geschlossen werden, dass die vergleichsweise geringe Erwerbstätigkeit österreichischer Mütter zu einem maßgeblichen Teil auf einer strukturellen Nichtvereinbarkeit von Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit fußt. Die – bis unlängst – gegebenen Anreize zu langen Erwerbsunterbrechungen nach der Geburt eines Kindes durch die Karenz- und Kindergeldregelungen in Kombination mit dem noch zu geringen Angebot an Krippenbetreuung und Ganztagsbetreuung für Kinder im Vor- und Volksschulalter führt zu einem Erwerbsmuster von Frauen, das vielfältig durch eine lange Erwerbsunterbrechung und eine spätere Teilzeitintegration in den Arbeitsmarkt charakterisiert ist.

Allerdings zeigen die Resultate für Polen und Spanien auch, dass konventionelle Theorien zur Erklärung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ein stark vereinfachendes Bild zeichnen, das ökonomische Realitäten sowie Nachfragefaktoren des Arbeitsmarkts weitgehend ausblendet. In diesen Ländern muss zusätzlich zu familienpolitischen Rahmenbedingungen auch Bedacht genommen werden auf die Tatsache, dass in weniger wohlhabenden Gesellschaften ein Großteil der Familien auf das Vorhandensein von zwei Einkommen angewiesen ist und damit ökonomische Realitäten die Wahlmöglichkeit zwischen Allein- und Doppelverdienermodellen stark einschränken. In diesen Ländern mag vor dem Hintergrund traditioneller Geschlechterkulturen und -politiken eine Anreizstruktur für die Nicht-Erwerbstätigkeit von Müttern bestehen, allerdings bedingen ökonomische Realitäten oft eine Präferenz für deren Vollzeiterwerbsintegration. Ein weiterer Erklärungsfaktor, der einen bedeutenden Einfluss auf gelebte Erwerbsmuster zeigt, ist der Arbeitsmarktkontext. In Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit und/oder schwach entwickelten Teilzeitarbeitsmärkten sind Paare in ihrer Wahl familiärer Erwerbsmuster eingeschränkt. Dies betrifft v. a. Polen und Spanien, wo die hohe Arbeitslosigkeit sowie die geringe Verbreitung von Teilzeitarbeit die Erwerbschancen von Frauen (sowie auch von Männern) stark einschränken. Im Vergleich dazu nimmt sich die Situation in Großbritannien, den Niederlanden und Österreich weit besser aus. Hier haben Frauen und Männer vergleichsweise gute Erwerbschancen – aufgrund von relativ niedriger Arbeitslosigkeit und der hohen Teilzeirate. Allerdings ist in diesen Ländern eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Anbetracht des mangelnden Kinderbetreuungsangebotes oft nur in Form von Teilzeitarbeit möglich, was sich aufgrund der weiter bestehenden deutlichen Schlechterstellung von Teilzeitarbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt negativ auf die Karriereentwicklung von Frauen auswirkt.

Es ist darauf zu verweisen, dass all diese Faktoren in allen untersuchten Ländern eine Rolle spielen – v. a. für die schlechter qualifizierten Teile der Bevölkerung innerhalb jedes Landes – und im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise, im Zuge derer ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit prognostiziert wird, für zunehmend breitere Schichten der Bevölkerung. Damit es infolge der Krise zu keiner weiteren Einschränkung der Erwerbschancen von Frauen kommt, ist es zum jetzigen Zeitpunkt von immanenter Bedeutung, zumindest die infrastrukturellen Grundbedingungen zur Ermöglichung der Erwerbsintegration von Müttern zu schaffen. In Anbetracht steigender Arbeitsmarktrisiken und damit einer weiter sinkenden Stabilität von Erwerbsverläufen, die zur weitgehenden Erosion der ökonomischen Grundlagen des männlichen Ernährermodells führen, ist das Doppelernährermodell der Familie ein wesentlicher Grundstein zur Absicherung der finanziellen Wohlfahrt von Familien.

Summary

Der Themensektor illustriert, dass sich das Vorhandensein von Kindern und deren Alter je nach Länderkontext sehr unterschiedlich auf die Erwerbstätigkeit von Frauen auswirkt. In Österreich weisen Mütter vergleichsweise lange Phasen der Nicht-Erwerbstätigkeit und der Teilzeitbeschäftigung auf. Auch in vielen anderen Ländern Europas, die entweder zu den konservativen Wohlfahrtsstaaten zählen wie Deutschland oder die Niederlande, aber auch im liberalen Großbritannien zeigt sich, dass der Erwerbsverlauf von Müttern über einen langen Zeitraum hinweg von Teilzeiterwerbstätigkeit dominiert ist. In diesen Ländern arbeitet weniger als ein Viertel der Frauen mit Kindern im Vorschulalter Vollzeit (hier definiert als Arbeitsausmaß von mindestens 30 Wochenstunden). Im Unterschied dazu üben in Schweden und Dänemark in rund 80 % der Paarhaushalte mit Klein- oder Vorschulkindern beide Elternteile eine Vollzeitbeschäftigung aus.

Für Österreich zeigt sich im Vergleich zu 1999 eine Tendenz hin zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Müttern – insbesondere von Müttern mit Vorschul- und Schulkindern. Charakteristisch bleibt jedoch die Dominanz des männlichen Ernährermodells in Phasen der Kleinkindbetreuung. In den letzten zehn Jahren hat weibliche Teilzeitarbeit weiter an Bedeutung gewonnen. Das Muster der Erwerbsintegration von Müttern spiegelt jedoch nach wie vor die dreigeteilte Option zwischen Nicht-Erwerbstätigkeit, Teilzeit und Vollzeit wider.

Ergänzend zur Analyse der Haushaltserwerbsmuster sowie ausgewählter familienpolitischer Rahmenbedingungen zeigen die Interviews mit österreichischen und dänischen Eltern, wie die Balance zwischen Familie und Beruf immer wieder neu austariert und zwischen den Eltern neu verhandelt werden muss. Die darin sichtbare Bedeutung der gesellschaftlich verbreiteten Werte und Normen zur geschlechtlichen Arbeitsteilung und zum „Kindeswohl“ erhöhen unser Verständnis für die gelebte Vielfalt der Vereinbarkeitsarrangements.

Ausblick

Ausgehend von den Perspektiven des Familienberichts 1999 lässt sich feststellen, dass sich der Blickwinkel der Analyse in den letzten Jahren kaum geändert hat: Immer noch geht es darum, „Väter und Mütter an Einkommenschancen (mit sozialer Absicherung) und am Familienleben teilhaben“ zu lassen (Österreichischer Familienbericht 1999: 230). Basierend auf unseren Forschungsergebnissen sowie den Erfahrungen in anderen Ländern Europas lässt sich die Argumentation in einigen wichtigen Headlines wie folgt zusammenfassen:

- Neuverteilung und Neubewertung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sowie Gleichberechtigung der Geschlechter
- Förderung der Väterkarenz und Väterbeteiligung bei der unbezahlten Arbeit
- Förderung gleicher Einkommen und Karrierechancen von Frauen und Männern
- Wahlfreiheit und dynamische Wechselmöglichkeit zwischen Job und Familie
- Förderung dynamischer Übergänge zwischen Erwerbs- und Betreuungsarrangements für Frauen und Männer

Literatur

- ANXO, D. / FAGAN, C. / CEBRIAN, I. / MORENO, G. (2006): Patterns of Labour Market Integration in Europe – A Life Course Perspective on Time Policies, *Socio-Economic Review*, Advance Access published July 27, 2006.
- ANXO, D. / FAGAN, C. / SMITH, M. et al. (2007): Parental Leave in European Companies. Establishment Survey on Working Time 2004 – 2005, European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin.
- DALY, M. (2005): Changing Family Life Europe. Significance for State and Society, *European Societies* 7, pp. 379–398.
- DATTA GUPTA, N. / SMITH, N. / VERNER, M. (2006): Child Care and Parental Leave in the Nordic Countries. A Model to Aspire to? Discussion Paper No. 2014, Institute for the Study of Labor (IZA), Bonn.
- DEL BOCA, D. (2002): The Effect of Childcare and Part-Time on Participation and Fertility of Italian Women, *Journal of Population Economics* 15, pp. 549–573.
- DÖRFLER, S. (2004): Außerfamiliale Kinderbetreuung in Österreich – Status quo und Bedarf, Arbeitspapier Nr. 43/2004, Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF), Wien.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION (2007): Die soziale Lage in der Europäischen Union 2005 – 2006, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg.
- FRANCO, A. / WINQVIST, K. (2002): Frauen und Männer, die Arbeit und Familie vereinbaren. Statistik kurz gefasst, THEMA 3, 9/2002, EUROSTAT, Luxemburg.
- HAAS, B. / STEIBER, N. / HARTEL, M. / WALLACE, C. (2006): Household Employment Patterns in an Enlarged European Union, *Work, Employment & Society* 20, pp. 751–771.
- HAATAJA, A. / NYBERG, A. (2006): Diverging Paths? The Dual-Earner/Dual-Carer Model in Finland and Sweden in the 1990s, in: A. L. Ellingsæter / L. Arnlaug (Hg.): *Politicising Parenthood in Scandinavia: Gender Relations in Welfare States*, Bristol: Policy Press, pp. 217–239.
- LALIVE, R. / ZWEIMÜLLER, J. (2005): Does Parental Leave Affect Fertility and Return-to-Work? Evidence from a True Natural Experiment, IZA Discussion Paper No. 1613, Institute for the Study of Labor (IZA), Bonn.
- LEITNER, S. / OSTNER, I. / SCHRATZENSTALLER, M. (2003): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- LEWIS, J. (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes, *Journal of European Social Policy* 3, pp. 159–173.
- LUTZ, H. (2004): Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern – ein Vergleich der bisherigen Karenzregelung mit der Übergangsregelung zum Kinderbetreuungsgeld. Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (AK Wien), Wien.
- OECD (2006): *Starting Strong II. Early Childhood Education and Care*, OECD Publishing, Paris.
- OSTNER, I. (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich; in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage der Wochenzeitschrift Das Parlament*, B 36–37, 3–12.
- OSTNER, I. / LEWIS, J. (1995): Gender and the Evolution of European Social Policies, in: S. Leibfried / P. Pierson (Hg): *European Social Policy: Between Fragmentation and Integration*, Washington DC: Brookings.
- PFAU-EFFINGER, B. (1998): Der soziologische Mythos von der Hausfrauenehe – sozio-historische Entwicklungspfade der Familie. *Soziale Welt* 49, 167–182.
- PFAU-EFFINGER, B. (2000): *Kultur, Wohlfahrtsstaat und Frauenerwerbstätigkeit im europäischen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich.
- PFAU-EFFINGER, B. (2005): *Wandel der Geschlechterkultur und Geschlechterpolitiken in konservativen Wohlfahrtsstaaten – Deutschland, Österreich und Schweiz*. Gender-Politik-Online.
- PLANTENGA, J. / REMERY, C. (2005): *Reconciliation of Work and Private Life. A Comparative Review of Thirty European Countries*, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.
- PLANTENGA, J. / REMERY, C. (2007): *Work Family Reconciliation: In Search of Reliable Statistics and Meaningful Indicators*, Paper Prepared for the NOE Meeting in Warsaw, June 10–15, 2007: *Reconciling Work and Welfare in Europe*.

ERWERBSMUSTER VON FRAUEN UND MÄNNERN

- PLOMIEN, A. (2006): Women and the Labour Market in Poland: From Socialism to Capitalism, in: H.-P. Blossfeld / H. Hofmeister (Hg.): Globalization, Uncertainty, and Women's Careers: An International Comparison, Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- PYLKKÄNEN, E. / SMITH, N. (2004): The Impact of Family-Friendly Policies in Denmark and Sweden on Mothers' Career Interruptions Due to Childbirth, IZA Discussion Paper No. 1050, Institute for the Study of Labor (IZA), Bonn.
- RØNSEN, M. / SUNDSTRÖM, M. (2002): Family Policy and After-Birth Employment Among New Mothers – A Comparison of Finland, Norway, and Sweden, European Journal of Population 18, pp. 121–152.
- SCHIFFBÄNKER, A. (2001): Frauenerwerbstätigkeit und Kinderbetreuungspolitik: Österreich und Dänemark im Vergleich. SWS-Rundschau 41, 420–434.
- UUNK, W. / KALMIJN, M. / MUFFELS, R. (2005): The Impact of Young Children on Women's Labour Supply. A Reassessment of Institutional Effects in Europe, Acta Sociologica 48, pp. 41–62.
- WEBER, A. M. (2004): Wann kehren junge Mütter auf den Arbeitsmarkt zurück? Eine Verweildaueranalyse für Deutschland. ZEW Diskussionspapier 04–08, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.

16

Family-Work-Life-Balance: Österreich, die Niederlande und Schweden im Vergleich

Barbara Haas

Inhalt

1 Family-Work-Life-Balance: Österreich, die Niederlande und Schweden im Vergleich	719
1.1 Einleitung	719
1.2 Theoretischer Rahmen	720
1.3 Ausgewählte Länderbeispiele: Österreich, die Niederlande und Schweden	724
1.4 Ländervergleich: Politischer Rahmen und Vereinbarkeitsmodelle	737
Summary	741
Literatur	742

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Gesetzlicher Mutterschutz, Elternkarenz in Österreich, den Niederlanden und Schweden	727
Tabelle 2: Einstellungen zu Geschlechterrollen und Kinderbetreuung	731
Tabelle 3: Querschnittstypen: Familien nach Vorhandensein und nach Alter des jüngsten Kindes unter 15 Jahren (in Prozent)	733
Tabelle 4: Paare mit Kindern unter 18 Jahren nach Merkmalen der Erwerbstätigkeit (in Prozent)	734
Tabelle 5: Querschnittstypen: Erwerbsmodelle in Paarhaushalten in Österreich, den Niederlanden und Schweden (in Prozent)	735

1 Family-Work-Life-Balance: Österreich, die Niederlande und Schweden im Vergleich

1.1 Einleitung

Gegenwärtig beobachten wir eine starke Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und somit der Zweiverdienerhaushalte in ganz Europa. Diese Tendenz wird auf der nationalen Ebene, seitens der EU aber auch aus einer wissenschaftlichen Perspektive heraus begrüßt. Darüber hinaus liegen politische Absichtserklärungen in nationalen Beschäftigungsplänen und in EU-Verträgen¹ vor, um die Erwerbsbeteiligung weiterhin zu erhöhen. Insbesondere zielen die Richtlinien auf eine über den Lebensverlauf kontinuierliche Integration in den Arbeitsmarkt. Aus wissenschaftlichen Perspektive (Lewis 2004; Lewis et al. 2008) wird hinterfragt, ob und wie es möglich wäre, die Verallgemeinerung der Erwerbsintegration (Adult Worker Model) in unterschiedlichen Ländern zu verwirklichen. Es bestehen begründete Zweifel an einem universellen Patentrezept, da sich die nationalen Kontexte sowohl in struktureller als auch in kultureller Hinsicht wesentlich voneinander unterscheiden.

Im Unterschied zum ersten Teil dieses Themensektors wird in diesem Beitrag die österreichische Situation mit jener in den Niederlanden und Schweden verglichen. Dabei werden bestehende Länderunterschiede in den Betreuungspolitiken und der Erwerbsintegration von Eltern aufgezeigt. Während für Österreich primär Deskriptionen auf der nationalen Ebene vorliegen (z. B. Dörfler 2004a, 2004b, 2004c; Dörfler und Neuwirth 2007; Kapella und Rille-Pfeiffer 2007; Lutz 2004; Neuwirth 2004; Neuwirth und Wernhart 2007), werden in internationalen Vergleichen sowohl die Niederlande (Abrahamson und Wehner 2006; Knijn et al. 2005) als auch Schweden (Blomqvist 2004; Isaksson et al. 2006; Morgan und Zippel 2003) häufig als charakteristische Beispiele für unterschiedliche Formen der Politikgestaltung und der Vereinbarkeitsmodelle herangezogen.

Theoretisch basiert der vorliegende Beitrag im Wesentlichen auf zwei unterschiedlichen Studien. Zum einen wird die von Henau und den Kollegen/Kolleginnen entwickelte Typologie zum Ländervergleich von politischen Gestaltungsoptionen herangezogen, die sogenannte „Kinderbetreuungstriade“. Gezeigt wird, welche Sphäre für das Aufziehen der Kinder gesellschaftlich und politisch als zentral gilt: die Familie, der Staat oder der Markt. Zum anderen beziehen wir uns auf die von Nancy Fraser analysierten Modelle zur Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit und die Beziehung der beiden Sphären zueinander. Als wesentliche Dimensionen der theoretischen Überlegungen gelten die Bewertung von Familien- und Erwerbsarbeit (hierarchisch oder gleichwertig) und das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Geschlechtern, entweder autonom, einseitig oder gegenseitig abhängig. Im Folgenden werden diese theoretischen Konzeptionen vorgestellt, um im An-

¹ Die Lissabonner Verträge sehen beispielsweise eine generelle Erhöhung der Beschäftigungsquoten in den EU Ländern vor. Bis 2010 sollte es in jedem Mitgliedsstaat eine Gesamtbeschäftigungsrate von 70 % geben, die Frauenbeschäftigung 60 % und die Beschäftigung der Arbeitnehmer/-innen zwischen 55 bis 64 Jahren 50 % betragen. Die Kontinuität der Integration in den Arbeitsmarkt sollte für alle Personen im erwerbsfähigen Alter erhöht werden.

schluss die allgemeine Beschreibung ausgewählter Politikbereiche mit der Theorie zu den unterschiedlichen Schwerpunkten der politischen Gestaltungsoptionen (Staat, Markt, Familie) zu verknüpfen. Ergänzend beziehen wir uns auf die Analyse der Arbeitszeiten von Müttern und Vätern anhand der Umfragedaten des European Social Survey (für die Jahre 2004/05 und 2006/07), die bereits im ersten Teil dieses Themensektors für zehn europäische Staaten vorgestellt wurden. Dabei zeigen sich Unterschiede der Geschlechterarrangements der Wohlfahrtsstaaten (Pfau-Effinger 2000; Lewis 1992). Abschließend betonen wir die Bedeutung einer dynamischen Analyse. Wir plädieren dafür, sowohl bei den politischen Maßnahmen als auch den Anreizen zur Erwerbsintegration die Bedürfnisse je nach Alter des Kindes und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu berücksichtigen.

Methodische Voranmerkung

Soweit die nachfolgende Analyse auf Umfragedaten des European Social Survey (2004/05 und 2006/07) basiert, lassen sich keine Schlussfolgerungen daraus ziehen, wie sich jüngste Änderungen der familienpolitischen Rahmenbedingungen (z. B. Neuregelungen des Kinderbetreuungsgeldgesetzes, Reform der Kinderbetreuung usw.) auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgewirkt haben.

1.2 Theoretischer Rahmen

Einleitend geben wir einen kurzen Überblick zu Studien, die sich mit dem Thema Familienpolitik im Ländervergleich beschäftigen. Auf der einen Seite beschränken sich die Beiträge auf ausgewählte Themen wie soziale Serviceeinrichtungen (Anttonen und Sipilä 1996). Auf der anderen Seite erfolgt in manchen Studien eine umfassendere Betrachtung, indem unterschiedlichste Aspekte der Familienpolitik (wie Karenzierungsregelungen und finanzielle Transferzahlungen, Besteuerung von Einkommen) analysiert werden (Bettio und Plantenga 2004; Jensen 2008). Die Ländervergleiche bieten als Ergebnis meist eine sehr abstrakte Klassifikation der wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen, um die Unterschiede und Dynamiken zu beschreiben und zu erklären. Diese Debatten verstehen sich auch als eine Weiterführung und Kritik an der häufig in Ländervergleichen verwendeten Typisierung, die auf den Wohlfahrtsstaatsanalysen von Esping-Andersen (1990, 1999) aufbaut. In aktuelleren Studien wird gezeigt, dass die Zuordnung der Länder zu theoretischen Typen und/oder empirischen Clustern wesentlich vom Fokus der untersuchten Politikbereiche abhängt (Leitner 2003; Szelewa und Polakowski 2008). Ein weiterer aktueller Forschungsbereich widmet sich der Frage, inwieweit die politischen Rahmenbedingungen die faktische Erwerbsbeteiligung von Frauen erklären können (Blossfeld und Drobnic 2002; Blossfeld und Hofmeister 2006; Blossfeld et al. 2006).² Die häufig vertretene Schlussfolgerung lautet, dass die Frauenerwerbstätigkeit von vier wesentlichen politischen Einflussfaktoren bestimmt wird: den Betreuungseinrichtungen, den Karenzregelungen, den flexiblen Arbeitszeitmöglichkeiten und den finanziellen Transferzahlungen (Plantenga und Remery 2005). Empirische Studien belegen, dass ein Mangel an Serviceeinrichtungen die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wesentlich hemmt (Esping-Andersen 2002a; Stier et al. 2001; Uunk et al. 2005).

² Darüber hinaus wird in Ländervergleichen die Interdependenz von Frauenerwerbstätigkeit und möglichen Auswirkungen auf die Geburtenrate aufgezeigt (Castles 2003; D'Addio und D'Ercole 2005).

Ausgehend von diesem Stand der Forschung befassen wir uns zunächst mit der sogenannten „Kinderbetreuungstriade“ (Henau et al. 2006), die auf der Analyse der europäischen Betreuungspolitik im Ländervergleich basiert. In einem weiteren Schritt beziehen wir uns auf Möglichkeiten, wie die Berufs- und die Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern aus einer normativ theoretischen Perspektive heraus verteilt werden könnten. Ausgehend von den Modellen, die von der amerikanischen Autorin Nancy Fraser (1997) entwickelt wurden, stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern herzustellen (ähnlich auch Burkart 2008; Ostner 2008). Die theoretischen Aspekte der Betreuungstriade (Henau et al. 2006) und der Vereinbarkeitsmodelle (Fraser 1997) werden miteinander in Beziehung gesetzt, um ein theoretisches Rahmengerüst für den Ländervergleich zwischen Österreich, den Niederlanden und Schweden zu entwickeln.

„Kinderbetreuungstriade“

Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern können selbstverständlich nicht nur auf die politischen Rahmenbedingungen oder auf die allgemeine Arbeitsmarktlage und flexible Beschäftigungsmöglichkeiten zurückgeführt werden (Haas und Steiber 2009). In anderen Beiträgen haben wir gezeigt, inwieweit hier gesellschaftlich kulturelle Normen und Werte sowie individuelle Einstellungen und Präferenzen eine Rolle spielen (Haas 2005; Haas et al. 2006; Steiber und Haas 2009). Ausgehend von dieser Komplexität fokussiert der vorliegende Beitrag potenzielle Effekte der politischen Rahmenbedingungen auf die gelebte Praxis. In Anlehnung an Henau (et al. 2006) können diese Auswirkungen vereinfachend anhand von drei abstrakten Formen der politischen Gestaltungsmöglichkeiten dargestellt werden: Maßnahmen zur institutionellen Betreuung („public care“), zur privaten Betreuung durch die Eltern („home care“) und zur Förderung privater externer Betreuungsangebote des Marktes („private external care option“). Die zuletzt genannte Option beinhaltet direkte finanzielle Unterstützungen, um durch steuerliche Begünstigungen und Transferzahlungen den Kauf von Dienstleistungen auf dem Markt zu ermöglichen. In der Studie wird gezeigt, dass die Länder Europas im Großen und Ganzen den drei genannten Politik-Klassifikationen zugeordnet werden können: Vielfach bekannt ist, dass die europäischen nordischen Länder ein Angebot an öffentlichen Kinderbetreuungsplätzen fördern, um eine kontinuierliche Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, insbesondere Müttern, zu ermöglichen. Österreich und die Niederlande werden in diesem abstrakten Ländervergleich ein und demselben Ländertyp zugewiesen. Sie zählen zum Modell der Förderung der privaten Betreuung durch die Eltern, de facto die Mutter (home care). Beispiele für den dritten Typ der privaten externen Betreuungsoption sind liberale Länder wie Großbritannien, aber auch südliche wie Spanien (Henau et al. 2006).

Basierend auf diesen Erkenntnissen geht auch der folgende Beitrag davon aus, dass die Politik zur Gestaltung der Kinderbetreuung in den Grundzügen einer der drei dargestellten Optionen folgt. Im Unterschied zu dem auf vielen Ländern basierenden Vergleich von Henau et al. werden hier drei ausgewählte Länder im Detail untersucht. Ziel ist es, die bestehenden Unterschiede zwischen der Situation in Österreich und den Niederlanden zu beleuchten. Zweitens argumentieren wir, dass die Zuordnung der Länder zu einem der Politikmodelle, entweder der öffentlichen Betreuung (public care) oder der privaten oder privaten externen Betreuung, der Komplexität innerhalb eines nationalen Kontexts nicht

gerecht wird. Dies wird exemplarisch anhand unterschiedlicher Phasen der Betreuung je nach Alter der Kinder verdeutlicht. Und drittens diskutieren wir, im Unterschied zur genannten Studie, den Zusammenhang zwischen den politischen Gestaltungsoptionen und den tatsächlichen Unterschieden in der Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen je nach Haushaltssituation (Arbeitszeiten des Partners und Alter des Kindes). Im Folgenden werden einerseits die empirischen Arbeitszeitmodelle und andererseits die politisch-normativen Alternativen zur Arbeitsteilung dargestellt. Dabei beziehen wir uns auf die theoretischen Szenarien von Nancy Fraser (1997), die auf reges Interesse gestoßen sind und sich als analytisches Konzept für einen Ländervergleich gut eignen.

Arbeitszeitmodelle und utopisch-gesellschaftspolitische Alternativen

Die in diesem Beitrag verwendeten empirischen Arbeitszeitmodelle stimmen größtenteils mit der Literatur überein (Haas et al. 2006; Haas 2005; Pfau-Effinger 2000; Leitner et al. 2004; Lewis 1992; Beham und Haller 2005) und wurden bereits im vorangehenden Beitrag erläutert. Das männliche Ernährermodell meint die Vollzeitbeschäftigung des Mannes (30 oder mehr Wochenstunden) und die Nicht-Erwerbstätigkeit oder Karenzierung der Frau. Im teilmodernisierten Ernährermodell arbeitet der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit (bis 30 Stunden). Im Doppelernährermodell sind beide Partner/-innen Vollzeit beschäftigt, während im Teilzeitmodell der Mann und die Frau reduzierte Arbeitszeiten aufweisen. In den Definitionen ist das Ausmaß der Erwerbsarbeitszeiten die einzig relevante Dimension, denn schließlich impliziert die zeitliche Beanspruchung auf dem Arbeitsmarkt die potenziell für die Hausarbeit und Kinderbetreuung verfügbare Zeit. Mit den geleisteten Erwerbsstunden verbinden sich spezifische Zuständigkeiten und Zuschreibungen im Privatbereich. Von einer nicht erwerbstätigen Frau mit einem Vollzeit erwerbstätigen Mann wird meist angenommen, dass sie die Hauptverantwortung für die unbezahlte Arbeit zu Hause übernehmen sollte. Weniger eindeutig ist die Rollenteilung und Rollenerwartung hingegen, wenn beide Vollzeit oder Teilzeit arbeiten.

Die genannten empirischen Arbeitszeitmodelle vom männlichen Ernährermodell zum Teilzeitmodell sind weithin bekannte Definitionen und dienen meist zur Beschreibung der sozialen Wirklichkeit bzw. der dahinterliegenden Normvorstellungen. Ergänzend dazu hat Nancy Fraser (1997) vor mehr als zehn Jahren ein „postindustrielles Gedankenexperiment“ zur Überwindung der hierarchischen Geschlechterordnung vorgelegt. Aus einer theoretisch-normativen Perspektive überprüft sie, welches der folgenden Modelle mehr Egalität sowohl in struktureller Hinsicht (Einkommen, Zeit, soziale Sicherheit) als auch in Hinblick auf soziokulturelle Aspekte (wie Achtung und Wertschätzung der Reproduktionsarbeit) verspricht. Ihr „Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit“ (Fraser 1997) wird hier kurz „Vollzeitmodell“ genannt und umfasst die Vollzeitintegration von Frauen und Männern in den Erwerbsprozess. Voraussetzung dafür ist die Professionalisierung und teilweise Auslagerung der unbezahlten Fürsorgearbeit. Hingegen beruht das „Modell der Gleichstellung der Betreuungsarbeit“ (von uns als Betreuungsmodell bezeichnet) auf einer konträren Auffassung darüber, wie Betreuungsarbeit organisiert werden sollte. Die Bezahlung der familialen Arbeit gilt darin als eine wesentliche Möglichkeit, diese Tätigkeiten im Vergleich zur Erwerbsarbeit aufzuwerten und als hohen gesellschaftlichen Wert zu betrachten. Das geforderte Recht auf private, vom Staat bezahlte Fürsorgearbeit impliziert jedoch eine Fortschreibung der Geschlechterdifferenzen, solange primär Frauen diese Arbeit, wenn

auch nun bezahlt, leisten würden, so der kritische Einwand der Autorin. Folglich bieten weder das auf Vollzeitbeschäftigung beider Geschlechter und auf Professionalisierung von Carework beruhende Vollzeitmodell noch das auf Geschlechterdifferenz basierende Betreuungsmodell eine gesellschaftspolitische Alternative zur hierarchischen Praxis. Daher geht Fraser einen Schritt weiter und entwickelt das utopische Ziel vom „Modell der universellen Betreuungsarbeit“, das hier kurz „universelles Vereinbarkeitsmodell“ genannt wird. Diesem Ideal zufolge sollten beide Geschlechter in gleichem Ausmaß bezahlte und unbezahlte Arbeit leisten (können). Mit ihren Worten: „The key to achieving gender equity in a post-industrial welfare state, then, is to make women’s current life-patterns the norm for everyone.“ [„Der Schlüssel zur Geschlechtergleichstellung in einem postindustriellen Wohlfahrtsstaat ist es, die Lebensmuster von Frauen zur gesellschaftlichen Norm für alle zu machen.“] (Übersetzung der Autorin dieses Beitrags; Fraser 1997: 61). Als wesentlichen Schritt in diese Richtung nennt sie die allgemeine Reduktion der Erwerbsarbeitszeiten, die sowohl Existenzsicherung als auch langfristige soziale Sicherheit gewährt. In der Vision einer neuen Zivilgesellschaft wäre genügend Zeit und Geld für die private Kinderbetreuung und Pflege sowie für verschiedene Formen von Arbeit, politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freizeit vorhanden (Fraser 1997: 62).

Die genannten Modelle beinhalten eine gesellschaftspolitisch utopische Vorstellung davon, wie eine geschlechtergerechtere Arbeitsteilung im Idealfall aussehen könnte. Obwohl diese theoretischen Konzepte in diesen Formen nicht empirisch anzutreffen sind, kann aus einer analytischen Perspektive argumentiert werden, dass die einen oder anderen Aspekte der drei genannten Modelle in den hier ausgewählten Ländern stärker oder schwächer ausgeprägt sind. Die staatlich gut ausgebaute Infrastruktur für die institutionelle Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sowie die hohe und kontinuierliche Erwerbsbeteiligung von Frauen ist am besten im schwedischen Wohlfahrtsstaat verwirklicht. Schweden kann daher als Exempel für das von Fraser bezeichnete „Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit“ (= Vollzeitmodell) herangezogen werden. Das „Modell der Gleichstellung der Betreuungsarbeit“ (= Betreuungsmodell) trifft teilweise auf Österreich zu, insbesondere wenn es um die Phase der Kleinkindbetreuung und der Pflege von Angehörigen geht. Vergleichsweise hohe Transferzahlungen an Familien, Steuerbegünstigungen, das Kinderbetreuungsgeld, das Pflegegeld sowie die soziale Absicherung von Pflegenden (soziale Sicherheit für Pflegende, Mitversicherung von Müttern) (BMWJF 2009; Obinger und Tálos 2006) beinhalten eine Aufwertung der unbezahlten Arbeit. Verglichen mit den beiden anderen Ländern scheint die Zuordnung von den Niederlanden weniger eindeutig zu sein. Einerseits bestehen hier institutionelle Betreuungsmöglichkeiten, die jedoch nicht nur auf der staatlichen Unterstützung beruhen. Die Betreuung liegt hier generell im Zuständigkeitsbereich des Staates, von Privathaushalten und Unternehmen (Plantenga und Remery 2005). Andererseits sind für die Niederlande die starke Arbeitszeitreduktion und die Dominanz der Teilzeit charakteristisch (Kremer 2007; Visser 2002), welche eher dem visionären universellen Vereinbarkeitsmodell entsprechen. Generell sprechen Indizien dafür, dass auf einer politisch normativen Ebene ein „Vereinbarkeitsszenario“ (van Wel und Knijn 2006) mit gleichberechtigter Arbeitsteilung angestrebt wird.

Zusammenfassend: Aus einer theoretischen Perspektive können die abstrakten Politikmodelle von Henau et al. (2006) den Vereinbarkeitsmodellen von Fraser (1997) zugeordnet werden. Das Vollzeitmodell, das im Folgenden beispielhaft an der Situation von

Schweden analysiert wird, beruht im Wesentlichen auf der staatlichen Förderung von Betreuungsinstitutionen (public care). Österreich wird hier als Beispiel für das Betreuungsmodell herangezogen, welches bisher auf die vorübergehende Bezahlung und soziale Absicherung der privaten Betreuungsarbeit fokussiert (home care). Das Modell der universellen Vereinbarkeit basiert primär auf der Arbeitszeitreduktion und der kontinuierlichen Integration von Eltern in den Arbeitsmarkt. Da die Niederlande die Teilzeitgesellschaft schlechthin verkörpern und ein von Männern und Frauen gleichermaßen praktiziertes Vereinbarkeitsszenario anstreben, gilt dieses Land am ehesten als ein Beispiel für eine geschlechtliche Arbeitsteilung im Sinne des von Nancy Fraser konzipierten universellen Vereinbarkeitsmodells.

1.3 Ausgewählte Länderbeispiele: Österreich, die Niederlande und Schweden

Die folgende deskriptive Analyse soll zeigen, ob und wie die unterschiedlichen Ländermuster den Ansprüchen nach erhöhter individueller Wahlfreiheit zwischen der Zeit für die Erwerbsarbeit und Zeit für die Fürsorgearbeit unter Berücksichtigung der Chancengleichheit und Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern gerecht werden. Um die Vergleichbarkeit zwischen den für die Länder verfügbaren Daten zu gewährleisten, bezieht sich die folgende Beschreibung der politischen Rahmenbedingungen auf den Stand der jeweils aktuell verfügbaren Vergleichsdaten. Die Bedeutung der politischen Gestaltungsoptionen wird den potenziellen Auswirkungen auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern und Vätern gegenübergestellt, indem auf die empirischen Ergebnisse des European Social Survey (Daten für den Zeitraum 2004 – 2007) im ersten Teil des Themensektors verwiesen wird. Für Österreich werden mit Bezug auf die im Familienbericht 1999 verwendeten Daten (Mikrozensus 1996) sowie auf die aktuellen Vergleichsdaten des Mikrozensus 2007 die Entwicklungstendenzen kurz umrissen, darüber hinaus die Trends bei den gesellschaftlichen Wertvorstellungen zu Beruf und Familie sowie bei der Aufteilung der unbezahlten Arbeit.

Österreich

Als politische Einflussfaktoren werden im Folgenden die Möglichkeiten der Karenzierung und die Verfügbarkeit von Betreuungsinstitutionen dargestellt.

Die Elternkarenz beginnt nach Ende der Mutterschutzfrist (Acht-Wochen-Frist nach der Geburt) und kann bis zu zweimal zwischen den Eltern geteilt werden. Der Anspruch auf Freistellung von der Arbeit besteht bis zum zweiten Geburtstag des Kindes, und der damit verbundene Kündigungsschutz endet vier Wochen danach (sofern nicht Teile der Karenz auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben werden). Die Karenzdauer muss der/dem Arbeitgeber/-in innerhalb von acht Wochen nach der Geburt schriftlich bekannt gegeben werden.

Während der Karenz erhalten die Mutter und/oder der Vater keinen Lohn bzw. kein Gehalt, sondern das bei der zuständigen Krankenkasse zu beantragende Kinderbetreuungsgeld (KBG). Es bestehen unterschiedliche Möglichkeiten der Karenzierung, von der Vollkarenz zwischen Vater und Mutter, der Karenzteilung zwischen Vater und Mutter, der überlappenden Inanspruchnahme für die Dauer eines Monats anlässlich des Wechsels der Betreuung

von einem Elternteil zum anderen, der aufgeschobenen Karenz (drei Monate bis zum siebten Lebensjahr des Kindes), der Verhinderungskarenz und der Elternteilzeit (Teilzeitarbeit) (siehe: <http://wien.arbeiterkammer.at/>).

Im Unterschied zu früheren Karenzregelungen vor dem 1. Jänner 2002 sind mit der Einführung des Kinderbetreuungsgelds (KBG) als familienpolitischer Maßnahme alle Eltern unabhängig von der bisherigen Erwerbsbeteiligung anspruchsberechtigt, sofern für das Kind Anspruch auf Familienbeihilfe besteht. Seit 1. Jänner 2008 kann bei der Auszahlung des KBG zwischen drei Alternativen gewählt werden, wobei die Höhe je nach Dauer der Inanspruchnahme variiert:

In der Langvariante kann ein Elternteil allein bis zum 30. Lebensmonat des Kindes KBG in der Höhe von 436 Euro monatlich beziehen. Bis maximal zum dritten Geburtstag des Kindes kann das KBG in dieser Höhe nur dann ausgezahlt werden, wenn sich die Eltern beim Bezug abwechseln und auch der andere Elternteil für mindestens ein halbes Jahr KBG bezieht. Vom zweiten Elternteil nicht in Anspruch genommene Monate sind nicht auf den ersten Elternteil übertragbar. In der mittleren Variante kann ein Elternteil allein bis zum 20. Lebensmonat des Kindes KBG in der Höhe von rund 624 Euro monatlich beziehen. Bis maximal zum zweiten Geburtstag des Kindes kann das KBG in dieser Höhe nur dann ausgezahlt werden, wenn sich die Eltern beim Bezug abwechseln und auch der andere Elternteil für mindestens vier Monate KBG bezieht. In der Kurzvariante kann ein Elternteil allein bis zum 15. Lebensmonat des Kindes KBG in der Höhe von rund 800 Euro monatlich beziehen. Bis maximal zum 18. Lebensmonat des Kindes kann das KBG in dieser Höhe nur dann ausgezahlt werden, wenn sich die Eltern beim Bezug abwechseln und auch der andere Elternteil für mindestens drei Monate KBG bezieht. Die Eltern können sich in jeder Variante zweimal abwechseln, wobei ein Bezugsblock mindestens drei Monate (ab Jänner 2010 zwei Monate) dauern muss. Der gleichzeitige Bezug von KBG durch beide Elternteile ist – auch bei Geschwisterkindern – ausgeschlossen (BMWFJ 2009: 12 ff.). Zu berücksichtigen gilt, dass die Auszahlungsdauer des KBG nicht mit der Dauer der arbeitsrechtlichen Elternkarenz (mit vierwöchigem Kündigungsschutz nach dem zweiten Geburtstag bzw. nach Ende der Karenz) übereinstimmt (AMS 2009).

Neben den bestehenden Möglichkeiten kam es mit 1.1.2010 zu einer weiteren Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes. Zusätzlich zu den bisherigen drei Varianten kam eine vierte Pauschalvariante „12 plus 2“ mit rund 1.000 Euro pro Monat hinzu. Weiters wurde mit Jänner 2010 ein einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld in der Ausgestaltung „12 plus 2“ geschaffen. Dabei können Eltern 80 % ihres vorherigen Nettoeinkommens bis zur Vollendung des 12. Lebensmonats des Kindes, bei Teilung des Bezuges maximal bis zum 14. Lebensmonat, beanspruchen, wobei maximal 2.000 Euro pro Monat ausbezahlt werden.

Seit der Einführung des KBG 2002 bestehen verstärkt Anreize, auch neben der Kinderbetreuung erwerbstätig zu sein. Die Reduktion der Arbeitszeit ermöglicht den gleichzeitigen Bezug des KBG, wenn die Einkünfte eine bestimmte Zuverdienstgrenze der Bezieher/-innen des KBG (von 2002 bis 2007 14.600 Euro jährlich und ab 2008 16.200 Euro pro Kalenderjahr) nicht überschreiten.

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

Seit dem Jahr 2010 kommt es überdies zu einer weiteren Flexibilisierung: So können in allen Pauschalvarianten 60 % der früheren Einkünfte, mindestens aber 16.200 Euro pro Kalenderjahr dazuverdient werden.

Der Zuverdienst beim einkommensabhängigen KBG ist aufgrund der Einkommensersatzfunktion auf 5.800 Euro pro Kalenderjahr beschränkt.

Diese Optionen stellen eine wesentliche Form der finanziellen Verbesserung gegenüber dem vollständigen Ausstieg dar. Zudem besteht die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung („Elternteilzeit“) für Väter und Mütter, unabhängig davon, ob sie Karenz in Anspruch genommen haben oder nicht. Mit 1. Juli 2004 traten insofern neue Regelungen in Kraft, als nun zwischen Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung und vereinbarter Teilzeitbeschäftigung unterschieden wird. Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung haben Mütter und Väter längstens bis zum siebten Geburtstag des Kindes bzw. zu einem späteren Schuleintritt, wenn sie in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmer/-innen beschäftigt sind und das Arbeitsverhältnis zum Antrittszeitpunkt der Teilzeitbeschäftigung ununterbrochen mindestens drei Jahre gedauert hat (wobei die Zeiten der Karenz angerechnet werden). Die Rahmenbedingungen der Teilzeitbeschäftigung (d. h. der Beginn und die Dauer der Teilzeitbeschäftigung sowie das Ausmaß und die Lage der Arbeitszeit) sind mit der/dem Arbeitgeber/-in zu vereinbaren. Dabei sind die Interessen des Elternteils und die betrieblichen Interessen zu berücksichtigen. Die vereinbarte Teilzeitbeschäftigung gilt in Betrieben mit höchstens 20 Arbeitnehmer/-innen und auch ohne Betriebszugehörigkeit von drei Jahren. Eine Teilzeitbeschäftigung kann in diesen Fällen längstens bis zum Ablauf des vierten Lebensjahres des Kindes des/der Arbeitnehmer/-in vereinbart werden, wobei jedoch kein Rechtsanspruch besteht. Bei Nichteinigung kann die/der Arbeitnehmer/-in eine Klage auf Einwilligung in die Teilzeitbeschäftigung einbringen. Nähere Bestimmungen zur Teilzeit sind, dass die gleichzeitige Inanspruchnahme der Teilzeitbeschäftigung durch beide Elternteile zulässig ist, außer der andere Elternteil befindet sich gerade in Karenz nach Mutterschutzgesetz bzw. Väter-Karenzgesetz. Pro Elternteil ist nur eine einmalige Inanspruchnahme zulässig (mit Änderungsmöglichkeiten).

Die Teilzeitbeschäftigung kann frühestens nach Ablauf der Schutzfrist beginnen, die Mindestdauer beträgt drei Monate. Nach dem Ende der Teilzeitbeschäftigung besteht das Recht auf Rückkehr zur ursprünglichen Arbeitszeit (nähere Details siehe: <http://www.help.gv.at/> oder: <http://www.bmask.gv.at/>). Als arbeitsmarktpolitische Begleitmaßnahme werden zwei Drittel der Lohnkosten der Ersatzkraft refundiert. Die Förderung für Ersatzarbeitskräfte während der Elternteilzeit gilt jedoch nur für einen Zeitraum von vier Monaten. Gefördert wird das Arbeitsverhältnis von als arbeitslos vorgemerkten Personen, die seit mindestens einem Monat beschäftigungslos sind. Das Arbeitsverhältnis muss innerhalb von drei Monaten nach dem Wechsel auf Teilzeitbeschäftigung beginnen. Fallen zusätzlich externe Qualifizierungskosten an, so werden diese zur Hälfte ersetzt. Die ASVG-Höchstbeitragsgrundlage ist die für die Beihilfe anerkenbare Obergrenze für das laufende Bruttoentgelt auf Basis einer Vollzeitbeschäftigung. Die/der Arbeitgeber/-in erhält 33,3 % der Bemessungsgrundlage (laufendes Bruttoentgelt plus 50 % Pauschale für Nebenkosten) vom Arbeitsmarktservice ausbezahlt (siehe: <http://www.ams.at/>).

Tabelle 1: Gesetzlicher Mutterschutz, Elternkarenz in Österreich, den Niederlanden und Schweden

	Mutterschutz	Höhe der finanziellen Abgeltung im Mutterschutz (Wochengeld) in % des Einkommens	Väterbeteiligung Höhe in % des Einkommens (OECD 2005)	Dauer der (bezahlten) Karenz und Kündigungsschutz während der Karenz	Teilzeitkarenz (mit entsprechendem Lohnersatz) (Anxo et al. 2007)
AT	16 Wochen	100% des Einkommens (16 Wochen)	1 bis 2 Tage (keine gesetzliche Pflicht, sondern Kollektivvertragsregelung) (100% des Einkommens)	Anspruch auf Karenz: nach der angemeldeten (= vereinbarten) Dauer, bis 2. Geburtstag des Kindes. Dauer des Kinderbetreuungsgelds in mehreren Varianten, welche sich nicht unbedingt mit Dauer der Karenzierung (siehe obige Ausführungen zu Österreich) decken. Kündigungsschutz endet 4 Wochen nach 2. Geburtstag des Kindes bzw. 4 Wochen nach Ende der Karenz.	Anspruch auf Teilzeit, bis das Kind 7 Jahre alt ist: bei mind. dreijähriger Betriebszugehörigkeit in Unternehmen mit mehr als 20 Mitarbeiter/-innen oder vereinbarte Teilzeit, bis das Kind vier Jahre alt ist. Recht auf Rückkehr zur vorherigen AZ.
NL	16 Wochen	100%, max. €165 täglich (16 Wochen)	2 Tage innerhalb des ersten Monats nach der Geburt (100% des Einkommens)	Dauer der Freistellung: 26 Wochen (ca. 6 Monate), wenn beide in Karenz gehen. Kündigungsschutz: 13 Wochen (ca. 3 Monate) für beide Elternteile.	Jeder Elternteil 3 Monate Vollzeit oder 6 Monate Teilzeit, bis das Kind 8 Jahre alt ist. Recht auf Teilzeit oder Rückkehr zur Vollzeit.
SE	15 Wochen	80% des Einkommens (12 Wochen)	60 Tage nach der Geburt des Kindes, 10 Tage davon sind zu 100% bezahlt, der Rest zu 80% des Einkommens. („Papamonate“)	Dauer der Freistellung: 480 Tage (16 Monate), wenn beide in Karenz gehen, bis zum 8. Lebensjahr des Kindes oder bis zum Abschluss des ersten Schuljahres. Kündigungsschutz: 360 Tage (ca. 12 Monate), Aufteilung nach Wahl, zusätzlich 60 Tage, die für die/den andere/n Partner/in reserviert sind. D. h. maximal 420 Tage (ca. 14 Monate), Kündigungsschutz für ein Elternteil.	Eltern können normalen Arbeitszeit bis zu 75% der normalen Arbeitszeit reduzieren, bis das Kind das erste Schuljahr abgeschlossen hat (bis das Kind 8 Jahre alt ist).

Quelle: Plantenga und Remery 2005: 69; Anxo et al. 2007: 7; OECD Family Database, online in Internet unter URL: <http://www.oecd.org/eis/social/family/database>.
[Stand: 04.07.2007].

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

Neben den Neuregelungen zur Elternkarenz (einkommensabhängiges KBG, mehrwöchige Väterbeteiligung) erweisen sich auch die Maßnahmen zur institutionellen Kinderbetreuung als ein dynamischer familienpolitischer Bereich.

Divergenz länderspezifischer Erhebungsmethoden im Verhältnis zu EU-SILC Daten:

Mit Bezug auf international vergleichbare Daten (EU-SILC 2005) zeigt sich in Österreich vor allem bei den Betreuungsplätzen für die Null- bis Zweijährigen mit nur rund 4 % im Vergleich zu 53 % in Schweden und 40 % in den Niederlanden ein Mangel. Auch im Bereich der institutionellen Betreuung von Vorschulkindern bleibt Österreich mit rund zwei Drittel aller drei- bis sechsjährigen Kinder hinter Schweden und den Niederlanden mit rund 90 % Betreuungsquote für 2005 zurück.³ Weniger stark präsentiert sich dieser Mangel an institutionellen Betreuungseinrichtungen mit Verweis auf nationale österreichische Statistiken: Laut aktuellen Zahlen der Statistik Austria (2008) liegen die Betreuungsquoten für die Null- bis Dreijährigen bei 14 % (in formalen Einrichtungen) bzw. 16,12 % (Einrichtungen und Tagesmütter/-väter). Die Quoten variieren zudem nach Lebensalter: im 1. Lebensjahr: 0,6 %, 2. Lebensjahr: 8,9 % und im 3. Lebensjahr: 31,9 %. Bei den Drei- bis Sechsjährigen sind es 86,5 % (in Einrichtungen), 88,3 % (Einrichtungen und Tagesmütter/-väter) bzw. 89,12 % (wenn auch vorzeitig eingeschulte Kinder berücksichtigt werden). Der Anteil der Schulkinder von sechs bis neun Jahren in einer Nachmittagsbetreuung liegt mit 14,5 % deutlich unter jenem der betreuten fünfjährigen Vorschulkinder, welche unter Einbeziehung der vorzeitig eingeschulten Kinder zu 96,3 % formell betreut werden (Statistik Austria 2008).

Ein wesentliches Charakteristikum sind die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern, beispielsweise haben manche Kindergärten auf dem Land nur halbtags geöffnet oder schließen über Mittag. Es wird vorausgesetzt, dass die Kinder zu Hause essen können. Eine nationale Mikrozensus-Erhebung zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat gezeigt, dass in Österreich nur rund ein Fünftel (21 %) der zu beaufsichtigenden Kinder während der Arbeitszeit der Mutter in Kindergärten/Ganztagsschulen oder Horten untergebracht sind (Hammer und Klapfer 2006).

Zu den aktuellen Neuerungen zählt beispielsweise das ab 2010 verpflichtende Kindergartenjahr für Kinder im letzten Jahr vor Schuleintritt (Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Einführung der halbtägigen kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen). Mit der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern verpflichteten sich diese ab Herbst 2009, den halbtägigen Kindergartenbesuch im Ausmaß von 20 Wochenstunden (ohne Zusatzangebote und Mittagstisch) im letzten Jahr vor dem Schuleintritt für die Eltern kostenlos zur Verfügung zu stellen. Ab dem Kinder-

³ Die Zahlen beziehen sich auf harmonisierte Daten von EU-SILC 2005; ferner stammen sie von Plantenga & Remery (2007), Plantenga & Remery (2005), Anxo et al. (2007) sowie von Lutz (2004). Nähere Informationen unter: OECD 2007, Social Expenditure Database, online in Internet unter URL: <http://www.oecd.org/els/social/expenditure> [Stand: 12.08.2009]. Es sei jedoch angemerkt, dass laut aktuellen Zahlen der Statistik Austria (2008) die Betreuungsquoten in Österreich höher sind: Für die Null- bis Dreijährigen liegen diese bei 14% (in Einrichtungen) bzw. 16 % (Einrichtungen und Tagesmütter/-väter). Die Quoten variieren zudem nach Lebensalter: rd.1% im 1. Lebensjahr, rd. 9% im 2. Lebensjahr, rd. 32% im 3. Lebensjahr und rd. 89% der Drei- bis Sechsjährigen (unter Mitberücksichtigung vorzeitig eingeschulter Kinder).

gartenjahr 2010/11 ist der halbtägige Kindergartenbesuch (mindestens 16 bis 20 Stunden) für Kinder, die das 5. Lebensjahr vollendet haben, verpflichtend. Zur Deckung der Kosten stellt der Bund jährlich 70 Mio. Euro bis zum Jahr 2013 bereit. (<http://www.parlinkom.gv.at/>)

Neben der Verfügbarkeit institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen spielt die Leistbarkeit eine wesentliche Rolle für Familien. In dieser Hinsicht verspricht die aktuelle Änderung der Steuerreform 2009 mit der steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten für Arbeitnehmer/-innen eine Verbesserung. Die Kosten für die Betreuung von Kindern können seit 1. Jänner 2009 bis höchstens 2.300 € pro Kind und Kalenderjahr als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden. Absetzbar sind Kinderbetreuungskosten, die seit dem 1. Jänner 2009 anfallen sind. Möglich wird dies für Kinder bis zum 10. Lebensjahr. Die Betreuung muss zudem durch eine öffentliche oder eine private institutionelle Kinderbetreuungseinrichtung oder durch eine pädagogisch qualifizierte Person erfolgen.

Die Niederlande

In den Niederlanden besteht kein gesetzliches Recht auf eine bezahlte Karenzierung von der Erwerbsarbeit. Allerdings sehen zahlreiche Kollektivverträge einen Einkommensersatz vor (z. B. erhalten öffentlich Bedienstete 75 % ihres vorherigen Einkommens) (Fagan und Hebson 2006; Plantenga und Remery 2005). Kennzeichen des Systems der Karenzierung ist das Recht auf Zeit für die Kinderbetreuung und das Recht auf flexible Erwerbsarbeit. In den ersten drei Monaten nach der Geburt des Kindes besteht ein Recht auf Kündigungsschutz für beide Elternteile. Diese Möglichkeit der unbezahlten Freistellung kann entweder in Form von Vollzeit oder Teilzeit für die doppelte Dauer (sechs Monate) beansprucht werden, bis das Kind das 8. Lebensjahr erreicht hat. Zudem haben Arbeitnehmer/-innen das Recht, ihre Arbeitszeit auf Teilzeit zu reduzieren und danach wieder zur Vollzeit zurückzukehren.

Im Jahr 2005 wurden 40 % der Kinder im Kleinkindalter bis drei Jahre in öffentlichen Institutionen betreut. Obwohl die Daten keine Rückschlüsse darauf zulassen, ob es sich um eine Ganztags- oder Teilzeitbetreuung handelt, wird vermutet, dass diese Kinder in der Regel nur einen halben Tag im Kindergarten verbringen.

Im Unterschied zu Österreich und Schweden spielen die Unternehmen und Betriebe bei der Organisation der Betreuungsarbeit eine große Rolle. Die Versorgung mit und Finanzierung von Einrichtungen wird explizit als dreigeteilte Aufgabe des Staates, der Unternehmen und der Individuen gesehen. Folglich teilen sie sich auch die Kosten für die Betreuung. Obwohl die Verpflichtung der Unternehmen nicht gesetzlich geregelt ist, leisten sie in der Praxis einen erheblichen Beitrag. So wird geschätzt, dass 2004 rund 70 % der Angestellten eine finanzielle oder institutionelle Unterstützung von den Arbeitgeber/-innen erhalten haben (Plantenga und Remery 2005: 21). Auf Grund dieser Zuständigkeit der Privatwirtschaft ist auch erklärbar, dass die öffentlichen Budgetausgaben für Betreuungseinrichtungen in den Niederlanden (mit 1 % des BIP im Jahr 2005) niedriger ausfallen als in Schweden mit rund 1,7 %, aber höher als in Österreich mit 0,5 % des öffentlichen Bruttoinlandsprodukts.⁴

⁴ OECD 2007, Social Expenditure Database, online in Internet unter URL: <http://www.oecd.org/els/social/expenditure>. [Stand: 12.08.2009].

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

Die Niederlande sind auch in anderer Hinsicht ein interessantes Beispiel. Charakteristisch ist das Bemühen, die bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern gleichberechtigt zu verteilen. Im sogenannten „Vereinbarkeitsszenario“ – „Combination Scenario“ – (van Wel und Knijn 2006) werden reduzierte Arbeitszeiten und die gleiche Zuständigkeit von Müttern und Vätern für die Erwerbs- und Betreuungsarbeit als erstrebenswertes Ziel definiert. Eine Reihe von politischen Maßnahmen unterstützt die Option der Arbeitszeitreduktion für die Arbeitnehmer/-innen, zum Beispiel das Arbeitszeitgesetz (WAA), das auf Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten zutrifft: Es besteht ein Recht, einmal in zwei Jahren eine Änderung der Arbeitszeiten zu beantragen – dies gilt für Arbeitnehmer/-innen, die mindestens ein Jahr im Unternehmen beschäftigt waren. Zudem dürfen von Arbeitgeberseite keine begründeten Einwände gegen die Wünsche der neuen Arbeitszeitregelung vorgebracht werden. Darüber hinaus existiert seit 2000 ein gesetzliches Recht auf eine Arbeitszeitreduzierung (und -erweiterung).

Weitere Gesetze regeln die Gleichbehandlung Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigung (WOA) und die soziale Absicherung („flexicurity“). Darüber hinaus bestehen Modelle in der Flexibilisierung der Arbeitszeit über den Lebensverlauf, sogenannte Arbeitszeitkonten. Die Arbeitnehmer/-innen verfügen über ein gesetzliches Recht, einen Teil des Einkommens für maximal zwei Jahre anzusparen, um dann im dritten Jahr ein Sabbatical zu beanspruchen, wofür sie 70 % des Letztbezugs erhalten (Plantenga und Remery 2005: 38 ff.). Das Besondere der niederländischen Situation besteht darin, dass Teilzeitregelungen „nicht speziell auf Familien ausgerichtet sind, sondern alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen betreffen“ (BMFSFJ 2005: 48).

Schweden

Das schwedische Karenzierungsmodell ist gekennzeichnet durch eine vergleichsweise kurze Dauer des Ausstiegs mit einer lohnabhängigen Ersatzrate. Die Höhe des Karenzgelds bemisst sich prozentuell am früheren Einkommen und beträgt 80 % des Erwerbseinkommens, wobei der Betrag gedeckelt ist. Im ersten Jahr können die Eltern die Karenzierung sehr flexibel zwischen den Partner/-innen wechseln. Ein Elternteil kann zwei zusätzliche Monate nehmen, so dass die Kinder bis zu 14 Monate von einem Elternteil betreut werden, der für diesen Zeitraum Kündigungsschutz genießt. In den sogenannten „Papa-Monaten“ werden die Kinder zwei Monate von den Vätern betreut. Zudem besteht die Möglichkeit, die Arbeitszeit auf bis zu 75 % der normalen Wochenstunden zu reduzieren, bis das Kind das 8. Lebensjahr erreicht hat. Daran anschließend besteht ein Recht auf Rückkehr zur Vollzeiterwerbstätigkeit.

In Schweden gilt die Kinderbetreuung als ein soziales Recht. Das heißt, Eltern haben das offizielle Recht auf einen Betreuungsplatz für ihr Kind im Alter zwischen ein und zwölf Jahren (Plantenga und Remery 2005: 12 ff.). Dieser Betreuungsplatz kann für Vorschulkinder im Alter zwischen ein und fünf Jahren entweder Vollzeit oder Teilzeit beansprucht werden. Schulkinder bis zwölf Jahre haben ein Recht auf Nachmittagsbetreuung in Freizeitzentren.

Vor diesen gesetzlichen Hintergründen zeigt sich, dass 2003 41 % der Kleinkinder bis drei Jahre und die Vorschulkinder bis fünf Jahre fast ausschließlich (zu 90 %) in formellen Institutionen beaufsichtigt wurden. Abgesehen von diesen weithin bekannten guten Versorgungsleistungen öffentlicher Betreuungseinrichtungen in Schweden wird gegenwärtig

darauf hingewiesen, dass ein Prozess der Privatisierung der Institutionen im Gange ist. So zeigt sich eine Tendenz, dass Kinder von Höhergebildeten in nicht öffentlichen Institutionen überrepräsentiert sind (Blomqvist 2004).

Die gute Versorgung mit Betreuungseinrichtungen spiegelt sich auch in den hohen öffentlichen Ausgaben wider. In Schweden wurden, wie bereits erwähnt, 2005 rund 1,7 % des BIP für formale Institutionen ausgegeben, während die Anteile in den Niederlanden mit rund 1% und in Österreich mit 0,5 % weit darunter lagen.

Exkurs: Einstellungen zur Rollen- und Arbeitsteilung

Neben politischen Rahmenbedingungen wird stets die Bedeutung der soziokulturellen Unterschiede als wesentlicher Einflussgröße auf geschlechtsspezifische Erwerbsmuster betont. Daher wird im Folgenden kurz darauf Bezug genommen.

Obwohl die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte auch in Österreich in Richtung Egalisierung weisen (z. B. Kapella und Rille-Pfeifer 2007), gelten die Einstellungen zur Rollen- und Arbeitsteilung im internationalen Vergleich als traditionell (z. B. Wernhart und Neuwirth 2007). Laut Umfrageergebnissen (siehe Tabelle 2) befürchtet die Mehrheit der Österreicher/-innen (61 %), dass „ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter berufstätig ist“, während diese Auffassung ein gutes Drittel (37 %) der niederländischen Bevölkerung, aber nur ein Fünftel der Schwedinnen teilt. Die Akzeptanz mütterlicher Vollzeitberufstätigkeit bei unter Dreijährigen ist in Österreich und in den Niederlanden deutlich schwächer ausgeprägt als in Schweden. So spricht sich die Mehrheit der Österreicher/-innen (56 % bzw. 64 % laut Indikatoren zur Akzeptanz mütterlicher Erwerbstätigkeit) gegen die Vollzeitberufstätigkeit von Müttern mit Kindern unter drei Jahren aus. Auch in den Niederlanden wird die Vollzeitberufstätigkeit von Müttern mit kleinen Kindern mit rund 47 % bzw. 63 % weit stärker abgelehnt als in Schweden (14 % und 23 %).

Tabelle 2: Einstellungen zu Geschlechterrollen und Kinderbetreuung

Akzeptanz mütterlicher Erwerbstätigkeit		Betreuungskultur	Geschlechterkultur	
% sind dagegen, dass eine Frau voll berufstätig ist, wenn sie Kinder unter drei Jahren hat*	% meinen, dass die meisten Menschen dagegen wären, wenn eine Frau voll berufstätig wäre, solange sie Kinder unter drei Jahren hat*	Ein Vorschulkind leidet, wenn die Mutter berufstätig ist (% stimmen zu)**	Eine Frau sollte bereit sein, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren (% stimmen zu)***	Wenn Arbeitsplätze knapp sind, sollten Männer mehr Recht auf einen Arbeitsplatz haben als Frauen (% stimmen zu)***
AT 56	64	61	46	20
NL 47	63	37	34	15
SE 14	23	20	15	4

Quellen: *Runde 3 (2006/07) European Social Survey; eigene Berechnungen für Bevölkerung im Alter von 20 bis 60 Jahren; ** International Social Survey Programme (ISSP 2002); eigene Berechnungen für Bevölkerung im Alter von 20 bis 60 Jahren; *** Runde 2 (2004/05) European Social Survey; eigene Berechnungen für Bevölkerung im Alter von 20 bis 60 Jahren.

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

Weitaus geringer sind die Länderunterschiede dann, wenn es weniger um die Frage der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern als vielmehr um die generellen Einstellungen zu den Geschlechterrollen geht. In dieser Hinsicht zeigt sich der Trend der zunehmenden Verbreitung moderner Rollenerwartungen an Frauen und Männer: Die Mehrheit der Schwed/-innen (85 %), der Niederländer/-innen (66 %) und 54 % der Österreicher/-innen widersprechen der Auffassung, dass „eine Frau bereit sein sollte, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten ihrer Familie zu reduzieren“. Ebenso ist der überwiegende Teil der Bevölkerung in allen drei Ländern davon überzeugt, dass Männer nicht „mehr Recht auf einen Arbeitsplatz haben sollten als Frauen, wenn Arbeitsplätze knapp sind“. Folglich scheint die Bedeutung der Erwerbsarbeit für beide Geschlechter vielfach außer Zweifel zu stehen, während sich bei der Frage der optimalen (Klein-)Kindbetreuung und Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben länderspezifische Unterschiede zeigen. Die traditionellen Zuschreibungen an Frauen, für die Kinderbetreuung verantwortlich zu sein, sind in Österreich und in den Niederlanden deutlich stärker ausgeprägt als in Schweden.

Haushaltserwerbsmuster in Österreich, den Niederlanden und Schweden

Vor dem Ländervergleich soll kurz darauf verwiesen werden, wie sich die österreichischen Haushaltserwerbsmuster im letzten Jahrzehnt entwickelt haben. Die folgenden Ausführungen beinhalten eine Übersicht zu den Vereinbarkeitsmustern, welche auf Basis des Mikrozensus 1996 von den Autor/-innen im Familienbericht 1999 Prinz und Thalhammer (BMUJF 2000: 119 ff.) berechnet wurden. Die Zahlen sind nur bedingt mit unseren Umfragedaten vergleichbar, da die Teilzeit in dieser Analyse eine Beschäftigung bis 34 Wochenstunden umfasst, während bei uns die OECD-Definition der 30-Stunden-Grenze angenommen wurde. Um die Vergleichbarkeit zur aktuellen Situation zu gewährleisten und Tendenzen ableiten zu können, beziehen wir uns zudem auf die aktuellen Mikrozensus-Daten 2007. Auf Basis dieser Daten konnte gezeigt werden, dass die Arbeitsmarktintegration von Müttern stark mit dem Alter und der Anzahl der Kinder sowie der Bildungsabschlüsse der Mütter variiert.⁵

⁵ Der Mikrozensus sowie der im Familienbericht 1999 verwendete Family and Fertility Survey 1996 erlaubt eine genauere Differenzierung der Stichprobe nach soziodemografischen Merkmalen als der von uns herangezogene European Social Survey, der primär aber eine gute Quelle für Ländervergleiche darstellt.

Tabelle 3: Querschnittstypen: Familien nach Vorhandensein und nach Alter des jüngsten Kindes unter 15 Jahren (in Prozent)

Arbeitszeit Mutter/ Arbeitszeit Vater	keine Kinder	1 od. mehr Kinder	Alter 0<1	Alter 1<3	Alter 3<6	Alter 6<10	Alter 10<15
Vollzeit/Vollzeit	37	22	5	15	24	24	28
Teilzeit/Vollzeit	14	19	2	12	22	24	22
Teilzeit/Teilzeit	1	1	0	1	1	1	1
nicht erwerbstätig/Vollzeit	20	38	74	55	33	29	25
Sonstiges*	17	9	10	10	9	6	9
kein/e Partner/in	12	13	9	8	12	15	16
insgesamt	100	100	100	100	100	100	100
Stichprobengröße	5372	6068	420	956	1341	1599	1752

Quelle: Prinz und Thalhammer; eigene Berechnungen der Mikrozensus-Daten 1996 (BMUJF 2000, 119: 121).

*Zum Beispiel nicht beschäftigt/Teilzeit oder beide nicht beschäftigt oder Mutter mehr beschäftigt als Vater.

In den 1990er-Jahren war das männliche Ernährermodell eine weit verbreitete Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern, vor allem bei Kleinkindern unter drei Jahren in der Familie. Der Anteil der Haushalte, in denen die Frau mit einem jüngsten Kind zwischen ein und drei Jahren einer Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigung nachging, lag bei 12 bis 15 %. Mit dem Alter des jüngsten Kindes nahm auch damals die Erwerbsbeteiligung der Mutter in allen Bildungsgruppen zu. Bei Kindern im Vorschulalter war in rund einem Drittel der Haushalte die Mutter nicht erwerbstätig, während die Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung mit rund einem Viertel bzw. Fünftel annähernd gleich bedeutsam war. Dieses dreigeteilte Muster veränderte sich bis zum 15. Geburtstag des jüngsten Kindes geringfügig, indem der Anteil der nicht erwerbstätigen Mütter auf ein Viertel schrumpfte und die Vollzeitbeschäftigung mit 28 % etwas bedeutsamer wurde als die Teilzeitarbeit (22 %).

Die folgenden aktuellsten Mikrozensus-Zahlen (2007) demonstrieren ebenso die Bedeutung der Arbeitszeitreduktion für Mütter:

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

Tabelle 4: Paare mit Kindern unter 18 Jahren nach Merkmalen der Erwerbstätigkeit (in Prozent)

	<18 insg.	<15 insg.	0-2	3-5	6-9	10-14	15-17
beide Vollzeit	19,2	16,6	5,2	15,2	20,5	25,7	34,1
Mann VZ/Frau TZ	39,7	39,8	19,5	49,0	49,2	45,9	39,5
Mann VZ oder TZ/ Frau nicht erwerbstätig	24,9	26,6	39,0	27,2	22,6	17,2	14,8
Mann oder Frau in Elternkarenz	6,7	7,9	27,6	-	-	-	-
Sonstiges*	9,5	9,1	8,7	8,6	7,7	11,2	11,6

Quelle: Mikrozensus-Daten 2007 (Statistik Austria 2008: 79).

*Beide Teilzeit oder nicht erwerbstätig; Frau VZ/Mann TZ.

Im Mikrozensus 2007 wurden 800 000 Paare mit Kindern unter 18 Jahren hinsichtlich der Modelle der Arbeitsteilung untersucht. Rund ein Viertel (bzw. rund ein Drittel inklusive der in Elternkarenz befindlichen Personen) entspricht dem männlichen Ernährermodell, indem der Mann (Vollzeit, das heißt hier mindestens 35 Wochenstunden) erwerbstätig ist, während sich die Frau um die Kindererziehung und den Haushalt kümmert. In rund 40 % der Paarhaushalte finden wir das teilmodernisierte Ernährermodell, indem die Frau einer Teilzeitbeschäftigung von unter 35 Stunden nachgeht, während der Mann Vollzeit arbeitet. Das am schwächsten vertretene Modell der Arbeitsteilung ist die Vollzeiterwerbstätigkeit beider Partner/-innen, dem weniger als ein Fünftel aller Paarhaushalte entsprechen (19 %). In der Kategorie „Sonstiges“ wurden jene Formen der Arbeitsteilung zusammengefasst, die vergleichsweise marginal sind. Beispielsweise sind in rund 4 % der Paarhaushalte beide Partner/-innen nicht oder nur die Frau erwerbstätig. In nur 2,6 % der Paarhaushalte gehen sowohl der Mann als auch die Frau einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Mit dem Alter des Kindes verändert sich auch die Arbeitsteilung. In rund zwei Drittel aller Haushalte mit einem jüngsten Kind unter drei Jahren wird das männliche Ernährermodell praktiziert. Dabei geht der Mann einer (Vollzeit-)Erwerbstätigkeit nach, während sich die Frau ausschließlich um die Kinderbetreuung kümmert. In den Phasen der Vorschulbetreuung sowie der Schulphase bis zur Beendigung der Schulpflicht (15 Jahre) dominiert das teilmodernisierte Modell der Arbeitsteilung, indem die Frauen teilzeit- und der Mann vollzeitbeschäftigt sind. Erreicht das jüngste Kind das Alter von 15 bis 17 Jahren, ist das Doppelernährermodell beider Partner/-innen (mehr als 35 Wochenstunden) mit rund 34 % nur annähernd so bedeutsam wie die Teilzeitintegration der Frauen (39,5 %) (Statistik Austria 2008). Diese Tendenzen zeigen sich auch an den aktuellen Zahlen des European Social Survey für den Zeitraum 2004 – 2007. Demzufolge spielt in der Vorschulphase die Teilzeitbeschäftigung (bis 30 Wochenstunden) von Müttern (32 % der Haushalte) eine größere Rolle als die Vollzeitarbeit (ab 30 Stunden) von beiden Elternteilen mit rund einem Viertel.

Zusammenfassend lässt sich folgende Tendenz seit den späten 1990er-Jahren erkennen: Das männliche Ernährermodell, das sogenannte Ein-Rollen-Modell, verliert gegenüber den auf einer Vereinbarkeit von Beruf und Familie basierenden Zwei-Rollen-Modellen (Prinz und Thalhammer 1999) zunehmend an empirischer Bedeutung. Dabei zeigt sich die Teilzeitbeschäftigung als eine der wesentlichsten Vereinbarkeitsstrategien. Dieses Muster lässt sich anhand unterschiedlicher Datenquellen ablesen (Mikrozensus 1996 und 2007 und European Social Survey) und hat für Frauen teilweise längerfristige Bedeutung (d. h. auch wenn die Kinder erwachsen sind oder das Elternhaus bereits verlassen haben).

Als Datenbasis für den Ländervergleich dienen die zwei Erhebungswellen des European Social Survey (2004/05 und 2006/07), die im ersten Teil dieses Themensektors für zehn europäische Länder nach dem Familienzyklus analysiert wurden. Im Querschnitt zeigt sich, dass sich die Erwerbsmodelle in Österreich nicht wesentlich von den Modellen der Niederlande unterscheiden. Der Anteil des männlichen Ernährermodells liegt mit einem Fünftel in beiden Ländern annähernd gleich hoch. Erwartungsgemäß spielt die Teilzeitbeschäftigung mit rund 41 % aller Paarhaushalte in den Niederlanden eine etwas größere Rolle als in Österreich mit 23 %. Hierzulande erhöhen Frauen ihre Erwerbsarbeitszeiten stärker mit dem Alter der Kinder als in den Niederlanden. Der Expertise für den 7. deutschen Familienbericht zufolge sind inzwischen mehr als 70 % der niederländischen Frauen teilzeitbeschäftigt. Die Teilzeitquote der Männer beträgt 21 % (Klammer 2004, zit. nach: BMFSFJ 2005: 48) und ist im Vergleich zu den niederländischen Frauen niedrig, aber im Vergleich zu den europäischen Männern hoch.

Der österreichische Anteil des Doppelernährermodells liegt mit 40 % deutlich unter jenem in Schweden, wo zwei Drittel (66 %) aller (in Paarhaushalten lebenden) Frauen und Männer einer Vollzeiterwerbstätigkeit mit mehr als 30 Wochenstunden nachgehen.

Tabelle 5: Querschnittstypen: Erwerbsmodelle in Paarhaushalten in Österreich, den Niederlanden und Schweden (in Prozent)

Erwerbsmodelle	Österreich	Die Niederlande	Schweden
Männliches Ernährermodell	21	22	13
Teilmodernisiertes Modell	23	41	10
Doppelernährermodell	40	25	66
Teilzeitmodell	1	1	1
Weibliches Ernährermodell	6	4	5
Geringe Beteiligung	9	7	5
Insgesamt	100	100	100
Stichprobengröße (ungewichtet)	1 769	1 600	1 742

Quelle: ESS Runden 2 und 3 (Daten für 2004/05 und 2006/07). Ergebnisse gewichtet. Sample: Frauen und Männer in Paaren (Ehe oder uneheliche Kohabitation), beide im Alter von 20 bis 60. Teilzeitarbeit definiert als Erwerbsarbeit im Ausmaß von weniger als 30 Stunden/Woche. Definition der Modelle: *Männliches Ernährermodell* (der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau ist nicht erwerbstätig), *Teilmodernisiertes Modell* (der Mann arbeitet Vollzeit, die Frau Teilzeit), *Doppelernährer-Modell* (der Mann und die Frau arbeiten Vollzeit), *Teilzeit-Modell* (beide Partner/-innen arbeiten Teilzeit), *Weibliches Ernährermodell* (die Frau arbeitet Vollzeit, der Mann arbeitet Teilzeit oder ist nicht erwerbstätig), *Geringe Beteiligung* (keine/r der Partner/-innen ist erwerbstätig oder nur eine/r der Partner/-innen arbeitet Teilzeit, während die/der andere nicht erwerbstätig ist).

Exkurs: Unbezahlte Arbeit in Österreich

Aus Mangel an aktuellen, vergleichbaren Zahlen für die hier fokussierten Länder beschränken wir uns auf die Darstellung der wesentlichsten Ergebnisse der österreichweiten Zeiterhebung (2002)⁶. Zu den Definitionen: Die bezahlte Erwerbsarbeit umfasst dabei die pro Woche geleisteten Arbeitsstunden. Die Aspekte der unbezahlten Arbeit beschreiben die „Arbeitszeit im Haushalt“ sehr allgemein, welche zudem getrennt von der „Arbeitszeit Kinderbetreuung“ abgefragt wurde. Problematisch ist diese Erhebungsform insofern, als diese Tätigkeiten nicht immer klar voneinander getrennt werden können, da es sich um eine „Kuppelproduktion“ handelt. Generell sind zeitliche Selbsteinschätzungen als Angaben zur alltäglichen Haushaltsführung (Mikrozensus-Erhebung 2002) im Vergleich zu Tagebuchaufzeichnungen methodisch äußerst ungenau und fragwürdig. Darüber hinaus könnten die Befragten unter Hausarbeit und Kinderbetreuung sehr Unterschiedliches verstehen, beispielsweise manche Befragten auch Tätigkeiten wie „Hausbauen“ unter Hausarbeit subsumieren. Aufgrund dieser Vorbehalte sind die folgenden Ergebnisse eher als Spiegel der subjektiven Einschätzung und Wahrnehmung denn als Faktum zu interpretieren (vgl. BMSGK 2002: 19).

Ungeachtet dieser methodischen Vorbehalte sollten die wesentlichsten Trends kurz umrissen werden: Der Mikrozensus-Erhebung zufolge leisten 2002 selbst bei erwerbstätigen Paaren die Frauen den Hauptbeitrag der Hausarbeit, während sich Männer nur bei der Kinderbetreuung stärker als früher beteiligen. Die Gesamtarbeitslast der Frauen liegt 2002 mit 45,2 Stunden pro Woche für Erwerbsarbeit, Haushalt und Kinderbetreuung um rund zehn Wochenstunden höher als die wöchentliche Gesamtbelastung der Männer (35,1 Stunden). Frauen wenden im Schnitt beinahe zwei Drittel (62 %) ihrer gesamten Arbeitszeit für Hausarbeit und Kinderbetreuung auf, während dieser Anteil bei den Männern nur ein Fünftel ausmacht. Je höher das Bildungsniveau und je jünger die Personen, desto stärker gleichen sich die Arbeitszeiten zwischen den Geschlechtern an, aber selbst unter Akademiker/-innen besteht eine starke Differenz bei der Zeitverwendung. Bei den akademisch gebildeten Frauen nimmt der Anteil der Erwerbsarbeitszeit an der Gesamtarbeitszeit (inklusive Hausarbeit, Betreuung und Pflege) nur etwas mehr als die Hälfte ein (53 %), während die männlichen Kollegen ihre Zeit primär mit der Erwerbsarbeit zubringen (81 % der Gesamtarbeitszeit) (BMSGK 2002: 21).⁷ Resümierend kann bisher festgehalten werden, dass sich in den letzten Jahrzehnten für Österreich kaum nennenswerte Änderungen bei der klassischen Zuständigkeit der Frauen im Haushalt gezeigt haben. Nach wie vor tragen sie die Hauptverantwortung und Hauptlast für die unbezahlte Fürsorge- und Reproduktionsarbeit (Hammer und Klapfer 2006: 821).

⁶ Neuere Erhebung der Arbeitszeit (2009) siehe STATISTIK AUSTRIA:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitszeit/index.html

⁷ Unberücksichtigt geblieben ist hier die von STATISTIK AUSTRIA durchgeführte Zeiterhebung 2009.

1.4 Ländervergleich: Politischer Rahmen und Vereinbarkeitsmodelle

Der vorliegende Beitrag fokussiert die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Betreuungstätigkeiten und verweist auf mögliche Einflussfaktoren. Die Situation in Schweden und den Niederlanden wird dazu als interessante Kontrastfolie herangezogen. Die Auswahl der Länder lässt sich damit begründen, dass diese Sozialstaaten zwar ein im europäischen Vergleich hochwertiges Angebot an Familien- und Sozialleistungen bieten, die familienpolitischen Rahmenbedingungen sowie die Vereinbarkeitsmodelle jedoch sehr verschieden sind. Zur Verdeutlichung der unterschiedlichen Hintergründe haben wir hier insbesondere die politischen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Elternkarenzleistungen und des infrastrukturellen Betreuungsangebots untersucht. Diese Politikbereiche wurden dann mit den entsprechenden Erwerbsmustern von Müttern in den drei ausgewählten Ländern kontrastiert. Wenig überraschend zeigen sich dabei starke Länderunterschiede, wobei unseren Argumenten zufolge eine Vielfalt an politischen, ökonomischen und gesellschaftlich kulturellen Rahmenbedingungen auch eine Vielfalt an Erwerbsmustern hervorzubringen scheint. Zur Diskussion steht ferner, ob und welche Vereinbarkeitsarrangements als Ausdruck erhöhter „Wahlfreiheit“ oder als Spiegel „struktureller Zwänge“ (Mangel an geeigneten familienfreundlichen Arbeitsplätzen, Mangel an Kinderbetreuungsoptionen) gelten können. Dazu wurden die Länder aus analytischen Gründen mit theoretischen Politikmodellen (Henau 2006 et al.) einerseits sowie theoretischen Vereinbarkeitsmustern (Fraser 1997) andererseits in Beziehung gesetzt.

Ausgehend von der abstrakten Zuordnung von Ländern zu unterschiedlichen Familienpolitikmodellen (Henau et al. 2006) verdeutlicht unsere Analyse, dass die darin verwendeten Klassifikationen komplexer zu fassen sind. Beispielsweise sollte das Modell der privaten Betreuung (home care) weiter nach bezahlten und unbezahlten Leistungen und Ansprüchen differenziert werden. Zudem sollte die Bedeutung der öffentlichen Betreuungsplätze (public care) weiter durch den Einfluss der familienpolitischen Maßnahmen von Unternehmen erweitert werden. Es gilt die Interdependenzen zwischen den unterschiedlichen Betreuungsformen in den Blick zu bekommen. Konkret zeigen sich in allen drei ausgewählten Ländern Möglichkeiten, die Kinder privat zu betreuen, wobei sich die Länge und Dauer der Bezahlung stark unterscheiden. In Schweden kann das Kind 16 Monate bezahlt zu Hause betreut werden, während dies in Österreich prinzipiell bis zu drei Jahren bezahlt möglich ist. Gleichwohl unterscheidet sich die Höhe der Remunerationen in den beiden Ländern deutlich: In Schweden wird das vorherige Einkommen als Bemessungsgrundlage für eine 80 %-Vergütung des entgangenen Einkommens verwendet, während die österreichischen Eltern mit Einführung des Kinderbetreuungsgeldgesetzes im Jahr 2003, unabhängig davon, ob sie bereits erwerbstätig waren oder nicht, einen für alle gleich hohen Fixbetrag erhielten. Die aktuelle österreichische Familienpolitik hat mit Jänner 2010 – ergänzend zu den bereits vorhandenen Modellen – ebenfalls ein einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld für 12 Monate + 2 Monate (bei Inanspruchnahme durch beide Partner) bei einem Bezug von 80 Prozent des letzten Nettoeinkommens (mindestens Euro 1.000 bis zu einer Obergrenze von maximal Euro 2.000) pro Monat eingeführt.

Im Vergleich zu Modellen der privaten und bezahlten Betreuung in Schweden und Österreich gestaltet sich die Situation in den Niederlanden Anfang dieses Jahrhunderts als eine

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

Form der unbezahlten privaten Kinderbetreuung. Es bestehen keine gesetzlich garantierten Ansprüche auf Bezahlung, so dass eine Abhängigkeit von den jeweiligen kollektivvertraglichen Regelungen vorherrscht. Beispielsweise erhalten öffentlich Bedienstete einen hohen Einkommensersatz mit bis zu 75 % des früheren Einkommens. Aus diesem Grund sei betont, dass die Analyse offizieller politischer Maßnahmen die Einschätzung verfälschen kann, wenn nicht auch die Unternehmensseite berücksichtigt wird. Hier sei auf eine aktuelle ländervergleichende Studie zur Bedeutung der Privatwirtschaft verwiesen (Anxo et al. 2007).

Die politischen Rahmenbedingungen werden in einem nächsten Schritt der effektiven Erwerbsintegration von Müttern gegenübergestellt, um die Stärken und Schwächen der jeweiligen Systeme zur Diskussion zu stellen. Als theoretischer Ausgangspunkt dienen dazu die von Fraser entwickelten Vereinbarkeitsmodelle. Auf die Frage, was „nach dem Familienlohn“ (after the Family Wage), das heißt, nach dem männlichen Ernährermodell komme, antwortet sie mit ihrer gesellschaftspolitischen Vision eines universellen Vereinbarkeitsmodells. Darin sieht sie eine Annäherung an die Ziele der Egalität und Chancengleichheit in der Gesellschaft sowohl in struktureller Hinsicht – was Einkommen und soziale Sicherheit betrifft – als auch in soziokultureller Hinsicht zur Erlangung von Achtung und Wertschätzung für die großteils unbezahlt geleistete Hausarbeit und Betreuungstätigkeit (Fraser 1997). Im Vergleich zum langzeitigen Ausstieg aus dem Erwerbsleben und zur finanziellen und emotionalen Abhängigkeit vom männlichen Ernährer gelten – ähnlich wie im letzten Familienbericht (1999) – die Möglichkeiten, trotz Kinderbetreuungspflichten beruflich „am Ball zu bleiben“, als Ausdruck von erhöhter Wahlfreiheit und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern.

Zu den Ergebnissen der theoretischen und empirischen Analyse: Das österreichische System kann von der Tendenz her dem theoretischen Betreuungsmodell (Fraser 1997) und dem privaten Betreuungsmodell (home care, Henau et al. 2006) zugeordnet werden. In Österreich wird die Fürsorge für einen vergleichsweise langen Zeitraum bezahlt und kann eine längerfristige Alternative zur Erwerbsintegration darstellen. Die Niederlande hingegen gelten am ehesten als Beispiel für das universelle Vereinbarkeitsmodell. Die Idee der Arbeitszeitreduktion und der flexiblen Gestaltung der Betreuung durch den Vater und die Mutter entsprechen bis zu einem gewissen Grad dem niederländischen „Vereinbarkeits-szenario“, wobei das Betreuungssystem eine Mischform aus staatlicher, privater und unternehmerischer Verantwortung (home, public and private external care) bedeutet. Schweden verfolgt aus einer abstrakt-theoretischen Perspektive das allgemeine Vollzeitmodell, indem die kontinuierliche und hohe Erwerbsintegration aller erwerbsfähigen Personen politisch angestrebt und durch öffentliche Betreuungseinrichtungen (public care) institutionalisiert wird.

In Österreich führt die bezahlte Betreuungspolitik zu einem vergleichsweise standardisierten Muster der Erwerbsintegration von Müttern mit Kleinkindern unter drei Jahren. In den ersten zwei bis drei Jahren ist der Ausstieg aus dem Erwerbsleben sehr wahrscheinlich. Dabei haben sich im letzten Jahrzehnt keine dramatischen Änderungen gezeigt, nach wie vor ist das männliche Ernährermodell für die Phase der Kleinkindbetreuung vergleichsweise weit verbreitet. Die aufgrund der unterschiedlichen Kategorisierung der Haushaltsmuster nur bedingt vergleichbaren Zahlen legen jedoch nahe, dass die Erwerbsbeteiligung der Mütter, insbesondere jene mit Vorschul- und Schulkindern, seit den späten 1990er-

Jahren deutlich zugenommen hat. Das Modell des längerfristigen männlichen Ernährerhaushalts verliert zugunsten des teilmodernisierten Modells mit der teilzeitbeschäftigten Frau an Bedeutung. Die Vollzeitbeschäftigung ist für beide Eltern mit betreuungspflichtigen Kindern im Alter bis 15 Jahren kein dominantes Muster, sondern empirisch annähernd so verbreitet wie das männliche Ernährermodell mit einer nicht erwerbstätigen Frau. Die Erwerbsintegration von Müttern spiegelt nach wie vor die dreigeteilte Option zwischen Nicht-Erwerbstätigkeit, Teilzeit und Vollzeit wider, wobei im letzten Jahrzehnt die Teilzeit gegenüber den anderen Alternativen an Bedeutung gewonnen hat. Charakteristisch sind auch die Verschiebungen zwischen den drei Mustern je nach Anzahl und Alter der Kinder: Je weniger Kinder und je älter diese sind, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit der Vollzeitbeschäftigung von Müttern.

Im Unterschied zur Bedeutung der phasenspezifischen Erwerbsintegration in Österreich sind Frauen mit Kleinkindern in Schweden und in den Niederlanden kontinuierlicher erwerbstätig. In den Niederlanden sind zwei Alternativen vorherrschend: Mütter kümmern sich – im Sinne des männlichen Ernährermodells – entweder ausschließlich um die Kinderbetreuung (unbezahlt oder von Unternehmen bezahlt), oder sie halten permanent zur Berufswelt Kontakt, wobei sie ihre Arbeitszeiten deutlich reduzieren. In Schweden hingegen sind Mütter in den ersten (maximal 16) Monaten meist nicht erwerbstätig und leben von ihren Karenzleistungen, sind jedoch anschließend mit reduzierten Arbeitszeiten oder Vollzeit erwerbstätig. Während in Schweden und Österreich die Arbeitszeiten mit dem Alter der Kinder kontinuierlich angehoben werden, bleiben sie in den Niederlanden langfristig auf niedrigem Niveau, was auch mit den sozialen Sicherungssystemen (Pensionsregelungen) zusammenhängt.

Vor diesen Hintergründen fragen wir abschließend, welche länderspezifischen Aspekte die Wahlfreiheit für unterschiedliche Vereinbarkeitsarrangements sowie die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern fördern oder hemmen. Weithin ist bekannt, dass politische Maßnahmen zur Integration von Männern in die Fürsorgearbeit und Hausarbeit, wie z. B. die nicht übertragbaren Rechte auf Elternkarenz, bisher nicht die erwarteten Erfolge verzeichnet haben (Haas 2002). Nach wie vor liegt die Hausarbeit primär in der Hauptverantwortung der Frauen, wobei sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung innerhalb der Wohlfahrtsstaaten deutlich unterscheidet und diese in kontinentaleuropäischen Ländern (auch in Österreich) vergleichsweise stark ausgeprägt ist (Geist 2005). Empirische Analysen belegen, dass Männer ihre Arbeitszeiten nach der Geburt ihres Kindes kaum verändern. In Österreich weisen Väter im Durchschnitt sogar höhere Arbeitszeiten auf als Männer derselben Alterskategorie ohne Kinder. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Geburt eines Kindes nach wie vor sehr starke Auswirkungen auf die Geschlechterrollen hat. Die Mütter steigen kurz- oder langfristig aus dem Erwerbsprozess aus, um meist mit reduzierten Arbeitszeiten wieder einzusteigen, während Väter dann verstärkt ihrer Ernährerrolle nachkommen, indem sie mehr Geld für die Familie verdienen wollen oder verdienen müssen. Dies wäre eine mögliche Erklärung, warum gerade Väter längere Erwerbsarbeitszeiten aufweisen als ihre männlichen kinderlosen Pendanten.

Bisher bleibt eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung, d. h. eine Angleichung der Mutter- und Vaterrollen, in allen Ländern Europas hinter den theoretischen Ansprüchen und Erwartungen zurück. Gezielte politische Maßnahmen in Schweden mit den „Papa-Monaten“ und

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

in den Niederlanden mit der Propagierung des „Vereinbarkeitsszenarios“ führen nicht zum intendierten Ziel. In allen drei Ländern ist der Beitrag der Männer zur Fürsorgearbeit im Vergleich zu jenem der Frauen gering. Die im Zuge der Geburt von Kindern feststellbare traditionelle innerfamiliäre Arbeitsteilung wurde auch als „Traditionalisierungsfalle“ (Rüling 2007) bezeichnet und legt die „Wahl“ von reduzierten Arbeitszeiten als vorherrschender Vereinbarkeitsstrategie in Österreich und den Niederlanden nahe. Diese Entscheidungen können angesichts der ökonomischen und institutionellen Determinanten nicht primär als Ausdruck der individuellen „Wahlfreiheit“ interpretiert werden. Individuelles Handeln ist immer eingebettet in gesellschaftlich vorherrschende kulturelle Werte und Normen, in politische und ökonomische Bedingungen sowie in familiäre Ressourcen (Arbeitszeit des Partners/der Partnerin, Unterstützung durch das soziale Netzwerk, die eigenen Eltern etc.).

Vergleichen wir die Situation von Frauen in unterschiedlichen Länderkontexten, so zeigt sich das schwedische Modell als vielversprechend, wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter am Arbeitsmarkt geht. Vor allem die für die Erwerbsarbeit aufgewendete Zeit sowie die Einkommen weisen im internationalen Vergleich geringere geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf.⁸ Die Bereitstellung von öffentlichen Kinderbetreuungsplätzen führt zu einer über den Lebensverlauf kontinuierlichen Arbeitsmarktintegration mit vergleichsweise hohen Arbeitszeiten. Aus einer theoretischen Perspektive ist das universelle Vollzeitmodell von Fraser am ehesten in Schweden verwirklicht. Dennoch unterscheidet sich dieses Modell wesentlich vom Ideal des universellen Vereinbarkeitsmodells. Die bezahlte und unbezahlte Arbeit ist auch in Schweden nicht gleichmäßig zwischen den Geschlechtern verteilt, und die Erwerbsarbeitszeiten sind höher als im theoretischen universellen Vereinbarkeitsmodell mit reduzierten Arbeitszeiten, welche – Fraser zufolge – mehr Freiräume für nicht erwerbsbezogene Tätigkeiten schaffen könnten. Die hier untersuchten Länder sind bisher von diesem Ideal insofern entfernt, als die Vereinbarkeitsarrangements und Arbeitszeitreduktionen beinahe ausschließlich von Frauen getroffen werden. Die Folge kann sowohl in den Niederlanden als auch in Österreich eine finanzielle Abhängigkeit der Mütter entweder vom männlichen Ernährer oder von staatlichen Unterstützungen sein. Aufgrund der Tatsache, dass die Bezahlung der Betreuungsarbeit – sei es vom Staat oder den Unternehmen – in beiden Ländern auf eine kurze Phase der Kleinkindbetreuung beschränkt bleibt, handelt es sich eher um ein Betreuungsmodell ohne effektive Gleichstellung zwischen der Erwerbs- und Betreuungsarbeit. Solange die Karenzzahlungen und reduzierten Arbeitszeiten nicht existenzsichernd sind und mehr Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie mehr berufliche Karriere- und Weiterbildungschancen ermöglichen, kann nicht von einer substanziellen Aufwertung der Fürsorgearbeit im Vergleich zur Dominanz der Erwerbsgesellschaft gesprochen werden. Das für Österreich seit 2010 geltende einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld bedeutet einen wichtigen Schritt, um den negativen Effekten teilweise entgegenzuwirken. Ferner bietet sich dadurch die Chance einer grundlegenden Aufwertung der unbezahlten Arbeit im Verhältnis zur Erwerbsarbeit.

⁸ Als ein wesentlicher Kritikpunkt am schwedischen Wohlfahrtsstaat gilt jedoch der Hinweis auf die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes. Frauen und Männer üben großteils sehr unterschiedliche Berufe aus, Frauen sind auf den Dienstleistungssektor im öffentlichen Sektor fokussiert, während der überwiegende Teil der Männer in der Privatwirtschaft arbeitet.

Die strukturellen Hindernisse sind sowohl in Österreich als auch in den Niederlanden vielfältig. Ungeachtet des zunehmenden Ausbaus der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der zusätzlichen Bereitstellung von finanziellen Mitteln besteht in Österreich ein Mangel an formeller (Nachmittags-)Betreuung auch für ältere Schulkinder (im Unterschied zu den Freizeitzentren in Schweden beispielsweise). Darüber hinaus erweisen sich die institutionellen Zeitvorgaben (Öffnungs-, Schul- und Ferienzeiten) als wenig „vereinbarkeitsfreundlich“. Die Integration ins Erwerbsleben hängt zudem wesentlich davon ab, ob reduzierte, flexible und selbstbestimmte Arbeitszeitregelungen von Unternehmensseite ermöglicht werden. Die Zielvorstellungen, durch gesetzliche Regelungen, wie z. B. das Recht auf Elternteilzeit oder die Überstundenregelungen für Teilzeitbeschäftigte, die Wahlfreiheit zu erhöhen, können sich in der praktischen Umsetzung erfahrungsgemäß schwierig gestalten. Daher sind gesellschaftspolitische Diskussionen sowie wissenschaftliche Studien zu begrüßen, die aufzeigen, wie die unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt werden können. Die gesellschaftliche Herausforderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in den Schnittstellen zwischen Gesellschaft, Familie und Markt anzusiedeln und erfordert daher eine komplexe Analyse und politische Gestaltung.

Summary

In diesem Beitrag wurden die Einflüsse der strukturellen und politischen Rahmenbedingungen für Österreich, die Niederlande und Schweden – insbesondere die Kinderbetreuungsregelungen und die Bereitstellung der Infrastruktur – detailliert untersucht. Die Auswahl der Länder lässt sich damit begründen, dass diese Sozialstaaten zwar ein im europäischen Vergleich hochwertiges Angebot an Familien- und Sozialleistungen bieten, die familienpolitischen Rahmenbedingungen sowie die Vereinbarkeitsmodelle jedoch sehr verschieden sind. Zur Diskussion steht auch, ob und welche Vereinbarkeitsarrangements als Ausdruck erhöhter Wahlfreiheit oder als Spiegel der strukturellen Zwänge (Mangel an geeigneten familienfreundlichen Arbeitsplätzen, Mangel an Kinderbetreuungsoptionen) gelten können. Dazu wurden die Länder aus analytischen Gründen mit theoretischen Politikmodellen (Henau et al. 2006) einerseits sowie theoretischen Vereinbarkeitsmustern (Fraser 1997) andererseits in Beziehung gesetzt.

Zusammenfassend sei erwähnt, dass die gesellschaftliche Herausforderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Schnittstellen zwischen Gesellschaft, Familie und Markt anzusiedeln ist und daher eine komplexe Analyse und politische Gestaltung erfordert. Zu begrüßen sind gesellschaftspolitische Diskussionen sowie wissenschaftliche Studien, die konkret aufzeigen, wie sich die unterschiedlichen Bedürfnisse der Eltern und Kinder über den Lebensverlauf ändern und wie diese berücksichtigt werden können.

Literatur

- ABRAHAMSON, P. / WEHNER, C. (2006): Family and/or Work in Europe? *Journal of Comparative Family Studies* 37 (2), 153–171.
- ANTTONEN, A. / SIPILÄ, J. (1996): European Social Care Services: Is it Possible to Identify Models? *Journal of European Social Policy* 6 (2), 87–100.
- ANXO, D. / FAGAN, C. / SMITHE, M. / LETABLIER, M.-T. / PERRAUDIN, C. (2007): Parental leave in European companies, Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- BECKER-SCHMIDT, R. (1984): Eines ist zu wenig – beides ist zu viel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik. Bonn.
- BEHAM, M. / HALLER, R. (2005): Work-Life-Balance – Wie bringen Österreichs Familien Beruf und Familie in Einklang? In: *Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004*, edited by Wolfgang Schulz, Max Haller, and Alfred Grausgruber. Wiesbaden: VS Verlag, 401–433.
- BETTIO, F. / PLANTENGA, J. (2004): Comparing Care Regimes in Europe, *Feminist Economics*, 10 (1), 85–113.
- BLOMQVIST, P. (2004): The Choice Revolution: Privatization of Swedish Welfare Services in the 1990s *Social Policy & Administration* 38 (2), 139–155.
- BLOSSFELD, H.-P. / DROBNIC, S. (2002): *Careers of Couples in Contemporary Society. From Male Breadwinner to Dual Earner Families*; Oxford: Oxford University Press.
- BLOSSFELD, H.-P. / HOFMEISTER, H. (2006): *Globalization, Uncertainty and Women's Career*, Cheltenham, Northampton: Edward Elgar.
- BLOSSFELD, H.-P. / HOFMEISTER, H. / MILLS, M. (2006): Globalization, uncertainty and women's mid-career life courses: a theoretical framework; in: H.-P. Blossfeld / H. Hofmeister (Hg.): *Globalization, Uncertainty and Women's Career*, Cheltenham and Northampton: Edward Elgar, 3–31.
- BMFSFJ (2005): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland.
- BMSGK (2002): „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus 2002“. Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Österreich.
- BMUJF (2000): 4. Österreichischer Familienbericht: Familie – zwischen Anspruch und Alltag (Bd. 1: Zur Situation von Familien und Familienpolitik in Österreich; Bd. 2: Familie und Arbeitswelt). Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Österreich.
- BMWFJ (2009): „Kinder brauchen Liebe und ... Familienförderung in Österreich und Kinderbetreuungsgeld NEU: Stand: 2009“. Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Österreich.
- BMWFJ (2009): Kinderbetreuungsgeld: Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Österreich.
- BMWFJ (2009): Handbuch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für kleine und mittlere Unternehmen, in: Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend und Wirtschaftskammer Österreich.
- BURKART, G. (2008): Zukunft der Familie oder: Szenarien zukünftiger Lebens- und Familienverhältnisse; in: Norbert Schneider (Hg.): *Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Theorien, Methoden, empirische Befunde*, Farmington Hills, 253–272.
- CASTLES, F. G. (2003): The world turned upside down: below replacement fertility, changing preferences and family-friendly public policy in 21 OECD Countries; *Journal of European Social Policy*, 13 (3), 209–227.
- D'ADDIO, A. C. / D'ERCOLE, M. M. (2005): *Trends and Determinants of Fertility Rates*. Paris: Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD).
- DÖRFLER, S. (2004a): Außerfamiliäre Kinderbetreuung in Österreich – Status quo und Bedarf; Österreichisches Institut für Familienforschung.
- DÖRFLER, S. (2004b): Das Recht auf Teilzeit für Eltern. Top oder Flop? Schriftenreihe: Österreichisches Institut für Familienforschung (38).
- DÖRFLER, S. (2004c): Die Wirksamkeit von Arbeitsbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Teil I: Arbeitszeit und Arbeitsort. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.

- DÖRFLER, S. / NEUWIRTH, N. (2007): Zuverdienstgrenze zum Kindergeld; Evaluierung, Simulation, Kostenanalyse, (16), Wien: Studien Verlag.
- ESPING-ANDERSEN, G. (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*; Princeton/NJ: Princeton University Press.
- ESPING-ANDERSEN, G. (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*; Oxford.
- ESPING-ANDERSEN, G. (2002a): *A New Gender Contract*; in: G. Esping-Andersen / D. Gallie / A. Hemerijck / J. Myles (Hg.): *Why we need a New Welfare State*, Oxford: Oxford University Press, 68–95.
- ESPING-ANDERSEN, G. (2002b): *Why we need a new Welfare State*. Oxford: Oxford University Press.
- FAGAN, C. / HEBSON, G. (2006): *Making work pay debates from a gender perspective. A comparative review of some recent policy reforms in thirty European countries*. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.
- FRASER, N. (1997): *After the Family Wage*. in: Fraser, N.: *Justice Interruptus. Critical Reflections on the "Postsocialist" Condition*, New York & London, 41–65.
- FRASER, N. (1994): *After the Family Wage. Gender Equity and the Welfare State*. *Political Theory*, 22 (4), 591–618.
- GEIST, C. (2005): *The Welfare State and the Home: Regime Differences in the Domestic Division of Labour*; *European Sociological Review*, 21 (1), 23–41.
- HAAS, B. (2005): *The Work-Care Balance: Is it possible to Identify Typologies for Cross-national comparisons?* In: *Current Sociology*, 53 (3), 487–508.
- HAAS, B. / STEIBER, N. / HARTEL, M. / WALLACE, C. (2006): *Household employment patterns in an enlarged European Union*; *Work, employment and society* 20 (4), 751–771.
- HAAS, B. / HARTEL, M. (2009 forthcoming): *Towards The Universal Care Course Model. Care Policies and Employment Patterns in Austria, the Netherlands and Sweden*; *European Societies*,
- HAAS, B. / STEIBER, N. (2010): *Values, Value Orientations, Attitudes and Preferences – Conceptual Confusions*; in: *WORKCARE. Social Quality and Changing relationships between work, care and welfare in Europe. Report, Part 4*, edited by <http://www.abdn.ac.uk/sosci/research/nec/workcare/>.
- HAMMER, G. / KLAPFER, K. (2006): *Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung – Ad-hoc-Modul 2005*; *Statistische Nachrichten*, 9 (61), 821–834.
- HENAU, de J. / MEULDERS, D. / O'DORCHAI, S. (2006): *The Childcare Triad? Indicators Assessing Three Fields of Child Policies for Working Mothers in the EU-15*; *Journal of Comparative Policy Analysis*, 8 (2), 129–148.
- ISAKSSON, K. / JOHANSSON, G. / LINDROTH, S. / SVERKE, M. (2006): *Women's Career Patterns in Sweden*; *Community, Work and Family*, 9 (4), 479–500.
- JENSEN, C. (2008): *Worlds of welfare services and transfers*; *Journal of European Social Policy*, 18 (2), 151–162.
- KAPPELLA, O. / RILLE-PFEIFFER, C. (2007): *Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Deskriptive Ergebnisse einer Einstellungs- und Wertestudie zu Mutter- und Vaterrolle, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Frau*. Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung, Austrian Institute for Family Studies.
- KNIJN, T. / JONSSON, I. / KLAMMER, U. (2005): *Care Packages: The Organisation of Work and Care by Working Mothers*; in: T. Knijn / I. Jonsson / U. Klammer (Hg.): *Working Mother in Europe*, Cheltenham: Edward Elgar, 97–121.
- KREIMER, M. / SCHIFFBÄNKER, H. (2003): *A New Austrian Care System? Theoretical Approaches*. Unpublished manuscript, Graz.
- KREMER, M. (2007): *How Welfare States Care. Culture, Gender and Parenting in Europe*, Amsterdam: Amsterdam University Press.
- LEITNER, S. (2003): *Varieties of Familialism: The Caring Function of the Family in Comparative Perspective*; *European Societies*, 5 (4), 349–351.
- LEITNER, S. / OSTNER, I. / SCHRATZENSTALLER, M. (Hg.) (2004): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag.
- LEWIS, J. (2004): *Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie*; in: S. Leitner / I. Ostner / M. Schratzenstaller (Hg.): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch*, Wiesbaden: VS Verlag, 62–84.

FAMILY-WORK-LIFE-BALANCE

- LEWIS, J. / CAMPBELL, M. / HUERTA, C. (2008): Patterns of paid and unpaid work in Western Europe: gender, commodification, preferences and the implications for policy; *Journal of European Social Policy*, 18 (1), 21–37.
- LEWIS, J. (1992): Gender and the Development of Welfare Regimes; *Journal of European Social Policy*, 2 (3), 159–173.
- LUTZ, H. (2004): Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern. Wien: WIFO Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.
- MORGAN, K. J. / ZIPPEL, K. (2003): Paid to Care: The Origins and Effects of Care Leave Policies in Western Europe; *Social Politics*, 49–85.
- NEUWIRTH, N. (2004): MasFIRA multi-agent-simulation on family dynamics and intra-family resource allocation; Reihe: Working Paper, Österreichisches Institut für Familienforschung (44).
- NEUWIRTH, N. / WERNHART, G. (2007): Die Entscheidung von Müttern zur Erwerbsteilnahme. Institutionelle Rahmenbedingungen, Werthaltungen und Aufteilung der Haushaltsarbeit. Vienna: Österreichisches Institut für Familienforschung / Austrian Institute for Family Studies.
- OBINGER, H. / TÁLOS, E. (2006): Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition, Wiesbaden.
- OECD (2005): Female Labour Force Participation: Past Trends and Main Determinants in OECD Countries; in: *Economic Policy Reforms*, OECD, 161–174.
- OECD (2007): Family Database, entitlements, benefits and payment rates applicable as of January 1st 2006; OECD.
- OSTNER, I. (2008). Familie und Geschlechterverhältnis, in: Norbert Schneider (Hg.): *Lehrbuch Moderne Familiensoziologie. Theorien, Methoden, empirische Befunde*, Opladen/Farmington Hills, 219–236.
- PFAU-EFFINGER, B. (2000): Kultur und Frauenerwerbsteilnahme in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs; Opladen: Leske + Budrich.
- PLANTENGA, J. / REMERY, C. (2005): Reconciliation of work and private life: a comparative review of thirty European countries. Brussels: European Commission.
- RÜLING, A. (2007): Jenseits der Traditionalisierungsfallen. Wie Eltern sich Familien- und Erwerbsarbeit teilen, Frankfurt a. M.
- STATISTIK AUSTRIA (2008): Kindertagesheimstatistik 2006/07.
- STATISTIK AUSTRIA (2008): Familien- und Haushaltsstatistik. Ergebnisse des Mikrozensus 2007.
- STEIBER, N. / HAAS, B. (2009): Ideals or Compromises? The Attitude-Behaviour Relationship in Mothers' Employment, *Socio-Economic Review*, 7 (4), 639–668.
- STEIBER, N. / HAAS, B. (2009b): State of the Art: Research on Women's Employment. Research Report, Part 4: Orientations to Work and Care; in: <http://www.abdn.ac.uk/socsci/research/nec/workcare/>
- STEIBER, N. / HAAS, B. (2009c): Attitude-Behaviour Relations in Mother's Employment; in: *WORK-CARE. Social Quality and Changing relationships between work, care and welfare in Europe. Report, Part 4.*
- STIER, H. / LEWIN-EPSTEIN, N. / BRAUN, M. (2001): Welfare Regimes, Family-Supportive Policies, and Women's Employment along the Life-Course; in: *The American Journal of Sociology*, 106 (6), 1731–1760.
- SZELEWA, D. / POLAKOWSKI, M. P. (2008): Who cares? Changing patterns of childcare in Central and Eastern Europe; *Journal of European Social Policy*, 18 (2), 115–31.
- UUNK, W. / KALMIJN, M. / MUFFELS, R. (2005): The Impact of Young Children on Women's Labour Supply. A Reassessment of Institutional Effects in Europe; *Acta Sociologica*, 48 (1), 41–62.
- VAN WEL, F. / KNIJN, T. (2006): Transitional Phase or a New Balance? Working and Caring by Mothers With Young Children in the Netherlands; *Journal of Family Issues*, 27 (5), 633–651.
- VISSER, J. (2002): The first part-time economy in the world: a model to be followed? In: *Journal of European Social Policy*, 12 (1), 23–42.
- WERNHART, G. / NEUWIRTH, N. (2007): Geschlechterrollenwandel und Familienwerte (1988 – 2002). Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002; in: Working Paper, edited by Austrian Institute for Family Studies Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien.
- WIRTSCHAFTSKAMMER (WKÖ) Österreich (2008): Handbuch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Kleine und Mittlere Unternehmen.

17

Vereinbarkeitsarrangements aus Sicht der Eltern mit kleinen Kindern

Barbara Haas, Margit Hartel und
Markus Tumeltshammer

Inhalt

1 Vereinbarkeitsarrangements aus Sicht der Eltern mit kleinen Kindern	749
1.1 Einleitung	749
1.2 Theoretische Erklärungsansätze aus der Mikroperspektive	750
1.3 Fragestellungen und Ziele der qualitativen Untersuchung	751
1.4 Methodische Hinweise	752
1.5 Ergebnisse der qualitativen Analyse	757
1.5.1 Arrangements von Erwerbs- und Versorgungsarbeit aus der Perspektive österreichischer Eltern	757
1.5.2 Arrangements von Erwerbs- und Versorgungsarbeit aus der Perspektive dänischer Eltern – Kontrast-Sample	760
1.5.3 Länderspezifische Kontrastierung: Österreich – Dänemark	764
Summary	767
Literatur	769

Tabellen

Tabelle 1: Sample-Überblick nach Arrangement, Bildung und Erwerb – Österreich	754
Tabelle 2: Sample-Überblick nach Arrangement, Bildung und Erwerb – Dänemark	755
Tabelle 3: Sample-Überblick nach Nutzung von öffentlicher Kinderbetreuung/ privater Kinderbetreuung	756
Tabelle 4: Idealtypische Vorstellungen zu den Arrangements	766

1 Vereinbarkeitsarrangements aus Sicht der Eltern mit kleinen Kindern

1.1 Einleitung

Gegenwärtig beobachten wir, dass die bisher vorwiegend von Frauen geleistete Reproduktions- und Versorgungsarbeit (Carework) als zentraler Pfeiler von Arbeitsmarkt, Bildungssystem und dem System sozialer Sicherung einem Wandel unterliegt. Die Auflösungstendenzen traditioneller Geschlechts- und Rollenidentitäten sowie die Flexibilisierung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit führen zu neuen Gestaltungsfreiräumen, aber auch zu Gestaltungszwängen für den familialen Alltag. Es wird in diesem Zusammenhang von der Balance zwischen Arbeitswelt und Familie gesprochen, da es dabei darum geht, „ein prekäres Gleichgewicht zwischen unterschiedlichen Kräften immer wieder neu auszutarieren“ (Jurczyk 2005: 110).

Makrotheoretische und empirisch-quantitative Zugänge zur Erwerbs- und Familienarbeit fokussieren – wie in den vorangehenden Beiträgen – häufig Differenzen zwischen Gesellschaften, während die Unterschiede auf der Handlungsebene innerhalb einer Gesellschaft meist unterbelichtet bleiben.¹ Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich daher mit Arrangements, die Paare treffen, wenn die Versorgung eines Kindes zur täglichen Erwerbs- und Haushaltsarbeit hinzukommt. Einerseits lässt sich beobachten, dass die Geburt eines Kindes eine Traditionalisierung bei der Arbeitsteilung bedeutet (Haas et al. 2006). Andererseits spielen in einer solchen Situation viele Faktoren bei der Gestaltung der täglichen Work-Life-Balance eine Rolle. Im Folgenden widmen wir uns daher der Vielfalt an Wahrnehmungsmustern von ökonomischen, politischen und soziokulturellen Bedingungen, und zwar aus der Perspektive der Handelnden. Gezeigt wird dabei das Wechselspiel zwischen institutionellen und strukturellen Rahmenbedingungen (Karenzmöglichkeiten, Arbeitsplatzbedingungen, Einkommen ...) und den jeweiligen handlungsleitenden Orientierungen und Einstellungen der Individuen. Weiters wird eine Kontrastierung der Fälle aus Österreich mit Fällen aus Dänemark durchgeführt, um die Bedingungen unterschiedlicher Wohlfahrtsregime zu berücksichtigen.

Dänemark wurde aus zweierlei Gründen ausgewählt. Erstens zählt dieses Land zu den sozialdemokratischen skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, welche in vielerlei Hinsicht eine Vorreiterrolle bei internationalen Vergleichen zu sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen einnehmen. Zweitens sind sowohl für Österreich als auch für Dänemark qualitative, gemeinsam konzipierte Interviews mit Eltern vorhanden. Folgende Analysen basieren auf Daten, die im Rahmen des EU-Projekts WORKCARE (6th Framework Project, Social Quality and the changing relationship between work, care and welfare in Europe²) erhoben wurden. Dabei handelte es sich um eine wissenschaftliche Kooperation von

¹ Nur wenige empirische Studien versuchen sowohl makro- als auch mikrotheoretische Ansätze empirisch zu überprüfen (z. B. Uunk/Kalmijn und Muffels 2005; Steiber und Haas 2009).

² Online in Internet unter URL: <http://www.abdn.ac.uk/socsci/research/nec/workcare/>

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Forscher/-innen aus sieben europäischen Ländern (Dänemark, Großbritannien, Italien, Österreich, Polen, Portugal und Ungarn). Unter der Leitung von Professorin Claire Wallace (University of Aberdeen) untersuchte das Projekt die Zusammenhänge von im Wandel begriffenen Arbeitsmärkten, demografischen Bedingungen, Wohlfahrts- und Sozialpolitiken sowie individuellen Orientierungen in Bezug auf Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung. Der Projektzeitraum erstreckte sich von Oktober 2006 bis September 2009.

Im folgenden Bericht werden zunächst kurz die gängigen theoretischen Erklärungen aus der Mikroperspektive angeschnitten, um dann auf die konkreten Fragestellungen und Ziele der qualitativen Untersuchung einzugehen. Im methodischen Teil folgen allgemeine Hinweise zur Durchführung der Untersuchung und zu den Daten. Im Ergebnisteil ziehen wir ein Resümee zu den in Kleingruppen erfolgten Interpretationen der Interviews mit den österreichischen Eltern und erweitern unsere Analyse durch eine Kontrastierung anhand von Interviews mit dänischen Eltern. Durch die Betrachtung von Fällen zweier Länder mit unterschiedlichen Elternkarenzregelungen sollen Zusammenhänge zwischen politischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen und individuellen Orientierungsrahmen klarer werden.

1.2 Theoretische Erklärungsansätze aus der Mikroperspektive

Verschiedene Faktoren beeinflussen die Work-Life-Balance, wobei arbeits- und sozialrechtliche Rahmenbedingungen einen wesentlichen Einfluss haben. Diese Regelungen unterstützen u.a. einen befristeten, mit Kündigungsschutz versehenen Ausstieg aus der Erwerbsarbeit und eine Berufsrückkehr mit veränderten (Wunsch-)Arbeitszeiten in Form der Elternteilzeit. Weitere Faktoren sind das Vorhandensein institutioneller Kinderbetreuungsstätten in Wohnnähe oder am Arbeitsplatz, die Möglichkeit der Ganztagesbetreuung und die Betreuung von Kindern ab dem ersten Lebensjahr. Zudem spielt das soziale Netzwerk eine zentrale Rolle, auf das bei nicht alltäglichen Vorkommnissen wie Krankheit des Kindes, Schließzeiten der Kinderbetreuungsstätten oder Freizeitbeschäftigungen der Eltern zurückgegriffen werden kann. Bei der Work-Life-Balance kommt es darauf an, wie weit die Erwerbstätigkeit flexibel und selbstbestimmt gestaltet werden kann, um bei der Zeiteinteilung eine Rücksichtnahme auf das Kind zu ermöglichen. Fixe Arbeitszeiten und Tätigkeiten, die zu einem bestimmten Zeitpunkt gemacht werden müssen, verhindern eher die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Eltern.

Ausgehend von diesen strukturellen Bedingungen (am Arbeitsplatz) können auf der individuellen Ebene starke Unterschiede je nach soziodemografischen Merkmalen und Ressourcen beobachtet werden. Den ressourcentheoretischen Ansätzen zufolge bestimmen materielle Einkommen(s-Chancen) und immaterielle Ressourcen wie Macht, Einfluss und Prestige die Arbeitsteilung. Je höher die Ressourcen der Frauen im Vergleich zu den Männern sind, umso höher sind die Chancen auf eine Gleichverteilung der Arbeit (Bacher und Wilk 1996: 166 f.).³ Ähnlich argumentiert wird im Rational-Choice-Ansatz, demzufolge die Erwerbs- und Familienaufgaben nach Effizienzkriterien verteilt werden (Becker 1991). Die Konzentration der Frauen auf die unbezahlte Arbeit wird als rationale individuelle Ent-

³ Paneluntersuchungen für Deutschland zeigen, dass die höhere Bildung von Frauen nicht automatisch eine stärkere Beteiligung der Männer bewirkt, vor allem im Laufe der Ehe kann die Arbeitsteilung auch bei Höhergebildeten traditionell sein (Schulz und Blossfeld 2006).

scheidung des homo oeconomicus interpretiert. Vor allem für Niedrigqualifizierte stehen die Kosten für die externe Betreuung in einem ungünstigen Verhältnis zu den Einkommens- und Berufschancen (Biffi 2006).

Neben den ressourcentheoretischen und den Rational-Choice-Zugängen tragen Theorien der sozialen Konstruktionen des Geschlechts zur Erklärung der innerfamiliären Arbeitsteilung bei. Im alltäglichen Prozess des „doing gender“ wird das Verhältnis der Geschlechter von den Individuen aktiv hergestellt, indem den Geschlechtern unterschiedliche, meist komplementäre Rollen und Fähigkeiten zugeschrieben werden (Gildemeister und Wetterer 2007, Hausen 1976: 368). Gesellschaftliche Rollen, Zuschreibungen und Erwartungen prägen individuelle Einstellungen und Präferenzen. Die widersprüchliche Aussagekraft von Einstellungen besteht darin, dass sie einerseits selektiv Handlungen beeinflussen, andererseits eine Adaption an die gelebte Praxis darstellen. Dieser Prozess wird auch mit der Vermeidung kognitiver Dissonanzen erklärt (Steiber und Haas 2009).

1.3 Fragestellungen und Ziele der qualitativen Untersuchung

Die Analyse qualitativer Interview-Daten gewährt uns einen Einblick, wie sich Einstellungen und Wahrnehmungen zwischen Individuen unterscheiden. Darüber hinaus können diese sozialen Konstruktionen mit den jeweiligen strukturellen Bedingungen auf der Haushaltsebene (Einkommen, Berufsbedingungen der Partner/-innen) in Verbindung gebracht werden. Der Fokus des vorliegenden qualitativen Teils liegt darauf, die in den vorangegangenen Beiträgen dargestellten strukturellen Einflussfaktoren durch individuelle Handlungsorientierungen zu ergänzen. Anders ausgedrückt: Welche Einstellungen sind handlungsleitend? Welche Einstellungen sind im Unterschied dazu eher als eine Anpassung an soziale Umstände zu interpretieren? Und letztlich – können Einstellungen und Werthaltungen zu Fragen der „gelungenen“ Work-Life-Balance auch im Widerspruch zu gelebten Vereinbarkeitsarrangements stehen?

Ziel der qualitativen Interviews mit Eltern ist es, deren Erwartungen an ihre Elternschaft und das Arrangement von Erwerbs- und Versorgungsarbeit aus der Mikroperspektive der Handelnden nachvollziehen zu können. Aus diesem Grund stehen die individuellen Einstellungen und Werthaltungen hinsichtlich dieser Arrangements sowie deren soziale Bedeutung für die praktizierten Erwerbsmuster im Mittelpunkt.

Die spezifischen Arrangements, die entstehen, wenn Erwerbs- und Versorgungsarbeit organisiert und aufgeteilt werden, sind die Grundlage unserer Arbeit. Zentral für die Analyse waren daher folgende Fragen:

Welche Strategien und Aushandlungsprozesse werden beim Arrangement von Erwerbs- und Versorgungsarbeit von Eltern angewendet? Wie verändert sich die Arbeitsteilung?

Welche Gestaltungsoptionen bestehen? Wie werden die Möglichkeiten, die Arrangements zu gestalten, begrenzt oder erweitert?

An welchen Vorstellungen über Elternschaft orientieren sich die jeweiligen Eltern? Im Laufe des Analyseprozesses haben wir dieser Perspektive eine weitere Fragestellung hinzugefügt: Welche Rolle spielen Vorstellungen über das Wohlergehen von Kindern bei der Gestaltung der Arrangements?

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Die Vorstellungen von Eltern über das Wohlergehen ihrer Kinder implizieren Bewertungen etwa darüber, ab welchem Alter es für Kinder gut ist, von anderen Personen als ihren Eltern betreut zu werden. Das ÖIF hat in seiner für Österreich repräsentativen Einstellungs- und Wertestudie 2004 (vgl.: Kapella und Rille-Pfeiffer 2007: 45) Eltern die Frage gestellt, ab welchem Alter des Kindes andere Bezugspersonen als die Eltern selbst denkbar wären. Dies ist für 27 % der Befragten bereits ab der Geburt des Kindes der Fall. 26 % der Befragten können sich weitere Bezugspersonen erst ab drei Jahren und noch einmal 9 % erst ab sechs Jahren vorstellen. Knapp 60 % der Befragten könnten sich aber innerhalb der ersten zwei Lebensjahre das Hinzuziehen von anderen Bezugspersonen vorstellen (Kapella und Rille-Pfeiffer 2007: 45, Abb. 50).

Generell lässt sich festhalten, dass die Akzeptanz der professionellen Kinderbetreuung hierzulande sehr stark vom Alter der jeweiligen Kinder abhängig gemacht wird. Die Frage, ob, wie lange und in welcher Form Kleinkinder unter drei Jahren nicht von den Eltern, insbesondere der Mutter, betreut werden sollten, wird kontroversiell diskutiert. Der Besuch eines Kindergartens ab dem vierten Lebensjahr gilt hingegen als durchwegs positiv für die persönliche, emotionale und soziale Entwicklung der Kinder (zur kindergerechten außerfamilialen Kinderbetreuung für unter Dreijährige siehe Buchebner-Ferstl, Dörfler und Kinn 2009).

1.4 Methodische Hinweise

Zur Bildung von Arrangementstypen auf der Paar- bzw. Haushaltsebene wurden Fallstudien mit Eltern durchgeführt. Die Fallauswahl wurde kriteriengeleitet durchgeführt, wodurch das Vorhandensein von Träger/-innen theoretisch relevanter Merkmalkombinationen sichergestellt wird (Kelle und Kluge 1999: 83). Um die theoretisch bedeutsamen Kriterien in der Analyse unterschiedlicher Arrangements von Beruf und Familie abzubilden, wurden Eltern ausgewählt, die in einem gemeinsamen Haushalt bzw. in einem Ein-Eltern-Haushalt wohnen und deren ältestes oder einziges Kind zwischen fünf und elf Jahren alt ist, damit die Phase der zeitintensiven Versorgung des Kindes nicht zu weit in der Vergangenheit liegt. Weiters wurde darauf Bedacht genommen, dass die Elternpaare bzw. Ein-Eltern-Haushalte unterschiedliche Erwerbsmuster hinsichtlich des Arbeitszeitausmaßes aufweisen, um die möglichen Konstellationen bei der innerfamilialen Arbeitsteilung abzudecken. Zudem wurden Beschäftigte des privaten wie öffentlichen Sektors sowie Personen mit unterschiedlichen Ausbildungsniveaus ausgewählt, um unterschiedlichen Bedingungen hinsichtlich dieser beiden Merkmale Rechnung zu tragen.

Die Auswahl der Untersuchungsgruppe wurde aus finanziellen Gründen auf den urbanen Bereich eingegrenzt, wobei in Österreich ausschließlich in der Bundeshauptstadt Wien erhoben wurde und sich unsere Ergebnisse daher auch nur auf einen urbanen Kontext mit seinen spezifischen Möglichkeiten⁴ beziehen. Mütter und Väter wurden getrennt zur gleichen Zeit befragt, um die unterschiedlichen Perspektiven der Beteiligten zu erhalten. Die Entscheidung, die Eltern zum selben Zeitpunkt zu befragen, ist darin begründet, dass Gespräche zwischen den Befragten über das Interview den jeweils noch nicht befragten Elternteil beeinflussen könnten.

⁴ Beispielsweise in Bezug auf die spezielle Situation der Kinderbetreuung.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Als Erhebungsinstrument wurden problemzentrierte Interviews gewählt, da diese die Thematisierung oben erwähnter Faktoren erlauben und zusätzlich Raum für Sichtweisen und Relevanzen der Befragten offen lassen. Die Erhebung der Daten in Österreich, aber auch in Dänemark, Großbritannien, Italien, Polen, Portugal und Ungarn erfolgte, wie bereits erwähnt, im Rahmen des EU-Projektes WORKCARE anhand eines gemeinsam entwickelten Gesprächsleitfadens. Durchgeführt wurden die Interviews im Zeitraum von Jänner bis Dezember 2007.⁵

Wichtige Inhalte des Gesprächsleitfadens waren die Aufteilung von Haushaltstätigkeiten und Kinderbetreuung: Wer übernimmt im Haushalt welche Tätigkeiten? Wer ist für die Kinderbetreuung zuständig, wie kommt diese Aufteilung zustande, und wie wird die Aufteilung von den Interviewten bewertet? Bei der Auswertung haben wir uns am Prozess einer Typenbildung nach Kluge (1999: 260) sowie Kelle und Kluge (1999: 81) orientiert, der die Erarbeitung relevanter Vergleichsdimensionen ermöglicht. Dabei wurden Kategorien erarbeitet (Strauss und Corbin 1996: 43 ff.), anhand derer die Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen den Elternpaaren bzw. Ein-Eltern-Haushalten erfasst und unterschiedliche Typen und Formen von Arrangements charakterisiert wurden.

Die Basis für unsere Interpretationen und das erarbeitete idealtypische Schema bilden die Arrangements von Erwerbs- und Versorgungsarbeit zwischen Elternpaaren anhand von 24 österreichischen Interviews (mit zwölf Elternpaaren). Insgesamt liegen 30 qualitative Interviews zur Situation von Eltern in Wien vor.⁶ Das Material wurde in gemischtgeschlechtlichen Interpretationsgruppen nach dem handlungstheoretischen Schema von Strauss und Corbin (1996: 43 ff.) offen kodiert bzw. interpretiert, um Vergleichsdimensionen für die Fallanalyse zu finden. Um das Zusammenspiel von Vorstellungen und Orientierungen der Eltern in verschiedenen ökonomischen und politisch-sozialen Kontexten analysieren zu können, bietet sich eine Erweiterung um Fälle an, die deutlich unterschiedliche Rahmenbedingungen für Eltern und Kinder vorfinden. Wir haben deshalb das Ergebnis der Analyse des österreichischen Samples mit zehn Interviews des dänischen Samples des WORKCARE-Projekts kontrastiert. Ein Fall umfasst in unserer Auswertung die Interviews der Frau und des Mannes einer Partnerschaft. Zusätzlich wurde die Software NVivo 7 zur weiteren Sichtung, Strukturierung und Analyse des Materials verwendet.

⁵ Die Interpretation der qualitativen Interviews im Ländervergleich erfolgt im Team der italienischen Projektleiterin Rossana Trifiletti. Den Projektpartner/-innen steht es frei, das verfügbare Interview-Material für wissenschaftliche Zwecke zu analysieren und zu veröffentlichen.

⁶ Da der Fokus auf der innerfamilialen Arbeitsteilung liegt, bleiben hier die sechs Interviews mit Alleinerziehenden unberücksichtigt.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Die folgenden Tabellen zeigen die soziodemografischen Hintergründe der befragten Personen.

Tabelle 1: Sample-Überblick nach Arrangement, Bildung und Erwerb

ÖSTERREICH „Doppelernährermodell“ (dual earner)							
Bildungsgrad		Arbeitszeit		Bildung (ISCED)		öffentlich/privat beschäftigt	
		f	m	f	m	f	m
höher	Paar 2	35	36	tertiär	tertiär	öffentlich	selbstständig
	Paar 4	30	40	sekundär	sekundär	halböffentlich	halböffentlich
niedriger	Paar 7	40	38,5	sekundär	sekundär	privat	privat
	Paar 11	28,5	28,5	sekundär	sekundär	halböffentlich	halböffentlich
	Paar 12	40	44	sekundär	sekundär	öffentlich	privat
Summe		5 Paare (10 Interviews)					
ÖSTERREICH „Teilmodernisiertes und männliches Ernährermodell“ (one-and-a-half earner, male breadwinner)							
Bildungsgrad		Arbeitszeit		Bildung (ISCED)		öffentlich/privat beschäftigt	
		f	m	f	m	f	m
höher	Paar 1	20	40	tertiär	sekundär	öffentlich	halböffentlich
	Paar 6	0	40	sekundär	sekundär	Karenz	privat
	Paar 8	20	38,5	sekundär	sekundär	öffentlich	privat
niedriger	Paar 10	5	40	sekundär	sekundär	privat	privat
	Paar 3	20	38,5	sekundär	sekundär	privat	privat
	Paar 9	25	38	sekundär	sekundär	öffentlich	privat
	Paar 5	40	0	sekundär	sekundär	öffentlich	Karenz
Summe		7 Paare (14 Interviews)					

Anmerkung: Um den Bildungsgrad der Samples vergleichen zu können, wurden die Bildungsniveaus nach dem International Standard Classification of Education (ISCED) der UNESCO normiert. Da dadurch die internen Unterschiede der Samples nicht optimal zur Geltung kommen, wurden diese nochmals innerhalb von zwei Kategorien „höherer Bildungsgrad“ und „niedrigerer Bildungsgrad“ gereiht.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Tabelle 2: Sample-Überblick nach Arrangement, Bildung und Erwerb

DÄNEMARK „Doppelernährermodell“ (dual earner)							
Bildungsgrad		Arbeitszeit		Bildung (ISCED)		öffentlich/privat beschäftigt	
		f	m	f	m	f	m
höher	Paar 5	0	-	tertiär	tertiär	parental leave	selbstständig
	Paar 4	37	37	tertiär	sekundär	öffentlich	privat
niedriger	Paar 1	32	45	sekundär	sekundär	öffentlich	privat
Summe		3 Paare (6 Interviews)					
DÄNEMARK „Teilmodernisiertes und männliches Ernährermodell“ (one-and-a-half earner, male breadwinner)							
Bildungsgrad		Arbeitszeit		Bildung (ISCED)		öffentlich/privat beschäftigt	
		f	m	f	m	f	m
höher	Paar 3	20	37	sekundär	tertiär	öffentlich	selbstständig
	Paar 2	0	55	sekundär	tertiär	-	privat
niedriger	-	-	-	-	-	-	-
Summe		2 Paare (4 Interviews)					

Anmerkung: Auch von den dänischen Projektpartner/-innen wurden 30 Interviews durchgeführt, wobei hier nur die ins Englische übersetzten Interviews berücksichtigt werden konnten.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Tabelle 3: Sample-Überblick nach Nutzung von öffentlicher Kinderbetreuung/privater Kinderbetreuung

ÖSTERREICH		
Österreich (12)	„Doppelernährermodell“ (5)	„teilmodernisiertes und männliches Ernährermodell“ (7)
Babysitting	0	2
Hilfe von den Eltern	1	2
externe Kinderbetreuung bis 2 Jahre	2	3
externe Kinderbetreuung ab 2 Jahre	3	7
Mutter – Elternkarenz	3	7
Vater – Elternkarenz	1	1
DÄNEMARK		
Dänemark (5)	„Doppelernährermodell“ (3)	„teilmodernisiertes und männliches Ernährermodell“ (2)
Babysitting	2	1
Hilfe von den Eltern	2	
externe Kinderbetreuung bis 2 Jahre	3	1
externe Kinderbetreuung ab 2 Jahre	3	2
Mutter – Elternkarenz	2	2
Vater – Elternkarenz	0	0

Anmerkung: i = Zahl der Fälle, in denen die betreffende Betreuungsform genutzt wurde; (i)= Anzahl aller betreffenden Arrangements im jeweiligen Sample

1.5 Ergebnisse der qualitativen Analyse

1.5.1 Arrangements von Erwerbs- und Versorgungsarbeit aus der Perspektive österreichischer Eltern

Grundlage für die Analyse sind 24 Interviews von zwölf gegengeschlechtlichen Paaren. Die befragten Eltern waren zwischen 30 und 52 Jahre alt. Darunter waren drei Paare mit jeweils einem Kind, sechs Paare hatten jeweils zwei Kinder und drei Paare hatten je drei Kinder.

Veränderung von Erwerbsarbeitsverhältnissen: Die Arrangements von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung weisen eine gemeinsame, wenig überraschende Struktur auf: In allen Fällen bringt die Geburt eines Kindes eine wesentliche Veränderung von Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen mit sich, wobei fast ausschließlich die Frauen in Karenz gehen. In zwei von insgesamt zwölf Fällen teilen sich Vater und Mutter die Elternkarenz. Die Entscheidung für die Karenz bedeutet einen Bruch im Erwerbsverlauf und eine Verschiebung der Aufgaben. Frauen übernehmen dann meist hauptverantwortlich die Kinderbetreuung, die Kindererziehung und die Haushaltstätigkeiten. Die Männer beteiligen sich deutlich weniger an diesen Tätigkeiten, übernehmen dafür aber Wartungs- und Reparaturarbeiten und wenden deutlich mehr Zeit für die Erwerbsarbeit auf (vgl.: Lothaller, Jagoditsch und Mikula 2006: 122). Im Folgenden wird nun darauf eingegangen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Handlungsorientierungen die befragten Eltern Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung auf unterschiedliche Art und Weise organisieren. Dabei liegt der Fokus auf der Art der Aufteilung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung und auf den Vorstellungen von und Erwartungen an Elternschaft.

Rahmenbedingungen und Handlungsorientierungen bei der Entscheidung zur Karenz: Unterschiede in den Ressourcen (z. B. ungleiche Erwerbsarbeits- und Einkommensverhältnisse der Partner/-innen) beeinflussen die jeweilige Karenzentscheidung. Die Überlegung, die Karenz zwischen den Eltern nicht aufzuteilen, wurde in den meisten Fällen damit begründet, dass das Gehalt des Mannes höher oder der Arbeitsplatz durch eine Karenz gefährdet sei. Die finanziellen Einbußen als Folge einer Väterkarenz wurden oft als nicht „verkraftbar“ dargestellt. Das „Nicht-Verkraften“-Können stellt sich bei den verschiedenen Elternpaaren unterschiedlich dar: Eine zentrale Rolle spielen Befürchtungen, die Wohnung nicht mehr finanzieren zu können, aber auch Wünsche, sich nicht „einschränken“ zu müssen und ein erworbenes „Niveau“ zu halten. Ein weiteres Argument, das vor allem in Bezug auf die Väter formuliert wird, ist das Fortkommen im Beruf (und in der Folge die ökonomische Absicherung des Arrangements), welches durch eine Karenzierung gefährdet würde. In zwei Fällen, in denen sich Mutter und Vater die Karenzzeit aufgeteilt haben, wurden das geringere Einkommen des Mannes bzw. die ökonomischen Vorteile durch die Väterkarenz als zentrale Motive für diese Entscheidung genannt. In zwei Fällen wurde nach einer Geburt keine Karenz in Anspruch genommen, was durch Zukaufen externer Betreuung (Au-pair-Betreuung, „Leihoma“) sowie durch in hohem Maße flexible Arbeitsverhältnisse möglich war. In allen Fällen werden aber neben ökonomischen Komponenten und solchen, die mit der beruflichen Karriereentwicklung (der Väter) zu tun haben, noch weitere Handlungsorientierungen sichtbar, die sich auf die Arbeitsteilung auswirken: Vorstellungen darüber, was das Beste für die Kinder sei und wer demnach in der Partnerschaft welche Tätigkeiten bei der Hausarbeit und Kinderbetreuung übernehmen sollte.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

In einigen Arrangements zeigen sich geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen an die Mutter als die am besten für die Betreuung der Kleinkinder geeignete Person. Damit werden den betreffenden Arrangements naturalisierende Ideen zu Grunde gelegt. Gerade die – von Fall zu Fall unterschiedlichen – Vorstellungen über das Wohlergehen der Kinder haben Einfluss auf die Auswahl der Kinderbetreuungseinrichtungen, auf die Art der gemeinsamen Freizeitgestaltung und auf die Anforderungen, die Eltern an sich selbst stellen. Vor dem Hintergrund solcher Vorstellungen werden von den Eltern aber auch fundamentale Entscheidungen für das Arrangement erklärt: Bei Paaren, die davon ausgehen, dass Kleinkinder die Anwesenheit der Mutter dringender benötigen würden als jene des Vaters (oder anderer Bezugspersonen), erscheint die Karenzierung der Mutter und deren Hauptverantwortung in der Kinderbetreuung auch abseits ökonomischer Fragen als Selbstverständlichkeit. So lautet die Antwort eines Vollzeit erwerbstätigen Vaters von zwei Kindern (siehe Tabellen 1 bis 3), dessen Frau bis ins vierte Lebensjahr des jüngsten Kindes Teilzeit gearbeitet hat, auf die Frage, warum die praktizierte Arbeitsteilung so gewählt wurde, folgendermaßen: „Naja, weil die Kinder doch klein sind, und da die, sag’ ich einmal, die Mama brauchen.“ [Ö7/m, zur näheren Information, Paar 7 siehe Tabelle 1] Bei Paaren, die dem Vater in Abgrenzung zur Mutter weniger Erziehungskompetenzen zuschreiben, verhält es sich ähnlich. In einem Fall dient dieses Argument als ausschlaggebend dafür, dass die Mutter in Karenz geht, obwohl dieses Arrangement durch das niedrigere Gehalt des Vaters einen finanziellen Verlust mit sich bringt. In einem anderen Fall erklärt der Vater, dass er bestimmte Bereiche der Kinderfürsorge nicht übernehmen kann, weil ihm bestimmte Kompetenzen fehlen würden: „(...) Er wisse gar nicht ‚was ein Mädchen bei welchem Wetter anziehen soll‘.“ [Ö8/m] Dies sind Beispiele dafür, wie anhand der Orientierung an „vergeschlechtlichten“ Zuschreibungen im Zusammenhang mit dem Wohlergehen des Kindes Aufteilungen legitimiert werden. Dort, wo bestimmte Tätigkeiten speziell der Mutter oder dem Vater zugeschrieben werden, sind vergeschlechtlichte Stereotype im Spiel.

Auch bei den Paaren, die sich die Kinderbetreuung stärker aufteilen, sind Vorstellungen über Kindeswohl Orientierungspunkte und Begrenzungen für das Arrangement. Sie grenzen sich aber von den anderen Arrangements vor allem durch die Vorstellungen über die Arbeitsteilung in der Partnerschaft ab. In einem Fall ist z. B. keiner der Elternteile nach dem Mutterschutz in Karenz gegangen, und der Vater verbringt im Moment mehr Zeit mit Haushalt und Kinderbetreuung als die Mutter.⁷ Neben begünstigenden Rahmenbedingungen wie einem hohen Maß an Zeit- und Orts-Souveränität⁸ sowie günstigen Einkommens- und Wohnverhältnissen sind es auch hier spezifische Vorstellungen über Elternschaft und Kindeswohl, die dieses Arrangement strukturieren. Betont wird, dass beide Elternteile in dieser Beziehung ein individuelles Recht darauf haben, beruflich fortzukommen, und der Wunsch, sich Kinderbetreuung und Haushalt dementsprechend aufzuteilen, gibt hier die Handlungsorientierung für das Arrangement vor. Dass der Vater derzeit einen höheren Anteil an der Betreuung der Kinder übernimmt, erklärt er als „Gerechtigkeit schaffende“ Strategie:

⁷ Als die Mutter gestillt hat, hat sie abgepumpt, oder jemand hat ihr das Kind zum Stillen in die Arbeit vorbeigebracht.

⁸ Souveränität bedeutet in diesem Zusammenhang, selbst über die zeitliche Lage und örtliche Gestaltung der eigenen Erwerbsarbeit entscheiden zu können.

 VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

„(...) weil das natürlich schon auch eine Frage auch von, von ausgleichender Gerechtigkeit ist. Weil, obwohl wir von Anfang an uns das irgendwie sehr aufgeteilt haben, war es einfach so, dass sie lange Zeit eben doch bedeutend weniger als 40 Stunden die Woche gearbeitet hat. Also tendenziell in der Anfangsphase natürlich schon mehr die Kinder hatte, trotz allem, ja. Und das, ich arbeite zwar nicht weniger, aber ich übernehme mehr Betreuungszeit im Verhältnis. Insofern gleicht sich das jetzt ein bisschen wieder aus.“ [Ö1/m]

Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung sind in diesem Arrangement keine fix an jeweils eine Person gebundenen Konstanten, sondern ändern sich im Verlauf der Betreuungstätigkeit, so dass sich Chancen zur Aufweichung traditioneller Geschlechterrollen eröffnen können. Diese Situation bedingt ein hohes Maß an expliziten Verhandlungen der Partner/-innen über anfallende Tätigkeiten. Gut sichtbar wird dieses von uns als „Wichtigkeitsranking“ bezeichnete Phänomen an folgender Antwort der Mutter auf die Frage nach der Organisation der Betreuung in Notfällen, etwa bei Krankheit der Kinder. Dann wird in dieser Partnerschaft morgens über die Bedeutung der einzelnen Termine diskutiert:

„(...) ich hab aber auch eine Sitzung, ja. Und nicht automatisch, meine Sitzung ist aber weniger wichtig. Sondern sagt, und das auch zum Thema macht, ich muss für heute auch vier Sachen absagen, ja. Also ich muss heute vier Sachen absagen, und du musst heute drei Sachen absagen, jetzt müssen wir schauen.“ [Ö1/f]

Dieser Prozess des Wichtigkeitsrankings, des Verhandeln von Wertigkeiten und Verantwortungen ist eng mit den Vorstellungen der Partner/-innen über eine „gerechte“ Arbeitsteilung verknüpft. Die Mutter betont die Notwendigkeit dieser Verhandlungen, schildert diese aber auch als anstrengenden Prozess:

„Das ist irrsinnig mühsam, und irrsinnig öd, und manche entscheiden sich dann dafür zu sagen, na bevor ich mir das antue, schaue ich, dass ich es anders regle. Aber eigentlich hab ich das Gefühl, es führt kein Weg daran vorbei, wenn man das noch irgendwie gemeinsam lösen will. Natürlich kann man sagen, man löst es anders, damit man das nicht dauernd machen muss. Und das heißt dann, einer ist für die Kinder zuständig, oder für die Organisation, dass da was passiert, und einer halt nicht. Das finde ich längerfristig halt unbefriedigend.“ [Ö1/f]

Im Unterschied zum permanenten Aushandeln und Diskutieren herrscht in anderen Fällen eine eindeutigere Trennung der Zuständigkeiten für unterschiedliche Aufgabenbereiche vor. Dies bringt eine vergleichsweise traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zwischen Erwerbsarbeit und Betreuungs-/Erziehungsarbeit mit sich, welche als Möglichkeit gesehen wird, die Kinder großteils selbst betreuen und beaufsichtigen zu können. Eine Mutter äußert diesen Wunsch explizit: Sie möchte nicht „jedes Mal schauen, dass irgendwer auf meine Kinder aufpasst“ [Ö10/f]. In dieser Handlungsorientierung wird deutlich, dass der beruflichen Karriere der Mutter keine vorrangige Bedeutung und der elterlichen Obsorge im Vergleich zur Nutzung externer Kinderbetreuungsangebote ein hoher Wert zugeschrieben wird.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich im Großen und Ganzen aus einer Mikroperspektive zwei wesentliche Einflussfaktoren zeigen: Auf der einen Seite beeinflussen Ressourcen verschiedenster Art (Arbeitsplatzooptionen, Zeitressourcen, Haushaltseinkommen etc.) die praktizierten Vereinbarkeitsarrangements, während auf der anderen

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Seite auch individuelle Einstellungen und Werthaltungen relevant sind. Ressourcentheoretisch und aus der Perspektive der Haushaltsökonomie und Rational-Choice-Ansätzen erweisen sich ökonomische Bedingungen auf der Haushaltsebene (Einkommensunterschiede zwischen den Partner/-innen) als zentral. Darüber hinaus spielen auch die Flexibilität bei der Erwerbsarbeit, insbesondere die Zeit- und Ortssouveränität, institutionelle Kinderbetreuungsmöglichkeiten (Öffnungs- und Ferienzeiten) sowie das soziale und familiäre Netzwerk eine Rolle (hier vor allem die Großmütter). Neben diesen Bedingungen zeigen sich aber auch Einstellungen und Werthaltungen als handlungsleitend. Die individuellen Vorstellungen von Eltern über das Wohlergehen ihrer Kinder im Zusammenhang mit unterschiedlichen Betreuungsformen prägen die individuellen Entscheidungen. Die konkreten Arrangements von den Paaren werden stets im Rahmen der jeweils für sie gültigen Vorstellungen über das Wohl der Kinder bewertet, legitimiert und in ihren Konfigurationsmöglichkeiten begrenzt oder erweitert. Je weniger die Vorstellungen über das Kindeswohl an fixe Personen (an die Rolle des „Vaters“ oder der „Mutter“) gebunden sind, desto höher ist der Entscheidungs- und Handlungsspielraum des jeweiligen Arrangements: Es kann stärker konfiguriert werden.

Auch die Ansprüche an eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung in der Partnerschaft divergieren zwischen den unterschiedlichen Arrangements. Aus einer soziologischen Perspektive gelten Einstellungen nicht nur als ein Resultat von Handlungen und sozioökonomischen und -kulturellen Bedingungen, sondern sie können Entscheidungen auch bestimmen und lenken. Beispielsweise können Eltern mit ähnlichen ökonomischen (Einkommens-)Bedingungen aufgrund bestimmter Vorstellungen über das Wohlergehen ihrer Kinder sehr unterschiedliche Arrangements praktizieren. Wie variabel oder fix bestimmte Tätigkeiten im Haushalt oder bei der Kinderbetreuung mit einem bestimmten Elternteil verknüpft sind, kann den Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Aufteilung (und damit die Anpassung an Bedingungen) begrenzen oder erweitern. Ergänzend zu den makrotheoretischen und empirischen Länderergebnissen kann anhand der Interview-Ergebnisse gezeigt werden, dass soziokulturelle Werte und Normen, die sich in individuellen Einstellungen widerspiegeln, unser Verständnis für die praktizierten Work-Life-Balance-Arrangements erhöhen.

1.5.2 Arrangements von Erwerbs- und Versorgungsarbeit aus der Perspektive dänischer Eltern – Kontrast-Sample

Das von uns zur Analyse verwendete Sample besteht aus zehn Interviews mit fünf dänischen Elternpaaren. Sie waren zum Zeitpunkt der Erhebung zwischen 31 und 52 Jahren alt. Vier der Paare haben je zwei Kinder, ein Paar hat drei Kinder. Die Kinder sind zwischen anderthalb und 14 Jahren alt.

Veränderung von Erwerbsarbeitsverhältnissen: Bei allen Paaren hat die Geburt eines Kindes in erster Linie Folgen für den Erwerbsarbeitsverlauf der Mütter: Erwerbsunterbrechungen im Rahmen der Elternkarenz (parental leave) zwischen sechs Monaten und einem Jahr sind ein zentrales Merkmal der Arrangements. Auf die Erwerbsunterbrechung folgt in einem Fall eine Berufsveränderung der Mutter, in einem anderen Fall eine Reduktion der Erwerbsarbeitszeit – bei gleichzeitigem Hinzukommen von ehrenamtlichen Tätigkeiten (in der Schule der Kinder). In den anderen drei Fällen nehmen die Mütter nach der Unterbrechung ihre vorher ausgeübte Tätigkeit im gleichen Ausmaß wieder auf. In

 VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

einem Fall nimmt der Vater eine über die 14 Tage Väterkarenz (paternity leave) hinausgehende Elternkarenz (parental leave, drei Monate) in Anspruch, kündigt seinen Job bei einer Bank, macht sich selbstständig und nennt Probleme mit den Vorgesetzten in der Bank bei der Inanspruchnahme der Elternkarenz als Hauptgrund für diese Entscheidung („disagreements on taking the parental leaves“). In den restlichen Fällen bleiben Arbeitsverhältnis und Arbeitszeitausmaß der Väter nach der Geburt eines Kindes weitestgehend unverändert.

Rahmenbedingungen zur Entscheidung für die Elternkarenz: Dänemark gehört zu jenen Staaten Europas, in denen nach der Geburt eines Kindes ein kurzer Ausstieg aus dem Erwerbsleben bei guter finanzieller Kompensation und einem stark ausgebauten Kinderbetreuungsnetz gefördert wird. Es entspricht damit in der Typologie von Ernjaes (2009) dem „extensiven, nordischen Familienpolitikmodell“ (extensive Nordic family policy model). Dieses ist charakterisiert durch: „(...) approximately one year’s paid leave (12–13 months) with full or high compensation combined with high child care coverage for children under three. This policy enables mothers to remain in gainful employment after the childrearing period (Norway, Denmark, Sweden and Iceland)“ (Ernjaes 2009: 31). [„(...) ungefähr ein Jahr bezahlte Elternkarenz mit vollem oder hohem Lohnersatz in Verbindung mit einer hohen Kinderbetreuungsdeckungsrate für Kinder unter drei Jahren. Diese Politik ermöglicht es den Müttern, auch während der Kindererziehungszeiten erwerbstätig zu sein (Norwegen, Dänemark, Schweden und Island)“].

Konkret ist in Dänemark eine Karenzierung von 24 Wochen gesetzlich verankert, wovon die ersten 14 Wochen für die Mutter reserviert sind und die restlichen zehn Wochen aufgeteilt werden können. Anschließend an diese Phase kann der Vater bis zu zwei Wochen Väterkarenz (paternity leave) konsumieren. Darüber hinaus können die Eltern bis zum achten Lebensjahr des Kindes Kinderbetreuungskarenz (child-care-leave) in Anspruch nehmen, die acht bis 52 Wochen dauern kann und in welcher der Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht.

Handlungsorientierungen: Die Arrangements zeigen hinsichtlich der Aufteilung der Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung ein deutlich asymmetrisches Bild. In allen Fällen sind vorwiegend die Mütter für den Haushalt und die Kinderbetreuung zuständig. Vorstellungen, die den Rahmen dieser Arrangements bilden, werden vor allem als „selbstverständlich“ oder „natürlich“ attribuiert: In einem Fall, in dem beide Partner/-innen über das gleiche Einkommen verfügen, begründet die Mutter, warum sie die Karenz beansprucht, folgendermaßen:

„(...) it was just a natural thing to do it that way. And I have always wanted to take as much leave as possible. And his desire was not as big as mine.“ [„(...) es war nur einfach selbstverständlich, das so zu organisieren. Und ich wollte immer schon so lange wie möglich in Karenz gehen. Sein Wunsch war nicht so groß wie meiner.“] [D5/f]

Im Zusammenhang mit dem Geschlecht stehende „naturalisierende“ Erklärungen der Arbeitsteilung finden sich auffällig stark an Stellen, an denen nach alternativen Arrangements zu den bereits praktizierten gefragt wurde:

„(...) it has always been a natural thing for us, that his job had a higher priority (...)“ [„(...) es war für uns immer selbstverständlich, dass sein Job eine höhere Priorität hat (...)“] [D3/f]

 VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

„(...) I mean, I'm the one having the breasts and we haven't fed our children with a bottle. For me it was just a natural thing to stay at home with the children.“

„(...) Ich meine, schließlich habe ich die Brüste, und wir haben die Kinder nicht mit Fläschchen gefüttert. Für mich war das einfach eine eindeutige („natürliche“) Angelegenheit, dass ich bei den Kindern zu Hause bleibe.“ [D4/f]

In einem Fall erklärt der Vater auf die Frage, wie sein Arbeitsumfeld auf eine väterliche Elternkarenz reagieren würde:

„They would probably accept it, but it definitely wouldn't be a natural thing. They would just see it as vacation.“ [„Sie würden das wahrscheinlich akzeptieren, aber es wäre sicher nicht selbstverständlich. Sie würden es eher als eine Art Urlaub sehen.“] [D4/m]

In einem anderen Fall hat sich der Vater selbstständig gemacht und arbeitet jetzt zu Hause, um seine Frau zu unterstützen. Die Hauptverantwortung für die Kinderbetreuung trägt aber auch hier die Mutter, was einen Spagat zwischen Karriere und Kinderbetreuung bedeutet. Im Unterschied zu den Müttern des Samples ordnen die Väter die Berufstätigkeit der „Arbeit“ mit den Kindern kaum unter. Auf die Frage, ob die Care-Aufteilung auch anders möglich gewesen wäre, thematisieren zwei Väter primär die Erwerbsarbeit als identitätsstiftend.

Vater 1: „Well, I can't just wander around only being a family father.“ [„Also, ich kann nicht einfach nur als Familienvater herumspazieren.“] [D3/m]

Vater 2: „I could never imagine myself without it [Anm: die Erwerbsarbeit] and me being at home with the children, only. I could never imagine us switching roles (...). I would go mad, undoubtedly.“ [„Ich könnte mir nie vorstellen, ohne sie [Anm: die Erwerbsarbeit] auszukommen und nur zu Hause bei den Kindern zu sein. Ich könnte mir nie vorstellen, die Rollen zu tauschen. Ich würde verrückt werden, ganz sicher.“] [D2/m]

Im Unterschied dazu äußern die Mütter Wünsche, so viel Zeit wie möglich mit den Kindern zu verbringen, da die Kinderbetreuung als vorübergehender wichtiger Lebensabschnitt betrachtet wird und die daran anschließende Berufstätigkeit außer Frage zu stehen scheint: *„In ten years they probably don't want to look at you anyway, which means that I'll get the opportunity to work later on.“* [„In zehn Jahren sind wir sowieso völlig uninteressant für die Kinder, das heißt, die Gelegenheit zu arbeiten werde ich später nutzen.“] [D5/m]

Die Qualität und das Ausmaß der Zeit, die mit den Kindern verbracht wird, Wünsche an die eigene Elternschaft sowie Vorstellungen darüber, was gut für Kinder sei, stehen bei allen Arrangements als sinngebender Rahmen zur Verfügung.

Vorstellungen über Kindeswohl und Wünsche an die eigene Elternschaft: Auf die Frage, warum sie sich für diese Form der Kinderbetreuung entschieden habe, meint eine Mutter, deren Kinder Tagesbetreuungsformen (day nursery) sowie andere externe Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen:

„Oh, that's just a natural thing. That's what children do here in Denmark. They all go to day nursery and kindergarten before going to school. (...)“

 VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

[„Das ist eine selbstverständliche Angelegenheit. Das tun die Kinder hier in Dänemark. Sie gehen alle zur Tagesmutter und zum Kindergarten, bevor sie in die Schule kommen.“] [D3/f]

Diese Bemerkung ist plakativ für Perspektiven auf das Leben eines (Klein-)Kindes und zieht sich wie ein roter Faden durch die Interviews der dänischen Paare. Die Selbstverständlichkeit, mit welcher Säuglinge und Kleinkinder extern betreut werden, erscheint im vorliegenden Sample als ein impliziter Bestandteil einer „normalen“ Biografie eines (Klein-) Kindes. Darin spiegeln sich spezifische Kindeswohl-Vorstellungen: So wird beispielsweise die nicht elterliche Betreuung von Kindern als „normal“ und als „gesunde Entwicklung“ klassifiziert. Gesundheit stellt in der Regel eine normativ hoch bewertete Kategorie dar, und an ihr gemessen wird deutlich sichtbar, was als gut bzw. nicht gut für die Kinder betrachtet wird.

Allerdings zeigt sich auch, dass manche Eltern lieber weniger arbeiten würden, um mehr Zeit mit den Kindern verbringen zu können. Beispielsweise antwortet der vollerbwerbstätige Vater (eines teilmodernisierten Ernährermodells mit einer Teilzeit arbeitenden Mutter) auf die Frage, inwiefern er die Kinderbetreuung als Familienangelegenheit betrachte:

„If we had the financial opportunities, the ideal thing would be that Christina [Anm.: die Mutter] could take care of the children at home. But then again, only having her to take care of them also means only her influencing the children. It is healthy for the children to see other things and other children. It is healthy that they are not just isolated and protected in their own home. It is good to have public spaces for them, too.“

[„Hätten wir die finanziellen Mittel, wäre es ideal, wenn Christina (Anm: die Mutter) bei den Kindern zu Hause bleiben könnte. Aber andererseits, wenn nur sie sich um die Kinder kümmert, heißt das auch, dass nur sie einen Einfluss auf die Kinder ausübt. Es ist aber auch gut (gesund) für die Kinder, wenn sie andere Dinge und andere Kinder kennenlernen. Es ist gut, wenn sie nicht isoliert und geschützt in den eigenen vier Wänden aufwachsen. Es ist gut, auch öffentliche Räume für Kinder zu haben.“] [D1/m]

Eine weitere Dimension von Vorstellungen über Kindeswohl formulieren Eltern, die ihre Kinder nicht „zu lange“ in day nursery, Kindergarten oder in nachschulischen Einrichtungen (after school clubs) lassen möchten oder für die es eine ambivalente Erfahrung war, das Kind mit sechs bis acht Monaten in eine Betreuungseinrichtung zu geben:

„It was hard taking him to day nursery only after six months. He was very little back then.“
[„Es war hart, ihn mit nur sechs Monaten zur Tagesmutter zu geben. Er war damals noch sehr klein.“]. [D2/f]

Bedeutung von Kinderbetreuung als wertvolle, staatlich geförderte Arbeit: Der Versorgungsgrad an Betreuungseinrichtungen sowie unterstützende öffentliche Maßnahmen beeinflussen den Handlungsspielraum der Individuen. Beispielsweise schildert eine Mutter, dass sie einerseits Zweifel hatte, ob die frühzeitige institutionelle Kinderbetreuung zum Wohle ihres Kleinkindes sei; andererseits sei es ihr schwergefallen, das Unterstützungsangebot der lokalen Behörden oder der Gemeindeverwaltung (local authorities) abzulehnen. In einem anderen Fall wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wesentlich dadurch erleichtert, dass der Logopädiekurs für das Kind zur Gänze von der Gemeinde (local authorities) bezahlt und auch der Hin- und Rücktransport übernommen wird.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

Eine Mutter, die neben ihrer Teilzeitarbeit ehrenamtlich in der Schule ihrer Kinder arbeitet und dort Elternvertreterin (contact parent) ist, erklärt, diese Tätigkeiten fielen unter die Kategorie öffentliche Verantwortung („Public duty“) und ermöglichten eine tageweise Freistellung von der Erwerbsarbeit.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Kinderbetreuung erscheint in den Erzählungen der dänischen Eltern im Vergleich zur Erwerbsarbeit als gesellschaftlich anerkannte und wertvolle Arbeit. Einstellungen der Eltern zur nichtelterlichen Betreuung verlaufen nicht immer ohne Ambivalenzen, und der elterlichen Betreuung wird auch von dänischen Eltern ein sehr hoher Stellenwert zugesprochen. Unabhängig davon erscheint die institutionelle Kinderbetreuung unter den dänischen Eltern weithin als anerkannte und wichtige Alternative bzw. Ergänzung zur Förderung der Entwicklung des Kindes. So wurden in jedem der Fälle (teils mehrere verschiedene) Babysitter/-innen, Krabbelstuben und Kinderkrippen oder Tageseltern von den Eltern in Anspruch genommen und miteinander kombiniert. Spätestens im Alter von einem Jahr wurden die Kinder in jedem Fall des Sample in einer externen Kinderbetreuungseinrichtung oder durch Babysitter/-innen betreut.

1.5.3 Länderspezifische Kontrastierung: Österreich – Dänemark

Wenn wir unseren Blick auf einen Vergleich der österreichischen und dänischen Arrangements richten, fallen vorerst zahlreiche Gemeinsamkeiten auf: In beiden Samples finden sich hauptsächlich Fälle, in denen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung asymmetrisch aufgeteilt sind und die Mütter ein Gros dieser Tätigkeiten übernehmen. Die Möglichkeiten, vom Staat unterstützte Kinderbetreuung wahrzunehmen (Karenz, parental leave), werden in beiden Samples in den meisten Fällen von den Müttern, von den Vätern hingegen in deutlich niedrigerem Ausmaß genutzt. Während im dänischen Sample stärker „naturalisierende vergeschlechtlichte“ Sichtweisen in der Legitimation der Aufteilung hervortreten, sind es in den österreichischen Fällen hauptsächlich die Einkommensungleichheiten (zu Ungunsten der Mütter) zwischen den Partner/-innen. Es gibt mehrere Hinweise für die Gültigkeit der ressourcentheoretischen sowie Rational-Choice-Erklärungen: Einkommensunterschiede werden vielfach als ökonomisch-rationale Entscheidungen für eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung betrachtet und dienen als Legitimation. Allerdings finden wir in beiden länderspezifischen Interviews Paare, bei denen der Vater und die Mutter ein annähernd gleiches Einkommen haben bzw. die Mutter mehr verdient und dennoch die Frau sich für die Elternkarenz entscheidet und mehr Zeit der Fürsorgearbeit und Hausarbeit widmet. Dabei spielen unabhängig von ökonomischen Motivationen auch individuelle Wünsche an die Elternschaft, die als selbstverständlich wahrgenommene und sozial konstruierte geschlechtliche Arbeitsteilung sowie der Stellenwert unterschiedlicher Betreuungsformen eine Rolle. Die Möglichkeiten der externen Kinderbetreuung sind für die in Wien ansässigen Eltern des österreichischen Sample im Vergleich zum übrigen Österreich relativ gut. Dennoch stellen teilweise unflexible Öffnungszeiten und zu hohe Kosten externer Kinderbetreuung belastende und einschränkende Faktoren für die österreichischen Arrangements dar. Auch in den dänischen Arrangements finden sich Einschränkungen wie das Problem, keinen Platz in einer gewünschten Betreuungseinrichtung für das Kind zu bekommen, oder in einem anderen Fall der Wunsch nach niedrigeren Kosten für Day-care-Institutionen. Ungeachtet dessen werden die vielfältigen Möglichkeiten, Kinder extern betreuen und sich bei der Betreuung unterstützen zu lassen, von den dänischen Eltern an

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

vielen Stellen ausdrücklich als Erweiterung ihrer (beruflichen und privaten) Chancen geschildert. Ein wesentliches Charakteristikum der dänischen Arrangements besteht darin, dass die Kinder durchwegs schon während des ersten Lebensjahres extern betreut werden und sich die Mütter weniger lange ausschließlich um die Kinder kümmern. Trotz ambivalenter Schilderungen eines mit Sorge behafteten „Weggebens“ der Kinder, erscheint die „Fremdbetreuung“ – vor allem von Kleinkindern – als eine Art Selbstverständlichkeit. In den Äußerungen der dänischen Eltern wird die Teilnahme an der öffentlichen Betreuung als notwendiger und „gesunder“ Entwicklungsschritt in der Biografie eines (Klein-)Kindes angesehen. Eine vergleichbar positive Behaftung externer Kleinkindbetreuung fand sich im österreichischen Sample deutlich seltener. Dies mag einer der Gründe sein, warum dort öffentliche Kleinkindbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige wesentlich seltener genutzt werden. Andererseits ist das verfügbare Angebot an öffentlichen Institutionen für diese Altersgruppe in Österreich deutlich niedriger als in Dänemark oder anderen nördlichen Staaten (siehe die beiden vorangehenden Beiträge).

In beiden Ländern stellt die Kinderbetreuung ein öffentlich zu unterstützendes „Gut“ dar, wobei in Österreich für die Kleinkindphase die private elterliche Betreuung länger finanziell gefördert wird als in Dänemark, wo die Kinderbetreuung ab dem zweiten Lebensjahr stärker in die Erwerbsarbeitsstruktur eingebunden wird. Neben diesen institutionellen familienpolitischen Rahmenbedingungen spielen historisch gewachsene Wertvorstellungen zur optimalen Kinderbetreuung eine Rolle. Die Betreuung der (Klein)Kinder temporär aus den eigenen Händen zu geben, stellt ein sowohl affirmativ als auch mit Sorge behandeltes Thema für Eltern dar. Im Rahmen ihrer Vorstellungen über Kindeswohl reflektieren sie sehr unterschiedlich darüber, wann und wie viel außerfamiliale Betreuung einem Kind gut tut. Die Kontrastierung der beiden Länder legt den Schluss nahe, dass die Fragen nach dem Zeitpunkt und dem Zeitausmaß der außerfamilialen Kinderbetreuung in Dänemark großzügiger bemessen sind als in Österreich. Das in Dänemark verfügbare Angebot an Betreuungseinrichtungen für Kinder verschiedenen Alters sowie die gesellschaftlich verbreitete Norm der professionellen, frühzeitigen (Kleinkind-)Betreuung unterscheidet sich von den ambivalenten und weniger eindeutigen Vorstellungen der österreichischen Eltern darüber, welches Arrangement dem Wohle des Kindes – vor allem des Kleinkindes – dient. Das Resultat in den von uns bearbeiteten Fällen ist weder in Österreich noch in Dänemark ein Verwerfen asymmetrischer geschlechtlicher Arbeitsteilungen im familialen Alltag. Länderunterschiede zeigen sich primär in der Frage des Zeitpunkts, ab welchem Kinder nach den Vorstellungen der Eltern von anderen Personen bzw. in Betreuungsinstitutionen beaufsichtigt werden (sollten). Analog dazu bildet sich eine bestimmte Optionen-Vielfalt heraus, wie die alltägliche Balance zwischen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung ausgestaltet wird.

Zur Veranschaulichung unserer These haben wir eine Tabelle konstruiert, die anhand der beschriebenen Arrangements zwei Idealtypen miteinander in Beziehung setzt. Als Vergleichsdimension für die Charakterisierung der Typen werden Kindeswohlvorstellungen herangezogen, die in engem Zusammenhang mit den Berufsorientierungen der Eltern stehen. Bei diesen Typen handelt es sich um ein heuristisches Instrument, um von den empirisch qualitativen Daten und auch von den Länderunterschieden zu abstrahieren und eine auf Daten basierende Theorie zu entwickeln. Die verwendeten Klassifikationen und Bezeichnungen ziehen sich quer durch unser Material. Kein Fall entspricht dabei vollstän-

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

dig einem Typ: Auf der einen Seite des Kontinuums unterscheiden wir das „offene Verhandlungsarrangement“ (offener Typ) im Gegensatz zum „geschlossenen eltern- bzw. mütterzentrierten Arrangement“ (geschlossener Typ). Im offenen Typ besteht eine hohe Bereitschaft, die Kinder nicht ausschließlich durch die Eltern, sondern auch durch ausgebildete Pädagoginnen/Pädagogen sowie andere Personen (wie Au-pairs, Nachbar/-innen, Bekannte, Verwandte) betreuen zu lassen. Innerhalb der Partnerschaft zeigt sich meist der Anspruch an ein gleichberechtigtes, berufliches und persönliches Fortkommen, das eine höhere Präsenz des Vaters in der Care-Arbeit bedeutet. In diesem Vereinbarkeitsarrangement werden durch die relativ offene Arbeitsteilung viele Möglichkeiten genutzt, und es erfolgen permanente Anpassungen und Absprachen über die Organisation (Verhandlungshaushalt, siehe auch BMFSJ 2005). Der zweite Idealtyp repräsentiert ein vergleichsweise geschlossenes Arrangement, in dem die Grenzen klar gezogen werden und eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung vorherrscht. Diese traditionellen Rollen- und Aufgabenteilungen gehen beispielsweise mit Einstellungen einher, denen zufolge in erster Linie die Mütter für Kleinkinder sorgen können und sollen. Ansprüche an Elternschaft werden hier vorrangig über Vorstellungen von Kindeswohl geltend gemacht: Die Mutter ist hier nicht nur der „bessere“ Elternteil, sondern hat auch den Wunsch, die Kinder so viel wie möglich zu erleben.

Tabelle 4: Idealtypische Vorstellungen zu den Arrangements

Offenes Verhandlungsarrangement	← Idealtypen →	Geschlossenes Eltern- bzw. mütterzentriertes Arrangement
Hohe Bereitschaft zur externen Kinderbetreuung Vater und Mutter sind gleich gute Betreuungspersonen	Vorstellungen der Eltern über Kindeswohl	Niedrige Bereitschaft zur externen Kinderbetreuung Mutter ist bessere Betreuungsperson als der Vater oder andere (fremde Personen)
Berufliches und persönliches Fortkommen hat für beide Elternteile neben der Elternschaft große Bedeutung	Vorstellungen der Eltern über Elternschaft und „gerechte“ Arbeitsteilung	Mutter möchte/sollte so lange wie möglich bei Kindern zu Hause bleiben können, Beruf der Mutter ist (vorübergehend oder langfristig) zweitrangig, Beruf des Vaters ist vorrangig

Die Vorstellungen dieser beiden Idealtypen sind ein Rahmen, der einerseits die legitimierende Erklärung für ein bereits bestehendes Arrangement darstellen kann, andererseits aber auch den Möglichkeitsspielraum absteckt. Ökonomische sowie Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt (Arbeitszeitoptionen, Selbstbestimmung, Flexibilität), politische (Dauer und Höhe der offiziellen Karenzleistungen) sowie insbesondere in Österreich regional unterschiedliche Bedingungen (Infrastrukturangebot) spielen eine wichtige Rolle. In Arrangements, die eher zum geschlossenen Typ tendieren, sind die Kinder seltener (oder ungern) in einer Ganztagsbetreuungseinrichtung, obwohl dies nicht unbedingt eine Frage der ökonomischen Ressourcen darstellt. Vor diesem Hintergrund erweisen sich Einstellungen als handlungsleitend. Im Unterschied dazu können die Ansprüche von Eltern, die zum offenen Verhandeln neigen, einerseits ihren Wünschen entsprechen, andererseits aber auch als belastend und anstrengend erlebt werden. Schließlich ist darin die Arbeitsteilung relativ wenig fixiert, und im Alltag muss deshalb permanent neu ausgehandelt und organisiert werden.

Unsere Analyse konnte eine Vielfalt an Einstellungsmustern und entsprechenden Arrangements abbilden. Die Grenzen des vorliegenden Datenmaterials liegen darin, dass sie keine ausführlichere Darstellung des speziellen kulturellen Kontexts, insbesondere von Dänemark, erlauben. Darüber hinaus sollten die Länderunterschiede in den präsentierten Ergebnissen nicht überschätzt werden. Es gilt zu betonen, dass dänische und österreichische Eltern mit ähnlichen soziodemografischen Hintergründen (z. B. Einkommen, Bildung), unabhängig vom Länderkontext, starke Gemeinsamkeiten aufweisen können. Aus einer Reihe von Untersuchungen ist bekannt, dass der Faktor Bildung einen erheblichen Einfluss auf die Bedeutung der Erwerbsintegration und Erwerbsneigung und somit der Parallelität von Beruf und Familie unabhängig von den nationalstaatlichen Bedingungen ausübt. Aus Mangel an einer genügenden Anzahl an Fällen zu unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen konnte diese Differenzierung hier nicht entsprechend geleistet werden.

Summary

Die Erhebung der qualitativen Interviews mit Vätern und Müttern erfolgte in Österreich, Dänemark, Großbritannien, Italien, Polen, Portugal und Ungarn im Rahmen des EU-Projekts WORKCARE und zeigte anhand der Mikroperspektive zwei wesentliche Einflussfaktoren auf: Auf der einen Seite beeinflussen Ressourcen verschiedenster Art die praktizierten Vereinbarkeitsarrangements, während auf der anderen Seite auch individuelle Einstellungen und Werthaltungen relevant sind. Ressourcentheoretisch und aus der Perspektive der Haushaltsökonomie und Rational-Choice-Ansätze erweisen sich ökonomische Bedingungen auf der Haushaltsebene (Einkommensunterschiede zwischen den Partner/-innen) als zentral. Darüber hinaus spielen auch die Flexibilität bei der Erwerbsarbeit, insbesondere die Zeit- und Ortssouveränität, institutionelle Kinderbetreuungsmöglichkeiten (Öffnungs- und Ferienzeiten) sowie das soziale und familiale Netzwerk eine Rolle (hier vor allem die Großmütter). Neben diesen Bedingungen zeigen sich aber auch Einstellungen und Werthaltungen als handlungsleitend. In unterschiedlichen Arrangements divergieren die Ansprüche an eine geschlechtergerechte Arbeitsteilung in der Partnerschaft. Aus einer vergleichenden Perspektive zeigen sich bei den geschlechtsspezifischen Zuschreibungs-

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

mustern kaum Unterschiede zwischen den Aussagen der österreichischen und der dänischen Eltern. Generell wird in beiden Samples Frauen eine stärkere Befähigung für die Rolle der Fürsorgenden und Betreuenden zugeschrieben als Männern („doing gender“). Diese scheinbar unterschiedlichen Fähigkeiten der Geschlechter werden auch als individuelle Erklärungen für die gelebte geschlechtsspezifische Arbeitsteilung herangezogen.

Unterschiedlich zeigen sich allerdings die Vorstellungen der Eltern in Österreich und in Dänemark darüber, welche Betreuungsformen das Wohlergehen ihrer Kinder fördern oder hemmen. Während sich unter den österreichischen Paaren eine breite Variation an Positionen zeigt, finden sich in den dänischen Interviews sehr stark Perspektiven auf die professionelle Betreuung von Kleinkindern, die dieser eine positive, fördernde Wirkung zuschreiben. Verglichen damit werden in einigen österreichischen Fällen die institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen und ihr gesellschaftlicher Beitrag zur Entwicklung und Förderung der Kinder nach wie vor sehr kritisch beurteilt. Negative Beurteilungen institutioneller Einrichtungen als „Aufbewahrungsstätten“, vor deren Hintergrund auch die Vollzeitwerbsarbeit von Müttern mit Kleinkindern abgelehnt wird, finden sich im dänischen Sample nicht. Zwar sind mit dem „Weggeben“ der Kinder in externe Betreuung auch bei den dänischen Eltern ambivalente Bewertungen im Spiel, jedoch zählt der Besuch von institutionellen Betreuungseinrichtungen in den Vorstellungen der Eltern zum zentralen Bestandteil einer „normalen“ Kleinkindbiografie. In Dänemark stellt die Vollzeitarbeit aller Personen im erwerbsfähigen Alter eine gesellschaftliche Norm dar. Nach einer einjährigen Phase der Privatbetreuung durch die Mutter erfolgt eine Mischung aus unterschiedlichen Formen der professionellen und semi-professionellen Betreuung (Tagesmütter und Babysitter/-innen).

Resümierend lässt sich anhand der Interview-Analysen festhalten: Es lassen sich Unterschiede zwischen den dänischen und den österreichischen Eltern sowie Unterschiede innerhalb der jeweiligen Samples in der Frage feststellen, wie variabel oder fix und vor allem wie lange im Betreuungsverlauf spezifische Tätigkeiten im Haushalt oder bei der Kinderbetreuung mit einem bestimmten Elternteil, insbesondere der Mutter, verknüpft sind. Die Vorstellungen über das Wohlergehen der Kinder spielen eine zentrale Rolle dafür, wie die Erwerbs- und Betreuungstätigkeiten arrangiert werden. Im Alltag zeigen sich komplexe Muster, wie die Balance zwischen den beiden Bereichen immer wieder neu austariert und zwischen den Eltern neu verhandelt werden muss. Die darin sichtbare Bedeutung der gesellschaftlich verbreiteten Werte und Normen zur geschlechtlichen Arbeitsteilung und zum „Kindeswohl“ erhöhen unser Verständnis für die gelebte Vielfalt der Vereinbarkeitsarrangements.

Literatur

- AHNERT, L. (2009): http://www.lieselotte-ahnert.de/sets/set_pub1.htm (26.03.2009)
- BMFSFJ (2005): Siebter Familienbericht. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland.
- BACHER, J. / WILK, L. (1996): Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – Ausmaß und Bedingungen männlicher Mitarbeit im Haushalt; in: M. Haller et al. (Hg.): Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität 1986 – 1993, München, 165–187.
- BECKER, G. S. (1991): A Treatise on the Family, Cambridge, 2nd edition.
- BIFFL, G. (2006): Gender and the Labour Market: Comparing Austria and Japan; in: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) (Hg.): Arbeitspapier, Wien.
- BUCHEBNER-FERSTL, S. / DÖRFLER, S. / KINN, M. (2009): Kindgerechte außerfamiliäre Kinderbetreuung für unter 3-Jährige. Eine interdisziplinäre Literaturrecherche, Österreichisches Institut für Familienforschung, OIF Bericht, Working Paper Nr. 72.
- ERNJAES, B. (2009): Employment, project report for the WORKCARE 6th Framework Project; in: www.abdn.ac.uk/socsci/research/nec/workcare/
- FLICK, U. / von KARDOFF, E. / STEINKE, I. (2004): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbeck bei Hamburg,
- GILDEMEISTER, R. / WETTERER, A. (2007): Wie Geschlechter gemacht werden. Die soziale Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und ihre Reifizierung in der Frauenforschung; in: G. Knapp / A. Wetterer: Traditionen und Brüche. Entwicklungen feministischer Theorie, in: Forum Frauenforschung Bd. 6, Freiburg, 201–254.
- HAAS, B. / STEIBER, N. / HARTEL, M. / WALLACE, C. (2006): Household employment patterns in an enlarged European Union; *Work, employment and society* 20 (4), 751–771.
- HAGEMANN-WHITE, C. (1988): Identität – Beruf – Geschlecht; in: M. Oechsle / B. Geissler (Hg.): Die ungleiche Gleichheit. Junge Frauen und der Wandel im Geschlechterverhältnis (Geschlecht und Gesellschaft 14), Opladen, 27–41.
- HAMMER, G. / KLAPFER, K. (2006): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung – Ad-hoc-Modul 2005; in: *Statistische Nachrichten* 9, 821–834.
- HAUSEN, K. (1976): Die Polarisierung der „Geschlechtscharaktere“ – Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienlieben; in: W. Conze (Hg.): Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas, Stuttgart, 363–393.
- HUBER, G. (2002): Das Verständnis Erwachsener vom „Wohl des Kindes“ im Wandel der Zeit, Diplomarbeit, Universität Wien.
- JURCZYK, K. (2005): Work-Life-Balance und geschlechtergerechte Arbeitsteilung; in: H. Seifert (Hg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt, Frankfurt/New York, 108–112.
- JURCZYK, K. / LANGE, A. / SZYMENDERSKI, P. (2005): Zwiespältige Entgrenzungen. Chancen und Risiken neuer Konstellationen zwischen Familien- und Erwerbstätigkeit; in: A. Mischau / M. Oechsle (Hg.): Arbeitszeit – Familienzeit – Lebenszeit: Verlieren wir die Balance? Wiesbaden, 13–33.
- KAPPELLA, O. / RILLE-PFEIFFER, C. (2007): Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Deskriptive Ergebnisse einer Einstellungs- und Wertestudie zu Mutter- und Vaterrolle, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Frau; in: Österreichisches Institut für Familienforschung (ÖIF), Wien.
- KELLE, U. / KLUGE, S. (1999): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung, Opladen.
- KLUGE, S. (1999): Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung, Opladen.
- LAMB, M. E. / AHNERT, L. (2006): Nonparental child care, in: W. Damon / R. M. Lerner / K. A. Renninger / I. E. Sigel (Eds.): *Handbook of child psychology. Volume 4: Child psychology in practice* (5th ed.). Hoboken, NJ: Wiley. 950–1016.
- LOTHALLER, H. / JAGODITSCH, S. / MIKULA, G. (2006): Familienarbeit und Berufstätigkeit aus der Sicht von Männern und Frauen, in: H. Werneck / M. Beham / D. Palz (Hg.): *Aktive Vaterschaft. Männer zwischen Familie und Beruf*. Gießen: Psychosozial-Verlag, 110–125.

VEREINBARKEITSARRANGEMENTS AUS SICHT DER ELTERN

- SCHULZ, G / BLOSSFELD, H.-G. (2006): Wie verändert sich die häusliche Arbeitsteilung im Eheverlauf? Eine Längsschnittstudie der ersten 14 Ehejahre in Westdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Vol. 58, 23–49.
- STRAUSS, A. / CORBIN, J. (1996): Grounded Theory: Grundlagen Qualitativer Sozialforschung, 43–148. http://www.unesco.org/education/information/nfsunesco/doc/isced_1997.htm
- STEIBER, N. / HAAS, B. (2009): Ideals or Compromises? The Attitude-Behaviour Relationship in Mothers' Employment, *Socio-Economic Review*, 7 (4), 639–668.
- UUNK, W. / KALMIJN, M. / R. MUFFELS (2005): The Impact of Young Children on Women's Labour Supply. A Reassessment of Institutional Effects in Europe; *Acta Sociologica*, 48 (1), 41–62.

18

Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt und ihre Folgen

Karin Jurczyk und Gabriele Schmied

Inhalt

1 Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt und ihre Folgen	775
1.1 Konzipierung des Spannungsverhältnisses von Familie und Erwerbsarbeit unter den Bedingungen von Entgrenzung	777
1.2 Ausgewählte Indikatoren der Entgrenzung von Familie und Arbeitswelt	778
1.2.1 Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“? Veränderungen in den Beschäftigungsformen	779
1.2.2 Erwerbsspartizipation: Partielle Verringerung des „Gender Gap“	782
1.2.3 Zeitliche Entgrenzung von Familie und Arbeitswelt im Alltag	786
1.2.4 Räumliche Entgrenzungen der Familien- und Arbeitsorte	788
1.2.5 Rush Hour of Life – Verdichtung von Lebensphasen und Brüchigkeit der tradierten Lebenslaufregime	790
1.2.6 Vom Lone-Breadwinner-Model zum Dual-Earner-Model: Option oder Zwang?	795
1.3 Veränderte Anforderungen an Individuen und ihre Familien aufgrund „doppelter Entgrenzung“	798
1.3.1 Aushandlungen und Boundary Management als Herstellungsleistung von Familien	799
1.3.2 Neue Belastungen aufgrund von Entgrenzungstendenzen	803
Summary	805
Literatur	811

 VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Befristete Arbeitsverhältnisse in den Jahren 1999 und 2007 (in Prozent) ..	779
Tabelle 2: Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen (15- bis 64-Jährige) in Österreich von 1997 bis 2007	783
Tabelle 3: Erwerbs(tätigen)quote* von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren	784
Tabelle 4: Teilzeitquote** von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren	785
Tabelle 5: Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben nach dem Alter des jüngsten Kindes zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2005	791
Abbildung 1: Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen sowie von verheirateten Männern und Frauen im Jahr 2007 (in Prozent)	780
Abbildung 2: Beschäftigte im Dienstleistungssektor in den Jahren 1997 und 2007 (in Prozent)	781
Abbildung 3: Teilzeitquote von erwerbstätigen Männern und Frauen nach Alter im Jahr 2007	785
Abbildung 4: Gesamtfertilitätsraten (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau) in den Jahren 1989, 1999 und 2007	792
Abbildung 5: Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes in den Jahren 1999, 2007 und 2008	792
Abbildung 6: Alter beim Ausstieg aus dem Erwerbsleben in Österreich und in der EU 2005 (Median)	794
Abbildung 7: Erwerbstätigkeit von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren im Jahr 2007 (in Prozent)	797

1 Veränderungen im Verhältnis von Familie und Arbeitswelt und ihre Folgen

Ausgehend von internationalen Trends westlicher Industriegesellschaften mit dem Trendsetter USA zeigt sich in etlichen europäischen Ländern der voranschreitende Prozess gesellschaftlicher Entwicklung nicht nur in einem Einstellungs- und Wertewandel im Hinblick auf Familie und Erwerbsverhalten (vgl. Nave-Herz 2004, Schulz et al. 2005), sondern auch darin, dass sich die Grenzen zwischen Erwerb und Familie, Privatem und Öffentlichem, Arbeitszeit und Freizeit verschieben und durchlässiger werden (vgl. Jurczyk/Oechsle 2008, Jürgens 2007, Lange et al. 2005). Bedingt ist dies dadurch, dass sowohl im Bereich der Arbeitswelt als auch im Bereich Familie seit mindestens zehn Jahren grundlegende strukturelle Veränderungen deutlich hervortreten, die gleichzeitig und systematisch mit einem Wandel der Geschlechterverhältnisse verbunden sind. Diese zeitgleich verlaufenden, aber nicht aufeinander abgestimmten Prozesse werden seit Ende der 1990er-Jahre in der sozialwissenschaftlichen Forschung zunehmend als „Entgrenzung“ empirisch analysiert und theoretisch konzipiert (Gottschall/Voß 2003, Jurczyk et al. 2009); der Begriff Entgrenzung ist insgesamt zu einer wichtigen Formel für die sozialwissenschaftliche Diagnose des aktuellen gesellschaftlichen Wandels geworden (Honegger et al. 1999, Minssen 2000). Österreich ist von diesen Wandlungen gleichfalls betroffen, allerdings (noch) in moderaterem Ausmaß als etwa das Nachbarland Deutschland. Die Dynamik des „österreichischen Modells“ zeichnet sich durch dramatische Brüche seit den 1970er-Jahren im Beschäftigungs- und Sozialsystem aus, die oft unter der Oberfläche stattgefunden haben, ebenso aber durch bemerkenswerte Kontinuitäten, etwa hinsichtlich der Benachteiligung von Frauen sowie des Kollektivvertragssystems (Hermann/Atzmüller 2009).

Bezogen auf Arbeitswelt, Familie und ihr Verhältnis zueinander konkretisieren sich Entgrenzungen erstens in Richtung Deregulierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit, zweitens in Richtung Vervielfältigung von Familienformen und von Regularien familialen Binnenlebens sowie der Destandardisierung von biografischen Familien- und Erwerbsverläufen. Drittens erodiert die fordistische, geschlechtlich konnotierte Arbeitsteilung zwischen Familien- und Erwerbsbereich. Diese strukturelle, sachliche, zeitliche und räumliche Arbeitsteilung zwischen den gesellschaftlichen Sphären wurde mit der Industrialisierung die schrittweise auch wohlfahrtsstaatlich abgesicherte Grundlage des Funktionierens der gesamten Gesellschaft. Sie war verbunden mit der steigenden Produktivität des Erwerbsbereichs und ihrer „Kehrseite“, der Privatisierung des Familienbereichs. Verknüpft war dies mit der Zuweisung von Hausarbeit an Frauen und Erwerbsarbeit an Männer als Normalitätsfolien hierarchischer Geschlechterverhältnisse. Der aktuelle soziale Wandel führt zu einer Gefährdung dieses industriegesellschaftlichen „Reproduktionspaktes“ zwischen den Geschlechtern und den gesellschaftlichen Sphären.

Gleichzeitig verstärken auf politischer Ebene international beobachtbare Trends wie etwa die Beschäftigungsoffensive auf EU-Ebene („Lissabon-Strategie“), das arbeitsmarktpolitische Konzept der „Employability“ sowie das damit verwandte sozialpolitische Konzept des „aktivierenden Sozialstaates“ (Betzelt 2008) die Grenzverschiebungen im Verhältnis von

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Familie und Erwerb; dies gilt in Ansätzen derzeit auch für Österreich. Alle drei politischen Strategien wirken darauf hin, alle erwachsenen Individuen beschäftigungsfähig und auf dieser Basis verantwortlich für ihre ökonomische Eigenständigkeit zu machen (Ostner 2003). Die sog. Lissabon-Strategie konkretisiert dieses Ziel anhand einer EU-weit anzustrebenden Quote erwerbstätiger Frauen von mindestens 60 %, sie tangiert damit das fordistische Muster der sog. Nur-Hausfrau und Mutter.¹

Im folgenden Kapitel werden – nach einer kurzen theoretischen Konzeption des Spannungsverhältnisses von Erwerb und Familie unter Bedingungen von Entgrenzung – die zentralen empirischen Tendenzen der Entgrenzung der Erwerbsarbeit in den Vordergrund gerückt, weil von ihnen besonders starke Impulse auf die Veränderung des Verhältnisses von Arbeitswelt und Familie ausgehen. Hierbei werden ausgewählte Indikatoren hervorgehoben und mit Hilfe von Daten vorwiegend der amtlichen Statistik Österreichs näher beschrieben.

Aus den skizzierten Entwicklungen ergeben sich neue Belastungen und Chancen für die Gestaltung des Familienalltags, die Herstellung einer Work-Family-Balance („Vereinbarkeit“) und die Erbringung von Sorgeleistungen in Familien, die vorwiegend vor dem Hintergrund qualitativer Untersuchungen erläutert werden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass zu den Entgrenzungen der Erwerbsarbeit die Entgrenzungen der Familien selbst (Zunahme von Trennungen/Scheidungen, von Alleinerziehenden, nichtehelichen Lebensgemeinschaften auch mit Kindern sowie von Patchwork- bzw. Nachfolgefamilien) hinzutreten, die jedoch bereits in anderen Kapiteln des Berichtes näher beschrieben werden. Sie vermischen sich im Alltag der Familien zu einer komplexen Gemengelage, welche die Anforderungen an ein Grenzmanagement („Doing Boundary“) noch erhöhen und neue Umgangspraktiken mit dem Spannungsverhältnis von Erwerb und Familie hervorbringen, aber auch erfordern.

Dabei geht es schließlich auch darum, welche Auswirkungen das veränderte Verhältnis von Familie und Arbeitswelt auf die Leistungsfähigkeit von Familie als „Ganzem“, als System im Alltag hat, insbesondere wenn es um die Herstellung von Gemeinsamkeit und damit verbunden um die längerfristige Aufrechterhaltung des Systems Familie geht. Perspektivisch zeichnet sich eine in mehrfacher Hinsicht problematische „Reproduktionslücke“ ab. Zudem ergeben sich wiederum aus diesen neuen Spannungsverhältnissen – positive wie negative – Rückwirkungen auf den Erwerbsbereich.

Vor dem Hintergrund dieser Analysen werden Empfehlungen für Maßnahmen gegeben, die sich auf die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit von Familien im individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interesse richten.

¹ „Dem Europäischen Rat von Lissabon vom März 2000 zufolge sollen bis 2010 die Gesamtbeschäftigungsquote in der Europäischen Union auf 70 % und die Frauenbeschäftigungsquote auf über 60 % angehoben werden. Der Europäische Rat von Stockholm (März 2001) fügte dem zwei Zwischenziele und ein zusätzliches Ziel hinzu: Im Jahr 2005 sollten die Gesamtbeschäftigungsquote bei 67 % und die Frauenbeschäftigungsquote bei 57 % liegen. Bis 2010 muss die Quote für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer 50 % erreichen.“ Siehe http://europa.eu/scadplus/glossary/employment_de.htm

1.1 Konzipierung des Spannungsverhältnisses von Familie und Erwerbsarbeit unter den Bedingungen von Entgrenzung

Das Spannungsverhältnis entgrenzter Erwerbsarbeit und entgrenzter Familie ist zeitdiagnostisch in die Phase forcierter Modernisierung einzuordnen, in der die Widersprüche der Moderne aufbrechen und zur Normalität gewordene Strukturelemente wieder erodieren. Bezugspunkt ist die Theorie der späten Moderne (Giddens 1996, Heaphy 2007), der zufolge eine frühe, entwickelte sowie späte Moderne unterschieden werden können. Das Konzept der Entgrenzung dient wesentlich zur Charakterisierung der späten Moderne. Verstanden als analytisches Instrument ermöglicht es, zentrale Entwicklungen der Gesellschaft und der Erwerbswelt auf der Makro-, Meso- und Mikroebene zu erfassen. Das heuristische Konzept Entgrenzung als Metapher für eine zunehmende Brüchigkeit, Ausdünnung und zum Teil auch Auflösung bis dahin sicherer (oder zumindest für sicher gehaltener) struktureller Ab- und Be-Grenzungen von Sphären der Gesellschaft und des persönlichen Lebens erlaubt es, Aspekte einer forcierten Modernisierung von entwickelten Gesellschaften im Übergang zum 21. Jahrhundert zu beschreiben.

Auf der Mikroebene persönlicher Beziehungen führen die auf struktureller Ebene stattfindende Entgrenzung von Erwerbsarbeit sowie die Entgrenzung von Familie, die beide untrennbar verwoben sind mit der Entgrenzung der Geschlechterverhältnisse, zu einer neuen Qualität von Anforderungen an die selbstorganisierte Gestaltung des Alltags. Diese Gestaltung bezieht sich vor allem auf das Verhältnis von Erwerbstätigkeit und Familie, das infolge der Veränderungsprozesse eine sukzessive Auflösung der bisher typischen starren „fordistischen“ Trennung erfährt und nun verstärkt individuell, im Rahmen des privaten Lebenszusammenhangs, definiert und organisiert werden muss. Das Theorem der Entgrenzung geht davon aus, dass die Erosion vorgegebener gesellschaftlicher Strukturen durch individuelles Handeln kompensiert werden muss. Denn die gesellschaftlichen Teilbereiche Familie und Arbeitswelt wandeln sich nicht nur jeweils systemintern, sondern durch ihre strukturelle Verwobenheit verschiebt sich auch ihr Verhältnis zueinander. Damit wird das Thema der so genannten Vereinbarkeit unter einer neuen Perspektive beleuchtet, die über ihre „klassische“ Konzipierung als „teilmodernisiertes Ernährermodell“ mit vollzeiterwerbstätigen Vätern und teilzeiterwerbstätigen Müttern deutlich hinausgeht. Teilzeitarbeit für Frauen, die Fürsorgearbeiten übernehmen, scheint unter den Bedingungen von Entgrenzung keine hinreichende Lösung des Vereinbarkeitsproblems mehr zu sein.

Eingebettet ist die Veränderung im Verhältnis dieser beiden Subsysteme zueinander in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext, der strukturelle Entwicklungen wie etwa die Transformation von der Industrie- zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, die Machtkonzentration multinationaler Konzerne im Kontext der Globalisierung mit der Folge vermehrter beruflicher Mobilitätserfordernisse, den dreifachen demografischen Wandel (Sinken der Geburtenrate, Verschiebung des Alters bei Erst-Elternschaft nach hinten, Anstieg der Lebenserwartung) (s. u.) umfasst. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass Veränderungen des Verhältnisses von Familie und Arbeitswelt nicht losgelöst von stattfindenden Prozessen und Umbrüchen in einer post-fordistisch geprägten Gesellschaft sowie von global beobachtbaren Phänomenen gesehen und interpretiert werden können.

1.2 Ausgewählte Indikatoren der Entgrenzung von Familie und Arbeitswelt

Das Konzept der Entgrenzung der beiden gesellschaftlichen Subsysteme Familie und Arbeitswelt, das als heuristischer Rahmen dient, wird anhand ausgewählter Indikatoren empirisch konkretisiert. Dabei werden, soweit möglich, die Veränderungen systematisch unter Heranziehung empirischer Befunde der amtlichen Statistik für Österreich diskutiert. Viele der beschriebenen Entwicklungen differenzieren sich zudem sowohl hinsichtlich der Partizipation auf dem Arbeitsmarkt als auch der Gestaltung des Familienlebens und der Geschlechterrollen entlang des Migrationshintergrundes bzw. der ethnischen Zugehörigkeit, oft kumulieren hier durch Exklusions- oder Marginalisierungsprozesse soziale Benachteiligungen (Wallace et al. 2007). Migrant/-innen – besonders jene aus Nicht-EU-Ländern und hier besonders der Türkei – sind in geringerem Ausmaß erwerbstätig als im Inland Geborene, insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund² nehmen seltener am Erwerbsleben teil (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 50). Ausländische Staatsangehörige verfügen mehr als doppelt so häufig lediglich über einen Pflichtschulabschluss (16 % der Österreicher/-innen, 34 % der ausländischen Staatsangehörigen, 76 % der Türk/-innen und 48 % der Zuwander/-innen aus dem ehemaligen Jugoslawien [ebd.: 46]). Ohne dies an jeder Stelle ausführen zu können, ist entlang des „Intersektionalitätsansatzes“ (Knapp 2005) davon auszugehen, dass sich Geschlecht, Klasse und Ethnie zu komplexen Ungleichheitslagen verbinden, dabei die einzelnen Ungleichheitsdimensionen jedoch situationsabhängig jeweils mehr oder weniger im Vordergrund stehen können.

Die wichtigsten Aspekte, an denen Veränderungen der letzten zehn Jahre festgemacht und Entgrenzungstendenzen der Bereiche Familie und Arbeitswelt sichtbar werden, spiegeln sich in den folgenden Abschnitten wider. Im Zentrum stehen hier relevante Veränderungen des Erwerbsbereichs. Eine Einschränkung besteht jedoch darin, dass manche der im Folgenden zitierten Erhebungen nicht regelmäßig wiederholt wurden, so dass nicht immer Tendaussagen möglich sind. Zudem ist insgesamt kritisch festzuhalten, dass die erwerbs- und arbeitsmarktbezogenen Daten im Hinblick auf Familienstand- bzw. -form und auf Anzahl sowie Alter der Kinder – außer bei Teilzeitarbeit – meist nicht differenzieren, sondern höchstens nach Frauen/Männern unterscheiden. Dieser Mangel schränkt oft die Möglichkeiten ein, gezielte Aussagen hinsichtlich der Folgen von Veränderungen der Erwerbsarbeit für Familien zu machen. Er kann jedoch als Ausdruck davon gelesen werden, dass Erwerbsarbeit und Familienleben bislang kaum als interdependenter Zusammenhang gesehen wurden und deshalb auch in den Erhebungen bzw. Publikationen der amtlichen Statistik nicht systematisch berücksichtigt werden.

² Migrationshintergrund kann dabei sowohl bedeuten, im Ausland geboren zu sein als auch im Inland, jedoch mit anderem ethnischen Hintergrund oder anderer Nationalität als der österreichischen.

1.2.1 Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“? Veränderungen in den Beschäftigungsformen

Das so genannte Normalarbeitsverhältnis mit den Merkmalen lebenslanger, kontinuierlicher, sozial abgesicherter Vollzeitwerbstätigkeit ist nicht mehr der selbstverständliche Regelfall (Richter 2004: 184). Es galt vor allem für Männer und ist die erwerbsseitige Basis des so genannten „Male Breadwinner Model“. Im vergangenen Jahrzehnt nahm es zugunsten atypischer Beschäftigungsformen ab. Frauen haben immer schon eher atypisch gearbeitet, für erwerbstätige Männer hat diese Entwicklung jedoch andere Auswirkungen: durch die Infragestellung der Selbstverständlichkeit des Normalarbeitsverhältnisses wird die ökonomische Basis ihrer Ernährerrolle brüchig.

Einige exemplarische Zahlen: Im Zeitraum von 1999 bis 2007 ist eine Zunahme der befristeten Arbeitsverhältnisse (ohne Lehre) vor allem für Frauen zu beobachten: 1999 hatten 3,6 % der Männer und 3,4 % der Frauen einen befristeten Arbeitsvertrag in Form eines Lehrvertrages, sonstige befristete Beschäftigungsverhältnisse betrafen beide Geschlechter jeweils zu 4,4 % (Statistik Austria 2006b: Tabelle S. 41) Aufgrund einer Lehre war 2007 für 4,5 % der Männer und 3,1 % der Frauen der Arbeitsvertrag befristet. Andere befristete Arbeitsverträge betrafen Frauen mit 5,9 % stärker als Männer (4,3 %) (Statistik Austria 2008a: 55).

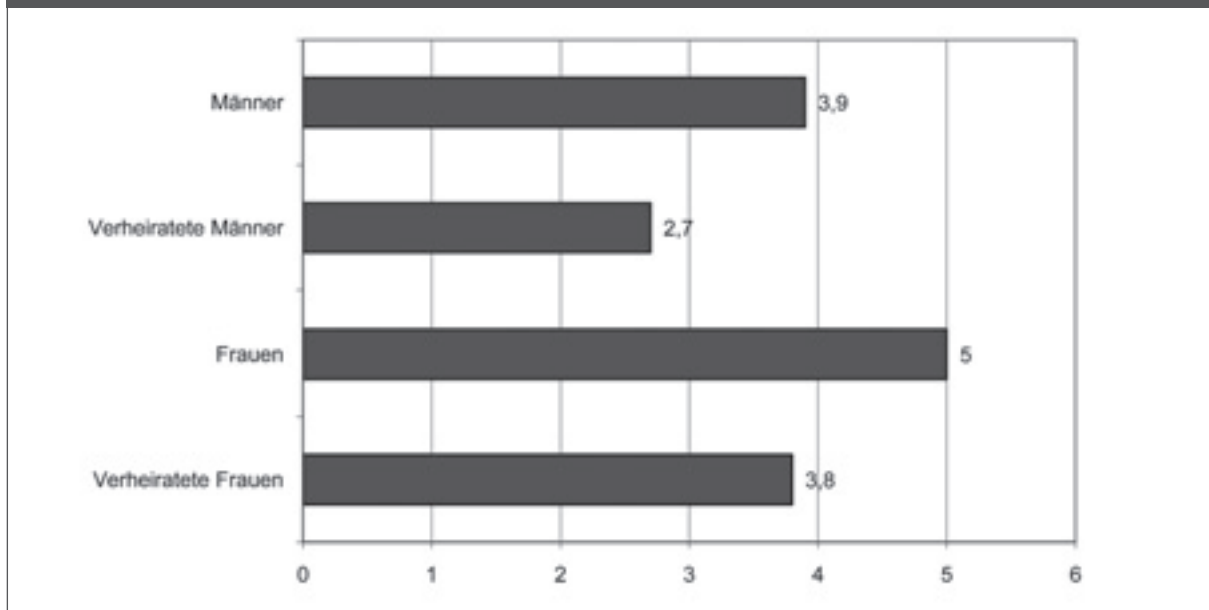
Tabelle 1: Befristete Arbeitsverhältnisse in den Jahren 1999 und 2007 (in Prozent)

	1999		2007	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Lehre	3,6	3,4	4,5	3,1
Sonstige	4,4	4,4	4,3	5,9

Quellen: Statistik Austria 2006b; Tabelle S. 41; Statistik Austria 2008a: 55.

Frauen sind derzeit außerdem stärker als Männer von Erwerbslosigkeit betroffen. 2007 lag die Arbeitslosenquote bei Männern bei 3,9 %, bei Frauen deutlich höher mit 5,0 %; Verheiratete haben eine niedrigere Arbeitslosenquote, sie liegt für Männer bei 2,7 % und für Frauen bei 3,8 % (ebd.: 63 f.). Allerdings schwankt das Zahlenverhältnis zwischen erwerbslosen Frauen und Männern; so lag im Jahresdurchschnitt 2006, berechnet nach den Wirtschaftssektoren, die Zahl der erwerbslosen Männer mit 7,1 % geringfügig höher als die der Frauen mit 6,4 % (Haller 2008: 296), im vierten Quartal 2008 bei den Frauen jedoch wiederum höher (bei 4,4 %) als bei den Männern (3,6 %) (Statistik Austria 2009f). Es bleibt abzuwarten, wie sich die geschlechtsbezogene Erwerbslosigkeit unter den Bedingungen der gravierenden aktuellen ökonomischen Krise entwickelt, da bereits seit längerem Arbeitsplätze im sekundären, produzierenden Sektor in dem deutlich mehr Männer beschäftigt sind, abgebaut bzw. im Kontext der Globalisierung ins Ausland verlagert werden. Die Umschichtung der Beschäftigtenstruktur hin zum tertiären Sektor ist auch in Österreich ein unumkehrbarer Trend seit Beginn des 20. Jahrhunderts (s. u.), allerdings weniger stark ausgeprägt als in anderen europäischen Ländern (Haller 2008: 275). Durch ihn haben langfristig die Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere von Frauen zugenommen, da viele der zuvor im Privathaushalt von Frauen erbrachten Leistungen wie bspw. Putzen, Erziehung und Pflege nun kommodifiziert werden (Wetterer 2002).

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Abbildung 1: Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen sowie von verheirateten Männern und Frauen im Jahr 2007 (in Prozent)

Quelle: Statistik Austria 2008a: 63 f.

Für beide Geschlechter steigt demgegenüber seit Anfang der 1980er-Jahre die Zahl prekärer und marginaler Erwerbstätigkeit (Haller 2008: 284). Geringfügige Beschäftigung nimmt von 1995 – 2007 absolut und relativ deutlich zu, sie verdoppelt sich bei Männern und fast ebenso bei Frauen. Gleichwohl sind Frauen insgesamt deutlich häufiger geringfügig³ beschäftigt als Männer: 2007 betrug der Frauenanteil an den geringfügig Beschäftigten 69 %; besonders hoch ist der Anteil der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse bei Arbeiterinnen (18 %) (Arbeiterkammer Wien 2008, BMASK o. J.).

Eine ähnlich starke Zunahme verzeichnen die „neuen Selbstständigen“⁴ und die „freien Dienstnehmer/-innen“ (ebd.). Im Gegensatz zur geringfügigen Beschäftigung sind bei den „freien Dienstverträgen“ und „neuen Selbstständigen“ keine großen Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen. Von erheblicher Bedeutung für den Erwerbsverlauf ist: Es gibt keine Hinweise darauf, dass diese Beschäftigungsformen nur temporär sind (Wernhart/Neuwirth 2007: 19), d. h. es kann von der Verstetigung eines ungesicherten Arbeitsmarktsegmentes ausgegangen werden. Die Ausdehnung dieser Tätigkeitsformen ist auch damit begründet, dass der Dienstleistungssektor mit seinen allgemein flexibleren Tätigkeitsanforderungen kontinuierlich expandiert. Waren im Jahr 1997 63 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor beschäftigt, hat sich dieser Anteil im Jahr 2007 auf 67 % erhöht, bei den Männern von 51,6 % auf 55,3 % und bei den Frauen von 77,9 %

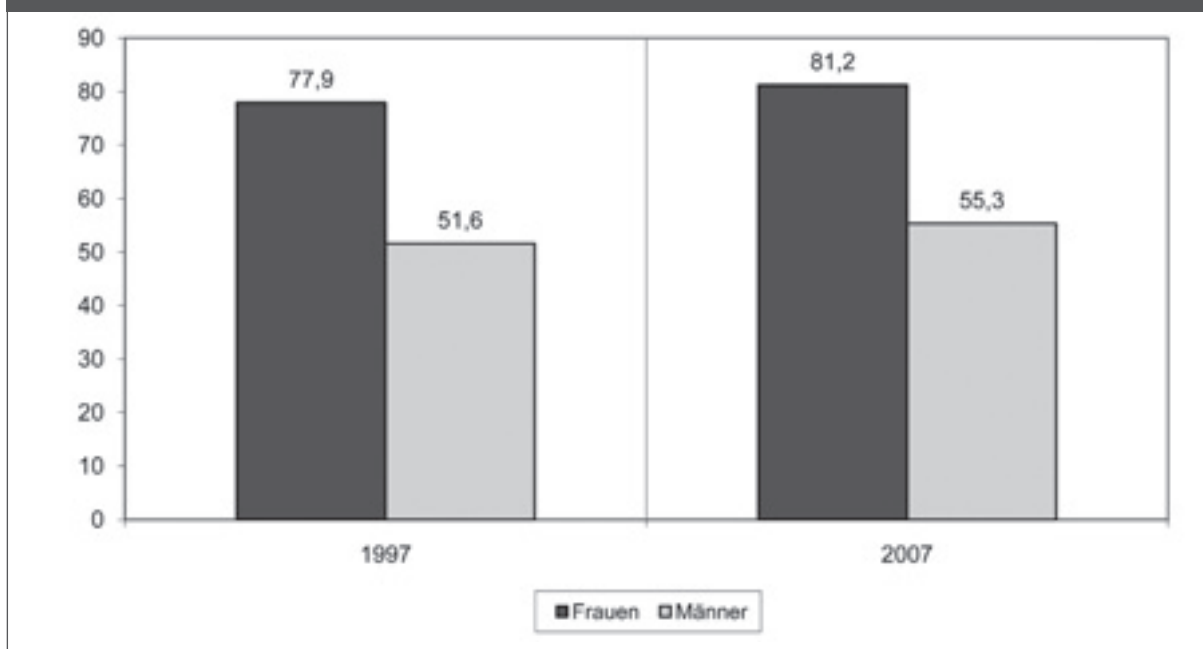
³ Geringfügig beschäftigt ist, wer bei regelmäßiger Beschäftigung (Dienstverhältnis für einen Monat oder für unbestimmte Zeit) nicht mehr als 357,74 Euro (Stand: 1.1.2009) im Monat verdient oder wer bei fallweiser Beschäftigung (Dienstverhältnis kürzer als ein Monat) nicht mehr als durchschnittlich 27,47 Euro pro Arbeitstag verdient (Arbeiterkammer Wien 2009).

⁴ „Neu“ meint hier vor allem die nichtlandwirtschaftlichen Selbstständigen. Neue Selbstständige sind Personen, die aufgrund einer betrieblichen Tätigkeit steuerrechtlich Einkünfte aus selbstständiger Arbeit erzielen und die für diese Tätigkeiten keine Gewerbeberechtigung benötigen. Ihre betriebliche Tätigkeit üben Neue Selbstständige im Rahmen eines Werkvertrages aus (http://www.help.gv.at/88/880004_f.html). Häufig findet sich Neue Selbstständigkeit im wissenschaftlichen, journalistischen oder beratenden Bereich sowie in der IT-Branche.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

auf 81,2 % (Statistik Austria 2008a: Tabelle S. 51). Dabei konzentrieren sich vor allem Frauen auf wenige Berufe: 60 % der Frauen und immerhin noch 43 % der Männer üben 2007 die jeweils fünf wichtigsten Berufe aus. Diese sind bei den Frauen den Dienstleistungsberufen im weitesten Sinn zuzuordnen, während bei den Männern die beiden wichtigsten Berufe Handwerksberufe sind (Statistik Austria 2008a: 53).

Abbildung 2: Beschäftigte im Dienstleistungssektor in den Jahren 1997 und 2007 (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria 2008: 53.

Männer und Frauen wechselten nach Daten des Mikrozensus 2000 zu jeweils 58 % zumindest einmal in ihrer gesamten Berufslaufbahn den Arbeitgeber.⁵ Bei höherer Schulbildung waren die Arbeitsverhältnisse stabiler. Im Jahr 2007 betrug die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit der Erwerbstätigen (inklusive Selbstständigen) 10,2 Jahre, wobei Männer mit durchschnittlich 11,1 Jahren um zwei Jahre länger bei einem Arbeitgeber beschäftigt waren als Frauen mit 9,1 Jahren (Statistik Austria 2008a: 55). Eine qualitative Studie zu Wiedereinsteigerinnen zeigt allerdings bei einem genaueren Blick, dass insbesondere Frauen durch die „Abwechslung von Ausbildungs-, Erwerbs- und Familienphasen kaum kontinuierliche Lebensläufe aufweisen, fragmentierte Ausbildungs- und Berufsbiographien sind dagegen normal“ (Wächter et al. 2006: 10). Dies hat auch damit zu tun, dass sie im Nachhinein mit ihrer (frauentypischen) Berufswahl sehr unzufrieden sind (ebd.).

⁵ Laut Auskunft des Statistischen Zentralamts Österreich war dies eine Sondererhebung und wurde später nicht mehr gefragt. Eine Trendaussage kann hier deshalb nicht gemacht werden. Gleichwohl weisen Ergebnisse der Bildungs- und Berufsforschung aus (Ost-)Deutschland darauf hin, dass Ausbildungen weniger eindeutig auf bestimmte eingegrenzte Berufe vorbereiten und im Berufsverlauf häufigere Wechsel zwischen verwandten Tätigkeitsfeldern und damit auch Arbeitgebern stattfinden (Berger 1995, 1997) Entsprechende Hinweise finden sich für Österreich insbesondere bezogen auf junge Erwachsene bei Richter (2004: 183).

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Bei Männern waren eher aufstiegsorientierte Karrieren (45 %) festzustellen, die bei Frauen nur zu 25 % vorkamen. Am häufigsten war dabei der Aufstieg vom Lehrling zum Facharbeiter. „Als die charakteristische Laufbahn für Frauen kann die ‚steady-state-Karriere‘ angesehen werden – beinahe vier von zehn Frauen fallen in diese Kategorie“ (BMSG 2002: 55). Das bedeutet, dass Frauen eher als Männer während ihrer gesamten beruflichen Laufbahn auf einem Karriereniveau bzw. innerhalb der Kategorie Selbstständige, Arbeiter oder Angestellte verbleiben (Haller 2008: 311). Entsprechend finden sich in den höheren beruflichen Positionen – bei den Vorarbeiter/-innen und Meister/-innen sowie bei den führenden Angestellten – nach wie vor mehr Männer, während unter den Arbeiter/-innen und Angestellten mit Hilfstätigkeit der Frauenanteil höher ist (Statistik Austria 2008a: 51).

Fasst man die Entwicklungen des „Normalarbeitsverhältnisses“ zusammen, so zeigt sich, dass Frauen zwar insgesamt häufiger als Männer in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, Männer jedoch – soweit aufgrund der Datenlage Tendaussagen möglich sind – zunehmend von der Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ erfasst sind. Für sie ist das eine neue Entwicklung, die destabilisierend auf ihre Position und ihr Selbstverständnis als Familienernährer wirkt. Diese Entwicklung auf Seiten der Männer wird nicht kompensiert durch stärker regulierte Beschäftigungsverhältnisse auf Seiten der Frauen. Damit entspricht das Erwerbsmuster beider Eltern seltener einem gesicherten Normalarbeitsverhältnis, was die erwerbsbezogenen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Familienlebens insgesamt weniger verlässlich macht. Gleichzeitig macht die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses von Männern jedoch die Zweiverdienerfamilie notwendiger.

1.2.2 Erwerbsspartizipation: Partielle Verringerung des „Gender Gap“

Die Erwerbsspartizipation von Frauen stellt das beschriebene fordistische Arbeitsteilungsmuster zunehmend in Frage. In den EU-Ländern ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit dem Jahr 2000 signifikant gestiegen; in diesem Zeitraum verringerte sich der Unterschied zwischen Frauen und Männern von 17,1 Prozentpunkten im Jahr 2000 auf 14,2 Prozentpunkte im Jahr 2007 (Eurostat 2008: 2). Dieser EU-weite Trend zunehmender Frauenerwerbstätigkeit lässt sich auch für Österreich nachweisen, damit verringert sich dort der Gender Gap in der Erwerbsspartizipation von Frauen und Männern. Dies hängt eindeutig auch mit dem Strukturwandel des Arbeitsmarktes vom sekundären zum tertiären Sektor zusammen (Wernhart/Neuwirth 2007: 17), Frauen arbeiten verstärkt im Dienstleistungssektor (Statistik Austria 2008a: Tabelle S. 51) (s. o). Dies gilt für ganz Europa.

Lag die Erwerbsbeteiligung von Frauen (15- bis 64-Jährige) in Österreich im Jahr 1997 noch bei 58,4 %, so ist sie im Jahr 2007 bereits bei 64,4 %. Die Differenz zur Erwerbsbeteiligung der Männer beträgt damit (nur) noch 14 Prozentpunkte.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Tabelle 2: Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen (15- bis 64-Jährige) in Österreich von 1997 bis 2007⁶

Jahr	Männer	Frauen
1997	77,2	58,4
1998	77,0	58,5
1999	77,5	59,4
2000	77,3	59,4
2001	76,6	59,9
2002	76,4	61,2
2003	76,4	61,6
2004	74,9	60,7
2005	75,4	62,0
2006	76,9	63,5
2007	78,4	64,4

Quelle: Statistik Austria 2008: Tabelle 9.⁷

Entsprechend ist der Anteil an Nicht-Erwerbspersonen unter den Frauen in der Zeit von 1999 bis 2007 von ca. 40 % auf ca. 36 % gesunken (Eurostat 2007a: 1). Migrant/-innen weisen geringere Erwerbstätigenquoten auf als Österreicher/-innen, besonders stark sind die Unterschiede bei der Berufstätigkeit von Frauen. In der Türkei geborene Frauen sind nur zu 40 % berufstätig, Frauen aus anderen Ländern zu 50 % (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 50).

Von besonderer Bedeutung für Familien ist, dass der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit wie in der gesamten EU vor allem auf die erhöhte Erwerbstätigkeit von Müttern zurückzuführen ist (Statistik Austria 2008a: 47). Allerdings spielt das Vorhandensein von Kindern für die Beteiligung der Mütter am Erwerbsleben immer noch eine entscheidende Rolle: Mütter zwischen 25 und 54 Jahren mit Kindern unter sieben Jahren haben in der EU⁸ höhere Nichterwerbsquoten als Frauen dieser Altersgruppe ohne kleine Kinder (33,6 % vs. 20,7 %) (Eurostat 2007a: 3). Bei Männern ist dieser Zusammenhang umgekehrt: das Vorhandensein kleiner Kinder verringert ihre Nicht-Erwerbsquote (ebd.) von 9 % auf 3,6 %.

Anzahl und Alter der Kinder beeinflussen die Erwerbsbeteiligung von Müttern signifikant: Je mehr Kinder eine Frau hat und je jünger das erste Kind ist, desto geringer ist diese. Bei Frauen mit Kindern steigt die Nichterwerbsquote bei mehr als einem Kind (ebd.). 2007 waren 15,9 % der Mütter mit Kindern unter einem Jahr, 21,8 % der Frauen mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren aktiv erwerbstätig (also nicht in Elternkarenz) (Statistik Austria 2008d: 22). Die Erwerbstätigenquote beträgt bei Frauen mit einem Kind unter 15 Jahren 76 %, bei Frauen mit zwei Kindern 68,6 % und bei Frauen mit drei und mehr Kindern 50,1 % (Statistik Austria 2008d: 23).⁹

⁶ Einschl. der Personen in Elternkarenz und Kinderbetreuungsgeldbeziehenden mit aufrechtem Dienstverhältnis, deren Karenzierung nicht länger als 22 Monate dauert.

⁷ Statistik Austria, Mikrozensus bzw. Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Bis 2003: Durchschnitt der Erhebungen im März, Juni, September und Dezember. Ab 2004: Jahresdurchschnitt über alle Wochen. Zeitreihenbruch von 2003 auf 2004 auf Grund der Erhebungsumstellung. Erwerbstätige (Labour Force-Konzept) in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildienstler.

⁸ Zahlen für Österreich sind nicht extra ausgewiesen.

⁹ Der Grund für die – zunächst überraschende – hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen mit Kindern liegt darin, dass Frauen mit Kindern (alle Altersgruppen zusammen) höhere Erwerbstätigenquoten als Frauen ohne Kinder haben, weil sie normalerweise jünger sind, d. h. der Alterseffekt ist höher als der „Kinder-Effekt“.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Tabelle 3: Erwerbs(tätigen)quote* von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren

	Erwerbs(-tätigen)quote (in %)*
2000	72,5
2001	74,1
2002	75,1
2003	75,8
2004	71,5
2005	70,0
2006	70,6
2007	70,6
2008	72,2

*Bis 2003 Erwerbsquote, ab 2004 Erwerbstätigenquote¹⁰
Quelle: Statistik Austria 2009c; eigene Berechnungen

Auf ein – zumindest teilweises – Fortbestehen traditioneller Erwerbsmuster weist auch hin, dass verheiratete Männer im Vergleich zu Ledigen und Geschiedenen häufiger berufstätig sind, Frauen hingegen seltener (Statistik Austria 2008a: 50). Alleinerziehende sind zu einem höheren Anteil erwerbstätig als Ehefrauen und Lebensgefährtinnen mit Kindern – bei Frauen mit Kindern unter 15 Jahren zu 75,7 % (Statistik Austria 2008d: Tabelle S. 77). Dieser Unterschied hat vermutlich im Wesentlichen einen ökonomischen Grund: Alleinerziehende haben einen erhöhten Druck, das Einkommen allein zu sichern.

Trotz gewisser Annäherungen bei der Erwerbsspartizipation von Frauen und Männern besteht ein entscheidender Unterschied im Ausmaß der Erwerbstätigkeit, denn die Zunahme der Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit findet fast ausschließlich – wie bspw. auch in Deutschland und vor allem in den Niederlanden – in Form von Teilzeitarbeit statt. 22,6 % aller unselbstständig Erwerbstätigen in Österreich gaben an, 2007 teilzeitbeschäftigt gewesen zu sein. Der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen betrug 41,2 %, bei den Männern jedoch nur 7,2 % (Statistik Austria 2008a: 58). Die Teilzeitquote der Frauen in Österreich liegt damit über dem europäischen Durchschnitt. Deren Spannweite ist extrem groß, sie liegt im Jahr 2005 zwischen 75,1 % in den Niederlanden und 4,1 % in der Slowakei (Österreich 39,3 %) (Stadler 2006: 30). Je jünger die Kinder sind und je mehr Kinder erwerbstätige Frauen haben, um so eher gehen sie einer Teilzeitbeschäftigung nach (Statistik Austria 2008d: 23).

¹⁰ Die Erwerbsquote ist der Anteil der Erwerbspersonen, d. h. der Erwerbstätigen und Arbeitslosen an der Bevölkerung in Privathaushalten, ohne Präsenz- und Zivildienere, jeweils für eine bestimmte Alterskategorie. Dieser Wert wird gewöhnlich für die 15- bis 64-Jährigen oder für detailliertere Altersgruppen berechnet (z. B. Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen). Die Erwerbstätigenquote ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in Privathaushalten, ohne Präsenz- und Zivildienere. Die Erwerbstätigenquote wird üblicherweise für die 15- bis 64-Jährigen ausgewiesen (Strukturindikator der EU, Kurzliste). Gliederungen nach anderen Altersgruppen werden ebenfalls publiziert (Statistik Austria 2008a: 76).

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

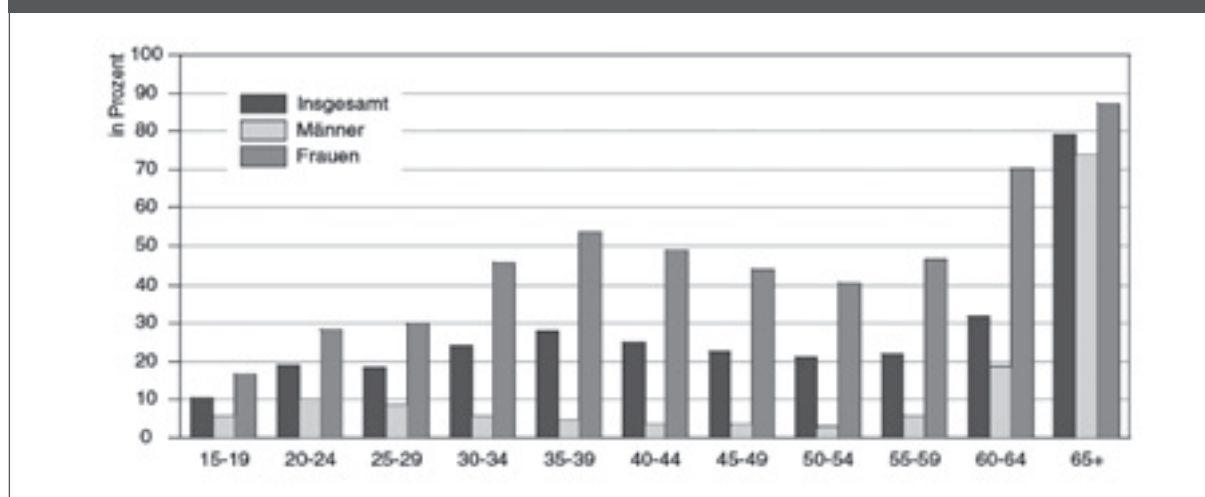
Tabelle 4: Teilzeitquote von Müttern mit Kindern unter 15 Jahren**

	Teilzeitquote (in %)**
2000	54,5
2001	56,4
2002	59,2
2003	60,5
2004	63,5
2005	67,9
2006	69,6
2007	70,4
2008	71,8

**Bezogen auf Unselbstständige ohne Karenzurlaubenden bzw. Frauen in Elternkarenz.
Quelle: Statistik Austria 2009c; eigene Berechnungen

Trotz der Annäherung der Erwerbsquoten von Frauen und Männern trägt also die Teilzeitarbeit als die vorherrschende Form, in der Mütter erwerbstätig sind, zur Aufrechterhaltung der traditionellen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Beruf und Familie bei.

Besonders hoch sind die Anteile teilzeitbeschäftigter Frauen im Alter von 30 bis 44, also in dem Alter, in das normalerweise nach der Familiengründung und nach der Elternkarenz die intensive Phase der Kinderbetreuung fällt. Ein zweiter Anstieg der Teilzeitquoten von Frauen findet sich auch im Alter ab 55 Jahren, wie der folgenden Abbildung zu entnehmen ist.

Abbildung 3: Teilzeitquote von erwerbstätigen Männern und Frauen nach Alter im Jahr 2007

Quelle: Statistik Austria 2008: Grafik 5.

Entsprechend gaben auch 39,2 % der Frauen als Grund für die Teilzeittätigkeit Betreuungspflichten für Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene an. In einer repräsentativen Untersuchung des ÖBIG waren rund 79 % der pflegenden Angehörigen weiblich (ÖBIG 2005: I). Bei den Frauen lag das Durchschnittsalter der pflegenden Angehörigen bei 58 und bei den Männern bei 61 Jahren (ebd.: 12). 30 % aller Hauptpflegepersonen gingen

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

zum Zeitpunkt der Befragung einer bezahlten Erwerbstätigkeit nach, was einer Zunahme von 7 % seit dem Jahr 1997 entspricht (ebd.: 19). Je höher die Pflegestufe, desto seltener können die Pflegenden erwerbstätig sein (ebd.).

Dies weist darauf hin, dass es nicht nur ein Vereinbarkeitsproblem – meist für Frauen – von eigener Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung, sondern zunehmend auch von Erwerbstätigkeit und Pflege gibt. Angesichts des demografischen Wandels wird sich dieses Problem deutlich verschärfen, da weniger (weibliche) Erwachsene der mittleren Generation für die Pflege der immer älter werdenden Eltern zur Verfügung stehen, diese (pflegenden) Frauen jedoch häufiger als früher gleichzeitig selbst erwerbstätig sind.

Bei Männern spielt demgegenüber die schulische oder berufliche Fortbildung die größte Rolle als Grund für Teilzeitarbeit (23,2 %), Frauen geben dies nur zu 6,9 % als Grund an (Statistik Austria 2008a: 59).

Zusammenfassen lässt sich, dass die steigenden Erwerbstätigenquoten von Frauen und Müttern zwar die Selbstverständlichkeit der fordistischen Arbeitsteilung zwischen Beruf und Familie, Frauen und Männern tendenziell in Frage stellen. Dadurch, dass Mütter jedoch überwiegend Teilzeit arbeiten und ihr Erwerbsengagement durch Anzahl und Alter der Kinder sowie durch die Übernahme der Pflege älterer Angehöriger in erheblicher Weise modifiziert wird, kann von einer Schließung des Gender Gap keine Rede sein. Österreich favorisiert auch im EU-Vergleich stark das teilmodernisierte Ernährermodell, Teilzeitarbeit gilt hier nach wie vor als entscheidende „Lösung“ des Vereinbarkeitsproblems. Erwerbsbezogene Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern sind in der Folge auch stark dadurch geprägt, dass die große Verbreitung von Berufsunterbrechungen und Teilzeitarbeit bei Frauen nach wie vor deren Einkommens- und Aufstiegschancen deutlich mindert.

1.2.3 Zeitliche Entgrenzung von Familie und Arbeitswelt im Alltag

Arbeitszeiten markieren die Trennlinie zwischen Erwerbs- und Privatleben; sie haben dadurch sowohl eine Schutzfunktion für Regeneration und Familie als auch eine restriktive Funktion, indem sie Grenzen zwischen den Bereichen festlegen, die oft nicht selbst gewählt sind. Der Normalarbeitstag mit durchschnittlich acht Arbeitsstunden am Tag, die immer zur gleichen Zeit, meist zwischen 8 und 16 Uhr an den Wochentagen erbracht werden, verliert jedoch seine Funktion als feste und allgemeinverbindliche zeitliche Institution, die das Arbeits- und damit auch das Familienleben der Menschen regelt (Seifert 2007). Die Veränderungen in der zeitlichen Dimension (z. B. in den Erwerbsarbeitszeitmustern) sind geschlechtsspezifisch unterschiedlich. Von Bedeutung sind dabei zwei Indikatoren, nämlich die Lage der Arbeitszeiten und die Dauer. Die aktuellen Daten für Österreich werden ergänzt um ausgewählte EU-bezogene Daten, um die österreichische Situation in einen europäischen Kontext zu stellen.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Neben der bereits beschriebenen hohen Teilzeitquote von Müttern tragen weitere zeitliche Entgrenzungen zu einer Erosion der zeitlichen Trennlinien von Erwerb und Familie bei. Dies betrifft zum ersten eine im EU-Durchschnitt relative hohe Anzahl von Überstunden (von denen insbesondere Männer betroffen sind):¹¹ Überstunden oder Mehrstunden leisteten im Jahr 2007 24,2 % der unselbstständig Erwerbstätigen (ohne Elternkarenz), 30,2 % bei den Männern und 17 % bei den Frauen (Statistik Austria 2008a: 62). Im Jahr 2008 arbeiteten Vollzeitbeschäftigte in Österreich durchschnittlich 44 Stunden pro Woche (Durchschnitt EU 27: 41,8 %) (Eurostat 2009).¹²

Zum Zweiten ist eine Ausdehnung flexibler Arbeitszeiten insbesondere der Samstags-, aber auch der Sonntags- und Nachtarbeit festzustellen (Statistik Austria 2008a: 56). Im Jahr 2007 berichteten 32 % der Erwerbstätigen von regelmäßiger Samstagsarbeit, 17 % von regelmäßiger Sonntagsarbeit und 14 % von regelmäßiger Abendarbeit. Regelmäßig nachts arbeiteten 8,8 % der Männer und 4,4 % der Frauen, regelmäßige Abendarbeit leisteten 14 % der Männer und 9 % der Frauen (Statistik Austria 2008a: 56). Nach einer auf der Mikrozensus-Erhebung 1997 beruhenden Studie zu Arbeitszeitformen arbeiteten damals 22 % regelmäßig am Wochenende, 10 % regelmäßig am Abend sowie 9 % nachts. Im Jahr 1997 galt noch das Nachtarbeitsverbot für Frauen – unter den Unselbstständigen arbeiteten 11 % der Männer und 5 % der Frauen regelmäßig nachts (Hammer 1998).¹³ Fragt man jedoch nicht nach regelmäßig geleisteten Arbeitszeiten, sondern konkreter nach dem Zeitraum vier Wochen vor der Befragung, so ergeben sich höhere Werte: Für das Jahr 2007 geben 45 % der Erwerbstätigen an, zumindest einmal am Samstag gearbeitet zu haben, 26 % sonntags, 35 % abends und 20 % nachts (Statistik Austria 2008a: 56).

Insbesondere im (weiblichen) Dienstleistungsbereich dehnen sich untypische „Rund-um-die-Uhr-Arbeitszeiten“ aus, da Dienstleistungstätigkeiten nicht im industriell fest getakteten Rhythmus erbracht werden (können), sondern kunden- und aufgabenorientiert sind. Der Dienstleistungsbereich weist zwar mit 33,3 Stunden im Vergleich mit den anderen Sektoren die geringste tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit auf (Statistik Austria 2008a: 61), da es hier besonders viel Teilzeitarbeit gibt, gleichzeitig findet sich hier aber eine besonders hohe Flexibilität der Arbeitszeiten. Dies deutet auf eine ähnliche Tendenz wie in Deutschland hin, wo der typische Frauenarbeitsbereich Einzelhandel inzwischen eine massive Ausdehnung der Arbeitszeiten bis 20 Uhr und länger sowie auch regelmäßige und lange Samstagsarbeit aufweist (Meissner et al. 2002).

Die Zunahme von individuellen Arbeitszeitvereinbarungen und Jahresarbeitszeitmodellen (Statistik Austria 2005: 11 f.), die beide Geschlechter etwa gleich betrifft, bietet jedoch auch neue Chancen. Aushandlungsmöglichkeiten für einen kleinen Teil der (eher qualifi-

¹¹ Eine evtl. Verzerrung ergibt sich dadurch, dass im Personenfragebogen von Statistik Austria (Frage D18) im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern explizit die Frage nach der „normalen Arbeitszeit“ einschließlich regelmäßig geleisteter Überstunden und Mehrstunden gestellt wird. Eine weitere, zumindest kurzfristige Verzerrung der Entwicklungstrends ergibt sich nicht nur durch die Umstellung der Erhebung 2004, sondern auch durch die Veränderung von Fragestellungen etwa zu Arbeitszeiten zum selben Zeitpunkt. In der Folge „erhöhen“ sich die Arbeitszeiten zwischen 2003 und 2004 sprunghaft um fast drei Wochenstunden – was ein statistisches Artefakt darstellt.

¹² Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden. Dazu zählen alle Arbeitsstunden einschließlich der normalerweise geleisteten (bezahlten oder unbezahlten) Überstunden; siehe jedoch zur Relativierung dieser Angaben Fußnote 10.

¹³ Dieser Vergleich ist jedoch mit Vorsicht zu betrachten, da die Zahlen in den beiden Datenquellen unterschiedlich beschrieben werden.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

ziert) Beschäftigten mit „bargaining power“ können zur Schaffung individueller Arrangements genutzt werden, die auf die Bedarfe der Familie Rücksicht nehmen. Eine andere, wichtige Strategie vieler betreuungspflichtiger Erwerbstätiger ist die Suche nach „Auszeiten“, etwa dem Verschieben des täglichen Arbeitsbeginns oder -endes im Rahmen von Gleitzeit, um familiäre Aufgaben flexibel übernehmen zu können. Über 60 % der Erwerbstätigen haben hierzu die Möglichkeit. Frauen geben häufiger als Männer an, in den letzten zwölf Monaten aufgrund familiärer Notfälle freigenommen zu haben (Statistik Austria 2006a: 12). Zudem zeigt sich, dass die Arbeits- und Urlaubszeiten von den Öffnungs- und Schließzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen beeinflusst werden (ebd.).

Neben der nicht selbstbestimmbaren Flexibilität bei der Lage der Arbeitszeiten kann jedoch auch deren Dauer zum Problem für Familien werden. Die durchschnittliche Normalarbeitszeit bei Männern betrug im Jahr 2007 bei Männern 43,4 Stunden, bei Frauen 33,7 Stunden (Statistik Austria 2008a: 59). Zwar sind auch hier die meisten Daten nicht speziell nach deren Familienstand errechnet, doch weisen internationale Studien darauf hin, dass zu Paararbeitszeiten addierte Arbeitszeiten vor allem in (hoch)qualifizierten Berufen Wochenarbeitszeiten von mehr als 80 Stunden ergeben. Diese werden für Familien vor allem dann zum Problem, wenn sie versetzt zueinander liegen, so dass kaum noch gemeinsame Zeiträume gegeben sind (Klenner/Pfahl 2008).

Zusammenfassen lässt sich nach Stadler (2006: 43), dass (a) die Normalarbeitszeit in Österreich im Vergleich zu anderen Ländern der EU relativ hoch ist, (b) viele geleistete Überstunden zu diesen hohen Arbeitszeiten beitragen, (c) umso mehr Überstunden geleistet werden, je höher die ausgeübte Tätigkeit ist, sowie (d) der Abstand zwischen Teilzeitarbeit bei Frauen und bei Männern ebenfalls besonders groß ist (ebd.: 32). Dieser liegt nur noch in Luxemburg höher. Vor allem ist aber die Flexibilität der Arbeitszeiten von Bedeutung: Sie stellt die Grenzen zwischen Arbeitstag und Feierabend, Arbeitswoche und Wochenende in Frage, die für Familien „Zeitinstitutionen“, d. h. feste und verlässliche Zeiten für Gemeinsamkeit boten. Insbesondere die Unregelmäßigkeit von Arbeitszeiten und ihre Lage zu „unsozialen“ Zeiten wie etwa am Samstagabend erhöhen die Notwendigkeit, Abstimmungen zur Erledigung der Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege zu treffen sowie gemeinsame Familienzeit zu finden und gegenüber den Übergriffen der Erwerbsarbeit zu schützen.

1.2.4 Räumliche Entgrenzungen der Familien- und Arbeitsorte

Auch in der räumlichen Dimension entgrenzt sich das Verhältnis von Familie und Erwerb. Dabei geht es vor allem um die berufliche Mobilität bzw. die beruflich- und/oder ausbildungsbedingten Mobilitätserfordernisse, die auf unterschiedlichen Ebenen in Einklang mit Familie zu bringen sind. Bezogen auf die Familiengründungsphase führen sie beispielsweise zu anderen Herausforderungen als im Alltag einer bereits etablierten Familie.

Berufsbedingte Mobilität ist statistisch bislang unzureichend erfasst. Zu unterscheiden sind die Mobilität zwischen mehreren Arbeitsorten, der tägliche Arbeitsweg sowie ein Pendeln über mehrere Tage, eine ganze Arbeitswoche oder sogar länger. Die Zahl der Gemeinde-Auspendler/-innen hat zwischen 1991 und 2001 um ein Fünftel zugenommen (Statistik Austria 2004: 19), auch verzeichnen Dienst- und Geschäftsreisen von 2000 bis 2007 einen deutlichen Anstieg (Statistik Austria 2008b: 6). Eine weitere Art der räumlichen Entgren-

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

zung durch Berufsarbeit findet dadurch statt, dass – ermöglicht durch neue Technologien – von 21 % der Beschäftigten Arbeit mit nach Hause genommen wird (Statistik Austria 2008a: 24), überwiegend in Form von Telearbeit.

Vor allem Dienstreisen und das Wochenendpendeln nehmen zu, aber auch längere berufliche, teilweise internationale oder transkontinentale Abwesenheiten im Zuge der Globalisierung (Schneider et al. 2002, Schneider/Collet 2009). Dabei ist insbesondere die grenzüberschreitende beruflich bedingte Mobilität, d. h. die „neue/alte“ Arbeitsmigration (Lutz 2008) statistisch bislang kaum abgebildet. Seit dem letzten österreichischen Familienbericht ist die Zuwanderung angestiegen, seit dem Jahr 2006 durch geänderte gesetzliche Bestimmungen jedoch wieder zurückgegangen (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 24). Was aber in diesen Wanderungsbewegungen meist nicht sichtbar wird, sind die oft nonlegal arbeitenden Transmigrant/-innen, die private Haus- und Pflegearbeit – besonders für Ältere – übernehmen (Rerrich 2006). Deren Zahl wird in Deutschland auf mehrere Hunderttausend geschätzt (ebd.), Hintergrund sind der sich abzeichnende drastische Fachkräftemangel sowie zu hohe Kosten für die Privathaushalte bei Inanspruchnahme von ausgebildetem Pflegepersonal. Für Österreich wurden in den Medien Zahlen von ca. 40 000 illegalen Pflegekräften für alte Menschen genannt. Diese dürften jedoch zu hoch gegriffen sein – eine Schätzung aus dem Jahr 2005 kommt auf 400 bis 2 400 vollzeitäquivalente Pflegekräfte und 600 bis 3 600 vollzeitäquivalente Kräfte auf Heimhilfeniveau (Ludwig Boltzmann Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie 2005: 37). Allerdings handelt es sich hierbei statistisch und rechtlich um einen Graubereich, der erst langsam in das Blickfeld von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft rückt, jedoch Ausdruck struktureller Nicht-Passungen zwischen Care, Familie und Arbeitswelt ist (Rerrich 2006).

Zu dieser vielfältigen beruflich bedingten Mobilität tritt eine familial bedingte Mobilität hinzu. Zwar ist Familie prinzipiell eher als Netzwerk denn als Haushalt zu verstehen, doch tragen zunehmende Trennungen und Scheidungen zur Multilokalität von Familien bei, sie erfordern die Mobilität der Kinder oder des außer Haus wohnenden Elternteils. Lag die Gesamtscheidungsrate im Jahr 1998 noch bei 39 %, so ist sie im Jahr 2007 auf 49,5 % gestiegen – über die Auflösung nichtehelicher Lebensgemeinschaften existieren keine Daten. Von den 2007 geschiedenen Paaren haben 57,5 % Kinder. Für beide Eltern führt die Scheidung zu erhöhten Kosten – etwa durch die Notwendigkeit, zwei Wohnungen zu erhalten –, Unterhaltszahlungen und Mobilitätskosten.

Für Frauen kann eine Scheidung wiederum die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder deren Ausweitung notwendig machen und damit auch Mobilitätsbedarfe erhöhen – die Erwerbstätigenquote von geschiedenen Frauen ist höher als jene von verheirateten Frauen (Statistik Austria 2008a: 50). Hinzu kommt, dass die Anzahl der Eheschließungen insgesamt abnimmt. Im Jahr 2007 wurden auf 1 000 der Bevölkerung 4,3 Ehen geschlossen, im Vergleich zu 5,2 im Jahr 1997 (Statistik Austria 2008e: Tabelle S. 28), in den 1960er-Jahren waren es noch acht Eheschließungen. Dagegen nehmen neue Partnerschaftsformen wie nichteheliche Lebensgemeinschaften und Living-Apart-Together-Beziehungen zu, die auch im Hinblick auf finanzielle Verbindlichkeiten gegenüber dem Partner bzw. der Partnerin – sowohl während einer bestehenden Beziehung als auch nach der Trennung – anderen rechtlichen Voraussetzungen unterliegen. Auch diese Entwicklungen erhöhen die Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Man kann zusammenfassen, dass sowohl das Arbeits- als auch das Familienleben heute multilokaler geworden sind, auch entgrenzen sich Arbeit und Familie im Fall der Telearbeit zu Hause. Besonders kompliziert wird der Alltag von Familien, wenn sowohl die beruflich (etwa durch häufige Dienstreisen) als auch die familial (etwa durch getrennt lebende Eltern) bedingte Multilokalität aufeinander treffen. Zusätzlich kann Multilokalität jedoch auch in Mehrgenerationenfamilien zum Problem werden: Etwa im Fall der weit entfernt lebenden Großeltern, die oft eine wichtige Ressource bei der Kinderbetreuung darstellen; oder aber, wenn sie selbst der Pflege bedürfen. Noch wohnt allerdings der überwiegende Teil der Mehrgenerationenfamilien in räumlicher Nähe (Richter 2004: 189). Multilokalität erfordert komplexe Gestaltungs- und Koordinierungsleistungen, um überhaupt hinreichend gemeinsame Anwesenheitszeiten als Familie zu ermöglichen (Schier 2009) und Fürsorge erbringen zu können. Qualitative Untersuchungen zeigen, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien wie Handys und Internet zwar das Vereinbarkeitsmanagement und den Informationsaustausch zwischen den Familienmitgliedern erleichtern, aber körperlich-räumliche Präsenz nicht ersetzen können (Jurczyk et al. 2009).

1.2.5 Rush Hour of Life – Verdichtung von Lebensphasen und Brüchigkeit der tradierten Lebenslaufregime

Die tradierten (geschlechtsspezifischen) biografischen Muster werden brüchiger, sie müssen nicht nur von Frauen, sondern auch von Männern zu neuen Mustern von Erwerb und Familie zusammengefügt werden. Damit steht in diesem Abschnitt der Lebenslauf mit seiner diachronen und nicht der Alltag mit seiner synchronen Perspektive im Mittelpunkt, wiewohl sich beide faktisch verschränken und beeinflussen.

Bis in die 1980er-Jahre ließen sich klare geschlechtstypische Lebenslaufmuster unterscheiden: Männer schlossen an ihre Ausbildung eine lebenslange, kontinuierliche Erwerbsphase an, die erst mit der Verrückung mit ca. 65 Jahren endete. Die sog. Normalbiografie von Frauen sah demgegenüber eine Ausbildung, kurze Erwerbstätigkeit bis zur Heirat und Mutterschaft und dann eine lange Phase als nicht erwerbstätige Hausfrau und Mutter vor, die evtl. nach Auszug der Kinder aus dem Elternhaus von einer Teilzeittätigkeit bis zur Rente abgelöst wurde. Heute stellt sich die Frage nach Diskontinuitäten in der Erwerbsbiografie aufgrund familialer Ereignisse (z. B. Berufsunterbrechungen infolge der Geburt eines Kindes) nicht mehr einzig für Frauen, sondern auch zunehmend für Männer. Diese stehen vor neuen Konflikten zwischen eigenen Ansprüchen an ihre Rolle als Vater und erwerbsarbeitsbedingten Barrieren (Matzner 2007). Allerdings sind im Jahr 2007 nur 3,6 % der Kinderbetreuungsgeldbezieher/-innen Männer (Statistik Austria 2008f) und 2005 nur 3 % der Personen in Elternkarenz Männer (Statistik Austria 2006a: 33). Hier zeigen Länder wie Deutschland oder Schweden, die Elterngeld und Elternzeit abhängig vom Lohnersatz und vor allem in Kombination mit so genannten Vätermontaten geregelt haben, deutliche Anstiege der Väterteilhabe an Elternzeit von zuvor gut 3 % auf 16 % (Jurczyk/Rauschenbach 2009). Dies hängt auch stark damit zusammen, dass insbesondere jüngere Männer zunehmend selber „aktive Väter“ sein wollen (Zerle/Krok 2008). Eine Studie junger Erwachsener in Österreich zeigt, dass Frauen und Männer sich eine stärkere Präsenz von Vätern in der Familie wünschen (Benard et al. 2004). Die Wenigsten zeigen

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

sich im Rückblick auf ihre Herkunftsfamilie zufrieden mit dem traditionellen Modell, das ihnen ihre eigenen Eltern vorgelebt haben. In den Tiefeninterviews betonen insbesondere die jungen Männer die Bedeutung der Qualität von Zeit für die Familie (ebd.: 4 f.).

Mütter unterbrechen ihre Erwerbstätigkeit bei Geburt eines Kindes nach wie vor für einen beachtlichen Zeitraum, allerdings kürzer als in früheren Jahren (vgl. Tabelle 5):

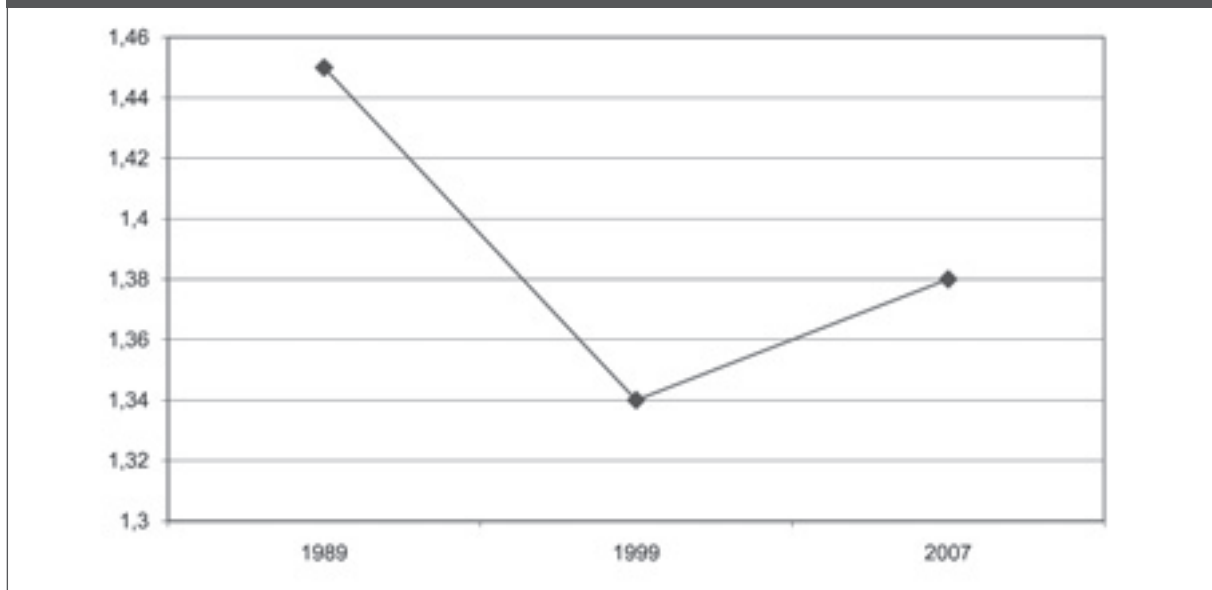
Tabelle 5: Wiedereinstieg von Frauen ins Berufsleben nach dem Alter des jüngsten Kindes zu diesem Zeitpunkt im Jahr 2005

Alter des jüngsten Kindes	Wiedereinsteigerinnen in %
unter 1 Jahr	6,8
1 bis unter 2 Jahre	23,0
2 bis unter 3 Jahre	34,9
3 bis unter 4 Jahre	15,2
4 bis unter 6 Jahre	10,3
6 und mehr Jahre	9,8

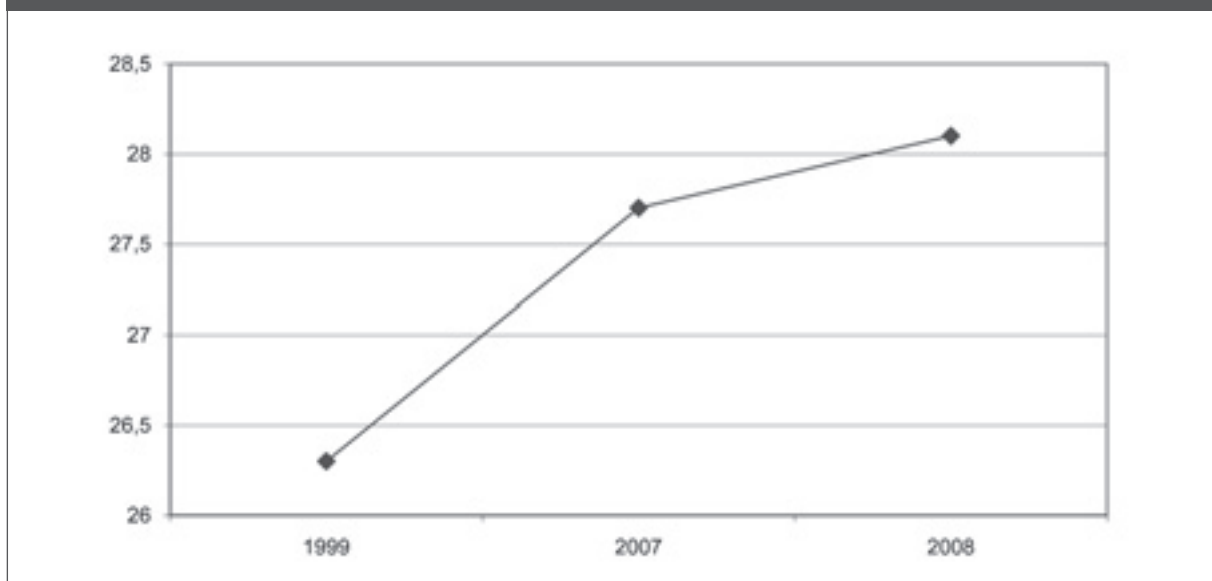
Quelle: Statistik Austria 2006: Tabelle S. 117

Der dreifache demografische Wandel von steigender Lebenserwartung, sinkender Geburtenrate und einer Verschiebung des Alters bei Erstelternschaft nach hinten führt in Österreich wie in anderen europäischen Ländern zu einer deutlichen Änderung der bisherigen Lebens- und Familienverläufe. Lag die Lebenserwartung von Männern im Jahr 1999 noch bei 74,8 und von Frauen bei 80,9 Jahren, hat sie sich im Jahr 2007 auf 77,3 bzw. 82,9 Jahre erhöht. Die Gesamtfertilitätsrate (Kinderzahl pro Frau) hat sich von 1999 bis 2007 nicht wesentlich verändert, sie stieg sogar leicht von 1,34 auf 1,38; 1989 lag sie allerdings noch bei 1,45, dabei hat sich das durchschnittliche Fertilitätsalter bei der Geburt des ersten Kindes erhöht (s. u.) (Statistik Austria 2009b). Mütter mit Migrationshintergrund weichen von diesem Muster insofern ab, als sie früher und mehr Kinder bekommen (s. u.). Das Alter bei der ersten Eheschließung betrug bei Frauen in der Europäischen Union 1999 28,5 Jahre, bei Männern lag es bei über 30 Jahren. Dies bedeutet eine erhebliche Erhöhung des Erstheiratsalters seit 1980, wo es bei den Frauen noch bei ca. 23,5 Jahren lag (Eurostat 2002: 15). Von 1998 bis 2007 ist das mediane Erstheiratsalter der Männer in Österreich um 2,4 Jahre auf 31,6 Jahre angestiegen, bei den Frauen um 2,0 Jahre auf 28,8 Jahre (Statistik Austria 2009b). Von erheblicher Bedeutung ist das zunehmende Alter bei der Geburt des ersten Kindes: Lag das durchschnittliche Alter der Mutter bei der ersten Geburt im Jahr 1999 noch bei 26,3 Jahren, betrug es 2007 27,7 Jahre (Statistik Austria 2008e: Tabelle S. 25). Im Jahr 2008 betrug das durchschnittliche Alter der Erstgebärenden 28,1 Jahre, das Durchschnittsalter von Müttern bei der Geburt lag bei 29,9 Jahren (Statistik Austria 2009d). Auch das Alter der Väter von (ehelich geborenen) Kindern stieg im letzten Jahrzehnt – von durchschnittlich 33,2 Jahren im Jahr 2001 auf 34,3 Jahre im Jahr 2008 (Statistik Austria 2009e).

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Abbildung 4: Gesamtfertilitätsraten (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau) in den Jahren 1989, 1999 und 2007

Quelle: Statistik Austria 2009b.

Abbildung 5: Durchschnittliches Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes in den Jahren 1999, 2007 und 2008

Quelle: Statistik Austria 2008e, Tabelle S. 25, Statistik Austria 2009d.

Allerdings differenzieren sich diese biografischen Muster abhängig von Bildung und Milieu. Bürger/-innen der 14 „alten“ EU-Staaten heirateten um etwa ein Jahr später als Österreicher/-innen; türkische Frauen heirateten durchschnittlich mit 21,7 Jahren und Türken mit 25,1 Jahren, also um etwa sieben Jahre früher als Österreicherinnen und Österreicher (Österreichischer Integrationsfonds 2009: 34). Ausländische Frauen bekommen früher als Österreicherinnen ihr erstes Kind und haben im Durchschnitt mehr Kinder, wobei die Türkinnen bei der ersten Geburt am jüngsten sind und im Durchschnitt die meisten Kinder bekommen (ebd.: 32).

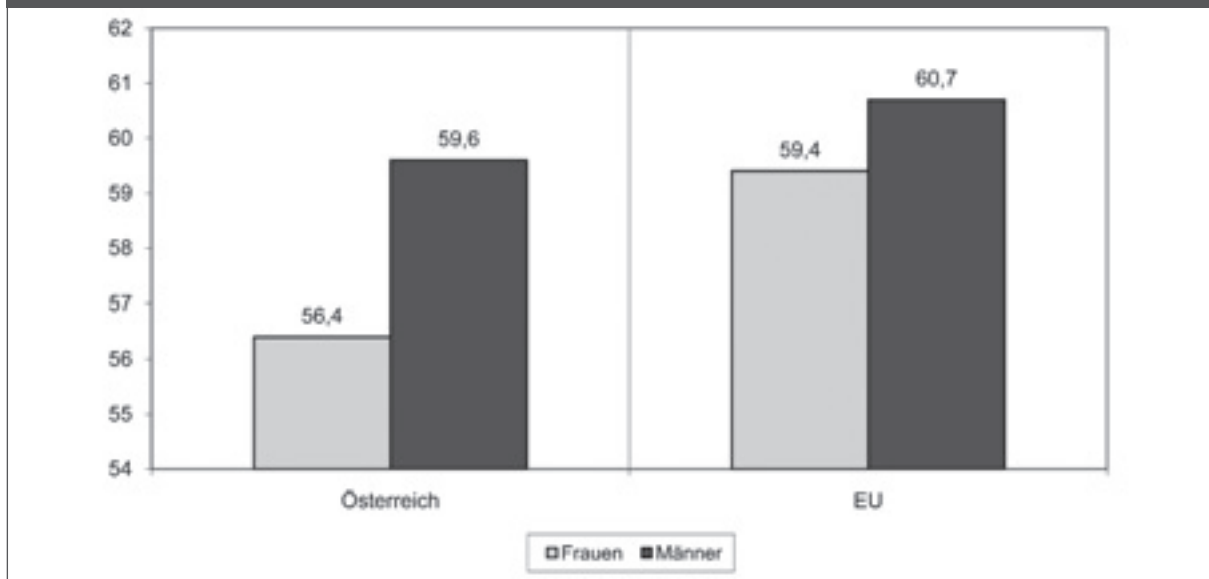
VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Die Verschiebung von Berufseinstieg¹⁴, Erstelternschaft und erster Heirat insgesamt führt auch in Österreich zu jener Verdichtung und Beschleunigung von erforderlichen biographischen Entscheidungen bzw. deren Konzentration auf eine relativ kurze Lebensphase, die inzwischen international als „Rush Hour of Life“ (BMFSFJ 2006: 33–35) bezeichnet wird. Dieser Trend steht wiederum mit Entwicklungen des Arbeitsmarktes (z. B. dem Bedarf der Wirtschaft an verfügbaren höher qualifizierten Arbeitskräften und dem demografisch bedingten Facharbeitermangel) in engem Zusammenhang. Hieraus ergeben sich neue Herausforderungen für das einzelne Individuum im Hinblick auf Fort- und Weiterbildung, Erwerb von Zusatzqualifikationen und im Hinblick auf ihr Verhalten in der Familie sowie bei der Entscheidung für (weitere) Kinder. So treffen in Partnerschaften in einem relativ engen Zeitfenster von zehn bis 15 Jahren sowohl die Etablierung im Beruf, Karriereschritte, Familiengründung, die Betreuung kleinerer Kinder als auch manchmal schon die Betreuung älterer Familienangehöriger zusammen. Dies führt zu einer Verdichtung durch die Gleichzeitigkeit vieler Anforderungen, die sich dadurch verkomplizieren, dass nun beide, Männer wie Frauen berufliche Ziele verfolgen (müssen) und familiäre Ziele verfolgen wollen.

Wendet man schließlich den Blick auf den Ausstieg aus dem Erwerbsleben, so zeigt sich, dass der Median des Ruhestandsalters in Österreich 2005 für Frauen 56,4 Jahre und für Männer 59,6 Jahre betrug und damit unter dem EU-Durchschnitt liegt (EU: Frauen 59,4 Jahre, Männer: 60,7 Jahre) (Eurostat 2007b: 2). Zum Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Erwerbsleben ist bei Personen im Ruhestand eine Lebensarbeitszeit von durchschnittlich 37,5 Jahren festzustellen, wobei die Lebensarbeitszeit von Frauen aufgrund von Zeiten der Kindererziehung, aber auch wegen des niedrigeren gesetzlichen Pensionsantrittsalters, mit 34,1 Jahren niedriger liegt als bei Männern (40,7 Jahre) (Statistik Austria 2007: 11). In den letzten Jahrzehnten hat sich in Österreich die Lebensarbeitszeit durch längere Ausbildungszeiten und durch kürzere Verweildauer im Erwerbsleben verkürzt – im Jahr 1970 dauerte das durchschnittliche Arbeitsleben noch 43 Jahre (Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum 2008: Grafik S. 10). Auch in Österreich gibt es jedoch wie in anderen EU-Ländern Bestrebungen, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, vor allem durch eine Eindämmung des vorzeitigen Ruhestands.

¹⁴ Die durchschnittliche Verweildauer im Bildungssystem in Österreich beträgt 15,2 Jahre und ist somit um mehr als ein Jahr geringer als der EU-19-Durchschnitt (16,5 Jahre) (Statistik Austria 2008g: 56).

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Abbildung 6: Alter beim Ausstieg aus dem Erwerbsleben in Österreich und in der EU 2005 (Median)

Quelle: Eurostat 2007b: 2.

So treten – insbesondere für Frauen – neben dem Phänomen der Verdichtung in der Lebensphase als junge Erwachsene neue Gleichzeitigkeiten von Anforderungen in einer Lebensphase auf, in der sie selber schon Großeltern sind. Die historisch neue Konstellation von Viergenerationenfamilien (Richter 2004: 187) aufgrund der steigenden Lebenserwartung führt dazu, dass Frauen um die 60 ihre eigenen Eltern pflegen, wobei sie selbst teilweise noch erwerbstätig sind und von ihnen erwartet wird, dass sie sich um die Betreuung der Enkel kümmern. Hier stellen sich Vereinbarkeitsprobleme anderer Art, die bislang noch kaum untersucht sind. Eine offene Frage ist beispielsweise, ob ein Loyalitätskonflikt zwischen der Versorgung der Eltern- und der Enkelgeneration besteht.

Zusammenfassen lässt sich eine „Deinstitutionalisierung des Lebenslaufs“ (Richter 2004) dahingehend, dass sich die tradierten „Normalbiografien“ für Frauen und Männer auflösen. Es gibt bislang jedoch keine institutionellen Rahmungen, sog. Lebenslaufregime (Krüger 2001), welche die neuen Verlaufsmuster unterstützen. Dies führt zu Verdichtungen in bestimmten Lebensphasen, die mit hohen physischen und psychischen Belastungen für alle Beteiligten verbunden sind. Die „Rush Hour of Life“ ist ein Ausdruck der Unvereinbarkeit von Beruf und Familie unter aktuellen Rahmenbedingungen; sie gilt als wesentliche Ursache für das europaweite Sinken der Geburtenraten. Die Bedeutung der gleichzeitig steigenden Lebenserwartung ist im Kontext von Lebenslaufregimen bzgl. Beruf und Familie gesellschaftlich noch nicht hinreichend in den Blick genommen.

1.2.6 Vom Lone-Breadwinner-Model zum Dual-Earner-Model: Option oder Zwang?

Der beobachtbare gesellschaftliche Trend des Rückgangs vom Alleinverdiener-Modell zugunsten des Zwei-Verdiener-Modells hat einerseits Ursachen auf der Makroebene: die EU-Politik einer Beschäftigungsoffensive („Lissabonstrategie“) aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs an Personen im erwerbsfähigen Alter, die v. a. für die Finanzierung der Systeme sozialer Sicherung notwendig ist, die zunehmende ökonomische Notwendigkeit von zwei Einkommen (verfügbares Haushaltseinkommen) sowie die abnehmende Stabilität von („Versorger“-)Ehen (Lutz 2000).

Andererseits lässt sich der EU-weite, voraussichtlich irreversible Trend zu steigender Frauen- bzw. Müttererwerbstätigkeit auch als Ausdruck individueller Erwerbsmotive vor allem von Frauen und Müttern lesen (Benard et al. 2004). Diese kommen insbesondere dann zum Tragen, wenn die Phase der Kleinkinderbetreuung als abgeschlossen betrachtet wird (Wächter et al. 2006). Frauen artikulieren sehr deutlich, dass sie keine Anerkennung für ihre familiäre Arbeit erfahren und auch deshalb nach Erwerbstätigkeit streben, es geht ihnen sehr viel weniger um Karriere (Wächter et al. 2006: 15). Immerhin sprechen sich die Hälfte der jungen Männer und gut 62 % der jungen Frauen für eine völlig gleichberechtigte und faire Aufteilung aller Aufgaben aus (Benard et al. 2004: 6), bei einem Großteil der nächsten Elterngeneration herrscht also ein Konsens hinsichtlich einer Erwerbstätigkeit beider Partner.

Für eine Verwirklichung derartiger Vorstellungen lassen sich jedoch klare Hemm- bzw. Förderfaktoren ausmachen. Es ist davon auszugehen, dass bei der Entscheidung für oder gegen eine Erwerbstätigkeit von Müttern sowie deren Ausmaß sowohl strukturelle Merkmale als auch Werthaltungen einflussreich sind. Dies wird auch differenziert belegt durch eine qualitative Studie zu so genannten Wiedereinsteigerinnen nach einer Unterbrechungsphase für Kinderbetreuung (Wächter et al. 2006). Ein höherer Bildungsgrad (wobei Akademikerinnen eine etwas geringere Erwerbsneigung aufweisen als Frauen mit Lehrabschluss, BMS oder Matura) und höhere Bereitschaft zur berufsbezogenen Fortbildung fördern die Erwerbspartizipation von Müttern mit Kindern unter sechs Jahren. Diese wird auch vom Anteil, den der Partner bei der Hausarbeit übernimmt, positiv beeinflusst. Das Fehlen eines Partners erhöht – aus naheliegenden, finanziellen Gründen – ebenfalls die Erwerbspartizipation. Förderlich sind vor allem auch die Möglichkeit zur Kinderbetreuung im familiären Netzwerk und Angebote der institutionellen Kinderbetreuung. Positiven Einfluss haben die Besiedlungsdichte und ein höheres Alter des jüngsten Kindes. Negativ beeinflusst wird die Erwerbsbeteiligung von dem Ausmaß der eigenen Haushaltsarbeit pro Woche, der Anzahl der Kinder, Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen zu Mittag sowie Migrationshintergrund (Neuwirth/Wernhart 2007: 58). Mütter mit Kindern im Vorschulalter machen ihre Erwerbstätigkeit deutlich mehr von dem erzielbaren Lohn abhängig als Mütter von schulpflichtigen Kindern, was vermutlich auf ihre höhere Opportunitätskosten zurückzuführen ist, vor allem Kosten für Kinderbetreuung (Wernhart/Neuwirth 2007: 44). Weitere Faktoren, die auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern Einfluss haben können, sind etwa Arbeitskräftenachfrage, Stabilität von Ehen und gesetzliche Regelungen (Lutz 2000: 345 f.) sowie Region (Wächter et al. 2006: 20).

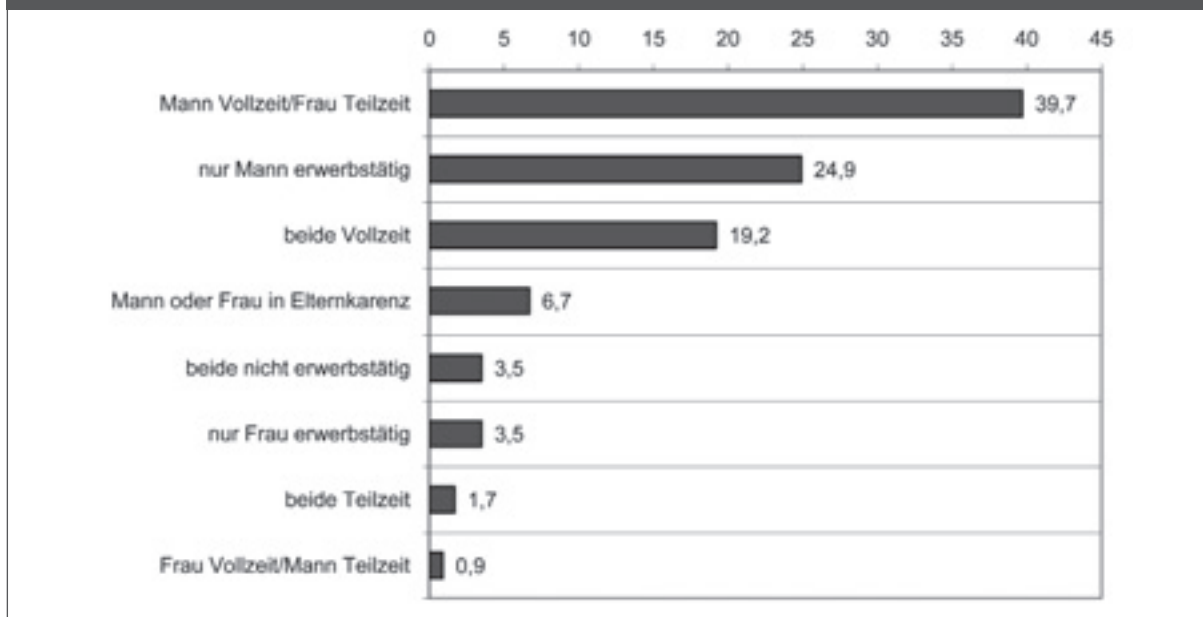
VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Im internationalen Vergleich sind österreichische Mütter mit noch nicht eingeschulten Kindern auffällig stark der Meinung, dass die Mutter eines Kindes im Vorschulalter nicht erwerbstätig sein sollte (Neuwirth/Wernhart 2007: 58). Knapp 45 % der österreichischen Mütter vertreten dies. Etwa 50 % der Befragten meinten, Teilzeitarbeit wäre angemessen, Vollzeit erwerbstätigkeit halten nur 5,5 % für angebracht (ebd.: 42). Nach dem Wiedereinstieg in den Beruf möchten viele Teilzeit arbeiten – steht keine geeignete Teilzeitstelle zur Verfügung, bleiben Mütter sogar eher zu Hause, als Vollzeit zu arbeiten (Kaindl/Dörfler 2007: 20). Dabei sollte die „Freiwilligkeit“ der Teilzeitarbeit jedoch hinterfragt werden, denn sie ist auch als Antizipation von strukturellen Hemmnissen zu interpretieren; beispielsweise beeinflussen die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen die Entscheidung für das Ausmaß der Müttererwerbstätigkeit maßgeblich (ebd.: 26).

Auch in Österreich herrscht das modifizierte Ernährermodell vor, allerdings mit einem stark ausgeprägten und akzeptierten Leitbild: Kleine Kinder gehören zu ihren Müttern. Es ist jedoch zu erwarten, dass bei gleich bleibender Fragilität von Ehen und zunehmendem Bildungsgrad der Frauen wie in anderen europäischen Ländern die Erwerbsmotivation insbesondere junger Frauen auch mit kleinen Kindern tendenziell weiter ansteigt (Allmendinger et al. 2008). Hier sind aufgrund bislang fehlender Rahmenbedingungen partnerschaftliche, individuelle und gesellschaftliche Konflikte zu erwarten. Denn Selbstverwirklichung durch den Beruf ist für Frauen – zumindest nach einer (kürzer werdenden) Phase ausschließlicher Kinderbetreuung – sehr wichtig, wohingegen Männer etwas mehr auf die Stabilität von Beziehungen setzen (Benard et al. 2004: 6).

Wie Paare die Erwerbstätigkeit aufteilen, wird vom Alter des jüngsten Kindes beeinflusst. Bei 39 % der Paare mit Kindern unter 18 Jahren und einem jüngsten Kind unter drei Jahren ist nur der Mann erwerbstätig, bei weiteren 27,6 % ist einer der Partner (meistens die Frau) in Elternkarenz. Ist das jüngste Kind zwischen drei und 14 Jahren, erscheint als das häufigste Modell, dass der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet (bei einem drei- bis fünfjährigen Kind 49 %, bei einem sechs- bis neunjährigen Kind 49,2 %, bei einem zehn- bis 14-jährigen Kind 45,9 %). Ist das jüngste Kind 15 bis 17 Jahre alt, sind 34,1 % der Paare beide Vollzeit erwerbstätig und nur noch bei 39,5 % arbeitet der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit (Statistik Austria 2008d: 24 und Tabelle S. 79).

Abbildung 7: Erwerbstätigkeit von Paaren mit Kindern unter 18 Jahren im Jahr 2007 (in Prozent)



Quelle: Statistik Austria 2008d: Tabelle S. 79.

Trotz eines Ideals der Gleichbeteiligung insbesondere bei jüngeren Paaren (Benard et al. 2004: 6) teilen sich Frauen und Männer die Hausarbeit nach wie vor eher traditionell auf. Dieses Muster verfestigt sich im Verlauf der Partnerschaft. Nach Daten des Mikrozensus 2002 ist in knapp der Hälfte aller Paar-Haushalte ohne Kinder die Frau „überwiegend alleine“ für den Haushalt zuständig, unabhängig vom Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit. Mit Kindern sind es 61,7 %. Gemeinsam führen am ehesten erwerbstätige Partner ohne Kinder den Haushalt (41,9 %). Auch wenn nur die Frau erwerbstätig ist, stellt es die Ausnahme dar, dass der Mann überwiegend den Haushalt führt (3,6 % bei Paaren ohne, 2,5 bei Paaren mit Kindern) (Bucheberner-Ferstl/Rille-Pfeiffer 2008: 9). „Bei Paaren, bei denen der Mann erwerbstätig ist, die Frau aber nicht, ist der Anteil partnerschaftlich geführter Haushalte mit 15 % erwartungsgemäß besonders gering. Bei Paaren, in denen die Frau teilzeitbeschäftigt ist, erhöht sich dieser Wert auf 24 %. Wenn beide Partner vollzeitbeschäftigt sind, liegt der Anteil der partnerschaftlich geführten Haushalte bei 36 %. Gleichzeitig sind immerhin 47 % der vollzeitbeschäftigten Frauen überwiegend alleine für die Führung des Haushalts zuständig. Bei weiteren 13 % dieser Paare wird die Frau dabei von einer dritten Person, nicht jedoch von ihrem (Ehe-)Mann unterstützt“ (Statistik Austria 2003: 27 f.).

Das Vorhandensein von Kindern führt zu einer Traditionalisierung der Rollenaufteilung, die Erwerbstätigkeit und die Hausarbeit gleichermaßen betrifft (Bucheberner-Ferstl/Rille-Pfeiffer 2008: 10); dieser Befund trifft für die meisten EU-Länder zu. Dennoch tendieren Paare eher dazu, sich die Kinderbetreuung aufzuteilen als die Haushaltsführung: „54 % aller Paare mit Kindern betreuen ihre unter 15-jährigen Kinder gemeinsam. Dennoch ist jede dritte Frau in einer Partnerschaft für die Kindererziehung und Kinderbetreuung überwiegend alleine zuständig. Wenn beide Partner erwerbstätig sind, so wird die Kinderbetreuung von 57 % aller Paare (mit Kindern) gemeinsam erledigt. Selbst wenn die Frau zu Hause

 VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

und ihr Mann erwerbstätig ist, werden die Kinder in 43 % der Fälle gemeinsam¹⁵ betreut (Statistik Austria 2003: 28). Hausarbeit gilt im Vergleich zur Kinderbetreuung als minderwertigere, als „schmutzige Arbeit“ (Thiessen 2004).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das weit verbreitete modifizierte, teilmoderisierte Ernährermodell in Österreich unterstützt wird durch eine starke Orientierung an Mütterlichkeit zumindest in der Phase der Kleinkinderbetreuung, die für Frauen i. d. R. höchstens eine Zuverdienerrolle zulässt. Auch bei Zweiverdienerfamilien ist die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern weitgehend traditional. Dieses Muster ist sowohl gesellschaftliche Norm als auch selbstgesetztes subjektives Ideal, wenngleich bei genauerer Betrachtung deutlich wird, dass strukturelle Verhältnisse dieses Ideal zur Vermeidung innerer sowie partnerschaftlicher Konflikte häufig auch subjektiv notwendig machen. Von einem Zwang zur Erwerbstätigkeit lässt sich vor allem für Alleinerziehende reden (Wächter et al. 2006: 15); haben Frauen einen Partner, so mischt sich in der Regel ein auf Anerkennung und Selbstverwirklichung gerichtetes intrinsisches Erwerbsmotiv mit der Notwendigkeit des (Zu-)Verdienstes.

1.3 Veränderte Anforderungen an Individuen und ihre Familien aufgrund „doppelter Entgrenzung“

Die beschriebenen strukturellen Veränderungen führen zu wachsenden Anforderungen an individuelles Handeln im Beruf und in der Familie, was wiederum dazu beiträgt, dass sich das Verhältnis zwischen Familien- und Erwerbsleben ändert. Für den Berufsbereich wird dies mit dem Konzept der „Subjektivierung“ (Moldaschl/Voß 2003) umschrieben. Dies bedeutet eine durchaus ambivalente Verlagerung von mehr (Selbst-)Verantwortung auf die Mitarbeiter/-innen, gekoppelt mit gesteigerten Ansprüchen an deren flexiblen Einsatz als „ganze Person“ und an Selbstmanagement, selbstverständlich gewordene Ansprüche an lebenslanges Lernen und berufsbegleitende Weiterbildung und wird auch im Typus des so genannten „Arbeitskraftunternehmers“ (Voß/Pongratz 1998) markant zusammengefasst.

Erweitert man diesen erwerbsbezogenen Blick auf das Verhältnis von Arbeitswelt und Familie, so bedeutet „Subjektivierung“, dass erwerbstätige Mütter und Väter zunehmend mehr selbstständig entscheiden können und müssen, ob bzw. wer von ihnen erwerbstätig ist, wieviel, wann, in welchem Rhythmus und wo sie arbeiten. Solche Entscheidungen sind, gleich wie sie ausfallen, unumgebar, sie sind – als Reaktion auf die Erosion struktureller Vorgaben – Zwang und Option zugleich. Daraus ergeben sich einerseits Chancen für eine autonomere Gestaltung des Familienalltags jenseits traditioneller Muster, es drohen andererseits aber auch neue Risiken. Die Anforderungen an Zeitdisziplin und Zeitmanagement in Familien steigen: Zeiten am Abend und am Wochenende, die früher „reserviert“ waren für Familien, werden nun öfter in Beschlag genommen und müssen „gegen“ den Erwerbsbereich verteidigt werden (Heitkötter et al. 2009, Jurczyk/Voß, 2000, Klenner/Pfahl 2008). Der explizite Wunsch junger Männer nach qualitativ wertvoller Familienzeit kann nicht nur als Streben nach „aktiverer“ Vaterschaft, sondern auch als Ausdruck wachsender Fragilität

¹⁵ Hierbei bleibt jedoch unklar, was „gemeinsame Betreuung“ konkret bedeutet. Genauen Aufschluss könnten nur Zeitbudgetdaten und qualitative Untersuchungen geben.

gemeinsamer Zeiten wahrgenommen werden (Benard et al. 2004: 5). Zudem potenzieren sich die Anforderungen an die Individuen dadurch, dass auch im Familienbereich parallel die Erwartungen an eine „gute“ Beziehung zwischen den Partnern sowie an eine möglichst optimale Förderung der Kinder „von Anfang an“ zunehmen. Dabei sind die Erwartungen an Harmonie in persönlichen Beziehungen geschlechtsspezifisch unterschiedlich, Frauen antizipieren – realistischerweise – verstärkt Konflikte in Partnerschaften (ebd.: 7). Denn Erwerbstätigkeit wird von Frauen unter dem Aspekt von „Selbstverwirklichung“ emotional hoch besetzt (Wächter et al. 2006). Familie wird auch unter diesen Aspekten immer mehr zur „Arbeit“ (Jurczyk/Rerrich 1993).

Die aktuelle Erosion der historisch gewachsenen zeitlichen, räumlichen, sachlichen und emotionalen Grenzen innerhalb und zwischen Arbeit und Familie und die Vervielfältigung der Zeit-Raum-Pfade der Familienmitglieder bringen neue Herausforderungen und Möglichkeiten für die familiäre Lebensführung und Alltagsgestaltung mit sich, sie haben Folgen für die biografische Lebensplanung von Frauen und Männern und auch für ihr Fertilitätsverhalten. Das Sinken der Geburtenrate kann europaweit als eine Antwort darauf gelesen werden, dass Familien- und Erwerbsleben sowie die Anliegerinstitutionen wie Kindergarten und Schule heute nicht mehr zusammenpassen. Die Generation junger Erwachsener schiebt die Gründung einer Familie immer weiter auf, mitbedingt durch die Risiken der Flexibilisierung zunehmend entgrenzter, globaler Arbeitsmärkte (Blossfeld et al. 2007) und die Unsicherheiten deregulierter Erwerbsarbeit.

1.3.1 Aushandlungen und Boundary Management als Herstellungsleistung von Familien

Ungeachtet gleichzeitig entstehender neuer Handlungsspielräume sowie Zwänge führen die beschriebenen Entgrenzungen auf jeden Fall zu mehr Aushandlungsnotwendigkeiten im Familienalltag, erste qualitative Untersuchungen belegen dies auch für Österreich (bspw. Papouschek et al. 2006, Wächter et al. 2006). Um Familie im Alltag und im Lebenslauf immer wieder neu „herzustellen“, müssen Frauen, Männer und Kinder sowohl im Hinblick auf das Vereinbarungsmanagement als auch zur Konstruktion von Gemeinsamkeit spezifische Praktiken entwickeln und Grenzen selber neu ziehen (Schier/Jurczyk 2007).¹⁶ Flexibilisierte (Teilzeit-)Arbeit, überlange Arbeitszeiten verbunden mit den räumlichen Abwesenheiten erzwingen, dass Zeiten gemeinsamer körperlicher Kopräsenz (vgl. Beham „Familiengründung heute“ in diesem Band) aktiv hergestellt werden müssen, um Care-Leistungen zu erbringen, aber auch um sich überhaupt als Familie zu erfahren. Im Umgang mit den widersprüchlichen Anforderungen greifen Familien bzw. ihre Mitglieder nicht mehr nur auf Traditionen zurück, sondern entwickeln und erproben neue Praktiken. So „erfinden“ sie beispielsweise neue eigene Rituale hinsichtlich der Gestaltung von Mahlzeiten (Meier et al. 2004). Auch wenn das traditionale Muster der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in den meisten Familien faktisch überwiegt, verbergen sich hinter ihm manchmal bewusste Arrangements „auf Zeit“, die durchaus kritisch – auch hinsichtlich ihrer Konfliktpotenziale und Langzeitwirkungen (Probleme beim Wiedereinstieg in den Beruf insbesondere für Mütter) – reflektiert werden.

¹⁶ Allerdings sind vertiefte Untersuchungen über die Praktiken des Umgangs mit Entgrenzungen im Alltag noch rar, dies gilt auch für Österreich. Bezug genommen wird im Folgenden deshalb häufig auf eine aktuelle Studie für Deutschland (Jurczyk et al. 2009), da dort Entgrenzungen stärker fortgeschritten sind.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Fehlen feste und vor allem verlässliche Zeitgrenzen des Arbeitstages und der Arbeitswoche, wird es notwendig, im Beruf und in der Familie aktiv eigene Zeitordnungen zu entwickeln und zu etablieren. Die Möglichkeit, Erwerbsarbeit durch neue Informationstechnologien unabhängig vom Arbeitsort auszuführen sowie die Anwendung von ergebnisorientierten Kriterien bei der Beurteilung von Arbeitsleistungen beispielsweise durch Arbeitszeitkonten oder so genannte Vertrauensarbeitszeit – insbesondere bei projektbezogener Arbeit – erfordern, die Lebensbereiche Erwerbsarbeit, Familie, Freizeit verstärkt selbst zu gewichten. Den „überschwappenden“ Ansprüchen der Erwerbsarbeit müssen somit nicht nur aktiv zeitliche, sondern auch räumliche und emotionale Grenzen gesetzt werden. Dieses „doing boundary“ oder „boundary management“ (siehe auch Clark 2000) kann nicht nur eigenständige Grenzziehungen bedeuten, sondern auch explizite Praktiken der raumzeitlichen Vermischung von Lebensbereichen. Eine aktuelle Längsschnittstudie zu Frauen und Männern im IT-Bereich rekonstruiert die Muster der Segmentation, Integration sowie der Entgrenzung von Privat- und Erwerbsleben (Schrapps/Hoff 2008). Damit stellt sich aber dem Einzelnen im Alltag und/oder im Lebenslauf wiederholt die Frage, welche Tätigkeiten wann Vorrang haben, an welchem Ort sie ausgeführt werden wollen und wann und wo es in Ordnung ist, Tätigkeiten zu vermischen: Soll z. B. im Familienurlaub am Laptop gearbeitet und die Arbeit am Abend mit nach Hause genommen werden oder das Kind seine Hausaufgaben beim Vater im Büro erledigen? Der Feierabend, das Wochenende, ja der Urlaub als Zeit für Kinder (und für die Eltern als Paar), müssen somit gegen die wechselhaften und überbordenden Ansprüche des Berufs verteidigt werden.

Während diese Entwicklungen von manchen durchaus als Chancen zu einer erhöhten Zeit-Raum-Souveränität – auch für die Familie – positiv bewertet werden, erscheinen sie für andere als schwierige An- und oftmals Überforderung, durch die man das Gefühl hat, einen Lebensbereich zugunsten eines anderen beständig zu vernachlässigen. Denn um die eigene zeitliche und räumliche Verfügbarkeit für die Erwerbsarbeit aktiv einschränken zu können bzw. gute Praktiken der Vermischung zu etablieren, braucht es persönliche Fähigkeiten und Ressourcen, u. a. ein gefestigtes Selbstkonzept, wie schon die Untersuchungen zur alltäglichen Lebensführung zu Beginn der 1990er-Jahre gezeigt haben (Projektgruppe Alltägliche Lebensführung 1995).

Die zunehmende Flexibilisierung, Atypik und Ent-Rhythmisierung von Arbeitszeiten in Verbindung mit der vielfältigen Eingebundenheit aller Familienmitglieder auch in andere gesellschaftliche Institutionen mit je eigenen zeitlichen und räumlichen Logiken – wie Freundschaftsnetzwerke, Schulen, Freiwilligenarbeit, Behörden, Freizeitinstitutionen, Verkehrssysteme und andere mehr – machen die Koordination der unterschiedlichen Raumzeitpfade sowie die Synchronisierung von freien Zeiten der Familienmitglieder zu anspruchsvollen Gestaltungsleistungen. Die Wochenenden, insbesondere Samstage, verlieren zudem als verlässliche Familienzeit ihre Bedeutung, sie werden für immer mehr Erwerbstätige zu normalen Arbeitstagen. Inzwischen geht der Trend eindeutig in Richtung Sonntagsfamilie, der Familienalltag während der Arbeitswoche wird häufig über das Pinnbrett oder das Handy geregelt. Die Nutzung von arbeitsfreien Tagen unter der Woche als Familienzeit stößt aufgrund der Eingebundenheit der anderen Familienmitglieder in andere Zeit-Raum-Ordnungen an Grenzen. Gemeinsame Zeit muss deshalb heutzutage oft erst gefunden, ja geplant werden. Die spezifische Zeitlogik familialer Fürsorgearbeit verträgt sich jedoch aufgrund häufig

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

spontan und situativ auftauchender individueller, oft körperbezogener oder emotionaler Bedarfe insbesondere von kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Personen nur bedingt mit vorab eingeplanten Zeitquanten.

Sind der eigene Arbeitseinsatz, der Dienstschluss oder freie Tage nur schwer voraussehbar und Veränderungen des Dienstplans üblich – so z. B. im Einzelhandel aufgrund eines engen Personalschlüssels –, so erfordert dies eine hohe Flexibilität und Spontaneität aller Familienmitglieder bei der Gestaltung und Organisation ihres Alltags. Die Planung von gemeinsamen Aktivitäten, das gemeinsame Abendessen oder das Vorlesen der Gute-Nacht-Geschichte steht häufig unter der Prämisse „falls nichts dazwischen kommt“.

Raum-zeitliche Entgrenzungsprozesse des Erwerbsbereichs bedingen, dass Familie heute zunehmend in den Zeitlücken der Erwerbsarbeit gelebt werden muss, die jedoch selbst weniger vorhersehbar sind (Jurczyk et al. 2009). Allerdings haben die Zeitlücken und damit die familialen Zeitnöte je nach Berufsfeld und Art des Beschäftigungsverhältnisses verschiedene Gesichter und bieten unterschiedliche Möglichkeiten für die familiäre Lebensführung (Jurczyk 2009). Von Zeitknappheit aufgrund langer Arbeitszeiten sind vor allem Paarhaushalte betroffen, in denen beide Eltern vollzeiterwerbstätig sind. Besonders lange Arbeitszeiten von insgesamt bis zu 80 bis 90 Wochenstunden haben zum Beispiel Eltern in Führungspositionen (Kleine 2003, vgl. BMFSFJ 2006: 224). Aber auch Alleinerziehende sind verstärkt von Zeitnot betroffen.

Ganz andere Zeitprobleme als zu knappe Zeit entstehen jedoch aufgrund der zunehmenden Flexibilisierung von Arbeitszeiten, z. B. bei Teilzeitarbeit, die in Lage und Dauer stark variiert, wie es im Einzelhandel üblich ist. Die Beschäftigten haben wenig Einfluss auf ihre Arbeitszeitpläne, ihre Arbeitseinsätze sind häufig sehr kurzfristig, ohne feste Rhythmen und damit wenig planbar. Die Arbeitszeiten unterscheiden sich manchmal von Tag zu Tag. Dies führt zu einer Zerstückelung des familialen Alltags. Familienleben muss oft gleichsam „auf Knopfdruck“ stattfinden, wenn gerade Zeit dafür ist. Die häufig spontan entstehende freie Zeit kann jedoch nicht immer für eigene oder familiäre Belange genutzt werden, Synchronisationsprobleme der Zeiten und Bedürfnisse in Familien sind keine Seltenheit.

Eine weitere Form von Zeitstress ergibt sich bei projektförmig organisierter Arbeit, wie sie zum Beispiel für Medienschaffende üblich ist, die auf die Dauer einer Filmproduktion befristet beschäftigt sind. Aufgrund des permanenten Wechsels von Phasen der starken Eingebundenheit in Arbeit, in denen keine oder kaum Zeit für Familie bleibt, mit längeren Phasen, in denen nicht gearbeitet wird, findet hier Familienleben in Phasen statt. Durch besonders intensives Leben von Familie in den arbeitsfreien Phasen wird häufig versucht, die vorangegangenen „familialen Durststrecken“ zu kompensieren. Die Wochen und Monate dauernden Nichtarbeitsphasen werden insbesondere von Vätern als positiv erlebt, weil sie ihnen ermöglichen, Zeit mit ihrer Familie zu verbringen, die sie in einem Normalarbeitsverhältnis nicht hätten. Allerdings birgt das „Aufschieben“ von Familie und persönlichen Erwartungen auch Enttäuschungspotenzial, denn Familienleben lässt sich nicht uneingeschränkt nachholen.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Zeitprobleme in Familien verschärfen sich, wenn beide Elternteile entgrenzt erwerbstätig sind. Betrachtet man Erwerbskonstellationen von Eltern, so findet sich häufig ein typisches Arrangement, bei dem ein eher entgrenzt arbeitender Partner einen Partner mit eher plan- und gestaltbaren Arbeitszeiten und räumlichen Bedingungen an seiner Seite hat. In einer solchen Mischung von Stabilität und Flexibilität scheint Balance zu funktionieren, ansonsten nimmt der alltägliche Abstimmungs- und Organisationsbedarf subjektiv zuviel Zeit und Energie in Anspruch oder der familiäre Alltag lässt sich nicht mehr ohne die Hilfe von weiteren Personen organisieren.

Besondere zeiträumliche Anforderungen an die Herstellung von Familie ergeben sich jedoch auch in Nachtrennungsfamilien (Sieder 2009). Die familial bedingte Multilokalität führt für getrennt lebende Elternteile und ihre Kinder zu einer Verknappung der vorher selbstverständlich gemeinsam verbrachten Zeit. Mit der Neuordnung der familialen Beziehungen nach einer Trennung müssen Eltern und Kinder auch neue raumzeitliche Praktiken zur Aufrechterhaltung von Familie unter nun dauerhaft multilokalen Bedingungen etablieren.

Ebenso haben die steigenden Anforderungen an die räumliche Mobilität von Erwerbstätigen zur Folge, dass Familienleben aufgrund der häufigen Abwesenheiten von Familienmitgliedern zunehmend multilokal und „virtuell“ stattfindet. Zeitlich begrenzte Abwesenheiten von Familienmitgliedern bergen durchaus auch positive Aspekte für die Gestaltung von Familie. Im Unterschied zur Herstellung von Familie im Rahmen von Face-to-Face-Kontakten und räumlicher Kopräsenz der Eltern und Kinder müssen jedoch unter multilokalen Bedingungen spezifische Praktiken entwickelt werden, die Sorgeleistungen, Erziehung und die Herstellung von sozialen Beziehungen über die räumliche Entfernung möglich machen.

Die Entwicklungen im Bereich des Telekommunikationswesens sind hier von großer Bedeutung, denn Internet, E-Mail und Handy ermöglichen es, Beziehungen zu Familienangehörigen auch über große Entfernung hinweg intensiver zu gestalten (Wilding 2006). Müttern und Vätern ist es auf diese Weise möglich, selbst über große Distanzen und längere Zeiträume der Trennung emotionale Bezugspersonen für ihre Kinder und als Paar in engem Kontakt mit ihren Partnern/Partnerinnen zu bleiben. Allerdings gibt es Hinweise auf Grenzen von Ersetzbarkeit der besonderen Qualität eines sozialen Miteinanders, das erst durch die räumliche Kopräsenz der Familienmitglieder entsteht bzw. auf diese Weise immer neu gefestigt werden muss. Gemeinsam verbrachte Zeit und körperliche Anwesenheit entspricht meist dem subjektiv gemeinten Sinn von Familie, der auch intime Beziehungen einschließt. So hilfreich Handys und E-Mails sein mögen: Auf Dauer ist die virtuelle Familie nicht lebensfähig, weil Beziehungen, reduziert auf technologische Kommunikation, verarmen – ganz abgesehen davon, dass Fürsorgearbeit in der Regel körperliche Anwesenheit erfordert. Empirische Beobachtungen legen nahe, dass es zeitliche Limits dafür gibt, bis zu welcher Dauer die Abwesenheit eines Familienmitglieds positiv genutzt werden kann, sowie dafür, wie viel Anwesenheit es als Kompensation für die Abwesenheiten braucht. Gefühle der Entfremdung und Schwierigkeiten des Zurückfindens in die Familie nach Phasen der räumlichen Trennung sind nur einige der Probleme, die sich aufgrund von „subjektiv“ zu langen Abwesenheiten von der Familie ergeben (Schneider et al. 2002, Schneider/Collet 2009).

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Doch nicht nur die Quantität der räumlich kopräsenten Zeiten in Familien verändert sich, sondern auch ihre Qualität – wobei sich sowohl negative als positive Wirkungen erkennen lassen. Die Herstellung von Zeiten in räumlicher Kopräsenz, die „sinnvolle“ Nutzung von knapper und häufig sehr spontan entstehender gemeinsamer Zeit sowie die Entwicklung von Praktiken zur Aufrechterhaltung von Familie trotz räumlicher Trennung sind anspruchsvolle Gestaltungsaufgaben, die Familien heute zu bewältigen haben. Regelmäßige Familientelefonkonferenzen, das Nachreisen an den Arbeitsort eines Familienmitglieds oder mobiles Familienwohnen sind Beispiele für neue Praktiken im Umgang mit den beruflichen Anforderungen, mobil zu sein. In Familien sind Reflexionsprozesse darüber zu erkennen, wie man die verbleibende knappe gemeinsame Zeit als Familie am besten gestaltet. Die wenige Familienzeit wird möglichst qualitativ hochwertig sowie sehr gezielt genutzt. Knappe Familienzeit führt so zu einer genauer reflektierten und planenden Gestaltung des gemeinsamen Alltags und geht manchmal durchaus – insbesondere auch für Väter – mit einem subjektiv intensiveren Erleben von Elternschaft einher.

Die von Familien erbrachten Balanceleistungen im Alltag stellen aber nicht nur Anpassungsleistungen der Familie an die Anforderungen der Arbeitswelt dar, sie haben auch Rückwirkungen auf die Erwerbsarbeit. So können als unbefriedigend erlebte Möglichkeiten, den Familienalltag auf die Bedürfnisse der Familie abzustimmen, dazu führen, dass Eltern als Mitarbeiter im Betrieb weniger motiviert und produktiv sind; sie ziehen sich zurück oder verweigern Leistung. Umgekehrt wirken sich gelingende Balancen bei erwerbstätigen Müttern, aber auch bei erwerbstätigen ‚aktiven‘ Vätern positiv auf deren Erwerbsengagement aus. Familiäre Interessen und Kompetenzen werden also auch in die Erwerbsarbeit transferiert, sowohl als Ressourcen als auch als Störfaktoren. Von „Family-to-Work-Conflicts“ (Scherer/Steiber 2007) sind die Arbeitgeber, die auf Motivation und Produktivität ihrer Mitarbeiter/-innen angewiesen sind, unmittelbar betroffen, auch wenn sie dies noch wenig im Blick haben: Familie gilt nach wie vor als gegebene Ressource, welche die Belastungen der Erwerbsarbeit abpuffert. Auch die Forschung zur Vereinbarkeit ist tendenziell arbeitszentriert und beachtet eher die „Work-to-Family-Conflicts“ (ebd.).

1.3.2 Neue Belastungen aufgrund von Entgrenzungstendenzen

Untersuchungen zur so genannten Vereinbarkeit von Beruf und Familie machen die Bedeutung von Familien als Erbringern von Leistungen sichtbar, gleichzeitig wird aber auch die aktuelle Fragilität dieser Leistungserbringung deutlich. Unter den Bedingungen der doppelten Entgrenzung von Erwerb und Familie treten neue Belastungen hervor, für die das Angebot von mehr Teilzeitarbeit für Frauen alleine keine angemessene familien- und arbeitspolitische Antwort mehr ist.

Besonders deutlich kommen auch forcierte Prozesse der Intensivierung und Verdichtung der Erwerbsarbeit hinzu: Im Jahr 2007 fühlen sich 60 % der Erwerbstätigen physisch oder psychisch belastenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt (Statistik Austria 2009a: 20). Die einzelnen Beschäftigten sehen sich dabei aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage verstärkt der Anforderung gegenüber, leistungsfähig zu sein und zu bleiben. Die Krankenstände sind in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen, sowohl was die Häufigkeit als auch was die Dauer betrifft (Statistik Austria 2008c: 42 und Tabelle S. 393); in Zeiten der Krise sinken Krankenstände allerdings auch häufig aus Angst der Arbeitnehmer/-innen davor, als nicht voll und jederzeit belastbar zu gelten.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Stressreiche Arbeitsbedingungen gefährden nicht nur auf Dauer die Gesundheit der Beschäftigten, sie können die gemeinsame Zeit in Familie sowie ein Familienleben nach eigenen Vorstellungen massiv einschränken. Bereits seit den 1990er-Jahren gibt es vor allem US-amerikanische Forschungen, die sog. „Spillover“-Prozesse von Bedingungen der Erwerbsarbeit in das Familienleben belegen (siehe etwa Small/Riley 1990). Die Belastungen aus dem Erwerbsbereich, die in den Familien ‚ankommen‘, potenzieren sich oft auf komplexe Weise durch die Entgrenzungen der Familien selbst, etwa bei der besonders vulnerablen Gruppe der Alleinerziehenden.

Die entstehenden Zeit-, Energie- und Aufmerksamkeitskonkurrenzen bei Eltern erschweren ihre Beteiligung am Familienleben und beeinträchtigen damit die Herstellungsleistungen von Familien. Eltern sind häufig so erschöpft, dass sie weder zum eher pragmatischen Vereinbarkeitsmanagement, noch weniger aber zur Konstruktion von Gemeinsamkeit beitragen können. Dies stellt die Grundidee von Familie als gemeinsamem Unterfangen in Frage, welche die Familienmitglieder selbst haben und leben möchten. Familiäre Arbeit wird oftmals „am Limit“ erbracht, wobei weniger an der Zeit für Kinder gespart wird als – insbesondere bei Frauen – an der für die eigene Regeneration, z. B. am Schlaf und an Eigenaktivitäten in der Freizeit. Das gilt zunehmend auch für die aktiven Väter, die „Vereinbarkeitsprobleme“ erfahren, vor allem aber für diejenigen Familien, die nicht auf einen ausdifferenzierten Pool von Ressourcen – z. B. von Betreuungspersonen aus sozialen Netzwerken oder soziale Dienste – zurückgreifen können. Familie ist heute also sowohl emotionalisierter Fluchtpunkt in einer ökonomisierten Welt als auch Bereich zusätzlicher Belastung und Arbeit (Hochschild 2002).

Allerdings bleibt die Ambivalenz zwischen Belastung und Ermöglichung durch Entgrenzungen unaufhebbar, denn die aufgezeigten Erosionen der Normalitätsfolien von Erwerb, Familie und Geschlechterverhältnissen befreien die Beteiligten prinzipiell auch aus dem Korsett der fordistischen Gesellschaftsorganisation. In diesem Sinn können Entgrenzungen Handlungsräume neu öffnen. Es gibt Hinweise darauf, dass diese vor allem von Frauen gesucht werden, was wiederum Rückschlüsse auf ihre bislang durch Geschlechtszuschreibungen bedingten, stärker eingeschränkten Optionen zulässt. Durch eine aktivere Besetzung ihrer Vaterrolle gilt dies in Ansätzen auch für Männer. Die Entfaltung des positiven Potenzials von Entgrenzungen ist jedoch voraussetzungsvoll. Sie bedarf sozialer, kultureller, persönlichkeitsgebundener und ökonomischer Ressourcen, vor allem aber der Selbstbestimmung bei der Gestaltung von Rahmenbedingungen des Familienlebens, wie etwa der Arbeitszeit. Dies rührt unweigerlich an Fragen der politischen Partizipation der im Erwerbs-, aber auch im Familienleben Betroffenen. Familien in sozialen Randlagen, etwa durch Migrationshintergrund, sind hier benachteiligt, da sie oftmals weniger in der Lage sind, ihre eigenen Interessen zu formulieren bzw. ihnen Gehör zu verschaffen.

Summary

Sowohl im Bereich der Familie als auch in der Arbeitswelt finden seit einigen Jahrzehnten Veränderungen statt, die mit dem Begriff der Entgrenzung beschrieben werden. Dies bedeutet, dass die Normalitätsfolien von Familie und Arbeitswelt erodieren, vielfältiger, flexibler und deregulierter werden. Durch die jeweils immanenten Veränderungen der beiden Bereiche verschiebt sich auch deren Verhältnis zueinander: Familie und Arbeitswelt sind zeitlich, räumlich und emotional weniger klar voneinander getrennt. Hiermit eng verbunden ist eine Modernisierung der Geschlechterverhältnisse in beiden Bereichen. Die geschlechtlich konnotierte Arbeitsteilung zwischen den gesellschaftlichen Sphären und damit auch die Regeneration von Individuen und Reproduktion von Gesellschaft werden damit in westlichen Erwerbsgesellschaften fragiler. Es treten neue Spannungsverhältnisse zwischen Familie und Erwerbswelt auf. Österreich ist von diesen Wandlungen gleichfalls betroffen, allerdings (noch) in moderaterem Ausmaß als etwa das Nachbarland Deutschland. Die so genannte Vereinbarkeit oder auch Work-Life-Balance wurde jedoch in den vergangenen zehn Jahren auch in Österreich zu einem zunehmend wichtigen Thema.

Jene Entgrenzungsprozesse, die stark vom Erwerbsbereich ausgehen, zeigen sich besonders deutlich an folgenden Dimensionen: erstens an der Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“ und der Veränderung der Beschäftigungsformen, zweitens an der Erwerbspartizipation von Frauen mit einer partiellen Verringerung des „Gender Gap“, drittens der Entgrenzung von Arbeitszeiten, viertens der zunehmenden Multilokalität von Arbeitsorten und fünftens der Deinstitutionalisierung von Lebensläufen, die verbunden ist mit einer Verdichtung von Lebensphasen, der so genannten Rush Hour of Life. Der Wandel vom männlichen Alleinernährer- zum Zweiverdienermodell ist von beiden Geschlechtern gewünscht, allerdings vor allem von Frauen durch die Suche nach Anerkennung, Selbstverwirklichung sowie ökonomischer Absicherung motiviert.

Die Anforderungen an Familien, die hieraus entstehen, verkomplizieren sich dadurch, dass gleichzeitig, aber nicht aufeinander abgestimmt, Entgrenzungsprozesse in Familien stattfinden, wie etwa multilokales Wohnen nach Trennung und Scheidung. Zur Lösung von Vereinbarkeits- bzw. Work-Life-Balance-Problemen wird in Österreich mehr als in den meisten europäischen Ländern auf weibliche Teilzeitarbeit zurückgegriffen. Dies ist jedoch keine zureichende gesellschaftliche Antwort auf die Herausforderungen von Entgrenzung, denn die Veränderungen erfordern hohes Engagement in der täglichen und biografischen Herstellung von Familie in Form von Grenzmanagement und Aushandlungen. Entgrenzungen führen zwar zu neuen Handlungsspielräumen in der Gestaltung von Arbeiten und Leben, aber auch zu permanenten Entscheidungszwängen und neuen Belastungen, vor allem, um gemeinsame Zeit für Familie zu ermöglichen.

Aus dieser Problemanalyse ergeben sich Handlungsempfehlungen für betriebliche, familien- und gesellschaftspolitische Akteure.

Die Ergebnisse des Untersuchungsgegenstandes lassen sich dahingehend bündeln, dass das sich andeutende „entgrenzte“ Verhältnis von Erwerb und Familie neue Handlungsmöglichkeiten öffnet, sich jedoch auch neue Probleme in Familien ergeben können. Diese können als eine sich andeutende, gesellschaftlich relevante „Reproduktionslücke“ beschrieben werden. Damit sind sowohl die Gefährdung der alltäglichen familialen Care-Leistungen für

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

Andere (insbesondere für Kinder und alte Menschen) gemeint, die Herstellung von Familie als gemeinsamem Lebens- und Sinnzusammenhang als auch die Gefährdung der individuellen Selbstsorge im Hinblick auf Gesundheit im umfassenden Sinn. Werden die Belastungen im Alltag als zu groß wahrgenommen und die Hürden für eine Familiengründung als zu hoch, wird von den Beteiligten auch die Reproduktion der nächsten Generation in Frage gestellt.

Es führt dennoch kein Weg zurück zu den „alten“ Verhältnissen. Da Entgrenzungen nicht nur unausweichlicher Teilaspekt des aktuellen sozialen Wandels moderner Gesellschaften sind – wenngleich in einzelnen Ländern Europas unterschiedlich stark ausgeprägt –, sondern auch eine Chance, um die Restriktionen zu überwinden, die mit der so genannten Normalfamilie und dem Normalarbeitsverhältnis für die Geschlechter in unterschiedlicher Form gegeben waren, ist es entscheidend, dass Entgrenzungen ihre positiven Potenziale für die Weiterentwicklung von Gesellschaften entfalten können. Für die aktive Gestaltung dieses Prozesses werden im Folgenden einige Empfehlungen für betriebliche, politische und gesellschaftliche Akteure gegeben.

Betriebliche Handlungsfelder

Auf betrieblicher Ebene sind folgende Handlungsfelder besonders relevant (vgl. Jurczyk et al. 2009):

(a) Einsicht bei Personalverantwortlichen und Arbeitnehmervertreter/-innen in die Vielfalt und den Eigensinn von familialen Lebenslagen und -führungen fördern.

Die Sensibilität für die familialen Bedarfe von Arbeitnehmer/-innen ist in vielen Unternehmen nicht hoch und beschränkt sich häufig auf die Forderung nach flexiblen Arbeitszeiten, da ihnen per se eine Familienfreundlichkeit unterstellt wird. Viele Vorgesetzte scheinen eher wenig konkrete Vorstellungen von den alltäglichen Problemen, Bedürfnissen sowie den komplexen familialen Herstellungsleistungen ihrer Mitarbeiter/-innen zu haben. Daher ist es notwendig, die relevanten Akteure, in diesem Fall vornehmlich die Unternehmen und die Gewerkschaften, aber auch Träger der Erwachsenenbildung, für die Dynamik und Vielfalt von familialen Lebenslagen sowie der konkreten alltäglichen Lebensführungen zu sensibilisieren und ihnen die Pluralität der Bedarfe konkret und anschaulich vor Augen zu führen. Eine betriebliche ‚Familienkultur‘ im Sinne eines betrieblichen Bewusstseins für den Lebensbereich Familie ist zu etablieren. Neue Leitbilder von Familie jenseits der Normalfamilie sind sichtbar zu machen und exemplarisch zu diskutieren. Hierzu gehört eine Auseinandersetzung mit den handlungsleitenden Leitbildern (Familie, Männlichkeit, Mütterlichkeit), etwa durch Instrumente wie Fortbildungen, die darauf abzielen, das Bewusstsein – vor allem der Führungskräfte sowie der Betriebsräte – für den Lebensbereich Familie, für familiale Interessen und Bedürfnisse zu erhöhen. Denkbar ist dabei die Ausbildung von Beschäftigten zu Familienbeauftragten oder -mentor/-innen. Bedarfserhebungen im Betrieb entlang der dort vorherrschenden Familienkonstellationen sind hilfreich, um ein passfähiges und nachhaltiges Family-Diversity-Management betreiben zu können.

(b) Arbeitnehmer/-innen in Work-Life-Balance fortbilden. Die Arbeitnehmer/-innen können oftmals nicht individuell – auf der Basis eigener Kompetenzen und Ressourcen – eine gelingende Balance von Erwerb und Familie herstellen. Ziel ist es, sie bei der Ausbildung von „Lebensführungskompetenzen“ zu unterstützen. Hierzu gehören „Emotionsmanagement“, Selbstsorge und Kompetenzen des Grenzziehens. Dies kann einerseits durch die Etablierung von (evtl. auch elektronischen) Diskussionsplattformen erreicht wer-

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

den, um mögliche Umgangsstrategien auszutauschen und die Einflüsse der Arbeitswelt auf das Familienleben und vice versa gemeinsam reflektieren zu können. Es können Seminare, auch in Zusammenarbeit mit Institutionen der Familienbildung, angeboten werden, in denen Arbeitnehmer/-innen mit ihren Familien herausfinden können, wie eine nachhaltige Verknüpfung von Arbeit und Familie für sie persönlich möglich ist.

(c) Familienkompetenzen als Instrument der Personalentwicklung für Mütter und Väter nutzen. Die durch Familien-Management erwerbbaaren sozialen Kompetenzen, wie etwa die Bewältigung von Stress, das Aushandeln von Regeln in der Familie, Konfliktbewältigung sowie das Austarieren von gegensätzlichen Interessen, weiter die für ein Familienleben unbedingt erforderliche Fähigkeit zur Teamarbeit sowie Zeitmanagement zählen zu jenen Fähigkeiten, welche auch im Berufsleben nützlich sein können (Thiessen/Schuhegger 2009). Diese Fähigkeiten können für die Erwerbsarbeit praktisch aufgewertet und als Teil einer systematischen familienbewussten Personalpolitik genutzt werden (FaFo 2008). Dies soll der Förderung von Frauen und der Gleichstellung der Geschlechter sowie nicht zuletzt der Anerkennung jener Gruppe von Vätern dienen, die sich aktiv in Familien einbringen wollen, bislang aber durch die rigide Anwesenheitskultur in vielen Betrieben und anderen Arbeitsorganisationen und die klassische Zuweisung der Ernährerrolle davon systematisch abgeschnitten wurden. Ein hilfreiches Instrument hierfür bietet die Anwendung der „Kompetenzbilanz“ (Gerzer-Sass/Sass 2004), mit welcher der betrieblichen Personalarbeit ein bereits geprüftes Instrument zur Verfügung gestellt werden kann, um die gerade auch in der Familienarbeit erworbenen Kompetenzen von Mitarbeiter/-innen zu erkennen und als Leistungspotenzial für die Betriebe zu erschließen.

(d) Vereinbarkeit auch zum Thema für Väter machen. Eine Betriebskultur, welche die Wünsche von Vätern nach mehr Zeit in und für die Familie wahrnimmt und akzeptiert, ist ebenso wichtig wie die Förderung gleicher Einkommens- und Karrierechancen für Frauen und Männer sowie von inner- und außerbetrieblichen Betreuungsmöglichkeiten für Angehörige. Bisher halten strukturelle Barrieren sowie hartnäckige kulturelle Deutungsmuster und Ambivalenzen Männer von einem stärkeren Engagement in der Familie eher fern (Meuser 2009). Um das von Männern selbst gewünschte stärkere Engagement in Fürsorgezusammenhängen zu stärken, ist die kulturelle und strukturelle Förderung der Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter auch über die so genannten Vätermonate hinaus ein wichtiger, wenngleich nur erster Ansatzpunkt für Väterpolitik (Jurczyk/Rauschenbach 2009). Teilzeitarbeit für Männer sollte gezielt angeboten werden, ebenso wie die Möglichkeit, Arbeit mit nach Hause zu nehmen und die männlich geprägte Anwesenheitskultur im Betrieb durch Aufgabenorientierung zu ersetzen. Darüber hinaus könnte ein betriebliches Forum für Männer mit Pflege- und Sorgeaufgaben eingerichtet werden. Von besonderer Bedeutung sind männliche Vorbilder auf Leitungsebene.

(e) Vereinbarkeit auch in Führungspositionen für Männer und Frauen fördern. Notwendig ist, die ‚Karrierkosten‘ für Familien zu senken. Konkrete Maßnahmen sind die Entkopplung von beruflichem Aufstieg und Ortswechsel, die Förderung von Teilzeit und Jobsharing auch in Führungspositionen, die Möglichkeit, Arbeit mit nach Hause zu nehmen, sowie die Schaffung von Aus- und Regenerationszeiten beispielsweise durch Arbeitszeitkonten und schließlich eine familienorientierte Regulation von Arbeitszeiten von und Arbeitsanforderungen an Führungskräfte(n). Hierzu gehört auch die Infragestellung der

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

extensiven Anwesenheitskultur in den Unternehmen, verbunden mit dem praktischen Aufzeigen der Kreativitätspotenziale aufgaben- statt zeitorientierten Arbeitens (s. o.).

(f) Planungssicherheit und Gestaltbarkeit der Arbeitszeiten für Beschäftigte ermöglichen. Die (Mit-)Gestaltungsmöglichkeit der Arbeitszeiten durch die Beschäftigten entlang familialer Notwendigkeiten und Wünsche entscheidet über deren Nützlichkeit für Familien. Dazu können im Betrieb partizipative Instrumente etabliert sowie über die betriebliche Ebene hinaus gemeinsam mit anderen Akteuren im öffentlichen Raum Ansätze lokaler Zeitpolitik angestoßen werden (Heitkötter 2009). Dies könnte erreicht werden durch eine stärkere Berücksichtigung von familialen Zeitwünschen bei der Arbeitszeitplanung insbesondere durch die Sensibilisierung von Führungskräften für familiale Zeit- und Planungsbelange. Von herausgehobener Bedeutung ist der Schutz des Sonntags als letzter „Bastion“ gemeinsamer Zeit. Gemeinsam mit Akteuren der Kommunalpolitik können so genannte Zeitbüros eingerichtet werden, in denen Öffnungszeiten von Geschäften und kommunalen Einrichtungen wie Schulen oder Ämtern sowie Verkehrszeiten besser aufeinander abgestimmt werden können. Der Zeitaspekt ist auch in den kommunalen Familienberichten als zentrale Dimension der Dauerbeobachtung von Entwicklung der Lebensqualität von Familien systematisch aufzunehmen.

(g) Mobilitätsanforderungen minimieren bzw. familienfreundlich gestalten. Erste Ansätze zum betrieblichen Mobilitätsmanagement zielen auf spezielle Regelungen und Zuständigkeiten, die sich um die Probleme der Beschäftigten und ihrer Familien mit den Anforderungen an ihre berufliche Mobilität kümmern. Das ist in besonderem Maß der Fall bei Fluggesellschaften sowie beim Militär und bei so genannten „High Potentials“. Bei beruflicher Reisetätigkeit sollten Möglichkeiten geschaffen werden, die beruflich bedingten Abwesenheiten mitgestalten zu können und verlässliche Planungshorizonte zu schaffen, die auch die Bedarfe von Familien mit bedenken. Außendienstähnliche Tätigkeiten brauchen klare Regelungen zu Fragen der Erreichbarkeit für berufliche Erfordernisse (Pausen, Feierabend) und die Festlegung grundsätzlicher ‚Schutzzeiten‘ für familiale Belange. Erforderlich für Arbeitnehmer/-innen, die berufsbedingt pendeln, sind Mitarbeiter/-innengespräche sowie eine berufliche Laufbahnberatung, die für dieses Problemfeld schon im Vorfeld sensibilisieren. Konkret ist an Relocation-Dienste zu denken, die Beratungsdienste bei Umzügen für die Wohnungssuche, die Suche nach Kinderbetreuungsmöglichkeiten und Hilfe bei der Anpassung der Familie an das neue Umfeld einschließen. Betriebsintern geht es um Vereinbarungen z. B. hinsichtlich der Höchstdauer von Dienstreisen, um die Regulierung von Maximalabwesenheiten pro Jahr sowie um beteiligungsorientierte Gestaltung der beruflich bedingten Abwesenheiten. Betriebsorganisatorisch sind moderne Informations- und Kommunikationstechnologien systematischer einzusetzen, um den Dienstreiseaufwand zu minimieren.

(h) Gesundheit durch „gute Arbeit“ unterstützen. Hierfür braucht es erstens planbare „Erholungsfenster“ von mehreren freien Tagen, auf die sicher zurückgegriffen werden kann. Zweitens muss die verlässliche Möglichkeit eingeräumt werden, Familienurlaube auch gemeinsam verbringen zu können. Drittens sind konkrete Regelungen zum Schutz bzw. zum Erhalt der Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit zu erarbeiten. Es sind Regelungen zu schaffen, die verhindern, dass die Verantwortung zur Aufrechterhaltung von Arbeitsabläufen von den Unternehmen kostenneutral auf den Schultern der Beschäftigten und auf Kosten deren Familien- und Erholungszeit abgeladen wird, etwa durch

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

unbezahlte Mehrarbeit. Überstunden sind insgesamt möglichst niedrig zu halten bzw. falls unumgebar, nur durch Zeit, nicht durch Geld auszugleichen. Die Sinnhaftigkeit von bestimmten eingespielten Arbeitsabläufen und Routinen ist systematisch auf ihren aktuellen Nutzen hin zu überprüfen und die Arbeitsorganisation entsprechend umzugestalten. Insbesondere für Führungskräfte müssen Arbeitszeiten verbindlicher geregelt, die Arbeitsbelastung minimiert sowie Mehrarbeit durch flexiblen Zeitausgleich abgebaut werden. Zudem sollten viertens Angebote im Gesundheitsbereich gemacht werden. Diese sind gendersensibel zu konzipieren, da die geringe Ausprägung männlicher Gesundheitsorientierung eine der größten Barrieren für Präventionsmaßnahmen darstellt. Angesichts wachsender Arbeitsintensität und -dauer und gleichzeitig höherer Lebenserwartung gewinnt ein nachhaltiges Gesundheitsmanagement immer mehr an Bedeutung. Bestandteile können beispielsweise Stress- und (tiefergehende) Zeitmanagementkurse, Ernährungs- und Entspannungsprogramme sein sowie ein betriebliches Gesundheitscoaching, das die Leistungen von Familie zur psychischen und physischen Gesundheit anerkennt. Vernetzungen mit anderen Akteuren der Gesundheitsförderung wie Krankenkassen, Gesundheitsämter, Vereine, Ärzten/Ärztinnen vor Ort sind anzustreben.

Familien- und gesellschaftspolitische Ebene

Übergreifendes Ziel ist eine nachhaltige Familienpolitik: Dies bedeutet, für die vielfältigen Lebenszusammenhänge von Eltern und Kindern (sowie Großeltern und anderen Verwandten) auch in einer sich weiter modernisierenden Gesellschaft Bedingungen zu schaffen, in denen Familien ihre Leistungen von Fürsorge, Sozialisation und emotionalem Zusammenhalt als „eigensinnigem“ Netzwerk erbringen können und die ein Leben als und in Familie auch für künftige Generationen ermöglichen. Dies betrifft auch die aufgrund der steigenden Lebenserwartung zunehmende Bedeutung der Verknüpfung von Pflege und Erwerbstätigkeit für Politik und Praxis ebenso wie die aktiven Einbeziehungen der Potenziale der älteren Generation als Unterstützungsressource für Familien (siehe hierzu auch Richter 2004). Zur Bewältigung der Aufgaben von Gegenwart und Zukunft bedürfen, wie der Siebte Familienbericht in Deutschland (BMFSFJ 2006) herausgearbeitet hat, Familien einer gemeinsamen Verantwortungsübernahme durch private und öffentliche Akteure; sie benötigen praktikable Mischungen von flexiblen und gleichzeitig verlässlichen Rahmenbedingungen und Infrastrukturen sowie Handlungsspielräume für die Ermöglichung von Individualität und Solidarität zwischen den Generationen und Geschlechtern. Politische Gestaltungsnotwendigkeiten beziehen sich sowohl auf den Alltag als auch auf den Lebens- und Familienverlauf.

Sie richten sich vor allem auf die drei Bereiche Zeit, Geld und Infrastruktur (ebd.: 260 ff.). Hinsichtlich Zeit sind erstens Alltagszeiten so zu gestalten, dass Familien gemeinsame Zeit finden. Dabei ist familienorientierte Arbeitszeitpolitik zu flankieren durch eine lokale Zeitpolitik, d. h. eine koordinierte Vernetzung der örtlichen Infrastrukturen und insbesondere eine gezielte Abstimmung der öffentlichen Taktgeber Schule und Kindergarten mit Betrieben, eine Optimierung von Wegezeiten sowie wiederum die Partizipation der Betroffenen. Instrumente hierfür sind Zeitbüros und Mobilitätspakte, die lokale Zeitanbieter und -nachfrager aufeinander abstimmen (Mückenberger 2009). Dies ist insbesondere auch in ländlichen Regionen von großer Bedeutung (Wächter et al. 2006: 30 ff.). Zweitens muss aber eine „Entzerrung des Lebenslaufs“ vor allem durch das so genannte „Optionszeitenmodell“ ermöglicht werden. Dies bedeutet, die Erwerbsarbeit für gesellschaftlich

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

wichtige Care- und andere Teilhabeaufgaben unterbrechen zu können und dabei sozial abgesichert zu bleiben. Eine Elterngeldregelung mit Lohnersatzfunktion und gesicherten Väteranteilen ist hierfür ein erster Einstieg, sie ist systematisch auszubauen.

Hinsichtlich Geld geht es nicht nur um einen allgemeinen Familienlastenausgleich, sondern vor allem um die zielgerichtete Platzierung von ökonomischen Transfers entlang lebensphasenspezifischer Bedarfe, d. h. um eine passgenaue Verteilung an spezifische Gruppen zu kritischen Zeitpunkten in Familienphasen. Dabei sollte auch die Zersplitterung in den Zuständigkeiten für einzelne familienpolitische Maßnahmen und deren Intransparenz reduziert werden, indem familienbezogene Leistungen an wenigen staatlichen Stellen gebündelt bzw. klare und einfache Verweisungsstrukturen zwischen verschiedenen Ämtern etabliert werden.

Hinsichtlich Infrastrukturen geht es v. a. darum, die vielfältigen Anliegerinstitutionen wie Kindergarten und Schule an die faktischen Lebens- und Arbeitsbedingungen heutiger Familien anzupassen und nicht länger eine allzeit verfügbare Mutter entlang des fordistischen Musters vorauszusetzen. Kinderbetreuungseinrichtungen sollten nicht nur in ausreichender Zahl und guter Qualität ausgebaut werden, sondern sich zu Verbundsystemen weiterentwickeln, die auch Kindertagespflege, haushaltsbezogene Dienstleistungsangebote und die Integration älterer Menschen umfassen. Als Beispiele können die Familien- bzw. Eltern-Kind-Zentren sowie Mehrgenerationenhäuser dienen, wie sie in den vergangenen Jahren in Deutschland vermehrt ausgebaut worden sind (Diller et al. 2008).

Bei all diesen Gestaltungsansätzen ist querschnittig unbedingt darauf zu achten, dass die Lebenslagen von Familien sozial sehr ungleich sind und den Beteiligten auch ungleiche Entfaltungschancen bieten. Derzeit zeigt sich eine Fokussierung der Familienpolitik auf die Förderung qualifizierter Familien bzw. Frauen und auf das Setzen selektiver Anreize zur Erhöhung der Geburtenrate in höheren sozialen Schichten. Demgegenüber werden sozial benachteiligte Familien, häufig in Verbindung mit Alleinerziehern sowie mit Migrationshintergrund, im öffentlichen Diskurs rasch als „Risikofamilien“ deklariert. Eine sozial orientierte Familienpolitik muss sich jedoch verstärkt um eine wertschätzende Wahrnehmung, soziale Integration und Förderung auch dieser Familien in schwierigen Lebenslagen bemühen. Ebenso kann sich Familienpolitik heute nicht nur auf die Frage der Geburtenraten und damit auf kleine Kinder und deren Mütter konzentrieren, sondern muss die bereits existierende Generation der – oftmals auch schwierigen – Jugendlichen als gesellschaftliches Potenzial verstärkt pflegen und unterstützen (vgl. auch Wallace et al. 2007).

Geschlechterpolitik zieht sich quer durch alle Familien betreffende Politikbereiche (Jurczyk 2007, Krüger 2006). Eine emanzipatorische Familienpolitik zielt auf die Entideologisierung der Diskurse um ‚gute‘ Mütter und Väter, auf Lohngleichheit und gleiche Berufs- und Karrierechancen, auf die Etablierung eines Optionszeitenmodells im Lebens- und Erwerbsverlauf für beide Geschlechter, auf die Förderung von Vätern als Männern mit Fürsorgepflichten, auf die Distanzierung vom männlichen Ernährermodell als Leitlinie für Steuer- und Sozialpolitik sowie schließlich auf die De-Feminisierung der Care-Arbeit.

Entsprechende Politiken, die Geschlechter-, Generationen- sowie Arbeitsmarktfragen umfassen und dabei auch die zunehmende Anzahl von Familien mit Migrationshintergrund berücksichtigen, sind in ganz West- und Mitteleuropa einschließlich Österreich erst in Ansätzen vorhanden, notwendig wäre v. a. ein konsistentes Konzept einer derartigen Familienpolitik und dessen systematische Umsetzung.

Literatur

- Allmendinger, Jutta / Puschmann, Christine / Helbig, Marcel (2008): Frauen auf dem Sprung. Die Brigitte-Studie 2008, Hamburg: Gruner + Jahr.
- Arbeiterkammer Wien (2008): Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch 2008, Korneuburg: Überreuter.
- Arbeiterkammer Wien (2009): Geringfügige Beschäftigung. <http://wien.arbeiterkammer.at/online/geringfuegige-beschaeftigung-1690.html> (abgerufen am 7.5. 2009).
- Benard, Cheryl / Brlica, Nina / Handler, Martina / Kasbauer, Elisabeth / Smioski, Andrea (2004): Jugendliche Familienfähigkeit mit besonderer Berücksichtigung der Väterthematik. Studie im Auftrag des BMSG, Wien.
- Berger, Peter A. (1997): Individualisierung und sozialstrukturelle Dynamik; in: Beck, Ulrich / Sopp, Peter (Hrsg.): Individualisierung und Integration. Neue Konfliktlinien und neuer Integrationsmodus, Opladen: Leske + Budrich, 81–98.
- Berger, Peter A. (1995): Mobilität, Verlaufsvielfalt und Individualisierung; in: Berger, Peter A. / Sopp, Peter (Hrsg.): Sozialstruktur und Lebenslauf, Opladen: Leske + Budrich, 65–83.
- Betzelt, Sigrid (2008): Activation Policies from a Gender-Sensible Citizenship Perspective: A Tentative Analytical Framework. ZeS-Arbeitspapier Nr. 3, 2008, Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.
- Blossfeld, Hans-Peter / Buchholz, Sandra / Hofäcker, Dirk / Hofmeister, Heather / Kurz, Karin / Mills, Melinda (2007): Globalisierung und die Veränderung sozialer Ungleichheiten in modernen Gesellschaften; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 59 (4), 667–691.
- Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMSG) (o. J.): Sozialstatistik. <http://www.bmsk.gv.at/cms/site/liste.html?channel=CH0183> (abgerufen am 3.4.2009).
- Buchebner-Ferstl, Sabine / Rille-Pfeiffer, Christiane (2008): Hausarbeit in Partnerschaften. Studie „The glass partitioning wall“ zur innerfamiliären Arbeitsteilung – Ergebnisse für Österreich. ÖIF Working Paper Nr. 69, Wien: ÖIF.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2006): Siebter Familienbericht. Familien zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik, Berlin: BMFSFJ.
- Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen, Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BMSG) (2002): Geschlechtsspezifische Disparitäten, Wien: BMSG.
- Clark, Sue Campbell (2000): Work / Family Border Theory: A New Theory of Work / Family Balance; in: Human Relations 53 (6), 747–770.
- Diller, Angelika / Heitkötter, Martina / Rauschenbach, Thomas (Hrsg.) (2008): Familie im Zentrum. Kinderfördernde und elternunterstützende Einrichtungen – aktuelle Entwicklungslinien und Herausforderungen. DJI-Fachforum Bildung und Erziehung Nr. 6, München: DJI-Verlag.
- Eurostat (2002): Das Leben von Frauen und Männern in Europa. Ein statistisches Portrait. Daten aus den Jahren 1980 – 2000, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der europäischen Gemeinschaften.
- Eurostat (2007a): Nichterwerbspersonen: Der rückläufige Trend hält an, Statistik kurz gefasst 122, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der europäischen Gemeinschaften.
- Eurostat (2007b): Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Statistik kurz gefasst 97, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der europäischen Gemeinschaften.
- Eurostat (2008): Employment gender gap in the EU is narrowing. Labour market trends 2000 – 2007. Statistics in Focus 99/2008; Population and Social Conditions, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der europäischen Gemeinschaften.
- Eurostat (2009): Zahl der geleisteten Wochenstunden bei Vollzeitbeschäftigten. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/dataset?p_product_code=TPS00071 (abgerufen am 26.5.2009).
- Familienwissenschaftliche Forschungsstelle Baden-Württemberg (FaFo) (2008): Alleinerziehende in Deutschland – Potenziale, Lebenssituationen und Unterstützungsbedarfe. Monitor Familienforschung. Band 15, Stuttgart: FaFo Baden-Württemberg.
- Gerzer-Sass, Annemarie / Sass, Jürgen (2004): Familienkompetenzen als Potential für eine innovative Personalpolitik; in: DJI Bulletin 65, 4–7.
- Giddens, Anthony (1996): Die Konsequenzen der Moderne, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

 VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

- Gottschall, Karin / Voß, Günter G. (2003): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag, München / Mering: Rainer Hampp.
- Haller, Max (2008): Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel, Frankfurt a. M./ New York: Campus.
- Hammer, Gerald (1998): Sonderformen der Arbeitszeit. <http://www.bmsk.gv.at/cms/site/dokument.html?channel=CH0683&doc=CMS1232609573323> (abgerufen am 8.5.2009).
- Heaphy, Brian (2007): Late Modernity and Social Change. Reconstructing Social and Personal Life, London: Taylor and Francis/Routledge.
- Heitkötter, Martina (2009): Der „temporal turn“ in der Familienpolitik – lokale Gestaltungsansätze für mehr Zeitwohlstand in Familien; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas, Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit in und Zeitpolitik für Familien, Opladen: Barbara Budrich, 215–235.
- Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.) (2009): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen: Barbara Budrich.
- Hermann, Christoph / Atzmüller, Roland (Hrsg.) (2009): Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem, Berlin: Edition Sigma.
- Hochschild, Arlie R. (2002): Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet, Opladen: Barbara Budrich.
- Honegger, Claudia / Hradil, Stefan / Traxler, Franz (Hrsg.) (1999): Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 19. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, des 16. Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, des 11. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg im Breisgau 1998, Opladen: Leske + Budrich.
- Jurczyk, Karin (2007): Ansätze zu einer emanzipatorischen Familienpolitik. Der Siebte Familienbericht; in: WSI Mitteilungen 10, 531–539.
- Jurczyk, Karin (2009): Familienzeit – knappe Zeit? Rhetorik und Realitäten; in: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen: Barbara Budrich, 37–66.
- Jurczyk, Karin / Rauschenbach, Thomas (2009): Elternzeit als Impuls für väterliches Engagement. Ein Vorreiter der Väterpolitik; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Muster – neue Chancen!, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 345–368.
- Jurczyk, Karin / Rerrich, Maria S. (Hrsg.) (1993): Die Arbeit des Alltags. Beiträge zu einer Soziologie der alltäglichen Lebensführung, Freiburg: Lambertus.
- Jurczyk, Karin / Oechsle, Mechtild (2008): Privatheit: Interdisziplinarität und Grenzverschiebungen. Eine Einführung; in: Jurczyk, Karin / Oechsle, Mechtild (Hrsg.): Das Private neu denken – Erosionen, Ambivalenzen, Leistungen, Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, 8–47.
- Jurczyk, Karin / Schier, Michaela / Szymenderski, Peggy / Lange, Andreas / Voß, Günter G. (2009): Entgrenzung von Arbeit – Entgrenzung von Familie. Grenzmanagement als neue Herausforderung im Alltag, Berlin: Edition Sigma.
- Jurczyk, Karin / Voß, Günter G. (2000): Entgrenzte Arbeitszeit – Reflexive Alltagspraxis. Die Zeiten des Arbeitskraftunternehmens; in: Hildebrandt, Eckart (Hrsg.): Reflexive Lebensführung. Zu den sozialökonomischen Folgen flexibler Arbeit, Berlin: Edition Sigma, 151–206.
- Jürgens, Kerstin (2007): Die Ökonomisierung von Zeit im flexiblen Kapitalismus; in: WSI Mitteilungen 4, 167–173.
- Kaindl, Markus / Dörfler, Sonja (2007): Einstellungen zum Erwerbsverhalten von Müttern, Die Sichtweisen von Müttern, Frauenreferentinnen und Frauenorganisationen. ÖIF-Working Paper 64, Wien: ÖIF.
- Kleine, Wilhelm (2003): Tausend gelebte Kindertage. Sport und Bewegung im Alltag der Kinder, Weinheim: Juventa.
- Klenner, Christina / Pfahl, Svenja (2008): Jenseits von Zeitnot und Karriereverzicht – Wege aus dem Arbeitszeitdilemma. Arbeitszeiten von Müttern, Vätern und Pflegenden. WSI-Diskussionspapier Nr. 158, Düsseldorf: WSI.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2005): „Intersectionality“ – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von „Race, Class, Gender“; in: Feministische Studien 23 (1), 68–81.
- Krüger, Helga (2001): Geschlecht, Territorien, Institutionen. Beitrag zu einer Soziologie der Lebenslauf-Relationalität; in: Born, Claudia / Krüger, Helga (Hrsg.): Individualisierung und Verflechtung. Geschlecht und Generation im Lebenslaufregime, Weinheim: Juventa, 257–299.

 VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

- Krüger, Helga (2006): Geschlechterrollen im Wandel – Modernisierung der Familienpolitik; in: Bertram, Hans / Krüger, Helga / Spieß, C. Katharina (Hrsg.): Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung, Opladen: Barbara Budrich, 191–206.
- Lange, Andreas / Szymenderski, Peggy / Klinkhammer, Nicole (2005): Forcierte Ambivalenzen? Herausforderungen an erwerbstätige Frauen in Zeiten der Entgrenzung und Subjektivierung; in: Nickel, Hildegard Marie (Hrsg.): Subjektivierung von Arbeit – Riskante Chancen, Münster: Westfälisches Dampfboot, 115–148.
- Ludwig Boltzmann Institut für Medizin- und Gesundheitssoziologie (2005): Pflegenotstand in der mobilen Pflege? Diagnosen und Lösungsmöglichkeiten. Endbericht, April 2005, Wien.
- Lutz, Hedwig (2000): Frauen im Spannungsfeld zwischen Mutterschaft und Erwerbstätigkeit; in: WIFO Monatsberichte 5, 341–350.
- Lutz, Helma (Hrsg.) (2008): Migration and Domestic Work – A European Perspective on a Global Theme, Farnham: Ashgate.
- Matzner, Michael (2007): Männer als Väter – ein vernachlässigtes Thema soziologischer Männerforschung; in: Bereswill, Mechthild / Meuser, Michael / Scholz, Sylka (Hrsg.): Dimensionen der Kategorie Geschlecht. Der Fall Männlichkeit, Münster: Westfälisches Dampfboot, 223–240.
- Meier, Uta / Küster, Christine / Zander, Uta (2004): Alles wie gehabt? Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Mahlzeitenmuster im Zeitvergleich; in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Alltag in Deutschland – Analysen zur Zeitverwendung. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Band 43, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt, 114–130.
- Meissner, Frank / Pfahl, Svenja / Wotschak, Philip (2002): Dienstleistung ohne Ende? Die Folgen der verlängerten Ladenöffnung, Berlin: Edition Sigma.
- Meuser, Michael (2009): Keine Zeit für Familie? Ambivalenzen involvierter Vaterschaft; in: Heitkötter, Michaela / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen: Barbara Budrich, 215–231.
- Minssen, Heiner (Hrsg.) (2000): Begrenzte Entgrenzungen. Wandlungen von Organisation und Arbeit, Berlin: Edition Sigma.
- Moldaschl, Manfred / Voß, Günter G. (2003): Subjektivierung von Arbeit, München/Mering: Rainer-Hampp.
- Mückenberger, Ulrich (2009): ‚Vereinbarkeit‘ in der städtischen Erwerbsgesellschaft. Was wird da eigentlich womit vereinbar gemacht? In: Heitkötter, Martina / Jurczyk, Karin / Lange, Andreas / Meier-Gräwe, Uta (Hrsg.): Zeit für Beziehungen? Zeit und Zeitpolitik für Familien, Opladen: Barbara Budrich, 351–371.
- Nave-Herz, Rosemarie (2004): Ehe- und Familiensoziologie. Eine Einführung in Geschichte, theoretische Ansätze und empirische Befunde, Weinheim: Juventa.
- Neuwirth, Norbert / Wernhart, Georg (2007): Die Entscheidung von Müttern zur Erwerbsspartizipation. Institutionelle Rahmenbedingungen, Werthaltungen und Aufteilung der Haushaltsarbeit. ÖIF Working Paper Nr. 65, Wien: ÖIF.
- Ostner, Ilona (zusammen mit Sigrid Leitner und Margit Schratzenstaller) (Hrsg.) (2003): Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? (Jahrbuch 7 des Zentrums für Europa- und Nordamerikastudien), Wiesbaden: VS Verlag.
- Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) (2005): Situation pflegender Angehöriger. Endbericht, Wien: Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen.
- Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Hrsg.) (2008): Gut versichert. Soziale Sicherheit in Österreich. Broschüre, Wien: Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum.
- Österreichischer Integrationsfonds (2009): Migration und Integration. Zahlen. Daten. Fakten, Wien: Österreichischer Integrationsfonds.
- Papouschek, Ulrike / Schiffbänker, Helene / Reidl, Sybille (2006): Zur Gestaltung des Verhältnisses von Erwerbsarbeit und Privatleben in den ‚Creative Industries‘; in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 31 (4), 82–95.
- Projektgruppe Alltägliche Lebensführung (1995): Alltägliche Lebensführung. Arrangements zwischen Traditionalität und Modernisierung, Opladen: Leske + Budrich.
- Rerrich, Maria S. (2006): Die ganze Welt zu Hause. Cosmobile Putzfrauen in privaten Haushalten. Hamburg: Hamburger Edition.

 VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNISS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

- Richter, Rudolf (2004): Die neue Mehrgenerationenfamilie. Zur Notwendigkeit einer lebenslauforientierten Mehrgenerationenpolitik; in: Cizek, Brigitte (Hrsg.): Familienforschung in Österreich. Markierungen – Ergebnisse – Perspektiven. Heft 12, Österreichisches Institut für Familienforschung, Wien, 181–202.
- Scherer, Stefani / Steiber, Nadja (2007): Work and family in conflict? The impact of work demands on family life; in: Gallie, D. (ed.): Employment regimes and the quality of work, Oxford: Oxford University Press, 137-178.
- Schier, Michaela / Jurczyk, Karin (2007): Familie als Herstellungsleistung in Zeiten der Entgrenzung; in: Aus Politik und Zeitgeschichte 34, 10–17.
- Schier, Michaela (2009): Räumliche Entgrenzung von Arbeit und Familie: Die Herstellung von Familie unter Bedingungen von Multilokalität; in: Informationen zur Raumentwicklung 1/2, 55–66.
- Schneider, Norbert F. / Limmer, Ruth / Ruckdeschel, Kerstin (2002): Mobil, flexibel, gebunden. Beruf und Familie in der mobilen Gesellschaft, Frankfurt a. M.: Campus.
- Schneider, Norbert F. / Collet, Beate (Hrsg.) (2009): Mobile Living Across Europe. Volume 2: Causes and Consequences of Job-Related Spatial Mobility in Cross-National Comparison, Opladen: Barbara Budrich (i. E.).
- Schrapps, Ulrike / Hoff, Ernst-H. (2008): Dynamik der beruflichen und privaten Lebensgestaltung von Frauen und Männern im IT-Bereich – Ergebnisse einer qualitativen Längsschnittstudie; in: Haffner, Yvonne / Kraus, Beate (Hrsg.): Arbeit als Lebensform? Beruflicher Erfolg, private Lebensführung und Chancengleichheit, Frankfurt a. M.: Campus, 63–88.
- Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hrsg.) (2005): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986 – 2004, Wiesbaden: VS Verlag.
- Seifert, Hartmut (2007): Arbeitszeit – Entwicklungen und Konflikte; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 4–5, 17–24.
- Sieder, Reinhard (2009): Männer in Patchworkfamilien; in: Jurczyk, Karin / Lange, Andreas (Hrsg.): Vaterwerden und Vatersein heute. Neue Muster – neue Chancen! Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 289–307.
- Small, Stephen A. / Riley, Dave (1990): Towards a Multidimensional Assessment of Work Spillover into Family Life; in: Journal of Marriage and the Family 52 (1), 51–61.
- Stadler, Bettina (2006): Arbeitszeiten in Österreich. Präsentation am 8. Juni 2006 zur Arbeitskräfteerhebung (AKE) von Statistik Austria, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2004): Volkszählung 2001. Hauptergebnisse II – Österreich, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2003): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2005): Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2. Quartal 2004, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2006a): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2005, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2006b): Arbeitskräfteerhebung 2004. Ergebnisse des Mikrozensus, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2007): Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2006, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008a): Arbeitskräfteerhebung 2007. Ergebnisse des Mikrozensus, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008b): Urlaubs und Geschäftsreisen 2007. Ergebnisse aus den vierteljährlichen Befragungen, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008c): Jahrbuch der Gesundheitsstatistik, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008d): Familien- und Haushaltsstatistik 2007. Ergebnisse des Mikrozensus, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008e): Demographisches Jahrbuch 2007, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2008f): Familienleistungen. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/sozialleistungen_auf_bundesebene/familienleistungen/index.html (abgerufen am 26. 5.2009).
- Statistik Austria (2008g): Bildung in Zahlen 2007 / 08. Schlüsselindikatoren und Analysen, Wien: Statistik Austria.
- Statistik Austria (2009a): Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2007, Wien: Statistik Austria.

VERÄNDERUNGEN IM VERHÄLTNIS VON FAMILIE UND ARBEITSWELT

- Statistik Austria (2009b): Demographische Indikatoren. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/demographische_masszahlen/demographische_indikatoren/index.html (abgerufen am 5.5.2009).
- Statistik Austria (2009c): Schriftliche Mitteilung (abgerufen am 21.5.2009).
- Statistik Austria (2009d): 2008 brachte steigende Geburtenzahlen (+2,0 %) und eine positive Geburtenbilanz; Trend sinkender Heiratszahlen (-2,1 %) setzt sich fort. http://www.statistik.at/web_de/presse/036538 (abgerufen am 29.5.2009).
- Statistik Austria (2009e): Schriftliche Mitteilung (abgerufen am 29.5.2009).
- Statistik Austria (2009f): Arbeitslose (Internationale Definition). http://www.statistik.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitssuchende/arbeitslose_internationale_definition/index.html (abgerufen am 3.6.2009).
- Thiessen, Barbara (2004): Re-Formulierung des Privaten. Professionalisierung personenbezogener, haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit, Wiesbaden: VS Verlag.
- Thiessen, Barbara / Schuegger, Lucia (2009): Kompetent durch Familienarbeit? In: Weiterbildung 2, 14–16.
- Voß, Günter G. / Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50 (1), 131–158.
- Wallace, Claire / Wächter, Natalia / Blum, Johanna / Scheibelhofer, Paul (2007): Jugendliche MigrantInnen in Bildung und Arbeit. Auswirkungen von Sozialkapital und kulturellem Kapital auf Bildungsentscheidungen und Arbeitsmarktbeteiligung. Projektendbericht, Wien: Österreichisches Institut für Jugendforschung.
- Wächter, Natalia / Blum, Johanna / Pfoser, Alena (2006): „Da soll man ein bisschen flexibel sein“ – Frauen zwischen Beruf und Familie. Endbericht der qualitativen Befragung, Wien: Österreichisches Institut für Familienforschung.
- Wernhart, Georg / Neuwirth, Norbert (2007): Haushaltseinkommen und Einkommenselastizität der Erwerbsbeteiligung von Müttern. Ergebnisse aus dem EU-SILC. ÖIF-Working Paper 63, Wien: ÖIF.
- Wetterer, Angelika (2002): Arbeitsteilung und Geschlechterkonstruktion. Gender at Work in theoretischer und historischer Perspektive, Konstanz: UVK.
- Wilding, Raelene (2006): ‚Virtual‘ Intimacies? Families Communicating Across Transnational Contexts; in: Global Networks 6 (2), 125–142.
- Zerle, Claudia / Krok, Isabelle (2008): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Deutsches Jugendinstitut, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

19

Familienpolitik in Österreich und Europa

Rainer Münz und Albert F. Reiterer

Inhalt

1 Familienpolitik in Österreich und Europa	821
1.1 Familienpolitik?	821
1.2 Bevölkerungs- und Familienpolitik – zwei eng verbundene Bereiche	823
1.2.1 Problemwahrnehmung im internationalen Vergleich	823
1.3 Familiendiskurs und familienpolitischer Diskurs	830
1.3.1 Rechtsdefinitionen des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches	832
1.4 Konkurrierende Ziele von Familienpolitik	833
1.4.1 Familienpolitik auf nationaler Ebene	834
1.4.2 Träger von Familienpolitik in Österreich	835
1.4.2.1 Instrumente	835
1.4.3 Leistungen	836
1.4.3.1 Transfers	836
1.4.3.2 Infrastruktur	838
1.4.3.3 Sonstige Maßnahmen: Vorteile in der Sozialpolitik	841
1.5 Typen von Familienpolitik im europäischen Vergleich	842
1.5.1 Familienpolitik in Frankreich	844
1.5.1.1 Das „Experiment“ von 1994	846
1.5.2 Familienpolitik in Deutschland	848
1.5.3 Familienpolitik in Italien	851
1.5.4 Familienpolitik in Großbritannien: Primat der Armutspolitik	853
1.5.5 Familienpolitik in Finnland	854
Summary	856
Literatur	859

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Abbildungen

Grafik 1:	Länder, die Maßnahmen zur Beeinflussung der Fruchtbarkeit (Zahl der Kinder pro Frau) setzen: pro-natalistische Maßnahmen bzw. anti-natalistische Maßnahmen (in %)	824
Grafik 2:	Länder, die Maßnahmen zur Propagierung und Verbreitung wirkungsvoller Verhütungsmittel finanziell unterstützen (in %)	825
Grafik 3:	Beurteilung des Niveaus der Fruchtbarkeit durch europäische Regierungen, 1976, 2007	826
Grafik 4:	Voraussetzungen, unter denen Schwangerschaftsabbrüche in UN-Mitgliedsstaaten legal sind, 2007	827
Grafik 5:	Zielvorstellungen der UN-Mitgliedsstaaten zum Niveau der Netto-Migration, 1996 – 2007 (in %)	827
Grafik 6:	Zielvorstellungen der UN-Mitgliedsstaaten zum Niveau der Migration von qualifizierten Migranten, 2007 (in %)	828
Grafik 7:	Der Familienlastenausgleichsfonds und seine Leistungen, 1980 – 2008	836
Grafik 8:	Erwerbsquoten in Österreich nach Alter von 2001 bis 2008	837
Grafik 9:	Institutionelle Kinderbetreuung nach Alter, Betreuungsquoten im Österreich-Schnitt, 1995 – 2007	839
Grafik 10:	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Fertilität) nach Höhe der familienbezogenen staatlichen Transferzahlungen (je Kind gemessen in % des BIP pro Kopf)	857
Grafik 11:	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Fertilität) nach Höhe der Erwerbsquoten von Frauen (in % aller Frauen zwischen 20 und 65 J.)	858
Grafik 12:	Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Fertilität) nach Verfügbarkeit von Krippenplätzen für Kinder zwischen null und zwei Jahren (in % aller gleichaltrigen Kinder)	859

1 Familienpolitik in Österreich und Europa

1.1 Familienpolitik?

Österreichische Familienpolitik zielt vor allem auf die Lebensumstände von Familien. Dies geschieht durch finanzielle Leistungen, die Bereitstellung materieller Infrastruktur sowie durch die Schaffung rechtlicher Rahmenbedingungen. Dabei geht es sowohl um die Beeinflussung der materiellen Lebensverhältnisse von Eltern und minderjährigen Kindern als auch um die Beeinflussung der Kinderzahl. An diesem Punkt fungiert Familienpolitik als Bevölkerungspolitik, die potenzielle Eltern ermutigt, Kinder in die Welt zu setzen. Die entsprechende Zuständigkeit des Staates ist seit 1920 in der Bundesverfassung geregelt, welche im Art. 10, 17 B-VG (als Zuständigkeit des Bundes) zwar nicht ausdrücklich Familienpolitik, sondern „Bevölkerungspolitik“ nennt, diese aber mit der „Gewährung von Kinderbeihilfen“ und der „Schaffung eines Lastenausgleichs im Interesse der Familien“ erläutert.

Zielgruppen der Familienpolitik sind Ehen und Lebensgemeinschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter mit ihren Kindern. Dies entspricht dem allgemeinen Sprachgebrauch, dem sich seit Langem auch die amtliche Statistik angeschlossen hat. Nicht unter diesen Familienbegriff fallen – derzeit noch – gleichgeschlechtliche Paare.

Familienpolitik ist – in Analogie zu jedem anderen Politikfeld („policy“) – staatliche bzw. kollektive Einflussnahme auf Strukturen und Entwicklungsprozesse von Familien entsprechend der durch politische Willensbildung historisch entstandenen Präferenzen und Prioritäten. Die eingesetzten Mittel sind jene, über die jeder funktionierende Staat als Handlungsträger verfügt. Dabei geht es einerseits um klassische rechtliche Instrumente (Gesetze, Verordnungen), andererseits um materielle Anreize (Transferleistungen oder Steuern) sowie um die Bereitstellung von Infrastruktur (insbesondere Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen, andere Formen der Kinderbetreuung). Deren Kosten können öffentlich oder privat oder häufig in kombinierter Weise aufgebracht werden, jedoch muss ein staatlicher Mitteleinsatz für die Errichtung einmal gegeben sein. Schließlich könnte man zu den Mitteln der Familienpolitik auch die Entwicklung von Leitbildern zählen: die von staatlichen Akteuren explizit gewünschten, privilegierten oder implizit geförderten Formen des Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern.

Familienpolitik zielt folglich nicht bloß auf den „Schutz“ und die „Förderung“ von Familie (Lambert/Althammer 2001), sondern verfolgt – explizit oder implizit – bevölkerungs- und gesellschaftspolitische Ziele. Ganz deutlich wird dies, wenn man bedenkt, dass „Schutz“ bzw. „Förderung“ über lange Zeit nur bestimmten Formen von Familie galt.

Familienpolitik regelt ein komplexes Feld, weil Familie für die meisten Menschen eine ebenso zentrale wie mehrdimensionale soziale Einheit ist. Sie ist, das bestätigen alle einschlägigen wissenschaftlichen Untersuchungen, zentraler Bezugspunkt für die Lebenswerte fast aller Menschen und damit für ihren jeweiligen Lebensplan. Sie ist in diesem Sinn selbst Wert und dies umso mehr, als sich moderne und postmoderne Gesellschaften ständig deutlicher individualisieren.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Somit ist die Familie auch der Ansatzpunkt für sehr unterschiedliche Politikbereiche. Das bevölkerungspolitische Ziel, die Zahl der Geburten zu stabilisieren oder sogar zu erhöhen, ist dabei kein unwichtiges, aber nur eines unter mehreren. Andere Politikbereiche setzen ebenfalls an der Familie an, können aber durchaus im Konflikt zur bevölkerungspolitischen Zielsetzung stehen. Dies gilt zweifellos für einige Ziele der Gesellschafts- und insbesondere der Frauenpolitik.¹

Doch auch Leitbilder und Zielvorstellungen im engeren familienpolitischen Bereich, die für sich selbst in Anspruch nehmen, familienfreundlich zu sein, wirken bisweilen anti-natalistisch. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein bestimmtes Familienmodell privilegiert wird, welches anderen Zielen in der Lebensplanung von Frauen und Männern entgegenwirkt. Ein Beispiel hierfür ist die deutsche Familienpolitik, auf die im Anschluss noch systematisch eingegangen wird. Deren – sich allerdings wandelnde – implizite Bevorzugung eines Familienmodells mit einem Hauptverdiener („male breadwinner model“) erschwert tendenziell die von einem größeren Teil der Frauen heute angestrebte Kombination von Kindern und eigenem Beruf und trägt somit indirekt zur Entscheidung gegen Kinder bei.

Schließlich können auch andere sozialpolitische Maßnahmen eine Politik konterkarieren, die sich eine Erhöhung der Kinderzahl als ein Ziel setzt. Im letzten Jahrzehnt kam es in Westeuropa zu einer Reihe von Pensions-Reformen, welche auf eine Erhöhung des gesetzlichen oder zumindest des tatsächlichen Pensionsantrittsalters zielten und die zukünftigen Pensionseinkommen all jener senken sollten, die früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden. In Österreich wurde in diesem Sinn zwischen 2001 und 2005 eine Reihe von Maßnahmen getroffen, welche die Einrichtung individueller (virtueller) Pensionskonten zur Folge hatten. Es ist zu vermuten, dass dies mittelfristig anti-natalistisch wirkt. Denn die Mehrzahl der Frauen bzw. der Paare strebt heute nach der Verwirklichung mehrerer biografisch parallel laufender Lebensziele. Die genannte Reform verstärkt aber für Frauen klarerweise den Anreiz, eigene unverfallbare und pensionsbegründende Ansprüche zu erwerben. Jenseits der Dimension des aktuellen Einkommens verstärkt das Pensionssystem daher im Konfliktfall die Tendenz, eine berufliche Karriere gegenüber Kindern als Lebensziel zu bevorzugen. Zugleich verringert die staatlich garantierte Sozialversicherung klarerweise das traditionelle Motiv, Kinder als individuelle Absicherung gegen Lebensrisiken in die Welt zu setzen.

Ziel dieses Kapitels des Familienberichts ist es, der Frage nach den Wirkungen und Effizienzen expliziter und impliziter Familienpolitik nachzugehen. Dafür ist es sinnvoll, einzelne zentrale Maßnahmen bzw. besonders verbreitete Politiken herauszugreifen und sie auf ihre Implikationen hin zu untersuchen. Material dazu liegt vor, ist aber gewöhnlich wenig systematisch dargestellt.

¹ Die frühere österreichische Frauenministerin Johanna Dohnal hatte noch im Winter 2006 bei ihrer Einführungsvorlesung als „Politikerin in residence“ an der Universität Innsbruck postuliert: „Frauen haben das Recht, keine Kinder haben zu wollen!“ (vgl. Thurner/Weiss 2008: 44). Diese Aussage ist ein klarer Beleg für den skizzierten Zielkonflikt, auch wenn die ehemalige Ministerin mit dieser programmatischen Aussage heute nicht die dominante Stimmung unter jüngeren Frauen getroffen hat. Denen geht es nun viel eher darum, in einer Welt mit steigenden beruflichen Anforderungen Voraussetzungen zu finden, daneben auch Kinder zu haben. Gleichwohl sind Frauen weiterhin mit Rollenzuweisungen konfrontiert, welche ihr Recht, selbst über den eigenen Lebensplan zu entscheiden, in Frage stellen.

1.2 Bevölkerungs- und Familienpolitik – zwei eng verbundene Bereiche

Familienpolitik gewann im Laufe des 20. Jahrhunderts als Politikfeld ständig an Bedeutung. Das zeigt sich allein schon daran, dass tendenziell immer mehr Mittel in diesem Bereich eingesetzt werden, obwohl es in hoch entwickelten Gesellschaften immer weniger Kinder gibt. Allerdings muss man sich in diesem Zusammenhang die Frage stellen: Wie werden diese Mittel eingesetzt? Dabei geht es insbesondere um die Zuteilung der Mittel an Institutionen und an Familienhaushalte sowie um deren Verteilungswirkungen.

Die Ziele der Familienpolitik als normative Vorgaben sind nicht bzw. nur am Rande Inhalt dieses Berichts. Wir kommen allerdings nicht umhin zu bemerken: Familienpolitik bedürfte insbesondere auch mit Blick auf ihre Zielsetzungen einer vertieften öffentlichen Debatte. Die Familienpolitik praktisch aller westlichen Länder zielt jedenfalls darauf ab, die direkten Kosten minderjähriger Kinder für die Eltern zu reduzieren oder durch Transferzahlungen abzugelten (vgl. Biffi 2008). Nur in einem Teil der westlichen Länder liegt ein Schwergewicht der Familienpolitik auch bei der Bereitstellung von Krippen, Kindergärten und ganztägigen Schulen, um Eltern – insbesondere Müttern – eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dies zielt darauf, die indirekten Kosten von Kindern (v. a. Verzicht auf ein eigenes Erwerbseinkommen und einen eigenen Pensionsanspruch) zu senken.

Erst jüngst kommen Überlegungen auf, ob sich Familienpolitik nicht auch explizit „qualitative“ Ziele setzen sollte, etwa eine hochwertige Erziehung für möglichst breite Schichten zu garantieren.

Institutionen, welche Betreuungs- und Erziehungsleistungen für Kinder im Vorschul- und Pflichtschulalter anbieten, kommen derzeit eher der städtischen Bevölkerung sowie berufstätigen Schichten zugute. Inländer/-innen profitieren mehr davon als ausländische Zuwanderer. Aus deren Interessenlage müsste ein beträchtlicher Teil der öffentlichen Mittel für Familien mit Kindern dieser Altersgruppe in Kindergärten und schulische Ganztagsbetreuung fließen. Tatsächlich lässt sich beobachten, dass direkte Transfers an die Familien einen ganz erheblichen und steigenden Teil der eingesetzten Mittel ausmachen. Sie kommen stärker jenen zugute, die nicht zu den oben genannten Gruppen zählen.

1.2.1 Problemwahrnehmung im internationalen Vergleich

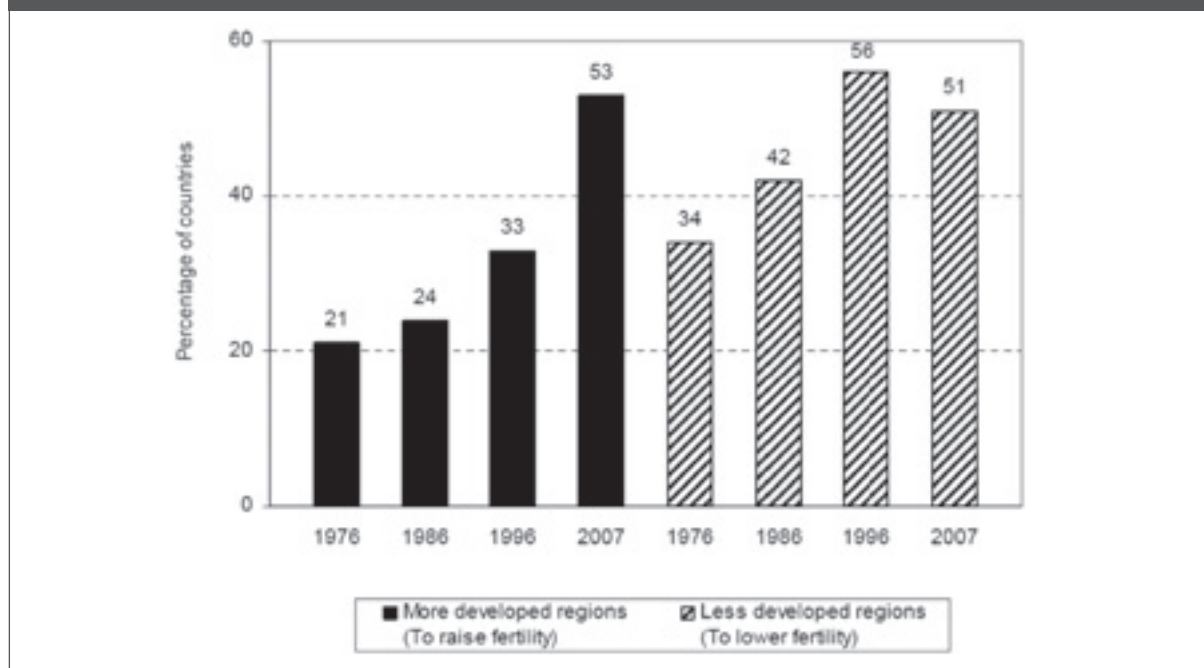
Bevölkerungs- und Familienpolitik wird in hoch entwickelten Ländern mit niedriger Kinderzahl selbstverständlich mit anderen Augen betrachtet als in weniger entwickelten Gesellschaften mit höherer Kinderzahl und raschem Bevölkerungswachstum. Eine gemeinsame „Klammer“ bilden allerdings die Entwicklungsziele der UNO, die auf mehreren internationalen Bevölkerungskonferenzen dieser Organisation festgelegt wurden. Mit deren Evaluation wurde die UN-Bevölkerungsabteilung beauftragt. Im Zuge dessen fanden seit 1965 neun einschlägige Umfragen unter den Regierungen der Mitgliedsstaaten statt, welche nach der Einschätzung demografischer Trends und nach politischen Maßnahmen fragten. Das Interesse richtete sich in erster Linie auf die Bevölkerungspolitik, erst in zweiter Linie und mehr implizit als explizit auch auf die Familienpolitik der jeweiligen Länder.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

In Summe ergeben diese Erhebungen seit 1965 einen konzisen und in seiner Entwicklung aufschlussreichen Überblick über die Problemsicht und die Politikzugänge im Weltmaßstab. Bevölkerungspolitik ist jedenfalls ein anerkanntes Politikfeld. Interventionen zur Beeinflussung von Kinderzahl und Bevölkerungswachstum gelten als legitim, auch in den hoch entwickelten Ländern. Explizite Familienpolitik wird hingegen nicht überall betrieben.² Die erhobene Problemsicht ist jene der Regierungen, nicht notwendig auch die der Bevölkerungen.

Für viele Entwicklungs- und Schwellenländer (LDCs) stehen Probleme im Vordergrund, die mit Bevölkerungswachstum, Armut- und Unterentwicklung verbunden sind. Zu starkes Wachstum der Bevölkerung wird allerdings nur von 50 % der Regierungen dieser Länder explizit als Problem genannt. Weit davor liegt die Nennung von zu hoher Kindersterblichkeit (86 %) und Müttersterblichkeit (83 %), gefolgt von einem zu hohen Arbeitskräfteangebot (69 %); biografisch zu frühen Geburten weiblicher Jugendlicher (65 %); niedriger Lebenserwartung (64 %) – einschließlich der Ausbreitung eigenständiger slumartiger Städte in der Umgebung schon bestehender Metropolen. Ganz allgemein zu hohe Kinderzahlen nannte etwa die Hälfte der Regierungen von Entwicklungs- und Schwellenländern (54 %).

Grafik 1: Länder, die Maßnahmen zur Beeinflussung der Fruchtbarkeit (Zahl der Kinder pro Frau) setzen: pro-natalistische Maßnahmen bzw. anti-natalistische Maßnahmen (in %)

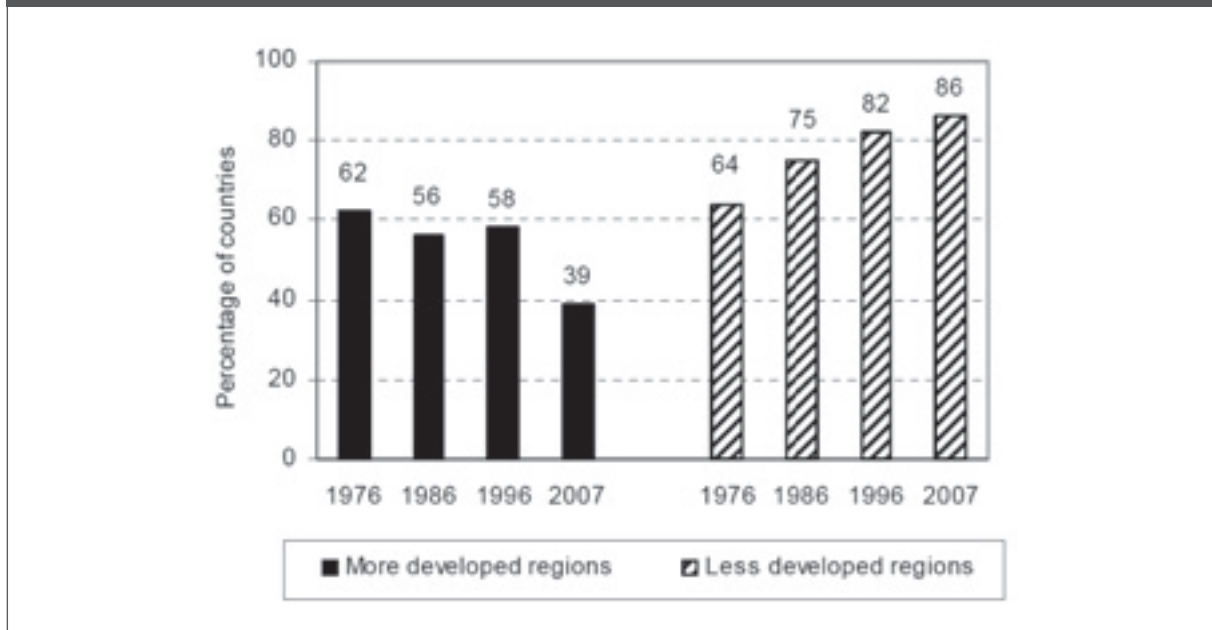


Quelle: UN (2008), World Population Policy 2007

² Die Daten für den folgenden Abschnitt stammen im Wesentlichen aus dem Bericht „World Population Policy“ (UN 2007). Von Interesse sind der Überblick und die Tabellen. Die Länderberichte sind für die uns interessierende Region, nämlich Europa, so allgemein gehalten, dass kaum ein Unterschied zwischen einzelnen Ländern erkennbar ist.

Für die hoch entwickelten Länder sieht die Problemlage deutlich anders aus. Aus Sicht der Regierungen stehen die demografische Alterung (81 %) sowie die niedrige Fruchtbarkeit (61 %) im Vordergrund. Abgeleitet davon werden auch in vielen der reichen Länder negative Konsequenzen für das Arbeitskräfteangebot befürchtet (61 %), wobei sich allerdings kein ‚Überangebot‘ im Verhältnis zur Nachfrage, sondern für das 21. Jahrhundert eher ein Arbeitskräftemangel abzeichnet.

Grafik 2: Länder, die Maßnahmen zur Propagierung und Verbreitung wirkungsvoller Verhütungsmittel finanziell unterstützen (in %)



Quelle: UN (2008), World Population Policy 2007

In vielen Ländern mit Geburtenüberschüssen und wachsender Einwohnerzahl wird heute die Fruchtbarkeit tendenziell als zu hoch beurteilt, weshalb entsprechende Gegenmaßnahmen zur Verringerung der Kinderzahl pro Familie ergriffen werden. Diese Sicht teilten 2007 immerhin 51 % aller Regierungen von Entwicklungs- und Schwellenländern. 1976 war dies nur in 34 % dieser Länder der Fall. Bis 1996 stieg ihr Anteil auf 56 % (Grafik 1). Nun setzt offenbar unter dem Eindruck einer im Weltmaßstab klar abnehmender Fruchtbarkeit bereits eine gewisse Gegenbewegung ein. Dennoch unterstützten 2007 bereits 86 % aller Entwicklungs- und Schwellenländer Maßnahmen zur Propagierung und Verbreitung wirkungsvoller Verhütungsmittel. 1976 taten dies erst zwei Drittel (66 %) dieser Länder (Grafik 2).

Wie sich die Problemwahrnehmung veränderte, lässt sich an zwei Makro-Regionen klar veranschaulichen. In Afrika, dem Kontinent mit der größten Zahl wenig entwickelter Länder, gab es vor drei Jahrzehnten wenig Problembewusstsein und entsprechend wenig ausformulierte Antworten der Politik. Im Jahr 1976 hielt nur ein Drittel der afrikanischen Regierungen das jeweilige Bevölkerungswachstum für zu hoch; und bloß ein Viertel der Länder setzte politische Maßnahmen, um dieses Wachstum zu bremsen. Der Kontinent bestand damals vor allem aus Staaten, die im Vergleich zu anderen Erdteilen eher dünn besiedelt waren. In dieser Situation erschien ein starkes Bevölkerungswachstum etlichen

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Politikern und Experten nicht als Entwicklungshindernis, sondern als Chance. Diese Sichtweise wird heute nur noch von wenigen geteilt. 2007 schätzten bereits 66 % aller afrikanischen Regierungen ihr nationales Bevölkerungswachstum als zu hoch und somit als Problem ein. Die Mehrzahl der betroffenen Länder (64 %) setzt politische Maßnahmen, um dieses Wachstum zu begrenzen. Nicht so leicht zu beantworten ist allerdings die Frage nach der Effizienz dieser Programme.

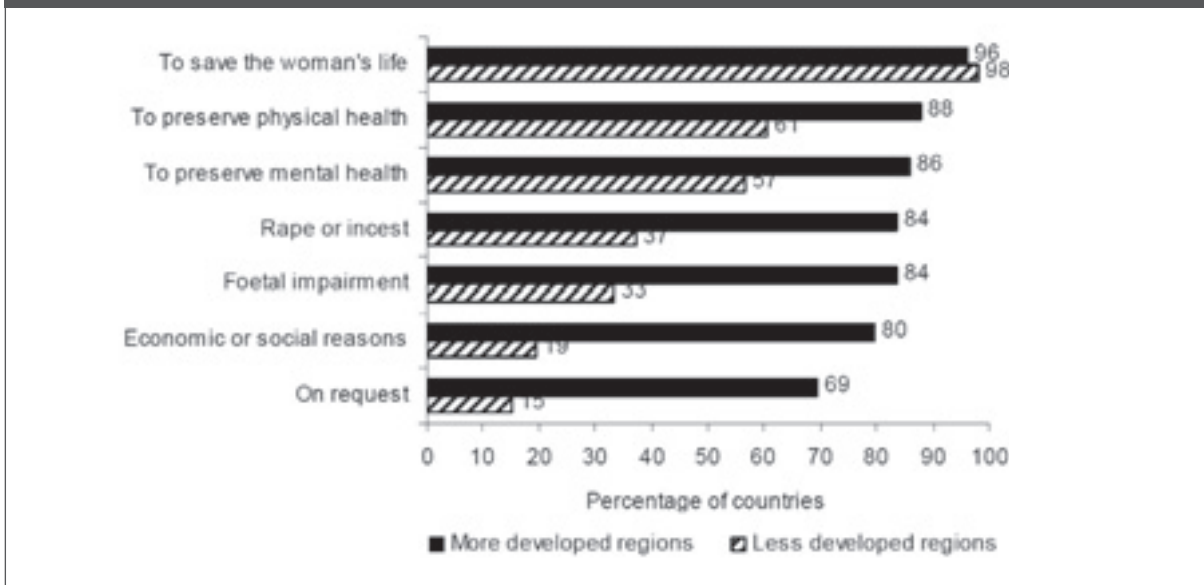
Grafik 3: Beurteilung des Niveaus der Fruchtbarkeit durch europäische Regierungen, 1976, 2007



Quelle: UN (2008), World Population Policy 2007

In deutlichem Kontrast zu Afrika präsentiert sich die Lage in Europa, Nordamerika und Japan. Hier hält mittlerweile die Mehrzahl der Regierungen das Bevölkerungswachstum ihrer Länder für zu niedrig bzw. die Schrumpfung der Einwohnerzahl für bedenklich. Die Antwort darauf sind in der Regel Maßnahmen zur positiven Beeinflussung der Kinderzahl. 2007 bekannten sich 53 % aller hoch entwickelten Länder zu solchen Maßnahmen – ein deutlicher Anstieg gegenüber den UN-Umfragen vergangener Jahrzehnte (1976: 21 %; 1986: 24 %; 1996: 33 %; Grafik 1). Im Gegenzug verringerten sich Zahl und Anteil jener hoch entwickelten Länder, die Maßnahmen zur Propagierung und Verbreitung wirkungsvoller Verhütungsmittel finanziell unterstützen von 62 % (1976) auf 39 % (2007; Grafik 2).

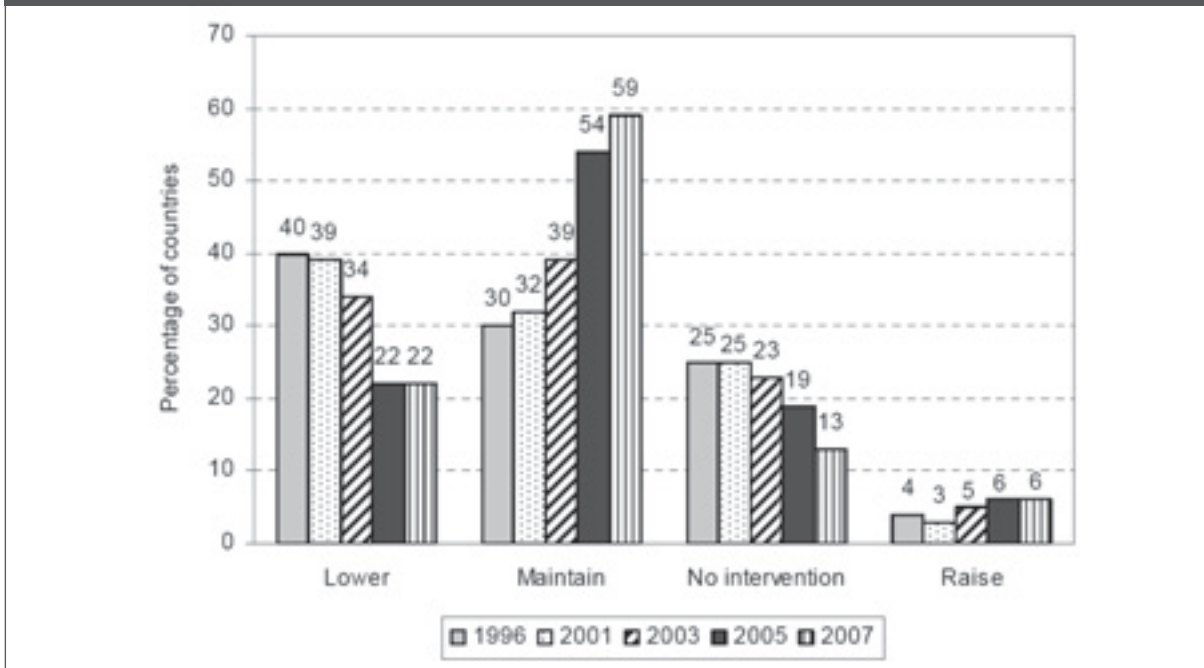
Grafik 4: Voraussetzungen, unter denen Schwangerschaftsabbrüche in UN-Mitgliedsstaaten legal sind, 2007



Quelle: UN (2008), World Population Policy 2007

In den reicheren Ländern der ‚nördlichen Hemisphäre‘ verbindet sich mit der aktuellen Bevölkerungsentwicklung vor allem die Sorge um negative Konsequenzen der demografischen Alterung. Es geht dabei um absehbare Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, aber auch um ein möglicherweise geringeres Arbeitskräftepotenzial. Beides zusammen führt zu einer erwarteten relativen Verschlechterung des zahlenmäßigen Verhältnisses von Pensionist/-innen zur beruflich aktiven Bevölkerung.

Grafik 5: Zielvorstellungen der UN-Mitgliedsstaaten zum Niveau der Netto-Migration, 1996 – 2007 (in %)



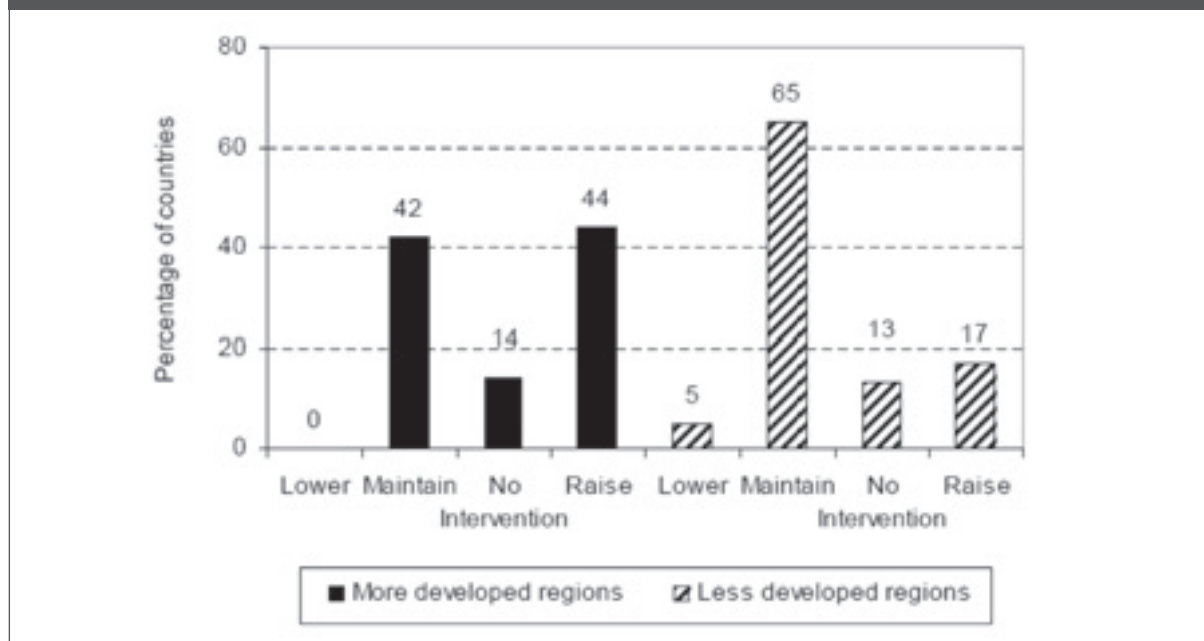
Quelle: UN (2008), World Population Policy 2007

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Dem hatte die Politik vor allem in der vergangenen Dekade mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Seit der Jahrtausendwende versuchten etliche europäische Länder, das tatsächliche Pensionsalter anzuheben. Letzteres geschah vor allem durch die Verschlechterung der materiellen Bedingungen (Pensionshöhe) bei vorzeitigem Pensionsantritt sowie durch graduelle Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters.

Ein Punkt für sich ist die Haltung der UN-Mitgliedsstaaten zum Schwangerschaftsabbruch. Abtreibung auf Wunsch der Schwangeren ist in zwei Drittel (69 %) aller wirtschaftlich entwickelten Länder legal, aber nur in 15 % aller Entwicklungs- und Schwellenländer. Schwangerschaften als Folge einer Vergewaltigung oder eine Missbildung des Fötus gelten in entwickelten Ländern fast durchwegs als Grund für einen legalen Abbruch (84 %), in der Mehrzahl der Entwicklungs- und Schwellenländer hingegen nicht (37 % bzw. 33 %). Selbst Schwangerschaften, die erhebliche Folgen für die Gesundheit der betroffenen Frau haben, berechtigen nur in 61 % der Entwicklungs- und Schwellenländer zu einem legalen Abbruch.

Grafik 6: Zielvorstellungen der UN-Mitgliedsstaaten zum Niveau der Migration von qualifizierten Migranten, 2007 (in %)



Quelle: UN (2008), World Population Policy 2007

Internationale Wanderungen können erhebliche Auswirkungen auf Größe und Zusammensetzung von Bevölkerungen haben. Ihre Steuerung ist daher ebenfalls ein Feld der Bevölkerungspolitik und wird auch zunehmend als solches gesehen. Allein zwischen 1996 und 2007 sank die Zahl der Länder, die keinen Einfluss auf die Höhe von Zu- und Abwanderungen nehmen wollten, von 25 % auf bloß 13 % aller UN-Mitgliedsstaaten (Grafik 5). In den reicheren Ländern der ‚nördlichen Hemisphäre‘ steht dabei die Regelung und gegebenenfalls Begrenzung von Zuwanderung im Vordergrund. Vielen Schwellen- und Entwicklungsländern geht es hingegen darum, ihren Bürgerinnen und Bürgern eine Erwerbstätigkeit in reicheren Ländern zu ermöglichen. Aus dieser Perspektive steht das Management der Auswanderung und der möglichen Rückkehr von Arbeitsmigranten im Vordergrund.

Die Haltung der Regierungen zur Ein- und Auswanderung muss sich nicht mit der Mehrheitsmeinung der jeweiligen Bevölkerungen decken. Ein Vergleich der regelmäßig durchgeführten UN-Umfragen zeigt: Immer mehr Regierungen legen Wert darauf, internationale Wanderungen nicht einzuschränken, sondern vielmehr auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten (1996: 30 %, 2007: 59 %) oder sogar zu fördern (1996: 4 %, 2007: 6 %). Zum einen hat sich die Situation in ehemals oder noch immer kommunistischen Ländern verändert, die ihren Bürgerinnen und Bürgern bis 1990 die legale Auswanderung nur in Ausnahmefällen gestatteten. Zum anderen beschloss eine Reihe europäischer Staaten nationale Einwanderungsregelungen, die auf eine Rekrutierung qualifizierter Migrantinnen und Migranten abzielen. Laut UN-Umfrage von 2007 wünschen sich heute bereits 44 % der Regierungen aller entwickelten Länder eine stärkere Zuwanderung von gut qualifizierten Personen (Grafik 6). Die Bevölkerung in den hoch entwickelten Ländern, und nicht nur dort, ist in dieser Frage erkennbar skeptischer, vor allem, wenn das Thema abstrakt diskutiert wird.

Mit der internationalen Wanderung ist die Frage der Integration von Zuwanderern verbunden. Integrationspolitik wird allerdings nur in den hoch entwickelten Ländern Europas und Nordamerikas ein politisches Handlungsfeld. Andere Länder mit einem beträchtlichen Anteil an zugewandelter Bevölkerung – insbesondere die Golf-Staaten – setzen nicht auf eine Integration der Zuwanderer, sondern auf deren regelmäßige Rotation, und verweigern einem Großteil daher sowohl einen unbefristeten Aufenthaltstitel als auch die Möglichkeit zur Einbürgerung.

Anders ist die Strategie der EU. Sie will keine eigentliche familienpolitische Strategie im expliziten Sinn formulieren, versteht sich also nicht als Akteurin der Familienpolitik. Doch bei etlichen Zielvorgaben, die meist auch mit quantitativen Zielgrößen verbunden sind, finden sich familienpolitische Konsequenzen oder Implikationen: Wenn etwa in den sogenannten Barcelona-Zielen eine Betreuungsquote von 90 % drei- bis fünfjähriger Kinder in Hort- und Kindergarten vorgegeben wird, welche innerhalb einer bestimmten Zeit zu erreichen ist, dann ist dies nicht nur eine bildungspolitische, sondern auch eine familienpolitische Maßnahme.

Dies gilt auch für einige Lissabon-Ziele von 2002, die schließlich zu den Barcelona-Zielen führten: Das Ziel der Erhöhung der weiblichen Erwerbsquote auf mindestens 60 % bis 2010 hat zweifellos familienpolitische Implikationen: "Member states should remove disincentives for female labour force participation and strive, taking into account the demand for childcare facilities and in line with national patterns of provision, to provide childcare by 2010 to at least 90 per cent of children between 3 years old and the mandatory school age, and at least 33 per cent of children under 3 years age."

Darüber hinaus hat der Europäische Rat bereits 1996 alle EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen Elternurlaub (oder Kinderbetreuungs-Urlaub – parental leave) von mindestens drei Monaten einzuführen.

³ Außer Großbritannien, das bei bestimmten sozialen Vorgaben über eine „Opt out“-Möglichkeit verfügt.

Schließlich geht es um die Formulierung familienpolitischer Ziele auf nationaler Ebene. Hier gibt es auf der einen Seite die politische Rhetorik, die allerdings für eine Diskursanalyse durchaus interessant ist. Man kann hauptsächlich daraus den familienpolitischen Untergrund der diversen Strömungen ersehen. Dann aber gibt es die konkreten familienpolitischen Zielsetzungen, z. B. im Rahmen von Parteien- oder Regierungsvereinbarungen.

1.3 Familiendiskurs und familienpolitischer Diskurs

„There is something wrong with the institution of marriage. Indeed, marriage is often a centerpiece in ideological claims about the ‘decline of family values’” (Lawes 1999). Diejenigen, welche den Niedergang der Familie beklagen, verwechseln oft ein bestimmtes Familienmodell mit „Familie“ als Netzwerk von Verwandtschaft sowie als sozialen Ort von Produktion und Reproduktion. Allerdings gibt es ein gewisses Wechselspiel, das sich nicht auf dem ersten Blick erschließt: Familie gilt spätestens seit der Industriellen Revolution und der Entstehung außerhäuslicher Erwerbsarbeit als der private Ort schlechthin. Doch gleichzeitig wurden private Lebensformen seither immer mehr ein öffentliches Anliegen. Dies ist nur ein Spezialfall eines viel allgemeineren Phänomens: Private Ziele sind inzwischen als die vorrangige Lebensziele weitgehend anerkannt: Doch Politik und öffentliches Handeln sollen dieses Private fördern. „The pursuit of happiness“ ist in westlichen Gesellschaften zu einem zentralen politischen Ziel geworden.

Die Familie als eine gesellschaftliche Grundstruktur war und ist in allen uns bekannten Gesellschaften durch soziale Normen geregelt. Damit ist allerdings nicht gesagt, wie diese Normen aussahen.

„Die Familie ist der Urgrund aller organischen Gebilde in der Volkspersönlichkeit ... In dem Gegensatz zwischen Mann und Weib z. B. lässt sich erst die soziale Ungleichheit als ein ewiges Naturgesetz im Leben der Menschheit erweisen.“ So schrieb Mitte des 19. Jahrhunderts W. H. Riehl (1873 [1854]). Er nannte das 1. Buch seines Werkes einfach: „Mann und Weib“. Im ersten Kapitel beschrieb er darin „die soziale Ungleichheit als Naturgesetz“.

„Die Ehe (matrimonium) [ist] die Verbindung zweier Personen verschiedenen Geschlechts zum lebenswierigen, wechselseitigen Besitz ihrer Geschlechtseigenschaften ... Denn der natürliche Genuß, den ein Geschlecht von den Geschlechtsorganen des anderen macht, ist ein Genuß, zu dem sich ein Theil dem anderen hingibt ... Nur unter der einzigen Bedingung ist dies möglich, daß, indem die eine Person von der anderen gleich als Sache erworben wird, diese gegenseitig wiederum jene erwerbe.“

Kant, 1995 [1797]): 334, betont den Charakter der Familie als Vertrag zwischen Personen bzw. Individuen; seine Auffassung ist in diesem Sinn modern.

Hegel (1995 [1807]: 60) hingegen gibt stärker Ideologie und auch Gesellschaftswirklichkeit seiner Zeit wieder:

„Die Familie ist nur eine Person; die Mitglieder derselben haben ihre Persönlichkeit (damit das Rechtsverhältnis, wie auch die ferneren partikulären Interessen und Selbstsüchtigkeiten) entweder gegeneinander aufgegeben (die Eltern) oder dieselbe noch nicht

erreicht (die Kinder, die zunächst in dem ... Naturzustande sind). ... Der Geist der Familie, die Penaten sind ebenso ein substantielles Wesen als der Geist eines Volkes im Staate."

W. H. Riehl sieht im Verhältnis zwischen den Geschlechtern eine Naturkonstante, welche die bestehende Asymmetrie sowohl erklärt als auch legitimiert.

„Es ist der verwegenste Gedanke des modernen Radikalismus, daß das Verhältnis der Ungleichheit und Abhängigkeit zwischen Weib und Mann, wie es die Natur gegeben, wie es die Sitte von Jahrtausenden weitergebildet und in die ehernen Tafeln aller Gesetzgebung eingeschrieben hat, ein Ausfluß barbarischer Tyrannei, ein bloßes Siegeszeichen der rohen physischen Gewalt sey.“
W. H. Riehl (1873 [1854]).

Weniger kämpferisch, aber inhaltlich ganz auf derselben Linie lag zur selben Zeit jenseits des Rheins Frédéric Le Play (1855). Für den sozialen und politischen Konservatismus war also die traditionelle Familienform gleichzeitig göttliches Gebot und naturgegebene Einrichtung.

Während die damaligen Modernisierer das göttliche Recht nicht in Zweifel zogen, weil dies für sie keine Ebene der Auseinandersetzung bildete, wurde die Behauptung einer naturgegebenen Familienform durchaus kritisiert. Das berühmteste, weil später kanonisierte Beispiel dafür war Friedrich Engels mit seiner groß angelegten unilinearen Evolutionstheorie im „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ (1884; in MEW 21, 25–173). Unter Berufung auf kulturalanthropologische Ergebnisse, insbesondere Lewis H. Morgan (1877 [1877]), zog er eine Entwicklungslinie von einer behaupteten ursprünglich regellosen Promiskuität über die Gruppenehe zur „zivilisierten Familie“. Engels wertete dies ausdrücklich als Fortschritt, was später im Stalinismus zur Legitimierung traditioneller Familienpolitik genutzt wurde.

Andere Sozialisten führten Engels' Gedanken in einer libertären Interpretation fort, insbesondere Paul Lafargue (1886), dessen Überlegungen Engels allerdings durchaus mittrug. Dieser zweite Interpretationsstrang sah Familie tendenziell als Unterdrückungsorganisation. Später war es einerseits der linke Flügel der Psychoanalytiker weniger in der Tradition Sigmund Freuds als vielmehr in jener Wilhelm Reichs, der dies im Sinn einer beabsichtigten Kulturrevolution hervorhob. Deren Protagonisten wiederum beriefen sich auf die Kulturalanthropologie, teilweise gegen die politischen Intentionen der herangezogenen Autoren. Während Margaret Mead (1935 [1935]) auf Basis ihrer Forschungsergebnisse zu dem Schluss kam, dass Geschlechtscharaktere sozial definiert und somit gesellschaftlich gestaltbar sind – wobei sie auch die Geschlechtsbeziehungen in den USA im Blick hatte –, dürfte diese Position von Bronislaw Malinowski ([1922]) keineswegs geteilt worden sein, auch wenn Mead dessen Arbeiten als Beleg für ihre These heranzog.

Damit haben wir bis fast in die Gegenwart reichend zwei Idealtypen eines politisch und weltanschaulich geprägten Diskurses. Der eine Diskurs betont die Familie in der gegebenen und in der Ehe verrechtlichten Struktur als das Fundament jeder Gesellschaft. Der andere sieht sie eher als repressive und krank machende Instanz, von der die Individuen sich distanzieren müssten. Seit dem späten 19. Jahrhundert gesellte sich dazu eine dritte

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Sichtweise, die Familie als einst vitale gesellschaftliche Institution definierte, die durch Modernisierungsprozesse an Funktionsfähigkeit verliert. Man könnte auch vom „Patienten Familie“ sprechen.

Wo soziale Regelungen unser Leben bestimmen, versuchen politische, gesellschaftliche und religiöse Bewegungen, sie in ihrem Sinn durch Vorgaben zu beeinflussen. Die Dimension dieser Beeinflussung lässt sich unter anderem entlang der Achse permissiv vs. repressiv lokalisieren. Die Stellung zu Sexualität ist dabei kennzeichnend für den Grad an kulturellem Konservatismus. Der Parade-Konservative unter den deutschen Soziologen, Helmut Schelsky, erklärte vor einem halben Jahrhundert noch offen die „Gegenaufklärung“ zum Motiv seiner Sexualsoziologie (1955: 8). Im Wahlmanifest der konservativen US-Republikaner von 1994 nahm der Kampf gegen uneheliche Geburten (als Ausdruck und Folge einer permissiven Haltung) eine prominente Stelle ein. Und die 2001 angetretene US-Regierung unter George W. Bush strich staatliche Mittel für Sexualerziehung, Aufklärung von Jugendlichen und AIDS-Prävention. Stattdessen sollte sexuelle Enthaltensamkeit bis zur Ehe propagiert werden. Ähnliche Einschränkungen galten ab 2001 für die Verwendung von Mitteln, welche die USA im Rahmen ihrer Entwicklungshilfe für die Förderung reproduktiver Gesundheit in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgaben.

1.3.1 Rechtsdefinitionen des österreichischen Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches

Die Ehe ist im „Bürgerlichen Recht“ geregelt, in jenem Teil, welcher die Beziehungen zwischen „Bürgern“ regelt. Sie ist ein Element der Zivilgesellschaft, somit keine staatliche Struktur, wohl aber eine politische, welche sich auf staatliche Herrschaft und deren Zielvorstellungen stützt. Man kann es auch so sagen: Sie ist Teil des Verhältnisses zwischen Gesellschaft und Staat.

Begriff der Ehe

§ 44. Die Familienverhältnisse werden durch den Ehevertrag gegründet. In dem Ehevertrage erklären zwei Personen verschiedenen Geschlechtes gesetzmäßig ihren Willen, in unzertrennlicher Gemeinschaft zu leben, Kinder zu zeugen, sie zu erziehen, und sich gegenseitigen Beistand zu leisten.

Zweites Hauptstück: Von dem Eherechte

Persönliche Rechtswirkungen der Ehe

§ 89. Die persönlichen Rechte und Pflichten der Ehegatten im Verhältnis zueinander sind, soweit in diesem Hauptstück nicht anderes bestimmt ist, gleich.

§ 90. Die Ehegatten sind einander zur umfassenden ehelichen Lebensgemeinschaft, besonders zum gemeinsamen Wohnen, sowie zur Treue, zur anständigen Begegnung und zum Beistand verpflichtet. Im Erwerb des anderen hat ein Ehegatte mitzuwirken, soweit ihm dies zumutbar und es nach den Lebensverhältnissen der Ehegatten üblich ist.

§ 91. Die Ehegatten sollen ihre eheliche Lebensgemeinschaft, besonders die Haushaltsführung und die Erwerbstätigkeit, unter Rücksichtnahme aufeinander und auf das Wohl der Kinder einvernehmlich gestalten.

§ 92. (1) Verlangt ein Ehegatte aus gerechtfertigten Gründen die Verlegung der gemeinsamen Wohnung, so hat der andere diesem Verlangen zu entsprechen, es sei denn, er habe gerechtfertigte Gründe von zumindest gleichem Gewicht, nicht mitzuziehen.

(2) Ungeachtet des Abs. 1, kann ein Ehegatte vorübergehend gesondert Wohnung nehmen, solange ihm ein Zusammenleben mit dem anderen Ehegatten, besonders wegen körperlicher Bedrohung, unzumutbar oder dies aus wichtigen persönlichen Gründen gerechtfertigt ist.

(3) In den Fällen der Abs. 1 und 2 kann jeder der Ehegatten vor oder auch nach der Verlegung der Wohnung oder der gesonderten Wohnungnahme die Entscheidung des Gerichtes beantragen. Das Gericht hat im Verfahren außer Streitsachen festzustellen, ob das Verlangen auf Verlegung der gemeinsamen Wohnung oder die Weigerung mitzuziehen oder die gesonderte Wohnungnahme durch einen Ehegatten rechtmäßig war oder ist. Es hat bei der Entscheidung auf die gesamten Umstände der Familie, besonders auf das Wohl der Kinder, Bedacht zu nehmen.

§ 93. (1) Die Ehegatten führen den gleichen Familiennamen. Dieser ist der Familienname eines der Ehegatten, den die Verlobten vor oder bei der Eheschließung in öffentlicher oder öffentlich beglaubigter Urkunde als gemeinsamen Familiennamen bestimmt haben. Mangels einer solchen Bestimmung wird der Familienname des Mannes gemeinsamer Familienname.

(2) Derjenige Verlobte, der nach Abs. 1 den Familiennamen des anderen als gemeinsamen Familiennamen zu führen hat, kann dem Standesbeamten gegenüber vor oder bei der Eheschließung in öffentlicher oder öffentlich beglaubigter Urkunde erklären, bei der Führung des gemeinsamen Familiennamens diesem seinen bisherigen Familiennamen unter Setzung eines Bindestrichs zwischen den beiden Namen voran- oder nachzustellen. Dieser Ehegatte ist zur Führung des Doppelnamens verpflichtet. Eine andere Person kann ihren Namen nur vom gemeinsamen Familiennamen ableiten.

1.4 Konkurrierende Ziele von Familienpolitik

Alle empirischen Erhebungen von Lebenszielen und Lebensformen zeigen, dass ein befriedigendes „Familienleben“ für die meisten wesentlich wichtiger ist als mögliche konkurrierende Lebensziele. Im Gegenzug stehen das Schließen einer „Ehe“ und deren Aufrechterhaltung in der Hierarchie der Lebensziele nicht mehr so weit oben wie früher. Die Zusammenhänge sind allerdings komplex, wie die zu Verfügung stehenden Daten nahelegen. Vor allem wird offenbar zwischen Ehe als Rechtsform und Familie als Lebensform unterschieden. Dabei hat sie unterschiedliche Funktionen: Sie ist Lebens-, Reproduktionsgemeinschaft, Ort von Sexualbeziehungen, seltener auch Produktionsgemeinschaft. Einzige weit verbreitete Alternative zur Familie als Lebensform ist die Single-Existenz. Sie ist inzwischen Lebensform einer wachsenden Minderheit. Dieser Trend sowie die Entstehung neuer Familienformen werden in Österreich als Faktum zur Kenntnis genommen (Daten bei Tazi-Preve 2003: 446 ff.).

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Ein zunehmender Teil der Bevölkerung äußert Sorge wegen des Geburtenrückgangs bzw. wegen der historisch niedrigen Kinderzahlen. Im Dezember 2007 gaben 63 % der Bevölkerung ab 16 Jahren an, diese Entwicklung mache ihnen „Sorge“. Das sind deutlich mehr als 1977 (45 %). Die große Mehrheit der Befragten erwartet negative Auswirkungen. Es ist allerdings für die meisten wohl kein erlebtes Problem, sondern ein sekundär wahrgenommenes. Denn die größte Sorge äußern nicht etwa die Jüngeren (1–29 J.: 44 %), sondern die Älteren (50 J. und älter: 74 %). Zugleich ist diese Sorge bei Befragten ohne weiterführende Bildung etwas stärker ausgeprägt als bei Personen mit Matura bzw. akademischer Ausbildung.⁴

Eine Wertestudie des Österreichischen Instituts für Familienforschung von 2004 zeigt gleichzeitig, dass speziell an Mütter hohe und zum Teil schwer vereinbare Ansprüche gestellt werden: 60 % aller Befragten stimmten 2004 der Aussage zu, eine gute Mutter solle „den ganzen Tag“ bei ihrem Kind verbringen. Eine Mehrheit von Männern (56 %) meinte, dass weibliche Berufstätigkeit nicht mit der Rolle einer „guten Mutter“ vereinbar sei. Eine Mehrheit der Frauen (57 %) war hingegen der Meinung, dass dies sehr wohl vereinbar sei. Bei der weniger gebildeten männlichen Bevölkerung liegt die Ablehnung der Berufstätigkeit von Müttern immerhin bei zwei Drittel.

Auch an Väter werden in gewisser Weise schwer vereinbare Ansprüche gestellt. Befragte Männer wie Frauen gaben 2004 fast durchwegs an, dass Männer die Familie finanziell absichern sollten. Diese Haltung bejaht das traditionelle Bild des „Familienerhalters“. Aber fast ebenso viele meinen, dass Väter mehr Aufgaben in der Familie übernehmen und sich gleichberechtigt um Kinder kümmern sollten. Sehr viel geringer ist allerdings, wenig konsistent, die Zustimmung zur Väter-Karenz (Männer: 51 %, Frauen: 60 %). Und die konkrete Frage, ob Männer ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen sollten, um ein Kind zu betreuen, wurde 2004 nur von der Hälfte der befragten Frauen bejaht.

1.4.1 Familienpolitik auf nationaler Ebene

Entscheidend für die Formulierung und Umsetzung familienpolitischer Ziele ist nach wie vor die nationale Ebene.

Was die Strukturen der Familienpolitik betrifft, so zeigen alle empirischen Erhebungen zu Lebenszielen und Lebensformen, dass eine befriedigende „Familiensituation“ mögliche Alternativen weit hinter sich lässt. Im Gegensatz dazu scheint nach anderen Indikatoren die „Ehe“ als dominante Lebensform in mancher Hinsicht an Bedeutung zu verlieren. Die Zusammenhänge sind allerdings komplexer, wie die einander gegenüberstehenden Daten nahelegen.

Vor allem sollten wir strikt zwischen Ehe als Rechtsform und Familie als lebensweltlicher Form des Zusammenlebens unterscheiden. Dabei hat sie unterschiedliche Funktionen (Lebens-, Reproduktionsgemeinschaft, präferierter Ort der Sexualbeziehung u. a.). Traditionale Familienformen sind zu kontrastieren mit der Suche nach neuen Formen. Doch tatsächlich scheint die einzig bisher realistische Alternative zur Familie als Lebensform die Single-Existenz zu sein – sie eignet sich aber wahrscheinlich nur für eine Minderheit als auf Dauer angelegte Lebensform. Für alle übrigen ist das Single-Dasein eine Lebensphase.

⁴ IMAS-Reports 2005_22 und 2008_01 (www.imas.at/IMAS-Report/).

1.4.2 Träger von Familienpolitik in Österreich

Träger der Familienpolitik sind in Österreich die Gebietskörperschaften. Der Bund formuliert im Wesentlichen die Ziele, die – wie Politik immer – aus Kompromissen zwischen unterschiedlichen Interessengruppen und Parteien entstehen.

Die Bundesländer modifizieren diese Zielsetzungen, soweit sie in ihre eigenen Zuständigkeiten fallen, je nach politischen Kräfteverhältnissen auf Landesebene. Damit können sie einerseits die Implementierung einiger auf Bundesebene beschlossener Maßnahmen beschleunigen oder verzögern. Andererseits haben sie durch die verfassungsrechtliche Zuständigkeit für Kindergärten sowie für Volks- und Hauptschulen formal einen eigenen Wirkungsbereich.⁵

Die Gemeinden sind durchführende Organe, verfügen aber realpolitisch über einen eigenen Gestaltungsspielraum. Ob das Angebot an Kindergarten- und Hort-Plätzen ausgebaut wird, wie die Öffnungszeiten aussehen, kann daher von der lokalen politischen Konstellation abhängen, aber auch von der finanziellen Situation der jeweiligen Gemeinde.

1.4.2.1 Instrumente

In Österreich ist das hauptsächliche Instrument von Familienpolitik im engeren Sinne der „Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen“ bzw. Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) mit seinen Leistungen. Gegründet per Gesetz vom 24. Oktober 1967 (BGBl. 376), fasste er bereits vorher bestehende Transferleistungen für Familien zusammen und systematisierte sie. Seither wurde das Gesetz vielfach novelliert.

Die Mittel dieses Fonds werden gegenwärtig einerseits von den Dienstgeberbeiträgen getragen. Diese betragen anfänglich (1967) 6 % der Lohnsumme, wurden aber 1978 bzw. 1981 auf 4,5 % herabgesetzt. Hinzu kommen Ertragsanteile aus der Lohn- und Einkommenssteuer sowie Körperschaftssteuer (§ 39 des FLAG).

Die Familienleistungen i. S. der Familienbeihilfe für Eltern mit minderjährigen bzw. noch in Ausbildung stehenden Kindern gehen in Österreich schon vor die Zeit des FLAF zurück. Die erste Beihilfenleistung der Zweiten Republik war die „Ernährungsbeihilfe“ (24,- Schilling pro Monat ab 1. Oktober 1948). Sie wurde ab Jänner 1950 von der Kinderbeihilfe abgelöst, die den für die damalige Zeit großzügigen Umfang von 150,- Schilling pro Monat hatte. Rechnet man dies mit dem verketteten Preisindex von 1950 um, so ergäbe sich 2008 ein Wert von rund € 102 pro Monat, also etwa derselbe Betrag, welcher derzeit für das erste Kind bis zum dritten Lebensjahr ausgezahlt wird. Allerdings gab es damals noch Einkommensobergrenzen. Ursprünglich finanzierte der Fonds nur Leistungen für unselbstständig Beschäftigte. Zugleich gab und gibt es Leistungen in „Selbstträgerschaft“. Die Gebietskörperschaften zahlten nicht in den FLAF ein, sondern bezahlten die Beihilfen für ihre Angestellten bzw. deren Kinder im direkten Wege.

⁵ Art. 14 (4) B-VG: Landessache ist die Gesetzgebung und die Vollziehung in folgenden Angelegenheiten: ... b) Kindergartenwesen und Hortwesen.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

1.4.3 Leistungen

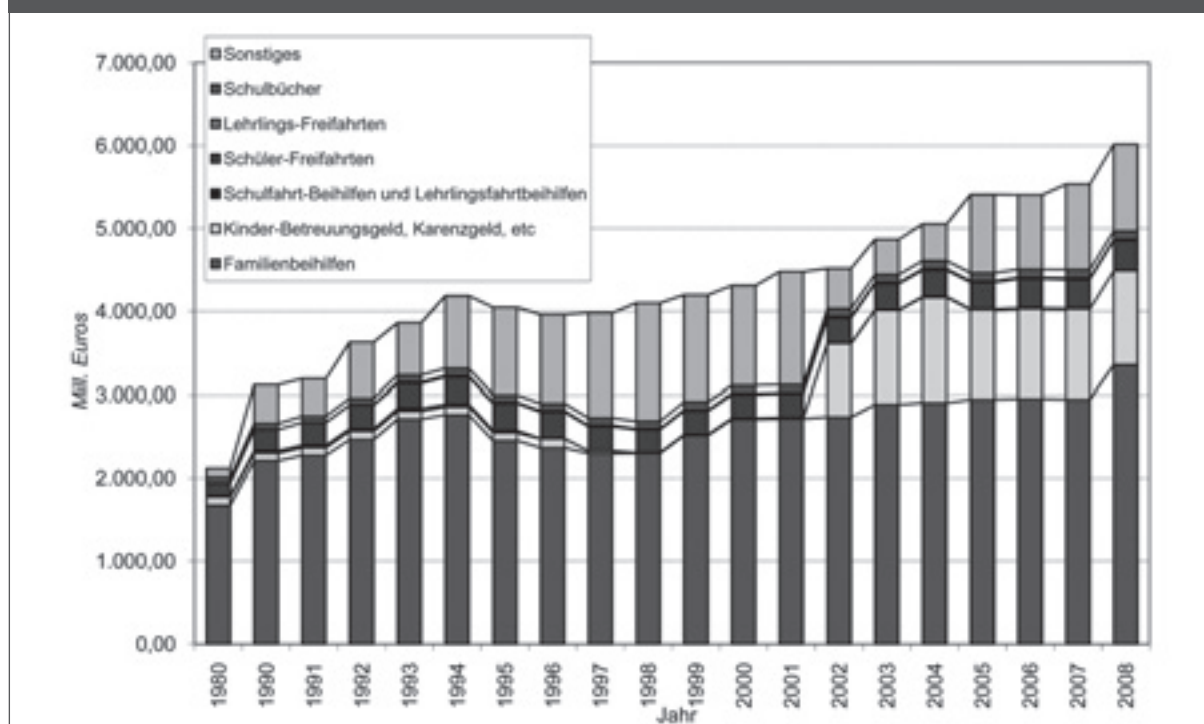
Familienpolitische Leistungen seitens des Staates können in Geldleistungen oder in Sachleistungen bestehen. Hinzu kommt die Setzung rechtlicher Rahmenbedingungen. Sachleistungen werden von Seiten des Staates in der Regel dann bevorzugt, wenn mit der Leistung eine flächendeckende Versorgung beabsichtigt ist. Für Familien haben Sachleistungen den Charakter eines öffentlichen Guts, weil die zur Verfügung gestellten Leistungen meist nicht für alle in entsprechender Qualität zukaufbar wären. Ein öffentliches bzw. öffentlich finanziertes Schulwesen hat daher einen anderen Charakter als monetäre Transfers, die Eltern einen Teil der Ausbildungskosten ihrer Kinder abgelten würden.

1.4.3.1 Transfers

Zentrale Leistung des FLAF ist die Familienbeihilfe. Im Jahr 2008 machte ihr Anteil mit 55,8 % mehr als die Hälfte aller Leistungen des FLAF aus. 1980 waren es mit 79,1 % noch deutlich mehr gewesen. Bis 2001 sank somit der Anteil von Familienbeihilfe und sonstigen vergleichbaren Transferleistungen (Karenzgeld) von 83,6 % auf 60,8 % aller FLAF-Leistungen. Im Jahr 2002 stieg dieser auf 80,0%. Denn in jenem Jahr wurde als weitere zentrale Leistung ein Kinderbetreuungsgeld eingeführt. Seither sank der Anteil aller genannten Leistungen wieder auf 74,5 % (Grafik 7).

Seit Anfang der 1970er-Jahre wurde und wird eine Fülle anderer Familienleistungen ebenfalls aus dem FLAF bezahlt. Dazu gehören vor allem: Schüler- und Lehrlingsfreifahrten inklusive Fahrtbeihilfen (6,5 % im Jahr 2008), die Lehrmittel (Schulbuchaktion: 1,6 % gegen anfangs 3,3 %), Härteausgleich, Familienberatungsstellen, Unterhaltsvorschüsse und sonstige Überweisungen (zusammen 17,3 % gegenüber 5,3 % vor einem Vierteljahrhundert).

Grafik 7: Der Familienlastenausgleichsfonds und seine Leistungen, 1980 – 2008



Quelle: Bundesrechnungsabschüsse nach StJB 2009

Kinderbetreuungsgeld

Die familienpolitisch interessanteste Neuerung der letzten Dekade ist zweifellos das Kinderbetreuungsgeld (vgl. Kinderbetreuungsgeld-Gesetz – KBGG, BGBl. 103/2001). Seine Einführung entspricht einem allgemeinen Trend in Europa. Es dient mehreren Zwecken; denn im Gegensatz zur Familienbeihilfe, die für alle Kinder weitgehend unabhängig von Bedürftigkeit und Lebenslage der Eltern gewährt wird, ist das Kinderbetreuungsgeld an Einkommens- bzw. Zuverdienstgrenzen gebunden und mit mehreren Auflagen versehen, darunter der faktischen Auflage, dass sich ein Elternteil vorrangig um die Betreuung des jeweiligen Kleinkindes kümmert. Damit ist nicht gesagt, dass dies die Mutter sein muss. Tatsächlich wurden die Regelungen so konzipiert, dass für Väter ein Anreiz besteht, zumindest eine Zeit lang die Betreuung zu übernehmen.

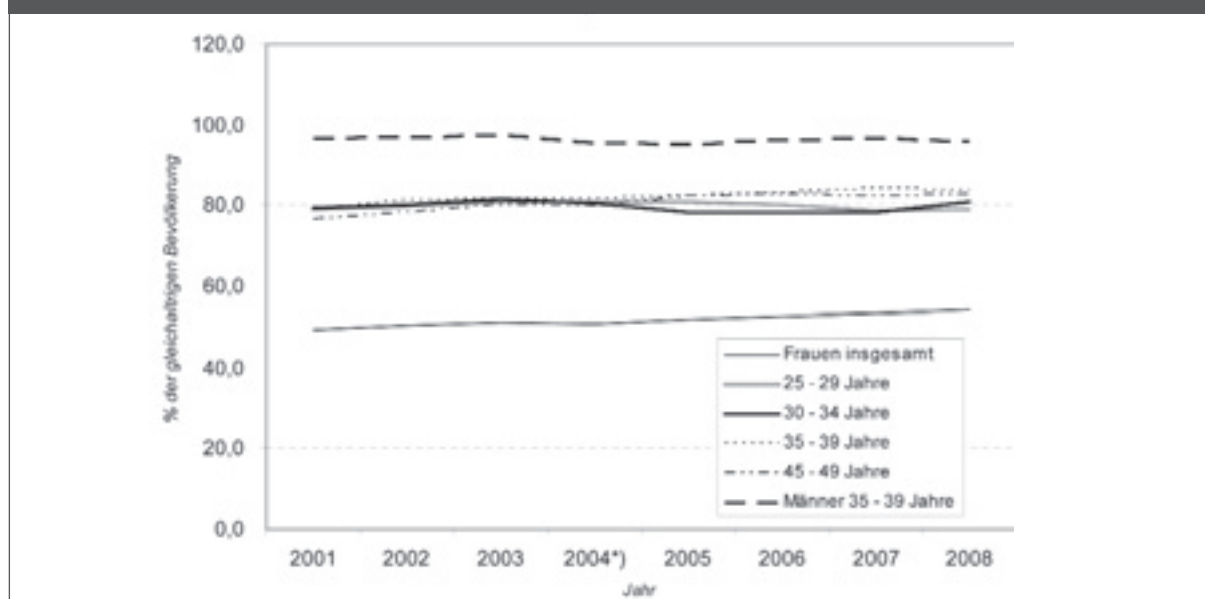
Varianten zum Bezug von Kinderbetreuungsgeld

1. 30 + 6 Monate (bei Inanspruchnahme durch beide Partner) zu je 436 Euro
2. 20 + 4 Monate (bei Inanspruchnahme durch beide Partner) zu je 624 Euro
3. 15 + 3 Monate (bei Inanspruchnahme durch beide Partner) zu je 800 Euro
4. 12 + 2 Monate (bei Inanspruchnahme durch beide Partner) zu je 1.000 Euro (Pauschalvariante)
5. 12 + 2 Monate (Einkommensabhängige Variante bei Inanspruchnahme durch beide Partner)

Die einkommensabhängige Variante sieht den Bezug von 80 Prozent des letzten Nettoeinkommens (mindestens 1.000 € und maximal 2.000 € pro Monat) vor; Zuverdienst ist bis zur Geringfügigkeitsgrenze möglich.

Als Alternative zur bis 2009 bestehenden Zuverdienstgrenze von 16.200 € pro Jahr ist seit 1. Jänner 2010 bei allen Pauschalvarianten (30 + 6, 20 + 4, 15 + 3, 12 + 2) auch ein relativer Zuverdienst von 60 % des letzten Einkommens möglich.

Grafik 8: Erwerbsquoten in Österreich nach Alter von 2001 bis 2008



Quelle: Statistik Österreich – Mikrozensus

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Über die Effizienz des Kinderbetreuungsgeldes hinsichtlich des Ziels einer Steigerung der Fruchtbarkeit lässt sich diskutieren. Allgemein gibt es eine hohe Akzeptanz der Transferleistung. Allerdings nehmen Männer sie nur in geringem Umfang in Anspruch (3,7 %). Eine Analyse der Wirkung des Kinderbetreuungsgeldes spricht von einer „negativen Einstellung gegenüber der Väterkarenz in den Unternehmen“.⁶

Regional wird das Kinderbetreuungsgeld von Männern in Wien (7,7 %) erheblich häufiger in Anspruch genommen als in anderen Bundesländern (Schnitt ohne Wien: 2,9 %). Die Differenz ergibt sich vor allem aus einer stark unterschiedlichen Inanspruchnahme im ersten Lebensjahr des Kindes. Dieses regionale Muster ist erstaunlich, weil die berufliche Struktur der Wiener Erwerbstätigen ein anderes Ergebnis vermuten ließe. Denn in Wien dominieren Angestellte und öffentlich Bedienstete. Und im Österreich-Schnitt nehmen Angestellte das Kinderbetreuungsgeld seltener in Anspruch (1,8 % gegenüber einem Schnitt von 3,7 %; im ersten Jahr 0,6 % gegenüber 1,3 %). Gleiches gilt für die in ihrem Profil „verwandten“ Vertragsbediensteten (2,0 %; darunter 0,7 % im ersten Jahr). Von den – tendenziell als stärker patriarchalisch eingestuften – Arbeitern nahmen 5,3 % Kinderbetreuungsgeld in Anspruch (im ersten Jahr: 2,0 %). Die Aussage ist ziemlich klar: In beruflichen Positionen, aus denen eher eine Karriere zu erwarten ist, zögern Männer, sich auf eine möglicherweise karrierehinderliche Arbeitsunterbrechung und damit auf den Rollenwechsel einzulassen.

Welche Gruppen von Männern nehmen am ehesten Kinderbetreuungsgeld in Anspruch? Es sind Selbstständige (21 % aller beruflich selbstständigen Leistungsbezieher/-innen sind Männer) und die Bauern (17,9 % Männer). Über dem Schnitt liegen weiters Studenten (8,2 %) und Beamte (6,6 %); schließlich – nicht überraschend – Personen ohne feste Beschäftigung (Arbeitslosengeld- und Notstandshilfebezieher: 6,0 %).

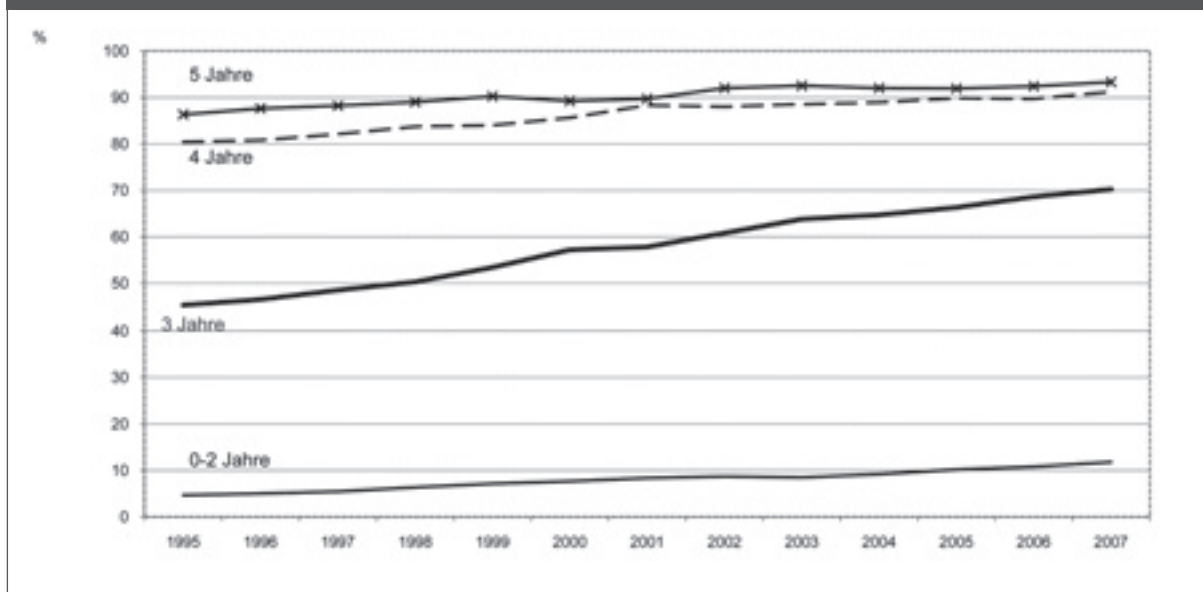
In all diesen Gruppen müssen sich Männer, die sich eine Zeit lang um ein Kind kümmern, weniger Gedanken um den Erhalt ihres Existenzgrundlage machen, weil sie entweder im eigenen Betrieb tätig sind (Bauern, gewerblich Selbstständige), über eine hohe Arbeitsplatzsicherheit verfügen (Beamte) oder weil sie ohnedies keine feste Stelle haben (Studenten, Arbeitslose). In jener Berufsstellung, wo deutlich eher Karrierenachteile zu erwarten sind, zögern Männer oder weigern sich, zwecks Betreuung des eigenen Kindes die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen. Jenseits der jeweiligen Beurteilung der Risiken und Chancen verweisen diese Ergebnisse auch auf gewisse Mitnahmeeffekte.

1.4.3.2 Infrastruktur

Die wesentlichen Leistungen für die Betreuung der Kinder erbringen Gemeinden, freie und konfessionelle Träger mit der Bereitstellung von Krippen und Kindergärten sowie Bund, Länder, Gemeinden und andere Träger mit den von ihnen betriebenen und finanzierten Schulen.

⁶ Sonja Dörfler im „Informationsdienst des ÖIBF“, Nr. 10/2005.

Grafik 9: Institutionelle Kinderbetreuung nach Alter, Betreuungsquoten im Österreich-Schnitt



Quelle: Statistik Österreich

Schulen und die von ihnen angebotenen Dienstleistungen werden in Österreich primär als Institutionen der Bildungs- und nicht der Familienpolitik gesehen, obwohl sie in größerem Umfang Betreuungsleistungen für Kinder über den Unterricht hinaus erbringen. Im Übrigen wird die Betreuung von Vorschulkindern in zunehmendem Maße auch aus dieser bildungspolitischen Perspektive betrachtet.⁷

Ob Kinder vorschulische (Krippe, Kindergarten oder altersgemischte Einrichtung) oder schulische Kinderbetreuung (Ganztagsschule, Hort) nutzen können, hängt hauptsächlich vom lokalen Angebot ab, was am stärksten für die unter Dreijährigen gilt.

In den letzten Jahrzehnten stieg die Zahl der in Krippen, Kindergärten und altersgemischten Einrichtungen betreuten Kinder deutlich an. Besuchten 1980 nur 161 000 unter Sechsjährige eine Kinderbetreuungseinrichtung, so waren es im Jahr 1995 bereits 215 000 (+34 %). Der Anstieg in diesem Zeitraum war nur zum kleineren Teil demografisch verursacht. Die gleichaltrige Bevölkerung erhöhte sich im gleichen Zeitraum nur von 522 000 auf 565 000 Kinder (+8 %). Aber auch zwischen 1995 und 2007 erhöhten sich die Betreuungszahlen – trotz der seit Mitte der 1990er-Jahre etwas rückläufigen Zahl der unter Sechsjährigen – noch einmal um 18 000 auf 233 000 Kinder.⁸ Das erklärte sich hauptsächlich aus der vermehrten Krippen- und Kindergartenbetreuung von unter vierjährigen Kindern.

Im Berichtsjahr 2008/09⁹ gab es in Österreich 7 950 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen (ohne Saisontagesheime); davon sind 4 863 Kindergärten, 1 026 Kinderkrippen, 1 183 Horte und 878 altersgemischte Betreuungseinrichtungen. Bei über 60 Prozent

⁷ Vgl. z. B. „Bildung in Zahlen“, 20 ff.

⁸ Außerdem wurden in nicht institutionellen Formen (Tageseltern, Spielgruppen u. ä. Formen) im Jahr 2007 weitere 6 050 Kinder im Alter von null bis unter drei Jahren und 5 049 Kinder im Alter von drei bis unter sechs Jahren betreut.

⁹ http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/kindertagesheime_kinderbetreuung/index.html

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

der Kindertagesheime sind öffentliche Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für die Erhaltung zuständig. Der überwiegende Teil der öffentlichen Einrichtungen wird von den Gemeinden (98,6 %) erhalten. Mit Stichtag 15. Oktober 2008 waren bundesweit 299 036 Kinder in Kindertagesheimen eingeschrieben. Mit 208 449 Kindern war der Großteil davon in Kindergärten untergebracht, 18 389 besuchten Kinderkrippen, 50 191 Horte und 22 007 altersgemischte Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ein wesentlicher Indikator für die Entwicklung sind die Betreuungsquoten, also der Anteil der betreuten Kinder im Vergleich zu allen Gleichaltrigen. Im Jahr 1995 wurden nur 4,6 % der unter Zweijährigen institutionell betreut. Die jüngsten verfügbaren Daten zeigen bis 2008 eine Verdreifachung auf 14 %.¹⁰ Bei den Dreijährigen stieg diese Quote im selben Zeitraum von 45,3 % auf 73,4 %; bei den Vierjährigen von 80,4 % auf 91,2 % im Jahr 2007 (92,2 % im Jahr 2008). Bei den Fünfjährigen war der Anteil mit 86,3 % schon 1995 recht hoch. Er stieg bis 2007 auf 93,3 % und weiter auf 93,8 im Jahr 2008. Erst der verpflichtende Kindergartenbesuch im letzten Vorschuljahr dürfte dieses Niveau zukünftig noch steigern.

Kindergärten werden sowohl von öffentlichen als auch von privaten Trägern betrieben. Die Verteilung der Kindergartenkinder auf diese Einrichtungen blieb in den letzten Jahren relativ konstant: 1990 besuchten 72,8 % der etwas älteren Vorschulkinder eine öffentliche Einrichtung, 2007 waren es 75,2 %, 2008 bereits 87,3 %. Bei den Krippenkindern gab es hingegen eine deutliche Verschiebung. Seit 1990 stieg die Zahl der Kinder in privaten Krippen um 9 100, jene in öffentlichen Krippen dagegen nur um 1 300. Dementsprechend reduzierte sich der Anteil der in öffentlichen Krippen betreuten Kinder von 77,6 % im Jahr 1990 auf 37,7 % im Jahr 2007. Es ist bemerkenswert, dass mit dem Steigen der Betreuungsquoten viele Eltern stärker auf private Einrichtungen zurückgreifen bzw. dass nur solche Einrichtungen in wachsender Zahl vorhanden sind. Denn Krippen sind vor allem Einrichtungen für berufstätige Mütter. Drei Viertel aller Krippenkinder haben eine berufstätige Mutter. Offensichtlich fehlt bei den politisch Verantwortlichen in manchen Bundesländern der politische Wille zum Ausbau öffentlicher Kinderkrippen. Entsprechend groß sind die regionalen Unterschiede.

Im Bundesländervergleich unterscheidet sich Wien deutlich von den meisten anderen Ländern. Die Betreuungsquote der unter Zweijährigen lag 2006/07 mit 23,1 % (2008: 25,5 %) fast doppelt so hoch wie im Bundes-Schnitt. Besonders niedrig war die Betreuungsquote in Oberösterreich (2007: 6,0 % bzw. 2008: 6,7 %) sowie in der Steiermark (2007: 5,6 % bzw. 2008: 6,5 %).

Anders sieht es mit der Betreuung der Drei- bis Fünfjährigen aus. In dieser Altersgruppe liegt im Jahr 2008 die Betreuungsquote in Wien mit 85,3 % etwa im Mittel aller Bundesländer. An höchsten ist diese Quote im Burgenland, das mit 97,3 % nahezu Totalversorgung erreicht hat. Am niedrigsten ist sie in den Bundesländern Kärnten (81 %), Steiermark (81,6 %) und Vorarlberg (86,4 %). Aufgrund einer Art. 15a B-VG-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern ist seit Beginn des Kindergartenjahres 2009/2010 der halbtägige Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor Schuleintritt kostenlos und der halbtägige Kindergartenbesuch für die Fünfjährigen ab dem Kindergartenjahr 2010/2011 verpflichtend.

¹⁰ Die hier genannten Daten beziehen sich nur auf institutionelle Betreuungsformen.

Neben dem generellen Angebot an Betreuungsplätzen geht es um die Frage der Öffnungszeiten bzw. um das Angebot von Ganztags-Kindergärten. Hier liegt Wien deutlich an der Spitze, während sich der hohe Versorgungsgrad des Burgenlands etwas relativiert. Doch ist es nicht zuletzt das Angebot an ganztägiger Betreuung, welches für Mütter die Vereinbarkeit von Beruf und Kinder ermöglicht. Hier liegt Wien wiederum deutlich an der Spitze, und der hohe Wert des Burgenlands wird deutlich relativiert.

Von Österreichs erwerbstätigen Frauen arbeiten immerhin 41 % in Teilzeit.¹¹ Seit Mitte der 1980er-Jahre (1984: 15,5 %) stieg diese Quote stetig an. In der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren sind fast zwei Drittel der weiblichen Erwerbstätigen (62 %) teilzeitbeschäftigt. Bloß 11,2 % der teilzeitbeschäftigten Frauen gaben an, keine Vollzeit-Stelle zu finden. In der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren wurde dieser Grund sogar nur von 7,5 % genannt. Als Gründe für ihre Teilzeittätigkeit nannte in dieser Altersgruppe (laut Arbeitskräfteerhebung) mehr als die Hälfte Aufgaben der Kinderbetreuung sowie auch Pflege von erwachsenen Angehörigen.

Während wir die Einrichtungen der vorschulischen Kinderbetreuung eindeutig zu den Instrumenten der Familienpolitik zählen, ist dies bei Schulen und tertiären Bildungseinrichtungen in der Regel nicht der Fall. Die Grenze zwischen Bildungs- und Familienpolitik ist allerdings fließend. Die verpflichtende, aber kostenlose Schule ist zwar eine Bildungseinrichtung. In welchem Umfang familienpolitische Überlegungen eine Rolle spielen, zeigt allerdings die Tatsache, dass Schüler- und Lehrlingsfreifahrten sowie Schulbücher und andere Lehrmittel aus dem FLAF finanziert werden.¹² Diese Finanzierung aus dem FLAF war allerdings schon bei deren Einführung in den 1970er-Jahren nicht unumstritten. Vor allem der Katholische Familienverband sprach sich bei der Einführung dieser Maßnahmen gegen diese Form der Finanzierung aus. In ähnlicher Weise kann man im kostenlosen Schulbesuch sowie im seit 2009 wieder weitgehend von Gebühren befreiten Hochschulstudium eine Entlastung des Haushaltsbudgets der Eltern sehen. Aus dieser Perspektive hat beides zumindest eine familienpolitische Dimension.

1.4.3.3 Sonstige Maßnahmen: Vorteile in der Sozialpolitik

Steuerfreibeträge für Kinder und andere steuerliche oder versicherungsrechtliche Vergünstigungen für Familien bilden – neben Transferleistungen und kostenlos zur Verfügung gestellter Infrastruktur – die dritte Säule staatlicher Familienpolitik. Eltern bzw. Ehepaare bringen sie einen Einkommens- oder Vermögensvorteil. Da sie zur Voraussetzung haben, dass überhaupt Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge geleistet werden, ist die indirekte Förderung (ohne Deckelung) umso größer, je höher diese Steuer- oder Abgabenerleistung ist. Unter solchen Voraussetzungen gilt somit nicht, dass dem Förderungssystem „jedes Kind gleich viel wert“ ist. Als Maßnahme zur Erhöhung der Kinderzahl dürften solche Maßnahmen nahezu wirkungslos sein. Dies gilt jedoch nicht für die mit ihnen verbundenen Verteilungswirkungen. In Österreich dominiert bei der Einkommenssteuer das System der Individualbesteuerung. Allerdings gab es bis 1978 Steuerfreibeträge für minderjährige Kinder. Auch die Koalitionsvereinbarung vom Dezember 2008 sah vor, Freibeträge für Kinder einzuführen, was inzwischen vom Parlament beschlossen wurde.

¹¹ Alle Angaben aus der Arbeitskräfte-Erhebung (AKE) der Statistik Austria.

¹² Bei Freifahrten und Schulbüchern gibt es seit 1995 einen Selbstbehalt in Höhe von 10 % der anfallenden Kosten.

Kostenlose Mitversicherung eines Partners, in der Regel der Frau beim Mann, in der Kranken- und Pensionsversicherung sowie der Kinder in der Krankenversicherung bringt Familien ebenfalls erhebliche materielle Vorteile. Die Möglichkeiten dazu wurden allerdings in letzter Zeit eingeschränkt. Da diese beiden Zweige der Sozialversicherung in Österreich eine leichte Umverteilung zugunsten gering verdienender Schichten bewirken, wäre dies in der Wirkung gegenläufig zu den zuvor besprochenen steuerlichen Maßnahmen. Darüber hinaus liegen allerdings keine Studien über die Auswirkung sozialer Sicherungssysteme auf die Fruchtbarkeit vor.

Neben den staatlichen Leistungen gibt es in etlichen Betrieben freiwillige Sozialleistungen, die an Familie bzw. an Kinder gebunden sind. Dazu gehören Betriebskindergärten, aber auch Geldleistungen sowie das Recht auf Reduktion der Arbeitszeit nach der Geburt eines Kindes. Da freiwillige Sozialleistungen die Steuerbemessungsgrundlage der Unternehmen vermindern, fallen solche Leistungen indirekt unter staatliche Steuervorteile.

1.5 Typen von Familienpolitik im europäischen Vergleich

In der wissenschaftlichen Literatur zur Familienpolitik werden in der Tradition der Sozialstaats-Analyse regelmäßig Typen identifiziert. Meist werden drei oder vier unterschiedliche Typen von Familienbildern unterschieden, an denen sich die jeweilige nationale Politik orientiert (vgl. z.B. Misra/Moller/Budig 2007).

- **Betreuungs-Strategie (Modell Deutschland):** Die Familie fungiert als gesellschaftlicher „Kern“ über den Individuen mit ausgeprägter und erwünschter geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung.
- **Ernährerin-Strategie (Modell Großbritannien):** Die Familie wird als Privatangelegenheit betrachtet; dies gilt vor allem mit Bezug auf Frauen und Mütter.
- **National-republikanische Strategie (Modell Frankreich):** Die Familie wird als Dienstleisterin im Interesse der Nation gesehen.
- **Gleichstellungs-Strategie (Modell Schweden):** Die Familie wird als Gruppe gleichberechtigter Individuen gesehen.

Solche Kategorisierungen haben vor allem einen heuristischen Wert. Einerseits setzen sie Grenzen zwischen öffentlich und privat voraus. Familien und die Entscheidung für Kinder sind demnach im „britischen Modell“, eine private Angelegenheit, im „französischen Modell“ hingegen von öffentlichem Interesse. Im „britischen Modell“ heißt das: Wenn sich eine Frau für Kinder entscheidet, sind sie und der Vater ihrer Kinder, vor allem aber sie dafür verantwortlich, ihnen ein Minimum der Fürsorge zu garantieren und die Kosten dafür zu tragen, selbst wenn die Frau die alleinige Erzieherin ist.

Andererseits kategorisieren solche Typen jeweils unterschiedliche Gewichtungen im Maßnahmenbündel von Familienpolitik. Das „deutsche Modell“ erachtet demgemäß staatliche Transfers und steuerliche Begünstigungen als Hauptmittel von Familienpolitik. Das „skandinavische“, aber auch das „französische“ Modell betonen mehr das institutionelle Anbot an Kinderbetreuung. Letztere werden quasi als öffentliche Güter betrachtet. Soweit reicht der heuristische Zugang.

Welche Politikfelder oder -ziele gehen in staatliche Familienpolitik ein? Mehrere durchaus unterschiedliche Vorstellungen können hier eine Hauptrolle spielen:

- 1 Demografische Zielvorstellungen: In Europa geht es dabei vor allem um eine Erhöhung der Fruchtbarkeit, um die Vermeidung einer schrumpfenden Bevölkerung sowie um ein Bremsen der demografischen Alterung.
- 2 Gesellschaftspolitische Zielvorstellungen, insbesondere:
 - 2.1 die Gleichbehandlung oder stärkere Gleichstellung der Geschlechter;
 - 2.2 die Propagierung bzw. Durchsetzung von Leitvorstellungen zu erwünschten Familienformen;
 - 2.3 die Durchsetzung bestimmter Vorstellung zur sozialen Schichtung (z. B. Bekämpfung von Armut unter alleinerziehenden Müttern und deren Kindern, Vermeidung von Schwangerschaften und Geburten bei Teenagern).
- 3 Arbeitsmarktpolitische Zielvorstellungen, insbesondere die Förderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern (durch Individualbesteuerung und die Bereitstellung ganztägig verfügbarer Betreuungs-Infrastruktur).
- 4 Kind-Orientierung, nämlich:
 - 4.1 die Orientierung primär am „Wohl des Kindes“ und
 - 4.2 die spezielle Orientierung, Kinder in „traditionellen Familien“ aufwachsen zu lassen (in Zusammenhang mit 2.2).

Familienpolitik steht traditionell in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Gender-Politik. Der Modernisierungsprozess, den heute hoch entwickelte Gesellschaften in den letzten zwei Jahrhunderten durchliefen, hatte geschlechtsspezifisch unterschiedliche Implikationen. Für Frauen wie Männer war dieser Prozess mit der Herauslösung aus traditionellen Produktions- und Lebensformen, mit zunehmender Individualisierung und mit neuen Formen gesellschaftlicher Integration verbunden. Doch der weibliche Individualisierungsprozess hatte andere Inhalte als jener des Mannes. Er war ein Integrationsprozess in die weitere Gesellschaft überhaupt, in welche Frauen, zumindest ideologisch, bisher nur über die Familie, vermittelt vom Mann, integriert waren. Für Frauen eröffnete sich damit die Chance auf eine eigenständige Position, welche nicht bloß über ihre Herkunftsfamilie oder die Ehe mit einem Mann vermittelt war.

Die wichtigste Form der Integration in modernen Erwerbsgesellschaften erfolgt über den Arbeitsmarkt. „Arbeitsgesellschaften“ bestimmen den Wert und die soziale Funktion von Individuen in hohem Maß über die ausgeübten berufliche Tätigkeit und die darauf ausgerichtete formale Qualifikation. Andere Formen der Integration, etwa über Konsumweise und Wohnen, aber auch über private Freundschaften sind heute in hohem Maß davon abgeleitet. Gerade in Österreich und Deutschland orientiert sich „Sozialpolitik“, also die Politik staatlicher bzw. kollektiver Absicherung gegen Risiken von Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit einerseits an der Stellung von Individuen im Beruf und Arbeitswelt, andererseits an deren familiärer Situation.

Familienpolitik muss jedenfalls eine Grundtatsache in Erwägung ziehen: Die Mehrzahl der Frauen wird heute nicht mehr indirekt, über Familie und Mann, sondern direkt integriert, und zwar über ihren Beruf. Manche sprechen dabei von der „doppelten Vergesellschaftung

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

der Frau“ (Becker-Schmidt). Frauen selbst wollen und müssen dies in ihrer Lebensplanung berücksichtigen. Familienpolitik muss dies folglich auch tun. Die Frage ist lediglich, wie sie ihre Ziele setzt und gewichtet.

1.5.1 Familienpolitik in Frankreich

Staatliche Eingriffe in Bereiche, die anderswo als privat definiert sind, haben in Frankreich Tradition. Sie werden sowohl von politischen und gesellschaftlichen Eliten als auch von einer Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert. In diesem Land setzte sich die Tradition des autoritären Spätabolutismus trotz bürgerlicher Revolution nahtlos in der spätaufklärerischen und interventionistischen Orientierung des Staates bonapartistischer und republikanischer Prägung fort. Auf diese Kontinuität hatte Alexis de Tocqueville (1789 [1857]) schon vor anderthalb Jahrhunderten aufmerksam gemacht. Dieser „Interventionismus“ prägt heute auch die Familienpolitik. Sie wurde schon in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem aber seit 1945 zu einem zentralen Bestandteil nationaler Politik. Fast alle relevanten politischen Kräfte tragen diese Ausrichtung im Konsens mit.

Dahinter verbirgt sich ein Kompromiss zwischen einer traditionell pro-natalistischen Haltung rechter politischer Strömungen, in denen auch der offiziell nicht aktive politische Katholizismus eine Rolle spielt, und den ebenfalls auf eine höhere Kinderzahl zielenden laizistischen Kräften. Letztere sehen Familienpolitik allerdings eher als Teil einer umfassenden Sozialpolitik, ohne deren pro-natalistische Ausrichtung deswegen grundsätzlich in Frage zu stellen. In Kombination mit einer Gleichstellungspolitik verleiht dies staatlicher Familienpolitik Legitimität unter modernen Vorzeichen (vgl. Pailhé u. a. 2008).

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts führte Besorgnis über die niedrige Fruchtbarkeit in nationalistischen Kreisen dazu, dass sich pro-natalistische Vereinigungen bildeten: 1894 gründete u. a. der antiklerikale Arzt Jaques Bertillon die Alliance nationale pur l'accroissement de la population française – sie wurde später umbenannt und als Alliance nationale contre la dépopulation politisch bedeutsam (vgl. Chauvière 1992). Das Ziel war Bevölkerungswachstum, Familienpolitik wurde nur als Mittel dafür gesehen. Das unterscheidet diese Richtung theoretisch von den katholischen Familienverbänden. Abbé Viollet versuchte seit 1902, diesen mehr Durchschlagskraft zu verleihen. Es gab unter ihnen mehrere Richtungen: Während Viollet nicht zuletzt auch Sozialpolitik für Arbeiterfamilien anstrebte, ging es anderen mehr um sonstige katholische Anliegen, die Privatschulen etwa. Beide Richtungen, die nationalistische und die katholische, trafen sich in der Praxis bald im Ziel der Förderung der großen Familien (z. B. Ligue populaire des pères et mères des familles nombreuses des Hauptmanns Simon Maire 1908; La plus grande famille, von Industriellen und Jesuiten in Nordfrankreich 1915 gegründet) und waren so voneinander kaum unterscheidbar. Ein erster Erfolg war die Einführung einer Beihilfe für bedürftige große Familien im Jahr 1913.

Klassisch-konservative Familienpolitik beginnt unmittelbar in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Ein Hoher Rat für Fruchtbarkeit wurde eingerichtet; ein Verbot jeder Art von „Propaganda“ für Verhütungsmittel war ein erster Schritt; hinzu kamen: eine Bevorzugung von Familien im Mietrecht; eine Reduzierung der Militärdienstzeiten für die Ältesten großer Familien (1923); Einschränkungen im Scheidungsrecht (1924). Es ist aber auch kennzeichnend, in welche Richtung diese Maßnahmen noch zielten. Der Generalsekretär der

„Nationalen Allianz“, Ferdinand Boverat, schrieb in den 1930er-Jahren eine Broschüre unter dem Titel: „Die Weiße Rasse in Todesgefahr“ (vgl. dazu auch: Jenkins 2005). Während sich im Großbritannien der Zwischenkriegszeit Empfängnisverhütung geradezu als ein Kennzeichen der britischen Mittelklasse entwickelte¹³ und Marie Stopes „Married Love“ zu einem Bestseller wurde – sicherlich gegen den Widerstand nicht nur der Katholiken, sondern auch der anglikanischen Hierarchie –, kriminalisiert man in Frankreich mit Nelly Roussel eine vergleichbare Autorin. Sie starb 1922 früh an Tuberkulose (Accampo 2006).

Alle diese Tendenzen in der Zwischenkriegszeit zeigten dieselbe Ausrichtung, nämlich Pro-Natalismus kombiniert mit einer eher reaktionären Familien-Ideologie. Letzteres brachte zwar politische Erfolge, führte aber auch dazu, dass Erfolge bei der Steigerung der Fruchtbarkeit praktisch völlig ausblieben.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg wurde diese Art von Familienpolitik mit erheblich mehr fiskalischer Umverteilung wieder aufgenommen.

Frankreich kombiniert in einer Fülle von Leistungen das Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen mit großzügigen Transfers und Steuererleichterungen für Familien mit Kindern.¹⁴

Der Besuch von Krippen (crèches) für Kleinstkinder und Kindergärten (écoles maternelles) ist nicht obligatorisch. Sie werden aber von der Bevölkerung in hohem Maß angenommen: Von den Kindern im Alter von drei Jahren befinden sich bereits 97 % in einem Kindergarten. Der Besuch ist für die Eltern kostenfrei, und jedes Kind hat einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Fast alle Kindergärten haben Öffnungszeiten, welche eine volle Berufstätigkeit beider Eltern ermöglichen. Allerdings wurde dieses Betreuungssystem im Vorschulalter ursprünglich nicht mit Blick auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern eingerichtet. Vielmehr sollte – einer egalitären Vorstellung folgend – jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, ab dem frühesten Lebensabschnitt qualitativ hochwertig betreut und gefördert werden. An die ganztägig verfügbare Kinderbetreuung im Vorschulalter schließt sich ein Schulsystem an, das ebenfalls ganztägig organisiert ist.

Darüber hinaus spielen Transferleistungen im französischen Modell eine zentrale Rolle. PAJE (préstation d'accueil du jeune enfant), die umfassende Kinderbeihilfe, ist nach einer Reihe von Kriterien differenziert und nach der Kinderzahl gestaffelt. Zusätzlich gibt es Elterngeld¹⁵, faktisch vor allem für Mütter, wenn diese eine Zeit lang nach der Geburt zu Hause bleiben. Dieses wird allerdings nicht so stark in Anspruch genommen wie das österreichische Kinderbetreuungsgeld. In Frankreich nahmen im Jahr 2004 beim ersten Kind nur 10 % der Mütter diese Leistung in Anspruch, bei zweiten Kindern waren es immerhin fast 30 %; bei dritten und weiteren Kindern bereits 39 %. Schließlich ist das Einkommenssteuersystem als Familiensteuer konzipiert, die vor allem größere Familien bevorzugen

¹³ Man muss einmal einen nordirischen Unionisten mit ganzer Verachtung über die Katholiken und ihr Verhältnis zur Pille sprechen gehört haben, um zu begreifen, welche Mischung aus Nationalismus und Klassismus sich in diesem kulturellen Symbol verkörpert.

¹⁴ Die folgenden Darlegungen stützen sich überwiegend auf Pailhé u. a. 2008.

¹⁵ Das Anfang 2007 eingeführte, an Väter und Mütter für maximal 14 Monate gezahlte Elterngeld beträgt 67 Prozent des durchschnittlich nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben vor der Geburt monatlich verfügbaren laufenden Erwerbseinkommens, höchstens jedoch 1.800 Euro und mindestens 300 Euro. Die Eltern können das Elterngeld frei untereinander aufteilen, wobei ein Elternteil höchstens zwölf Monate für sich in Anspruch nehmen kann, zwei weitere Monate gibt es, wenn sich der Partner an der Betreuung des Kindes beteiligt und dabei Erwerbseinkommen wegfällt. Alleinerziehende, die das Elterngeld zum Ausgleich des wegfallenden Erwerbseinkommens beziehen, können aufgrund des fehlenden Partners die vollen 14 Monate Elterngeld in Anspruch nehmen.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

soll. Zugleich genießen Ehen gegenüber Lebensgemeinschaften ganz erhebliche Vorteile, weil unverheiratet zusammenlebende Frauen und Männer ihre Einkommen nicht zu einem gemeinsamen Haushaltseinkommen poolen können.

Auch andere sozialpolitische Leistungen, insbesondere die Vergabe von Sozialwohnungen, sind auf die Förderung kinderreicher Familien ausgerichtet. „Unlike in Scandinavian countries, the objective of gender equality is rather low on the agenda“ (Pailhé 2008: 157). Dennoch sollte eines nicht übersehen werden: Die in Frankreich flächendeckende Versorgung mit ganztägig geöffneten Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie mit Ganztagschulen und die öffentliche Ermutigung, diese auch in Anspruch zu nehmen, erleichtern es den Frauen in größerem Umfang als anderswo, Beruf, Familie und Kinder miteinander in Einklang zu bringen.

Kosten erzeugt diese Politik nicht nur in fiskalischer Hinsicht. Bei allen sektoralen Politikprogrammen sind natürlich trade-offs in Erwägung zu ziehen. Die insbesondere um 1994 herum konzentrierten Änderungen in Frankreich (siehe unten) verfolgten nicht zuletzt das Ziel, in einer Rezessionsphase den Arbeitsmarkt zu entlasten. Sie gingen damit längerfristig auf Kosten der Frauen, die sie annahmen; denn es ist bekannt, dass der Wiedereinstieg nach einer längeren Pause für Kinderbetreuung schwierig und häufig mit einer Dequalifikation verbunden ist. Das betrifft insbesondere auch die ohnehin schon schlecht qualifizierten Frauen am unteren Ende der sozialen Hierarchie, welche die familienpolitischen Maßnahmen aus kurzfristigen Erwägungen am stärksten in Anspruch nahmen. Man kann daher sagen, dass diese Politik längerfristig eine Steigerung sozialer Ungleichheit begünstigt. Es ist somit sinnvoll, auf diese Erfahrung aus Frankreich etwas ausführlicher einzugehen.

1.5.1.1 Das „Experiment“ von 1994

Als Umsetzung einer pro-natalistischen Politik ist das französische Modell recht erfolgreich. Die Kinderzahl pro Frau (TFR) liegt in Frankreich bei 2,0 und damit deutlich über dem EU-Durchschnitt. Das Modell ist allerdings recht kostspielig. Mit jährlich 3,6 % des BIP für „Familienförderung“ – insbesondere für die Förderung von Familien mit mehreren Kindern – gibt Frankreich direkt und indirekt deutlich mehr aus als die anderen EU-Staaten. Von Interesse ist dabei der Mix der Maßnahmen. Denn kostspielig sind vor allem die Steuervorteile. Damit stellt sich die Frage nach dem Effekt der einzelnen Komponenten. Der ist bei der Fülle der Maßnahmen schwer zu beurteilen. Untersuchungen tendieren zu dem Ergebnis, dass Steuervorteile und Transfers vor allem unmittelbar nach ihrer Einführung sichtbare Wirkung zeigten. Längerfristig dürften sie eine dauerhafte Erhöhung der Fruchtbarkeit um etwa 10 % bewirkt haben.

Für die Effekte von Maßnahmen, wie sie auch in Österreich derzeit eingeführt werden (Erziehungsgeld), gab es in Frankreich ein hoch interessantes „natürliches Experiment“ (vgl. Piketty 2002). Mit 1. Juli 1994 erhielten Mütter mit mindestens zwei Kindern (falls das Jüngste unter drei Jahren alt war) die Möglichkeit, bei Aufgabe der Berufstätigkeit bis zum dritten Geburtstag dieses Kindes ein Elterngeld in Höhe von FFR 3.000 (nach heutigem Geldwert etwa € 550) zu beziehen. Die Folge war, dass die Erwerbsquote dieser Mütter um rund 15 Prozentpunkte sank. Absolut dürfte diese Maßnahme bei 150 000 bis 200 000 Frauen einen vorübergehenden oder dauernden Rückzug aus dem Berufsleben bewirkt

haben. Während man allerdings in Österreich, Deutschland und Schweden beobachten konnte, dass der Wieder-Einstieg von Müttern nach längerer Berufsunterbrechung immer schwieriger wird, scheint dies in Frankreich nicht unmittelbar der Fall gewesen zu sein. Damit ist jedoch keineswegs gesagt, dass die Unterbrechung keinerlei längerfristige Auswirkungen auf die Karrierechancen und damit auch auf die Einkommensentwicklung dieser Frauen hat. Es ist zumindest zu vermuten, dass solche familienpolitische Maßnahmen anderen Politiken zuwiderlaufen, die darauf abzielen, die Brutto-Einkommensungleichheit¹⁶ zwischen Frauen und Männern zu verringern.

Darüber hinaus wirkte die Zahlung auch als pro-natalistische Maßnahme. Von der seither erfolgten Zunahme an Geburten könnten nach Schätzungen von Experten bis zu 30 % auf jenes Elterngeld ab dem zweiten Kind zurückzuführen sein. Dies ist eine Obergrenze der Schätzung. Der Effekt könnte auch geringer gewesen sein.

Von Einfluss waren zweifellos auch die konkreten Begleitumstände. 1994 befand sich Frankreich in einer Rezession, was die arbeitsmarkträumende Wirkung verstärkt haben dürfte. Die Analyse der Entwicklung zeigte allerdings, dass es damals auch bei Müttern mit nur einem Kind einen verstärkten Rückzug vom Arbeitsmarkt gab. Ebenso aufschlussreich ist jedoch die schichtspezifische Auswirkung der Maßnahme. Denn das hier analysierte Elterngeld wurde vor allem von schlecht qualifizierten sowie häufig auch von bereits arbeitslosen Frauen in Anspruch genommen. Bei gut qualifizierte Frauen mit Chancen auf Karriere war der Effekt hingegen gering.

Zugespielt könnte man sagen: Es gibt eine Tendenz zur Spaltung der Frauen in zwei Gruppen: Die einen geben Beruf und Karriere den Vorzug und sehen dann, ob sich dies mit Kindern vereinbaren lässt oder nicht; die anderen orientieren sich mit ihrem Lebensentwurf eher am traditionellen Familienbild mit zwei oder mehreren Kindern. Diese Spaltung in zwei Gruppen hat viel mit der jeweiligen Qualifikation und den Arbeitsmarkt-Chancen von Frauen zu tun. Bestimmte familienpolitische Maßnahmen wenden sich eher an die erste Gruppe, andere an die zweite. Transferzahlungen verstärken allerdings den Gegensatz zwischen beiden Gruppen, weil solche Zahlungen für Frauen mit geringem Einkommen als möglicher Ersatz des Erwerbseinkommens in Frage kommen; für Frauen mit höherem Einkommen ist der materielle Anreiz hingegen viel geringer. Dabei gibt es klarerweise zwei Seiten: Zweifellos haben viele Frauen das Bedürfnis, sich nach der Geburt eines Kindes längere Zeit vorwiegend diesem zu widmen. Maßnahmen, welche dies erleichtern, werden – wie bereits gezeigt – eher von Unterschicht-Frauen in Anspruch genommen und verstärken bei ihnen tendenziell die Bereitschaft zu einem weiteren Kind. Zugleich ist klar: Die Familien dieser Kinder geben weniger soziale Qualifikation und damit auch weniger Lebens-Chancen an ihren Nachwuchs weiter.¹⁷ Es scheint, als ob die Politik

¹⁶ Damit ist hier die Ungleichheit ohne Berücksichtigung von Arbeitszeit, formeller und informeller Qualifikation gemeint: Die in Österreich und anderswo registrierten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern erklären sich ja nur zum kleineren Teil aus unterschiedlichen Löhnen für vergleichbare Arbeit (Lohn-diskriminierung), zum größeren Teil jedoch aus strukturellen Unterschieden bei Arbeitszeit und Qualifikation. Von wesentlichem Einfluss ist somit die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung durch unterschiedliche Orientierungen auf die „Ernährerrolle“ bzw. die Familienrolle.

¹⁷ Vgl. die Diskussion zum Thema „Qualitäts-Kinder“ im Sinne von Gary S. Becker.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

in Frankreich parteienübergreifend einem pro-natalistischen Impuls folgt, wenngleich ungeplant auch ein Beitrag zur Reproduktion einheimischer Unterschichten geleistet wird.¹⁸

Maßnahmen wie „Elternurlaub“, „Kindergeld“, APE (allocation parentale d'éducation, Eltern- und Erziehungsgeld) oder wie immer das entsprechende Angebot heißt, wurden in der Vergangenheit eher von konservativeren Parteien favorisiert (Morgan/Zippel 2003). Mittlerweile ist dieser Zusammenhang nicht mehr so eindeutig. Die entsprechenden Transferzahlungen wurden vielmehr zu einem weit verbreiteten Bestandteil nationaler Familienpolitik in Westeuropa. Dazu könnte auch beigetragen haben, dass es im Rahmen der EU teils formelle Abstimmungen, im Bereich Familienpolitik aber größtenteils informellen Informationsaustausch über nationale Politiken gibt. Sowohl die nationalen Politiker wie auch die mittlere und obere Ebene der Beamten treffen sich regelmäßig und besprechen dabei unterschiedliche Problematiken und Lösungsansätze. Damit kann die europäische Integration ihre Wirkung auch in Bereichen entfalten, die nicht in die Kompetenz der EU fallen.

Zugleich, und das dürfte für Politiker ein ausschlaggebender Grund sein, werden die analysierten Maßnahmen von größeren Zielgruppen, nämlich von Frauen aus unteren Schichten sowie aus unteren Mittelschichten sehr begrüßt. Eine Untersuchung aus Frankreich zeigte (CNAF 2003): 59 % aller weiblichen Befragten und insbesondere 62 % jener Frauen, die Kinder unter sechs Jahren im Haushalt versorgten, wünschten sich noch mehr finanzielle Hilfen für eine zeitweilige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Stärkere Förderungen für Kinderkrippen nannten in diesem Zusammenhang nur 19 % aller Befragten bzw. 15 % derer mit unter sechsjährigen Kindern als dringlich. Letztere gelten zwar als für das Kind besonders wertvoll und vergleichsweise kostengünstig, doch gleichzeitig als Betreuungsvariante, die auch Unannehmlichkeiten mit sich bringt.¹⁹

In Frankreich steht der Großteil der Eltern betrieblichen Angeboten ziemlich skeptisch gegenüber – nach dem Motto: „Der Betrieb ist nicht der Papa!“ Mit Selbstverständlichkeit erwartet man dagegen staatliche Leistungen: Man bezahlt schließlich Steuern. In Schweden steht die Frage kaum zur Debatte, jedenfalls bis vor Kurzem nicht. Betriebliche Leistungen sind nicht notwendig. In Österreich gibt es meist sehr bescheidene betriebliche Leistungen als Teil der von Betriebsräten und Personalvertretern ausverhandelten freiwilligen Sozialleistungen, aber soweit man sieht, ziemlich ungleichmäßig.

1.5.2 Familienpolitik in Deutschland

Familienpolitik als materielle Unterstützung von Familien mit dem Ziel, die Fruchtbarkeit zu erhöhen und damit ein Bevölkerungswachstum zu induzieren, wurde im NS-Deutschen Reich vor allem in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg zu einem ideologisch wichtigen Politikfeld. Die NSDAP hatte bereits 1930 einen Gesetzesentwurf im Reichstag eingebracht: Gegen Geburtenkontrolle gerichtet, sollte er die „natürliche Fruchtbarkeit des deutschen

¹⁸ Der Gedanke ist nicht ganz neu: „Undoubtedly ... some families at the bottom of the social scale (and perhaps others) would find this a delightfully easy method of earning a livelihood. ... A new profession – the profession of childrearing – [would emerge] ... It would take only one more step to introduce required training for the professional child-rearers, thus elevating both the standards and the social status of this occupational group“ (Davis 2005 [1937]: 119).

¹⁹ Im Übrigen werden hier von unterschiedlichen Quellen unterschiedliche Zustimmungswerte genannt. Veil 2003: 20, zitiert eine Untersuchung, welche ein sehr hohes Maß an Zustimmung zu stärkerem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen auf Kosten direkter Transfers ausweist.

Volkes“ unterstützen. Er wurde abgelehnt. Nach der NS-Machtergreifung Jänner 1933 wurde schnell die Organisation für Geburtenregelung verboten; sie sei eine „marxistische Tarnorganisation“. Der „Reichsbund der Kinderreichen“ (1919 gegründet) wurde dem Rassenpolitischen Amt der NSDAP angegliedert und damit zu einem Propagandainstrument für erhöhte Fruchtbarkeit umgewandelt. Noch im Juni desselben Jahres wurde mit dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit die Möglichkeit von Ehestandsdarlehen geschaffen – mit 1.000 Mark ein durchaus substanzieller Betrag, der etwa das halbe Jahreseinkommen eines Arbeiters ausmachte. Mit jedem Kind konnte man ein Viertel des Darlehens tilgen („abkindern“). 1935 wurden schließlich ein einmaliges Kindergeld und 1936 laufende Kinderbeihilfen eingeführt. Allerdings wurden diese Beihilfen frühestens mit dem dritten Kind ausbezahlt. Abgerundet wurde dies durch ideologisch-propagandistische Bemühungen.

Die NS-Familienpolitik galt eine Zeit lang als durchaus erfolgreich bei der Erhöhung der Fruchtbarkeit. Dabei gibt es allerdings methodische Probleme der Zuordnung von Einflüssen: Die Gesamtfruchtbarkeit, die in diesen Jahren erheblich anstieg, ist ein Periodenmaß. Sie stieg nicht zuletzt deshalb, weil viele Paare ihre Kinderwünsche in der Zeit der Depression aufgeschoben hatten und in den Jahren nach 1933 nachholten. Demografen konnten jedoch nachweisen, dass die abgeschlossene Fruchtbarkeit, die insgesamt erreichte Zahl der Kinder pro Frau, durch diese Politik nur bescheiden beeinflusst wurde (vgl. Marschalk 1984: 77 ff. und Tab. 3.5; Ehmer 2004). Das ist von erheblicher Wichtigkeit. Denn wenn selbst in einem Umfeld, das Fruchtbarkeit als wesentliches politisches Ziel propagierte, eine Politik der materiellen Anreize hauptsächlich Mitnahmeeffekte produzierte, stellt sich die Frage nach der Effektivität.

Die stärker als im sonstigen Westeuropa auf traditionale Familienleitbilder ausgerichtete Familienpolitik Deutschlands wird mittlerweile von vielen Experten als einer der Hauptgründe für die niedrige Fruchtbarkeit in diesem Land gesehen. „Die Kombination von Familie und Beruf ist in Deutschland noch immer sehr schwierig“ (Strohmeier u. a. 2006: 48). Das von Gauthier als „germanisch“ bezeichnete Modell deutscher Familienpolitik erschwert für Frauen die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie. Das zwingt entweder zu sequenziellen Lösungen im Lebenslauf oder ermutigt zum Verzicht auf Kinder. Man hat behauptet, das sei „ein Lebensbild, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat“ (Pinl 2003: 6). Das Problem dabei ist sowohl das gesellschaftliche Leitbild wie auch der deutliche Mangel an Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie an ganztägigen Schulen. Sogar das verhältnismäßig breit aufgespannte und einigermaßen ausreichende Netz der Betreuungseinrichtungen, das in den neuen Bundesländern als „Erbe“ der ehemaligen DDR vorhanden war, wurde unter finanziellen Zwängen und angesichts stark gesunkener Kinderzahlen ausgedünnt. Dafür wendet die Bundesrepublik Deutschland vergleichsweise viele Ressourcen für den Familienlastenausgleich und die steuerliche Förderung von Ehe und Familie auf.

Eine solche Familienpolitik bedient zwar die Wünsche all jener, die sich an traditionellen Leitbildern orientieren, läuft aber den Interessen und Bedürfnissen besser qualifizierter und stärker erwerbsorientierter Frauen entgegen, die ebenfalls wichtige Adressatinnen dieser Politik wären. Es geht heute nicht mehr allein um „König Kind“, sondern um „König Paar“, um einen Ausdruck von Ariès zu paraphrasieren.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Das zeigt sich deutlich am Vergleich der Wünsche nach einer „Work-Life-Balance“ in drei unterschiedlichen Ländern. Paare mit Kindern unter sechs Jahren in Deutschland, Frankreich und Schweden wurden dazu befragt, welche Kombination von Beruf, Familie und Kinderbetreuung sie tatsächlich lebten, und welche sie sich eigentlich wünschten. In allen drei Ländern wurde der Wunsch nach einer voller Erwerbstätigkeit sowohl für den Mann als auch für die Frau deutlich häufiger geäußert, als sich dies – insbesondere für die befragten Frauen – tatsächlich verwirklichen ließ (Veil 2003: 14).²⁰ Doch in Frankreich und Schweden war die Abweichung zwischen Wunsch und Wirklichkeit deutlich kleiner als in Deutschland, wo sie ein geradezu dramatisches Ausmaß annimmt. Nur 5,7 % der befragten deutschen Paare mit Kindern unter sechs Jahren nannten als ihr Ideal die Kombination aus vollerwerbstätigem Mann und vorwiegend kinderbetreuender Hausfrau. Doch 1998 war dies die Lebensrealität von 52,3 % der Befragten mit Kindern unter sechs Jahren. Ebenso gab es hohe Abweichungen zwischen Wunsch und Wirklichkeit bei der Kombination „Mann + Frau beide vollzeiterwerbstätig“ und bei der Kombination „Mann mit Vollzeiterwerb, Frau in Teilzeit“.²¹

Allerdings deutet sich auch in Deutschland ein Politikwechsel an: Das Kinderförderungsgesetz vom Dezember 2008²² legt fest, dass bis zum Jahr 2013 immerhin für rund ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Tagesbetreuungseinrichtungen geschaffen werden müssen, wofür der Bund einen Teil der Kosten übernimmt. Darüber hinaus soll es ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr geben. Für (west-)deutsche Verhältnisse stellt dies einen Paradigmenwechsel dar. Wie immer kommt es allerdings auf die Art der Verwirklichung an. Tatsächlich ist im Gesetz festgehalten: „Ab 2013 soll für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Einrichtungen betreuen lassen wollen oder können,²³ eine monatliche Zahlung (z. B. Betreuungsgeld) eingeführt werden“ (Art. 1,2). Der Rechtsanspruch ist also nur bedingt realisierbar, weil für einen größeren Teil der Eltern, insbesondere der Mütter, weiterhin keine ausreichende Möglichkeit besteht, Beruf und Kinder zu vereinbaren.

Diesen Paradigmenwechsel vollzieht auch ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus jüngerer Zeit (19. März 2009) nach, nachdem dieser ein halbes Jahr zuvor noch tendenziell das alte Modell gestärkt hatte: Grundsätzlich ist es in Hinkunft geschiedenen Müttern rechtlich zuzumuten, ab dem dritten Lebensjahr des Kindes wiederum in Vollzeit zu arbeiten. Es kommt allerdings auf die Umstände des Einzelfalls an, d. h. insbesondere, ob das Kind z. B. gesundheitlich nicht übermäßig der Pflege bedarf. Ein Teil der deutschen Presse reagierte stark ablehnend: „Rabenschwarz“ sei diese Zukunft. „Alle Scheidungskinder verlieren künftig weit mehr als bisher, wenn ihre Eltern sich trennen. Schon als Grundschüler werden die Kleinen den Spagat ihrer Mütter erleben, die sich zwischen Vollzeitjob, Einkauf, Hausarbeiten, Betreuung und Abwasch zerreißen. Deshalb ist es geradezu zynisch, dass

²⁰ Die von Veil (2003) zitierten Untersuchungsergebnisse beziehen sich auf das Jahr 1998 und sind damit nicht mehr eben hochaktuell.

²¹ Fasst man diese Abweichungen in einem primitiven Indikator zusammen ($D = \text{Summe } \{\text{abs } d_{ij}\}$), dann ergab sich für Deutschland ein Wert von 93,2; für Frankreich einer von 48,6 und für Schweden einer von 49,2. Das war jeweils etwa die Hälfte des deutschen Wertes.

²² Bundesgesetzblatt I 57 vom 15.12.2008.

²³ Hervorhebung durch die Autoren.

die Regierung diese Reform unverdrossen als eine Stärkung des Kindeswohls verkauft. Für den Großteil der betroffenen Minderjährigen ist sie das Gegenteil. – Doppelt und dreifach privilegiert werden in Zukunft all diejenigen Jungen und Mädchen sein, deren Eltern zusammenbleiben. Denn in solchen Familien arbeitet das Gros der Mütter Teilzeit. Und nur die wenigsten Frauen streben danach, während der intensiven Familienphase, bis ihr Nachwuchs aus der Grundschule ist, ganztags aus dem Haus zu gehen. Die meisten wollen einfach Zeit mit ihren Kindern verbringen, sie nachmittags bei den Hausaufgaben unterstützen und sie zum Sport oder Musikunterricht bringen. – Wer meint, Ganztagschule und Hort seien adäquater Ersatz für eine solche Betreuung, hat wenig Einblick in die Realität, die vielerorts herrscht“ (Dorothea Siems in: Die Welt, 19. März 2009).

Für Deutschland wird behauptet, dass die Kosten der Familien-Politik im europäischen Vergleich sehr hoch sind. Allerdings gibt es hier unterschiedliche Berechnungen, die einander zum Teil widersprechen. Zumindest der in der Literatur vertretenen Einschätzung, die deutsche Familienpolitik sei ein „Fehlschlag“, weil zu „transferlastig“ (Veil 2003: 21), muss entgegengetreten werden. Denn das setzt ausschließlich das Fruchtbarkeitsziel voraus. Klar ist allerdings, dass staatliche Familienpolitik in Deutschland keinen positiven Einfluss auf die Kinderzahl pro Familie zu haben scheint.

1.5.3 Familienpolitik in Italien

Nicht unähnlich ist die Situation südlich der Alpen. In Italien kommen allerdings mehrere sonstige Umstände ins Spiel, welche so in Deutschland nicht wirken: Das italienische Familienmodell sieht diese als Fürsorgeinstitution, bei der das Familienoberhaupt für alle übrigen Familienmitglieder materiell zu sorgen hat. Der italienische Faschismus entwickelte frühzeitig eine auf Bevölkerungsexpansion gerichtete Familienpolitik, die den Familien tatsächlich eine Reihe materieller Vorteile brachte. Bereits 1934 wurden Familienbeihilfen eingeführt. Die Einkommenspolitik verfolgte das Konzept eines Familienlohns. Die Kehrseite war, dass patriarchalische Familienstrukturen, die in diesem Land ohnedies stärker verankert waren, nun politisch nach Kräften gefördert wurden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen die jahrzehntelange Hegemonie der Christdemokratie und die starke Stellung der katholischen Kirche zur Verfestigung dieses Familienmodells bei. Allerdings wurden Familien mit Kindern paradoxerweise materiell weniger gefördert. Als Folge der rapiden Inflation jener Zeit verloren die Familienbeihilfen, die nicht im Tempo der Geldentwertung valorisiert wurden, quantitativ erheblich an Bedeutung.

Die bis zur Gegenwart außerordentlich erschwerte Scheidung trug möglicherweise dazu bei, dass junge Männer und Frauen zögerten, sich auf eine Ehe einzulassen. Erst seit 1975 besteht rechtlich die Möglichkeit zur Scheidung. Nach einem jahrelangen Kulturkampf, in dem auch der Vatikan eine entscheidende Rolle spielte, hatte sich die Bevölkerung im Frühjahr 1974 in einem Referendum für eine solche Regelung entschieden.

Von erheblicher Relevanz ist in Italien auch ein Umstand, auf den sich nur schwer politisch reagieren lässt. Junge Erwachsene verbleiben im europäischen Vergleich ziemlich lange im elterlichen Haushalt. Fast zwei Drittel der 20- bis 34-Jährigen (63,4 %) leben noch bei den Eltern bzw. bei einem Elternteil.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Schließlich spielen die wirtschaftlichen und kulturellen Disparitäten eine erhebliche Rolle. Das Mezzogiorno ist nicht nur wirtschaftlich wesentlich rückständiger als der hoch entwickelte Norden, sondern hat auch eine andere Kultur. Das heißt aber nur sehr bedingt, dass die Fruchtbarkeit im Süden höher ist, im Gegenteil: Nur Sizilien und Kampanien liegen deutlich über dem nationalen Schnitt (mit einer TFR von 1,42 und 1,47 im Jahr 2004 – ISTAT 2007), während z. B. Trient und Südtirol 1,55 haben. Die Folge ist, dass eine einheitliche Familienpolitik, selbst wenn sie gewollt wäre, in Italien wenig Chance auf Erfolg hätte.

Auch bei der materiellen Unterstützung der Familien bestehen erhebliche Unterschiede; zwischen wohlhabenderen und ärmeren Regionen sind die Leistungen durchaus verschieden. Im Süden machten die Sozialausgaben der Gemeinden im Jahr 2004 pro Kopf € 38 aus. Der Anteil von 46,2 %, der auf Familienleistungen entfiel, belief sich somit auf knapp € 18. Im Nordosten betragen die Sozialleistungen im Jahr 2004 € 135 pro Kopf. Der Anteil der Familienleistungen machte zwar nur 35,7 % aus, in absoluten Zahlen aber etwa € 48. Erhebliche regionale Unterschiede bestehen auch bei der Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen. Während im Norden ein ziemlich hoher Teil der Kleinkinder in Krippen (asili nido) und Kindergärten betreut werden, sind solche Einrichtungen im Süden Italiens wenig verbreitet. Angesichts der schlechten Arbeitsmarktlage im Mezzogiorno genießen Einrichtungen, die Müttern den Verbleib im Berufsleben erleichtern würden, keinerlei Priorität. Viele Frauen reagieren darauf allerdings nicht mit dem Verzicht auf ihre Berufstätigkeit, sondern mit dem Verzicht auf Kinder.

Allgemeiner lässt sich sagen: Was die Fruchtbarkeit reduziert und drückt, ist offenbar eine Kombination von Modernisierung und einem eher traditional-familialistischem Leitbild. Eine immer bessere Qualifikation von Frauen, ihre immer stärkere Integration in den Arbeitsmarkt und ihre dadurch erweiterten Optionen bei der Gestaltung des eigenen Lebens vertragen sich offenbar schwer mit einer traditionellen Grundhaltung, die sich (z. B.) in der geringen Beteiligung von Männern an der Haushaltsarbeit sowie an der Kinderbetreuung und einer primär auf Transferzahlungen beruhenden Familienpolitik manifestiert. Italiens Frauen, die mit dem traditional-familialistischem Leitbild aufwachsen, internalisieren zwar, dass sie (vereinfacht gesprochen) nur als Mütter „vollwertige Frauen“ seien. Da sich italienische Männer allerdings im Haushalt und bei der Kindererziehung wenig engagieren, beschränken die Frauen – nicht zuletzt mangels institutioneller Betreuung – ihre Kinderzahl. Nach wie vor ist gänzliche Kinderlosigkeit in Italien seltener als in den meisten anderen EU-Staaten. Aber zugleich gibt es eine wesentlich stärkere Konzentration auf ein oder höchstens zwei Kinder.²⁴

²⁴ Ähnliche Befunde gibt es übrigens aus Kanada im Vergleich zwischen dem stärker „britisch“ geprägten Ontario und dem „französischen“ Québec, obwohl in diesen beiden Provinzen gegenwärtig die Niveaus der Fruchtbarkeit kaum noch differieren. Dagegen ist die Fruchtbarkeit in den „amerikanischen“ Provinzen Saskatchewan, Alberta und Manitoba deutlich höher: Dort wirkt sich allerdings die Einwanderung aus Asien stärker aus.

1.5.4 Familienpolitik in Großbritannien: Primat der Armutspolitik

Großbritannien bewegt sich in der Familienpolitik nicht im europäischen Mainstream. Familienpolitik entwickelte sich nur zögernd. Lange Zeit wurde ein solcher Begriff nicht einmal verwendet, obwohl es längst familienpolitische Maßnahmen gab. Großbritannien war und ist traditionell ein politisch-administrativ hoch zentralisiertes Land. Das vorherrschende altliberale Staatsverständnis sah jedoch vor, dass sich die Politik möglichst wenig in die persönlichen Angelegenheiten der Bürgerinnen und Bürger einmischen sollten. Zu diesen privaten Angelegenheiten zählen nach diesem Verständnis auch das Familienleben und die Entscheidung, ob und wann Kinder in die Welt gesetzt werden. Erst wenn bestimmte Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern als besonders hilfsbedürftig eingestuft werden, bestand nach diesem Staatsverständnis ein Anlass zu politischem Handeln, wie etwa im Armenrecht oder in mehreren Gesetzen zugunsten verheirateter Frauen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten sich als der Folge einer neuen Sozialpolitik auf Grundlage des Beveridge-Berichts Strukturen einer britischen Familienpolitik heraus.

Im britischen Modell ist Familienpolitik einerseits, wie die britische Politik allgemein, am Vorbild der USA orientiert, hat aber andererseits eine stärker liberale Grundvorstellung. Sie sieht die Familie nach wie vor als Privatangelegenheit an und enthält vorwiegend Elemente von fiskalischer Umverteilung und der Vermeidung von Armut. Die finanziellen Transfers an Familien sind im Normalfall nicht hoch. Die Politik privilegiert kein bestimmtes Familienmodell, die Erwerbstätigkeit von Müttern wird nicht erschwert, aber auch nicht gefördert. Im Versuch einer allgemeinen Typologisierung von Sozialpolitik wird sie als eine dem protestantisch-liberalen Wohlfahrtsstaat zugeordnete Politik bezeichnet (z. B. Strohmeier u. a. 2006).

Familienpolitik hing auch in England, Schottland und Irland eng mit Frauenpolitik zusammen. Obwohl unverheiratete Frauen in diesen Ländern schon im Mittelalter eigenständige Rechtspersonen waren, verloren sie mit der Heirat bis zum Ende des 19. Jahrhunderts beinahe sämtliche Rechte. Das dafür grundlegende Common Law betrachtete beide Ehepartner als rechtliche Einheit. Daher war es zum Beispiel nicht möglich, dass Ehefrauen ihre Männer verklagten. Erst im Jahr 1882 begann mit einem Gesetz über die Besitz- und Vermögensrechte von Frauen die schrittweise Anerkennung der Ehefrau als eigenständige Rechtsperson. Die Institution Familie änderte sich damit. Trotzdem beruhte die liberale Gesellschaft auf der Grundlage konservativer familiärer Leitbilder und Verhaltensmuster. Die Hausfrauenehe blieb das Leitbild britischer Sozialpolitik (Bahle 1995).

Die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern geringeren Familienleistungen werden in der Regel „means tested“ vergeben, d. h. sie sind an eine Bedürftigkeitsprüfung gebunden. Es gibt allerdings seit dem Zweiten Weltkrieg ein allgemeines staatliches Kindergeld. Dieses dient – wie auch im Beveridge-Bericht während des Zweiten Weltkriegs grundsätzlich festgehalten – in erster Linie der materiellen Grundsicherung. In den kontinental-europäischen Ländern wurde aus dieser Basis-Sicherung eine sehr allgemeine Politik der Versorgung. Britische Sozialpolitik verfolgt bei staatlichen Transferzahlungen eher das Ziel, einen Mindestbedarf zu decken und starke Armut zu vermeiden. Auch Familienpolitik ist in Großbritannien in erster Linie als Schutz für Bedürftige ausgelegt. Konsequenterweise erhalten in erster Linie Eltern mit niedrigem (Haushalts-)Einkommen und alleinerziehende Mütter staatliche Leistungen. In diesem System bleiben Familien, deren Einkommen ober-

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

halb der Armutsgrenze liegt, gegenüber Kinderlosen benachteiligt. Dies hat eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen zur Folge, weil sich in vielen Fällen nur so ein entsprechender Lebensunterhalt der Familie sicherstellen lässt.

Großbritannien hat kein Ministerium, das explizit für Familienangelegenheiten zuständig wäre. Die praktische Ausgestaltung von Familienpolitik erfolgt durch mehrere Ministerien, die jeweils für einen bestimmten Aspekt zuständig sind. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang gegenwärtig das Department for Work and Pension, das Department for Education and Skills und die Inland Revenue.

1.5.5 Familienpolitik in Finnland

Obwohl Finnland häufig mit den anderen nordischen Ländern gemeinsam analysiert und einem „skandinavischen“ (dänisch-schwedischen) Modell zugeordnet wird, hat das Land sehr eigenständige Politiken entwickelt.

Finnland hat nicht die Beeinflussung von Einwohnerzahl und Fertilität zum primären Ziel seiner Familienpolitik erhoben, sondern das Wohl der Kinder. Aus diesem Kontext leitet sich die Unterstützung der Eltern ab.²⁵

Seit 1948 gibt es eine Familienbeihilfe, die schon bei ihrer Einführung vergleichsweise großzügig bemessen war, insbesondere in Anbetracht der damaligen wirtschaftlichen Lage sowie der Reparationsverpflichtungen des Landes nach dem verlorenen Krieg gegen die Sowjetunion. Danach wurde mehr Gewicht auf den Ausbau der allgemeinen Sozialpolitik gelegt. Doch seit den 1970er-Jahren gewann Familienpolitik wieder an Aufmerksamkeit. Insbesondere wurden Betreuungseinrichtungen für Vorschulkinder ausgebaut (Gesetz über die Tagesbetreuung 1973). Zuständig dafür sind die Gemeinden. Das ermöglichte eine hohe Erwerbsquote der Frauen, die meist voll erwerbstätig sind.

Die Familienbeihilfe der KELA, einer Art Familienlastenausgleich, ist nach Kinderzahl gestaffelt und ab dem fünften Kind nahezu doppelt so hoch wie beim ersten. Alleinerzieher/-innen erhalten einen Zuschlag. Der Anspruch endet mit dem 17. Lebensjahr des Kindes. Im Übrigen gibt es eine Fülle von Detailregelungen sowohl für Mütter (z. B. bei gefährlicher Arbeit; wenn Mütter studieren) als auch für Väter, die im Einklang mit der Politik in anderen nordischen Ländern finanziell ermutigt werden, einen Teil der Sorgepflichten zu übernehmen.

Kinderbetreuungsgeld können Familien mit Kindern unter drei Jahren beziehen, sofern diese nicht in einer Betreuungseinrichtung untergebracht sind. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, anstelle dieses Kinderbetreuungsgelds eine „Tagesmütterbeihilfe“ zu beziehen. Dieser Sozialtransfer wird direkt an die Tagesmütter ausbezahlt.²⁶ Die Beihilfe macht etwas mehr als ein Drittel des Kinderbetreuungsgeldes aus.

²⁵ Art. 19 der Verfassung von 1999 definiert als Aufgabe "to ...support families and others responsible for providing for children so that they have the ability to ensure the well-being and personal development of the children" – in der alten Verfassung von 1919 analog in Art. 15a (3).

²⁶ Verwandte des Kindes ohne formale Ausbildung im Bereich der Kinderpädagogik dürfen auf diese Weise nicht beschäftigt werden.

Eine Novelle zum Gesetz über die Tagesbetreuung von 1990 verpflichtet die Gemeinden, für gegebenen Bedarf der Familien mit Kindern unter drei Jahren entweder eine ausreichende Zahl von Plätzen in Betreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen oder für entsprechende Barleistungen zu sorgen. Der Anspruch auf institutionelle Kinderbetreuung bzw. auf eine entsprechende Transferleistung an eine Tagesmutter oder eine Barleistung wurde 1997 auf Eltern von Kindern im Vorschulalter (null bis sechs Jahre) ausgedehnt (Gesetz 1128 vom 20.12.1996). In der Folge entschieden sich die meisten Gemeinden für die Transferzahlungen statt für die Einrichtung von Kinderkrippen und Kindergärten: Zum einen stellen die Direktzahlungen eine geringere fiskalische Belastung dar. Zum anderen ersparen sich die Gemeinden den Planungsaufwand sowie die Folgekosten von Infrastruktur-Investitionen. Selbst wenn die direkten Kosten sowie die Folgekosten bei solchen Investitionen geringer wären, ist es für öffentliche Haushalte gegenwärtig schwieriger, solche Investitionen zu tätigen, weil sie unter Druck stehen, zusätzliche „Schulden“ zu vermeiden (Maastricht-Indikator). Die aber würden bei Investitionen, buchhalterisch gesehen, eher auftreten, da diese einmalig einen höheren Betrag verlangen.

Ebenso interessant wie die unterschiedliche Politik in den erwähnten Staaten selbst ist die Reaktion der Frauen auf die skizzierten Veränderungen familienpolitischer Maßnahmen. Finnland erlebte bekanntlich Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre eine schwere Wirtschaftskrise. Hervorgerufen wurde sie durch den Zusammenbruch der UdSSR, auf welche die finnische Exportwirtschaft stark ausgerichtet war. Die Folge waren zuerst ein deutlicher Rückgang der volkswirtschaftlichen Leistung (BIP) sowie der individuellen Einkommen, ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ungleichheit.

Es scheint nun, dass nicht wenige schlecht qualifizierte junge finnische Frauen die Zeit der Arbeitslosigkeit nützten, um geplante Geburten vorzuziehen oder um Kinder zur Welt zu bringen, die unter günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen möglicherweise gar nicht geplant worden wären. Das finnische Kinderbetreuungsgeld dürfte dazu ein massiver Anreiz gewesen sein. Dies macht eines klar: Die Wirkung von familienpolitischen Maßnahmen ist in nicht geringem Maß vom wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext abhängig, in welchem sie gesetzt werden. Das erschwert natürlich die Planbarkeit und Einschätzbarkeit solcher Maßnahmen. Denn auch wenn sie unter bestimmten Voraussetzungen einmal gewirkt haben, ist damit noch nicht gesagt, dass sie unter anderen Vorbedingungen oder in einem anderen Land ein weiteres Mal wirksam werden.

Summary

Familienpolitik verfolgt immer mehrere Ziele. Je nach vorherrschenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen werden diese Ziele unterschiedlich gewichtet. Damit gibt es immer Konkurrenz und mögliche trade-offs zwischen diesen Zielen. Das gilt schon für Politikformulierungen auf einer kohärenten weltanschaulichen Grundlage. Noch stärker ist dies der Fall, wenn politische Ziele zwischen unterschiedlichen ideologischen oder weltanschaulichen Positionen ausgehandelt werden müssen.

Ist es Ziel der Familienpolitik, fiskalische Mittel von kinderlosen zu kinderbetreuenden Haushalten umzuverteilen? Geht es dabei auch um eine Umverteilung zwischen den Einkommensschichten – etwa durch pro-aktive Bekämpfung von Armut bei Kindern und deren Eltern? Steht die größere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund, damit das Erwerbspotenzial einer zunehmend besser qualifizierten weiblichen Bevölkerung ausgeschöpft werden kann? Oder geht es vorrangig darum, die Zahl der Kinder pro Frau bzw. pro Familie zu erhöhen?

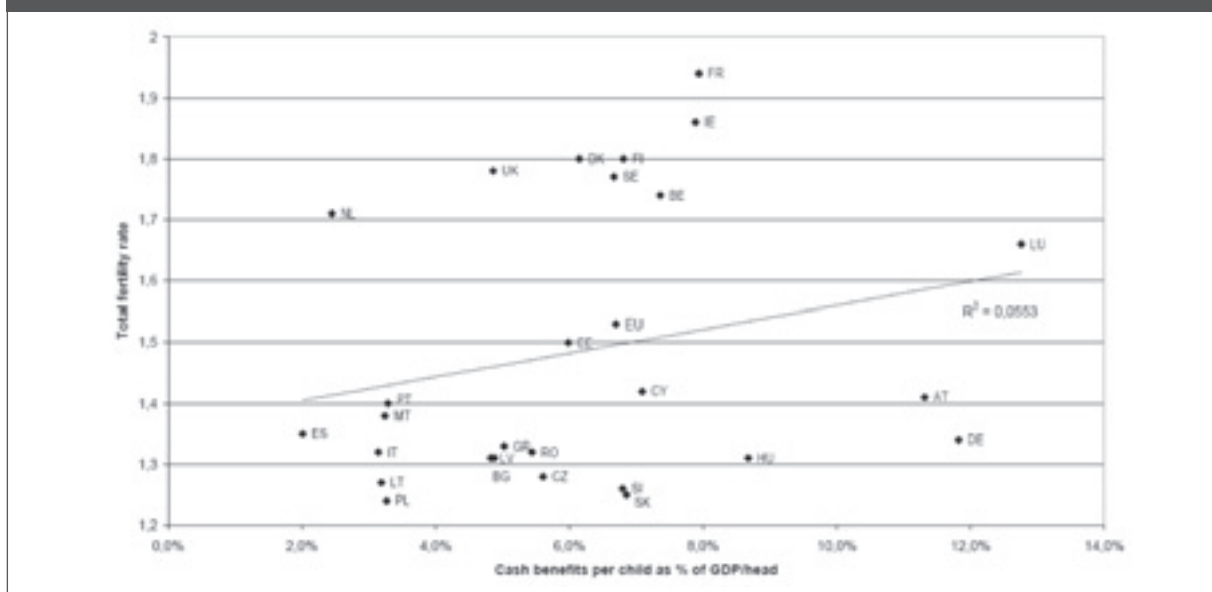
Zumindest die beiden letztgenannten Zielsetzungen lassen sich nur im Einklang mit den Wünschen, Bedürfnissen und Lebensorientierungen der jüngeren Erwachsenen, insbesondere der jüngeren Frauen realisieren. Der bisweilen zu vernehmende Hinweis, zu früheren Zeiten hätten Frauen auch unter ungünstigeren Bedingungen mehr Kinder bekommen als heute, verschrägt in diesem Zusammenhang nicht. Die Konkurrenz der Ziele im eigenen Leben hat sich erheblich verstärkt. An diesem Punkt muss Familienpolitik eine erste Entscheidung treffen: Welche der genannten Ziele haben Vorrang, welche sind zweitrangig?

Aus Sicht der Bevölkerung gibt es jedenfalls Präferenzen. Zahlreiche Umfragen belegen: Die meisten jüngeren Erwachsenen wünschen sich eigene Kinder. Ein größerer Teil der weiblichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen rechnet mit der Notwendigkeit, einen längeren Zeitraum des Lebens erwerbstätig sein zu müssen. Angesichts der zunehmenden Verbreitung höherer Bildungsabschlüsse verbindet sich damit nicht bloß die ökonomische Notwendigkeit, für sich und die eigene Familie sorgen zu können, sondern auch ein wesentliches Moment der Selbstverwirklichung und der gesellschaftlichen Integration durch den eigenen Beruf. Für Männer ist dies weitgehend selbstverständlich; es gilt aber in zunehmendem Maß für Frauen, wenngleich nicht für alle. Es gibt auch Frauen, die sich – so sie die Wahl haben – lieber um ihre Kinder kümmern, als voll berufstätig zu sein. Entsprechend unterschiedlich sind die Erwartungen an staatliche Familienpolitik. Dies belegen die Ergebnisse zweier Umfragen aus Deutschland und Frankreich, zwei Ländern mit deutlich verschiedenen familienpolitischen Konzeptionen. Gefragt wurde nach der Alternative: mehr institutionelle Kinderbetreuung oder höhere Barzahlung für Eltern mit Kindern. In Frankreich sprach sich eine Mehrheit von 66 % der befragten Frauen für ein besseres Angebot an Kinderbetreuung aus. Immerhin 33 % votierten für erhöhte Barleistungen. In Deutschland wurden nur Frauen befragt, die nach der Geburt eines Kindes ihre berufliche Tätigkeit eingeschränkt oder aufgegeben hatten: Unter ihnen sprachen sich 71 % für mehr Betreuungsangebote und 28 % für höhere Barzahlungen aus.²⁷

²⁷ Vgl. Veil 2003: 19; siehe dort auch 40 und Anm. 3.

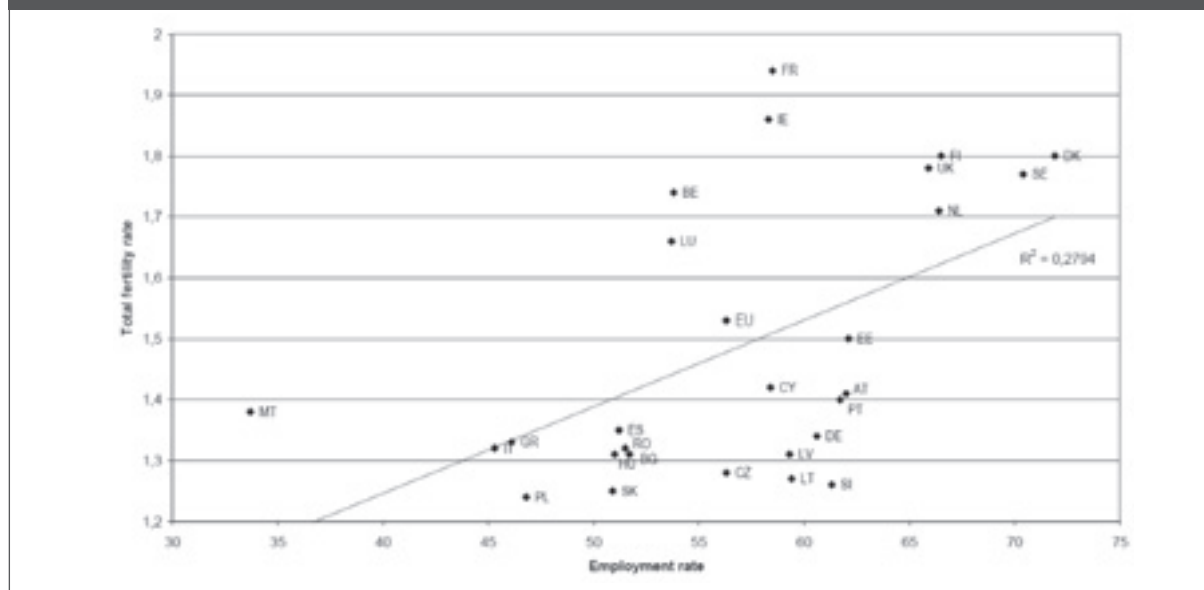
Im Bereich von Familie und privater Lebenswelt stehen wir in manchen Ländern Europas vor eben dieser Situation. Zweifellos hat dies mit geschlechtsspezifisch unterschiedlicher Betroffenheit zu tun. Während Männer traditionell weder in ihrem Selbstverständnis noch in der Alltagspraxis ein Problem damit haben, Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren, ist ein wachsender Teil der Frauen mit genau diesem Problem der Vereinbarkeit bzw. Unvereinbarkeit konfrontiert. Das Fehlen eines flächendeckenden Angebots an ganztägig geöffneten Krippen, Kindergärten und Schulen ist dabei ein Kernstück des Problems. In Ländern, in denen dies der Fall ist, entschließt sich eine wachsende Minderheit der betroffenen Frauen unter diesen Bedingungen gegen das Aufziehen von Kindern.

Grafik 10: Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Fertilität) nach Höhe der familienbezogenen staatlichen Transferzahlungen (je Kind gemessen in % des BIP pro Kopf)



Quelle: Eurostat, EU Kommission 2008

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

Grafik 11: Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Fertilität) nach Höhe der Erwerbsquoten von Frauen (in % aller Frauen zwischen 20 und 65 J.)

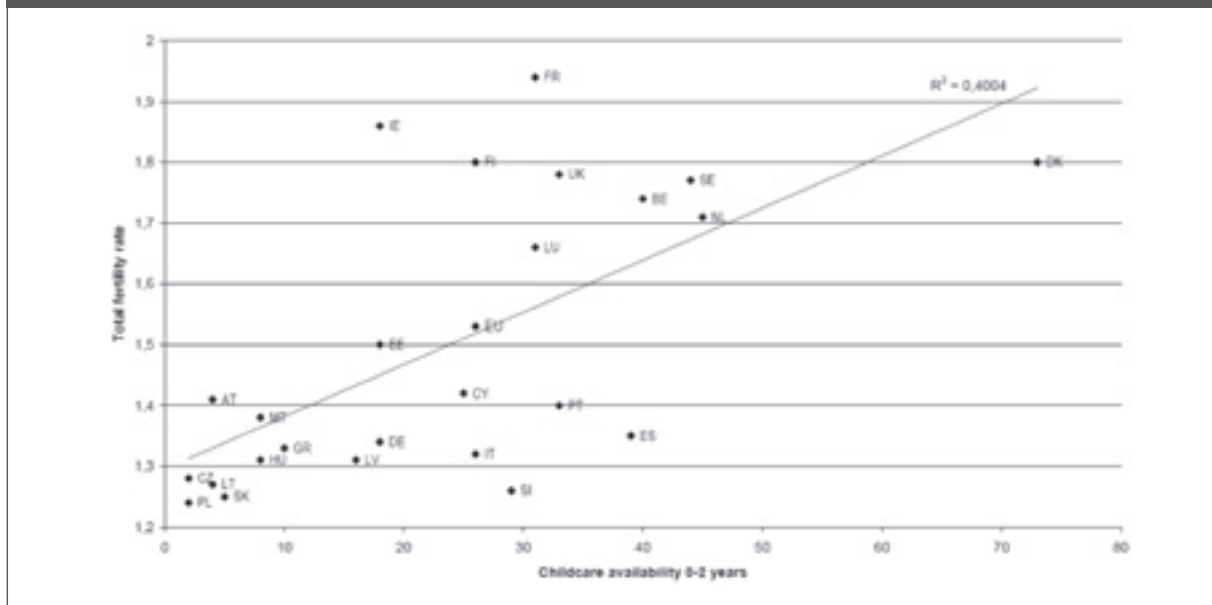
Quelle: Eurostat, EU Kommission 2008

Konkret lernen wir:

1. Die Höhe der familienbezogenen Transferzahlungen hat nur wenig Einfluss auf die durchschnittliche Kinderzahl. In den Niederlanden und in Großbritannien (UK) sind diese Leistungen (je Kind, gemessen in % des BIP/Kopf) im europäischen Schnitt eher gering, die Fertilität ist jedoch relativ hoch. Das Gegenteil ist in Deutschland und Österreich der Fall. Hier sind die familienbezogenen Transferzahlungen (gemeinsam mit Luxemburg) unter allen EU-Ländern am höchsten, während die Fertilität unter dem EU-Durchschnitt liegt (Grafik 10). Mit Ausnahme von Luxemburg gibt es kein Land in Europa, indem sowohl die Transfers als auch die Kinderzahlen deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen. Zusammenfassend lässt sich sagen. Transferleistungen für Familien mit Kindern sind nicht billig. Wirksam sind sie vor allem im Bereich der Armutsbekämpfung, kaum jedoch als Mittel zur Beeinflussung der Kinderzahl. Die Einzelkorrelation erklärt im europäischen Vergleich lediglich 5,5 % der Fruchtbarkeit.
2. Es galt lange Zeit als ausgemacht, dass die höhere Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen die durchschnittliche Kinderzahl verringert. Das gilt heute im Querschnittvergleich der europäischen Länder nicht mehr, im Gegenteil: Jene Länder, wo die weiblichen Erwerbsquoten besonders hoch sind, also im Norden und im Westen des Kontinents, haben auch eine höhere Fruchtbarkeit (Grafik 11). Das Ausmaß der weiblichen Erwerbstätigkeit erklärt (bei positiver Korrelation) immerhin 27 % der Fertilität.
3. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hat für Frauen zwei wesentliche Voraussetzungen: ein stärkeres Engagement der Väter bei der Kinderbetreuung und/oder ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Angebot an institutioneller Kinderbetreuung. Der europäische Vergleich zeigt tendenziell höhere durchschnittliche Kinderzahlen in Ländern mit stärker ausgebauter institutioneller Kinderbetreuung für Kleinkinder (Grafik 12). Der statistische Erklärungsanteil ist mit 40 % für einen Einzelfaktor wie diesen beachtlich hoch.

4. Über die Beteiligung der Männer an der Kinderbetreuung liegen keine europaweit vergleichbaren Daten vor. Aber auch hier fällt auf: Wo die traditionale Ehe und die damit verbundene Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern als Familienmodell hochgehalten werden, ist die Fruchtbarkeit niedriger als etwa in den skandinavischen Ländern, wo egalitäre Vorstellungen weiter verbreitet sind.

Grafik 12: Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau (Fertilität) nach Verfügbarkeit von Krippenplätzen für Kinder zwischen null und zwei Jahren (in % aller gleichaltrigen Kinder)



Quelle: Eurostat, EU Kommission 2008

Literatur

- Aasve, A. / Billari, F. C. / Spéder, Z. (2006): Societal Transition. Policy Changes and Family Formation: Evidence from Hungary. In: Eur. J. of Population 22, 127–152.
- Alderson, Arthur S. / Nielsen, François (2002): Globalization and the Great U-turn: Income Inequality Trends in 16 OECD Countries. In: Am. J. of Sociology 108, 1244–1299.
- Appelt, Erna (1987): Vater Staat. Ansprüche – Widersprüche. In: Appelt, Erna / Löscher, Andrea / Prost, Edit (Hg.), Stille Reserve? Erwerbslose Frauen in Österreich. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Becker-Schmidt, Regina (2008): Doppelte Vergesellschaftung von Frauen. Divergenzen und Brückenschläge zwischen Privat- und Erwerbsleben. In: Becker, Ruth / Kortendiek, Beate (Hg.), Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie (2. erw. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag, 65–74.
- Bergeron, Josée / Jenson, Jane (1999) : Nation, natalité, politique et représentations des femmes. In: Recherches féministes 12, 83–101.
- Biffi, Gudrun (2008): Family Policy in Austria in Comparison: How to Reach Sustainability. Wien: WIFO Working Papers 331.
- Bihagen, Erik / Ohls, Marita (2007): Are Women Overrepresented in Dead-End Jobs? A Swedish study using empirically derived measures of dead-end jobs. In: Social Indicators Research 84, 159–177.
- Billari, Francesco C. (2008): Lowest-Low Fertility in Europe: Exploring the Causes and Finding Some Surprises. In: The Japanese J. of Population 6, 2–18.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

- Billari, Francesco / Frejka, Tomas / Hobcraft, John / Macura, Miroslav / Van de Kaa, Dirk (2004): Discussion of Paper ‚Explanation of the Fertility Crisis in Modern Societies: A Search for Commonalities‘, by J. Caldwell and Thomas Schindlmayer. In: *Population Studies* 58, 77–92.
- Bundeskanzleramt / Statistik Österreich (2007): *Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analysen zu geschlechtsspezifischen Unterschieden*. Wien: BKA.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006): *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik*. Siebter Familienbericht. Berlin.
- Caldwell, John C. (2001): The Globalization of Fertility Behaviour. In: *Population and Development Review* 27. Supplement: Global Fertility Transition, 93–115.
- Caldwell, John C. / Caldwell, Pat / McDonald, Peter (2002): Policy Responses to Low Fertility and Its Consequences: A Global View. In: *J. of Population Research* 19, 1–24.
- Caldwell, John C. / Schindlmayer, Thomas (2003): Explanation of the fertility crisis in modern societies: A search for commonalities. In: *Population Studies*, 57, 241–263.
- Chauvière, Michel (1992): L’expert et les propagandists: Alfred Sauvy et le Code de la Famille. In: *Population*, 6, 1441–1452.
- CNAF (2003): *Les opinions sur les modes de garde des jeunes enfants. Données CREDOC 2003. L’essentiel* 11, Avril.
- Commission of the European Communities (2008): *Demography Report 2008: Meeting Social Needs in an Ageing Society*. Brussels: Office for Official Publications.
- Cook, Lynn Prince (2006): Le Sud revisité: équité de genre et fécondité en Italie et en Espagne. In: *Recherches et Prévisions* 83, 61–77.
- Cuccellelli, Fabio (2007): La famiglia attore di sviluppo sociale e civile. In: *Formazione e lavoro* Nr. 2, 35–43.
- Davis, Kingsley (2005 [1937]): Reproductive Institutions and the Pressure for Population. In: Heer, David (ed.), *Kingsley Davis. A Biography and Selection from his Writings*. New Brunswick, NJ: Transaction Publisher, 111–124 [ursprünglich in: *Sociological Review* 29.3, 289–306].
- Deutscher Bundestag (2000): *Sechster Familienbericht. Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Leistungen – Belastungen – Herausforderungen*. Drucksache 14/4357.
- Dienel, Christiane (2002): *Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Handlungsfelder und Probleme*. München: Juventa.
- Dohnal, Johanna (2008): *Innensichten  sterreichischer Frauenpolitiken: Innsbrucker Vorlesungen. Tiroler Studien zur Geschichte und Politik* (hg. v. Erika Thurner, Alexandra Weiss). Innsbruck: Studienverlag.
- Ehmer, Josef (2004): *Bevölkerungsgeschichte und historische Demographie, 1800 – 2000*. München: Oldenbourg (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Band 71).
- Engels, Friedrich (1974 [1884]): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: *MEW* 21, 25–123.
- Family Research Council (2008): *25 Pro-Family Policy Goals for the Nation*. Washington, DC.
- Frejka, T. / Sobotka, T. / Hoem, J. M. / Toulemon, M. (2008): *Childbearing Trends and Policies in Europe*. *Demographic Research* 19, Art. 1 ff. Rostock: Max Planck Institute for Demographic Research.
- Fux, Beat (1994): *Der familienpolitische Diskurs. Eine theoretische und empirische Untersuchung über das Zusammenwirken und den Wandel von Familienpolitik, Fertilität und Familie*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Gerlach, Irene (2004): *Familienpolitik. Lehrbuch*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hochfeld, Tessa (2007): Missed Opportunities. Conservative discourses in the draft National Family Policy of South Africa. In: *International Social Work* 50, 79–91.
- ISTAT (2007): *La famiglia in Italia. Dossier statistico*. Roma: ISTAT/Ministero delle Politiche per la famiglia.
- Jenkins, Brian (ed.) (2005): *France in the era of fascism: Essays on the French authoritarian Right*. Providence/RI-Oxford: Berghahn Books.
- Kaufmann, Franz-Xaver / Kuijsten, Anton / Schulze, Hans-Joachim / Strohmeier, Klaus-Peter (Hg.) (2002): *Family Life and Family Policies in Europe. Vol. 2: Problems and Issues in Comparative Perspectives*. Oxford: University Press.
- King, Leslie (2008): „France Needs Children“: Pronatalism, Nationalism and Women’s Equity. In: *Sociological Quarterly* 39, 33–52.

- Künemund, Harald / Motel-Klingebiel, Andreas / Kohli, Martin (2005): Do Intergenerational Transfers From Elderly Parents Increase Social Inequality Among Their Middle-Aged Children? Evidence from the German Ageing Survey. *Journal of Gerontology* 60B, 30–36.
- Lafargues, Paul (1995 [1986]): *Geschlechterverhältnisse*. Hg. von Fritz Keller, Hamburg: Argument-Verlag.
- Lawes, Rachel (1999): Marriage: An Analysis of Discourse. In: *Brit. J. of Social Psychology* 38, 1–20.
- Le Play, Frédéric (1855): *L'organisation de la famille selon le vrai modèle signalé par l'histoire de toutes les races et de tous les temps*. Paris: Alfred Mame et fils.
- Letablier, Marie-Thérèse (2003): Fertility and Family Policies in France. In: *J. of Population and Social Security, Supplement 1*, 245–261.
- Liebhart, Karin / Petó, Andrea / Schiffbänker, Annemarie / Stoilova, Rumiana (2003): Familienpolitische Maßnahmen in Österreich, Bulgarien und Ungarn. In: *Öst. Zs. für Politikwissenschaft* 32, 417–427.
- Mackensen, Rainer (2002): *Bevölkerungslehre und ‚Bevölkerungspolitik‘ im Dritten Reich*. Opladen: Leske + Budrich.
- Malačič, Janez (2008), Late Fertility Trends in Europe. In: *Informatica* 32, 123–131.
- Marc, Céline (Mars 2004): L'influence des conditions d'emploi sur le recours à l'APE. Une analyse économique du comportement d'activité des femmes. In: *Recherches et Prévisions* 75, 21–38.
- Marschalk, Peter (1984): *Bevölkerungsgeschichte Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Misra, J. / Moller, S. / Budig, M. J. (2007), Work-family policies and poverty for partnered and single women in Europe and North America. In: *Gender & Society* 6, 804–827.
- Morgan, Lewis H. (1987 [1877]): *Die Urgesellschaft*. Wien: Promedia. (Ancient Society).
- Morgan, Kimberley J. / Zippel, Kathrin (2003): Paid to Care: The Origin and Effects of Care Leave Policies in Western Europe. In: *Social Politics* 10.1, 49–85.
- Pailhé, Ariane / Rossier, Clémentine / Toulemon, Laurent (2008): French family policy: long tradition and diversified measures. In: *Vienna Yearbook of Population Research*, 149–164.
- Paleczek, Gabriele (1989): Household, Field and Market. Turkish Families in Transition. In: Gingrich, Andre / Haas, Siegfried / Haas, Sylvia / Paleczek, Gabriele (Hg.), *Kinship, Social Change, and Evolution. Proceedings of a Symposium held in Honour of Werner Dostal*. Wiener Beiträge zur Ethnologie und Anthropologie, Vol. 5. Horn-Wien: Berger Verlag, 109–125.
- Piketty, Thomas (2002): L'impact de l'allocation parentale d'éducation sur l'activité féminine et la fécondité, 1982-2002 (EHESS et CEPREMAP (URA 928)), no. 2003-09 (<http://www.jourdan.ens.fr/piketty/fichiers/public/Piketty2003d.pdf>; download: 25. Jänner 2009).
- Piketty, Thomas (2003): Income Inequality in France, 1901 – 1998. In: *J. of Pol. Ec.* 111, 1004–1042.
- Piketty, Thomas / Saez, Emmanuel (2001): *Income Inequality in the United States, 1913 – 1998*. NBER Working Paper 8467. (<http://www.nber.org/papers/w8467>, download: 24. Feber 2004).
- Pinl, Claudia (2003): Uralt, aber immer noch rüstig: der deutsche Ernährer. In: *Aus Politik und Zeitgeschehen* B44, 6–8.
- Reich, Nora (2008): Deutsche Familienpolitik im Internationalen Vergleich. In: *Wirtschaftsdienst* Nr. 12, 816–822.
- Reinstadler, Anne / Borsenberger, Monique / Cantillon, Béatrice / Hausman, Pierre / Jeandidier, Bruno / Passot, Liv / Ray, Jean-Claude (2006): Comparative Study on the Effects of Family Policy in French-Speaking Countries. In: *Journal of Population and Social Security (Population), Supplement to Volume 1*, 492–573.
- Riehl, Wilhelm Heinrich (1861): *Die bürgerliche Gesellschaft*. Stuttgart: Cotta.
- Riehl, Wilhelm Heinrich (1873 [1854]): *Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik*. III: Die Familie. Stuttgart: Cotta
- Rosenbaum, Heidi (1973): *Familie als Gegenstruktur zur Gesellschaft. Kritik grundlegender theoretischer Ansätze der westdeutschen Familiensoziologie*. Stuttgart: Enke.
- Rosenberger, Sieglinde / Schallert, Daniela (2003): Politik mit Familie – Familienpolitik. In: *Öst. Zs. für Politikwissenschaft* 32, 1–10.
- Schröder, Jette / Brüderl, Josef (2008): Der Effekt der Erwerbstätigkeit von Frauen auf die Fertilität: Kausalität oder Selbstselektion? In: *Zeitschrift für Soziologie* 37, 117–136.

FAMILIENPOLITIK IN ÖSTERREICH UND EUROPA

- Sobotka, Tomáš (2008): Does persistent low fertility threaten the future of European populations? In: Surkyn, J. / Deboosere, P. / van Bavel, J. (eds.), Demographic challenges for the 21st Century. A state of art in demography. Brussels: VUB Press, 27–89.
- Sobotka, Tomáš / Winkler-Dworak, Maria / Testa, Maria Rita / Lutz, Wolfgang / Philipov, Dimiter / Engelhardt, Henriette / Gisser, Richard (2005): Monthly Estimates of the Quantum of Fertility: Towards a Fertility Monitoring System in Austria. In: Vienna Yearbook of Population Research, 109–141.
- Steck, Philipp (2006): Désir d'enfant et politiques publiques. L'accueil du jeune enfant en France et en Europe. Caisse nationale des allocations familiales: Informations sociales Nr. 132, 124–125.
- Strohmeier, Henrika / Strohmeier, Klaus Peter / Schulze, Hans-Joachim (2006): Familien-politik und Familie in Europa. Literaturbericht. Düsseldorf: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration.
- Tazi-Preve, Mariam Irene (2003): Einstellungen der ÖsterreicherInnen zu Familie, Familienpolitik und dem Geschlechterverhältnis. Forschungsergebnisse des Population Policy Acceptance Survey. (PPA). In: Öst. Zs. für Politikwissenschaft 32, 443–455.
- Tocqueville, Alexis de (1978 [1856]), Der alte Staat und die Revolution. München: dtv.
- Trczinski, Eilen / Holst, Eke (2003): Hohe Lebenszufriedenheit teilzeitbeschäftigter Mütter. In: DIW Wochenbericht 70, H. 35, 539–545.
- Wolfgruber, Gudrun / Niederkofler, Heidi / Niederhuber, Margit / Mesner, Maria (Hg). (2007): Kinder kriegen – Kinder haben. Analysen im Spannungsfeld zwischen staatlichen Politiken und privaten Lebensentwürfen. Innsbruck, Wien, Bozen: Studienverlag.
- UN (2008), World Population Policy. New York: UN.
- Veil, Mechthild (2003): Kinderbetreuungskulturen in Europa; Schweden, Frankreich, Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschehen B 44, 12–20.
- Veil, Mechthild (2004): Frankreich. Erklärt die gesellschaftliche Verankerung französischer Familienpolitik die steigenden Geburtenraten und die hohe Müttererwerbstätigkeit? In: Auslandsinfo 1, 3–25.

20

Familienpolitik – Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich

Sabine Buchebner-Ferstl, Olaf Kapella
und Doris Klepp

Inhalt

1 Familienpolitik – Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich	867
Einleitung	867
Aufbau und methodisches Vorgehen	869
1.1 Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich – einführende Überlegungen	870
1.1.1 Eine Begriffsbestimmung	871
1.1.2 Bedürfnisse im Kontext von Persönlichkeit und Entwicklung	872
1.1.2.1 Persönlichkeits- und Entwicklungstheorien	872
1.1.2.2 Persönlichkeits- und Entwicklungstheorien und ihr Bezug zur Familienpolitik – eine Diskussion	874
1.1.2.3 Beschreibung des Bedürfnismodells nach Maslow	875
1.2 Individuelle Bedürfnisse im Familienkontext – eine Auseinandersetzung auf der Grundlage des Bedürfnismodells nach Maslow	878
1.2.1 Körperliche Grundbedürfnisse	879
1.2.1.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung	879
1.2.1.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses	887
1.2.2 Bedürfnis nach Sicherheit	889
1.2.2.1 Materielle Sicherheit und Armut	889
1.2.2.1.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung	889
1.2.2.1.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses	892
1.2.2.2 Körperlich-emotionale Sicherheit und innerfamiliäre Gewalt	893
1.2.2.2.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung	893
1.2.2.2.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses	897
1.2.3 Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit	898
1.2.3.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung	898
1.2.3.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses	901
1.2.4 Bedürfnis nach Wertschätzung	903
1.2.4.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung	903
1.2.4.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses	905
1.2.5 Bedürfnis nach Selbstverwirklichung	906
1.2.5.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung	906
1.2.5.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses	908
EXKURS: Die Erwerbstätigkeit von Müttern – Beispiel für einen Bedürfniskonflikt?	910

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

1.3 Inwiefern wird den Bedürfnissen durch die Politik, insbesondere die Familienpolitik, Rechnung getragen?	916
1.3.1 Formen der staatlichen Familienförderung	916
1.3.1.1 Monetäre Maßnahmen (Geldleistungen)	918
1.3.1.2 Nicht monetäre Maßnahmen	920
1.3.1.3 Infrastruktur- und Sachleistungen	920
1.3.1.4 Berücksichtigung der Familie in spezifischen Bereichen	921
Summary	922
Literatur	923

Tabellen und Abbildungen

Tabelle 1: Persönlichkeitsmodelle im Vergleich	874
Tabelle 2: Bedürfnisse nach Maslow und damit verbundene Zielsetzungen	879
Tabelle 3: Familienbeihilfe: Beträge ab 2008	918
Abbildung 1: Bedürfnispyramide nach Maslow (1943)	876
Abbildung 2: Kindersterblichkeit weltweit abhängig vom Einkommen (pro 1000 Einw.)	881
Abbildung 3: Sterberaten in Abhängigkeit von Bildungsgrad bzw. Berufsgruppe	882
Abbildung 4: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“	883
Abbildung 5: Gewichtsbereiche anhand BMI nach Geschlecht	884
Abbildung 6: Subjektiver Gesundheitszustand „ausgezeichnet“ nach Alter u. Geschlecht	884
Abbildung 7: Die häufigsten Todesursachen in Österreich im Jahr 2008	885
Abbildung 8: Gestorbene insgesamt seit 1999 nach Todesursachen	886
Abbildung 9: Subjektiver Gesundheitsgrad in Abhängigkeit vom erlebten Verständnis der Mutter	888
Abbildung 10: Armutsgefährdungsquoten in der EU 2007	890
Abbildung 11: Vergleich Armutslagen Gesamtbevölkerung und Ein-Eltern-Familien	891
Abbildung 12: Teilhabe an Aktivitäten von Organisationen nach Armutslagen	892
Abbildung 13: Einstellung zum Leitbild gewaltfreier Erziehung	894
Abbildung 14: Gründe für den Einsatz von Körperstrafen	895
Abbildung 15: Misshandler	896
Abbildung 16: Zahl der Wegweisungen und Verwaltungsstrafen 1999 bis 2007	897
Abbildung 17: Werteorientierung nach Geschlecht	899
Abbildung 18: Sehr wichtige Lebensbereiche der 16- bis 24-Jährigen im Zeitvergleich	900
Abbildung 19: Enkelbetreuung als Pflicht der Großeltern	902
Abbildung 20: Einflusswege von Wertschätzung auf Gesundheit	904
Abbildung 21: Gründe für die Erwerbstätigkeit von Frauen mit einem unter dreijährigen Kind	907
Abbildung 22: Psychosoziale Entwicklung (nach Erikson)	908
Abbildung 23: Ein Vorschulkind leidet unter der Erwerbstätigkeit der Mutter	911
Abbildung 24: Ausgaben für Familien im Ländervergleich	917

1 Familienpolitik – Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich

Einleitung

„Explizite Familienpolitik (...) geht von den Bedürfnissen der Familie und ihrer Mitglieder aus, betrachtet dies als zentrales Anliegen der Familienpolitik und richtet ihre Erwartungen und Anforderungen an die anderen Politikbereiche.“ (Wassilios E. Fthenakis)¹

Mit diesem Zitat von Wassilios Fthenakis ist die wesentliche Anforderung an die Familienpolitik in prägnanter Weise auf den Punkt gebracht – dass nämlich Familienpolitik bei den Bedürfnissen der Menschen ansetzen muss. Um dieser Anforderung gerecht zu werden, ist es vonnöten, sich die vielfältigen Bedürfnisse von Familien und ihren Mitgliedern zu vergegenwärtigen und diese im Licht (familien-)politischer Maßnahmen zu reflektieren.

Bedürfnisse in und von Familien müssen unter zwei Aspekten beleuchtet werden. Einerseits sind Bedürfnisse grundsätzlich zu allererst auf individueller Ebene angesiedelt, d. h. an einzelne Menschen gebunden. Andererseits ist der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Bedürfnisse nicht abgekoppelt von der sozialen Welt, in der die Person sich bewegt, diskutiert werden können, wobei hier der Lebensbereich Familie den zentralen Kontext darstellt.

Was die individuelle Ebene betrifft, so ist jene Tatsache Ausgangspunkt der Überlegungen, dass grundlegende Bedürfnisse existieren, die in der Natur des Menschen verankert sind und prinzipiell für alle Menschen Gültigkeit besitzen. Um diese Bedürfnisse zu ermitteln und zu klassifizieren, existieren verschiedene theoretische Modelle.

Eine zentrale Sichtweise der Psychologie ist jene, menschliches Erleben und Verhalten und die dahinterliegenden Bedürfnisse und Motive im Kontext der Persönlichkeitsentwicklung zu begreifen. Das biologische Modell (z. B. Rosen 1991) vermutet die Gründe für das Verhalten in organischen Prozessen. Das psychodynamische Modell (z. B. Freud 2005/Orig. ersch. 1923; Erikson 1976) besagt, dass das Verhalten zum überwiegenden Teil durch unbewusste psychische Kräfte bestimmt wird, und das behavioristische Modell (z. B. Watson 1930) misst dem Erlernen von Verhaltensweisen durch Belohnung/Bestrafung bzw. Vorbildwirkung eine zentrale Bedeutung bei. Im kognitiven Modell (z. B. Ellis 1962) spielen kognitive Zuschreibungen eine zentrale Rolle und das humanistische Modell (z. B. Rogers 1971) legt ein natürliches Streben nach Selbstverwirklichung zugrunde, während das soziokulturelle Modell (z. B. Hollingshead/Redlich 1958) davon ausgeht, dass Verhalten primär von sozialen Einflüssen geformt wird.

¹ Zitat aus einem Interview mit Wassilios Fthenakis anlässlich einer psychologischen Fachtagung zum Thema „Psychologische Beratung für Eltern, Kinder und Jugendliche 1952 – 2002“ in Linz (27.-28.2.2002); Interview geführt von Sabine Fritzen-Herkenhoff. Quelle: <http://www.stangl-taller.at/50JAHRE/REFERENTEN/fthenakis.html>.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Das Maslow'sche Bedürfnismodell (vgl. z. B. Maslow 1997), welches das humanistische Modell repräsentiert, soll als Hintergrundfolie bzw. als Ausgangspunkt für die Diskussion des Bedürfnisbegriffs und daraus abgeleiteter Implikationen dienen, da es relevante Themenbereiche in strukturierter Weise zu eröffnen vermag. Weder soll diese Herangehensweise den Anspruch erheben, sämtliche Bedürfnisse von Menschen bzw. von Familien im Rahmen des Maslow'schen Konzeptes lückenlos erfassen zu können, noch sollen damit andere Konzepte und Forschungsergebnisse hinsichtlich der menschlichen Bedürfnisstruktur negiert werden.²

Wie bereits angesprochen ist es erforderlich, die individuellen Bedürfnisse auch in den Kontext „Familie“ zu stellen bzw. Bedürfnisse zu identifizieren, die erst im Familienkontext Relevanz erlangen. Für Kinder ist die Familie das System, in dem sie aufwachsen, um sich entwickeln, selbstständig werden und sich zunehmend ablösen, um nach außen zu streben, wenn sie erwachsen sind. Für die Bedürfniserfüllung der Kinder sind innerhalb des Systems Familie primär die Eltern zuständig (die dabei jedoch häufig Unterstützung durch andere Familienmitglieder wie z. B. die Großeltern erfahren). Aber auch die Erwachsenen haben Bedürfnisse, die sie innerhalb der Familie erfüllt sehen wollen (z. B. das Bedürfnis nach Intimität und Sexualität). Die Familie nimmt somit eine zentrale Position bei der Erfüllung der Bedürfnisse der Individuen ein. Aber inwiefern ist „die Familie“ selbst in der Lage, die Bedürfnisse der Individuen zu decken, und wie viel muss davon von „außen“, also durch staatliche Institutionen und Transfers geleistet werden? Wie gut sind die verschiedenen Familienformen, die außerhalb der nach wie vor bestehenden Norm der Vater-Mutter-Kind-Familie existieren, in der Lage, die Bedürfnisse zu erfüllen?

Bestimmte Familienkonstellationen (z. B. Ein-Eltern-Familie) bzw. Lebensumstände (z. B. Behinderung eines Familienmitglieds) können die Erfüllung individueller Bedürfnisse erschweren, und nicht immer sind innerhalb der Familie genügend Ressourcen zur Erfüllung der vielfältigen Bedürfnisse ihrer Mitglieder vorhanden. Die notwendige Unterstützung kann und sollte dabei durch familiäre und soziale Netzwerke und nicht zuletzt von Seiten der Familienpolitik erfolgen.

Generell ist anzumerken, dass jedes der Maslow'schen Grundbedürfnisse ein weites Feld an Forschungsthemen (z. B. Armut, Gewalt, Scheidung etc.) eröffnet, die in diesem Zusammenhang naturgemäß keinesfalls erschöpfend behandelt werden können. Die Darstellung der entsprechenden Literatur kann und soll in erster Linie lediglich die Relevanz des entsprechenden Bedürfnisses unterstreichen, muss jedoch über weite Strecken punktuell bleiben. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit einzelnen Themenbereichen wie Gesundheit, Armut oder Gewalt wäre zudem redundant, da andere Teilsektionen des Familienberichts explizit und ausschließlich diesen Themenbereichen gewidmet sind.

Weiters ist zu ergänzen, dass bei der Erarbeitung des Themas weniger eine soziologische oder politische, sondern vorwiegend eine psychologische Sichtweise im Vordergrund steht.

² In Kapitel 1.1 wird noch detaillierter auf die hier angeführten anderen Ansätze und Modelle Bezug genommen.

Aufbau und methodisches Vorgehen

Der Text gliedert sich in folgende Abschnitte:

Im ersten Kapitel (1.1) werden zentrale Begriffe des vorliegenden Berichts wie „Bedürfnis“ oder „Motiv“ besprochen und im Anschluss daran der Bedürfnisbegriff im Kontext von Persönlichkeit und Entwicklungsmodellen diskutiert, wobei im Speziellen auf das Modell von Abraham Maslow Bezug genommen wird.

Im zweiten Kapitel (1.2) erfolgt eine Auseinandersetzung mit der individuellen Struktur von Bedürfnissen anhand des Maslow'schen Bedürfnismodells. Jedes der fünf Grundbedürfnisse wird näher definiert und aktuelle Forschungsergebnisse zur Relevanz sowie zur Erfüllung dieses Bedürfnisses in der Gesellschaft werden wiedergegeben. Weiters wird auf der Basis wissenschaftlicher Studien auf die möglichen Folgen der Nichterfüllung des angesprochenen Bedürfnisses eingegangen. Ebenso erfolgt hier eine Diskussion der Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses – einerseits innerfamiliär, andererseits gesellschaftspolitisch.

In einem daran anschließenden Exkurs wird anhand internationaler wissenschaftlicher Studien diskutiert, inwieweit die Erwerbstätigkeit von Müttern (insbesondere jüngerer Kinder) und die Bedürfnisse des Kindes einen Bedürfniskonflikt darstellen. Dabei werden im Speziellen die Auswirkungen der mütterlichen Erwerbstätigkeit auf das Kind bzw. die Eltern-Kind-Beziehung beleuchtet.

Das darauffolgende dritte Kapitel (1.3) setzt sich mit der Frage auseinander, inwieweit den diskutierten Bedürfnissen durch die österreichische Politik (insbesondere Familienpolitik) Rechnung getragen wird.

Nach einem Abschnitt, welcher der Interpretation der Ergebnisse gewidmet ist, folgt schließlich eine finale Zusammenfassung, und in einem Schlusskapitel sollen anhand der dargestellten Ergebnisse künftige Herausforderungen für die Politik, insbesondere für die Familienpolitik dargelegt werden.

Das methodische Vorgehen bestand in einer umfassenden Literaturrecherche einerseits in Hinblick auf die theoretischen Grundlagen (z. B. Entwicklungstheorien; Abschnitt 1.1), andererseits in Bezug auf die aktuelle Datenlage (national und international) zu Status Quo, möglichen Folgen der Nichterfüllung sowie Voraussetzungen für die Erfüllung von Bedürfniskategorien, die auf dem Konzept nach Abraham Maslow aufbauen (Abschnitt 1.2). Für Abschnitt 1.3 schließlich wurde eine Recherche relevanter (vorwiegend nationaler) familienpolitischer Maßnahmen und Einrichtungen – Zeitraum 1999 bis 2009 – durchgeführt und in Bezug zu den Bedürfniskategorien nach Maslow gesetzt.

1.1 Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich – einführende Überlegungen

Wenn Politik, insbesondere die Familienpolitik, „an den Bedürfnissen der Menschen ansetzen“ (vgl. obiges Zitat), deren Interessen berücksichtigen und auf ihre Belange eingehen soll, so gilt es zu allererst einmal zu diskutieren, was unter den verwendeten Begriffen überhaupt zu verstehen ist. Dabei ist davon auszugehen, dass hier keine einheitliche Begriffsbestimmung erfolgen kann, die alle relevanten Aspekte berücksichtigt, sondern die Definition wird in gewisser Weise auch ein bestimmtes Menschenbild und ein bestimmtes Verständnis von handlungsleitenden Faktoren widerspiegeln.

So fasst etwa ein ökonomischer Ansatz Bedürfnisse in einen eher kollektivistischen Kontext von Bedarf und Produktion, während entwicklungspsychologisch orientierte Modelle die Erfüllung von Bedürfnissen vielmehr auf individueller Ebene als Grundlage für die Reifung der Persönlichkeit und Ausschöpfung der eigenen Möglichkeiten sehen.

Dementsprechend wird auch die Rolle, die der Politik in diesem Zusammenhang zugewiesen wird, unterschiedlich wahrgenommen werden. „Bedürfniserfüllung“ kann bedeuten, einen bestimmten Bedarf (z. B. an Kinderbetreuungseinrichtungen) zu ermitteln und als Reaktion darauf ein entsprechendes Angebot bereitzustellen. Es kann aber auch bedeuten, dass Politik dort unterstützend eingreift, wo individuelle Bedürfnisse nicht (mehr) in ausreichendem Maße erfüllt werden können, weil ein Mangel an persönlichen oder familiären Ressourcen gegeben ist, und wo Menschen hinter ihren individuellen Möglichkeiten zurückbleiben. Auch hier kann beispielsweise der Ausbau des Kinderbetreuungsangebots eine adäquate Maßnahme darstellen. Dennoch beruht dieselbe Forderung genau genommen auf unterschiedlichen Formen der Wahrnehmung gesellschaftlicher Realität.

Der in diesem Bericht gewählte Ansatz greift den individualistischen Zugang der Entwicklungspsychologie auf, der versucht, menschliches Erleben und Verhalten und die dahinterliegenden Bedürfnisse im Rahmen der Persönlichkeitsentwicklung zu erklären, und nimmt dabei auf ein humanistisches Weltbild Bezug, das hier konkret durch den Ansatz von Abraham Maslow repräsentiert wird.

Im Folgenden werden in einem ersten Schritt häufig synonym oder zumindest in ähnlichen Kontexten verwendete Begriffe wie Bedürfnis, Motiv oder Trieb in sehr allgemeiner Weise beschrieben und gegebenenfalls voneinander abgegrenzt. Im Anschluss daran werden die im vorliegenden Bericht zur Anwendung kommenden Definitionen präzisiert, indem sie erst generell in den Kontext von Entwicklungs- und Persönlichkeitstheorien gestellt und schließlich in Bezug zu dem Modell der Bedürfnishierarchie nach Maslow gesetzt werden.

1.1.1 Eine Begriffsbestimmung

Als Bedürfnis (engl. „need“) wird ganz allgemein ein Mangelzustand verstanden, der Aktivitäten seitens des Individuums auslöst, diesen Zustand zu beseitigen, d. h. dieses Bedürfnis zu befriedigen:

„Bedürfnis ist allgemein ein Zustand eines Organismus, der als Auslöser für Suchverhalten zum Abbau empfundener Diskrepanzen wahrgenommen wird, bzw. ein Mangelzustand, den ein Individuum durch Handeln und/oder Interpretation zu überwinden sucht.“ (Endruweit 1989: 47)

„Als Folge von Bedarfs- und Mangelzuständen tritt ein psychisches Spannungsgefälle auf, das die Aktivität des Individuums anregt, nach Beseitigung des zugrunde liegenden Mangels (also nach Bedürfnisbefriedigung) zu streben.“ (Krüger 2002: 43)

In der Psychologie ist eine Unterscheidung in primäre (angeborene, physische) und sekundäre (erlernte, erworbene) Bedürfnisse gebräuchlich. Dabei kann hinsichtlich der primären Bedürfnisse noch unterschieden werden, ob es sich um nicht aufschiebbare Bedürfnisse wie Hunger, Durst oder Atmung handelt oder um Bedürfnisse, die nicht einem lebensnotwendigem Bedarf entsprechen und mehr individuellen Spielraum beinhalten wie Sexualität oder das Bedürfnis nach Gemeinschaft mit anderen Menschen (vgl. Scharfetter 2002).

Neben dieser Begriffsbestimmung des Bedürfnisses als Ursache für Verhalten verweist etwa das Wörterbuch Soziologie auf eine weitere Bedeutungskomponente, die in der Ökonomie von Relevanz ist. Hier steht das Thema der kollektiven Steuerung als Legitimation politischen Handelns im Vordergrund. Das „Bedürfnis“ liefert dabei Grund und Anlass der Produktion. (vgl. Endruweit 1989).

Bedürfnisse stellen in diesem Verständnis gleichsam die Vorstufe des Bedarfs dar. Nach Thommen (2008) wird aus einem Bedürfnis dann ein Bedarf, wenn zu dem Bedürfnis eine adäquate Kaufkraft hinzukommt. Wird diese Kaufkraft auf dem Markt durch eine Kaufabsicht tatsächlich geltend gemacht, so spricht man von Nachfrage. Im vorliegenden Bericht steht der ökonomische Bedürfnisbegriff jedoch weniger im Vordergrund, vielmehr wird auf die individuelle Zuschreibung fokussiert.

Die Abgrenzung des Bedürfnis-Begriffs von den Begriffen „Trieb“ und „Motiv“ ist unscharf; häufig sollen diese Ausdrücke in der Literatur dasselbe bezeichnen. Nach Scharfetter (2002) werden sowohl das Bedürfnis als auch der Trieb den konativen Funktionen³ (in Abgrenzung zu kognitiven, affektiven und motorischen Funktionen) zugerechnet. Während aber „Bedürfnis“ als Phänomenbegriff zu verstehen ist, d. h. ein erlebtes Phänomen, nämlich ein als Verlangen erlebtes Streben nach einem bestimmten Gegenstand, Zustand oder Tun bezeichnet, handelt es sich bei „Trieb“ um einen Konstruktbegriff, also um etwas, das nicht unmittelbar erfahrbar ist. Der Trieb ist dabei als Tendenz zur Befriedigung primärer (angeborener) Bedürfnisse aufzufassen.

Synonym mit dem Begriff „Bedürfnis“ wird oft die Bezeichnung „Motiv“ verwendet. So definiert etwa das Lexikon der Soziologie ein Motiv als

„Spannungszustand innerhalb eines Organismus, der zielgerichtetes Handeln in Gang setzt, aufrechterhält und kanalisiert. Der Begriff Motiv bezeichnet sowohl einfache physiologische Triebe oder Bedürfnisse (z. B. Hunger, Durst) wie auch komplexe psychische Strukturen (z. B. Leistungsmotiv)“ (Fuchs-Heinritz 2007: 445).

³ Von lat. „Conatus“ = Trieb

Der Begriff des Motivs kann primär dann als deckungsgleich mit jenem des Bedürfnisses angenommen werden, wenn Bedürfnis als Disposition verstanden wird, d. h. als relativ zeitstabiles Persönlichkeitsmerkmal. Darüber hinaus kann ein Bedürfnis aber auch den aktuellen Zustand des Individuums widerspiegeln. Das Bedürfnis entspricht in diesem Fall der aktuellen Motivation, den aktuellen Zustand zu verändern, also z. B. den Zustand des Hungers in den Zustand der Sättigung zu transformieren.

1.1.2 Bedürfnisse im Kontext von Persönlichkeit und Entwicklung

1.1.2.1 Persönlichkeits- und Entwicklungstheorien

In der Psychologie existiert eine Reihe von Erklärungsansätzen, um menschliches Erleben und Verhalten im Kontext der Persönlichkeitsentwicklung und die dahinterliegenden Motive und Bedürfnisse besser verstehen zu können. Folgende Modelle, die in der Folge näher beschrieben werden, lassen sich unterscheiden (vgl. z. B. Comer 1995):

- Biologisches Modell
- Psychodynamisches Modell
- Behavioristisches Modell
- Kognitives Modell
- Humanistisches Modell
- Sozio-kulturelles Modell

Gemäß dem biologischen Modell (z. B. Rosen 1991) liegen die Gründe für das Verhalten in organischen, biochemischen Prozessen. Dieses Modell hat vor allem in der Psychopathologie bzw. in der medikamentösen Therapie psychischer Erkrankungen (Depression, Schizophrenie etc.) große Bedeutung.

Das psychodynamische Modell besagt, dass das Verhalten großteils durch unbewusste psychische Kräfte determiniert wird. Die Ursprünge des psychodynamischen Modells liegen bei Sigmund Freud (vgl. z. B. Freud 2005/Orig. ersch. 1923). Demnach bilden drei Grundkräfte die Persönlichkeit – das Es, das Ich, das Über-Ich. Dabei bildet das „Es“ die instinkthaften Triebe und Impulse ab und stellt somit die grundlegende Antriebskraft dar. Das Es wird jedoch durch das „Ich“ gleichsam gezügelt, das nicht mehr eine uneingeschränkte Befriedigung anstrebt, sondern eine, die mit der Realität vereinbar ist, sowie durch das „Über-Ich“, das aufgrund der gemachten Erfahrungen Normen und Werte vorgibt. Die Ich-Psychologie (vertreten z. B. durch Erik Erikson) weist dem Ich eine größere Bedeutung zu, als Freud dies tat; das Ich strebt unabhängig vom Es nach Macht und Kompetenz (vgl. z. B. Erikson 1976). Der Objektbeziehungstheorie zufolge ist wiederum das Bedürfnis nach Beziehungen zu „Objekten“ – konkret: anderen Menschen – die treibende Kraft für das Verhalten (vgl. z. B. Mahler 1974). Gemeinsam ist den psychodynamischen Theorien unter anderem, dass von einem Durchlaufen von Entwicklungsphasen ausgegangen wird, die erfolgreich bewältigt werden müssen.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Das behavioristische Modell (z. B. Watson 1930) geht davon aus, dass Menschen gleichsam die Summe erlernten Verhaltens sind. Dabei determinieren Belohnung und Bestrafung („Verstärkung“) jene Verhaltensweisen, die gelernt werden. Eine große Rolle spielt im behavioristischen Ansatz auch das „Modelllernen“, bei dem Personen mittels Beobachtung und Nachahmung Verhalten erwerben (vgl. z. B. Bandura 1977).

Erleben und Verhalten basieren im Verständnis des kognitiven Modells (z. B. Ellis 1962, Beck 1991) auf kognitiven Zuschreibungen; d. h. gleichsam dem Bild, das wir uns von der Welt machen. So wird etwa die Überzeugung, andere (Eltern, der Staat, Institutionen ...) sollen für einen sorgen, ein anderes Verhalten zur Folge haben als die gegenläufige Ansicht, man solle sich ausschließlich auf sich selbst verlassen und jede Hilfe von außen ablehnen.

Das humanistische Modell (z. B. Rogers 1971, Maslow 1943) beruht auf der Überzeugung, allen Menschen sei ein natürliches Streben nach Selbstverwirklichung im Sinne der Entfaltung des persönlichen Potenzials eigen, um ein authentisches, mit persönlichem Sinn erfülltes Leben führen zu können. Dabei ist aber kein egoistisches Streben nach Befriedigung um jeden Preis gemeint, sondern der Endpunkt einer psychischen Entwicklung angesprochen. Diese Entwicklung kann jedoch beispielsweise aufgrund mangelnder Ressourcen (z. B. Zugang zu Bildung) verfrüht zum Stillstand kommen. Während Rogers primär auf den Faktor der Wertschätzung als „Katalysator“ für notwendige Entwicklungsprozesse fokussierte, entwickelte Maslow ein hierarchisch aufgebautes Bedürfnismodell, an dessen Spitze die Selbstverwirklichung steht.

Das soziokulturelle Modell (vgl. z. B. Hollingshead/Redlich 1958) geht von der Voraussetzung aus, dass Verhalten von sozialen Einflüssen geformt wird. Als eine zentrale soziale Instanz, die das Verhalten prägt, wird hierbei das System Familie gesehen; hinzu kommen gesellschaftliche Gegebenheiten und Etiketten wie Hautfarbe oder Schichtzugehörigkeit und deren Bewertung in der Gesellschaft. Im positiven Fall erfährt der Mensch Wertschätzung und Unterstützung bei der Befriedigung seiner Bedürfnisse, im negativen Fall können Missachtung, Diskriminierung und Ähnliches die Befriedigung von Bedürfnissen stark erschweren.

In Tabelle 1 sind die angesprochenen Persönlichkeitsmodelle und ihre wichtigsten Vertreter sowie die zentralen verhaltenssteuernden Mechanismen nochmals im Überblick dargestellt.

Tabelle 1: Persönlichkeitsmodelle im Vergleich

	Verhaltenssteuernde Mechan.	Vertreter
Biologisches Modell	Organische Prozesse	W. G. Rosen
Psychodynamisches Modell	(Großteils) unbewusste psychische Kräfte	S. Freud; C. G. Jung; A. Adler; E. Erikson; M. Klein; M. Mahler, H. Kohut ...
Behavioristisches Modell	Erfahrungen, Erlerntes	J. Watson; E. Thorndike; B. F. Skinner ...
Kognitives Modell	Annahmen und Einstellungen	W. Wundt; A. Beck; A. Ellis; A. Lazarus ...
Humanistisches Modell	Streben nach Selbstverwirklichung und persönl. Entwicklung	C. Rogers; J. Piaget; A. Maslow ...
Soziokulturelles Modell	Soziale und kulturelle Kräfte	A. B. Hollingshead; F. C. Redlich ...

Quelle: Comer 1995; eigene Darstellung ÖfF.

1.1.2.2 Persönlichkeits- und Entwicklungstheorien und ihr Bezug zur Familienpolitik – eine Diskussion

Je nach zugrundeliegendem Modell ergeben sich auch für die (Familien-)Politik unterschiedliche Ansatzpunkte, die es ermöglichen, im Bedarfsfall unterstützend einzugreifen, falls Ressourcen zur notwendigen Befriedigung der jeweiligen Bedürfnisse fehlen. Jedes Modell vermag dabei unterschiedliche Perspektiven zu eröffnen, wobei jede für sich zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung mit der Thematik führen kann. In der folgenden Diskussion sollen mögliche Anknüpfungspunkte für die Familienpolitik, die sich aus den vorgestellten Modellen ergeben könnten, aufgezeigt werden.

Betrachtet man das biologische Modell, so kann die Tatsache, dass Psyche und Verhalten von organischen Komponenten zumindest mit beeinflusst werden, insofern einen Anknüpfungspunkt für die Familienpolitik darstellen, als organische Vorgänge in direktem Zusammenhang mit der körperlichen, aber auch mit der psychischen Gesundheit stehen, die wiederum von familiären Faktoren stark beeinflusst wird. So hängt die Gesundheit des Kindes vor allem in den ersten Lebensjahren maßgeblich von der Pflege durch die Eltern ab. Bauer (2008) geht sogar davon aus, dass die gemeinhin als unveränderbar eingeschätzten Gene durch Signale, die vom Gehirn als Folge von zwischenmenschlichen Beziehungen, Umwelteinflüssen und individuellen Erfahrungen ausgesandt werden, gesteuert und beeinflusst werden, was wiederum direkten Einfluss auf körperliche und seelische Erkrankungen auszuüben vermag. Hier können Maßnahmen im Rahmen der Familienberatung oder der Elternbildung ansetzen.

Das psychodynamische Modell als – vor allem in Hinblick auf die Kindheit bedeutsame – Entwicklungstheorie weist der Elternbildung als familienpolitischer Aufgabe einen wichtigen Stellenwert zu. Auch beispielsweise die Entwicklungsaufgabe der Generativität bei Erikson im mittleren Erwachsenenalter kann von der Politik unterstützt werden. Hier steht die nächste Generation im Blickpunkt – vor allem durch aktive Reproduktion, aber auch durch

Weitergabe von Wissen an Jüngere – womit die Familiengründung und damit auch Themen wie Kinderbetreuung und Vereinbarkeit sowie kritische Übergänge sowohl im individuellen Leben als auch im Familienzyklus (z. B. Ruhestand) angesprochen sind.

Das behavioristische Modell wiederum kann im strafrechtlichen Bereich (z. B. hinsichtlich Gewalt in der Familie) zur Anwendung kommen. Hier geht es um politische bzw. gesetzliche Vorgaben von Richtig und Falsch und darum, dass jene Dinge erlernt und praktiziert werden, die für das Leben in der Gesellschaft sinnvoll und nützlich sind und durch die weder sich selbst noch anderen Schaden zugefügt wird. Auch der Faktor der Vorbildwirkung und des Modelllernens ist hier von Wichtigkeit – als Beispiel sei die Prämierung von Best-Practice-Modellen z. B. im Bereich der Familienfreundlichkeit von Unternehmen herausgegriffen.

Dem behavioristischen, dem kognitiven sowie dem soziokulturellen Ansatz gemeinsam ist der Bezug zu bewusstseinsbildenden bzw. gesellschaftspolitischen Maßnahmen. In der Diktion des Behaviorismus wird hier erwünschtes Verhalten (z. B. Gewaltfreiheit) eingeübt, im Sinne des kognitiven Modells können auf diese Weise Überzeugungen (z. B. in Hinblick auf Gewalt in der Erziehung) und damit auch das Verhalten verändert werden. In ähnlicher Weise kann das Umwerten gesellschaftlicher Gegebenheiten im Verständnis des soziokulturellen Modells wirken. Neben bewusstseinsbildenden Maßnahmen müssen aber auch gesetzliche Regelungen, also Vorgaben mit verpflichtendem Charakter greifen (z. B. Gewaltschutzgesetz). Auf diese Weise kann Politik dazu beitragen, beispielsweise dem grundlegenden Bedürfnis nach körperlicher und emotionaler Sicherheit in bestmöglicher Weise nachzukommen.

Im humanistischen Modell schließlich kann es als zentrale Aufgabe der Politik gesehen werden, die Menschen bei der Ausschöpfung ihres persönlichen Potenzials zu unterstützen. Familienpolitik hat dabei neben dem Einzelindividuum immer auch die Familie als Gesamtes im Blick. Insbesondere der Ansatz von Maslow bietet den Vorteil für die Bearbeitung der vorliegenden Fragestellung („Familienpolitik als Politik für die Belange, Interessen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich“), nicht nur das Verhalten und dessen Hintergründe zu beschreiben (wie dies etwa beim behavioristischen Ansatz der Fall ist), sondern direkt Bezug auf konkrete Bedürfnisse zu nehmen. Die angesprochenen Bedürfnisse gehen dabei über die vorwiegend am Modell der Triebstruktur orientierte Sichtweise des psychodynamischen Ansatzes hinaus. Gleichzeitig erlaubt der Ansatz von Maslow die Einbeziehung sozialer bzw. Umweltfaktoren sowie kognitiver Faktoren in die Diskussion. Diese können die Ausschöpfung des persönlichen Potenzials sowohl in positiver als auch in negativer Weise beeinflussen, was wiederum eine Reihe von Ansatzpunkten für familienpolitische Maßnahmen zu bieten vermag.

1.1.2.3 Beschreibung des Bedürfnismodells nach Maslow

Abraham H. Maslow (1908 – 1970), Begründer der Humanistischen Psychologie, ging von der Prämisse aus, dass der Mensch von hierarchisch strukturierten Bedürfnissen geleitet wird, die sich als Pyramide darstellen lassen. An der Basis befinden sich demnach die physiologischen Grundbedürfnisse, während die Spitze der Pyramide von dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung gebildet wird. Dazwischen liegen das Bedürfnis nach Sicherheit, das Bedürfnis nach befriedigenden sozialen Beziehungen sowie das Bedürfnis nach (sozialer) Anerkennung (vgl. Abb.1).

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Der Theorie von Maslow zufolge besteht zwischen den einzelnen Bedürfnisseebenen eine Rangordnung hinsichtlich der Dringlichkeit dieser Bedürfnisse. So hat die Befriedigung der körperlichen Bedürfnisse Vorrang von allen anderen – erst wenn diese sichergestellt ist, tritt das Bedürfnis nach Sicherheit in den Vordergrund, dessen Befriedigung wiederum die Voraussetzung für die Erweckung des Bedürfnisses nach Liebe und Zugehörigkeit darstellt. Während die ersten vier Bedürfnisseebenen auch als Defizitbedürfnisse bezeichnet werden, da sie lediglich bei einem wahrgenommenen Mangel (z. B. an Nahrung) aktiviert werden, stellt das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung gemäß Maslow ein so genanntes Wachstumsmotiv dar, das nicht durch die Beseitigung eines Defizits gestillt werden kann, sondern potenziell unbegrenzt aktivierbar ist.

Abbildung 1: Bedürfnispyramide nach Maslow (1943)



Quelle: Maslow 1943

Körperliche Grundbedürfnisse (physiological needs)

Die physiologischen Grundbedürfnisse umfassen einerseits für die Lebenserhaltung unerlässliche Faktoren wie das Streben nach ausreichender Sauerstoffzufuhr, der Aufrechterhaltung einer bestimmten Körpertemperatur, Schlaf, Wasser, Aufnahme bestimmter Stoffe über die Nahrung (Eiweiß, Salz, Zucker, Vitamine und Mineralien) bzw. Ausscheidung von Stoffen (CO₂, Urin etc.). Andererseits wird auch das Bedürfnis nach Sexualität hier eingeordnet.

Eine Nichtbefriedigung dieser körperlichen Bedürfnisse führt im Extremfall innerhalb kurzer Zeit zum Tod (z. B. Sauerstoffmangel) oder ruft zumindest starkes Unbehagen hervor, das rasch anwächst und bei anhaltender Persistenz mit massiven Auswirkungen auf den gesamten Organismus verknüpft ist (z. B. Durst, Schlafmangel). Die Befriedigung der physiologischen Bedürfnisse ist – mit Ausnahme des Bedürfnisses nach Sexualität – für die Selbsterhaltung unabdingbar und kann nicht in anderer Art und Weise kompensiert werden.

Bedürfnis nach Sicherheit (safety and security needs)

Sind die physiologischen Grundbedürfnisse befriedigt, wird das Bedürfnis nach Sicherheit, nach gesicherten, stabilen Lebensverhältnissen aktiviert. Aus Unsicherheit, Unvorhersagbarkeit und Inkonsistenz und den damit verbundenen Gefühlen der Angst und Unsicherheit erwächst das Bestreben, Ordnung und Stabilität herzustellen und die Zukunft gegen mögliche Bedrohungen abzusichern.

Kann dieses Bedürfnis aufgrund ungünstiger Lebensumstände (Armut, gewalttätiges Umfeld o. Ä.) nicht ausreichend befriedigt werden, wird dies als psychisch sehr stark belastend erlebt und zieht nicht selten auch massive gesundheitliche und/oder soziale Folgen nach sich.

Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit (love and belonging needs)

Sind auch die Sicherheitsbedürfnisse im Großen und Ganzen befriedigt, tritt das Bedürfnis nach befriedigenden sozialen Beziehungen in den Vordergrund. Der Mensch als soziales Wesen hat den Wunsch, befriedigende Beziehungen zu anderen Menschen herzustellen und in einer Gemeinschaft (Familie, Freundeskreis etc.) Geborgenheit und Akzeptanz zu erfahren.

Zahlreiche soziologische und psychologische Studien belegen die negativen Auswirkungen der Entwurzelung aus Bezugsgruppen. Das Fehlen stabiler emotionaler Beziehungen in den ersten Lebensjahren geht häufig mit gravierenden Folgen für die emotionale, soziale und kognitive Entwicklung einher (vgl. z. B. Petermann et al. 1998).

Bedürfnis nach Wertschätzung (esteem needs)

Maslow unterschied zwei Formen des Bedürfnisses nach Wertschätzung – einerseits die Wertschätzung durch andere Menschen, was sich im Streben nach Macht, Prestige und Bewunderung äußert, andererseits die Wertschätzung durch sich selbst, die sich im Wunsch nach Kompetenz und Unabhängigkeit und damit verbundenem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten spiegelt.

Nicht befriedigte Wertschätzungsbedürfnisse sind mit einer starken Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls verknüpft und führen zu einem Gefühl der Wertlosigkeit, Inkompetenz und Hilflosigkeit; umgekehrt kann Wertschätzung eine präventive oder sogar antidepressive Wirkung entfalten (Hawkins et al. 1999).

Bedürfnis nach Selbstverwirklichung (self-actualization needs)

Das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung, d. h., so zu handeln und zu leben, wie es seiner Persönlichkeit entspricht, stellt ein Wachstumsbedürfnis dar, kann also im Gegensatz zu den genannten Defizitbedürfnissen nicht durch Beseitigung eines Mangels aufgehoben bzw. gestillt werden. Kann dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung nicht Rechnung getragen werden, können Unzufriedenheit bis hin zu depressiver Verstimmung und Burn-out die Folge sein.

Kritik am Maslow'schen Modell

Kritisch ist anzumerken, dass das Modell von Abraham Maslow aufgrund der Vagheit vieler Begriffe viel Raum für subjektive Interpretationen lässt; aus diesem Grund ist auch eine empirische Überprüfung der Theorie nur sehr schwer möglich. In diesem Zusammenhang ist etwa zu bedenken, dass Bedürfnisse in verschiedenen Kulturen mit unterschiedlichen Werten verknüpft sind. Während in westlichen, individualistisch ausgerichteten Gesellschaften die persönliche, individuelle Form der Selbstverwirklichung im Vordergrund steht, überwiegt in den meisten Kulturen Afrikas, Asiens und Südamerikas hingegen eine kollektivistische Orientierung, welche die Bedürfnisse der Gruppe über die individuellen stellt. Der Begriff der „Selbstverwirklichung“, der an der Spitze der Bedürfnishierarchie steht, kann somit sehr unterschiedliche Dinge bezeichnen (vgl. Heckhausen 2007). Auch der hierarchische Aufbau des Modells kann kritisch hinterfragt werden.

Ungeachtet dieser Kritikpunkte besitzt das Modell von Abraham Maslow aber nach wie vor einen hohen Erklärungswert und nimmt auch viele Jahrzehnte nach dessen Entwicklung nach wie vor einen wichtigen Stellenwert in der Psychologie ein.

1.2 Individuelle Bedürfnisse im Familienkontext – eine Auseinandersetzung auf der Grundlage des Bedürfnismodells nach Maslow

Wie bereits einleitend bemerkt, ist es im Rahmen dieses Berichts nicht möglich, die von Maslow beschriebenen Bedürfnisebenen erschöpfend zu diskutieren, da jede für sich ein weites Themenspektrum eröffnet, wie z. B. Gesundheit im Bereich der körperlichen Grundbedürfnisse oder Gewalt im Bereich der (körperlichen und emotionalen) Sicherheit. Auch innerhalb der einzelnen Bedürfnisse muss eine gewisse Auswahl erfolgen – so wird beispielsweise das Bedürfnis nach Sicherheit auf die Bereiche der materiellen sowie der körperlichen bzw. emotionalen Sicherheit bezogen und hinsichtlich der negativen Folgen auf die Themenbereiche Armut und Gewalt begrenzt. Andere Aspekte (Kriminalität, Sicherheit im Straßenverkehr, die Rolle von Struktur und Vorhersehbarkeit für die emotionale Sicherheit des Kindes u. Ä.) bleiben ausgeblendet. Der Fokus liegt auf der Darstellung einiger wesentlicher Aspekte des Bedürfnisses, die durch aktuelle Daten illustriert werden, um dessen Relevanz zum Ausdruck zu bringen.

Obgleich natürlich die Sicherstellung der beschriebenen Bedürfnisse grundsätzlich bei allen Menschen, ob es sich nun um einen Erwachsenen oder ein Kind handelt, von gleicher Bedeutung ist, existieren doch kindspezifische Besonderheiten hinsichtlich mancher Bedürfnisse, auf die gegebenenfalls eingegangen wird. Ebenso findet der Geschlechteraspekt Berücksichtigung, wenn er sich als relevant erweist, z. B. in Bezug auf die Verwirklichung des Bedürfnisses nach Sicherheit (soziale Absicherung, Gewalt in der Familie ...).

Die Auseinandersetzung mit dem spezifischen Bedürfnis (nach Maslow) widmet sich jeweils unter Bezugnahme auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und Daten folgenden Fragen:

- Anhand welcher Dimensionen kann dieses Grundbedürfnis beschrieben werden?
- Welche möglichen Folgen sind mit der Nichterfüllung des Bedürfnisses verbunden?
- Welche Voraussetzungen sind für die Erfüllung vonnöten – auf innerfamiliärer bzw. auf gesellschaftspolitischer Ebene?

In Tabelle 2 sind die Grundbedürfnisse nach Maslow noch einmal im Überblick aufgelistet sowie auf die damit jeweils verbundenen Zielsetzungen bezogen, auf welche im Text detailliert eingegangen wird.

Tabelle 2: Bedürfnisse nach Maslow und damit verbundene Zielsetzungen	
	Ziel
Körperliche Grundbedürfnisse	Generell Ermöglichung einer Entwicklung; Schutz und Erhaltung der (körperlichen) Gesundheit
Bedürfnis nach Sicherheit	Materielle sowie körperliche und emotionale Sicherheit; Schutz vor Armut und Gewalt
Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit	Erfüllte Beziehungen zu anderen
Bedürfnis nach Wertschätzung	Wertschätzung erfahren
Bedürfnis nach Selbstverwirklichung	Eigene Interessen und Begabungen leben können

Zu berücksichtigen ist, dass sich die Datenlage hinsichtlich der verschiedenen Bedürfnisse sehr unterschiedlich darstellt, was sich auch im voneinander abweichenden Umfang der einzelnen Kapitel widerspiegelt – während körperliche Grundbedürfnisse im Kontext von Gesundheit ebenso wie die Thematik der Armut und Gewalt im Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Sicherheit eine Fülle von Datenmaterial liefern, das den Rahmen dieses Berichts bei Weitem sprengt, ist etwa das Bedürfnis nach Wertschätzung weitaus weniger stark erforscht und zudem deutlich fokussierter als die beiden anderen Bereiche.

1.2.1 Körperliche Grundbedürfnisse

1.2.1.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung

Während in unserer Gesellschaft im Allgemeinen das Leben nicht unmittelbar durch Nichterfüllen von körperlichen Grundbedürfnissen (z. B. durch eine Hungersnot) bedroht scheint, ist eine Gefährdung der Gesundheit beispielsweise durch Mangel oder durch Überfluss in vielerlei Hinsicht möglich. Die Lebensnotwendigkeit der in Abschnitt 1.1.2.3 beschriebenen physiologischen Grundbedürfnisse (nach ausreichender Sauerstoffzufuhr, Aufrechterhaltung der Körpertemperatur, Schlaf, Wasser, Aufnahme und Ausscheidung von Stoffen etc.) steht außer Frage, weshalb auf einen Nachweis der Relevanz derselben an dieser Stelle verzichtet wird. Die Erfüllung körperlicher Grundbedürfnisse soll hier primär auf die

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Erhaltung der (körperlichen) Gesundheit bezogen werden. Im Unterschied zu der ursprünglichen Konzeption von Maslow ist hier naturgemäß nicht von derselben Dringlichkeit auszugehen, die mit akut lebensbedrohenden Situationen in Verbindung steht, was auch bedeutet, dass andere Bedürfnisse in der aktuellen Lebenssituation oft als weitaus wichtiger erlebt werden. Auf die erste Stufe der Dringlichkeit gerät dieses Bedürfnis zumeist erst dann, falls unmittelbare Auswirkungen spürbar sind – beispielsweise eine schwere Krankheit diagnostiziert wird. Die Relevanz dieses Bedürfnisses zeigt sich aber z. B. auch in einer Spectra-Umfrage aus dem Jahr 2001, die „Gesundheit“, wie auch in den Jahren zuvor, als wichtigsten Faktor ausweist, der „zu einem guten Leben dazugehört“ (Spectra 2001).

Ein ungesunder Lebensstil, der sich in einseitigem Ernährungsverhalten, mangelnder körperlicher Betätigung sowie übermäßigem Genussmittelgebrauch äußert, steht diesem fundamentalen Bedürfnis nach körperlicher Unversehrtheit und Gesundheit entgegen, ist jedoch in der Regel mit einem sofortigen Lustgewinn bzw. subjektivem Nutzen (Entspannung, Stressbewältigung etc.) verknüpft, während die negativen Folgen dieses Verhaltens sich erst sehr viel später bemerkbar machen. Neben diesem selbst verursachten Risikopotenzial existieren auch äußere Bedingungen, die weitgehend außerhalb des persönlichen Einflussbereichs liegen (Belastungen durch Feinstaub, Pestizide in Nahrungsmitteln etc.) und wo gesetzliche Maßnahmen regulierend eingreifen müssen.

Aber auch gesellschaftliche Wertvorstellungen und Rollenzuschreibungen haben Einfluss auf die Gesundheit, und so weisen beispielsweise Mütter kleiner Kinder einen schlechteren gesundheitlichen Zustand auf, wie ebenfalls im Folgenden besprochen wird.

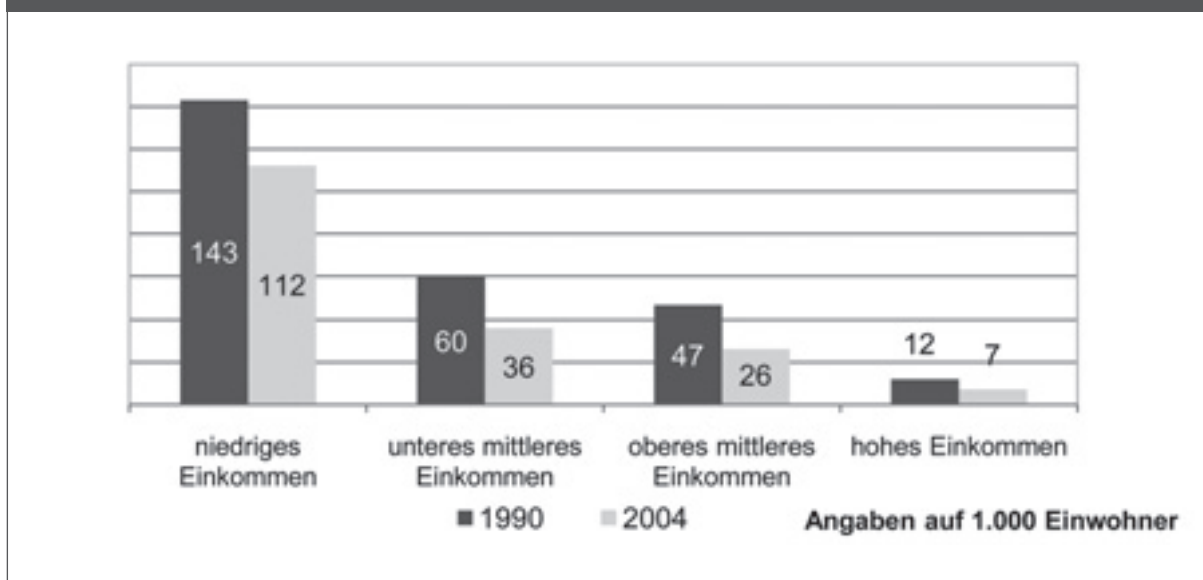
Während erwachsene Personen lediglich einer entsprechenden Motivation bedürfen, um langfristiges körperliches Wohlbefinden und Gesundheit anzustreben, und hier primär die Eigenverantwortung des Einzelnen angesprochen ist, sind Kinder, wie bereits einleitend bemerkt, hinsichtlich der Befriedigung ihrer körperlichen Grundbedürfnisse weitgehend ihren Eltern und sonstigen Bezugspersonen ausgeliefert. Bereits in der Lebensphase vor der Geburt ist das körperliche Wohlergehen maßgeblich vom Verhalten der Mutter in der Schwangerschaft abhängig. So kann Alkoholmissbrauch in der Schwangerschaft zum so genannten fetalen Alkoholsyndrom (FAS) führen.

Im Gegensatz zu anderen höheren Säugetieren kommt der Mensch in einem körperlich verhältnismäßig unreifen Zustand, gleichsam als „physiologische Frühgeburt“ (Portmann 1944) zur Welt und ist vor allem im ersten Lebensjahr in besonderem Maße von der intensiven Betreuung und Pflege der Eltern abhängig, die auf diese Weise sein Überleben und seine gesunde Entwicklung sicherstellen. Aber auch nach Abschluss grundlegender körperlicher Reifungsprozesse, wenn das Kind körperlich zur Selbsterhaltung fähig ist (mobil ist, nicht mehr gefüttert werden muss etc.), liegt die körperliche Unversehrtheit und die gesunde Entwicklung des Kindes noch viele Jahre primär in der Hand der Eltern bzw. erwachsenen Bezugspersonen.

Neben der Fähigkeit und Bereitschaft der Eltern, diese Aufgabe verantwortungsbewusst auszufüllen, spielen hierbei auch soziale Faktoren – insbesondere Armut und Bildung – eine Rolle. In Entwicklungsländern spiegelt sich der Mangel an lebenswichtigen Ressourcen wie der Verfügbarkeit von reinem Wasser in einer hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit wider. Diese wird durch soziale Ungleichheit noch verstärkt. So lag die Kindersterblichkeit (d. h. die Wahrscheinlichkeit, vor dem fünften Lebensjahr zu sterben) in

Indien im Jahr 2006 bei den reichsten 20 % der Bevölkerung bei rund 3,4 %, bei den ärmsten 20 % hingegen bei 10 % (Quelle: World Health Organisation [WHO]; Core Health Indicators). Aber auch in den industrialisierten Ländern lässt sich eine erhöhte Kindersterblichkeit bei sozial benachteiligten Gruppen nachweisen (vgl. z. B. Zander 2005). Obgleich insgesamt ein Sinken der Kindersterblichkeit zu verzeichnen ist, so stellt erhöhte Kindersterblichkeit aufgrund von sozialer Ungleichheit ein weltweites Phänomen dar (vgl. Abbildung 2).

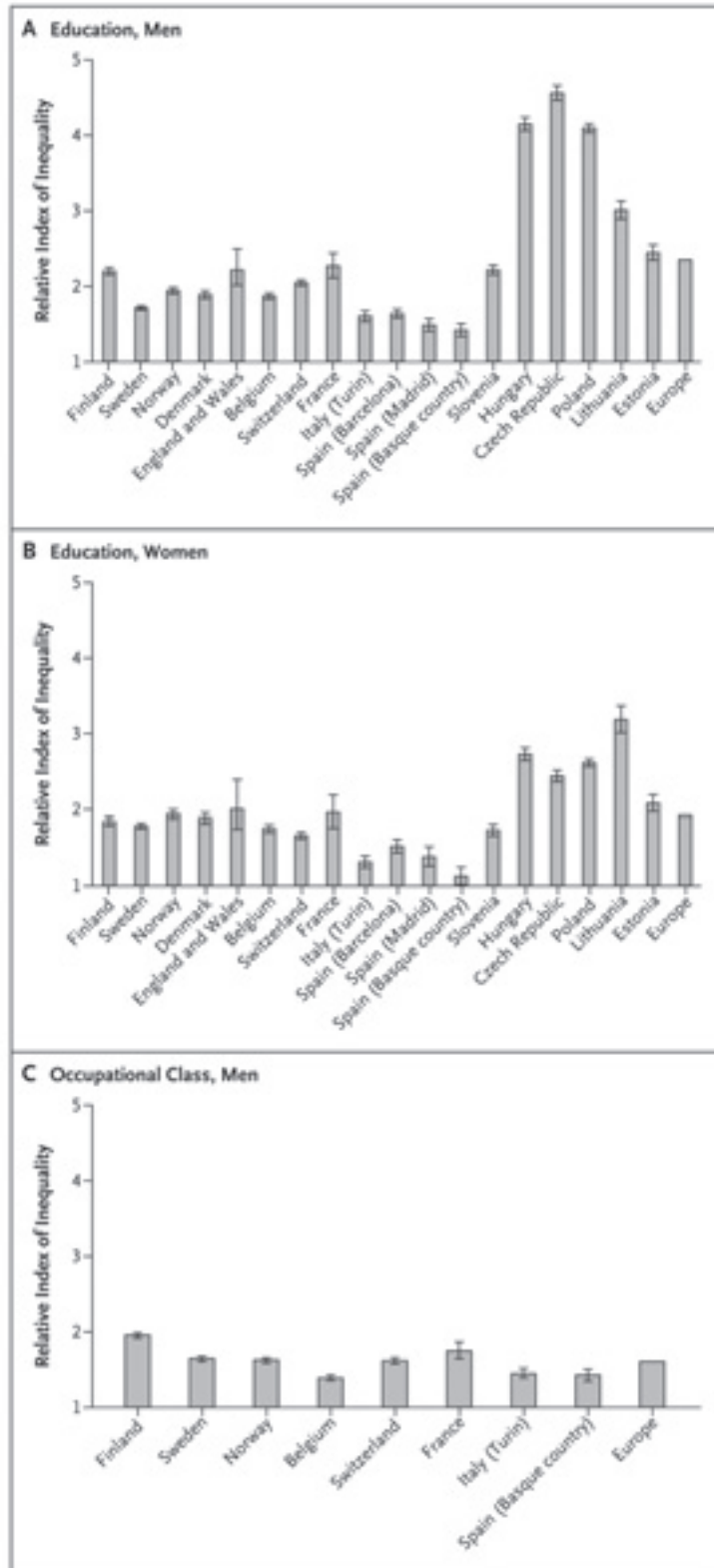
Abbildung 2: Kindersterblichkeit weltweit abhängig vom Einkommen (pro 1000 Einw.)



Quelle: The World Bank: Online Atlas of the Millennium Development Goals (<http://devdata.worldbank.org/atlas-mdg/>)

Ebenso ist Armut auch im Erwachsenenalter mit einer höheren Morbidität und Mortalität verknüpft (vgl. z. B. Mackenbach et al. 2008, Fernández de la Hoz 2004). Mackenbach (2008) untersuchte 22 europäische Länder hinsichtlich der Sterberaten in Abhängigkeit von sozialer Ungleichheit. Wie Abbildung 3 (oberstes Bild) demonstriert, erwiesen sich die Unterschiede zwischen Angehörigen der niedrigsten und der höchsten Bildungsschicht bei den Männern in Ungarn, Tschechien, Polen, Litauen und Estland als überdurchschnittlich hoch, während etwa Italien und Spanien deutlich unter dem europäischen Durchschnitt lagen. Bei den Frauen (mittleres Bild) zeigten sich dieselben Tendenzen, hier sind die Unterschiede zwischen den Bildungsschichten jedoch insgesamt etwas geringer. In Hinblick auf die Berufsgruppe (unterstes Bild) konnten im Vergleich von neun europäischen Ländern die größten Unterschiede hinsichtlich der Sterberaten in Finnland und Frankreich ermittelt werden.

Abbildung 3: Sterberaten in Abhängigkeit von Bildungsgrad bzw. Berufsgruppe



Quelle: Mackenbach et al. 2008: 2473

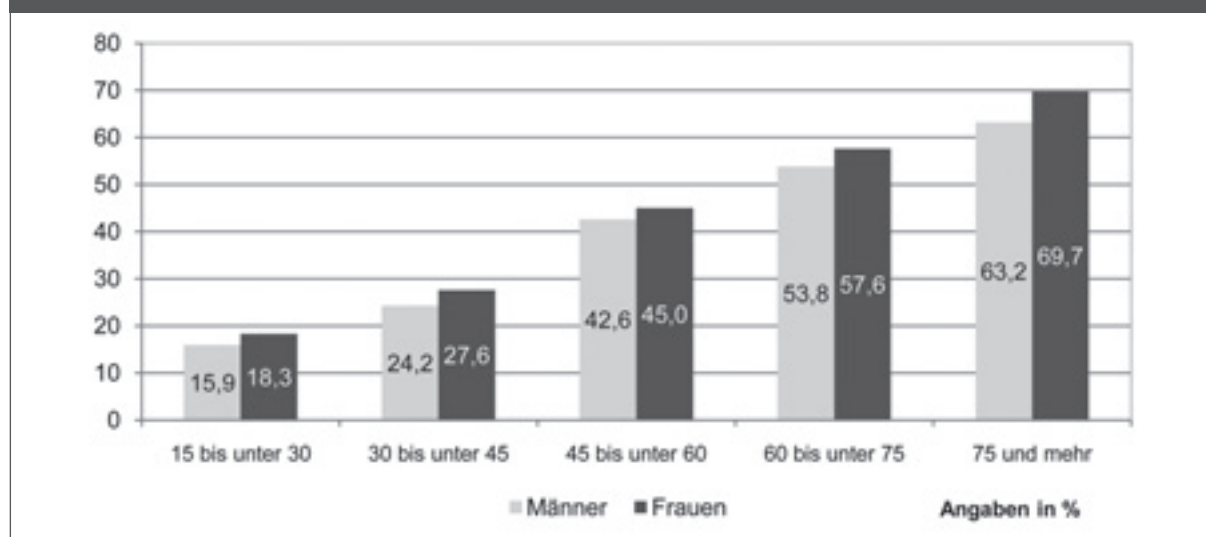
POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Eine ältere Studie von Dobelhammer-Reiter (1996) ermittelte ein um 109 % höheres Sterberisiko 35- bis 64-jähriger Männer mit Pflichtschulabschluss gegenüber gleichaltrigen männlichen Akademikern.

Im Folgenden soll die gesundheitliche Situation von Menschen in Österreich sowie in anderen Ländern anhand einiger Daten zum Gesundheitszustand sowie zu Lebensstil und Gesundheitsverhalten beleuchtet werden.

In der 2006/2007 durchgeführten Gesundheitsbefragung durch die Statistik Austria (Klimont 2007) bewerteten drei Viertel der Österreicher/-innen ihre Gesundheit mit „sehr gut“ oder „gut“. Dennoch berichten sieben von zehn Frauen und sechs von zehn Männern von zumindest einem chronischen Gesundheitsproblem, wenn eine konkrete Benennung des Problems (z. B. Wirbelsäulenbeschwerden, Bluthochdruck, Allergien) erfolgt. Die allgemeine Frage nach chronischen Gesundheitsproblemen weist eine viel geringere Zustimmungsrage auf, was darauf hinweist, dass zahlreiche derartige Probleme nicht als solche wahrgenommen werden. Auffallend ist jedoch, dass die Zustimmung zur Aussage „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“ nahezu linear mit dem Alter der Befragten ansteigt. Während knapp 16 % der 15- bis unter 30-jährigen Männer und 18,3 % der gleichaltrigen Frauen diese Frage bejahen, sind es etwa bei den 45- bis unter 60-jährigen bereits 42,6 % (Männer) bzw. 45 % (Frauen) bzw. 45 % (vgl. Abbildung 4).

Abbildung 4: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?“

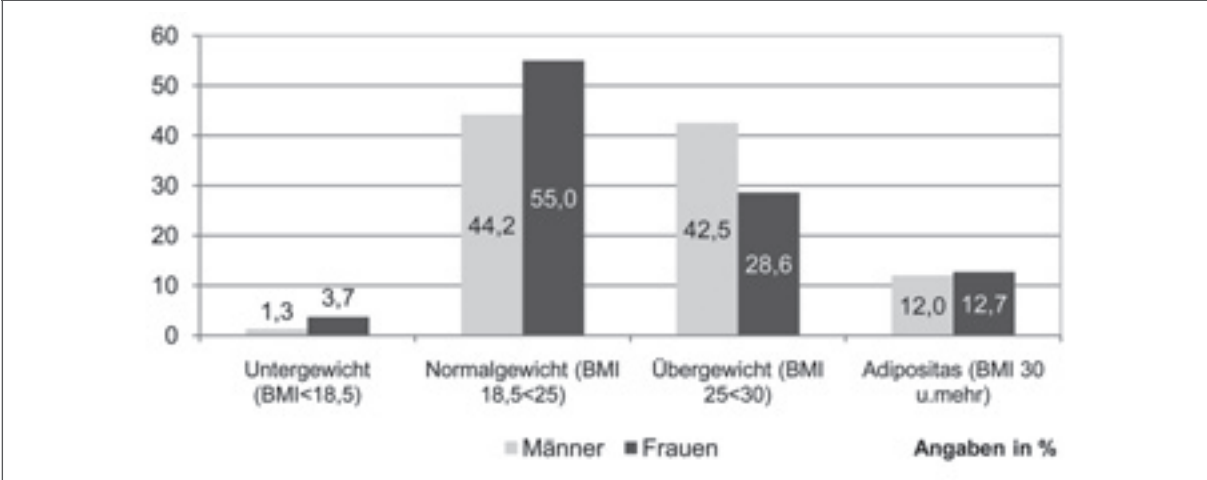


Quelle: Statistik Austria, Gesundheitsbefragung 2006/07. Eigene Darstellung: ÖIF.

44 % der Männer und 55 % der Frauen sind normalgewichtig, 12 % der Männer bzw. 13 % der Frauen sind adipös (fettleibig), wenn der sogenannte Body-Maß-Index (BMI) als Richtwert herangezogen wird⁴ (vgl. Abbildung 5).

⁴ Der BMI wird errechnet aus Körpergewicht (in kg) dividiert durch das Quadrat der Körpergröße (in m). Als „Normalgewicht“ gilt ein BMI zwischen 18,5 und 24,9; ab einem BMI von 30 spricht man von Adipositas.

Abbildung 5: Gewichtsbereiche anhand BMI nach Geschlecht

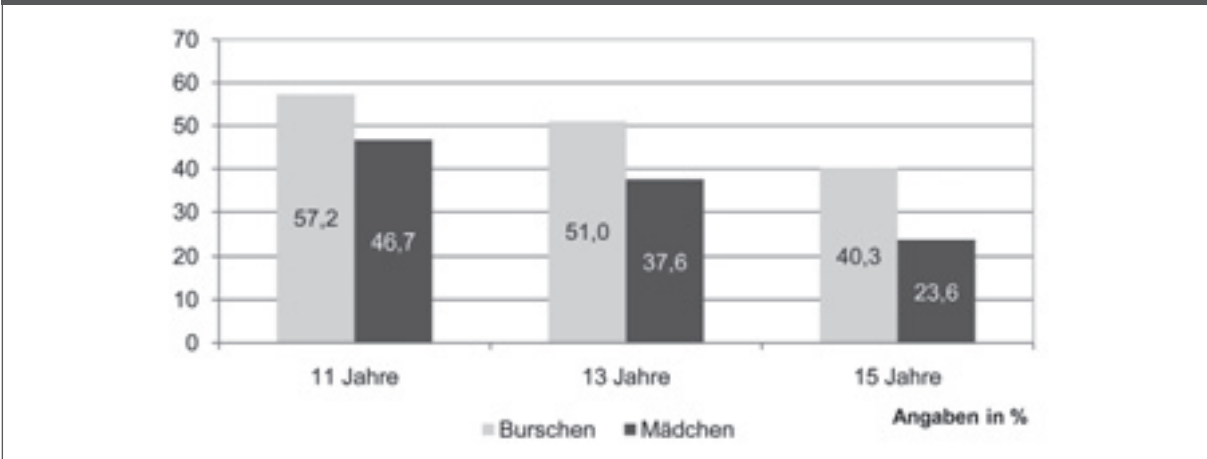


Quelle: Statistik Austria, Gesundheitsbefragung 2006/07. Eigene Darstellung: ÖIF.

27,5 % der Männer und 19,4 % der Frauen rauchen täglich. Aus der Studie lassen sich weiters Erkenntnisse zur körperlichen Betätigung der Österreicher/-innen ableiten – etwa ein Drittel der Männer und ein Viertel der Frauen ist als „körperlich aktiv“ einzustufen (d. h. kommt an zumindest drei Tagen pro Woche durch körperliche Tätigkeiten wie Laufen oder Radfahren ins Schwitzen).

Die sogenannte HSBC-Studie⁵ (Dür & Griebler 2007), die sich mit der Gesundheit österreichischer Schülerinnen und Schüler (im Alter von elf bis 15 Jahren) befasste, zeigt auf, dass die Hälfte der Buben, jedoch nur rund 36 % der Mädchen ihre Gesundheit als „ausgezeichnet“ bewerten. Mit zunehmendem Alter wird der Gesundheitszustand immer schlechter bewertet. Gab noch fast die Hälfte der elfjährigen Mädchen einen „ausgezeichneten Gesundheitszustand“ zu Protokoll, so war es bei den 15-jährigen Mädchen weniger als ein Viertel (vgl. Abbildung 6).

Abbildung 6: Subjektiver Gesundheitszustand „ausgezeichnet“ nach Alter u. Geschlecht



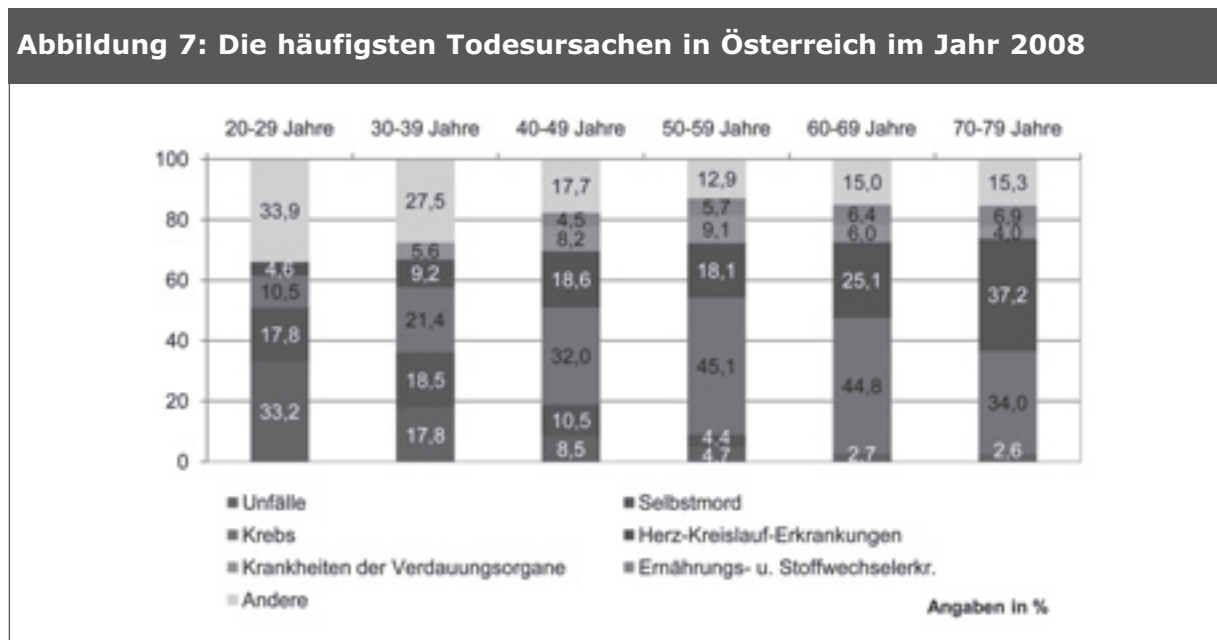
Quelle: Dür & Griebler 2007: 17

⁵ HBSC= Health Behaviour of School-Aged Children; internationale Vergleichsstudie der WHO.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Nach dem Body-Mass-Index sind 12,4 % der Schüler/-innen als übergewichtig oder adipös einzustufen. Nur 19,2 % der Schüler/-innen sind an sieben Tagen die Woche körperlich aktiv und entsprechen damit den Vorgaben von Expert/-innen, die täglich mindestens 60 Minuten als ideal erachten. Mehr als 50 % der Schüler/-innen sind an weniger als zwei Stunden pro Woche aktiv. Ein Fünftel der 15-jährigen greift täglich zur Zigarette.

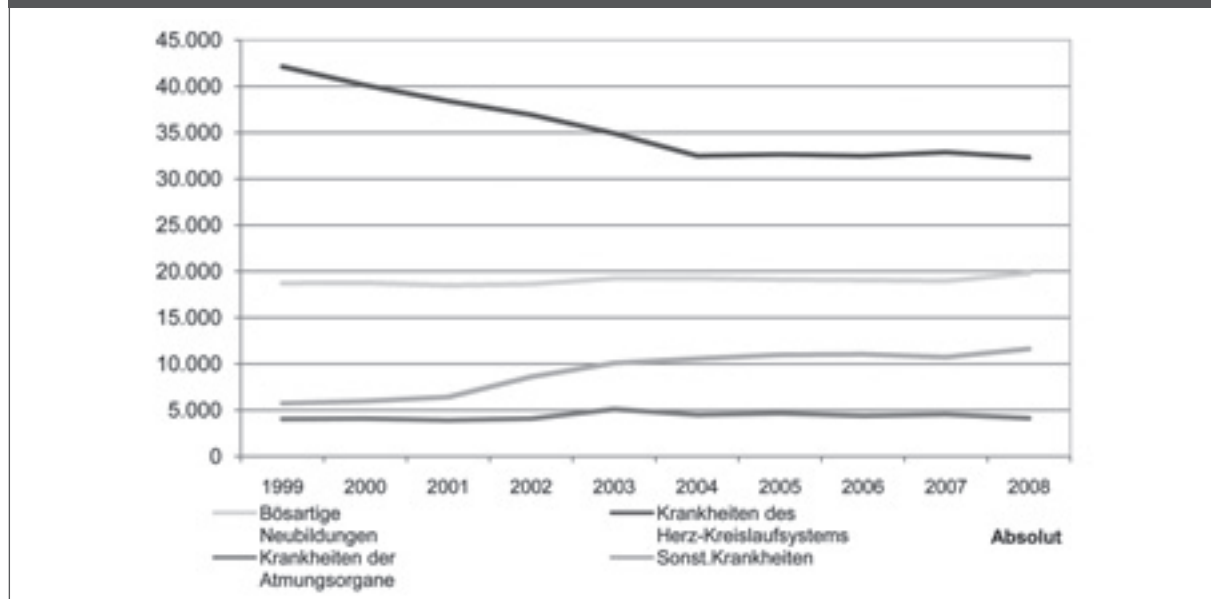
Die negativen Folgen eines ungesunden Lebensstils, der durch einseitige Ernährung, Bewegungsmangel, Genussmittelmisbrauch (v. a. Rauchen) sowie Stress gekennzeichnet ist, sind unter dem Begriff der Zivilisationskrankheiten hinlänglich bekannt. Übergewicht und dessen Folgeerkrankungen (z. B. Bluthochdruck, Arteriosklerose ...) stehen ebenso wie Krebs, Stoffwechselerkrankungen (z. B. Diabetes Typ II) oder Gebiss- und Skelettschäden in Zusammenhang mit einer ungesunden Lebensweise und sind für eine erhöhte Mortalität verantwortlich. Sind bis zum 30. Lebensjahr Unfälle Haupttodesursache, so erfahren bereits ab diesem Zeitpunkt Krebs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen mit jedem Lebensjahrzehnt mehr und mehr Zuwachs (vgl. Abb. 7).



Quelle: Statistik Austria 2009a; eigene Darstellung ÖIF

Insgesamt kann im Verlauf der letzten zehn Jahre jedoch eine Reduktion der Todesfälle durch Herz- Kreislauf-Erkrankungen beobachtet werden (vgl. Abb. 8)

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Abbildung 8: Gestorbene insgesamt seit 1999 nach Todesursachen

Quelle: Statistik Austria 2009a; eigene Darstellung ÖIF

Psychosoziale Auswirkungen eines ungesunden Lebensstils sind vor allem für dessen mögliche Folgeerscheinungen Übergewicht und Adipositas gut belegt. Übergewichtige Kinder und Jugendliche werden seltener als Spielpartner ausgesucht und hinsichtlich ihrer kognitiven Leistungsfähigkeit eher unterschätzt (vgl. z. B. Graf et al. 2007, Strauss/Knight 1999). In einer Studie von Gortmaker et al. (1993) konnte nachgewiesen werden, dass adipöse Erwachsene ein geringeres Jahreseinkommen hatten als Normalgewichtige und häufiger unter der Armutsgrenze lebten. Diese Unterschiede zeigten sich unabhängig vom sozialen Status der Familie.

Eine Reihe von Befunden weist auf den Umstand hin, dass Familie gleichsam ein gesundheitliches Risiko darstellen kann. Ein im Vergleich zur Gesamtbevölkerung schlechterer gesundheitlicher Zustand ist für Mütter mit jüngeren Kindern (vgl. Sieverding 1995, Huwiler 1998) und vor allem für alleinerziehende Mütter zu verzeichnen. Das gesundheitliche Befinden von Müttern wird vor allem von der ökonomischen Lage, der familiären Situation, von Bildung und Beruf bestimmt, stellt die Enquetekommission des Landtags Nordrhein-Westfalen (2004) in ihrem Abschlussbericht für die Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung fest. Da die Belastungen auf der körperlichen und auf der psychischen Ebene sehr komplex sind und größtenteils über Jahre auf die Frauen einwirken, gehören vor allem psychosomatische und psychogene Beschwerden zu den häufigsten Erkrankungen von Müttern wie Erschöpfungszustände, Erkrankungen des Muskel-Skelettsystems und vegetative Störungen. Mütter erkranken überdurchschnittlich oft an den Folgen eines Burn-out-Syndroms. Dieses komplexe Syndrom beschreibt einen tiefen Erschöpfungszustand, der sich langsam über einen Zeitraum mit andauerndem Stress und ständiger Belastung entwickelt, die von innen (Familie, Freunde, Beruf) oder außen (Gesellschaft, Wertesysteme) kommen kann. Nach Bonnemann-Böhner (2002) leiden ca. 20 % aller Mütter an diesen Erschöpfungssyndromen (vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen 2004).

Auch die Familienform übt – zumindest in indirekter Weise – einen Einfluss auf das gesundheitliche Befinden aus. So sind besonders alleinerziehende Mütter von einem höheren Risiko für gesundheitliche Beeinträchtigungen betroffen. Die Gründe für die höhere Belastung und das schlechtere gesundheitliche Wohlbefinden von Alleinerziehenden sind vielfältig. Nach einer Umfrage im Auftrag des Robert-Koch-Institutes, sind für Alleinerziehende vor allem folgende Faktoren besonders belastend (Helfferich et al. 2003):

- Unsicherheit, wie die eigene Zukunft weitergeht
- fehlende berufliche Perspektiven aufgrund mangelnder Kinderbetreuungsangebote
- finanzielle Probleme
- zu viele Aufgaben in der Familie
- sich den Anforderungen nicht mehr gewachsen fühlen
- fehlende Anerkennung der eigenen Leistung
- fehlende Harmonie in der Familie
- Probleme mit der Wohnsituation
- Väter, die ihren Unterhaltspflichten nicht nachkommen.

In der Auswertung des 7. österreichischen WHO-HBSC-Surveys konnte gezeigt werden, dass die besonderen Belastungen, die in Ein-Eltern-Familien oft gegeben sind, augenscheinlich nicht nur für den alleinerziehenden Elternteil mit einem höheren Gesundheitsrisiko verbunden sind, sondern auch mit einer verminderten Wahrscheinlichkeit einhergehen, dass Kinder im Schulalter⁶ frei von körperlichen und psychischen Beschwerden sind und über eine hohe Lebensqualität und -zufriedenheit verfügen (vgl. Dür/Griebler 2007). Auch Kinder und Jugendliche, die in Stieffamilien aufwachsen, weisen Abweichungen auf (sie rauchen etwa häufiger).

1.2.1.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses

Innerfamiliär

Zahlreiche Studien belegen den starken familiären Einfluss sowohl auf das Gesundheitsverhalten als auch auf die Gesundheit selbst (z. B. Campell 2000; HBSC-Studie, zitiert in Stadt Wien 2005).

Wie bereits zu Beginn dieses Abschnitts angesprochen, ist der Mensch lange Jahre auf erwachsene Bezugspersonen – zumeist wird es sich dabei um die Eltern handeln – angewiesen, die für sein Überleben und seine gesunde Entwicklung Sorge tragen. Im Alter kann der Aspekt des Pflegens und Versorgens in der Familie wieder zum Thema werden – hier kehren sich häufig die Rollen um, und die Eltern sind dann diejenigen, die Hilfe und Unterstützung in Hinblick auf ihre Gesundheit benötigen.

Für das Kind stellt das Aufwachsen in der Familie die Grundlage jeder weiteren Entwicklung dar. Kinder werden jedoch nicht nur in der Familie versorgt, sondern dort wird auch das Gesundheitsverhalten in erster Linie erlernt; die Eltern fungieren hierbei als zentrales Vorbild hinsichtlich des gewählten Lebensstils.

⁶ Im hier zitierten Survey wurden Schüler/-innen im Alter von elf, 13 bzw. 15 Jahren befragt.

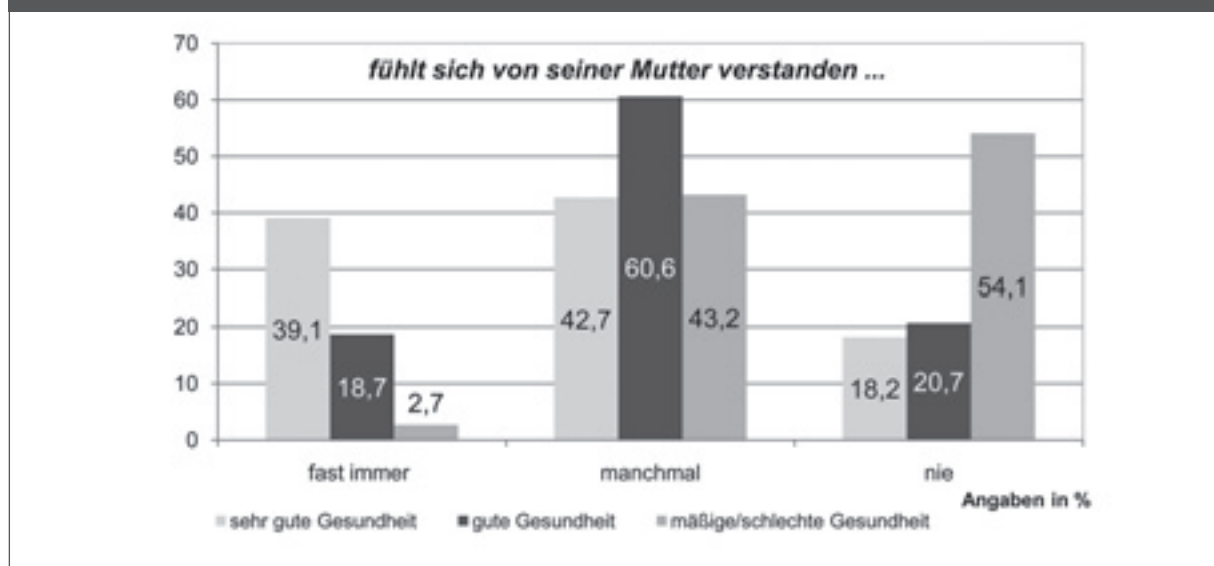
POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Um der Verantwortung hinsichtlich der Gesundheit ihrer Kinder (sowie der eigenen) gerecht zu werden, benötigen Eltern in erster Linie das Wissen und die Fähigkeit sowie die Bereitschaft dazu, diese Aufgabe adäquat zu erfüllen. Wissen um einen gesunden Lebensstil im Allgemeinen sowie Kenntnisse darüber, was speziell Kinder für ihre gesunde Entwicklung benötigen, müssen mit Verantwortungsbewusstsein sich selbst und den Kindern gegenüber gepaart sein, um gesundheitsschädigendes Verhalten (Rauchen, ungesunde Ernährung, Bewegungsmangel etc.) so gering wie möglich zu halten.

Aber auch die materielle Ausstattung inklusive der Wohnverhältnisse übt maßgeblichen Einfluss auf die Gesundheit aus. In einer Reihe von Studien (z. B. Alber/Köhler 2004) wurden direkte Zusammenhänge zwischen dem Einkommen und einem gesunden Lebensstil, aber auch zwischen dem Einkommen und dem Gesundheitszustand (z. B. Wahrscheinlichkeit für chronische Erkrankungen) nachgewiesen.

Im HBSC-Survey 2001/2002 (zitiert in Stadt Wien 2005) konnte weiters der Einfluss der Qualität der Familienbeziehungen auf die Gesundheit nachgewiesen werden. So verdeutlichen die Ergebnisse, dass Kinder und Jugendliche, die von ihren Eltern mit einem hohen Maß an Zuwendung bedacht werden, mit höherer Wahrscheinlichkeit gesund sind (vgl. Abbildung 9), nicht rauchen oder als Täter/-innen von Bullying-Attacken in Erscheinung treten. Eine liebevolle und wertschätzende Beziehungsgestaltung im Familienalltag stellt somit offensichtlich einen weiteren Grundpfeiler für die Gesundheit dar.

Abbildung 9: Subjektiver Gesundheitsgrad in Abhängigkeit vom erlebten Verständnis der Mutter



Quelle: Stadt Wien 2005: 277

Gesellschaftspolitisch

Die Sicherstellung des körperlichen Grundbedürfnisses nach Gesundheit bedarf einer Vielzahl an Voraussetzungen und Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen: Neben dem Wissen um gesundheitsbewusstes Verhalten, die Folgen eines ungesunden Lebensstils und die oft unterschätzte diesbezügliche Verantwortung der Eltern für ihre Kinder – Kenntnisse, die beispielsweise durch Informationskampagnen oder Elternbildungsveranstaltungen vermit-

telt werden können – müssen gesetzliche Maßnahmen dort greifen, wo nicht mehr ausschließlich auf die Verantwortung des Einzelnen abgestellt werden kann (z. B. Nichtraucher-schutz).

Gleichzeitig müssen auch ganz reale Voraussetzungen wie z. B. ausreichende Bewegungsräume für Kinder vorhanden sein bzw. aktiv geschaffen werden. Zu den schwierigsten Aufgaben zählt es wohl, ein gesellschaftliches Bewusstsein für einen gesunden Lebensstil zu schaffen, der langfristig die Erfüllung körperlicher Grundbedürfnisse sicherstellt – gesundheitsbewusstes Verhalten muss gleichsam „in sein“, um sich etablieren zu können.

Unabdingbar ist die Stärkung innerfamiliärer Ressourcen, verbunden mit einem Entgegenwirken bezüglich der negativen Konsequenzen von Armut und geringer Bildung auf Gesundheit und Lebensstil. Vor allem Ein-Eltern-Familien erleben häufig eine Kumulation von Belastungsfaktoren. Obgleich die materiellen Unterstützungsleistungen und Maßnahmen wie die Gewährung eines Alleinerzieherabsetzbetrages bereits jene Belastungen, die aus der finanziellen Situation resultieren, abzumildern vermögen (z. B. Probleme mit der Wohnsituation), können Faktoren wie fehlende Anerkennung der eigenen Leistung, zu viele Aufgaben in der Familie oder mangelnde berufliche Perspektiven aufgrund von Kinderbetreuungspflichten nicht allein durch materielle Zuwendungen aus der Welt geschafft werden. Alleinerziehende bedürfen auch eines guten sozialen Netzwerkes und insbesondere auch des Austauschs mit anderen Alleinerziehenden.

1.2.2 Bedürfnis nach Sicherheit

Das Bedürfnis nach Sicherheit ist vielgestaltig. Es beschreibt das Verlangen, Kontrolle über sein Leben ausüben zu können, nicht den Umständen ausgeliefert zu sein, über aktive, steuernde Handlungskompetenz zu verfügen oder auch auf Schutz und Verlässlichkeit von außen vertrauen zu können. Sicherheit bedeutet Vorhersehbarkeit und Vorhersagbarkeit, sei es hinsichtlich des Handelns anderer Menschen oder hinsichtlich der Entwicklung der äußeren Umstände (Ausbildung, Arbeitsplatz ...). Selbstsicherheit bezeichnet einen wichtigen Bereich der Persönlichkeitsentwicklung und wird auch von Maslow explizit mit dem Bedürfnis nach Sicherheit in Verbindung gebracht.

Da im Rahmen dieses Berichts nicht alle Aspekte des Bedürfnisses nach Sicherheit gleichermaßen berücksichtigt werden können, werden in diesem Abschnitt einerseits Armut als Gradmesser materieller Unsicherheit, die häufig mit Ausgrenzung und nicht-materieller Deprivation in Verbindung steht, und andererseits das Erleben von (innerfamiliärer) Gewalt als massiver Bedrohung der emotionalen und körperlichen Sicherheit vertiefend behandelt.

1.2.2.1 Materielle Sicherheit und Armut

1.2.2.1.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung

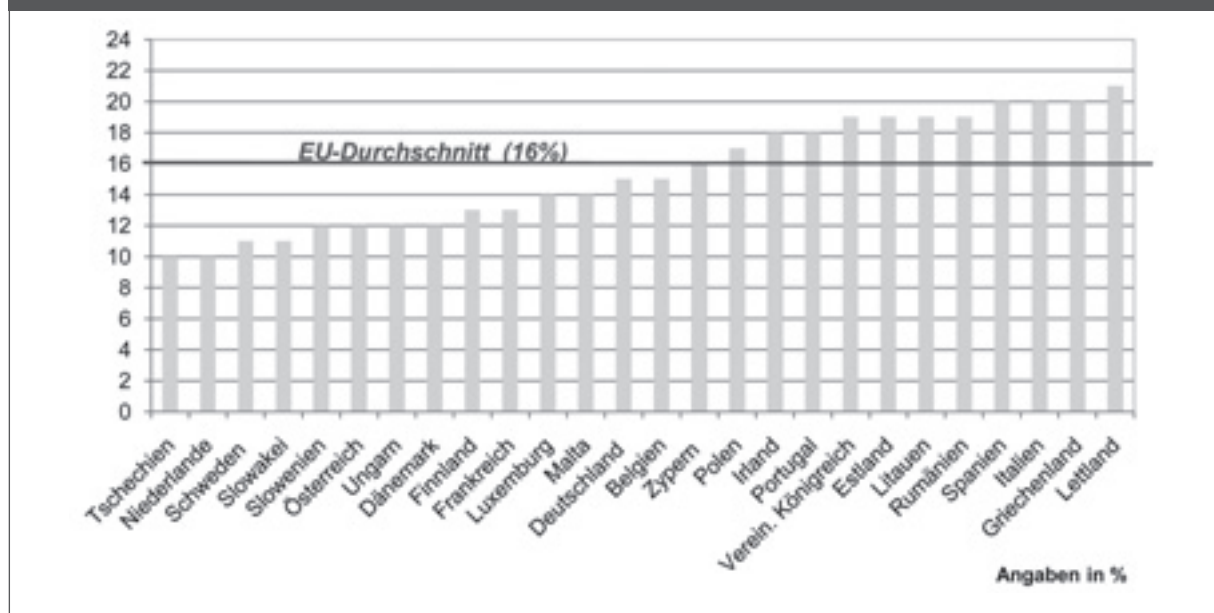
Armut stellt ein komplexes Phänomen dar, das zumeist in erster Linie unter dem Aspekt der Einkommensarmut betrachtet wird; zunehmend werden in der Diskussion jedoch auch andere, nicht-materielle Deprivationsprozesse mitberücksichtigt wie etwa soziale Isolation oder die Beeinträchtigung sozialer Rechte (vgl. z. B. Rille-Pfeiffer/Kapella 2007).

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Nach europäischer Definition gelten alle Personen als armutsgefährdet, deren jährliches Äquivalenzeinkommen (gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) unterhalb eines festgelegten Schwellenwertes liegt. Diese Schwelle liegt bei 60 % des Medianeinkommens und beträgt in Österreich aktuell 912 Euro netto pro Monat.⁷ Kommen zu einem niedrigen Einkommen (Einkommensarmut) noch Benachteiligungen in zumindest einem zentralen Lebensbereich (z. B. Wohnqualität oder Gesundheit), spricht man von manifester (oder sichtbarer) Armut.

12 % aller in Österreich lebender Menschen (rund eine Million) sind armutsgefährdet. Von manifester Armut betroffen sind rund 5 %, das sind 398 000 Menschen, darunter über 95 000 Kinder und Jugendliche (Statistik Austria 2009b, basierend auf EU-SILC 2007). EU-weit lag die Armutsgefährdungsrate im Jahr 2005 bei 16 %; allerdings bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten. Besonders hohe Armutsraten (20 % und mehr) weisen etwa Litauen, Polen, Irland, Griechenland, Spanien und Portugal auf (vgl. Abb. 10).

Abbildung 10: Armutsgefährdungsquoten in der EU 2007

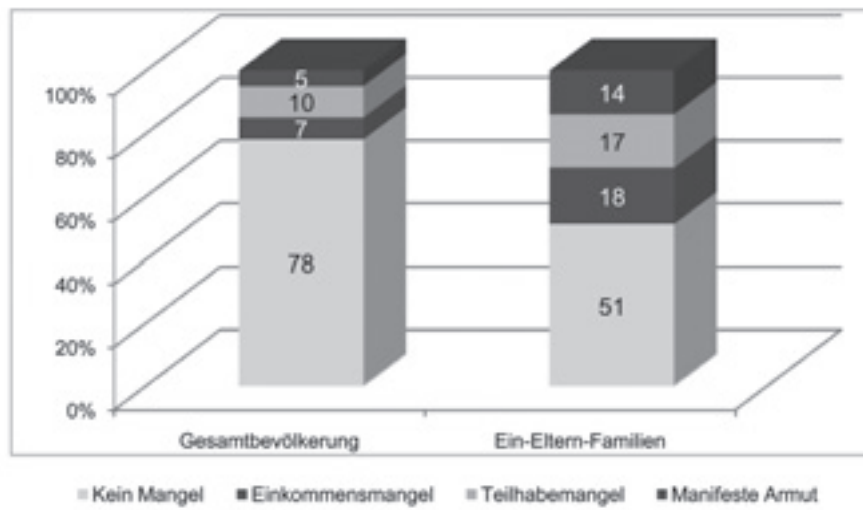


Quelle: Eurostat, EU-SILC 2007 (Daten f. Bulgarien dzt. nicht verfügbar)

Nach dem EU-SILC 2007 weisen Ein-Eltern-Haushalte eine stark erhöhte Armutsgefährdung von 32 % (gegenüber 12 % in der Gesamtbevölkerung) auf. Während in der Gesamtbevölkerung 7 % Haushalte als einkommensarm gelten und 5 % als manifest arm, gelten unter den Ein-Eltern-Haushalten 18 % als einkommensarm und 14 % als von manifester Armut betroffen (vgl. Abbildung 11).

⁷ Für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt sind 456 Euro, für jedes Kind 274 Euro hinzuzurechnen.

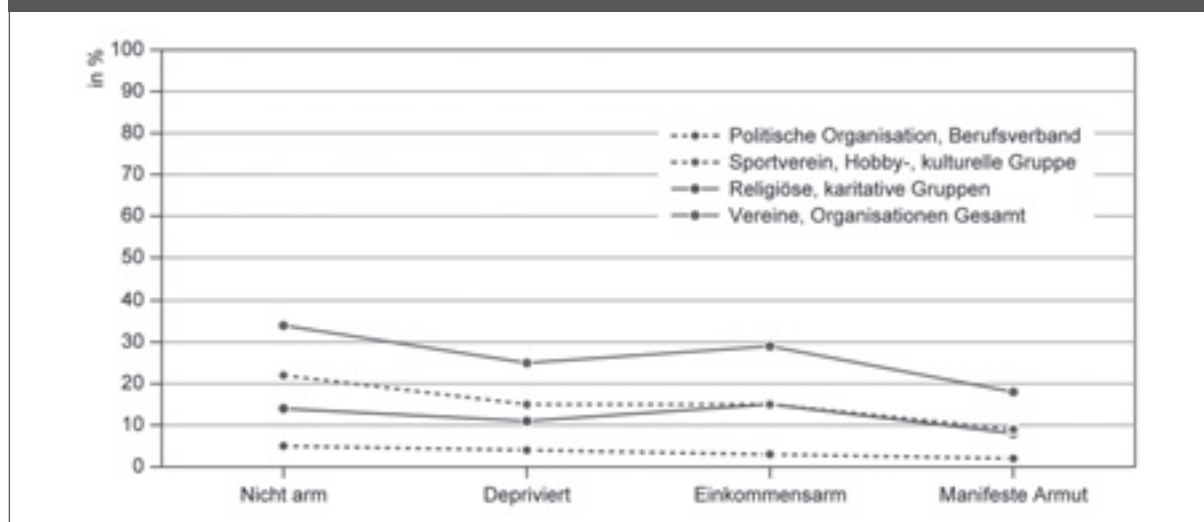
Abbildung 11: Vergleich Armutslagen Gesamtbevölkerung und Ein-Eltern-Familien



Quelle: Statistik Austria 2009b; eigene Darstellung ÖIF

Auf die negativen Folgen von Armut auf die Gesundheit wurde bereits im vorigen Abschnitt hingewiesen. Gravierend sind die Auswirkungen aber auch in psychosozialer Hinsicht. So können materielle Einschränkungen, eine häufig nicht adäquate Wohnsituation und das damit verbundene Stresserleben der Familienmitglieder Spannungen in der Familie hervorrufen oder verstärken (vgl. z. B. Hölischer 2003). Nach Merten (2003) bewirkt die Situation des Fehlens finanzieller Mittel und der damit verbundene psychische Druck häufig auch eine Veränderung des Erziehungsverhaltens. In dieser Weise belastete Eltern sind oft weniger ansprechbar und geben geringere Unterstützung; es erfolgt eine stärkere Orientierung an einem autoritären Erziehungsstil. Diese Veränderungen führen bei den Kindern zu emotionalen Belastungen und Problemverhalten (Merten 2003).

Armut verringert auch die soziale Partizipation. Personen, die von Armutslagen betroffen sind, haben erheblich weniger Kontakte zu Personen außerhalb des Haushalts und sind auch seltener in Organisationen bzw. in Vereinen aktiv (Statistik Austria 2008).

Abbildung 12: Teilhabe an Aktivitäten von Organisationen nach Armutslagen

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006: 67; Personen ab 16 Jahren

Ebenso kamen Studien zu dem Ergebnis, dass von Armut betroffene Kinder hinsichtlich der sozialen Integration schlechter abschnitten und häufiger eine Außenseiterrolle einnahmen als nicht betroffene (z. B. Trabert 2004). Gleiches konnte für Jugendliche nachgewiesen werden (z. B. Mansel 1998).

1.2.2.1.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses

Innerfamiliär

Innerfamiliäre Voraussetzungen bzw. Schutzfaktoren, die Armut verhindern können, betreffen einerseits die aktuelle Familiensituation, können aber andererseits auch hinsichtlich ihres präventiven Aspekts (künftige Armutsgefährdung der Kinder) betrachtet werden.

Für die aktuelle Lebenssituation erweist sich primär die Erwerbstätigkeit als wesentlicher Faktor zur Verhinderung von Armut, während Arbeitslosigkeit ein wesentliches Risikopotential beinhaltet. Laut EU-SILC (2007) betrug das Armutsrisiko in österreichischen Familien, in denen im Vorjahr keine erwachsene Person erwerbstätig war, 57 %.

Die Bedeutsamkeit familiärer Beziehungen an und für sich wird angesichts der besonderen Armutsgefährdung „familienloser“ Menschen (z. B. Obdachlose, ältere Alleinstehende) deutlich. Nach Fernandez de la Hoz (2001) fehlt hier ein primäres Netzwerk, das zwar nicht automatisch, aber doch sehr oft vor Ausgrenzungsprozessen schützt. Das Eingebettetsein in familiäre Strukturen vermag im Idealfall materielle, pragmatische (z. B. Weitergabe von Informationen) und emotionale Unterstützung zu geben. Familiäre Netzwerke bieten gegenüber sozialen Netzwerken den Vorteil, dass sie per se vorhanden sind und nicht wie soziale Netzwerke einer gewissen Pflege bedürfen, um überhaupt existent und somit nutzbar zu sein.

Als präventive Maßnahme gegen ein späteres Abgleiten des Kindes unter die Armutschwelle kann das elterliche Vorbild bezüglich des Konsumverhaltens angeführt werden. Ebenso verringert die Ermöglichung einer guten Ausbildung das künftige Armutsrisiko.

Gesellschaftspolitisch

Neben diversen finanziellen Unterstützungsleistungen sind es vor allem auch Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit unterstützen, welche das Risiko von Armut senken können. So sind etwa Ein-Eltern-Haushalte, in denen der alleinerziehende Elternteil oftmals aufgrund von Kinderbetreuungspflichten lediglich einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen kann, überproportional häufig von Armut betroffen (EU-SILC 2006).

Da die Erwerbstätigkeit und ein damit verbundenes ausreichendes Einkommen einen wesentlichen Schutzfaktor gegen Armut darstellen, müssen hier bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen greifen. Vor allem im Niedriglohnsektor muss sichergestellt werden, dass das Einkommen noch eine ausreichende Lebensgrundlage darstellen kann.

Neben der Einkommensarmut muss in jedem Fall auch die Problematik der sozialen Ausgrenzung Berücksichtigung finden, die einerseits Folge bzw. Begleiterscheinung, andererseits aber auch Ausgangspunkt der materiellen Armut darstellen kann. Eine Verbesserung der Teilhabechancen an Arbeitsmarkt, Bildung, leistbaren Wohnmöglichkeiten und Leistungen des Gesundheitssystems ist insbesondere bei Risikogruppen wie Migrant/-innen, Menschen mit Behinderung oder alleinstehenden Personen vonnöten und bedarf nicht zuletzt eines gesellschaftlichen Klimas, das integrativen Maßnahmen im Sinne der Betroffenen auch aufgeschlossen gegenübersteht und den Betroffenen nicht zuletzt das Gefühl vermittelt, innerhalb der Gesellschaft gleichsam „willkommen zu sein“.

1.2.2.2 Körperlich-emotionale Sicherheit und innerfamiliäre Gewalt⁸

1.2.2.2.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung

Gewaltanwendung galt lange als unhinterfragtes legitimes Erziehungsmittel. Erst in den 80er-Jahren wurde die Gewalt in der Familie mehr und mehr zu einem zentralen Thema, und 1989 wurde in Österreich mit dem „Gewaltverbot in der Erziehung“ der Gewalteinsatz gegen Kinder in der Familie gesetzlich verboten. Mit der öffentlichen Thematisierung begann sich dann auch die Einstellung unter den Eltern merkbar zu verändern. Wissenschaftliche Studien über die Einstellung von Eltern zur Gewaltanwendung in der Erziehung zeigen einen deutlichen Einstellungswandel in den letzten Jahren in Richtung einer erhöhten Sensibilität gegenüber Gewalt. Dies verdeutlichen etwa die Ergebnisse der deutschen Längsschnittstudie von Bussmann (2002), welche zeigen, dass 2001 nur noch die Hälfte der Eltern leichte Körperstrafen billigt (im Jahr 1996 waren es noch zwei Drittel).

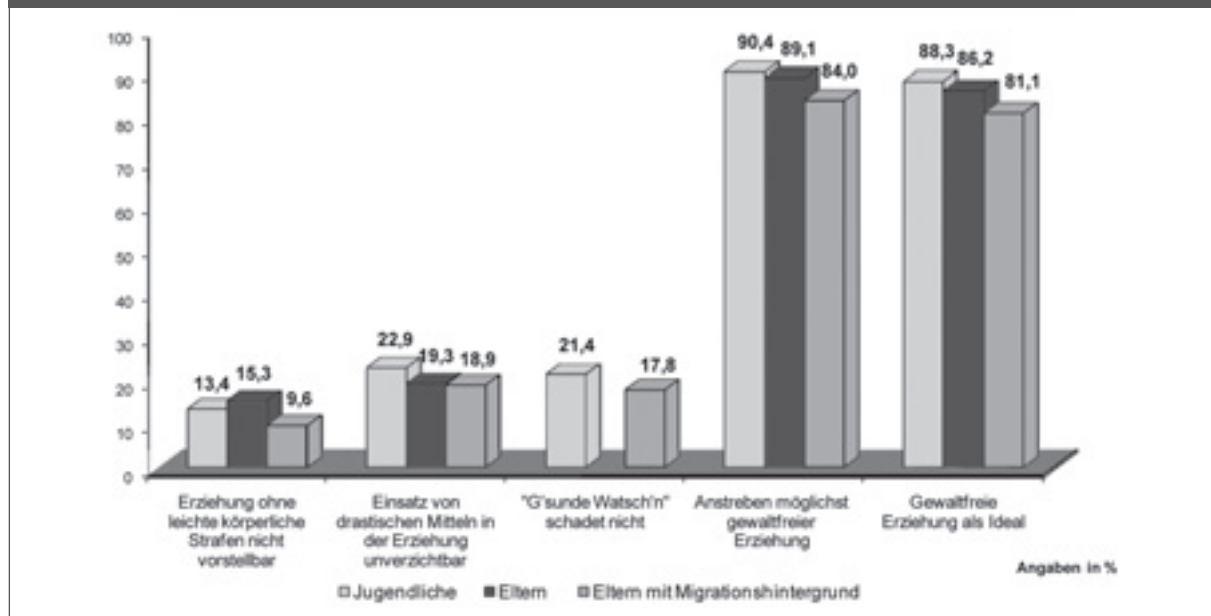
Jüngste Daten zur innerfamiliären Gewalt gegen Kinder und Jugendliche anlässlich 20 Jahre Gewaltverbot in der Familie in Österreich liegen in einer Studie von Bussmann (2009) in diesem Bericht vor. Wie Abbildung 13 zeigt, wird die gewaltfreie Erziehung zwar von einem Großteil der Befragten als Ideal erachtet und angestrebt; auf der anderen Seite kann jedoch ausgesagt werden, dass je nach Personengruppe zwischen zehn und zwanzig Prozent der Befragten diese Ansicht offenbar nicht teilen. Interessant erscheinen in diesem Zusammenhang die Antworten der Jugendlichen: Während sie auf der einen Seite die

⁸ In diesem Abschnitt erfolgt primär eine Fokussierung auf körperliche Gewalt (z. B. Schläge); die Problematik sexueller und psychischer Gewalt, die auch oft mit physischer Gewalt einhergeht, soll damit jedoch keinesfalls negiert werden.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

größte Zustimmung zum Ideal der gewaltfreien Erziehung äußern, sind sie gleichzeitig auch insgesamt von allen Gruppen am häufigsten der Ansicht, dass der Einsatz von drastischen Mitteln in der Erziehung unverzichtbar ist und die „g’sunde Watsch’n“ nicht schadet.

Abbildung 13: Einstellung zum Leitbild gewaltfreier Erziehung



Quelle: Bussmann Gewaltstudie 2009

Die Einstellungen befinden sich allerdings mit den tatsächlichen Gegebenheiten innerhalb der trauten familiären vier Wände nach wie vor in erheblicher Diskrepanz. (vgl. z. B. Klepp et al. 2009).

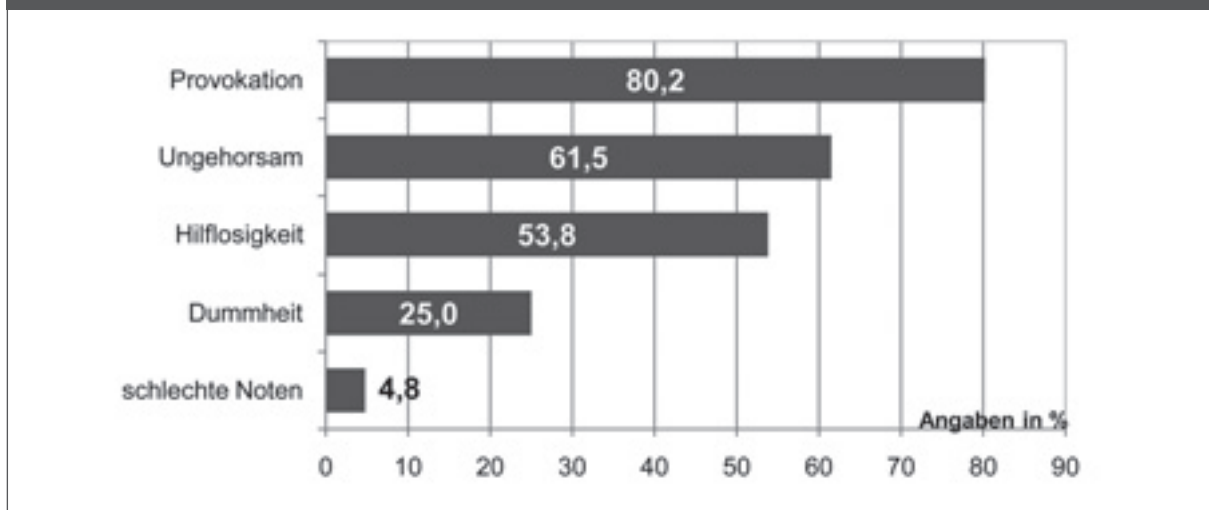
Noch 1991 berichten Beate Wimmer-Puchinger et al. in einer Studie zur innerfamiliären Gewalt gegen Kinder in Österreich, dass die Mehrzahl der Eltern psychische und physische Gewalt gegenüber ihren Kindern ausübt und ein Drittel der Kinder von seinen Eltern schwere physische Gewalt erfährt (vgl. BMSG 2001: 95).

Haller et al. (1998) konnten in ihrer in der Steiermark durchgeführten Untersuchung über Gewalt in der Familie den Nachweis erbringen, dass erzieherische Überforderung der Eltern mit einigem Abstand die am häufigsten genannte Ursache bei Fällen von Gewalt gegen Kinder war. Konkret traf dies auf 64 Prozent der erhobenen Fälle zu. Die Studienautor/-innen interpretieren dies als Ergebnis einer Wechselwirkung. Während in einigen Fällen wahrscheinlich auffällige Kinder als Anlass für Gewalthandlungen angesehen wurden, ging Haller davon aus, dass erzieherische Überforderung oder sogar erzieherische Unfähigkeit der Eltern in den meisten Fällen als die Ursache für Gewalthandlungen anzusehen war. Neben Gefühlen der Überforderung macht er auch das Empfinden von Ohnmacht für die elterliche Ausübung von Gewalt verantwortlich. Ähnlich wie auf der Beziehungsebene wird diese als Mittel zur vermeintlichen Konfliktlösung, insbesondere aber zur Vermeidung von Konflikten eingesetzt. Demnach ist Gewalt am Kind als Ergebnis eines beschränkten Kommunikationsrepertoires zu deuten. Den betroffenen Familien wird in diesem Zusammenhang ein Mangel an Diskussions- und Aushandlungsfähigkeit zugeschrieben (vgl. Haller 1998).

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Jens Luedtke et al. (2003) gingen der Frage nach, wie Eltern den Einsatz von körperlicher Gewalt gegen ihre Kinder begründen. Im Rahmen der Studie wurden 2002 in Bayern Eltern mit Kindern im Jugendalter zu Streit und Konfliktthemen zwischen Eltern und Kindern, allgemeinen Sanktionen, mit denen Eltern auf diese Konflikte reagieren, dem Einsatz körperlicher Gewalt im Verlauf von Streitereien sowie zu den Motiven, die Eltern als Auslöser für den Gewalteinsatz ansehen, befragt. Außerdem wurde die elterliche Haltung zum Gewalteinsatz gegen Kinder berücksichtigt. Zentrales Ergebnis der Studie: Die situativen Motive sind weniger von Bedeutung; viel entscheidender für die elterliche Gewaltaktivität ist die Haltung zum Gewalteinsatz (vgl. Luedtke 2003). Jene Eltern, die zugaben Gewalt einzusetzen, begründeten ihren Gewalteinsatz vor allem damit, dass sie sich von ihrem Kind provoziert fühlten. Am zweithäufigsten wird die Gewalt instrumentell begründet, nämlich disziplinarisch (wegen Ungehorsams). Knapp über die Hälfte der gewalttätigen Eltern – und hier vor allem Frauen – schlägt aus Hilflosigkeit, d. h. sie sieht keine andere Möglichkeit, eine Situation anders zu bewältigen als durch den Einsatz von Gewalt. Unterschiede innerhalb der Bildungsschichten zeigten sich nur bei der Provozierbarkeit und tendenziell bei der Hilflosigkeit. Je höher das Bildungsniveau ist, desto häufiger geben die Eltern(teile) an, sich provoziert gefühlt zu haben, während Eltern(teile) mit niedrigem Bildungsniveau am seltensten „Hilflosigkeit“ als Grund für die Schläge angeben. Insgesamt betrachtet erweist sich, dass sich die Bildungsniveaugruppen nicht voneinander unterscheiden, was die Häufigkeit körperlicher Gewalt angeht, wohl aber, was ihre Motivation bzw. ihre Rechtfertigung betrifft (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 14: Gründe für den Einsatz von Körperstrafen



Quelle: Luedke 2003: 173

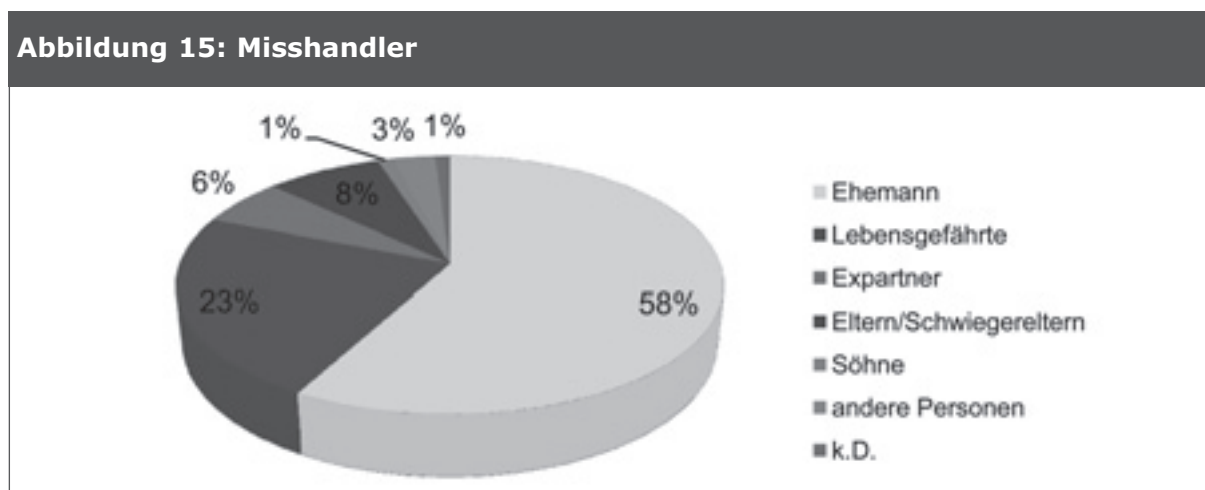
Es existiert eine Vielzahl teils widersprüchlicher Erklärungsansätze für die Entstehung von Gewalt in der Familie. Während früher noch eindimensionale Modelle vorherrschten, existiert heute ein Konsens darüber, dass nur multifaktorielle Erklärungsansätze geeignet sind, um dieses Phänomen entsprechend analysieren zu können (vgl. Pflegerl/Cizek 2001). Fasst man die Ergebnisse der Gewaltforschung zusammen, so zeigt sich, dass insbesondere folgende Umstände und Rahmenbedingungen verstärkt zu Gewalt führen:

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

- Schlechte ökonomische Bedingungen
- Stress in Verbindung mit fehlenden Coping-Strategien
- Ein gewalttätiges Umfeld
- Eigene Gewalterfahrungen
- Kulturelle Akzeptanz von Gewalt
- Erzieherische Überforderung
- Gefühle der Ohnmacht und Hilflosigkeit

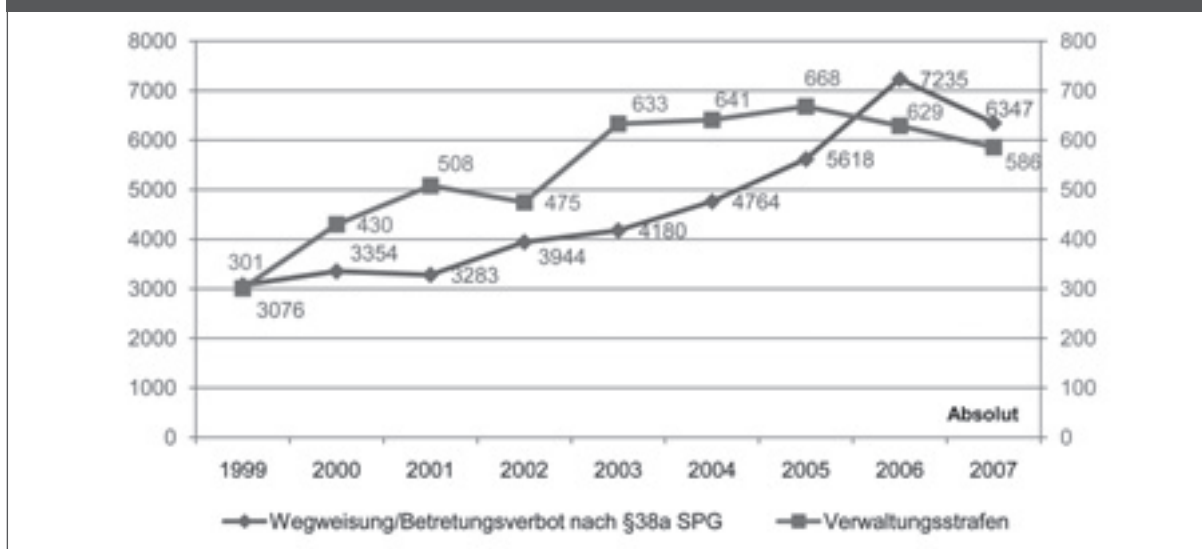
Damit zeigt sich, dass Familie in ihrer Sozialisationsfunktion und der damit verbundenen Bedürfniserfüllung der Individuen nicht isoliert betrachtet werden kann. Vielmehr ist die Familie im Kontext der Gesellschaft und ihrer Rahmenbedingungen zu sehen und diese wiederum im Zusammenhang mit individuellen Faktoren. So führt Armut zu sozialer Deprivation und steht im Zusammenhang mit dem individuellen psychischen und physischen Wohlbefinden. Das Zusammenspiel dieser Faktoren kann zu vermehrtem Stress und Konflikten innerhalb der Familie führen, bis hin zu einer größeren Neigung zu Gewalt in der Erziehung.

Gewalt in der Familie ist jedoch nicht auf den Bereich der Kindererziehung beschränkt. Neben Kindern sind vor allem Frauen von (körperlichen) Gewalthandlungen betroffen; davon finden manche in den 26 Frauenhäusern Österreichs Schutz – im Jahr 2008 kamen 3 220 Personen (1 600 Frauen und 1 620 Kinder) in diesen Einrichtungen unter. In 58 % der Fälle waren die Ehemänner bzw. bei 23 % die Lebensgefährten die Misshandler der betroffenen Frauen (vgl. Abbildung 15). Im Jahr 2008 waren 44 % der aufgenommenen Frauen und 58 % der Misshandler österreichische Staatsbürger/-innen (Autonome Österreichische Frauenhäuser 2008).



Quelle: Statistik der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser 2008

Eine wichtige Maßnahme gegen Gewalt in der Familie stellt das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie dar, das seit 1997 in Kraft ist. Dieses sieht vor, dass gewalttätige Personen von der Exekutive für einen Zeitraum von zehn Tagen bis zu drei Monaten aus der Wohnung gewiesen werden können. Im Jahr 2007 wurden 6 347 Wegweisungen ausgesprochen; seit dem Jahr 1997 sind es bereits knapp 46 000 (Autonome Österreichische Frauenhäuser 2009). In Abbildung 16 sind die in den Jahren 1999 bis 2007 ausgesprochenen Wegweisungen sowie die verhängten Verwaltungsstrafen im Verlauf dargestellt.

Abbildung 16: Zahl der Wegweisungen und Verwaltungsstrafen 1999 bis 2007

Quelle: Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser/Informationsstelle gegen Gewalt (Stand März 2008)

Die negativen Folgen von Gewalterfahrungen sind vielgestaltig und vor allem für Kinder und Jugendliche gut belegt. Neben unmittelbaren körperlichen Schädigungen sind Entwicklungsprobleme unter anderem im sprachlichen Bereich und im Bereich der Schulleistungen nachgewiesen worden (z. B. Amelang/Krüger 1995); zahlreiche Belege existieren auch für das vermehrte Auftreten von Depression, Verhaltensproblemen bis hin zur Delinquenz, sozialen Kontaktstörungen, Schulproblemen, Essstörungen und psychiatrischen Auffälligkeiten (vgl. Cizek et al. 2001).

1.2.2.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses

Innerfamiliär

Das Bedürfnis nach emotionaler und körperlicher Sicherheit in der Familie wird insbesondere durch einen wertschätzenden und liebevollen Umgang der Familienmitglieder untereinander erfüllt. Für die Paarbeziehung hat sich gezeigt, dass die wichtigste Komponente für eine qualitativ gute Beziehung auf funktionierender Kommunikation und tauglichen Konfliktlösestrategien beruht (vgl. z. B. Bodenmann 2000). In Bezug auf die Eltern-Kind-Beziehung sind Erziehungseinstellung und -verhalten von Bedeutung.

Für die Entwicklung liebevoller Beziehungen ist auch die Existenz ausreichender materieller und zeitlicher Ressourcen eine wesentliche Voraussetzung. So belasten finanzielle Probleme und die damit verbundenen Einschränkungen (z. B. bezüglich der Wohnverhältnissen) häufig nachhaltig die Beziehungen der Familienmitglieder (vgl. weiter oben die Diskussion zu den psychosozialen Auswirkungen von Armut). Materieller Wohlstand kann jedoch ebenfalls negative Konsequenzen in Form der sogenannten „Wohlstandsverwahrlosung“ nach sich ziehen, wenn er mit Vernachlässigung und fehlenden emotionalen Beziehungen innerhalb der Familie einhergeht. Zöchling (1996: 56) definiert Wohlstandsverwahrlosung als „psychische Verwahrlosung/Vernachlässigung bei Kindern und Jugendlichen bei gleichzeitigem materiellem Überfluss“. Zu den Merkmalen von Wohlstandsver-

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

wahrlosung betroffener Kinder und Jugendlicher zählen unter anderem eine geringe Frustrationstoleranz, geringe Anstrengungsbereitschaft bei gleichzeitiger hoher Anspruchshaltung und eine erhöhte Gefährdung durch Suchterkrankungen und Sekten.

Neben materiellen Ressourcen stellen, wie bereits angeführt, auch zeitliche Ressourcen eine wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung liebevoller Beziehungen (und die Vermeidung des Phänomens der Wohlstandsverwahrlosung) dar. Beziehungen bedürfen gemeinsam verbrachter Zeit, um sich zu etablieren. Dies betrifft innerhalb der Familie sowohl die Eltern-Kind-Beziehung als natürlich auch die Paarbeziehung und das Familienleben als solches. Die Verfügbarkeit und Nutzung gemeinsamer Zeitressourcen in Form von Gesprächen, Alltags- und Freizeitaktivitäten bedeutet eine wichtige Voraussetzung, um ein Klima der emotionalen Sicherheit zu schaffen, da auf diese Weise Beziehungen bereichert und Bindungen gefestigt werden.

Gesellschaftspolitisch

Im Bereich der Gewaltprävention kommt gesetzlichen Maßnahmen ein wichtiger Stellenwert zu. Darüber hinaus geht es vor allem um die Entwicklung eines „Bewusstseins der Gewaltfreiheit“, das auch eng verknüpft ist mit den Rollen, die Kindern, Frauen und Männern in der Familie und der Gesellschaft insgesamt zugewiesen sind.

Um ein Klima emotionaler Sicherheit zu schaffen, genügt jedoch Gewaltprävention allein nicht. Die ausreichende Verfügbarkeit von Familienzeit zur Festigung von Bindungen und der daraus resultierenden emotionalen Sicherheit stellt ebenfalls eine wichtige Voraussetzung dar. Gleichzeitig muss durch finanzielle staatliche Unterstützungsleistungen und die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb auch die materielle Sicherheit gewährleistet sein.

1.2.3 Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit

1.2.3.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung

Das Vorhandensein verlässlicher, liebevoller Bezugspersonen stellt eine wesentliche Grundlage für die gesunde psychische, emotionale und auch geistige Entwicklung von Kindern dar, wie beispielsweise aus der Bindungsforschung hinlänglich bekannt ist (vgl. z. B. Bowlby 2008, Ahnert 2004 etc.). Naturgemäß kommt in den ersten Jahren den Eltern hierbei eine zentrale Bedeutung zu. Aber auch bereits im Kleinkindalter ist das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit zumeist nicht ausschließlich an die Eltern gekoppelt – neben Geschwistern, Großeltern und anderen Verwandten sind es häufig auch Tagesmütter oder Betreuer/-innen in Kinderkrippen, die dem Kind Geborgenheit und Zuwendung zu geben vermögen.

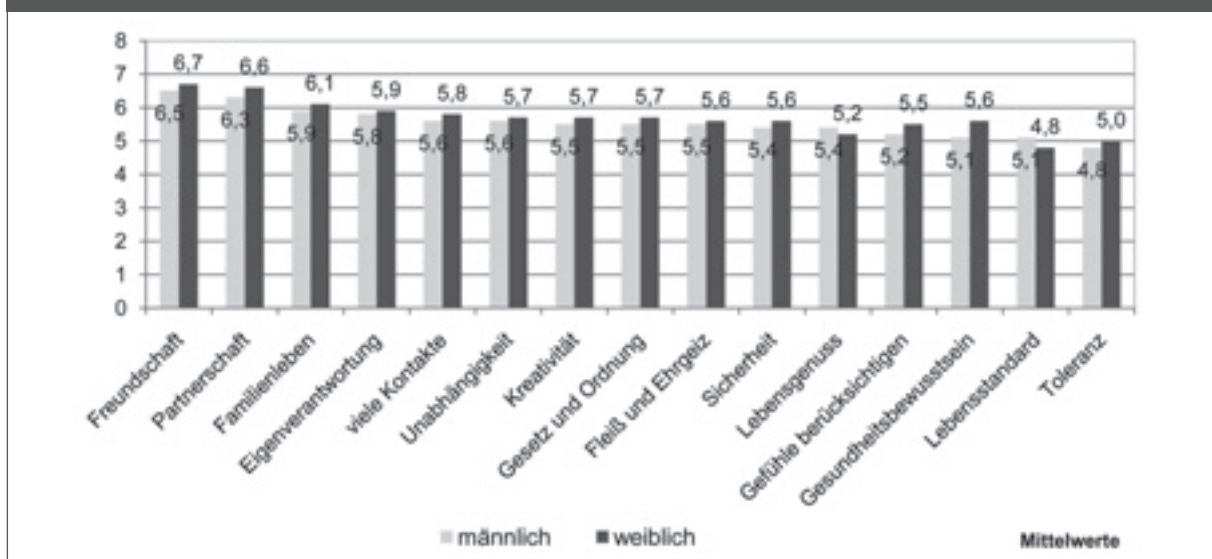
In der Kindheit gewinnt immer mehr auch die Gruppe der Gleichaltrigen („Peers“) an Bedeutung (vgl. z. B. Nörber 2003). Freundschaften entstehen, die viel stärker von Reziprozität, von einem angestrebten Gleichgewicht von Geben und Nehmen geprägt sind als die Beziehung des Kindes zu seinen Eltern oder anderen erwachsenen Bezugspersonen. Das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit, nach erfüllten Beziehungen zu anderen Menschen

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

spielt aber selbstverständlich auch im Jugend- und Erwachsenenalter eine zentrale Rolle, wo die Erfüllung dieses Bedürfnisses nun zumeist auch im Rahmen einer Partnerschaft angestrebt wird, der schließlich die Gründung einer Familie folgen kann.

Die Bedeutsamkeit des Strebens nach Liebe und Zugehörigkeit wird beispielsweise durch die Shell-Jugendstudie (2006) eindrucksvoll demonstriert – die Werteorientierung der Zwölf- bis 25-Jährigen zeigt eine klare Dominanz zwischenmenschlicher Beziehungen; „Freundschaft“, „Partnerschaft“, „Familienleben“ und „viele Kontakte“ werden von Jugendlichen als außerordentlich wichtig erachtet, an erste Stelle gereiht und erreichen Werte zwischen 6 und 7 auf siebenstufiger Skala. In Abb. sind die 15 am höchsten eingestuften Werte dargestellt (von insgesamt 24).

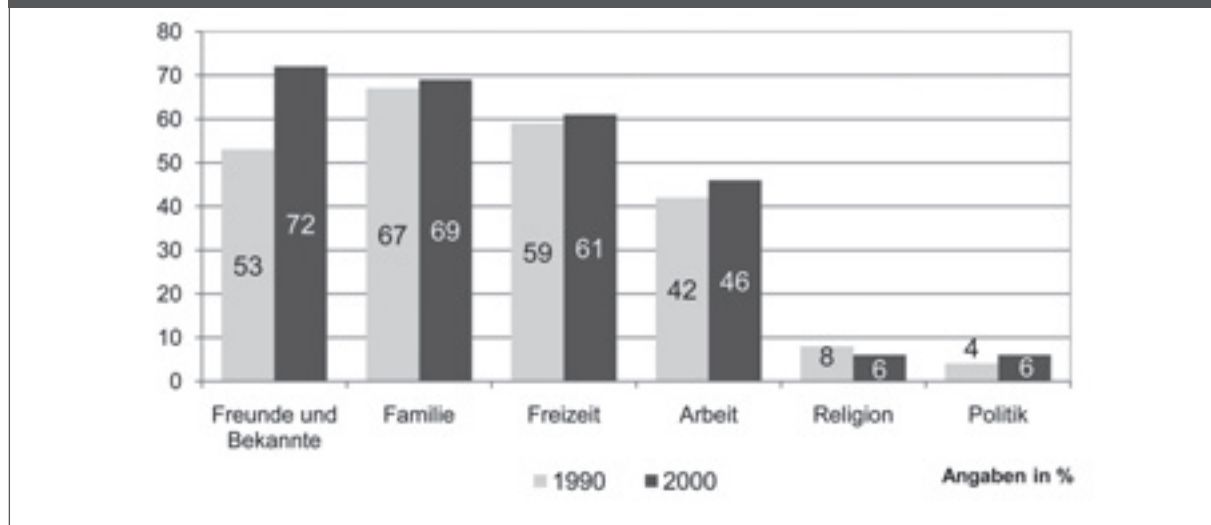
Abbildung 17: Werteorientierung nach Geschlecht



Quelle: Shell-Studie „Jugend 2006“: 182

Darstellung der Mittelwerte auf einer Skala von 1 (=unwichtig) bis 7 (=außerordentlich wichtig)

Auch die Österreichische Jugendwertestudie (Friesl 2001), in der Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 14 und 24 Jahren befragt wurden, brachte ganz ähnliche Ergebnisse: „Freunde und Bekannte“ sowie „die Familie“ stellen mit 72 % bzw. 69 % die beiden wichtigsten Lebensbereiche dar (Mehrfachnennungen waren möglich), erst danach folgen Freizeit (61 %) und Arbeit (49 %). Während der Stellenwert der Familie im Laufe von zehn Jahren (1990 bis 2000) nahezu unverändert (hoch) geblieben ist, haben Freunde und Bekannte einen großen Bedeutungszuwachs erfahren (von 53 auf 72%), wie der nachfolgenden Abbildung 18 zu entnehmen ist.

Abbildung 18: Sehr wichtige Lebensbereiche der 16- bis 24-Jährigen im Zeitvergleich

Quelle: Friesl 2001: 54

Soziale Intimität, die in Form von Liebes- und Freundschaftsbeziehungen gelebt wird, stellt erwiesenermaßen im Verlauf des Erwachsenenalters eine notwendige Voraussetzung für ein Gefühl psychischen Wohlbefindens dar (vgl. z. B. Fernandez-Ballesteros 2002).

Wird das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit nicht erfüllt, reagieren Menschen mit sozialem Rückzug und mit Gefühlen von Traurigkeit, Verletztheit, Einsamkeit, Eifersucht, Schuld und Scham (vgl. Leary et al. 2001). Soziale Zurückweisung ruft zudem häufig auch aggressives Verhalten hervor (vgl. Twenge et al. 2001) und kann negativen Einfluss auf die kognitive Leistungsfähigkeit nehmen – in einer Reihe von Untersuchungen von Baumeister et al. (2002) schnitten Personen, die sich sozial ausgeschlossen fühlen, in Leistungstests schlechter ab und erzielten auch niedrigere IQ-Werte.

Insbesondere im Kindesalter kommt dem Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit im Zusammenhang mit der Entwicklung von Bindungen eine wesentliche Bedeutung zu. Die umfassenden negativen Folgen des Fehlens einer (oder mehrerer) stabilen emotionalen Beziehung(en) in den ersten Lebensjahren wurden im Rahmen der Bindungsforschung bereits vor mehreren Jahrzehnten in zahlreichen Studien belegt. John Bowlby, der als Begründer der Bindungstheorie gilt, führt in seinem 1953 erschienenen Werk „Child care and the growth of love“ (deutsch: „Mutterliebe und kindliche Entwicklung“; Neuauflage 1995) eine Vielzahl von Untersuchungen an, die unter anderem mangelndes soziales Einfühlungsvermögen und ein Fehlen von Mitgefühl, aggressives sowie delinquentes Verhalten (Stehlen etc.), Lernstörungen sowie psychische Erkrankungen (Depression etc.) als negative Folgen früher Bindungsstörungen ausweisen. René Spitz (1945) wies nach, dass bei Heimkindern, die ohne eine Bezugsperson aufwuchsen, Entwicklungsstörungen bis hin zum Hospitalismus die Folge waren. Es zeigten sich Sprachstörungen, Störungen der Persönlichkeitsentwicklung und Defizite hinsichtlich der kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Skeels (1966) ließ eine Gruppe von als „geistig zurückgeblieben“ klassifizierten Heimkindern in ein Heim für intellektuell behinderte Frauen verlegen, wo die Kinder uneingeschränkte emotionale Zuwendung von ihrer jeweiligen Pflegemutter erhielten. Ein Ver-

gleich nach zwei Jahren mit im Heim verbliebenen normal intelligenten Kindern ergab verbesserte Intelligenzleistungen der „Adoptivkinder“ und ein Entwicklungsdefizit der im Heim verbliebenen Kinder, was sich bis ins Erwachsenenalter hinein nachweisen ließ (Skeels 1966, zitiert in Ahnert 2004).

Zahlreiche Studien aus jüngerer Zeit befassen sich mit dem Einfluss früher Bindungserfahrung auf die Entwicklungsprozesse des Gehirns. So besagt die neuropsychologische Hypothese (vgl. z. B. Braun/Bogerts 2000), dass frühe emotionale Erfahrungen (d. h. vor allem die Eltern-Kind-Interaktion) maßgeblich in die funktionelle Reifung des Gehirns eingreifen – in positiver Weise bei ausreichender Zuwendung, in drastisch negativer Weise im Falle der Deprivation. Zahlreiche Studien berichten auch über neurochemische und endokrine Veränderungen aufgrund negativer Bindungserfahrungen (z. B. Heim/Nemeroff 2001, Ladd et al. 2000). Diese strukturellen, neurochemischen und endokrinen Veränderung üben starken Einfluss auf Motorik, Emotion und Denken aus und stehen in engem Zusammenhang mit späteren Verhaltensstörungen bis hin zur Delinquenz sowie Lernstörungen und einer Neigung zu Suchtverhalten.

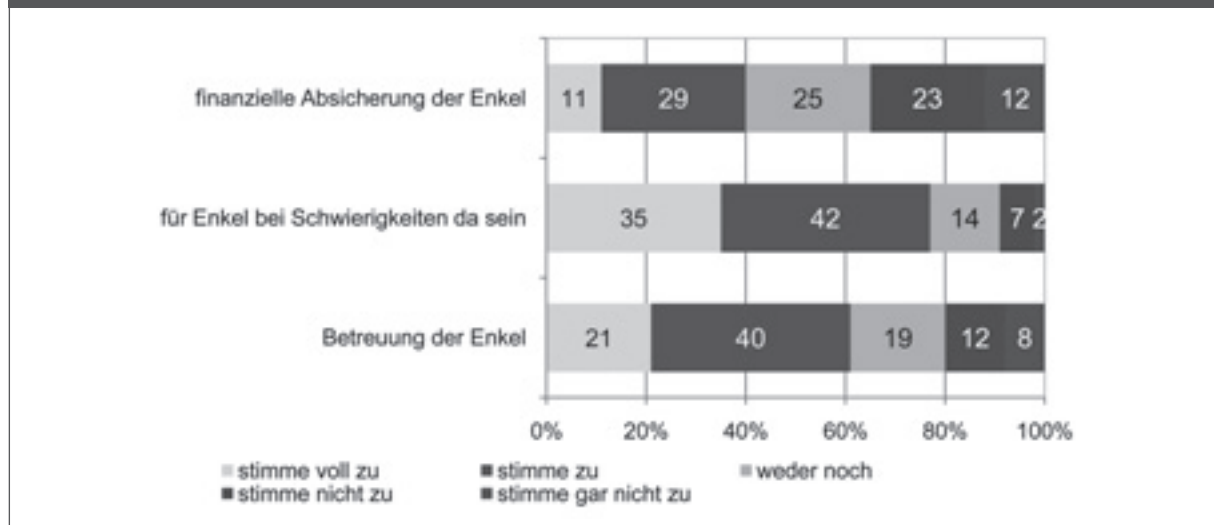
1.2.3.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses

Innerfamiliär

Gerade für das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit stellt die Familie eine zentrale Quelle dar. Sind in Bezug auf die Herkunftsfamilie zumeist Eltern und Geschwister, aber auch andere Verwandte wie etwa die Großeltern zu nennen, so sind es in der Gründungsfamilie der Partner oder die Partnerin, eigene Kinder, später vielleicht auch Enkelkinder, die in dieser Hinsicht eine wesentliche Rolle spielen. Auch positive, herzliche Beziehungen zu Mitgliedern der Herkunftsfamilie des Partners bzw. der Partnerin sind in diesen innerfamiliären Kontext zu stellen.

Die Voraussetzungen für die Erfüllung dieses Bedürfnisses liegen dabei primär in den einzelnen Familienmitgliedern selbst begründet – Bindungsfähigkeit und -bereitschaft sowie soziale Kompetenzen im Allgemeinen zählen hierbei zu den wichtigsten Kriterien. Familie ist dabei nicht zwangsläufig im Sinne der Kernfamilie („Vater-Mutter-Kind(er)“) zu verstehen, sondern schließt selbstverständlich auch Großeltern und andere Verwandte ein, zu denen ein Kontakt besteht. Gerade die Großeltern nehmen hier eine wichtige Position ein. Besonders in den ersten drei Lebensjahren des Kindes werden die Großeltern Einrichtungen oder Tagesmüttern klar vorgezogen, wenn es um die Betreuung der Kinder geht (vgl. z. B. Kaindl/Dörfler 2007). Nach einer Auswertung des SHARE-Datensatzes von 2004⁹ (Wernhart et al. 2008) sehen es 61 % der Großeltern als ihre Pflicht an, die Enkel zeitweise zu betreuen. Fast ein Viertel der Großeltern (Großmütter 23,2 %, Großväter 21,4 %) gibt an, Enkelkind(er) zumindest einmal in der Woche zu betreuen (vgl. Abb. 19). So entstehen vielfach auch zwischen Großeltern und Enkelkindern sehr früh enge Bindungen.

⁹ Die SHARE-Studie (Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. 50+ Europe) wurde in den Jahren 2004 und 2005 in elf europäischen Ländern (einschließlich Österreich) durchgeführt.

Abbildung 19: Enkelbetreuung als Pflicht der Großeltern

Quelle: Wernhart et al. 2008: 97

Ein weiterer Faktor, der bereits bei der Diskussion der (emotionalen) Sicherheit angesprochen wurde und eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung des Bedürfnisses nach Liebe und Zugehörigkeit darstellt, ist die Verfügbarkeit von gemeinsam verbrachter Zeit. Diese ist in der Beziehung zwischen Eltern und Kinder ebenso von wesentlicher Bedeutung wie in der Partnerschaft oder der Großeltern-Enkelkinder-Beziehung.

Die Bedeutung früher Bindungserfahrungen, die im Normalfall in der Familie stattfinden, und die weitreichenden Konsequenzen des Fehlens stabiler emotionaler Beziehungen wurden bereits weiter oben erörtert. Um die Etablierung einer sicheren Bindung sicherzustellen, ist neben den oben genannten Kriterien wie der Bindungsfähigkeit auch Sensitivität vonnöten, d. h. das Wissen um kindliche Bedürfnisse und das sensible, den Entwicklungsstand berücksichtigende Eingehen auf das Kind. Wie gut die Eltern diese Aufgabe zu erfüllen vermögen, ist nicht zuletzt von den Bindungserfahrungen abhängig, welche die Eltern selbst gemacht haben. Daneben sind aber zweifellos auch Kenntnisse entwicklungspsychologischer Hintergründe hilfreich, um das Verhalten des Kindes besser verstehen und adäquat(er) darauf reagieren zu können. Ahnert (2009) weist darüber hinaus darauf hin, dass erweiterte Beziehungsnetze die Sensitivität der Mutter keineswegs unterminieren, sondern im Gegenteil hilfreich sind, um die eigene Betreuung sensitiv auszugestalten und eine gute Beziehung zu dem Kind zu entwickeln.

Gesellschaftspolitisch

Auf gesellschaftspolitischer Ebene ist wiederum die Verfügbarkeit von Familienzeit angesprochen, deren Bedeutsamkeit für die innerfamilialen Beziehungen unbestritten ist. Weiters kann es als gesellschaftspolitische Aufgabe gesehen werden, realistische Vorstellungen von Partnerschaft zu unterstützen.

Da bereits im frühen Kindesalter häufig nicht nur die Eltern und Familienangehörige, sondern auch außerfamiliale Betreuungspersonen wichtige Bezugspersonen sind, sollte den Bindungserfahrungen, die das Kind etwa in der Krippe oder bei der Tagesmutter macht, ebenfalls ausreichend Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auf staatlicher Seite kommt

dabei der Qualitätssicherung im außerfamilialen Betreuungsbereich eine wichtige Bedeutung zu. Es muss sichergestellt werden, dass das einzelne Kind entsprechende Bedingungen vorfindet, um zu den Betreuungspersonen (und auch zu den mitbetreuten Kindern) stabile emotionale Bindungen herstellen zu können.¹⁰ Auf Seiten der Betreuungspersonen hat sich neben Bindungsbereitschaft und Sensitivität auch die Ausbildung als Einflussfaktor erwiesen. So konnte in einer amerikanischen Untersuchung (Layzer/Goodson/Moss 1993) festgestellt werden, dass Fachkräfte mit höherer Ausbildung (College-Abschluss) häufiger mit einzelnen Kindern interagierten, responsiver waren und öfters positive Techniken der Verhaltenskontrolle anwandten.

1.2.4 Bedürfnis nach Wertschätzung

1.2.4.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung

Gegenseitige Wertschätzung, die in einem Gleichgewicht des emotionalen oder materiellen Austausches zum Ausdruck kommt, ist ein essenzieller Bestandteil sozialer Beziehungen.

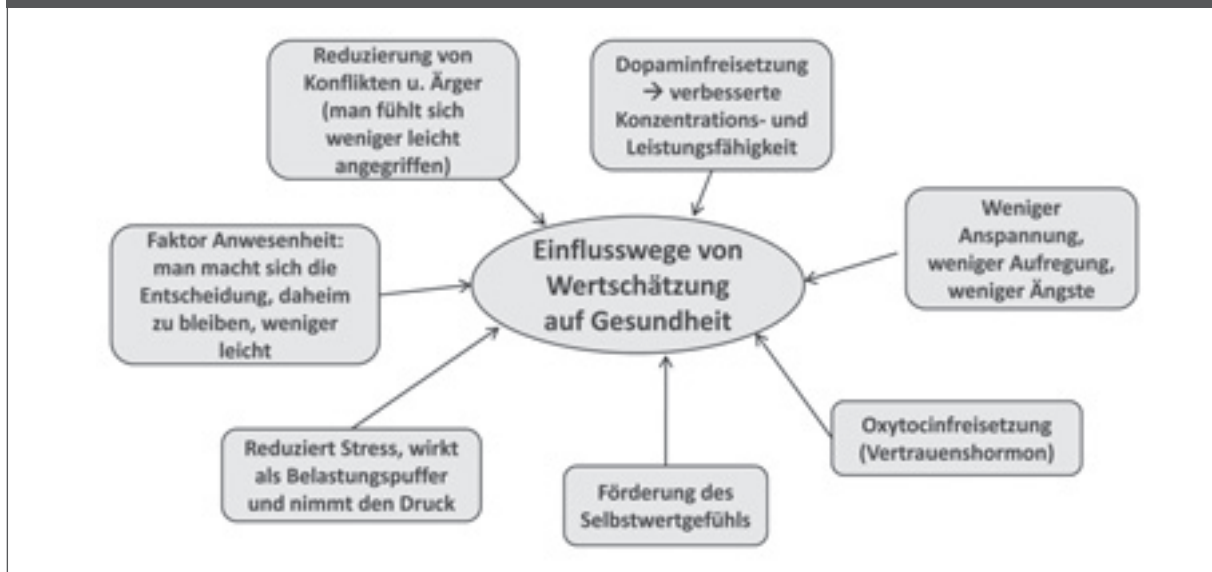
Wertschätzung oder auch ein Fehlen derselben kann in den verschiedensten Lebensbereichen erlebt werden, in denen informelle und formelle soziale Interaktionen stattfinden. Der private Bereich der Familie bzw. des Freundeskreises ist hier ebenso angesprochen wie Erwerbsleben und Schule. Auch z. B. die ehrenamtliche Tätigkeit in einem Verein lebt davon, dass die entsprechenden Aktivitäten persönliche oder gesellschaftliche Anerkennung finden.

Erlebte Wertschätzung kann als hilfreiche Ressource in Krisensituationen dienen. In einer Untersuchung von Laux et al. (1996) gehörte gegenseitige Akzeptanz und Wertschätzung innerhalb der Familie zu den zehn am häufigsten genannten wirksamen Bewältigungs- und Präventionsstrategien bei der Bewältigung eines belastenden Ereignisses bzw. der Prävention desselben.

Siegrist (2005, 2004, 1996) identifizierte im Rahmen von Mitarbeiterbefragungen drei Bereiche, an denen (berufliche) Anerkennung gemessen wird: erstens angemessene Bezahlung, zweitens Lob, Anerkennung und ein respektvoller Umgang miteinander und drittens die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln. Dabei wird die Gewichtung dieser drei Bereiche von der jeweiligen Persönlichkeit, aber auch von der spezifischen Situation abhängig sein. Die kontinuierliche Bestätigung durch Vorgesetzte, dass die geleistete Arbeit geschätzt wird, kann materielle Nachteile z. B. in schlecht bezahlten Branchen akzeptabler erscheinen lassen. Umgekehrt ist es fraglich, ob ein hohes Gehalt ein negatives Betriebsklima oder gar das Erleben von Mobbing wettmachen kann.

Matyssek (2007) unterstreicht die positiven Auswirkungen von Wertschätzung sowohl im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes als auch in Hinblick auf den/die Arbeitgeber/-in. Wertschätzung trägt nicht nur zum Wohlbefinden der Mitarbeiter/-innen bei, sondern fördert auch das Engagement und die Loyalität dem Betrieb gegenüber. In Abbildung 20 ist eine Reihe von positiven Effekten auf die Gesundheit dargestellt.

¹⁰ Merkmale einer solchen an den kindlichen Bedürfnissen orientierten Betreuung sind im an Kapitel 1.2 anschließenden Exkurs dargestellt.

Abbildung 20: Einflusswege von Wertschätzung auf Gesundheit

Quelle: Matussek (2007), eigene Darstellung ÖIF

Auch in der Erziehung spielt Wertschätzung eine zentrale Rolle. Zum einen stellt die Wertschätzung, die ein Kind in der Familie erlebt – oder eben nicht erlebt –, einen wichtigen Aspekt seiner Bindungserfahrung dar. Zum anderen bildet Wertschätzung auch einen Wert im Umgang miteinander, der im Rahmen der Erziehung vermittelt wird. Neben der Wertschätzung, die dem Kind entgegengebracht wird, geht es dabei auch um Wertschätzung, die von den Eltern eingefordert wird. Im Idealfall stellt die Familie den Ort dar, an dem das Kind in einem Klima von gegenseitiger Achtung und Respekt aufwächst, an dem kooperatives Handeln erlernt wird. Die Bedeutung der Wertschätzung in der Erziehung wird etwa von Thomas Gordon (1972) besonders hervorgehoben und stellt die Basis des nach ihm benannten Familientrainings dar. Dieses auf dem personenzentrierten Ansatz nach Rogers¹¹ (1971) basierende Kommunikationsmodell nimmt sowohl die Bedürfnisse der Eltern als auch jene der Kinder wichtig und soll Eltern und Kinder dabei unterstützen, eine positive Beziehung zueinander aufzubauen, die unter anderem durch eine „niederlagelose Konfliktlösung“ geprägt ist (vgl. Gordon 1972).

Generell stellt mangelnde Wertschätzung eine starke psychische Belastung dar. Die so genannte „Gratifikationskrise“ nach Siegrist (1996, 2005) beschreibt ein Modell der Krankheitsentstehung, das davon ausgeht, dass die mangelnde Belohnung des eigenen Einsatzes z. B. im Beruf durch Faktoren wie Lohngerechtigkeit, Prestige, Karriere- und Einflussmöglichkeiten psychische und psychosomatische Erkrankungen nach sich zieht. Menschen, bei denen die Bilanz zwischen Leistung und Anerkennung nicht stimmt, sind mit einem erhöhten Risiko konfrontiert, Herz- und Kreislauferkrankungen, Diabetes oder psychische Leiden wie Depressionen zu entwickeln, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil sie zumeist generell ein weniger gesundheitsbewusstes Verhalten (vermehrtes Rauchen, Stresstrinken, ungesunde Ernährung ...) an den Tag legen.

¹¹ C. Rogers; Begründer der klientenzentrierten Psychotherapie; neben Maslow wichtigster Vertreter der humanistischen Psychologie.

Mangelnde Wertschätzung ist nicht nur in beruflichen, sondern auch in privaten Zusammenhängen mit großem Stresserleben und negativen Konsequenzen verbunden. In einer Untersuchung von Knesebeck/Siegrist (2004) erwiesen sich Personen, die mangelnde Wertschätzung in ihrer Beziehung erlebten, als in ihrem subjektiven Wohlbefinden stark beeinträchtigt und zeigten viel höhere Depressionswerte als Personen, die sich wertgeschätzt fühlten.

Mangelnde Wertschätzung in der Partnerschaft erhöht naturgemäß auch die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Trennung bzw. Scheidung (Gottman 2002: 1994). Gottman beobachtete die Mimik von Paaren während eines Streitgesprächs und stellte fest, dass Paare, die mit weniger Anerkennung und Wertschätzung kommunizierten, sich häufiger nach einigen Jahren trennten.

1.2.4.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses

Innerfamiliär

Ähnlich wie in Hinblick auf das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit ist auch Wertschätzung etwas, das Fähigkeiten und eine grundlegende Bereitschaft zur Umsetzung voraussetzt. Wiederum stellt die Wertschätzung, die man selbst erfahren hat, eine Ressource für eigenes wertschätzendes Verhalten dar. Als eine wichtige Komponente kann auch die Bereitschaft zur Selbstreflexion angesehen werden, um nicht nur mangelnde Wertschätzung, die durch offenkundige Missachtung und Abwertung ausgedrückt wird, identifizieren zu können, sondern auch sensibel für subtilere Formen mangelnder Wertschätzung zu sein (z. B. Negieren von Emotionen – „Das tut ja gar nicht weh“).

Einen interessanten Aspekt im Hinblick auf die Wertschätzung des Kindes in der Familie bringt Dornes (2006) ein. Er argumentiert, dass das Verschwinden der materiellen Bedeutung des Kindes (als Arbeitskraft, als „Pensionsvorsorge“), die in früheren Jahrhunderten den Regelfall darstellte, ungeachtet der positiven Konsequenzen für das Kindeswohl gleichzeitig zu einem Bedeutungsverlust und damit einem Verlust an impliziter Wertschätzung geführt hat. Mit dem materiellen Bedeutungsverlust ging eine emotionale Aufwertung des Kindes einher, die sich dadurch auszeichnet, dass die Ausbildung eines gesunden Selbstwertgefühls und einer stabilen Identität nun in erheblichem Umfang auf psychologischen Kommunikationsprozessen innerhalb der Familie und weitaus weniger auf dem Bewusstsein des „Gebraucht-Werdens“ beruht (Dornes 1996). Dies weist einerseits auf die Wichtigkeit eben dieser Kommunikationsprozesse in der Familie hin, andererseits kann daraus die Überlegung abgeleitet werden, dass die Übernahme von Verantwortung durch das Kind im nicht ausbeuterischen Sinn (z. B. für kleinere Haushaltspflichten) durchaus auch als eine Möglichkeit der impliziten Wertschätzung in Betracht gezogen werden kann.

Gesellschaftspolitisch

Auf gesellschaftspolitischer Ebene ist eine politische Sensibilität gegenüber Themen vonnöten, wo mangelnde Wertschätzung gegeben ist. In vielen Bereichen ist die gesellschaftliche Realität von nicht auf den ersten Blick offensichtlichen Merkmalen mangelnder Wertschätzung geprägt, etwa in Bezug auf das Geschlechterverhältnis oder den Arbeitsmarkt. Dies zeigt sich etwa, wenn als männlich definierte Eigenschaften höher bewertet

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

werden wie als weiblich definierte oder wenn weiblich dominierte Beschäftigungsfelder schlechter entlohnt werden als männlich dominierte. Hier gilt es, diese Bereiche zu identifizieren und mit Hilfe zielgerichteter politischer Maßnahmen (gesetzliche Regelungen, Anreizsysteme für Unternehmen, Medienkampagnen ...) gegenzusteuern.

Generell ist ein gesellschaftliches Klima anzustreben, das Vielfalt akzeptiert und es beispielsweise ermöglicht, auch Lebensmodelle wählen zu können, die nicht der Norm entsprechen (z. B. gleichgeschlechtliche Partnerschaften), ohne gravierende Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Ebenso sollte Wertschätzung die Basis jeglicher Integrationsbestrebungen bilden, die sich auf Migrant/-innen, aber auch auf Menschen mit besonderen Bedürfnissen beziehen können.

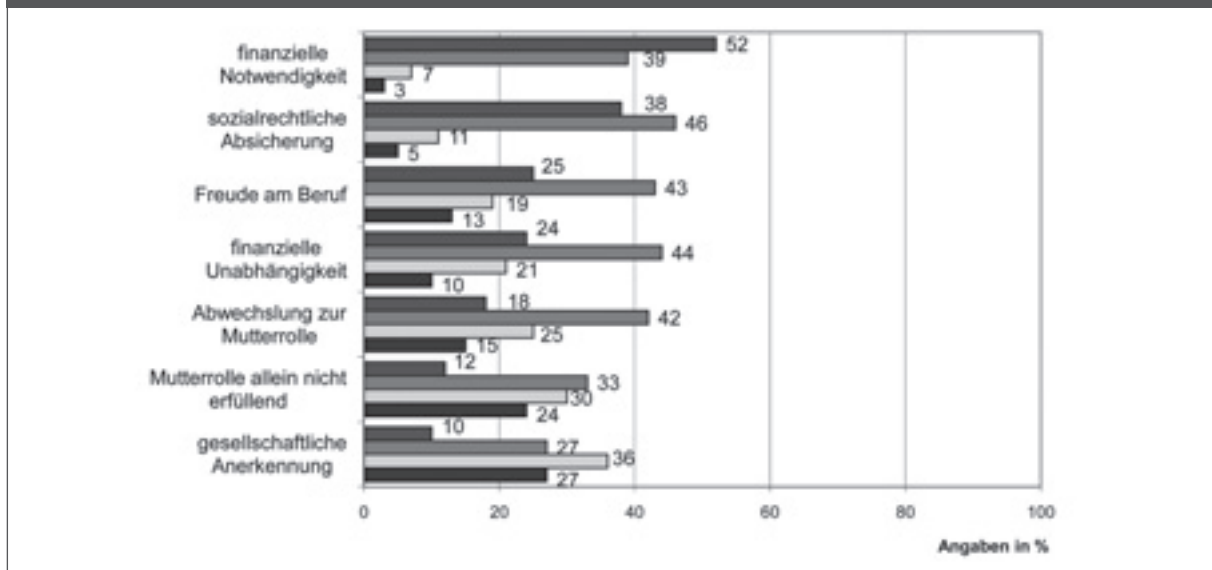
Eine wichtige Ausdrucksmöglichkeit von Wertschätzung besteht in der Möglichkeit zur Mitbestimmung und Partizipation z. B. im Sinne der Einbeziehung von Familien (Jugendlichen, Senioren ...) in politische Entscheidungsbereiche, von denen diese Personengruppen betroffen sind. Auch die institutionalisierte Sichtbarmachung und Vertretung von Personengruppen (z. B. von Familien durch die Familienreferate der Bundesländer) kann als Ausdruck der Wertschätzung verstanden werden.

1.2.5 Bedürfnis nach Selbstverwirklichung

1.2.5.1 Definition, Status quo und mögliche Folgen der Nichterfüllung

Selbstverwirklichung als das Streben, sein Leben im Einklang mit den ureigensten Begabungen und Neigungen gestalten zu können, wird zuweilen in einen eher negativ besetzten Kontext gestellt; so wird das Motiv „Selbstverwirklichung“ im Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit von Müttern häufig kritisch gesehen. In einer Wertestudie des ÖIF (Rille-Pfeiffer/Kapella 2007) sah etwa rund ein Drittel der Befragten in der „Freude am Beruf“ keine ausreichende Rechtfertigung für die Erwerbstätigkeit einer Mutter eines unter dreijährigen Kindes (vgl. Abb. 21).

Abbildung 21: Gründe für die Erwerbstätigkeit von Frauen mit einem unter dreijährigen Kind



Quelle: Kapella & Rille-Pfeiffer 2007: 34

Selbstverwirklichung des/der Einzelnen wird naturgemäß umso schwieriger, je mehr (unterschiedliche) Interessen unter einen Hut zu bringen sind. In diesem Sinne ist Selbstverwirklichung im Kontext der Familie schwieriger als für eine alleinstehende Person. Das Zusammenleben mit anderen Menschen macht immer auch Kompromisse und die zumindest zeitweise Rückstellung eigener Interessen erforderlich. Umgekehrt kann die Familie (eine Partnerschaft, das Zusammenleben mit Kindern) in Hinblick auf die Verwirklichung der eigenen Begabungen und Interessen einerseits Quelle, andererseits auch Ressource sein. Die Erziehung von Kindern kann ein wichtiges Element der Selbstverwirklichung darstellen, und die Familie, der Partner oder die Eltern können wertvolle Unterstützung bei der Förderung der persönlichen Begabungen des/der Einzelnen leisten. Auch die Familiengründung selbst und das Zusammenleben mit einem/einer Partner/-in ermöglicht es, das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung zu befriedigen.

Mit dem Thema „Selbstverwirklichung“ ist im Familienkontext bzw. im Kontext der Elternschaft immer auch das Thema „Vereinbarkeit“ angesprochen, also das Bedürfnis, die verschiedenen Lebensbereiche (wie Erwerbstätigkeit, Elternschaft und Partnerschaft) in einem subjektiv passenden zeitlichen Verhältnis zueinander leben zu können. Selbstverwirklichung meint aber auch, innerhalb der einzelnen Bereiche sein Potenzial entfalten und sich weiterentwickeln zu können, also beispielsweise im Erwerb oder in der Schule.

Selbstverwirklichung im Sinne von Erikson (1976) kann auch als die erfolgreiche Bewältigung von Entwicklungsaufgaben, die je nach Lebensalter unterschiedlich gestaltet sind, gesehen werden (vgl. Abbildung 22). So besteht etwa im frühen Erwachsenenalter die zentrale Aufgabe in der Entwicklung der Fähigkeit, tiefe emotionale, moralische und sexuelle Bindungen zu anderen Menschen einzugehen und somit die Krise „Intimität versus Isolation“ zu bewältigen. Die Entwicklungsaufgabe des mittleren Erwachsenenalters (30 bis 50 Jahre) wiederum sieht Erikson in der Generativität, die durch die Übernahme von

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Verantwortung anderen gegenüber geprägt ist. Dies kann im familiären Alltag im Rahmen der Kindererziehung ebenso gelebt werden wie im Erwerbsleben, wenn etwa Erfahrungen an jüngere Mitarbeiter/-innen weitergegeben werden.

Abbildung 22: Psychosoziale Entwicklung (nach Erikson)

Psychosoziale Entwicklung (nach Erikson)	
▪ Vertrauen versus Misstrauen	1 Jahr
▪ Autonomie versus Scham, Zweifel	2–3 Jahre
▪ Initiative versus Schuldgefühl	3–5 Jahre
▪ Fleiß versus Unterlegenheit	bis Pubertät
▪ Identität versus Rollendiffusion	Adoleszenz
▪ Fruchtbarkeit versus Stagnation	frühes Erwachsenenalter
▪ Integrität versus Verzweiflung	spätes Erwachsenenalter

Quelle: eigene Darstellung ÖIF

Gelingt die Vereinbarkeit der verschiedenen Lebensbereiche nicht oder nur sehr schwer, fühlen sich die Betroffenen oft unzufrieden und überfordert. Stress, Burn-out sowie psychosomatische und psychische Erkrankungen können schließlich aus einem langfristigen Scheitern resultieren, die verschiedenen Lebensbereiche unter einen Hut zu bringen (vgl. z. B. Gamber/Börkircher 2008).

Zweifellos hat die antizipierte Schwierigkeit bei der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben weitreichende gesellschaftspolitische Konsequenzen – so ist hinlänglich bekannt, dass sich (industrialisierte) Länder, in denen sich Familie und Erwerb (für Frauen) nur schwer vereinbaren lassen, durch besonders niedrige Geburtenraten auszeichnen (vgl. z. B. Eichhorst/Thode 2002, Rosenberger 1999).

Menschen, denen es erschwert oder verunmöglicht wird, ihr Begabungs-Potenzial zu entfalten, laufen wiederum Gefahr, in Schule oder Beruf zu versagen, woraus sich in weiterer Folge Probleme auf dem Arbeitsmarkt mit all ihren negativen Konsequenzen (Armutgefährdung etc.) ergeben.

1.2.5.2 Voraussetzungen für die Erfüllung des Bedürfnisses

Innerfamiliär

Damit die einzelnen Familienmitglieder sich entsprechend ihren Neigungen und Begabungen entfalten können, ist Kooperation und gegenseitige Unterstützung unumgänglich. Dies kann etwa im Rahmen einer Partnerschaft bedeuten, einander durch Arbeitsteilung Freiräume zu schaffen. Dabei kommt einer angemessenen, von gegenseitigem Respekt

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

geprägten Kommunikation, in der eigene Wünsche und Bedürfnisse formuliert werden und Lösungsmöglichkeiten für Konflikte diskutiert werden können, ein hoher Stellenwert zu (vgl. z. B. Bodenmann 2000).

Gleichzeitig kann die Verfügbarkeit von finanziellen oder auch gesundheitlichen und nicht zuletzt zeitlichen Ressourcen für verschiedene Aspekte der Selbstverwirklichung von wesentlicher Bedeutung sein. Die Verwirklichung der persönlichen Interessen und Möglichkeiten wird etwa massiv erschwert, wenn der Sicherstellung der materiellen Grundlage tagtäglich ungeachtet (anderer) persönlicher Bedürfnisse absolute Priorität eingeräumt werden muss.

Im Hinblick auf das Kind kommt dem Aspekt der Förderung und Unterstützung durch die Eltern ein zentraler Stellenwert zu. Dies betrifft etwa die Wahl einer geeigneten Schule oder Ausbildungsstelle, die den Fähigkeiten und Interessen des Kindes so gut wie möglich entgegenkommen sollte. Dabei ist es jedoch wichtig, nicht nur den Leistungsaspekt, sondern immer auch die Gesamtpersönlichkeit des Kindes im Blick zu haben und Kindern etwa auch ausreichend die Möglichkeit zu freiem Spiel ohne gleichzeitigen Förderanspruch zu bieten. Das Spiel als „zentrale Tätigkeitsform des kindlichen Lebens“ (Mogel 1994: 10) stellt für das Kind eine bedeutsame Quelle der Selbstverwirklichung und gleichzeitig eine Voraussetzung für die gesunde emotionale, soziale und auch körperliche Entwicklung dar. Das Zurverfügungstellen fein- und grobmotorischer Spielmöglichkeiten, die allein und mit anderen Kindern genutzt werden können, leistet einen wichtigen Beitrag zur kindlichen Entwicklungsförderung und Selbstverwirklichung.

Im Jugendalter kommt dem Aspekt der Selbstverwirklichung eine besondere Bedeutung zu. Selbstverwirklichung findet im Sinne der Identitätsfindung statt, die nach Erikson (1976) die zentrale Entwicklungsaufgabe dieser Lebensphase darstellt, häufig in Form einer Abgrenzung zu den Eltern und deren Normen und Werten. Eine wesentliche Voraussetzung auf innerfamiliärer Ebene für die erfolgreiche Bewältigung der damit verbundenen Veränderungen und auch Gefahren (z. B. Ausprobieren von Drogen) stellt nicht zuletzt das erzieherische Verhalten der Eltern dar. So konnte Baumrind (1991: 2008) nachweisen, dass in Familien mit autoritativem Erziehungsstil, der durch hohe „assertive control“¹² sowie „supportive control“¹³ gekennzeichnet ist, die günstigsten Entwicklungsbedingungen für Jugendliche gegeben sind. Diese Jugendlichen erwiesen sich in der Studie von Baumrind (1991) als besonders kompetent und prosozial, hatten keine Neigung, Probleme zu verinnerlichen, und zeigten auch nur eine sehr geringere Tendenz zum Drogengebrauch. Demgegenüber zeigten Jugendliche aus sogenannten „desinteressierten Familien“, die im Bereich der „assertive“ sowie „supportive control“ geringe Werte aufwiesen, am wenigsten prosoziales Verhalten, jedoch eine hohe Neigung zur Verinnerlichung von Problemen sowie zum Drogengebrauch.

¹² Assertive control (sich behauptende Kontrolle): feste, klare, nicht restriktive Überwachung des jugendlichen Lebensstils; beinhaltet auch Konfrontation bzw. Bekräftigung von Regeln

¹³ Supportive control (unterstützende Kontrolle): einfühlbare Hilfe, unterstützende Erklärung zur Beeinflussung jugendlicher, intellektuelle Anregung und Förderung der Individuation.

Gesellschaftspolitisch

Hier sind vor allem bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu nennen, die bei der Befriedigung des Bedürfnisses nach Selbstverwirklichung unterstützend eingreifen können. Beispielsweise gilt es der Abhängigkeit der Bildung vom sozialen Status der Eltern entgegenzuwirken. Insgesamt sind hier unterschiedliche Aspekte des Schul- und Bildungssystems zu überdenken. So muss zum Beispiel Förderung sowohl beim Vorliegen von Leistungsdefiziten als auch bei besonderer Begabung erfolgen, die es zumeist erst zu identifizieren gilt.

Eher im Umfeld der klassischen Familienpolitik angesiedelt sind jedoch Maßnahmen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb erleichtern. Die Verfügbarkeit ausreichender, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuungsplätze oder die Familienfreundlichkeit von Unternehmen sind bekannte Forderungen, die dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung Rechnung tragen.

Eine wesentliche Voraussetzung, damit Menschen ihr Potenzial entfalten können, stellt auch die Bekämpfung der Armut dar, da das Vorhandensein einer finanziellen Notlage häufig nur wenig Spielraum für individuelle Bedürfnisse und Wünsche lässt und die Handlungsfähigkeit massiv einzuschränken vermag.

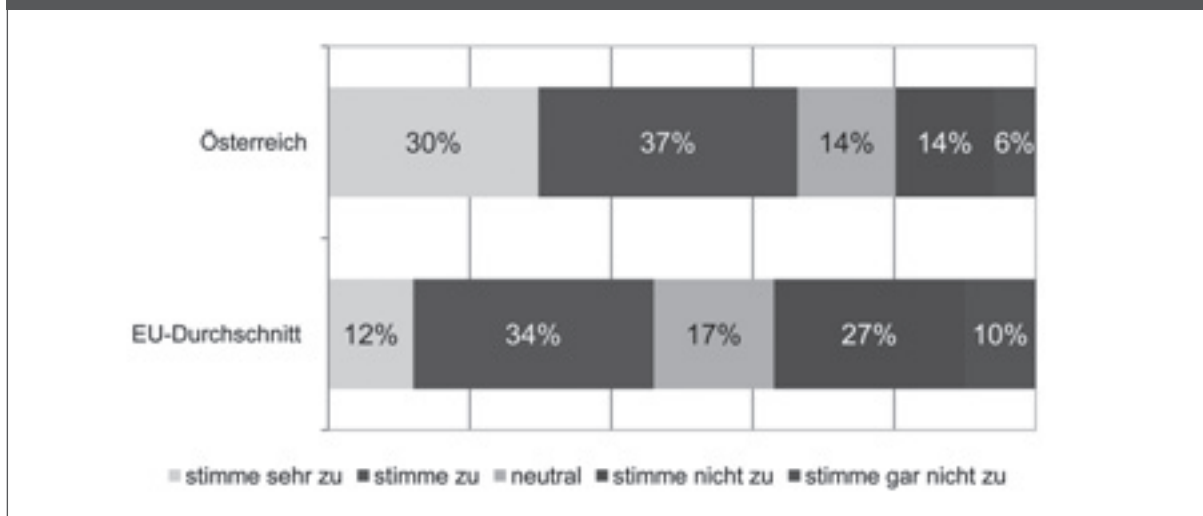
Im Hinblick auf die kindlichen Lebenswelten und die Bedeutung des Spiels sei nochmals auf die Bedeutung der kindgerechten Raumplanung im Sinne der Schaffung ausreichender Bewegungsräume hingewiesen (vgl. Abschnitt „körperliche Grundbedürfnisse“). Jugendlichen wiederum sollten von Seiten der Gesellschaft in einem Klima der Akzeptanz und Toleranz positive Orientierungsmöglichkeiten, Unterstützungsangebote sowie Möglichkeiten zur Partizipation und Übernahme von Verantwortung geboten werden.

EXKURS: Die Erwerbstätigkeit von Müttern – Beispiel für einen Bedürfniskonflikt?

Die Erwerbstätigkeit kann grundsätzlich als Quelle für die Befriedigung verschiedener Bedürfnisse angesehen werden – neben dem Bedürfnis nach materieller Absicherung kann im Rahmen der Erwerbstätigkeit im Idealfall auch das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung sowie nach Selbstverwirklichung bedient werden. Ebenso ermöglicht die Integration in das Erwerbsleben eine Vielzahl an sozialen Beziehungen.

Auf der anderen Seite wird die Erwerbstätigkeit von Müttern (vor allem in den ersten Lebensjahren des Kindes) kritisch in Hinblick auf die Bedürfnisse des Kindes hinterfragt. Eine Auswertung des ISSP (vgl. Wernhart 2007) ergab beispielsweise, dass im Jahr 2002 71 % der befragten Männer und 62 % der befragten Frauen der Aussage zustimmten, dass ein Kind im Vorschulalter¹⁴ unter der Erwerbstätigkeit der Mutter leide (vgl. Abb. 23). In Österreich findet diese Aussage die zweithöchste Zustimmung innerhalb von 20 europäischen Ländern und liegt somit weit über dem EU-Durchschnitt (vgl. Abb. 21).

¹⁴ Obgleich in den meisten Studien von „Kindern im Vorschulalter“ die Rede ist, hat sich die Diskussion hinsichtlich der Akzeptanz weiblicher Erwerbstätigkeit und der damit zumeist verbundenen außerhäuslichen Betreuung der Kinder zunehmend auf die Null- bis Dreijährigen zugespielt. Diese Altersgruppe soll auch im Mittelpunkt der anschließenden Überlegungen stehen.

Abbildung 23: Ein Vorschulkind leidet unter der Erwerbstätigkeit der Mutter

Quelle: Wernhart 2007 (basierend auf ISSP 2002): 14

Ebenso wurde von etwa zwei Drittel der Männer und Frauen eine negative Auswirkung auf das Familienleben erwartet, wenn die Frau Vollzeit erwerbstätig ist. Das heißt, dass offenbar die Erwerbstätigkeit der Frau nicht nur in Konkurrenz zu den Bedürfnissen des Kindes gesehen wird, sondern auch negative Auswirkungen auf das Familienleben an sich erwartet werden.

Inwieweit durch die mütterliche Erwerbstätigkeit die Erfüllung der kindlichen Bedürfnisse in Frage gestellt wird, ob bzw. welche negativen Konsequenzen (z. B. auf die Eltern-Kind-Beziehung) damit verbunden sind und welche Lösung sowohl den Bedürfnissen des Kindes als auch jenen der Mutter gerecht wird, soll Gegenstand dieses Exkurses sein.

Dabei stellt sich zu allererst die Frage: Weshalb wird in Zusammenhang mit der mütterlichen Erwerbstätigkeit überhaupt das Vorliegen eines Bedürfniskonflikts vermutet? Zum einen steht dahinter die Prämisse, dass es ein Grundbedürfnis des Kindes darstellt, in den ersten Lebensjahren (fast) ausschließlich durch die Mutter betreut zu werden. Nur selten wird hingegen die Erwerbstätigkeit des Vaters im Konflikt mit den Bedürfnissen des Kindes gesehen.

Zum anderen wird häufig implizit vorausgesetzt, dass dem Bedürfnis des Kindes, möglichst viel Zeit mit der Mutter zu verbringen, das Bedürfnis der Mutter, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, gegenübersteht, dass also kindliche gegen mütterliche Bedürfnisse abgewogen werden müssen. Allerdings stellt sich die Situation in der Regel etwas komplexer dar – zumeist befindet sich die Mutter gleichsam selbst in einem inneren Bedürfniskonflikt, nämlich zwischen dem Bedürfnis, erwerbstätig zu sein, und jenem, möglichst viel Zeit mit dem Kind zu verbringen, was wohl nicht ausschließlich als gesellschaftlich induziertes „schlechtes Gewissen“ abgetan werden kann.

Wie bereits eingangs erwähnt, ist die Erwerbstätigkeit dazu geeignet, eine Reihe von Bedürfnissen zu erfüllen. Neben dem Bedürfnis nach materieller Sicherheit (aktuell und auch für die Zukunft, Stichwort Pension), kann durch die Nutzung und Weiterentwicklung der persönlichen Ressourcen (Bildung/Ausbildung, berufsrelevante Fähigkeiten) auch das

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Bedürfnis nach Selbstverwirklichung erfüllt werden. Ebenso stellt die Erwerbstätigkeit eine Quelle sozialer Wertschätzung dar, und nicht zuletzt kann im sozialen Umfeld der Berufswelt auch dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit Rechnung getragen werden.

Auf der anderen Seite wird vor allem durch den Umstand, dass in den ersten Monaten im Normalfall die Mutter den überwiegenden Teil ihrer Zeit gemeinsam mit dem Kind verbringt, eine starke Bindung zwischen Mutter und Kind etabliert. Vor allem, wenn in den ersten Monaten andere Betreuungspersonen wie etwa der Vater des Kindes kaum eingebunden sind, werden die (ungewohnten) Trennungssituationen, die mit dem Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit verbunden sind, von der Mutter oft als schmerzhaft erlebt. Dazu kommt häufig noch die Sorge, ob sich das Kind in der nicht mütterlichen Betreuung, die sehr häufig außerfamiliär stattfindet bzw. stattfinden muss, auch wohlfühlt.

Wie verhält es sich nun mit den Bedürfnissen des Kindes?

Für das Kind ist es von wesentlicher Bedeutung, dass seine körperlichen und emotionalen Grundbedürfnisse von verlässlichen erwachsenen Bezugspersonen, zu denen eine sichere Bindung besteht, erfüllt werden, wobei naturgemäß zumeist die Mutter eine zentrale Rolle spielt. Dies impliziert, dass Betreuung, ob sie nun innerfamiliär oder außerhalb der Familie stattfindet, eine Beziehung zum Kind voraussetzt, die sich nur auf der Basis von gemeinsam verbrachter Zeit und innerer Bereitschaft, eine Bindung zum Kind zu etablieren, konstituieren kann.

Versucht man zu ergründen, ob mütterliche Erwerbstätigkeit einen Widerspruch zu den Bedürfnissen des Kindes darstellt, dann steht vor allem die Frage nach negativen Auswirkungen außerfamiliärer Betreuung im Raum.

Befürchtungen beziehen sich dabei unter anderem auf den Umstand, ob die Mutter-Kind-Beziehung durch die (frühe) Fremdbetreuung Schaden nimmt. Die meisten Untersuchungen können allerdings hier keinen negativen Einfluss feststellen. In einer Metaanalyse finden Erel et al. (2000) keine Unterschiede hinsichtlich der Mutter-Kind-Bindung zwischen (ausschließlich) mütterlich und außerfamiliär betreuten Kindern. Auch die amerikanische NICHD-Studie (vgl. z. B. The NICHD Early Child Care Research Network 2005, 1997), eine der umfangreichsten Längsschnittstudien zur Betreuungssituation von Kindern, die seit 1991 durchgeführt wird, konnte, obgleich Faktoren wie Betreuungsdauer und -beginn und auch die Qualität der Einrichtungen erfasst wurden, keine negativen Auswirkungen auf die Mutter-Kind-Bindung ausmachen. Als viel wesentlicher erwies sich hingegen das Ausmaß der mütterlichen Feinfühligkeit. War diese gering, wirkte sich dies viel gravierender auf die Mutter-Kind-Bindung aus als die Fremdbetreuung. Ebenso zeigten sich starke Wechselwirkungen zwischen mütterlicher Feinfühligkeit und Fremdbetreuung – war die Feinfühligkeit der Mutter gering, zeigten ungünstige Faktoren wie eine sehr lange Betreuungsdauer oder eine schlechte Betreuungsqualität sehr wohl einen negativen Effekt auf die Mutter-Kind-Bindung. Eine bestehende sichere Bindung zu einer feinfühligsten Mutter wird also offenbar durch Fremdbetreuung, selbst wenn sie von schlechter Qualität ist oder sehr viele Stunden umfasst, nicht gefährdet.

Mindestens ebenso wichtig ist nun natürlich die Frage, ob das Kind selbst in irgendeiner Weise durch die Fremdbetreuung Schaden nimmt und sich beispielsweise negative Auswirkungen auf die soziale, emotionale und kognitive Entwicklung zeigen. Hier wiederum

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

erweist sich die Qualität der Einrichtung als von zentraler Bedeutung, wobei einerseits die Strukturmerkmale (Gruppengröße, Betreuer/-innen-Schlüssel u. Ä.) und andererseits die Prozessqualität, welche die Qualität der pädagogischen Prozesse beschreibt, unterschieden werden können.

Was die soziale Entwicklung betrifft, so konnte etwa in der bereits zitierten NICHD-Studie ein signifikant positiver Einfluss der Prozessqualität in den bis zum dritten Lebensjahr erfahrenen außerfamilialen Betreuungsformen auf das prosoziale Verhalten und die Interaktion mit anderen Kindern beobachtet werden. (vgl. The NICHD Early Childcare Research Network 2001, 2000).

Ebenso stehen bestimmte Strukturmerkmale wie z. B. eine kleine Gruppengröße oder auch eine hochwertige Ausbildung der Betreuungspersonen mit einer besseren sozio-emotionalen Entwicklung in Zusammenhang (vgl. z. B. Hayes et al. 1990). Hinsichtlich der Frage, ob die Qualität der Fremdbetreuung auch Einfluss auf Verhaltensauffälligkeiten (wie Ungehorsam, Konflikte mit Erwachsenen, aggressives Verhalten gegenüber anderen Kindern u. Ä.) ausübt, sind die Ergebnisse jedoch inkonsistent (vgl. z. B. Rossbach 2005).

Recht einheitlich fallen die Ergebnisse hingegen im kognitiven Bereich aus: Eine gute Prozessqualität wirkt sich positiv auf die kognitiven Kompetenzen aus. Ähnliches gilt für die Strukturqualität; allerdings wirken sich in den verschiedenen Untersuchungen nicht alle Aspekte der Strukturqualität in gleicher Weise aus (vgl. z. B. Rossbach 2005).

Was ist aus diesen Ergebnissen zu schließen? Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit die mütterliche Erwerbstätigkeit und eine damit verbundene außerfamiliale Betreuung in keinem Widerspruch zu den Bedürfnissen des Kindes stehen? Wann „passt es“ für das Kind? Und wann „passt es“ für die Mutter?

Für das Kind ist es essenziell, dass die Erfüllung seiner Bedürfnisse zu allererst einmal in der Familie sichergestellt ist. Neben der Erfüllung der körperlichen Grundbedürfnisse tragen die Eltern (und auch andere Familienmitglieder) die Verantwortung für die Erfüllung der emotionalen Bedürfnisse des Kindes – d. h., dass sich das Kind sicher, geborgen, geliebt und in seiner Persönlichkeit angenommen fühlt.

In ähnlicher Weise muss auch in außerfamilialen Betreuungskontexten den Grundbedürfnissen des Kindes Rechnung getragen werden. In einer am Österreichischen Institut für Familienforschung der Universität Wien durchgeführten umfassenden Literaturrecherche zur kindgerechten außerfamilialen Betreuung unter Dreijähriger (Bucheberner-Ferstl/Dörfler/Kinn 2009) konnten drei Eckpfeiler einer kindgerechten außerfamilialen Betreuung identifiziert werden, nämlich Beziehung („wichtiger als Pädagogik“), Kontinuität und Vorhersagbarkeit sowie ein förderliches Umfeld.

■ **Beziehung:**

Das Vorhandensein bzw. die Etablierung einer stabilen und tragfähigen Beziehung zu einer Betreuungsperson, sei es nun die Pädagogin in einer Kinderkrippe oder die Tagesmutter, bildet eine unabdingbare Voraussetzung für das Wohlbefinden des Kindes in einer außerfamilialen Betreuungssituation, in der die vertrauten Bezugspersonen abwesend sind.

Diese Beziehung erfordert Zeit und Bereitschaft der Betreuerin oder des Betreuers, um ein gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen und ein Vertrauensverhältnis aufzubauen.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Neben der als Sensitivität bezeichneten Eigenschaft, die im Wesentlichen die Fähigkeit der Betreuungsperson umschreibt, in einfühlsamer und zugewandter Weise mit dem Kind zu kommunizieren, müssen auch die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sein, damit eine Beziehung zwischen Betreuer/-in und Kind wachsen kann. Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der Phase der Eingewöhnung zu, in der die Möglichkeit gegeben sein sollte, dass eine bestimmte Betreuungsperson sich dem Kind in ausgiebiger Weise zuwenden kann, ohne dass die übrigen Kinder in der Gruppe dadurch einen Nachteil erleiden oder der/die Betreuer/-in in einen Interessenkonflikt zwischen den Bedürfnissen der verschiedenen Kinder gerät. Aber auch nach Abschluss der Eingewöhnungsphase ist es wichtig, dass für die Betreuungsperson ausreichend Gelegenheit besteht, sich dem Kind in angemessener, seinem aktuellen Bedürfnis entsprechender Weise zuzuwenden. Naturgemäß wird diese Forderung umso schwieriger umzusetzen sein, je ungünstiger das Verhältnis Kinderzahl zur Anzahl der Betreuer/-innen ausfällt.

■ Kontinuität und Vorhersagbarkeit

Der Begriff der Kontinuität kann einerseits auf die Personen im Umfeld des Kindes bezogen werden – hier sind neben den Betreuer/-innen auch die mitbetreuten Kinder gemeint –, andererseits auch auf die Betreuungssituation.

Stabile Beziehungen bedürfen naturgemäß einer gewissen Kontinuität; sie können sich nicht ausreichend entwickeln, wenn Betreuungspersonen oder Spielkamerad/-innen beliebig wechseln. Beziehung kann nur entstehen, wenn regelmäßig Zeit miteinander verbracht wird, wenn ein kontinuierliches Miteinander stattfindet, aus dem Vertrauen und eine gemeinsame Identität erwachsen kann.

Diese Diskontinuität hinsichtlich der Beziehungen ist häufig mit einer Diskontinuität hinsichtlich der Nutzung des Betreuungsangebots verbunden bzw. wird oft durch diese erst erzeugt. Ein Kind, das zum Beispiel einmal am Vormittag, einmal den ganzen Tag, einmal zwei Tage hintereinander und dann wieder eine Woche gar nicht fremdbetreut wird, ist gezwungen, sich von Tag zu Tag auf eine neue Situation einstellen zu müssen, die es weder vorhersehen noch beeinflussen kann. In einem Alter, in dem der kognitive Zeithorizont noch sehr beschränkt ist und „in drei Tagen“ für das Kind in seiner Vagheit ebenso wenig greifbar ist wie „in drei Jahren“, stellt das Erkennen eines immer wieder kehrenden zeitlichen Musters einen Anker dar, der Halt und Orientierung zu bieten vermag. Aus diesem Grund kann es durchaus sinnvoll sein, mehr außerhäusliche Betreuung in Anspruch zu nehmen, als die Erwerbstätigkeit der Eltern erforderlich machen würde, wenn dadurch für das Kind Abläufe antizipierbar, vorhersehbar werden und damit auch mit weniger Unsicherheit und Angst verbunden sind.

Maximale Betreuungsflexibilität – aus Sicht des Erwerbslebens und der Wirtschaft durchaus erstrebenswert – bedeutet für das Kind häufig nichts anderes als ständig wechselnde Abläufe und ein stetes Kommen und Gehen, das für das Kind nicht nachvollziehbar ist – ein Umfeld, das die Etablierung von Freundschaften und eines Wir-Gefühls verunmöglicht.

■ Förderliches Umfeld

Mit dem Vorhandensein stabiler Beziehungen zu Betreuungspersonen und anderen Kindern sowie einer für das Kind nachvollziehbaren Vorhersagbarkeit von zeitlichen Abläufen sind die wesentlichen Voraussetzungen gegeben, damit das Kind aus einem subjektiven Gefühl der Sicherheit heraus sein Umfeld erkunden und Neues lernen kann. Ein weiterer wesent-

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

licher Punkt ist nun, dieses Umfeld auch so zu gestalten, dass die individuelle Weiterentwicklung gefördert wird und das Kind somit nicht nur nicht unter der Fremdbetreuung leidet, sondern davon im Optimalfall auch profitiert. Faktoren wie entsprechende räumliche Gegebenheiten im Haus und im Freien, die dem Bewegungsbedürfnis der Kinder angepasst sind, altersangemessene Möglichkeiten, um allein und gemeinsam zu spielen, zu lernen und Spaß zu haben, und nicht zuletzt ein pädagogisches Konzept, welches das Kind in seiner Individualität respektiert und „dort abholt, wo es gerade steht“, vermögen einen wesentlichen Beitrag dazu zu leisten, dass die Fremdbetreuung das Leben des Kindes bereichert und es in seiner emotionalen, kognitiven und sozialen Entwicklung unterstützt.

Setzt man die Erfordernisse einer kindgerechten außerfamilialen Betreuung in Bezug zu der Maslow'schen Bedürfnispyramide, so lässt sich eine Vielzahl an Anknüpfungspunkten identifizieren:

- Die Erfüllung körperlicher Grundbedürfnisse sollte sich im Anbieten von genügend Bewegungsmöglichkeiten (förderliches Umfeld!) widerspiegeln. Aber auch das Thema Gesundheit an sich sollte idealerweise in Form eines „gelebten Gesundheitsbewusstseins“ (z. B. Anbieten gesunder Mahlzeiten) in den Betreuungsalltag integriert sein.
- Das Bedürfnis nach Sicherheit muss durch Gewaltfreiheit selbstverständlich gegeben sein; ein „sich Sicherfühlen“ ist gleichzeitig aber auch durch Kontinuität und Vorhersagbarkeit gewährleistet sowie durch die emotionale Bindung an Bezugspersonen. Sicherheit im Sinne von Unfallvermeidung ist selbstverständlich ebenfalls von Wichtigkeit.
- Das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit spricht (erneut) die Notwendigkeit stabiler, vertrauensvoller Beziehungen sowohl zu den Betreuungspersonen als auch zu den anderen Kindern an.
- Das Bedürfnis nach Wertschätzung drückt sich idealerweise im pädagogischen Konzept, vor allem aber in der Haltung der Betreuer/-innen aus.
- Das förderliche Umfeld ist schließlich dazu geeignet, das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung zu bedienen. Umgekehrt kann Selbstverwirklichung und die Ausschöpfung und Erweiterung der eigenen Möglichkeiten vornehmlich in einem Sicherheit bietenden Kontext stattfinden – was wiederum auf die Bedeutsamkeit der Beziehungen und der Kontinuität hinweist.

Zusammenfassend kann ausgesagt werden, dass die Erwerbstätigkeit der Mutter keineswegs den Bedürfnissen des Kindes entgegenstehen muss, auch wenn damit eine außerfamiliale Betreuung verbunden ist. Im Wesentlichen geht es um ein gelungenes Zusammenwirken der beiden Lebensbereiche. Dies bedeutet, dass im Optimalfall die hohe Qualität der familiären Betreuung – die selbstverständlich nicht allein Sache der Mutter ist bzw. sein sollte – die Basis bildet, auf der eine außerfamiliäre Betreuung von ebenso hoher Qualität aufbauen kann. Dabei kann die an den Grundbedürfnissen des Kindes orientierte Beziehungsgestaltung als zentrales Kriterium für Betreuungsqualität herangezogen werden. Eine Betreuung, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der Familie stattfindet, ist dann von hoher Qualität, wenn sie dem Kind wirklich gerecht wird (und in diesem Sinne „kindgerecht“ ist), und das ist im Wesentlichen dann der Fall, wenn sich das Kind sicher und geborgen fühlen kann und die Möglichkeit hat, seine Fähigkeiten in einem geschützten Umfeld zu entfalten.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Ebenso wie in der außerfamilialen Situation sind auch in der Familie die Faktoren Beziehung, Kontinuität und ein für das Kind förderliches Umfeld von zentraler Bedeutung. Beziehung bedarf eines Miteinanders, d. h. gemeinsamer Zeit; Kontinuität ermöglicht eine Antizipation des Miteinanders und ist mit unregelmäßigen bzw. schlecht planbaren Arbeitszeiten („ich weiß nicht, wie lange es heute wieder dauert“) schwer zu vereinbaren. Ein förderliches Umfeld (Spielmaterial, Bewegungsräume) schließlich vermag diese beiden Faktoren zu ergänzen, aber nicht zu ersetzen.

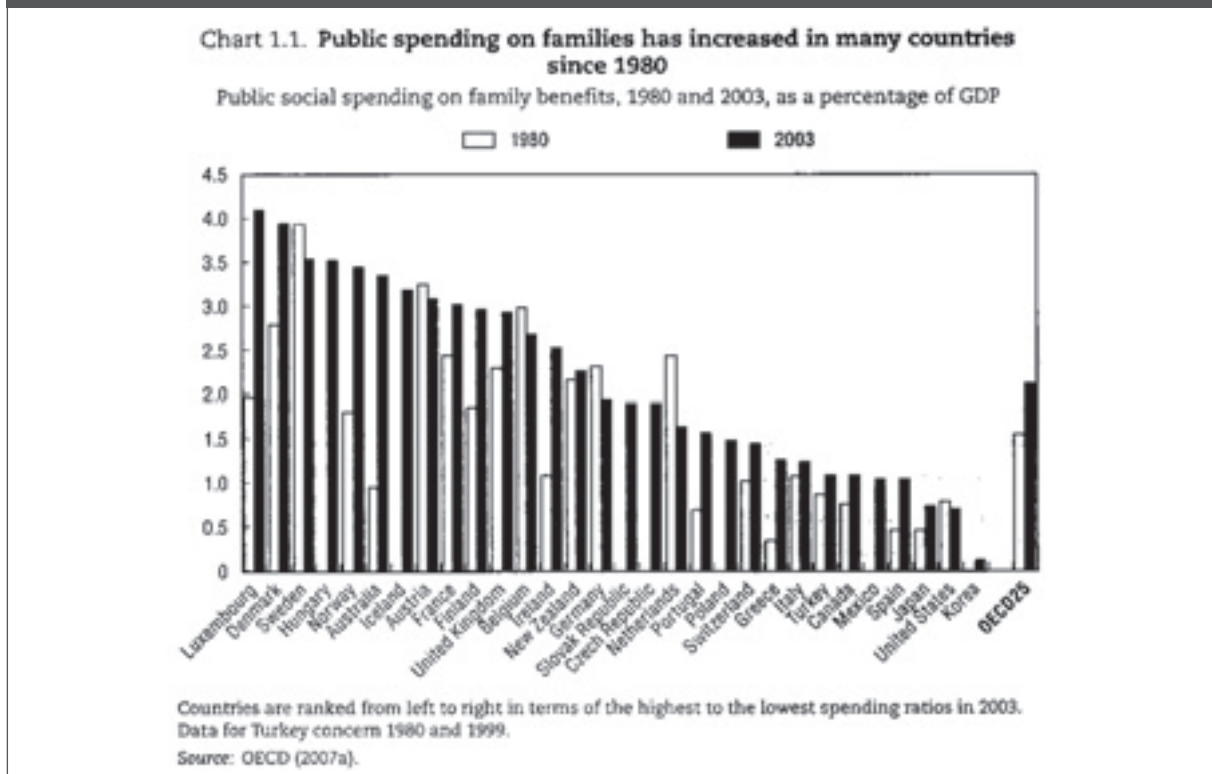
Auch auf Seiten der Mutter (oder anderer enger Bezugspersonen) geht es um ein stimmiges Zusammenwirken von Lebensbereichen, nämlich Familie einerseits und Erwerbsleben andererseits, womit gleichzeitig die Vereinbarkeitsthematik angesprochen ist. Gleichzeitig muss die Gewissheit gegeben sein, dass das Kind in der Zwischenzeit eine liebevolle, seinen Bedürfnissen entsprechende Betreuung – inner- oder außerfamiliär – erfährt.

Um den innerfamilialen Bereich befriedigend gestalten zu können, ist eine Voraussetzung, dass neben der Erwerbstätigkeit genügend Zeit und Raum bleibt, die Beziehung zum Kind (aber auch innerfamiliale Beziehungen generell) zu pflegen und wachsen zu lassen. Im Sinne der Kinder, aber auch im Sinne der Eltern wäre es, die „Rushhour des Lebens“ (Bertram: 2006), jene Zeit im mittleren Erwachsenenalter, in der die Anforderungen hinsichtlich beruflicher Etablierung besonders hoch sind und gleichzeitig die Familiengründung erfolgt, zu entzerren, um Zeit für Familie zu ermöglichen, ohne auf berufliche Perspektiven verzichten zu müssen.

1.3 Inwiefern wird den Bedürfnissen durch die Politik, insbesondere die Familienpolitik, Rechnung getragen?

1.3.1 Formen der staatlichen Familienförderung

Die Förderung von Familien stellt in Österreich ein zentrales politisches Anliegen dar. Dies zeigt sich auch in einem internationalen Vergleich, bei dem Österreich mit seinen Ausgaben für Familie über dem Durchschnitt der OECD Länder liegt – OECD-Schnitt: 2,4 % des BIP; Österreich: 3,1 % des BIP (Kammer für Arbeit und Angestellte 2008, OECD 2007). In Abbildung 24 sind die Ausgaben von 30 Ländern aus den Jahren 1980 und 2003 einander gegenübergestellt.

Abbildung 24: Ausgaben für Familien im Ländervergleich

Quelle: OECD (2007), Babies and Bosses: 18

Familienförderung besteht in Österreich einerseits aus Förderungen in konkreten Geldleistungen, sog. monetären Leistungen wie z. B. der Familienbeihilfe, andererseits aus nicht monetären Leistungen, die steuerliche Begünstigungen von Familien beinhalten oder auch infrastrukturelle Leistungen und Sachleistungen. Familien werden zusätzlich noch in vielen Bereichen indirekt mit unterstützt bzw. gefördert wie z. B. in spezifischen Regelungen des Arbeitsrechtes oder in anderen sozialen Bereichen.

Die Förderung von Familien ist in Österreich nicht nur Aufgabe des Bundes, sondern auch der Bundesländer selbst. Im internationalen Vergleich fällt auf, dass die staatliche Familienförderung in Österreich sich stark auf monetäre Maßnahmen zur Unterstützung der Familie konzentriert (vgl. Gauthier 1996, Corak/Lietz/Sutherland 2005).

Neben Geld- und Sachleistungen haben auch spezifische Formen der Familienförderung eine sehr lange Tradition, wie z. B. Eltern- und Familienbildung oder auch Beratungshilfen und Familienpflegedienste. Allerdings erfolgte die konzeptionelle Integration dieser Formen der Familienförderung in eine umfassende Familienpolitik erst in jüngerer Zeit (Wingen 1997). Staatliche Familienförderung zielt nicht nur auf einen Ausgleich kinderbedingter Einkommensbelastungen ab, sondern versteht sich auch als ein Familienleistungsausgleich; d. h. Familien sollen einen Ausgleich erhalten für zum Vorteil der Gesellschaft erbrachte Leistungen (z. B. Pflegeaufgaben innerhalb der Familie).

In Österreich geschieht Familienförderung auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Um einen Eindruck über die Vielfältigkeit der Unterstützung von Familien in ihrer familialen Entwicklung zu erhalten, werden im Folgenden einige beispielhafte Maßnahmen beschrieben.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

1.3.1.1 Monetäre Maßnahmen (Geldleistungen)

Monetäre Maßnahmen in der staatlichen Familienförderung haben eine sehr lange Tradition und stellen einen Zugang dar, jene Kosten auszugleichen, die Eltern durch Kinder entstehen. Es lassen sich Transferleistungen von steuerlichen Leistungen unterscheiden.

■ Transferleistungen

Eine zentrale Geldleistung in Österreich stellt die Familienbeihilfe dar. Die Familienbeihilfe soll Personen mit Kindern finanziell unterstützen. Grundsätzlich gilt diese Transferleistung für minderjährige Kinder, sie kann unter bestimmten Voraussetzungen aber auch während der Ausbildungsphase (z. B. Studium) weiter bezogen werden. Das minderjährige Kind muss mit der anspruchsberechtigten Person in einem Haushalt leben. Die Höhe dieser Transferleistung variiert je nach Kinderzahl und Alter des Kindes. Für Mehrkindfamilien gibt es auch Zuschläge.

Tabelle 3: Familienbeihilfe: Beträge ab 2008

Altersstaffelung einzeln	
Familienbeihilfe Grundbetrag	Alterszuschlag ab 3. Lebensjahr
105,4 €	7,3 €
	Alterszuschlag ab 10. Lebensjahr
	18,2 €
	Alterszuschlag ab 19. Lebensjahr
	21,8 €
Altersstaffelung gesamt	
	Betrag pro Kind und Monat
ab Geburt	105,4 €
ab 3 Jahren	112,7 €
ab 10 Jahren	130,9 €
ab 19 Jahren	152,7 €
Geschwisterstaffelung	
Gesamtbetrag an Familienbeihilfe erhöht sich für	pro Monat um
2 Kinder	12,8 €
3 Kinder	47,8 €
4 Kinder	97,8 €
und zusätzlich für jedes weitere Kind	50,0 €
Zuschlag wegen erheblicher Behinderung pro Kind/Monat	138,3 €
Mehrkindzuschlag	36,4 €

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Eine weitere zentrale Maßnahme stellt das 2002 eingeführte Kinderbetreuungsgeld dar. Mit dieser Maßnahme wurde ein Paradigmenwechsel in der österreichischen Familienförderung vollzogen. Das bis dahin geltende Karenzgeld war an eine vorherige Erwerbstätigkeit gebunden und verstand sich im Sinne einer Versicherungsleistung. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes wurde das Kind und die Unterstützung des Kindes (bis maximal zum dritten Lebensjahr) in den Mittelpunkt gestellt und die Gruppe der Anspruchsberechtigten massiv ausgeweitet. Das Kinderbetreuungsgeld erhält auf Antrag ein Elternteil von in Österreich lebenden Kindern – unabhängig von einer Erwerbstätigkeit vor der Geburt des Kindes. Mit 1.1.2008 wurde das bestehende Kinderbetreuungsgeld modifiziert. Es wurden zwei neue, kürzere Bezugsvarianten eingeführt. Mit dieser Flexibilisierung wurde ein entscheidender Beitrag zur familienpolitischen Zielsetzung der Wahlfreiheit dieser Maßnahme geleistet. Mit 1.1.2010 wurden die vorigen drei Varianten zum Bezug von Kinderbetreuungsgeld durch ein weiteres pauschaliertes Modell (mit einem Bezug von 1000 Euro pro Monat für 12 bzw. 14 Monate) sowie eine einkommensabhängige Variante erweitert.

Eine weitere Transferleistung in Österreich stellt z. B. die Gewährung eines sog. Unterhaltsvorschusses dar, um den Unterhalt für Kinder sicherzustellen, oder die sogenannte Kinderbetreuungsbeihilfe. Letztere wird aus der Arbeitslosenversicherung finanziert und dient zur Unterstützung der Vermittelbarkeit arbeitsloser Personen bzw. soll die Aufnahme oder Beibehaltung einer Beschäftigung oder die Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme sichern. Gleichzeitig soll die Inanspruchnahme einer entgeltlichen Kinderbetreuung gefördert werden. Voraussetzung für die Gewährung der Förderung ist, dass die Aufnahme einer Arbeit oder der Besuch eines Kurses des Arbeitsmarktservice (AMS) aufgrund der Betreuungspflichten für ein im gemeinsamen Haushalt lebendes Kind nicht oder nur erschwert möglich ist.

Ergänzend zu den monetären Maßnahmen des Bundes gibt es in den einzelnen Bundesländern ebenfalls Geldleistungen für Familien. So gibt es z. B. für einkommensschwache Familien den Kinderbonus für unter dreijährige Kinder, der auf Antrag für maximal zwölf Monate in Form einer monatlichen finanziellen Leistung gewährt wird. Für die Betreuung von Kindern in einer Krippe oder bei Tageseltern wird in einem bestimmten Alter des Kindes auch ein Kinderbetreuungszuschuss gewährt, um den finanziellen Mehraufwand durch diese Betreuung abzugelten. Die Schulstarthilfe der Bundesländer ist dazu gedacht, die Mehrkosten durch die Einschulung des Kindes abzufedern.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Ein umfangreiches Paket an Unterstützung von Familien stellen auch die Maßnahmen zur Förderung der Bildung von Kindern und Jugendlichen dar. Die Angebote dieser spezifischen Familienförderung werden vom Bund wie auch von den Ländern finanziert. So gibt es z. B. auf Antrag Schul- und Lehrlingsfahrtbeihilfen für die öffentlichen Verkehrsmittel bis hin zu Studienbeihilfe.

■ Steuerliche Familienförderung

Steuerliche Begünstigungen für Familien versuchen vor allem spezifische Familienformen oder besondere Belastungssituationen gezielt durch die Möglichkeit einer steuerlichen Berücksichtigung zu unterstützen und damit einen Ausgleich zu einer schlechteren oder ungünstigen wirtschaftlichen Situation zu schaffen. So gibt es in Österreich z. B. den Alleinverdiener/-innen- und Alleinerzieher/-innen-Absetzbetrag oder auch den Unterhaltsabsetzbetrag sowie spezifische Sonderausgaben (z. B. Ausgaben für die Beschaffung von Wohnraum, Personenversicherungen) oder außergewöhnliche Belastungen (z. B. durch die Berufsausbildung eines Kindes), die steuerlich geltend gemacht werden können. Die Steuerreform 2009 brachte weitere wesentliche Erleichterungen für Familien, insbesondere für Alleinerzieher/-innen und Familien mit Kindern unter zehn Jahren. Enthalten sind etwa Steuerersparnisse in Form eines Kinderfreibetrags¹⁶ und eine Erhöhung des Kinderabsetzbetrags auf € 90 pro Kind und Jahr. Darüber hinaus können Kosten für die Kinderbetreuung (z. B. durch eine Tagesmutter) nun steuerlich bis zu € 2.300 jährlich geltend gemacht werden.

1.3.1.2 Nicht monetäre Maßnahmen

Neben den konkreten Geldleistungen für Familien gibt es eine Reihe von nicht monetären Leistungen, um die Familien zu unterstützen. Diese Leistungen können sich einerseits auf eine steuerliche Berücksichtigung beziehen oder auf die Zurverfügungstellung vielfältiger Infrastruktur und Sachleistungen.

1.3.1.3 Infrastruktur- und Sachleistungen

Staatliche Familienförderung in Österreich beinhaltet auch ein breites Spektrum an Infrastruktur und Sachleistungen, die Familien zur Verfügung gestellt werden. Diese Leistungen sind teilweise kostenlos oder auch mit einem Kostenbeitrag bei Inanspruchnahme versehen, die Angebote sehr unterschiedlich und weitreichend.

So sind sicherlich an zentraler Stelle die Möglichkeiten der institutionellen Kinderbetreuung zu nennen, die von den Ländern und Gemeinden finanziert und bereitgestellt werden. Aktuelle Neuerungen in diesem Bereich ist das kostenlose Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt oder der gezielte Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder, die vom Bund mitfinanziert werden.

Neben der Kinderbetreuung sind aber auch familienunterstützende und bewussteinbildende Angebote in Österreich stark ausgebaut. So fördert der Bund rund 400 Familienberatungsstellen in ganz Österreich, in denen kostenlos bzw. mit einem geringen Kostenbeitrag Beratung bei verschiedenen Fragestellungen (z. B. Erziehungsberatung, Beratung

¹⁶ Der mit der Steuerreform 2009 als Bestandteil des Familienpakets eingeführte Kinderfreibetrag von € 220 pro Kind und Jahr reduziert die Steuerbemessungsgrundlage.

bei Scheidung, persönlichen Problemen und Belastungen) von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen anonym in Anspruch genommen werden kann. Aber auch die durch den Bund stark ausgebaute Elternbildung in Kooperation mit den Bundesländern und verschiedenen Trägern stellt ein konkretes Hilfsangebot für Eltern mit Kindern in unterschiedlichen Altersgruppen und Lebensphasen dar.

Im Gesundheitsbereich sind vor allem die kostenlosen medizinischen Untersuchungen von Müttern und Kindern im Rahmen des Mutter-Kind-Passes als eine weitere infrastrukturelle Familienleistung zu nennen. Ebenso sind die von den jeweiligen Bundesländern angebotenen Eltern-/Mütter-Beratungsstellen anzuführen. Sie bieten Eltern in den ersten Lebensjahren und zur Zeit der Schwangerschaft konkrete Hilfe und Beratung in unterschiedlichen Bereichen an, z. B. Stillberatung, Erziehungsberatung, medizinische Untersuchungen (Messen und Wiegen des Kindes, Impfungen) und Auskünfte bei rechtlichen Fragen (z. B. Unterhalt, Besuchsrechte). Aber auch die begünstigte Krankenselbstversicherung für Studierende ist als eine weitere nicht monetäre Leistung zu nennen.

Infrastrukturelle Angebote in Österreich beziehen sich aber auch auf ganz andere Bereiche der praktischen Unterstützung von Familien. So sind z. B. auf der Länderebene auch die Errichtung und Wartung von öffentlichen Spielplätzen zu nennen oder die Schüler/-innen- und Lehrlingsfreifahrt.

1.3.1.4 Berücksichtigung der Familie in spezifischen Bereichen

Familien werden in Österreich auch in spezifischen anderen Bereichen noch explizit angesprochen und gefördert. So gibt es unterschiedliche rechtliche Regelungen die spezifische Aspekte des familialen Lebens adressieren. Beispielsweise das Arbeitsrecht mit spezifischen Bestimmungen wie z. B. im Fall einer Schwangerschaft spezielle Mutterschutzbestimmungen, um die Arbeit einer werdenden Mutter zu regeln und diese zu schützen. Oder auch Bestimmungen hinsichtlich der Pflegefreistellung im Krankheitsfall von Familienangehörigen, der Anspruch auf arbeitsrechtliche Karenz im Falle der Geburt eines Kindes, bei der eine Rückkehr zum Arbeitsplatz für zwei Jahre rechtlich gesichert ist, und die Hospizkarenz.

Gesetze zum Schutz vor Gewalt in der Familie bzw. im sozialen Nahraum sind auch eine spezifische Form der staatlichen Familienförderung. So führte Österreich bereits 1989 ein Gesetz ein, das jede Art von physischer und psychischer Misshandlung von Kindern als Erziehungsmittel verbietet. Ein weiteres Beispiel ist das Gewaltschutzgesetz von 1997; im Rahmen dieser rechtlichen Regelung ist es u. a. möglich, den Aggressor bei Gewalt in der Familie für eine bestimmte Zeit wegzuweisen.

Auch in unterschiedlichen Sozialbereichen wird Familie berücksichtigt. So z. B. bei der Berechnung des Lebensunterhaltes im Falle der Sozialhilfe oder im sozialen Wohnbau. In der Krankenversicherung ist beispielsweise die kostenlose Mitversicherung von Kindern geregelt und stellt eine weitere familienunterstützende Maßnahme dar.

Summary

Zentrales Anliegen dieses Berichts ist die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von Menschen bzw. von Familien sowie die Analyse, inwieweit diese Bedürfnisse von der Politik, insbesondere der Familienpolitik, erfüllt werden. Im Bericht wird von einer psychologischen Sichtweise ausgegangen, d. h. dass die einzelnen Individuen, die sich in familiären Kontexten bewegen, im Blickfeld stehen. Es existieren unterschiedliche psychologische Modelle, die Anknüpfungspunkte für die Familienpolitik bieten. Für den vorliegenden Bericht wurde ein humanistisches Modell, repräsentiert durch das Bedürfnismodell von Abraham Maslow, als Ausgangspunkt für die Bearbeitung der Fragestellung herangezogen.

Im humanistischen Ansatz kann die zentrale Aufgabe der Politik darin gesehen werden, die Menschen bei der Ausschöpfung ihres persönlichen Potenzials zu unterstützen. Bei den von Maslow beschriebenen Bedürfnissen handelt es sich um körperliche Grundbedürfnisse, das Bedürfnis nach Sicherheit, das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit, das Bedürfnis nach Wertschätzung sowie das Bedürfnis nach Selbstverwirklichung.

Sobald Menschen in familiären Systemen leben, sind ihre individuellen Bedürfnisse Teil eines komplexen Bedürfnissystems ihrer Mitglieder. Dabei brauchen Bedürfnisse in Familien nicht nur Abstimmung und Klärung von Bedürfniskonflikten zwischen den Familienmitgliedern, sondern auch auf intra-individueller Ebene. Je besser Politik die Komplexität von individuellen Bedürfnisstrukturen in Familien zu erfassen vermag, desto treffsicherer sind die gesetzten Maßnahmen.

Familienpolitik ist prinzipiell gut in der Lage, an alle Bedürfnisebenen anzuknüpfen, allerdings sollten alternative Lebensentwürfe und Familienformen sowie eine ressourcenorientierten Sichtweise vermehrt berücksichtigt werden.

Inwiefern wird den Bedürfnissen durch die Familienpolitik Rechnung getragen?

Die Förderung von Familien stellt in Österreich ein zentrales politisches Anliegen dar, dem in Form verschiedener Maßnahmen und Förderungen Rechnung getragen wird. Neben monetären Leistungen (z. B. Familienbeihilfe) profitieren Familien auch von nicht monetären Leistungen wie infrastrukturellen und Sachleistungen (z. B. institutionelle Kinderbetreuung oder Familienberatungsangebote). Des Weiteren wird die Familie auch in spezifischen anderen Bereichen explizit angesprochen und berücksichtigt (z. B. im Arbeitsrecht).

Gesundheitsbezogene Maßnahmen, die in die Rubrik der körperlichen Grundbedürfnisse eingeordnet werden konnten, sind auf Bundes- wie auf Länderebene in erster Linie auf die Gesundheit von Kindern fokussiert.

Dem Bedürfnis nach Sicherheit im Sinne der Armutsvermeidung wird seitens des Bundes und der Länder mit einer Vielzahl differenzierter Unterstützungsleistungen begegnet.

Die Gewaltthematik als Aspekt der körperlichen und emotionalen Sicherheit erscheint durch familienpolitische Maßnahmen ebenfalls sehr gut abgedeckt.

Unter das Bedürfnis nach Liebe und Zugehörigkeit können prinzipiell alle Maßnahmen eingeordnet werden, die den familiären Zusammenhalt stärken, indem sie zu gemeinsamen Aktivitäten anregen und/oder Familienzeit ermöglichen bzw. fördern. Die Förderung von

 POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

Projekten zum Thema „Familienkultur“ auf Bundesebene oder auch das Angebot von Familienaktivitäten einzelner Bundesländer (z. B. Familienurlaub, Familiensingen) erscheinen dazu geeignet, diesem Beziehungsaspekt Rechnung zu tragen. Des Weiteren sind hier Maßnahmen zu finden, die dann gesetzt werden, wenn der familiäre Zusammenhalt gefährdet oder bereits auseinandergebrochen ist. Hier ist vor allem die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Rahmen einer Reihe von Maßnahmen hervorzuheben (z. B. Wien: Besuchscafés für Scheidungskinder).

Dem Bedürfnis nach Wertschätzung kann von Seiten der (Familien-)Politik am ehesten dort begegnet werden, wo es um den Stellenwert der Familie in der Gesellschaft generell oder auch um ihre Teilhabe (Partizipation) an Entscheidungsprozessen geht und wo Familie (oder z. B. Kinder, Jugendliche) und ihre Bedürfnisse sichtbar gemacht werden. Neben Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schaffung eines familienfreundlichen Lebensraums (Stichwort „Familienfreundliche Gemeinden“) ist hier die Existenz eines eigenen Familienreferats, das sich für die Belange von Familien einsetzt, zu nennen. Auch spezifische Personengruppen wie Jugendliche, ältere oder behinderte Menschen finden Berücksichtigung.

Jene Maßnahmen, die unter dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung genannt wurden, beziehen sich prinzipiell einerseits auf die Thematik der Vereinbarkeit, andererseits auf den Bildungsaspekt. Kinderbetreuungsangebote vermögen dabei beide Bereiche zu bedienen, da sie einerseits Möglichkeiten für die Eltern darstellen, Familie und Erwerb besser vereinbaren zu können, und auf der anderen Seite als Bildungs- und Förderungseinrichtungen gleichsam der Selbstverwirklichung des Kindes dienen. Das Kinderbetreuungsgeld und die Elternteilzeit beinhalten ebenso die Zielsetzung, Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen, und stellen wichtige neu eingeführte familienpolitische Maßnahmen innerhalb der letzten zehn Jahre dar.

Einige wenige Maßnahmen lassen sich nicht jeweils einem bestimmten Bedürfnis zuordnen, sondern sind als „bedürfnisübergreifend“ auszuweisen (Familienberatung, Elternbildung, Angebote der Kinder- und Jugendanwaltschaft bzw. der Jugendwohlfahrt).

Literatur

- Ahnert, L. (2009): Familie heute. Perspektive des Kindes. In: Kapella, O. / Rille-Pfeiffer, Ch. / Rupp, M. / Schneider, N. (Hrsg.): Die Vielfalt der Familie: Tagungsband zum 3. Europäischen Fachkongress Familienforschung, Opladen: Barbara Budrich.
- Ahnert, L. / Rossbach, H.-G. / Neumann, U. et al. (Hrsg.) (2005): Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren. München: Verl. Deutsches Jugendinstitut (Materialien zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht, 1).
- Ahnert, L. (Hrsg.) (2004): Frühe Bindung. Entstehung und Entwicklung. München: E. Reinhardt Verl.
- Alber, J. / Köhler, U. (2004): Health and care in an enlarged Europe. Luxembourg (Quality of life in Europe).
- Amelang, M. / Krüger, C. (1995): Misshandlung von Kindern. Gewalt in einem sensiblen Bereich. Darmstadt.
- Autonome Österreichische Frauenhäuser (2007): Statistik der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser. Online verfügbar unter http://www.aoef.at/aktuell/AOEF_Statistik_2007.pdf, zuletzt aktualisiert am 06.03.2008, zuletzt geprüft am 12.5.2009.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

- Autonome Österreichische Frauenhäuser (2008): Wegweisungsstatistik 1997 – 2007. Online verfügbar unter http://www.aoeff.at/material/facts/Wegweisungsstatistik_1997-2007.pdf, zuletzt geprüft am 12.5.2009.
- Bandura, A. (1977): Self-efficacy. Towards a unifying theory of behavioral change. In: *Psychological Review*, Jg. 84, H. 2, 191–215.
- Bauer, Joachim (2008): Das Gedächtnis des Körpers. Wie Beziehungen und Lebensstile unsere Gene steuern. Erw. Taschenbuchausg., 13. Aufl. München: Piper.
- Baumeister, R. F. / Twenge, J. M. / Nuss, C. K. (2002): Effects of social exclusion on cognitive processes. Anticipated aloneness reduces intelligent thought. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, H. 4, 817–827.
- Baumrind, D. (2008): Authoritative parenting for character and competence. In: Streight, D. (Hg.): *Parenting for Character. Five experts, five practices*. Oregon: CSEE, 17–32.
- Baumrind, D. (1991): The influence of parenting style on adolescent competence and substance use. In: *Journal of Early Adolescence*, H. 11, 56–95.
- Beck, A. T. (1991): Cognitive therapy. A 30-year retrospective. In: *American Psychology*, Jg. 46, H. 4, 368–375.
- Bertram, H. (2006): Keine Zeit für Liebe: Die Rushhour des Lebens. In: *Familiendynamik*, Jg. 32, H. 2, S. 108–116.
- Bodenmann, G. (2000): *Stress und Coping bei Paaren*. Göttingen: Hogrefe.
- Bonnemann-Böhner, A. (2002): Die Zukunft der Müttergenesung, in: Collatz, J. / Arnhold-Kerri, S. / Sperlich, S. (Hrsg.): *Brauchen Mütter rehabilitative Maßnahmen? Gesundheitsforum für Mütter und Kinder Bd. 2*, Berlin.
- Bowlby, J. (2008): *Bindung als sichere Basis. Grundlagen und Anwendung der Bindungstheorie*. München: Reinhardt.
- Bowlby, John, 1995: *Mutterliebe und kindliche Entwicklung*. 3. Aufl. München: Ernst Reinhardt.
- Braun, K. / Bogerts, B. (2000): Juvenile experience and learning modulate the functional maturing of the brain. Relevance for the genesis and therapy of mental disorders. In: *Psychotherapie Psychosomatik Medizinische Psychologie*, H. 50, 420–427.
- Buchebner-Ferstl, S. / Dörfler, S. / Kinn, M. (2009): *Kindgerechte außerfamiliäre Betreuung für unter 3-Jährige*. ÖIF-Working-Paper 72. Wien.
- Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hg.) (2001): *Gewaltbericht 2001. Von der Enttabuisierung zur Professionalisierung*.
- Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) (1991): *Gewalt in der Familie*. Wien: BMUJF.
- Bussmann, K. (2009): 20 Jahre Gewaltverbot in der Erziehung, in: 5. Österreichischer Familienbericht, Wien 2010.
- Butterwegge, C. (Hg.) (2003): *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*. 2., durchges. Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Campbell, T. L. (2000): Familien und Gesundheit. In: Kröger, F. / Hendrichke, A. / McDaniel, S. (Hrsg.): *Familie, System und Gesundheit. Systemische Konzepte für ein soziales Gesundheitswesen*. Heidelberg: Carl-Auer-Systeme (Reihe Systemische Medizin), 225–241.
- Cizek, B./ Gysi, S. (2004): *Internationales Jahr der Familie 1994 + 10. Bericht über 10 Jahre österreichische Familienpolitik*, Wien.
- Cizek, B. / Kapella, O. / Steck, M. (2001): Signale und Folgen gewaltsamer Handlungen an Kindern. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (Hrsg.): *Gewaltbericht 2001. Von der Enttabuisierung zur Professionalisierung* .
- Comer, R. J. (1995): *Klinische Psychologie*. Heidelberg: Spektrum.
- Corak, M. / Lietz, C. / Sutherland, H. (2005): *The Impact of Tax and Transfer Systems on Children in the European Union*. Innocenti Working Paper No. 2005-04. Florence: UNICEF Innocenti Research Centre.
- Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.) (2004): *Kinderreport Deutschland 2004. Daten, Fakten, Hintergründe*. München: kopaed.
- Doblhammer-Reiter, G. (1996): Soziale Ungleichheit vor dem Tod. In: *Demographische Informationen 1995/96*, 71–81.
- Dornes, M. (2006): *Die Seele des Kindes. Entstehung und Entwicklung*. Frankfurt a. M.: Fischer.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

- Dür, W. / Griebler, R. (2007): Die Gesundheit der österreichischen SchülerInnen im Lebenszusammenhang. Ergebnisse des WHO-HBSC-Survey 2006. Wien: Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend.
- Eichhorst, W. / Thode, E. (2002): Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gütersloh: Bertelsmann (Benchmarking Deutschland Aktuell, 1).
- Ellis, A. (1962): Reason and emotion in psychotherapy. Secaucus, N.J.: Lyle Stuart.
- Endrueit, G. (1989): Wörterbuch der Soziologie. München: dtv 3289.
- Erel, O. / Obermann, Y. / Yirmiya, N. (2000): Maternal versus nonmaternal care and seven domains of children's development. In: Psychological Bulletin, Jg. 5, H. 126, 727-747.
- Erikson, E. (1976): Kindheit und Gesellschaft. 6. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Fernández de la Hoz, P. (2004): Familienleben und Gesundheit – aus der Perspektive der sozialen Inklusion. Wien (Materialien, 20).
- Fernandez-Ballesteros, R. (2002): Social support and quality of life among older people in Spain. In: Journal of Social Issues, H. 58, 645-659.
- Freud, S. (2005): Das Ich und das Es. Metapsychologische Schriften. 11., unveränd. Aufl. Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbücher 10442).
- Friesl, Ch. (Hrsg.), 2001: Experiment Jung-Sein. Die Wertewelt österreichischer Jugendlicher. Wien: Czernin.
- Fuchs-Heinritz, W. (2007): Lexikon zur Soziologie. 4., grundlegend überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Gamber, T. / Börkircher, M. (2008): Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben bei der Gestaltung flexibler Arbeitszeiten. In: André, J. (Hrsg.): Mittelpunkt Mensch. Leitbilder, Modelle und Ideen für die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag, 227-247.
- Gauthier, A. H. (1996): The state and the family: a comparative analysis of family policies in industrialized countries. Oxford: Clarendon Press, 9.
- Goble, F. (1979): Die Dritte Kraft. A. H. Maslows Beitrag zu einer Psychologie seelischer Gesundheit. Olten: Walter.
- Gordon, Th. (1972): Familienkonferenz. die Lösung von Konflikten zwischen Eltern und Kind. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Gortmaker, S. L. et al. (1993): Social and economic consequences of overweight in adolescents and young adults. In: New Engl. Journal of Medicine, H. 329, 1008-1012.
- Gottman, J. (2002): Die 7 Geheimnisse einer glücklichen Ehe. Online verfügbar unter <http://www.evbg.ch/fileadmin/downloads/buchzusammenfassungen/ehe.pdf>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2002, zuletzt geprüft am 22.10.2008.
- Gottman, J. (1994): What predicts divorce. The relationship between marital process and marital outcome. Hillsdale, New Jersey: Lawrence Erlbaum.
- Graf, C. / Dordel, S. / Reinehr, T. / Ernst, M. (2007): Bewegungsmangel und Fehlernährung bei Kindern und Jugendlichen. Prävention und interdisziplinäre Therapieansätze bei Übergewicht und Adipositas,. Köln: Dt. Ärzte-Verl.
- Haller, M. / Höllinger, F. / Pinter, A. / Rainer, B. (1998): Gewalt in der Familie. Ergebnisse einer soziologischen Studie in Zusammenarbeit mit Sozialeinrichtungen, Polizei und Gericht. Graz.
- Hayes, C. D. / Palmer, J. L. / Zaslow, M. J. (Hg.) (1990): Who cares for America's children. Child care policies for the 1990s. Washington D.C.
- Heckhausen, J. (2007): Motivation und Handeln. 3., überarb. und aktualisierte Aufl., Nachdr. Heidelberg: Springer Medizin Verl. (Springer-Lehrbuch).
- Heim, C. / Nemeroff, C. B. (2001): The role of childhood trauma in the neurobiology of mood and anxiety disorders. Preclinical and clinical studies. In: Biological Psychiatry, H. 49, 1023-1039.
- Helfferich, C. / Hendel-Kramer A. / Klindworth, H. (2003): Gesundheit alleinerziehender Mütter und Väter; Robert-Koch-Insitut (Hrsg.), Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 14, April 2003, Berlin.
- Hollingshead, A. B. / Redlich, F. C. (1958): Social class and mental illness. A community study. New York: Wiley.
- Hölscher, P. (2003): Immer musst du hingehen und praktisch betteln. Wie Jugendliche Armut erleben. Frankfurt a. M.: Campus.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

- Huwiler, K. (1998). Alltägliche Belastungen von Müttern durch ihre Kinder in den ersten vier Lebensjahren – eine Längsschnittstudie. *Psychologie in Erziehung und Unterricht*, 45(4), 261–279.
- Kaindl, M. / Dörfner, S. (2007): Einstellungen zum Erwerbsverhalten von Müttern. Die Sichtweisen von Müttern, Frauenreferentinnen und Frauenorganisationen. ÖIF-Working Paper, 64. Wien.
- Kammer für Arbeiter und Angestellte (Hg.) (2008): Sozialleistungen im Überblick. Lexikon der Ansprüche und Leistungen. Sozialstaat Österreich. 10., neu bearb. Aufl., Stand: 1. Jänner 2008. Wien: ÖGB-Verl.
- Kapella, O. / Rille-Pfeiffer, C. (2007): Einstellungen und Werthaltungen zu Themen der Vereinbarkeit von Familie und Erwerb. Deskriptive Ergebnisse einer Einstellungs- und Wertestudie zu Mutter- und Vaterrolle, Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit der Frau. Österreichisches Institut für Familienforschung. Wien. (ÖIF-Working Paper, 66).
- Klepp, D. / Buchebner-Ferstl, S. / Kaindl, M. / Kinn, M. (2009): Eltern zwischen Anspruch und Überforderung. Erziehungswerte und Erziehungsverhalten im Kontext der Lebensbedingungen von Familien. Opladen & Farmington Hills: Budrich UniPress Ltd. (Familienforschung - Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Familienforschung, 19).
- Klimont, J. (2007): Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007. Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien: Statistik Austria.
- Knesebeck, O. v. d. / Siegrist, J. (2004): Mangelnde Reziprozität in engen sozialen Beziehungen, Depressivität und eingeschränkte subjektive Gesundheit (Sozial- und Präventivmedizin, 49), Basel: Birkhäuser.
- Krüger, H. (2002): Schülerduden Psychologie. [Ein Lexikon zum Grundwissen der Psychologie; zuverlässiges Wissen aus allen Bereichen der Psychologie und Verhaltensforschung, Physiologie, Sexualwissenschaft, Psychiatrie, Soziologie]. 3., neu bearb. Aufl. Mannheim, Wien u. a.: Dudenverlag (Schülerduden).
- Ladd, C. O. / Huot, R. L. / Thirivikraman, K. V. / Nemeroff, C. B. / Meaney, M. J.; / Plotsky, P. M. (2000): Longterm behavioral and neuroendocrine adaptations to adverse early experience. In: *Progress in brain research*, H. 122, 81–103.
- Landtag Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2004): Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW. Bericht der Enquetekommission des Landtags Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden: VS Verlag.
- Laux, L. / Schütz, A. (1996): Stressbewältigung und Wohlbefinden in der Familie. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 108. Stuttgart u. a.: Kohlhammer.
- Layzer, J. I. / Goodson, B. D. / Moss, M., 1993: *Observational Study of Early Childhood Programs. Volume 1: Life in Preschool.* Department of Education. Washington D.C.
- Leary, M. R. (Hg.) (2001): *Interpersonal rejection.* Oxford: Oxford Univ. Press.
- Leary, M. R. / Koch, E. J. / Hechenbleikner, N. R. (2001): Emotional responses to interpersonal rejection. In: Leary, M. R. (Hg.): *Interpersonal rejection.* Oxford: Oxford Univ. Press, 145–166.
- Luedtke, J. (2003): Strafen und Gewalt bei der Erziehung Jugendlicher: Vorkommen und Hintergründe. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis (SUB)*. 26. (2003), H. 1, 165–180.
- Mackenbach, J. / Stirbu, I. / Roskam, A. -J. / Schaap, M. / Menvielle, G. / Leinsalu, M. / Kunst, A. (2008): Socioeconomic Inequalities in Health in 22 European Countries; *The New England Journal of Medicine*, Jg. 24, H. 358, 68–81.
- Mahler, M. (1974): Symbiosis and individuation. The psychological birth of human infant. In: *Psychoanalytic Study of the Child*, H. 29, 89–106.
- Mansel, J. (2003): Lebenssituation und Wohlbefinden von Jugendlichen in Armut. In: Butterwegge, Ch. (Hrsg.): *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel.* 2., durchges. Aufl. Opladen: Leske + Budrich .
- Maslow, A. (1943) *Theory of Human Motivation.* *Psychological Review* 50: 370–96.
- Maslow, A. (1997): *Psychologie des Seins. Ein Entwurf.* Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch Verl.
- Maslow, A. / Kruntorad, Paul (2005): *Motivation und Persönlichkeit.* 10. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (rororo-Sachbuch, 17395).
- Matyssek, A.- K. (2007): Mensch, du bist wichtig! – Wertschätzung als salutogener Faktor der Führungsbeziehungen. Online verfügbar unter http://www.anne-katrin-matyssek.de/WS_als_salutogener_Faktor_der_Fuehrungsbeziehung.pdf, zuletzt aktualisiert am 11.08.2007, zuletzt geprüft am 12.5.2009.

 POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

- Merten, R. (2003): Psychosoziale Folgen von Armut im Kindes- und Jugendalter. Familie als Mediator. In: Butterwegge, Ch. (Hg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel. 2., durchges. Aufl. Opladen: Leske + Budrich.
- Nave-Herz, Rosemarie (2003): Die Ehe verweist auf Familie, aber die Familie verweist nicht unbedingt auf Ehe, in: Erwägen, Wissen, Ethik (vormals Ethik und Sozialwissenschaften. Streitforum für Erwägungskultur) 3/2003, 546–548.
- Nörber, M. (2003): Peer Education. Bildung und Erziehung von Gleichaltrigen durch Gleichaltrige. 1. Aufl. Weinheim u. a.: Beltz (Votum).
- Organisation for Economic Co-Operation and Development (Hg.) (2007): Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life. A Synthesis of Findings for OECD Countries. Paris: OECD Publications.
- Petermann, F. (1998): Entwicklungspsychopathologie. ein Lehrbuch. Weinheim: Beltz.
- Pflegler, J. / Cizek, B. (2001): Ursachen von Gewalt gegen Kinder. In: BM für soziale Sicherheit und Generationen (Hrsg.): Gewalt in der Familie. Gewaltbericht 2001. Von der Enttabuisierung zur Professionalisierung. Wien, 97–122.
- Portmann, A. (1944): Biologische Fragmente zu einer Lehre vom Menschen, Basel: Schwabe Verlag.
- Rille-Pfeiffer, C. / Kapella, O. (Hrsg.) (2007): Kinderbetreuungsgeld. Evaluierung einer familienpolitischen Maßnahme. Innsbruck–Wien–Bozen: Studienverlag (ÖIF-Schriftenreihe, 15).
- Rille-Pfeiffer, C. / Kaindl, M. / Klepp, D. / Fröhlich, E. (2009): Der Übergang zur Dreikind-Familie. Eine qualitative Untersuchung von Paaren mit zwei und drei Kindern. ÖIF-Forschungsbericht 2, Wien.
- Rosenberger, S. K. (1999): Politik mit Familie: Debatten und Maßnahmen, Konflikte und Konsens. In: Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.): Österreichischer Familienbericht 1999. Familien- & Arbeitswelt – Partnerschaften zur Vereinbarkeit und Neuverteilung von Betreuungs- und Erwerbstätigkeit. Wien (2).
- Rogers, C. R. (1971): Entwicklung der Persönlichkeit. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Rosen, W. G. (1991): Higher cortical processes. In: Davis, K. / Klar, H. / Coyle, J. T. (Hg.): Foundations of psychiatry. Philadelphia: Saunders.
- Roszbach, H.-G. (2005): Effekte qualitativ guter Betreuung, Bildung und Erziehung im frühen Kindesalter auf Kinder und ihre Familien. In: Ahnert, L. / Roszbach, H.-G. / Neumann, U. / Heinrich, J. / Koletzko, B. (Hrsg.): Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern unter sechs Jahren. München: Deutsches Jugendinstitut (Materialien zum Zwölften Kinder- und Jugendbericht, 1), 55–174.
- Scharfetter, C. (2002): Allgemeine Psychopathologie. Eine Einführung. 5., neu bearbeitete Auflage. Thieme.
- Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Bonn: bpb: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 571).
- Siegrist, J. (2005): Social reciprocity and health: New scientific evidence and policy implications. In: Psychoneuroendocrinology, H. 30.
- Siegrist, J. (1996): Soziale Krisen und Gesundheit. Göttingen: Hogrefe.
- Siegrist, J. / Starke, D. / Chandola, T. / Godin, I. (2004): The measurement of effort–reward imbalance at work: European comparisons. Online verfügbar unter <http://www.sciencedirect.com/>.
- Sieverding, M. (1995). Die Gesundheit von Müttern – Ein Forschungsüberblick. Zeitschrift für Medizinische Psychologie 4, 1, 6–16.
- Skeels, H. M. (1966): Adult status of children with contrasting early life experiences. A follow-up study. In: Monographs of the Society for Research in Child Development, Jg. 1966, H. 31, 1–56.
- Spectra (Hg.) (2001): Das Lebensglück der Österreicher. Gesundheit, Freundschaft und Familienglück. (Spectra Aktuell, 5).
- Spitz, R. A. (1945): Hospitalism: An inquiry into the genesis of psychiatric conditions in early childhood. In: Psychoanalytic Study of the Child, Jg. 1945, H. 1, 53–74.
- Stadt Wien (Hrsg.) (2005): Gesundheitsbericht Wien 2004. Unter Mitarbeit von E. Bachinger, M. Csitkovics und K. Wais. Wien.
- Statistik Austria (2008a): Todesursachen im Überblick. Die häufigsten Todesursachen in Österreich. Erstellt am 31.10.2008. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/todesursachen/todesursachen_im_ueberblick/031382.html. Zuletzt aufgerufen am 12.5.2009.
- Statistik Austria (Hrsg.) (2008): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006.

POLITIK FÜR DIE BELANGE, INTERESSEN UND BEDÜRFNISSE DER FAMILIEN

- Statistik Austria (2009a): Todesursachen im Überblick. Die häufigsten Todesursachen in Österreich. Erstellt am 31.10.2008. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/gesundheit/todesursachen/todesursachen_im_ueberblick/031382.html. Zuletzt aufgerufen am 12.5.2009.
- Statistik Austria (Hrsg.) (2009b): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2007.
- Strauss, R. S. / Knight, J. (1999): Influence of the home environment on the development of obesity in children. In: *Pediatrics*, H. 103, 1278.
- The NICHD Early Child Care Research Network (Hg.) (2005): *Child care and child development. Results from the NICHD Study of Early Child Care and Youth Development*. New York, NY: Guilford Press.
- The NICHD Early Child Care Research Network (2001): Child care and children's peer interaction at 24 and 36 months. *The NICHD Study of Early Child Care*. In: *Child Development*, Jg. 5, H. 72, 1478–1500.
- The NICHD Early Child Care Research Network: The interaction of child and family risk to child development at 24 and 36 months. In: *Applied Developmental Science*, Jg. 3, H. 6, 144–156.
- The NICHD Early Child Care Research Network (1997): The effects of infant child care on infant-mother attachment security. Results of the NICHD Study of Early Child Care. In: *Child Development*, Jg. 5, H. 68, 860–879.
- Thommen, J. P. (2008): *Managementorientierte Betriebswirtschaftslehre*. 8. überarbeitete u. erweiterte Auflage. Zürich: Versus.
- Trabert, G. (2004): Armut und Ausgrenzung. Die Geschichte Marios. In: *Deutsches Kinderhilfswerk e. V. (Hrsg.): Kinderreport Deutschland 2004. Daten, Fakten, Hintergründe*. München: kopaed.
- Twenge, J. M. / Baumeister, R. F. / Tice, D. M. / Stucke, T. S. (2001): If you can't join them, beat them. Effects of social exclusion on aggressive behavior. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, H. 6, 1058–1069.
- Watson, J. B. (1930): *Behaviorism*. Revised Edition. Chicago: The University of Chicago Press.
- Wernhart, G. / Kaindl, M. / Schipfer, R. / Tazi-Preve, M. I. (2008): *Drei Generationen – eine Familie. Austauschbeziehungen zwischen den Generationen aus Sicht der Großeltern und das Altersbild in der Politik*. Innsbruck–Wien–Bozen: Studien-Verlag (ÖIF-Schriftenreihe 18).
- Wernhart, G. / Neuwirth, N. (2007): *Geschlechterrollenwandel und Familienwerte 1988 – 2002. Österreich im europäischen Vergleich. Ergebnisse auf Basis des ISSP 1988, 2002*. Österreichisches Institut für Familienforschung. Wien. (ÖIF-Working paper, 54).
- Wilson, C. (1972): *New Pathways in Psychology. Maslow and the Post-Freudian Revolution*: Gollancz.
- Wimmer-Puchinger, B. / Reisel, B. / Lehner, M. –L. / Zeug, M. / Grimm, M.: Gewalt gegen Kinder. In: *Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Hrsg.) 1991 – Gewalt in der Familie*, 242–451.
- Wingen, M. (1997): *Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme*. Stuttgart: Lucius & Lucius.
- World Health Organisation (WHO); *Core Health Indicators*. http://apps.who.int/whosis/database/core/core_select_process.cfm#. Zuletzt abgerufen am 3.6.2009.
- www.eapn.eu: *Poverty in the EU – the Facts*. Flash Eurobarometer Series #227: Expectations of European citizens regarding the social reality in 20 years' time.
- Zander, M. (2005): *Kinderarmut. Einführendes Handbuch für Forschung und soziale Praxis*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag.
- Zöchling, E. (1996): *Verwahrlosungsprobleme bei Sekundarschülern*. (Dipl. Arb.) Wien.

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

5. Familienbericht 1999 – 2009

Band I

Univ.-Prof. Mag. Dr. **Johann Bacher**

Soziologe

Johannes Kepler-Universität Linz

Institut für Soziologie

A 4040 Linz, Altenbergerstraße 69

0732/2468-8291

johann.bacher@jku.at

Mag. Dr. **Andreas Baierl**

Statistiker

Universität Wien

Österreichisches Institut für

Familienforschung

A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9

01/4277-48918

andreas.baierl@oif.ac.at

Dr. **Bilal Barakat**

Sozialstatistiker

Österreichische Akademie der

Wissenschaften

Institut für Demographie

A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,

6. Stock

01/51581-7720

bilal.barakat@oeaw.ac.at

Univ.-Ass. Mag. Dr. **Martina Beham**

Soziologin

Johannes Kepler Universität Linz

Institut für Soziologie

A 4040 Linz, Altenbergerstraße 69

0732/2468-8293

martina.beham@jku.at

Mag. **Caroline Berghammer**

Soziologin

Österreichische Akademie der

Wissenschaften

Institut für Demographie

A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,

6. Stock

01/51581-7727

caroline.berghammer@oeaw.ac.at

DI Mag. Dr. **Isabella Buber**

Stellvertr. Leiterin der Forschungsgruppe

„Demographie Österreichs“ des Instituts

fürs Demographie

Österreichische Akademie der Wissenschaften

Institut für Demographie

A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,

6. Stock

01/51581-7740

isabella.buber@oeaw.ac.at

Mag. Dr. **Sabine Buchebner-Ferstl**

Psychologin

Österreichisches Institut für

Familienforschung

der Universität Wien (ÖIF)

A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9

01/4277-48903

sabine.buchebner-ferstl@oif.ac.at

Mag. Dr. **Priska Flandorfer**

Soziologin

Österreichische Akademie der

Wissenschaften

Institut für Demographie

A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,

6. Stock

01/51581-7730

priska.flandorfer@oeaw.ac.at

Mag. **Katrin Fliegenschnee**

Soziologin

Österreichische Akademie der

Wissenschaften

Institut für Demographie

A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,

6. Stock

01/51581-7710

katrin.fliegenschnee@oeaw.ac.at

Mag. **Michael Fuchs**

European Centre for Social Welfare Policy
and Research

A 1090 Wien, Berggasse 17

01/1 319 45 05-32

<http://www.euro.centre.org/fuchs>

AUTORENVERZEICHNIS

Christine Geserick, MA

Soziologin
 Universität Wien
 Österreichisches Institut für
 Familienforschung
 A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
 01/4277-48905
 christine.geserick@oif.ac.at

Hofrat Dr. Richard Gisser

Stellvertretender Direktor des Instituts
 für Demographie
 Österreichische Akademie der
 Wissenschaften
 Institut für Demographie
 A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,
 6. Stock
 01/51581-7704
 richard.gisser@oeaw.ac.at

Mag. Dr. Barbara Haas

Soziologin
 Institut für Soziologie und empirische
 Sozialforschung
 Wirtschaftsuniversität Wien
 A 1090 Wien, Augasse 2-6
 01/313 36-4745
 barbara.Haas@wu.ac.at

o. Univ.-Prof. Dr. Johann J. Hagen

Rechtssoziologe
 Fachbereich für Sozial- und
 Wirtschaftswissenschaften
 Universität Salzburg
 A 5020 Salzburg, Churfürststr. 1
 0662/8044-3451
 johann.hagen@sbg.ac.at

Mag. Margit Hartel

Soziologin
 Wirtschaftsuniversität Wien
 Vizerektorat für Lehre
 A 1090 Wien, Augasse 2-6
 margit.hartel@univie.ac.at

Dr. Karin Jurczyk

Abteilungsleiterin/Soziologin
 Deutsches Jugendinstitut e.V.
 D 81541 München, Nockherstr. 2
 0049-89/62306-255
 jurczyk@dji.de

Dr. Markus Kaindl

Soziologe
 Österreichisches Institut für
 Familienforschung
 an der Universität Wien
 A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
 01/4277-489 06
 markus.kaindl@oif.ac.at

Dipl. Sozpäd. (FH) Olaf Kapella

Sozialpädagoge
 Österreichisches Institut für
 Familienforschung,
 Universität Wien
 A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
 01/4277-48907
 olaf.kapella@oif.ac.at

Mag. Doris Klepp

Psychologin
 Österreichisches Institut für
 Familienforschung, Universität Wien
 A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
 doris.klepp@univie.ac.at

Prof. (FH) Mag. Dr. Renate Kränzl-Nagl

Soziologin
 FH Oberösterreich, Campus Linz,
 Fakultät für Gesundheit und Soziales
 A 4020 Linz, Garnisonstraße 21
 renete.kraenzl-nagl@fh-linz.at

apl. Prof. Dr. Andreas Lange

Soziologe, Grundsatzreferent
 Familienwissenschaften
 Deutsches Jugendinstitut e.V., Abteilung
 Familie und Familienpolitik
 Nockherstraße 2
 D 81847 München
 lange@dji.de

Univ.-Prof. **Wolfgang Lutz**, PhD
 Direktor des Instituts für Demographie
 Österreichische Akademie der
 Wissenschaften
 Institut für Demographie
 A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,
 6. Stock
 01/51581-7703
 wolfgang.lutz@oeaw.ac.at

Prof. Dr. **Rainer Münz**
 Leiter Research & Development
 Erste Group Bank AG
 A 1010 Wien Petersplatz 4
 01/50 100-17200
 rainer.muenz@erstegroup.com

Mag. **Norbert Neuwirth**
 Volkswirt
 Universität Wien
 Österreichisches Institut für
 Familienforschung
 A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
 01/4277-48911
 norbert.neuwirth@oif.ac.at

Dr. **Dimiter Philipov**
 Leiter der Forschungsgruppe
 „Vergleichende europäische Demographie“
 des Instituts für Demographie
 Österreichische Akademie der
 Wissenschaften
 Institut für Demographie
 A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,
 6. Stock
 01/51581-7711
 dimiter.philipov@oeaw.ac.at

Albert F. Reiterer
 Freiberuflicher Sozialforscher
 A 1020 Wien, Raimundgasse 6/13+14
 01/212 68 69
 albert.f.reiterer@univie.ac.at

Dr. **Christiane Rille-Pfeiffer**
 Soziologin
 Universität Wien
 Österreichisches Institut für
 Familienforschung
 A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
 01/4277-489 12
 christiane.rille-pfeiffer@oif.ac.at

Mag. **Gabriele Schmied**
 European Centre for Social Welfare Policy
 and Research
 Health and Care
 A 1090 Wien, Berggasse 17
 01/319 45 05-11
 schmied@euro.centre.org

Mag. **Julia Schuster**
 Soziologin
 Österreichische Akademie der
 Wissenschaften
 Institut für Demographie
 A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,
 6. Stock
 01/51581-7725
 Julia.schuster@oeaw.ac.at

Tomáš Sobotka, PhD
 Demograph
 Österreichische Akademie der
 Wissenschaften
 Institut für Demographie
 A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,
 6. Stock
 01/51581-7716
 tomas.sobotka@oeaw.ac.at

Mag. Dr. **Nadia Steiber**
 Soziologin
 Institut für Soziologie und Empirische
 Sozialforschung, Wirtschaftsuniversität Wien
 A 1090 Wien, Augasse 2-6
 nadia.steiber@wu.ac.at

AUTORENVERZEICHNIS

Maria Rita Testa, PhD

Demographin
Österreichische Akademie der
Wissenschaften
Institut für Demographie
A 1040 Wien, Wohllebengasse 12-14,
6. Stock
01/51581-7708
maria.rita.testa@oeaw.ac.at

Markus Tumeltshammer, Bakk.

Soziologe
Wirtschaftsuniversität Wien, Institut für
Soziologie und Empirische Sozialforschung
A 1090 Wien, Augasse 2-6,
markus.tumeltshammer@univie.ac.at

Mag. Christoph Weber

Soziologe
Johannes Kepler-Universität
Institut für Strafrechtswissenschaften
A 4040 Linz, Altenbergerstraße 69
0732/2468-9321
christoph.weber@jku.at

Mag. Georg Wernhart

Volkswirt
Universität Wien
Österreichisches Institut für
Familienforschung
A 1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9
01/4277-48915
georg.wernhart@oif.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Dr. Mag. **Liselotte Wilk**

Soziologin
A 1100 Wien, Weitmosergasse 86

Univ.-Ass. Mag. Dr. **Ulrike Zartler**

Soziologin
Universität Wien
Institut für Soziologie
A 1090 Wien, Rooseveltplatz 2
ulrike.zartler@univie.ac.at